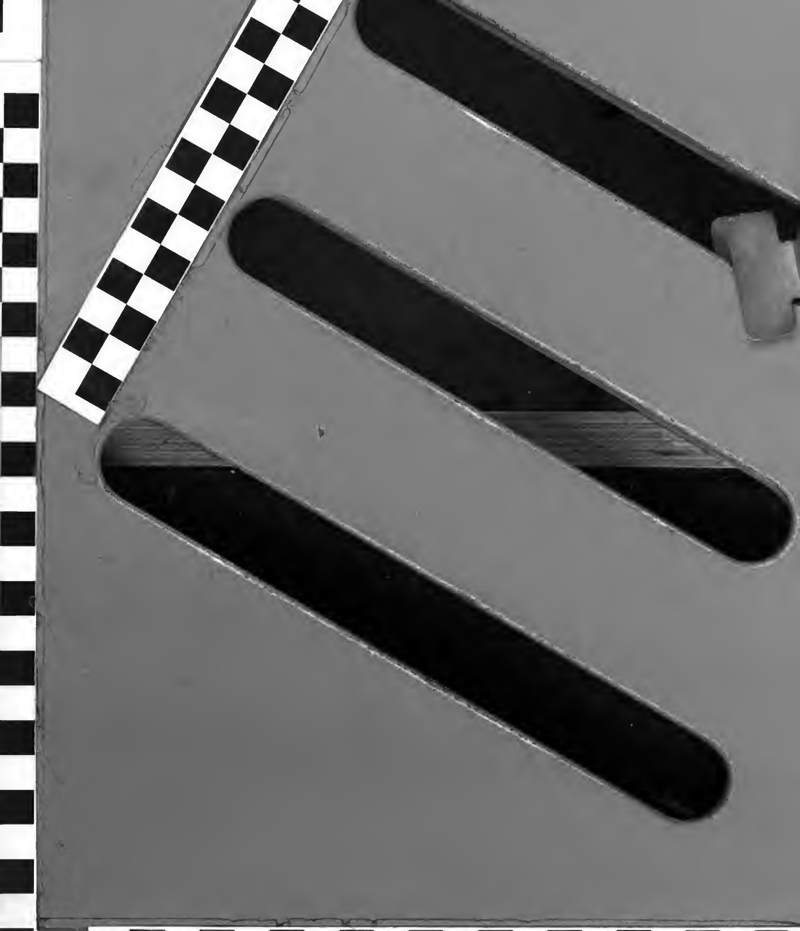


len, wie unduldsam die Magyaren gegen Alle verfahren, die ihren Ansprüchen auf ausschließliche Herrschaft entgegentreten; der Slowaken-Kongreß zu St. Marton hatte nichts Anderes verlangt, als daß die Slowaken gleiche politische Rechte mit den Magyaren erhalten sollten.)

Schweden und Norwegen.

Hat Swedenborg gelehrt und gepredigt, „daß die Hölle ein Freistaat mit parlamentarischer Regierungsform ist?“ Ueber diese Frage streiten sich gegenwärtig zwei Stockholmer Blätter. Nye Dagl. Allehanda hat's behauptet, Aftonbladet führt aber den Gegenbeweis, daß Swedenborg ein großer Verehrer der republikanischen Verfassung Hollands gewesen und während seiner Wirksamkeit im Reichstage sich stets entschieden freisinnig gezeigt habe.

Frankreich.

* Der Kriegsminister zeigt an, daß auch dieses Jahr, wie die vorhergehenden, den Landwirthen, im Fall es ihnen an Leuten zur Bearbeitung ihrer Felder fehlt, Soldaten zur Verfügung gestellt werden.

Italien.

Beachtung verdient diejenige Stelle der französischen Anerkennungs-Note, wo die Dauer des Verbleibens der französischen Truppen in Rom von der Sicherung derjenigen Interessen durch genügende Garantien abhängig gemacht wird, welche die Franzosen nach Rom geführt haben. Dieser Passus ist ächt Napoleonisch und geeignet, das Turiner Kabinet so wie andere europäische Höfe zu scharfem Nachdenken zu stimuliren. Welches sind die Interessen, die Frankreich vor 12 Jahren nach Rom geführt haben? Sind es religiöse oder weltliche Interessen? Welches sind die ausreichenden Garantien zur Deckung dieser Interessen (pour couvrir les intérêts)? Dies sind Räthsel, die schwer, aber doch zu errathen seyn dürften. Als General Oudinot im Jahre 1849 von der französischen Republik zur Vertheidigung des Papstes nach Rom gesendet wurde, da war es ein Gemisch von religiös-politischen Interessen, die den politischen Voltairianismus für den Papismus in Feld rücken ließen. Seit jener Zeit, und namentlich seit der neuen französischen Kaiserära, hat sich dieses Gemisch von Interessen, welche Frankreich Rom fortokkupiren ließen, von den religiösen Schlacken so ziemlich geläutert, und es ist beim Reinigungsprozeß die Politik allein geblieben, welche die französischen Soldaten in der ewigen Stadt wie angenagelt hat. Dieses Rom spielt in den französischen Zukunftsplänen als ein kostbares Faustpfand eine wichtige Rolle Italien und Oesterreich gegenüber. Die Wahrheit dieser Behauptung wird sich erst zeigen, wenn Pius IX. heute oder morgen das Zeitliche segnen sollte, ein Ereigniß, auf dessen nicht gar zu fernen Eintritt man sich gefaßt machen darf, indem, wie uns aus sicherster Quelle mitgetheilt wird, der heilige Vater an einer leider inkurablen Brustwassersucht leidet. Dieser Fall ist in Paris, wie wir bereits vor einiger Zeit angedeutet haben, längst vorhergesehen. (Hamb. Bhe.)

Nichtpolitische Zeitung.

Prag, 27. Juni. Gestern Nachmittag um 2 Uhr starb hier der berühmte Forscher im Gebiet der slawischen Sprache und Alterthumskunde, Paul Joseph Schafarik, im siebenundsechzigsten Jahre. Die Trauer ist allgemein um diesen wahrhaft edeln Geist, und das zum Freitag angesetzte Leichenbegängniß dürfte großartig werden und namentlich bei den Czechen eine außerordentliche Theilnahme finden. Sie verlieren jetzt einen zweiten ihrer literarischen Heroen seit sechs Monaten, und die Lücke, die der Tod Schafarik's macht, dessen Verdienste doch die Hanka's bei weitem überragen, wird lange unausgefüllt bleiben. Schafarik betheiligte sich übrigens seit 1848 gar nicht mehr an der Politik. Seit einem Jahre litt er bereits an Geistesverwirrung, und in seiner Melancholie sprang er eines Morgens von der Kettenbrücke in die Moldau. Er wurde gerettet und man brachte ihn nach Wien zu seiner Tochter, deren liebevolle Pflege ihn so weit wiederherstellte, daß er nach Prag zurückkehren konnte. Von 1841—48 war der Verstorbene Kustos, seit letzterem Jahre Bibliothekar an der Prager Universitätsbibliothek. (D. Allg. Z.)

Venedig, 23. Juni. In dem Bleibergwerke Arauzo, Provinz Belluno, ist man auf eine Silberader gekommen, welche eine mächtige Ergiebigkeit verspricht. Nach oberflächlicher Berechnung schätzt man sie auf 7 Millionen. —

,* In Algier sind ungefähr 30 neapolitanische Taucher angekommen, welche mit der Rettung der Trümmer des in diesem Hafen untergegangenen Dampfers „Reine Mathilde“ beauftragt sind. Ihre Anstrengungen sollen bereits von Erfolg gekrönt seyn, indem es ihnen gelang, sehr große Eisenplatten von dem Schiff loszumachen und ans Tageslicht zu befördern. Die Geschicklichkeit dieser Taucher wird sehr gerühmt; sie arbeiten ohne Glocken noch sonstige Apparate, und bleiben 2 Minuten unter Wasser. Einige von ihnen haben schon in einer Tiefe von 25 bis 30 Meter (7—8 Fuß) Sachen aus verunglückten Schiffen geholt, der untergegangene Dampfer befindet sich nur in einer Tiefe von 12 bis 18 Meter.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pfohlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	79 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	64¾ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	55¾—⅝ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	48 P.
„	4½ pCt.	41½ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	89⅝ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	103¼ P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102⅞ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103⅜ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	101 P. 100¾ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-H. dto.	101 P. 100¾ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97¾ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95⅝ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	103⅛ P. 102⅝ G
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	96 G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	103 P. 102½ G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94½ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102¾ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99¾ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98⅝ P.
„	3 pCt. Obl.	92 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	46⅜ P.
„	1¾ pCt.	—
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	99½ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	109½—⅛ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	646 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	144½—43½ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	186 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	71¼ P.
Internationale Bank in Luxemb. . .	84 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	321 P. 319 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	66 P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	230 P.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	119 G.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	76 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	28 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	136½ G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	102½ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50⅝ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	238 P. exC
Span. Handels- u. Industrie . . .	535 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	473 P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	104⅞—⅝ G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. 100½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99⅝ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅛ G.
Brem. 50 Th. Lsd: k. S.	96 B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 G.
London Lst. 10 k. S.	118⅜ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L. S. L. 250 k. S.	98¼ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅝ B. ⅜ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 8 W.	—
do. in öst. W. l. S.	84⅜—½ G.
Disconto	3 pCt. u.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	81½ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	49 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	64 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	130⅞ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	61¼ P. 60¾ G.	„ fl. 25 do.	35¾ P.
„ fl. 100 Elsb. L. v. 1858.	100⅜ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	35½ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	124¼ G.	Sardinien Fr. 36 b. R.	51 G.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	37 P.
Badische fl. 50	90⅛ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10¼ P.
Badische fl. 35	53⅛ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10¾ P.

Frankfurt, 29. Juni. In österr. National, Bank- und Kreditaktien fand geringer Umsatz zu etwas niedrigen Kursen statt. Außerdem keine erhebliche Veränderung. (Synd.)

und ausgebeutet werden könnte. Ob der Fackelzug nicht gleichwohl stattfindet, ist zur Zeit noch unentschieden. (Pf. Z.)

Großh. Hessen. Darmstadt, 27. Juni. Heute berieth die erste Kammer über die von der zweiten Kammer abgelehnte Vorlage des Kriegsministerium wegen Formation eines Jägerbataillon. Der Ausschußbericht der ersten Kammer (Referent v. Hesse) macht, nach einem sanften Tadel, daß die Regierung ihren Vorschlag nicht zu einer Zeit gemacht habe, in welcher der Hauptvoranschlag noch nicht abgeschlossen gewesen sey, Erwägungen zu Gunsten der Bewilligung geltend. Der Antrag geht einstimmig dahin, für die Formation der Scharfschützen in ein eigenes Jäger-Bataillon 51,909 fl. zu bewilligen; ebenso einstimmig war der Beschluß der Kammer. Der Gegenstand geht nun an die zweite Kammer zurück. (Schw. M.)

Mecklenburg. Schwerin, 26. Juni. Auf einer Inspektionsreise, die der Großherzog in der letzten Zeit in seinem Lande gemacht hat, soll es demselben in dem Flecken Dassow begegnet seyn, daß neben den mecklenburgischen Fahnen auch eine schwarzrothgoldene aufgesteckt gewesen ist, worüber dem ersten Beamten Dassows von Seiten des Fürsten die nöthigen Vorstellungen geworden seyn sollen. (D. Allg. Z.)

Oesterreich. Wien, 23. Juni. Oesterreich verhält sich gegenwärtig zu den Vorgängen auf der italienischen Halbinsel blos als ruhiger Zuschauer; es hat vollauf und genug zu thun mit dem Ordnen seiner innern Verhältnisse. Es ist daher ein leichtfertiges und tendenziöses Verfahren, wenn selbst offiziöse italienische Blätter Alles, was sich Widerwärtiges in ihrem Vaterlande zuträgt, auf Oesterreichs Rechnung schreiben. Die „Wiener Zeitung" ist in ihrem Rechte, wenn sie in dem Abendblatte vom 21. d. M. solche Manöver verhöhnt und sagt: „Also eine Verschwörung besteht, um die vorzüglichsten Pulvermagazine Italiens in die Luft zu sprengen; die piemontesische Regierung, davon in Kenntniß gesetzt, hat schleunigst ihre Vorsichtsmaßregeln getroffen und österreichische Emissäre — das ist der Kern der Sache — waren mit der Mission betraut, das piemontesische Italien in aller Eile zu unterminiren und wahrscheinlich in einem und demselben Augenblicke mit einem zwischen Casale, Alessandria, Genua, Vercelli, Ankona laufenden Zündfaden gegen den Mond zu schleudern! So erzählen piemont. Blätter, der gefällige Telegraph läßt innerhalb 24 Stunden die ganze Welt zusammenschaudern vor so entsetzlichen Plänen Oesterreichs, freilich aus purer Gutmüthigkeit für allzuschwache Nerven gleich hinzufügend: bis jetzt ist kein derartiger Versuch gemacht worden. . . . . Ist es möglich, lächerlichere und dummdreistere Erfindungen die Reise durch die Welt machen zu lassen? Berichtet man nicht von diesen piemontesischen Pulvermagazinen wie von einfachen Strohhütten in weiten Wäldern, um deren Anzündung es sich handelt? Zählt man in Turin nicht bereits auf die allerkindlichste Leichtgläubigkeit, indem man nicht etwa von einem, sondern gleich von den gefährdeten „vorzüglichsten Pulvermagazinen Italiens" zu schwindeln wagt? Doch vergessen wir nicht anzuführen: die Depesche sagt noch, daß in Folge der Entdeckung dem Publikum der Eintritt zu den Pulvermagazinen untersagt worden sey. Stehen denn in Piemont dem Publikum die Pulvermagazine offen? Gehören sie vielleicht mit zu den öffentlichen Spazierorten? — Allerdings hat die Sache eine höchst bedenkliche Seite. Wir können uns des Argwohns nicht entschlagen, daß diese Pulververschwörungs-Farce nur der Vorläufer finsterer Thaten ist. Die lebendig verbrannten Piemontesen sind abgenützt, man wird vielleicht die nächsten Füsiladen und eingeäscherten Städte bereits auf Rechnung der „Pulververschwörung" setzen." — Traurig ist es jedenfalls, daß die offenbarsten italienischen Lügen noch immer willige Ohren in Deutschland finden, so bald es sich um eine Schmähung Oesterreichs handelt.

(Ztg. f. Nordd.)

Wien ist voll von Urtheilen über die übrigens noch nicht amtlich bekannt gemachte Plener'sche Bankakte. Plener hat neulich die Zeitungsredakteure der Hauptstadt zu einer Besprechung der Bankfrage zu sich eingeladen und hat neuerlich an die Zeitungsredaktionen eine Denkschrift vertheilen lassen, in welcher „Ideen" zur Herstellung geordneter Geldzustände niedergelegt sind; im Wesentlichen handelt es sich um ein Kompromiß mit der Nationalbank, die über 1865 hinaus, wo ihr altes Privileg erlischt, ein neues erhalten soll, wenn sie einen Theil der Staatsschuld (120 Mill.) ohne Entgelt übernimmt und ihr Recht zur ausschließlichen Papiergeld-Emission zu Gunsten eines kurrenten Staatspapiergeldes beschränkt. Dies Projekt findet bei Theoretikern, welche hervorheben, daß die Nationalbank und die Bank von England doch nicht dasselbe seyen, und bei den hiesigen Stockjobbern, die prinzipiell jeder Lösung unserer Finanz-Kalamität entgegen sind, Widerspruch. (N. Pr. Z.)

= Aus Ober-Gömör (Ungarn) wird geschrieben: „Der Vizestuhlrichter von Nagy-Röcze hat einen dortigen Magistratsrath und ein Mitglied des Gemeinde-Ausschusses, während ihrer Abwesenheit und ohne sie anzuhören oder nur vorzuladen, durch die Stadtrepräsentanz kassiren lassen, weil er sie im Verdacht hatte, nach St. Marton zum Slowaken-Kongreß gegangen zu seyn. Die beiden Männer behaupten nun nachträglich, sie seyen nicht einmal an jenem Orte gewesen. (Es ist dies nur ein Beispiel von vie-

---

dissentirenden Kirchen, alle Tage von Abends 6 bis oft 2 und 3 Uhr gehalten und so gedrängt, daß buchstäblich kein Mensch mehr Zutritt fand. Die Beredtsamkeit Hammonds bestand in einer maßlosen, ungenirten Aktion und einer Anhäufung von furchtbaren, nervenzerreißenden Geschichten, abwechselnd mit Verdammungen in die tiefste Hölle, Beschreibungen derselben in hautschaudernden Bildern und Worten, und das Alles in einer Sprache, die mit Kunst gerade so war, wie sie ein gewöhnlicher Prediger aus Ehrfurcht vor der Stätte, da er zu reden hat, verwirft und sorgfältig ausmerzt. Eine Reihe von Geistlichen und Laien ohne Wahl nahm Theil an den öffentlichen Andachtsübungen; jeden Abend wurde nach der öffentlichen Versammlung eine Privatbesprechung mit einzelnen bekümmerten Seelen gehalten, in welchen Herr Hammond auf eine wundervolle treue Weise den Rathschlägen Mephisto's an den jungen Mediziner sich anbequemte. Dafür war er auch der Angebetete der Frauenwelt, und als er auf den Bahnhof ging, gingen sie mit und fielen ihm um den Hals und zerrissen seinen Rock und knieten nieder und beteten, wie der Zug ging; 64 Pfd. Sterl. in Annan, 90 in Dumfries und 200 in Glasgow konnten ihn übrigens für seine Leiden trösten und belohnten seine Uneigennützigkeit reichlich. Die guten Früchte dieser Versammlung wurden mit einer dieser Art von Menschen eigenthümlichen Selbstzufriedenheit sorgfältigst registrirt und vor das Publikum gebracht; Neubekehrte, die das ABC christlicher Unterweisung nicht kannten, traten auf, gaben ihre Geschichte und beteten laut; Kinder von 8 — 10 Jahren fragten Einen auf der Straße: Haben Sie Jesum gefunden? Und mit auffallender Konsequenz wurde geltend gemacht, daß das Trinken bedeutend abgenommen habe. Daß es dabei in großen und kleinen Versammlungen nicht an Danksagungen fehlt und an Rühmen, was der heil. Geist für ein Werk gethan hat und noch thut, das ist eine Versicherung aller Ehren werth, wenn sie auf objektiven Thatsachen erbaut ist: sie ist natürlich ebenso eine einfame Gotteslästerung, wenn sie den Beweis nicht antreten kann.

Um nämlich diese Vorgänge vollständig würdigen zu können, sind noch einige andere Sachen zu erwähnen, die mit ebenso großer Konsequenz verschwiegen werden. Nach andern, zuverlässigeren Aussagen trinkt man in diesen erweckten Gegenden noch ebensoviel als vorher. Wie unordentlich und gefährlich es an sich ist, junge Leute, Dienstboten, Schulmädchen 2c. in einer unerträglich heißen und betäubenden Atmosphäre, bei dem blendenden Lichte von massenhaften Gasflammen, unter dem Eindruck einer auf das Absichtlichste, ja ex professo, das Gefühl zwischen Bildern der höchsten Seligkeit und der tiefsten Höllenqualen herumzerrenden Beredtsamkeit und ebenso künstlich angelegter, zu gewöhnlichen Gassenhauermelodien gesungener Lieder bis Morgens 3 Uhr zu halten, darüber wird kaum ein Zweifel seyn; aber Beweise müssen von einer richtenden Zukunft abgewartet werden. Für jetzt weiß man nur so viel, daß die Staatsirrenanstalt in Dumfries in 3 Monaten aus einem Bezirk von etwa 30,000 Einwohnern 23 neue Insassen erhalten hat, deren ärztliche Zeugnisse die Revivals als unmittelbaren Anlaß bezeichneten; daß mindestens 4 Todesfälle in direkter Beziehung dazu stehen; daß eine Reihe der irrthümlichsten, schriftwidrigsten Lehren gäng und gäbe geworden; daß eine Reihe von Geschichten in Zirkulation gekommen ist, die nicht besser berechnet seyn könnten, um die Religion zu einem Gegenstande der Verachtung und des Spottes bei denen zu machen, die diese Ausbrüche als Religion gelten lassen, um ihr mit desto größerer Berechtigung und Beruhigung den Rücken zuwenden zu können. Eine Anzahl von Scheußlichkeiten, die noch hieher gehören, eignet sich nicht für Veröffentlichung; sie können aber erhärtet werden, wenn es im Interesse der Wahrheit ist. — Nicht jede religiöse Erweckung muß so seyn oder ist so, Gott bewahre; aber diese Thatsachen liegen vor; und es gilt, gewissenhaft zu prüfen, wie weit der Name die Sache deckt; und es gilt, wohl zu bedenken, wie leicht es ist, eine Sache so oder so zu heißen, wenn sie auch noch so weit entfernt ist, so oder so zu seyn. (Schw. M.)

Ausschusses (Preußen) erklärte sich aus sachlichen und konstitutionellen Gründen gegen dieses mit der Natur des Vertrages und der [illegible] Befugnisse unvereinbare Verfahren, [illegible] das die seitherige Zeit von Preußen beharrlich angewendete Maxime, vom Bundestag keine gemeinnützigen Maßregeln ausgehen zu lassen; Preußen behauptet nämlich, daß Zustimmungsrecht der Landtage werde durch derartige Bundesbeschlüsse thatsächlich aufgehoben; denn wenn ihnen ein solcher Bundesbeschluß auch vorgelegt werde, könnten sie am Ende, um die darauf verwendeten Opfer an Zeit, Mühe und Geld nicht nutzlos zu machen, nicht anders, als demselben zuzustimmen, wenn sie vielleicht auch nicht in allen Stücken damit übereinstimmen. (Das ist wahr; aber dieser Nachtheil wird durchaus nicht beseitigt, wenn solche Maßregeln durch freie Vereinbarung der einzelnen Regierungen, wie Preußen will, zu Stande kommen; die Landtage sind da ganz in derselben Lage. Beseitigt wird dieser Nachtheil nur, wenn für solche Zwecke eine Volksvertretung neben dem Bundestag besteht, die die Rechte der einzelnen Landtage auszuüben hätte.) Der handelspolitische Ausschuß berichtete über das ihm zugewiesene Kommissionsgutachten für ein gleiches Maß und Gewicht, und beantragt Mittheilung desselben an die Regierungen zur Erklärung über Annahme oder etwaige Bedenken. Auf eine bei dem Bunde eingegangene Vorstellung und Bitte der Stadtverordneten von Köthen für die Wiederherstellung der Verfassung von 1848 beantragt der Ausschuß für die Verfassungsangelegenheit der Herzogthümer Anhalt Abweisung wegen Inkompetenz der Bittsteller und formeller Mangelhaftigkeit, da sie keinen Insinuationsmandatar bestellt hatten. Ueber vorstehende drei Gegenstände soll in drei Wochen abgestimmt werden.

(Zeit.)

* Die badische Regierung hat die in obigem Artikel erwähnte Frage in einer kürzlich nach Wien gerichteten Note berührt, worin sie sich darüber aussprach, wie eine allgemeine deutsche Prozeßgesetzgebung zu Stande zu bringen sey. Bekanntlich wurde die Hoffnung, Preußen und Oesterreich mit gemeinsamer Initiative für die Realisirung dieser wichtigen Aufgabe vorgehen zu sehen, durch das Zerwürfniß beider Kabinette eben wieder über die Frage getrübt, ob das Werk durch die Vermittlung des Bundestags, oder auf dem Wege freier Vereinbarung zwischen den einzelnen Regierungen zu betreiben sey. Die badische Regierung sagte nun in ihrer Note, ihr sey es gleichgültig, ob das Werk auf dem einen oder dem anderen Weg zu Stande komme, wenn nur überhaupt der Zweck erreicht werde. In dieser Beziehung müsse die großh. Regierung insbesondere bemerken, daß bei dem einen wie bei dem andern Wege der Mangel einer Institution zur Aufrechterhaltung des konstitutionellen Systems sehr empfindlich vermißt werde. Wenn auch selbstverständlich sey, daß den Ständen der einzelnen deutschen Staaten das Recht gewahrt bleibe, die vorgelegten Entwürfe anzunehmen oder abzulehnen, so sey diese Zustimmung, weil sie ohne Detailberathung, en bloc, geschehen müßte, doch keine völlig freie und unbeengte, sondern sie werde durch einen moralischen Druck, der in dem Wunsche nach Gemeinschaft der Gesetze und in der Unmöglichkeit, sie auf anderem Wege zu erreichen, liege, hervorgerufen, und es gehe dabei das höchst wichtige Moment der Berathungen, Bemerkungen und Abänderungsvorschläge der deutschen Stände gänzlich verloren, ohne durch irgend eine andere Einrichtung ersetzt zu werden. Es sey zu befürchten, daß den Ständen bei Wiederholung des bei diesem Anlasse beobachteten Verfahrens das Bedenken aufsteigen werde, ob nicht die Wahrung des konstitutionellen Prinzips gegen solche Beschränkungen und Scheinberücksichtigungen höher zu achten sey, als der Zweck und die Wohlthat gemeinschaftlicher Gesetze, und durch solche Bedenken könnten Hindernisse sehr ernster Art in den Weg gelegt werden. Das aber führe von selbst die Nothwendigkeit herbei, auf Realisirung einer Institution Bedacht zu nehmen, welche die gleichzeitige und gemeinsame Mitwirkung der deutschen Nation zu einem allen Volksstämmen gemeinsamen Werk ermögliche und nicht nur die Zustimmung einzelner Kammern, sondern auch die Berathung der Abgeordneten aller deutschen Staaten in sich enthalte, indem durch eine solche Einrichtung allein der gemeinschaftliche Zweck in ersprießlicher Weise erreicht, und unter dieser Voraussetzung die legislative Gewalt der einzelnen Staaten einer Beschränkung unterworfen werden könne. Die großh. Regierung begnüge sich vorerst mit dieser Hinweisung auf ein vorhandenes dringendes Bedürfniß und behalte sich vor, bei einer ihr geeignet scheinenden Veranlassung die Frage in Anregung zu bringen, ob es nicht an der Zeit sey, mit Begründung eines solchen Organs gemeinsamer gesetzgeberischer Thätigkeit vorzugehen.

* **Bayern.** Der Redakteur des „Volksboten" erklärt die Angabe der „Südd. Ztg.", er habe kürzlich eine Audienz bei Sr. Maj. dem König Max gehabt, für falsch.

München, 26. Juni. Im Schooße der hiesigen Korps-Studentenschaft wurde der Wunsch angeregt, dem Professor Dr. v. Sybel vor seinem Weggange von hier einen Fackelzug zu bringen, der natürlich nur dem beliebten akademischen Lehrer, nicht dem politischen Parteimann (Gothaer) gelten sollte. Zwei Korps haben jedoch ihre Theilnahme aus dem Grunde verweigert, weil eine solche Kundgebung leicht als Partei-Demonstration gedeutet

Religiöse Erweckungen in Irland und Schottland.

Die Vorgänge im Elberfelder Waisenhaus und die methodistischen Umtriebe in Württemberg, von denen die neuliche Versammlung von Geistlichen Akt zu nehmen sich veranlaßt sah, sind zwei Zeichen, daß die religiöse Erregung, die innerhalb der letzten Jahre Amerika, Irland und Schottland, theilweise auch England ergriff, mit ihren weitesten Schwingungen bis nach Deutschland reicht und nur die erregbaren Stoffe sucht, um sich dort auf dieselbe Weise auszubreiten, wie sie es hier gethan hat. Daß es in Deutschland nicht an verwandten Elementen fehlt, die einer solchen Bewegung sich ohne Weiteres anschließen und ihr Brennmaterial zuführen würden, darüber kann nun kein Zweifel mehr seyn. Ist aber die Möglichkeit einer Revivialbewegung in Deutschland außer Zweifel, so ist es gewiß am Platze, die Ergebnisse dieser Bewegung an denjenigen Punkten, wo sie sich bereits verlaufen hat, oder wenigstens jenseits ihres höchsten Standes angelangt ist, so objektiv als möglich vor das vaterländische Publikum zu bringen, damit dieses Gelegenheit habe, nach der ewigen Regel an den Früchten zu erkennen, wessen es sich zu diesen Erweckungen und Erweckern zu versehen habe. Einsender hat von den Revivals durch Augenschein einen höchst übeln Eindruck gewonnen, er wird aus diesem Grunde seine persönliche Anschauung, soweit das nur immer möglich ist, zurückdrängen und nur Thatsachen zum Worte verhelfen. Für ihre Richtigkeit hat er die besten Bürgschaften: Augenschein, Aussagen der Betheiligten, ärztliche Zeugnisse, gerichtliche Verhandlungen.

Die Bewegung hat nach Allem, was man weiß, ihren Ursprung in Amerika genommen, und wer sich hierüber unterrichten und sich zugleich auf das Köstlichste unterhalten will, der lese das Buch des Methodistenpfarrers Cartwright darüber. Von da pflanzte sie sich nach Irland fort und trat besonders im prot. Osten (Ulster) auf, die Stadt Belfast als Mittelpunkt erwählend. Einer der dortigen Geistlichen, veröffentlichte eine Schrift darüber: „Das Jahr der Gnade", worauf ein anderer Pfarrer derselben Stadt eine Reihe von Broschüren unter dem Titel: „Das Jahr der Täuschung" herausgab, das Belehrendste, was über die Revivals geschrieben worden zu seyn scheint. Es sind Dinge darin, die Manchem unglaublich vorkommen mögen, was aber an ihrer Wahrheit nichts ändert. Hierauf überschritt die Epidemie das irische Meer und bemächtigte sich Schottlands auf eine auffallende Weise in der Stadt und Grafschaft Banff im Norden, in mäßigerer Ausdehnung aber mit derselben Intensität in Edinburgh und Glasgow, und wieder in besonders hohem Grade im Süden Schottlands, an den Gestaden des Solwayfrith auftretend. In Banff erhob sie sich zur größten Höhe im Frühjahr 1860; im Februar 1861 sah sich der würdige Geistliche der Staatskirche, der sich auf eine höchst verdienstvolle Art der Fluth entgegenstellte und sie in Gränzen zwängte, sehr auf Kosten ihrer Popularität, genöthigt, von der Kanzel herab zu erklären, daß die Zahl der Vergehen gegen die Sittlichkeit, die im Laufe der letzten Monate zur Kenntnißnahme des Pfarrgemeinderaths gekommen seyen, den früheren Durchschnitt weit übersteige; und daß es rein keine Erklärung davon gebe, als die Revivals des Jahres zuvor mit ihrer künstlichen Aufregung der Gemüther und ihren gedrängten, bis Morgens um 2 oder 3 Uhr fortgesetzten Versammlungen insbesondere junger Personen beider Geschlechter. Ueber Edinburgh und Glasgow ist nichts Sicheres zu erheben, da die Schwankungen im sittlichen Zustande hier auf zu mannigfaltige und unbeobachtbare Einflüsse zurückzubeziehen sind.

Dagegen wird das Folgende über die Art, wie sich diese merkwürdige Bewegung in Südschottland geberdete, von einigem Interesse seyn. Im Januar 1861 kam ein Amerikaner, Hammond, der sich vor einigen Jahren von Geisterklopfen und Mesmerismus in England und Schottland ernährte, den aber, wie er sich auszudrücken beliebte, die „Liebe zu Seelen" alle die 3093 englische Meilen herübertrieb, in ein Städtchen am Solway, und dies war der Anfang einer ununterbrochenen Reihe von Versammlungen in

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 178.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Sonntag, 30. Juni 1861.

Abonnements-Einladung.

Bestellungen auf die täglich erscheinende, mit dem Unterhaltungsblatte **Mnemosyne** und dem Beiblatte **Würzburger Anzeiger** verbundene

Neue Würzburger Zeitung

für das mit dem 1. Juli beginnende III. Quartal nehmen alle Postämter, für hier die unterzeichnete Expedition an und werden solche **rechtzeitig** erbeten. Der Abonnementspreis beträgt hier wie in ganz Bayern vierteljährlich **2** fl. Bei auswärtigen Postämtern findet eine geringe Preiserhöhung statt.

Die „Neue Würzburger Zeitung" wird, wie bisher, über alle vorkommenden Ereignisse möglichst rasche und zuverlässige Berichte, über besonders wichtige Vorkommnisse aber

telegraphische Mittheilungen

bringen.

Das belletristische Beiblatt „Mnemosyne" enthält das Neueste und Interessanteste aus dem Gebiete der Unterhaltungslektüre und bringt gleich den Vorjahren während der Theatersaison Recensionen über die Leistungen der hiesigen Oper und des Schauspiels.

Die Expedition der „N. Würzb. Ztg."
(**Stahel**'sche Buch- und Kunsthandlung.)

Eine Abfertigung.

Von einem Czechen in Neapel ist ein offenes Sendschreiben an den deutschen politischen Flüchtling Karl Blind (gegenwärtig in London) („Un Boëmo a Carlo Blind") als Erwiderung auf dessen Brief an Mazzini veröffentlicht worden, worauf Blind seinerseits in einer Broschüre antwortet. Der Czeche hatte ihm gesagt, daß in Böhmen 5 Mill. Slaven und 2 Millionen Deutsche wohnen, daß die böhmische Sprache einmal die diplomatische Sprache eines deutschen Monarchen gewesen, daß die Prager Universität eine slawische, daß Böhmen das Land sey, das Deutschland die Reformation gab, daß das deutsche Element in Böhmen immer das retrograde war und noch ist ꝛc. Den letzten Vorwurf gegen das Deutschthum zumal scheint sich Hr. Blind am meisten zu Herzen genommen zu haben, und er antwortet darauf: „Im Jahre 1848 kämpften die Deutschen, die Ungarn, die Italiener vereint gegen die Habsburger. Die czechischen Führer, nachdem sie sich einen Augenblick im Sinne des Panslawismus gegen das Haus Oesterreich zu wenden schienen, ergriffen im Reichstage schließlich Partei für dasselbe; sie schrieben die Einheit der k. k. Monarchie auf ihre Fahne, vorausgesetzt, daß Oesterreich soviel als möglich slawisirt, daß in dem schwarzgelben Rahmen des Kaiserstaats dem Czechenthum ein möglichst großer Platz eingeräumt werde. Vergebens boten deutsche Volksmänner die Hand zum einträchtigen Wirken. Der deutsche und der slawische Bewohner Böhmens sollten gleiches Recht, gleiche Freiheit genießen, der Gebrauch der beiden Sprachen in der Schule, vor Gericht, in der Verwaltung ein freier und gleichmäßiger seyn. Alle Gesetze sollten im doppelten Text gegeben werden, und in der That wurden die Grundrechte, welche den Czechen in die Lage versetzten, seine Nationalität zu entwickeln und sich der Freiheit der Agitation zu bedienen, auf diese Weise veröffentlicht. Doch damit waren Czechenführern nicht gedient. Sie intriguirten lieber mit kroatischen Hordenführern wie Jellachich, mit slawischen Vendéern, welche die ungarische Revolution bekämpften, und mit den hinter diesen stehenden russischen Sendlingen. Sie nahmen ihren Platz im Reichstage auf der Rechten ein. Sie konspirirten mit dem Hofe gegen das nach Befreiung ringende Volk von Wien. Als der Hof floh, als der Sturm der Oktobertage donnernd hereinbrach, wo waren da die Czechenführer? Wo waren die Herren Palacky, Rieger und Brauner? Sie verließen verrätherischer Weise die Hallen der Berathung; sie verbreiteten Aufrufe, worin sie zur Bildung eines Gegenparlaments zu Brünn in Mähren antrieben, um gegen die Revolutionsfahne von Wien das schwarzgelbe Reaktionsbanner aufzustecken. Das, mein Herr, war der Geist der Vendée! Und nicht genug damit: als der Reichstag auf den Antrag der Czechenführer nach Kremsier verlegt worden war, da verlangten diese und setzten es unter dem Drucke des k. k. Standrechtsregiments durch, daß die Protokolle der Sitzungen, die während der Revolutionstage in Wien stattgefunden und an denen sie nicht theilgenommen, unverlesen blieben, damit der Bruch mit der Revolution förmlich ausgesprochen, damit der gemordete Robert Blum durch den Reichstag als Hochverräther gebrandmarkt erscheine. Dieser Antrag, von Rieger und Brauner mit herausfordernder Geberde, in höhnischer Rede gestellt, war der Antrag des siegenden Vendéergeistes ... Glauben Sie nicht, daß ich den Ring möchte zerbrechen sehen, der, wie Sie sagen, vermittelst Böhmens das deutsche Element mit dem slawischen verbindet. Der Panslawismus will diesen Ring zerbrechen! Oder vielmehr, er will ihn in eine Fessel Deutschlands umschmieden; er will ihn zu einem Fanghaken machen, mit welchem Rußland nach Mitteleuropa hineingreift ... Oder meinen Sie, daß Deutschland, mit welchem Böhmen seit uralten Zeiten verbunden ist, sich eine von deutschen Bestandtheilen durchzogene Sprachinsel gewissermaßen aus dem Leibe werde herausschneiden lassen, damit die czechisch sprechenden Einwohner den unmöglichen Versuch einer auf Kosten Deutschlands und Ungarns zu errichtenden Großslowakei machen können? Wenn ein Bretone in Frankreich, ein Walliser oder Gäle in England, ein Baske in Spanien, ein albanischer Moreote in Griechenland einen ähnlichen Anspruch machte, man würde die Achsel zucken. Glaubt man dem Deutschen mehr bieten zu dürfen? Meint man, der deutsche Träumer lasse sich den Boden unter den Füßen wegschwatzen, sich ein russisches Vorwerk in die Mitte des eigenen Landes pflanzen? Und das Alles, während rings um Deutschland herum große Zweige seines eigenen Stammes mit fremden Staaten vereinigt sind?" (D. Allg. Z.)

Deutscher Bund.

Frankfurt, 28. Juni. In der gestrigen Bundestagssitzung wurde von dem am 11. November 1852 für die Heimathsverhältnisse niedergesetzten Ausschusse ein Vortrag erstattet, bei dem es sich darum handelte, den bekannten Gothaer Vertrag vom 15. Juli 1857 wegen gegenseitiger Uebernahme von Ausgewiesenen und Heimathlosen in der Form eines Bundesbeschlusses zur allgemeinen Gültigkeit für ganz Deutschland zu erheben. Die Ausschußmehrheit beantragte zu diesem Behufe eine Kommission, welche alle einschlägigen Bestimmungen (der Gothaer Vertrag hat eine Reihe Erläuterungen und Ergänzungen erhalten), sowie die von Oesterreich vorgeschlagenen Modalitäten und etwaige neue Anträge in ein Ganzes zu bringen hätte, über das dann die Bundesversammlung definitiv Schluß fassen würde. Eine Minderheit des

Nichtpolitische Zeitung.

München, 27. Juni. Im Hoftheater wurde gestern Molière's fünfaktige Komödie „Der Geizige" in einer Bearbeitung von Dingistedt gegeben. Das 200 Jahr alte Stück, welches in zahlreichen Uebersetzungen vormals über alle deutschen Bühnen ging, liegt unserm heutigen Geschmacke ziemlich fern, so sehr auch der Bearbeiter bemüht war, viel Veraltetes daraus wegzuräumen und das Ganze unserer Zeitanschauung mehr anzupassen. (Bayer. Bl.)

München. Der Bierpreis-Barometer sinkt immer mehr, bereits wird das Bier von einigen Wirthen schon um 7 1/2 kr. per Maß ausgeschenkt.

Aus dem Fichtelgebirge. Die Wirren in Nordamerika machen sich auch für die hiesige Gegend fühlbar, indem diejenigen Fabrikanten, welche ihre Baumwollenwaaren dorthin liefern, gezwungen sind, ihre Webstühle nicht unerheblich zu reduziren.

In Fürth wurde eine „Mägdeherberge" gegründet, welche sich der weiblichen Dienstboten annimmt, die auf längere oder kürzere Zeit dienst- und obdachlos sind und mit besonderen Verlegenheiten oder Gefahren zu kämpfen haben. (Fr. K.)

Kaiserslautern, 25. Juni. Die erste Sitzung der seit Sonntag hier tagenden 16. Versammlung der süddeutschen Forstwirthe fand gestern von früh 8 bis 11 Uhr statt. Die Versammlung ist von etwa 300 Mitgliedern besucht.

Konstanz, 24. Juni. Unter unserer Garnison ist die ägyptische Augenkrankheit ausgebrochen, so daß gegen 100 Soldaten im Spitale liegen. Die Aerzte schreiben diese auffallende Erscheinung hauptsächlich dem Umstande zu, daß die Leute zu eng einkasernirt seyen. (Schw. M.)

Berlin, 26. Juni. Nach längerem Leiden verstarb gestern hier der Historienmaler Felix Schadow im 43. Lebensjahre.

Zürich, 26. Juni. Heute Morgen um 11 Uhr wurde die Bevölkerung unserer Stadt durch einen furchtbaren Knall beunruhigt. Veranlassung dazu hatte, wie ich eben erfahre, das höchst unglückliche Ereigniß einer Explosion der Pulvermühle zu Altstetten gegeben. Sie kostete nun auch dem letzten, und zwar dem jüngsten Sohn des braven Pulvermüllers Diederich, so wie einem im Werke beschäftigten Arbeiter das Leben. Im Jahre 1852 explodirte nämlich an dieser selben Stelle die alte Pulvermühle, wobei dem armen Vater seine zwei ältesten Söhne verloren gingen. Altstetten liegt etwa eine Stunde von hier entfernt auf dem linken Ufer der Limmat, an der Straße von Zürich nach Baden. Das an dem rechten Ufer der Limmat jenem gerade gegenüber liegende Städtchen Höngg ward diesmal von der Erschütterung so stark berührt, daß in der großen Steicker'schen Fabrik, in Folge des Luftdrucks, auch keine einzige Glasscheibe verschont blieb. (A. Z.)

Neueste Nachrichten.

** München, 27. Juni. (Privat-Korresp.) Die Gesammtbeschlüsse der Gesetzgebungsausschüsse beider Kammern über das Strafgesetzbuch, das Polizeistrafgesetzbuch und das Einführungsgesetz sind nunmehr der k. Staatsregierung mitgetheilt worden. Man glaubt annehmen zu dürfen, daß die k. Staatsregierung allen von den Ausschüssen beschlossenen Modifikationen ihre Zustimmung ertheilen wird; ist dieß der Fall, so wollen diejenigen Mitglieder der Kammer der Abgeordneten, welche die Absicht haben, bei der Berathung der Entwürfe in der Kammer Modifikationen zu einzelnen Artikeln einzubringen, dieß unterlassen, so daß dann — da Vereinbarung der beiden Ausschüsse und der Regierung vorliegt — in der Kammer ohne Berathung nur die Abstimmung über die Artikel und resp. Abschnitte zu erfolgen hätte.

Aus Kassel, 26. Juni, wird der „Allg. Z." geschrieben: „Es ist beschlossene Sache, daß man nach erfolgter Inkompetenzerklärung die 2. Kammer nicht wieder auflösen, sondern nur vertagen wird. Sind wir gut unterrichtet, so wäre dieser Beschluß der erste Schritt zur endlichen Lösung der Verfassungsfrage. Während der Vertagung der zweiten Kammer soll nämlich in der ersten eine Adresse an den Kurfürsten beschlossen werden, in welcher er um die Wiederherstellung der Verfassung von 1831 „aus landesherrlicher Machtvollkommenheit" gebeten wird. Dieser Bitte nachzugeben, soll an allerhöchster Stelle nunmehr kein Bedenken im Wege stehen. Wir haben zwar keinen Grund, an der Glaubwürdigkeit unserer Quelle zu zweifeln, lassen gleichwohl aber die Sache selbst dahin gestellt seyn, bis in der ersten Kammer der betreffende Antrag eingebracht seyn wird. Daß dieser Antrag gestellt wird, davon dürfen wir uns nach den uns gewordenen Mittheilungen (man nannte uns sogar den Namen des betreffenden Antragstellers — von B.) für überzeugt halten."

== Aus Pesth vom 26. Juni wird geschrieben: „Das Unterhaus sprach gestern auf den Antrag seines Vizepräsidenten durch Aufstehen sein Beileid über Cavour's Tod aus. Ballagi beantragte, ernstlich Hand an die Wiedereinführung des 1848er Preßgesetzes zu legen. — Die Stadtrepräsentanz erklärte dem mit der Untersuchung gegen sie beauftragten königl. Kommissär Havas, sie werde ihm die verlangten Aktenstücke nur wie jedem anderen Privaten abschriftlich zustellen lassen."

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	—
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	64 3/8 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	55 7/8 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	—
„	4 1/2 pCt.	41 1/2 P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	89 3/8 P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	103 1/4 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	103 1/4 P. 103 G.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	103 3/8 P. 1/8 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	101 P. 100 3/4 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101 P. 100 3/4 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 3/4 G.
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	105 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	95 7/8 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	103 1/8 P. 102 5/8 G
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	96 P. 95 1/2 G.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	103 P. 102 1/2 G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 1/2 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 1/2 G.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 5/8 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 3/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	98 1/2 P.
„	3 pCt. Obl.	92 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	46 5/8 P.
„	1 3/4 pCt. „ „ „	41 G.
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 500 Thlr.	99 1/2 P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	108 7/8 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	648 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	144 1/2 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	187 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	70 3/4 G.
Internationale Bank in Luxemb. . .	84 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	321 P. 319 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	65 1/2 P.
Oest. F. St. Elsb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	230 P.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	119 1/2 P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	76 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	23 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	136 1/4 G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	101 7/8 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50 3/4 P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	238 P. exC
Span. Handels- u. Industrie . . .	535 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire . .	473 P.
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	105 1/8 P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P 100 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99 5/8 B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105 1/8 G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96 B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 G.
London Lst. 10 k. S.	118 5/8 B. 3/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	98 1/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	93 5/8 B. 3/8 G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	84 5/8 P. 3/8 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	81 1/2 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	49 1/8 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	64 1/2 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	130 7/8 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	60 3/4—61 G.	„ fl. 25 do.	35 3/4 P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	100 1/8 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	35 1/2 P.
3 1/2 pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	124 1/4 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	51 G.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 2 1/2 pCt. Z.	37 P.
Badische fl. 50	90 1/8 P.	Vereins-Loose fl. 10.	10 1/4 P.
Badische fl. 35	53 1/8 P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 3/4 P.

Frankfurt, 28. Juni. Oesterr. Bankaktien erfuhren eine ansehnliche Preisverbesserung, die übrigen Fonds und Aktien behaupteten sich auf dem gestrigen Stande. (Synd.)

Millionen Einwohnern befinden sich zwei Millionen Deutsche. Und diese Deutschen und diese Ruthenen verstehen unter Autonomie nicht die Omnipotenz der Landtage und die Ohnmacht des Reichsraths. Redner führt nun an, daß es gegenwärtig für die deutsche Bevölkerung in Prag keine einzige Volksschule gebe. (Lebhafte Rufe von rechts: Das ist nicht wahr!) Herbst: Wenn die Thatsache, daß sämmtliche Volksschulen in letzterer Zeit czechisirt wurden, die doch jedem Einwohner von Prag bekannt ist, in diesem Hause von böhmischen Abgeordneten geleugnet wird, so müssen diese Herren ganz eigenthümliche Begriffe von parlamentarischen Sitten und Gebräuchen haben. (Bravo links.) Redner führt nun, um die Bevorzugung der deutschen Sprache in manchen Fällen begreiflich zu machen, den Umstand an, daß in letzter Zeit einer der hervorragendsten Vertreter der czechischen Nation ermächtigt wurde, an der Prager Universität in czechischer Sprache zu lehren; in kurzem habe er sich jedoch bemüssigt gesehen, die deutsche Sprache wieder als Lehrsprache zu wählen. Es wird hierauf zur Spezialdebatte bezüglich der Mühlfeld'schen Anträge geschritten und Punkt 1: „Es sey ein Ausschuß zu bilden, welcher ein Gesetz zur Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts, sowie ein Gesetz zum Schutze der Freiheit der Person und des Hausrechtes, dann des Briefgeheimnisses zu verfassen habe," ohne Debatte angenommen. Ueber Punkt 2 (Regelung des Unterrichtswesens) ergriff zuerst Abg. Dietl aus Krakau das Wort; er will die Lösung der Unterrichtsfrage den Landtagen der einzelnen Kronländer vorbehalten. Diese Debatte, bei der Deutsche, Polen und Czechen einander heftig bekämpften, wurde heute nicht zu Ende gebracht.

Das Organ der katholischen Geistlichkeit in Böhmen, „Dee Blahowest", theilt nachstehende Thatsache aus Prag mit: „In jüngster Zeit wurde bei dem hiesigen Strafgericht eine Klage auf Ehrenbeleidigung eingebracht. Bei seinem ersten Verhör sagte der Kläger zu dem Untersuchungsrichter: „N. hieß mich einen Lumpen, Taugenichts rc. Dies Alles hätte ich ihm verziehen, daß er aber sagte, daß ich „Konkordat" bin, das verzeihe ich ihm bis zum letzten Augenblicke meines Lebens nicht und verlange, daß er dafür nach Recht und Gesetz bestraft werde.!"

Frankreich.

Paris, 26. Juni. Heute ist die Broschüre „A mes juges. Ma vie et mes affaires" von J. Mirès erschienen. Seine Angelegenheit kommt morgen zur Verhandlung, und der Angeklagte hofft wahrscheinlich viel von dieser Schrift, die er trotz des Abrathens seines Anwalts veröffentlichte. In der Vorrede hält Hr. Mirès, welchen die viermonatliche Gefangenschaft mit $2\frac{1}{2}$ Monat Geheimhaft mürb gemacht zu haben scheint, der kaiserlichen Regierung eine Lobrede. Sodann folgt eine Selbstbiographie, aus welcher ersichtlich ist, daß der Exdirektor der Eisenbahnkasse im Dezember 1809 zu Bordeaux geboren ist. Hernach geht er auf „seine Geschäfte" über, wobei er die Errichtung des Kredit Mobilier, die Einführung der öffentlichen Subskription bei Anlehen und die Rekonstituirung des Kapitals der Bank von Frankreich als die drei größten finanziellen Ereignisse der Gegenwart hinstellt. Als direkte Veranlassung zu seinem Unglücke nennt Mirès die Denunziation durch Hrn. v. Pontalba; den hieraus der Eisenbahnkasse erwachsenen Verlust gibt er auf 31,100,633 Fr. an. Die gegen ihn erhobenen sechs Anklagen sucht er der Reihe nach zu widerlegen. Was die Vertheilung erdichteter Dividenden betrifft, so erklärt Hr. Mirès, seit drei Jahren nur die 5 pCt. Zinsen vertheilt zu haben. Die Broschüre findet reißenden Absatz; doch sehen sich jene getäuscht, die Skandal zu lesen erwarteten. Mirès kriecht zu Kreuz — vielleicht wird man ihn begnadigen. (Fr. Postz.)

Italien.

Der Rede, womit Ricasoli dem Abgeordnetenhaus zu Turin anzeigte, daß Frankreich das Königreich Italien anerkannt habe, entnehmen wir folgende wesentliche Stellen wörtlich: „Italien wird in diesem Schritte einen neuen Beweggrund zur Dankbarkeit gegen die hochherzige Nation finden, deren kais. Regierung das Genie und die edlen Eingebungen so würdig vertritt. Fürchten Sie nicht, daß diese Dankbarkeit gegen Frankreich auch nur das geringste Opfer unserer Rechte oder unserer Interessen erheischen könnte. Zwischen Frankreich und Italien kann kein Streit der Interessen vorhanden seyn: Freiheit, Fortschritt und Humanität werden fortan die gemeinschaftlichen Ziele der gesitteten Völker seyn; Italien und Frankreich werden auf diese edlen Resultate mit einander hinarbeiten. Oeffnen wie unsere Herzen der Freude über diesen neuen Erfolg, vergessen wir jedoch darüber nicht unsere Aufgabe, die noch nicht gelöst ist. Wir verdanken diesen Erfolg vornehmlich unserer Klugheit, Beständigkeit, Eintracht, unserem Welteifer, unseren großherzigen Anstrengungen und Opfern. Wir haben diese Tugenden, deren Wirksamkeit durch kein Wohlwollen und durch keine Unterstützung von außen her ersetzt werden kann, sehr nöthig; diese Tugenden sind der wahre Grund für die Erfolge, die wir errungen haben, und sie sind die sicherste Bürgschaft für die Zukunft." (Diese Worte deuten an, daß Ricasoli glaubt, Italien werde künftig die theure Hülfe Frankreichs entbehren können.) Nachdem diese Rede mit anhaltendem stürmischen Beifall aufgenommen worden, nahm das Mitglied der Linken, Mufonino, das Wort, um die Bemerkung zu machen, daß in der von Ricasoli gemachten Mittheilung eine Lücke sey, da Rom mit Stillschweigen übergangen werde — Rom, von Rechts wegen Italiens Hauptstadt — und es stehe zu wünschen, daß der Ministerpräsident sich auch über diesen Punkt noch vernehmen lasse. Es sey, entgegnete Ricasoli, noch kein italienischer Gesandter in Paris und noch kein französischer in Turin; dieser Theil der Beziehungen zwischen den beiden Ländern sey noch nicht geordnet, er werde aber unverzüglich geordnet werden. In Betreff Roms könne die italienische Regierung indeß die Versicherung ertheilen, daß sie durchaus nicht gesonnen sey, diese Frage schlummern zu lassen; dieselbe sey zu wichtig, als daß das Kabinet nicht unverzüglich an die Lösung derselben gehen sollte. „Die Kammer wird jedoch einsehen", so schloß Ricasoli seine Erklärung, „daß dies eine überaus schwere Frage ist, deren Schwierigkeiten sich nur auf dem Wege der Verhandlungen beseitigen lassen. Unsere Erörterungen mit dem Kaiser Napoleon dauern unausgesetzt fort, und ich schmeichle mir, daß in einer Zeit, die ich in diesem Augenblicke noch nicht genau zu bestimmen vermag, das Resultat, welches der Nation das erwünschteste ist, erzielt werden wird. Vorläufig darf ich die Versicherung ertheilen, daß die Anerkennung des italienischen Königreiches keine Bedingung, keine Verletzung unserer nationalen Rechte einschließt."

Türkei.

Der Tod des Sultans ist das Ereigniß des Tages. Mit der größten Spannung sieht man den ersten Maßnahmen seines Nachfolgers entgegen. Alle über die politische Richtung des Letzteren verbreiteten Gerüchte müssen um so mehr mit Vorsicht behandelt werden, als nach den türkischen Hausgesetzen er bis jetzt an der Regierung gar keinen Antheil genommen hat. Die Verhältnisse im Orient so gut wie an anderen Orten sind indessen in der Regel stärker, als die Menschen, und so wird denn der Regierungswechsel zwar Intriguen ohne Zahl entstehen lassen, im Großen und Ganzen aber schwerlich eine tiefgreifende Veränderung herbeiführen. (Köln. Z.)

Rußland und Polen.

Warschau, 24. Juni. Seit undenklichen Zeiten ist es bei uns Sitte, am Vorabende des Johannistages Kränze in die Weichsel zu werfen, theils um das Andenken einer legendenhaften polnischen Fürstin Wanda, welche aus Patriotismus in den Fluthen dieses Flusses ihr Grab gefunden, zu ehren, theils um verschiedene Prognostikon daraus zu ziehen, ob der Kranz in die Tiefe sinkt oder obenauf schwimmt. Dieser Tag ist zum Volksfeste geworden: die ganze Stadt begibt sich alljährlich, in festlichen Kleidern und mit Blumen und Kränzen geschmückt, nach dem „neuen Weg" (nowy zjazd) und der Weichselbrücke, um diesem Feste beizuwohnen. Auch gestern haben dort aufgestellte Gendarmen das große Publikum erwartet. Dasselbe aber begab sich in die ganz entgegengesetzte Seite der Stadt, nämlich nach dem Powonski'schen Kirchhofe, um dort mit Rosen- und Dornenkränzen alle Gräber der Opfer vom 27. Februar und 8. April zu schmücken. Tausende und abermals Tausende von Menschen in Trauerkleidern versammelten sich hier, um auf den unter der Kränzemasse buchstäblich unsichtbaren Gräbern der Gefallenen „Nationalgebete" zu verrichten und „patriotische" Lieder zu singen. Selbst das plötzliche Gewitter vermochte nicht, das singende Publikum zu vertreiben. Man bemerkte unter Anderem auf dem Grabe der fünf Opfer vom 27. Februar einen kleinen aus Blumen aufgestellten, mit Wachslichtern erleuchteten Tempel, in dessen Mitte ein schwarzer Sarg mit einem Kreuze auf Rosen- und Dornenkränzen ruhte. Dieses Sinnbild wurde von der Tischlerinnung den Todten als Erinnerung dargebracht.

Asien.

Bombay, 27. Mai. Der Hungersnoth ist abgeholfen. — In den südwestlichen Provinzen sind Unruhen ausgebrochen. In den Indigodistrikten sind 4 Regimenter aufgelöst worden. — Die Verschmelzung beider Armeen (der ostindischen und der königlichen) wird von der Armee gemißbilligt. (T. d. D. Allg. Z.)

wir s. Z. unsern Lesern bereits Mittheilung gemacht. Wir freuen uns weiter mittheilen zu können, daß Hr. Oberst Neumayer neuerdings zu dem Zwecke vor einigen Tagen hierherkam, um mit einem nach seinen Angaben neukonstruirten gußeisernen gezogenen 24-Pfünder-Rohre, welches in beiden obengenannten Anstalten hergestellt wurde, Schießproben vornehmen zu lassen. Die damit bis jetzt erhaltenen Resultate sind über alle Erwartung günstig, wie sie nur durch die zweckmäßigste Konstruktion, verbunden mit einer sorgfältigen, den strengsten Anforderungen entsprechenden Ausführung erreichbar waren. In Folge davon sind der Maschinenfabrik Augsburg sogleich weitere Aufträge für solche Rohre zugegangen. Auch eine Lieferung von 10,000 eisernen Geschossen hat diese Fabrik, wie wir vernehmen, zur vollen Zufriedenheit der k. Militärbehörde zur Ausführung gebracht. Es ist ein erfreulicher Beweis von dem Fortschritte unserer Industrie, daß königliche und Privat-Anstalten mit einander wetteifern, um die Bedürfnisse des Staates zu befriedigen, und daß letztere, sonst nur für die Werke des Friedens bestimmt, im Falle der Noth das Feld ihrer Thätigkeit auch auf Beschaffung der speziellen Kriegsbedürfnisse auszudehnen im Stande sind. (Augsb. Abdz.)

Württemberg. Die württembergische Ständeversammlung wird heuer zum ersten Male in Ragaz, Kanton St. Gallen (wo der König gegenwärtig die Kur gebraucht), tagen. Wenigstens veröffentlicht der „Württemb. Staatsanzeiger" folgendes k. Reskript: „Da Wir nach Anhörung Unseres Geheimen Raths den Wiederzusammentritt der vertagten Stände auf Dinstag den 2. Juli l. Js. festzusetzen geruht haben, so befehlen Wir, daß sich die Mitglieder beider Kammern an diesem Tage zur Eröffnung ihrer Sitzungen dahier versammeln und die unterbrochenen Verhandlungen wieder aufnehmen. Gegeben Ragaz, den 21. Juni 1861. Wilhelm."

Eßlingen, 27. Juni. Auch hier besteht jetzt eine Jugendwehr. In der gestern Abend in dieser Angelegenheit gehaltenen Versammlung lagen für den Anfang bereits zahlreiche Beitrittserklärungen vor, welche hauptsächlich aus der Mitte der Turner und der Feuerwehr erfolgten; doch wird auch bald die Betheiligung anderer Stände, namentlich der jungen Kaufleute erwartet. (Schw. M.)

Freie Städte. Aus Frankfurt a. M., 24. Juni, schreibt man der „D. A. Z.": Die Untersuchung wegen des von preußischen Offizieren an dem Sekretär des hiesigen amerikanischen Generalkonsulats verübten Attentats soll sich, wie man vernimmt, immer ungünstiger für die drei Angreifer gestalten. Es laufen übrigens die seltsamsten Gerüchte über den eigentlichen Ursprung des Vorfalls um. Unter Anderem heißt es, Hr. Gläser habe sich dadurch den Zorn der Offiziere zugezogen, daß er unter der hiesigen preußischen Garnison Werbungsversuche für die amerikanische Armee gemacht habe. Hiervon ist so viel wahr, daß während der letzten zwei Monate auf der Kanzlei des amerikanischen Generalkonsulats eine Menge von Anfragen sowohl von Gemeinen wie von Offizieren der verschiedensten hier sowohl wie auswärts garnisonirenden Truppenkörper gemacht wurden, um in den Dienst der Vereinigten Staaten zu treten. Sämmtlich nun aber erhielten sie, und in der Regel durch den Konsulatssekretär, die stereotype Antwort, daß dem Generalkonsulat keinerlei auf Werbung lautende Aufträge von der amerikanischen Regierung ertheilt seyen und daß dasselbe auch um keinerlei privatim betriebene Werbungen wisse. In der Regel nämlich machten die Anfrager die Bemerkung, daß ihnen mitgetheilt sey, daß in hiesiger Stadt und namentlich auch in Mainz heimliche Werbebureaux, und zwar unter Mitwissenschaft des amerikanischen Konsulats, existirten. Das ist, wie ich aus guter Quelle vernehme, das Wahre, oder vielmehr das Falsche, an dem Ursprunge des angedeuteten Gerüchts; Hr. Gläser ist also gerade derjenige, welcher einer Menge von Anfragern die Kampflust für die Erhaltung der freien Institutionen seines Adoptiv-Vaterlandes offiziell gedämpft hat. Was übrigens Hrn. Gläser's Gesundheitszustand betrifft, so ist er außer Gefahr, aber keineswegs wieder hergestellt.

Oesterreich. Bei der stillen Messe, welche doch noch am 22. in der Franziskanerkirche zu Pesth für Cavour abgehalten wurde, celebrirten die Unterhausmitglieder Paul Zambor und Opitz, ersterer am Hochaltare, letzterer an einem Seitenaltare. Die Universitätsjugend, die natürlich bei keiner Demonstration fehlen darf, erschien in Gallakostüm mit Säbeln umgürtet, der akademische Gesangverein führte den vocalen Theil der Messe aus und nach deren Beendigung wurde von allen Anwesenden das „Szozat" angestimmt. Nach „Magyar Orszag" mußte der mit ungarischen und italienischen Fahnen geschmückte Katafalk noch am vorgehenden Abend entfernt werden. Das „Komite" beabsichtigt, die zur Deckung der Kosten eingelaufene Summe als Beitrag zum Cavourdenkmal nach Turin zu senden. Von den Deputirten waren nach dem „P. N." nur beiläufig 30 anwesend.

Wien, 23. Juni. Der Abschied der Kaiserin war ein höchst betrübter. Die Begrüßungen des Herren- und des Abgeordnetenhauses konnten nicht angenommen werden, denn außer dem Hüsteln hat sich bei der hohen Frau auch Heiserkeit eingestellt. Die ganze kaiserliche Familie befand sich auf dem Zuge von Schloß Laxenburg über Mödling nach Baden, und die Kinder fuhren bis Reichenau. Der Kaiser konnte die Thränen in den Augen nicht unterdrücken und sah immer verstohlen hin nach der im Sopha mit gesenktem Haupte sitzenden Gemahlin. Nirgends ein heiteres Antlitz, und nur mit äußerstem Zwange wurde das Schluchzen zurückgehalten. Tausende von Menschen hatten sich im Mödlinger Bahnhofe eingefunden, aber der Zug hielt geflissentlich erst weit außerhalb, um der Patientin die Aufregung zu ersparen. Die Mutter des Kaisers war auf der Rückfahrt wie in Thränen gebadet. Der frühere Arzt der Kaiserin in München, Hofrath Fischer, war hieher gekommen und hielt eine Konsultation; man hörte nicht, daß er die Hoffnung auf eine baldige Wiederherstellung ausgesprochen hätte. (Köln. Z.)

* Wien, 25. Juni. In der heute fortgesetzten allgemeinen Berathung des Abgeordnetenhauses über Mühlfeld's Antrag auf Feststellung verschiedener Grundrechte ergriff u. A. Abg. Putzer aus Tyrol das Wort: „Prof. Brinz, sagte er, hat die Besorgniß geäußert, daß es in Tyrol über die sog. Protestantenfrage zu Mord und Todtschlag kommen könnte. Ich glaube es der Ehre meiner Landsleute, aller meiner Landsleute ohne Unterschied, schuldig zu seyn, dieser Ansicht entgegenzutreten, und das hohe Haus zu versichern, daß ich selbe nicht theile. Ueberhaupt bitte ich Sie, meine Herren, das tyroler Volk mit einiger Nachsicht zu beurtheilen; dasselbe ist weder so bornirt, noch so schlimm, als es bei diesem Anlasse vielleicht scheinen mag. Bedenken Sie, daß dort einige durch Talent und Stellung hervorragende Personen dem Volke unabläßig vordemonstriren, es sey mit seinen Wünschen in vollem Rechte, es stehe auf gutem gesetzlichen Boden; bedenken Sie, daß dort einige Schmutzblätter alle unparteiischen, freisinnigen Anhänger des Ministerium tagtäglich mit Spott und Hohn, mit Invektiven aller Art überschütten, und Sie werden es ganz natürlich finden, daß der gemeine Mann, verblendet und bethört, sich manchmal unbändig äußert; aber eine brudermörderische Hand zu erheben, einen politischen Mord zu begehen, nein, dessen ist kein Tyroler fähig. Abg. Fischer äußerte u. A.: Die Anklage, daß diejenigen, welche in Tyrol für das Protestantengesetz stimmten, an ihrem Leben bedroht seyen, könne nur in der Hitze der Debatte gefallen seyn. Die feste Ansicht der Tyroler in Glaubenssachen sey eine Frucht der tiefen Religiosität; dazu komme die Ungewißheit, was eigentlich Rechtens sey. Ob das Toleranzedikt Josephs II. dort je Giltigkeit gehabt, sey zweifelhaft. Im Jahr 1806 wurde Tyrol bayerisch; was damals Bayern verfügte, ist bekannt, nicht minder die Antwort der Tyroler. Die Bauernerhebung von 1809 war wesentlich eine religiöse. Alle Bemühungen der Regierung zu Gunsten der Protestanten seit 1833 stießen auf den gleichen Widerstand; auch 1848 wurde beschlossen, die öffentliche Religionsübung nur der katholischen Kirche zu gestatten. Wenn besondere Verhältnisse in Lombardo-Venetien, wo man das Banner der Revolution erhob, diese Länder von dem Gesetze ausschießen, warum nicht eben so Tyrol, das durch seine Treue berühmte? Es sey eine Verleumdung, zu sagen, daß die Protestantenfreunde wie Pfretschner in Tyrol persönlich gefährdet wären." Brinz: Ich habe nur gesagt, daß die herrschende Aufregung die Möglichkeit in Aussicht stelle. Ich bitte das hohe Haus, zu entscheiden, ob ich ein Verleumder bin, wie Hr. Dr. Fischer gesagt hat. Fischer: Ich wollte Verdächtigung sagen. Brinz: Auch damit bin ich nicht zufrieden. Pfretschner: Die Nennung seines Namens nöthige ihn, das Wort zu ergreifen. Er hoffe, daß der gesunde Sinn des Volkes sich Bahn brechen werde. Im Jahr 1848, von welchem Abgeordneter Fischer gesprochen, habe eine solche Agitation nicht existirt; Man fange endlich an, zu merken, daß die Religiosität des Volkes zu anderen als religiösen Zwecken mißbraucht werden solle. (Lebhafter Beifall.) Hierauf erheben sich mehrere Czechen und Polen mit der Behauptung, die von Mühlfeld beantragten Gesetze vertrügen sich nicht mit der den Kronländern durch die Verfassung eingeräumten Autonomie. Dieser Behauptung trat Abg. Herbst entgegen: „in Galizien, sagt er, befindet sich nicht nur der polnische Volksstamm, sondern auch der ruthenische, und zwar ist dieser nicht in geringer Anzahl vorhanden, auch nicht erst jüngst eingewandert, sondern die Ruthenen sind in kompakten Massen vorhanden. In Böhmen leben nicht fünf Millionen Czechen, sondern unter diesen fünf

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 177.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Nemer	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 2 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 29. Juni 1861.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 27. Juni. Se. Maj. der König hat das Benefizium Salmannskirchen, Ldg. Neumarkt, dem Benefiziaten in Teising, des gen. Ldg., Priester M. Emmer, übertragen. (N.M.Z.)

München, 26. Juni. Bei der Berathung des Einführungsgesetzes im Gesetzgebungsausschuß der Kammer der Reichsräthe haben sich die Minister gegen die Ausdehnung der Bestimmungen unseres Strafprozesses über die Bildung der Geschwornengerichte auf die Pfalz erklärt. (N. K.)

(Eingesandt.) In Nr. 166 Ihres Blattes findet sich in dem Kammerbericht vom 13. Juni die Mittheilung, daß Herr Referent im Finanzausschuß der Kammer der Abgeordneten den Grundsatz aufstellte, daß es gegen den Sinn des Aufschlagmandats sey, das auf dem Felde gewachsene Getraide unter den Begriff von Malz zu subsumiren, da es notorisch sey, daß solches Getraide zur Erzeugung von Malz im Sinne des Aufschlagmandats unbrauchbar sey und Mißbrauch zum Schaden des Aerars damit nicht stattfinden könne. Dieser Anschauung muß entschieden entgegengetreten werden. Der Zweck des Malzens besteht darin, durch den Keimprozeß das Diastas zu erzeugen, diejenige Substanz, welche die Umänderung des Stärkemehls in Gummi und Zucker, neben Ausscheidung des Klebers, bewirkt, welcher Zweck schon durch Zusatz einer sehr geringen Quantität dieser Substanz (bei der Operation des Einmaischens) erreicht wird. In Zucker und Gummi muß das Stärkemehl aber verwandelt werden, wenn durch die Gährung eine alkoholhaltige Flüssigkeit hergestellt werden soll. Das Aufschlagmandat verlangt von jedem zur Erzeugung von Bier, Branntwein ꝛc. verwendeten Malz die Entrichtung des Aufschlags, indem es dessen Umgehung mit namhafter Geldstrafe bedroht, ohne indeß vorzuschreiben, auf welche Art und Weise dieses Getraide zu Malz gemacht worden seyn müsse. Auf dem Felde gewachsenes Getraide kann nun zwar allerdings zur Erzeugung von Malz nicht verwendet werden, denn es ist ja bereits — wenn auch nicht durch Kunst, doch durch die Natur bereitetes — Malz, und als solches allerdings vollkommen geeignet, das Malz in der Brennerei zu ersetzen und jeden Zusatz von künstlichem Malz entbehrlich zu machen. Wollte dieses auf dem Felde gewachsene Getraide von dem Aufschlag befreit werden, so würde bald jeder Brenner in Bayern nur „auf dem Felde gewachsenes" Getraide verwenden (ich bitte, mich mit der Einrede der Appellation an das Urtheil Sachverständiger, die in strittigen Fällen einzutreten hätte, verschonen zu wollen), die Kette von Vexationen von Seite der Brenner gegen das Aufschlagspersonal um ein Glied reicher werden und sogar die zur Zeit schon kaum nennenswerthe Abgabe von den Brennereien ganz verschwinden. Mit vollem Rechte bestimmt daher ein Ministerialreskript vom 10. Nov. 1830, daß das auf dem Felde gewachsene Getraide, wenn es zu Branntwein (oder einem andern aufschlagpflichtigen Erzeugniß) verwendet wird, dem Aufschlag unterliege. In demselben Maße muß der Anschauung entgegengetreten werden, welche der Art der Besteuerung der Brennereien in Bayern, also dem Aufschlag, die Schuld des niedern Standes derselben zur Last legen will. Die Entwicklung eines Gewerbes richtet sich in jedem Staate nach dem Grade der Intelligenz der Gewerbtreibenden. Die bei weitem meisten Brennereien in Bayern befinden sich in den Händen empirischer (bäuerlicher) Besitzer. Dieses wiederum ist die Folge der fast gänzlichen Steuerfreiheit derselben. Viele wenden nun wirklich kein Malz an, indem sie sich mit einer geringeren Ausbeute an Branntwein begnügen, andere wenden dasselbe zwar an, veraufschlagen aber nur einen sehr geringen Theil desselben. Es muß daher behauptet werden, nicht daß der Aufschlag die Schuld trage an dem niedern Stande des noch in der Wiege schlummernden fraglichen Gewerbes in Bayern, sondern daß dem Mangel jedweder Besteuerung (denn der wenige Aufschlag, den der eine oder andere Brenner zahlt, wird im Ernste keine Steuer genannt werden wollen) dieses zur Last zu legen sey. Daß eine weise Besteuerung ein Gewerbe zu heben im Stande sey, nicht aber dessen Siechthum bedinge, beweisen evident die zollvereinsländischen Rübenzuckerfabriken, die trotz fortwährend erhöhter Besteuerung sich (geringe Ausnahmen stoßen diese Behauptung nicht um) der herrlichsten Blüthe erfreuen und den früheren Ertrag von 6—8 pCt. Zucker auf 10—12 pCt. zu bringen wußten, und namentlich in den preußischen Provinzen Sachsen und Schlesien die besten Geschäfte machen; ingleichen die mit der preußischen Maischsteuer belegten Branntweinbrennereien in Preußen und den Zollvereinsländern, die sich dieses System angeeignet haben, sowie namentlich die uns so nahe liegende bayerische Bierproduktion, die, obgleich die höchstbesteuerte in Deutschland, noch unübertroffen dasteht. — Es ist wahr, durch (höhere) Besteuerung unserer Brennereien würden mehrere empirische kleine Brenner zum Niederlegen dieses Nebengeschäftes veranlaßt werden, was aber nicht als ein Verlust zu beklagen wäre, sondern nur als ein großer Segen für das Land gepriesen werden könnte, wenn man bedenken will, welch' ein geringer Ertrag eines noch geringeren Produkts in derartigen Brennereien erzeugt wird; es könnten daher durch eine derartige Maßregel dem Staate Hunderttausende an Steuer erworben, dem Nationalvermögen Millionen an nicht gehörig ausgenutztem Getraide und Kartoffeln erhalten werden. Auch würde dem Zuwiderhandeln gegen den allerhöchst ausgesprochenen Willen, nicht unter 1/2 Eimer verkaufen zu dürfen, hiedurch mit einem Male abgeholfen seyn, indem diese kleinen Brenner ihr sämmtliches Produkt in geringeren Quantitäten veräußern. Wenn daher trotz hoher Besteuerung, Fracht, Spesen ꝛc. dennoch preußischer Branntwein bei uns eingeführt werden kann, so kann nur behauptet werden, daß die Art der Besteuerung des inländischen Branntweins insofern den Eingang fremden Fabrikats begünstige, als das bei uns noch in der Wiege liegende Gewerbe in Folge Mangels jedweder Besteuerung noch nicht genöthigt war, sich auf die Stufe der Vollkommenheit zu schwingen, daß es mit dem ausländischen zu konkurriren vermöge. Beispielsweise sey angeführt, daß, während die im Bezirk des Schreibers dieser Zeilen, größte Brennerei an Aufschlag und Gewerbsteuer täglich 4—5 Kreuzer zahlt, dieselbe nach preußischer Maischsteuer 5—6 fl. täglich würde zahlen müssen. Ganz unausführbar würde die Forderung sich herausstellen, die Anwendung von Grünmalz gegen Entrichtung des Malzaufschlags von dem dazu verwendeten rohen Getraide frei zu geben, da eine Kontrole in diesem Falle unmöglich seyn würde. Das einzige Mittel zur Hebung der bayerischen Brennereien besteht daher darin, dieselben, unter Freigebung von Aufschlag für das verwendete Grünmalz, nach dem Kessel- oder Buttengehalt, oder wie in Kurhessen, in beiderseitiger Verbindung, mäßig zu besteuern, wobei alle Theile gewinnen würden: der Staat durch Einnahme der Steuer, der größere rationelle Brenner durch gesteigerten Absatz, wogegen der kleine irrationelle Brenner aus seinen verkauften Rohprodukten einen höheren Erlös gewinnen würde, als in deren zu Branntwein veredelten Form.*)

Augsburg. Die Einführung der gezogenen Kanonen in Bayern ist dem Vorstande der Zeughaushauptdirektion, Hrn. Artillerie-Oberst Neumayer, übertragen worden. Der Thätigkeit und Energie dieses Offiziers ist es nun gelungen, nicht nur die Festungen Ingolstadt und Germersheim, sondern auch die Feld-Artillerie in verhältnißmäßig sehr kurzer Zeit mit solchen metallenen Kanonen zu versehen, welche in der hiesigen k. Gieß- und Bohr-Anstalt und in der Maschinen-Fabrik Augsburg hergestellt worden sind, nachdem die Schießproben mit den Muster-Rohren von dem günstigsten Erfolg begleitet gewesen waren. Hievon haben

*) Obiger Aufsatz rührt von einem Aufschlags-Beamten her. Die Redaktion betrachtet die hier angeregte Frage als eine offene und wird auch entgegengesetzten Stimmen die Spalten dieses Blattes öffnen.

Wiener Blätter bringen die (nicht sehr glaubwürdige Nachricht, daß Frau Baronin Prokesch-Osten, die ehemalige Friederike Goßmann, im Herbst wieder (zunächst in Hamburg) auf die Bühne gehen und auch ihr Gemahl die theatralische Karriere einschlagen werde.

Richard Wagner wird Paris bald Lebewohl sagen, um sich in Karlsruhe häuslich niederzulassen. (Köln. Z.)

Neueste Nachrichten.

Berlin, 25. Juni. Die etwas kostspielige Liebhaberei der Berliner Schutzmannschaft und ihrer Lieutenants wird wieder beseitigt, und die Polizei auf ihren früheren Fuß hergestellt. Die Art und Weise, wie die Polizei-Lieutenants aus verabschiedeten Offizieren der Armee rekrutirt wurden, hatte sehr fühlbare Mißstände in ihrem Gefolge.

Berlin, 24. Juni. Die Erfindung eines Ersatzes für das Schießpulver, und zwar aus lauter inländischen Ingredientien, durch einen preußischen Artillerie-Hauptmann, beschäftigt jetzt die Militärs sehr lebhaft und sollen die Versuche, sowohl mit Büchsen als von der Artillerie angestellt, die Erwartungen, die der Erfinder hegte, durchweg bestätigen.

Wien, 25. Juni. Gestern Nachmittags fuhr FML. Graf v. Grünne in der Nähe von Hetzendorf spazieren, als er auf freiem Felde zwei Männer bemerkte, die mit einem dritten beschäftigt waren. Der Graf fuhr näher, und man denke sich seinen Schreck, als er in dem besinnungslos auf dem Boden liegenden Herrn den ehemaligen Finanzminister und jetzigen Vizepräsidenten des Herrenhauses, den Frhrn. Philipp v. Kraus erkannte, den hier unter freiem Himmel, mitten in einem Spaziergange, der Schlag gerührt hatte. Wie wir vernehmen, befand sich der Baron noch heute Mittags in besinnungslosem Zustande. (Ostd. Post.)

Venedig, 23. Juni. Gestern wurden hier die ersten Versuche mit den preußischen Hinterladgeschützen angestellt, welche ausgezeichnet gelangen. Auf Distanzen von 800—2000 Schritt traf der dritte Schuß das Centrum und selten schlug eine Kugel außer dem Schwarzen ein. Diese ersten Versuche zeugten von der besonderen Verwendbarkeit dieser Kanonen auf Schiffen, in Kasematten und andern beschränkten Räumen. Die Erzherzoge Wilhelm und Joseph, viele Generale und eine große Anzahl von Offizieren der Artilleriewaffe, welche von verschiedenen Städten eigens zu diesem Zwecke nach Venedig kamen, wohnten den Versuchen bei. — Auf den Bischof Zinelli, den vielgenannten muthigen Vertheidiger der Interessen des Papstes, wurde dieser Tage ein Attentat gemacht, das für den Beschädigten insoferne glücklich ausfiel, als er mit einer kleinen Verwundung an einem Auge davonkam. (A. Z.)

Das „Giornale di Verona" theilt mit: Der Statthalter Ponza di San Martino zu **Neapel** gab den Befehl, jeden Ort einzuäschern, in welchem die Contre-Revolution ihr Haupt erhebt. Zahlreiche Proklamationen werden verbreitet, mit der Aufforderung, die Piemontesen aus dem Lande zu werfen.

Aus **Neapel**, 20. Juni, wird der „Allg. Ztg." geschrieben: In den Provinzen hat man durch die Gefangenhaltung von 16,000 Anhängern des Königs die Unzufriedenheit vermehrt, und der Beruhigung des Landes einen schlechten Dienst erwiesen. Die Gefängnisse sind so überfüllt, daß alle Gouverneurs dringend verlangten, die Gefangenen nach dem Norden schicken zu dürfen, oder genügende Kräfte zu ihrer Bewachung haben wollten. In Potenza mußte man wegen Mangels an Raum 200 Gefangene in die unterirdischen Gewölbe einer Kirche einsperren. Nach den Capitanaten wurde ein Schiff von hier abgeschickt, um einige Hundert der bei den letzten noch nicht ganz unterdrückten Aufständen dort gefangenen Freischärler abzuholen und nach Genua zu transportiren. Daß die Gouverneurs mit ihren Besorgnissen über die unmäßige Zahl der Verhafteten Recht haben, beweist ein schon erwähnter Vorfall, welcher am vorigen Sonnabend Caserta in Schrecken setzte. Eine von den im ganzen Land umherstreifenden Banden marschirte keck in einer Stärke von 30 Mann nach Caserta hinein, und entwaffnete ohne große Mühe die von Nationalgardisten besetzte Gefängnißwache. Es gelang dieser Streich hauptsächlich durch die von den Briganti angewendete List, die Uniform und Bewaffnung der Nationalgarde anzulegen. Die Gefangenen wurden schnell befreit und bewaffnet, und es entspann sich ein heftiger Kampf mit den inzwischen allarmirten piemontes. Truppen, bei welchem 17 Menschen getödtet oder verwundet wurden. Nur 10 von den Entsprungenen konnte man am folgenden Tage mit Hülfe der von Capua herbeigerufenen Bersaglieri wieder einfangen; die übrigen zogen weiter, um sich wahrscheinlich mit der in der Terra di Lavoro stehenden Hauptmasse der Königlichen zu vereinigen. Wie es dort bei dem von Chiavone befehligten Korps aussieht, ist sehr schwer zu erfahren, doch ist es gewiß als kein den Piemontesen günstiges Zeichen zu betrachten, daß alle hiesigen Blätter über die dortigen Ereignisse das vollkommenste Schweigen bewahren, und seit Wochen keines der gewöhnlichen Siegesbulletins mehr erschien.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	—
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$64\frac{1}{4}$ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$55\frac{3}{4}$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	$47\frac{3}{4}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$41\frac{1}{2}$ P.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	89 G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	$103\frac{1}{4}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$103\frac{1}{4}$ P. 103 G.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$103\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	101 P. $100\frac{3}{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101 P. $100\frac{3}{4}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$97\frac{3}{4}$ G.
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	105 G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{3}{8}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$103\frac{1}{8}$ P. $102\frac{5}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$95\frac{1}{4}$ G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	103 P. $102\frac{1}{2}$ G.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{1}{2}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{2}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{5}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{3}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$98\frac{1}{4}$ P.
"	3 pCt. Obl.	92 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$46\frac{7}{8}$ P.
"	$1\frac{3}{4}$ pCt. " " "	$41\frac{1}{2}$ G.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$99\frac{1}{2}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$109\frac{1}{4}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	637 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$145\frac{1}{2}$ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$186\frac{1}{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$71\frac{1}{2}$ P. 71 G.
Internationale Bank in Luxemb. . .	84 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	321 P. 319 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	66 P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	231 P.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	119 G.
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$76\frac{1}{4}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$23\frac{1}{4}$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	136 G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$101\frac{1}{2}$ G.
Oest. St.-Eiseub. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	238 P. exC
Span. Handels- u. Industrie . . .	545 P.
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	473 P.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$105\frac{1}{4}$ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. $100\frac{1}{2}$ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{5}{8}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$96\frac{1}{8}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 G.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{3}{4}$ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	$93\frac{1}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{3}{8}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$84\frac{1}{4}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$81\frac{1}{2}$ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$48\frac{3}{4}$ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$63\frac{3}{4}$ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$130\frac{3}{4}$ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$60\frac{1}{2}$ G.	" fl. 25 do.	$35\frac{1}{4}$ G.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$100\frac{1}{4}$ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$35\frac{1}{4}$ P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beifl.	$126\frac{1}{2}$ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	51 G.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	37 P.
Badische fl. 50	$90\frac{1}{8}$ P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{1}{4}$ P.
Badische fl. 35	53 P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{3}{4}$ P.

Frankfurt, 27. Juni. Der Umsatz in österr. Spekulationspapieren war etwas lebhafter als in den jüngsten Tagen, wozu die heutige monatliche Abrechnung beigetragen. Im Allgemeinen war die Stimmung für österr. Fonds recht günstig und für die gangbarsten Sorten zeigten sich Nehmer zu etwas höheren Kursen. Auch Bexbacher und Pfälzische Maxbahn waren begehrt und für letztere wurden merklich höhere Gebote gemacht. Dagegen waren Spanische beider Gattungen billiger angeboten. Süddeutsche Fonds ohne wesentliche Veränderung. (Synd.)

Ein Amendement von Depretis, dem Führer der Linken, anstatt des von der Kommission vorgeschlagenen Alters von 21 bis 35 Jahren die ursprüngliche Fassung, welche die Verpflichtung vom 18. bis zum 40. Jahre ausdehnen wollte, wieder herzustellen, gab dem neuen Ministerium Gelegenheit, seine Majorität zu zählen. Ricasoli hatte sich gegen Depretis' Amendement ausgesprochen; die Abstimmung ergab hierauf eine Majorität von 191 gegen eine Opposition von 62 Stimmen. (Das ganze Gesetz ist am 25. von der II. Kammer angenommen worden.)

Vor einigen Tagen, schreibt man der „Allg. Zeitung“ aus Neapel vom 18. Juni, war es so weit gekommen, daß eine in den Staatskassen deponirte Summe von 116,000 Dukati, die zum Theil den Majoraten, zum Theil den Gerichts-Beamten gehörte, welche dieselbe bei ihrer Anstellung als Kaution erlegt hatten, zur Bestreitung dringender Ausgaben angegriffen werden mußte.

Die französische Polizei hat in letzter Zeit ihre Wachsamkeit auf die in Civita Vecchia ankommenden Fremden ungewöhnlich verschärft. Am 16. ließ sie hier fünf bourbonische Royalisten verhaften und innerhalb 24 Stunden zweimal verhören. Es handelte sich auch diesmal um weitere Nachforschungen über die berüchtigten Enthüllungen einer französischen Putzmacherin in Betreff einer angeblich legitimistischen Verschwörung gegen den Kaiser Napoleon.

Türkei.

* Zur Pacifizirung der Herzegowina soll jetzt bei der in Mostar tagenden europäischen Kommission, der man früher bekanntlich vorschlug, jene Provinz zu Montenegro zu schlagen, ein anderer Plan Anklang finden: der nämlich, durch Herstellung der „Woiwodschaft des heiligen Sava“ die Herzegowina in dasselbe Verhältniß zur Pforte zu bringen, in dem sie während der vortürkischen Zeit zum serbischen Kaiserreiche gestanden. Das Prinzip, das im Libanon zur Anwendung gekommen, sey im Herzen Europa's um so leichter auszuführen. Der Woiwode müßte aus einer christlichen Familie ernannt, und die Herrschaft des Sultans in der neuen Woiwodschaft auf die bloße Oberlehensherrlichkeit reduzirt werden. Der Tribut, den die Großmächte für die Woiwodschaft des heil. Sava bestimmen würden, käme der Pforte in ihrer Geldnoth recht zu gute. (Das wäre im Grund wieder ein Schritt weiter zur Auflösung des türkischen Reichs.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 23. Juni. Der Kaiser und die Kaiserin sind von Moskau gestern in Petersburg wieder eingetroffen.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 25. Juni. Vor zwei Tagen starb hier der Dr. phil. Mayer, welcher seit einigen Tagen hier als Privatier lebte. Zwei Stunden vor seinem Tode ließ er sich mit seiner Braut trauen, die nun, obwohl sie erst 20 Jahre zählt, zum dritten Male Wittwe ist. Mit ihrem ersten Manne war sie, wie glaubwürdige Personen versichern, 1/2 Jahr, mit dem zweiten 14 Tage und mit dem dritten kaum 2 Stunden verheirathet. (A. Pstz.)

Lichtenfels, 23. Juni. In Folge der amerikanischen Wirren und der sonstigen Schwüle am politischen Horizonte hält die schon seit einiger Zeit eingetretene Geschäftsstockung im Export von Korbwaaren nach Nordamerika an, und eine baldige Besserung wäre für unsere einen großen Theil der Bevölkerung hiesiger Gegend ausmachende Korbmacherklasse um so erwünschter, als das Geschäft nach andern Ländern auch nicht besonders lebhaft zu nennen ist. (Nürnb. K.)

Kirchheim (in Württemberg), 25. Juni. Der Wollmarkt hat am letzten Freitag begonnen, wo bereits 14,000 Ctnr. Wolle eingeführt waren: ein Quantum, wie Kirchheim ein solch großes seit 1824 nicht mehr zu Markt bekommen hat. Vom Augsburger Markt aus und überhaupt aus Bayern und Ungarn lagirt viele Handelswolle am Platze, und die Schafhalter aus dem Inlande, Bayern und Baden stellten sich mit meistentheils schön gewaschener und trockener Waare zahlreicher als je ein. Käufer sind aus dem Inlande, Bayern, Baden, Rheinbayern, der Schweiz und Frankreich in bedeutender Anzahl da. Feine Bastard 1860 140—154 fl., 1861 128—140 fl., mittel Bastard 115—120 fl., rauhe Bastard 108—110 fl., deutsche nach Qualität 78, 86, 90 und 100 fl., je nachdem mehr oder weniger Bastard darunter gemischt ist. In hochfeiner Wolle noch wenig umgesetzt. Die Kaufabschlüsse mögen über 7/8 des Marktquantum anzunehmen seyn, während bei den nunmehr gedrückten Preisen die Spekulanten das Geschäft für den übrigen Theil vollends in die Hand nehmen dürften. Unsere inländischen Tuchmanufakturen und Wollenarbeiten haben bei vollständiger Auswahl am raschesten eingekauft, und wenn gleich die Franzosen sich diesmal sehr bedächtlich, fast zurückhaltend benommen haben, so hat doch die Wolle ihren Weg nach allen bisher bekannten Absatzorten wieder trefflich gefunden. (Schw. M.)

In einer Restauration in Magdeburg war eine Sammelbüchse in Form eines Schiffchens angebracht, in welche freiwillige Gaben für eine künftige deutsche Flotte gelegt wurden; vor einigen Tagen wurde das ziemlich wohl gefüllte „Flottenschiffchen“ gestohlen.

---

gefunden hat; aber dieß bedingt noch nicht die Nichtigkeit der Heirath. In seinem Briefe hatte Hr. v. Talleyrand gesagt, er werde die Achtung vor dem Gesetze bei dieser Gelegenheit selbst wahren. Man konnte also erwarten, daß Madame Lätitia ein Gesuch wegen Nichtigkeits-Erklärung einreichen werde. Dieses Gesuch mußte gesetzlich binnen Jahresfrist eingereicht werden; man kann keinen längeren Termin gestatten und erlauben, daß Kinder geboren werden, die Bastarde sind. Nichts Derartiges geschah.

Acht Monate vergehen, und dann läßt man Madame Lätitia eine Protestation unterzeichnen und eine ihrer unwürdige Sprache führen. Darauf beschränkt man sich aber nicht; man erläßt Dekrete, durch welche man das Gesetz umstoßen und die Kompetenz der Gerichte ersetzen will. Aber der Zorn ist ohne Vernunft, und er entreißt der Madame Lätitia die Ihnen bekannte Protestation und die Dekrete ab irato, die ihr folgen. Später spricht der Souverän seinem Erzkanzler davon, der ihm sagt, man hätte ein Urtheil erlassen müssen. Der immer gereizte Kaiser schreibt, daß es eine Heirath im Mondscheinslichte ist, daß sie nicht mehr Werth hat, als eine Heirath auf dem Altar der Liebe, er nennt sie eine Heirath im Garten, beim Sternenlicht. Er behauptet hierauf, daß die religiöse Ehe mehr Werth habe, als die Civilehe, und er wendet sich an den Papst, um ihre Ungültigkeit aussprechen zu lassen, was derselbe aber zu thun sich weigerte. — Herr Berryer theilte hierauf die Korrespondenz des Prinzen Jerome mit, die er eigens aus Amerika hat kommen lassen. Er legt großes Gewicht auf dieselbe, da sie von der Zeit her datirt, wo der Prinz nach Italien zu seinem Bruder gegangen war. Er schreibt darin, daß er mit aller Energie gegen den Willen seines Bruders ankämpfe, der seine Heirath trennen lassen wolle. Was den Vorwurf anbelangt, den man Madame Patterson gemacht hat, nach ihrer gewaltsamen Trennung die 60,000 Frs. Pension angenommen zu haben (der Vertheidiger des Prinzen sah bekanntlich darin eine Anerkennung der Scheidung Seitens der Madame Patterson), so bemerkt Berryer, daß sie dieses nur auf die inständigen Bitten des Prinzen Jerome gethan, der sie in fünf oder sechs Briefen darum aufs Dringendste gebeten habe, weil er verloren sey, wenn sie die von seinem Bruder angebotene Pension verweigere.

Berryer läßt sich hierauf über das Heirathsprojekt nach dem Sturze des Kaiserreiches oder 1826 zwischen Charlotte, der Tochter Joseph's, und dem Sohne der Mad. Patterson und Jerome's aus. Die gesammte Familie Bonaparte wünschte diese Ehe; man sah also Jerome's Sohn nicht als Bastard an. Mad. Lätitia selbst schrieb dafür an Joseph, und doch hatte man 1806 dieselbe Mad. Lätitia genöthigt, einen Protest gegen die Ehe ihres Sohnes mit Mad. Patterson zu unterzeichnen.

Der beredte Advokat stellt stets den Prinzen Jerome als gezwungen durch den Willen des Kaisers dar. Jerome heirathete die Prinzessin Katharina von Württemberg, während er stets Briefe voll der Ergebenheit und Liebe an seine Frau richtete und hat auch niemals eine andere Sprache geführt als die eines Mannes, der sich durch das erste Ehebündniß gebunden hält.

*

Paris, 25. Juni. Berryer, der gestern seine Rede nicht beenden konnte (sie dauerte fünf Stunden), setzte dieselbe in der heutigen Gerichtssitzung fort. Die Prinzessin Mathilde ist nicht in den Prozeß verwickelt, da sie auf die Erbschaft ihres Vaters, des Prinzen Jerome, verzichtet hat. Hr. Berryer resumirte zuerst das, was er bereits gestern gesagt hatte. Er hob besonders dabei hervor, daß nur eine einfache Protestation gegen die Heirath gemacht worden sey, daß man später dieses durch souveräne Akte wieder habe gut machen wollen, daß die Souveränetät, da die Heirath 1803 Statt gefunden und das Kaiserreich erst 1804 proklamirt worden sey, keine retroaktive Wirkung haben könne. Hr. Berryer bekämpfte hierauf das Urtheil erster Instanz in allen seinen Punkten. Nach Berryer ergriff der Vertheidiger des Prinzen Napoleon das Wort. Seine Rede bietet kein besonderes Interesse dar. Der Staats-Anwalt wird erst in acht Tagen das Wort ergreifen.

Italien.

* Von den Noten, welche zum Schluß der Unterhandlungen über die Anerkennung des Königreichs zwischen Paris und Turin ausgetauscht wurden, liegen uns jetzt umfassende Auszüge vor. Die französische Note besagt nur, was der „Moniteur" schon kurz gesagt hat: Napoleon erkennt das neue Königreich an und tritt mit demselben wieder in regelmäßigen Verkehr, weil Frankreichs Interessen ihm nicht gestatten, noch länger diesen Verkehr zu unterbrechen. Uebrigens billigt er weder die Art, wie das neue Königreich gegründet wurde, noch übernimmt er eine Gewähr desselben, noch will er Unternehmungen desselben, die etwa den Frieden Europas stören könnten, fördern. Was Rom betrifft, so müssen „die französischen Truppen so lange in Rom verbleiben, bis die Interessen, welche dieselben dahin gerufen haben, durch hinreichende Bürgschaften gedeckt sind." — Ricasoli ist in seiner Antwort damit zufrieden. Seine Note erkennt die Nothwendigkeit des Verbleibens der französischen Truppen in Rom, so lange die religiösen Interessen, welche dieselben dorthin geführt haben, nicht gesichert sind, an. Das italienische Kabinet hofft, es werde die Zeit bald kommen, wo Frankreich seine Truppen abberufen könne, „aber es würde bedauern, wenn die Rechte Italiens nicht mit den Interessen der Religion und der Sicherheit des Hauptes der kathol. Kirche zu vereinbaren wären". Dasselbe glaubt an eine baldige Lösung und schmeichelt sich mit der Hoffnung, die kais. Regierung werde seinen Anstrengungen mit Wohlwollen zu Hülfe kommen. Was die übrigen „Ansprüche Italiens" betrifft, so hofft er, die Macht der öffentlichen Meinung werde ihren endlichen Sieg herbeiführen, ohne Italien unfruchtbaren Umtrieben und Europa gefährlichen Verwicklungen auszusetzen. Man sieht, das Einverständniß über die weitere Entwicklung der italienischen Frage ist zwischen Paris und Turin noch lange nicht hergestellt — oder man sagt in Paris nicht Alles, während man in Turin etwas offner plaudert. — Der halbamtliche Pariser „Constitutionnel" gibt einige Andeutungen, wie man sich in den Tuilerien die künftige Gestaltung des Verhältnisses zwischen dem Papst und dem Königreich Italien denkt; er sagt: „Wir haben die feste Hoffnung, daß der Papst und der König von Italien zusammen bestehen können, und daß ihre respektive künftige Macht von ihrer Einigkeit abhängt. Damit dem so sey, genügt es, daß der hohe Vertreter des Hauses Savoyen sich immer daran erinnere, daß er katholisch, und der Papst stets zeige, daß er Italiener ist." Schließlich müssen wir hier noch eine Note Thouvenels vom 6. d. M. erwähnen, worin er auf den Vorschlag Spaniens und Oesterreichs antwortet, durch eine Uebereinkunft die weltliche Macht des Papstes zu sichern. Thouvenel will davon nichts wissen, obwohl er die Weigerung in die höflichsten Redensarten einhüllt; es ist ihm natürlich lieber, wenn Napoleon diese Sache selbst ganz allein in der Hand behält. Hervorzuheben ist aus seiner Note noch besonders die Bemerkung, jenes System sey ganz falsch, nach welchem die päpstlichen Staaten und die Stadt Rom, so zu sagen, ein der ganzen katholischen Christenheit zugehöriges Besitzthum der todten Hand bilden, welches kraft eines nirgends verzeichneten Rechtes über alle Rechte gestellt seyn soll, auf denen die Geschicke der anderen Souveränetäten beruhen. „Allerdings, sagt er, fordern, wie ich mich bereits ausgesprochen, die höchsten Rücksichten wie die größten gesellschaftlichen Interessen, daß das Oberhaupt der Kirche auf dem, von seinen Vorgängern seit so vielen Jahrhunderten behaupteten Throne bleibe. Die Meinung der Regierung des Kaisers ist in dieser Hinsicht sehr fest, aber sie glaubt auch, daß die weise Ausübung der höchsten Gewalt und die Zustimmung der Bevölkerungen in den römischen Staaten wie anderwärts die ersten Bedingungen der Festigkeit der Macht sind."

Turin, 19. Juni. Der Finanzminister hat dem Parlament vier neue Gesetzesentwürfe: die Erhebung einer vergrößerten, aber, wie er verspricht, gleichmäßiger vertheilten Grundsteuer, eine Steuer auf Handel und Industrie, eine Getränkesteuer und eine Erhebungssteuer vorgelegt. Hr. Bastogi schmeichelt sich, auf diese Weise der Staatskasse eine Summe von 150 Millionen zuzuführen. (N. Pr. Z.)

Turin. Die Deputirtenkammer beschäftigte sich seit dem 20. Juni mit dem Gesetzentwurf Garibaldi's über die Nationalbewaffnung. Der ursprüngliche Entwurf hat durch die Kommissionsberathung nicht unwesentliche Veränderungen erfahren. Der wesentliche Zweck geht dahin, die stehende Armee, die bis auf 300,000 Mann gebracht werden soll, dadurch in voller Stärke ausschließlich für den Felddienst verwendbar zu machen, daß die Nationalgarde und die Milizen die Festungen zu vertheidigen haben würden. Um die Organisation der letzteren so weit zu fördern, werden jährlich Korpsübungen abgehalten, die aber den Zeitraum von 30 Tagen nicht übersteigen dürfen. Die Milizen, welche mobile Garde genannt werden sollen, werden in 220 Bataillonen zu 600 bis 650 Mann organisirt werden, also im Ganzen die Stärke von 130—140,000 Mann erreichen. Um diese Einrichtung sofort nach Genehmigung des Gesetzes in's Leben treten zu lassen, wird dem Kriegsminister ein Kredit von 30 Millionen eröffnet. Die Mobilgarde wird vom Kriegsminister abhängen, ihre Offiziere werden vom König ernannt und sie rekrutirt sich aus den Leuten von 21 bis 25 Jahren.

Prozeß der Madame Elisabeth Patterson und ihres Sohnes gegen den Prinzen Napoleon.

Paris, 24. Juni. (Schluß der Rede Berryer's, des Anwalts der Kläger.) „Herr Pichon war eifersüchtig auf die Stellung, die der Bruder des Kaisers einnahm. Er befürchtete, von ihm in seiner Stelle eines Generalkonsuls ersetzt zu werden. Herr Smith war der Schwager des Hrn. Patterson, eines der reichsten und achtungswürdigsten Männer der Vereinigten Staaten. Unter seinen zahlreichen Kindern befand sich Elisabeth (geb. am 17. Febr. 1785). Sie war also 17 Jahre alt, als Prinz Jerome um sie anhielt. Man gibt sie im Prozesse für 22 Jahre aus und stellt sie als sehr wenig achtungswürdig dar. Man macht ein trauriges Bild von ihr. Man gab sie für wollüstig aus, und legte ihr selbst ein gehässiges Wort in den Mund: „„Wenn ich nur 24 Stunden seyn würde, so will ich sie seyn."" Und um dieses traurige Bild zu vervollständigen, berief man sich auf das Schreiben eines gewissen Gould, dessen Kenntnissen und Charakter man das höchste Lob spendete. Nun haben wir den Namen dieses Zeugen in den Gefängnissen wieder aufgefunden, der Fälschung angeklagt, wegen Betrügereien verurtheilt, und man ruft heute dessen Meinung im Namen Sr. kaiserl. Hoheit des Prinzen Napoleon an. Die Wahrheit ist, daß Frln. Patterson eine reizende Person war, mit einem glänzenden Geiste und einer seltenen Schönheit ausgestattet, edel, stolz und eines Rufes ohne Tadel genießend. Uebrigens thun mehr als 60 Jahre eines würdigen Lebens hinlänglich dar, wie man von Mad. Patterson denken muß, dem selbst mein Gegner Gerechtigkeit widerfahren läßt. So ist die junge Person, die sich unter der Garantie der Gesetze ihres Landes mit dem jungen französischen Offizier verheirathete. Herr Jerome Bonaparte kam um ihre Hand ein, indem er sagte, daß er 21 Jahre alt sey, daß seine persönlichen Verhältnisse durch das Gesetz vom September 1792 geregelt seyen, und daß er weder der Zustimmung seiner Verwandten noch seines Chefs bedürfe. Herr Jerome Bonaparte, der sich übrigens in Frln. Patterson verliebt hatte, konnte auch wohl einigen Werth auf das große Vermögen des Hrn. Patterson legen. Die Heirath wurde alsbald gefeiert. Jerome hatte vorher an seine Familie geschrieben; ein Gleiches hatte der Präsident der Vereinigten Staaten, nachdem er Jerome bei sich zur Tafel empfangen, gethan und von der hohen Stellung der Patterson in Amerika gesprochen. Indessen hatte der kluge und vorsichtige Patterson sich einen Augenblick geweigert, seine Zustimmung zu dieser Heirath zu geben. Was geschah aber hierauf? Herr Beaupertuis und der französische Konsul von Baltimore kamen beide von Paris an, wo das Heirathsprojekt mitgetheilt worden war. Ueberbrachten sie das Heirathsprojekt der Madame Lätitia? Man muß dies glauben, da Frau v. Abrantes in ihren Memoiren erzählt, daß der Prinz Jerome zu Madrid in Gegenwart von Junot und Lecamus gesagt, er habe die Zustimmung seiner Mutter erhalten."

Berryer hebt hierauf hervor, daß die Heirath in der Kathedrale von Baltimore mit allen Formalitäten und in Beiseyn des französischen Konsuls gefeiert worden sey. Während acht Monaten erhielt man keine Nachricht aus Frankreich, und doch waren zahlreiche Briefe nach dorthin abgegangen. Am 9. Juni 1804 kam endlich ein Brief von Hrn. v. Talleyrand, der meldete, daß der Kaiser die Heirath mißbillige. Was hatte sich aber seitdem zugetragen? Die Lage der Dinge hatte sich geändert. Die Amerikaner, deren Bündniß man gewünscht, hatten erklärt, keinen Krieg gegen England führen und ihre Neutralität streng bewahren zu wollen. Die Engländer hatten unsere Schiffe auf den amerikanischen Rheden bombardirt. Damit war die Wichtigkeit verschwunden, welche die Heirath des Bruders des Kaisers mit der Tochter des Banquier aus Maryland haben konnte. Noch mehr: das Kaiserreich war proklamirt, und eine solche Heirath war der kaiserlichen Würde zuwider. Man befand sich aber unter der Macht der Gesetze. Der Kaiser hatte gesagt, er erkenne die Heirath nicht an; aber eine Heirath ist nie von Rechts wegen null und nichtig. Man kann die Familienbande zerreißen, wenn eine Mißehe Statt

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 176. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 58. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 28. Juni 1861.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 26. Juni. Se. Maj. der König hat bestimmt, daß in dem dießjährigen Garnisonswechsel die nachstehenden Aenderungen einzutreten haben, nämlich: das 2., 4., 5. und 6. Jägerbataillon, dann das 3. Bataillon des 6. Inf.-Reg. sollen in ihren dermaligen Garnisonen Burghausen, Zweibrücken, Straubing, München und Frankfurt a. M. verbleiben, das 3. Bataillon des 8. Inf.-Reg. anstatt nach Straubing nach Ingolstadt verlegt werden. (N.M.Z.)

München, 26. Juni. Es wird erzählt, der Redakteur des „Münchner Volksboten" habe vor einigen Tagen eine 1½stündige Audienz bei Sr. Maj. dem König gehabt. (Südd. Z.)

München, 26. Juni. Die von einer Anzahl Studirender der hiesigen Universität beabsichtigte Dank- und Anerkennungs-Adresse an den nach Bonn berufenen Hrn. Prof. v. Sybel soll, wie wir hören, aus Mangel an Theilnahme schwerlich zu Stande kommen. (M. B.)

München, 26. Juni. Die meiste Wahrscheinlichkeit hat die Vermuthung, daß v. Lasaulx's Stelle nicht mehr besetzt wird. (N. M. Z.)

München, 25. Juni. Gutem Vernehmen nach wird die bayerische Regierung der in dem projektirten Handelsvertrage mit Frankreich stipulirten Herabsetzung des Eingangszolls auf französische Weine wenn überhaupt, so jedenfalls nur dann beistimmen, wenn die norddeutschen Staaten auf die bisherige Ausgleichungssteuer auf süddeutsche Weine vollständig verzichten, und man glaubt annehmen zu dürfen, daß noch andere süddeutsche Regierungen das gleiche Verlangen stellen werden. Im Allgemeinen soll man dagegen mit den Stipulationen des projektirten Vertrags mit Frankreich einverstanden seyn. — Bezüglich der von unserer Staatsregierung beabsichtigten Uebernahme der Dampfschiffahrt auf dem Bodensee von der deßfallsigen bayer. Gesellschaft zu Lindau wird demnächst den Kammern ein Gesetzentwurf vorgelegt werden. Die Regierung beabsichtigt, im Falle der Genehmigung der Kammern, eine wesentliche Ausdehnung der erwähnten Dampfschifffahrt. (N.Fr.Z.)

München. Aus Athen sind hier zuverläßige Nachrichten eingetroffen, welche bestätigen, daß die „Verschwörung", wovon französische, italienische und englische Blätter so viel zu erzählen wußten, bei Weitem nicht den bedrohlichen Charakter hatte, wie man Anfangs befürchtete. Da die Verschwörung nur wenige junge Hitzköpfe zählte, die überaus große Mehrzahl der Bevölkerung aber die Regierung unterstützte, so war das ganze Manöver der angeblich allgemeinen Empörung ebenso leicht als schnell unterdrückt. Es herrscht nun wieder die vollkommenste Ruhe, so daß König Otto den Beschluß gefaßt hat, im Laufe des kommenden Monats eine Badereise nach Deutschland anzutreten, um seine Gesundheit zu kräftigen. Wahrscheinlich wird er Bad Gastein besuchen. (Augsb. Pstz.)

In Rothenburg ob der Tauber hat sich neben dem bereits aus 100 Mann bestehenden organisirten Feuerwehr-Korps ein Turnverein gegründet, der auch mit dem Turnen Schieß- und Waffenübungen zu verbinden beabsichtigt. Das Zeitgemäße der Turnvereine anerkennend, hat der Magistrat dem Vereine einen Turnplatz angewiesen und aus dem städtischen Bauhof die nöthigen Turngeräthe unentgeldlich angeschafft.

Auch der Gewerberath sowie der Gewerbeverein der Stadt Straubing haben Eingaben an die Kammer der Abgeordneten gegen Einführung der Gewerbefreiheit gemacht.

Preußen. Berlin, 24. Juni. Die Interpretation des Amnestiegesetzes hat unsern Landräthen und übrigen Verwaltungsmännern bekanntlich viel Kopfzerbrechungen gekostet, indem nämlich die äußerst pfiffige Frage aufgeworfen wurde, ob jene politischen Flüchtlinge, die über 10 Jahre im Ausland zugebracht haben, dadurch das preußische Heimathsrecht verloren hätten (welches bekanntlich durch einen von der Regierung nicht gestatteten mehr als zehnjährigen Aufenthalt im Ausland verloren geht). Endlich hat ein praktischer Jurist den Nagel auf den Kopf getroffen und im Staate der Intelligenz anderen Köpfen ein Licht angesteckt, indem er sich dahin ausgesprochen, daß die Forderung der Amnestirten und Begnadigten auf Anerkennung ihrer Heimathsrechte berechtigt und völlig begründet sey, da es sich aus Gründen des einfachsten Menschenverstandes in dem Gesetze doch unmöglich um die Amnestirung von Ausländern gehandelt habe. (Frkf. Postz.)

Aus Berlin, 25. Juni, schreibt man der „Ztg. f. Norddeutschland": „Das großbritannische Kabinet ist unermüdlich, die schleswig-holsteinische Frage zu einem friedlichen Austrage zu bringen. Lord Loftus hat zu diesem Zwecke Hrn. v. Schleinitz neue Eröffnungen gemacht. Wir glauben die wesentlichen Punkte derselben richtig dahin angeben zu können: Holstein scheidet aus dem Verbande des Gesammtstaates und seine Beitragsquote zu den gemeinsamen Bedürfnissen — Heer, Flotte, Auswärtiges und Civilliste — wird um 300,000 Thlr. ermäßigt. Schleswig soll dem Gesammtstaate förmlich inkorporirt werden, und die deutschen Schleswiger erhalten Garantien für die Bewahrung ihrer Sprache und ihrer Nationalität. Nach erfolgter Zustimmung des deutschen Bundes zu diesem Abkommen soll dasselbe von einer europäischen Konferenz konfirmirt werden."

Eine Schrift des Professors v. Holtzendorff in Berlin über die „Brüderschaft des Rauhen Hauses" weist aus bisher geheim gehaltenen Aktenstücken nach, daß der preußische Staatsdiener Dr. Wichern an der Spitze eines Ordens steht, der mit geheimen Statuten im Auslande existirt und der seine Sendbrüder in das preußische Staatsamt befördert, wo sie in geheim gehaltenen Konvikten vereinigt, zwar vom Staat besoldet und besser als gewöhnliche Gefängnißaufseher besoldet werden, aber ihre Instruktionen vom Centralpunkt der Brüderschaft her empfangen und diesem so sehr persönlich verantwortlich sind, daß sie sogar nicht einmal heirathen dürfen ohne Zustimmung ihres geheimen Vorgesetzten.

Baden. Karlsruhe, 25. Juni. Der Gesetzesentwurf über die Einführung der neuen evangelischen Kirchenverfassung bestimmt, daß dieselbe binnen Jahresfrist nach ihrer Verkündigung ins Leben treten soll.

Oesterreich. Wien, 24. Juni. Gestern hatte die vom Gemeinderath abgeordnete Deputation Audienz beim Staatsminister, um die Erlaubniß zur Errichtung eines Denkmals für die Opfer des März 1848 nachzusuchen. Hr. v. Schmerling äußerte unter Anderem, daß die in Rede stehende Angelegenheit bereits im Ministerrathe besprochen worden sey, wo sich gegen die Errichtung des Denkmals keine Stimme erhoben habe. Nachdem der Staatsminister noch in warmen Worten der großen Bedeutung der Märztage und des beklagenswerthen Schicksals ihrer Opfer gedacht hatte, gab er der Deputation die Versicherung, daß er eine schriftliche Bewilligung ausfertigen und dem Gemeinderath binnen zwei oder drei Tagen zukommen lassen werde. (Fr. Postz.)

Wien, 22. Juni. Gestern Mittag wurden, wie schon erwähnt, die Redakteure sämmtlicher Wiener Blätter von dem Finanzminister empfangen; es handelte sich darum, den Herren in einer vertraulichen Besprechung die Wichtigkeit und Zweckmäßigkeit des Projekts einer Bankakte auseinanderzusetzen. Daß Hrn. v. Plener eine solche direkte Einflußnahme auf die Tagespresse wünschenswerth erschien, mag aus der geringen Popularität erklärt werden, welche die Bankakte bis jetzt im Publikum genießt. Man verkennt die Nothwendigkeit einer durchgreifenden Reform unseres Geldwesens nicht, kann sich aber mit den Grundzügen des vorliegenden Planes, so weit dieselben in die Oeffentlichkeit gedrungen sind, nicht recht befreunden; besonders in finanziellen Kreisen haben die Ideen des Hrn. v. Plener ungünstige Aufnahme gefunden. (Schw. M.)

derjenigen Lottokollekteure in Vorlage gebracht, welche bei der Aufhebung des Lotto's in die früher bezogene Civil- oder Militärpension zurücktreten, deren Auszahlung für die Dauer der Lotto-Kollekteurs-Funktion suspendirt worden ist. Man will somit Gewißheit darüber erlangen, welche Last — außer dem Entgang der Lottoerträgnisse — der Staatskasse noch zufallen würde, wenn die Beibehaltung des Lotto's nicht neuerdings wieder zum Landtagsbeschlusse erhoben wird. Die betreffenden Erhebungen waren durch den II. Ausschuß der Kammer der Abgeordneten veranlaßt. Was die Stimmung des Publikum über die Aufhebung fraglichen Instituts betrifft, so hört man unter den niederen Klassen häufig Aeußerungen für seine Beibehaltung. Es heißt gewöhnlich: „Sollen wir armen Leute gar keine Freude haben dürfen?“ Alle Einwendungen dagegen sind vergebens. Und die sogenannten Klassenspieler, welche methodisch zu Werke gehen, möchten gleichfalls das Lotto beibehalten, den Spielplan jedoch in der Weise geändert haben, daß das Recht der Streichung oder Reduktion der Einsätze, welches die General-Lotto-Administration gegenwärtig hat, aus dem Spielplan entfernt werde. Diese Leute forciren nämlich einzelne Nummern, indem sie die Einsätze immer derart erhöhen, daß, wenn ihre Nummer auch längere Zeit nicht herauskommt, beim endlichen Zuge der ganze Betrag ihrer Einsätze und noch ein ansehnlicher Gewinn herausbezahlt werden muß. Durch das Streichungsrecht der Lottobehörde wird dieser Plan nun häufig durchkreuzt und darum richten gegen dasselbe sich ihre Beschwerden. (Südd. Ztg.)

Königsberg, 22. Juni. Gestern fand innerhalb des Concilium generale unserer Albertusuniversität (der Gesammtheit der ordentlichen Professoren) eine fünfstündige Debatte über den Antrag der medizinischen Fakultät statt, den Beschluß vom 31. Jan. 1848 einfach zu erneuern, wonach die Ausschließung der Juden und Katholiken von der Dozentur einfach aufzuheben und demnach die den protestantischen Charakter der Universität aussprechenden Statuten zu ändern seyen. Der Antrag war durch die Meldung zweier Juden (zur medizinischen Fakultät) und eines Katholiken (zur philosophischen) hervorgerufen. Die Debatte, in der besonders Juristen und Theologen für das Bestehende kämpften, wurde nicht beendet; es ergab sich jedoch schon jetzt, daß für das Durchgehen des ursprünglichen Antrags wenig Aussicht vorhanden ist, dagegen ein Vermittlungsantrag die Majorität gewinnen dürfte, nämlich, zwar den protestantischen Charakter der Universität aufrecht zu erhalten, aber in Ausnahmefällen auch Nichtprotestanten dem Ministerium zur Berufung oder Bestätigung zu empfehlen. Zu den Gegnern des Hauptantrags gehört auch Geheimerath Rosenkranz, der bekannte Philosoph. Er ist zwar für Zulassung der Juden, aber nicht der Katholiken, von denen er Gefahr für die Universität fürchtet. Welche Gefahren hat denn wohl die Zulassung der Katholiken den Universitäten Berlin und Bonn gebracht? (N.Korr.)

Württemberg. Eine vom 21. Juni datirte königliche Verordnung beruft die vertagte Ständeversammlung auf den 2. Juli ein.

Pesth, 24. Juni. Die Adresse wird von den Präsidenten und Schriftführern beider Häuser unterfertigt und durch die Präsidenten beider Häuser Apponyi und Ghczy überbracht werden. Dieselben erwarten nur die telegraphische Nachricht aus Wien über den Zeitpunkt, wann Se. Maj. der Kaiser dieselben zu empfangen geruhen wolle. (Tel. d. Oſtd. Poſt.)

(Aus der Schrift des Duc de Broglie.) Wie uns aus Paris geschrieben wird, lautet eine der Stellen aus der mit Beschlag belegten Schrift des Duc de Broglie also: „Zwischen dem ehemaligen und dem gegenwärtigen Kaiserreich gibt es folgenden Unterschied. Das erstere ging gerade auf sein Ziel los, nannte die Dinge bei ihrem Namen, schnitt die Schwierigkeiten kurz ab, indem es zum Voraus jede Opposition entwaffnete, jeden Widerstand unterdrückte. Das neue Kaiserreich geht mit verhüllten Worten zu Werke, erschöpft sich auf Umwegen, bewilligt und zieht gleichzeitig zurück, räumt prinzipiell ein, was es thatsächlich verweigert, verheißt in der Zukunft die Freiheit als Krone für die Knechtschaft, beutet mittlerweile die Schwachheiten der Gegenwart, die Furcht und die Entmuthigung aus und baut so in der That eine absolute Gewalt auf einen beweglichen Sand. Wie lange kann diese Einrichtung, oder vielmehr dieses inkohärente, bizarre Gerüst vorhalten? Auf diese Frage mit Zahlen antworten, wäre verwegen; es ist nicht zu glauben, daß dieser Zustand der Dinge länger dauern werde, als der Zustand der Geister, der ihn möglich gemacht hat. Die Popularität eines Namens ist vorübergehend, man macht sich mit der Furcht vertraut; die Neapolitaner am Fuße des Vesuvs bessern ihre Wohnungen mit der Lava des letzten Ausbruchs aus. Man kann wohl in einem Momente des Verdrusses oder des Ekels auf die Politik verzichten, sich des Kampfes müde in das Privatleben zurückziehen, jenen großen Seigneurs des alten Regime nachahmen, welche ihrem Intendanten unbedingte Vollmacht ausstellten; aber Alles verschwindet; wenn die Agitation mitunter ermüdet, so langweilt die Unthätigkeit, und man erröthet endlich darüber, wie Kinder mit dem Saugfläschchen ernährt und wie Schulbuben gepeitscht werden.“ (N. Pr. Z.)

Konstantinopel, 26. Juni. Der Sultan ist gestern Morgen gestorben.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	—
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	64¼ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	55⅝ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	47 G.
"	4½ pCt.	41½ P.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	88⅞ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	103¼ P.
"	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103¼ P. 103 G.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103⅜ P. ⅛ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	100¾ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100¾ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	97¾ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105 G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	95⅜ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	103⅛ P. 102⅝ G
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	95¼ G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	102 G.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100½ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	94½ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102⅞ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	100 P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98⅜ P.
"	3 pCt. Obl.	92 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47½ P.
"	1¾ pCt. " " "	42¾ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	99¼ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	109 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	624—30 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	144½ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	187½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	71½ P. 71 G.
Internationale Bank in Luxemb. . .	84 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	321 P. 319 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	66⅞ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	231 P.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	120 P.
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	76 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	23⅛ P. 22¾ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	136¾ P.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	100½ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50¼ G.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	238 P. ex C
Span. Handels- u. Industrie . . .	545 P.
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	473 P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	105⅜ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. 100½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99⅝ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅛ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96⅛ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅛ B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 G.
London Lst. 10 k. S.	118¾ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93¼ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93¾ B. ⅛ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. L. S.	84⅜—½ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	81½ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	48⅞ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	65⅛ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	130¾ G.
" fl. 500 v. 1860 5/7	61⅜ P.	" fl. 25 do.	35¼ G.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	100¼ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	35¼ P.
1½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	126½ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	51 G.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	37 P.
Badische fl. 50	90⅛ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10 P.
Badische fl. 35	53 P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅝ P.

Frankfurt, 26. Juni. Der ungünstige Eindruck, welchen die Nachricht vom Tode des Sultans an der Wiener und der Berliner Börse verursachte, wirkte auf die hiesige zurück. Der Rückgang beschränkte sich jedoch auf österr. Fonds und die damit zusammenhängenden Industriepapiere, während sonstige Fonds von derselben verschont blieben. (Synd.)

Innern, daß er seine Präfekten schlecht gewählt, und daß diese die Gemeinderathswahlen nicht zu leiten verstanden. (Zu Vendome erlangte der Kandidat der „rothen Partei" die Oberhand; an verschiedenen andern Orten siegte gleichfalls die Opposition.) Auch legt der Kaiser dem Grafen Persigny mit Recht zur Last, durch sein ungeschicktes Einschreiten gegen den Herzog v. Aumale, bezw. gegen Drucker und Verleger seiner Broschüre, sowie gegen den Herzog v. Broglie dem Ansehen der Regierung geschadet und ihr Verlegenheiten bereitet zu haben. Wenn der Kaiser Hrn. v. Morny einen längeren Besuch auf dessen prachtvollem, mit einem Aufwand von 9 Millionen hergestellten Landsitze abstattet, dann ist wohl kein Zweifel, daß Graf Persigny sich durch seinen allzugroßen Eifer die Ungnade seines kaiserlichen Herrn zugezogen hat.

Paris, 24. Juni. Graf Vimercati, der gestern hier angekommen ist, wurde sofort vom Minister des Aeußern empfangen. Vimercati bringt die Antwort auf die Anerkennungsnote. Sie ist sehr herzlich gehalten. Doch spricht Ricasoli in der Depesche, wie er im Parlamente sprach, vom Rechte Italiens auf vollständige Einheit, hofft aber wie Cavour, Europa werde die Einsicht haben, die Bestrebungen Italiens als eine Nothwendigkeit der Situation anzuerkennen. In Bezug auf Rom erklärt sich Ricasoli mit Frankreich einverstanden, meint aber, der Zeitpunkt einer Lösung, welche den Interessen der Religion und jener Italiens entspricht, werde nicht lange auf sich warten lassen, und er hofft, Frankreich werde bei der Unterhandlung mit Rom Italiens Regierung unterstützen. Graf Arese, der Freund des Kaisers Napoleon, trifft am 26. in Paris ein. (Köln. Z.)

„Siècle" eifert gegen die Vorschriften des Kriegsministerium, wonach nichtkatholische Soldaten dem katholischen Gottesdienst beiwohnen und der Monstranz Verehrung bezeugen müssen; das reformirte Konsistorium von Nancy hat über diese Verletzung der Verfassung beim Kultusminister Beschwerde geführt.

Italien.

* Das Elend in Rom ist in Folge der politischen Verhältnisse außerordentlich groß. Als Beweis genügt, daß sich seit drei Jahren 4 bis 5000 und im Winter höchstens 8000 Fremde in Rom aufhalten; während dem sich früher 50,000 Fremde den Winter über in Rom aufhielten. So melden französische Blätter.

Turin. Ueber den Empfang der römischen Deputation durch den König Viktor Emanuel hört man noch Folgendes: „Nachdem der König die Adresse aufmerksam durchgelesen, sagte er zu der Deputation, die aus dem Fürsten Silvestrelli, dem Herzoge Sforza und dem Grafen Lorenzini bestand, in seiner herzlichen Weise, er hoffe, daß die Wünsche ihrer Mandatare trotz allem Anscheine vom Gegentheil bald in Erfüllung gehen würden. Nachdem er bezüglich Roms und Veneriens sich, wie gestern mitgetheilt, geäußert, ging Viktor Emanuel auf die Stelle der Adresse über, wo Cavour's so gedacht wird, als sey er der eigentliche Wiederhersteller Italiens. „Gewiß läßt Niemand dem Verdienste meines Ministers mehr Gerechtigkeit angedeihen als ich," fuhr der König fort, „und Niemand kann seinen Verlust aufrichtiger beklagen; aber ich bin der Wahrheit, ich bin der Geschichte und meinem eigenen Bewußtseyn es schuldig, die Thatsachen nach ihrer Wahrheit herzustellen und daran zu erinnern, daß ich weit früher, als Hr. v. Cavour mein Minister wurde, bereits allen Versuchungen und Verführungen der Reaktion widerstanden, daß ich meine Familienbande und die Verbindungen meiner Dynastie gebrochen, und daß ich Angesichts gekrönter Häupter Italiens Recht vertheidigt habe, dasselbe Recht, das Hr. v. Cavour erst einige Jahre später vor der in Paris versammelten Diplomatie verfochten hat." (K. Z.)

Griechenland.

Aus Athen vom 7. Juni schreibt man der „Köln. Ztg.": „Die Krisis, welche ich in diesem Lande neulich vorausgesagt habe, kündigt sich immer bedrohlicher an; ich bin nicht im Stande, Ihnen Näheres über die Verschwörung mitzutheilen, welcher die Regierung durch einen raschen Griff zuvorgekommen ist; leider höre ich, daß der Griff nur ein rascher, aber kein kräftiger gewesen ist, d. h., daß man ein Paar untergeordnete Personen, Journalisten de bas étage, Offiziere und Studenten verhaftet hat, daß aber die eigentlichen Leiter und Urheber der Verschwörung nach wie vor ihr Wesen treiben. Verstehe ich die mir gewordenen Andeutungen recht, so gibt es hier eine von Frankreich aus begünstigte Verschwörung, welche den fremden Fürsten, den deutschen Königssohn, zwingen will, seinen Thron zu verlassen und einem Manne Platz zu machen, der eigentlich Griechenland ebenso fremd ist wie ein Deutscher, nämlich dem reichen, in der Wallachei, Türkei, Oesterreich, auch in Griechenland selbst, meist aber in Rußland begüterten jungen Fürsten Gregor Ypsilantis. Dieser junge Ehrgeizige (25 Jahre alt) ist der einzige männliche Vertreter dieses bekannten Fanariotengeschlechts, lebt zu Paris, und kein Grieche verläßt ihn unbeschenkt. Die Frauen sind es, die diesen jungen Mann leiten; seine Großmutter, die Fürstin Elisabeth Vacaresco, seit 1816 Wittwe des Fürsten der Walachei Konstantin Ypsilantis; dann seine Mutter, die Fürstin Charielea Seanavy, seit 1835 Wittwe des Fürsten Gregor Ypsilantis; endlich seines Vaters Schwester, die Prinzessin Maria Morusi, seit 1846 Wittwe des Fürsten Georg. Diese drei Wittwen sollen an der Spitze der Ypsilantis-Verschwörung gegen König Otto stehen, auch nennt man die Namen der Prinzessin Elisabeth Ypsilantis, Schwester des Fürsten Gregor, und Prinzessin Sophia Morusi; die beiden letztern sollen schöne junge Damen seyn. Es versteht sich von selbst, daß alle diese Verschwörungen nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn sie vom Auslande unterstützt werden."

Nichtpolitische Zeitung.

Sulzbach (Oberpfalz), 21. Juni. Gestern wurde im Erzschachte der Maximilianshütte zu Sauforst, welcher bei Lobenhof, eine halbe Stunde von Sulzbach, entfernt liegt, ein Steinkohlenlager aufgefunden, dessen Mächtigkeit von Bedeutung seyn dürfte; es wurden bereits gestern 20 Centner gefördert und sogleich per Bahn als Probe nach Sauforst abgesendet.

* In Frankfurt a/M. tagte am 24. Juni eine Versammlung von Abgeordneten 16 deutschkatholischer Gemeinden von Südwestdeutschland (Oppenheim, Wiesbaden, Oberingelheim, Meißenheim, Osthofen, Guntersblum, Mainz, Rüdesheim, Mannheim, Ulm und Stuttgart, Pforzheim, Offenbach, Frankfurt, Kreuznach, Heidelberg, Kroffdorf, Solingen, Essenheim, Bonn und Köln), um sich über gleichheitliche Behandlung verschiedener Gegenstände, wie z. B. des Religionsunterrichts der Kinder rc. zu berathen. Im Ganzen gehören dem Verbande 80 Gemeinden an.

Neueste Nachrichten.

München, 25. Juni. Im Auftrage des Finanzministerium hat dieser Tage die General-Lotto-Administration ein Verzeichniß

---

ein dicker apokrypher Band, ohne Namen des Verfassers unter dem Titel: „Memoiren des Königs Hieronymus." Das Buch hat wohl nur deßhalb einige Autorität, weil es bei dem „offiziellen" Verleger Dentu erschienen ist. Jerome ist nicht dessen Verfasser, nur dessen Gegenstand. Dort heißt es, daß er nach seinem Austritt aus dem Kollege von Juilly, wo ich noch sein Mitschüler war, in die glänzende Gesellschaft seiner Familie trat. Da fand er Pauline, bereits mit General Leclerc vermählt, Hortensia Beauharnais, Karoline, die spätere Wittwe des Königs von Neapel, und Fräulein Clermont, später Frau Junot, Herzogin von Abrantes. Er selbst war noch jung, wie alt er war, mag man später fixiren, ich nehme an, daß er der Wahrheit die Ehre gab bei dem feierlichen Akte, den er in Baltimore vor dem Altare vollzog. Die Marine schien die meiste Aussicht zu bieten. So begleitete er die Expedition nach San Domingo, nachher die nach Martinique unter Admiral Villeneuve. Im Juni 1803 erhielt er den Befehl, nach Frankreich zum ersten Konsul zu eilen. Er widerstrebte, wegen der Gefahr, welche Englands Kreuzer einem Bruder des Kaisers bieten mußten. Der Friede von Amiens war thatsächlich gebrochen. Der Kaiser hatte Frankreich seine Kolonien wieder geben wollen; da der Friede gebrochen war, wollte er Frankreichs Marine zurückkehren lassen. Die Ver. Staaten boten die Allianz, und der erste Konsul, in der Hoffnung darauf, hatte Louisiana abgetreten. Auch Spanien war zu einer Allianz bereit. Da ist es denn überraschend, einen jungen Schiffs-Kapitän sein Geschwader verlassen und nach Amerika gehen zu sehen. Am 9. Juli 1809 landete er in Norfolk mit zahlreichem Gefolge, und „ekkomplirt", um mich des Ausdruckes des Memoiren-Verfassers zu bedienen, „seine fürstliche Eventualität". Mit ihm waren General Rebell, Dr. Camus und ein Sekretär. In den Memoiren schildert man ihn wie einen verzauberten Knaben. Nach seiner Ankunft in Washington läßt er zuerst den französischen General-Consul, der ihn nicht bewillkommt hatte, rufen. Zu bemerken bleibt, daß dieser von Anfang an das Vorgehen Jerome Bonaparte's mißbilligte. Hatte derselbe doch ein Brief-Paket des Consuls, das nach Frankreich bestimmt war, erbrochen. Herr Pichon beklagte sich darüber bei Talleyrand. — Wie die Akten ergeben, bestand ein unausgesetzter Verkehr zwischen Jerome und seinem Bruder. Jerome knüpfte in Washington mit dem spanischen Gesandten und mit dem Marine-Minister, Smitth, der Vereinigten Staaten an." (Forts. folgt.)

daß dieses Projekt in Baden bereits in Anregung gebracht und von den israelitischen Glaubensgenossen mehrerer süddeutschen Staaten beifällig aufgenommen worden sey. (Pf. Z.)

Württemberg. Stuttgart, 22. Juni. Die neugebildete Jugendwehr ist zum Theil bereits uniformirt. Die einfache kleidsame Uniform besteht in einem zweireihigen dunkelgrauen Rocke mit stehendem Kragen und grünen Paspoils, die Mütze hat die Form der schweizerischen Militärmütze und ist vom gleichen Stoff wie der Rock. Für die Beinkleider besteht keine Vorschrift. (Mrgz.)

Hannover. Die „Neue Hannover'sche Ztg." theilt mit, daß die Ergebenheitsadresse an den König (bei seinem Geburtstag) im Ganzen 12,915 Unterschriften von „Unterthanen Seiner Majestät aus Stadt und Land" erlangt habe, und erschöpft dann alle möglichen Gründe und einige unmögliche, um die auffallend geringe Zahl dieser gepreßten oder gelockten „Ergebenen" zu erklären. Für eine „allgemeine Abstimmung" ist das Ergebniß allerdings dürftig genug, und die Besonnenen unter den Urhebern werden jetzt wohl wünschen, das Wagniß nie unternommen zu haben — vorausgesetzt, daß es ihnen wirklich um die Sache, nicht um eine Empfehlung ihrer selbst zu betirbigen Gnadenerweisen zu thun war.

Mecklenburg. Der „Volks-Zeitung" schreibt man aus Rostock vom 23. Juni: „Der im sog. Rostocker Hochverrathsprozeß verurtheilte Advokat Uterhart war zum Senator unserer Stadt gewählt worden. Unser Magistrat designirte ihn darauf zum Chef der städtischen Polizei. Infolge davon hat er bereits seit mehreren Wochen zu allseitiger Zufriedenheit sein Amt als Polizeidirektor ausgeübt. Nur die Regierung war unzufrieden. Ein landesherrliches Reskript stellte von Oberlandespolizei wegen die peremtorische Forderung, daß Herr Uterhart wegen seiner Verurtheilung im Hochverrathsprozeß von seinem Posten wieder entfernt würde. Der Begriff der Oberlandespolizei existirt aber in unserm Feudalstaat gar nicht. Nach den zwischen dem Landesherrn und der Stadt abgeschlossenen Erbverträgen hat Ersterer, die Fälle des Rekurses abgerechnet, nur dann ein Recht, sich in unsere Angelegenheiten einzumischen, wenn Mißbräuche in der Verwaltung vorliegen. Hoffentlich wird unser Magistrat jenen Eingriff in unsre verbrieften Rechte energisch zurückweisen."

Nassau. Wiesbaden, 25. Juni. In der heutigen Sitzung der vereinigten Kammern forderte die Regierung 47,400 fl. für Aenderung in der Militär-Uniform und Herstellung von Militär-Turnplätzen. (Tel.d.Fr.J.)

Oesterreich. Wien, 22. Juni. In Ungarn verrennt man sich immer tiefer in die blind-oppositionelle Richtung. Nachdem das Oberhaus die extravagante Adresse des Unterhauses unverändert und einstimmig angenommen hatte, begannen in beiden Körpern die vorläufigen, noch nicht öffentlichen Berathungen über die Art, in welcher dem Kaiser das merkwürdige Aktenstück übermittelt werden soll. Der bisher gebräuchliche und sicher auch einzig angemessene Weg, eine Deputation beider Häuser unter Führung der beiderseitigen Präsidenten nach Wien zu senden, erschien den Ultra's deshalb bedenklich, weil der Landtag mit dem nicht gekrönten Könige, dem er den Titel verweigert und den er als den blos faktischen „Inhaber der Gewalt" betrachtet, in keine direkte Berührung treten dürfe. Es sind deshalb zwei andere Vorschläge gemacht worden: der eine empfiehlt, die Adresse auf dem gewöhnlichen Dienstwege an die ungarische Hofkanzlei und so an den Kaiser gelangen zu lassen. Sollten jedoch diese amtlichen Organe, wie allerdings zu erwarten, die Beförderung der Adresse ablehnen, so schlägt man zweitens vor, sie dem Kaiser einfach durch die — Post zuzuschicken. Dem Einwande, daß die Post die sichere Zustellung des Briefes schwerlich garantiren werde, wenn dieser nicht den vollständigen Titel, den man ja eben vermeiden wolle, auf der Adresse trage, wurde, wie erzählt wird, die Bemerkung entgegengesetzt, daß kein Zweifel übrr den Adressaten entstehen könne, da die Hofburg bekanntlich in der innern Stadt die Hausnummer 1 trage, und die Bezeichnung „Franz Joseph von Lothringen-Habsburg, gegenwärtig Beherrscher der österreichischen Lande", nur auf einen Bewohner jenes Hauses Anwendung finde. Ueberdies könne man zur Sicherheit den Brief „rekommandiren" und mit einem „Retour-Recepisse" versehen; letzteres möge, wenn es von dem Adressaten in Gegenwart des Briefträgers unterschrieben und an den Landtag zurückgelangt sey, als aktenmäßiger Belag in dem Landtagsarchive deponirt werden. Will man nun auch den Schluß diesrr Mittheilung als eine boshafte Ausschmückung der Pesther Berathungen über die Frage ansehen, so bezeichnet er doch jedenfalls sehr gut den Standpunkt, auf welchem man dort bereits angelangt ist, und die Konsequenzen, zu denen er führen muß. (Schließlich wurde doch für gut befunden, eine Deputation abzuschicken, freilich eine sehr kleine.) (Pr. Ztg.)

Wie verlautet, ist Paul Kiraly, städtischer Notar zu Pesth und Verfasser der bekannten Adresse der Pesther Stadt-Repräsentanz, während seiner Reise verhaftet worden. Wie es heißt, soll gegen denselben ein Prozeß wegen Hochverraths eingeleitet werden.

Am 10. Juni brach, wie der „Presse" geschrieben wird, unter den Sträflingen des unter der Leitung von Nonnen stehenden k. k. Strafhauses zu Miran eine Meuterei aus, und nur der Energie und dem imponirenden Auftreten des k. k. Inspektors allda ist es zu danken, daß dieselben von weitern gewaltthätigen Schritten gegen die Ordensschwestern bis zum Anlangen der Militärassistenz abgehalten wurden. Die Veranlassung zu dieser Empörung, an welcher sich fast alle Sträflinge betheiligt hatten, soll nach deren Angabe die schlechte Hauskost, allzuviel Arbeitsstunden und sehr geringer Arbeitslohn seyn. Die Untersuchung hierüber ist im Zuge.

Frankreich.

Paris, 22. Juni. Eine neue Komödie, die heute begonnen hat, ist die Entrüstung der inspirirten Blätter über die Feier des 18. Juni in mehreren Städten der preußischen Rheinprovinzen. Liest man das „Journal de l'Empire", so sollte man glauben, es sey in dem zweiten Kaiserreich niemals in Broschüren und Zeitungsartikeln die Rede von den abscheulichen Verträgen von 1815 und von den natürlichen Grenzen gewesen! Wie man in den Wald hineinschreit, schallt es heraus, aber es scheint der Regierung ganz erwünscht zu seyn, die öffentliche Meinung in Frankreich gegen Preußen aufzuhetzen. Und von diesem Gesichtspunkte betrachtet, ist das Geschwätz der offiziösen Blätter beachtenswerth. Denn gegen Preußen wird's wohl sicher gehen, wenn das Kaiserreich das nächste Mal zum Schwert greift. (Schw. M.)

Paris, 24. Juni. Dem Vernehmen nach reist der Graf Persigny morgen in Familienangelegenheiten nach England. Der Kaiser soll, wie man versichert, mit seinem „getreuesten Diener" sehr unzufrieden seyn. Se. Majestät beschuldigt den Minister des

---

Prozeß der Madame Elisabeth Patterson und ihres Sohnes gegen den Prinzen Napoleon.

(Aus der „Köln. Zeitung".)

Paris, 24. Juni. Heute begann in II. Instanz vor dem Appellationsgerichte der Prozeß der Madame Patterson und ihres Sohnes gegen den Prinzen Napoleon. Bekanntlich verlangen die beiden Ersteren, daß die Erbschaft des Prinzen Jerome zwischen den Kindern, die derselbe aus seiner amerikanischen Ehe gehabt hat, und denen aus seiner zweiten Ehe getheilt und so die Legitimität der erstern anerkannt werde. Vor dem Tribunale erster Instanz hatten die Patterson ihren Prozeß verloren. Herr Chaix d'Estange, General-Prokurator, nahm den Sitz des Staatsanwaltes ein. Hr. Berryer, der den Prozeß für Madame Patterson und ihren Sohn führt, hat zuerst das Wort: „Er entschuldigt sich zuerst, daß er die Aufmerksamkeit des Gerichtshofes lange in Anspruch nehmen müsse, da diese Angelegenheit eine Masse Thatsachen in sich schließe, die entstellt worden seyen. Ich habe die Würde einer vor 60 Jahren abgeschlossenen Heirath, und für die beiden Generationen den Besitz und die Würde des Namens, den sie tragen, zurückzuverlangen. Dieser so große Name vermehrt noch die Schwierigkeiten dieser Angelegenheit. Die politischen Verwicklungen sind dazu gekommen, und dieses sowohl jetzt, als zur Zeit, wo die legitime Frau vernachlässigt und verfolgt wurde. Ja, heute wird die Aufgabe, diese Schwierigkeiten darzuthun, noch delikater wegen der gleichzeitigen Begebnisse. Es könnten politische Interessen versuchen, in diesem Rechtsstreite ihren Einfluß geltend zu machen, wogegen freilich die Würde des Gerichtes sich stemmen würde. Deßhalb rede ich in voller Geistesfreiheit und gehe zur Sache. Kann man eine im Jahre 1803 im Auslande nach den von den französischen Gesetze verlangten Förmlichkeiten von einem Franzosen abgeschlossene Ehe von Rechts wegen als null und nichtig ansehen? Wurde diese Ehe nicht, zum wenigsten von der Ehefrau, in gutem Glauben abgeschlossen? Vermochten Akte der souveränen Gewalt auf den Ursprung eines aus einer solchen Ehe entsprossenen Sohnes einen Makel zu werfen? Endlich berechtigen Beschlußnahmen einer außerordentlichen Jurisdiktion zu einer Klagabweisung? In der ersten Instanz hat man eine große Anzahl von Aktenstücken vorgelegt, die man Archiven entnahm, welche uns verschlossen waren. Gleich nach Beginn der ersten Debatten erschien

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 175.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 27. Juni 1861.

Die Pfalz und das Polizeistrafgesetzbuch.*)

Gelegentlich der Berathungen über die Einführung eines neuen Polizei- und Strafgesetzbuchs für ganz Bayern hat die Rheinpfalz durch ihre legalen Vertreter gegen die Aenderung ihrer seitherigen Gesetzgebung protestirt und es ist nicht zu bestreiten, daß die Frage der Einführung der bayerischen Gesetzgebung in die Pfalz daselbst eine ungemeine Aufregung hervorgerufen hat.

Wir wollen davon absehen, in wie weit die Beschwerden der Pfälzer gegründet sind, daß sie durch die neue Gesetzgebung gegenüber der früheren an ihrer persönlichen Freiheit beeinträchtigt oder bedroht würden; wir wollen hier lediglich die gesetzpolitische Frage in's Auge fassen, ob es überhaupt und namentlich gegenüber dem Widerstreben der Pfälzer im gegenwärtigen Augenblick gerathen erscheine, die Aenderung der Gesetzgebung in der Pfalz zu veranlassen.

So sehr es der Wunsch jedes deutschen Patrioten seyn muß, daß die deutsche Einigkeit auch in der einheitlichen Gesetzgebung allmälig sich bekunde, so müssen wir doch dafür stimmen, daß man der Pfalz momentan ihre Gesetzgebung noch lassen sollte.

I. Denn im Grunde müssen wir doch das zugestehen, daß es unzweckmäßig ist, einem Gebietstheile, der nach fast allen Seiten hin von Territorien umgeben ist, die das französische Recht haben, ein anderes Gesetz zu geben, als seine Nachbarn haben, deswegen, damit es dem weit entlegenen Mutterlande gleichförmiger werde.

II. Unsere neue Gesetzgebung ist auch noch gar nicht bewährt; sie ist ein Versuch, der erst an seinen Früchten als probehaltig erkannt werden soll. Hat sich unsere neue Gesetzgebung als tüchtig bewiesen, dann wird auch der Widerstand bei den Pfälzern nicht diesen aufgeregten Charakter zeigen; es ist ja nicht so nothwendig, daß diese neue Gesetzgebung plötzlich in der Pfalz eingeführt werde; hat doch bei uns, obgleich sie so lange schon ersehnt wurde, die Morgenröthe des neuen Gesetztags so lange auf sich warten lassen!

III. Napoleon III. bedroht die Pfalz! Und in diesem Augenblicke will man daran denken, einem jenseits des Rheins gelegenen Bruderstamme seine lieb gewordene Gesetzgebung, die er dem Onkel verdankt, zu nehmen! Heißt man das nicht, dem Neffen sein Spiel gar zu leicht machen? Es gehört ohnedies Muth, Selbstverleugnung, aufopfernde Vaterlandsliebe genug dazu, wenn ein Grenzland in den Tagen der Gefahr noch an unserm zerrissenen und zerklüfteten deutschen Vaterlande festhalten soll; es ist nicht nothwendig, hiebei auch noch künstliche Mittel anzuwenden, um ein solches Glied vom Leibe zu trennen.

IV. Allen Anzeichen nach ist aber auch unsere neue Polizei- und Strafgesetzgebung rein transitorischer Natur. Denn es ist kaum zweifelhaft, daß die nächsten Jahrzehnte uns eine deutsche Polizei- und Strafgesetzgebung bringen. Daß nun die Pfälzer sich sträuben, diese Variationen mit durchzumachen, die für uns diesseits des Rheins unumgängliche Nothwendigkeit geworden sind, das kann man ihnen im Grunde auch nicht verdenken. Sie haben sich nicht gesträubt, das allgemeine deutsche Wechselgesetz anzunehmen; sie werden ihr französisches Handelsgesetzbuch ohne Widerrede mit dem allgemeinen deutschen vertauschen; allein wenn sie eben nicht Lust haben, die Gesetze eines getrennt liegenden Landes, die von denen der umliegenden Länder wesentlich abweichen, anzunehmen, so möge man dies nicht so sehr auf Rechnung eines herrschenden Oppositionsgeistes, als auf Rechnung der vorhandenen Verhältnisse setzen und letztere selbst gebührend berücksichtigen.

Mögen die Pfälzer sehen, wie sie mit ihrer alten Gesetzgebung auskommen; wir müssen ohnedies wieder der neuen Ordnung der Dinge uns anzubequemen lernen.

*) Wir betrachten diese Frage als eine offene. D. Red.

Bei uns Deutschen ist es wie mit der Gesetzgebung, so mit der Regierungsform, so mit den Kleidern: Wir wechseln sie nicht gerne.

Ein Franke.

Deutscher Bund.

Gotha, 22. Juni. In der vorigen Woche hat unter Vorsitz des Herzogs als Ehrenpräsidenten eine Sitzung des Festausschusses für das deutsche Schützenfest stattgefunden. Die Theilnahme für die Sache bekundet sich in einer Weise, daß man den Gedanken dieses Festes als einen zeitgemäßen, aus dem Sinne des deutschen Volkes hervorgegangenen ansieht. Mehr als 30 Schützengesellschaften haben bereits Ehrengaben eingesandt, und ebenso werthvolle wie elegante Geschenke von einzelnen Personen aus allen Lebenskreisen, besonders von Damen und selbst aus Kurland und der Schweiz bekunden, daß man die nationale Bedeutung des Festes wohl zu würdigen weiß. Es kommt nun darauf an, daß möglichst zahlreiche Schützenvereine hier vertreten werden, um eine kräftige Organisation des ganzen Schützenwesens durch ganz Deutschland zu Stande zu bringen, die zugleich als Organisation der bürgerlichen Wehrhaftigkeit dem Vaterlande die Kraft der Unbesiegbarkeit verleihen möchte. An dem zahlreichsten Besuch einzelner Schützen wird es so wenig fehlen, daß schon jetzt der Festausschuß Mühe hat, die gewünschten Wohnungen für die bereits Angemeldeten zu beschaffen. (Ztg. f. Ndd.)

Der Prager Katholikenverein hat, da von den beiden im vorigen Jahre für die diesjährige Generalversammlung der Katholikenvereine Deutschlands und Oesterreichs in Vorschlag gebrachten Städten Hildesheim eine verneinende und München eine unklare Antwort gegeben, in seiner letzten Sitzung den Beschluß gefaßt, von München eine entschiedene Antwort zu verlangen und zugleich in Salzburg und in Graz anzufragen, ob die Generalversammlung der katholischen Vereine heuer nicht daselbst abgehalten werden könne.

Bayern. München, 25. Juni. Se. Maj. der König hat den Revierförster V. **Grattenthaler** von Zell, F.-A. Ruhpolding, seinem Ansuchen entsprechend, auf das Revier Schliersee, F.-A. Tegernsee, versetzt und an dessen Stelle den Forstamtsaktuar im Salinenforstbureau, R. **Hermann**, ernannt; das Kuratbenefizium Sct. Michaelis et Annae in Erding dem Priester Jos. **Lutz**, Vikar in Schönstätt, Ldg. Wasserburg, übertragen.

(N. M. Z.)

Ludwigshafen, 24. Juni. Die wegen Abschaffung der Eidesform more judaico gestern dahier abgehaltene Versammlung von Israeliten war zahlreich aus allen Theilen der Pfalz besucht. Die Versammlung beschloß einstimmig, von einer Adresse an die Kammer abzusehen, da kein Gesetz der Pfalz zur Ausschwörung eines Eides more judaico verpflichte, also auch nicht um Aufhebung eines derartigen Gesetzes petitionirt zu werden brauche. Um jedoch den bei den pfälzischen Gerichten noch herrschenden Usus der Auferlegung solcher Eide zu beseitigen, wählte die Versammlung einen besondern Ausschuß, dessen freiem Ermessen die Wahl der hiezu zweckdienlich scheinenden gesetzlichen Mittel und Wege, etwa Veranlassung eines Kassationsurtheils, überlassen wurde. Ein hierauf gestellter Antrag, eine Reform der innern und äußern Kultusverhältnisse, insbesondere auch durch geeignete Vorschläge zur Revision der Allerh. Verordnung vom 27. Jan. 1854 herbeizuführen, fand ebenfalls ungetheilten Beifall und es wurde auch zu diesem Zwecke ein besonderer Ausschuß gewählt. Ebenso einmüthig stimmte die Versammlung einem Vorschlag des Hrn. Dr. Präger bei, auf die Gründung eines süddeutschen israelitischen Lehrer-Seminars hinzuwirken, nachdem der Antragsteller hervorgehoben,

wieder einen Erfolg davon getragen, den Napoleon freilich auf jede Art zu vereiteln bemüht seyn wird.

Nichtpolitische Zeitung.

Kusel, 22. Juni. Gestern starb an einem Hirnschlage in Bad Gleisweiler der Notar Karl Lorch von hier. Derselbe hat, wie man hört, seine ganze Hinterlassenschaft den Armen vermacht. (Pfälz. Ztg.)

Stuttgart, 19. Juni. Heute ging die süddeutsche Buchhändlermesse zu Ende, auf der gegen 400 Firmen theils persönlich, theils durch ihre Kommissionäre vertreten waren. Für Regelung des Hausirhandels mit Büchern und für einen entsprechenden Schutz künstlerischer Erzeugnisse gegen Nachbildung durch Photographie wurden die geeigneten Schritte bei den Regierungen gethan. (St.-A. f. Würt.)

Gera, 13. Juni. Heute wurde hier eine Persönlichkeit begraben, die recht und schlicht, als einfacher Handwerksmann durchs Leben ging, aber für Sachsen insofern ein gewisses Interesse hat, als der Verstorbene, der hiesige Stellmachermeister Christian Adolph Frhr. v. Triller, der letzte männliche Nachkomme, in direkter Abstammung von jenem Kohlenbrenner Schmidt war, der sich durch die Gefangennahme Kunz v. Kaufungen's beim sächsischen Prinzenraub einen Namen in der Geschichte erworben und der bekanntlich den Beinamen Triller erhielt. Der Verstorbene wurde, als auf ihn der Freiherrentitel überging und er Senior der Trillerstiftung wurde, sowohl von den Herzogen von Altenburg als dem König Johann von Sachsen durch verschiedene Auszeichnungen erfreut. Sein Handwerk trieb er aber auch als Freiherr bis zu Ende und starb, wie er gelebt: als schlichter deutscher Handwerksmeister.

Neueste Nachrichten.

** **München**, 24. Juni. (Pr.-K.) Zur Beschleunigung der Vorarbeiten zur Durchführung der Gerichtsorganisation sind im Staatsministerium der Justiz die Arbeitskräfte vermehrt worden. Die neue Organisation wird, wenn nicht früher, jedenfalls am 1. Mai 1862 in's Leben treten. — Nachdem die neue Mannschaft unserer Infanterie-Regimenter in den nächsten Tagen abexerzirt hat, wird am 1. Juli eine weitere Beurlaubung stattfinden und zwar bis 32 Mann per Kompagnie. — Die diesjährige ordentliche Zollvereins-Konferenz soll in München stattfinden und zwar, sobald die Verhandlungen wegen des mit Frankreich abzuschließenden Zollvertrags so weit gediehen sind, daß derselbe zur Schlußberathung gelangen kann.

Wien, 22. Juni. Die englische Regierung hatte bekanntlich einen Attaché der Gesandtschaft in Wien, Dunlop, nach Pesth gesendet, ihn aber auf Wunsch der österreichischen Regierung, die diese Art Beglaubigung eines Diplomaten bei den Ungarn mit Recht nicht billigte, zurückberufen. Der „Köln. Ztg." zufolge hat nun das englische Kabinet in der Person des Majors Price einen konfidentiellen Agenten nach Ungarn geschickt. (Das kann man der englischen Regierung im Grund nicht verübeln, wenn sie durch einen eigenen verläßigen Mann sich Klarheit über die Vorgänge in Pesth zu verschaffen sucht. Dunlop's Sendung zu diesem Zweck war nur darum anstößig, weil er Mitglied der englischen Gesandtschaft in Wien ist und sein Aufenthalt in Pesth deßhalb einer Filiale derselben beim ungarischen Landtag sehr ähnlich sah, was doch, so lange Ungarn nicht selbständig ist, nicht wohl angeht.)

Bozen, 23. Juni. Der Erzherzog-Statthalter von Tyrol richtete am 17. d. M. aus Schönbrunn an alle Bezirksämter Tyrols nachstehenden Erlaß: „Ich habe aus zuverläßiger Quelle in Erfahrung gebracht, daß in mehreren Bezirken Tyrols mit Umgehung der Behörden Unterschriften in den Gemeinden für eine Petition zur Erhaltung der Glaubenseinheit gesammelt, und die Absendung einer zahlreichen Deputation nach Wien zur Ueberreichung derselben an Se. k. k. apostolische Majestät beabsichtigt werde. Dieses Unternehmen soll vorzugsweise von der Geistlichkeit ausgehen, und so viel thunlich im Geheimen betrieben werden. Da Se. Majestät der Kaiser die Absendung einer solchen Deputation nicht zu genehmigen geruht haben, so ertheile Ich dem k. k. Bezirksamte den Auftrag, den Vorbereitungen und Adressensammlungen hiezu entgegenzutreten, weil das gesetzliche Organ, der Landtag, sich schon für Bewahrung der Glaubenseinheit ausgesprochen hat und darüber die Allerhöchste Schlußfassung abzuwarten ist. Es ist hiernach unverzüglich die angemessene Weisung an die unterstehenden Gemeindevorstehungen zu erlassen, und ihnen zur Pflicht zu machen, die Vorsorge zu treffen, damit in den Gemeinden die etwaige Sammlung von Unterschriften für eine solche Petition hintangehalten, und die Vorbereitungen zur Zustandebringung einer Deputation, falls solche eingeleitet wären, sogleich eingestellt werden. Hiebei ist mit Umsicht und Klugheit vorzugehen, und Ich mache die k. k. Bezirksvorsteher für die genaue Ausführung obiger Bestimmungen persönlich verantwortlich, mit dem Beifügen, daß Ich Mich wegen Anweisung der Geistlichkeit gleichzeitig an die hochwürdigen Herren Bischöfe wende. Ich fordere das k. k. Bezirksamt auf, Mir über den Erfolg dieses Erlasses und über die diesfalls gemachten Wahrnehmungen Bericht zu erstatten."

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	—
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$64\frac{7}{8}$ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	56—$\frac{3}{4}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$47\frac{1}{4}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	41 G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$89\frac{1}{2}$ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. R. (C. b. R.)	103 P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103 P. $102\frac{7}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$103\frac{3}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$101\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101 P. $100\frac{3}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$97\frac{3}{4}$ G.
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	105 G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{4}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$103\frac{1}{8}$ P. $102\frac{5}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$95\frac{1}{4}$ G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	102 P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	94 G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{7}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100 P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$98\frac{3}{8}$ P.
„	3 pCt. Obl.	92 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$47\frac{1}{2}$ P.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt. „ „ „	$42\frac{1}{4}$ P. 42 G.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$99\frac{3}{8}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$109\frac{5}{8}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	630—27 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	145—46 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$189\frac{1}{2}$ P. 88 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$71\frac{1}{2}$ P. 71 G.
Internationale Bank in Luxemb. . .	84 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	321 P. 319 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$66\frac{3}{4}$ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	231 P.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$119\frac{1}{2}$ P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	76 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	23 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$137\frac{1}{2}$ G.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$100\frac{1}{2}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50\frac{1}{2}$ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	238 P. exC
Span. Handels- u. Industrie . . .	539 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	473 P.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$105\frac{3}{8}$ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. $100\frac{1}{2}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$96\frac{1}{8}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	$88\frac{1}{8}$ B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 G.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{7}{8}$ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	$93\frac{1}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{1}{2}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$84\frac{3}{4}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$81\frac{1}{2}$ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$48\frac{7}{8}$ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	65 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$130\frac{3}{4}$ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$61\frac{3}{8}$ P.	„ fl. 25 do.	$35\frac{1}{4}$ G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$98\frac{3}{4}$ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$35\frac{1}{4}$ P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	$126\frac{1}{2}$ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	—
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	37 P.
Badische fl. 50	$90\frac{1}{8}$ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10 P.
Badische fl. 35	$52\frac{7}{8}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{1}{2}$ G.

Frankfurt, 25. Juni. In den Kursen der meisten österr. Fonds und Aktien zeigte sich keine wesentliche Veränderung. Doch war im Allgemeinen eine etwas festere Tendenz nicht zu verkennen. Nur österreich. Bankaktien wurden abermals billiger abgegeben. Wechsel auf Wien in allen Sichten besser bezahlt. (Synd.)

Momente alle seine alten Pläne mit Italien der Reihe nach vorzusuchen. Er kann zu jeder Zeit den europäischen Kongreß zur Lösung der römischen Frage, das Vikariat für die Legationen, das Vizekönigthum oder auch eine französische Secundogenitur für Toskana, eine Dynastie Murat für Neapel abermals zur Sprache bringen — er kann selbst, wenn die Umstände sich ändern, des lieben Friedens wegen auf die Bestimmungen des Züricher Traktates zurückgreifen, wie er ja stets behauptet hat, ihre Verletzung nur aus Respekt vor dem Nicht-Interventionsprinzipe geduldet zu haben: und an der Tiber hält Goyon Wacht, um jedem seiner Wünsche den vollen Nachdruck eines Befehles zu geben. Das Prestige des Imperialismus beruht eben darauf, daß er bei den legitimen Mächten der Reihe nach eine Achilles-Ferse zu entdecken bemüht ist, durch deren Berührung es ihm gelingen soll, die auswärtige Aktion jeder einzelnen zu lähmen und einer Koalition Aller vorzubeugen. Mittelst des Nationalitäten-Prinzipes ist das bei Rußland und Oesterreich, zum Theil auch bei Preußen geglückt, und was England anbetrifft, so scheint man diesseits des Kanales für vorkommende Fälle gleichfalls auf Irland zu spekuliren. Offenbar hat demnach der Kaiser nicht auf der apenninischen Halbinsel eine sechste Großmacht ins Leben gerufen, um ihr freies Spiel und festen Boden zu gönnen. Das Königreich Italien, das dem Empire auch insofern zur Folie dienen soll, als es gleich diesem auf dem suffrage universel beruht, darf und soll nicht blos der Bundesgenosse, es muß der Trabant Frankreichs seyn. Das Nationalitäten-Prinzip wirkt auch dort, nur in umgekehrter Weise: die italienische Nation wird gerade so weit gestärkt, daß sie kein lästiger Schützling für Frankreich ist, aber doch nie daran denken kann, sich den Armen ihres Protektors zu entwinden. Nicht um von dem neuen Königreiche dieses oder jenes bestimmt abgegrenzte Opfer zu erpressen, richtet daher Napoleon seine Politik demselben gegenüber so ein, daß die junge Monarchie an den Imperialismus mit immer engeren Banden geknüpft wird, sondern damit Viktor Emanuel sich stündlich gegenwärtig hält, wie er dem Schutzherrn an der Seine für jetzt und immerdar zu jedem Dienste auf den ersten Wink zu Gebote stehen muß! Die Anerkennung ist ein Schachzug, vermöge dessen nach beiden Seiten hin die Beruhigung Italiens zur Unmöglichkeit gestempelt werden soll. Als Drohung gegen das Ausland ist sie bitterer Ernst, indem sie allen etwaigen Experimenten, die apenninische Halbinsel im Wege der Restauration zu pazifiziren, ein drohendes „Quos ego!“ zuruft. In Bezug auf Viktor Emanuel sinkt sie zur Komödie herab, da die mit dem Akte verbundenen, nicht einmal den Züricher Vertrag aufgebenden Vorbehalte, sowie das Verbleiben Goyons in Rom die Konsolidirung des neuen Königreiches ebenso nachdrücklich verhindern, wie die Herstellung der alten Zustände. Frankreich hat einen „kranken Mann“ mehr geschaffen und sich demselben als ausschließlich privilegirten Arzt oktroyirt — das ist das Ganze! (Ostd.P.)

* Ueber die Unterhandlungen zwischen Paris und Wien, welche der Anerkennung des neuen Königreichs Italien durch Frankreich vorangingen, über das, was von beiden Seiten verlangt und nachgegeben wurde, finden sich die mannigfachsten Angaben in italienischen und französischen Blättern, deren Werth aber nicht hoch anzuschlagen seyn dürfte, da die Korrespondenten derselben den Ministern wohl nicht in die Karten geschaut haben werden; es sind eben Vermuthungen — mehr nicht. Namentlich ist auch Mazzini wieder sehr thätig, das Gerücht in Umlauf zu setzen, die Insel Sardinien solle an Frankreich abgetreten werden. Er will damit den Minister Ricasoli beim Volk mißliebig machen, der als Aristokrat ihm unausstehlich ist.

Aus Turin, 18. Juni, wird der „Triester Ztg.“ gemeldet: „In den letzten Tagen fanden viele Verhaftungen statt. Unter den Verhafteten sollen sich drei Geistliche befinden. Gestern Abends wurden neuerdings acht von Genua kommende Garibaldi'sche Offiziere an dem Genueser Eisenbahnhofe verhaftet und in das Gefängniß abgeführt. Man bezweifelt aber, daß sie Garibaldi'sche Offiziere seyen, und will in ihnen bourbonische Agenten wittern.“

Turin, 21. Juni. In der gestrigen Kammer ereignete sich vor der Berathung über Garibaldi's Volksbewaffnungsentwurf folgende heitere Szene. Ricciardi, der radikale Abgeordnete aus Neapel, beschwerte sich über die von der Statthalterschaft in Neapel im vorigen Jahr verfügte Aufhebung der dortigen Akademie, und sagte u. A.: „Unter den Mitgliedern dieser Akademie zählten die erbittertsten Gegner der Bourbonen, darunter mein Vater, ferner ein französischer Königsmörder und viele Berühmtheiten, darunter Alexander v. Humboldt. Trotz dieses Glanzes der Akademie ergingen jene beiden Dekrete, welche ihren Schluß anordnen. Durch diese Dekrete hört Humboldt auf, Mitglied —“ Verschiedene Stimmen: Humboldt ist ja schon lange todt! (Heiterkeit.) Ricciardi: Humboldt ist todt? (Ungeheure Heiterkeit.) Schließlich verlangte Ricciardi, die Kammer solle das Ministerium auffordern, jene Dekrete zurückzuziehen. Nachdem jedoch de Sanctis über die Gründe jener Maßregel, sowie über die bevorstehende Wiederherstellung der Akademie befriedigende Auskunft gegeben, ging die Kammer zur Tagesordnung über.

Aus der 2. Kammer des italienischen Parlaments haben sich bereits so viele Mitglieder entfernt, daß sie nur noch 10 über die gesetzlich erforderliche Zahl bei Beschlüssen zählt; man glaubt, daß sie vollends beschlußunfähig werden würde, wenn die Gesetzentwürfe über die neuen Auflagen vorgelegt werden, um sie nicht bewilligen zu müssen. Guerazzi wollte, daß man den 1849, 1851 und 1852 in Toskana aufgenommenen Anlehen, die auf die österr. Okkupation verwendet worden, die Anerkennung versage und erkläre, daß man die künftig noch in Rom und Venetien gemachten Schulden nicht bezahlen werde; die Kammer sprach sich für das entgegengesetzte Prinzip aus.

* Die italienische Regierung scheint in der 2. Kammer auf eine starke Mehrheit gegen Garibaldi's Volksbewaffnungspläne rechnen zu können, wenn man danach schließen darf, daß ein dazu gehöriger Antrag von Depretis, dem Führer der Linken, in der Sitzung vom 21. Juni mit 62 : 161 Stimmen unterlag. Das Ministerium so gut wie die Mehrheit der Kammer ist gegen eine so ausgedehnte Volksbewaffnung, wie sie Garibaldi vorgeschlagen hat; sie fürchten, diese bewaffneten, nicht strengdisziplinirten Massen möchten, wenn sie zu zahlreich werden, unter Umständen in der Hand der Garibaldianer und Mazzinisten ein für die Regierung sehr gefährliches Werkzeug werden. Der Kammer-Ausschuß hat daher schon die allgemeine Volksbewaffnung zu einer etwas erweiterten Bürgerwehr herabgedrückt, und die Kammer geht vielleicht nicht einmal so weit.

Das römische Nationalkomite hat einen Aufruf zu Beiträgen für ein dem Grafen Cavour zu errichtendes Nationalmonument erlassen, worin Cavour's Tod ein harter Schlag für Italien genannt, aber die Ueberzeugung ausgesprochen wird, daß des Verstorbenen Nachfolger im Amte und das italienische Parlament das Werk der Wiedergeburt und der Einheit Italiens vollenden werden.

Nach Berichten aus Neapel haben sardin. Truppen eine der gefährlichsten Banden der Abruzzen vernichtet. Diese Bande, welche von den Generalen Pinelli und Mezzacapo verfolgt wurde, hatte ihre Zufluchtsstätte in dem Thale von Castellano, das für Jeden, der nicht dessen verborgene Fußpfade kennt, unzugänglich ist. Der Gouverneur von Terano zwang jedoch die Bauern dieser Gegend, den Sardiniern als Führer zu dienen und ihnen die geheimsten Schlupfwinkel der Bande zu entdecken. Auf allen Punkten angegriffen, zerstreute sie sich, und die Ruhe soll in diesem Distrikt jetzt hergestellt seyn.

Wie die „Settimana“ berichtet, sind in der Stadt Neapel allein nahezu 1600 Personen aus politischen Gründen verhaftet; in der Provinz Avellino befinden sich in den Gefängnissen eines einzigen Städtchens an 400 politische Gefangene!

General Garibaldi hat folgendes Schreiben an den Pater Giovanni Pantaleo gerichtet, welcher ihm ein Projekt, wegen Bildung klerikal-liberaler Comite's, vorgelegt hatte. „Caprera, 14. Juni. Lieber Pantalo, da Sie in die Arena herabgestiegen sind, um die Feinde Italiens zu bekämpfen, so harren Sie aus und bekämpfen Sie dieselben bis zum Aeußersten. Gott segne Sie; Sie können viel Gutes für Italien und die Menschheit thun. Wir gehören der Religion Christi an und nicht der Religion des Papstes und der Kardinäle, weil diese die Feinde Italiens sind. Auf den öffentlichen Plätzen und auf der Kanzel bedienen sie sich meines Namens, wie es Ihnen gutdünkt. Sie sollen das Ungeheuer angreifen, welches das Herz unserer unglücklichen Mutter verschlingt. Theilen Sie mir immer die Fortschritte Ihres Unternehmens mit und suchen Sie Anhänger. Immer Ihr G. Garibaldi. An den Pater Giovanni Pantaleo, ersten Feldgeistlichen der Süd-Armee in Turin.“

Florenz, 17. Juni. Am vergangenen Freitag Abend trafen 300 Mann Konskribirte aus Umbrien unter ziemlich starker Bedeckung hier ein, und brachen heute früh nach Turin auf, wo sie erst eingekleidet werden sollen, denn in Umbrien ist es nicht rathsam (da sie sich dem Militärdienst durch Flucht ins päpstliche Gebiet zu entziehen suchen würden). (Allg. Z.)

Türkei.

Daud Effendi ist nun definitiv zum Statthalter des Libanon ernannt mit dem Range eines Vezier, während Fuad Pascha als Statthalter in Syrien bleibt. Mit ihm hat die englische Politik

auf ein gegen das Ministerium gerichtetes Mißtrauensvotum und noch weiter gehende Schritte zur Sprache gebracht worden. Dieselben sollen jedoch nicht die Majorität erhalten haben, wenn schon schließlich der Oberbürgermeister Hartwig, den man als besonders thätig für Ergreifung der allerentschiedensten Maßregeln bezeichnet, zum Berichterstatter erwählt worden ist. Nachträglich noch die Bemerkung, daß die Ansprache des Präsidenten Nebelthau zu mancherlei Deutungen Veranlassung dadurch gegeben hat, daß er dabei wörtlich sagte: „Möge Gott die Herzen lenken, auf daß die Verfassungsangelegenheit doch noch zu einem unerwarteten Ausgang gelange.“ Man fragt sich, was unter einem „unerwarteten“ Ausgang zu verstehen sey? Die gegründetste Vermuthung scheint wohl die zu seyn, daß der Präsident gleich so vielen andern Abgeordneten die Hoffnung hegt, durch einen Akt landesherrlicher Machtvollkommenheit, also auf dem Wege der Oktroyirung, die Verfassung von 1831, ohne Rücksicht auf die spätern Zusätze und auf das Wahlgesetz von 1849, wiederhergestellt zu sehen. Es ist aber gleich zweifelhaft, ob die Regierung dazu sich entschließt, und ob, wenn sie es thäte, die Mehrheit der Kammer durch eine solche Oktroyirung befriedigt wäre. (Frkf. Postz.)

Oesterreich. Wien, 22. Juni. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses legte der Minister das in Nürnberg vereinbarte Handelsgesetzbuch vor. (Fr. J.)

Von einem Ausscheiden der tschechischen Abgeordneten aus dem Reichsrathe ist keine Rede mehr. Mag auch Dr. Rieger's Vertagungsantrag mit Eclat verworfen werden, sie bleiben in Wien; sämmtliche Polen ebenfalls. (Dr. J.)

Der pensionirte Vizeadmiral v. Dahlerup (ein Däne) ist wieder in den aktiven Dienst der Kriegsmarine aufgenommen worden.

Wie der „Czas“ meldet, erhielten am 15. d. auch die letzten zwei Wälschtyroler aus dem Trienter Kreise, die in Böhmen noch als Internirte lebten, die Erlaubniß zur Rückkehr in ihre Heimath. Es sind die Herren Dr. Heinrich Dalla Rosa, der in Pisek, und Dr. Sartorelli, der früher in Tabor, später gleichfalls in Pisek internirt war.

Frankreich.

Paris, 22. Juni. Der (schon erwähnte) Prozeß des Credit-mobilier gegen die Herren Taconet und Crampon, Eigenthümer und finanziellen Mitarbeiter des „Monde“, hatte einen merkwürdigen Verlauf und einen noch merkwürdigeren Ausgang oder, besser gesagt, Nachtrag. Es bedeutet nicht viel, daß Hr. Taconet zu 500 Fr. Geldstrafe und Hr. Crampon zu 500 Fr. Geldstrafe und 15 Tagen Gefängnißstrafe verurtheilt wurde. Man fand den Richterspruch streng, obgleich die Herren Pereire nicht weniger als 20000 Fr. Entschädigung und die Veröffentlichung des Urtheils in 100 Zeitungen auf Kosten der Angeklagten verlangt haben. Seltsam mußte es von vornherein erscheinen, daß der bekannte liberale Advokat Jules Favre die Sache des Mitarbeiters am „Monde“ führte; die Art und Weise aber, wie Hr. J. Favre mit gewissen Spekulanten und Spekulationen umging, erregte die lebhafteste Theilnahme. „Sie lügen! Sie lügen! Das ist falsch!“ rief Hr. Isaak Pereire in heftiger Aufwallung dem Rechtsanwalt zu; doch ohne sich im geringsten bewegen zu lassen und mit dem Ausdruck der tiefsten Verachtung wendete sich der Advokat mit den Worten an den Spekulanten: „Sie irren in Bezug auf die Lokalität. Sie glauben sich am Place Vendome (wo die Aktionäre des Credit mobilier sich versammeln), wo Niemand Ihnen zu widersprechen wagt; Sie befinden sich vor Gericht!“ Und der kais. Anwalt ließ in dieser Sitzung folgende denkwürdigen Worte vernehmen, die als eine Sittenschilderung aufbewahrt zu werden verdienten: „Es gibt im Lande Kreditanstalten, deren Macht so weit geht, daß sie die Lippen der Leute schließt; es wäre zu wünschen, daß diesen Anstalten gegenüber das Gesetz der Freiheit der Diskussion einen weiteren Spielraum gestattete.“ Nun zu dem oben angedeuteten Nachtrag. Kaum hatte Hr. Crampon den Gerichtspalast verlassen und sich auf die Straße begeben, als ihn Hr. Salvador, einer der Administratoren des Credit-mobilier, mit den Worten anfiel: „Lassen sie es sich ja nicht beikommen, Berufung einzulegen; wir wollen keinen Skandal mehr. Dann gibt es keinen Gerichtshof; Sie werden es mit mir zu thun haben, verstehen sie wohl!“ Zu gleicher Zeit ballte Hr. Isaak Pereire die Hände und rief dem Journalisten die verletzenden Worte zu: „Sie sind ein Strolch! Ein verdammter Strolch!“ und wollte ihn thätlich mißhandeln; mehrere Personen traten jedoch dazwischen. Hr. Crampon hat eine Klage wegen dieser Gewaltsamkeit, welche an ihm begangen wurde und als eine Verletzung des Gerichts anzusehen wäre, das einen Augenblick zuvor ihm sein Urtheil gesprochen hatte, dem kais. Procurator überreicht. (D. A. Z.)

Paris, 22. Juni. Viel Aufsehen erregt die gestern [illegible]gehabte Verhaftung eines ehemaligen Garibaldianischen Offiziers Namens Emile Masson. Die Gründe dieser Maßregel sind unbekannt.

Paris, 23. Juni. Die Hauptneuigkeiten sind heute die allerdings nicht offiziellen Nachrichten über die schwere Erkrankung des Sultans. Im Ministerium des Auswärtigen ist man auf den schlimmsten Ausgang gefaßt und trifft, so gut es geht, Vorkehrungen, um für alle Eventualitäten bei der Hand zu seyn. Dem europäischen Publikum sucht man weniger aus politischen, als aus materiellen Rücksichten die bevorstehende Katastrophe in einem möglichst milden Licht erscheinen zu lassen. Es sey höchstens eine Krise für den levantinischen Handel, keineswegs aber für die Gesammtinteressen des Handels und der Finanzen zu besorgen. Der türkische Gesandte dahier läßt den Pariser Blättern fast jeden Tag die günstigsten Berichte über den Zustand des Sultans mittheilen, aber Niemand glaubt sie. Die diplomatische Thätigkeit der Großmächte ist in Konstantinopel mehr angespannt, als je. Nach den Hausgesetzen der ottomanischen Dynastie ist der älteste Prinz der Familie, gleichviel, ob Bruder oder Sohn des verstorbenen Souverains, Nachfolger auf dem Thron. Dieses wäre im vorliegenden Falle der Bruder des jetzigen Sultans, Abdul-Aziz, der auch schon seit längerer Zeit von England patronirt wird; der älteste Sohn Abdul Medjid's, Prinz Mehemed Murad Efendi, geb. am 21. September 1840, würde auf diese Weise erst nach seinem Oheim auf den Thron kommen. Wie man nun hier vernimmt, erfreut sich dieser Prinz der besonderen Protektion Frankreichs, und man wäre hier sehr befriedigt, wenn zu dessen Gunsten eine Abänderung des Gesetzes stattfinden und die direkte Thronfolge von dem Vater auf den ältesten Sohn eingeführt würde. (Köln. Ztg.)

Spanien.

Madrid, 18. Juni. Die heutige „Epoca“ widmet fünf volle Spalten der Geldkrisis, von welcher Spanien bedroht ist, welche sich zuerst nur vorübergehend in Barcelona, Malaga, Santander, Sevilla, Cadiz zeigte, aber jetzt eine stätige und allgemeine zu werden droht. Die im Allgemeinen stärkere Einfuhr als Ausfuhr, welche Differenz durch Geld gedeckt werden muß, der Krieg in Afrika, der höhere Kurswerth mehrerer Silber- und Goldmünzen (namentlich der alten Unzen und Säulenpiaster) haben den Baarschatz des Landes stätig verringert, in einer Weise, daß nach den Angaben des Blattes nicht bloß die große Industrie, sondern selbst der Kleinhandel und der Ackerbau darunter leidet, zumal der Verkauf der Nationalgüter, welche nur gegen baar verkauft werden, das Bedürfniß nach geprägtem Gelde sehr groß macht. Bekanntlich liebt der spanische Bauer in vielen Provinzen seine Ersparnisse in klingender Münze aufzuhäufen, vielfach werden kleinere Münzen als Zierrath verbraucht. — Nach dem „Diario espanol“ hat der Finanzminister den Befehl ertheilt, daß alle größeren Summen, welche die Regierung sowohl in Baar, wie in Napoleonsd'or besitzt, an die Münze abgeliefert werden, um daselbst in spanische Münze umgeschmolzen zu werden, und zwar in der Weise, daß das spanische Gold in Zukunft den fremden Spekulanten keinen Vortheil mehr bietet und deßhalb auch nicht wie seither beständig nach dem Ausland abfließt. (A. Z.)

In Spanien wird nun der Verkauf aller Kirchengüter vollzogen, nachdem die nöthigen Gelder zur Bezahlung der Zinsen der unübertragbaren Obligationen, welche die Geistlichkeit dafür erhält, angewiesen worden sind.

Italien.

Napoleon hat das neue Königreich Italien anerkannt, aber Rom wird von den Franzosen nicht geräumt; dort bleibt Goyon, und überhaupt hat Frankreich, wie die „Patrie“ versichert, „die ausdrücklichsten und förmlichsten Vorbehalte zu Gunsten des Patrimonium des heiligen Petrus gemacht.“ Daraus resultirt denn unzweifelhaft, daß das neue Königreich nach wie vor, aller Anerkennung zum Trotze, unbedingt in der Hand Frankreichs bleiben soll, und daß die Wiederanknüpfung der diplomatischen Beziehungen zwischen Paris und Turin eben nur darauf berechnet ist, durch eine moralische Unterstützung das Ansehen Italiens nach Außen hin zu kräftigen, ohne die Halbinsel von dem Drucke des Imperialismus im mindesten zu emanzipiren. Napoleon III. will, daß Viktor Emanuel II. sich etwas fester im Sattel fühle als früher, doch gerade nur so viel, wie nöthig ist, um aus ihm ein brauchbares, aber darum nicht minder geschmeidiges Werkzeug der kaiserlichen Pläne zu machen. Napoleon behält sich durchaus freie Hand, in jedem ihm gelegen scheinenden

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 174.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 26. Juni 1861.

Die ungarische Adresse.

Die ungarische Adresse, sagt die „Ostd. Post“, ist also endlich eine vollendete Thatsache geworden, an deren Form nichts mehr geändert werden kann. Wenn vielleicht der Ton der Debatten im Oberhause etwas milder gewesen, obschon auch in der Beziehung einzelne Redner ganz Erbauliches geleistet haben, der Kern war durchaus derselbe wie bei den Abgeordneten. Außer dem greisen Fürst-Primas, der gehört hatte, daß man hie und da die Gesetze von 1848 mit der Existenz der Monarchie unvereinbar erachte, und der deshalb die entfernte Möglichkeit einer spätern Revision in Aussicht stellte, und außer dem Grafen Georg Karolyi, der vor der hereinbrechenden Anarchie warnte, hat unseres Wissens Niemand eine Andeutung gewagt, daß die gegenwärtige Politik des ungar. Landtages am Ende doch etwas Anderes seyn könne, als der Gipfel und Inbegriff aller politischen Weisheit. Oder will man uns etwa weiß machen, daß die Magnaten die Adresse aus einer vielleicht irrthümlichen, jedenfalls aber unerschütterlich feststehenden Ueberzeugung in ihrer gegenwärtigen Gestalt angenommen haben? Wir erinnern nur daran, daß die meisten Redner des Oberhauses im Gegentheil ihr Bedauern darüber ausgesprochen haben, daß bezüglich des Abdikationspassus die ursprüngliche Textirung verworfen worden ist. Allein demungeachtet haben sie sammt und sonders für die Sanktionirung der Adresse gesprochen und gestimmt, obwohl Deak selber in anderthalbstündiger Rede den Deputirten auseinandergesetzt, daß damit dem Fasse der Boden ausgeschlagen, die Adresse in einen Beschluß umgewandelt worden sey.*) Die Magnaten wußten demnach, was sie thaten, als sie das Amendement Varady's genehmigten, und sie thaten es in der weit überwiegenden Mehrzahl nur ungern; sie wichen eben der Furcht vor einer Katzenmusik; nicht die kleinste Unannehmlichkeit, nicht den geringsten Schaden an ihrer Popularität mochten sie erdulden, um die Chancen einer Aussöhnung Ungarns mit Oesterreich zu verbessern. Mit einem achselzuckenden „Ich bedaure“ glaubten sie, ihr Gewissen salvirt zu haben — ganz als handle es sich darum, Jemanden, den man auf den Fuß getreten, zu begütigen; und nicht darum, ob man den Kaiser von Oesterreich als wenngleich nur ungekrönten König von Ungarn anerkennen oder ihm sagen solle: Deine faktische Herrschermacht geht uns rechtlich nicht das Mindeste an, ehe nicht wir Dir auf unsere Bedingungen hin die Krone des hl. Stephan aufgesetzt haben!

Es ist ein unumstößliches Faktum, daß die Adresse eben nichts ist, als ein Schriftstück, das der Terrorismus der Linken dem Unter- und Oberhause entrissen hat. Daß die Ultras mit demselben nun auch weiter die Regierung terrorisiren zu können sich einbilden, würde, wenn die Sache nicht gar so ernsthaft wäre, komisch seyn, denn hat sich das „quem Deus perdere vult, eum dementat“ nicht schon vollständig an ihnen bewährt, so müssen sie doch selber am besten wissen, wie gebrechlich es um ihre eigene Macht steht, wie gar so viele ihrer Landsleute im Stillen das erste energische Auftreten der Regierung als einen Akt der „Befreiung“ begrüßen würden.

*) Es ließe sich mit Recht fragen, warum eigentlich die Herren eine Adresse an Franz Joseph richten, da sie ihn ja nicht als König von Ungarn anerkennen. Nach ihrer Theorie ginge er sie ja eigentlich gar nichts an: die Thronentsagung des Königs Ferdinand, die Thronbesteigung Franz Josephs ist dem ungarischen Landtag nicht mitgetheilt, Franz Joseph ist noch nicht als König von Ungarn gekrönt worden; es gibt für sie keinen König Franz Joseph. Diese Schroffheit war in Deak's Adreß-Entwurf vermieden; Deak ließ Franz Joseph doch wenigstens noch als König gelten und wollte an ihn als König die Wünsche des Landes in Gestalt einer Adresse bringen; wenn es aber, was die Ultras jetzt ausdrücklich in die Adresse hineingeflickt haben, keinen König Franz Joseph gibt, wozu sich an ihn wenden?

Deutscher Bund.

* Die „Bresl. Ztg.“ meldet, mehrere deutsche Mittelstaaten wollten die holsteinische Bundes-Exekution ganz allein Preußen überlassen; Preußen aber möchte, daß andere deutsche Staaten sie übernähmen, angeblich damit die Sache den bundesmäßigen Anstrich behält. Man sieht, keiner will anpacken; die Dänen können also ruhig seyn. Uebrigens steht es noch lang nicht fest, ob es zur Bundes-Exekution kommt, so viel auch davon gesprochen worden ist. Was wird auch dabei herauskommen? Nach der Art, wie die holsteinische Sache bisher am Bund traktirt worden ist, läßt sich nicht viel erwarten. Die Holsteiner sind in einer traurigen Lage: mit Dänemark sind sie im Streit, von dort haben sie nichts Gutes zu erwarten; Deutschland aber, zu dem sie ihre Zuflucht nehmen, hat für sie nichts als Worte und Wünsche. Ja, wenn Deutschland eine Macht mit einer bestimmten Politik wäre, dann könnte es denen, die sich an es wenden, Hülfe und Schutz gewähren; aber wie die Dinge jetzt stehen, werden die Holsteiner lange warten dürfen, bevor ihnen Hülfe und Schutz von Frankfurt kommt. Die Nutzanwendung ist leicht zu ziehen.

Nachdem die seit längerer Zeit darüber geführten Verhandlungen zum Abschluß gekommen sind, wird die 2. Brigade der 2. Division des 10. Bundesarmeekorps (beide Mecklenburg, Oldenburg und die Hansestädte) mit dem preußischen Zündnadelgewehr bewaffnet werden. (Karlsr. Ztg.)

Bayern. München, 24. Juni. Se. Maj. der König hat die Pfarrei Otterfing, Ldg. Wolfratshausen, dem Priester Jos. Ploederl, Kurat zu Lindach, Ldg. Tittmoning, die Pfarrei Stopfenheim, Ldg. Ellingen, dem Priester F. Hutter, Pfarrer in Irlahüll, Ldg. Kipfenberg, die Pfarrei Welden, Ldg. Zusmarshausen, dem Studienlehrer in Sonthofen, Priester G. Hartmann übertragen; zum Sekretär der Regierung der Pfalz den Aktuar des Landkommissariats Speyer G. Stempel ernannt; an das Landkommissariat Speyer den Aktuar des Landkommissariats Bergzabern, H. Reisler seiner Bitte gemäß berufen, und als Aktuar des Landkommissariats Bergzabern den Accessisten der Regierung der Pfalz, F. Hohe angestellt. (N.M.Z.)

München, 19. Juni. In der heute in zweimaligem Zusammentritte beendeten Ausschußberathung über den Eisenbahngesetzentwurf wurde der Bau der München-Ingolstadter Bahn abgelehnt und zwar nicht bloß aus Motiven, welche in der Zeit- und Finanzlage wurzeln, sondern auch aus der bestimmt ausgesprochenen Erwägung, daß die in der Regierungsvorlage in erster Linie gestellten strategischen Rücksichten durch die Verbindung Ingolstadts mit München jedenfalls keine Befriedigung, eine solche vielmehr möglicherweise nur durch eine in Donauwörth von der Nordbahn abzweigende Donau-Eisenbahn finden könnten. Die Preiswürdigkeit und der mögliche Nutzen der Festung Ingolstadt soll bei diesem Anlasse eine höchst problematische Werthschätzung erfahren haben. (N. K.)

Lindau, 22. Juni. In Folge der Beschlußnahme der Generalversammlung der Aktionäre der hiesigen Bodensee-Dampfschifffahrts-Gesellschaft geht nunmehr vom nächsten Monat an der Betrieb an den Staat über; die k. Generaldirektion der Verkehrsanstalten trifft bereits zur Uebernahme die vorbereitenden Anstalten. — Das Dampfboot Ludwig zeigte sich heute Mittag so weit gehoben, daß man neuerdings versuchen wird, es durch ein in Bereitschaft gehaltenes Dampfboot nach einer seichten Uferstelle zu verbringen. Die bisherigen Kosten für die Hebung betragen nahezu 11,000 fl. (S. M.)

Kurhessen. Kassel, 23. Juni. Der Verfassungsausschuß der 2. Kammer hat schon wenige Stunden nach seiner Wahl eine erste Berathung über den Ziegler'schen Antrag gehalten. In derselben sind denn auch wieder, wie man vernimmt, die Anträge

Einen sehr bedeutenden Zuwachs erhält das Uebergewicht des Nordens außerdem noch durch den Umstand, daß die maritime Kraft der Nation fast ausschließlich in den nördlichen Staaten liegt. Hierbei ist das noch nicht die Hauptsache, daß die Bundesgewalt ausschließlich über die Kriegsmarine verfügt. Denn die eigentliche Kriegsmarine ist verhältnißmäßig schwach und erscheint, wenn wir sie etwa mit der englischen oder französischen Kriegsflotte vergleichen, in hohem Grade unbedeutend. Nach dem „Naval-Register“ für 1861 zählt die nordamerikanische Kriegsflotte nur 34 Schiffe mit 507 Kanonen im wirklichen Dienst.

Allein man würde sich täuschen, wenn man glauben wollte, hierin einen genügenden Maßstab für die wirkliche Stärke der nordamerikanischen Marine zu besitzen. Bekanntlich ist durch gesetzliche Feststellung jedes Schiff, das auf nordamerikanischen Werften gebaut wird, bis zu einem gewissen Grade als ein Regierungsschiff zu betrachten. Indem die Regierung eine Prämie für den verhältnißmäßig stärkeren Bau bezahlt, welcher erforderlich ist, wenn das Schiff als Kriegsschiff soll gebraucht werden können, erwirbt sie sich für den Kriegsfall ein Anrecht auf das Schiff, welches, so lange der Frieden währt, als Handelsschiff dient. Auf diese Weise ist die Unionsregierung in der Lage, in jedem Augenblicke, sobald das Bedürfniß vorhanden ist, die in aktivem Dienste stehende Marine um eine bei Weitem beträchtlichere Anzahl von Schiffen zu vermehren. Ohne diese Einrichtung würde es schwerlich möglich seyn, die von der Bundesregierung beschlossene Blokade der sämmtlichen Häfen der separatistischen Staaten effektiv zu bewerkstelligen. Allein es wird eben so wenig bestritten, daß durch Einberufung und Armirung eines Theiles der zum Kriegsdienst verpflichteten Handelsschiffe die wirksame Ausführung der Blokade sehr wohl möglich ist. Dagegen wird es wenig ins Gewicht fallen, daß die südlichen Staaten mit der Ausrüstung von Kapern und der Ausstellung von Kaperbriefen drohen. Die Bundesregierung, welche die südlichen Sonderbündler als Rebellen betrachtet, denen ein Recht der Kriegsführung gar nicht zustehe, hat in der richtigen Konsequenz dieser Ansicht bereits erklärt, daß sie die von den Südstaaten ausgerüsteten Kaper als Seeräuber behandeln werde. Nach allen angegebenen Momenten ist es kaum zu bezweifeln, daß der Norden im Stande seyn wird, den Süden militärisch zu besiegen. Allein Niemand wird behaupten wollen, daß damit die Sache erledigt wäre. Die Frage bleibt immer, ob eine Bevölkerung von etwa 10 Millionen dauernd gezwungen werden kann, in einer Union von etwa 20 Millionen zu verbleiben, wenn diese beiden Elemente sich gegenseitig abstoßen und die Ersteren fest entschlossen sind, sich von der Union zu trennen und eine selbständige Staatengruppe zu bilden. (Pr. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

In Weimar ist am 21. der Oberbibliothekar Hofrath Preller, bekannt insbesondere durch seine Werke über griechische und römische Mythologie, gestorben.

Handels- und Börsenberichte.

Frankfurter Börse (vom 17. bis 22. Juni).

Samstag. Die Woche eröffnete Montags mit einer ansehnlichen Steigerung, die bei österr. Effekten ein volles Prozent betrug. Dinstag sank man den halben Weg zurück und so schliessen wir in den Spekulationseffekten wenigstens nur unmerklich höher. Eine Ausnahme machen Venetianer, welche den seit geraumer Zeit nicht gesehenen Kurs von 65 erreichten. In Bezug auf süddeutsche Staatspapiere können wir nur anführen, dass sie ohne Unterbrechung für Kapitalanlage gesucht sind. Loseffekten ohne wesentliche Veränderung. Badische 50 fl. schwächer, desgleichen Ansbacher, dagegen waren Hamburger 100 Mark-Bco.-Loose um 2 fl. höher gesucht, ohne Abgeber.

Auf dem Eisenbahnmarkt war es diese Woche lebhafter, als gewöhnlich. Es trafen von Aussen ansehnliche Kaufordres ein, zumal für bayer. Ostbahnen. Hessische Ludwigsbahn bis 108 gestiegen, Berlin bleibt dafür tonangebend. Auch in österr. Westbahn scheint der Bann, welcher seit Monaten auf diesem Effekt lastete, sich zu brechen, dagegen Staatsbahnen matter. Von den pfälzischen Bahnen erhalten sich Weissenburger die steigende Tendenz, Bexbacher fest. Hanauer gedrückt und ohne Leben. Rhein-Nahe stiegen zu schnell, als dass die Reaktion ausbleiben konnte, doch waren Aufträge unter 28 nicht auszuführen. Von Prioritäten war belangreicher Umsatz in Staatsbahnen zu $50\frac{3}{4}$. — 4 pCt. Bexbacher 99 gehalten, der höchste Kurs, den unseres Wissens eine deutsche E.-B. Prior.-Obligat. aufzuweisen vermag.

Meininger haben 1 pCt. und spanische (Rothschild) 2 pCt. gewonnen. Es ist dies doch die einzige Kreditaktie, wo durch die Reduktion des Kapitals den Aktionären ein effektiver Gewinn gewährt worden ist. Bei allen andern ist er nur fiktiv. Unter den Bankaktien wurden österreichische von dem Fall in Wien mitgerissen und hat das durch die „Wiener Presse“ mit der Versicherung der Authentizität in seinen Hauptgrundzügen bekannt gewordene Projekt Hrn. v. Pleners wegen Regulirung der österr. Bank- und Valutaverhältnisse sehr verstimmt.

Im Wechselverkehr war wenig Leben, seitdem ein grosses, tonangebendes Haus keine Wechsel mehr unter Banksatz diskontirt und sich auch im Ankauf von Devisen zurückhaltender zeigt. Wir glauben indess darum nicht an eine Verschlimmerung des Geldmarkts, denn der 1. Juli ist vor der Thüre und mit ihm kommen gegen 10 Millionen für Coupons, Treffer und verlooste Obligationen in Zirkulation. (Akt.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	—
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$64\frac{1}{2}$ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$56-\frac{7}{8}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$48\frac{1}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$41\frac{3}{4}$ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$89\frac{1}{2}$ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. R.)	103 P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103 P. $102\frac{7}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. ½jahr. dto.	$103\frac{3}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	101 P. $100\frac{3}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	101 P. $100\frac{3}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$97\frac{3}{4}$ G.
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	105 G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{4}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$103\frac{1}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	95 G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	94 G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{7}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100 P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$98\frac{7}{8}$ P.
„	3 pCt. Obl.	92 P.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$47\frac{7}{8}$ P.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt. „ „ „	$42\frac{1}{4}$ P. 42 G.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$99\frac{1}{2}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$109\frac{5}{8}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	637 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	147—46 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$189\frac{1}{2}$ P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$75\frac{1}{2}$ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien	$71\frac{1}{2}$ P. 71 G.
Internationale Bank in Luxemb. . .	84 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	321 P. 319 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$66\frac{3}{8}$ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	230 P.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	120 P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$75\frac{3}{4}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$22\frac{5}{8}$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher. à 3 pCt. .	138 P. $137\frac{5}{8}$ G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$100\frac{1}{2}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	236 G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	539 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	473 P.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$105\frac{3}{8}$ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. $100\frac{1}{2}$ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	82 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$48\frac{7}{8}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$65\frac{1}{2}$ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$130\frac{1}{2}$ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$60\frac{5}{8}$—61 G.	„ fl. 25 do.	$35\frac{1}{4}$ G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	99 P. $98\frac{1}{2}$ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	35 P.
$4\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	$126\frac{1}{2}$ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	—
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	37 P.
Badische fl. 50	$83\frac{5}{8}$ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10 P.
Badische fl. 35	$52\frac{7}{8}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$9\frac{7}{8}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$96\frac{1}{8}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{8}$ B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 G.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{5}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L. S. L. 250 k. S.	$93\frac{1}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{3}{8}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. 1. S.	$84\frac{1}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Frankfurt, 24. Juni. Niedrigere auswärtige Notirungen und beträchtliche Verkäufe verursachten einen namhaften Rückgang sämmtlicher österr. Fonds, Bank- und Industriepapiere. Zu den gewichenen Kursen jedoch zeigte sich ziemliche Kauflust und der Umsatz war von Bedeutung. (Synd.)

jährigen Verbündeten der Sklavenhalter des Südens waren, und daß sie auch jetzt gegen die Erwählung Lincoln's gestimmt hatten; wenn sie auch nur die Minorität bilden, so ist ihre Minorität doch so beträchtlich, daß nur durch ihre Verbindung mit dem Süden die Partei der Sklavenhalter während der letzten zwanzig Jahre fast ununterbrochen das Uebergewicht in der Unionsregierung hat behaupten können.

Von entscheidender Bedeutung für die Haltung der Bundesgewalt und der nördlichen Staaten war die gewaltsame Einnahme des Forts Sumter im Hafen von Charleston. Damit hatten die südlichen Staaten die Eröffnung der Feindseligkeiten begonnen, und die der Unionsflagge zugefügte Beschimpfung rief im Norden und Westen der Union eine so allgemeine Erbitterung hervor, daß jetzt Präsident Lincoln der bereitwilligsten Unterstützung aller Parteien in den freien Staaten sicher seyn konnte. In einer Proklamation vom 15. April ordnete Lincoln die Aushebung von 75,000 Milizen an; die nördlichen Staaten antworteten darauf mit dem Anerbieten einer dreifach stärkeren Aushebung, falls sie erforderlich seyn sollte. Rasch waren von allen Seiten die Mannschaften auf dem Wege nach dem wahrscheinlichen Kriegsschauplatz; auch die südlichen Staaten waren unterdessen nicht unthätig, und die beiderseitigen Streitkräfte stehen sich jetzt an der nördlichen Grenze von Virginien in so unmittelbarer Nähe gegenüber, daß wir täglich die Nachricht von dem ersten bedeutenderen Zusammentreffen erwarten können. Unter diesen Umständen ist es wohl an der Zeit, sich die Stärke der beiden kriegführenden Parteien zu vergegenwärtigen.

Beim ersten Blick fällt es in die Augen, daß die Ueberlegenheit an Volksmenge und an Reichthum bei Weitem auf der Seite des Nordens ist. Die Gesammtbevölkerung der bisherigen Union beträgt 31,429,891 Menschen; unter diesen sind 27,477,090 Freie und 3,952,801 Sklaven. Die sieben südlichen Staaten, welche bereits im Februar ihren Austritt aus der Union erklärt hatten und unter ihrem besonderen Präsidenten (Jefferson Davis) zu dem Bunde der „konföderirten Staaten von Amerika" zusammengetreten waren (Süd-Karolina, Georgia, Florida, Alabama, Mississippi, Louisiana und Texas), haben zusammen eine Bevölkerung von 4,967,741 Einwohnern, darunter 2,656,481 Freie und 2,311,260 Sklaven. Die Sklaven bilden hier 46½ pCt. der Gesammtbevölkerung. Es leuchtet ein, daß bei der Berechnung der gegenseitigen Kräfte diese 46½ pCt. von der Stärke des Südens nicht allein abgezogen werden müssen, sondern daß sie überdies noch einer sehr strengen Bewachung bedürfen, damit nicht von ihrer Seite die Streitkräfte des Nordens eine den südlichen Sonderbündlern sehr bedenkliche Unterstützung finden. Indeß beschränkt sich die Stärke des Südens nicht auf die sieben Staaten, welche ursprünglich zu Montgomery zu dem südlichen Sonderbunde zusammengetreten waren. Auch die übrigen acht sklavenhaltenden Staaten werden, wenn auch nicht alle mit gleicher Entschiedenheit, auf die Seite des Südens zu rechnen seyn, wenigstens werden ihre Hülfsmittel nicht dazu dienen, die Macht des Nordens zu vermehren. Drei dieser Staaten, Virginien (mit 1,596,083 Einwohnern, darunter 490,887 Sklaven), Arkansas (mit 435,427 Einwohnern, darunter 111,104 Sklaven) und Nordkarolina (mit 992,667 Einwohnern, darunter 331,081 Sklaven) haben sich neuerdings dem südlichen Sonderbund offen angeschlossen, obgleich in Virginien, namentlich im Westen des Staates, eine nicht unbeträchtliche unionsfreundliche Partei vorhanden ist. Auch vermuthet man, daß Tennessee (mit 1,109,847 Einwohnern, darunter 275,784 Sklaven) demnächst dem südlichen Bunde beitreten wird. Dagegen in dem schon nördlicher gelegenen Missouri (mit 1,173,317 Einwohnern, darunter 114,965 Sklaven), wo, wie sich aus diesem Zahlenverhältniß ergibt, die Sklavenwirthschaft eine weit geringere Ausdehnung hat, haben bis jetzt die Sklavenhalter gegen die unionistische Partei nicht durchdringen können. Kentucky (mit 1,155,713 Einwohnern, darunter 225,490 Sklaven) hat sich keiner der beiden Parteien angeschlossen und scheint sich in einer Neutralität behaupten zu wollen, die beim wirklichen Ausbruch des Krieges sich doch gewiß als unhaltsam erweisen wird. Die beiden nördlichsten und kleinsten Sklavenstaaten Maryland (mit 687,034 Einwohnern, darunter 87,188 Sklaven) und Delaware (mit 112,218 Einwohnern, darunter 1798 Sklaven) sind bereits in der Gewalt der Bundestruppen, welche, um die Bundeshauptstadt Washington zu sichern, sich dieser Gebiete, die nördlich von Washington liegen, mit größter Eile bemächtigen mußten. Eben in der Hauptstadt von Maryland, in Baltimore, ist es zum ersten Blutvergießen zwischen den Bundestruppen und dem separatistisch gesinnten Pöbel der Stadt gekommen. Im Ganzen ergibt sich hieraus folgendes Verhältniß. Die Gesammtbevölkerung der freien Staaten des Nordens und Westens beträgt 19,199,844, von welchen selbstverständlich keine Sklaven in Abzug zu bringen sind. Die Gesammtbevölkerung der 15 sklavenhaltenden Staaten beträgt 12,230,047, darunter 8,277,246 Freie und 3,952,801 Sklaven, so daß in dem Gesammtgebiet der Sklavenstaaten die Sklaven 23,3 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Die Bundesgewalt verfügt gegenwärtig über die gesammten Hülfsmittel der freien Staaten; dagegen stehen der südlichen Konföderation nicht in gleicher Weise die gesammten Streitkräfte der sklavenhaltenden Staaten zu Gebote. Wir müssen hier vorläufig die Gebiete von Missouri, Maryland und Delaware, vielleicht auch Kentucky und den Westen von Virginien mit einer Bevölkerung von 2 bis 3 Millionen in Abzug bringen. Soweit also allein die Volkszahl in Betracht gezogen wird, ergibt sich ein sehr beträchtliches Uebergewicht des Nordens.

Diese Ueberlegenheit erscheint noch weit größer, sobald man außerdem auch andere Elemente der Nationalkraft in Betracht zieht. Wenn es richtig ist, daß das in einem Lande disponible Kapital einen Maßstab für die materiellen Opfer gibt, die es in einem Kriege bringen kann, so ist es nicht uninteressant zu ermitteln, welche Hülfsquellen die verschiedenen Staaten der Union in den Kassen ihrer respektiven Banken finden. Die Gesammtsumme des in den Kassen der amerikanischen Banken befindlichen Geldes betrug im Jahre 1860 etwas über 1425 Millionen Franken. Davon kommen auf die 15 Sklavenstaaten, welche, wie wir sahen, etwa zwei Fünftel der Gesammtbevölkerung ausmachen, 372 Millionen, also nur wenig mehr als ein Viertel der Gesammtsumme. Dabei sind selbst diejenigen Sklavenstaaten mitgerechnet, welche sich noch nicht dem südlichen Sonderbunde angeschlossen haben. Das übrige bewegliche Kapital Nordamerikas, d. h. 1053 Millionen, gehört also den nördlichen Staaten.

Ricasoli lebte in seiner feudalen Behausung en grand seigneur. Verheirathet mit einer Dame aus vornehmer Familie, wohnte er neun Jahre in diesem entlegenen Schlosse, ausschließlich mit der Erziehung seiner einzigen Tochter beschäftigt, die gegenwärtig einen ihrer Verwandten geheirathet hat. Ricasoli's politisches Leben beginnt in dem Jahre 1847. In dieser Zeit suchte ihn der Großherzog in die italienische Bewegung hineinzuziehen, er wurde Gonfaloniere (Bürgermeister) von Florenz. Vor der Republik Guerazzi's und Montanelli's zog er sich zurück, weil sie ihm nicht behagte. 1849 wirkte er für die Rückberufung des Großherzogs. Bald aber fand er, daß die Regierungs-Prinzipien des Großherzogs mit den seinigen nicht im Einklange seyen und zog sich auf's Neue auf seine Güter zurück. Er versuchte nicht ohne Erfolg einen Theil der Maremmen zu entwässern und in fruchtbaren Boden umzuwandeln. Mitten in dieser Arbeit traf ihn die Revolution von 1859. Buoncompagni, Gesandter Viktor Emanuels, der an die Spitze der provisorischen Regierung von Toskana gestellt worden, übertrug Ricasoli, ungeachtet der Weigerung desselben, das Portefeuille des Innern. Ricasoli stand mit Buoncompagni nie in gutem Einvernehmen. Als Letzterer nach dem Frieden von Villafranca zurücktreten mußte, trat Ricasoli an die Spitze der toskanischen Regierung. Mit rücksichtsloser Energie förderte er die Sache der Annexion in Toskana. Der Gedanke der Einigung Italiens unter der Herrschaft des Hauses Savoyen erfüllte ihn so, daß er bei der Durchführung desselben häufig gegen die Forderungen der konstitutionellen Freiheit verstieß. Er ist nicht nur ein Feind der volksthümlichen Demonstrationen auf der Straße, er hat auch wenig Achtung vor der Preßfreiheit. Wenigstens wollte er, so lange er Toskana regierte, nichts davon hören. Auch das Institut der Nationalgarde ist ihm zuwider. Ricasoli blieb noch einige Zeit nach der definitiven Annexion Gouverneur von Toskana; aber er hat seine Stelle durchaus nicht benützt, wie Viele glauben, um für die Autonomie zu wirken. Nachdem er einmal entschlossen war, Toskana in Italien aufgehen zu lassen, wollte er die absolute Einheit ohne Bedingungen und Vorbehalte.

Der neue Minister Viktor Emanuels ist von Haß gegen das Papstthum erfüllt und macht kein Hehl daraus. Er will vor allen Dingen nach Rom gehen. Dies ist der einzige Berührungspunkt zwischen ihm und der Aktionspartei, der er oft entgegengetreten, deren Gebahren er, wie er in einer Rede gegen Garibaldi gerade herausgesagt hat, mit einem geordneten Staatswesen für unvereinbar hält. In allen andern Punkten neigt sich Ricasoli vielmehr zu den aristokratischen Ideen nach Art des englischen Liberalismus, oder vielmehr zu dem Gedanken einer starken Regierung in dem noch unfertigen Staate Italien.

Bau neuer Kriegsschiffe hauptsächlich auf die Schnelligkeit Bedacht nehmen müsse, damit man sich die Schußweite selbst wählen könne.

Frankreich.

Paris, 20. Juni. Das Zuchtpolizeigericht hat gestern den Redacteur des „Monde“, welcher den crédit mobilier ein Spielhaus, une maison de tripotage, genannt hatte, zu 14tägiger Gefängniß- und einigen Hundert Franken Geldstrafe verurtheilt. Bekanntlich ist in Diffamationsprozessen nach französischem Recht der Beweis der Wahrheit nicht gestattet. Wie es heißt, haben die Gebrüder Pereire, Gründer des crédit mobilier, nach der Sitzung dem Verurtheilten noch Injurien gesagt und ist deshalb eine Anklage zu erwarten.

Die „Debats“ bemerken, daß den Zeitungen in Frankreich nach dem Dekrete von 1852 der Tod in vier Fällen drohe: durch einfache Verfügung des Kaisers, nach einer dreimaligen Warnung, nach einer Verurtheilung wegen eines schweren und nach zwei Verurtheilungen innerhalb zweier Jahre wegen leichter Preßvergehen; nur die letztere Bestimmung hebe das neue Gesetz auf, sonst bleibe das Dekret in voller Kraft; da könne von Preßfreiheit keine Rede seyn.

(Siamesische Gesandtschaft.) Die Hauptlöwen des Tages in Paris sind natürlich die Siamesischen Gesandten, die, zu Marseille gelandet, soeben dort eintrafen. Der „Moniteur“ spricht sich über dieselben aus wie folgt: Die Gesandtschaft, welche die beiden Könige von Siam schon seit langer Zeit an den Kaiser zu senden wünschten, ist in Paris angekommen. Dieselbe ist aus drei Hauptpersonen zusammengesetzt: Phra-ja-Sribaddhu-Ratue, Ober-Intendant der Landes-Einnahmen, ein naher Verwandter der Könige; Phra-Rai-Wiri, Präsident des Königlichen Rathes, und Phra-Mawang-Wijetz, Einer von den Garde-Capitäns des zweiten Königs. Diese drei Ambassadeurs sind begleitet von zwei Offizieren, denen die Bewachung der Geschenke übertragen. Das übrige Gefolge ist zwanzig Personen stark. Sie überbringt dem Kaiser einen Brief des ersten Königs, welcher insgemein Großkönig genannt wird; der Brief ist auf ein goldenes Blatt geschrieben, so will's die Etikette, wenn ein Souverän eine Mittheilung an einen andern mächtigeren Souverän macht. Sie bringen werthvolle, für Ihre Majestäten bestimmte Geschenke; die merkwürdigsten darunter sind die Insignien und Gewänder der Könige, wenn sie auf dem Throne sitzen, im Palankin getragen werden oder zu Pferde steigen, die königliche Krone, Gürtel u. s. w. Es versteht sich, daß wieder die herkömmlichen Scherze gemacht werden, die sich der Pariser auf Kosten Aller erlaubt, „die weit herkommen“; der Mangel an Schnupftüchern wird gebührend herausgestrichen, versichert, daß sich der erste Gesandte auf den Kutscherbock habe schwingen wollen, weil er diesen höchsten Platz für den Ehrenplatz gehalten habe, und was dergleichen Pariser Histörchen mehr sind. (N.Pr.Z.)

Italien.

Rom, 18. Juni. Bereits Mittwoch Morgens saß die Nobelgarde im Hofe des Vatikan zu Pferde, um den hl. Vater nach Castel Gandolfo zu begleiten. Doch nachdem sie eine Stunde gewartet hatte, ward die Reise abgesagt, da das Fußleiden Sr. Heiligkeit in Folge des häufigen schroffen Wetterwechsels der vorausgegangenen Tage sich erheblich verschlimmert hatte. Unterdessen ist Besserung eingetreten, so daß der Besuch auf dem Lande demnächst erfolgen wird. Während der kurzen Unpäßlichkeit besuchte den Papst ein deutscher Diplomat. Das Gespräch kam auf Cavour. Der h. Vater äußerte sich auffallend schonend über ihn und bediente sich dabei unter anderen der Worte: „Er hätte uns am Ende doch noch zur Thüre hinaus gehen lassen; wer nach ihm kommt, zwingt uns vielleicht gar, aus dem Fenster zu springen.“

Der Stadtrath von Turin hat 100,000 Lire für das Monument Cavours bewilligt.

Griechenland.

Athen, 15. Juni. Die Untersuchungen in Angelegenheit der vereitelten Verschwörung werden noch immer eifrig fortgesetzt, aber möglichst geheim gehalten. Nach den ersten Verhaftungen erfolgten später noch andere, und gestern wurde noch ein Offizier, der pensionirte Gensd'armerie-Major Panus, zur Haft gebracht. Die Anklage wegen Verletzung des Art. 123 § 2 des Strafgesetzes ist eine äußerst schwere, denn hiernach lautet sie auf „Hochverrath, konspirirte Empörung, Handanlegung an ein Glied der königl. Familie oder Anwendung gewaltsamer Mittel zur Umänderung der bestehenden Regierung“.

Rußland und Polen.

Die russische Regierung hat die Erbauung von 6000 Kilometer (950 deutsche Meilen) Telegraphenlinien angeordnet. Dann werden 2000 durch die neuen von China an Rußland abgetretenen Besitzungen gehen und dem Lauf der Flüsse Amur und Ussuri folgen. Eine andere Linie von Kasan nach Irkutsk wurde begonnen, die in ihrer Vollendung 4500 Kilometer lang seyn wird — was den achten Theil des Erdumfanges ausmacht. So werden nun in zwei bis drei Jahren die russischen Besitzungen am Amur mit Petersburg durch eine 10,000 Kilometer lange Telegraphenlinie in Verbindung stehen.

Amerika.

(Zum nordamerikanischen Bürgerkrieg. Kräfte der Parteien.) Die Krisis in Nordamerika drängt schneller auf eine Entscheidung hin, als man noch vor wenigen Monaten erwarten zu müssen glaubte. Die Spaltung zwischen dem Norden und Süden der Union hat sich rasch zum offenen Bürgerkrieg entwickelt. Während der ersten Wochen nach seiner Antrittsrede beobachtete Präsident Lincoln noch eine zuwartende Politik. Es schien fast, als ob er glaube, den Süden durch billige Ausgleichungsvorschläge zur Nachgiebigkeit bewegen zu können. In der That aber hatte sein Temporisiren ohne Zweifel andere Gründe. Erstlich übernahm Lincoln die Leitung der Geschäfte in einem Augenblick, wo der Süden bereits vollständig zu einem entscheidenden Schlag gegen die Bundesautorität gerüstet war, während die Bundesgewalt selbst und der an der Union festhaltende Norden in Folge der den Interessen der Sklavenhalter dienenden Verwaltung Buchanan's so ganz unvorbereitet geblieben war, daß selbst die Bundeshauptstadt Washington, die zwischen den Gebieten der Sklavenstaaten Maryland und Virginien liegt, gegen einen Handstreich des südlichen Sonderbundes nicht gesichert erschien. Außerdem mußte es für Lincoln von fast entscheidender Bedeutung seyn, welche Haltung die Demokraten der nördlichen Staaten annehmen würden, falls es zu einem offenen Bruche mit dem Süden käme. Man darf dabei nicht vergessen, daß die Demokraten des Nordens die lang-

---

Baron Bettino Ricasoli.

Baron Ricasoli, welcher an Cavour's Stelle getreten, gilt allgemein für einen Charakter von hohem Werthe. Man rühmt zugleich seine staatsmännische Begabung und setzt große Hoffnung auf ihn für die Zukunft Italiens. Es wird unsern Lesern nicht unwillkommen seyn, wenn wir eine Charakteristik des neuen Premierministers König Viktor Emanuels, die das „Journ. des Debats“ bringt, hier mittheilen. Niemand gleicht dem Grafen Cavour weniger als der Mann, der berufen worden, ihn zu ersetzen. Cavour war klein, etwas dick; sein Antlitz lächelnd. Es bedarf großer Aufmerksamkeit, um unter dem Anschein heiterer Bonhommie jene unvergleichliche Freiheit, jene seltene Willenskraft zu entdecken, die Cavour auszeichnete. Ricasoli dagegen ist groß, hager, aristokratisch im Gesichtsausdruck und in der Haltung. Seine Physiognomie ist immer ernst, sogar streng; seine Züge sind stark ausgeprägt, sein Blick ist fast düster. Die herrschende Eigenschaft Ricasoli's ist die Energie des Charakters, die Festigkeit des Willens.

Der Conseilpräsident des Königs von Italien entstammt einem sehr alten Geschlecht. Der Ursprung seines Geschlechts verliert sich in der Nacht der Zeiten, aber seit dem 14. Jahrhundert wird dasselbe beständig in der Geschichte von Toskana genannt. Seine Ahnen haben stets die Eigenschaften bewährt, welche heute ihren letzten Sprößling auszeichnen. Man erzählt, Einer von ihnen, der ein Verurtheilungsdekret von dem Rath der Vierundzwanzig erlangen wollte, berief denselben in seinen Palast. Als der Rath versammelt war, schloß er die Thüren, nahm die Schlüssel und schwur bei Gott, Niemand solle das Haus verlassen, bevor nicht das Urtheil unterschrieben sey. Hätte Bettino Ricasoli im 14. Jahrhundert gelebt, er hätte wahrscheinlich eben so gehandelt, wie sein Vorfahr.

Mit großer Thätigkeit des Geistes begabt und geboren in einem Lande, das bis vor Kurzem einem Mann von seinem Range keine seinen eminenten Fähigkeiten entsprechende Stellung bieten konnte, widmete sich Ricasoli dem Ackerbau. Er führte auf seinen Gütern neue Kulturmethoden ein, verbesserte die Racen seines Viehstandes, half seinen Pächtern auf die Beine und das Alles, ohne sich zu Grunde zu richten, was von nicht geringer administrativer Begabung zeugt. Der toskanische Adel, von seinem Beispiel fortgerissen, warf sich mit wahrer Wuth auf den Ackerbau. Das Schloß Brolio, im Mittelpunkt seiner Güter, ist ein merkwürdiges Ueberbleibsel des Mittelalters, mit Thürmen, Gräben, Zugbrücken und Zinnen versehen. Die Rüstungen der alten Barone sind in den Sälen der Reihe nach aufgestellt. Doch gibt auch eine reichhaltige Bibliothek Kunde davon, daß die modernen Ideen die furchtbaren Bollwerke des Mittelalters überwunden haben.

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 173.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 25. Juni 1861.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 23. Juni. Mehrere Ernennungen und Beförderungen im militärärztlichen Personale haben die allerhöchste Sanktion erhalten und werden nächstens publizirt werden. (Südd. Ztg.)

Ansbach, 20. Juni. Der Münchener Gewerbeverein hat, wie an alle bayerischen Städte, so auch hierher seine Aufforderung zum Widerstand gegen die Gewerbsreform-Anträge der Nürnberger Abgeordneten Brater, Crämer und Längenfelder erlassen und zu Massenvorstellungen an die Abgeordneten-Kammer aufgefordert, ohne jedoch dahier Anklang zu finden. Weder beim Magistrat, noch beim Handels- und Gewerberath, noch auch beim Industrie- und Gewerbeverein. (A. M.)

Oesterreich. Wien, 19. Juni. Ich habe bereits in einem meiner letzten Briefe mitgetheilt, daß die polnischen Abgeordneten (aus Galizien) es abgelehnt haben, dem Beispiele ihrer Kollegen aus Böhmen zu folgen und einen Vertrag mit jener Partei abzuschließen, welche eine Revision des Konkordats um jeden Preis hintertreiben will. Es kam aus diesem Anlaß vor einigen Tagen in dem Klub der polnischen Abgeordneten zu heftigen Erörterungen, und Dr. Smolka erklärte schließlich den anwesenden Czechen, daß er und seine Landsleute dadurch, daß sie den Vertagungsantrag Rieger's unterzeichnet haben, keinesfalls die Verpflichtung übernahmen, Bestrebungen, welche auf die Entwicklung und Befestigung der Freiheit überhaupt zielen, entgegenzutreten. Sie würden demnach für die Mühlfeld'schen Anträge stimmen, und Smolka selbst werde zu Gunsten derselben sich aussprechen. Dadurch ist der Bruch Smolka's mit den Czechen klar dokumentirt. Dieser war übrigens vorauszusehen, denn die Verbindung, welche diese beiden Parteien eingegangen, war von allem Anfang an eine ganz unnatürliche. Der entschiedene Liberalismus Smolka's und seiner Gesinnungsgenossen steht in so entschiedenem Gegensatze zu den reaktionären Gelüsten eines Clam, Klaudi und Brauner, daß eine Verständigung geradezu unmöglich ist. Die Gefahr, daß die Minorität den Reichsrath verlassen werde, wenn der Rieger'sche Vertagungsantrag verworfen wird, ist nunmehr nicht mehr zu befürchten. Im klerikalen wie im czechischen Lager ist man über die Erklärung der Polen sehr bestürzt. (Schw. M.)

Wien, 21. Juni. Die Adresse der Pesther Stadtrepräsentanz scheint für die Entwicklung unserer Verhältnisse noch verhängnißvoll werden zu wollen. Das Offizierkorps der in Ungarn stationirten Armee hat wegen dieser Adresse Klage geführt und die Einleitung sehr energischer Maßregeln gegen die Stadtrepräsentanz veranlaßt. (Südd. Z.)

Wien, 21. Juni. Unter dem Vorsitz des Superintendenten Franz hat ein provisorisches Komite die Statuten des für die deutsch-slavischen Kronländer zu bildenden evangelischen Vereins der Gustav-Adolph-Stiftung entworfen, die bekanntlich jetzt auch in Oesterreich zugelassen ist. (Ostd. P.)

= Wien, 22. Juni. (Privat-Korrespondenz.) Eine Drohung an die Presse. Mitten unter ihren Tagesneuigkeiten, als wünsche sie, der kleine Staatsstreich möge unbeachtet vorübergehen, bringt die „Donau-Zeitung" heute eine Notiz, des Inhaltes: „Die Antwort des Hrn. Staatsministers auf die Interpellation über die sogenannte „Tyroler Frage" wird von der „Gegenwart" in einer Weise besprochen, die als maßlos bezeichnet werden muß. Die Staatsgewalt hat sich genöthigt gesehen, in Tyrol gegen gesetzwidrige Agitationen gesetzliche Schritte einzuleiten; wir würden es bedauern, wenn diese Agitationen die Regierung in die Nothwendigkeit versetzen sollten, auch außerhalb Tyrols wider ungesetzliche Manifestationen einzuschreiten. Je mehr die Regierung an die Möglichkeit einer solchen Nothwendigkeit glaubt, um so unerläßlicher wird es, die Verkündung eines neuen Preßgesetzes zu beschleunigen. Denn die Klagen der Publizistik unter dem gestürzten Regime, daß die klerikalen Blätter allein sich Alles erlauben dürften, waren nicht so zu verstehen, als werde Jedermann zufrieden seyn, sobald nur „Volksfreund" und „Gegenwart" den administrativen Verwarnungen und Unterdrückungen in demselben Maße unterlägen, wie die freisinnigen Journale."

Großbritannien.

Die „Times" bemerkt, sie habe am längsten Tag des Jahres, der ihren Lesern Zeit lasse, außer dem täglichen Anzeigenbeiblatt, das sie längst schon nicht mehr Supplement nenne, noch ein Extrablatt gegeben, um die sich anhäufenden Anzeigen zu publiziren; es sey dies die größte tägliche Ausgabe, welche noch ein Blatt geliefert. Vor 50 Jahren hatte sie täglich 150 Anzeigen, heute nie unter 4000 zu publiziren.

Bei Versuchen, mit Armstrongkanonen gegen das mit sechszölligen Eisenplatten gepanzerte Schiff „Sirius" angestellt, wurden diese letzteren vollständig zertrümmert und zu Splitter reducirt und das sehr starke Schiff so beschädigt, daß es sofort seeuntüchtig wurde. Durch ein Netz von eisernen Ketten von 12 Zoll Dicke ging die Kugel mit derselben Leichtigkeit wie durch Zweige. Ein anderer Versuch gegen den „Excellent" mit 200-Pfünder-Armstrongkanonen auf 400 Yards Entfernung zeigte noch deutlicher die geringe Widerstandsfähigkeit der Panzerschiffe: die Kugel zerschmetterte das Eisen und der Rückstoß auf das Holzwerk war so stark, daß Alles auseinanderfiel und die Wirkung eine weit größere war, als auf ein gewöhnliches Schiff. Man glaubt daher, daß man beim

Unterthanen in Preußen und umgekehrt geleistet werden. Auch können herzogliche Unterthanen, welche auf Beförderung dienen wollen, die preußischen Militärbildungsanstalten besuchen und in die preußische Armee eintreten. Das Kontingent kann zu polizeilichen Zwecken zwar verwendet werden, es darf jedoch nur auf Requisition der Civilbehörde einschreiten, dieser Requisition muß es aber unweigerlich Folge leisten. Die Garnisonen des Kontingents können nur mit Genehmigung des Herzogs außerhalb der Herzogthümer verlegt werden. Die Konvention ist auf 10 Jahre abgeschlossen. Nach 10 Jahren steht jedem Theil der Rücktritt von derselben frei. (Zeit.)

= **Oesterreich.** Wien, 22. Juni. (Privat-Korresp.) Wie wir hören, wird der Staatsminister v. Schmerling sich demnächst in zweiter Ehe mit der Tochter des berühmten Naturforschers, des verstorbenen Professor Endlicher vermählen. — Wie uns aus Pesth geschrieben wird, hat der dortige städtische Notar P. N., der zugleich Deputirter ist, das Weite gesucht, da ihm vom Militär Stockstreiche angedroht worden sind, wenn er sich in der Nähe einer Kaserne sehen lasse. Er gilt nämlich für den Verfasser der Adresse, in welcher die Stadtrepräsentanz die Soldaten „bewaffnete Räuber“ titulirt.

Wien, 21. Juni. Staatsminister v. Schmerling hat in seiner Antwort auf die Interpellation Pfretschners bezüglich der Durchführung des Protestantenpatents die Erklärung abgegeben, daß gegen die Urheber von illegalen Kundgebungen und wider das Patent gerichteten Agitationen gerichtliche Untersuchung eingeleitet wurde und noch eingeleitet werden soll. Der wesentliche Inhalt dieser Antwort wurde sofort nach Innsbruck telegraphirt, und dort von der Redaktion des amtlichen „Tyroler Boten“ als Nachtrag dem Hauptblatt beigegeben. Die Polizei fand sich aber veranlaßt, diesen Nachtrag in allen öffentlichen Lokalen, in welchen er schon verbreitet war, zu konfisziren. Erst spät Abends wurde die Bewilligung zum Druck ertheilt. (Nicht übel! Schlimme Aussichten für die Durchführung des Protestantenpatents in Tyrol.)

An die Statthalterei in Ofen ist die Weisung ergangen, gegen die Pesther Stadtrepräsentanz mit aller Energie einzuschreiten. In Folge dessen soll bereits der Stadtrepräsentanz ein Erlaß mitgetheilt worden seyn, der verordnet: 1) daß die in Rede stehende Adresse kassirt; 2) daß die Sitzungen der Stadtrepräsentanz fortan sistirt; 3) daß gegen die Urheber und Verfasser dieser Adresse das strafgerichtliche Verfahren wegen Hochverraths eingeleitet werde. Der Erlaß wird gleichzeitig mittelst Tagesbefehls zur Kenntniß der ganzen Armee gebracht.

Schweiz.

In der Schweiz fängt der Einfluß der nordamerikanischen Krisis durch den Stillstand von industriellen Unternehmungen an, sich für die Arbeitsbevölkerung sehr fühlbar zu äußern. (N.M.Z.)

Italien.

Rom, 13. Juni. „Wer nicht vernünftig ist, weg mit dem!“ Das ist die dem General-Direktor der Polizei neuerlichst vom Staatssekretariate gegebene Instruktion, und danach wird denn auch streng gehandelt. Auch der Fürst Piombino folgte so eben seinem Schwiegersohne, dem Herzoge del Fiano, auf eine artige Weisung der Polizei nach Turin, und aus dem größeren Publikum fehlt mit jedem neuen Tage eine bekannte Persönlichkeit nach der andern.

* Am 17. Juni waren es 15 Jahre, daß Papst Pius IX. den Stuhl des h. Petrus bestieg. Zur Feier des Tages wurden Artillerie-Salven vom Schloß San-Angelo abgefeuert und in der Sixtinischen Kapelle ein Festgottesdienst abgehalten.

Rom, 15. Juni. Die Menge von Ausweisungen unruhiger Köpfe hat die Aufregung aufs Neue gesteigert. Gestern wurden drei private Elementarschulen, wo es mit der Parteiung am buntesten herging, auf höheren Befehl geschlossen.

Turin, 20. Juni. Die Deputirtenkammer hat heute den Entwurf Garibaldi's zu einer Nationalbewaffnung mit einigen vom Ministerium zugestandenen Aenderungen in Berathung genommen. Petruccelli, von der äußersten Linken, bekämpft die Vorlage lebhaft: man solle die reguläre Armee vermehren, aber keine Freikorps bilden in Zeiten, wo kein Krieg sey. Die endlose Okkupation Roms durch die Franzosen verstoße gegen das offenbare Recht Italiens und gegen das Prinzip der Nichtintervention und sey eine Beleidigung sowie eine Quelle des Unheils für Italien. Diese Rede rief große Aufregung, Widerspruch und Ordnungsrufe hervor.

Der Erzbischof von Neapel hat 17 Geistliche vom Gottesdienst suspendirt, weil sie durch ihre Mitwirkung beim Nationalfest Aergerniß gegeben; einer derselben, ein Deputirter, wird seine Beschwerde vor die Kammer bringen.

* Genueser Blätter schreiben: „Garibaldi hat plötzlich wieder einen Beweis von Muth und Entschlossenheit gegeben, der verdient erwähnt zu werden. Am 12. Juni war es, als das franz. Schiff „La Pintade“, welches sich nach der Insel Sardinien begab, in der Nähe von Caprera durch einen heftigen Sturm in große Gefahr gerieth. Garibaldi bemerkte dieses, und in ein kleines Fischerboot stürzen und dem Schiff zu Hülfe eilen war für ihn das Werk eines Augenblicks. Kapitän, sagte er, mit der Familiarität eines gewöhnlichen Lootsen, überlassen Sie mir das Steuer und ich führe Sie aus der Gefahr. Der Kapitän, welcher sich in diesen gefährlichen Seestrichen nicht auskannte, gab gerne seine Einwilligung und der General setzte sich ans Steuer und ließ das Schiff mit einer bewundernswerthen Geschicklichkeit manövriren. Als sie außer Gefahr waren, bezeichnete er dem Kapitän die Richtung, welche er einschlagen müsse, reichte ihm die Hand, und wünschte ihm glückliche Reise. Der Kapitän, welcher nicht wußte, daß es Garibaldi war, der ihm aus der Noth geholfen hatte, wollte seinen Retter nicht so gehen lassen, sondern bot ihm ein Geldgeschenk an, und da dieses nicht angenommen wurde, so bat er ihn, wenigstens ein Glas Rum mit ihm zu trinken, aber der General schlug jeden Dank aus, sprang in sein Boot und ruderte rasch von dem Schiff weg. Der Kapitän war von dem Benehmen dieses Mannes mit Bewunderung und Erstaunen erfüllt, was den höchsten Grad erreichte, als er bei seiner Ankunft erfuhr (wie denn?), daß sein Retter der berühmte General gewesen war.“

Rußland und Polen.

In dem Königreich Polen steht es wiederum bedenklich aus, und wenn nicht alle Anzeichen trügen, ist ein neuer Sturm im Anzuge. Die Agitationspartei, die sich einige Zeit hindurch ruhig verhielt, bietet abermals alle Kräfte auf, um eine neue Krisis herbeizuführen; besonders sucht sie jetzt auf dem platten Lande und in den kleinen Städten Kravalle herbeizuführen, um dadurch die Revolutionslust wach zu erhalten, und zugleich das russische Militär durch unaufhörliche Märsche behufs der Exekution zu ermüden. (Frkf. Postz.)

Warschau, 17. Juni. Haussuchungen bei einem halben Dutzend hiesiger Schriftsteller, die Nachforschungen auf der Post und Eisenbahn, deren Beamten die mißliebigen Korrespondenzen ins Ausland bringen, endlich auch die allbekannte Judenpost, ein sehr wirksames Privatinstitut zur Beförderung des Verkehrs, den man der Indiskretion der postalischen Censur im Oeffnungskabinet entziehen will, haben zu Resultaten geführt, die den Grafen Wielopolski bewogen haben, eine große Anzahl Dienstentlassungen zu verfügen. Der Redakteur der Illustrirten Wochenschrift, Wenzeslaus Szymamanowski, ist auf Befehl der Polizeibehörde nach dem Städtchen Biala in Podlachien an der litthauischen Gränze bis auf Weiteres verbannt, weil er an Zeitungen Korrespondenzen übersandt hat, die mit der Wahrheit nicht übereinstimmen.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 23. Juni. Die amerikanische Krisis übt auch auf hiesige Handels- und Produktionsverhältnisse einen hemmenden Einfluß. Die zur Erzeugung von Glacehandschuhen dienenden Rohwaaren stehen so nieder im Preise, wie dieß selbst während des italienischen Feldzugs von 1859 nicht der Fall gewesen; gefertigte Waaren finden aus hiesigen Fabriken nach Außen weniger Absatz als sonst; Frankreich hat nicht die Hälfte der früheren Ausfuhr. (Südd. Z.)

Lindau, 20. Juni. Mit den neuerdings zur Hebung des gesunkenen Dampfbootes „Ludwig“ begonnenen unterseeischen Vorrichtungen geht es langsam vorwärts; von allen Orten der Seegegend werden große Lagerfässer requirirt, da der größte Theil der früher verwendeten Fässer unbrauchbar sich erwies. (N.M.Z.)

Das deutsche Schützenfest in Gotha wird nach dem veröffentlichten Plan in den Tagen vom 8. bis 11. Juli abgehalten, und mit den auf den letzten Tag angesetzten Verhandlungen auch noch der vom Frankfurter Schützenverein angekündigte deutsche Schützentag verbunden werden. Anmeldungen gehen zahlreich ein, darunter von den äußersten Grenzen Deutschlands.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 172.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Nemer	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Montag, 24. Juni 1861.

Deutscher Bund.

⚬ **Frankfurt**, 22. Juni. (Privat-Korrespondenz.) Die sardinische Gesandtschaft hat sich durch das Verfahren dreier deutscher Regierungen nicht abhalten lassen, Stempel und Siegel mit dem Rè d'Italia zu gebrauchen und die Pässe mit dem Vidit der „Legazione d'Italia" zu versehen; es nahmen auch die meisten deutschen Regierungen keinen Anstand daran. Wir sahen erst dieser Tage, wie von Waldeck ein solcher Paß mit diesem Visum unbeanstandet angenommen wurde, auch Preußen kehrt sich an diese Form nicht. Wir hören übrigens, daß auch die Regierungen von Bayern, Württemberg und Mecklenburg die Pässe solcher Art nicht beanstanden. (Die Bundestagsgesandten dieser drei Staaten haben sich blos geweigert, Zuschriften des bisherigen sardinischen Gesandten zu Frankfurt, die unmittelbar an sie gerichtet und mit dem Siegel der „Gesandtschaft des Königs von Italien" versehen waren, anzunehmen. Formell hatten sie jedenfalls Recht, da Herr Barral beim deutschen Bund sowie bei den einzelnen deutschen Staaten zur Zeit immer noch nur als Gesandter des Königs von Sardinien beglaubigt ist.) Es wird überhaupt nicht mehr lange währen, bis diese ganze Frage geordnet ist, denn Frankreich und England haben sich verabredet, bei Rußland und Preußen auf die Anerkennung des Königreichs Italien hinzuwirken, und es dürfte dieser Schritt auch von baldigem günstigen Erfolge seyn.

Bayern. Die Berathung des Militär-Kreditgesetzentwurfs im Ausschuß der Kammer der Abgeordneten ist auf den Wunsch des Kriegsministers nochmals um einige Tage verschoben worden und es soll vor Beginn derselben eine eingehende Erklärung des genannten Ministers zu erwarten seyn, deren Wortlaut durch den gesammten Ministerrath festgestellt werden soll. (Südd. Z.)

München, 22. Juni. Das k. Kriegsministerium hat zur Verhütung der Verschleppung der unter der Mannschaft des 3. Bataillon des 6. Infanterieregiments zu Frankfurt a/M. ausgebrochenen egyptischen Augenentzündung angeordnet, daß diejenigen präsenten Soldaten, welche in nächster Zeit ihre Dienstzeit vollenden, nur dann sofort verabschiedet werden, wenn dieselben nach vollzogener genauer Visitation nicht von der Augenentzündung behaftet befunden werden, und zugleich auch bei ihnen nicht ersichtlich ist, daß die Anlage zu dieser Krankheit vorhanden sey. Im entgegengesetzten Falle sind solche Soldaten nicht zu entlassen, bis jeder Keim zur Fortpflanzung der Krankheit erloschen ist. (Augsb. Abdz.)

Preußen. Berlin, 21. Juni. Die Mittheilung, welche der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung dieser gestern Abend in deren geheimer Sitzung machte, verbreitet jedenfalls ein ..es Licht über die Huldigungsfrage. Er theilte mit, daß ..König sich alle Veranstaltungen von Seiten der Stadt, die ..irgendwie Kosten verursachen könnten, verbeten habe. Es ist ..icht schwer, hieraus die weitern Folgerungen auf den Charakter der Huldigungsfeier überhaupt zu ziehen. Was die Stadt Berl..n anlangt, so wird die Vertretung derselben das königliche Paar nach der Rückkehr aus den Provinzen feierlichst, jedoch still einholen. (Zunächst bezieht sich die oben gemachte Mittheilung übrigens nur auf den Vorschlag, die Stadt Berlin solle nachträglich den Regierungsantritt des Königs durch ein Geschenk oder irgend eine Feierlichkeit festlich begehen. Das hat sich der König verbeten.) (D. Allg. Z.)

Berlin, 21. Juni. Der interimistische Verweser des hiesigen Polizei-Präsidium, Geh. Rath v. Winter, hat die Redakteure sämmtlicher hiesiger Zeitungen „in einer für die Hauptstadt hochwichtigen Angelegenheit" auf gestern Abends zu einer Besprechung zu sich eingeladen. (Köln. Z.)

Köln, 20. Juni. Der Waterloo-Tag wurde hier zu einem Volksfeste. Der zoologische Garten, reich geschmückt mit Wimpeln, Guirlanden und militärischen Emblemen, wurde von mehr als 20,000 Personen gegen ein Entrée von $7^1/_2$ Sgr. besucht, während es auch den Soldaten bei Entrichtung von nur 1 Sgr. gestattet war, Theil an diesem patriotischen Feste zu nehmen. Ein Mörser, dessen Mündung nach oben gerichtet war, fand allgemeinen Beifall und nicht minder diese Inschrift: „Oft sprach im Donnertone ich für unsre Fahnen, Heut' sag' ich ohne Laut für unsre Veteranen: Die Alten kennen mich als treuen Kameraden, Für sie lass' ich von euch mich bis zur Mündung laden." Man lud und lud denselben mit Gold- und Silberstücken, und zwar so fleißig, daß das Geschütz am Abende zweimal bis zum Rande geladen gewesen. (Köln. Z.)

Baden. Die „Karlsruher Ztg." meldet jetzt amtlich, daß Hofrath R. v. Mohl zum badischen Bundestagsgesandten ernannt ist.

Thüringen. Koburg, 20. Juni. Dem heute wieder eröffneten gemeinschaftlichen Landtag der Herzogthümer Koburg und Gotha ist die mit Preußen abgeschlossene Militärkonvention zur Annahme vorgelegt worden. Die herzogliche Einführungsschrift geht von der Betrachtung aus, daß die Bundesverfassung sich nicht als ausreichend erwiesen habe, um die militärischen Hilfsmittel Deutschlands zu Zeiten der Bedrohung desselben in wirksame Aktion zu bringen. Es sey daher ein völlig berechtigter Wunsch der Nation, daß die Machtstellung Deutschlands gegen das Ausland möglichst gehoben werde. Dieser Wunsch verdiene bei der jetzigen politischen Lage Europas um so größere Beachtung. Es wird für eine Pflicht der einzelnen Bundesstaaten erkannt, auf Steigerung der Wehrhaftigkeit Deutschlands nach Möglichkeit hinzuwirken. Die Förderung dieses Zwecks wird aber namentlich auch darin gefunden, daß die kleineren Bundeskontingente in ihrer Organisation dem militärischen System der ihnen zunächst stehenden Armee einer der beiden deutschen Großmächte sich soweit als möglich annähern. Die Konvention selbst gibt als Motiv für den Vertragsabschluß den Wunsch der beiden kontrahirenden Souveräne an, die Wehrhaftigkeit Deutschlands durch praktische militärische Einrichtungen möglichst gesteigert zu sehen, welcher Zweck besonders durch Annäherung der Organisation der kleineren Bundeskontingente an das militärische System einer der beiden deutschen Großmächte gefördert werde. Die Konvention bestimmt dann, daß Preußen die vollständige Erhaltung des herzoglichen Bundeskontingents im Frieden wie im Krieg nach Anleitung der Bundeskriegsverfassung gegen Zahlung einer Bauschsumme übernimmt. Bei der bisherigen Verwendung des herzoglichen Kontingents als Bestandtheil der Reserve-Infanterie-Division des Bundes soll es bleiben. Die reglementarischen Bestimmungen für die preußische Armee sollen beziehentlich im Wege der Gesetzgebung in den Herzogthümern Koburg und Gotha Geltung erhalten. Die organisatorischen und administrativen Maßregeln zur Ausführung der Konvention sind der preußischen Regierung überlassen. Der Eintritt in das koburg-gothaische Kontingent und der Austritt aus demselben erfolgt nach den koburg-gothaischen Gesetzen, nur wird die Präsenzzeit bei der Fahne auf 2 Jahre, die Gesammtdienstzeit auf $6^1/_2$ Jahre verlängert. Auch sollen über Entlassung wegen Invalidität, Anstellung im Civil, Pensionirung oder Versorgung die preußischen Grundsätze Anwendung finden. Die Mannschaft leistet den Fahneneid dem Herzog, die Offiziere, welche in den preußischen Staatsverband eintreten müssen, leisten ihn dem König. Sie leisten Handschlag, dem Herzog treu zu dienen, sein Bestes zu fördern, Schaden abzuwehren. Der Herzog steht zu dem Kontingent in dem Verhältniß eines kommandirenden Generals. Die für den einjährigen freiwilligen Dienst in Preußen geltenden Bestimmungen werden in den Herzogthümern eingeführt. Diese Dienstpflicht kann von herzoglichen

Sayers zu vergeben war. Der Kampf war einer außerordentlichsten in den Annalen der Boxerei. Hurst und Mace sind die Namen der Mächtigen, die um den Gürtel rangen — jener, ein Mann von herkulischer Stärke, 6' 4" hoch, von erschreckender ausgebildeter Muskulatur, ein Riese, der mit einem einzigen Schlage, wenn nicht einen Ochsen, so doch einen Menschen fällen kann, aber sonst kein Boxer von Talent und Geschick; dieser, im Vergleiche zu ihm, ein schwächliches Individuum, bloß 5' 8" hoch, dabei aber wohl geformt und in allen Künsten des edlen Faustkampfes wohl bewandert. Der Kampf dauerte 50 Minuten, es wurde wohl ein Dutzend Gänge gemacht, und, um kurz zu seyn, der Riese wurde geblendet, jämmerlich zerschlagen und so fürchterlich zugerichtet, daß der Rasen von seinem Blute getränkt wurde, während sein Gegner auch nicht einen einzigen Stoß erhielt. Mace ist somit Boxerkönig und trägt den Ehrengürtel, bis ein Anderer ihn ihm entreißt.

Im franz. Dorfe Chignac (bei Juillac) ist Peter Durand im Alter von 103 Jahren gestorben. Im achtzigsten Jahre hatte er wieder geheirathet und hob kürzlich seinen Enkel, das Kind seines Sohnes aus dieser späten Ehe, aus der Taufe.

Auch in Bayreuth bildet sich eine freiwillige Feuerwehr aus der Zahl der Turner. Sogleich bei der ersten durch Herrn Studienlehrer Hoffmann daselbst gemachten Anregung haben sich 100 Turner durch Unterschrift zum Eintritt in dieselbe bereit erklärt.

Neueste Nachrichten.

Kassel, 21. Juni. Die 2. Kammer hat einen Antrag des Vizepräsidenten Ziegler: die Versammlung wolle den Beschluß der vorigen Kammer vom 8. Dezember (Inkompetenzerklärung, weil sie nicht nach der Verfassung von 1831 und dem Wahlgesetz von 1849 gewählt ist) zu dem ihrigen machen, mit 44 gegen 3 Stimmen einem Ausschuß überwiesen. (T. d. N. Korr.)

Wien, 19. Juni. Die Statthalterei von Galizien hatte dem griechisch-katholischen Metropoliten in Lemberg eine Mittheilung gemacht über den Mißbrauch, der von Seiten der revolutionären Polen mit Kirchen und Gottesdiensten getrieben werde. Darin hieß es in Bezug auf die Ruthenen (ein großer Theil der ländlichen Bevölkerung, meist griechischen Bekenntnisses): „Wiewohl die ruthenische Bevölkerung von ähnlichen Demonstrationen sich mehr fern hält, so ereigneten sich doch in jüngster Zeit Fälle, daß griechisch-katholische Kirchen namentlich damals zu politischen Demonstrationen benutzt wurden, wenn solche in den römisch-katholischen Kirchen, sey es über Einschreiten der Behörden oder der Geistlichkeit, verhindert wurden, oder wenn es den Parteiführern darum zu thun war, das Einverständniß zwischen Polen und Ruthenen in unlauteren Zwecken zu manifestiren." Der griechisch-katholische Erzbischof ermahnt nun die Geistlichkeit, diesen Erlaß der Statthalterei zu beherzigen und prägt ihr auf das Schärfste die Pflicht ein, die von je her bewiesene Treue und Anhänglichkeit des ruthenischen Volkes an den Thron des Kaisers bei jeder Gelegenheit ungetrübt zu bewahren und an den Tag zu legen.

Paris, 21. Juni. Die „Patrie" meldet, das Turiner Kabinet sey mit Frankreich bezüglich der Anerkennung vollkommen einverstanden und nehme den Vorbehalt bezüglich Roms an. Vimercati wird diese Nachricht dem Kaiser überbringen. (T. d. N. Korr.)

Turin, 20. Juni. Während das neapolitanische Journal „Popolo d'Italia" die Hinterlassenschaft Cavours auf 40 Mill. schätzt, schlägt hingegen die „Opinione" dieselbe kaum auf 4 Mill. Franken an. (Tel.d.Ostd.Post.)

Neapel. Am 8. Juni entdeckte Herr Spaventa eine bourbonische Verschwörung, und ließ eine große Anzahl von Leuten, die bei derselben betheiligt waren, verhaften. Der Leiter des Unternehmens war ein früherer neapolitanischer Artillerie-Major Namens Andreuzzi, bei dem viele Papiere, welche über die Plane der Königlichen Aufschluß geben, und außerdem eine Summe von 30,000 Ducati in neapolitanischem, aber in Rom geprägtem Gold gefunden wurden. (So die sardinischen Berichte; woher sie wohl wissen mögen, daß das Geld in Rom geprägt war?)

Die „Perseveranza" berichtet aus Palermo über eine Landung von Bourbonisten bei Augusta im Bezirke Noto auf Sizilien. Dieselben zogen sich gegen Siracusa, eine Abtheilung piemontesischer Truppen wurde ihnen entgegengeschickt, Weiteres ist nicht bekannt. Die Küste wird von piemontesischen Schiffen bewacht. Auf der adriatischen Küste von Neapel in Gargano und Sanejo, Distrikt Carino, erschienen Banden Aufständischer. Die Nationalgarde, welche ihnen entgegenrückte, mußte sich geschlagen in die Stadt zurückziehen. Der Kampf mit den Truppen dauert noch an verschiedenen Orten fort. (Tel.d.Ostd.Post.)

Petersburg, 15. Juni. Ein Bankerott macht in diesem Augenblick viel von sich reden. Es ist das hiesige Haus Brandt in Verbindung mit den gleichnamigen Häusern in Archangel, Riga und London. Herr Brandt soll ganz vor Kurzem erst 600,000 Silberrubel vom Staate erhalten haben, um ihn aus augenblicklicher Verlegenheit zu befreien.

Warschau, 20. Juni. Viele der Modliner Gefangenen sind entlassen worden, darunter auch der Sohn des Bankier Epstein. (W. T. B.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pohlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. j. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	80¼ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	65¼ P. 64⅞ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	56½—56⅜ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	47½ G.
„	4½ pCt.	42¼ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	89½ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	103 P. 102⅞ G.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102⅞ G.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103⅜ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100⅞ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100⅞ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97¾ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95½ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	103⅛ P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	95 G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	102½ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94 G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102⅞ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100 P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98⅞ P.
„	3 pCt. Obl.	92 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	48¼ P.
„	1¾ pCt. „ „ „	42⅜ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	99½ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	109½ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	647 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	150½ P. 149½ G
Bayerische Bank à fl. 500 . . .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	189½ P. 188 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	71½ P. 71 G.
Internationale Bank in Luxemb. . .	84 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	320 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	67 P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	231 P.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	120½ P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	76⅛ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	23½ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	138⅛ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	100⅜ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	236 G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	539 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	475 P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	105⅜ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. 100½ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99¾ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅛ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96¼ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅛ B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 G.
London Lst. 10 k. S.	118⅝—¾ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	93¼ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅝ B. ¾ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	85—7
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	82 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	49 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	65 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	131½ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	82⅛ P.	„ fl. 25 do.	35 G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	99¾ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	35 P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	126½ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	51 G.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	37 P.
Badische fl. 50	80¾ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10 P.
Badische fl. 35	52⅜ G.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅛ G.

Frankfurt, 22. Juni. Oesterr. National und Kreditaktien waren etwas, Bankaktien merklich niedriger. Auch Wechsel auf Wien waren matter. Das Geschäft war selbst in den beliebtesten Spekulationspapieren nicht erheblich. Süddeutsche Fonds fortwährend fest. (Synd.)

spitzte andererseits Clam-Martinitz die Ohren, als sogar Dr. Rieger, gedrängt von den Polen und seinen eigenen Komittenten, jede Gemeinsamkeit mit den Feudalen und „Konkordatlern“ entrüstet zurückwies. Ein fernerer Vortheil ist es, daß das rastlos provozirende Benehmen Rieger's die Linke zwingt, ihre Reihen immer enger zu schließen. Um die Scenen, die in obiger Sitzung vorfielen, zu begreifen, muß man den Hohn sehen, mit dem dieser Gentleman das und das deutsche Element überschüttet: hier wirken Ton und Haltung mit. Der gedruckte Bericht spiegelt die Arroganz, die er entwickelt, nur schwach wieder. Wo Hr. Dr. Rieger die Deutschen majorisiren kann, wie im Prager Landtage, da muß es in der That erquicklich seyn, deutscher Abgeordneter zu seyn — und weshalb er den Schwerpunkt des Staates in die Landtage zurückverlegt wissen will, das wird Jeder verstehen, der ihn einmal auf der Tribüne vor dem Schottenthore hat reden hören. Die schlagfertige Art, wie Kuranda die rohe Unterbrechung Rieger's: „Wie man Geschäfte macht!“ mit der Entgegnung abfertigte: „man macht auch in Nationalitäten Geschäfte“, erfreute sich der allgemeinen Billigung.

Wien, 19. Juni. In der gestrigen Sitzung des hiesigen Gemeinderaths wurde in Betreff eines in Anregung gebrachten **Denkmals für die Gefallenen im März 1848** beschlossen, eine Deputation an den Staatsminister v. Schmerling zu schicken, um sich mit ihm über diesen Gegenstand in's Einvernehmen zu setzen; mit der Errichtung des Denkmals selbst erklärte sich der Gemeinderath einverstanden. Hr. Steudl wunderte sich darüber, daß die autonome Gemeinde erst Anfragen über einen Gegenstand halten will, der sich nach der Stimmung in der Bevölkerung von selbst verstehe. Man vernahm, daß sich die Polizei gegen die Errichtung des Denkmals erklärte.

= **Wien**, 20. Juni. (Priv.-Korr.) Die Haltung der **ungarischen Magnatentafel** erregt hier in maßgebenden Kreisen persönliche, tiefgreifende Erbitterung. Man meint, Benedek habe in seinem berühmten Präsidial-Erlaß die innerste Natur der magyarischen Cavaliere nur zu richtig gekennzeichnet, da es ihnen durchaus an dem nöthigen Muthe fehlt, um dem Treiben der Ultra's entgegenzutreten. Wenn ein Hajnald, den die kais. Regierung vom Feldkaplan zum Bischof erhob, zwei Stunden über die Unerläßlichkeit der Union Ungarn's mit Siebenbürgen deklamirt, — lediglich weil er in der Vereinigung mit den Magyaren eine Stütze für seine Kirche gegen die evangelischen Sachsen, und die dem griechischen Ritus angehörigen Rumänen erblickt; so reizt das hier den Zorn einflußreicher Persönlichkeiten. Ebenso, wenn Graf Cziraky jetzt die österreichischen Gesetze, an deren Einführung in Ungarn er selber unter Bach als Oberlandesgerichts-Präsident mitgearbeitet, wie Ausgeburten des Wahnwitzes brandmarkt. Oder auch, wenn Baron Gabriel Pronay jetzt den Radikalen im Oberhause spielt, er, der 1857 bei der Kaiserreise sich in tiefster Devotion an den Festlichkeiten betheiligte und einen Orden, man kann beinahe sagen, erbettelte. — Das Alles ruft hier, und zwar gerade in den Spitzen der Gesellschaft, wo man diese Antecedentien am besten kennt, ein aus Widerwillen und Empörung gemischtes Gefühl hervor, das kaum noch allzuviel Zeit brauchen wird, um sich in Thaten Luft zu machen.

Aus Galizien, 7. Juni. Seit dem Schluß des galizischen Landtags ist von hier aus nichts Besonderes zu berichten. Die Haltung der galizischen Reichsrathsmitglieder in Wien habe ich in meinem letzten Berichte vorausgesagt: die Polen helfen den slavischen Tschechen getreulich, wo sich nur eine Gelegenheit bietet, den Reichsrath zu diskreditiren; die Ruthenen stehen treu zur Regierung und wollen den Gesammtstaat. An allen möglichen Demonstrationen, an verunglimpfender Behandlung alles deutschen Wesens hat es auch seitdem hier zu Lande nicht gemangelt; der Aufenthalt des Deutschen ist ein wahres Helotenthum; man kann sich das von den auf Höflichkeit sonst so vortrefflich sich verstehenden Polen kaum denken. Möchten die deutschen Polen-Enthusiasten an eigener Anschauung an Ort und Stelle sich überzeugen, welch gemeinen Verunglimpfungen ihre Landsleute hier ausgesetzt sind, sie würden bald gründlich von ihren Illusionen zurückkommen!

Frankreich.

Paris, 17. Juni. Dieses Jahr also soll in **Vichy** über das Schicksal Europa's berathen werden. Unter den französischen Diplomaten, und ich glaube auch unter den deutschen, ist es ein Axiom, daß die schwierigsten Dinge sich bei einem guten Diner am besten abmachen lassen. Der Kaiser Napoleon hat diesen Satz umgestoßen; er hat die Diplomatie noch vereinfacht, und statt des Diners genügt ihm das Brunnentrinken. In Vichy werden ab- und zugehen: der Herzog v. Grammont, der Marquis v. Lavalette, der Fürst v. Latour d'Auvergne, Herr Ferdinand Barrot. In Europa wird man lauschen und horchen, was in Vichy vorgegangen ist, und die Franzosen werden, wenn die deutsche Presse an Plombières erinnert, wieder gar nicht begreifen, woher das Lärmschlagen kommt. Dieses Lärmschlagen ist den Franzosen gar nicht recht, wie denn überhaupt hier in den Zeitungen die Tendenz vorwaltet, Deutschland als die Frankreich immer herausfordernde Macht darzustellen. (Nat.-Ztg.)

* **Paris**, 20. Juni. Heute kam der Prozeß **Mirès** wieder vor. In Verhinderung des Vertheidigers Mathieu beantragte dessen Kollege Marie eine abermalige Vertagung der Verhandlung. Sie wurde von dem Gericht bewilligt und der letzte Termin unwiderruflich auf den 27. festgesetzt. Mirès beklagte sich bitter, daß man ihn bei seinen Arbeiten in den Bureaux der Rue Richelieu (wo die Bücher der von ihm gestifteten caisse des chemins de fer liegen) so genau beaufsichtigt habe, daß er nicht einmal ungestört mit seinen Vertheidigern habe sprechen können. Er habe deshalb lieber auf diese Erlaubniß Verzicht geleistet.

Italien.

* Man schreibt dem „Pays“ aus Rom, daß einer der Brüder des Kaisers von Oesterreich sich mit einer Schwester des Königs Franz II. von Neapel vermählen werde.

Turin, 20. Juni. Fürst Piombino, von Rom, wird am Sonntage von dem König empfangen werden. (T. d. Frkf. J.)

Rußland und Polen.

Nach der heutigen „Schles. Zeitg.“ hat in **Warschau** das Statut über den Staatsrath wenig befriedigt, dagegen das liberale Gubernial-, Kreis- und Stadtraths-Wahlgesetz alle Erwartungen übertroffen.

Nichtpolitische Zeitung.

* **Heidelberg**, 14. Juni. Die Preisentscheidung der für das „Allgemeine deutsche Commersbuch“ bestimmten und beim Heidelberger Preissingen vom Mannheimer Quartett theilweise vorgetragenen Kompositionen der „Neuen Lieder aus dem Engern in Heidelberg“ hat bei der außerordentlich großen Zahl der eingesandten Kompositionen (über 400) erst jetzt erfolgen können. Einstimmig wurde von sämmtlichen Preisrichtern (Ausschuß des badischen Sängerbundes) in Uebereinstimmung mit den studentischen Verbindungen den Kompositionen des „Liedes fahrender Schüler: Wohlauf die Luft geht frisch und rein“ mit dem Motto: „O quam bonum atque jucundum, poculis fraternis gaudere“, sowie von „Ein ander Lied vom Rodenstein: Wer reit't mit zwanzig Knappen ein zu Heidelberg in Hirschen?“ mit dem Motto: „Wo man singt, da laß dich ruhig nieder! Böse Menschen haben keine Lieder“ Preise von je 5 Dukaten zuerkannt. Als Komponisten ergaben sich beim Oeffnen der Couverts beim ersteren Hr. V. E. Becker, Musikdirektor in Würzburg, beim zweiten Herr Karl Appel, herzogl. Konzertmeister in Dessau. Fast einstimmig wurde den Kompositionen der Lieder: „Perlêo. Das war der Zwerg Perlêo im Heidelberger Schloß“, Motto: „Frei ist der Bursch“, Komponist: Hr. Stephan Gruwe, Referendär in Burgsteinfurt, und „Rodenstein's Auszug: Es regt sich was im Odenwald“, Motto: „Feuchtfröhlich und gescheut“, Komponist: Herr C. Hering, Musikdirektor in Berlin, ebenfalls Preise von je 5 Dukaten zuerkannt. Seitens der Verlagshandlung (M. Schauenburg und Komp. in Lahr) wurde sodann noch der nicht konkurrirenden schönen Komposition von Hrn. Musikdirektor Zimmermann in Mannheim zu dem Scheffel'schen Liede: „Alt-Heidelberg, du feine, du Stadt an Ehren reich“, sowie der mit unendlichem Jubel aufgenommenen Komposition zu Hornfeck's „Trinke nie ein Glas zu wenig“ von Hrn. Hofkapellmeister Lachner in Mannheim Preise von je 5 Dukaten bestimmt. Der Schluß der Redaktion der sechsten Auflage des Allgemeinen deutschen Kommersbuches wird nunmehr sofort erfolgen und das Kommersbuch in einigen Wochen wiederum in allen Buchhandlungen zu haben seyn.

In den letzten Wochen gingen aus **Belgien** nach verschiedenen Richtungen nicht weniger als 15,000 Tauben, um fern von ihren Wohnorten aufgelassen zu werden. Eine Sendung ging zu diesem Zwecke sogar nach Rom.

London. Am 18. Juni, als am Jahrestage der Schlacht von Waterloo, wurde auf einer kleinen Insel des Medway-Flusses, nicht weit von Chatham, von zwei professionellen Boxern um die Championship und den großen Ehrengürtel der englischen Boxerei gekämpft, der seit dem berühmten Kampfe zwischen Heenan und

Monat April 215 eheliche und 221 uneheliche Kinder dahier geboren worden. Von diesen letzteren waren 86 im hiesigen Gebärhause und 135 außerhalb desselben zur Welt gekommen. — Die bayerische **Gartenbau-Gesellschaft** dahier veranstaltet zwischen dem 28. und 30. inkl. eine Sommerausstellung von Zierblumen etc. im Pavillon des k. Hofgartens und in anstoßenden Zelten. Für den Glanzpunkt der Ausstellung ist ein 1. Preis von 50 fl. ausgesetzt. Das Entrée beträgt 12 kr. (Südd.Z.)

München, 21. Juni. Se. Maj. der König hat das Florian'sche Benefizium in Wasserburg dem Aushilfspriester Anselm Gallinger zu St. Georgen, Ldg. Trostberg, übertragen, und genehmigt, daß demselben von dem Erzbischofe von München-Freising auch das Spitalbenefizium in Wasserburg verliehen werde; die 2. prot. Pfarrstelle zu Pirmasens dem Pfarrer zu Schönau, Dek. Pirmasens, Chr. Zapf, verliehen; den Landgerichtsdiener M. Engelhard von Kulmbach an das k. Landgericht Herzogenaurach versetzt, und zum Landgerichtsdiener von Kulmbach den vormaligen Patrimonialamtsdiener M. Brand, Gerichtsdienersgehilfen in Hof, ernannt. (N.M.Z.)

Allerhöchster Anordnung zufolge hat mit Schluß des Etatsjahres 1860/61 die Selbstregie der kgl. Porzellan-Manufaktur Nymphenburg (dem Wunsch des Landtags entsprechend) aufzuhören und ist die Verpachtung derselben im Wege der Submission von der Regierung von Oberbayern ausgeschrieben.

München, 19. Juni. Das Hülfskomité für die aus piemontesischer Gefangenschaft heimgekehrten neapolitanischen Krieger veröffentlicht heute den Rechenschaftsbericht über seine Thätigkeit. Hiernach sind 914 fl. 36 kr. baar eingegangen, und zahlreiche Wasch- und Kleidungsstücke beigesteuert worden. Die Zahl der Unterstützten beträgt 252 Mann. (A. Z.)

München, 20. Juni. Eine große Anzahl hiesiger Bürger hat an die Kammer der Abgeordneten eine Eingabe gerichtet, worin sie die Bitte stellen, die Kammer wolle durch geeignete Antragstellung und Beschlußfassung die Initiative zur Aufhebung des hier geltenden Grundsatzes „Kauf bricht Miethe" geben. Wenn man weiß, welch' schändlichen Mißbrauch die Spekulation hier mit diesem Rechtsgrundsatz namentlich den Miethern und Gewerbtreibenden gegenüber macht, so muß man die gedachte Bitte nur unterstützen. — In einer physiologischen Streitsache zwischen Herrn Karl Vogt und Prof. Bischoff dahier ist von ersterem gegen diesen so eben eine Broschüre erschienen, die allgemeines Aufsehen erregt. Die Sache wird sonach vor dem Forum der exakten Wissenschaft wohl bald endgültig entschieden seyn. Die Streitschrift Vogts erinnert allerdings sehr an den vehementen Ton des Gegners. — In den Realgymnasien wollen manche Aengstliche einen dem Humanismus drohenden Schlag erblicken. Wie sehr eine solche Befürchtung grundlos ist, ja wie gerade das Gegentheil zu hoffen steht, liegt auf flacher Hand. Es ist durchaus nicht abzusehen, in wie ferne der klassischen Bildung zu nahe getreten ist, wenn mancher junge Mensch, statt sich im ziemlich beschränkten Horizont unserer bisherigen Gewerbschulen auf eine ganz eng umschriebene gewerbliche Thätigkeit einzuschulen, jetzt Anstalten besuchen kann, deren universelle Kräfte und Hülfsmittel ihn für das weite, industrielle und technische Leben der modernen Welt im umfassendsten Sinne vorbereiten. Gediegenere reale und sprachliche Bildung können doch unmöglich der klassischen Bildung, die ja in pädagogischer Beziehung auch nur Mittel zum Zweck der allgemeinen Entwicklung, nicht Selbstzweck ist, zu nahe treten. (A.Pstz.)

Die kurze Pause, welche vor der Hand in den öffentlichen Kammersitzungen eingetreten ist, wird bald einer gesteigerten Thätigkeit Platz machen, die durch die Arbeiten der verschiedenen Ausschüsse vorbereitet wird. Das Gerichtsorganisations- und Notariatsgesetz sind nahezu berathen, der Arrondirungs-Ausschuß ist ebenfalls bei der zweiten Lesung dieses wichtigen Gesetzes angelangt. Dr. Ruland ist, auf Grund der von der Staatsregierung gemachten Zugeständnisse, mit der hierdurch nothwendig gewordenen Umarbeitung seines Referates „die Reorganisation der technischen Lehranstalten betr." beschäftigt. Dr. Pözl bearbeitet das schwierige Referat über den Antrag der Abgeordneten Nürnbergs „die Gewerbsfrage betr.," woran sich die größtentheils vollendeten Referate des II. Ausschusses mit den zu ihrem Ressorte gehörigen Budgetaufstellungen reihen. Mit besonderem Interesse wird auch der in baldiger Aussicht stehenden Veröffentlichung des umfangreichen Referates des Abg. Frhrn. von Pfetten über den außerordentlichen Militärkredit entgegengesehen. (J.-Z.)

Der Landrath von Oberbayern hat sich veranlaßt gesehen, in seinem Protokolle das Vertrauen gegen die Staatsregierung auszusprechen, es werde eine allgemeine Verfügung ergehen, welche den Beamten, die den neuen Verwaltungsbezirken vorgesetzt werden, in ihrer Dienstesinstruktion die Verpflichtung auflegt, ohne Kosten für die Betheiligten an bestimmten Tagen und an bestimmten Punkten des Bezirks Geschäfte auf dem Kommissionsweg wöchentlich abzumachen.

Hannover. Hannover, 20. Juni. Nach einer Bekanntmachung des Ministers des Innern ist das Visa für hannoversche und niederländische Reisepässe abgeschafft. (K. Z.)

Kurhessen. Kassel, 19. Juni. Heute Morgen wurde Dr. Fr. Oetker von kurfürstl. Polizei hierselbst wegen des Namens und Zwecks der „Vaterlandskasse" (aus dem ihm zugeschickten Ehrengeschenk gebildet) verhört. Dem Vernehmen nach hat derselbe geantwortet: er nenne den fraglichen Fonds Vaterlandskasse, weil er keinen Grund habe, ihn anders zu nennen; die Bestimmung der Gelder wolle er seinem Ermessen vorbehalten. (Hess. M.-Ztg.)

Kassel, 21. Juni. Heute wurden der 2. Kammer durch den ersten Landtagskommissär folgende Vorlagen gemacht: Ein neues Wahlgesetz; eine neue Geschäftsordnung der Landstände; ein Gesetzentwurf über die Einrichtung von Bezirksräthen; Uebernahme der Leih- und Kommerzbank von Seiten des Staates; Emission neuer Kassenscheine; Anlage einer Eisenbahn und eines Telegraphen im Anschluß an die projektirte Bebra-Fulda-Hanauer Bahn; Voranschlag der Staatseinnahmen und Ausgaben. In Aussicht gestellt sind mehrere die Justizorganisation betreffende Gesetzentwürfe. (T. d. Frkf. Postz.)

* **Oesterreich.** Wien. In seiner 15. Sitzung schritt das Abgeordnetenhaus zur allgemeinen Debatte über den Mühlfeld'schen Antrag auf Bestellung von Ausschüssen, welche Gesetze 1) über die Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts, 2) zum Schutz der persönlichen Freiheit, des Hauswesens und des Briefgeheimnisses, 3) zur Sicherung der Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre, 4) über die Rechte der verschiedenen Religionsgesellschaften ausarbeiten sollen. Smolka (Pole) verwahrte sich und seine Parteigenossen gegen den Vorwurf, als wollten sie sich den Bestrebungen des Hauses feindselig gegenüberstellen; er bedauere jedes harte Wort, das in den bisherigen Debatten gefallen sey. Aber vor Allem müßte die Autonomie der einzelnen Länder gekräftigt werden. „Was nützen uns", sagt er, „die freisinnigsten Gesetze, wenn in Bezug auf Sprache, Sitte, Schule und Kirche nicht der Ausspruch der Vertreter unseres Landes maßgebend seyn soll? Die historisch-politische Individualität muß geachtet werden." Rieger (aus Böhmen) hält es für nöthig, sich gegen den Vorwurf zu verwahren, daß die Czechen reaktionäre Freiheitsfeinde, „Konkordatler" seyen. Im Prinzip sey er für den Antrag, aber nicht in der Form, denn der engere Reichsrath sey hierzu nicht kompetent. Die Verfassungszustände seyen noch in der Entwicklung begriffen; nur schade, daß so wenig Brauchbares aus dem Schlot herauskomme. (Oho! links; der Präsident ruft den Redner zur Ordnung.) Das Land, das einen Huß erzeugt habe, werde keinen Gewissenszwang einführen wollen. In andern Ländern aber sey die Kultur noch auf so niederer Stufe, daß die Religionsfreiheit sich nicht durchführen lasse. Die Deutschen begingen schreiende Ungerechtigkeiten gegen andere Nationalitäten." Präsident: „Ich rufe sie zur Ordnung; Sie schimpfen die deutsche Nationalität." Rieger will weiter sprechen. Präsident: „Zur Ordnung! Sie haben sich niederzusetzen." Rieger: „Ich appellire an das Haus; ich habe die deutsche Nation nicht beleidigen wollen." Präsident: „Nach dieser Erklärung frage ich das Haus, ob es Sie weiter hören will." Das ganze Haus erhebt sich. Rieger: „Ich finde es unbegreiflich, daß der Präsident in dieser Weise die Redefreiheit beschränkt." Präsident: „Jetzt entziehe ich Ihnen das Wort." Rieger setzt sich nach wiederholten Ordnungsrufen mit den Worten: „So wird im österreichischen Parlament die Redefreiheit gehandhabt!" Noch bietet Kuranda den Polen und Giskra der Rechten überhaupt die Hand der Versöhnung, und nachdem Klaudi gesprochen, wird die Fortsetzung der Generaldebatte auf Sonnabend vertagt. — Aus Allem, was Smolka und Rieger vorbrachten, sah eben das Bestreben heraus, die Bedeutung der allgemeinen Reichsvertretung auf Null zu reduziren. Den Schwerpunkt des politischen Lebens in die Landtage der einzelnen Kronländer zu verlegen, und so den Weg zur völligen Selbständigkeit dieser, somit zur Sprengung der Monarchie zu bahnen. Uebrigens hat diese Debatte doch die Rechte (Feudale und Autonomisten) sehr gelockert, indem sie klar bewies, daß diese Koalition aus einer unnatürlichen Vereinigung von Elementen besteht, die auf die Dauer unmöglich Hand in Hand mit einander gehen können. Smolka hat sich wenigstens der Linken um so viel genähert, als er sich von der Rechten entfernte, indem er, wenn auch nur theilweise, seine Mitwirkung für die Begründung verfassungsmäßigen Lebens in Oesterreich zusagte. Und wie

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 171.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Sonntag, 23. Juni 1861.

Oesterreich und Preußen in ihrem Verhältniß zu Deutschland.

Bei Gelegenheit der Debatte über ein Gesetz, die Nichtverantwortlichkeit der österr. Abgeordneten für Reden und Abstimmungen betreffend, hatte Staatsminister v. Schmerling auf die kurhessische Verfassung und zwar in lobendem Sinne Bezug genommen. Diese Bezugnahme schien in der Versammlung auf die dermalen dort faktisch bestehende Verfassung (von 1860) gedeutet und unter solcher Voraussetzung ihm verübelt worden zu seyn; denn in einer spätern Sitzung fand sich einer der Kollegen des Hrn. v. Schmerling, der Justizminister Pratobevera, veranlaßt, in dessen Namen zu erklären, daß die betreffende Bezugnahme keineswegs der kurhessischen Verfassung von 1860, sondern vielmehr derjenigen von 1831 gegolten habe, einer Verfassung, setzte der Minister hinzu, deren Wiederherstellung so allgemein gewünscht werde. Damit nicht genug! Derselbe Minister erklärte auch im Namen der Regierung, daß bei Aufstellung des Gesetzentwurfs über Nichtverantwortlichkeit der Abgeordneten man „die freisinnigsten Verfassungen" und unter diesen vorzugsweise „die kurhessische von 1831" zu Rathe gezogen habe.

Anknüpfend an diesen Vorfall brachte kürzlich die „D. Allg. Ztg." (nationalvereinlich) einen Artikel, der wohl etwas zu rasch die Kluft überspringt, die zwischen jenen Worten der genannten zwei österreich. Minister und den Handlungen liegt, welche diesen Worten entsprechen sollten. Denn man darf nicht übersehen, daß am Wiener Hof noch manche Einflüsse wirksam sind, die Herrn v. Schmerling wohl oft hindern mögen, so vorzugehen, wie er möchte. Nichts desto weniger verdienen die Folgerungen, welche gedachter Artikel an jene Erklärung knüpft, volle Beachtung; ein Keim wenigstens ist gegeben, aus dem etwas werden kann. Die „D. Allg. Ztg." sagt in jenem Artikel: „Betrachten wir die allgemeinen Konsequenzen der offenbar durch die betreffenden Erklärungen, wenn auch vielleicht nur erst von fern angedeuteten, neuen deutschen oder Bundestagspolitik des konstitutionell regenerirten Oesterreich, so glauben wir, daß diese hier gleichsam nur so leichthin, aber gewiß nicht unabsichtlich, von Schmerling in die öffentliche Meinung hineingeworfene kurhessische Frage in seiner Hand zu einer doppelschneidigen Waffe werden kann, deren eine Schneide nach innen, die andere nach außen gekehrt seyn dürfte. Es ist vom Anfang an unsere Ueberzeugung gewesen, daß Hr. v. Schmerling von der kurhess. Frage einen doppelt wichtigen Gebrauch machen könne und seinerzeit machen werde; einmal gegen Preußen, um dessen auch in dieser Sache leider so unthätige, über fromme Wünsche und sachlich unwirksame Proteste nicht hinausgekommene Politik durch eine kühne That zu überflügeln, die ein gut Theil der „moralischen Eroberungen" von jener auf diese Seite hinüberwenden möchte; sodann aber nach innen gegen den noch im Kabinet befindlichen und wohl noch immer nur zu einflußreichen Rest der alten reaktionären Schule, insbesondere gegen den Grafen Rechberg. Bekanntlich war es Graf Rechberg, unter dessen speziellem Kommissorium, unter dessen Zulassung, wenn nicht Zuthun, in Kurhessen 1850 jene Maßregelungen vor sich gingen, durch welche man planmäßig dem hessischen Volke die Anhänglichkeit an die Verfassung von 1831, das durch sie geschaffene und auf ihr fußende Rechtsbewußtseyn und den daraus entspringenden Widerstand gegen die unter Autorität des Bundes ins Werk gesetzte Staatsstreichpolitik auszutreiben versuchte. Graf Rechberg war es dann wiederum, der als Minister des Auswärtigen und Haupt des Kabinets 1860 die österreichische Stimme am Bundestage für Aufrechthaltung eben dieser Staatsstreichpolitik, und gegen die von Preußen und einigen kleinern Staaten verlangte Wiederherstellung der Verfassung von 1831, leider nur zu erfolgreich in die Wagschale warf. Unmöglich kann Graf Rechberg im Ministerium bleiben, wenn dieses auf der durch die Erklärungen der beiden Minister v. Schmerling und v. Pratobevera bezeichneten Bahn weiter vorgeht. Ja schon jetzt ist dessen Verbleiben, nach Abgabe solcher Erklärungen im offnen Reichsrath, im Namen der Regierung fast eine sittlich-politische Unmöglichkeit. Daß aber Hr. v. Schmerling aus allen Kräften dahin streben muß, sich des Bleigewichts der reaktionären Partei im Schooße des Kabinets selbst, das sich an jeden seiner Schritte hängt, sobald als möglich zu entledigen, liegt auf der Hand. Niemand besser als Hr. v. Schmerling sieht ein, daß das Werk, welches er begonnen, und für das er seinen Namen verpfändet hat, mit keinen andern Mitteln als mit denen einer aufrichtig und konsequent freisinnigen Politik durchgeführt werden kann."

Deutscher Bund.

Bayern. München, 21. Juni. Gestern ließ der Kommandant der hiesigen Sanitätskompagnie größere Uebungen mit Sack und Pack bei Harlaching vornehmen; in Folge der großen Hitze wurden mehrere Soldaten momentan unwohl; einige davon fielen geradezu um. Die Kopfbedeckung (Helm) unserer Infanterie hat sich eben schon längst als zu lästig erwiesen und sie trägt viel zu derlei Vorkommnissen bei heißer Jahreszeit bei. — Seitdem die hiesige k. Polizeidirektion unter der neuen Oberleitung steht, dürfen in den jeden Monat erscheinenden amtlichen Berichten über die Bewegung der hiesigen Bevölkerung auch wieder die unehelichen Geburten bekannt gegeben werden. Nach dem jüngsten, vom 2. d. M. datirten derartigen Bericht sind im

ist es jüngsthin noch zu ernstlichen Widersetzlichkeiten gekommen, so daß ein militärisches Einschreiten nothwendig geworden ist; in Schaul sind bei dieser Gelegenheit drei Menschen das Opfer ihrer Widerspenstigkeit geworden.

Der „Czas“ hat kürzlich die Meldung gebracht, daß der russische Gesandte in Rom aus Anlaß einer Differenz, welche wegen der Betheiligung des polnischen Klerus an der Revolution zwischen dem Papst und dem Czar entstanden, wahrscheinlich abberufen werde. Diese Nachricht ist nichts als eine Erfindung, deren Tendenz offen genug hervortritt. Die Kurie, weit entfernt, die revolutionären Bestrebungen in Polen zu ermuntern, mißbilligt entschieden die Theilnahme des Klerus an denselben und den Mißbrauch, welcher zu revolutionären Zwecken mit den Kirchen getrieben wird. Jede entgegenstehende Behauptung kann man versichtlich als ein Manöver betrachten, um der polnischen Revolution den Schutz der Kirche vorzuspiegeln.

Amerika.

In Kanada befinden sich nun 45,000 aus den Vereinigten Staaten nach und nach entronnene Sklaven; sie leben meist in Dörfern zusammen. In den Städten ergreifen sie jeden Beruf; die meisten sind Handwerker. In Toronto, wo deren über tausend sind, gibt es sechs schwarze Kaufleute und einen schwarzen Arzt.

Oberst Austin aus Kanada, der in New-York ein Regiment kanadischer Freiwilligen für die Union werben wollte, aber nicht mehr als 80 Mann zusammenzubringen vermochte, ist, wie die Zeitungen melden, unverrichteter Dinge wieder heimgekehrt. Mehrere seiner Leute werden in New-York von unbarmherzigen „Manichäern“ (Gastwirthen) festgehalten.

Nichtpolitische Zeitung.

Bamberg, 21. Juni. Vorgestern weilten zufällig die drei Klaviervirtuosen zu gleicher Zeit in unserer Stadt, nämlich Franz Liszt, Mortier de Fontaine und Hans v. Bülow. Interessant möchte für das Publikum dabei die Notiz seyn, daß die Gemahlin Hans v. Bülow's eine Tochter Franz Liszt's ist und diese von Mortier vor etwa 20 Jahren in Como aus der Taufe gehoben wurde. Mortier, der in den letzten 10 Jahren in Rußland weilte, sah inzwischen seine Pathin nur einmal als kleines Kind in Paris. (Bamb. Ztg.)

Köln, 16. Juni. Das Langschiff des Domes ist nunmehr völlig mit Blei gedeckt, bei dem Querschiff hat man mit der Eindeckung begonnen und hofft damit innerhalb 4 Wochen fertig zu werden. Der Mittelthurm schreitet ebenfalls der Vollendung zu. Dann gilt es, die Einwölbung auszuführen, um schließlich zur Ausführung der beiden Hauptthürme an der Westseite überzugehen, — ein Werk, welches indeß noch ca. 3 Mill. Thlr. voraussetzt und wohl erst gegen Ende unseres Jahrhunderts zum Abschluß gelangt seyn dürfte. (Fr. J.)

Die Weinberge haben in Frankreich gegenwärtig weniger Trauben, als im vorigen Sommer, aber sie stehen vorzüglich.

Neueste Nachrichten.

Wien. Der Erzherzog Ferdinand Max hat, der „Presse“ zufolge, dem Ministerium einen Vorschlag zur Reorganisation des Marine-Oberkommando übergeben, welcher hauptsächlich darauf berechnet ist, die unter verschiedene Ministerien vertheilten, auf die Marine bezüglichen Geschäfte in einem Marine-Ministerium zu vereinigen. Man sagt, daß mehrere Mitglieder des Ministerium dem Vorschlage geneigt seyen und daß seine Annahme zu gewärtigen stehe. „Will man sich,“ bemerkt die „Presse,“ „einen Begriff von der behördlichen Kompetenz-Konfusion in Marinesachen machen, so braucht man beispielsweise nur die „Central-Seebehörde“ ins Auge zu fassen. Diese steht jetzt unter der Leitung eines Beamten des Finanzministerium, der vielleicht nie ein Schiff bestiegen hat, außer den Dampfern, die nach Greifenstein gehen, und ressortirt gleichzeitig nicht nur unter das Finanz- und das Handelsministerium, sondern auch unter das Ministerium der Polizei und endlich unter das Marine-Oberkommando, ja in gewissen Dingen selbst unter das ehemalige Ministerium des Innern.“

Mailand, 19. Juni. Die heutige „Perseveranza“ berichtet aus Turin: „General Dabormida wurde vom Schlage getroffen; man zweifelt an seinem Aufkommen. (Tel. d. Oestr. Post.)

Warschau, 18. Juni. Seit heute Morgen sind die Truppen von den öffentlichen Plätzen zurückgezogen und die Zelte abgebrochen worden. Soll das ein Prüfstein seyn, wie man polnischer Seits die neuen Gesetze aufnehmen wird? Wir denken, es werden wohl für alle Fälle Vorsichtsmaßregeln ergriffen worden seyn. Gleichzeitig ist auch die Erlaubniß zur Wiedereröffnung der Ressource gegeben worden. Der Mitredakteur des hiesigen in polnischer Sprache seit vorigem Jahre erscheinenden illustrirten Wochenblattes, Wentzel Szymanowsky, ist wegen seiner an ausländische Blätter gemachten falschen Mittheilungen bis auf Weiteres nach der Stadt Biala, und drei katholische Geistliche wegen aufrührerischer Reden von der Kanzel in Klöster verwiesen und dort internirt worden.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	$81\frac{1}{8}$ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$64\frac{5}{8}$ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$57\frac{1}{8}$ P. $56\frac{7}{8}$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	$48\frac{3}{4}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$42\frac{1}{2}$ P.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$89\frac{1}{2}$ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. R. (C. b. R.)	103 P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$103\frac{1}{8}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$103\frac{3}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$100\frac{7}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{7}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$97\frac{3}{4}$ G.
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	105 P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{2}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$103\frac{1}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$95\frac{3}{8}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{1}{2}$ P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{1}{4}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	94 G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{7}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{3}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$98\frac{7}{8}$ P.
"	3 pCt. Obl.	92 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$48\frac{1}{4}$ P.
"	$1\frac{3}{4}$ pCt. " " "	$42\frac{3}{8}$ P.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$99\frac{1}{2}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	109 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	656—52 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	151 P. 150 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	187 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	72 P. $71\frac{5}{8}$ G.
Internationale Bank in Luxemb. . .	84 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	320 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	67 P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	234 P.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$120\frac{1}{2}$ P.
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$76\frac{1}{2}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	23 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$137\frac{1}{2}$ G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$100\frac{1}{4}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	236 G. exC
Span. Handels- u. Industrie . . .	548 P.
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	475 P.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$105\frac{3}{8}$ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. $100\frac{1}{2}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$96\frac{1}{4}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	$88\frac{1}{8}$ B. $87\frac{7}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 G.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{1}{2}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	$98\frac{1}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{5}{8}$ B.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	85 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	83 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$48\frac{7}{8}$ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$65\frac{1}{4}$ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$131\frac{1}{2}$ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$62\frac{1}{8}$ P.	" fl. 25 do.	35 G.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	100 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	35 P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	$126\frac{1}{2}$ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	51 G.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	37 P.
Badische fl. 50	$8?\frac{3}{4}$ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10 P.
Badische fl. 35	$52\frac{7}{8}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{1}{4}$ G.

Frankfurt, 21. Juni. In Folge günstigerer Wiener Notirungen wurden österr. Fonds und Industrieaktien etwas besser bezahlt. In den übrigen Fonds und Aktien keine erwähnenswerthe Veränderung und das Geschäft ohne Belang. (Synd.)

Frankreich.

Paris, 19. Juni. Also ein Journal wird nach der vom gesetzgebenden Körper gestern angenommenen Preßgesetznovelle in Frankreich nicht mehr an zwei Warnungen zu Grunde gehen, und diese selbst werden innerhalb eines Zeitraums von zwei Jahren ihre Rechtskraft verlieren. Das ist die ganze Erleichterung, die der Presse zu Theil wird. Die hiesige Presse wird Hrn. Jules Favre keinen Dank wissen dafür, daß er gesagt hat, es gebe fast in ganz Frankreich so zu sagen „nur Regierungs-Journale", die sagen, was die Verwaltung ihnen in die Feder diktirt. Die Behauptung ist übertrieben, aber wahr ist, daß in vielen Fragen die Blätter schweigen müssen, wenn sie ihre Unabhängigkeit wahren wollen. Das Dekret von 1852 ist nicht abgeschafft, und somit bleibt die Lage trotz der erfolgten Linderung beim Alten, und die periodische Presse wird auch in Zukunft alle Künste der Sprache aufwenden müssen, um ihre Grundsätze einigermaßen vertheidigen zu können, und die Regierung wird also auch in Zukunft nicht über die eigentliche Meinung des Landes im Klaren seyn. Das kann nicht so bleiben, und so stolz auch Herr Billault im Namen der Regierung die Forderungen der liberalen Opposition zurückweisen mag, der Tag ist nicht fern, wo die logischen Folgen des eben geschehenen Schrittes sich geltend machen werden. Wenn das Kaiserreich wirklich an seiner Befestigung arbeiten will, muß es einen andern Weg betreten. Herr Billault, der unter Louis Philippe in der Oppositionspresse seine Sporen verdient hat, weiß nur zu gut, daß die Juli-Dynastie nicht in Folge eines übertriebenen Liberalismus zu Grunde gegangen ist, sondern weil sie sich gescheut hat, die Prinzipien ihres eigenen Ursprungs in dem Maße anzuerkennen, als das Land es verlangt hätte.

Die „Debats" behaupten gegen die Regierungsblätter, welche die Einstimmigkeit rühmen, mit welcher überall die von der Regierung empfohlenen Kandidaten zu den Generalräthen gewählt wurden, die große Mehrzahl der Wähler habe sich gar nicht betheiligt. (Ein schlimmes Zeichen!)

* Aus Anlaß der Jahresfeier der Einverleibung von Savoyen hat der Kaiser der Stadt Annecy ein Dampfboot, „la Couronne de Savoie" genannt, zum Geschenk gemacht. Dasselbe ist mit ganz besonderer Sorgfalt in Bordeaux gebaut worden, und ist für den Dienst auf dem See bestimmt. Die Stadt Annecy war den Abend festlich beleuchtet und der Gemeinderath hat sogleich eine Dankadresse an den Kaiser abgeschickt und beschlossen, daß eine Marmortafel die Erinnerung an diese Gabe verewigen soll.

Italien.

Nach der „Turiner Militärzeitung" hat die italienische Armee gegenwärtig eine Stärke von 185,000 Mann. Nach Abzug der mit eingerechneten Carabinieri und Trainsoldaten bleiben nicht mehr als 150,000 Mann übrig, von denen im Fall eines Kriegs mindestens 80,000 Mann zur Niederhaltung der annexirten Provinzen und als Festungsbesatzung verwendet werden müssen. Nach weiterem Abzug der Reserven und der Depots erhält man die gegenwärtige Offensivkraft Italiens gegen Oesterreich. Auf ergiebige Aushebungen ist in ganz Italien vorläufig nicht zu rechnen, und der Werth der Nationalgarde, welche mobilisirt werden könnte, ist militärisch gewiß nicht hoch zu veranschlagen; es ist somit die Gefahr, welche Venedig von Italien allein droht, wohl noch nicht groß.

In Ermanglung wichtigerer Nachrichten und besserer Beschäftigung streiten italienische und französische Blätter hinüber und herüber, ob Graf Cavour auf seinem Sterbebette reuig zu seiner Kirche zurückgekehrt sey oder nicht rc., nachdem ihm diese doch so viele Aergernisse, die er ihr bereitet, vorzuwerfen und ihn aus ihrer Gemeinschaft ausgeschlossen hatte, et adhuc sub judice lis est. Aber auch wenn der Streit entschieden wäre, was würde es an der Situation ändern?

Auf die bloße Nachricht, daß die Anerkennungs-Anzeige aus Paris wirklich bevorstehe, konnte der Finanzminister Bastoggi nunmehr mit dem Hause Rothschild einen Abschluß über den Vorschuß von 40 — 45 Millionen machen, der zur Zahlung der am 30. d. fälligen Zinsen der italienischen Staatsschulden erforderlich ist. (K. Z.)

Die Mazzinisten erheben wieder kühner das Haupt denn zuvor. Ihr Parteihaupt, der berüchtigte Agitator, hat unter der Aufschrift „die Eintracht" ein Manifest erlassen, in welchem er verlangt, daß 500,000 Mann unter die Waffen gerufen werden, um die revolutionären Unternehmungen „bis zur Befreiung von Venetien und Istrien" fortzusetzen. Nur unter dieser Bedingung will er mit der Turiner Regierung Freundschaft halten. Ob Ricasoli und Genossen solchen Bestrebungen eben so gewachsen sind, wie es Graf Cavour, wird sich zeigen. Ein Mann von großer Energie soll der Konseilpräsident allerdings seyn.

Nach den neuesten aus Neapel eingetroffenen Nachrichten haben dort mehrfach mazzinistische Demonstrationen stattgefunden. In den Straßen waren Anschläge angeklebt, worin es unter Anderem hieß: „Hinaus mit den Cavournisten, welche schlimmer sind als die Kroaten! Es lebe Garibaldi!" (Fr. Pstz.)

König Franz II. von Neapel hat in einem von seinem Minister del Re unterzeichneten Cirkular an alle Mächte, bei welchen er noch durch beglaubigte Repräsentanten vertreten ist, gegen das Vorhaben der Turiner Regierung Protest eingelegt, den erschöpften Staatskassen und versiegten Hülfsquellen durch den Verkauf der in dem Königreich beider Sizilien gelegenen Staatsdomänen, der Krongüter und der Grundbesitzungen der Prinzen des Königl. Hauses aufzuhelfen. König Franz erklärt diese Verkäufe als Beeinträchtigungen fremden Eigenthums für null und nichtig.

Privatbriefe von der Insel Caprera melden, daß Garibaldi seit einigen Tagen wieder an einem mehr schmerzhaften als gefährlichen Rheumatismus leidet.

Die Florenzer Bäckergesellen wollten eine Erhöhung ihres Arbeitslohnes erzwingen; aber ihr Versuch ist gescheitert.

Türkei.

Iskender Beg (der polnische Graf Illinski) ist gestorben. Er hat bekanntlich 1831 den polnischen Freiheitskrieg mitgemacht, kämpfte 1848 in Ungarn, flüchtete dann nach der Türkei, wo er zum Islam übertrat und Kriegsdienste nahm. Später zeichnete er sich in der Krim aus. Er stand im Begriff, zu Omer Pascha zu gehen, als ihn der Tod ereilte. In der Türkei war er sehr beliebt.

Rußland und Polen.

Die D. A. Z. schreibt: Die Schilderungen der Zustände im Königreich Polen, die jetzt so häufig den Rundgang durch die deutschen Blätter machen, tragen im Allgemeinen dergestalt eine Parteifarbe an sich, daß sie der Berichtigung bedürfen, die wir aus eigener Anschauung zu geben im Stande sind. Zunächst sey bemerkt, daß man überall im Lande russisches Militär, wenn auch nirgends in großen Massen, antrifft, und daß dasselbe nach russischer Weise fast immer auf dem Marsche begriffen ist, wodurch eine Beurtheilung der Stärke derselben unmöglich gemacht wird. Dann darf nicht unerwähnt bleiben, daß die vielgerügten Vexationen durch die niedern Beamten allen diesfallsigen Gegenverordnungen zum Trotz keineswegs aufgehört haben; die Herren sind nach wie vor Blutsauger und können ihrer langen lieben Gewohnheit, ihren nicht unbedeutenden Lebensluxus durch indirekte Steuern zu bestreiten, nicht entsagen; die Sache wird auch nicht eher besser werden, als bis man die Beamten auskömmlich besoldet und für eine moralische Erziehung der Jugend, woran es im Lande gänzlich fehlt, mit Nachdruck sorgt. So lange man Bestechung und Unterschleif allgemein für unerhebliche und mit Stillschweigen zu übergehende Dinge hält, und so lange neben dem kirchlichen Ceremoniendienst es nur Eine menschliche Tugend gibt, nämlich den spezifisch polnischen Patriotismus, ist an Zustände, wie man sie in andern civilisirten Staaten findet, nicht zu denken. Das ständische Treiben, das selbst in Deutschland in letzter Zeit sich widerwärtig geltend gemacht, und das die angebornen Menschenrechte selbst heute noch mit Füßen treten möchte, um ein heruntergekommenes Junkerthum in Ansehen zu erhalten, steht in Polen nach wie vor in üppigster Blüthe; der Edelmann hält sich für die Nation und den Bürger stellt er, wenn er seiner nicht bedarf, wenig höher als den Juden, mit dem er nur so lange höflich umgeht, als es sein Interesse erheischt. Einen gebildeten Mittelstand liebt er nicht und Geschäfte macht er am liebsten mit Juden ab, die sich in Polen viel gefallen lassen, wenn sie viel verdienen. Den Tod des vielgeschmähten Gortschakoff, der in umgekehrter Ordnung durch Ablegung der Trauerkleider gefeiert wurde, fängt man an, mehr und mehr zu beklagen, nachdem man zu der Erkenntniß gekommen, daß der alte, scheinbar stumpfe Suchosanett und seine beiden Gehülfen keinen Spaß verstehen, sondern mit unerbittlicher Strenge ihren Anordnungen Geltung zu verschaffen wissen. Bei alledem haben die nationalen Demonstrationen der Polen ihr Ende noch nicht erreicht, aber sie haben einen kleinlichen Charakter angenommen, und fallen nicht selten in's Komische. Die bäuerlichen Bewegungen dagegen haben fast durchweg ihr Ende erreicht und die Ordnung ist bereits überall hergestellt. Die Grundherren haben in der Ueberzeugung, ihr eigenes Bestes dadurch zu fördern, die Hand zur Ausgleichung geboten, und die Regierung hat durch gewandte Kommissarien die Bauern zu bewegen gewußt, bis Michaelis, wo die Regelung ihrer agrarischen Verhältnisse ihr Ende erreicht haben müsse, ihre Robotdienste ungestört fortzuleisten. Nur in Litthauen

auf uns tiefen Eindruck, welche die ehrwürdigen Kirchenfürsten, die in Ihrer Mitte sitzen, einnehmen, und die im Vollzuge der Grundsätze einer Religion der Barmherzigkeit und der Liebe der Welt einen Anblick bieten, der um so rührender ist, als er leider nur selten vorkommt. Geehrte Herren! Unsere Gesellschaft: l'alliance israélite universelle ist zu dem Zwecke gegründet, die Interessen unserer Glaubensgenossen zu fördern; gestatten Sie ihr deßhalb, daß sie sich zum Dollmetsch einer allgemeinen Empfindung macht, genehmigen Sie die Bitte, den Ausdruck des aufrichtigen Dankes Ihnen darlegen zu dürfen für den Fortschritt, den die Gewissensfreiheit durch Ihre Mitwirkung gemacht hat. Hoffen wir, daß Ihr Beispiel nicht ohne Nachfolge bleibe, und daß aus dem Mittelpunkte Ihres Landes die Sonne der Gerechtigkeit bald über alle Staaten des hochherzigen Deutschland strahle. Die Erfüllung dieses Wunsches wird für Sie, dessen sind wir gewiß, die süßeste Belohnung Ihrer löblichen Bemühungen zu Gunsten unserer Glaubensgenossen seyn. Genehmigen Sie die Versicherung der tiefen Ehrfurcht ꝛc. (Folgen die Unterschriften.)

München. Unter die Mitglieder der 2. Kammer ist eine Broschüre „Thatsächliche Berichtungen zu dem Vortrage des Hrn. Staatsraths v. Hermann in der Sitzung der Kammer vom 8. Mai" von F. Hailer, jetzt Bergwerksdirektor in Miesbach, vertheilt worden, in welcher dieser gegen die ihn erhobenen Beschuldigungen sich vertheidigt und die mit den Worten schließt: „Wer unüberlegt in unbekannte Verhältnisse eingreift, und jeder auf Erfahrung gegründeten Vorstellung oder Einrede . . ., entgegentritt, wer endlich mit der von Staatsrath v. H. bei seinem Amtsantritte geäußerten politisch und moralisch merkwürdigen Maxime regieren will: „Niemand Vertrauen zu gewähren und Niemands Vertrauen zu begehren" — muß Mangel an Vertrauen ernten, und soweit die Stimmung sämmtlicher, mit der k. Berg- und Salinenverwaltung in Berührung kommenden Fachmänner bekannt ist, geht der Ausspruch Aller dahin, daß dieses Vertrauen gänzlich dahin ist." Die Broschüre veröffentlicht auch den Wortlaut einer Eingabe des Verfassers an S. M. den König, worin um strenge Untersuchung durch Sachverständige gebeten wird.

(Südd. Z.)

Der in der letzten Sitzung der Abgeordnetenkammer eingebrachte Gesetzentwurf lautet: Art. 1. Für Rohzucker und Farin, sowie für Brod-, Hut- und Kandiszucker, nicht minder für gestoßenen (gemahlenen) Brod- und Hutzucker wird, wenn deren Ausfuhr über die Zollvereinsgrenze oder deren Niederlegung in eine öffentliche Niederlage erfolgt, vom 1. Sept. 1861 an eine der Rübenzuckersteuer entsprechende Vergütung gewährt, insofern nicht die höhere Zollvergütung für raffinirten ausländischen Zucker eintritt. Art. 2. Wer diese (Art. 1) Steuervergütung oder die Zollvergütung in Anspruch nimmt, hat die besonders verabredeten oder die früher bereits bezüglich der Zollvergütung vereinbarten, sowie die künftig etwa weiter zu beschließenden Bedingungen für die Gewährung jeder dieser Vergütungen zu erfüllen. Art. 3. Bei der Erhebung der Steuer für die Bereitung von Zucker aus getrockneten (gedörrten Rüben) werden vom 1. Sept. 1861 an auf jeden Zentner getrockneter Rüben nicht mehr 5½, sondern nur 5 Rüben gerechnet. Art. 4. Vom 1. Septbr. 1861 an beträgt bis auf weitere Vereinbarung der Eingangszoll von ausländischem 1. Zucker a) Brod-, Hut-, Kandis-, Bruch- oder Lumpen- und weißem gestoßenen Zucker per Zentner 12 fl. 50 kr.; b) Rohzucker und Farin (Zuckermehl) 10 fl. 30 kr.; c) Rohzucker für inländische Siedereien zum Raffiniren, unter den besonders vorzuschreibenden Bedingungen und Kontrolen 7 fl. 26¼ kr.; 2. Syrup 4 fl. 22½ kr. per Ctr. Auflösungen von Zucker, welche als solche bei der Revision bestimmt erkannt werden, unterliegen dem zu 1 a aufgeführten Eingangszoll für Zucker.

ō **Freie Städte.** Frankfurt, 20. Juni. (Priv.-K.) Der hiesige Verein für Unterstützung in der Schlacht bei Belle-Alliance (Waterloo) invalide gewordener deutscher Krieger hat dem Sinne seiner Stiftung gemäß am vorgestrigen Jahrestage dieser Schlacht die Summe von 420 fl. oder 240 Thlr. unter zwölf Invaliden gleichmäßig vertheilt. — Am nächsten 24. Juni feiern die Veteranen unseres Linienmilitärs aus dem Jahre 1814 und 1815 im Gartenlokale der Neuen Anlage das jährliche Erinnerungsfest an die letzte Waffenthat bei Seltz (am 24 Juni 1815). Schmilzt das Häuflein dieser Tapfern auch mit jedem Jahre mehr zusammen, so begehen doch die Uebriggebliebenen stets diesen Tag freudig durch Festessen, Konzert, Illumination und Ball.

Oesterreich. Wien, 18. Juni. Endlich ist das Ergebniß der Verhandlungen zu Tage getreten, welche die zum Reichsrathe hier anwesenden Erzbischöfe und Bischöfe im Palais des Fürsterzbischofs von Wien, Hrn. v. Rauscher, gepflogen. Es ist eine Adresse an den Kaiser. In dieser geben sich die hohen geistlichen Herren, 19 an der Zahl, und zwar 15 von römisch-katholischem, 1 von armenischem und 3 von griechischem Ritus, der Hoffnung hin, „daß der Vater der Barmherzigkeit die neue Einrichtung segnen und der österreich. Reichsrath ein großes und folgenreiches Beispiel darbieten werde." Sie erklären sich als Anhänger der Einheit Oesterreichs und wenden sich sodann gegen die Partei, welche den Untergang Oesterreichs und des Kirchenstaates „und die Herstellung einer Gesellschaft ohne Gott wolle." Die Bischöfe des Herrenhauses fühlen sich verpflichtet, „zunächst jene Rechte der Kirche zu vertreten, wider welche der künstlich angeregte Sturm gerichtet ist." Der erste Absatz der bischöflichen Adresse ist gegen das Protestantenpatent gerichtet. Sie sagen u. A.: „Die treugehorsamst Unterzeichneten können den Wunsch nicht unterdrücken, Ew. Maj. möchten sich bewogen finden, bei Ausführung des Gesetzes den eigenthümlichen Verhältnissen Tyrols und dem einstimmigen Wunsche eines getreuen biedern Volkes huldvolle Rücksicht zu schenken; übrigens haben sie nicht das Geringste dagegen einzuwenden, daß die Christen des Augsburgischen und Helvetischen Bekenntnisses ihre religiösen Angelegenheiten nach den Grundsätzen ihrer Religion ungehindert ordnen und derselben staatsbürgerlichen Rechte wie die Katholiken genießen. Es gibt aber auch solche die Religion betreffende Angelegenheiten, bei welchen Katholiken und Protestanten nothwendig mit einander in Berührung kommen. Läßt sich eine Richtschnur finden, durch welche beide Theile zufriedengestellt werden, so entspricht es dem Geist der Milde und des Wohlwollens, welchen auch die treugehorsamst Unterzeichneten gewährt wünschen, daß dieselbe in Anwendung gebracht werden. Allein dies ist das Aeußerste, was die Protestanten von der Regierung Eurer Majestät verlangen können, ohne ihr die sonderbare Zumuthung zu stellen, mit Gerechtigkeit und Klugheit in Zusammenstoß zu gerathen." Im weiteren Verlaufe der Adresse nennen es die Unterzeichner eine Verwegenheit, wenn die „Partei der Bewegung" verlangt, Se. Majestät solle den katholischen Charakter des Kaiserthums verleugnen. Preußen und England nennen sich protestantische Staaten, weil die Mehrzahl ihrer Bewohner protestantisch ist; Oesterreich kann und muß sich mit demselben Rechte katholisch nennen. Der interessanteste Theil der Adresse ist jener, welcher sich auf die gemischten Ehen bezieht. „Nach der Lehre der katholischen Kirche, heißt es darin, ist die Ehe ein Sakrament, und das Band derselben kann, wenn sie vollzogen ist, nur durch den Tod gelöst werden. Der Katholik kann also keine, auch keine gemischte Ehe schließen, ohne daß sie dem Gesetze der Unauflöslichkeit unterworfen wird. Gestattet das Staatsgesetz, daß der protestantische Theil sich der Erlaubniß bediene, welche das protestantische Eherecht ihm gewährt, und die Trennung der Ehe verlange, so waltet zwischen den in gemischter Ehe lebenden Gatten eine grelle Rechtsungleichheit ob. „In re communi potior est conditio prohibentis." Dies ist ein Grundsatz, dessen Billigkeit offenbar und seit der Römerzeit von allen Schulen der Rechtsgelehrten anerkannt ist. Dem Katholiken macht seine Religion die Ehetrennung unmöglich, dem Protestanten ist sie durch die Vorschriften seines Bekenntnisses nicht geboten, sondern nur erlaubt. Er verzichte darauf, sich dieser Erlaubniß zu bedienen, oder er lenke seine Wahl auf eine protestantische Person. Die katholische Kirche kann und wird niemals eine Verbindung billigen, bei welcher der Katholik darauf verzichtet, seine Elternpflicht zu erfüllen und seine Kinder im Bekenntnisse der katholischen Wahrheit zu erziehen. Dennoch ist die Möglichkeit solcher Ehen nicht ausgeschlossen. Wenn der protestantische Bräutigam sich nicht verpflichtet, zu gestatten, daß sämmtliche Kinder in der katholischen Religion erzogen werden, und der Verbindung kein anderweites Hinderniß im Wege steht, so werden die Verkündigungen vorgenommen und die Erklärung der Einwilligung wird vor dem Pfarrer abgegeben, was zur Gültigkeit der Eheschließung hinreichend ist." Am Schlusse der Adresse heißt es sodann: „Die treugehorsamst Unterzeichneten können nicht umhin, auch dem Schmerze Worte zu leihen, mit welchem die Zustände Roms und des Kirchenstaates sie erfüllen. Die Sache des h. Stuhles ist die Sache der Kirche, des Völkerrechts und der europäischen Ordnung, welche kraft der Grundsätze, denen die italienische Revolution huldigt, in den Krieg Aller gegen Alle verwandelt würde. Der Herr wird früher oder später Hilfe bringen, und mögen Euer Majestät es seyn, welchen er beruft, in dem Nachfolger des heiligen Petrus das Reich Gottes auf Erden zu beschützen."

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland, für Wahrheit und Recht.

№ 170. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 58. Jahrgang. | Samstag, 22. Juni 1861.

Pleners Vorlage über die Bank.

= Die Wiener „Const. Corresp." schreibt: Nachdem in Nr. 160 der „Köln. Ztg." über den Plan zur Regulirung der österreichischen Finanzen Mittheilungen gemacht wurden, welche theilweise auf einem völligen Mißverständniß dieses Aktenstücks beruhen, und nachdem der Finanzplan noch in letzterer Zeit vielfach modifizirt worden, lassen wir hier eine Reihe von authentischen Daten folgen. Das Projekt des Finanzministers v. Plener, auf dessen Grundlage jetzt die Verhandlungen mit der Bank beginnen, enthält nachstehende Grundsätze:

1. Das Bankprivilegium wird auf 15 Jahre verlängert.

2. Die Bank erhält die volle Unabhängigkeit vom Staate. Der Regierungskommissär überwacht die Beobachtung der Statuten. Eine aus Mitgliedern des Reichsraths zusammengesetzte Kommission kontrollirt die Notenausgabe.

3. Die Bank theilt sich nach Art der Bank von England in zwei Departements:

a) Zettel-Abtheilung; dieselbe ist ganz getrennt, wird von einer Spezial-Direktion, welcher Mitglieder des Abgeordneten- und des Herrenhauses beigeordnet sind, beaufsichtigt, gibt Niemanden (auch dem Staate nicht) Noten anders als gegen Metall oder zu amortisirende Noten, und behandelt die Abtheilung b. wie eine fremde Partei.

b) Geschäftsabtheilung; diese umfaßt die jetzigen Bankgeschäfte (Escompte-, Lombard- rc. Geschäft) mit Ausnahme der Hypothekenbank, die von der Nationalbank als selbständiges Unternehmen abgesondert wird.

4. Die Bank hat die volle Freiheit des Zinsfußes für ihre Geschäfte. Im Lombard beleiht sie die Pfänder mit 50 pCt. des Kurswerthes, nur Pfandbriefe mit 75 pCt.

5. Die Staatsschuld an die Bank wird in folgender Weise geregelt:

a)	44 Mill. fl.	alte Wiener Währungsschuld bleibt wie bisher dem alten Amortisationsplane unterworfen.
b)	100 Mill. fl.	zahlt der Staat, indem er die 1 fl. und 5 fl. Banknoten zur Einlösung übernimmt.
c)	120 Mill. fl.	Banknoten bleiben ein dem Staate zu machendes, unverzinsliches Darlehen der Bank, für welches diese den nämlichen Betrag in unbedeckten Noten auszugeben das Recht hat.
	264 Mill. fl.	i. e. der Betrag der Staatsschuld.

6. Der Notenumlauf wird, wie folgt, geregelt:

a)	Vom Staate übernommen (s. oben)	100 Mill. fl.
b)	Im Umlauf bleiben unbedeckt	120 „ „
c)	Auf die Wiener Währungsschuld bleiben im Umlauf zur Amortisation	44 „ „
d)	Die Bank verkauft die Hälfte ihres Baarvorrathes von 60 Mill. fl. und 30 Mill. fl. ihrer Effekten (innerhalb 5 Jahren) und zieht damit zurück Banknoten zu	150 „ „
		414 Mill. fl.

Im Umlauf sind dann noch, da jetzt die Cirkulation 414 Mill. fl. beträgt, 60 Mill. fl. Banknoten, welche jedoch durch die zurückgebliebene Hälfte des Baarschatzes gedeckt sind.

Sind diese Operationen vollzogen, so hat die Bank im Umlauf:

a) 120 Mill. fl. unbedeckt für den Staat,
b) 44 „ „ Wiener Währungsschuld zur Amortisation,
c) 60 „ „ durch Baar gedeckt,

und jeder weitere Gulden Noten, den die Bank ausgeben will, muß Gulden auf Gulden baar gedeckt seyn. Die Noten der Bank behalten Zwangskurs, aber die Bank nimmt nach bewirkter Reorganisation die Baarzahlungen auf. Es wird also angenommen, daß der Notenumlauf nie unter 164 Mill. fl. sinkt, und daß dieser Betrag sich selbst ganz unbedeckt in Cirkulation erhalten wird. Die Umwechslung von Noten in Silber erfolgt nur bei der Hauptbank in Wien.

Deutscher Bund.

⊙ Frankfurt, 20. Juni. (Privat-Korrespondenz.) In heutiger Bundestagssitzung wurde über das Verlagsrecht des deutschen Handelsgesetzbuchs Vortrag erstattet, ein Beschluß aber noch nicht gefaßt.

Es heißt, daß Baden s. Z. beim Bundestag einen Antrag bezüglich der kurhessischen Angelegenheit stellen werde, dahin gehend, daß die Bundesbeschlüsse von 1852 und 1860 zurückgenommen werden und die Regierung Kurhessens damit Anlaß zum befriedigenden Austrag der Sache auf dem Wege gütlicher Vereinbarung erhalte.

Bayern. München, 20. Juni. Se. Maj. der König hat das Revier Saalachthal im Forstamte der Saalforste in zwei Reviere getheilt und auf das neuzubildende Revier Saalachthal II. mit dem Wohnsitze zu Weißbach, den Forstamtsaktuar Ferd. von Hoffnaß zu Reichenhall ernannt. (N.M.Z.)

Gewerbsprivilegien wurden verliehen: den Mechanikern L. Koch jun. und C. Moser in München auf eine eigenthümlich konstruirte Torfpresse für den Zeitraum von zwei Jahren vom 24. Mai 1861 anfangend, den Gebrüdern Sachsenberg von Roßlau an der Elbe auf Einführung ihrer Erfindung, bestehend in Herstellung winkelrechter und gleichstarker Ziegelsteine durch eine eigenthümlich konstruirte Preßmaschine mit Abschneideapparat für den Zeitraum von drei Jahren vom 26. Mai 1861 anfangend, dem Sattlermeister L. Friese von Stuttgart auf einen eigenthümlich konstruirten Reitsattel für den Zeitraum von fünf Jahren vom 30. Mai 1861 anfangend. — Von dem k. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten wurde die Einziehung des dem Ingenieur W. Chr. Voß von Stuttgart unterm 3. März 1860 ausgeschriebenen vierjährigen Gewerbsprivilegium auf eine hydrodynamisch rückwirkende Rotationsdampfmaschine — wegen nicht gelieferten Nachweises der Ausführung dieser Erfindung in Bayern verfügt.

München. Se. Maj. der König hat den bei der dießjährigen Konkurrenz für Dramen aus der bayerischen Geschichte nicht errungenen Preis von 200 Dukaten neuerdings zur Bewerbung ausgesetzt und den Termin der Einsendung bis 1. Okt. 1863 offen gelassen. Die Bedingungen sind die früheren und die Stücke (Schau- oder Trauerspiele, deren Stoff der bayerischen Geschichte zu entnehmen ist) an das Kapitel des Maximiliansordens für Kunst und Wissenschaft mit versiegeltem Namenszettel und Motto einzusenden.

** München, 20. Juni. (Privat-Korrespondenz.) Von der Société de l'Alliance Israélite Universelle in Paris wurde die folgende an die Kammer der Reichsräthe eingesendete Adresse an die Mitglieder der bayer. Kammern gerichtet. Diese Adresse dd. Paris, 12. Juni 1861 lautet in deutscher Uebersetzung: Geehrte Herren! Die französischen Israeliten, seit langer Zeit im Vollgenusse ihrer Rechte, haben mit lebhafter Befriedigung die freisinnige Entschließung der bayer. Kammern in Bezug auf ihre Glaubensgenossen vernommen. Mit inniger Bewegung, mit dem Gefühle tiefster Dankbarkeit sehen wir, daß Ihre Weisheit die trübseligen Spuren einer vergangenen Zeit gerechter Vernichtung weihte und Ihren Mitbürgern unseres Glaubensbekenntnisses gestattete, ihrem Vaterlande ihre Thätigkeit, ihre Einsicht und ihre Liebe frei zu widmen. Vorzugsweise machte die würdige Haltung

kehr übergeben werden kann. Bayern wird sich damit in kürzester Frist der einen Segnung seiner Schienen-Verbindung mit Böhmen — des Bezugs einer so billigen Steinkohle, welche auch an Güte nichts zu wünschen übrig läßt, aus den unerschöpflichen Vorräthen des Pilsner Kohlenbeckens erfreuen. Aber auch für den Ausbau der weiteren Linie von Nürschau bis Prag in der vertragsmäßigen Frist leistet die Thatkraft der Bauunternehmung der böhmischen Westbahn Erstaunliches, so daß auch die Vollendung dieser Strecke für das nächste Frühjahr in sichere Aussicht gestellt werden kann. (N. M. Z.)

Neueste Nachrichten.

München, 18. Juni. In den nächsten Tagen wird den Kammern ein Gesetzentwurf, „die Einführung der Einzelhaft betr.“, und etwa in 14 Tagen das Einführungsgesetz zum allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuche so wie dieses selbst vorgelegt werden. — Die Arbeiten behufs der Einführung der Organisation sind im Justizministerium vollendet. (N. K.)

Wien. Die „Ostd. P.“ schreibt: „Zwar glauben wir nicht, daß das Pesther Unterhaus, indem es gestern den Antrag Balogh's, es möge sein Bedauern über den Hintritt des Grafen Cavour aussprechen, mit dem Rufe begrüßte: „Wir nehmen die Motion sogleich an!“ etwas Wesentliches an dem Stande der italienischen Frage geändert hat. Wir zweifeln, ob Ricasoli sich deshalb fester im Sattel fühlen, ob Napoleon sich nun mehr mit der Anerkennung des neuen Königreiches beeilen wird; immerhin aber ist der Vorgang ein bemerkenswerthes Symptom für die äußerste, alle Rücksichten der Schicklichkeit bei Seite setzende Ungezwungenheit, mit welcher die Linke die Herrschaft, die sie über den ungarischen Landtag errungen hat, fortan auszubeuten gedenkt. Ueber den „Landtag“ sagen wir, denn nach der Montagssitzung des Oberhauses bleibt uns nicht der mindeste Raum zu der Täuschung, es sey von den Magnaten eine muthige That zu erwarten, wenn dieselbe auch keine weitere Tragweite haben sollte, als daß in der die Thronentsagung betreffenden Stelle der Adresse der ursprüngliche Text restaurirt würde. Der greise Primas ist bisher der Einzige, der Worte für die Revision der 1848er Bestimmungen gehabt hat. Graf Cziraky als Antragsteller und die ihm nachfolgenden Redner hatten wohl Worte des Beifalls für Deak: selbst einige Phrasen des Bedauerns über die vandalische Verstümmelung, die sein Entwurf sich im Unterhause hatte gefallen lassen müssen, fehlten nicht. Aber damit hatten auch die Magnaten ihre Kraft erschöpft. Baron Wenkheim war es, der offen das, einer solchen Nachgiebigkeit zu Grunde liegende Geheimniß aussprach: „wir müssen uns demokratisch benehmen, damit der aristokratischen Gesinnung der Masse, die bisher im Adel ihre Führer verehrt hat, kein Abbruch geschieht.“

Aus Wien, 17. Juni, wird der „N. Pr. Z.“ geschrieben: „Gestern haben uns magyarische Blätter den Wortlaut der Adresse mitgetheilt, wie selbe aus der Abstimmung des Pesther Unterhauses schließlich hervorgegangen ist. Se. Maj. der Kaiser erfährt damit voraus, wie die Volksvertreter seiner getreuen und loyalen Ungarn mit ihm reden werden. Die Aufschrift der Adresse ist, wie Sie wissen, ganz einfach „Gnädigster Herr!“ Ebenso einfach ist die Unterschrift. Sie lautet nicht etwa: „Ew. Maj. getreue Unterthanen“, sondern beiläufig sowie „Ihre gehorsamsten Diener“. Demnächst werden die Ungarn ihren legitimen König mit „Mein Herr“ ansprechen. Alles dem historischen Recht und der pragmatischen Sanktion zu Liebe. Von den Modifikationen, welche der ohnehin an Zugeständnissen für die Revolutionsparte: überreiche Deak'sche Entwurf erhalten hat, kennen Sie die wichtigsten bereits, und es erübrigt nur noch, zu bemerken, daß ein Adreßredner unter Anderm das Haus zu einem Jubelgebrüll durch die geistreiche Aeußerung hinriß: Oesterreich habe weniger Kredit als Garibaldi, es habe keinen Heller Geld und keinen Freund, außer den „Schwager“ in Bayern (einen . . . . Schwaben), der ein Hülfskontingent von 1000 Eimern Bier stellen könne. Selbstverständlich hatte der ehrenwerthe Präsident Hr. Koloman v. Ghizy für diese Ausschreitung abermals keinen Ordnungsruf, galt es ja doch nur eine Beleidigung, die dem Herrn Franz Joseph v. Habsburg, einem für Ungarn ganz gleichgültigen Privatmann, zugefügt wurde. Und dieses bankerotte Oesterreich hat dem edlen Ungarland, dessen Staatskassen zufällig wegen der Steuerverweigerung leer sind, die Diäten für die Landtagsdeputirten vorgeschossen, damit diese ja nicht gehindert seyen, dem Kaiser von Oesterreich, seinen Staatsmännern und den Deutschen tagtäglich ein vollgerütteltes Maß von Grobheiten zu sagen.“

Der „Ostsee-Ztg.“ schreibt man aus Warschau, 17. Juni (übrigens nicht sehr verläßig): „Vor einiger Zeit waren mehrere katholische Priester, welche von der Kanzel aufrührerische Predigten gehalten, des Landes verwiesen worden. Der Eine von ihnen, ein in der vornehmen, eleganten Welt sehr gern gehörter, junger Mann, Kamienski, fand indeß Gelegenheit, verborgen zu bleiben, bis seine verschiedenen, in der Gesellschaft hochstehenden Gönner ihm Verzeihung verschafften, wonach er nun wieder öffentlich erscheinen darf. Die anderen beiden nicht protegirten Priester mußten aber fort.“

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	81 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	64 7/8 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	56—3/4 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	49 P.
„	4 1/2 pCt.	42 1/4 P. 41 3/4 G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	89 3/4 P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. R.)	103 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1jahr. dto.	103 1/8 P. 102 3/4 G.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	103 3/8 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100 3/4 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100 3/4 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 3/4 G.
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	105 1/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	95 1/2 G.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	103 1/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	95 3/8 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	102 7/8 P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 1/4 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 G.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 3/4 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 5/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	98 7/8 P.
„	3 pCt. Obl.	92 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	48 1/4 P.
„	1 3/4 pCt. „ „ „	42 3/8 P.
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 500 Thlr.	99 5/8 P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	119 3/8 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	659 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	151 P. 149 1/2 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	189 P. 188 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	70 1/2 G.
Internationale Bank in Luxemb. . .	84 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	317 1/2 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	66 1/2 P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	232 P.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	120 G.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	76 1/4 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	23 1/4 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	137 1/2 G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	100 1/2 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 1/4 P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	236 G. exC
Span. Handels- u. Industrie . . .	540 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	475 P.
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	105 3/8 P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. 100 1/2 G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99 5/8 B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105 1/8 G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96 1/4 B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	81 1/8 B. 87 7/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 G.
London Lst. 10 k. S.	118 3/4 B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	93 1/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	93 5/8 B.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	85 1/8 B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	83 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	48 7/8 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	65 1/2 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	131 1/2 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	62 1/4 P.	„ fl. 25 do.	35 G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	99 1/4 G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	35 P.
3 1/2 pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	126 1/2 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50 1/4 G.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2 1/2 pCt. Z.	37 P.
Badische fl. 50	89 3/4 P.	Vereins-Loose fl. 10.	10 1/8 P.
Badische fl. 35	52 7/8 P.	Ansb.-Gunzenb. fl. 7-L.	10 7/8 P.

Frankfurt, 20. Juni. Oesterr. Fonds und Kreditaktien waren etwas schwächer, und das Geschäft sehr geringfügig. (Synd.)

die Steuern erhoben zu haben. Der Baron Geiger erwidert, daß der Maire ein vollständig ehrenhafter Mann sey. Jules Favre antwortet, daß, wenn die Preßfreiheit seit 15 Monaten bestanden hätte, man diese Ehrenhaftigkeit bewiesen haben würde. Zum Schluß sagte Jules Favre, daß er immer gegen die Willkürherrschaft seyn werde. Nach einigen Worten Rover's ergreift Billault das Wort, um Jules Favre zu bekämpfen. Er sagt, Frankreich wolle keine größere Freiheiten, es habe deren genug, es sey groß und glücklich. Er bemerke noch, daß die Kammer nicht aufgelöst werden würde. Das Gesetz selbst wurde mit 233 Stimmen angenommen. Die Linke enthielt sich der Abstimmung. (Köln. Ztg.)

Die Wahlen der französischen Generalräthe (unsern Landräthen entsprechend) ist, Dank dem ausgezeichneten kais. Wahlapparate, im Sinne der Regierung ausgefallen. Die Opposition hat sich übrigens stark genug gerührt.

In Savoyen sollte kürzlich das erste Jahresfest der glücklichen Einverleibung in Frankreich gefeiert werden; die Bevölkerung blieb aber völlig theilnahmslos und die Regierung mußte ihr eigenes Pulver verpuffen, um nur einige Freudenschüsse erknallen zu lassen.

Italien.

Aus Rom vom 15. d. wird berichtet, daß das Unwohlseyn des Papstes von einem Rothlaufe herrührt. Der Fürst von Piombino hat seinen Paß ohne irgend eine Bedingung erhalten. (Bekanntlich stand er im Verdacht, nach Paris reisen zu wollen, um die Adresse einer Anzahl Römer an Kaiser Napoleon um Abberufung der französischen Besatzung aus Rom zu übergeben; die römische Polizei wollte ihm deßhalb früher einen Paß nur unter dem Vorbehalt ausstellen, daß sie ihm je nach Verhalten die Rückkehr nach Rom verwehren werde.) Sein Sohn ist geblieben. Im Atiberti-Theater haben Manifestationen stattgefunden; man rief: „Es lebe Viktor Emanuel." Eine Tänzerin, welche dreifarbige Bouquets angenommen hatte, wurde verhaftet.

Türkei.

Der Sultan ist fortwährend krank; man hat einen Arzt aus Paris zu ihm beschieden.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 12. Juni. Am 2. und 4. hat der Kaiser in Moskau große Bauern-Deputationen empfangen, die gekommen waren, um ihm für die Emanzipation zu danken. Die im Moskauer Distrikte lebenden Fabrikarbeiter und Handwerker überreichten an diesem Tage, dem Tauftage des Kaisers, Brod und Salz auf einer silbernen, stark vergoldeten Schüssel, resp. in einem Salzfaß. Auf der Schüssel lautete die Inschrift: „Dem Czaren — dem Befreier Alexander II." Am Morgen des Tages begaben sich die Bauern in die Kirche, wo der Geistliche das Gebet für den Czaren sprach und Brod und Salz segnete; dann gingen sie in einem langen Zuge, entblößten Hauptes, eine Masse von 10,000 Menschen, 400 Deputirte voran, nach dem Schlosse Alexandria, wo der Kaiser residirt, und ein 70jähriger Starost sprach für sie. Die Bauern fielen auf die Knie und riefen Hurrah. Dann sprachen sie den Wunsch aus, die Kaiserin zu sehen. Der Kaiser erwiderte, daß sie auf dem Balkon sey, aber da sie die Bauern so von den anderen Damen nicht unterscheiden konnten, erschien die Kaiserin später allein auf dem Balkon und wurde mit den gleichen Zeichen der Ehrfurcht empfangen. (Berl. B.-Z.)

In Warschau sind neulich Plakate gedruckt worden, die wieder Aufruhr predigen, deren Verbreitung aber noch rechtzeitig verhindert wurde. Nach angestellter Untersuchung in verschiedenen Druckereien fand man, daß ihr Druck in der eigenen Druckerei der Regierungskommission der Justiz geschehen war, worauf der Kanzleichef und gleichzeitige Direktor dieser Regierungsdruckerei (deren dort jede größere eine eigene hat) Namens Wojcicki entlassen worden ist. So zeigt es sich auch hier, daß die Regierung die Feinde unter ihren eigenen Hausgenossen hat und daher auch ihre Verordnungen selten ernstlich zur Ausführung kommen.

Amerika.

Rio de Janeiro, 6. Mai. Mit dem gestern aus dem Süden eingetroffenen Dampfer kam ein Aktenstück hier an, das für die ganze civilisirte Welt von Interesse ist: es ist das am 22. April gerichtlich gefällte Todesurtheil über den ehemaligen Diktator der Argentinischen Republik Joao Manoel Rosas, der gegenwärtig in Southampton lebt. Ich übersetze Ihnen hier den Schluß des Urtheils aus dem in Buenos Ayres erscheinenden spanischen Blatte „Tribuna" vom 23. April, das mit der Ueberschrift „Ouvi, tyrannos!" erschien. Es heißt: „Für so viele und schreckliche Verbrechen, verübt gegen die Menschen, gegen das Vaterland, gegen die Natur und gegen Gott; in Erfüllung der angeführten Gesetze; im Namen der Todten, welche Gerechtigkeit fordern; im Namen der Lebenden, die auf ein Beispiel hoffen: verurtheile ich, wie ich muß, den Joao Manoel Rosas zur ordentlichen Todesstrafe, mit der Qualität eines Verräthers (com qualidade do traidor) vorläufig zu seiner Kenntniß. Nach Habhaftwerdung seiner Person soll die Exekution erfolgen in S. Benito de Palermo, der letzten Höhle seiner Verbrechen. Ich verurtheile ihn ferner zur Erstattung aller geraubten Güter der Privaten und des Fiskus; zum Ersatz aller Schaden und Nachtheile, die aus seinen Verbrechen hervorgegangen, und zur Zahlung der Prozeßkosten. — In Zusammenfassung aller Umstände: weil nämlich die verübten Verbrechen den Rosas nicht zu einem politischen Verbrecher, wohl aber einem jener vollendeten Uebelthäter (criminosos famosos) stempeln, welchen keine kultivirte Nation ein Asyl gestattet; und weil als ein festgestellter Grundsatz aller Rechtslehrer, vorzugsweise der englischen, die stillschweigende und allgemeine Verpflichtung gilt, diese Klasse von Delinquenten, Feinde des menschlichen Geschlechts, an die Autoritäten des Landes auszuliefern, wo die Verbrechen verübt wurden: ist es amtliche Pflicht auf kompetentem Wege vom englischen Gouvernement, dessen Boden er befleckt, die Auslieferung des Rosas zu erlangen." Daß das Letztere auch nur im Mindesten fruchten wird, ist sehr zu bezweifeln; denn — die kleinen Diebe hängt man, die großen läßt man laufen. Herr Rosas verzehrt einstweilen ruhig in England seine Renten; und die Nürnberger hängen Keinen, sie hätten ihn denn zuvor. (Z. f. N.)

In Peru dauern die Unruhen fort, die Verwaltung ist ganz demoralisirt. Präsident Castilla verlor im Kartenspiel hunderttausend Dollars und befahl dem Finanzminister, dafür Papiergeld (Vales) auszustellen; dieser legte ihm dann für 150,000 Dollars zur Unterschrift vor, weil er den Rest zu gleichem Zwecke für sich brauche. Das Volk ist eingeschüchtert und muß dem Unwesen zusehen.

Asien.

Kalkutta, 8. Mai. Die Regimenter in Bengalen sind sind auf 72, die in Bombay auf 30 reduzirt worden. Jedes Regiment besteht fortan aus 712 Mann und die ganze Armee Eingeborener aus 110,400 Mann. Somit beträgt die Reduktion 64,000 Mann und das Ersparniß gegen 1 Mill. Pfd. Sterling jährlich. Demnächst wird auch die Zahl der Kavallerieregimenter reduzirt. Die Hungersnoth in den betroffenen Landstrichen hat, Dank den milden Beiträgen, abgenommen, und es kommt nicht mehr vor, daß Leute geradezu verhungern, wenn auch noch viele an den Folgen der ausgestandenen Entbehrungen hinsiechen.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 18. Juni. Im künftigen Monat kommt durch die Montmorillon'sche Kunsthandlung dahier eine der größten und werthvollsten hiesigen Antiquitätensammlungen, die Ritter v. Mayer'sche, im Versteigerungswege zum Verkaufe. Dieselbe enthält namentlich seltene und schöne Rüstungen und Waffenstücke aller Art und zählt über 3000 Nummern. (N. M. Z.)

München, 18. Juni. Das Kellerfest, welches heute Abend im Knorr'schen Keller zur Erinnerung an die Schlacht von Waterloo abgehalten wurde, war von wenigstens 12,000 Menschen besucht; das war aber auch Ursache, daß man nur mit der größten Mühe Platz und Krug erhalten konnte. Das Ganze war lediglich eine großartige Keller-Kneiperei. Das Feuerwerk ließ sehr viel zu wünschen übrig.

Die bayerischen Ostbahnen werden demnächst jene zwei Anschlüsse an die österreichischen Nachbarlande, auf deren Herstellung die Rentabilität dieser Unternehmung wesentlich basirt ist, realisirt haben. Einerseits ist die Linie Passau-Wels, welche das mittlere Bayern und den Nordwesten von Deutschland in der geradesten Linie mit dem Centrum von Oesterreich und dem Osten von Europa verbinden soll, soweit hergestellt, daß demnächst die Probefahrten beginnen können, und die wirkliche Eröffnung etwa gegen Ende August statthaben soll. Andererseits geht auch die für Bayern und einen großen Theil Deutschlands kaum weniger wichtige Verbindung der bayer. Ostbahnen mit der böhmischen Westbahn nicht minder rasch ihrer Verwirklichung entgegen. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß auch die Strecke Nürschau-Furth gleichzeitig mit jener von Passau nach Wels dem öffentlichen Ver-

das „dreieinige Königreich" jenseits der Save zu erfüllen habe, kokettirt, möchte vorläufig, so lange die Zertrümmerung der Türkei noch keine vollendete Thatsache und die Bildung eines großserbischen Reiches noch nicht im Zugriff, das „dreieinige Königreich" als ein Glied des österreichischen Staatenbundes konstituiren. Diese Fraktion hat, trotz ihrer phantastischen Zukunftspläne, noch am ehesten einen positiven Boden; sie weiß noch am ehesten, was sie will, und findet auch in Wien in der Partei Rieger-Clam einen gewissen Halt. Zu ihr gehören die hervorragenden Notabilitäten des Agramer Landtages, ihr diplomatisch kluges Oberhaupt ist Bischof Stroßmayer von Diakovar. Eine dritte Partei, die aus der Militär-Aristokratie der Grenze sich rekrutirt und zu der unter Anderen auch der Banus zu zählen seyn dürfte, ist gegenwärtig der Spielball der übrigen und wird erst dann eine selbständige und hervorragende Rolle spielen, wenn die Parteikämpfe einen derartigen Charakter annehmen, daß der konstitutionelle Inhaber der Krone Zwonimir's als Kriegsherr an ihre Hülfe zu appelliren genöthigt wird. (O. Bl.)

Wien, 18. Juni. In der letzten Ministerkonferenz soll, wie wir vernehmen, beschlossen worden seyn, die Pesther Stadtrepräsentanz wegen der von derselben an das Unterhaus gerichteten Petition (Steuerverweigerung betr.) aufzulösen, und einen Hochverrathsprozeß gegen dieselbe zu instruiren. (Fr. Pstz.)

Die „Wiener Zeitung" vom 18. Juni publizirt das Gesetz in Betreff der Taggelder rc. der Mitglieder des Abgeordnetenhauses (10 fl. den Tag), das erste Gesetz, das in Oesterreich auf konstitutionellem Wege zu Stande gekommen. Eingeleitet ist dasselbe mit der Formel: „Auf Antrag der beiden Häuser Meines Reichsraths finde Ich zu verordnen wie folgt."

— Aus Pesth wird uns geschrieben: „Die Emancipation der Juden scheint einer schlechten Zukunft entgegen zu gehen. Einzelne Abgeordnete erhalten Zuschriften von ihren Wählern, in welchen sie aufgefordert werden, dagegen zu stimmen. An der Magnatentafel ward die ganze Frage noch mit keiner Silbe berührt."

Frankreich.

Paris, 16. Juni. Personen, die den Kaiser und die ihn umgebende Atmosphäre genau kennen, versichern, daß trotz aller Auszeichnung und Herzlichkeit, mit welcher Fürst und Fürstin Metternich vom Hofe behandelt werden, das innerliche Uebelwollen des Kaisers Napoleon gegen Oesterreich fortwährend unter der Asche glimmt, und je deutlicher es wird, daß zwischen Oesterreich und England ein innigeres Verhältniß sich herausbildet, um so mehr wächst die Rancune gegen den erstern Staat, wenn sie auch durch die „korrektesten" Formen verhüllt wird. Zwischen England und Frankreich aber ist der Dualismus fortwuchernd, seitdem Lord Palmerston mit solchem Hochmuth, wie man hier sagt, die Räumung Syriens ertrotzt hat. Diese Wunde schmerzt um so tiefer, als sie wie eine Wiederholung der Demüthigung aussieht, die der König Louis Philipp 1840 hinunterwürgen mußte. England hat in Syrien seinen Willen bis auf den letzten Punkt durchgesetzt. Die nunmehr erfolgte definitive Ernennung des türkischen Gouverneurs im Libanon ist auf einen Mann gefallen, der auch in England angenehm ist, wahrscheinlich, weil er es in Wien seyn wird. Der neue Gouverneur des Libanon heißt Daud Effendi und war früher in Berlin türkischer Geschäftsträger (er ist daselbst auch zum Doktor der Philosophie graduirt worden), war später türkischer Bevollmächtigter bei der Donau-Kommission in Wien, eine kurze Zeit türkischer Kommissär in den Fürstenthümern und ist dabei — katholischer Christ, ein Armenier von Geburt. Daud wird den Titel eines Muschirs erhalten, wodurch gezeigt werden soll, daß der neue Gouverneur des Libanon zu den höchsten Beamten des osmanischen Reiches zählt und direkt und ausschließlich von der Regierung in Konstantinopel abhängt, keineswegs aber dem Pascha von Syrien untergeordnet ist. Man macht hier zu dem Allen äußerlich gute Miene, denn nichts wäre unwillkommener als ein Krieg, der noch in diesem Jahre auf irgend einem Frankreich interessirenden Punkt der Welt ausbräche. Die Revanche für Syrien wird vielleicht heute schon gesucht — aber zur Ausführung wird sie in der nächsten Zeit ganz bestimmt und sicher nicht gebracht. (Oster. Post.)

Paris, 17. Juni. Die Nachrichten von der Gesundheit des Kaisers Napoleon lauten nicht befriedigend. Wie ich vernehme, ist ihm die angestrengte geistige Thätigkeit von den Aerzten untersagt worden. Daß er seinen Aufenthalt in Vichy in eine Art von diplomatischem Kongreß der französischen Gesandten umwandeln wird, ist Ihnen bekannt. Ich glaube indessen, daß man mehr dahintersucht, als in der That zu finden ist, wenn man, wie es hier in einigen Kreisen geschieht, darin die erste Einleitung für einen neuen Krieg sehen will. Beachtet man die Anstrengungen, welche in den Arsenalen der Marine wie in denen der Landarmee gemacht werden, so ist es allerdings kaum zweifelhaft, daß man hier auf alle Fälle gerüstet seyn will, namentlich auf den Fall, daß England die Pläne des Kaisers wieder einmal so, wie jüngst in Syrien kreuzen wollte. (Zeit.)

Paris, 18. Juni. Im gesetzgebenden Körper waren heute die Deputirten in großer Anzahl anwesend. Es ward zuerst das Dekret verlesen, daß die Sitzungen der Kammer bis zum 27. verlängert, worauf zur Diskussion des Entwurfes Betreffs der Modifikation des Preßgesetzes geschritten wird. Baroche, Billault, de Parieu, La Gueronnière und Langlais vertraten die Regierung. Jules Favre (liberal) sprach zuerst. Er sagt, er hätte nicht das Wort ergriffen, wenn er das Gesetzprojekt in seinem engen Sinne ins Auge gefaßt hätte. Seine Pflicht aber sey, zu untersuchen, ob das jetzige Preßregime heilvoll, der Würde und dem wohlverstandenen Interesse der Nation gemäß sey. Der Redner sagt, daß die Oeffentlichkeit der Kammer-Diskussion für die öffentliche Meinung eine wahre Belehrung und Ermuthigung gewesen ist. Sie habe die Lebenskraft der Diskussion bewiesen und sey in dem socialen Körper der Anfang eines öffentlichen Lebens geworden. Nachdem J. Favre den Eifer, mit dem die Kammerverhandlungen vom Publikum verfolgt worden seyen, konstatirt hat, macht er die Konklusion, daß man den Manifestationen der öffentlichen Meinung keinen Einhalt thun dürfe. „Man muß" — sagt er — „einen Schritt weiter thun, als der Gedanke, der das neue Gesetz inspirirte. Wir haben die Rückkehr zum Gesetze verlangt. Zu welchem Gesetz? Zu dem, dessen Weisheit die Minister, die ich vor mir habe, oft gepriesen haben. Es ist wahr, daß die Lage eine verschiedene ist. Wir verlangen Rückkehr zum Gesetze von 1819, welches die Restauration vorlegte, die Kammern genehmigten. Wir verlangen die Verantwortlichkeit der öffentlichen Beamten in diesem Gesetze, weil dieses allein eine gesunde und moralische Verwaltung ermöglicht, außerhalb dessen aber im Staate nur Anarchie herrscht. Wir verlangen, daß man der Presse das wiedergebe, was die Minister, heute unsere Widersacher, den natürlichen Richter genannt haben, das Schwurgericht. Wir verlangen endlich Revision über die Konzessions-Entziehung der Drucker und daß diese nicht leidende Werkzeuge in der Hand der Regierung seyen." „Heute sind es zehn Jahre," fährt er fort, „daß das Dekret von 1852 über Frankreich hereinbrach. Seinen Ursprung kennen Sie. Es ist offenbar revolutionär, ein Werk der Gewalt, nicht der Beistimmung. Es gehört einer Epoche an, in welcher ein Einziger Herr der Geschicke Frankreichs war. Es gefiel ihm, dermaßen die Presse zu regeln im Sinne seiner Macht. Aber hat sich denn seitdem nichts geändert, haben wir heute nicht andere Bedürfnisse, nicht andere Gewohnheiten? Wenn die Ruhe wieder hergestellt ist, haben diese diktatorischen Gewalten ihre Aufgabe gelöst und ehren sich selbst, indem sie die Flagge streichen vor dem Willen der Nation. Gut! In den Preßsachen ist nichts dieser Art Seitens der Regierung geschehen. Die Presse wird noch immer von einem diktatorischen Dekrete regiert. Dieses ist eine neue Thatsache in der Geschichte. Die jetzige Regierung, sagt er weiter, hat aber ein Dekret aufrecht erhalten, dessen Datum zugleich ein Anachronismus und eine Beleidigung für die Zeit ist, in der wir leben. — Hier wird der Redner von einer geräuschvollen Reklamation unterbrochen. Der Präsident erinnert daran, daß die gegenwärtige Regierung von dem Vertrauen des Landes erwählt wurde, um Frankreich zu retten, „das die Ihrigen (hier wandte er sich an J. Favre) zu Grunde gerichtet hatten." Hr. J. Favre hält das, was er gesagt, aufrecht und verlangt, eine Erklärung abgeben zu dürfen. Die Kammer will nicht. J. Favre sagt alsdann: „Ihr seyd noch im Dekrete von 1852; Ihr seyd Revolutionäre, denn Ihr wollt keine Diskussion." Der Präsident fordert den Redner auf, seine Erklärung abzugeben. J. Favre sagt, daß das Dekret über die Presse nur das Werk eines einzigen Willens sey. Ein Mitglied antwortet: „Des nationalen Willens." Hr. Favre erwidert: „Alles, dem nicht der Stempel des Willens der von der Nation gewählten Versammlung aufgedrückt ist, Alles, was nicht den Stempel dieses Ursprungs trägt, ist in unsern Augen gesetzlos. (Neue Unterbrechung.) Der Präsident erinnert J. Favre an seinen Eid und sagt, daß seine Sprache nicht im Einklang mit demselben stehe. Hr. J. Favre antwortet, daß das Preßgesetz nicht im Einklange mit der jetzigen Lage sey. Er sagt, in Frankreich gebe es keine andere Presse, als die der Regierung. Er bezeichnet hierauf mehrere Fälle und citirt unter Anderm eine Petition eines kleinen Ortes im Moseldepartement, der seinen Maire anklage, vermittelst falscher Listen

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 169. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 38. Jahrgang. | Freitag, 21. Juni 1861.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 19. Juni. Se. Maj. der König hat die erledigte prot. Pfarrstelle zu Leinsweiler, Dek. Landau, dem Pfarrer in Annweiler, Dek. Bergzabern, K. Mühlhäuser, verliehen. (N.M.Z.)

München, 16. Juni. Dem „Schwäb. M." wird von hier geschrieben: Wie früher berichtet, hat der Staatsrath von Hermann bei Gelegenheit der Nachweisungen über die Rechnungen der Staatsbergwerke deren traurige Ergebnisse nicht nur dem Ministerium, welches seinen Vorschlägen stets Widerstand entgegensetze, zugeschoben, sondern auch auf seine untergeordneten Beamten im Allgemeinen und im Einzelnen Anklagen gehäuft. Einer dieser Beamten, seither aus dem Staatsdienst geschieden, hat jetzt, obwohl ihm durch der Sache kundige Abgeordnete in der Kammer selbst schon volle Genugthuung geworden war, eine Schrift veröffentlicht, die in wahrhaft vernichtender Weise die Aeußerungen des Hrn. v. Hermann widerlegt und zugleich eine Immediateingabe an den König mittheilt, durch welche um strenge Untersuchung gebeten wird.

Dem „Pfälz. Kurier" zufolge hat am 15. Juni in Haardt eine Versammlung der Aerzte des Bezirks Frankenthal stattgefunden, wobei u. A. eine Verwahrung gegen die Art. 112 und 113 des neuen Polizeistrafgesetzbuches beschlossen worden ist.

Hannover. Hannover, 17. Juni. Hier erschien ein Aufruf zur Gründung einer „deutschen Flotte der Nordsee" aus freiwilligen Beiträgen nebst den Grundzügen eines hiefür entworfenen Planes, unterzeichnet: St. Nanne. Der Aufruf scheint auch deutschen Fürsten zugegangen zu seyn. Der Herzog von Meiningen ließ dem Verfasser in einem Sendschreiben Dank und Anerkennung ausdrücken.

Kurhessen. Kassel, 16. Juni. Hr. Oetker macht in der „Hess. Morg.-Ztg." bekannt: „In Folge auswärts gegebener Anregung sind eine Anzahl „Anhänger der Rechtspartei in Deutschland vertraulich zur Zeichnung eines Fonds in Verbindung getreten, welcher die doppelte Bestimmung haben soll, mir als Ersatz für meine . . . Aufwendungen und unverschuldet erlittenen Vermögenseinbußen zu dienen, und zugleich einen Beitrag zu den nöthigen Mitteln zu gewähren, um in äußerer Unabhängigkeit meine Bestrebungen fortzusetzen." „Das Ergebniß der auf einen engen Kreis beschränkten Betheiligung" ist mir mit 6350 Thlrn. als ein „Ehrengeschenk" zugestellt worden." Hr. Oetker sagt nun in seinem Antwortschreiben an die Geber u. a.: „Zwar widerstreitet es meinem Gefühl, diese Ehrengabe anzunehmen, umsomehr als meine jetzigen Einnahmen mehr als ausreichend sind, meine geringen persönlichen Bedürfnisse zu decken; allein auf der andern Seite muß ich doch einen mehr sachlichen als persönlichen Gesichtspunkt gelten lassen, und glaube mich daher einer Aufmerksamkeit nicht entziehen zu dürfen, die im Interesse der Sache geschieht, welcher meine geringen Kräfte gewidmet sind. Auch hege ich den festen Vorsatz, Ihre Gabe in einer Weise zu verwalten und zu verwenden, die der großen Sache des Vaterlandes, der wir alle dienen, in Ihrem und meinem Sinn zu gute kommt."

Oesterreich. Wien, 15. Juni. Im kroatisch-slavonischen Landtage hat das Vorspiel jener Verhandlungen begonnen, welche das staatsrechtliche Verhältniß des „dreieinigen Königreiches" zum Gesammtstaate, sowie das seiner Vertretung zu Ungarn und dessen Landtag feststellen und die Wechselbeziehungen ordnen sollen, in welche die Militärgrenze zu Slavonien und Kroatien, Slavonien und Kroatien zu Dalmatien treten sollen. Die wichtigste und wesentlichste dieser offenen Fragen, deren Erledigung man nach monatelanger Vorbereitung und Vorberathung endlich in allem Ernst anstrebt, ist die der Stellung des „dreieinigen Königreiches" zur Krone des heiligen Stephan und zu dem in Pesth tagenden Parlamente der Magyaren; die Lösung dieser Frage klärt zugleich jene über die Stellung der südslavischen Kronländer zum Reiche und dessen Vertretung, über die Abgrenzung des Territorium dieser Provinzen und die Machtvollkommenheit ihres einheimischen Landtages. Die Vorschläge, welche der Centralausschuß ausgearbeitet und zur Vorlage im Landtage vorbereitet hat, formuliren die Forderungen und Wünsche in Betreff dieser Wechselbeziehungen zu Ungarn in einer, wie die „Presse" bemerkt, den großmagyarischen Staatsmännern in Pesth kaum sehr willkommenen Weise. Sie gehen von dem Grundsatze aus, daß durch die Gesetze von 1847—1848, also gerade durch jene Verfassungsarbeiten, welche für die Ungarn die Basis und der Ausgangspunkt aller politischen Bestrebungen sind, die alte, seit mehr als einem halben Jahrtausend bestehende Verbindung zwischen Kroatien und Slavonien und dem eigentlichen Territorium der Krone des hl. Stephan sich gelöst habe: daß nur noch insofern eine Verbindung beider Länder bestehe, als der Krönungsakt des gemeinsamen Königs für beide zugleich gelte. Die Kroaten verlangen auch ihrerseits den Ungarn gegenüber die vollste Lostrennung, wie diese Ersteren für sich eine solche von den deutsch-slavischen Provinzen fordern. Wie die Anhänger der Deak'schen Adresse sich bereit erklären, mit Wien in Unterhandlungen zu treten und die gegenseitigen Beziehungen eingehender zu regeln, sobald man ihnen alle ihre Forderungen prinzipiell zugestanden und die Gewährung derselben verbürgt habe, ebenso versprechen die Kroaten den Ungarn, daß sie bereit seyen, mit ihnen „in einen näheren staatsrechtlichen Verband zu treten", sobald „von Seite des Königreichs Ungarn die Unabhängigkeit und Selbständigkeit des dreieinigen Königreichs, sowie dessen realer und virtual-territorialer Umfang unbedingt in rechtskräftiger Form anerkannt worden sey." Was nun die Forderungen betrifft, welche gleich von vorn herein in Betreff des territorialen Umfanges gestellt werden, so verlangen die Kroaten, selbst in der gemäßigten Form der Ausschußvorlagen, daß zum Gebiete des „dreieinigen Königreiches" außer jenen kroatisch-slavonischen Komitaten, welche gegenwärtig unbestritten unter der kroatisch-slavonischen Hofkanzlei stehen, nebst Dalmatien und der kroatisch-slavonischen Militärgrenze auch Fiume und das sog. ungarische Littorale gerechnet werde, ein Gebiet, auf dessen Wiedereinverleibung in das ungarische Königreich sowohl in Pesth als in Fiume selbst ein ganz außerordentliches Gewicht gelegt wird. Einen weiteren Streitpunkt zwischen dem Pesther und dem Agramer Landtag dürfte die Murinsel bilden, deren Wiedereinverleibung zwar nicht in Komitevorlagen beantragt, wohl aber von einer größeren Zahl der Vertreter dringend gefordert wird. „Ebenso schwierig wir in Folge dieser gewichtigen Differenzen über die Gebietsfrage eine Verständigung zwischen Agram und Pesth seyn wird", bemerkt die „Presse", „dürfte eine Klärung der Beziehungen zwischen Agram und Wien, zwischen dem kroatisch-slavonischen Landtage und dem Reichsrathe werden. Die kroatisch-slavonischen Volksvertreter scheinen sich bis zur Stunde keine bestimmte Vorstellung darüber gebildet, kein festes Programm darüber entworfen zu haben, welche Regierungsweise sie eigentlich für ihr Vaterland wünschen, wie sie sich für die Zukunft die staatsrechtlichen Beziehungen zum Gesammt-Kaiserreiche und die internationalen Beziehungen desselben zum Auslande denken; einige möchten allerdings mit dem durch die Personal-Union mit den Erblanden verbundenen Ungarn das verantwortliche Ministerium des Krieges, des Handels und der Finanzen gemeinsam, die übrige Verwaltung aber nach dem Prinzipe der größtmöglichen Autonomie der Komitate und des Agramer Landtages getrennt wissen. Diese Herren bedenken aber nicht, daß die Magyaren, wenn sie in Wien die Anerkennung aller ihrer Forderungen durchgesetzt und ein eigenes verantwortliches Ministerium eingerichtet haben, durchaus nicht mehr geneigt seyn werden, Fiume und das Littorale abzutreten, die „Unabhängigkeit des dreieinigen Königreiches" und dessen „virtual-territorialen Umfang" anzuerkennen. Eine andere Fraktion, die in gewissem Zusammenhange mit „Jungkroatien" steht und gern mit der Mission, welche

erstern, Häuser und Brücken weggerissen und beschädigt wurden, auch ein Mann beim Einsturz der Brücke in Lichtentanne seinen Tod in den Fluthen der dadurch zu Strömen angewachsenen Bäche fand. In Lindenau (bei Schneeberg), wo allein drei Häuser stark beschädigt wurden, schlug der Blitz dreimal in das dortige massive Schulhaus, ohne zu zünden, beschädigte dasselbe aber vom Giebel bis auf den Grund. Eine darin wohnende unverehelichte Frau wollte mit ihrem 14 Monate alten Kinde flüchten, ward jedoch von dem reißenden Wasser erfaßt und mit fortgerissen. Es gelang zwar, sie zu retten, allein das Kind ist ertrunken."

Konstanz, 16. Juni. Zwei hoffnungsvolle junge Leute im Alter von 16 und 18 Jahren, welche in hiesigen Handlungshäusern servirten, fuhren in einem kleinen Schiffchen heute früh über den Bodensee, um zu baden oder zu fischen. Durch Schaukeln unterwegs fiel der ältere ins Wasser, sein jüngerer Bruder sprang ihm nach, um ihn zu retten, und so versanken Beide. Die Leichen wurden heute Mittag aufgefunden. (Schw. M.)

Neueste Nachrichten.

Pesth, 18. Juni. Im Oberhaus betont der Kardinal-Primas bei Berathung der vom Unterhaus mitgetheilten Adresse die Nothwendigkeit, das Land um jeden Preis mit dem Monarchen auszusöhnen und die Gesetze von 1848 zu revidiren. Noch viele andere Redner sprechen für die Adresse, mit dem ausdrücklichen Bedauern, daß Deaks Adreßentwurf von den Radikalen des Unterhauses modifizirt wurde. Es sind noch 60 Redner vorgemerkt. (Tel.d.Allg.Z.)

Turin, 16. Juni. Die heutige „Opinione" sagt: Die Anerkennung des italienischen Königreichs von Seite Frankreichs wird von einigen Bedingungen gegenüber der weltlichen Macht des Papstes begleitet. Frankreich erkennt Italien im gegenwärtigen Zustande an, ohne ignoriren zu können, daß Italien sein Werk noch nicht vollendet hat, und daß noch nicht alle seine Theile vereinigt sind. Italien beabsichtigt nicht, Rom anzugreifen; es wird sich nur vertheidigen, wenn dieses unter dem Schutze französischer Waffen die Freiheit und Ruhe der Halbinsel bedroht. Die päpstliche Regierung, einmal sich selbst überlassen, stürzt selbst zusammen, und Italien wird geduldig diesen durch die Ereignisse unvermeidlichen Sturz abwarten. Andere Bedingungen und Verpflichtungen kann Frankreich nicht fordern, und diese können Italiens Aktionsfreiheit nicht einschränken, wenn die Ereignisse zur Vollendung der großen Unternehmung günstig seyn werden. (So das ministerielle Turiner Blatt; von französischer Seite werden wir diese Bedingungen, wiewohl etwas weniger bestimmt und mehr verklausulirt zu hören bekommen, da Napoleon sich gewiß noch einige Hinterthüren offen behält.)

Zum bessern Verständniß des Vorstehenden mag folgendes Schreiben aus **Paris**, 14. Juni, das wir in der „Ostd. Post" finden, dienen: „ . . . . . Man wird also jedenfalls in Wien klug handeln, wenn man sich auf die Anerkennung Viktor Emanuels als König von Italien vorbereitet. Die Sache hängt nur noch an einem Haare, und jeden Tag kann die Zustimmung Ricasoli's zu den Bedingungen, die man in den Tuilerien stellt, eintreffen. Diese Bedingungen betreffen keineswegs Neapel und Sizilien und noch viel weniger die früheren Annexionen der Herzogthümer, sie betreffen ausschließlich das Patrimonium Petri, den gegenwärtigen Besitzstand des päpstlichen Stuhls und unmittelbar die Legationen. Napoleon will eine direkte Erklärung von der Regierung Viktor Emanuels, daß kein Angriff auf den reduzirten Kirchenstaat stattfindet, und verlangt andererseits, daß die bereits dem Papst abgenommenen Gebietstheile, so lange, als der europäische Kongreß über Italien nicht endgiltig gesprochen hat, von Viktor Emanuel nur als Vikariat regiert werden. Ueber letztere Bedingung wird man in den Tuilerien mit sich handeln lassen, über erstere nicht. Das neue italienische Kabinet will aber auch Ersteres nicht zugestehen. Es stellt die These auf, daß ein Italien ohne den Centralsitz in Rom stets in Gefahr stehen wird, durch inneren Zwiespalt zerrissen zu werden. Nur in Rom könne das Werk der Einheit gekrönt werden, nur durch die Verlegung des Regierungssitzes von Turin nach Rom könne den verschiedenen „Veilletäten" und historischen Separationstendenzen gegenüber imponirt werden. Ricasoli anerkennt die Nothwendigkeit, und ist auch bereit, zeitweilig eines Vorwärtsgreifens sich zu enthalten, aber er weigert sich entschieden, einen definitiven Verzicht auszusprechen. So stehen die Verhandlungen zur Stunde." (Bekanntlich sind sie inzwischen zum Schluß gediehen.)

Neapel. Die hiesigen Blätter und jene von **Palermo** bringen mehrere Erlasse, wodurch Beamte wegen Unterschleifes abgesetzt und die Entlassungsgesuche anderer angenommen werden. — In dem sizilischen Budget für 1861 sind die Einnahmen, welche 1858 43 Millionen L. in runder Zahl betrugen, blos auf 21 Mill. angeschlagen. Dagegen sind die Ausgaben von 43 Mill. L. auf 61 Mill. gestiegen. — Mehrere sizilianische Gemeinden haben an die Regierung die Bitte gerichtet, die geistlichen und die Nationalgüter auf der Insel möchten lieber in Erbpacht gegeben, als verkauft werden. (Pr. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	81 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$65\frac{1}{8}$ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$57-\frac{1}{4}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	49 P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$43\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$89\frac{3}{4}$ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. R. (C. b. R.)	103 P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$103\frac{1}{8}$P. $102\frac{3}{4}$G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$103\frac{3}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$100\frac{3}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{3}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$97\frac{3}{4}$ G.
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$105\frac{1}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{3}{8}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{5}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$95\frac{3}{8}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{7}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{1}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	94 G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{3}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$98\frac{7}{8}$ P.
„	3 pCt. Obl.	92 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$48\frac{1}{4}$ P.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt. „ „ „	$42\frac{3}{8}$ P.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$99\frac{5}{8}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$108\frac{7}{8}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	660—63 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$150-\frac{1}{2}$ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	189 P. 188 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	70 G.
Internationale Bank in Luxemb. . .	84 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	$319\frac{1}{2}$ G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$66\frac{1}{2}$ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	232 P.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	120 P. $119\frac{1}{2}$ G.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$76\frac{1}{4}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$23\frac{1}{2}$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$137\frac{1}{4}$ G.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$100\frac{3}{8}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{3}{8}$ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	236 G. exC
Span. Handels- u. Industrie . . .	533 P. 528 G.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	475 P.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$105\frac{3}{8}$ G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. $100\frac{1}{2}$ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B. $99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
Brem. 50 Th. Ld: k.S.	$96\frac{1}{4}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	$87\frac{7}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 G.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{7}{8}$ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	$93\frac{1}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{5}{8}$ B.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$85-\frac{3}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	83 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	49 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$65\frac{1}{2}$ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$130\frac{1}{2}$ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$62\frac{3}{4}$ P.	„ fl. 25 do.	35 G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$99\frac{1}{2}$ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	35 P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beilt.	127 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	$50\frac{1}{4}$ G.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$36\frac{1}{2}$ G.
Badische fl. 50	$83\frac{3}{4}$ P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{1}{8}$ P.
Badische fl. 35	$52\frac{7}{8}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{7}{8}$ P. $\frac{5}{8}$ G.

Frankfurt, 19. Juni. Oesterr. Fonds und Industrieaktien waren etwas höher, das Geschäft jedoch auch heute ohne Leben. Rhein-Nahebahnaktien wurden billiger umgesetzt. (Synd.)

lich deutlich gezeigt hat, daß es sich Oesterreich zu nähern sucht. Damit fallen alle jene Hypothesen, auf denen die radikale Partei jenseits der Leitha fußte, in eben dem Augenblicke, wo sie sich der Leitung des ungarischen Unterhauses auch thatsächlich bemächtigt hat.

Wien, 16. Juni. Die ungarische Frage ist an einem Wendepunkte angelangt; die Parteien im Lande haben sich bei der Adreßdebatte zersplittert, und die Regierung sammelt im Momente der drohendsten Gefahr all' ihre Kraft, um Herr der Situation zu werden. In diesem Augenblicke wird der friedliche Weg noch immer nicht verlassen; zwar kostet es, bei den unbesonnenen und aufreizenden Reden, große Ueberwindung, die schlagbereite Hand zurückzuhalten; allein von allen Seiten wird gebeten, den Krater ganz ausbrennen und in sich zusammenstürzen zu lassen. Nachdem Deak seine Adresse gleichsam zurückzog und das Unterhaus die Amendements der Beschlußpartei, d. h. der Radikalen, annahm, wird jetzt abgewartet, ob die Magnatentafel dem Entwurfe beitritt oder wesentliche Abänderungen vornimmt. Wäre Ersteres der Fall, dann folgte unmittelbar die Auflösung des ungarischen Landtages und ein Appell an die Nation unter Darlegung aller Verhältnisse; bevor aber die Wahl zu einem neuen Landtage stattfände, würde eine andere Besetzung der Komitats- und Munizipalämter vorgenommen; man würde sich nicht mehr der Gefahr aussetzen, die Steuern durch das Militär eintreiben zu müssen, oder Garibaldi, Kossuth und Konsorten in die Ausschüsse gewählt zu sehen. Man glaubt jedoch, daß das Oberhaus sehr namhafte und prinzipielle Abänderungen der Adresse vom Titel bis zur Unterschrift proponiren werde, und daß die Berathungen zwischen beiden Häusern nach längerer Zeit zu einer ganz anderen Form führen könnten, — zu einer Form, die hier als Basis weiterer Vereinbarungen zu acceptiren wäre. Dieser Moment wird abgepaßt, ohne jedoch die Vorbereitungen zu vernachlässigen, welche zu einer gewaltsamen Lösung unerläßlich wären. Dazu gehört auch, das moralische Ansehen des Reichsrathes zu stärken und das Vertrauen in seine liberale Richtung in jeder Weise zu erhöhen. Die weit überwiegende Majorität des Herren- wie des Abgeordnetenhauses unterstützt das Ministerium Schmerling, weil es sich auf dieser konstitutionellen Bahn bewegt; schon aus der Haltung der Interpellationen ist es zu entnehmen, daß man damit weniger eine Schwierigkeit, als eine Gelegenheit bereiten will, die obwaltende Gesinnung und das liberale Verfahren darzulegen. (K. Z.)

Wien, 15. Juni. Die Besorgnisse, welche die ungarische Frage in den letzten Wochen hier erregt hat, sind seit mehreren Tagen einer entschieden hoffnungsvollen Stimmung gewichen. Hierzu haben mehrere Umstände beigetragen. Zuerst die Haltung des Ministerium, das in den letzten Sitzungen stets mit der Majorität im Einklang stimmte, welche von der Linken und dem größten Theil des Centrum gebildet wird, ferner die sichtliche Unsicherheit der czechischen Föderatisten, deren Führer durch ihren Besuch der ungarischen Hauptstadt nicht nur kein Terrain gewonnen, sondern durch die Art und Weise, wie der Rieger'sche Vertagungsantrag von dem Abgeordnetenhause und der öffentlichen Meinung überhaupt aufgenommen ward, eher welches verloren haben, und endlich drittens, die aus Ungarn hier eingetroffenen Nachrichten, denen zufolge die extreme Partei daselbst nahe daran ist, sich der Popularität zu berauben, welche sie im Volke bisher noch zum Theil besaß. Das Wiener Ministerium scheint es vollkommen zu erkennen, daß es alle Parteiungen am schnellsten dadurch beseitigen kann, wenn es mit Entschiedenheit, aber mit ehrlichster Liberalität auf der Bahn des Konstitutionalismus fortschreitet. Hierdurch erweckt es allein Vertrauen und es bringt viele von denen, die bisher nationalen Sonderbestrebungen nachhingen, auf ernste Gedanken. Indem es bei allen großen Fragen der konstitutionellen Freiheit dafür stimmte, daß sie als Gesetzanträge eingebracht werden sollen, nahm es die Bevölkerung in den Kronländern entschieden für sich und seine politischen Ansichten ein, und wenn die czechischen oder polnischen Abgeordneten einmal auf den Gedanken kommen sollten, ihr Mandat niederzulegen, so stände fast mit Gewißheit zu erwarten, daß sie Nachfolger finden möchten, die sehr geneigt wären, dem Ministerium weniger Schwierigkeiten zu bereiten. Greift eine solche Stimmung erst in Ungarn mehr um sich, dann ist Oesterreichs Gesammtverfassung gerettet, denn die czechische und polnische Partei ist machtlos ohne den Widerstand Ungarns. Daß der Beschluß des ungarischen Landtags, denjenigen Paragraphen der Adresse Deak's zu streichen, welcher die Rechte des Kaisers Franz Joseph auf die Krone Ungarns anerkannte, allerhöchsten Orts in Wien Folgen gehabt, weiß man jetzt zur Genüge. Die Radikalen steifen sich darauf, daß die Thronentsagung des Königs Ferdinand im Jahre 1848 dem ungarischen Landtag nicht mitgetheilt worden sey, und wollen deshalb die Thronbesteigung des Kaisers Joseph ignoriren; aber sie schütten das Kind mit dem Bad aus; denn Thatsachen lassen sich nun einmal nicht ignoriren. (D. Allg. Z.)

* Der neue **Bürgermeister** von **Wien**, der bisher im Gemeinderath eine verhältnißmäßig liberale, jedenfalls oppositionelle Rolle gespielt hat, behagt der liberalen Partei doch nicht recht, da sie ihm nicht genug Kraft und Entschiedenheit zutraut.

Ein Rundschreiben des griechisch-katholischen Metropoliten in **Lemberg** spricht sich auf die energischste Weise gegen alle — auch in ruthenischen Kirchen griechischer Konfession versuchten — politischen Nationalitätsdemonstrationen aus, und betont dagegen entschieden, „daß das Wohl Galiziens im Allgemeinen und der ruthenischen Bevölkerung im Besondern durch das treue Festhalten an Oesterreich, welches sich freisinniger Institutionen erfreut, bedingt ist, und wo jetzt die Interessen aller Nationalitäten und Sprachen auf Grundlage der Gleichberechtigung befriedigt werden."

Frankreich.

Paris, 17. Juni. Die Gesandten von Siam haben dem Kaiser eine Krone aus massivem Gold, die der Vater des gegenwärtigen Königs selbst getragen, überreicht.

Der Advokat des Herzogs v. Broglie, Hr. Denormandie, hat in Folge der Beschlagnahme des Werkes des Herzogs an das Civiltribunal der Seine eine Eingabe gerichtet, worin er verlangt, daß der Polizeipräfekt wegen Saisirung des unten genannten Werkes des Herzogs in kürzester Frist vor Gericht geladen und verurtheilt werde, binnen 24 Stunden von dem Ausspruche des Urtheils an, dem Antragsteller die am 7. d. Mts. mit Beschlag belegten 100 Exemplare des Werkes „Vues sur le gouvernement de la France" zurückzugeben, und 500 Frcs. Zinsentschädigung für jeden rückständigen Tag zu bezahlen, daß ferner derselbe verurtheilt werde, dem Herzog v. Broglie 200 Frcs. zur Ausgleichung des verursachten Schadens zu bezahlen und daß er außerdem in die Kosten verurtheilt werde. Der Gerichtshof hat diesem Ansuchen statt- und sogleich die Ermächtigung zu einer Vorladung innerhalb 8 Tagen gegeben.

Italien.

Turin, 17. Juni. In der Abgeordnetenkammer brachte heute die Regierung einen Gesetzesentwurf ein zur Aushebung von 24,000 Mann in der Emilia, Umbrien, Marken und Sizilien. (Diese Provinzen waren bisher von der Aushebung befreit gewesen; die Sizilianer hatten sich ihr auch unter den Bourbonen nie fügen wollen.) (Tel. d. Schw. M.)

Der Turiner Korrespondent des „Constitutionnel" nimmt es dem Baron Ricasoli sehr übel, daß in dessen ministeriellem Programm weder Frankreichs noch jenes erlauchten Fürsten, welchen Italien immer als Befreier ausgerufen habe, auch nur dem Namen nach Erwähnung geschehe. „Die Italien von dieser Macht geleisteten Dienste sind noch neu genug, als daß sie nicht verdienen sollten, daß man sich wenigstens der großherzigen Nation und des mächtigen Souveräns erinnere, ohne welche Italien seine jahrhundertalten Ketten niemals hätte zerbrechen können. Herr v. Cavour hätte sich keinesfalls ein solches Vergessen zu Schulden kommen lassen." — Und doch hat dieses Programm, der Korrespondent muß es selbst zugestehen, eine so überaus günstige Aufnahme in Italien gefunden!

Amerika.

Der „Panama Herald" berichtet, im Gefängnisse zu **Lima** (Bolivia) habe man britische Unterthanen Hungers sterben lassen.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 18. Juni. Dem Vernehmen zufolge soll die Gründung einer Aktiengesellschaft im Werke seyn, welche eine Erweiterung und Verschönerung des ohnehin zahlreich besuchten Bades Achselmannstein bei Reichenhall bezwecken würde. Als die hiezu nothwendige Summe dürften mehrere hunderttausend Gulden erforderlich seyn und würden damit mehrfache Neubauten zur Unterbringung der Fremden, Anlagen von Wellenbädern und weitere dem Komfort eines großartigen Bades entsprechende Anstalten bestritten. (Bayer. Ldb.)

Das „Dresd. Journal" schreibt unterm 17. Juni: „Vorgestern Nachmittag haben **Gewitter** — uns zugehenden Nachrichten zufolge — im **Voigtlande** und obern **Erzgebirge** bedeutenden Schaden angerichtet, indem durch einen wolkenbruchartigen Regen in dem Pleißen- und Ploßenthal, namentlich in

eine französische Suprematie von dem deutschen Vaterlande entfernt zu halten. In diesem Sinne sey die Ansicht eine begründete, daß ein nach den Maximen des Nationalvereins — dessen Bestrebungen übrigens an dem ritterlichen Sinne und dem strengen Rechtsgefühl des jetzt regierenden Königs hoffentlich scheitern werden — organisirtes Preußen mehr geeignet wäre, den deutschen Mittelstaaten ernstliche Besorgnisse einzuflößen, als das französische Kaiserthum, welchem, wie sich auch die Zukunft gestalten möge, das Nationalgefühl, von dem alle deutschen Volksstämme durchdrungen sind, niemals gestatten werde, sich auf deutschem Boden festzusetzen oder die politische und faktische Existenz irgend eines Staates, und sey es des kleinsten, auf die Dauer zu gefährden.*) Wenn nun aber gar die „Kölnische Zeitung" unter Berufung auf einen Artikel der (Pariser) „Presse", welcher offenbar nur darauf berechnet, Zwietracht und Mißtrauen unter den deutschen Regierungen zu verbreiten, auf die Sympathien des Königs von Württemberg für Frankreich hindeutet und wir hiermit frühere Kundgebungen anderer Preßorgane, die von in Paris eingeleiteten Verständigungsversuchen sprechen, in Zusammenhang bringen, so müssen wie jede auch nur im Entferntesten dahin gerichtete Anschuldigung mit aller Entrüstung zurückweisen. Was der König von Württemberg für die Befreiung Deutschlands gethan, ist in den Annalen der Geschichte verzeichnet; und wenn das jetzt lebende Geschlecht Dieß so schnell vergessen hat, daß der Fürst, welcher in seiner Jugend für die Freimachung von dem Joch des Rheinbundes in blutigen Schlachten gekämpft hat, es gegen das Ende seiner so ruhmvollen militärischen und Regenten-Laufbahn noch erleben mußte, von der deutschen Presse auf's Schmählichste als Förderer eines neuen Rheinbundes verdächtigt zu werden, so kann er sich damit trösten, daß ein späteres Geschlecht sein Andenken höher in Ehren halten werde."

Aus Stuttgart, 17. Juni, schreibt man der „Allg. Z.": „Die Regierung hat durch das eben erlassene Reskript in der Konkordatssache den Wünschen der Kammer der Abgeordneten vollständig willfahrt. Diese hatte am 16. März beschlossen: 1) die Konvention mit Rom für unverbindlich zu erklären; 2) um Rücknahme der Publikationsverordnung vom 21. Dez. 1858, und um Ordnung der so lange schon streitigen Kirchenangelegenheit im Wege der Landesgesetzgebung zu bitten. Durch das so eben den Ständen zugegangene königl. Reskript ist der Vertrag feierlichst und förmlichst desavouirt, ist die Dezember-Verordnung, gegeben um zu Vollziehung der Konvention das Erforderliche einzuleiten, außer Wirkung gesetzt, und ist die Regelung im Wege der Landesgesetzgebung angekündigt. Die Regierung, zu diesem Entgegenkommen durch den der Kurie gegenüber gemachten Vorbehalt der ständischen Zustimmung rechtlich und moralisch vollständig befähigt, wollte noch weiter gehen, um ihre Absicht einer unverklausulirten Verständigung mit der Volksvertretung darzuthun: sie kündigt an, daß sie noch durch eine expresse Gesetzbestimmung die rechtliche Unverbindlichkeit der Konvention förmlich erklären wolle. Sie macht mit glücklichem Takt den weitern von der Kammer nicht einmal besonders geforderten Schritt des Entgegenkommens: auch die auf Grund der Dezember-Verordnung bereits erlassenen Verfügungen einer Revision nach Maßgabe der bei der Berathung des Kirchengesetzes sich feststellenden Standpunkte vorbehalten zu erklären, und bekundet damit, daß sie auch diese Verfügungen, welche durch das nach Aufgebung des Vertrags als solchen wieder freie königliche Verordnungsrecht unzweifelhaft wenigstens theilweis aufrechterhalten werden können, auf der Grenzlinie zwischen Verordnungs- und Gesetzgebungsbefugniß der definitiven Verständigung mit der Volksvertretung ehrlich entgegen führen wolle. Und damit kein wesentliches Element dieser Frage der Volksvertretung unbekannt bleibe, theilt sie auch die dem Reskriptsinhalt konforme Notifikation an die Kurie abschriftlich mit. Wir freuen uns, daß die Regierung nicht bei einer halben Maßregel stehen geblieben ist, daß sie der Kammer ehrlich alle Karten hinlegt, und nach allen Seiten hin Verständigung ankündigt. Ist es doch außer Frage, daß in der letzten Konkordatsdebatte nichts so sehr geschadet hat, als die dialektische Verschwommenheit der ministeriellen Erklärungen über die Rechtsbedeutung der Konvention, welche das Konkordat bald als ganzen, bald als Viertels-, bald als halben Vertrag erscheinen ließen, und ungünstig auf den festen Rechtssinn aller Parteien wirkten. Das ist jetzt beseitigt und ein klarer Standpunkt gewonnen, ein fester Rechtsboden der Verständigung im Wege der Landesgesetzgebung wieder gesichert. Das Beste an der neuen Wendung der Frage ist freilich, daß die Regierung das befriedigende Bewußtseyn hegen kann, auch auf dem neuen Weg in voller Rechtskontinuität sich zu befinden. Die württembergische Regierung bedurfte eines brüsken Bruches eingegangener Verbindlichkeiten nicht. Die Konvention war unter formeller und wiederholter Wahrung des ständischen Zustimmungsrechts abgeschlossen. Diese wesentliche Bedingung ist nicht existent geworden, der Vertrag daher gescheitert, die Initiative der Regierung wieder frei. Der Minister, welcher an ihrer Einholung scheiterte, hat sich nach konstitutionellem Brauch seinem Mißerfolg geopfert; der neue Minister fand die Thatsache der Nichterfüllung der wesentlichen Bedingung, also keinen Vertrag mehr vor, und er hat sich auf den Boden dieser Thatsache mit aller Konsequenz gestellt, seinem Fürsten einen Weg empfohlen, welcher die Kontinuität des Rechts wahrt, und ohne den geringsten Bruch eingegangener Verpflichtung mit voller Loyalität betreten werden konnte."

Die „Zeit" schreibt über denselben Gegenstand: „Man darf hoffen, daß die zur Ordnung der Verhältnisse der katholischen Kirche den Ständen vorzulegenden Gesetzesentwürfe von den Ständen im Sinne derjenigen Unparteilichkeit und Duldsamkeit werden berathen und beschlossen werden, die man bei der Verhandlung über das Konkordat von den meisten Bekämpfern desselben nachdrücklich und feierlich bekennen hörte. Da, was auf dem Wege der Gesetzgebung zu Stande gekommen, auf demselben auch, wenn es sich unzweckmäßig erweist, abgeändert werden kann, dürften sich die Abgeordneten bewogen finden, der katholischen Anschauungsweise auch da, wo sie von der protestantischen bedeutend abweicht, möglichst weitgehend Rechnung zu tragen und lieber den Grenzen der Polizeigewalt als denen der Freiheit etwas abzubrechen. Antikatholischer oder überhaupt antikirchlicher Fanatismus wird hoffentlich bei den zu erwartenden Verhandlungen durch die Forderungen der politischen Einsicht niedergehalten und zum Schweigen vermocht werden. Dann darf man hoffen, daß auch die katholischen Württemberger zum größten Theil durch die neue Wendung der Sache werden zufriedengestellt werden, obschon noch manche Wortführer in ihren Anklagen und ihrem Unmuth verharren mögen."

Oesterreich. Wien, 15. Juni. Die kaiserl. Regierung erntet den Lohn, streng auf verfassungsmäßigem Wege geblieben zu seyn, und Früchte, die gereift ihr von selbst in den Schooß fallen müssen, nicht vorzeitig mit Gewalt geschüttelt zu haben. Es hat selbst im liberalen Lager nicht an Stimmen gefehlt, welche verlangten, daß den magyarischen Uebergriffen mit Nachdruck entgegengetreten werde. Die Regierung beharrte jedoch bei ihrem Entschluß, das politische Ausbrausen jenseits der Leitha austoben zu lassen: die Ernüchterung konnte nicht ausbleiben. Die Steuern werden allerdings beigetrieben, nur ist nicht zu übersehen, daß aus denselben die Komitatsbehörden ihre Besoldungen beziehen und die Kosten des ungarischen Landtags bestritten werden. Nun wäre es doch seltsam, wenn die deutsch-slavischen Provinzen das Geld dazu hergäben, um die gegen sie gerichtete magyarische Opposition nachhaltiger zu machen. Das Natürliche hat daher auch hierbei seine unwidersprechlichen Rechte geltend gemacht und die Steuern werden selbst vom Adel mit einem Widerstreben, das nur den Schein retten soll, entrichtet. Die Hartnäckigkeit, mit welcher der Landtag in Pesth an ungehörigen Forderungen festhält, entfremdet den Magyaren die Sympathien der anderen Nationalitäten.
(Ztg. f. Nordd.)

= Wien, 17. Juni. (Privat-Korresp.) Alle Nachrichten aus Pesth machen es wahrscheinlich, daß man dort, nachdem die Aussicht auf den Ausbruch eines europäischen Kriegs, den die Magyaren für ihre Trennungsgelüste benützen könnten, geschwunden ist, allmälig zur Einsicht gelangt, wie man auf dem bisher betretenen Wege unmöglich fortwandeln dürfe. Das ganze System, welches die ungarischen Parteiführer befolgten, wurzelte in dem Gedanken, daß die Oktober-Konzessionen der Ausdruck einer tödtlichen Schwäche Oesterreichs wären, die binnen kurzer Frist von Frankreich und Italien unter stillschweigendem Gewährenlassen von Englands Seite und mit halber Zustimmung Rußlands bis zur Auflösung der Gesammtmonarchie gesteigert werden würde. Alle diese Voraussetzungen sind, wenigstens einstweilen durch den Verlauf, den die Ereignisse im Orient wie auf der apenninischen Halbinsel genommen haben, in das Gebiet der Chimären und Illusionen verwiesen worden. Die agitatorische Politik des Bonapartismus ist im Westen mit dem Tode Cavour's durch den Mangel an geeigneten Werkzeugen, im Osten durch den Mangel an einem zuverlässigen Bundesgenossen matt gesetzt worden, da die Warschauer Vorfälle Alexander II. mißtrauisch gemacht haben, und überdieß die in Folge der Bauernemanzipation ausgebrochenen Unruhen Rußland im Innern vollauf beschäftigen — während England in Syrien als Gegner Frankreichs aufgetreten ist, und neuer-

---

*) Daß diese Aeußerung zu schlimmen Mißverständnissen Anlaß geben könnte, ist nicht zu leugnen; sie läßt allerhand Deutungen zu.

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 168.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 20. Juni 1861.

Deutscher Bund.

Der preußische Antrag auf Bildung eines Küstenvertheidigungskorps aus zwei Brigaden, von dessen Schutz nur die preußischen Küsten ausgenommen werden, bezweckt etwa 12,000 Mann für diesen Zweck verwendbar zu machen: in der 1. Brigade 3015 Mann von Sachsen-Weimar nebst 3000 Preußen und einer preußischen Batterie, in der zweiten 2176 Mann von Lippe-Detmold, Schaumburg-Lippe und Waldeck nebst 3000 Hannoveranern und einer hannover'schen Batterie. Zugleich aber werden durch den preußischen Vorschlag die Besatzungen von Mainz und Landau verstärkt, die von Luxemburg wenigstens nicht geschwächt, indem statt der Weimaraner ꝛc. die andern kleinen Kontingente in ihrer vollen bundesmäßigen Stärke von anderthalb Prozent der matrikularmäßigen Bevölkerung jene Festungen besetzen helfen sollen, und Preußen seinerseits es übernimmt, den Ausfall in Luxemburg zu ergänzen.

* Mehrere Zeitungen bringen nun den Wortlaut des preußischen „Vermittlungsantrags“ in der Oberfeldheernfrage und die Erklärung, welche der österr. Präsidialgesandte darauf hin abgegeben hat. Nachdem wir den wesentlichen Inhalt früher bereits mitgetheilt, unterlassen wir den Abdruck des Aktenstücks um so mehr, als Annahme wie Verwerfung dieses Vorschlags uns Deutschen gleich wenig Dasjenige sichert, dessen wir bedürfen, nämlich die Einheit im Nothwendigen. Nicht besser sieht's mit dem badischen Antrag gleichen Betreffs aus. Der Antrag mag gut gemeint seyn, und wir können Baden darüber keine Vorwürfe machen, daß auch bei ihm die Macht mit dem etwaigen guten Willen nicht Schritt hält. Baden kann nun einmal so wenig als der Komplex der Würzburger Deutschland aus seiner Misère herausführen, so lange seine Großmächte uneins sind. Baden kann auch den Bundestag nicht reformiren, und wohl auch nicht sprengen; wir denken, daß durch die Ernennung des Geheimenraths v. Mohl Deutschland zunächst nur um einen interessanten Personen-Dualismus reicher geworden ist; die HH. v. Mohl und v. d. Pfordten sind zwei Götter am deutschen Bundesolymp, welche wohl bald von sich reden machen und sich messen, aber den Sisyphusstein der deutschen Frage nicht auf die Höhe bringen werden. Die Annahme des badischen Antrags würde das deutsche Bundesrecht doch bloß um einige todte Buchstaben vermehren. Ob es deren noch etliche mehr sind oder nicht, schadet schließlich allerdings nichts, nur soll man uns nicht den Glauben zumuthen, daß das neue schätzbare Material nützen würde. Das Nämliche gilt von dem Vorschlag, welchen die Würzburger Konvention vom vorigen Jahr über die Besetzung der Oberfeldherrnstelle macht. Alle diese Vorschläge beruhen im Wesentlichen doch darauf, daß die beiden deutschen Großmächte sich über die Besetzung dieser Stelle verständigen müßten; wie und ob aber dies Einverständniß zu erzielen sey, sagen sie nicht; so lang aber dieses nicht besteht, fehlt es eben an der Hauptsache.

* Die Unterhandlungen Frankreichs mit dem Zollverein haben nach dem „Pays“ einen Schritt weiter gethan. Nach zuverlässigen Mittheilungen soll der Handelsvertrag noch im Laufe des Jahres den Kammern der verschiedenen deutschen Staaten vorgelegt und vom 1. Januar an eingeführt werden.

Bayern. München, 18. Juni. Se. Maj. der König hat dem Priester N. Weber, Prediger an der Metropolitankirche zu U. L. Frau in München, in Anerkennung seiner ersprießlichen Wirksamkeit auf dem Gebiete der Seelsorge und der Bildung der Jugend, den Titel und Rang eines geistlichen Rathes tax- und stempelfrei verliehen. (N.M.Z.)

* Der kürzlich ernannte Unterarzt beim Festungsgouvernement Landau, heißt Nikol. Friedreich (Sohn des Oberappellraths Friedreich), nicht Friedrich, wie es neulich durch ein Druckversehen geheißen hatte.

Im Namen des IV. Ausschusses berichtete in der 31. Sitzung der Abgeordnetenkammer Abg. Schobert über die Beschwerde der Gemeindeverwaltung Aura, Ldg. Euerdorf, welcher der durch Verordnung ihres früheren Landesherrn, des Fürstbischofs von Würzburg, ertheilte Bezug von zwei Drittheilen der in ihrem Bezirke anfallenden Waldstrafen durch Regierungsentschließung wieder entzogen wurde. Diese Beschwerde mußte für unbegründet erklärt werden, da der angesprochene Bezug jedenfalls im Weg der Gesetzgebung durch das Forstgesetz von 1852 aufgehoben ist. Dieselbe Beschwerde hat die Gemeinde Oberthulba, des näml. Ldgs., erhoben und mußte auf die nämliche Weise beschieden werden. (Südd. Z.)

Es wird aus Nürnberg mitgetheilt, daß den Sängern, welche das dortige Sängerfest besuchen wollen, auf den sächsischen Bahnen ermäßigte Fahrpreise bewilligt worden sind, daß dagegen wiederholte Bittgesuche an die Generaldirektion der bayer. Verkehrsanstalten bis jetzt unbeantwortet geblieben sind. Dagegen erinnert ein Augsburger Blatt an die jährlich wiederkehrenden Begünstigungen, die dem Münchener Oktoberfest und seinen Besuchern zu Theil werden. (Wir denken, es wäre das wohl sehr angenehm für die Sänger; die Regierung aber hat unsres Erachtens keinen Anlaß, auf Kosten der Staatskasse ihnen ein Geschenk zu machen.)

* **Preußen.** Die leidige Streitfrage über die Huldigung, die sogar zur Ministerkrisis geführt hat, zeigt wieder, daß die Junkerpartei bei Hof noch immer viel zu viel Einfluß besitzt, trotz der schmählichen Enthüllungen, welche die famose Polizei-Geschichte über sie und ihre Vertreter zu Tage gebracht hat.

Aus Berlin, 17. Juni, schreibt man der „D. Allg. Z.“: „Unsere Polizeiaffaire hat wieder an Ausdehnung gewonnen. Die gerichtliche Untersuchung, die bei der Masse des Materials eine sehr langwierige und complicirte ist, stellt immer mehr neue Momente heraus. Damit in Verbindung steht denn auch die neue Verhaftung eines Polizeibeamten. Inzwischen möchten wir einen Punkt berühren, von dem wir nicht wissen, ob die Untersuchung sich auf denselben ebenfalls bereits erstreckt, dessen allgemeine Erwähnung aber vielleicht zweckmäßig seyn könnte. Die in Rummelsburg detinirten Strafgefangenen wurden, wie dies in Gefangenhäusern häufig der Fall zu seyn pflegt, vielfach von Fabrikherren beschäftigt. Nun wäre es sehr interessant zu wissen, wie viel täglichen Arbeitslohn die betreffenden Fabrikherren für jeden Gefangenen bezahlen mußten und ob der gezahlte Arbeitslohn auch vollständig in den Einnahmebüchern der Strafanstalt verrechnet worden ist. Man hört in dieser Beziehung nämlich Manches sprechen.“

Württemberg. In Bezug auf die dem König von Württemberg von Blättern des Nationalvereins zur Last gelegten unpatriotischen Aeußerungen („lieber mit Frankreich gehen als sich einer preußischen Hegemonie unterwerfen zu wollen“) und Absichten enthält der halbamtl. „Württemb. Staatsanzeiger“ folgende Erklärung: „Se. königliche Majestät haben, so viel uns bekannt, niemals Anstand genommen, die Ansicht auszusprechen, daß es ein ganz ungerechtfertigtes, politisch höchst unkluges Vorgehen der Mittelstaaten konstatiren würde, wenn dieselben im Hinblick auf etwaige vom Westen her drohende Kriegsgefahren sich herbeiließen, zu den von den Koryphäen des Nationalvereins vorgeschlagenen Mitteln zu greifen, deren praktische Durchführung erstere unfehlbar in preußische Provinzialstaaten verwandeln müßte, indem Allerhöchstdieselben hierin den Keim zu unabsehbaren Bürgerkriegen, daher gerade zur Schwächung des deutschen Vaterlandes dem Auslande gegenüber erkennen müßten. Se. königl. Majestät sind vielmehr von der innigsten Ueberzeugung durchdrungen, daß die beiden Großstaaten im Verein mit den durch Verständigung unter einander erstarkten, in ihrem Selbstbewußtseyn gekräftigten unabhängigen Mittelstaaten vollkommen in der Lage seyn würden,

durch die Stadt und Bürgerschaft auf dem Gürzenich gegeben. Abends 6 Uhr Besuch des Zoologischen Gartens. 16. August: Morgens Frühstück im Hotel Bellevue. 9 Uhr Künstlerversammlung. Beliebiges Mittagessen. Nachmittags 3 Uhr Fahrt per Eisenbahn nach Rolandseck. Ländliches Fest daselbst. Rückfahrt 7 Uhr per Dampfschiffe. Beleuchtung der Kirchen. Schlußversammlung auf dem Gürzenich. 17. August: Abreise nach Belgien.

Hamburg, 13. Juni. Der in ganz Deutschland durch seine dichterische und schriftstellerische Wirksamkeit bekannte C. G. Prätzel ist im Alter von 74 Jahren gestorben.

Das mit entsetzlichem Hagelschlage verbundene Gewitter vom vorletzten Sonntag, welches die Umgegend von Luzern in einer Ausdehnung von fast vier Stunden so arg verheerte, daß buchstäblich die ganze Ernte vernichtet ist und auch sonst arge Zerstörungen angerichtet wurden, hat sich noch über die March hinaus bis in das obere Toggenburg ausgedehnt. Auch von diesem Unheil hat der schwer geprüfte Kanton Glarus heimgesucht werden müssen; die Gemeinde Bilten sieht ihre Ernte zerschlagen, zum fünften Mal binnen 11 Jahren.

London. Mr. Thomas Mayall — so erzählen die Abendblätter — hat eine von hinten zu ladende gezogene Kanone erfunden, die ganz und gar durch Dampfkraft geladen, gereinigt und abgefeuert wird und mit großer Schnelligkeit arbeitet. Mit der Zeit ziehen am Ende selbständige Maschinen zu Feld und schlagen sich mit den Maschinen des Feindes.

Neueste Nachrichten.

Aus München, 17. Juni, schreibt man der „Allg. Z.“: Es ist vollkommen richtig, daß die Staatsregierung der Nothwendigkeit, zur Deckung der außerordentlichen Militärbedürfnisse bis zum Schluß der siebenten Finanzperiode zu einem Anleihen zu schreiten, wie es durch den betreffenden Gesetzentwurf vorgeschlagen war, überhoben seyn wird. Es hat sich nämlich schon aus den seit der Vorlegung des Budget erfolgten definitiven Rechnungsabschlüssen der ablaufenden Finanzperiode ergeben, daß die damals von dem Hrn. Finanzminister mit 7 bis 8 Millionen als wahrscheinlich in Aussicht gestellten Erübrigungen und Einnahmsüberschüsse in der That noch um einige Millionen mehr betragen werden, so daß statt der im fraglichen Gesetzentwurf beantragten Ueberweisung von fünf Millionen eine solche von sieben zu dem besagten Zweck erfolgen kann. In diesem Fall kann das Kriegsministerium auch auf die 900,000 fl. verzichten, welche durch die vorhandenen und bis zum Schluß der siebenten Finanzperiode anfallenden Ablösungsschillinge von Staatsgrundrenten gedeckt werden sollten, und es wird keine Unterbrechung in den Zeichnungen der Obligationen dieser Gattung eintreten.

§ Wien, 16. Juni. (Privat-Korrespondenz.) Die Niederlage, welche die Resolutionspartei im ungarischen Landtage der Partei Deak noch in der letzten Stunde beigebracht hat, wird hier vielfach besprochen und war auch Gegenstand der Berathungen der Ministerkonferenz, welche gestern stattfand und die insoferne von großer Bedeutung war, als man bei dieser Gelegenheit sich dahin entschied, daß die Adresse nicht angenommen werden könne, wenn dieselbe nicht an den „Kaiser und König“ gerichtet sey. Baron Bay hat dies auch bereits nach Pesth gemeldet, die Resolutionspartei aber, welche in diesem Augenblicke die Majorität des Hauses bildet, wird sich zu einer nachträglichen Aenderung des bereits beschlossenen Titels „Allerdurchlauchtigster Herr“ *) nicht bewegen lassen, so daß es allerdings dazu kommen wird, daß die Adresse, deren Abfassung mehrere Monate in Anspruch nahm, von dem Kaiser gar nicht angenommen wird.

Paris, 17. Juni. Die „Patrie“ meldet als das Ergebniß der vorgestern begonnenen Generalrathswahlen (die Generalräthe sind das, was bei uns die Landräthe): 1000 Kandidaten der Regierung, 12 Oppositionelle. (Tel. d. Nürnb. Korr.)

Turin, 17. Juni. Die „Opinione“ kündigt die demnächstige Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Frankreich und Italien an und versichert, Marquis v. Lavalette werde Frankreich in Turin vertreten. (Tel. d. Dstd. P.)

Turin, 16. Juni. Nigra ist zum Gesandten am franz. Hofe bestimmt. General Brignole wurde an della Rovere's Stelle zum Kriegsminister ernannt. (Tel. d. Dstd. P.)

Mailand, 13. Juni. Gestern wurde dem Syndikus von Mailand, Hrn. Beretta, eine von 900 Personen unterzeichnete Adresse überreicht, worin er ersucht wird, sich bei der Regierung zu verwenden, daß sie den Bischof verhindere, nach Mailand, wenigstens für jetzt, zurückzukehren, um den Gefahren auszuweichen, denen er durch seine Rückkehr sich selbst und die öffentliche Ruhe der Stadt aussetzen würde. Der Syndikus willfahrte diesem Gesuch. Wir werden nun sehen, sagt die „Allg. Z.“, ob die Regierung die Schwäche haben wird, diesem Gesuch nachzukommen.

*) Durch diese Anrede will die radikale Partei den Titel „König“ vermeiden, welchen sie dem Kaiser Franz Joseph deshalb abspricht, weil derselbe noch nicht als König von Ungarn gekrönt ist.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	81¼ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	64⅞ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	57—¾ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	49 P.
„	8½ pCt.	42½ P.
„	4 pCt.	—
„	8 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	89 G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. F. (C. b. R.)	103 P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103⅛ P. 102¾ G.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103⅜ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	—
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100⅞ P. ⅝ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97¾ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105⅛ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95⅜ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	103 P. 102⅝ G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	95⅜ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	102⅞ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100¼ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94 G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102¾ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98⅞ P.
„	3 pCt. Obl.	92 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	48¾ P.
„	1¾ pCt. „ „ „	42¼ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	99⅝ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	109⅜ P. ⅛ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	660 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	150½—149½ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	189½ P. 188 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	70 G.
Internationale Bank in Luxemb. . .	84 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	319 P. 318 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	66½ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	232 P.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	120 P. 119 G.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	76¼ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	24¾ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 8 pCt. .	137⅞ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	100⅜ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51⅛ G.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	236 G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	530 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	475 P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	105 G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. 100½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99¾ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B. 99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅛ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96¼ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 G.
London Lst. 10 k. S.	118⅞ B. ⅝ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93¼ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	85⅛—84⅞ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	82 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	49¼ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	64½ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	131½ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	62½ P.	„ fl. 25 do.	35¼ G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	99¾ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	35¼ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	127 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	51 P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	37½ P.
Badische fl. 50	90¼ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10½ P.
Badische fl. 35	52⅞ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 18. Juni. Bei unbelebtem Geschäft waren österr. Fonds und Kreditaktien etwas niedriger. Die übrigen Fonds fest und preishaltend. (Synd.)

zugeht: „Jemand, der als Zeuge in der Untersuchung gegen August Blanqui vernommen wurde (d. h. wie es in Frankreich üblich ist, in einem geheimen Verhör), hat mir erzählt, daß Blanqui bei seiner Vorführung noch die deutlichen Spuren eines eben auf ihn gemachten heftigen Angriffs trug; seine Kleider waren in Stücke zerrissen, ebenso sein Hemd und sein Hut von Faustschlägen zerdrückt. Der Zeuge, von diesem Anblick tief ergriffen, konnte seine Empörung nicht verbergen. Blanqui erklärte dem Instruktionsrichter, daß es eine nutzlose Grausamkeit sey, ihn mit Gewalt aus seiner Zelle zu reißen und zu mißhandeln; man könne ihn zwar umbringen, aber ihn niemals zwingen, auch nur ein einziges Wort zu sagen. Darauf wurde er von den Kerkermeistern ergriffen und in seine Zelle (wenn nicht gar in ein finsteres Loch) zurückgestoßen. Der Zeuge konnte nur sehen, was in dem Raum vorging, wo das Verhör stattfinden sollte. Nun habe ich zwar nicht selbst das hier Berichtete gesehen, aber ich kann für die Genauigkeit und strenge Wahrheit meines Berichterstatters einstehen, der ein Mann ist, welcher nie gelogen hat. Ich enthalte mich jeder weitern Erörterung, aber ich muß Ihren Lesern mit einigen Worten sagen, wer August Blanqui ist. Seit dem Jahre 1831 hat er eine hervorragende Rolle in der republikanischen Partei in Frankreich gespielt; er war das Haupt des Aufstandes von 1839 mit Barbès, Martin, Bernard und Andern, und wurde damals zu lebenslänglicher Gefängnißstrafe verurtheilt, jedoch später durch die Vermittlung seines Bruders, des bekannten Nationalökonomen Blanqui, in Freiheit gesetzt (eine Vermittlung, von der er nichts wußte, da er sonst gegen sie protestirt hätte). Im Jahre 1848 war er der unermüdliche Gegner der Schwächen und Fehler der provisorischen Regierung. Nach dem 15. Mai wurde Blanqui zu zehnjährigem Gefängniß verurtheilt und nach Beendigung seiner Strafzeit von der kaiserlichen Polizei als der öffentlichen Sicherheit gefährlich nach Afrika transportirt. In Folge der letzten allgemeinen Amnestie wurde auch er in Freiheit gesetzt, aber sehr bald nach seiner Ankunft in Paris wurde er unter der vagen Beschuldigung, Mitglied einer geheimen Gesellschaft zu seyn, wieder verhaftet. Blanqui ist jetzt 56 Jahre alt und hat 25 Jahre im Gefängniß zugebracht. Seine strenge Rechtlichkeit, Festigkeit, Kraft und Ausdauer werden selbst von seinen erbittertsten Feinden nicht bestritten; er ist der Schrecken aller Schlechten in jeder Partei. Das ist der Mann, der eine solche Behandlung durch die Diener des 2. Dezember erdulden muß! S. Bernard." Der Schreiber ist natürlich selbst Sozialist, denn nur ein solcher wird von dem alten Propheten in solchen Dithyramben sprechen; und das läßt vermuthen, daß er übertreibt; ob Wahrheit mit Dichtung gemischt ist, können wir natürlich nicht wissen.

* In einem neuen Schreiben, angeblich aus München, setzt der „Moniteur" seine Lobreden auf den Bundestag fort, und spricht dagegen seine Unzufriedenheit mit dem Nationalverein aus. Bei letzterem habe der Ehrgeiz über die Klugheit gesiegt, denn sein größter Wunsch sey, daß sich ein zweiter Friedrich der Große an die Spitze der 40 Millionen Deutschen stelle, um die benachbarten Länder zittern zu machen.*) Die engl. Presse wird gleichfalls von dem offiziellen Blatt getadelt, da sie behaupten konnte, daß die 40 Millionen Deutschen sich fragen, warum sie nicht dasselbe thun sollen, was 26 Millionen Italiener soeben gethan haben.

Italien.

Turin, 14. Juni. Ein Leitartikel der ministeriellen „Opinione" warnt vor reaktionären Demonstrationen; denn diese würden wieder Demonstrationen im entgegengesetzten Sinne zur Folge haben und die Regierung könnte dann keine Verantwortung auf sich nehmen. Weiter wird das Verfahren vieler Nobili in Florenz am letzten Donnerstag, dem Sterbetage Cavours, an welchem dieselben, mit österreichischen und großherzoglichen Orden geschmückt, an der Kirchenprozession theilnahmen, heftig bekämpft. Die Namen dieser Nobili wurden durch die Presse veröffentlicht. Die „Opinione" bedauert, daß einige derselben ein Opfer der Gewaltthätigkeit wurden, und hätte es lieber gesehen, daß die Florentiner jener Prozession gar keine Bedeutung beigemessen hätten. (Tel.d.Ostd.P.)

Turin, 14. Juni. Die Rede des Minister-Präsidenten hat einen sehr vortheilhaften Eindruck hervorgebracht, und es hat ihm auch nicht geschadet, daß man hier weiß, der Kaiser habe durch Hrn. Thouvenel an den König Viktor Emanuel schreiben lassen, um ihm zu sagen, Napoleon III. werde Baron Ricasoli gern als Nachfolger von Cavour sehen (weil er es nicht ändern kann!). Man weiß es Ricasoli hier besonders Dank, daß er mit solcher Entschiedenheit und mit so großem Freimuthe von den Rechten Italiens spricht, und auch die von ihm empfohlene weise Kühnheit ist ganz nach dem Geschmacke des italienischen Publikum. Wir erblicken in der Haltung des neuen Ministers eine sehr richtige Erkenntniß seiner Stellung, welche ihm gebietet, viel klarer und fester sich auszusprechen, da ihm nicht die Autorität Cavours zu Gebote steht.

Die öffentliche Stimmung in Turin ist nicht die beste gegen die Franzosen. Man hat eine neue, angeblich von Garibaldi gebilligte Karte verfertigt, die in den Schaufenstern die Neugierigen anzieht; darauf sind Nizza, Tessin, Tyrolergebiet, Venedig, Triest und Corsica zu Italien geschlagen.

Die Deputirtenkammer in Turin hat den Gesetzentwurf, den Bau einer von Florenz über Arezzo nach Ancona führenden Eisenbahn betreffend, genehmigt.

Aus Genua vom 9. Juni wird der „Triester Zeitung" geschrieben: Auch hier hatte sich die Nachricht von einer schweren Erkrankung Garibaldi's verbreitet. Der Unterschied in der Aufnahme dieser Nachricht und jener vom Tode Cavour's war ein ungeheurer. Während nämlich dieser wohl den Eindruck hervorrief, daß ein großer Mann Italien verloren gegangen, brachte das bloße Gerücht von der Erkrankung Garibaldi's eine so bedeutende Wirkung hervor, daß man unwillkürlich sich wundern mußte, wie ungeheuer vorwiegend die Popularität Garibaldi's sey. Gleich bei dem ersten Eintreffen der Krankheits-Nachricht wurde auf Kosten der Stadt eine Deputation nach Caprera entsandt, um sich persönlich von dem Befinden Garibaldi's zu überzeugen. Gestern Mittags nun kehrte diese Deputation, von einer Menge Volkes am Molo erwartet, zurück und berichtete, daß sie Garibaldi persönlich gesehen, gesprochen und wohlauf gefunden habe. Diese Deputation hatte auch den Auftrag, den Ex-Diktator zu befragen, was an dem Gerüchte Wahres sey, daß er sich nach Amerika einzuschiffen gedenke, und bringt folgende wörtliche Antwort zurück: „Sagen Sie Allen, die Sie darum fragen, daß Garibaldi die Interessen seines Vaterlandes über Alles stelle und nie sein Leben in fremden Kämpfen einsetzen wird, so lange sein eigenes Vaterland noch das Recht und die Veranlassung hat, dasselbe für seine Befreiung zu fordern. Fügen Sie noch hinzu, daß jetzt am wenigsten der Zeitpunkt wäre, in fremdem Lande zu kämpfen, da der Kampf um die Unabhängigkeit Italiens, um die Befreiung von der Fremdherrschaft vor der Thür steht."

Nichtpolitische Zeitung.

Augsburg, 13. Juni. Die Gesammtzufuhr von Wolle dürfte sich nun annähernd auf 4100 Ztr. belaufen. Bis Mittag des gestrigen, dritten Tags große Lebhaftigkeit im Verkauf, zu etwas gedrücktern Preisen als bei Beginn des Markts. Einzelne Produzenten statuirten für kleine Posten ordinärer Waare, die im Vorjahr um 80 fl. begehrt war, erheblich niedrigere Preise: 75 fl. und darunter. Einige größere Quantitäten mittelfeiner Waare wurden unverkauft wieder abgeführt.

Unter den Festen, welche dieses Jahr am Rhein gefeiert werden, wird die allgemeine deutsche Künstlerversammlung in Köln hervorragen, die vom 14. — 16. August stattfinden wird. Das Programm lautet: 13. August: Abends Vorversammlung im Großen Kometen. 14. August: Morgens Frühstück im Garten des Hotel Bellevue zu Deutz. 9 Uhr Versammlung und Berathung der Kunstgenossenschaft im Kasino. 11 Uhr Begrüßung daselbst durch die städtische Behörde. Darauf Zug nach dem Neuen Museum Wallraff-Richartz. Einweihung des Museum durch Reden und Musik. Mittags 2 Uhr gemeinschaftliches Mittagessen im Großen Kometen. Nachmittags 4 Uhr Besichtigung des Doms und der monumentalen Werke der Stadt. Abends 7½ Uhr Konzert auf dem Gürzenich. Später Versammlung im Kasino. 15. August: Morgens Frühstück im Hotel Bellevue. 9 Uhr Künstlerversammlung im Kasino. 2 Uhr Mittagessen der Künstler,

---

*) Hätten wir ihn nur! Wenn uns der Nationalverein solch' einen Mann schaffen könnte, dann wollten wir uns schon Manches von seinen politischen Beglückungs-Theorien gefallen lassen! Daß wir aber von den Männern, die Preußen jetzt aufzuweisen hat, das Heil Deutschlands erwarten und uns ihnen auf guten Glauben in die Arme werfen sollen, das ist denn doch zu viel verlangt. Patzke, Zedlitz, Manteuffel — sind das nicht verlockende Persönlichkeiten? Graf Schwerin ist freilich ein ehrlicher Mann, und er mag noch viele Genossen in Preußen haben. Aber was hilft die Ehrlichkeit, wenn sie sich nicht traut, die Schäden bei der Wurzel zu packen und auszureißen? Was nützt ein unbefleckter Charakter am Staatsruder, wenn er so schwach ist, sich mißbrauchen zu lassen von Solchen, die es mit der Rechtlichkeit nicht so genau nehmen? Preußen mag zusehen, daß es erst aus der Erbärmlichkeit seiner innern Zustände, aus der jämmerlichen Kraftlosigkeit, in der es jetzt dahin vegetirt, sich aufraffe, bevor es den Anspruch macht, als Führer an die Spitze von 40 Millionen zu treten. Erst wollen wir Manneskraft sehen, dann können wir auch Vertrauen fassen.

**(München, 17. Juni. (Privat-Korrespondenz.) Vom neuen Kriegsminister sind die Ministerialreferenten Generalauditor Frhr. von Reichling-Meldegg und Oberkriegskommissär Gropper zu Regierungskommissären für die Dauer des Landtages ernannt worden.

München, 17. Juni. Der hiesige Gewerberath sucht für seine Gegenvorstellung, den in die Kammer gebrachten Antrag wegen Gewerbefreiheit betr., Mitgenossen und Unterschriften, zu welchem Zwecke er sich auch an den Magistrat in Augsburg wendete mit der Bitte, sich anzuschließen und den Gewerberath, die Vereine und Korporationen ebenfalls dazu zu veranlassen. Der Augsburger Magistrat beschloß jedoch, daß dem Ansinnen nicht entsprochen und jenes Kommunikat lediglich ad acta gelegt werde. (Südd. Ztg.)

Vom Landrathe von Oberfranken wurden der k. Kreisregierung aus Kreisfonds die erforderlichen Mittel zur Aufstellung eines tüchtigen landwirthschaftlichen Kultur-Technikers, welcher oberfränkischen Landwirthen, namentlich auch den Kleinbegüterten und den sich bildenden Genossenschaften, bei größeren landwirthschaftlichen Kulturen mit seinen Erfahrungen beizustehen habe, angeboten.

* **Preußen.** Die „National-Zeitung" zieht die Bilanz der eben geschlossenen Landtagssitzung und findet voll Unmuth, daß sie sehr schlecht steht. Was für Entlastung des Volkes, für Förderung seiner materiellen und moralischen Kraft geschehen, das sey blutwenig, Alles nur Kleinigkeiten. Dagegen sey das Volk belastet worden mit Forterhebung der Kriegszuschläge zu den persönlichen Steuern, mit Erhöhung der Grund-, Gewerbe- und Häusersteuer, mit Vermehrung des Heeres im Frieden; Alles, was nur irgendwie von der Steuerkraft des Landes zu erpressen sey, werde jetzt in den immer größer klaffenden Schlund des Armeebudget geworfen; woher soll dann etwas zu nehmen seyn, wenn die Zeit der Noth komme? Sie schließt ihren Artikel mit folgenden Worten: „Die Aussichten sind trübe. Es muß die ganze Kraft der Reformagitation zusammengenommen werden, um die durchgreifende Umgestaltung unserer Gesetzgebung herbeizuführen, zu welcher das gegenwärtige Ministerium nur die Hoffnungen anregen, nicht die Hand bieten konnte. Die Finanzlage Preußens ist eine sehr gefahrvolle, weil es Aufgaben übernommen hat, denen es nicht gewachsen ist, weil es sich durch eine nicht in die moralische Kraft des Volkes zurückgreifende Vermehrung der Wehrkraft wirthschaftlich und moralisch schwächt und nicht einmal die Energie gefunden hat, durch Beseitigung der Hemmnisse produktiver Thätigkeit die Hülfsquellen des Landes zur vollen Geltung zu bringen. Wirthschaftliche Reformen von Grund aus thun Noth, die schwebenden politischen Fragen mögen sich gestalten, wie sie wollen, und mit voller Kraft der Ueberzeugung werden Volk und Parlament an der Befreiung der wirthschaftlichen Kräfte arbeiten müssen. Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Zinsfreiheit, Handelsfreiheit, Abgabenreform sind bei uns nicht Luxusartikel, welchen die Agitation etwa beiläufig einen verlangenden Blick zuzuwerfen hätte: sie sind Lebensfragen für den Staat geworden."

Oesterreich. In Wien ist eine aus Staatsmännern und Kirchenrechtslehrern bestehende Kommission zusammengetreten, deren Aufgabe es ist, die neuen Normen des Eherechts im Anschluß an das Protestantengesetz festzustellen.

Frankreich.

Paris, 15. Juni. In der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers griff Hr. Henon, der offizielle Deputirte von Lyon, einen Gesetzentwurf in Betreff einer von dieser Stadt zu kontrahirenden Anleihe im Betrag von 9,600,000 Frcs. für öffentliche Bauten scharf an. Henon verwahrte sich gegen diese neue unnütze Last, welche die Verwaltungskommission, welche man der Stadt Lyon statt eines gewählten Gemeinderaths aufgedrängt habe, ihr nun aufbürden wolle. Er stellt die Finanzlage dieser Stadt in das ungünstigste Licht. 1851 habe Lyon ein Vermögen von 15 Mill. in Liegenschaften und 10 Mill. Schulden gehabt; der jährliche Ueberschuß der Einnahme habe 600,000 Frs. betragen. Heutzutage habe die Stadt keine Liegenschaften mehr und mehr als 50 Mill. Schulden. Die Seidenfabrikation liegt mehr als je darnieder; die 40,000 Webstühle stehen beinahe alle still, und trotzdem, daß die Arbeiter dem größten Elend preisgegeben seyen, wolle man von dem beabsichtigten Anlehen allein 670,000 Frs. zur Verschönerung des Stadthauses, „um dasselbe zur Aufnahme hoher Gäste würdig einzurichten", ausgeben. Schließlich verlangte er als Hauptgegenmittel gegen diese Uebelstände, daß man in Lyon die Stadtbehörden wieder von der Bürgerschaft wählen lasse, anstatt sie von oben herab zu ernennen. In Lyon sey freilich unter der kaiserlichen Regierung Manches verbessert worden, was früher nicht zu erreichen war, man wisse aber auch, was es gekostet hat, und müsse bedenken, daß auch Rom während der fünfhundert Jahre der Freiheit nicht so viele Verschönerungen erhielt, als unter dem Despotismus des Augustus. Und in dem Departement von Lyon, das man so blühend schildere, nehme die Armuth immer mehr zu, leide der Handel und herrsche unter den Arbeitern das größte Elend. Der Stand der Fabriken sey der Art, daß, wenn er anhielte, es zu einem allgemeinen Ruin kommen werde; seit Menschengedenken sey die Fabrikation nicht in solchen Nöthen gewesen, weder 1830, noch beim Brand New-Yorks 1837 oder selbst 1848 sey das Mißbehagen dort so groß gewesen, als jetzt. In der Umgegend Lyons seyen mehrere industrielle Städte schon ganz untergangen; wo seyen die Papierfabriken von Annonay, die Bandfabriken von St. Etienne, die Glashütten von Givors oder die Rhoneschifffahrt hingekommen? Reveil, Berichterstatter, hält die Ausgaben für gerechtfertigt und schreibt die gedrückte Lage Lyons den Verhältnissen in Amerika zu, die vorübergehend wären, dann würden die neuesten Handelsverträge Lyon rasch wieder aufhelfen. Der Antrag wird mit 226 gegen 6 Stimmen angenommen und Henon hat wieder einmal tauben Ohren gepredigt. Was vermögen sechs Liberale gegen ein paar Hundert unterthäniger Diener?

Paris, 15. Juni. Die Beschlagnahme des neuesten Werkes des Herzogs v. Broglie: „Vues sur le gouvernement de la France", scheint ein neues Schlaglicht auf die Aera der Preßfreiheit werfen zu sollen, welche Herr v. Persigny mit so viel Ostentation angekündigt hat. Die offiziöse „Patrie" behauptete gegenüber den Angaben des „Ami de la Religion", daß nicht die Polizei, sondern die Justiz gegen das Buch eingeschritten sey. Das angegriffene Journal stellt diese Behauptung auf das Bestimmteste in Abrede, und nach den weitern Mittheilungen des genannten Blattes wird der Herzog v. Broglie sein Recht bis auf's Aeußerste vertheidigen. Der „Ami de la Religion" theilt nämlich unterm 13. Juni mit: „Am vorigen Sonnabend hat der Polizeipräfekt bei dem Drucker ein Werk des Herzogs v. Broglie: „Vues sur le gouvernement", mit Beschlag belegen lassen. Dieses Werk war nicht gedruckt, sondern autographirt und nur in 100 Exemplaren (für Freunde bestimmt) abgezogen. Vorgestern hat der Herzog v. Broglie den Polizeipräfekten durch den Huissier auffordern lassen, ihm die weggenommenen Exemplare in 24 Stunden zurückzuerstatten, und seine Forderung damit begründet, daß sein Werk keine Publizität erhalten hatte und daß nach dem Wortlaut des Gesetzes keine Schrift von mehr als 10 Bogen vor der Veröffentlichung mit Beschlag belegt werden darf. Da diese Aufforderung ohne Folge geblieben ist, hat der Herzog v. Broglie heute beim Präsidenten des Civilgerichts das Gesuch eingereicht, zur Vorladung des Polizeipräfekten behufs Rückerstattung der weggenommenen Exemplare ermächtigt zu werden."

Paris, 15. Juni. Die vorgestrige Senatssitzung bot lebhaftes Interesse durch den Kampf zwischen dem Kardinal Mathieu und dem Minister Billault, in welchem der Prälat eine gänzliche Niederlage erlitt. Es handelte sich nämlich um eine Petition, welche von 60 Einwohnern, theils Fabrikanten theils Werkmeistern von Lille, an den Senat gerichtet wurde, um diesen zu bitten, daß er die Aufmerksamkeit der Regierung auf ihre Arbeiter richten möchte, die, fast alle Flamänder, durch die Ausweisung der belgischen Redemptoristen der religiösen Hülfe sich beraubt fänden. Der Minister trat mit größerer Schärfe, mit mehr Rücksichtslosigkeit, als dies bisher religiösen Organen gegenüber geschehen ist, gegen die Angriffe des Kardinals und gegen den Klerus überhaupt auf; beschuldigte die Ausgewiesenen der Sittenlosigkeit, des Bettels, des Anwerbens von Minderjährigen für ihren Orden 2c., und der Senat, der bei andern Gelegenheiten soviel Sympathien für die Kirche an den Tag gelegt hat, stimmte nicht nur fast einstimmig für die Tagesordnung, sondern stellte sich während der Debatte mit hervortretender Heftigkeit auf die Seite des Ministers. Wieder eine jähe Umwandlung, durch den zürnenden Gott in den Tuilerien herbeigeführt.

Paris, 17. Juni. Die Minister Thouvenel und Persigny, sowie Marschall Vaillant haben heute dem Trauergottesdienste beigewohnt, der von der italienischen Gesandtschaft in der Madeleinekirche für den Grafen Cavour veranstaltet wird. (S.M.)

* Die Gesandtschaft, welche der König von Siam nach Frankreich geschickt hat, ist dieser Tage in Paris angekommen.

Das englische Journal „The national Reformer" sagt in einem Artikel, der die ironische Ueberschrift „Louis Napoleon der Gute" trägt: Wir geben den folgenden Auszug aus einem französischen Brief, der uns aus einer durchaus zuverlässigen Quelle

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 167.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 19. Juni 1861.

Oesterreichs Finanz-Maßregeln.

Ueber die bevorstehenden Finanzmaßregeln Oesterreichs schreibt man der „Köln. Ztg." aus Wien unterm 14. Juni Folgendes: „Es handelt sich bei der erwarteten Plener'schen Finanzoperation zunächst um eine Feststellung des Verhältnisses der Nationalbank zur Finanzverwaltung. Es gedenkt nun der Finanzminister im künftigen Monat den Bankausschuß einzuberufen, um diese außerordentliche Versammlung, wie ich höre, aus den Reihen der Bankaktionäre durch Theilnehmer mit Sitz und Stimme bis zur Höhe von 150 bis 200 Anwesenden verstärken zu lassen, von deren Einsicht und Patriotismus erwartet wird, daß sie nothwendigen Maßregeln, aus deren Vollzug weder der Staat noch die Bankaktionäre, sondern nur das große Publikum Nutzen ziehen soll, keine Schwierigkeiten bereitet werden, indem es festzustehen scheint, daß der Finanzminister die Annahme seines Planes von Seiten der Bank in seinen prinzipiellen Hauptumrissen als Conditio sine qua non der Verlängerung des Bankprivilegium hinstellen will. Von diesem Standpunkt aus dürften daher die demnächst stattfindenden Berathungen des verstärkten Bankausschusses das Interesse der Finanzwelt in hohem Grade in Anspruch nehmen, weil die von Hrn. v. Plener beantragten Maßregeln ausschließlich eine radikale Reform des innersten Wesens unserer Nationalbank in's Auge fassen, mit welcher die Regelung des Verhältnisses des Staates zu diesem Institute und die Ordnung der umlaufenden Geldmittel H. [illegible] in Hand gehen sollen. Was nun die Bankreform anbelangt, [illegible] gedenkt der Minister, die zur Zeit bestehende Bankdirektion in drei von einander scharf getrennte Hauptverwaltungszweige zu scheiden, und zwar in eine Zettelbank, in eine Leih- und Escomptebank und schließlich in eine Hypothekenbank. Die Staatsverwaltung würde sich jeden Einflusses auf die Geschäftsgebarung und auf die Ernennung der mit der Leitung dieser drei Geschäftszweige der Bank betrauten Persönlichkeiten begeben und letztere aus der freien Wahl des Bankausschusses hervorgehen, wobei diesem auch noch das Recht eingeräumt würde, die Bank-Gouverneurstelle selbst einer außerhalb des Kreises des Bankausschusses stehenden Persönlichkeit zu verleihen. Zur Leitung des wichtigsten Geschäftszweiges, der Zettelbank, wird eine auf drei Jahre gewählte, aus sechs Personen bestehende Direktion zusammengesetzt, deren Präsident der Bankgouverneur ist; zu den übrigen fünf Mitgliedern werden vom Bankausschuß zwei, ebenso viele vom Abgeordneten- und eine Persönlichkeit vom Herrenhause des Reichsrathes auf die oben erwähnte Zeit gewählt, die nach Ablauf der Funktionsdauer austreten, aber wieder wählbar sind. Rücksichtlich der Leih- und Escompte-, sowie der Hypothekenbank, deren Geschäfte mehr privatrechtlicher Natur sind, findet in Bezug auf erstere die wesentliche Modifikation statt, daß im Wechsel-Censur-Komite kein landesfürstlicher Kommissär, wie bisher, sitzen wird, sondern die Annahme oder Zurückweisung der eingereichten Wechsel ausschließlich dem vom Ausschuß gewählten Komite anheimgestellt bleibt. Nicht minder wichtig als diese auf eine theilweise Abänderung der Statuten der Bank hinzielenden Reformen sind die Entschließungen des Finanzministers über die Schuld des Staates an die Bank. Dieselbe beträgt bekanntlich in runder Summe:

ältere verzinsliche Staatsschuld	44	Mill. fl.
für verpfändete Staatsgüter	91	„ „
1859er Kriegsanlehen	99	„ „
auf das unbegebene englische Anlehen . .	30	„ „
	264	Mill. fl.

Von dieser Schuld tilgen sich durch seit dem Jahre 1818 fortgesetzte jährliche Verloosung 44 Mill.; weiter übernimmt der Staat wieder in eigene Rechnung an Noten zu 1 und 5 fl. 100 Mill., zusammen 144 Mill., nach deren Abzug die ganze Schuld des Staates an die Bank auf eine dem jetzigen Bankbaarvorrathe beinahe ganz gleiche Summe von 120 Mill. fl. reduzirt wird. Dieser Betrag soll, analog dem in einem ähnlichen Falle der englischen Regirrung und der Bank von England getroffenen Uebereinkommen, fortan als eine stabile unverzinsliche Staatsschuld an die Bank angesehen werden und gleichsam das Aequivalent bilden, das die Bank für die Erneuerung ihres Privilegium dem Staate zu bringen hätte. Ein saurer Apfel zwar, in den sie sich jedoch eher zu beißen, als unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu liquidiren entschließen dürfte, was bei der großen Menge der mit circa 474 Millionen zirkulirenden Noten eine schwierige Aufgabe wäre. Diese Masse Papiergeld in einer den Verkehr nicht störenden Weise auf den unumgänglichen Bedarf zurückzuführen und das leidige Agio wo möglich ganz verschwinden zu machen, bildet den letzten Theil der ministeriellen Vorlage, welche gar keinen Zweifel darüber aufkommen läßt, daß der Minister energisch in unsere zerrütteten Geldverhältnisse einzugreifen Willens ist. Demnach soll die Bank verhalten werden, von ihrem circa 90 Mill. in Silber und 30 Millionen in Südbahn-Raten betragenden Baarvorrathe die Hälfte mit 60 Millionen und dazu von den ihr zur Deckung bei mehreren früheren Gelegenheiten gegebenen Staatsschuldverschreibungen bis zur Höhe von 150 Millionen zu verkaufen, die dafür eingegangenen Noten nicht mehr auszugeben, sondern unter Staatsaufsicht vertilgen zu lassen. Die der Bank zur Last fallenden Staatsgüter, deren Administration derselben keinen wie immer gearteten Vortheil gewährt, werden vom Staate in eigene Regie wieder übernommen, wogegen der Staat sich verpflichtet, die auf Grundlage dieses Immobiliar-Besitzes von der Bank emittirten 100 Millionen Gulden in Noten zu 1 und 5 fl. selbst in der kürzesten Frist einzulösen. Dagegen würde der Staat, um die umlaufenden Papiergeldzeichen mit dem Bedarfe danach so ziemlich au niveau zu halten, 60 Millionen in Reichsnoten, jedoch in nicht kleineren Appoints, als zu 100 fl., emittiren, die nur im Wege der Einwechselung durch die Bank in Umlauf gebracht werden dürften. Nach dieser Operation, welche jedenfalls eine momentane Geld- und Waarenkrisis nach sich ziehen würde und den Uebelstand eines zweifachen Papiergeldes, Bank- und Reichsnoten, im Gefolge hätte, über deren gegenseitigen Werth sich noch kein Urtheil abgeben läßt, würde sich somit Oesterreichs Papiergeld-Zirkulation, wie folgt, herausstellen:

An Banknoten für die stabile Staatsschuld . . .	120	Mill.
In 1- und 5-fl.-Noten, vom Staate übernommen	100	„
An Reichsnoten	60	„
Summa	280	Mill.

wofür 60 Millionen in Silber den Baarvorrath der Bank bilden würden.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 16. Juni. Se. Maj. der König hat die zweite protestantische Pfarrstelle zu St. Georgen bei Bayreuth dem Stadtvikar in Bamberg, Joseph Boehner aus St. Georgen, die protestantische Pfarrstelle zu Buch am Forst, Dek. Michelau, dem Pfarrer zu Lauenstein, Dek. Ludwigstadt, Johannes Vogel, verliehen; genehmigt, daß das Sendlinger'sche und das Rieschl'sche Benefizium an der Metropolitanpfarrkirche zu U. L. Frau zu München von dem Erzbischofe von München-Freising dem Koadjutor an der Stephanskirche, Priester Aug. Loseher, verliehen werde; den Pfarrer Joh. Kleindienst zu Buchenbach, Dek. Schwabach, seiner Bitte entsprechend, emeritirt. (N.M.Z.)

München, 15. Juni. (Militärdienstes-Nachrichten.) Dem pensionirten Oberlieutenant Wilh. Haas wurde die nachgesuchte Entlassung aus dem Heerverbande mit Pensionsfortbezug bewilligt; das Dienstestauschgesuch der Unterlieutenante Albin Mattenheimer vom Infanterie-Leib-Regiment und Friedr. Höcht vom 14. Inf.-Reg. genehmigt. (Mil.-Verordngsbl.)

und da wenig Kontremine besteht, sind anständige Zinsen zu bedingen. Lebhafter Verkehr war in Venetianern, auf die wir in unserm vorwöchentlichen Bericht aufmerksam machten und die ½ pCt. gewannen. Sie wurden von Privaten direkt gekauft und auch gegen 5proz. Lombarden eingetauscht; letztere finden ihren Markt theilweise in Belgien. Im Ganzen schliessen wir für österr. Effekten nach geringen Schwankungen zu fast denselben Kursen wie vor acht Tagen. Nur österr. Bankaktien etwas niedriger; die Frage dafür hat nachgelassen, da man noch immer im Dunkel über die Zukunft dieses Instituts und die Vorschläge für die Valuta-Regulirung schwebt.

Süddeutsche Fonds behaupten sich durch anhaltenden Bedarf auf ihren hohen Preisen, nur bayerische etwas schwächer, desgleichen von fremden Fonds spanische. — Zwei neue Anlehensgeschäfte wurden diese Woche vom Stapel gelassen. Das erste sind die schon mehrfach besprochenen 15 Frs.-Loose des Kantons Freiburg, das zweite ist die Anleihe der Stadt Brüssel im Betrag von 20 Millionen.

Unter den Kreditaktien war das Geschäft in österreichischen diese Woche stiller als gewöhnlich; am Mittwoch 148, hoben sie sich heute wieder bis 150½, denselben Kurs, wie vor 8 Tagen. Dagegen scheint sich die Spekulation für Darmstädter wieder etwas zu animiren, da die Befugniss der Direktion, bei 70 pCt. zwei weitere Millionen zu kaufen, den Rücken deckt.

Bei Eisenbahn-Aktien haben wir zunächst zu bemerken, dass der Eindruck der vorgestrigen Generalversammlung den Kurs der Rhein-Nahebahn um 3 pCt. gehoben hat. — Von pfälzischen Bahnen Bexbacher behauptet, Weissenburger bis Pari bezahlt. Auch bayer. Ostbahnen voll höher gefragt, wogegen Interimsscheine unverdient zurückstehen. — Auch in Taunusaktien war diese Woche einige Nachfrage zu höherm Kurse. Dem Vernehmen nach soll die nassauische Regierung hinsichtlich des Flörsheimer Brückenbaues andern Sinnes geworden seyn und die Genehmigung nicht mehr absolut verweigern. — Prioritäten ohne wesentliche Veränderung.

Der Medio hat sich leicht abgewickelt; wie schon gesagt, war kein Mangel an Effekten. Geldverhältnisse bleiben günstig. Die Kurse auf London und Paris dürften indess den Höhepunkt erreicht haben. Es wurden die ganze Woche über grosse Posten Napoleons für Frankreich und Italien gekauft, da in diesen Ländern Bedarf für die Seidenernte ist, sowie in Preussen für die Wollmärkte, weshalb sich auch der Preis der Thaler-Devisen erhöht hat. So könnten die hohen Wechselkurse Metallabfluss von unserm Platz bewirken und vielleicht auf den Geldstand wirken. (Akt.)

Neueste Nachrichten.

München, 15. Juni. (Militärdienstes-Nachrichten.) A. Aerztliches Personal: Pensionirt wird: der Reg.-Arzt Dr. Joh. Steiner von der Kommandantschaft der Veteranen-Anstalt. Versetzt werden: der Reg.-Arzt Dr. X. Gast vom Genie-Reg. zur Kommandantschaft der Veteranenanstalt, der Bat.-Arzt Dr. C. Lotzbeck vom 1. Inf.-Reg. zur Kommandantschaft München; dann die Unterärzte Dr. P. Müller vom 10. Inf.-Reg. zum 1. Inf.-Reg., Dr. Ph. Ebenhöch vom 3. Chev.-Reg. zum 1. Art.-Reg., Dr. Ed. Bölk von der Kommandantschaft Ingolstadt zum 7. Inf.-Reg., Dr. J. Obermüller vom Festungs-Gouvernement Landau zum 1. Inf.-Reg., Dr. Rudolph Brach von der Kommandantschaft Germersheim zum 10. Inf.-Reg., Dr. G. Baumann von der Kommandantschaft Germersheim zum 13. Inf.-Reg., Dr. J. Apolger von der Kommandantschaft Nürnberg zum 3. Chev.-Reg. und Dr. J. Ettinger vom Festungs-Kommando in Ulm zum 2. Infanterie-Regiment. Ernannt werden: zu Unterärzten in provis. Eigenschaft: die Gemeinen Dr. A. Schneider vom Inf. Leib.-Reg. im 14. Inf.-Reg., Dr. C. Seggel von der 2. San.-Komp. im 4. Jäger-Bat., und Dr. W. Beyer von der 1. San.-Komp. bei der Kommandantschaft Germersheim; ferner Dr. A. Lobter aus Augsburg im 2. Chev.-Reg., Dr. J. v. Schiltberg aus Reichenhall bei der Kommandantschaft Ingolstadt, Dr. A. Meyer aus Neuburg a/D. beim Fest.-Komm. in Ulm, Dr. R. Friedrich aus Würzburg und Dr. J. Hoffmann aus Nürnberg beim Fest.-Gouv. Landau, Dr. A. Berr aus München und Dr. A. Dering aus Kettershausen bei der Kommandantschaft München, Dr. R. Sieger aus Neustadt a/A. bei der Kommandantsch. Germersheim. Befördert werden: zu Regimentsärzten 1. Klasse: die Reg.-Aerzte 2. Klasse Dr. G. Kitzing bei der Leibgarde der Hartschiere, Dr. L. Loe bei der Kommandantschaft des Invalidenhauses, und Dr. Aug. Beck im 10. Inf.-Reg.; zu Reg.-Aerzten 2. Klasse: die Bat.-Aerzte Dr. K. Stägmeyr bei der Garnisons-Kompagnie Nymphenburg, Dr. H. Seitz im 13. Inf.-Reg., Dr. St. Guttenhöfer vom 5. Chev.-Reg., und Dr. Otto Deppisch vom 4. Jäger-Bat. im 12. Inf.-Reg.; zu Bataillonsärzten: die Unterärzte Dr. Aug. Camerer im 1. Chev.-Reg., Dr. A. Wingefelder vom 14. Inf.-Reg. im 4. Jäg.-Bat., Dr. Edm. Kunstmann vom 2. im 1. Inf.-Reg., und Dr. Heinr. Hell im 15. Inf.-Regiment.

B. Apotheker-Personal. Versetzt werden: der Oberapotheker Wilh. Gerstner von der Stadt- und Festungskommandantschaft Germersheim zur Kommandantschaft München, der Unterapotheker 1. Klasse Max Grazioli von der Kommandantschaft München zur Kommandantschaft Augsburg, und der Unterapotheker 2. Klasse Ludwig Promberger von der Kommandantschaft Nürnberg zur Militär-Rechnungskammer. Befördert werden: zum Oberapotheker 1. Klasse: der Oberapotheker 2. Klasse Karl Thomann beim Festungs-Gouvernement Landau; zum Oberapotheker 2. Klasse: der Unterapotheker 1. Klasse Ludwig Waas von der Kommandantschaft Augsburg bei der Kommandantschaft Germersheim; zum Unterapotheker 1. Klasse: der Unterapoth[illegible] 2. Klasse August Kitzing bei der Militär-Rechnungs-Kamm...

(Mil.-Verordngsbl.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. f. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	81⅝ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	65 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	57½—¼ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	49⅞ P.
„	4½ pCt.	43½ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	89 G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	103¼ P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103⅛ P. 102¾ G.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103⅜ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	—
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100¾ P. ⅝ G
„	3½ pCt. Obl. dto.	97¾ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104⅞ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95⅜ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	102¾ P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	95⅜ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	102⅞ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100¼ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94 G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102¾ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98⅞ P.
„	3 pCt. Obl.	92 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	48¾ P. ½ G.
„	1¾ pCt. „ „ „	42⅛ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	99⅝ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	109⅜ P. 109 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	866 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	153—152½ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	190 P. 188½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	69¾ G.
Internationale Bank in Luxemb. . .	84 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	319 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	67 P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	232 P.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	120 P. 119 G.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	76⅝ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	25 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 8 pCt. .	138 P. 137½ G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	100 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51⅛ G.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	237 P. 236 G. ex C
Span. Handels- u. Industrie . . .	530 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	475 P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	104¾ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. 100½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99½ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B. 99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105¼ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96¼ B
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105⅛ G.
London Lst. 10 k. S.	118⅞ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93¼ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅛ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. k. S.	86⅜ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	83 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	49¼ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	64½ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	131¼ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	62½—¼ G.	„ fl. 25 do.	35¼ G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	99⅞ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	36⅛ P.
4½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beilt.	126 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	51 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	37½ P.
Badische fl. 50	90¼ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10⅜ P.
Badische fl. 35	52⅞ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 17. Juni. Oesterr. Fonds, Bank- und Kreditaktien erfuhren abermals eine namhafte Preiserhöhung, an welcher auch Wechsel auf Wien Theil nahmen. In den übrigen Fonds keine wesentliche Veränderung. (Synd.)

Koalition warten will, bis die neue Geschäftsordnung in Wirksamkeit getreten seyn wird, weil diese nicht mehr die Vorfrage kennt, mittelst derer es, nach der alten Geschäftsordnung, der Majorität möglich seyn würde, den Antrag ohne Debatte zu beseitigen. Die Linke verlangt deßhalb vom Präsidenten, daß er, um die Tendenz einer solchen Verschleppung so recht bloßzulegen, den Abg. Rieger in jeder Sitzung frage, ob es ihm genehm sey, heute das Wort zur Motivirung seines Antrages zu nehmen.

= Pesth. (Unterhaus-Sitzung vom 14. Juni.) Heute wurde die Adresse (die nach den neulichen Vorfällen nicht mehr Deaks Werk, sondern ganz nach dem Geschmack der Radikalen zugestutzt ist) verlesen und einstimmig angenommen. Sie geht nunmehr an das Oberhaus. Die künftigen Tagesordnungen wurden dahin bestimmt, daß das Haus zuerst über den Beschluß-Antrag Tisza's (ursprünglich Teleki's) debattiren soll, d. h. doch leeres Stroh dreschen, um nur die Zeit der Entscheidung hinauszuschieben; denn dieser Antrag ist ja durch Annahme der Adresse schon erledigt; Teleki wollte ja eben statt der Adresse einen Beschluß, d. h. ein Manifest des Landtags mit stillschweigender Umgehung des Fürsten. Darauf wird die provisorische Festsetzung der Jurisdiction, drittens die Nationalitäten-, und viertens die Steuerfrage an die Reihe kommen.

= Wien, 15. Juni. (Privat-Korresp.) Wie der ungarische Hofkanzler Baron Vay es früher liebte, von der Partei Deak-Eötvös sich ein wenig drängen zu lassen, um nicht durch seine altkonservativen Kollegen Szecsen und Zsedenyi überflügelt zu werden, so benützt er jetzt nicht mehr die Liberalen als Mauerbrecher gegen die Altkonservativen, sondern umgekehrt als Schutzwehr gegen den hereinbrechenden Radikalismus. Der Freiherr hat sich ganz entschieden auf den Standpunkt der Altkonservativen gestellt und verlangt Auflösung des ungarischen Landtages, weil dieser in seinem ungeberdigen Verfahren alles Maß überschreite. Dabei stößt er aber auf energische Opposition von Seiten des Herrn v. Schmerling, der den Plan, das Unterhaus sich weiter kompromittiren und schließlich verbluten zu lassen, befürwortet. Nun hat es allerdings mit dem Argument, das der Staatsminister für sich anführt, seine Richtigkeit, daß die Zügellosigkeit der Pesther Versammlung Oesterreich nur genützt habe, während eine Auflösungsordre einen reaktionären Anstrich habe, und somit den kaum wieder hergestellten Ruf der Regierung in den Augen des Auslandes abermals gefährden würde. Indessen ist die Kehrseite der Medaille ebenfalls nicht zu übersehen. Es würde dann „ein Feilschen von zwei Seiten her um die Haut Ungarns“ beginnen, nämlich von Seite der Wiener Regierung sowohl als von Seite der nicht-magyarischen Stämme Ungarns, und ob dieses Feilschen gerade ganz im Guten abläuft, ist nach den vor 12 Jahren gemachten Erfahrungen etwas zweifelhaft. Indessen wird man der Wiener Regierung kaum eine bessere Politik vorzuschlagen wissen, als diese, trotz der Gefahr, die sie einschließt.

Aus Fiume wird uns gemeldet, daß auch der dritte Versuch der Regierung, dort Abgeordnete für den kroatischen Landtag wählen zu lassen, erfolglos geblieben ist. Es erschienen nämlich keine Wähler. In Folge dessen wurde die Wahlkommission sofort aufgehoben.

Großbritannien.

London, 15. Juni. Dem heute offiziellen Ausweise über die Auswanderung im Jahre 1860 zufolge hatten sich während desselben in den Häfen des vereinigten Königreichs 128,169 Emigranten eingeschifft, um 8037 mehr als im Jahre 1859, aber um 31.659 weniger als die Durchschnittszahl der letzten fünf Jahre. Den höchsten Grad hat die Auswanderung im Jahre 1852 erreicht, als täglich über 1000 Personen aus England auswanderten; seitdem hat sie stetig abgenommen. Unter 128.169, die im verflossenen Jahre auswanderten, befanden sich 26421 Engländer, 8733 Schotten, 60835 Irländer, 4536 Ausländer, die ihren Heimathsort angaben, und 27,944, deren Vaterland nicht bekannt wurde. Die Gesammtauswanderung aus dem vereinigten Königreiche war, in den letzten 46 Jahren zusammengenommen, 5,046,067 Köpfe stark, somit genügend, um ein Königreich zu bevölkern.

Frankreich.

Meldungen aus Paris zufolge soll der Gesundheitszustand Napoleons III. keineswegs befriedigend seyn, und hätten ihm die Aerzte absolute Enthaltung von jeder geistigen Thätigkeit dringend empfohlen. Wie viel oder wie wenig an diesen Nachrichten Wahres ist, wissen wir nicht. Bezeichnend aber ist es, daß der „Moniteur“ ausdrücklich meldet, der Kaiser habe am Donnerstag drei Stunden lang an einer Hetzjagd im Walde von Fontainebleau Theil genommen.

Marschall Magnan spricht sich in einem Tagesbefehl gegen die häufigen Selbstmorde unter den Soldaten aus, und ermahnt sie, den Muth zu zeigen, das Leben mit allen seinen Beschwerden zu ertragen; Selbstmord sey feiger Undank, denn das Leben des Soldaten gehöre dem Staat; Verzweifelnde sollten zu ihm kommen, er wolle sie trösten.

Portugal.

Aus Portugal trifft die Nachricht ein, daß Umsturz-Aufrufe die Regierung beschuldigen, sie wolle die Armee vernichten, um die Nationalunabhängigkeit zu verkaufen; diese Aufrufe schließen mit einem Lebehoch auf Saldanha.

Italien.

Die klerikale „Armonia“ erzählt nachträglich vom Grafen Cavour mehrere Züge, die den Beweis liefern, daß er die Freiheit nicht, wie so Manche, für sich allein, sondern für Alle wollte. Unter Anderem hatte es die „Armonia“ seiner persönlichen Verwendung zu danken, daß sie die Sammlungen für den Peterspfennig ungestört fortsetzen durfte, nachdem irgend ein Klub in Mailand eine besondere Deputation an die Minister abgesandt hatte, um ihn zu bestimmen, einen „Hochverraths-Prozeß“ gegen das Blatt einleiten zu lassen. Ein Erzbischof hatte eine Beschwerde unmittelbar an den König gerichtet und die Redaktion der „Armonia“ ersucht, dieselbe an Ort und Stelle gelangen zu lassen. Diese vertraute die Schrift der Loyalität des Grafen Cavour an, der dieselbe nicht nur Sr. Majestät übergab, sondern auch drucken ließ, obschon sie hauptsächlich gegen ihn selbst gerichtet war. Ein anderes Mal überreichte ihm die Redaktion das erste Exemplar eines Buches, das gegen seine Politik gerichtet war, und er sprach derselben in einem sehr verbindlichen Schreiben seinen Dank aus. Als die Redaktion sich, nach Aufhebung der Klöster, zu Gunsten eines Nonnenklosters in Ligurien bei ihm verwandte, das buchstäblich Hunger litt, überschickte er sogleich 2000 Lire mit einem langen Schreiben, das den Stempel der edelsten Herzensgüte trug.

Aus Turin, 12. Juni, schreibt man der „Köln. Ztg.“ über den neuen Ministerpräsidenten: „Er gehört dem ältesten Adel Toskana's an, und er hegt den Kultus seiner Ahnen. Die Ricasoli waren mehr Ghibellinen als Guelfen, es ist die Partei des unversöhnlichen Hasses, wie sie uns Dante schildert. Ricasoli gleicht seinen Vorfahren, er ist ein Mann von Eisen, positiv und unbeugsam. Von den einmal erfaßten Gedanken läßt er niemals wieder ab, und es ist merkwürdig, daß Cavour, der geschmeidigste, verträglichste Mann, einen solchen Nachfolger hat. Ricasoli ist von der Wichtigkeit der Erhaltung der französischen Allianz durchdrungen, und somit sind von ihm Zugeständnisse zu erwarten, welche die Situation erheischt; aber Ricasoli wird in keiner Frage einen Zoll breit vom Einheitsprogramm abweichen, darauf dürfen Sie rechnen. Ricasoli wird auch dem Parlamente gegenüber seinen Willen durchzusetzen wissen, nicht einschmeichelnd und gewinnend wie Cavour, sondern gebieterisch imponirend. Ricasoli versteht gut zu reden.“

Nichtpolitische Zeitung.

München, 15. Juni. Mit der gestern zu Ende gegangenen Verhandlung gegen die Gotthardbauerswittwe Regina Janson von Battershausen und Genossen wegen qualifizirten Mordes schloß sich die diesjährige zweite ordentliche Schwurgerichtssitzung für Oberbayern. Von den in 8 Verhandlungen zur Aburtheilung gelangten 12 Angeschuldigten sind 5 zur Todesstrafe (3 wegen Mordes und 2 wegen Raubes IV. Grades), einer zu Zuchthaus auf unbestimmte Zeit, einer zu 10 Jahren, eine zu $8\frac{1}{2}$ Jahren Zuchthaus, einer zu 7 Jahren Arbeitshaus, einer zu $4\frac{1}{2}$monatlicher geschärfter und eine zu 14tägiger Gefängnißstrafe verurtheilt worden. Ein des Raubes Angeschuldigter wurde freigesprochen. Sämmtliche 12 Angeklagte gehörten der Landbevölkerung an, neun davon dem männlichen und drei dem weiblichen Geschlechte; die verflossene Sitzung gehörte sowohl nach der Zahl der verhandelten Straffälle als nach der Zeitdauer (elf Sitzungstage) zu den kürzesten sämmtlicher bisherigen oberbayerischen Schwurgerichtssitzungen. Desto mehr fällt die Schwere der zur Verhandlung gekommenen Reate ins Gewicht.

Handels- und Börsenberichte.

Frankfurter Börse (vom 10. bis 15. Juni).

Samstag. Unsere Börse verkehrte die Woche über in regelmässigem Geschäft, die Spekulation verhielt sich ruhig und die Variationen waren nicht bedeutend. Von österr. Effekten ist wieder mehr Material am Markt,

bayern 3 reale Stärkemachergewerbe im Werthe zu 1750 fl. und in Niederbayern deren [illegible] im Werthe zu 1600 fl. befinden, während doch schon durch kurfürstliche Entschließungen vom 15. Juli und 10. August 1801 das Stärkemachen als eine bloße Hausarbeit erklärt ist, sohin nach Art. 8 des Gewerbegesetzes vom 11. Sept. 1825 unter die der freien Betriebsamkeit vorbehaltenen Gewerbe fällt.

München, 13. Juni. Der Finanzausschuß der Kammer der Abgeordneten hat in der gestrigen Sitzung beschlossen, der Kammer folgende Beschlüsse zu unterbreiten: 1) direkte Eisenbahnfrachten (auf eine Eingabe des Nürnb. Handels- und Fabrikrathes, angeeignet vom Abg. Lang): es sey an Se. Majestät den König die Bitte zu stellen, Allerhöchstdieselben mögen solche Anordnungen zu erlassen geruhen, welche bei der Waarenfracht auf den Staatsbahnen dem inländischen und ausländischen Handel eine gleichmäßige Berücksichtigung zuzuwenden geeignet sind, und Tarifermäßigungen auf dem Weg der direkten Frachtsätze nur da eintreten zu lassen, wo die Konkurrenz mit ausländischen Bahnen solche absolut nothwendig machen; 2) Gehaltsaufbesserung der Postkondukteure (auf eine Eingabe von Postkondukteuren, angeeignet vom Abg. Dr. Völk): die Kammer wolle beschließen, es sey die Vorstellung der Postkondukteure dem k. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten zur möglichsten Berücksichtigung zu empfehlen; 3) Verwendung von Grünmalz (auf die Anträge der Abg. Rabl und Pachmayer): a. es sey den landwirthschaftlichen Brennereien, wo es ohne Gefährde des Malzaufschlags geschehen kann, auf Ansuchen die Anwendung von Grünmalz gegen Entrichtung des Malzaufschlags von 5 fl. 50 kr. von jedem bayer. Scheffel dazu verwendeten Getreides, oder nach Wahl der k. Staatsregierung eines, dieser Besteuerung entsprechenden, temporär fixirten Steueraversum für den einzelnen Brennereibesitzer zu gestatten; b. es sei den Grünmalz verwendenden Brennereibesitzern auf ihr Gesuch unter Anwendung entsprechender Kontrole zu erlauben, die dazu nöthigen Quetschmühlen zu errichten; c. es sey unter Anwendung etwa für nothwendig erachteter Kontrole gegen Mißbrauch den Brennereibesitzern die Verwendung von zur Erntezeit auf dem Feld ausgewachsenem Getreide ohne Aufschlagsentrichtung, wie dieses in verschiedenen Landestheilen bereits der Fall war, im ganzen Königreich diesseits des Rheins gleichmäßig zu gestatten. Bezüglich dieses letzteren beklagt Abg. Graf Buttler in seinem Bericht: „daß die landwirthschaftlichen Brennereien bei uns nicht jenen Aufschwung nehmen können, zu dem sie sowohl ihrer landwirthschaftlichen als ihrer technischen Wichtigkeit wegen berufen seyen, da sie doch ein Hauptmittel, die Landeskultur und die Landesproduktion zu steigern und die wachsenden Bedürfnisse der Städte zu befriedigen, sowie ein äußerst wichtiges Medium, die Fleischproduktion zu befördern. Der Grundgedanke beider Anträge stimmt darin überein, daß die jetzige Malzsteuer für Brennereien in ein dem bisherigen Quantum des Ertrags entsprechendes Fixum, in eine Aversalsumme verwandelt, dagegen der Gebrauch des Grünmalzes (gewachsenes Getreide) freigegeben werden möge. Referent kann diesem Grundgedanken nicht beistimmen, soweit derselbe auf ein allgemeines Steuerfixum gerichtet ist, dagegen wünscht er, daß man der Branntweinfabrikation die Anwendung des Grünmalzes gestatte; hier hätten sich nämlich seither in einigen Regierungsbezirken Anstände ergeben, indem man das auf dem Felde ausgewachsene Getreide, wenn solches zur Branntweinfabrikation verwendet wurde, unter den Begriff des Malzes subsumirte und dessen Verwendung zur Brennerei ohne Aufschlagszahlung untersagte, während es doch notorisch und unbestritten sey, daß solches Getreide zur Erzeugung eines Malzes im Sinne des Aufschlagsmandats unbrauchbar sey und Mißbrauch zum Schaden des Aerars damit nicht stattfinden könne; der Gebrauch des Grünmalzes konnte aber bisher auch schon um deßwillen nicht in Aufschwung kommen, weil man solches nur durch Quetschwalzen brechen konnte, der Gebrauch von Quetschmühlen aber seither untersagt war und empfindlich gestraft wurde, da man wegen dieser auch zum Brechen des Braumalzes tauglichen Mühlen Gefährde des Malzaufschlags befürchtete."

Vom Staatsministerium wurde die Errichtung einer Filiale der bayer. Hypotheken- und Wechselbank in Kempten genehmigt.

* In der Rheinpfalz haben sich sehr viele Stimmen dagegen erhoben, daß das neue Strafgesetzbuch und Polizeistrafgesetzbuch auch in jenem Kreis eingeführt werde; es wird von diesen Stimmen allerdings zwar zugegeben, daß diese Gesetzbücher den diesseitigen Kreisen einen Fortschritt bringen mögen, daß aber die Pfalz mit ihren bisherigen (französischen) Gesetzbüchern ganz zufrieden und dabei glücklich sey. Auf mehreren Versammlungen in verschiedenen Orten der Rheinpfalz wurden neuerlich Erklärungen in diesem Sinne beschlossen. Jetzt hat sich auch der pfälzische Landrath zum Herold dieser Ansicht gemacht, indem er erklärt: „Man möge der Pfalz die neuen Gesetze nicht aufdrängen, auch wenn man jenseits geneigt sey, sie für besser zu halten als die bestehenden; denn ihre Einführung würde die ganze Pfalz einmüthig als eine wahre Kalamität betrachten. Die Pfälzer wollen ihre liebgewonnene Gesetzgebung behalten. Wenn man trotzdem zur Erzielung einer einheitlichen Gesetzgebung für das ganze Königreich die neuen Gesetzbücher auch in der Pfalz einführen wolle, so möge man damit wenigstens warten, bis sie sich in den jenseitigen Kreisen bewährt haben. Uebrigens würden dieselben in der Pfalz niemals einheimisch werden und ihre Einführung keineswegs dazu beitragen, die Anhänglichkeit an das Mutterland zu vermehren. Dagegen nehme die Pfalz Gesetze, die sich jenseits bewährt haben, gerne auf. So wünsche sie das jenseitige Gesetz wegen Bildung der Schwurgerichte (das der Regierung nicht soviel Einwirkung auf Bildung der Geschwornenliste gibt, als das pfälzische.) Auch eine auf freieren Grundlagen beruhende, den Verhältnissen der Pfalz entsprechende, jedoch nicht nach Analogie des jenseitigen Gemeindeediktes abgefaßte Gemeindeverfassung sey ein schon längst ausgesprochener Wunsch, den der Landrath auch heute erneuere."

Speyer, 14. Juni. In der heutigen Sitzung hat der pfälzische Landrath den Antrag Jordans wegen der Weinzölle im Falle des Abschlusses eines Handelsvertrages mit Frankreich angenommen und beschlossen, an den König folgende Bitte zu richten: 1) „Der König wolle in eine Herabsetzung der Zölle auf fremde Weine nicht einwilligen; 2) sollte aber eine Herabsetzung dieser Zölle gegen Einräumung von Vortheilen auf landwirthschaftliche Erzeugnisse nicht ganz zu vermeiden seyn, so wolle dieselbe nur dann gestattet werden, wenn die norddeutschen Vereinsstaaten auf Erhebung der Ausgleichungssteuer Verzicht leisten."

Kaiserslautern, 11. Juni. Wie der „Bote" meldet, sind heute die Lehrer hiesiger Stadt zusammengetreten und haben ein aus 5 Mitgliedern bestehendes Komite gewählt, welches den Entwurf eines neuen Schulgesetzes ausarbeiten soll. Es soll dann mit möglichster Beschleunigung eine Lehrerversammlung berufen werden, um das Nähere zu berathen.

Preußen. Dem Londoner „Morning Herald" wird aus Berlin vom 5. Juni geschrieben: „Jeder, der am hiesigen Hofe Zutritt hat, weiß, daß es die Königin ist, die mit dem Konseil-Vicepräsidenten Hrn. v. Auerswald die auswärtige Politik leitet, und daß nie ein Beschluß gefaßt oder ausgeführt wird, ohne daß die Königin früher um Rath gefragt worden wäre und ihre Zustimmung gegeben hätte. Der Gebrauch, der von diesem hohen Einflusse gemacht wird, ist nicht immer nach dem Geschmack der Minister; doch sind sie zu schwach, um demselben individuell zu widerstehen. In keinem andern parlamentarisch verwalteten Staate Europa's würden derartige Zustände auf die Dauer geduldet werden; das Kabinet jedoch scheint schon daran gewöhnt, sich dem Einflusse der Königin zu beugen. Hr. v. Schleinitz fängt übrigens an die Gefahr zu begreifen, die aus diesen Verhältnissen entstehen könnte, und wieder ist die Rede davon, daß er seine Absicht, aus dem Kabinet auszutreten, angekündigt habe. Folgender Vorfall dürfte dazu beigetragen haben, ihn in diesem Entschlusse zu bestärken: Bei einer Kabinetsberathung hatte der König in ziemlich barscher Weise den Minister des Auswärtigen gefragt, wie es im gegenwärtigen Augenblick mit dem deutsch-dänischen Streite stehe. Hr. v. Schleinitz erwiderte, er hege die Hoffnung, diese schwierige Streitfrage auf diplomatischem Wege lösen zu können. Der König äußerte große Unzufriedenheit über diese Antwort und bemerkte, es sey Zeit, daß dieser Streit beigelegt werde, und Eile thue noth, wofern Preußen nicht alle Sympathien in Deutschland einbüßen solle, worauf Hr. v. Schleinitz, verletzt über diese in Gegenwart seiner Kollegen gemachte Bemerkung des Königs, an der Ansicht festhielt, daß es besser wäre, den Streit mit Dänemark auf dem Wege der Unterhandlungen als vermittelst eines Kriegs zu entscheiden, der ein allgemeiner werden könnte, daran die Bemerkung knüpfend, daß er sich zurückziehen müßte, wenn die Art seiner Geschäftsführung dem König nicht zusagte. Der König stand auf und sagte beim Abgehen dem Minister, er werde sich die Sache überlegen und bald eine entscheidende Antwort ertheilen. Man glaubt, daß der König, bevor er den Minister entläßt, sich wie gewöhnlich mit der Königin berathen wird, und sollte Hr. v. Schleinitz abtreten, dann wird allen Anzeichen nach Hr. v. Auerswald seinen Posten erhalten." Für die Richtigkeit dieser pikanten Mittheilungen mag der „Morning-Herald" stehen.

= **Oesterreich.** Wien, 15. Juni. (Pr.-K.) Bekanntlich hat Dr. Rieger sich die Bestimmung des Tages, an dem er den Vertagungsantrag im Abgeordnetenhaus einbringen will, vorbehalten. Das czechische Organ, die „Narod. Listy", klärt uns über den Grund dieses Manövers nun dahin auf, daß die Fünfziger

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 166. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 38. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dinstag, 18. Juni 1861.

* Die syrische Frage.

Wie unsere Leser wissen, traten vor einiger Zeit die Gesandten der Großmächte in Konstantinopel mit dem Großvezier zu einer Konferenz zusammen, um die Frage zu lösen, wie es nach dem Abzug der Franzosen mit der Regierung Syriens und insbesondere des Libanon gehalten werden solle. Nach langen Zänkereien hat endlich die Konferenz beschlossen, daß der Libanon einen christlichen Fürsten, vorerst auf drei Jahre, erhalten, die Pforte aber nicht gebunden seyn soll, ihn aus den Maroniten (den Christen des Libanon) zu wählen; letzteres nicht, weil er sonst von vorneherein Partei nehmen würde; ein Christ aber soll er seyn, weil die Mehrzahl der Libanon-Bewohner Christen sind. Wer Statthalter von Syrien werden solle, das ist noch nicht entschieden. Diese ganze Geschichte hat übrigens wieder einmal recht handgreiflich gezeigt, daß der Sultan nicht mehr Herr im eignen Hause ist, daß die Türkei gleichsam unter Sequester der europäischen Großmächte steht, die, wo immer eine Schwierigkeit sich ergibt, sofort mit ihrem Rath bei der Hand sind, dessen sich die Pforte in ihrer Schwäche nicht zu erwehren weiß. Und da jede Großmacht, je nach ihrem Vortheil, einen andern Rath gibt, so weiß der Sultan am Ende nicht aus noch ein, und das Klügste, was er noch thun kann, ist dann ein Konferenz, auf welcher die Rathgeber selbst ihre Ansichten austauschen und ausgleichen mögen. Daß das Land aber, an dem auf solche Art herumkurirt wird, darüber am Ende zu Grunde gehen muß, ist klar. Um unsern Lesern eine Vorstellung von dem diplomatischen Getriebe in der syrischen Frage zu geben, lassen wir hier einen Bericht der „Hamb. Börsenhalle" folgen aus der Zeit, wo noch keine Entscheidung bezüglich des Libanon getroffen war: „Im Schooße der syrischen Konferenz in Konstantinopel geht es bunt durcheinander her, und man kann sich leicht eine Vorstellung davon machen, wie hart die Vertreter Englands und Frankreichs an einander gerathen seyn müssen, wenn der Repräsentant Rußlands sich auf's Vermitteln verlegen zu müssen glaubte. Vor Allem ist es nothwendig, die Frage wegen Ernennung eines Oberhauptes für den Libanon von jener gehörig zu trennen, welche die Ernennung eines Generalgouverneur für ganz Syrien betrifft. Letztere Frage macht zwar der Pforte auch ihre liebe Noth, weil sie vor lauter politischen Rücksichten, die bald diese bald jene Großmächte für oder wider ihre für die syrische Gouverneur- oder Vizekönigswürde in Vorschlag gebrachten Kandidaten geltend zu machen haben, nicht mehr weiß, auf wen sie ihre diesfällige Wahl lenken soll. Fuad Pascha, welcher das jetzige Exekutionsverfahren in Syrien leitet, schützt Kränklichkeit vor, wenn ihm von Konstantinopel das Verbleiben in Syrien als Gouverneur offerirt wird. In Wirklichkeit ist es theils die verantwortliche gefährliche Stellung, theils sein Ehrgeiz, welchen er in Konstantinopel als Minister des Aeußern oder eventuell als Großvezier besser zu befriedigen glaubt, die ihn veranlassen, den hohen Administrationsposten in Syrien abzulehnen. Die Pforte hat diesfalls auch an Halim Pascha, den Sohn Said Pascha's, des Vizekönigs von Aegypten, gedacht. Gegen diesen erhebt jedoch England Bedenken, das kein Glied der notorisch dem französischen Einfluß ergebenen vizeköniglichen Familie nach Syrien verpflanzt wissen will, wo so leicht dann ein Seitenstück zur Politik des berühmten Gründers der vizeköniglichen Dynastie von Aegypten, Mehemed Ali, zum Vorschein kommen könnte. Diese Generalgouverneur-Frage ist aber noch immerhin die minder odiöse, und liegt der Schwerpunkt der syrischen Diffikultäten bei Weitem mehr in der Frage wegen der Wahl der geeigneten Persönlichkeit für die Oberkaimakamie im Libanon. Was die Religion des zukünftigen Libanonchefs betrifft, so ist man in der Konferenz glücklich zu einer Verständigung gelangt. Daß das künftige Oberhaupt der maronitischen und drusischen Bevölkerung christlicher Religion und noch dazu katholischen Bekenntnisses seyn müsse, darüber sind die Konferenzmächte einig geworden. Nun aber steift sich Frankreich darauf, daß der zu installirende Libanon-Fürst ein Eingeborener, d. h. ein Maronite seyn müsse, da es im Libanon außer den Maroniten keine anderen Katholiken gibt. Dagegen remonstrirt nun die Pforte aufs Energischste, weil England, welches in einem maronitischen Häuptling nichts Anderes als einen französischen Präfekten erblicken will, sie zur Opposition auf das Aeußerste treibt, und will sich ausschließlich die Wahl des zu installirenden katholischen, aber keineswegs eingeborenen Libanon-Fürsten vorbehalten wissen. Während Rußland und Preußen die Forderungen Frankreichs unterstützten, hat sich hingegen Oesterreich der türkisch-englischen Intention in dieser Angelegenheit zugeneigt."

Deutscher Bund.

* Ueber die Bundesfeldherrn-Frage sind neuestens wieder verschiedene Aktenstücke in die Oeffentlichkeit gelangt, deren Inhalt sich in Kürze dahin zusammenfassen läßt: Was die sog. Würzburger Staaten unter sich verabredet haben, um den Transport, das Verpflegswesen, die rasche Mobilmachung und Sammlung ihrer Kontingente durch gemeinsame Maßregeln zu erleichtern, findet vollkommen den Beifall Preußens und Oesterreichs. Aber weder Preußen noch Oesterreich haben Lust, ihre Heere einem vom Bunde ernannten Oberfeldherrn unterzuordnen; ebenso wenig ist es ihnen aber genehm, daß die Kontingente der übrigen Bundesstaaten für sich wenigstens einen gemeinsamen Feldherren haben sollen. Preußen will seine Truppen nur durch einen preußischen, Oesterreich nur durch einen österreichischen Feldherrn befehligen lassen, und wie es im Uebrigen gehalten, wie namentlich ein zweckmäßiges Zusammenwirken erzielt werden soll, das soll in jedem einzelnen Fall der Verständigung der beiden Großmächte anheimgestellt werden. — Darauf lauft, um es mit dürren Worten zu sagen, am Ende Alles hinaus.

* Der Oldenburger Landtag hat das deutsche Handelsgesetzbuch unverändert angenommen. Dasselbe ist bekanntlich auch schon in Preußen und Nassau geschehen.

Bayern. München, 15. Juni. Die Angriffe, welche in der leidigen Gesangsbuchsfrage der Pfalz von Seite eines angeblich pfälzischen Juristen gegen eine Broschüre gemacht wurden, in welcher der anonyme Verfasser derselben (bekanntlich ein hervorragendes Mitglied der 2. Kammer aus der Pfalz) mit vielem Freimuthe die Mißbräuche des dortigen Kirchenregimentes bloßgelegt hatte, haben letzteren veranlaßt, eine neue Broschüre zu veröffentlichen, welche in eingehender Weise die dortselbst vorgebrachten Entgegnungen zu widerlegen sucht und mit den Worten schließt: „Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß das hingebende Vertrauen und die gewohnte Friedfertigkeit der Gemeinden zuletzt doch noch als bessere Stütze der Regierung erkannt werden wird, als der geistliche Obskurantismus, welcher gehorsame Unterthanen zu erziehen verspricht, während er sich selbst zum Herrn und Gebieter aufwirft!" (Bayr. L.)

München, 15. Juni. Bei der amtlichen Bekanntgabe von k. Ordensverleihungen wurde bei uns bisher niemals die Veranlassung zu solchen Auszeichnungen angeführt; dieß geschieht nun aber heute bezüglich der Ordensverleihung an den kurhessischen Justizminister und zwei andere kurhessische Beamten. Es wird dabei ausdrücklich erwähnt, daß dieselbe „aus Anlaß des Vertragsabschlusses zur Regelung der Grenzverhältnisse mit Kurhessen" erfolgt sey. Ohne Zweifel ist dieß deßhalb geschehen, damit nicht behauptet werden könne, — wie es in der That auch schon neulich geschehen ist — daß diese Ordensverleihung aus einer anderen naheliegenden Veranlassung erfolgt sey. (Südd. Z.)

Aus dem Wortlaute der bereits angeführten Ministerialentschließung über den Betrieb des Stärkemachens geht hervor, daß dieselbe durch die Wahrnehmung veranlaßt ist, daß sich in Ober-

mittelst welcher Uns dieselbe ihren Beschluß hinsichtlich der von Uns mit Sr. Heiligkeit dem Papst Pius IX. als Oberhaupt der katholischen Kirche geschlossenen Konvention zur Regelung der Verhältnisse dieser Kirche in Unserem Königreich vorgelegt hat, und geben euch hierauf Folgendes gnädigst zu erkennen: Schon während der Unterhandlungen mit der römischen Kurie haben Wir bei einer Reihe von Punkten, und zwar gerade bei den wichtigsten, ausdrücklich erklären lassen, daß Wir in die bezüglichen Bestimmungen, als dem Gebiete der Gesetzgebung anheimfallend, nur unter dem Vorbehalte und unter der Bedingung der Zustimmung der Stände Unseres Königreichs einzuwilligen vermögen. Wir haben ferner schließlich bei Ertheilung Unserer Ratifikation für die abgeschlossene Uebereinkunft noch einmal allgemein die Einholung der Zustimmung der Stände zu den eine Aenderung der Landesgesetze in sich schließenden Punkten vorbehalten. Mit dieser Erklärung haben Wir Unseren Ständen von selbst auch die vollkommene Freiheit gesichert, ihre Zustimmung zu den fraglichen Punkten oder auch schon ein Eingehen auf die bezüglichen Gesetzesvorlagen an die Bedingung zu knüpfen, daß der gesammte durch die Konvention zu bewirkende Rechtszustand nicht durch eine vertragsmäßige Schranke umgränzt sey, daß mithin vorher der Vertragscharakter im Ganzen beseitigt werde. Angesichts des Beschlusses der Kammer der Abgeordneten vom 16. März l. J. können Wir nun über die diesfällige Absicht derselben nicht im Zweifel seyn. Da aber die Konvention ihrer Form nach als ein Ganzes verabredet worden ist; da, was deren Inhalt betrifft, die Bestimmungen der Konvention, welche der Gesetzgebung anheimfallen, und in die wir, wie bemerkt, ausdrücklich nur mit dem Vorbehalt und unter der Bedingung der ständischen Zustimmung eingewilligt haben, weitaus die wichtigsten sind; da eben deshalb ohne gleichzeitige gesetzliche Regelung der Punkte, auf welche diese Bestimmungen sich beziehen, die vorliegende Angelegenheit überhaupt in befriedigender Weise nicht zu ordnen ist, so müssen Wir, nachdem die Kammer der Abgeordneten so entschieden ausgesprochen hat, daß sie auf keine in Ausführung einer bindenden Uebereinkunft mit der römischen Kurie an sie gelangende Gesetzesvorlage eingehen werde, den abgeschlossenen Vertrag als solchen überhaupt als gescheitert betrachten und können demselben daher auch Unsererseits eine rechtliche Verbindlichkeit nicht mehr zuerkennen. In Folge dessen haben Wir den am Schlusse Unserer Verordnung vom 21. Dez. 1857 Unseren Ministerien ertheilten Auftrag, zu Vollziehung der Veinbarung das Erforderliche einzuleiten oder anzuordnen, außer Wirkung gesetzt, ferner den Ministerien der Justiz, des Innern, des Kirchen- und Schulwesens den mit Bezugnahme auf jenes Uebereinkommen und auf Unsere angeführte Verordnung am 26. Febr. d. J. dem ständischen Ausschuß übergebenen Gesetzentwurf zurückzuziehen befohlen und zugleich das Ministerium des Kirchen- und Schulwesens beauftragt, gemeinschaftlich mit den übrigen betheiligten Ministerien zu näherer Regelung der Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche in Unserem Königreiche einen neuen selbständigen und umfassenden Gesetzentwurf vorzulegen, bei dessen Einbringung Wir auch über die im Wege der Verordnung zu erlassenden Bestimmungen Euch näheren Aufschluß werden ertheilen lassen. Was den Inhalt jenes neuen Gesetzesentwurfes betrifft, so ist es Unsere Absicht, daß die Regelung der einschlägigen Verhältnisse nach Maßgabe der in der früheren Konvention enthaltenen Direktiven herbeizuführen gesucht, und daß unbeschadet der Rechte und Interessen des Staates und der in demselben befindlichen anderen Konfessionen der materielle Inhalt jener Konvention der beabsichtigten neuen Staats-Gesetzgebung zu Grunde gelegt werde. In das zu erlassende Gesetz sind Wir übrigens bereit, eine ausdrückliche Erklärung in der Richtung niederzulegen, daß in Folge des oben erwähnten Kammerbeschlusses der mit der röm. Kurie abgeschlossenen Uebereinkunft eine rechtlich verbindende Kraft nicht zukomme und daß für die einschlägigen Verhältnisse nur das betreffende Gesetz nebst den dazu gehörigen Verordnungen die Rechtsquelle bilde. Auch versteht es sich nach dem Angeführten von selbst, daß dem zu erlassenden Gesetz, sowie den betreffenden Verordnungen und Verfügungen keine andere rechtliche Natur zukommen kann, als jedem anderen Gesetz, beziehungsweise jeder anderen Verordnung oder Verfügung. Anlangend endlich die in Folge der Konvention bereits ergangenen Verfügungen, welche nun allerdings nicht mehr als in Vollziehung eines Vertrages erlassen betrachtet werden können, so behalten Wir Uns vor, dieselben nach erfolgter ständischer Berathung jenes Gesetzentwurfes der erforderlichen Revision zu unterziehen. Ueber alles Vorstehende haben Wir diejenige Mittheilung an die römische Kurie zu deren Kenntnißnahme gerichtet, welche Euch durch Unsere Ministerien der auswärtigen Angelegenheiten und des Kirchen- und Schulwesens in Abschrift mitgetheilt wird. Indem Wir Euch hiemit Gegenwärtiges gnädigst eröffnen, überlassen Wir Uns, berechtigt hiezu auch durch mehrfache Aeußerungen in der Kammer der Abgeordneten, gerne der Hoffnung, daß auf dem nunmehr zu betretenden Wege eine gedeihliche Lösung der vorliegenden, für das Wohl unseres Landes so wichtigen Angelegenheit werde erzielt werden. Wir verbleiben ꝛc. „Wilhelm.“ (So hat denn der hartnäckige Kampf der 2. Kammer gegen das Concordat schließlich doch zum Ziel geführt.)

Kurhessen. Kassel, 12. Juni. Eine neue preußische Note, welche die früheren Rathschläge einer loyalen Rückkehr zum unterdrückten Verfassungsrechte wiederholt (ähnlich wie die österreich. Regierung), ist am vorigen Sonnabend in die Hände des Ministerialvorstandes der auswärtigen Angelegenheiten gelangt.

Großbritannien.

* London, 13. Juni. Der Lordkanzler hat im Kossuthnoten-Prozeß zu Gunsten des Klägers erkannt, nicht weil (wie die 1. Instanz angenommen hatte) die Prärogative des Klägers dadurch verletzt oder weil eines seiner Länder dadurch revolutionirt werden solle, sondern deßhalb, weil der Kaiser von Oesterreich das ausschließliche Privilegium der Notenausgabe für Ungarn besitzt und er dasselbe der Nationalbank übertragen hat, und weil, nachdem Mr. Kossuth 100 Millionen Noten anfertigen ließ, die er im Namen der ungarischen Nation zeichnete, um sie bei gelegener Zeit in Ungarn als Geldzeichen auszugeben, der Staat und die Unterthanen des Königs von Ungarn zu Schaden kommen würden, insoferne als die bisher cirkulirenden Geldzeichen entwerthet werden müßten. Ob Kaiser Franz Joseph, der sicher thatsächlich König von Ungarn, dieß auch rechtlich sey (was Kossuth bestreitet), darauf komme es hier nicht an; denn ein englischer Gerichtshof habe diesen Streit nicht zu untersuchen. Kaiser Franz Joseph sey als König von Ungarn von der engl. Regierung anerkannt — das sey für den Gerichtshof entscheidend. Nachdem die Lord Justices das Urtheil im Sinne des Lordkanzlers gesprochen, erklärt Mr. Palmer im Namen des Klägers, er sey bereit, auf den Ersatz der Gerichtskosten zu verzichten, wenn die Angeklagten ihm den ganzen Notenvorrath ausliefern wollten. — Mr. Bacon, Anwalt der Beklagten, erwidert, die HH. Day und Sons könnten die 23 Tonnen Papier immer noch verwerthen. — In diesem Falle — erklärt Mr. Palmer — könne er den Anspruch auf den Ersatz der Gerichtskosten nicht aufgeben. — Worauf der Lordkanzler die Angeklagten zur Zahlung derselben verbindlich macht. — Mr. Bacon verlangt nun eine Verlängerung des Termins für Vernichtung der Noten, da die Angeklagten möglicherweise ans Oberhaus appelliren wollen. Er beantragt eine sechsmonatliche Terminverlängerung. — Der Lord-Kanzler bewilligt jedoch nur Einen Monat, und sollen nach Ablauf dieser Frist auch die betreffenden lithographischen Steine zerstört werden. Ob Kossuth noch die letzte Instanz versuchen und ans Oberhaus appelliren wird, vermögen wir nicht zu sagen. Er hätte dort kaum einen besseren Erfolg zu erwarten.

Frankreich.

Paris, 14. Juni. Prinz Napoleon hat seine Reise nach Amerika aufgegeben und wird in den ersten Tagen des Juli wieder in Paris eintreffen.

Italien.

Rom, 11. Juni. Der Beichtvater des Grafen Cavour ist in einer besonderen Mission hier eingetroffen.

In Amelia brach ein Aufruhr gegen die Priester aus, die an dem Nationalfest am 2. Juni nicht theilnahmen.

Griechenland.

* In Griechenland herrscht große Gährung. Es werden in Folge der entdeckten Verschwörung fortwährend Verhaftungen vorgenommen. Es ist in der griech. Deputirtenkammer der Antrag gestellt worden, durch die Kammer die Erklärung abzugeben, daß die griech. Nation die Einverleibung der jonischen Inseln wünsche. Wenn dieser Vorschlag angenommen werden sollte, fügt das „Pays“ bei, so glauben wir, daß die englische Nation nicht sehr geneigt seyn dürfte, dessen Verwirklichung zu begünstigen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 165.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Montag, 17. Juni 1861.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 15. Juni. Se. Maj. der König hat den Kommunal-Revierförster Heinr. Köhler vom Revier Westheim, Forstamts Speyer, auf das Aerarialrevier Herschberg, Forstamts Waldfischbach, und seinem Ansuchen entsprechend, den Revierförster Franz Rueff vom Revier Herschberg auf das Kommunalrevier Westheim versetzt; den Revierförster Franz Murr zu Rott, im Forstamte Ebersberg, wegen physischer Gebrechlichkeit auf ein Jahr in Quiescenz treten lassen; den Bezirksgerichtsassessor Aug. Haunold zu Regensburg an das Bezirksgericht Amberg und den Bezirksgerichtsassessor Aug. Schels zu Amberg an das Bezirksgericht Regensburg, beide ihrer Bitte entsprechend, versetzt. (N. Münch. Z.)

München, 14. Juni. Der seit der letzten öffentlichen Sitzung der 2. Kammer eingekommene Einlauf zählt 95 Nummern, von denen etwa fünfzig Eingaben gegen die Einführung der Gewerbefreiheit gerichtet sind, während zwölf andere die verschiedenartigsten Eisenbahnprojekte befürworten. Am lebendigsten und rührigsten protestiren Ober- und Niederbayern und die diesseitige Pfalz gegen die Gewerbefreiheit, während aus den drei Franken bis jetzt nur von den Gewerberäthen zu Eichstädt, Erlangen, Bamberg, Iphofen, Rothenburg a/T. und Windsheim ähnliche Eingaben — wie es scheint, auf Veranlassung des Münchener Gewerberaths — einkamen. Der vierte Ausschuß hat die Beschwerden der Gemeinden Aura und Oberthulba „wegen Verletzung verfassungsmäßiger Rechte" für formell zulässig, materiell aber für unbegründet erklärt. (Allg. Z.)

** München, 15. Juni. (Privat-Korresp.) Der 1. Reichsraths-Ausschuß hat den Gesetzentwurf, die Aufhebung der Straffolgen betr., in Uebereinstimmung mit dem Beschlusse der Kammer der Abgeordneten angenommen. Derselbe Ausschuß wählte den Reichsrath Fürsten v. Hohenlohe zum Referenten über das Gerichtsverfassungs- und Hrn. Reichsrath v. Maurer zum Referenten über das Notariatsgesetz, so daß sich beide Referate in guten Händen befinden.

München, 15. Juni. Gestern hielt beim Schluß der Sitzungen des oberbayerischen Landrathes dessen Präsident, Rechtsrath Badhauser, eine Rede, in welcher er sich vorerst über die glückliche Lage des Kreises und des engern Vaterlandes überhaupt aussprach. Sodann ging er auf die Lage des größeren deutschen Vaterlandes über und hob aus den betrübenden Ereignissen der letzten Jahre hauptsächlich zwei Prinzipien hervor, die leider auch in Deutschland einigen Anhang gefunden: das Prinzip der Annexion und der Nationalität. Redner zeigte die Unstichhaltigkeit beider Prinzipien, verdammte die Bestrebungen des Nationalvereins, — Annexion an Preußen, von welcher die große Mehrheit von Deutschland und auch der König von Preußen selbst, als ein König „von Gottes Gnaden", nichts wissen wolle, — verwahrte die deutschen Fürsten gegen die von Parteigehässigkeit gebrachten Verleumdungen wegen der Würzburger Konferenzen und forderte zur Eintracht, Versöhnung und zum Festhalten an dem Motto auf: „Das ganze Deutschland soll es seyn!" Regierungspräsident v. Zu Rhein verabschiedete die Versammlung, indem er die Hoffnung aussprach, sie im nächsten Jahre wieder zu begrüßen und sich mit ihnen des Friedens zu erfreuen, „den wir zu erhalten wünschen, so lange es unbeschadet der Ehre und Rechte des Vaterlandes seyn kann." „Wollen wir", so schloß er, „zu Gott hoffen, daß der schädliche Same der Zwietracht, ausgesäet von den Feinden des Vaterlandes, nicht aufgehe und es der perfiden Verdächtigung nicht gelingen möge, deutschen Fürsten, deren echt deutsche Gesinnung von jeher erprobt ist, die Liebe ihres Volkes zu entziehen und so den schönsten Diamant aus ihrer Krone zu rauben." (Münch. B.)

* Der „N. Münch. Z." rücken die Nürnberger hart zu Leibe; jetzt haben es die sämmtlichen Gemeindebevollmächtigten dieser Stadt mit ihr zu thun, die ihr Verdächtigungen und Unwahrheit vorwerfen aus Anlaß zweier Artikel über die Wahl des zweiten Bürgermeisters und über den Austritt des Vorsitzenden der Gemeindebevollmächtigten, worin angedeutet war, daß eine politische Partei — die des Nationalvereins — in diesem Collegium jetzt das Uebergewicht habe und dieses zu ihren Gunsten ausbeute.

Da bei dem am 27. Mai d. J. im Pfarrdorfe Langerringen stattgehabten Brand Verdacht absichtlicher Brandstiftung besteht, so wurde für denjenigen, welcher unter Beibringung genügender Beweise den Thäter ermittelt, von der Regierung von Schwaben eine Belohnung von 50 fl. ausgesetzt.

Preußen. In Berlin zirkulirt mit großer Bestimmtheit das Gerücht von einem Ausscheiden der Minister von Schwerin und Schleinitz.

Württemberg. Stuttgart, 15. Juni. Bei dem ständischen Ausschuß ist folgendes k. Reskript an die 2. Kammer eingegangen: „Liebe Getreue, Wir haben die unterthänigste Eingabe der Kammer der Abgeordneten vom 16. März d. Js. eingesehen,

Ein Gattenmord.

(Schluß.)

München, 12. Juni. (Schwurgericht.) Das vollständigste Geständniß erfolgte von Mich. Oberrain; derselbe gab ein ausführliches Bild der zahllosen und wirklich teuflischen Pläne, welche von Joh. Huber und Reg. Janson geschmiedet wurden, um den Tod des Gotthardt-Bauern herbeizuführen. Die Aussagen des Oberrain tragen nicht nur das Gepräge der unbedingtesten Glaubwürdigkeit, sondern auch der aufrichtigsten Reue, und es drängt sich dem Hörer der Gedanke auf, daß hier noch kein moralisch ganz versunkener Verbrecher, sondern nur ein schwacher, in seiner Erziehung vernachlässigter Mensch vor uns steht, der sich in die Gefahr begab, um darin umzukommen. Die Reg. Janson gab zu, daß Alles, was Oberrain angegeben, wahr sey, nur leugnet sie den gewichtigen Umstand, daß sie am Morgen des 8. Dez. den Oberrain geweckt habe mit dem Auftrage, den Janson zu ermorden, ihre Absicht sei es vielmehr gewesen, denselben zu warnen, ihrem Manne etwas anzuthun. Im Uebrigen muß sie zugestehen, daß die Berathungen der verschiedenen Mordpläne nicht nur in ihrer Gegenwart gepflogen, sondern diese auch mit ihrem Einverständnisse gefaßt worden seyen. Den widerlichsten Eindruck machte das Gebahren des Joh. Huber; mit schamloser Frechheit versucht er es, sich als den völlig Unschuldigen hinzustellen, er widerspricht sowohl sein Interesse an der That, als auch seine Theilnahme an der Berathung der Mordpläne, ja er will sogar Einsprache erhoben haben gegen die Gewaltthat. Hingewiesen auf die Geständnisse des Oberrain und der Janson, beschuldigt er diese der Lüge. Die Ther. Sedlmaier, welche bei Beginn der Untersuchung zuerst gestand, wiederholte ihre Angaben, die im Wesentlichen mit denen des Oberrain und der Reg. Janson harmoniren. Von den 16 vernommenen Zeugen sind nur 2 anzuführen, indem alle übrigen lediglich das schamlose Verhältniß zwischen Joh. Huber und Reg. Janson bestätigten. Einen wirklich empörenden Eindruck rief die Aussage der Zeugin Friedl hervor, welche früher bei Janson in Dienst war und hörte, wie das 8jährige Mädchen der Reg. Janson, als diese sich einmal mit Huber überworfen, zu ihrer Mutter sagte: „Mach kein solches Spektakel, du laßt doch einmal den Franz (Janson) todtschlagen und heirathest dann den Hans (Huber)." Der Zeuge Schwarzbauer, welcher in der Frohnveste zu Schrobenhausen seinen Arrest neben Oberrain hatte, schilderte u. A. die qualvolle Gemüthsstimmung des Oberrain, welcher wochenlang wie ein Verzweifelnder Tag und Nacht in seiner Keuche auf- und abgelaufen sey und nichts als geweint und gebetet habe. Das Urtheil haben unsere Leser bereits gestern erfahren. (M. Bl.)

steht zwischen mehreren Figuren, die ihre Linienarme gegen Himmel strecken, „gott mein zeuge". Auf fast allen Tafeln finden sich neben Figuren, Gewehren, Kirchthürmen, Monstranzen oder dergleichen, die der Herausgeber alle symbolisch deutet, viele Wörter aus dem römischen Katechismus, so auf Tafel 105, 149, 164, 180, 198 „Johannes, vater unser, gnatreich Gottes, so wohr als Gott, Feiertag, heilig sache, unschuldig (ge)wißen und so weiter." Thränen erpreßt das Lachen über die Deutung, welche der illustre Gelehrte diesen Wörtern, die er für aztekische hält und den Schulbubenfiguren und allen angedeuteten Ungezogenheiten und Unfläthigkeiten zu geben versteht. Schrift und Zeichnung sind augenscheinlich von ein und derselben Hand. Es ist nicht daran zu denken, daß die angeführten Wörter etwa in ein bereits fertiges, mit Figuren angefülltes Heft nachgetragen worden seyen. Aus der Gruppirung des ganzen Geschmiers, aus der Aufeinanderfolge der Linien und Figuren, aus den barbarischen Strichen, Ringen, Knäueln und Klecksen, die dieses alte Heft bedecken, ist es auf den allerersten Blick ersichtlich, daß das große Opus der Kinderstube einer Hinterwäldler Farm sein Daseyn verdankt. Hätte während des Drucks nur zufällig einmal ein deutscher Setzer einen Blick auf die Tafeln geworfen, sein Gelächter hätte dem Ministre de la maison de l'Empereur die Schande erspart. Ich bedaure nur, nicht einige Facsimile des Manuskripts geben zu können; mir hat der Anblick der kostbaren Zeilen jenes deutschen Fratzen die heitersten Stunden seit langer Zeit gemacht. (Augsb. Postz.)

Neueste Nachrichten.

Nürnberg, 14. Juni. Der „Fränk. Kur." schreibt: „Am kommenden 10. Juli Nachmittags 3 Uhr werden die von der letzten Karnevalszeit her oft genannten „Pintschgauer" ihre Wallfahrt vor das kgl. Bezirksgericht antreten. Nachdem die erste Instanz auf Einstellung des Verfahrens erkannt, die k. Staatsbehörde jedoch Berufung eingelegt hatte, wurden die Herren St. Blöst, Krauser und Seidel vor das obengenannte Gericht verwiesen, die Untersuchung gegen die übrigen 17 Theilnehmer eingestellt. Das Reat heißt übrigens nicht Verspottung der Religion oder ähnlich, sondern Verletzung des Vereinsgesetzes."

In Kurhessen, wo die Theilnahme am Nationalverein untersagt ist, hat Fr. Oetker vor einiger Zeit zum Anschluß an dessen Grundsätze aufgefordert. Nach der „Hess. M.-Z." liegen bis jetzt aus 28 Städten und 46 Dörfern solche Beitrittserklärungen vor. Die Zahl der Beigetretenen beträgt 1087. Davon kommen 798 auf die Städte und 280 auf das Land. Von den Städten steht Hanau oben an mit 297. Dann folgt Kassel mit 188, Schmalkalden mit 72 u. s. w.

Turin, 13. Juni. Ein Leitartikel der ministeriellen „Opinione" weist nach, daß die Allianz mit Frankreich das Heil Italiens sey, während die entgegengesetzte Politik den Untergang Italiens herbeiführen würde. (Tel. d. Ostd. P.)

Neapel. Den Beamten des frühern Kriegsministerium ist die Wahl gestellt worden: mit Pension aus dem Staatsdienst auszutreten, oder nach Sardinien zu gehen und dort mit der Zeit eine anderweitige Verwendung zu bekommen. Wie in allen andern Verwaltungszweigen, so werden die Neapolitaner auch aus dem Telegraphendienst verdrängt. Es sind jetzt achtzig Telegraphenbeamte aus Turin angekommen, welche die Stationen im Neapolitanischen besetzen sollen. (Allg. Z.)

Von der polnischen Gränze, 12. Juni. Vorgestern versuchte die polnische Agitationspartei in unserer Nachbarschaft Kalisch einmal wieder einen Putsch, der damit begann, daß man einem unliebsamen Beamten eine Katzenmusik brachte. Wahrscheinlich glaubte man, die Sache werde, wie zur Zeit Gortschakoffs, ungeahndet ablaufen, oder man könne für den Preis von 24 bis 48 Stunden Arrest sich den Heiligenschein der politischen Martyrerkrone erwerben; aber man hatte sich gewaltig getäuscht. Suchosanets Instruktionen an die Behörden sollen ungemein streng seyn, und unbedingte Nachachtung zur Pflicht machen. So wurden denn auch diejenigen Katzenmusikanten, welche sich nicht durch schnelle Flucht retteten, abgefaßt und auf die Wache gebracht, wo man sie überlegte, ihnen eine Anzahl Stockschläge mit russischer Energie ertheilte und sie dann wieder laufen ließ. Eben so entschieden lauten alle neue Verordnungen Suchosanets und Wielopolski's, der kürzlich sogar bekannt gemacht hat: er werde alle Korrespondenten fremder Zeitungen, die Unrichtiges über die Ereignisse in Polen und Nachtheiliges für Rußland berichten, nach dem Kriminalkodex bestrafen lassen. Die Polen sind somit vom Regen unter die Traufe gekommen, und während man nach dem Tode Gortschakoffs die Kleider momentan ablegte, um seine Freude über das Ableben dieses größten Polenfeindes kund zu thun, beklagt man jetzt laut seinen Heimgang, nachdem man erfahren hat, daß er sich stets zu Gunsten der Polen bei dem Kaiser verwandte. (Allg. Ztg.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	80¾ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	64½ P. 64 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	56⅝ P. ¼ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	48 G.
„	4½ pCt.	42¼ G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	88½ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102½ G.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103 P. 102¾ G.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103¼ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	—
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100¾ P. ⅝ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	97¾ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95⅜ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	102¾ G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	95¼ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	102½ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100¼ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94 G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102¾ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98¾ P.
„	3 pCt. Obl.	92 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	48½ P.
„	1¾ pCt. „ „ „	42⅝ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	99¾ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	109⅛ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	652 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	150—50½ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	188 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	70 G.
Internationale Bank in Luxemb. . .	84 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	319 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . .	67 P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	234 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	119 G.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75¾ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	25 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	137⅞ P. ½ G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	99¾ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51⅛ G.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	237 P. 236 G. ex C
Span. Handels- u. Industrie . . .	530 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	475 P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	105¼ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. 100½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99½ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B. 99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105¼ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96¼ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105⅛ G.
London Lst. 10 k. S.	118¾ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93¼ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93½ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	84½—⅝ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	82 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	49⅛ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	64¾ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	130⅝ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	62¼ P.	„ fl. 25 do.	35¼ G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	100 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	35¼ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	126 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	51 P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	37½ P.
Badische fl. 50	90¼ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10¾ P.
Badische fl. 35	52⅞ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅞ P.

Frankfurt, 15. Juni. In Folge günstiger Berichte und höherer auswärtigen Notirungen verkehrte die Börse in steigender Tendenz für österr. National und Kreditaktien, und die höheren Kurse erhielten sich bis zum Schluß. Für Rhein-Nahebahnaktien zeigten sich Käufer zu merklich besseren Kursen. (Synd.)

auch in Oesterreich, dem Beispiele Frankreichs zu folgen; Herr v. Thouvenel suche darzuthun, daß die Anerkennung Italiens dem Wiener Kabinet ein Mittel bieten würde, der von ihm in letzterer Zeit erhobenen Beanspruchung einer Theilnahme an der Regelung der römischen Frage Geltung zu verschaffen. (Napoleon, bemerkt dazu der „Schw. Merkur", wird keinen andern Entschluß fassen als einen solchen, der ihm noch immer freie Hand auf der Halbinsel läßt. Er wird das Königreich Italien anerkennen, aber er wird sich dabei ausdrücklich vorbehalten, daß die römische Frage im status quo bleibe. Durch jenes wird er der gegenwärtigen Ordnung in Italien immerhin eine bedeutende moralische Unterstützung gewähren, sie ist ein verständliches Avis, sowohl an Oesterreich, als an Mazzini, durch diese aber sorgt er dafür, daß Italien seiner Abhängigkeit von ihm bewußt bleibt, gleichviel, wie er eintretenden Falles diese Lage auszubeuten gedenkt. Die Lösung wird also in einem abermaligen Provisorium bestehen und zunächst Niemand befriedigen.)

Nichtpolitische Zeitung.

München, 14. Juni. Die Klagen der meisten hiesigen Bierwirthe über den außergewöhnlich geringen Bierverschleiß mehren sich von Woche zu Woche. Bei vielen derselben ist der monatliche Absatz im Vergleich zu den Vorjahren um mehr als die Hälfte herabgesunken. (B. L.)

Brüssel, 10. Juni. Der hiesige Gemeinderath hat heute das neue Anlehen von 19 Mill. Frcs. dem Baron v. Rothschild überwiesen. Das Anlehen trägt 3 pCt. und wird Hrn. v. Rothschild in 200,000 Obligationen von 100 Fr. zu 97 übergeben, zu welchem Preise er dieselben der öffentlichen Subskription anzubieten hat. (K. Z.)

Paris, 11. Juni. (Eine literarische Mystifikation.) Voriges Jahr erschien dahier bei Gide, 5 rue Bonaparte, ein prachtvoll ausgestattetes Werk in groß Oktav, 119 Seiten Text und zweihundert und achtundzwanzig Kupfertafeln unter dem Titel: Manuscrit pictographique américain précédé d'une notice sur l'idéographie des Peaux-Rouges par Em. Domenech. Ouvrage publié sous les auspices de M. le ministre d'état et de la maison de l'Empereur. Die Geschichte dieses Manuskripts, das hier in so prachtvoller Ausgabe publizirt wird, gibt der Herausgeber in der Vorrede, S. 37. „Die bibliothèque de l'arsenal besitzt seit einem Jahrhundert eine Handschrift, die in einer Papplapsel liegt und in den Katalogen den Titel „Buch der Wilden" führt. Und in der That wurde dieses Heft von Wilden in Neufrankreich beschrieben. Der Marquis von Paulmy, aus dessen reicher, jetzt im Besitz der bibliothèque de l'arsenal befindlichen Büchersammlung es stammt, hatte es wahrscheinlich von einigen Reisenden zum Geschenk erhalten. Uebrigens konnten wir die Herkunft dieses „Buches der Wilden" auf sichere Art nicht ermitteln. Es besteht aus einer Sammlung von Figuren und Hieroglyphen, die mit sehr roh und naiv gehaltenen Buchstaben und Chiffren abwechseln, mit grobem Bleistift und Röthel auf einem dicken Papier kanadischen Fabrikats gezeichnet." Der bekannte Vielschreiber Paul Lacroix machte den Herausgeber auf dieses kostbare Denkmal des mexikanischen Alterthums aufmerksam; der Minister des Innern bewilligte die erforderlichen Summen, um Frankreich der Ehre der Herausgabe dieses merkwürdigen Monumentes nicht zu berauben. Am Schlusse der Vorrede heißt es: „Wir prätendiren keine Uebersetzung: diese ist bei unserer geringen Kenntniß der Pictographie der Rothhäute nicht möglich. Nichts desto weniger gedenken wir, nicht allein den Gegenstand der Handschrift, sondern auch eine große Anzahl der darin befindlichen Hieroglyphen zu erklären." Ich hatte schon viele Facsimiles und Photographien amerikanischer, autochthoner Kunst gesehen und war auf diese Erscheinung nicht wenig neugierig. Wie soll ich mein, gering gesagt, Erstaunen beschreiben, als ich von Kupfertafel zu Kupfertafel weiter nichts sah, als die bekannten Figuren, wie sie unsere Knaben mit einem kleinen Kreis und zwei Punkten als Kopf, einem großen Kreis als Brust und Unterleib und 4 geraden Strichen als Arme und Füße schmieren. Augenblicklich ersieht man, daß man hier nichts mehr und nichts weniger vor sich hat, als das Schmierheft eines 5—7jährigen Kindes, das seine Umgebungen, so gut es geht, abkonterfeit. Daß dieses Kind das eines deutschen Kolonisten war, ergibt sich, und das ist das Komischste an der Sache, aus den vielen deutschen Wörtern, die in roher deutscher Currentschrift unter den Figuren stehen, oder auch allein ganze Seiten ausfüllen. Von allem diesem hat der gelehrte Herausgeber keine Ahnung. So steht — immer in ungeschlachter deutscher Schulknaben-Currentschrift — auf Tafel 47 unter einer durch 2 Kreise vorgestellten weiblichen Figur „Anna"; auf Tafel 144 unter einem Paar roher Linien, die der Herausgeber „Emblem des Blitzes, Symbol der göttlichen Züchtigung" nennt, das Wort „Wurßd"; auf Tafel 145 halten ein paar Figuren ein Brod, eine Art Bretze, dabei steht Faßdtag. Auf Tafel 119 sind Waben abgebildet — natürlich auf die einfachste Weise, nur durch Kreis und Punkte — daneben und mitten dein steht dreimal „honig". Auf Tafel 148

---

rührt. Nur dem Schmiedmeister Greg. Löschauer von Sattelberg theilte er mit, daß er wohl wisse, er habe einen Streich in's Gesicht erhalten, und setzte bei: „allein ich sage halt, es habe mich ein Schlag getroffen, weil ich mit diesem Lumpenkorps nichts zu schaffen haben will; ich trachte überhaupt loszukommen und verkaufe sobald als möglich." Mit dem Gedanken zu verkaufen und von Badershausen nach Freising als Privatier fortzuziehen, trug er sich nach seiner Genesung ernstlich um, denn er fühlte, daß er zu Hause nicht mehr Herr und seines Lebens nicht sicher war, indem er zu wiederholten Malen zu Personen äußerte: „Du wirst sehen, ich sterbe in keinem Bette." Die Gotthardtbäuerin und Joh. Huber drängten noch stärker in Oberrain, denn es sey, wie sie sich ausdrückte, die höchste Zeit, ihr Mann habe das Verkaufen im Sinn und dann wäre ihre Plan, mit Joh. Huber zusammenzukommen, vereitelt. Endlich kamen sie darin überein, den Bauern einmal auf einer seiner Fahrten oder Ritte zu beseitigen. Mich. Oberrain versprach stets zu handeln, verschob aber die Ausführung der That auf eine gelegenere Zeit. Diese herbeizuführen, war das einzige Dichten und Trachten von Reg. Janson und Joh. Huber, der in Mordanschlägen am erfinderischsten war. Zweimal paßte ihm Oberrain auch wirklich auf, wurde aber durch verschiedene Zufälle an der Ausführung verhindert. Am Abend des 7. Dezember erklärte Franz Janson, am andern Morgen nach Pfaffenhofen fahren zu wollen, um Hopfenstangen zu verkaufen. Kaum war dieses Wort über seine Lippen, als dem Oberrain, der bei der Theres Sedlmaier auf Besuch war, von der Reg. Janson verkündet wurde, bei dieser Gelegenheit könne er ihren Mann endlich einmal erschlagen. Sodann Morgens begab sich das Weib in die Wohnstube, wo sich ihr Mann ankleidete; heuchlerisch äußerte sie ihre Besorgniß, es könne ihm die Fahrt nicht gut bekommen, rieth ihm sogar zu Hause zu bleiben, brachte ihm aber dabei alle Sachen, die er brauchte, und sorgte namentlich dafür, daß er sich so dick wie nur möglich anzog, um wahrscheinlich damit seine Beweglichkeit zu hindern. Als gegen 5 Uhr angespannt war, schickte Reg. Janson die Sedlmaier nochmals schnell zu Oberrain, der sie schon auf dem Wege traf, und ließ ihm sagen: der Bauer fahre jetzt fort, welchen Weg wisse sie aber nicht. Oberrain nahm von einem Scheiterhaufen des Blanktbauern ein 3—4 Fuß langes und 2 Zoll dickes knorriges Gipfelstück einer Fichte, lief damit über die Aecker dem Janson den Weg ab und stellte sich in dem nur 7 Minuten entfernten Grubhofholze auf die Lauer. Der Gotthardtbauer fuhr ganz langsam dahin und hatte den Kopf etwas nach der linken Seite geneigt; in dem Augenblicke, als er an Oberrain vorüberfuhr, trat dieser einen Schritt vor, das Pferd machte eine unruhige Bewegung, Janson zog die Zügel an und das Pferd blieb stehen. In diesem Moment führte Oberrain mit seinem Prügel gegen Janson einen Hieb in's Gesicht, der Getroffene gab einen kreischenden Laut von sich, erhielt aber rasch zwei neue kräftige Hiebe auf den Kopf, die ihm sofort das Leben raubten. Hierauf warf Oberrain das Mordwerkzeug fort, stürzte das Wägerl ganz um, daß die vier Räder in die Höhe ragten, und zwar so, daß Janson darunter zu liegen kam. Bei dieser Arbeit kam der Kopf des Ermordeten so nahe an die Füße des Oberrain, daß seine Kleider und Stiefel mit dem Blute seines armen Opfers bespritzt wurden. Diese Berührung entsetzte ihn, in der Verwirrung erfaßte er den Prügel und eine Zipfelhaube und Schildkappe des Janson, und lief damit Badershausen zu. Auf dem Wege warf er die Mützen weg, den Prügel aber nahm er mit nach Hause, verbrannte denselben und besorgte dann, als wäre nichts vorgefallen, die dienstlichen Verrichtungen. Mittlerweile hatte die Gotthardtbäuerin den Joh. Huber von Allem unterrichtet und dieser war sofort bemüht, sich einen Alibizeugen zu verschaffen, indem er nicht mehr von der Seite seines Nebenknechtes ging, bis die schreckliche Kunde eingetroffen war und Alles auf die Unglücksstätte eilte.

(Schluß folgt.)

Summen keineswegs erschrecken; die in der laufenden Finanzperiode für Militärzwecke verausgabten 95 Mill. könnten allerdings und leider nicht aus Erübrigungen bestritten werden. Es wird nun behauptet, daß durch Abstriche an den von der Regierung im Laufe der Jahre eingebrachten Budgets für die Armee dem Lande nach und nach 40 Mill. erspart worden seyen, daß also seit 1848, wo die Zeitverhältnisse einen ganz entgegengesetzten Charakter annahmen, für die Armee diejenigen Summen verwendet werden mußten, die ihr vorhin vorenthalten worden waren. Nicht in den Anforderungen der Jetztzeit, sondern in der Vernachlässigung der Vergangenheit liege der Grund des Uebels, und selbst die verausgabten Summen könne man nicht inproduktive nennen, denn die Armee behalte nichts, wenigstens $^9/_{10}$ der Ausgaben seyen zur Steuerkraft des Volks zurückgeflossen. Schließlich wird noch die bekannte, dem Verhalten des Ministerium günstige Interpretation des §. 9 des Heer-Ergänzungsgesetzes vom 25. Aug. 1828 rekapitulirt, wornach dessen Bestimmungen, daß „in Friedenszeiten" und „in der Regel" nicht mehr als der sechste Theil des formationsmäßigen Standes des Heeres ausgehoben werden soll, in den letzten 12 Jahren richtig angewendet worden wären.*) Fürst Taxis gelangt nach allem diesem zu dem Schlußantrag: es sey den Militär-Rechnungsnachweisungen pro 1855/58 die Anerkennung zu ertheilen; die Anerkennung der für 1858/59 gegebenen ausgesetzt zu belassen; es möchten die Bestimmungen des § 9 des Heer-Ergänzungsgesetzes streng vollzogen werden und endlich, es sey dem Beschlusse, gegen die Unterlassung der im Landtagsabschiede vom 1. Juli 1856 dem nächsten Landtag zugesicherten Vorlagen wegen Deckung des sich ergebenden Mehrbedarfs Verwahrung einzulegen, nicht zuzustimmen. — In der Ausschußsitzung vom 13. d. Mts. erklärten zuerst v. Niethammer, sodann Frhr. v. Thüngen und Frhr. K. v. Aretin mit diesen Anträgen, ausgenommen den letzten, sich einverstanden, und es ward schließlich das Ausschußgutachten einstimmig dahin festgestellt: es sey dem obigen Schlußantrage des Referenten stattzugeben, mit Ausnahme des letzten Punktes, worin dem Beschlusse der Kammer der Abgeordneten beizutreten sey (in diesem Punkte dissentirte nur die Stimme des Referenten).

(Südd. Z.)

Der im vorigen Jahre stattgefundenen Bürgermeisterwahl zu Gunzenhausen, welche das Ergebniß hatte, daß der langjährige Bürgermeister (auch Landtagsabgeordnete) Herr Hensolt durch Herrn Schäfer ersetzt wurde, waren bald Beschuldigungen mehr oder minder feiner oder plumper Bestechungen, Einleitung gerichtlicher Untersuchung und Amtssuspendirung dreier Mitglieder der Gemeindebehörden gefolgt. Das am 10. Juni verkündete Erkenntniß hat nun den ersten Akt des Drama damit beendet, daß gegen den Bürgermeister Schäfer und gegen ein Mitglied des Kollegium der Gemeindebevollmächtigten Amtsentsetzung, bei dem Ersten mit fünfjähriger, bei dem Zweiten mit immerwährender Entziehung der Wahlberechtigung, ausgesprochen, mehreren anderen Mitgliedern der Gemeindekörper gleichfalls auf längere oder kürzere Zeit die Wahlberechtigung entzogen und 6 derselben solidarisch in die Kosten verurtheilt wurden.

*) Diese 12 Jahre betrachtet nämlich der Herr Fürst nicht als Friedensjahre, und die Worte „in der Regel", meint er, ließen ja auch eine Ausnahme zu.

Großbritannien.

London, 12. Juni. Der „Great Eastern" wird 2500 Mann, 100 Offiziere und 122 Pferde nach Quebec befördern. Die Abfahrt geschieht in etwa 4 Tagen von Liverpool aus. Gleichzeitig schickt die Regierung ein anderes Regiment (800 Mann mit 34 Offizieren) von Dublin aus nach Canada. Sie verstärkt die canadischen Garnisonen, um bei dem Krieg in den Vereinigten Staaten auf alle Fälle die Gränze schützen zu können.)

London, 12. Juni. Seit Jahr und Tag wird von frommen Vereinen darauf gedrungen, daß Fleisch, Fische, Gemüse u. dgl. an Sonntagen nicht in die Häuser gebracht werden sollen, damit die betreffenden Austräger sich der vollen Sabbathruhe freuen mögen. Die Agitation hatte bisher keinen merklichen Erfolg. Jetzt hat ihr die Königin dadurch eine Aufmunterung gewährt, daß sie aufs Strengste verbot, irgend welche Waaren oder Lebensmittel am Sonntage nach dem Palaste zu bringen.

London. Die Maurer haben sich schon wieder durch die Vorsteher ihrer Gewerk-Vereine zu einem allgemeinen Strike verleiten lassen, und die ganze Zunft hält Feiertag.

Frankreich.

Paris, 13. Juni. Die „Debats" sagen: Die Gerüchte, daß die französische Regierung die Absicht habe, das Königreich Italien anzuerkennen, hätten nun einen solchen Bestand gewonnen, daß man ihre baldige Bestätigung erwarten könne. Ferner spreche man von einer Depesche, welche Herr v. Thouvenel an Herrn v. Rechberg gerichtet hätte, um ihm eine förmliche Mittheilung in diesem Sinne zu machen. In dieser Depesche setze Hr. v. Thouvenel nicht nur auseinander, daß die französische Regierung den Interessen Europa's zu dienen glaube, indem sie es nicht länger verschiebe, den König von Italien anzuerkennen; sondern er bringe

Ein Gattenmord.

(Fortsetzung.)

München, 12. Juni. (Schwurgericht.) Die erste Aufforderung zum Morde geschah bald nach Oberrains Dienstantritt; an einem Feiertage Nachmittags befanden sich Regina Janson, Ther. Sedlmaier und Mich. Oberrain in der Wohnstube und hier nun frug die Janson den Oberrain: ob er es nicht übernehmen könnte, ihren Mann auf irgend eine Weise wegzuräumen, sie würde ihm, wenn er es thäte, 100 fl. sowie Kleider geben, und wenn Alles in Ordnung sey, noch viel mehr thun, so daß er die Ther. Sedlmaier heirathen könne. Oberrain erwiderte auf diese Zumuthung, er müsse es sich erst überlegen und brach vorerst die Unterhandlungen ab. Bald darauf, am 6. August, ging er mit Joh. Huber von einer Hochzeit in Hilgertshausen nach Hause, und auf dem Heimwege fing auch Joh. Huber an, in Oberrain zu drängen und versprach ihm für die That weiteren Lohn. Nach nochmaligem Drängen erklärte sich endlich Oberrain zur Ausführung bereit und sagte, daß er durch Zaubermittel bewirken werde, daß Frz. Janson abzehre oder daß er ihn „todtbeten" werde. Hiemit waren Bäuerin und Knecht einverstanden, und der Letztere beeilte sich, dem Oberrain ein zur Ausübung seines Zaubers gewünschtes Todtenbein zu verschaffen, das er acht Tage später um Mitternacht auf dem Kirchhofe zu Hirschhausen holte. Im Besitz desselben gelobte Oberrain an's Werk zu gehen, es verschwanden aber einige Wochen, ohne daß die Zauberei einen Erfolg zeigte. Es wurde neuerdings in ihn gedrungen, sie nicht zum Besten zu haben und hinzugefügt, wenn es mit der Zauberei nicht gehe, so sollte er auf jede andere Weise machen, den Frz. Janson wegzuschaffen, damit er, Johann Huber, Gotthardtbauer werde, ehe er zum Militär komme. Als Oberrain sah, daß er durch Vorspiegelungen die Beiden nicht täuschen und, ohne ernstlich an's Werk zu gehen, von ihnen kein Geld erlangen könne, entschloß er sich zur That, und versprach Beiden, als sie am Abend des 4. Sept. v. Js. in der Wohnstube des Janson beisammen saßen, bis des andern Tages das Dreschen beginne, werde der Bauer nicht mehr am Leben seyn. Oberrain begab sich darauf mit der Ther. Sedlmaier in die Magdkammer, wo er bis 12 Uhr Nachts blieb und dieser vor dem Fortgehen sagte, daß wenn sie am nächsten Morgen zum Dreschen aufstehe, sie nicht sogleich zur Hausthüre hinausgehen, sondern den Bauern zuerst hinausgehen lassen solle. Gegen 2 Uhr Morgens begab sich Oberrain mit einer sog. Wagenleize, die er aus Janson's Schupfen genommen, vor die Hausthüre und erwartete den Frz. Janson, der alsbald aus der Thüre treten wollte und einen furchtbaren Hieb in's Gesicht erhielt, daß er rückwärts und anscheinend leblos in das Haus zurückstürzte. Während dieser furchtbaren Scene stand das Weib in dem Wohnzimmer und wurde in dem Augenblicke, als der Mann zur Hausthüre trat, von der Magd Ther. Sedlmaier am Rocke gezupft und aufmerksam gemacht, daß jetzt Oberrain handeln werde! Dieser entfloh und Regina Janson sah ihn beim Mondschein fortlaufen. Der Gotthardtbauer war aber nicht todt, obwohl ober dem rechten Auge eine bedeutende Quetschwunde vorhanden war. Mit Tagesanbruch ließ die besorgte Gattin den Bader holen, der die Verletzung für eine lebensgefährliche und verdächtige hielt, dessen ungeachtet aber keine Anzeige bei Gericht machte, sondern die Erzählung der Reg. Janson von einem Schlaganfalle glaubte. Frz. Janson war in Folge dieser Verletzung 34 Tage arbeitsunfähig, verlor theilweise das Sehvermögen, schielte von dieser Zeit an auf dem rechten Auge, litt oft an heftigen Kopfschmerzen und war überhaupt nie mehr recht wohl. Während der Krankheit heuchelte das Weib die innigste Theilnahme und verpflegte ihn derart, daß sie und Joh. Huber die Medikamente theils wegschütteten, theils mit Wasser verdünnten, um den Erfolg zu vereiteln. Als Frz. Janson wieder seinen Geschäften nachging, wurde überall sein schlechtes Aussehen beredet und ihm deutlich zu verstehen gegeben, was man von dem Schlaganfall halte. Seine Freunde riethen ihm, die Sache anzuzeigen, Janson blieb aber der Welt gegenüber fest darauf stehen, es habe ihn der Schlag ge-

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht.

№ 164.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Neuer	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Sonntag, 16. Juni 1861.

* Holstein.

Die „Deutsche Reform", ein in Hamburg erscheinendes demokratisches Blatt, beklagt sich in einer ihrer neuesten Nummern darüber, daß deutsche Blätter sie beschuldigen, im dänischen Interesse die Feder zu führen, während dänische Zeitschriften ihr vorwerfen, im deutschen Interesse gegen dänische Maßnahmen zu schreiben. „In der That aber, sagt sie, schreiben wir weder im dänischen noch im deutschen Interesse, sondern, wie wir es überall zu thun pflegen, im Interesse der Wahrheit und des Fortschritts zur allgemeinen Freiheit." Wir lassen hier ihre Vertheidigung gegen jene Vorwürfe ausführlich folgen, weil darin ein Gesichtspunkt hervorgehoben ist, der bisher in der deutschen Presse nicht die Beachtung gefunden hat, die er unsers Bedünkens wohl verdient. Sie sagt: „Unsere Ankläger sind Dänen und Deutsche, welche ihre spezielle Nationalität höher stellen, als die Gesetze allgemeiner Humanität. Während wir aber die Entwicklung jedes nationalen Elements in seiner Eigenthümlichkeit achten, sofern dadurch die allgemeinen Zwecke der Civilisation befördert werden, müssen wir uns doch als entschiedene Gegner jeder Richtung erklären, welche ausschließlich darauf abzielt, die Nationalität des eigenen Stammes, unter Nichtachtung der Nationalität anderer Stammesangehörigen oder der allgemeinen Rechtsgleichheit, zur Geltung zu bringen. Versündigungen dieser Art sind es, wodurch bis jetzt der deutsch-dänische Streit zum Schaden aller daran Betheiligten fortdauert. Von welcher Seite aber auch diese Versündigungen ausgingen, haben wir uns stets verpflichtet gehalten, sie als Versündigungen zu bezeichnen und auf Abhülfe zu dringen. Hätte man von beiden Seiten nur das Interesse der Bevölkerung der deutschen Herzogthümer als maßgebend betrachtet, so würden längst die dortigen Zustände in einer Weise geordnet seyn, daß von einem drohenden Kriege zwischen Deutschland und Dänemark überall nicht mehr die Rede wäre. Den Unwillen der extremen Nationalpartei in Dänemark haben wir uns zugezogen, weil wir ohne Unterlaß unsere Stimme dagegen erhoben, als durch Polizeimaßregeln Deutschen in Schleswig der Gebrauch der dänischen Sprache aufgedrängt und den Bewohnern der Herzogthümer die Benutzung deutscher Münzen im täglichen Verkehr verboten ward. Eben so wenig war es jener Partei genehm, daß wir Maßnahmen zur Beeinträchtigung des Petitionsrechts in den Herzogthümern und die Beschränkung der dortigen Presse wiederholt laut als große, gemeinschädliche Uebelstände bezeichneten. Stets aber blieben wir der Ueberzeugung treu, daß es für die Angehörigen des dänischen Staats nicht verschiedene politische und bürgerliche Rechte geben dürfe: wahre konstitutionelle Volksfreiheit nördlich von den Gränzen Schleswigs, bureaukratische Bevormundung dagegen in den deutschen Herzogthümern. Die holsteinischen Stände aber, die bei dem bestehenden Wahlgesetze keineswegs als Vertreter der ganzen Bevölkerung gelten können, haben wir, obgleich sie Deutsche sind, deßhalb nicht in ihren als national bezeichneten Bestrebungen unterstützen können, weil diese in vielen Beziehungen gegen die von der dänischen Regierung seit vielen Jahren beförderte bürgerliche und Gewissensfreiheit gerichtet waren. Wir erinnern daran, daß Petitionen von Katholiken und Juden um Gleichstellung mit Lutheranern wiederholt von der holsteinischen Versammlung schnöde zurückgewiesen wurden, und daß in den von derselben ausgehenden Verfassungs-Vorschlägen vielfach politische Sonderrechte für die Ritterschaft und für Grundeigenthümer beansprucht waren. Das Mittel zur Herstellung besserer Zustände in den deutschen Herzogthümern können wir ausschließlich darin erblicken, daß unter Beseitigung der jetzigen aristokratischen Ständeversammlungen durch neu zu erlassende Wahlgesetze wirkliche Volksvertretungen in Schleswig und Holstein ins Leben gerufen und den Bewohnern dieser Herzogthümer gleiche Rechte mit den Bewohnern des Königreichs für ihre politische und nationale Stellung eingeräumt werden. Staatsangehörige verschiedener Nationalitäten werden nach unserer Ueberzeugung nur dann dauernd und einträchtig zusammenwirken, wenn ihre staatlichen Einrichtungen der Art sind, daß sie, mit gleichen Rechten ausgerüstet, gemeinsam den Weg zum allgemeinen Fortschritt wandeln." — Auf Eines möchten wir hiebei noch aufmerksam machen. Man verargt es den Ungarn — und mit Recht, — daß sie für ihr Land eine Sonderstellung beanspruchen, die mit der Reichseinheit des österreichischen Gesammtstaats unverträglich ist. Gerade denselben Fehler begehen aber auch die Holsteiner und in noch größerem Maß die (deutschen) Schleswiger. Heutzutage, wo jeder Staat alle seine Kräfte fest zusammenfassen muß, um seine Stellung zu behaupten, wird jede Regierung danach streben, alle Länder, auf die ihre Herrschaft sich erstreckt, wo möglich zu einer politischen Einheit zu gestalten, und die einzelnen Theile, die von dem Ganzen Schutz für sich ansprechen, müssen für dasselbe vernünftiger Weise auch Opfer bringen, namentlich auch Opfer ihrer Selbständigkeit. Dieser Punkt ist's ja eben auch, um den sich unsere Einheitsbestrebungen in Deutschland drehen. Nun, dasselbe Ansinnen richtet die dänische Regierung an die Holsteiner und Schleswiger, diese aber wollen von derartigen Opfern nichts hören, obwohl sie den Schutz Dänemarks recht gern im Nothfall für sich ansprechen würden. Der Fehler der Dänen aber liegt darin, daß sie den Widerstand Schleswigs und Holsteins durch die verwerflichsten Mittel und durch die drückendsten Quälereien zu brechen suchen. Daß es mit dem früheren Verfassungszustand, an dem namentlich die holsteinische Ritterschaft so fest hält, nicht gar so schön aussieht, daß er vorzüglich zum Vortheil gewisser privilegirter Stände gereicht, das läßt sich aus dem Eifer entnehmen, womit die preußischen Junker und ihr Blatt, die „Kreuzzeitung", für denselben auftreten.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 14. Juni. Se. Maj. der König hat den Revierförster C. Mayr von Weissensberg, F.-A. Kempten, unter Anerkennung seiner während mehr als 53 Jahren stets eifrig, treu und ersprießlich geleisteten Dienste in den Ruhestand treten lassen, an dessen Stelle den Revierförster M. Lachertinger zu Kürnach, F.-A. Kempten, versetzt, und an dessen Stelle den Forstamtsaktuar und Funktionär im Regierungsforstbureau zu Augsburg, K. Mayr, ernannt. (N.M.Z.)

München. Die neapolitanische Gesandtschaft dahier fordert in der „N. M. Z." alle diejenigen Deutschen, welche ihre Dienste in Gaeta zur Vertheidigung dieses Platzes angeboten, und welche eine Zeit lang im neapolitanischen Heere als Offiziere gedient haben, auf, sich bei der Gesandtschaftskanzlei zu melden, um Dekorationen oder Medaillen für den Feldzug am Volturno und in Gaeta zu erhalten.

Der Referent der Kammer der Reichsräthe, Fürst Taxis, gibt in seinem Vortrage über die Militär-Rechnungen der Jahre 1855/59 eine Vertheidigung der in der andern Kammer beanstandeten Ausgaben. Fürst Taxis stellt sich zunächst auf den Standpunkt, daß bei Festsetzung des Budget für die VII. Finanzperiode die Reichsrathskammer das Postulat der Regierung von 8,244,900 fl. für die Armee anerkannt, die Abgeordneten aber nur 7,500,000 fl. verwilligt hätten, und daß daher schon aus diesem Grunde der größte Theil der Ueberschreitungen als gerechtfertigt anzusehen sey (So!?). Ebenso sucht dieses Referat den hohen Formationsstand der Armee aus den Bundesbeschlüssen, durch welche ein Kontingent von 65,268 Mann blos für Bundeszwecke gefordert sey, und aus den speziellen Bedürfnissen des Landes zu rechtfertigen. Wäre für die Armee seit 40 Jahren das Nothwendige geschehen, so würden die jetzt zu verausgabenden

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, 13. Juni. In der heutigen Bundestagssitzung erklärte sich Preußen eingehend über seinen Antrag vom 2. Mai in Betreff der Oberfeldherrnfrage, rechtfertigte denselben als Vermittlungsantrag und sprach bezüglich des Antrags Badens, sowie auch der Würzburger Konvention, insofern sie das Bedürfniß zugebe, unter Umständen den deutschen Großmächten das Kommando frei zu überlassen, seine Anerkennung aus. Gelegentlich wird konstatirt, daß die Berliner Konferenzen nur den Charakter einleitender Besprechungen gehabt und daß Preußen mehreren deutschen Regierungen eventuell die Mitvertheidigung des Südwestens zugesagt habe. Oesterreich erklärte, es erkenne den vermittelnden Charakter und den Werth des preußischen Antrags an. (Bei dieser Heftigkeitsformel wird es denn wohl auch sein Bewenden haben.) (Tel. d. Nürnb. K.)

Stuttgart, 11. Juni. Seit einigen Tagen verlautet mit großer Bestimmtheit, daß die Regierung nun ihren definitiven Entschluß über den in der **Konkordats-Frage** einzuschlagenden Weg gefaßt hat. Die Regierung ist entschlossen, das Konkordat fallen zu lassen und die Gesetze zur Regelung der kirchlichen Fragen mit den Ständen zu vereinbaren. Sämmtliche Minister, außer Herrn v. Linden, weigerten sich, eine Bahn fortzusetzen, welche in jedem Falle zu unabsehbaren Verwicklungen geführt hätte. Freilich ist trotzdem nicht die Rede davon, daß Herr v. Linden seine Stellung für unhaltbar hält. Was die entscheidende Wendung herbeigeführt hat, ist unbekannt, wahrscheinlich die Aussicht auf einen hartnäckigen Widerstand der Stände bei der Budgetbewilligung. (Pr. Z.)

Paris, 11. Juni. Der bekannte Prozeß, welcher wegen der neapolitanischen Fregatte „La Sanita“, die sich während des neapolitanischen Krieges zur Ausbesserung in Toulon befand, in Frankreich geführt wurde, ist am 22. April zu Gunsten Franz' II. mit dem Bemerken entschieden worden, „daß der sardinische Konsul, welcher im Namen des Königs von Italien handelte, bei der französischen Regierung in dieser Eigenschaft nicht akkreditirt sey“ (indem nämlich das neue Königreich Italien zur Zeit noch nicht förmlich von Frankreich anerkannt ist). Auf eingelegte Berufung des piemontesischen Konsuls hat das Appellationsgericht von Aix unterm 6. Juni das erste Urtheil bestätigt und den Kläger abgewiesen. (N.Pr.Z.)

Paris, 11. Juni. Die mikroskopische Beobachtung ist auch in der Politik oft lehrreicher, als die ausschließliche Anschauung der großen Verhältnisse; so hat mich ein kleines politisches Genrebild in letzter Zeit mehr interessirt, als manches scheinbar wichtigere, das auf der Tagesordnung stand. Sie erinnern sich meines Berichts über die Geschenke, welche von hier aus der Stadt Mainz geworden. Da keine rheinische Zeitung diese Thatsache erwähnt hat, so ging ich näheren Umständen nach. Folgendes wird mir aus Mainz darüber von einem der Sache ganz nahestehenden Mann geschrieben: „Ein Agent der französischen Regierung ersuchte uns vor längerer Zeit um Gypsabdrücke der fränkischen Alterthümer der hiesigen Sammlung. Wir ließen sie anfertigen und überließen sie, was in solchen Fällen zuweilen schon stattfand, unentgeltlich. Darauf kam ein Dankschreiben vom französischen Staats- und Hausministerium mit der Einladung, Jemandem, der auf Kosten der französischen Regierung reisen und wohnen solle, nach Paris zu schicken, um Abdrücke von den dortigen französischen Alterthümern zu nehmen. Dr. Lindenschmitt ging mit 2 Gehilfen dahin, wurde gut einquartiert und herrlich verköstigt, fand bei Besichtigung der Alterthümer den Kaiser, der sich mit ihm lange auf Deutsch unterhielt und ihn durch seine archäologischen Kenntnisse in Erstaunen setzte. Der Kaiser sagte ihm, er habe Mainz in die Liste derjenigen Städte eintragen lassen, die fernerhin von allen für die kaiserlichen Bibliotheken angekauften Werken Freiexemplare erhalten sollten. Wirklich ist uns auch schon eine große Menge neuer Reisewerke zugegangen, mit der nochmaligen Zusicherung, daß solche Sendungen alljährlich wiederholt werden würden.“ (Nat.-Z.)

Warschau, 8. Juni. Der „Ostf.-Ztg.“ wird geschrieben: Man erklärt auch hier, wie früher in Ungarn, den Cylinderhüten den Krieg, und schon mehreremale fanden massenhafte Hut-Zertretungen, aber glücklicher Weise nur für eigene Rechnung der Besitzer, im sächsischen Garten statt. Das sind nun solche Jungenstreiche, wie sie auch anderwärts vorzukommen pflegen, aber deßhalb hier besonders lächerlich, weil es doch nur eine Nachahmung ist. Selbst die schwarzen Kleider der Frauen sind nur Nachahmung der Italienerinnen. Eine gute Seite hat die Nachäfferei allerdings, denn sie bringt den Mützenmachern und Schneidern etwas ein, während fast alle andern Gewerbe entsetzlich darniederliegen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Bohlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	80 3/4 G.
„	5 pCt. Vetiet. Coupon b. R.	64 1/4 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	55 7/8 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	47 3/4 P.
„	4 1/2 pCt.	41 3/8 P. 1/8 G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	88 G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102 1/2 G.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	103 P. 102 3/4 G.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	103 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	—
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100 3/4 P. 5/8 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 3/4 G.
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	105 1/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	95 3/8 G.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	102 3/4 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	95 1/4 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	102 1/2 P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 1/4 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 G.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	101 3/4 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 1/2 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	98 3/4 P.
„	3 pCt. Obl.	92 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	48 1/2 P.
„	1 3/4 pCt. „ „ „	43 3/8 P.
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 500 Thlr.	99 3/4 P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	109 1/8 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	650 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	150 P. 149 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	187 1/2 G.
Weimarische Bank à Thlr 100 . .	75 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien	69 7/8 G.
Internationale Bank in Luxemb. . .	84 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	322 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	67 P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	234 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	119 G.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75 1/2 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	22 7/8 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	137 3/8 G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	100 P. 99 5/8 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 1/2 P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	237 P. 236 G. ex C.
Span. Handels- u. Industrie . . .	530 P.
„ Credit-Akt. d. Gies. Pereire .	475 P.
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	105 1/4 P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. 100 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amsterd. fl. 100 k. S.	99 1/2 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B. 99 3/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 1/4 G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	98 1/8 B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	106 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	87 7/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 1/8 G.
London Lst. 10 k. S.	118 3/4 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93 1/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	93 1/2 G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	84 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	80 1/2 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	49 1/8 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	64 3/4 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	180 5/8 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	61 3/4 P.	„ fl. 25 do.	35 1/4 G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858	100 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	35 1/4 P.
3 1/2 pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	126 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	51 P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 2 1/2 pCt. Z.	37 1/2 P.
Badische fl. 50	90 1/2 P.	Vereins-Loose fl. 10	10 1/8 P.
Badische fl. 35	52 3/8 P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 7/8 P.

Frankfurt, 14. Juni. Oesterr. National und Kreditaktien wurden ungefähr zu den gestrigen Schlußkursen, Bankaktien hingegen etwas niedriger verhandelt. Auch Wechsel auf Wien waren etwas matter. Im Uebrigen keine wesentliche Veränderung, mit Ausnahme von Darmstädter Bank- und Rhein-Nahebahnaktien, für welche sich mehr Begehr zeigte. Das Geschäft war im Allgemeinen nicht sehr belebt. (Synd.)

berufen worden war, der Rechtsanwalt von feinster, weicher Art, besonnener Staatsmann, ruhiger Redner, ist dem König persönlich sehr angenehm, während er sich von Cavour, welcher vor ihm zu Zeiten verlangte, daß er seinen Soldaten- und Jägerton etwas verlängne, gehofmeistert fühlte. Die Verbindung, welche Cavour mit Ratazzi, dem Führer der besonnenen Liberalen, von 10 Jahren einging, wurde connubio, Vermählung, genannt; charakteristisch ist, daß die einflußreichen, durch Bilder redenden Tageblätter dabei Ratazzi stets als die Frau darstellten. Er hat mehr Talent für das Parlament als für die Verwaltung. (Schw. M.)

Cavour's Marmorbüste wird im Abgeordnetenhause zu Turin aufgestellt werden. In Rom sammelt man bereits für ein Denkmal, das ihm später auf dem Kapitol errichtet werden soll.

Spanien.

* Die „Epoca" meldet, daß das spanische Geschwader an der afrikanischen Küste in wenigen Tagen um 5 Schraubenfregatten verstärkt werden wird, und daß 10,000 Mann in Andalusien stehen, welche bereit sind, sich im Nothfall mit den bereits in Afrika befindlichen 15,000 Mann zu vereinigen. Die „Epoca" fügt hinzu, daß die Regierung den Krieg nicht wünsche, daß sie sich aber nichtsdestoweniger in den Stand setze, den Ereignissen, welche aus der schwierigen Lage Marokko's entstehen könnten, die Spitze zu bieten. Die Spanier halten nämlich gemäß dem Friedensvertrag die Stadt Tetuan so lange besetzt, bis die Kriegsentschädigung vollständig bezahlt ist. Nun ist aber der Kaiser von Marokko, da in seinem Reich bedenkliche Unruhen ausgebrochen sind, noch mit einem bedeutenden Theil dieser Summe im Rückstand; andrerseits wird die Bevölkerung von Marokko, der es schon lang ein Gräuel ist, daß die „heilige Stadt" Tetuan noch immer von den Ungläubigen besetzt gehalten wird, von Fanatikern aufgeregt, und es ist nicht unmöglich, daß einige der aufständischen Stämme, mit denen der Kaiser bis jetzt nicht fertig werden konnte, am Ende gar einen Handstreich gegen Tetuan versuchen. Dies ist die Sachlage und danach sind die vielfach irrigen Angaben zu berichtigen, welche von französischen Blättern neuerlich verbreitet wurden.

Nichtpolitische Zeitung.

In Kusel (Pfalz) hat der 11jährige Sohn eines Metzgers seinem Leben mittelst Erhängens ein Ende gemacht, wie man sagt, weil seine Eltern ihm den Ankauf eines Eichhörnchens verweigert hatten.

Berlin, 13. Juni. In dem Prozesse gegen den General-Konsul Spiegelthal (wegen Unterschlagung) wurde heute das Urtheil publizirt; der Angeklagte wurde freigesprochen. Der Gerichtshof hat angenommen, daß ihm die 400 Thlr. als Aversum zur Verwendung nach seinem eigenen Ermessen gewährt worden seyen. Die übrigen Punkte seyen nicht erwiesen. (Köln. Z.)

Dresden, 12. Juni. Der heute begonnene hiesige Wollmarkt war ziemlich stark und jedenfalls bedeutend stärker, als voriges Jahr befahren. Anfangs war die Stimmung auf beiden Seiten ziemlich flau. Gegen Mittag nahm jedoch das Geschäft einen raschern Verlauf. Die erzielten Preise sind um 1—2 Thlr. per Stein niedriger als vergangenes Jahr.

Frankfurt, 12. Juni. Ein kleiner Kaufmann aus einem deutschen Bundesstaat, in welchem keine Spielhöllen geduldet werden, kommt auf einer Geschäftsreise in hiesige Gegend und, unbekannt mit der Gefahr, welche den erfaßt, der dem Spielteufel auch nur den kleinsten Finger reicht, geht er nach Wiesbaden, spielt und verspielt 60 Thlr., Alles, was er bei sich hat. Aergerlich über den Verlust und voller Scham, so heimkehren zu müssen, erwacht in ihm die Begierde, das Verlorene wieder zu gewinnen. Ein Brief wird in die Heimat geschrieben und die Frau um eine schleunige Zusendung von 100 Thlrn. angegangen. Die 100 Thlr. kommen und gehen denselben Weg wie vorher die 60 Thlr. Aerger und Scham steigen, die Begierde mehrt sich und die Sorge gesellt sich dazu. Weitere Summen werden verschrieben und sie gehen alle den Weg der vorhergehenden; die Frau daheim jammert, doch der bereits verzweifelnde Mann droht und die Zusendung erfolgt. So verspielt der Mann zuerst in Wiesbaden, dann in Nauheim und zuletzt in Wilhelmsbad binnen vier Wochen sein ganzes kleines Vermögen, 2200 Thlr., die Frucht eines geregelten Fleißes während einer fünfzehnjährigen glücklichen Ehe. Hier ringt er mit der Verzweiflung und zu Hause jammert sein Weib mit vier unerzogenen Kindern. Sein Familienglück ist gestört und fünf Menschen sind an den Bettelstab gebracht. (D. Allg. Z.)

♁ Frankfurt, 13. Juni. (Privat-Korrespondenz.) Während Mittags 12 Uhr die heutige Bundestagssitzung ihren Anfang genommen hatte, brach in der an der Bockenheimer Chaussee (ganz nahe bei Bockenheim) gelegenen Villa des k. sächsischen Gesandten, Hrn. v. Nostitz und Jänkendorf, Feuer aus, das in kurzer Zeit den Dachstuhl und einen Theil des dritten Stockwerkes des Hauses in Asche legte.

Die Seidenweber von Spitalfields sind von erschreckender Noth heimgesucht. In den 11 Londoner Bezirken, die man gewöhnlich unter dem Namen Spitalfields zusammenfaßt, stehen gegen 3000 Webstühle müßig, und Hunderte von Familien nagen am Hungertuch. Am Samstag zogen sie in langen Schaaren durch die Straßen von Ostlondon, mit Almosenbüchsen in der Hand und Zetteln auf Brust und Rücken, welche die Aufschrift enthielten: „Bitte, helft den armen hungernden Webern von Spitalfields!"

Von Algier ist das erste Korn und Gerste der diesjährigen Ernte in Paris angekommen.

Allem Kenntniß hatte. Franz Janson fürchtete sich nämlich vor der Plankl'schen Familie, die ihn früher schon einmal mit Schlägen bescheult hatte, und schwieg deßhalb, und zwar wie er sich zu ein Paar Freunden äußerte, weil sich doch nichts mehr machen lasse und er, wenn er etwas sage, seines Lebens nicht mehr sicher wäre, da er ohnehin glaube, daß er keines natürlichen Todes sterben werde.

Schon während des Jahres 1858 kam der damals etwa 19jährige Johann Huber (der heute auf der Anklagebank sitzt) ebenfalls zur Regina Janson auf Besuch, und bald war auch dieser nebst seinem Bruder Augustin der erklärte Gesponse der ehebrecherischen Reg. Janson. Dieses Unwesen ging so fort bis zum Herbst 1859, zu welcher Zeit sich Aug. Huber in Pischelsdorf ankaufte und, von den Thränen seiner Freundin Reg. Janson begleitet, dorthin abzog. Zur großen Freude des Joh. Huber war nun er, der längst von eifersüchtigen Regungen gegen seinen Bruder Augustin erfüllt war, bei Regina Janson deren einziger Zuhälter.

Um ihr sittenloses Leben recht ungestört treiben zu können, wußten es Reg. Janson und Joh. Huber endlich dahin zu bringen, daß Franz Janson, der schon nicht mehr das strenge Hausregiment führte wie ehedem, und der als er sah, daß er trotz allem Fleiße und aller Thätigkeit sein schönes Anwesen in Folge der großen Verschwendungssucht seiner Frau nicht schwunghaft betreiben könne, und statt empor immer mehr herunterkomme, sich viel außer dem Hause herumtrieb, den Joh. Huber als Knecht einstellte. — Zu heil. Dreikönig 1860 trat Joh. Huber bei Janson in den Dienst, und nun begann das schamloseste Treiben zwischen Reg. Janson und ihrem damals 21jährigen Buhlen Joh. Huber, das endlich so weit kam, daß sich Beide ohne Scheu in Gegenwart der übrigen Dienstboten und sogar im Beiseyn der damals 9 Jahre alten Tochter des Franz Janson, Regina, zusammen in das Bett legten. Bald erwachte in Beiden der Gedanke, sich ganz besitzen zu können, mit ihm tauchte der Wunsch, Franz Janson möge sterben, auf, und schon zu Lichtmeß 1860 sagte Reg. Janson zu Johann Huber: „Wenn nur Jemand aufzutreiben wäre, der es übernehme, den Janson aus dem Leben zu räumen, denn sie und Huber könnten es, da auf sie natürlich der Verdacht zuerst fallen müßte, nicht wohl thun." Bei dem Gedanken blieb es aber nicht, und obwohl sie schon vergeblich versucht hatte, den Mich. Burkhardt um 50 fl. als Mörder zu dingen, forschte sie nach einer Persönlichkeit, die sie endlich in dem Knechte Mich. Oberrain gefunden zu haben glaubte. Dieser unterhielt mit der Dienstmagd der Janson, Theres Sedlmayer, ein Liebesverhältniß und kam deßhalb sehr häufig von dem Baderhausen ganz nahe gelegenen Orte Eck in das Gotthardtbauernhaus. Anfangs vertrugen sich Joh. Huber und Mich. Oberrain nicht gut miteinander und hatten sogar eine Rauferei zusammen, auf einmal aber entstund ein ganz vertraulicher Umgang zwischen Beiden und eine Freundschaft, an der auch Reg. Janson einigen Antheil nahm. Auf Betreiben dieser Beiden trat Mich. Oberrain zu Johanni 1860 bei dem Bruder des Joh. Huber, dem Plankibauern in Dienst; er hatte keine guten Kleider, weßhalb ihm Joh. Huber willfährig die seinigen zur Benützung anbot, während Reg. Janson sich andererseits demselben geneigt zu machen suchte, indem sie ihm heimlich Essen und Trinken zusteckte. Auf diese Weise wurde das ausgesuchte Werkzeug geködert und mit dem Ansinnen bald förmlich herausgerückt.

(Fortsetzung folgt.)

Rechenschaft verfüge, seyen etwas Entsetzliches für Jeden, der wisse, wie leicht Mangel an Kontrole zu Mißbrauch führe. Die Opposition werde gegen die Ausnahmegesetze ewig protestiren; Hr. Baroche behaupte freilich, die allgemeinen Sicherheitsgesetze seyen wurmstichig geworden, und man brauche stärkere Mittel, zumal seit die Amnestie die übrigen Ausnahmegesetze beseitigt habe. Daß es der Regierung nicht an gesetzlichen Mitteln fehle, Ordnung zu halten, wies der Redner bündig nach; eben so auch, daß die Amnestie beim Fortbestehen der Ausnahmegesetze nur eine Spiegelfechterei sey, und man müsse der Regierung zurufen: Geben und behalten zugleich geht nicht an! Wer die Nachwehen der Bürgerkriege heilen wolle, der müsse sie auch aus der Gesetzgebung ausmerzen. Jetzt aber sage man: Nun ja, die Ausnahmegesetze bestehen noch, aber man wendet sie nicht mehr an; was beklagen Sie Sich also noch? Man habe aber auch gesagt: Sollte die Nothwendigkeit sich zeigen, so wird die Regierung vor der Anwendung der Gesetzesbestimmungen nicht zurückschrecken. Also man bleibe nach wie vor bewaffnet bis an die Zähne, um nachsichtig seyn zu können; mit anderen Worten: die persönliche Freiheit entbehrt jeder Bürgschaft, sie ist bloß geduldet, so lange sie der Regierung nicht unbequem ist. „Dies ist der Grund, weßhalb trotz der Amnestie und trotz aller schönen Verheißungen die öffentliche Meinung fortfährt, gegen die Ausnahmegesetze Einsprache zu erheben. Eine Regierung darf nicht zwei Systeme haben; sie kann nicht zum Frieden und zur Freiheit zurückkehren und gleichzeitig alle Mittel des Krieges und der Willkür für sich in der Hand behalten wollen. Bei diesem doppelten Spiele kommt man um alle Kraft und Achtung! Statt die Leidenschaften zu beschwichtigen, werden sie genähet, und die Regierung zieht sich den Vorwurf zu, daß man ihr nachsagt: sie habe zu oft zu Willkürmaßregeln ihre Zuflucht genommen, und sie lasse die Ausnahmegesetze als Drohung über dem Haupte der Bürger schweben. Dies ist nicht der Weg, den Frieden im Lande zu befestigen!"

Italien.

So neu und eigenthümlich der Charakter der italienischen Revolution ist, so eigenthümlich ist auch die Art, wie sie ihre Opfer fordert. Die italienische Revolution ist keine Erhebung der blinden Massen, sondern sie blieb stets in der Leitung der gebildetsten Klassen der Nation; diese haben das Ungeheuer gezähmt oder doch gezügelt, es nun seit Jahren stets scharf am Abgrunde hin dem Ziele zugeführt. Aber das geht über Menschenkräfte; denn kein Augenblick ist gefahrlos, jeder nimmt alle Geisteskräfte in vollen Anspruch. Dadurch ist nicht blos eine ungeheure Arbeitskraft, wie die des Grafen Cavour, zerstört worden, die Räthe seines Hauptministerium erkennt man nach einigen Jahren vor tiefen Furchen in der Stirne kaum mehr, Nervenleiden sind bei ihnen die Regel. Aehnlich ist es auch bei den meisten Männern, welche in die plötzlich wie durch eine feindliche Mine weit aufgerissene Bresche zu stehen haben. Die italienische Revolution hat noch keinen ihrer Führer auf die Guillotine geschleppt, sie läßt sie eines langsameren Todes sterben. Farini und Nigra sind bis ins Mark erschöpft aus Neapel zurückgekehrt. Ricasoli (der Accent auf a) mußte vor Bestürzung über Cavour's Tod zu Bette und sich zu Ader lassen, ehe er zum Könige gehen konnte, welcher die Atlaslast auf seine Schultern legen will. Wenn Cavour's ganze Erscheinung etwas recht gut Bürgerliches hatte, wenn er als ein äußerst lebhafter, geistsprudelnder John Bull (freilich ein Widerspruch!) erschien, so ist jede Bewegung Ricasoli's adelig — im italienischen Sinne. Die Gestalt ist hoch und edel, die Bewegung fein, ja graziös, der Ton der Stimme in der Regel human, zumal soll er dieß gegen Leute aus dem Volke seyn, und es gab kein bunteres, kein komischer gemischtes Publikum, als das in seinem Vorzimmer während der Sprechstunden, in den Räumen des wie für Riesen gebauten Palazzo vecchio in Florenz. Wo es aber gilt, einer Gemeinheit entgegenzutreten, soll er vernichtend seyn. Wenn Cavour wegen seiner Witzlauge gefürchtet war, hat sich Niemand so sehr den hinterrückigen Groll der diplomatischen Diener der Reaktion verdient, wie Ricasoli; Niemand ist von Leuten, welche kaum wagen durften, ihm in's tiefe Auge zu schauen, so handwerksmäßig verleumdet worden. Wenn irgend Einer, ist gewiß er der Mann, Garibaldi von Irrwegen zu sich selbst zurückzuführen. War keines der guten Bilder, die es vom Grafen Cavour gibt, im Stande, das auf seinem Munde jede Sekunde anders spielende Wetterleuchten des Geistes, des Witzes wiederzugeben, so vermögen die Bilder von Ricasoli nur sein feines Profil zu geben, etwa den tiefen Ernst, ja die Trauer in seinen Zügen anzudeuten, aber das Nervenzucken, welches unverkennbar aus einem tiefen Leiden entspringt und während der Unterredung Mitleiden einflößt, entgeht der darstellenden Kunst. — Wie Cavour, hielt er es für seinen Stolz und für Pflicht, die großen Güter seiner Familie (das größte wurde ihr von Friedrich Barbarossa zu Lehen gegeben) zu Musterwirthschaften zu erheben, wie denn der national und liberal gesinnte Adel des Geistes und der Geburt in Toskana für Landwirthschaft, für Seidezucht, für Kredit- und Verkehrsanstalten, und die Damen desselben für Volkserziehung Großes geleistet haben. Die Sehnsucht nach seinen Landgütern, nach Erholung, und ein großer nationaler Ehrgeiz schienen sich um Ricasoli zu streiten; er ließ auch sein Toskana nicht leicht aus seiner Hand und aus seinem Schutz. Denn er hatte es seit der Abreise des Großherzogs im April 1859 gegen die unermüdlichen feinen und groben Versuche Napoleons zu vertheidigen gehabt, bis das Löseopfer Savoyen-Nizza vollendet war. Das ist sein Verhältniß zu Napoleon. In der Person Ricasoli's tritt jetzt ein Nichtpiemontese in die erste Stelle der Gewalt, was gewiß in der Lombardei ebenso gut aufgenommen wird, wie in Toskana. — Ratazzi, der als Kammerpräsident zuerst

Ein Gattenmord.

München, 12. Juni. Die heute begonnene Schwurgerichts-Verhandlung, zu deren Durchführung drei Tage anberaumt sind, hat einen Gattenmord zum Gegenstande, und bietet in psychologischer Beziehung ein hohes Interesse. Ein Nachtstück menschlicher Verworfenheit, das sich leider in nur zu kurzen Zwischenräumen vor oberbayerischen Geschwornen wiederholt, entrollt sich heute vor unserm Auge, das in einen Abgrund blicken muß, dessen Tiefe durch die Verhandlungen gegen die Weinbergbäuerin, gegen Urs. Pickl und Mar. Westner noch nicht erschöpft zu seyn scheint. Sämmtliche drei haben sich, wie noch erinnerlich seyn wird, ihrer Gatten durch Banditen entledigt, und obwohl diese grausen Thaten innerhalb weniger Jahre ein doppelt blutiges Ende genommen, so reiht sich doch wieder ein schweres Verbrechen an, das in seinen Nebenumständen, in dem Verfolgen der mörderischen Absicht die andern Fälle weit übertrifft. — Der der Anklage zu Grund liegende Thatbestand ist folgender: In dem zum Landgericht Schrobenhausen gehörigen Orte Badershausen lebte bis zum 8. Dez. 1860 der Gotthartbauer Franz Janson. Derselbe war ein äußerst braver, fleißiger und thätiger Mann, ein tüchtiger Oekonom, der von Allen, die ihn näher kannten, geliebt und geachtet wurde. Im Jahre 1850, damals 47 Jahre alt, verehelichte er sich zum drittenmale, und zwar gegen den Rath seiner Freunde, mit der Schullehrerstochter Regina Haberl von Hilgertshausen. Diese, damals 25 Jahre alt, galt allgemein als männersüchtig und etwas leichtfertig, und ging mit Franz Janson nicht aus Neigung, sondern auf den Rath und Wunsch ihres Vaters, der froh war, sie gut angebracht zu haben, diese Ehe ein. Die ersten Jahre der Ehe gingen ziemlich gut vorüber, denn wenn auch Regina Janson durchaus keine Neigung zu ihrem Manne hegte, so fiel doch keine auffallende Störung des ehelichen Friedens vor, und Janson lebte mit seiner Frau, die ihm stets schmeichelte und eine Anhänglichkeit, die sie nicht fühlte, zu heucheln verstund, gut. Statt sich jedoch im Laufe der Jahre an ihren Mann zu gewöhnen und zu diesem Zuneigung zu gewinnen, wuchs die Abneigung der Reg. Janson immer mehr, und so kam es, daß sie stets recht froh und heiter wurde, wenn sich ihr Mann von zu Hause entfernt hatte, und endlich anfing, sich mit andern Mannsleuten abzugeben.

In unmittelbarer Nähe des Gotthartbauernhofes befindet sich der sogenannte, zur Zeit dem Jak. Huber gehörige Plankhof, der von dem übrigen Anwesen des Ortes Badershausen etwas isolirt steht. Auf diesem Hofe lebten zwei Brüder des Jakob Huber, von denen der ältere Augustin, der jüngere Johann hieß. Schon im Jahre 1856 ungefähr fing nun Reg. Janson mit Augustin Huber ein förmliches Liebesverhältniß an, das anfangs etwas geheim betrieben, später aber in der schamlosesten Weise zur Schau getragen wurde. Entfernte sich Franz Janson Geschäfte wegen aus dem Hause, so ließ Reg. Janson durch ihre Dienstboten ihren Buhlen holen, oder sie holte ihn sich gleich selbst, begab sich mit ihm allein in ein Zimmer und lebte sodann mit ihm in Saus und Braus. Durch verschiedene Leute ließ sie nämlich hinter dem Rücken ihres Mannes Getreide und dergleichen verkaufen, und sich dafür Zucker, Kaffee, Fleisch, Bier und Näschereien aller Art bringen, und verzehrte sodann diese Sachen mit Aug. Huber, mit dem sie, wie sich einer ihrer früheren Dienstknechte ausdrückte, wie Mann und Frau lebte. Ihrem Manne that sie, wahrscheinlich um ihn zu täuschen, recht schön, und dieser gab sich auch ihr und allen Leuten gegenüber den Anschein, als ob er von Allem nichts wüßte, obwohl er, wie aus den Angaben eines seiner vertrautesten Freunde hervorgeht, von

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 163.	Voranbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 15. Juni 1861.

Deutscher Bund.

Frankfurt, 13. Juni. Preußen hat in der heutigen Bundestagssitzung einen Antrag auf Errichtung einer Küstenschutzbrigade gestellt, welche von Preußen, Hannover und einem Theile der Reservedivision zu bilden seyn würde. (Fr. Hdlsz.)

Preußen. Kreuznach, 13. Juni. Die heutige Generalversammlung der Rhein-Nahebahn-Aktionäre genehmigte die Emission zweiter Prioritätsaktien und beschloß die Einsetzung einer außerordentlichen Kommission für Untersuchung der Bauführung. (Tel. d. Fr. Hdlsz.)

Hannover. Hannover, 11. Juni. Die heute vorgenommene Wahl eines Senators (Magistratsraths) in der Residenz ist kein schlechtes Seitenstück zu der zusammengepreßten Loyalitätsadresse von Revisoren, Kanzlisten, Hoflieferanten und Gartenleuten. Die sämmtlichen Stimmen der zum Wahlakt ausgewählten zehn Bürgervorsteher und die Hälfte der zehn Magistratsmitglieder stimmten für den Bergkommissär Hildebrand, den ausgezeichneten Pharmaceuten, welcher, seit dreizehn Jahren Mitglied des Obermedizinalkollegium, dieses Postens vor Kurzem wegen seiner Theilnahme an der Versammlung vom 8. April im allerhöchsten Auftrage enthoben wurde, worauf er ein Anerkennungsschreiben seiner Leistungen vom Obermedizinalkolleg, und diese Behörde vom Ministerium des Innern, irre ich nicht abermals im allerhöchsten Auftrage, eine Nase empfing, welche als schmerzlos zu den Akten gelegt würde. Die Wahl Hildebrand's bedarf übrigens der Bestätigung des Ministers des Innern. — Die 14 Lehrer vom Rathsgymnasium in Osnabrück, welche die Eingabe an das dortige Bürgervorsteher-Kolleg, betreffend Zustimmung zu den Beschlüssen der Versammlung vom 8. April, mit unterzeichnet hatten, haben deßhalb einen Verweis erhalten.

= **Oesterreich.** Wien, 12. Juni. (Priv.-Korrespond.) Die Bildung einer zweiten Fraktion, inmitten der Linken des Abgeordnetenhauses, ist jetzt eine vollendete Thatsache. Neben den Unionisten unter Pretschner, Herbst und Brinz, hat sich jetzt auch die groß-österreichische Partei Mühlfeld-Giskra in aller Form konstituirt. Indeß lehrt ein Blick auf die beiderseitigen Programme, daß Unionisten und Groß-Oesterreicher eigentlich vollkommen Hand in Hand miteinander gehen. Es ist eben nur in dem Mühlfeld-Giskra'schen Programme Alles mit mehr Schärfe und Präcision, sowie mehr ins Einzelne ausgeführt. Die Gegner der Freiheit und der Einheit Oesterreichs, die Reaktionären und die Föderalisten, haben, so scheint es, von der Fraktion Mühlfeld-Giskra, die man demnach gewissermaßen als die äußerste Linke des Abgeordnetenhauses bezeichnen könnte, noch weniger auf Zugeständnisse zu rechnen, als von Seiten der Unionisten.

Es ist ein Glück für Oesterreich, daß das Nationalitätenfieber selbst wieder beitragen muß, daß die magyarischen Bäume nicht allzu hoch wachsen. So hat der Slowaken-Kongreß zu St. Marton also wirklich erklärt, daß er sich mit allen nicht magyarischen Völkern Ungarns solidarisch verbunden halte, um den Uebergriffen der Magyaren entgegenzutreten; so protestirt die vom Patriarchen Rajacsics zu Carlowitz abgehaltene Konferenz der Serben (Woiwodina) gegen die immer unverhüllter austretende Tendenz der Kroaten, daß alle Einwohner Kroatiens, Slavoniens und Dalmatiens den National-Namen Kroaten annehmen und sich überhaupt den Kroaten unterordnen müßten; so endlich protestirten gegen die Carlowitzer Konferenz ihrerseits wieder die Rumänen des Banats, welche ihr Natiönchen den Serben nicht unterordnen wollen. Die Dalmatiner wollen ihrer Mehrzahl nach sich nicht in Kroatien einverleiben lassen, worauf die Kroaten hartnäckig bestehen; die Rumänen in Siebenbürgen endlich machen Front gegen die Herrschsucht der Magyaren, die auch dort, wie in Ungarn allein den Ton angeben möchten. Ein schönes Chaos! Jede Nationalität möchte die andere hinnunterdrücken, und es ist gar nicht abzusehen, wie sie sich miteinander vertragen sollten, wenn sie nicht in Wien ihren gemeinsamen Einigungspunkt fänden, von dort aus zusammengehalten und ihre widerstreitenden Bestrebungen versöhnt würden.

* In einer Zuschrift an den „Pesther Lloyd" erklären es mehrere Freunde und Verwandte Teleki's für eine Verleumdung, daß dieser, wie in mehreren Zeitungen s. Z. erzählt wurde, mit Kaiser Napoleon sich in einen Briefwechsel eingelassen und dadurch das bei seiner Freilassung gegebene Ehrenwort gebrochen habe.

Dänemark.

Das dänische Volk begeht den 5. Juni, als den Jahrestag der Erlassung seines Grundgesetzes, alljährlich festlich mit Fahnenzügen, Musiken und vor allen Dingen langen salbungsreichen Reden. Nachdem man in den letzten Jahren schon versucht hatte, auch im Schleswig'schen dänische Volksfeste zu Stande zu bringen, war in diesem Jahre auch der 5. Juni zu einem großen Volksfeste auf den düppeler Höhen auserſehen, zu dem freilich die Erinnerung an die um diese Zeit im Jahre 1848 bei Düppel stattgehabten Kämpfe die äußere Veranlassung geben mußte. Die Parteiführer in Dänemark sind jetzt darüber aus, Demonstrationen dafür zu veranlassen, daß mit der Aussonderung Holsteins aus dem Gesammtstaate, welche das Ministerium vorläufig auf seine Fahnen geschrieben hat (um so den Forderungen des deutschen Bundes bezüglich Holsteins gerecht werden zu können, ohne an der Gesammtstaatsverfassung rütteln zu müssen), sofort die Ausdehnung des Grundgesetzes auf Schleswig erfolge, und agitiren für diese Politik im eigentlichen Dänemark auf den zahlreichen Volksversammlungen, die theils zu diesem Zwecke berufen, theils durch die bevorstehenden Folkrihings-Wahlen veranlaßt werden. Das Fest auf Düppel wurde überdies noch zu einer Art kriegerischer Demonstration benutzt, indem man daselbst einen großen Festzug nach den umfassenden neuen Befestigungen, den Schutzwällen Dänemarks und des durch das Grundgesetz mit ihm vereinigten Schleswig, veranstaltete. (K. Z.)

Großbritannien.

London, 11. Juni. Vor einigen Tagen wurden in Shoeburyneß eine Reihe interessanter Proben mit schweren Armstronggeschützen angestellt, um die Widerstandsfähigkeit eiserner Batterien festzustellen. Batterien dieser Art, aus 10 Zoll dicken, durch massives Balkenwerk gestützten Eisenplatten aufgeführt, wurden, gewöhnlichen Geschützen gegenüber, bisher als unzerstörbar angesehen; aber schon mit dem ersten Schuß aus einer Armstrongkanone, die eine Kugel von 126 Pfund schleuderte, wurde eine der zehnzölligen Eisenplatten auf 1800 Fuß Distanz mit sammt ihren Balkenstützen in Trümmern gesprengt. Ein zweiter Schuß aus einem 110pfündigen Armstronggeschütz legte einen andern Theil derselben Eisenbatterie in Bresche, und somit ist es klar erwiesen, daß diese Art von Batterien der Armstrongkanone nimmer Stand halten können. (Fr. Pstz.)

Frankreich.

Paris, 12. Juni. Bei der Budget-Debatte des gesetzgebenden Körpers haben wir kurz erwähnt, daß das Darimont'sche Amendement auf Abzug einer Million von den geheimen Fonds diesmal wie im vorigen Jahre abgelehnt wurde. Der Abgeordnete Darimont bekannte im Eingange seiner Rede, daß er im vorigen Jahre dasselbe Schicksal gehabt, daß er und seine Freunde aber sich verpflichtet fühlten, der Regierung jetzt zum dritten Male zuzurufen, wenn sie, wie sie behaupte, wirklich den Frieden im Lande befestigen wolle, sey die Abschaffung der Ausnahmegesetze nothwendig. Die Regierung verlange zwei Millionen für die geheimen Fonds. Solche Gelder, über welche die Verwaltung ohne

korps sind gegen Norfolk auf dem Anmarsche. Bereits 450 flüchtige Sklaven sind im Butler'schen Lager eingetroffen.

Asien.

Nachrichten aus Canton vom 30. Mai melden: Die englische und französische Gesandtschaft sind in Peking installirt. Die Fahnen beider Nationen wurden am 26. März aufgezogen. In Japan herrscht Ruhe. (T. d. N. Frkf. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

Lindau, 10. Juni. Zur Hebung des auf's Neue versunkenen Dampfboots „Ludwig" ist dem Unternehmer ein weiterer Termin von acht Tagen gewährt. Morgen ist es ein Vierteljahr, seit das Boot im Wasser ruht; die bereits aufgewendeten Kosten für Flottmachung betragen nahezu 5000 fl. Die Möglichkeit der Ausführung steht jetzt sehr in Frage. (Schw. M.)

Am vorigen Sonntag Nachmittags 2 Uhr — ganz um dieselbe Zeit, wo sich in der Gegend zwischen Marburg und Kassel ein fürchterliches Gewitter mit Hagelwetter entlud — wurde in weiter Entfernung davon die Schweizerstadt Luzern und ihre Umgebung schwer heimgesucht. Die „Schweizer Zeitung" meldet das Unglück mit den Worten: „Hinter dem Pilatus hervor fuhr über Luzern ein Hagel und Unwetter, wie es hier vielleicht seit Jahrhunderten nicht oder gar nie erlebt wurde. Die gesammte Vegetation in den Gemeinden Schwarzenberg, Malters, Littau (zum Theil), das Krienser Thal bis an das Dorf Horw, der Sonnenberg, Luzern, vom Krienser und Reußthal an bis gegen Ebikon, Adlingenschwyl und Meggen bis zur Kirche sind buchstäblich bis auf den letzten Halm verwüstet. Laub und Blatt sind von den Bäumen wegrasirt wie im November. Von Vitznau aus, also auf drei Stunden Entfernung, sah man nach dem Abziehen des Wetters mit Staunen und Schrecken die Gegend vom Schwarzenberg herunter wie mit Fuß hohem Schnee dicht bedeckt. Ein eisiger „erdiger" Hauch drang über die Wellen bis Vitznau. Fünf Stunden später fand man in Luzern noch Schlossen wie große Baumnüsse und Hühnereier, Eiskrusten (gleich Gletschereis) von drei Zoll Dicke, die Bäume zu Besen „gestumpft".

Neueste Nachrichten.

** München, 12. Juni. (Privat-Korresp.) Durch kgl. Entschließung wurde der Kommandant des 2. Kuirassier-Regiments, Oberst Frhr. v. Steinling, pensionirt und der zweite Kommandant von Ingolstadt, Oberst Frhr. v. Rummel, zum Kommandanten des 2. Kuirassier-Regiments ernannt.

München, 12. Juni. An Lasaulx's Stelle hat die philosophische Fakultät den Dr. Carrière (einen der Neuberufenen) zum ordentlichen Professor der Aesthetik und Kunstgeschichte bevorwortet. (Allg. Z.)

Karlsruhe, 6. Juni. Der „Bad. L.-Z." wird von hier geschrieben: Man habe, in Erwägung, daß junge Polytechniker nach ihrer ganzen Vorbildung durch mathematische und einzelne Fachstudien ganz besonders befähigt wären, sich mit geringer Mühe die besondern Kenntnisse zu erwerben, um als Offiziere in einem Kriegsfall wesentliche Dienste leisten zu können, beschlossen, die Begründung eines Cyklus von einschlägigen Vorlesungen am hiesigen Polytechnikum anzuregen, und, sobald derselbe hier begonnen, alle Polytechniker Deutschlands aufzurufen, sich diesem Beispiel anzuschließen. Die nöthigen Lehrer glaubte man unter den allgemein als tüchtig anerkannten Offizieren der badischen Artilleriekorps gewinnen zu können. Es wurde daher schon im Anfang März d. J. der Direktion des Polytechnikum eine Bittschrift übergeben, worin man dieselbe ersuchte, sie möge dem Unternehmen durch Ueberlassen eines Hörsals für einzelne Vorlesungen ihre Unterstützung angedeihen lassen. Diese Bittschrift wurde vom Direktor der Anstalt, Hofrath Redtenbacher, aufs Wohlwollendste aufgenommen und dem großh. Ministerium übergeben. An höchster Stelle wird im Augenblick nur noch die Frage erörtert, ob und in wie weit diese Vorlesungen mit dem eigentlichen Zweck des Polytechnikum übereinstimmen dürften. Doch erhielt man bereits die erfreuliche Versicherung, daß, wenn genehmigt, diese Vorlesungen den übrigen am Polytechnikum getriebenen obligaten Studien eingereiht werden würden.

Ofen, 10. Juni. Hier sind von zuverläßiger Seite Nachrichten eingetroffen, welche die Nationalitäten-Verhältnisse in Siebenbürgen als äußerst trüber Natur schildern. Die romanische Nation befindet sich in offenem Kampfe gegen die vielbetobten 1848er Gesetze, oder richtiger gesagt, gegen die magyarische Suprematie. Die romanische Nation in Siebenbürgen will jenen Nachrichten zufolge von den 1848er Gesetzen, welche sie von den politischen Rechten ausschließen, nichts wissen und verweigert diesen Gesetzen und den magyarischen Organen, welche nach ihnen regieren, jeden Gehorsam. Die meisten, ja fast alle Beamte romanischer Nationalität haben auf die ihnen sehr karg zugemessenen Dienstesstellen bei den Komitaten Verzicht geleistet und protestiren energisch gegen die magyarischen Uebergriffen. (Ostd. Post.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	$81\frac{1}{4}$ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$63\frac{3}{4}$ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	56 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	48 P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$41\frac{1}{4}$ G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	88 G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. R. (C. b. R.)	$102\frac{1}{2}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102\frac{7}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$103\frac{5}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	—
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{3}{4}$ P. $\frac{5}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$105\frac{1}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{3}{8}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{3}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$95\frac{1}{4}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{1}{4}$ P. $101\frac{3}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	94 G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{3}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$98\frac{5}{8}$ P.
„	3 pCt. Obl.	91 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$48\frac{1}{2}$ P.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt. „ „ „	$42\frac{5}{8}$ P.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$99\frac{1}{2}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$109\frac{3}{4}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	654 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	160 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$186\frac{1}{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	70 G.
Internationale Bank in Luxemb. . .	84 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	320 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	87 P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	234 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	119 G.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$75\frac{3}{4}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$22\frac{1}{4}$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$137\frac{3}{8}$ G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$99\frac{1}{2}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{1}{2}$ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	237 P. 236 G. ex C.
Span. Handels- u. Industrie . . .	530 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	475 P.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$104\frac{3}{4}$ G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. $100\frac{1}{2}$ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B. $99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$96\frac{1}{8}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	$87\frac{7}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 G.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{3}{4}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	$93\frac{1}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{1}{2}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$84\frac{1}{2}$—$\frac{3}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$80\frac{1}{2}$ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$49\frac{1}{4}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$64\frac{1}{4}$ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$130\frac{5}{8}$ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$81\frac{5}{8}$ P.	„ fl. 25 do.	$35\frac{1}{4}$ G.
„ fl. 100 Elab. L. v. 1858.	$100\frac{1}{4}$ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$35\frac{1}{4}$ P.
$1\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	126 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	51 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$37\frac{1}{2}$ P.
Badische fl. 50	$80\frac{1}{4}$ P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{1}{4}$ P.
Badische fl. 35	$52\frac{7}{8}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 13. Juni. Oesterr. Fonds und Kreditaktien erfuhren in Folge günstiger auswärtigen Notirungen eine fernere Preiserhöhung, welcher sich Wechsel auf Wien in kurzer Sicht anschlossen. In den übrigen Fonds keine erwähnenswerthe Veränderung. (Synd.)

Frankreich.

Paris, 11. Juni. Die Diskussion über das Budget des Ministerium des Innern wurde gestern im gesetzgebenden Körper fortgesetzt. Zunächst traten die Redner auf, welche gegen die Rede des Hrn. Keller zu sprechen sich gemeldet hatten. Ollivier (liberal) ergriff das Wort, um sich mit einer Mäßigung und einer Versöhnlichkeit auszudrücken, die mehr noch den Beifall des Hauses, als den seiner eigenen Partei ihm erwirbt. Er vertheidigt die Revolution von 1789, die er von ihren Verirrungen und Uebergriffen sorglich lostrennt, und führt durch mehrere Beispiele aus, daß die klerikale Partei, in deren Namen Hr. Keller geredet, nur dann von Freiheit etwas wissen wolle, wenn ihr dieselbe, auf Unkosten der Andern, ausschließlich zu Theil werde. Darin unterscheide sich in ihren Freiheits-Bestrebungen die Partei des Hrn. Keller von der seinigen. „Wann eine Regierung, sagt er, Euch Gutes thut, d. h. wann sie in Euren Händen ein gefügsames Werkzeug bleibt, so findet Ihr Alles gut an ihr; von dem Tage an dagegen, wo sie Eurem Streben nach der Herrschaft, die Ihr im Namen des Himmels auf Erden ausüben wollt, widersteht, findet Ihr Alles schlecht." Am Schlusse rief der Redner Hrn. Keller noch zu: „Jetzt, mein verehrlicher Gegner, hören Sie noch dieß: Wann Sie wirklich verfolgt werden, so finden Sie uns in der ersten Reihe ihrer Vertheidiger, aber, wann Sie sich beklagen, einzig deshalb verfolgt zu werden, weil Sie Andere nicht mehr verfolgen können, dann werden Sie uns, wie heute, in der ersten Reihe Ihrer unversöhnlichen Gegner finden." — Granier (von Cassagnac) tritt sodann in seiner Eigenschaft als Mitglied der Majorität auf und nimmt für diese das Recht, die Anhänglichkeit an Ordnung und Religion zu vertreten, welches Hr. Keller für seine Partei allein sich anmaßt, eben so sehr in Anspruch, als das Recht, die Freiheit zu vertreten. — Baroche ergreift hierauf im Namen der Regierung das Wort, um die einzelnen Behauptungen des Hrn. Keller auch von dieser Seite her zu widerlegen. — Keller gibt nun eine Erklärung ab. Er zollt den „edlen Gefühlen", zu deren Organ die Herren Ollivier und Granier de Cassagnac sich gemacht, seine Anerkennung, behauptet, daß er im Entferntesten die Gerichte nicht habe angreifen wollen; im Gegentheil glaube er, ihnen durch seine Rede einen Dienst erzeigt zu haben. Alle übrigen Angriffe lasse er unberücksichtigt, und begnüge sich mit der Genugthuung, daß er der Kammer und dem Lande die Wahrheit habe sagen können. (Fr. J.)

Der „Moniteur" hat angezeigt, daß Frankreich den amerikanischen Wirren gegenüber die strikteste Neutralität beobachten werde.

Italien.

Turin. Die „Opinione" erzählt in ihrem Trauerartikel, daß, als Cavour 1850 zuerst Minister, und zwar Handelsminister wurde, ein ihm nahestehender Bankier ihm gratulirt habe mit der Bemerkung, er werde nun nicht blos dem Lande große Dienste leisten, sondern auch sein eigenes Vermögen durch gutunterrichtete Spekulation namhaft vermehren können; sofort habe Cavour seinem Geschäftsfreunde den Auftrag gegeben, alle seine Aktien und Obligationen zu verkaufen, und dabei einen bedeutenden Verlust erlitten. Da der Graf steinreich war, so kostete ihm ein solcher Entschluß nicht viel, aber er zeugt doch von seiner Uneigennützigkeit und Redlichkeit. (Zeit.)

In Florenz fanden arge Pöbelexzesse gegen Geistliche und Männer der großherzogl. Partei nach dem Schlusse der Frohnleichnams-Prozession statt und dauerten vor dem vom Pöbel belagerten Dom bis an den Morgen des folgenden Tages fort. Der Erzbischof und die Priester konnten nur unter dem Schutz der Bürgerwehr nach Hause kommen.

Türkei.

Laut Nachrichten aus Konstantinopel war dort am 7. eine Deputation angekommen, welche den Uebertritt von 50 weiteren Ortschaften des Sandschak Salonichi zum Katholizismus anzeigt. Der neue bulgarische Bischof empfing die Deputation und erklärte ihr, daß er auch von anderen Punkten Nachrichten über solche Uebertritte habe. Der Bischof wird am 12. nach seiner Residenz abreisen. (T. d. N. Frkf. Z.)

Rußland und Polen.

Das Testament des Fürsten Gortschakoff ist ein Zeugniß für die seltne Uneigennützigkeit und Schlichtheit dieses tapfern Generals, der nur das Mißgeschick hatte, einen schweren Posten in einem Alter zu bekleiden, wo die männliche Energie zu schwinden pflegt. Sein ganzes Vermögen besteht nach seinem Testament aus einem Gut, welches seiner Frau gehört, aus einem in Polen gelegenen Majorat, das ungefähr 2000 Rubel abwirft und das ihm vom Kaiser geschenkt wurde, und aus 50,000 Rubeln, die er ebenfalls vom Kaiser nach dem Krimkriege zum Geschenk erhielt.

Amerika.

Am 31. Mai wurde in den Straßen von New-York ein Mensch getödtet, der von Trennung von der Union zu sprechen wagte. In Baltimore dagegen ließ der Pöbel wieder den Sonderbunds-Präsidenten Davis leben.

New-York, 31. Mai. Lincoln beabsichtigt die Einberufung von weiteren 100,000 Mann. (Tel. d. N. K.)

New-York, 1. Juni. Der Bundes-General Scott wird 35,000 Mann vom Innern aus in den Staat Virginien schicken, während 20,000 Mann von der Westseite von Pennsylvanien aus, so wie andere 20,000 Mann von Ohio aus in Virginien einrücken und 15,000 Mann, unterstützt von den Streitkräften der Marine, den James-River hinaufgehen. Fortwährend treffen Truppen und Munition in Fort Monroe ein, dessen Besatzung bereits auf 13,000 Mann angewachsen ist. Zahlreiche Truppen-

---

Denn noch was Höher's an ihm kenn' ich —
Die deutsche Art und deutsche Weise:
Cornelius kämpft für deutschen Sinn und Sitte,
Im Herzen rein, mit reiner Hand noch heut' voran.
D'rum lebe hoch in seiner Jünger Mitte,
Im deutschen Vaterland der deutsche Mann!

Eine Nachfeier des Festes findet heute Nachmittag in Neuhofen statt, wohin man sich mit einem Extrazug der Eisenbahn begibt.

Peter Cornelius der edle Ritter.

Peter Cornelius der edle Ritter
Wollt' dem König wiederum kriegen
Stadt und Festung am Parnaß;
Er thät schlagen die Perücken,
Riß die Zöpfe aus dem Rücken,
Steckt den Krahnen in das Faß.

Als die Perücken nun waren geschlagen,
Daß man konnte Herz und Magen
Laben in Begeisterungs-Fluß;
Schlug bei München er das Lager,
Die Philister zu verjagen
Ihnen zum Spott und zum Verdruß.

Und alle Tage kam soeben
Ein Spion bei Sturm und Regen,
Schwur's dem Meister und zeigts ihm an,
Die Philister fouragiren
Soviel als man kunnt verspüren
Goliath und Urian.

Als Cornelius dieß vernommen,
Ließ er Niebeljungen kommen,
Macht auch nicht in Sack den Faust,
Er thät sie recht instruiren,
Wie man soll den Pinsel führen,
Daß es den Philistern graußt.

Alles saß gleich zur Staffleie,
Mit Kohle, Pinsel, Kreid' und Bleie
Rückt man fleißig an der Schanz.
Freskotier und auch Oelmaler
Faßten Löhnung manchen Thaler,
'S war fürwahr ein schöner Tanz.

Peter Cornelius auf der Rechten
Thät als wie ein Löwe fechten
Als General und Feldmarschall;
König Ludwig schreit auf und nieder:
Halt' Euch brav ihr deutschen Brüder;
Greift die Kunst nur herzhaft an!

König Ludwig Du kannst erheben
Jede Kunst zu neuem Leben,
Steigetroffen liegt der Schein.
Hoch dem Meister der dich liebet,
Hoch dem König der ihn übet,
Ludwig hoch, der Peter ward dein.

Gedanke liegt mir ferne, patriotischen Bemühungen entgegenzutreten, welche unser Vaterland zu der Stelle zurückführen wollen, die ihm in der Reihe der Nationen gebührt; aber ich weise darauf hin, daß Bestrebungen, wie sie der deutsche Nationalverein vertritt, wenn sie einen legitimen Charakter behaupten wollen, bei den widerstrebenden Ansichten, Kräften und Interessen ihr Ziel in weiter Ferne erblicken, während mein Antrag einen unmittelbaren praktischen Erfolg sucht und nahe legt, während durch die Verwirklichung dieses Antrags, durch die mit ihr gesicherte freie Bewegung im eigenen Lande die wesentlichsten Besorgnisse beseitigt werden, die der Einigung über allgemeine Angelegenheiten entgegentreten, ja, die Selbständigkeit der mittleren und kleineren Staaten in dem verstärkten Interesse der Bevölkerung eine zuverlässigere Bürgschaft ihrer Dauer empfängt, als durch unantastbar erachtete Grundsätze und Verträge, welche, wie die Tagsgeschichte lehrt, dem Vortheile der Mächtigen zum Opfer fallen; und während endlich der Rückblick auf eine vierzigjährige Vergangenheit die Befürchtung nahe legt, daß auch jetzt wieder nach beseitigter Gefahr von Außen die durchgreifende Verbesserung der inneren Zustände der dunkeln Zukunft überlassen bleibe, und so der Riß zwischen dem deutschen Volke und den Lenkern seiner höchsten Angelegenheiten immer tiefer und unheilbarer werde."

Thüringen. Gotha, 8. Juni. Die Theilnahme an dem deutschen Schützenfeste und dem deutschen Schützentage zeigt sich in der erfreulichsten Weise durch ganz Deutschland. An dem Schützentage soll über Schützenangelegenheiten im Allgemeinen, insbesondere aber über gleichmäßige Konstituirung der Schützenvereine, über Einführung eines gleichmäßigen Kalibers, über die Gründung eines deutschen Schützenbundes, die Einführung wiederkehrender deutscher Schützenfeste, über die Bildung von Vereinen zur Unterweisung der Jugend in Handhabung der Schußwaffen verhandelt werden. Was das Schützenfest anlangt, so sind die Ehrengaben schon reichlich geflossen. Der regierende Herzog widmet einen großen silbernen Humpen, Prinz Albert, Prinz-Gemahl von England, einen silbernen Pokal und eine Whitworthbüchse komplet mit Etui, die Stadt Gotha einen schweren silbernen Pokal. Die Frauen Gotha's haben einen großen goldenen Chronometer für 130 Thlr. und zwei große Pokale geliefert. Außerdem sind Büchsen aller Art aus Gotha, Zella, Mehlis, Lübeck, Braunschweig angemeldet, dann Teschins, Kapselgewehre, Pistolen, Becher, Uhren, Kurzwaaren (sogar in vollständiger Collektion), Teppiche, Decken, Perspektive, Bilder, Büsten, Bücher, Schreinerarbeiten, Geldspenden von 1 — 50 Thlr., Stickereien in großer Auswahl ꝛc.

* **Oesterreich.** Veranlaßt durch die immer kecker hervortretenden Bestrebungen der Föderalisten (Czechen, Polen und Feudale), die Bedeutung und den Wirkungskreis des Reichsraths möglichst herabzudrücken und einzuengen und dafür die Befugnisse der Landtage möglichst auszudehnen, sind eine Anzahl Mitglieder des Abgeordnetenhauses, bis jetzt etwa 60, unter dem Namen Unionisten zu einem Klubb zusammengetreten, welcher im Gegengesatz zu jenen Sonderbestrebungen vorzugsweise die Erhaltung der Reichseinheit an die Spitze seines Programms stellt. In diesem Programm sagen sie: „Wir verpflichten uns zur gemeinsamen Abwehr föderalistischer Bestrebungen im Innern des Hauses. Wir sind nicht Gegner der Autonomie, welche die Sichselbstbestimmung lebendiger, aber unauflöslich miteinander verbundener Theile nur im Ganzen anstrebt, sondern Feinde des Föderalismus, der Alles nur neben, nichts über sich haben will und allenfalls auch außer dem Ganzen und ohne die andern existiren zu können, zu wollen sich vorstellt. Den Landtagen steht jetzt schon zu, was andern Volksvertretungen abgeht: eine Verwaltung, ein Ansatz zu dereinstiger volksthümlicher Landesverwaltung; denselben steht jetzt schon zu, was Provinziallandtagen und Landräthen gemeiniglich abgeht: eine Gesetzgebung; diese umfaßt jetzt schon kein kleines Gebiet der Landesinteressen und hat durch den Schlußsatz von §. 18 der Landesordnungen Aussicht auf ein größeres. All das wollen auch wir hüten und pflegen, so treu als die Verfassung, in der es begriffen liegt, wachsam freilich gegen Ueberhandnahme des Sondergeistes, verpflichtet zur Förderung des über alle Nationalitäten und Länder erhabenen Gemeingeistes und darum eifersüchtig auf die Kompetenz nicht minder des Reichsraths als der Landtage. Was aber die Länder der ungarischen Krone anlangt, so gibt es zwar keine Gewalt, die Vertreter derselben zur Theilnahme an dem Reichsrath zu zwingen, andererseits aber auch kein Recht, wonach wir entweder den Fortbestand Oesterreichs oder den unserer Freiheit dem guten Willen der Völker jenseit der Leitha anheimzustellen verbunden wären. Vielmehr halten wir Sr. Majestät Regierung für verpflichtet, nach endlicher Erschöpfung der die Beschickung des Reichsraths bezweckenden Mittel die Vergeblichkeit dieses Bemühens zu konstatiren, den Reichsrath aber alsdann für berechtigt, die Befugnisse des Gesammtreichsraths zu üben." Dieser Klubb besteht aus lauter Deutschen und aus den galizischen Ruthenen, die gegen die Anmaßung der Polen Schutz suchen.

* Man weiß jetzt, daß der von Rieger und Genossen im Reichsrath gestellte Antrag auf Vertagung desselben von den czechischen Parteiführern neulich, als sie in Pesth waren, mit den Ungarn verabredet wurde. Den Ungarn wäre es natürlich eben so lieb, wie den Czechen und Polen, wenn der Wiener Reichsrath vom politischen Schauplatz abträte; dann würde ja das Gegengewicht wegfallen, das dem ungarischen Landtag jetzt so lästig ist, und dieser allein den Ton angeben können.

Pesth, 9. Juni. Eine Volksversammlung, die heute unter der Leitung des Deputirten Besze im botanischen Garten von Pesth stattfinden sollte, muß in Folge behördlichen Einschreitens unterbleiben.

Das Cornelius-Fest.

** München, 12. Juni. (Privat-Korresp.) Dem auf der Reise von Rom nach Berlin begriffenen, jetzt hier weilenden Direktor v. Cornelius zu Ehren fand gestern Abends im Saale der Westendhalle ein Fest statt, an welchem ungefähr 400 Personen aus allen Ständen unserer Stadt Theil nahmen; die ersten Männer der Kunst und der Wissenschaft waren anwesend. Als der Gefeierte erschien, schallte ihm herzlicher Jubel entgegen; man war allgemein erfreut, den großen deutschen Meister wieder hier zu sehen, und noch dazu trotz seiner vorgerückten Jahre (Cornelius ist bereits 73 Jahre alt) in noch so rüstiger Gestalt. Ein Festspiel, gedichtet von Herrmann Schmid, eröffnete das Fest. Demselben lag die Idee zu Grund, daß Abgesandte der süddeutschen und der norddeutschen Kunst sich um den Besitz des Meisters streiten, und dann auch ein Abgesandter aus Rom erscheint, der das gleiche Verlangen hat. Alle drei verkünden das Lob des Gefeierten und einigen sich dann, da er Allen angehört, gemeinschaftlich die Büste desselben mit einem Lorbeerkranze zu schmücken — es geschah unter allgemeinem Jubel der ganzen Versammlung. Der Sängerchor trug dann einen Festgruß vor — worauf Musik, Gesang, Trinksprüche und poetische Vorträge während des Abends wechselten. Hofmaler Dietz eröffnete die Reihe der Trinksprüche mit einem solchen auf die Pfleger der deutschen Kunst, II. MM. die Könige Max und Ludwig I. Prof. Förster begrüßte den großen Meister im Namen der festlichen Versammlung. Cornelius dankte dann in bewegten Worten und trank ein Glas auf das Wohl König Ludwigs, „dem er Alles verdanke." Eine Anzahl Jungfrauen erschien hierauf im Saale, dem Gefeierten Blumensträuße überreichend, nachdem Frln. Ringseis, die Dichterin, ein treffliches Gedicht vorgetragen hatte. Bald darauf erschien auch die jugendliche Gemahlin des greisen Künstlerfürsten auf kurze Zeit im Saale, begrüßt durch einen Toast, welchen Herr Bürgermeister v. Steinsdorf ausbrachte. Der Rektor unserer Hochschule, Prof. Seitz, welcher in trefflicher Rede, zu welcher er sich wegen des ewigen Zusammenhanges der Wissenschaft und der Kunst berechtigt hielt, die großen Verdienste des Gefeierten für die Entwicklung der deutschen Kunst pries, sprach die Hoffnung aus, daß uns der Gefeierte nicht bloß als Zeuge ewiger Jugendkraft, sondern auch als Prophet der Einigkeit und Kraft Deutschlands, unseres geliebten Vaterlandes, erscheinen möge! Wurden alle Trinksprüche und Vorträge des Abends mit großem Beifall begleitet, so waren es besonders die Worte des Herrn Rektors Seitz, die einen kaum enden wollenden Jubel hervorriefen. Noch sey erwähnt ein Gedicht, das Wirken des Gefeierten preisend, welches der Dichter Melchior Mayer unter allgemeinem Beifall vortrug. Unter großer Heiterkeit sang die ganze Versammlung das Lied „Peter Cornelius, der edle Ritter", eine von Brentano schon vor Jahrzehnten gedichtete Nachahmung von „Prinz Eugen, der edle Ritter". Den ganzen Abend über herrschte in der Versammlung die fröhlichste Stimmung. Cornelius, der hier eine große Anzahl seiner Freunde begrüßte, ließ sich auch viele der Anwesenden vorstellen. Sichtbar erfreut und ergriffen von der innerlichen Herzlichkeit, mit welcher dieses schöne Fest gefeiert wurde, verließ Cornelius erst Nachts 11 Uhr den Saal, nachdem der Sängerchor eben den Vortrag des Walhalla-Liedes geendet hatte. Während des Abends waren von den Festgenossen folgende sehr entsprechende Verse vertheilt worden:

Dem Meister.

Des Meisters Kunst nicht preisend nenn' ich,
Die Keiner tadelt hier im Kreise,

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 162. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 58. Jahrgang. | Freitag, 14. Juni 1861.

Deutscher Bund.

♁ **Frankfurt**, 12. Juni. (Privat-Korrespondenz.) Der Protest, welchen Hannover und Hamburg gemeinschaftlich durch ihre Vertreter in der Handelsgesetzgebungskommission zu Nürnberg gegen die Art und Weise der dritten Lesung der vier ersten Bücher des Entwurfs eines allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches v. Ranke übergaben, und der der Bundesversammlung vorgelegt wurde, besagt, daß nach Ansicht der genannten Regierungen die dritte Lesung der vier ersten Bücher nicht in einer der bestehenden Geschäftsordnung entsprechenden Weise ausgeführt, sondern durch äußere Einwirkungen beeinträchtigt worden sey.

Aus Thüringen, 7. Juni. Wie wir hören, haben die protestantischen Prälaten Eisenach gestern verlassen, nachdem sie in der letzten Sitzung über ein Regulativ, den Bau der Kirchen betreffend, und über das kirchliche Armenwesen sich berathen. Einen allgemeinen Werth und Bedeutung vermögen wir dieser Versammlung nicht beizulegen, wenn auch den verschiedenen Theilnehmern eine Verständigung und Besprechung interessant seyn wird. Etwas Wichtiges ist bis jetzt noch nicht aus der Versammlung hervorgegangen. (Fkfk. Postz.)

** **Bayern.** München, 12. Juni. (Privat-Korresp.) Unter den Artikeln des Strafgesetzbuches, bezüglich welcher Differenzen zwischen den Gesetzgebungsausschüssen beider Kammern bestanden haben, befand sich auch Art. 119, der von staatsgefährlichen Aeußerungen und Gerüchten handelt. Ueber den ersten Absatz desselben — „wer öffentlich in Anwesenheit Mehrerer oder mittelst eines Preßerzeugnisses die Unverletzlichkeit des Königs, dessen verfassungsmäßige Gewalt, die Thronfolge oder die bestehende Regierungsform, oder die Rechtsinstitute der Familie, der Ehe oder des Eigenthums angreift, oder mit Spott oder Verachtung behandelt, soll mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft werden, womit Geldstrafe bis zu 400 fl. verbunden werden kann" — hatte man schon früher dahin sich geeinigt, daß nach Beschluß des Abgeordnetenausschusses statt der Worte „öffentlich in Anwesenheit Mehrerer" gesetzt werde „öffentlich vor einer Menschenmenge", den zweiten Absatz jedoch — „gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher öffentlich in Anwesenheit Mehrerer oder mittelst eines Preßerzeugnisses gegen einzelne Theile der Bevölkerung des Königreichs oder einzelne Stände oder Klassen der bürgerlichen Gesellschaft Verachtung oder Haß zu erregen sucht" — wollte der Ausschuß der Kammer der Abgeordneten gestrichen haben. Der Ausschuß der Reichsräthe stimmte jedoch dem Abstriche nicht bei, und ließ sich bei der zweiten Berathung nur auf eine Minderung des Strafmaßes (auf die Hälfte) ein. Nach der gemeinschaftlichen Berathung der beiden Ausschüsse wurde nun der Absatz mit folgender Modifikation angenommen: statt der Worte „in Anwesenheit Mehrerer" wurde gesetzt „vor einer Menschenmenge", und die Worte: „einzelne Theile der Bevölkerung des Königreichs oder", sowie die Worte „oder Klassen", wurden hinweggelassen. Darnach lautet der Absatz: „Gefängnißstrafe bis zu 1 Jahre, oder Geldstrafe bis zu 200 fl. trifft denjenigen, welcher öffentlich vor einer Menschenmenge oder mittelst eines Preßerzeugnisses gegen einzelne Stände der bürgerlichen Gesellschaft Verachtung oder Haß zu erregen sucht."

Der Landrath von Niederbayern hat einen Antrag, die Taxen für Luxushunde auf jährlich 5 fl. zu erhöhen, abgelehnt, da eine solche Maßnahme, abgesehen von der Schwierigkeit der Unterscheidung zwischen Luxus-, Haus- und Geschäftshund, nur Gehäßigkeit zur Folge haben würde.

Preußen. Berlin, 9. Juni. Die Feierlichkeiten, welche zum Empfange des Direktors v. Cornelius hier projektirt waren, wurden wesentlich beschränkt, — um keine Veranlassung zu Zusammenrottungen und Aufläufen zu geben — ein erbauliches Zeugniß für die Bildungsstufe der großen Menge in Berlin — freilich nach den Vorgängen am Schillerfest nicht ohne Grund. (Augsb. Postztg.)

Berlin, 7. Juni. Mehrseitige aus dem Posen'schen hier eingegangene Mittheilungen sprechen von einem allmäligen Erlahmen der dortigen polnischen Agitation. Die Führer der Bewegungspartei machen zwar noch fortwährend große Anstrengungen, um besonders auch die niederen Bevölkerungsklassen in Aufregung zu bringen; doch merkt man an ihrem ganzen Treiben, wie sehr sie selbst bei dem Mangel eines starken Rückhalts an Zuversicht verloren haben.

Sachsen. Das mit dem Anfange des nächsten Jahres in Giltigkeit tretende neue Gewerbegesetz beseitigt u. A. auch den bestehenden Wanderzwang. Da nun aber die Volkswirthschaftslehre den Nutzen des freien Wanderns junger Handwerker bekanntlich sehr hoch stellt, so haben mehrere sächsische Gewerbevereine, z. B. der zu Frankenberg und Pirna, bereits Veranstaltungen zur Ertheilung von Wanderprämien getroffen, die an solche junge Gewerbtreibende, welche mindestens zwei Jahre gewandert sind, und noch einige andere, näher angegebene Bedingungen erfüllt haben, zufallen sollen.

Hannover. Osnabrück, 9. Juni. Die 11 Lehrer des Rathsgymnasium, welche die Bittschrift an die städtischen Kollegien in Betreff unserer öffentlichen Verhältnisse unterzeichnet haben, sind mit einem Verweise belegt.

Mecklenburg. Schwerin, 11. Juni. Die Rostocker Bürgerschaft beabsichtigt, den wegen Theilnahme an dem bekannten Rostocker Hochverrathsprozeß zu drei Jahren Zuchthaus verurtheilt gewesenen Advokaten Moritz Wiggers in den Rath der Stadt Rostock zu wählen. Da derselbe aber infolge seiner Verurtheilung der Advokatur verlustig gegangen ist, so wird er, nachdem er zuvor in die Rostocker Kaufmannskompagnie aufgenommen seyn wird, für eine binnen Kurzem zur Erledigung kommende kaufmännische Senatorstelle gewählt werden. Mit diesen Stellen sind in Rostock 8—1200 Thlr. Gehalt verbunden. (D.A.Z.)

Großh. Hessen. Darmstadt, 11. Juni. In der heutigen Sitzung der 2. Kammer brachte der Abg. Tudichum einen den Schutz der Verfassungen der deutschen Staaten angehenden Antrag ein, den er ausführlich begründete, und zwar unter Verwahrung dagegen, daß er dem Partikularismus huldigen wolle. Er beantragt nämlich: „Die Kammer wolle an großh. Staatsregierung das Ersuchen richten, 1) in gesetzlicher Form festzustellen, daß in allen Angelegenheiten, welche die Verfassung und verfassungsmäßige Bestimmungen der einzelnen Bundesländer betreffen, der großh. Bundestagsgesandte für seine selbständigen Abstimmungen und der großh. Minister für die dem Gesandten ertheilten Instruktionen den Ständen des Landes verantwortlich sey, und die Theilnahme an Bundestagsbeschlüssen, welche Verfassung und verfassungsmäßige Bestimmungen einzelner Bundesländer verletzen, als Verletzung der Verfassung im eignen Lande betrachtet und behandelt werde; und 2) Einleitung zu treffen, daß von den übrigen Bundesregierungen ein Gleiches festgestellt und auf dieser rechtsgültigen Grundlage der Bundestag rekonstruirt werde." Diesen Antrag begründet er durch die Erwägung, daß die deutschen Regierungen zur Zeit, als die Bundesakte zu Stande kam, eine unumschränkte Gewalt besaßen, daß aber seitdem allenthalben Verfassungen eingeführt wurden, welche diese Gewalt beschränken, und es daher widersinnig wäre, wenn eine Regierung durch ihren Gesandten am Bundestag im Verein mit den andern Regierungen für ganz Deutschland Verfügungen gültig beschließen lassen könne, zu welchen sie, wenn sie dieselben bloß für ihr eignes Land treffen wollte, die ständische Zustimmung einholen müßte. Diesem Widerspruch und den daraus entstehenden Streitigkeiten könne man nur durch das in seinem Antrag bezeichnete Verhalten entgehen. Gegen den Vorwurf, als wolle er dem Partikularismus durch seinen Antrag Vorschub leisten, wendet er sich mit folgenden Worten: „Der

bei Eröffnung des eigentlichen Markts nicht gewichen und trotz der im Laufe des heutigen Tages stattgefundenen belangreichen Umsätze (wir schätzen dieselben auf 8—10,000 Ctr.) konnte man von einer eigentlichen Lebhaftigkeit des Geschäfts nichts wahrnehmen."

Neueste Nachrichten.

München, 11. Juni. In der gestrigen Sitzung der Gesetzgebungsausschüsse hat der k. Staatsminister der Justiz die bestimmte Erklärung abgegeben, daß die k. Staatsregierung sich in der erfreulichen Lage befinde, schon nächster Tage den Kammern den Entwurf des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs mit dem Einführungsgesetz vorlegen zu können. (Allg. Z.)

Bamberg, 12. Juni. Gestern ist eine Vorstellung des Gewerberaths und Gewerbevereins unserer Stadt, die Einführung der Gewerbefreiheit betreffend, an die Kammer der Abgeordneten abgegangen, aus der wir, um sie zu charakterisiren, folgende Stellen hervorheben:

„Wir halten die Einführung völliger Gewerbefreiheit, d. h. die Verstattung jedes beliebigen Gewerbtriebes durch Jedermann ohne alle Vorbedingung und deren Erfüllung, ohne alle gesetzliche Regelung und behördliche Einwirkung, Ueberwachung nicht für ersprießlich, jedenfalls noch nicht nothwendig, noch nicht genügend vorbereitet."

„Wir verkennen nicht, daß unsere dermaligen gewerblichen Zustände und gewerbgesetzlichen Vorschriften der Erweiterung, Verbesserung, Fortbildung bedürftig sind; aber dafür kann auf dem Wege wohlerwogenen, erfahrungsmäßigen, probehaltigen Vorgehens ohne tief verletzende Einschneidung in die bestehenden Berechtigungen aller Art wahrhaft nützlich geholfen werden."

„Derselbe Weg wurde in Bayern schon einmal und mit zeitgemäßem Erfolge betreten. Die Vollzugsinstruktion von 1853 zum Gewerbegesetze von 1825 liefert hierfür Beweis. Wie damals, so kann gewiß auch nun wieder Ab- und Nachhülfe, Beseitigung ungeeigneten Zunftzwanges, wo er etwa noch bestünde, Einführung örtlicher Erleichterungen, überhaupt wirklich erforderliche heilsame Entwicklung auf demselben Wege erzielt werden."

„Dadurch dürfte sich zugleich der allmälige Uebergang zu noch ausgedehnterer Gewerbeverfassung, wenn und wo sie als wahrhaftes Bedürfniß sich unabweislich mit der Zeit bekunden sollte, ohne allzu empfindliche Verletzung möglichst vermittelnd für alle Betheiligte am beruhigendsten anbahnen lassen."

• Wien, 10. Juni. Was der Antrag von Rieger und Genossen, daß der Reichsrath vertagt werden solle, eigentlich bezweckt, darüber gibt folgender Artikel der „Ostd. Post" Aufschluß: „Die Versuche der czechischen und polnischen Partei, den Reichsrath zu untergraben oder zu stürzen, nehmen bereits konkrete Formen an. Heute wurde ein von sämmtlichen Mitgliedern dieser beiden Fraktionen unterstützter Antrag gestellt: Se. Majestät den Kaiser zu bitten, den Reichsrath auf unbestimmte Zeit zu vertagen und einstweilen die Landtage einzuberufen. Die Absicht ist klar und wird durch die Motivirung, mit welcher die Antragsteller dieselbe zu verhüllen versuchen, nicht verhüllt werden können. Es gilt, das den Föderalisten verhaßte Verfassungswerk vom 26. Februar zu vernichten, und da man es in der Fronte nicht anzugreifen vermag, so will man es von der Flanke aus versuchen. Ist erst der Reichsrath auf eine Reihe von Wochen von der politischen Schaubühne verschwunden, ist der böhmische und der galizische Landtag erst wieder beisammen, dann wird schon durch Agitationen, Adressen, Proteste u. s. w. dafür gesorgt werden, daß die Reichsversammlung nicht wieder zusammenkommt, daß die Organisation des 26. Febr. zerstört, daß auf das Patent vom 20. Okt. zurückgegriffen wird und die Landtage der „Königreiche und Länder", und ganz besonders der Königreiche, in welchen die Koalition Rieger und Clam die erste Rolle spielt, Alles werden und die Centralvertretung zu nichts herabsinkt." Die Föderalisten, welche fast ausschließlich aus Polen, Czechen und Feudalen bestehen und auf der rechten Seite des Hauses sitzen, möchten den Wirkungskreis der einzelnen Landtage möglichst erweitern, dagegen den Wirkungskreis des Reichsraths möglichst verengern; sie arbeiten dadurch den Ungarn gewissermaßen in die Hand. Die Polen und die Czechen denken dabei, daß sie auf den Landtagen in Prag und Lemberg ihre Nationalität besser zur Geltung bringen können als im Wiener Reichsrath, wo sie vor der Mehrzahl der Deutschen verschwinden. Die Feudalen (vornämlich der hohe böhm'sche Adel) halten es mit ihnen, weil sie glauben, daß sie für ihre Standesinteressen in den Landtagen auch mehr ausrichten können, als im Reichsrath. Dieser Partei gegenüber stehen die Centralisten (meist Deutsche und Ruthenen aus Galizien), welche auf der Linken sitzen und das Ministerium in dem Streben, die Reichseinheit möglichst zu wahren, unterstützen.

London, 10. Juni. Die Sammlungen für die Nothleidenden in Indien — sie haben die Höhe von mehr als 140,000 Pfd. St. erreicht — sind jetzt geschlossen, nachdem den neuesten verläßlichen, theilweise amtlichen Berichten von dort zufolge die Hungersnoth bei weitem nicht so ausgedehnt ist, als anfangs befürchtet worden war. Die abgesandten Gelder sind mehr als hinreichend zur Linderung der Noth, vorausgesetzt, daß die bevorstehende Regenzeit nicht abermals hinter den gewöhnlichsten Erwartungen zurückbleibt.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	81½ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	68⅜ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	55¾ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation, "	48¼ P.
"	4½ pCt.	40½ G.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	88 P.
Bayern.	5 pCt. Obl. 4. R. (C. b. R.)	102½ G.
"	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103 G.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	—
"	4 pCt. Obl. dto.	—
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100½ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104⅝ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	95⅜ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	102¾ G.
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	95 G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	102¼ P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100¾ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	94 P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102¾ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	99½ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98¾ P.
"	3 pCt. Obl.	90½ G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	48½ P.
"	1¾ pCt. " " "	42⅝ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	99⅜ P. 99 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	109¾ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	649 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	147—148 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	188½ P. 187½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	75 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien	70 G.
Internationale Bank in Luxemb.	84 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	320 P. 318½ G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	67 P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	234 P.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	119½ P.
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	22⅜ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt.	187⅜ G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	99½ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 G.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	237 P. 236½ G. ex C
Span. Handels- u. Industrie	530 P.
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire	475 P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	104⅝ G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. 100½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99¾ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B. 99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅛ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96¼ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 G.
London Lst. 10 k. S.	118⅞ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93¼ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93½ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	84 B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	81¼ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	49 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	64¼ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	181⅛ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	61⅝ P.	" fl. 25 do.	36 P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	100¼ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	35¼ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	126 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	51 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	38 P.
Badische fl. 50	90¼ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10¼ P.
Badische fl. 35	52⅞ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 12. Juni. Die Börse verkehrte in steigender Tendenz für österr. Fonds, von welchen besonders für National anhaltend Begehr sich zeigte. Spanische beider Gattungen waren billiger zu haben. (Synd.)

* Aus Tyrol. Die Partei, welche verhindern will, daß die durch das kaiserl. Patent vom 8. April d. J. ausgesprochene Gleichberechtigung der Protestanten auch in Tyrol durchgeführt werde, will jetzt eine Deputation von wenigstens 100 Mann an den Kaiser nach Wien schicken. Die Leute sollen in Nationaltracht dort erscheinen, die Einleitungen sind bereits getroffen. Schade, daß das treffliche Beispiel der Prälaten im niederösterreich. Landtag, welche den Protestanten mit offenen Armen entgegenkamen, nicht besser wirkte. Doch kann man auch nicht sagen, daß jene intolerante Gesinnung allgemein in Tyrol sey.

Frankreich.

Der „Constitutionnel" bringt in großer Schrift einen Artikel der „Morning Post" gegen die Orleans, dessen französischen Ursprung jede Zeile verräth; ja man darf vermuthen, daß Fouids Sendung nach London der Bearbeitung der englischen Presse im bonapartischen Interesse nicht fremd war, und wir es hier mit dem ersten Resultat derselben zu thun haben. Wir theilen dieses neue Pröbchen nichtswürdiger Verdächtigung seitens einer augenblicklich siegreichen Partei gegen ihre Vorgänger und gefürchteten Nachfolger nur darum mit, weil sie nicht ohne Antwort bleiben werden und wir dann doch darauf zurückkommen müßten; im Wesentlichen handelt es sich nur um eine Wiederholung der kecken Behauptungen des korrupten, terroristischen, durch Verschwendung im Frieden wie im Krieg dem Bankerott zutreibenden Bonapartismus. Der Artikel fängt damit an, sein Erstaunen darüber auszusprechen, daß man in England die orleanistische Partei als Repräsentanten der Freiheit betrachte. Ohne Wurzeln im Lande, von den gebildeten Ständen verachtet, der Sympathien der Massen verlustig, habe der Orleanismus sich nur auf die materiellen Interessen der Mittelklassen stützen können, und die Freiheit als Feind betrachtet, welcher er durch allerlei Nothbehelfe Abbruch zu thun suchte. So habe er die Centralisation auf die Spitze getrieben, durch Korruption die kleine Anzahl Wähler beherrscht; durch Prohibitionen auf Kosten der Nation und zum Nachtheil der Handelsverbindungen mit England die Industriellen gewonnen. Die kaiserl. Regierung habe diese traurige Erbschaft angetreten; es müsse aber eine Generation darüber hingehen, bis Frankreich der Traditionen des Orleanismus sich entledigt habe. Dem Kaiserreich könne diese Partei bei aller Kunst im Intriguiren wenig schaden; denn die Massen seyen ihr entgegen, da dem Volk nun die Vortheile zu gut kämen, welche die Privilegirten unter Louis Philipp an sich gerissen. Seit zehn Jahren habe das Vermögen Frankreichs sich verdoppelt und zwar zum Vortheil der Volksmassen, der Stützen des Kaiserreichs und der Feinde der Orleans. Man dürfe daher über die Kriegserklärung an das Kaiserreich durch das neuliche Manifest füglich erstaunen, denn wie wollten die Orleans die Feindseligkeiten eröffnen? Als Konservative könnten sie sich nicht an die Volksleidenschaften wenden; ihre Broschüren zirkuliren zu lassen, werde das Kaiserreich nicht naiv genug seyn, oder ihnen erlauben, als Prätendenten aufzutreten, denn Freiheit könne nur den Freunden, nie den Feinden des Staates gestattet werden. Wolle der Orleanismus aber in die Deputirtenkammer eindringen? Das allgemeine Stimmrecht mache ihm dies auf dem flachen Lande unmöglich; in großen Städten könne er allerdings einige Wahlen durchsetzen. Die Orleans hätten durch ihr Manifest die Maske fallen lassen und dadurch die Aufmerksamkeit des Landes auf sich gezogen; eine bekannte Gefahr höre aber auf, eine Gefahr zu seyn. Wir glauben diesem beklommenen Nothruf des Bonapartismus die Meldungen der „Times" aus Paris, von dem Tage, an welchem der Artikel erschienen, zur Seite stellen zu müssen. Mornay, Soults Enkel, meldete sich zufolge der Einladung Persigny's an die alten Parteien zur Wahl für den Departementalrath der Oise; der Präfekt fragte ihn, ob er als Regierungskandidat auftreten wolle; er verneinte dies, da er seine Wahl nur dem freien Willen der Wähler verdanken wolle. Darauf hin verbot der Präfekt allen Druckern, sein Cirkular zu drucken, und auch in Paris kann er keinen Drucker finden, weil der Schrecken unter denselben durch das Verfahren gegen den Drucker der Aumale'schen Broschüre noch zu groß ist. (N. Fr. Z.)

Marseille, 10. Juni. Die siamesische Gesandtschaft, die nach Paris geht, wurde am 30. Mai dem Vizekönige von Egypten in seinem Palaste von Kairo von dem französischen Generalkonsul vorgestellt. Die Prinzen, welche die Gesandtschaft bilden, erhielten alle ihrem Range gebührenden Ehren. Gestern trafen sie in Toulon ein, wo ein offizieller Empfang stattfand. Zu ihren Ehren werden Revuen und Manöver vorgenommen werden. (T. d. Fr. Z.)

Italien.

Turin, 8. Juni. Graf Cavour hat in seinem Testament, d. d. November 1857, dem Magistrat der Hauptstadt zum Zweck eines Kinder-Asyls 50,000 Lire legirt. (Allg. Z.)

Turin, 8. Juni. Es wurde hier ausgesprengt, man habe erst in Rom um die Einwilligung zur Ertheilung der heiligen Sakramente an den Grafen Cavour ansuchen müssen. Das ist nicht richtig. Als man dem Padre Jacopo den Wunsch des Grafen anzeigte, zögerte er keinen Augenblick, indem er sagte: „Ich kenne bloß Cavour, den Christen; mit seiner Politik habe ich nichts zu thun", und er eilte ans Sterbebett. (Köln. Z.)

Wie aus Italien berichtet wird, beabsichtigt Kossuth seinen Wohnsitz dauernd von London nach der Lombardei zu verlegen, nachdem die britische Justiz seiner Notenfabrikation Schwierigkeiten entgegengestellt hat. Italienische Blätter sagen, der Exdiktator lasse am Comersee in einer für ihn gemietheten Villa die Notendruckerei einrichten. Piemont wird ihn allerdings nicht hindern.

Türkei.

In ganz Thessalien herrscht Verwirrung und Unsicherheit, man befürchtet von Tag zu Tag einen Einfall der Griechen, d. h. griechischen Freischaar. Einstweilen durchstreifen bewaffnete Banden das Land und auch Macedonien, machen die Straßen unsicher, und verüben Räubereien und Mordthaten. Die Kaufleute trauen sich nicht, die sichern Städte zu verlassen, und jeder Verkehr ist unterbrochen. Doch dürften genug türkische Truppen dort vereinigt seyn, um eine griechische Grenzüberschreitung zurückzuweisen. Die Gährung unter den Griechen ist groß, sie ist von lange her vorbereitet worden, und zwar von Italien aus, wo man das griechische Volk in denselben Strom der Bewegung hineinreißen wollte.

Rußland und Polen.

Petersburg, 6. Juni. In Szamara, wo die bäuerliche Opposition ebenfalls bereits größere Ausdehnung gewonnen hatte, ist es gelungen, die Leute ohne einen Tropfen Blut bloß durch Belehrung zu ihrer Pflicht zurückzuführen. Gleiches erfährt man auch aus anderen Gegenden. (Köln. Z.)

Amerika.

Aus New-York schreibt man: „Oberst Cerrygan und Oberst Wilson haben hier in New-York Zuavenregimenter aus dem Auswurf aller Nationen gebildet; notorische Mörder und Diebe, sogenannte Loafers, Rowdies und Bowery-Boys bilden den Kern oder richtiger die Gesammtheit dieses Elitekorps. Besonders das Wilson'sche Korps zeigt ächte Galgenphysiognomien, wie man sie wohl selten in solcher Auswahl vertreten finden dürfte. Aber straffe Bursche sind es, die gewiß vor nichts zurückschrecken, — doch wehe Feind oder Freund, wo dies Korps einfällt! Ihre Bewaffnung ist ihrem Charakter angemessen, denn sie tragen Bowiemesser, zwei Revolver und einen sogenannten shlingsshot, eine etwa fußlange starke Gummiröhre, in der oben eine Kugel eingefügt ist und deren Schlag Schädel und Arme bricht. Man erzählt, Oberst Wilson habe seinen Leuten beim Appell gesagt, man habe ihm mitgetheilt, daß einige ehrliche Kerle in ihren Reihen seyen, und er wolle wissen, ob das wahr wäre, worauf das ganze Korps mit „not one" (nicht einer!) geantwortet. Außerdem soll er ihnen, seine goldene Uhr mit Kette zeigend, erzählt haben, eine ähnliche trüge jeder Südländer, und er hoffe, daß jeder Mann seines Korps aus dem Kriege wenigstens ein solches Kleinod mitbringen werde, — eine Ansprache, welche die tapfere Schaar natürlich mit donnerndem Applaus begrüßte. Diese Anekdoten kennzeichnen das Völkchen zur Genüge. Auch an indianischen Metzeleien wird es voraussichtlich nicht fehlen; denn die Siouxstämme haben der Washingtoner Regierung, die Cherokees dagegen dem Südbunde ihre Unterstützung angeboten, die erforderlichen Falles nicht zurückgewiesen werden wird."

Nichtpolitische Zeitung.

Augsburg, 11. Juni. Die Zufuhr zu dem gestern dahier eröffneten Wollmarkte war eine erheblich stärkere, als die des Vorjahres; über 2700 Ctr. waren bis Mittag als auf Lager gebracht notirt (gegen 2200 Ctr. zu gleicher Zeit auf dem vorjährigen Markte). Die vorjährige Erfahrung der Produzenten, daß sie für ihre Wollen einige Wochen vor dem Markte bei dem Verkauf in loco oft um mehr als 20 pCt. niedrigere Preise erlösten, als die Durchschnittspreise auf dem Augsburger Markte später sich stellten, mag vielen Verkäufern zur wirksamen Lehre geworden seyn.

Ueber den Wollmarkt in Breslau schreibt die „Breslauer Zeitung" unterm 7. Juni: „Die während der drei Vormarkttage vorherrschende flaue Stimmung unter den Käufern ist auch heute

selben Alles und Jedes in ihren Bereich zu ziehen getrachtet hat, beschäftigt; jede Abtheilung gerirte sich so ziemlich selbständig und es wird nun darauf [illegible], eine Kontrolle über die Thätigkeit der einzelnen Abtheilungen herzustellen. (B.f.Norw.)

Nassau. Wiesbaden, 11. Juni. Die zweite Kammer hat heute das allgemeine deutsche Handelsgesetzbuch einstimmig angenommen. In der Debatte besprach Abg. Lang die Nothwendigkeit einer deutschen Centralgewalt mit Parlament. Ferner kündigte er einen Antrag an, welcher dahin geht, daß die kürzlich ergangene Ministerialverordnung in Betreff der katholischen Kirche (wodurch der langjährige Streit der Regierung mit dem Bischof von Limburg beigelegt werden soll) landständischer Verhandlung unterbreitet werde. (Fr. J.)

= **Oesterreich.** Wien, 10. Juni. (Priv.-Korrespond.) Vorgestern hat der Staatsminister v. Schmerling dem Reichsrath die Grundzüge einer neuen Gemeindeordnung vorgelegt, welche für das ganze Reich (mit Ausnahme Ungarns und seiner Nebenländer) gelten sollen. Auf Grundlage dieser allgemeinen Bestimmungen soll dann für jedes Kronland mit Berücksichtigung seiner besonderen Verhältnisse ein eigenes Gemeindegesetz erlassen werden, worüber die Regierung die nöthigen Vorlagen den einzelnen Landtagen machen wird. Durch diese Grundzüge dürfte sowohl dem Verlangen der Centralisten (Linke), wie den auf möglichste Selbständigkeit der einzelnen Länder gerichteten Wünschen der Rechten entsprochen seyn; sie sind sehr freisinnig und schließen sich im Wesentlichen an das Gemeindegesetz von 1849 an. Wir entnehmen denselben folgende Sätze: „Die Gemeinde hat die selbständige Verwaltung ihres Vermögens und der auf den Gemeindeverband bezüglichen Angelegenheiten, sowie die Ausübung der Ortspolizei, wenn für letztere nicht landesfürstliche Organe bestellt werden. — Die von der Gemeinde periodisch zu erwählende Vertretung besteht aus dem Gemeindeausschusse und dem Gemeindevorstande. — Nur österreichische Staatsbürger sind wahlberechtigt; alle Umstände, welche die Wahlberechtigung zum Landtage aufheben, suspendiren, üben denselben Einfluß auf die Gemeindewahlberechtigung aus (strafgerichtliches Erkenntniß, strafgerichtliche Untersuchung, Konkurseröffnung, Einleitung des Vergleichsverfahrens). — Wählbar sind nur Wahlberechtigte, die 24 Jahre alt sind, und sich im Vollgenusse bürgerlicher Rechte befinden. — Die Wahl ist nach dem Gemeindegesetz vom 17. März 1849 oder in einer anderen, die Interessen der höher besteuerten, vollkommen sichernden Weise vorzunehmen. — Der Ausschuß beschließt und überwacht; der Vorstand verwaltet und vollzieht. — Für die Handhabung der Ortspolizei ist der Gemeindevorsteher verantwortlich. — Die Ausschußsitzungen sind öffentlich. — Die Gemeinde kann zu ihren eigenen Ausgaben Zuschläge zu den direkten und indirekten Staatssteuern, sowie andere Auflagen einführen. — Zur Einführung neuer oder Erhöhung alter Auflagen, die keine Zuschläge sind, sowie zur Einführung von Zuschlägen zu den direkten und Verzehrungssteuern, sobald sie ein gewisses Maß übersteigen, ist ein Landesgesetz erforderlich. — Landeshauptstädte und auf ihr Ansuchen auch andere bedeutende Städte erhalten durch Landesgesetze eigene Statute, deren Abänderung Sache der Landesgesetzgebung ist. In allen Städten mit eigenen Statuten bedarf die Wahl der Gemeindevorsteher der kaiserl. Bestätigung. — Zwischen die Orts- und die Landesgemeinde kann die Bezirks- (Kreis-) Gemeinde als der Inbegriff der in einem politischen Bezirke (Kreise) liegenden Ortsgemeinden und allenfällige geschieden behandelte Grundbesitzungen eingefügt werden. Dieselbe wird durch einen Ausschuß und einen Vorstand vertreten."

Wien, 9. Juni. Die Resultate des Slowakenkongresses in St.-Marton sind für die centralistische Partei und für die Plane und Absichten des Ministerium Schmerling sehr günstig ausgefallen. Die magyarenfreundlichen Theilnehmer des Kongresses blieben entschieden in der Minorität. Der Kongreß war über alle Erwartung zahlreich besucht. Bereits am 5. Juni wurde eine Konferenz abgehalten, der über 200 Abgeordnete, mit Mandaten von der Bevölkerung der slowakischen Ortschaften versehen, beiwohnten. Gleich anfangs traten zwei Ansichten auf, die einander schroff gegenüberstanden. Die Minorität war für einen Anschluß an die Adressefoderungen des ungarischen Landtags, und einzelne Mitglieder wollten diesem allein die Wahrung der slawischen Nationalität und die Garantien für die Durchführung der Gleichberechtigung überlassen. Diese Ansichten scheiterten aber an dem Widerstande der überwiegenden Mehrheit, und es siegte diejenige Ansicht, die mit der magyarischen Politik nicht übereinstimmt. Dieser Sieg wurde am 6. Juni durch den Beschluß vervollständigt, eine Adresse an den Kaiser zu richten, welche um die politische Gleichberechtigung der Slowaken mit den Ungarn petitionirt. Um nicht geradezu den ungarischen Landtag zu ignoriren, wird auch an diesen eine Adresse gerichtet werden. Der Kongreß wird in Pesth jedenfalls einen tiefen Eindruck hervorrufen, da er von der Abneigung der slowakischen Bevölkerung Ungarns (etwa 3 Millionen Seelen) gegen die Magyaren Zeugniß gibt. (D. Allg. Z.)

Die Forstverwaltung Bayerns.

München. Vor Kurzem ist ein Buch erschienen „die Forstverwaltung Bayerns, beschrieben nach ihrem dermaligen Stande vom k. bayer. Ministerial-Forstbureau", welches in seinem reichen Inhalt — es umfaßt über 500 Folioseiten — Vieles von allgemeinerem Interesse bietet. Dem Kapitel über den „Holzhandel" entnehmen wir Nachstehendes: Eine Einfuhr von Holz und Holzwaaren aus dem Vereins-Ausland nach Bayern zum Zwecke der inneren Konsumtion findet nicht statt. Sehr beträchtlich ist dagegen die Ausfuhr von Holz und Holzwaaren, die sich in den Jahren 1851/58 im Durchschnitte ohne die Kohlen auf durchschnittlich 79,810 bayer. Klafter per Jahr veranschlagen läßt. Der Aktivholzhandel Bayerns erstreckt sich im Ganzen jährlich über ein Quantum von 182.207 Klafter, im Werthsbetrage von 2,583,366 fl. Die Hauptrichtungen des Holzhandels sind: 1) Durch den Main und Rhein abwärts bis nach Belgien und Holland, ja selbst bis nach England, Algier und Amerika, hauptsächlich mit Holz aus den unter- und oberfränkischen, sowie den pfälzischen Waldungen; 2) durch die Donau mit den in dieselbe einmündenden Flüssen Iller, Lech, Isar und Inn, vorzugsweise mit Stammholzflößen aus dem bayerischen und schwäbischen Oberlande (mittelst der Ilz auch aus dem bayerischen Walde) nach Oesterreich und Ungarn; 3) durch die Eisenbahn über Hof aus den oberfränkischen Waldungen nach Sachsen, ferner über Ulm aus den schwäbischen und oberbayerischen Waldungen ins Württembergische und mittelst der Bexbacher Eisenbahn nach Preußen. Aus dem Abschnitte über „die Holzpreise" dürfte Nachstehendes von Interesse seyn: Die Ursache der fortgesetzten Steigerung der Marktpreise des Holzes in den Jahren 1850/51 bis 1858/59 liegt in der Wiederherstellung geordneter staatsrechtlicher Verhältnisse nach politischen Ereignissen der Jahre 1848 und 1849, in Folge derer die Holzpreise zu Anfang gedachter Periode noch weit unter ihren frühern Stand herabgedrückt waren, dann in der durch die Zunahme der Bevölkerung, Industrie und Gewerbsthätigkeit vermehrten Konsumtion und dem hiedurch erhöhten Gebrauchswerth des Holzes, endlich in der mit Erhöhung der Holzpreise gleichmäßig vorgeschrittenen Ausbeutung der Privatforste, wodurch das Angebot sich allmälig verringerte. Auch die räumliche Verminderung der nichtärarialischen Waldungen und die zugenommene Wohlhabenheit der Bevölkerung als Folge erleichterten Arbeitsverdienstes und hoher Preise der Landes- und Handelsprodukte sowie der große Bedarf an Schwellenholz zu den ausgedehnten Eisenbahnbauten und die größere Ausbreitung des Holzhandels durch die reichlicheren Verkehrsmittel der Neuzeit trugen im Allgemeinen zur stetigen Erhöhung der Holzpreise bei, obwohl der ausgebreitete Handel in den waldarmen Landstrichen vereinzelt auch eine Preisermäßigung zur Folge hatte. Nicht unerwähnt darf bleiben, daß die enormen Brennholzpreise der letzten Jahre in den bessern Getreidegegenden mit den hohen Erlösen aus Cerealien innig zusammenhängen, und daß die reichliche Weinerezenz der 3 Jahre 1857/59, sowie der zunehmende Weinhandel, bei welchem die Geschirre, insbesondere vom Ausland, größtentheils nicht mehr zurückgelangen, die Preise des Faßholzes auf eine früher nie geahnte Höhe gehoben hat. Die Hauptursache für die ungewöhnliche Preissteigerung des Eichenholzes möchte jedoch in dem Umstand zu suchen seyn, daß bei stets zunehmendem Bedarf der mannigfaltigsten Sortimente dieser edlen Holzart namentlich die stärkern Hölzer immer seltener wurden, woraus auch auf künftige gleich günstige Ergebnisse bei den Eichenholzversteigerungen geschlossen werden darf. Letzteres gilt mehr oder minder auch für die stärkern Sortimente der übrigen Holzarten in sämmtlichen Regierungsbezirken, da solche hauptsächlich nur noch in den Staats- und größeren Gemeinde-, Stiftungs- und Privatwaldungen nachgezogen werden. Die Steigerung der Brennholzpreise dürfte dagegen um deswillen nicht lange mehr in der bisherigen Weise fortschreiten, weil die erleichterte Verbringung der Mineralkohlen, sowie des namentlich in Schwaben und Oberbayern in reichlicher Fülle vorhandenen Torfes mittelst der Eisenbahnen voraussichtlich auf den Brennholzverbrauch einen großen Einfluß üben wird. (A. Abdz.)

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 161.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 13. Juni 1861.

Ueber unser Heerwesen.

(Aus der Südd. Z.)

II.

Wir meinen, daß keine Zeit zu verlieren sey, wenn die in Nr. 149 d. Bl. geschilderten Uebelstände abgestellt werden sollen. Bei einem Münchener Regimente fehlen zur Zeit schon gegen 40 Unteroffiziere; die zur Besetzung der erledigten Stellen geeigneten Individuen fehlen aber gleichfalls. Wenn aber eine Armee an tüchtigen Unteroffizieren so empfindlichen Mangel erleidet, wie es bei uns in allen Waffengattungen vorkommt, so entbehrt sie des eigentlichen Bindemittels, welches das Ganze zusammenhält. Nur die Unteroffiziere leben in den Kasernen mit den Soldaten. Ihr steter persönlicher Umgang mit Letzteren, ihre Worte, ihre Lehren und ihr ganzes Verhalten wirken noch weit mehr, als das Benehmen der Offiziere, die seltener mit der Mannschaft in Berührung kommen. Man hat Beispiele, daß die jungen Soldaten in allen Dienstesobliegenheiten in erstaunlich kurzer Zeit eingeschult wurden; aber die Lehrer, welche den Grund zu ihrer Tüchtigkeit legten, waren solche Unteroffiziere, wie sie immer seltener in der Armee zu werden anfangen; ein solcher Lehrer nützt mehr als zehn andere. Wir glauben uns keiner Uebertreibung schuldig zu machen, wenn wir behaupten, daß mit vollkommen ausgebildeten und fähigen Unteroffizieren in der Hälfte der vorgeschriebenen Exerzirzeit das erreicht würde, was jetzt erreicht wird. Daraus geht folgerichtig hervor, daß auch die Hälfte des jetzigen Präsenzstandes der Soldaten ausreicht, somit an den vom Kriegsministerium begehrten Summen Bedeutendes abgestrichen werden könnte.

Freilich sind die Mißstände, welche denjenigen, der sich fähig fühlt, eine Unteroffiziersstelle auszufüllen, dennoch so oft zum Ausscheiden aus der Armee veranlassen, noch nicht nach allen Richtungen berührt worden. Man wird jenen Kern tüchtiger Leute dem Heere nur dadurch dauernd erhalten, daß man ihnen die Aussicht auf höheres Avancement in anderer Weise als bisher eröffnet, daß man also die jetzt herrschende Ansicht, der Offizier müsse im Kadettenkorps oder in der Kriegsschule erzogen seyn, vollständig aufgibt. Nicht immer haben die größten Feldherren derartige Institute besucht; auch die ausgezeichnetsten Offiziere der bayer. Armee gingen zum großen Theile aus den Pfeifern und Trommlern, Soldaten und Unteroffizieren hervor.

Bei uns scheuen sich Soldaten und Unteroffiziere, außer Dienst mit Offizieren in Berührung zu kommen. Sie wollen sich nicht der unangenehmen Situation aussetzen, von ihren Vorgesetzten etwa über einen Fehler am Anzuge öffentlich beredet oder gar beahndet zu werden, der höchstens in einem offenen Knopfe eines Rockes, manchmal sogar noch darin besteht, daß die Krone an der Mütze nicht aus gelbwollenem Tuche geschnitten, sondern gelbseiden gestickt ist. In Frankreich sahen wir, wie die Offiziere neben den Soldaten am Tische des Gasthauses Platz nahmen und nach kurzer gegenseitiger Begrüßung ihren Trunk mit einander einnahmen. Wenn dort Soldaten oder Unteroffiziere in ein Gasthaus eintreten, wo Offiziere sich befinden, so fordert es die Schicklichkeit, daß sie bei diesen Platz nehmen. Eine Außerachtlassung dieser in der französischen Armee üblichen Sitte würde als eine Mißachtung betrachtet, die die Untergebenen gegen ihre Vorgesetzten sich zu Schulden kommen lassen. Bei uns setzt sich an öffentlichen Orten kein Soldat zum Offizier, weil es dieser umgekehrt als eine Mißachtung des Respekts und Anstandes betrachten würde; Ausnahmen sind sehr selten. Man ist bei uns noch nicht so weit gekommen, die zopfalterliche Anredeweise „Er" auszumerzen, auf deren Gebrauch sogar mit besonderer Vorliebe von manchem Kommandanten hingewirkt wird.

Von solchen Mißständen, die dazu beitragen, den unteren Chargen das Militärleben im dienstlichen Verhältnisse sowohl als im Privatverkehr zu verleiden, wären noch viele aufzuzählen. Die auffallende Erscheinung der häufigen Selbstmorde unter den Unteroffizieren und Soldaten muß aber hier noch erwähnt werden. Wo liegen die Ursachen derselben? Sie sind vom Kriegsministerium selbst in dem Reskripte angedeutet worden, worin dasselbe eine humane Behandlung der Untergebenen in Folge der stets häufiger werdenden Selbstmorde anordnet.

Deutscher Bund.

* Der Nationalverein sucht sich jetzt auch im badischen Oberland einzunisten, wo er bisher wenig Anklang fand. Zu diesem Behuf wurde neulich eine Versammlung zu Freiburg i. Br. gehalten, die jedoch keinen unmittelbaren Anschluß an den Nationalverein aussprach, sondern die Sache den Schwaben erst etwas mundgerechter zu machen beschloß, bevor der eigentliche Kern enthüllt würde; so z. B. sollte Oesterreich noch nicht aus dem deutschen Bund hinausgejagt, an Preußen jedoch für den Kriegsfall die Führung der deutschen Streitkräfte, sowie die Vertretung Deutschlands nach Außen übertragen werden. — Im Laufe dieses Sommers soll zu Baden-Baden eine allgemeine Versammlung der Mitglieder und Freunde des Nationalvereins im Großherzogthum Baden stattfinden. — In Oldenburg fand dieser Tage auch eine Versammlung von Nationalvereinlern statt, auf welcher der Plan besprochen wurde, eine Kriegsflotte der norddeutschen Küstenstaaten unter Preußens Führung zu gründen. Eine Erklärung in diesem Sinn wurde angenommen und soll dem Großherzog und dem Landtag von Oldenburg mitgetheilt werden. Schade nur, daß man nicht weiß, ob Preußen, das bis jetzt die Rolle des stummen Zuschauers spielt, die ihm so dringend angebotene Führung übernehmen will.

Bayern. Auch vom Gewerberath in Straubing wird eine Adresse gegen Gewerbefreiheit vorbereitet und demnächst an die Abgeordnetenkammer abgesendet werden.

* **Preußen.** Noch ist die leidige Macdonald-Angelegenheit nicht ganz zu Ende und schon wieder erzählt die „Köln. Z." ein Langes und Breites über einen reisenden Engländer, der sich im Bahnhof zu Bonn flegelhaft benommen hat. Haben denn die preußischen Blätter nichts Besseres zu thun, als solche Lumpereien breit zu treten, und die preußischen Minister nichts Wichtigeres, als darüber endlose Noten zu schreiben? Solche Flegel fertige man auf der Stelle ab, wie sich's gebührt, mache aber hintendrein nicht viel Worte darüber.

Berlin, 7. Juni. Die Stellung unseres neuen Polizeipräsidenten oder vielmehr des interimistischen und, genauer ausgedrückt, nur kommissarisch mit der Stellung des „beurlaubten" Polizeipräsidenten betrauten Geh. Raths v. Winter ist eine äußerst schwierige. Es ist ein öffentliches Geheimniß, daß man in den Hofkreisen eine andere Persönlichkeit gewünscht hätte, und daß die feudale Partei, deren Einfluß noch immer sehr bedeutend ist und gar nicht unterschätzt werden darf, insbesondere für den jetzigen Landschaftsdirektor v. Sierstoff in Neiße agitirt hat. Das Staatsministerium bestand aber auf Herrn v. Winter, einen noch jungen Mann in der Mitte der dreißiger Jahre, dem allerdings die hier in gewissen Kreisen sehr beliebte körperliche Eigenschaft einer ansehnlichen Leibeslänge abgeht. Aber er ist geistesfrisch, kennt die Polizeiverhältnisse und die der Stadt, und ist von der Nothwendigkeit einer durchgreifenden Reorganisation überzeugt, wie er denn auch in seinem Schreiben an die städtischen Behörden, das gestern in der Stadtverordnetenversammlung mitgetheilt wurde, die besten Absichten für ein gedeihliches Zusammenwirken mit der Stadt kundgegeben hat. Einstweilen ist er mit der Ordnung des Ressortverhältnisses der einzelnen Abtheilungen des Polizeipräsidium, dieser äußerst umfangreichen Behörde, die seit den Tagen des allmächtigen Hin-

Wien, 10. Juni. Wie wir hiesigen Blättern entnehmen, ist der Hr. Staatsminister v. Schmerling am Freitag Abends in der Fraktionsversammlung des Abgeordnetenhauses der Linken erschienen und hat die Ansichten der Regierung in Betreff des Antrages über Ministerverantwortlichkeit dargelegt. Er erklärte, das Ministerium sey im Prinzipe für den Antrag, habe aber Bedenken wegen der Durchführbarkeit der Ministerverantwortlichkeit, so lange die Beziehungen zu Ungarn nicht geregelt seyen. Wie wir hören, wird die Linke dennoch an dem betreffenden Antrage festhalten. (Ostd. Post.)

Paris, 9. Juni. Nach der „Independance Belge" hat der Kaiser Louis Napoleon ein eigenhändiges Condolationsschreiben an den König Viktor Emanuel bezüglich des Todes des Grafen Cavour gerichtet.

Rom. In einigen Blättern war seit einiger Zeit die Rede von verdächtigen Geldsendungen, die von Rom nach Neapel bestimmt an der römisch-neapolitanischen Grenze mit Beschlag belegt worden seyen. Der römische Korrespondent der „Gazz. di Venezia" bringt nun folgende Erklärung dieser Thatsache: „Die Franzosen haben bekanntlich vor einiger Zeit zwei Kisten mit Kupfermünzen an der neapolitan. Grenze mit Beschlag belegt. Mit dieser Münze verhält es sich folgendermaßen: Als sich im vor. Jahre bekanntlich eine 25,000 Mann starke neapolitan. Armee auf römisches Gebiet zurückzog, konnten die armen Soldaten das Kupfergeld, das sie mit sich führten, nicht verwerthen, weil es im Kirchenstaate keine Gültigkeit hat. Ferner hatte bekanntermaßen König Franz, als er sich noch in Gaeta befand, in Rom Kupfergeld prägen lassen, um seine Garnison damit zu bezahlen. Bei dem Falle Gaeta's war nun ein Theil dieser Gelder in Rom geblieben und von Spekulanten mit einem bedeutenden Disagio zur Rückfracht nach Neapel angekauft worden. Dieses Geld ist es, das im Gesammtbetrage von etwa 1000 Scudi an der Grenze mit Beschlag belegt worden ist, und es zeigt sich deutlich, daß König Franz mit demselben nichts zu schaffen hatte." (Pr. Z.)

Turin, 6. Juni. Unter den Napoleonisten herrscht über den Tod Cavour's große Verwirrung. In der Nacht vom 4. auf den 5. ließ Kaiser Napoleon fünfmal durch den Telegraphen sich nach dem Gesundheitszustande des Grafen erkundigen, zuletzt erbot er sich, seinen Leibarzt Dr. Conneau nach Turin zu senden. (Allg. Ztg.)

Warschau, 8. Juni. Am heutigen Begräbnißtage des Fürsten-Statthalters von Polen Gortschakoff bringen die amtlichen Blätter eine Bekanntmachung, wonach Se. Maj. der Kaiser auf Vorstellung des verstorbenen Fürsten Gortschakoff den **Ausfall an Rekruten**, welche das Königreich nach seiner Seelenzahl zu stellen verpflichtet war, aber wegen verschiedener Kalamitäten, die das Land in den letzten Jahren betroffen, nicht zu geben vermochte, dem Königreich Polen ganz erlassen hat. Diese weniger gestellten und jetzt erlassenen Rekruten betragen 61,486 Mann, dadurch wird die Anzahl der Rekruten des Königreichs im Verlaufe der Jahre, während deren der besagte Ausfall ersetzt werden sollte, jährlich um 3327 Mann vermindert. Wir haben außerdem hier in Polen schon seit dem Krimkriege 1855 gar keine Militär-Aushebung gehabt und dies hat natürlich zur Vermehrung der Bevölkerung sehr beigetragen. — Zwischen 11 und 1 Uhr fand heute Mittag die Fortführung der Leiche des Fürsten **Gortschakoff** statt, nachdem ein Gottesdienst nach griechischem Ritus in der Kapelle des Schlosses von Lazienki vorausgegangen war. Dem Leichenwagen, mit rothsammtnem und goldenem Baldachin, welchem beide Sänger-Chöre der Kathedrale und der Erzbischof von Warschau und Nowo-Georgiewsk, mit 25 griechischen Geistlichen vorangingen, folgte die Fürstin-Wittwe, geführt vom General-Adjutanten Statthalter v. Suchosanett nebst der Familie, dann der Administrationsrath, die Generalität, der Senat, die Vorstände der höchsten Behörden und die ausländischen Consuln, nebst den Beamten bis zur 8. Klasse (die den Rang als Räthe haben). Die Ordenszeichen des Verstorbenen wurden von 9 Stabs- und 20 Oberoffizieren auf rothsammtnen Kissen mit goldenen Franzen getragen; mit gleichem Stoff war der dreifarbige Sarg beschlagen. 4 Obristen trugen die Zipfel des Leichentuchs von orangefarbener Seide und 6 Adjutanten hielten die Stangen des Baldachins auf dem Leichenwagen. Vom Park von Lazienki durch die Ujasdower Allee, die Neue Welt und die Jerusalemer Allee waren 6 Regimenter Infanterie in Spalier, 2 Mann hoch, von beiden Seiten dieser breiten Straßen aufgestellt, hinter denen, sowie auf verschiedenen Plätzen, Zäunen u. dgl. eine große Volksmenge sich gesammelt hatte; eine große Menge folgte auch dem Leichenzuge, welcher von Kosaken und Gendarmen eröffnet und von einem Regiment Ulanen geschlossen wurde. Während der Sarg auf den Perron der Warschau-Wiener Eisenbahn und in den dazu bestimmten Wagen gebracht wurde, begab sich die Infanterie nach der Jerusalemer Barriere, wo eine Batterie Artillerie bereits aufgefahren war, und gab dort drei Bataillons- und letztere drei Geschütz-Salven. Die Fürstin und die unverheirathete Prinzessin begleiteten die Leiche bis Sebastopol, mit mehreren Geistlichen, welche auf verschiedenen Stationen die üblichen Andachten abhalten werden. Von den 6 Waggons dieses Extrazuges war einer mit Linienkosaken, der andere mit ungefähr 50 Mann Infanterie besetzt. (N.Pr.Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	$81\frac{3}{4}$ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$64\frac{1}{4}$ P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$55\frac{3}{8}$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	$47\frac{3}{4}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$40\frac{1}{8}$ G.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	88 P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	$102\frac{1}{2}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$103\frac{1}{8}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	—
"	4 pCt. Obl. dto.	—
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{5}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{3}{4}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$103\frac{3}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$95\frac{1}{8}$ G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{1}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{3}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	94 G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{3}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{2}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$98\frac{3}{4}$ P.
"	3 pCt. Obl.	$90\frac{1}{4}$ G.
Spanien	3 pCt. Int. Sch. P. à fl. 2. 30	49 P.
"	$1\frac{3}{4}$ pCt. " " "	$42\frac{7}{8}$ P.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$99\frac{5}{8}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$109\frac{7}{8}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	653 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	149 P. 148 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$188\frac{1}{2}$ P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien	70 G.
Internationale Bank in Luxemb. . .	84 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	318 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	67 P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	234 P.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$119\frac{1}{2}$ P.
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$75\frac{5}{8}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 210 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$22\frac{1}{8}$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$137\frac{5}{8}$ G.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$99\frac{1}{2}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{5}{8}$ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz. .	$236\frac{1}{2}$ G. ex C.
Span. Handels- u. Industrie . . .	530 P.
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	475 P.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$104\frac{3}{8}$ G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. $100\frac{1}{2}$ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$96\frac{1}{4}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	$87\frac{7}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 G.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{5}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	$93\frac{1}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{1}{2}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$84\frac{1}{8}$–$83\frac{7}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$81\frac{1}{4}$ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	49 P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$64\frac{1}{4}$ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$131\frac{1}{8}$ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$61\frac{1}{4}$ P.	" fl. 25 do.	$35\frac{5}{8}$ P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	100 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$35\frac{1}{4}$ P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beil.	125 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	51 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	38 P.
Badische fl. 50	$89\frac{3}{4}$ P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{1}{4}$ P.
Badische fl. 35	53 P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$11\frac{1}{8}$ P.

Frankfurt, 11. Juni. Oesterr. National, Bank- und Kreditaktien wurden zu billigeren Kursen umgesetzt. Die übrigen Fonds fest und preishaltend. (Synd.)

und die Führer, acht an die Zahl, wurden gefangen genommen. An andern Orten ist es zu solchen Kämpfen zwischen den Bauern und dem Militär gekommen, daß Todte und Schwerverwundete auf dem Platze blieben. In den Schulanstalten, wo Schüler und Schülerinnen kleine Revolten versucht und unliebsame Obere sogar gemißhandelt hatten, hat man dieselben körperlich züchtigen lassen und dann ihren Angehörigen unter Kosackenbegleitung zugeschickt. (D. Allg. Ztg.)

Nichtpolitische Zeitung.

München, 10. Juni. Nach Berichten aus Holzkirchen ging gestern in der dortigen Gegend ein furchtbares Hagelwetter nieder, welches in einem ziemlich weiten Umkreise die Fluren vernichtete.

Münchener Fortschritte in gewerblicher Beziehung.*) 1) Die **Obstler** dürfen keinen **Reis** verkaufen, weil Reis kein Obst ist, sondern zu den Früchten gehört. 2) Die **Früchtenhändler** dürfen aber keine **Erbsen** führen, obwohl die Erbse als Frucht gilt. Dafür steht der Verkauf von Erbsen den Obstlern zu, obwohl die Erbsen weit entfernt sind, ein Obst zu seyn. 3) Die Obstler handeln nicht mit **Häringen**, das läßt sich erklären, aber die **Früchtenhändler** dürfen Häringe führen! Von diesen Gewerben kann man also nicht sagen: „An ihren **Früchten** — sondern an ihren **Häringen** werdet ihr sie erkennen." Sieht man an einem Obstlerladen Häringe hängen, so ist dieser Obstler kein bloßer Obstler, sondern auch ein Früchtenhändler. Gehen die Häringe ab, so gehört der Inhaber des Obstlerstandes wirklich nur zum Stande der Obstler. (Punsch.)

Germersheim, 9. Juni. Gestern Nachmittag ermordete ein Handwerksbursche in dem nahegelegenen Rheinsheimer Wäldchen (auf badischer Seite zunächst dem Brückenkopfe) seinen Reisegefährten, auch einen Handwerksbursch, indem er ihm den Hals abschnitt. Nachdem der Mörder sein Opfer vollständig ausgeplündert hatte, entfloh derselbe, wurde aber von Einwohnern der bad. Gemeinde Rheinsheim festgenommen und bereits an das Bezirksamt Philippsburg abgeliefert. — In der verflossenen Nacht wollten 5 Mann der Militärwache des auf badischer Seite gelegenen Vorwerks Zandt oberhalb der fliegenden Brücke über den Rhein herüberfahren. Das Fahrzeug gerieth aber auf einen Bognachen und auf die Kette der Nähe, so daß es umschlug. Zwei Soldaten des k. 13. Infanterie-Regiments und ein Ponntonier ertranken, zwei Mann, welche die Kette erfaßt hatten, konnten gerettet werden. (Pf. Z.)

Kaiserslautern, 8. Juni. Die Flucht zweier, sehr guten Familien angehöriger Kaufmannslehrlinge dahier im Alter von 15 und 16 Jahren bildet gegenwärtig dahier das Tagesgespräch. In Briefen, welche den Poststempel Mannheim tragen, übrigens hier geschrieben wurden und an ihre Familienangehörigen gerichtet sind, sprachen dieselben die Absicht aus, sich in die englische Fremdenlegion anwerben zu lassen, zu welchem Schritte sie ihrer eigenen Angabe nach durch länger nicht mehr zu ertragende schlechte Behandlung Seitens ihrer Dienstherrschaft veranlaßt wurden. Die Reisemittel entnahmen sie der Kasse ihrer Dienstherrschaft, welche dadurch entschädigt werden sollte, daß sie ihre Eltern zur Deckung der namhaft gemachten Summen anwiesen. Die Briefe der Flüchtigen, welche in Kufstein (Tyrol) wegen Mangels an Legitimation aufgegriffen wurden, sollen zu Gerichtshanden genommen worden seyn und Stellen enthalten, welche deren Dienstherrschaft auch in geschäftlicher Beziehung kompromittiren. (Pf. Z.)

Auch im Jahre 1860 hat die Abnahme des Tabakbaues in Bayern fortgedauert und das dazu verwendete Land sich um 2358 Tagwerke vermindert. (Der meiste Tabak wird in der Pfalz und in Mittelfranken gebaut.) Von den 8,810,843 Tagwerken Ackerland des Königreichs waren mit Tabak bebaut in den vier letzten Jahren 1857—1860: 20,178, 17,397, 13,933 und 11,574 Tagwerke. Mithin zeigt sich im Jahre 1860 eine Abnahme des Tabakbaues gegen 1859 um mehr als 16 Prozent. Dagegen war 1860 der Tabakertrag größer als 1859, indem 94,528 Ctr. (d. i. 420 Ctr. mehr als 1859) geerntet wurden. Durchschnittlich kamen auf ein Tagwerk $7^3/_{10}$ Ctr. getrocknete Blätter (1859 nur 6 Ctr.). Der mittlere Durchschnittspreis betrug 9 fl. 45 kr. für den Ctr., und darnach berechnet würde sich der Erlös für die ganze Ernte auf 813,900 fl. belaufen.

London, 5. Juni. Jetzt ist **Blondin**, der Seiltänzer, der Held des Tages. Die Ferien, die ihm die nordamerikanischen Vorgänge aufgezwungen haben, hat er zu einem Ausfluge nach England benutzt, und statt des Niagara-Falles sieht jetzt Sydenham und der Krystall-Palast seine Künste. Er produzirte sich am 1. Juni zum ersten Mal im Krystall-Palaste, und der Erfolg war ein ungeheurer, d. h. die Bewunderung über die Sicherheit Blondin's auf dem schwankenden Seile und das peinliche Gefühl, daß er im nächsten Augenblick zuverlässig den Hals brechen werde, waren gleich groß. Die Schaubühne, nämlich das Seil, war 350 Fuß lang und die Länge des Mitteltransepts hindurch, etwa 180 Fuß über den Boden, gespannt. Trotz Winden und Schrauben und angehängten Gewichten betrug dessen Neigung gegen die Mitte immer noch 12 Fuß, im Uebrigen erklärte der Künstler, daß das Podium nichts zu wünschen übrig lasse. Statt des Niagara hatte er ein Menschengewühl zu seinen Füßen, und an 10,000 Neugierige hielten die Gallerien besetzt, von wo aus man das Schauspiel recht genießen konnte. Eröffnet wurde die Produktion mit „God save the Queen" („God save Blondin" wäre angezeigter gewesen), und gleich darauf erschien der Wundermann auf dem Seile, im obligaten Seiltänzer-Costume, mit einem Straußen-Federbarret auf dem Haupte. Weiter kein Einkreiden der Fußsohlen oder des Seiles wie bei gewöhnlichen Seiltänzern. Eine Balancirstange von 30 Fuß Länge und gegen 40 Pfund Schwere in der Hand, so machte er sich ohne viel Brimborium auf den Weg. Anfangs langsam, allmälig schneller bis zur Mitte, endlich im raschen Tempo eines Menschen, der die Post nicht versäumen will und gute Lungen im Leibe hat. Denselben Spaziergang machte er hierauf rücklings, und war er müde, schlug er natürlich ein paar Purzelbäume auf dem Seile, vor- oder rückwärts, je nach Bedürfniß. Gelegentlich legte er sich auf den Rücken oder stellte sich auf das rechte oder linke Bein, oder auf den Kopf, oder er glitt auch absichtlich mit einem Fuße vom Seile ab, damit es Jedem möglichst grausig um's Herz werde. Dann folgten Produktionen höherer Art, als da sind kombinirte Purzelbäume und waghalsige Stellungen, und endlich zum Schlusse ein Spaziergang über's Seil mit verbundenen Augen und mit einem Sack über dem Kopfe obendrein, der ihm bis an die Knie reichte. Wohlgemerkt, vor- und rückwärts, stellenweise rasch laufend und in der Mitte Purzelbäume schlagend. Ende gut, Alles gut, es passirte kein Unglück, auch sah seine Frau mit seinen Kindern dem gefährlichen Spiele so gemüthlich zu, als hätte der Vater auf der Terra firma Flöte geblasen. Demnächst will er noch weit gefährlichere Tänze aufführen. Den Direktoren des Krystall-Palastes hat er in freundlicher Weise angeboten, sie auf dem Buckel übers Seil zu tragen oder in einem Schiebkarren hinüber zu befördern, was einstweilen dankbar abgelehnt wurde. Doch werden sich mit der Zeit Liebhaber solcher Expeditionen finden, davor braucht ihm in England nicht bange zu seyn.

Bisher war jede Gattung **Makulatur** unbrauchbares Papier; in neuester Zeit wurde die Wiederbenützung der Makulatur möglich gemacht. Zwei Engländer, Evans und Lambert, haben ein Verfahren gefunden, die Druckschwärze (die bisher die Wiederbenützung der Makulatur verhinderte) aus dem Papier auf chemisch-mechanischem Wege zu entfernen und das letztere zur Erzeugung eines neuen, festen, weißen Papiers zu verwenden. Das Verfahren ist in englischen Fabriken bereits eingeführt und in mehreren Fabriken sollen befriedigende Versuche in größtem Maße gemacht worden seyn.

Eines der schönsten Gebäude von **Bucharest**, die St.-Georgs-Kaserne, ist ein Raub der Flammen geworden. Der Schaden wird auf 4 Millionen geschätzt.

In **Sofia** (Türkei) fand in der Nacht vom 17.—18. Mai ein heftiges Erdbeben statt, nachdem am Tage zuvor eine Menge Schnee gefallen war — ein seit Menschengedenken in dieser Jahreszeit unerhörtes Ereigniß.

Neueste Nachrichten.

Wien, 8. Juni. In Folge der neuerlichen Gestaltung der politischen Verhältnisse, welche die Erhaltung des Friedens hoffen läßt, wurde heute im Kabinet des Kaisers der Beschluß gefaßt, die Armee um 68,000 Mann zu reduciren; die wichtigste Reduktion soll bei dem so überaus kostspieligen Fuhrwesentrain eingeführt werden, und man berechnet die tägliche Ersparniß auf etwa 27,000 fl., was im Verlauf eines Jahres die erhebliche Summe von 10 Mill. Gulden ergeben wird. Sobald sich die Verhältnisse im Innern selbst mehr konsolidirt haben, und die ungarische und kroatische Frage endgültig befriedigend gelöst seyn wird, soll eine noch erheblichere Verminderung des stehenden Heeres erfolgen. (A. Z.)

*) Mit kleinen Variationen auch anderwärts bemerkbar.

Italien.

Rom, 8. Juni. Der h. Vater ist von seinem leichten Unwohlseyn am letzten Donnerstag vollkommen wieder hergestellt, so daß er heute seine gewohnten Audienzen wieder geben konnte. (Tel.d.N.M.Z.)

Ueber Cavour's letzte Stunden, sowie über den Trauerzug liegt uns heute ein so reichliches Material vor, wie es die allgemeine Theilnahme der Italiener mit sich bringt. Der Eindruck der Todesbotschaft in Stadt und Land muß ein überwältigender genannt werden; im Parlamente weinten die Männer wie die Kinder, und Ratazzi selbst konnte, als er die Meldung im Abgeordnetenhause machte, vor Schluchzen kaum sprechen und sich verständlich machen. Die „Nationalités" behaupten, daß es nicht richtig sey, wenn gesagt worden, Cavour sey in seinen letzten Stunden nicht mehr bei sich gewesen, im Gegentheil habe er, als der Pfarrer mit den heiligen Sakramenten an sein Bett getreten, demselben die Hand gereicht und gesagt: „Es ist Zeit zum Scheiden." Dem Könige habe er gute Nachbarschaft mit Frankreich empfohlen; seine letzten, im Sterben von den nächststehenden Freunden noch erlauschten Worte seyen diese gewesen: „Ich that meine Schuldigkeit; Italien kann nicht mehr zu Grunde gehen." Cavour war auf einem schmalen, niedrigen, eisernen Bette gestorben. Dieses Bett war in die Mitte des schwarz ausgeschlagenen und mit zwölf Kerzen erleuchteten Krankenzimmers gerückt, als das Volk um 7 Uhr Abends Zutritt erhielt. Der Verewigte lag auf diesem Bette, der Kopf in ein weißes Tuch gehüllt, die Hände gefaltet und ein Crucifix haltend; das Antlitz war enthüllt; es sah ungemein ruhig und heiter aus. So umwandelte das Volk Kopf an Kopf von Abends 7 Uhr bis zum anderen Nachmittage das Todtenbett; nun ward das Hotel Cavour geschlossen, um die Anordnungen zum Leichenbegängniß zu treffen. Um 6 Uhr, als der Zug beginnen sollte, verfinsterten drohende Wetterwolken den Himmel, doch Niemand hatte derselben Acht. In den Straßen reihte sich die männliche Bevölkerung hinter einander; alle Häuser waren schwarz behängt, an allen Fenstern erschien man in tiefster Trauer; in den übrigen Stadttheilen herrschte Kirchhofsstille. Um 6½ Uhr verließ der Zug das Sterbehaus in nachstehender Reihenfolge: die Infanterie und Kavallerie, welche die Garnison von Turin bildet; sechs Stück Geschütze; ein Bataillon des von Cavour neuerdings gebildeten 1. Marine-Regimentes; eine Kompagnie Landungs-Seetruppen mit ihren Enterbeilen; drei Legionen der Turiner Nationalgarde, die 4. bildete Spalier; sämmtliche Offiziere ohne Truppen, die in Turin anwesend waren; vier geistliche Brüderschaften; eine große Anzahl von Damen in Trauer; die Mönche des Kapuziner- und des Franziskanerklosters; der Klerus der Pfarrei Unserer lieben Frau der Engel; der Leichenwagen, von sechs Pferden gezogen. Die Cordons wurden gehalten vom Kriegsminister, vom Justizminister, vom Grafen Sclopis als Vizepräsidenten des Senates, von Ratazzi als Präsidenten der Deputirtenkammer und von den Generalen Sonnaz und Crotti. Auf dem Leichenwagen bemerkte man unter den Insignien den Genie-Lieutenantshut, welchen der Verstorbene getragen; hinter dem Wagen trug ein Herold den Annunciade-Orden auf einem Kissen. Dann folgten die Annunciaden-Ritter, die Adjutanten des Königs und der Prinzen, die übrigen Minister und Großwürdenträger, der Senat und die Deputirtenkammer in corpore, auch die äußerste Linke, wie Brofferio, Mauro Macchi, Ricciardi u. s. w., sodann der Staatsrath, die Rechnungskammer, der Appellhof, der Gemeinderath mit der Munizipalgarde, die Universitäts-Korporationen u. s. w. u. s. w.; die Emigration mit Trauerfahnen, welche das römische und das venetianische Wappen trugen, ein zahlreiches Detachement Freiwilliger im Garibaldi'schen rothen Hemde, sämmtliche Arbeitervereine mit ihren Fahnen, viele Körperschaften aus Genua, Casale u. s. w., die Pacht- und Ackersleute von Ceri und anderen Cavour'schen Gütern, die Livreen der Familie Cavour und vieler verwandten und befreundeten Familien, welche Kerzen mit den Familienwappen trugen. Den Schluß des Zuges bildete eine Schwadron Piacenza-Husaren zu Pferde. Eingereiht aber hatten sich viele der angesehensten Männer Italiens, denen sich nun die gesammte übrige Bevölkerung anschloß. Um 7¾ Uhr verkündete Kanonendonner den Eintritt des Sarges in die Kirche Unserer lieben Frau der Engel, wo die Leiche während der Nacht blieb, um vorläufig dann nach Cavour's Villa di Santana gebracht zu werden. (Köln. Z.)

Turin, 7. Juni. Die Nachrichten, welche aus den Provinzen kommen, melden, daß Cavour's Tod überall denselben niederschmetternden Eindruck hervorgebracht hat. In Modena, Mailand, Genua, Brescia, Neapel, überall äußerte sich der Schmerz des Volkes in derselben Weise wie hier. Die Presse ohne Ausnahme der politischen Färbung gesellt sich der allgemeinen Trauer bei, und sogar die klerikale „Armonia" ehrt sich und den Verstorbenen durch einen Nachruf, worin sie seinen guten Eigenschaften volle Anerkennung zollt. (Köln. Z.)

Die Pforte hat das Königreich Italien anerkannt: dem Turiner Kabinet ist bereits die amtliche Anzeige darüber zugegangen.

Griechenland.

Athen, 1. Juni. Die Hauptstadt Griechenlands ist seit einigen Tagen in wahrhaft fieberhafter Aufregung; eine große Verschwörung soll entdeckt worden seyn; man wollte den Palast des Königs überfallen, den König zur Entlassung seiner Minister zwingen, eine Nationalversammlung einberufen u. s. w. Doch sind alles dies nur Gerüchte, hervorgerufen durch außerordentliche Maßregeln der Regierung. — Vergangenen Montag fand im königlichen Palast unter Vorsitz des Königs eine siebenstündige Ministerberathung statt. In der darauf folgenden Nacht wurden die Majore Bozzaris und Sombrukaki und die Lieutenants Makris und Klimaka arretirt und nach Piräeus gebracht, um sogleich nach Nauplia verschifft zu werden. Ferner wurde der Redacteur des „Telegraphen", Kalamidas, und ein gewisser Leonidas Bulgaris, früherer Offizier in russischen Diensten, zur Haft gebracht, unter Anklage des Hochverraths. Auch wurden die Wohnungen sämmtlicher Arrestanten und deren Papiere mit Beschlag belegt. Eine unter russischem Schutze stehende Dame, Fatini Mauromichalis, von der berühmten Mainotenfamilie abstammend, wurde angewiesen, Griechenland innerhalb dreier Tage zu verlassen. Sowohl in der Nacht von Montag auf Dinstag als in der folgenden waren sämmtliche Minister, die Adjutanten und Ordonnanzoffiziere des Königs im Palast versammelt, und die Dienerschaft war mit Waffen versehen worden. Vorgestern wurden sechs jüngere Offiziere von der Hauptstadt in die entlegensten Provinzen versetzt, wobei die Artillerie als besonders verdächtig erscheint. Unter den Bürgern fanden ebenfalls mehrere Verhaftungen statt. Die drei Redakteure des „Mellontis Patridos" konnten ungeachtet des gegen sie erlassenen Haftbefehls, bis jetzt nicht gefunden werden, gleichwohl erschien das Journal gestern Abends. — Heute ist das Geburtsfest des Königs und zugleich der 25. Jahrestag seiner Thronbesteigung. Die sonst üblichen Hoffeste unterblieben, da Ihre Majestäten schon früh Morgens nach dem wenige Stunden entfernten Kloster Pentelikon sich begeben hatten, wohin mehrere angesehene Familien geladen waren. (Köln. Ztg.)

Rußland und Polen.

Ueber den Empfang des Czaren in Moskau erfährt man, daß über 30,000 Menschen Alexander II. im Bahnhof erwarteten, und daß der Kaiser unter begeisterten Zurufen (aus Anlaß der Bauern-Emanzipation) wörtlich auf den Händen bis in den kaiserlichen Palast getragen wurde. Weniger günstig lauten die Berichte über die allgemeinen Zustände, denn die Aufregung ist eine große. In Kasan wurden 700 Personen gepeitscht und 70 nach Sibirien geschickt in Folge der dortigen Bauernunruhen. Der Handel stockt und die Ausfuhr ist Null. Der Czar und die Czarin haben die Absicht, sich später auf zwei Monate nach der Krim zu begeben.

Die Nachrichten aus Polen lauten nichts weniger als zufriedenstellend, da die Auflehnung der Bauern täglich weiter um sich greift und es noch sehr zweifelhaft ist, ob die kaiserl. Verfügung, wonach alle Robotdienste mit dem 1. Oktbr. d. J. aufhören, die Grundherren aber durch einen Geldzins entschädigt werden sollen, die aufgeregten Bauern, die nun einmal aller Verpflichtungen, ohne Entschädigung zu gewähren, enthoben seyn wollen, zur Ordnung zurückführen wird. Bisher hat die Regierung die Bauern aus guten Gründen geschont; seit etwa acht Tagen verfährt sie aber mit unnachsichtiger Energie, und seitdem sind auch die Gefangenenlokale in den meisten Kreisstädten mit verhafteten Bauern angefüllt, und noch täglich werden neue Renitenten, denen nicht selten Weiber und Kinder folgen, gefänglich eingebracht. Nicht überall beschränken sie sich auf die Verweigerung der Dienste und passive Renitenz, sondern an einzelnen Orten schreiten sie bereits zur Gewalt gegen den Adel. So hat man in den letzten Tagen eine Verschwörung unter den sämmtlichen zur Herrschaft Radziejewo gehörigen Bauern entdeckt, die das Schloß der Herrschaft überrumpeln und dieselbe zwingen wollten, ihnen durch eine auszustellende Urkunde sämmtliche von ihnen gegenwärtig besessene Wirthschaften für ewige Zeiten als freies Eigenthum unentgeltlich zu überlassen. Der Besitzer der Herrschaft, der rechtzeitig davon Kunde erhalten, hatte ein Kommando Kosacken aus der Kreisstadt zu seinem Schutze sich erbeten, die denn auch gerade eintrafen, als die mit Knitteln bewaffnete Bauernschaar auf das Schloß anrückte. In dem sich entspinnenden Kampfe zogen die Bauern den kürzern,

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 160.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 12. Juni 1861.

Deutscher Bund.

Koburg, 7. Juni. In der Druckerei der „Wochenschrift des Nationalvereins" hat soeben die Presse verlassen: „Uebungsvorschriften für freiwillige Wehrvereine." Da muß es doch gehen. (Zeit.)

Bayern. München, 10. Juni. Se. Maj. der König hat dem kath. Stadtpfarrer Chr. Burger in Nürnberg das Ritterkreuz I. Klasse des Verdienstordens vom h. Michael verliehen. (N. M. Z.)

Von Burghausen (Oberbayern) ist an die Kammer der Abgeordneten eine Vorstellung gegen die Gewerbefreiheit abgegangen. Von Interesse ist darin der Satz, daß die Gewerbetreibenden zur Leistung einer doppelten Gewerbesteuer sich lieber entschließen, wenn die k. Staatsregierung zur Rettung gewerblicher Interessen eines solchen Opfers jemals bedürfen sollte. (Dieses Erbieten, die Erhaltung der Gewerbebeschränkung zu bezahlen, scheint uns ein gutes Argument für die Einführung der Gewerbefreiheit zu seyn.)

Württemberg. Stuttgart. Der „St.-Anz." meldet amtlich die Ernennung des provisorischen Vorstandes des Finanzdepartement, Direktors v. Sigel, zum Staatsrath.

Kurhessen. Die neu gewählte kurhessische Ständeversammlung hat ihre Thätigkeit noch nicht eröffnet. Uebrigens wird nach den bereits stattgefundenen Vorberathungen der Mehrzahl der Mitglieder der zweiten Kammer ein gleiches Verfahren erwartet, wie es die aufgelöste Kammer eingeschlagen hat: Festhalten an der Verfassung von 1831 und Inkompetenzerklärung.

Oesterreich. Wien, 7. Juni. Der Tod des Grafen Cavour ist für die heutigen Wiener Blätter das Ereigniß des Tages. Ein jedes Blatt widmet ihm einen Leitartikel voll warmer Anerkennung, und nur die offiziöse „Donauzeitung" denkt kleinlich genug, auch im Tode noch dem großen Staatsmann und Feind Oesterreichs die wohlverdienten Lorbeeren abzusprechen. (Zeit.)

Wien, 8. Juni. Der Finanzminister erklärte heute in der Abgeordnetenkammer, daß die der Bank zur Garantie gegebenen Güter dem Staate und nicht den verschiedenen Provinzen gehören; jedenfalls werde ihre Veräußerung bis zu dem Abschlusse einer neuen Regelung für die Angelegenheiten der Bank verschoben bleiben und vorher der Reichsrath darüber gefragt werden. (Tel. d. Frkf. J.)

Schweiz.

Genf, 1. Juni. Im Monat Mai meldeten sich 929 Personen zum Bürgerrecht. Das „Journal" macht auf die Nothwendigkeit der Behutsamkeit aufmerksam im Interesse Genfs und der Schweiz. Die Neuangemeldeten sind großentheils Franzosen. (Schw. M.)

Frankreich.

Paris, 9. Juni. In der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers begann die Diskussion über die einzelnen Artikel des Budget. Das Hauptereigniß der Debatte war die Rede des Hrn. Keller (klerikal), die an Heftigkeit und geistreicher Schärfe Alles übertraf, was bis jetzt in der Deputirtenkammer gesprochen worden ist. Sein Hauptangriff richtete sich gegen die Revolution, und gegen die Begünstigung, welche ihr in dem Streite gegen die Kirche von der Regierung zu Theil werde. Er zog Alles — Presse, gesetzliche Erlasse, Regierungsmaßregeln und Persönlichkeiten — in das Bereich seiner bittern, schonungslosen Kritik. Besonders ergötzlich war die Schilderung, welche er von der französischen Tagespresse entwarf. So sagte er unter Anderem: „So wie es ehemals der alten französischen Monarchie gelungen war, die unabhängigen Wehrkräfte der Feudalwelt unter ihren Bannern zu schaaren, so gut hat unter unsern Augen ein gewaltiger Taktiker, der Direktor der Presse, Mittel gefunden, die unbezwinglichen Streiter des Gedankens zu organisiren und zu disziplinieren. Auf den Flügeln dieser regelmäßigen Armee schwärmen als eben so viele Baschi-Bozuks die 534 Provinzblätter, die aus Charakter sämmtlich unabhängig wären, müßten sie nicht, um ihr armes Leben zu fristen, das Almosen der administrativen und gerichtlichen Anzeigen hinnehmen, und die sich mit Ausnahme von achtzehn oder neunzehn zum Echo der Agence Havas und des Bureau „des öffentlichen Geistes" machen. . . . Immerhin muß jedoch diese mächtige Armee zur Unterhaltung des Publikum einige bescheidene Gegner haben, auf welche alle Hiebe fallen, die immer auf den Beinen gehalten und geprügelt werden, wie die armen Araber der Champs Elysees, die auf unsern Volksbühnen regelmäßig dem Feuer unserer Truppen ausgesetzt werden. (Lärm.) Aber diese nur zur Parade dienenden Feinde müssen sich sehr hüten, die Schranken des erlaubten Widerstandes zu überschreiten. Mitunter brachte der „Univers" die Lacher auf seine Seite. Man hat ihn unterdrückt, damit er zum Exempel diene und dem „Temps" und der „Opinion nationale" Platz mache." Die 360,000 Schenkwirthe Frankreichs, bemerkt der Redner weiter, deren Geschäftsbetrieb von einer Erlaubniß der Regierung abhängig sey, und denen man diese Erlaubniß willkürlich entziehen könne, seyen jetzt eben so viel Beamte, die, ob nun mit Recht oder Unrecht, sich verpflichtet glauben, den „Siècle" und die „Opinion nationale" zu lesen und lesen zu lassen. Das seyen nun 360,000 Schulen, in denen sich der öffentliche Geist bilde. Herr Keller ließ, ohne sich durch irgend eine Unterbrechung (und es gab deren unzählige), ja, durch eine direkte Interpellation des Herrn Baroche irre machen zu lassen, seiner Erbitterung gegen Alles, was nicht für ihn ist, ungehinderten Lauf. Freier oder wenigstens ungenirter wurde bis jetzt noch nicht in der kaiserlichen Kammer gesprochen, und die Sache war wirklich so unerwartet, daß eine vollständige Umkehrung in dem hier üblichen parlamentarischen Comment eintrat. Der Minister interpellirte den Deputirten und beklagte sich gleichzeitig bitter, daß ihm dieser nicht von gewissen speziellen Behauptungen vorher Kenntniß gegeben habe, um sie widerlegen zu können. Herr Keller ließ sich aber aus Gründen, die verschiedenartig angegeben und beurtheilt werden, nicht aus dem Kontext bringen; er fuhr genau, als existire für ihn weder Minister noch Interpellation, in demselben Worte fort, wo ihn Herr Baroche unterbrochen hatte, obgleich er, mit einigem auch noch so geringen Improvisations-Talent, sehr schlagend hätte erwidern können, daß die Berufung auf parlamentarischen Brauch in England ꝛc. nicht wohl in den Mund eines unverantwortlichen Ministers passe. Was für ein Interesse soll man dabei haben, einem unverantwortlichen Minister Verlegenheiten zu bereiten? Herr Keller wurde seiner beispiellosen und stellenweise begründeten Angriffe wegen schließlich von Hrn. v. Morny daran erinnert, daß die Kirche, die er so oft angerufen habe, vor Allem Versöhnung, Nachsicht, Mäßigung, Verzeihung lehre, und er ersuche die Mitglieder, welche sich in der Versammlung als Vertreter der katholischen Meinung ansähen, öfters das Beispiel solcher Tugenden zu geben. Herr Keller wurde außerdem wegen eines heftigen Ausfalles gegen die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des französischen Richterstandes mit einem Ordnungsrufe bedacht. Es sind alle Anzeichen vorhanden, daß es morgen in der Sitzung zu einem allseitigen Ausbruche gegen den Redner kommen wird. Den größten Triumph dabei feiert aber Hr. Migeon, der aus der Kammer hinausgeschafft wurde. Denn gerade Herr Keller ist der Mann, welchen die Regierung nur mit äußerster Anstrengung und erst in der dritten Wahl als offiziellen Kandidaten gegen Herrn Migeon durchzusetzen vermochte!

stige Stellung der Pariser Börse zurückgehalten hätte. In Paris nimmt die Spekulation täglich ab; die Spekulanten wollen sich nicht regelmässig von dem privilegirten Spielinstitut ausplündern lassen und wenn nicht dem Crédit Mobilier untersagt wird, Prämien zu ziehen und Zinsgeschäfte zu machen, so wird das Geschäft in Paris auf Null herabsinken, der Mobilier gänzlich Herr der Situation werden und die Regierung es zu spät bereuen, das Ansehen und die Macht eines so wichtigen Instituts, wie die Pariser Börse, zum Frommen einer verachteten Clique ruinirt zu haben. Zu diesen innern Gründen kam von Aussen die Trauerbotschaft aus Turin, welche am Donnerstag an allen Börsen allgemeine Baisse herbeiführte. Natürlich war der Rückschlag in österr. Effekten, in denen die grösste Spekulation stattgefunden, auch am empfindlichsten, er betrug durchschnittlich 2 pCt. An der gestrigen Börse erholte man sich indessen von dem Schrecken, namentlich da Wien verhältnissmässig grössere Festigkeit gezeigt hatte und auch viele Rückkäufe für die Arbitrage zu bewerkstelligen waren, welche am 8. überall im Auslande verkaufen liess. Die heutige Börse war gleichfalls fest, jedoch bei geringerem Geschäft und wir schliessen die Woche für österr. Effekten nur gegen 1 pCt. niedriger, als wir sie betraten.

In süddeutschen Fonds waren die Umsätze ziemlich bedeutend bei oft fehlendem Material, insbesondere $4^1/_2$ bayerische und $3^1/_2$ württembergische höher gehalten. In Anlehensloosen wenig Geschäft bei fast unveränderten Kursen.

Von Kredit-Aktien erreichten österreichische am Montag den höchsten Kurs dieses Jahres — 154, fielen am Donnerstag bis 146, um heute 150 zu schliessen. Darmstädter nahmen hier und in Berlin einen starken Anlauf bis 190, der erste konträre Windstoss warf sie aber wieder auf 184 und 186 zurück. Es scheint indess für das Papier eine bessere Konjunktur zu herrschen, das flottante Material ist durch die Rückkäufe der Bank sehr reduzirt und Privatleute, welche noch aus den Jahren 1856/57 her Besitzer sind, können bei den jetzigen Kursen ohne exorbitanten Verlust an Verkauf nicht denken. — Die zahlreich allerwärts wohnhaften Aktionäre der Leipziger Kreditanstalt werden mit Interesse den der Generalversammlung am 5. d. M. vorgelegten Geschäftsbericht lesen und mit Befriedigung daraus entnehmen, dass das Institut auf einem heilsamen Wendepunkt angelangt und darauf bedacht ist, für das reiche, umfassende Feld lohnender Wirksamkeit, welche es in seiner ganzen Anlage und Aufgabe — mit wesentlicher Unterscheidung von andern Schöpfungen des s. Z. grassirenden Kreditschwindels — besitzt, natürliche und solide Grundlagen zu gewinnen. — Die Dividende der österr. Bankaktien für das 1. Halbjahr beträgt 28 fl., ebenso viel als im vorigen Jahr.

Unter den Eisenbahnen erfuhren Bexbacher eine weitere Steigerung um 3 pCt. bis 188 und dabei fehlten Abgeber. Auch Taunus haben sich befestigt; dagegen sind österr. Westbahn matt und angeboten; desgleichen österr. Staatsbahnen. Hanauer matt und scheinen die in der Generalversammlung von Seiten der Verwaltung gemachten Mittheilungen hinsichtlich der zu erwartenden günstigeren Gestaltung der Lage der Bahn auf den Kurs ihrer Aktien ohne Einfluss geblieben zu seyn.

Goldwechsel anhaltend in allen Sichten gefragt. Auch Thalerdevisen und Hamburg fest. Vom Geldstand das alte Lied, wenn schon hie und da Spekulanten annehmbare Prolongationszinsen bezahlen. (Akt.)

Neueste Nachrichten.

* München, 9. Juni. Der Antrag des Abg. Barth auf Abkürzung der Finanzperioden wird voraussichtlich in der Kammer der Reichsräthe zu Grabe getragen werden, indem allem Anschein nach die Mehrheit dieser Kammer vollkommen geneigt ist, den weitläufigen Weg der Behandlung desselben, welchen Hr. v. Niethammer so scharfsinnig entdeckt hat, einzuschlagen. Es bedarf nicht vielen Nachdenkens, um einzusehen, daß die Kammer der Abgeordneten, indem sie auf Barth's Antrag an die Krone die Bitte um Abkürzung der Finanzperioden zu richten beschloß, keinen Initiativ-Antrag im Sinne des betreffenden Gesetzes stellte, indem sie ja nicht einen förmlichen Gesetzentwurf vorschlug, sondern der Krone anheimgab, einen solchen vorzulegen. Es war daher auch kein Grund gegeben, diesen Antrag nach den weitläufigen Formalitäten des Initiativ-Gesetzes zu behandeln. Wenn dies nun dennoch von den Reichsräthen geschieht, so liegt die Vermuthung nahe, daß vermittelst dieser Formalitäten der Antrag selbst beseitigt werden soll. Die Reichsrathskammer hat den betreffenden Ausschuß verstärkt, und die Wahl der Mitglieder, so wie des Berichterstatters, die wieder auf Hrn. v. Niethammer fiel, läßt errathen, daß das Schicksal des Antrags das oben angedeutete seyn wird.

Aus München, 9. Juni, schreibt man der „Allg. Zeitung": „Schon seit mehreren Tagen durchläuft die hiesigen Blätter die Angabe, der Herr Kriegsminister Generallieutenant v. Lüder habe seine Entlassung gegeben und erhalten, ja man nannte schon seinen Nachfolger im Amte. Deßungeachtet kann ich versichern, daß man in den bestunterrichteten Kreisen nichts von dieser angeblichen Thatsache weiß. Richtig ist dagegen, daß der Hr. Kriegsminister in Folge eines Gichtanfalls seit einigen Tagen krank darnieder liegt."

Aus Baden, 8. Juni. Die Regierung der nordamerikanischen Vereinigten Staaten hat durch Vermittlung eines Mannheimer Handlungshauses von der badischen Regierung gegen 8000 disponible gezogene Gewehre ankaufen lassen, die sofort über Hamburg und Antwerpen an ihren Bestimmungsort abgingen. (Nürnb. Korr.)

Aus Vorarlberg, 7. Juni. In mehreren Blättern ist die Nachricht, daß in Folge der antiprotestantischen Agitationen Untersuchungen eingeleitet worden seyen, widersprochen worden. Wir können jedoch versichern, daß hinsichtlich mehrerer Beschwerden in der angedeuteten Richtung, welche von Feldkirch und Bregenz höchsten Orts vorgebracht worden sind, wirklich Untersuchung angeordnet und überhaupt Vorsorge zur Verhütung fernerer derartiger Agitationen getroffen worden ist. (N. K.)

Genua, 7. Juni. Wegen des Todes Cavour's blieben gestern alle Theater geschlossen. Die Kaufleute bildeten ein Komité zur Errichtung eines Denkmals für Cavour an der Börse. (Tel. d. Ostd. Post.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. f. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	$80^5/_8$ G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$64^1/_4$ P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$56^1/_4$—$55^7/_8$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	$48^1/_2$ P.
"	$4^1/_2$ pCt.	42 P.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	$3^1/_2$ pCt. Staatsschuldsch.	88 P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	$103^1/_4$ P.
"	$4^1/_2$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102^3/_4$ G.
"	$4^1/_2$ pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$103^1/_4$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	—
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100^7/_8$ P.
"	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4^1/_2$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104^5/_8$ G.
"	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$95^1/_2$ P. $^1/_4$ G.
Baden	$4^1/_2$ pCt. Obl.	$103^3/_4$ P.
"	$3^1/_2$ pCt. Obl. v. 1842	$95^3/_4$ P.
Gr. Hess.	$4^1/_2$ pCt. Obl.	$102^1/_4$ P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100^3/_4$ P.
"	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	94 G.
Nassau	$4^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$102^3/_4$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$99^1/_2$ P.
"	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3^1/_2$ pCt. Obl.	$98^3/_8$ P.
"	3 pCt. Obl.	$90^1/_2$ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	49 P.
"	$1^3/_4$ pCt. " " "	$42^7/_8$ P.
Schweden	$4^1/_2$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$99^5/_8$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	109 G.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	658 G.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	150 G.	
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	186 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	74 G.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	70 G.	
Internationale Bank in Luxemb. . .	84 G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	318 G.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	67 P.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	234 P.	
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$118^1/_2$ P.	
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$75^5/_8$ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	22 P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$187^3/_4$ P.	
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à $4^1/_2$ pCt.	$99^5/_8$ P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51^5/_8$ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	236 G.	ex C.
Span. Handels- u. Industrie . . .	530 P.	
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	475 P.	
Bayr. Ostbahn à $4^1/_2$ pCt. volleinbez.	$104^3/_8$ G.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P.	$100^1/_2$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99^3/_4$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99^3/_4$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$105^1/_8$ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$96^1/_4$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	$87^7/_8$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 G.
London Lst. 10 k. S.	$118^5/_8$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	$98^1/_4$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93^1/_2$ G.
Triest fl. 100 k. S.	84 G.
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$84^3/_4$ B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	88 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$49^1/_8$ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$64^3/_8$ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	131 P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	62 P.	" fl. 25 do.	$35^5/_8$ P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858	100 P. $99^3/_4$ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$35^1/_4$ P.
$3^1/_2$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	125 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	51 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2^1/_2$ pCt. Z.	38 P.
Badische fl. 50	$90^1/_4$ P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10^3/_8$ P.
Badische fl. 35	$53^1/_4$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$11^3/_8$ G.

Frankfurt, 10. Juni. Bei nicht sehr bedeutendem Geschäft waren österr. Fonds und Aktien ohne wesentliche Veränderung. Spanische beider Gattungen waren etwas billiger zu haben. (Synd.)

verstand, ihren eigenen Antrag zu opfern und dem Antrag Deaks den Sieg zu lassen. Was bewog sie dazu? Waren es allein die politischen Verhältnisse, die ihr, wenn sie es zum Bruch triebe, nicht mehr, wie im Frühjahr, die Hülfe des Auslands in Aussicht stellten? Theilweise schon; aber es kam noch etwas Anderes dazu. Die Nachrichten, die in letzter Zeit aus den verschiedensten Gegenden von Ungarn in Pesth einliefen, zeigten nur zu klar, daß die Bevölkerung in Ungarn mit der schroffen Haltung des Unterhauses der Regierung gegenüber nicht allein nicht zufrieden, sondern sogar versöhnlich gestimmt ist und einen Ausgleich der Differenzen verlangt, damit endlich geordnete Zustände eintreten können. So klärt sich zum andern Theil das Räthsel der Nachgiebigkeit der Radikalen auf.

Frankreich.

* Paris, 7. Juni. August Blanqui, der bekannte Verschwörer, erschien heute mit seinen Mitangeschuldigten vor dem Zuchtpolizeigericht. Wegen Verhinderung des Vertheidigers von Blanqui, des Hrn. Plocque, wurde die Verhandlung auf 8 Tage verschoben.

Paris, 7. Juni. Es heißt, daß die Kaiserin in dem ehegestern stattgefundenen Ministerrathe zu Gunsten des Papstes das Wort ergriffen habe, und man sagt, auf die gestern nach Fontainebleau gelangte Nachricht vom Tode des Grafen Cavour soll die hohe Frau ausgerufen haben: „Endlich, endlich ist Louis von diesem Manne befreit und wieder Herr seiner Politik!" (In gewissem Sinne wohl, aber sicher nicht in dem, der hiemit angedeutet ist. Was Napoleon gegen den Papst that, hat er ohne Cavours Antrieb gethan. Hinderlich war ihm Cavour in seinem Streben, den Einfluß Frankreichs in Italien weiter auszubreiten.)

Paris, 8. Juni. Im gesetzgebenden Körper ist gestern die allgemeine Diskussion über das Budget geschlossen worden; heute beginnt die Spezial-Debatte über die Ministerial-Budgets. Aus den heutigen Verhandlungen heben wir besonders eine Darlegung der wirklichen Finanzlage von Herrn Gouin hervor, der zufolge sich das eigentliche Verhältniß zwischen Ausgabe und Einnahme anders herausstellt, als es in dem Budget angenommen ist. Die Ausgaben, bemerkt er, sind in dem Budget von 1861 auf 1,840,121,858 Francs veranschlagt. Dazu kommen nun 42,466,388 Fr. außerordentliche Kredite, worunter 10,535,198 für die durch ein einfaches kaiserliches Dekret, ohne Zuthun der Kammer, geschaffene Armee-Reserve. Ferner sind im Budget nur 392,400 Mann mit 83,180 Pferden aufgeführt, während in der Wirklichkeit 467,000 Mann vorhanden sind. Freilich habe die Regierung versprochen, den normalen Effektivbestand der Armee wieder herzustellen; allein dies könne mit dem besten Willen nicht mit Einem Schlage geschehen, und Herr Gouin schlägt deßhalb den dafür erforderlichen Supplementar-Kredit auf 72 Millionen an. Die Marine erfordert eine Mehrausgabe von ungefähr 33 Millionen; für die neue Oper verlange man 1 Million, was jedenfalls nicht ausreiche; für die Annexion von Mentone und Roquebrune 4 Millionen, für das Museum Campana 4,800,000 und noch andere kleinere Summen für verschiedene Posten. Für öffentliche Arbeiten 45 Millionen und endlich für Eisenbahnen 35 Millionen. Es ergebe sich also für alle Ausgaben die Summe von 2,079,000,000, anstatt der 1,840,121,858 des Budget. Um diese Ausgaben bestreiten zu können, habe man im Budget die Summe von 1,736,000,000 Fr. aufgestellt, worunter 33 Millionen als Ertrag der neuen Tabaksteuer und 24 Mill. auf Alkohol. Es bleibe also eine Lücke zwischen Ausgaben und Einnahmen von etwa 343 Mill. Fr., die nach Hrn. Gouin's Ansicht nur durch ein Anlehen ausgefüllt werden kann. Hr. Magne entgegnet auf die Rede Gouin's nicht mit der gewohnten Präzision und Schlagfertigkeit. Wenn er eine Gegenaufstellung machen wolle, so wäre es ihm ein Leichtes, bei dem gegenwärtigen Stande der gesicherten Einnahmen und der eröffneten Kredite einen bedeutenden Ueberschuß der Einnahmen nachzuweisen. Ungeachtet der von allen Seiten an ihn ergehenden Aufforderung, diesen Nachweis zu geben, zieht Hr. Magne es vor, dies nicht zu thun, da bis zum 31. Aug. 1862 noch gar viele unvorhergesehene Ereignisse eintreten und die bis jetzt erzielten Resultate modifiziren können. Herr Gouin nimmt jedoch aus der Behauptung des Ministers, daß nur von Unterstellungen und Voraussetzungen die Rede gewesen sey, Veranlassung, in der bestimmtesten Weise darzuthun, daß seine sämmtlichen Angaben auf Zahlen, auf Dekreten und sonstigen offiziellen Dokumenten beruhten. Das von ihm nachgewiesene Defizit von 343 Millionen sey nichts weniger, als imaginärer Natur. Er hält mithin seine Angaben, ohne daß eine weitere Einwendung dagegen versucht wird, vollkommen aufrecht. (K. Z.)

Italien.

Ueber die letzten Tage des Grafen Cavour vernimmt man jetzt einige interessante Einzelheiten. Als er seinen ersten Rückfall hatte, war er schon von seinem nahen Ende überzeugt. Sein einziger Gedanke war die Krönung seines Werkes. So oft es seine Kräfte gestatteten, schrieb er, und als ihm dieses nicht mehr möglich war, diktirte er dem Grafen Nigra seine Ideen über den künftigen Gang der italienischen Politik. Diese Schrift, die man sein politisches Testament nennen könnte, ist für Viktor Emanuel bestimmt. An Louis Napoleon schrieb er ebenfalls einen Brief, der bereits an seine Adresse gelangt ist. In beiden Dokumenten soll er sich für die Fortdauer der französischen Allianz ausgesprochen haben. (Köln. Z.)

Handels- und Börsenberichte.

Frankfurter Börse (vom 3. bis 8. Juni).

Samstag. Die Börse hielt sich in der ersten Hälfte der abgelaufenen Woche bei regem Geschäft ziemlich fest zu den hohen Kursen der Vorwoche und man wäre sicher noch höher gegangen, wenn nicht die ungün-

---

Cavour die Klagen und Wünsche Italiens den einzelnen Höfen zur Kenntniß, und nun erhoben sich in Italien selbst jene nationalen Demonstrationen, die durch die Subskription für die Ausrüstung der Festung Alessandria eingeleitet wurden. Oesterreich betrachtete diese Subskription als Kriegsdrohung und rief seinen Gesandten aus Turin zurück. Aber Graf Cavour, bauend auf die Sympathien der Westmächte und gestützt von der nationalen Bewegung, bereitete sich geräuschlos vor auf die Wechselfälle der Zukunft. Man weiß, welch großen Antheil er hat an den rasch sich auf einander folgenden Ereignissen von 1858 bis 1860. Sein Besuch zu Plombières im Herbst 1858 leitete die Verhandlungen mit dem Kaiser Napoleon ein. Am 10. Jan. 1859 hielt Viktor Emanuel die bekannte Thronrede, worin er sich zum Organ des Schmerzenschreis Italiens machte und die Völker Italiens aufrief, sich um ihn zu schaaren. Bald darauf folgte die Heirath des Prinzen Napoleon mit der Prinzessin Klotilde, das öffentliche Anzeichen der Allianz mit Frankreich. Nach vergeblichen Versuchen, den Streit zwischen Oesterreich und Piemont, welche sich gegenseitig die Kriegsrüstungen vorwarfen, durch einen Kongreß zum Austrag zu bringen, brach der Krieg aus durch den Einmarsch der Oesterreicher in die Lomellina (29. April 1859). Während des Kriegs waren die Anstrengungen Cavour's vor Allem auf Mittelitalien gerichtet. Die Herzogthümer und die Romagna erhoben sich gegen ihre Regierungen, und es gelang ihm, die Idee des Anschlusses an Piemont daselbst zum Durchbruch zu bringen. Der Friede, welcher so plötzlich nach der Schlacht von Solferino geschlossen wurde, schien, obwohl er die Lombardei an Viktor Emanuel gab, die Triumphe der Cavour'schen Politik in Mittelitalien wieder zu nichte zu machen, und er reichte deßhalb seine Entlassung ein. Gleichwohl behielt er einen entscheidenden Einfluß auf die nationale Bewegung, welche im Widerspruch mit den Bestimmungen von Villafranca stark genug war, die Rückkehr von Toskana, Parma, Modena und der Romagna unter ihre früheren Souveräne zu vereiteln. Am 21. Jan. 1860 trat er wieder in das Ministerium ein und ratifizirte im März die Vereinigung dieser Provinzen mit der sardinischen Monarchie, indem er fast zu gleicher Zeit (24. März) mit Frankreich den Vertrag über die Abtretung von Nizza und Savoyen unterzeichnete. Bald darauf begann Garibaldi seine heimlich von Cavour unterstützte Expedition nach Sizilien und Neapel, deren glücklicher Erfolg nunmehr den Weg eröffnete zu der Anwendung von Cavour's Prinzipien auf die ganze Halbinsel, während früher auch er kaum den Gedanken gehabt haben mag, ganz Italien und namentlich auch das neapolitanische Königreich unter dem Scepter Viktor Emanuel's zu vereinigen. Sein Tod fällt gewissermaßen zusammen mit einem ersten Abschluß des italienischen Einigungswerks, wie denn seine letzte Maßregel war, die italienische Armee auf den Friedensfuß zu stellen, und ein günstiges Geschick ihm noch vergönnte, das erste Fest der italienischen Befreiung wenigstens zu erleben, wenn auch nicht mehr mit zu feiern. (Nat.-Ztg. u. Schw. M.)

---

rometer für die Noth der ärmeren Klassen; je mehr in einem Lande das Lotto trägt, desto mehr Verarmung und ihr Gefolge.

2) Die Lottoeinnahme ist für den Staat kein Vortheil, weil dadurch der Wohlstand und die Steuerkraft sinkt, weil die Gemeinden statt des vermeintlichen Gewinnes davon an Steuererleichterung, desto mehr für Erhaltung ihrer Armen und Arbeitsscheuen, für Erziehung verwahrloster Kinder, für Versorgungs-, Kranken-, Beschäftigungs- und Zuchthäuser zu bezahlen haben. Male parta male dilabuntur.

3) Je höher die Erträgnisse des Lotto, desto schwieriger ist dafür Ersatz zu finden. Vor 50 Jahren hätte die Aufhebung des Lotto in Bayern mit circa 300,000 fl. an Entgang der Einnahmen geschehen können, in wenigen Jahren wird sie kaum unter einem jährlichen Rentenausfall von 3,000,000 stattfinden.

4) Wird das Lotto durch eine Steuer ersetzt, so schreien die Reichen (wir meinen nicht alle) am meisten, weil sie das Geld zu Luxusausgaben brauchen, die Armen wird wenig Steuerzusatz treffen, wohl aber ist dabei der Mittelstand zu beklagen, obgleich er für jede wahrhaft gute Sache der opferwilligste ist. Alle bisherigen Lottospieler gewinnen, da sie jedenfalls viel weniger an Steuer trifft, als sie bisher das Lotto kostete.

5) Sind im Staatshaushalt Ueberschüsse vorhanden, so gibt es kein Bedürfniß, am wenigsten das für Kunstbauten und Sammlungen, welches mehr Ansprüche auf die Ueberschüsse hätte, als die Verwendung zur Deckung des Lotto. Ein Staat, der, statt das Lotto zu decken, Luxusausgaben macht, gleicht einem reichen Mann, der einen Wintergarten unterhält und kostbare Blumen erzieht, aber die Erziehung seiner Kinder hintansetzt.

6) Kein Staat darf sich rühmen, daß seine Finanzen gut stehen, so lange er das Lotto als Staatseinnahme bedarf.

7) Das Lotto macht jährlich Tausende unglücklich, aber sicher kaum 1 pCt. glücklich, und selbst von den Gewinnenden werden wohl 99 pCt. unglücklicher, als sie vor dem Gewinn waren.

8) Ein Staat, der die Aufhebung des Lotto hinausschiebt, gleicht dem Kranken, der sich der ärztlichen Hülfe so lange entzieht, bis die Krankheit unheilbar geworden, so daß er beständig die Folgen (hier weitverbreitete Verarmung) zu tragen hat.

9) Das Lotto geht an Gemeinschädlichkeit den Spielbanken weit voran, weil es allgemein verbreitet ist, und vorzüglich Arme ausbeutet. Die erste Spielbank Deutschlands, in Baden-Baden, hazardirt mit den Pointeurs kaum mehr als 3 Mill. Gulden.

(Allg. Z.)

Deutscher Bund.

** **Bayern.** München, 9. Juni. (Prv.-Korr.) In Folge der vorgestern im Gesetzgebungsausschlusse der Kammer der Reichsräthe stattgehabten weitern Berathung des Einführungsgesetzes bestehen zwischen den Ausschüssen beider Kammern nur noch sieben Differenzpunkte, von welchen indessen nur der folgende als besonders erheblich erscheinen dürfte. Der Art. 2 bezeichnet diejenigen bisherigen Gesetze, welche mit der neuen Einführung des Strafgesetzbuches außer Kraft zu treten haben und unter diesen auch die gesetzlichen Bestimmungen über Bestrafung des Zinswuchers. Hiezu war vom Ausschuß der 2. Kammer der Zusatz beschlossen worden: „nebst den die vertragsmäßige Festsetzung des Zinsfußes beschränkenden Vorschriften unter Aufrechthaltung der übrigen die Zinsen betreffenden zivilrechtlichen Bestimmungen.“ Diesen Zusatz, durch welchen die Vorschriften der Civilgesetzgebung über die Beschränkung des vertragsmäßigen Zinsfußes aufgehoben werden sollten, hat der Ausschuß der Kammer der Reichsräthe wie bei der ersten so auch bei der zweiten Berathung abgelehnt, so daß dieser Zusatz wohl wird aufgegeben werden müssen, zumal auch die Staatsregierung auf dem Standpunkte der Kammer der Reichsräthe steht, indem auch sie es nicht für thunlich erachtet, diese rein zivilrechtliche Frage in einem Gesetze zu entscheiden, welches blos strafrechtliche Bestimmungen zum Gegenstande hat — abgesehen davon, daß man es bedenklich findet, in der Gesetzgebung auf einmal von der Bestrafung des Zinswuchers auf vollkommene Freigebung des Zinsfußes überzuspringen. (Wirklich?)

Bei dem Landrathe von Niederbayern war ein Antrag gegen Einführung der Gewerbefreiheit eingebracht worden; der Ausschuß begutachtete ihn, da die Gewerbefreiheit namentlich für Niederbayern schädlich und verderblich sey und er ward auch, doch nicht ohne Widerspruch, angenommen. — Auch der Gewerbeverein in Landshut hat eine Adresse gleichen Betreffs an die Kammer der Abgeordneten beschlossen.

Thüringen. Gotha, 6. Juni. Das Leipziger Bezirksgericht hat auf Vernichtung sämmtlicher 1800 in Leipzig lagernden Exemplare der gegen die Trinitätslehre gerichteten Schrift des Dr. Bayer (deutsch-katholischer Prediger) erkannt.

(Pr. Ztg.)

* **Oesterreich.** Wir sagten neulich, daß mit der Annahme von Deaks Adresse-Antrag durch das ungarische Unterhaus im Grund noch nichts entschieden sey; denn noch ist der Inhalt der Adresse nicht festgestellt, und dann fragt es sich, ob und wie die Wiener Regierung sich mit den Ungarn über die Forderungen verständigt, die sie in der Adresse an sie stellen werden. Durch die Annahme von Deaks Antrag ist vorläufig nur eine Form-Frage entschieden, daß nämlich der Landtag in herkömmlicher Weise durch eine Adresse an den König sich wenden, daß er von diesem die Gewährung der Forderungen erwarten will, die er stellen zu müssen glaubt, während der Antrag der radikalen Partei, diese Forderungen in Gestalt eines Landtagsbeschlusses aufzustellen, also den König zu umgehen und ganz Europa zum Schiedsrichter zwischen dem Land und seinem Fürsten aufzurufen — den offenen Bruch zur unmittelbaren Folge gehabt hätte. Eine gewisse reelle Bedeutung hatte also diese Formfrage an und für sich schon, und diese Bedeutung wird noch gewichtiger, wenn man erwägt, daß die radikale Partei, welche die Mehrheit im ungarischen Unterhaus bildet, sich dazu

---

7. Februar 1848 trat Sardinien in die Reihe der europäischen Verfassungsstaaten ein. Am 23. März erfolgte die Kriegserklärung gegen Oesterreich. Cavour galt in jener bewegten Zeit für zu konservativ und die Wähler gaben bei der im Januar 1849 vollzogenen Neuwahl einem andern Kandidaten den Vorzug. Erst als nach der Niederlage von Novara der Marchese Massimo d'Azeglio ein neues Ministerium gebildet und allgemeine Neuwahlen veranlaßt hatte, kam Cavour als Vertreter des ersten Turiner Wahlbezirks in die Deputirtenkammer. Seinen Bemühungen gelang es damals, den Vertrag von Novara ohne aufregende Debatten durchzusetzen. Als Führer des rechten Centrum unterstützte er das Kabinet mit dem Bemühen, dasselbe vor den retrograden Einflüssen des Auslandes zu wahren. Namentlich verdankte ihm das Land die Annahme der Siccardischen Gesetze über die Aufhebung des geistlichen Forum. Am 2. Juni 1850 hielt Graf Cavour seine glänzende „Ministerrede“, in welcher er die Projekte des Finanzministers Nigra vertheidigte. Hier entwickelte er seine Pläne zur Hebung des Kredits mit einem Beifalle, daß fortan in diesem Fache nichts ohne ihn geschah, und vom April 1851, wo er das Finanzministerium zu dem des Handels und der Marine übernahm, ging Alles fast allein durch seine Hände. Seine Hauptaufgabe war, die durch den unglücklichen Krieg herbeigeführten Verluste wieder einzubringen und ein Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben herzustellen. Die Schwierigkeiten der Lage hinderten ihn nicht, dem Beispiel der englischen Regierung auf dem Weg des Freihandels zu folgen, was eine heftige Opposition gegen ihn in der Kammer sowohl von der linken, als von der rechten Seite hervorrief. Im Jahr 1852 brach der Graf offen mit seinen Kollegen Deforesta und d'Azeglio, um sich der vorgerückten Partei zu nähern, und verließ auch das Ministerium eine Zeitlang. Doch bald kehrte er als Ministerpräsident zurück und blieb seitdem beständig, nur mit kurzer Unterbrechung, an der Spitze der Regierung, gestützt von einer starken Mehrheit, die ihm gegen die äußersten Parteien große Stärke verlieh. In inneren Fragen bekannte er sich unverrückt zu den Prinzipien von 1789: Freiheit der Presse, des Worts, des Verkehrs. Die Rechte, welche durch die Verfassung von 1848 garantirt sind, wurden von ihm stets aufs Gewissenhafteste beobachtet. Außerdem hielt er die Rechte des Staats den Privilegien des Klerus gegenüber aufrecht. Sein Ziel war in dieser Beziehung möglichste Trennung von Kirche und Staat. In diesem Sinne setzte er den Verkauf der Güter in todter Hand durch, und entzog den religiösen Körperschaften das Monopol des Unterrichts. Die Hauptfrage für Piemont war jedoch die Unabhängigkeit und Einigung Italiens. Graf Cavour stellte sich offen unter die dreifarbige Fahne mit dem savoyischen Kreuz. Um sich zu der Durchführung der nationalen Idee den Beistand der Westmächte zu sichern, rieth er dem König, sich am Orientkriege zu betheiligen. Nach dem Krieg suchte er die Spannung zwischen Rußland und Oesterreich bestens auszunützen durch Gefälligkeiten, die er jener Macht erwies (Abtretung des Hafens von Villafranca). Bekannt ist, wie er auf dem Kongreß zu Paris (1856) zum erstenmal die italienische Frage offen zur Anregung brachte, indem er die Beschwerden der unter der österreichischen und der päpstlichen Regierung lebenden Bevölkerung darlegte. Als der Kongreß sich für inkompetent erklärte, brachte

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 159. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 58. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dinstag, 11. Juni 1861.

Einiges über das Lotto.

In Bayern wurde das Lotto unter dem prachtliebenden Kurfürsten Karl Albrecht, der später als Karl VII. deutscher Kaiser wurde, im Jahr 1735, und zwar vorerst in München mit neun jährlichen Ziehungen, später 1760 als Genuesisches Lotto in ganz Bayern und Oberpfalz durch den die Kollekten in Generalpacht nehmenden Italiener Joseph de Santo Vito eingeführt.

Im Jahr 1773 wurde das Lotto auf Rechnung der Regierung unter Leitung einer eigenen Generaladministration übernommen. Bayern hat jetzt eigentlich drei Lotterien, von welchen eine zu München, eine zu Regensburg, und eine zu Nürnberg ist. Die vereinigte Lotto-Anstalt wird geleitet durch die Generallotto-Administration in München, unter welcher vier Lottoberämter und gegenwärtig 389 besetzte Lottokollekten stehen. Die Fürstbischöfe von Bamberg und Würzburg führten um das Jahr 1770 das Lotto ein. Sie bezweckten damit einen Armenfonds zu gründen. Als aber diese Maßregel nicht zweckmäßig erschien, hob es der Fürstbischof Franz Ludwig um das Jahr 1790 in beiden Bisthümern wieder auf. In Ansbach wurde das Lotto 1801 vom König von Preußen aufgehoben. Mit der Einverleibung der obigen Länder in Bayern kehrte auch das Zahlenlotto bei ihnen ein. In München wurden sogar Lottokollekten als Gnadengeschenke an hohe Beamte verliehen, und eine solche soll noch im Besitz einer Familie seyn.

Schon im Jahr 1766 erklärte die kurfürstlich bayerische Akademie der Wissenschaften sich gutachtlich gegen das Lotto. Seit dem Bestehen der bayerischen Verfassung, d. i. seit dem Jahr 1818, wurde in den Kammern, namentlich bei allen Budgetberathungen, mit allen Kräften gegen das Lotto gekämpft. Erbitterte Reden fielen, und scharfe Anträge wurden gestellt. Bei voller Uebereinstimmung bezüglich der Verderblichkeit dieser Staatsrente von Seite des Ministerium und der Kammern behielt dennoch immer das finanzielle Interesse die Oberhand.

Das Lotto trug nach Dr. J. B. Herrman (Vorstellung an die Ständeversammlung u. s. w., München, Hübschmann 1819) im Anfang dieses Jahrhunderts oft keine 300,000 fl. Nach der großen Theuerung und Noth des Jahres 1816 stieg die Einnahme um mehr als das Dreifache, im Jahr 1817/18 trug es 1,400,400 fl., im Jahr 1827 berechnet v. Rudhart die jährlichen Einlagen auf drei bis nahe an fünf Millionen, „wovon jedoch die Regiekosten und die hohen Tantièmen der Kollekteure und des bei der Generaladministration angestellten Personals einen so großen Theil verschlangen, daß der vierjährige Durchschnittsreinertrag damals nur 1,136,549 fl. betrug."

Durch ein Finanzgesetz vom 1. Juli 1856 mit der Unterschrift Sr. Maj. des Königs und des Gesammtministerium wurde das Lotto aufgehoben. Das Gesetz heißt wörtlich: „Das Zahlenlotto, dessen Ertrag unter der obigen Einnahmssumme mitbegriffen ist, hat bis zum Schluß der siebenten Finanzperiode, d. h. bis zum 1. Oktober 1861, fortzubestehen, und mit diesem Tag aufzuhören, falls nicht früher ein Ersatz dafür ermittelt werden sollte."

Im Budget für die siebente Finanzperiode war das Lotto mit 1,400,000 fl. jährlich eingesetzt. Es lieferte aber bekanntlich, nach dem Bericht des Abg. Dekan Vogel, in den ersten vier Budgetjahren durchschnittlich 2,719,430 fl. Der Durchschnittsbetrag der Brutto-Einnahme ist jährlich mehr als 9 Millionen, der Durchschnittsbetrag der Erhebungskosten mit den Gewinnsten der Spieler mehr als 6,300,000 fl. Seitdem das Lotto in Bayern besteht, referirt Dekan Vogel, erreichte der Ertrag desselben in keinem Jahr die Höhe des Ertrags vom Jahr 1858/59, nämlich 3,389,320 fl. Um 1,400,000 fl. Steuer zu ersparen, muß das Volk 9 Millionen aufbringen, kommt auf den Kopf Ausgabe circa 2 fl., auf den Kopf Gewinnst circa 1 fl., und letzterer hat kaum andere Vortheile, als daß er zu neuen Einsätzen reizt, denn die Gewinnste sind häufig genug nur ein Darlehen zum Weiterspielen. Nach dem Ansatz des Budget der siebenten Finanzperiode würde eine das Lotto ersetzende Steuer per Kopf 18—20 kr. betragen. Man verschreibt 1000 fl., um 150 fl. baar zu bekommen!

Wir wollen nur noch einige kurze Sätze an unsere Mittheilungen knüpfen.

1) Das Steigen der Einnahmen aus dem Lotto ist das Ba-

Cavour.

Graf Camillo Benso di Cavour stammte aus einer der ältesten und begütertsten Patrizierfamilien Piemonts, welche schon um die Mitte des 13. Jahrhunderts ausgedehnte Ländereien in der Nähe Turins, die ihr zum Theil heute noch gehören, besaß. Der eigentliche Familienname ist der italienische Benso, dem das savoyische Cavour nur angehängt wurde. Graf Camillo wurde am 10. August 1810 in Turin geboren und von einer Schwester des Kaisers Napoleon, der Fürstin Pauline Borghese, zur Taufe gehalten. Ein lebhafter Sinn für Unabhängigkeit, selbständige Kraft des Denkens und eine warme Liebe zum Vaterland erhoben schon den Knaben über die selbstgefällig unwissenden und verweichlichten Kameraden seines Standes. Er wußte sich in den geisttödtenden Dienstzwang eines Pagen am Hofe des Königs Karl Felix durchaus nicht zu finden, und tröstete sich nach seiner durch hohe Ungnade erfolgten Entlassung mit den Worten: „Ich schätze mich sehr glücklich, endlich meiner Mauleselbürde los geworden zu seyn." — In einem Alter von zwanzig Jahren trat Cavour mit dem Range eines Genielieutenant aus der Militärakademie, wo er als fähigster Zögling sich der rühmlichsten Zeugnisse erfreut hatte. Er hing seinen Lieblingsstudien, der Geschichte, Mathematik und Astronomie auch trotz seiner freien Stellung mit erhöhtem Eifer nach, fühlte sich aber durch die Eigenthümlichkeiten des militärischen Berufes in seiner geistigen Bewegung allenthalben beengt, was ihn endlich bewog, den Degen niederzulegen. — Von großer Wichtigkeit für seine Ausbildung war eine im Anfang der dreißiger Jahre unternommene Reise nach England, wo er sich eifrig mit National-Oekonomie, mit Handel und Fabrikwesen, sowie mit den politischen Institutionen des Landes beschäftigte. Erst 1842 kehrte er aus dem Auslande heim, nachdem er sich eine vollendete Kenntniß der englischen, französischen und deutschen Zustände erworben, die ihm später seine Sicherheit und Ueberlegenheit in den diplomatischen Combinationen verlieh. Er sprach fließend Französisch und Englisch, Deutsch jedoch nur gebrochen; doch war er in Oesterreich orientirt, als sey er bei Metternich in der Schule gewesen. In jene Zeit fiel die Bildung von landwirthschaftlichen Vereinen, Gewerbschulen, wissenschaftlichen Gesellschaften u. s. w., welche den Anfang der vierziger Jahre für ganz Europa bezeichnet, in Piemont aber sofort eine praktische Richtung erhielt. Hebung der Nation, Wiedergeburt Italiens hieß die Parole. In der Società agraria machte Cavour für die englische Landwirthschaft Propaganda, überzeugt, daß Reformlust auf dem materiellen Boden auch Muth zu Verbesserungen anderer Art wecken werde. Auferstehung, „Risorgimento", hieß auch das neue Blatt, das Cavour mit den Grafen Cesare Balbo und Santo Rosa, wie mit Buoncompagni im Herbste 1847 gründete, um die Mittelklassen für eine freiere politische Entwicklung zu gewinnen und dem Junkerthum den Krieg zu machen. — So erschien der Anfang des Jahres 1848, das auch für Cavour ein Wendepunkt wurde. Eine genuesische Deputation wandte sich an die Spitzen der Turiner Presse, um Reformen durchzusetzen; Cavour verlangte mehr; er sprach für eine Verfassung und schickte, als die Censur das Sitzungsprotokoll im „Risorgimento" strich, einen Abzug dem König mit der Post zu. Am

Der „Pfälz. Kurier" meldet, daß am 4. Juni vor dem Zuchtpolizeigerichte zu Kaiserslautern abermals zwei Verhandlungen aus Anlaß des Kirchenstreites vorkamen, die beide mit Freisprechung der Beschuldigten endigten: In dem einen Fall, das Läuten bei einer Leichenfeier in Rehborn betr., „weil keine Störung des Gottesdienstes stattgefunden", im zweiten, das Singen aus dem alten Gesangbuch gegen den Willen des Pfarrers bei einer Leiche in Moorbach betr., „weil die Beschuldigten glaubten, nach dem königl. Erlasse vom 26. Januar nicht mehr aus dem neuen Gesangbuch singen zu müssen".

Frankreich.

Paris, 6. Mai. Die mit einiger Spannung erwartete Budgetverhandlung hat gestern im gesetzgebenden Körper mit einer $2^1/_2$stündigen Rede des Pariser Deputirten, Königswarter, begonnen, der die Gelegenheit benutzte, um manche Anträge einzubringen und zu begründen, welche in keinem direkten Zusammenhange mit der Budgetfrage stehen; Königswarter verlangte unter Anderem die Abschaffung des sog. Wuchergesetzes von 1807, das nicht nur mit den fortgeschritteneren Ansichten einer gesunden Nationalökonomie unvereinbar ist, sondern auch einen schreienden Widerspruch bildet zu dem Gesetz von 1857, welches der Bank von Frankreich die Freiheit zu jeder beliebigen Erhöhung des Diskonto einräumt. Der Kernpunkt seiner Rede lag jedoch in dem gründlichen Nachweis, daß der Ueberschuß, welchen die Regierung — wie immer in der Budgetvorlage — für 1862 hoffen läßt, von Niemanden für ernst genommen werden könne, daß vielmehr mit voller Gewißheit ein neues und starkes Defizit vorauszusehen sey; daß die Möglichkeit, ein Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben herzustellen, nur dann zu hoffen, wenn die Regierung in bedeutende Verringerungen der Ausgaben, namentlich in eine Verminderung des Kriegsbudget um 60 Millionen, willige. In der Kommission, wo 30 Millionen verlangt wurden, hat jedoch die Regierung dieß schon als „unmöglich" zurückgewiesen. In solcher Lage sieht Königswarter keine andere Möglichkeit, aus den Defizits herauszukommen, als — die Einnahmen zu vermehren durch Einführung der Einkommensteuer! Dieser Schlußantrag hat nicht wenig überrascht und wird bei den Steuerzahlenden, die sich ohnehin schon überbürdet glauben, nicht gerade den besten Eindruck machen. Die Regierung hat sich beeilt, durch das Organ des Ministers Magne gegen die Einführung der Einkommensteuer, als sehr unpopulär, entschieden zu protestiren, wobei Magne die sehr wahre Bemerkung machte, was ihm nicht oft passirt, daß es ja in Frankreich kein einziges Einkommen gebe, welches nicht schon in der einen oder andern Weise vom Fiskus erreicht werde. Das ist richtig; trotzdem hat aber Magne es wohlweislich unterlassen, im Namen der Regierung zu versprechen, daß dieselbe überhaupt an keine neue Steuer oder Steuererhebung denke. (Schw. M.)

Paris, 7. Juni. Die gestrige Budget-Debatte im gesetzgebenden Körper war nur durch eine Rede Ollivier's (liberal) bemerkenswerth, in welcher hervorgehoben ward, daß die amtliche Darlegung der Finanzlage gefälscht sey; es seyen ungedeckte Posten und ein wirkliches Defizit vorhanden, so sehr man sich auch bemühe, die Sache der Kammer und dem Lande in einem andern Lichte darzustellen. Vorzüglich sey das Budget des Kriegs-Ministerium bemerkenswerth, denn es seyen nicht 400,000 Mann, wie das Budget aufstelle, sondern 467,000 Mann unter den Waffen. Einen andern Vorwurf erhebt Ollivier gegen das bei Aufstellung des Budget von 1862 befolgte System, die zukünftigen Einnahmen, besonders den Ertrag der indirekten Steuern zu hoch angeschlagen zu haben. Schließlich verlangte Ollivier Reduzirung der Armee auf den Friedensfuß. Die Einwände der Redner wurden von dem Minister Magne, dem Staatsrathe Vuitry und dem Berichterstatter der Budgetkommission Busson bestritten. Doch stellten auch diese nicht in Abrede, daß der Effektivbestand der Armee 467,000 Mann wenigstens und nicht 400,000, wie im Budget steht, beträgt. (Köln. Z.)

In der französischen Artillerie wird nun die so hochgepriesene gezogene Kanone wahrscheinlich als Feldgeschütz wieder abgeschafft und durch eine viel leichtere, ebenfalls gezogene Stahlkanone ersetzt werden.

Italien.

Rom, 6. Juni. Der Papst hatte mehrere Frostanfälle gehabt, denen ein leichtes Fieber gefolgt war, weshalb er der Prozession nicht hat beiwohnen können. (T. d. Pr. Z.)

Parma, 4. Juni. Einige Offiziere des Lancier-Regiments Montebello wurden von einem Volkshaufen insultirt; es kam zwischen einigen Lanciers, die ihren Offizieren zu Hülfe eilten, und dem Volke zu einer Schlägerei, wobei einige Verwundungen vorkamen; das Regiment soll noch in der Nacht die Stadt verlassen. (Tel. d. Ostd. Post.)

Amerika.

Berichte aus New-York vom 30. Mai melden: Die Bundestruppen marschiren gegen Harpers Ferry. Die Separatisten sind bei Richmond konzentrirt. Die Mexikaner bereiten einen Einfall in Texas vor. (?) New-Orleans ist von den Kriegsschiffen der Union blokirt. General Butler hat die Stadt Hampton genommen. Auf die Bundes-Anleihe sind neun Millionen Dollars zu 85 pCt. gezeichnet. (T.d.Fr.Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

Herr Riedinger in Augsburg hat in Ankona die Gasbeleuchtung eingerichtet. Das Unternehmen ist, trotz der vielen Schwierigkeiten, welche namentlich durch die Zeitereignisse eintraten, vollkommen gelungen. Der Magistrat von Ankona hielt es für seine Pflicht, den Dank der Stadt dem Hrn. Riedinger durch Verleihung des Ehrenbürgerrechts auszudrücken. Eine auf solche Weise durch eine italienische Stadt ausgesprochene Anerkennung deutscher Kenntniß und deutschen Arbeitsfleißes hat (abgesehen vom Beweis, daß man hier keine Nationalitätsvorurtheile kennt) um so größern Werth, wenn man bedenkt, wie karg die italienischen Munizipien mit der Verleihung des Bürgerrechts selbst an Inländer sind.

Bamberg, 9. Juni. Herzog Maximilian in Bayern hat dem Schüler der II. Gymnasialklasse Friedrich Schlelein dahier wegen Ueberreichung des Gedichtes „Maria auf Gaeta", welches derselbe verfaßt und zur Feier des Maifestes in der Aula vorgetragen hat, ein eigenhändiges sehr schmeichelhaftes Handschreiben und eine silberne Medaille mit seinem Bildniß zugesandt. (Bamb. Z.)

Dessau, 5. Juni. Dr. Hermann Jahn, bisher praktischer Arzt in dem benachbarten Orte Quellendorf, stand gestern unter der Anklage des Giftmordes durch Coniin vor den Schranken des hiesigen Schwurgerichts. Das Opfer der That war ein Mädchen, das mit dem Angeklagten in Liebesverhältnissen gestanden hatte. Nach einer zweitägigen Verhandlung wurde der der That nicht geständige Angeklagte durch den Wahrspruch der Geschwornen der vorsätzlichen Tödtung durch Gift für schuldig erachtet und vom Gerichtshofe hierauf zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe (die Todesstrafe besteht hier nicht mehr) verurtheilt. In vergangener Nacht hat sich jedoch der Verurtheilte im Gefängnisse erhängt.

Handels- und Börsenberichte.

* Magdeburg, 4. Juni. (Priv.-Korresp.) Kartoffelspiritus loco per 8000 pCt. Tralles 19 Thlr.

Rohzucker. Bei geringem Angebot und schwacher Nachfrage für den Artikel kam in dieser Woche wenig zum Verkauf. Die in erster Hand noch vorhandenen Bestände von Rohzucker sind unbedeutend; die Inhaber derselben bleiben theils ganz vom Markte zurück, theils beharrten sie auf wesentlich erhöhten Forderungen, die bisher keine Beachtung bei den Reflektanten fanden.

Raffinirte Zucker behaupteten ihren Werth ebenfalls sehr fest, zumal nur wenig angeboten wurde. — Die Auswahl in Melis ist eine sehr beschränkte und geringere Sorten fehlen ganz.

* Rotterdam, 4. Juni. (Privat-Korresp.) Café. Abgeliefert sind ultimo Mai 1861: 552,531 Ballen, 1860: 419,575 Ballen 71 Fässer. 1859: 380,233 Ballen.

Verkauft wurden im Monat Mai 22,700 Ballen. Es ergibt sich hieraus in diesem Jahr ein bedeutend stärkerer Abzug von Java nach den Verbrauchsländern, als in den letzten Jahren. Dieses Resultat ist hauptsächlich dem mäßigen Ablauf der letzten Maatschappy-Auktion zu danken, in welcher für guten ord Java der Preis von $37^1/_2$ cs. dargestellt wurde, für den sich von allen Seiten großes Vertrauen aussprach. Nachdem nun ein so großer Theil des letzten Auktions-Quantum verkauft, und der Werth der kouranten Sorten um 1 cs. gestiegen ist, die Eigner des Restvorraths aber sehr zurückhaltend geworden sind, ist es im Geschäft etwas stiller geworden; die Stimmung bleibt jedoch sehr fest und guter ord. Java wird auf $38^1/_2$—39 cs. gehalten.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht.

№ 158. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 58. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Montag, 10. Juni 1861.

Verschiedene Fragen.

(Aus der Südd. Z.)

Ich habe in Ihrem Blatte die Kammerverhandlung über die Militärrechnungen und insbesondere die Rede Sr. Exzellenz des Hrn. Kriegsministers gelesen, und während des Lesens dieser Dinge sind mir eine Menge Fragen eingefallen.

Wie kommt es denn z. B., daß die Armee Monate, ja vielleicht auch Jahre lang ohne Brigadegenerale existiren kann? Ist diese Charge vielleicht im Frieden entbehrlich? Und wenn — was würde dadurch erspart?

Warum ist die Infanterie im Frieden in Regimenter eingetheilt, während man im Felde nur Bataillone kennt? Ist der Regimentsverband vielleicht auch im Frieden entbehrlich? Und wenn — was würde dadurch erspart?

Muß die Armee zweimal jährlich inspizirt werden, oder würde eine einmalige oder eine alle 2 bis 3 Jahre wiederkehrende Inspektion genügen? Und wenn — was würde dadurch erspart?

Früher war es nicht nothwendig, die höchsten Kommandostellen und die Festungskommandantschaften doppelt zu besetzen; wenn das jetzt auch noch zu vermeiden wäre, wie viel würde erspart?

Früher waren die einzelnen Abtheilungskommandanten zugleich Stadtkommandanten, in einzelnen Städten ist dies noch der Fall; wenn dies früher genügte und in einzelnen Städten noch genügt, warum kann nicht in allen Städten, etwa die Haupt- und Residenzstadt und die Festungen ausgenommen, diese Einrichtung wieder getroffen werden? Und wenn — was würde dadurch erspart?

Wenn sich in einer Branche die Einrichtung als zweckmäßig bewährt hat, einen Dienst vorerst jahrelang nur funktionsweise verrichten zu lassen und erst allmälig das Einrücken in den wirklichen Rang nach Verhältniß der vakant werdenden Stellen zu gestatten — warum sollte dies nicht auch bei den entsprechenden Graden anderer Branchen, beziehungsweise im Waffendienste Nachahmung verdienen? Wir hatten ja auch früher schon sogen. funktionirende Richtungsmajore? Und wenn dieses Funktionirenlassen sich als empfehlenswerth erweisen würde — welche Ersparungen ließen sich dadurch erzielen?

Wäre es nicht möglich, die Feldspitäler und Sanitätstruppen der Leitung und beziehungsweise dem Kommando sachverständiger, ohnehin bei beiden unentbehrlicher Aerzte zu übertragen? Und wenn — was würde dadurch erspart?

Sollte es denn ganz und gar unthunlich seyn, das Rechnungswesen zu vereinfachen, einen Theil der Unteroffiziere, die jetzt Rechnungsbeamte werden, zu Offizieren zu befördern, und ihnen neben ihrem Waffendienste (?) auch die Rechnungsführung bei ihren Kompagnien ꝛc. zu übertragen, waffendienstunfähige ältere Offiziere aber als höhere Rechnungsbeamte zu verwenden? Es möchte dies namhafte Ersparungen zur Folge haben.

Wäre es den Civilgerichten denn gar nicht zuzumuthen oder von ihnen zu erwarten, daß sie Militärpersonen, die sich eines gemeinstrafrechtlichen Reates ohne Komplicen des Civilstandes schuldig machten, eben so gut und unpartheiisch aburtheilen, als solche, die dieß in Gesellschaft von Civilpersonen gethan? Es möchte sich hiedurch eine hübsche Summe ersparen lassen.

Und nun die letzte meiner unbescheidenen, theilweise vielleicht sogar ungeschickten Fragen, deren wohl noch mehrere zu stellen wären: Wie steht es endlich mit dem nicht nur entbehrlichen, sondern mitunter sogar zweckwidrigen Flitterstaat an Uniformen und Ausrüstungsgegenständen; welche enorme Summen könnten hieran erspart werden?

Könnte aber so Manches und so Vieles erspart werden, dann dürften auch die Mittel für die nach kriegsministerieller Versicherung noch fehlenden 10,606 Mann*) gefunden seyn, und vielleicht sogar noch Einiges für Aufbesserung der Löhnungen und Gagen übrig bleiben — wenn auch nicht so viel, um die dienstuntaugliche Mannschaft der diensttauglichen und darum Dienste leistenden in den Bezügen gleich zu stellen.

*) Wir vermuthen, daß es mit diesen 10,606 von Seite des Hrn. Einsenders nicht ganz ernstlich gemeint ist. D. R.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 8. Juni. Se. Maj. der König hat den Hauptzollamtskontroleur zu Lindau J. Ott wegen physischer Funktionsunfähigkeit vorläufig auf die Dauer eines Jahres in den Ruhestand versetzt; auf dessen Stelle den Revisionsbeamten Xaver Zehbauer daselbst befördert und auf dessen Stelle den Unterlieutenant und Zollpraktikanten G. Lossow zu Passau ernannt; den Nebenzollamtskontroleur F. Sommer zu Schirnding zum Nebenzollamtsverwalter daselbst befördert und auf dessen Stelle den Zolleinnehmer M. Staudigl von Waldhaus ernannt. (N. M. Z.)

München, 8. Juni. Der bevollmächtigte Minister des Königs Franz II., Graf Griffeo, erhielt von Sr. Maj. dem König bei Gelegenheit der Vermählung des Grafen v. Trani das Großkreuz des Michaelsordens, und von Sr. k. H. dem Herzog Max in Bayern eine prächtige goldene Dose mit Brillanten besetzt. Der Herzog und die Herzogin von Castelluccio werden die Neuvermählten bis Rom begleiten, und dann wieder nach Paris zurückkehren. Die Herzogin ist zugleich die Ueberbringerin einer höchst werthvollen und kostbaren goldenen Krone, mit Perlen und Diamanten geziert, welche die Pariser Damen der Königin Marie widmen.

München, 9. Juni. Seit gestern verweilt Graf Montalembert in unserer Stadt. Derselbe wohnt hier bei seinem Freunde, dem Professor Dr. Döllinger. Ob Graf Montalembert nur zum Besuche hier eintraf, oder ob, wie man wissen will, seine Anwesenheit wichtigere Zwecke hat, ist mir nicht bekannt; bemerkenswerth erscheint übrigens, daß zur Zeit auch Prof. Philipps hier verweilt und daß die Vorträge Döllingers noch immer nicht die Presse verlassen haben, obwohl sie schon vor Monaten angekündigt wurden. Sollten die angekündigten „Erweiterungen" dieser Vorträge noch nicht beendet seyn und erst jetzt ihre schließliche Fassung erhalten?

Der Landrath von Oberbayern hat unter andern Anträgen auch folgenden, vom Landrath Lösche gestellten, die herumziehenden Musikanten ꝛc. betreffenden Antrag angenommen: „Es sey die Regierung zu bitten, zu verordnen: 1) daß Ausländern, soferne sie nicht den Ausweis als Künstler oder Besitzer von Kunstgegenständen im eigentlichen Sinne des Wortes darzuthun vermögen, die Bewilligung zu Produktionen im Königreiche ohne Weiteres versagt werde,*) und überhaupt mit aller Strenge dahin zu wirken, daß solchen Leuten von Polizeibehörden an den Grenzen der Eintritt nur dann gestattet werde, wenn dieselben schon vorher die Erlaubniß der Kreisregierung haben; 2) daß die bestehenden inländischen Musik-Licenzen vermindert, neue aber nur nach sorgfältiger Prüfung der Befähigung der Gesuchsteller ertheilt werden möchten; 3) daß mit dem Herumtragen von Schaukästen nur solche Personen licenzirt werden möchten, die sich wegen körperlicher Gebrechen ihren Lebensunterhalt in anderer Weise durchaus nicht zu verschaffen vermögen, daß aber solche unglückliche Menschen, deren einzelne Körpertheile so verstümmelt sind, daß dieselben in den öffentlichen Gesellschaften Mißbehagen oder gar Ekel erregen, ganz hievon ausgeschlossen bleiben, und daß endlich 4) das Herumtragen und Vorzeigen von Mißgeburten in Gast- und Wirthshäusern, sowie an andern öffentlichen Orten durchaus nicht gestattet werde.

*) Das wäre sehr zu wünschen; diese Bettelmusikanten, von denen wir zu jeder Meßzeit mit obrigkeitlicher Erlaubniß heimgesucht werden, sind eine wahre Landplage.

v. Gemeiner. — Durch die heutige Berathung und Beschlußfassung über das Einführungsgesetz im Gesetzgebungsausschusse der 1. Kammer wurde über mehrere der wichtigsten bisherigen Differenzpunkte zwischen den Ausschüssen beider Kammern Uebereinstimmung erzielt. Es ist dieß insbesondere bezüglich des vom Ausschuß der 2. Kammer gefaßten, vom Ausschuß der 1. Kammer zuerst abgelehnten Beschlusses der Fall, daß die Bestimmungen des diesseitigen Strafprozesses bezüglich der Bildung der Geschworenen auf die Pfalz ausgedehnt werden sollen, indem der Ausschuß der 1. Kammer diesem Beschlusse heute mit 4 gegen 3 Stimmen beigetreten ist; dafür stimmten: Fürst Hohenlohe, v. Harleß, v. Niethammer und Referent v. Heinz, dagegen Graf K. Seinsheim, v. Bayer und K. M. v. Aretin.

Aus Frankfurt schreibt man der „Allg. Z.": Der kurh. Verfassungsstreit wird seit geraumer Zeit von den Organen des Ministerium von Kassel mit so wenig Versöhnlichkeit und von Seiten der Opposition mit solcher Heftigkeit fortgeführt, daß die Ausgleichung immer schwieriger erscheinen muß, während doch nur hierin ein dem Landeswohl förderlicher Weg zur Erledigung des Streits gefunden werden kann. Es ist daher erfreulich, wenn sich gewichtige Stimmen im Lande für die Ausgleichung erheben und der Regierung rathen, den Weg der Versöhnung mit der Landesvertretung zu betreten. Dieß haben die Standesherren in Kurhessen in einer Eingabe an das Ministerium gethan, worin sie den Wunsch ausdrückten, daß die Regierung den berechtigten und den Grundgesetzen des deutschen Bundes nicht widersprechenden Wünschen des Landes dadurch entgegenkommen möge, daß sie dem einberufenen Landtag diese Absicht durch bestimmte Propositionen alsbald zu erkennen gebe. Die deßfallsigen in verschiedenen Zeitungen erschienenen ungenauen Nachrichten mögen hierin eine Berichtigung finden. Ein Entschluß der Regierung in der angedeuteten Weise würde sicherlich auch jetzt noch von der großen Mehrheit des Landes mit Freuden begrüßt werden, besonders wenn zu gleicher Zeit Männer in das Ministerium berufen würden, welche in dem traurigen Streit nicht betheiligt waren.

London, 6. Juni. In der heutigen Sitzung des Unterhauses erwiderte Russell auf eine deßfallsige Interpellation Stanley's, die Regierung habe keinen offiziellen Bericht erhalten, welcher bestätigt, daß ein Regiment kanadischer Freiwilligen dem Präsidenten Lincoln seine Dienste angeboten habe. (T. d. Nat.-Z.)

Paris, 5. Juni. Die Pariser Presse ist jetzt in einem Zustande so grenzenloser Erniedrigung wie niemals zuvor. Das „Journal de l'Empire", gewöhnlich „Le Pays" genannt, gehört Hrn. Mires, welcher wegen Betrugs und ein halb Dutzend anderer Verbrechen im Gefängniß sitzt; der „Constitutionnel" gehört diesem selben Ehrenmanne; das Journal „La Presse" gehört Hrn. Solar, der wegen dieser selbigen Verbrechen flüchtig ist. „La Patrie" gehört dem Bankier Delamarre, welcher wegen der Geisterbeschwörungen, die er treibt, und wegen der Betrügereien, die angebliche Gespenster an ihm verüben, das Gespött Aller ist; es heißt jetzt, er wolle die „Patrie" dem hohen Klerus als Organ anbieten, oder habe es schon gethan. Uebrigens ist der verantwortliche Redakteur des Blattes ein ehemaliger Bedienter des Hrn. Delamarre, der weder lesen noch schreiben kann. (?) Das ehemals so berühmte „Journal des Débats" wird von Menschen geschrieben, die nur bei der „Opinion nationale" ihrer würdige Kollegen finden. Nur die beiden großen Legitimistenblätter „L'Union" und „La Gazette de France" werden noch immer von anständigen Männern geschrieben, wenn auch nicht alle Mitarbeiter „Adler" sind. Sie werden mir zugeben, daß einer also beschaffenen Presse auch der neue Preßgesetzentwurf mitsammt dem Amendement, welches die Herren Darimon, Favre und Ollivier dazu gestellt, nicht wesentlich aufhelfen wird! (N. Pr. Z.)

Rom. Die bourbonischen Parteigänger, darunter Graf Christen, della Pierre und Coudoudon sind von hier entfernt worden, weil ihre Anwesenheit Anlaß zu Verdächtigungen des heiligen Stuhls gab.

Turin, 7. Juni. Der Abg. Macchi legt der Kammer eine Adresse um Zurückberufung Mazzini's vor, welche von 40,000 (?) Personen unterzeichnet ist. Cavours Tod hat alle Parteien tief erschüttert. Die Beerdigungsfeierlichkeiten sollen auf Staatskosten bestritten werden. (Tel. d. Allg. Z.)

Neapel, 1. Juni. Die Reaktion hat vor einigen Tagen sogar bis in die nächste Umgebung von Neapel eine Rekognoscirung unternommen, indem die sogenannten Briganti auf der wegen ihrer unvergleichlichen Aussicht weltberühmten Anhöhe von Camaldoli herumschwärmten. Es wurden Nationalgarde und Linientruppen gegen die Banden entsendet, jedoch erfolglos, als sie nicht das warmersehnte Vergnügen hatten, auf den Feind zu stoßen, der sich seinerseits nach erreichtem Rekognoscirungszweck spurlos zurückzog. (Allg. Z.)

Die in Mailand erscheinende „Lombardia" veröffentlicht ein Dankschreiben des Hrn. v. Vincke an den Präsidenten der dortigen physikalisch-medizinisch-statistischen Akademie, die ihn zum Ehrenmitglied ernannt hatte. Hr. v. Vincke sagt darin, er werde nach seinen Kräften bestrebt seyn, der ihm widerfahrenen Ehre immer würdig zu bleiben.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	$82\frac{5}{8}$ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	64 P. $63\frac{1}{2}$ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$56\frac{1}{4}$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	$48\frac{1}{2}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$42\frac{1}{2}$ P.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	88 P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	$103\frac{1}{2}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$103\frac{1}{4}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$103\frac{1}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	—
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{7}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{1}{2}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$103\frac{3}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$95\frac{1}{2}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{1}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{1}{4}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	94 G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{3}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{2}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$98\frac{5}{8}$ P.
"	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2, 30	$49\frac{1}{2}$ P.
"	$1\frac{3}{4}$ pCt. " " "	$43\frac{1}{4}$ P.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$99\frac{5}{8}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$109\frac{1}{2}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	663 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$149\frac{1}{2}$ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	187 P. 186 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	74 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	70 G.
Internationale Bank in Luxemb. . .	84 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	319 P. 318 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	67 P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	234 P.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 G.
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$75\frac{3}{4}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$21\frac{3}{4}$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$137\frac{1}{2}$ G.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$99\frac{1}{2}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{3}{8}$ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	$236\frac{1}{2}$ P. $235\frac{1}{2}$ G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	530 P.
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	475 P.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$104\frac{3}{8}$ G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. $100\frac{1}{2}$ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$96\frac{1}{4}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	$87\frac{7}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 G.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{1}{2}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	$93\frac{1}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{1}{2}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$84\frac{1}{2}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$83\frac{1}{4}$ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$49\frac{1}{8}$ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	63 G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$131\frac{1}{4}$ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$61\frac{3}{8}$ G.	" fl. 25 do.	$35\frac{1}{4}$ G.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$100\frac{1}{4}$ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$35\frac{1}{4}$ P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	125 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	$50\frac{3}{4}$ P.
Mailand-Como fl. 16	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	38 P.
Badische fl. 50	$89\frac{7}{8}$ P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{3}{8}$ P.
Badische fl. 35	$52\frac{1}{4}$ G.	Ansb.-Gunzenb. fl. 7-L.	11 G.

Frankfurt, 8. Juni. Die Börse eröffnete zu den gestrigen Kursen; im Verlauf des Geschäfts trat jedoch eine Verbesserung derselben ein. Der Umsatz war nicht von großem Belang. (Synd.)

Schweiz.

Genf, 4. Juni. In Lachauxdefonds hat die Arbeitsnoth und die Anhäufung vieler liederlicher Subjekte, von welchen der industrielle Jura wimmelt, zu einem schon neulich erwähnten höchst gefährlichen Krawall geführt. Eines jener Individuen, Namens Biehler, bereits wegen unerlaubten Verkaufs gefährlicher Arzneimittel bestraft, hatte einem Juden im Café eine Uhr angeboten. Der Jude wollte statt der verlangten 40 Franken nur 13 geben und erhielt dafür von Biehler eine Ohrfeige. Zwei Stunden später versammelten sich etwa 50 Kerls vor dem Café und schrieen: „Nieder mit den Volksaussaugern, nieder mit den Juden!" Der Präfekt erschien und ließ Biehler verhaften. Am Abend umringten etwa 100 Menschen die Präfektur und verlangten stürmisch, Biehler solle in Freiheit gesetzt werden. Dieser hielt eine stundenlange Rede durch's Fenstergitter unter rasendem Beifall. Endlich ging man zu Thätlichkeiten über, die drei Gendarmen, die Wache hielten, wurden durch Steinwürfe vertrieben, die Thüren eingeschlagen, die Zimmer verwüstet, die Gendarmen mißhandelt, ihnen die Uhren gestohlen und ernstlich berathen, ob man sie nicht tödten und das Gebäude in Brand stecken sollte. Der Präfekt entwich durch eine Hinterthüre und ließ Generalmarsch schlagen; nach hartnäckigem Widerstande wurden etwa 15 Aufrührer verhaftet, die anderen entkamen, weil die Truppe, welche einschritt, auf Befehl des Großraths unbewaffnet war. — An derartigen Menschen, wie solche in Lachauxdefonds Krawall gemacht, fehlt es übrigens auch in Genf nicht, und was wüstes Lärmen bis tief in die Nacht hinein, Streit und blutige Schlägereien betrifft, so kommen diese täglich oder vielmehr jede Nacht vor. Diese Schwurgerichtsverhandlungen brachten Manches an den Tag, wovon man keine Ahnung hatte. So konnte sich ein in Frankreich zu 12 Jahren Zuchthaus verurtheilter Mensch 6 Monate ohne Paß in Genf aufhalten. Die Aussagen der Wirthe, in deren Schlupfwinkeln er sich herumgetrieben und seine beabsichtigten Mordthaten laut besprochen hatte, lassen gleichfalls auf erbärmliche Beaufsichtigung solcher Lokale schließen. Ein Wirthshaus, wo deutsche Handwerksbursche falsche Papiere zum Behufe des Bettelns ausfertigten, wurde übrigens kürzlich aufgehoben. Der Bettel deutscher Abenteurer im großen und niederen Style ist neuerdings hier unausstehlich. (Schw. M.)

Großbritannien.

London, 6. Juni. Im Oberhause bestätigte Lord Wodehouse die Nachricht von dem Tode Cavour's. Es sey unnütz, noch eine Lobrede auf Cavour zu halten, dessen Patriotismus in der gegenwärtigen Krisis von Italien die Geschichte in gerechter Weise würdigen werde. Sein Tod sey eine öffentliche Kalamität. Die Lords Brougham, Malmesbury, Bath sprachen sich in derselben Weise aus. (Tel. d. D. Allg. Z.)

Die unablässige Vermehrung der französischen Flotte wird in England nicht ohne Mißtrauen und Besorgniß wahrgenommen. Nicht nur die Journale, auch das Parlament folgt mit großer Aufmerksamkeit den Fortschritten der Marine Frankreichs. So stellte in der Sitzung des englischen Unterhauses am 31. Mai Sir J. Packington einen Vergleich in Betreff der Stärke der französischen und englischen Flotte an und theilte mit, daß Frankreich gegenwärtig 24 große Panzerschiffe besitze, abgesehen von den gepanzerten schwimmenden Batterien, deren es sich während des russischen Krieges bediente. „Admiral Elliot hat mir versichert," sagte der Redner, „daß er eine der Werfte Frankreichs besucht hat und daß daselbst die Arbeiten an Fahrzeugen neuer Konstruktion mit dem größten Eifer betrieben werden." Der Minister C. Paget erwiderte: „Es ist wahr, das französische Gouvernement betreibt mit großem Eifer den Bau gepanzerter Schiffe; aber ich glaube, es ist besser, wenn man nicht zu sehr in das Detail dieser Frage eingeht, und ich werde mich demnach darauf beschränken, zu sagen, daß die französischen Schiffe weder von derselben Größe noch von derselben Kanonenzahl sind, wie die unsrigen und daß die englische Admiralität beschlossen hat, fünf neue mit Eisen gepanzerte Schiffe erster Größe bauen zu lassen."

London, 3. Juni. Ueber das „schwarze Land" (wie man in England die Grubenbezirke nennt) liest man in der „Times": „Der Bericht der Unterrichts-Kommission enthält einige sehr peinliche Mittheilungen über die Sittlichkeit in einigen Theilen des Königreichs. In den Kohlenarbeiter-Dörfern in Durham, wo die Leute einen hohen Arbeitslohn bekommen, den sie aber nicht anders als durch Befriedigung ihrer animalischen Begierden auszugeben wissen, sollen die Zustände des Volks in Bezug auf Moral und Manieren nicht zu beschreiben seyn. Der Ehebruch ist ein Gegenstand, den man wie einen Spaß behandelt, und auch die Blutschande ist furchtbar häufig und scheint keinen Abscheu zu erregen. In einigen dieser Gegenden gehen Knaben und Mädchen bis zum Alter von 13, 14 und 15 Jahren mitsammen in die Schulen, die nicht unter weiblicher Aufsicht stehen; es ist unmöglich, die Rohheit, die in diesen Schulen herrscht, zu schildern. Kommt man südlicher, nach Staffordshire, so hört man, daß im Bezirk Dudley, wo Knaben und Mädchen hohen Tagelohn verdienen können, diese Unabhängigkeit von der elterlichen Hülfe zu einer merkwürdigen Freiheit der Sitten führt, und daß in der That weder der Wille der Eltern, noch die Meinung der Nachbarn ihren Neigungen irgend einen Zwang auferlegt. Es gilt eigentlich für eine Blamage für eine ledige Frauensperson, wenn sie noch kein Kind gehabt hat. Auf Unterricht wird in diesem Bezirk wenig gehalten; es ist ein allgemeines Sprüchwort: „Der Vater ging in die Grube und machte sich ein Vermögen, der Sohn ging in die Schule und verlor es." Aber die höheren Klassen haben so viel gethan, um Schulen für die niedern zu stiften, daß das Lernen allmälig um sich greift, daß Viele, die nicht lesen können, sich dessen zu schämen anfangen und ihre Kinder es lernen lassen wollen. In einem Dorf, wo es einem energischen Geistlichen gelungen ist, durch den saftigen Styl seiner Predigten seine Kirche zu füllen, bemerkte Mr. Coode, daß alle Anwesenden sich anstellten, als hätten sie die rechte Stelle in den ihnen geborgten Gebetbüchern gefunden, aber die Hälfte hielt die Bücher umgekehrt, und nicht Ein Buch war auf der rechten Stelle aufgeschlagen, außer wo irgend eine jüngere Person, die in der Schule lesen gelernt hatte, bei der Hand war."

Frankreich.

Paris, 6. Juni. Zur Errichtung eines Zeughauses zu Bourges (im östlichen Frankreich) werden vorläufig 50 Millionen Franken bestimmt. — Gestern wurde auf Befehl der Regierung der „cercle des beaux arts" in der Rue de Provence geschlossen. Präsident dieser Gesellschaft ist ein ehemaliger Professor, Chalmen-Latour. Die Regierung scheint Beweise zu haben, daß dort neben schönen Künsten auch gefährliche Politik getrieben wurde. (Fr. Postz.)

Italien.

Neapel, 1. Juni. Alles wäre gut, wenn nur Eines nicht fehlte — das Geld. In den letzten 14 Tagen konnte weder Sold noch Gehalt ausgezahlt werden und eröffnet ein Regierungsrundschreiben, die Besoldungen würden bis längstens 5. oder 6. Juni in Ordnung gebracht werden. (N. Frkf. Ztg.)

Rußland und Polen.

Warschau, 2. Juni. Wie vorauszusehen war, haben gleichzeitig mit der Freilassung der hiesigen politischen Gefangenen auch in Modlin Befreiungen stattgehabt. Donnerstag Abend kamen 38 Entlassene mit dem Dampfboote hier an, welches seine Flaggen aufgehißt hatte.

Amerika.

In Samane auf San Domingo ist eine Empörung gegen die Spanier ausgebrochen, die mit Waffengewalt niedergeschlagen wurde. Von Haity aus ist General Cabral mit einem Truppenkorps an die Grenze gerückt, um die Einwohner zur Wiedereroberung ihrer dahingegebenen Freiheit aufzufordern.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 7. Juni. Reisende, die aus dem Gebirge kommen, sprechen von einem furchtbaren Hagelschlage, der bei Kochel am Freitag (vor 8 Tagen) Menschen verwundete, Thiere erschlug und die Ernte völlig vernichtete. (Isar-Ztg.)

München wird gleich andern großen Städten nun auch ein neues Institut erhalten, nämlich das der Kurswägen. Es sind dies Omnibus, die den ganzen Tag durch die ganze Stadt Rundfahrten machen, die man überall besteigen und auch verlassen kann und wofür man nur einen ganz geringen Preis bezahlt. Vor der Hand soll ein solcher Kurswagen auf der Linie vom Bahnhof bis zum Mariahilfplatz in der Vorstadt Au fahren und die Person nur 6 kr. bezahlen. In Wien und Berlin bestehen schon länger mehrere Gesellschaften, deren Omnibusse nach allen Richtungen bis in die entferntesten Vorstädte fahren. Diese Kurswägen machen dort die besten Geschäfte. (Münch. B.)

Neueste Nachrichten.

** München, 7. Juni. (Privat-Korresp.) Se. Majestät König Ludwig ist diese Nacht ½11 Uhr mit dem Eilzuge nach Wien abgereist, begleitet nur von dem Flügeladjutanten Major

genehmigt, daß die Pfarrei Oberneukirchen, Ldg. Mühldorf, von dem Erzbischofe von München-Freising dem Priester G. Pfenningmann, Provisor in Oberneukirchen, verliehen werde. (N. M. Z.)

München, 6. Juni. (Militärdienstes-Nachrichten.) Se. Maj. der König hat den Oberlieutenant M. Bischl von der Garnisonskompagnie Nymphenburg in den Ruhestand — und den Oberlieutenant M. Weiß vom 12. Inf.-Reg. zur Garnisonskompagnie Nymphenburg versetzt; dem Unterarzt Dr. Christian Kunz vom 4. Jäger-Bat. die Entlassung aus dem Heere bewilligt; den Kriegskommissär F. Weiß von der Militärrechnungskammer — und den Major A. Grafen von Wolkenstein-Rodenegg — Ersteren auf ein Jahr — in den Ruhestand versetzt; den temporär pensionirten Regimentsauditor F. Brunhuber auf weitere zwei Jahre im Ruhestand belassen; das Dienstestauschgesuch der Unterapotheker M. Steichele von der Kommandantschaft München — und O. Bauer vom Festungsgouvernement Landau genehmigt. (Verordnungsblatt.)

München, 3. Juni. Der Kassationshof hat die Berufung des Synagogen-Vorstandes von Dürkheim gegen ein Urtheil des Appellationsgerichtes, das ihn verpflichtet erklärte, die Synagoge zur Abschwörung eines gerichtlich angeordneten Judeneides zu öffnen, als unbegründet verworfen. (Pf. Z.)

Der Landrath von Oberbayern hat den Antrag eines Landrathsmitgliedes, daß die Nummern der verloosten Staatsobligationen mit vollständigen und nicht blos mit den Endnummern auch in den sog. Wochenblättern bekannt gemacht werden sollen, damit die Staatsgläubiger keinen Verlust an Zinsen erleiden, einstimmig angenommen und beschlossen, daß der schon im vorigen Jahre gestellte Antrag, es möge die Anwendung von Phosphorteig zur Vertilgung der Feldmäuse im Interesse der Landwirthschaft allgemein gestattet werden, heuer wiederholt gestellt werde.

Vom Gewerberath der Stadt Aschaffenburg ist zu Ende des vorigen Monats folgende Zuschrift an die Abgeordneten des Wahlbezirks Nürnberg ergangen: „Sie haben bei dem gegenwärtig versammelten Landtage in der Gewerbefrage einen Antrag (auf Gewerbefreiheit) gestellt, dessen Motive eine solch' gründliche und richtige Auffassung der gewerblichen Verhältnisse in Bayern bekunden, daß der ergebenst unterfertigte Gewerberath außer Stande ist, etwas Neues hinzuzusetzen, und nur seine volle Zustimmung erklären kann. Derselbe hält es für eine sehr angenehme Pflicht, Ihnen, h. H., hiemit im Namen der Gewerbetreibenden des Bezirks für Ihre, den wahren Interessen des Gewerbestandes in so richtiger Auffassung Rechnung tragenden Gesinnungen und Bestrebungen seinen tiefgefühlten Dank hiemit abzustatten, die ergebenste Bitte anfügend, daß Sie ersteren auch ferner Ihren Schutz zuwenden wollen.“

Preußen. Berlin, 6. Juni. Der Prozeß gegen den Generalkonsul z. D. Spiegelthal ist so weit zu Ende geführt, daß gestern und heute die Reden des Staatsanwalts und des Vertheidigers erfolgt sind. Von Interesse und von materieller Bedeutung für den Prozeß war die Vernehmung des Zeugen Wertherer. Letzterer hatte im Jahre 1857 als Sekretär und Kanzler ad interim des von dem Angeklagten verwalteten Konsulats fungirt, war von diesem entlassen worden, hatte sich darüber vergeblich bei dem Ministerium und bei dem Abgeordnetenhause beschwert, gegen Spiegelthal zuerst, aber erfolglos, wegen Unterschlagung der Dragomansgelder (um die es sich auch in der jetzt zur Verhandlung stehenden Anklage handelt) denuncirt, war seinerseits gleichfalls ohne Erfolg von dem Angeklagten wegen einer Reihe von Vergehen, u. A. Anmaßung des Adels und des Offizierstitels und versuchter Bigamie denuncirt worden, und ist jetzt vor einigen Tagen aus Rom hier eingetroffen, geständlich allein zu dem Zwecke, als Zeuge gegen Spiegelthal aufzutreten. Er ist deutsch-katholisch und hat zuletzt zwei Jahre lang in der päpstlichen Armee gedient. Als der Zeuge vereidigt werden sollte, erklärte er: „Als Deutschkatholik schwöre ich den Christeneid nicht“, weigerte sich auch, nach katholischem Ritus zu schwören, leistete jedoch, nachdem er angegeben, daß er früher Protestant gewesen, den Zeugeneid nach protestantischem Ritus. Der Vertheidiger Justizrath Schwarz sollte auf Antrag des Staatsanwalts vom Vorsitzenden zur Ordnung gerufen werden, weil er den Zeugen „Schlüsselsoldat“ nannte, ~~und dies ein~~ ungehöriger „Witz“ über einen mit Preußen in freundschaftlichen Beziehungen stehenden Souverän resp. dessen Armee sey; der Vorsitzende fand jedoch, nachdem der Vertheidiger noch erklärt, es sey ihm gar nicht eingefallen, einen Witz machen zu wollen, denn „Schlüsselsoldat“ sey ein in historischen Handbüchern durchaus üblicher Ausdruck, keine Veranlassung, die beantragte Rüge zu ertheilen. Die Staatsanwaltschaft trug gegen den Angeklagten auf eine Gefängnißhaft von $3\frac{1}{2}$ Jahren und 1000 Thlr. Geldbuße an. Das Urtheil des Gerichtshofes wird den 13. d. M. verkündet werden. Spiegelthal machte im Jahre 1842 sein Postsekretär-Examen in Berlin, bestand dasselbe jedoch nicht. Als er nach Ablauf der gesetzlichen Frist den Versuch wiederholte und in Aachen sich examiniren ließ, fiel er ebenfalls durch und soll auch einen dritten Versuch mit demselben Erfolge gemacht haben. Im Jahre 1848 zu Köln als Postschreiber beschäftigt, benutzte er die bewegte Zeit, sich mehreren Notabilitäten des Handels und der Industrie mit Plänen zu „einer Handelsverbindung zwischen Preußen und Central-Amerika“ zu präsentiren und fand, weil die Herablassung damals Mode war, bei ihnen Zutritt. Er erbat sich sodann von seinem Vorgesetzten Urlaub zu einer Reise nach Berlin, „um seine handelspolitischen Pläne ins Werk zu setzen“, trotzdem dieser ihm abgeschlagen wurde, ging er doch nach Berlin, worauf er seine Entlassung erhielt. Hr. Spiegelthal verweilte in Berlin, um dort seine Karriere zu verfolgen. Er erwarb sich, als die politischen Verfolgungen begannen, durch Dienste, über die wenig bekannt geworden ist, ebenso wie die Herren Henze, Lindenberg u. A. die Gunst hochgestellter Personen. Als er im folgenden Jahre 1849 mit zwei jungen Kaufleuten zu Köln ein „Centralbureau zum Schutze deutscher Auswanderer“ begründete, wurde dies neue Institut von der Regierung warm empfohlen. Doch glaubte Herr Spiegelthal sich berechtigt, seine Karriere höher hinauf zu verfolgen und im nächsten Jahre 1850 befand er sich im Gefolge Seiner Exzellenz des Ministers v. Manteuffel und begleitete denselben auf seinen Reisen durch die Provinzen. 1851 wurde er Konsul in Smyrna, später Generalkonsul und erhielt u. A. von der österr. Regierung einen Orden für ein von ihm ausgearbeitetes Projekt einer Kolonisation Ungarns durch deutsche Auswanderer.

Berlin, 7. Juni. Keine von allen Thronreden, welche König Wilhelm I. als Prinz-Regent und als König gehalten, wurde so ganz ohne Zeichen des Beifalls und der freudigen Zustimmung aufgenommen, wie die, mit welcher die diesjährige Landtags-Session geschlossen worden. Nur bei seinem Eintritt und bei seinem Scheiden wurde der König mit dem hergebrachten dreimaligen Hoch empfangen und begleitet. Die Rede selbst wurde mit einem bedeutungsvollen Schweigen gehört. Der Gesammt-Eindruck dieser Thronrede wird wohl überall derselbe seyn, wie bei dem Publikum im weißen Saale des königlichen Schlosses zu Berlin. Unbedeutend und verschwommen, wie sie ist, wird sie nirgends weder das Gefühl der Befriedigung, noch das des Unmuths erregen, sondern man wird sie betrachten als ein Schriftstück, welches das Ministerium abfaßte, weil der Landtag doch einen Schluß haben mußte. Und der Schluß hat wenigstens den Vorzug, daß er dem Charakter des Ganzen entspricht. (Z. f. Nordd.)

Württemberg. Gestorben: den 6. Juni zu Stuttgart Prokurator Dr. Albert Schott, langjähriges früheres Mitglied der württembergischen Kammer der Abgeordneten, geboren den 30. April 1782. Ein Mann voll Adel der Gesinnung, warm und tief empfindend für alles Große, Schöne und Wahre, ein reiner, treuer Charakter, ebenso fest als milde und wohlwollend, glühend für das Wohl seiner Mitbürger, sein Vaterland, die Freiheit! Lange Jahre hat er, ein treuer Wächter der Verfassung, unerschrocken und wanklos für Recht, Licht, Freiheit im Ständesaale gekämpft, sein Wirken im Vereine mit seinen Freunden Uhland und Paul Pfizer wird in der Geschichte des württ. konstitutionellen Lebens ein unvergeßliches seyn. In der Paulskirche zu Frankfurt sah er seine schönsten Hoffnungen für Deutschlands Größe und Einheit zerinnen. (Schw. M.)

Großh. Hessen. Darmstadt, 4. Juni. Heute hatte sich das Ständehaus wieder geöffnet, um die zweite Kammer, welche sich am 3. Nov. v. J. auf unbestimmte Zeit vertagt hatte, wieder aufzunehmen. Die Kammer vernahm vier Anforderungen von Geldmitteln für militärische Zwecke, welche der Kriegsminister durch eine kurze auf die politischen Verhältnisse hindeutende Rede im Allgemeinen motivirte. Diese vier Vorlagen betreffen die Vereinigung der Schützenkompagnien zu einem Jägerbataillon, die weitere Vermehrung der gezogenen Geschütze, die Einführung des Turnens bei dem Militär (eine Maßregel, zu der man sich schon längst hätte entschließen sollen) und die Beibehaltung der im Jahr 1859 für den größern Kriegsbedarf angeschafften Pferde — ein Beschluß, der sich im Hinblick auf die politischen Constellationen empfohlen habe und noch empfehle. Die Anforderungen sind in ihrer Gesammtheit bedeutend, aber gern würde das kleine Land auch diese Opfer bringen, ~~wenn es durch~~ weise Regierung entschädigt würde. (Allg. Z.)

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 157.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Petit-	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 4 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Sonntag, 9. Juni 1861.

⁂ Neue Logik.

Die „Neue Münch. Ztg." bringt jetzt nach langem Warten einen umfangreichen Artikel, worin sie darzuthun sucht, daß die Mehrausgaben des Kriegsministers in den letzten zwei Jahren, wofür jetzt nachträglich fast 9 Millionen Gulden gefordert werden, durchaus nicht gesetzwidrig gemacht worden seyen. Ihre Gründe sind aber so schwach, so haltlos, daß es sich kaum der Mühe verlohnt, darauf einzugehen. Was z. B. die 7 Millionen für den erhöhten Präsenzstand betrifft, so gibt sie selbst zu, daß die Regierung dafür 13 Millionen gefordert hatte, daß der Landtag aber nur 3 Millionen bewilligte und zwar ausdrücklich nur für die ersten 6 Monate des Jahres 1859/60; daß aber der erhöhte Präsenzstand doch länger und zwar bis zur Stunde beibehalten worden sey, das, meint sie, sey durch die politischen Verhältnisse vollkommen begründet, und darüber habe die Regierung allein zu entscheiden, wie hoch je nach den politischen Verhältnissen der Stand des Heeres seyn müsse. Wenn das Heer nichts kostete, möchte sie ganz Recht haben; da aber die Soldaten bekanntlich ein sehr theurer Artikel sind und das Land das Geld dafür aufbringen muß, so muß nach der Verfassung auch der Landtag gefragt werden, wenn das Geld der Steuerpflichtigen dafür ausgegeben werden soll. Nach der „N. Münch. Ztg." wäre sonst der Landtag ganz überflüssig; vielleicht ist das auch eigentlich ihre Meinung. Sodann wendet sie sich gegen den Vorwurf, die Regierung habe zur Deckung dieses Mehraufwandes Gelder verwendet, die gesetzlich für ganz andere Zwecke bewilligt und bestimmt waren, und diesen jedenfalls erhalten werden mußten. Um diesen Vorwurf zu entkräften, argumentirt sie wörtlich, wie folgt: „Die Staatsregierung hat keineswegs die gesetzlich für Festungs- und andere Militärbauten bestimmten Fonds hiefür gar nicht verwendet; im Gegentheile ist mit den betreffenden Bauten allenthalben, so weit es die äußeren Umstände ermöglichten, wirklich begonnen worden, und sind dieselben notorisch überall in vollem Gange; allein bei der Größe der fraglichen Baufonds (sie betragen 7½ Mill. Gulden) und bei den unendlichen Schwierigkeiten, welche beinahe allenthalben der Bauführung entgegentreten und sie verzögern, blieb es, wie jeder Sachkundige anerkennen wird, eine physische Unmöglichkeit, innerhalb der zwei Jahre 1859/60 und 1860/61 diese Fonds ganz oder auch nur zum größern Theile zu verwenden; es blieb also immerhin ein namhafter Betrag übrig. Dieser in den Jahren 1859/60 und 1860/61 für seine ursprünglichen Zwecke gar nicht in Verwendung zu bringende Ueberschuß der Baufonds war es also, der mindestens bis zum Schlusse des Etatsjahres 1860/61 für die Staatsregierung, wenn es der unabweisbare Staatsbedarf erforderte, zu anderweitigen Zwecken verfügbar blieb, — und den sie — die Reintegrirung jener Fonds durch außerordentliche Einnahmszuflüsse vorbehalten — zur Deckung des besagten Mehraufwandes für den höhern Präsenzstand ganz unbedenklich und ohne irgend einer Gesetzesübertretung oder Verfassungsverletzung sich schuldig zu machen, verwenden konnte." Wo bleibt da die Logik? Oder heißt man das nicht sich selbst auf's Maul schlagen? Sie behauptet, die für Festungsbauten bestimmten Gelder seyen nicht für den erhöhten Präsenzstand verwendet worden, und sie beweist das damit, daß nur jener Theil dieser Gelder, den man nicht in den ersten zwei Jahren habe verbauen können, dazu verbraucht worden sey. Und dann tröstet sie ihre Leser damit, daß ja diese ausgegebenen Summen eigentlich noch ganz und gar für den ursprünglichen Zweck, für die Festungsbauten, verfügbar seyen, wenn nämlich die Kammern so gefällig sind, sie nochmals in die Kasse zu thun, aus der sie genommen wurden. Daß aber die Kammern möglicherweise nicht so gefällig seyn könnten, das kommt der „N. Münch. Z." gar nicht in den Sinn.

---

* Cavour.

Daß mit Cavour ein großer Mann, ein Staatsmann im vollen Sinn des Worts dahingeschieden, das können und müssen auch seine Gegner anerkennen. Wir als Deutsche können natürlich nicht mit denselben Gefühlen auf seine Thaten blicken, wie dies jenseits der Alpen geschieht; aber wenn wir absehen von unsern nationalen Interessen, die durch den Gang der Ereignisse leider in rauhen Widerstreit mit denen Italiens gebracht sind, wenn wir den Mann als das nehmen, was er war und seyn wollte, als den Vorkämpfer und Gründer des einigen Italien, so können wir ihm unsere Bewunderung nicht versagen. Fragen wir uns offen: würden wir nicht Deutschland glücklich preisen, wenn es auch einen Staatsmann von solchem Schlag unter den seinigen hätte? Er half den alten Traum seiner Nation verwirklichen mit einer Geschicklichkeit und Ausdauer, die nicht leicht ihres Gleichen haben dürften. Aus dem Chaos verrotteter, fauler italienischer Staaten ein einiges Reich zu schaffen, dazu gehörte ein Riesengeist. Die Mittel freilich, die er anwandte, waren nicht immer zu rechtfertigen vor dem Richterstuhl der strengen Moral, doch wollen wir jetzt nicht bei dieser Schattenseite seines Wirkens verweilen. Wir haben seine Thätigkeit im Leben, wo sie mit den Interessen unseres Vaterlands im Widerspruch stand, stets bekämpft; wir haben die Mittel, mit denen er seine Zwecke verfolgte, wo sie uns tadelnswerth schienen, stets verworfen; um so mehr geziemt es uns, an seinem Grabe der guten Eigenschaften vorzugsweise zu gedenken, die ihn zierten. Gemeine Motive, demagogische Popularitätshascherei kann ihm Niemand, der ihn unparteiisch beurtheilt, vorwerfen, er ist sich stets selber treu geblieben von den ersten Jahren der Entwicklung bis empor auf den Gipfel europäischen Rufes und bis an sein frühes Ende. Cavour wußte mit eiserner Willenskraft sich in Nothwendigkeiten zu fügen; er traute sich und seiner Nation stets das Größte zu, doch er bemaß genau Zeit und Stunde. Zeit ist Geld, Zeit und Geld sind Macht! So dachte, so handelte er als Staats- und Privatmann. Er war leutselig und gefällig, aber kurz, leeren Komplimenten und Redensarten abhold, in der Unterhaltung lebhaft und rasch, in der Parlamentsrede schlagend, ohne Phrase, mit der Feder gewandt wie kaum einer seiner Zeitgenossen, im Aeußern schlicht, oft fast nachläßig für einen Mann von zwanzig Millionen Privatvermögen, von mittlerer, doch kräftiger Statur, von heißem Blute, eine merkwürdige Mischung vom echten Aristokraten und Bürger. Italien hat viele tüchtige Männer, doch keinen von seinem Scharfblicke, seiner Kaltblütigkeit, seiner Personenkenntniß. — Welche Tragweite sein Tod hat, läßt sich bis jetzt noch nicht voraussehen. Er kann ein lokales Ereigniß bleiben, wenn die Italiener in der nämlichen Weise ihren Weg verfolgen, wie der eben verstorbene piemontesische Premierminister; er kann ein Weltereigniß werden, wenn Cavour's Nachfolger, weniger willig oder gewandt, sich überstürzt oder hinreißen läßt. Wer wird Cavour's Nachfolger werden und die Verantwortlichkeit von Verhältnissen übernehmen wollen, die er nicht geschaffen? Nach dem, was bis jetzt verlautete, scheint es Ricasoli zu seyn. Ricasoli wird dem König Viktor Emanuel von den einflußreichsten Personen seines neuen Königreichs empfohlen; er hat einen starken Anhang unter den Garibaldinern, aber in den Tuilerien ist er keine persona grata, da er stolz und unlenksam ist.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 7. Juni. Se. Maj. der König hat die kath. Pfarrei Heinrichskirchen, Ldg. Oberviechtach, dem Priester J. Schöpf, Pfarrer in Hittenkofen, Ldg. Landshut, übertragen;

Das Telegraphenkabel von Malta über Tripoli nach Bengazy ist glücklich versenkt worden, und man hofft, die ganze Linie bis Alexandrien demnächst vollständig herzustellen.

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, 6. Juni. Bundestagssitzung. Oesterreich theilt die Proteste Toskana's und Modena's gegen den Titel „König von Italien" mit. (T. d. Allg. Z.)

Stuttgart, 5. Juni. Sicherem Vernehmen nach hat die Finanzkommission der Abgeordnetenkammer mit 10 gegen 5 Stimmen den Antrag gestellt, die Kammer wolle auf die Berathung und Verwilligung der für die katholische Kirche und für die katholischen Unterrichtsanstalten exigirten Summen vorerst nicht eingehen, bis Seitens der k. Staatsregierung der in Betreff des Konkordats an dieselbe gerichteten Bitte (Aufhebung des Konkordats) entsprochen worden sey. Dabei soll der k. Staatsregierung anheimgegeben werden, die auf einem besonderen Rechtstitel beruhenden Posten für die genannten Zwecke, deren Leistung dem Staate unter allen Umständen als eine rechtliche Verbindlichkeit obliegt, behufs der Verwilligung zu bezeichnen und unter dem bemerkten Gesichtspunkte zu begründen. (Schw. M.)

Wien, 5. Juni. Die von einem Wiener Korrespondenten der Berliner „B.- und H.-Z." gebrachte Mittheilung über ein angebliches Interventionsgesuch des Königs Otto von Griechenland bei den Schutzmächten halten wir uns für berechtigt dahin zu berichtigen, daß von einem derartigen Ansuchen in eingeweihten Kreisen hier nicht eine Sylbe bekannt ist. Thatsache ist es jedoch, daß es in Griechenland nicht zum Besten aussieht und der König, wohl in Folge auswärtiger Machinationen, viel von seiner früheren Popularität eingebüßt hat.

Aus **Wien**, 5. Juni, wird der „Allg. Ztg." geschrieben: „Sicherem Vernehmen nach ist auch in der „Studentenfrage" eine ~~Klärung eingetreten. — Sie wissen, die hiesige akademische Jugend,~~ d. h. wohl nur ein Theil, hatte, von dem Wehen der Zeit angefächelt, begonnen, mehr einem politischen Treiben als den holden Musen zu huldigen, und es gab nicht Wenige im Publikum, welche, das Verderbliche dieser Richtung erkennend, sie mißbilligten; ja Schwarzseher wollten bereits weiß Gott was für Gespenster in dieser, wenn auch harmlosen, doch allerdings nicht eben der Sache frommenden Unterhaltung erblicken. Nun hat der Staatsminister die Sache in seine Hand genommen, und bei allem Wohlwollen für die Jugend, wovon er oft genug Beweise gegeben, und gerade zunächst in ihrem Interesse, dafür Sorge getragen, daß das Resultat der Versammlungen, welche der Universität ein den akademischen Gesetzen entgegenstrebendes korporatives Auftreten zu vindiciren beabsichtigen, ohne irgendwelche Beeinträchtigung allgemeiner oder persönlicher Interessen und ohne irgendwelche Gefährdung der öffentlichen Ruhe, auf ihr rechtes Maß zurückgeführt und ein gesetzmäßiges Einschreiten des akademischen Senats sichergestellt werde."

Aus **Rom**, 28. Mai, schreibt man der „N. Pr. Ztg.": „Mehrere revolutionäre Agenten wurden in den letzten Tagen verhaftet, und die Universität, die unter besonderm piemontesischen Einfluß steht, ist mit Schließung der Hörsäle bedroht. Viele Eltern haben ohnehin ihre Söhne in die Heimath zurückgerufen, so daß mancher Professor nicht mehr als 3 oder 4 Zuhörer behielt. Mehr als 80 der verwegensten Werkzeuge der piemontesischen Partei sind vorgestern und gestern gefänglich eingezogen worden, da sie an verschiedenen öffentlichen Orten dreifarbige Kokarden und Fähnlein vertheilten, auch den König Viktor Emanuel in Weinschenken und Kaffeehäusern zu derselben Zeit hoch leben ließen, während sie der päpstlichen Regierung aus voller Kehle ein Pereat brachten. Diese Leute sind übrigens einer sehr baldigen Lösung des Wirrsals in ihrem Sinne gewiß, wiewohl bei der augenblicklichen Sachlage die allerdings gehäuften Zusammenziehungen piemontesischer Truppen längs der Grenze doch noch keineswegs die Aussicht auf eine schnelle Entscheidung geben dürften."

Rom, 30. Mai. Vorgestern ward bekannt gemacht, daß die Besitzer der römischen Staatsobligationen, deren Zinsen bei Rothschild in Paris am 1. Juni fällig sind, dieselben schon gestern beim hiesigen Bankier Geraßi in Empfang nehmen könnten. Rothschild wurde also dießmal noch vor der Zeit befriedigt. (A.Z.)

Genua, 3. Juni. Aus Anlaß des Nationalfestes fanden gestern Abends vor dem Palaste eines hiesigen Patriziers, der nicht beleuchtet hatte, Ruhestörungen statt, die eine Stunde dauerten, ohne daß die Behörde einschritt. (T.d.Ostd.Post.)

Von der polnischen Gränze, 4. Juni. Die Zustände in dem Königreich Polen sind höchst beklagenswerth, und es ist durchaus nöthig, daß Ordnung und Gesetzlichkeit um jeden Preis hergestellt werden, denn aller Verkehr stockt, industrielle Unternehmungen haben aufgehört, Handel und Wandel sind auf das Kleingeschäft des täglichen Bedürfnisses reduzirt, die Metallmünze ist fast ganz verschwunden und der Kredit auf Null herabgesunken; Bauern und Adel leben im Krieg, worunter der Ackerbau, die einzige Nahrungsquelle Polens, ungemein leidet, und die ohnmächtige Agitation sucht noch immer durch sogenannte kleine Demonstrationen, die bedeutungslos sind und zu nichts führen können, ihren Muth zu kühlen. (A. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	82 1/4 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	64 P. 63 1/2 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	56 1/2 P. 56 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	48 3/4 P.
„	4 1/2 pCt.	42 1/4 P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	88 P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	103 1/2 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	103 1/4 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	103 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	—
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100 7/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	105 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	95 1/2 P. 1/4 G.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	103 3/8 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	95 1/2 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	102 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 1/4 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 G.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 3/4 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 1/2 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	98 5/8 P.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	49 1/2 P.
„	1 3/4 pCt. . . .	43 1/4 G.
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 500 Thlr.	99 5/8 P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	109 1/2 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	663—59 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	149 1/2 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	188 P. 186 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	74 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	70 G.
Internationale Bank in Luxemb. . .	83 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	319 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	67 P.
Oest. F. St. Elsb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	284 P.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	117 1/2 P. 117 G.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	76 1/4 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	22 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	138 G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	99 1/2 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 3/8 P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	236 P. 235 G. exC.
Span. Handels- u. Industrie . . .	533 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	475 P.
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	104 1/2 P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. 100 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99 3/4 B.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 1/8 G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96 1/4 B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	87 7/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 1/4 B.
London Lst. 10 k. S.	118 3/4 B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	93 1/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	93 1/2 G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	84 3/8—5/8 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	83 1/4 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	49 1/8 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	62 3/8 G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	131 1/2 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	61 1/2 G.	„ fl. 25 do.	35 1/4 G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	100 1/2 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	35 1/4 P.
3 1/2 pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	126 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50 3/4 P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 2 1/2 pCt. Z.	38 P.
Badische fl. 50	89 7/8 P.	Vereins-Loose fl. 10.	10 3/8 P.
Badische fl. 35	52 1/4 G.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 G.

Frankfurt, 7. Juni. Die Börse hatte ein viel freundlicheres Aussehen als die gestrige, und sämmtliche österr. Fonds und Aktien erfuhren eine ansehnliche Preisverbesserung. Auch für Darmstädter Bank- und Bexbacher Eisenbahnaktien zeigte sich Frage zu höheren Kursen, für letztere jedoch nur wenige Abnehmer. Außerdem keine wesentliche Veränderung. (Synd.)

von ungefähr 15,000 Thlrn. für die nordamerikanischen Staaten aufgekauft worden. Sie nehmen sofort ihren Weg dahin von hier über Hamburg. (Frkf. J.)

Oesterreich. Wien, 4. Juni. Der Kaiser hat den durch Brand verunglückten Bewohnern von Trautenau in Böhmen eine Unterstützung von 4000 fl. bewilligt.

Wien, 4. Juni. Mit der größten Gleichgültigkeit sah man hier dem Ausgange der Adreßdebatte in Pesth entgegen. Baron Eötvös, welcher vorgestern hier war, konnte sein Erstaunen darüber nicht unterdrücken, daß man hier den Vorgängen im ungarischen Landtage so wenig Gewicht beilege, indem auch er und seine Gesinnungsgenossen glauben, daß dort das Schicksal der Monarchie entschieden werde. Frhr. v. Eötvös fand auch bei den Staatslenkern nicht jene zuvorkommende Aufnahme, deren er sich sonst stets zu erfreuen hatte; und seinen Darstellungen über die Stimmung im Lande hielt der Finanzminister die in seiner Gegenwart erbrochenen Berichte der Finanzdirektoren entgegen, welche einstimmig melden, daß die Steuern ohne Verzug und vollzählig eingezahlt werden und die Bürger und Bauern sich damit entschuldigen, daß sie wegen des herrschenden, von einer Partei geübten Terrorismus sich erst die Militär-Einquartierung gefallen lassen müssen, um sagen zu können, sie hätten der Gewalt weichen müssen. Baron Eötvös erfuhr aber auch bei mehreren Mitgliedern des Reichsrathes, daß selbst die eifrigsten Föderalisten, wie die Polen und Czechen, gegen die Personal-Union, wie sie die Ungarn wollen, wirken würden. Der Führer der Magyaren war ganz verblüfft über diese veränderte Gesinnung. Deak und Genossen vermeinten mit der Adresse das Aeußerste gethan zu haben, und sehen sich nun ganz isolirt, ohne auch nur die leiseste Ahnung darüber zu haben, was die Regierung zu thun entschlossen sey. Eötvös bemerkte troß seinem kurzen Aufenthalte, daß selbst der magyarische Minister Graf Szecsen nicht mehr in die eleusinischen Geheimnisse des Staatsministerium eingeweiht werde, und noch weniger Baron Vay die letzten Entschließungen kenne. (K. Z.)

Der „National-Zeitung" wird geschrieben: „Die Aufregung in Ungarn wächst und fällt zugleich. Dies scheint widersprechend und ist doch wahr. In den politischen und parlamentarischen Kreisen ist sie intensiver geworden; unter Bauern und Bürgern hat sie merklich nachgelassen. Letztere zahlen die Steuer, die militärisch requirirt wird, ohne Widerrede, und nur wohlhabende Edelleute, die es mit einem Mehr der Austagen nicht genau nehmen, verlegen sich auf passiven Widerstand und fordern die Soldaten selbst auf, zu exequiren. Ein so verkehrter Zustand der Dinge ist nun allerdings nicht haltbar, und täglich mehren sich die Anzeichen, daß eine Wendung eintreten wird."

Italien.

Genua, 29. Mai. Der hiesige Gemeinderath hat beschlossen, der Frohnleichnams-Prozession mittelst seiner gesetzlichen Vertreter nicht mehr beizuwohnen. Dagegen ermächtigte er den städtischen Ausschuß, die Kosten des National-Festes am 2. Juni zu tragen. (Tr. Z.)

In Neapel mehren sich, wie man der „Allg. Ztg." vom 27. Mai schreibt, die Raubanfälle in bedenklicher Weise, und die Freiheit der Räuber ist so groß, daß vor einigen Tagen eine 15 Mann starke Bande bewaffnet und als Patrouille der Nationalgarde verkleidet es wagte, ein ganzes Haus auszuplündern. Es gibt zwar piemontesische Carabinieri, neapolitanische Polizei, Nationalgarde und Soldaten hier, welche alle für die Sicherheit und Ruhe Sorge tragen, doch gelingt es ihnen nur in seltenen Fällen, bei einer Räuberei die Thäter zu verhaften.

Griechenland.

Aus Athen vom 31. Mai wird mitgetheilt, daß die gerichtliche Untersuchung gegen die Gegner der Regierung fortwährte. Mehrere Offiziere waren verbannt worden. (Tel. d. Fr. J.)

Rußland und Polen.

Warschau, 1. Juni. Die Leiche des Fürsten Gortschakoff ist einbalsamirt und heute in die Schloßkapelle von Lazienki ausgestellt worden. In einigen Tagen soll sie, ohne daß hier größere Feierlichkeiten stattfinden, mit der Eisenbahn nach Wien und von dort zu Schiffe über Galacz nach Sebastopol transportirt werden, wo sie nach dem testamentarischen Wunsche des Verstorbenen ihre Ruhestätte finden soll. Der Tod des Fürsten soll rasch und leicht gewesen seyn.

Asien.

Nachrichten aus Teheran berichten von der Eröffnung der Telegraphenlinie zwischen Teheran und Tebris. Dieselbe soll bis Tiflis fortgesetzt werden. In Folge der Hungersnoth brach ein Aufstand aus, der beinahe zu einer förmlichen Revolution geführt hätte.

Nichtpolitische Zeitung.

München bekommt nun einen zweiten Glaspalast, wenn auch in kleinerem Umfang, nämlich in dem neuen Gewächshaus des botanischen Gartens, gegenüber der Bonifaziuskirche, woselbst bereits das luftige Eisengerippe eines Flügels aufgestellt und unter Dach gebracht ist.

Lindau, 4. Juni. Von dem benachbarten schweizerischen Rheinthal treffen traurige Berichte über Ueberschwemmungen der Gegend durch den in Folge der Schneeschmelze ausgetretenen Rheinstrom ein.

Die großen Thatsachen sind hinlänglich bekannt. Die russische Regierung, getrieben durch die Lage der Dinge nach dem Krimkriege, durch den edlen Impuls des Kaisers, durch den Einfluß der freien Presse, begann das Werk innerer Reform mit der Emanzipation der Leibeigenen und nach wenigen Jahren ist, trotz des hartnäckigen Widerstrebens der mächtigen Adelskaste, diese Riesenarbeit zu einem vorläufigen glücklichen Abschluß gebracht worden. Ein Hauptpunkt, auf dessen Durchführung die Herausgeber der „Glocke" von Anfang an bestanden, die Emanzipation der Bauern mit der Erde, ist unter günstigen Bedingungen in dem Emanzipationsdekret garantirt. Der inzwischen vollendete Wechsel der innern Zustände Rußlands im Allgemeinen kündet den Fortgang bedeutungsvoller Umgestaltungen für die nächste Zukunft an.

Wie das russische Volk die Proklamation der großen Thatsache aufgenommen, ist augenblicklich noch ein Geheimniß. Doch bevor wir unsere Mittheilung schließen, dürfen wir nicht unterlassen, zu erwähnen, wie sie an dem Druckorte der „Glocke" festlich begangen wurde. Ein epochemachendes Ereigniß in der Geschichte eines Volkes verdient wohl eine Festfeier und die Masse des Volkes selbst bei Seite gelassen, konnten in diesem Falle wenige Persönlichkeiten sich dringender aufgefordert fühlen, das Ereigniß festlich zu feiern, als der Gründer der freien russischen Presse. London, die an kosmopolitisch seltsamen Erscheinungen unerschöpfliche Weltstadt, sah denn in der verflossenen Woche auch ein Fest zur Befreiung der russischen Bauern: das Haus Alexander Herzen's glänzend illuminirt; über dem Haupteingang flatternd zwei mächtige Fahnen, mit den Inschriften, die eine: Freedom of the Russian Peasants; die andere: The free Russian Press; im Garten heller Klang patriotischer Weisen; im Innern endlich ein westöstlicher Diwan von Repräsentanten der slawischen, germanischen und romanischen Nationen, wie der Zugwind der Politik sie nicht leicht wieder aus allen Weltgegenden zusammenwehen mag. Neben dem dunkleren russisch-polnischen Typus sah man den blonden Deutschen und Engländer, neben dem Ungarn den Spanier, neben dem „Alten des jungen Italiens" den Diakonus von Athen, im faltigen Rock und rothen Kaftan, und in allen Sprachen, die vom Ural bis zu den Pyrenäen und von der Nordsee bis zum Jonischen Meere gesprochen werden, konnte man hier Diskussionen russischer und europäischer Politik vernehmen. Auch dem schönen Geschlecht Europas fehlte es nicht an Vertretern und als von draußen, durch die geöffneten Fenster, die Klänge der Marseillaise hineinschallten, stimmte die ganze Versammlung ein. Eine auf russische Volksmelodien gegründete Festsymphonie, komponirt und dirigirt von Fürst Nikolaus Galitzin (einem Mitglied der durch ihre musikalischen Talente bekannten russischen Familie) bildete den Mittelpunkt des Festes. Störend mischte sich in die festliche Heiterkeit nur der Mißton der Morgens angelangten Nachricht von dem blutigen Zusammenstoß in Warschau.

Allein so wenig durch die von dorther drohenden Konflikte die Thatsache des Befreiungswerkes annullirt werden kann, so fehlt allerdings viel, daß die Mission der russischen freien Presse mit dem gewonnenen Resultate beendet wäre. Ob nun die polnischen Verwicklungen hemmend oder fördernd in den Gang der innerrussischen Reformen eingreifen, immer bleibt ein weites Feld offen für die Thätigkeit einer, zugleich durch äußere Rücksichten und Schranken ungefesselten und auf praktisch erreichbare Ziele gerichteten Propaganda. Wenn englische Freiheit der Person, der Presse und der Rede in Rußland proklamirt werden, dann und nicht eher mag der Gründer der russischen Presse in London die Druckerei im Exile schließen, um zu neuer Thätigkeit in sein Vaterland zurückzukehren.

London, 16. April 1861. (Nat.-Ztg.)

kommissärs daselbst dem Rathsaccessisten dieser Finanzkammer, Erhard Stabler, verliehen; die Predigerstelle an der k. Hofkirche zu St. Michael in München dem Professor der Religion und der Geschichte am Wilhelms-Gymnasium zu München, Priester Dr. Franz Xaver Lierheimer, übertragen. (N. M. Z.)

Dem Prof. Dr. M. Knobloch von Weihenstephan und dem Mechaniker A. Beyhl von München wurde ein Gewerbsprivilegium auf Ausführung ihrer Erfindung, bestehend in einer eigenthümlich konstruirten, zur Zerlegung des Waizens in Kleber und Stärke dienenden Maschine für den Zeitraum von zwei Jahren, vom 15. Mai 1861 anfangend, verliehen; ebenso dem G. Albert Reininger von Stuttgart auf eine Cigarrenwickelmaschine und eine Cigarrenschneidebank für den Zeitraum von vier Jahren, vom 26. Mai 1861 anfangend, und dem Papierfabrikanten Heinrich Völter von Heidenheim auf Einführung seiner Erfindung, bestehend in einem eigenthümlichen Raffinirapparat mit Auffangkamm, Entwässerungsapparat und Raffineur zur Verfeinerung aller zur Papierfabrikation dienlichen Fasern oder faserigen Materialien für den Zeitraum von neun Jahren, vom 26. Mai 1861 anfangend. Das dem Prof. F. A. Klingenfeld von Nürnberg unterm 6. Mai 1859 verliehene Privilegium auf eigenthümlich konstruirte Dezimalwaagen wurde für den Zeitraum von weiteren zwei Jahren, vom 6. Mai 1861 anfangend, verlängert. Von dem k. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten wurde die Einziehung des der Firma Kaufmann und Glöklen in Mannheim und Ludwigshafen unterm 23. Februar 1860 verliehenen fünfjährigen Gewerbsprivilegium auf ein neues System von Dachziegeln, dann auf gefaltete Glasziegel, wegen nicht gelieferten Nachweises über Ausführung dieser Erfindung in Bayern verfügt.

München, 6. Juni. In der k. Turnschule, nächst dem Kugelfang, wurde gestern das jährliche Turnfest begangen, wobei der Vorstand der Anstalt, Hr. Scheibmeier, in einer Anrede auf die Bedeutung des Monats Juni für das deutsche Volk hinwies (Schlacht von Waterloo) und auch die Hoffnung aussprach, daß das Turnen in allen Schulen Bayerns obligat werde. Zum Schluß brachte Redner ein dreimaliges Hoch auf den König aus, in das die ganze Versammlung laut einstimmte. Unter den vielen Flaggen des Festplatzes in den bayerischen und Münchener Farben bemerkte man auch eine große schwarz-roth-goldene Fahne mit dem deutschen Reichsadler. (Südd. Ztg.)

Aus der Pfalz, 4. Juni. Der „Pfälz. Kurier" meldet: Die Deputation der großen Protestanten-Versammlung ist von München zurückgekehrt. Die Aufnahme der Deputation war eine überaus wohlwollende, und sie kehrte mit der vollkommenen Ueberzeugung zurück, daß die Lösung der Wirren nicht lange mehr würde auf sich warten lassen, und daß man denjenigen Maßregeln entgegensehen könne, welche eine den Grundsätzen der protestantischen Kirche entsprechende Gemeindevertretung in den berathenden und gesetzgebenden Körperschaften derselben in's Leben zu führen beabsichtige.

Preußen. Wie man der „Prager Ztg." aus Berlin schreibt, wären schon vor mehreren Wochen an eine Reihe von Namen, die in der demokratischen Presse Einfluß haben, von Paris aus Zuschriften gerichtet worden, welche die Unterschrift des Hrn. Emile Hubaine, Privatsekretärs des Prinzen Napoleon, tragen und die Hoffnung aussprechen, die deutsche Demokratie werde im Interesse der großen Prinzipien, für welche Deutschland und Frankreich solidarisch einzustehen hätten und die in der Person Sr. kaiserl. Hoheit ihren beharrlichsten und energischesten Ausdruck fänden, der durch neuere tendenziös entstellte und ausgebeutete Ereignisse hervorgerufenen Verunglimpfung des Prinzen Plonplon in jeder Weise entgegentreten.

Kurhessen. Aus bester Quelle können wir mittheilen, daß die kurhessischen Standesherren den bevorstehenden Landtag wiederum nicht beschicken werden. Die Standesherren — der Fürst v. Isenburg-Birstein, der Graf v. Isenburg-Wächtersbach und der Graf v. Isenburg-Meerholz — haben zugleich ziemlich unverblümt bei dem Ministerium sich dahin ausgesprochen, daß sie die neue Verfassung, die ihnen doch Sitze in der ersten Kammer anweist, für ein unausführbares Machwerk halten, und daß sie deßhalb die Rückkehr zur Verfassung von 1831 wünschen. Dieser Schritt ist um so höher anzuschlagen, als den kurhessischen Standesherren durch das Wahlgesetz von 1849 ihre Sitze in der Landesvertretung entzogen waren, während sie doch nach Art. 14 der Bundesakte nicht allein Mitgliedschaft in der Landesvertretung, sondern sogar eine bevorzugte Stellung in derselben in Anspruch nehmen können. Gerade in diesem Punkt muß hiernächst eine Revision, resp. Abänderung des Wahlgesetzes von 1849 stattfinden. Kurhessen hat wirklich alle Ursache stolz zu seyn. Es ist nicht allein das Land als solches, welches musterhaft seine Pflicht erfüllt (wir erinnern nur daran, daß die 16 Vertreter des größern Grundbesitzes, welche nach dem Wahlgesetz von 1860 ein volles Drittheil der Kammer bilden, mit glänzender Verläugnung ihres Privatinteresses die Verfassung von 1860, welche ihnen diese privilegirte Stellung einräumt, einstimmig zurückgewiesen haben, und voraussichtlich auch auf dem bevorstehenden Landtag zurückweisen werden), auch die kurhessischen Standesherren thun ihre Pflicht. Sie halten redlich zum Lande. (Frkf. J.)

Thüringen. Weimar, 31. Mai. Vor einigen Tagen sind von einem Zwischenhändler die sämmtlichen, durch die Einführung der Zündnadelgewehre bei unserem Militär entbehrlich gewordenen älteren Gewehre, gegen 4000 Stück, zu dem Kaufpreis

Die freie russische Presse und die Emancipation der Leibeigenen.

(Schluß.)

Im Laufe des Jahres 1857 war die Theilnahme an Herzen's Unternehmen so lebhaft geworden, daß der in halbjährlichen Bänden erscheinende „Polarstern" dem wachsenden Bedürfniß nicht mehr genügte. Gemeinschaftlich mit seinem gleichfalls nach England übergesiedelten Freunde Ogareff gründete Herzen nun ein zweites Organ der freien russischen Presse, die in wöchentlichen Nummern erscheinende „Glocke". Ihres geringern Umfanges wegen war diese leichter und in größerer Anzahl zu transportiren, während ihr häufigeres Erscheinen ein unmittelbareres Eingreifen in die Bewegung der Gemüther ermöglichte. Auf Wegen, die den Herausgebern selbst nicht selten unbekannt waren, über die Ostsee und das schwarze Meer, über den Ural und den Kaukasus, gelangte „die Glocke" in die entferntesten Theile Rußlands, bis an die Grenzen von Persien und China; und auf ebenso geheimnißvollen Wegen gelangten authentische Nachrichten über die inneren Zustände Rußlands, über die Stimmung des Volkes und die Pläne der Regierung an die Herausgeber zurück. Zu den so übersandten Dokumenten gehörten u. a. die Memoiren der Kaiserin Katharina II., deren Herausgabe, seit mehr als sechs Decennien ängstlich verhütet, vor zwei Jahren keine geringe Sensation verursachte. Die Regierung verschwendete bei dieser, wie bei vielen spätern Veranlassungen,*) alle Hülfsmittel der geheimen Polizei, den Absender zu entdecken — doch vergeblich. Eine geheime Freimaurerei schien die Operationen der Propaganda ebenso zu unterstützen, als ihre Mittel und Wege vor Entdeckung zu sichern. Bald erwartete man in Rußland mit Ungeduld die Ankunft jeder neuen Nummer der Londoner Zeitschrift. Man zahlte bereitwillig enorme Preise. Man verschlang mit Heißhunger die mahnend aus der Ferne herüberschallende Sprache der verbannten öffentlichen Meinung und die Enthüllungen der „Glocke" wurden das Gespräch der Gesellschaft, wie der Schrecken solcher öffentlichen Charaktere, deren Handlungen eine Züchtigung seitens der freien Presse herausforderten. Betrügereien, Nichtswürdigkeiten und Verbrechen, die früher unbemerkt verschollen seyn würden, riefen nun, in Wahrheit „an die große Glocke geschlagen", durch ganz Rußland ein Echo hervor. Ein großes Element des Erfolges war unzweifelhaft von vornherein in der Neuheit und Kühnheit des Unternehmens an sich gegeben. Doch so bedeutsam dieser Umstand mitwirken mochte und so charakteristisch Witz und Satire auch hier wieder, wie in allen Uebergangsperioden, als Mächte des Fortschritts auftraten, der nachhaltige Einfluß der „Glocke" beruhte auf einer festern Grundlage: auf der Authenticität der mitgetheilten Thatsachen, auf der Weite des Gebietes, das sie umfaßten, auf dem Talent, mit dem sie dargestellt wurden, auf dem feinen Takt endlich, der ihre Bedeutung ausschließlich nach ihrem näheren oder ferneren Einfluß in dem großen Probleme nationaler Wiedergeburt maß. Solche Eigenschaften bildeten einen glänzenden Kontrast gegen die korrumpirte Welt des offiziellen Rußlands und es kann nicht überraschen, daß Alexander II. selbst, ernst und aufrichtig in der Politik innerer Reformen wie er war, zu den eifrigsten Lesern eines Blattes gehörte, das aus so reichhaltigen Quellen schöpfte und dessen ungehemmte Energie darauf gerichtet war, die nothwendigen Reformen zu realisiren.

Es würde uns zu weit führen, wollten wir die ferneren Phasen der eben angedeuteten Bewegung hier im Detail verfolgen.

*) Noch zu Anfang des laufenden Jahres erschien ein spezieller Spion in London, zur Erkundschaftung der Korrespondenten der „Glocke". Herzen wußte indeß von seiner Mission schon vor seiner Ankunft. Ja, man hatte ihm von Rußland nicht nur den Namen, sondern das Porträt des Sendlings mitgetheilt.

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 156.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Letter	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 8. Juni 1861.

Die Rechtspraktikanten.

Vor den wohlberechtigten perennirenden Klagen über Unzulänglichkeit der Beamtengehalte tritt eine Kategorie von Leidensgefährten der Beamten, nämlich die der Staatsdienst-Adspiranten, ganz in den Hintergrund. Und dennoch wäre nichts irriger als die Meinung, sie befänden sich in dem beneidenswerthen Zustand, keine Klagen und Wünsche zu haben.

Es ist zu unterscheiden zwischen Staatsdienstadspiranten, die im Accesse der Appellationsgerichte und Kreisregierungen, dann der Bezirksgerichte, und denjenigen, die bei den Landgerichten den größten Theil ihrer Praxis zubringen. Dieser Unterschied ist hauptsächlich bedingt durch die Verschiedenheit der Vermögensverhältnisse, welche dem Kinde wohlhabender Leute gestatten, lediglich den Fortbildungszweck im Auge zu haben, während dem Unbemittelten das mißliche Loos zufällt, bei einem Gerichtsvorstand (Landrichter) in Kondition zu treten. Diese an den Landgerichten um Honorar praktizirenden Adspiranten — und sie bilden die Mehrzahl — sehen sich durch die Ungunst des Schicksals dazu verurtheilt, die ganze oder doch den größten Theil ihrer Vorbereitungszeit den widerlichsten und mühseligsten Geschäften des äußeren Dienstes, ja häufig sogar der Arbeit des puren Abschreibens zu widmen, um nur die allerunentbehrlichsten Subsistenzmittel zu erwerben. Die Größe des Salairs wird nach der größeren oder geringeren Liberalität des Arbeitgebers bemessen, welcher gewöhnlich seine Rechnung dabei findet, in seinen Kanzleien Rechtspraktikanten zu verwenden, die, weil sie das Ziel der einstigen Anstellung verfolgen und die Vorbedingung hiezu kontinuirlich erfüllen müssen, sich mit einem geringeren Honorare zufrieden stellen, als Skribenten ex professo. Solche Rechtspraktikanten sind also nicht nur durch die ihrem Bildungsgrad unangemessene und dem Zwecke der Erwerbung tüchtiger Kenntnisse wenig günstige Beschäftigung gegenüber ihren Kollegen majorum gentium, den Accessisten, schwer benachtheiligt, sondern überdieß häufig den bittersten Nahrungssorgen überliefert, die auf die geistige und sittliche Fortentwicklung nur von unheilvollem Einflusse seyn können.

Wenn es nun anderseits gewiß ist, daß die Rechtspraktikanten dem Staate unentbehrliche und ersprießliche Dienste leisten, läßt es sich dann rechtfertigen, daß man sie auf den Satz „jeder Arbeiter ist seines Lohnes werth" für unanwendbar zu erachten scheint, und daß die Staatsregierung von ihren künftigen Beamten während des Dezenniums der Vorbereitungspraxis — das ist die regelmäßige Dauer — keine andere Kenntniß als die ihrer Qualifikation sich verschafft, für deren Wohl oder Weh aber weder ein geneigtes Ohr, noch eine helfende Hand bietet!

Daß hier Abhilfe zu gewähren ein Gebot der Gerechtigkeit ist, dieser Ueberzeugung wird kein Urtheilsfähiger sich verschließen können. Gerade der gegenwärtige Zeitpunkt, die bevorstehende Einführung einer neuen Gerichtsverfassung, in deren Vollzug auch neue Direktiven über die Vorbereitungspraxis nöthig werden, fordert dazu auf, der k. Staatsregierung wie den Volksvertretern die bestehenden Mißverhältnisse vorzuführen und die Abhilfe nahe zu legen. Diese erblicken wir in der Verwirklichung folgender Wünsche:

Die k. Staatsregierung räume jedem bei einer k. Stelle oder Behörde im Justiz- oder Verwaltungsdienste verwendeten geprüften Staatsdienstadspiranten, der nachgewiesen gar keine, oder unzulängliche Mittel zu seinem Unterhalte besitzt, und die ungefähre Hälfte der Vorbereitungsperiode — also 3 Jahre nach bestandenem Staatsexamen — zurückgelegt hat, einen jährlichen Funktionsbezug von etwa 250 fl. ein, dessen Steigerung auf 300, 350 und 400 fl. neben der entsprechenden Qualifikation von dem fortschreitenden Dienstesalter abhängig gemacht ist. Hiedurch würde auch dem vermögenslosen Adspiranten die Möglichkeit eröffnet, sich eine seiner Neigung und Fähigkeit angemessene abwechselnde Praxis zu erwählen — eine Möglichkeit, welche dem Staate durch allseitige praktische Ausbildung aller künftigen Justiz- und Verwaltungsbeamten gewiß den entschiedensten Vortheil einbringen müßte.

Die „Südd. Ztg.", welcher vorstehender Aufsatz eingesandt wurde, macht dazu folgende Bemerkung: „Vor einigen Wochen ist in der „Südd. Ztg." die Ansicht ausgesprochen worden, daß die Erhöhung der Beamtengehalte nur in der Form provisorischer Zulagen zu bewilligen und die definitive Bewilligung von der Reduktion der Beamtenzahl abhängig zu machen sey. In ähnlicher Art, scheint uns, müßte die Erfüllung des an und für sich gerechten Wunsches, den der Herr Einsender vertritt, an eine andere Bedingung geknüpft werden. Die übergroße Zahl der Staatsdienstbewerber, die unmäßig lange Dauer der Kandidatur, kann nur durch ein strenges, alle Unfähigen wirklich ausschließendes Verfahren bei den Prüfungen auf das richtige Maß zurückgeführt werden. Die strengere Sichtung liegt ohnehin im dringendsten Interesse des Staates, der gegenwärtig mit einer Menge von untüchtigen Beamten — von Leuten ohne gründliche Bildung und Kenntniß — belastet ist. Dieser Uebelstand müßte vor Allem und um so mehr abgestellt werden, da außerdem die Gewährung von Funktionsbezügen den Andrang zum Staatsdienst verstärken, die Dauer der Vorbereitungszeit noch verlängern, und den Staat mit einer noch größeren Zahl von Kandidaten behelligen würde, die er nicht allein wie bisher in seinem Dienst zu „versorgen", sondern zuvor schon auf Unkosten der Steuerpflichtigen zu alimentiren hätte." Wir unsrerseits möchten dieser Bemerkung nur noch Folgendes beifügen. Es scheint uns die bisherige Art der praktischen Prüfung für den Staatsdienst sehr unzweckmäßig, insofern durch dieselbe Jeder, welcher als (mehr oder minder) befähigt erkannt wurde, Anspruch auf Anstellung erhält. Wir dächten, es wäre viel besser, der Staat sagte: So viel Stellen im Staatsdienst werden voraussichtlich im folgenden Jahr erledigt, so viel neue Beamten sind also nöthig; die besten von den Bewerbern, die sich der Prüfung unterziehen, werden dazu verwendet; die übrigen mögen sehen, wo sie sonst unterkommen. Das ist der Grundsatz, der sonst überall befolgt wird, und der sich aus der Natur der Sache ergibt. Derselbe Grundsatz wird z. B. auch bei uns bei den Anstellungen im Justizdienst des Heeres befolgt; es werden da nicht mehr Praktikanten angenommen, als voraussichtlich in nächster Zeit angestellt werden können; der Militär-Justizdienst ist daher nicht mit einer so erschrecklichen Zahl von Praktikanten überschwemmt, und hat obendrein den Vortheil, daß die besseren dazu ausgesucht werden können.

Deutscher Bund.

Ueber die Reise des Herrn v. Dalwigk nach Paris wird der „Allgemeinen Zeitung" jetzt aus Frankfurt mitgetheilt, daß Louis Napoleon Herrn v. Dalwigk sein Mißvergnügen über die feindselige Stimmung gerade in Süddeutschland, und namentlich der Presse, unverholen ausgesprochen, und bedauert habe, daß die Kabinete nichts dagegen thun. (Es scheint, der unterthänige Toast des Hrn. v. Dalwigk in Baden-Baden hat den Kaiser Napoleon ermuthigt, die Deutschen etwas zu schulmeistern. Indessen sind nicht alle Deutsche von Dalwigk's Schlag.)

Bayern. München, 6. Juni. Se. Maj. der König hat auf die erledigte Stelle eines Rathes der k. Regierung der Pfalz, K. d. F., den k. Regierungs-Assessor und Fiskaladjunkten der genannten Regierungs-Finanzkammer, August Schwarz, und an dessen Stelle den k. Rechnungskommissär derselben Regierungs-Finanzkammer, Val. Brach, befördert; die Stelle eines Rechnungs-

Großbritannien von dem Zeitraume von 1848—56, für Frankreich von 1835—56, für Preußen von 1851—56 angestellt. Analoge Berechnungen über die Anzahl der Reisenden mit Postwagen von 1846—56 ergaben einen Todten auf 355,463, und einen Verwundeten auf 29,872 Reisende. Es ist also für den Reisenden „auf der Achse" zwölfmal mehr Gefahr, getödtet oder verwundet zu werden, als für den Eisenbahnreisenden.

Neueste Nachrichten.

München, 5. Juni. J. M. die Königin Wittwe von Preußen wird auf der Reise nach Bad Reichenhall Mitte dieses Monats hieher kommen. Die Frau Prinzessin Luitpold begibt sich, wie nunmehr bestimmt ist, zum Kurgebrauch nach Ischl.

Berlin, 5. Juni. Landtagsschluß. Die Thronrede besagt, daß die beendete Session zu bedeutenden Ergebnissen geführet habe, und geeignet sey, die Regierung in der Richtung zu befestigen, welche sie bisher verfolgt habe. Sie werden Preußens Gewicht in Deutschland und in Europa verstärken. Hierauf führt die Thronrede die von den Häusern genehmigten Verträge und Gesetze namentlich auf, und berührt die Vortheile, welche hierdurch in Aussicht gestellt wurden. Besonders wird für die Mittel zur Heeresorganisation gedankt; über die Bewilligungsform, die das Lebensprinzip nicht berühre, könne hinweggesehen werden. Die Heeresorganisation gebe Preußen Kraft, für seinen eigenen wie für den Schutz des gesammten deutschen Vaterlands gerüstet dazustehen. Die Heeresorganisation sey für die Sicherung deutscher Gränzen um so unentbehrlicher, als die Revision der Wehrverfassung des deutschen Bundes nicht gelungen sey. Die dänische Regierung sey den Anforderungen der deutschen Bundesversammlung nicht vollständig nachgekommen. „Dänemarks gemachte Anerbietungen stellen eine Lösung der schwebenden Angelegenheiten nicht in sichere Aussicht, aber der Charakter der preußischen Beziehungen zu den Großmächten gibt Bürgschaft, daß dieselben durch ernste Maßnahmen nicht werden getrübt werden, welche innerhalb der Gränzen des deutschen Bundesgebiets nothwendig werden können." Weiter heißt es in der Thronrede: „Wenn die Landesvertretung die Schranken innehält, deren Ueberschreitung nur der Umsturzpartei Vorschub leisten könnten, so darf ich einem gesegneten Fortgang Meiner Regierung entgegensehen. Mein Wahlspruch ist: Königthum von Gottes Gnaden, Festhalten an Gesetz und Verfassung, Treue des Volks und des siegbewußten Heeres, Gerechtigkeit, Wahrheit, Vertrauen, Gottesfurcht. Folgen Sie diesem Wahlspruch, dann dürfen Wir eine hoffnungsreiche Zukunft erwarten." (T.d.A.Z.)

Karlsruhe, 5. Juni. Die „Karlsr. Ztg." meldet amtlich die Ernennung des Bundestagsgesandten Frhrn. v. Marschall zum Präsidenten des Obergerichtshofs zu Mannheim. (An seiner Stelle tritt bekanntlich Geheimerath v. Mohl.) (T. d. Allg. Z.)

Wien, 4. Juni. Die „Mil.-Ztg." berichtet: Bekanntlich haben die Komitate die Bekanntmachung eines Einberufungsschreibens von Urlaubern ungarischer Nation verweigert, obgleich die Einberufung keine Standeserhöhung bezweckt, sondern nur den Abgang, der durch Beurlaubungen älterer Soldaten entstanden ist, ersetzen soll. Am Donnerstag ist nun der interessante Fall vorgekommen, daß 30—40 Urlauber eines hier garnisonirenden ungarischen Infanterieregiments gegen die Absicht des Komitats freiwillig einrückten. Sie wurden im Bahnhof durch die Musikkapelle empfangen und zogen unter Begleitung derselben in die Caserne.

Venedig. Der Marine-Unterschleifsprozeß, von dem ich Ihnen vor mehreren Monaten schrieb, geht seinem Ende zu. Bisher wurden drei höhere Beamte zu Freiheitsstrafen verurtheilt, und vier niedere freigesprochen. Andere Urtheile werden dieser Tage erwartet. (Allg. Ztg.)

Venedig, 31. Mai. Seit einiger Zeit ist ein bedeutender Umschwung in der öffentlichen Meinung zu Gunsten der legitimen Regierung hier nicht zu verkennen. Die sich so oft und vielseitig wiederholenden Unordnungen in den neu erworbenen Provinzen des italienischen Königreichs, die zu einer drückenden Höhe herangewachsenen Steuern und im Vergleich damit die geordnete Verwaltung der österreich. Provinzen, sowie die Aussicht, daß Viktor Emanuel sobald noch nicht losschlagen kann, haben die erregten Gemüther bedeutend abgekühlt. Alle sonst gebräuchlichen kindischen Demonstrationen haben gänzlich aufgehört und es sind sogar schon Fälle vorgekommen, wo derlei Demonstrationen durch auswärtige Agenten in Scene gesetzt werden sollten, die Bevölkerung selbst aber aus eigenem Antriebe dagegen ganz energisch auftrat. (N. Pr. Z.)

Turin, 2. Juni. Eine Militärkommission hat dieser Tage in Mailand 130 Kisten mit Flinten auf dem Mauthamt daselbst mit Beschlag belegt; die Behörde wurde durch eine so ungewöhnliche Menge von Waffen, die an Privatleute adressirt waren, aufmerksam und schöpfte darum Verdacht. (Allg. Ztg.)

Turin, 6. Juni. Graf Cavour ist heute Morgen um 7 Uhr gestorben. (Tel. d. Frkf. Postztg.)

Neapel, 3. Juni. In Teramo und Foggia hielt sich der Klerus gänzlich von der Feier des Nationalfestes fern.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	—
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	63½ P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	55 G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	46¾ P. ¼ G
"	4½ pCt.	42¼ P.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	88¼ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. R.)	103¼ G.
"	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103 G.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103 G.
"	4 pCt. Obl. dto.	101⅛ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100⅞ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105 P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	95⅛ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	103⅜ G.
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	95½ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	102¼ P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100¼ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	94 G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102¾ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	99½ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98⅝ P.
"	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. Int. Sch. P. à fl. 2. 30	49½ P.
"	1¾ pCt. " " "	43 P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	99⅝ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	109½ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	655—49 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	147—½ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	186 P. 184 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	74 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	70 G.
Internationale Bank in Luxemb. . .	80½ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	318 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	67 P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	234 P.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	117 P.
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	76¼ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	22 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	136⅜ G.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	99⅝ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 G.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	237 P. exC.
Span. Handels- u. Industrie . . .	528 P.
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	475 P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	104½ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. 100½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99¾ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅛ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96¼ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	88 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ B.
London Lst. 10 k. S.	118¾ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93¼ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93½ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	84½—84 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	83 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	48 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	62 G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	181½ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	61⅝ P.	" fl. 25 do.	34½ G.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	100 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	34½ G.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	124 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50¾ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	38 P.
Badische fl. 50	89⅜ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10⅜ P.
Badische fl. 35	52¼ G.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 G.

Frankfurt, 6. Juni. Die Nachricht vom Tode des Grafen Cavour, in Verbindung mit ungünstigen auswärtigen Notirungen, verursachte einen namhaften Rückgang sämmtlicher österr. Fonds, Bank- und Industrieaktien, von welchem auch Wechsel auf Wien in entsprechendem Verhältniß berührt wurden. Zu den niedrigen Kursen war der Umsatz sehr bedeutend. Auf süddeutsche und sonstige Fonds blieb das Weichen der österreichischen ohne Einfluß. (Synd.)

viele Hin- und Herlaufen von Kommissionen, die bald da, bald dort zusammenkämen, bedeuten solle, da ja in Frankfurt ein Bundestag sitze, der Deutschlands Interessen zu wahren habe. Um diesen Widerspruch zwischen Institutionen und Thatsachen zu begreifen, müsse man die geheimen, tiefen Krebsschäden kennen, die am deutschen Körper nagen. Dieselben seyen, um es kurz zu sagen, gegenseitiges Mißtrauen, Eifersucht, Nebenbuhlerei, und jeder Staat scheine sich Mühe zu geben, die direkte Einwirkung des Bundestages zu lähmen, und zwar uneingedenk der Wahrheit, daß der Bundestag das einzige Palladium des deutschen Bundes sey! Schließlich macht der „Moniteur" sich über die deutschen Blätter lustig, welche fortwährend auf Vermehrung des Armeebestandes dringen und z. B. verlangen, daß die süddeutschen Staaten allein 160,000 Mann auf die Beine bringen sollen, und zwar Alles nur, — „um gegen einen Feind in's Feld zu rücken, der einzig und allein in der Einbildung der Projektenmacher existirt." (Wie es mit dieser „Einbildung" steht, mag der „Moniteur" selbst am besten wissen. Daß er uns den Bundestag als einziges und höchstes Palladium empfiehlt, ist vom französischen Standpunkt aus sehr begreiflich; keine andere politische Gestaltung Deutschlands könnte unsern Nachbarn erwünschter seyn, als diese. Was der Moniteur im Uebrigen über unsere Zustände sagt, ist leider nur zu wahr.)

* Aus amtlichen Berichten ergibt sich, daß die neuesten Schlachten der Franzosen weniger mörderisch waren, als diejenigen des ersten Kaiserreichs. Der Grund soll darin liegen, daß die gezogenen Waffen, deren man sich bei ersteren bediente, keine so großen Verluste verursachten, als die glatten Waffen der alten Armeen. Der „Heer-Moniteur" führt folgendes zum Beweis an: „Bei Austerlitz war der Verlust der Franzosen 14 pCt., derjenige der Russen 30 pCt. und derjenige der Oesterreicher 44 pCt.; bei Wagram verloren die Franzosen 13 pCt., die Oesterreicher 14 pCt.; bei Moskowa: Franzosen 37 pCt., Russen 44 pCt.; bei Bautzen: Franzosen 13 pCt., Russen und Preußen 14 pCt.; bei Waterloo: Franzosen 36 pCt., Verbündeten 31 pCt.; bei Magenta, am 4. Juni 1859, die Franzosen 7 pCt., die Oesterreicher 8 pCt.; endlich bei Solferino: die Franzosen und Piemontesen 10 pCt., die Oesterreicher 8 pCt. Durch letztere Schlacht, sagt der „Heer-Moniteur", wird obige Behauptung am deutlichsten bewiesen, denn diejenigen Truppentheile, welche gezogene Waffen hatten, richteten weniger Verheerungen an, als die übrigen mit Waffen nach altem System versehenen Truppentheile. (Was soll denn nun aber der Grund davon seyn.)

Italien.

Seit einiger Zeit herrscht in den offiziellen Kreisen zu Turin eine lebhafte Verstimmung gegen England. Man beschuldigt die englische Regierung, daß sie nicht nur nichts zur Förderung der italienischen Sache thue, sondern sich auch wegen ihres Interesses im adriatischen Meere, besonders aber um der jonischen Inseln willen mehr und mehr zu Oesterreich hinneige. Hiezu kommt noch, daß Lord John Russell in der jüngsten Zeit dem Grafen Cavour manche unbequeme Ermahnungen und Rathschläge ertheilen ließ. Auch sind seine Anfragen und Bemerkungen in Betreff Neapels nicht immer angenehm.

Rußland und Polen.

Der „Czas" meldet, daß der Kaiser von Rußland an den Papst Pius einen eigenhändigen Brief geschrieben habe, um von diesem eine feierliche, öffentliche Verdammung der nationalen Regung in Polen zu erlangen. Obgleich der „Czas" diese Mittheilung als unbestreitbare Thatsache hinstellt, dürften doch wohl Zweifel an der Richtigkeit derselben erlaubt sein, zumal da der „Czas" auch sonst viel Falsches in die Welt posaunt. (Fr. Postztg.)

Dem „Echo der Zeit" schreibt man aus Warschau vom vom 1. Juni: „Ich melde Ihnen einige Einzelheiten, welche hier über die Ursachen des Todes des Fürsten Gortschakoff zirkuliren. Er erkrankte am 25. Mai infolge der Entlassung, welche er an diesem Tage von Petersburg erhielt, wie auch in Folge der Erregung in letzter Zeit überhaupt. Am Abend vor seinem Tode war er in Hallucinationen versunken, welche ihm beständig das Bild einer weißen Frau mit einem schwarzen Kreuz zeigten. Er gab Befehl, auf jene Erscheinung zu schießen. Um ihn einigermaßen zu beruhigen, schoß man aus dem Fenster seines Krankenzimmers in den Garten hinab." (Wahrscheinlich Erdichtungen der Polen.)

Asien.

Bombay, 12. Mai. Die Regierung hat dem gesetzgebenden Rathe von Ostindien das Budget vorgelegt. Die ostindische Armee ist danach auf 200,000 Mann reduzirt, 1 Mill. Pfd. St. dadurch erspart und das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben hergestellt; es wird keine Anleihe stattfinden.

(T. d. Pr. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

Nach einer amtlichen Aufnahme über die Brandbeschädigten zu Glarus sind 616 Häuser und Nebengebäude zerstört. Der Schaden wird auf 15 Millionen Fres. geschätzt. Das Hülfskomite in Glarus hat bis jetzt 630,000 Fr. in Geldgeschenken erhalten, worunter 5000 von dem Kaiser Napoleon, 2000 von dem Papst Pius und 27,000 von den in Paris befindlichen Schweizern.

Aus den amtlichen Erhebungen der englischen, französischen und preußischen Regierung über den Verkehr der Eisenbahnreisenden und über die dabei konstatirten Unglücksfälle geht hervor, daß ein Todter auf 4.500,000 und ein Verwundeter auf 381,000 Reisende komme. Die Berechnungen wurden für

---

Unerläßlichkeit theoretisch und praktisch zu beweisen, die Anomalien der bestehenden Zustände nach allen Seiten zu erörtern, die Bedingungen festzustellen, unter denen die Emanzipation stattzufinden habe, — kurz das Problem in seiner ganzen Bedeutung vor die Augen seiner Landsleute zu bringen und diese zu selbstthätiger Theilnahme an seiner Lösung anzufeuern, war eine der Hauptaufgaben, die der „Polarstern" seit seiner Gründung verfolgte. Dennoch ging seine Politik keineswegs in der Diskussion dieses einen großen Gegenstandes auf. Sein Prinzip und seine Existenz als solche befanden sich in schroffem Widerspruch gegen die faktischen Zustände des offiziellen Rußlands, des Rußlands des Winterpalastes, überhaupt. Das geheime Widerstreben gegen das gesammte politische System, die unterdrückte Intelligenz, die Klagen der Gefesselten, die Hoffnungen der jungen Generation sollten dahier eben sowohl ein Organ und eine Tribune, wie das offizielle Verbrechen in allen seinen Branchen einen Ankläger finden; furchtlos sollte in diesen Blättern der freien Presse alles das gesagt und an's Licht gebracht werden, was man in Rußland zu sagen nicht gewagt hätte. Die Lehren der jüngst verflossenen Kriegsjahre waren eindringlich genug, und vor den großen Fragen der inneren Politik traten die der äußeren völlig in den Hintergrund.

Der „Polarstern" erschien und bald genug zeigte es sich, daß die Stimme des Predigers in der Wüste nicht ungehört verhallte, daß sie dahin drang, wo sie gehört zu werden bestimmt war. Man las die neue Zeitschrift in ganz Rußland, Korrespondenzen und Beiträge liefen in stetig wachsender Zahl ein und was in diesen lückenhaft bleiben mochte, wurde reichlich ergänzt durch die mündlichen Berichte der reisenden Russen aus allen Klassen der Gesellschaft: hoher Beamten, Militärs, Universitätsprofessoren, Künstler und Schriftsteller, die, gleichfalls in wachsender Anzahl, den berühmten Landsmann in seiner Zurückgezogenheit von Richmond und Putney aufsuchten. Das eigenthümliche Verhältniß Alexander Herzen's zu der russischen Geistesentwicklung dieser Epoche erinnert lebhaft an die Stellung des Einsiedlers von Ferney zu der französischen Geistesentwicklung des 18. Jahrhunderts, wie es denn überhaupt nicht an frappanten Analogien fehlt zwischen dem Geiste beider Männer und den Zuständen der Nationen, auf welche sie wirkten. Aber wenn Herzen in Glanz des Witzes, in übersprudelnder Fülle geistreicher Ideen, in epigrammatischer Schärfe der Satire und des Humors und plastischem Gestaltungstalent novellistischer, publizistischer und philosophischer Gegenstände, wie in nationaler Originatität Voltaire nahe steht: so überragt er ihn ohne Frage weit durch den enthusiastischen Ernst seiner Natur und die fleckenlose Integrität seines Charakters. Voltaire war und blieb auch in der Verbannung ein Hofmann, und zeigte in seinen Verhältnissen zu den Großen und Mächtigen ein nicht wenig dehnbares Gewissen. Bei Herzen geht mit der feinsten Bildung eines von pedantischer Doktrin freien Geistes der offene Sinn des freien Mannes Hand in Hand, der sich identifizirt mit der Sache, die er vertritt, und den Schmeicheleien der Macht ebenso unzugänglich, als ihr zu schmeicheln unfähig ist. Aus einem Stücke mit dieser Sinnesart ist der tiefsinnig schwermüthige Anhauch mancher seiner Schriften, die Pietät für große Erinnerungen und Leiden, eine männlich entschlossene Resignation, die nicht selten Taciteische Erinnerungen wachruft. Wo der Einfluß einer solchen Persönlichkeit sich mit einem großen glänzenden Talente vereinigt, lassen sich unter günstigen äußeren Umständen bedeutende Resultate erwarten.

(Schluß folgt.)

sagen, was sie wissen. Aber an Letzterem fehlt es oft aus mancherlei Gründen. Beiläufig wollen wir hier nur auf einen aufmerksam machen. Die Distriktsräthe haben nach Art. 11 des Gesetzes von 1852 auch das Recht und die Pflicht, in ihren Versammlungen über den Zustand des Distriktes und über etwa wahrgenommene Gebrechen der Verwaltung desselben sich zu äußern, und hierauf bezügliche Anträge und Beschwerden zu stellen. In diesem Fall hat der Landrichter, der sonst den Vorsitz führt, denselben an ein Mitglied des Distriktsraths abzutreten, auch an der Berathung und Beschlußfassung keinen Theil zu nehmen. Wer aber die Verhältnisse kennt, wie sie wirklich sind, der weiß, daß diese letztere Bestimmung, so gut gemeint sie seyn mag, doch nur illusorisch ist, und keineswegs hinreicht, den Distriktsrath zu einer rückhaltlosen Meinungs-Aeußerung zu bewegen. Dies kann überhaupt nur dann erwartet werden, wenn der Landrichter den Vorsitz gar nicht führt, sondern wenn der Distriktsrath den Vorsitzenden aus seiner eigenen Mitte wählt, wie es der Landrath und der Landtag auch thut.

Preußen. Berlin, 3. Juni. Das neueste englische Blaubuch über die schleswig-holsteinische Angelegenheit macht es unzweifelhaft, daß die Dänen mit jenen unglücklichen Ländern beginnen mögen, was sie wollen, ohne daß von Seiten Deutschlands etwas Ernstliches dagegen geschehen wird. Denn wenn der Minister der Regierung, deren Ehre und Schande eben so wie ihre Machtstellung an die Entscheidung der schleswig-holsteinischen Frage geknüpft ist, nichts Besseres weiß, als die Lösung derselben, gemäß den Wünschen Rußlands und Frankreichs, ins Unbestimmte hinauszuschieben: so werden die übrigen deutschen Regierungen sicherlich nicht zu einer solchen drängen. Hören wir aber, wie Hr. v. Schleinitz sich zu der Frage stellt, von der man glaubte, daß sie vorzugsweise Preußen zur Energie herausfordern müsse. Am 2. März schreibt Lord A. Loftus aus Berlin über eine Unterredung mit Baron Schleinitz. „Der Letztere sagte, daß, wenn die dänische Regierung sich herbeiließe, den Ständen von Holstein das Budget vorzulegen, alle Schwierigkeiten, soweit sie aus der finanziellen Frage hervorgingen, beigelegt seyn würden. Er ersuchte auch den britischen Gesandten Lord John Russell für seine in der Sache gethanen Schritte Dank zu sagen. Auf die Bemerkung von Lord A. Loftus, er habe vernommen, daß der französische und russische Gesandte am Berliner Hof sich für Aufrechthaltung des Provisoriums in Holstein und gegen den Versuch einer definitiven Lösung unter den gegenwärtigen Umständen ausgesprochen hätten, bestätigte Baron Schleinitz diese Nachricht und sagte, er theile diese Ansicht. Er erklärte, daß eine definitive Lösung nicht stattfinden könne, ohne zugleich die schleswigische Frage zu umfassen, und er sey daher ausnehmend froh, daß diese sehr verwickelte und dornige Frage nicht unnöthiger Weise in einem Augenblick aufs Tapet komme, wo sie große Volksaufregung sowohl in den Herzogthümern wie in Deutschland hervorrufen könnte." — Also Hr. v. Schleinitz glaubt, daß die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage so lange hinausgeschoben werden müsse, bis es keine Volksaufregung über dieselbe mehr in Deutschland und in den Herzogthümern gibt? — Nun darauf kann er freilich nach Belieben warten. Wir unsererseits hoffen, daß das deutsche Volk nie so weit herunterkommt, um mit dem Fischblut eines blasirten Diplomaten auf Ehre und Schande, auf Recht und Unrecht der Nation zu sehen. (Ztg. f. Nordd.)

Großh. Hessen. Mainz, 29. Mai. Hiesige Bürger haben jüngst in einer etwa 500 Unterschriften tragenden Adresse an den Großherzog gegen die mit dem Bischof abgeschlossene Konvention remonstrirt. Dem entgegen haben nun 1300 katholische Bürger an den Großherzog eine Dankadresse für die Konvention gerichtet.

§ **Oesterreich.** Wien, 4. Juni. (Priv.-Korrespond.) Die Verhandlungen, welche die päpstliche Regierung angeknüpft hat, um ihr Gebiet zu retten, datiren nicht erst von heute. Es war Piemont allerdings vorgeschlagen worden, daß die französischen Truppen Rom verlassen würden, wenn es sich verpflichte, das jetzige Gebiet des Papstes zu respektiren, darauf ist man aber in Turin nicht eingegangen. Graf Cavour soll gesagt haben, daß Piemont die Umtriebe, welche von Rom aus gegen die Herrschaft des Königs Viktor Emanuel in dessen neu erworbenen Provinzen unaufhörlich angezettelt würden, nur fördern würde, wenn es die vorgeschlagene Bedingung annehmen wollte. Die Gründe Piemonts sollen in Paris gewürdigt worden seyn und man ist dort von der Annahme dieses Vorschlages abgestanden. Inzwischen ist aber ein weiteres Uebereinkommen zwischen Frankreich und Piemont zu Stande gekommen, welches sich zwar zunächst nur auf die förmliche Anerkennung des neuen Königreichs Italien durch Frankreich bezieht, jedenfalls aber auch die Lösung der römischen Frage vorbereitet. Vorläufig werden die Franzosen Rom nicht verlassen.

Frankreich.

Der „Moniteur" bringt wieder einen Artikel über Deutschland, der aus München datirt ist. Der „Moniteur" behauptet, alle Blicke in Deutschland seyen auf Würzburg gerichtet, wo die Militärbevollmächtigten der Mittelstaaten tagten, und wo es sich um Bildung einer Sonderbundsarmee handle, und zwar gehe die Würzburger Konferenz so vor, weil das Mißtrauen gegen Preußen, dem man hegemonische Gelüste zutraue, fortwährend wachse. Das Ausland sehe mit Verwunderung dieser Uneinigkeit im Schoße des deutschen Bundes zu und frage sich, was dieses

---

Die freie russische Presse und die Emancipation der Leibeigenen.

(Fortsetzung.)

Ein weiteres Feld der Thätigkeit eröffnete sich indeß der Propaganda erst nach dem Tode des an gedemüthigten Stolze gestorbenen Czaren. Es war ein schöner Frühlingstag des Jahres 1855, als die bedeutungsvolle Nachricht in London anlangte, und wenige unter Herzen's zahlreichen Freunden fehlten Tags darauf in dem reizenden Landhause in Twickenham, seinem damaligen Wohnsitze, ihm ihre Theilnahme an dem großen Ereigniß zu bezeugen und dessen Folgen zu debattiren. Die Wirkung, die es auf ihn selbst hervorgebracht, war außerordentlich. Durch Leiden gestählt, energisch thätig und lebhaft von Natur, unerschöpflich in glänzendem Geist und Witz der Rede, schien es doch, als sey die Schwungkraft seines Geistes jetzt erst wie von einer geheim lastenden Wucht befreit, von der Bleischwere des Systems, dessen Lebenskraft in dem eisernen Willen des abgeschiedenen Selbstherrschers gewurzelt hatte. Er erkannte sofort und sprach es entschieden aus, daß mit Kaiser Nikolaus nicht nur eine Person, sondern ein System zu Grabe ging, daß eine neue Periode der Hoffnung für sein eignes Wirken wie für die Entwicklung seines Vaterlandes im Anbruche begriffen sey. In jenen Tagen entstand der Plan zur Gründung der Zeitschrift „Der Polarstern". Es war der Name, entlehnt einer durch die Leiter der Verschwörung von 1825 gegründeten, ephemer verschollenen Zeitschrift. Das Titelblatt selbst trug als Devise die Bilder der Hingerichteten. Allein der Erinnerung an die Vorkämpfer jener frühern Freiheitsbewegung lag kein zähes Festhalten an den Traditionen der Vergangenheit zu Grunde. War Herzen dem unbeugsamen Despotismus Nikolaus I. mit flammendem Haß entgegengetreten, und hatte er die schreckliche Lage Rußlands unter dem Druck dieses Despotismus mit den schwärzesten Farben der Verzweiflung gemalt: so klang jetzt, nach dem Tode des Czaren, ohne daß er seinen Prinzipien vergab, in seine Opposition ein Ton der Hoffnung und des Vertrauens ein, womit er die Thronbesteigung des menschlicher gesinnten Alexander II. begrüßte. Das verwickelte Problem der humanen Gestaltung des russischen Chaos war unverändert dasselbe; aber der Gang der Ereignisse sowohl als der Charakter des neuen Herrschers berechtigten zu der Erwartung einer Epoche der Reform und des Fortschritts. Wir erinnern uns, daß diese Aenderung seines Tones dem Gründer des „Polarsterns" damals von mehr als einer der stationär-extremen Flüchtlingssekten, die nichts lernen und nichts vergessen, als „Verrath an der Sache" vorgeworfen wurde. In der That lieferte sie nur einen Beweis für die auf erreichbare Resultate, auf praktische Wirkungen gerichtete Tendenz seiner Thätigkeit. Und wie wenig sein Scharfblick ihn mißleitet hatte, wurde bald genug offenbar, als der Ausgang des Krimkrieges die russische Regierung aus der Rennbahn politischen Ehrgeizes auf die Heerstraße innerer Reform trieb, Gesellschaft und Presse in Bewegung geriethen, und die drakonischen Gesetze Nikolaus I. gegen den Verkehr Rußlands mit dem Auslande einer seit fast 30 Jahren unerhörten Verkehrsfreiheit Platz machten. Ein größeres Verdienst des „Polarsterns" bestand jedoch in der Klarheit des Urtheils, die sofort dem gährenden Drange die festen Ziele zu setzen wußte, auf welche er loszuarbeiten habe und in Wahrheit losarbeitete.

Mit der desultorischen Agitation der verflossenen Jahre war es vorbei. Es galt vor Allem die Erkenntniß und Durchführung praktischer Reformfragen — und an die Spitze dieser Fragen, als die erste Nothwendigkeit, die natürliche Basis der ganzen, die Wiedergeburt Rußlands bedingenden Politik stellte der Herausgeber des „Polarsterns" emphatisch die Emanzipation der Leibeigenen. Ihre

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 153.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 7. Juni 1861.

Deutscher Bund.

* Es ist noch in frischer Erinnerung, was für ein Aufsehen einige Artikel des englischen Blattes „Daily-News" über angebliche Rheinbundsgelüste der sog. Würzburger Regierungen machten, und mit welchem Behagen diese Verdächtigungen von den Blättern des Nationalvereins weiter getragen und breit getreten wurden. Es half nichts, daß die halbamtlichen Blätter mehrerer der betr. Regierungen diese Unterstellungen für baare Verleumdung erklärten; es wurde von ihren Gegnern darauf bestanden, daß jene Angaben doch wahr seyen, und als Antwort auf die Aufforderung Beweise beizubringen, wurden nur weitere kecke Behauptungen ähnlichen Kalibers in die Welt hinausgeschrieben. So hatte insbesondere auch der „Magdeburger Ztg.", einem demokratischen Blatt von der Farbe des Nationalvereins, sein Berliner Berichterstatter die von den „Daily-News" erhobene schnöde Beschuldigung gegen die deutschen Mittelstaaten, unter Berufung auf eingeweihte diplomatische Kreise mit kecker Stirne bestätigt. Der „Magdeburger Ztg." waren selbst schon einige Zweifel an der Richtigkeit dieser Angaben aufgestiegen, und diese mehrten sich, als die Blätter der Gegenpartei von den Verbreitern derselben Beweise verlangten. Da forderte das Blatt selbst diesen Korrespondenten auf, zu beweisen, daß er seine Beschuldigungen nicht aus der Luft gegriffen habe, mit der Bemerkung, daß er selbst die moralische Verpflichtung dazu fühlen werde. Der Berliner Berichterstatter suchte nun den Beweis für seine kecken Behauptungen zu führen, that dies aber, indem er nur auf allgemeines Gerede hin seine vagen Anschuldigungen wiederholte, ohne irgend eine wirklich beweisende Thatsache vorbringen zu können, und überhaupt in einer so ungenügenden Weise, daß die „Magdeburger Ztg." selbst ihm den Vorwurf „großer Leichtfertigkeit" macht, und ihm erklärt, daß sie ihm das bisher geschenkte Vertrauen entziehen müsse. So steht denn der Mann, der die kecke Stirne hatte, Andere brandmarken zu wollen, selbst öffentlich gebrandmarkt da. Um einen Begriff von der gewissenlosen Leichtfertigkeit dieses Korrespondenten zu geben, führen wir aus den Bemerkungen der „Magdeburger Ztg." selbst, die sich in dieser Sache so ehrenhaft benommen hat, über seinen Rechtfertigungsartikel folgende Stellen an: „Er gibt zu, daß er die früher behauptete vaterlandsverrätherische Verbindungen der sogen. Würzburger Regierungen mit Frankreich nur auf dem Wege der Deduktion darzuthun vermag — einer Deduktion, die so gewagt ist, daß er sie wohl keinem nur halbwegs Unbefangenen einleuchtend zu machen hoffen darf. Auch beruft er sich jetzt nur noch auf die bedeutenden Gesellschaftskreise in Berlin, während er früher sich auf eingeweihte diplomatische Kreise bezog. Also auf allgemeines Gerede hin erhebt er gegen deutsche Regierungen Anklagen, welche, wären sie nur irgend thatsächlich begründet, denselben ein unvertilgbares Brandmal aufdrücken würden. Ist es aber im bürgerlichen Leben geboten, Niemand einer Infamie zu zeihen, die man nicht beweisen kann, so dürfen Regierungen doch gewiß auch auf diese Rücksicht Anspruch machen." Und was Leute dieses Gelichters in die Welt hinausschreiben, das wird dann von Andern (vgl. das neueste Flugblatt des Nationalvereins) sofort als baare Münze weiter verbreitet und zur Grundlage der verletzendsten Folgerungen gemacht! Ist das recht, ist das ehrlich gehandelt?

Wir hören, daß von den nichtdeutschen Großmächten wieder einmal der Versuch gemacht wird, dem leidigen Streit zwischen Deutschland und Dänemark wegen Holsteins durch Vermittlung ein Ende zu machen.

* In Bremen, Hamburg rc. wird jetzt der Gedanke lebhaft besprochen, daß alle deutschen Nordseestaaten Kanonenboote und Kriegsschiffe ausrüsten und dieselben unter preußischen Oberbefehl stellen sollten. Auch die Beiträge des Binnenlandes werden dazu in Anspruch genommen. Wir denken, das Schicksal der ersten deutschen Flotte wäre eben keine ermunternde Erinnerung beim Beginn eines solchen Unternehmens, zudem da man gar nicht weiß, was für ein Gebrauch seiner Zeit von den so gesammelten Schiffen gemacht werden möchte.

Bayern. München, 5. Juni. Se. Maj. der König hat den Landgerichts-Assessor A. Steinle an das Ldg. Buchloe und den Landgerichts-Assessor J. Gloning an das Ldg. Dillingen versetzt. (N.M.Z.)

Der Regierungspräsident von Schwaben, Frhr. v. Lerchenfeld, eröffnete den Landrath seines Kreises mit einer Ansprache politischen Inhalts. Nach einer Hinweisung auf die Weltlage, heißt es u. A.: „Mit vollstem Vertrauen und angestammter Treue schaut das Volk zu einem Fürsten empor, dessen unablässiges Bestreben es ist, das materielle und geistige Wohl seines Landes zu befördern, weßhalb auch die Bestrebungen einer Partei, die unter dem Vorwande, ein einheitliches und mächtiges Deutschland zu schaffen, das Vaterland zu zerreißen trachtet, an dem gänzlichen Mangel an Theilnahme von Seite des Volkes scheitern, und die unwürdigen Verdächtigungen der Hinneigung zum Bunde mit einer fremden Macht gegen Deutschland gegenüber einem König, dessen Bemühungen zur Einigung der deutschen Mächte im vergangenen Jahre zu allgemeinem Danke verpflichteten, nur gerechten Unwillen erregen."

* Die „Frankf. Postz." bringt einen Artikel über die bevorstehende Gerichtsorganisation in Bayern, worin wir u. A. folgende Stelle lesen: „Wer die bisherigen Zustände kennt, wer namentlich weiß, wie die Landrichter einen Bezirk zu Grunde richten können, bis nur von oben eine gründliche Visitation beschlossen wird, wie diese Beamten, wenn sie nicht berufstreu sind, so verderblich auf den Wohlstand und den moralischen Zustand der Gerichtsuntergebenen einwirken können, der wird gewiß aus vollem Herzen dahin beistimmen, daß vor Allem noth thut, daß die Beamten mehr überwacht und deren geistige und moralische Qualifikation einer wahren und strengen Kontrole unterstellt werden. Schon oft hat man von schlichten Landleuten äußern hören, man sollte meinen, die Staatsbürger seyen der Beamten wegen da und diese im Zorne Gottes geschaffen worden. Diese mangelnde Oberaufsicht, diese papierene, nur dem Namen nach bestehende Kontrole der Beamten, war bisher der Krebsschaden und der Hauptgrund der Unzufriedenheit und dieser faule und verwerfliche Schlamm muß vor Allem entfernt werden, sonst ist von aller Organisation, von den besten Gesetzen kein Heil zu erwarten; denn nicht an dem Inhalt der Gesetze, sondern an deren Vollzuge, an dem guten Willen und der Pflichttreue der Organe lag der Hauptmißstand, der zu so vielen Klagen nur zu gerechte Veranlassung gab; denn was frommen alle Gesetze und Verordnungen, wenn solche nicht, nicht gehörig, ungenügend oder willkürlich angewendet und vollzogen werden. Mögen die Abgeordneten dieses wohl beherzigen und mit aller Energie und Beharrlichkeit zunächst diesem dringendsten Bedürfnisse nachzukommen suchen." Etwas Wahres ist daran, wenngleich der Schreiber die Farben unverkennbar stark aufgetragen und, indem er sein Urtheil abgab, die Ausnahme zur Regel gemacht hat. Insbesondere darf nicht übersehen werden, daß namentlich in neuester Zeit die Regierung eifrig bedacht war, untaugliche oder schädliche Beamte durch bessere zu ersetzen, und dadurch dem Land und sich selbst eine Wohlthat zu erweisen. So viel aber ist jedenfalls wahr, die Möglichkeit des Mißbrauchs ist noch immer vorhanden und ebenso die Möglichkeit, daß dieser Mißbrauch geraume Zeit der Regierung unbekannt bleibt. Ersteres kann beim besten Willen und bei der besten Ueberwachung nie ganz vermieden werden; letzterem Mißstand aber kann zum großen Theil wenigstens abgeholfen werden, wenn der Presse und den betheiligten Amtsuntergebenen ein freies Wort vergönnt ist, und wenn — was sehr beherzigt zu werden verdient — diese auch den Muth haben zu

des neuen Stoffes ist gefahrlos, da die Entzündung nur durch den Contact des Feuers, keineswegs aber durch Reibung, Druck oder Stoß bewirkt werden kann. Die zur Bereitung erforderlichen Ingredienzen sind ausreichend im Handel zu haben und bieten bei der Aufbewahrung keine Gefahr. So viel uns bekannt ist, hat der Erfinder sein Geheimniß dem deutschen Bundestage angeboten, der es aus pekuniären Gründen zurückgewiesen; jetzt steht Hochstätter mit der englischen Regierung in Unterhandlung und haben in Woolwich gelungene Versuche mit Armstrongkanonen stattgefunden, die einen Abschuß des Verkaufsvertrags für den Erfinder in die nächste Aussicht stellen.

Eine großartige Wette, wie solche selbst in England zu den seltenen gehört, ist so eben in Wien zwischen dem Hrn. Oberlieutenant Grafen Szirmay und dem Herrn Grafen Wilzek im Gange. Graf Szirmay will nämlich das riesige Problem lösen, 40 deutsche Meilen in 40 Stunden auf einem und demselben Pferde reitend zurückzulegen. Der Wettpreis, wie die Art und Weise der Ausführung sind vorderhand ein „interessantes Geheimniß". Die Rennbahn ist in Freudenau im k. k. Prater. Der Wettlauf hat Samstag den 1. Juni 4 Uhr Früh begonnen, Ende desselben ist Sonntag den 2. Juni 8 Uhr Abends. Die Abendstunden des 2. Juni, als der Zielpunkt, wo Roß und Reiter die Feuerprobe zu bestehen haben, sind selbstverständlich von höchstem Interesse. Sehr viele Kavallerie-Offiziere, namentlich jene aus dem Equitationsinstitute haben sich in die Freudenau begeben, um dem Wettritte des Grafen Szirmay beizuwohnen. Der Thierarzt des k. k. Equitationsinstitutes, Hr. Franz Nowotny, ist dem Wettkomite beigegeben, um nöthigenfalls dem Pferde Hülfe zu leisten.

Das Ergebniß der Schweizer Volkszählung vom 10. Dez. ist nach dem „Genfer Journal" Folgendes: Totalsumme 2,534,242, worunter Katholiken 1,040,469, Reformirte 1,483,298.

Einen neuen Revolver hat in New-Orleans Oberst Le Mat erfunden. Derselbe hat acht gewöhnliche Läufe, unter welchen sich ein neunter Lauf von sehr starkem Kaliber befindet. Letzterer ist dazu eingerichtet, um den Feind mit einem Kugelregen zu empfangen, indem man mehrere Kugeln auf ein Mal in diesen Lauf laden und losschießen kann. Herr Le Mat hat diesem neunten Lauf den Namen „Gnadenschuß" gegeben.

Neueste Nachrichten.

Verona, 2. Juni. Die vor einigen Monaten internirten revolutionären Südtyroler werden dieser Tage, auf Fürsprache unseres Oberkommandanten, wieder in ihre Heimath entlassen. (Allg. Ztg.)

Aus Paris, 2. Juni, schreibt man der „N. Pr. Ztg.": In seiner vorgestrigen Sitzung hat der Senat sehr merkwürdige Aufschlüsse über das Verfahren der Regierung gegen den Klerus erhalten, und zwar bei Gelegenheit einer Petition, in welcher die Abschaffung der vor einiger Zeit wieder ausgesaugten diakonischen Gesetze des ersten Kaiserreichs beantragt wurde. Der Kardinal Mathieu, welcher das Wort verlangt hatte, nahm keinen Anstand, zu erklären, daß der Klerus dahin gekommen sey, die strenge Handhabung dieser Gesetze dem Regiment der Willkür vorzuziehen, welches auf ihm laste, und welches — wie der Prälat durch Thatsachen bewies — ganz einfach darin besteht, daß die Präfekten dazu berechtigt und verpflichtet worden sind, die Priester wegen wirklicher und vorgeblicher Vergehen in der Ausübung ihres geistlichen Amtes vor sich zu laden, sie zu verwarnen und mit Entziehung ihrer Besoldung zu bestrafen!! Der Kultusminister war weit entfernt, dieses Verfahren und die vom Kardinal angeführten Thatsachen abzuläugnen oder auch nur als ein von den ungewöhnlichen Umständen nothwendig gemachtes Uebel, mit anderen Worten als einen Ausnahmezustand darzustellen; er behauptete vielmehr, daß dieses Verfahren ein durchaus regelmäßiges und innerhalb der Schranken des gemeinen Rechts befindliches sey. Das war der Skandal der Sitzung. Auch die Tagespresse steht unter einem Ausnahmezustand; aber der Graf v. Persigny, so wie alle ihm vorhergegangenen Minister des Innern, und der Kaiser selber haben immer erklärt, daß dieses Regiment ein Willkürregiment sey, welches die Staatsraison vorschreibe, das aber eines Tages einem regelmäßigen Zustande der Dinge Platz machen werde — anders das Verfahren gegen den Klerus. Der Kultusminister nennt es dem „gemeinen Rechte gemäß", daß die Präfekten die Dorfschulzen und die Feldhüter zu Spionen benutzen und auf Grund der Denunciationen dieser Leute — der Kardinal führte Thatsachen an — die Geistlichen citiren, verwarnen und zur Gehaltsentziehung verurtheilen, während es keinen gewichtigeren Grundsatz gibt, als den, daß kein Bürger seinem natürlichen Richter entzogen werden kann.

Rom, 2. Juni. Das geheime Nationalkomité hat die Bevölkerung aufgefordert, sich jeder Manifestation zu enthalten. (Eine solche war am 2. Juni aus Anlaß des italienischen Nationalfestes erwartet worden. Das geheime Comité aber hält es nach den aus Turin empfangenen Weisungen für angemessen, jetzt jeden Anlaß zu Unruhen, deren Folgen nicht abzusehen wären, zu vermeiden.) (Tel. d. Allg. Ztg.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. 1. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	$82\frac{1}{8}$ P. $81\frac{1}{2}$ G
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$64\frac{7}{8}$ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$67\frac{1}{8}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$49\frac{1}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$43\frac{3}{8}$ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$88\frac{1}{4}$ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	$103\frac{1}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$103\frac{1}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$103\frac{1}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	$100\frac{1}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{7}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{8}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$103\frac{3}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$95\frac{1}{2}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{1}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	94 G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{1}{2}$ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$98\frac{5}{8}$ P.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$49\frac{1}{2}$ P.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt. „ „ „	43 P.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$99\frac{3}{4}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$109\frac{7}{8}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	669 1.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	154 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	190 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	74 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien	70 G.
Internationale Bank in Luxemb. . .	$81\frac{1}{2}$ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	317 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$67\frac{1}{4}$ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	234 P.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . . .	118 G.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$76\frac{3}{4}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	22 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$136\frac{3}{8}$ G.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$99\frac{5}{8}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{3}{8}$ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	237 P. exC.
Span. Handels- u. Industrie . . .	528 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	475 P.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$104\frac{3}{8}$ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. $100\frac{1}{2}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amsterd. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$96\frac{1}{8}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
Hamb. Mk. 100 k. S.	88 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{1}{2}$—$\frac{5}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	
Mail. i. S. L. 250 k. S.	$93\frac{1}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{1}{2}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$85\frac{3}{4}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$83\frac{1}{2}$ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$49\frac{3}{8}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$64\frac{3}{4}$ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$131\frac{1}{8}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$63\frac{3}{8}$ P.	„ fl. 25 do.	$35\frac{5}{8}$ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	101 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	35 P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beikr.	124 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	51 P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	38 P.
Badische fl. 50	$89\frac{1}{4}$ P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{1}{4}$ P.
Badische fl. 35	53 P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$11\frac{1}{4}$ P.

Frankfurt, 5. Juni. Oesterr. Fonds waren etwas matter, auch Wechsel auf Wien wurden etwas billiger abgegeben. Für Darmstädter Bankaktien dauert die Nachfrage zu höheren Kursen fort. (Synd.)

ist, womit sie ihn beginnt. Aus übelverstandenem ritterlichen Sinn sich mit den Rebellen ohne sichern Erfolg jahrelang herumzuschlagen, würde weder der Würde der Regierung entsprechen, noch eine schließliche Wiederherstellung der Nationaleinheit in Aussicht stellen. Wenn, wie es im Plan des Ober-Bundesfeldherrn liegt, so lange gewartet werden kann, bis eine Bundesarmee von 100,000 Mann auf Richmond, und eine ähnliche durch Kentucki nach Tennessee vordringen kann, so wird eine große Schlacht den Krieg entscheiden, und die ganze Widerstandskraft der Rebellion brechen. Bis dahin legt die Regierung das Hauptgewicht auf die Absperrung der südlichen Häfen. Schon jetzt, wo diese erst theilweise (namentlich gegen Virginien und Süd-Carolina) in Kraft gesetzt ist, herrscht im Süden Lebensmitteltheurung, welche auch wahrscheinlich den Hauptgrund für die sonst unerklärliche Langsamkeit der Rebellen in ihrem Anmarsch gegen Washington bildet. Die Ereignisse der beiden letzten Wochen auf dem Kriegsschauplatz im Osten lassen sich in drei Momente zusammenfassen. Erstens ist Maryland okkupirt und zu seiner Bundespflicht zurückgebracht worden. Die Stadt Baltimore erhielt am 13. Mai eine Besatzung von Bundestruppen, die mit Jubel aufgenommen wurde, denn die in ihrer Mehrheit unionstreue Einwohnerschaft hatte schon seit Wochen mit Ungeduld auf die endliche Erlösung von dem Terrorismus des verhältnißmäßig kleinen, aber gut organisirten und bewaffneten Rebellenhaufens gehofft. Die meisten Rebellen haben sich nach Virginien geflüchtet. — Das zweite wichtig erscheinende Ereigniß ist, daß die virginischen Rebellen zu Harper's Ferry auf beiden Ufern des Potomac eine ziemlich starke Position genommen haben, welche die rechte Flanke der Bundesarmee bedroht. Auf die Flankendemonstration der Rebellen von Harper's Ferry aus hat nun drittens der Oberbundesfeldherr mit einer Demonstration gegen die rechte Flanke des Feindes geantwortet. Die Besatzung der wichtigen Festung Monroe wird bis auf 15,000 Mann gebracht, und der höchste Bundesgeneral erhält dort das Kommando. Dies deutet unverkennbar die Absicht eines Angriffs auf Norfolk an, wo gegenwärtig circa 5000 bis 6000 Mann aus den südlichen Staaten stehen. (A. Z.)

Wie aus New-York vom 22. Mai gemeldet wird, hat der Kongreß von Montgomery (Südstaaten) die Ausgabe von 50 Mill. Dollars in Obligationen zu 8 pCt. verfügt, welche in 20 Jahren zurückzahlbar sind.

Nichtpolitische Zeitung.

Die Generalverwaltung der k. bayer. Verkehrsanstalten bringt zur Wissenschaft, daß russische Kreditscheine und Schatzobligationen, deren Einfuhr nach Rußland bisher verboten war, nunmehr nach Rußland und Polen eingeführt werden können.

Ludwigsburg, 30. Mai. Ein Fall der wunderbarsten Lebensrettung ereignete sich hier am Dinstag Abend. Die Ehefrau eines hiesigen Bürgers hatte nach 8 Uhr ihr vierjähriges Knäbchen zu Bette gelegt und war, als es eingeschlafen, auf einen Augenblick fortgegangen, um Wasser zu holen. Das Kind aber wachte während der Abwesenheit der Mutter wieder auf, stieg aus dem Bettchen und ging ans Fenster, um nach der Mutter sich umzusehen. Hiebei verlor es das Gleichgewicht und stürzte nun zum dritten Stock heraus, bei einer Höhe von fast 50 Fuß schien ihm fast sicherer Tod zu drohen; allein glücklicherweise blieb es auf seinem gefährlichen Wege an dem Schilde, welcher des Vaters Gewerbe anzeigt, einige Augenblicke hängen, wobei es laut seine Mutter um Hülfe anrief. Der Schild gab nach, und das Kind stürzte weiter in die Tiefe; doch wurde die Gewalt des Sturzes noch einmal durch einen Fensterladen, den es halb mit fortriß, aufgehalten, so daß es zuletzt auf dem Straßenpflaster ankam, ohne irgend welche wesentliche Verletzung erlitten zu haben.

Dem Chemiker Friedrich Hochstätter in Darmstadt ist es gelungen, eine neue Schießmasse, von ihm „Neupulver" genannt, zu erfinden. Nach der „Allgemeinen Militär-Zeitung" besteht dasselbe aus Papier, welches den explodirenden Stoff enthält. Es wird auf nassem Wege (durch Eintauchen des Papiers in die Zündmasse) innerhalb weniger Stunden und ohne jede Gefahr der Explosion bereitet. Dieser Umstand ermöglicht es, besonders Festungen, die Pulvervorräthe je nach Bedarf kurz vor dem Verbrauch zu ergänzen. Die Fabrikation kann ohne Mühlen oder sonstige mechanische Apparate in jedem Lokale vorgenommen werden. Obschon an eine Pflanzenfaser gebunden, hat der neue Stoff, welcher weder Säure noch Schwefel enthält, keine Verwandtschaft mit der Schießbaumwolle oder mit den bekannten Knallpräparaten. Nach den vorliegenden Versuchen scheint die praktische Verwendbarkeit als Sprengmittel bereits ganz außer Zweifel zu stehen; auch die Anwendung für Schießwaffen ist bereits ermöglicht, wenn auch in dieser Hinsicht noch einige Anstände zu beseitigen sind, — wovon wir hauptsächlich des Umstandes erwähnen, daß es Schwierigkeiten zu bieten scheint, eine fast mathematisch gleiche Masse des explodirenden Stoffes an einen bestimmten Flächenraum des Papiers zu binden. Doch auch dieser Anstand dürfte noch zu überwinden seyn; jedenfalls ist die fragliche Erfindung durch ihre bereits mehrjährige Entwickelung schon bis zu einem Grade der Vollkommenheit vorgeschritten, welcher es rechtfertigen würde, wenn deutsche Regierungen sich veranlaßt sehen wollten, einem so wichtigen Gegenstande ihre Aufmerksamkeit weiterhin zuzuwenden. Der Transport

---

einem Stücke sind, daß das glänzende Talent des Schriftstellers unzertrennlich von der energischen Integrität und Reinheit des humanen Charakters ist. Wenn aber Herzen's Politik als eine antideutsche häufig scharfe Angriffe erfahren und ungebührende Mißachtung deutschen Wesens und Charakters ihm zum Vorwurf gemacht worden ist, so löst auch dieser, auf einzelne Aeußerungen gestützte Vorwurf, sich in eine Mißdeutung seiner Gedanken auf, sobald man die Ideen des Publizisten im Großen und Ganzen einer Prüfung unterwirft. Die antideutsche Polemik Herzens richtet sich in der That ausschließlich gegen die Eigenschaften des deutschen Wesens, welche wir selbst zu bekämpfen haben; und deren exotische Blüthe in dem russisch-deutschen Beamtenthum ihm unmöglich angenehme Reminiszenzen hinterlassen konnte. Jedenfalls sollte die Thatsache, daß mehrere seiner früheren Schriften den Zustand des westlichen Europa im Ganzen als zu hoffnungslos, die Aussichten Rußlands als zu glänzend schilderten, daß er in patriotischen Zukunftsträumen die Masse des russischen Volkes idealisirte und seinem selbst der Verjüngung bedürftigen Vaterlande die Rolle der Verjüngung einer untergehenden Welt zudachte — diese Thatsache sollte die anerkennende Sympathie nicht schwächen, die ihm als dem Gründer der freien Presse, als dem Fahnenträger der freien Propaganda in Rußland unzweifelhaft zukommt, um so mehr als die Richtung seiner Thätigkeit nicht minder den Beweis liefert, daß bei ihm der Mensch nicht in dem russischen Patrioten aufgeht, sondern der russische Patriot in dem modernen Menschen des neunzehnten Jahrhunderts.

Doch es war meine Absicht, Einzelnheiten über das Entstehen und Wachsthum der russischen Propagande in London mitzutheilen und so wenden wir uns denn von den Parteifragen den Thatsachen zu. Die Ungunst der äußern Verhältnisse, unter welcher das Unternehmen in's Leben trat, wurde schon oben berührt. Der Krimkrieg war vor der Thüre und durch den ernstlichen Ausbruch desselben im Sommer 1854 wurden die zu überwindenden Schwierigkeiten anfangs eher vermehrt als vermindert. Denn nach dem natürlichen Lauf der Dinge wandte das nationale Interesse in Rußland sich nun von den Fragen innerer Reform ausschließlich dem Gange der kriegerischen Ereignisse und der auswärtigen Politik zu. Die Verluste, die Niederlagen, das ganze gemeinsame Unglück identifizirten in höherem Maße als zuvor die Thätigkeit des Volkes mit der des Staates und ließen die Stimme der Opposition unter dem Getöse der Waffen verhallen. Geringe Theilnahme war mithin für das eben erst ins Leben getretene Unternehmen in Rußland zu erwarten. Die einzige Frage, deren Lösung im Sinne der Freiheit damals eine flüchtige Hoffnung erregen konnte, war die polnische Frage. Auf das Verhältniß Rußlands zu Polen bezogen sich so, merkwürdig genug, die ersten Flugschriften, welche aus der neu gegründeten Druckerei hervorgingen. Eine derselben, betitelt „Amnestie und Allianz", richtete sich an die Polen selbst. Sie ist vielleicht einzig in ihrer Art, als ein internationales Dokument von wahrhaft humaner Konzeption. Jungrußland sagte sich in ihr feierlich los von der Politik Altrußlands, bat um Amnestie für das von diesem an Polen begangene Verbrechen und bot den stammverwandten Leidensgenossen die Hand zu gemeinsamem Kampfe gegen den Rußland wie Polen gleicherweise unterdrückenden Despotismus. Ein anderes Pamphlet vertrat die Rechte der zertretenen Nation gegen die in Polen stationirte russische Armee. — Auf so selbstgewählten, vorher unbetretenen Wegen begann, so viel wir wissen, die russische Propaganda in London ihre Wirksamkeit. Und sie erreichte wenigstens insofern ihr Ziel, als es ihr, trotz des die russisch-polnische Grenze sperrenden Militär- und Polizeikordons, gelang, die verbotenen Blätter an ihre Adresse zu befördern. Man erfuhr später auf Umwegen, daß sie immer gelesen worden, nicht allein unter der Bevölkerung Polens, sondern im Innern von Rußland, auf den Schlachtfeldern der Krim und in den Verschanzungen von Sebastopol.

(Fortsetzung folgt.)

rechtliche Verfolgung eines Widersachers gewährt. Die Regierung hat nach langem Zögern dem gesetzgebenden Körper einen Gesetzentwurf vorgelegt, welcher der Presse eine etwas freiere Bewegung zugesteht; aber freilich dieses Etwas ist klein genug im Vergleich zu dem, was von der Bevölkerung gewünscht wird; zudem hat ja Persigny's letztes Zirkular auf's Neue gezeigt, daß die Regierung keinen Anstand nimmt, selbst das kleine Maß gesetzlicher Freiheit aus eigener Machtvollkommenheit noch mehr zu verkürzen, wo und wann ihr dasselbe irgend wie ungelegen wird. Indessen gibt die Demokratie ihre Hoffnung nicht auf; sie trägt in der „Opinion nationale" (dem Organ des Prinzen Napoleon) dem Kaiser förmlich ihr Bündniß, ihre Hülfe an, wenn er ihre Kandidaten bei den nächsten Wahlen (für die Departementalräthe) nicht durch seine Behörden bekämpfen, sondern denselben freie Hand lassen würde. Ob er es thut? Einen Bundesgenossen denken sie, muß er haben, und da er es mit der Geistlichkeit verdorben hat, meinen sie, nun müßte es die Demokratie seyn.

* Der „Courrier du Bas-Rhin" erzählt in folgenden Worten den Einzug der Pontonnier-Abtheilung in Straßburg, welche diese Stadt im November 1859 verlassen hatte, um sich nach China zu begeben, und jetzt wieder von dort zurückgekehrt ist. „Artillerie-General Borgella und Pontonnier-Oberst v. Berckheim empfingen die Abtheilung im Bahnhof. Mit Musik an der Spitze und von ihren Freunden und Kameraden umgeben, setzte sich diese kleine Schaar nach der Juden-Kaserne in Bewegung. Die Gesichter der Zurückgekehrten haben durch die Gluthhitze des himmlischen Reiches und die Beschwerden des durchgemachten Krieges eine dunkelbraune Farbe erhalten; mehrere von ihnen trugen tartarische Pfeile, welche sie an den Lauf ihrer Gewehre befestigt hatten. Vor dem Zug marschirte eine Marketenderin, welche einen kleinen Chinesen, mit plattgedrückter Nase, kahl geschorenem Kopf und schief geschlitzten Augen an der Hand führte. Der kleine Sohn des himmlischen Reiches trug das Kostüme der Regimentslinder. Auch einen Affen sah man auf dem Tornister eines der Pontonniere seine possierlichen Gesichter schneiden. In allen Straßen, durch welche der Zug kam, wurde er auf die herzlichste Weise empfangen und in der Nähe der Kaserne wurden der kleinen Schaar Blumensträuße und Blumenkränze zugeworfen."

Italien.

König Franz II. hat erklärt, er werde die italienische Anleihe von 500 Millionen in ihren Wirkungen niemals anerkennen.

Graf Ponza di San Martino, der neue Statthalter in Neapel genießt bereits einer großen Popularität. Man hatte ihm von verschiedenen Seiten gerathen, er solle sich unter die Menge auf den Straßen mischen, das mache ihn recht volksthümlich, und als er, diesem Rath folgend, zu Fuß durch die Toledostraße spazirte, wurde ihm das Portemonnais am hellen Tage aus der Tasche gestohlen. Man muß gestehen, bemerkt dazu der Turiner Korrespondent eines französischen Blattes, um in Neapel populär zu werden, muß man sich kuriosen Vertraulichkeiten unterwerfen.

Türkei.

Ein Telegramm aus Beyruth vom 26. v. M. meldet, daß Fuad Pascha sehr wichtige Depeschen von seiner Regierung erhalten habe. Der Sultan rufe ihm dabei ins Gedächtniß, daß, indem er ihm die besten Regimenter seiner Garde gesandt, er auch das Schicksal dieses Theils des Reiches in seine Hände gelegt habe, und daß, wenn neue Unruhen in Syrien ausbrächen, die Türkei der Gefahr ausgesetzt würde, eine ihrer wichtigsten Provinzen zu verlieren. (T.d.N.Fr.Z.)

Amerika.

New-York, 17. Mai. Nachdem die Bundeshauptstadt Washington in größter Hast gegen einen Handstreich der Rebellen gesichert worden ist, so daß diese, die vor wenigen Wochen noch mit Aufpflanzung ihres Banners auf Faneuil Hall (Boston) drohten, es wieder für rathsam halten, „unglückliches Polen" zu spielen, über die schändlichen Angriffsplane der nördlichen „Gothen und Vandalen" zu jammern und ihre eigene friedliche Gesinnung zu betheuern — nachdem also dies Eine wenigstens gewonnen ist, daß die Republik nicht meuchlings umgestoßen werden kann, sondern ihr Geschick von dem Ergebniß einer großen Kraftprobe abhängig ist, schicken sich beide Theile an, sich zum Entscheidungskampf in die beste Verfassung zu setzen. Das geht nun freilich nicht so rasch, wie die Ungeduldigen im Norden und im Süden es wünschen. Von den ungeheuren Schwierigkeiten, welche die Regierung bei der Organisirung eines großen Volksheers zu überwinden hat, läßt sich kaum eine Vorstellung machen. Die Aufgabe ist kaum geringer, als die der Entwicklung des ganzen Hegel'schen Systems aus dem abstrakten Seyn und Nichts. Menschen sind da und Geld ist da,*) sonst aber auch so gut wie nichts. Und es bleibt noch sehr viel zu thun, ehe der Bund zu einer kräftigen Offensive schreiten kann. Die Regierung geht davon aus, daß der Krieg um so kürzer werden und um so weniger Opfer erheischen wird, je gewaltiger und massenhafter das Uebergewicht

*) Auf das erste Aufgebot (75,000 Mann auf drei Monate) haben sich allein in den westlich von Pennsylvanien gelegenen Staaten 300 000 Mann gemeldet. Wie stark die Anerbietungen zu dem dreijährigen Dienst seyn werden, läßt sich noch nicht im Ganzen angeben, aber daß es mindestens 200,000 seyn werden, ist schon jetzt gewiß. Es gibt überhaupt keine Gränze, als das Bedürfniß. Wenn der Präsident heute 500,000 Mann aufbietet, werden sie binnen acht Tagen bereit stehen.

Die freie russische Presse und die Emancipation der Leibeigenen.

Fast acht Jahre sind jetzt verflossen, seit ein nach London verschlagenes osteuropäisches Mitglied der großen politischen Emigration, der russische Philosoph und Patriot Alexander Herzen den kühnen Gedanken faßte, in dem Schutzlande des Exils und der Preßfreiheit auf eigne Faust eine freie russische Druckerei zu begründen, eine Werkstatt der Opposition, ein Centrum nationaler Propaganda gegen die Fortdauer jenes eisernen Despotismus, dessen volle Wucht damals, zur Zeit des Höhepunkts der Macht Nikolaus I., erdrückend auf seinem Vaterlande lastete. In Rußland selbst gab es keine Stätte für das freie Wort. Die Patrioten von 1825, 1830 und 1848 schmachteten im Kaukasus und in Sibirien, eine geheime Polizei, furchtbarer als die des französischen Konvents, wachte über der Gesellschaft. Das System des vollendeten Absolutismus hatte Rußland selbst gegen das Ausland hin mit einer Art chinesischer Mauer umgeben, deren Thore zu verlassen nicht weniger schwierig und gefahrvoll war, als sie zu betreten. Auch in den Kontinentalstaaten des westlichen Europa hatte gleichzeitig eine dem russischen System ähnliche Reaktion, nach den kurzen Jahren revolutionärer Erregung überall den Sieg davon getragen. Eine lange Herrschaft feindseliger Repression aller liberalen Ideen schien auf dem Kontinent geschichtlichen Grund und Boden zu gewinnen. Bei einer so beschaffenen Weltlage erforderte die Gründung einer russischen Propaganda in London, zu den angegebenen Zwecken, sicherlich keinen geringen Muth. Unerschütterliche Energie der Ueberzeugung, ausdauernde Begeisterung für die Sache, freudige Bereitwilligkeit zu materiellen Opfern waren unerläßlich zur Unternehmung eines anscheinend so hoffnungslosen Kreuzzuges. Nicht einmal eine mitstrebende Parteigenossenschaft des Exils stand dem Gründer des Unternehmens thätig, Hülfe versprechend zur Seite. Er nahm unter der europäischen Emigration eine isolirte Stellung ein, das erste und einzige Beispiel eines russischen Kosmopoliten, der, selbstverbannt aus seinem Vaterlande, sich in Reih' und Glied der andern Freiheitskämpfer stellte, aber mit seinen speziell russischen Aspirationen auch in der Verbannung einem politischen Einsiedler zu vergleichen war. Ein Unternehmen dieser Art würde auch dann in der Geschichte der Emigration ein selbständiges Kapitel und ehrenvolles Interesse beanspruchen, wäre seine lebengebende Idee nicht zu voller praktischer Entfaltung gelangt. Es ist um so mehr der Betrachtung werth, in einem Momente, wo, nach Jahren des Kampfes, die damals begonnene Propaganda zu einer anerkannten Macht in Rußland erwachsen ist und nachdem, durch die endlich erfolgte Emanzipation der Leibeigenen, ein großer Theil der Ideen, für die sie in's Feld zog, sich verwirklicht hat.

Die Erscheinung Alexander Herzen's ist eine so merkwürdige, die Richtung seiner Thätigkeit eine so ungewöhnliche, das Talent, mit welchem er seine Ideen verficht, so groß und glänzend, daß es nicht überraschen kann, ihn von mehr als einer Seite grundlosen Hypothesen und heftigem Widerspruch ausgesetzt zu sehen. Es hat nicht an solchen gefehlt, die, aus allgemeinem Mißtrauen gegen die Intriguen der russischen Regierung oder als Denuncianten von Erfahrung, hartnäckig darauf bestehen, hinter seiner Erscheinung ein Staatsgeheimniß zu suchen. Von anderer Seite ist man seiner Politik deßhalb mißbilligend entgegengetreten, weil sie einem den Interessen Deutschlands feindseligem Panslavismus zu huldigen schien. Unsere Ansicht weicht nach beiden Richtungen ab. Was zunächst die Insinuationen jener Mißtrauischen angeht, so bedürfen dieselben, unserer Meinung nach, für jeden, der mit Herzen's Lebensgeschichte und Schriften auch nur oberflächlich vertraut ist, keiner Erwiderung. Sie erscheinen vollends dem verächtlich, der, wie der Schreiber dieser Zeilen, seit Jahren Gelegenheit hatte, mit Herzen persönlich zu verkehren. Jede neue Begegnung konnte in ihm nur den ersten Eindruck befestigen, daß in diesem Falle der Politiker und der Mensch aus

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland in Wahrheit und Recht!

№ 154.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher [illegible]	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 4 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 6. Juni 1861.

Deutscher Bund.

Eisenach, 31. Mai. In der deutschen evangelischen Kirchenkonferenz sind bis jetzt diesmal vertreten Oesterreich, Preußen, Bayern, Hannover, Württemberg, Hessen-Darmstadt, Braunschweig, Mecklenburg-Schwerin, Weimar, Meiningen, Altenburg, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Anhalt-Bernburg, Schwarzburg-Rudolstadt, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck, Lippe, Lübeck. Aus Anhalt-Dessau-Köthen wurde ein Abgeordneter noch erwartet. Aus Sachsen und Nassau waren die Abgeordneten durch die Fortdauer der Landtage am Erscheinen verhindert, in Baden hatte die bevorstehende Eröffnung der Generalsynode alle Kräfte in Anspruch genommen. Jedoch waren aus den drei letztgenannten Ländern Schreiben eingegangen, welche die Fortdauer der ungeschwächten Theilnahme der betreffenden Kirchenregierungen an der Konferenz ausdrücklich bezeugten. Kurhessen und Sachsen-Koburg-Gotha hatten die Beschickung der Konferenz auch für diesmal wieder abgelehnt. (Allg. Z.)

Bayern. **München**, 4. Juni. Se. Maj. der König hat den 2. Staatsanwalt am Appellationsgerichte von Schwaben, K. **Schmauß**, seiner Bitte entsprechend, zum 1. Staatsanwalt am Bezirksgerichte Eichstädt ernannt, den 2. Staatsanwalt am Bezirksgerichte Aichach, K. **Steinle**, zum 2. Staatsanwalt am Appellationsgerichte von Schwaben befördert, dessen Stelle dem Staatsanwalt-Substituten am Bezirksgerichte Traunstein, O. **Schönninger**, verliehen und als Staatsanwalt-Substituten am Bezirksgerichte Traunstein den als Hilfsarbeiter des Staatsanwalts am Bezirksgerichte Bayreuth verwendeten Bezirksgerichts-Accessisten K. **Held** aufgestellt. (N.M.Z.)

Vom 1. Juni an ist eine direkte Güterabfertigung eingerichtet zwischen den Stationen der bayerischen Staatsbahnen Nürnberg, Fürth, Erlangen, Bamberg, Lichtenfels, Kulmbach, Hof, Schweinfurt, Rottendorf und Würzburg einer- dann den Stationen der pfälzischen Bahnen, Frankenthal, Ludwigshafen, Speyer, Neustadt a. H., Kaiserslautern, Homburg, Zweibrücken, Landau, Edenkoben, Schaidt und Weißenburg andererseits.

Der „Volksbote“ schreibt: „Der akkommodirende Beschluß der Kammer der Reichsräthe vom letzten Samstag über die Staatsausgaben von 1855/59 hat nicht blos bei den Abgeordneten, sondern in noch viel weiteren Kreisen um so größere Sensation erregt, da derselbe ganz ohne eine eigentliche Debatte gefaßt worden ist, und unter den hohen Herren auch nicht **eine** Stimme weder gegen denselben, noch gegen das Referat des Grafen von Montgelas sich hat vernehmen lassen, obwohl sich in dem letzteren Satze aufgestellt finden, die zu sehr ernsten verfassungsmäßigen Bedenken Anlaß geben, da deren Tragweite, wenn sie weitere Geltung erhielten, ganz unberechenbar wäre. Nachdem die hohe Kammer bei der Debatte über die kurheissische Angelegenheit so gemessen die Gränzen der Verfassung eingehalten, hatte man um so mehr erwartet, daß andererseits auch eines der wichtigsten Verfassungsrechte, das Recht der Verwilligung der Staatsausgaben, um so entschiedener gewahrt werden würde, weil es sich bei dem Vorliegenden nicht nur um eine Reihe von unbewilligt verausgabter Summen, sondern auch um eine bedeutende Ausgabe handelte, die dem Gesammtbeschluß beider Kammern **schnurstracks entgegen** und mit **offener Gesetzverletzung** gemacht worden ist, so daß die Abgeordnetenkammer nur aus großer Schonung von der **Anklage** des betreffenden Ministers (v. d. Pfordten) Umgang genommen und den unter den Umständen mildesten Weg, den Antrag auf Rückerstattung der 40,000 fl., die für die neue Wiener Straße verausgabt worden, beschlossen hatte.“

Preußen. Bei der preußischen Artillerie finden jetzt Versuche mit einem neu erfundenen, gelb aussehenden **Schießpulver** statt, das wohlfeiler als das allgemein übliche ist und den Vorzug hat, keinen Rückstand zurückzulassen. Bei gleicher Stärke erfordert es ein geringeres Quantum. (K. Z.)

Oesterreich. **Wien**, 2. Juni. Was Ungarn betrifft, so greift die Regierung theilweise nach Mitteln, mit denen sie schon in früherer Zeit den Uebergriffen des Magyarismus nicht ohne Erfolg entgegenwirkte. Eins derselben ist der **Slowakenkongreß**, der am 6. Juni zu St. Marton im nördlichen Ungarn zur Eröffnung kommt. Der slowakische Volksstamm, von jeher durch die Magyaren gedrückt und kaum mehr als landläufigem Gesindel gleichgeachtet, hat wenig Ursache, mit den Kundgebungen des ungarischen Landtags in Pesth zu sympathisiren und aufs neue die Zustände herbeizuwünschen, zu deren Vernichtung er im Jahre 1848 unter der Führerschaft der evangelischen Priester Stuhr, Hodscha und Hurban Freikorps bildete, die, wenn sie auch keine glänzenden Siege errangen, doch hinreichten, die Kraft eines beträchtlichen Theils des ungarischen Revolutionsheeres zu lähmen. Ein Volksstamm, ebenso fern von dem aufbrausenden Charakter der Ungarn wie von den panslawistischen Bestrebungen der Czechen, sind die Slowaken zähe, besonnene Naturen voll treuer Anhänglichkeit an die Dynastie und, obwohl für ihre frühere Hülfe keineswegs belohnt, doch jederzeit bereit, selbige der Regierung, wenn sie deren bedarf, anzubieten. (Der Kongreß zu St. Marton wird natürlich von Wien aus auf alle Weise begünstigt. Daß die kaiserliche Regierung bei der gegenwärtigen Sachlage gern nach dem Auskunftsmittel greift, die Magyaren durch andere Nationalitäten in Schach zu halten, ist begreiflich. Traurig aber ist es, daß ihre innere Politik seit Jahrhunderten eben immer darauf gerichtet war, den Haß der Nationalitäten zu nähren, statt dieselben zu versöhnen und zu verschmelzen. Dadurch ist ihr die Aufgabe der Gegenwart, Oesterreich zu einem einheitlichen Ganzen zu gestalten, sehr erschwert.) (D. Allg. Z.)

Frankreich.

Paris, 2. Juni. Ohne daß sich unter der Bevölkerung, sey es nun von Frankreich im allgemeinen oder von Paris insbesondere, auch nur die geringste Neigung zur Widerspenstigkeit verspüren läßt, bei aller Ruhe und Sicherheit auf den Straßen, bei aller Unterwerfung der Bürger unter die Gesetze, wie viel man auch gegen dieselbe einzuwenden haben mag, und bei allem Ansehen der Behörden, vom Minister bis zum Sergeant de Ville herab, drängt sich doch jedem, der die Lage der Dinge in Frankreich unbefangen beobachtet, die Ueberzeugung auf, daß die Regierung seit einiger Zeit an einer moralischen Schwäche leidet, die im Zunehmen begriffen ist. Sie hat eben an dem Klerus und was zu demselben gehört ein ebenso mächtiges als thätiges Heer verloren, das sie bis zur Stunde nicht ersetzt, nicht zu ersetzen gewagt hat, und der Ausfall an einer so beträchtlichen Streitkraft muß sich begreiflicherweise fühlbar machen. Es ist in politischen Kreisen ein stehender Spruch geworden: „Die Regierung hat keine Partei für sich“; und es ist wahr. Legitimisten, Orleanisten, Republikaner sind gegen sie. Die liberalen Zugeständnisse, dieser tropfenweise dargebotene Honig, vermag die bittern Pillen nicht zu versüßen, welche die Freiheitsdurstigen seit zehn Jahren schlucken müssen. Diese halben Geschenke von nichtigen Erleichterungen sind nicht ausreichend genug, um auch nur den gemäßigtsten Mitarbeiter des „Journal des Debats“ zu befriedigen. Mehr! rufen die Liberalen, und in den Tuilerien weiß man ebenso wenig zu gewinnen als zu verweigern, man thut das Schlimmste, das man thun kann, man zögert. Man zögert auf der einen Seite, und auf der andern, d. h. dem Klerus gegenüber, verfährt man mit der äußersten Strenge und Msgr. Mathieu deckt im Senate Dinge auf, die selbst der Widersacher der römischen Kurie tadeln muß, sofern er die Freiheit höher achtet als den Kitzel, den die wider-

Neueste Nachrichten.

Aus München, 3. Juni, schreibt man dem „N. Korr.“: „Ein wichtiger Antrag soll von der linken Seite der Abgeordnetenkammer in naher Aussicht stehen: ein Antrag auf Reformirung der Kammer der Reichsräthe. Das Bedürfniß einer solchen Reform kann wohl, wenn man auch nur die Zusammensetzung der ersten Kammern in andern deutschen Staaten ins Auge faßt, nicht leicht geleugnet werden und ist von der Regierung selbst in den ersten Jahren des Ministeriums v. d. Pfordten durch die Vorlage eines dahin zielenden, freilich völlig ungenügenden, Gesetzentwurfs anerkannt worden. Die erste Kammer eines Verfassungsstaats hat recht eigentlich den Beruf, das vermittelnde Organ zwischen Krone und Volk zu bilden; die Erfüllung dieses heilsamen und wahrhaft konservativen Berufs setzt aber eine solche Zusammensetzung des Oberhauses voraus, vermöge deren es, wie es in seinen höchsten Spitzen bis an die Stufen des Throns hinanragt, so auf der andern Seite seine Wurzeln in die lebendigen Schichten des bürgerlichen Lebens senkt. Ob das letztere Erforderniß in der bayerischen Kammer der Reichsräthe, die sich in ihren lebenslänglichen wie in ihren erblichen Mitgliedern fast ausschließlich aus dem „alten und befestigten“ adeligen Grundbesitz rekrutirt, in solchem Maße berücksichtigt sey, wie es der Entwickelung, welche seit der Verleihung der bayerischen Verfassung der Bürgerstand und das ganze Volksleben genommen, entsprechen würde, diese Frage wird vom Standpunkt einer umsichtigen Gesetzgebungs-Politik nicht schwer zu lösen seyn. Welche Aufnahme der in Aussicht stehende Antrag in der Kammer der Abgeordneten selbst finden wird, ist bei dem dermaligen Verhältniß der beiden Seiten des Hauses zu einander kaum vorauszusehen, und im günstigsten Fall läßt sich ihm Angesichts der Stellung, welche das Ministerium kürzlich dem Antrag auf Abkürzung der Finanzperioden gegenüber genommen, kein sehr verheißungsreiches Prognostikon stellen; gleichwohl wird die Anregung der Frage, wenn auch ohne Erfolg, nicht ganz fruchtlos seyn.“

Paris. Die Reise des Prinzen Napoleon wird mehrere Monate dauern und, wie es heißt, sich sogar auf Nordamerika ausdehnen. Die Prinzessin Clotilde begleitet ihn nur bis Lissabon und geht dann zum Besuch nach Turin an den Hof ihres Vaters.

Turin, 1. Juni. Die „Opinione“ schreibt: Ein von Piemontesen eskortirter Zug Bourbonen wurde von den Aufständischen bei St. Angelo in der Capitanata befreit und einige Mann von der Eskorte getödtet. (Tel. d. Ostd. Post.)

Aus Warschau, 30. Mai, schreibt man der „N. Pr. Z.“: Bekanntlich findet alljährlich am heutigen hohen katholischen Festtage die Haupt-Prozession von der St. Johannes-Kathedrale am Schlosse aus nach dem Altmarkt statt. Sie wurde ebenso wie andere Jahre abgehalten, nur mit der Veränderung, daß sie nicht auch über den Sigismundplatz, wo dicht am Schlosse Militär in Zelten lagert, nach der Krakauer Vorstadt, sondern nur nach der Altstadt von der Kathedrale aus ging. Der Erzbischof Fijalkowski celebrirte unter Assistenz des Suffragan-Bischofs Deckert, und wurde von den katholischen General-Direktoren v. Lenski und Graf Wielopolski nebst anderen höheren Beamten nächst dem Baldachin begleitet. Außer 6 Gendarmen zu Pferde, welche in den drei auf den Altmarkt mündenden Straßen zu zwei in jeder Straße (die vierte kleine nach der Canonia führende war ganz offen) aufgestellt waren, um die Wagen vom Einfahren nach dem Markt abzuhalten, war kein einziger Soldat noch Polizei, mit Ausnahme derer im Zuge der Andächtigen, zu sehen und Alles ging in Ruhe von statten bis zum ersten Altar auf dem Altmarkt. Während hier der Erzbischof zu celebriren begann, erhob sich auf ein Mal ein Geschrei: „Spiegi! strzelaja!“ (Spione! Man schießt!) und Alles rannte und drängte sich nach der entgegen gelegenen Marktseite. Die Gewerke mit ihren Fahnen und Lichtern, viele Geistliche, einer mit dem Kreuze, Frauen und Kinder wurden umgerannt und getreten, Kerzen zerbrachen und es entstand ein furchtbarer Tumult, bis einige beherzte Männer — da weder die Veranlassung zu solchem Schrecken zu sehen, noch weniger Schießen zu hören war — die fliehende Menge aufhielten. Darauf wandte sich auch bald die Masse, die Ruhe kehrte wieder zurück und die Prozession hatte ihren weitern ruhigen Fortgang und ging wieder nach der Kathedrale auf der Johannesstraße zurück. Jedenfalls war wieder eine Demonstration beabsichtigt worden oder man hatte doch versucht, einen Konflikt zu erzeugen; denn schon seit 2 Tagen ist das Gerücht verbreitet, daß zwischen dem 29. Mai und 1. Juni etwas geschehen werde. Daß Unruhestifter dies beabsichtigen, geht auch aus Folgendem hervor. Von der Prozession zurückkehrend, fand ich auf dem Sigismundplatze an den dort vor den Zelten stehenden 2 Kanonen eine Anzahl von ungefähr 100 Personen, wie an solchen Festtagen wohl vorkommt, versammelt und hörte, wie einige junge Leute — dem Anschein nach frühere Emigranten — einem Jungen von 14 — 15 Jahren einige Gulden versprachen, wenn er gleich sänge, was sie ihm vorpfiffen, und das war: „Jeszcze Polska nie zgineta“ („Noch ist Polen nicht verloren“). Sie sehen, daß man sich alle Mühe gibt, die Gährung zu unterhalten.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	—
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$64\frac{3}{8}$ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$57\frac{1}{4}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$49\frac{1}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$43\frac{3}{8}$ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$88\frac{1}{4}$ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. R.	$103\frac{1}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$103\frac{1}{4}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. ½jähr. dto.	$103\frac{1}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	$100\frac{1}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{7}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{8}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$103\frac{3}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$95\frac{1}{2}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{7}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{1}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	94 G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{3}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$98\frac{3}{4}$ P.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$49\frac{1}{2}$ P.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt. „ „ „	43 P.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$99\frac{3}{4}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$109\frac{3}{4}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	676—72 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	155 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	188 P. $187\frac{1}{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	74 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	70 G.
Internationale Bank in Luxemb. . .	84 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	315 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$67\frac{3}{4}$ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	234 P.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	121 G.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$76\frac{5}{8}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$22\frac{1}{8}$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$135\frac{7}{8}$ G.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$99\frac{1}{2}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{1}{8}$ G.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	235 G. exC.
Span. Handels- u. Industrie . . .	525 P. 522 G.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	475 P.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$104\frac{3}{8}$ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. $100\frac{1}{2}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$96\frac{1}{4}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
Hamb. MB. 100 k. S	88 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{3}{4}$ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	$93\frac{1}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{1}{2}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$86\frac{1}{4}$ B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	83 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$49\frac{1}{2}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$64\frac{3}{4}$ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$131\frac{1}{2}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$63\frac{1}{4}$ P.	„ fl. 25 do.	$35\frac{3}{8}$ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$100\frac{3}{8}$ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$35\frac{1}{4}$ P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	$122\frac{1}{2}$ G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	51 P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	38 P.
Badische fl. 50	90 P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{1}{4}$ P.
Badische fl. 35	53 P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$11\frac{1}{4}$ P.

Frankfurt, 4. Juni. Die gestrigen Notirungen der österr. Fonds und Aktien behaupteten sich bei minder belebtem Geschäfte. **Darmstädter Bank- und Bexbacher Eisenbahnaktien abermals beliebt und höher. Die übrigen Fonds bieten zu Bemerkungen keinen Anlaß.** (Synd.)

Frankreich.

Im französischen Senat erklärte dieser Tage Kardinal Mathieu, er selbst fordere die Regirrung auf, gegen die Prediger, welche die Kanzel zu politischen Zwecken mißbrauchten, einzuschreiten, denn man müsse der steigenden Aufregung unter der Geistlichkeit, die zu übeln Folgen führen könne, entgegen treten; er wolle damit das Zirkular des Justizministers, das die Staatsanwälte zum strengen Einschreiten gegen Geistliche in dem oben bezeichneten Fall anweist, keineswegs billigen, nachdem es erlassen worden, müsse es aber auch vollzogen werden; statt dessen ließe die Regirrung die Geistlichen polizeilich überwachen, dadurch würden unwissende Leute als Spione verwendet, und wenn die Bischöfe die eingegangenen Beschwerden untersuchten, stelle sich ihre Unwahrheit heraus. Minister Baroche erwidert, seit dem italienischen Krieg seyen über hundert Fälle zur Anzeige gekommen, die zu gerichtlicher Verfolgung der Geistlichen hätten Anlaß geben können; man habe aber abgewartet, was die Bischöfe dagegen thun würden; es sey aber nichts von ihrer Seite geschehen und dann erst sey das Zirkular erfolgt, das auch ausgeführt werden würde; in Poitiers sey bereits ein Geistlicher wegen Mißbrauch der Kanzel zu zweijährigem Gefängniß verurtheilt worden. Der Staat werde immer seine Pflichten erfüllen und seine Rechte vertheidigen. Die Petition, welche zu dieser Debatte Anlaß gegeben, wurde durch Uebergang zur Tagesordnung beseitigt. (Fr. K.-Z.)

Der „Times“-Korrespondent meldet aus Paris, daß die an Drucker und Verleger der Aumale'schen Broschüre nachträglich geübte Rache den Unwillen aller redlichen Leute jeder Partei geweckt hätte; alle Drucker und Verleger des Landes seyen in größter Sorge und die Gegner der Regierung hätten dadurch einen bedeutenden Zuwachs oft einflußreicher Personen erhalten, der sich bei den Wahlen fühlbar machen werde.

Paris, 2. Juni. Wie der „Courrier de Lorient“ meldet, werden in dem Hafen von Lorient zwei schwimmende Batterien von Eisen auf die Werft gestellt. Ebenso soll nächstens mit dem Bau einer besonderen Art von Schiffen carapaces begonnen werden. Diese neuen Fahrzeuge werden zur Ausrüstung vier gezogene Stahlkanonen erhalten. (Fr. J.)

Nachdem die Pariser Regierungsblätter von dem Rückzug der französischen Truppen aus Syrien monatelang alles mögliche Unheil prophezeit, erklärt das „Pays“ nun, es herrsche dort die größte Ruhe, neue Metzeleien seyen in keiner Weise zu befürchten, was dem entgegen behauptet werde, sey Verleumdung. (Alles auf Befehl wie man's eben braucht.)

Italien.

Nachrichten aus Rom vom 29. Mai melden die Bildung eines bourbonistischen Comité unter religiöser Benennung. Präsident ist der Graf Trapani, Sekretär Clary; viele Angestellte der päpstlichen Polizei sind Mitglieder des Comité. (NB. nach sardinischen Berichten.) (N. Frkf. Z.)

Vom 1. Juni an wird der italienischen Armee keine Kriegszulage mehr ausgezahlt. Die Finanzen bedürfen der möglichsten Erleichterung; auch begreift Cavour so gut wie Bastoggi, daß jeder Schritt, den Italien thut, um das Vertrauen auf Erhaltung des Friedens zu befestigen, eine Aufmunterung für Handel und Gewerbe ist, welche ruhiger Tage so sehr bedürfen.

Die Turiner Blätter enthalten den Wortlaut eines Tagesbefehls, welchen Viktor Emanuel anläßlich des italienischen Nationalfestes am 2. Juni bei Vertheilung der neuen Fahnen, welche das Wappen von Italien mit dem savoyischen Kreuze vereint führen, an die Armee gerichtet hat. Es heißt darin u. A.: „Ihr habt, noch von den Erinnerungen an Goito und Pastrengo erfüllt, indem Ihr die lombardischen Felder durchzogt, mit Hülfe der berühmten Adler Frankreichs glänzende Lorbern errungen. Ein neuer Ruhmesglanz hat sich hierauf über die ganze Halbinsel verbreitet, und die Völker Italiens, indem sie sich mit Euch um das Banner der nationalen Unabhängigkeit drängten, haben Werke und Thaten vollbracht, deren sich unsere spätesten Nachkommen mit Dank und Liebe erinnern werden. Heute sind die Schicksale Italiens zur Reife gelangt. Soldaten! Ich überreiche Euch diese neuen Fahnen im Namen des wieder frei gewordenen Italiens; die Namen der gelieferten Schlachten sind auf ihnen verzeichnet.“

Türkei.

Konstantinopel, 25. Mai. Also steht es fest, daß die Franzosen Syrien verlassen, verlassen müssen. Hiesige, französische Ganze-Weltfresser sagen: Eh bien! Napoléon revolutionnera toute l'Europe. Als wenn nicht schon längst jeder, der nicht blind war, diese Aufwühlung hätte sehen können! War nicht Teleki der stehende Tischgast beim Hofe in Paris? Die Frage ist vielmehr die, kann Napoleon auf die allerwärts aufgewühlten Nationalitäten zählen? Wie es anderwärts ist, das weiß ich nicht, aber ich höre bei hiesigen Griechen, Armeniern, Bulgaren keine sehr erbaulichen Aeußerungen; es gibt allerdings nicht überlegende Menschen, die sich mit Wörtern lödern und in Fieberwuth treiben lassen, aber ein großer Theil der Gebildeten sieht klar, wo Napoleon überall hinaus will. Empfindlicher noch zeigen sich die Griechen dahier in ihren Aeußerungen seit den bulgarischen Wirren. Seitdem dankt der gebildete Grieche ebenso für eine Befreiung durch Frankreich als durch Rußland. Bezüglich Syriens ist mit Gewißheit anzunehmen, daß dort für die Christen nichts zu befürchten ist, wenn sie selbst nur Ruhe halten und nicht auf's Neue anfangen wollen. Es ist kein Zweifel, daß Frankreich Alles in der letzten Zeit aufgeboten hat, um irgend einen Grund zum Längerbleiben aufzuweisen; es hat aber Alles fehlgeschlagen, Aufhetzereien, falsche Berichte u. s. f. (Köln. Z.)

Amerika.

New-York, 18. Mai. Blätter von Neuorleans berichten, daß der bekannte Abolitionist, Kapitän Montgomery, mit 3000 M. von Kansas aus in Texas eingefallen ist und bereits das in die Hände der Separatisten gefallene Fort Washeta wieder genommen hat. Den ihm vom Kriegsminister in Washington ertheilten Weisungen gemäß wird sich Kapitän Montgomery zunächst in den Besitz der Forts Cobb und Arbuckee setzen. Unter den Texanern hat dieser plötzliche Ueberfall große Bestürzung erregt, zumal da man nun neue Plünderungszüge der Indianer fürchtet.

---

wird, dann entsteht ein Verhältniß, welches man weniger billigen kann; weil diejenigen Nahrungsmittel, auf welche die Menge des Volkes großentheils angewiesen ist, so wohlfeil als möglich bleiben sollten. Nun müssen wir zeigen, daß das Bier ungefähr doppelt so theuer gegeben wird (in Bezug auf den Gewinn), als der Tarif bestimmt. Diese Rechnung ist leicht. Der Tarif setzt eine gewisse Menge Bieres fest, die vom Schäffel Malz abgesotten werden soll, und auf diese genau und scharf bestimmte Menge (z. B. 6 Eimer Sommerbieres vom Schäffel) bezieht sich die Berechnung des Bierpreises. Nun werden aber jetzo (durch neue Erfindungen und Behandlungsarten) weit mehr, manchmal sogar das doppelte gewonnen, und doch bleibt der Preis der, welchen der Tarif zu einer Zeit bestimmte, als viel weniger gewonnen ward, folglich ist der jetzige Preis viel zu hoch, er gibt oft den doppelten Gewinn gegen den gesetzmäßigen. Die neuen Erfindungen sind folgende: I. Früher machte man Bier und Nachbier. Letzteres war um mehr als die Hälfte wohlfeiler, als das eigentliche Bier. Jetzo aber wird das Nachbier mit dem Biere vermischt, welche Vermischung dem Tarife nicht entspricht. II. Die Gußführung vor der Verleitgabe ist jetzo eine reichlichere, und damit dies weniger auffallend sey, spündet man das Bier, so daß es vielen Schaum erzeugt, und man hat den Leuten weiß gemacht, reichlicher Schaum sey Zeichen eines guten Bieres, was sich aber keineswegs so verhält. Niemand wird echtes, gutes Bier spünden und dadurch verdächtig machen; nur wenn das Bier gar zu ärmlich aussähe, spündet man es, damit dasselbe noch einigen Schein erhalte. Echtes Bier gibt es jetzo gar nicht mehr (ausgenommen hie und da in einem Kloster); denn seit 40 Jahren hat man die Beisetzung des Nachbieres, die Vermehrung der Gußführung und die Spündung so langsam und mit allmäliger Steigerung betrieben, daß die jüngere Welt vom echten, alten Biere gar keinen Begriff mehr hat, und doch gründet sich der Tarif auf das alte Bier! III. Ueberdies ist die Biererzeugung jetzo auch wohlfeiler als früher, weil durch Maschinen und andere Erfindungen viel erspart wird an Holz, Arbeitslohn und anderen Ausgaben. Unsere Bieruntersuchungen sind ziemlich nutzlos; sie schützen höchstens gegen gar zu große Verschlechterung, ja auf dem Lande, besonders in Niederbayern gewähren diese sogenannten Untersuchungen nicht einmal diesen Schutz; denn unglaublich ist es, wie schlechtes Bier man dort nicht selten bekömmt. Die Hauptaufsicht sollte gegen das erwähnte Spünden gerichtet seyn; denn gespündetes Bier ist gegen den Tarif, also ungesetzmäßig. Auffallend bleibt es auch, daß beim nämlichen Tarife, also bei gleicher Berechnung heuer ein höherer Biersatz zum Vorschein kam, als im Jahre 1817, obwohl damals die Gerste, also die Hauptsache, doppelt so theuer war als im letzten Winter, und auch der Hopfen beinahe den jetzigen Preis hatte. (Ob letztere Angabe richtig ist, möchten wir bezweifeln; beurtheilen können wir es nicht, da uns die Preise nicht bekannt sind. D. R.)

lichen Kinder letztwillig Verfügende zugleich eheliche Kinder hinterläßt."

Preußen. Vor der vierten Deputation des Berliner Stadtgerichts wurden am 31. Mai zwei Preßprozesse gegen zwei politische Antipoden verhandelt, gegen die „Volks-Zeitung" (radikal) und gegen das „Preußiiche Volksblatt" (von der Junker-Partei). Gegen die „Volks-Zeitung", weil sie bei einer Kritik der bisherigen Thätigkeit des Ministerium gesagt hatte, daß Preußen nie ein gedankenloseres Ministerium gehabt als das jetzige, daß seine Thatenlosigkeit ihm ein klägtiches Zeugniß ausgestellt habe, und das Vertrauen zu diesem Ministerium „Seynichts" scharf bemängelte. Gegen das „Preußische Volksblatt", weil es in einem Leitartikel mit der Ueberschrift „Herr v. Patow als Finanzminister" demselben vorgeworfen, daß er gar keine Befähigung zu seiner Stellung besitze, und Folgendes gesagt: „Es ist ein Unglück für alle hervorragenden Genies, daß das Schicksal ihnen eine ganz falsche Stellung im Leben zuweist, das Feldherrentalent auf die Kanzel schickt und dem Staatsmann seinen Platz im Rücken einer Hammelheerde anweist. So ist es auch dem Hrn. v. Patow gegangen, der von Natur zum Kalkulator bestimmt war und zu seinem Unglück Finanzminister geworden ist. Aber auch diese seine Befähigung als Kalkulator steht auf sehr schwachen Füßen." Ferner wird sein Vorschlag eines 5proz. Zuschlags auf die Einkommensteuer ein Experiment genannt, welches jeder kleine bankrotte Budiker machen könne; an anderer Stelle werden seine Finanzoperationen als geist- und herzlos bezeichnet.

Berlin, 3. Juni. Die „Preußische Zeitung" meldet: „Der Polizeipräsident v. Zedlitz hat einen Urlaub auf unbestimmte Zeit erbeten und denselben erhalten. Der Geheime Rath v. Winter ist kommissarisch mit der Verwaltung des Polizeipräsidium betraut worden. Die Geschäftsübergabe hat bereits stattgefunden." (Tel. d. Fr. Hdlsz.)

Sachsen. Leipzig, 1. Juni. Die politische Zeitbewegung geht darauf hinaus, den kleinen Adel aus den letzten Verschanzungen seiner privilegirten Stellung, die dem Volke zu kostspielig wird und gar nichts nutzt, zu vertreiben. Daß er sich dagegen mit dem Aufgebot aller Kräfte wehrt, ist sehr natürlich. Aber kein Gott wird ihn vor der Erfüllung seines nahen Geschickes retten, und noch weniger er sich selbst. Dazu zeigt er, bei manchen sehr anerkennenswerthen Eigenschaften, zu wenig Verständniß seiner eigenen Lage und noch weniger Verständniß von den allgemeinen Interessen des Vaterlandes. Die Verhandlungen unserer ersten Kammer über die kurhessische Verfassungsfrage haben dafür wieder einen Beweis geliefert. Dieselbe war mit dem bekannten in der zweiten Kammer angenommenen Antrage (auf Wiederherstellung der Verfassung von 1831) an sie herangetreten. Die betreffende Deputation der ersten Kammer schreibt dem Bundestage das Recht zu, jede Einzelnverfassung zu „beanstanden" und glaubt damit erwiesen zu haben, daß derselbe auch kompetent war, die kurhessische Verfassung aufzuheben. Ferner ist die Deputation der Ansicht, daß wenn der Bundestag auch Beschlüsse fasse, die außerhalb seiner Kompetenz liegen, doch es unpolitisch und unpatriotisch sey, gegen solche Protest zu erheben. — Dann meint die Deputation, daß ein Hinwirken unserer Regierung auf die Wiederherstellung der kurhessischen Verfassung von 1831 eine unbefugte Einmischung in die innern Angelegenheiten eines anderen Staates seyn würde. Und endlich hält die Deputation die Kammern nicht für kompetent, da eine Rückwirkung des Bundestagsbeschlusses in der kurhessischen Verfassungsangelegenheit auf die sächsische Verfassung nicht zu befürchten sey. In welchen Kreisen des deutschen Volkes werden diese Sätze nicht mit dem Lächeln der Geringschätzigkeit aufgenommen werden? — In der sächsischen ersten Kammer fanden sie nur bei 6—7 bürgerlichen Mitgliedern Widerspruch; aber keine einzige Stimme eines Adeligen erhob sich gegen sie. Herr v. Beust erklärte denn auch, daß er sich durch die Debatte dieser Kammer gestärkt und ermuthigt fühle in seinem Streben. Er möge verzeihen, wenn ich ihn für zu klug halte, als daß er sich durch diese kleine Schaar seiner Standesgenossen, die er weit übersieht, ermuthigen läßt. Ist er das wirklich, so wird er sicherlich nur in der augenblicklichen Lage Europa's seinen Grund dazu finden. Der bekannte Leo'sche Hecht in dem Karpfenteich scheint seinen Appetit gestillt zu haben und selbst Karpfennatur annehmen zu wollen. Das ist Alles. Aber traut ihm nur! (Z.f.Ndd.)

Hannover. Dem Obermedizinalkollegium, welches dem Bergkommissär Hildebrand, seinem ehemaligen Mitglied, nach dessen plötzlicher Entlassung in Folge seiner Theilnahme an der Versammlung vom 8. April ein anerkennendes Schreiben über seine langjährige Wirksamkeit in diesem Kollegio hatte zugehen lassen, ist, wie die „Ztg. f. Nordd." vernimmt, über diesen Schritt die „ernste Mißbilligung" höheren Orts zu erkennen gegeben worden.

Kurhessen. Ziegenhain, 30. Mai. Wieder ist einer von den bekannten Sieben (Anhängern der Verfassung von 1860) bei der heute hier stattgefundenen Landtagswahl der Landbürgermeister durchgefallen. Statt des vorigen Abg. Möller, welcher nur eine Stimme hatte, wurde Bürgermeister Schreiber aus Asterode mit allen gegen fünf Stimmen gewählt. Unser Kreis war immer als die kurhessische Vendée berüchtigt und war es namentlich seit Hassenpflug's Wiederauftreten durch seinen Abg. Knoch — vulgo Prügel-Knoch — erst recht geworden. Durch das heutige Wahlresultat wurden alle Mitwirkenden freudig überrascht, was sich in lauten „Hoch" Luft machte, als der Gewählte offen erklärte, daß er nur für Wiederherstellung des alten Rechtszustandes, welcher in der Verfassung von 1831 begründet sey, wirken werde. (Ztg. f. Nordd.)

Oesterreich. Es heißt, daß die Verhandlungen Englands mit Oesterreich wegen Ueberlassung einer Station für englische Kriegsschiffe an der dalmatischen Küste im Angesicht der immer drohender sich gestaltenden Verwickelungen im europäischen Theile der Türkei wieder aufgenommen seyen. Dieselbe Nachricht lief schon früher einmal um und wurde schließlich als grundlos widerrufen.

Senats ist Schweigen und Gehen; auch des Dogen Gefolge geht, Alles geht, Niemand weiß, warum; nur ein treuer Freund und der triumphirende Todfeind bleiben übrig. Endlich erfährt der Doge daß er aufgehört hat, Doge zu seyn. Ihn verletzt das nun nicht mehr, er ist verklärt und versöhnt, auch mit dem Todfeind, und in dieser Stimmung stirbt er hin. Jacopo Loredano erlebt noch mehr, er erlebt auch, daß des Dogen Gattin, die als das milde, weibliche Prinzip den starren, tyrannischen Politiker in ihrem Gemahl bekämpft hat, dem ruchlosen Vernichter ihres Sohns, ihres Gatten, ihrer Familie für das Alles mit Rührung dankt, weil diese Schicksale ihren Gatten auf den rechten Weg gebracht haben. Der alte Mann schließt die Augen, und das Stück ist zu Ende."

Eine Rezension in der „Augsb. Abendzeitung", die nicht so scharf über das Werk urtheilt, sagt u. A.: „Redwitz lieferte eben hier eine Tragödie in großem Style; er nahm den Stoff aus einem fern liegenden Kreise, für den wir keineswegs jenes angestammte Interesse hegen, wie für seine Augsburger Heldin und den Nürnberger Zunftmeister. Nur wenige kennen Lord Byrons „Beide Foscari", oder die an die Mythe streifende Historia dieses venetianischen Dogenstammes, und im Allgemeinen fühlt man sich eben nicht angemuthet durch jene korrupte republikanische Wirthschaft, bei welcher die Helden sammt und sonders dem verdienten tragischen Geschicke verfallen und die Frauen in unverschuldeten Jammer ohne alle dramatische Sühne gerathen. Der Dichter hat sich ziemlich treu an das Byron'sche Werk gehalten und nahm nur in so fern Aenderungen vor, als die Gestaltung drastischer Charaktere seinem dramatischen Zwecke angemessen schien; in dieser Richtung ist er auch von der geschichtlichen Mythe abgewichen, ohne deßhalb psychologisch fehl zu greifen; vielmehr sind gerade in dieser Beziehung die Charaktere mit interessanter Schärfe und Korrektheit durchgeführt. Der Doge büßt schwer die Schuld seines politischen Despotismus und die durch eine meuchlerische Vergiftung seines Feindes verübte Schuld. Der Hauptschuldige aber geht ganz leer von Strafe aus. In Bezug auf Anlage, Reichthum der Handlung und Charakteristik der Personen hat der Dichter gegen früher einen großen Schritt vorwärts gethan und in Bezug auf situationelle Effekte seine hohe dramatische Begabung nicht minder reichlich dokumentirt; die Motivirung der Handlung und ihrer Träger zeigt von seinem großen technischen Fortschritt, die Diktion — das Stück ist in gebundener Rede geschrieben — ist von blühendem poetischem Schwunge, dem sich der Dichter nur zuweilen in fühlbaren Längen hingab, so daß Kürzungen dem Totaleindruck gut zu statten kommen werden."

Der Bierpreis.

(Aus dem Münchner Boten.)

Bekanntlich ist unser Biertarif darauf eingerichtet, daß die Bräuer reich werden können, und das ist recht. Wenn man aber die Sache jetzt so dreht, daß der gesetzmäßige Gewinn verdoppelt

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 153.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 5. Juni 1861.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 3. Juni. Se. Maj. der König hat den temporär quieszirten Bezirksklassier Max v. Schantzenbach wegen fortdauernder Funktionsunfähigkeit in definitiven Ruhestand treten lassen; die kath. Pfarrei Waitenhofen, Ldg. Schongau, dem Priester K. Bechtold, Kaplan an der Stadtpfarrkirche zu St. Moritz in Augsburg; und die kath. Pfarrei Unterauerbach, Ldg. Neunburg v. W. dem Priester A. Pongratz, Schulexpositus in Pertolzhofen, Ldg. Oberviechtach, übertragen. (N.M.Z.)

Nach einer Bekanntmachung im Regierungsblatt sollen künftig die in die Pagerie neu aufzunehmenden Zöglinge im Alter von 13 und 14 Jahren stehen; doch werden in den Schuljahren 1861/62 und 1862/63 auch noch solche im Alter von 14—15 Jahren aufgenommen.

Der neulich von der II. Kammer angenommene Antrag des Abg. Dr. Barth lautet: „Hohe Kammer wolle beschließen: Es sey an Se. Majestät den König die Bitte zu richten, im Landtagsabschiede die in den nachstehenden Abschnitten 1 bis 7 enthaltenen Bestimmungen oder doch diejenigen dieser Abschnitte, welche dafür geeignet erachtet werden, in der Art mit Gesetzeskraft zu bekleiden; daß sie mit dem Tage der Verkündung des Landtagsabschiedes durch das Gesetzblatt in dem ganzen Umfange des Königreichs diesseits des Rheins in Wirksamkeit treten: 1) Die Geschlechtsvormundschaft betr. Die gesetzlichen Bestimmungen, wodurch Frauenspersonen lediglich ihres Geschlechtes wegen bei der Vornahme von Rechtsgeschäften oder bei der Führung von Prozessen an die Mitwirkung von Pflegern oder Beiständen gebunden werden, sind aufgehoben. 2) Die Intercessionen betr. Fremde Verbindlichkeiten kann ohne Unterschied des Geschlechts Jedermann auf sich nehmen, dem die freie Vermögensverfügung zusteht. Bürgschaftsverträge bedürfen zu ihrer Giltigkeit der schriftlichen Errichtung. Uebernimmt eine Ehefrau die Schuld eines Andern, sey es als Nebenschuldnerin oder sey es als Selbstschuldnerin neben dem Hauptschuldner, so ist hiezu noch die schriftlich ertheilte Einwilligung des Ehemannes erforderlich. Ist es die Schuld ihres Ehemanns, welche sie übernimmt, so wird außerdem zur Giltigkeit der Uebernahme die ausdrückliche Erklärung derselben in einer öffentlichen Urkunde gefordert. Alle entgegenstehenden Bestimmungen, insbesondere diejenigen, welche zur Errichtung des Bürgschaftsvertrages, sowie diejenigen, welche zur Giltigkeit der Intercession einer Frauensperson weitere Förmlichkeiten fordern, sind aufgehoben. 3) Die Einstandsrechte betr. Alle Arten des gesetzlichen Retrakts-, Näher-, Anfall-, Abtrieb- oder Zugrechts, so wie das Reunions- und das Reintegrationsrecht sind aufgehoben. Nicht begriffen hierunter ist das auf letztem Willen oder auf Vertrag beruhende oder zu Gunsten der Theilhaber an einer Gemeinschaft bei Veräußerung des Antheils eines andern Theilhabers an einen Fremden bestehende Vorkaufsrecht. 4) Die Form einiger Rechtsgeschäfte betr. Die in verschiedenen Statutarrechten enthaltenen civilrechtlichen Vorschriften, wonach Darlehensverträge, Cessionen, Quittungen, Verträge über Holzverkäufe außer Landes, Kauf- und Tauschverträge über Pferde und anderes Vieh gerichtlich errichtet oder vor Zeugen abgeschlossen oder vor dem Gemeindevorsteher beschrieben werden müssen, sind aufgehoben. 5) Die Rechtsfähigkeit der großjährigen Kinder unter väterlicher Gewalt betr. Großjährigen steht der Umstand, daß sie sich unter väterlicher Gewalt befinden, nicht entgegen, sich verbindlich zu machen. Die entgegenstehenden gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere das Senatus-Consultum Macedonianum sind aufgehoben. 6) Die Verletzung über die Hälfte betr. Bei entgeltlichen Verträgen, Theilungen ausgenommen, können aus dem Mißverhältnisse, welches zwischen dem Werthe der Leistung und dem der Gegenleistung stattfindet, für sich allein weder ein Anfechtungsgrund noch sonstige Ansprüche abgeleitet werden. Die hiermit in Widerspruch stehenden gesetzlichen Bestimmungen sind aufgehoben. 7) Die Erbseinsetzung außerehelicher Eltern und Kinder betr. Die gesetzlichen Bestimmungen, wodurch außerehelich erzeugte Kinder ihren Eltern gegenüber der Befugniß, diese zu Erben einzusetzen oder sie sonst letztwillig oder auch durch Schenkung unter Lebenden zu bedenken, entkleidet oder in der Ausübung dieser Befugniß besonderen Beschränkungen unterworfen werden, sind aufgehoben. Die gesetzlichen Bestimmungen, wodurch die Eltern außer der Ehe erzeugter Kinder diesen ihren Kindern gegenüber der Befugniß, dieselben zu Erben einzusetzen 2c. 2c., finden künftig nur dann Anwendung, wenn der zu Gunsten seiner außerehe-

---

* Der Doge von Venedig.

Die neue Tragödie von Oskar v. Redwitz, welche vorigen Freitag im Münchener Hoftheater zum ersten Mal aufgeführt wurde, fand beim Publikum eine überaus günstige Aufnahme. Weniger günstig spricht sich die Kritik in den uns bis jetzt darüber zu Handen gekommenen Beurtheilungen aus. Was den Inhalt des Stückes betrifft, so erzählt ihm der Berichterstatter der „Südd. Zeitung", der übrigens beiläufig gesagt, gar nicht gut auf dasselbe zu sprechen ist, folgendermaßen: „Francesco Foscari, Doge von Venedig, auf dem Gipfel seines Ansehens und Glückes und zugleich am Rande seines achtzigjährigen Lebens, entschließt sich, um des Staatswohls willen, seinem alten Todfeind Loredano völlige Versöhnung und als Pfand derselben dem jungen Jacopo Loredano die Hand seiner Tochter anzubieten. Der alte Loredano weist den Antrag schnöde zurück; Francesco Foscari — nach Allem, was wir hören, ein guter Republikaner, starrer Mann des Rechts, für den abstrakten Selbstzweck des Staates mit einer gewissen Brutalität begeistert — greift jetzt auf einmal kurzer Hand zum Mord und läßt seinen Feind vergiften. Der junge Loredano, bis dahin ganz Liebe zu Foscari's Tochter, der ihm bestimmten Braut, vernimmt seines Vaters Tod und lenkt sofort den Verdacht auf den wirklichen Urheber der Mordthat. Auf diesen Verdacht hin, der ihm vollkommen genügt, beschließt dieser Mann, der nichts weniger als ein gemeiner Wicht seyn soll, an dem Vater seiner Geliebten die fürchterlichste Rache zu üben. Den Mörder zu tödten, wäre ihm viel zu gering; er will ihn langsam von innen heraus ermorden. Jacopo Foscari, des Dogen Sohn, ist sein liebster Freund; an diesem beginnt er sein Rachewerk. Er verhaftet ihn, als Mitglied des Raths der Zehn, „auf Hochverrath", läßt falsches Zeugniß wider ihn aussagen und bewirkt seine Verurtheilung zu lebenslänglicher Verbannung. Dem Unglücklichen hat aber zuvor die Folter des Inquisitionsgerichts nicht blos die Glieder, sondern auch den Geist gebrochen. Unter irrsinnigen Phantasien vernimmt er den Spruch, den ihm sein eigener Vater verkünden muß. Mutter und Schwester erscheinen ebenfalls — man weiß nicht wie — im heimlichen Gericht der Zehn, und Jacopo Loredano hat nun Zeit genug, sich unter wechselnden Eindrücken von Mitleid und Befriedigung an dieser langen Jammerscene seiner Opfer zu weiden. So bricht denn auch schließlich der alte Doge, so herb er sich gegen die Gefühle seines Herzens wehrt, zermalmt zusammen. Vielleicht könnte es der Rache jetzt genug seyn. Jacopo Loredano ist anderer Meinung; am Anfang des 5. Aktes tritt er auf und erzählt uns, daß er nach langen Mühen seinen Hauptzweck erreicht hat: der große und der kleine Rath haben den Dogen entsetzt. Warum, erfahren wir nicht. Noch einmal erscheint der alte Mann im Festsaal seines Palastes, der Senat vor ihm, sein Gefolge zu seinen Seiten, und zeigt sich uns nun verwandelt, durch sein Schicksal zu einem andern Mann gemacht. Er findet den Zweck des Staates nicht mehr in dessen abstraktem Selbst (so, scheint es, hat er ihn bisher sich ausgelegt), sondern im Glück aller seiner Glieder und so vor Allem in einem menschlichen Regiment. Die Antwort des

Markte genommen, dagegen 1860er matt, da man die Ausgabe des Restes durch den Staat in Aussicht stellt. Preussische 100 Thlr. Loose Angesichts der Septemberziehung beständig steigend und dürften gegen den Zug hin noch höher gehen, da sie das einzige Looseffekt der preussischen Monarchie sind.

Von Kreditaktien haben österreichische bei lebhaftem Verkehr 5 fl. gewonnen; man wollte wissen, dass die Anstalt mehrere Posten ihres Effektenbestandes vortheilhaft realisirt habe. Die Spekulation in diesem Papier findet in der Chance der Valutenaufbesserung eine besondere Hülfe. Darmstädter matt.

Unter den pfälzischen Bahnen Bexbacher um 2 pCt. besser. Hess. Ludwigsbahn konnte den bis $106\frac{1}{2}$ gestiegenen Kurs nicht behaupten und schliesst um 1 pCt. niedriger. Dagegen bayer. Ostbahnen fest, zumal Quittungsbogen auf die von uns dargelegten Motive hin $\frac{1}{2}$ pCt. höher. Wir hören, dass die Jahreszinsen gegen Abstempelung bei den Hrn. M. A. v. Rothschild u. S. dahier erhoben werden können, es wäre aber dem ungeachtet eine offizielle bindende Bekanntmachung darüber sehr wünschenswerth. — Hanauer bleiben gedrückt. — Taunus erscheinen mit 317 (=$126\frac{3}{4}$ pCt.) spekulationswürdig. — Von Prioritäten österr. Westbahn $1\frac{1}{2}$ pCt. und 4proz. Bexbacher $\frac{1}{2}$ pCt. höher.

~~Der Ultimo ist günstig abgelaufen. In den Spekulations-Effekten~~ hielt die Contremine für auswärtige Rechnung den Hausse-Engagements die Wage und wurden billige Reports gemacht, in den andern Effekten eher bessere Zinsen bewilligt. Von Wechseln ist das Steigen der Wiener um 2 pCt. hervorzuheben, während Paris und London nachzugeben Miene machen. Man hatte eine Diskonto-Erhöhung in England befürchtet und da sie nicht erfolgt ist, stehen die Hoffnungen jetzt auf eine Herabsetzung. (Akt.)

Neueste Nachrichten.

* Der „Nürnberger Korr.", von dem jüngst eine Nummer mit Beschlag belegt wurde, gibt jetzt darüber den Aufschluß, daß dies wegen eines Artikels über das Lotto geschehen sey, worin u. A. gesagt war, die Regierung spiele beim Lotto mit den unteren Klassen ein (in dem Artikel näher qualifizirtes) Hazardspiel.

Berlin, 31. Mai. General v. Manteuffel hat gestern schon wieder seinen gewöhnlichen Vortrag beim König gehalten. Dasselbe ist mit dem Polizeipräsidenten v. Zedlitz der Fall. Beide Männer gelten als die beiden Kanäle, welche vom König zur konservativen Partei führen. (A. Z.)

Wien. Unter dem Titel: „Ein Kapitel über Legitimität" bringt die „Donauztg." eine Reihe von Artikeln, worin sie jene Anreden wörtlich wiedergibt, welche bei Gelegenheit der kaiserlichen Reise durch Ungarn (im Jahre 1852) von dem Fürst-Primas an den Landesfürsten gehalten wurden. Als der Kaiser am Morgen des 5. Juni 1852 auf dem Kriegsdampfer „Erzherzog Albrecht" nach Pesth kam, wurde er an der Landungsbrücke von dem Primas von Ungarn, umgeben von 22 Bischöfen, von der Generalität, den Vorständen der höchsten Civilbehörden, den k. k. geheimen Räthen und dem Pesther Gemeinderath erwartet. Der Kaiser verließ das Schiff und der von dem „nicht gekrönten" König ernannte Fürst-Primas hielt an den Monarchen am Ufer eine Ansprache, in welcher wörtlich folgende Stelle vorkam: „Seyen Euer k. k. apostolische Majestät gegrüßt in der Mitte Ihrer, nach diesem beseligenden und Ruhe spendenden Heile sich so sehnenden Unterthanen Ungarns! — gegrüßt von jenem Theile Ihrer vierzig Millionen Unterthanen, welcher außer der Beherrschung durch das erlauchte Haus Oesterreich keinen Gedanken hegt und ohne dieselbe keinen Augenblick des Daseyns fristet. Sey gegrüßt, unser gnädigster Herr, bei Deinem ersten beseligenden Tritte auf dieses Landes Boden, welchen Deiner ruhmgekrönten Vorfahren heldenmüthige Arme erworben, gegen die mehr denn einmal hindurch getobten Stürme geschützt, und den endlich die siegreichen Waffen Eurer Majestät aus der Mitte jener verheerenden Elemente, die in der nächsten Vergangenheit gewüthet und denselben mit einem gänzlichen Untergange bedroht hatten, herausgerissen und erhalten. Seyen Euer k. k. apostolische Majestät abermals gegrüßt in der heilerfüllten Mitte Allerhöchstihrer treuen huldigenden Diener, zum Dank hingerissenen Söhne."

Turin, 31. Mai. Der Ausschuß der Deputirtenkammer für die Nationalbewaffnung im Sinne Garibaldis beendigte seine Arbeiten und ernannte Carlo Cenzi zum Berichterstatter. Der Ausschuß beantragt einstimmig die Organisation von 220 Bataillons Nationalgarde zu 650 bis 700 Mann, wobei auf 100,000 Einwohner ein Bataillon entfiele. Die Offiziere sollen vom Kriegsministerium ernannt werden, welches deren Bewaffnung und Equipirung vornimmt. (Tel.d.Ostd.Post.)

New-York, 22. Mai. Präsident Lincoln beabsichtigt keinen unmittelbaren Angriff. Er acceptirte die Marinebestimmungen des Pariser Kongresses von 1856.*) Davis, Präsident der abgefallenen Südstaaten, ist in Pensacola angekommen. (T.d.A.Z.)

*) Die Staaten, welche zu diesem Friedensschluß mitwirkten, erklärten, daß sie keine Kaperbriefe mehr in Kriegszeiten ertheilen würden. Die vereinigten Staaten von Nordamerika wollten damals diese Bestimmungen nicht annehmen, obwohl sie ausdrücklich zum Beitritte eingeladen wurden. Jetzt aber scheint Präsident Lincoln diese Bestimmung plötzlich ganz schön zu finden, da die abgefallenen Südstaaten sofort Kaperschiffe ausgerüstet haben, welche dem Handel der Nordstaaten großen Schaden thun können.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Röblmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	—
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$64\frac{1}{4}$ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$57\frac{1}{4}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$49\frac{1}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$43\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$88\frac{1}{4}$ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. R. (C. b. R.)	$102\frac{7}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102\frac{3}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$103\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$100\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{7}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{8}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$103\frac{3}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$95\frac{1}{2}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{1}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	94 G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$98\frac{3}{4}$ P.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$49\frac{1}{2}$ P.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt. „ „ „	43 P.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$99\frac{3}{4}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$109\frac{3}{8}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	674—72 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	154 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	186 P. 185 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	74 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$70\frac{1}{4}$ G.
Internationale Bank in Luxemb. . .	84 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	318 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$67\frac{3}{4}$ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	236 P.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	121 G.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$76\frac{5}{8}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$22\frac{1}{4}$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$135\frac{1}{2}$ G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$99\frac{1}{2}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 G.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	235 P. $234\frac{1}{2}$ G ex C.
Span. Handels- u. Industrie . . .	525 P. 522 G.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	475 P.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$104\frac{3}{8}$ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. $100\frac{1}{2}$ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$98\frac{1}{4}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	$87\frac{7}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{5}{8}$ B. $\frac{3}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	$93\frac{1}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{5}{8}$ B. $\frac{3}{8}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$86\frac{1}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	83 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$49\frac{1}{2}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	65 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$131\frac{1}{2}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$62\frac{7}{8}$—63 G.	„ fl. 25 do.	$35\frac{5}{8}$ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$100\frac{3}{8}$ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$35\frac{1}{4}$ P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	$121\frac{1}{2}$ G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	51 P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	38 P.
Badische fl. 50	90 P.	Vereins-Loose fl. 10.	$16\frac{1}{4}$ P.
Badische fl. 35	53 P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$11\frac{1}{4}$ P.

Frankfurt, 3. Juni. Auch heute verkehrten österr. Fonds und Kreditaktien in steigender Tendenz, welche nur durch geringe Schwankungen unterbrochen wurde. Besonders in National und Kreditaktien war der Umsatz von Bedeutung. Auch für Darmstädter Bankaktien und Bexbacher Eisenbahn zeigten sich Käufer zu höheren Kursen. (Synd.)

lösung der bourbonischen Armee, bemerkt Nigra in dieser Beziehung, sowie die zu Ende des Jahres ergriffenen Maßregeln in Betreff der Südarmee, die Kapitulation von Gaeta, welche Franz II. gestattete, in Rom seinen Sitz zu nehmen, das Alles habe zusammengewirkt, um der italienischen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten; indeß die Wirren, welche in den neapolitanischen Provinzen sich zeigten, seyen daraus allein nicht zu erklären. Das Uebel liege tiefer! Die zeitgenössischen Geschichtswerke, von dem Colletta-schen an, seyen voll von Klagen über die bourbonische Verwaltung; aber die Fäulniß übersteige, wie sie sich nunmehr herausstelle, alle Begriffe. „Mit einzelnen sehr achtbaren Ausnahmen", sagt er, „kannte der Richterstand nur Augendienerei gegen die Rachlust der Herrscher; der Einzelne wie die Gemeinde wurde gemaßregelt nach Möglichkeit; die ehrenhaftesten Bürger bevölkerten die Gefängnisse und Galeeren, und wurden unter das scheußlichste Gesindel gesteckt. Die Verbannungen nahmen kein Ende. Die Aemter wurden Günstlingen oder den Meistbietenden übertragen; die Beamtenzahl hatte sich aus diesem Grunde verzehnfacht; die höchsten Beamten schwelgten im Ueberfluß, alle anderen wurden erbärmlich bezahlt, daher überall Willkür, Bestechlichkeit. Viele Beamtenkinder erhielten schon in der Wiege Stellen, um durch Anciennetät emporzukommen. Der Volksunterricht war durchaus ungenügend, der Gymnasial- und Universitäts-Unterricht verwahrlost. Daher überall Unwissenheit. Für Verkehrsmittel geschah wenig, und die Straßen waren unsicher, der Handel im Verhältniß der unermeßlichen Schätze des Landes gering, die Industrie wenig entwickelt. So kam die Armuth zur Dummheit hinzu. Die reich dotirten Wohlthätigkeiten wurden erschöpft durch die ungeheure Masse von Verwaltungsbeamten, die durchschnittlich drei Viertel der Einnahmen vorweg nahmen. In der Verwaltung, dem Heere, den öffentlichen Arbeiten, überall blühte die Camorra, überall herrschte die Spitzbüberei. Die Polizei war frech, boshaft, niederträchtig und hatte den Ruf und Sicherheit der Bürger in Händen. Alle Gesetze, alle Vollmachten unterlagen der Willkür des Königs." Ein düsteres Bild entwirft Nigra namentlich von dem Klerus und der Armee, den beiden Haupthandhabern, um das Volk zu halten. In den neapolitanischen Provinzen gibt es 20 Erzbischöfe und 77 Bischöfe, welche jährlich 1,956,216 Fr. Einnahme haben. Schließlich spricht Nigra die Ueberzeugung aus, daß trotz alledem die bourbonische Dynastie keine Wurzel mehr im Lande habe; das Gewissen sey im Volke erwacht, der Nationalgeist angeregt, ja, selbst diejenigen, welche vor einigen Monaten noch über Piemontesirung geschrieen, verlangten jetzt die Verpflanzung von norditalienischen Beamten nach dem Süden, und Alles in Allem betrachtet, müsse man staunen, daß bei solcher schauderhaften Mißregierung sich im Volke noch so viel Gesundheit und Sinn für verbesserte Zustände erhalten habe.

* Garibaldi hat an den Präsidenten der „unitarischen Gesellschaft" zu Palermo folgendes Schreiben gerichtet, das eines Commentars nicht bedarf, da es deutlich genug die Ziele und Gedanken des Schreibers kundgibt: „Caprera, 10. Mai. Herr Präsident! Ich bin der in Palermo gegründeten italienischen, unitarischen Gesellschaft für die Ehre sehr dankbar, welche sie mir durch die Wahl zu ihrem Ehren-Präsidenten widerfahren ließ. Da ich durch die englischen Journale erfahren habe, daß die Rede davon sey, Sardinien dem Papst zu geben, so ist mir der Gedanke gekommen, dem Gutachten Ihrer Gesellschaft, zu welcher ich jetzt die Ehre habe zu gehören, folgenden Entschluß vorzulegen, dessen Prinzipien, wie es nöthig wäre, nicht allein unter den Gesellschaften, sondern auch unter dem ganzen italien. Volk zu verbreiten seyn würden: „„In Anbetracht, daß Christus, indem er auf Erden die Gleichheit unter Menschen und Völkern verkündete, sich den Dank und die Liebe Aller erwarb —, gehören wir zu der Religion Christi. In Anbetracht, daß der Papst, die Kardinäle, die Sanfedisten, alle Söldknechte Italiens und die in Rom vereinigten Spione, das Haupthinderniß der Einigung Italiens sind, indem sie den Bürgerkrieg hervorrufen und unterhalten — gehören wir nicht zu der Religion des Papstes. Aus diesen Gründen beschließen wir: Erster und einziger Artikel: daß der Papst, die Kardinäle u. s. w. auf der Stelle ihren Wohnsitz (Cottega) ändern und sich so weit als möglich von Italien entfernen, indem sie diese unglückliche italienische Nation, welche sie seit Jahrhunderten gemartert haben, sich definitiv konstituiren lassen."" Mit Liebe und Dankbarkeit, Ihr G. Garibaldi."

In Palermo sind „im Interesse der öffentlichen Sicherheit" einige Verhaftungen vorgenommen worden. Ein Theil der Kompromittirten wurde nach Sardinien gebracht, darunter der Abbé Coeli, der Fürst Spadafora, der General Corrao und ein gewisser Guccione.

Türkei.

Das französische Kabinet hat der Pforte eine Eröffnung zugehen lassen des Inhalts, daß, welches auch das Resultat etwaiger militärischer Operationen Omer Pascha's seyn möge, Frankreich auf keinen Fall eine Veränderung der „staatsrechtlichen Stellung" Montenegros gestatten könne und werde, welche dessen gegenwärtige Unabhängigkeit alterire. Von Rußland soll eine ähnliche Kundgebung entweder schon erfolgt seyn oder doch bevorstehen. (Das läßt sich denken, daß Rußland und Frankreich diesen Heerd ewiger Unruhen in der Türkei nicht wollen vernichten lassen.)

Omer Pascha's wohlvorbereitete Proklamation an die Bosniaken hat die erwartete Wirkung nicht gehabt. Die Empörer weigern sich die Waffen niederzulegen, und erklären nur der Gewalt weichen zu wollen. Es fragt sich nun, ob Omer Pascha stark genug ist, sie zu Paaren zu treiben. Er will seine Operationen sofort beginnen.

Nichtpolitische Zeitung.

Eben jetzt, wo der ungeheuren und alljährlich noch mehr anwachsenden Kohlenproduktion Sachsens der leichtere Transport der Steinkohlen ins Ausland in höherem Grade ermöglicht werden soll, ist wiederum ein außerordentlicher Kohlenfund im Hedwigschacht bei Oelsnitz im Obererzgebirge gemacht worden. Ein über zweiundzwanzig Ellen hohes Flötz der schönsten Pechkohle ist ein so außerordentliches Ereigniß, daß Wissenschaft und Industrie gleich erregt seyn müssen. Nun ist später sogar ein Flötz, sechs Ellen tiefer, angetroffen worden, dessen Mächtigkeit noch nicht genau bekannt ist. Einfache Bauern werden durch solche Funde zu Millionären. Das Dorf Bockwa z. B. war vor einem Menschenalter noch ein schlichtes, ärmliches Dorf, dessen Bauern, die barfuß zu Felde gingen, gleich Tagelöhnern arbeiten mußten; das heutige Bockwa, durch die mächtigen Kohlenlager in seinem Boden zu einem der reichsten Dörfer der Erde gemacht, sieht aus wie das moderne Rentiersviertel einer Großstadt, und manche seiner Bewohner haben eine Einnahme von 100 Thlrn. — täglich. Aber die Bockwaer haben — zu ihrer Ehre sey es gesagt — die gefahrvolle Metamorphose glücklich überstanden; sie leben herrlich und in Freuden, aber in unsinnige Verschwendung ist nicht Einer ausgeartet und sie spekuliren sogar nur höchst selten und vorsichtig.

* Mannheim. Die Gesellschaft „Deutsche Tonhalle" dahier macht bekannt, daß sie unter den 261 vaterländischen Gedichten, welche in Folge des Ausschreibens vom Juni 1850 bis Ende September v. Js. eingelaufen sind, dem Gedichte Nr. 38 von Karl August Mayer in Mannheim mit dem Motto: „Schlag' deine Augen auf, die blauen, Germania!" den Preis zugesprochen habe. Belobungen wurden zuerkannt 6 anderen Gedichten.

Aus Belgien. Verschiedene Gemeinden an der Maas wurden am Mittwoch gegen zwei Uhr Nachmittags von einem furchtbaren Gewitter heimgesucht. Der Regenstrom war so stark, daß in zwei Stunden die Maas $3\frac{1}{2}$ Fuß stieg. — Dinstag Abends richtete ein ähnliches Gewitter in der Umgegend von Mons ungeheure Verwüstungen an. Das Kloster in Hautrages wurde vom Blitz getroffen, das ganze Dach, der Thurm der Kirche brannte nieder, die beiden Glocken schmolzen.

Handels- und Börsenberichte.

Frankfurter Börse (vom 27. Mai bis 1. Juni).

Samstag. Wenn schon der schwarze Friedensapostel in der allgemeinen Politik noch nicht allenthalben zu Ehren gekommen ist, so scheint er doch vorderhand an den Börsen vollkommen reussirt zu haben. Auch die unsrige, die schon seit Wochen die Initiative der Hausse ergriffen hat, bleibt sich konsequent und die günstigste Stimmung ist mit kleinen Unterbrechungen vorherrschend. Süddeutschland folgt der Tendenz und schickt die lange müssig gelegenen Baarbestände zum Ankauf von Effekten, so dass mehr Gulden und Kronthaler in Zirkulation sind, als seit geraumer Zeit. Gerathen bleibt es darum aber immer, zeitweise das Fenster zu öffnen und nach dem Wetter auszuschauen. Und da zeigen sich denn noch manche schwarze, drohende Wolken und wetterleuchtet es an allen Theilen des Horizontes. Die Situation ist und bleibt gespannt, der Friede nur ein ephemeres Glück, das über Tag und Nacht zu Nichte werden kann.

Die Spekulation beschäftigte sich natürlich, wie immer, vornehmlich mit österr. Effekten, welche im Lauf der Woche 1 bis $1\frac{1}{2}$ pCt. gestiegen sind. Bei der herrschenden Friedensluft kümmert man sich vielleicht zu wenig um die ungarischen Zustände und die Finanzlage des Kaiserstaats.

Der Verkehr in süddeutschen Fonds war ziemlich lebhaft, Kurse sehr fest, $4\frac{1}{2}$proz bayerische besser bezahlt, in fremden Staatspapieren der Umsatz von geringer Bedeutung. Die Aufmerksamkeit routinirter Börsenmänner lenkt sich auch hier auf die 5proz. Sardinischen, deren Kurs ungefähr 72 ist. — Von Loosen wurden österr. Kreditloose zu erhöhten Preisen vom

nothwendig wurde, gab der klägliche Zustand der Zeughäuser und der Materialvorräthe zur Genüge diesen Gerüchten neue Nahrung. Neuerlich war nun die Sache im Finanzausschuß der Kammer der Abgeordneten wieder in Anregung gebracht worden, indem der Referent über das Militärbudget den Antrag stellte, daß die Hauptkriegskasse so wie alle andern Kassen einer regelmäßigen Superrevision unterstellt würden. Der Kriegsminister aber glaubte das Ansinnen mit Berufung auf den bisherigen Brauch ablehnen zu müssen. Da erließ der König aus eigener Machtvollkommenheit die Weisung, daß bei der Kriegskasse ganz wie bei den Civilkassen eine Revision durch den Oberstrechnungshof nach Maßgabe der bestehenden Verordnungen stattzufinden habe. Durch diesen Erlaß ist nicht nur einer sehr unliebsamen Diskussion der Kammer vorgebeugt, sondern auch ein Mißtrauen beseitigt worden, das von früheren Zeiten her noch immer seine Nachwirkung äußerte und bei den ungewöhnlich hohen Forderungen für die Militärbedürfnisse nur zu leicht neue Nahrung gewinnen konnte. Der König hat dadurch zugleich seine Willensmeinung an den Tag gelegt, daß er sich jeden Einflusses auf die Kriegskasse enthalten wolle.

(Frkf. Postztg.)

Preußen. Die „Kreuzztg." hatte sich beeilt, über das Twesten-Manteuffel'sche Duell einen eingehenden Bericht zu bringen, der die Sache so hinstellte, als ob Twesten gefordert und Manteuffel nicht umhin gekonnt habe, die Forderung anzunehmen. Die „Nat.-Ztg." bringt jetzt Mittheilungen der Sekundanten des Hrn. Twesten, die im Wesentlichen folgendermaßen lauten: Der General v. Manteuffel schrieb am 24. Mai an den Stadtgerichtsrath Twesten, daß er vernommen, daß letzterer der Verfasser der Broschüre „Was uns noch retten kann" sey, daß es ihm Nothwendigkeit sey, Gewißheit hierüber zu erlangen und daß Twesten es billigen werde, wenn er ihn ersuche, ihm Auskunft zu geben. Twesten erwiderte, daß er der Verfasser und daß er im Uebrigen gern bereit sey, dem Herrn General über die Motive, welche ihn bei Abfassung der betreffenden Stelle geleitet hätten, nähere Auskunft zu ertheilen. v. Manteuffel dankte in einem Schreiben von dem nämlichen Tage für die offene Antwort, welche ihm auf seine Anfrage ertheilt worden sey, und bemerkte, daß ihm jetzt nicht eine anonyme Schrift, sondern der Hr. Stadtgerichtsrath Twesten gegenüberstehe, der öffentlich über ihn geurtheilt und seinen Namen der öffentlichen Mißachtung Preis gegeben habe. Er ersuche ihn ergebenst, die Stellen der fraglichen Broschüre, welche über seine Person und seine dienstliche Wirksamkeit urtheilen, durch eine öffentliche Erklärung zurückzunehmen. Twesten erwiderte (wörtlich): er habe nicht anonym geschrieben, um eine Verantwortlichkeit abzulehnen, sondern nur weil er dieß für die Wirkung der Schrift zweckmäßiger gefunden habe. Er bitte den Herrn General, überzeugt zu seyn, daß er nicht in der Absicht geschrieben, einen hochstehenden und charaktervollen Mann anzugreifen — nur von Angriffen könne die Rede seyn, nicht von Mißachtung — er habe gegen eine Einrichtung geschrieben, welche er mit vielen anderen für gefährlich und unheilvoll halte, und er habe es für nothwendig gehalten, unter den jetzigen politischen Verhältnissen die Aufmerksamkeit darauf zu lenken; freilich könne man nicht gegen Institutionen auftreten, ohne über Personen zu urtheilen; zurücknehmen könne er nichts von dem, was er gesagt habe. Darauf wurde am 25., wenige Stunden nach Absendung dieses Briefes, Twesten durch zwei Generale, nachdem dieselben den nochmaligen vergeblichen Versuch gemacht hatten, die geforderte Erklärung zu erlangen, die Forderung überbracht und das Duell auf den 27. festgesetzt. Vor Beginn desselben versuchten die beiderseitigen Sekundanten, eine gütliche Ausgleichung herbeizuführen, und vereinigten sich zu dem Ende über eine von Twesten abzugebende Erklärung des Inhalts, daß er nach eingehender Prüfung sich überzeugt habe, daß die von ihm in seiner Schrift über die dienstliche Stellung und Wirksamkeit des Hrn. General v. Manteuffel gemachten Angaben auf einer nicht hinlänglich genauen Kenntniß der Verhältnisse beruht haben. Twesten glaubte indessen, die Ausstellung dieser Erklärung ablehnen zu müssen, weil er sich dadurch moralisch vernichte, und es sich hier nur darum handle, das Prinzip zu konstatiren, daß Jeder, der sich herausnehme, in einer politischen Schrift sich über militärische Einrichtungen, über die Stellung und Wirksamkeit von Militärs auf eine unliebsame Weise zu äußern, mit der Pistole zurückgewiesen werde. Nachdem die Aufstellung erfolgt und das Zeichen gegeben war, avancirte Twesten bis zur Hälfte der Distanz und zielte, während der General v. Manteuffel auf seinem Platze verharrte. Erst als Letzterer gleichfalls die Pistole anlegte, gab Twesten in der Meinung, daß a tempo geschossen werden würde, Feuer und fehlte. Manteuffel senkte die Pistole wieder, trat hart an die Barriere und sprach etwa Folgendes: „Herr Twesten, Sie haben sich in der ganzen Angelegenheit als ein Ehrenmann benommen; es ist zwar ungewöhnlich, in einem solchen Augenblicke seinen Gegner noch anzureden; ich habe indessen keine Rancune gegen Sie, bin es aber meiner Stellung und meiner Ehre schuldig, von Ihnen eine unumwundene Erklärung zu fordern, und ich frage Sie daher, ob Sie nicht jetzt noch zur Ertheilung derselben sich bereit erklären wollen." Twesten erwiderte: „Herr General, ich habe bereits erklärt und ich wiederhole es, daß es mir nicht in den Sinn gekommen ist, die Ehrenhaftigkeit Ihres Charakters anzugreifen und Ihnen irgend welche persönliche Beleidigung zuzufügen; was ich in der Schrift gesagt habe, habe ich nach Inhalt und Form für richtig und angemessen gehalten, ich halte es noch dafür und vermag von dem Gesagten kein Wort zurückzunehmen." Manteuffel trat hierauf von der Barriere wieder in seine ursprüngliche Stellung zurück, zielte und schoß. Twesten ließ den rechten Arm sinken; die Hand bedeckte sich mit Blut, worauf General Manteuffel erklärte: „Es ist gut! Ich hoffe, es ist nicht von Bedeutung. Jetzt, Herr Twesten, geben Sie mir Ihre Hand. Twesten erwiderte: „Herr General, die Rechte kann ich Ihnen nicht mehr geben, hier nehmen sie meine Linke." Es fand sich, daß die Kugel beide Knochen des Unterarmes zerschmettert hatte. Der gegenwärtige Zustand des Verwundeten berechtiget jedoch zu der Erwartung einer vollständigen Wiederherstellung.

§ **Oesterreich.** Wien, 1. Juni. (Priv.-Korrespond.) Die Regierung ist, wie man hört, entschlossen, das Protestanten-Patent auch in Tyrol durchzuführen; die Bestrebungen gegen dasselbe werden dem Vernehmen nach in der That nicht von der gesammten Bevölkerung Tyrols getheilt, und wo sich dieselbe unbeeinflußt äußern kann, zeigt sie sich keineswegs intolerant.

Frankreich.

Paris, 1. Juni. Gestern wurde im gesetzgebenden Körper Busson's Bericht über das Budget für 1862 vertheilt. Bemerkenswerth ist, außer der Befürwortung einer Politik des Friedens und der freien Entwicklung des Nationalgeistes, das Dringen des Berichterstatters, obgleich er eine große Idee von Frankreichs „unermeßtichen Hülfsquellen" hat, darauf, daß die Regierung ihre ernsteste Aufmerksamkeit auf eine Finanzlage richten möge, welche unter der Last der Militär-Bedürfnisse seufze, während in Zeiten des Friedens zu großen Unternehmungen des gemeinen Besten die Staatsmittel vorzugsweise verwandt werden sollten. Wohin Frankreich bei seiner jetzigen Wirthschaft kommt, erhellt daraus, daß die schwebende Schuld am 1. Januar 1857 schon die Höhe von 965 Millionen erreicht hatte, der Ausfall des Jahres 1860 wiederum auf mindestens 100 Millionen geschätzt wird und das Budget für 1861 einen neuen, noch gar nicht zu berechnenden Ausfall in Aussicht stellt. Das Ausgabebudget für 1862 übersteigt das für 1861 wieder um 90 Millionen, — wahrlich Grund genug für einen besonnenen Budgetausschuß, der Regierung die Wahrheit zu sagen. Aber freilich sobald der Berichterstatter auf das Kapitel Kriegsbudget kommt, macht er eine Verneigung und bemerkt, der Ausschuß habe nicht gewagt, namhafte Abzüge im Kriegshaushalte vorzuschlagen. Die Minorität (Favre, Ollivier und Picard) hatte einen Abzug von 30 Mill. verlangt, doch um nicht wegen der Militärunkosten in Verlegenheit zu setzen, will die Majorität bescheidentlich nur um Nichtüberschreitung des Ausgabe-Budget für Militärwesen von 1861, also um Streichung der Vermehrung für 1862 um $2\frac{1}{2}$ Million bitten. (Köln. Z.)

Italien.

Turin, 30. Mai. Umbrien wird von aufständischen Banden durchzogen. Die Regierung veranlaßte deshalb eine Vermehrung der Truppen, sowie die Mitwirkung der Nationalgarde.

Nigra hat, bevor er seinen Posten als Generalsekretär in Neapel verließ, an die italienische Regierung eine Denkschrift gerichtet. In diesem Aktenstücke weist Nigra nach, daß die materielle Lage der italienischen Südprovinzen sich unter der Statthalterschaft des Prinzen Carignan wesentlich gebessert habe und daß, wenn die politische Situation derselben gegenwärtig noch viel zu wünschen übrig lasse, der Grund in der Desorganisation und den durchaus faulen Zuständen zu suchen sey, die sich unter der Bourbonenherrschaft entwickelt haben. Nigra sucht nun seinen Satz zu beweisen und die Behauptungen zu widerlegen, die Franz II. neuerdings wieder in einem seiner diplomatischen Rundschreiben aufgestellt hat, als seyen die jetzigen Wirren in beiden Sizilien nur Folgen der Sehnsucht ihrer Bevölkerungen nach den früheren Zuständen und ihrer Antipathie gegen die Piemontesen. Die Auf-

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 152.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	58. Jahrgang.	Dinstag, 4. Juni 1861.

Die Mainzoll-Konferenz.

Die „Karlsr. Ztg." schreibt über das Ergebniß der Münchener Konferenz über Ermäßigung der Mainschifffahrtsabgaben. Sicherem Vernehmen nach sollen die Mainzölle, mit Ausnahme der Holzzölle, welche unverändert bleiben, in der Art herabgesetzt werden, daß statt der bisherigen ganzen und Viertelsgebühr Baden $^1/_5$, beide Hessen und Nassau $^1/_4$ und Frankfurt $^1/_{10}$ der bisherigen Sätze für die ganze Gebühr, und statt der bisherigen Zwanzigstelgebühr alle vorgenannten Staaten $^1/_5$ der für die ganze Gebühr gebildeten neuen Sätze erheben lassen, wonach sich für die einzelnen Stationen folgende Sätze ergeben:

	zur vollen und Viertelsgebühr	zur Zwanzigstelgebühr
für Wertheim vom Zollzentner	2 Pfennige	$^6/_{20}$ Pfennige;
„ Steinheim „ „	$^1/_2$ „	$^2/_{20}$ „
„ Hanau „ „	$^3/_4$ „	$^3/_{20}$ „
„ Frankfurt „ „	$^1/_2$ „	$^2/_{20}$ „
„ Höchst „ „	$1^1/_4$ „	$^5/_{20}$ „
im Ganzen	5 Pfennige	1 Pfennig
oder	$1^1/_4$ Kreuzer	$^1/_4$ Kreuzer.

Auch die Rekognitionsgebühren, welche auf dem Rhein nach der jüngsten Uebereinkunft unverändert bleiben, sollen für den Main in der Art herabgesetzt werden, daß sie für die fünf ersten Klassen der Schiffe (von 600 Centner bis 3000 Centner Ladungsfähigkeit) auf der ganzen Strecke von Wertheim bis in den Rhein nur beiläufig noch die Hälfte des seitherigen Betrags ausmachen, und daß die Gebühren für die (seitherigen) fünf weiteren Klassen der Schiffe (von 3000 Centner bis über 5000 Centner Ladungsfähigkeit) der Gebühr für die Schiffe von 2500 Centner Ladungsfähigkeit und darüber gleichgesetzt werden. Für die einzelnen Stationen soll der Rekognitionsgebührentarif folgender seyn:

	für Wertheim fl.	kr.	für Steinheim fl.	kr.	für Hanau fl.	kr.	für Frankfurt fl.	kr.	für Höchst fl.	kr.
von 600 Ctr. u. unter 1000 Ctr.	—	24	—	8	—	10	—	6	—	15
„ 1000 „ „ „ 1500 „	—	48	—	20	—	20	—	12	—	30
„ 1500 „ „ „ 2000 „	1	12	—	30	—	30	—	18	—	45
„ 2000 „ „ „ 2500 „	1	36	—	40	—	40	—	24	1	—
„ 2500 Centn. u. darüber	2	—	—	50	—	50	—	30	1	15

Außer dieser Herabsetzung der Mainzölle und der Rekognitionsgebühren in den betreffenden Klassen wurde noch weiter verabredet, daß a) einzelne Waarenartikel, wie namentlich Eicheln, gedörrte und gebrannte; Eisenvitriol, Feldspath, Flußspath und Derbyspath, unverpackter; Galmeierz, Häringe, Krapp und Garancine; Meergelschiefer, bituminoser; Schmelztiegel, irdene, aus der seitherigen höheren Gebührenklasse in die Ausnahmsklasse (Zwanzigstelgebühr) herabgesetzt, und daß b) die durch den früheren Tarif bewilligten Ausnahmesätze für Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl, Mühlenfabrikate und Kleesamen auf den Stationen Höchst und Hanau abgeschafft werden sollen. Endlich soll zur weitern Erleichterung des Mainverkehrs von den Bevollmächtigten der meisten Mainuferstaaten die Geneigtheit ausgesprochen worden seyn, den Schiffern und Flößern zu gestatten, bei jedem Mainzollamte, bei welchem sie ab- oder vorbeifahren, zugleich die schuldigen Abgaben für folgende Mainzollstätten, welche sie auf der Fahrt passiren, mit der Wirkung vorauszubezahlen, daß sie bei letzteren nicht anzuhalten brauchen. Die Uebereinkunft soll mit dem 1. Aug. d. J. in Vollzug treten.

Deutscher Bund.

Aus einem Leitartikel der „Karlsruher Ztg." über die Bundeskriegsverfassung geht mit ziemlicher Sicherheit hervor, daß Baden einstweilen keine Militärkonvention mit Preußen abzuschließen denkt. (Zeit.)

Während der Pfingstwoche war die Deputation des deutschen Juristentags in Berlin versammelt. In Berlin war man darüber verstimmt, daß die Angelegenheit einer gemeinsamen deutschen Prozeßgesetzgebung, welche nach den Wünschen des Juristentages Preußen in Verbindung mit Oesterreich unmittelbar bei den übrigen deutschen Regierungen betreiben wollte, nun nach dem Verlangen Oesterreichs vorerst an den Bundestag gebracht werden sollte. Man weiß ja, daß Preußen unausgesetzt dahin strebt, den Bundestag dadurch trocken zu legen, daß es jede gemeinnützige Einrichtung in Deutschland ohne dessen Mitwirken durch Vereinbarung der einzelnen Staaten zu Stande zu bringen sucht. Aber ein einseitiges Vorgehen Preußens hätte einen Bruch herbeigeführt, der in einer gemeinsamen Kulturfrage am allerwenigsten gerechtfertigt war: und das zu verhindern, auf eine Verständigung hinzuwirken, forderte das nationale Interesse. Nach eintäglichen Verhandlungen und Besprechungen vereinigte sich die Deputation (in ihren preußischen und nichtpreußischen Mitgliedern), den einstimmigen Wunsch auszusprechen: „Es möge von den deutschen Regierungen das nationale Ziel einer einheitlichen Prozeßgesetzgebung mit Entschiedenheit angestrebt und dabei verhütet werden, daß auf dem Wege zu diesem hohen Ziele Schwierigkeiten bereitet würden, an welchen die Erreichung desselben scheitern könnte, oder daß durch Meinungsverschiedenheiten über die bloße Zweckmäßigkeit des einzuschlagenden Weges die große Sache selbst gefährdet werde." (Südd. Ztg.)

* „Daily-News" fährt fort, die sog. Würzburger Regierungen versteckter Rheinbundsgelüste zu bezichtigen, und läßt sich durch den Widerspruch des „Württemb. Staatsanzeigers", des „Dresd. J." und der „N. Münch. Z." gar nicht beirren. Beweise für seine Verdächtigung bleibt übrigens das englische Blatt nach wie vor schuldig, obwohl es ausdrücklich dazu aufgefordert wurde — weil diese wohl schwerer zu liefern sind, als die Verleumdungen, deren wahre Quelle leicht zu errathen ist. Traurig genug, daß die Parteileidenschaft bei uns schon so weit gekommen ist, auf diesem Weg Erdichtungen zu verbreiten, womit man dem Gegner zu schaden gedenkt. Wird dadurch die eigne Sache besser, daß man den Gegner verleumdet?

Eisenach, 30. Mai. Nach einer kirchlichen Feier in der Schloßkapelle der Wartburg wurde hier heute die deutsche evangelische Kirchenkonferenz eröffnet. Es sind jedoch diesmal außer den freien Städten Hamburg, Bremen und Frankfurt a/M. Koburg-Gotha, Kurhessen, Gera und Homburg, welche bis jetzt theils gar nicht, theils nur ein paarmal sich vertreten ließen, auch keine Abgeordneten von Karlsruhe, Altenburg und Dessau anwesend. (V. Z.)

Bayern. München. Aus dem Kabinet unseres Königs ist, wie schon erwähnt, kürzlich eine Verordnung erflossen, welche für unsere Verfassungszustände charakteristisch und für die Folge nicht ohne Wichtigkeit ist. Es handelt sich nämlich um die Revision der Hauptkriegskasse, die sich bis jetzt allen gesetzlichen Bestimmungen und allem konstitutionellen Brauch zum Trotz jeder Kontrole entzog. Das Kriegsministerium genoß auf diese Weise ein Privilegium, welches einzig in seiner Art dasteht. Dieses Verhältniß gab früher schon zu allerlei Kontroversen und zu manchem Mißtrauen Anlaß. So hieß es während der dreißiger Jahre allgemein im Lande, daß die Gelder der Kriegskasse zu fremden Zwecken verwendet würden. Als hierauf im Jahr 1841 wegen der französischen Rheingelüste eine Mobilmachung des Heeres

entschieden für den von der obersten Kirchenbehörde veröffentlichten freisinnigen Verfassungsentwurf sind, glücklicher als die Bruchsaler. Sie (die Durlacher) haben fast alle Gemeinden und darum auch die weltlichen Abgeordneten für sich und den größten Theil der geistlichen Abgeordneten. (Frkf. J.)

Oesterreich. Wien, 1. Juni. Im Reichsrath interpellirte heute Pfretschner den Staatsminister wegen der von Staatsbeamten unterstützten Agitation gegen die Protestanten in Tyrol, und fragte: „ob das Protestanten-Patent als Reichsgesetz angesehen werde." (Tel. d. Fr. J.)

* Die Mitglieder des österreichischen Abgeordneten-Hauses erhalten nach einem jüngst gefaßten Beschluß ein Taggeld von 10 fl. österr. W. aus der Staatskasse.

= Wien, 31. Mai. (Priv.-Korr.) Montag erfolgt die Vorlage der im Finanzministerium ausgearbeiteten Vorschläge an die Bank bezüglich der Verlängerung ihres Privilegiums und der Valutaregulirung. Unter dem Vorsitz des Herrn v. Plener tritt eine Kommission zusammen, in welcher die Bank durch die Direktoren Pipitz, Wodianer, Murmann, Königswarter und die Regierung durch die Herrn Brentano, Hock und Höften vertreten seyn wird. — Nächster Tage gedenkt der Finanzminister dem Reichsrathe den Finanzvoranschlag pro 1862 vorzulegen, jedoch nicht in offizieller Weise, sondern zum vorläufigen Studium für die Mitglieder. Es wird ausdrücklich den Vorbehalt machen, daß von einer Budgetberathung nicht die Rede seyn könne, bevor die Frage der Kompetenz des gegenwärtigen Reichsrathes, d. h. ob er für die ganze Monarchie mit Einschluß Ungarn das Budget aufzustellen habe oder nur für die deutsch-slavischen Länder — eine Frage, deren Lösung von den Verhandlungen mit Ungarns abhängt, entschieden ist. Außerdem wird in gleicher Ferne der Staatsrechnungsabschluß pro 1860 und die Finanzlage im Jahre 1861 dem Reichsrathe aber ebenfalls nur zu seiner privaten Instruktion vorgelegt werden. — Die Nachricht von einer neuen Staatsanleihe im Betrage von 6 bis 8 Millionen bestätigt sich nur in so fern, als vom Finanzministerium eine Operation zur Deckung des Silberbedarfs behufs Zahlung der nächsten Coupons des Nationalanlehens gemacht wurde. Da die Einlösung der National-Anleihe-Koupons wieder in Silber geschieht. Demselben Zwecke dürfte wohl auch das bei der Bank befindliche Silberdepots der Finanzverwaltung (mehr als 7 Millionen) zugeführt werden. Die Operation, welche jetzt Anlaß zum Gerüchte vom Abschluß einer Anleihe gegeben hat, reduzirt sich auf ein Vorschußgeschäft, das abgeschlossen wurde, indem die Finanzverwaltung eine Anzahl älterer Staatspapiere, durch ein Konsortium süddeutscher Bankiers belehnen ließ. Dadurch hat sie sich 6 Millionen Silber in Frankfurt, wo der Coupon zur Einlösung kommt, beschafft. — Aus zuverlässiger Quelle vernehmen wir, daß das Gerücht von einer Reduktion der Armee in Venetien, welches an der Börse verbreitet war, jeder Begründung entbehrt. Dagegen wird, völlig authentischen Nachrichten zufolge, das Armeecorps, welches zur Observation Serbien's und Bosnien's seit geraumer Zeit bereit gehalten wurde, reducirt, ein Zeichen, daß von den vielbesprochenen südslavischen Bewegungen österreichischerseits nichts mehr gefürchtet wird.

Niederlande.

Haag, 30. Mai. Der preußische Geschäftsträger hat mit dem Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten eine Vereinbarung für Abschaffung des Paßvisa unterzeichnet. (T.d.D.A.Z.)

Frankreich.

Paris, 2. Juni. Der „Moniteur" erklärt: die Regierung bedaure die Angriffe verschiedener Blätter gegen die Geistlichkeit; sie würde sich genöthigt fühlen dieselben gerichtlich zu verfolgen, wofern die Angriffe noch weiter ausarteten. Die Verfolgung wird nicht sehr ernsthaft seyn, da die Regierung selbst das Zeichen zu jenen Angriffen gegeben hat. (Zeit.)

Aus Paris, 30. Mai, schreibt man der „N. Pr. Ztg.": „Höchst bemerkenswerth sind mir die Aeußerungen des Hasses und der Verachtung gegen Geistliche erschienen, welche jetzt, Dank den Bemühungen des „Siècle" und anderer Blätter, die Pariser Bevölkerung erfüllen. Mißachtung gegen die Geistlichkeit war allerdings stets eine hervorragende Eigenschaft der Bourgeoisie; daß sich dieselbe aber in so verletzender Weise kundgibt, wie seit einiger Zeit, das ist eine Wirkung der Macht, welche die Presse übt. Ich habe es selbst erlebt, daß Frauen, die noch bis vor einiger Zeit der Geistlichkeit eine gewisse äußere Achtung wenigstens selten versagten, auf dem Perron der Eisenbahn, in kaum halbgefüllte Coupés steigend und einen Priester darin gewahrend, ganz laut riefen: „Gehen wir weiter, es sitzt ein Priester darin!" Leider sind die Priester nicht immer so geschickt, Konflikte zu vermeiden, die in diesem Augenblick doppelt nachtheilig für sie sind. So veröffentlichte vor ein paar Tagen der bekannte Ed. About einen Artikel in der „Opinion", nach welchem ein Priester sich der Einsegnung der Leiche einer armen Frau in einer Vorstadtkirche geweigert haben sollte, weil die Begleiter derselben kein Opfergeld (eine durchaus freiwillige Gabe) gespendet. „Avis aux morts! pas d'argent, pas de prières!" überschrieb About diesen giftigen Artikel; meisterhaft schilderte er darin den Jammer der Familie der armen Frau, als der Priester ihnen zugerufen: „Kein Geld, kein Kirchengebet!" und mit schneidender Emphase ließ er einen der Leichenbegleiter ausrufen: „C'est-il malheureux d'être catholique!" Der Erfolg dieses diabolisch geschickten Artikels war natürlich fast ein Aufstand der Arbeiterbevölkerung gegen die Geistlichkeit, und es half der geistlichen Behörde gar nichts, daß sie hinterher die Erklärung gab, jener Geistliche sey ein alter kränklicher Vikar, ehemals polnischer Offizier, der nicht Französisch verstehe, überdem aber die herkömmlichen Gebete am Sarge verrichtet habe. Es ist schlimm, daß in jetziger Zeit ehemals polnische Offiziere, die nicht Französisch verstehen, in Paris als Vikare fungiren; es ist ungeschickt, daß sie nicht Alles vermeiden, was Anstoß erregen kann; es ist traurig, daß dieser böse Vorfall, wenn auch entstellt und übertrieben, doch im Grunde wirklich stattgefunden hat."

In Paris starb vorgestern der bekannte polnische Agitator und Geschichtschreiber Professor Joachim Lelewel; derselbe war 1786 zu Warschau geboren und wurde 1814 Professor der Geschichte in Wilna, 1824 aber abgesetzt. Des polnischen Aufstandes von 1830 der Hauptfaiseurs Einer, wurde er Mitglied der provisorischen Regierung und Minister des Kultus, mußte nach Bewältigung der Revolution flüchten und sammelte zu Paris die Emigration um sich, stets mit Plänen neuer Revolutionirung Polens beschäftigt.

Italien.

In Rom wurde, in Folge von Demonstrationen zu Ehren Viktor Emanuels in Gegenwart des Kardinals Altieri, die philodramatische Akademie geschlossen.

Griechenland.

Aus Wien erhält die „B.- u. H.-Ztg." folgende Mittheilung: „Gutem Vernehmen nach hat die Regierung des Königs Otto von Griechenland bei der österreichischen Regierung vertraulich zur Anzeige gebracht, daß sie sich außer Stande sehe, der zugleich nationalen und antidynastischen Agitation im Lande Herr zu werden und, daß sie den Augenblick für gekommen erachtet, eine materielle Intervention der Schutzmächte in Anspruch zu nehmen. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist in diesem Augenblick das betreffende Ersuchen bereits gestellt." (Die Nachricht ist sehr zweifelhaft.)

Türkei.

Konstantinopel, 30. Mai. Heute fand bei Ali Pascha die erste Konferenz bezüglich der syrischen Frage statt. 12 Millionen Piaster, zur Entschädigung der Maroniten bestimmt, sind von hier abgegangen; 56 weitere Millionen müssen für denselben Zweck in Syrien aufgebracht werden. (N. Fr. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

* Paris, 30. Mai. Es werden jetzt auf der Seine Omnibus-Dampfschiffe eingerichtet, die mit Einhaltung gewisser Stationen, wie die Dampfschiffe der Themse, von einem Ende der Stadt Paris zum andern fahren werden.

Aus Bordeaux wird berichtet: „Die Gerichtsbehörde hat dieser Tage das ganze Waarenlager einer Wein-Fabrik wegnehmen lassen. Die Analyse ergab, daß die als Wein verkaufte Flüssigkeit, auch nicht die geringste Spur eines von Trauben herrührenden Stoffes enthielt, sondern einzig aus chemischen Substanzen bestand, welche ihr den Anschein und Geschmack des Weines gaben.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

Nr. 151.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	58. Jahrgang.	Montag, 3. Juni 1861.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 1. Juni. Se. Maj. der König hat den Rentbeamten von Greding, S. Schmid, aus administrativen Erwägungen vorbehaltlich seiner geeigneten Wiederverwendung in den Ruhestand treten lassen; den zeitlich quiesc. Landgerichtsarzt Dr. A. M. Einsele von Tegernsee für immer in den Ruhestand treten lassen. (N.M.Z.)

** München, 1. Juni. (Priv.-Korr.) Die I. Kammer erledigte heute zuerst eine Beschwerde des vormaligen herrschaftlichen Kommissärs von Winklarn, jetzigen Regierungs-Funktionärs in Augsburg, Gh. Schnepf, wegen Verfassungsverletzung, indem derselbe behauptet, er sey ungesetzlich quiesciert und in seinem Gehalt verkürzt worden. Die Kammer erachtete die Beschwerde als unbegründet, empfahl jedoch den rc. Schnepf in Betracht seiner Verhältnisse dem Ministerium zur Wiederanstellung. — Zur Berathung gelangten hierauf die Nachweisungen bezüglich der Staatsausgaben in den Jahren 1855/59. Einige Debatte ergab sich blos bezüglich der von der Kammer der Abgeordneten beanstandeten Ausgaben: 1) von 6866 fl. für Ankauf einer Bronzestatue in Augsburg; 2) von 24,000 fl. Zuschuß für das bayer. Nationalmuseum zum Ankauf von Antiquitäten; 3) von 114,985 fl. für den Ankauf der Quatremère'schen Bibliothek. Es beantragt nach Vorschlag des Referenten der Ausschuß — entgegen dem Beschluß der Kammer der Abgeordneten — auch hier die Anerkennung resp. nachträgliche Zustimmung zu ertheilen. Der Referent, Reichsrath Graf v. Montgelas, hält es für unbestreitbar, daß die bezeichneten Ausgaben nicht den Charakter des Staatsbedürfnisses an sich tragen und erörtert dann, daß, wenn das gegenwärtige Staatsministerium bezüglich dieser Ausgaben denselben Standpunkt festgehalten hätte, den das frühere Staatsministerium im Jahre 1859 in Betreff ähnlicher Ausgaben auf den Reichsreservefond eingenommen hatte, indem es trotz aller Vorstellungen des Referenten sich hartnäckig weigerte, auch nur nachträglich die Bewilligung jener Ausgaben von der Kammer nachzusuchen, daß er dann in gewissenhafter Ausübung seiner Pflicht zu demselben Schluß gelangen müßte wie damals, nämlich Verwahrung gegen diese Ausgaben einlegen. Allein das jetzige Staatsministerium habe diesen inkonstitutionellen Standpunkt verlassen, es habe anerkannt, daß die damaligen Vorstellungen des Referenten vollkommen gerechtfertigt waren, es habe demselben die glänzendste Satisfaktion dadurch ertheilt, daß es genau denjenigen konstitutionellen Weg eingeschlagen habe, welchen er von dem früheren Staatsministerium vergeblich verlangt hatte. Der k. Staatsminister der Finanzen habe nämlich bei Vorlage des Budget nicht nur die nachträgliche Bewilligung dieser Ausgaben von der Kammer nachgesucht, sondern habe ausdrücklich erklärt, daß bez. dieser Ausgaben bei der allerh. Genehmigung und Anweisung die nachträgliche Zustimmung des Landtages und die Ertheilung der geeigneten Aufklärungen von Seite der einschlägigen Staatsministerien vorbehalten wurde. Ja, das Staatsministerium sey sogar noch weiter gegangen durch die in der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 10. April d. Js. vom k. Staatsminister des Aeußern im Namen des Gesammtministerium in der offensten, loyalsten und ehrenhaftesten Weise abgegebene Erklärung. Referent wüßte wahrlich nicht, was das gegenwärtige Staatsministerium mehr hätte thun können, um das Vertrauen der Kammern in vollster Weise hervorzurufen und zu rechtfertigen; Referent könne sich nicht erklären, wie in der K. d. Abg. einem Ministerium, welches ausdrücklich erklärt: „Wir müssen eingestehen, daß bez. der Reservefonds-Ausgaben die verfassungsmäßigen Bestimmungen von unsern Vorgängern nicht eingehalten wurden, daß wir uns verpflichtet fühlen und daher die feierliche Versicherung geben, dieselben in Zukunft gewissenhaft zu beobachten" — formelle Schwierigkeiten gemacht werden konnten.*) Sollte dieselbe dem Grolle gegen das abgetretene Staatsministerium ihren Ursprung verdanken, so glaube Referent, daß dieses Verfahren der Würde der Kammer nicht angemessen sey. Referent nehme hierin einen andern Standpunkt ein; er beherzige, daß nicht das frühere, sondern das gegenwärtige Staatsministerium die nachträgliche Bewilligung dieser Ausgaben nachsucht, er berücksichtige ferner, daß dieses Staatsministerium allen konstitutionellen Formen, welche es für durch seine Vorgänger bereits gemachte Ausgaben erfüllen konnte, nachgekommen sey und er habe zu dessen Zusagen für die Zukunft das vollste Vertrauen. Referent müsse daher die formellen konstitutionellen Anforderungen, welche bez. dieser Ausgaben gemacht werden können, als erfüllt betrachten. Bezüglich der materiellen Prüfung stelle er sich die Frage: Würde ich, wenn über diese Ausgaben ein Gesetzentwurf bei den Kammern rechtzeitig eingebracht worden wäre, meine Zustimmung gegeben haben oder nicht?" Wenn ja, so thue ich es auch jetzt bei dem nachträglichen Nachsuchen der Bewilligung, wenn nein, so versage ich auch jetzt die Bewilligung. Der Hr. Referent geht nun zur materiellen Prüfung der einzelnen Ausgaben über und gelangt zu dem Schluß, daß derselben die nachträgliche Zustimmung zu ertheilen sey. Der k. Staatsminister v. Zwehl sucht in ähnlicher Weise, wie in der Kammer der Abgeordneten, die gemachten Ausgaben zu rechtfertigen. Der Graf v. Seinsheim spricht im gleichen Sinne und für den Antrag des Referenten, der dann auch von der Kammer einstimmig angenommen wurde. — Die Beschlüsse bezüglich der Wiener Landstraße (Beschluß vorbehalten) und bezüglich der Gelder für Kardinal Reisach (Anerkennung dieser Ausgabe) sind bereits vorgestern mitgetheilt worden; eine bemerkenswerthe Debatte fand hierüber nicht statt.

** München, 2. Juni. (Privat-Korresp.) Der der Kammer der Abgeordneten vorgelegte Entwurf eines Gesetzes, das Notariat betreffend, wird, wie man vernimmt, in zwei Punkten Aenderungen erfahren: bezüglich der gegen die Notare zur Anwendung kommenden Disziplinarstrafen, die Vielen zu strenge erscheinen, dann bez. der Ueberwachung des Notariatswesens und der Notare Seitens der Staatsanwälte und deren Mitwirkung im Disziplinarstrafverfahren, da diese Vielen zu weitgehend erscheint. Indessen dürfte hierüber eine Verständigung mit der Staatsregierung leicht zu erzielen seyn.

In Landshut haben die Gewerbetreibenden einer Adresse an die Kammer der Abgeordneten gegen die Gewerbefreiheit zugestimmt.

Preußen. Berlin, 1. Juni. Die Enbloc-Annahme des deutschen Handelsgesetzbuchs ist gestern Seitens des Abgeordnetenhauses mit allen gegen eine Stimme erfolgt und das Herrenhaus ist diesem Beispiele heute nachgefolgt. Das Einführungsgesetz ist von der Kommission des Abgeordnetenhauses einer gründlichen Bearbeitung unterworfen worden und die von ihr vorgeschlagenen, vom Hause angenommenen Abänderungen haben überall dem Prinzipe der gewerblichen Freiheit und der autonomen Selbstverwaltung so weit Raum verschafft, als es dem Sinne der Majorität des Abgeordnetenhauses entspricht.

Baden. Karlsruhe, 28. Mai. Die 14 geistlichen und 7 weltlichen Wahlen in die Generalsynode sind jetzt beendigt. An Bemühungen, ihre Kandidaten bei den Wahlen durchzusetzen, haben es weder die „Durlacher", noch die „Bruchsaler", mit welchen nach ihren Versammlungsorten die zwei kirchlichen Parteien bezeichnet werden, fehlen lassen; doch waren die Durlacher, welche

---

*) Wir müssen gestehen, daß wir es in der Ordnung finden, wenn die II. Kammer sich nicht so leicht zufrieden stellen ließ. Hätte Graf Montgelas Recht, so wäre es der Regierung ein Leichtes, alle möglichen Ausgaben ohne Bewilligung des Landtags zu machen; die Minister, die sie machen, brauchten dann nur abzutreten und ihre Nachfolger brauchten nur zu sagen: „Ja, wir können nicht dafür; unsere Vorgänger haben die Ausgaben gemacht;" nach seiner Theorie müßte der Landtag dazu schweigen, und die Sache wäre abgethan.

Lima, 29. April. Die jüngsten Nachrichten aus Valparaiso bestätigen, der „H. Börs.-H." zufolge, die Schauderscenen des Erdbebens in Mendoza leider in vollster Ausdehnung so sehr, daß im vollsten Sinne des Wortes kein Haus stehen geblieben ist. Von den unter dem Schutte begrabenen Tausenden würden sehr viele haben gerettet werden können, wenn es nicht an Händen gefehlt hätte, den Schutt hinweg zu räumen; Massen sind Hungers gestorben und verschiedene lebend, aber von Würmern angefressen, aus den Trümmern herausgezogen worden. Daß von der Bevölkerung von etwa 12,000 Seelen reichlich 9000 Personen ums Leben gekommen sind, darf leider nicht mehr bezweifelt werden, ebenso daß beinahe gar keine Kinder am Leben geblieben sind.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 30. Mai. Die „Vossische Ztg." schreibt: „Wie man hört, ist der Vorsatz aufgegeben, den in Bonn durch den Tod des Historikers Dahlmann erledigten Lehrstuhl der Geschichte durch die Berufung des Geh. Regierungsraths Professor M. Duncker wieder zu besetzen. Für die Besetzung des Bonner Lehrstuhls hat man sich anderweit umgesehen, und dabei insbesondere von Sybel in München in Aussicht genommen."

* Aus Baden. Wie man hört, ist Hr. Geheimerath von Mohl zum badischen Bundestagsgesandten ernannt. Diese Ernennung hängt zusammen mit dem Eintritt des Hrn. v. Roggenbach in das Ministerium des Aeußern; die Partei des Nationalvereins gewinnt in den badischen Regierungskreisen mehr und mehr Boden.

Aus Wien, 29. Mai, schreibt man der „Allg. Ztg.": Durch Mittheilungen, welche wir aus authentischen Kreisen erhalten, sind wir in der Lage, einiges Licht in das Herumrathen nach den Beweggründen zu bringen, die den Grafen Ladislaus Teleki zum Selbstmord vermocht haben. Teleki war bekanntlich zur Zeit, als er während der Revolution als ungarischer Abgesandter nach Paris geschickt worden, in vielfache direkte Beziehungen zu dem damaligen Prinz-Präsidenten getreten, welche er auch später mit dem Kaiser zu erhalten wußte. Teleki blieb als das Haupt der magyarischen Emigration in Paris, und während dieser Zeit soll Manches zwischen ihm und Louis Napoleon besprochen, vereinbart und wieder verworfen worden seyn. Als der Graf in Dresden verhaftet und später an Oesterreich ausgeliefert wurde, ließ der Kaiser Franz Joseph ihn bekanntlich zu sich führen, amnestirte ihn persönlich und stellte nur die Bedingung: Teleki solle sich mit seinem Ehrenwort verpflichten, vorderhand dem politischen Treiben in Ungarn fern zu bleiben, vorzüglich aber alle und jede politische Verbindung mit Frankreich, dem Ausland und der dort sich aufhaltenden Revolutionspropaganda gänzlich abbrechen. Von solcher Denkungsweise auf das Tiefste gerührt, gab der Graf mit Thränen im Auge hierauf sein Wort als ungarischer Cavalier. Wie er es gehalten, weiß die Welt. Leider war er in seinen politischen geheimen Agitationen bereits zu weit gegangen, er hatte, gestützt auf die ihm in Frankreich gewordenen Zusicherungen und Versprechungen, bei einer gewissen Partei allzu sanguinische Hoffnungen erweckt, und konnte nun nicht mehr zurück, ohne sich vor derselben zu kompromittiren. Falsche Scham war es daher, welche ihn veranlaßte, sich neuerdings an Frankreich zu wenden und, sich berufend auf frühere Versprechungen, um eine endgültige entscheidende Antwort zu bitten. Da erhielt er denn auf geheimnißvollste Weise ein Schreiben, wonach Kaiser Napoleon erklärt: Teleki habe ihn stets mißverstanden, er könne nie und nimmer derlei Anforderungen, die er und die ungarische Sache an ihn stelle, erfüllen, ohne sich selbst zu gefährden und vor ganz Europa zu kompromittiren; kurz, dieser Brief schlug alle Hoffnungen, welche Teleki und seine Partei gehegt, nieder. Auf wunderbare Weise war einer dem Kaiser und den österreichischen Interessen treu ergebenen Persönlichkeit die Existenz dieses Briefes bekannt geworden. Er wußte sich auf noch heute unbekanntem Wege denselben zu verschaffen und sandte ihn sofort, ohne irgendwelchen Nutzen oder Vortheil zu begehren, an das Ministerium nach Wien, welches ihn ohne Verzug in die Hände des Kaisers gelangen ließ. Se. Majestät befahl nach Durchlesung des Schreibens, das kaiserliche Handsiegel darunter zu drücken und es, ohne jedes erläuternde Wort über den Hergang, wohlversiegelt an den Grafen Teleki zurückzuschicken. Die Nacht nach Empfang dieses Briefs erschoß sich Teleki; dies war die Antwort, die er seinem Kaiser gab. Alle die vorangeführten Umstände, seine Erwartung auf die Antwort aus Paris (denn daß das erwähnte Schreiben eine Antwort auf ein früheres war, soll deutlich aus dem Inhalte hervorgegangen seyn), endlich seine Besorgniß, als er den Verlust des Briefs bemerkt haben mag, dürften als der beste Kommentar über das Motiv zu der großen Aufgeregtheit und Ueberreizung, welche die letzte Zeit an ihm bemerkt wurde, dienen, und somit manches Räthsel gelöst erscheinen."

Turin, 28. Mai. Die hiesige „Militär-Ztg." berichtet, daß seit einigen Monaten bedeutende Quantitäten von Waffen nach Ungarn gebracht worden seyen. Die Spediteure, oder vielmehr die geheimen Komités im Auslande, gebieten über großartige Mittel. Alle bisherigen Sendungen sind sicher an den Orten ihrer Bestimmung angelangt, weßhalb man offen davon sprechen kann. (A. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	—
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	64 P. 63½ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	57⅛ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	48¼ G.
„	4½ pCt.	43½ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	88 G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. R.)	103 P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102⅝ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103P. 102¾ G
„	4 pCt. Obl. dto.	100⅞ P. ⅝ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100⅞ P. ⅝ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105 P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95 G.
Baden	4½ pCt. Obl.	103½ G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	95½ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	102⅝ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100⅝ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94 G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102½ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98¾ P.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	49½ P.
„	1¾ pCt. „ „ „	43 P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	99¾ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	109⅜ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	670—73 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	153—½ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	183 P. 182 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	74 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	70¼ G.
Internationale Bank in Luxemb. . .	84 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	317 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	67¾ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	238 P.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	121½ P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	76¾ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	22⅜ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	135 G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	99½ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51⅝ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	234½ G. ex C.
Span. Handels- u. Industrie . . .	525 P. 522 G.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	480 P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	104¼ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. 100½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99¾ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105¼ B.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96¼ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105¼ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ B.
London Lst. 10 k. S.	118⅝ B. ⅜ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93¼ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅝ B. ⅜ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	86¼—85¾ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	82 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	—
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	64 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	131 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	62⅝ G.	„ fl. 25 do.	35½ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	98¾ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	35¼ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	121½ G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	51 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	37½ P. 37 G.
Badische fl. 50	90 P.	Vereins-Loose fl. 10.	10¼ P.
Badische fl. 35	—	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 G.

Frankfurt, 1. Juni. Die Besserung der österr. Fonds und Aktien schreitet fort. In National und Kreditaktien war der Umsatz zu höheren Kursen von großer Bedeutung. Wechsel auf Wien nahmen an der Preiserhöhung Theil. (Synd.)

Deputationsantrag mit 42 Stimmen abgelehnt, der Antrag Hertels gegen 19 Stimmen angenommen. (Const. Z.)

Thüringen. Gotha, 26. Mai. Die „Goth. Ztg." veröffentlicht den vom Herzog an den Ausschuß für das deutsche Schützenfest, als Antwort auf die Eingabe desselben, gerichteten schriftlichen Erlaß. Derselbe lautet: „Der Ausschuß für das deutsche Schützen- und Thüringer Turn-Fest hat Mir die schmeichelhafte Bitte ausgesprochen, sein Ehrenpräsidium übernehmen zu wollen. Mit um so größerer Bereitwilligkeit komme Ich diesem Wunsche entgegen, als der leitende Gedanke zu dem endlich ausführbar gewordenen Feste vor Jahren von Mir selbst ausging, und Ich mit allen guten Patrioten freudig eine Zeit begrüße, in welcher unser deutsches Volk jeden Anlaß zur Kundgebung seines Nationalgefühls mit Jubel ergreift und sich im Streben nach erhöhter Kraft des Vaterlandes gerne wetteifernd aus allen Gauen zusammenfindet. Das Gefühl für Mannhaftigkeit des Einzelnen und das Verlangen nach Wehrhaftigkeit des ganzen Volkes durchdringt jetzt die Gesammtheit. Lassen Sie uns daher unser Fest in dem Sinne ordnen, daß es diesem Gefühle seinen wahren Ausdruck verleiht! Koburg, 24. Mai 1861. Ernst."

δ **Freie Städte.** Frankfurt, 31. Mai. (Priv.-K.) Nachdem die Kosten für die Einrichtung der großen Schießplätze mit Restaurationslokalitäten, einer Zeigerwohnung ꝛc. unseres aus beinahe 800 Mitgliedern bestehenden Schützenvereins im Betrage von 25,000 fl. durch Zeichnung von Aktien weit über die Hälfte gedeckt sind, hat man mit dem Bau seit voriger Woche begonnen und es ist zu erwarten, daß bis Ende Juni der Platz schon theilweise in Gebrauch genommen werden kann. Wie wir vernehmen, hat der Senat dem Schützenverein eine jährliche Subvention von 1000 fl. und zwar vorerst auf zehn Jahre lang bewilligt.

* **Oesterreich.** In Wien, wie in Pesth sucht man den entscheidenden Schritt so lang als nur irgend thunlich hinaus- und die Nothwendigkeit, denselben zuerst zu thun, dem Gegner zuzuschieben. Deßwegen vermeidet es Minister v. Schmerling, über das Verhältniß zu Ungarn sich bestimmt zu äußern, trotz der im Reichsrath fast täglich hiezu sich ergebenden Anlässe, und eben deßhalb wird im Unterhaus zu Pesth die Adreßdebatte in's Endlose fortgesponnen. Zum ersten Mal ist neulich im ungar. Unterhaus eine „gemäßigte" Rede gehört worden, die des Grafen Zichy. Was es mit dieser Mäßigung indeß für eine Bewandtniß hat, schildert die „Ostd. Post" treffend mit folgenden Worten: „So oft eine begütigende vermittelnde Phrase in der Rede sich blicken läßt, hintendrein hinkt immer der Pferdefuß, und was können wir beispielsweise von dem Wunsche nach Erhaltung der österr. Monarchie denken, wenn der Redner gleich darauf den Vergleich anstellt: Diejenigen, die das Gegentheil wollen, seyen wie der verschwenderische Sohn, der sein reiches Erbe noch bei Lebzeiten des Vaters vergeudet! Für den Grafen Zichy ist es nur noch eine Frage der Zeit, wann Oesterreich in Ungarn aufgehen müsse, und schon jetzt wirft er die Frage auf, ob die seiner Meinung nach „als Vermittlerin orientalischer Indolenz und westlicher Kultur" nothwendige Großmacht „Austria" oder — „Hunnia" heißen werde. In derselben Auseinandersetzung, wo so viel von der „faktischen Gewalt" gesprochen wird, wird Kaiser Franz Joseph als „werdender" König bezeichnet, und das heißt man eine den ernsten Ausgleich energisch befürwortende Rede!"

Frankreich.

Der gesetzgebende Körper in Paris hat mit 228 Stimmen gegen 12 die Abschaffung der sogenannten „gleitenden Scala"*) als Kornzoll angenommen. Daß der Gesetzentwurf der Regierung bei dem Eifer der Protektionisten mit so überwältigender Majorität angenommen werden würde, hat überrascht und ist jedenfalls ein beachtenswerthes Zeichen der Zeit.

Der halbamtliche „Constitutionnel" bemerkt, daß sich die Expedition nach Cochinchina als kein so leichtes Unternehmen erweise, wie die Missionäre behauptet hätten; von blühenden Christengemeinden habe man keine Spur gefunden, und statt eingeborener Christen, die zur Hülfe eilen würden, sey man auf erbitterte Feinde gestoßen, die jeden Fußbreit Landes vertheidigten; ein Marsch auf Hué sey bei dem Mangel an Landstraßen und dem tropischen Klima im Angesicht von sich verschanzenden Feinden unausführbar gewesen. (Ist das die Einleitung zum Rückzug?)

*) Nach der gleitenden Scala steigt der Einfuhrzoll, wenn die Kornpreise des Inlandes fallen, um die Bauern des Inlandes gegen zu niedrige Preise zu sichern.

Italien.

Rom, 25. Mai. Die Broschüre des Herzogs v. Aumale hat in Italien nirgends wie hier in die legitimistischen Kreise eingeschlagen. Freudenüberfluß, unvorsichtige Aeußerungen und allzu laute Wünsche des nahen Endes der napoleonischen Herrschaft, außerdem aber auch Angebereien riefen in Folge dessen die ganze Thätigkeit der französischen Polizei ins Gewehr. Aber auch ein Mädchen spielt dabei eine Rolle. Wer Blonden, Chemisen, Hauben, Tricots, Hüte à la Zuava, à la Garibaldina, à la Cavour, à la Mamelucca, à la Turca wünscht, findet sie im Corso bei der Signora Lucia Ripari. Die Prima Donna dieses Putzladens ist eine junge Pariserin, welcher ein französischer Legitimist den Hof machte, sie aber verließ, worüber die gekränkte Dame Rache brütete. Sie war beim Wechsel jeder Saison von der Ripari in Geschäftsangelegenheiten nach Paris gesandt. Allein es scheint, Mademoiselle war gelegentlich auch Ueberbringerin mancher mündlichen Aufträge an diesen und jenen Legitimisten, überhaupt in Mehreres eingeweiht, als vorsichtige Konspiranten hätten zulassen sollen. Das Mädchen hat nun beim General Goyon gesprochen. Der legitimistische Klub „San Pietro", welcher im Hause der Ripari ist, ward durchsucht, kompromittirende Korrespondenzen wurden vorgefunden, worauf er geschlossen ward. Eine beträchtliche Anzahl Verhaftungen erfolgte darauf durch die französische Polizei, die eine weitverzweigte Konspiration wider den Kaiser entdeckt zu haben glaubt. Ich kann Ihnen einstweilen nur so viel mittheilen, daß in den letzten zwei oder drei Tagen mehr als 60 Personen zum Verhör kamen, in den meisten Fällen jedoch wieder entlassen wurden. Ein mir bekannter Priester wurde in Via della Vite von französischen Gendarmen angehalten und mitgenommen. Nach drei Stunden kam er zurück, und die Gendarmen gingen Haus bei Haus in der Straße und erklärten, die Verhaftung habe den Unrechten getroffen, dieser Priester sey unschuldig. Den Prälaten Ricci aus Aquila holte man gestern aus seiner Wohnung ab, weil er bourbonische Umtriebe leite; kurz, Alles ist hier von der französischen Polizei in Belagerungszustand versetzt. (K. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

Im Bad Reichenhall werden heuer hohe Gäste erwartet, wie z. B. die Königin von Preußen, welche mit einem Gefolge von 28 Personen angesagt ist. Ebenso werden daselbst die Königin von Neapel (?), die Fürstin von Taxis und andere höchste Herrschaften erwartet.

Aeschach (bei Lindau), 29. Mai. Als Augenzeuge kann ich Folgendes mittheilen: Das Dampfboot „Ludwig" war heute mit dem Hintertheile bereits so weit gehoben, daß man das Steuerrad, etwa 4—5 Fuß tief, ganz deutlich sehen konnte. Leider aber hat gegen Abend ein Sturm aus West 3 Fässer theils zerschlagen, theils abgerissen, so daß der „Ludwig" langsam und in wenig veränderter Richtung wieder zu Boden sank. Das Vordertheil hob sich dabei um 3 Fuß. Der ganze Nachtheil besteht lediglich in einem Zeit- und Arbeits-Verluste von 2—3 Tagen; eine Anzahl der angebrachten Fässer, welche in Folge der Hebung des Schiffes und des hiedurch verminderten Wasserdruckes einen Theil ihrer Luft verloren haben, muß eben mit solcher wieder angepumpt und andere Fässer frisch angehängt werden. Herr Ingenieur Bauer, welcher nunmehr auf vollständigen Erfolg sicher rechnen darf, mag sein unverschuldetes Mißgeschick um so ruhiger ertragen, als eine Kommission an Ort und Stelle von dem günstigen Thatbestande sich bereits überzeugt hatte. Es wäre nur zu wünschen, daß die Verwaltung an energischer Unterstützung in den letzten entscheidenden Tagen es nicht mehr fehlen lasse! — Erwähnenswerth ist noch, daß die nun sehr geübten Taucher mitunter $1\frac{1}{2}$ Stunden unter Wasser verweilen. (Augsb. Abdz.)

* Paris, 30. Mai. In der Vorstadt St. Antoine wurde gestern ein Kind, männlichen Geschlechts, geboren, dessen Körperbau ganz von den gewöhnlichen Formen abweicht. Erstens ist es 25 Centimeter ($\frac{4}{5}$ Fuß) lang und wiegt $3\frac{1}{2}$ Kilogr. (14 Zollpfund); zweitens fehlt ihm die Nase und befinden sich die Nasenlöcher innerhalb des Mundes über der oberen Kinnlade; ferner bemerkt man an jeder Seite des Mundes kleine häutige Theile, ähnlich den Floßfedern der Fische; das linke Ohr fehlt und befindet sich an dessen Stelle eine 3 Centimeter breite und 5 Centimeter lange, haarige Haut. Beide Augen liegen tief in ihren Höhlen, und währenddem das rechte Auge einen festen und kräftigen Blick und die Stärke eines Mannesauge hat, ist das linke sehr klein. Das Kind ist zur genaueren Untersuchung den Aerzten übergeben worden.

später als wünschenswerth erscheinende Abänderungen oder Ergänzungen dieses Gesetzbuchs nicht einseitig, sondern vielmehr in derselben Weise, wie dieselbe ins Leben gerufen worden, zur Ausführung zu bringen.

* Am 16. April d. J. haben gegen 100 Männer aller Stände aus Bayern, Würtlemberg, Baden, den beiden Hessen, Nassau und Frankfurt den „Volkswirthschaftlichen Verein für Südwest-Deutschland“ begründet. Zweck des Vereins ist die Verbreitung volkswirthschaftlicher Einsicht und Verständigung über die volkswirthschaftlichen Interessen, insbesondere Südwest-Deutschlands. Der Verein lädt öffentlich zum Beitritt ein, damit er die Mittel gewinne, durch Verbreitung volksthümlicher Schriften und Aufstellung von Reisepredigern für die Sache der Aufklärung über die volkswirthschaftlichen Interessen zu wirken. Der jährliche Beitrag eines Mitgliedes des Vereins ist 2 fl. Unter den Vorstandsmitgliedern, welche die Beiträge annehmen, die Mitgliederkarten, Statuten und andere Schriftstücke verabfolgen, finden wir die HH. Max Wirth in Frankfurt, Schad in Schweinfurt, Fabrikant Jul. Knorr in München, Jos. Stockinger in Speyer, Apotheker Dr. Schmidt in Wunsiedel, Rud. Christmann in Dürkheim a. d. H., Albrecht Volthart in Augsburg.

Bayern. München, 31. Mai. Se. Maj. der König hat die prot. Pfarrstelle zu Auernheim, Dek. Dittenheim, dem zweiten Pfarrer zu Heidenheim, J. Feldner verliehen; aus den für die prot. Pfarrstelle bei Unser Frauen in Memmingen allerunterthänigst präsentirten Geistlichen, dem zweiten Pfarrer bei St. Martin daselbst, G. Staedelen, die landesfürstliche Bestätigung ertheilt. (N. M. Z.)

Dem schon kurz erwähnten Vortrag des Referenten im 2. Ausschuß der Kammer der Reichsräthe, Grafen Montgelas, über die Nachweisungen bezüglich der Staatsausgaben ist zu entnehmen, daß derselbe der von der andern Kammer beschlossenen Verwahrung, resp. Refundirung der für die oft erwähnte Bronzegruppe für das Nationalmuseum und für die Quatremère'sche Bibliothek nicht beipflichtet, weil das Ministerium, welches sie veranlaßt, außer Amt getreten sey (dieser Grund ist nicht stichhaltig, denn gerade der Kultusminister v. Zwehl ist verblieben), weil das gegenwärtige Ministerium den bei diesen Ausgaben von seinem Vorgänger eingenommenen inkonstitutionellen Standpunkt verlassen und die bündigsten Erklärungen dafür abgegeben habe, daß es die Etats möglichst einhalten und in Bezug auf Reservefondsausgaben die Grundsätze beachten werde, welche das Verfassungsverständniß von 1843 vorzeichne. Bezüglich der Refundirung jener 40,000 fl., welche auf Herstellung einer Straße in Haidhausen verausgabt wurden, welche Ausgabe das Referat eine „auf konstitutionellem Gebiet vielleicht noch gar nicht vorgekommene Thatsache“ nennt, begutachtet es gleichwohl die Verschiebung eines Beschlusses hierüber bis zur Berathung des Budgets, in welches zu demselben Zweck wieder neue Postulate eingesetzt seyen und wobei sohin ohnedieß Veranlassung gegeben sey, auf diese Materie einzugehen. Bei der Ausgabe von 30,000 fl. Reise- und Einrichtungskosten des Kardinals Grafen Reisach, bezüglich welcher die andere Kammer Restitution verlangt, beantragt Graf Montgelas, diesem Beschlusse entgegen, nachträgliche Genehmigung, da er dieselbe „abgesehen von anderen, sicherm Vernehmen nach sehr guten Gründen, welche die Staatsregierung zu dem Schlusse führten, daß die Wirksamkeit des Grafen Reisach in dem Kardinalkollegium für Bayern eine nützlichere seyn würde, als die ihm in seiner Stellung als Erzbischof in München gebotene“, schon aus Gründen der Ehre und der Politik für gerechtfertigt hält. In der Sitzung des Ausschusses ward den Vorschlägen des Referenten beigestimmt, und nur bei dem Posten von 30,000 fl. für den Grafen Reisach erklärte Frhr. v. Thüngen, daß er zwar der Anerkennung dieser Ausgabe zustimme, jedoch gegen die Motive des Referenten und die allenfalls aus denselben für die Zukunft zu ziehenden Konsequenzen sich verwahren müsse. (Südd. Z.)

Dem Entwurf des Notarialsgesetzes entnehmen wir noch folgende Bestimmungen: Dem Notar ist untersagt: 1) außerhalb des ihm nach Art. 5 angewiesenen Sitzes zu wohnen, 2) außerhalb seines Wohnsitzes für sich oder seine Gehilfen ein ständiges Geschäftslokal zu haben, 3) außerhalb des Bezirksgerichtssprengels, dem sein Wohnsitz angehört, Amtshandlungen vorzunehmen. Ueber alle Verträge, welche die Besitzveränderung oder das Eigenthum unbeweglicher Sachen oder diesen gleichgeachteter Rechte, sowie über alle Verträge, welche dingliche Rechte an unbeweglichen Sachen betreffen, sind bei Strafe der Nichtigkeit Notariatsurkunden zu errichten. Versteigerungen von Immobilien können rechtsgiltig nur durch einen Notar beschäftigt werden. Letztwillige Verfügungen, welche vor einem Notare errichtet oder demselben übergeben werden, erhalten dieselbe Kraft, wie die vor dem Eintritte des gegenwärtigen Gesetzes gerichtlich errichteten oder übergebenen letztwilligen Verfügungen. Jeder Notar kann Gehilfen in seinen Dienst nehmen, um sie unter seiner Aufsicht, Leitung und Verantwortlichkeit in Notarialsgeschäften zu verwenden. Diesen Gehilfen kömmt keine öffentliche Eigenschaft zu und sie dürfen Urkunden außer der Gegenwart des Notars nicht aufnehmen. Die Disziplinargewalt über die Notare wird von den Bezirksgerichten, in deren Sprengel sie ihren Sitz haben, ausgeübt. Als Ordnungsstrafen kommen zur Anwendung: 1) Verweis, 2) Geldstrafe unter fünf Gulden; als Disziplinarstrafen: 1) Geldstrafe von fünf bis zu hundert Gulden, 2) Suspension nicht unter einem Monate und nicht über ein Jahr, 3) Entlassung. Zuwiderhandlungen gegen solche Vorschriften des Notariatsgesetzes, welche lediglich die Förmlichkeiten der Beurkundung und der Geschäftsführung betreffen, und deren Außerachtlassung eine gänzliche oder theilweise Nichtigkeit des Notariatsaktes nicht zur Folge hat, werden mit Ordnungsstrafen beahndet. Andere Zuwiderhandlungen gegen das Notariatsgesetz werden, insoweit nicht nach den besonderen Bestimmungen des Gesetzes eine höhere Strafe zur Anwendung zu kommen hat, mit Disziplinargeldstrafen belegt, deren Größe nach der Schwere der Uebertretung zu bemessen ist. Auch außerdienstliche Handlungen eines Notars, welche ein die Ehre und Würde des Standes gefährdendes Benehmen bekunden, können mit Disziplinarstrafen belegt werden. Wenn ein Notar bereits zweimal mit einer Disziplinarstrafe belegt worden ist, so kann derselbe von der Staatsregierung aus administrativen Erwägungen versetzt werden, in welchem Falle er aus der Staatskasse Umzugsgebühren gleich einem mit 800 fl. besoldeten Staatsdiener zu beziehen hat. Aus den Notaren werden in jedem Kreise eine oder mehrere Notariatskammern gebildet, welchen die Vertretung des Standes in Bezug auf seine inneren Angelegenheiten, die Erstattung von Gutachten an den Oberstaatsanwalt und die Vermittlung dienstlicher Streitigkeiten zwischen den Notaren übertragen ist. (Südd. Z.)

Preußen. Aus der Berathung des preuß. Abgeordnetenhauses tragen wir folgende Aeußerung des Abg. Schulze (von Delitzsch), welcher zugleich Ausschuß-Mitglied des Nationalvereins ist, nach: „Der Abg. Wagener hat sich nicht überlegt, wenn er den Nationalverein verdächtigt hat, indem er sagt, daß ein Verein, der als deutsches Banner die Führerschaft Preußens aufstellt, der Preußen die Hegemonie in Deutschland übertragen, der unsern König zum deutschen Kaiser machen will — wenn er diesen Verein der Konspiration mit Frankreich verdächtigt.“

Sachsen. Dresden, 27. Mai. In der heutigen Sitzung der 2. Kammer kam zur Berathung die von den evangelisch-reformirten Gemeinden Dresdens und Leipzigs eingereichte Petition, den Religionseid der Lehrer betreffend. Die Deputation beantragt, es wolle vom Religionseid der Lehrer (auf das evangelisch-lutherische Glaubensbekenntniß abgesehen) abgestanden und dieselben künftig einfach auf getreue Erfüllung ihrer Pflicht vereidet werden. Hertel spendet dem Deputationsbericht alles Lob, auch das der Toleranz, doch glaubt er, unsere Verhältnisse gestatteten nicht, so weit zu gehen, wie der Deputationsantrag wolle. Es würde vollkommen ausreichen, wenn folgender Antrag Annahme fände: „Die Regierung wolle bei Anstellung von Lehrern an höheren Schulanstalten, die Mitglieder der evangelisch-reformirten Genossenschaft, wo es im konfessionellen Interesse zulässig erscheint, von Leistung des Religionseides dispensiren.“ Referent ist durch den Hertel'schen Antrag in keiner Weise befriedigt. Die Deputation habe geglaubt, allen Konfessionen gerecht werden zu müssen, die in Sachsen anerkannt seyen. Anderwärts, wie in Preußen u. s. w., würde die Anstellung von Lehrern nicht vom Religionseid abhängig gemacht und doch könne man nicht behaupten, daß dort die Schulen den evangelischen Charakter verloren hätten. Durch den Hertel'schen Antrag werde dem Ministerium vollkommen die Macht gegeben, zu sagen: es liegen konfessionelle Bedenken vor. Reg.-Komm. Hübel hält es für ein Glück, daß Sachsen blos Konfessionsschulen besitze. Es dürfe durch andere Lehrer nicht das zertrümmert werden, was die Religionslehrer aufgebaut haben. Minister v. Falkenstein: Durch den Deputionsantrag würde eine Allerweltsschule, eine Allerweltkirche hergestellt und es am Ende so weit gebracht werden, daß wir künftig Schulen hätten, an denen kein einziger evangel.-luth. Lehrer angestellt wäre. Aber so etwas könnten wir in Sachsen gewiß nicht wünschen. Hüten wir uns vor einer Glaubensmengerei, die nie zu etwas Gutem führe.*) Schließlich wird der

*) Ist das nicht ein kostbares Seitenstück zu dem Ruf nach Glaubenseinheit in Tyrol?

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 150.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Sonntag, 2. Juni 1861.

Der neue Lehrplan für die technischen Schulen Bayerns

liegt nun gedruckt vor und wir entnehmen hieraus folgende Notizen. Die in Frage stehende Reorganisation umfaßt unter bleibender Ausscheidung der eigentlichen Fachschulen, nämlich der Staatsbau- und Ingenieurschule, der Forstlehranstalt, der Centralthierarzneischule und der landwirthschaftlichen Centralschule — unsere bisherigen Gewerbs- und polytechnischen Schulen, zu welchen künftighin noch als neue Schulen: das Realgymnasium und die Fabrik- (Civil-) Ingenieurschule kommen.

Anerkanntermaßen bestand bisher zwischen der Gewerbsschule und der polytechnischen Schule eine fühlbare Lücke. Die Erfahrung hat nämlich bewiesen, daß die Gewerbsschule mit ihrem bisherigen Schulplane nicht zugleich für den Eintritt in das bürgerliche Gewerbe und für den Uebertritt an die polytechnische Schule ausreichend vorbereiten konnte. Diese Lücke auszufüllen, wird nun einer neuen Kategorie technischer Lehranstalten zugewiesen, nämlich dem Realgymnasium.

Nach der Tendenz des neuen Lehrplans soll die künftige Gewerbsschule im unmittelbaren Anschluß an die Volksschule zunächst Vorbildungsanstalt für den Eintritt in ein bürgerliches Gewerbe seyn; ihr Unterricht hat sohin von der Mathematik, den Naturwissenschaften, den Realien und den Zeichnungsfächern nur so viel zu bieten, als unmittelbar zu einem rationellen gewerblichen Betriebe und für das bürgerliche Geschäftsleben überhaupt erforderlich ist. Dabei sollen einzelne dieser Anstalten, je nach den örtlich bestehenden Verhältnissen und Bedürfnissen, in besonderen Lehrabtheilungen auch Gelegenheit zum Unterricht in der Landwirthschaft oder Handelskunde bieten. Die Aufgabe der Fortbildung derjenigen, welche bereits in das Gewerbe eingetreten sind, hat die mit der Gewerbsschule in Verbindung tretende Handwerk-Sonn- und Feiertagsschule zu übernehmen.

Das Institut der neu zu errichtenden Realgymnasien schließt sich unmittelbar an die Lateinschule an, läuft mit den humanistischen Gymnasien parallel und hat die Aufgabe, die wissenschaftliche Vorbildung für jene Berufszweige zu geben, welche Vertrautheit mit den applikativen Wissenschaften neben gründlicher Kenntniß in den Realien-Unterrichtsgegenständen und neueren Sprachen erfordern. Das Absolutorium des Realgymnasium befähigt für den Eintritt in die polytechnische Schule, in die Fabrikingenieurschule, dann zum Uebertritt in eine der Eingangs genannten technischen Fachschulen, und endlich je nach der Berufswahl des Betreffenden zu Universitätsstudien an der philosophischen oder kameralistischen Fakultät. Sein auf vier Klassen ausgedehnter Unterrichtsplan umfaßt folgende Lehrfächer: Religionslehre; Sprachen (deutsch, lateinisch, französisch und englisch); Mathematik (Arithmetik, Algebra und Analysis, dann elementäre, analytische und darstellende Geometrie, endlich ebene und sphärische Trigonometrie); Naturgeschichte, Physik und Chemie; Geographie und Geschichte; Figuren-, Ornamenten- und Linearzeichnen.

Die neu einzuführende Fabrikingenieurschule soll junge Männer heranbilden, welche sich der höheren Industrie widmen und sich zu diesem Ende jene theoretischen Kenntnisse erwerben wollen, welche dem künftigen Vorstande oder Dirigenten industrieller Anstalten nöthig sind. Der zweijährige Unterricht dieser Anstalt erstreckt sich auf theoretische und angewandte Mechanik, Chemie und Physik, Maschinenlehre, Entwerfen von Maschinen, praktische Geometrie, Land- und Wasserbaukunde, englische Sprache und Zeichnen. Je nach der getroffenen Berufswahl haben die Zöglinge außer den obligatorischen Vorträgen entweder die mechanische Werkstätte oder das chemische Laboratorium der Anstalt zu besuchen.

Was endlich die künftige polytechnische Schule anlangt, so ist sie zunächst eine wissenschaftliche Lehranstalt zur Vorbildung für den Eintritt in die Fachschule der Bau- und Ingenieurwissenschaften, sowie zur Vorbereitung für das technische Lehramt. Ihre Aufgabe überhaupt ist: den mathematischen, naturwissenschaftlichen, graphischen und zum Theile auch den sprachlichen Unterricht des Realgymnasium zum Abschlusse zu bringen. Der Unterricht an dieser Anstalt ist auf zwei Jahre berechnet und sind die in ihr vertretenen Lehrfächer folgende: Staats-, Differential- und Integralrechnung, analytische und darstellende Geometrie, Schattenkonstruktion und Perspektive, sphärische Astronomie als Hülfswissenschaft der Geodäsie, Mechanik, Physik mit Instrumentenkunde, unorganische und organische Chemie mit analytisch-chemischen Uebungen, Geognosie, Zeichnen, Literatur- und Kunstgeschichte, englische Sprache.

Wir geben diesen Auszug nach der „Neuen Münch. Ztg.", welche beifügt: „Wie wir vernehmen, besteht die Hoffnung, mit dem Beginne des Schuljahres 1861/62 die Organisation der technischen Lehranstalten, wenn auch nicht vollständig, so doch theilweise, soweit die Mittel und insbesondere die benöthigten Baulichkeiten schon jetzt hinreichen, ins Leben getreten zu sehen." Bei der Berathung des Landtags über die Kosten der neuen Anstalten wird sich Gelegenheit geben, die Zweckmäßigkeit des neuen Lehrplans eingehend zu prüfen.

Deutscher Bund.

∞ **Aus Mitteldeutschland**, im Mai. In Sachsen, wo man, wie es heißt, dem Einheitsstreben nicht hold, ist man doch der deutschen Einigkeit auf das Freundlichste zugethan. Ob Ersteres richtig ist, bleibe dahin gestellt; für Letzteres kann aber die Generalversammlung der Gasfachmänner Deutschlands, die in voriger Woche in Dresden tagte, ein glänzendes Zeugniß ablegen. Eine so gastfreundliche Aufnahme findet wohl selten eine Wanderversammlung in Deutschland. Der Ernst und Eifer, mit welcher die Versammlung über technische, wie andere wichtige Gegenstände berieth und die Einstimmigkeit, mit welcher Mitglieder aus 16 verschiedenen deutschen Staaten (Oesterreich, Preußen, Sachsen, Bayern, Württemberg, Hannover, Hessen, Baden, Nassau, Braunschweig, Oldenburg, Dessau, Reuß, Koburg, Hamburg, Frankfurt) ihre sämmtlichen Beschlüsse faßten, erhielten die vollste Anerkennung von den städtischen Behörden, welche nicht nur in Worten, sondern in der That durch Freundlichkeiten und Festlichkeiten aller Art zu erkennen gaben, wie sehr sie die Bestrebungen der deutschen Gas-Industrie nach immer größerer Vereinigung und nach immer weiterer Ausbildung ihres Berufes zu schätzen und zu fördern geneigt sind. Wie alle Beschlüsse einhellig waren, so war es auch der, Berlin als den nächstjährigen Versammlungsort zu wählen und die freundliche Aussicht für Würzburg, sich für das darauf folgende Jahr zu reserviren, in der Ueberzeugung, daß die städtischen Behörden dortselbst das der Versammlung bezeugte Wohlwollen den Gasfachmännern freundlichst bewahren werden.

♁ **Frankfurt**, 31. Mai. (Privat-Korrespondenz.) In der heutigen Bundestagssitzung wurden auch noch die in der Sitzung vom 8. Mai vom handelspolitischen Ausschuß bezüglich der Einführung des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs gestellten Anträge durch Stimmenmehrheit angenommen, wonach — nebst Dank an die Kommission, an die Regierung von Bayern und den Senat von Hamburg — an sämmtliche höchsten und hohen Bundesregierungen die Einladung gerichtet wird, dem Entwurfe baldmöglichst und unverändert im geeigneten Wege Gesetzeskraft in ihren Landen zu verschaffen, sowie der Wunsch ausgesprochen wird, daß die Regierungen mit der Anzeige über die Einführung des Handelsgesetzbuchs die Bereitwilligkeit erklären möchten, etwa

Italien.

Rom, 26. Mai. Die Ausgaben der römischen Regierung für das Jahr 1861 werden durch den Verkauf des Museum Campana (an die franz. Regierung) gedeckt werden. — General Goyon hat die Geldvorräthe zurückgegeben, welche er an der Gränze hatte wegnehmen lassen, da man geglaubt hatte, dieselben seyen für die Aufständischen der Abruzzen bestimmt. — Es wird eine große liberale Manifestation für den 2. Juni, den italienischen Nationalfesttag, organisirt.

Rußland und Polen.

Warschau, 22. Mai. Die heutigen Blätter bringen ein äußerst wichtiges Gesetz, welches eine der brennendsten Fragen des Landes zu entscheiden bestimmt ist: einen vom 16. d. aus Zarskoje-Selo datirten kaiserl. Ukas über die Aufhebung der Robotpflicht vom 1. Okt. d. J. an. Im Eingang heißt es, daß die Frohnde sich in jeder Beziehung als inconvenient erweise, und daß das Gesetz bezwecke, die Schwierigkeiten zu beseitigen, welche den Fortschritt der Verzinsung hemmten. Ueberall, wo der Frohndienst bisher nicht verzinst ist, wird mit dem 1. Oktober der gesetzmäßige Loskauf, d. h. die Ablösung, eintreten.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 28. Mai. Der Minister des Innern ist durch allerhöchste Kabinetsordre vom 4. d. ermächtigt worden, das durch die Cirkularverfügung vom 15. Okt. 1852 erlassene Verbot des Wanderns diesseitiger Handwerksgehülfen nach der Schweiz wieder aufzuheben, und denjenigen ausländischen Handwerksgesellen, welchen wegen ihres Aufenthalts in der Schweiz nach dem 1. Jan. 1853 das Wandern im Inlande versagt war, den Aufenthalt in den preußischen Staaten wieder zu gestatten.

Berlin, 31. Mai. Die Berliner „Nat.-Ztg." schreibt: „Nach der Theorie der „Militärischen Blätter" geht bekanntlich bei jedem Konflikt zwischen Civil und Militär die Provokation stets von dem ersteren aus; es ist sogar unmöglich, daß jemals der umgekehrte Fall sich ereigne. Daß der auch von uns mitgetheilte Bericht der „Kreuzzeitung" über das Duell, dessen unglücklicher Ausgang die öffentliche Theilnahme im höchsten Grade in Anspruch nimmt, ganz nach dieser Schablone gearbeitet ist, kann nicht Wunder nehmen. Nach der „Magdeb. Ztg." wurde von Hrn. Twesten nichts Geringeres gefordert, als daß er seine Angaben über das Militärkabinet in öffentlichen Blättern als von falschen Voraussetzungen ausgehend widerrufen sollte. Daß Herr Twesten hierauf nicht eingehen konnte, versteht von selbst; er soll auf das sehr einfache Mittel hingewiesen haben, ihn durch eine Gegenschrift zu widerlegen."

= Wien, 29. Mai. (Privat-Korresp.) (Abgeordnetenhaus, IX. Sitzung.) Es liegt eine Interpellation des Dr. Brauner vor: Welche Schritte hat die Regierung gethan, um die seit Jahren schwebende Elbzollfrage in einer dem österreichischen Handel günstigen Richtung zu lösen? Der Handelsminister erklärt, daß er in einer der nächsten Sitzungen antworten werde. Dasselbe erklärt der Polizeiminister auf die Interpellation Riccabona's bezüglich der im vorigen Jahre in Südtyrol verfügten Internirungen: ob die freie ungehinderte Rückkehr der Internirten in Aussicht stehe.

Wien, 29. Mai. Die im Reichsrath sitzenden Erzbischöfe und Bischöfe haben vor dem Antritt der parlamentarischen Pfingstferien die Abfassung einer an Se. Majestät gerichteten Adresse beschlossen, worin sie bei der immer steigenden Bedrängniß des Papstes die dabei gefährdeten Interessen der Kirche dem Kaiser dringend ans Herz legen, und gleichzeitig die Wahrung des mit dem heiligen Stuhl abgeschlossenen Konkordats, sowie die definitive Regelung der noch nicht gelösten Frage der gemischten Ehen erflehen. (Allg. Z.)

Rom, 25. Mai. Die französische Polizei überwacht jetzt strenger als je die legitimistischen Klubs. Eines ihrer Häuser auf dem Korso hat sie geschlossen; mehrere Personen, Belgier und Franzosen, darunter zwei Geistliche, hat sie aufgehoben, neapolitanische Depeschen abgefangen, und einen Prozeß instruirt, von dessen Umfang und Bedeutung in Rom viel gefabelt wird. Er hängt mit einem romantischen Mordversuch auf eine junge Französin zusammen, als dessen angeblicher Urheber ein französischer Priester verfolgt wird. (Auch ein sonderbares Ding, diese französische Polizei in Rom!) (Nat.-Z.)

Neapel, 28. Mai. Der neue Statthalter Graf Ponza di San Martino ergreift Repressivmaßregeln gegen die Mazzinisten. Zahlreiche Verhaftungen derselben haben stattgefunden, unter denen die Salviati's hervorzuheben ist. (Tel. d. N. Korr.)

Konstantinopel, 30. Mai. Die Montenegriner haben auf's Neue Muselmänner, welche einen Lebensmittelkonvoi geleiteten, niedergemetzelt. Omer Pascha ist in Bosna Serai eingetroffen. (Tel. d. N. Korr.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Röhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	—
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	63¼ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	56¾ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	48½ P.
„	4½ pCt.	42⅜ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	88 G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. R. (C. b. R.)	103 P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102¾ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103P. 102¾ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	100⅞ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100⅞ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104¾ P. ½ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95 G.
Baden	4½ pCt. Obl.	103¼ P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	95½ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	102¼ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100⅝ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94 G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	99½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98¾ P.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	49½ P.
„	1¾ pCt. „ „ „	43 P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	99¾ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	189½ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	660—66 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	150—½ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	183 P. 182 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	74 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	70 G.
Internationale Bank in Luxemb. . .	84 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	317 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	67¾ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	234 P.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	121½ P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	76 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	22⅜ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	135 G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	89¾ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51⅛ G.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	234 G. ex C.
Span. Handels- u. Industrie . . .	525 P. 522 G.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	483 P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	104¼ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. 100½ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	9[illegible]¾ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105¼ B.
Brem. 50 Th. Ld: k. S.	96¼ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105¼ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ B.
London Lst. 10 k. S.	118⅝ B. ⅜ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L. S. L. 250 k. S.	93¼ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅝ B. ⅜ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	85—⅛ G.
Discounto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	82 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	50¼ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	63¼ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	131½ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	61½—⅞ G.	„ fl. 25 do.	35⅜ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	98¼ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	35¼ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bellt.	121½ G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	51 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	37½ P. 37 G.
Badische fl. 50	90 P.	Vereins-Loose fl. 10.	10¼ P.
Badische fl. 35	—	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 G.

Frankfurt, 31. Mai. Die Börse war in recht günstiger Stimmung für österr. Fonds, Bank- und Industrieaktien, welche bei belebtem Umsatze durchgängig eine Preisverbesserung erfuhren. Auch Wechsel auf Wien in allen Sichten höher. Die übrigen Fonds fest und preishaltend. (Synd.)

Führern der Majorität des Abgeordnetenhauses sich um den Preis der Entlassung des Frhrn. v. Zedlitz wegen der Militärvorlagen geeinigt habe. Also sagen die Hofleute: der Polizeipräsident bleibt trotz alledem, die immer hoffnungsvollen Anhänger des Ministerium versichern: der Polizeipräsident geht, sobald nur erst die Abstimmung über die Militärvorlagen im Abgeordnetenhause erfolgt ist. Man möchte fast dem Führer der Feudalpartei im Abgeordnetenhause, Hrn. v. Blankenburg, zustimmen, der gestern ausrief: „Ein Mann! Ein Königreich für einen Mann!"

Die Stelle der Broschüre des Hrn. Twesten, die dem Hrn. v. Manteuffel den Grund zur Forderung gegeben, lautet wörtlich: „Das Militärkabinet vertritt grundsätzlich das Prinzip, die Armee-Angelegenheiten von dem ganzen übrigen Organismus des Staates getrennt zu halten, jeden andern Einfluß, jede andere Rücksicht abzuschneiden. Als Vorwand pflegt geltend gemacht zu werden, daß die Armee der unbedingten und ausschließlichen Verfügung des Königs vorbehalten bleiben müsse, daß weder Minister noch Kammern darin mitzureden hätten. Das ist ein Grundsatz des römischen Imperatorium. . . . So weit sich's um Maßregeln der Gesetzgebung oder um Geldbedürfnisse handelt, ist im Heerwesen, wie überall sonst, die Mitwirkung der Kammern nothwendig. Bei den vorjährigen Verhandlungen über die Militärvorlagen haben die Vertreter des Kriegsministerium auch keinen andern Standpunkt eingenommen. Erst hinterher ist man in militärischen Kreisen zu der Behauptung gekommen, daß die Kammern nicht mitzusprechen hätten; das ist freilich eine eigenthümliche Ausstellung dem unzweifelhaften Bewilligungsrechte gegenüber, da man doch nicht enorme Summen zu neuen Einrichtungen fordern kann, ohne den Bewilligenden deren Zweckmäßigkeit darzuthun. Es sind auch nur Vorwände, um der Diskussion überhoben zu seyn, wozu bald ein angeblich ganz besonderes, von allen übrigen Kreisen der Staatsdiener und der Bürger verschiedenes Verhältniß der Armee zum König, bald die Unfähigkeit der Landesvertretung, militärische Dinge zu verstehen, dienen muß. Man befiehlt lieber, als daß man diskutirt! . . . . Andere Diener des Staates werden es nicht leicht mehr sagen, aber von jungen Lieutenants, wie alten Generalen kann man es ganz unbefangen aussprechen hören, daß die Armee nicht Mittel, sondern Zweck, der Kern und das All des Staates sey, wonach sich alles Uebrige richten müsse! Die Vornehmheit des Offizierstandes, die Verbindung mit dem Hofe und der Aristokratie macht die Sonderstellung nur auffälliger und gefährlicher, ruft leicht zwischen Militär und Civil eine Stimmung der Mißgunst und der Feindseligkeit hervor, wie sie in den Jahren vor 1806 in höchster Blüthe stand. . . . Wir wissen, daß unter den Offizieren selbst vielfach über bureaukratischen Formalismus, über kleinliche Pedanterie, über aristokratischen Tick geklagt wird, und wir dürfen nicht vergessen, daß die Uebel und Gefahren der militärischen Sonderstellung wesentlich erhöht werden, wenn die Armee nicht blos in Rücksicht auf ihre Leistungsfähigkeit gegen den Feind, sondern als ein Werkzeug innerer Parteipolitik behandelt wird. Das geschieht offenbar durch die militärische Aristokratie. Die einseitige und abgeschlossene Stellung des Heerwesens wird besonders gefördert, wenn die Trennung selbst im Centrum der Staatsverwaltung stattfindet. Auch in Oesterreich suchte man bis zu dem Feldzug von 1859 die militärischen Angelegenheiten gänzlich von der übrigen Verwaltung zu scheiden, jeder Einwirkung des Ministerrathes zu entziehen. Der Kriegsminister steht doch noch in einer nothwendigen Verbindung mit den übrigen Chefs der Regierung, das Militärkabinet ganz außerhalb. Der Vorstand desselben, General v. Manteuffel, der seine Carriere am Hofe gemacht und von der Armee längst nicht viel gesehen hat, steht in dem Rufe, die Personalien in zu hohem Maße aus der Perspektive des Hofes zu behandeln. Die militärische Nothwendigkeit, über Wahl und Verwendung der Offiziere jederzeit unbedingt disponiren zu können, thut ohnehin der Laune und dem Nepotismus Vorschub. Die Theilung der Arbeit zwischen Ministerium und Kabinet komplizirt und erschwert die Geschäfte. Reibungen — wie Stein sie schildert — können nicht ausbleiben. Offiziere, wie die Herren v. Voigts-Reetz und v. Hartmann, die eines hervorragenden Rufes im Heere genießen, denen man in der Führung und der Verwaltung der Armee eine bedeutende Zukunft verheißt, wurden als zu selbständige, und daher unbequeme Mitarbeiter aus dem Kriegsministerium entfernt, wie 1850 der energische General v. Griesheim beseitigt ward. Es ist einer der Charakterzüge des ausgebildeten Bureaukratismus: fest geschlossen nach außen, innerlich Streit und Widerwille. Hr. v. Manteuffel ist bei einem großen Theil der Armee wenig beliebt; er wird vielfach betrachtet wie Graf Grünne in Wien, der das Kommando in Italien dem Grafen Giulay übergab. Wird es auch bei uns einer Schlacht von Solferino bedürfen, einen unheilvollen Mann aus einer unheilvollen Stellung zu entfernen? Die waltende Militärpartei macht eine so große, das ganze Staatswesen affizirende Frage wie die Reorganisation der Armee zu einer bloßen Frage militärischer Technik, der sich Minister und Kammern ohne Weiteres fügen sollen. General v. Bonin hatte unter Beistimmung der übrigen Minister einen Plan ausgearbeitet; das Kabinet lieferte einen anderen, der die Kräfte des Landes unermeßlich mehr in Anspruch nimmt. Herr v. Bonin ging ab. Herr v. Roon ward zur Ausführung des Planes berufen. Wir setzen voraus, daß die anderen Minister, namentlich Herr v. Patow, als sie zum ersten Male von dem ganzen Umfange der beabsichtigten Neuerung Kunde erhielten, einen ähnlichen Schrecken empfunden haben werden, wie das Haus der Abgeordneten und das ganze Land. Einen anderen Entwurf entgegen zu setzen, sind selbstverständlich Andere als Techniker nicht im Stande. Aber es handelt sich in der That nicht um etwas blos Technisches. Man kann vollkommen zugeben, daß der jetzige Plan das Heer weit stärker und schlagfertiger macht. Wäre es möglich, alle Waffenfähigen zehn Jahre bei den Fahnen zu halten und statt zehn jährlich hundert Millionen mehr aufzuwenden, so ließe sich ohne Zweifel ein noch weit trefflicheres Heer aufstellen. Man ist bereit, unter den jetzigen Umständen hier, wie es in allen Ländern geschieht, größere Opfer an Kräften und Geld für die Wehrhaftigkeit des Staates zu bringen. Aber es darf kein dauerndes Mißverhältniß entstehen. Der regelmäßige Bestand des Heeres darf nicht die Aussicht auf eine unabsehbare Finanznoth, auf Vernachläßigung aller anderen Angelegenheiten, auf Zerrüttung des Nationalwohlstandes eröffnen. Es ist nicht ohne die tiefste Erschöpfung des Landes möglich, im Ernste und dauernd alle männlichen Einwohner drei Jahre lang der produktiven Arbeit zu entziehen und gleichzeitig für das Militär einen Aufwand zu machen, der bald von 40 auf 50 Millionen steigen würde. Finanzen, Wohlstand, Volk und Heer würden von demselben Abgrunde verschlungen werden. Sollte wirklich der Versuch gemacht werden, die neue Organisation der Armee auf die Dauer zu halten und im Uebrigen Alles zu lassen, wie es ist, dann würde Mancher anfangen, einen Trost in dem Gedanken zu finden, daß in drei bis vier Jahren Alles vorbei ist. Sollen wir in kurzer Frist auf Ruinen stehen, so kommt freilich nicht darauf an, wie jetzt gebaut wird."

Baden. Karlsruhe, 26. Mai. Die geistlichen und weltlichen Abgeordneten zur evangelischen Generalsynode sind auf den 5. Juni einberufen.

Freie Städte. Frankfurt, 29. Mai. Ein bekanntes hiesiges Bankierhaus hat von der Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika Auftrag zur Lieferung von 275,000 Stück Gewehren erhalten. Die Kommissare der Süd-Staaten, die Herren Yancey, Roß und Dudley Man, welche sich gegenwärtig in Paris wegen ähnlicher Ankäufe aufhalten, sollen gleichfalls beabsichtigen, die hiesige Gegend zu besuchen, um Waffenankäufe zu machen.

Oesterreich. Wien, 26. Mai. Die Kaiserin hat aus Anlaß ihrer glücklichen Rückkehr einen Betrag von 3000 fl. mit der Bestimmung gespendet, daß dieser Betrag zur Unterstützung solcher armen Familien verwendet werde, deren Erhalter derzeit durch Krankheit am Erwerbe verhindert sind.

= Wien, 28. Mai. (Privat-Korresp.) Da sich die Nachricht der „Oesterr. Ztg.", daß wegen der antiprotestantischen Pfingstpredigt in Feldkirch eine Kriminal-Untersuchung eingeleitet sey, nicht bestätigt, wird Abgeordneter Pfretschner den Staatsminister morgen wegen Ausführung des Protestantenpatents in Tyrol interpelliren.

Neuesten Nachrichten aus Siebenbürgen zufolge fand zu Blasendorf eine von Tausenden besuchte Rumänenversammlung statt, nach Art jenes Meeting, welches ebendaselbst im Jahre 1848 veranstaltet wurde und dessen Folgen später gewaltig hervortraten. Die Versammlung, die ohne Vorwissen der Behörden unter dem Vorwande eines Maifestes zusammentrat, erklärte sich allerdings nicht für die Beschickung des Wiener Reichsraths, aber mit scharfer Bestimmtheit auch gegen die Union Siebenbürgens mit Ungarn, für einen selbständigen siebenbürgischen Landtag und gegen die streckenweise, nunmehr auch in jenem Lande improvisirte Nichtbezahlung der Steuern. Diese Beschlüsse sind von hoher Wichtigkeit; sie bezeichnen die eventuelle Haltung eines ansehnlichen Volksstammes. Die rumänischen Notabilitäten waren sämmtlich bei dem Meeting zugegen.

des Volksgeistes und Volkswohls auf materiellem und geistigem Gebiete gerichteten Thätigkeit und Strebsamkeit einen wahrhaftigen und ernstgemeinten Wettkampf zu unternehmen und und fortzuführen. Je aufrichtiger und glücklicher sie in diesem Wettbewerb wären, desto freundlicher, desto gesicherter, desto glänzender wäre ihre Stellung. Wahrlich, keine Zeit wäre einem solchen Bündnisse günstiger als die gegenwärtige." So die „Deutsche Allg. Zeitung." Es ist das dieselbe Ansicht, die wir schon längst in unserem Blatt aufgestellt und begründet haben, und es freut uns, daß endlich auch auf Seite derer, die wir bisher bekämpft haben, die Erkenntniß sich Bahn zu brechen beginnt, daß diese Ansicht eine gesunde Grundlage und eine in den thatsächlichen Verhältnissen wurzelnde Berechtigung hat.

Bayern. Vom Münchener Gewerberath ist an die Kammer der Abgeordneten eine Eingabe erfolgt, worin die Erwartung ausgesprochen wird, die hohe Kammer werde dem Antrage der HH. Brater, Crämer und Längenfelder auf Einführung der Gewerbefreiheit in Bayern ihre Zustimmung versagen.

München, 27. Mai. (Militärdienstes-Nachrichten.) Se. Maj. der König hat die temporär pensionirten Rittmeister Th. Dichtel und Hauptmann K. Bechtold, beide auf ein weiteres Jahr, im Ruhestande belassen; dem Unterlieutenant Chr. Helfreich vom 2. Inf.-Reg. die Entlassung aus dem Heere bewilligt; desgl. dem Unterlieutenant H. Schmidt vom 12. und dem Junker M. Ritter von Rogister vom 7. Inf.-Reg.; den Reg.-Arzt Dr. G. Söltl vom 12. Inf.-Reg. auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt; den Hauptmann Th. Mayer vom 13. Inf.-Reg. in den Ruhestand versetzt; desgl. den Regimentsquartiermeister J. Gschwender von der Kommandantschaft München; das Dienstestauschgesuch der Hauptleute F. Tünnermann vom 13. und L. Eberhard vom 11. Inf.-Reg. genehmigt; dem Junker F. Schelhaß vom 1. Art.-Reg. die nachgesuchte Entlassung von der Charge bewilligt; dem pensionirten Oberlieutenant F. Zeiler die Entlassung aus dem Heerverbande mit Pensions-Fortbezug bewilligt; den Unterlieutenant G. Rausch vom 12. Inf.-Reg. auf ein halbes Jahr in den Ruhestand versetzt.

(Verordnungsblatt.)

Preußen. Das „Journal des Debats" bemerkt, eine jener elenden Debatten, die aus närrischer Furcht oder kleinlichen Leidenschaften entständen, beschäftige nun die preußische zweite Kammer; die beschränkte Amnestie, die der König gegeben, schrumpfe nun in den Händen der Minister noch mehr ein, durch Berufung auf ein der modernen Civilisation unwürdiges Gesetz, nach welchem Inländer, die während zehn Jahren mit dem übrigen Europa in Berührung waren, ihr Bürgerrecht verlieren; dieses ungastfreundliche und ungerechte Gesetz werde nun selbst auf diejenigen angewandt, welche unfreiwillig im Ausland gelebt haben; es sey zu hoffen, daß die Minister diese ungeschickte Polizeiauslegung verwerfen werden, denn es schade dem Ansehen der Krone, wenn eine von ihr ausgegangene Amnestie nicht die Kraft habe, vollkommen die ihrer Theilhaftigen zu rehabilitiren, und wenn die geizige und furchtsame Hand der Polizei den Maßstab an die königl. Gnade lege und sie nach Belieben erweitere oder beschränke. (Die hier ausgesprochene Hoffnung hat sich nicht bestätigt; auf eine Anfrage im Abgeordnetenhaus hat der Justizminister geantwortet, nach dem Gesetz vom 31. Dezember 1842 verliere Jeder, der sich ohne Erlaubniß aus Preußen entfernt und über 10 Jahre im Ausland aufgehalten habe, die Eigenschaft als Preuße; dies gelte also auch von den politischen Flüchtlingen. Wer diese Eigenschaft wieder erhalten wolle, müsse nach dem Gesetz sich mit einer Bitte an den König wenden und dabei vor Allem einen unbescholtenen Lebenswandel nachweisen. Den Amnestirten werde die früher über sie verhängte Strafe übrigens nicht als Bescholtenheitsgrund angerechnet werden. Kleinlich ist es, den Genuß der Amnestie noch durch solche Quängeleien zu verkümmern. Hätte nicht das Alles im Amnestie-Erlaß mit ein paar Worten ins Reine gebracht werden können?)

Berlin, 29. Mai. Das Duell zwischen dem Generalmajor v. Manteuffel, Chef des Militärkabinets, und dem hiesigen Stadtgerichtsrath Twesten macht die größte Sensation in allen Kreisen. Wir haben's, kurz zu sagen, mit einem „Zweikampf" zu thun, in welchem sich das Junkerthum mit dem Liberatismus geschlagen hat; auf wessen Seite die verrufene „öffentliche Meinung" getreten, erräth sich leicht. Generalmajor v. Manteuffel fand sich durch die in der Schrift: „Was uns noch retten kann" — geschilderte Thätigkeit jenes Kabinets und den „unheilvollen" Einfluß seines Chefs, namentlich aber durch die Vergleichung desselben mit dem österr. Generaladjutanten v. Grünne beleidigt; und obwohl der Verfasser jener Schrift, Stadtgerichtsrath Twesten, die Absicht einer persönlichen Beleidigung in Abrede stellte, wurde auf dem Duell bestanden, weil Hr. Twesten nicht auch die ganze Schilderung des Militärkabinets zurücknehmen wollte. Civilisten sind in solchen Fällen immer im Nachtheile, außer dem Eintreten ihrer Person den Militärs gegenüber, die von Jugend an ihre Zeit der Waffenübung widmen können, sind sie auch durch die verschiedene Gesetzgebung benachtheiligt. Der Militär, welcher nach stattgehabter Verhandlung vor dem Ehrenrath ein Duell eingeht, wird, wenn der Fall zur Kenntniß des Militärgerichts kommt, mit einer verhältnißmäßig viel geringeren Strafe belegt, als der von dem Civilgerichte abgeurtheilte Civilist, so daß beispielsweise bei nicht erheblichen Verwundungen der Militär mit 24stündigem Arrest wegkommt, während den Civilisten im gleichen Fall mindestens zwei Monate Einsperrung trifft. Ueber die kuriose Art, die Güte einer Sache durch den Lauf der Kugel zu beweisen, statt zu den Waffen des Geistes seine Zuflucht zu nehmen, die Hand zu zerschmettern, welche den Gedanken zu Papier gebracht: darüber noch ein Wort zu verlieren, ist überflüssig. Gewiß ist aber, daß die Wirkung, welche sich die Militärpartei von diesem Duell etwa versprochen hat, eine entgegengesetzte ist: die Schrift, welche so sehr den Zorn der Herren erregt hat, ist heute in Jedermanns Händen und alle Welt diskutirt die Frage über die Zweckmäßigkeit der Einrichtung, auf deren Beseitigung die Schrift dringt. Die neuesten Vorgänge haben überhaupt die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Hofkreise gelenkt; und man fängt an, die Ursachen des Zerfalls des Staats nach Innen und die Schmälerung seines Ansehens nach Außen den Anschauungen zuzuschreiben, die sich fortwährend an entscheidender Stelle geltend machen können. Ueber den schlimmen Einfluß des Militärkabinets, von dem unter andern auch alle Personalveränderungen in der Armee ausgehen, ist längst selbst unter den umsichtigen Militärs kein Zweifel: daß hier nur Kreuzzeitungsanschauungen walten, ist kein Geheimniß. Thut doch auch der Kriegsminister Aeußerungen in der Kammer, die davon zeugen, daß er nur die Kreuzzeitung kennt; daß in Hofkreisen nur das Junkerorgan die Quelle für alle Vorkommnisse ist, wird allgemein behauptet. Kein Wunder also, wenn man aus diesen Kreisen heraus nur den Widerhall dessen vernimmt, was ihnen zugetragen wird. Kein Wunder auch, wenn man von Aeußerungen über die Tendenz des Nationalvereins, über die Polizeiangelegenheit u. s. w. von maßgebender Stelle hört, die, wie sie von dem Gemeinbewußtseyn des Landes abweichen, nur Einflüssen zugeschrieben werden können, welche entweder gar nicht, oder zu spät paralysirt werden. Hatte doch schon der alte Flottwell, als er bei Beginn der neuen Aera das Ministerium des Innern verwaltete, Ursache, sich über die Polizeiberichte zu beschweren, welche in bestimmten kurzen Zeitperioden in das Kabinet wandern, weil sie durch ihre Färbung das Staatsoberhaupt kaptivirten und die Absichten und Zwecke der Minister durchkreuzten. Gleichwohl hatte das Staatsministerium es nicht für nöthig gehalten, selbst die Immediat-Vorträge des Polizeipräsidenten, den alle Welt als den Kanal betrachtete, durch welchen beim Beginn der neuen Aera die Kreuzzeitungs-Partei ihren alten Einfluß wieder zu gewinnen suchte, zu beseitigen. Daß der Kriegsminister v. Bonin über das Militärkabinet fiel, ist bekannt. Hr. v. Roon hatte keine Ursache, die Beseitigung dieses Kabinets als Bedingung seines Eintritts ins Ministerium zu fordern: er ist Vollblut-Junker. Seitdem ist der Stern des Ministerium im Sinken; und man sucht oft vergebens nach dem Unterschiede zwischen den „glücklich beseitigten" und den jetzigen Ministern. Zu allem Unglück mußte nun noch ein Abgeordnetenhaus kommen, dessen Majorität bei guten Vorsätzen doch nicht den Muth hat, seine Prinzipien durchzusetzen, wenn Männer aus seiner Mitte an der Regierung sind, und in deren Händen nach und nach das Parlament eine Maschine geworden ist, um die Lasten des Volkes zu Gunsten von Projekten zu vermehren, die man in parlamentarischen Reden, um den Schein zu retten, tadelt. So ist es begreiflich, weshalb der Staat nicht einmal mit der Polizeifrage fertig werden kann. Der Polizeipräsident ist noch immer in Funktion, und hatte gestern, wie der „Staatsanz." nun wieder öffentlich meldet, nachdem er es in der letzten Zeit nur indirekt gesagt hatte, Vortrag beim König. Die Minister hatten allerdings die Nothwendigkeit der Beseitigung des jeder Autorität baar gewordenen Polizeipräsidenten dem Könige vorgestellt; aber — es findet sich immer ein Grund, ihn zu halten. Anfangs wollte man, von der „Kreuzztg." dazu aufgestachelt, nicht den Anschein haben, als gebe man dem „Toben der Demokraten" nach; heute will man nicht den Anschein haben, als bestätige man die Insinuation derselben „Kreuzztg.", daß das Ministerium mit den

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 149. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreiwaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 38. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Samstag, 1. Juni 1861.

Ueber unser Heerwesen.

(Aus der Südd. Z.)

I.

Auch das Militär hat sich der Erörterung über die großen Forderungen des Kriegsministers bemächtigt. Gewichtige Stimmen erheben sich namentlich gegen den Fortbestand der hohen Präsenz. Bedeutende Minderungen in den Ausgaben könnten erzielt werden. wenn zahlreichere Beurlaubungen stattfänden, dagegen auf tüchtigere Kadres gesehen würde. Es ist jetzt für die Rekruten eine sechsmonatliche Uebung vorgeschrieben. In dieser Zeit können dieselben in allen Theilen des Waffendienstes theoretisch und praktisch so gebildet weeden, daß sie bei mehrjähriger Beurlaubung das Erlernte nicht vergessen. Leider aber wied jetzt sehr häufig nur exerzirt, damit diejenigen Uebung erlangen, bei welchen in Gemäßheit ihrer Stellung eine vollständige Ausbildung in allen Exerzitien schon sollte vorausgesetzt werden können. Die beiden letzten Jahre sind reich an solchen Thatsachen.

Sollen die Kadres ihrem Zweck entsprechen, so sind vollkommen ausgebildete Offiziere und Unteroffiziere ein Haupterforderniß. Alle großen Feldherren haben den höchsten Werth auf brauchbaee Unteroffiziere gelegt; bei uns mangelt es aber an solchen jetzt im hohen Grade. Es sind gemeine Soldaten oft nur schwer dazu zu bringen, das Avancement zum Unteroffizier anzunehmen. Der Unteroffizier wird von seinen Vorgesetzten oft nicht zum Besten behandelt, hat große Verantwortlichkeit, viele Strapazen, wenig Urlaub und geringe Löhnung. Gegenwärtig, wo es landwirthschaftliche Arbeiter nicht selten bis zu einem Taglohn von 2 fl. bringen, wäre eine Löhnung von 1 fl. für den Feldwebel, 45 kr. für den Sergeanten und 30 kr. für den Korporal nicht zu hoch. (Gegenwärtig beträgt sie 30, 18 und 15 kr.) Würden die Unteeoffiziere besser bezahlt, solider behandelt und ein Drittel deeselben zu Offizieren befördert, so würde sich eine Menge junger befähigter Soldaten mit großer Lust zu den Unteroffizierstellen herandrängen; die Abtheilungskommandanten hätten eine Auswahl unter den tüchtigsten Kompetenten und wären nicht genöthigt, unter den Soldaten herumfragen zu lassen: wer mag Unteroffizier werden? Dieß geschieht jetzt nur zu häufig und der Stand der Unteroffiziere wird dadurch wahrlich nicht gehoben.

Es muß weit gekommen seyn, wenn bei einer Eskadeon in zwei Jahren 11 Unteroffiziere sich in den Stand der Gemeinen zurückmeldeten, weil sie die Annehmlichkeit ihrer neuen Stellung nur gar zu bald satt bekommen hatten. Es muß weit gekommen seyn, wenn der inspizirende Prinz Luitpold selbst sich veranlaßt fand, diesem Mißstande, der zum größten Nachtheile des Heeres ein allgemeiner geworden ist, gründlichst nachzuforschen. Das Resultat war, daß die Aussicht für gediente Unteroffiziere eine höchst betrübende ist. Bei einem Regimente wurden innerhalb 6 Jahren 2 von den abgegangenen Unteroffizieren im Civildienst angestellt; über 60 sind im selben Zeitraume theils unter die Gemeinen zurückgetreten, theils nach vollendeter Dienstzeit mit Abschied gegangen, um wieder in das bürgerliche Leben zurückzukehren, wo sie eine bessere Zukunft mit Recht zu finden hofften. Diejenigen, die in demselben Zeitraum als dienstuntauglich pensionirt oder zur Garnisonskompagnie versetzt wurden, sind in einem dem Prinzen Luitpold eingehändigten Ausweis als „militärisch versorgt“ vorgetragen, als wenn die monatliche Pension von 10 fl., die ein Feldwebel nach circa 30jähriger Dienstzeit endlich erhält, einer „Versorgung“ gleich geachtet werden könnte, oder als wenn der Dienst und die Bezahlung bei der Garnisonskompagnie auch nur den bescheidensten Anforderungen entspräche! In der Garnisonskompagnie nimmt die Plackerei für den gedienten Unteroffizier erst recht ihren Anfang. Ist er beim Regimente vom Schildwachstehen, Holzmachen, Kochen, Zimmerreinigen u. dergl. gänzlich befreit, so wird er bei der Garnisonskompagnie mit all diesen Verrichtungen belastet. Er wird hier dem Soldaten völlig koordinirt und Letzterem ist in vielen Fällen die Kontrolle sogar über den Feldwebel eingeräumt, weil sie gleiche Verrichtungen haben und der Soldat den Unteroffizier im Dienste ablöst. Es ist schon vorgekommen, daß der Soldat sich weigerte, die Zimmertour vom Feldwebel eher zu übernehmen, bis dieser Schäffel und Wasserpitsche gereinigt und mit Sand gefegt hatte. Ist eine solche Blosstellung nicht kränkend? — Der Oberfeuerwerker bezieht im Regimente 40, der Feuerwerker 30 Kreuzer tägliche Löhnung; kommen sie nun zur Garnisonskompagnie, so verliert ersterer 10, letzterer 12 kr. per Tag. Ist dieß auch eine „militärische Versorgung“? — In wie ferne die Verheißungen der Versorgung im Zivildienste gehalten werden, davon liefert die große Zahl der bei der Garnisonskompagnie Nymphenburg befindlichen Unteroffiziere den sprechendsten Beweis. Sie beträgt über 200, darunter mehr als 100 Feldwebel. Es besteht aber noch eine Garnisonskompagnie in Königshofen, deren Stärke uns zur Zeit unbekannt ist.

Das sind die Ursachen, waeum bei uns die Unteroffiziere nach Vollendung ihrer Dienstzeit oder häufig schon früher das Heer verlassen. Würde ihnen eine glücklichere Zukunft eröffnet und ihre Subsistenz verbessert, es stünde dann anders. Mit einigen Hunderttausenden könnten Millionen erspart werden, denn sind die Offiziere und Unteroffiziere durchaus tüchtig, verläßig, ihren Obliegenheiten in allen Verhältnissen gewachsen, so ist der große Präsenzstand vollkommen entbehrlich. Der Soldat richtet sich pünktlich nach Führung und Kommando; täglich kann man sich überzeugen, daß die meisten Fehler, die beim Manövriren vorfallen, nicht auf die Schuld dee Soldaten zu rechnen sind. Früher wurden häufig mit den Chargirten allein Exeezitien im Regimente und Bataillon vorgenommen. Jetzt muß man immer recht viele Soldaten haben, um die Offiziere und Unteroffiziere einzuüben. Dadurch werden die Soldaten ermüdet und mürrisch gemacht, denn sie erkennen darin eine unnütze Plackerei. Ueberhaupt hat das Kasernenleben nie viel gute Früchte gebracht; der Soldat wird im Feld und im Lager gebildet. Es unterliegt somit keinem Zweifel, daß die Hälfte der zue Stunde präsent gehaltenen Soldaten sofort beurlaubt werden könnte. Aber auch sogleich wäre mit der angeregten Verbesserung der Lage der Unteroffiziere zu beginnen, und Alles aufzubieten, um ihren Stand in der Armee wieder vollzählig zu machen. Die Aufbesserung der Gagen der unteren Offiziere und Militär-Beamten steht ohnedieß außer Zweifel.

Deutscher Bund.

* Die Partei des Nationalvereins oder wenigstens ein Theil derselben fängt nachgerade an, über Preußen recht mißmuthig zu werden, weil es ihren Hoffnungen und Wünschen so ganz und gar nicht entspricht. Die „D. Allg. Ztg.“, die erst jüngst den preußischen Staatslenkern wegen ihree unentschlossenen, schwankenden, kraftlosen Politik derb den Text las, bekehrt sich in einer ihrer neuesten Nummern zu der Ansicht, daß die deutschen Mittelstaaten in gegenwärtiger Zeit eine ruhmvolle Aufgabe haben: „sie müßten, sagt sie, einerseits gemeinsam die beiden Großstaaten, die naturgemäß mehr oder weniger auch andere als rein deutsche Interessen und Aufgaben haben, mit aller Kraft dahin beeinflussen, daß Deutschlands Sicherheit, Kraft und Ehre niemals andern Interessen nachgestellt werde, natürlich aber auch selbst gern und freudig so viel von ihrer vollen Selbständigkeit opfern, als das wahre Interesse Deutschlands und seiner Freiheit verlangt; und sie müßten andererseits sich gegenseitig verpflichten, im Innern auf der Bahn des Fortschritts zum Zweck der Beförderung und Verwirklichung aller berechtigten Freiheitsbestrebungen, allee auf Hebung

Nichtpolitische Zeitung.

Lindau, 28. Mai. Nach großen Anstrengungen ist es gelungen, an das gesunkene Dampfschiff „Ludwig" gegen 45 Tonnen zu befestigen und mit Luft zu füllen, wodurch das Boot etwa 12—15 Fuß aus dem Lettenlager sich zu heben beginnt. Man hofft, das Schiff morgen bis nahe zum Niveau zu bringen.

Frankenthal, 28. Mai. Das k. Zuchtpolizeigericht dahier sah heute vor seinen Schranken den Pfarrer Rosenbauer von Haßloch, beschuldigt der gewohnheitsmäßigen Verleitung Minderjähriger zur Unzucht, sowie mehrfacher öffentlicher Sittenverletzungen im Laufe der letzten Jahre. Der Beschuldigte, bereits in das 48. Lebensjahr eingetreten und Vater von 5 Kindern, verließ vor mehreren Jahren Bergzabern, um zu Haßloch, das ihm gleich seinem früheren Aufenthaltsorte mit Liebe zugethan war, seine Thätigkeit fortzusetzen. Doch die in letzterer Zeit aufgetauchten religiösen Zwistigkeiten machten ihn, der dem neuen Gesangbuch nahe stand, viele seiner Gemeindeglieder zu Gegnern, welche in dem Bekanntwerden obiger Delikte einen erwünschten Grund fanden zu dessen Abberufung von seinem bisherigen Wirkungskreis. Nachgängig einem Presbyterialbeschlusse, welcher sich für die Beibehaltung des neuen Gesangbuchs aussprach, erhielt Rosenbauer von befreundeter Seite den Rath, der Gesangbuchsagitation sich günstiger zu zeigen, indem dieses der einzige Preis sey, um welchen man von der Denunciation dieser Vergehen, deren sich bereits die vielzüngige Fama in ausgedehntem Maße bemächtigt hatte, Umgang nehmen wollte. Doch das Presbyterium hatte gesprochen und das Gericht wurde mit der Angelegenheit befaßt. Die bei beseitigter Oeffentlichkeit stattgehabte Verhandlung förderte eine Fülle von gravirenden Thatsachen zu Tage, die sämmtlich unter den Begriff der Masturpation zu reihen seyn dürften. Daß selbst die heiligsten Handlungen von diesen unsittlichen Manipulationen nicht verschont blieben, machte einen Eindruck, der auf die Anwesenden erschütternd wirken mußte. Die besten Leumundszeugen, von denen einer in dem Vorgehen gegen Rosenbauer einen Tendenzprozeß erblicken wollte, standen im Uebrigen dem Beschuldigten zur Seite, der in seiner zwar mit vielem Gleichmuth geführten Vertheidigung die Wucht der Anklage von sich zu wälzen nicht im Stande war. Nach einer fast vierstündigen Verhandlung sprach das Gericht unter Zugrundelegung der Art. 330, 334 und 335 des Strafgesetzbuches eine Gefängnißstrafe von einem Jahre, 50 Franken Geldbuße und Interdiktion auf zwei Jahre aus, während dem die kgl. Staatsbehörde das Maximum der Gefängnißstrafe beantragt hatte. Mit einer der Sache angemessenen Ermahnung an den Beschuldigten endigte die Sitzung. (Pf. Z.)

Aus Rzeszow in Galizien wird geschrieben: „Am Pfingstsonntage wurde die Bernardiner-Klosterkirche zu Lezaysk in Galizien der Schauplatz eines traurigen Vorfalles. Der Ruf: „Es brennt, fliehet", welcher während des dort abgehaltenen Gottesdienstes ertönte, trieb die versammelte Menschenmenge zur offenen Seitenthüre hinaus. Ein zweiter Ruf: „Vor der Kirche wird so, wie in Warschau gemordet", bewirkte, daß sie wieder in die Kirche zurückdrängte und daß die Thüre geschlossen wurde. Angst und Verwirrung bemächtigten sich nun der Versammelten, welche sich gegenseitig drängten und drückten, bis es endlich der Gendarmerie gelang, die Thüre wieder zu öffnen, der Menge den Ausgang in den freien Hof zu bahnen und sie von dem Irrthume, in den sie versetzt worden war, zu überzeugen. In dem Gedränge hatten vier Personen den Tod gefunden, eilf leichtere oder schwerere Verwundungen erlitten. Die Erhebungen, welche über diesen Vorfall eingeleitet wurden, haben bis jetzt nur das Ergebniß geliefert, daß der Schornstein des Klosters wirklich Feuer gefangen hatte, dieses aber sogleich gelöscht worden war."

Aus Frankreich. Der Assisenhof von Westflandern hat den Bruder Fidèle, (Peter van Brackel), Mitglied der „Kongregation der christlichen Lehre", zu 15 Jahr Zwangsarbeit, 15 Jahr polizeilicher Ueberwachung und zum Pranger wegen mit vier Kindern unter 14 Jahren in einer Schule, bei der er als Lehrer angestellt war, getriebener Unzucht verurtheilt. Der Vorsteher der Kongregation für christliche Schulen, Bruder Philipp, hat, da 20 ähnliche Fälle diesem in der Provinz Flandern vorausgegangen waren, die Direktoren der Schulen aufgefordert, über die Sittlichkeit ihrer Untergebenen zu wachen und die Schüler zu beschützen. In diesem von 2. d. M. datirten Cirkular wiederholt er seine früheren Warnungen und sagt, daß wenn er bisher auf das Uebel nur verdeckt angespielt, er heute diese Schonung nicht mehr üben könne nach den sich so oft wiederholenden beklagenswerthen Vorfällen; viele Mitglieder der Kongregation lägen in Ketten; andere Fälle seyen vor den Gerichten in Untersuchung, Skandal werde reichlich ausgestreut. Bruder Philipp verbietet daher den Brüdern, keinem Kinde irgend welche Liebkosung, auch der unschuldigsten Art, zu erweisen, sonst könne daraus eine Leidenschaft entstehen, die in den Abgrund führe. — Es ist nur zu billigen, daß der Vorsteher solchen Verfehlungen ernstlich entgegentritt und offen dieselben ans Tageslicht zieht. Besser die räudigen Schafe ausstoßen, als die Fehltritte vertuschen, die dann nur zu leicht von Uebelwollenden der ganzen Körperschaft als solchen zur Last gelegt werden. Daß Unwürdige als Mitglieder sich einschleichen, kann durch nichts verhindert werden; die Körperschaft aber wahrt ihren guten Ruf, wenn sie dieselben ausstößt, sobald sie sich als unwürdig zeigen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. R. Bohlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	—
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$63\frac{1}{8}$ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	56 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$48\frac{3}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$41\frac{3}{4}$ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$87\frac{3}{4}$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	103 P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102\frac{7}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	103 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$100\frac{7}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{7}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	95 G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$103\frac{1}{2}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	95 P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{5}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	94 G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$98\frac{3}{4}$ P.
„	3 pCt. Obl.	—
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$49\frac{7}{8}$ P.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt. „ „ „	$43\frac{1}{8}$ P.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$99\frac{5}{8}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$109\frac{1}{4}$ P.
K. k. Oesterr. National-Bankaktien .	655—58 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$149\frac{1}{2}$—49 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	183 P. 182 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	74 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$70\frac{1}{2}$ P.
Internationale Bank in Luxemb. . . .	84 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	318 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	68 P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	234 P.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$120\frac{1}{2}$ G.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$75\frac{3}{4}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$22\frac{3}{8}$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	135 G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$99\frac{3}{4}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{1}{8}$ G.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	234 G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	525 P. 522 G.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	483 P.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$104\frac{1}{4}$ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. $100\frac{1}{2}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$96\frac{1}{4}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	$87\frac{7}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{1}{2}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	$93\frac{3}{8}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{5}{8}$ B.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$84\frac{1}{2}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	81 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$50\frac{1}{8}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$63\frac{1}{4}$ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$131\frac{1}{2}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	62 P.	„ fl. 25 do.	$35\frac{5}{8}$ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$95\frac{1}{4}$ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$35\frac{1}{4}$ P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beifl.	$121\frac{1}{2}$ G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	51 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$37\frac{1}{2}$ P. 37 G.
Badische fl. 50	90 P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{1}{4}$ P.
Badische fl. 35	$53\frac{1}{8}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 G.

Frankfurt, 30. Mai. Oesterr. National- und Kreditaktien behaupteten sich, bei belebtem Umsatz, fest auf den gestrigen Kursen. Die übrigen Fonds und Aktien nicht wesentlich verändert, nur Bexbacher Eisenbahn waren belebt und höher. Die monatliche Abrechnung ging sehr gut von Statten. (Synd.)

Kugel trifft das Handgelenk (nahe daran) der rechten Hand! Herr v. Manteuffel ist übrigens überaus kurzsichtig und hatte keine Brille aufgesetzt.

Berlin, 28. Mai. Der König hat die Entlassung des Polizeipräsidenten v. Zedlitz genehmigt. Die betreffende Ordre soll jedoch erst nach dem Landtagsschlusse vollzogen werden, damit sie nicht als eine Folge der im Landtage öfter kundgegebenen Wünsche erscheine. Dies nach der Theorie des Hrn. v. Schleinitz, daß man nicht thun dürfe, was die öffentliche Meinung fordert. (So berichtet die „Zeit", ein nationalvereinliches Blatt, dem aber die Jämmerlichkeit, die sich in Berlin breit macht, nachgerade doch auch zu bunt wird.)

Nassau. Wiesbaden, 29. Mai. Die zweite Kammer lehnte den Majoritätsantrag des Ausschusses, das Bundespreßgesetz und die Vollzugsverordnung dazu außer Wirksamkeit zu setzen, mit 15 gegen 7 Stimmen ab. Der weitere Antrag, die ohne ständische Zustimmung erlassene Vollzugsverordnung zur nachträglichen Zustimmung zu reklamiren, ward einstimmig angenommen. (Tel. d. Allg. Ztg.)

Freie Städte. Frankfurt, 29. Mai. (Prv.-K.) Bei dem hiesigen nordamerikanischen Generalkonsulate haben sich nicht allein viele auswärtige Militärs, sondern auch etwa 15 Offiziere unserer Bundesgarnison angemeldet, welche Alle gesonnen sind, in die Militärdienste der Union zu treten. Da aber das Konsulat bis jetzt noch ohne alle Instruktionen ist, so ist dasselbe außer Stande, diesen Herren irgendwelche Versprechungen oder Zusagen machen zu können.

Oesterreich. Wien, 26. Mai. Die Studentenversammlung, welche vorgestern im Universitätsgebäude stattfand, zu dem Zweck, eine freiere Stellung der hiesigen Studentenschaft zu erwirken, war äußerst zahlreich besucht. Man vereinigte sich zu dem Beschluß, daß die Petition fünf Punkte, resp. Wünsche, enthalten sollte, unter anderm vollständige Durchführung der Lehr- und Lernfreiheit, welche zwar im Prinzip von der hohen Staatsregierung ausgesprochen und anerkannt, jedoch durch vielfache hemmende Gegenbestimmungen und Beschränkungen noch immer fast illusorisch sey; ferner Bewilligung des freien Petitions- und Assoeiationsrechts für die Studentenschaft und vollständige Korporationsrechte.

Wien, 29. Mai. In der Unterhaussitzung wurde der Polizeiminister wegen willkürlicher Internirung und Verhaftung von Staatskü gern interpellirt. (T. d. Allg. Ztg.)

Bekanntlich wollten die in Prag lebenden Ungarn einen Trauergottesdienst für den verstorbenen Grafen Teleki in der böhmischen evangelischen Kirche abhalten. Der evangelische reformirte Pfarrer W. Schubert erhielt jedoch von dem Superintendenten J. Kubesch in dieser Angelegenheit folgende Zuschrift: „Ich lese soeben die in einem der Prager Blätter enthaltene Nachricht, daß in dem dortigen evangelischen Gottesdienste am 25. Mai eine Trauerfeier für den magyarischen Grafen L. Teleki, welcher vor einigen Tagen sein Leben als Selbstmörder schloß, abgehalten werden soll; ich sehe mich veranlaßt, Ew. Hochwürden hiermit aufzufordern, daß Sie mir in dieser Beziehung schnelle und bestimmte Aufklärung geben wollen, denn mir ist es in der That unbegreiflich, daß in einer böhmisch-evangelischen Kirche eine solche Feier veranstaltet werden könne für einen Mann, welcher sich um unser Vaterland und unsere Kirche gar kein Verdienst erworben hat, sondern vielmehr im Gegentheil erst als offenbarer Revolutionär, dann aber — trotz der hochherzigen kaiserlichen Gnade — als Führer der destruktiven Partei des ungarischen Landtags zu den Feinden des österreichischen Reichs gezählt zu werden verdiente." Die Behörde hatte die Bewilligung zu der Trauerfeierlichkeit bereits ertheilt. Die Veranstalter hatten sich verpflichtet, daß die Feier keinen demonstrativen Charakter haben sollte. Die Gesänge sollten czechisch, die Predigt deutsch seyn.

Pesth, 28. Mai. Unterhaussitzung. Graf Anton Czichy befürwortet energisch eine friedliche Ausgleichung mit Wien. Der herrschende Pessimismus in Ungarn erschwere eine glückliche Lösung. Das Oktoberdiplom sey zwar nicht der ungarischen Verfassung gemäß, aber für die Länder jenseits der Leitha ein Uebergang zum konstitutionellen Leben. Es sey nicht einzusehen, warum man die Absicht des Kaisers, konstitutionell zu regieren, bezweifeln wolle. (Der erste Redner im ungarischen Unterhaus, der wahrhaft versöhnlich spricht.) (Tel. d. N. Korr.)

Italien.

Aus Turin, 24. Mai, schreibt man der „Köln. Zeitung": „Die Nachrichten aus Mailand haben einen sehr peinlichen Eindruck hervorgebracht. Eine Menge Verhaftungen sind vorgenommen, die Untersuchung geht Tag und Nacht vor sich und soll bereits die deutlichsten Indicien einer von reaktionärer Seite durch vielfache und zum Theil bedeutende Geldvertheilungen bewirkten Aufwieglung ergeben haben. Verschiedene Arrestanten haben bereits eingestanden, Geld erhalten zu haben. Ein in Bauerntracht gekleidetes Individuum, das man fest nahm, hatte 2000 Frs. in französischem Golde bei sich." (Dergleichen Anschuldigungen werden gewöhnlich erhoben, um die eigene Schuld zu bemänteln.)

Die offiziösen Blätter bezeichnen die Nachricht von einer baldigen Reise des Hrn. v. Cavour nach Paris als grundlos.

Die von der türkischen Regierung auf der untern Donau in Beschlag genommenen und an die Adresse des Grafen Cavour zurückgeschickten Waffen sind dieser Tage in Neapel eingetroffen. Einem Befehl des Kriegsministers zufolge sollen 30,000 der einen Theil der Ladung bildenden Gewehre den mit der Ausrüstung der Nationalgarde in Süditalien beauftragten Militärbehörden zur Verfügung gestellt werden.

Rußland und Polen.

Ueber die vor Kurzem durch Zöglinge der Warschauer Realschule vor dem Hause des Grafen Wielopolski verübten Exzesse erhalten wir heute eine authentische Mittheilung, die den Sachverhalt folgendermaßen darstellt. Der Graf hatte eine Quantität Baumaterial anfahren lassen, um Reparaturen vorzunehmen und den Vorhof neu verwahren zu lassen; da verbreitete sich unter den Schülern das Gerücht, er wolle seinen Palast gegen äußere Angriffe mit Wällen und Mauern umgeben lassen. Hierüber entstand alsbald eine Aufregung unter den Jünglingen, denen sich auch andere Individuen anschlossen. Man rief: „Nieder mit der Bastille, wir wollen keine Zwingburg!" griff die Arbeiter an und zerstörte die bereits begonnenen Arbeiten. Aber alsbald rückte Militär an und verhaftete die Tumultuanten, die nicht bereits das Weite gesucht hatten. Darauf beschränkt sich der ganze Krawall, von dem manche Blätter so viel Aufhebens machen. Bedenklicher ist das schnell um sich greifende Dienstverweigerungssystem der Bauern, das sich nachgerade über das ganze Königreich verbreitet hat, und kaum durch die kaiserliche Verordnung, daß alle Robotfrohnden mit dem 1. Okt. d. J. aufzuhören haben, sein sofortiges Ende erreichen dürfte. Die Bauern glauben nun einmal steif und fest, der Kaiser habe befohlen, ihnen ihre Ländereien unentgeltlich zu überlassen, was aber die adeligen Herren nicht wollten. In der bei Konin gelegenen einzigen Herrschaft Zagorow-Kopolno beharren 115 Bauern bei ihrer Renitenz, obgleich bereits seit mehreren Tagen Exekutionskommandos bei ihnen eingerückt sind. Der Adel beklagt jetzt schon den Rücktritt des von ihm früher so sehr gehaßten Muchanoff; man sagt ganz offen: wäre Muchanoff noch da, solche Exzesse würden nicht vorkommen. Mit der Entschädigungssumme soll der Adel auch nicht zufrieden seyn; $7\frac{1}{2}$ und in einigen Kreisen bis 12 Silberkopeken pro Tag und Dienstmann scheint ihm viel zu wenig, und doch dürfte er dadurch gewinnen, da er mit dem vierten Theil freier Arbeiter nach dem Urtheil Sachverständiger mehr und bessere Arbeit erzielt, als durch die faulen und schlecht arbeitenden, wenn auch zahlreichen Robotknechte. Aber auch der Bauer fährt besser, denn er zahlt eine geringere Abfindungssumme, als die bisherige Unterhaltung eines eigenen Robotknechtes in Anspruch nahm. (Fr. Postz.)

Von der polnischen Gränze, 29. Mai. Die oberste Civilverwaltung des Königreichs Polen ist dem Kriegsgouverneur Meschetewicz übertragen. (T. d. Allg. Z.)

Amerika.

New-York, 20. Mai. Die patriotischen Gaben für den Krieg belaufen sich in den Nordstaaten bereits auf 27 Millionen Dollars. Die Treue der Deutschen gegen die Union wird allgemein gerühmt; in Baltimore und St. Louis haben sie den Ausschlag gegeben. In Illinois haben sich besondere deutsche Kompagnien gebildet. Die Secessionisten in Harpers Ferry leiden Mangel an Lebensmittel, welche ihnen die Westvirginier abschneiden. Tennessee hat dem Süden Hülfe zugesagt. In St. Louis ist es zu einem zweiten Zusammenstoß der deutschen Freiwilligen mit dem Pöbel gekommen, der die Kavallerie angriff; diese gab Feuer und tödtete 22 Personen. Der Gouverneur von Massachusets hat sich dahin ausgesprochen, daß Sklavenaufstände von nun an als Kriegsmittel betrachtet werden müssen, wodurch man den Feind schwäche. In New-Orleans fürchtet man eine Erhebung der Neger; 700 Bürger halten jede Nacht Wache; ein Sklave hat Feuer gelegt, wodurch 11 Sch.ffe verbrannten.

betreffende Stelle im Landtagsabschiede nur den Sinn haben konnte, daß, wenn Verhältnisse eintreten sollten, in welchen mit den durch das Budget gebotenen Mitteln nicht ausgereicht werden könne, wegen der Mehrausgabe sofort dem nächsten Landtage Vorlagen gemacht werden sollen. Dies sey aber nicht geschehen, und deßhalb sey es nothwendig, Verwahrung einzulegen; es sey dies das Mildeste, was die Kammer thun könnte. Crämer wünscht noch nähere Aufschlüsse darüber, warum der Ausschuß die Anerkennung der Rechnungen pro 1858/59 aussetzen wolle, und glaubt, daß es Pflicht wäre, schon jetzt auch die Nachweisungen dieses Jahres zu berathen und sich gegen die Etatsüberschreitungen auszusprechen — damit kein Zweifel darüber bleibe, daß man der dermaligen Verwaltung des Kriegsministerium kein Vertrauen schenke. Die Kammer werde alle für die Armee benöthigten Mittel gerne bewilligen, aber es dürfte nicht so mit denselben umgegangen werden, als seyen die Kammern gar nicht vorhanden. Wenn man weiterer Mittel bedurft habe, so hätte man die Kammern berufen sollen. — Frhr. v. Lerchenfeld schließt sich dem Antrage Hirschbergers an und sprach sich dann ebenfalls gegen den hohen Formationsstand der Armee aus — dieselbe bilde $2\frac{2}{3}$ pCt. der Bevölkerung. Der Redner erörterte dann die betreff. Bestimmungen des Heeresergänzungsgesetzes, um zu zeigen, daß es dem Kriegsministerium nicht zustehe, den Formationsstand der Armee fortwährend zu erhöhen, daß es sich vielmehr an die Bestimmung des § 9 desselben zu halten habe, nach welchem alljährlich nur der sechste Theil des formationsmäßigen Standes der Armee ausgehoben werden dürfe. — Was die Ansicht des Abg. Crämer betreffe, so könnten die Rechnungen pro 1858/59 deßhalb nicht schon jetzt erledigt werden, weil die bewilligten Kredite zum Theil in diesem Jahre, zum Theil erst 1859/60 zur Verwendung kamen und es deßhalb geeigneter erscheine, die Rechnungen beider Jahre gemeinsam zu prüfen. Durch die bevorstehende Berathung über den für die Armee neu verlangten Kredit, werde die hohe Kammer übrigens genaue Aufschlüsse über die Verwendung der früheren Kredite erhalten und dann in der Lage seyn, ihr Urtheil aussprechen zu können. Redner habe noch gar Manches bezüglich der Militärverwaltung auf dem Herzen, wolle sich jedoch die Darlegung desselben bis zur Budgetberathung vorbehalten. Dr. Barth sprach ebenfalls gegen den hohen Stand der Armee-Formation und schloß sich deßhalb dem deßfallsigen Antrage des Ausschusses, ebenso dem Antrage Hirschbergers an. „Unser Bundeskontingent", sagte er, „beträgt 59,334 Mann; dieser Bundespflicht gegenüber haben wir der Regierung einen Armeebestand bewilligt und resp. unserem Budget zu Grunde gelegt von 72,669 Mann. Wir waren der redlichen Ueberzeugung, daß dieser Personalstand genüge, um der Bundespflicht und sonstigen Aufgaben der Landesregierung zu entsprechen, und wir waren ebenso der redlichen Ueberzeugung, daß die Summen, welche wir bewilligt haben, genügen, um diesen Armeebestand bestreiten zu können. Getreu unserem Eide, in Allem nur des Landes wahres Wohl und Beste zu berücksichtigen, durften wir dieser Ueberzeugung gegenüber nicht mehr und nicht weniger bewilligen, als wir bewilligt haben und wir sind dafür Niemand Anderem verantwortlich, als unserem eigenen Gewissen. Demungeachtet mußten wir im Landtagsabschiede von 1856 vernehmen, daß die Staatsregierung uns ein Mißfallen ausdrückte über das Verhalten, welches wir in dieser Frage beobachteten. An jenem Tage, als wir von jenem Platze dort diese Stelle vorlesen hörten, war bei mir beschlossen, die Rechnungsnachweisungen nicht vorübergehen zu lassen, ohne von meiner Seite gegen diesen neuen Stylus curiae Protest einzulegen. Wir sind selbständig und unabhängig in unserm Wirkungskreise, kein Gericht in der Welt wird sich gefallen lassen, daß die Staatsregierung sagt: „Ich habe mißfällig vernommen, daß Ihr so oder so geurtheilt habt." Wir dürfen auch nicht dulden, daß man uns Mißfallen bezeigt, wo wir unserer Pflicht und unserem Eide getreu nach bestem Gewissen gehandelt haben." Diejenige Verwaltung, welche dieser Sprache sich bediente, sey heute nicht mehr zur Stelle; Redner wolle daher über die Sache nicht viele Worte machen und habe nur geglaubt, die heut'ge Verhandlung nicht vorübergehen lassen zu dürfen, ohne sie zu berühren wegen der künftigen Folgen. Redner würde darauf antragen, daß die Rechnungen pro 1858/59 ebenfalls heute schon zur Berathung gelangen — wenn dies die einzige Gelegenheit wäre, der gegenwärtigen Verwaltung des Kriegsministerium zu Leibe zu treten; allein hiezu werde sich durch die Berathung des vorgelegten Kreditgesetzes eine bessere Gelegenheit bieten; man werde dann von dieser Verwaltung Rechenschaft fordern und sich fragen, ob man derselben noch weitere Kredite bewilligen könne. Es war die Debatte hiemit zum Abschluß gekommen, und nach einigen kurzen Bemerkungen des Hrn. Referenten beschränkte sich der k. Kriegsminister darauf, zu erwähnen, daß der hohe Stand unserer Armee durchaus nothwendig sey, ja wenn man Alles zusammen rechne, hätten wir noch um 10,000 Mann zu wenig (allg. Heiterkeit). Er, der Kriegsminister, habe es für seine Pflicht gehalten, die Armee auf den jetzigen Stand zu bringen; gespart wurde soviel als möglich. Ohne große Armee könne sich kein Staat mehr halten. „Was die Ausgaben auf die Heerformation betrifft, sagte er, so war doch wahrhaftig keine Zeit, sich zu besinnen, da es sich um die Existenz von Bayern handelte. Mit einem niedrigeren Stande würde man nicht ausgekommen seyn. Ich habe also für meine Pflicht gehalten, fortzufahren und den Bedarf so festzusetzen, um die Rekruten gehörig ausbilden zu können. Ich bin so überzeugt, daß dieses meine Pflicht war, und daß unter gewissen Umständen Bayern sich vielleicht gar nicht anders hätte halten können, daß, wenn der Fall wieder kommt, ich es wieder thun werde. Ich werde Alles über mich ergehen lassen, was auch die hohen Herren verfügen mögen. Es ist auch gesagt worden, die Rechnungen seyen noch nicht bezahlt worden, sie sind aber alle bezahlt worden. Es ist also durchaus nicht möglich, und ich halte dafür, daß der Staat, der keine Armee hat, sich nicht retten wird, weder durch Eisenbahnen, noch durch industrielle Unternehmungen, noch durch gute Gesetze, sondern, wenn Sie diese Sachen behalten wollen, müssen Sie eine tüchtige und hinreichend starke Armee haben. Was die Erhöhung der Löhnungen der Unteroffiziere und Soldaten betrifft, so sind sie schon eingesetzt. Ich würde also die Herren bitten, zu bedenken, daß dieses das einzige Mittel sey, um das, was wir besitzen, zu erhalten, denn das was kommen wird, wissen die Götter; aber bereit müssen wir seyn, um zu kämpfen." — Der Generalverwaltungsdirektor der Armee, Hr. Wolf, erklärte sich hierauf gegen den Antrag Hirschbergers — weil der Landtagsabschied nur den nächsten ordentlichen Landtag im Auge gehabt habe, worauf Hr. Hirschberger erwiderte, daß auch im Jahr 1859 ein ordentlicher Landtag versammelt war. Bei der Abstimmung wurde dann der Antrag Hirschbergers mit beinahe Einstimmigkeit angenommen, ebenso die Anträge des Ausschusses.

** München, 29. März. (Privat-Korresp.) Vom Ausschuß-Referenten der 1. Kammer, Grafen v. Montgelas, wird bezüglich der Rechnungsnachweise der Staatsausgaben beantragt, daß entgegen dem Beschluß der 2. Kammer den 30,000 fl. Reise- und Einrichtungskosten des Kardinals Grafen v. Reisach die Anerkennung zu ertheilen sey — ebenso den von der 2. Kammer beanstandeten 40,000 fl. für die Wiener Straße, resp. es soll die Erledigung dieses Postens bis zur Budgetberathung ausgesetzt bleiben.

Preußen. Berlin, 29. Mai. Ueber das Pistolenduell bei Potsdam zwischen dem Generalmajor v. Manteuffel und dem Stadtgerichtsrath Twesten (s. den „Anzeiger") berichtet die „Neue Preuß. Ztg." Folgendes: Vor Kurzem erschien hier — datirt: „Berlin im April 1861" — eine anonyme Broschüre unter dem Titel: „Was uns noch retten kann". Das Militärkabinet wird darin u. A. heftig angegriffen. Herr v. Manteuffel hörte, daß diese Broschüre von dem Stadtgerichtsrath Twesten herrühre, und schrieb an ihn, ob er der Verfasser sey. Die Antwort lautet: Ja, und er wolle seine Gründe angeben; er halte wirklich Manteuffel's Verbleiben für staatsgefährlich: das sey seine innerste Ueberzeugung 2c. Herr v. Manteuffel antwortete, er habe ihn gar nicht nach seinen Gründen gefragt; er in seiner Stellung könne aber nicht dulden, daß er auf diese Weise angegriffen würde, und frage den Schreiber daher, ob er nicht bereit sey, in irgend einer Weise öffentlich diese Ausschreitungen zurückzunehmen. Herr Twesten antwortet, das könne er nicht: er sey zu sehr überzeugt von seiner Meinung; doch sey er bereit, Hrn. Manteuffel Genugthuung zu geben, und erwarte das von ihm. So provozirt, fordert Herr v. Manteuffel auf 5 Schritt Barrière mit 3 Schritt Avanciren, d. h. 11 Schritt überhaupt entfernt aufgestellt; Jeder von Beiden kann sich auf 3 Schritt nähern. Auf dem Kampfplatze versuchen die Sekundanten beider Theile Versöhnung. Manteuffel ist dazu bereit. Es wird zu dem Ende eine sehr anständig und mäßig gefaßte Erklärung aufgesetzt. Herr Twesten liest sie und erklärt, es sey ihm unmöglich, zu revociren. Die Aufstellung erfolgt nun. Herr Twesten avancirt sofort seine drei Schritte, zielt und schießt Hrn. v. Manteuffel dicht am Auge vorbei. Manteuffel geht jetzt auch seinerseits die drei Schritte vor, erhebt das Pistol und sagt: „Sie haben sich bei diesem ganzen Handel durchweg als ein Ehrenmann benommen; ich halte es für meine Schuldigkeit, auch jetzt noch Ihnen anzubieten, die Sache durch diese milde abgefaßte Erklärung zu beenden!" Antwort: „Es sey ihm unmöglich, zu revoziren!" Darauf macht Manteuffel militärisch Kehrt, geht seine drei Schritte zurück und schießt nach Frontmachung sofort. Die

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland, für Wahrheit und Recht

№ 148.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Schrift	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 31. Mai 1861.

Auf die **„Neue Würzburger Zeitung"** kann für den Monat **Juni** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

⁂ Die Trias.

II.

Wir haben neulich dargethan, daß dee einzige praktische Weg einer Bundeseefoem unter den bestehenden Veehälnissen in dem engern Bund der Mittel- und Kleinstaaten zu finden sey, und daß, wenn dieser Weg nicht betreten wied, dem deutschen Volk nur die Wahl bleibt zwischen Knechtung durch das Auslanr und Revolution. Um Mißverständnisse zu vermeiden, wollen wir nur noch einige Bemerkungen beifügen. Wir denken uns den Bund der Mittel- und Kleinstaaten keineswegs so, daß er sich von Preußen und Oesterreich ganz loslösen sollte; wir sehen recht wohl ein, daß er für sich allein nicht stark genug wäre, um einem Angeiff des Auslands auf die Länge Stand halten zu können, wir denken vielmehr, daß er eben das Mittel seyn sollte, um die Verbindung zwischen Preußen, Oestereeich und dem übeigen Deutschland inniger als bisher zu knüpfen und dem deutschen Volk eine Bürgschaft dafür zu geben, daß die Kräfte dieser drei Staatenkörper zur gemeinsamen Abwehr der gemeinsamen Gefahr stets vereint seyn weeden. Damit abee der Bund der mittleren und Klein-Staaten wirklich ein einheitliches Ganze bilden und so zur Einigung Deutschlands wirksam beitragen könnte, müßten natürlich die Mitgliedee desselben sich dazu verstehen, einen namhaften Theil ihrer Souveeänetätsrechte diesem Bund und dessen Organen zu überteagen; denn wie soll der Bund etwas wirken, wenn ihm keine Macht veeliehen ist, wenn die Glieder desselben nach wie vor immer blos ihr eigenes Gutdünken, ihre Sonderinteressen zur Richtschnur ihres Handelns machen wollen; das Heerwesen und die diplomatische Vertretung mindestens müßten gemeinsam seyn für den Bund. Und noch eins — das Wichtigste! Der neue Bund dürfte nicht blos zwischen den Regierungen und für sie geschlossen seyn, er müßte sich auf's Volk stützen. Der Theilnahme einer gemeinsamen Volksvertretung bei Berathung und Ordnung dee Bundesangelegenheiten müßte ein weiter Spielraum eingeräumt werden. Geschähe dies nicht, so würde der neue Bund von vorneherein den Keim des Todes in sich tragen; er würde, wie der Bundestag es so oft gethan, fort und fort in Streit mit den Landtagen der Einzelstaaten gerathen, würde, statt von der Sympathie der Bevölkerungen getragen und gekräftigt zu werden, ihrem Mißtrauen anheimfallen, dessen tödtender Hauch bald auch ihm, wie dem gegenwärtigen Bundestag, die Lebenskraft entziehen würde. Und doppelt nothwendig ist dies, da sich Regierungen unter den Theilnehmern desselben befänden, deren bisheriges Verhalten dem deutschen Volk leider nur genug Anlaß zu berechtigtem Mißtrauen bietet. Wir nennen z. B. nur Hannovee und Kurhessen. Wem wollte man's verargen, wenn er dächte, daß solche Regierungen nur aus selbstsüchtigem Partikularismus dem Bunde beiträten, daß es ihnen um das deutsche Volk, um dessen Sicherheit und Ansehen dabei wenig zu thun sey, daß sie nur darauf ausgehen, ihree schwankenden Souveränetät eine neue Stütze unterzuschieben? Der neue Bund würde ohnehin mit manchem Widersacher zu kämpfen haben; wie sollte er im Kampf bestehen, wenn nicht Fürsten und Volk Hand in Hand gehen wollen? Sie können es, wenn sie ihren beiderseitigen Vortheil eecht veestehen. Offenes Entgegenkommen schafft Vertrauen, und Vertrauen schafft Stärke. Darum aber vor Allem weg mit der diplomatischen Geheimnißkrämerei! Man frage nicht lange herum bei diesem und jenem Großmachts-Hof, sondern man lege gerade und offen dem deutschen Volk die Sache dar, wie sie ist und fordere es auf, mitzuhelfen bei dem Werk der Neugestaltung. Ein solcher Anruf würde freudigen Widerhall finden von den Alpen bis zur Nordsee.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 28. Mai. Se. Maj. der König hat die kathol. Pfarrei Kirchanhausen, Ldg. Kipfenberg, dem Priester Joh. Stigler, Pfarrer in Obererlbach, Ldg. Gunzenhausen, übertragen; die protestantische Pfarrstelle zu Imsbach, Dek. Winnweiler, dem Pfarramtskandidaten Gg. Kennel von Kaiserslautern veeliehen. (N. Münch. Z.)

München, 29. Mai. Se. Maj. der König hat die Stelle eines Rechnungsführers am Centealgefängnisse Kaiserslantern dem funktionirenden Rechnungsführer an diesem Gefängniß, H. Moschel, verliehen. (N.M.Z.)

(Dienstes-Nachrichten der k. Verkehrs-Anstalten.) Ernannt wurden: Zu Assistenten: die Accessisten und geprüften Rechtspraktikanten S. Fidler in Landau in der Pfalz und L. Lutzenberger in Satzburg. Versetzt wurden: Die Assistenten B. Kohler von Landau i. d. Pf. nach Kaiserslautern, A. Then von Lichtenfels zum Rechnungs- und Revisions-Bureau und H. Wunderle von Augsburg nach Kempten.

** München, 29. Mai. (Priv.-Korr.) Der Verwaltungsrath der bayerischen Ostbahnen hat sich letzthin mit dem projektirten Welterbau der Ostbahnen beschäftigt und den Bau einer Bahn von Schwandorf nach Eger beschlossen. Die Vorschläge, welche derselbe zue Erlangung der Konzession an die Staatsregierung stellt, sollen Aussicht auf Genehmigung haben, zumal keine weitere Zinsengarantie des Staates füe die neue Bahn beansprucht wird. Die Bahn kann nämlich mit den vom ursprünglichen Baukapital von 60 Mill. noch vorhandenen Mitteln, nahezu 15 Mill. Gulden, vollständig ausgeführt werden.

* München, 28. Mai. (Privat-Koeespondenz.) (**XXX.** öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Am Ministertische: Sämmtliche Minister. Es gelangen die Nachweisungen bezüglich der Militärrechnungen pro 1855/59 zur Berathung. Die desfallsigen Anträge des Ausschusses wurden bereits mitgetheilt, ebenso Auszüge aus dem Ausschußberichte. Referent Abg. Langguth eröffnete die Debatte mit Bezugnahme auf sein Referat. Pfarrer Völk: Obwohl der jetzige Moment noch nicht der geeignete sey, um durchgreifende Maßregeln gegen die Zustände zu berathen, wie sie im Referat bezüglich der Militärverwaltung dargelegt sind, so sey doch die Mißstimmung im Lande hierüber eine so geoße, daß Redner sich schon heute darüber aussprechen müsse. Der Redner erklärt sich hierauf sehr entschieden gegen den hohen Formationsstand der Aemee und die eigenmächtige Erhöhung desselben durch das Kriegsministerium mit völliger Umgehung des Heeresergänzungsgesetzes und schließt sich deßhalb dem betreffenden Antrag des Ausschusses an. Der jetzige hohe Stand der Armee überschreite die Kräfte des Landes; für Kriegszeiten würden die Kammern und das Land mit vollen Händen die nöthigen Mittel gewähren, aber in Zeiten des Friedens müßten die Kräfte des Landes geschont werden. Was die Etatüberschreitungen betrifft, so sey es nothwendig, daß die Rechte der Kammern gewahrt würden und Redner würde deßhalb gerne einem desfallsigen Antrag, wenn ein solcher gestellt würde, beistimmen. Der 1. Sekretär Hirschberger stellte hierauf auch den Anteag: „Die Kammer wolle gegen die Unterlassung der im Landtagsabschiede vom 1. Juli 1856 dem nächsten Landtage zugesicherten Vorlage über die Deckung des Mehrbedarfs Verwahrung einlegen." Zur Motivirung dieses Anteags bemerkte Hr. Hirschberger, daß die

stein als ein rechtschaffener, ordentlicher Mann geschildert, der allgemeines Vertrauen genoß, bei Jedermann beliebt war und ein seinem Einkommen angemessenes Leben führte. Das Urtheil haben wir bereits mitgetheilt.

Gotha, 25. Mai. In Waltershausen ist Feuer ausgebrochen und sollen 11 Wohnhäuser niedergebrannt seyn. (Goth. Z.)

Wittenberg, 23. Mai. Vorgestern brach im Dorfe Elster a. d. E. Feuer aus, wodurch 15 Bauerngehöfte und ziemlich eben so viel Häuslerstätten, sowie die Kirche zerstört wurden. Vieh ist mehreres verbrannt.

Neueste Nachrichten.

Aus Paris, 25. Mai, schreibt man der „N. Preuß. Ztg.": „Schon vor mehreren Tagen hatte sich das Gerücht verbreitet, daß in irgend einem antikatholischen Blatte ein Dokument mit den schlimmsten Enthüllungen über die Kongregation der „Brüder der christlichen Lehre" (gewöhnlich frères ignorantins genannt), die sich ausschließlich mit dem Elementarunterricht der unteren und mittleren Klassen beschäftigen, erscheinen werde. Gestern hat der „Temps" in der That ein Zirkular des obersten Vorstehers jener Kongregation an die verschiedenen Direktoren derselben mitgetheilt, woraus unglücklicherweise auf das Unzweideutigste hervorgeht, daß viele von den Mitgliedern der Kongregation einem unnennbaren Laster ergeben sind und das Vertrauen, welches ihnen die Familien schenken, auf das Aergste mißbrauchen. Man kann von den antikirchlichen Tagesblättern nicht verlangen, daß sie billig sind und gleichzeitig der segensreichen Thätigkeit des größeren Theils der „christlichen Brüder" gedenken; die Ausnahme als Regel darstellend, werden sie den Schmerzensschrei des frère Philipp — so heißt der Vorsteher — über die Unsittlichkeit einer Anzahl ausbeuten, um denjenigen Theil des Publikum, der sich von ihnen „aufklären" läßt, mit Abscheu gegen eine Congregation zu erfüllen, ohne welche Tausende von Kindern wild und ohne Unterricht aufwachsen würden. Bis jetzt habe jedoch „Siècle", „Opinion nationale" und Consorten dem „Temps" noch nicht den Gefallen gethan, ihm ein Dokument zu entnehmen, welches keinesfalls für die Oeffentlichkeit bestimmt war, und auch nicht zur Kunde des Publikum gekommen wäre, wenn „frère Philipp" sich überlegt hätte, daß die Buchdrucker von allen Schriften, die sie drucken, eine gewisse Anzahl von Exemplaren beim Staatsanwalte und im Ministerium des Innern niederlegen müssen, und daß es in der gegenwärtigen Zeit der Regierung nicht darum zu thun ist, etwas geheim zu halten, was dem Klerus in der Meinung des Publikum schaden könnte. Nicht als ob ich die Veröffentlichung solcher Skandale an und für sich mißbilligen wollte, im Gegentheil, es ist gut — so meine ich —, daß sie an das Tageslicht gebracht werden, aber ich spreche nur von der eigentlichen Absicht der Enthüller und derer, welche ihnen an die Hand gehen."

Einem Briefe aus Palermo vom 14. d. zufolge beabsichtigt der neue Statthalter, General della Rovere, sein Amt schon wieder niederzulegen, da er daran verzweifelt, in den dortigen trostlosen Zuständen einen Umschwung hervorzubringen. Durch eine drohende Proklamation vom 29. v. M. hat er sich gleich Anfangs bei den Sizilianern verhaßt gemacht. Troß dieser und der Entfaltung einer bedeutenden Militärmacht dauerten in Palermo die kleinen Demonstrationen und alle jene Häkeleien fort, durch welche sich der feindselige Geist der Bevölkerung Ausdruck zu geben weiß. Die Nachrichten aus den Provinzen lauten wo möglich noch ungünstiger. In Messina will das Volk den Gouverneur verjagen. Unruhen und Demonstrationen in Tusa, Cattabelotta, Alcamo, Castroreale, Catania &c. Ein in Palermo erscheinendes Blatt schildert den Zustand des Landes mit folgenden einfachen Worten: „In Sizilien steht es sehr schlimm und ohne ein Wunder wird es nicht besser werden." Die Insel bezahlt gegenwärtig für Beamte 899,750 Lire und für öffentliche Sicherheit 1,540,041 Lire mehr, als unter den Bourbonen, und doch war es mit der Ordnung im Lande noch niemals so schlecht bestellt wie jetzt! — General della Rovere nimmt zur Aufrechthaltung der Ruhe und der bedrohten Herrschaft Viktor Emanuels eine sehr bedeutende Truppenmacht in Anspruch. Von Turin aus kann man aber diesem Verlangen nur in sehr beschränktem Maße nachkommen, und es ist dies der Hauptgrund, warum der neue Statthalter wieder zurücktreten will. Seinem Berichte zufolge soll der gänzliche Verlust der Insel zu befürchten seyn, wenn nicht förmliche militärische Besetzung derselben vorgenommen wird. Die Mazzinisten scheinen in der That die Hoffnung zu hegen, in Sizilien eine Republik herstellen zu können und so zur Verwirklichung ihrer ganz Italien umfassenden Pläne den Anfang zu machen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	—
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$62\frac{1}{2}$ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$56\frac{1}{4}$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	$48\frac{3}{8}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$42\frac{1}{4}$ P.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	88 G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. R. (C. b. R.)	$108\frac{1}{8}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102\frac{3}{4}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$102\frac{3}{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	—
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{5}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{1}{2}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	95 G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$104\frac{1}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$95\frac{1}{4}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{1}{2}$ P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{5}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	94 G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{5}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$98\frac{7}{8}$ P.
"	3 pCt. Obl.	91 P.
Spanien	3 pCt. Int. Sch. P. à fl. 2. 30	$49\frac{7}{8}$ P.
"	$1\frac{3}{4}$ pCt. " " "	$42\frac{7}{8}$ G.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$99\frac{1}{2}$ P $\frac{1}{4}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$109\frac{1}{4}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	665—63 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	161 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$184\frac{1}{2}$ P. 183 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	73 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$70\frac{1}{2}$ P.
Internationale Bank in Luxemb. . .	84 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	$318\frac{1}{2}$ P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . .	$67\frac{3}{4}$ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	236 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$120\frac{1}{2}$ G.
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$75\frac{3}{4}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	22 P. $21\frac{1}{2}$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$134\frac{1}{4}$ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$99\frac{3}{8}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{1}{8}$ G.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	235 G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	525 P. 520 G.
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	485 P.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$104\frac{3}{8}$ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. $100\frac{1}{2}$ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{8}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$96\frac{1}{4}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
Hamb. Mk. 100 k. S.	$87\frac{7}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{1}{2}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	$93\frac{1}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{3}{8}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$84\frac{3}{4}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$82\frac{1}{2}$ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$49\frac{3}{8}$ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$63\frac{3}{4}$ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$181\frac{1}{4}$ P.
" fl. 500 v. 1860 5/7	$62\frac{3}{8}$ P.	" fl. 25 do.	$35\frac{1}{4}$ P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$97\frac{3}{4}$ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$35\frac{1}{4}$ P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beilt.	$120\frac{3}{4}$ G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50 G.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$37\frac{1}{2}$ P. 37 G.
Badische fl. 50	$90\frac{1}{4}$ P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{1}{4}$ P.
Badische fl. 35	$53\frac{1}{4}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$11\frac{1}{8}$ P. $10\frac{7}{8}$ G.

Frankfurt, 28. Mai. Auf abermalige günstigere Wiener Notirungen zeigten sich bei Eröffnung der Börse für österr. National, Bank- und Kreditaktien Käufer zu höheren Kursen. Im Verlaufe des Geschäfts trat eine weitere Besserung ein, die gegen den Schluß wieder nachließ, so daß die Kurse beiläufig wie zur Eröffnung schlossen. Wechsel auf Wien wurden gleichfalls merklich höher bezahlt. Der Umsatz in Spekulationspapieren war ziemlich erheblich. (Synd.)

Wegen des Frohnleichnamfestes erscheint morgen keine Zeitung. Am Freitag wird die Zeitung erst Mittags versandt.

Mailand die Brodpreise gestiegen, weil man eine schlechte Ernte befürchtete. In den untersten Volksklassen nun war die Ansicht verbreitet worden, das Branntweinbrennen sey schuld an der Brodtheuerung. Die Kundgebung der Bevölkerung gegen den General-Vikar schien der „Barabba" eine willkommene Gelegenheit, nach Zertrümmerung des erzbischöflichen Wappens auch die Alkoholfässer in den Brennereien in der Stadt zu zerschlagen. Um 3 Uhr Nachmittags setzten sich einige Tausend der „Barabba" in Bewegung, drangen in eine der größten Brennereien, wurden aber alsbald von einer Kompagnie Bersaglieri und einigen Gendarmen von weiterem Vorgehen abgemahnt, und als sie sich gegen die bewaffnete Macht mit Steinwürfen und Dolchen zur Wehr setzten, wurde Feuer gegeben, und etwa ein Dutzend der Krawaller dadurch verwundet. Indeß hatten die Mailänder Behörden, welche eine kommunistische Pöbel-Erhebung befürchtet haben sollen, strenge Maßregeln getroffen. Der Generalmarsch wurde geschlagen, und die gesammte Nationalgarde eilte auf die Sammelplätze, während General della Marmora, welcher Ober-Befehlshaber der in Mailand stehenden Streitkräfte ist, mit einigen Bataillonen an den Herd der Unordnungen eilte, ringsum alle Straßen militärisch besetzen und die „Barabba" umzingeln ließ. Nun wurden 50—60 der Hauptschreier festgenommen. Fast sämmtlich hatten sie Dolche oder andere Waffen in den Kleidern verborgen. Man spricht von 2 oder 3 Todten, die bei dem Feuer der Bersaglieri in der Brennerei geblieben seyn sollen, doch schwanken die Angaben noch darüber, ob überhaupt Tödtungen erfolgt sind. Eben so wird von einigen Berichterstattern behauptet, es sey nicht blos der Pöbel, sondern auch eine Anzahl sonst achtbarer, aber von unverdauten socialistischen Ideen besessener Arbeiter bei dem Exzesse betheiligt gewesen. Die „Mailänder Blätter" und namentlich die „Perseveranza" sprechen sich sehr scharf gegen den Gouverneur, den Grafen Pasolini, und den Polizeipräfekten von Mailand aus, die sich beide sehr ungeschickt bei der ganzen Krisis benommen hatten.

Türkei.

§ Wien, 26. Mai. (Priv.-Korr.) Ueber die Vereinigung der Moldau und Wallachei vernimmt man, daß bereits ein Kommissär mit der Bildung eines „vereinigten Ministeriums" beauftragt worden ist. Dasselbe wird zu gleichen Theilen aus den ersten Kapazitäten der Moldau und Wallachei bestehen und den Titel führen „Cabinetu Principatelor Unite" (Kabinet der vereinigten Fürstenthümer). — Damit scheint sich jedoch der Ehrgeiz der Staatsmänner in Bucharest und Jassy nicht begnügen zu wollen. Ihr Bestreben geht dahin, den Fürstenstuhl zu einem Thron zu gestatten — das vereinigte Fürstenthum in ein „Königreich" zu verwandeln. Sie hoffen auf den Beistand einer fremden Macht, der ihnen auch zugesichert worden seyn soll. Erst dann, wenn dieses höchste Ziel erreicht und das Königreich Rumänien konstituirt seyn wird, würde Fürst Kusa zu Gunsten des Herzogs von Leuchtenberg auf den Thron Verzicht leisten. Frankreich soll mit diesem Plane einverstanden seyn.

Rußland und Polen.

Der Kaiser von Rußland hat seinem vor einiger Zeit erlassenen Manifeste in Betreff **Finnlands**, wonach ein ständischer Ausschuß an Stelle der verfassungsmäßigen Stände eingesetzt worden, ein neuerliches Reskript folgen lassen, weil jenes Manifest eine nichts weniger als günstige Aufnahme fand. In Helsingfors soll es sogar zu Straßentumulten und zu einer dem Generalgouverneur, Grafen Berg, gebrachten Katzenmusik gekommen seyn. Der letztere hat den Senat von Finnland zur Absendung einer Dankadresse an den Kaiser aufgefordert. Fünf Senatoren aber traten ihm so entschieden entgegen, daß er seinen Antrag zurückziehen mußte. Dem gegenüber zirkulirt jetzt im ganzen Lande eine Adresse, in der man zwar dem Kaiser dafür dankt, daß er die verfassungsmäßigen Rechte der Finnländer so unumwunden anerkannt habe, zugleich aber auch einen förmlichen Protest gegen die dem **Ausschuß** der finnischen Stände übertragenen Rechte (wodurch die Stände selbst bei Seite geschoben werden sollten) erhebt. Als ein Einlenken wird bereits das kaiserliche Reskript vom 24. April angesehen, indem dasselbe die Befugnisse des Ausschusses im Widerspruch mit dem Wortlaut des § 7 des Manifestes dahin erläutert, daß Anträge desselben „in Fragen, welche nur auf verfassungsmäßigem Wege gelöst werden können, seiner Zeit den **Ständen** vorzulegen sind".

Briefen aus **Rom** zufolge wird der h. Stuhl an die polnischen Bischöfe demnächst ein apostolisches Rundschreiben erlassen, worin dem **polnischen Klerus** eingeschärft werden soll, sich jeder Theilnahme an revolutionären Bestrebungen zu enthalten und insbesondere jedem Mißbrauch der Kirchen zu politischen Demonstrationen mit Entschiedenheit entgegenzutreten. Man vermuthet nicht ohne Grund, daß der russische Einfluß an diesem Schritt der Kurie einen gewissen Antheil habe. Kaiser Alexander hat bei jeder Gelegenheit ein besonderes Wohlwollen für Pius IX. an den Tag gelegt. Auch sollen früher schon nicht unbedeutende Summen aus der kaiserlichen Kasse in den päpstlichen Schatz geflossen seyn und neuerlich hat der russische Gesandte 15,000 Loose zu der in Rom stattfindenden Lotterie genommen. (Fr. Pstz.)

Nichtpolitische Zeitung.

Ueber einen Vorfall auf der Bahnlinie **München-Rosenheim**, der sich am Dienstag Vormittags 10 Uhr ereignete und glücklich ablief, wird uns Folgendes mitgetheilt: Ein mit Sand beladener Rollwagen kam am Berg im sogenannten Teufelsgraben (zwischen Holzkirchen und Aibling) durch Brechen der Bremse in Lauf; die zwei sich darauf befindlichen Arbeiter sprangen in Westerham herunter, ohne sich bedeutend zu beschädigen; der Rollwagen wurde in Bruckmühle in ein Seitengeleise gelassen, nun aber schob er auch noch einen für die Fabrik Heufeld dort stehenden mit Beinen beladenen Wagen der Ostbahn vor sich her und kamen beide Wägen in rasender Schnelligkeit bis in den Bahnhof zu Aibling; daselbst war ihre Ankunft schon telegraphisch gemeldet; es wurden daher große Balken und Scheiter auf ein Seitengeleise, wohin die beiden Ausreißer eingelenkt wurden, gelegt, welche aber wie Spreu weggeschleudert wurden, bis die Wägen an eine steinerne Brücke, auf welcher Torf geladen wird, anrannten; der vorauslaufende Beinwagen der Ostbahn wurde zertrümmert. Wären diese Wägen noch bis Rosenheim gelaufen, bis wohin die Bahn fällt, so hätte großes Unglück entstehen können.

Amberg. In der öffentlichen Sitzung des hiesigen k. Bezirksgerichts wurde am 22. Mai in der Untersuchungssache gegen den k. q. Rentbeamten Simon **Schinabeck** von Hilpoltstein, wegen fortgesetzten Verbrechens der Amtsuntreue 2. Grades verhandelt. Simon Schinabeck, gegenwärtig 44 Jahre alt, wurde im Jahre 1844 als Rentbeamter nach Auerbach berufen, wo er seinem damaligen Oberschreiber, dem nunmehrigen Lottokollekteur Friedrich Helmrich, die Perception der Gelder überließ. Dieser habe ihm einen bedeutenden Betrag nicht abliefern können, da es leicht möglich ist, daß dem Perzipienten bei einer jährlichen Einnahme von 60—100,000 fl. ein Betrag von 50—60 fl. entgehen könne und diesen Betrag habe Schinabeck wieder ersetzen müssen. Später sey er erkrankt, so daß er die Verwaltung des Rentamtes dem genannten Oberschreiber überlassen mußte. Während dieser Verwaltung hätten sich in der Rentamtskassa bedeutende Defekte ergeben, welche er (Schinabeck) gleichfalls theils von dem Vermögen seiner Frau, theils durch Ausstellung von Wechseln, theils durch Herausnahme von Geldern aus der Rentamtskassa Hipoltstein, wohin er im Jahre 1852 versetzt worden war, gedeckt habe. Zeuge Helmrich stellt in Abrede, nicht alle perzipirten Gelder abgeliefert zu haben und weiß nicht, ob während der Krankheit des Schinabeck aus der Rentamtskassa etwas entwendet worden sey, hält dieses aber für möglich, da auch ihm aus seiner Kasse Geld weggekommen sey und er einen Dietrich im Garten gefunden habe. Uebrigens habe er von den für das k. Rentamt Sulzbach perzipirten Holzgeldern dem Schinabeck Vorschüsse im Betrage von 900 fl. machen müssen, worüber ihm derselbe eine Quittung ausgestellt habe. Am 23. Mai 1852 hat Schinabeck die Verwaltung des Rentamts Hilpoltstein übernommen; das Etatsjahr 1851/52 weist keine Unregelmäßigkeiten nach, während solche in den folgenden Jahren immer vorkamen. Schinabeck gibt nun selbst zu und ist auch durch Zeugenaussagen überwiesen, daß sich bei der im Mai v. Js. vorgenommenen Visitation des k. Rentamts Hilpoltstein ein Kassadefekt von 22,000 fl. ergeben hat, indem im Tagebuche für Staatsfondsgefälle der Betrag von 6000 fl., im Tagebuch für Forst- und Jagdgefälle den Betrag von 4000 fl., im nämlichen Tagebuch ein solcher von 4000 und weitere 4000 fl., endlich ein solcher von weiteren 4000 fl. als Baarlieferungen an die kgl. Kreiskasse Regensburg in Ausgabe verbucht waren, welche weder in das Hauptbuch übergetragen, noch im Postbuch eingetragen, noch von der Kreiskassa quittirt, mithin gar nicht abgeliefert waren, aber auch in der Rentamtskassa sich nicht befanden. Schinabeck gibt weiter an, daß er nicht die Absicht gehabt, die aus der Rentamtskassa entnommenen Gelder zu veruntreuen, daß er vielmehr dieselben wieder ersetzen wollte, was ihm um so leichter möglich gewesen wäre, als er im ganzen Amtsbezirke unbedingtes Vertrauen und großen Kredit besessen habe, weshalb er auch den Defekt sofort gedeckt haben würde, wenn er seine Handlung als strafbar hätte erachten können. Schinabeck wird von dem k. Pfarrer Memel von Hilpolt-

Hinneigung einiger deutscher Kabinete zu Frankreich spricht, so ist dies Verleumdung, und wir müssen die Ueberzeugung aussprechen, daß dieß nimmermehr von einem deutschen Fürsten gesagt werden kann." (Mag man sonst eine politische Ansicht haben, welche man wolle, das Verdienst wird man diesem Artikel nicht absprechen können, daß er wenigstens gerade heraussagt, was der wahre Grund ist, warum bisher nichts zu Stande gekommen ist. Die weiteren Schlüsse mag sich jeder selbst ziehen.)

Bayern. München, 27. Mai. Se. Maj. der König hat den Revierförster F. Kühlwein zu Schwaighausen, Forstamts Regensburg, seinem Ansuchen entsprechend, unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste in den Ruhestand treten lassen, und auf das Revier Schwaighausen den Forstamtsaktuar zu Regensburg, J. Taucher, ernannt. (N.M.Z.)

Aus München, 26. Mai, schreibt man der „Fr. H.-Z.": „Der Pfälzer Kirchenstreit scheint nun endlich seinem Ende entgegen zu gehen. Der Beseitigung des Konsistorialraths Dr. Ebrard ist nunmehr auch die des Konsistorialdirektors Prinz und — was mehr zu bedeuten hat, weil ohne diese die andern Maßregeln illusorisch geblieben wären — auch die des Referenten über die Kirchen- und Schulangelegenheiten der Pfalz im Kultusministerium, des Ministerialraths Dr. Rust gefolgt. Dem letzteren wurde nach mancherlei Verhandlungen ein kurzer, man sagt nur 24stündiger Termin zur Einreichung seiner Demission gesetzt, widrigenfalls er sie auch ohne dies erhalten werde. Bei der Quieszirung des Konsistorialdirektors Prinz wurde von oben die Bedingung gestellt, daß für ihn eine andere Verwendung gefunden werde. Die desfallsigen Anfragen bei den verschiedenen Ministerien sollen mit seltener Einstimmigkeit das Resultat ergeben haben, man bedauere, für diesen Mann keinen Platz zu finden. Man erinnert sich dabei der Art, wie derselbe seiner Zeit vom Friedensrichter zum Konsistorialdirektor ohne Zwischenstufe avancirte. Und in der That, man kann der Staatsregierung die Anerkennung eines den Bedürfnissen der Pfalz entgegenkommenden und zur Versöhnung führenden Verhaltens nicht versagen. Die Entlassung jener drei Männer bedeutet den vollständigen Bruch mit dem bisherigen System kirchlicher Reaktion, wie es sich in den Angelegenheiten und Streitfragen der unirten Kirche der Pfalz so lange schon breit gemacht hatte. Es wird, um die Ausgleichung der vorhandenen Gegensätze herbeizuführen, freilich Alles auf die Wahl der Nachfolger ankommen."

München, im Mai. Von Professor Frohschammer ist in diesen Tagen eine sehr beachtenswerthe Schrift erschienen „Ueber die Freiheit der Wissenschaft". Der Verfasser führt darin die Sache der freien Forschung gegen kirchliche und theologische Bevormundung in beredter und muthiger Weise. (Allg. Z.)

Die „N. Münch. Z." schreibt: Der Gesetzgebungsausschuß der Kammer der Abgeordneten hat bei der zweiten Lesung des Polizeistrafgesetzbuches zu dem Artikel, der von den medizinischen Pfuschereien handelt, einen Zusatz angenommen, der, wie es scheint, unter den Aerzten eine nicht geringe Aufregung erzielt hat. Der Art. 129 des Regierungsentwurfes, 112 nach den Beschlüssen des Ausschusses, bestimmt im ersten Absatze: „Wer ohne Berechtigung gegen Belohnung oder einem besondern an ihm erlassenen polizeilichen Verbote zuwider die Heilung einer äußeren oder inneren Krankheit rc. unternimmt, wird an Geld bis zu 50 fl., womit im Rückfalle Arrest bis zu 8 Tagen verbunden werden kann und wenn durch die That Leben oder Gesundheit eines Menschen gefährdet worden ist, mit Arrest bis zu 42 Tagen oder an Geld bis zu 150 Gulden bestraft." Der zweite Absatz lautet: „Diese Bestimmung findet keine Anwendung, wenn eine solche Handlung in einem Nothfalle, in welchem der Beistand einer berechtigten Medizinalperson nicht zu erlangen war, vorgenommen worden ist." Hiezu nun beantragte Abg. Dr. Arnheim den Zusatz: „oder wenn die Krankheit ärztlich für unheilbar erklärt worden ist," weil manche Krankheiten, welche von den Aerzten aufgegeben waren, durch Pfuscher geheilt worden seyen. In solchen Fällen sey eine Strafe offenbar nicht am Platze. Der Staatsminister der Justiz bemerkte: Die vorgeschlagene Aenderung des Absatzes 2 enthalte etwas Schwankendes und Ungewisses: der Polizeirichter könne dadurch oft in eine schwierige Lage gebracht werden. Dr. Weis entgegnete: Er könne diese Bedenken nicht theilen; der Polizeirichter brauche, um über die Berechtigung des Pfuschers zu einer solchen Kur entscheiden zu können, lediglich konstatiren zu lassen, ob der Arzt erklärt habe, daß er die Krankheit für unheilbar halte. Dr. Berger bemerkte: Seines Erachtens sey vom ärztlichen Standpunkte aus gegen den Antrag des Abg. Dr. Arnheim nichts zu erinnern. Ein verständiger Arzt werde in solchen Fällen selbst dem Patienten nicht verübeln, wenn derselbe da Hilfe sucht, wo er sie zu finden hofft. Nachdem noch von mehreren Seiten Fälle erzählt worden waren, in welchen Pfuscher eine vom Arzte als unheilbar erklärte Krankheit geheilt haben, wurde zur Abstimmung geschritten und der Antrag des Abg. Dr. Arnheim einstimmig angenommen.

Zu den vielen Eisenbahnprojekten, welche wie die Pilze mit jedem Frühjahre emporschießen, ist ein neues getreten, nämlich der Bau eines Schienengeleises von Traunstein nach Alt- und Neuötting. Wie verlautet, will zu dieser Linie, die in das Herz der Korngefilde Niederbayerns einmündet, die Bank von Nürnberg das Geld vorstrecken und die Staatseisenbahnverwaltung soll den pachtweisen Betrieb der Bahn übernehmen.

Oesterreich. Wie aus Fiume gemeldet wird, machte der Magistratspräses in der Sitzung der Munizipal-Kongregation die Mittheilung, daß die Fiumer Deputation von dem Kaiser in Triest freundlich empfangen wurde. „Der Kaiser", berichtete der Magistratspräses, „befragte die Deputation über den Gang der Handelsgeschäfte, und äußerte den Wunsch, daß Fiume unverzüglich Abgeordnete nach Agram sende, da die Vereinigung Fiume's mit Ungarn nicht stattfinden könne."

Frankreich.

Paris, 25. Mai. Im gesetzgebenden Körper ging es gestern gelegentlich der Debatte über das Rekrutengesetz sehr lebhaft zu. Außer dem demokratischen Abgeordneten Picard griff der Marquis v. Pierre in sehr entschiedener Weise die Regierung an, weil sie das früher üblich gewesene jährliche Rekrutenkontingent von 80,000 auf 100,000 Mann erhöht. Mit 80,000 Mann, meint Herr v. Pierre, könne Frankreich auch noch Großmacht seyn, wie es dieß auch früher gewesen sey. Auch findet dieser Herr, daß es besser wäre, eine weniger starke Armee zu haben, damit man von Unternehmungen wie Italien, China und Syrien zurückbleibe, die schließlich mit Rückzügen geendet haben. Herr v. Pierre ist ein Klerikaler, und er hat bei der Abstimmung mit der Linken gestimmt, was immerhin ein bemerkenswerthes Symptom ist. Der Gesetzesentwurf wurde indeß mit allen gegen 7 Stimmen angenommen. (Schwäb. M.)

Paris, 26. Mai. Nächste Woche werden wieder zwei Panzer-Fregatten, „Magenta" und „Solferino", vom Stapel gelassen. Die französische Marine besitzt deren nunmehr sieben: „Gloire", „Normandie", „Invincible", „Couronne", „Magenta", „Solferino" und „Flandre". Drei neue Fregatten werden Anfangs Juli und wiederum vier zwischen Juli und Januar in Bau genommen, und so fort, bis die Zahl zwanzig voll ist, welche der Kaiser innerhalb zweier Jahre zur Verfügung haben will. (K. Z.)

* Paris, 26. Mai. Prevost Paradol schließt im „Courrier du Dimanche" einen seiner pikanten Wochenbriefe mit einer Unterhaltung zwischen ihm und einem Engländer, worin dieser den Unterschied zwischen seiner und der französischen Nation dahin erklärt, daß sie, die Engländer, vor Allem darauf bedacht seyen, bei sich selber die Herren zu seyn, während die Franzosen vorzugsweise die Herren der Welt seyn oder scheinen möchten. „Als mein Freund, fährt Paradol fort, mich darüber etwas betrübt sah, so zog er, um mich aufzuheitern, eine Nummer der „Pekinger Zeitung" aus der Tasche und las mir eine Stelle aus dem Berichte über den letzten Feldzug vor. Man setzt darin dem guten chinesischen Volke auseinander, daß, da die alliirten Gesandten von einem sehr zahlreichen Gefolge begleitet seyen, es einige Mißverständnisse und Händel zwischen ihnen und den kaiserlichen Truppen gegeben habe. Doch habe die Weisheit der Regierung Alles bestens geordnet. Wie nennen Sie diese Art Geschichtschreibung? fragte er mich lachend. Das kann man mit einem Worte sagen, erwiderte ich; es ist Administrativgeschichte. Uebrigens hat man kaum noch den Muth, über diese armen Leute zu lachen, wenn man sieht, wohin sie diese traurige Art von Literatur geführt hat." (Geschichte von derselben Sorte wird täglich den Franzosen in ihren halbamtlichen Blättern aufgetischt.)

Italien.

Daß Frankreich endlich ernstlich an die Anerkennung des Königreiches Italien denke, will man aus der Einladung, die dem Grafen Cavour von Paris aus zugekommen, schließen. Der italienische Staatsmann wird nach dem Schlusse der italienischen Parlamentssitzungen die Reise antreten und nicht blos Paris, sondern auch London besuchen. (Köln. Z.)

Ueber die Mailänder Vorfälle erfahren wir heute noch folgendes Nähere: Einige Tage vor dem Pöbel-Exzesse waren in

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 147. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 58. Jahrgang. | Mittwoch, 29. Mai 1861.

Auf die **„Neue Würzburger Zeitung"** kann für den Monat **Juni** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

*** Die Trias.

I.

Oft schon wurde in diesen Blättern darauf hingewiesen, wie nothwendig es sey, daß die mittleren und kleineren deutschen Staaten sich zu einem engern Bund unter sich vereinigen; immer gebieterischer tritt diese Nothwendigkeit an sie heran, je lauter, je berechtigter der Ruf nach Bundesreform von einem Ende Deutschlands zum andern erschallt und je klarer es von Tag zu Tag wird, daß mit der Bundesverfassung, wie sie jetzt ist, dem Sturm, der uns von Westen her bedroht, nicht Widerstand geleistet werden kann. Der Gedanke liegt so nahe, daß die mittleren und kleineren Staaten unter einander sich enger zusammenschließen, daß sie so die zersplitterten Kräfte von 17 Millionen zu einem Ganzen sammeln, welches als gleichberechtigter Bundesgenosse neben die beiden deutschen Großmächte treten könnte, daß sie als Dritter im Bunde die so nothwendige Vermittlung zwischen den auseinanderstrebenden Interessen von Oesterreich und Preußen übernehmen, daß sie durch diese ihre vermittelnde Stellung und Thätigkeit eben jene Einigung schaffen, deren Deutschland so sehr bedarf — es liegt dieser Gedanke, sagen wir, so nahe, daß man sich nicht genug wundern kann, wie von den Mittel- und Kleinstaaten bisher so wenig für dessen Verwirklichung geschehen ist, während doch ihr gesicherter Fortbestand auf's Engste damit zusammenhängt. Die deutschen Mittelstaaten haben in den letzten Jahren mehrmals vereint nicht ohne Erfolg gewirkt und zwischen den beiden Großstaaten vermittelt; wir erinnern beispielsweise nur daran, daß i. J. 1852 durch ihr Eingreifen der Zerfall des Zollvereins verhütet wurde, daß zur Zeit des orientalischen Krieges und erst in neuester Zeit wieder ihre Thätigkeit es war, die den offenen Bruch zwischen Oesterreich und Preußen verhinderte; die Würzburger Convention vom vorigen Jahr, welche die Contingente dieser Staaten zu einem selbständigen Heerkörper zu vereinigen bezweckt, war ein Ausfluß jenes Gedankens, und die gegenwärtige Militärkonferenz zu Würzburg ist gleichfalls demselben entsprungen. Aber wie wenig helfen diese vereinzelten, lückenhaften Versuche gemeinsamen Wirkens im Vergleich zu der großen Anforderung, die das deutsche Volk stellt und stellen muß, um endlich einen genügenden Schutz seiner Grenzen zu erlangen! Was wir brauchen, sind dauernde Einrichtungen, die uns die Einheit des Zusammenwirkens im Falle der Noth im Voraus sichern, die uns verbürgen, daß wir nicht schutzlos jedem Zufall preisgegeben sind. Die Leute des Nationalvereins belächeln zwar mitleidig den Gedanken der Trias, nennen ihn unnatürlich, unausführbar — freilich weil er ihre Pläne kreuzt. Aber wir möchten doch fragen, ob er nicht viel natürlicher ist, als der Gedanke, Preußen an die Spitze der deutschen Mittel- und Kleinstaaten zu stellen. Wir fragen: ist es nicht viel natürlicher, daß diese Staaten sich unter einander zu einem Ganzen verbinden, als dessen Glieder sie ihre Selbständigkeit in einem gewissen Maß behalten, als daß sie sich an einen Großstaat anschließen, dessen Streben dahin geht und gehen muß, sie schließlich allesammt aufzuspeisen? Dies Aufspeisen wäre nothwendig das letzte Ziel, und bis dies erreicht wäre, hätten wir einen unaufhörlichen Kampf zwischen dem leitenden Großstaat und zwischen den um ihre Selbständigkeit besorgten Kleinstaaten. Und ein solcher Staatskörper sollte im Stande seyn, den Gefahren eines auswärtigen Kriegs mit Kraft zu begegnen? Andere wieder trösten sich mit der Hoffnung, in der Zeit der Noth würde der Geist der Einheit schon von selber in die Fürsten und Völker Deutschlands fahren. Das ist unsres Bedünkens eine sehr kindliche, eitle Hoffnung; vielmehr läßt sich zehn gegen eins wetten, daß sie, wenn vorher nicht geeinigt, in solcher Zeit erst recht wie Spreu auseinanderfahren würden; sauve qui peut! Das würde das Losungswort seyn — kein anderes. Es bleibt, wir mögen uns umsehen, wie wir wollen, unter den bestehenden Verhältnissen kein anderes praktisches Mittel übrig, als der engere Bund der Mittel- und Kleinstaaten. Kommt der auch nicht zu Stand, dann haben wir nur die Wahl zwischen Knechtschaft oder Revolution. Wir wahrlich sind die Letzten, die zum Umsturz rathen möchten; wir sagen nur, was kommen muß, wenn nicht geholfen wird. Aber das ist sicher und gewiß: wenn unsere Bundesverfassung nicht in Zeiten gründlich gebessert wird: entweder nimmt das deutsche Volk geduldig das fremde Joch auf sich, läßt sich schinden, aussaugen, hudeln, mit Füßen treten — oder es steht in seiner Verzweiflung auf und hilft sich selbst, weil ihm von denen nicht geholfen wurde, die dazu berufen sind.

Deutscher Bund.

* Als Erwiderung auf das neueste Flugblatt des National-Vereins, dessen Inhalt wir neulich mittheilten, bringt der „Württemb. Staatsanzeiger" einen halbamtl. Artikel, dem wir folgende Stellen entnehmen: „Wir alle kennen längst den schleppenden Modus bei der Wahl des Oberfeldherrn, sowie seine eng begrenzten Befugnisse, die ihn hindern, über die Bundes-Armee nach Gefallen zu verfügen und die tüchtigen Führer an ihren rechten Ort zu stellen. Allein in allen diesen Punkten sollten ja bei den besonderen Bestimmungen Abänderungen getroffen werden, und gerade die Mittelstaaten waren es, welche die Einheit der Armee verstärkt und derartige mangelhafte Punkte revidirt wissen wollten. Wie die Frage am Bunde liegt, ist sie auch gar keine militärische, sondern eine rein politische, blos dadurch entsprungen, daß Preußen sich dem Bunde nicht unterordnen, sondern den Bund zum Fußschemel seiner Größe machen will. Die Bundesarmee in ihrer Einheit ist auch das Hauptgut, das der Bund besitzt und ihm Achtung verschafft; theilt man die einzelnen Armeekorps den Armeen Oesterreichs und Preußens zu, so sinkt der Bundestag zu einer unbedeutenden Verwaltungs- oder Geschäftsstelle herab, die nimmermehr auf politisches Ansehen Anspruch hat. Dieser Standpunkt, der wohl der berechtigtste ist, wurde in der Broschüre übersehen. Wäre nicht die politische Frage, über alles Andere würden sich die deutschen Regierungen schon einigen; aber es heißt doch diesen sehr viel zumuthen, selbst vom Standpunkt des Nationalvereins aus, wenn sie die Hauptgarantie ihrer Selbständigkeit, die Armee, aus den Händen geben und in jene Preußens legen sollen, dem laut zugerufen wird, es solle die anderen deutschen Länder aufspeisen. Es ist übrigens auch noch die Frage, ob diese Großstaaten bessere Führer abgeben, denn wie die österreichische Armee im italienischen Kriege anerkannt schlecht geführt war, so konnte es wohl auch keine jämmerlichere Führung geben, als die der preußischen Truppen im Treffen bei Waghäusel, wo sogar badische Artillerieunteroffiziere ein besseres Führertalent zeigten. Die Broschüre dringt schließlich auf eine starke Centralgewalt und ein Parlament, welches allein die Einheit, Macht und Freiheit erringen könne. Aber damit zeigt die Broschüre eben nur, daß alle Deklamation über die Kriegsverfassung selbst nichts fruchtet, sondern es sich um rein politische Fragen handelt, die durch eine Revision der Kriegsverfassung nicht gehoben werden. Zur Lösung der politischen Frage gehören wohl andere Zeiten und vielleicht auch andere Männer. Wenn übrigens die Broschüre von der

weitere Einzahlung auch erst bis Ende des Jahres erfolgen sollte, wo dann voll eingezahlt werden kann, so stellt sich der Unterschied nur auf ½ pCt. heraus. Hanauer matt. Die Verfassungswirren in Kurhessen verhindern auch die Beschlussfassung über die Fulda-Bebraer Bahn, für welche übrigens die Regierung ihre Geneigtheit an den Tag gelegt hat. Man hört von einer Fortsetzung der linksmainischen Bahn über Offenbach nach Hanau sprechen, wodurch die Konkurrenz mit dem rechten Ufer und der Handelsbewegung über Frankreich vervollständigt würde.

Von Wechseln Amsterdam eher matter, Thalerdevisen unverändert, während London bei sehr bedeutenden Umsätzen namentlich in kurzer Sicht ansehnlich gestiegen ist; weil die Eventualität einer weiteren Diskonto-Erhöhung noch immer gefürchtet wird. Auch Paris beliebt und steigend. Belgische Wechsel rangiren jetzt gleich mit Paris, da die Einführung der Goldvaluta in den nächsten Tagen bevorsteht. Der Unterschied wird sich nur nach Frage und Angebot richten. Wiener Wechsel bei anhaltender Frage seit 8 Tagen um 2 pCt. höher. Geldstand unverändert, die kleinen Symptome, die sich periodenweise geltend machen und ein Steigen des Diskonto erwarten lassen, verschwinden alsbald und der alte Zustand der Trägheit greift wieder Platz. Der Ultimo (31. d.) dürfte namentlich in National und österr. Kredit Mangel bringen und die Deports vertheuern. (Akt)

Neueste Nachrichten.

München, 26. Mai. Abg. Langguth hat ausweislich seines Vortrags über die Militärrechnungen bezüglich des Kassawesens bei der Hauptkriegskasse an das kgl. Kriegsministerium die Anfrage gestellt: ob in Gemäßheit des §. 55 der Verordnung vom 11. Januar 1826 auch bei dieser Kasse ein Sturz durch den zur Superrevision der Rechnungen kommittirten Oberrechnungsrath stattgefunden habe? worauf ihm von dem kgl. Kriegsministerium erwidert wurde, daß eine derartige Superrevision weder vor noch seit dem Bestehen der erwähnten Verordnung stattgefunden habe, weil diese Verordnung nur auf die der obersten Leitung des kgl. Staatsministerium der Finanzen unterstehenden Kassen, nicht aber auf die Hauptkriegskasse Anwendung finden könne, indem ja letztere nicht zu den Finanzkassen zähle, sondern vielmehr nur der Aufsicht und obersten Leitung des Kriegsministerium allein untergeordnet sey. Da Referent Langguth diese Anschauungsweise des kgl. Kriegsministerium nicht zu theilen vermochte, so hat derselbe unterm 14. Mai d. J. am Schluß seines Referats die Bemerkung niedergelegt: daß es zweckmäßig seyn werde, entweder schon bei Berathung der Militärrechnungsnachweisungen oder bei der Budgetberathung einen sachgemäßen Antrag auf Herbeiführung eines gleichmäßigen Verfahrens auch bei der Visitation der Hauptkriegskasse wie bei den Kassen der Civilbranchen zu stellen. Dieser Antrag ist aber inzwischen gegenstandslos geworden, indem das kgl. Kriegsministerium die Kammer der Abgeordneten in Kenntniß setzte, daß in Befolgung eines Signats Sr. Maj. des Königs vom 17. Mai von jetzt an die Vornahme des Kassasturzes bei der Hauptkriegskasse nach Vorschrift des §. 55 der Verordnung vom 11. Januar 1826 durch den kommittirten Oberrechnungsrath geschehen werde. (Allg. Z.)

Aus Preußen. Der Justizminister hat am 21. d. Mts. unter Zurücknahme der allgemeinen Verfügung vom 10. Juli 1857, welche den Eintritt jüdischer Rechtskandidaten in den Justizdienst bis auf Weiteres nicht mehr gestattete, sämmtliche Obergerichte angewiesen, Rechtskandidaten jüdischer Religion zur Prüfung für die Auskultatur und zur demnächstigen Beschäftigung bei den Gerichten wieder zuzulassen.

London, 24. Mai. Die Verhandlungen über den Kossuthnoten-Prozeß haben am 23. Mai im Kanzleigerichtshof, an den die Verurtheilten bekanntlich appellirt, begonnen. Es erschienen die alten Advokaten für beide Parteien, und da der ganze Prozeß von Neuem beginnt, wurden auch die alte Affidavits von Neuem verlesen und das frühere, sattsam bekannte, Plaidoyer der Anklage wiederholt. Sonst ist vorderhand aus den Verhandlungen nichts Mittheilenswerthes zu berichten. Die Plaidoyers dauerten am 24. fort.

Aus dem Königreich Polen, 17. Mai, schreibt man der „Pos. Ztg.“: „Die Warschauer „Gazeta Polska“ spricht sich sehr leidenschaftlich gegen die Politik Louis Napoleons aus, und repräsentirt darin gewissermaßen die Stimmung, welche im Augenblick die polnische Agitationspartei in Bezug auf den französischen Kaiser und sein Verhalten gegenüber Polen beherrscht. In einer am 3. Mai auf einem Gut unweit Kalisch stattgehabten Versammlung polnischer Agitatoren wurde von einem der Leiter ein Antrag gestellt, daß man von Seite dieser Partei eine Erklärung an ihren Genossen in den Tuilerien senden möge, in welcher ihm angedeutet werden solle, wie er, wenn er nicht auf irgendeine Weise den Wortbruch gegen seine Verbündeten gut mache (man schlägt ihm hierzu eine öffentlich auszusprechende Anerkennung Polens vor), nie mehr auf die Polen rechnen oder ihre Sympathien für sich nie wieder gewinnen könne, vielmehr überzeugt seyn dürfe, daß sie sich dann für immer der russischen Regierung anschließen würden.“ (Wir glauben, daß die Polen diesmal mit Unrecht über Napoleon klagen; er wollte sie jetzt wohl nicht gegen Rußland aufhetzen, da er mit diesem gemeinsame Sache gegen England und Oesterreich in der orientalischen Frage macht. Die Polen waren heißblütig genug, zu glauben, der vorbereitete Aufstand Ungarns werde auch ihnen zu Gute kommen; und daß sie sich hierin getäuscht haben, mögen sie blos sich selbst zur Schuld schreiben.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	—
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	62½ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	56⅜ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	48⅝ P.
„	4½ pCt.	42 G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	88 G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	103⅛ P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102⅝ G.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102¾ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	—
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100⅝ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104¾ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95 G.
Baden	4½ pCt. Obl.	104¼ P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	94⅝ G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	102½ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100⅝ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94½ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102⅝ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	93¼ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98⅞ P.
„	3 pCt. Obl.	91 P.
Spanien	3 pCt. Int. Sch. P. à fl. 2. 30	49⅞ P. ⅜ G.
„	1¾ pCt. „ „ „	42⅞ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	99¼ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	109¼ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien . .	669—659 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	149½ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	182½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . . .	72⅜ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	71 P.
Internationale Bank in Luxemb. . .	84 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	—
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	67¾ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	234 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	120½ G.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75¾ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	22 P. 21¾ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	133¾ P. ¼ G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	99⅞ P. ⅝ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51⅛ G.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	234 G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	525 P. 520 G.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	480 P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	104⅜ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. 100½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99¾ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96⅜ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105¼ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ B.
London Lst. 10 k. S.	118½ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93⅛ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. 1. S.	84 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	82½ P. 81½ G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	50⅛ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	63¾ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	131¼ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	82⅜ P.	„ fl. 25 do.	35¼ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	97¾ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	35¼ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	120¾ G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50 G.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	37½ P. 37 G.
Badische fl. 50	90¼ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10⅝ P.
Badische fl. 35	53¼ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11⅜ P.

Frankfurt, 27. Mai. Oesterr. Fonds, Bank- und Kreditaktien setzten die steigende Bewegung fort. Im Laufe des Geschäfts wurde jedoch durch niedrigere Wiener Notirungen eine geringe Reaktion herbeigeführt. Der Umsatz war von Bedeutung. (Synd.)

tholischen Genossenschaften ꝛc. gehörigen Häusern in Syrien ist die französische Flagge aufgehißt. (Tel. d. N. Frkf. Z.)

Rußland und Polen.

Nach dem „Dzienn. pozn." ist in allen ehemals polnischen Landestheilen der Glaube verbreitet, der Kaiser wolle die Bauern mit Ländereien beschenken, aber der Adel widersetze sich. In Lithauen, Wolhynien, Podolien und im Königreich verweigern die Bauern nicht nur die Frohndienste, sondern wollen auch von einer Umwandlung derselben in Zinse nichts wissen. In verschiedenen Landschaften, in Kalisch, Plock, Podlachien, im Lubliner Gubernium finden massenhafte Bauernkundgebungen gegen die Edelleute statt. Wie die „Posen'sche Ztg." meldet, sind am 17. Mai 150 Mann Infanterie und 50 Kosaken und Gendarmen von Konin nach der Zagarower Herrschaft, sowie nach Lukow und Tromrzin abgegangen, um die Bauern zu ihrer Pflicht zurückzuführen. In den meisten Kreisen konnte man die Rädelsführer ungehindert verhaften und beruhigten sich die aufgehetzten Gemeinden; in einigen dagegen, z. Beispiel im Radomer und Lubliner Kreise, soll es zu ernsteren Reibungen zwischen den Bauern und ihren Herren gekommen seyn.

Amerika.

Der „Köln. Zeitung" wird aus New-York vom 8. Mai geschrieben: „Wenn irgend ein Zweig der amerikanischen Kriegführung vernachlässigt wird, so ist es das Kommissariat. Dieser himmelschreiende Mangel ist noch eine englische Erbschaft; es fehlt daher überall noch am Unentbehrlichsten. Das Milizen- und Freiwilligensystem trägt natürlich in hohem Grade dazu bei, diese Uebelstände wo möglich noch zu erhöhen. Nirgends ist Einheit und Ordnung in der Bewegung; man weiß nicht, wer Koch oder Kellner ist. Befehl und Gegenbefehl kreuzen sich, die Truppen handeln auf eigene Faust; kurz es wird noch Monate dauern, ehe Einheit in dieses Chaos kommt. Die Deutschen stehen durch ihre kriegerischen Neigungen und ihr numerisches Uebergewicht an deren Spitze. In der Stadt New-York allein sind vier vollständige deutsche Infanterieregimenter mit lauter gedienten Offiziern gebildet. Es sind dies: das Regiment Steuben, Oberst Bendix (in Ungarn gewesen), Regiment Kalb (beide nach den Revolutionsgeneralen genannt), Oberst v. Gilsa, ehemaliger preußischer Lieutenant und zuletzt Bataillonskommandeur in Schleswig-Holstein, das Turnerregiment, Oberst Weber aus Freiburg (welcher in Baden Major gewesen), und das deutsche Jägerregiment mit dem Obersten Blenker aus der Pfalz und Baden. Zum General über diese vier Regimenter ist der frühere preußische, dann schleswig-holsteinische Offizier und dann pfälzisch-badische Major A. v. Schimmelpfennig erwählt. Im Uebrigen begegnet man unter diesen deutschen Offizieren einer Musterkarte von alten Soldatennamen. Da finden sich unter den Hauptleuten und Lieutenants die Herren v. Unwerth, v. Nostitz, v. François, v. Blücher, v. Einsiedeln, v. Forstner, v. Beust, Engels, v. Zietzen, v. Steinwehr ꝛc. In St. Louis steht der aus der badischen Revolution bekannte General Franz Sigel als Oberst an der Spitze eines deutschen Turnerregiments. Sogar Hecker hat die Axt weggeworfen und wieder eine Freischaar gebildet. Die patriotischen Gaben für den Krieg belaufen sich während der letzten drei Wochen auf 23,277,000 Doll. Darunter befindet sich der Staat Pennsylvanien mit einem Geschenke von 3 Mill., New-York und Ohio jeder mit 3 Mill., Connecticut und Illinois jeder mit 2 Mill., New-Jersey mit 1 Mill. Doll."

Nichtpolitische Zeitung.

Bonn, 18. Mai. Am 11. Febr. d. J. stießen zwischen hier und Godesberg zwei Eisenbahnzüge auf einander. Es war deßhalb gegen J. Eilau, Vorsteher der Eisenbahnstation zu Godesberg, J. J. Manger, Zugführer, und A. Dreesen, Lokomotivführer, Anklage wegen Vernachlässigung der ihnen obliegenden Pflichten erhoben worden. Das Gericht hat gestern ersteren zu sechs, Manger zu drei, und Dreesen zu vier Monaten Gefängnißstrafe verurtheilt, und sie alle zu einer ferneren Beschäftigung im Eisenbahndienst für untauglich erklärt. (Pr. Z.)

Bonn, 25. Mai. Gestern hat ein allgemein geachteter Mann, Hofrath Spitz, Quästor der Universität, hoch in den Jahren, in den besten Vermögensverhältnissen lebend, besonders geschätzt als Beamter wegen seiner überaus pünktlichen und gewissenhaften Geschäftsführung, seinem Leben, wie einstens Seneca, im Bade durch Einschneiden der Adern ein Ende gemacht. Der Grund der furchtbaren That ist unbekannt. Es läßt sich nur vermuthen, daß körperliche Leiden den sonst klaren und hellen Geist in einem unbewachten Augenblicke verwirrt haben.

Hamburg, 21. Mai. Der seit Kurzem hier verweilende Professor Karl Vogt aus Genf tritt in den nächsten Tagen eine für rein wissenschaftliche Zwecke unternommene Reise nach Norwegen, dem Nordkap und Island an. Unternehmer dieser Reise ist ein reicher Privatmann aus Frankfurt a. M., Dr. G. Berna. Derselbe hat für sich und seine Begleiter, die außer dem Genannten noch aus einem erfahrnen Arzt, einem namhaften Maler und einem tüchtigen Geologen bestehen, einen schnell segelnden Schooner auf eigene Kosten hier ausrüsten, und auf sechs Monate mit allem Nöthigen reichlichst verproviantiren lassen.

* **Paris**, 25. Mai. Die Bohrversuche in Passy sind heute geglückt. Nach sechsjähriger Arbeit hat man für den dortigen artesischen Brunnen die wasserhaltige Schicht erreicht. Man räumt das Bohrloch auf, damit das Wasser sich leichter Durchbruch verschaffen kann. Der Kaiser wollte heute Nachmittag um 1 Uhr selber an Ort und Stelle kommen. Der Ingenieur, welcher die schwierige Arbeit glücklich zu Ende geführt hat, ist ein Deutscher, Herr Kind.

Buenos Ayres, 13. April. Mendoza ward, wie schon erwähnt, am 20. März, Abends 9 Uhr, bei heiterem Himmel durch ein Erdbeben zerstört. 2000 Häuser stürzten zusammen, die eine Anzahl von 16,000 Menschen unter sich begraben haben. Im Umkreise von 8 Meilen ist keine Wand stehen geblieben. Die übrig gebliebenen 3 — 4000 Einwohner gehören größtentheils dem Volke der Umgegend an. Von den Geretteten sind viele verstümmelt, andere sind wahnsinnig geworden. Mendoza war nach Cordova die bedeutendste, zivilisirteste und industriellste Stadt im Innern des argentinischen Bundes. Sie war der Transitpunkt für Chili, zählte an 20,000 Einwohner, 2000 Häuser, circa 12 Kirchen, darunter 6 sehr große und schöne, 2 Mönchs- und 1 Nonnenkloster, überhaupt eine Stadt von vollständig europäischem Aussehen. Um dieselbe Zeit, wo das Erdbeben stattfand, wurde selbst hier, in Buenos Ayres, in den Uhrläden eine verringerte Bewegung und momentanes Stillstehen in den Uhren bemerkt und diese Wahrnehmung auch durch die Zeitungen zur Kenntniß des Publikum gebracht. Herr A. Bravard, ein französischer Geologe, am Parana angestellt als Inspektor sämmtlicher Minen und öffentlicher Arbeiten, der sich gerade zur Untersuchung der Minen in Mendoza aufhielt, schrieb im Anfang März, „daß Mendoza sich zwischen zwei ausgebrannten Vulkanen befände und binnen 10 Jahren wohl aufgehört haben würde, zu existiren." Es hat sich nur zu schnell verwirklicht, so schnell, daß er selbst sich nicht zu retten vermochte und sich unter den Todten befindet. Außer dieser Stadt hat im argentinischen Bunde keine andere gelitten. Von Chili sind noch keine Nachrichten eingetroffen. Es werden hier überall Subskriptionen veranstaltet, doch ist die Einwohnerzahl dieses Landes zu schwach, um Erhebliches leisten zu können. (Köln. Ztg.)

Handels- und Börsenberichte.

Frankfurter Börse (vom 20. bis 25. Mai).

Samstag. Unsere Börse ist langsam von dem Rückfalle der letzten Hälfte der Vorwoche zurückgekommen; Kurse sind allmälig, aber desto solider gestiegen und, obgleich die Baissepartei mit Ausnahme in Kredit gar sehr zusammengeschmolzen, so sind Effekten, namentlich National rar, da Mailand hier ziemlich auf das Fallen spekulirt hat. Wir haben also für österr. Papiere ohne Ausnahme ein ansehnliches Steigen zu konstatiren. Sehr bedeutend war der Umsatz in National und namentlich in 1860er Loosen, welche unsere Privaten in starken Summen kaufen, was auch bei dem im Vergleich mit andern österr. Effekten so sehr niedrigen Kurs als gerechtfertigt erscheint.

In süddeutschen Fonds war der Umsatz nicht von Bedeutung. Sie behaupten sich auf ihren hohen Kursen; die 4½proz. stehen alle weit über Pari, so dass bei friedlichen Aussichten eine Zins-Herabsetzung nicht unwahrscheinlich ist. Es wird von hier viel in Paris für die neue Emission der Eisenbahn-Obligationen gezeichnet und soll eine starke Reduktion in Aussicht stehen. Von Anlehensloosen, ausser den österreichischen, auch 50 fl. Darmstädter und Sardinische höher, dagegen 50 fl. Badische niedriger, letztere scheinen ihren früheren, allerdings auch abnorm hohen Kurs so bald nicht wieder einnehmen zu sollen.

Unter den Kreditaktien haben österreichische ihren Höhepunkt von voriger Woche so ziemlich zurückgewonnen; die Contremine ist darin wieder lebhaft ins Feuer gegangen und dies könnte, abgesehen von äusseren Vorfällen, den Kurs erhalten. Darmstädter, am Dinstag bis 183½, erlahmten und schliessen matt zu 180½. Wenn die Bank selbst nicht heizt, geht das Feuer aus. Von Zettelbanken haben österreichische auch nachgelassen. Die österr. Finanzpolitik ermangelt noch gar sehr der Anhaltspunkte, um darauf eine Spekulation in diesem entwertheten Effekt mit einiger Sicherheit zu basiren. Frankfurter fest zu 109.

Auf dem Eisenbahnmarkt keine erhebliche Veränderung, nur hessische Ludwigsbahn hat sich zumeist auf Berliner Ordres um weitere 1½ gehoben. Auch bayer. Ostbahnen vollgezahlte steigerten ihren Briefkurs. Die Interimsscheine mit 30 pCt. Einzahlung stehen seit lange um beiläufig 1¼ pCt. niedriger. Wenn man das Geld zu 3 pCt. per Jahr berechnet und eine

* Aus dem Preßprozeß gegen den Goldschläger Schaptag und den Buchdrucker Stich von Nürnberg voe dem Schwurgericht zu Ansbach tragen wir noch auszugsweise die Reden des Staatsanwalts und des Vertheidigers mit. Staatsanwalt Fergius aus Eichstätt entwickelte, daß die von den Angeklagten vorgebrachten Entschuldigungen zur Abwendung ihrer strafrechtlichen Verantwortlichkeit nicht hinreichten, indem es sich bei Verbreitung der fraglichen Ablaßzettel nicht etwa nur um eine Anspielung auf die dermalige politische Lage Italiens, sondern um die Verhöhnung eines kirchlichen Institutes, einer der in Bayern durch die Verfassungsurkunde anerkannten Hauptkonfessionen, dee kath. Kirche, handelte, welches Institut im Allgemeinen und keineswegs mit Beschränkung auf bestimmte historische Vorgänge (Tetzel's bekannte Ablaßertheilung) durch Ausdrücke der Verachtung und Verspottung angegriffen worden sey, sowie auch der Umstand, daß die Austheilung dieser Zettel bei Gelegenheit eines scherzhaften Maskenzuges geschah, die Strafbarkeit des fraglichen Angriffes nicht aufhebe, vielmehr durch die Art und Weise der Austheilung und die dieselbe begleitenden Umstände die Tendenz, die in Frage stehende kirchliche Lehre dem öffentlichen Hohne Preis zu geben, noch unzweifelhafter an den Tag getreten sey. Es sey der fragliche Vorfall um so mehr zu beklagen, als dadurch die Beziehungen der prot. und kath. Einwohnerschaft Nürnbergs, die bisher die besten und freundschaftlichsten gewesen, gestört worden seyen. Es mache sich überhaupt in Nürnberg in neuerer Zeit eine Richtung bemerkbar, die in mehreren Blättern ihre Vertretung finde und gegen alles Bestehende in Staat und Kirche ankämpfe. Der Vertheidiger Dr. Hermann aus München gab zuerst eine geschichtliche Uebersicht des Ablaßwesens, behauptete dann, es sey nicht blos voe 300 Jahren von Tetzel, sondern bis in die neueste Zeit öfters mit dem Ablaß Mißbrauch getrieben worden; zum Beleg dessen verlas er einige Stellen aus dem Werke des kathol. geistl. Raths Bucher „Geschichte der Jesuiten in Bayern." Wenn nun ein solcher Mißbrauch angegriffen werde, so sey das noch kein Angriff auf den Ablaß selbst. Uebrigens frage es sich sehr, ob ein solcher Angriff beabsichtigt, ob es nicht vielmehr ein bloßer Scherz gewesen sey, wie man es eben an Fastnacht mache. Das gute Verhältniß zwischen Katholiken und Protestanten in Nürnberg sey dadurch nicht im mindesten gestört worden, die Sache wäre in wenigen Tagen vergessen gewesen. Da abee sey plötzlich, wie ein Blitzstrahl aus heiterm Himmel, der Münchner „Volksbote" mit seinem Schmerzensschrei gekommen, der Vertreter einer Partei, die er nicht näher zu kennzeichnen brauche; als solchem nehme er ihm auch sein Auftreten nicht übel; aber das sey unerhört, daß dieser Bursche mit cynischer Frechheit nicht etwa blos die Bestrafung allenfallsiger Gesetzesübertretungen, nein, die Absetzung k. Behörden forderte, den k. Regierungspräsidenten gleichsam vor sein Forum lud. Wenn man solchem Gebahren nicht entgegentrete, ihm entgegenkomme, dann liege die Gefahr nahe, daß ein solches Blatt einen Einfluß bekomme, der sich an die Spitze der Verwaltung eines Staates stelle. Aber gestützt auf das Zetergeschrei von der Gefahr der Kirche wage es der „Volksbote", und in fast noch anmaßenderer Weise seine Verbündete, die „N. Münchnerin", 2 Blättee, die sich in doppeltem Sinne gegenseitig anführen —, k. Behörden in einer Weise gegenüber zu treten, wie kein Beamter seinem niedrigsten Untergebenen begegne. So sey es denn in der That dee „Volksbote", welchem die heutige Verhandlung ihre Existenz verdanke, für die eigentlich gar kein triftigee Grund bestehe. — Daß die Geschwornen auf Nichtschuldig erkannten, wurde bereits mitgetheilt.

Kurhessen. Hanau, 24. Mai. Die Zusammenkünfte, welche hiesige Turner mit ihren Turnfreunden aus Offenbach, Frankfurt und Umgegend jeden ersten Sonntag im Monat auf dee Mainkur zu halten pflegten, um sich gegenseitig anzuregen und wegen Hebung des Turnwesens und der Wehrbarmachung zu besprechen, sind von kurfürstlichem Landrathsamt Hanau kürzlich verboten worden. (Frkf. Journ.)

Nassau. Wie können nunmehr, berichtet die „Mittelrh. Zeitung", mit Bestimmtheit versichern, daß vor einigen Tagen zwischen dem Heezog und dem bischöflichen Stuhl zu Limburg ein Vertrag wegen Regelung der kirchlichen Angelegenheiten, Besetzung der Pfarreien ꝛc. wirklich zu Stande gekommen, und derselbe von beiden Theilen durch Unterschrift die Genehmigung erhielt, also in Kraft besteht. Der Bischof von Limburg stattete gestern dem Herzog einen Besuch ab.

Holstein. Der „Volksbote" theilt aus Holstein einen Akt religiöser Unduldsamkeit und zwar von protestantischer Seile mit, indem in Kiel magistratischee Seits auf Grund von Landesverordnungen eine nach katholischem Ritus vollzogene Ehe zwischen einem Katholiken und einer Lutheranerin als ungültig erkannt wurde, nachdem schon das Kind in der Religion des Vaters, d. h. katholisch getauft worden war. Wir haben schon mehrmals die Unduldsamkeit, die jetzt in Tyrol geübt wird, bedauert, und können natürlich ebenso wenig das gleiche Verfahren auf der entgegengesetzten Seite billigen. Was dem Einem recht ist, muß dem Andern billig seyn. Solche Vorkommnisse sind Schandflecke füe unsere Zeit und füe Deutschland.

=Oesterreich. Aus Ungarn. (Privat-Korrespondenz.) Die Gömörer Komitatskommission hat die Mitglieder der ungarischen Statthalterei wegen der gewaltsamen Steuereintreibung (die sie dulden) für unfähig erklärt, irgend ein Landesamt zu bekleiden. Alle bei der Exekution Mitwirkenden seyen Landesverräther, dee Verkauf konfiszirtee Güter sey ungültig u. s. w. Aehnliches hat auch die Stadt Ofen beschlossen. Schade, daß die Herren zu Gömör ihre Dekeete nicht auch gleich in Vollzug setzen können.

Frankreich.

Paris, 24. Mai. Noch einige Details übee die Freimaurergeschichte. Gestern hatte der Polizeipräfekt den Befehl erhalten, dem Spuk in dee rue Cadet ein Ende zu machen. Dee Präfekt schickte gestern Morgens dem Prinzen Murat, als dem Großmeister des Ordens, ein Dekret des Inhalts: da die Wahlen zu Unordnungen Anlaß gegeben hätten, welche die öffentliche Sicherheit stören könnten, so sey es den Freimaurern verboten, sich voe dem 1. Oktobee behufs der Wahl eines Großmeisters zu versammeln. Murat beauftragte einen seiner Leute, diesen Erlaß in das Hotel des „Großen Orientes" zu bringen und es dort zu affichiren. Aber der Saal war bereits mit den Partisanen des Prinzen Napoleon angefüllt, welche den Sendboten des Großmeisters auslachten und ihm erklärten, der Prinz habe ihnen ein anderes Lokal versprochen, wenn sie hier ausgewiesen weiden sollten. Der Sendbote ging mit dem Erlaß des Präfekten zum Polizeikommissär des Viertels, der jedoch seinen Beistand verweigerte, untee dem Vorwand, daß er keine speziellen Instruktionen habe, und es blieb ihm daher nichts übrig, als dem Großmeister Bericht abzustatten. Murat that nun Schritte bei dem Minister des Innern. (N. Frkf. Ztg.)

Paris, 25. Mai. Das Einschreiten des Polizei-Präfekten in die Angelegenheiten der Freimaurer bildet heute das Tagesgespräch in Paris. Die Thore der Loge in der Rue Cadet sind geschlossen und Polizei-Agenten vor dem Hause aufgestellt, um alle, die sich dort einfanden, zurückzuweisen. Unter den Freimaurern selbst herrscht eine ungewöhnliche Aufregung. Ueber die eigentliche Lage der Dinge vernimmt man aber nur wenig, da die Freimaurer jetzt geheimnißvoller auftreten, denn je. So weiß man nicht, wer im jetzigen Augenblicke eigentlich Großmeister ist, ob Prinz Murat oder Prinz Napoleon. Prinz Murat verbot nämlich die Abstimmung, die aber doch stattfand. Hat nun die neue Wahl doch Gültigkeit? (Köln. Ztg.)

Fast jeder Tag bringt einen neuen Beleg, daß die Beziehungen zwischen Frankreich und England einen bedenklichen Grad von Spannung erreicht haben. In einem kurzen, abee scharfen, und jedenfalls nicht in dem Redaktionsbureau dee „Patrie" geschriebenen Artikel gegen den Herzog v. Aumale aus Anlaß von dessen Rede in dee literarischen Gesellschaft zu London wurde dieser Tage die Familie Orleans den Franzosen als ein Werkzeug der Politik des englischen Ministerium dargestellt, und dem Lord Palmerston legt ein Pariser Korrespondent dee „N. Preuß. Ztg." die Aeußerung in den Mund: „Er habe den Thron Louis Philipps gestürzt dee spanischen Heirathen wegen; der Thron Louis Napoleons stehe nicht festee, überhaupt sey nur durch die Nachsicht Englands ein geordnetes Gouvernement in Frankreich möglich!" Mag dieses stolze Wort nun wirklich gesprochen worden oder auch nur erdichtet seyn, man kann sich denken, daß es die Eitelkeit der Franzosen auf's Alleräußerste verletzt, und vielleicht darum auch wird es so geflissentlich verbreitet und namentlich in die Kasernen kolportirt, in einer derselben sogar durch einen schriftlichen Anschlag bekannt gemacht. Indessen glaubt der genannte Korrespondent darum doch noch nicht so fest an einen nahen Bruch mit England, von welchem in Paris so viele Leute durchaus überzeugt seyen. (Fr. Postztg.)

Türkei.

Die Mitglieder des maronitischen Klerus haben eine Adresse verabfaßt, worin sie Frankreich danken für den den Christen verliehenen und auch fernerhin verspeochenen Schutz. Auf allen ka-

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht.

№ 146.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreimalige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 28. Mai 1861.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 23. Mai. Der Vortrag des Abg. Langguth über die Rechnungsnachweise der Ausgaben auf den Militäretat pro 1855/59 ist 14 Druckbogen stark erschienen. Bei der I. Rubrik „Aktive Armee" suchte im Ausschuß Frhr. v. Lerchenfeld darzulegen, daß die enorme Höhe des Aufwandes in der Größe des dermaligen alles Maß überschreitenden Effektivstandes der Armee ihren Grund habe, und daß gerade darin eine erhöhte Verpflichtung für den Landtag liege, an jenen gesetzlichen Bestimmungen energisch festzuhalten, die den Einfluß der Kammern auf den Formationsstand des Heeres, wenn auch nothdürftig, noch möglich machen. Es müsse daher unbedingt an den Bestimmungen des Paragraphen 9 des Heerergänzungsgesetzes festgehalten werden, so lange nicht den Kammern der durch die Natur der Sache gebotene Einfluß auf die Bestimmung der Zahl der einzuberufenden Mannschaft eingeräumt werde. Was nun zunächst den formationsmäßigen Stand der Armee anbelange, so sey dieser von jeher als der dem Budget zu Grunde liegende Stand aufgefaßt worden, und habe sich wohl niemals hierüber ein Zweifel erhoben. Ebenso ergäbe die bei Berathung des Heerergänzungsgesetzes gepflogene Berathung, sodann der Zusammenhalt des § 9 mit §. 11 des Gesetzes, daß die Worte des § 9: „in der Regel" nicht den Sinn haben könnten, als ob damit die Befugniß der k. Staatsregierung, von der Regel ganz nach eigenem Ermessen abzuweichen, statuirt werden wollte. Vielmehr könne dieser Beisatz nur soweit wirken, daß die aus zufälligen Umständen hervorgehenden Abgänge in der Armee, z. B. in Folge größerer Sterblichkeit, durch die Konskription ersetzt werden müßten, um den Formationsstand zu erhalten, nicht aber zu ersetzen. Obwohl nun der Formationsstand im Laufe der Zeit sich namhaft vergrößert habe, sey man doch bei der Feststellung der auszuhebenden Mannschaft über das im § 9 bestimmte Sechstel hinausgegangen, besonders im Jahre 1858/59, in welchem die Zahl der Konskribirten bis auf 29,529 Mann gestiegen sey, eine Zahl, die ganz außer allem Verhältnisse zur Bevölkerung Bayerns stehe, und beweise die Möglichkeit, eine solche Anzahl felddiensttauglicher Männer aus einer Altersklasse zu den Waffen zu rufen, eine große Tüchtigkeit der Bevölkerung. Schließlich beantragt Frhr. v. Lerchenfeld, den Beschlüssen über die Rechnungsnachweisungen den Wunsch anzufügen: „es möge die Bestimmung des § 9 des Heerergänzungsgesetzes vom 15. August 1828 streng vollzogen, sohin in Friedenszeiten mehr nicht als der sechste Theil des formationsmäßigen Heerstandes, wie solcher dem Budget zu Grunde liegt, ausgehoben werden." Referent Langguth stimmt dem bei. Vom Kriegsministerium wollte geltend gemacht werden, daß jene gesetzliche Bestimmung festgehalten worden sey, nur 1858/59 habe die politische Lage eine Ausnahme geboten. Nachdem noch darauf hingewiesen worden war, daß die Zustände 1859 keineswegs jene Ausnahme gerechtfertigt, beschloß der Ausschuß einstimmig, den Antrag des Frhrn. v. Lerchenfeld der Kammer zur Annahme zu empfehlen.

Ein großer Teil der niederbayerischen Abgeordneten hat von seinen Wählern den Auftrag erhalten, gegen die Gewerbefreiheit seiner Zeit zu stimmen. (Solche Aufträge sind verfassungswidrig; der Abgeordnete soll nicht nach Auftrag, sondern nach seiner Ueberzeugung stimmen.) — In Landshut haben die Gewerbetreibenden beschlossen, eine Adresse gegen die Gewerbefreiheit an die Abgeordnetenkammer zu richten.

Das Staatsministerium der Finanzen hat unterm 8. d. M. ausgesprochen, daß die Armenbeschäftigungsanstalten, so lange sie sich von dem Standpunkte der vorübergehenden Beschäftigung sonst arbeitsloser und unvermögender Gemeinde-Angehöriger nicht entfernen und sich insbesondere keinen förmlichen Gewerbsbetrieb aneignen, der Gewerbesteuer nicht unterliegen. Hierunter sind unter den nämlichen Voraussetzungen auch die Arbeitsanstalten korporativer Wohlthätigkeitsvereine (St. Johannisverein ꝛc.) begriffen.

Dem Großhändler J. C. Leuchs von Nürnberg wurde ein Gewerbsprivilegium auf Einführung seines eigenthümlichen Verfahrens, Fleisch, Fischrogen und andere Thier- und Pflanzenkörper im frischen Zustande aufzubewahren, ohne daß ihre Eigenschaften eine Aenderung erleiden, für den Zeitraum von 2 Jahren, vom 8. Mai 1861 anfangend, verliehen. Von dem k. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten wurde die Einziehung des dem Techniker Serge Krottkoff von Moskau unter'm 14. Aug. 1860 verliehenen einjährigen Gewerbsprivilegium auf elektromagnetische Apparate zur Versicherung gegen Diebe, und die Einziehung des dem R. H. Collyer von London unterm 20. Jan. 1860 verliehenen dreijährigen Gewerbsprivilegium auf verbesserte Apparate in der Papierfabrikation wegen nicht gelieferten Nachweises über die Ausführung dieser Erfindungen in Bayern verfügt.

An die deutsche Tricolore.

Die Liebe, die Begeisterung für das Vaterland strebt in freudigen wie in ernsten Momenten nach einem sichtbaren Ausdrucke, das zugleich zum Bande wird, welches alle Angehörigen einer Nation umschlingt. Die nationalen Farben sind ein solcher Ausdruck, und Alt und Jung in Deutschland fühlt das Herz höher schlagen bei dem Wallen der Paniere, welche das Vaterland, seine Ehre und Herrlichkeit bedeuten. Schwarz, Roth, Gold — aus Nacht durch Blut zum Sieg — ihr drei Farben, die ihr stets mit dem Leben des deutschen Volkes verbunden seyn werdet, möget ihr auch ein Talisman seyn, der es führet zu Sieg und Glück!

In Folgendem theilen wir unsern Lesern den Text des Liedes (vom herzogl. koburg. geh. Sekretär Hrn. v. Meyern) mit, welches vom Herzog Ernst von Koburg in Musik gesetzt, und dem in Nürnberg stattfindenden deutschen Sängerfeste gewidmet ist:

Altes Banner deutscher Größe,
Fühlst Du Deines Ruhmes Blöße?
Trägst du Flore, Tricolore?
Warum schlägt der Aar,
Der einst Herrscher war,
Trauernd Dich um sein Gefieder?
Lebe, fliege, kämpfe wieder,
Und nach langem Traum der Macht
Grüßt Dich neue Herrscherpracht!

Kennst Du nicht den Ruf, den schönen,
Dich dem Ruhme zu versöhnen?
Warum starben Deine Farben?
Sank Dein Vaterland
Nicht durch Zwietracht Hand
In das Reich der Träume nieder?
Eintracht, Eintracht schaffe wieder,
Und nach langem Traum der Macht
Grüßt Dich neue Herrscherpracht!

Fühlst Du nicht mit sel'gem Lauschen
Bei dem Worte schon entrauschen
Deine Flore, Tricolore?
Breitet nicht der Aar
Ueber uns'rer Schaar
Neuverjüngt schon sein Gefieder?
Lebe, fliege, kämpfe wieder,
Und nach langem Traum der Macht
Grüßt Dich neue Herrscherpracht!

Seminarien sind in dem Entwurfe des Budget der VIII. Finanzperiode die nothwendigen Postulate eingestellt, die sich hoffentlich der Zustimmung des Landtags zu erfreuen haben werden."

Die Kammer ertheilte dann dem Antrage des Abg. Sedlmeyer, für den Antrag des Abg. Brater ꝛc. bezüglich der Vorlage eines auf dem Prinzipe der Gewerbsfreiheit beruhenden Gesetzentwurfs — einen besondern Ausschuß zu wählen, die Zustimmung, nachdem Hr. Abg. Brater sich mit dem Antrage einverstanden erklärt hatte. Bei der Wahl dieses Ausschusses waren anwesend 83 Abgeordnete; es wurden gewählt: Sedlmeyer mit 69, Münch und Steinsdorf mit je 65, Kast mit 64, Prof. Pözl, Förg und Grimm mit je 62, Dellfant und Römich mit je 59, Th. Wagner und Jämisch mit je 57, Crämer mit 51, Krumbach und Tröltsch mit je 48 und Weimann mit 42 Stimmen.

München. Im Einlauf der Kammer der Abgeordneten befindet sich u. A. eine Vorstellung der Diurnisten der k. Bezirksgerichte Bamberg, Bayreuth, Kronach und Hof: „Verhältnisse der Bezirksgerichtsdiurnisten" betr.

München, 25. Mai. Se. Maj. der König hat den zeitlich quiescirten Landgerichts-Assessor Phil. Fruth zu Landshut als Sekretär der Regierung von Niederbayern reaktivirt.

Oesterreich. Wien, 25. Mai. Die halbamtl. „Donau-Zeitung" bemerkt gegenüber den Aeußerungen der „Preuß. Ztg." über die Erklärung Oesterreichs am Bunde in Betreff der Frage über die Bundeskriegsverfassung: sie wolle auf die angeregte Polemik im Interesse einer Ausgleichung der Gegensätze und aus Rücksicht gegen Preußen selbst jetzt absichtlich nicht eingehen.

(Tel. d. N. Frkf. Ztg.)

= Wien, 25. Mai. (Privat-Korresp.) Es stellt sich immer unverkennbarer heraus, daß Baron Vay den Boden der Vermittlung unter den Füßen verloren hat, seit im Verlaufe der Adreßdebatte zu Pesth auch die letzte Hoffnung geschwunden ist, als sey Ungarn bereit, auch nur ein Einziges der Versprechen einzulösen, welches die Urheber des Oktober-Diploms in seinem Namen gemacht. Am meisten aber schadet der ungarischen Sache der Wankelmuth derjenigen Männer (von der sog. altkonservativen Partei), welche in erster Linie zu den Urhebern des Diploms gehören, und nun, obschon sie im Pesther Unterhause sitzen, doch nicht wagen, ihre Stimmen gegen die Personalunion zu erheben.

Italien.

Turin. Einige Tage nach der Verkündigung des Gesetzes, welches das italienische Nationalfest (zur Feier der Entstehung des neuen Königreichs Italien) auf den ersten Sonntag des Juni anberaumt und die Geistlichkeit der Verpflichtung entbindet, an dieser Feier Theil zu nehmen, richtete Minghetti, der Minister des Innern, ein Rundschreiben an alle Departemental- und Kommunalbehörden, worin er diesen empfiehlt, so höflich als möglich die Geistlichkeit jedes Landes einzuladen, an dem Nationalfest durch Veranstaltung eines feierlichen Gottesdienstes sich betheiligen und dadurch die übelwollenden Gerüchte Lügen strafen zu wollen, welche die Geistlichen als die natürlichen und erbittertsten Feinde der Freiheit darstellen. Die niedere Geistlichkeit steht fast überall auf Seite der Regierung, aber die Bischöfe haben auf das Entgegenkommen Minghetti's in verschiedener Weise geantwortet. In manchen Diözesen haben sie ihren Klerus angewiesen, dem Feste seine Mitwirkung nicht zu versagen, in andern dagegen, und namentlich in Turin und in Mailand, haben die bischöfl. Vikarien ihrer Geistlichkeit bei den strengsten Kirchenstrafen untersagt, an dem Nationalfest irgend welchen Theil zu nehmen. In Turin machte dieses Verbot keinen Eindruck; in Mailand dagegen war's anders. Unmittelbar nach dem Bekanntwerden jenes Zirkulars redigirten das Domkapitel und die Geistlichkeit in Mailand einen Protest und das Volk organisirte in seiner gewohnten Weise eine Demonstration, indem einige tausend Köpfe vor den erzbischöflichen Palast zogen und dem bischöfl. Vikar ein „Pereat" riefen, das erzbischöfliche Wappen zerschlugen und die Fenster einwarfen. Der Domvikar und einige Pfarrer verließen die Stadt. Seitdem soll die Ruhe in Mailand nicht wieder gestört worden seyn. Unordnungen ganz ähnlicher Art und Exzesse gegen den Erzbischof werden auch aus Modena gemeldet. (Nat.-Z.)

Die öffentliche Ruhe ist in Mailand nicht weiter gestört worden. Es hatten ungefähr 100 Verhaftungen statt.

(Tel. d. Frkf. Journ.)

Amerika.

New-York, 16. Mai. Präsident Lincoln zeigte den fremden Mächten an: er werde die diplomatische Verbindung mit denjenigen Staaten abbrechen, welche die als Gesandte an sie abgeschickten Kommissäre der Rebellenstaaten anerkennen. (T.d.Allg.Z.)

Nachrichten aus New-York vom 16. d. M. zufolge war die Asche Washington's von Virginiern aus seinem Grabe zu Mount Vernon entfernt worden. (T. d. Fr. Postztg.)

Nichtpolitische Zeitung.

Frankfurt a. M., 23. Mai. Die Homburger Spielhölle hat wiederum zwei Opfer gefordert. Ein Handlungsreisender aus Darmstadt, der, wie man sagt, anvertrautes Geld während der Feiertage in Homburg verspielt hatte, wurde heute Morgen in der Promenade todt aufgefunden. Das andere Opfer, ein Häfnergeselle, hatte sich die Taschen voll Pulver gesteckt, dieses angezündet und wahrscheinlich versucht, sich noch in den Main zu stürzen, denn man fand seinen arg verbrannten Leichnam heute Morgen am Ufer des Main in der Nähe der Stadt auf. (D. Allg. Z.)

Aus der Ostschweiz. Im ausgedehntesten Maßstabe wird in der Schweiz ein kirchliches Fest vorbereitet: Die eintausendjährige Jubelfeier des Klosters Einsiedeln. Am 21. Jan. d. Js. waren es eintausend Jahre, daß der heil. Meinrad, der erste Apostel der Christuslehre auf dem Etzelberg und im jetzigen Einsiedeln-Thale, von zwei Mördern erschlagen wurde. Die Sage theilt mit, daß die gezähmten Raben des Heiligen die Mörder verriethen, welche dann hingerichtet wurden. Bereits ging auch am letzten 21. Jan. eine kleine Vorfeier voraus, doch mehr familiärer Natur für das Kloster selbst und die nächste Umgebung. Da der hl. Meinrad aus dem fürstlichen Geschlechte der Hohenzollern stammt, nahm auch das preußische Königshaus und der Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen an dieser Feier Theil, indem sie einen Abgeordneten dahin sandten mit werthvollen Geschenken und huldvollen Schreiben. Bei der hohen Bedeutung, die das Kloster als Wallfahrtsort zum wunderthätigen Marienbilde besitzt, und der außerordentlich großen Zahl Pilger, über 150,000, welche jährlich, namentlich zum Feste der Engelweihe (14. Sept.), dorthin pilgern, hat das Stift Einsiedeln eine große Jubelfeier beschlossen, welche Ende August und Anfang September stattfinden soll. Um bei dieser Feier den zahlreichen Festbesuchenden alle möglichen Erleichterungen zu gewähren und es auch dem weniger Bemittelten möglich zu machen, an einer so seltenen Feier Theil zu nehmen, hat die Direktion der vereinigten Schweizerbahnen extra „Pilgerbillete" angeordnet, welche zu einem außerordentlich billigen Preise ausgegeben werden, für die Hin- und Zurückreise gelten und zudem noch eine Gültigkeitsdauer von fünf Tagen haben, wodurch dem Pilger Gelegenheit geboten ist, Hin- und Rückreise abgerechnet, drei volle Tage in Einsiedeln verweilen zu können. Die Preisermäßigung ist so bedeutend, daß sie als eine Ersparniß an Zeit und Geld, namentlich für Fußreisende, die mehrmals übernachten müßten, die vollste Anerkennung verdient und gerade für die ärmere Klasse als eine Wohlthat zu betrachten ist. Nebenbei bietet sie jedem Festbesucher die günstige Gelegenheit, auf eine billige und bequeme Weise auch eine schöne Reise zu machen, namentlich auf der an Großartigkeit der Umgebung so ausgezeichnet schönen Strecke der Rheinthallinie und am herrlichen Wallensee. Da die „Pilgerbillete" schon vom 1. Mai an ausgegeben werden und den ganzen Sommer über in Kraft bleiben, gewähren sie auch den Einsiedlerpilgern überhaupt die Vortheile der Preisermäßigung.

(A. Abdz.)

London, 22. Mai. In letzter Zeit sind wieder mehrere Boxereien tödtlich abgelaufen. So endete auch gestern ein Faustkampf bei Sheffield nach einstündiger Arbeit mit dem Tode des einen Kämpfers. Beide waren junge Leute von 18 bis 20 Jahren. Der Preis war ein Pfund Sterling! Der Sieger, Hollard mit Namen, entwischte mit Hülfe seiner Freunde, wurde aber schließlich doch erwischt und wird wohl zwei Jahre Gefängniß erhalten. (Zeit.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 145.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Schrift	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Montag, 27. Mai 1861.

Deutscher Bund.

**** Bayern.** München, 25. Mai. (Priv.-Korr.) Aus dem Vortrag des Hrn. Justizministers v. *Mülzer* in der heutigen Sitzung der 2. Kammer tragen wir noch folgende Stellen nach: „Anlangend den Gesetzentwurf über die *Gerichtsverfassung*, so hatte die Staatsregierung bekanntlich früher die Absicht, den gegenwärtig der Berathung des Landtages unterstellten beiden Strafgesetzbüchern vorerst noch den Entwurf eines Gesetzbuches über das Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten anzufügen, und gleichzeitig mit der Einführung dieser drei Gesetzbücher die Neugestaltung der Gerichtsverfassung ins Leben treten zu lassen. Dadurch wäre das Organisationswerk wesentlich vereinfacht und erleichtert worden. Es wäre in diesem Falle möglich geworden, anstatt abermals mehr oder weniger provisorische Zustände zu schaffen, den Gerichten sogleich eine definitive Gestaltung zu geben, und es hätte hiebei insbesondere auch die mit dem neuen Gerichtsverfahren voraussichtlich eintretende Verminderung des Justizpersonals in erheblichem Maße verwirklicht werden können. Die Gründe, welche die k. Staatsregierung veranlaßt haben, noch vor Einführung einer neuen Civilprozeßordnung mit Aenderungen in der Organisation der Gerichte vorzugehen, sind in den Motiven zum Entwurf des Gerichtsverfassungsgesetzes umständlich erörtert, und die Staatsregierung befindet sich *nunmehr in Uebereinstimmung mit der vom Gesetzgebungsausschusse der hohen Kammer ausgesprochenen Auffassung.* In formeller Beziehung hätte man sich zwar, da das Gerichtsverfassungsgesetz vom 25. Juli 1850, in soweit einzelne Bestimmungen desselben durch spätere Gesetze nicht abgeändert wurden, noch dermalen in Giltigkeit besteht, auf eine bloße Revision des Gesetzes im Wege der Erlassung einer Novelle beschränken können; die Staatsregierung hielt jedoch im Interesse der Uebersichtlichkeit des Gesetzes und zur Abschneidung von Kontroversen für zweckmäßiger, einen neuen vollständigen Entwurf über die Gerichtsverfassung aufzustellen.“ Hier folgt die gestern mitgetheilte Stelle; der Schluß des Vortrages lautet wörtlich: „Indem die Staatsregierung in allen prinzipiellen Fragen den Standpunkt des geltenden Rechtes festgehalten hat, gibt sie sich aber auch mit vollem Vertrauen der Hoffnung hin, daß eine Vereinbarung sämmtlicher Gesetzgebungsfaktoren über die Gesetzentwürfe in *kürzester Frist* erzielt werden könne, was um so mehr als wünschenswerth bezeichnet werden muß, als hievon die definitive Aufstellung der Postulate für den zur Gerichtsorganisation erforderlichen Kostenaufwand abhängig ist. Mögen durch diese Gesetzentwürfe die Fragen über die Trennung der Rechtspflege und der Verwaltung und über das Institut des Notariats nach langem Kampfe zum Frommen der Rechtspflege und hiemit zum Segen des Landes und allseitiger Einigkeit ihren Abschluß finden, und möge deshalb darin eine glückliche Vorbedeutung liegen, daß ich dieselbe *heute am Vorabende des Jahrestages unserer Verfassung* der hohen Kammer überreiche!“ (Allgemeines Bravo.)

Nachdem der Hr. *Kriegsminister* nicht anwesend war, und Vorlagen von dieser Seite, obwohl erwartet, nicht gemacht werden konnten, stellte der Abg. *Föckerer* folgende Anfrage: „Seit mehreren Landtagsverhandlungen häufen sich die Eingaben der deutschen Volksschullehrer um Aufbesserung ihrer Gehalte in einer Art, daß denn doch wohl Niemand mehr annehmen kann, es seyen diese Bitten und Vorstellungen nur erkünstelt. Wer aber im Volke lebt, der weiß, daß wirkliches Bedürfniß, häufig sogar Noth, diese Menge von Petitionen hervorgerufen. Einem bei Berathung des Budget am 30. April 1856 in der 63. Sitzung der Kammer der Abgeordneten von dem Hrn. Dr. Ruland gestellten Antrage wurde von der Kammer keine Zustimmung zu Theil. Gleichwohl sollte man annehmen dürfen, das betreffende hohe Staatsministerium werde sich durch die damaligen Verhandlungen veranlaßt gefunden haben, in dieser wichtigen Sache endlich einen entscheidenden Schritt zu thun. Aeußerte doch damals schon der Herr Berichterstatter: „Er gestehe aufrichtig, daß sein beschränkter Unterthanenverstand nicht recht einsehe, warum man sich immer noch nicht habe entschließen können, diese Sache einmal anzufassen.“ Meine ausgesprochene Erwartung dürfte noch ganz besonders darin ihre Rechtfertigung finden, daß die Lehrer sich in ihren Eingaben häufig auf Verheißungen berufen, deren Verwirklichung das hohe Staatsministerium gewiß als eine heilige Pflicht für sich betrachtet. Ueberzeugt, daß meine Interpellation eine für weite Kreise beruhigende Antwort finden wird, erlaube ich mir die Frage: „Wird das hohe Staatsministerium des Kultus der jetzt tagenden Kammer ein die Stellung der deutschen Volksschullehrer zeitgemäß ordnendes Schulgesetz noch zu einer Zeit vorlegen, daß dasselbe auch wirklich noch während der diesjährigen Session erledigt werden kann?“ Würde Antragsteller die Hoffnung in Erfüllung gehen sehen, daß das königl. Staatsministerium bei dieser Gelegenheit Veranlassung nehme, auch beruhigende, jedenfalls aber bestimmte Erklärungen in Bezug auf die vielfachen Eingaben der Lehrer an den Gewerbschulen, sowie an andern Bildungsanstalten zu geben, so wäre auch damit weiterer Interpellation der Weg abgeschnitten und der vollen Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß das hohe Staatsministerium die Wichtigkeit des Lehrerstandes in vollstem Maße erfasse und die schon im Interesse der Volksbildung nur wünschenswerthe bessere Stellung derselben als unabweisliche Nothwendigkeit erkenne.“ Diese Anfrage wurde von dem Kultusminister v. *Zwehl* also beantwortet: „In der gestellten Interpellation ist vor Allem angeregt, ob aus den Kammerverhandlungen vom Jahr 1856 Anlaß genommen wurde, für die Aufbesserung der Gehalte der deutschen *Schullehrer* einen entscheidenden Schritt zu thun. Hierauf beehre ich mich, zu erwidern, daß auf Grund des damaligen Kammerbeschlusses unterm 26. Februar 1857 an sämmtliche Kreisregierungen eine Entschließung erlassen wurde, um in fraglicher Beziehung einerseits das Bedürfniß im Einzelnen zu erheben, und andererseits die für dessen Deckung erforderlichen Mittel verfügbar zu stellen. Der Erfolg dieser Maßregel kann als ein *günstiger* bezeichnet werden. Denn während der Durchschnittsgehalt eines Schullehrers im Jahr 1835/36 auf $194^{6}/_{8}$ fl., im Jahr 1851/52 auf $282^{3}/_{8}$ fl. berechnet wurde, entziffert sich derselbe nunmehr auf mindestens 370 fl. jährlich. Gleichwohl ist es aber nicht gelungen, die Bezüge *aller* Lehrer des Königreichs auf ein ausreichendes Maß zu stellen, und das Ministerium hielt sich daher verpflichtet, zu diesem Zwecke in dem Entwurf des Budget der VIII. Finanzperiode weitere Zuschüsse aus Centralfonds an die Kreisfonds einzustellen, um den Schullehrern aller organisirten deutschen Schulen ein Einkommen von 300 fl., den Schuldienstverwesern aber ein Einkommen von 220 fl. jährlich zu sichern, während bisher bekanntlich die Aufbesserung nur zu 250 fl. und 200 fl. stattgefunden hatte. Der Hr. Abg. Föckerer hat weiter die Frage gestellt, ob das Staatsministerium ein die *Stellung der Schullehrer* zeitgemäß ordnendes Gesetz noch zu einer Zeit vorlegen werde, daß dasselbe wirklich noch während der diesjährigen Session erledigt werden könne? Hierauf beehre ich mich, zu erwidern: daß die Staatsregierung gesonnen sey, in *kürzester Frist* einen Gesetzentwurf einzubringen, welcher die Dotation der deutschen Schulen und die Verbesserung des Einkommens der Schullehrer, sowie die Gewinnung der hierzu benöthigten Mittel regeln soll. Anlangend die Anfrage des Hrn. Interpellanten wegen Verbesserung der Verhältnisse der Lehrer an den *Gewerbschulen*, so bedauere ich hierüber keinen näheren Aufschluß geben zu können, da diese Lehrerstellen nicht dem k. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten, sondern jenem des Handels und der öffentlichen Arbeiten angehören. Für die Erhöhung der Gehaltsbezüge des Lehrerpersonals an *Lyceen, Gymnasien* und mit diesen verbundenen lateinischen Schulen, dann an den Schullehrer-

* Wie der „Gaz. des Tribunaux" aus New-York geschrieben wird, hat ein jüngst in Saint-Louis verhandelter Kriminalprozeß eine ungewöhnliche Sensation unter der dortigen Bevölkerung hervorgerufen. Vor einigen Monaten wurde ein in Saint-Louis ansäßiger junger Deutscher, ein Musiklehrer, benachrichtigt, daß seine Schwester ein öffentliches Haus besuche. Er hielt die Sache für eine böswillige Verleumdung, begab sich jedoch nichtsdestoweniger hin, um sich Gewißheit zu verschaffen. Die erste Person, die ihm in dem Empfangzimmer entgegentrat, war — seine Schwester. Sie will, als sie ihn erblickt, entfliehen; er aber stürzt in der äußersten Entrüstung auf sie los, hält sie fest und jagt ihr unter den heftigsten Vorwürfen über ihr ehrloses Benehmen, und ehe Jemand die Zeit hatte, es zu verhindern, zwei Kugeln durch die Brust. Nach einigen Minuten war die Unglückliche eine Leiche. Der Mörder wurde sofort festgenommen. Unter dem unerträglichen Druck des Schmerzes über seine That versuchte er sich zweimal im Gefängnisse zu entleiben, wurde jedoch daran verhindert. Seine Sache erregte ungemeine Sympathie in der Stadt, zumal er sich bisher eines ausgezeichneten Rufes erfreut hatte, und als er vor Gericht erschien, strömte eine zahllose Menschenmenge herbei. Den Angeklagten selbst umgaben mehrere seiner Landsleute, um ihm einen Beweis ihrer Achtung und Theilnahme zu geben. Der öffentliche Ankläger zollte dem Charakter des jungen Mannes alle Anerkennung, doch forderte er die strenge Anwendung des Gesetzes. Er erinnert die Geschwornen daran, daß unglücklicherweise Tausende von Frauenzimmern in St.-Louis in ähnlichen Verhältnissen lebten, und die meisten oder sehr viele von ihnen Väter, Brüder &c. besäßen. Wenn er den Angeklagten freispreche, so sey durch einen solchen Spruch das Leben dieser unglückseligen Wesen vollständig der Willkür ihrer Verwandten preisgegeben. Dennoch sprach die Jury unter dem lauten Beifallsrufe des Publikum ein Nichtschuldig aus. Der junge Mann, der während der Verhandlung häufig geweint hatte, entzog sich allen Freudenbezeugungen, und soll bereits am folgenden Tage nach Texas gegangen seyn, wo er unter einem fremden Namen die traurige Berühmtheit, die er erlangt, in Vergessenheit zu bringen und selber zu vergessen hofft.

Neueste Nachrichten.

Dresden, 23. Mai. Seit gestern bildet hier ein Vorgang auf dem Gebiet der Presse das Tagesgespräch, der allerdings geeignet ist, einiges Aufsehen zu erregen: die „Leipziger Zeitung" (bekanntlich Regierungsblatt) ist gestern hier mit Beschlag belegt worden! Veranlassung zu dieser Maßregel hat ein Artikel des Korrespondenten aus Thüringen über den Prinzen Napoleon gegeben, der allerdings sowohl dem Inhalt als der Form nach so ziemlich einem Pasquill auf den Vetter des Kaisers der Franzosen ähnlich sieht. Als die Konfiskation der betreffenden Nummer (120) bekannt wurde, verbreitete sich sofort das Gerücht, dieselbe sey in Folge einer Reklamation des franz. Gesandten erfolgt. Diese Angabe ist indessen, wie wir auf Grund eingezogener Erkundigung auf das Bestimmteste versichern können, unbegründet; das Ministerium hat aus eigenem Antrieb, und zwar auf unmittelbare Anordnung des Ministers v. Beust, die Beschlagnahme verhängt. Aufsehen aber hat der Fall schon um deßwillen erregt, weil er gerade die Regierungspresse selbst betrifft, da es wohl noch nicht vorgekommen ist, daß eine Regierung ihre eigenen Organe mit Beschlag belegen läßt. (Das „Dresdner Journal" vom 23. Mai enthält eine halbamtliche Erklärung, wonach die Beschlagnahme vom Ministerium aus eigenem Antrieb ohne irgend welche diplomatische Dazwischenkunft verfügt worden wäre; in Abwesenheit des für die „Leipziger Ztg." bestellten Regierungskommissärs sey der Artikel aufgenommen worden, die Regierung aber wolle sich nicht den Schein geben, als billige sie dergleichen Auslassungen. In Frankreich ist man nicht immer so rücksichtsvoll gegen deutsche Regierungen.)

Köthen, 22. Mai. Gestern ist hier die zwölfte deutsche Lehrer-Versammlung zusammengetreten. Es haben sich zu derselben 200 Lehrer aus allen deutschen Staaten eingefunden. Unter den Fragen, welche das Programm bilden, ist hervorzuheben: Was kann die Schule zur Beförderung des Gemeinsinnes thun? (Pr. Ztg.)

Mailand, 24. Mai. Außer Mfgr. Caccia mußten auch die Kanoniker Pertusati, Rektor Cassina, die Theologen Pessina und Trada die Stadt verlassen; man fürchtet wiederholte Unruhen. (Tel. d. Allg. Z.)

Petersburg, 18. Mai. Eine neue Reform steht bevor. Ich meine die Aufhebung um vollständige Beseitigung der sogenannten dritten Abtheilung der geheimen Kanzlei des Kaisers — der geheimen Polizei, an deren Spitze bisher bekanntlich der Fürst Dolgoruckі gestanden. Dafür soll ein eigenes Polizeiministerium gegründet werden, dessen Leitung Graf Schuvaloff, früherer Ober-Polizeiminister von Petersburg und jetziges Mitglied des Ministerium des Innern, übernehmen wird. Die Aufhebung der dritten Abtheilung eröffnet zugleich die Hoffnung auf die lange ersehnte Vorbereitung und Emanirung eines Preßgesetzes, womit dann das völlig unhaltbare System der Präventivzensur definitiv zu Grabe getragen würde. (Preuß. Ztg.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	—
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$62\frac{1}{4}$ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	66 /4 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$48\frac{3}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	43 P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	88 G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. R.)	103 P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102\frac{1}{4}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$102\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	$100\frac{1}{2}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{5}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	104 G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$94\frac{5}{8}$ G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{5}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{2}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$98\frac{7}{8}$ P.
„	3 pCt. Obl.	91 P.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$49\frac{5}{8}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt. . . .	$42\frac{7}{8}$ G.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$99\frac{3}{4}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	$109\frac{1}{4}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien . .	667 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$148\frac{1}{2}$ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$184\frac{1}{2}$ P. $180\frac{1}{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . . .	$72\frac{1}{2}$ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	71 P.
Internationale Bank in Luxemb. . .	84 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	320 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$67\frac{3}{4}$ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	230 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$121\frac{1}{2}$ P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$75\frac{5}{8}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	22 P $21\frac{3}{4}$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$133\frac{3}{4}$ P.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$99\frac{1}{2}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50\frac{3}{4}$ G.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz. . .	$234\frac{1}{2}$ P. 234 G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	525 P. 520 G.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	480 P.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$104\frac{1}{4}$ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. $100\frac{1}{2}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ B. $\frac{1}{2}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$96\frac{3}{8}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	$87\frac{7}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{1}{2}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S	$98\frac{1}{8}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{3}{8}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. k. S.	$83\frac{3}{4}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$82\frac{1}{2}$ P. $81\frac{1}{2}$ G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	50 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$63\frac{1}{4}$ P.	Gr. Hessen fl. 60 b. R.	$131\frac{1}{4}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$62\frac{1}{4}$ P.	„ fl. 25 do.	$35\frac{1}{4}$ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$97\frac{3}{4}$ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$35\frac{1}{4}$ P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beilk.	$120\frac{3}{4}$ G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50 G.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$36\frac{1}{2}$ P.
Badische fl. 50	$90\frac{1}{4}$ P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{5}{8}$ P.
Badische fl. 35	$52\frac{2}{4}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-1.	$10\frac{3}{4}$ G.

Frankfurt, 25. Mai. Für österr. Fonds, Bank- und Kreditaktien erhielt sich Kauflust und letztere wurde besser bezahlt. Auch Spanische beider Gattungen begehrt und höher. Der Umsatz war ziemlich bedeutend. (Synd.)

Freiwilligen und den Miliz-Soldaten von Denbighshire. Jene, 200 an der Zahl, wurden von 3 oder 400 Milizmännern mit schweren Knitteln und Steinen angegriffen. Auf beiden Seiten gab es schwere Verwundungen. Zum Glück tragen die Leute kein Seitengewehr.

Italien.

Ueber die Stellung der ungarischen Emigration zu der italienischen Bewegungspartei wird der „Times" aus Turin unter dem 18. Mai geschrieben: „Kossuth's und Klapka's Zusammentreffen in Turin wird natürlich nicht als ein bloßer Zufall angesehen, und der Zweck derselben ist, wie man vermuthet, um mit der italienischen Regierung oder einigen der italienischen Parteien über „das, was demnächst geschehen soll", zu einem Einverständniß zu gelangen. Klapka soll Willens seyn, einen Ausflug nach Caprera zu machen, was so viel hieße, als daß er von Cavour nichts erlangen konnte. (Er ist in Caprera bereits eingetroffen.) Es unterliegt keinem Zweifel, daß die italienischen und ungarischen „Patrioten", wenn gerade keinen gerechten Grund, doch genügende Veranlassung haben, mit einander nichts weniger als zufrieden zu seyn. Beide sind so weit gegangen, daß ein Ausbruch gegen Oesterreich unvermeidlich schien, und Beide wagten nicht, den ersten Schritt zu thun. Sie haben Beide Alles zu verlieren und möglicherweise durch einen kühnen Wurf Alles zu gewinnen. Einer möchte darum den andern gern als Katzenpfote benutzen. Die Ungarn werfen den Italienern ihr Zögern vor, nachdem sie doch über eine reguläre Armee, einen geregelten Schatz und 22 Mill. emanzipirter Bürger zu verfügen hätten; auf der anderen Seite wenden die Italiener ein, daß es den Ungarn nicht gelungen sey, die Treue der ungarischen Truppen im kaiserlichen Heere zu erschüttern, die Hauptstütze des Kaiserreichs und der Kern der Besatzung des Festungsvierecks. Diese Klagen mögen allesammt wohl begründet seyn. Von beiden Seiten ist Abwarten vielleicht das Vernünftigste, aber es ist gewiß, daß dieses Zögern Oesterreich zu Gute kommt.

Rußland und Polen.

Petersburg, im Mai. In verschiedenen Zweigen des Staatslebens stehen in Rußland große Veränderungen bevor. Man ist nach und nach zu der Ueberzeugung gekommen, daß Alles, was der Kaiser Nikolaus geschaffen, nichts taugt; es muß darum Vieles umgeschaffen werden. Besonders das Schul- und Unterrichtswesen war auf eine Stufe der Erbärmlichkeit herabgesunken, von der man sich in Deutschland kaum eine Vorstellung machen kann, und dieser traurige Zustand der Schule äußert nun nothwendiger Weise auf viele Jahre hinaus seine verderbliche Wirkung. Offiziell hat man dem Kaiser Nikolaus den Beinamen des „Unvergeßlichen" gegeben. Der Volkswitz hat an diesen Namen ein beißendes Epigramm geknüpft, das in deutscher Uebersetzung ungefähr lautet:

Der Unvergeßliche hat — wir werden es nimmer vergessen! —
Uns wohl für hundert Jahr mit Dummköpfen versorgt.

Die Untauglichkeit der Staatsdiener sowohl im Militär als im Civil hat einen großen Reinigungsprozeß nothwendig gemacht, der nicht ohne Härte und selbst Ungerechtigkeit durchgeführt werden kann. Die hohen Lieblinge des Kaisers Nikolaus sind beinahe sämmtlich schon in das große Invalidenhaus des Staats, in den Reichsrath hineingewiesen oder reifen demselben entgegen; die Beamten und Offiziere der niederen Grade sind zum Theil mit sehr geringem Gehalt, zum Theil ganz ohne Gehalt entlassen und oft dem äußersten Elende preisgegeben. Es geschieht nicht ganz selten, daß man verabschiedete Militärs und Tschinowniks (Klassenbeamte) in den Straßen oder Kaffeehäusern der Hauptstadt betteln sieht. Zu raschem Fortschritt im russ. Staatsleben treibt mit besonderm Eifer der Großfürst Konstantin, ein geistvoller, gebildeter und dabei rücksichtsloser Prinz, der bekanntlich an der Spitze der russischen Marine steht. Der Großfürst Constantin hat probeweise bei der Marine öffentliche Gerichtsverhandlungen eingeführt, die später auch in den andern Zweigen des Staatslebens, zuerst für den Civilprozeß, später auch für den Kriminalprozeß, zur Anwendung kommen sollen. Es ist jetzt schon eine temporäre Kommission in Petersburg niedergesetzt worden, welche alle Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in mündlicher Verhandlung zu schlichten hat; und es ist nur Eine Stimme darüber, daß diese Kommission, trotz vielleicht fehlerhafter Organisation, doch schon eine außerordentlich segensreiche Wirkung durch Beschleunigung und Vereinfachung der Gerichtsprozeduren gehabt hat. Auch eine neue Hypothekenordnung sammt dazu gehörigen Bankrottreglement wird vorbereitet. Bisher existirte nur in den Ostseeprovinzen ein geregeltes Hypothekenwesen; im eigentlichen Rußland konnte ein Immobil nur Einmal verpfändet werden, jede zweite Verpfändung war strenge verboten und wurde als Betrug gestraft. Durch gesicherte Hypotheken soll und wird der Kredit gehoben werden. Ferner sollen Landbanken errichtet werden. (Zeit.)

Nichtpolitische Zeitung.

München, 24. Mai. Die Maikäfer sind in diesem Jahr mit einer eigenthümlichen Krankheit behaftet; unter 100 findet man vielleicht 90, deren Leib gänzlich von Maden aufgezehrt ist und doch laufen sie in diesem Zustande gänzlich wohl auf den Bäumen herum und fressen; auch die Flügel sind vielen angefressen. Es scheint von Fliegen zu kommen, die ihre Eier in den Leib der Käfer legten, die nun von den daraus entstandenen Maden gänzlich aufgezehrt werden.

---

das Impromptu, für die Improvisation, für das Dekretiren im romantischen Styl; von ruhigem, gesetzlichem Leben, von bürgerlicher Entwicklung und Ordnung hat es keine Idee. Die Vornehmen verkaufen morgen Vaterland, Einheit, Freiheit und Verfassung für einen Hof, an welchem sie in plumpen Karossen auffahren können. Bourbonisten gibt es keine mehr, es sey denn unter den jetzt brodlosen Hofdienern und den Lieferanten; aber selbst diese würden sich rasch in jede andere Puppe finden, die nur Majestät hieße und in einem Schlosse wohnte. Viktor Emanuel hat hier persönlich kein Glück gemacht, er ist zu einfach, soldatisch, zu wenig „erhaben", stolz, herablassend; ein solcher Kavaleriegeneral imponirt hier nicht, sie waren alle gekommen, Pharao zu sehen, und an seiner Stelle fanden sie einen römischen Konsul. Die Majestät wohnt nach den Begriffen der Neapolitaner nicht in den Gesetzen, sondern in der Person, ihre Politik ist noch ganz Religion, und deßhalb hat Garibaldi hier so ungeheures Glück gemacht; denn Garibaldi ist ganz religiöser Politiker, er ist der umgekehrte Bourbone, der König von unten, die Majestät als Demagoge.

Prophezeien ist niemals ein schlimmeres Handwerk gewesen als in unsern Tagen, aber doch will ich es wagen, dem Zauberer Merlin ins Handwerk zu pfuschen. Der Vesuv liegt mir wie ein riesiger Dreifuß gerade gegenüber, der Rauch steigt begeisternd empor, und der unterirdische Gott scheint mir zu sagen:" Entweder Viktor Emanuel nach Rom und Garibaldi nach Neapel, oder die Einheit Italiens geht in die Brüche, und Oberitalien schleppt sich 10 Jahre hin, wie Piemont von 1849 bis 1859 gethan. „Die große Frage der Nationaleinheit ist damit nicht abgethan, sie ist nur vertagt, aber der Himmel weiß, auf wie lange. Murat steht hinter den Coulissen, und hat unendlich freiere Hand im Exil, als in Frankreich selbst. Sizilien träumt schon wieder von seiner Verfassung von 1812, die durch die englischen Pfunde Sterling verführerisch gespickt wurde. Von Palermo nach Turin ist noch viel weiter als von Neapel nach Palermo, und England, dem das Nationalitätsfieber dort unten in der Nähe Joniens sehr fatal ist, verfehlt sicherlich nicht, die Verfassung von 1812 ganz vortrefflich zu finden. Es sieht und kennt die französischen Intriguen zu Neapel, es wittert die Unmöglichkeit der Piemontesen in dem losgerissenen Süditalien, und es hat sicher schon die nöthigen Befehle für den eintretenden Fall ertheilt. Die „Idee", für welche sich Frankreich stets so „uneigennützig" schlägt, nehme ein gar komisches Ende, wenn der Vasallenstaat von den savoyischen Alpenpässen, dem venetianischen Viereck, dem Kardinal Antonelli und dem dicken Murat in die Mitte genommen würde. Es wäre tragikomisch.

Nun aber gibt L. Napoleon Rom und Neapel nicht auf, es sey denn gegen Entschädigung, die einen Weltkrieg erforderte. Mit der Besetzung Roms hält er den letzten Zipfel konservativer Politik fest, mit der Spekulation auf Neapel entschädigt er sich für die Insel Sardinien und die Genuesische Küste, die ein für allemal zu hoch hangen. Er kann die weltliche Macht des Papstes nicht preisgeben, ohne sich auf die rothe Demokratie zu stützen, die ihm Frankreich bewaffnen müßte zur Eroberung Belgiens und der Rheinlande; daran hinge ein Seekrieg mit England. Das wäre die letzte Karte im Spiel des Verzweifelnden. Er wird also lieber Rom festhalten, mit dem „Schutze des Papstes" großthun und nach Neapel hinäugeln. Und so sind wir nach einem ungeheuren Umwege richtig zum Anfang der Dinge zurückgekehrt, daß nämlich Frankreich der Feind von ganz Europa ist, und daß Europa die Pflicht hat, diesen Krater zu stillen.

entsprechenden Vorkenntnisse nachzuweisen vermag, zu hören und sich je nach seinen individuellen Anlagen auszubilden.

Dem Lehrerrath mit dem obenbezeichneten Rektor an der Spitze würde auch am Besten die Organisation der niedern technischen Unterrichtsanstalten überlassen, da eine mehr kompetente und vielseitige Kommission nicht gebildet werden könnte. Unsere Kammern werden nächstens zu prüfen und auszusprechen haben, ob mit der durch den neuesten Schulplan beabsichtigten Herstellung und Beibehaltung von Fachschulen die dazu erforderlichen pekuniären Mittel auch zweckmäßig verwendet werden, ob es z. B. zweckmäßig ist, daß dieselbe Hilfswissenschaft an vier verschiedenen Fachschulen in mehr oder minder einseitiger Richtung von vier knapp besoldeten Lehrern vorgetragen wird, von denen kaum einer sich mit diesem Fach allein beschäftigen kann und dazu vier gering dotirte Apparaten-Sammlungen angelegt werden, und ob es nicht viel zweckmäßiger wäre, wenn an einer allgemeinen technischen Bildungsanstalt ein zeitgemäß honorirter Lehrer (wenn nothwendig mit einem oder zwei Assistenten) für dieses Lehrfach bestellt und eine reich dotirte Sammlung angelegt würde, so daß diesem Lehrer neben sorgenfreier Existenz und freier Zeit auch die materiellen Mittel und die erforderlichen handlichen Unterstützungen, wie sie der heutige Stand der Wissenschaft erfordert, zu Gebote stehen, um sich auf der Höhe dieser Wissenschaft erhalten zu können und sich nicht in einseitige Liebhabereien zu verirren; unsere Kammern werden zu erwägen haben, was mit den bisher schon für die höhern technischen Schulen bewilligten Mitteln geleistet werden könnte, wenn diese Schulen in einen Körper vereinigt würden, im Verhältniß zu Dem, was bei der jetzigen Zersplitterung geleistet wird, und wir haben die feste Zuversicht, daß bei gründlicher Erwägung dieser Fragen die Wahl der Kammern zwischen abgesonderten Fachschulen und einer allgemeinen technischen Bildungsanstalt, einer technischen Hochschule nicht zweifelhaft seyn kann.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 24. Mai. Se. Maj. der König hat die kathol. Pfarrei Böhmischbruck, Ldgs. Vohenstrauß, dem Priester Jos. Dietl, Pfarrer in Eslarn, des gen. Ldgs., übertragen; die Pfarrei Bachern, Ldgs. Friedberg, dem Priester Melchior Waldenmair, Cooperator in Ried, des gen. Ldgs., verliehen; die protest. Pfarrstelle zu Langeuerringen, Dek. Augsburg, dem Verweser dieser Stelle, Friedrich Leonhard Herrmann aus Neukirchen verliehen. (N. M. Z.)

Preußen. Thorn, 15. Mai. Am Himmelfahrtstage früh wurde in Kulmsee, einem $2^1/_4$ Meilen von hier entfernt liegenden Landstädtchen, der Jesuitenpater Baczynski, welcher mehrmals bei Jesuitenmissionen in unserer Umgegend mitwirkte, durch den Landrath Steinmann ausgewiesen. Der Pater predigte und leitete daselbst seit dem 1. d. die Maiandachten. Die Aufregung unter den Bewohnern des Städtchens sowie denen, welche aus der Umgegend zahlreich zur Kirche gekommen waren, muß groß gewesen seyn. Gegen Mittag wurde eine Kompagnie des 44. Infanterie-Regiments zu Wagen von hier nach Kulmsee gebracht. Einerseits wird erzählt, daß der Pater ausgewiesen sey, weil er es unterlassen habe, für gedachte Andachtsübungen bei der Polizeibehörde die spezielle Erlaubniß nachzusuchen, andererseits, daß der Pater sich in seinen Predigten politische Anspielungen in polnisch-nationalem Interesse erlaubt habe. Die Militärabtheilung, welche nach Kulmsee kommandirt worden war, kehrte am 11. hierher zurück. Exzesse sind daselbst nicht vorgekommen.

Freie Städte. Die Hamburger Bürgerschaft hat den Antrag Godeffroy's, der auf Verständigung mit den anderen Seestaaten und sofortigen Bau von drei Kanonenbooten auf eigene Faust gerichtet war, blos seinem ersteren schwächeren Theile nach angenommen. Es überwog die leidige Besorgniß, Hamburgs isolirtes Vorgehen, ohne sich vorher der Mitwirkung der Nachbarstaaten Bremen, Oldenburg, Hannover versichert zu haben, werde nutzlos, vielleicht gar verderblich seyn. (Zeit.)

Oesterreich. Die Genehmigung der Statuten des Turnvereins in Wien ist laut Statthaltereibeschluß vom 15. Mai nun erfolgt.

* Wahrhaft komisch lesen sich die Berichte der ungarischen Blätter über die militärische Steuer-Eintreibung in Gran. Die Steuerverweigerer erscheinen da wie Martyrer einer heiligen Sache, die Soldaten wie rohe Vandalen. Das Beste ist, daß der Leser an der offenbaren Uebertreibung sofort merkt, wie die ganze emphatische Schilderung nur im Interesse einer Partei angefertigt ist.

(Eine neue Seite der Steuer-Eintreibung in Ungarn.) Während die eine Partei in Ungarn gar keine Steuern zahlt, kann es der andern passiren, daß sie zwei Mal zahlen muß. In der letzten Kongregation des Honter Komitats wurde eine Anzeige der Schemnitzer Kammer vorgelesen, daß sie die Domestikalsteuer nicht zu bezahlen gewillt sey, indem sie ihre Steuer bereits an das Steueramt entrichtet habe. Das Komitat gab der Kammer eine vierzehntägige Frist, um die Steuern abzuliefern, widrigenfalls es zur Exekution schreiten werde. (Da jetzt der Landtag vorläufig für die Steuerzahlung sorgen will, kommt das hoffentlich nicht mehr vor.) (Ostd. Post.)

Großbritannien.

In Wrexham, nicht weit von Liverpool, kam es am Pfingstmontag zu einer furchtbaren Rauferei zwischen den Liverpooler

Briefe aus Italien.

(Aus der „Süddeutschen Zeitung.")

Neapel, 14. Mai. Ich hab's gewagt, und jetzt schäme ich mich fast, daß dabei so wenig zu wagen war. Drei Tage lang zu Lande von Rom nach Neapel gefahren und nicht das leiseste Abenteuer bestanden. Es ist eine rechte Schande. Wenn ich ein Räuber werden wollte, so ginge ich in die pontinischen Sümpfe, und lebte dort von englischen Renten. 24 Miglien lang durch die reizendste Einöde, zwischen zwei Kanälen und einer einzigen Doppelallee hindurch, keine menschliche Stätte als ein verfallenes Kloster, jede Flucht abgeschnitten, jede menschliche Hülfe so weit! Und doch kein Angriff, wie unromantisch!

In Terracina, am Ende der Sümpfe, drohte man weiter hinaus, in's Neapolitanische: „Dort haust der Chiavone, dort kann's Euch schlimm ergehen." Der Chiavone ist ein Offizier Franz' II., der aus dem Kirchenstaat in Italien eingefallen ist und die Gegend um Fondi unsicher macht. Man unterscheidet also nicht so genau zwischen Legitimisten und Brigandi, der Zweck scheint der nämliche zu seyn. Wir fuhren um den See von Fondi herum, auf die Grenze zu — kein Chiavone. Zu Berghetto entlassen uns die letzten päpstlichen Thorschreiber, zum zehnten Male den Paß bekritzelnd: jetzt, sagen sie, beginnt die Gefahr, bei uns ist Alles sicher, da drüben aber ist's fürchterlich. In Fonti schultert die Nationalgarde rüstig das Gewehr, es ist Himmelfahrt und tiefster Frieden herrscht auf Erden. Ein sehr bedenklicher Weg mit vielen verrätherischen Ecken am Fels führt uns langsam empor; ich springe vom Wagen herab, studire Cyclopenmauern, suche den Chiavone hinter jedem Vorsprung — kein Chiavone, kein Anfall. So gelangen wir nach Mola di Gaeta. Mit Kurierpferden jagen wir über den endlosen Damm, am Borgo vorüber, der Festung zu, die um den Orlandothurm herum so charmant zerschossen ist. Die Offiziere sind freundlich, die italienischen Soldaten lustig, da hört man Tanzmusik, viele Braven sind etwas angetrunken. Aber es ist Himmelsfahrt, und Gaeta wird nicht alle Tage genommen! In der That das malerischeste Bild der ganzen Reise ist dies verwüstete, zerbröckelte, aufgewühlte Gaeta.

Aber jetzt kommt die Gefahr, zwischen Gaeta und Capua lauert sie; die aufgelöste bourbonische Armee macht die Landstraße unsicher, sie plündert und raubt zu Ehren des Prinzips. Bewaffnete genug sind uns begegnet, Nationalgardisten, Jäger, Offiziere, Private; es muß hier wohl nicht ganz geheuer gewesen seyn; aber jetzt gehen die Trauben friedlich in Schein, die Feigen reifen dick heran, die Granaten röthen sich, die Palmen ragen feierlich — und immer noch kein Bocc' a terra! Die beiden Kriegsflüsse schlängeln sich friedlich zum Meer, der Garigliano und der Volturno; Capua ist so selig todt, als ob Hannibal niemals darin gelebt hätte; die Eisenbahn trägt uns nach Caserta, wo Garibaldi seine ungezählten und unzähligen Dekrete anfertigte; endlich thront der Vesuv zur Linken und wir sind in Neapel. Auch der Vesuv ist nicht mehr revolutionär, er achtet das Bestehende und raucht nur ein klein wenig wie ein halbschlafender Gentleman, dem die Cigarre ausgehen will. Alles ist friedlich.

Es ist warm, ja heiß in Neapel, schwüler als die Nähe des Meeres es denken ließ — ein provisorischer Zustand, wie vor dem Gewitter. Kommen die Sardinier nicht nach Rom, so verlieren die Piemontesen beide Sizilien. So lange Viktor Emanuel in Turin residirt, bleibt er der Alpenkönig und alle seine Truppen heißen die „Piemontesen", die „Herren Piemontesen". Die Piemontesen aber sind Fremde, Eindringlinge, Eroberer, Usurpatoren; legitim werden sie erst durch das Kapitol und den Quirinal. Das Volk hier ist garibaldisch, es schwärmt für das rothe Hemd, für

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 144.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Sonntag, 26. Mai 1861.

Die Reorganisation der technischen Lehranstalten in Bayern.

Unter dieser Aufschrift brachte der „Nürnb. Korresp." in seiner jüngsten Nummer einen Aufsatz, dem wir Folgendes entnehmen:

Wenn anders die von der „Allg. Ztg." gebrachte Nachricht richtig ist, so hat der neueste Plan für die Reorganisation der technischen Lehranstalten in Bayern (wenn wir nicht irren, ist es der vierte, welcher unter Mitwirkung des dermaligen Ministerial-Referenten in den letzten sechs Jahren ausgearbeitet wurde) die königliche Genehmigung erhalten. Dieser neueste Plan gibt sich zwar den Anschein, als wolle er durch Vereinigung der drei bestehenden polytechnischen Schulen in eine den höhern technischen Unterricht zentralisiren, während er in Wirklichkeit und in ächt bureaukratischem Geiste die noch viel schädlichere Trennung des technischen Unterrichtes in einen solchen für den technischen Staatsdienst und in einen andern für den Privatdienst einführt und eine, vielleicht auch zwei der bestehenden polytechnischen Schulen mit einigen, wahrscheinlich höhere Mathematik und Mechanik abschaffenden Modifikationen unter dem Titel Fabrikingenieur-Schule fortbestehen läßt neben der dritten jener Schulen, für welche der Name: polytechnische Schule beibehalten wird. Es ist also nicht genug, daß in Aschaffenburg eine besondere Forstschule, in Weihenstephan eine besondere Landwirthschaftsschule, in München neben der polytechnischen Schule noch eine abgesonderte Bau- und Ingenieur-Schule und bei der Steuerkataster-Kommission in tiefer Verborgenheit eine Schule für Geometer besteht, an welcher übrigens blutwenig gelehrt wird; daß die speziellen Fächer für Berg- und Hüttenwesen an einer Universität gesucht werden müssen und daß dagegen für den in der neuesten Zeit so wichtig gewordenen Maschinenbau in Bayern gar kein Lehrstuhl vorhanden ist: Bayern muß auch noch die zweifelhafte Ehre zu Theil werden, zuerst in Deutschland besondere Fabrikingenieur-Schulen errichtet zu haben, welche wahrscheinlich bestimmt sind, die vorerwähnte Lücke im technischen Unterricht auszufüllen, die sich aber in ehrerbietiger Entfernung von der sogenannten polytechnischen Schule und den andern für den technischen Staatsdienst vorbereitenden Unterrichtsanstalten zu halten haben; denn es versteht sich ja von selbst, daß der Staatsingenieur eine ganz andere Mathematik, Physik, Chemie, Straßen- und Wasserbaukunde u. s. f. nothwendig hat, als ein ordinärer „Fabrikingenieur," der selbständig große Etablissements gründet und leitet und Bauten im Werthe von vielen Tausenden auszuführen hat, während jener kaum in seinem Leben dazu kommt, in einem Forst- oder Pfarrhause einen Stall oder über einen drei Fuß breiten Bach eine Brücke selbständig, ohne höhere Bevormundung auszuführen. Und jene sogenannte polytechnische Schule, welche in zwei Jahres-Kursen bestehen und die Lehrfächer der höheren Mathematik, theoretischen Mechanik, Gäodäsie, Physik, Chemie, Mineralogie (?) und neuere Sprachen umfassen soll, deren Namen also in ähnlicher Weise von Technik, wie lucus a non lucendo abgeleitet werden kann, auch diese Schule, in welche die eine oder andere der schon bestehenden polytechnischen Schulen, namentlich die mit etwas mehr Lehrfächern ausgestattete Schule in München mit sehr geringen Abänderungen übergehen kann, soll nicht einmal mit der Bau- und Ingenieur-Schule, für welche sie doch eigentlich und wesentlich die Vorbereitungsschule bildet, in unmittelbarem Zusammenhange stehen, damit ja jede dieser Schulen auf einen möglichst engen Wirkungskreis beschränkt bleibt.

Es ist begreiflich, wenn man zur Zeit, als die technischen Anstalten errichtet wurden, zu einer Zeit, wo der Bureaukratismus in seiner stärksten Form in Bayern herrschte, theils über den Zweck derselben, theils über die Mittel und die rechte Art und Weise, diesen Zweck zu erreichen, nicht klar war; wenn man in dem Wahn befangen war, der Unterricht sey am Besten bestellt, wenn jede technische Behörde die ihr Fach betreffende Schule unter ihre Obhut nehme: wenn man nicht beachte, daß durch diese Absonderung der technischen Unterrichtsanstalten von den übrigen Schulen und unter sich ein einseitiger Zunft- oder Kastengeist genährt werden muß, der den dargebotenen Unterricht handwerksmäßig erfaßt und jedes geistigen Schwunges entbehrt. Heutzutage aber, nach mehr als 25jährigem Bestehen der technischen Anstalten, sollte man denken, müßten die Mängel derselben und die Nachtheile ihrer Zersplitterung erkannt worden seyn, müßten die leitenden Behörden zu der Einsicht gekommen seyn, daß es sich bei den höheren technischen Unterrichtsanstalten darum handeln muß, dem angehenden Techniker, wolle derselbe nun in den Staatsdienst oder in den Privatdienst treten, eine möglichst vielseitige Ausbildung zu Theil werden zu lassen, die nicht nur darin besteht, daß das Gedächtniß mit den zu dem speziellen Beruf nothwendigen positiven Kenntnissen angefüllt, sondern auch darin, daß der Gesichtskreis durch die Einsicht in verwandte technische Fächer möglichst erweitert, das Urtheil geschärft und, was bei unsern technischen Anstalten fast durchaus ein wesentlicher Mangel ist, auch das Gemüth gebildet und veredelt wird. Man hätte dies um so mehr denken sollen, als schon mehrere Nachbarstaaten darin mit gutem Beispiel vorangegangen sind und allgemeine technische Bildungsanstalten nach demselben Prinzip der All- oder doch Vielseitigkeit, auf dem unsere deutschen Universitätin beruhen, gegründet haben, an denen die allgemeinen Hilfswissenschaften, Mathematik, Physik, Chemie u. s. f. nicht von dem einseitigen Standpunkt eines besondern Faches, sondern von einem möglichst allgemeinen wissenschaftlichen aus vorgetragen werden.

Der Herstellung einer solchen wirklichen technischen Hochschule dürften in Bayern allerdings viele Kirchthurm-Interessen entgegenstehen, und dieselbe möchte auch von manchen Bureaukraten nicht gern gesehen seyn; denn eine solche Anstalt läßt sich nicht so geradezu von einem Regierungs- oder Ministerial-Referenten durch Reskripte regieren. Einer solchen technischen Hochschule dürfte freilich auch nicht einer der Lehrer als permanenter Rektor vorgesetzt werden, der für sich allein der Staatsbehörde gegenüber die Schule und den Lehrern gegenüber Staatsbehörde ist, der von „seiner" Schule spricht, „sich seine" Lehrer wählt, deren Leistungen qualifizirt und die Leistungen „seiner" Anstalt größtentheils, wenn nicht ganz, seiner weisen Leitung zuschreibt; denn abgesehen von vielen andern persönlichen Uebelständen, wird ein solcher Rektor mit seiner Schule immer einer mehr oder weniger einseitigen Richtung zusteuern. Doch dürfte auch das Wahlsystem unter den Lehrern, wie es an den Universitäten und an der Karlsruher Schule besteht, nicht das zweckmäßigste seyn, da es nur zu leicht die Quelle fortwährender Zerwürfnisse unter den Lehrern wird; es scheint uns überhaupt keinen stichhaltigen Grund für die Nothwendigkeit zu geben, daß der Rektor einer solchen Anstalt einer der Lehrer derselben sey, da alle die Technik oder den Unterricht betreffenden Fragen durch den gesammten Lehrerrath gründlicher behandelt werden können, als durch den Rektor allein. Nach unserer Ansicht soll der Rektor einer technischen Hochschule ein vielseitig, auch juristisch oder kameralistisch gebildeter Mann seyn, der mit dem Unterricht selbst nichts zu thun hat, der die administrativen und finanziellen Geschäfte der Anstalt besorgt, den Sitzungen des Lehrerraths ohne Stimmrecht präsidirt, dessen Beschlüsse vollzieht oder, wenn erforderlich, dem Unterrichtsministerium vorlegt und dazu in diesem Ministerium selbst Sitz und Stimme hat. Auch der Zutritt zu der technischen Hochschule dürfte nicht, wie der zu den Universitäten, an das Absolutorium dieser oder jener vorbereitenden Anstalt gebunden seyn (solche Bedingungen kann die Staatsregierung immerhin an ihre Staatsdienst-Aspiranten stellen, wenn sie es für unumgänglich nothwendig findet, wiewohl wir auch diese Nothwendigkeit nicht anzuerkennen vermögen); es müßte jedem gesitteten jungen Manne freistehen, irgend ein einzelnes Fach, zu dem er die

Blätter, der ihn pflichtmäßig dem Censor für die innern Angelegenheiten übergibt. Dieser aber, in übergroßer Vorsicht, verarbeitete den Artikel dergestalt, daß der Redakteur die Aufnahme der verstümmelten Arbeit für unmöglich erklärt. Als nun der Artikel in geraumer Zeit nicht erscheint, erkundigt sich endlich der Kaiser nach dem Grunde und erfährt, daß seine allerhöchst eigenen Zusätze von dem Censurbeamten beanstandet worden seyen, worauf Se. Majestät geruhten, den Chef des Censurwesens zu fragen, ob derselbe viele solche Einfaltspinsel in seinem Ressort habe."

Nichtpolitische Zeitung.

In den 72 Brauereien, welche in Augsburg bestehen, wurden im laufenden Sudjahre im Ganzen 45,265 Schäffel Malz versotten; um 9511 Schäffel weniger als im Vorjahr.

Neueste Nachrichten.

München, 23. Mai. Das Lehrerpersonal für die projektirten neuen technischen Schulen ist im Budgetnachtrag wie folgt präliminirt: I. Realgymnasium: jedes zwei Religionslehrer à 200 fl., zwei Professoren für Mathematik à 800 fl., ein Professor für Realien 800 fl., ein Professor für lateinische Sprache 800 fl., ein Professor für die Naturwissenschaften 800 fl., ein Professor für den Zeichnungsunterricht 800 fl., ein Professor für französische Sprache 800 fl., ein Professor für englische Sprache 300 fl., Remuneration des Rektors 400 fl. — II. Fabrik-Ingenieurschule: ein Professor für Physik und Mechanik 1200 fl., ein Assistent hiefür 600 fl., ein Professor für Maschinenlehre und Maschinenentwerfen 1200 fl., ein Assistent hiefür 600 fl., ein Professor für den Zeichnungsunterricht 1200 fl., ein Professor für theoretische und technische Chemie 1400 fl., ein Assistent hiefür 600 fl., ein Professor für praktische Geometrie, Land- und Wasserbaukunde 1200 fl., ein Professor für praktische Mechanik und Leitung der Werkstätte 1400 fl., ein Assistent hiefür 600 fl., ein Lehrer der englischen Sprache 400 fl., Remuneration des Rektors 600 fl. — III. Polytechnische Schule: ein Professor für Differential- und Integralrechnung, dann analyt. Geometrie 1200 fl., ein Professor für Physik und Leitung des physikalischen Laboratorium 1400 fl., ein Assistent hiefür 600 fl., ein Professor für Mechanik und sphärische Astronomie 1200 fl., ein Professor für Chemie und Geognosie 1400 fl., ein Assistent hiefür 600 fl., ein Professor für darstellende Geometrie, Schattenkonstruktion und Perspektive 1200 fl., ein Assistent hiefür 600 fl., zwei Professoren für den Zeichnungsunterricht à 1200 fl., ein Assistent hiefür 600 fl., ein Professor für englische Sprache 800 fl., ein Professor für Literatur und Kunstgeschichte 800 fl., Remuneration des Rektors 600 fl. (N.K.)

Berlin, 22. Mai. Die „Kreuzztg." schreibt: „Wir haben leider schon wieder einen Pöbelexzeß zu berichten. Auf dem Schützenplatz entstand gestern Abend gegen 9 Uhr eine so große Schlägerei, daß die Schutzleute einschreiten und die Lokalität räumen mußten. Darauf versammelte sich die Menge an der Ecke der neuen Königs- und Linien- und an der Gollnowstraße in solcher Masse, daß die Straßen ganz gesperrt waren, verhöhnte und insultirte die wenigen anwesenden Schutzleute und vorübergehende anständige Personen auf das Gemeinste, ohne daß die in der Nähe noch postirten berittenen Schutzleute einzuschreiten wagten. Der mit jedem Augenblick sich mehrende Pöbel beschoß nun, nach dem Molkenmarkt zu ziehen und dort vor dem Polizeipräsidium eine Katzenmusik zu bringen. Der Zug ging unter großem Lärmen und Absingung des Räuberliedes durch die Königsstraße und kam etwa um $10\frac{1}{2}$ Uhr auf dem Molkenmarkt an. Da man jedoch auf dem Polizeipräsidium bereits von der Absicht Nachricht bekommen, war dasselbe stark mit Schutzleuten besetzt, und der Platz wurde alsbald gesäubert und die Menge zerstreut."

Die ungarische Legion in Neapel steht im Begriffe, auseinander zu laufen. Türr hat sich nach Neapel begeben, um zu sehen, was zu machen ist. Seitdem Cavour den Krieg nicht vor der Thür sieht, schickt er auch der Legion kein Geld mehr. Die ungarische Emigration ist nicht wenig verstimmt deshalb. General Türr erklärt jetzt betreffs der Verhaftung des Obersten Gal, daß der Regierung nicht nur von mehreren Seiten schwere Anklagen gegen ihn zugekommen, sondern auch durch das von Kossuth präsidirte „Ungarische Komite" die Mittheilung gemacht worden sey, die Umtriebe des Obersten seyen sowohl für die Sache Ungarns und Siebenbürgens, als für den Ruf der Ungarn schädlich. „Wir können aber nicht dulden," schließt Türr, „daß einer unserer Mitbürger unsere Dankbarkeit in Undank gegen Italien verwandle." (Vermuthlich hatte sich Gal dem Mazzinismus ergeben. Die „Independance" meldet ganz bestimmt, daß die Republikaner sich in Italien gegenwärtig ganz im Stillen wieder organisiren. Die Wahlen Bertani's und Saffi's ins Parlament sind charakteristische Symptome, ebenso die Subskription auf Mazzini's sämmtliche Werke, die jetzt in ganz Italien betrieben wird, so wie die Verbreitung eines Facsimile des Agitators, ferner die Haltung mancher Blätter u. s. w.) (N. Pr. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pödlmann.
Druck und Verlag der Stadel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. 1. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	—
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	63 G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$55\frac{7}{8}$—$56\frac{1}{4}$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	48 P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$42\frac{3}{8}$ P.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	88 G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. R. (C. b. R.)	$103\frac{1}{2}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102\frac{7}{8}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$100\frac{1}{2}$ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{5}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{3}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$104\frac{1}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$94\frac{5}{8}$ G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{1}{2}$ P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{5}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{2}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{1}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$98\frac{7}{8}$ P.
"	3 pCt. Obl.	$91\frac{1}{2}$ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$49\frac{3}{8}$ P. 49 G.
"	$1\frac{3}{4}$ pCt. " " "	$42\frac{5}{8}$ G.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$99\frac{1}{2}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$109\frac{1}{4}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	651—57 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$146\frac{1}{2}$—$48\frac{1}{2}$ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	182 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$72\frac{1}{2}$ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	71 P.
Internationale Bank in Luxemb. . .	84 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	$318\frac{1}{2}$ P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$67\frac{1}{4}$ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	230 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	122 P.
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$74\frac{7}{8}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	22 P. $21\frac{3}{4}$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$133\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$99\frac{5}{8}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	$234\frac{1}{2}$ P. 234 G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	525 P.
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	480 P.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$104\frac{1}{4}$ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. $100\frac{1}{2}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ B. $\frac{1}{2}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$96\frac{3}{8}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	$87\frac{7}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{1}{2}$—$\frac{5}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	$83\frac{1}{8}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{3}{8}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$83\frac{5}{8}$—$\frac{7}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$80\frac{3}{8}$ G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$49\frac{3}{4}$ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	62 G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$131\frac{1}{4}$ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$61\frac{1}{2}$—$\frac{3}{4}$ G.	" fl. 25 do.	$35\frac{1}{4}$ P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$97\frac{1}{4}$ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$35\frac{1}{4}$ P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beik.	120 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50 G.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$36\frac{1}{2}$ P.
Badische fl. 50	$90\frac{1}{4}$ P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{5}{8}$ P.
Badische fl. 35	53 P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{5}{8}$ G.

Frankfurt, 24. Mai. In Folge höherer auswärtiger Notirungen und mehrfacher Aufträge erfuhren österr. Fonds und Industriepapiere eine Preiserhöhung, an welcher auch Wechsel auf Wien Theil nahmen. Die übrigen Fonds ohne Veränderung, aber fest. (Synd.)

Preußen. Aus Berlin, 21. Mai, schreibt man der „Neuen Frankf. Ztg.": „Die Familie unseres Polizeipräsidenten v. Zedlitz war bereits mit dem verstorbenen Könige Friedrich Wilhelm III. auf das Innigste liirt; die Familie soll dem preuß. Königshause sehr wichtige Dienste geleistet haben, ohne daß es bekannt geworden, welcher Art diese Dienste gewesen. Friedrich Wilhelm III. hat deshalb noch kurz vor seinem Tode seinen Söhnen diese Familie auf das Angelegentlichste empfohlen, und es ihnen zu einer Gewissenspflicht gemacht, alle Glieder derselben in ihren besonderen Schutz zu nehmen. Dies ist der hauptsächlichste Grund, weshalb die schon vielfach angekündigte Entlassung unseres Polizeipräsidenten noch immer nicht erfolgte. — Vor einigen Tagen kehrte ein ehemaliger preußischer Artillerieoffizier aus Italien hierher zurück, der unter Garibaldi die Expedition nach Sizilien und den Kampf in Neapel mitgemacht hatte. Er bewarb sich um seine Wiederanstellung im preuß. Heere, wurde aber vom Kriegsminister in sehr derber Weise abgewiesen. Dieser erklärte ihm, daß er sich des Wiedereintretens in die preußische Armee unwürdig gemacht, da er sich nicht gescheut, „gegen einen König von Gottes Gnaden, gegen einen Gesalbten des Herrn", die Waffen zu führen."

Hannover. Hameln, 21. Mai. Gegen die Lehrer des Progymnasium, welche die Zuschrift an Hrn. v. Bennigsen unterzeichneten, Rektor Theilkuhl, Oberlehrer Best und Konrich, ist dieserhalb die Disziplinaruntersuchung eröffnet durch eine im Auftrage des Oberschulkollegs vom Magistrat vorgenommene Vernehmung. (Z. f. N.)

Kurhessen. Kassel, 21. Mai. Es ist schon mehrfach darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Regierung diesmal einen ganz unerhörten Eifer entwickelt hat, um auf die Wahlen im Interesse der neuen Verfassung einzuwirken. Niemand macht ihr ein solches Bestreben an sich zum Vorwurfe, so lange auch den Freunden der Verfassung von 1831 eine gleiche freie Bewegung gestattet wird. Wenn aber die amtliche „Kasseler Ztg." unbehindert reden und die Gegner verunglimpfen durfte, während die „Morgenzeitung" mit Dutzenden von Anklagen, Beschlagnahmen und Konzessionsentziehungen verfolgt wurde, wenn man den Broschüren für die Regierung im weitesten Sinne Vorschub leistet und die Oetker'schen Flugblätter, ohne alle Rücksicht auf den Inhalt, verbietet, den Bericht dreier Abgeordneten über ihre landständische Thätigkeit aber durch Gensdarmen aufsuchen und wegnehmen läßt und die Verfasser wegen „feindseliger Parteinahme" im Verwaltungswege suspendirt, während zwei Anhänger der Regierung das silberne Verdienstkreuz erhalten: so sind das Vorgänge, die doch allzusehr gegen die Grundsätze eines fair play, wie die Engländer sagen, verstoßen, als daß man sie billigen könnte. (Pr. Z.)

Oesterreich. Aus Wien, 21. Mai, schreibt man der „D. Allg. Ztg.": „Noch lange bevor sowohl das englische als auch das österreichische Kabinet offiziell von der Fabrikation der Kossuth'schen Banknoten im Betrage von 30 Millionen in Kenntniß gesetzt worden war, sollen bereits an der Pariser und Brüsseler Bank von den ungarischen Agitatoren Güter für die Hälfte der Kossuth'schen Banknoten verpfändet gewesen seyn, um mit diesem Gelde die Revolution durch Waffenankäufe rc. zu organisiren. Nur Louis Napoleon hatte durch seine geheimen Agenten Kunde davon. Und da ihm vor der Hand, durch die klerikale Partei und den Orleanismus von allen expansiven Planen abgelenkt, eine Insurrektion Ungarns ungelegen gekommen wäre, habe er die revolutionären Versuche der ungarischen Emigration dem englischen und österreichischen Kabinet notifizirt und letztern die Glaubwürdigkeit seiner Denunciation durch einen aufgegriffenen Brief Kossuth's an den Grafen Teleki erhärtet. Graf Teleki aber soll nun drei Tage vor seinem verhängnißvollen Ende die sichere Nachricht erhalten haben, daß der Kaiser Franz Joseph I. im Besitz gedachten Briefes sey, der über die Absichten Teleki's keinen Zweifel mehr aufkommen lasse. Und das sey die Ursache des Selbstmordes." (Die Geschichte scheint wenig glaubwürdig.)

In Triest, wo der Kaiser Franz Joseph seine von Madeira zurückkehrende Gemahlin traf, fanden große Festlichkeiten zu Ehren des Kaiserpaares statt, und wurde nach der „Hamb. Bhe." namentlich die englische Bemannung des Reisegeschwaders, welches die Kaiserin von Madeira heimgebracht hat, in demonstrativer Weise fetirt.

Türkei.

Nachrichten aus der Herzegowina melden, daß die dortige Bevölkerung, ähnlich wie kürzlich die bulgarische, auf dem Punkte steht, zum Katholizismus überzutreten. Es herrsche dort dieselbe Bewegung, und man suche dasselbe Resultat durch dieselben Mittel zu erreichen.

Rußland und Polen.

Petersburg, 14. Mai. Der „Köln. Ztg." wird von hier geschrieben: „Herr v. Butkoff, der bekanntlich an der Spitze der Bauern-Regulirung fungirt, unterbreitete vor einiger Zeit einen Aufsatz, der die Bauernfrage erörterte und in einer Zeitung veröffentlicht werden sollte, dem Kaiser, der eigenhändig einige Korrekturen hinzufügte, worauf dann dem eigentlichen Verfasser eröffnet wurde, daß der Veröffentlichung nichts im Wege stehe. Der Artikel kommt nun in die Hände des Redacteurs eines unserer gelesensten

---

Dampf-Feuer-Spritzen.

Der Anblick des letzten Feuers nahe der Mainbrücke in Würzburg, und der Löschanstalten, welche dabei in Gebrauch waren, veranlassen mich, die Aufmerksamkeit des deutschen Publikum auf die so wirksamen Anstalten der Art in den größeren nordamerikanischen Städten, namentlich in New-York, St. Louis und Cincinnati, zu lenken. — Man hat dort alle sog. Handspritzen abgeschafft und durch Dampfspritzen ersetzt, und die glücklichen Folgen dieser großen Veränderung beurkunden sich am besten durch die so bedeutend heruntergesetzten Assekuranzbeträge. — Wo man früher 2 pCt. pro Jahr rechnete, nimmt man jetzt mit Freuden $^1/_2$ bis $^3/_4$ pCt., und die Assekuranz-Kompagnien machen doch einen größeren Nettogewinn als früher unter dem alten Systeme. — In St. Louis, wo früher große Feuer sehr häufig waren, wo oft ganze Distrikte in Asche gelegt wurden, denkt man kaum mehr an größere Brände, und mehr wie ein Haus brennt selten ab, und dies gewöhnlich nur theilweise. — Das ganze Feuerlöschungs-System, wie es in St. Louis in Wirksamkeit besteht, ist ein so vollkommenes, daß man in irgend größeren Städten Europas wohl thun würde, selbiges zu kopiren.

Statt des Trommelns und Ziehens der Glocken gibt der Feuer-Telegraph, welcher die Stadt wie ein Netz überzieht, ohne viel Geräusch und Aufregung das Signal, und gibt in allen Spritzenhäusern zugleich die Straße und Nummer des brennenden Hauses an. In demselben Augenblicke sind die stets bereitstehenden Pferde unter Geschirr und vor der Spritze, welche sich dann ohne Aufenthalt in Bewegung setzt. Der Ingenieur steht auf seinem Platze, das stets im Dampfkessel gehaltene Wasser entwickelt unter dem Einfluß des im Augenblick des Abfahrens angefachten Feuers seine Dämpfe, und, wenn die gewaltige und schöne Maschine am Bestimmungsorte, dem Platze der Gefahr, anlangt, ist sie fertig zur Arbeit; die Schläuche werden an die Wasserleitungskrahnen geschraubt — und jetzt wirft man die Wassermassen mit solcher ununterbrochener Gewalt und Schnelligkeit in das brennende Gebäude, daß von einem Brande bald keine Rede mehr ist — sondern man nur noch eingestürzte Wände und aus dem Schutt aufsteigenden Rauch und Wasserdampf sieht.

Niemandes Hülfe wird in Anspruch genommen, als die der angestellten und besoldeten Feuerleute. — Zu jeder Dampfspritze gehören 1 Ingenieur, 1 Feuermann, 1 Schlauch- oder Spritzen-Mann, 1 Treiber, und 2 Arbeiter zu den Leitern und Schläuchen; und außerdem 1 Treiber zum Schlauchkarren, und 1 anderer Treiber zu dem Wagen, auf welchem man die Feuerleitern führt. Vier Pferde gehören zu jeder Spritze, ein Pferd zum Schlauchkarren und 2 Pferde zum Feuerleitern-Wagen, deren einer jedoch für je 5 Spritzen genügt.

In New-York hat man schon hin und wieder die Pferde abgeschafft und dieselbe Maschine, welche das Wasser wirft und auch holt, wo es an Druckwasser fehlt, setzt auch die Räder in Bewegung, auf welcher sie ruht: doch wird diese Neuerung als zu gefährlich betrachtet und findet wenig Nachahmung. In den meisten deutschen Städten mit ihren engen und krummen Straßen dürfte man schon gar nicht daran denken. —

Zwei solcher Dampfspritzen würden für Würzburg genügen und mit allem Zubehör — Pferden, Geschirr, Wägen und Karren, nicht über 35,000 Gulden kosten, nach amerikanischen Begriffen von Preisen; also wahrscheinlich viel weniger nach hiesiger Rechnung. Ich bemerke indessen, daß ich über den Kostenaufwand nicht genau unterrichtet bin, und daß mein Anschlag also mehr auf allgemeinen Annahmen beruht, jedoch nicht weit vom Ziele seyn kann.

Ein Modell wäre leicht von St. Louis oder Cincinnati zu erhalten, und die Nachahmung hier und überall in Europa leicht gemacht — und gewiß zu empfehlen. F.

Matrikel von 1819 gestimmt, welche für das außerösterreichische und außerpreußische Deutschland eine Bevölkerung von 12 Millionen voraussetzt, die gegenwärtig auf 17 Millionen steht. In Folge der beschlossenen Erhöhung des Ersatzkontingents von $\frac{1}{6}$ auf $\frac{1}{3}$ Prozent beabsichtigt Hannover seine Armee um ein Reserveregiment, aus zwei Bataillonen bestehend, zu vermehren. Es hat sich mit diesem Gedanken schon lange getragen und kann nun, auf den Bundesbeschluß gestützt, von den Ständen die entsprechenden Summen in Anspruch nehmen." Ja wohl, und die Stände werden natürlich wie bisher Alles bewilligen, wenn nicht in der ersten Abstimmung, so doch nach gehöriger Bearbeitung bei Hofe in der zweiten.

* Der Pariser „Moniteur" bringt seit einiger Zeit Korrespondenzen, angeblich aus München, über die deutschen Verhältnisse; diese sind, scheint es, dem französischen Amtsblatt jetzt wichtig genug, um sich und seine Leser damit zu beschäftigen. Der neueste dieser Berichte knüpft an den Heidelberger Handelstag an und kommt dabei auf den Hang der Deutschen zu Verbindungen und Vereinen — ein Hang, der freilich gar nicht nach dem Geschmack des Bonapartismus ist. „Alles, sagt das offizielle Blatt, dient den Deutschen hierzu zum Anlaß: Musik, Gesang, Turnen, Wissenschaften, Industrie, Handel u. s. w. Es werden die verschiedenartigsten Versammlungen gehalten, von Advokaten, Aerzten, Architekten, Schulmeistern, Apothekern u. s. w., wozu die Betreffenden aus allen Theilen Deutschlands herbeiströmen. — Es gibt in der That nichts Besseres als diesen Ideen-Austausch der vorzüglichsten Männer Deutschlands, welche aus allen Ecken und Enden zusammenkommen, um sich gegenseitig aufzuklären und sich ihre Mittheilungen über die Fortschritte in den Wissenschaften zu machen. Es wäre aber vielleicht zu wünschen, meint der Moniteur — und da kommt der Pferdefuß —, daß die Politik in diesen Zusammenkünften weniger Platz einnehme, bei welchen sie sich zu augenscheinlich hinter den wissenschaftlichen Diskussionen birgt. Sicher ist in einem freien Lande, und Deutschland ist unstreitig ein freies Land, die Politik Gemeingut, das tägliche Brod jedes Bürgers. Ohne etwas von seiner Unabhängigkeit zu verlieren, könnte es sich gleichwohl weniger parteiisch und weniger feindselig gegen die Regierungen zeigen, welche, zum größten Theil, mehr sanftmüthig als tyrannisch sind, und sich frei in die repräsentativen Institutionen fügen." So der Moniteur. Wir für unsern Theil meinen, daß es eben recht gut ist, wenn das deutsche Volk sich mit der Politik beschäftigt, um hie und da einmal etwas nachzuhelfen, wenn die Politik der Regierungen gar zu fadenscheinig und unhaltbar wird. Und was die Sanftmuth unserer Regierungen betrifft, so möchten wir schon wünschen, daß sie nach Außen weniger auffallend sich zeigen möchte, und daß sie weniger von der Natur des Lammes und mehr von der des Löwen an sich hätte. Und schließlich noch Eins. Der „Moniteur" nimmt sich hier der kleineren deutschen Regierungen so zärtlich an; es ist nicht das erste Mal. Neulich hatte er es mit dem Nationalverein zu thun, den er scharf auf's Korn nahm. Früher nahm der „Moniteur" für diesen Verein und für Preußen Partei, jetzt hat sich das Blatt gewandt. Es wird gut seyn, auf diesen Wechsel zu merken. Glaubt etwa Napoleon bei den Mittel- und Kleinstaaten zu finden, was er von Preußen nicht bekam?

* In Friedrichshafen war am 20. Mai eine Versammlung von Feuerwehren der Bodenseegegend und Schwabens. Es war ein erhebender Augenblick, als unter den Klängen des Liedes „Brüder reicht die Hand zum Bunde" die 21 Kommandanten der vertretenen Korps mit entblößtem Haupte sich im Namen ihrer Mannschaften die Hand reichten zu dem Versprechen: Gott zur Ehr', den Menschen zur Wehr' ihren guten Zweck zu verfolgen. Dieser Gedanke gab auch die Motive zu den Reden, welche bei der darauf folgenden geselligen Unterhaltung in den am See gelegenen öffentlichen Gärten gehalten wurden. Ließ auch das Idiom hiebei die Söhne verschiedener deutscher Volksstämme erkennen — der Schwabe, der Badener wie der Bayer hatte nur Einen Wunsch, den der Einigkeit Deutschlands, des Zusammenstehens sämmtlicher Stämme bei der von Westen drohenden Gefahr für das gemeinsame Vaterland und für die benachbarte Schweiz.

Bayern. München, 22. Mai. Der Oberlieutenant Recher wurde mit Artilleriemannschaft nach Bodenwöhr entsendet, um die im dortigen k. Eisenwerke auf Bestellung unserer Kriegsverwaltung für die gezogenen Kanonen fabrizirten Geschosse zu übernehmen und deren Transport hierher besorgen zu lassen. Zum gleichen Zwecke hat Hauptmann Lori morgen nach Mariazell (Oesterreich) abzugehen. (A. Abdz.)

München, 23. Mai. Se. Maj. der König hat die prot. Pfarrstelle zu Rockenhausen, Dek. Obermoschel, dem Pfarrer zu Mühlheim, Dek. Frankenthal, L. K. Völler, verliehen. (N. M. Z.)

München, 23. Mai. Das sehr ungünstige Urtheil, welches der Präsident der k. Akademie der Wissenschaften Prof. v. Liebig in seiner letzten Festrede über die höheren landwirthschaftlichen Lehranstalten in Bayern gefällt hatte, veranlaßte Hrn. Direktor Helferich zu Weihenstephan zu einer entschiedenen Erwiderung und Widerlegung, welche sich im Junihefte der Zeitschrift des landwirthschaftlichen Vereins abgedruckt findet. (N. M. Z.)

Der Föhn.

Es wurde mehrfach berührt, daß die Hauptursache der in so erschreckender Kürze erfolgten weiten Ausdehnung des Brandes in Glarus der in jener Nacht wüthende Föhnwind war. Recht anschaulich berichtet über die Herrschaft dieses Windes im Alpengebirge Fr. v. Tschudi in seinem Thierleben der Alpenwelt Folgendes: „Im ganzen Bergrevier der Schweiz ist mit Ausnahme weniger Gebiete kein Wind bekannter und von großartigerer Wirkung als der Föhn, im Tessin Fogn genannt. Er ist nicht ein Lokal-, sondern ein allgemeiner, europäischer oder vielmehr afrikanischer Wind. Wie die Quellen des kalten Nordwindes wahrscheinlich die Polareisgebiete, die der feuchten, regenbringenden Westwinde der atlantische Ocean, so sind die der oft glühend heißen Südwinde (Föhn) die brennenden Sandwüsten Afrika's. Nun scheint zwar der Zug der Alpen uns gegen diese zu schützen; aber sie verstärken dieselben in der That. Ist der heiße Luftstrom über den Alpen angelangt, so möchte er wohl über diese und ihre Thäler hoch hinübergehen; aber die Kälte des Schnees kühlt einen Theil seiner Randwellen ab, so daß er sofort schwerer wird und in die Thäler niederstürzt. Dies ist dann um so mehr der Fall, wenn die Gletscher am kältesten sind und die Thalluft von der Sonne nicht erwärmt ist, wo also die Ausgleichung der Luftwärme auf eine gewaltsame Weise vor sich gehen muß. Darum ist der Föhn nach genauen Beobachtungen im Winter und Anfangs Frühlings in den Bergthälern am häufigsten; sowie die Sonnenwärme die Thäler aber erwärmt, so haust er noch in den kältern Hochalpen. Aus dem gleichen Grunde tritt er oft auch in der Nacht weit heftiger als am Tage auf. Die atmosphärischen Erscheinungen, die ihn begleiten, sind sehr hübsch. Am südlichen Horizonte zeigt sich leichtes, sehr buntes Schleiergewölk, das sich an die Bergspitzen setzt. Die Sonne geht am starkgerötheten Himmel bleich und glanzlos unter. Noch lange glühen die Wolken in den lebhaftesten Purpurtinten. Die Nacht bleibt schwül, thaulos, von einzelnen kältern Luftströmen strichförmig durchzogen. Der Mond hat einen röthlichen, trüben Hof. Die Luft erhält den höchsten Grad von Klarheit und Durchsichtigkeit, so daß die Gebirge viel näher erscheinen; der Hintergrund nimmt eine bläulich violette Färbung an. Von fernher ertönt das Rauschen der obern Wälder; die Bergbäche tosen mit größerer Schmelzwasserfülle weithin durch die stille Nacht: ein unruhiges Leben scheint überall rege zu werden und dem Thale sich zu nähern. Mit einigen heftigen Stößen, die besonders im Winter, wo er ungeheure Schneefelder bestreicht, erst kalt und rauh sind, kündet sich der angelangte Föhn an, worauf plötzlich tiefe Stille der Lüfte folgt. Um so heftiger brechen die folgenden heißen Föhnfluthen ins Thal und schwellen oft zu rasenden Orkanen auf, die zwei bis drei Tage mit abwechselnder Gewalt die Region beherrschen, die ganze Natur in unendlichen Aufruhr versetzen, Bäume in die Tiefe schleudern, Felsstücke losreißen, die Waldbäche auffüllen, Häuser und Ställe abdecken und zum Schrecken des Landes werden. In den Thaltheilen, die der südlichen Bergmauer zunächst liegen, wüthet er gewöhnlich am heftigsten; denn dort brechen die warmen Luftfluthen am regellosesten und gewaltigsten herein. Auch die thierischen Organismen leiden unter dem Einflusse dieses Windes, der mit seiner trockenwarmen Strömung die Sehnen erst überreizt, dann aber erschlafft. Unruhig ziehen die Gemsen sich auf die Nordseite des Berges oder in tiefe Felsenkessel. Kühe, Pferde, Ziegen suchen mit Mißbehagen nach frischer Luft, während der Föhn ihnen Rachen und Lunge austrocknet. Kein Vogel ist im Wald und Feld zu erblicken. Die Menschen theilen das allgemeine Unbehagen, das beengend auf Nerven und Sehnen wirkt und dem Gemüthe eine lastende Bangigkeit aufdrängt. Gleichzeitig wird sorgsam das Feuer des Herdes oder Ofens gelöscht. In vielen Thälern ziehen die „Feuerwachen" rasch von Haus zu Haus, um sich von jenem Auslöschen zu überzeugen, da bei der Ausdörrung alles Holzwerkes durch den Wind ein einziger verwahrloster Funke großes Brandunglück stiften kann." (Schw. M.)

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht.

№ 143. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 58. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Samstag, 25. Mai 1861.

* Die Vermehrung des Bundeskontingents.

Unter dieser Aufschrift bringt der „Schwäb. Merkur" folgende Bemerkungen: „Wer uns bei dem nächsten Militärbudget das Gesetz diktirt, das ist Frankreich, in so lange als das jetzige Regime dort das herrschende ist. Frankreich hat aber durch die allgemeine Heranbildung der Armeereserve, von welcher seit letztem Herbst vierteljährlich eine Altersklasse eingeübt wird, seine Militärorganisation auf 3 pCt. der Bevölkerung gebracht. Dies ist also das Maß, hinter welchem wir in der nächsten Zeit nicht zurückbleiben dürfen. Preußen hat neuerdings 2 pCt. Linie und 1 pCt. Landwehren aufgestellt mit großen Geldopfern. Oesterreich hat trotz seiner furchtbaren Finanzklemme 2 pCt. Linie organisirt und könnte leicht ein weiteres Prozent aufbringen; nur die mitteldeutsche Staatengruppe hat sich durchschnittlich auf $1^1/_4$ der wirklichen Matrikel beschränkt, das einzige Bayern ausgenommen, das nahe an 2 pCt. weist, dessen Militärbudget aber auch von der Abgeordnetenkammer mit einiger Verwunderung aufgenommen wurde. Was aber alle anderen Länder ermöglichen, das können die deutschen auch, besonders wenn es nur vorübergehend ist: es fragt sich nur, ob sie es freiwillig thun und dadurch das unvermeidliche Unglück und die Aussaugung durch einen habgierigen Feind vermeiden oder ob sie wiederum erst durch schweren eigenen Schaden klug werden wollen. Drei Prozent der Bevölkerung zum Heere zu stellen und zum Heeresdienst tauglich zu machen, ist jetzt ein vorübergehendes Gebot der Nothwendigkeit; ist die Krisis überwunden, dann mag hernach um so gründlicher reduzirt werden. Drei Prozent ergäben für die süddeutschen Staaten ein ansehnliches Kontingent, Bayern mit 120,000, Württemberg mit 45,000, Baden mit 30,000, Hessen mit 24,000 würden zusammen 219,000 Mann, d. h. mindestens 160,000 Mann zur Feldarmee stellen. Der vorübergehende Geldaufwand würde beiläufig nicht über 1 Thlr. Mehrsteuer per Kopf und Jahr betragen, womit noch keiner der Mittelstaaten auf das preußische Steuerquantum käme."

Wir möchten diesen Bemerkungen des „Schwäb. Merk." unsrerseits auch einige beifügen. Vor Allem dürfen wir Deutsche uns wohl mit Recht fragen: wie lange sollen wir uns noch durch Napoleons enorme Rüstungen, durch seine bedrohlichen Gelüste in Unruhe erhalten und zu so großen Opfern nöthigen lassen? In der Zeit der Noth alle Kräfte des Landes anspannen, ist gut und löblich; wohin aber kommen wir, wenn dies schon im Frieden geschieht? Dieser bewaffnete Friede erschöpft uns ja, bevor es zum Losschlagen kommt. Ja, wenn wir etwas davon hätten, wenn endlich einmal Ernst gemacht würde gegen den Störenfried im Westen, wenn Aussicht wäre, daß ihm das Handwerk gründlich gelegt würde und wir eine dauerhafte Sicherheit bekämen, dann wäre uns dies außerordentliche Aufgebot von Mannschaften schon ganz recht. Aber zum bloßen Paradiren — nein! Und weiter — was hilft es, die Truppen noch so sehr zu vermehren, wenn es am Führer, am rechten, geschickten, einheitlichen Oberbefehl mangelt? Es ist ja doch Alles umsonst, so lange hier — in der Hauptsache — nichts gebessert wird. Immer klarer, immer stärker wird im deutschen Volk die Erkenntniß, daß hier geholfen werden muß. Noch schaut das Volk auf seine Regierungen, hoffend, daß sie die Hülfe finden werden. Wenn aber nicht — wird, kann es sich damit zufrieden geben? Wird es nicht fortwährend nach Mitteln sich umsehen, wie der Schutz zu finden sey, den seine Regierungen ihm nicht zu geben vermögen? Was Wunder, wenn unter solchen Verhältnissen der Ruf nach einem deutschen Parlament immer lauter ertönt nicht nur in demokratischen Kreisen, und daß selbst die Gemäßigten dem Einwurf, daß das Parlament neben dem Bundestage eine üble Einrichtung sey, mit Recht die Erwiderung entgegen stellen, daß der Bundestag ohne das Parlament ein noch schlimmeres Ding sey.

Deutscher Bund.

Dresden, 17. Mai. Der von der zweiten sächs. Kammer genehmigte Deputationsbericht über den (angenommenen) Riedel'schen Antrag für Centralgewalt und Parlament (Referent Abg. Fahnke) enthält folgende Stellen von allgemeinerem Interesse: „Seit Begründung der Bundesverfassung hat das rechte Vertrauen zu ihr von Seiten der deutschen Volksstämme nie stattgefunden, das Gefühl des Unbefriedigtseyns sich bald mehr, bald minder laut ausgesprochen. Der Verfassung fehlte von Anfang an das nationale Band, das die Regierungen zu einem Ganzen mit dem Volk hätte verknüpfen können. Alle von Zeit zu Zeit angestellten Versuche oft sehr wohlmeinender, ehrenwerther Art, auf dem Gebiete der Gesetzgebung Entschädigung zu geben für das, was auf dem der Politik vermißt wurde, blieben ungenügend im Streben, Dank und Ehre hervorzurufen, weil sie außerdem zu viele auf dem Gebiet der Polizei, des Niederhaltens aller Fortschrittsideen und des Eingriffes in die Verfassung der Einzelstaaten geschehene Mißgriffe zu verdunkeln hatten." Weit mehr nützte der Zollverein, der das einseitige Vorherrschen Oesterreichs als unnatürlich hervortreten ließ, zur Erhöhung deutschen Nationalgefühls. Selbst die unläugbare Thatsache, daß seit Bestehen der Bundesversammlung der deutsche Boden mehr als früher frei von Kriegsgefahren blieb, ist mehr ein Verdienst der Passivität, trug nicht zur Mehrung von Macht und Ansehen bei. Der Bund, als völkerrechtliches Band, ist hoch zu halten, nicht aber die jetzige Verfassung, die keine Bürgschaft vor Zerfall gewährt. „Unverkennbar geht in diesem Jahrhundert ein Zug durch die europäische Welt, welcher der Ausbildung großer nationaler Organismen günstig ist; die Deutschen, im Bewußtseyn innerer (wenn auch noch gebundener) Kraftfülle, in Erinnerung glorreicher (wenn auch ferner) Zeiten und in Ahnung einer großen (wenn auch mit Opfern zu erkaufenden) Zukunft, werden auf die Dauer ihren nationalen Drang nicht abschwächen lassen. Gelingt es den Regierungen in ihrer Gesammtheit oder Mehrheit nicht, ihn zu befriedigen, so werden sie in der Noth des Augenblicks einer einzelnen Regierung, welche die Fahne zu führen versteht, folgen, oder es nehmen die Regierten das auf, was die Regierungen liegen lassen." Jetzt kann ein entschiedener Schritt zur Beruhigung helfen, wie sie damals bei Bildung des Zollvereins eintrat; Bedenken aus der Lehre vom monarchischen Recht dürfen nicht übertrieben werden. Es hat nie den Monarchen am Ansehen geschadet, wenn sie sich großen, nationalen Bedürfnissen fügten. In einer Exekutive die über, einer Vertretung der deutschen Kammern, die neben der Bundesversammlung steht, findet die Deputation das fehlende nationale Band. Endlich muß überall, wo es noch in Deutschland fehlt, das Repräsentativsystem eingeführt werden. Uebergehend zur Bundeskriegsverfassung, referirt die Deputation die neuesten Vorgänge und empfiehlt nach einem ihr von sachverständiger Hand zugegangenen Memorial dringend für das Bundesheer, mindestens für jedes Bundesarmeekorps: Gleichförmigkeit in Rekrutirung, Ersatz, sozialer Stellung, Disziplinargesetzen, Eintheilung, Bewaffnung, Ausrüstung, Exerzir- und Manövrir-Reglements, Signalen, Gradzeichnung; für die Reiterei: feste Bestimmung der Arten (leichte, schwere); für die Artillerie: gleichmäßige, zeitgemäße Bestimmungen über das Material. „Die Deputation", heißt es am Schluß, „vertraut dem Gang der Geschichte, die in diesem Jahrhundert, ungeachtet einzelner Abirrungen, eine immer fortschreitende Einigung Deutschlands bekundet." (Schw. M.)

Ueber die Erklärung Hannovers in Betreff der Reform der Bundeskriegsverfassung wird der „Allg. Ztg." von dort geschrieben: „Hannover wünscht, daß die Mittel- und Kleinstaaten ihre Armeen auf die Stärke von zusammen 200,000 Mann bringen, Depot und Ersatz nicht mitgerechnet. Hannover hat deshalb für die Erhöhung des Hauptkontingent auf $1^2/_3$ pCt. der alten

Ein Bischof in Amerika. Ein Mitglied des Provinzial-Landstandes von Maryland in Nordamerika erzählte folgende Anekdote: Neulich machte ich mit einigen Freunden einen Ausflug in die Nähe der Ortschaft Bath. Dort fand ich einen einzigen Arbeiter an einer Kapelle beschäftigt. Er hatte die Hemdärmel hoch aufgeschürzt, und sein Gesicht war mit Schweiß und Staub bedeckt. Aus Neugierde ließ ich mich in ein Gespräch mit ihm ein und sagte: „Um Vergebung, Meister, wer ist denn der Baumeister dieses Gotteshauses?" Der Arbeiter antwortete: „Ich, mein Freund." Ich fragte weiter: „Wer ist der Maurer?" Die Antwort war: „Ich." „Wer ist denn der Pfarrer?" „Ich." „Wer seyd denn eigentlich aber Ihr?" „Ich bin der Bischof." Der also Angeredete war Dr. Chan, Bischof v. Natchez in Nord-Amerika.

Neueste Nachrichten.

Wien, 21. Mai. Der Kaiser hat auf Anrathen des Ministerraths genehmigt, daß die im Königreich Ungarn angestellten k. k. Civilstaatsbeamten und Diener, so wie die dort stationirte Finanzwachmannschaft, gleich den Militärbeamten und Dienern, bis auf Weiteres unter Militärjurisdiktion gestellt, daher in Strafsachen und bürgerlichen Rechtsangelegenheiten den Landes-Generalkommandos, beziehungsweise Landes-Militärgerichten in Ofen und Temeswar, untergeordnet werden. Selbstverständlich hat in Strafsachen auf die genannten Staatsbeamten das Civilstrafgesetz vom Jahre 1852 und bezüglich des Berufungsrechts an die höhern Gerichte die Civilstrafprozeßordnung in Anwendung zu bleiben. Es ist diese Maßregel darauf gerichtet, den noch in Ungarn zurückgebliebenen und noch amtirenden Reichsbeamten den Schutz, welchen sie zu fordern berechtigt sind, zu gewähren. Wie bekannt und vielfach in öffentlichen Blättern erörtert, sind nämlich die erwähnten Beamten, namentlich die Finanzorgane, dem Nationalhaß und der Befangenheit der Komitatsbehörden in einer Weise ausgesetzt gewesen, welche schnelle und wirksame Vorkehrungen zur Abwehr dieser Verfolgungen gebieterisch erforderte. Es kamen wiederholte Fälle vor, daß kaiserliche Beamte auf die unsinnigste Denunciation, auf den geringsten Verdacht hin, von den Komitaten in strafrechtliche Behandlung gezogen, widerrechtlich verhaftet und nach — altungarischer — Weise abgeurtheilt wurden. Finanzbeamte, die nur ihre Schuldigkeit thaten, wurden angeblich wegen Erhebung gesetzwidriger Steuern, wegen Amtsmißbrauchs, wegen Aufwiegelungen und unter ähnlichen Vorwänden eingekerkert und selbst mißhandelt. Ein Fall jedoch, der Alles übertraf, kam in einem der westlichen Komitate vor. Ein Finanzwächter, der das Unglück hatte, in einem Konflikt mit Schwärzern beim gerechtfertigten Waffengebrauch einen Schwärzer zu tödten, wurde eingekerkert, ihm der Prozeß auf Leib und Leben, es versteht sich nicht nach österreichischen Strafgesetzen gemacht und, wie verlautet, soll sogar ein Todesurtheil gegen denselben gefällt worden seyn. Derlei Thatsachen, welche die Sicherheit öffentlicher Organe in ihrer Pflichterfüllung und das staatliche Ansehen und Interesse im höchsten Grad gefährdeten, sollen den Anlaß zu der fraglichen Verfügung geboten haben, die um so mehr begründet ist, als dermalen in Ungarn die Militärgerichte allein es sind, welche nach den österreichischen Gesetzen Recht sprechen, nach welchen Gesetzen behandelt zu werden die fraglichen Beamten und Diener um so mehr beanspruchen dürfen, als diese weitaus milder und humaner sind als die ungarische Willkürjustiz. (Allg. Z.)

Venedig, 16. Mai. Das Wiener „Vaterland" läßt sich schreiben: Als Beweis für die Aengstlichkeit, mit welcher Frankreich über alle Demonstrationen gegen seine Macht und seine Existenz wacht, möge folgende Kleinigkeit dienen. Vor längerer Zeit waren einige Legitimisten, meist Träger uralter Namen aus den verschiedenen Orten ihres freiwilligen oder unfreiwilligen Exils hier eingetroffen, um dem hier lebenden Grafen Chambord ihre Huldigung darzubringen. In Paris hatten wahrscheinlich mehrere Anhänger der Legitimität von dieser Reise ihrer politischen Glaubensgenossen gehört, und da sie persönlich nicht kommen konnten, ihre Visitenkarten, etwa 350 an der Zahl, mit der Bitte geschickt, sie dem Grafen in ihrem Namen übergeben zu wollen. Die Deputation wurde vom Grafen von Chambord empfangen und entledigte sich ihres Auftrages. Wenige Tage darauf erhielt der hier residirende französische Generalkonsul von Paris aus den Befehl, sich die Namen sämmtlicher Visitenkartensender zu verschaffen und selbige nach Paris bekannt zu geben. Es fand sich jedoch kein Verräther, und man konnte die gewünschten Informationen nicht einholen, nud nun wurde ein Einbruchdiebstahl versucht, um sich dieser Visitenkarten zu bemächtigen, doch auch dieser mißlang, und so kam die ganze Sache ans Tageslicht. (?)

Paris, 20. Mai. Die Broschüre beginnt dem Journal den Rang abzulaufen; man ficht mit Broschüren, und auch die Handwerker bedienen sich jetzt dieser Waffe. Eine ihrer Broschüren führt den Titel: „Le peuple, l'empereur et les anciens partis." Es ist das eine Huldigungs-Adresse an Louis Napoleon; die Arbeiter versprechen dem Kaiser darin, daß die Arbeitermassen den Kaiserthron gegen die Orleans vertheidigen würden. Als Symptom ist die Broschüre beachtenswerth genug, sollte sie auch etwa nur bestellte Waare seyn. (N. Pr. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. R. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. dito.	—
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	63 P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	55—55¼ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	48½ P.
"	4½ pCt.	42 P.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	88⅛ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	103½ P.
"	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102¾ P.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103¼ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	100½ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100⅝ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	97 G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104¾ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	95¼ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	103¾ G.
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	94⅝ G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	102⅛ P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100½ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	94½ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102⅛ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	93⅝ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98⅞ P.
"	3 pCt. Obl.	91½ P.
Spanien	3 pCt. int. Sch. P. à fl. 2. 30	49 P. 48⅛ G.
"	1¾ pCt. " " "	42¾ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	99½ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	109¼ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	648 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	144½—45½ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	183 P. 182½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	72 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	71 P.
Internationale Bank in Luxemb. . .	84 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	318½ P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	67¼ P.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	229 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	121½ P.
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74⅞ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	22 P. 21¾ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	133 G.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	99⅝ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	234½ P. 234 G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	520 P.
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	482 G.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	104½ P. 104 G
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. 100½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99½ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96⅜ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105¼ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ B.
London Lst. 10 k. S.	118⅜ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93⅛ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93¼ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	83 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	80 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	49¾ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	62½ P. 61¾ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	130⅞ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	61⅝ P.	" fl. 25 do.	35¼ P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	98 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	35¼ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	119½ G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50 G.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	36½ P.
Badische fl. 50	90¼ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10⅝ P.
Badische fl. 35	53 P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10½ G.

Frankfurt, 23. Mai. Oesterr. National, Bank- und Kreditaktien behaupteten sich sehr fest auf den gestrigen Kursen. Auch die meisten übrigen Fonds und Aktien begehrt. Von Anlehensloosen wurden 5 pCt. österr. von 1860 besser bezahlt, 4 pCt. 250 fl.-Loose dagegen merklich billiger abgegeben. (Synd.)

bezahlt werden, um Worte und Seufzer zu entstellen. Verleumdet man dich, antworte nicht; beleidigt man dich, schweige, denn die Organe der Oeffentlichkeit sind für dich verschlossen, sie nehmen die Reklamationen verbannter Leute nicht. Der Exilirte muß sich schmähen lassen, ohne zu antworten, muß leiden, ohne zu klagen; Recht gibt es für ihn nicht."

Marseille, 21. Mai. Die Flotte, welche gestern von Toulon hieher gekommen, fuhr noch am Abend nach Syrien ab, um die Truppen abzuholen. Sechs ihrer Schiffe werden zu Marmoritza bleiben, um die Drusen in Respekt zu halten, wenn es nöthig seyn sollte. — Hr. v. Cadore ist in verwichener Nacht nach Rom abgereist, um daselbst die Funktion eines Geschäftsträgers während eines Urlaubs, den Hr. v. Grammont im Juni in Bad Vichy zubringen wird, zu erfüllen. (T.d.Fr.J.)

Spanien.

Madrid, 20. Mai. Die Regierung hat erklärt, daß Spanien die Sklaverei nicht in Santo-Domingo wieder einführen wird. (Tel.d.Fr.J.)

Italien.

Turin, 18. Mai. Garibaldi schrieb vor einiger Zeit an den Kassier des Garibaldi-Komite in London, W. H. Ashurst, ihm die für die italienische Sache verfügbaren Summen zur Anzeige zu bringen, worauf er (Garibaldi) die nöthigen Weisungen über deren Verwendung geben wolle. Er ersuchte ihn zugleich, allen Filialkomites in England zur Anzeige zu bringen, daß man sehr nothwendig Geld brauche, um auch jene Theile Italiens zu emanzipiren, die noch unter der „schlechten Regierung der Geistlichen und dem Druck der Fremden" seufzen. (Garibaldi wird sich doch noch eine Weile gedulden müssen.)

Turin, 21. Mai. Eine Depesche aus Messina von gestern meldet, das Dekret in Betreff der Aushebung sey verkündigt worden und das Volk renne in Masse durch die Straßen mit dem Geschrei: „Es lebe Italien! Es lebe die Aushebung!" (Da hat der sardinische Bericht wieder einmal arg gelogen; denn wenn etwas in Sizilien verhaßt ist, so ist's die Militär-Aushebung, die eben deßhalb unter den Bourbonen dort nie eingeführt wurde.) — Der Prinz von Carignan ist gestern von Neapel nach Turin abgereist. (Indep.)

Turin, 21. Mai. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer besprach, aus Anlaß einer Depesche Rechbergs, der Abg. Tecchio das beliebte Thema von den Leiden Venedigs. Er sagt, die Bevölkerung wolle nicht die österreichische Herrschaft, die Opposition in Venedig sey nicht von Außen angeregt, und empfiehlt Venedig dem König und dem Parlament. Cavour dankte Tecchio; er bezweifle nicht die liberalen Intentionen der österreichischen Minister, aber sie würden in Venedig stets unübersteigliche Hindernisse finden (d. h. also eingestehen, daß die Venetianer durch gar nichts zufrieden zu stellen sind, wenn es von Oesterreich kommt). Die Kammer nimmt schließlich die Tagesordnung an, indem sie ausspricht: Die Kammer habe mit lebhaftem Interesse die Erzählung der Leiden Veneliens angehört. (T. d. N. Fr. Z.)

Im ganzen Königreiche Neapel herrscht eine allgemeine Aufregung gegen die Piemontesen. Der Aufstand in Monticelli und Fondi war sehr ernster Art. Das ganze Land hatte sich erhoben und die alte Regierung wieder ausgerufen. Die Kommunikationen zwischen Neapel und Terracina konnten erst den 5. wieder eröffnet werden. Piemontesische Truppenkorps ziehen in Eilmärschen von Neapel nach Itri und Fondi, andere stehen bereits am Garigliano. Der neapolitanische Freischaarenchef Chiavone hält Lenola und die Berge besetzt, wo man ihm nicht leicht beizukommen vermag. In Cilento haben sich die Neapolitaner zweier piemontesischen Kanonen bemächtigt und organisiren sich als reguläre Truppe. Aehnlich steht es in Sizilien; nur Catania ist das Centrum des Cavourismus.

Um die Piemontesen in Mißkredit zu bringen, waren am 12. Mai in Neapel überall Maueranschläge verbreitet worden, worin dem „Volke" angekündigt ward, daß in Kurzem eine französische Division unter einem Marschalle und ein englisches Korps einrücken werde, um Ruhe im Lande zu stiften. Diese Maueranschläge wurden von der Polizei abgerissen und eine Zeitung, die sich zum Organe dieser Erfindungen gemacht, wurde mit Beschlag belegt. Den „Nationalités" wird aus Neapel vom 17. Mai telegraphirt: „Die Polizei hat bei einem gewesenen Hauptmann der bourbonischen Armee eine Summe von 100,000 Dukati mit Beschlag belegt, welche zur Betreibung von Reaktions-Unternehmungen bestimmt waren."

Rußland und Polen.

Die „Opinion nationale" veröffentlicht ein Schreiben aus St. Petersburg, das offenbar von absichtlichen Uebertreibungen strotzt und welches wir nur wiedergeben, um zu zeigen, welche Lügen heute in Frankreich veröffentlicht werden dürfen, wenn dieselben eben passend für die Menge erscheinen. Diesem Schreiben zufolge hätte im Gouvernement Kasan ein förmliches Hinschlachten der Bauern durch den dortigen Militärgouverneur Generalmajor Koglianinoff stattgefunden. „Derselbe ließ nämlich die Bauern, welche sich weigerten, ferner Frohndienste zu thun, auf einer großen Ebene zusammenkommen. Zu gleicher Zeit hatte er 2000 Soldaten aufgestellt, welche gegen die unbewaffneten Bauern, nachdem sie sich alle versammelt hatten, ohne Weiteres ein Lauffeuer eröffneten. Die Bauern näherten sich in ihrer ersten Bestürzung den Soldaten, fielen vor ihnen entblößten Hauptes auf die Knie und baten den Generalmajor Koglianinoff, welcher mit seinem Gefolge hinter der Soldatenreihe zuschaute, das Schießen einstellen zu lassen. Da sie aber sahen, daß das Feuer nichts desto weniger fortdauerte, so erhoben sie sich und wollten fliehen, aber überall trafen sie auf Soldaten. In ihrer Angst wußten sie nicht wohin, und suchten sich hinter den Gefallenen zu verbergen; aber auch dieses half nichts. Die Luft war mit ihrem Angstgestöhn und Todesröcheln angefüllt und zwei Wersten weit hörte man ihre Schmerzensrufe. Es war ein entsetzliches Schauspiel. Eine ganze Stunde dauerte dieses Morden. Endlich wurde den Ueberlebenden befohlen, in ihre Ortschaften zurückzukehren. Die Zahl der Todten wird auf mehr als 200 geschätzt."

Nichtpolitische Zeitung.

München, 17. Mai. Der gestrige Tag wird Epoche machen in der Geschichte unserer weltberühmten königl. Erzgießerei: Zum ersten Male seit ihrem Bestehen ist darin der Fall vorgekommen, daß drei Statuen auf einmal aus der feurigen Fluth entstanden sind. Es wurden nämlich gegossen: das Standbild Schellings, welches König Max dem großen deutschen Philosophen, seinem ehemaligen Lehrer, zu Ehren in der neuen Maximiliansstraße aufstellen läßt; dann die erste Statue zum König Ludwig-Denkmal — die Kunst — und endlich das Standbild des böhmischen Bischofs Pardubitz, welches für Prag bestimmt ist. Auch München wird sein Schillerdenkmal haben. König Ludwig läßt, wie ich aus verläßlicher Quelle erfahre, jetzt auch eine Schillerstatue für München in Erz ausführen. (Bamb. Ztg.)

Eine jüngst dem „Bayer. Kurier" aus Straubing zugegangene Nachricht, welche über eine Profanation der heil. Kommunion berichtete, die ein Bauer mit Soldaten des dortigen Jägerbataillon vorgenommen habe, wird im „Straubinger Tagbl." als gänzlich aus der Luft gegriffen bezeichnet.

Der Ausschuß des Dombau-Vereins zu Regensburg hat soeben seinen Jahresbericht veröffentlicht und angezeigt: daß seit Beginn des Baues 45,290 fl. an Sammlungen eingegangen, 31,084 fl. auf Bauzwecke verwendet, und 14,205 fl. Aktivrest vorhanden sind.

Der Rath der Stadt Leipzig hat einen Preis von hundert Thalern für den besten architektonischen Entwurf zu einer Turnhalle ausgesetzt.

Frankfurt, 19. Mai. Auf dem letzten hiesigen Markte — schreibt der „Arbeitgeber" — war ein Butterhändler aus Tyrol mit 7 Centnern Butter eingetroffen, die er zum Verkauf ausgestellt hatte, ein neuer Beleg zu der außerordentlichen Ausdehnung, welche der Verkehr durch die Eisenbahnen gewonnen hat.

Auf der Eisenbahn zwischen Edinburg und Glasgow wird der Name der Anhaltstationen nun von dazu abgerichteten Papagayen ausgerufen; die Einrichtung hat sich so bewährt und es geschieht um so viel deutlicher als durch die Conducteure, daß die englischen Blätter die übrigen Eisenbahnverwaltungen zur Nachahmung auffordern.

* Wie man dem „Courrier des Alpes" schreibt, hat sich in der französischen Gemeinde Jarrier folgendes Unglück zugetragen: durch das Wasser der Arvan losgeweicht, hat sich von der Höhe des Berges eine ungeheuere Erdlawine auf das Thal herabgestürzt und Alles, was ihr im Wege stand, mit fortgerissen; so unter andern auch eine Straße, auf der sich unglücklicherweise gerade 3 Menschen befanden. Die in großer Menge herbeigeeilten Bewohner der Umgegend begannen sogleich die Nachgrabungen; der eine der Unglücklichen war auch bald als Leichnam aufgefunden, den zweiten fand man jedoch erst, nachdem man 200 Meter tiefer gegraben hatte, und der dritte wurde erst in einer Tiefe von 250 Meter unter dem zweiten aufgefunden. Die Körper dieser 3 Unglücklichen waren bis zur Unkenntlichkeit zerquetscht.

zu ersehen vermochte, und den vielen, namentlich in den letzten Jahren gehäuften Angriffen auf die Art der dienstlichen Leitung seines Departement ruhig die Resultate seines Wirkens entgegenstellen konnte*). Es war allein die persönliche Befähigung und Neigung, welche die Leitung des Verkehrswesens mit der der Finanzen zu verbinden ermöglichte, und es steht zu erwarten, daß der Tod des Hrn. v. Knapp diese principiell sehr heikle Verbindung lösen wird. Wie? muß die nächste Zukunft lehren, indem die Berufung der Stände zur Berathung der Etatsperiode 1861—64 unmittelbar bevorsteht. Seit acht Tagen etwa ist Hr. Direktor v. Sigel durch k. Entschließung zum prov. Chef des Finanzdepartement ernannt, hoffentlich um diesen Posten bleibend zu übernehmen, für welchen ihm weder das Vertrauen des Königs noch das des Landes fehlen würde.

Kurhessen. Aus Kassel, 21. Mai, schreibt man der „Köln. Ztg.“: „Man schmeichelt sich allerhöchsten Orts mit der sicheren Hoffnung, daß, im Gegensatze der zweiten, die erste Kammer einstimmig die neue Verfassung anerkennen werde. Aus guter Quelle sind wir zu der Mittheilung berechtigt, daß auch diese Hoffnung nicht in Erfüllung gehen wird. Unter den Standesherren sind nämlich in letzter Zeit Verhandlungen über die Verfassungsfrage gepflogen worden, welche, wie uns versichert wird, einstimmig zu Gunsten der alten Verfassung (von 1831) ausgefallen sind.“

Kassel, 20. Mai. Die Regierung beabsichtigt nunmehr, dem Vernehmen nach, wie das in der landesherrlichen Verkündigung vom 6. März d. J. in Aussicht gestellt war, den Ständen gleich bei ihrem Zusammentritt den Entwurf eines neuen Wahlgesetzes, neben der Erneuerung der Vorlagen, welche am 8. Dezember v. J. erfolgten, zur Berathung und Beschlußnahme vorzulegen. Dieses Wahlgesetz soll den Zweck haben, die 2. Kammer der Art umzugestalten, daß mehr intelligente Kräfte in dieselbe eintreten können und gleich der 1. Kammer eine andere Grundlage zu geben, wodurch der darin jetzt herrschenden Ritterschaft das Uebergewicht entzogen wird. Man scheint diesen Gegenstand in den Regierungskreisen als ein Motiv für die 2. Kammer anzusehen, sich auf landständische Geschäfte einzulassen. Da voraussichtlich nach dem seitherigen Resultat der Wahlen im Lande eine wiederholte Inkompetenzerklärung eintreten wird und wahrscheinlich mit einer noch entschiedenern Majorität als am 8. Dez. v. J., so wird dieser Entwurf wohl dasselbe Schicksal haben, wie die übrigen Vorlagen bereits hatten. (Z. f. Nordd.)

Thüringen. Koburg, 19. Mai. In der gestrigen Sitzung des Landtags ist das Gesetz über die Kontrahirung eines Anlehens von 700,000 fl. angenommen worden. (D. Z.)

§ **Oesterreich.** Wien, 21. Mai. (Privat-Korrespond.) Bekanntlich verhalten sich bis jetzt die Rumänen in Ungarn und die Serben der Woiwodina eben so oppositionell gegen den Pesther Landtag, wie die Kroaten; doch sind sie darum noch nicht zu den Stützen der Wiener Regierung zu zählen. Sie trauen auch dieser nicht und zweifeln noch am Bestand der von dorther verheißenen Freiheiten, wie sie andrerseits ihre Nationalität durch die Magyaren gefährdet erachten. Wer ihnen das beste Angebot macht, für den sind sie zur Zeit noch zu gewinnen. — Mehrere magyarische Gemeinden in Siebenbürgen haben auf eigene Faust Abgeordnete zum ungarischen Landtag gewählt und dahin entsendet. Da nun aber die Wiener Regierung keine Vertreter Siebenbürgens zum ungarischen Landtag berufen hat, noch zu berufen Willens ist, vielmehr Siebenbürgen als selbständiges Kronland mit einem eignen Landtag erwählt hat: so ließ Hr. v. Schmerling durch den siebenbürgischen Hofkanzler Baron Kemenyi den Statthalter von Siebenbürgen in Kenntniß setzen, daß die schon vorgenommenen Wahlen ungültig und weitere Wahlen zu verhindern seyen. Auf dem ungarischen Landtage wird diese Anordnung um so größere Sensation erregen, da, wie bereits gemeldet, die Majorität desselben, so lange nicht alle Länder der ungarischen Krone (wozu sie auch Siebenbürgen rechnet) daselbst vertreten sind, keinen Gesetzentwurf in Berathung und auch von der Krönung Umgang nehmen will. — Man erzählt sich, im Wiener Reichsrath bereite sich ein Bündniß der Klerikalen, der Feudalen und der Föderalisten vor, um Hand in Hand mit den Magyaren die Februar-Verfassung zu bekämpfen, jede Partei natürlich aus andern Gründen; nur in diesem Ziele sind sie einig.

Wien, 20. Mai. Die Mittheilungen über die pekuniärsocialen Verhältnisse des kleinen Adels in Ungarn (und dieß sind die eigentlichen Hauptschreier) sind nach sehr verläßlichen Quellen keineswegs erfreulich; diese Leute gehen der Verarmung mit Riesenschritten entgegen. Der größere Theil ist bereits dermaßen in den Händen der Wucherer, daß er sich kaum herauswinden kann; denn außer in Ungarn selbst findet er nirgends Kredit; hier in Wien wenigstens dürfte es ihm schwer werden, selbst auch nur kleine Summen geborgt zu erhalten.

Wien, 20. Mai. Die Versuche der czechischen Reichsrathspartei, die Ungarn zur Beschickung des Reichsraths zu bewegen, sind von diesen schroff zurückgewiesen worden. Die Ungarn sind in dieser Beziehung den Czechen gegenüber viel mißtrauischer als die Deutschen, sie sind sich wohl bewußt, daß den Vermittlungsversuchen der Czechen nur egoistische Motive zu Grunde liegen, daß die Czechen sich durch den Beitritt der Ungarn eine Majorität schaffen und sich der Regierung gegenüber ein Verdienst erwerben wollen, auf welches sie bei jeder Gelegenheit hinweisen würden. (D. Allg. Ztg.)

Wien, 19. Mai. Was die Regierung dem ungarischen Landtage gegenüber unternehmen werde, darüber vernimmt man Folgendes: Der Kaiser werde die ungarische Adreß-Deputation empfangen, in seiner Antwort aber auf das Verfassungspatent vom 26. Februar hinweisen und auffordern, Abgeordnete zum Reichsrath zu wählen. Bei fortwährendem Widerstande würden unmittelbare Wahlen in Ungarn u. s. w. ausgeschrieben werden und, falls diese vereitelt würden, nichts desto weniger die Beschlußfähigkeit des Reichsrathes für die ganze Monarchie anerkannt werden. (N. Pr. Z.)

Venedig, 18. Mai. In letzter Zeit haben piemontesische Blätter eine Nachricht gebracht, die auch in andere Journale überging, daß nämlich bei einem von dem Korpskommandanten Erzherzog Albrecht angeordneten Manöver die Tyroler ihre Gewehre mit Steinen geladen, und einen Offizier und 5 Mann getödtet und 11, nach andern Nachrichten 26, verwundet hätten. An der ganzen Geschichte ist kein Wort wahr. Wie ich nach den genauesten Erkundigungen versichern kann, ist nicht der geringste Unfall vorgekommen. Es ist dies die Taktik der Herren jenseits des Mincio, dort, wo Thatsachen fehlen, solche zu erdichten. Dagegen werden Sie in keinem italienischen Blatt etwas über die jüngsten Vorfälle in Lecco (Lombardei) zu lesen bekommen. Es hat in jener Gegend, die vorzüglich von der Seidenkultur lebt, die Hoffnung der Seidenbauer für dieses Jahr fehlgeschlagen. Das arme Land hatte sich früher der besondern Aufmerksamkeit des Erzherzogs Max zu erfreuen gehabt, die es bei der nationalen Regierung nicht findet. Vor Kurzem sammelten sich die Landleute des Distrikts in großen Schaaren unter dem Ruf: Es lebe der Erzherzog Max! Es leben die Oesterreicher! Die Nationalgarde von Lecco rückte gegen dieselben aus, mußte sich aber bald vor dem Angriff der Landleute zurückziehen. Um ferneren Unordnungen vorzubeugen, mußten in aller Eile zwei Bataillone von Mailand herbeigerufen werden. (Allg. Ztg.)

Schweiz.

Bern, 17. Mai. Aus einer Depesche der Abgeordneten des Berner Hülfskomite, welche gestern Abend hier eingetroffen, ergibt sich leider, daß nach den neuesten sorgfältigsten Erhebungen der Brand von Glarus einen Schaden von 14 — 16 Mill. Fr., also das Doppelte der früher angegebenen Summe verursacht hat, wovon nur etwa 4½ Mill. Fr. durch Assekuranzen gedeckt werden, von denen unglücklicher Weise 3 Mill. Fr. einzig wieder auf den Kanton Glarus selbst fallen.

Frankreich.

Paris, 21. Mai. Persigny's Rundschreiben vom 13. d., welches nicht nur ein neues Verbrechen, den „Publikationsversuch“, sondern auch ein neues Recht der Regierung, „die Beschlagnahme im Verwaltungswege“, entdeckt hat, ist von der hiesigen Presse denn doch nicht so ohne Weiteres hingenommen worden. Die Organe der verschiedensten Parteien finden es doch etwas zu stark, daß jede Schrift, die ein Landesverwiesener in Frankreich zu veröffentlichen versucht, gleichviel, ob sie von Politik, Lyrik oder Mathematik handelt, sofort im Verwaltungswege abgefaßt werden soll. Wenn Persigny es für verbrecherisch hält, daß ein französischer Flüchtling im Auslande den Versuch macht, durch irgend etwas Gedrucktes ein Lebenszeichen von sich zu geben, so möge er sich an den Schmerzensschrei erinnern lassen, den sein kaiserlicher Herr in den Tagen der Verbannung ausgestoßen und in seinen „Werken“ Band I. S. 409 der Nachwelt aufbewahrt hat: „Nimm dich in Acht! Jedes Wort, das deiner Brust, jeden Seufzer, der deinem Herzen entweichen will, unterdrücke sie; denn es gibt Leute, die

*) Die Resultate seiner Thätigkeit mögen finanziell gut gewesen seyn, aber die Art und Weise derselben scheint doch nicht ganz ohne Grund so vielfach getadelt worden zu seyn.

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 142.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	58. Jahrgang.	Freitag, 24. Mai 1861.

Auf die „Neue Würzburger Zeitung“ kann für den Monat Juni sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

Deutscher Bund.

Frankfurt, 21. Mai. Im Auftrag des Ausschusses des „Deutschen Nationalvereins“ hat der Geschäftsführer desselben ein neues Flugblatt herausgegeben, das sich auf die Bundeskriegsverfassung bezieht und da zu folgenden Schlußergebnissen kömmt: „1) Mit der bestehenden Bundeskriegsverfassung ist ein ernster deutscher Krieg mit gutem Erfolg nicht zu führen. 2) Eine Hoffnung auf wesentliche Verbesserungen der Kriegsverfassung, namentlich in Bezug auf den Oberbefehl und die entsprechende militärische Unterordnung, ist auf dem bundesverfassungsmäßigen Wege (welcher Stimmeneinhelligkeit aller Bundesstaaten bei Abänderung organischer Bundeseinrichtungen verlangt) nicht zu erwarten. 3) Eine Abhülfe ist nur möglich, indem entweder diejenigen Staaten, welche geneigt sind, ihre Streitkräfte der Führung einer deutschen Großmacht zu überlassen, Militärconventionen mit dieser abschließen, oder indem eine deutsche Centralgewalt mit dem Rechte des Krieges und Friedens eingesetzt wird. Der erstere Weg würde schwerlich zu einer militärischen Einheit führen. Für den zweiten Weg spricht der Vorgang vom Jahre 1848, wo der deutsche Bund selbst die Nationalversammlung berief und sodann an die von dieser eingesetzte Centralgewalt seine Befugnisse abgab. Die Gefahr der Lage wird erhöht durch die Hinneigung einiger deutscher Kabinete zu Frankreich. Die Rücksicht auf Oesterreich, welche bisher vorgegeben worden, um den Anspruch auf die nothwendige Bundesreform abzuweisen oder zu vertagen, verwandelt sich dort plötzlich in die Verläugnung aller deutschen Gesinnung, indem man sich lieber dem Feinde in die Arme werfen, als von der staatlichen Selbständigkeit zu Gunsten einer kräftigen, einheitlichen Führung des deutschen Heeres etwas abgeben will.*) Wir wenden uns an den guten Geist des deutschen Volkes, wir wenden uns an die Männer, welche der Ueberzeugung leben, dem Vaterlande Alles, selbst ihre Existenz schuldig zu seyn. Solche Männer sind auch noch auf deutschen Thronen zu finden, Fürsten, welche bereit sind, Einiges von ihren Rechten an eine deutsche Obergewalt abzugeben, wie jene 31 souveränen Fürsten, welche im Jahre 1814 darauf antrugen, die Würde eines deutschen Reichsoberhaupts mit zeitgemäßen Institutionen, namentlich mit dem Rechte der Direktion der Reichsbewaffnung und der Anführung im Kriege, wiederherzustellen. Auch im Jahr 1849 und selbst 1850, nachdem die Hoffnung auf Einführung der Reichsverfassung bereits zu nichte geworden, waren immer noch 29 Einzelregierungen, theils aus freiem patriotischen Antrieb, theils unter dem Druck der öffentlichen Meinung bereit, zu Gunsten einer Centralgewalt auf einen Theil ihrer Selbständigkeit zu verzichten. Es sind dies Vorgänge, welche bei Manchen die Hoffnung auf eine friedliche Lösung der deutschen Verfassungsfrage noch aufrecht erhalten. Mögen die deutschgesinnten unter den deutschen Fürsten auch jetzt wieder mit offener Sprache hervortreten und das deutsche Reich in der von ihnen und von der Nation früher anerkannten Gestalt zurückfordern! Vor Allem aber möge das ganze deutsche Volk in die nationale Bewegung kräftig eintreten, es möge in jedem Lande die Volksvertretung und die ganze Bevölkerung darauf dringen, daß für die endliche Sicherstellung Deutschlands gesorgt, eine einheitliche militärische und diplomatische Leitung hergestellt werde. Nur mittelst einer kräftigen Obergewalt und der ihr entsprechenden Unterordnung der Einzelstaaten wird unsere Nation politisch wiedererstehen, ihre große geschichtliche Aufgabe erfüllen und, ohne andere Nationen anzutasten oder zu beneiden, selbst geachtet seyn. Nur mittelst eines deutschen Parlaments, nicht durch bloße Fürstenkongresse oder diplomatische Unterhandlungen, wird Deutschland zu dieser Centralgewalt selbst gelangen und erringen, was es so sehr verlangt und so sehr bedarf — die Einheit und damit die Macht und die Freiheit!“ (Zeit.)

*) Hier wird also die Insinuation der „Daily News“ (s. das gestrige Blatt) sofort als wahr und bewiesen angenommen und eine Schlußfolgerung daraus gezogen, die wahrlich nicht so leichthin ausgesprochen werden sollte.

Um den Fabrikanten, Handwerkern und Viehbesitzern des Zollvereins, welche sich an der vom 15. — 21. Septbr. d. Js. zu Schwerin in Mecklenburg stattfindenden Ausstellung von Mastthieren und Vieh betheiligen wollen, dies zu erleichtern, wurde für die zur Ausstellung gesendeten Mastthiere und Viehstücke bei deren Zurückbringung die Eingangszollfreiheit zugestanden.

Bayern. München, 22. Mai. Se. Maj. der König hat die Stelle eines bayer. Konsuls in Dresden dem Kaufmann G. L. Hesse übertragen; die prot. Pfarrstelle zu Trippstadt, Dek. Kaiserslautern, dem Pfarramtskandidaten Chr. E. Schneider von Bergzabern verliehen. (N.M.Z.)

München, 22. Mai. Dem Vernehmen zufolge haben sich neben Andern um die käufliche Ueberlassung der Nymphenburger Porzellanfabrik nunmehr auch zwei Männer gemeinsam beworben, deren Namen im Gebiete der Kunst und technischen Schaffens eben so guten Klang haben, als sie großes Vertrauen besitzen. Wie man hört, beabsichtigen selbe in dieser Anstalt lediglich Gegenstände eines höheren Luxus, aber ausgezeichnet sowohl durch Malerei wie technische Form zu erzielen, womit jeder starken Konkurrenz im Voraus begegnet und eine Anstalt geschaffen würde, welche in ihrer Art unserer jetzigen Glasmalereianstalt ebenbürtig an die Seite träte, dabei aber auch ihre bisherigen Arbeiter fernerhin möglichst beibehalten könnte. (B. L.)

Preußen. Berlin, 18. Mai. Die „Volkszeitung“ eröffnet heute eine Subskription für den nach London geflüchteten Eichhoff, der sich daselbst in bedrängten Verhältnissen befindet.

Hannover. Hannover, 21. Mai. In den ritterschaftlichen Kreisen scheinen Schritte gegen das jetzige Kabinet vorbereitet zu werden. Man spricht von einer Adresse, in welcher die Ritter den König im Interesse des monarchischen Prinzips um die Entfernung der Träger des jetzigen polizeilich-bureaukratischen Systems bitten wollen. Bezeichnend ist die Thatsache, daß sich kein einziges namhaftes Mitglied der ritterschaftlichen Partei (die doch sonst sehr regierungsfreundlich ist, der aber die Reaktion nun doch auch zu bunt wird) zum Unterschreiben der vom Ministerium veranstalteten Loyalitäts-Adresse hat bewegen lassen. Man weiß selbst, daß in mehreren Fällen den augendienerischen Kolporteuren der Adresse von Mitgliedern der Ritterschaften in der förmlichsten Weise die Thüre gewiesen ist. In mehreren Gegenden hat, allen Polizeimitteln zum Trotz, die Ergebenheits-Adresse so wenig Erfolg gehabt, daß man nothgedrungen dieselbe hat zurückziehen müssen, um die Veranstalter des Manövers nicht weiter zu kompromittiren. Nach längerem Zaudern hat sich Hannover auf eifriges Zureden von Sachsen und Württemberg dennoch entschlossen, die Würzburger Konferenzen zu beschicken. (Fr. J.)

⫩ **Württemberg.** Aus Württemberg. (Pr.-K.) Am 21. Mai Abends 4 Uhr hat Finanzminister v. Knapp, seit einigen Wochen von einer Krankheit des Gehirns schwer betroffen, seinen Lebenslauf in Stuttgart geschlossen. Württemberg hatte unstreitig den Aufschwung seiner Verkehrsanstalten der seltenen Energie dieses Mannes zu verdanken, der in diesem wichtigen Zweige der Staatswirthschaft den Mangel einer gründlichen und allseitigen Bildung durch natürlichen Scharfblick

l. Offizier, ein noch junger Mann, hat sich in der Nacht vom 17. Mai in seiner Wohnung erschossen. Derselbe war noch am Abend vorher im Hofoperntheater, ist um 11 Uhr in heiterster Laune nach Hause gekommen und wurde gestern, als man ihm das Frühstück bringen wollte, todt gefunden. Er lag entkleidet im Bette und hielt die Pistole in der rechten Hand. Die Kugel war durch die linke Brust gedrungen. Den Schuß hat Niemand gehört."

Von den wiederholten Erdstößen, welche einen großen Theil Etruriens in Schrecken versetzt haben, berichtet ein Augenzeuge, daß der Lärmen größer war, als das Unglück. Allerdings sind namentlich in Città delle Pieve einige Mauern und Kamine gestürzt, und in einiger Entfernung von dem Städtchen sprach man von sieben, in demselben jedoch nur von zwei Todten. In Perugia und auch in Chiusi, und weiter südwärts bis Orvieto, waren die Erdstöße in mehreren Nächten ebenfalls verspürt worden und hatten die Leute aus den Betten getrieben, ohne jedoch erheblichen Schaden zu verursachen — mit Ausnahme eines Dorfes zwischen Perugia und Città della Pieve, wo eine neugebaute Kirche theilweise einstürzte.

Neueste Nachrichten.

München, 22. Mai. Die jüngste Ministerkrisis veranlaßte den „Volksboten" zu folgenden Bemerkungen: „Es ist unleugbar, daß die seitherige Art der Geschäftsbehandlung zwischen dem Könige und seinen verantwortlichen Räthen nicht nur den Ministern, sondern auch dem Monarchen selbst die Arbeiten fortwährend erschweren muß. Das dabei befolgte System, um diesen Ausdruck zu gebrauchen, mag in frühern Zeiten eher gut gethan haben, als gegenwärtig, wo die Zeitverhältnisse und Zeitereignisse so manche verwickelte Fragen zu lösen geben. Da es sich hier um das gleichmäßige Interesse der Krone und des Landes handelt, so kann eine offene Besprechung unmöglich als unangemessen erscheinen. Der Hauptpunkt liegt in dem Mangel eines solchen regelmäßigen mündlichen Verkehrs, wie er in andern konstitutionellen Staaten zwischen dem Monarchen und seinen Ministern stattfindet. Der Volksbot' ist allerdings nicht im Stande zu sagen, wie oft etwa innerhalb Jahresfrist die Minister dazu kommen, Sr. Majestät persönlich mündliche Vorträge in Staatsgeschäften und irgend welchen obschwebenden Angelegenheiten zu erstatten, aber gewiß ist immerhin so viel, daß die Gesammtzahl solcher persönlichen Vortragserstattungen verhältnißmäßig sehr gering ist und daß nicht selten mehrere Wochen vergehen, ohne daß ein Minister den Monarchen sieht, falls er nicht etwa zur l. Tafel geladen wird. Obgleich es wohl keines Beweises bedarf, daß Geschäfte, namentlich auch, wenn sie schwierigere und verwickeltere Angelegenheiten betreffen, in mündlicher Behandlung sich weit leichter, schneller und besser erledigen lassen, ist bei uns fortwährend eigentlich nur die schriftliche Verhandlung im Brauch, woran sich dann fast naturgemäß noch andere Dinge knüpfen. Die Minister sind die verfassungsmäßig verantwortlichen Räthe des Königs, aber da sie ihre Vorträge, Berichte, Anträge u. s. w. schriftlich an das Kabinet einsenden, tritt, wie's deshalb die Verhältnisse so gut wie unabweislich mit sich bringen, zwischen sie und den Monarchen eine Mittelsperson, die, obwohl sie keinerlei verfassungsmäßige Verantwortlichkeit hat und dem Namen nach auch nur einen untergeordneten Rang besitzt, thatsächlich eine höchst bedeutende Stellung einnimmt und so ziemlich als eigentlicher Kabinetsminister fungirt. Es begreift sich von selbst, daß es dem „Volksboten" nicht entfernt einkommt, hiermit irgend einer Persönlichkeit etwa zu nahe treten zu wollen, da er lediglich nur die Sachverhältnisse und deren Folgen ins Auge faßt; aber gerade in dieser sachlichen Beziehung leuchtet ohne Weiteres schon so viel ein, daß zwischen den schriftlichen Ministervorträgen und den königlichen Entschließungen doch immer noch mündliche Erörterungen unausweichlich bleiben, und daß die Erledigung nach keiner Seite dadurch erleichtert wird, wenn dieselben erst durch eine Mittelperson gepflogen werden müssen. Die Folgen hiervon haben sich, abgesehen von allem Uebrigen, namentlich auch bei versammeltem Landtage schon zu verschiedenen Malen gezeigt, wo die Minister der Kammer gegenüber in eine mißliche Lage geriethen, wenn sie wegen Vorlagen gedrängt wurden. — Außerdem kann es aber auch nicht fehlen, daß, je weniger oft die verantwortlichen Räthe zu mündlichen Darlegungen der Lage und der Verhältnisse Gelegenheit haben, desto mehr anderweitige Einflüsse um den Thron auftauchen und sich Geltung zu erringen suchen. Nimmt man dazu noch, daß nach alter Erfahrung von solchen Seiten immer nur das Angenehme gesagt, das Unangenehme aus dem Gesichte gehalten zu werden pflegt, so ergibt sich daraus fast von selbst, daß — und zwar sogar in den wichtigsten Zeitfragen und selbst über drohende Gefahren — gerade dort am wenigsten klarer Wein eingeschenkt wird, wo man doch zunächst — und bei der bedenklichen Gestaltung der europäischen und deutschen Angelegenheiten vielleicht sehr ernst — dabei interessirt wäre. Es ist eben in Folge dieser Verhältnisse kaum vermeidlich, daß im Kabinet, so zu sagen, eine eigene Welt für sich Platz greift, die von der wirklichen Welt sich Anschauungen bildet, welche in unsern Zeiten nur zu leicht zu Ueberraschungen führen können."

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	—
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	62 3/8 P.
„	5 pCt, Nationalanl. v. 1854	54 3/4—55 3/8 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	48 1/4 P.
„	4 1/2 pCt.	41 G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	88 G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	103 1/8 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	102 1/8 G.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	103 P.
„	4 pCt. Old. dto.	100 5/8 P. 3/8 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100 5/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	97 G.
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	104 3/4 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	95 1/4 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	103 5/8 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	95 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	102 3/8 P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 1/2 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 1/2 G.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 1/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	98 7/8 P.
„	3 pCt. Obl.	91 1/2 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	49 1/2 P. 1/8 G.
„	1 3/4 pCt. „ „ „	42 3/4 G.
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 500 Thlr.	99 3/4 P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	109 1/4 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	647 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	143 1/2—45 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	185 P. 183 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	71 5/8 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien	71 P.
Internationale Bank in Luxemb.	84 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	318 P. 316 G. exD
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	67 1/2 P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	229 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	121 1/2 P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74 5/8 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	21 7/8 P. 3/4 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt.	133 1/4 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	99 5/8 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	234 1/2 G. exC.
Span. Handels- u. Industrie	515 P.
„ Credit-Akt. d. Gos. Pereire	—
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	104 1/8 P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. 100 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99 1/2 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 1/4 B.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96 3/8 B. 1/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 1/4 B.
Hamb. MB. 100 k. S.	87 3/4 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 1/4 B.
London Lst. 10 k. S.	118 5/8 B. 3/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	93 1/8 G.
Paris Frs. 200 k. S.	93 1/4 G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	82 7/8—83 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	80 1/2 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	49 3/4 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	63 5/8 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	130 7/8 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	61 3/8 P.	„ fl. 25 do.	35 1/4 P.
„ fl. 100 Elsb. L. v. 1858.	97 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	35 1/4 P.
1 1/2 pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	119 1/2 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50 G.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2 1/2 pCt. Z.	36 1/2 P.
Badische fl. 50	90 3/8 P.	Vereins-Loose fl. 10.	10 5/8 P.
Badische fl. 35	52 7/8 P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 1/2 G.

Frankfurt, 22. Mai. Die Börse eröffnete in unentschiedener Haltung. Später entwickelte sich in österreich. National und Kreditaktien ziemlich lebhaftes Geschäft zu steigenden Kursen. Süddeutsche Fonds fest und preishaltend. (Synd.)

welche uns im Besitze unserer alten von den Vätern ererbten Rechte bedroht, sich bei seiner apostolischen Majestät eiligst und kräftigst dahin verwenden, daß dem Lande Vorarlberg die Glaubensfreiheit erhalten werde und die Protestanten von der Ansässigmachung bei uns ausgeschlossen bleiben." In den Landgemeinden wird dieser Aufruf von Haus zu Haus zur Unterschrift getragen.

Aus Lemberg, 14. Mai, berichtet die „Brünner Zeitung" von einem sehr eigenthümlichen Mißtrauensvotum, welches ein galizischer Landtagsabgeordneter von seinen Wählern erhalten hat. Als nämlich der ruthenische Bauer Zarowsko aus Busk vom Landtag zurückkam, ohne die Theilung der größtentheils dem Adel gehörenden Wälder und Wiesen durchgesetzt zu haben, wurde er von einer Versammlung seiner Wähler zu 48 Stockstreichen verurtheilt, und der Spruch sogleich vollzogen. Gewiß eine ganz absonderliche konstitutionelle Gewohnheit!

Dänemark.

Die schon erwähnte Antwort des Ministerpräsidenten Hall, welche derselbe auf die ihm am 17. d. M. von den Herren Konferenzrath Madvig, Baron Blixen-Finecke, Prof. Hammerich, Proc. Larsen und Redakteur Ploug überreichte Adresse ertheilte, lautet in ihren Hauptstellen wörtlich, wie folgt: „Ich glaube es als Ueberzeugung der Regierung aussprechen zu können, und aussprechen zu müssen, daß es von dringender Wichtigkeit ist, daß die so lange schon schwebende holsteinische Streitfrage nunmehr ihre Erledigung finde, und daß eine solche, nach den durch so viele mühselige und fruchtlose Bestrebungen gewonnenen Erfahrungen, allein dadurch erlangt werden könne, daß dem Herzogthum Holstein eine selbständigere Stellung verliehen werde, der Art, daß es — ohne irgend einen Eingriff in die verfassungsmäßige Ordnung und Leitung derjenigen Landestheile zu gestatten, welche nicht in irgend einem Verhältnisse zum deutschen Bunde stehen —, Sr. Majestät dem Könige möglich werde, die Forderungen zu erfüllen, die an ihn, als den Herzog von Holstein, gestellt werden, und auf die Allerhöchstderselbe glauben sollte, mit Rücksicht auf die gesammte politische Lage eingehen zu müssen, selbst wenn sie sich durch die deutsche Bundesakte nicht als begründet erweisen. Obgleich die Regierung es als ihre Pflicht betrachten muß, eine solche Entwicklung unseres gesammten Vertheidigungswesens vorzubereiten, daß, wenn ein Kampf abermals ausbrechen sollte, ein kräftiger Widerstand geleistet werden könne, so hat sie doch nicht die Hoffnung aufgegeben, daß es gelingen werde, den Streit auf friedlichem Wege beizulegen und damit das gute Verhältniß zwischen Dänemark und Deutschland wieder herzustellen, welches für beide Theile so natürlich und wünschenswerth ist." (K. Z.)

Kopenhagen, 15. Mai. Am 13. d. M. Abends wurde Maglekilde, das Besitzthum des Barons Dirckinck-Holmfeldt bei Roeskilde, von Volkshaufen überfallen, welche mittels Steinwürfe sämmtliche Fensterscheiben des großen Gebäudes zertrümmerten und viel werthvolles Mobiliar im Innern, so weit dies durch die Fenster erreichbar war, beschädigten. Auf Verlangen des Barons, der gewarnt worden, hatte sich Polizeimannschaft zum Schutze des Gebäudes schon eine halbe Stunde vor dem Erscheinen des ersten Volkshaufens zu Maglekilde eingefunden; nichts desto weniger gelang jenes Attentat, das nach dem Zugeständniß der dänischen Blätter planmäßig organisirt gewesen seyn muß, vollständig. Auch wurde kein einziger der Tumultuanten zur Haft gebracht. (Baron Dirckinck-Holmfeldt hatte mehrere Schriften gegen die dänische Regierung und ihre politische Haltung veröffentlicht, und dadurch den Unwillen ihrer Anhänger wider sich erregt. (Voss. Ztg.)

Frankreich.

Paris, 18. Mai. Wie ich Ihnen schon gestern geschrieben habe, ist man in hiesigen offiziellen Kreisen kaum weniger bestürzt über die Rede des Herzogs von Aumale beim Stiftungsbankett der Londoner literarischen Gesellschaft, als über seine Broschüre. Allen Pariser Journalen wurde Befehl ertheilt, über diese Rede zu schweigen, und der Telegraph brachte dieselbe Weisung nach den Provinzen. Der demokratische „Phare de la Loire" erlaubt sich in dieser Beziehung folgende maliciöse Bemerkung: „Wir vernehmen um 4½ Uhr Abends — sagt er — daß der Herzog von Aumale gestern beim Bankett der Londoner literarischen Gesellschaft eine Rede hielt. Gleichzeitig wurden wir benachrichtigt, daß die französische Presse sich jeder Reproduktion derselben zu enthalten habe." Die „Indep. belge", welche diese Rede erwähnte, wurde nicht ausgegeben. Ueberhaupt ist man betreffs der auswärtigen Blätter längst wieder in das alte Beschlagnahmesystem verfallen. Eine mißliebige Aeußerung über den Kaiser, seine Politik oder seinen Gesundheitszustand, über den Prinzen Napoleon, einen Minister, über Laguerronnière oder den Kredit mobilier — marsch! in den offiziellen Papierkorb. (Fr. Postz.)

Der persischen Regierung sind gezogene Kanonen und anderes Kriegsmaterial aus den französischen Arsenalen verkauft worden.

Spanien.

† Eine Depesche aus Madrid zeigt an, daß Königin Isabella das Dekret unterzeichnet hat, wodurch sie die Einverleibung der bisherigen Republik San Domingo genehmigt. Diese Genehmigung stützt sich auf den einstimmig und frei geäußerten Wunsch der Bevölkerung.

Italien.

Aus Turin meldet man, daß die ungarische Emigration es für den Augenblick aufgegeben hat, einen Aufstand in Ungarn zu begünstigen, und Kossuth soll seiner Partei Befehl ertheilt haben, sich Deak anzuschließen.

Griechenland.

Athen, 11. Mai. Außerordentliche militärische Maßregeln fanden bei Gelegenheit der kirchlichen Feier der Auferstehung statt, und zwar in der Nacht vom Samstag auf den Sonntag, da wenige Stunden früher ein von der Regierung erkauftes Lokalblatt, welches vorher zur Opposition gehört hatte, öffentlich verbrannt worden war. Zwölf Offiziere der Garnison von Nauplia, die an den Volks-Banketten des Nationalfestes Theil genommen, hat der Kriegsminister auf 2—3 Monate in Arrest geschickt; ein Lancier-Rittmeister wurde aus demselben Grunde zur Disposition gestellt. Auch ist sämmtlichen Offizieren der griechischen Armee jede literarische Betheiligung an Journalen, selbst in speziell wissenschaftlichen Dingen, ohne Erlaubniß des Kriegsministerium streng verboten worden.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 20. Mai. Die massenhaften Ausflüge, welche die Münchner jedes Jahr während der Pfingstfeiertage zu machen pflegen, sind heuer durch die rauhe, unfreundliche Witterung vereitelt worden. Während sonst bei warmer, freundlicher Witterung schon am Vorabend vor Pfingsten und am ersten Feiertage früh der Bahnhof förmlich belagert und jeder Zug massenhaft besetzt war, zeigte vorgestern und gestern die Frequenz des Verkehrs gar keine Aenderung. Die Wenigen, welche dennoch die Stadt verließen, um, wie man zu sagen pflegt, eine Luftveränderung vorzunehmen, waren theils durch Regen, theils durch Schnee genöthigt, auf dem Lande dasselbe zu thun, was sie in München hätten thun müssen, nämlich im geheizten Zimmer sitzen. Heute zeigte sich die Witterung etwas günstiger, und dieses Wenige genügte, um Tausende und Tausende nach Großhessellohe zum Kirchweihfest zu locken. 14 Züge gingen von Früh bis Abends nach Hessellohe und jeder war zum Erdrücken besetzt, obwohl mitunter sechzig bis siebenzig Wagen aneinander gereiht waren. Nur selten wird eine solche zahlreiche Menschenmenge auf diesem Platz versammelt gesehen. Alles war besetzt, alle Geschirre waren benützt; Tausende lagerten, da sie einen Platz zum Sitzen nicht mehr erlangen konnten, trotz der kühlen Temperatur und der Feuchtigkeit des Bodens, auf dem grünen Teppich der Natur, sich der größten Heiterkeit hingebend. Um 3¾ Uhr kam I. Maj. die Königin in Begleitung mehrerer Damen und Herren vom Hofgefolge, darunter Hr. Generallieutenant Frhr. v. d. Tann, an und eine Viertelstunde später erschien Se. Maj. der König in Begleitung eines Flügeladjutanten, von Schloß Berg kommend. Die Majestäten wurden auf das Herzlichste bewillkommt. (A. Postz.)

Nürnberg, 21. Mai. In den nächsten Tagen findet hier die Wahl eines II. Bürgermeisters statt, nachdem der bisherige Inhaber dieses Postens, Hr. Hilpert, zurückgetreten ist. (N.K.)

Berlin, 17. Mai. Heute in früher Morgenstunde wurde der in der Wilhelmsstraße Nr. 132 wohnhafte Gefangenwärter Große auf dem Gange der hiesigen Kriminaluntersuchungsgefängnisse von dem achtzehnjährigen in Untersuchungshaft befindlichen frühern Vergolderlehrling Klein angegriffen, zur Erde geworfen und mit seinem eigenen Seitengewehr ermordet. Der Thäter bemächtigte sich hierauf der Gefängnißschlüssel, begab sich mit diesen, nachdem er den Waffenrock des Ermordeten und dessen Seitengewehr angethan, eine Treppe höher und suchte hier durch die Lazarethgefängnisse ins Freie zu entkommen. In demselben Augenblick indessen, in welchem er eine Korridorthür aufschließen wollte, wurde er von einem andern Gefangenaufseher erkannt und festgenommen.

Wiener Blätter berichten: „Der Redacteur des seit Kurzem in Wien erscheinenden „Theaterfreund", Alex. Pann, früher k.

Schulter angesehen wird. Sehr bitter empfinden namentlich alle wackeren Beamten solche Zustände; sie denken an die eilige Entlassung des Herrn Schwarck, dessen bekannte Rede wahrlich jetzt durch die Ereignisse gerechtfertigt ist. Man frägt sich, wo Herr v. Zedlitz bereits hingerathen wäre, wenn das kleine „von" vor seinem Namen fehlte?"

Hannover. Hannover, 19. Mai. Noch einmal scheint Graf Borries und seine Diener alle die alten polizeilich-bureaukratischen Mittel in Anwendung bringen zu wollen, um nach gewissen Richtungen hin die Ueberzeugung zu erhalten, daß sein System nicht so verhaßt sey, wie sämmtliche auswärtigen Blätter laut aussprechen, die „Zeitung für Norddeutschl." täglich andeutet und Hunderte von intelligenten unabhängigen Männern in zahlreichen Erklärungen kund thun. Nachdem die Disziplinaruntersuchungen nicht mehr schrecken, die Entlassung des einige zwanzig Jahre mit Auszeichnung im Obermedizinalkollegium thätigen Bergkommissärs Hildebrand (Viceworthführer unseres Bürgervorsteherkollegium) nicht gefruchtet hat, sind nunmehr einige Tausende Loyalitätsadressen gedruckt und allen Predigern, Schullehrern, Beamten höheren und niederen Ranges mit der Anheimgabe zugesendet worden, sie Allen vorzulegen, die „sich zu loyalen Ansichten und Gefühlen bekennen wollen". Dabei wird behauptet: „die deutschen Regierungen sind zu unserer Vertheidigung gerüstet, und keine Uneinigkeit wird ihre Wehrkraft zersplittern", und es wird als eine Täuschung bezeichnet, wenn von einer tiefgehenden Mißstimmung zwischen Regierung und Volk gesprochen werde. Nebenbei wird unsere Presse eine freie genannt und dann die Verdienste der Regierung um Handel, Gewerbe und Landwirthschaft gepriesen, welche „in allen Staaten anerkannt und fast überall beneidet werden". Hätten wir wirklich eine freie Presse, würde nicht Jeder materiell geschädigt, der seine antiministerielle Meinung laut werden läßt, wo es angeht, lagerte nicht das System der Furcht und Einschüchterung schon Jahre lang auf unserem Lande, wahrlich, man könnte über diese Mittel lächeln, allein so, wie die Sachen stehen, darf es nicht zweifelhaft seyn, aber auch Niemand beirren, daß vielleicht viele abhängige Leute widerwillig ihren Namen unterschreiben; denn je stärker die Zahl der Unterschriften sich erweisen wird, desto erkenntlicher wird man sich gegen den Sammler bezeigen, und das müssen wir der Reaktion bezeugen, sie belohnt nach Kräften ihre Stützen und verfährt rücksichtslos gegen die Gegner. — Durch Reskript des Oberschulkollegs ist den Lehrern im ganzen Lande zur Pflicht gemacht, sich jeder Theilnahme an politischen Demonstrationen zu enthalten. Die Lehrer am hiesigen Lyceum haben darauf den Beschluß gefaßt, sich an der ihnen vorgelegten Loyalitäts-Adresse nicht zu betheiligen. Da diese Ergebenheits-Adresse überhaupt hier am Orte wenig Anklang gefunden, so versucht man es jetzt auf andere Weise. In der Form einer „Gratulations-Adresse zum Geburtstage des Königs", der am 27. Mai gefeiert wird, colportiren ganze Schaaren von Subalternbeamten seit gestern ein Vertrauensvotum für Hrn. v. Borries. Das Schriftstück ist prachtvoll gedruckt, in Maroquin gebunden, beginnt sehr unverfänglich und enthält erst im dritten Absatz die Bitte, der König möge Angesichts der heraufziehenden schweren Zeiten seine jetzigen Räthe, die das Vertrauen des Landes besäßen, nicht entfernen.

Kurhessen. Kassel, 16. Mai. Heute wurde hier die Wahl des Abgeordneten für den Landbezirk Kassel vorgenommen. Alle Wahlmänner der 51 Ortschaften des Kreises waren erschienen. Nach Verlesung des Ministerial-Ausschreibens vom 18. April wurde der vor wenigen Tagen „wegen feindseliger Parteinahme gegen die Staatsregierung" vom Amt suspendirte Bürgermeister Bernhardt zu Rieste mit 45 Stimmen von 51 wiedergewählt. Bei der vorigen Wahl, also vor der Suspension, erhielt Hr. Bernhardt nur 28 Stimmen. Derselbe zählt zu den entschiedensten Vertheidigern der Verfassung von 1831.

Großh. Hessen. Aus Veranlassung der am Abend des 6. Mai in Gießen stattgehabten Auftritte ist von dem dortigen Stadtgericht eine Untersuchung eingeleitet worden, vorläufig gegen 37 Personen. Diese werden beschuldigt, „an einer von Mitgliedern des Nationalvereins veranstalteten Volksversammlung, welche vorher ausdrücklich kreisamtlich verboten worden, theilgenommen zu haben". (Schrecklich!)

Oesterreich. Der „Prager Zeitung" schreibt man aus Wien vom 17. Mai: „Wir hören von höchst bezeichnenden Beglückwünschungsschreiben, welche seit der feierlichen Eröffnung des Reichsraths an den Kaiser gelangt sind. Die Souveräne, die mit dem Ausdruck dieser Wünsche der Stimme ihres Herzens und ihrer Ueberzeugung folgten, sprechen dem Vernehmen nach mit voller Zuversicht von den glücklichen Folgen der mit der Thronrede vollzogenen Eröffnung der konstitutionellen Bahn." Wenn die Nachricht der „Prager Zeitung" auf Wahrheit beruht, ist sie um so dankenswerther, als sich daraus schließen ließe, daß die beglückwünschenden Fürsten dem konstitutionellen Prinzip mit Aufrichtigkeit zugethan sind.

= Wien, 20. Mai. (Privat-Korresp.) Das Interesse an der ungarischen Adreßdebatte ist hier nahezu erstorben, seitdem alle Welt durch die Reden Deak's und Eötvös' ein schlagendes Argument dafür erhalten hat, daß die „Gemäßigten" genau dasselbe wollen, wie die Ultras. Es mag seyn, daß der Deutsch-Oesterreicher in politischen Dingen noch viel zu lernen hat — aber wahrhaftig nicht von den Magyaren. Im Gegentheile haben diese selber leider wenig Staatsklugheit bewiesen, als sie uns auseinandersetzten, wie, sogar nach den Ansichten der Partei Deak-Eötvös, ein ungarischer Kriegsminister bei einem Konflikte am Rhein oder um Triest erst sehr genau werde untersuchen müssen, ob denn hier die Interessen Ungarns mit denjenigen Deutschlands zusammenfielen, und wie es eigentlich wahrscheinlich sey, daß er schließlich finde, Ungarn habe vielmehr mit Napoleon und Viktor Emanuel Hand in Hand zu gehen. Und das soll das Verhältniß gewesen seyn, in dem Ungarn allezeit zu Oesterreich gestanden hat? Ob diese Forderung in Form eines Beschlusses des Landtags, wie Teleki's Partei will, ob in Form einer Adresse, wie Deak und Eötvös wollen, aufgestellt wird, das ist am Ende ganz gleich; die Sache ist immer die nämliche, die lange Debatte über die Form nur Komödie. Die Radikalen geben den Ton an, die Gemäßigten wahren sich nur den Schein, als träten sie selbständig auf. Hat man erst einmal den eigenen Kriegs- und Finanzminister, so werden Deak und Eötvös, ganz wie vor 12 Jahren, sans tambour et trompette abziehen. Daß aber die Deutschen sich darüber den Kopf zerbrechen sollen, ob Ungarn seinen Finanzminister in Form einer Adresse oder eines Beschlusses begehren wird, ist ein eben so einfältiges Ansinnen, als das von Eötvös gestellte, die Regierung müsse diese Forderung bewilligen, weil der finanzielle Dualismus besser sey, als der einheitliche Bankerott. Der Student, der zuerst die Entdeckung machte, daß zwei starke Glas Grog besser seyen, als ein schwaches, hat hier offenbar dem Herrn Baron als Wegweiser vorgeschwebt. Er irrt aber, wenn er sich einbildet, Oesterreich werde der Adresse zugestehen, was es dem Beschlusse verweigert — gleich dem Bauern, welcher einen Mahnbrief seines unter dem Militär befindlichen Sohnes um Geld für flegelhaft erklärte, als der Kantor ihm denselben mit seiner Stierbaßstimme vorlas; aber ganz gerührt wurde über die Höflichkeit seines Sprößlings und das Sümmchen augenblicklich einpackte, als der Organist des Dorfes das Schreiben nochmals im Fisteltone recitirte. — Bei dem von Tage zu Tage widerwärtiger hervortretenden Mangel an jeder Spur moralischen Muthes bei den ungarischen Staatsmännern lauert man hier mit einer gewissen Schadenfreude darauf: wie sich denn diejenigen Magnaten, der Deak'schen Motion gegenüber, benehmen werden, die vor einem halben Jahre nicht nur von den 48er Gesetzen nichts wissen, sondern sogar das Steuer- und Rekrutenbewilligungs-Recht einem aus hundert Mitgliedern bestehenden Reichsrathe in Wien verleihen lassen wollten. Was wird z. B. Graf Emil Dessewfy thun, der zu den Haupturhebern des Oktoberdiploms gehört? Als zuerst das Geschrei nach Reintegrirung der Gesetze von 48 auftauchte, sagte er wörtlich und vor Zeugen: „ein eigener Kriegsminister! das ist so viel, als wenn Frankreich und Rußland Frieden schließen wollen und Einer der Bevollmächtigten die Konferenzen damit eröffnet, daß er als conditio sine qua non die Forderung aufstellt, Artikel I des Vertrages müsse lauten — der casus belli besteht fort." Graf D. sitzt heute im Unterhause, da die ungarische Verfassung kurioser Weise den, durch ihre Geburt zur Magnatentafel gehörigen Cavalieren gestattet, sich auch in die Ständetafel wählen zu lassen. Wird er schweigen? wird er verreisen? wird er reden? Hat auch er ein „Gewissen" à la Deak? oder bildet er wirklich eine hochachtbare Ausnahme inmitten jener Nation, deren oftgepriesene „Einigkeit" ausschließlich darauf beruht, daß sie stets hinter dem ärgsten Schreier herläuft, weil Niemand den Muth hat, gegen eine populäre Albernheit Front zu machen.*) — Aus Feldkirch (Vorarlberg), 18. Mai, wird uns gemeldet: Heute wurde hier von der Kanzel herab zur Unterzeichnung folgenden Aufrufs aufgefordert: „Wir wollen, daß unsere Abgeordneten, denen wir die Wahrung der heiligsten Angelegenheiten des Landes zuversichtlich anvertraut haben, in ernster Würdigung der großen Gefahr,

*) Der gereizte Ton dieses Berichts mag nebenbei auch als Zeugniß der Stimmung dienen, die in Wien gegen die Ungarn herrscht.

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 141.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 23. Mai 1861.

Deutscher Bund.

Der Vorstand des deutschen Nationalvereins hat Folgendes veröffentlicht: „Am 18. Mai versammelte sich der Ausschuß in Frankfurt a/M. Gegenstand der Berathung waren vor allen Dingen die militärischen Interessen Deutschlands. Angesichts der Wechselfälle, welche der gegenwärtige Stand der schleswig-holstein'schen Angelegenheit in Aussicht stellt, wurden die in Hamburg und Bremen eingeleiteten Bestrebungen, zum Behufe des Küstenschutzes eine Flottille von Dampfkanonenbooten für die Nordsee zu schaffen, mit lebhafter Anerkennung begrüßt. Der Ausschuß beschloß, diese Bestrebungen zur nachdrücklichsten Unterstützung den Mitgliedern des Vereins um so dringender zu empfehlen, je weniger eine Aussicht vorhanden ist, daß die Sache des Küstenschutzes von Seiten des Bundestages irgend eine Förderung erhalten werde, so daß die Uferstaaten lediglich auf sich selbst gestellt sind. Der Ausschuß anerkannte dabei die Richtigkeit der in Hamburg und Bremen hervorgetretenen Auffassung, daß ein so wichtiges Unternehmen nur gelingen könne, wenn die organisirten Staatsgewalten, zunächst also die der unmittelbar betheiligten Uferstaaten, die Sache in die Hand nehmen, und daß eine Sammlung von Beiträgen für diesen Zweck bei Privatleuten und Korporationen, wie sie neuerdings im Königreich Sachsen erfolgreich betrieben wird, nur aushülfsweise dort von Bedeutung sey, wo auf eine bereitwillige und ausreichende Unterstützung seitens der Staatsgewalten keine Aussicht ist. Der Ausschuß hielt es für Pflicht nicht nur der Mitglieder des Vereins, sondern überhaupt jedes Patrioten, die ernsteste und aufopferndste Thätigkeit auf diesem Gebiete nicht abhängig zu machen von der offiziellen Mitwirkung der preußischen Regierung bei den hervorgetretenen Bestrebungen in den Nordseestaaten. Man entschied sich für die Ansicht, daß die Staaten an der Nordsee ohne Rücksicht darauf, ob eine formelle Zustimmung der preußischen Regierung oder eine vertragsmäßige Vereinigung mit derselben bereits erfolgt ist, durch den thatkräftigen, wenn auch vorerst lokalen Anfang der Begründung einer deutschen Marine dem übrigen Deutschland ein Beispiel praktischer Entschlossenheit darbieten würden. Ein solches Beispiel werde in ganz Deutschland rasch zu lebhafter Nachfolge anfeuern. Es werde aber auch von Neuem der preuß. Regierung in unmittelbarer Nähe den Entschluß rücken, endlich der unthätigen Politik der sog. freien Hand zu entsagen. Nur durch offene Handlungsweise im nationalen, wie im wohlverstandenen preußischen Interesse wird die preußische Regierung es ermöglichen, daß aus kleinen und vereinzelten Anfängen eine ausreichende deutsche Seemacht geschaffen wird, und es dahin führen, daß hier wie überall für die deutschen Kräfte die so nothwendige einheitliche Leitung gewonnen wird. Demnächst beschloß der Ausschuß als drittes Flugblatt eine von ihm berathene Abhandlung zu veröffentlichen, in welcher die völlige Unbrauchbarkeit der Bundeskriegsverfassung, die Hoffnungslosigkeit der bisher zur Verbesserung derselben eingeschlagenen Wege, von kundiger Feder dargethan, und namentlich auf die politischen Hintergedanken der Würzburger Reformvorschläge hingewiesen ist. Anknüpfend an den Beschluß der Generalversammlung beschloß endlich der Ausschuß, ein von anerkannten militärischen Technikern ausgearbeitetes einfaches Exerzirreglement nebst einem Gutachten über die Organisation von Wehrvereinen durch den Druck zu veröffentlichen." (Zeit.)

Bayern. München, 21. Mai. Der k. Obermedizinalrath Prof. Dr. v. Pfeufer hat aus Anlaß eines Zusatzes des Gesetzgebungsausschusses der Kammer der Abgeordneten zum Polizeistrafgesetze eine geharnischte Abhandlung über Medizinpfuscherei im ärztlichen Intelligenzblatt veröffentlicht und durch Separatabdruck vervielfältigt. Zu dem Art. 112 des Polizeistrafgesetzes, welcher Nichtberechtigten jede Art ärztlicher Hülfe verbietet, wurde nämlich vom Gesetzgebungsausschusse der Zusatz angefügt, daß von Aerzten als unheilbar erklärte Krankheiten von dieser Bestimmung ausgenommen sind. Dr. v. Pfeufer sucht nachzuweisen, daß hiemit der Medizinpfuscherei Thür und Thor geöffnet sey und die Medizinalpolizeigesetzgebung weit hinter das Jahr 1808 zurücktrete. (M. B.)

München, 21. Mai. Se. Maj. der König hat den Bezirksgerichtsassessor L. Baillant in Kaiserslautern zum Landrichter in Obermoschel befördert, den funktionirenden Staatsprokurator-Substituten L. Zöller in Frankenthal zum Assessor an dem Bezirksgerichte daselbst, den Ergänzungsrichter an dem Landgerichte zu Landau, F. Bauer, zum Assessor an dem Bezirksgerichte in Zweibrücken, und den funkt. Staatsprokurator-Substituten Otto Heintz in Kaiserslautern zum Assessor an dem Bezirksgerichte daselbst ernannt; dann dem Bezirksgerichte Kaiserslautern einen Assessor extra statum beigegeben und diese Stelle dem funkt. Staatsprokurator-Substituten F. Serini in Zweibrücken verliehen. (N.M.Z.)

München, 19. Mai. Der Reichsrath Graf v. Maldeghem stellt an die Kammer den Antrag: „es möchten Einleitungen zur Erbauung einer bayerisch-schwäbischen Eisenbahn auf Staatskosten von Günzburg über Mindelheim nach Füssen getroffen und einstweilen die Erbauung einer Bahn von Kempten über Memmingen nach Neu-Ulm ausgesetzt werden", welche, wie der Antragsteller in seinen Motiven erörtert, sowohl eine nördliche Fortsetzung durch das Brenzthal nach Aalen (von da künftig Ellwangen, Crailsheim, Würzburg) als auch die südliche von Füssen über Reutte nach Innsbruck ermöglicht, Fortsetzungen, die für den Weltverkehr von der größten Tragweite werden müßten. (Schw. Merk.)

Preußen. Berlin, 18. Mai. Gleich nach Beendigung der heutigen Parade, während zahllose Menschen den Opernplatz erfüllten, ereignete sich daselbst ein Vorfall, der leicht hätte unangenehme Folgen haben können. Ein berittener Schutzmann hatte nämlich einen alten Mann, wie es hieß, wegen Ruhestörung verhaftet. Die etwas rohe Art, wie er den Mann am Rockkragen neben dem Pferde mitschleppte, erregte den Unwillen des anwesenden Publikum in solchem Grade, daß man mit drohender Miene und lauten Beschwerden den Schutzmann umdrängte und nahe daran war, den Verhafteten mit Gewalt zu befreien, als der gerade vorüberkommende Polizeipräsident, Freiherr von Zedlitz, selbst seine sofortige Freilassung verordnete. — Von anderer Seite geht uns folgende Mittheilung zu: „Bei der Rückkehr des Polizeipräsidenten von der heutigen Parade nach dem Amtsgebäude, Molkenmarkt Nr. 1, folgte demselben eine bedeutende Menschenmenge, die den zu Pferde sitzenden Präsidenten und die ihn begleitenden Schutzmänner umschwärmte und bei dem Eintritt des Ersteren in das Amtsgebäude Geschrei erhob. Berittene Schutzleute zerstreuten hierauf die Menschenmasse." (Frkf. Journ.)

Aus Berlin, 16. Mai, schreibt man der „Südd. Ztg.": „Von hier kann man nur Klagelieder Jeremiä schreiben, Klagelieder, daß unbedeutende Menschen einen Staat allmälig bona fide unterwühlen und gefährden. Ja, wenn es noch ein Fels wäre, über den unsere Entwicklung so schmählich stolperte? Aber es ist eine so unbedeutende Persönlichkeit, wie Herr v. Zedlitz, der so lange gehalten zu werden scheint, bis eine wirkliche strafbare Schuld seinerseits erwiesen ist. Die Regierung hat doch vor Allem Pflichten, die dahin gehen, für die Sicherheit der Hauptstadt zu sorgen. Daß aber die jetzige Polizei alle Autorität in der Stadt verloren, braucht wohl keines Beweises. Dennoch bleibt Herr v. Zedlitz Präsident, weil man ihm kein Unrecht thun und ihn erst entlassen will, wenn sich seine Schuld herausstellen sollte. Nun hat sich aber doch jedenfalls seine Unfähigkeit herausgestellt, und zwar so schneidend, daß er von seinen eigenen Unterbeamten über die

birges an den drei Bittagen zu verschiedenen Zeiten ein überaus harmonisches Geläute in verschiedenen Richtungen gehört haben. So verbürgen Männer von Wort, daß am ersten jener Tage, Montag den 6. früh von 1 — $2\frac{1}{2}$ Uhr dieses Geläute ununterbrochen in nordwestlicher Richtung vernommen wurde; am Dinstag den 7. zwischen 4 — 5 Uhr Abends, und am Mittwoch zwischen 12 bis 1 Uhr Nachmittags in verschiedenen Richtungen. Es wäre interessant, diesem Phänomen weiter nachzuspüren." Auch in Amberg hat man vor ungefähr 14 Tagen Aehnliches vernommen; es waren tiefe, anhaltende Klänge, wie von einer riesigen Aeolsharfe, die ferne her aus Nordwesten kamen, die Zeit zwischen 5 bis 6 Uhr Abends.

Berlin, 19. Mai. Der „B. B.-Z." zufolge ist hier die erfreuliche Nachricht eingelaufen, daß es gelungen ist, die Raubmörder zu entdecken und zu ergreifen, welche in der Nähe von Soldin kürzlich eine ganze aus sechs Personen bestehende Familie ermordet haben, um sie ihrer wenigen Habseligkeiten zu berauben.

Naumburg, 17. Mai. Ich komme noch einmal auf das Unglück in Schkölen zurück. Gestern erfolgte dort das Begräbniß der im Wasser verunglückten Bewohner des Städtchens, Väter, Mütter und Kinder, im Ganzen neun Leichen, die feierlich zu Grabe getragen wurden. Die herbeigeeilte Menschenmenge war so außerordentlich groß, daß sie die Straßen kaum zu fassen vermochten. Die Geistlichen der Umgegend hatten sich in ihrer Amtstracht dem Zuge angeschlossen und fast alle Nachbargemeinden ihre Vertreter gesendet. Der Anblick dieser Reihe von Särgen und der zertrümmerten Häusermassen machte einen überwältigenden Eindruck auf das Gemüth und kein Auge blieb thränenleer. Am gefaßtesten noch benahmen sich die Einwohner des Städtchens selbst; sie litten noch allzu sehr von dem Eindruck einer schmerzlichen Betäubung, welche das Unglück über sie gebracht hatte. Der Wolkenbruch hatte sich unmittelbar über ihren Häuptern niedergesenkt und ehe sie es sich versahen, befanden sie sich in den unteren Stuben bis an den Hals im Wasser. Obschon selbst in Lebensgefahr, wollten besorgte Hausväter ihren im Gehöft spielenden Kindern beispringen, Hausmütter das Vieh in Sicherheit bringen, und wurden bei diesem Vorsatz ein Raub der Fluthen. Massiv gebaute Häuser, die dem Druck des Wassers ausgesetzt waren, stürzten im Nu zusammen. Auf der ganzen Flur ist weder ein Halm noch Strauch oder Baum mehr zu sehen. (D. Allg. Z.)

Haag, 16. Mai. Für die große Lotterie, welche in diesen Tagen zu Gunsten der durch Wassersnoth verunglückten Bewohner unseres Landes gezogen wird, sind ungefähr 218,000 Loose zu einem Gulden abgesetzt, und nicht weniger als 14,000 Preise eingelaufen, worunter sich 400 Gemälde der ersten Künstler des In- und Auslandes befinden.

Neueste Nachrichten.

München, 19. Mai. Der so sehnlich erwartete Abdruck der Döllinger'schen Vorlesungen über den Kirchenstaat wird wohl noch mehrere Wochen auf sich warten lassen, da Döllinger eine eingehende Abhandlung über die ganze Frage ausarbeitet, in welcher er die historischen Thatsachen so viel als möglich allein sprechen lassen will. (A. Z.)

Aus Prag wird gemeldet, daß der Kaiser dem Dr. jur. Wawra, dessen Wahl zum Landtag kassirt werden mußte, sämmtliche rechtliche Folgen seiner kriegsrechtlichen Aburtheilung im Jahre 1849 aus Gnaden nachgesehen, und auch die Rehabilitirung desselben bezüglich der politischen Rechte verfügt habe. (W. C.)

Aus Rom, 11. Mai, schreibt man der „Allg. Ztg.": „Die französische Regierung verfolgt in diesem Augenblick bei dem heil. Stuhl ihre Schritte, von denen sie sehr gut wissen muß, daß sie ohne Erfolg seyn werden. Die Versicherungen des Kaisers Napoleon werden mit dem größten Mißtrauen aufgenommen; der Herzog v. Grammont verhandelt nur mündlich; er macht keine Vorschläge, sondern äußert blos seine Ansichten; er bietet alle möglichen diplomatischen Subtilitäten auf, die aber dem Kirchenoberhaupt gegenüber ganz ungeeignet erscheinen. Man muß übrigens dem Kaiser sowohl als seinem würdigen Diener, dem Herzog, die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß sie durchaus nicht daran denken, ihre Rathschläge angenommen zu sehen. Sie nehmen blos Akt von der Weigerung des hl. Vaters, um dann seiner Zeit einen Vorwand zur Hand zu haben, ihn zu verlassen oder zu verrathen. Es handelt sich jetzt vorzugsweise um die Bestimmung der Grenzen des Patrimonium. Der Herzog v. Grammont ist fortwährend mit der Drohung bereit, die Okkupationstruppen zurückzuziehen. Niemand glaubt aber daran, denn die Franzosen haben im päpstlichen Staat ein ungeheures Material angehäuft, und auch das zurückbehalten, welches den neapolitanischen Truppen bei ihrem Eintritt in die päpstlichen Staaten abgenommen worden war."

Turin, 17. Mai. Die Zustände in Sicilien gestalten sich immer ernster. In Contessa mußte nicht bloß die Nationalgarde, sondern die ganze Bevölkerung entwaffnet werden. Gemeindebeamten wurden entfernt, weil sie mit den Aufgestandenen gemeinsame Sache gemacht. (A. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	—
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$61\frac{5}{8}$ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$54\frac{7}{8}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$48\frac{1}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$40\frac{7}{8}$ G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	88 G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. R. (C. i. R.)	103 G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102 G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$102\frac{3}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	$100\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{5}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	97 G.
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{3}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	104 P. $103\frac{5}{8}$G
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	95 P. $94\frac{3}{4}$ G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$101\frac{3}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{2}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$101\frac{3}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$98\frac{7}{8}$ P.
„	3 pCt. Obl.	$91\frac{1}{2}$ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	49 G.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt. „ „ „	$42\frac{1}{2}$ P.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$99\frac{3}{4}$ P. $\frac{3}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	$109\frac{3}{8}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	647 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$143\frac{1}{2}$ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	183 P. 181 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	$72\frac{1}{2}$ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien	$71\frac{1}{2}$ P.
Internationale Bank in Luxemb.	84 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	315 G. ex D
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	68 P.
Oest. F. St. Elsb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	232 P.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	$121\frac{1}{2}$ P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$74\frac{5}{8}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$21\frac{1}{2}$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt.	133 G.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$99\frac{3}{4}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50\frac{3}{4}$ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	$234\frac{1}{2}$ P. ex C
Span. Handels- u. Industrie	515 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	—
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	104 G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. $100\frac{1}{2}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{1}{2}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$96\frac{3}{8}$ B. $\frac{1}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	$87\frac{3}{4}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{5}{8}$ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	$93\frac{1}{8}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{1}{4}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 3 W.	—
do. in öst. W. l. S.	83 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$80\frac{1}{2}$ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	49 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	63 G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	131 P.
„ fl. 500 v. 1860 u/7	$61\frac{1}{2}$ P.	„ fl. 25 do.	$35\frac{1}{4}$ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$95\frac{3}{4}$ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$35\frac{1}{4}$ P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beil.	$119\frac{1}{2}$ G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	$49\frac{1}{2}$ G.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$36\frac{1}{2}$ P.
Badische fl. 50	$90\frac{3}{8}$ P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{5}{8}$ P.
Badische fl. 35	$53\frac{1}{8}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-Ls	—

Frankfurt, 21. Mai. Für österr. Fonds, Bank- und Kreditaktien zeigte sich Kauflust zu höheren Kursen. Auch Wechsel auf Wien wurden in allen Sichten besser bezahlt. Außerdem keine wesentliche Veränderung. (Synd.)

zum Staatsmann für gerade so ungeeignet halten, wie wir ihn als Schriftsteller, Akademiker und Philosophen hoch schätzen, Baron Eötvös selber ist ein schlagendes Beispiel für die Richtigkeit unserer Behauptung. Während des italienischen Krieges noch vertheidigte er die gemeinsame Behandlung der Gesammtangelegenheiten der österr. Monarchie durch einen Reichsrath. Sehr verständig! aber sobald die Wogen der öffentlichen Meinung in Ungarn höher zu branden begannen, zeigte sich schnell genug, wie wenig sich in Eötvös der Muth des Politikers mit dem Verstande des Denkers paart. Es mußte eine neue Schablone für das Ungarn der Zukunft entworfen werden, damit die Popularität des Barons nicht Schaden nähme, und siehe da, in der Brochure: „Die Sonderstellung Ungarns" stand die Personalunion, wie die Menge sie begehrte, alsbald fix und fertig da. Hand in Hand mit diesem Wechsel der Ueberzeugung geht dann jenes wohlfeile Versteckspielen mit dem eigenen Geiste, das um so unangenehmer berührt bei Männern, die, wie Eötvös und Deak, auf ihre Sittenreinheit zu pochen pflegen, dabei aber vollkommen vergessen, daß Privatmoralität sehr gut neben politischer Charakterlosigkeit bestehen kann."

Wien, 17. Mai. Die Debatten des Pesther Unterhauses wirken deprimirend auf unsere Börse und verstimmend auf unsere Politiker. Obwohl man diesen Verlauf der Verhandlungen voraussehen konnte, nachdem selbst Deak ein Programm aufgestellt hatte, das von jenem Teleki's nicht allzusehr abwich, ist man nun doch überrascht über die Schärfe und Härte der ungarischen Ansichten. Die Anschauungen der überwiegenden Majorität des Reichsraths in Wien und der Pesther Deputirten über die Wechselbeziehungen zwischen Ungarn und den deutsch-slavischen Provinzen und namentlich über den Standpunkt, welchen man bei definitiver Regelung derselben einzunehmen habe, sind so verschieden, daß an kein Kompromiß zwischen den parlamentarischen Körperschaften von Wien und Pesth zu denken ist. Selbst das föderalistische Programm der Slaven im Reichsrathe (die doch wahrlich den Ungarn recht weit entgegengekommen sind, und für die einzelnen Kronländer ein so weites Maß von Selbständigkeit verlangen, daß selbst dieses schon erhebliche Bedenken erregen mußte) bietet keine Grundlage zu einer Verständigung mit den gegenwärtig tagenden Abgeordneten Ungarns. Vorläufig scheint das Ministerium keineswegs zur Nachgiebigkeit geneigt zu seyn: die von Hrn. v. Plener angeordneten Steuereintreibungen haben trotz der Protestationen der Komitate einen besseren Erfolg, als man erwartete, die Opposition der Slaven und Romanen gegen die Magyaren nimmt zu, und manche andere Symptome einer Unzufriedenheit mit dem gegenwärtig herrschenden Zustande ermuntern die Wiener Regierung ebenfalls zu einem nachdrücklichen Vorgehen. Dazu kommt noch, daß die auswärtige Politik sich wider Erwarten günstig gestaltet und die öffentliche Meinung jenseits der Reichsgrenzen dem sich in Wien entwickelnden Konstitutionalismus nicht unfreundlich ist. Freilich ist dieser Konstitutionalismus noch nicht so befestigt, daß die Ansichten eines von der parlamentarischen Majorität getragenen Ministeriums maßgebend sind. Die Opposition, welche die Tyroler Statthalterei auf eigene Faust in der Protestantenfrage gegen das Ministerium und das Patent vom 8. April macht, ist ein deutlicher Beweis, daß die Haus- und Familienpolitik bei uns noch lange nicht erstorben ist. Herr v. Schmerling macht freilich, wie von glaubwürdiger Seite verlautet, an höchster Stelle eindringliche Vorstellungen gegen die Sonderpolitik des Erzherzogs-Statthalters in Innsbruck. Wie die Dinge aber gegenwärtig stehen, ist die Unterordnung der Statthalterei unter das Ministerium noch keineswegs so unbedingt entschieden, daß der Staatsminister darüber ganz beruhigt seyn könnte. (Südd. Z.)

Großbritannien.

„Morning Post" begreift, daß es Frankreich sehr empfindlich sey, Syrien räumen zu müssen; es hätte aber nicht anders handeln können, ohne zu beweisen, daß man ihm nicht trauen könne. Bei der Verlängerung im März habe man Englands Einwilligung erpreßt, jedoch nur unter der ausdrücklichen Bedingung, daß die Räumung zur bestimmten Zeit vollzogen werde. Es sey aber unlogisch und gehässig, wenn Billault behaupte, England übernehme die Verbindlichkeit für die Folgen, weil Frankreich seinen Pflichten nachkomme. Die Unruhen seyen vor Ankunft der Franzosen bereits unterdrückt gewesen und das Land nun genügend besetzt. Die Metzeleien seyen durch die Maroniten und die politische Propaganda Frankreichs entstanden, ohne Frankreich wären sie gar nicht vorgefallen. Nachdem nun Europa erlaubt habe, daß Frankreich auf seinen heißen Wunsch 9 Monate in Syrien geblieben, es nichts zur Beruhigung des Landes gethan, vielmehr viele Unruhen angefacht habe, erscheint Billault als sehr undankbar. Europa wolle nun diese Begünstigung nicht weiter treiben, die Okkupation höre auf und die Unruhen würden sich nicht wiederholen. Aehnlich reden die andern Londoner Zeitungen. Die französischen Blätter sind wüthend über diese Sprache, und selbst das ruhige „Journal des Debats" erklärt, daß die Heftigkeit der englischen Blätter in der syrischen Frage sie anekle; für alle Opfer an Menschen und Geld, die Frankreich gebracht, sey dies ein schlechter Dank.

Italien.

Zum Papst kam neulich der gelehrte Archäolog, der mit Ausgraben in Ostia beauftragt ist, um Geld für seine Arbeiten zu verlangen. „Ich habe nichts Ueberflüssiges," antwortete der heilige Vater, „denken Sie doch daran, daß ich von Almosen lebe. Ach," fuhr er fort, „ich habe vielen Kummer, aber doch auch manchen Trost. Rathen Sie z. B., was in diesem großen Korbe ist. Es sind die Gaben vieler piemontesischen Geistlichen. Sie sind arm, können nichts geben und haben deßhalb das Gelübde gethan, keine silbernen Schuhschnallen mehr zu tragen, sondern sie mir zu schicken." Der Papst öffnete den Korb, und man sah Tausende von silbernen Schnallen, von denen verschiedene Paare seit mehr als zweihundert Jahren sich in den Familien vererbt hatten.

Die sardinische Regierung hat sich nun entschlossen, alle von Garibaldi verliehenen Offizierspatente anzuerkennen, behält sich aber vor, die Untauglichen in Disponibilität zu setzen.

Neapel, 16. Mai. Das Amtsblatt veröffentlicht eine Note des Kultusrathes, wonach am 26. Februar eine geheime Kommission ernannt wurde, um jene geistlichen Orden zu bezeichnen, welche fortzubestehen haben; nach erstattetem Berichte wird das Dekret über jene Klöster erlassen, welche nicht aufzuheben sind, und mit dem Regierungsvorschlag bezüglich der Kirchenkasse der Zentralregierung vorgelegt werden. (W. Bl.)

Rußland und Polen.

Warschau, 14. Mai. Gestern gab es einen kleinen Krawall im hiesigen ersten Gymnasium. Hr. v. Wielopolski ließ einen Theil des großen an den Gymnasialpalast anstoßenden Gartens für seine Wohnung abzäunen. Die Gymnasiasten demolirten den ganzen Zaun, warfen das Holz mit einigen Fässern Kalk ins Wasser, und prügelten einen Polizisten durch, der sie zum Auseinandergehen aufforderte. Die Untersuchung über diese Vorfälle ist angeordnet. (D. Bl.)

Amerika.

New-York, 4. Mai. Der Präsident hat durch eine vom 3. d. M. datirte Proklamation, vorbehaltlich der Zustimmung des Kongresses, noch die folgenden Streitkräfte (außer dem Volkswehraufgebot von 75,000 Mann) aufgeboten: 42,094 Mann Freiwillige, auf 3 Jahre zu verpflichten, 18,000 Mann zum Flottendienst und 10 Regimenter Linie (8 Infanterie-, 1 Kavallerie- und 1 Artillerie-Regiment) von zusammen 22,750 Mann. Das gebe, wenn der Netto-Ertrag des Volkswehraufgebots auf einige 60,000 Mann veranschlagt wird (da mehrere der nördlichen Sklavenstaaten ihre Kontingente verweigert haben), eine Gesammtlandstreitmacht von etwa 125,000 Mann, ungerechnet die reguläre Armee, und mit dieser etwa 140,000 Mann. Dazu kommt dann noch die Seestreitmacht mit etwa 35,000 M., insgesammt also 175,000 M. Doch wird die zuerst aufgebotene Volkswehr nur 3 Monate im Dienst behalten. Das Aufgebot von Freiwilligen übertrifft die bisherigen Aufgebote um das Doppelte oder Dreifache. (Allg. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

München, 18. Mai. In der gestrigen Magistratssitzung wurde bekannt gegeben, daß die Uebergabe der städtischen Feuerlöschanstalt an eine freiwillige Feuerwehr vom k. Staatsministerium nicht genehmigt, dagegen gestattet wird, daß sich daneben eine freiwillige Feuerwehr bilde. (N. M. Z.)

Am 15. ds. Vormittags entleibte sich in Lindau ein Vicekorporal vom 12. Inf.-Reg. mittelst eines Scharfschusses aus seinem Dienstgewehre in Gegenwart mehrerer Soldaten.

Bayreuth, 15. Mai. Gestern hat der neugegründete hiesige Turnverein, welcher bereits mehr als 200 Mitglieder zählt, seine Uebungen festlich eröffnet. (Nürnb. Korr.)

Dem „Amb. Tagbl." schreibt man aus dem Fichtelgebirge: „Es wollen mehrere Bewohner des südlichen Fichtelge-

zeihen und Vergessen nicht in Schwäche ausarten. Und in der Lage, in der wir uns heute befinden, in dieser politischen Lage wäre es ein Unglück, eine Schwäche, auf solche Anträge einzugehen. II. Präsident Dr. Weis erklärt sich gegen beide Anträge, weil sie unrecht und unausführbar seyen. Von allgemeiner Amnestie könne schon gar nicht die Rede seyn, denn es gebe gewisse Leute, die man gar nicht amnestiren soll; es sind diejenigen, welche die Pfalz und das linke Rheinufer an Frankreich verrathen wollen. — Dr. Völk theilte die Ansicht Edels über die Mitschuld der Pfalz, aber Edel hätte die Regierung nicht vergessen sollen. Es solle einmal mit der Vergangenheit abgeschlossen werden, man sollte daher den Antrag nicht kalt, berechnend und herzlos zurückweisen. „Nach der Diskussion, sagte er, welche Sie gehört haben, sollte man sich beinahe entschuldigen, noch ein Wort für den einstimmig gefaßten Antrag Ihnen vorzutragen. Man kommt sich fast vor wie ein Komplice der zu importirenden Hochverräther, wenn man glaubt, Dinge unterstützen zu können, wie sie in den unschuldigen Ausschußanträgen liegen; ja man kommt sich beinahe vor wie ein Ankläger des so wohlwollenden Staatsministerium. Ich erkläre nun, daß man die Importirung des Hochverraths zu fördern nicht die Absicht hatte, und daß man so weniger unserm Staatsministerium irgend ein Mißtrauensvotum geben wollte. Es ist schmerzlich, wenn man bei den guten Intentionen, welche man hat, gleichsam mit solchen Vorwürfen beleidigt wird. Man könnte sich am Ende entschließen, von seinen besten Absichten zurückzutreten, wenn man sich den Vorwurf gefallen lassen muß, daß man aus eitler Popularitätshascherei, und um allenfalls Reden halten zu können, solche Anträge in das Haus bringt, oder befürwortet. Ich weiß, auf wen derartige Dinge gemünzt sind; aber, soweit sie mich angehen, ich kann sie ertragen; ich kann auch stärkere Vorwürfe ertragen, mit dem Bewußtseyn ohne Rücksicht auf solche Vorwürfe redlich und nach bestem Wissen meine Pflicht erfüllt zu haben. Man hat der königl. Staatsregierung, gleichsam auffordernd sich dem Antrag zu widersetzen, zugerufen, es würde Schwäche und Popularitätssucht auch von ihrer Seite verrathen, wenn sie derartigen Anträgen nachgeben würde. Nichts weniger als das. Eine Regierung, welche nach Umständen zu vergessen weiß, zeigt sich nicht als schwach, eine solche Regierung ist stark, stärker als diejenige, welche sich vor ein paar Dutzend zum Tod verurtheilter exilirter Hochverräther fürchtet und Maßregeln gegen dieselben treffen zu müssen glaubt."

Sachsen. Dresden, 17. Mai. Bei Berathung des Budget für das Ministerium des Auswärtigen entspann sich gestern in der 2. Kammer eine lebhafte Debatte über das Postulat von 2000 Thlrn. für eine neu zu schaffende Gesandtschaftsstelle in Hannover. (Wir haben bereits seit längerer Zeit hier einen hannoverischen Gesandten.) Abg. Gehe meinte, Hannover, wo der Grundsatz vom beschränkten Unterthanenverstande herrsche, sey keine geeignete Schule für junge Diplomaten, wie ein anderer Abgeordneter gemeint. Minister v. Beust befürwortete das Postulat und bedauerte die gegen Hannover, vielleicht in Folge augenblicklicher unglücklicher Verhältnisse, herrschende Voreingenommenheit. Hannover sey aber in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit immer am entschiedensten und zuerst eingetreten, wenn sie einzuschlafen drohte.*) Nichts desto weniger wurde das Postulat abgelehnt. Für den deutschen Bund wurden 35,000 Thlr. (12,000 Thlr. mehr als früher) gefordert und bewilligt. Die 12,000 Thlr. sind als Beitrag zum weitern Ausbau der Bundesfestungen Ulm und Rastatt, sowie zu sonstigen außerordentlichen Anschaffungen bestimmt. Abg. Reiche-Eisenstuck will zwar bewilligen, fragt aber, ob die Bundesverwaltungskasse nicht die freiwilligen Beiträge zur Gründung der deutschen Flotte herauszugeben habe, man könnte damit die deutschen Küsten durch Kanonenboote sichern. — Staatsminister v. Beust stützt sich, um die von mehreren Rednern, wie Heyner, Fahnauer &c., angezweifelte Rechtsbeständigkeit des Bundestags zu beweisen, auf eine neulich im preuß. Abgeordnetenhause von einem Minister gemachte Erklärung für diese Rechtsbeständigkeit. Weiter sucht der Minister darzuthun, daß die Bundesakte nie außer Wirksamkeit gesetzt worden sey, daß also der faktische Bestand auch den rechtlichen bedinge. Die Flotte, bemerkte er weiter, hätte der Bundeskasse noch ein Defizit zu decken gegeben (vielleicht die Pensionen für Marinerath Jordan und Flottenauktionator Fischer?). Die Befestigung der Nordseeküste, schon bei der vielfach angefochtenen Würzburger Konferenz angeregt, würde die Regierung erforderlichen Falls nach Kräften fördern. Schließlich wurden die 35,000 Thlr. bewilligt.

*) Deutschland weiß den Werth dieses hannover'schen Eifers nach Gebühr zu würdigen: blinde Schüsse zum Zeitvertreib für die gaffende Menge, sonst nichts!

Oesterreich. Wien, 18. Mai. Den Hörern der Technik ist das Tragen von politischen Abzeichen, wie Kokarden, Bändern &c. untersagt worden. Das Tragen von solchen Abzeichen war in der letzten Zeit ziemlich verbreitet. Nachdem nämlich zuerst die Techniker aus Ungarn mit ungarischen Kokarden geschmückt unter ihren Kollegen erschienen waren, steckten auch die Studenten slavischer Nationalität Kokarden mit den betreffenden Landesfarben auf, und zuletzt tauchten dann auch schwarz-roth-goldene Bänder an den Burschenkappen der deutschen Studenten hervor. (Ostd. P.)

Wien, 14. Mai. Der „Köln. Z." wird von hier geschrieben: „Die Rede Deaks, so ruhig und gemessen sie in Worten und Ausdrücken gehalten ist, verletzt hier deßhalb, weil sie die österr. Interessen nur nebenhin berührt; man fühlt den magyarischen Hochmuth hindurch, der da glaubt, die Welt drehe sich nur um Ungarn, und nur Ungarn müsse befriedigt werden. Deak mußte sich bei seinen Landsleuten gegen den Vorwurf der Feigheit vertheidigen, weil er zur Vorsicht und Mäßigung ermahnt. Aber das österr. Publikum hat Deak, der es ebensowenig wie alle seine Landsleute kennt, nicht in Beachtung gezogen, sonst hätte er gewiß nicht durch seinen Antrag alle Parteien, selbst die separatistischen Polen und die föderalistischen Tschechen, sich entfremdet. Die Kroaten und die Serben erklären ebenfalls, daß Deaks Proposition nicht annehmbar sey, denn sie basirt auf den Gesetzen von 1848, gegen welche sich diese Nationalitäten mit den Waffen erhoben, weil sie dadurch zu politischen Nullen herabgedrückt wurden. Daß die Letzteren auch heute, wenn man sie nur ruhig gewähren läßt, dem Gesammtstaate günstig seyn müssen, darüber kann kaum mehr ein Zweifel herrschen. Deak hatte verlangt, daß die Kroaten nicht gehindert werden, den ungarischen Landtag zu beschicken. Jetzt nun erklären die Kroaten, daß sie an den Wahlakten durch Nichts gehindert würden, als durch die Forderung Deak's, nach welcher die zur Unterdrückung der Nebenländer gegebenen verhaßten Gesetze des Jahres 1848 fortbestehen sollen. Gar zu naiv sey es, wenn Deak sich einbilde, die Kroaten würden zum ungarischen Landtage kommen, so lange dieser auf den Artikeln von 1848 fuße, auf die bloße Hoffnung hin, daß die Magyaren späterhin in eine Revision derselben einwilligen würden. Die Beschlüsse des Karlowitzer Nationalkongresses beweisen, daß die Serben denselben Standpunkt einnehmen."

Wien, 18. Mai. Die hier erscheinende „Ostdeutsche Post" schreibt heute: „Nach Deak hat nunmehr auch Eötvös in der ungarischen Adreßdebatte das Wort ergriffen, natürlich, wie Jedermann, der das innige Verhältniß dieses stets zusammen genannten Dioskurenpaares kennt, voraussehen konnte, durchaus im Sinne der von seinem Freunde gestellten Motion. Reine Personalunion! das ist die einstimmige Losung von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken des Pesther Landtages. Es hat sein Bewenden bei den 1848er Gesetzartikeln, diesem Zwing-Uri einer stockmagyarischen Suprematie, gegen welche Kroaten, Serben und Rumänen sich vor 13 Jahren in den Waffen erhoben! Fiat justitia et pereat mundus! Erst wenn alle Welt, Deutsche und Slaven, Regierung und Volk, Centralisten und Föderalisten durch die kaudinischen Engpässe der völlig unverklausulirten Anerkennung und Verbriefung der 1848er Gesetze und der Personalunion gegangen sind: dann erst wird der ungarische Landtag in seiner angestammten Hochherzigkeit in reifliche Ueberlegung ziehen, ob er nicht doch vielleicht dies eine Mal noch Gnade für Recht ergehen lassen solle. Ganz verblümt — natürlich nur so ganz sub rosa (denn welchen Spektakel würden sonst die Komitatskongregationen erheben? und wie bald könnten die Eljens sich in eine Katzenmusik verwandeln?) ganz verblümt deutet, wie Deak, auch Eötvös an, daß ein solcher Akt staunenswerther Großmuth nicht absolut außer dem Bereiche der Möglichkeit liegt. Wir glauben sogar, im tiefsten Grunde seines Herzens bebt der Baron selber vor den mehr als wahrscheinlichen Konsequenzen einer Annahme der 1848er Gesetze zurück; im Innern zählt er zu den Verständigen, die eine Ausgleichung herbeiführen und ihr manches Opfer bringen möchten, nur nicht das Eine . . . ihre Popularität. Nirgends wird dieser Götze in solchem Maße mit Zittern und Zagen angebetet, wie im Lande der Magyaren. Die mehr als ängstliche Zurückhaltung, mit der auch Männer wie Eötvös und Deak dem Dienste jenes Idols fröhnen, macht es für die schließliche Entscheidung vollkommen gleichgültig, was die „Verständigen" im Stillen denken; denn nie werden sie sich trauen, etwas Anderes laut zu sagen, als die Tagesparole der Masse ist, bei der natürlich die Ultras das große Wort haben. Ob Teleky, ob Deak . . . . es ist wahrhaftig Alles Eins: der Eine wie der Andere ist doch immer nur die Posaune der Dränger in den Komitaten, und eben bloß im Stande, den Ton hinauszulassen, der in dem Instrumente steckt. Baron Eötvös, den wir

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 140.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 22. Mai 1861.

Deutscher Bund.

Karlsruhe, 17. Mai. Dieselbe Feder, welche kürzlich in der „Karlsr. Ztg." den Protest gegen die Würzburger militärischen Plane erließ, bespricht heute in diesem Blatt aus Anlaß des jüngsten Rechenschaftsberichts des Nationalvereins die Tendenzen desselben in anerkennender Weise, jedoch nicht ohne sich kritisch gegen sie zu verhalten. Die Hauptsätze dieses Artikels, der dadurch eine besondere Bedeutung erhält, weil er in dem halbamtlichen Blatt erscheint, sind folgende: „Die Verwirklichung unserer nationalen Einigung ist, das wird von keinem unbefangenen Beobachter in Abrede gestellt werden können, von unserem Volke als seine nächste und höchste sittliche Aufgabe erkannt worden. Nur daraus, daß der Nationalverein dieser geistigen Strömung entgegenzukommen und ihr einen Ausdruck zu geben verstand, ist seine rasche Verbreitung auch unter Solchen zu erklären, welche mit der spezifischen Form, in welcher er den allgemeinen Gedanken der deutschen Einigung ausführen will, nichts weniger als harmoniren. Damit ist die Stärke und zugleich die Schwäche des Vereins bezeichnet. Seinem allgemeinen Gedanken einer Einigung aller nationalen Kräfte in fester politisch-brauchbarer Form gehört das Herz unseres ganzen Volkes; die Frage über diese Form selbst ist für die Mehrheit noch eine offene." Ueber den Gedanken, eine deutsche National-Versammlung zu berufen, wird gesagt: „Wir glauben, daß dieser Plan, heute mit ernstester Hingebung von Preußen versucht, dennoch scheitern, und die Gefahren, die zu beschwören er bestimmt wäre, nur zum Höhepunkt treiben würde." Der Nationalverein sey auf die „rein geistige Arbeit" hingewiesen, den Gedanken der nationalen Einigung zu pflegen und zu kräftigen. „Zentralgewalt und Parlament, so verführerisch der Klang dieser Worte in vielen Ohren klingen mag, bezeichnen doch zu allgemeine Begriffe. Wir wollen innerhalb des großen Ganzen die Einzelstaaten als solche erhalten wissen, das Verhältniß des Ganzen zu seinen Theilen bedarf also einer klaren Bestimmung. Der Zauber jener Formel wird dadurch bei ihren Anhängern nichts verlieren, der Schrecken aber, welchen sie auf Andere übt, gemildert und allmälig beseitigt werden." Das Programm könne hier, „ganz im Gegensatz zur 49er Verfassung", nur lauten: „Beschränkung der Zentralgewalt auf das schlechthin Unentbehrliche; innerhalb dieses Gebietes aber für die Zentralgewalt nicht blos formale Rechte, sondern volle materielle Macht." *)

Bayern. München, 20. Mai. Se. Maj. der König hat den Rath der k. Regierungsfinanzkammer der Pfalz, Fr. Bertram, in gleicher Eigenschaft, auf Ansuchen, zur Regierungsfinanzkammer der Oberpfalz versetzt; die kath. Pfarrei Loitzendorf, Ldg. Mitterfels, dem Pfarrer zu Elisabethszell, des gen. Ldg., Priester A. Artmann, das Ineuratbenefizium Pattendorf, Ldg. Rottenburg, dem Kooperator in Rottenburg, Ldg. gl. Namens, Priester L. Seger, übertragen; die kath. Pfarrei Baisweil, k. Ldg. Kaufbeuern, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 1081 fl. in Erledigung gekommen. (N.M.Z.)

(Dienstes-Nachrichten der k. Verkehrs-Anstalten.) Ernannt wurden: Zu Assistenten: die Accessisten und geprüften Rechtspraktikanten Seb. Fidler in Landau i. d. Pf. und Leonh. Lutzenberger in Salzburg; zu Oberamts- und beziehungsweise zum ersten Stationsmeister der zweite Stationsmeister J. Hörger in Augsburg und der Stationsmeister A. Melzner in Hof. Versetzt wurden: Die Assistenten W. Kohler von Landau i. d. Pf. nach Kaiserslautern, A. Then von Lichtenfels zum Rechnungs- und Revisions-Bureau und H. Wunderle von Augsburg nach Kempten. (Verordnungsbl.)

Aus der Debatte über Müller's Amnestie-Antrag, der von der 2. Kammer bekanntlich abgelehnt wurde, tragen wir noch Folgendes nach. Prof. Edel bemerkte: Könne man auch der gegenwärtigen Verwaltung nicht vorwerfen, mit der Begnadigung gekargt zu haben, so müsse er doch für den Ausschußantrag stimmen, weil er gehört, daß die Amnestie in der Pfalz den besten Eindruck machen würde. Die Pfalz sey an der Empörung von 1849 mitschuldig, moralisch aber auch alle jene, die nicht gethan haben, was sie hätten thun sollen, um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Wer in Zeiten der Aufregung nicht Partei ergreife, sey kein rechter Mann und darum seyen an der Pfälzer Empörung alle mitschuldig, welche die Verfassung nicht allein oder mit Andern vertheidigt haben. Damm (ein Pfälzer) bemerkt: Wer begnadigt werden will, der solle sich an die Krone wenden; wer das nicht kann, wer den Thron nicht um Verzeihung bitten kann, dem sey nicht zu helfen. Leider sey es seit dem versöhnenden Worte des Justizministers im Jahre 1859 vorgekommen, daß Leuten Gelegenheit geboten war, die Begnadigung nachzusuchen und die Antwort war: „An den König richten wir uns nicht!" Frhr. v. Lerchenfeld: „Milde, Versöhnung und Vergessen, das sind dankbare Themate, aber es gibt auch Zeiten, wo man darauf verzichten muß, und Umstände, unter denen man daran nicht denken kann. Wir leben jetzt wieder in einer Zeit, wo die Regierungen, wenn auch nicht ganz, doch so ziemlich vogelfrei gelten, wo Jeder Patriot ist, der mit frevelnder Hand sich gegen die gesetzliche Ordnung erhebt, in einer Zeit, wo der Hochverräther sich der Sympathie von halb Europa erfreut; das sind meiner Ansicht nach gerade keine Gründe, um übermäßig Nachsicht da zu üben, wo es sich um politische Verbrecher handelt. Ich bin durchaus nicht derjenige, der Steine auf Jeden wirft, der an einer politischen Bewegung sich betheiligt und dadurch die Schranken des Gesetzes überschreitet; ich kann mir die Lage solcher Männer recht wohl denken, ich habe selbst Bekannte und Freunde unter den Opfern der Jahre 1848 und 1849, Männer, vor denen ich noch heute die größte Hochachtung habe. ... Aber nicht alle sind in dieser Lage und es ist bekannt, daß in London, Paris und Italien sich förmliche Fabriken befinden, wo der Hochverrath zur Ausfuhr fabrizirt wird, wo mit dem Geld unserer Erbfeinde Verräther geworben, bezahlt und ausgerüstet, über ganz Europa verbreitet werden! Wie soll man da ausscheiden und sagen, welche von den Flüchtlingen der Amnestie würdig sind und welche nicht? Können Sie ein Amnestiegesetz machen, welches mit einer Namensliste anfängt? Ich habe noch kein solches gesehen. Man spricht von Mitleid, das ist recht schön, auch ich fühle Mitleid mit Unglücklichen, aber es gibt noch andere Leute, die vor Allen Anspruch auf unser Mitgefühl haben, und das sind diejenigen, die die Bahn der gesetzlichen Ordnung nicht verlassen haben und die vor Allen ein Recht auf Schutz, Garantie der Aufrechthaltung der Rechtsordnung im Staate haben. Denen ist man Schutz zunächst schuldig, und ich würde es für eine Pflichtvergessenheit der Regierung halten, wenn sie aus übertriebener Sucht nach Popularität diejenigen Garantien der öffentlichen Ordnung preisgeben würde, die für dieselbe unumgänglich nothwendig sind. Denjenigen, die nur zurückkehren würden, um bei uns Meutereien anzuzetteln mit dem Geld unserer Feinde, werde ich nicht die Hand bieten, denjenigen aber, welche das Bedürfniß fühlen, sich mit dem Gesetze ihres Vaterlandes wieder auszusöhnen, ist noch in keinem Falle die Begnadigung verweigert. Dr. Ruland achtet das Gefühl, aus welchem der Antrag hervorgegangen, nämlich das Gefühl des Mitleids, allein es gibt auch ein ganz anderes Gefühl, das Gefühl für das Wohl des Staates. „Verzeihen und vergessen", diese Worte habe er auch schon im Jahre 1849 in diesem Hause ausgesprochen, habe aber auch beigesetzt: es dürfe das Ver-

---

*) Zu Letzterem aber will sich der Partikularismus durchaus nicht verstehen. Ja, wenn die Zentralgewalt Schutz und Ansehen nach Außen geben könnte, ohne daß ihr die Einzelstaaten etwas von ihren Machtbefugnissen abtreten, dann wäre es schon recht. Aber wirkliche Opfer bringen um der Einheit willen, das dünkt gar zu hart.

dem niedriger gelegenen bayerischen Regierungsbezirke Schwaben und Neuburg die Mortalität 40 pCt. beträgt. Es sind vielmehr, glaubt Vogt, die mittelalterlichen gewerblichen Zustände Bayerns, der Umstand, daß ein junger Mann in den Jahren seiner Thatkraft in der Regel keinen häuslichen Heerd sich gründen kann, welcher die große Zahl der unehelichen Geburten und die bedeutende Sterblichkeit unter diesen Kindern zur Folge hat. Denn in der Regel werden diese unglücklichen Geschöpfe der Pflege der Mutter entzogen und fremden Personen anvertraut, die aus Gewinnsucht die zarten Geschöpfe übernehmen, die doch der Liebe und Sorgfalt, besonders im ersten Lebensjahre so sehr bedürfen.

(Augsb. Abdz.)

Wir müssen noch einmal auf den Dawison-Heller'schen Ehrenhandel zurückkommen und die Aufmerksamkeit unserer Leser auf eine Erklärung des Herrn Dr. Eberstein lenken, die sich in der „Köln. Ztg." findet. Dieser, der Bevollmächtigte des Dr. Heller, erzählt, Hr. Dawison habe sein Ehrenwort gegeben, er werde sich zu der angegebenen Zeit duelliren. Dann heißt es weiter: „Am 18. April, d. h. gleichzeitig mit der für mich bestimmten ostensiblen Erklärung, daß er seiner Verpflichtung gegen Herrn Dr. Heller genügen werde, hatte Herr Dawison an einen hiesigen Freund ein vertrauliches Schreiben gerichtet, in welchem er es offen aussprach, daß er nicht daran denke, im Ernste der Forderung des Hrn. Dr. Heller sich stellen zu wollen. Es ist mir vergönnt gewesen, in diesen Brief mit eigenen Augen Einsicht zu nehmen. Herr B. (der Sekundant des Herrn Dawison), heißt es darin, nehme die Sache natürlich für Ernst: „Ihnen aber," fährt darauf das Schreiben fort, „Ihnen und dem guten E. gegenüber brauche ich nicht Komödie zu spielen." Am Schluß fügt Hr. Dr. Eberstein hinzu: „Herr Dawison hat also von Anfang an nur Komödie gespielt, Komödie mit seinem — Ehrenworte!"

Zürich, 15. Mai. Ueber das furchtbare Brandunglück in Glarus, das um so schauerlicher ist, je plötzlicher und augenblicklicher der malerische Flecken am Fuße des Glärnisch in einen Schutthaufen verwandelt wurde, mögen noch einige Einzelnheiten beigefügt werden. Wie furchtbar schnell das Feuermeer sich verbreitete, geht aus folgender schrecklichen Episode hervor: Sechs Personen eilten, dürftig bekleidet, aus ihrem brennenden Hause. Sie gerathen, in der gräßlichen Aufregung, in eine Sackgasse; im Nu brennt die ganze Sackgasse; sie kehren um, da kommt ihnen ~~Feuer entgegen, die Straße scheint zu brennen. Sie enteilen~~ in ein Haus, wollen durch den Hof in's Freie, aber eine hohe Mauer schließt sie auch ~~hier~~ ein. Die unglücklichen Sechs haben keine andere Wahl, als in dem Hof in das Becken eines Brunnens zu flüchten, in dem sie drei entsetzliche Stunden zubringen müssen, bis Alles um sie herum zu Asche gebrannt ist. In dem Brunnen müssen sie von Zeit zu Zeit untertauchen, um nicht versengt zu werden, und nach ihrer Rettung erschienen ihre Köpfe, wie ein Augenzeuge mittheilt, „wie gesotten". Anfänglich flohen die meisten der unglücklichen Einwohner auf den Kirchhof, dort hielten sie ihr Leben wenigstens für geborgen; da schleudert der rasende Föhn mit einem Male Feuersäulen auf die Stätte des Friedens; entsetzt werfen sich die Menschen auf die Erde, betend und jammernd glauben die Aermsten, das jüngste Gericht sey über sie hereingebrochen. So entsetzlich und haarsträubend aber die Berichte über die furchtbare Katastrophe sind, so erhebend und rührend sind die Beweise der aufopfernden Liebe, mit der man in der ganzen Schweiz dem braven Glarner Völkchen beispringt. Der Bundesrath hat eine Masse Kleidungsstücke, welche während des Preußenkonfliktes für die Armee angefertigt worden waren, nach Glarus geschickt. Der Regierungsrath von Bern hat sofort 10,000 Frcs. zur Linderung der größten Noth nach Glarus gesendet und verlangt zu dem gleichen Zweck von dem großen Rath noch 20,000 Frcs.; außerdem hat er zu Gunsten der Brandbeschädigten auf Pfingstsonntag eine allgemeine Kirchensteuersammlung im ganzen Kanton angeordnet. Die Regierungen von Zürich, Aarau, St. Gallen, Schaffhausen und Basel dekretirten ähnliche Maßregeln. Alle übrigen Regierungen der Schweiz werden folgen. Die größeren Städte des Landes haben bereits in der umfassendsten und großartigsten Weise die Hilfleistungen organisirt.

Literarisches. „Wörterbuch der deutschen Sprache", von Dr. Dan. Sanders. (Leipzig, Verlag von O. Wigand). Von diesem Werk, das bereits einmal in diesen Blättern erwähnt wurde, ist nunmehr der I. Band, die Buchstaben A bis K umfassend, vollendet, und es ist nunmehr möglich, an einer größeren Abtheilung dieser mühevollen Arbeit zu erkennen, wie der Verfasser seinen Stoff behandelt und in welcher Art er die Aufgabe, die er sich stellte, zu lösen unternimmt. Diese Aufgabe besteht darin, für den praktischen Handgebrauch des gebildeten Mannes ein gediegenes und möglichst vollständiges Wörterbuch der hochdeutschen Sprache in ihrer heutigen Entwicklung herzustellen, und diese Aufgabe hat der Verfasser in der uns bis jetzt vorliegenden ersten Hälfte seiner Arbeit in sehr befriedigender Weise gelöst. Was das Grimm'sche Lexikon gerade für den Handgebrauch ungeschickt macht, die Weitschweifigkeit, die Masse des gelehrten Apparats und die dadurch herbeigeführte Schwerfälligkeit und der allzugroße Umfang — das ist bei diesem Werk glücklich vermieden; in zwei starke Bände ist der gesammte reiche Stoff zusammengedrängt. Dies wurde ermöglicht theils durch eine sehr bündige, Alles entbehrliche Beiwerk abschneidende Behandlung der einzelnen Artikel, durch die zweckmäßige Anordnung derselben, indem die zu einem Grundwort gehörigen Bildungen, namentlich auch die Zusammensetzungen, zu demselben herangezogen und mit demselben zusammen behandelt werden, endlich durch den ökonomischen Druck, der, bei aller Uebersichtlichkeit und Deutlichkeit, so kompreß gehalten ist, als es sich nur thun läßt. Daß unter diesem Bemühen, mit einem möglichst kleinen Raum auszureichen, die Gründlichkeit nicht gelitten hat, davon mag sich leicht Jeder überzeugen, wenn er nur etliche der bedeutenderen Artikel an beliebiger Stelle aufschlagen und prüfend durchlesen will. Neben gediegener philologischer Bildung bekundet die Arbeit, namentlich auch in den Citaten, einen seltenen Fleiß und die Gabe, schlagende Belege mit richtigem Takt herauszufinden. Eine Eigenschaft, welche das Werk noch besonders brauchbar macht, ist die Verständlichkeit, welche bei aller Kürze das Bedeutsame stets hervorzuheben und in's rechte Licht zu setzen weiß. Endlich verdient noch erwähnt zu werden, daß es an Wörtern weit reichhaltiger ist, als alle bisherigen in dies Fach einschlagenden Werke. Daß es demungeachtet noch nicht vollständig im strengen Sinn des Wortes ist, kann uns nicht Wunder nehmen; der Verfasser ist offen genug, dies selbst zu bekennen, und ersucht deßhalb alle Befähigten, ihm die Mängel, die sie entdecken, mitzutheilen, damit das Werk immer vollendeter und somit würdiger der Sprache erscheine, die seinen Inhalt bildet.

Handels- und Börsenberichte.

Frankfurter Börse (vom 13. bis 18. Mai).

Samstag. Wenn wir schon in unserm letzten Bericht konstatiren konnten, dass sich ein allgemeines Zutrauen zu den politischen Konstellationen überhaupt und zu den österr. Verhältnissen insbesondere eingestellt habe, und dass Privaten sowohl als Spekulanten als Käufer auftreten, so gilt dies in viel grösserem Masstabe von den verflossenen acht Tagen. Es ging ausserordentlich wild her; Frankfurt war wieder das Eldorado für Süddeutschland, das nur glaubte, kaufen zu können, um alsbald einen guten Profit einzustecken. Das Hauptaugenmerk war natürlich auf Wien gerichtet, wo der Kurs auf London bis 137 fiel. Freilich liess sich nicht ermitteln, ob das Steigen der Wiener Börse der eigenen Kraft des Platzes zuzuschreiben oder vielmehr das Resultat der enormen Ordres vom Ausland war. Der letztere Umstand mag wohl den Hauptfaktor abgegeben haben. Das Geschäft beschränkte sich beinahe allein auf österr. Effekten, mit geringer Ausnahme blieben andre Effekten gänzlich unbeachtet. — Einer solchen Ueberstürzung musste die Reaktion nachfolgen, die bereits am Mittwoch eintrat, und, nachdem man am Donnerstag wieder etwas auffacken wollte, bis heute erhebliche Fortschritte machte. Und so schliessen wir die Woche mit nur wenig höheren Kursen als wir die vorige verliessen, und da neue Enttäuschung eingetreten, mit ungünstigeren Aussichten als vor acht Tagen, wo Alles nur Hausse witterte.

Süddeutsche Fonds behalten die unerschütterliche Prärogative der Festigkeit, sie stehen so hoch wie erste Hypotheken und entziehen sich daher spekulativen Haussebestrebungen, aber ebenso widerstehen sie der Baisse, die andere Effekten hinunterreisst. Einzelne Kategorien fehlen gänzlich. Die Kapitalanlagen wenden sich daher auch andern Gattungen zu, insbesondere beliebt werden $4\frac{1}{2}$ pCt. Belgische, welche mit $99\frac{1}{2}$ noch sehr billig sind und in der Sicherheit gegen kein anderes Land zurückstehen, da, wie wir bereits öfter ausgeführt, die Schuld beinahe gänzlich durch den Eisenbahnbesitz des Staates gedeckt ist, welcher eine stets zunehmende beträchtliche Rente abwirft. In sardinischen und toskanischen Oblig. haben Abschlüsse seit Jahr und Tag aufgehört.

Von Looseffekten erfuhren die österreichischen einen Rückgang von 3 bis 4 pCt., so dass sie wieder auf den vorwöchentlichen Stand retirirt sind. Süddeutsche Loose unverändert.

Von Kreditaktien machten die österreichischen am Dinstag in dulci jubilo einen Sprung von beinahe 10 fl., um heute auf den Stand von 140 zurückzufallen. Die Kontremine ist über Nacht wieder auferstanden. Darmstädter brachten es am gleichen Tage bis 186, haben aber nicht minder den Rückgang bis 180 angetreten. Der Beschluss der Generalversammlung, bei 70 pCt. neue zwei neue Millionen anzukaufen, gewährt ihnen eine sichere Lehne.

Von Eisenbahn-Aktien haben hessische Ludwigsbahn 2 pCt. gewonnen. Berlin ist anhaltend Käufer dafür, obschon derjenige Grund, welcher in der bereits definitiv ertheilten Konzession der linksmainischen Bahn als Hauptmoment der Hausse benutzt wurde, wie wir bereits vor 14 Tagen an diesem Orte erwähnten, als ein dermalen noch verfrühter bezeichnet werden muss. Pfälzische Bahnen fest. Oesterr. Westbahn hat die im Lauf der Woche gewonnene Avance wieder eingebüsst und schliesst kaum höher als vor acht Tagen. Bayerische Ostbahnen unverändert. Erst die Fertigstellung der böhmischen Westbahn einerseits und anderseits der Anschluss der Odenwaldbahn wird ihnen neues Leben einhauchen und sie kräftig noch vorwärts treiben. Rhein-Nahe wieder im Sinken. — Sämmtliche Prioritäten fest und hoch gehalten.

Die Erhöhung des Disconto in London auf 6 pCt. hat vortheilhaft auf den Kurs dieser Devise eingewirkt und es zeigte sich grosse Nachfrage bis $118\frac{1}{2}$. Auch für Paris zeigt sich mehr Begehr und es wurde in Posten zu $93\frac{3}{8}$ vom Markte genommen. In langen preussischen Wechseln und in Hamburger bedeutende Geschäfte, dagegen kurze Sicht mehr am Markt. Wiener bereits bis 86 hinauf, ist wieder auf $81\frac{3}{4}$ zurückgewichen. (Akt.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

ten des Hauses mit Bravorufen aufgenommen. All das trägt dazu bei, daß die Föderalisten den drohenden und trotzigen Ton aufgeben und sich wieder auf freundlichen und kordialen Fuß mit den Centralisten stellen; nicht wenig hat hierzu auch das Bekanntwerden des Deak'schen Adresse-Entwurfs beigetragen, der den Deutschen wie den Slaven als ein Absagebrief erscheint. Magyarische Stimmführer, welche hier bei den Czechen, Polen, Kroaten und Dalmatinern Besuche machten, haben über die Haltung ihres Landes und ihrer Nation nichts Erfreuliches gehört; die Einen bekämpfen die Idee des Dualismus im Reiche, die Andern das Vorherrschen der Magyaren über die andern Nationalitäten, wie es die ungarische Gesetzgebung von 1848 dekretirt. Daß man aber dem Deak'schen Vortrag und den Berathungen und Beschlüssen des Pesther Landtages keine bedrohliche Wichtigkeit beilegt, ist schon aus dem Umstande zu entnehmen, daß sich beide Häuser des Reichsraths bis zu Ende dieses Monats vertagten; man wird die Magyaren debattiren lassen, aber ihre Beschlüsse werden dem österreichischen Reichsrathe vorgelegt werden, damit dieser selbst erkenne, was das Bruderland und Brudervolk sinne und verlange. (Allg. Ztg.)

= Pesth, 16. Mai. (Privat-Korresp.) Die Borsoder Komitats-Kommission hat jeden für einen Vaterlandsverräther erklärt, welcher etwas von dem, in Folge der kais. Steuereintreibung konfiszirten Gute kaufe. Auch sey jeder Käufer zur Rückerstattung verpflichtet, von welcher Verpflichtung die k. k. Finanzbeamten nicht ausgenommen seyen. Die durch die Steuerexekution Beschädigten sollen aus der Komitatskasse schadlos gehalten werden. (Das ist noch das Beste bei diesem unsinnigen Wirrwarr; die Komitats-Kommission könnte die Sache noch einfacher machen, wenn sie gleich von vornherein die Steuern aus der Komitatskasse entrichten wollte und sie sich von den Steuerpflichtigen wieder vergüten ließe. Es käme doch auf Eins hinaus und wäre wohlfeiler.) — Das Vesprimer Komitat hat die Ortsrichter angewiesen, nur die Anweisungen der „konstitutionellen" (d. h. ungarischen) Behörden zu erfüllen, nachdem die k. k. Militärbehörde den Befehl zur Abstellung der Urlauber erlassen hatte.

Rußland und Polen.

Nach zuverlässigen Berichten aus Warschau ist die russische Regierung ernstlich entschlossen, die Robotfrage im Königreich Polen zu einer schnellen Lösung zu bringen. Ihre Absicht war, die Robot (Frohndienst) bereits vom 15. Mai an abzuschaffen und an die Selle eine Geldabgabe zu setzen. Den Bauern sollte freistehen, statt der Robot 7½ Kopeken (= 2½ Sgr.) auf den Tag für einen Mann und 20 Kopeken (= 6 Sgr. 8 Pf.) für einen Mann mit Zugvieh so lange zu zahlen, bis auf Grundlage dieser Sätze eine vollständige Ablösung der Robotverpflichtung eingetreten ist. Getreu seinen Traditionen sträubt sich aber der polnische Adel gegen diese Maßregel. Eine aus Grundbesitzern gebildete Kommission hat in ihrem von der Regierung geforderten Gutachten ihre Bedenken geltend gemacht. Sie fordert zunächst eine Erhöhung der Geldleistungen. Sie behaupten dann, daß sie für dieses Jahr nicht mehr im Stande seyen, die Robotbauern durch freie Arbeiter zu ersetzen und sich die nöthigen Arbeitskräfte für die Ernte zu verschaffen. Im Uebrigen sieht man aus dieser Haltung des grundbesitzenden Adels, was es mit den pomphaften Beschlüssen des landwirthschaftlichen Vereins zum Behuf der sofortigen Befreiung des Bauernstandes endlich auf sich hatte. Die polnische Aristokratie pflegt sich heute wie 1791, 1807, 1831 mit der Emanzipation des Bauernstandes zu beschäftigen, wenn es gilt, durch allgemeine Versprechungen die Volksmassen in revolutionäre Bewegung zu setzen, aber niemals hat sie sich willig gezeigt, diese Versprechungen praktisch ins Leben zu führen. Diesmal wird sie nun durch den Willen des Kaisers gezwungen werden. Die Aufstände der polnischen Bauern gegen ihre Gutsbesitzer, die in den letzten Wochen nur durch rasche Hülfe der russischen Truppen erstickt wurden, haben übrigens hinreichend bewiesen, daß der polnische Bauer die Verbesserung seines Looses nicht von dem Edelmann erwartet. An diesem Punkte wird die russische Regierung die sicherste Handhabe gewinnen, um die Masse des Landvolks von dem Adel loszulösen und an sich zu fesseln. (Zeit.)

Die Pensionirung von 57 Generalen hat anfangs viel Aufsehen erregt, weil man in derselben den Vorboten eines nahen Krieges erblicken wollte. Da aber mittlerweile zum Ersatz nur wenige neue Ernennungen erfolgt sind, so kann man der Sache nur die Bedeutung einer Verwaltungsmaßregel beilegen.

Amerika.

Nachrichten aus New-York vom 4. Mai melden, daß Präsident Lincoln 42,000 Freiwillige unter die Waffen gerufen hat. West-Virginien hat ihm sein treues Festhalten an der Union angezeigt.

Ueber die San-Domingo-Angelegenheit, die für Europa ziemlich unerwartet gekommen ist, und deren innere Triebfedern beim Eintreffen der ersten Nachrichten von Wenigen gekannt waren, enthalten die Blätter und Korrespondenzen aus Amerika allmälig Näheres. Faßt man Alles, was über das Ereigniß hin- und hergesprochen wird, zusammen, so ist so viel gewiß: San Domingo hat seit der Trennung von Hayti nie mehr zu Athem, d. h. zu einer ruhigen staatlichen Entwicklung kommen können, weil kein Jahr verging, an dem nicht zur See oder zu Land von hayti'scher Seite Einfälle gemacht wurden oder wenigstens drohten. Sie führten zwar nie zu einem Resultat, aber sie nöthigten doch die Dominikaner zur fortdauernden Aufstellung einer unverhältnißmäßigen Militärmacht, und bei dem dünn bevölkerten Lande zur Abziehung des rüstigsten und kräftigsten Theiles der Bevölkerung von Ackerbau und Industrie. Unter diesen Umständen hatten sich die Dominikaner mehrmals aber immer vergeblich an die Vereinigten Staaten um deren Schutz gewendet. Die Regierung der Union schloß auch endlich im Jahre 1854 einen Freundschafts- und Schifffahrts-Vertrag mit ihnen ab, aber die Ratifikation des Senats in Washington wurde diesem Vertrag nicht ertheilt, weil einmal England und Frankreich einige Einsprachen erhoben hatten, und wohl noch mehr wegen des Racenvorurtheils, denn der größte Theil der Bevölkerung ist eine frei mulattische, und diese Republik wurde hier immer als ein „Niggerstaat" angesehen. So wurde San Domingo noch mehr in die oben geschilderten Wirrnisse zurückgeworfen. Als nun nach dem Sturz von Baez die Uebertragung der präsidentschaftlichen Würde an Santana erfolgte, und damit das spanische, nicht der Intelligenz wohl aber der Zahl nach, dem mulattischen sehr untergeordnete Element zur Herrschaft gekommen war, wurden besonders auf die Anregung der Gebrüder Alfau, deren einer Obergeneral, der andere Vizepräsident der Republik, und die mit Santana die einflußreichsten Persönlichkeiten waren, die Unterhandlungen mit dem Madrider Kabinet angeknüpft, welche bei der jetzigen Lähmung der Vereinigten Staaten bald das bekannte Resultat hatten. (A. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

München, 14. Mai. Ueber die unehelichen Geburten und die Kindersterblichkeit in Bayern im Verhältniß zur Gewerbefrage hat Hr. Dr. Vogt in Würzburg die aus statistischen Zusammenstellungen hervorgehenden Resultate veröffentlicht, welche um so mehr Beachtung verdienen, als gegenwärtig in allen europäischen Staaten das Verlangen nach Freigebung der Gewerbe sich kund gibt und in vielen Staaten, worunter solche, die bis vor kurzer Zeit am meisten die konservative Richtung verfolgten, die Gewerbefreiheit bereits eingeführt ist, ohne daß sich die von Vielen gefürchteten Nachtheile derselben eingestellt hätten. Es ist eine traurige, aber unbestreitbare Thatsache, daß in keinem Lande Europas so viele uneheliche Geburten vorkommen, als in Bayern. Boudin führt in seinem Werke über Gesundheitspolizei folgende Verhältnisse an: Auf 100 Geburten kommen uneheliche: In Piemont 2, Schweden 6.5, England 6.7, Belgien 6.7, Frankreich 6.7, Preußen 7.1, Dänemark 9.3, Hannover 9.8, Oesterreich 11.3, Württemberg 11,7, Sachsen 14.9, Bayern 20.5. Aehnliche Resultate erhält Schrämli in seinem statistischen Werke. Nach v. Hermann ist das Verhältniß der außerehelichen Geburten zu den ehelichen in Bayern noch ungünstiger und war dasselbe in den Jahren 1835 bis 1844 und 1851 bis 1857 wie 1:3.77. Der großen Zahl der unehelichen Geburten entspricht die bedeutende Mortalität der Kinder im ersten Lebensjahre. Es sterben nämlich in Bayern durchschnittlich 31 pCt. der Kinder im ersten Lebensjahre, während in Belgien die Sterblichkeit der Kinder dieses Alters nur 14.7, in England 14.6, in Dänemark 17.0, in Sachsen 29.0 und in Preußen 25 pCt. beträgt. In letzterem Lande war die Sterblichkeit i. J. 1846 unter den ehelichen Kindern 18.62 pCt., dagegen unter den unehelichen 31.24 pCt. Die von Dr. Escherich aufgestellte Ansicht, daß die Erhebung des Bodens über die Oberfläche des Meeres die größere Mortalität der Kinder bedinge und dieselbe in direktem Verhältnisse mit der Höhe der bewohnten Orte stehe, sucht Vogt zu widerlegen, indem er beispielsweise als thatsächlichen Gegenbeweis anführt, daß im Kanton Zürich in der Schweiz die Sterblichkeit der Kinder im ersten Lebensjahre nur 20 pCt. beträgt, während in

sofern der Verlust durch mangelhafte Beschaffenheit des Wagens entstanden, die Verwaltung nicht beweise, daß dieser Mangel durch einen Umstand herbeigeführt sey, den sie mit Anwendung der Sorgfalt eines ordentlichen Frachtführers nicht habe abwenden können. Sie verlangen endlich, daß die Bestimmung, nach welcher der Frachtführer für den von ihm übernommenen Transport bis zur Ablieferung am Bestimmungsorte selbst dann verpflichtet seyn soll, wenn er unterwegs den Weitertransport einem anderen Frachtführer überlassen würde, auf den Eisenbahntransport keine Anwendung erleiden solle."

Sachsen. Dresden, 17. Mai. Die 2. Kammer der sächsischen Ständeversammlung hat, ehe sie in die Pfingstferien ging, sich über die deutsche Frage ausgesprochen und mit 64 gegen 1 Stimme (v. Nostitz-Paulsdorf, früherer Rittmeister und jetzt Rittergutsbesitzer) die bereits erwähnten beiden Anträge ihrer dritten Deputation: „Im Verein mit der 1. Kammer die Staatsregierung zu ersuchen: auf Herstellung einer deutschen Centralgewalt mit Volksvertretung hinzuwirken, zugleich aber zu beantragen: die Staatsregierung wolle insbesondere für sofortige Regelung der Frage über den Oberbefehl des deutschen Bundesheeres mit bemüht seyn", angenommen. Der Abg. Riedel (von der Richtung des Nationalvereins) hat bekanntlich die Sache durch einen bei der Kammer eingebrachten Antrag angeregt und ergriff daher in der heutigen Sitzung zuerst das Wort zur Begründung seines Antrags.

„Die Gefahr, sagte er, in welcher sich Deutschland noch vor einem Jahre befunden, sey ein Grund, weßhalb er seinen Antrag gestellt. Trotzdem, daß damals nur eine außerdeutsche Provinz in Gefahr gewesen, seyen alle möglichen Opfer gebracht worden. Aber der alte deutsche Bundestag habe sich überhaupt und speziell nicht einmal über einen Bundesfeldherrn einigen können. Solche Erfahrungen rechtfertigen den allgemeinen Wunsch nach einer kräftigen Centralgewalt mit Volksvertretung. Freilich müßten die Fürsten so gut wie das Volk Opfer bringen. Wenn aber Lippe-Detmold gleiche Rechte habe wie Oesterreich, dann könne nichts erreicht werden. Man möge bedenken, daß auch in Deutschland einmal Annexionsgelüste rege werden könnten. Da er aber in neuester Zeit die Erfahrung gemacht, daß man die Hand freiwillig nicht bieten wolle, da in einem Zeitraum von zehn Jahren nichts geschehen, müsse er auf seinem Antrage beharren."

Vizepräsident Oehmichen: Die jüngste Vergangenheit habe nur das wieder angeregt, was 1848 und 1849 von Fürsten und Volk angestrebt worden; Gefahren von außen hätten dazu gedrängt. Alle Staaten Europa's hätten sich mehr und mehr konzentrirt, Frankreich vor allen. Oesterreich sey kein vollkommen deutscher Staat. Es sey kein Anzeichen vorhanden, ob Englands erhöhte Wehrkraft den deutschen Interessen günstig, und Rußland sey noch immer drohend, da das Testament Peter's des Großen noch bestehe. So drohe Deutschland nach allen Richtungen hin Gefahr. Frankreich könne vermöge dreier Schienenwege in 24 Stunden eine Armee am Rhein haben, ehe man in Deutschland an die Wahl eines Oberfeldherrn denke. Solle man denn durch Noth erst wieder auf den Standpunkt von 1813 kommen, wo man Männer wie Stein und Gneisenau anfangs auch zu Hochverräthern gestempelt? Es seyen nicht allemal erst Fürsten und Regierungen, welche den Geist des Volkes weckten. Er stehe an Liebe zum engern Vaterlande Keinem in diesem Saale nach, er wolle, daß alle deutschen Fürsten blieben; allein er müsse es aussprechen, daß das Ende einer neuen Krisis ein anderes seyn könnte als das von 1815. Die Fürsten hätten ihre Versprechungen bei weitem nicht erfüllt, die sie gegeben, als sie bei Leipzig auf den Knien gelegen; doch wünsche er deßhalb nicht, daß die Nemesis sie erreiche, wie die Fürsten Italiens, die Fremde im Lande gewesen.

Abg. Sichorius: Man könne der Meinung nicht entschieden genug entgegentreten, als ob der Einheitsgedanke blos ein Ideal und in den Köpfen der Jugend vorhanden sey. Nüchterne und praktische Männer, die Sterne der Nation huldigten ihm, und man werde durch Verstand und Gefühl zu demselben hingeführt. Er hänge zusammen mit den materiellen und geistigen Interessen des Volks. Die auf Erlangung der Einheit gerichteten Bestrebungen seyen bisher gescheitert, der Bundestag als angeblich einziges Rettungsmittel wieder in's Leben gerufen worden, und nach Verlauf von 10 Jahren seyen die Zustände noch die alten. Die Frage müsse aber gelöst werden, und das wolle der Antrag.

Abg. Fahnauer: Der jetzige Zustand Deutschlands sey nicht blos bedauernswerth, er sey auch gefahrbringend. Die Fürsten wollten keine Opfer bringen, sie vergäßen über der Nebensache die Hauptsache. Der Feind könne in das Herz Deutschlands dringen, ehe nur eine Maßregel gegen ihn getroffen. Man stütze sich immer noch auf die Bajonnete, während doch das Volk die einzige wahrhafte Stütze sey, stempele Männer mit patriotischen Bestrebungen zu Staatsverbrechern und wolle Patrioten vom reinsten Wasser ihre Gesinnung nicht öffentlich bekennen lassen. Diejenigen aber, die immer und immer die Wünsche des Volks überhörten, werde die Fluth der Zeit hinwegspülen und der Ehrgeiz oder die Knute sich in ihr Erbe theilen.

Abg. Günther nimmt den Nationalverein in Schutz gegen die Identifizirung mit dem Radikalismus gegen die Beschuldigung, als ständen hinter patriotischen Reden Barrikaden. Man behaupte, diese Partei übersehe die Verhältnisse und folge Idealen. Die Hegemonie Preußens sey ihr aber nicht conditio sine qua non, sie verlange nur Opferbereitwilligkeit, Unterordnung. Oesterreich könne man die Exekutivgewalt nicht übertragen, weil seine Interessen zu vielseitig wären, deshalb wolle man aber keineswegs seinen Zerfall.

Abg. Ziesler: Ein Volk von 40 Millionen sehe, wie seine Nachbarn in Ost und West wachsen, während es unterthänig dahin schleichen müsse, verspottet wegen seiner Langsamkeit und nur gelobt wegen seiner Zerrissenheit. Von einem Miniaturvolke müsse es sich mißhandeln lassen, sein Handel sey ohne Schutz, seine Meere von fremden Kriegsschiffen durchfahren, sein ganzes politisches Daseyn verkümmert, seine Regierung nur stark und einig, wenn es gelte, die Völker polizeilich zu bevormunden. Unter solchen Verhältnissen sey das Verlangen, eine Macht zu werden, wohl gerechtfertigt. Die Bundesversammlung habe die Nationalversammlung von 1848 als eine constituirende berufen, sie habe das Princip der Vereinbarung zwischen Fürsten und Volk aufgestellt. Der Modus der Auflösung habe hier keinen Einfluß. Jene Ereignisse seyen nicht aus dem Gedächtnisse des Volkes verschwunden, sie könnten ihm nicht entrissen werden dadurch, daß man sie ignorire. Täusche man sich nicht, sage man es den Männern der Regierung offen heraus: „Der Stachel wird den Patrioten nicht zur Ruhe kommen lassen, bis man vom Unrecht zum Recht zurückgekehrt ist."

Die Entgegnungs-Rede des Ministers v. Beust haben wir gestern schon mitgetheilt.

Oesterreich. Eine Stelle in der Rede Deaks (die sich gleichermaßen auch in der Rede von Eötvös findet) müssen wir noch besonders berühren, weil sie das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland betrifft. Unter den Gründen, die Deak gegen eine Realunion Ungarns mit Oesterreich, d. h. gegen die Einordnung Ungarns als bloße Provinz in einen österr. Gesammtstaat anführt, ist auch der, daß im österr. Reichsrath die überwiegende Mehrheit dem deutschen Bunde im Sinne der Bundesgesetze verpflichtet sey, und daß mittels dieser Majorität Ungarn, wenn es sich dem Reichsrath ein- und also auch unterordnete, der Politik des deutschen Bundes dienstbar gemacht werden könnte, ohne daß es an diesen eine Gegenforderung zu stellen berechtigt wäre. Diese Berechnung ist unrichtig, und ihre Unrichtigkeit liegt so sehr auf der Hand, daß man sich allerdings wundern muß, den Redner, der sonst in allen seinen Behauptungen so vorsichtig zu Werke geht, hier eine Behauptung aufstellen zu sehen, deren leichte Widerlegbarkeit ihm nicht entgehen kann. Daß Ungarn einer specifisch österreichischen, d. h. erbländischen Mehrheit im Reichsrathe zu unterliegen fürchtet, begreift sich; eine deutsche, d. h. den zum deutschen Bunde gehörigen Provinzen Oesterreichs angehörige Majorität würde gerade dann entschieden nicht vorhanden seyn, wenn Ungarn sammt seinen Nebenländern dem Reichsrath beiträte.

Wien, 15. Mai. Die Antwort des Kaisers auf die Adresse des Unterhauses bewegte sich in gewöhnlichen Formeln, und nur eine Stelle hat eine weitergehende Bedeutung, nämlich daß das Ziel des Ganzen in der Wohlfahrt seiner „möglichst selbständigen Theile" zu begründen sey. Diese Stelle hat die Centralisten nicht verletzt, und die Föderalisten außerordentlich befriedigt; sie gilt ihnen als Zeichen, daß die Regierung den Provinzen eine bei weitem größere Autonomie gewähren wolle, als sie erwartet hatten. Diese Stelle ist gleichsam ein Balsam auf die Wunde, welche die Adreßdebatte der Rechten des Hauses beibrachte und den Groll der Nationalen und Historischen erzeugte. Die Beantwortung einer Interpellation durch den Finanzminister gab ebenfalls den Föderalisten die Hindeutung, daß die Centralgewalt den Kronländern viele Aufgaben übertragen will; die Landtage selbst sollen die Erhebung der Steuern und Abgaben nach der vom Reichsrath bemessenen Quote besorgen, und wie das Land, sollen die Bezirke und Gemeinden dabei autonom verfahren. Diese Auskunft über die Vorarbeiten zu einer neuen Steuermanipulation wurde von allen Sei-

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 139.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 21. Mai 1861.

Der preußische Antrag am Bundestage.

Kaum hat man authentisch vernommen, daß die zu Berlin zwischen den Regierungen von Oesterreich und Preußen gepflogenen Unterhandlungen in Betreff einer Reform der Bundeskriegsverfassung resultatlos geblieben, da tritt Preußen am Bundestage mit einem neuen Antrag, der denselben Zweck hat, hervor. Preußen ist im Laufe der letzten zwei Jahre in seinen Forderungen betreffs einer Reform der Bundeskriegsverfassung — bekanntlich der einzigen Art von Bundesreform, die man in Berlin dermalen für zeitgemäß, aber auch wirklich für dringlich zu halten schien — immer weiter zurückgegangen, immer bescheidener geworden. Vor der Mobilisirung im Sommer 1859 hatte es noch den Muth, beim Bundestage die Uebertragung der höchsten militärischen Gewalt über die nicht österr. Bundeskontingente unter gewissen Voraussetzungen und Einschränkungen für sich zu fordern, also doch eine annähernde Einheit der militärischen Führung Deutschlands für den Kriegsfall ins Auge zu fassen. Später stieg es von da herab zu dem Gedanken einer Zweitheilung des Kommandos der Bundestruppen oder vielmehr eines Anschlusses derselben an die Armeen der beiden Großstaaten. Jetzt nun scheint es auch darauf verzichtet zu haben und begnügt sich mit dem ganz allgemeinen eventuellen Vorschlage: der Bundestag solle, wenn die beiden deutschen Großmächte oder eine derselben mit ihrer gesammten Heeresmacht (also über das Bundeskontingent hinaus) an einem Bundeskrieg theilnehmen, im voraus den Regierungen von Preußen und Oesterreich die „Verständigung" über die oberste Leitung und Eintheilung der Streitkräfte des Bundes anheimstellen, jedoch unter Zustimmung des Bundestags. Wenn das oberste Ziel jeder Reform der Bundeskriegsverfassung — wie doch selbstverständlich — das seyn muß: für den Fall eines Kriegs im voraus eine Bürgschaft möglichster Einheitlichkeit, Bestimmtheit und Schnelligkeit in den Operationen der deutschen Streitkräfte zu gewinnen, so scheint uns dieser neueste Antrag Preußens von einem solchen Ziel noch um ein gutes Stück weiter abzuliegen als der frühere Plan einer militärischen Zweiheit. Der vorliegende Antrag Preußens läßt ausdrücklich Alles offen und unentschieden. Man will also das Wagniß begehen, die Aktion des deutschen Bundes in dem Moment, wo das schnellste und zweifelloseste Handeln geboten seyn kann, ja voraussichtlich jedesmal geboten seyn wird, von einer Verständigung abhängig zu machen, die ebenso gut mißlingen als gelingen oder sich doch in die Länge ziehen kann, und überdies noch von einer Abstimmung durch Majorität in einer Versammlung, deren Mitglieder nur nach Instruktionseinholung stimmen können und deren Zusammensetzung und gewohnter Geschäftsgang weder für unbedingte Einmüthigkeit noch für unverzögerte Schnelligkeit der Entscheidung die mindeste Garantie bieten. Es ist noch sehr zweifelhaft, ob der preußische Antrag angenommen wird; geschieht es, so stehen wir voraussichtlich um kein Haar besser, als bei der jetzigen Bundeskriegsverfassung. (D. Allg. Ztg.)

Deutscher Bund.

Gothaische Blätter berichten über Verhandlungen der Mittelstaaten, um aus den 7., 8. und 9. Bundes-Armeekorps einen eigenen Heereskörper zu bilden, damit bei einem doch fortwährend drohenden Angriff der Franzosen auf den Oberrhein der Kaiser Napoleon an denselben dort wenigstens den ersten Widerstand finde. Der Parteigeist hat diese Schwätzer so verblendet, daß sie darin eine Art Vaterlandsverrath und eine Majestätsbeleidigung gegen Preußen sehen, dessen Hilfe doch gewiß ein Vernünftiger so wenig wird entbehren wollen, als unter angemessenen Garantien seine Führung. Wir wissen nicht, was an dem Berichte ist, würden aber eine solche Einigung als einen erfreulichen Fortschritt begrüßen und möchten nur dringend wünschen, daß im Volke selbst der Gedanke reger würde, man müsse nicht blos von Oesterreich und Preußen die Rettung hoffen, sondern sich so viel wie möglich selbst helfen. Eine viertel Million Soldaten, die den eigenen Boden vertheidigen, und die Sympathien der ganzen Bevölkerung für sich haben, sind wenigstens so stark, wie die piemontesische Armee, die sich dreimal mit Ehren gegen die österreichische Macht geschlagen hat. Es ist dabei, das halte man wohl im Auge, nicht von einem Sonderbund die Rede, sondern davon, den kleineren Staaten doch gegen den ersten Anprall einen Halt zu schaffen für den Fall, daß zwischen den beiden Großstaaten im entscheidenden Augenblick nicht die wünschenswerthe Einigkeit besteht. Nun denke man sich die Lage der übrigen Staaten in einem solchen Fall, wenn sie einzig auf die Einigkeit der beiden Vorfechter angewiesen wären! Bliebe ihnen etwas Andres, als die Aussicht, von fremden Eroberern erst bis auf's Hemd ausgezogen und schließlich annexirt zu werden? Wäre es die Absicht der „Würzburger" Regierungen, für solche Fälle wenigstens aus ihren eigenen Kräften eine Armee aufzustellen, welche dem Feind entgegentritt, bis doch wenigstens eine der deutschen Hauptmächte zu Hilfe kommt, so müßte jeder Verständige ein solches Beginnen für ein unabweisbares Gebot gesunden Menschenverstandes erklären, das höchstens der Kathederweisheit entgehen kann, welche meint, mit den Prinzipienrossen könne man feindliche Reiterschaaren aus dem Felde schlagen. Freilich mehr als ein Nothbehelf für den ersten Anprall kann hiemit nicht gewonnen werden; allein auch das ist unter Umständen schon von großem Nutzen. Nichts ist berechtigter, als daß die Staaten, welche durch ihre geographische Lage und Kraftverhältnisse zu einer gewissen Gleichheit der Interessen gebunden sind, sich nicht willenlos von den Wellen treiben lassen, sondern ihr Haus nach Thunlichkeit bestellen und dadurch nicht nur den Frieden des Bundes, sondern auch den beiden so häufig sich in Meinungsverschiedenheit befindenden Großmächten gegenüber sich zu einer Potenz zu erheben suchen, welche ein ausgleichendes und versöhnendes Wort sprechen darf. Verfügen doch die Mittelstaaten über sehr ansehnliche Kräfte und können sie ohne Schwierigkeit einige hunderttausend Mann in's Feld stellen. Darauf warten, bis sich das neue Parlament gebildet haben wird, hieße reiner Blödsinn. Aber dringend wäre zu wünschen, daß die deutschen Regierungen sich immer mit dem Kern der Bevölkerungen in Einklang hielten, daß die Freunde des Rechts, der gegebenen Ordnung und ihrer Reform das jetzt so florirende Vereinswesen nicht unberücksichtigt ließen, und daß namentlich die Abgeordneten der deutschen Ständekammern in regelmäßigen Zusammenkünften über die Interessen des Vaterlandes tagen möchten. Der einheitliche Gang der Regierungen fände sich dadurch erleichtert und besser garantirt. (D. Bl.)

Die bedeutendsten Punkte, wegen welcher **Hannover** und **Hamburg** materiell den Entwurf eines **deutschen Handelsgesetzbuches** beanstanden, sind nach Angabe des „Hamburger Korrespondenten" folgende: „Hannover und Hamburg verlangen, daß der Frachtführer in allen Fällen von der Haftpflicht für einen durch Verlust oder Beschädigung des Frachtguts entstandenen Schaden befreit seyn soll, wenn er nachweist, daß dieser Verlust oder diese Beschädigung durch die Anwendung der Sorgfalt eines ordentlichen Frachtführers nicht habe abgewendet werden können. Sie verlangen, daß für die Eisenbahnen kein privatrechtlicher Zwang zum Transportiren bestehen soll. Sie verlangen, daß die Haftpflicht des Frachtführers alsdann keine Anwendung finde, wenn die Eisenbahnverwaltung dem Absender einen Wagen zur Verladung der Güter bereit stellt, um denselben dem Empfänger am Bestimmungsorte zur Entladung der Güter bereit zu stellen, vorausgesetzt, daß dem Absender von der Bahnverwaltung freigegeben war, die andere Art des Transports zu wählen; daß vielmehr in diesem Falle die Bahnverwaltung nur dann hafte, wenn nachgewiesen werde, daß der Verlust oder die Beschädigung durch Verschulden der Verwaltung oder ihrer Leute veranlaßt sey, oder wenn,

kann, Redner zu besitzen, die, wenn auch leider jetzt auf halbe Pension gesetzt (Heiterkeit), in Anzahl und Größe den Rednern keines anderen Landes nachstehen. (Beifall.) Auch bin ich überzeugt, daß sich in den anderen, mehr oder weniger jungen parlamentarischen Versammlungen des Festlandes große Rednertalente herausgebildet haben oder herausbilden werden. Ihnen aber, meine Herren, ist das Glück zu Theil geworden, oder ist es als Frucht Ihrer Weisheit beschieden gewesen, daß Sie fortwährend und ununterbrochen seit einer langen Reihe von Jahren wahre Repräsentativ-Institutionen genossen, deren Segnungen dem Tone Ihrer Redner einen eigenthümlichen Charakter aufgeprägt haben: Humor ohne Frivolität, praktischen Sinn ohne Beimischung von Trivialität, Beredtsamkeit ohne rhetorischen Schwulst, mit Einem Worte eine für den modernen Parlamentarismus als Muster aufzustellende Rhetorik. Dasselbe gilt von Ihrer Zeitungspresse. Ich weiß, daß ich jetzt ein delikates Thema berühre, doch will ich mich befleißigen, innerhalb gewisser Schranken zu bleiben. Freiheit ist die erste Bedingung für die Entwicklung einer guten Tagespresse. Ich will damit nicht gesagt haben, daß sie in allen Ländern vollkommen unbeschränkt oder gleichen Gesetzen unterworfen seyn solle, denn dies hängt von verschiedenen Bedingungen ab. Auch will ich nicht in Abrede stellen, daß die freieste Presse oft Fehlgriffe macht, Unrecht thut und die öffentliche Meinung irre führt, aber vollkommen ist nun einmal nichts auf Gottes Welt. Einst sprach ich über diesen Gegenstand mit einem berühmten, allgemein geachteten, liberalen, aber gemäßigten Staatsmanne meines Vaterlandes, dem Herzog von Broglie, und dieser faßte nach längerer Diskussion seine Ansicht in folgenden Worten zusammen: „Ich bin darauf gefaßt, ehrliche und gute Männer zuweilen verleumdet zu sehen, vorausgesetzt, daß früher oder später dem Schlechten und Unehrlichen die Maske zuverlässig vom Gesicht gerissen wird."" Ich meinerseits behaupte, daß eine wahrhaft freie Presse fast immer die Gedanken und Gefühle der Mehrheit des Landes wiederspiegelt, und daß diese unter zehn Fällen neunmal sich dem besten und weisesten Wege zuwendet. Die Presse übt auf die Exekutive eine stimulirende und gleichzeitig restriktive Gewalt, die sich bis in die untersten Verwaltungsschichten fühlbar macht. Ich selbst war einmal Staatsdiener und weiß aus meiner eigenen, leider nur kurzen Erfahrung, daß das Pflichtgefühl durch nichts so sehr geschärft wird, als durch das Bewußtseyn, daß seine Haltung, seine Maßregeln und Schritte von seinen Landsleuten gekannt und — nicht immer in liebevollster Weise — besprochen werden. Vom literarischen Standpunkte betrachtet, ist die Presse ebenfalls nur dann von wahrem Werthe, wenn sie wahrhaft frei ist. Ich weiß, daß Preßfreiheit in größerem oder geringerem Grade auch in anderen europ. Staaten besteht, doch wurde sie durch mannigfache Umstände und Veränderungen abwechselnd so apathisch und dann wieder so fieberisch aufgeregt, daß sie oft in schlechte Bahnen einlenkte oder doch verhindert wurde, das Gute zu erstreben, wie es ihr sonst möglich gewesen wäre. Niemand wird läugnen, daß kontinentale Journalisten mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben und einen Grad von Takt, ja oft von Muth an den Tag legen, welcher ihnen sehr zur Ehre gereicht. Doch kann die freie Luft, welche in diesem glücklichen Lande weht, durch nichts ersetzt werden, und wir wollen nur hoffen, daß sie sich eines Tages auch über das übrige Europa ergieße. Kein Familienunglück, kein Erfolg Anderer, kein Ereigniß welcher Art immer wird diese meine anerzogene Ansicht jemals zu ändern vermögen, und mit dem großen römischen Geschichtsschreiber will ich an dem Wahlspruch festhalten: Potior periculosa libertas quieto servitio. Dem Ausländer, meine Herren, werden sie es hoffentlich verzeihen, daß er bei diesem Thema länger vielleicht als billig verweilte, doch ich weiß, daß dieser Verein keine speziell englische, sondern literarische, vor allen wohlthätige und kosmopolitische Zwecke verfolgt. Sie beschränken Ihren Wirkungskreis nicht auf die Inseln, sondern suchen in allen Theilen der Erde diejenigen auf, die Ihres Beistands würdig sind. Ich spreche hier Thatsachen aus, denn heute erst, als Vorsitzender dieses Mahles, habe ich das Vorrecht genießen dürfen, in Ihren Büchern zu blättern, die sonst Jedermann verschlossen sind, und nur auf Eines, das ich in ihnen gefunden habe, will ich hindeuten: daß dieser Verein es war, von dem Chateaubriand die erste geheime Unterstützung erhielt, die es ihm vielleicht möglich gemacht hat, das zu werden, was er geworden ist. Genug an diesem Beispiele. Ich trinke auf das Wohl des Vereins und seines Präsidenten, des Marquis von Lansdowne."

Diese von allgemeinem Beifall unterbrochene Rede wurde durch Hrn. Disraeli beantwortet.

Italien.

Turin, 15. Mai. In der Deputirtenkammer wurde ein Gesetzentwurf in Betreff der Eisenbahn von Neapel nach Ancona vorgelegt. (Tel. d. Fr. Postztg.)

Neapel, 12. Mai. Die „Italia" berichtet bezüglich des in Monticelli ausgebrochenen Aufstands, daß sich auf den dortigen Höhen etwa 700 Bourbonisten befestigten, welche durch die aus der Umgegend zugeeilten Landleute auf 1200 Mann anwuchsen. Eine Abtheilung Bersaglieri wurde geschlagen und in die Flucht gejagt; erst nach dem Eintreffen zweier in Gaeta gelandeter Regimenter konnte man Monticelli einschließen, welches jedoch, durch Zuzüge von Verstärkungen ermuthigt und mit Lebensmitteln versehen, noch immer Widerstand leistet. — In Neapel sind fortwährend falsche Münzen im Umlauf. (Tel. d. Ostd. Post.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böblmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	—
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$62\frac{1}{4}$ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$54\frac{1}{8}$—$53\frac{7}{8}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$46\frac{1}{2}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$40\frac{3}{4}$ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$88\frac{1}{8}$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. R.)	$102\frac{3}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102\frac{7}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$102\frac{5}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$100\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{5}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{3}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	103 G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$94\frac{3}{4}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	102 G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{2}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{1}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{3}{4}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$98\frac{7}{8}$ P.
„	3 pCt. Obl.	$91\frac{1}{2}$ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	49 G.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt. „ „ „	$42\frac{1}{2}$ P.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$99\frac{5}{8}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	109 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	623 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$140\frac{1}{2}$ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	180 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$72\frac{1}{2}$ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$71\frac{1}{2}$ P.
Internationale Bank in Luxemb. . .	84 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	319 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	68 P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	234 P.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$120\frac{1}{2}$ P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$74\frac{5}{8}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$21\frac{1}{2}$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$133\frac{3}{8}$ P.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$99\frac{3}{4}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{3}{8}$ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	$234\frac{1}{2}$ P. exC.
Span. Handels- u. Industrie . . .	525 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	480 P.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	104 P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. $100\frac{1}{2}$ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{1}{2}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$96\frac{3}{8}$ B. $\frac{1}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	$87\frac{3}{4}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{1}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	$93\frac{1}{8}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{1}{4}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	82—$81\frac{3}{4}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$80\frac{1}{2}$ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$49\frac{3}{4}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$59\frac{5}{8}$ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$130\frac{3}{4}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$59\frac{3}{8}$—$59\frac{3}{4}$ G.	„ fl. 25 do.	$35\frac{1}{4}$ P.
„ fl. 100 Elsb. L. v. 1858.	$94\frac{1}{4}$ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$35\frac{1}{4}$ P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beifl.	$119\frac{1}{2}$ G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	49 G.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$36\frac{1}{2}$ P.
Badische fl. 50	$90\frac{3}{8}$ P.	Vereins-Loose fl. 10.	—
Badische fl. 35	$53\frac{1}{8}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 18. Mai. Die flauere Stimmung der Börse dauerte heute fort, theils auf schlechtere Wiener Kurse (Kreditaktien 173. 70, Valuta 142), theils auf mehrfache Verkäufe hin. Der Schluß war wegen etwas besserer Valuta (141. 50) fester. (Synd).

nahme an der Versammlung vom 8. April eingereicht. Er sagt darin u. A.: „Meine Theilnahme an dem Nationalverein, welcher gesetzlich erlaubt ist und nach seinem Programme mit gesetzlichen Mitteln solche Zwecke verfolgt, die von mehreren deutschen Fürsten gebilligt und von den meisten, auch von Sr. Majestät dem hochseligen Könige Ernst August und namentlich von dem Könige von Württemberg öffentlich als im Interesse Deutschlands liegend proklamirt sind, kann mir um so weniger zum Vorwurfe gemacht werden, als ich bereits früher eine auf dieselben Zwecke gerichtete Petition an die allgemeine Ständeversammlung des Königreichs mit unterzeichnet habe und trotz darüber geforderter Vernehmung von hoher Landdrostei gegen mich ein Tadel nicht ausgesprochen ist. Daß die Adresse (vom 8. April) an Se. Majestät gegen das Verwaltungssystem des jetzigen Ministerium gerichtet ist, dessen bin ich mir vollkommen bewußt. Ich bin aber nicht allein als Gemeindebeamter, sondern auch als königlicher Diener berechtigt, von dem verfassungsmäßigen Petitionsrechte an Se. Maj. den König als Inhaber der Regierung Gebrauch zu machen und dabei gegen dessen Diener, die Herren Minister in angemessener Form mich auszusprechen, wenn ich die Ueberzeugung hege, daß ich damit Sr. Majestät und dem Lande einen Dienst erweise." Wird denn die hannoverische Regierung nicht bald einsehen, daß sie selbst sich den größten Schaden thut, wenn sie so fortfährt, das Volk sich zu entfremden?

Oesterreich. Wien, 14. Mai. Die Rede Deaks, welche er gestern Mittag im Pesther Landhause hielt, hat die Wiener empört; es erregt die Prätension des Magyarenthums, das sich in Europa als selbständiges Reich geriren will und dazu die Geschichte anruft, allgemeinen Unwillen. Ein Land, das sich nicht einmal gegen die Schaaren Kroatiens, gegen die serbischen Banden, gegen die slovakischen Freischärler aufrecht halten konnte, das im Süden den Erbfeind, im Osten und Norden das Russenthum zu Nachbarn hat, wirft dem verbündeten Oesterreich den Fehdehandschuh hin, indem es keine Realunion anerkennt; dieser Muth und dieser Stolz hat etwas Imponirendes, aber weder politisch noch staatsmännisch kann man es nennen, solche Fragen der Existenz für den Gegner auf die Oberfläche zu bringen. Deak bietet dem Kaiser von Oesterreich, was etwa ein Sieger dem Besiegten bieten könnte; aber er bietet auch den übrigen Provinzen der Monarchie den Bettelstab und das Sklavenjoch, das ihnen Eine Nation aus Großmuth schnitzt, als wären sie von Ungarns Gnade abhängig. Die Wiener sind über diese Sprache, die man für eine gemäßigte ausgibt, im Tiefsten empört. „Von Fall zu Fall," will Deak, soll Ungarn mit Oesterreich über gemeinsame Interessen verhandeln, er weiß aber nicht anzugeben, was zu geschehen habe, falls das eine oder das andere Reich sein Veto einlegt. Wir können nur wiederholen, daß die Lektüre dieses Aktenstückes bei dem hiesigen Publikum einen antagonistischen Eindruck in allen Schichten der Bevölkerung hervorrief, und bezeichnend ist die Kritik darüber, daß man Deak mit Shakespeare's Shylock vergleicht: Hier ist mein Schein, ich will, was im Schein steht, nichts als was im Schein steht. — Die Regierung läßt das Schauspiel in Pesth sich fort und fort entwickeln, und sorgt nur für eine genügende Macht in der Provinz, damit ihrer Autorität nicht mehr nahe getreten werde. Seit Monaten haben wir darauf aufmerksam gemacht, daß ein Regiment nach dem andern nach Ungarn geschickt werde; jetzt benutzt man die Soldaten zur Eintreibung der Steuer, und wehe! wenn die Magyaren Deak's Worte in Thaten übersetzen wollten. Die Vorgänge in Raab zeigen es, welche Instruktionen die Kommandanten haben. Die hiesige Regierung ist zum Aeußersten entschieden — und das mit Recht.

= Wien, 16. Mai. (Privat-Korresp.) Der Finanzminister hat die Aufhebung der unter Bruck eingeführten, sehr verhaßten Weinsteuer beschlossen.

= Wien, 17. Mai. (Privat-Korresp.) Die periodisch wiederkehrenden Gerüchte einer Minister-Krisis tauchten gestern wieder im verstärkten Grade auf. Soviel wir in Erfahrung bringen konnten, war der Grund dießmal nicht, wie seither so häufig, in der ungarischen, sondern in der Protestanten-Frage zu suchen. Die klerikale Partei in Tyrol setzt nämlich alle Hebel in Bewegung, um für die Ablehnung des Patentes vom 8. April von Seiten des Innsbrucker Landtages gesetzliche Giltigkeit zu erringen, und es scheint, als hätten diese Bestrebungen einen solchen Grad von Consistenz angenommen, daß Herr v. Schmerling es für nothwendig hält, die ausdrückliche Erklärung abzugeben, daß er fest entschlossen sei, mit der Durchführung des erwähnten Patentes zu stehen oder zu fallen. — Heute findet im Finanzministerium die Schlußberathung über die Valuta-Vorlage statt, und es wird dann die Verhandlung des Ministers mit der Bank über das neue Privilegium beginnen. Erst wenn dieß zu einem vorläufigen Vertrage geführt haben wird, wird der Finanzminister seinen Collegen die Vorlage unterbreiten. — Ein Komite, das die Gründung eines protestantischen Obergymnasium in Wien unternehmen will, ist in der Bildung begriffen. — Die verschiedenen Projekte, welche die Aufhebung des Tabakmonopols zum Zweck haben, sind von Herrn von Plener einer Special-Commission überwiesen worden, deren Arbeit nun beendet ist, und deren einstimmiger Antrag dahin geht, das Tabakmonopol nicht aufzuheben.

Großbritannien.

London, 16. Mai. Gestern Abends wurde in der Freemansion Tavern der 72. Jahrestag der Gründung des „Königl. literarischen Fonds" (zur Unterstützung von verdienten Schriftstellern aller Nationen) durch ein Bankett gefeiert, bei welchem der Herzog von Aumale den Vorsitz führte, und unter Anderen der Graf von Paris, der Herzog von Chartres, der Prinz von Condé, der Graf von Eu, der belgische Gesandte, Lord Stratford, Lord Shrewsbury, Disraeli, Packington, Graf Platen, Sir R. Murchison, Sir Henry Rawlinson, Herr Monckton Milnes, Thackeray u. s. w. als Gäste erschienen waren. Der Vorsitzende, der mit lautem Beifall empfangen wurde, brachte den Toast auf die Königin und das ganze königliche Haus mit den wärmsten Worten aus: „Ich habe kein Recht," sagte er unter Anderem, „das in Ausdrücken zu thun, deren sich ein loyaler Engländer bedienen würde, doch darf ich wohl sagen, daß Niemand mehr Achtung und Hingebung für Ihre Königin besitzen kann als ich. In ihr erblicke ich die Verkörperung Ihrer edlen freien Institutionen, in ihr die Souveränin eines Landes, das meinem eigenen Geburtslande in Freundschaft verbündet ist und hoffentlich bleiben wird (Beifall), das allen Verbannten eine Zufluchtsstätte bietet, ohne ihnen erniedrigende Bedingungen aufzuerlegen und ohne mehr von ihnen als die Beobachtung der Landesgesetze zu verlangen. Ich bewundere in Ihrer Königin die edelste der Frauen, denn ich hatte selbst wiederholt Gelegenheit, ihr außerordentliches Zartgefühl zu bemerken, das unter so hochgeborenen Personen eben nicht gewöhnlich angetroffen wird und wovon sie erst neulich wieder bei einem höchst betrübenden Anlaß einen so rührenden Beweis gegeben hat." (Beifall.) Nicht minder herzlich sprach der Herzog vom Prinzen-Gemahl, und nachdem die Toaste auf Heer und Flotte getrunken worden waren, brachte er den Trinkspruch „dem Gedeihen des literarischen Unterstützungsvereins". Folgendes ist der Hauptinhalt seiner Rede:

„Ich weiß, daß ich die Ehre, hier den Vorsitz zu führen, nicht meinen Verdiensten, sondern Ihrer Freundlichkeit verdanke. Ich mache keine Ansprüche darauf, mit Ihrer Literatur vollständig vertraut zu seyn, aber was ich davon weiß, verdanke ich zwei Umständen. Ich wurde von einem Vater erzogen, der selbst als Verbannter den Schutz dieses Landes genoß, und der Ihr Land und dessen Literatur gekannt und geliebt hat, wie nur je ein Fremder. (Hört!) Ich denke daran, wie er in meinen Kinderjahren, als wir ruhig und glücklich in Neuilly lebten, uns Kindern oft Scenen aus Shakespeare vorlas und erklärte. Das war meine erste Bekanntschaft mit der englischen Literatur. Als ich heranwuchs, war schon in Frankreich der Sinn für englische Literatur stark entwickelt. Shakespeare wurde eifrig gelesen, übersetzt und gespielt, seine unsterblichen Dramen boten unseren Malern und Bildhauern willkommene Stoffe zur Behandlung. Ich selbst habe in der Schule gar oft Walter Scotts „Ivanhoe" oder „Old Mortality" verstohlen gelesen, statt irgend einer gelehrten Vorlesung zu lauschen, und seit jener Zeit haben Romane wie „Vanity fair", „David Copperfield", „Coningsby" und „My Novel" auf dem Kontinente eben so viele Leser gefunden wie Alexander Dumas und George Sand. Wollte ich, meine Herren, eine vollständige Uebersicht Ihrer modernen Literatur geben, dann müßte ich von Ihren Geschichtsschreibern, Dichtern, Theologen, Philosophen und wissenschaftlichen Schriftstellern sprechen. Doch wäre ein derartiger Versuch von meiner Seite anmaßend und lächerlich. Lieber will ich bei einigen Zweigen Ihrer Literatur verweilen, die mir am geläufigsten und im Auslande am bekanntesten sind: der parlamentarischen Beredtsamkeit und der Zeitungspresse .... Ich will nicht die Namen Ihrer heute lebenden großen Staatsmänner citiren, doch die eine Behauptung wage ich auszusprechen, daß Sie im Vergleiche mit den Alten nichts eingebüßt haben. (Beifall.) England — ich weiß es — besitzt nicht das ausschließliche Privilegium, geschickte Redner heranzubilden, und wenigstens Ein Land könnte ich nennen, das in meinem Herzen die erste Stelle einnimmt und das sich rühmen

der bayer. Krone, dem k. preuß. Generallieutenant v. Puttkammer das Großkreuz des Verdienstordens vom h. Michael, dann den k. preuß. Generalmajoren v. Holz I. und v. Wacherleben das Großkomthurkreuz des Verdienstordens vom h. Michael. Außerdem erhielten mehrere Obersten ꝛc. theils den Kron- theils den Michaelsorden — vermuthlich aus Anlaß der von Preußen geliefersten gezogenen Kanonen.

München, 18. Mai. Seine Maj. der König hat genehmigt, daß die Pfarrei Arzheim, Landkommissariats Landau, von dem Bischof in Speyer dem Pfarrer in Wolfstein, Landkomm. Kusel, Priester H. Berger verliehen werde; und die prot. Pfarrei Tauberscheckenbach, Dek. Rothenburg a. d. Tauber, dem Inspektor des Pfarrwaisenhauses in Windsbach, J. Lehner aus Wildenreuth; die 2. prot. Pfarrstelle in Wunsiedel dem 3. Pfarrer daselbst Fr. Vogel; die in Erlangen erledigte Advokatenstelle dem Advokaten-Konzipienten Fr. Frauenknecht in Gunzenhausen verliehen.

(N. M. Z.)

Unterm 18. April 1861 wurde dem Strumpfwirker J. Chr. Wolff von Kempten ein Gewerbsprivilegium auf Ausführung seiner Erfindung, bestehend in eigenthümlicher Präparirung des Strohes und Verwendung desselben zu elastischen Vorrichtungen, um hiedurch Erschütterungen und Prellungen aufzuheben, für den Zeitraum von einem Jahre, vom 18. April 1861 anfangend, dann unterm 27. April l. Js. dem W. Lancaster von Obertürkheim in Württemberg ein Gewerbsprivilegium auf eigenthümliche Vorrichtungen ꝛc. an Maschinen-Webestühlen für den Zeitraum von fünf Jahren, vom 27. April 1861 anfangend, und unterm 30. April l. Js. dem Bleistiftfabrikanten J. G. Städler von Nürnberg ein Gewerbsprivilegium auf Anfertigung von Knöpfen, Zigarrenspitzen, Isolatoren und andern plastischen Gegenständen aus einer eigenthümlich zusammengesetzten selbst glasirenden Masse — für den Zeitraum von zwei Jahren vom 30. April 1861 anfangend verliehen.

Preußen. Berlin, 16. Mai. Gegenüber den fortdauernd circulireuden Gerüchten, nach denen der Minister des Innern, Graf Schwerin, infolge der Wendung, welche neuerlich die Berliner Polizeiangelegenheiten genommen haben, seine Entlassung eingereicht habe oder in kurzer Zeit einzureichen beabsichtige, kann der Publicist aus zuverlässiger Quelle berichten, daß Graf Schwerin ganz neuerlich zu einem ihm sehr ergebenen Mitgliede des Abgeordnetenhauses, welches sich gegen ihn dahin ausgesprochen hatte, daß das Volk sehr betrübt seyn würde, wenn es ihn als Minister verlieren sollte, etwa Folgendes geäußert hat: „Es fällt mir gar nicht ein, wegen der Polizeigeschichten abzudanken; kann man mir daraus einen begründeten Vorwurf machen, wenn ich Patzke für unschuldig hielt? Ergibt die gerichtliche Untersuchung, daß er schuldig ist, nun so habe ich mich geirrt; das kann jedem passiren. Warten wir das Resultat der Untersuchung ab; wie es auch ausfalle, meine Stellung als Minister wird dadurch nicht berührt."

* **Sachsen.** Dresden, 17. Mai. In der heutigen Sitzung der 2. Kammer, in welcher der Antrag, die Regierung zu bitten, auf Herstellung einer deutschen Centralgewalt mit Volksvertretung und Revision der Bundeskriegsverfassung hinzuwirken, mit allen gegen 1 Stimme angenommen wurde, hielt der Staatsminister v. Beust eine Rede folgendrn Inhalts: „Seine Anschauung der Verhältnisse sey allerdings eine nüchterne. Er komme zunächst auf den Stand der gegenwärtigen Frage. Da seyen wohl derartige Anträge in mehreren kleinen Staaten angenommen worden, in Oesterreich, Preußen und Bayern aber seyen dergleichen Kundgebungen nicht vorgekommen. Seit der sogenannten „neuen Aera" habe der Landtag in Preußen dreimal getagt, allein auf dem ersten sey die Frage gar nicht hervorgetreten, auf dem zweiten habe man wohl vom Hinauswerfen Oesterreichs, vom Zusammenstürzen des Bundestages ꝛc. gesprochen, aber keinen Beschluß gefaßt, und auf dem letzten sey das Amendement Stavenhagen, das die Nothwendigkeit der Führerschaft Preußens ausgedrückt, zurückgezogen worden. Man habe es wohl vermieden, der Frage auf den Grund zu gehen. In Bayern sey ein ähnlicher Antrag auf Veranlassung des populären Dr. Weis abgelehnt worden. Daß die Deputation der sächs. 2. Kammer die Schwierigkeiten der Sache nicht unterschätzt, gehe daraus hervor, daß zwischen Einbringung und Berathung des Antrags 6 Monate lägen. Man könne aber wohl fragen, wenn die Deputation 6 Monate brauche, um den Antrag zur Berathung zu bringen, wie lange dann die Exekutivgewalt selbst brauchen werde, um ins Leben zu treten. (Heiterkeit.) Er sage nicht, daß das Bestehende das Beste sey, auch hänge er nicht mit besonderer Vorliebe an der Organisation der Bundesbehörde. Er erkenne das Schleppende der Verhandlungen derselben. Es sey zu wünschen, daß Manches rascher besorgt und erledigt, das öffentliche Interesse mehr angeregt werde, auch wünsche er, daß die Landesvertretungen durch eine Vertretung bei den Bundesangelegenheiten mehr betheiligt wären, daß eine Exekution für außerordentliche Fälle geschaffen würde. Hoffentlich werde die Herstellung eines Bundesgerichts, für die Sachsen schon länger gewirkt, in Zukunft mehr Anklang finden. Man habe gefragt, warum in der Einheitsangelegenheit noch nichts zu Stande gekommen. Der Drang nach nationaler Einigung sey begründet, sie sey seit 12 Jahren Bedürfniß. Um ihm Befriedigung zu gewähren, sey ein Programm aufgestellt worden, das die Einheit durch einheitliche Leitung, durch eine Spitze wolle, welche die andern (Regierungen) ausscheide, und die Wahl sey bald getroffen gewesen. Allein man habe nicht bedacht, ob die andere Großmacht beistimmen, ob die anderen Staaten sich unterordnen würden. Das Programm habe in seinen Konsequenzen den Bundesstaat, den Einheitsstaat und deshalb sey es auf den Widerstand nicht blos der Dynastien, sondern der Völker gestoßen, der sich im abstoßenden, sich scheuenden Partikularismus auspräge. Würde den von Reiche-Eisenstuck kundgegebenen Ansichten (Bund der Mittelstaaten) in den Ständekammern öfterer Ausdruck gegeben, so könnte man wohl Veranlassung finden, in diesem Sinn Vorschläge zu machen. Er habe keine prinzipielle Abneigung gegen den großen Nachbarstaat (Preußen). Allein die Verhältnisse der Mittelstaaten seyen von der Art, daß sie mit Aussicht auf Leben fortbestehen könnten; doch würden sie sich einer Behörde unterordnen, an welcher sie Antheil hätten. In Süddeutschland zeige sich in den Volksversammlungen ein instinktmäßiger Widerstand gegen den Einheitsstaat. Er wisse wohl, daß man in Berlin nicht die Absicht habe, unserer Selbständigkeit zu nahe zu treten; allein habe doch vor zwölf Jahren in diesem Saale der Berichterstatter über die Reichsverfassung seinen Vortrag mit den Worten eingeleitet: Finis Saxoniae. Dieser Mann sei noch heute ein entschiedener Demokrat, und das müsse man diesen zugestehen, daß sie die Sache beim rechten Namen nennten. Bis zum letzten Athemzuge werde er dahin wirken, daß Sachsen als stimmberechtigtes Glied fortbestehe, und er glaube, es werde ihm mehr als ein deutsches Herz in Sachsen entgegenschlagen. (Beifall.) Die Mittelstaaten hätten 1859 vorwärts gehen wollen, Preußen sei nicht mitgegangen. Es würde aber bundeswidrig sein, wenn die Bundesstaaten selbständig hätten handeln wollen. Die Verhandlungen über die Bundeskriegsverfassung würden im versöhnlichen Geiste geführt, und es sei Hoffnung, zum eigentlichen Ziele zu kommen. Sobald ein Bundeskrieg ausbreche, würden alle Differenzen sofort aufhören, und die deutschen Fürsten ihre Truppen dorthin geben, wo sie gebraucht würden. Auch im Jahre 1859 sei kein Zweifel über den Oberfeldherrn gewesen. Die Mittelstaaten hättrn bei den Dresdener Conferenzen nicht auf den Bundestag zurückgehen wollen, sie seien für eine Executive mit einer geringern Stimmenzahl gewesen. Hätte man bei dem Dreikönigsbündnisse Oesterreich und Bayern Zugeständnisse gemacht, so würde etwas erreicht worden seyn. Der Minister kommt zum Schluß noch auf die Hinweisung auf Annexionen und auf Italien. Das Haus Hohenzollern habe seine Tradition, der es nicht untreu werden würde, allein die andern Fürsten hätten auch ihre Tradition. Kein deutscher Minister und Diener aber werde im Stande seyn, seinen Herrn zu verrathen.

* **Hannover.** In Hannover tritt jetzt der Widerwille gegen das reaktionäre System des Ministerium Borries, wovon das ganze Land erfüllt ist, immer mehr hervor. Die Versammlung vom 8. April hatte diesem Widerwillen einen offenen Ausdruck gegeben. Jetzt werden alle Theilnehmer dieser Versammlung, denen die Regierung in dienstlicher Weise oder sonst wie beikommen kann, dafür gezüchtigt, während denselben ihre Mitbürger ehrende Anerkennung zollen: so hat der Bergkommissär Hildebrand, welcher wegen Theilnahme an der Versammlung vom 8. April seines Platzes im Obermedizinalcollegio durch Ministerialreskript enthoben ist, über seine Wirksamkeit in der genannten Behörde von dieser ein besonders anerkennendes Schreiben empfangen. In der letzten Magistratssitzung zu Osnabrück wurde beschlossen, die in der Eingabe der Bürger an die städtischen Kollegien ausgesprochenen Wünsche um Aenderung des Regierungssystems auf das Nachdrücklichste zu unterstützen. Gegen die Lehrer des Rathsgymnasium, welche jene Eingabe unterzeichnet hatten, ist Seitens des Oberschulkollegium eine Disziplinaruntersuchung eingeleitet. — In Hildesheim und Harburg zirkulirt eine der Osnabrücker ähnliche Eingabe an die städtischen Kollegien, die sehr zahlreiche Unterschriften findet. Von Harburg schreibt man ferner unterm 12. Mai: „Senator (Magistratsrath) Thörl hat der Landdrostei Lüneburg seine Rechtfertigungsschrift bezüglich seiner Theil-

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 138.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Montag, 20. Mai 1861.

*** Das Schicksal des Crämer'schen Antrags.

Wie in der kurhessischen Frage, so hat sich neuerlich auch wieder in der Frage über die Reform der Bundeskriegsverfassung die bayerische Abgeordnetenkammer von der sächsischen in den Schatten stellen lassen. Während die sächsische offen für die Rechtsgültigkeit der kurhessischen Verfassung von 1831 sich aussprach, hat die bayerische so fein und vorsichtig diesen zarten Gegenstand angefaßt, ihre Ansichten und Wünsche in so allgemeine Phrasen gekleidet, daß es der Regierung nun freisteht zu thun, was sie mag und sie dann immer noch mit gutem Fug sagen kann, sie habe den orakelhaften Wunsch der Kammer erfüllt. Gleich gefällig zeigte sich die Kammermehrheit gegen die Regierung, indem sie den Crämer'schen Antrag auf Reform der Bundeskriegsverfassung so zu sagen stillschweigend beseitigte. Die Herren mochten wohl wissen, daß es der Regierung eben nicht angenehm seyn würde, genauere Auskunft über einen Gegenstand geben zu müssen, über den nun schon seit Jahren so viel gesprochen, geschrieben und verhandelt wurde, und mit dem man am Ende immer noch auf dem alten Fleck steht. Sie waren daher so gefällig, den unbequemen Antrag möglichst rasch ad acta zu legen. Aber ist denn damit in der Sache etwas geholfen? Ist eine Wunde geheilt, wenn man sie zudeckt? Und zu den wundesten Flecken unserer Bundesverfassung gehört ja eben die Einrichtung des Bundeskriegswesens. Ueber 100 Mill. Gulden werden jährlich in Deutschland für das Militär verausgabt, und diese ungeheure Summe ist so gut wie zum Fenster hinausgeworfen, wenn die unbehülflichen und zerstreuten Glieder des deutschen Bundesheeres nicht zu einem Körper vereinigt von einer Hand nach einem Sinn geleitet werden. Das sieht jeder Mann ein, daß wie die Dinge jetzt stehen, das Bundesheer einem feindlichen Einfall der Franzosen keinen erfolgreichen Wiederstand leisten könnte. Wir leben jetzt so zu sagen von der Gnade des Feindes, wir fühlen das und sind empört darüber, daß wir durch eigne Kraft nicht besser geschützt sind. Von allen Seiten Deutschlands ertönt der Ruf nach Reform der Bundeskriegsverfassung, allein die bayerische Abgeordnetenkammer verschmäht es, in diesen Ruf mit einzustimmen, weil — die Regierungen ja ohnehin schon über diesen Gegenstand in Verhandlung getreten sind. Wie? Weiß man nicht, daß alle seitherigen Verhandlungen nutzlos waren? Muß man sich nicht sagen, daß sie höchst wahrscheinlich auch jetzt wieder ohne Erfolg bleiben werden? Manche Regierungen haben ohne Zweifel den besten Willen und sind zu allen Opfern bereit; von anderen aber gilt das Gegentheil und an ihrer Hartnäckigkeit scheitert jeder Versuch der Einigung. Und da sollte es unnöthig seyn, daß eine Volksvertretung, wie die bayerische, ihre Stimme erhebt, um die Widerwilligen anzuspornen und ihnen deutlich und vernehmlich zuzurufen, was das deutsche Volk von seinen Regierungen fordert und mit Recht fordern kann, und was es von denen denkt, die durch ihre Hartnäckigkeit seine Sicherheit auf's Aergste gefährden! Wir dächten, das wäre eine Aufgabe, wie sie kaum ernster und wichtiger einer Volksvertretung in jetziger Zeit zufallen könnte. Und darüber mit Schweigen wegzugehen! Es wurde zwar gesagt, daß die Kammer doch keine bestimmten Vorschläge würde machen können, und daß es darum auch überflüssig sey, sich mit der Sache zu befassen. Soll dies testimonium paupertatis im Ernst gemeint seyn? Haben die Herren, die das sagten, auch bedacht, daß sie damit selbst abdanken vor der öffentlichen Meinung? Wenn ein dringendes Bedürfniß da ist, und wenn man sich außer Stand erklärt, ihm abzuhelfen — was ist die Folge? Der Krämer'sche Antrag ist jetzt begraben, in dem Archiv der Abgeordnetenkammer, aber er ist nicht zur Ruhe gebracht; er wird umgehen, wie ein Gespenst, immer wieder sich melden, mahnend und drohend, bis endlich die erlösende That geschieht. Gebe Gott, daß wir nicht zu lange darauf warten müssen! Ihr Preis steigt mit den Jahren, und es könnte leicht eine Zeit kommen, wo ein Preis gefordert wird, gegen den alle Opfer, die jetzt verlangt werden, winzig klein erscheinen.

Deutscher Bund.

Frankfurt, 17. Mai. Der Gesandte für Sachsen-Koburg-Gotha erklärte in der gestrigen Sitzung der Bundesversammlung Folgendes: „In der ersten diesjährigen Sitzung der Bundesversammlung ist von Seiten des Großherzogthums Hessen der Antrag gestellt: „die Bundesversammlung möge erklären, ob sie den sog. Nationalverein als unter das Verbot des §. 1 des Bundesbeschlusses vom 13. Juli 1854 fallend betrachte." Dieser Antrag ist in derselben Sitzung an den politischen Ausschuß überwiesen worden. Da bis jetzt ein Ausschußbericht noch nicht vorliegt, darf die herzogliche Regierung den Ausdruck ihres Wunsches, daß der gedachte Antrag baldmöglichst einer Erledigung entgegengeführt werde, nicht ferner zurückhalten. Denn da der sog. Nationalverein seinen Sitz in dem Herzogthum Koburg genommen hat, enthält der Antrag des Großherzogthums Hessen den unverschleierten Vorwurf, daß die herzogliche Regierung durch Zulassung dieses Vereins ihre Bundespflichten verletzt habe, und dieser Vorwurf steht bis dahin, wo Seitens der Bundesversammlung eine Entscheidung getroffen seyn wird, wenigstens in der Weise da, als ob er überhaupt erhoben werden könne. Das gerechtfertigte Verlangen der herzogl. Regierung nach einer baldigen Erledigung dieser Angelegenheit dürfte überdies mit den Interessen des Bundes zusammenfallen. Es ist schwerlich wünschenswerth, daß in dem einen Bundesstaat als Verbrechen verfolgt wird, was in dem andern erlaubt ist, und daß die Meinung unterhalten werde, die Bundesversammlung könne beabsichtigen, einen Verein zu unterdrücken, der wenigstens bis jetzt nicht nur die durch die Bundesgesetzgebung vorgezeichneten Grenzen inne gehalten hat, sondern dessen Bestrebungen auf die Kräftigung des nationalen Bandes gerichtet sind und mit den Wünschen der großen Mehrzahl der Nation zusammenfallen." Dem Wunsche auf möglichste Beschleunigung der Berathung des Antrages schloß sich der hessen-darmstädtische Gesandte an. (Zeit.)

---

* **Bayern.** Der von der 2. Kammer angenommene Entwurf eines Gesetzes, die Aufhebung der Straffolgen betr., enthält folgende Bestimmungen: Die Wiedereinsetzung eines wegen Verbrechens oder Vergehens Verurtheilten in die bürgerlichen oder politischen Rechte, welche er in Folge der rechtskräftigen Verurtheilung gemäß der hierüber im Strafgesetzbuche oder in andern Gesetzen enthaltenen Bestimmungen verloren hat, kann durch königliche Gnade gewährt werden. — Von dem Tage der Eröffnung des k. Begnadigungsreskriptes an tritt der Verurtheilte in alle durch die Verurtheilung verlornen Rechte wieder ein, soweit nicht das Reskript eine Beschränkung verfügt. Mit diesem Wiedereintritte ist jedoch ein Rechtsanspruch auf Wiedererlangung der in Folge des Strafurtheils verlornen Aemter, Dienste, Würden und Auszeichnungen und der von solchen abhängenden oder aus dem früheren Besitze derselben herrührenden Rechte, ferner auf Wiedererlangung konfiszirter oder zur Unterdrückung oder Vernichtung bestimmter Gegenstände, oder eingezogener Gewerbs- und ähnlicher besonderer Rechte, endlich auf Wiedererlangung des Adels und der davon abhängenden Rechte nicht verbunden. — Ein von dem Könige abgewiesenes Gesuch um Wiedereinsetzung kann erst nach Ablauf von drei Jahren, von dem Tage der abweisenden Entschließung an gerechnet, erneuert werden.

* **München**, 17. Mai. (Privat-Korrespondenz.) Se. Maj. der König verliehen dem k. preuß. Kriegsminister General-Lieutenant v. Roon und dem k. preuß. General und Generalinspektor der Artillerie v. Hahn das Großkreuz des Verdienstordens

enthielt in diesem versteckt 180 Kaschmirshawls im Werthe von 100,000 Franken. Der defraudirte Zoll belief sich auf 20,000 Franken.

Neueste Nachrichten.

** München, 16. Mai. (Privat-Korresp.) Die Mainzoll-Konferenz hat ihre Berathungen gestern beendet, und kann ich Ihnen das erzielte Resultat mittheilen. Die Mainzölle, bis $6\frac{1}{4}$ kr. per Centner, sind auf $1\frac{1}{4}$ kr. ermäßigt und außerdem tritt eine bedeutende Herabsetzung der Rekognitionsgebühren ein — in welch' letzterer Beziehung ich Ihnen demnächst Näheres werde mittheilen können.

Berlin, 14. Mai. Das Kommando des Garde-Korps (Prinz von Württemberg) hat durch Korpsbefehl den Soldaten das Halten und Lesen des „Publizist" und der „Volkszeitung" untersagt. (D. Bl.)

Wiesbaden, 15. Mai. Eine direkte Uebereinkunft zwischen der herzoglichen Regierung und dem bischöflichen Stuhl setzt den Konflikten zwischen Staat und Kirche, so weit das bisher immer bestrittene landesherrliche Bestätigungsrecht bei Besetzung der Pfarrstellen in Frage steht, vor der Hand ein Ziel. Der Bischof hat jetzt ein beschränktes Bestätigungsrecht anerkannt, der Landesherr dagegen hat die in Folge des früheren faktischen Vorgehens der Kirchenbehörde verfügte Temporaliensperre aufgehoben, und es ist die Absicht, das ganze Verhältniß demnächst auf dem Wege der Verfassung und Gesetzgebung definitiv zu regeln. (N. Pr. Z.)

Frankfurt, 16. Mai. In der heutigen Bundestagssitzung beantragte Gotha die Beschleunigung der Entscheidung über den hessischen Antrag wegen des Nationalvereins. Oesterreich gibt eine Erklärung über die Frage des Bundesfeldherrn ab, abweichend von der preußischen Auffassung. (Tel. d. Allg. Ztg.)

Wien. Als Schuselka Hochs und Geld, und sein Parteigenosse, aber Gläubiger Dr. Berger Katzenmusiken erhielt, hatte der Redakteur des „Fortschritt" (und „Jugendfreund" Berger's), Isidor Heller, einen Artikel geschrieben zur Rechtfertigung dieser Katzenmusiken. Deshalb unter Anklage gestellt, behauptete er zwar, der Artikel habe vielmehr von Katzenmusiken abgemahnt; aber der Gerichtshof verurtheilte ihn trotz dieses geistreichen Einwandes zu 4 Monaten strengem Arrest und 250 fl. Geldstrafe.

Pesth, 16. Mai. Donnerstagssitzung des Unterhauses. Der Redner der Partei Teleki, Koloman Tissa, hält jede Vermittlung für unmöglich, weil die Wiener Regierung die Landesrechte läugne. Ein freies Ungarn sey im Interesse Europa's, Deutschlands und der Civilisation; er will keine Adresse, bis die pragmatische Sanktion vollkommen anerkannt sey, und stimmt für einen Beschluß, welcher den Deak'schen Antrag mit einigen Erweiterungen enthalten soll. Der Redner erhält mäßigen Beifall. Szalay erklärt seine persönlichen Sympathien für die Deutschen. Oesterreich soll seine römisch-kaiserlichen Reminiscenzen aufgeben, seinem italienischen Einfluß keine weiteren Opfer bringen, und in Ungarn den monarchischen Schwerpunkt suchen; er schließt mit dem Adreßantrag im Sinne Deak's. Der Redner erhält bedeutenden Beifall. Franz Kubiny wünscht die Thronentsagung des Königs Ferdinand und des Erzherzogs Franz, und beantragt Dankadressen an den Sultan, die Schweiz, England und Amerika für die gute Behandlung der Flüchtlinge. Bartal meint: die österr. Regierung, welche dem Ausstand gegenüber auf dem Legitimitätsboden stehe, solle Ungarn gegenüber auch die Legitimität befolgen, und die Dynastie das gefährliche Opportunitätsprinzip aufgeben; er stimmt für eine Adresse. (T.d.A.Z.)

Glarus, 13. Mai. Die Standeskommission hat heute behufs Beschleunigung des Wiederaufbaues eine Anlehe von fünf Millionen Francs beschlossen, und deshalb den Landrath auf übermorgen, die Landesgemeinde auf nächsten Montag einberufen. (N. Z. Ztg.)

In Messina gab es einen Skandal. Im Theater wurde ein „patriotisches" Stück aufgeführt, welches nichts Anderes war, als eine Lobpreisung aller Königsmörder. Eine Scene stellte einen Kirchhof dar mit Monument derselben; das Monument Orsini's, welcher Louis Bonaparte fehlte, überragte alle anderen. Der französische Konsul führte Beschwerde, und er erhielt die Genugthuung, daß der Direktor des Theaters und der Autor des Stückes drei Tage lang eingesperrt wurden. Gegen die Piemontesen ist der Haß in Messina so groß, daß die Soldaten sich auf der Straße nicht dürfen sehen lassen. Die Militärbehörde hat es für rathsam gehalten, die Truppen außerhalb der Stadt lagern zu lassen. Ein Theil derselben ist in der Citadelle.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	—
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$63\frac{1}{2}$ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$55\frac{1}{2}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	49 P. 48 G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$42\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$88\frac{1}{8}$ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (O. b. R.)	$102\frac{3}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102\frac{3}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$103\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$100\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{5}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{3}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$103\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$94\frac{3}{4}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	102 G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{2}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{1}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$98\frac{7}{8}$ P.
„	3 pCt. Obl.	$91\frac{1}{2}$ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	49 P.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt. „ „ „	$42\frac{1}{4}$ P.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	99 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$109\frac{1}{4}$ G.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	655 G.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$145\frac{1}{2}$ G.	
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$181\frac{1}{2}$ P.	180 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$72\frac{1}{4}$ G.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	71 G.	
Internationale Bank in Luxemb. . .	85 P.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	319 P.	ex D.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$65\frac{1}{4}$ P.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	234 P.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$122\frac{1}{4}$ P.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$75\frac{1}{2}$ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$22\frac{1}{2}$ P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$134\frac{1}{8}$ P.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$99\frac{3}{4}$ P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{1}{4}$ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	$234\frac{1}{2}$ P.	exC.
Span. Handels- u. Industrie . . .	525 P.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	480 P.	
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	104 P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P.	$100\frac{1}{2}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{1}{2}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$96\frac{3}{8}$ B. $\frac{1}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
Hamb. Mk. 100 k. S.	$87\frac{3}{4}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{1}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	$93\frac{1}{8}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{1}{4}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	84—$83\frac{3}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$81\frac{1}{2}$ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$49\frac{3}{4}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	63 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$130\frac{3}{4}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$61\frac{1}{2}$ P.	„ fl. 25 do.	35 P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	95 G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	35 P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	$119\frac{1}{2}$ G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	49 G.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$36\frac{1}{2}$ P.
Badische fl. 50	$90\frac{3}{8}$ P.	Vereins-Loose fl. 10.	—
Badische fl. 35	$53\frac{1}{8}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 17. Mai. Oesterr. Fonds, Bank- und Kreditaktien, sowie Wechsel auf Wien wurden billiger abgegeben. In den übrigen Fonds keine wesentliche Veränderung. (Synd.)

Morgen, als am ersten h. Pfingstfeiertage, erscheint keine Zeitung.

die in dem Hinkeldey'schen System wurzeln, die Polizeiverwaltung wieder an das Gesetz zu knüpfen, so wird freilich der Stoß, den die Autorität erlitten, nicht leicht vermieden werden können; denn über alle Maßen thöricht wäre es, den Verlust an Autorität nicht denen, die ihn durch ihre Handlungen verschuldet, sondern denen zuzurechnen, die durch rücksichtslose Aufdeckung fauler Zustände den Grund zu ihrer Heilung haben legen wollen. (Z.f.Nordd.)

Sachsen. Dresden, 14. Mai. Der Bericht der dritten Deputation der 2. Kammer über den Riedel'schen Antrag: „die Schaffung einer kräftigen deutschen Centralgewalt und gleichzeitige Herstellung einer Vertretung des deutschen Volks dabei" betreffend, ist erschienen. Die Deputation schlägt vor: „Im Verein mit der 1. Kammer die Staatsregierung zu ersuchen, auf Herstellung einer deutschen Centralgewalt mit Volksvertretung hinzuwirken, zugleich aber zu beantragen: die Staatsregierung wolle insbesondere für sofortige Regelung der Frage über den Oberbefehl des deutschen Bundesheeres mit bemüht seyn."

Freie Städte. Frankfurt, 15. Mai. Die gesetzgebende Versammlung unserer Stadt beschloß einstimmig ein Ersuchen an den Senat, daß Frankfurts Bundestagsgesandter für Wiederherstellung der kurhessischen Verfassung von 1831 stimme und nach Kräften wirke. Sie beantragte sodann auch die Aufhebung des Zeitungsstempels und Wiederherstellung des Preßgesetzes von 1848. (T. d. Allg. Ztg.)

= **Oesterreich.** Pesth, 15. Mai. (Privat-Korresp.) Die 4 Husaren, welche zu dem blutigen Konflikte in Raab Anlaß gegeben, waren desertirt, weil sie die Nachricht von Teleki's Tod für das Signal zu dem Ausbruche einer Revolution gehalten und in Folge dessen Pesth möglichst schleunig hatten erreichen wollen.

Ueber die blutigen Vorfälle in Raab berichtet der „O. P." ein Augenzeuge Folgendes: Vier Mann eines freiwilligen Husaren-Regiments waren mit ihren Pferden und in voller Montur desertirt; auf dem langen Wege, den sie durchzogen, gaben sie sich in allen Ortschaften als ein Wachtpiquet aus, ließen sich von den Ortsbehörden einquartieren, verköstigen u. s. w. Eine allzu starke Libation, die sie in einem Wirthshause machten, erweckte den Verdacht der Gendarmerie; diese erkundigte sich bei den Betrunkenen näher und kam bei dem Mangel ihrer Legitimation dem wahren Sachverhalt auf die Spur. Die vier Mann wurden unter Eskorte in das Stockhaus nach Raab gebracht. Gegen Abend sammelte sich eine Anzahl von Studenten und Arbeitern um das Stockhaus. Bald waren ihrer zwölf- bis fünfzehnhundert beisammen und versuchten das Gebäude zu stürmen. Die Schildwache, ein einzelner Mann, gab Feuer, wurde jedoch mit dem eigenen Gewehre von der Menge todtgestochen und zertreten. Das Stockhaus selbst war von 9 Mann besetzt, die es tapfer und mit Umsicht vertheidigten. Nun wurde von den Studenten Sturm geläutet, aber die Bewohner der Stadt schlossen ihre Häuser und lieferten keinen Zuzug. Eine Kompagnie Infanterie, welche die Garnison von Raab bildet, rückte, ungefähr 80 Mann stark, aus, konnte aber gegen die Masse nichts ausrichten, da ihnen scharf zu laden untersagt war. Nur die belagerten 9 Mann schossen aus ihrer improvisirten Verschanzung hervor, um sich gegen die Anstürmenden zu wehren. Gegen 10 Uhr Abends rückten einige Schwadronen des theils in Raab, größtentheils aber in der Umgegend stationirten Kürassier-Regiments heran und ihren geschlossenen Reihen gelang es, die Menge zu zersprengen. Es wurden in der Nacht von der Militärbehörde Verhaftungen vorgenommen; am andern Tage endlich wurden auch seitens der ungarischen Civilbehörde mehrere Tumultuanten zur Haft gebracht.

Italien.

Turiner Blätter schreiben: „In der Stadt Neapel herrscht, obschon es in den Provinzen hier und dort zu blutigen Scenen kommt, vollkommene Ruhe. Es befinden sich gegenwärtig in den Gefängnissen gegen 4000 Personen, welche reaktionärer Umtriebe bezüchtigt sind. Es sind meistens ehemalige Soldaten, Priester und Mönche, ehmalige Spione und Agenten der bourbonischen Polizei. Da neue Truppen in Neapel angekommen sind, so konnten mehrere mobile Kolonnen errichtet werden, welche die beunruhigten Distrikte durchstreifen und die Ruhe, wo sie gestört ist, wieder herstellen. Aus den Berichten des mit der Leitung der Finanzen in Neapel betrauten General-Sekretärs Sacchi erhellt, daß das Defizit des neapolitanischen Staatsschatzes noch größer seyn wird, als man zuletzt angegeben hatte, da fast täglich neue Ausfälle zum Vorschein kommen, welche bei den ersten Voranschlägen wegen der großen Unordnung in allen öffentlichen Aemtern nicht beachtet werden konnten." (Neapel hat nämlich bis jetzt noch sein eigenes Finanzwesen, gesondert von dem des übrigen sardinischen Reichs. Was die Turiner Blätter in Vorstehendem sagen, dürfte hinter der Wahrheit noch ziemlich weit zurückbleiben; es genügt aber auch das schon, um ein grelles Licht auf die Zustände in Süditalien zu werfen.)

Neapel. Der verhaftete Erzbischof von Conza und Campagna wird beschuldigt, seinen Einfluß zu Gunsten Königs Franz geltend gemacht zu haben. Die Erzbischöfe und Bischöfe des Königreichs haben in einem an den General-Statthalter gerichteten Kollektivprotest ihre Mißbilligung gegen alle die in letzter Zeit im Königreich Sizilien zum Nachtheil der katholischen Kirche und gegen die Freiheit und die Gerechtsame derselben verübten Akte ausgesprochen.

Garibaldi hat folgendes Schreiben an den General Mieroslawski gerichtet: „Genua, 1. Mai 1861. Lieber Freund! Der entscheidende Kampf für die unterdrückten Nationalitäten naht heran, aber Niemand kann genau die Stunde bestimmen. (Sehr richtig, sie scheint auch in diesem Jahre gar nicht schlagen zu wollen.) Man muß immer bereit seyn. Sagen Sie daher Ihren Landsleuten, was ich den Italienern sagte: „„Man muß das zum Ankauf einer Million Gewehre nothwendige Geld aufbringen."" Die tapferen Polen, die während der Metzeleien zu Warschau bewiesen haben, daß sie dem Vaterland ihr Leben zum Opfer zu bringen im Stande sind, werden auch einen Theil ihrer Einkünfte für den angegebenen Zweck aufopfern können. Sie, General, und Ihre Freunde, Sie sind bereit, Ihr Leben Italien hinzugeben. Gut, ich und die Meinen, wir werden das Nämliche für Polen thun. G. Garibaldi."

Nichtpolitische Zeitung.

München, 16. Mai. Die Korps-Studenten veranstalteten gestern zu Ehren des verstorbenen Professors v. Lasaulx einen großartigen Fackelzug, und heute die Nicht-Korpsstudenten einen desgleichen. (Südd. Z.)

In der Umgegend von Leipzig hat am 13. d. M. ein Gewitter nicht weniger als 8 bis 10 Feuersbrünste hervorgerufen.

Auf der Chursdorfer Windmühle bei Lippehne (in der Mark Brandenburg) ist in der Nacht vom 10. zum 11. Mai ein gräßlicher Mord verübt worden. Man fand den Müller, dessen Frau, drei Kinder (von 11, 9 und 5 Jahren) und die Dienstmagd, mit einer Axt erschlagen, todt in ihren Betten. Der Spur nach sind zwei Männer, welche durch das Kellerfenster eingedrungen seyn werden, die Mörder. (Kln. Z.)

Nach den bis jetzt eingelaufenen Berichten von der Unglücksstätte zu Glarus wurden bis jetzt von mehreren vermißten Personen Hr. Hauptmann Tanner von Speicher, der sich zum Besuche in einem Gasthofe zu Glarus befunden und zur Rettung nach der Kirche geflüchtet hatte, im erstickten Zustande, sowie eine Frau Buchsinger, Apothekersgattin, in einem Gewölbe und zwei Dienstboten in einem Kellerraume erstickt und zum Theil verkohlt aufgefunden. Die Leichen der übrigen vermißten Personen werden wahrscheinlich nicht aufgefunden werden können, da das Feuer unter den Schuttmassen fortwährend noch anhält. Unterstützungen kommen von allen Seiten und selbst von dem Auslande für die Verunglückten herbei.

Christiania, 10. Mai. Nach hier eingetroffenen Nachrichten brach am 7. d., Nachmittags zwischen 1 und 2 Uhr, in Sarpsborg eine Feuersbrunst aus, welche bei einem starken Nordwinde 46 Häuser und die Kirche einäscherte. (B. B.-Z.)

England kleidet sich in Stahl und Eisen. Außer den gepanzerten Kriegsschiffen wird man vielleicht nächstens ganze Schaaren gepanzerter ehrbarer Spießbürger erblicken. Zum wenigsten hat ein großes Handlungshaus in Manchester dem friedlichen Manchester angezeigt, daß es elastische Vatermörder, Manchetten und Vorhemdchen aus weiß emaillirtem Stahl liefere. Da spreche man noch von französischen Rüstungen. (K. Z.)

Die Akademie der Wissenschaften in Paris hat an die Stelle des verstorbenen Physiologen Tiedemann den Chemiker Justus v. Liebig in München zu ihrem auswärtigen Mitglied gewählt.

In Besançon haben die Zollbeamten einen trefflichen Fang gemacht. Ein Wagen mit ausgebohrten Hölzern beladen

Karl Schreyer, bis auf Weiteres in den erbetenen Ruhestand versetzt, auf dessen Stelle den Expeditions- und Taxbeamten des Bezirksgerichts Deggendorf, Joh. Bapt. Franz, befördert und des Letzteren Stelle dem Taxamtsgehülfen am Bezirksgerichte München r/J., Jos. Bernklau, verliehen. (N. Münch. Z.)

Der Gesetzentwurf, die Verjährung der Forderungen aus Staatsschuldenurkunden der Staatsschuldentilgungsanstalt betr., enthält in der von der II. Kammer angenommenen Fassung außer den gestern mitgetheilten noch folgende wesentliche Bestimmungen: Die Anweisungen auf Ausfertigung neuer Zinsabschnitte (Talons) verlieren ihre Gültigkeit nach Ablauf von fünf Jahren von dem Verfalltage des letzten Zinsabschnittes (Coupon) an gerechnet, und kann von dieser Zeit an die Ausfertigung neuer Zinsabschnitte nur auf Vorzeigung der Staatsschuldurkunde selbst erfolgen. — Wer bei Einlösung eines zur Rückzahlung fälligen Staatsschuldkapitals nicht im Stande war, mit der Schuldurkunde auch die dazu gehörigen, noch nicht fälligen Zinsabschnitte zu übergeben und deßhalb für die abgängigen Zinsabschnitte eine Kaution erlegt hat, ist berechtigt, den Kautionsbetrag für jeden nicht zur Einlösung gekommenen Zinsabschnitt nach eingetretener Verjährung desselben zurückzufordern. Unterläßt er dieses während des Laufes von fünf Jahren von dem Tage an gerechnet, an welchem der Zinsabschnitt erloschen ist, so ist auch das Recht auf Zurückforderung der Kautionsrate zu Gunsten der Staatsschuldentilgungsanstalt verjährt. — Wenn — auf den Inhaber (au porteur) lautende — Staatsschuldurkunden oder Zinsabschnitte bei der Staatsschuldentilgungskommission oder bei einer Kasse derselben als abhanden gekommen angemeldet worden und während der im gegenwärtigen Gesetze bestimmten Fristen nicht zur Einlösung gelangt sind, so werden nach eingetretener Verjährung die betreffenden Geldbeträge an den zuerst Anmeldenden oder dessen Rechtsnachfolger gegen Quittung vergütet, insofern nicht ein Dritter innerhalb der Verjährungsfrist ein Recht hierauf durch richterliches Urtheil nachgewiesen hat. Bezüglich des Kapitals kann jedoch eine frühere Vergütung in dem Falle beansprucht werden, wenn der Abgang der Schuldurkunde bereits vor erfolgter Kündung oder Verloosung angemeldet war, seit dem Tage der Kündung oder Verloosung zwei Jahre abgelaufen sind, und der Staatsschuldentilgungsanstalt für den Kapitalsbetrag entsprechende Kaution geleistet wird. — Das Gesuch um Vergütung des Kapitals und der Zinsen, sowie um Herausgabe der Kaution ist bei Verlust des Anspruches hierauf innerhalb fünf Jahren vom Tage der eingetretenen Verjährung der Kapital- oder Zinsforderung zu stellen. — Eine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die eingetretene Verjährung findet nicht statt. Ebensowenig findet eine Unterbrechung der Verjährung durch außergerichtliche Mahnung statt. — Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden auch Anwendung bezüglich jener Gläubiger, welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehen oder in Ansehung der Verjährung den Minderjährigen gesetzlich gleichgestellt sind.

Preußen. Berlin, 14. Mai. Unsere leidige Polizeifrage ist noch immer das A und O unserer Politik und sie beweist mehr als alles Andere, daß die gegenwärtige Regierung wenigstens jeder Initiative baar und ledig ist: sonst würde sie diese doch, so weit die dabei interessirten Persönlichkeiten in Betracht kommen, verhältnißmäßig unbedeutende Angelegenheit vollständig erledigt haben. Aber nachdem man den „Ehrenmann“ Patzke so lange gehalten, bis er sich selber aufgegeben, wird nun auch Hr. v. Zedlitz gehalten, bis ein neuer Incidenzpunkt vielleicht auch diesen fallen zu lassen zwingt. So ist der letztere noch immer Polizeipräsident, und obwohl die Immediatvorträge sistirt zu seyn scheinen — denn seit etwas über 8 Tage liest man nicht mehr im „Staatsanzeiger“, daß der Polizeipräsident, Frhr. von Zedlitz, Vortrag bei Sr. Majestät gehalten habe — so ward er doch noch gestern bei Enthüllung des Beuth-Denkmals im Gefolge des Königs gesehen und war bei dieser Gelegenheit selbst Ausdrücken des öffentlichen Unwillens ausgesetzt, die um so greller hervortraten, als sie von lebhaften Ausdrücken der Ergebenheit gegen den König begleitet waren. Als nämlich der König aus dem Kommandanturgebäude, aus dessen Fenstern der Hof der Feierlichkeit zugesehen hatte, heraustrat und sich zur Station begeben wollte, warf sich, wie immer, die reitende Schutzmannschaft mit großer Eile und rücksichtslosem Diensteifer auf das die Statue umdrängende Volk, um dem Könige freie Bahn zu machen. Da rief der König mit lauter Stimme: „Chaussiren Sie sich nicht; die Herren werden mir schon da, wohin ich gehen will, Platz machen.“ Auf diese Worte folgte ein enthusiastischer Ausbruch des Volkes, der fortdauerte, so lange der König bei der Statue verweilte, aber nicht hinderte, daß bei dem Erscheinen des Polizeipräsidenten auch einzelne Stimmen des Mißfallens sich hörbar machten. In der That, wenn diese Situation noch lange so fortdauert, steht noch mehr auf dem Spiel als die Popularität des Grafen Schwerin, der nur darum jetzt die Sache nicht erledigen zu wollen scheint, weil die öffentliche Meinung dies dringend verlangt. Wenn es möglich wäre, von dieser Sache nur acht Tage lang nicht zu reden, meinen die Einsichtsvollen, so würde sie sofort begraben werden. Denn das ist kein Zweifel, daß auch der Polipräsident v. Zedlitz, mit dessen bloßer Versetzung sich die öffentliche Meinung anfangs begnügt haben würde, schließlich wird entfernt werden, und daß dann eine vollständige Reorganisation der auf Hinkeldey'schen Grundsätzen errichteten Polizei folgen wird. Es handelt sich einfach um Zurückführung der Polizei auf den gesetzlichen Weg nach allen Richtungen hin, während das Hinkeldey'sche System auf das willkürliche Belieben auferbaut war, und der Schöpfer desselben bei mancher Gelegenheit auszusprechen sich nicht gescheut hatte, daß er sich durch kein Gesetz, sondern nur durch die Rücksicht auf das öffentliche Wohl, wohlverstanden das öffentliche Wohl, wie er es verstand, gebunden erachte. Gelingt es nicht, durch eine gründliche Entfernung aller Organe der Polizei,

Gegenseitiger Selbstmord.

Selbstmorde und Tödtungen von Einwilligenden nehmen in Frankreich seit einiger Zeit auffallend zu. Die Vulgärsprache von Frankreich, welche man vor den Schranken der Gerichtshöfe hörte, scheint sogar schon für die Ermordung anderer Personen das Wort „suicider“ zu gebrauchen. J'ai suicidé ma maitresse, sagte neulich ein Soldat, welcher vor den Schranken eines Pariser Kriegsgerichtes erschien. In Paris sind solche Fälle, denen dabei ein gewisser Hauch von Romantik eigen wäre, äußerst selten; dagegen macht es einen widerlichen Eindruck, zu sehen, wie häufig Soldaten und Grisetten, heruntergekommene Schauspieler und ausgediente Modistinnen die Tragik parodiren, indem sie bei einer Flasche Champagner, eine Cigarre im Munde, sich „gegenseitig selbst morden“, weil der letzte Frank in die Hände des Kellners gewandert ist. Weder Melancholie, noch Blasirtheit, auch nicht Leidenschaft erster Naturen ist hier das innere Motiv zur That, sondern jene Frivolität der Lebensanschauung, welche Alkohol und Obscönität als einzige Genüsse des menschlichen Daseyns betrachtet.

Ein neues Beispiel hierzu liefert der Korporal Rouard in Paris. Derselbe hatte nach Ablauf seiner Dienstzeit sich von Neuem anwerben lassen und beschlossen, die Summe, die er als Stellvertreter bezog, auf möglichst genußreiche Weise durchzubringen. In dieser Absicht suchte er die Bekanntschaft einer jungen Putzmacherin, Denise Herbin, welcher er vorschlug, seine Maitresse zu werden, 1000 Frcs. mit ihm durchzubringen und demnächst zu sterben. Dieser Vertrag kam auch wirklich Anfangs Dezember zu Stande und wurde in allen Punkten auf das Gewissenhafteste von beiden Theilen erfüllt. Am 9. Januar war der Augenblick gekommen, wo das letzte Geldstück ausgegeben werden mußte; man beschloß, auf dieselbe Art zu sterben, in welcher man die erste Bekanntschaft gemacht hatte, auf einem Tanzboden. Beide Theile schrieben ihren Verwandten Abschiedsbriefe, in welchen sie ihren bevorstehenden Tod anzeigten.

Als man den Tanzboden geschlossen fand, welcher zur Ausführung des Planes bestimmt gewesen war, faßte man einen andern Entschluß. Rouard und Denise Herbin ließen sich bei einem Restaurant ein besonderes Zimmer geben und beschlossen 5 Minuten vor 11 Uhr Abends zu sterben. Ein Souper wird aufgetragen, ein Dolch auf den Tisch gelegt und schließlich, damit jeder Verdacht eines Mordes beseitigt werde, von Denise Herbin ein Schriftstück unterzeichnet, in welchem sie erklärt, daß sie von der Hand ihres Geliebten auf ihren ausdrücklichen Befehl, um gleichzeitig mit ihm zu sterben, getödtet worden sey. Acht Minuten vor 11 Uhr beginnen die Vorbereitungen zum Tode, der Art, daß sich Denise auf dem Sopha ausstreckt und ihre Brust entblößt, um den Dolchstoß zu empfangen. Mit gewissenhafter Pünktlichkeit stößt Rouard in einer und derselben Minute denselben Dolch in die Brust seiner Geliebten, mit welchem er sich nach vollbrachter That durchbohrt.

Beide wurden bald darauf in ihrem Blute schwimmend, wenn auch lebend, vorgefunden, bei beiden war der linke Lungenflügel tief verletzt. Denise Herbin starb nach 20 Tagen, während Rouard wieder hergestellt wurde. Des Mordes angeklagt, erschien er am 11. April vor dem zweiten Kriegsgericht zu Paris. Sein Vertheidiger berief sich auf das Vorhandenseyn eines „gegenseitigen Selbstmordes“. Mit 5 gegen 2 Stimmen ward Rouard freigesprochen. (Trib.)

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland, für Wahrheit und Recht!

№ 137. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 58. Jahrgang. | Samstag, 18. Mai 1861.

Die Besoldungsnoth.

Es wird beklagt, und mit vollem Rechte beklagt, daß in unserem Staat die Blutsteuer ohne Beirath und Zustimmung der Landesvertretung erhoben werde. Ganz ähnlich verhält es sich mit der Dintensteuer, d. h. mit den Opfern, die das Volk für die im Dienst der öffentlichen Wohlfahrt Jahr aus Jahr ein vergossene Dinte zu bringen hat.

Die Landesvertretung bewilligt die Geldmittel, aus welchen die Kosten des Militärdienstes, die Gagen und Löhnungen bestritten werden, und bewilligt die Kosten des Zivildienstes, die Summen, die zur Erhaltung des Beamtenheeres*) nöthig sind. Sie hat aber keinen Einfluß auf die Formation des Militärdienstes und ebenso wenig auf die Formation des Zivildienstes. Sie hat demgemäß nicht mitzuwirken, wenn die Zahl der Offiziere und Mannschaften, die Zahl und Eintheilung der Regimenter, die Stärke der verschiedenen Waffengattungen festgesetzt wird. Ebensowenig hat sie ein Recht der Mitwirkung, wo es sich um die Stärke des Beamtenheeres und seine Vertheilung auf die einzelnen Posten handelt. Ohne Vernehmung des Landtags wird ein Regiment Taxbeamte ebenso über Nacht aus dem Boden gezaubert, wie ein Regiment reitender Artillerie.

Die Kammern haben das Recht der Geldbewilligung; sie können einem Aufwand für den Militär- oder Zivildienst, der ihre Bewilligung überschreitet, die Anerkennung versagen und den verantwortlichen Minister einladen, das Plus aus eigenen Mitteln zu bestreiten. Allein nicht immer ist ihre politische Tugend zu solch katonischer Strenge aufgelegt; man genehmigt für den Soldaten, der nun doch einmal zur Fahne gerufen, für den Beamten, der einmal angestellt ist, in Gottes Namen die benöthigten Gelder; man respektirt die vollendete Thatsache und stellt die tröstliche Betrachtung an, daß eine Refundirung aus dem Säckel des Ministers ja ohnehin mehr mythologische als finanzielle Bedeutung hat.

Indeß, es treten Momente ein, wo auch weichere Gemüther bedenklich werden. Wenn sich einmal ergibt, daß das Land im Verlaufe von zwei Jahren für militärische Zwecke bald 60 Millionen verausgabt hat — nicht gerechnet die Konsumtion an brachliegender Arbeitskraft und die Steigerung der Arbeitslöhne — so sinnt man auf Mittel, so abenteuerlichen Zuständen ein Ziel zu setzen. Man schlägt den zehnten Titel der Verfassungsurkunde und seine Novellen nach; man denkt wohl auch an einen Gesetzentwurf über die Mitwirkung der Kammern bei Feststellung der Armeeformation. Zu ähnlichen Betrachtungen regt der Etat des Zivilstaatsdienstes in einem Augenblick an, wo von allen Seiten die bestbegründeten Ansprüche auf Gehalts-Erhöhungen laut werden. Da ist es wohl hohe Zeit, ernstlich zu untersuchen, was geschehen könnte, um die wachsende Größe der Besoldungen durch eine Minderung des Beamtenheeres auszugleichen.

Sollen die Kammern zu dem Ende begehren, daß ihnen ein Recht der Mitwirkung bei der Formation des Civilstaatsdienstes gewährt werde? Wir halten uns dabei nicht auf, diese Frage zu erörtern, da doch allem Anscheine nach zwischen dem Begehren und dem Gewähren eine längere Zeit verstreichen würde.**) Es handelt sich um die Hülfsmittel, die gegenwärtig anwendbar sind, um eine gegenwärtige Schwierigkeit zu lösen.

Man hat schon von anderer Seite den Vorschlag gemacht, die nöthigen Gehaltserhöhungen vorerst nur in der Gestalt provisorischer Zulagen zu bewilligen. Mit diesem Vorschlag sollte zunächst dem Einwand begegnet werden, daß das Budget der neuen Finanzperiode sich auf Gehaltserhöhungen überhaupt nicht werde eintassen können, weil bei der bevorstehenden Organisation der Aemter ohnehin eine neue Regulirung erfolgen müsse. Allein der Vorschlag hat seine tiefere Bedeutung; er deutet das Mittel an, gleichzeitig mit der nothwendigen Erhöhung der Besoldungen die nothwendige Minderung der Beamtenzahl zu sichern.

Es ist eine Reihe von Gesetzgebungsreformen theils im Werk begriffen, theils in Aussicht gestellt, theils dringend wünschenswerth, die sämmtlich dahin wirken, die Funktionen des Staatsorganismus zu vereinfachen und folglich den Beamtenbedarf zu ermäßigen. Das neue polizeiliche Strafverfahren wird hoffentlich die Million polizeilicher Protokolle, die nach einer billigen Schätzung zur Zeit alljährlich zu Papier gebracht werden, erheblich reduziren und eine Ersparung von 100 oder 150,000 Arbeitsstunden mit sich bringen. Der reformirte Civilprozeß und die Einführung des Notariats müssen gleichfalls zur Minderung der Geschäftslast Bedeutendes beitragen. Die Einführung der Gewerbefreiheit enthebt die Polizeibehörden aller Abstufungen einer Masse von unfruchtbarer Arbeit. Ebenso wirkt die Reform der Gemeindeordnung, wenn durch sie das Prinzip der Selbstverwaltung in vernünftigen Grenzen eine Wahrheit wird, was es gegenwärtig nicht ist. Daneben lassen sich durch zweckmäßige Vereinfachung des Geschäftsgangs fast in allen Verwaltungszweigen die beträchtlichsten Ersparnisse an Zeit und Arbeitskraft erreichen.

Es wird daher möglich seyn, im Verlauf dieses Jahrzehnts eine wesentliche Minderung des Beamtenstandes zur Ausführung zu bringen und damit die Kosten der Gehaltserhöhungen auszugleichen. Daß die Vortheile einer solchen Maßregel durchaus nicht auf dem finanziellen Gebiet allein liegen, ist einleuchtend. Der Staatsregierung aber wird der heilsamste Impuls, auf diese Minderung, namentlich auch im Personal der höheren Verwaltungsstellen, ernsten Bedacht zu nehmen, dadurch gegeben, daß man die Gehaltserhöhungen vorerst als provisorische Zulagen behandelt. Dann können die Kammern bei einer künftigen Budgetberathung der Staatsregierung sagen: wir sind jetzt, nachdem die wünschenswerthen Minderungen stattgefunden haben, zur definitiven Bewilligung höherer Gehalte bereit.

Wird dieser Weg nicht eingeschlagen, so entsagen die Kammern, so weit unsere bescheidene Einsicht reicht, dem einzigen Mittel, das in ihrer Hand liegt, auf die Formation des Beamtenstandes einzuwirken. Und sie würden damit der Erfüllung einer wichtigen Pflicht entsagen, denn die Erhöhung der Gehalte, verbunden mit der Einschränkung der Beamtenzahl, ist eine Wohlthat für das Land, die Gehaltserhöhung allein ist eine doppelte Plage. (Südd. Z.)

*) Die Zahl der pragmatisch angestellten Beamten im aktiven Zivildienst beläuft sich auf circa 5000, wobei jedoch die Anstalten für Wissenschaften, Kunst und Unterricht nicht in Rechnung gebracht sind.

**) Wenn man sieht, wie an manchen Stellen manche Beamte so merkwürdig viel Zeit zum Spazierengehen 2c. übrig haben, so muß sich Einem allerdings die Frage aufdrängen, ob denn nicht eine kleinere Zahl derselben auch genügen würde, um die vorhandenen Geschäfte zu erledigen.

Deutscher Bund.

Heidelberg, 15. Mai. Als Zusatz zu der Erklärung über die Münzreform hat der Handelstag noch folgenden Vorschlag angenommen: „Es ist dahin zu wirken, daß bis zur Durchführung der vom Handelstag vorgeschlagenen Münzreform schon jetzt für das Gebiet der süddeutschen Währung die großen Silbermünzen der österreichischen und Thalerwährung, resp. die $1/4$- und $1/2$-Gulden- und $1/3$- und $1/6$-Thalerstücke, als gesetzliche Zahlungsmittel zuzulassen seyen." (Fr. J.)

Bayern. München, 16. Mai. Se. Maj. der König hat die von Sr. Majestät dem König Ludwig geschehene Wahl des k. Bataillons-Arztes Dr. Lorenz Tutschek zu seinem Leibarzte genehmigt; den Expeditor am Appellationsgerichte der Oberpfalz,

Nichtpolitische Zeitung.

München, 15. Mai. Das Lustspiel „Don Quixotte" von H. Schmid wurde gestern unter viel Beifall und Heiterkeit aufgeführt. Die Anlage ist trefflich, in der zweiten Hälfte schlägt die Handlung jedoch zu sehr in's Possenhafte um. — Gestern wurde das Wallerstein'sche Palais in der Arcisstraße gerichtlich versteigert und von einem Kommissionär um 42,000 fl. erstanden. — In der hiesigen Wagenfabrik des Hrn. Rathgeber wird gegenwärtig ein Eisenbahn-Salonwagen für den Fürsten Taxis gebaut, welcher 54 Fuß lang und auf das Glänzendste und Zweckmäßigste ausgestaltet wird. (B. Bl.)

Leipzig, 13. Mai. Der auch in weiteren Kreisen rühmlichst bekannte Oberlehrer unserer Bürgerschule, Dr. **Vater**, hat seinem Leben durch einen Selbstmord ein Ende gemacht.

(**Epilepsie in Folge frühen Tabakrauchens.**) Bei dem Mißbrauche, der jetzt häufig von ganz jungen Leuten mit dem Tabak getrieben wird, dürfte nachstehendes Faktum wohl zu würdigen seyn. „Den heftigsten Fall von Epilepsie, der mir überhaupt vorkam, sagt der Verfasser eines medizinischen Werks, beobachtete ich bei einem zwölfjährigen Knaben, der damals schon seit zwei Jahren stark rauchte. Er fröhnte dieser Leidenschaft selbst dann noch, als sich bereits die ersten Symptome seines Nervenleidens zeigten. Bevor man von dieser schädlichen Gewohnheit Kenntniß hatte, wurde der Patient mit einer Menge von Heilmitteln erfolglos behandelt; nur nachdem man ihn gezwungen hatte, das Rauchen gänzlich aufzugeben, gelang es, seine epileptischen Anfälle zum Schwinden zu bringen.

St. Gallen, 13. Mai. So traurig und herzzerreißend die Berichte über das **Brandunglück in Glarus** sind, so erfreulich und erhebend für jeden Menschenfreund ist auch die Bereitwilligkeit aller Schweizer, den Unglücklichen die so hochnöthige Hülfe zu leisten. Viele haben nur mit Mühe das nackte Leben gerettet. Mehrere Menschen, darunter auch ein Greis, verloren auf schauderhafte Weise ihr Leben. (Die „N. Z. Z." erzählt von 4 Personen, deren Erstickungstod konstatirt sey, dagegen haben 3 Personen gerettet werden können, die in einem inmitten des Flammenmeeres stehenden Brunnenbecken drei Stunden lang in Angst und Gluth gestanden hatten.) Aber mit bewunderungswürdiger Schnelligkeit kam auch Hülfe von allen Seiten her. Die Eisenbahn führte sogleich Mannschaft und Lebensmittel in Menge herbei, die benachbarten Ortschaften nahmen die Unglücklichen freudig in ihre Wohnungen auf und linderten ihre Leiden mit theilnehmender Liebe. (Der Bundesrath stellte der Glarner Regierung vorläufig 50,000 Fr. zur Verfügung.) (S. M.)

Neueste Nachrichten.

Paris, 13. Mai. Zum größten Erstaunen der Pariser ist Prince Napoleon nach der Abwesenheit weniger Tage schon wieder hier eingetroffen; seine Journale meldeten am Morgen noch mit dem gewöhnlichen Aufwande von Lügenhaftigkeit den Jubel, mit welchem der Prince in der Schweiz empfangen worden sey, und am Abend schon war ihr großgünstiger Gebieter wieder bei erwünschtem Wohlseyn im Palais-Royal eingetroffen und schlief recht behaglich in demselben Gemach, in welchem einst der Duc d'Aumale, sein überseeischer Freund, zur Welt kam. Als der Prince hier abreiste, erzählte man sich, es sey geschehen, um dem lästigen Besuche einiger Marschälle und Generale auszuweichen, welche sich mit ihm über die schriftstellerischen Versuche des Herzogs von Aumale unterhalten wollten, um die eigentlichen Absichten Seiner kaiserlichen Hoheit kennen zu lernen. Offenbar hatten einige Leute die Motive des prinzlichen Ausfluges nach der Schweiz, die offenbar nur auf Inspizirung der Milchwirthschaft in Prangis gingen, völlig mißverstanden; denn am selben Tage noch reiste der Duc d'Aumale in aller Eile und inkognito von London ab, nahm unterwegs den General Changarnier mit und ließ sofort seine Ankunft in Prangis ansagen. Leider erhielt er auf diese Höflichkeit durchaus nicht die entsprechende Antwort, nicht einmal eine Empfangs-Bescheinigung; denn der Prince hielt es für gut, sofort wieder über die kaiserl. Grenze zurückzukehren und in Paris anzukommen. Nach diesen Vorgängen rechnen denn die Pariser den Prince zu dem Geschlecht der Pachydermen (Dickhäute). Dabei nutzt es ihm nichts, daß seine Diener und Genossen jetzt den alten Prozeß über den Tod des letzten Condé wieder aufführen. Allerdings ist das eine traurvolle Geschichte, die Baronin de Feuchères handelte unzweifelhaft im Auftrage der Orleans; aber der Prince wird sicher dadurch nicht rein, daß seine Knechte einigen Schmutz auf die Verwandtschaft des Duc d'Aumale werfen. Niemand in Frankreich hat die Orleans für ein fleckenreines Engelgeschlecht gehalten; aber wenn es selbst unzweifelhaft feststände, daß der letzte Condé ermordet worden wäre, so träfe den Duc d'Aumale persönlich doch kein Vorwurf, denn er war damals noch ein Kind und die Erbschaft des Hauses Condé besitzt jetzt nicht mehr das Haus Orleans, sondern (seit dem bekannten Konfiskationsdekret) das edle Geschlecht des Prince Napoleon. (N. Pr. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. [illegible]

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	—
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	63 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$56^{1}/_{8}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	50 P.
„	$4^{1}/_{2}$ pCt.	$43^{3}/_{4}$ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3^{1}/_{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$88^{1}/_{8}$ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	$102^{3}/_{4}$ P.
„	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102^{7}/_{8}$ P.
„	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	$103^{1}/_{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$100^{5}/_{8}$ P. $^{3}/_{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100^{1}/_{2}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104^{3}/_{4}$ G.
„	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	$95^{1}/_{4}$ P.
Baden	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl.	103 P.
„	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$94^{3}/_{4}$ P.
Gr. Hess.	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl.	102 G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100^{1}/_{2}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	$94^{1}/_{2}$ P.
Nassau	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	$102^{1}/_{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99^{3}/_{4}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl.	$98^{7}/_{8}$ P.
„	3 pCt. Obl.	$91^{1}/_{2}$ P.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	49 P.
„	$1^{3}/_{4}$ pCt. „ „ „	$42^{1}/_{4}$ P.
Schweden	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$99^{3}/_{4}$ P. $^{3}/_{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$109^{5}/_{8}$ P.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	660 G.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$147^{1}/_{2}$ G.	
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	183 P.	
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	73 G.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . .	71 G.	
Internationale Bank in Luxemb. . .	87 P.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	319 P.	ex D.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$68^{1}/_{4}$ P.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	234 P.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$124^{1}/_{2}$ P.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$75^{1}/_{2}$ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 115 4 pCt. Z	23 P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$133^{7}/_{8}$ P. $^{5}/_{8}$ G.	
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à $4^{1}/_{2}$ pCt.	$99^{1}/_{4}$ G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51^{1}/_{8}$ G.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	$234^{1}/_{2}$ P.	exC
Span. Handels- u. Industrie . . .	525 P.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	480 P.	
Bayr. Ostbahn à $4^{1}/_{2}$ pCt. volleinbez.	$104^{1}/_{2}$—$^{3}/_{4}$ G.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. $100^{1}/_{2}$ G.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amsterd. fl. 100 k. S.	$99^{1}/_{2}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B. $99^{3}/_{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$105^{3}/_{8}$ B.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$96^{3}/_{8}$ B $^{1}/_{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	$87^{3}/_{4}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105^{1}/_{4}$ B.
London Lst. 10 k. S.	$117^{7}/_{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Fr. S. L. 250 k. S.	$93^{1}/_{8}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93^{1}/_{4}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 k. S. W.	—
Gold in öst. W. L. S.	85 B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$82^{1}/_{2}$ G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$49^{7}/_{8}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	63 P.	Gr. Hessen. fl. 50 b. R.	$130^{3}/_{4}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$62^{1}/_{2}$—$^{1}/_{4}$ G.	„ fl. 25 do.	35 P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	98 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	35 P.
$3^{1}/_{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	$119^{1}/_{2}$ G.	Sardinien Fr. 36 b. H.	49 G.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. $2^{1}/_{2}$ pCt. Z.	36 G.
Badische fl. 50	$90^{3}/_{8}$ P.	Vereins-Loose fl. 10.	—
Badische fl. 35	$53^{1}/_{8}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 16. Mai. Die etwas mattere Stimmung von gestern mußte heute einer günstigeren weichen. Der Impuls dazu wurde durch höhere Wiener Notirungen gegeben. Doch war die Kurserhöhung nicht bedeutend, österr. Bankaktien wurden sogar gegen den Schluß merklich billiger abgegeben. Im Allgemeinen war das Geschäft nicht von Belang. (Synd.)

von parlamentarischen Formen; und dürfe voraussetzen, daß er durch die Widerlegung möglicher Einwände, wobei er nicht bloß die Mitglieder des Hauses, sondern auch die öffentliche Meinung außerhalb des letzteren im Auge gehabt, Niemanden verletzt habe. Er weise deßhalb die gegen ihn erhobene Anklage aufs Entschiedenste zurück. Die Erwiderung Deaks auf den Ausfall Nyary's fand nicht nur in den Reihen der Deputirten, sondern auch im Zuschauerraume so lebhafte Zustimmung, daß der Präsident sich veranlaßt sah, die Gallerien ernstlich zur Ruhe zu verweisen.

In Pesth beschlossen junge Leute, eine freiwillige Garde aus ihrer Mitte zu bilden, deren Aufgabe die Beschützung Franz Deaks bei Tag und Nacht seyn sollte, zu welchem Zwecke je sechs von ihnen ununterbrochen Wache bei ihm halten sollten, damit nicht auch diesen Patrioten ein unvorhergesehenes, verhängnißvolles Schicksal erreiche wie Teleki. Subskriptionsbogen zur Theilnahme wurden aufgelegt, und die Einzeichnungen waren bereits ziemlich weit gediehen, als Deak, von der Absicht der jungen Leute unterrichtet, sich jede Leibgarde freundlich, aber bestimmt verbat. (Anfänglich wollten in Pesth die Meisten nicht an einen Selbstmord glauben.)

In Bregenz (Vorarlberg) ist beim Landtage die Protestantenfrage, wie der „N. K." berichtigt, doch auch in Anregung gekommen, indem von Seite des Bischofs und fürstbischöflich Brixen'schen Generalvikars Prünster von Feldkirch eine Vorstellung angekündigt wurde „zur Bewahrung des von Jesus Christus uns gegebenen, mit sieben heiligen Sakramenten und Gnadenquellen versehenen, durch die Apostel und durch die ganze Welt verkündeten allein wahren katholischen Glaubens." Diese Ankündigung wurde jedoch nach dem Vortrag des Landeshauptmanns durch Stimmenmehrheit lediglich zur Notiz und nicht als Berathungsgegenstand aufgenommen, und hatte (vorerst) keine weitere Folge.

Dänemark.

Es geht uns aus Schleswig die Nachricht zu, daß das appellationsgerichtliche Urtheil in der berüchtigten Adressenuntersuchung (wegen der Adressen an die vorige Ständeversammlung um Schutz des deutschen Elements in Schleswig) publizirt worden ist. Es lautet bestätigend gegen alle 342 Angeklagten, so daß im Ganzen ungefähr 4000 Thaler Brüchen zu zahlen seyn werden. Das bekanntlich aus fast lauter Dänen bestehende Appellationsgericht hat in der Entscheidung ausdrücklich die angestellte Kriminaluntersuchung gebilligt und bedauert, daß es nicht möglich gewesen, die Urheber und Führer in der Weise zu ermitteln, um sie mit krimineller Strafe zu belegen. (K. Z.)

Großbritannien.

London, 13. Mai. Ein paar Hundert englische Arbeiter werden die Pfingstfeiertage zu einem Ausfluge nach Paris benützen. Layard und Peto, die sie in diesem Vorhaben unterstützen, thaten es unter der Bedingung, daß dabei jede Art politischer Demonstration aus dem Spiel bleibe. Die Eisenbahnkompagnien unterstützen den Ausflug ihrerseits durch spottbillige Fahrpreise.

Frankreich.

Von 45 Millionen, welche für Arbeiten von allgemeinen Nutzen ausgegeben werden sollen, sind 4 Mill. Frcs. dem Kriegsministerium zur Umgestaltung gewöhnlicher Gewehre in gezogene zugewiesen.

Paris, 12. Mai. Kossuth verläßt morgen Paris und begibt sich über Mailand nach Turin, wo er mit mehreren ungarischen Flüchtlingen zusammentrifft.

Paris, 14. Mai. Die Abgg. Darimon, Ollivier, Jules Favre, Picard und Hénon (die fünf liberalen Mitglieder des gesetzgebenden Körpers) haben ihr Verlangen wegen der Aufhebung der allgemeinen Sicherheits- und sonstigen Ausnahmegesetze erneuert. Sie haben ein Amendement zum Budgetentwurf vorgelegt, welches beantragt, die Ziffer für die geheimen Ausgaben der öffentlichen Sicherheit von zwei Millionen auf eine Million zu reduciren.

Italien.

Die halbamtliche „Patrie" widerlegt die (gleich anfangs von uns bezweifelte) Nachricht von einer gemischten Besatzung Roms. (Tel.d.Berl.B.-Z.)

Garibaldi richtete am 28. April, von dem Landgute seines Freundes, des Obersten Trechi, in der Nähe von Parma, folgenden Brief an die Arbeitervereine von Neapel: „An die neapolitanische Arbeitergesellschaft. Ich nehme mit Dank den Ehrentitel eines lebenslänglichen Ehrenpräsidenten der neapolitanischen Arbeitergesellschaft an. Ihr seyd der Hauptmittelpunkt der Bevölkerung der Halbinsel, und Ihr sollet an der Spitze der kräftigen und arbeitsamen Klasse aller Völker Italiens marschiren, deren starke, gegenseitige Solidarität diese unauflösbare Einheit befestigen soll. Es ist dies die einzige Grundlage der Freiheit und der Wohlfahrt des Vaterlandes. Christus hat die Grundlagen der Gleichheit zwischen den Menschen und den Völkern gelegt, und wir sollen gute Christen seyn. Aber wir würden eine Gottlosigkeit begehen, wenn wir in der Religion der Priester zu Rom fortwandeln wollten. Sie sind die grimmigsten Feinde Italiens und diejenigen, welche am meisten zu fürchten sind. Folglich hinaus aus unserm Land mit dieser verpesteten und verworfenen Sekte! Wir wollen, daß unsere Priester Christen seyen, aber nicht von der Religion unserer Feinde. Deßhalb um jeden Preis den König galantuomo; aber hinaus mit den Vipern der ewigen Stadt, mit welchen die italienische Einheit unmöglich wird. Das ists, was ich für heute Euch mitzutheilen habe. Ueberall, wo ich in Zukunft den Söhnen des Volkes dienen kann, werde ich mit Leib und Seele mit Euch seyn. Euer G. Garibaldi."

Rußland und Polen.

Warschau, 10. Mai. Gestern sind wiederum mehrere Personen, welche es gewagt hatten, mit Trauerabzeichen und polnischen Adlern öffentlich zu erscheinen, festgenommen worden.

Warschau. Der Minister Wielopolski fordert in einem Schreiben den Propst Wyszynski und Andere, bei denen das gesammelte Geld zur Errichtung eines Monuments für die Gräber der fünf Opfer deponirt war, auf höheren Befehl auf, die Summe auszuliefern, um derselben eine andere Bestimmung zu geben, etwa die Unterstützung armer Studenten. Die Errichtung des Monuments ist unter allen Umständen streng verboten. Es scheint, daß das Komite das vorausgesehen, denn es hat das Geld längst der Gesellschaft des Wohlthätigkeitsvereins zur Vertheilung an Arme und Kranke übergeben.

---

nach einander angebracht und gefüllt werden, so wird auch die Last allmälig von ihnen übernommen, das Schiff endlich mit dem Hintertheil gelüftet, und dann werden immer zwei miteinander verbundene Fässer unter dem Kiel des Schiffes eingeführt, mit Luft gefüllt und so getragen, daß die jetzt hoch angebrachten Luftfässer wieder abgelöst werden können, damit das Schiff bei der Hebung auch mit seinem Körper über das Niveau ragen kann, um betreten und ausgepumpt werden zu können. Da dieser Hebeprozeß ein rein submariner insoferne ist, als keinerlei Ketten und Krahne vermittelnd zwischen dem gesunkenen und dem über ihm stehenden Schiff nöthig sind, so kann hiebei weder Wind noch Wellengang auf die Hebung selbst störend einwirken. Dagegen unterliegt die Operation der Befestigung von Fässern und Verbandtheilen den überseeischen wie unterseeischen Strömungen und Bewegungen. Aus den elementaren Einflüssen erklärt sich der bisherige Verzug an Zeit und Resultat, denn die jüngst eingetretenen heftigen Winde verursachen so mächtige Schwankungen des Taucherboots, daß der Taucher gegen die Schiffwandung geschleudert oder plötzlich vom Boden oder der Arbeitsstelle hinweggerissen und im nächsten Moment wieder hingeworfen wird, was die Ausführung der Arbeit vereitelt. Ein zweiter Grund der Verzögerung ergab sich bei der endlichen Ueberzeugung, daß 4 von den 6 abgerichteten Tauchern nur tauchten, um den hohen Lohn zu erhalten, oft 27 bis 30 Minuten auf dem Radkasten des „Ludwig" stehen blieben, fortwährend signalisirten als ob sie arbeiteten, aber nicht von der Stelle rückten, noch weniger eine Arbeit vollzogen. Durch dieses tadelnswerthe Benehmen wurden die günstigen Tage nutzlos vergeudet und die Kosten für 36 Arbeitsleute resultatlos geopfert. Eine solche Zeitverschwendung konnte nach der amtlichen Verpflichtung der Taucher nicht erwartet und berechnet werden. Es hat sich aber auch ergeben, daß Weinfässer, die vermöge des angesetzten Weinsteins wohl noch Wein halten, im Wasser, wo der Weinstein sich auflöst, leicht unbrauchbar sind, indem die Luft durch die häufig sehr morschen Dauben und die Fugen austritt. Daher mußten von den 11 angebracht gewesenen Fässern 4 Stück wieder abgelöst werden, was einen doppelten Verlust an Zeit verursachte. Es ergab sich, daß bei günstiger Witterung ein Faß von 3 Fuder oder 54 Eimern in $2^1/_2$ Stunden präparirt und angemacht werden konnte und in 2 Stunden in der Tiefe von 50 Fuß mittelst Luftpumpen völlig gefüllt wurde, wodurch sich also für 35 Luftfässer und die nöthigen Tauchungen (ohne das obenerwähnte Entgegenhandeln der Taucher) ein Zeitaufwand von 14 Arbeitstagen ergibt."

---

die Kompletirung des Landtages, die vollständige Wiederherstellung unserer Grundgesetze, die Reaktivirung unserer parlamentarischen Regierung und unseres verantwortlichen Ministerium, und die Aufhebung aller noch bestehenden Konsequenzen des absolutistischen Systems, — das sind jene vorhergängigen Bedingungen, ohne deren Erfüllung eine Berathung und Vereinbarung unmöglich ist."

Wenn man das liest, mag man sich wohl fragen: „Was hätte Teleki mehr verlangen können?" Doch dürfen wir wohl annehmen, daß Deak nur darum seine Forderungen so hoch gespannt hat, um von Teleki nicht überboten zu werden, und um seine Popularität nicht auf's Spiel zu setzen. Er wird wohl mit sich handeln lassen.

Deutscher Bund.

Im Dezember d. J. findet die alle drei Jahre wiederkehrende **Volkszählung** in den Staaten des deutschen Zollvereins statt. Bekanntlich wird das Ergebniß der Volkszählung der Vertheilung der Zolleinkünfte an die einzelnen Staaten des Zollvereins zu Grunde gelegt. Es haben nun die Regierungen des Zollvereins beschlossen, mit der Volkszählung im Dezember die Erhebung solcher Daten zu verbinden, welche die Aufstellung einer gleichmäßigen Gewerbestatistik des Zollvereins anbahnen. Der Inhalt und die Anordnung dieser Erhebungen ist in den Verhandlungen des Zollvereins durch drei Formulare präcisirt worden, deren Titel folgende sind: 1) Tabelle der Handwerker und der vorherrschend für den örtlichen Bedarf beschäftigten Gewerbtreibenden und Künstler. 2) Tabelle der Fabriken und der vorherrschend für den Großhandel beschäftigten Gewerbsanstalten, so wie sämmtlicher Dampfmaschinen und der für gewerbliche Zwecke arbeitenden mechanischen Kräfte. 3) Tabelle der Handels- und Transportgewerbe, der Gast- und Schankwirthschaften, so wie der Anstalten und Unternehmungen zum literarischen Verkehr.

Preußen. Berlin, 14. Mai. Das Abgeordnetenhaus erledigte in seiner heutigen Sitzung die Uebereinkunft der Zollvereinsstaaten wegen der **Zuckersteuer**, die ohne Diskussion angenommen wurde. (Nat.-Ztg.)

Kurhessen. Kassel, 13. Mai. Drei Landbürgermeister, Anhänger der Verfassung von 1831, haben einen rechtfertigenden Bericht über ihre Haltung und Abstimmung auf dem letzten Landtage veröffentlicht. Der Minister des Innern, Hr. Volmar, findet darin eine „feindselige Parteinahme gegen die Staatsordnung oder die Staatsregierung", läßt eine Untersuchung einleiten und suspendirt die Männer, welche alle drei die größte Aussicht haben, wiedergewählt zu werden, vom Amt, wahrscheinlich, um sie so unfähig zu machen, in der Kammer zu sitzen. (Südd. Z.)

Großh. Hessen. Darmstadt, 14. Mai. Nachdem die bedeutenderen Städte des Landes, Mainz, Offenbach, Gießen, Worms, Alzei, Lauterbach, sich mit Adressen theils gegen die Convention mit dem Bischof von Mainz von 1854, theils gegen das Ministerium an den Großherzog gewendet haben oder doch zu wenden im Begriffe sind, geschehen jetzt auch in der Residenz Schritte, um eine Adresse gegen die Convention zu Stande zu bringen.

Oesterreich. Wien, 13. Mai. Der Tod Teleki's bildet noch immer ein stehendes Thema in den Journalen, und es kommen die verschiedensten Angaben über die Gründe zur Sprache, welche den Selbstmord veranlaßt haben sollen. Die wenigsten derselben können jedoch auf Glaubwürdigkeit Anspruch machen. So ist es durchaus unwahr, daß man kompromittirende Briefe aufgefangen habe, welche die Führer der ungarischen Emigration an den Grafen gerichtet haben. Ebenso ist es unwahr, daß er an der Kossuthnotenfabrikation betheiligt gewesen und daß ihm eine Untersuchung gedroht habe. Daß sein physisches Leiden (ein ihn fast immer marterndes Magenübel) auf sein Nervensystem einen zerrüttenden Einfluß ausgeübt hat und gewisse Erscheinungen in der Gehirnhöhle eine unheilbare Melancholie mit sich bringen mußten, konstatirte der Sektionsbefund; deßungeachtet müssen wir die anregende Ursache zum Selbstmord mehr im geistigen Leiden seiner Psyche suchen. Mit Bestimmtheit läßt sich die gewaltige Aufregung des Grafen von jenem Moment datiren, als er durch ein Schreiben Kossuths benachrichtigt wurde, daß die politischen Konstellationen sich so gestellt hätten, daß vorläufig auf eine Unterstützung Frankreichs und Italiens nicht gerechnet werden könne. Und Teleki war in der sicheren Hoffnung dieser Hülfe wahrscheinlich mit seinen geheimen Vorbereitungen schon so weit vorgeschritten, daß er jetzt nicht mehr zurück konnte. Das von den Komitaten in der Mehrzahl ausgesprochene Vertrauen zu Deak's Entschluß, die bezüglich der Steuerfrage beabsichtigten aggressiven Anträge zu unterlassen, mochte den excentrischen Agitator auch gereizt haben. Dieser Riß war nicht der einzige in der Teleki'schen Partei, auch mit dem Grafen Andrassy, welcher früher gleichfalls zur Emigration gehört hatte, war es zu Reibungen gekommen, die nicht ohne Einfluß auf die Stärke und Sicherheit der Partei blieben. Zu alle dem mußten schlimme Nachrichten für die Plane Teleki's aus dem Auslande gekommen seyn. Ein sicheres Merkmal hiefür waren zunächst die Erklärungen Lord J. Russell's bezüglich Ungarns. Das piemontesische Geld fing auch an auszugehen, und L. Napoleon, durch die klerikale Partei und den Orleanismus für jetzt von expansiven Planen abgelenkt, hatte, wie es scheint, bestimmter als je den Auftrag gegeben, mit jedem Erhebungsversuch innezuhalten. Alles das zusammen mußte eine furchtbare Wirkung auf das erregte Gemüth des Grafen Teleki üben. Ohne verläßliche Unterstützung von außen, seine heimische Armee im ungarischen Parlament am Tage der Schlacht der Auflösung entgegengehend, im Falle frühzeitiger Aktion das Beispiel Warschau's vor Augen, und ohne Rath gegenüber der sichern Niederlage, zerrissen von dem Widerspruch in seinem Charakter als Edelmann und Politiker, erlag er endlich der Verzweiflung.

═ Pesth, den 14. Mai. (Privat - Korrespondenz.) Nachdem Deak in der gestrigen Sitzung des ungarischen Unterhauses seinen bekannten Vortrag beendet hatte, erhob sich Paul Nyary (von Teleki's Partei) und beantragte den sofortigen Druck des Deak'schen Antrags, sowie dessen Vertheilung unter die Mitglieder des Hauses. Im Tone des Vorwurfes fügte er hinzu: Deak habe Viele verletzt, indem er sich unberechtigterweise herausgenommen habe, auf Einwürfe zu antworten, ehe ihm Jemand dieselben gemacht. Deak erwiderte heftig, er verstehe auch etwas

---

Hebung des „Ludwig".

Herr Ingenieur **Bauer** gibt folgende Mittheilung über den Stand der am 3. April begonnenen Vorarbeiten zur Hebung des im Bodensee untergegangenen Dampfschiffs „Ludwig": Das Dampfschiff „Ludwig" befindet sich 4 Stunden von Lindau in der Kurslinie nach Rorschach, in einer Tiefe von 56 Fuß, in etwas nach links geneigter Lage. Der durch den Schweizer Dampfer „Zürich" erzeugte Einstoß der Wandung ist so groß, daß das Deck bis 5 Fuß, Breite 3 Fuß und die Kajütenwandung I. Klasse 7 Fuß Tiefe durchbrochen wurde, somit ein fast plötzlicher Untergang unabwendbar eintreten mußte. Nachdem der Verwaltungsrath der Dampfboot-Aktiengesellschaft der vier von verschiedenen Seiten eingereichten Propositionen durch eine technische Kommission von Ingenieuren aus Bayern, der Schweiz und Württemberg hatte prüfen lassen und deren Gutachten die von mir vorgeschlagene Methode einstimmig als die zweckentsprechendste und am wenigsten durch Wind und Seebewegung gefährdete, wie auch billigste bezeichnet und empfohlen hatten, so wurde mir die sofortige Ausführung übertragen. Da nun der „Ludwig" inclusive der Adhäsion auf dem Lehmboden eine Hebekraft von 2500 Centnern erheischt, so wurden 120 Fuder guter Bier- und Weinfässer von 1—5 Fuder per Stück requirirt. Die Fässer müssen hier die Stelle der von mir erfundenen, in England patentirten Hebekameele (Ballons mit Selbst-Regulirung) vertreten, weil die Beschaffungskosten der Kameele um dieses einzelnen Schiffes willen zu hoch seyn würden. Der Hebeprozeß an sich geht, wie folgt, vor sich: Der „Ludwig" wurde mit einer starken Kette umschlungen und diese mittelst Fallring gesperrt. Das Geländer wurde von 20 zu 20 Fuß mit einer Signalboje am Niveau verbunden, welche den Tauchern als Direktionsleinen dienen und den ganzen Plan des Schiffes auch über dem Niveau zeichnen. Die Fässer, welche mit starken Eisenverbänden versehen wurden, werden mit Wasser gefüllt und mit einem Luftschlauch versehen, dann mittelst Direktionsleinen in die Tiefe zum Schiff gezogen und durch den Taucher mit den Radkasten, Maschinen, Fenstern und Kette verbunden und sofort mit der Luftpumpe mit Luft gefüllt, zu welchem Zweck das Spundloch nach unten steht und die eintretende Luft den Austritt des Wassers neben dem kleinen Luftloch gestattet, daher die Fässer gleich den Ballons gefüllt werden und wirken. Sobald die eingepumpte Luft das gesammte Wasser aus dem Faß gedrängt hat, somit nach Unten überläuft, so zeigen die aufsteigenden Luftblasen die vollzogene Füllung an und der Luftschlauch wird durch eine Zugleine aus dem Faß gezogen, um bei einem andern dieselben Dienste zu thun, während das Spundloch geöffnet bleibt, indem das Wasser selbst den Austritt hindert. Da nun diese Fässer

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

Nr. 136.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Haupt-Blatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 17. Mai 1861.

Deak's Programm.

* Wir haben gestern die Forderungen kurz benannt, welche **Deak** in seiner Rede aufgestellt und deren Erfüllung er als Vorbedingung für jeden Versuch einer Vereinbarung mit der Wiener Regierung bezeichnet hat. Er will ein für allemal nur die Personal-Union zwischen Ungarn und der übrigen Monarchie gelten lassen. „Man entgegnet uns," sagt er, „das Interesse der Monarchie sey die oberste Rücksicht, welcher die einzelnen Theile ihre besonderen Interessen unterzuordnen verpflichtet sind. Ich bezweifle nicht die Wahrheit dieser Behauptung für ein Reich, welches auf einer und derselben staatsrechtlichen Basis beruht. Aber Ungarn hat mit der Dynastie einen Vertrag geschlossen und nicht mit den Erbländern; es schloß diesen Vertrag bezüglich der Erbfolge, nicht aber bezüglich irgend einer engeren staatsrechtlichen Verbindung, ja es hat sich sogar in diesem Vertrage die Sicherung seiner Unabhängigkeit und Selbständigkeit ausbedungen. Diesen Vertrag wird Ungarn jederzeit zu erörtern bereit seyn, aber ihn zu verändern, einen engeren an seine Stelle zu setzen, sich den Interessen der Erbländer verpflichtet zu machen, und dadurch auf seine verfassungsmäßige Selbständigkeit zu verzichten — das liegt wahrhaftig nicht in seiner Absicht. Es gibt auf dem Gebiete des öffentlichen wie des Privatrechts unzählige Rechtsverhältnisse, welche dem einen oder dem andern Theile unbequem sind; aber wenn man jedes solche Rechtsverhältniß sofort über den Haufen werfen könnte, weil eine Abänderung desselben im Interesse des einen Theils wünschenswerth ist, wenn man es namentlich dergestalt umwerfen könnte, daß der eine Theil seine Verpflichtungen auch weiterhin zu tragen habe, der andere aber die zugesagten Bedingungen nicht zu erfüllen brauche, dann würden weder Gesetze noch Verträge eine Garantie mehr bieten, sondern es wäre bloß der Maßstab für das Recht. Wir halten es daher für nothwendig, feierlich zu erklären, daß wir die durch den Staatsgrundvertrag, durch k. Inauguraldiplome und Krönungseide gewährleistete verfassungsmäßige Selbständigkeit und gesetzliche Unabhängigkeit des Landes keinerlei Rücksichten und keinerlei Interessen aufopfern können, und daß wir daran festhalten als an der Grundbedingung unserer nationalen Existenz. Wir können daher durchaus nicht zugeben, daß die Fragen der Besteuerung und der Militärstellung in was immer für einem Punkte dem ungarischen Landtage entzogen werden. So wie wir das Recht der Gesetzgebung in Bezug auf andere Länder in keiner Weise ausüben wollen, so können wir auch dieses Recht bezüglich Ungarns mit Niemand anderm als mit dem Könige von Ungarn theilen; wir können die Regierung und Verwaltung Ungarns von Niemand anderm als dem Könige von Ungarn abhängig machen und sie daher auch nicht mit der Regierung anderer Länder vereinigen; wir wollen also weder am Reichsrathe noch an irgend einer Reichsvertretung theilnehmen. Das Verfügungsrecht derselben über ungarische Angelegenheiten erkennen wir nicht an, sondern sind bloß geneigt, mit den konstitutionellen Völkern der Erblande — wie eine selbständige, freie Nation mit der andern — unter vollständiger Wahrung unserer Unabhängigkeit **von Fall zu Fall** in Berührung zu treten."

Er will, daß auch die Vertreter Siebenbürgens zum ungar. Landtag einberufen werden; mit den Kroaten geht er schon etwas vorsichtiger um, da er ihre Abneigung gegen die Magyaren fürchtet; wohlweislich behauptet er, daß Kroatien nie in Ungarn einverleibt, sondern nur mit demselben verbunden gewesen sey (eine feine Unterscheidung!). „Wenn also, sagt er, Kroatien jetzt als Land an unserer Gesetzgebung theilnehmen, wenn es früher mit uns ins Reine kommen will über die Bedingungen, unter denen es seine staatsrechtliche Stellung mit Ungarn zu verknüpfen bereit ist, wenn es mit uns so unterhandeln will, wie eine Nation mit der andern, so werden wir es nicht zurückweisen. Nur verlangen wir, daß es nicht gehindert werde, seine Deputirten zu unserm Landtage abzusenden, und daß dadurch uns wie ihm Mittel und Gelegenheit geboten werden, auf staatsrechtlicher Basis in Unterhandlung zu treten."

Lange nicht so glimpflich behandelt er die österr. Regierung. „Wir dürfen, sagt er, in unserer ersten Ansprache an die Krone, in der Antwort auf die Thronrede nicht schweigen, daß unsere wichtigsten Grundgesetze, namentlich die wichtigen staatsrechtlichen Gesetze von 1848 außer Wirksamkeit gesetzt worden sind. Wir haben keine parlamentarische Regierung, kein verantwortliches Ministerium. Unser Preßgesetz mit Geschwornengerichten wurde nicht wieder hergestellt. Im Widerspruche mit unseren klaren Gesetzen wurde die Steuer außerhalb des Landtags mit absoluter Macht festgestellt, in unseren Gesetzen unbekannte und von der Nation niemals acceptirte indirekte Steuern eingeführt; die gesetzwidrig festgestellten direkten, wie auch die widerrechtlich eingeführten indirekten Steuern werden auch jetzt noch widerrechtlich eingefordert, ja damit unser Glaube an die zugesagte Abschaffung des absoluten Systems vollständig vernichtet werde, und Hoffnung und Vertrauen in unserer Brust nicht wieder zu erwachen vermögen, wurde wie zu bitterem Hohne erst neuestens von der absoluten Regierung eine Verordnung erlassen, wonach die ungesetzliche Steuer auch mit Waffengewalt einzutreiben ist. Und dies geschieht in dem Augenblicke, wo der vom Fürsten einberufene Landtag beisammen ist, wo von der Nation verlangt wird, sie soll ihrer Verpflichtung im Sinne der pragmatischen Sanktion nachkommen und die Krönung vollziehen, während auf der andern Seite nicht einmal der ernste Vorsatz zu merken ist, die mit dieser Verpflichtung reziproken Bedingungen zu erfüllen."

Es braucht hier nicht hervorgehoben zu werden, wie in dieser Tirade gegen die Steuer-Eintreibung ein klein wenig Wahres mit vielem Falschen gemischt ist; daß, nachdem 12 Jahre lang ohne Mitwirkung des Landtags die Steuern eingetrieben wurden, jetzt auf einmal die Steuerzahlung eingestellt werden soll, bis es dem Landtag gefällt, darüber zu beschließen (womit er sich allem Anschein nach nicht sehr beeilt hätte), während doch die Staatskasse zu ihren laufenden Ausgaben den Zufluß der Steuern braucht, das ist eine Zumuthung, die sich selbst verurtheilt.

Noch stärker aber, als dies, ist sein Verlangen bezüglich der politischen Flüchtlinge; er sagt wörtlich: „Mehrere unserer Landsleute weilen, in Folge politischer Anklagen aus der Heimath verbannt, in fremden Landen. Mehrere Andere schmachten noch jetzt im Kerker. Sie wurden durch dasselbe absolutistische System verbannt, welches auch unsere konstitutionelle Freiheit unterdrückt hat. Sie wurden unter politischen Anklagen von fremden Gerichten, nach fremden Gesetzen verurtheilt, und ihre Verurtheilung war gleichfalls eine Konsequenz des damals eingeführten politischen Systems. Wenn nun aber dieses System beseitigt ist, wenn an dessen Stelle der Konstitutionalismus treten soll, können dann wohl bei diesem konstitutionellen System dennoch die Konsequenzen des gefallenen Systems aufrecht erhalten werden? Wir betrachten also alle noch fortbestehenden Konsequenzen der erwähnten Verurtheilungen als mit der Wiederherstellung des Konstitutionalismus unverträglich, somit auch für aufgehoben, und so lange nicht alle faktischen Hindernisse der Rückkehr unserer aus politischen Gründen verbannten Landsleute beseitigt, so lange die Verhafteten nicht freigelassen, die konfiszirten Güter nicht zurückerstattet werden, haben wir keinen Glauben und kein Vertrauen zur Beseitigung des Absolutismus und zur Wiederherstellung des Konstitutionalismus. Ohne Glauben und Vertrauen aber sind erfolgreiche Berathungen von unserer Seite unmöglich. — Der König von Ungarn wird nur durch die Krönung gesetzlicher König von Ungarn; die Krönung aber ist an gesetzlich vorgeschriebene Bedingungen geknüpft, deren vorhergängige Erfüllung unumgänglich nothwendig ist. Die ungeschmälerte Aufrechthaltung unserer verfassungsmäßigen Selbständigkeit, die territoriale und politische Integrität des Landes,

Augenzeugen sagen, daß es gewesen sey, wie wenn der Sturm ganze Feuergarben in die Fenster entlegener Häuser würfe. So wenig als von geretteten Dingen, ist von den entflohenen Bewohnern am Morgen eine Spur mehr zu entdecken. Nirgends wird das fürchterliche Elend zur Schau getragen; aber Hunderte von ernsten Männern schaffen still und unablässig an den Spritzen.

In Modena und seiner Umgebung ist in der Nacht vom 5. bis 6. Mai der Schnee 4 Zoll hoch gefallen; stärkere Schneefälle pflegen in jener Gegend auch im Winter nicht vorzukommen; dabei wehte ein heftiger Sturm und viele Baumzweige wurden gebrochen.

Neueste Nachrichten.

München, 14. Mai. Der V. Ausschuß der Abgeordneten-Kammer hat die vorläufige Prüfung der Anträge 1) der Abg. Brater, Crämer und Längenfelder wegen Einführung der Gewerbefreiheit; 2) des Abg. Crämer in Betreff der Bundeskriegsverfassung vorgenommen und begutachtet die Ueberweisung des ersteren an den zuständigen III. Ausschuß, dann bezüglich des zweiten Antrags empfehlende Mittheilung an die Staatsregierung. Der letztere Beschluß ist mit allen Stimmen gegen die eine des Abgeordneten Stadler, welcher auch hier für Zuweisung an den betreffenden Ausschuß stimmte, gefaßt worden. (Südd. Z.)

Pesth, 13. Mai. Auf der Villa des Grafen Theodor Csaki, in der Nähe von Pesth, fand vorgestern eine Zusammenkunft zwischen F. Deak und dem nun führerlos gewordenen Anhang Teleki's (Nyary, E. Karolyi, A. Tisza, Gorove u. a. m.) statt. Es soll Deak in dieser Conferenz gelungen seyn, die entschiedensten Gegner seiner Adresse zu sich herüberzuziehen und eine vollständige Fusion herbeizuführen. Man einigte sich dahin, sich von allen von vornherein als unausführbar erkannten Projekten loszusagen. (Damit wäre für die Verständigung mit der Wiener Regierung eine neue Aussicht gewonnen.) (Allg. Z.)

Bern, 13. Mai. Die gegen den Dr. Reich wegen seines Manifestes an die deutsche Nation eingeleitete Untersuchung ist beendigt. Sie hat nichts anderes herausgestellt, als was ich Ihnen schon früher mitgetheilt habe, nämlich daß sie das überspannte Machwerk eines ganz allein dastehenden jungen Menschen ist, dem seine Exaltation hier und da einen dummen Streich spielt. Herr Dr. Reich ist in Folge dessen diesesmal noch mit der bundesräthlichen Mahnung, solche Dinge ein- für allemal in der Schweiz bleiben zu lassen, davongekommen. Wie man vernimmt, ist die österreichische Regierung hiermit auch zufriedengestellt. (Allg. Z.)

Ueber die Unruhen in Tusa, Provinz Messina, sagt die „Turiner Z.": Die Regierung hatte sich geweigert, einen Beschluß des Gemeinderaths anzuerkennen, durch welchen dieser die Theilung der Gemeindegüter dekretirte, und einige Anführer redeten der Bevölkerung ein, die Eigenthümer trügen die Schuld dieser Weigerung. Am 23. April hat die Bevölkerung sich bewaffnet, und einige Wütheriche regten die Menge auf. In einigen Minuten und ohne anscheinende Herausforderung wurden der Hauptmann der Nationalgarde, 5 Grundeigenthümer und 12 andere Bürger ermordet. Die Nationalgarde reichte nicht hin, um die Ordnung wiederherzustellen, und man mußte mehrere Kompagnien Infanterie aus Palermo schicken, welche die Ordnung wieder herstellten. Vierzig Personen sind verhaftet worden. Die Nationalgarde der Gemeinde wurde aufgelöst.

Von der Weichsel, 6. Mai. Die polnische Agitation, welche seit zwei Jahren auch nach Westpreußen übertragen worden, hat sich in dem Städtchen Kulm ein Hauptquartier und in den kleinen Zeitschriften „Nadwislanin" und „Przyjaciel ludu", von je 1100 Abonnenten, ihre Organe geschaffen. Der Redakteur des „Nadwislanin", Ignacy Danielewski, ist das erkorne Gefäß, in dem der sarmatische Patriotismus zum Ausdruck kommt, auch Arrangeur und Dichter der durch die Indiskretion eines Schneiders bekannt gewordenen „Mordgeschichten aus Polens Revolutionen", zum Leierkasten zu singen von vagabondirenden Agenten zur Belehrung und besondern Gemüthsberuhigung des preußischen Landvolks polnischer Zunge. Eben jetzt hat der Staatsanwalt in Kulm die Hand auf eine ähnliche Poesie gelegt, eine Art Kirchenlied für die in Warschau Gefallenen, zu singen bei den noch immer ohne Scheu, aber auch fast ohne Theilnahme veranstalteten Trauerandachten. (P. Pr. Z.)

Von der polnischen Grenze, 14. Mai. Dem „Bromb. Wochenbl." schreibt man: „Die Agitation des polnischen Adels hat durch das entschiedene Auftreten der russischen Regierung und noch mehr durch die drohende Haltung der Bauern im Königreich und in Galizien, so wie durch die der polnischen Sache ungünstigen Erklärungen des französischen und englischen Kabinets einen mächtigen Stoß erlitten. Die Hauptpreßorgane derselben haben daher ihren Ton bedeutend herabgestimmt und man merkt es ihrer Niedergeschlagenheit an, daß auch bei ihnen die Ueberzeugung sich Bahn zu brechen beginnt, daß unsere Zeit andere Ziele hat, als die Errichtung eines Adels- und Priester-Regiments."

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. R. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	—
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	62¼ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	55¾ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	49 P. 48⅞ G.
"	4½ pCt.	43¼ P.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	88⅛ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102¾ P.
"	4½ pCt. Obl. 1jahr. dto.	102⅜ G.
"	4½ pCt. Obl. ½jahr. dto.	102¾ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	100⅝ P. ⅜ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100½ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104¾ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	95¼ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	102⅝ P.
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	84⅝ G
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	102 G.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100½ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	94½ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	99⅜ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	99 P.
"	3 pCt. Obl.	91½ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	48½ P.
"	1¾ pCt. " "	42¼ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	99¾ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	109½ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	675 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	147 G.
Bayerische Bank à fl. 500	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	185½ P.
Weimarische Bank à Thlr. 100	73 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien	71¼ P. 71 G.
Internationale Bank in Luxemb.	87 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	319 P. ex D.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	68¼ P.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	234 P.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	125¼ P.
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75¼ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	23 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 8 pCt.	188⅜ G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	100 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51⅝ P.
Südd. Bank-Akt. 30 pCt. Einz.	234½ P. exC.
Span. Handels- u. Industrie	525 P.
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire	480 P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	103½ G.
Providentia (Feuervers.) 30 pCt. Einz.	101 P. 100½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99½ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B. 99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅜ B.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96⅜ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	87⅝ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ B.
London Lst. 10 k. S.	117⅞ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. f. S. L. 250 k. S.	93⅝ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅝ G.
Triest fl. 400 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 M. ö. W.	—
do. in öst. W. k. S.	85—84¼ G.
Disconto	3 pCt.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	81½ G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	49¾ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	64 P. 63 G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	180¾ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	63½ P.	" fl. 25 do.	35 P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	98 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	35 P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	119½ G.	Sardinien Fr. 36 b. R.	50 G.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	86 G.
Badische fl. 50	90⅜ P.	Vereins-Loose fl. 10	—
Badische fl. 35	53⅛ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7 L.	—

Frankfurt, 15. Mai. Die Börse eröffnete in Folge Wiener Notirungen in matter Tendenz und wurden die meisten Spekulationseffekten billiger abgegeben. Nach der Notirungszeit trat eine festere Haltung im Allgemeinen ein und hoben sich österr. Kreditaktien auf 148 und National auf 56 1/16. (Synd.)

traurige Widerhall der letzten Zeit verklungen, und das Volk der Magyaren wird zur Einsicht kommen, daß die Deutschen ihre einzigen und natürlichen Alliirten sind, indem sie der Bund mit den Slawen hingegen wie mit einem eisernen, lebenerstickenden Ringe umgeben würde.

Frankreich.

Der Kaiser Napoleon hat dem König Viktor Emanuel wiederum 100,000 Stück Gewehre und 20 gezogene Kanonen verkauft, welche in diesem Augenblicke zu Marseille auf den „Tancred" und den „Roger" gebracht werden. Diese Lieferung ist der Rest des Ankaufes, den Viktor Emanuel in Frankreich gemacht hat; 75,000 Stück Gewehre wurden unlängst schon nach Genua abgeliefert.

Italien.

Man erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß die neapolitanischen Zustände der Turiner Regierung die ernstesten Sorgen bereiten. Farini, der in der Anknüpfung von Verschwörungen der bewährteste italienische Virtuose ist, hat in seiner Verwaltung Neapels bekanntlich unterliegen müssen, und der Prinz v. Carignan mit seinem jungen und unternehmenden Minister Nigra ist nicht glücklicher gewesen. Jetzt will man es mit dem Terrorismus versuchen und hat für ein solches System die Popularität eines Mitgliedes der königlichen Familie nicht aufs Spiel setzen wollen. Daher die Abberufung des Prinzen v. Carignan. Herr Ponza v. San Martino ist aber ganz der Mann, Hinrichtungen in Masse vorzunehmen, und da man einen Aufstand im Großen fürchtet, so hat man die neapolitanische Armee ganz unverhältnißmäßig, um 50,000 Mann, verstärkt. (Schw. Merk.)

Türkei.

Mehrere Blätter melden, Omer Pascha sey bereits in Antivari oder überhaupt auf dem Schauplatze des Aufstandes in den westlichen Provinzen der europäischen Türkei angekommen. Die Nachricht ist irrig. Omer Pascha wird erst Ende Mai daselbst erwartet. (Donauz.)

Rußland und Polen.

Petersburg. Drei Ingenieur-Offiziere, die, zur Zeit des Krimkrieges am Festungsbau beschäftigt, sich das Vergehen zu Schulden kommen ließen, die Belege und Rechnungen zu korrigiren, ein Oberst, ein Kapitän und ein Lieutenant, sind nach Sibirien geschickt worden. Es handelt sich dabei nicht etwa um geringe Summen. Die Remedur der Rechnungen bestand, wie man sagt, aus Anhängung einer Null an jede Zahl. Das Schlimmste ist, daß ihnen die Gelder richtig ausbezahlt wurden und die Sache erst durch die Kommission zur Sprache kam, die nach dem Krimkriege mit der Prüfung aller Rechnungen betraut wurde, eine Maßregel, die bis dahin nur formaliter gehandhabt worden war.

Amerika.

New-York, 1. Mai. Die Legislatur des Staates Maryland hat gegen die Trennung von der Union gestimmt.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 14. Mai. Der pensionirte Artillerie-Oberst Strauß ist im Alter von 82 Jahren gestorben; er wurde, während er sich rasiren ließ, vom Schlage getroffen. (N. M. Z.)

Frankenthal, 6. Mai. Vorgestern fand hier in Gegenwart von etwa zwanzig Brauern aus Frankreich, Baden, Churhessen und der Pfalz ein Hauptversuch mit dem neuerfundenen, aus der Kühnle'schen Maschinenfabrik dahier hervorgegangenen patentirten Dampf-Maischapparate statt. Das Resultat war ein vollständig gelungenes. Von 10 Uhr 35 Min. Vormittags bis gegen Abend wurden zwei Sude Bier gebraut. Die Maische des ersten Suds nahm einen Zeitraum von $2\frac{1}{2}$ Stunden in Anspruch und die gewonnene Würze (9 Ohm rheinisch = 1440 Liter von 400 Pfd. Malz) war glänzend hell und wog nach dem Sacharometer 11 pCt. Während des Siedens im Hopfenkessel wurde die Maische zum zweiten Sud vorgenommen, welche in eben so viel Zeit wie die erste von Statten ging. Bei diesem hatte man die Quantität des Wassers in der Weise vermindert, daß von 400 Pfd. Malz nur 7 Ohm (1120 Liter) Würze erzielt wurden und wodurch sich der Malzgehalt nach obigem Sacharometer auf 17 pCt. erhöhte. Nach beendigter Maische war in den Malztrebern auch keine Spur von Zuckerstoff mehr zu entdecken. Hieraus ergibt sich, daß das Quantum Malz von 800 Pfd. Zollgewicht ein Totalquantum von 16 rhein. Ohm oder 2560 Liter zum Einkochen fertiger Würze von $13\frac{2}{3}$ pCt. nach Kaiser ergab. Ebenso glänzend bewährte sich der gleichfalls neu erfundene, aus derselben Fabrik hervorgegangene patentirte Kühlapparat. Nachdem das Bier auf dem Kühlschiff abgedampft war, brachte man dasselbe in dem Zeitraume von einer Stunde mittelst dieses Apparates auf $4\frac{1}{2}$ ° R. Es scheint somit durch die Erfindung dieser beiden Apparate das Problem wirklich gelöst zu seyn, im Sommer ein eben so gutes und dauerhaftes Bier zu brauen, wie im Winter. (Pf. Z.)

Heller und Dawison. Ueber die Streitigkeit der beiden genannten Herren entnehmen wir aus der Wochenchronik der „Europa", die das Gepräge der Genauigkeit an sich trägt, Einiges. Dawison gastirte kürzlich in Hamburg unter Anderen auch als Othello und Richard III. In beiden Rollen widerfuhr ihm Tadel und namentlich sprach sich Robert Heller in offenster Weise ungünstig aus. Hierdurch fühlte sich Dawison sehr verletzt und richtete an Heller einen Brief, worin er ihm die Fähigkeit zur Kritik absprach und seine Worte albern und hämisch nannte. Dawison gestattete es, daß ein Freund von ihm den Brief lithographirte und so wurde derselbe in zahlreichen Exemplaren verbreitet. Heller hat Dawison für die Beleidigungen des Briefes fordern lassen. Dawison hat sich geweigert, die Cartellträger persönlich zu empfangen und als sie ihren Auftrag schriftlich ihm gemeldet, sie auf den anderen Morgen zu sich bestellt. Als sie dann erschienen, hat er erklärt, zum Duell bereit zu seyn, er müsse jedoch den nächsten Tag schon zu einem Gastspiel nach Schwerin abreisen; von da gehe er nach Dresden, und erwarte Heller am 10. Mai in Dresden. Die Forderung wurde der Polizei in Hamburg kund, Heller reiste mit seinem Sekundanten nach Schwerin und ließ Dawison aufs Neue fordern, damit nicht die Polizei von Schwerin oder Dresden zuvor Wind bekäme. Dawison hat hierauf in einem Briefe Heller'n erklärt, daß sich der Großherzog von Mecklenburg der Sache angenommen und für den Fall, daß Heller auf der Forderung bestehe, den Intendanten von Flotow beauftragt habe, die Behörden zu requiriren. Später jedoch werde er — Dawison — sich stellen. Zugleich schlug Dawison eine gegenseitige Ehrenerklärung vor, auf die jedoch Heller nicht einging. Heller verließ sodann unverrichteter Dinge Schwerin. So steht die Sache.

Die Eisenbahn von Straßburg nach Kehl ist seit dem 11. Mai dem Verkehr übergeben und der Postdienst wird seit dem 15. mittelst des Schienenwegs versehen.

Nach einer in der „Deutschen Turnzeitung" abgedruckten Uebersicht zählte man in den verschiedenen deutschen Ländern am 31. März d. J. 506 Turnvereine, gegen 244 am 1. Jan. 1860. Von ersterer Zahl kamen, die Ziffern von 1860 in Parenthese beigefügt, auf Oesterreich 4 (2), Preußen 144 (45), Sachsen 77 (47), Bayern 37 (13), Württemberg 36 (28), Hannover 29 (20), Hessen-Darmstadt 21 (8), Sachsen-Weimar, Schleswig-Holstein, Lauenburg, Nassau je 16 (9, 9, 1), Baden und Sachsen-Meiningen je 14 (2, 9), Hessen-Kassel 11 (1) u. s. w.

Zürich, 12. Mai. Die „N. Zürch. Z." enthält von der Hand eines Augenzeugen folgende Beschreibung der Brandstätte in Glarus, wie sie sich in der Nacht nach dem Brande, da der Föhn die Flammen wieder anzublasen drohte, darstellte: Auf dem ganzen Gebiet des Schrecknisses ruht eine leuchtende Wolke mit hundert kleinen Purpurflammen, die im Winde hell aufzischen. Die Spritzen der umliegenden Gemeinden arbeiten fortwährend, aber die Bewohner scheinen wenig mehr auf die Kraft der Menschenhand zu bauen; denn Hunderte haben sich mit den wichtigsten Habseligkeiten unter Gottes freien Himmel gebettet. Der große Schützenplatz und die Wiesen am Glärnisch gleichen einem stummen, dunkeln Bivouak, das mit dem ersten Morgengrauen verschwindet. Die Brandstätte bietet ein Gemälde, das sich jedem Beschauer unauslöschlich in die Seele prägen wird. Vom sogen. Tschudirain hat man scheinbar die ganze Feuerstätte zu Füßen, aber nur scheinbar, denn die Häuser hinter der Kirche, eine beträchtliche Zahl, sind dem Auge verborgen. Schauerlich rührend, als wollte er zwei Arme zum Himmel erheben, starrt der dachlose Kirchthurm, dessen prachtvolles Geläute ebenfalls in den Schutt gesunken. Die Kirche hat nur noch die nackten Mauern, durch deren Risse und verkohlte Eingänge die verschonten Kreuze des weiten Friedhofs glänzen. Rings um den letzteren ist Alles niedergebrannt, und nur mit Lebensgefahr wagt man sich in das enge Quartier da herum, wo überall der Boden dampft, Kalksteine niederprasseln oder Wasserbäche den Tritt hemmen. Das Feuer kroch ganz an die Burgkapelle hinan, warf ringsum Alles nieder, verschonte indessen das Kirchlein. Dafür wurde die jenseitige Mühle, ganz einsam und entfernt stehend, eingeäschert, während große Holzvorräthe und Schindeldächer daneben unversehrt blieben.

glauben; er könne nur durch Kommissäre wirken und das Wenigste selbst thun. Nicht er entscheide, sondern das Kollegium. In dem konkreten Falle habe ein Gehilfe fünf Jahre lang ununterbrochen alle Einläufe eröffnet und eine Reihe solcher, mit Geldern beschwert, unterschlagen, die Quittungen selbst ausgestellt; wenn Geldbriefe hinausgingen, habe er sie wieder unterschlagen; wenn neue Bestellungen eingingen, habe er sie beseitigt, so daß das Amt alle Besteller verloren hat und erst nachher wieder mit denselben anknüpfen mußte. Wie könne das der besichtigende Kommissär sehen, da der Gehilfe selbst mit der Hauptkasse korrespondirte und das Amtssiegel benützte? Bei dem Torfstich wurde eine Summe von 32,992 fl. über die genehmigte Summe ausgegeben, ohne daß die Revision es wahrnahm, und diese Summe ist auf die allgemeine Verrechnung verzeichnet worden. Da trete dann Jemand auf und sage: Der Vorstand hat das Vertrauen verloren! Kann der Vorstand die Rechnungen revidiren? Kann er die Torfstichlisten revidiren? Sie sind als verwendet angegeben auf die Verbesserungen in Bergwerken und in der That steckten darunter die nicht genehmigten 32,000 fl. Der Aufseher hat sich bereichert, der Gehilfe hat sich bereichert, nur der Vorstand hat nichts gesehen; — er war ein zu guter Mann. Es ist ein Gemüthsfehler, das Talent der Aufsicht nicht zu besitzen; es ist kein Verstandes- oder technischer Fehler. Wie kann man unter solchen Umständen, in einer solchen Stellung, wie die seine (des Redners), wo es nur möglich ist, durch andere zu wirken, durch andere Augen zu sehen, eine Mißverwaltung wahrnehmen? Nur durch die bloße Nachsicht bei der Torfeinlieferung sind Tausende verloren gegangen; dies müsse er zu seiner Rechtfertigung sagen. Redner erwähnt einen anderen Fall, wo ein Beamter, dem volles Vertrauen gewährt worden war und obwohl das Verbot bestehe, mit eigenen Pferden Fuhren zu machen, dennoch dies gethan und die Quittung durch seinen Knecht habe unterschreiben lassen. Die pragmatische Stellung gestatte nichts als einen einfachen Verweis und soll man durchdringen, so müsse man mehrmals verweisen. Er stimme ganz überein mit dem vortrefflichen Vortrag des Abg. Frhrn. v. Lerchenfeld, ja er behaupte nach 6jähriger Erfahrung und genügender Kenntniß und Aufmerksamkeit, daß es nicht möglich seyn werde, Staatswerke durch Staatsbeamte in Konkurrenz mit der Privatindustrie zu betreiben. Werke, bei denen jeden Augenblick die Preise des Materials und der Produkte sich ändern, bei den nothwendigen Umschweifen, bei dem nothwendigen künstlichen Mechanismus unserer Revisionseinrichtungen, die aber zu spät kommen; wenn dann der Vorstand noch dazu vielleicht einen Referenten hat, der nicht aufmerksam genug, nicht mißtrauisch genug ist, um es beim rechten Namen zu nennen, der Alles glaubt, was herein kommt, dann sage man: Der Vorstand hat das Vertrauen verloren. Er sey stark angegriffen worden und er müßte deshalb sagen, was für ihn spreche. Rechnungen revidiren und Torfarbeiterlisten nachsehen — das könne er nicht.

Preußen. Berlin, 13. Mai. Graf Schwerin soll eine neue Untersuchungs-Kommission ernannt haben, welche beauftragt ist, das Verfahren jener Kommission zu prüfen, die unter dem Vorsitze des Unter-Staatssekretärs Sulzer zuerst die Polizei-Angelegenheit zu untersuchen hatte, nachdem Graf Schwerin in gutem Glauben an die von jener Kommission erzielten Resultate gewisser Maßen selbst für die Polizei eintrat und dadurch arg kompromittirt wurde.

Oesterreich. Wien, 12. Mai. Zwei Momente waren in der gestrigen äußerst stürmischen Sitzung des Abgeordnetenhauses von großer Bedeutung, und zwar einerseits die wichtigen Regierungsvorlagen und andererseits die Verbindung der Czechen und Polen, sowie ihre gemeinsamen Sympathien für die Ungarn und deren Bestrebungen. Was nun die Regierungsvorlagen betrifft, so greifen dieselben nicht blos in alle staatlichen Verhältnisse ein, sondern sind zugleich auch die beste Widerlegung jener Anschauungen, welche diesen Reichsrath, weil die Ungarn denselben nicht beschicken, als inkompetent für die Lösung solcher Fragen betrachten. Im Moment, wo die Regierung dem Reichsrathe solche wichtige Vorlagen macht, muß sie bereits mit ihrer Ungarn gegenüber zu befolgenden Politik im Reinen seyn. In diesem Sinne hat auch die Börse die Regierungsvorlagen aufgefaßt und denselben mit Recht eine im Sinne des Einheitsstaats wichtige Bedeutung beigelegt. Der Sieg, den die Majorität bei den gestrigen Adreßverhandlungen im Unterhause errungen, ist nicht etwa ein Sieg der Centralisation gegen die Autonomie, es ist ein Sieg des Deutschthums gegen die unberechtigten Anmaßungen des Slawismus. Wir bedauern, daß es die Parteien für gut befunden haben, die Sache der Nationalität zuerst ins Treffen zu führen, bevor noch die Sache der Freiheit, jene allen Parteien gemeinschaftliche und so sehr bedürftige Forderung, ausgefochten wurde. Zu unserer Freude müssen wir gestehen, daß die solenne Verkündigung der großen modernen Prinzipien, wo sich nur Gelegenheit dazu fand, von der deutschen Partei ausging. Leider zeigte sich die Kampfesweise der Czechen keineswegs als eine ehrenwerthe, vielmehr war der wesentlichste Charakterzug derselben die Verdrehung und Entstellung der Thatsachen und der Worte — die dreisteste Unwahrhaftigkeit. So erheuchelten fast sämmtliche czechische Redner die Ueberzeugung, daß sie mit ihren Amendements der Adresse eine größere Uebereinstimmung mit der Thronrede geben wollten; daß nicht sie, sondern ihre Gegner den ganzen Streit hervorgerufen hätten; daß die Majorität sie mundtodt machen und daß die Deutschen die übrigen Nationalitäten unterdrücken wollten. In solchen Künsten der Verdrehung zeigte sich vor Allen Dr. Rieger stark, der außerdem durch seine Leidenschaftlichkeit, durch persönliche Angriffe und durch die Aufstachelung der Nationalitäts-Eifersüchteleien den widerwärtigsten Eindruck machte, trotz seines nicht unbedeutenden Rednertalents. Aehnliche Charakterzüge traten zumeist an Braun und Klaudi hervor; während Graf Clam-Martinitz, der mit ihnen in der Frage, um welche es sich handelte, denselben Standpunkt einnimmt, diesen doch in der gehaltensten und gemessensten Weise zu vertreten weiß. Die Diskussion war oft eine sehr heftige, Ordnungsrufe an die Böhmen, namentlich an Rieger und Graf Clam, kamen wiederholt vor. Den gereizten Worten Klaudi's, welcher durch einen deutschen Vorredner die Geschichte Böhmens herabgesetzt wähnte und erklärte: „Wir haben eine Geschichte, eine Vergangenheit und lassen uns diese Geschichte weder lächerlich machen noch lassen wir uns dieselbe verletzen", antwortete Giskra in würdigster Weise, indem er sagte: „Wir Deutsche anerkennen, schätzen und achten jede Nationalität. Es ist kein Volk auf der Welt, das so viel Anerkennung für andere Nationalitäten hat, in dessen Grenzen, unter dessen Macht die anderen Nationalitäten sich so entwickeln (Oho rechts), so gedeihen und so fortkommen können, als unter den Deutschen. (Bravo links.)*). Meine Herren! Wenn die deutsche Kraft an der Nachbargrenze andere Stämme nach und nach von der Erde verschwinden gemacht hat, dann war es die Kraft von der deutschen Kultur (Ruf von der Rechten: „Und des deutschen Zwanges", Präsident ermahnt zur Ruhe), sie siegte über die mindere Kulturstufe, da können Sie, meine Herren, den Deutschen keinen Vorwurf machen. Niemand von den Deutschen wehrt den andern Völkern ihre Geschichte. Die Böhmen haben ihre Geschichte, sie schweigt leider seit zwei Jahrhunderten, die Ungarn haben ihre Geschichte, wir Deutsche haben auch unsere Geschichte, mit dem Rechte, wie die anderen Nationalitäten, sind auch wir Deutsche auf die deutsche Geschichte stolz; denn ich sage, es ist die Geschichte der menschlichen Kultur." Einen interessanten Zwischenfall bot das Amendement des Grafen Hartig, welches des österr. Heeres durch folgende Stelle gedenken wollte: „Aber die Völker Eurer Majestät, deren Söhne die Reihen des treuen und tapferen Heeres, den Stolz jeden Oesterreichers bilden, werden jederzeit bereit seyn, Oesterreich sein gutes Recht und seine Integrität zu schützen." Giskra und Andere unterstützen dies Amendement. Als jedoch Ersterer zur Begründung seiner Ansicht in die Worte ausbricht: „Aber meine Herren, Eines erbitte ich mir in diesem Augenblicke, und ich überschreite vielleicht die Grenzen, welche mir als Berichterstatter gesteckt sind: ich möchte das Haus auffordern, in solenner Weise die Sympathien dem Heere, dem tapfern Heere auszusprechen, das vor zwei Jahren gebeugt werden konnte, aber nicht gebrochen, das uns den Sieg wieder an die Fahne fesseln wird, wenn die Völker Oesterreichs vom Kaiser aufgefordert werden zur Vertheidigung gegen den Erbfeind", und allseitiger stürmischer Beifall und Hoch auf die Armee im Hause erschollen, als darauf endlich der Kriegsminister Graf Degenfeld für diese Anerkennung des Heeres ausdrücklich seinen Dank ausgesprochen, da zog Graf Hartig seinen Antrag, weil thatsächlich nunmehr erledigt, wieder zurück. Beim Schlußsatz: „Gott schütze, Gott erhalte, Gott segne Ew. Majestät" erfolgt ebenfalls keine Abstimmung, das ganze Haus erhebt sich und bricht in ein dreifaches Hoch aus. — Die Ungunst des Augenblicks, die Furchtung der letzten Jahre, die sich mit dem Schilde des Deutschthums deckte, lassen es erklärlich finden, daß die Ungarn sich nicht zu einem Bündnisse mit uns, für den Moment, herbeidrängen. Das Pförtchen des Februarpatents ist auch viel zu klein, um die größere Prärogative der ungarischen Konstitution einlassen zu können; aber diese einmal erweitert, der

*) Die föderalistisch gesinnten Czechen und Polen haben sich neben dem feudalen Adel auf der rechten Seite niedergelassen. Die Feudalen möchten den Landtagen der einzelnen Kronländer darum möglichst viel Spielraum verschaffen, weil sie dort den Ton anzugeben hoffen, während sie im Reichsrath eine so hervorragende Rolle nicht spielen können.

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland, für Wahrheit und Recht.

№ 135. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. Bei Inseraten wird die dreimalige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 58. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 16. Mai 1861.

Die preußischen Zustände

machen den erbärmlichsten Eindruck in ganz Deutschland. Diese Polizeiwirthschaft lange Zeit von der höchsten Autorität genehmigt, von den Ministern geduldet, von den Kammern übersehen, von den Gerichten nicht beachtet und selbst von der übervortheilten Stadtbehörde so leise gerügt, daß man die Seelenangst zum Voraus heraus merkt, mit der ein gelehrter Professor in sein Schneckenhaus kroch, als ihm ein paar Lieutenants auf's Zimmer rückten. Wir halten das Preußenvolk für ein tapferes. Aber seine offiziellen Zustände bekunden heute eine solche Mattherzigkeit, daß man an Preußens und Deutschlands Zukunft verzweifeln müßte, wenn — man dem Volke zurechnen dürfte, was seine tonangebenden Lenker in Wort und That heute der Welt zum Besten geben. — Wenn wir die Witze des Herrn v. Vincke lesen, so fällt uns das Sprüchlein des Weisen ein, der da sagt: „Treibe den Spötter aus, so geht der Zank weg, so höret der Hader auf und die Schmach." Dieser Spottton, den die tapfern Herren der Kammer belachen, ist mit Ursache, daß die Kammern zum Spott und Hohn des Volks herabsinken. Anstatt dieses unwürdige Getreibe mit stolzer Entrüstung zurückzuweisen, glauben die HH. v. Berg, Schultze, Reichensperger auch einen Witz suchen zu müssen und zum Besten zu geben. So ist es Mode geworden in den Kammern, jeden Klatsch mit einem Klatsch zu beantworten. Das Alles ist Mitleid erregend. Und nun gar das Getreibe in dem Herrenhause, wo gestern die „Herren" gegen und heute für die Grundsteuer stimmen, worauf dann wieder der doktrinäre Gothanismus und die Angst des Ministerium ein Halleluja loslassen, und uns glauben machen wollen, daß nun das Junkerthum im Herrenhause gebrochen sey. Die „Herren" Junker aber lachen in's Fäustchen, denn sie haben nachgegeben, um doppelt im Heere, das durch den höhern Ertrag der Grundsteuer auf einen größern Stand gebracht werden soll, zu gewinnen, was sie an Grundsteuern verlieren, und hatten überdieß das höchste Interesse, es nicht zum Bruche kommen zu lassen, sondern durch Nachgeben in dieser Frage ihre Stellung als Herrenhaus zu verbessern, zu befestigen; wie dies denn auch in etwas schon dadurch geschehen ist, daß nun die Gothaner das preußische Volk selbst glauben machen möchten, nun sey die Kraft des Junkerthums gebrochen, während Tausende von neuen Offiziersstellen für seine Söhne sich öffnen. Wenn die preußischen Kammern, Minister und Oppositionshelden fast ohne Ausnahme bezahlt wären, den Einfluß Preußens zu vernichten, den preußischen „Parlamentarismus" lächerlich zu machen, und so Oesterreich wieder zu Ansehen zu bringen, selbst Frankreichs Einfluß Bahn brechen zu helfen, — so könnten sie nicht anders handeln, als das bis jetzt der Fall war. So schreibt die „Zeitung für Norddeutschland", ein Blatt, das immer für die Hegemonie Preußens in die Schranken trat, aber jetzt doch bekennen muß, daß die Wirklichkeit seinem Ideal nicht entspricht.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 14. Mai. Se. Maj. der König hat den Ministerialrath im k. Staatsministerium der Finanzen, Carl v. Friederich, seiner Bitte entsprechend, in den definitiven Ruhestand treten lassen; und zum Assessor der Kammer des Innern der Regierung der Pfalz den Regierungs-Sekretär daselbst, Friedr. Scharnberger, befördert. (N.M.Z.)

** München, 14. Mai. (Privat-Korresp.) In der heutigen Sitzung des II. Ausschusses der Kammer der Abgeordneten wurden bezüglich der Nachweisungen über die Ausgaben für die Armee in den Jahren 1855/59 auf Antrag des Referenten Abg. Langguth folgende Beschlüsse gefaßt: 1) Es sey den Rechnungsnachweisungen für die Jahre 1855/56, 1856/57 und 1857/58 die Anerkennung, und der a conto des Reichsreservefonds in diesen Jahren für die aktive Armee und die Gehaltsausbesserungen der Offiziere und Militärbeamten geleisteten Zahlungen die Zustimmung zu ertheilen; 2) die Anerkennung der Rechnungsnachweisungen pro 1858/59 vor der Hand auszusetzen, und bis zur Vorlage und Prüfung der Nachweisungen pro 1859/60 vorzubehalten. In letzteres Jahr fallen zum Theil die Mehrausgaben von 9 Mill. Gulden, die der Kriegsminister jetzt nachträglich genehmigt haben möchte. Die Frage, ob sie nöthig waren, hängt eng zusammen mit den Anschaffungen für's Heer i. J. 1858/59.

Wir tragen hier noch einen Auszug aus der Rede des Staatsraths v. Hermann in der 25. Sitzung der 2. Kammer nach, die so viel Aufsehen gemacht hat. Er verbreitete sich in einer mehr als zweistündigen Rede in den ausführlichsten Erörterungen in technischer Beziehung, wobei er seine Behauptungen mit einer Menge von Zahlen zu belegen sucht. Es seyen dem Referat des Abg. Schlör einige Aeußerungen eingeflossen bezüglich der Tauglichkeit der Vorstände der Generaladministration; es sey nämlich gesagt, daß es unmöglich sey, daß ein und derselbe Vorstand für's Salinen- und Berg- und Hüttenwesen gleich ausgebildet sey, und gefolgert, daß die Verwaltung jetzt übler beschaffen sey, als unter den frühern technischen Vorständen. Er wolle keine Beschuldigung aussprechen, aber er werde beweisen, daß das Gegentheil der Fall sey; seine Liebe zum Hütten- oder Bergwesen habe bewirkt, daß ein bedeutender Mehrertrag sich ergeben habe, als unter seinen Vorgängern geleistet worden. Indem nun Redner sämmtliche Werke einzeln durchgeht, vergleicht er ihre Erträgnisse zwischen den Jahren 1848—59 unter den verschiedenen Direktionen und zieht daraus nach den ausführlichsten rechnerischen Deduktionen, die mehr als 3/4 der ganzen Rede ausmachten, den Schluß, daß unter seiner Verwaltung das Berg- und Hüttenwesen einen bedeutenden Aufschwung genommen habe. Wenn nicht noch glänzendere Resultate aufzuweisen seyen, so sey daran lediglich die Unmöglichkeit Schuld, die Beamten genau zu beaufsichtigen und die dabei vorgekommenen Mißgriffe und Unterschleife zu entdecken. Im Verlaufe bemerkt Redner, daß die Stelle zwischen dem k. Staatsministerium und den Beamten absolut außer Stand sey, das Spezielle selbst zu erheben, wenn sie nicht jeden Beamten jeden Augenblick suspendiren und kommissarisch vorgehen könne, wobei aber immer noch der Beamte ein Mittel hintendrein habe, die von der Kommission vorgeschlagenen und befohlenen Verfahrungsarten in ihren Resultaten zu nichte zu machen. Es sey dieß eine sehr schwierige Stellung, in der sich die Behörde befinde; greife man ein, so mißlinge es hintendrein; greife man nicht ein, so sey der Beamte gedeckt und es sey unmöglich, der Sache auf den Grund zu sehen, und wenn eine Ausgabe gemacht sey, so bleibe nichts übrig, als sie zu verrechnen. Demnach dürfe er wohl sagen, daß seine Direktion mit der seiner Vorgänger einen vortheilhaften Vergleich aushalten könne. Referent habe ferner bei der Erwähnung des Verkaufs der einzelnen Werke ausgerufen: Wehe dem Dirigenten, unter dessen Leitung solche Verkäufe stattfinden! Er gestehe, daß dieses „Wehe" ihn nicht sehr drücke, denn wenn das k. Staatsministerium wie ein anderer Gläubiger die nöthigen Summen gewährt hätte zur Fortführung oder zur Forterhaltung der stillstehenden Werke, so würden seinerseits keinerlei Anträge auf den Verkauf dargelegt worden seyn. Staatsrath v. Hermann äußerte sich noch über den von Abg. Schlör ihm gemachten Vorwurf bezüglich einer dem Vorstand des Bergamts Bergen gemachten Aeußerung, dessen Verwaltung er eine Mißverwaltung genannt habe. Er wolle einen Auszug aus den Ergebnissen der Disziplinaruntersuchung vorlegen; derselbe sey ein ganz ehrlicher Mann, aber des merkantilen Betriebs und der scharfen Ueberwachung nicht fähig. Die Ueberwachung von Seite des Vorstands sey nicht möglich, er könne nicht an jedem der Bergwerke mehrere Tage bleiben, er müsse den einschlägigen Referenten

der vorliegenden Tabellen einzugehen, sey nur erwähnt, daß während der beiden letzten Jahre in den Dschungeln des Pendschab nicht weniger denn 909 Kinder von Raubthieren, und zwar die meisten darunter von Wölfen, getödtet worden sind. Die Anzahl der erlegten Raubthiere war, trotz der namhaften Regierungsprämien, nicht sehr groß. Es waren i. J. 1859 getödtet worden: 12 Tiger, 102 Leoparden, 187 Bären, 1174 Wölfe und 2 Hyänen; zusammen 1567. Und im vorigen Jahre: 36 Tiger, 163 Leoparden, 350 Bären, 2080 Wölfe und 30 Hyänen; zusammen 2856 Bestien. Von den Wölfen, die den meisten Schaden anrichten, waren im Distrikt von Lahore vergangenes Jahr 132 erlegt worden, ohne daß durch sie Jemand früher angegriffen worden wäre. Dagegen waren in derselben Zeit in Sealcote 135 Kinder von Wölfen zerrissen worden, ohne daß man ihrer mehr denn 28 erlegen konnte.

Neueste Nachrichten.

Kassel, 8. Mai. Nachträglich erfährt man, daß gegen zwei Zugführer des Jordan'schen Leichenkondukts von der Verwaltungsbehörde Anklage beim Untersuchungsrichter erhoben worden ist, weil diese der Aufforderung des Polizeibeamten, den Zug nicht am Ständehause vorüberzuführen, nicht Folge geleistet. Wie das „Fr. J." vernimmt, habe jedoch der Strafrichter die Anklage zurückgewiesen.

* Aus dem nun ausführlich vorliegenden Bericht über die Sitzung des österr. Abgeordnetenhauses vom 11. Mai ersehen wir, daß die zahlreichen Gesetzentwürfe, welche Minister v. Schmerling dem Reichsrath angekündigt hat, nicht sofort vorgelegt wurden; der Minister sagte nur, sie würden dem Reichsrath während seiner diesmaligen Versammlung zugehen. Wirklich vorgelegt wurden in jener Sitzung blos zwei Gesetzentwürfe: über die Unverletzlichkeit und Unverantwortlichkeit der Reichsraths- und Landtagsmitglieder und über die Auflösung des Lehensverbandes.

Pesth, 12. Mai. „P. Naplo" bringt aus Paris vom 9. d. einen Brief, in welchem über den Eindruck, den die Nachricht von Teleki's Tod dort hervorgebracht, geschrieben wird. „Der Kaiser," heißt es, „wird schmerzlich berührt seyn; denn zur Zeit seiner Präsidentschaft sah er ihn beinahe täglich und auch später fehlte der Graf niemals bei den Festen der Tuilerien. Auch Prinz Napoleon wird von dem traurigen Ereigniß schmerzlich berührt seyn, denn wenige Menschen schätzte er so sehr wie den Grafen Teleki, dessen in französischer Sprache hinterlassene Werke bei allen Notabilitäten des Kaiserreiches zirkuliren."

Zürich. Die „N. Zürch. Ztg." veröffentlicht bereits das erste Verzeichniß von Gaben, die für die verunglückten Glarner eingegangen sind. Erst Samstag Morgens 6 Uhr kamen nach Zürich die Nothberichte, während die Röthe schon Freitag Nachts 11 Uhr am südlichen Himmel gesehen worden war, ohne daß man sich über deren Bedeutung klar werden konnte. Die Telegraphenverbindung war nämlich, weil die Station in Glarus abgebrannt war, unterbrochen. Den Grund, das Aeußerste zu fürchten, fand man in Zürich nicht allein in dem Mangel an direkten Berichten, sondern in dem bekannten Ruf der verderblichen Macht, welche der Föhn in diesem Thalgelände zu üben pflegt. Ein merkwürdiger Zufall wollte es, daß in der Glarner Landsgemeinde vom letzten Donnerstag (Himmelfahrt) die polizeilichen Bestimmungen wegen des Föhnwinds zur Sprache kamen, und der Antrag für Revision im Sinn einer gelindern Polizei nicht beliebt wurde. Am Tage nach der Landsgemeinde findet die übliche Feuermusterung statt, die wie ein Volksfest begangen wird, an welchem die Arbeiten ruhen — und in der gleichen Nacht bricht das Feuer aus. Durch dieses auffallende Zusammentreffen bekam die Anzeige des Brandes etwas Fatales, Verhängnißvolles, und die beängstigenden Gemüther machten sich aufs Aeußerste gefaßt. In der Nacht vom Samstag auf den Sonntag drohte das Feuer, von einem heftigen Föhn angeregt, aufs Neue auszubrechen, blieb aber auf die bisherige Brandstätte beschränkt.

Aus der östlichen Schweiz, 13. Mai. Aus Anlaß des erschütternden Ereignisses, welches Glarus durch Brandunglück betroffen hat, haben sich in St. Gallen, Chur und Zürich Komites organisirt. Mit allen Bahnzügen werden Massen von Utensilien zum einstweiligen Bedarf für die Betroffenen befördert. Die Anzahl der in den Flammen verunglückten Personen ist nicht zu bestimmen. Der Gesammtschaden an Mobilien wird auf viele Millionen geschätzt. (Allg. Z.)

Turin, 11. Mai. Die heutige „Opinione" schreibt: „In Folge der Theilnahme am Aufstande wurde die Nationalgarde der Kommune Carbonara in der Provinz Principato Ulteriore aufgelöst, die Garnison der Stadt Fondi in Terra di Lavoro an der päpstlichen Grenze wurde von den Bourbonisten besiegt und zersprengt. Einer Depesche zufolge sollen letztere von herbeigeeilten piemontesischen Truppen wieder zum Abzuge gezwungen worden seyn."

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. 1. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	—
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	63 1/4 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	56 7/8 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	49 P.
„	4 1/2 pCt.	45 P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	88 1/8 P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102 3/4 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	102 3/4 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	103 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100 5/8 P. 3/8 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100 5/8 P. 1/4 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	103 3/4 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	95 1/2 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	102 5/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	94 5/8 G.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	102 G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 1/2 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 1/4 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	101 7/8 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 3/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	99 P.
„	3 pCt. Obl.	92 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. B. à fl. 2. 30	48 1/2 P.
„	1 3/4 pCt.	42 1/4 P.
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 500 Thlr.	99 3/4 P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	109 G.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	688 G.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	160 1/2 G.	
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	185 1/2 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100	72 1/2 G.	
Mitteldeutsche Kreditaktien	71 G.	
Internationale Bank in Luxemb.	84 P.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	310 P.	ex D.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	68 P.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	246 G.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	125 P.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75 1/2 P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	28 P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt.	133 1/2 G.	
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	100 P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 1/2 P.	
Südd. Bank-Akt. 30 pCt. Einz.	234 1/2 P.	ex C.
Span. Handels- u. Industrie	525 P.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	480 P.	
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	103 7/8 P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P.	100 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99 1/8 B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B. 99 3/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 3/8 B. 1/8 G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96 3/8 B.
Cöln. Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	87 3/4 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 1/4 B.
London Lst. 10 k. S.	117 7/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	[illegible]
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93 1/8 G.
Paris Frs. 200 k. S.	93 1/8 G.
Triest fl. 100 k. S.	[illegible]
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. k. S.	85 1/2 – 85 3/4 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	81 1/2 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	49 3/4 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	65 G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	131 3/8 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	64 1/4 – 3/8 G.	„ fl. 25 do.	35 1/8 P.
„ fl. 100 Kisb. L. v. 1858.	99 P. 98 1/2 G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	35 1/4 P.
3 1/2 pCt. Preuss. Pr.-Anl. beih.	119 1/2 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50 G.
Mailand-Como fl. 18	—	St. Lüttich m. 2 1/2 pCt. Z.	37 1/4 P.
Badische fl. 50	90 3/8 P.	Vereins-Loose fl. 10.	11 P.
Badische fl. 35	53 1/4 P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 3/8 P.

Frankfurt, 14. Mai. Die Börse bot, besonders bei ihrer Eröffnung, ein Bild von wo möglich noch größerer Lebendigkeit, als die gestrige, und die in großer Anzahl vorhandenen Aufträge auf alle Gattungen österr. Fonds, Aktien und Anlehensloose konnten nur zu sehr erhöhten Kursen vollzogen werden. Im Laufe des Geschäfts traten kleine Schwankungen ein, welche jedoch gegenüber der beträchtlichen Preissteigerung kaum in Betracht kommen. Wechsel auf Wien in allen Sichten mehrere Prozente höher. (Synd.)

Sieg des deutschen über das slavische Element, der Centralisten über die Föderalisten, der Linken über die Rechte.

Frankreich.

* Kaiser Napoleon, der bekanntlich seine Truppen gar zu ungern aus Syrien zurückzieht, läßt sich ein über das andere Mal Briefe bald von den Befehlshabern derselben, bald von Abd-el-Kader schreiben, worin gejammert wird, daß nach dem Abzug der Franzosen die Drusen an den Maroniten sicher Rache nehmen und die Metzeleien des vorigen Jahres erneuern würden. Auch Bittschriften um das längere Verbleiben der Franzosen sind aus Syrien beim französischen Senat eingegangen; letzterer hat aber nicht umhin gekonnt zu erklären, daß dieselben werthlos seyen, indem die Unterschriften durch allerlei kuriose Mittel beigeschafft wurden.

* Aus Paris wird der „Allg. Ztg." geschrieben, es seyen zwischen den Regierungen von Frankreich und Sardinien wieder Unterhandlungen im Gange über die Abtretung der Insel Sardinien und der ligurischen Küste, wofür dann Frankreich das neue Königreich Italien anerkennen und seine Truppen aus Rom zurückziehen wolle. Wir glauben nicht daran, einmal weil Cavour durch eine neue Abtretung sich ganz unpopulär machen würde und dann, weil die Anerkennung von Seite Frankreichs doch keinenfalls so viel Werth hat, um so theuer erkauft zu werden. Was aber den Abzug der Franzosen aus Rom betrifft, so wird Napoleon, so lange es in seiner Macht steht, dafür überhaupt keinen Preis annehmen; denn die Stellung, die er dort mit seinen Truppen inne hat, ist unbezahlbar. Neuerlich heißt es auch, Napoleon habe sich dazu verstanden, auch piemontesische Truppen neben der französischen Besatzung in Rom zuzulassen. Wir glauben auch das nicht, abgesehen davon, daß doch der Papst darum gefragt werden müßte, der schwerlich darein willigen würde.

Paris, 12. Mai. Herr Thouvenel hat gestern das durch die Umstände gebotene Rundschreiben über die bevorstehende Räumung Syriens an seine diplomatischen Agenten im Auslande abgehen lassen. Dieselben werden angewiesen, diesen Akt der Räumung dadurch zu erklären, daß erstens Frankreich seine Truppen zurückzieht, weil es sich von vorn herein dazu verpflichtet hat, daß zweitens die Sicherstellung der syrischen Christen nicht Frankreich allein, sondern Europa anheimfalle, und daß in dieser europäischen Frage auch alle Verantwortlichkeit auf Europa zurückfalle, und daß endlich die in Beyrut versammelten Vertreter aller Mächte ohne Ausnahme erklärt hätten, Frankreich könne ohne weitere Gefahr für die christliche Bevölkerung des Libanon seine Truppen zurückziehen. (Köln. Ztg.)

Türkei.

Das türkische Amtsblatt bestätigt die Absendung einer europäischen Kommission nach der Herzegowina. Vornehmlich auf das Zureden Englands hat die Pforte eingewilligt, Omer Pascha nach Albanien, wo der Serdar jetzt schlagfertig dasteht, von Agenten der europäischen Mächte begleiten zu lassen und ihm selber Instruktionen mitzugeben, welche den letzteren wenn nicht die Gewißheit, so doch die Möglichkeit einer erfolgreichen friedlichen Intervention verbürgen. Dem militärischen Einschreiten des Generals soll der Erlaß einer im Namen des Sultans abgefaßten Proklamation vorangehen, welche den Insurgenten der Herzegowina die umfangreichsten Konzessionen gewährleistet. Abdul-Medschid verheißt den Aufständischen darin: eine ausnahms- und bedingungslose Amnestie für das Geschehene; Nachlaß der Steuerrückstände von den letzten vier Jahren; Autonomie der Gemeinden, so daß diese sich selber ihre Gemeinderäthe und Bezirksvorsteher in beliebiger Anzahl frei erwählen dürfen; die Erlaubniß zur Erbauung christlicher Gotteshäuser mit Thürmen ohne jede Einschränkung; die Verwendung des Großherrn bei dem Patriarchen in Konstantinopel dafür, daß in der Herzegowina fortan nur Bischöfe aus der Race der eingebornen Rajah konsekrirt werden sollen; die Ermächtigung der Gemeindevertretungen zur Vertheilung der nach Byzanz zu entrichtenden Abgaben auf die einzelnen Individuen; endlich erhebliche Erleichterungen bei dem Erwerbe von Grund und Boden seitens der Rajah." Das sind Zugeständnisse, die — wenn eine europäische Kommission über ihre redliche Ausführung wacht — den Klagen der Südslaven über die Unerträglichkeit ihrer Lage unter der ottomanischen Herrschaft wohl den größten Theil ihrer Berechtigung rauben. Die unverklausulirte Realisirung derselben aber liegt, wie uns scheint, im Interesse aller Parteien, die es ehrlich meinen, sey es mit der Partei, sey es mit der Rajah, die es nicht darauf abgesehen haben, durch eine vorbedachte Verschlimmerung der Zustände im Osten eine Konstellation heraufzubeschwören, bei der sie selber behaglich im Trüben fischen können. Das Letztere wollen bekanntlich Rußland und Frankreich, während Oesterreich und England dahin streben, die Ruhe im Gebiete des Sultans zu erhalten und den Anlaß zu der ewigen Unzufriedenheit der Rajahs (Christen) zu beseitigen. Daß letztere wirklich zufrieden gestellt werden, dahin namentlich muß Oesterreichs und Englands Streben gerichtet seyn; denn diese beiden Staaten würden ein schlimmes Odium auf sich laden, wenn sie blos die Herrschaft der Türken stützen wollten, ohne zugleich auf Beseitigung ihrer Mißbräuche Bedacht zu nehmen. (Ostd. Post.)

Rußland und Polen.

Der „Ostseezeitung" wird aus Warschau vom 6. Mai geschrieben: „Dieser Tage haben sich wieder einige junge Leute in polnischen Nationalanzügen gezeigt, und sind auf 1—3 Tage eingesperrt worden. Auch neue Lieder, schlimmeren Inhalts als das früher mitgetheilte, sind wieder in den Kirchen vertheilt, aber nicht gesungen worden, denn die Geistlichen sind nach dem letzten Reskript des Grafen Wielopolski an den katholischen Erzbischof doch bange geworden. Die Polen sagen, daß diese Vertheilung von russischen Spionen erfolgte. An was Allem die Russen schuld seyn sollen, darüber zirkulirt manche lustige Anekdote. Eine will ich Ihnen mittheilen, da sie eine Entdeckung enthält, welche die ganze Christenheit interessiren sollte. Ein junger polnischer Edelmann kauft bei einem jüdischen Kaufmann einen Gegenstand, handelt sehr stark, streichelt ihn unter vielen hübschen Worten, um ihn zum Erlaß vom Preise zu bewegen, und nennt ihn „Bruder". „Ach", sagte der jüdische Kaufmann, „wie kann ich jetzt Ihr Bruder seyn, da Sie uns Juden doch noch voriges Jahr beschuldigten, Christum gekreuzigt zu haben." Der Edelmann: „Ja, mein Lieber, voriges Jahr da wußten wir noch nicht, daß nicht Ihr Juden Christum gekreuzigt, denn wir haben erst seit Kurzem entdeckt, daß es unsere Feinde die Russen gewesen." Heute noch hörte ich eine hiesige polnische Dame einer andern alles Ernstes versichern, „daß das kalte Wetter nur von den vielen Russen herrühre, welche in und um Warschau stehen."

Amerika.

Aus New-York vom 2. Mai wird berichtet: Washington ist sicher. Die Aussicht auf einen unmittelbaren Konflikt hat sich vermindert. Virginien will den Truppen der Südstaaten den Durchmarsch gegen Washington nicht gestatten. Tennessee ist abgefallen. Der Präsident der südlichen Conföderation, Jefferson Davis, hat eine Proklamation erlassen, worin er sagt: er werde einem Angriff auf's Aeußerste widerstehen. (Selbst angreifen will er also nicht.) (Tel. d. Zeit.)

Nichtpolitische Zeitung.

München, 13. Mai. Morgen Dienstag kommt im k. Hoftheater das durch Repertoirestörungen schon mehrmals verschobene Lustspiel „Don Quixote", von Dr. Herrmann Schmidt, zur erstmaligen Aufführung. Demselben geht ein sehr guter Ruf voraus. Das vor einiger Zeit in Berlin mit so außerordentlichem und allgemeinem Beifalle aufgenommene Lustspiel desselben Verfassers „Der Theuerdank" wird dermalen in Dresden zur Aufführung vorbereitet. (M. Nachr.)

Als Charakteristikum des Uebermuthes mancher reichen niederbayerischen Bauern wird dem „B. Kur." aus Straubing geschrieben, daß dort vor ungefähr 4 Wochen eines Abends ein betrunkener Bauer 10 Soldaten des dortigen Jägerbataillons, denen er begegnete, einlud, mit ihm in eine benachbarte Schenke zu gehen. Da hieß er sie in einer Reihe niederknien, und indem er wie der Priester bei der Kommunion sprach: Corpus domini nostri Jesu Christi custodiat animam tuam in vitam aeternam, legte er einem jeden der Soldaten einen Kronenthaler in den Mund.

Im Unterinnthal ist vor Kurzem ein Mord verübt worden. Wie nun von dort berichtet wird, hat der Mörder auch den an dem Mädchen in Niederndorf bei Kufstein verübten Mord eingestanden. Nach der im Unterlande herrschenden Meinung läge dieser Mordthat Aberglaube als Motiv zum Grunde. Der Mörder soll nämlich den Wahn gehabt haben, durch die in gewisser Weise vollzogene Ermordung dreier junger Mädchen sich unsichtbar machen zu können. Das Gericht hat inzwischen dafür gesorgt, daß er hierzu eines dritten Mordes nicht bedarf.

Statistische Mittheilungen im „Lahore Chronicle" zeigen, daß die reißenden Thiere in Ost-Indien mehr Menschenleben kosten, als man gewöhnlich glaubt. Ohne weiter in die Details

den Unterricht in der deutschen Sprache werden genaue Vorschriften gegeben und ebenso über die Absolutorialprüfung, welche in eine schriftliche, die von sämmtlichen Professoren des Gymnasium unter dem Vorsitz des Rektors, und in eine mündliche, die von denselben und dem Rektor unter Vorsitz eines Ministerialkommissärs vorzunehmen ist, zerfällt.

Preußen. Vom Rheine, 11. Mai. Daß die Petition der Kölner Bürger in Betreff der Steuer-Ueberbürdung durchaus die Ansicht des Rheinlandes ist, beweist auch der so eben durch den Druck veröffentlichte Jahresbericht der Handelskammer von Düsseldorf. Die Handelskammer sagt S. 12 u. 13: „Vor Kurzem fiel in dem hohen Hause der Abgeordneten die Aeußerung: daß der Wohlstand des Landes sich in den letzten Jahren gehoben habe. Wir müssen diese Anschauung als entschieden unrichtig bekämpfen. Seit 1857 ist der Wohlstand effektiv zurückgegangen.... Neben den ungeheuren Steuerlasten sind der Produktionskraft des Landes in den letzten Jahren abermals 60,000 Mann mehr als früher zu Kriegszwecken entzogen worden, welche in ihren besten Jahren nicht nur unproduktiv konsumiren, sondern auch das Land einen erheblichen Theil der Steuerkraft entbehren lassen. Bricht der Krieg los, so könnten wir leicht in den Fall kommen, genug Soldaten, aber nicht die Mittel zu haben, sie zu ernähren. Es scheint uns eine wichtige Pflicht, hierüber offen zu sprechen, auf daß zu rechter Zeit in eine Bahn gelenkt werde, welche uns vor solchem Unglück bewahrt. Besser jetzt, als wenn es zu spät ist. Nicht Engherzigkeit, sondern wahre Liebe zum Vaterland drängt uns zu dieser Erklärung. Eine Reform der Umlage der Steuern scheint uns nicht minder geboten.... In unserer Provinz sind schon viele wohlhabende, unabhängige Leute der übermäßigen Steuern wegen ausgewandert."

(Köln. Ztg.)

Holstein. In Rendsburg ist die nachgesuchte Erlaubniß um Abhaltung eines größeren Turnfestes polizeilich versagt worden. Dadurch hat man sich nicht abschrecken lassen, zur Bildung eines norddeutschen Schützenvereins aufzufordern. Jeder unbescholtene Mann, der jährlich 8 Sch. Courant (24 Kreuzer) zahlt, ist Mitglied. Nächstliegender Zweck ist Uebung im Freihandschießen.

(Fr. Postztg.)

* **Oesterreich.** Wir wollen unsern Lesern nicht eine ausführliche Schilderung der Adreßdebatte im österr. Abgeordnetenhaus liefern, da deren Einzelnheiten sie wohl wenig interessiren dürften; dagegen tragen wir zu dem bereits Mitgetheilten noch einige charakteristische Züge nach. Die Abänderungsvorschläge der Föderalisten-Partei (zu der auch die Feudalen hielten) liefen alle darauf hinaus, die Bedeutung der Reichseinheit und der Februar-Verfassung in den Hintergrund zu drängen, und die Selbständigkeit der einzelnen Kronländer möglichst hervorzuheben. Daß die Czechen und Polen namentlich in diesem Sinn arbeiteten, versteht sich von selbst; ihr Streben geht ja darauf, die slavischen Länder wo möglich ganz von den deutschen, von Oesterreich loszulösen und für dieses Ziel einstweilen durch möglichste Lockerung des Verbandes vorzuarbeiten. Dieser Tendenz entsprangen die Amendements Clams, welcher nicht das „Abgeordnetenhaus" als verfassungsmäßige Körperschaft auftreten lassen, sondern in ihr nur die „aus den Landtagen entsendeten Boten" sehen wollte, und welcher selbst so weit ging, nicht generell die aus dem Oktoberdiplom und den Februargesetzen hervorgegangene Gesammtverfassung als das unantastbare Fundament des Reichs anzuerkennen, sondern statt dessen nur für einige Bestimmungen dieser Verfassung das feierliche Gelöbniß zu erneuern gedachte, das auch die Thronrede enthält. Dieselbe Richtung verfolgten die Klaudi'schen und Jirsik'schen Amendements, deren eins die Sicherung der verfassungsmäßigen Freiheit nur so weit gestatten will, als solche unbehindert nationaler Entwicklung möglich ist. Noch charakteristischer aber war ein Amendement Tomek's, welcher daran, daß die Adresse „dem Stern, der Oesterreich durch nahe ein Jahrtausend geleuchtet, vertraut", deßhalb Anstoß nahm, weil mehrere der jetzt unter Oesterreichs Scepter vereinigten Völker dies erst seit einigen hundert Jahren sind, und sich daher für die tausendjährige Geschichte des Kaiserstaats nicht interessiren können. Auf der Linken hatte Giskra das schwerste Amt. Als Berichterstatter mußte er alle Angriffe, die auf den Entwurf gemacht wurden, abwehren, und er entledigte sich dieses Geschäfts nicht nur mit dem Geschick eines allezeit schlagfertigen Advokaten, sondern erhob sich namentlich da, wo er die Ehre des deutschen Namens und den Ruhm der deutschen Geschichte gegenüber den andern Nationalitäten wahren zu müssen glaubte, zu einem alle Anwesenden mächtig ergreifenden Pathos, und auch als er das Votum für Oesterreichs tapferes Heer hervorrief, gelang es ihm, der ganzen Versammlung, so ermüdet sie schon durch die lange Debatte schien, einen Ruf der Begeisterung zu entreißen. Berger wirkte durch überaus drastische Gegenreden gegen die Czechen; Kuranda hatte sich den Grafen Clam zum Opfer auserkoren und triumphirte über denselben ausnehmend glücklich. Ueberhaupt war diese Debatte ein glänzender

Lasaulx' Begräbniß.

München, 12. Mai. Bei der heute Nachmittag stattgefundenen Beerdigung der irdischen Ueberreste des Prof. Dr. Lasaulx war die Theilnahme der hiesigen Einwohnerschaft eine so zahlreiche, wie man sie nur ganz selten bei Leichenbegängnissen sieht. Die Studirenden der Universität, sämmtliche Alumnen, zahlreiche Civil- und Militärbeamte, fast alle Mitglieder der Kammer der Abgeordneten, zu denen der Verlebte bis vor wenigen Wochen noch zählte, alle Professoren der Universität in Amtskleidung, die Minister Frhr. v. Schrenk, v. Zwehl, Frhr. v. Mulzer, v. Neumayr, sehr viele Bürger und sonstige Leidtragende in großer Menge erwiesen dem Verblichenen die letzte Ehre. Der Abt Dr. Haneberg hielt eine Grabrede, worin er ein Bild von dem Leben und Wirken des Verstorbenen als Lehrer, Gelehrter, Volksvertreter, Familienvater und Christ entwarf. Nach ihm trug der Abg. Oskar Frhr. v. Redwitz, nachdem er einen Lorbeerkranz auf den Sarg niedergelegt, einen poetischen Nachruf an den zu früh der Kammer entrissenen „ganzen Mann" vor. Wir bemerken, daß die Sektion, nach den hiesigen Blättern, ergeben haben soll, daß keineswegs ein Herzfehler ihm den Tod brachte, sondern lediglich ein Lungenleiden, das er nicht gehörig schonte, und das er bei den letzten kurhessischen Debatten in der zweiten Kammer ganz außer Acht ließ. Wenige werden wohl auf seiner Seite bei dieser Diskussion gestanden seyn, er war aber auch da der unerschrockene Mann, der rücksichtslos aussprach, was er für Wahrheit hielt. So haben wir ihn beim Frankfurter Parlament, so in der hiesigen Kammer stets gefunden, und wer nur das Mitglied der Rechten in ihm sehen wollte, der hat ihn wohl nie gehört, wie er dem vorigen Ministerium seine Meinung sagte, die das, was Andere gegen dasselbe vorbrachten, weit hinter sich zurückließ. Oder wer erinnert sich nicht jener berühmten akademischen Rede über Rußland und die kleinen griechischen Freistaaten, die doch im Reiche des Geistes weit größere und bleibendere Eroberungen gemacht, als jenes kolossale Reich; der russische Gesandte soll damals sich bitter über den freimüthigen Redner beklagt haben, aber die öffentliche Meinung hat ihm das so wenig vergessen, wie seine mannhafte Offenherzigkeit in Frankfurt, als sich auch dort das Parlament vor Robert Blums Schatten beugte, wie einst Frankreich bei der Todtenfeier Marats.

Das Gedicht von O. v. Redwitz lautet:

So bist Du uns entrissen,
Liegst drunten stumm und bleich!
Herr in der Weisen Wissen,
Und in der Schönheit Reich!
Du Meister klarer Rede,
Du schneidig Kämpenerz!
Ach, Deine letzte Fehde,
Sie brach Dein großes Herz.

Oh! 's war ein edles Leben,
Das unser Freund vollbracht!
Wer will den Stein erheben,
Weil anders er gedacht?
Wer rechnet ihm zur Schande
Sein Wort so scharf und frei?
O daß im deutschen Lande
Gleich wahr ein Jeder sey!

Ja, groß! Wer's immer kannte,
Er preist sein Gold als ächt;
Ein Herz, das feurig brannte
Für Wahrheit und für Recht.
Wer hat mit edlerm Grimme
Gen Lug und Trug gekämpft?
Weß deutschen Mannes Stimme
Hat minder Furcht gedämpft?

Und weil mit solchen Waffen
Von Deinem Schwert und Schild,
Voll Leid wir Dich vermissen
Als deutschen Mannes Bild,
In unsres Rathes Mitte,
Der stets Dich ehrt und preist,
Mit Deiner edeln Sitte,
Du lichtdurchklärter Geist!"

Wo Mancher sich verkrochen
In klug bedachter Scheu,
Hast Du stets gleich gesprochen,
Ein unerschrockner Leu!
War auch Dein Wort oft bitter,
Und schlug Dein Schwert auch fehl —
Warst allzeit doch ein Ritter
Ohn' Angst und ohne Hehl!

Und warst Du auch geschieden,
Bevor das Herz Dir brach,
Dir wallte doch zum Frieden
Die zweite Kammer nach.
Und soviel mit Dir tagten
Und kämpften gegen Dich,
Sie all in's Grab Dir sagten:
Du schlugst Dich ritterlich!

Dich kümmerte gar wenig,
Was man von Dir geglaubt!
Dir selbst nur unterthänig,
Erhobst Du frei das Haupt!
Der Süden und der Norden
Dafür Dir zeugen kann,
Ja, wir sind ärmer worden
Um einen ganzen Mann.

O daß nach Streitesmühe,
Du Held voll lauterer Kraft,
Nun auch der Kranz Dir blühe
Glückseliger Ritterschaft!
Daß Du im ew'gen Lichte
Die Wahrheit schauest klar,
Die Deines Geist's Gesichte
Stets heil'ge Sehnsucht war!

(Allg. u. Augsb. Postz.)

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland, für Wahrheit und Recht!

№ 134. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern … Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit … im Anzeiger mit … berechnet. Briefe und Gelder franco. | 58. Jahrgang. | Mittwoch, 15. Mai 1861.

Deutscher Bund.

Heidelberg, 12. Mai. Unsere Stadt prangt heute zu Ehren der hier anwesenden Mitglieder des deutschen Handelstages in festlichem Schmucke. Die Häuser, besonders an der Hauptstraße, sind mit schwarz-roth-goldenen Fahnen und solchen mit der badischen Landesfarbe geschmückt. Maß-, Gewichts- und Münz-Einheit in Deutschland sind die Haupt-Berathungs-Gegenstände. Von auswärtigen Theilnehmern an der Versammlung sind schon gegen 300 aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands angekommen; doch wächst deren Zahl mit jedem Bahnzuge. (Frkf. Journ.)

Bayern. München, 12. Mai. Se. Maj. der König hat genehmigt, daß die k. Pfarrei Egmating, Ldg. Ebersberg, von dem Erzbischofe von München-Freising dem Kuratbenefiziaten in Millasreuth, k. Ldg. Miesbach, Priester M. Sailer verliehen werde; das Spitalbenefizium in Eggenfelden dem Priester Kaspar Wiethaler, Commorant in St. Nicola bei Landshut übertragen; die prot. Pfarrei Kleinhaslach, Dek. Ansbach, dem Pfarramts-Kandidaten J. M. Bernreuther aus Wassertrüdingen verliehen; unter den für die dritte prot. Pfarrstelle in Hof von dem Stadtmagistrate daselbst präsentirten Geistlichen dem Pfarrer in Gastenfelden, Dek. Insingen, H. Tinsch, die landesfürstliche Bestätigung ertheilt. (N. M. Z.)

München, 12. Mai. In Abgeordnetenkreisen macht sich sehr begreifliche Ungeduld geltend, dadurch hervorgerufen, daß bis zur Stunde die Vorlagen, welche die Gerichtsorganisation betreffen, noch nicht eingebracht sind. Im Jahre 1850 ist das bezügliche Gesetz bereits verkündet worden, so daß im Grunde eine neue Schöpfung gar nicht zu erwarten ist; man staunt und fragt, welches die Gründe der gegenwärtigen Verzögerung seyen. Die mit großer Mühe geschaffenen neuen Gesetzeswerke können ohne das entsprechende Gerichtsorganisationsgesetz nicht ins Leben treten, die baulichen Einrichtungen können nicht getroffen werden und die Landgerichtsbeamten befinden sich in gespannter Erwartung, was aus ihnen werden soll und wo sie den Sitz ihrer Wirksamkeit erhalten. Rasches Vorgehen in Organisationsfragen hebt und kräftigt den Muth aller Betheiligten, während die Langsamkeit hier Mißmuth erzeugen muß. Mit vielem Beifall wird in sachkundigen Kreisen das energische Vorgehen Schmerling's in der Organisation der Justiz-, innern und politischen Verwaltung begrüßt. Mit Einemmale frisch und kräftig erstehen die Grundzüge einer großen, nicht von des zögernden „Gedankens Blässe angekränkelten" Neubildung, der wir bestes Gedeihen wünschen! (Was in Oesterreich unter den schwierigsten Verhältnissen möglich ist, warum wird es in Bayern so lang aufgehalten?) (A. Abdztg.)

* München, 13. Mai. (Privat-Korrespondenz.) Heute berieth die 2. Kammer den Antrag des Abg. Buhl, die Gemeindeverfassung der Rheinpfalz betr., welche bis jetzt dem willkürlichen Eingreifen der Regierung einen gar zu weiten Spielraum gewährt. Nach langer Debatte wurde ein Antrag des Prof. Edel angenommen. Nach demselben soll Se. Maj. der König gebeten werden, dem Landtage einen auf dem Grundsatze der Selbstverwaltung beruhenden Entwurf eines Gemeindegesetzes für die Pfalz so bald als thunlich vorlegen zu lassen, und soll ferner zur alsbaldigen Beseitigung der dringendsten Mißstände noch dem dermaligen Landtag ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, durch welchen die Wahl der Bürgermeister und ihrer Adjunkte im Pfalzkreise den Gemeinden überlassen, und die Disziplin in Ansehung der Bürgermeister, Adjunkte und der Mitglieder des Gemeinderaths unter ausdrücklicher Aufhebung des Art. 20 des Gesetzes vom 18. Pluviose VIII geordnet werde. Aus der Debatte heben wir hervor, daß Prof. Edel sich in nachdrücklichster Weise für volle Autonomie der Gemeinden erklärte und die Nothwendigkeit erörterte, daß auch bez. der Gemeindeverfassung eine Gleichheit der Gesetzgebung in der Pfalz und im diesseitigen Bayern erzielt werde. Für Edel's Antrag sprach auch Abg. Dr. Lauk, welcher vor Allem Beseitigung der Verschiedenheit in der Stellung des Regierungspräsidenten der Pfalz von jener der Regierungspräsidenten im diesseitigen Bayern verlangt, und durch Mittheilung einiger Stellen aus den Reden, mit welchen der Regierungspräsident v. Hohe die Landrathsversammlungen in den Jahren 1853, 54 und 55 eröffnete, darlegt, daß die diesseitigen Regierungspräsidenten in solcher Weise nicht sprechen dürfen. Der Regierungspräsident scheine ganz die Kluft übersehen zu haben, die zwischen ihm und demjenigen bestehe, der die höchste Staatsgewalt inne habe. Seit 1856 würden indessen solche Reden nicht mehr gehalten; Redner lasse dahin gestellt, ob deshalb, weil der Regierungspräsident der Pfalz zur bessern Einsicht gekommen, oder weil das frühere Ministerium ihn auf das Unschickliche solcher Reden aufmerksam gemacht habe. Nachdem noch mehrere Redner die schreienden Mängel der pfälzischen Gemeindeverfassung beleuchtet hatten, ergriff der kgl. Regierungskommissär, Ministerialrath Koch, das Wort. Derselbe erklärte, daß die Regierung mit dem ersten Theil des Antrags des Abg. Edel völlig einverstanden sey, denn auch sie erkenne die Wiederherstellung einer freien Gemeindeverfassung in der Pfalz für nothwendig an und sie werde in ihrem Bestreben, eine solche zu erzielen, fortfahren, so bedeutende Schwierigkeiten auch der Erreichung dieses Zieles entgegen ständen. In seiner weiteren Ausführung suchte der k. Regierungskommissär dann darzulegen, daß sich als das zur Zeit Erreichbare nur eine Beschränkung der Gründe, aus welchen die Gemeinderäthe der Pfalz von der Regierung ihrer Posten enthoben werden können, darstelle. Die Kammer meinte aber, dies sey zu wenig, und nahm Edel's Antrag mit großer Mehrheit an.

Die Ministerial-Entschließung vom 29. v. Mts. verfügt im Wesentlichen folgende (theilweise bereits erwähnte) Abänderungen der revidirten Ordnung der lateinischen Schulen und der Gymnasien vom 24. Februar 1854: Die Zahl der monatlichen Schul- und Hausaufgaben für die lateinische Schule wird auf 4 festgesetzt und darf eine Steigerung dieser Zahl auf 6 nur ausnahmsweise eintreten; die Zahl der Hausaufgaben für das Gymnasium bleibt dem freien Ermessen überlassen. Bei Feststellung des Fortganges der Schüler aus den einzelnen Lehrgegenständen haben die schriftlichen Arbeiten zwar die Grundlage zu bilden, ihnen sind aber auch die mündlichen Leistungen der Schüler mit entscheidendem Gewichte beizuschlagen. Hiebei kann die Lokation aus den schriftlichen Schulaufgaben nach Fehlern oder nach Noten geschehen; bei denjenigen Gegenständen, bei denen sie nach Fehlern geschieht, sind die Fehler am Schlusse des Semesters in Noten umzusetzen. Der Fortgang aus den einzelnen Gegenständen ist am Schlusse eines jeden Semesters, der allgemeine Fortgang am Schlusse des Schuljahres herzustellen. Der erstere wird bloß in Noten, der letztere in Plätzen und Noten ausgedrückt. Zur Ermittlung des allgemeinen Fortgangs werden die Jahresfortgangsnoten addirt, wobei das Lateinische vierfach, das Griechische und Deutsche je dreifach, die Mathematik, Geschichte und französische Sprache je zweifach anzuschlagen ist, und die gewonnene Summe mit 16 dividirt. Wegen Wichtigkeit der mündlichen Leistungen ist jedem Schüler, der mündlich examinirt wird, die ihm zukommende Note sofort zu eröffnen. Für den Unterricht in der Mathematik, Physik u. s. w. wird ein detaillirtes Programm aufgestellt. Schüler, welche aus dem Privatunterrichte in eine höhere Klasse der lateinischen Schule oder des Gymnasium übergehen oder zur Absolutorialprüfung zugelassen werden wollen, sind nach dem Erfolg der betreffenden Prüfung, ohne Rücksicht auf die Zeitdauer der Vorbereitungszeit ꝛc. zu bescheiden. Alle öffentlichen Klassenprüfungen werden aufgehoben. Die Prüfung der Aufnahme in das Gymnasium wird auf den Schluß des Schuljahrs verlegt. Ueber

des Besitzes gearbeitet; als nun aber das Frühjahr ohne Kanonendonner und Kriegsausbruch kam, so ergriff sie selbst das Hasenpanier. Das „sauve qui peut" ging von ihr aus und diese theils freiwilligen, theils gezwungenen Rückkäufe haben der Börse vor allen anderen Ursachen die freundliche Physiognomie verliehen. Diese lockte wieder das Publikum der Kapitalisten als Käufer herbei und so kam auch von der Seite nachhaltiger Succurs. Wenn wir daher auch gern der Hoffnung Raum geben, dass die Hausse noch nicht ihr letztes Wort gesprochen habe, so bleibt doch Mass und Ziel dringend anzurathen. Der politische Himmel ist gar sehr umzogen und wie oft hat schon ein Sonnenblick getäuscht!

Auf Spezialitäten unserer Börse zurückkommend, sind österr. Staatspapiere vor allen in die Höhe gegangen. Der Umsatz war nicht allein umfangreich, sondern auch gesund, wir nennen gesund, wenn wir sehen, dass nicht nur Spekulanten, sondern auch Kapitalisten anfangen, sich zu betheiligen. Süddeutschland hat stark gekauft und zurückgekauft. Die Aufträge kamen die ganze Woche beinahe ununterbrochen, die Arbitrage entbot Stücke von allen Seiten und riss so die anderen Plätze mit sich, Holland folgt nur widerstrebend und in Belgien scheint die Spekulation à la Baisse engagirt zu seyn. National sind $2\frac{1}{2}$, $4\frac{1}{2}$proz. Metalliques sogar $3\frac{1}{4}$ pCt. besser als vor 8 Tagen, dagegen sind 5proz. Metalliques und Venetianer verhältnissmässig zurückgeblieben. Auffallend ist auch die Stagnation der österr. engl. Metalliques-Obligat. von 1859.

Alle süddeutschen und ähnliche Papiere bleiben gesucht, oft fehlend. Nachdem die letzte Emission der $4\frac{1}{2}$proz. Nassauer vergriffen ist, bemerkt man vielfache Transaktionen in 4proz. Obligationen dieses Landes, deren Kurs zu $99\frac{1}{2}$ den Tausch gegen andere Fonds desselben Zinsfusses, die über Pari stehen, anempfiehlt. In spanischen Fonds geht in letzter Zeit mehr um, ohne namhafte Veränderung.

Anlehensloose fest, doch österreichische noch gar sehr niedrig, worauf wir wiederholt aufmerksam machen; auf die 1860er drückt noch immer der Popanz der bei der Bank liegenden, nicht begebenen grossen Summe, sonst könnten sie nicht $1\frac{1}{2}$ pCt. niedriger stehen, als die effektiv weit weniger werthen Loose von 1854; Kurhessische bis $49\frac{1}{2}$ gestiegen, blieben dazu gefragt ohne Abgeber.

Von Eisenbahnen Bexbacher sehr fest, Weissenburger etwas schwächer in Hinblick auf den Kanalvertrag zwischen Preussen und Frankreich, welcher den Kohlenverkehr nach dem Elsass und der Schweiz von der Bahn abziehen würde. Volleinbezahlte bayer. Ostbahnen bis $103\frac{3}{4}$ gesucht, Quittungsbogen $102\frac{1}{2}$. In österr. Staatsbahnen ist der Handel ganz eingeschlafen, unsere Notirungen sind kein Original, sondern nur Kopie der Pariser Börse. Hanauer angeboten. Sämmtliche Prioritäten höher.

Die niedrigen Kurse einiger Bank- und Kreditaktien haben da und dort Spekulationskäufer auf jenes Terrain gelockt. Wenn Vorsicht und Auswahl dabei angewendet wird, so glauben wir nicht mit Unrecht. Darmstädter, Luxemburger, Norddeutsche haben sich bei vermehrtem Umsatz um $\frac{1}{2}$ pCt. gehoben. Den bedeutendsten Aufschwung aber nahmen österr. Kredit von 132 bis 139. Frankfurter Bank bleibt fest auf 109, da sie in fremden Valuten beim Mangel an Platzwechseln sehr geschickt operirt. Oesterr. Bankaktien auf grosse Kaufordres hin seit 8 Tagen um 32 fl. gestiegen.

Der Handel in Devisen hat schon seit geraumer Zeit sehr zugenommen, unterstützt durch unsere Bank. London ist durch die schlechten New-Yorker Kurse auf 118 gestiegen, man hält eine Diskonto-Erhöhung für leicht möglich, auch Amsterdam fest zu $99\frac{1}{2}$, Hamburg 88, selbst $88\frac{1}{8}$ bezahlt, obgleich es nur officiell $87\frac{3}{4}$ notirt ist. Geldstand ist noch immer sehr flüssig und erste Diskonten finden von bekannter Seite willige Abnahme zu $1\frac{1}{2}$. Doch ist in Hamburg Diskonto auf $3\frac{1}{2}$ gestiegen, und es wäre nicht unmöglich, dass dies mit der Zeit auch bei uns eine kleine Reaktion veranlasste. Paris fest, Thaler weniger beliebt. Durch die Erhöhung des Diskonto in Bremen auf $4\frac{1}{2}$ Ct. zeigten sich auch Käufer für diese Devise, welche im Allgemeinen sonst weniger gangbar ist. Von ungewöhnlichem Umfange war der Handel in Wiener Wechseln. (Aktionär.)

Neueste Nachrichten.

Pesth, 10. Mai. Soeben ist das feierliche Leichenbegängniß Teleki's beendet. Eine solche Menschenmasse sah Pesth nie versammelt. Außer der gesammten Bevölkerung Pesth-Ofens war auch der Zuzug vom Lande groß. Viele Comitate waren durch Massendeputationen vertreten. Im Museumssaale hielt Ghiczy die Leichenrede; vor der Stadt, wo die Leiche der Familie übergeben wurde, sprach Eötvös. Trotz der mindestens hunderttausend Menschen fiel nicht die geringste Unordnung vor. Alle Kaufläden waren geschlossen. Der Selbstmord ist ärztlich konstatirt. (T. N.)

Zürich, 11. Mai. Was wir bis jetzt von Details über den in Glarus ausgebrochenen Brand erfahren haben, ist, daß das Feuer in Mitten der Stadt auskam, einer Version nach in dem Gasthofe zum Adler (der Reisende eines hiesigen Hauses berichtet, daß er mit knapper Noth das nackte Leben gerettet habe). Unglücklicherweise wehte ein starker Föhn, der die Flammen mit unwiderstehbarer Gewalt bald nach allen Seiten hin verbreitete (die Gewalt dieses Windes ist in dortiger Gegend so groß, daß seit alter Zeit in Glarus ein Polizeigesetz besteht, welches Auslöschen alles Feuers gebietet, wenn er weht), so daß gegen Morgen schon zwei Drittheile der Stadt in Asche lagen, Kirche, Rathhaus, Post, Schulen 2c. mit inbegriffen. Da das Telegraphenbureau ebenfalls niedergebrannt war, erhielten wir eine Zeitlang keine Nachrichten. Bald aber war ein solches provisorisch wieder eingerichtet, das mittelst einer heute Vormittag 10 Uhr hier eingetroffenen Depesche die bis zu dieser Zeit durch die Flammen zerstörten Häuser auf ungefähr 150 angab. — Noch am Tage vorher, dem Himmelfahrtsfeste, war die Stadt der Sammelplatz der Landsgemeinde und der Mittelpunkt eines heitern fröhlichen Volksgetümmels für den ganzen Kanton, wo heute die Stätte rauchender Trümmer und sorgenschweren Klagen für Hunderte von obdachlosen und plötzlich verarmten Familien ist. Man ist hier mit allen Mitteln bemüht, einen großen Theil der obdachlosen Mitbürger von Glarus zu beherbergen. Betten und allerlei sonstige nothwendige Gegenstände werden herbeigeschleppt, und wir hoffen, das Leid so viel wie möglich zu lindern. (Allg. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	—
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$62\frac{1}{8}$ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$55\frac{1}{8}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$48\frac{1}{2}$P. $47\frac{1}{2}$G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$42\frac{1}{2}$ P. 42 G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$88\frac{1}{8}$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. R. (C. b. R.)	$102\frac{3}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$102\frac{7}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	$100\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{3}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	95 G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{5}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$94\frac{7}{8}$ P. $\frac{5}{8}$ G
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	102 G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{2}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$101\frac{7}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	99 P.
„	3 pCt. Obl.	92 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$48\frac{1}{2}$ P.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt. „ „ „	$42\frac{1}{4}$ P.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$99\frac{3}{8}$P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	109 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	635 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$141\frac{1}{2}$ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	187 P. $185\frac{1}{2}$ P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$72\frac{1}{2}$ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$71\frac{1}{2}$ P.
Internationale Bank in Luxemb. . .	84 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	319 P. ex D.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	68 P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	232 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$124\frac{1}{2}$P. $122\frac{1}{2}$G.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$22\frac{1}{2}$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$133\frac{1}{2}$ P.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$100\frac{1}{2}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{1}{2}$ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	$234\frac{1}{2}$ P. exC.
Span. Handels- u. Industrie . . .	525 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	480 P.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$104\frac{1}{8}$ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. $100\frac{1}{2}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B. $99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{3}{8}$ B. $\frac{1}{8}$ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$96\frac{3}{8}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	$87\frac{3}{4}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
London Lst. 10 k. S.	$117\frac{7}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{1}{8}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$82 - \frac{3}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	80 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$49\frac{7}{8}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$62\frac{1}{2} - \frac{3}{4}$ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$131\frac{5}{8}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$59\frac{7}{8} - 61\frac{1}{4}$ G.	„ fl. 25 do.	$35\frac{3}{8}$ P.
„ fl. 100 Elsb. L. v. 1858.	$95\frac{1}{2}$ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$35\frac{1}{4}$ P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	$119\frac{1}{2}$ G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50 G.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$37\frac{1}{4}$ P.
Badische fl. 50	$90\frac{3}{8}$ P.	Vereins-Loose fl. 10.	11 P.
Badische fl. 35	$53\frac{1}{4}$ P.	Ansb.-Gunzenb. fl. 7-L.	$11\frac{3}{8}$ P.

Frankfurt, 13. Mai. Für österr. Fonds, Industrieaktien und Anlehensloose dauert die Kauflust fort. Es erfuhren dieselben abermals eine bedeutende Preiserhöhung. Die steigende Tendenz erhielt sich bis zum Schlusse. Die Umsätze waren von der größten Bedeutung. Auch Wechsel auf Wien wurden ungefähr 1 pCt. höher bezahlt. (Synd.)

darauf, daß dieselben auch durchgeführt werden, oder ich trete ab. Ein anderer Ausweg unter solchen Verhältnissen scheint mir nicht möglich, denn es geht nicht, dasjenige nicht zu thun, was ich absolut für nöthig halte, und dann den schlechten Erfolg demjenigen zuzuschreiben, der die angebliche Hinderungsursache eines besseren Erfolges war.*) — Abg. Frhr. v. Lerchenfeld befürwortete den Verkauf der Berg- und Hüttenwerke des Staats, die nichts eintragen. Das sey, sagt er, der Fluch der Staatswirthschaft, daß sie auf kommerzielle Verhältnisse keine Rücksicht nehme; der Private suche den Fehlern auf die Spur zu kommen, der Staat lasse, was nicht verkauft werde, liegen. Jeder intelligente Private werde den Betrieb einstellen oder beschränken, wo er zu wenig Abnahme der Produktion findet, und sich nach der Sachlage richten. Die Staatswerke aber fabriziren fort und fort auf Lager. Wenn man sage, die Anstalten des Staates seyen Muster-Anstalten, so sage er: ja Anstalten für jeden Mann, wie er es nicht machen soll. Redner gibt zwei schöne Beispiele, wie der Staat arbeite; als die Glasmalerei-Anstalt entstand, glaubte man auch noch eine Glashütte nöthig zu haben. Man kaufte sie, sah aber, daß man billiger bei Fabrikanten einkaufe, als die selbst gewonnenen Produkte kosteten, und ließ die Hütte stehen; sie wurde eine Zeit lang bewacht, damit sie nicht davonlaufe, dann wahrscheinlich um einen geringen Preis verkauft. Auf dem Lager der Porzellanmanufaktur Nymphenburg befand sich eine Masse Pfeifenköpfe, zu einer Zeit, wo Alles schon Cigarren rauchte. Befragt, warum diese große Menge, sey geantwortet worden, man habe nun diese Arbeiter für Pfeifenköpfe und diese müsse man beschäftigen.

Zu der Rede des Hrn. v. Lerchenfeld bemerkt übrigens ein Berichterstatter der „Zeit": Er hat ganz Recht, daß der Staat nicht mit Personen concurriren kann und sich so wenig wie möglich mit kostspieligen unnützen Unternehmungen befassen soll; wir können aber doch nicht mit ihm in der Forderung übereinstimmen, daß dem Princip zu Liebe nun um jeden Preis verkauft werden muß, also, wie es vorgekommen ist, Bergwerke, die in 4 Jahren 27000 fl. eingetragen haben, um einen Preis von 25000 fl.! Der Redner schien dabei ein national-ökonomisches Steckenpferd zu reiten. Er berechnete Einnahmen, die der Staat nach seinem Vorschlage gehabt hätte, auf Zinsen, so daß uns unwillkürlich die Zinsaufzinsrechnung im Ewigen Juden mit ihren Hunderten von Millionen einfiel. Danach könnte ein Staat nichts Besseres thun, als jetzt eine Million auf Zins zu geben: wie reich wäre er schon nach einigen Jahrhunderten! Alles hat seine Grenzen."

Preußen. Berlin, 11. Mai. Zu den vielen den Charakter des ehemaligen Polizei-Obersten Patzke bezeichnenden Thatsachen gehört auch der Umstand, daß derselbe noch am Sonnabend, kurz vor seiner Flucht, von dem berittenen Schutzmannswachtmeister Wildt die Summe von 300 Thlrn. erborgt und mit derselben durchgegangen ist. Wildt hat wegen dieser Summe bei dem hiesigen Stadtgericht im Wege des schleunigen Arrestes den Antrag gestellt, die dem Patzke noch zustehende Hälfte seines Gehaltes, so wie die ihm gehörigen hier befindlichen Meubles auf Höhe seiner Forderungen mit Arrest zu belegen.

Sachsen. Dresden, 10. Mai. Die zweite Kammer hat heute einen Antrag des Abg. Dörstling gegen 2 Stimmen angenommen, dahin gehend: die Regierung wolle in Erwägung ziehen, ob die Ausdehnung des Unterrichts und der mit diesem zusammenhängenden Beschäftigungen außer den Lehrstunden in den Schulen des Landes und solchen höhern Lehranstalten, in welchen bestimmte Lehrpläne gesetzlich gelten, der Art geregelt sind, daß die körperliche Entwicklung der Jugend mit der geistigen in solcher Weise Hand in Hand geht, wie nothwendige Erhaltung der physischen Kräfte nach rationeller ärztlicher Anschauung bedinge. (Dr. J.)

Hannover. Osnabrück, 10. Mai. Die Eingabe von Osnabrücker Bürgern, die sich der am 8. April hier von der Versammlung unter Bennigsen's Vorsitz beschlossenen Adresse anschließen, deren Unterschriften inzwischen auf nahe an 300 gestiegen waren, wurde vorgestern im Bürgervorsteher-Kolleg berathen und nach einstimmigem Beschlusse dem Magistrat mit einer Zuschrift übersandt, in welcher es heißt: „Wir erklären uns mit dieser Eingabe in allen Stücken einverstanden und sind bereit, in Gemeinschaft mit dem wohllöblichen Magistrat in dieser Sache vorzugehen. Wir nehmen keinen Augenblick Anstand, den Inhalt dieser Eingabe als den allgemeinen Wunsch der Bürgerschaft dem wohllöblichen Magistrat zu charakterisiren. In der That liegt es nahe, daß in einer Zeit, die von der Vaterlandsliebe Aller große Opfer fordern wird, ein System durchaus beseitigt werden muß, welches durch pekuniäre Vortheile und Nachtheile die öffentliche Meinung niederzuhalten sucht und sich somit auf einen Materialismus stützt, der niemals eine haltbare Basis staatlicher Zustände seyn kann. . . Gegenwärtig ist es dahin gekommen, daß derjenige, welcher sich nicht scheut, offen seine Meinung über das System der Regierung auszusprechen, sich mit pekuniären Nachtheilen aller Art bedroht sieht; ja, sogar Städte und Kommunen haben für ihre Interessen zu fürchten, wenn ihre Mitglieder nicht im Sinne der Regierung wählen und handeln. Bei solcher Sachlage ist es unseres Erachtens dringend nothwendig, zu zeigen, daß derartige Maßregeln keinen Eindruck machen, um den Bann zu brechen, der auf das Land gelegt ist." (Köln. Z.)

Württemberg. Stuttgart, 6. Mai. Unter der Leitung des Professors Gantter haben sich nun auch Zöglinge des Gymnasium, der polytechnischen Schule, der Oberrealschule u. s. w. zu einer Jugendwehr vereinigt. Die jungen Leute üben sich sehr eifrig in den Waffen. (Frkf. Journ.)

Oesterreich. Aus Venedig, 7. Mai, schreibt man der „N. Pr. Ztg.": „Zur Charakteristik des Terrorisirungssystems, welches bezahlte Agenten hier ausüben, genügt es, anzuführen, daß jeder der 19 in Folge der Wahlverweigerung der Central-Congregation von der venetianischen Statthalterei zum Reichsrath ernannten Deputirten an 15—40 anonyme Briefe erhielt, in denen Todesdrohungen für den Fall der Annahme ausgesprochen waren. Was Wunder daher, wenn die stattgefundene Ernennung gänzlich nutzlos wird, und zwar aus dem ganz einfachen Grunde, weil keiner der Ernannten sich getraut das Mandat anzunehmen." Die Regierung wird sich endlich auch über diese neue Widersetzlichkeit erheben; den meisten Schaden werden nur die Venetianer selbst erleiden, die sich durch fremde Agenten knechten lassen.

Krakau, 7. Mai. Bekanntlich steht das Bild der Jungfrau Maria in Czenstochau im Königreiche Polen in hohem Ansehen in allen Polnischen Landen, und ist das Ziel ausgedehnter Wallfahrten. Die Revolutionäre haben dies benutzt und hier und in der Umgegend das Gerücht verbreitet, die Jungfrau Maria habe, zu dem Christusbilde gewandt, laut gesagt: „Mein Sohn, wie lange wird das Blut des Polnischen Volkes unschuldig fließen?" Man sah sich deshalb von geistlicher Seite veranlaßt, das Gerücht ausdrücklich für falsch zu erklären.

Großbritannien.

London, 9. Mai. Die Geldzeichnungen für die Nothleidenden in Indien betrugen bis zum 7. Mai Abends 81,000 Pfd. St.; — für Privatwohlthätigkeit eine beträchtliche Summe, aber unbedeutend im Verhältniß zu der furchtbaren Noth.

Nichtpolitische Zeitung.

Aus Limoges ist nun Näheres über die dortige Feuersbrunst bekannt. Das Feuer brach gegen 11 Uhr in der Nacht im Hause eines Nagelschmieds aus. Es wehte ein heftiger Nordwind, so daß das Feuer sich schnell der nächstliegenden hölzernen Häuser bemächtigte und den Anstrengungen der Pompiers hartnäckigen Widerstand leistete. Im selben Augenblick aber, als man das Feuer glaubte bemeistert zu haben, ergriff es zahlreiche Waarenniederlagen, welche sich in den Häusern der Straße befanden und mit brennbaren Materialien, wie Talg, Oel, Fett 2c., angefüllt waren. So erhielt die Flamme neue Nahrung und unterwühlte die Häuser, welche mit Gekrach zusammenstürzten. Erst nachdem man mehrere Häuser eingerissen und so dem Feuer die Nahrung entzogen hatte, gelang es, nach 4 Uhr Morgens des Feuers Herr zu werden. Neun Häuser sind nebst ihren beträchtlichen Magazinen zerstört; sieben Personen sind verwundet, darunter namentlich der Präfekt, der durch den plötzlichen Einsturz einer Façade zu Boden geworfen wurde.

Handels- und Börsenberichte.

Frankfurter Börse (vom 6. bis 11. Mai).

Samstag. Die Tendenz à la Hausse gewann wieder die Oberhand, wesentlich unterstützt durch günstigere Nachrichten aus Wien.

Der Hauptgrund einer bessern Stimmung der Börse liegt aber in den Platzverhältnissen selbst. Die Erwartung eines Frühjahrkrieges war denn doch etwas über Mass ausgebeutet worden. Nur vergassen die Spekulanten, dass seit 1848 die Kapitalisten eine zwar kostspielige, aber desto bessere Schule durchgemacht haben. Die Erfahrung hat sie gelehrt, dass wenn sie ihre Effekten verschleudern, sie solche nicht leicht billiger zurückkaufen können. So hatte die Contremine lange und energisch im „sauve qui peut"

---

*) Bekanntlich hatte Herr v. Hermann sich beklagt, daß seine Vorschläge vom Ministerium nicht berücksichtigt worden seyen.

entsprechende noch überhaupt berechtigte anerkannt werden kann, durch maßloses Ueberschreiten der Kredite die Kraft der Vertheidigung für den entscheidenden Zeitpunkt geschwächt, die Mittel des Staats den sonstigen nöthigsten Zwecken entfremdet.

Die Zuckerbesteuerung.

Die Besteuerung des Zuckers ist in allen Ländern Europa's eine reichfließende Finanzquelle. Im Zollverein ergibt sie gegenwärtig ein reichliches Drittel sämmtlicher Einnahmen. Es ist daher begreiflich, daß das Emporkommen der inländischen Zuckerproduktion einen harten Kampf zwischen dem finanziellen Interesse der Zollvereinsstaaten und den bei der Rübenzuckerproduktion betheiligten industriellen und landwirthschaftlichen Interessen hervorrief, einen Kampf, in welchem bis in die neueste Zeit die Finanzmänner die Interessen der Konsumenten insoweit mit vertraten, als diese zugleich Steuerzahler sind und wünschen müssen, daß die Steuern, welche sie in dem Zuckerpreise bezahlen, auch wirklich in die Staatskassen und nicht in den bodenlosen Abgrund des Schutz-Monopols fließen. Dieser Kampf wurde auch wieder geführt in den Verhandlungen, welche der neuen Uebereinkunft der Zollvereinsstaaten über die Zuckerbesteuerung vom 25. April d. J. vorangingen.

Die Ergebnisse sind diese. Der Zoll für Rohzucker, der für Siedereien eingeführt wird, ist von 5 auf 4½ Thlr. per Centner herabgesetzt, d. h. es besteht der Rübensteuer gegenüber noch immer ein Zollschutz von mehr als 1 Thlr. per Centner Rohzucker. Die Steuerbonifikation für beide Arten des Rohzuckers bei der Ausfuhr ist auf 2¾ Thlr. festgestellt; d. h. für Rübenzucker wird die ganze gezahlte Steuer vergütigt, für indischen Rohzucker wenig über die Hälfte. Wer indischen Rohzucker importirt und ihn wegen veränderter Konjunktur wieder exportiren muß, wird mit einem Steuerverlust mit 1½ Thaler bestraft. Diese Bestimmung ist recht eigentlich dazu angethan, den Import von Rohzucker zu vermindern, also die Zolleinnahmen zu schmälern.

Der Zollsatz von 4¼ Thlr. bezieht sich jedoch nur auf Rohzucker für Siedereien. Rohzucker, der zur unmittelbaren Konsumtion eingeführt wird, zahlt 6 Thlr. per Ctnr., verliert also beim Wiederexport 3¼ Thlr. per Centner, d. h. mehr als der Rübenzucker an Steuer kostet. Bisher zahlte Rohzucker bei der Einfuhr zur Konsumtion 8 Thlr.; man könnte also meinen, daß die Zollherabsetzung um ¼ doch einige Bedeutung hätte. Aber der Zollsatz von 8 Thlr. per Centner war eine Prohibition, er ließ beispielsweise 1860 nur einen Import von 335 Centnern zu. Es ist mit Bestimmtheit vorauszusetzen, daß der Zollsatz von 6 Thlr. ebenso prohibitiv wirken will, daß also diese ganze Herabsetzung nur auf dem Papiere stehen wird: denn der Zollsatz von 6 Thlr. per Centner Rohzucker ist höher, als die Steuer, welche für den in einem Centner feinster Raffinade enthaltenen Rohzucker gezahlt ist; der zur Konsumtion eingeführte Rohzucker kann also mit der Raffinade nicht konkurriren.

Wunderbare Finanzpolitik! Der Rohzucker bildet in den Ländern, wo man ihn zuläßt, in England z. B. ein allgemeines Nahrungsmittel, während der Zucker in der kostspieligeren Gestalt der Raffinade mehr dem gewählten Luxusbedürfniß dient. Gerade der Zulassung des wohlfeilen Rohzuckers ist die ungeheure Zuckerkonsumtion Englands zu danken. Und der Zollverein, für den die Zuckersteuer eine so wichtige Einkommenquelle bildet, schließt den Zucker in der Form eines allgemeinen Nahrungsmittels aus und zwingt die Bevölkerung, ihn nur in der kostspieligeren raffinirten Gestalt, d. h. als Luxusartikel zu genießen, oder in der allerschlechtesten Gestalt, als Syrup, der von 3 auf 2½ Thlr. herabgesetzt wird. Das Geheimniß, den Zuckerverbrauch in reichlichstem Maße der großen Klasse der Bevölkerung zugänglich zu machen, und die Erträge der Zuckersteuer, unter wesentlicher Erleichterung der Konsumenten, in großartigem Maße zu erhöhen, liegt in der einfachen Politik, den Zoll des Rohzuckers, der zur Konsumtion eingeführt wird, dem Zoll, den die Siedereien zahlen, gleichzustellen, damit der Zucker in möglichst wohlfeiler Gestalt der Konsumtion zugänglich gemacht werde. Der Zoll für Raffinade endlich wurde von 10 auf 7⅓ Thlr. herabgesetzt. Auch diese Herabsetzung hat nichts zu bedeuten. Dem Rohzuckerzolle entsprechend wäre ein um höchstens ⅕ höherer Zoll für Raffinade. Was darüber hinausgeht, mag die Differenz 5 oder 3 Thlr. betragen, ist Prohibition. Im Ganzen ist die Verminderung der Zuckerzölle mit der Exportbonifikation so eingerichtet, daß diese Kombination den Konsumenten keine ins Gewicht fallenden Vortheile, den Finanzen aber wahrscheinlich erhebliche Nachtheile bringen wird. Der volkswirthschaftlichen Agitation bleibt unverändert die Aufgabe, auf Beseitigung des Zollschutzes für Rübenzucker, auf Zulassung fremden Rohzuckers zur Konsumtion hinzuarbeiten. (Nat.-Ztg.)

Deutscher Bund.

* Die Projekte der sogenannten Würzburger Staaten, die Kontingente der mittleren und kleineren deutschen Staaten (7—10. Bundes-Armeekorps) oder wenigstens die des südwestlichen und mittleren Deutschland zu einem eigenen Heerkörper unter gemeinsamem Oberbefehl zu vereinigen, finden bei der „Karlsr. Zeitung" keine Gnade. Dies halbamtliche Blatt glaubt, daß durch diese Projekte die Wehrkraft wie die politische Entwicklung Deutschlands ernstlich gefährdet werde. Das einzige Heil findet es in der Uebertragung des Oberbefehls über das ganze deutsche Bundesheer an Preußen — ein Gedanke, welchem bekanntlich die gegenwärtige Regierung von Baden, sowie die von Koburg-Gotha sehr gewogen ist, während bis jetzt die übrigen deutschen Staaten dazu keine Neigung zu verspüren scheinen.

Bayern. Die „Südd. Ztg." schreibt: Es fällt auf, daß bei den Kavallerie-Regimentern nicht schon jetzt eine Reduktion des Standes der Mannschaft und der Pferde vorgenommen wird, da die im Nov. v. Js. einberufenen Assentirt-Unmontirten bereits soweit eingeübt sind, daß dieselben bei der jüngsten Inspektion des hiesigen Kuirassierregiments alle Exerzitien und Manöver mitzumachen im Stande waren. Prinz Luitpold sprach sich darüber höchst anerkennend aus und befahl, solches der Mannschaft bekannt zu geben. Seither wartete man um so mehr auf den Befehl, daß für die nun dienstbrauchbar gewordenen Assentirt-Unmontirten ein Theil der schon 4 bis 5 Jahre dienstpräsenten Mannschaft beurlaubt und eine Pferdeausmusterung vorgenommen werden soll, als auch die Kriegsaussichten ferner gerückt sind; es werden aber immerhin noch bei jeder Eskadron 20 Pferde über den durch den vorigen Kriegsminister (v. Manz) festgesetzten Normalstand gehalten. —

* In der 25. Sitzung der Abgeordneten-Kammer erfuhr die Verwaltung der Bergwerke des Staats, die vom Staatsrath v. Hermann geleitet wird, heftige Angriffe. Abg. Dr. Schlör, der selbst Hüttenwerksbesitzer ist, sagte u. A.: „Die Mißverhältnisse der k. Generaladministration der Bergwerke nach unten und nach oben erkenne ich an; es ist hier am Platz, um der Sache willen den letzten Gedanken frei und offen auszusprechen: wer an die Spitze eines großartigen Etablissement tritt, muß entweder ein gewisses Kapital an Vertrauen mitbringen, oder sich dasselbe durch seine Geschäftsführung erwerben. Der gegenwärtige Vorstand der Verwaltung hat ein großes Kapital von Vertrauen mit in seine Stellung gebracht, das gegründet war theils auf seine früheren Vorträge in diesem Hause, theils auf Eigenschaften, die in Bayern und weit über dasselbe hinaus bekannt sind. Er war also nicht in der Lage, sich erst Vertrauen erwerben zu müssen — allein, meine Herren, ich glaube, daß das mitgebrachte Kapital im Laufe der Periode seiner Verwaltung allmälig geschwunden ist... Wenn ein gedeihliches Resultat erzielt werden soll, dann ist zunächst ein geordnetes gegenseitiges Verhältniß mit dem Leiter der Anstalt absolut nöthig, aber unter dem gegenwärtigen Vorstand gingen die beiden tüchtigsten Beamten, die in Bayern waren, für dasselbe verloren, und noch mehrere tüchtige Bergmeister sind entweder in ganz andere Stellungen gekommen oder wurden pensionirt. Es soll nicht in persönliche Verhältnisse eingegangen werden, allein das scheint mir gewiß zu seyn, daß, wenn der Vorstand der Anstalt hier erklärt, daß er mit der Durchführung seiner Anordnungen durch die untergeordneten Beamten unzufrieden ist, und doch bestimmte Persönlichkeiten nicht bezeichen kann, so spricht er damit aus, daß er zu seinen Beamten das nöthige Vertrauen nicht hat, welches vorhanden seyn muß, um Gedeihliches zu erzielen, und ich muß es Ihrem Gefühl überlassen, ob man auf Seite dieser Beamten eine solche Willfährigkeit und Opferfähigkeit voraussetzen kann, die da seyn muß, um ein günstiges Resultat herbeizuführen.*) Von dem Verhältniß nach oben will ich nicht reden. Meines Erachtens ist die Lage eines Mannes, der eine so große Anstalt zu leiten hat, und der mit seiner vorgesetzten Stelle irgendwie in Collision kommt, einfach die: bin ich überzeugt von der Richtigkeit und Nothwendigkeit der Durchführung meiner Vorschläge, dann stehe ich unbedingt

*) Herr v. Hermann hatte über Beamte der Berg- und Hüttenwerke im Allgemeinen so wegwerfend und verächtlich sich geäußert, daß es in der Kammer starken Unwillen erregte.

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 133.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Lettern	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 14. Mai 1861.

Die gesetzliche Mitwirkung des Landtags bei Feststellung des Standes der Armee.

(Auszug aus dem Antrag des Abg. Dr. Völk.)

Der §. 9 des Gesetzes vom 15. August 1828, die Ergänzung des stehenden Heeres betr., lautet: „In Friedenszeiten soll in der Regel die Zahl der zur jährlichen Ergänzung des Heeres erforderlichen Mannschaft den sechsten Theil des formationsmäßigen Standes nicht überschreiten". In §. 11 desselben Gesetzes ist bestimmt, daß in Kriegszeiten die Ergänzung nach Gutbefinden der Staatsregierung das in §. 9 bestimmte Maß überschreiten könne.

Diese Bestimmungen hatte schon der Entwurf des fraglichen Gesetzes vom Jahre 1828 vorgeschlagen. Der Referent der Kammer der Abgeordneten über diesen Gesetzentwurf sah hierin eine Fixirung des Bedürfnisses und ging hienach von der Annahme aus, daß die jährlichen gewöhnlichen Aushebungen nichts weniger als für den Verkehr und den Gewerbsbetrieb im Volke lästig und störend auffallen könnten, da von 400 Seelen kaum ein Individuum zum Zuge komme. Die Größe des „formationsmäßigen Standes" des Heeres war aber dabei weder nach einer bestimmten Ziffer noch nach Prozenten der Bevölkerung ausgedrückt.

Diese Unbestimmtheit führte bei Berathung des Gesetzes auf jenem Landtag zu mehrfachen Erörterungen und Beanstandungen. Der Abg. Graf v. Benzel-Sternau beantragte die deutliche numerische Bezeichnung des formationsmäßigen Standes, da eine unbekannte Größe nicht Maßstab seyn könne. Der Abg. Heinzelmann von Kaufbeuern sagte:

„Wie kann von einem Ganzen die Rede seyn, dessen Größe unbestimmt bleibt? Wie hoch beläuft sich dieser sechste Theil? Ich trage daher darauf an, daß im §. 9 nach dem dermalen bestehenden Verhältniß derjenige Stand als Maximum formationsmäßig festgesetzt werde, welchen der Bundestagsbeschuß vom Monat April 1821 für Bayern bestimmt, zu einem Prozent der Bevölkerung." Aus demselben Grund ist auch der §. 11 durch den Ausdruck: „nach Gutbefinden", ebenso unbestimmt und möchte wohl besser so lauten: „In Kriegszeiten kann die Ergänzung nach Bedarf des formationsmäßigen Standes das in §. 9 bestimmte Maß überschreiten." Am Schlusse wäre hinzuzusetzen: „Wofern aber diese zwei Altersklassen nicht ausreichen, soll ein Gesetz das Mehrere bestimmen." Ich berufe mich auf das Beispiel Frankreichs, wo im Rekrutirungsgesetz vom Jahre 1818 der formationsmäßige Stand auf 240,000 Mann bestimmt ist, zu deren Ergänzung jährlich ein Sechstheil konskribirt werden; dann heißt es in diesem Gesetz Titl. II §. 5: „Im Fall man mehr bedarf, soll ein Gesetz dafür sorgen." Es sichert zwar die Bewilligung der Steuern den Ständen die Einwirkung auf die Kosten für die Armee; wenn man aber jetzt in den §§. 9 und 11 unbestimmte Größen annimmt, so versteht sich am Ende wohl die Bewilligung der Kosten von selbst. Daß man es im Fall der Noth an Bewilligung nie fehlen lassen werde, ist wohl mehr als gewiß; wenn man aber, und mit Recht, Werth auf Bewilligung der Steuern legt, so ist es doch noch viel wichtiger, da etwas festzusetzen, wo es die Personen, wo es das Leben unserer Kinder betrifft."

Von anderer Seite (Ministerialrath Abel) wurde dagegen geltend gemacht, daß die Bestimmung des formationsmäßigen Standes der Armee ein Recht der Krone sey, welches jeder Zeit nur nach den Forderungen des Gesammtwohles ausgeübt werde. Es wurde ferner betont, daß die Stände dadurch, daß sie die Ausgaben für das stehende Heer prüfen und bei der Ausübung ihres Bewilligungsrechtes die Steuern feststellen, immer einen bedeutenden Einfluß auf den Stand der Armee haben.

Unter diesen Anschauungen und Voraussetzungen wurden die oben allegirten Bestimmungen in das Heerergänzungsgesetz aufgenommen. Die Folgezeit hat jedoch gelehrt, wie gegründet die Bedenken waren, denen die Abgeordneten Heinzelmann und Graf v. Benzel-Sternau Ausdruck gegeben hatten. Ich verzichte hier auf ein Eingehen in Einzelnheiten; ich begnüge mich, an die Aeußerungen des Hrn. Abgeordneten Frhrn. v. Lerchenfeld in der Sitzung vom 9. August 1859 zu erinnern, worin derselbe, anknüpfend an die fortwährenden unverhältnißmäßigen Kredite für Militärzwecke, äußert:

„Ich kann das nur dem unseligen Verhältniß zuschreiben, daß bei uns den Kammern kein Einfluß auf eine Frage gestattet ist, auf welche sie in allen andern Ländern, wo Verfassungen bestehen, einen vollständig maßgebenden Einfluß haben und, sagen wir es offen, haben müssen, wenn die Sache gut gehen soll. Ist es nicht ein himmelschreiender Mißstand, daß während kein Kreuzer Zoll, kein Pfennig irgend einer Abgabe erhoben werden darf — und das mit Recht — ohne die Zustimmung der Kammern, daß man dann, ohne die Kammern irgendwie zu fragen, die Hälfte der rüstigen Jugend des Landes ihrem Berufe, ihrer bürgerlichen Existenz entziehen und auf 6 Jahre dem Cölibate unterwerfen, sie in ihrer ganzen bürgerlichen Existenz vollständig isoliren kann, so daß sie sich nicht ansässig machen, überhaupt über ihre Person und Zukunft in keiner Weise verfügen kann? Es ist das ganz gewiß — die Franzosen haben es seiner Zeit die Blutsteuer genannt — ein Eingriff in die persönliche Freiheit, wie kein größerer gedacht werden kann. Es ist nicht nur die Rücksicht auf die Familie, es ist auch selbst für den Staatshaushalt von dem allergrößten Nachtheile, wenn man, wie bei uns geschieht, auf einer Stärke des Heeres beharrt, die mit den regelmäßigen Hilfsquellen des Landes in keinem richtigen Verhältnisse steht. Wir sehen keinen Staat in Europa, der in Friedenszeiten eine Formation der Armee hat, die 2 Prozent der Bevölkerung in Anspruch nimmt. In früherer Zeit hat es allgemein als Axiom gegolten, daß man nicht mehr als ein Prozent der Bevölkerung aufstellt; in neuerer Zeit ist man weiter gegangen, man hat noch größere Anforderungen gemacht, obwohl nach meiner Ueberzeugung schon die frühere im Durchschnitt die Hilfsquellen der Länder überstieg und weit mehr Unheil als Vortheil geschaffen hat. Man ist weiter gegangen; unsere jetzige Bundesverfassung geht eventuell bis zu 1½ Prozent. Bei uns ist man auch damit noch nicht zufrieden, man verlangt 2 Prozent. Das Budget muß Mittel liefern, um diese ungeheuren Rahmen zu erhalten, oder vielmehr die gelieferten Mittel werden zur Erhaltung derselben verwendet und für die dauernden Zwecke bleibt nichts übrig, für sie geschieht nichts. Das war früher in Bayern nicht so. Früher haben die Stände darin einen sehr entschiedenen Einfluß gehabt, das ging sogar noch bis in die letzte Zeit des tiefsten Verfalls unserer alten ständischen Verfassung. Noch im Jahre 1793 ist die Zahl der Landeskapitulanten mit dem ständischen Ausschusse vereinbart worden."

Wie berechtigt diese Anschauungen und Ausführungen des Hrn. Abg. Frhrn. v. Lerchenfeld waren, hat in einer von dem genannten Herrn wohl selbst kaum geahnten Weise der Gesetzentwurf gezeigt, welcher dem Landtag am 29. April d. Js. vorgelegt wurde, und wodurch ein weiterer Kredit für die außerordentlichen Militärbedürfnisse bis zum Schlusse der VI. Finanzperiode im Betrage von nahezu neun Millionen verlangt wird. Dabei ist neben einem ordentlichen Militärbudget von jährlich zwölf Millionen noch die Erholung außerordentlicher Kredite für die künftige Finanzperiode in Aussicht gestellt. Die Verhandlungen aller und namentlich der beiden Landtage des Jahres 1859 haben bewiesen, daß die Kammern keine Opfer, seyen sie noch so groß, scheuen, wo es sich um die Beschaffung der Mittel zur Vertheidigung des Vaterlandes handelt.

Daraus folgt aber keineswegs, daß Stillschweigen auch da geboten sey, wo die Wahrnehmung sich aufdrängt, daß durch eine Verwendung der bewilligten Gelder, welche weder als eine zweck-

wird darauf ankommen, welche Deutung und Anwendung ihnen zu Theil wird, wenn es sich um Thaten, um eingreifende Beschlüsse handelt. Hoffen wir das Beste! Der Adreß-Entwurf des Abgeordneten-Hauses, welcher erst noch berathen werden soll, sagt im Wesentlichen dasselbe, wie die Adresse des Herren-Hauses; er betont nur noch schärfer die Nothwendigkeit einer offenen und freisinnigen Politik bei der Ausführung und Ausbildung der Verfassung. Auch dieser Adreß-Entwurf hebt hervor, daß neben möglichst ausgedehnter Selbständigkeit der einzelnen Kronländer auch die Einheit des Reichs als unerläßliche Grundlage seiner Machtstellung gewahrt werden müsse. Indessen sind das sehr dehnbare Worte, und es wird eben auch hiebei darauf ankommen, in welcher Art sie in die Wirklichkeit übersetzt werden. Daß insbesondere das Verhältniß der übrigen Theile des Reiches zu Ungarn in Güte geordnet werden solle, dafür spricht sich deutlich die folgende Stelle des Adreß-Entwurfs aus: „Die angestammte Treue der edlen Brudervölker im Süden der Karpathen an ihren Fürsten, unser mehrhundertjähriges Zusammenleben unter den erlauchten Regenten Ew. Majestät erhabenen Herrscherhauses, die Erinnerung brüderlicher Gemeinsamkeit von Leid und Freude in schlimmen und in guten Tagen, die tausendfach verschlungenen Interessen, die viel erprobte Hochherzigkeit und Opferwilligkeit aller der edlen Stämme im östlichen Theile des Reiches geben uns die Zuversicht, daß sie, der Opfer eingedenk, die auch die Völker des westlichen Theiles des Reiches zu deren Befreiung von fremder Herrschaft gebracht, bei dem von Ew. Majestät angedeuteten Verständniß der wahren Sachlage, der Vortheile und der unverkennbaren Nothwendigkeit einer Gesammtvertretung auf der freiheitlichen Grundlage des Gesammtstaates mit uns zusammenwirken werden zum Fortbau eines großen, einigen Oesterreichs."

Wien, 12. Mai. Zu den Vorlagen, welche der Minister von Schmerling gestern dem Reichsrath gemacht hat, gehören außer den schon erwähnten noch: Grundzüge für die politische Organisation, das Gemeindegesetz, Preßgesetzentwurf, Novellen zum Strafgesetz, zur Aufhebung des Wucherpatents und zur deutschen Handelsgesetzgebung; endlich ein Gesetzentwurf über die Allodialisirung der Lehen.

Pesth. Eine der hauptsächlichsten, wenn auch ohne Zweifel nicht die einzige Ursache des tragischen Endes Teleki's scheint in körperlichen Zuständen gesucht werden zu müssen. Seit längerer Zeit litt Graf Teleky an einem inkurabeln Magenübel, welches sein ohnedies sehr sensitives Nervensystem heftig affizirte. Seine Freunde hatte eine gewisse Verbitterung des Gemüthes, Zeichen von Ueberdruß und Schwermuth überrascht und aufmerksam gemacht. So war er erst Montags bei Deak gewesen und hatte sich heftig und unmuthig über die Verdächtigungen, denen er von Seiten der Emigrirten ausgesetzt gewesen wäre, ausgesprochen. Seine Melancholie nahm immer mehr zu, und sehr bezeichnend ist die Antwort, die Teleky 2 Tage vor seinem Tode einer Dame gab, die ihn fragte, wozu er neue Pistolen gekauft hätte. „Das ist das beste Mittel — sagte er — um sich von so mancher unangenehmen Person auf ewig zu befreien. Den Doppelsinn dieser Worte konnte natürlich Niemand ahnen. Etwas verdächtiger war Teleky's Benehmen den Tag vor seinem entsetzlichen Ende. Einem seiner Bekannten sagte er: Ich werde Sie sobald nicht wieder sehen, mein Lieber! Einer seiner Verwandten, die mit ihm von der Pracht seiner neuen Wohnung sprach, gab er zur Antwort: Ja, in einigen Tagen werde ich eine ganz neue Wohnung beziehen, ich glaube, ich werde lange darin wohnen. Seine Bekannten erzählen merkwürdige Beispiele von Zerstreutheit, die ihnen den Tag vor seinem Tode aufgefallen waren. Nach Mitternacht klopfte Tisza Kálmán an seine Schlafzimmerthür, die ihm nur nach langem Zögern geöffnet wurde, so daß Tisza nachträglich vermuthete, Teleki habe damals die Pistolen vor ihm verborgen. Nach Tisza's Entfernung geschah die That, und ein Gewölbwächter bestätigte zwischen 1 und halb 2 Uhr einen „dumpfen Ton" gehört zu haben, den er sich aber nicht zu erklären wußte. (Südd. Z.)

Schweiz.

Genf, 11. Mai. Die Regierungsmitglieder des Kantons haben in corpore ihre Entlassung genommen, weil der Gerichtshof die Realinjurie gegen James Fazy, Präsidenten der Regierung, nicht als Attentat auf eine funktionirende Magistratsperson qualifizirt, und nicht demgemäß bestraft hat. (James Fazy war vor einigen Monaten von einem Mann der Hut vom Kopf geschlagen worden.) (Tel. d. Allg. Z.)

Großbritannien.

London, 11. Mai. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses sagte Lord John Russell: Er hoffe, die in Oesterreich bewilligte Konstitution werde aufrichtig ausgeführt werden, obgleich sich große Schwierigkeiten der Durchführung entgegenstellten. Ungarn verlange seine veralteten Institutionen zurück, welche das Gesammtreich mit Zerstücklung bedrohen. England hoffe schließlich auf eine Ausgleichung mit Ungarn. Die Schwierigkeit sey freilich ungeheuer. England könne nicht rathen, sondern nur das Beste wünschen. Venetien werde ewig eine Last und eine Quelle der Schwäche für Oesterreich bleiben und jedes gute Einvernehmen zwischen Italien und Deutschland hindern. Hoffentlich werde durch Europa's Vermittlung auch diese Frage einst befriedigend gelöst werden. Lord John Russell sagte ferner: Er zweifle nicht daran, daß die französischen Streitkräfte, um die von Frankreich eingegangenen Verbindlichkeiten zu erfüllen, Syrien am 5. Juni verlassen würden. In Bezug auf die Entschlüsse der englischen Regierung bezüglich der Zukunft Syriens könne er dem Hause keine näheren Mittheilungen machen, als daß sie noch der Regierung zur Betrachtnahme vorlägen.

Italien.

Aus Neapel vom 7. wird gemeldet, daß eine aus den römischen Staaten gekommene Bande zu Monticelli zerstreut, ein Theil derselben erschossen wurde. Ein Schreiben berichtet, daß in der Stadt Fondi ein Zusammenstoß zwischen den Bourbonisten und den Piemontesen stattgehabt; die ersteren flüchteten sich in die Gebirge.

Neapel, 7. Mai. Von hier und Gaeta sind drei Brigaden nach den Provinzen Fondi und Aquila abgegangen. Die Armee im Neapolitanischen wird, um den Ruhestörungen ein Ende zu machen, auf 50,000 Mann gebracht.

Aus Briefen aus Messina vom 5. Mai ergibt sich, daß zwar kein Aufstand in dieser Stadt stattgefunden, daß aber eine große Unruhe daselbst herrscht. Die Truppen lagern Nachts außerhalb der Stadt aus Besorgniß vor Ueberfällen. (Ind. b.)

Rußland und Polen.

In Warschau fanden in letzter Zeit Verhaftungen wegen politischer Abzeichen und Singens patriotischer Lieder häufiger statt. Die Wallfahrt nach Czenstochau ist unterblieben, da die russischen Behörden mit strengen Maßregeln gedroht hatten, wenn hier wieder eine politische Demonstration gemacht werden sollte.

Amerika.

Man schreibt aus New-York vom 27. April: Die Verbindungen mit Washington sind wieder offen und über Annapolis gesichert. Die Hauptstadt muß zur Stunde Verstärkungen im Betrage von ungefähr 6—8000 Mann erhalten haben, und General Scott erklärt sie gegen jeden Handstreich jetzt hinlänglich geschützt.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 11. Mai. Graf Trani, dem hier große Aufmerksamkeit gewidmet wird, war gestern mit Suite zum Herzog Max zur Tafel geladen. — Bekanntlich sind einige der jüngsten Eisenbahnunfälle durch das Zerreißen der Verkoppelung an den Waggons herbeigeführt worden. Die Verwaltung der Staatsbahnen ließ nun in jüngster Zeit neben der Verkoppelung noch solche Sicherheits-Verbindungen an den Eisenbahnzügen anbringen, daß dadurch allen derartigen Zerreißungen für die Zukunft vorgebeugt ist; diese Ueberzeugung will man aus mehreren, mit den schwerstbelasteten Zügen vorgenommenen Probefahrten haben. Auch sind jetzt alle Stellen des Dienstpersonals derart besetzt, daß Ueberermüdungen selbst dann nicht mehr sollen stattfinden können, wenn mehrere Erkrankungen eintreten sollten. — Gestern Abend brach im Schäfflereigebäude der zwischen der Maximilians-, Herren- und Wurzerstraße gelegenen Vigl und Riemerschmid'schen Spiritus-Fabrik ein Brand aus, der so heftig um sich griff, daß bald das ganze, nur aus dem Erdgeschosse und Dachstuhle bestehende Gebäude in Flammen stand. (Südd. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 132.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Kleinschrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	58. Jahrgang.		Montag, 13. Mai 1861.

Deutscher Bund.

Von Berlin wird der „Zeit" geschrieben, daß Bayern die Einladungen zu einer neuen Konferenz im Würzburger Sinne habe ergehen lassen.

Bayern. München, 11. Mai. Se. Maj. der König hat den Gerichtsarzt zu Nordhalben, Dr. Sebastian Behr, seiner Bitte willfahrend, auf die Stelle eines Gerichtsarztes des Landgerichts Höchstatt an der Aisch versetzt; zum Landrichter von Gräfenberg den dortigen I. Assessor, Felix Schamberger, befördert.

München, 10. Mai. Bei der gestrigen Familientafel im Wittelsbacher Palast zu Ehren des Grafen von Trani erhob sich Se. Maj. König Ludwig, und trank mit erhobener Stimme auf das Wohl der Helden von Gaeta, dann auf das Wohl des Grafen von Trani. (Allg. Z.)

Speyer, 10. Mai. Der Landkommissär v. Predl wurde auf sein Ansuchen in den Ruhestand versetzt und an seine Stelle der Regierungs-Assessor Ottmann zum Landkommissär in Kaiserslautern ernannt. (Pf. Z.)

Preußen. Berlin, 10. Mai. In dem Konkurse über das Vermögen des Literaten Eichhoff, der sich auf flüchtigen Fuß gesetzt hat, weil er wegen seiner Angriffe auf die Berliner Polizei, Hrn. Patzke ꝛc. mit Preßprozessen verfolgt wurde, erfolgt jetzt die Vertheilung der im gerichtlichen Depositorium befindlichen Aktivmasse. Dieselbe beträgt 9000 Thlr., während die Passiva ungefähr 17,000 Thlr. betragen. Der Gemeinschuldner hat indessen noch aus dem Nachlasse seiner Mutter eine Erbschaft von 10,000 Thlrn. zu erwarten, mit deren Anfall auch dieses Defizit gedeckt sein würde.

* **Mecklenburg.** In Rostock wurde der im sog. Hochverrathsprozeß mit den beiden Wiggers verurtheilte Advokat Uterhart von der Bürgerschaft zum Senator (Mitglied des Stadtraths) gewählt, obwohl von seinen politischen Gegnern alle Mittel aufgeboten worden waren, um die Wahl zu hintertreiben.

= **Oesterreich.** Wien, 10. Mai. (Privat-Korresp.) Die Adresse des Herrenhauses an Se. k. k. Maj., die am 10. Mai um 2 Uhr Nachmittags durch eine Deputation überreicht wurde, spricht zuvörderst den Dank für die vom Kaiser verliehene Verfassung aus, betont als die herrlichste und dankbarste Aufgabe Gesammtösterreichs „das versöhnliche Zusammenwirken und die freithätige Vereinigung seiner Länder und Völkerstämme, seiner Standes- und Berufsschichten zum Heile Aller, zur Macht und Größe der Gesammtheit." Sodann heißt es wörtlich weiter: „Das Herrenhaus folgt mit Treue und Vertrauen dem von Ew. Maj. ergangenen Rufe, indem es mit Ew. Maj. die Ueberzeugung theilt, daß die im Sinne der festgestellten Prinzipien nunmehr zu verwirklichenden Institutionen unter Theilnahme der Volksvertreter an der Gesetzgebung zu einer heilbringenden Umgestaltung der Monarchie auf jenen staatsrechtlichen Grundlagen führen werden, welche die nothwendige Einheit des Reiches mit der so weit als möglich ausgedehnten Selbständigkeit der Länder zu verbinden geeignet sind. Das Herrenhaus betritt mit Aufrichtigkeit und Eifer die ihm eröffnete konstitutionelle Bahn, und es hofft, mit Gottes Beistand, seine Pflicht und Bestimmung zu erfüllen, indem es, seine Unabhängigkeit mit Freimuth und ohne Selbstsucht wahrend, im freundlichen Vernehmen mit dem anderen Hause des Reichsrathes und im patriotischen Wetteifer mit diesem, die wahren dauernden und in Wirklichkeit identischen Interessen des Thrones und der Völker auch seinerseits zu fördern und zu befestigen bestrebt seyn wird" . . . . . „Wir verhehlen uns nicht die Schwierigkeiten der Aufgaben, die an uns herantreten. Allein die auf dem Gebiete der österreich. Monarchie sich begegnenden politischen, kirchlichen und nationalen Verschiedenheiten werden, im Geiste der Versöhnlichkeit aufgefaßt und nach den Grundsätzen gegenseitiger Duldsamkeit geregelt, keine unüberwindlichen Hindernisse jener vernünftigen Vereinbarung bieten, welche zur unversiegbaren Quelle des Segens für das Reich und zum festen Bande seiner Einheit und Macht werden muß. Die von Ew. Maj. verliehenen Institutionen gewähren jeder Nationalität entsprechenden Raum, sich auf dem berechtigten Boden ihres Kultur- und Rechtslebens, ihres Glaubens und ihrer Gesittung mit Freiheit zu bewegen. Durch diese befriedigt, werden sie die eigene beglückende Sicherheit nur in der Macht und Größe des Gesammtreiches suchen, und so die freiwilligen und darum treuesten Stützen jener Einheit desselben werden, welche die unerläßliche Grundbedingung seiner Machtstellung bleibt. Wenn wir mit schmerzlichem Bedauern die Königreiche Ungarn, Kroatien, Slavonien und das Großfürstenthum Siebenbürgen im Reichsrathe noch unvertreten sehen, so wie die Mitwirkung ihrer Vertreter zu den großen gemeinsamen Zwecken ungern noch bis zur Stunde vermissen: so finden wir doch in der von Ew. Maj. ausgesprochenen und in unseren Herzen wiederklingenden Hoffnung die Beruhigung, daß auch diese Angelegenheit im Sinne der Allerhöchsten Handschreiben vom 26. Februar dieses Jahres eine günstige Lösung erlangen werde." Es wird sodann die Hoffnung ausgesprochen, daß der Friede erhalten werden könne, sowie die Bereitwilligkeit, die angekündigten Regierungsvorlagen zum Heil des Vaterlandes zu erledigen, insbesondere opferwillig mitzuwirken, daß das Gleichgewicht im Staatshaushalt hergestellt und dann seiner Zeit die Steuerlast erleichtert werde. Der Schluß der Adresse lautet wörtlich, wie folgt: „Wir vertrauen fest dem erhabenen kaiserlichen Angelöbniß, die Gesammtverfassung als das unantastbare Fundament des einigen und untheilbaren Kaiserreiches mit kaiserlicher Macht zu schützen, jede Verletzung derselben als einen Angriff auf den Bestand der Monarchie und auf die Rechte aller ihrer Länder und Völker nachdrücklich zurückzuweisen. Nach dem Urbilde ihrer Väter werden auch die Söhne des jetzigen Oesterreich sich in der Gefahr bewähren. Mit mannhafter Ausdauer und, wenn es gilt, mit Gut und Blut, werden sie Ew. Maj. getreulich zur Seite stehen. Das gute Recht ist mit uns, und wer das Bewußtseyn hat, gerecht und milde gewesen zu seyn, darf sich auch unerschütterlich fest und stark bewähren. In diesem Sinne werden, wir sind dessen gewiß, die Völker Oesterreichs ihre Dankgefühle für jene schwerwiegenden großherzigen Entschlüsse Ew. Maj., denen sie die neuen glückverheißenden Institutionen verdanken und deren Gewicht sie tief zu würdigen wissen, zu verwirklichen bemüht seyn, indem sie Ew. M. väterlichem Herzen die wohlthuende Ueberzeugung verschaffen, daß auch die mündig Gesprochenen das volle Maß ihrer alten Liebe ihrer altösterreichischen Gesinnung bewahrt haben. Und so möge denn Gottes obwaltende Macht, unser Beginnen und Vollenden segnend, die Krone, das Reich und die Völker schirmen und einigen! Unter den vielen Einigungspunkten ist es einer der Heilbringendsten, daß die Gläubigen aller Bekenntnisse dieses weiten Reiches mit uns in das heiße Gebet einstimmen: Gott erhalte und beglücke Ew. Maj. und unser herrliches, freies und einiges Oesterreich!" Der Kaiser antwortete der Deputation des Herrenhauses, welche ihm die Adresse überbrachte: „Die Adresse gewährt mir die Gewißheit, daß das Herrenhaus, meine Absichten richtig würdigend, entschlossen ist, als einer der verfassungsmäßigen Faktoren der Gesetzgebung meine Bemühungen für das Wohl des Vaterlandes kräftigst zu unterstützen. In den Worten der Adresse erkenne ich den Ausdruck der edlen Gesinnung, in welcher das Bewußtseyn der traditionellen Treue und Anhänglichkeit an mich sowie an mein Haus mit der freisinnigen Auffassung der neuen Pflichten sich verbindet."

* Die Stellen der vorstehenden Adresse, welche aussprechen, in welchem Sinn das Herrenhaus seine Stellung und Aufgabe erfaßt, sind sehr schön, doch sind es vorerst nur Worte, und es

Waffen ergreift. Von New-York wird so eben berichtet, daß die 30,000 Mann, welche der Staat New-York zu liefern hat, zum Abmarsch bereit stehen. 30,000 Mann werden als Reserve-Armee in wenigen Tagen zum Dienst bereit seyn. — Von Norfolk wird berichtet, daß die Rebellen in Virginien den Schiffsbauhof total zerstört haben. Das große Schiff „Pennsylvanien", woran in Philadelphia 7 Jahre gebaut würde und das über 500,000 Doll. kostete, wurde den Flammen preisgegeben. (Schw. M.)

Asien.

Am 8. April ist die Scinde-Eisenbahn in ihrer ganzen Länge dem Verkehr übergeben worden — die erste vollendete Bahn in Indien.

Nichtpolitische Zeitung.

♂ Frankfurt, 8. Mai. (Privat-Korresp.) Unter dem zu unserer Bundesbesatzung gehörenden 3. Bataillon des 6. bayer. Infanterieregiments ist seit ganz Kurzem die sogenannte egyptische Augenkrankheit in bedenklicher Weise ausgebrochen, indem jetzt schon über 50 Mann daran leiden und täglich 4 bis 5 neue Kranke in das Hospital kommen. Von der schon angeordneten Verlegung dieses Bataillons wird daher vorläufig Abstand genommen werden müssen, da diese sehr leicht ansteckend ist. Unser Frankfurter Linienbataillon, unter welchem vor etwa zwei Jahren diese Krankheit zum ersten Male und zwar so stark ausgebrochen war, daß dasselbe längere Zeit von jedem Dienst dispensirt werden mußte, ist schon lange wieder gänzlich befreit davon. — Unter den Kindern herrscht dermalen außerordentlich stark die Masernkrankheit.

Die Borkumer Strandungsgeschichte, die ihrer Zeit so großes Aufsehen erregte, hat dieser Tage mit Verurtheilung einer ganzen Reihe betheiligter Personen, im ostfriesischen Volksmunde sogenannte Strandjer, geendigt. Es ist bezeichnend für die Zustände jener Insel, daß sich unter den Verurtheilten auch Personen aus dem Stande der Prediger und Schullehrer befinden.

Aus Wien wird berichtet: „Am 3. Mai, Vormittags, ist der Fall vorgekommen, daß auf dem Wege von Nußdorf zum Kahlenberge ein Schlitten benutzt wurde."

Neueste Nachrichten.

= Pesth, 9. Mai. (Privat-Korresp.) Gerüchtweise verlautet, die Regierung habe eine, den Grafen Teleki schwer kompromittirende Korrespondenz desselben mit Kossuth entdeckt, und die Kunde von dieser Saisirung den Landtagsabgeordneten zu seinem verhängnißvollen Entschluß getrieben. Andererseits heißt es, Teleky habe beantragen wollen, die ungarische Statthalterei wegen der Steuereintreibung in Anklagestand zu versetzen — dazu aber hätten im letzten Monate selbst so hieb- und stichfeste Ultras, wie der erste Vicegespan des Pesther Komitates Nyary, ihre Mitwirkung versagt. Die Aufregung in Pesth ist so groß, daß immer noch Viele an einem Selbstmorde zweifeln. Um das Volk in seinem Argwohne nicht noch zu bestärken, mußte die Familie auf Bitten des Abgeordnetenhauses einwilligen, die Leiche heute im Museum auszustellen, statt sie sogleich nach dem Erbbegräbnisse in Szirak abzuführen. Von allen Häusern wehen schwarze Fahnen; in den Cafés sind die Billards mit Flor überzogen; die Theater spielen nicht. Der Graf litt an einer durch Magenkrämpfe gesteigerten Nervosität, die ihm namentlich in den letzten Tagen seines Lebens so arg zusetzte, daß sein bald gereiztes, bald apathisches Benehmen allgemein auffiel. Am Abende vor der That nahm er von einigen Freunden mit großer Sentimentalität Abschied. Sein gegen Mitternacht heimkehrender Neffe sah ihn noch am Schreibtische sitzen und hörte ihn sodann eine Zeitlang auf- und abgehen; den Schuß selbst aber hat kein Bewohner des Teleki'schen Hauses vernommen. Der um 8 Uhr früh eintretende Diener fand ihn zwischen dem Bette, das noch Spuren frischer Eindrücke trug, und dem Nachttischchen, auf dem eine halbgeleerte Theetasse stand und eine halbverbrannte Cigarre lag, am Boden liegen. Die Kugel war durch's Herz bis in den Rückgrat gegangen. In der am 8. d. Abends stattgefundenen Privatkonferenz des Unterhauses bestätigte der Präsident, daß nach Erwägung aller Umstände sich als gewiß herausstellt: Teleky's Tod sey das Resultat eines Selbstmordes.

Paris, 8. Mai. Morgen wird der „Constitutionnel" abermals einen Brief des Erzbischofs von Cambray veröffentlichen, worin gegen die Unwahrheiten dieses Blattes in Sachen der Redemptoristen protestirt wird. Am Schlusse zeigt der Prälat darauf hin, daß nicht bloß die Interessen des Klerus durch die Aufreizungen gegen denselben bedroht seyen. (N. Pr. Z.)

Genua, 8. Mai. In Palermo herrscht große Aufregung, weßhalb mehrere Bataillone dahin abgesendet wurden. Die öffentliche Sicherheit auf der Insel ist fortwährend durch zahlreiche Attentate gestört. (Tel. d. Ostd. Post.)

Neapel, 8. Mai. Zweihundert Bourbonisten haben sich gestern mit Nationalgardisten von Capua in den umliegenden Dörfern gerauft. Sie sind jetzt von Nationalgarden und Bersaglieri umstellt, und in Caserta Vecchia und in Morrone eingeschlossen. Einige Bourbonisten sind gefangen nach Neapel gebracht. Die Stadt ist ruhig. (T. H.)

Warschau, 6. Mai. Seit gestern wird der Krakauer „Czas", der gewöhnlich von Lügen strotzt, nicht mehr in das Königreich zugelassen. (Schles. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. 1. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	—
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	62 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$53\frac{5}{8}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$44\frac{3}{4}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	41 P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$88\frac{1}{8}$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	$102\frac{5}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jahr. dto.	$102\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	103 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$100\frac{3}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{3}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{3}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{5}{8}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{5}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	95 P. $94\frac{3}{4}$ G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$101\frac{1}{2}$ G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{2}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{1}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	99 P.
„	3 pCt. Obl.	92 P.
Spanien	3 pCt. int. Sch. P. à fl. 2. 30	$48\frac{3}{4}$ P.
„	$1\frac{3}{8}$ pCt. „ „ „	$42\frac{1}{4}$ P.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 600 Thlr.	$99\frac{1}{4}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	$109\frac{1}{2}$ P.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	613 G.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	139 G.	
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	185 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100	$72\frac{1}{2}$ G.	
Mitteldeutsche Kreditaktien	$71\frac{5}{8}$ P.	
Internationale Bank in Luxemb.	83 P.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	319 P.	ex D.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	68 P.	
Oest. F. St.-Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	232 G.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	$119\frac{1}{2}$ P. 119 G.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$73\frac{3}{4}$ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$22\frac{1}{2}$ P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 8 pCt.	134 P.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$99\frac{3}{4}$ P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{5}{8}$ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	$234\frac{1}{2}$ P.	exC.
Span. Handels- u. Industrie	520 P. 512 G.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	488 P.	
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	103 P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. $100\frac{1}{2}$ G.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B. $99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	$87\frac{3}{4}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
London Lst. 10 k. S.	$117\frac{7}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{1}{8}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$81\frac{1}{4}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	78 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$49\frac{7}{8}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$61\frac{1}{4}$ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$130\frac{1}{2}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$59\frac{1}{2}$ G.	„ fl. 25 do.	$35\frac{1}{8}$ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$94\frac{1}{2}$ P. 94 G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$34\frac{3}{4}$ P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beifr.	$118\frac{3}{4}$ G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	49 G.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$37\frac{1}{4}$ P.
Badische fl. 50	$90\frac{1}{4}$ P.	Vereins-Loose fl. 10	11 P.
Badische fl. 35	$53\frac{1}{8}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{5}{8}$ G.

Frankfurt, 11. Mai. Oesterr. Fonds, Aktien und Anlehensloose nahmen heute einen bedeutenden Aufschwung, auch war en Wechsel auf Wien gleichmäßig berührt worden. Die Kauflust hielt während der ganzen Börse an, und der beträchtliche Umsatz in alle n Spekulationspapieren fand zu steigenden Kursen statt. Die übrigen Fonds und Aktien ohne wesentliche Veränderung. (Synd.)

sie vor der Ueberreichung schon aus den Zeitungen erfahren könnte.

Frankreich.

Paris, 8. Mai. Die Predigt, welche Abbé Minjard in der St. Roch-Kirche hielt, wird lebhaft besprochen, und zwar weniger seine Ausfälle gegen Rußland, als seine Anspielungen auf die innern Zustände und auf die Haltung der französischen Regierung dem Klerus gegenüber. „Verfolgt man uns, treibt uns weg" — rief am Schlusse kühn der Dominikaner —, „nun dann nehmen wir in den Falten unseres Rocks den letzten Fetzen von Freiheit mit."

Italien.

Rom. Eine Marseiller Depesche meldet, daß „eine Adresse der Römer an den Kaiser Napoleon, worin um Abzug der französischen Besatzung ersucht wird, mit Tausenden von Unterschriften bedeckt ward, und daß die mit den Unterschriften re.ehenen Bogen auf der französischen Gesandtschaft niedergelegt worden sind." Die päpstliche Regierung hat das katholische Kränzchen (le cercle catholique), welches von französischen Legitimisten in Rom gestiftet wurde und den Tuilerien ein Dorn im Auge war, aufgelöst, so wie den französischen Grafen Christen und zwei andere Franzosen, die sich bei den Reaktionsversuchen in den Abruzzen besonders bemerklich gemacht, auf Verlangen des französischen Gesandten aus Rom ausweisen lassen.

Turin, 4. Mai. Heute hieß es an der Börse, ein holländisches Haus habe sich erboten, das ganze Anlehen zu 72 und 2 Proz. Provision zu übernehmen. Das Anlehen wird übrigens nicht fünf, sondern mit Einrechnung der Eskomtirung beiläufig 700 Millionen betragen, da nach dem Wortlaut des Gesetzes der Finanzminister ermächtigt werden soll, so viel Renten zu veräußern, als nothwendig, um die Summe von 500 Millionen in den Staatsschatz zu bringen. Nach der Berechnung hiesiger Blätter beläuft sich die Staatsschuld, welche in das große Buch zur Eintragung kommen soll, bereits auf 2,806,383,583 Lire. Ein schöner Anfang für das neue Königreich! (Fr. Postztg.)

Die Nachrichten aus Neapel lauten fortwährend beunruhigend. Ein großer Theil der Abruzzen und der Basilicata scheint noch immer in den Händen der Aufständischen zu seyn. In der Provinz Aquila haben die Anhänger Franz' II. die Nationalgarde von Pratola, Pescina und Ortona entwaffnet und alle Vertheidigungsanstalten getroffen, um den piemontesischen Truppen Widerstand leisten zu können. Zu Sulmona wurde ein piemontesischer Kriegskommissär tödtlich verwundet, wobei die Kriegskasse verloren ging, und zu Macerona ein piemontesischer General getödtet. In Calabrien haben die bourbonischen Führer Cazello, Baracco und Calaferri starke Abtheilungen wohlbewaffneter Truppen unter ihrem Befehle, welche täglich durch neue Ankömmlinge verstärkt werden. „Neapel ist ruhig" — wie der Vulkan über seinem Haupte. Die Zahl der Verhafteten soll in der Hauptstadt und in der Umgegend allein über 2000 betragen. Bei der letzten Demonstration ließ sich neben dem Rufe: „Es lebe Garibaldi! Nieder mit Cavour!" auch jener: „Es lebe die Republik!" vernehmen. Viktor Emanuel wird bei seinem zweiten Aufenthalte daselbst schwerlich bessere Geschäfte machen, als bei seinem ersten.

Wir haben gestern gemeldet, daß Ponza de San Martino zum Gouverneur der neapolitanischen Provinzen an Stelle des Prinzen v. Carignan, der dies Amt satt bekommen hat, ernannt worden sey. Der „Constitutionnel" theilt über diesen, durch Energie und Gewandtheit ausgezeichneten, erprobten Verwaltungsmann Folgendes mit: „Er war im Jahre 1848 Gouverneur in Genua, also zur Zeit, wo es dort am stürmischsten herging. Während des Krieges im Jahr 1859 war Herr v. San Martino außerordentlicher Kommissär in Genua, und er entledigte sich dieser schwierigen Aufgabe mit großer Gewandtheit. Er ist ein fester, energischer und gerader Charakter. Er ist ganz der Mann dazu, mit eiserner Hand die eingewurzelten Mißbräuche dieser Provinzen, welche in so kurzer Zeit so viele Staatsmänner abgenutzt haben, auszurotten. Das einzige Bedenken, welches diese Wahl einflößt, ist die Feindschaft der Mazzini'schen Partei, die diesen Mann stets mit dem glühendsten Haß beehrte, da sie in ihm ihren entschiedensten und umsichtigsten Feind bekämpfte."

Mailand, 3. Mai. Vorgestern Abend wurde unweit des Scalatheaters ein Mann, welcher aus dem Borgo nach Hause zurückkehrte, plötzlich durch einen Pistolenschuß aus unmittelbarer Nähe niedergestreckt. Der Mörder, welcher beim Anblick seines Opfers in eine ungeheuere Verwirrung verfiel und sich widerstandslos ergreifen ließ, wurde den Gerichten übergeben. Nun stellt es sich heraus, daß der Mord ein politischer war und der Mörder sich in der Person geirrt hatte. Der Pistolenschuß war nämlich einem gewissen Mario, seit dem Austritt des Grafen Bethlen Kommandant der bekannten Piacenza-Husaren, zugedacht, weil derselbe zwei Offiziere seines Regiments, die sich mißbilligend über den bekannten Brief Cialdini's an Garibaldi ausgesprochen hatten, bestraft und mit den Worten verwiesen habe, daß Cialdini ein tapferer General, Garibaldi aber ein frecher Abenteurer sey. Eine Anzahl hier lebender Garibaldischer Freischärler hatte einen Club gebildet und in demselben die Ermordung des Beleidigers Garibaldi's beschlossen, wozu der Mörder durch das Loos bestimmt worden war. Dieser nun hatte einen hier allgemein bekannten ruhigen Bürger für Mario gehalten und seinen Irrthum erst bei dem Niederstürzen des Opfers bemerkt, daher dessen Verwirrung.

Türkei.

Die Pforte hat das Ansinnen des Fürsten Michael von Serbien, die türkische Besatzung, welche sie auf Grund der Verträge in der Citadelle von Belgrad erhält, zurückzuziehen, auf's Bestimmteste abgelehnt.

Rußland und Polen.

Warschau, 6. Mai. Der sogenannte Galatag, die Geburtsfeier des Kaisers, ist mit gewöhnlichem Pomp amtlicherseits begangen worden, die für diese Tage anbefohlenen Gottesdienste sind in den Kirchen abgehalten worden, aber Warschau's Einwohner haben sich heute zu einem freiwilligen Gefängniß verurtheilt. Die Menschenleere auf den Straßen wird nur hie und da von einzelnen Personen, denen man den Geschäftsgang ansieht, unterbrochen, seltener noch zeigt sich eine Equipage, und was im Sächsischen Garten und andern Spazierorten von Spaziergängern und Fahrern gesehen wird, gehört den Russen an. Die Illumination zum heutigen Galatage ist mit größerer Strenge als sonst anbefohlen worden. Doch bemerkte man bis gegen Abend außer an den Regierungsgebäuden nur wenige Vorbereitungen zu Transparenten und bedeutenderen Illuminationen. Das geringste Illuminationsquantum, das polizeilich gefordert wird, sind zwei Lichter an jedem Fenster. Die Beschränkung bei Leichenbegängnissen ist heute wiederum bei Beerdigung der Frau eines Arztes in voller militärischer Strenge durchgeführt worden, um die zahlreichen Begleiter vom Leichenzuge abzuschneiden.

Amerika.

Philadelphia, 23. April. Die schändlichen Vorfälle in Baltimore gegen die Nordtruppen, welche nach Washington beordert waren, haben die Gemüther der Einwohner der Freistaaten und besonders der Städte Philadelphia, Newyork und Boston aufs Höchste empört und mit neuem Grimm gegen die Sklavenstaaten erfüllt. Auch darüber ist man im Norden sehr empört, daß Davis, der Präsident der Sonderbündler, Kaperbriefe ausgestellt hat, um die Schiffe der nördlichen Kaufleute zu berauben. Lincoln hat auf diese Handlung hin Befehl gegeben, alle südlichen Seehäfen zu blokiren. Von den Truppen, die nach Washington bestimmt waren, sind nur wenige dort angelangt, da die Baltimorer und Virginier die Eisenbahnen und Brücken demolirten, auch den Telegraphen von Washington nach dem Norden zerstörten. — Mehrere Herren, die gestern auf Umwegen von Baltimore hier angelangt sind, schildern den Zustand dieser Stadt als einen schrecklichen. Pöbelhaufen durchziehen alle Straßen und zwingen ruhige Bürger, mit in ihre Verwünschungen gegen den Norden und die Regierung der Vereinigten Staaten einzustimmen. Die meisten Straßen sind verbarrikadirt, und an vielen Häusern, die mit eisernen Läden versehen sind, hat man in diese Löcher gebohrt, um auf die Truppen zu schießen, welche den Durchmarsch zu erzwingen suchen sollten. Leute, welche als Freunde der Union bekannt sind, werden mit ihren Familien aus der Stadt verwiesen, ohne daß man ihnen Zeit läßt, ihre Angelegenheiten zu besorgen. Alle Vereinigten Staaten-Flaggen sind verschwunden. Die Truppensammlungen in den Nordstaaten werden mit außerordentlichem Eifer betrieben. Man hat mehrere Truppenabtheilungen durch die Chesaprake-Bay nach Annapolis befördert, von wo aus sie leicht nach Washington gelangen können, wenn sich ihnen die Virginier nicht in den Weg werfen. Von Harrisburg in Pennsylvanien aus schickt man die Truppen nach dem Potomacfluß, schlägt Brücken darüber und sucht sich Washington zu nähern. Der Krieg wird mit allem Grimm geführt werden. Philadelphia schickt 10,000 Mann ins Feld. Auf Aufforderung des Mayors der Stadt bildet sich schnell eine Reserve-Armee, die mehr als 10,000 Mann zählen wird, indem Jedermann mit Vergnügen die

aber trotzdem der Muth nicht gesunken und wenn Tage der Gefahr kommen sollten, so werde es sicher seine Kraft bewähren. (Südd. Z.)

Preußen. Berlin, 8. Mai. Daß Patzke den möglichen Ausgang seines Treibens berechnend voraussah, will man daraus schließen, daß das von ihm vor einigen Jahren gekaufte Gut auf den Namen seiner Frau eingetragen ist. Nach preußischem Gesetz hätte diese Vorsicht nicht vor dem Ersatz der Unterschleife, deren er sich schuldig gemacht hat, gesichert, und aus diesem Grunde kaufte er sich in Mecklenburg an. Gewiß hätte dieser allgemein bekannte Ankauf aus doppelten Gründen schon längst die Aufmerksamkeit auf Patzke's Treiben richten sollen. Denn aus den Polizeirechnungen geht überdies hervor, daß Patzke selbst noch kurz vor 1848 blutarm war, da ihm Hr. v. Minutoli ein Jahr vorher ein Geschenk von 12 Thalern zur Bedeckung seiner Blöße machte; und auch die frühern Lebensverhältnisse seiner Frau, mit der er sich 1851 verehelicht hat, waren notorisch der Art, daß selbst an das kleinste Vermögen ihrerseits nicht zu denken ist. Dessenungeachtet soll er noch mit einem namhaften Kapital versehen Berlin am 4. Mai verlassen haben. (D. Allg. Z.)

Berlin, 8. Mai. Im Herrenhause ist die Grundsteuerdebatte gestern zu Ende geführt und schließlich sind die Vorlagen der Regierung insgesammt von 110 gegen 81 Stimmen angenommen worden. Es war das vorauszusehen, nachdem das Haus neulich schon das Prinzip der Vorlagen angenommen hatte. Das Haus mußte befürchten, wenn es seinen seit drei Jahren geübten Widerstand fortsetze, werde die Regierung von ihrem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch machen und eine solche Anzahl ihrer Anhänger zu Mitgliedern des Herrenhauses ernennen, welche genügen würde, endlich ihren Vorlagen die Mehrheit der Stimmen zu sichern.

* **Mecklenburg.** „Vierundvierzig Monate Untersuchungshaft ist der Titel einer kleinen Schrift, worin Julius Wiggers seine Schicksale während der gegen ihn anhängigen Untersuchung (sog. Rostocker Hochverraths-Prozeß) schildert. Daß er unschuldig in diese Untersuchung verwickelt worden sey, wird man wohl nicht sagen können, wenn man seine eigenen Angaben über seine Thätigkeit in den Jahren 1851 u. s. f. unbefangen prüft; dagegen wirft das Verfahren, welches gegen ihn beobachtet wurde, ein sehr schlimmes Licht entweder auf den mecklenburgischen Kriminalprozeß, wenn es wirklich in demselben begründet war, oder auf die Richter, wenn diese die Schuld der langen Zögerung trugen. Vierundvierzig Monate Untersuchungshaft! Diese Thatsache spricht allein schon laut genug. Sieben Monate Zwischenraum von einem Verhör zum andern! sollte man das für möglich halten? Und 52 Tage mußte Wiggers sitzen, bis nur einmal das erste Verhör mit ihm vorgenommen wurde!

Freie Städte. Hamburg, 9. Mai. Der Antrag von Blume und Genossen, eine einheitliche Centralgewalt und ein deutsches Parlament betr., ist mit überwiegender Mehrheit von der Bürgerschaft gestern angenommen worden. Eingebracht wurde in dieser Sitzung ein Antrag von A. Godeffroy u. Genossen, den Senat zu ersuchen, sich mit anderen deutschen Regierungen über Herstellung einer Flottille von Dampfkanonenbooten zum Schutze der Nordseeküsten Deutschlands zu verständigen und den Bau dreier solcher Boote als vorläufiges Kontingent Hamburgs zur Flotte sofort in Angriff zu nehmen. (Köln. Z.)

Oesterreich. Wien, 8. Mai. Graf Teleki soll, wie ich von Personen erfuhr, welche ihn in Pesth noch in den letzten Tagen gesprochen, sich in sehr erregter Stimmung befunden haben, die Allen, welche sich früher in seiner Nähe bewegten, sehr befremdend erschien. Namentlich sollen die dem Grafen von mehreren Seiten gemachten vertraulichen Bemerkungen, daß sein jetziges politisches Wirken und Auftreten, wenn auch seiner Vergangenheit konsequent entsprechend, doch vom Standpunkt strenger Loyalität und echter Ritterlichkeit, gegenüber den bei seiner Begnadigung eingegangenen Verbindlichkeiten, schwer zu billigen wäre, einen unverkennbaren Eindruck auf sein Gemüth gemacht haben. Das Wort „Begnadigung" soll ihn besonders immer sehr gereizt haben, „daß er doch derselben in seiner damaligen Lage unmöglich entgegen treten konnte, überhaupt zu sehr überrascht worden sey, um im Ganzen auf die von Sr. Majestät zu erkennen gegebenen Wünsche anders als durch eine ehrerbietige, aber stumme Verbeugung antworten zu können." Möglich, ja sogar wahrscheinlich ist es, daß diese ihn auf's Tiefste schmerzenden Vorwürfe, in Verbindung mit der Gewißheit, für seine weiter gehenden politischen Plane und Absichten sich so bald keine Aussicht auf Unterstützung des Auslandes eröffnen zu sehen, dagegen bei den bevorstehenden Landtags-Debatten vor der überwältigenden Autorität Deaks die Waffen strecken zu müssen, zu dem entsetzlichen Entschluß geführt haben, der uns heute gemeldet wurde; denn die Rede, mit welcher Deak in der auf heute angesagten Sitzung vor die Deputirten hintreten wollte und die bereits gedruckt an die Mitglieder vertheilt worden war, lag neben dem entseelten Körper Teleki's. Der Graf war 47 Jahre alt und nie verheirathet. (Köln. Ztg.)

Wien, 7. Mai. Eine Ankündigung des Präsidium des Abgeordnetenhauses (vor einigen Tagen nannte sich dasselbe noch k. k. Präsidium) beraumt die Sitzungen desselben anstatt auf den 8. Mai, wie früher bestimmt, auf den 11. Mai an. Sehr wichtige und lebhafte Unterhandlungen zwischen unserer Regierung und den Führern der ungarischen Bewegung finden in diesem Augenblick statt, und deren Erfolg soll erst abgewartet werden, bevor das Unterhaus über die Adresse in Berathung tritt. (D. Allg. Z.)

Wien, 8. Mai. Das unerwartet tragische Ende des Grafen Ladislaus Telely bringt gerade jetzt im entscheidend wichtigen Augenblicke der Verhandlungen und Unterhandlungen über die ungarische Frage einen Stillstand in denselben hervor und dürfte möglicherweise den Impuls zu einer neuen Wendung der Dinge geben. Die Partei der Lostrennung, der extremen Opposition bis zum offenen Aufstande, welche die eigentlichen Debatten des ungarischen Landtages mit einer regierungsfeindlichen Resolution eröffnen und den Munizipien und Komitaten die Bezahlung der Steuern an die Staatsbehörden verweigern wollte, verliert in Telely ihren Führer, ihr Haupt, durch welches sie mit der Emigration und dem Nationalitäten-Aufwieglungsbureau in den Tuilerien in unmittelbarer Beziehung stand. Dieser Umstand, daß Telely für die gemäßigte Partei und bis zu einem gewissen Grade auch für die Regierung in Wien zu einer so außerordentlich gelegenen Zeit starb, war Ursache, daß man in Pesth nach der ersten Nachricht von dem tragischen Vorfalle durchaus nicht an einen Selbstmord glauben wollte. Die näheren Umstände des Ereignisses aber lassen auch den mißtrauischen Magyaren keinen Zweifel mehr übrig, daß der Graf sich selbst entleibt habe. Die Ursachen des Selbstmordes sind allem Anscheine nach rein politischer Natur. Die Mehrzahl der Abgeordneten war im entscheidenden Augenblick von seinem Vorschlag, offen zur Steuerverweigerung aufzufordern, zurückgeschreckt. Zu gleicher Zeit machte sich im Volke, namentlich in den entfernteren Komitaten, eine entschiedene Reaktion gegen die Partei Telely bemerkbar. Die besitzenden Elemente, welche nach dem 20. Oktober gerade am lebhaftesten die Bewegung gefördert, fingen schon seit Längerem an gegen eine Politik zu reagiren, welche unfehlbar zum Bürgerkriege führen müßte. Der Eisenburger Komitat gab dieser Stimmung Ausdruck und sandte vor einigen Tagen an seine Abgeordneten in Pesth eine Adresse, in welcher er dieselben warnte, mit Teleki zu stimmen und erklärte, wenn dieses trotz der eingesendeten Warnung geschehen sollte, so würde der Komitat in einer besonderen Adresse an den König seine Abgeordneten desavouiren. Dies hatte Teleki nicht erwartet, und diese Enttäuschung mag seinen Entschluß gereift haben. — Graf Ladislaus Teleki war weder geistig hoch begabt, noch eine jener elementarischen Führernaturen, deren persönliches Auftreten und deren Rednergabe die tiefere staatsmännische Bildung ersetzen können. Eine eigenthümliche Verkettung von Umständen hatte ihn aber zum diplomatischen Vertreter der ungarischen Opposition und Emigration am französischen Hofe gemacht. Er war der eigentliche Repräsentant und Träger jener Politik, welche mit auswärtiger Hülfe in Ungarn eine Katastrophe herbeizuführen suchte. Hochfahrende Pläne, die durch Versprechungen von Paris aus genährt worden seyn mögen, bestärkten, auf der eingeschlagenen Bahn zu verharren. Als sich im letzten Monate die auswärtige Politik wesentlich änderte und eine ruhigere Haltung geboten schien, war Teleki nicht mehr im Stande, die entfesselten Elemente zu beherrschen, ihre Richtung zu ändern und doch an ihrer Spitze zu bleiben. Es handelte sich für ihn im letzten Augenblicke nicht mehr blos um den Sieg oder die Niederlage bei einer einzelnen Debatte, sondern darum, ob er der erste Mann im Lande oder eine politische Null werden soll. Die geheimen Adreßkonferenzen hatten sich gegen Teleki entschieden, Graf Zay hatte in einem fulminanten Artikel vor den Verführern gewarnt, welche Ungarn verlocken wollen, auf auswärtige Hülfe zu rechnen, und dabei förmlich auf Telely hingewiesen. Telely konnte diese Niederlage, diese Zertrümmerung seiner Hoffnungen und Pläne nicht ertragen und folgte dem Beispiel des Grafen Szechenyi. (Südd. Z.)

Wien, 10. Mai. Eine Deputation des Herrenhauses überreichte heute die Adresse desselben auf die Thronrede, die in geheimer Sitzung berathen worden war. Sie öffentlich zu berathen, hielten die Herren deshalb für unschicklich, weil dann der Kaiser

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 131.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Sonntag, 12. Mai 1861.

Deutscher Bund.

* Frankfurt, 10. Mai. In der vorgestrigen Bundestagssitzung erstattete der handelspolitische Ausschuß Vortrag über das Handelsgesetzbuch; er beantragte, der Kommission, die es ausarbeitete, sowie der bayerischen Regierung und dem Senat von Hamburg Dank zu sagen für die bundesfreundliche Aufnahme der Kommission, sodann alle Regierungen aufzufordern, dem Entwurfe eines allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches baldmöglichst und unverändert im geeigneten Wege Gesetzeskraft in ihren Landen zu verschaffen, sowie den Wunsch auszusprechen, daß die Regierungen mit der Anzeige über die Einführung des Handelsgesetzbuches die Bereitwilligkeit erklären möchten, etwa später als wünschenswerth erscheinende Abänderungen oder Ergänzungen dieses Gesetzbuches nicht einseitig, sondern vielmehr in derselben Weise, wie dasselbe in's Leben gerufen worden, zur Ausführung zu bringen. Bemerkenswerth ist hiebei die ausdrückliche Anerkennung, daß der Bundesbeschluß in den einzelnen Ländern erst dann Gesetzeskraft erlangt, wenn er dort verfassungsmäßig von der Volksvertretung berathen und verschiedet ist. — Eine Minderheit des Ausschusses (Hannover) wünscht einige Aenderungen anbringen zu können. Die Abstimmung über diese Anträge soll nach drei Wochen stattfinden. Bayern und Oldenburg machten im Hinblick auf den Bundesbeschluß vom 13. v. Mts. die Anzeige, daß sie, vorbehaltlich ständischer Zustimmung, geneigt seyen, den eine allgemeine Uebereinstimmung hinsichtlich der Wechselordnung bezweckenden Kommissionsvorschlägen ihre Zustimmung zu ertheilen.

Heidelberg, 8. Mai. Die vorberathende Kommission des deutschen Handelstages besprach in ihrer letzten Sitzung die Frage über Münzeinheit und die Einführung eines deutschen Handelsgesetzbuches. Sie empfiehlt als Mittel zur Erzielung eines einheitlichen Systems bei unsern gesetzlichen Zahlungsmitteln die Annahme einer Rechnungsmünze unter der Benennung Mark als Einheit, welche dem dritten Theil des Vereinsthalers und der Hälfte des österreichischen Guldens gleichkommt und in 100 Theile unter der Benennung Pfennige getheilt werden soll; sie empfiehlt also Beseitigung des süddeutschen Guldens, der Hamburger Mark und der Bremer Goldwährung, baldige Einziehung dieser Münzen, der Kronenthaler und anderer älterer Stücke, glaubt aber, den süddeutschen Gewohnheiten dadurch Rechnung tragen zu sollen, daß die Ein-, Drei- und Sechskreuzerstücke vorerst noch im Kurs bleiben. Hinsichtlich des Handelsgesetzbuches wird beantragt, für unveränderte Annahme desselben, wie es aus der dritten Lesung hervorgegangen, sich auszusprechen. (Schw. M.)

A **Bayern.** München, 10. Mai. (Privat-Korresp.) Die Aenderungen im Schulplan der Gymnasien, womit wir jüngst beglückt worden sind, haben im Ganzen genommen bei den Männern von Fach ebensowenig Anklang gefunden als die Neuerungen, mit denen vor wenigen Jahren diese Anstalten bedacht wurden. Auch in diesen neuen Bestimmungen wird den wirklichen Verhältnissen nicht die nöthige Rechnung getragen und scheinen die theoretischen Ansichten Solcher, die nie den Katheder bestiegen, vor den Erfahrungen der Praktiker den Vorzug erhalten zu haben. Anstößig ist namentlich auch hier das Mißtrauen, das gegen die Lehrer in einer für die Schüler augenfälligen, für erstere drückenden Weise gezeigt wird. Freilich könnten die Lehrer schon seit geraumer Zeit daran gewöhnt seyn durch das alljährliche Erscheinen der Visitationskommissäre, welches weit mehr einem Prüfen der Lehrer als der Schüler gleicht, und einen wahrhaften Nutzen bei der Kürze der zu Gebot stehenden Zeit doch nicht stiften kann, selbst wenn die Kommissäre stets die Fähigkeit und den guten Willen, den Dingen auf den Grund zu sehen, mitbringen. Aber nur zu oft ereignet es sich, daß ein Kommissär sein Gewicht und seine Bedeutung auf eine Weise fühlbar zu machen sucht, die dem Ansehen des Lehrers bei seinen Schülern den empfindlichsten Schaden zufügt. Das öffentliche Proklamiren der Note für jede mündliche Leistung, das jetzt vorgeschrieben ist, fodert die Schüler zu einer Kontrole über den Lehrer heraus, und kann jeden Augenblick zu den ärgerlichsten Reklamationen Anlaß geben. Die Vorschrift, daß diese Noten den Fortgang mitbestimmen sollen, nöthigt den Lehrer zu einer mechanischen Art von Unterrichten und Examiniren; er muß jeden Schüler gleich oft aufrufen u. s. w. Und am Ende kann die Gleichheit, die dadurch erzielt werden soll, doch vom Lehrer selbst ganz leicht in der Art illusorisch gemacht werden, daß er den Einen etwas Schwereres, den Andern etwas Leichteres fragt. Wann wird man endlich einsehen, daß es besser ist, tüchtige Männer anzustellen und diesen freie Hand zu lassen, als durch eine kleinliche quälerische Kontrole die ersprießliche Thätigkeit der Lehrer zu lähmen! Wo Einer sich unfähig oder parteiisch zeigt, da schreite man streng ein, aber man behandle nicht alle Lehrer von vornherein so, als seyen sie unfähig oder parteiisch. Oder hat etwa das bisherige System es im geringsten verhindert, daß unfähige, parteiische Lehrer doch ihr Wesen treiben zum großen Schaden der Schüler? Exempla sunt odiosa.*)

In der letzten Sitzung der Kammer der Abgeordneten stellte der Vorstand der kgl. Bergwerks- und Salinen-Administration, v. Hermann, seine Unterbeamten in einer eigenthümlichen, wenig schmeichelhaften Weise blos, indem er u. A. von der Unmöglichkeit, die Beamten genau zu beaufsichtigen und die vorkommenden Mißgriffe und Unterschleife zu beseitigen sprach, was natürlich nicht verfehlen konnte, eine allgemeine Indignation hervorzurufen und konsequenter Weise nicht ganz ohne Rückwirkung auf den Leiter dieser Staatsanstalt bleiben kann. Diesem Mißtrauensvotum gegenüber fand sich weder aus der Zahl der Abgeordneten, noch auch vom Ministertische her ein Vertheidiger des Hrn. v. Hermann. (Isar-Ztg.)

München, 10. Mai. Dem Hofmarschall Sr. Maj. des Königs, Generalmajor Grafen v. Butler-Clonebough, wird auf seine gestellte Bitte im nächsten Armeebefehl eine der erledigten Brigadekommandostellen übertragen werden; als künftiger Hofmarschall wird der Oberstkommandant eines hiesigen Regiments genannt. — Zufolge Finanzministerialentschließung wird das Sommerbier im Hofbräuhause zu $7^1/_2$ kr. verleitgegeben. Das Sommerbier wurde im Hofbräuhause seit 1844 stets um $^1/_2$ kr. unter dem Tarife abgegeben, und da es scheint, daß die städtischen Bräuer allgemein auf den Preis von 8 kr. einzugehen gesonnen sind, so ist vermuthlich zur Herstellung des während 16 Jahren bestandenen Verhältnisses obige Ermäßigung auf $7^1/_2$ kr. angeordnet worden. Der Sommerbiervorrath des Hofbräuhauses ist heuer ein weit größerer als im Vorjahre. — Gestern Nachmittag hielt der Verein für körperliche Ausbildung auf dem freundlich geschmückten Turnplatz in der Müllerstraße zur Jahresfeier seiner Stiftung großes Festturnen und Abends gesellige Unterhaltung im Saale des Glasgartens, wo Musik und Gesangsvorträge mit Reden abwechselten. Unter den zahlreichen Gästen aus allen Ständen befand sich auch der Abg. Prof. Edel. Einer der Turner ehrte das Verdienst dieses Abgeordneten, welches er sich um die deutsche Turnerei durch seine jüngste Befürwortung derselben in der bayerischen Kammer erworben, mit einigen herzlich dankenden Worten und die Anwesenden brachten ihm ein dreifaches Gut Heil. Hr. Abg. Edel erwiderte diese Ehrenbezeugung mit einer kurzen Rede, in welcher er auf das Beispiel Arndt's und Jahn's hinwies (deren Bildnisse den Saal schmückten), die mit ihren Liedern, Reden und durch ihr gesammtes Wirken für die Einheit und Freiheit des Landes wirkten. Mit diesen Männern habe er in der Paulskirche gesessen; das Werk, das man dort geschaffen, sey mißlungen, dem deutschen Volke sey

*) Die Redaktion würde es mit großem Dank annehmen, wenn ihr von sachkundiger Hand eine Besprechung des Schulplanes unsrer Gymnasien mitgetheilt würde, dessen Fehler leider nur zu zahlreich sind.

dürfe ja kein Beamter, kein Geistlicher, kein Adeliger, überhaupt Keiner, der deutsch versteht, sondern nur Einer aus ihrer Mitte gewählt werden. Es waren Kandidaten aus allen den genannten Ständen vorhanden, sie sind aber sämmtlich mit Glanz durchgefallen. Nach der Wahl versammelten sich die Bauern um ihren Abgeordneten, und gaben ihm die Weisung, im Landtage folgende vier Punkte durchzusetzen: 1) Keine Steuern; 2) möglichst wenige Beamte; 3) Jagdfreiheit; 4) die Geistlichen brauchten auch nicht Alles, was sie haben. Solche und ähnliche Geschichten hört man gegenwärtig genug. Das Landvolk in hiesiger Gegend ist eben noch bedeutend in der Kultur zurück.

Großbritannien.

London, 8. Mai. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses beantragte **Maguire** die Vorlegung der die Zustände auf den **jonischen Insel** betreffenden Schriftstücke und vertheidigte die jonischen Losreißungsbestrebungen kraft Lord J. Russell's Theorie von den Nationalitäten. **Gladstone** entgegnete, die Vorlage sämmtlicher Papiere sey unstatthaft. Joniens Verhältnisse seyen denen Italiens unähnlich, und der europäische Friede erheische das englische Protektorat daselbst. England hätte das Protektorat über die jonischen Inseln aus Gründen allgemeiner Wohlfahrt übernommen und sey in dieser Beziehung Verpflichtungen gegen Europa eingegangen, und seine Oberherrschaft werde sehr großmüthig ausgeübt. Nachdem noch Layard, Monsell, Fortscue und Andere das Wort ergriffen, erklärte Lord **Palmerston**, diese Debatte sey ersprießlich, weil sie den Joniern die Sympathien des englischen Parlaments beweise. England wolle das Glück Joniens. Die Annexation an Griechenland wäre ein Unglück für diese Inseln, und England erfülle eine Pflicht, indem es dieselbe daran verhindere. **Maguire** zog hierauf seinen Antrag zurück.

* Nach Briefen, welche der „Patrie" aus London zugehen, hat die Admiralität einen offiziellen Bericht über den Stand der Küstenbefestigung Großbritanniens am 1. Mai erhalten. Es geht daraus hervor, daß die englischen Küsten jetzt in 11 Bezirke strategisch abgetheilt sind. Jeder dieser Bezirke steht unter den Befehlen eines Linienschiffskapitäns, der ein zahlreiches Personal, so wie feste und mobile Vertheidigungsmittel zu seiner Verfügung hat. Die festen Vertheidigungsmittel bestehen aus wohlangelegten Strandbatterien mit Armstrongs, die einen weiten sichern Nothhafen, mit starken Vertheidigungswerken, Magazinen, Werften 2c. zum Mittelpunkt haben. In demselben befinden sich ein Schraubenlinienschiff, das sogenannte block-ship mit der Flagge des Bezirkskommandanten, Kanonenböte und schwimmende Batterien. Die mobilen Vertheidigungsmittel sind die Linientruppen, Milizen, Freiwilligen und Küstenzollwächter. Eine wichtige Reserveflotte, Kanalflotte genannt, aus 10 Schraubenlinienschiffen bestehend, vervollständigt dieses Vertheidigungssystem.

Frankreich.

Paris, 6. Mai. Wir haben zuverlässige Nachrichten aus den offiziellen Kreisen Londons, welche uns in der Meinung bestärken, daß das Londoner Kabinet, obgleich es jetzt noch immer thut, als werde es auf der vollkommenen Einhaltung des Vertrages wegen der syrischen Besetzung durch Frankreich fest bestehen, in der entscheidenden Stunde die Hand zu einer Konvention bieten will, welche dem Kaiser erlauben wird, zum Mindesten einen Theil seiner Truppen in Syrien zu lassen. England rüstet sich zu einem Kampfe bis aufs Messer mit Frankreich; aber es fürchtet diesen Kampf mehr, als es ihn wünscht, und nicht wegen Syrien wird es die große Karte ausspielen. (N. Pr. Z.)

Auch **Dupin** der Aeltere hat eine Broschüre in Erwiderung auf die Aumale'sche drucken lassen, worin er die Orleans, seine Wohlthäter, auf's Rücksichtsloseste beschimpft. Ein kleiner Rest von Schicklichkeitsgefühl hielt den Verfasser ab, sein Werk im Buchhandel zu veröffentlichen; er „begnügte" sich, die Auflage an seine Freunde und neuesten Gönner zu vertheilen!

Italien.

Die Republik **San Marino**, die auch von Viktor Emanuel respektirt wurde, hat General Garibaldi zum Bürger ihrer Stadt ernannt; Brofferio, dem vor längerer Zeit schon diese Auszeichnung zu Theil geworden ist, hat den Auftrag erhalten, Garibaldi das von den Oberbehörden San Marino's unterzeichnete Diplom zu überreichen.

Neueste Nachrichten.

Pesth, 8. Mai, Mittags 12 Uhr. Teleki liegt halb angekleidet auf dem Boden seines Schlafzimmers. Der Zustand des Bettes zeigt, daß der Graf sich des Morgens entleibte. Auf dem Tische steht eine offene Pistolen-Kassette. (Nürnb. Korr.)

Genua, 8. Mai. Die Generale Dürr, Durando, Sonnaz, Pammaretto und della Chiesa sind gestern Abends nach Neapel abgegangen. Graf Ponza di San Martino, welcher die Leitung der dortigen Statthalterschaft an Nigra's Stelle übernimmt, ist hier eingetroffen. (Tel. d. Ostd. Post.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	—
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	61¼ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	52½ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	48½ G.
„	4½ pCt.	39¾ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	88⅛ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. R. (C. b. R.)	102⅜ G.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102 G.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100⅜ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100⅜ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95¼ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	102¾ P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	94¾ G
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	101¼ G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94½ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	99¾ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	99 P.
„	3 pCt. Obl.	92 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	48¾ P.
„	1¾ pCt. „ „ „	42¼ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	98⅝ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	109½ P.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	601 G.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	135 G.	
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	184 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	72½ G.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	71⅝ P.	
Internationale Bank in Luxemb. . .	83 P.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	319 P.	ex D.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	68 P.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	232 P.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118½ P.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73¾ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	22 P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	133⅞ P.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	99¾ P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51⅝ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	234½ P.	exC.
Span. Handels- u. Industrie . . .	515 P. 510 G.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	488 P.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	104 P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. 100½ G.	

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amsd. fl. 100 k. S.	99⅜ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B. 99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅛ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	87¾ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105⅛ B.
London Lst. 10 k. S.	117⅞ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅛ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	80¼—½ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	77½ G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	49½ P. ¼ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	60⅞ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	131 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	58⅛ P.	„ fl. 25 do.	35¼ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	94¼ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	35 P.
4½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	118½ G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	49 G.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	37¼ P.
Badische fl. 50	90¼ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10⅛ G.
Badische fl. 35	53⅛ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅝ G.

Frankfurt, 10. Mai. Für österr. Fonds und Industrie-Aktien zeigte sich viele Kauflust zu höheren Kursen und das Geschäft in denselben war von großem Umfang. Auch Wechsel auf Wien in allen Sichten besser. Die übrigen Fonds und Aktien fest und preishaltend. (Synd.)

ung aufrecht erhalten wird; auf welchen gesetzlichen Bestimmungen beruhen diese polizeilichen Maßregelungen; wie bald gedenkt das Ministerium ein Gesetz über die Unverantwortlichkeit und Unverletzlichkeit der Abgeordneten zur verfassungsmäßigen Genehmigung vorzulegen?" (B. Börs.-Ztg.)

Wien, 7. Mai. Hiesige Blätter melden: „Die hier ansäßigen Tyroler haben im Laufe des vorgestrigen Tages ihren Landsleuten, den Reichstagsabgeordneten aus Tyrol, eine mit mehr als 150 Unterschriften versehene Adresse überreicht, worin das Vorgehen des Tyroler Landtages in der konfessionellen Frage entschieden getadelt und der Wunsch ausgesprochen wird, daß die Herren Abgeordneten den Fehler, wenn jener Gegenstand im Reichsrathe zur Sprache kommen wird, durch eine liberale und dem Zeitgeiste entsprechende Ansicht wieder gut machen mögen." (N. M. Z.)

= Wien, 8. Mai. (Privat-Korresp.) Herr v. Schmerling war gestern und vorgestern in der Adreßkommission des Abgeordnetenhauses und gab nur nichtssagende Erklärungen. Die Regierung könne sich noch nicht aussprechen, da Alles von der ungarischen Konstellation abhänge, man möge abwarten, das Beste sey zu hoffen, und die Regierung appellire an die Loyalität der Abgeordneten, daß diese sie nicht drängen werden. — In Groß-Becskerek hat das Titler Grenzbataillon, das sich dort seit dem 28. v. M. zur Steuereintreibung befindet, eine vortreffliche Aufnahme gefunden. Es wurden in die Häuser der Steuerrestanten Kommando's von 10—20, ja nach brieflichen Mittheilungen bis 50 Mann gelegt. Die Soldaten wurden aber von ihren unfreiwilligen Gastgebern nicht nur mit dem Besten, was Küche und Keller zu bieten vermochten, bewirthet; man holte auch Zigeuner herbei, die ihnen ihre schönsten Csardate aufspielen mußten. Es mag so manchem der braven Grenzer unter diesen Umständen der Abschied von Becskerek nicht leicht geworden seyn: aber am 4. ward zum Aufbruche geblasen, nachdem schon vorhergehenden Tags so ziemlich die letzten Steuerrückstände eingegangen waren. — Das Neugrader Komitat hat beschlossen, alle seine Angehörigen zu entschädigen, die durch die militärische Steuereintreibung zu Schaden kommen.

Wien, 8. Mai. Das bereits erwähnte Schreiben des Finanzministers v. Plener an die Wittwe des Frhrn. v. Bruck lautet, wie folgt: „Hochwohlgeborne Frau! Der Hintritt Ihres Herrn Gemahls, des gewesenen Finanzministers Frhrn. v. Bruck, aus seinem thatenreichen Leben hat in den weitesten Kreisen den Eindruck des tiefsten Schmerzes in erschütternder Weise hervorgerufen. Eine sehr peinliche Verbitterung wurde aber in die damalige Lage dadurch gebracht, daß manche von Mißtrauen erfüllte Gemüther das traurige Ereigniß mit jenen Gerichtsverhandlungen in Verbindung zu bringen suchten, welche zu jener Zeit einen Gegenstand der allgemeinen Aufmerksamkeit gebildet haben. Die ununterbrochen ihren Weg gehende Justiz, die mit größter Oeffentlichkeit und ohne jede Rücksicht auf Personen geführten Prozeßverhandlungen waren geeignet, in dieser Hinsicht die öffentliche Meinung bereits vollständig aufzuklären und jedem unbefangenen Beurtheiler die Ueberzeugung zu verschaffen, daß die Integrität des Charakters und die Reinheit der Amtsführung des gewesenen Finanzministers von dem Gegenstande jener Verhandlungen gänzlich unberührt geblieben ist. Gleichzeitig war mir als Amtsnachfolger des Frhrn. v. Bruck häufig die Gelegenheit geboten, die von demselben geleiteten großen und wichtigen Staatsgeschäfte einer eingehenden und genauen Prüfung zu unterziehen, und mir hierbei die begründete Ueberzeugung von der vollkommen aufrechten und nur durch die Interessen des Staats geleisteten Dienstgebahrung des Verstorbenen zu verschaffen. Von diesen Betrachtungen geleitet, habe ich es für meine Gewissenspflicht erachtet, Schritte in der Richtung zu thun, damit die Makellosigkeit des Namens des verstorbenen Finanzministers durch eine thatsächliche Kundgebung von Seite der Regierung wieder hergestellt werde. Ich habe mich daher in tiefster Unterthänigkeit an die unbeschränkte Gnade Sr. k. k. apost. Majestät gewendet und gestützt auf die von dem Verstorbenen unter den schwierigsten Verhältnissen geleisteten treuen und ausgezeichneten Dienste, mir den allerunterthänigsten Antrag auf die allergnädigste Bewilligung einer Pension für Euer Exzellenz ehrfurchtsvoll erlaubt. Ueber diesen allerunterthänigsten Antrag haben Se. k. k. apostolische Majestät mit allerhöchster Entschließung vom 18. April d. Js. sich in Gnaden bewogen gefunden, Euer Exzellenz eine Pension im Betrage von jährlichen 3000 fl. vom Tage dieser allerhöchsten Entschließung zu bewilligen. Indem es mir zur wahren Befriedigung und lebhaften Freude gereicht, Euer Exzellenz von diesem Beweise der allerhöchsten Gnade Sr. Majestät in Kenntniß setzen zu können, beehre ich mich rc. rc." (Allg. Ztg.)

Innsbruck, 6. Mai. Der „Tiroler Bote" enthält in seiner heutigen Nummer nachstehende Notiz: „Abermals sind dem Landtagsabgeordneten Dr. Haßlwanter Ehrenbürgerdiplome, und zwar von den Gemeinden Telfs und Seefeld für seine mannhafte Haltung in der Religionsfrage, welche in beiden besonders hervorgehoben ist, zugekommen." Haßlwanter erklärte sich nämlich gegen die Zulassung von Protestanten in Tirol, und mit ihm stimmte die Mehrheit des Landtags.

In Pesth sollte am 8. Mai die Adreßdebatte beginnen. Aber am Morgen des 8. Mai wurde die Stadt von einer Trauerbotschaft erschüttert, und kaum hatte der Präsident Ghyczy die Sitzung eröffnet, als er der Versammlung anzeigte, es bestätige sich, daß Graf Ladislaus Teleki in seinem Hause todt in seinem Bette gefunden worden sey. Diese Trauerbotschaft rief einen allgemeinen Schrei des Entsetzens im Saale hervor; auf den Tribunen fielen ungarische Damen in Ohnmacht und wurden bewußtlos fortgetragen. Deak stellte mit dumpfer Stimme und die Augen mit Thränen gefüllt den Antrag, die Sitzungen bis zum Montag zu vertagen. (K. Z.)

* Einem Privatschreiben aus der Nähe von Brünn entnehmen wir folgende Mittheilung über die Wahlen zu dem Landtage in Mähren: „Ich bin froh, daß die Landtagswahlen zu Ende sind; denn sie waren seit Monaten der einzige Stoff unserer Zeitungen und Gespräche. Es sind auch viele komische Geschichten dabei vorgekommen. So haben in meiner nächsten Nähe die Bauern einen Stockböhmen, der kein Wort deutsch versteht, in den mährischen Landtag gewählt, von dem Grundsatze ausgehend, es

---

kann gehen. Uns sollte es aber noch ärger als dem Mohren ergehen, da man uns niemals eine Weisung gab, ob, wann, wie und wohin wir gehen sollen. Es ist ein in der Geschichte einzig dastehendes Beispiel, daß Regierungsorgane, welche weder durch eine Revolution, noch durch eine Invasion, sondern durch den Willen und Auftrag der Regierung selbst aufgelöst wurden, ohne alle Instruktion und nur ihrem eigenen Ermessen überlassen blieben, ob, wann und wie sie dem Drange der Umstände weichen sollen. Außer der Verständigung über den Dienstantritt des ungarischen Hofkanzlers und des Tavernicus erhielten wir gar nichts. Alles Uebrige erfuhren wir nur aus den Zeitungen. Ich hatte meine Amtsführung übergeben, machte meine Berichte, wartete auf deren Erledigung und konnte dann gehen. Doch wie sollte ich meine armen kleinen Kinder den gefährlichen Eventualitäten einer langen Reise bei 20 Grad Kälte aussetzen? Es war herzbrechend, wenn ich deutsche Beamte, die nicht länger warten konnten oder wollten, mit Frauen und kleinen Kindern wie flüchtige Uebelthäter meinen Wohnort passiren sah. Manche erlagen der geistigen, durch die Besorgnisse für eine ungewisse Zukunft gesteigerten Aufregung, manche den körperlichen Mühseligkeiten; aber unaufhaltsam ging es fort — fort, hinaus in die starre Kälte von 20 Grad! fort aus dem Lande, in das wir nur gezwungen gegangen waren, fort aus dem Lande, dem wir unsere besten Jahre, unsere besten Kräfte geopfert, nur fort, aber wohin? etwa in die Heimath? wir hatten keine! wie konnten gehen, wir heimathlosen, beschäftigungslosen Flüchtlinge! Nach 20 im Studium, und weiteren 20 im Dienste zugebrachten Jahren standen wir im Begriffe, eine neue bisher unbekannte Gattung von Proletariern zu bilden. Selbst die wüthendsten Gegner der Schwaben und ihres Regimes fühlten Mitleid; aber von dort, woher man Hülfe oder doch Trost, wenigstens Aufklärung über die künftige ungewisse Existenz erwartete, von dort kam nichts, nicht ein Wort!"

Wäre es dem Verfasser zu verdenken gewesen, wenn er mit dieser blutigen Anklage gegen das Ministerium Goluchowski geschlossen hätte? Was hätten die Träger dieses unglücklichen Systemes wider solche verdammende Wahrheiten zu sagen vermocht? Um so rührender ist es daher, daß die Schrift mit folgenden Worten endigt: „Doch nein, ich schließe mit den Worten der Vorrede: Hoffnung auf baldige Verbesserung unserer Lage, Vertrauen auf Jene, von denen diese Verbesserung abhängt, und aus tiefstem vollstem Herzen ein dreifaches Hoch unserm Herrn dem Kaiser!" — Es ist nicht die kleinste unter den vielen schweren Aufgaben, welche dem Ministerium Schmerling zugefallen sind, das an den deutschen Beamten in Ungarn begangene Unrecht zu sühnen, und liegt in der Natur der Sache, daß nicht Alles wieder gut gemacht werden kann, daß es im besten Falle nur langsam geht. Schon zeigen jedoch Beispiele, daß es an dem guten Willen nicht fehlt, und daß Bildung, Ehrenhaftigkeit und Verstand auch in dieser Beziehung die Stelle von Brutalität und Beschränktheit eingenommen haben. (Zeit.)

ausgeben wolle, aber der „Volksbote", der dieselbe sicher kennt, bringt heute einen Artikel, welcher gleichfalls darauf hindeutet, daß eine Agitation von Tölz ausgegangen sey, und daß sie nur einen geringen Erfolg gehabt habe, und dieses Blatt hält die Aufregung für eine gemachte. Ich stimme deshalb für den Beschluß der andern Kammer, weil man sicher aus dem Votum der Abgeordneten die im Lande vorherrschende Stimmung besser erkennen kann, als aus den 14 auf „gemachte" Weise entstandenen Eingaben. . . . . Wenn ich nun auch das innerste Motiv deutlich aussprechen soll, aus welchem ich mich für den Beschluß der Kammer zu stimmen verpflichtet erachte, so ist es sicher nicht die Neigung, mich durch den Zeitgeist bestimmen zu lassen, oder von der Furcht, ich bin vielmehr als einer berüchtigt, der sich wenig um die aura popularis kümmert, es ist vielmehr die wahrhaft christliche Sitte und Gesinnung, von der aus allein den Israeliten in Bayern diejenigen Rechte gewährt werden sollen, welche für sie in der Kammer der Abgeordneten beantragt worden sind, und hiebei hebe ich eine Erinnerung hervor, die freilich fast zu heilig ist, um in einer politischen Diskussion benützt zu werden — die Erinnerung, welche vielleicht die am wenigsten verstehen, für welche ich spreche, die Erinnerung an einen, der einst sterbend für sein Volk gebetet." Frhr. v. Thüngen ist für den Ausschuß-Antrag, durch den den Juden nicht zu viel gewährt werde. Wenn der Staat den Juden gerecht wird, erobert er sich 50,000 treue Unterthanen; jetzt ist der Jude ein natürlicher Feind der Staatseinrichtungen, die ihn verkürzen, und daß er ein gefährlicher Feind werden kann, hat das Jahr 1848 bewiesen, wo ein großer Theil der Juden sich die Presse dienstbar zu machen wußte. Redner erinnert an ein Beispiel aus der neuesten Zeit, wie die Juden in Savoyen mit Freuden für den Anschluß an Frankreich stimmten, das ihnen gleiche Rechte wie den andern Bürgern einräumte. Eben so entschieden erklärt sich Redner gegen das absolute Veto und würde es tief beklagen, wenn dieses Recht der Krone an die Gemeinden überginge, ganz abgesehen davon, daß sich die Juden schlechter als bisher dabei befinden würden. Fürst Hohenlohe widerlegte in seiner Schlußäußerung die für das Gemeindeveto geltend gemachten Gründe; er hält es für unnöthig, für unpolitisch, und nationalwirthschaftlich nicht zu rechtfertigen. Wenn man gesagt habe, daß die christliche Bevölkerung verarme, wo Juden sich niederlassen, so wolle er an Städte wie Fürth, Ansbach, Gunzenhausen erinnern, und daran, daß selbst Nürnberg, welches durch Jahrhunderte die Juden ausgeschlossen, sein Recht freiwillig aufgegeben habe. Das Veto sey aber auch kein Schutz gegen die Juden; bei den jetzigen Verkehrsverhältnissen brauche man an einem Orte nicht ansässig zu seyn, um dort täglich Geschäfte zu machen. In der gesammten Presse habe sich keine Stimme, selbst nicht einmal der „Volksbote", für das beantragte Veto ausgesprochen. Wenn man sage, daß die Juden sich nicht mit den Christen vermischt haben, so sey ihm das gerade von der Seite, die es heute geltend gemacht, nur komisch vorgekommen. Die Ehen zwischen Juden und Christen gereichten dorthin nur zum Aergerniß. Was die Juden hinter dem Pfluge betreffe, so gebe es im Landgerichte Werneck eine Gemeinde, deren halbe Flurmarkung Eigenthum von Juden sey und von diesen selbst bestellt werde; daß die Juden nicht Lust haben, einzeln Landwirthschaft zu treiben, das werde, wer unsere Bauern kennt, sehr begreiflich finden. „Ich theile, schließt der Redner, die Vorliebe für die Autonomie der Gemeinden, und wünsche, daß sie, wozu sich vielleicht bald die Gelegenheit ergibt, von der Seite, die heute für sie kämpft, nicht möge verläugnet werden; doch darf diese Autonomie nicht zu mittelalterlichen Zuständen zurückführen. Wie die alten Burgen, so sind vor der jetzigen Zeit auch die Mauern der Städte gefallen; wir Aristokraten denken nicht an die Wiederherstellung unserer Festungen, mögen die Städte einer gleichen Nachgiebigkeit sich befleißigen."

Preußen. Ueber die Flucht des Polizeiobersten Patzke schreibt die „Magd. Ztg.": „Privatim wird uns noch gemeldet, daß Patzke mit einem Kaufmanne entflohen seyn soll, dessen Namen wir vorläufig noch zurückhalten, wie glaublich die Sache auch ist. Bekanntlich hat Eichhoff den Stand der Schutzmannspensionskasse und die Anlegung ihrer Fonds in städtischen Gebäuden und in Rummelsburg auf's äußerste angegriffen und bemängelt. Seine Anschuldigungen wurden dadurch entkräftet, daß die nach Eichhoff mit übertriebenen Preisen bezahlten Häuser schnell noch theurer verkauft und die Schutzmannskasse auf dem Papier in eine glänzende Lage gestellt wurde. Der Käufer soll aber nicht solvent gewesen seyn und jetzt mit Patzke zusammen die Wege Ohm's nach dem Waldeck'schen Prozesse wandeln."

Hannover. Hannover, 5. Mai. Auch gegen die städtischen Beamten, welche der Versammlung vom 8. April beiwohnten, ist jetzt Disziplinar-Untersuchung eingeleitet. So gegen unsern ersten Stadtsekretär, Hrn. Merkel, und gegen einen Senator von Harburg, Hrn. Dörl. Da diese Untersuchungen das Resultat der Strafbarkeit nicht haben können, so werden sie nur einschüchternd auf schwache Gemüther wirken. (D. Allg. Z.)

õ **Freie Städte.** Frankfurt, 9. Mai. (Priv.-Korr.) Die berühmte vom Brüsseler „Sancho" zuerst veröffentlichte Broschüre „Nouvelle lettre sur l'histoire de France", Monographie de M. Napoléon Bonaparte (Jérôme), welche im Verlage der Keller'schen Buchhandlung dahier heute in französischer und deutscher Ausgabe vorgestern erschienen ist, findet so starken Absatz, daß bis zum Abend schon die ganze Auflage von 1000 Exemplaren verkauft war und noch in der Nacht eine zweite begonnen werden mußte. Wie es scheint, werden noch von auswärts so viele Bestellungen eingehen, daß innerhalb acht Tagen auch von dieser Broschüre mindestens 20,000 Exemplare abgesetzt seyn werden. — In demselben Verlage erscheinen auch die ausführlichen Verhandlungen vor dem Pariser Gerichtshofe im Prozesse gegen den Verleger und Drucker der bekannten Aumale'schen Broschüre.

Oesterreich. Wien, 7. Mai. In den Abgeordnetenkreisen zirkulirt folgende Interpellation an das Staatsministerium, deren Ankündigung in den nächsten Sitzungen erwartet wird: „Ist es richtig, daß noch zur Zeit Internirungen aufrecht erhalten werden, welche unter dem früheren Ministerium verhängt worden sind; ist es insbesondere wahr, daß selbst gegen den einen zum Landtags-Abgeordneten gewählten Staatsbürger die Internir-

---

Ungarische Zustände.

(Schluß.)

Doch, so widrig und roh dies nun auch Alles ist, so begreift es sich wenigstens. Bis zu einem gewissen Grade hatten die Ungarn Recht, wenn sie zürnten, als Eroberte und Besiegte behandelt zu werden; und man kann es ihnen nicht ganz verdenken, wenn sie an den deutschen Beamten und an der ihnen fremdartigen Verwaltung keine Freude hatten. Ihrer bloßen Halbkultur aber ist es zuzuschreiben, wenn sie das ihnen gebrachte Bessere nicht erkannten und sich durch die Vergleichung nicht zu einer Beschämung über ihre eigene Unfähigkeit und bodenlose Wirthschaft bestimmen ließen, sondern vielmehr ihrem Uebermuthe und ihrer Ungezogenheit die Zügel schießen ließen. Geradezu unbegreiflich aber ist das Verhalten der Regierung gegen ihre eigenen Organe, gegen die Männer, welche sie selbst in das Land gesendet hatte, um die von ihr beschlossene Reichseinheit durchzuführen. War unter diesen auch mancher schlecht Ausgewählte, und gelang es solchen nicht, Achtung zu erwerben, so war dies doch keineswegs die Regel. Auch ist es eine völlig falsche Annahme, als habe man überhaupt nur Unfähige und Anbrüchige hingeschickt; vielfach waren es im Gegentheile gerade die brauchbarsten und strebsamsten Männer. Selbst das kann nicht zur Entschuldigung vorgebracht werden, daß sich diese Beamte um die gewagte Stellung freiwillig gemeldet haben, somit auch die üblen Chancen haben in Rechnung nehmen müssen; Viele wurden ganz ohne ihr Zuthun hingesendet, wie z. B. unser Verfasser, welcher bei einem Gerichtshofe in den deutschen Provinzen bereits Assessor gewesen war und an der Reihe zu weiterer Beförderung stand. Alle wurden nun aber gleichmäßig bei dem Zusammenbrechen des Systems im Stiche gelassen und, man darf wohl sagen in unerhörter Weise, preisgegeben. Nicht bloß, daß sie ohne allen Schutz gegen oft barbarische Mißhandlungen gelassen wurden, sondern sie erhielten auch nicht einmal irgend eine Anweisung, was sie zu thun und zu lassen, wie sie sich in der schwierigen und höchst verantwortlichen Lage zu benehmen haben. Kein Wunder, daß sich auch unser Verfasser mit großer Bitterkeit über dieses ganze Verfahren des jetzt abgetretenen Ministerium äußert. „Unser durchlauchtigster Generalgouverneur", sagt er, „dieser Sohn eines Helden und selbst ein Held, mit dem guten Herzen eines Kindes, wurde abberufen und das Septemberpatent, dem man sich nicht aus religiösen, sondern aus politischen Gründen entgegensetzte (man wollte und mußte eben um jeden Preis opponiren), zurückgezogen. Wir Schwaben wußten, woran wir waren. Das System, zu dessen Trägern man uns gepreßt hatte, war aufgegeben und wir geopfert. Der verstärkte Reichsrath trat zusammen und zog die Beamten überhaupt, namentlich aber die Deutschen in Ungarn, in den tiefsten Koth herab. Nach unserer Dienstvorschrift durften wir uns nicht vertheidigen und mußten vor ganz Europa alle Schmach über uns ausgießen lassen. Der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan, der Mohr

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 130.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Schrift	58. Jahrgang.	oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 11. Mai 1861.

*** Zur ungarischen Frage.

Obschon der Selbstmord Teleki's eine abermalige Hinausschiebung der ungarischen Adreßdebatte veranlaßt hat, liegt uns doch bereits eine ausführliche Inhalts-Angabe der, wie man weiß, seit Langem vollständig ausgearbeiteten Rede Deaks vor, welche dieser eben halten wollte, als die erschütternde Kunde im Unterhause einlief. Die über diesen Vortrag eingelaufene Depesche bestätigt die Behauptung derjenigen ungarischen Blätter, welche von vorne herein sagten, Deak werde so viel begehren, daß Graf Teleki unmöglich mehr begehren könne. Auch Deak verlangt nämlich, daß Ungarn mit den deutsch-slavischen Ländern der österr. Monarchie nur durch die Personal-Union verbunden seyn, d. h. daß es nur die Person des Fürsten mit denselben gemeinsam haben solle. Er verlangt demnach als Vorbedingung jeder weitern Verhandlung mit der Regierung ein eigenes verantwortliches Ministerium für Ungarn (das also wohl auch einen besonderen Finanz- und Kriegsminister für Ungarn umfassen soll). Der Unterschied zwischen Deak und Teleki besteht aber darin, daß Letzterer dieselben Forderungen zum Ausgangspunkt weiterer Pläne machte, die auf das Losreißen Ungarns von Oesterreich hinausliefen, während Deak will, daß Ungarn auf der angegebenen Grundlage ehrlich seinen Frieden mit der Wiener Regierung mache. Und letztere wird gut thun, hierauf einzugehen. Sie bekommt jetzt wenig, sehr wenig, die Einheit des Reichs besteht nach Deaks Aufstellung fast nur dem Namen nach; aber mehr als die Personal-Union sind die Ungarn rechtlich nicht schuldig; was darüber hinausgeht, hängt von ihrem guten Willen ab, und der findet sich vielleicht später doch noch; es kommt wohl noch die Zeit, wo auch sie es einsehen, daß es gut seyn möchte, den Reichsrath in Wien zu beschicken. Sie jetzt dazu zu zwingen, hat ja die Wiener Regierung nicht einmal die Macht. Möglich, daß den Ungarn die bessere Einsicht in den Wirrwarr der Verhältnisse, der ihnen jetzt schon über den Kopf zu wachsen droht, rascher kommt, als man denkt. Einen Fingerzeig hiezu gibt ein Bericht der „Südd. Ztg." aus Wien, worin es u. A. heißt: „Die Selbstüberhebung der Majorität der Magyaren muß, wenn sie gebrochen werden soll, durch irgend eine Reihe von Ereignissen, welche ihre numerische Schwäche gegenüber den andern im Lande wohnenden Stämmen klar ad oculos demonstriren, gebrochen werden. Die Ungarn müssen selbst in ihrem eigenen Königreiche in einen Kampf zwischen Centralisation und Föderalismus verwickelt werden, um die Lage der Regierung in Wien würdigen zu lernen. Eine derartige bittere Erfahrung wird der „souveränen Nation" unter dem bunten Völkergemenge jenseits der Leitha nicht erspart werden. Der Anfang dazu wird bereits gemacht. Die Serben der Woiwodina verlangen soeben in Wien durch den General Philipovich vermöge ihrer in Carlowitz vereinbarten Beschlüsse gegenüber der Krone des heiligen Stefan, ebenfalls wie die Ungarn bei ihren Prätensionen sich auf das verbriefte geschichtliche Recht stützend, eine territoriale und nationale Sonderstellung, welche im Königreiche bisher unerhört war und die Souveränetät der Magyaren und der magyarischen Sprache beseitigen, die Geltung der magyarischen Rechtsinstitutionen auf dem Boden der Woiwodina geradezu in Frage stellen würde. Der Pesther Landtag wird diese Forderung, welche die Wiener Regierung ohne Gefahr sanktioniren könnte, schwerlich berücksichtigen, weil er dadurch eine arge Lücke reißen würde in die mühsam mit so großen Kämpfen und so vielem Blutaufwande den Serben 1848 aufgezwungenen Verfassungsneuerungen. Die Magyaren können diese Forderungen schon deßhalb nicht berücksichtigen, weil, wie der „Naplo" richtig bemerkte, die Romanen, die Slowaken, die Ruthenen und die Kroaten der Samogy ähnliche Forderungen stellen und bald ganz Ungarn in eine Unzahl „Woiwodina's" auflösen würde. Die Serben werden es aber bei dem abschlägigen Bescheide nicht bewenden lassen; sie werden in Wien gegen den Pesther Landtag Schutz suchen und wahrscheinlich finden. Aehnliches wird von Seite der Romanen, von Seite der übrigen slavischen Stämme des Königreiches, sobald die politischen Wogen nur einigermaßen höher gehen, geschehen, und dadurch wird dann die starre Opposition der Magyaren geschwächt. Gelingt es der Regierung in Wien, noch ein halbes Jahr die Dinge ohne gewaltsame Katastrophe hinzuziehen, so erwächst ihr mittlerweile gerade aus den Konsequenzen des Föderalismus eine wesentliche Hülfe; namentlich ist der Beistand der rührigen Serben keineswegs zu verachten."

Deutscher Bund.

Bayern. Die Generaldirektion der k. Verkehrsanstalten macht in ihrem Verordnungsblatte darauf aufmerksam, daß bei der großen Anzahl von Orten, welche in den vereinigten Staaten von Nordamerika gleiche und ähnlichlautende Namen haben, es für die richtige Beförderung der Briefe erforderlich ist, auf der Adresse neben dem Bestimmungsorte den Staat, und wo möglich auch den Kreis (County) anzugeben. — Ferner wird den Aufgebern von Fahrpostsendungen nach Belgien warnend bekannt gegeben, daß nach einer Mittheilung des k. preußischen Generalpostamtes die zu niedrige Deklaration der Sendungen mit baarem Geld, Papiergeld, Pretiosen, Juwelen ꝛc. oder deren Verpackung mit anderen Sachen ohne Werthdeklaration nach den belgischen Gesetzen strafbar sind. — Nach Mittheilung des schweizerischen Post-Departement ist zu Fahrpostsendungen nach Italien im Transit durch die Schweiz außer den zwei Deklarationen in französischer oder italienischer Sprache noch eine weitere in deutscher Sprache für den schweizerischen Eingangszoll erforderlich.

Das dem Maschinenbauer Karl Altschner von Dessau, zur Zeit in München, unterm 15. April 1860 verliehene Privilegium auf Ausführung seiner Erfindung, bestehend in eigenthümlicher Konstruktion eines Exzenter-Supportes mit Drehbankeinrichtung zur Fertigung von ovalen und elliptischen Geschwindeschneidbacken und Bohrern, wurde für den Zeitraum von einem Jahre, vom 15. April 1861 anfangend, verlängert.

Aus der Berathung der I. Kammer über die Judenfrage tragen wir noch folgende Reden auszugsweise nach. Dr. v. Harleß, Präsident des protestantischen Oberkonsistorium, äußerte u. A.: „Was die Beseitigung dieser Bestimmungen (der §§. 12, 13 und 18 des Judenedikts von 1813) anbelangt, so ist im ganzen Hause nur eine Ueberzeugung, dieselben sind faktisch durchlöchert. Mit dem vom 2. Herrn Präsidenten gestellten Antrag würde man auf der einen Seite nehmen, was man auf der anderen gibt; es dünkt mich derselbe, wie das bekannte Spiel, wo man den Arm ausstreckt, um jemandem die Hand zu reichen, und dann, wenn der andere die seinige dagegen reicht, ihm auf die Hand schlägt. Was das Veto anbelangt, das nach diesem Antrag den Gemeinden eingeräumt werden will, so wird hiedurch der Regierung ein Recht entzogen, denn bisher hatte diese das Recht, die Ansässigmachung der Juden zu genehmigen, von jetzt an aber soll nur das Veto der Gemeinde entscheidend seyn. Gegen eine solche Bestimmung bin ich prinzipiell und auch deßhalb, weil die Israeliten am meisten leiden und eine ungesetzliche Ungleichheit zwischen Israeliten und den christlichen Staatsangehörigen geschaffen würde.... Man legt sodann Gewicht auf die eingekommenen Petitionen von 14 Gemeinden; allein ich bin zweifelhaft, ob man denselben ein Gewicht beilegen könne. Es ist eine Thatsache, daß diese Vorstellungen hervorgerufen worden sind durch Cirkulare, welche von Tölz aus an viele Gemeinden geschickt wurden. (Redner zeigt ein solch Cirkular vor und verliest es.) Es wäre thöricht, wenn ich mich als einen Kenner der ober- oder niederbayerischen Volksstimmung

mung mit den gemachten Vorschlägen durch den zahlreichen Beitritt von ungefähr 60 bewiesen. (Alles sehr schön! Wenn man nur nicht fürchten müßte, daß all diese Kräfte, wenn's zum Losschlagen kommt, durch die mangelhafte Oberleitung umsonst geopfert werden.) (S. M.)

Reuß. Aus Greiz vom 6. Mai hat die „Deutsche Allgemeine Zeitung" eine Mittheilung erhalten, worin entschieden in Abrede gestellt wird, daß die Abdication des Regierungspräsidenten Otto wegen eines Eingriffs der Fürstin-Regentin in die Justiz erfolgt sey. Herr Otto scheide aus dem Staatsdienst einzig und allein wegen seines vorgerückten Alters und zunehmender Hinfälligkeit. Was den Charakter der Fürstin betreffe, so sey deren Herzensgüte zwar oft gemißbraucht worden, ihr Gerechtigkeitssinn habe, aber wissentlich niemals etwas Unrechtes gewilligt.

= **Oesterreich.** Wien, 7. Mai. (Privat-Korresp.) Die österreich. Regierung hat Verhandlungen zum Abschluß eines Vertrages mit dem deutschen Zollverein eingeleitet, wodurch der gegenseitige Schutz der Fabrikmarken und Muster gewährleistet wird. Preußen hat im Namen des Zollvereins die Bereitwilligkeit ausgedrückt, einen solchen Vertrag abzuschließen und vorgeschlagen, entweder ihn als Anhang zum deutschen Handelsgesetzbuch zu behandeln, oder den Abschluß bei Gelegenheit der bevorstehenden Zollkonferenzen zur Sprache zu bringen.

Frankreich.

Paris, 7. Mai. Heute fand in der Kirche St. Roch ein feierlicher Gottesdienst für die am 8. April in Warschau Gefallenen statt. Der Dominikaner-Pater Minjard hielt eine feurige Rede, worin es heißt: „Von Osten nach Westen erheben sich die Völker, um ihre Nationalität zu reklamiren; unter diesen Völkern ist es das polnische, das am meisten Sympathie einflößt. Dieses Volk leistet Widerstand, obgleich es von aller Welt verlassen ist; es wird triumphiren, denn es hat als Stütze das Kreuz, als Führer die Wahrheit, den Glauben an Christus. Es ist dieser unerschütterliche Glaube, der das Heil Polens und vielleicht der ganzen Christenheit seyn wird, wie es schon einmal vorgekommen ist. Indem ich auf Rußland blicke, diese Macht, welche, noch ganz jung, den Ural erstiegen und die Flüsse Arax und Amur überschritten hat, die Europa um China, Persien, Indien, den ganzen Orient beneidet, die ihre Flotten nach dem Mittelmeer sendet, so erfaßt mich Schrecken; aber ich muß es bewundern. Rußland betrachtet mit Begierde die Hauptstädte des Westens, und es will der Welt das Beispiel der Größe Ninive's, Babylon's und Rom's geben; aber es wird erliegen, und das Heil Europa's wird die Frucht der beharrlichen Bemühungen des Glaubens Polens seyn, das im Namen der Verwandtschaft der slavischen Racen spricht. Was Sie in Warschau gesehen haben, ist der Anfang jener großen Mission; es ist der feierliche Triumph der Sache der Civilisation. Polen wird Rußland von der Eroberung des Westens abhalten und ihm begreiflich machen, daß die wahrhafte Mission der Slaven darin besteht, das Licht des Evangelium in jenen Theil der Welt zu tragen, den man die Wiege des Menschengeschlechtes nennt, und wo dasselbe mit der Zeit zur Barbarei zurückgekehrt ist." Er sprach ferner über die Beziehungen der katholischen Religion zu den Nationalitäten und stellte den läuternden Einfluß der Kirche dem sittenverderbenden Einfluß der bewaffneten Gewalt und der „Armee von Mouchards" (geheime Polizei) gegenüber, mit welcher die Regierungen die Massen im Zaume hatten. Eine zahlreiche Versammlung wohnte dem Gottesdienst bei, u. A. Fürst Czartoryski und sein Sohn, ferner Graf Montalembert, Wolowski, der Herzog v. Padua, der Herzog v. Montebello, der Prinz von Noailles, Dembinski, Mieroslawski, Konarski u. s. w.

England und Frankreich sind in Betreff der syrischen Frage immer noch nicht einig, — die offiziösen Pariser Blätter gestehen dies selbst zu.

Italien.

Eine Bittschrift an den Kaiser der Franzosen, seine Truppen zurückzurufen, hat in Rom Tausende von Unterschriften gefunden. Andrerseits hat die päpstliche Regierung sich bequemt, einige französische Feinde des Kaisers auszuweisen.

Turin, 2. Mai. Die Statthalterschaft in Neapel soll eine weitere Truppenverstärkung von 25—30,000 Mann verlangt haben, weil sie sonst nicht im Stande seyn würde, die zunehmende „Reaktion" im Lande zu bewältigen. Da es kaum möglich seyn wird, für den Augenblick eine so bedeutende Streitmacht abzusenden, so beabsichtigt man, drei oder vier Bataillone Nationalgarde in Mailand, Florenz, Genua 2c. mobil zu machen und nach Neapel zu schicken. (Fr. Pstz.)

Turin, 6. Mai. Die Deputirtenkammer hat die Aushebung von 36,000 Mann in den neapolitanischen Provinzen bewilligt. (Fr. Hrlsz.)

In Malta hat sich ein Mazzinistisches Komité gebildet, welches von dort aus Süditalien zu bearbeiten sucht; es sind daher in Genua aufs Neue 3000 Bersaglieri nach Sicilien eingeschifft worden.

Rußland und Polen.

St. Petersburg. Das kaiserliche Manifest vom 29. März (10. April) 1861 wegen Einberufung der Landstände, resp. des landständischen Ausschusses, des Großfürstenthums Finnland lautet in seinem Eingange wie folgt: „Wir Alexander II., von Gottes Gnaden, Kaiser und Selbstbeherrscher aller Reussen 2c. 2c., thun kund und zu wissen: Während der sechs Jahre, welche verflossen, seitdem die Fürsehung das Geschick des finnländischen Volkes in Unsere Hände gelegt, haben Wir Uns bei verschiedenen Gelegenheiten von der Nothwendigkeit mehrerer Maßregeln in der Gesetzgebung überzeugt, worauf des Landes fortschreitende, sowohl geistige wie materielle Entwicklung wesentlich begründet ist, welche jedoch den Grundgesetzen des Großfürstenthums gemäß nicht ohne Mitwirkung der Landstände zu Wege gebracht werden können, — ein Verhältniß, in Folge dessen verschiedene Angelegenheiten schon seit der Vereinigung Finnlands mit dem Kaiserthum auf sich beruhen geblieben sind. Von dieser Ueberzeugung geleitet, haben Wir in Gnaden dem Senat des Großfürstenthums anbefohlen, im Verein mit dem General-Gouverneur des Landes Uns die vorbezeichneten Angelegenheiten allerunterthänigst namhaft zu machen, deren Bedeutung sie berechtigt, vorzugsweise in Behandlung gezogen zu werden. Es würde gewiß am meisten mit Unseren heißesten Wünschen für das Wohl Unserer treuen finnländischen Unterthanen übereinstimmen, nach gehöriger Vorbereitung dieser Angelegenheiten sofort die Stände des Landes einzuberufen; aber andere höhere Staats-Interessen, welche die schirmende Fürsehung Uns als die heiligste Pflicht auferlegt hat, erlauben Uns nicht im gegenwärtigen Zeitpunkt, dieses den Grundgesetzen Finnlands gemäß Uns zukommende Recht auszuüben. Damit indessen alles dasjenige, was unter solchen Verhältnissen für das Wohl Finnlands geschehen kann, nicht länger aufgehalten werde, haben Wir den Zusammentritt eines Ausschusses von Männern aus den vier Ständen des Landes gestatten wollen, welche das Vertrauen ihrer Mitbürger genießen so wie durch deren freie Wahl ausersehen worden sind, und überlassen Wir es diesen, auf die Prüfung derjenigen Gesetzesvorschläge einzugehen, welche in Berücksichtigung der wichtigsten unter den vorbezeichneten Angelegenheiten auf Unseren Befehl ihnen vorgelegt werden sollen, sowie in Unterthänigkeit darüber sich zu äußern, wie dieselben auf eine dem Bedürfnisse des Landes meist entsprechende Weise geordnet werden können, bis Wir die Zeitverhältnisse zur Einberufung der Landstände geeignet befinden, wo dann jene Angelegenheiten ihre vollständige Lösung und schließliche Feststellung werden erhalten können."

Der „Pos. Z." schreibt man: „Von Unruhen in Volhynien, Kiew 2c., von denen namentlich Pariser Blätter fabeln, ist keine Rede, und in Littauen wären wohl nur dann Unruhen unter den Bauern gegen ihre meist polnischen Herren zu erwarten gewesen, wenn diese Anstalten gewagt hätten, gegen die Regierung aufzutreten.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 7. Mai. Heute hielt Herr Abt Haneberg im Odeon seine erste Vorlesung „über die Kulturverhältnisse Nordafrika's", wozu ihm seine jüngste Reise reichlichen Stoff darbot. Redner erwähnte gleich im Eingange seines Vortrages, daß er sich von politischen Betrachtungen und Deduktionen fern halten werde. „Ich nehme mir nicht heraus, als Steuermann in diesem Gebiete dienen zu können." (Augsb. Abdztg.)

Düsseldorf, 5. Mai. Der Astronom unserer Sternwarte, Dr. Luther, hat am 29. v. M. wieder einen Planeten entdeckt. Es ist der 56. der kleinen Planeten zwischen Mars und Jupiter, und von den Prof. Argelander, Dr. Krüger und Tiele in Bonn „Leto" getauft. In diesem Jahre sind bis jetzt fünf Planetenentdeckungen erfolgt.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

die Thunlichkeit und Zweckmäßigkeit einer solchen sofortigen, allgemeinen Veräußerung, zumal unter den derzeitigen, so höchst ungünstigen Verhältnissen beanstandet, und ein mehr entsprechender Erfolg bei einer veränderten Verwaltungs- und Betriebsorganisation wenigstens für möglich gehalten. Die kgl. Generalverwaltung erklärte jedoch ihrerseits, daß ein solcher Erfolg nur in Aussicht gestellt werden könne, wenn derselben ein entsprechendes größeres Betriebskapital gewährt würde. Abg. Schlör hatte schon bei Beginn der Diskussion die Unzweckmäßigkeit des Verhältnisses hervorgehoben, daß die Ausübung der Berghoheit des Staates mit der Verwaltung der ärarialischen Bergwerke verbunden, und hiedurch die letztere in manchen Fällen Aufsichtsbehörde und Richterin über ihre eigenen Konkurrenten sey. (Südd. Z.)

** München, den 8. Mai. (Privat-Korrespondenz.) (XXV. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Zur Berathung kommen die Rechnungs-Nachweisungen bez. der Bergwerke in den Jahren 1855/59. Die Anträge des Ausschusses lauten: „1) Es sey den vorgelegten Nachweisungen betreffs der Rechnungen der Berg- und Hüttenwerke für die Jahre 1855/59 die Anerkennung zu ertheilen. 2) Zur selbständigen Wahrung der Interessen des vaterländischen Bergbaues die Ausübung der Berghoheit des Staates von der Verwaltung der ärarialischen Berg- und Hüttenwerke als mit deren Aufgabe als unvereinbar vollständig zu trennen. 3) In Anbetracht der aus den Rechnungsnachweisungen für die Jahre 1855/59 sich ergebenden Unmöglichkeit, die Berg- und Hüttenwerke des Staates ohne Gefährdung dieses wichtigen Theiles des Staatsgutes, und ohne fortwährende, nicht zu billigende Inanspruchnahme der übrigen Staatseinnahmen in der bisherigen Weise fortzuführen — solche Anordnungen allergnädigst zu treffen, welche den Fortbetrieb der lebensfähigen Werke mit Aussicht auf ein entsprechendes Resultat ermöglichen." Der Referent, Abg. Graf Buttler, eröffnete die Debatte mit einer kurzen Erörterung der Ausschuß-Anträge, worauf der Vorstand der Generalbergwerks-Administration, Staatsrath v. Herrmann, die Verwaltung des Bergwesens zu rechtfertigen suchte. Dieser Vortrag war so in's Detail eingehend, daß derselbe über $1^1/_2$ Stunden in Anspruch nahm. Nicht minder umfangreich war die hierauf erfolgte Erwiderung des Abg. Schlör, der den Ansichten des Staatsrathes v. Herrmann entgegen trat und der Ansicht ist, daß der bisherige Zustand unseres Bergwesens nicht mehr fortbestehen dürfe. Abg. Frhr. v. Lerchenfeld tritt ebenfalls der Verwaltung der Bergwerke entgegen; er erwartet von einer Reorganisation derselben keinen Erfolg, und wünscht deßhalb den Verkauf aller Werke. Nach einigen Bemerkungen des Abg. Föckerer und des Referenten suchte Hr. Staatsrath v. Herrmann sich und seine Verwaltung nochmals zu rechtfertigen. Von dem k. Staatsminister der Finanzen wurde dann die bestimmte Versicherung ertheilt, daß die Anträge des Ausschusses die genaueste und umfassendste Würdigung der Staatsregierung finden würden. Wegen vorgerückter Zeit schloß hiemit die Sitzung.

Preußen. Köln, im Mai. Wie durch die Zeitungen bekannt worden ist, hatte der Stadtrath von Köln gegen die wachsende Steuerlast in Preußen in einer Petition an die Kammer energisch protestirt. Hiegegen ist die „Preuß. Ztg." mit der unklugen Behauptung aufgetreten, der Stadtrath habe in seiner Petition nicht die Gesinnung der Stadt Köln ausgedrückt. Wer hier nur halbwegs bekannt ist, dem entgeht es nicht, daß in der That der Schritt der 25 Stadträthe die allgemeinste ungetheilte Zustimmung findet. Gegenwärtig ist eine Zustimmungsadresse in Umlauf gesetzt worden, die mit zahlreichen Unterschriften bedeckt wird. — Die öffentliche Meinung in Preußen hat sich entschieden dahin ausgebildet, daß die Staatsregierung den verkehrten Weg einschlägt, durch übermäßige Vermehrung des stehenden Heeres und durch Zurückdrängung der Landwehr die für den Krieg so nöthigen finanziellen Kräfte schon im Frieden aufzuzehren. (Vergleiche Bayern!) (Allg. Ztg.)

Württemberg. Stuttgart, 8. Mai. Die gestrige Versammlung in Sachen der Jugendwehr war von jüngeren Kaufleuten zahlreich besucht. Zum Vorsitzenden wurde Prof. Gantter gewählt, welcher die Versammlung mit einer kurzen Einleitung über die Nothwendigkeit von Waffenübungen eröffnete. Nach den gemachten Vorlagen, welche die Grundprinzipien des Vereins bilden werden, hat derselbe zum Zweck, die Stärkung und Erhöhung der körperlichen Kraft und des Muthes durch Uebung in den Waffen, die Aneignung militärischer Kenntnisse, die Gewöhnung an Disciplin und Subordination zu erzielen, er ist somit eine freiwillige Vereinigung der jungen Kaufleute in Stuttgart, um sich für den Kriegsdienst, für die Vertheidigung des Vaterlandes heranzubilden. Er schließt sich als selbständig organisirtes Ganze dem bereits bestehenden Wehrverein der höheren Lehranstalten als kaufmännische Abtheilung auf die Art an, daß er sich mit jenem unter die Leitung eines die Jugendwehr dirigirenden Komites stellt. Als Grund, warum sich der Verein auf den Kaufmannsstand beschränkt habe, ist angeführt worden, daß ein enges Aneinanderschließen, ein friedliches Zusammenwirken der Mitglieder zum Gedeihen besonders erforderlich sey, und daß dies am besten durch gleichartige Elemente, eine gleiche Bildungsstufe und ähnliche Verhältnisse im äußern Leben erzielt werde. Der Verein gründe sich so auf das natürliche Band der bereits bestehenden einigenden Verhältnisse. Eine Debatte entspann sich nicht, und es wurde die Uebereinstim-

---

Verfasser, wie er berichtet, indem sie in ihm „nicht einen nur Stockstreichdrohungen im Munde führenden Herrn der früheren Zeit, sondern einen um ihr Wohl besorgten, rathenden und wo möglich auch helfenden Beamten erkannte"; und weil ihr die in die Verwaltung gebrachte Ordnung und Regelmäßigkeit zu Gute kam. In welchem Grade dieß aber der Fall war, ergab sich recht deutlich bei dem Aufhören des ganzen Verhältnisses, wo also weder Furcht noch Hoffnung mehr eine Lüge veranlassen konnte, vielmehr eher die Rücksicht auf die wiedereingetretenen alten Herren ein Verschweigen der Zufriedenheit rathsam erscheinen lassen konnte. Nach der abgedrungenen Amtsübergabe kamen die sämmtlichen Gemeinde-Vorsteher in corpore zu ihrem bisherigen Stuhlrichter. „Einer von ihnen ergriff das Wort, und ich hebe aus seiner längeren Rede nur folgende bezeichnende Worte hervor: Wir erwarteten vor sieben Jahren einen neuen gestrengen Herrn zu bekommen und fanden einen guten liebevollen Vater. Du, unser geliebter unvergeßlicher Vater, der du dir in unseren Herzen ein ewiges Denkmal gesetzt, dessen Abgang wir und unsere Kinder beweinen und beweinen werden u. s. w. Am Ende umdrängten sie mich, ein Bauer faßte mich am Kopfe und küßte mich, ein Industrieller, von welchem ich diese Huldigung niemals erwartet hätte, küßte mir die Hände, ein Ortsrichter fiel vor mir auf beide Kniee und küßte mir die Füße. Endlich gingen sie fort, aber vor der Thüre kamen sie noch drei- — viermal zurück, um mir die Hand zu schütteln." Hätte, so darf man wohl fragen, diese Dankbarkeit des Landmanns für menschlichere und gerechtere Behandlung nicht besser erkannt, nicht im Nutzen der Regierung verwerthet werden können? Dieß aber um so mehr, als die gegen unsern ungenannten Stuhlrichter ausgesprochene Anerkennung keineswegs nur ein Ausnahmsfall, ein nur seiner seltenen Persönlichkeit gezolltes Opfer war. Wir wissen vielmehr, daß solche Gesinnungen weit und breit im Lande verbreitet waren. Auch in anderen, sehr entfernten Komitaten fielen, wie uns ganz genau bekannt ist, die Bauern abgehenden deutschen Beamten weinend zu Füßen, bedeckten deren Hände mit Küssen: sie wußten recht gut, welchem Loose sie wieder entgegengehen, und daß sie es niemals so gut gehabt, wie in den letzten Jahren! — Anders freilich stand es um die Haltung in den höheren Schichten der Gesellschaft. „Namentlich der Adel," sagt unser Verfasser weiter, „sah in mir und in allen deutschen Beamten nur den aufgedrungenen Fremdling, was man uns denn auch, und zwar auf sehr unzarte Weise, bei jeder Gelegenheit fühlen ließ. Wir waren einmal Mehrere eingeladen. Es wurde musizirt, und einer meiner Kollegen, ein trefflicher Sänger, erntete allgemeinen Beifall, so daß er eine Edeldame zu dem begeisterten Ausrufe hinriß: Es ist also doch wahr, daß jeder Böhme ein Musikant oder ein Dieb ist! Wenn böhmische Musikanten, Hausirer oder Werkelmänner kamen, so sagte man ihnen, warum sie sich so plagten, sie sollten nur zum Minister gehen, der werde sie gleich zu Stuhlrichtern machen, denn die jetzigen Stuhlrichter seyen früher auch mit Werkeln und Pinkeln herumgezogen. Solcher liebenswürdiger Komplimente könnte ich hunderte anführen. All' dieses beirrte mich jedoch nicht; ich rächte mich nur durch das Bestreben, ihnen zu zeigen, was ein Schwabe (Deutscher) zu leisten vermag, und wie er auch Jenen, die nicht seiner Ansicht sind, gefällig zu seyn bereit ist. In guten Augenblicken anerkannte man es auch, und zum Lohne mußte ich oft hören: Ewig Schade um diesen braven Mann, daß er ein Schwabe ist." Sehr merkwürdig ist dabei das gelegentlich erzählte Geschichtchen, daß einer jener ungarischen Vorkämpfer im verstärkten Reichsrathe, welche die deutschen Beamten mit Schmähungen übergossen, Privatbriefe an den Präsidenten eines Gerichtshofes geschrieben habe, in welchen er Beschleunigung eines Prozesses erbeten, unter dem ausdrücklichen Vorbehalte, die Bearbeitung einem deutschen und ja keinem ungarischen Rathe übertragen zu wollen, im Falle der Unmöglichkeit aber lieber die Sache ganz liegen zu lassen.

(Schluß folgt.)

1859 für diesen Zweck 632,000 fl. gefordert, jedoch vom Landtag nur 210,000 fl. bewilligt. Das Kriegsministerium hat diese Summe um 187,500 fl. überschritten, deren Deckung in der neuen Gesetzvorlage gefordert wird.

Es war selbstverständlich, daß die politische Lage i. J. 1859 trotz des Friedensschlusses von Villafranca eine alsbaldige Rückkehr zum Friedensfuß nicht gestattete. Aber es war anderseits ebenso einleuchtend, daß die Kammer nicht daran denken durfte, die Mittel zur Erhaltung einer Armee von 104,473 Mann bis zum Herbst 1861 — wie der Kriegsminister sie forderte — zu bewilligen. Der Ausschuß trug auf eine Bewilligung von 3 Millionen an, welche in Verbindung mit den ordentlichen Budgetmitteln die Fortdauer dieses enormen Truppenstandes für die ersten sechs Monaten des Jahres 1859/60 (bis Ende März 1860) möglich machte.

Beide Kammern bewilligten die begutachteten drei Millionen für den bezeichneten Zeitraum in der Absicht, daß nach Ablauf dieses Zeitraumes entweder der Präsenzstand auf das gewöhnliche Maß herabgesetzt oder sie auf's Neue befragt werden, wenn der erhöhte Präsenzstand beibehalten werden sollte. Und nun erscheint der Kriegsminister mit der Erklärung, daß man den erhöhten Präsenzstand fast unvermindert von Ende März 1860 bis zum heutigen Tag beibehalten und dafür fast dieselbe Summe verwendet habe, die in der Julivorlage zu diesem Zweck gefordert, von den Kammern aber verweigert war! Auf circa 4,420,000 fl. beläuft sich dieser Mehraufwand bis Ende April 1861, während der Rest der geforderten 7 Millionen für die übrigen Monate des Etatsjahrs bestimmt ist.

Warum wurden die Kammern nicht bei Zeiten hierüber gefragt? Die Motive des Gesetzentwurfs geben darüber Aufschluß: der Kredit, den der Landtag für andere Zwecke bewilligt hatte, war noch nicht erschöpft, es fehlte daher nicht an Geldmitteln, die Ausgabe einstweilen zu bestreiten.

Doch das Erstaunlichste folgt noch. Das Jahr ist abgelaufen, die Kammern sind versammelt, die Frage, ob sie zur Erhaltung eines so hohen Präsenzstandes die Mittel bewilligen wollen, kann ihnen endlich vorgelegt werden. Allein sie wird ihnen nicht vorgelegt. Der Januar, der Februar, vier Monate verstreichen, der Präsenzstand wird unverändert aufrecht erhalten, unter den Augen der Kammer werden vier Monate lang täglich 16,000 fl. ohne ihre Bewilligung ausgegeben — bis am 29. April der Gesetzentwurf erscheint. Und was sagt man zur Rechtfertigung dieses Verfahrens? In den Motiven des Entwurfs kein Wort. —

Aber freilich wir glauben nicht, daß sich im März 1860 oder auch im Januar 1861 eine Majorität für die Absichten des Herrn Kriegsministers gefunden hätte. Zwar gibt es sicherlich in der Kammer der Abgeordneten heute so wenig wie im März 1859 Meinungsverschiedenheiten, wenn die Mittel gefordert werden, um in einem deutschen Krieg die volle Kraft unseres Heeres in die Wagschale zu legen. Daß aber diese Kraft vor dem Krieg unnütz vergeudet werde, kann Niemand wollen und daß es eine solche Vergeudung sey, im Frieden für den Unterhalt von Mannschaft und Pferden zehn Millionen jährlich auszugeben, ist die Meinung von Vielen! Uns kümmert jedoch hier vor allem die staatsrechtliche Seite des Vorgangs. Selbst wenn eine Mehrheit von Stimmen diesen Aufwand für die Zukunft gutheißen sollte, so bleibt es darum nicht weniger eine monströse Erscheinung, daß ohne Zustimmung des Landtags, ja im Widerspruch mit ausdrücklichen Beschlüssen, Millionen verwendet werden konnten und Hunderttausende fort und fort verwendet werden.

Deutscher Bund.

δ Frankfurt, 8. Mai. (Privat-Korresp.) In der heute stattgehabten Bundestagssitzung beantragte der handelspolitische Ausschuß die unveränderte Annahme des in Nürnberg berathenen Handelsgesetzbuchs, worüber Instruktionseinholung beschlossen wurde.

Bayern. Bei der im Finanzausschusse der Abgeordnetenkammer gepflogenen Diskussion über das Referat des Grafen Buttler, die Nachweisungen bezüglich der k. Bergwerke betr., machte sich, ungeachtet der relativ bessern Verwaltungserfolge, welche die ersteren der vier zur Beurtheilung vorliegenden Jahre aufweisen, die Ansicht geltend: Es sey äußerst schwierig, wo nicht unmöglich, dergleichen industrielle und kommerzielle Anstalten mit stabilen Staatsbeamten nutzbringend und erfolgreich zu bewirthschaften. Wenigstens gewähre der Einblick in die dermaligen Verwaltungsverhältnisse in dieser Beziehung wenig Hoffnung und Beruhigung. Wenn auch nicht verkannt werden konnte, daß die äußerst ungünstigen Konjunkturen, welche in den letzteren Jahren für die gesammte Eisenproduktion eingetreten waren, der Verwaltung große Hemmnisse bereiteten, so wurde in Folge obiger Betrachtungen doch von einer Seite die bestimmte Ansicht ausgesprochen, es sey am besten, wenn sämmtliche Berg- und Hüttenwerke des Staates durch Kauf oder doch Verpachtung in Privathände übergingen. Von anderer Seite, sowie von dem königlichen Staatsministerium der Finanzen wurde

Ungarische Zustände.

(Fortsetzung.)

Nun ist es aber wohl an der Zeit, von der Art, in welcher unser Verfasser selbst arbeitete, einen Begriff zu geben. Er erzählt unter Anderem Folgendes. Er habe bald nach seinem Amtsantritte für den Durchmarsch mehrerer Kavallerieregimenter und Batterien zu sorgen gehabt: „Ich hatte mehrere Nacht- und Raststationen zu besorgen, durfte aber dabei meine übrigen Amtsgeschäfte nicht aus den Augen lassen, die ohne mein unmittelbares und unausgesetztes Eingreifen in gänzliche Stockung gerathen wären. In der Regel saß ich täglich um 5 Uhr im Wagen, und wenn ich spät Abends des folgenden Tages ermüdet nach Hause kam, konnte ich mich der so nöthigen als verdienten Ruhe nicht hingeben, sondern arbeitete bis spät in der Nacht, so daß ich oft noch am Schreibtische saß, wenn mir um 4 Uhr der Kutscher meldete, daß bereits der Wagen auf mich warte. So ging es mehrere Wochen fort. Die letzte Kanone war abgefahren, ich kam spät Abends nach Hause und legte mich ermüdet nieder, um erst nach 14 Tagen wieder aufzustehen. Die außerordentliche Anstrengung hatte mir eine Krankheit zugezogen. — Noch hatte mir der Arzt nicht erlaubt das Bett zu verlassen, als eine außerordentliche Rekrutirung ausgeschrieben wurde. — Auch dieses Geschäft war glücklich überstanden und ich endlich in der Lage, der früher sehr vernachlässigten Steuer-Eintreibung meine Thätigkeit zuzuwenden. Bei meinem Amtsantritte hätten ca. 20,000 fl. eingezahlt seyn sollen, mein Vorgänger hinterließ mir aber einen Rückstand von 35,000 fl. — Hatte ich in administrativer Linie vollauf zu thun, da mir meine Beamten nur die untergeordnetsten Dienste verrichten konnten, so war das gerichtliche Geschäft vollends nur auf meine eigene Thätigkeit beschränkt, weil keiner meiner Beamten in gerichtlicher Linie auch nur einen Federzug zu machen im Stande war, was meine Geschäftsüberbürdung um so mehr erhöhte, als ich von meinem Vorgänger 500 Rückstände übernommen hatte. — Andere anliegende Details übergehend, sey nur die bisher gänzlich vernachlässigte Verwaltung des Waisenvermögens hervorgehoben, von welcher meine Beamten keine Idee hatten und welche eine gründliche Ordnungsherstellung um so mehr erheischte, als ich und eventuell das Aerar haftungs- und ersatzpflichtig war. Ich machte mich daran und arbeitete durch volle vier Monate täglich, auch an Sonn- und Feiertagen, und nur dann nicht, wenn mir andere unaufschiebliche Arbeiten oblagen, von 4 Uhr Nachmittags bis über Mitternacht, oft bis zum tagenden Morgen. Nach vier Monaten gelangte ich zum Schlußstein dieser Arbeit, nämlich zur Verfassung der entsprechenden Aufträge an das mit der kassenmäßigen Verwaltung des Waisenvermögens beauftragte Steueramt. Allein bald gelangte ich zu der trostlosen Ueberzeugung, daß den Steuerbeamten — Ungarn — die Kenntnisse mangeln, um meine Aufträge zu realisiren, und mußte endlich, so ungern ich es that, um Entsendung eines deutschen Kassenbeamten bitten. — Hiermit ging das erste Jahr meiner Amtsführung zu Ende; ich hatte endlich mein Amt in vollkommener Ordnung. Indem ich mit Befriedigung überblickte, was mir unter schwierigen Verhältnissen gelungen war, blickte ich zufällig in den Spiegel: ich, der ich damals in meinem 36. Lebensjahre stand, war in dem einen mühe- und sorgenvollen Jahre grau geworden wie ein Sechziger. — Man glaube aber ja nicht, daß ich nur immer am Schreibtische saß. Ich betrachtete es als meine ernste Aufgabe, meinen Bezirk, seine Bewohner, deren Verhältnisse, Bedürfnisse u. s. w. aus eigener unmittelbarer Anschauung gründlich kennen zu lernen u. s. w."

Was war nun aber der Lohn für eine solche gewiß musterhafte und dankenswerthe Thätigkeit? Allerdings Anerkennung von Seite der untern Schichten der Bevölkerung; allein nur Abneigung bei der höheren Klasse, und bei der Regierung keinerlei, wir wollen nicht sagen Belohnung, sondern auch nur Sorgfalt oder Sicherstellung. Alle diese Dinge sind sehr merkwürdig und bezeichnend. — Die Zuneigung der Masse der Bevölkerung erwarb sich unser

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 129. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Nemer | 58. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 10. Mai 1861.

Zur Beamtengehaltserhöhungs-Frage.

In der jüngsten Zeit taucht die Nachricht auf, daß die Kammern geneigt seyen, die Erhöhung der Gehälter der Beamten ausgesetzt seyn zu lassen, einmal weil demnächst bei der neuen Organisation der Aemter die neue Regulirung der Gehälter dennoch eintreten müsse, dann weil sich dermalen die Mittel nicht beschaffen ließen, welche durch die beabsichtigte Aufhebung des Lotto sehr geschmälert würden.

Uns hat die Nachricht sehr überrascht; denn wenn sie sich bewahrheiten würde, so würde sie einestheils bekunden, daß sich die Kammern um die allgemeine Volksstimmung — wir verstehen unter „Volk" den intelligenten Theil der Bevölkerung — nichts kümmern, anderntheils daß es den Stimmführern an gutem Willen fehle, geordnete Rechtszustände zu gründen und zu erhalten.

Es kann hier nicht zur Erörterung kommen, ob es dringend geboten sey, daß die Gehälter der Beamten, insbesondere der Richter auf eine Linie gesetzt werden, welche den gesteigerten Preisen der dringendsten Lebensbedürfnisse entspräche. Die Nothwendigkeit ist anerkannt worden, und die von allen Seiten hiefür laut gewordenen Stimmen haben nirgend Widerspruch erfahren. Demnach muß es billig befremden, wie die Eingangs erwähnte Erscheinung möglich sey, und wir befinden uns schließlich auf dem trockenen finanziellen Standpunkte, von welchem aus wir denn die an der Oberfläche befindlichen Gründe kurz beleuchten wollen.

I. Der erste Grund ist offenbar vorgeschoben, um die Schwäche des zweiten zu verdecken. Denn es kann nicht bezweifelt werden, daß alle formellen Bedenken schwinden müssen, wenn es sich um die rechtlichen Ansprüche einer großen Anzahl von Familien auf die Möglichkeit solider Existenz handelt, welchen der Staat durch seine Dienstespragmatik jeden Weg zur Erwerbung des fehlenden Unterhalts kurz und gut abschneidet. Daß bei der neuen Organisation der Aemter die Gehälter anders geregelt werden müssen, mag wahr seyn; allein dies hat deswegen keine Bedeutung, weil dann doch die Beamten nicht wohl weniger erhalten können, als sie jetzt an Gehalt beziehen, und die Uebergangsperiode sehr wohl dadurch bezeichnet werden kann, daß man den Beamten einstweilen Zulagen nach Verhältniß ihres Gehaltes bewilligt, so daß man sich dadurch nicht einmal für die Zukunft bindet.

II. Der zweite Grund, daß wegen Aufhebung des Lotto die Mittel nicht gefunden werden können, um die Gehälter erhöhen zu können, entbehrt jeden Halts. Sind vielleicht die Beamten daran Schuld, daß das Lotto ungeachtet der gesetzlich längst angeordneten Aufhebung noch fortbesteht, oder haben die Beamten seither so viel in die Lotterie gesetzt, daß sie mit ihrem Privatvermögen, mit ihrer Ehre und dem moralischen Ruine ihrer Familien in die Lücke einzustehen hätten, welche die Aufhebung des Lotto in der Staatskasse erzeugt? Oder glaubt man vielleicht mit dieser zuckersüßen Phrase die Erhöhung der Beamtengehälter in das Unendliche vertagen zu können?

Wie seltsam! Man findet Mittel für Erbauung und Projektirung von Eisenbahnen, für Errichtung von Telegraphen, kolossale Mittel für das Militär — wobei man noch gar nicht weiß, ob man nicht die Vorräthe nur für den Erbfeind sammelt, welcher sie ohne eine andere Bundeskriegsverfassung nach menschlicher Berechnung noch holen wird — aber für die Beamten, für die Richter, die Recht und Gesetz unparteilich, rücksichtslos und energisch handhaben sollen, für diese ist die sonst so freigebige Hand verschlossen.

In der Volkswirthschaft ist als Grundsatz ausgesprochen, daß die Justiz sich selbst bezahlen solle, d. h. daß nur so viele Taxen erhoben werden sollen, als nöthig sind, um damit die Bedürfnisse der Justizverwaltung zu bestreiten, mit andern Worten: die Rechtsuchenden sollen den Aufwand, den sie veranlassen, bezahlen. Es ist demnach völlig unmöglich, daß der Staat in die Lage kommen kann, mittelst Steuerzuschlags die Bedürfnisse der Justizverwaltung zu decken; wachsen die Bedürfnisse der letzteren, so erhöht er die Taxgefälle; und kein Staatsunterthan wird sich darüber beschweren, daß die Taxen zu hoch seyen, wenn ihm begreiflich gemacht wird, daß die Mehrung der Bedürfnisse der Justizverwaltung der Grund der Taxenerhöhung sey. In Bayern werden aber so viel Taxen erhoben, daß damit nicht nur der Justizaufwand gedeckt wird, sondern noch ein guter Theil in die Centralstaatskasse überfließt. Wenn demnach ein anderer Theil der Staatseinnahme, wie das Lotto versiegen soll, so kann dieser Ausfall nicht durch die Ueberschüsse der Justizverwaltung auf Kosten der Bedürfnisse der letztern selbst gedeckt werden wollen, ohne daß man den obersten Grundsätzen der Volkswirthschaft entgegenhandelt. Man kann nicht mit Recht sagen, daß man keine Mittel für die Erhöhung der Beamtengehalte habe, so lange der Staat mehr Taxen percipirt, als er für die Justizverwaltung braucht; mag man sich in anderen Zweigen der Staatsverwaltung beschränken, oder für deren Bedürfnisse durch Steuererhöhung sorgen; allein die Justiz hat für ihre Bedürfnisse die unversiegliche Quelle an denjenigen Einnahmen, die für ihre Leistungen fließen.

Oft genug ist die Integrität, Unabhängigkeit und Ehrenhaftigkeit des bayerischen Richterstandes gerühmt worden. Allein man poche nicht zu sehr darauf! Treten die Schäden, die eine allzu karge Finanzverwaltung im Richterstande anrichten muß, über kurz oder lang zu Tage, dann ist es zu spät. Das Unheil, das damit angerichtet wird, zerfrißt das innerste Mark des Volks, raubt ihm seine beste Kraft, macht es reif für die Despotie. ox.

Die neun Millionen,

welche jetzt dem Landtag nachträglich für außerordentlichen Militär-Aufwand in den Jahren 1859/61, d. h. also für einen größtentheils schon gemachten Aufwand abverlangt werden, geben der „Südd. Ztg." Anlaß zu folgenden Bemerkungen: Im März 1859 bewilligte der bayerische Landtag für außerordentliche Bedürfnisse des Heeres neben dem ordentlichen Militärbudget die Summe von sieben Millionen und für den Fall der Kriegsbereitschaft, der dann auch auf die Dauer einiger Monate eintrat, einen besonderen ansehnlichen Kredit. Im Juli desselben Jahrs wurde der Landtag einberufen, um über eine neue Kreditforderung des Kriegsministers zu berathen. Der vorgelegte Gesetzentwurf forderte für Rüstungen, Festungs- und Kasernbauten 12,797,500 fl., für einen erhöhten Präsenzstand der Armee in den Etatsjahren 1859/61 13 Mill. Der Landtag bewilligte, in jeder der beiden Kammern einstimmig, für den ersten Zweck 9,952,500 fl., für den letzteren 3 Millionen, nämlich den angenommenen Bedarf des ersten Halbjahres 1859/60. Am 29. April 1861 ist nun in der Kammer der Abgeordneten ein dritter Gesetzentwurf eingebracht worden, der für die Jahre 1859/61 zur Deckung der Kosten von militärischen Rüstungen 1,876,000 fl. und zur Bestreitung der Kosten eines erhöhten Präsenzstandes sieben Millionen nachträglich in Anspruch nimmt. Unter der Summe von 1,876,000 fl. sind 956,901 fl. „für die Beschaffung einer besonderen Reserve an Monturmaterialien und Fußbekleidungen" begriffen. Im Juli 1859 waren für diesen Zweck 1,536,500 fl. postulirt. Die Kammer der Abgeordneten hat 1859 die postulirte Summe einstimmig abgelehnt und den Betrag von 500,000 fl. bewilligt, der auch von der Kammer der Reichsräthe ohne Widerspruch angenommen und in das Gesetz eingestellt wurde. Diese 500,000 fl. hat nun das Kriegsministerium verbraucht und darüber hinaus die Summe von 956,900 fl., deren Deckung gegenwärtig den Kammern angesonnen wird. Dasselbe Verfahren wiederholt sich in kleinerem Maßstab bei der Anschaffung von Reserve-Munitions- und Rüstwagen. Es wurden

rührische Haufen Secessionisten hat (wie schon erwähnt) das Militär der Nordstaaten, als es durch die Straßen nach Washington marschirte, mit Steinen angegriffen. Das Militär feuerte auf sie, wobei mehrere der Aufrührer getödtet und verwundet wurden; die Aufrührer verschafften sich Waffen und feuerten auf das Militär, wobei zwei Soldaten getödtet und mehrere verwundet wurden. Als das Militär auf dem Bahnhof ankam, wurde es abermals von den Aufrührern angegriffen, das Militär feuerte und tödtete und verwundete mehrere. Als die Soldaten nach Washington abfuhren, wurden die Wagen mit Steinen bombardirt. Die Aufrührer demolirten die Eisenbahn und zerstörten eine Brücke; der Major erklärte die Stadt in Belagerungszustand. (Schw.M.)

New-York, 25. April. Baltimore ist in den Händen des Pöbels, der daselbst eine förmliche Schreckensherrschaft üben soll. Er hat 11 Kriegsschiffe vernichtet und die Telegraphendrähte zerschnitten. (D. Allg. Z.)

New-York, 25. April. In Washington ist gestern ein Regiment aus unserm Staate und eines aus Massachusetts eingetroffen. Die Bundesregierung hat nach verschiedenen Orten hin dringende Aufforderungen ergehen lassen, Truppen und Artillerie zu senden, da die Hauptstadt gefährdet sey. Als Antwort auf eine derartige Aufforderung hat der Gouverneur von Tennessee einen abschlägigen Bescheid ertheilt und erklärt, er würde lieber 50,000 Mann gegen den Norden ins Feld rücken lassen. Die Zahl der in Washington befindlichen Truppen wird auf 6000 geschätzt. Mit der Verproviantirung sieht es schlecht aus. Alle öffentlichen Gebäude sind verbarrikadirt. Es sind Truppen nach Baltimore geschickt worden, um die von den Rebellen abgebrochenen Brücken wieder herzustellen. Der Staatsanwalt von New-York hat den Banken unter Androhung der gerichtlichen Verfolgung wegen Landesverraths angezeigt, daß sie den Bewohnern der südlichen Staaten kein Geld auszahlen dürfen. Alle öffentlichen Bauten sind hier eingestellt worden. Am 21. d. Mts. sind 4 große Dampfer mit Truppen nach New-York abgegangen. (Köln. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

München, 3. April. In der heutigen Magistratssitzung wurde die Abhülfe eines allseitig tiefgefühlten Uebelstandes beschlossen. Bekanntlich wurde bisher der Mangel an gesundem Trinkwasser dahier als die Ursache eines großen Theiles der Krankheiten bezeichnet, welche dahier unter die sogenannten „eingebürgerten" gehören. Nach vielseitigen Verhandlungen wurde gestern endlich dem Antrage des Magistratsrathes Dr. Badhauser entsprechend beschlossen, daß die Quellen bei Thalkirchen gefaßt und durch großartige Werke aus denselben der Hauptstadt das heiß ersehnte Trinkwasser zugeführt werden solle. Die Kosten sind zwar auf circa eine halbe Million veranschlagt; aber wo es sich um die Gesundheit von Hunderttausenden handelt, wäre eine geizende Rücksicht auf die Kosten nicht am Platze. (A. Pstz.)

München, 6. Mai. Heute verschied hier der in der Theaterwelt rühmlichst bekannte ehemalige Direktor des k. ständischen Theaters in Prag, Hr. Johann August Stöger, im 70. Lebensjahre. Bei seiner Tochter, der k. Hofopernsängerin Frln. Stöger, ruhte derselbe seit einem Jahre von seinem vieljährigen thätigen Wirken aus. (A. Abdz.)

Lindau, 6. Mai. Im hiesigen Bahnhofe wurde gestern Mittags ein Betriebsbediensteter von dem Unfall betroffen, unter einen abfahrenden Bahnzug zu gerathen, in Folge dessen beide Beine abgetrennt wurden. Der Unglückliche blieb bei Bewußtseyn unter unnennbaren Qualen; nach kurzer Zeit trat der Tod ein. (A. Abdz.)

Neueste Nachrichten.

Triest, 6. Mai. Die Gemeinden der Bezirke Castelnovo und Volosca, sowie die der Insel Veglia richteten Adressen an Se. Maj. den Kaiser, um gegen den Beschluß des Istrianer Landtages zu protestiren und ihre Anhänglichkeit zu betheuern. (Tel. d. Ostd. Post.)

Paris, 6. Mai. Die orleanistische Partei, welche ohne alle Organisation war, beginnt wieder sich zu formiren, und allem Anschein nach wird sie aus der reinen Passivität hervortreten. Bedeutungsvoll für sie ist, daß der Herzog v. Aumale sich für die weltliche Macht des Papstes erklärt hat, denn dadurch ist ein großer Theil des Klerus den Orleanisten näher getreten.

Die Mittel, mit denen Graf Cavour das Gleichgewicht im piemontesischen Staatshaushalt herzustellen gedenkt, sind außer der Anleihe von 500 Mill. Frcs. die folgenden: 1) Gleichmäßige Vertheilung der Grundsteuer; 2) Erhöhung der Stempel- und Registrirungsgebühren; 3) Erhöhung der Einkommensteuer; 4) Besteuerung der Güter zur todten Hand; 5) Umwandlung, d. h. Erhöhung verschiedener Steuern.

Aus dem Königreich Polen, 3. Mai. Der „Posener Ztg." wird geschrieben: „Wie sich aus den Verhören mehrerer verhafteter Individuen ergibt, hatte man die Massen mit der Aussicht auf die Ankunft Garibaldi's zu verlocken gesucht und dessen Eintreffen mit 18,000 Mann für Anfang Mai angesagt."

Warschau. Von den am 8. April Verwundeten sind bis jetzt in den Hospitälern 11 (darunter 2 Juden) gestorben.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	—
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$61\frac{3}{8}$ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$51\frac{1}{2}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$42\frac{7}{8}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	39 P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$88\frac{1}{8}$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	103 P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$103\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$100\frac{1}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{1}{4}$ P. 100 G
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{3}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$94\frac{3}{4}$ G
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$101\frac{1}{2}$ G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{3}{4}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	99 P.
„	3 pCt. Obl.	92 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$48\frac{3}{4}$ P.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt. „ „ „	$42\frac{1}{4}$ P.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$99\frac{3}{8}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$109\frac{1}{2}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	585 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	132 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	185 P. $184\frac{1}{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$72\frac{1}{2}$ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	70 P.
Internationale Bank in Luxemb. . .	83 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	321 P. ex D.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	68 P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	232 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$119\frac{1}{4}$ P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$73\frac{1}{4}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$21\frac{1}{2}$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	134 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$99\frac{1}{4}$ G.
Oest. St.-EisenB. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{1}{2}$ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	$234\frac{1}{2}$ P. exC.
Span. Handels- u. Industrie . . .	515 P. 510 G.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	492 P.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$103\frac{3}{4}$ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. $100\frac{1}{2}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B. $99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{3}{8}$ B.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	$87\frac{3}{4}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ B.
London Lst. 10 k. S.	$117\frac{5}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L.S.L. 250 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{1}{8}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$79\frac{7}{8}$B. $\frac{5}{8}$G.
Discotito	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$75\frac{1}{2}$ G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$49\frac{1}{2}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	58 G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	131 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$57\frac{1}{2}$ P.	„ fl. 25 do.	35 P.
„ fl. 100 Eisb.-L. v. 1858.	93 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$34\frac{3}{4}$ P.
$1\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beilk.	119 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	—
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$37\frac{1}{4}$ P.
Badische fl. 50	90 P.	Vereins-Loose fl. 10.	11 P.
Badische fl. 35	$53\frac{1}{8}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$11\frac{1}{4}$ P.

Frankfurt, 8. Mai. Niedrigere auswärtige Notirungen verursachten einen Rückgang sämmtlicher österr. Fonds und Aktien. Zu den gewichenen Kursen jedoch war der Umsatz recht belebt. Die übrigen Fonds ohne wesentliche Veränderung. (Synd.)

griffene auf eine Herausforderung erwidert hätte. Wenn dies ein ehrliches Gefühl gewesen, so könne der Verleger nicht strafbar seyn, wenn er dasselbe theile. Es gehe ihn (Dufaure) nichts an, wie der Prinz Napoleon im Senate die römische Frage behandelt habe, aber Jedermann werde einsehen, daß er es ganz gut habe thun können, ohne über die Prinzen von Orleans zu sprechen. Was das Gewicht jener Herausforderung noch vermehre, sey die ungewöhnliche Weise, auf welche sie in alle Theile des Landes verbreitet worden. Hr. Dufaure ging dann auf einen den Gegner sehr gravirenden Umstand über. „Die öffentliche Schamhaftigkeit, sagte er, gebietet in Frankreich alle Angriffe auf einen Angeklagten einzustellen. Der Prinz Napoleon hatte in seinem im „Siècle" erschienenen Schreiben an den Kaiser gesagt: étouffer n'est pas répondre. In der Praxis jedoch befolgte er die Maxime: étouffer et répondre. Es besteht in Paris eine berüchtigte kaiserliche Broschürenfabrik. Aus ihr sind seit der gegen die Broschüre eingeleiteten Untersuchung neun Gegenbroschüren erschienen, wovon eine die andere an roher Verleumdung und Beschimpfung der Familie Orleans und des Herzogs v. Aumale zu übertreffen sucht. Ganz Paris erröthet noch heute darüber. Die Verfasser von sieben Gegenbroschüren haben sich nicht zu nennen gewagt. Die achte machte dem Polizeiwitz ihrer Urheber und Anstifter alle Ehre. Sie ist von einem Grafen Montroux gezeichnet, welchen Niemand kennt, und sie trägt den Titel: La brochure du duc d'Aumale. Durch diesen Betrug lockte man das Publikum an, welches die ächte Broschüre zu kaufen meinte, und in zwei Tagen zwei Auflagen verschlang, und sich dann mit Entrüstung geprellt sah." Der Schluß der Rede des berühmten Advokaten hat eine ungeheure Sensation gemacht. Er citirte nämlich wörtlich folgende Stellen aus den Werken Napoleons III., Th. 1, S. 410: „Gib Acht", sagte er zu dem Verbannten, „auf jedes Wort, das aus deinem Munde kommt, auf jeden Seufzer, der deinem Herzen entsteigt, denn es gibt bezahlte Leute, die deine Worte und Seufzer verdrehen.... Wenn man dich verleumdet, antworte nicht, wenn man dich beleidigt, beobachte Stillschweigen, denn die Organe der Oeffentlichkeit sind für dich geschlossen, sie nehmen deine Verwahrungen nicht an; der Verbannte muß leiden, ohne zu klagen, für ihn gibt es keine Gerechtigkeit." Nach dieser Citation sagte Dufaure: „Ich begreife diese Worte als die bittere Klage des Verbannten, aber ich würde sie nicht begreifen als eine Art von Programm für die Regierung des zum Kaiser gewordenen Verbannten." — Da Alles, was Dufaure zu Gunsten des Verlegers vorbrachte, sich auch auf den Drucker anwenden ließ, so konnte der Vertheidiger des letzteren, Hébert, sich kürzer fassen. Er citirte unter Anderm eine Schrift des Prinzen Napoleon, welche zwischen Napoleon I. und Louis Philippe eine für letzteren keineswegs wohlwollende Parallele zog. Diese durfte 1839 frei in Frankreich erscheinen, nachdem eben noch eine Emeute durch die Nationalgarde unterdrückt worden war. Verleger und Drucker blieben unbelästigt. Beide Anwälte wiesen übrigens auch darauf hin, daß wichtige, zur Vertheidigung und Darlegung der Sache nöthige Dokumente ihnen rechtzeitig nicht zugegangen seyen. Diese Anspielung bezieht sich darauf, daß der Sekretär des Herzogs v. Aumale, der beauftragt war, den Anwälten wichtige Dokumente zu überbringen, bei seiner Ankunft in Calais verhaftet und erst gestern freigelassen worden seyn soll. (!)

Spanien.

Im Laufe dieses Jahres wird die spanische Marine um sechs Schrauben-Fregatten ersten Ranges vermehrt werden. In Kurzem wird auch das Antillen-Geschwader um drei oder vier Kriegsschiffe vermehrt. Zwei davon sind bereits abgegangen. Die dort versammelte spanische Seemacht ist stärker als die der Vereinigten Staaten. (B. Börs.-Z.)

Italien.

In der italienischen Deputirtenkammer berichtete der Minister Peruzzi, daß die Durchstechung des Mont Cenis rüstig vorwärts schreite, und wenn man von Savoyen aus die Arbeiten ebenso emsig betreibe, der Tunnel binnen sechs Jahren vollendet werden könne.

Amerika.

Philadelphia, 19. April. Nachdem die Nachricht nach Washington gelangt war, daß Fort Sumter von den Sonderbundstruppen genommen, erließ Präsident Lincoln einen Aufruf an die Unionsstaaten und requirirte 75,000 Mann, um die Konstitution der Verein. Staaten in Kraft zu halten, sowie das Bundeseigenthum zu beschützen und das bereits geraubte wieder zurück zu erobern. Wohl zu keiner Zeit und bei keinem Volk wurde ein Aufruf dieser Art mit mehr Enthusiasmus aufgenommen und das Verlangen schneller gewährt. Das ganze Land war in wenigen Stunden durch den Telegraphen von der Proklamation des Präsidenten benachrichtigt. Wie durch magnetische Kraft angezogen, vereinigten sich in den Nordstaaten augenblicklich alle Parteien und die Bürger reichten sich aufrichtig und versöhnend die Hände. Kaum war der Aufruf des Präsidenten in Philadelphia bekannt, so versammelten sich Tausende in den Straßen und gaben ihre Zustimmung zu dem Aufrufe kund. Von allen Zeitungsoffizinen, öffentlichen Gebäuden, Schiffen, Hotels, Exerzirlokalen, sowie aus den Fenstern vieler Bürgershäuser wehte sogleich die Unionsflagge. Bald hörte man durch verschiedene Straßen die Trommel ertönen und in weniger als 6 Stunden waren überall Werbeplätze eröffnet und Tausende hatten ihre Namen gezeichnet, um für die Union und die Verfassung zu kämpfen. Mit einer Bereitwilligkeit, wie sie die Welt wohl noch nicht erfahren hat, verließ der Kaufmann, der Handwerker, der Beamte seine Beschäftigung und trat in die Reihe der Kämpfer. Die Weiber fanden ihre Männer unter den Waffen, ohne zuvor davon in Kenntniß gesetzt zu seyn. Am andern Tage waren sie schon auf dem Wege nach der Hauptstadt Harrisburg, wo sie mit Waffen, Munition und Kleidern versehen wurden. Soeben kommt die telegraphische Nachricht von Baltimore, daß daselbst eine Revolution ausgebrochen ist. Ein auf-

---

„Die Kanzleibeamten konnten eben schreiben, aber nichts weiter; von einem geregelten Manipulationsdienste hatten sie keine Idee. Es gelang mir, die Kanzlisten so ziemlich abzurichten; es wird mir aber noch heute schauerlich zu Muthe, wenn ich daran denke, welche Summe von Zeit, Mühe und Geduld mußte ich den Konzeptsbeamten zuwenden, da sie neben dem gänzlichen Mangel der Gesetzeskenntniß auch keine Geschäftskenntniß besaßen. Ein Jeder, selbst die Amtsdiener, erließen antiquo more patrio beliebige Aufträge an die Ortsvorsteher, und ich hatte lange zu kämpfen, ehe ich meinen Beamten begreiflich machte, daß jeder Gegenstand meiner Approbation unterzogen werden müsse. Diese Tyrannei — wie sie es nannten — schien ihnen unerträglich."

Von dem üblen Willen dieser Menschen aber führt der Verfasser gelegentlich folgenden Beleg an. „Mein Adjunkt, kein Magyar, sondern ein Slowake, sprach nie anders als ungarisch, höchstens mit mir gebrochen deutsch, und behauptete kein Wort slowakisch zu verstehen. Dieser Mann, der mir im Dienste nicht nur nichts leistete, sondern noch hinderlich im Wege stand, sprach von mir, seinem unmittelbaren Vorgesetzten, nie anders, als von dem „böhmischen Hunde". Nachdem ich mich beinahe zwei Jahre mit ihm geplagt, gelang es mir endlich, unsere beiderseitigen Wünsche zu befriedigen: mir, daß ich ihn los wurde, ihm, daß er in einen magyarischen Bezirk versetzt wurde. Dort rühmte er sich offen, wie er sich dafür, daß man ihn einem Schwaben unterordnete, an mir gerächt, indem er, um nichts arbeiten zu müssen, sich verstellte, als ob er der slavischen Sprache unkundig wäre, während er derselben, als seiner Muttersprache, vollkommen mächtig sey."

Zum Schlusse nur noch eine Anekdote über die Befähigung und die Arbeitslust der ungarischen Beamten: „Ich belehrte einen meiner Kollegen, einen gutmüthigen alten Herrn, was im Falle eines Todes ohne Hinterlassung eines Vermögens zu verfügen sey, nämlich daß die Sterbeanzeige mit dem Bemerken zur Gerichtskenntniß genommen werde, daß wegen Abgang eines Vermögens keine Verlaßabhandlung stattfinde. Herr Lajos (so will ich ihn nennen) drehte gewaltig seinen langen Schnurrbart, ein Zeichen, daß er sich vorbereite, etwas zu sagen. Endlich sprach er: „Kérem aláșan (Ich bitte ergebenst) noch einmal das." Auf eine Wiederholung und Verweisung auf das bezügliche Formular rieb er sich vergnügt die Hände und meinte: „Ah! jolan (das ist gut), ist es das, was mir von Allem am besten gefallt, werd ich mir's gut merken." Einige Tage darauf bringt mir Herr Lajos einige Geschäftsstücke mit den Worten: „Rago humillime da, approbiren, habe ich heut viel gearbeitet, hanem (aber) wird Ihnen gewiß gut gefallen". Ich fand etwa vier der eben erwähnten Todfallaufnahmen, auf welche Freund Lajos mit vielem Fleiß und ganz korrekt geschrieben hatte: Aufzubewahren, und findet wegen Abgang eines Vermögens keine Verlaßabhandlung statt. Sein Gesicht leuchtete vor Vergnügen, als ich keine Ausstellung zu machen fand, und wohlgefällig meinte er: „Az igaz (das ist wahr), wir Ungarn seyn nicht dumm, werden Sie noch Freud über uns haben, hanem ist schon heut genug, gehen wir in Weinberg."

(Fortsetzung folgt.)

die seinige stürzen will, dienen sollen.) Der Gerichtshof habe daher zu entscheiden, ob die Noten im Besitz dieser Gewalt gelassen oder ob der Kläger in seinem Recht geschützt und ihm der Notenvorrath ausgeliefert werden solle. Die Beklagten machten geltend, daß dem Gericht darüber keine Jurisdiktion zustehe, da es sich nur um politische Angelegenheiten einer fremden Nation und nicht um eine Eigenthumsfrage handle. Wenn es sich hier um eine Staatsangelegenheit handelte, so wäre es allerdings keine Rechtsfrage, allein die Regulative über Geldzirkulation sind die Prärogative eines souveränen Staates, die vom Völkerrecht anerkannt werden, und dieses wiederum ist ein Theil des öffentlichen Rechts Englands; Parlamentsakten aller Zeiten sprechen sich darüber aus, daß das allgemeine Recht die Grundlage der Verfassung bilde, sonst würde das Land aufhören, einen Theil der zivilisirten Welt zu bilden, darum sey auch schon unter Georg IV. die Nachahmung fremden Papiergeldes als eine in England strafbare Felonie erklärt worden. Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen zivilisirten Staaten erforderten, daß die durch das Völkerrecht begründeten souveränen Rechte geschützt würden. Kossuth selbst gebe zu, daß Kläger im Besitz der Souveränität von Ungarn sey, und die für ihn angefertigten Noten im Augenblick nicht benutzt werden sollten; es sey aber evident, daß dies zur geeigneten Zeit zum Nachtheil des Klägers geschehen solle. Es sey auch eingewendet worden, Klägers Recht sey kein absolutes, sondern der Kontrolle des ungarischen Landtags unterworfen; letzteres sey auch in England der Fall, darum aber doch das Recht des Souveräns doch absolut und von den Gerichten geschützt. Es wurde ferner vorgebracht, Kossuth wolle die bestehende Regierung stürzen und dann erst, wenn die Macht an ihn oder eine andere Körperschaft übergegangen sey, die Noten verwenden; der Gerichtshof habe es daher nur mit bestehenden Gesetzen und Regierungen zu thun; von dem Gehorsam gegen beide hänge die Erhaltung der bürgerlichen Gesellschaft ab; die Rechte des Klägers müßten daher beschützt werden, da befreundete Staaten berechtigt wären, den Schutz der Gesetze in England zu fordern. Da nun Kläger als König von Ungarn von der englischen Krone anerkannt sey, so müsse das Urtheil zu seinen Gunsten lauten. Cairns, der Anwalt Oesterreichs, fragte, wann Beklagter die Noten ausliefern wolle, damit sie vernichtet würden. Giffard, Kossuths Anwalt, erwiderte: binnen einem Monat. Schließlich verurtheilte der Vizkanzler die Angeklagten in die Kosten.

London, 7. Mai. Im Unterhause beantragte Lord Palmerston für die Prinzessin Alice, Braut des Prinzen Ludwig von Hessen, 30,000 L. Aussteuer und 6000 L. Jahres-Apanage. Der Antrag ward einstimmig angenommen. (Tel. d. Köln. Z.)

Aus den dem Hause der Lords vor einiger Zeit vorgelegten Schriftstücken, welche die vielbesprochene Auslieferung des Grafen Ladislaus Teleki an Oesterreich betreffen, geht hervor, daß derselbe von der sächsischen Regierung auf Verlangen Oesterreichs ausgeliefert wurde.

Frankreich.

Paris, 4. Mai. Man spricht von einer Reise des Kaisers nach Toulon für den Monat Juni. Es soll bei dieser Gelegenheit zu einem merkwürdigen Experimente kommen. Das Panzerschiff „La Gloire" soll nämlich gegen die Flanke eines alten Linienschiffes anrennen, das man zu diesem Zwecke aufopfert, um sich von der Leistungsfähigkeit des eisernen Schiffsschnabels in diesem Fache zu überzeugen. (B. Börs.-Z.)

Paris, 5. Mai. Im Arrondissement Thonon, in Savoyen, herrscht seit einiger Zeit eine Teufelbeschwörungs-Epidemie. Das Ministerium des Innern sah sich veranlaßt, den Dr. Constant, General-Inspektor der Irren-Anstalten, nach der Gegend abzusenden. (Fr. J.)

Paris, 6. Mai. Der Brief des Herzogs von Aumale an den Prinzen Napoleon ist also nach den Entscheidungsgründen des Erkenntnisses „weit mehr ein Angriff als eine Vertheidigung und Alles in Allem genommen, ein wahrhaftes Manifest gegen die Regierung, welcher darin Absichten, Tendenzen und Handlungen zur Last gelegt werden, die ihren Pflichten, so wie dem Interesse und der Ehre des Landes zuwiderlaufen". Vier Stellen sind namentlich als sträfällig bezeichnet, nämlich S. 12, wo die Regierung beschuldigt sey, dem Lande das entsittlichende Schauspiel so vieler mit Erfolg gekrönten Gewaltthaten zu geben; S. 13, wo gesagt sey, die Regierung gebe Versprechungen mit der vorgefaßten Absicht, sie nicht zu halten; S. 25—27, wo die Mäßigung der Regierung theils als Doppelzüngigkeit, theils als Schwäche, und die Vorlage der Blaubücher als eine vor Europa gespielte Komödie dargestellt sey, endlich S. 30, wo der Regierung ein heuchlerisches Coquettiren mit den Prinzipien von 89 vorgeworfen werde. „Solche Verdächtigungen, welche Niemand berechtigt ist, gegen die Regierung zu schleudern, haben offenbar den eigennützigen Zweck, die Herzen zu entfremden und die Geister zu verwirren," sagt das Erkenntniß; deshalb haben sich die Herren Dumineray und Beau des im Art. 4 des Dekrets vom 11. August 1848 vorgesehenen Verbrechens (Aufreizung zu Haß und Verachtung gegen die Regierung) schuldig gemacht. Der kaiserliche Anwalt, Hr. Durrenx, war übrigens nicht dabei stehen geblieben, dieses Verbrechen zu konstatiren, sondern auf das Gebiet der allgemeinen Politik übergesprungen, um zu zeigen, daß die Orleans gegen das Kaiserreich akkurat so konspiriren, wie ehedem die Stuarts gegen die hannover'sche Dynastie in England. Der Vertheidiger Duminerey's, Hr. Dufaure, sagte: er fordere den kaiserlichen Anwalt heraus, irgend einen Beweis vorzubringen, daß früher die Prinzen von Orleans wie die Stuart'schen Prätendenten konspirirt hätten. Dies könne nun jetzt durch die Broschüre am allerwenigsten geschehen seyn. Jemand, der über keine der Fragen, die das Land entzweien, seine Absicht abgebe, könne kein Parteihaupt seyn. In Betreff der römischen Frage z. B. und der innern Politik enthalte sich der Herzoge von Aumale jedes Vorschlages. Seine Broschüre sey also nur eine Antwort gewesen, in welcher der Ange-

Ungarische Zustände.

(Fortsetzung.)

„Am Tage nach meiner Ankunft war es mein Erstes, ob hier ein Amthaus bestehe, und ich erfuhr, der Komitatsvorstand sey vor zwei Wochen dagewesen und habe das ganze Stadthaus gemiethet. Das war nun aber nur ein Häuschen mit vier Fenstern Fronte, enthaltend ein mittelgroßes und zwei ganz kleine Zimmer; in den Zimmern nichts, gar nichts, nur bloße Wände. Ich fragte mich höheren Orts an, ob und woher ich die Einrichtungsstücke beziehen werde, und begann inzwischen die Amtsübernahme. Die gerichtliche Uebernahme ging in dem Lokale des aufgelösten Bezirksgerichtes — einem einzigen hölzernen Zimmerchen — vor sich und bestand aus 500 Geschäftsrückständen, also ziemlich dem Einlaufe eines Vierteljahres. Die administrative Uebergabe dagegen war in einer Stunde beendet, da mir nebst einer schauderhaften Registratur nur drei rückständige Akten übergeben wurden, worüber ich nicht umhin konnte, dem Bezirkskommissär mein Kompliment zu machen. Allein ich fand bald, daß dieser die erhaltenen Aufträge damit für erledigt hielt, wenn er darauf schrieb: „Hierüber Bericht zu erstatten", und sie so in die Registratur legte. Welche Ordnung überhaupt in dem Geschäfte meiner beiden ungarischen Amtsvorgänger herrschte, darüber aus vielen nur Ein Beispiel. Ich fand unter dem Bette des Amtsdieners einen Haufen großer Bücher, die ich sofort als Grundbücher erkannte, von welchen aber bei der Amtsübergabe gar keine Erwähnung gemacht war!" — Es wird nun erzählt, wie Tische und Stühle im Orte zusammengeborgt wurden für das Amt, wie der Zimmermann mittelst der von der Gemeinde requirirten Säge Aktengestelle verfertigte, wie die Krämer des Orts zu einem Kredit für Papier, Tinte und Federn vermocht wurden. „Auch Arreste waren keine vorhanden. Und wo waren die Häftlinge? Im Wirthshause, wo sie frei ein- und ausgingen, die auf die Hand ausgezahlten Verpflegungsgelder gemüthlich verzehrten und dabei wohl gediehen. Man wird vielleicht glauben, daß diese abnormen Zustände nur kurze Zeit, etwa einige Wochen dauerten. Die ersten Verlagsgelder erhielt ich nach neun Monaten, die nothdürftigsten, aber immer noch nicht genügenden Kanzleieinrichtungsstücke nach zwei Jahren, und entsprechende Amtslokalitäten sammt Arresten nach fünf Jahren! — Nachdem ich also Tische u. s. w. erreicht hatte, mußte ich zur Geschäftsvertheilung schreiten und hierzu meinen Subalternen auf den Zahn fühlen. Hatte ich in meiner neuen Sphäre schon bisher nur Enttäuschungen erlebt, so erfuhr ich jetzt die größte. Vorerst die Conceptsbeamten (etwa was bei uns Assessoren). Alle waren Ungarn, der ungarischen und der sog. küchenlateinischen, zwei von ihnen auch der slavischen Sprache vollkommen mächtig, einer wußte — in einer slavischen Gegend — kein Wort slavisch und nur sehr gebrochen deutsch, der zweite gebrochen, der dritte sehr unvollkommen deutsch; die bestehenden Gesetze waren ihnen fremd, der eine schien wohl etwas Weniges gelesen, aber gar nichts begriffen zu haben, die andern zwei hatten nie ein Gesetz gelesen. Den einen konnte ich ungeachtet aller Bemühungen fast zu gar nichts brauchen, er ging ganze Tage beschäftigungslos herum; der andere ließ sich zu den untergeordnetsten administrativen Korrespondenzen verwenden, den dritten richtete ich mühsam zu den strafgerichtlichen Erhebungen ab. Ein Beamter aus den deutsch-slavischen Kronländern hätte mir mehr geleistet als diese drei zusammengenommen."

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 128.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier ... ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 9. Mai 1861.

Deutscher Bund.

Preußen. Berlin. In der Sitzung der Stadtverordneten vom 6. Mai besprach Prof. Gneist u. A. auch die persönliche Angelegenheit, welche in den letzten Tagen die Runde durch die hiesigen Zeitungen gemacht hat, und laut welcher er dem Offizierkorps des 21. Landwehrregiments, auf vorangegangene Drohung, die [illegible]ng abgegeben haben sollte, er sey nicht der Ansicht der Kommission, welche er als Referent vertreten habe, sondern halte Hrn. Patzke für einen Ehrenmann. Diese Darstellung beruht entweder auf einem Mißverständniß oder absichtlicher Entstellung. Der Ehrenrath des Offizierkorps, zu welchem auch Hr. Patzke gehöre, habe aus den Zeitungsberichten Veranlassung genommen, sich über die denselben zu Grunde liegenden Fakta bei ihm in der allerhöflichsten Weise Aufklärung zu erbitten, wie demselben das Recht gesetzlich zustehe. Er habe darauf die Erklärung abgegeben, daß die in der Versammlung vorgetragenen Thatsachen in allen Punkten richtig seyen, daß darin aber von persönlichen Fälschungen und Betrügereien des Hrn. Patzke nicht die Rede gewesen sey, und er demnach nur das Protokoll seines Referats und nicht die Uebertreibungen und Entstellungen der Zeitungen vertreten könne. Der Ausdruck „Ehrenmann" sey nicht aus seinem Munde hervorgegangen, derselbe gehöre vielmehr seines Wissens einzig und ausschließlich dem Hrn. Minister des Innern an. Die Versammlung möge sich fest darauf verlassen, daß er ihre Rechte und Würde gegen Jeden zu vertreten wissen werde, im Uebrigen sey ja auch gar kein Referent einer öffentlichen, amtlichen Versammlung zu irgend einer Erklärung oder Genugthuung einem Offizierkorps gegenüber verpflichtet. Die malitiöse Tendenz dieser Zeitungsnachricht habe ihn jedoch veranlaßt, gegen den Verfasser derselben bei der Staatsanwaltschaft zu denunciren, um durch gerichtliche Feststellungen und Vernehmungen diese Angelegenheit an das hellste Licht zu ziehen, und bitte er Jeden, dem ähnliche Verdächtigungen zu Ohren kämen, in gleicher Weise zu verfahren. — Schließlich legt Hr. Gneist einen Bericht des Stadtvoigteilehrers Lutz vor, der sich bitter über Mißbräuche in der Polizeiverwaltung der Stadtvoigtei beschwert und Belege in der Stärke von 65 Bogen beifügt.

Bisher sahen die Gasthofbesitzer in Berlin sich „veranlaßt", mindestens einen „Vertrauten" der Polizei als Lohndiener zu verwenden. In den letzten Tagen ist die „Veranlassung" zu dieser Maßregel und damit hoffentlich die Maßregel selbst beseitigt worden.

Elberfeld, 4. Mai. Die hiesige Kreissynode hat auf Antrag der evangelischen Geistlichkeit in Bezug auf die Erweckungen den Antrag angenommen: „Synode wolle ihren tiefen Schmerz darüber aussprechen, daß gegen eine religiöse Erscheinung unter den Kindern des städtischen Waisenhauses, die ihrem Kern nach als Erweckung zu betrachten ist, von Seiten der städtischen Obrigkeit mit solchen Maßregeln vorgeschritten worden, durch welche theils der religiöse Charakter jener Bewegung verkannt, theils die tiefsten religiösen Interessen der hiesigen evangelischen Gemeinden verletzt worden sind." Die hiesige Stadtverordnetenversammlung hat gegen diese Einmischung mit 23 gegen 4 Stimmen protestirt, indem sie ausspricht: „daß sie unerschütterlich festhalten wird an den Grundsätzen, welche in der Behandlung der, in einer rein städtischen Anstalt, unter der gesetzlichen Vormundschaft der städtischen Behörden befindlichen Waisenkinder von ihr als die allein richtigen anerkannt und bisher befolgt worden sind; daß sie darin sich nicht beirren lassen wird durch den Versuch einer Einwirkung, die in den Organismus städtischer Verwaltung nicht gehört; daß sie demgemäß die unberufene und maßlose Censur der Kreissynode mit Entschiedenheit zurückweist."

Oesterreich. Aus Tyrol. Die „Bozener Zeitung", welche in der Protestantenfrage gegen die Majorität des Landtags opponirte, zeigt an, daß ihr vom Ortsseelsorger die fernere Mittheilung der Getrauten und Geborenen verweigert worden, weil sie ein „unduldsames Oppositionsblatt" sey.

= Wien, 6. Mai. (Privat-Korrespondenz.) Das Abgeordnetenhaus hat seine nächste Sitzung auf Samstag verschoben; und auch das Herrenhaus wird die Adreßdebatte schwerlich vor Freitag beginnen. Der angebliche Grund dieser Verzögerung liegt darin, daß die Aufklärungen, welche der Staatsminister den Adreßkommissionen zu geben hat, längere Zeit in Anspruch nehmen. Die Hauptsache ist indessen wohl, daß die Abgeordneten, bevor sie selber die Diskussion ihrer Antwort-Adresse beginnen, das Resultat der Adreßdebatte im ungarischen Landtage kennen wollen, deren Anfang auf Dinstag festgesetzt war, nach den neuesten Beschlüssen jedoch erst am Mittwoch zu erwarten ist. Ein Theil paßt auf den andern; keiner thut gern den ersten Schritt. — Ueber die Stellung des Baron Vay zu den deutschen Ministern schweben eine Menge Gerüchte in der Luft, die der Wahrheit direkt zuwiderlaufen. Statt angeblicher Zerwürfnisse haben die letzten Tage vielmehr eine entschiedene Annäherung zwischen beiden Theilen bewirkt. Der Hofkanzler hat Hrn. v. Schmerling versprochen, er werde der Adressekommission des Reichsrathes entweder in Person alle gewünschte Aufklärungen ertheilen, oder durch eine Kommission geben lassen. Auch hat Baron Vay seiner Fraktion im Pesther Landtage gemeldet: man habe dort die die Gesammtverfassung betreffende Stelle der Thronrede vollkommen falsch verstanden. Der Ausdruck von dem „einigen und untheilbaren" Reiche sey gerade auf seine Veranlassung aus der pragmatischen Sanktion (unum et indivisibile) herüber genommen worden. Ueberhaupt habe man zu Wien seinem Begehren, daß er, um im Saale der Hofburg zu erscheinen, die Thronrede vorher gebilligt haben müsse, nicht das geringste Hinderniß in den Weg gelegt.

= Pesth, 6. Mai. (Privat-Korresp.) Aus Moor im Stuhlweißenburger Komitate traf gestern eine Deputation hier ein, die sich bei Franz Deak (Führer der gemäßigt Liberalen) Raths erholen wollte, was sie der Steuerfrage gegenüber zu thun habe. Am 4. sey nämlich im Orte ein Finanzbeamter in Begleitung von zwölf Gendarmen erschienen und habe an die Einwohnerschaft die Aufforderung gerichtet, binnen sechs Stunden die Steuerrückstände zu entrichten. Die Abgeordneten der Moorer Gemeinde gingen von Deak mit der Antwort: „es bleibe nichts anderes übrig als zu zahlen," in ihre Heimath zurück.

Schweiz.

Einzelne Schweizerische Kantone, namentlich Waadt und dessen Hauptort Lausanne, protestiren gegen den Plan eines schweizerisch-französischen Handelsvertrages. (T. d. B. Börs.-Z.)

Zürich, 2. Mai. An Dr. Joh. Wislicenus von Halle wurde das Kantonsbürgerrecht ertheilt und dessen Aufnahme in das Bürgerrecht der Stadtgemeinde Zürich bestätigt. (B. Börs.-Z.)

Belgien.

Brüssel, 3. Mai. Die Gewaltthätigkeiten, welche die Genter Fabrikarbeiter gegen ihre Fabrikherren am letzten Montage begangen, und die nicht nur die Stadt, sondern das ganze Land, wegen der diesem Aufstand untergelegten politischen Bedeutung, in Besorgniß versetzt hatten, haben sich nicht erneuert. Die Stadt ist ruhig, und beinahe sämmtliche Meuterer sind an die Arbeit gegangen. Die Zahl der Verhafteten beläuft sich auf hundert.

(Schwäb. M.)

Großbritannien.

London. Das Urtheil des Kanzleigerichtshofes in der Kossuthnotenklage gründet sich darauf, daß der Kaiser von Oesterreich wegen Verletzung seiner gesetzlichen Rechte klage, welche ihm in einem mit England befreundeten Staat zustehen, und daß die angefertigten Noten den Zwecken einer ihm feindlichen Gewalt, welche

Hirse mit Schmalz oder Milch; Zeit eine Stunde. Mittagsmahl: Rindsuppe mit Mehlspeis, garnirtes Fleisch, Knödel mit Schmalz oder Rahm, Kraut mit Fleisch, Erbsen mit Schmalz oder Rahm, dann Strudel; Tafelzeit anderthalb Stunden. Zur Jause: Brod mit Schweinefleisch. Nachtmahl: Rindsuppe mit Mehlspeis, Krenfleisch, Heidengrütze oder Hirse mit Fleisch, Strudel; Zeit 2—3 Stunden. An baarer Bezahlung 20 kr., Wein und Brod quantum satis. Hierzu kommen noch einige Zuschauer und Verwandte, welche mit Strudel und Wein zu traktiren die Menschenpflicht erheischt."

Ein originelles Vermächtniß. Herr George Wilson, der unlängst in Carstairs-Lodge bei Wigton in der Grafschaft Cumberland starb, hinterließ ein Testament, unter dessen Bestimmungen eine folgendermaßen lautet: „Ich gebe und vermache der Person des dermaligen Kaisers von China die Summe von 19 Pfund 19 Schilling als Zeichen meiner Dankbarkeit für die zuvorkommende Behandlung, die mir während meiner chinesischen Reise im Jahre 1855 von Seiten der Beamten jenes Reiches zu Theil geworden ist." (Zeit.)

Das „Salut Public" von Lyon erzählt, ein Marquis de Mont Morillon sey dieser Tage in ein Coupé erster Klasse der Eisenbahn von St. Etienne getreten und habe dort einen Reisenden gefunden, der ihm gar keinen Platz habe machen wollen, um ihn vorbei zu lassen. Darüber aufgebracht, habe sich der Marquis, ohne anzufragen, eine Cigarre angebrannt. Auf wenig höfliche Weise habe der Reisende ihn aufgefordert, die Cigarre auszulöschen, und, da er der Aufforderung nicht Folge geleistet, ihm die Cigarre aus der Hand geschlagen. Ohne viele Worte zu machen, habe der Marquis seinen groben Gefährten beim Halse gefaßt und ihn mir nichts dir nichts zum Fenster des Waggon hinausgeworfen. Trotzdem, daß der Zug in voller Eile, habe der Hinausspedirte keinen Schaden genommen. Im Fluge habe ihm der Marquis seinen Mantel nachgeworfen und ihn zum Abschiede mit der Hand gegrüßt. (K. Z.)

Neueste Nachrichten.

Berlin, 6. Mai. Gegen den Polizei-Obersten Patzke ist von Seiten des hiesigen Stadtgerichts am verflossenen Donnerstag auf Grund des §. 323 des Strafgesetzbuches die gerichtliche Voruntersuchung beschlossen. In Folge dessen hat der Polizeipräsident v. Zedlitz bei dem Minister des Innern den Antrag gestellt, daß Patzke auf Grund des §. 50 des Disziplinargesetzes seines Amtes vorläufig enthoben werde. Diese Suspendirung vom Amte hat gestern stattgefunden. (Pr. Z.)

Wien, 4. Mai. Ungeachtet der höchst ehrenhaften und loyalen Anstrengungen, welche besonders von einigen Pesther Handlungsfirmen ersten Ranges hier gemacht werden, ist das finanzielle Mißtrauen gegen Ungarn auf allen Punkten diesseit der March und Leitha, und, wie wir glauben, nicht bloß in Deutsch-Oesterreich, dennoch im Steigen begriffen; es findet Nahrung in den wahrhaft unbegreiflichen Versuchen, die in Ungarn hier und da gemacht werden, theils statt der österr. Währung die alte Konventionswährung wieder einzuführen, für die fast gar keine legalen Geldzeichen mehr vorhanden sind, theils hier und da Gläubigern statt österreichisch-kaiserlichen Geldes Kossuthnoten aufzuzwingen. Was soll ein hiesiger Kaufmann thun, wenn es seinem ungarischen Schuldner beifällt, Kossuthnoten als Zahlung zu senden und sich auf diesem Wege seiner Verpflichtung zu entledigen? Der „Wiener Geschäftsbericht", in dieser Hinsicht eine untrügliche Quelle, konstatirt in seiner Monatsübersicht neuerdings, daß im Laufe des April Kreditbeschränkungen gegenüber Ungarn auf dem hiesigen Markte vorgekommen seyen. (Nat.-Z.)

Paris, 7. Mai. Die inspirirten Blätter verbreiten die Nachricht, daß der Prinz Napoleon aus Zartgefühl Paris verlassen habe, um nicht während dessen Prozesses dort zu seyn. Viel glaubwürdigeren Nachrichten zufolge hat Se. kais. Hoheit vorgezogen, Paris zu verlassen, um sich einem Besuch von drei Divisionsgeneralen zu entziehen, die dem Prinzen eine Aufklärung darüber geben wollten, welche Rücksichten er der Armee schuldig sey.

Wie der in Genua erscheinende „Movimento" aus Palermo vom 23. April meldet, werden die sizilianischen Küstenfahrer sogar in der Nähe Palermo's von Piraten angegriffen. Die Regierung habe die bewaffneten Boote zweier Kriegsdampfer ausgeschickt, die aber nicht ausreichend seyn würden.

Warschau, 3. Mai. Ich kann Ihnen melden, daß die schwierige Angelegenheit hinsichtlich der den Frohndienst verweigernden Bauern sich in ruhiger Weise abzuwickeln scheint. Schon haben alle Bauern im ganzen Sandomirschen Kreise, wie auf dem großen Gut Lubartow den Vorstellungen der Regierung Gehör geschenkt und sind zur Leistung ihrer Frohndienste zurückgekehrt. Es steht mit Sicherheit zu erwarten, daß die anderen noch rückhaltenden Bauern diesem Beispiel folgen und ebenfalls zu ihren Arbeiten zurückkehren werden.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. j. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	79 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	62 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	52 1/8 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	45 G.
„	4 1/2 pCt.	39 1/2 P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	88 1/8 G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	103 1/4 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	102 1/2 P. 1/4 G.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	102 1/2 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	100 1/8 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100 3/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	104 3/8 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	95 1/4 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	102 7/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	95 P. 94 3/4 G
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	101 1/2 G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 1/2 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 3/4 G.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	102 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 1/2 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	--
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	99 P.
„	3 pCt. Obl.	91 1/4 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	48 7/8 G.
„	1 3/4 pCt. „ „ „	42 3/4 P. 1/2 G.
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 500 Thlr.	99 3/8 P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	102 7/8 G.
K. k. Oesterr. National-Bankaktien .	593 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	134 1/2 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	185 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	72 1/2 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien	70 P.
Internationale Bank in Luxemb. . .	83 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	322 P. ex D.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	68 1/8 P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	232 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	120 P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73 1/4 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	21 1/2 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	133 1/2 G.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	99 1/4 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52 P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	235 P 233 1/2 G. ex C.
Span. Handels- u. Industrie . . .	515 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	488 G.
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	103 3/4 P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. 100 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99 3/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B. 99 3/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 3/8 B.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	87 3/4 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 1/8 B.
London Lst. 10 k. S.	117 1/2 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	93 1/8 G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	80 1/4 — 80 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	77 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	49 1/2 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	59 1/2 G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	129 3/4 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	57 1/2 P.	„ fl. 25 do.	35 P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	93 1/2 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	34 3/4 P.
4 1/2 pCt. Preuss. Pr.-Anl. berlt.	119 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	—
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2 1/2 pCt. Z.	37 1/4 P.
Badische fl. 50	90 P.	Vereins-Loose fl. 10.	10 3/4 P.
Badische fl. 35	53 1/8 P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 1/4 P.

Frankfurt, 7. Mai. Oesterr. Fonds, Bank- und Kredit-Aktien konnten sich nicht ganz auf der gestrigen Höhe behaupten. Im Verlaufe des Geschäfts traten mehrfache Schwankungen ein; gegen den Schluß jedoch stellte sich größere Festigkeit wieder her. Bexbacher Aktien begehrt und höher. (Synd.)

in jedem Jahre das Nationalfest der Einheit Italiens im ganzen Reiche gefeiert werden soll, mit 215 gegen 20 Stimmen an. In der Sitzung des 2. Mai bewilligte das Haus 3 Mill. für Hafen- und Befestigungsbauten in Ankona. Hierauf legte Peruzzi zur Bestätigung den Vertrag vor, den die Regierung mit der Gesellschaft der römischen Eisenbahnen abgeschlossen hat, und der auf Beschleunigung des Bahnbaues von Bologna nach Ankona abzielt. Bei dieser Gelegenheit gab Peruzzi eine Uebersicht über den jetzigen Stand der italienischen Bahnbauten und über das System, welches die Regierung auszuführen bezwecke. Die wichtigste Bahn sey zuvörderst die, welche Neapel über Bologna, Ankona und das adriatische Littorale mit Turin verbinden werde; erst in zweiter Linie komme dann die Bahn, welche am tyrrhenischen Meere entlang von Turin nach Rom führe. Diese letztere Bahn ist zum Theil schon fertig, zum anderen Theile konzessionirt. Das Bankhaus, welches der jetzige Finanzminister in Livorno führte, hat die Konzession für die Strecke von Siena nach Cesena di Moja, das nur einige Kilometer nördlich von Civita-vecchia liegt, erhalten. Die Strecke am ligurischen Littorale von Ventimiglia nach Pisa baut eine National-Eisenbahngesellschaft, an deren Spitze der Herzog von Galliera steht. Der Arbeitsminister zeigte nach dieser Uebersicht an, daß er in diesen Tagen der Kammer zur Bestätigung den mit Adami und Lemmi abgeschlossenen Vertrag vorlegen werde, da diese Herren die Kaution bereits erlegt hätten. Im Ganzen habe das Königreich Italien in diesem Augenblicke an Eisenbahnen: 1750 Kilometer in Betrieb, 1750 Kil. im Bau begriffen und ungefähr 2000 Kil. im Plane, so daß in einigen Jahren das italienische Festland 5—6000 Kil. Schienenwege haben werde, wozu dann noch 400 Kil. kommen würden, die für Sizilien bereits vergeben seyen, so wie 300 Kil., welche die Insel Sardinien erhalten solle. (Köln. Z.)

Neapel. Der Prozeß gegen die Verschwörer und namentlich gegen den Herzog von Cajaniello ist, wie man der „Allg. Ztg." aus Neapel, 24. April schreibt, wiederum vertagt worden. Derselben Korrespondenz zufolge wurden, ohne das Standrecht zu proklamiren, bei Venosa von den in der Basilicata gemachten 600 Gefangenen 23 auf der Stelle erschossen, die vielleicht durch ihre vorher verübten Räubereien den Tod verdient, jedenfalls aber das Recht zu einer ordnungsmäßigen Untersuchung und Aburtheilung hatten. Die Regierung erkennt sehr wohl, daß die im Königreich stationirten Truppen der Bewegung bald nicht mehr gewachsen sein werden, und sendet deshalb auch, soviel es in ihren Kräften steht, Verstärkungen hierher.

Türkei.

Nach Berichten aus Belgrad ist dort die Nachricht eingetroffen, daß man in Frankreich damit umgeht, eine über ganz Bulgarien verzweigte französische Mission zu errichten, um sämmtliche Bulgaren zum Katholizismus zu bekehren. Es wird dies ein neues Mittel seyn, den französischen Einfluß in den Donauländern, wo er bereits so große Fortschritte gemacht hat, fester zu begründen. Auch zu den schon vollzogenen Uebertritten haben die französischen Agenten das Meiste beigetragen. Auf die Bekehrung der Serbier haben sie gleichfalls ihr Augenmerk gerichtet und sowohl unter diesen als unter den Bulgaren die Hoffnung erweckt, daß ihr Gebiet mit Einschluß der Herzegowina zu einem großen unabhängigen Reich vereinigt werde. Daraus erklären sich manche neuere Vorgänge und die unter den Serbiern allgemein herrschende Neigung, sich an dem Kampfe gegen die Türken zu betheiligen.

Nichtpolitische Zeitung.

Gestorben: Dr. Adolph Köster, Pfarrer der deutsch-reformirten Gemeinde zu Erlangen.

Aus der Pfalz. Nach dem Genusse von rothgefärbten gekochten Birnen erkrankte eine Familie von 7 Personen mehr oder weniger erheblich unter vergiftungsartigen Symptomen. Die herbeigerufene ärztliche Hülfe und die chemische Untersuchung der Farbe bestätigten eine stattgehabte Vergiftung. Es war statt der Cochenille, einem völlig unschädlichen Farbstoffe animalischer Natur, eine neue Mineralfarbe, das „Cochenilleroth", die stark arsenikhaltig ist, angewendet worden, und dürfte für die Folge in den Haushaltungen Sorge zu tragen seyn, eine Verwechslung dieser ähnlichen Namen zu vermeiden.

Frankfurt, 3. Mai. Die „Frankf. Postz." hat den vollen Wortlaut der österr. Thronrede per Telegramm bezogen; es ist dieß die größte Depesche, welche seit dem Bestand des hiesigen bayerischen Telegraphenbureau bei demselben eingetroffen ist. Die Kosten für dieselbe belaufen sich auf 261 fl.

Wien, 5. Mai. Die Typhus-Epidemie ist noch immer im Zunehmen; die Spitäler sind überfüllt. (W. Bl.)

Erzherzog Ferdinand Max ist auch unter die Literaten gegangen: er hat ein dreibändiges Werk über Brasilien beendet, das aber nur in bevorzugten Kreisen zirkulirt, da nicht mehr als dreißig Exemplare abgezogen worden sind. Wie wir hören, soll sich in der Arbeit viel schriftstellerisches Talent und Humor zeigen. Die Widmung lautet: „Meiner Reise- und Lebensgefährtin Charlotte."

Man macht der „Vas. Ujs." folgende kulturhistorische Mittheilung: „Eine Stunde von Groß-Kanizsa entfernt liegt das Dorf Eßteregnye (Ungarn). Dieser Tage hatte dort Jemand Arbeiter für seinen Weingarten gedungen, und ich mußte erstaunen ob der Anforderungen, welche diese Winzer für ihren Magen stellten. Sie verlangten nämlich folgende Verköstigung: Kleines Frühstück: Brod mit Speck oder Käse; Essenszeit eine halbe Stunde. Großes Frühstück: Einbrennsuppe mit Nudeln, Kraut ohne Fleisch,

---

stimmt waren, so vollkommen mit vielen Schilderungen und Thatsachen in der vorliegenden Schrift übereinstimmen, daß er sich bei dem Lesen der letzteren immer wieder ausdrücklich daran erinnern mußte, es sprechen hier nicht die ihm nahe Stehenden in Briefen, sondern ein ihm persönlich und selbst dem Namen nach ganz unbekannter Fremder in einem Buche. Eine solche Uebereinstimmung unter ganz verschiedenen, weit auseinander wohnenden, nach aller Wahrscheinlichkeit einander ganz unbekannten Beobachtern und Mithandelnden kann aber offenbar nur auf der objektiven Wahrheit der Mittheilungen beruhen.

Wir wollen im Nachstehenden einige (gehörigen Ortes wohl auch etwas abgekürzte) Auszüge aus dem Büchlein geben und zwar nach allen drei oben angegebenen Richtungen hin.

Der Verfasser erzählt, daß er gegen seinen Wunsch und ohne alles Nachsuchen von seiner Seite zuerst zur Belehrung ungarischer Beamten über österreichisches Recht und über Verwaltungsformen verwendet, dann unerwarteter Weise zum Stuhlrichter ernannt worden sey; wie es scheint (er nennt keinen Namen), im nördlichen gebirgigen Theile des Landes. Die Beschwerlichkeiten der weiten Reise mit Familie, deren jüngstes Mitglied erst 8 Wochen alt war, übergehen wir; ebenso den wunderlichen Empfang in dem Städtchen durch den Stadtrichter, welcher dem Ankommenden die Mittheilung machte, daß schon seit mehreren Tagen eine Wohnung für ihn in Bereitschaft gehalten und geheizt würde. „Freudig und im Vorgenusse der Wohlthat eines seit mehreren Tagen entbehrten guten Bettes schritt ich hinter dem würdigen Stadtoberhaupte einher. Ich sah links und rechts und vor mich, konnte jedoch nur hölzerne Hütten, aber kein Haus sehen, als zu meiner großen Ueberraschung der Mann plötzlich vor einer schornsteinlosen Hütte mit zwei Fensterreihen stehen blieb und mir dieselbe als mein Absteigequartier bezeichnete. Das Häuschen bestand aus einem Vorhause, links ein kleines, rechts ein noch kleineres Zimmer. Letzteres war vollkommen leer, ersteres nach Versicherung des Stadtrichters für meine und meiner Angehörigen Unterkunft eingerichtet. Die Einrichtung für die ganze Familie beschränkte sich auf zwei Bettstätten und ein Bund Stroh in jeder. Später wurden vom Pfarrer und sonst woher Matratzen und Decken, ein defekter Tisch und zwei Sessel herbeigeschleppt. Eine Schusterin, die einzige des Kochens kundige Person im Orte, erschien und brachte eine Suppe zu Stande; der Stadtrichter belehrte mich dabei, daß im Orte außer Rindfleisch, Brod, Erdäpfeln, Wein und Branntwein nichts zu haben sey, und ich, wenn ich etwas Mehreres wünschen sollte, alles Andere aus der 10 Meilen entfernten Stadt beziehen müsse. Müde und hungrig ging ich mit meiner müden und hungrigen Familie zu Bette, das heißt ich legte mich, da die zwei Betten für Alle nicht ausreichten, auf die Erde. Früh Morgens erwachte ich und erblickte statt des gehofften Frühstücks meine sämmtlichen Angehörigen auf den beschriebenen zwei Betten und zwei Sesseln sitzend und weinend, die Dienstmädchen weinten als Chor im Hintergrunde." (Später änderte sich die Wohnung nach verschiedenen verunglückten Versuchen in so ferne in's Bessere, als der neue Stuhlrichter sammt Familie in der Gensdarmeriekaserne einquartiert wurde.) —

(Fortsetzung folgt.)

worauf dann Hr. v. Schleinitz erwiderte, die Aeußerungen der englischen Minister seyen sehr bedauerlich; Palmerston erkenne nicht das hohe, gerechte Selbstbewußtseyn einer benachbarten, ebenbürtigen Nation an (d. h. er sey unverschämt grob). Bei allem Werthe eines Einverständnisses mit England habe Preußen Gott sey Dank nicht nöthig, für die Freundschaft irgend einer Macht seine Unabhängigkeit zum Opfer zu bringen. Schließlich sprach er die Hoffnung aus, daß dieser Vorgang das unserem Welttheile so nöthige Einvernehmen nicht stören werde. (Das fehlte noch!)

Großh. Hessen. Mainz, 5. Mai. Kaiser Napoleon hat sowohl unserer Stadtbibliothek als dem hiesigen römisch-germanischen Museum Geschenke gesandt. Es scheint, daß er auf jede Weise der „guten" Stadt Mainz seine Huld bezeigen möchte. (Fr. Postz.)

Freie Städte. Bremen, 5. Mai. Die Berathung des Budget für 1861 hat der Bürgerschaft Gelegenheit zu mehreren wichtigen Beschlüssen geboten. Zu den letzteren muß auch derjenige gezählt werden, durch welchen sie den Senat ersucht, „im Verein mit den anderen deutschen Regierungen die Aufhebung des Paßzwanges oder doch eine liberalere Reform des jetzigen Paßwesens anzustreben." (Wes.-Z.)

Oesterreich. Wie die „Wiener Zeitung" vom 5. Mai meldet, hat der Kaiser mit der Entschließung vom 14. April d. J. den Evangelischen beider Bekenntnisse im Amtsberichte des k. k. evangelischen Oberkirchenraths in Wien die ihnen in dem Patent vom 8. April d. J. §. 20 zugesagten bleibenden Unterstützungen aus dem Staatsschatze in dem Gesammtbetrage jährlicher 41,660 fl. österr. W. bewilligt.

Nächster Tage wird in Wien ein Zusammentritt ehemaliger Bürgeroffiziere stattfinden, zu dem Zwecke, über eine Petition zu berathen, resp. dieselbe zu verfassen, um Wiederherstellung der uniformirten Bürgerwehr.

Frankreich.

Paris, 3. Mai. Das Zerwürfniß zwischen der Regierung und dem Klerus hat ganz und gar den Charakter offener Feindseligkeit angenommen. Die Regierung ist höchstens noch in der Form schonend, sie hebt ohne Rücksicht religiöse Gemeinschaften auf, welche bisher, wenn auch nicht berechtigt, doch geduldet waren, sobald ihr dieselben unbequem erscheinen, und der Klerus läßt sich seinerseits durch die Drohung, wie sie in der Rundnote des Justizministers ausgesprochen war, nicht abhalten, Einsprache zu erheben, wie die Briefe des Erzbischofs von Tours und des Bischofs von Arras beweisen. Wenn man im Publikum wenigstens hier sich entschieden auf die Seite der Regierung gegen den Klerus stellt, so entgeht den Einsichtigeren doch nicht das Uebermaß der Regierungsgewalt und die schlimme Anwendung derselben, die sich aus dem Allen ergibt. „Wie", sagt man, „die Regierung hält derart die Gerichtspflege in Händen, daß gestern Verbrechen ungekannt und unbestraft blieben, weil sie es so gewollt hat, und heute ans Licht treten und zu Prozessen Anlaß geben? Wo ist also die Gerechtigkeit?" Dieselbe Willkür wirft man der Regierung bei Behandlung der religiösen Gemeinden vor: „Warum schilt man heute unmoralisch", wird gefragt, „und hebt es auf, was man gestern für moralisch hielt und bestehen ließ?" (D. Allg. Z.)

Paris, 5. Mai. Aus der Rede des Advokaten Dufaure, welcher gestern für den Buchhändler Dumineray plaidirte, heben wir folgende Stellen wörtlich hervor: „Von dem Augenblicke an, wo die Regierung sich die Senatsrede des Prinzen Napoleon aneignete, durfte sie mit Recht ebenfalls angegriffen werden. Und sprach übrigens der Prinz nicht im Namen der Regierung, als er sagte: Wir bewundern Garibaldi, wir widmen dem Könige von Neapel unser Mitleid, wir lassen Euch erschießen? Man hat die Juli-Regierung mit der kaiserlichen Regierung in Vergleich zu stellen für passend gehalten und uns so auf dieses Gebiet gefordert. Ich frage das öffentliche Ministerium, ob ich die Freiheit habe, Alles das zu loben, was es angreift. Ich kann es nicht. Sie wissen es wohl; ich bekenne meine Ohnmacht. Aber Sie kennen den Grund meiner Ohnmacht. Sie haben leicht triumphirt. . . . . . Ich frage mich, ob es ein Verbrechen ist, von einer Regierung zu sagen, daß sie eine Regierung mit doppeltem Gesicht ist. Hat man diesen Vorwurf nicht allen Regierungen gemacht, Lord Palmerston, Cavour und Rogier? Haben sich diese Regierungen daran gestoßen? Keineswegs. Und warum? Sie können es sich selbst sagen; weil die Verantwortlichkeit versetzt ist und weil man heute ohne schweres Unrecht diese Vorwürfe gegen Herrn Walewski nicht würde erheben können. Die Verantwortlichkeit geht höher hinauf; aber was der Herzog von Aumale gesagt, unterscheidet sich das von dem, was Herr Keller im gesetzgebenden Körper sagte, als er der Regierung vorwarf, Herrn Cavour gezogene Kanonen und dem Könige von Neapel Charpie geliefert zu haben?" (Köln. Z.)

Die dem gesetzgebenden Körper vorgelegte Motivirung des Gesetzvorschlags zur Bewilligung einer Subvention von 6 Mill. Franken jährlich auf 24 Jahre für die Einrichtung eines regelmäßigen Dampfbootdienstes über Suez und Aden nach Saigon, Calcutta, Singapore, Batavia, Manilla und China weist auf die Vortheile hin, die der Handel daraus ziehen werde, wenn er der Dienste fremder Rivalen nicht ferner bedürfe; auch werde das Comptoir d'Escompte in Paris Agenturen in Shanghai, Calcutta, Madras, Pondichery und Reunion anlegen. Das Genie der Nation habe nun das Weitere zu thun. In England verfährt man umgekehrt; so oft das Genie der Nation neue Handelsverbindungen geschaffen hat, wird von Privaten für Verkehrsmittel gesorgt; der Versuch, sich in den Welthandel durch Regierungsmaßregeln zu drängen, ist in Frankreich nicht neu, immer aber noch kläglich gescheitert.

Italien.

Das italienische Abgeordnetenhaus nahm in der Sitzung des 3. Mai den Gesetzentwurf, wonach am ersten Sonntag des Juni

---

Ungarische Zustände.

Acht Jahre Amtsleben in Ungarn. Von einem k. k. Stuhlrichter in Disponibilität. Leipzig bei Oehme. 1861.

Unzweifelhaft ist das Verhalten von Ungarn der Angelpunkt, um welchen sich das nächste Schicksal von Oesterreich dreht, vielleicht das von Europa. Um so nothwendiger ist es, sich von den wahren Verhältnissen des Landes einen deutlichen Begriff zu machen, um beurtheilen zu können, welches die wahrscheinlichen Faktoren der dort in Aussicht stehenden Verhältnisse sind, und mit welcher Macht sie voraussichtlich auftreten werden. Hierüber herrschen nun aber bei uns „in dem Reiche" mannigfach die unrichtigsten Begriffe, und man ist wohl im Allgemeinen geneigt, den Kulturgrad sehr zu überschätzen. Man läßt sich bestechen durch die unzweifelhafte Tapferkeit der Ungarn, durch ihre martialische Erscheinung und durch die ausgezeichnete Begabung und Bildung einiger weniger berühmter Männer; man nimmt es für baare Münze, wenn die Ungarn ihren ungebildeten, tief verschuldeten kleinen Adel ganz unbefangen der englischen Gentry gleichstellen, um durch diesen Vergleich seine Ansprüche auf die Regierung zu rechtfertigen. Von dem in der That ganz barbarischen Zustande eines großen Theiles des Landes und der überwiegenden Mehrzahl der Bevölkerung, von der häufigen Rohheit und Verdorbenheit derjenigen Klassen, welche das Analogon des Mittelstandes bei zivilisirteren Völkern sind, von der ganz bodenlosen Verwaltungsliederlichkeit und Unordnung der Zustände weiß man nichts, oder man übersieht es wenigstens gerne. Allerdings haben die Judenprügeleien, welche die erste Frucht der wiedererlangten alten Einrichtungen waren, und hat der brutale Deutschenhaß, welcher sich auch gegen die unschuldigsten Persönlichkeiten Luft machte und die Wiedereinsetzung der Nationalität durch das Hinauswerfen von Frauen und Kindern in fußtiefen Schnee feierte, bei Manchem ein Bedenken hervorgerufen; allein es fehlt doch noch sehr viel zu einer wirklichen Kenntniß des Zustandes der Dinge. Jeder Beitrag ist daher erwünscht; und wir glauben in der That den Dank unserer Leser zu verdienen, wenn wir sie auf die kleine in der Ueberschrift genannte Schrift aufmerksam machen. Sie werden sie von Anfang bis zu Ende mit Spannung und Belehrung lesen.

Dieselbe ist die Herzensergießung eines deutsch-böhmischen Beamten über seine Erlebnisse in Ungarn, und die wenigen Bogen geben nach drei Seiten hin überraschende Auskunft: nämlich über die Zustände im Innern des Landes, sowie über die nationale Verwaltung, welche Oesterreich dort traf, als es den Versuch machte, die Regierungsweise der Erblande dort einzuführen; über die Leistungen der dahin gesendeten deutschen Beamten, die so schamlos in Bausch und Bogen verleumdet worden sind; endlich über die Behandlung dieser Beamten durch die Eingebornen und durch die eigene Regierung. Für die Wahrheit der Mittheilung steht allerdings kein Name eines Verfassers ein; allein die durchaus unmittelbare Naivetät der Erzählung, der harmlose Humor trotz alles Mißgeschicks, endlich die sichtbare Vermeidung jeder Uebertreibung werden auch nicht Einen Leser in Zweifel lassen, daß er es mit einem wahrheitsliebenden, ehrlichen und gutmüthigen Gewährsmann zu thun hat. Ueberdies ist Schreiber dieser Zeilen persönlich in der Lage zu bezeugen, daß Mittheilungen aus andern Theilen Ungarns, welche durchaus nicht für die Oeffentlichkeit be-

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 127.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 8. Mai 1861.

Deutscher Bund.

* Die „N. Frkf. Ztg." schreibt: „Wenn die Häupter der Mittelstaaten Deutschlands nicht kurzweg mediatisirt seyn wollen, so begreifen wir dies nicht nur, sondern wir finden ihr Widerstreben bis zu einem gewissen Grade sogar gerechtfertigt, — wobei wir selbstverständlich voraussetzen, daß hiedurch in keinem Fall eine Centralgewalt unmöglich gemacht werde, ohne welche es für die Einzelnen wie für das Ganze gar keine Sicherheit gegen den äußeren Feind gibt. Was wir hingegen nicht begreifen, ist, daß so manche Mittel- und Kleinstaatsregierungen geradezu so handeln, als ob sie die nothwendige Bedingung einer Berechtigung ihres Strebens selbst zerstören wollten. Als diese erste und nothwendigste Bedingung erscheint eine volksthümliche Regierung; eine solche, welche nach Einrichtungen und Personen den Anforderungen der Mehrheit der Einwohner entspricht, ihren Wünschen und Bedürfnissen möglichst entgegen kommt, und einen Zustand bereitet, in dem sich die Bevölkerung wohl fühlt, so daß sie eine Veränderung nur fürchten, in keiner Beziehung aber hoffen und wünschen kann. Ohne die Herstellung solcher Zustände wird jene Mediatisirung in einer oder der anderen Form, wäre es selbst die der gehaßten und gefürchteten Annexion, schließlich unfehlbar eintreten; es würde schon einzig und allein die Attraktionskraft, welche der große Staat auf den kleinen ausübt, in diesem Falle zur Herbeiführung der Veränderung ausreichen. Die Erbärmlichkeiten, welche in dem speziell gefürchteten Preußen tagtäglich hervortreten, machen es den kleineren Regierungen so außerordentlich leicht, ihrem Volke unzweifelhaft Besseres zu bieten als dort besteht, — so außerordentlich leicht, den Vortheil zu überholen, den der größere Umfang des Staates an sich gewährt. Wo aber benützt man diesen Umstand wirklich? Vergeudet man nicht fast überall die Gunst des Momentes? — Man sollte doch denken, es müßte in den maßgebenden Kreisen — wir führen ein nahe liegendes Beispiel an, also — zu Darmstadt, einmal die Frage erhoben werden: Ist denn das hessische Volk mit Hrn. v. Dalwigk und seinem Regime zufrieden oder unzufrieden? fühlt sich die Mehrheit der Staatsangehörigen unter diesem Regime behaglich oder das Gegentheil? kann das System der politischen Reaktion, als dessen Träger Hr. v. Dalwigk längst aufgetreten ist, die nun einmal vorhandenen und unabweisbaren Anforderungen der Jetztzeit befriedigen? Solche Fragen aufwerfen, heißt sie zugleich beantworten. Was hier vom Großh. Hessen gesagt ist, gilt mit geringen Veränderungen auch von Kurhessen, Hannover u. s. w. In allen diesen Staaten fürchtet man das Mediatisirtwerden; wann aber wird man aufhören, die Strömung in dieser gefürchteten Richtung selbst zu befördern? Zu Metternichs Zeiten galt freilich das System: „Das Volk will es, darum darf es nicht geschehen!" Heute liegt aber doch die Erkenntniß nahe, daß eine Regierung, welche nach solcher Maxime verfahren will, nichts gewisser erreicht, als daß sie unfehlbar sich zu Grunde richtet. Ist es nöthig, in dieser Beziehung an die in den letzten Jahren gleichsam durch einen Windhauch hinweggeblasenen Regierungen in Italien zu erinnern, die alle jenem Systeme huldigten und alle ohne Ausnahme verschwanden." Nur einige Worte haben wir vorstehenden Bemerkungen der „N. Fr. Z." beizufügen. Die liberale Partei Deutschlands ist jetzt in zwei Theile gespalten; der eine Theil findet sich im Lager des Nationalvereins, in einer Gesellschaft und Lage, die ihm wohl manchmal unangenehm werden mag, denn die Hegemonie Preußens, die hier auf die Fahne geschrieben worden ist, zeigt sich jetzt schon als unausführbar. Der andere Theil der Liberalen steht auf großdeutscher Seite; er bekämpft die preußische Hegemonie, weil er glaubt, das Streben darnach werde uns nur in noch schlimmere Zwietracht stürzen, als die ist, in der wir uns jetzt befinden; aber er bekämpft dies Streben wahrlich nicht darum, weil er meint, unsre jetzigen Zustände seyen so golden, daß sie nichts zu wünschen übrig ließen. Die Meinung dieser Liberalen geht nur dahin, nicht voreilig am Bestehenden zu rütteln, wenn man nichts Besseres an dessen Stelle zu setzen weiß, zumal in einer Zeit, wie die jetzige, wo der äußere Feind jedes Zerwürfniß bei uns zu seinem Vortheil auszubeuten bereit ist, und man sich also doppelt hüten soll, zu solchem Anlaß zu geben. Daß die Wünsche mancher reaktionären Regierungen deutscher Mittel- und Kleinstaaten in diesem Punkt mit den Ansichten dieser Liberalen zusammentreffen, ist nicht zu läugnen, noch zu hindern; Letztere können es nicht wehren, daß Erstere, so unangenehm ihnen auch solche Gesellschaft ist, ein Stück Weges mit ihnen gehen; lange wird's nicht dauern. Nur möge man sich auf keiner Seite täuschen: den Liberalen, die gegen Preußens Hegemonie ankämpfen, fällt es darum noch keineswegs ein, die Reaktions-Wirthschaft in Hannover und Kurhessen zu vertheidigen, oder die gegenwärtige Bundesverfassung für ein Muster von Vollkommenheit zu erklären. Lasse man auf der andern Seite die preußische Hegemonie fallen, die durch Preußens eigne Unfähigkeit doch unmöglich ist, so wird sich die liberale Partei Deutschlands wieder einig zusammenfinden, und nicht mehr ihre Kräfte in einem Kampf zersplittern, von dem am Ende doch nur ihre Gegner den Vortheil für sich nehmen.

- **Bayern.** München, 6. Mai. Se. Maj. der König hat beschlossen, daß die zeitlich quieszirten Landgerichts-Assessoren Joh. Ruederer von Neuburg a/D. und K. H. Baltheiser für immer in den Ruhestand belassen; den Rechnungs-Kommissär der General-Lotto-Administration E. Daffert auf Ansuchen in den Ruhestand versetzt, zum Verweser dieser Stelle den Revisor am Lotto-Oberamte München A. Loher ernannt und die hiedurch sich erledigende Revisorsstelle nicht wieder besetzt. (N.M.Z.)

In den Motiven zu dem Gesetzentwurf über die Erweiterung des bayerischen Bahnnetzes findet sich folgende Stelle über diejenigen Strecken, die ins Auge gefaßt, im Entwurf selbst aber nicht berücksichtigt sind. „Als Bahnen, deren Bau auf Privatkosten unter Zinsengarantie des Staates in Aussicht genommen ist, stellen sich dar: eine Verlängerung der Ostbahnen in der Oberpfalz nach Oberfranken in der Richtung nach Bayreuth und Eger, wozu der Ostbahngesellschaft bereits die Projektirungskonzession ertheilt ist; in der Pfalz eine Eisenbahn von Speyer nach Germersheim, von Winden an den Rhein in der Richtung nach Karlsruhe und von Homburg nach St. Ingbert. Bezüglich dieser Bahnprojekte wird besondere Vorlage noch vorbehalten. Andere Bahnen würden sich zur Ausführung durch Private und Pachtung des Betriebs durch die Staatseisenbahnverwaltung eignen. Es sind Dieses zunächst eine Bahn von Kempten über Memmingen nach Neu-Ulm, über welche bereits ein provisorischer Vertrag zwischen der Stadtgemeinde Memmingen und der Staatseisenbahnverwaltung abgeschlossen ist. Andere Eisenbahnprojekte, deren Verwirklichung durch Betriebspachtung von Seite der Staatseisenbahnverwaltung bedingt ist, namentlich in der Richtung von Nürnberg nach Würzburg, sind noch in der Instruktion begriffen."

* **Preußen.** Wir haben schon früher einmal berichtet, daß ein Engländer Namens Macdonald wegen Grobheit und Widersetzlichkeit gegen den preußischen Bahnhof-Inspektor in Bonn verhaftet und vom Gericht zu einer kurzen Gefängnißstrafe verurtheilt wurde. Die Geschichte ist in den englischen und preußischen Zeitungen zum Ekel breit getreten worden, und taucht jetzt, nachdem sie längst begraben schien, auf's Neue auf. Es sind nämlich einige sehr gereizte Aeußerungen, welche Palmerston und Russell aus Anlaß des in dieser Angelegenheit gepflogenen Depeschenwechsels gegen die preußischen Minister fallen ließen, neuerlich bekannt geworden und Hr. v. Vincke hat daher nicht umhin gekonnt, bei Hrn. v. Schleinitz in öffentlicher Sitzung des Abgeordnetenhauses anzufragen, ob die preußische Ehre nicht verletzt sey,

stiegen bis 52 pCt. Venetianer dagegen bleiben zurück; wie bei der Baisse, so sind sie auch bei der Hausse weniger betheiligt.

Alle deutsche Bundespapiere ohne Ausnahme, nicht minder schwedische und belgische beliebt und fehlend. Was davon gekauft wird, das verschwindet meist für die Cirkulation. Man glaubt nicht, dass vorerst eine bayer. Anleihe kommen werde. Dagegen soll Braunschweig Behufs des Baues der Buke-Kreienser Bahn eine Anleihe abzuschliessen Willens seyn. — Von Loosen verbesserten sich die österreichischen mit der allgemeinen Tendenz, alle übrigen sehr fest bei geringem Vorrath, kurhessische auf 49¼ pCt. gestiegen.

— Auf dem Eisenbahnmarkt war es lebhaft mit höhern Kursen. Hess. Ludwigsbahn sind bei reger Nachfrage um 1½ pCt. besser gegangen. Sehr begehrt waren bis 132½ Bexbacher. Hanauer unverändert zu 68 Brief. Das Resultat der auf den 4. Juni einberufenen Generalversammlung wird in keinem Fall über die üblichen Zinsen von 3½ pCt. hinausgehen. Taunus haben eine erhebliche Mehreinnahme für April aufzuweisen, der Einfluss der Blumenausstellung in Biebrich ist daraus ersichtlich. Kurhessische Nordbahn schmücken zwar unsern offiziellen Kurszettel, aber eine Notiz derselben glänzt durch ihre fortwährende Abwesenheit. Die Dividende wird 2 pCt. nicht übersteigen, es fehlt also an Reizmitteln, das Effekt wieder einzuführen. — In österr. Staatsbahnen ist zwar kein nennenswerther Umsatz, doch sind sie analog dem Pariser Kurs 10 fl. höher gegangen. Der Bericht des Kredit Mobilier stellt eine Superdividende von 3 pCt. in Aussicht. Bayer. Ostbahnen stagnirend, während österr. Westbahn seit 8 Tagen ½ pCt. gewannen, desgl. sind Prioritäten derselben nebst Bexbacher und Staatsbahn beliebter.

— Von Kreditaktien war der Umsatz in österreichischen beträchtlich, sie stiegen von 128½ am Samstag bis 135 heute und ist alle Aussicht vorhanden, dass die Hausse keine Mythe ist. Man sagt, die Brüsseler Börse sey stark à la baisse und suche sich nun hier zu decken. Darmstädter machten 184 und würden Kaufaufträge den Kurs rasch und energisch steigern. Die Bank hat mit dem Verkauf der hessischen Ludwigsbahnaktien ein gutes Geschäft gemacht. Oesterr. Bankaktien sind noch sehr zurück, es liegt dies in der Ungewissheit der Zukunft des Instituts, denn mit der freieren Bewegung, die sich an die finanziellen Reformen anschliesst, müssen manche Prärogative fallen.

Wechsel haben sich im Allgemeinen gebessert. Amsterdam, Paris und auch London begehrt. Dass Wien sich stark gehoben, ist theils in dem fortwährenden Bedarf der Getraidehändler, theils in der Stimmung der Börse begründet. Ohne die Mai-Coupons wäre der Kurs noch 1 pCt. höher. Der Geldstand ist nicht mehr so ausserordentlich entwerthet und in der vergangenen Liquidation zeigte sich auch desshalb kein Stückemangel.

(Aktionär.)

Neueste Nachrichten.

** München, 5. Mai. Der Antrag des Abg. Adam Müller, Erlassung einer Amnestie betreffend, ist vom 1. Ausschusse der Kammer der Abgeordneten in folgender Fassung angenommen worden: Es wolle an Se. Maj. den König die Bitte gerichtet werden: „es möge eine angemessene Erweiterung der durch das Gesetz vom 22. Dezember 1849 ertheilten Amnestie durch Vorlage eines hierauf bezüglichen Gesetzentwurfs in allergnädigste Erwägung gezogen werden." — Derselbe Ausschuß hat den Gesetzentwurf, die Aufhebung der Straffolgen betreff., mit nicht wesentlicher Aenderung des Schlußartikels, die Einführung des Gesetzes betr., einstimmig angenommen. Am Dinstag kommt in der 1. Kammer der Antrag bez. der Verhältnisse der Israeliten zur Berathung.

Berlin, 4. Mai. In Folge der dem Polizei-Obersten Patzke in dem Bericht der hiesigen Stadtverordneten vorgeworfenen pflichtwidrigen Handlungen hat sich, wie die „Spen. Ztg." mittheilt, das Offizierkorps des 20. Landwehrregiments, zu dem der Oberst Patzke gehört, bewogen gefunden, am vorigen Freitag eine Deputation von drei Mitgliedern des Offizierkorps, bestehend aus einem Hauptmann (gleichzeitig auch Polizeihauptmann), einem Premierlieutenant und einem Secondelieutenant, nach der Wohnung des Referenten der Stadtverordneten-Kommission, Professors Dr. Gneist, zu senden, um ihn über seine in dem genannten Referat gemachten Aeußerungen über die Person des Polizei-Obersten Patzke zur Rechenschaft zu ziehen. In Folge dieser Aufforderung hat der Professor Gneist eine schriftliche Erklärung von sich gegeben, welche dem genannten Offizierkorps in der diesmonatlichen Konferenz, die am 1. d. Mts. in den Sälen des „Odeum" stattfand, und welcher der Polizei-Oberst Patzke nicht beiwohnte, vorgelesen wurde. In diesem Schreiben erklärte nun dem Vernehmen nach Professor Gneist, daß das Referat, welches er in der Stadtverordnetenversammlung verlesen, nicht sein persönlicher Ausspruch, sondern der Ausdruck der Meinungen der gesammten Kommissionsmitglieder sey. Was ihn, den Hrn. Gneist, persönlich anbetreffe, so halte er Hrn. Patzke für einen Ehrenmann und er glaube nicht, daß Patzke in gewinnsüchtiger Absicht den bekannten Pferdeumtausch veranlaßt, oder mit seinem Vorwissen oder seiner Absicht die Rasuren in den Kassebüchern der Schutzmannschaft vorgenommen worden seyen. (A. Z.)

Neapel, 3. Mai. Die Journale veröffentlichen ein Schreiben des Ministers Mancini an den Erzbischof von Neapel. Er bekämpft in demselben die der Regierung gemachten Beschuldigungen, bedauert das Benehmen des Erzbischofs, der dem König die Huldigung verweigerte und nicht gestattete, in den Kirchen für denselben zu beten; ferner der Bitte Nigra's nicht willfahrte, den Predigern einzuschärfen, die Bevölkerung durch politische Anspielungen nicht aufzureizen und gegen die geheiligten Gesetze Italiens zu protestiren. Der Schreiber hofft, der Erzbischof werde besseren Gefühlen Raum geben, sonst müßte die Regierung die Prüfung seiner Handlungen den kompetenten Behörden übergeben.

(Tel. d. Ostd. Post.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	78½ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	61¼ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	52⅜ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	45 G.
„	4½ pCt.	39¾ P. ⅜ G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	88⅛ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	103½ P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102½ P. ¼ G.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102⅜ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	100¼ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100¼ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104½ P. ⅓ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95¼ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	102 G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	95 P. 94¾ G
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	101⅞ G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94¾ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102¼ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	93 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	99 P.
„	3 pCt. Obl.	91¼ G.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	49¼ P. 48¾ G.
„	1¾ pCt. „ „ „	42¾ P. ⅜ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	99⅜ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	109 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	598 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	137½ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	185½ P. 184½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	72½ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien	72½ G.
Internationale Bank in Luxemb.	83 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	320 P. ex D.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	68⅛ P.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	226 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	119¼ G.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73½ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	23 P. 22¼ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt.	133⅛ G.
Pfälz. Maab. b. Rothschild à 4½ pCt.	100 P. 99¾ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51⅛ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	235 P 233½ G. ex C.
Span. Handels- u. Industrie	515 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	488 G.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	103¾ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. 100½ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99⅜ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B. 99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅜ B.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96⅛ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	87¾ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ B.
London Lst. 10 k. S.	117½ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅛ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	80¼—⅛ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	74½ G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	49¼ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	60½ P. 59¾ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	129¾ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	58 P.	„ fl. 25 do.	85½ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	93½ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	34¾ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	119 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	—
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	37¼ P.
Badische fl. 50	90 P.	Vereins-Loose fl. 10.	11⅛ P.
Badische fl. 35	53⅛ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7 L.	11¼ P.

Frankfurt, 6. Mai. Das Steigen der österr. Fonds nahm heute, unterstützt durch die gleichmäßige Bewegung der Wiener Börse, größere Verhältnisse an. Besonders in National- Bank- und Kredit-Aktien war das Geschäft sehr lebhaft. Auch Wechsel auf Wien wurden besser bezahlt. Von sonstigen Fonds sind besonders Spanische beider Gattungen mit einer namhaften Preiserhöhung zu erwähnen.

(Synd.)

Frankreich.

Paris, 4. Mai. Heute fand vor der sechsten Kammer des Zuchtpolizei-Gerichts der Prozeß gegen den Verleger und den Drucker der **Broschüre des Herzogs von Aumale** statt. Eine große Anzahl Personen hatte sich eingefunden, um den Debatten anzuwohnen. Unter den Anwesenden bemerkte man den Grafen von Montalembert, Napoleon Daru, Cuvillier Fleury und andere der Familie Orleans befreundete Personen. Die Anklage gegen den Buchhändler Lemercier Dumineray (Rue Richelieu, 78) und den Buchdrucker Brau (in St. Germain) lautet dahin, daß sie sich des Vergehens, zum Haß und zur Verachtung der Regierung aufgereizt zu haben, schuldig gemacht. Die Advokaten Dufaure und Hebert vertheidigten die Angeklagten. Zuerst erhielt der Prokurator-Substitut Ducreux das Wort. Derselbe trat sehr heftig auf, doch die Argumente, welche er vorbrachte, waren nicht sehr stichhaltig; er zog eine Parallele zwischen den Orleans und den Stuarts, was den Vertheidigern des Buchhändlers zu einer energischen Widerlegung Anlaß gab. Die Orleans, meinte er, hätten nie konspirirt, und obgleich sie in ihren Personen und in ihrem Vermögen angegriffen worden seyen, so hätten sie doch nur für das Wohl Frankreichs gearbeitet, so oft die Gelegenheit sich dazu geboten hätte. Niemals hätten sie die Regierung angegriffen, sondern sich nur gegen die Angriffe des Prinzen Napoleon vertheidigt. Dennoch habe ihnen nicht das Beispiel eines anderen Verschwörers gefehlt, der aufreizende Schriften verbreitet und sich mit einem Stabe treu ergebener Männer umgeben habe. Der Prinz Napoleon, sagte der Vertheidiger schließlich, habe verlangt, daß man diese Sache todtschweige; man habe sie indessen todtgeschwiegen und doch geantwortet. Zum Beweise zeigte er die 11 Broschüren, die man als Erwiderung habe erscheinen lassen; sie seyen zwar „anonym“, aber dieses „anonym“ habe in neuester Zeit eine besondere Wichtigkeit erlangt. Nach Dufaure ergriff Hebert für den Drucker das Wort. Er gab zuerst Kenntniß von einem Briefe, in dem der Drucker erklärt, er habe geglaubt, nicht gegen das Gesetz zu handeln, wenn er einer in der Verbannung lebenden und so scharf angegriffenen Familie seine Druckerei zur Verfügung stelle. Wie Dufaure stellt auch er das Argument auf, daß noch immer das Gesetz von vor 1852 bestehe, und daß, obgleich die Minister nicht mehr verantwortlich seyen, das Recht des Publikum doch noch immer dasselbe sey. Selbst unter den römischen Kaisern, meint er, habe man das Recht der Kritik gehabt. Man beklage sich über die Broschüre des Herzogs von Aumale, aber unter Louis Philipp sey eine ähnliche, jedoch viel heftigere Broschüre erschienen, die man aber nicht verfolgt habe. Man könnte deßhalb dem damaligen Staats-Anwalt nichts vorwerfen, da, wenn er sie auch wirklich hätte verfolgen wollen, die Richter die Klage zurückgewiesen haben würden. Der Gerichtshof sprach hierauf sein Urtheil. Der Buchdrucker wurde zu 5 Monaten Gefängniß verurtheilt und der Buchhändler zu 6 Monaten Gefängniß und 6000 Fr. Geldstrafe. (Danach ist die gestrige Angabe zu berichtigen.) (K. Z.)

Der Czar hat den Kaiser Napoleon durch den Grafen Kisseleff in herzlicher Weise ersucht, er möge die polnische Bewegung durch nichts unterstützen, er werde das als einen besondern Beweis seiner Freundschaft ansehen. Der Kaiser antwortete, daß er den Polen niemals Hoffnung gemacht, daß er ihre Erhebung für ein Unglück halte, da es in Kurzem sich darum handeln müsse, die große orientalische Frage zu lösen, da diese sich verlagen, aber nicht verläugnen lassen könne. Der Czar möge überzeugt seyn, daß er (der Kaiser) Alles thun werde, was zur Beruhigung des Czaren dienen könne. Hierauf ist die Note im „Moniteur“ erschienen.

Paris, 4. Mai. Die Familie des (im Gefängniß erkrankten) Hrn. Mirès hat eine Petition an den Kaiser gerichtet, damit jener in eine Krankenanstalt gebracht werde. (K. Z.)

Italien.

Der König von Neapel ließ nun auch den größten Theil seines silbernen und goldenen Tischgeräthes verkaufen.

Das amtliche „Giorn. di Roma“ widerlegt die Gerüchte von versöhnlichen Vorschlägen, welche von Piemont gemacht worden wären. Es fügt hinzu, „es sey zu selten, daß Plünderer (spoliateurs) geraubtes Gut wieder herausgeben wollen.“ (Tel.d.Fr.J.)

Amerika.

Newyork, 20. April. Der Gouverneur von Maryland hat dem Präsidenten Lincoln erklärt, er sey bereit, Truppen zum Schutze von Washington, jedoch nicht zu einem Einfall in den Süden abzusenden. Alle Regimenter aus dem Norden, welche nach Washington gehen sollen, werden sich des Seeweges zu bedienen haben, da Maryland den Durchzug verweigert.

Nachrichten aus **Newyork** vom 25. April melden, daß sowohl die telegraphische wie die Postverbindung zwischen Newyork und Washington (über Maryland) unterbrochen sey. Es standen 6000 Mann südlicher Truppen in der Nähe von Washington, und man erwartete daselbst einen Angriff. Die Regierung des südlichen Bundes hatte den dem Norden gehörigen Dampfer „Star of the West“ gekapert. Kentucky hatte sich neutral erklärt. In Texas ward stark gerüstet. (T.d.K.Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

München, 3. Mai. Die Angabe, daß mehrere Brauer hier gebeten haben sollten, den Preis des Winterbiers auch für das Sommerbier beibehalten zu dürfen, beruht auf einer Verwechslung mit dem Umstand, daß viele Brauer auch noch im Mai, mit welchem der Ausschank des Sommerbiers beginnen sollte, Winterbier „verleitgeben.“ (A. Z.)

Berlin, 2. Mai. Von der **britischen Bibelgesellschaft** erfährt man, daß derselben vom Kontinent her etwa vom Jahr 1850 ab jährlich 10,000 Rthlr., im Ganzen 70,000 Rthlr., ohne Namen des Gebers zufloßen; für diesen wird mit Wahrscheinlichkeit der verstorbene König von Preußen gehalten. (Schwäb. M.)

Eine Anzahl **Königsberger Bürger**, welche durch den Gebrauch der „künstlichen Aachener Bäder“ von W. Neudorff und Comp. von ihren Leiden hergestellt sind, hat die Nachricht, daß Garibaldi von rheumatischen Leiden geplagt ist, Veranlassung gegeben, dem italienischen Helden dieses heimische Präparat nebst Gebrauchsanweisung zu übersenden. Das Heilmittel ist vor einigen Tagen nebst einem Anschreiben nach Turin abgegangen.

Im Hunyader Komitat in **Ungarn** wurde, wie ein ungarisches Blatt schreibt, kürzlich ein fünfzigjähriges Weib als der Hexerei verdächtig vom griechisch-nichtunirten Geistlichen und dem Ortsvorsteher mit einem glühenden Eisen am Halse gebrandmarkt! Sie sollte dadurch ihre Fähigkeit Feuer zu speien und zu hexen verlieren!

Die Freiwilligenbewegung in **England** greift immer mehr um sich; auch das schöne Geschlecht nimmt daran Theil. Wie der Almanac illustré des deux mondes erzählt, hat sich in Hartlepool bereits ein Freiwilligenkorps von Scharfschützinnen gebildet, welches alle Wochen regelmäßige Exerzitien und Schießübungen hält. Herr Stephenson, Sergeant in Ihrer Maj. Diensten und von der Regierung zur Instruktion der freiwilligen Artilleriekorps bestellt, ist auch der Lehrmeister dieser Amazonenschaar. Anfangs ging Alles gut! aber bald darauf brachen furchtbare Zwistigkeiten in dem graziösen Truppenkörper aus. Der Sergeant nämlich, welcher ein hübscher Sergeant ist, flößte dem Korporal Miß Fanny H.... die heftigste Leidenschaft ein. Unglücklicherweise war Miß Fanny nicht das einzige Mädchen in Uniform, deren Herz von der kriegerischen Haltung und der männlichen Schönheit des Sergeanten Stephenson entflammt wurde. Es kam zu Erklärungen. Von Worten nahmen diese militärischen Damen ihre Zuflucht zu den Händen, und drei Duelle fanden an einem einzigen Tage statt. Den neuesten Nachrichten zufolge ist man noch nicht ganz einig darüber, ob man das Freikorps von Hartlepool auflösen oder nur die Brandfackel all dieses Unheils, den schönen Stephenson, in sein ehemaliges Regiment von Männern zurückversetzen und seine Stelle bei den Damen durch irgend einen ehrbaren Invaliden ausfüllen soll.

Ein kürzlich in Amerika (Boston) verstorbenes Frln. Townsend hat in ihrem Testament die Summe von 60,000 Dollars zur Errichtung einer Heimathstätte für alte Jungfern bestimmt, in welcher diese Schutz vor dem „Hohngelächter der Welt“ finden sollen. Aufgenommen werden alle alten Mädchen, sie mögen aus Neigung oder durch den Zwang der Verhältnisse ledig geblieben seyn, wenn sie in Amerika geboren und niemals polizeilich beanstandet wurden.

Handels- und Börsenberichte.

Frankfurter Börse (vom 29. April bis 3. Mai).

Samstag. Oesterr. Fonds spielten wieder eine bevorzugte Rolle und selbst einige schüchterne Kapitalanlagen haben sich in den letzten Tagen hineingewagt. Den Börsen gefällt das neue Treiben und Leben. Man hofft, dass es dem Reichstage gelinge, Ordnung in den Haushalt, Ordnung in die Bank und in die Valuta zu bringen. Dazu kommt der relativ immer noch billige Stand für die Spekulation, die denn auch in dieser Woche sich nicht müssig gezeigt hat. National erfreuten sich besonderer Kauflust und

tembergische Grenze. Die k. württembergische Regierung hat schon vor zwei Jahren den Bau einer Eisenbahn von Kannstatt durch das Remsthal nach Wasseralfingen begonnen; dieselbe hat sodann den lebhaften Wunsch ausgedrückt, diese Bahn bis Nördlingen fortsetzen und dort an die bayer. Staatsbahn anschliessen zu können. Die Richlung dieser Bahn ist von Bayern schon bei der Führung der Augsburg-Nürnberger Bahn über Nördlingen ins Auge gefaßt worden und entspricht den bayerischen Interessen, indem durch dieselbe ein beträchtlicher Verkehr, welcher bisher aus Württemberg in nordöstlicher Richtung nach Leipzig u. s. w. und umgekehrt auf die mitteldeutschen Bahnen abgelenkt ist, für die bayerische Staatsbahn von Nördlingen bis Hof gewonnen und einer der gewerbreichsten Theile Würitembergs, das obere Kocher- und Brenzthal, in den Bereich der bayer. Bahnen gezogen wird. Hierauf bezügliche Verhandlungen haben in jüngster Zeit zum Abschluß eines Vertrages geführt, wornach von bayer. Seite im Anschlusse an die württemberg. Remsthalbahn eine Eisenbahn von der Grenze nach Nördlingen zum Anschluß an die Ludwigs-Süd-Nordbahn gebaut und der Bahnhof in Nördlingen zur gemeinschaftlichen Wechselstation eingerichtet werden soll. B. Die Eisenbahn von Ansbach nach Würzburg. Schon längst hat sich das Bedürfniß gezeigt, eine kürzere Eisenbahnverbindung von Ansbach oder Nürnberg mit Würzburg herzustellen, um den bedeutenden Verkehr auf der Augsburger-Frankfurter Route für die bayer. Staatsbahn zu gewinnen. Um die geeignetste Bahnlinie zu ermitteln, wurde in mehreren Richtungen eine Projektirung vorgenommen, nach deren Ergebnissen die Bahnlinie von Ansbach direkt nach Würzburg unzweifelhaft den Vorzug vor den anderen konkurrirenden Bahnlinien verdient. Denn als Hauptgesichtspunkt wird festgehalten werden müssen, daß die Verbindungsbahn möglichst kurz sey, weil sonst die neue Bahn ihren Zweck nicht erfüllen und nur Vortheile lokaler Natur bieten würde, die den Nachtheil nicht aufzuwiegen vermögen, welchen die neue Bahn für die bisherige Mainlinie bringt. Die Ansbach-Würzburger Bahn ist übrigens auch weniger kostspielig als die Ausführung der beiden anderen Projekte. Sie würde von Ansbach über Bergel, Burgbernheim, Uffenheim, Marktbreit, Ochsenfurt und Heidingsfeld nach Würzburg führen und eine Länge von von 23_{72} Stunden haben. Der Betrieb dieser Bahn kann nicht an Privatunternehmer überlassen werden, weil sie eine wichtige Verbindungslinie des Staatsbahnnetzes ist. C. Die Eisenbahn von München nach Ingolstadt. Aus strategischen Rücksichten ist es ein dringendes Bedürfniß, die Festung Ingolstadt mit den bayer. Eisenbahnen und insbesondere mit der Hauptstadt des Landes in Verbindung zu bringen, weil sonst diese Festung einen großen Theil ihrer Bedeutung verlieren würde. Mit den strategischen Rücksichten lassen sich aber auch die kommerziellen Interessen vereinbaren, wenn für diese Eisenbahnverbindung die Richtung von München direkt nach Ingolstadt gewählt und diese Bahn in nördlicher Richlung fortgesetzt wird, weil hiedurch die kürzeste Eisenbahnlinie durch Bayern in der Richtung von Süd nach Nord und Nordwest hergestellt und eine wesentliche Lücke in dem Eisenbahnnetze ausgefüllt wird." (Südd. Z.)

München, 4. Mai. Das Resultat der Abstimmung über den Antrag des Fürsten v. Hohenlohe in der kurhessischen Frage läßt sich des Näheren aus folgender Zusammenstellung ersehen: Prinzen des k. Hauses: Ja —; Nein: Prinz Luitpold, Prinz Adalbert, Herzog Karl Theodor; Standesherren (die Kammer zählt, wenn wir nicht irren, 21 standesherrliche Mitglieder, von welchen neun anwesend waren): Ja: Fürst Hohenlohe, Graf Giech, Graf Fugger-Hohenek, Graf Pappenheim; Nein: Fürst Oettingen, Graf Castell, Graf Ortenburg, Graf Fugger-Weißenhorn, Graf Schönborn; andere erbliche Reichsräthe: Ja: Frhr. v. Frankenstein, Graf Holnstein; Nein: Graf Sandizell, Graf Preysing, Frhr. v. Gumppenberg, Frhr. v. Ponickau, Graf Maldeghem, Fürst Wrede, Graf Deroy, Frhr. v. Stauffenberg, Graf Montgelas, v. Niethammer; Lebenslängliche Reichsräthe: Ja: v. Heintz; Nein: Graf K. Seinsheim, Graf A. Seinsheim, Frhr. K. v. Aretin, Fürst Taxis, v. Bayer, Graf Yrsch, Frhr. v. Fraunhofen, Frhr. K. M. v. Aretin, Frhr. v. Thüngen; Geistliche Würdenträger: Ja: O.-K.-Präsident v. Harleß; Nein; die Erzbischöfe v. Scherr und v. Deinlein und Bischof v. Dinkel. (Südd. Z.)

Aus Niederbayern, 3. Mai. Die Verbrechen in Niederbayern scheinrn in steter Abnahme begriffen. Das jetzige Schwurgericht hat nur acht Fälle zu behandeln (der neunle ist eine Einspruchsverhandlung), nämlich vier Körperverletzungen, drei Verbrechen des Raubs und eine Brandstiftung. Todesurtheile und Kettenstrafe sind auch in andern Kreisen jetzt viel weniger oft auszusprechen als früher. (A. Z.)

Preussen. Stettin, 1. Mai. In Folge einer Vorstellung der hiesigen Inhaber von Tanzlokalen hat der König unterm 28. April denselben durch die hiesige k. Regierung den Bescheid zugehen lassen, „daß in Zukunft das Verbot von Tanzlustbarkeiten in der Zeit vom Tage der Mitfasten bis zur Charwoche nicht mehr stattfinden wird." (N. Stett. Z.)

= **Oesterreich.** Wien, 3. Mai. (Privat-Korresp.) Dem Oberhause wird wegen seines gestrigen Beschlusses, die Antwort-Adresse in einer geheimen Sitzung des ganzen Hauses zu debattiren, von den freisinnigen Journalen hart zu Leibe gegangen. Die Ansicht des Antragstellers Grafen Hartig (liberal), daß es sich nicht schicke, wenn der Kaiser durch die Zeitungen die Adresse eher erfahre, als sie ihm überreicht wird, findet in der „Ostd. Post" eine scharfe Entgegnung.

Großbritannien.

* London, 3. Mai. In der heutigen Unterhaussitzung wünschte Cochrane zu wissen, wie sich die englische Regierung zu den Vorgängen in Polen verhalte, und Berney sprach die Hoffnung aus, daß Lord J. Russell seinen Einfluß aufbieten werde, um einen Ausbruch in Schleswig und Holstein zu verhindern. Es sey von hoher Autorität an einer andern Stelle behauptet worden, die Urheber des schleswig-holsteinischen Streites seyen die deutschen Bewohner der beiden Provinzen. Es sey das eine ganz irrige Ansicht. In Kopenhagen habe stets eine starke nationale Partei bestanden, welche das deutsche Element in Schleswig hätte los werden und die Provinz in Dänemark einverleiben wollen. Es sey nicht wahr, daß die Bewohner Schleswigs und Holsteins im Geringsten den Wunsch offenbart hätten, von Dänemark getrennt und mit Deutschland vereinigt zu werden. Sie verlangten nichts weiter, als ihre alten verfassungsmäßigen Rechte. Leider habe er aus einem vor ein paar Tagen erhaltenen Briefe ersehen, daß die dänische Regierung sich selbst jetzt noch Eingriffe in diese Rechte erlaube und diejenigen verfolge, welche dieselben zur Geltung zu bringen suchten. Lord J. Russell sagt, es sey behauptet worden, er habe in seiner Oktoberdepesche an die Nationalitäten appellirt, und diese Berufung an die Nationalitäten habe die Vorgäuge in Warschau und Ungarn veranlaßt. Es sey ein irrige Voraussetzung, daß er überhaupt an Nationalitäten appellirt habe. Er habe in jener Depesche gesagt, was die Ansichten der englischen Regierung über Italien und zwar namentlich über Neapel und Sizilien gewesen seyen. Er habe nämlich erklärt, daß, da seit dem Jahre 1821 das Volk sowohl im Kirchenstaate, wie in Neapel eine Mißregierung erduldet habe, die ihm viel schlimmer erschienen sey, als irgend eine in irgend einem anderen europäischen Lande — viel schlimmer als die in der Türkei —, er sich nicht darüber wundern könne, daß es sich den Invasionstruppen angeschlossen habe, von welchen die frühere schlechte Regierung gestürzt worden sey. Was Polen betreffe, so müsse jeder Engländer Sympathie mit einer so tapferen Nation hegen. Man könne sich des Gefühls nicht entschlagen, daß Polen ein besseres Geschick verdiene, und man müsse die Theilung Polens bedauern. Doch würde er sich hüten, irgend etwas zu sagen, was die Polen zu der Annahme verleiten könne, ihre Nationalität werde durch irgend welche Bemühungen Englands zu ihren Gunsten wiederhergestellt werden. Er zweifle gar nicht an dem Charakter der Antwort, die er erhalten würde, wenn er eine Depesche über diesen Gegenstand an den Hof von Petersburg schriebe. Man würde ihm sagen, der Kaiser von Rußland habe seinen polnischen Unterthanen die freisinnigsten Zugeständnisse gemacht und Alles, was er wolle, sey, daß Ruhe in jenem Lande herrsche. Sey aber wohl irgend eine Partei in England bereit, zu den Waffen zu greifen, um die Nationalität Polens wieder herzustellen? Was Neapel betreffe, so sey es sehr natürlich, daß der Ex-König einen Zufluchtsort in Rom gefunden habe. Doch sey es sehr zu bedauern, daß jene Hauptstadt ein Herd von Verschwörungen gegen die bestehende Obrigkeit sey. Was Schleswig-Holstein anbelange, so unterhandle die britische Regierung mit verschiedenen Mächten zu dem Zwecke, die Streitfrage zu schlichten. Es scheine ihm, daß der Zwist seinen Grund weit mehr in den Leidenschaften habe, welche durch die auf beiden Seiten erhobenen sehr großen Ansprüche erweckt worden seyen, als in irgend einer durch die Sache selbst bedingten wirklichen Schwierigkeit. Nichts könnte gefährlicher seyn, als ein Kampf zwischen Deutschland und Dänemark, und kein Mensch vermöge zu sagen, welche Dimensionen derselbe annehmen werde. Die englische Regierung nehme einen vollständig unabhängigen Standpunkt ein, und er hoffe daher, daß ihre Vorstellungen einen guten Erfolg haben würden.

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 126. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile im gewöhnlicher Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 38. Jahrgang. | Dinstag, 7. Mai 1861.

Deutscher Bund.

Aus Berlin, 2. Mai, schreibt man der „Ztg. für Norddeutschland“: Der größte Schaden, den die falsche Wendung angerichtet, welche unsere innere Politik genommen hat, gibt sich in unsern Beziehungen zum Auslande kund. In der Reaktionsperiode wurde die Ohnmacht Preußens in allen auswärtigen Beziehungen von den Patrioten am bittersten empfunden. Seitdem ist es nicht besser geworden, vielmehr hat das preußische Volk leider Gelegenheit genug gehabt, neue Erfahrungen über jenen Zusammenhang zu machen. Wir wollen hier übrigens gar nicht vom Ausland reden, sondern nur von dem Verhältniß zu den deutschen Bundesgenossen. Seit Jahr und Tag dauern nun schon die Verhandlungen über die Bundeskriegsverfassungsfrage; im Jahre 1859 schien sie thatsächlich gelöst werden zu sollen und auch zu können. Seitdem sind sie fortgesetzt worden zwischen Wien, Berlin, Würzburg und Erfurt, und noch immer ist diese Frage, die für die Wehrhaftigkeit und Widerstandsfähigkeit Deutschlands so wichtig ist, schwebend. Mit Oesterreich sind die Verhandlungen abgebrochen, und wenn offiziöse Stimmen aus Preußen die Schuld davon auf Oesterreich werfen wollten, weil Oesterreich die Garantiefrage Venetiens daran geknüpft hätte: so muß sich jetzt Preußen sagen lassen, daß österreichischerseits gar keine politischen Fragen bei dieser Gelegenheit aufgeworfen seyen, daß es vielmehr Preußen gewesen, welches dergleichen angeregt habe. Was aber die Mittelstaaten betrifft, so soll Hr. v. Schleinitz, wie wiederum offiziöse Stimmen versichern, diesen auf deren Anzeige von ihrer Absicht, die Angelegenheit nach dem Scheitern der preußisch-österreichischen Versuche wieder in die Hand zu nehmen, in „wohlwollendem“ Tone geantwortet haben, aber von Maßregeln zum Vorwärtskommen in dieser Sache hört man nichts. Kurz, in der inneren wie in der äußeren Politik Stagnation und Schwüle; und es kann nicht ausbleiben, daß die sich von allen Seiten häufenden Gewitterwolken sich entladen müssen. Wann und wo der Blitz einschlagen werde: das zu sagen, liegt außer der Möglichkeit der Berechnung, da unsere Staatsmänner selber incommensurabel sind. Das aber ist gewiß, daß die gegenwärtigen Verhältnisse in Preußen dem Verlangen nach einer That entgegenkommen und zuletzt selbst die Energielosigkeit überwinden werden.“ So äußert sich die „Zeitung für Norddeutschland“, ein Blatt, das stets für Preußens Hegemonie in die Schranken trat, wenn gleich es nie blind war für Preußens Fehler. Auch andere Blätter, die seither in gleicher Weise oder noch entschiedener für Preußens Hegemonie einlraten, so namentlich die „Zeit“, sehen sich zu dem Bekenntniß genöthigt, daß Preußen den Hoffnungen in keiner Weise entspricht, die der Nationalverein auf dasselbe gesetzt hat. So wird am Ende das Streben des Nationalvereins durch Preußens eigne Schuld gegenstandslos werden. Deutschland wird dann um eine Hoffnung ärmer, um eine schmerzliche Erfahrung reicher seyn. Möglich daß die liberale Partei, die jetzt durch die nutzlosen Bestrebungen des Nationalvereins gespalten ist, sich dann wieder einig zusammenfindet. Daß auf dem Weg des Nationalvereins Deutschlands Einigung nicht zu erzielen ist, das wenigstens hätte man dann gelernt; ob man auch den Weg findet, auf dem sie erreicht werden kann — wer weiß!

Der schon erwähnte preußische Antrag Preußens am Bunde in der Kriegsverfassungsfrage vom 2. Mai lautet, wie folgt: „Für den Fall, daß beide deutsche Großmächte oder eine derselben mit ihrer Gesammtarmee im Verein mit den übrigen Streitkräften des deutschen Bundes zum Kriege schreiten, treten Artikel 12—16 der allgemeinen Umrisse und die darauf bezüglichen Paragraphen der näheren Bestimmungen der Bundeskriegsverfassung außer Kraft. Eine Verständigung über die Art, wie die kriegsherrlichen Rechte des deutschen Bundes für diesen Fall ausgeübt werden sollen, namentlich über die Oberleitung und Eintheilung der vereinigten Streitkräfte, wird den allerhöchsten Regierungen von Oesterreich und Preußen vertrauensvoll anheimgestellt, welche für ihre Verabredungen, so weit sie das Bundesheer angehen, die Zustimmung des Bundes einholen werden.“ Die Begründung des Antrags lassen wir weg; wir glauben mit der Angabe seines Wortlauts unsern Lesern genügt zu haben, da ja doch wieder nichts dabei herauskommen wird.

Bayern. Die Motive zu dem Gesetzentwurf, die Vervollständigung und Ausdehnung der bayerischen Staatsbahnen betr., sagen in der Hauptsache bezüglich der theilweisen Herstellung eines Doppelschienengeleises: „Bei den außerordentlichen Dimensionen, welche in neuerer Zeit und insbesondere seit der Betriebseröffnung auf der Salzburger Bahn der Verkehr auf den bayer. Staatseisenbahnen angenommen hat, war es bisher schon eine der größten Schwierigkeiten für die Betriebsverwaltung, eine Fahrordnung auf den fast durchaus eingeleisigen Bahnen durchzuführen, welche sowohl die Anforderungen des Verkehres zu befriedigen, wie den Rücksichten der Ordnung und Sicherheit des Dienstes zu entsprechen vermöchte. Diese Schwierigkeit steigert sich in demselben Maße, in welchem der Verkehr zunimmt und damit eine Vermehrung der Züge nothwendig wird. Der Staatseisenbahnbetrieb hat gegenwärtig eine Ausdehnung von $315_{,33}$ Stunden, wovon lediglich auf die Länge von $7_{,80}$ Stunden eine Doppelspur besteht. Verzögerungen und Stockungen im Gütertransporte müssen großentheils dem einfachen Geleise zugeschrieben werden, weil eine Abhülfe durch Vermehrung der Züge bei einem Geleise seine natürliche Grenze hat, durch zu große Züge aber nicht nur die Bahnanlage und das Fahrmaterial ruinirt, sondern auch der Betrieb sehr gefährdet wird. So zweckmäßig aber auch die Herstellung eines Doppelgeleises auf der ganzen bayer. Staatseisenbahn wäre, so dürfte sich wegen des hiezu erforderlichen großen Geldaufwandes in dieser Beziehung doch gegenwärtig auf das dringendste Bedürfniß beschränkt werden. Am entschiedensten tritt nun dieses Bedürfniß bei der Einmündung nach den Zentralpunkten München, Augsburg und Nürnberg, wo sich die Züge zusammendrängen, dann zwischen der sächsischen Grenze bei Hof und Marktschorgast, Neuenmark und Untersteinach, wo die Steigungsverhältnisse der Bahn nur kleinere Züge gestatten und deshalb eine Vermehrung derselben erheischen, endlich im Innern der Zentral-Bahnhöfe, wo Geleisemangel die Ordnung und Sicherheit des Dienstes im höchsten Maße gefährdet, hervor.“ Bezüglich des Baues neuer Bahnlinien sagen die Motive: „Das bayer. Eisenbahnnetz ist gegenwärtig in seinen ersten und Hauptlinien vollendet und beträgt mit Einschluß der in der Vollendung begriffenen Strecken nahezu 500 Stunden — Staatsbahnen, pfälzische Bahnen, Ostbahnen, Fürther Bahn und die von der Staatsbahn auslaufenden Zweigbahnen nach Starnberg, Ansbach, Bayreuth, Gundelsdorf und Miesbach, deren Bau auf Privatkosten durch die Pachtung des Betriebes von Seite der Staatseisenbahnverwaltung ermöglicht worden ist. Indessen hat sich das laute Verlangen nach neuen Bahnen aus allen Landestheilen in steter Erneuerung kundgegeben, weil die öffentliche Meinung in der Förderung des Eisenbahnwesens das mächtigste Mittel zur Mehrung der Wohlfahrt der Bevölkerung, wie der Kraft des Staates erblickt. Keines der zahlreich aufgestellten Eisenbahnprojekte ist jedoch ohne eine unmittelbare oder mittelbare Interzession des Staates ausführbar und es ist deshalb bei allen neuen Bahnprojekten entweder der Bau auf Staatskosten oder eine Subvention der Staatsregierung, sey es mittelst einer Zinsengarantie oder mittelst Pachtung des Betriebes gegen einen fixen Pachtzins, nothwendig.“ Was die neuen Eisenbahnlinien betrifft, deren Bau auf Staatskosten in dem den Kammern vorgelegten Gesetzentwurfe beantragt ist, so ist hierüber noch Nachstehendes aus den Motiven zu bemerken: „A) Die Eisenbahn von Nördlingen an die württ-

fehl des dortigen Stuhlrichters wegen „Auflehnung gegen die bestehende Ordnung" verhaftet und in das Gefängniß geworfen. Es soll dem hierüber vom Finanzminister interpellirten ungarischen Hofkanzler Baron Vay bis zur Stunde noch nicht möglich gewesen seyn, die Freilassung der in Kremnitz wegen pünktlicher Befolgung der Anordnungen der Wiener Regierung gefangen gehaltenen Personen zu erwirken.

Wien, 2. Mai. Der Eindruck der gestrigen Thronrede muß unbestreitbar ein großer, ein außerordentlicher genannt werden. Er äußerte sich in allen Kreisen der hiesigen Bevölkerung gleichmäßig als solcher. Das gilt als die allgemeine Ueberzeugung, daß mit dieser Thronrede für jetzt wenigstens der traditionellen habsburgischen Politik des Absolutismus nach Innen entsagt ist. Der Kaiser selbst sprach von den „freien Institutionen", von der Anwendung erprobter „konstitutioneller" Formen. Noch vor wenig Monaten wurde in den liberalen Wahlversammlungen darüber debattirt, ob man das Wort „Konstitution" in dem Programm gebrauchen dürfe — und meist wagte man es nicht! (Zeit.)

Prag, 30. April. Mit der Nationalisirung der böhmischen Schulen im Sinne der Tschechen schreitet man rasch vorwärts. Sogar in den rein deutschen Grenzdistrikten werden jetzt die Zöglinge der Ober-Realschulen in Folge eines Statthalterei-Erlasses gezwungen, czechisch zu lernen. Böhmen ist seit dem 15. Juli 895, also seit fast tausend Jahren, deutsches Gebiet, nicht durch Eroberung, sondern durch freiwilligen Eintritt in den deutschen Reichsverband. Der Deutsche ist in Böhmen eben so wenig ein Fremder, als es der Franzose in der Bretagne ist. Was würden nun die Bewohner von Nantes dazu sagen, wenn man ihre Kinder zwingen wollte, bretonisch zu lernen?

Prag, 2. Mai. Die Studenten haben von der ihnen ertheilten Bewilligung, sich in Gesellschaften zu gruppiren und sich als solche auch äußerlich durch Abzeichen zu kennzeichnen, eifrig Gebrauch gemacht. (D. Allg. Z.)

= Pesth, 4. Mai. (Priv.-Korresp.) Die Energie, mit welcher die deutschen Minister endlich in der Steuerfrage in Ungarn aufzutreten beginnen, scheint ihres Eindruckes nicht zu verfehlen und wird möglicher Weise auch auf die übermorgen anfangenden Landtagsdebatten einen heilsamen Einfluß ausüben, da die Deputirten sich haben überzeugen müssen, daß selbst der Hofkanzler Vay nicht geneigt ist, eine offene Steuerverweigerung zu unterstützen. Vorgestern nämlich erklärte sich in einer Konferenz der Deputirten zu Pesth die ungeheure Majorität dahin, man wolle die Einkassirung der Steuerrückstände nicht zugestehen. Sowie Baron Vay dies in Erfahrung gebracht, telegraphirte er an Apponyi, er möge die Landtagsmitglieder bewegen, von ihrem Beschlusse abzulassen, widrigenfalls die Auflösung des Landtages auf dem Fuße folgen und Baron Vay selber die Auflösungs-Ordre unterzeichnen werde. Auf diese Beschwörung Vay's hin wurde eine nochmalige Konferenz abgehalten, und in derselben obiger Beschluß förmlich zurückgenommen. — In Temeswar hat die k. k. Steuerkommission von Haus zu Haus Zettel mit Exekutionsmahnungen vertheilt. Die Stadtrepräsentanz rieth den Betheiligten zu zahlen. Diese aber schweben in der Besorgniß, daß das Geld den k. k. Behörden nicht ausgefolgt wird, wenn sie es an die städtische Kasse entrichten, da dieselbe eine ungarische Behörde ist — während andererseits eine Zahlung an die kaiserliche Kommission später von der anderen Seite nicht anerkannt werden würde.

Frankreich.

Paris, 3. Mai. Der Bischof von Arras hat dem „Propagateur du Nord" die Abschrift eines Schreibens mitgetheilt, welches er an den Minister der Kulten in Betreff der Aufhebung mehrerer Häuser belgischer Kapuziner in dem Nord- und in dem Pas de Calais-Departement gerichtet. Der Bischof erklärt, die Kapuziner seyen nützlich im Nord-Departement, weil sie vlämisch sprechen, und in Boulogne, weil sie englisch sprechen. Auch drückt der Prälat sein Erstaunen darüber aus, daß man die Kapuziner ausgewiesen habe, ohne ihn um Rath gefragt zu haben. Ein ähnliches Schreiben hatte der Erzbischof von Cambray veröffentlicht. Bekanntlich haben die halbamtlichen Blätter von der Regierung die Weisung erhalten, gegen die katholische Geistlichkeit recht loszuziehen und Alles, was ihr schaden kann, an die große Glocke zu hängen. Dieser Aufgabe entledigt sich heute der „Constitutionnel." Als Antwort auf den Brief des Erzbischofs von Cambray bringt er einen langen Artikel, worin er sagt: Der wegen Unzucht verurtheilte Vanderbecke sey keineswegs ein Bedienter gewesen, wie der Bischof behaupte, sondern ein Kapuziner, der namentlich am Sterbebette verwendet worden und beim Tod des Kranken sofort Geschenke und Legate in Anspruch genommen habe. Außer Vanderbecke sey auch der Kapuziner Wincke wegen Unzucht verurtheilt worden; ebenso der Kapuziner Straybond. Die Redemptoristen hätten in Dünkirchen zweimal täglich die Glocken geläutet, um auf ihre Armuth aufmerksam zu machen und Lebensmittel zu erbetteln; der Erzbischof habe verlangt, daß man zu ihren Gunsten die Diamanten der Dünenkapelle verkaufen und durch falsche Steine ersetzen solle; die Verwalter der Kapelle hätten sich aber widersetzt. Nach vier Jahren hätten dieselben Redemptoristen ein großes Grundstück gekauft und dort ein Gebäude aufgeführt, das über eine halbe Million kostete; die Kapuziner hätten in derselben Zeit ein Kloster mit Garten für 200,000 Frs. Werth erworben, freilich auf dritte Namen, um der Ordensregel zu genügen. Und so geht's weiter. Es ist das nur ein Beispiel von vielen, um zu zeigen, wie die Regierungsorgane über den Klerus herfallen. Früher freilich schlugen sie einen andern Ton an. — Herr Grandguillot hat ein zweites Schreiben des Bischofs von Perpignan erhalten, das der Redakteur des „Constitutionnel" heute an der Spitze dieses Journals veröffentlicht. Der Prälat erklärt darin, daß er, obgleich Hr. Grandguillot sich nicht habe entschließen können, das geforderte Wort: „Widerruf" auszusprechen, sich mit der halben Abbitte (für die von ihm ausgestreuten Verleumdungen) begnügen und über Nebensachen wegsehen wolle, um mit dem Redakteur des „Constitutionnel" nichts weiter zu schaffen zu haben.

Italien.

Rom, 27. April. Wahrscheinlich wissen Sie schon, was der Kardinal Antonelli auf die (übrigens nicht einmal ernstlich gemeinte) Erklärung des Herzogs von Grammont, daß Frankreich es gerne sehen würde, wenn Franz II. von Rom abreise, geantwortet hat. Der heilige Vater, so entgegnete der Staatssekretär, sey durch Dankbarkeit verpflichtet, einer Familie das Gastrecht zu gewähren, bei welcher er es selbst genoß; außerdem sey Rom das uralte Asyl erlauchter Verbannten, wovon die Napoleoniden das beste Zeugniß ablegen könnten; der Hauptstadt der christlichen Religion dürfe dieser geheiligte Charakter der Humanität nicht geraubt werden. So bleibt dieser Versuch des Turiner Kabinets auf sich beruhen, bis er nach neuen Erhebungen in Calabrien erneuert wird. (Nat.-Ztg.)

Cavour läßt in dem Turiner Blatte „Italia" erklären, er habe Garibaldi gegenüber weder ein Zugeständniß gemacht noch eine Verpflichtung auf sich genommen.

Die Note, worin Graf Cavour von der päpstlichen Regierung die Entfernung des Königs Franz II. aus Rom verlangt, machte wegen des Bruches der diplomatischen Beziehungen zwischen Rom und Turin folgenden Weg: Cavour sandte sie an den sardinischen Gesandten in Paris, der sie Thouvenel einhändigte; Thouvenel expedirte sie an den Herzog von Grammont, der sie dem Kardinal Antonelli übergab. (Köln. Z.)

Mailand, 1. Mai. Das Journal „Regno d'Italia" enthält folgendes Paternoster der Ultra-Cavouristen: „Vater unser, der du in Turin bist, gelobt sey dein Name, dein Reich währe ewig, dein Wille geschehe in der hohen Kammer wie in der niedern. Gib uns heute deine tägliche Parole, vergib uns unsere unfreiwilligen Irrthümer, wie wir die vorsätzliche Halsstarrigkeit der Linken vergeben; führe uns nicht in Versuchung, dich zu interpelliren, sondern erlöse uns von Mazzini und Kompagnie." Die „Unità Italiana" sagt: „Vater unser, der du in Caprera bist, dein Name sey gepriesen, dein Glaube und dein Prästigium dauern ewig, dein Wille geschehe in Italien und im Ausland. Gib uns offen deine Parole. Verzeihe die Irrthümer deiner Feinde, wie wir die hartnäckige Verblendung der Rechten und des Centrum vergeben, laß uns nicht in die uns von den Gemäßigten gelegten Schlingen fallen, sondern erlöse uns von Cavour und Kompagnie."

Rußland und Polen.

Aus Polen. In Pulawy ist das Mädcheninstitut geschlossen worden wegen „patriotischer" Demonstrationen der Zöglinge. Die Ackerbauschule ist von Warschau nach Pulawy in das Haus des Mädcheninstituts verlegt worden; man hat dadurch die den polnischen Ideen ergebenen jungen Leute aus der Hauptstadt entfernt.

Warschau, 2. Mai. Der Gemeinderath hat nun wirklich sein Mandat zu Händen des Ministers des Innern, Generals Gecewie niedergelegt, weil ihm die zu einem ersprießlichen Wirken nöthige Selbständigkeit und Freiheit nicht zugestanden worden sey. (Nat.-Ztg.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 125.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Montag, 6. Mai 1861.

Deutscher Bund.

In Dresden hat sich nun wirklich ein Komite zur Herstellung einer deutschen Flotte gebildet. Vorläufig handelt es sich um Dampfkanonenboote als das wirksamste Mittel des Küstenschutzes. (Wem sollen denn die Schiffe geschenkt werden? Dem deutschen Bund etwa? Der will ja keine deutsche Flotte. Oder sollen sie wieder schätzbares Material geben zum Verauktioniren für einen neuen Hannibal Fischer?)

Bayern. München, 4. Mai. Seine Majestät der König hat den Fiskaladjunkten der königlichen Regierungsfinanzkammer der Oberpfalz J. Reichl zum Regierungsrathe unter Fortdauer seiner Verwendung als zweiten Fiskalbeamten bei genannter Regierungsfinanzkammer befördert; dem Regierungs- und Fiskalrath der k. Regierungsfinanzkammer von Mittelfranken, Dr. H. Hofmann, den erbetenen definitiven Ruhestand unter Anerkennung seiner langjährigen Dienste gewährt; auf diese Stelle den Fiskaladjunkten der k. Regierungsfinanzkammer von Oberbayern, Chr. Jordan, befördert; die durch Reichls und Jordans Beförderung erledigten zwei Regierungsassessorsstellen nicht wieder besetzt; die k. Pfarrei Attusried, Ldg. Grönenbach, dem Priester J. B. Mayer, Pfarrer in Oberdießen, Ldg. Buchloe, die Pfarrei Pleistein, Ldg. Vohenstrauß, dem Pfarrer zu Neukirchen St. Christoph, des gen. Ldg., Priester J. B. Dobmaier übertragen. (N. M. Z.)

** München, 4. Mai. (Privat-Korresp.) (XI. öffentliche Sitzung der Kammer der Reichsräthe.) Am Ministertische: die k. Staatsminister Frhr. v. Schrenk und von Neumeyer. Im Einlaufe befindet sich eine Vorstellung aus Deggendorf bezüglich des Antrages des Abg. Paur, dann eine Vorstellung von Mitgliedern der israelitischen Kultusgemeinde in München, die Verhältnisse der Israeliten betr., angeeignet vom Grafen v. Giech. Zur Berathung gelangt der Antrag des Abg. Völk, bezüglich der kurhessischen Verfassungsfrage. Der Referent, Hr. v. Bayer, wiederholte in Kürze die in seinem Referate dargelegten Gründe, aus denen er sich gegen die Kompetenz der Kammer in dieser Sache erklären müsse. Graf v. Montgelas empfahl hierauf die von ihm im Ausschuß beantragte und von diesem auch angenommene motivirte Tagesordnung mit den bereits mitgetheilten Gründen, welchen nur noch beizufügen ist, daß er meinte, jetzt sey von der Bundesversammlung für die deutschen Verfassungen keine Gefahr mehr zu besorgen, vielmehr drohe denselben durch das Bestreben der Parteien im Innern und durch den Feind von Außen Gefahr. Fürst von Hohenlohe wiederholte den von ihm schon im Ausschuß gestellten, von diesem aber abgelehnten Antrag — der im Wesentlichen mit dem Beschluß der Kammer der Abgeordneten übereinstimmt, und nur eine präziser gefaßte Bezugnahme auf die bayerische Verfassung enthält. Graf v. Giech erklärte seine volle Beistimmung zu den Ansichten des Fürsten v. Hohenlohe; zugleich verlangte er, daß gemäß der Geschäftsordnung nicht blos das Resultat der Abstimmung, sondern auch die Namen der Abstimmenden in das Sitzungsprotokoll aufgenommen werden. Graf v. Yrsch erklärt sich für die Kompetenz der Kammer, glaubt aber die Verwahrung ablehnen und nur der Bitte (um Herstellung geordneter Zustände in Kurhessen) beistimmen zu sollen. Graf v. Lerchenfeld beantragt dagegen eine Modifikation dahin gehend, daß die Bitte abgelehnt, und nur der vom Fürsten v. Hohenlohe beantragten Verwahrung beigestimmt werde und zwar mit einem Zusatze, der den Zweck hat, auszusprechen, daß durch die Verwahrung kein Mißtrauen gegen die jetzige Staatsregierung ausgesprochen werde. Bezüglich dieser Modifikation bemerkte der I. Präsident, daß es zwar das erstemal sey, daß von einem nicht stimmberechtigten Mitgliede der hohen Kammer eine Modifikation eingebracht werde, daß dieselbe aber demohngeachtet zulässig sey. (Graf Lerchenfeld hat nämlich vorerst nur Sitz, aber nicht Stimme in der Kammer, weil er das 24. Lebensjahr noch nicht erreicht hat.) Frhr. v. Aretin erklärt sich gegen die Kompetenz der Kammer und hält eine Verwahrung für gegenstandslos, weil man zu dem jetzigen Ministerium das vollste Vertrauen haben und keine Besorgnisse für die Verfassung hegen dürfe. Hr. v. Harleß erklärte sich hierauf für die Kompetenz der Kammer und für den Antrag des Fürsten v. Hohenlohe; der II. Präsident Graf v. Seinsheim schloß sich den Ansichten des Referenten an; v. Niethammer theilte im Wesentlichen die Ansichten des Grafen Montgelas; Frhr. v. Thüngen ist gegen den Beschluß der 2. Kammer und für den Antrag des Grafen Lerchenfeld — für welchen Antrag sich eventuell, wenn nämlich sein Antrag abgelehnt werden sollte, auch Fürst Hohenlohe erklärte. Die Debatte war hiemit geschlossen und nachdem hierauf noch von dem königl. Staatsminister, Frhrn. v. Schrenk, in derselben Weise wie in der 2. Kammer die Kompetenz der Kammer bestritten und das Verfahren der Bundesversammlung zu rechtfertigen gesucht, und jede Besorgniß, als erscheine die bayerische Verfassung bedroht, als unbegründet dargestellt worden war, erfolgte die Abstimmung, deren Resultat ich Ihnen bereits mitgetheilt habe.

* **Baden.** Die Blätter des „Nationalvereins" begrüßen die Ernennung des Freiherrn v. Roggenbach zum Minister des Aeußern mit lebhafter Freude.

§ **Oesterreich.** Wien, 3. Mai. (Privat-Korrespond.) In den Konferenzen, welche die Mitglieder des Abgeordnetenhauses bis jetzt gehalten, wurde die ungarische Frage eingehend besprochen. Positive Vorschläge zur Lösung derselben sind jedoch bis jetzt nicht gemacht worden; so viel ist aber gewiß, daß in Betreff zweier Punkte Einstimmigkeit unter den Volksvertretern herrscht und zwar 1) daß ohne Lösung der ungarischen Frage nicht daran gedacht werden könne, endgültige Beschlüsse zu fassen, und 2) daß von den die Lösung dieser für den Bestand des Kaiserstaates hochwichtigen Frage bezweckenden Mitteln die materielle Gewalt (Zwang gegen die Ungarn) entschieden ausgeschlossen wird. Ein sehr geringer Theil, den Dr. Mühlfeld an der Spitze, scheint nicht abgeneigt gewesen zu seyn, den Vorschlag zu machen, daß Ungarn im äußersten Falle gezwungen werden müsse, den Reichsrath zu beschicken; die Majorität sprach sich aber so entschieden gegen eine derartige Idee aus, daß Dr. Mühlfeld wohl darauf verzichten wird, seinen Antrag einzubringen. Daß hinter dem Dr. Mühlfeld das Ministerium stehe, wie dies hin und wieder behauptet wird, ist nichts weniger als sicher; ich glaube sogar, daß die gestern stattgefundene Anfrage Mühlfeld's dem Ministerium zum wenigsten unbequem gewesen ist, da man es in den entscheidenden Kreisen weit lieber gesehen hätte, wenn der ungarische Landtag zuerst das Schweigen gebrochen und seine Forderungen formulirt hätte. Jedenfalls ist durch die Anfrage des Dr. Mühlfeld den Ungarn ein großer Dienst geleistet worden, die mit Fleiß jetzt nichts thun, sondern abwarten wollen, was von Wien aus geschieht, um dann Zetermordio zu schreien, wenn es nicht nach ihrem Geschmack ist. Denn daß ihre Forderungen im übrigen Oesterreich auf großen Widerspruch stoßen werden, das fühlen sie wohl, und darum hüten sie sich, zuerst damit herauszurücken.

== Wien, 3. Mai. (Privat-Korrespondenz.) Der Finanzministerial-Erlaß bezüglich der nöthigenfalls zwangsweise einzutreibenden Steuer-Rückstände in Ungarn beginnt bereits in Wirksamkeit zu treten. Gestern war das Gerücht verbreitet, in Groß-Beczkerek sey es deshalb zu einem Konflikte zwischen der Bevölkerung und der bewaffneten Macht gekommen. Wir sind im Gegentheil zu melden in der Lage, daß in Groß-Beczkerek die Einhebung der Steuerrückstände durch die Finanzkommission vorgenommen wurde, ohne daß Zwangsmittel angewendet wurden. Dagegen wurden in Kremnitz die mit Anheftung der Plakate, auf denen der Steuereintreibungserlaß gedruckt war, beauftragten Bediensteten auf Be-

sparsam, hatte er den Strumpf bald gefüllt, eben so einen Sack und zuletzt einen Koffer, bis der Mann endlich Bankier des Großherzogs von Hessen wurde.

Paris, 30. April. In der Akademie der Wissenschaften berichtet Castelnau über das Erdbeben in Singapore und den Fischregen, der es begleitete, wodurch 20 Hectaren mit Fischen, von etwa einem Schuh Länge, bedeckt wurden; man vermuthete, daß eine Windrose die Fische aus einem Fluß Sumatras herübergebracht habe.

Madrid, 2. Mai. Die Kaiserin von Oesterreich ist gestern in Sevilla angekommen und von dem Herzog v. Montpensier, sowie von den Behörden der Stadt empfangen worden.

(Tel. d. Fr. Pstz.)

Ueber das bereits gemeldete Erdbeben zu Mendoza in der argentinischen Republik hat man weitere Nachrichten aus Rio Janeiro vom 9. April. Danach war ein Theil jener Stadt ganz zerstört. Die Zahl der Getödteten soll 7000 seyn; 2000 Häuser sind eingestürzt, der angerichtete Schaden wird auf 350 Millionen Franken geschätzt.

Neueste Nachrichten.

= Wien, 2. Mai. (Privat-Korrespondenz.) In dem aus Deutschen bestehenden linken Centrum des Abgeordnetenhauses beabsichtigt man eine Interpellation an Hrn. v. Schmerling zu richten, um ihn zu fragen, wie er sich zur Aeußerung des Statthalters von Tyrol (Erzherzog Karl Ludwig) an Dr. Häßlwanter bezüglich der Giltigkeit des Protestantengesetzes in diesem Kronlande zu verhalten gedenke. — Ueber die Thronrede herrscht in allen heutigen Blättern nur Eine Stimme der Zufriedenheit; ausgenommen sind davon natürlich diejenigen Journale, die — obwohl sie uns die unverdiente und unerbetene Ehre erweisen, in deutscher Sprache zu erscheinen — es doch nun einmal den Deutschen nicht verzeihen können, daß er nicht ein Magyar oder Czeche, oder mindestens doch ein Slovake oder Serbe ist. — Wie uns aus Pesth vom 1. Mai geschrieben wird, ist die Thronrede, welche in den Abendblättern allerdings nur im Auszuge erschien, dort mit bemerkenswerther Gleichgültigkeit aufgenommen worden. Die Debatten darüber waren ziemlich rücksichtslos, und besonders die auf den Reichsrath bezüglichen Stellen wurden einer strengen Kritik unterzogen. Im Museum trat eine Anzahl Deputirter zu einer Konferenz zusammen. Der Verleger vom „Magyar-Orszag" ließ die Thronrede in 10,000 Exemplaren abziehen, machte aber schlechte Geschäfte, da er nur 150 davon verkaufte. — Die Anwesenheit des Baron Vay bei den gestrigen Ceremonien in der Hofburg hat eine vollständige Geschichte. Wir waren durchaus gut unterrichtet, als wir meldeten, der Freiherr habe die ungarischen Hofräthe um dieselbe Stunde, in der der Kaiser die Thronrede verlesen sollte, zu einer Konferenz in die Hofkanzlei berufen; noch vorgestern Nachmittags weigerte er sich zu erscheinen. Erst als ihm im Laufe des gestrigen Morgens das Ultimatum gestellt ward, seine Entlassung zu nehmen oder der Feierlichkeit beizuwohnen, entschied er sich für Letzteres. Dessenungeachtet war er beim Tedeum in der Stephanskirche zugegen. (Man sieht daraus, daß die Vereinbarung mit Ungarn, welche der Kaiser in seiner Rede so zuversichtlich betonte, noch lange nicht gesichert ist; wenn schon der konservative Vay so auftritt, als ginge ihn der Reichsrath gar nichts an, was werden erst die Radikalen und Liberalen im ungarischen Landtage thun?)

Pesth, 2. Mai. Der „Sürgöny", halbamtliches Blatt der ungarischen Hofkanzlei, hebt hervor, daß die Thronrede das „einige untheilbare Reich" betone, nicht den einheitlichen Staat. (Sehr spitzfindig!) Der erste Eindruck der Thronrede war hier verstimmend, beginnt aber einer beruhigteren Beurtheilung zu weichen. (Tel. d. Ostd. Post.)

Turin. Die neapolitanischen Verhältnisse erregen hier doch größere Besorgnisse, als die Artikel der „Opinione" rechtfertigen würden. Man spricht davon, daß der Belagerungszustand proklamirt werden soll, wenn die Ruhe nicht bald wiederhergestellt wird, und daß die Deputirten der südlichen Provinzen selbst den betr. Antrag in der Kammer stellen würden. Es ist auch die Rede davon, Herrn von San Martino, dessen Energie sich früher bewährte, mit den weitgehendsten Vollmachten nach Neapel zu schicken. Doch überwiegt die Ansicht, daß eine völlige Beruhigung Neapels nur dem Könige oder Garibaldi mit seiner Popularität gelingen würde. Da Graf Cavour sich nicht zu dem letzteren Auskunftsmittel verstehen will, so soll neuerdings wieder eine Uebersiedelung der kgl. Hofhaltung nach Neapel in Aussicht genommen seyn. (Nat.-Z.)

Mailand, 2. Mai. Die heutige „Perseveranza" berichtet aus Turin vom 1. d. M.: Die portugiesische Regierung verweigert den mit Pässen des neuen italienischen Königreiches versehenen Reisenden den Eintritt in ihr Gebiet. Piemont machte deshalb bei der portugiesischen Regierung Gegenvorstellungen und hofft, Portugal werde obiges Verbot widerrufen. Tel. d. Ostd. Post.)

St. Petersburg, 28. April. Die „Senats-Zeitung" enthält eine kaiserliche Verordnung vom 15. März, wonach die Einführung von Waffen jeder Art nach dem Königreich Polen ohne obrigkeitliche Genehmigung verboten ist. (Pr. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	78 G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	64¼ P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	51½ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	44½ P.
"	4½ pCt.	37⅞ G.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	87½ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. R. (C. b. R.)	102¾ P.
"	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102⅜ P. ⅛ G.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	100⅜ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100⅜ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104⅞ P. ½ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	95¼ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	102 G.
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	94¾ G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	102 P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100½ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	94¾ P. ½ G
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102⅛ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	99¾ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98⅝ G.
"	3 pCt. Obl.	91 G.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47¾ G.
"	1¾ pCt. " " "	41⅝ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	99½ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	108⅞ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	582 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	133 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	185 P. 184 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	72 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	70½ P.
Internationale Bank in Luxemb. . .	82 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	321 P. ex D.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	68 P. 67¾ G.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	225 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118¼ P. 117¾ G.
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73½ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	22⅝ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	131¾ G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	99⅜ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	54 P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz. .	235 P 233½ G. ex C.
Span. Handels- u. Industrie . . .	510 P.
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	460 G.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	103⅜ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P. 100½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99⅝ B. ⅜ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B. 99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅜ B.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96⅛ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	87¾ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ B.
London Lst. 10 k. S.	117⅜ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅛ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. 1. S.	79⅞ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	74 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	49¼ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	59¾ P. 59 G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	131 P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	57½ P.	" fl. 25 do.	35½ P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	93 P.	Nassau fl. 25 b. Rotbsch.	34¾ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	119 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	—
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	37¼ P.
Badische fl. 50	80¼ P.	Vereins-Loose fl. 10.	11 P.
Badische fl. 35	53⅛ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 4. Mai. Oesterr. Fonds, Aktien und Anlehensloose erfuhren abermals eine ansehnliche Preiserhöhung; insbesondere für National, Bank- und Kredit-Aktien wurden höhere Kurse bezahlt. Wechsel auf Wien nahmen an dem Steigen Theil. Die übrigen Fonds ohne wesentliche Veränderung, aber fest. Nur Bexbacher Aktien waren etwas billiger zu haben. (Synd.)

Italien.

Turin, 2. Mai. Der „Corriere Mercantile“ meldet, daß in Genua viele Truppen nach Süditalien eingeschifft werden. — Garibaldi hat sich gestern nach Caprera eingeschifft. Mehrere seiner Freunde begleiteten ihn. (Tel. d. Fr. Postz.)

Türkei.

Die Nachricht, daß England und Frankreich in der syrischen Angelegenheit zu einem Einverständniß gekommen seyen, wird der „Independance“ aus Paris bestätigt. Nur darüber weichen ihre Nachrichten noch unter einander ab, ob 1000 Franzosen, 500 Engländer und 500 Piemontesen (richtiger Italiener) die Besatzung bilden sollen, die für die Durchführung der neuen Einrichtungen bürgt, oder ob neben den 1000 Franzosen blos das englische Geschwader vor Beirut liegen bleiben soll. Fuad Pascha's Truppenmacht soll übrigens auf 35,000 Mann gebracht werden. Es handelt sich nun darum, die übrigen Großmächte dem Plane geneigt zu machen. Für Preußen wollten wir zur Noth einstehen; es wird dem neuen Uebereinkommen zwar nicht Englands halber, aber Frankreichs halber sich anschließen, dessen asiatische Politik es ja ebenso schön zu finden scheint, wie seine europäische häßlich. Statt mit Oesterreich im Orient Hand in Hand zu gehen, unterstützt es Frankreich.

Rußland und Polen.

Die neuesten Berichte aus Petersburg melden, daß seit dem 24. April die Newa vollständig frei von Eis ist, und die russische Flotte am 15. Mai auslaufen solle; sie wird sich nach der Levante begeben; Admiral Nordmann, der sie befehligt, hat seine Flagge auf dem „Poltan“ aufgezogen.

Amerika.

New-York, 20. April. Vorgestern zerstörten die zu Harper's Ferry von 1000 Virginiern bedrängten Bundes-Kommissare das dortige Zeughaus nebst Werkstätten und zogen sich dann mit einem Verluste von drei Mann nach Pennsylvanien zurück. In Washington kommen von allen Seiten her Truppen an. Gegenwärtig stehen dort 5000 Mann unter den Waffen. Alle Brücken zwischen Baltimore und Washington sind abgebrochen. (Köln. Z.)

Philadelphia, 13. April. Vorige Woche starb in Philadelphia eine ehemalige Kaiserin, die Wittwe des Kaisers Iturbide von Mexiko. Sie wohnte hier seit 1824, dem Jahr, wo ihr Gemahl in Mexiko erschossen wurde. Bei ihrer Bestattung waren nur sehr wenige Freunde anwesend. Philadelphia schien nicht zu wissen, welche merkwürdige geschichtliche Person es so lange beherbergt hat. Ihr Gemahl, der tapfere Iturbide, riß Mexiko von Spanien los und wurde am 18. Mai 1822 zum Kaiser von Mexiko erwählt als Augustin I. Er nahm die Krone erst nach längerem Weigern an und im nächsten Jahre wurde die Krone erblich gemacht. Es brach aber bald eine Revolution aus; die Republik wurde proklamirt und am 20. März 1823 dankte Iturbide ab. Er verließ das Land, kehrte aber 1824 zurück, und wurde am 19. Juli 1824 zu Padilla erschossen. (Schw. M.)

Asien.

Die erste Telegraphenlinie in Persien von Teheran nach Tauris ist eröffnet worden. Der Schach war dabei anwesend, und das zahlreich herbeigeströmte Volk brach in lauten Jubel aus, als die Antwort auf die laut verlesenen Anfragen nach einigen Minuten eintraf.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 2. Mai. Seit gestern haben mehrere hiesige Bräuer begonnen, Sommerbier um 8 kr. per Maß auszuschenken. Die betreffenden Gastlokalitäten sind so zahlreich besucht, wie es während des Winterbierschankes der Fall war, und Niemand hat auch nur eine Sylbe davon erwähnt, daß der Sommerbiersatz zu hoch sey. (Andere Brauer geben das Sommerbier mit Erlaubniß der Behörde um den Winterbiersatz.) Den Truppen der Garnison wurde gestern durch einen Befehl der Stadtkommandantschaft mitgetheilt, daß sie sich jeden Excesses bezüglich des erhöhten Biersatzes zu enthalten hätten; würden von Seite des Militärs Störungen veranlaßt, so müßte die Folge seyn: Consignirung in den Kasernen. — Im Beckeller geht es trotz der nicht sehr einladenden rauhen Witterung kreuzfidel zu. Gestern war der Besuch so arg, daß man nur mit Mühe ein Glas bekommen konnte und daß von früh 7 bis Nachmittag 5 Uhr nicht weniger als 100 Eimer ausgeschenkt wurden. — Wegen der enormen Miethzinssteigerungen herrscht hier eine bedeutende Aufregung und nicht selten hört man arge Drohungen ausstoßen, von denen man nur wünschen muß, daß sie im Interesse der Stadt unausgeführt bleiben. (Augsb. Postztg.)

München. Herr Literat Grosse, bisher Mitarbeiter am Abendblatte der „N. Münch. Ztg.“, kommt als Redakteur der „Illustrirten Zeitung“ nach Leipzig.

In Amberg wurde die ledige Inwohnerin, Bab. Meier, von Leinmühle, vom Schwurgerichtshofe wegen Brandstiftung ersten Grades zum Tode verurtheilt.

Berlin, 1. Mai. Gestern früh zwischen 2—3 Uhr trug sich hier ein wahrhaft tragisches Ereigniß zu. Die Nemesis ereilte einen Raubmörder, bevor er das schwarze Werk, das er begonnen, vollendet hatte. Nach vollbrachtem Einbruch in die Wohnung des bejahrten Frl. Hessel in der Neuenburger Straße, und nachdem er bereits mehrere Silber- und Goldsachen seinen Helfershelfern durch ein Fenster auf die Straße hinab zugeworfen hatte, verletzte er das erwachte Frl. Hessel. Dieses wehrte sich wirklich heldenmüthig, rief aus dem Fenster um Hülfe, die auch von einem Vorübergehenden mit lauter Stimme zugesagt wurde. Dies bewog den Raubmörder zur Flucht; er wollte sich, mit den Händen sich am Fenster haltend, auf die Straße niederlassen (Frl. Hessel bewohnt den ersten Stock), vollbrachte den Sprung, stieß aber mit den Füßen auf ein Gesims über der Hausthür, schlug um und fiel, mit dem Kopfe voran, auf das Trottoir und zerschmetterte sich den Hirnschädel. (D. Allg. Z.)

Leipzig, 1. Mai. Das Tuchgeschäft der Ostermesse hat sich bis zu Ende gut behauptet. Die Tuchlager waren für eine Ostermesse nicht überführt und an Sommerstoffen mangelte es sogar. Die Fabrikanten hielten darum auf feste Preise und bekamen für einzelne gefragte Sorten 3—4 Ngr. per Elle mehr als vorige Messe. Von Druckwaaren (Calicots 2c.), Berliner wie sächsische, ist zwar Einiges verkauft worden, doch fehlten die Hauptabnehmer aus Polen und der Moldau und blieb der Absatz daher nur auf die deutsche Kundschaft beschränkt. Ebenso sind auch in Seidenwaaren und seidenen Bändern die Verkäufe im Allgemeinen nicht von großer Bedeutung gewesen, wenn gleich die Verkäufer, die nichts Besseres erwartet haben, zufrieden sind. Feine Kurzwaaren, wie überhaupt alle Luxusgegenstände haben keine gute Messe gemacht. Uebrigens wurde von allen Verkaufsgegenständen nichts auf Spekulation genommen, sondern nur der sich überall gezeigte gute Bedarf gedeckt, und darum kann man das Geschäft diesmal ein ganz gesundes nennen. Die Zufuhr in Schafwollen bestand in circa 2000 Ctrn. und sind davon circa 1500 Ctr. und mehr zu gedrückten Preisen verkauft worden. Im Ganzen läßt sich die nun beendete Messe nicht unter einer guten Mittelmesse bezeichnen. (Dr. J.)

Die schon erwähnte Heller-Dawison'sche Angelegenheit wird immer pikanter. Dr. Heller war mit einem Cartellträger nach Schwerin gereist, wo Hr. Dawison spielte, um dort das Duell abzumachen. Da Hr. Dawison den Dr. Heller wissen ließ, daß die mecklenburgische Polizei zur Verhinderung des Duells aufgeboten sey, verließ dieser natürlich Schwerin. Wer aber der Polizei; resp. der Theaterintendanz von dem Vorhaben Kunde gab — diese Frage bleibt unbeantwortet.

Kassel, 30. April. Heute Nachmittag brach in dem kurfürstlichen Residenzpalaste Feuer aus. Der schleunigen und thätigen Hilfe ist es beizumessen, daß nur der Dachstuhl des Seitenflügels nach der Karlsstraße zu abbrannte. Aus Veranlassung des Brandes ist folgendes Reskript an die Polizeidirektion ergangen: „Se. k. H. der Kurfürst haben die allerh. Zufriedenheit und Anerkennung für die allseitig gezeigte Thätigkeit und den hülfsbereiten Eifer bei dem gestern im Residenzpalais ausgebrochenen Brande auszusprechen geruht. Einem uns ertheilten allergnädigsten Befehle gemäß beeilen wir uns, kurf. Polizeidirektion hiervon zur weiteren Eröffnung an die betreffenden Abtheilungen des Feuerlöschkorps und der Rettungskompagnie Mittheilung zu machen. Kassel, 1. Mai 1861. Kurf. Oberhofmarschallamt.“ [Bemerkenswerth an diesem Reskripte ist nur, wie geschickt dasselbe die namentliche Aufführung der Turner (die bekanntlich nicht zu den Lieblingen des Kurfürsten gehören) zu umgehen weiß, indem es die „betreffenden Abtheilungen des Rettungskorps“ nennt. Die 2. Abtheilung der Retter wird eben von Turnern gebildet.]

Das Vermögen der Häuser Rothschild wird auf 800 Millionen Gulden geschätzt, zu dessen Fortschaffung, in Goldstücke umgewechselt, 50 Pferde nöthig wären. Der Ahnherr der Rothschild, welcher den Grund zu diesen Reichthümern legte, war ein Hausirer, der mit dem Sack auf dem Rücken sein Geschäft begann. Als er die ersten drei Gulden in einen wollenen Strumpf that, sagte er: der Strumpf muß voll werden. Unermüdlich thätig vom frühesten Morgen bis zum späten Abend, und dabei äußerst

einzige genügt vollkommen, und wenn man in ihr die vorhandenen Kräfte vereinigt, wird sich etwas Tüchtiges zu Stande bringen lassen, ohne daß beträchtlich höhere Budgetzuschüsse erforderlich wären. Wenn aber auch das Land für jenen Zweck größere Opfer bringen müßte, sie würden ihm hundertfältig wieder ersetzt durch die Entwicklung seines nationalen Wohlstandes, welcher durch gute technische Lehranstalten außerordentlich gefördert wird. Was überdies geschickte Techniker nützen und ungeschickte dem Staate, den Kreisen und Gemeinden schaden können, ist eine bekannte Sache. Obwohl in Bayern verlangt wird, daß die Ingenieure und Architekten, welche in den Staatsdienst treten wollen, ihre Studien an einer einheimischen polytechnischen Schule gemacht haben, so gehen doch viele unserer Jünglinge an die Karlsruher Anstalt, weil diese für weit besser gilt, als die Münchener. Zwar soll an letzterer die Ingenieur- und Bauschule recht gut seyn, die mathematischen Kurse jedoch werden wenig gerühmt. Ueberdieß fehlt an der polytechnischen Schule in München eine mechanische Werkstätte, ein Mangel, der geradezu unbegreiflich ist. Ob man die neue technische Universität nach München oder nach Nürnberg verlegen soll, darüber sind die Ansichten getheilt. Welche Stadt man aber auch wählen möge: die Hauptsache sind tüchtige Lehrer und diese erhält man nur, wenn man sie gut bezahlt. Möge daher unsere Regierung nur in diesem Punkte nicht sparsam seyn und lieber anderswo abstreichen, wo für vieles Geld nichts oder nur wenig geleistet wird."

Der Magistrat und das Gemeindekollegium in Nürnberg haben in der Erwägung, daß durch das neue Polizeistrafgesetzbuch den städtischen Behörden der größte Theil der Polizeistrafen abgenommen wird, beschlossen, die durch den Tod des Rechtsraths Ziegler erledigte Stelle nicht wieder zu besetzen, sondern die noch laufenden Geschäfte vorläufig durch einen Funktionär besorgen zu lassen.

Kurhessen. Aus Kassel, 1. Mai, schreibt man dem „Frankf. Journal: „Unter den neuesten Versuchen der amtlichen „Kasseler Ztg." zu Gunsten der Verfassung von 1860 findet sich ein Aufsatz: „Warum nicht schon früher?" worin dem Vorwurf, daß die Regierung nicht schon früher, sondern jetzt erst die mancherlei materiellen Bedürfnisse des Landes für so dringend ansehe, begegnet werden soll. Aber sie verschweigt, was ihr nicht unbekannt seyn kann; sie verschweigt jene Gründe des Hindernisses, die allein maßgebend waren, von denen aber in den ministeriellen Aktenstücken auch nicht ein Sterbenswörtchen aufzufinden seyn wird. Wir erinnern nur an das bekannte Hinderniß, an dem die von den Ständen gewünschte Aufbesserung der Gehalte scheiterte. Die „Kasseler Zeitung" weiß das sicher; aber um keinen Preis der Welt wird sie den unerhörten Grund angeben, aus welchem eine Aufbesserung des Gehaltes namentlich der geringeren Diener auf Widerstand gestoßen ist. Und unter solchen Verhältnissen empfiehlt man Vertrauen, Verständigung?!"

Oesterreich. Wien, 2. Mai. Die hier erscheinende „Ostd. Post" schreibt: „Die Straßen der innern Stadt wie des größten Theiles der Vorstädte erglänzten gestern in einem hellen Lichtmeere; Wien feierte die Eröffnung des Reichsrathes und gab der durch die Thronrede hervorgerufenen freudigen Stimmung in einer Illumination Ausdruck, die sich von der Vorgängerin im Februar in mehrfacher Beziehung unterschied. Während damals der größte Theil der Fenster in den belebtesten Straßen dunkel und selbst die beleuchteten keinen besonders erfreulichen Eindruck hervorzubringen vermochten, blieb gestern fast kein Fenster in den Hauptstraßen unerleuchtet und selbst die entlegeneren Seitengassen blieben nicht zurück. Man merkte gestern deutlich, daß die Beleuchtung keine Folge magistratischer Ordre, keine Befolgung höherer Weisung sey; man beleuchtete, wenn vielleicht auch nicht ganz aus eigenem Antriebe, doch mit gutem Willen, die Freude war eine aufrichtige. — Gegen 9 Uhr fuhr Se. Maj. der Kaiser in Begleitung seines Generaladjutanten in einem offenen zweispännigen Wagen durch die hell erleuchteten Straßen; der Wagen konnte sich auf vielen Plätzen nur langsam weiter bewegen, so dicht war der Menschenknäuel, der sich um denselben gebildet hatte. Ueberall schollen dem Kaiser laute Zurufe entgegen. Ungeheure Menschenmassen wogten mehrere Stunden durch die Stadt, die Ordnung wurde jedoch, einige kleine unvermeidliche Muthwilligkeiten abgerechnet, in keiner Weise gestört." — Dasselbe Blatt äußert sich über das Ereigniß des gestrigen Tages, wie folgt: „Es ist das erste Mal in der Geschichte dieses Reiches, daß einer seiner Herrscher ein Parlament von freigewählten Reichsabgeordneten um sich versammelt und ihnen Rechte zuerkennt, die man mit dem allgemeinen Ausdruck als konstitutionelle bezeichnet. Es ist aber von doppelter Bedeutung, daß dieser Herrscher der Kaiser Franz Joseph ist, ein Monarch, der nicht, wie dies oft der Fall gewesen, im ersten Anlauf jugendlicher Herrscherfreude eine Konstitution verleiht, die, nachdem sie praktisch fungirt, allmälig wieder einzuschränken gesucht wird, sondern ein Monarch, der in Folge einer Reihe von schweren Prüfungsjahren, nach dem Vollgenuß der Selbstherrschaft, nach mehrfachen, von den mannigfachsten Räthen empfohlenen und versuchten Formen autokratischer Regierungsgewalt endlich nicht durch Theorien allein, sondern durch das Leben selbst zu der Ueberzeugung gedrängt wird, daß der moderne Staat nur in der Uebereinstimmung des Herrschers mit der Volks- und Reichsvertretung zu erhalten und zu befestigen ist. Gerade in dieser Entstehungsgeschichte unseres jungen Verfassungslebens finden wir die Zuversicht zu seiner Entwicklung und Erhaltung. Der Kaiser ist nicht mehr der achtzehnjährige Jüngling, der sich im Momente, wo ein siegreicher Feldherr den Feind, welcher uns in's Land gefallen war, demüthigt und die Revolution, die ein kühnes und waffengeübtes Volk gemacht, niedergeworfen wurde, durch einen Kreis theils selbstsüchtiger, theils in alte überlebte Regierungsformeln verrannter Rathgeber sich verleiten ließ, den vielgerühmten „Erfahrungen" Anderer zu folgen und eine gute lebensfähige Verfassung, ohne einen Versuch mit ihr gemacht zu haben, zu beseitigen. Der Kaiser hat nunmehr die Schule des Lebens selbst durchgemacht, er kennt sein Reich in allen seinen Theilen, seine Erfahrungen sind durch die bewegte Geschichte der letzten zwölf Jahre größer und mannigfacher geworden, als die manches Herrschers, der eine doppelt lange Regierungszeit hinter sich hat. Wenn nun dieser Monarch in einer feierlichen Stunde, wie die Geschichte Oesterreichs keine zweite in ihrer Art aufzuweisen hat, vor den Augen seines Volkes, in Gegenwart der Repräsentanten aller Regierungen Europa's laut erklärt: „„Ich halte fest an der Ueberzeugung, daß freie Institutionen unter gewissenhafter Wahrung und Durchführung der Grundsätze der Gleichberechtigung aller Völker des Reiches, der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze und der Theilnahme der Volksvertreter an der Gesetzgebung zu einer heilbringenden Umgestaltung der Gesammtmonarchie führen werden. . . . Ich will dieses Werk, den Grundsätzen einer offenen und freisinnigen Politik gemäß, in allen Theilen des Reiches einer gleichmäßigen Entwicklung entgegenführen. . . .““, so ist dies eine Zusicherung, die mehr als eine blos geschriebene Charte ist, weil sie mit dem wirklichen Leben im Zusammenhange steht, weil sie das Resultat unverdächlicher Erfahrungen, weil sie die wirkliche Bedingung der Fortdauer und des Beisammenbleibens dieses so sehr erschütterten Reiches ist! Das oft wiederholte Hoch, das dem Kaiser nach dem Schlusse seiner Rede gebracht wurde, war daher kein gemachter, konventioneller Ruf, wie dies bei dergleichen Gelegenheiten stattfindet, sondern es ging aus warmen Herzen hervor, die den Ernst der kaiserlichen Verheißungen an dem Ernst des Momentes maßen. Wir gehen heute auf eine Analyse der Thronrede nicht ein. Wir beurtheilen blos ihren Gesammteindruck, der nicht allein in der Versammlung, sondern, wie wir uns nach der Veröffentlichung derselben überzeugten, in den weiten Kreisen der Residenz, die nicht dem Pessimismus und einem unheilbaren Mißtrauen verfallen sind, ein vortrefflicher war. Das Aktenstück selbst läßt manche Kritik zu und wir werden dieselbe in unserer nächsten Nummer mit Freimuth üben. Für heute wollen wir uns jedoch einen der wenigen Lichtblicke, deren wir uns in düsterer Zeit erfreuten, nicht schmälern!"

Wien, 1. Mai. Bei der Thronrede hob der Kaiser scharf und mit Nachdruck hervor, daß die Aufgabe mannhaft gelöst werden müsse; an die Appellation an die Treue der Völker knüpfte sich gleichsam ein Schwur: die Gesammtverfassung des einigen und untheilbaren Kaiserreiches mit aller Macht zu schützen und jede Verletzung derselben als einen Angriff auf den Bestand der Monarchie zurückzuweisen. Das war der Kulminationspunkt der Thronrede; Vivat, Hoch, Bravo, ertönte es Minuten lang im Saale. Der Kaiser war hier sichtbar tiefst erregt, und gluthvoll überflog es seine Stirn und sein Gesicht; den Prinzessinnen traten Thränen in die Augen und selbst die Mutter des Kaisers führte das Taschentuch über die feuchten Wangen. Unter dem Donner der Kanonen verließ der Kaiser den Saal. (Köln. Ztg.)

Frankreich.

Aus Paris, 2. Mai, schreibt man der „Fr. Pfztg.": „Das Kriegsministerium hat auf Befehl des Kaisers zu Rom, Civitavecchia und einigen anderen Punkten des Kirchenstaats den nöthigen Kriegsbedarf für eine Armee von 150,000 Mann aufgehäuft." (?)

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 124. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Letter | 58. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Sonntag, 5. Mai 1861.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 3. Mai. Se. Maj. der König hat den Revierförster Ph. Kraus von Leimen seiner Bitte willfahrend auf das Revier Waldfischbach versetzt und an dessen Stelle den Forstwart A. Geiger zu Kaltenbach, F.-A. Dahn, ernannt; die Stelle des Sekretärs bei dem Handelsappellationsgerichte Nürnberg dem Sekretär des Bezirksgerichts Nürnberg, J. Marc, verliehen. (N. M. Z.)

München, 3. Mai. Der Magistrat von Ansbach hat bezüglich der Erbauung einer Eisenbahn von Ansbach nach Würzburg eine Denkschrift an die Kammermitglieder vertheilen lassen. (N. M. Z.)

Aus München, 30. April, schreibt man der „D. A. Z.“: Der Kriegsminister v. Lüder ist ein sehr tüchtiger und rühriger, aber auch ein gar theuerer, kostspieliger Mann. Es unterliegt keinem Zweifel, daß er, als er im Frühjahr 1859 ins Amt berufen wurde, unsere Armee, die damals des nöthigsten Materials entbehrte, in kurzer Zeit vollständig und reichlich ausrüstete und seitdem in jeder Beziehung vervollkommnete. Aber diese sehr anerkennenswerthe Thatsache hat eine Schattenseite, die seit der gestrigen Kammersitzung, in der Hr. v. Lüder, in voller Uniform und mit dem Schwert umgürtet, die Rednerbühne betrat und ganz lakonisch „wegen unumgänglich nothwendig gewordener Ausgaben“ einen weitern rückwirkenden Kredit begehrte, sehr lebhaft in die Augen fällt. Der bayerische Staatsetat beträgt gegenwärtig jährlich 41,396,862 fl. Einnahmen gegen eben so viele Ausgaben, unter welchen letztern das Militär mit einem ordentlichen Etat von 9,075,900 fl. figurirt. Zu diesem ordentlichen war dem Kriegsminister im August 1859 ein außerordentlicher Kredit von 18 Mill. von dort an bis zum Schluß der Finanzperiode, 31. Okt. 1861, zusammen also mehr als 36 Mill. bewilligt worden. Gleichwohl begehrt der gestern vorgelegte Gesetzentwurf die nachträgliche Genehmigung von noch fast 9 Mill., die für Militärzwecke verwendet sind — in Zeit von zwei Jahren also sind 45 Mill., d. h. mehr als das ganze einjährige Staatsbudget, mehr als 50 Proc. der ganzen Staatseinnahme im Kriegsministerium aufgegangen! Das scheint denn doch auch den Kriegsängstlichsten eine übergroße Anstrengung zu seyn, und wenn sie dabei in Betracht ziehen, daß damit blos die Vergangenheit abgeschlossen seyn soll, für die Zukunft aber ebenso gewaltige Forderungen an die Steuerkräfte gemacht werden, so ist ihnen ihr ärgerliches Kopfschütteln um so weniger zu verdenken, als die Art, mit welcher Hr. v. Lüder der Landesvertretung seine Anliegen vorträgt, sie ihm geneigt zu machen wenig geeignet ist.“ (Die Sache hat aber auch noch eine andere Seite; unwillkürlich drängt sich Einem die Frage auf: Wer nöthigt denn die Staaten Europa's, in einem kostspieligen bewaffneten Frieden ihre Kräfte zu erschöpfen? Und wann werden sie endlich zu der Einsicht kommen, es sey besser, jeden kleinlichen Hader zu vergessen und fest zusammenzustehen gegen den Störenfried im Westen?)

* Ueber die kurhessische Frage äußerte sich Fürst Hohenlohe in dem hiefür niedergesetzten reichsräthlichen Ausschuß u. A. treffend, wie folgt: „Es muß aller Nachdruck darauf gelegt werden, daß die kurhessische Verfassung mit Beihülfe der bayerischen Regierung verletzt worden ist, daß die bayerische Regierung durch ihre Gutheißung des Bundesbeschlusses von 1852 sich zu Prinzipien bekannt hat, welche unserer bayerischen Verfassung zuwiderlaufen, daß somit durch die Verletzung der kurhessischen Verfassung auch die bayerische Verfassung in ihrer Integrität gefährdet worden sey. Denn was könnte dieselbe Regierung, welche anerkannt und erklärt hat, die Bundesversammlung sey berechtigt, von sich aus eine ganze Verfassung aufzuheben, wenn auch nur einzelne Punkte einer Aenderung bedürfen sollten, entgegnen, wenn es einmal einer anderen Majorität der Bundesversammlung gefallen sollte, die bayerische Verfassung aufzuheben, da ja anerkanntermaßen in dieser sich sehr viele Bestimmungen finden, welche die Bundesversammlung als mit den Bundesgrundgesetzen unvereinbar erklärt hat? Man sagt zwar, dieser Fall werde nicht eintreten, weil die Verhältnisse andere seyen. Allein befriedigend wäre diese Antwort nur, wenn bewiesen werden könnte, daß dieser Fall niemals eintreten könne, weil die bayerischen Verhältnisse den kurhessischen niemals ähnlich werden könnten. Ich hege allerdings persönlich den zuversichtlichen Glauben, daß es bei uns z. B. nie dahin kommen werde, daß die bayerischen Kammern als „Steuerverweigerer“ behandelt werden, wie Solches dem kurhessischen Landtage widerfahren ist, weil er die Steuern nicht bewilligte, da die Regierung das Budget nicht rechtzeitig vorgelegt hatte. Wir haben es aber hier nicht mit Hoffen und Glauben, sondern mit Thatsachen zu thun. Es handelt sich um nichts Geringeres, als um die Aufrechthaltung der Staatsverfassung, welche jedes Mitglied dieser hohen Kammer mit dem in der Verfassungsurkunde normirten Eide feierlich gelobt hat. Darin liegt meines Erachtens unverkennbar ausgesprochen: daß die hohe Kammer nicht bloß verpflichtet ist, ihrerseits der Verfassung nicht entgegenzuhandeln, sondern berufen, berechtigt und verpflichtet ist, auch nicht zu dulden, daß von anderer Seite her die Verfassung nicht respektirt werde. Denn wie sollte anders die Verfassung aufrecht erhalten werden können, als durch die Sorge, daß sie allseitig getreulich beobachtet werde? Gegen Verfassungsverletzungen durch die einheimischen Staatsbehörden bietet die Verfassung das Mittel der Beschwerde, beziehungsweise Anklage. Eine solche Verletzung liegt nicht vor; wohl aber glaube ich nachgewiesen zu haben, daß, wenn auch nicht eine mittelbare Verfassungsverletzung, so doch eine drohende Gefahr für den Bestand der Verfassung vorliege. Und um diese Gefahr abzuwenden, erscheint Verwahrung und Bitte als das geeignete Mittel.“ — Gegenüber dieser klaren, sichern, scharfen Beweisführung — wie matt und haltlos und nichtssagend erscheint das Wenige, was Graf Montgelas für seine sogenannte motivirte (besser unmotivirte) Tagesordnung vorbrachte, indem er sagte: „Der Artikel 61 der Wiener Schlußakte gewähre der Bundesversammlung allerdings die Berechtigung, in den in Artikel 26 vorgesehenen Fällen die schleunigste Hilfe zur Wiederherstellung der Ordnung zu veranlassen, nicht aber eine ganze Verfassung außer Wirksamkeit zu setzen. Die Bundesversammlung habe daher hierin ihre Kompetenz überschritten oder wenigstens in irriger, den Rechtsbestand aller deutschen Verfassungen gefährdender Weise angewendet. Dieses müsse in dem von der hohen Kammer zu fassenden Beschlusse bestimmt ausgesprochen werden. Aehnliche Rechtsverletzungen seyen jedoch jetzt nicht mehr zu befürchten, nachdem in allen deutschen Staaten, auch in den beiden Großstaaten, konstitutionelle Regierungen bestehen. Die Instruktionen an die Bundestagsgesandten, von nur konstitutionellen Regierungen gegeben, würden anders lauten, als die bisherigen, und folglich auch die Beschlüsse der Bundesversammlung. Bei dieser veränderten Lage drohe den deutschen Verfassungen nicht mehr Gefahr von etwaigen Beschlüssen der Bundesversammlung, sondern von ganz anderer Seite, und deßhalb halte Antragsteller jetzt die Einlegung einer Verwahrung gegen den Bundesbeschluß vom Jahre 1852 nicht mehr für nöthig.“ Sollte man meinen, daß Jemand bei gesunden Sinnen im Ernst so reden könne? Dennoch ist es Ernst, bitterer Ernst, daß im Reichsrath Bayerns Männer sitzen, die für verletztes Recht nichts haben als kühles Bedauern, das dem Hohn so ähnlich sieht, wie ein Ei dem andern.

Die „Pf. Z.“ schreibt: „Endlich soll mit der Neuorganisation unserer technischen Anstalten Ernst gemacht werden. Es ist dazu auch hohe Zeit, da namentlich unsere polytechnischen Schulen den Anforderungen nicht entsprechen, welche man nach dem heutigen Stande der exakten Wissenschaften an sie zu stellen berechtigt ist. Drei solcher Anstalten sind für Bayern auch zu viel; eine

bei dem fühlbaren Mangel an kleinen Wohnungen in der Stadt sehr zweckmäßig erscheint.

Man schreibt aus Augsburg, daß die Relikten des verstorbenen Frhrn. Carl v. Schaezler beschlossen haben, ihre Bankhäuser in Augsburg und in München mit dem 1. Juli d. Js. in Liquidation treten zu lassen. Die Geschäfte des Augsburger Hauses sollen durch die Herren Robert und Hugo v. Frölich unter der altbekannten Firma „Chr. v. Frölich und Söhne" fortgesetzt und diejenigen des Münchener Hauses durch die Herren Robert v. Frölich u. Komp. ebendaselbst übernommen werden. (N.M.Z.)

Ansbach, 2. Mai. Die feierliche Enthüllung des Wolfram-Denkmals zu Eschenbach, der Stadt, die sich rühmen kann, die Geburts- und Grabesstätte des großen Dichters zu seyn, fand gestern unter sehr zahlreicher Betheiligung in erhebender Weise statt. Deputationen von den Behörden der Umgegend, an welche Einladung ergangen war, hatten sich eingefunden und nahmen an der Feier Theil. Von München war Hofbauinspektor v. Riedl anwesend. Von nah und fern strömte es, einer Wallfahrt ähnlich, dem Festorte zu. Von mächtiger Wirkung auf die versammelte Menge war der Anblick des Standbildes, das König Max der Stadt geschenkt hat. Auf schönem Sockel, der zugleich den für die Stadt Eschenbach nützlichen Zweck hat, zu einem Brunnen zu dienen, erhebt sich in lebensgroßer Gestalt die herrliche aus Zink gegossene und broncirte Statue Wolframs mit dem Lorbeerkranz auf dem Haupte, in der Linken das Schwert, in der Rechten die Leyer haltend — zum Zeichen, daß er Ritter und Dichter zugleich war. (Ansp. Mrgz.)

Neueste Nachrichten.

München, 2. Mai. Die Nachricht, daß den 23. v. Mts. vier Schiffe mit bourbonischen Soldaten von Civitavechia nach der neapolitanischen Küste abgesegelt seyen — ist ganz falsch und aus der Luft gegriffen. (Allg. Z.)

Frankfurt, 2. Mai. In der heutigen Bundestagssitzung beantragt Preußen bezüglich der Revision der Bundeskriegsverfassung den Artikel über den Oberfeldherrn im Fall eines Bundeskriegs, in den beide Großmächte mit ihren Gesammtarmeen, oder eine derselben eintreten, zu suspendiren, und die Bestimmungen über die Oberleitung den Regierungen Oesterreichs und Preußens unter Vorbehalt der Zustimmung der Bundesversammlung zu überlassen. (Tel.d.A.Z.)

Paris, 1. Mai. Die Politik beschäftigte auch das zahlreiche Publikum in der heute eröffneten Kunstausstellung. In dem Galasalon ist nämlich ein prachtvolles Porträt des Papstes ausgestellt. Zu beiden Seiten dieses Kunstwerkes ist ein Bildniß des kaiserlichen Prinzen ausgestellt, das eine ihn mit einem Hunde spielend, das andere ihn zu Pferde darstellend. Die Gruppe erinnerte Jedermann daran, daß Pius IX. der Taufpathe des Prinzen ist. Da der Kaiser, der vor der Eröffnung den Salon besuchte, jene Zusammenstellung genehmigt hatte, so legte ihr das Publikum eine fromme Absicht unter, welche allgemein und angenehm überraschte. Unser Publikum ist katholischer als es sich glaubt, und naiver als man ihm im Auslande gewöhnlich zutraut. (A. Z.)

Neapel, 25. April. Die in diesen Tagen erfolgte Ernennung von einigen Hunderten der neapolitanischen Offiziere für die sardinische Armee ist nur ein Almosen, das man ihnen noch dazu in wenig liebenswürdiger Form hinwirft. Fast alle wurden um einen Grad zurückgesetzt, und ihnen ein nur geringer Sold — 15 Ducati (30 fl.) für einen Lieutenant, 30 Ducati für einen Major — bestimmt, den sie, wo es ihnen beliebt, in Italien verzehren können. Freilich ist die Regierung in großer Verlegenheit, wie sie die 10,000 Offiziere der Garibaldischen und der neapolitanischen Armee, die alle eine Versorgung beanspruchen, unterbringen soll. — Eine komische Demonstration ist die, welche die Hunderte von Köchen, die durch die Auswanderung der reichen Familien ihre Stellen verloren haben, seit einigen Tagen hier machen. Sie zerschlagen ohne Erbarmen alle Eßgeschirre, in welchen sich dieser oder jener seine Mahlzeit vom Wirthshause bringen läßt, und greifen einen solchen Transport sogar an, wenn er auch, wie sich viele dies auswirkten, von einem Nationalgardisten eskortirt wird. Auch in andern Zweigen der ärmeren Klassen wird sich die Unzufriedenheit über den mangelnden Verdienst wohl bald deutlich zeigen. — In Castellamare revoltirten 400 Hafenarbeiter, und konnten erst durch die bewaffnete Macht zur Ruhe gebracht werden. (Allg. Z.)

Helsingfors, 17. April. Die heutige Nummer der offiziellen „Finlands Allmänna Tidning" enthält ein Manifest, welches Kaiser Alexander II. am 10. d. erlassen hat und in welchem er Finnlands konstitutionelle Rechte zum Vollen anerkennt und bis die Zeitverhältnisse die Zusammenberufung der Stände gestatten, das Prüfungsrecht derselben einem Ausschuß überläßt, dessen Mitglieder durch freie Wahl innerhalb der vier Stände aufgestellt werden. (Wie man sieht, haben die Vorgänge in Polen die russische Regierung bewogen, endlich auf die billigen Wünsche Finnlands etwas Rücksicht zu nehmen.) (Nat.-Ztg.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	77¼ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	60⅜ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	50⅝ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	43½ P.
„	4½ pCt.	38 P. 37½ G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	87½ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102¾ P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102¼ P. 102 G.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103⅛ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104⅞ P. ½ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95¼ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	102 G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	94¾ G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	101¾ G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94¾ P. ½ G
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	101⅞ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98⅝ G.
„	3 pCt. Obl.	91 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47¾ G.
„	1¾ pCt. „ „ „	41⅝ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	99¼ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	109⅛ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	576 P. 572 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	130½ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	188½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	72 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	70½ P.
Internationale Bank in Luxemb. . .	82 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	323 P. ex D.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	68¼ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	226 P. 224 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	72½ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	22½ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	132⅝ G.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	99⅜ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	235 P. 233½ G. ex C.
Span. Handels- u. Industrie . . .	505 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	472 G.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	103¾ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100¾ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99⅝ B. ⅜ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B. 99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅜ B.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96⅛ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	87¾ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ B.
London Lst. 10 k. S.	117⅜ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅛ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in 3st. W. l. S.	79⅜ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	74¼ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	49⅜ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	58 P. 57½ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	131 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	56⅜ P.	„ fl. 25 do.	34¾ G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	92¼ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	34½ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR	119 G.	Sardinien Fr. 36 b. R.	—
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	37¼ P.
Badische fl. 50	90 P.	Vereins-Loose fl. 10.	11 P.
Badische fl. 35	53⅛ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 3. Mai. Für österr. Fonds und Industrieaktien währt die Kauflust fort. National-Obligationen wurden in steigender Tendenz verhandelt, Kredit-Aktien behaupteten sich sehr fest auf der gestrigen Notirung. Auch Wechsel auf Wien wurden höher bezahlt. Einen bedeutenden Aufschwung bei wenigen Abgebern nahmen Bexbacher Eisenbahnaktien. (Synd.)

gezogen habe, um den Geistlichen, die sich politisch mißliebig machen, damit beizukommen. (Fr. Pstz.)

Italien.

Rom, 27. April. Ueber Marseille sind aus weiter Ferne 41 Kisten mit edeln Metallen zur Verfügung des heiligen Vaters eingesandt und sofort der Münze zur Ausprägung übergeben worden. Hiedurch ist das Geldbedürfniß der päpstlichen Regierung fast auf ein Jahr neu gesichert. (Köln. Z.)

Die französische Regierung hat die Forderung Cavours, ihre Truppen aus Rom zurückzuziehen, abgelehnt. Diese Weigerung gründet sich, wie man dem „Monde" aus Rom meldet, auf die Nothwendigkeit für Frankreich, Rom als strategischen Punkt für den Fall eines Krieges zwischen Piemont und Oesterreich besetzt zu halten. „Monde" meint, daß es sich demnach nicht mehr um die Sicherheit und um die Unabhängigkeit des Papstes handle. (Das hat man schon längst gewußt.) Inzwischen ereifern sich die norditalienischen Blätter immer mehr gegen die päpstliche Regierung und Franz II. Die „Opinione" beschuldigt die päpstliche Regierung, die Unruhen in Süditalien zu provoziren; täglich würden bourbonische Soldaten, reichlich mit Geld versehen, auf der Eisenbahn von Frascati und Civitavecchia frei befördert; in Neapel angekommen, würden sie in Nationalgardeuniformen gesteckt, um, ohne Mißtrauen zu erregen, ihr Werk betreiben zu können. „Lombardia" versichert, die Dampfboote der kaiserlich französischen Messagerie brächten fortwährend große Geldsendungen nach Civitavecchia, die zwar an die päpstliche Regierung adressirt wären, aber Franz II. gehörten, damit würden die Aufstände in Neapel bezahlt. Die „Perseveranza" beschwert sich, daß die französischen Truppen an der neapolitanischen Grenze die aus Rom kommenden Banden ungehindert passiren lassen; Goyon wisse am besten, wo das Nest der Verschwörung sey, denn Alles werde unter seinen Augen vorbereitet; ein einziges italienisches Regiment in Rom würde dem Uebel gründlich abhelfen.

Die Unruhen in Mondovi waren ziemlich ernster Natur. Die daselbst stationirte Division Türr zerstreute sich bewaffnet in der Stadt und wollte die Bevölkerung zwingen, sich einer Demonstration zu Ehren Garibaldi's anzuschließen. Die Nationalgarde und die Carabinieri schritten ein und es gab von beiden Seiten Verwundete. Türr selbst reiste auf die Nachricht von dem Vorgefallenen dahin ab. Auch in den anderen Depots fanden ähnliche Auftritte statt.

Griechenland.

Die Vorgänge in Nauplia bei Begehung des Nationalfestes (6. April) scheinen sehr ernster Natur gewesen zu seyn. In Folge derselben sind mehrere Bürger und Studenten, sowie auch 15 Offiziere verhaftet worden. Die Unzufriedenheit im Lande ist allgemein, die Aufregung eine ungewöhnliche; jedoch ist die Opposition, obgleich zahlreich, nur in Bekämpfung des Bestehenden einig, keineswegs aber über das, was werden soll. Es finden jetzt in Athen häufige Ministerberathungen, meist unter Vorsitz des Königs und oft unter Zuziehung des französischen Gesandten statt. Die Studenten der Universität haben beim Ministerium um eine militärische Organisation und Einübung im Waffendienste zum Nutzen des Vaterlandes nachgesucht, aber noch keine Antwort erhalten.

Türkei.

Konstantinopel, 24. April. Bei Yenibazar sind Truppen konzentrirt worden, welche gegen Montenegro und Serbien bestimmt sind. Das englische Geschwader in den türkischen Gewässern hat Befehl erhalten, im Einverständniß mit ihnen zu handeln. Das Arsenal zu Corfu hat die türkischen Fahrzeuge mit neuem Kriegsvorrath versehen. Eine türkische Division ist nach Syrien geschickt worden. Auch nach dem adriatischen Meer sind neue Truppen abgegangen. Die aufgestandenen Christen in Bosnien verlangen selbständige Behörden für sich. Omer Pascha ist Ueberbringer von Vorschlägen, die von den Gesandten der Großmächte als annehmbar betrachtet werden.

Aehnliche Demonstrationen wie auf den jonischen Inseln haben auch auf zwei der sporadischen Inseln stattgefunden; es wird dort, ohne bei den türkischen Behörden auf Hindernisse zu stoßen, eine Petition, welche die Annexion an Griechenland verlangt, unterzeichnet.

Rußland und Polen.

Petersburg, 1. Mai. Das amtliche „Journal de Petersbourg" sagt: „Der italienische Krieg, die Erfolge eines glücklichen Soldaten, das ansteckende Beispiel Ungarns, die Deklamationen der fremden Presse über die Politik der Nationalitäten, haben einen großen Einfluß auf Polen ausgeübt. Die Regierung des Kaisers kann übrigens auf die ländliche Bevölkerung zählen."

Amerika.

Die dominikanischen Truppen haben der Königin von Spanien den Eid geleistet und bilden künftig einen Theil der spanischen Armee. Die Offiziere behalten ihre Grade. Der kommandirende General allein hat gegen die Annexion protestirt und sich nach Jamaika zurückgezogen. Santana soll zum Senator und Generalkapitän von San Domingo ernannt werden. (N.Fr.Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

München. Wie die „N. M. Ztg." meldet, hat Se. Maj. der König das vom Magistrat begünstigte Bauprojekt der Anlage der Klenze-, Cornelius- und der verlängerten Utzschneiderstraße genehmigt. Mit der Vermessung ist bereits begonnen und wird die Durchführung der Straßen ehestens in Angriff genommen, was

---

Hans von Held mußte im Jahre 1801 auf die Festung. — Dazumal jedoch lebten zwei Minister in Berlin, die nicht Theil hatten an den Scheußlichkeiten, die Held enthüllte, die im Gegentheil den Held achteten, und ihn vor Antritt seiner Festungsstrafe in ihren Kabineten vertraulich empfingen. — Der eine Minister hieß Schulenburg, und der sagte in seinem Wohlwollen zu Held folgende denkwürdige Worte:

„Eigenmächtige Privat-Versuche, wie Sie sich diese in den Kopf gesetzt haben, um Staatsbetrügereien zu rügen, können nicht gelingen, wenn die Regierung einmal den Beschluß gefaßt, davon keine Notiz zu nehmen!"

Der zweite Minister hieß Struensee. Er empfing Held sehr herzlich und gab ihm Lehren mit, die noch trauriger waren, als der Weg, den Held anzutreten hatte. — Der Minister hielt ihm eine Vorlesung „über den Zustand der Welt, in welcher man sich scheuet, die Verbrechen derer, welchen man Macht und Ansehen verliehen, aufzudecken und zu strafen, weil man dadurch die Achtung vor aller Obrigkeit zu schwächen fürchtet, — wiewohl das Gegentheil dies noch schneller zu bewirken pflege!"

Struensee hatte die Schrift Held's vor dem Drucke durchgelesen; er besaß den Muth nicht, derselben die richtige Geltung zu verschaffen. — Varnhagen theilt hierüber eine Scene mit, die es verdient, zehnmal gelesen zu werden, um zu sehen, wie damals die Dinge standen. — „Struensee", so erzählt Varnhagen, „Struensee behielt die Schrift einige Tage, und als er sie zurückgab, erklärte er die Thatsache für ganz richtig, allein bei weitem noch nicht vollständig; er wisse den weiteren Zusammenhang, ein Geheimniß, das der Verfasser nicht habe wissen können. Indessen — fuhr Struensee fort — enthält das Buch Stoff genug, um dem Könige anfzufallen. Sie wagen viel damit! — sagte er zu Hans von Held. — Entweder wird damit etwas recht Gutes oder etwas recht Schlimmes gestiftet und Sie können sich dadurch recht glücklich oder noch unglücklicher machen, als Sie schon sind. — Abrathen will ich Ihnen nicht; mich darin meliren kann und will ich aber auch nicht. Die Zugänge sind zu sehr verriegelt. — Werde ich befragt, ob die in dem Buche von mir vorkommenden Briefe ächt sind, so werde ich, wie es wahr ist, Ja sagen. — Uebrigens hoffe ich, werden Sie, so lange ich lebe, es verschweigen, daß Sie mir das Manuskript gezeigt haben. Jetzt weiß ich nichts von Ihrem Vorsatze. Handeln Sie nach Gutdünken. Gelingt es, so kann es die beste Wirkung haben." — Nach einigen Bemerkungen Held's fügte der Minister Struensee noch Folgendes hinzu: „In unserm Staate ist kein Reformiren möglich, als das unmittelbar vom Könige ausgeht. Im Einzelnen ist nirgend ein vernünftiger Anfang zu machen; jeder Geschäftsmann (d. h. Beamter) bei uns arbeitet nur dahin, daß er sich durch die Form decke und nicht aktenmäßig verantwortlich werde."

Es ist eine alte Geschichte, doch bleibt sie ewig neu! — Mutatis mutandis paßt sie fast auf jede Zeit. Mit diesem Vertuschen und Verdecken wird nie etwas gut gemacht, das Uebel frißt unter der Decke fort und fort um sich, bis es zum unheilbaren Krebs wird. Wenn dann der Staat am Rande des Abgrunds steht, dann wird Ach und Weh geschrien. Oesterreichs neuere Geschichte hat unerquickliche Belege genug hiefür geliefert und Preußen will ihm, scheint es, das Seitenstück nicht schuldig bleiben. Das beste, ja das einzige Mittel hiegegen ist und bleibt immer eine wahrhaft freie Presse; sie hat auch ihre schlimmen Auswüchse — ganz gewiß; aber das Gute, das sie stiftet, indem sie die Schlechtigkeit und Erbärmlichkeit aufstöbert und angreift, wo sie sie findet, und sie hindert, sich festzusetzen und einzunisten, das überwiegt bei weitem ihre Fehler.

glieder und des Bekenntnisses selbst zu Gunsten einer lichtfreundlichen Partei involvirt. Derselbe stellt es daher dem weisen Ermessen **Ew. Kgl. Maj.** anheim, zu erwägen, in welcher Weise er seinem freiwillig verlassenen Lebensberuf als akademischer Lehrer zurückgegeben werden könne. Sollte muthmaßlicher Weise eine sofortige Anstellung als prof. ordinarius der Theologie nicht möglich seyn, so bittet er Ew. Kgl. Maj. allerunterthänigst, ihm den seinem Rang und Stand entsprechenden Quiescenzgehalt zugleich mit dem Charakter eines prof. honorarius der Theologie zu Erlangen allergnädigst verleihen zu wollen."

Oesterreich. Wien, 1. Mai. Dieser Tage erschien eine Schrift: „Die Reduktion der Armee und die ausnahmslose Wehrpflicht. Von einem k. k. Offizier." Sie geht von dem Gedanken aus, daß die jetzige Heereseinrichtung im Verhältniß der Kräfte, die sie dem bedrohten Staate zur Verfügung stelle, die Finanzen übermäßig belaste; sie findet, daß im Kriege die wirkliche Zahl der Streiter hinter den Ziffern des Sollstandes außerordentlich zurückbleibe; sie will eine wesentliche Verminderung des Militäraufwandes im Frieden und zugleich die Möglichkeit einer viel gewaltigeren Machtentwicklung im Kriege. Sie schlägt zu diesem Zwecke die vollständige Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, die Verstärkung der Stämme und die Herabsetzung des Mannschafts-Standes im Frieden, die Errichtung einer Landwehr, kurz, ein System vor, welches dem bisherigen preußischen entspricht. Inzwischen erfährt man, daß der österr. Finanzminister v. Plener sein neues Budget auf eine großartige Reform der Armee in dem hier angedeuteten Sinne gegründet und daß der Kriegsminister Degenfeld im Prinzipe dem zugestimmt habe. Und so eben verkündet der Kaiser vom Throne herab: „Verminderung des Aufwandes für das Heer". Höchst wahrscheinlich ist damit die Einführung des obengenannten Systems gemeint. (Die „Köln. Ztg.", die sonst eben keine Freundin Oesterreichs ist, macht bei dieser Gelegenheit einen bittern Ausfall gegen den preuß. Kriegsminister v. Roon, der das Landwehrsystem abschaffen wolle, und sich von Oesterreich überflügeln lasse.)

== Die Central-Kongregation (Landesvertretung) von Venetien sollte die Abgeordneten wählen, welche das venetianische Königreich zum Reichstag nach Wien zu schicken hat. Sie weigerte sich dessen aber, weil die Urwahlen nur etwa in der Hälfte der Gemeinden des Königreichs vorgenommen worden waren, während die andern sich weigerten, zu wählen. Nun hat die Statthalterei in Venedig vom Ministerium Befehl erhalten, denen, welche bei den Urwahlen die meisten Stimmen erhielten, Wahlzeugnisse auszustellen und sie als Abgeordnete nach Wien zu schicken. Einem Briefe aus Venedig vom 29. April entnehmen wir jedoch, daß diese Wahlen kaum ein den Absichten der Regierung entsprechendes Ergebniß haben werden, da der Einfluß der „nationalen" Partei ein so terroristischer ist, daß keiner von den Ernannten es wagen dürfte, die Ernennung zum Reichsrathe anzunehmen. In Rovigo ist ein Mitglied der Kongregation, dessen „italienische" Gesinnung bis jetzt Niemand bezweifelte, auf der Straße angefallen worden, und wurde mit Dolchen bedroht, weil er sich für die Nothwendigkeit der Beschickung des Reichsrathes ausgesprochen hatte. Wer annimmt, der ist dem Tode geweiht — das ist die Parole, welche die piemontesische Partei in Venetien ausgegeben hat.

Frankreich.

Paris, 29. April. Der Kampf mit Druckpapier zwischen den Bonaparten und den Orleans wird rüstig fortgesetzt. Als die stärkste Waffe der Bonaparten bezeichnet man eine kleine Schrift „le livre bleu", welches ein scheußliches Sündenregister der Prinzen des Hauses Orleans (auch die Prinzessinnen sind ohne alle Schonung behandelt) enthält. Von den Giftpülverchen und den „Mignons" des Begründers der Linie Orleans an bis zu den „Husaren-Stunden" ist nichts, gar nichts vergessen. Aber was haben die Bonaparten damit gewonnen? Glaubt der tapfere „Prince", der vor den Erinnerungen an die Orleans aus deren Erbsitz, dem Palais Royal, in das Pompejanische Häuschen flüchtet und vergnüglich eingemachte Haifisch-Flosse à la chinoise schmaust, während er in die rothgeweinten Augen seiner jungen Gemahlin blickt, welche „auch das Unglück hatte, eine Erzherzogin zur Mutter zu haben", wie die Bonapartische „Phrase" lautet, — glaubt er wirklich, daß die Franzosen, welche sein livre bleu lesen, nicht darauf kommen, einfach Namen und Jahrzahlen zu ändern! Alle die Verbrechen, die ihr da dem Hause Orleans im Lauf von zwei Jahrhunderten nachrechnet, alle die Verbrechen haben Mitglieder des Hauses Bonaparte in etwa einem halben Jahrhundert zu Stande gebracht! Es fehlt keins, zählt nur nach! „Mutato nomine de te fabula narratur!" (N. Pr. Z.)

Paris, 1. Mai. Die geistlichen Schulen, die früher geduldet wurden, selbst wenn die Lehrer nicht die vorgeschriebene Berechtigung hatten, werden jetzt von der Regierung mit großer Strenge überwacht und geschlossen, falls sie nicht alle gesetzliche Bedingungen erfüllen. Dagegen scheint die Regierung die in dem bekannten Rundschreiben des Justizministers enthaltenen Drohungen vorläufig nicht wahr machen zu wollen, denn der Justizminister hat die Weisung ertheilt, Uebertretungen der im Rundschreiben angezogenen Gesetze aus politischen Gründen vorläufig unbeachtet zu lassen. Der Erzbischof von Tours hat dem Justizminister einen langen Brief geschrieben, worin er ihm die heftigsten Vorwürfe macht darüber, daß er ein längstvergessenes Gesetz wieder hervor-

---

Altes und Neues.

Wir entnehmen der „Berliner Volkszeitung" einige Erinnerungen aus der preußischen Geschichte. Vor 60 Jahren, sagt sie, lebte in Preußen ein Mann Namens Hans v. Held. — Ueber diesen hat einer unserer begabtesten Zeitgenossen, der jüngst verstorbene Varnhagen von Ense ein Buch geschrieben, das er „ein preußisches Charakterbild" nennt. Auch das Bildniß des Hans von Held ist in diesem Buche beigegeben und zwar in der Absicht, daß die Nachwelt einmal sehe, wie ein Mann aussieht, der aus der Art schlägt und Enthüllungen über Corruption, Betrügereien, Unterschlagungen und Gewaltthätigkeiten einer verdorbenen, aber einflußreichen und mächtigen Beamtenwelt macht. —

Denn dazumal war eine Zeit, wo es — wie Varnhagen von Ense sagt, „nicht leicht war, eine Abhülfe zu finden gegen ein Unrecht, an welchem hohe Vorgesetzte Theil hatten." Im Gegentheil, ein Mann Namens Zerboni, der den Muth hatte, sich über die schlechte Beamtenwirthschaft auszusprechen, wurde gemaßregelt und durch politische Prozesse so lange verfolgt, bis er für immer zum Schweigen gebracht wurde.

Der Hans von Held aber nahm sich hieran nicht ein Beispiel, sondern ging in noch entschiedenerer Weise auf den Wegen seines Freundes Zerboni. — Er hatte Kenntniß von den schändlichsten Veruntreuungen, Betrügereien und Schwindeleien einflußreicher Beamten, und weil der Held ein Tugendheld war, versuchte er es zuerst, im Vertrauen auf eine neue Aera, die ihm mit dem Regierungsantritt Friedrich Wilhelms III. eingetreten zu seyn schien, mit einer Denkschrift an das Kabinet. — Als er jedoch dafür nicht nur keinen Dank fand, sondern noch wegen seines unberufenen Anklagens gemaßregelt, abgesetzt und verfolgt wurde, verfiel er gar auf den Gedanken, über all die Scheußlichkeiten eine Schrift anzufertigen und drucken zu lassen, die unter dem Namen „das schwarze Buch" in der Geschichte Preußens berühmt wurde, obwohl die damaligen Behörden in Folge von Denunciationen so geschickt in der Konfiskation und Vernichtung des Buches waren, daß kein Exemplar dieses Buches auf die Nachwelt gekommen zu seyn scheint. —

Aber, was in jenem Buche stand, ist doch kein Geheimniß geblieben. — Der Verfasser kam freilich dafür auf die Festung und wurde auf das Gründlichste als ein Verleumder ausgegeben. Die Nachwelt jedoch hat zwar festgestellt, daß in diesem schwarzen Buch einzelne Unrichtigkeiten und Ungenauigkeiten vorgekommen seyn mögen, aber der Hauptinhalt war vollkommen richtig. All die Betrügereien, Schwindeleien, Unterschlagungen und Gewaltthätigkeiten waren thatsächlich vorgekommen, und im Ganzen wurden sie auch keineswegs gut geheißen; — aber — — — gesprochen sollte davon nicht werden; im Gegentheil: es sollte vertuscht, verdeckt, verdunkelt werden, damit — die Autorität der Behörde nicht angetastet werde! —

Wir wollen die Leiden des Hans von Held nicht schildern und sein schmerzliches Lebensende nicht weiter berühren. Es verdient das Leben dieses Mannes, sein Wirken, sein Leiden, seine Begeisterung für alles Gute und sein Abscheu vor allem Schlechten und Niedrigen genauer bekannt zu werden, als wir es hier anzudeuten im Stande sind. — Wir verweisen auf das vortreffliche Werk Varnhagen's, das mit tiefen, treffenden Farben den ganzen Jammer und das Elend eines verrotteten Staatswesens schildert, das sich durch Schwäche und Halbheit in das Unglück der Jahre 1806 und 1807 hineinwirthschaftete. Denn aus solchem Buche ist mehr zu lernen, als unter jetzigen Umständen eine Zeitung lehren darf. —

Aber eine kleine Scene müssen wir aus dem Gemälde hervorheben.

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 123.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Schrift	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 4. Mai 1861.

Preußische Zustände.

Schärfer, als es die Berliner „National-Zeitung" jüngst that, ist in der deutschen Presse wohl kaum noch die Fäulniß der gegenwärtigen Zustände in Preußen besprochen worden. Zu viel hat das Berliner Blatt gewiß nicht gesagt; es mußte ja eingedenk seyn, daß ihm das preußische Preßgesetz über dem Nacken hängt. Wir lassen hier die bezeichnendsten Stellen des Artikels wörtlich folgen: „Ohne Zweifel würde es uns angenehmer seyn, die moralischen Eroberungen jenseits der preußischen Grenzen aufzuzeichnen, welche Graf Schwerin den Stettinern vor nicht ganz 2 Jahren verhieß, statt den fortschreitenden Verfall der moralischen Grundlagen unsers eigenen Staatswesens von Tag zu Tag zu verfolgen. Indessen ist jede Täuschung endlich unmöglich geworden. Wir müssen uns nicht wenig wundern, daß man in der Kammer bis in die letzten Tage mit den ewigen Tiraden über die glorreiche Geschichte fortfährt, die unsern Vätern angehört. Diese landläufigen Redensarten sind nichts als ein einschläferndes Gift, welches den Sinn der schlaffen Epigonen umnebelt; man brüste sich nicht mit Reliquien, sondern man zeige der Gegenwart ihr wahres Antlitz in scharfem Spiegel. Was ist die neueste Geschichte Preußens? Was war sein Einfluß auf die auswärtige Politik? In Deutschland kam Preußens Einfluß nicht blos nicht vorwärts, sondern er geht täglich weiter zurück. Nichts ist wohl erstaunlicher, als daß Oesterreich lahm gelegt werden konnte, ohne daß Preußen einen Theil der nun führerlos gewordenen Kräfte um sich gesammelt hätte. Ein instinktives Bedürfniß drängte ihm die Bevölkerungen der meisten deutschen Länder unwillkürlich entgegen; aber das Bedürfniß stieß nur auf die baare Unfähigkeit und Rathlosigkeit. Nach allen hohlen Worten kommt diese Erkenntniß bei unsern deutschen Nachbarn jetzt täglich mehr zum Durchbruch, und da sich hinzugesellt, was sie über unsere inneren Zustände und namentlich über die Berliner Verhältnisse erfahren, so wird es allmälig für einen Preußen bedenklich, sich während der Sommerferien über die Grenze zu wagen. Und bei dem Allen fährt man hier fort, sich in Fanfaronnaden zu ergehen, als brauche man nur die Trommel zu rühren, um ganz Deutschland hinter sich zu haben. Welchen Anhalt könnte auch das deutsche Volk an einem Staate suchen, dessen ganze innere Politik in Kriminalprozessen gipfelt, und dessen Tacitus Hr. Eichhoff ist? In der That wird der künftige Geschichtschreiber alle diese todtgeborenen Gesetzentwürfe und die Kommissionsberichte und Kammerverhandlungen darüber kaum des flüchtigsten Blickes würdigen. In dieser weiten trostlosen Oede wird ihm nirgends ein einigermaßen bestimmter Wille der Regierung begegnen, außer da, wo es sich um mehr Steuern handelt. Die einzige Erscheinung von wirklichem Interesse ist der Kampf gegen eine Bureaukratie, die sich während einer langen Reaktionszeit zum Werkzeug des herrschenden Junkerthums hat herabdrücken lassen, und in welcher sich die Gewohnheiten der Willkür und Korruption dermaßen eingenistet haben, daß sie den schreiendsten Thatsachen gegenüber den überlieferten Aplomb bewahrt und die Farbe nicht wechselt. Die neueste Geschichte unsers Staates ist aufzusuchen in den Eichhoff'schen Broschüren, in dem Schwarck'schen Plaidoyer, in den Stieber'schen Enthüllungen, in demjenigen Theile der Adreßdebatte, welcher die Beamten-Frage betrifft, in den Fragen des Berliner Magistrats an den Herrn Minister des Innern und dessen interessanten Antworten vom 24. Januar und 1. Februar d. J., endlich in dem letzten Bericht der städtischen Deputation und den wunderbaren von dem Grafen Schwerin inspirirten Artikeln, welche die halboffizielle Zeitung dann und wann zur Aufklärung der öffentlichen Meinung enthält, und bei denen diese sich regelmäßig lange die Augen reibt und endlich in Staunen und noch andere hier nicht näher zu bezeichnende Gefühle versetzt wird. Die letzte halboffizielle Leistung steht in dieser Wirkung hinter keiner der früheren zurück. Wie kommt jener halboffizielle Artikel dazu, der städtischen Deputation Leichtsinn in der Aufstellung ihrer „beweislosen Behauptungen" vorzuwerfen. Jedermann in der Stadt weiß, daß diese Deputation aus gewissenhaften und umsichtigen Männern besteht, die nicht das geringste persönliche Interesse an der Sache haben, daß sich preußische Juristen vom ersten Range in ihrer Mitte befinden, die einen bedeutenden Ruf einzusetzen haben und sich bei der Prüfung des Materials ihrer ganzen Verantwortlichkeit bewußt waren. Man kennt die ganze Schwierigkeit ihrer Aufgabe, und die Sorgfalt und Mühe, die sie daran gesetzt haben. Hat etwa der Herr Minister des Innern Anlaß, auf die Gründlichkeit der bisher von ihm ausgegangenen Untersuchungen zu pochen? Am 24. Januar äußerte er sich dem Magistrat gegenüber über den Umtausch der Pferde für den Herrn Polizei-Präsidenten und am 1. Februar schon mußte er die frühere Angabe berichtigen, wobei sich ergab, daß er das eine Mal Herrn v. Zedlitz, das andere Mal Herrn Patzke befragt hatte. Schon dies gab den Maßstab für die Sorgfalt der Ermittlungen. Ist es etwa ein Beweis oberflächlicher Behandlung, daß die städtische Deputation eine Reihe der gröbsten Unterschleife zweier Beamten der Montirungskammer erforschte und ihre Schuld zweifellos feststellte? Ist man der Deputation nicht Dank dafür schuldig, wenn sie, ohne mit den Mitteln der Staatsanwaltschaft ausgerüstet zu seyn, den Staat von solchen Beamten zu befreien wußte, statt mit süßsäuerlicher Miene zu versichern, daß die Staatsbehörden hierin ohnehin allen nöthigen Eifer aufwendeten und einer Anregung durch dergleichen beweislose Zusammenstellungen nicht bedürften? Es ist in dieser Sache Vieles unbegreiflich, selbst in Preußen unbegreiflich. Doch möge der Herr Minister des Innern nicht glauben, daß schon diese bloße Unbegreiflichkeit hinreicht, um ihn in dem öffentlichen Urtheil der Verantwortlichkeit zu entbinden. Sein Name ist unauflöslich in diese Angelegenheit verflochten; seine ganze ministerielle Wirksamkeit empfängt ihren Charakter durch sein Auftreten in dieser höchst verhängnißvollen Verwicklung; für alle unberechenbaren Folgen, die aus ihr für unsern Staat hervorgehen können, wird einst die unparteiische Geschichte in erster Linie den Grafen Schwerin zur Rechenschaft ziehen."

Deutscher Bund.

Bayern. München, 2. Mai. Se. Maj. der König hat die k. Pfarrei Wald, Ldg. Nittenau, dem Priester J. Mehler, Pfarrer in Waldthurn, Ldg. Vohenstrauß, übertragen; den Landrichter L. Munzinger von Obermoschel zum Staatsprokuratorssubstituten bei dem Bezirksgerichte Landau befördert. (N. M. Z.)

München, 1. Mai. In dem vorgelegten Eisenbahngesetzentwurf wird u. A. bestimmt, daß auf folgenden Stellen der Staatsbahnen Doppelgeleise gelegt werden sollen: von Pasing nach Augsburg; von München nach Großhesselohe; von Nürnberg bis zur Fürther Kreuzung; von Hof an die sächsische Grenze einerseits und von Hof nach Marktschorgast, dann Neumarkt und Untersteinach anderseits. Die Kosten hiefür, inkl. der Vermehrung der Geleise in den Bahnhöfen zu München, Augsburg und Nürnberg, sind auf 4 Mill. Gulden veranschlagt. (A. Abdz.)

Speyer, 30. April. Dr. Ebrard hat den 3. April folgende „Erklärung" an das kgl. Kabinet eingesandt: „ — — — Der Allerunterth. Unterz. wird als Christ der Staatsgewalt und seinem Könige stets den passiven Gehorsam unverbrüchlich leisten; dagegen sieht derselbe sich zu der ehrfurchtsvollen, aber bestimmten Erklärung veranlaßt: daß er es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann, fortan noch länger der Staatsgewalt, resp. Staatskirchengewalt aktiv als vollziehendes Werkzeug eines Systems zu dienen, welches faktisch eine Unterdrückung der bekenntnißtreuen Kirchen-

den Oberlieutenant Clem. Westermayr vom 13. Inf.-Reg. in Folge Erkenntnisses des General-Auditoriats aus Strafe entlassen; dem Unterlieutenant Theodor v. Hözendorff vom Infanterie-Leib-Regiment die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere bewilligt; den Unterlieutenant Friedrich Schmidtlein vom 1. Jäger-Bat. auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt; den temporär pensionirten Unterlieutenant Heinr. Scherf im 1. Chev.-Reg. reaktivirt; den Generalmajor v. Feder von der 4. zur 1. Infant.-Brigade versetzt; den temporär pens. Oberlieutenant Wilh. Haas bleibend im Ruhestande belassen; den Divisions-Veterinärarzt Erwin Saam vom 4. Art.-Reg. auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt; die Dienstestauschgesuche der Unterlieutenante Max v. Caspers vom 14. Inf.-Reg. und Th. Spiegel vom 5. Inf.-Reg. genehmigt; dem pensionirten Hauptmann Gust. v. Bary die nachgesuchte Entlassung aus dem Heeresverbande mit Pensionsfortbezug bewilligt; den temporär pens. Oberlieutenant J. Wolf bleibend im Ruhestand belassen; das Dienstestauschgesuch der Regimentsauditore 1. Klasse und funktionirenden Stabsauditore A. Martin vom General-Kommando Nürnberg und K. Greb vom General-Kommando Augsburg genehmigt; den Major H. v. Gernler vom 13. Inf.-Reg. auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt; dem pens. Hauptmann K. Frhrn. v. Bibra die nachgesuchte Entlassung aus dem Heeresverbande mit Pensionsfortbezug bewilligt; den temporär pens. Hauptmann Fr. v. Tausch bleibend im Ruhestande belassen.

Durch Ministerial-Reskript wurde am 11. d. der Unterlieutenant Franz v. Liel vom 1. Kür.-Reg. als Regiments-Adjutant bestätigt. (Mil.-Verordnungsblatt.)

Kassel, 30. April. Die „H. M.-Z." berichtet über die Vorgänge der Wahlmännerwahl in Kassel: Der Oberbürgermeister bemerkte nach Verlesung des ministeriellen Beschlusses, welcher Vorbehalte des Verfassungsrechts von 1831 verbietet, daß er sich nicht veranlaßt finde, den vor Eingang jenes Beschlusses bei Einleitung des Wahlverfahrens seinerseits gemachten Rechtsvorbehalt zurückzunehmen; darauf erklärte einer der Wähler, daß er sich in seinem Gewissen gedrungen fühle, an der beschwornen und seiner Ansicht nach noch rechtsgiltigen Verfassung von 1831 unverbrüchlich festzuhalten, und brachte derselben ein dreimaliges Hoch aus, in welches die anwesenden Wähler einstimmten.

Wien, 1. Mai. Es findet freiwillige allgemeine Stadtbeleuchtung statt. Der Kaiser durchfährt die Straßen unter ungeheurem Volksjubel. (T.d.A.Z.)

Agram, 1. Mai. Landtag. Anwesende Magnaten erklären hinsichtlich des an Kroatiens Magnaten gerichteten Einberufungsschreibens zum ungarischen Landtag, bei diesem nicht erscheinen zu können, so lange das Verhältniß Kroatiens zu Ungarn nicht festgestellt sey. (T.d.A.Z.)

Warschau, 27. April. Eine Deputation von Bauern ist hieher gekommen, und hat den Fürsten-Statthalter dringend gebeten, daß sich die Regierung ihrer Interessen, den Gutsbesitzern gegenüber, annehmen wolle. Um sich die Bauern, wie schon öfters geschehen, als brauchbares Material für eine Insurrektion zu gewinnen, sind auch jetzt denselben von ihren Herren die glänzendsten Versprechungen von Eigenthum und Robot-Erlaß gemacht worden. Da nun aber die Bewegung zu einem ganz entgegengesetzten Ziel der adeligen Hoffnungen geführt hat, wollen sich die Grundherren ihrer gethanen Versprechungen nicht im Mindesten mehr erinnern, und die bäuerlichen Verhältnisse in demselben Zustande belassen wie zuvor. Gegen 50,000 Bauern haben daher nun jede fernere Frohndienstleistung verweigert. Die materiellen Verhältnisse derselben Herren, welche sich nicht scheuten, Land und Leute einer neuen Revolution entgegenzuführen, sind dadurch in eine etwas mißliche Lage versetzt worden, und die Regierung wird ihre Vermittlung wohl eintreten lassen müssen. (Allg. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	—
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$60\frac{3}{8}$ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$60\frac{1}{2}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$43\frac{1}{2}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$37\frac{5}{8}$ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$87\frac{1}{2}$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	$102\frac{1}{2}$ P. 102G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102\frac{1}{2}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$103\frac{1}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$100\frac{1}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{1}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{1}{2}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	102 G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$94\frac{7}{8}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$101\frac{1}{2}$ G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{4}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$101\frac{3}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$98\frac{5}{8}$ G.
„	3 pCt. Obl.	91 G.
Spanien	3 pCt. int. Sch. P. à fl. 2. 30	$47\frac{1}{4}$ G.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt. „ „ „	$41\frac{5}{8}$ G.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$98\frac{7}{8}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$105\frac{7}{8}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	571 P. 566 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$130-30\frac{1}{2}$ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$183\frac{1}{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	73 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	71 P. $70\frac{3}{4}$ G.
Internationale Bank in Luxemb. . .	$81\frac{3}{4}$ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	318 G. ex D.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$68\frac{1}{8}$ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	226 P. 224 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	119 P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$72\frac{1}{2}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$22\frac{1}{8}$P. $21\frac{3}{4}$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$130\frac{3}{8}$ G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$99\frac{3}{4}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$56\frac{5}{8}$ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	235P$233\frac{1}{2}$G.exC.
Span. Handels- u. Industrie . . .	502 P.
„ Credit-Akt. d. Gen. Pereire .	456 G.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$103\frac{3}{4}$ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	$100\frac{3}{4}$ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{5}{8}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{3}{8}$ B.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$96\frac{1}{8}$ fl.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	$87\frac{3}{4}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
London Lst. 10 k. S.	$117\frac{5}{8}$ B. $\frac{3}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{1}{8}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	78—79 G.
Discouto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	74 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$48\frac{5}{8}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$56\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{4}$ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	131 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	56 P.	„ fl. 25 do.	$34\frac{3}{4}$ G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$91\frac{1}{2}$ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$34\frac{1}{2}$ P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	119 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	—
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$37\frac{1}{4}$ P.
Badische fl. 50	90 P.	Vereins-Loose fl. 10.	11 P.
Badische fl. 35	$52\frac{7}{8}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 2. Mai. Eine günstige Auffassung der österreichischen Thronrede und höhere auswärtige Notirungen machten für österr. National und Kredit-Aktien die Kauflust rege und veranlaßten eine ziemlich namhafte Preiserhöhung derselben. Der Umsatz war nicht unbedeutend. (Synd.)

bury im Oberhause: die englische Regierung habe beschlossen, den amerikanischen Staaten keinerlei Rathschläge aufzudrängen. Der englische Gesandte sey angewiesen worden, die Hoffnung auszusprechen, daß ein gutes Einvernehmen zwischen dem Norden und Süden werde wieder hergestellt werden, sich jedoch der Ertheilung von Rathschlägen zu enthalten. (H. N.)

Frankreich.

Das „Journal de Bordeaux" berichtet aus Bordeaux: „Das große Theater war bei der Wiederholung der Oper „„Karl VI."" überfüllt. Die fieberhafte Aufregung der Zuschauer steigerte sich bis zum Ende der Vorstellung, wo dann die Begeisterung jedes Maß überstieg. Die Ouverture und die Couplets „„Krieg dem Tyrannen"" mußten wiederholt werden. Dasselbe geschah im fünften Akte, und als das Orchester sich entfernt hatte, mußten die Sänger nochmals erscheinen und dieselbe Arie ein drittes Mal mit dem Publikum singen, das seine gewaltige patriotische Stimme mit den bereits ermüdeten Stimmen der Künstler vereinigte." (Spätere Aufführungen der Oper wurden untersagt, auch in anderen Städten, z. B. in Marseille.)

Italien.

Turin, 29. April. Heute hat der Finanzminister der zweiten Kammer eine Vorlage zur Verschmelzung der Schulden aller früheren italienischen Staaten in eine Staatsschuld gemacht. Die Nothwendigkeit, die Finanzen zu ordnen, tritt an Italien nicht minder ernst heran, als an Oesterreich. Ein Defizit von 314 Millionen im Jahre 1860, das ohne auswärtigen Krieg verlief, in welchem die Regierung alle Hülfsquellen des reichen und ruhigen oberen und mittleren Italien zu Gebot standen, zeigt, daß der neue Staat aus der ewigen kriegerischen Aufregung herauskommen muß, wenn er nicht finanziell zu Grunde gehen will. Die Annexion Süditaliens wird die Finanzlage nicht bessern, denn es ist keineswegs an Ergiebigkeit mit dem übrigen Italien zu vergleichen. Beträgt nun in einem Jahr, das für Italien noch lange ein Normaljahr seyn wird, das Defizit schon 314 Millionen, so ist nur Aussicht auf seine Vermehrung vorhanden, wenn nicht innerer und äußerer fester Friede eine Abhülfe schafft. Das neue Anlehen soll übrigens für Rechnung des ganzen Italien negoeirt und Piemont der schweren Lasten enthoben werden, die es bisher für die allgemeinen Landesinteressen allein getragen hat.

Rußland und Polen.

* Der Krakauer „Czas" meldet, der Präsident des Appellationsgerichts von Modlin habe erklärt, daß alle von Warschau dahin gebrachten Gefangenen unschuldig seyen. Man sieht auf den ersten Blick, daß dies wieder eine von jenen Enten ist, die der „Czas" so gern seinen Lesern auftischt.

Amerika.

Aus Nordamerika. Zur Vertheidigung von Washington werden große Vorkehrungen getroffen. Des Präsidenten Lincoln Aufruf findet in den nördlichen Staaten begeisterten Anklang. Die Gesetzgebung von Neuyork hat 30,000 Mann und 3,000,000 Dollars bewilligt. Die Freiwilligen finden sich rasch ein. Von allen Seiten erhält die Regierung freigebige Geldbeiträge. (Frkf. Postztg.)

* Nach einer der „Patrie" zugegangenen Depesche haben sich alle Gemeinden der seitherigen Republik Domingo zu Gunsten der Einverleibung in Spanien ausgesprochen. Die Abstimmung erfolgte unter dem Ruf: „Es lebe Spanien, es lebe die Königin!"

Nichtpolitische Zeitung.

München, 1. Mai. Nächsten Samstag Nachmittag wird von der Hirschau im englischen Garten ein seltener Zug ausgehen. Es beschlossen nämlich die Arbeiter der v. Maffei'schen Fabrik daselbst, die mit dem Namen ihres Meisters gekrönte Lokomotive nebst Tender in festlichem Zuge bis zum Staatsbahnhofe zu begleiten. Nach der Uebergabe der Maschine gibt Hr. v. Maffei seinen Leuten ein Fest auf dem Hackerbräukeller. (M. B.)

München. Bei der Visitation der Sommerbiervorräthe dahier wurde dasselbe gut und tarifmäßig eingesotten gefunden; vorräthig sind 391,154 Eimer Sommerbier, um 136,963 Eimer weniger als im Vorjahre, und von Winterbier sind noch vorhanden 75,000 Eimer, um 40,552 Eimer mehr als im Vorjahre. Auf die größeren Bräuer vertheilen sich die Quantitäten folgendermaßen: Löwenbräu 79,460 E., Spatenbräu 66,000 E., Leistbräu 43,000 E., Hackerbräu 32,000 E., Pschorrbräu 30,000 E., Augustinerbräu 21,000 E. und Zacherlbräu 20,000 Eimer. Von Jahr zu Jahr vermindern sich die Braustätten, heuer haben nur 19 gesotten, während 34 Brauereien als Wirthschaften ausgeübt werden. (B. L.)

München. Wie die Sektion der Leiche ergab, starb Fallmerayer zunächst an Erweiterung der Aorta. Aengstlichere Gemüther dahier finden in den seit nun fast 3 Wochen häufig wiederkehrenden plötzlichen Erkrankungen und Sterbefällen reichen Stoff zur Beunruhigung. Die so unerwartet eingetretenen Todesfälle des Polizeidirektors v. Düring und des Prof. Dr. Fallmerayer, welcher ebenfalls, ohne am Abende vorher Grund zu ernsten Besorgnissen gegeben zu haben, Morgens todt im Bette gefunden wurde, sind nämlich keine vereinzelten Erscheinungen, sondern es sind selben ähnliche Katastrophen vorangegangen und auch bereits nachgefolgt. Die Ursache derselben wird von Aerzten mehrfach in den Wirkungen des seit längerer Zeit ununterbrochen anhaltenden scharfen und trockenen Ostwindes gesucht.

Von Lindau, 29. April, wird geschrieben: Das gesunkene Dampfboot „Ludwig" will sich nicht heben, die Vorrichtungen der letzten Tage, das Anfügen und die Luftfüllung der Tonnen, schlugen größtentheils fehl; die Tonnen schienen nicht gehörige Befestigung am Schiffe zu finden, sie schnellen in luftgefülltem Zustande nach der Oberfläche empor. Die Ausführung wird sehr problematisch; mehrere bisher im Taucherdienste befindliche Individuen haben sich von fernerer Betheiligung zurückgezogen.

Stuttgart, 29. April. Im Schlosse zu Wurzach starb am 26. April der Fürst Leopold von Waldburg-Zeil-Wurzach, Mitglied der Kammer der Standesherren in Württemberg, bayer. erblicher Reichsrath ꝛc.

Mainz, 30. April. In der gestrigen Generalversammlung der Aktionäre der hessischen Ludwigsbahngesellschaft wurde vom Verwaltungsrath unter Anderem über die am linken Mainufer projektirte Eisenbahn von hier nach Frankfurt berichtet. Dem nun festgestellten, von unserer Regierung für den hessischen Theil der Bahn bereits genehmigten Projekt zufolge wird die Bahn bei der Station Bischofsheim abzweigen. Bei den offenbaren Vortheilen des Projektes für die Interessen von Frankfurt glaubt der Verwaltungsrath auch einer baldigen Genehmigung seitens des Frankfurter Senats entgegensehen zu dürfen. (Fr. Pstz.)

Kassel, 30. April. Heute Mittag brach, während der Kurfürst auf seiner gewöhnlichen Spazierfahrt begriffen war, in einem zum Residenzpalais gehörigen Seitengebäude Feuer aus, welches einen bedenklichen Umfang anzunehmen drohte. Den unermüdlichen Anstrengungen der Feuerwehr, namentlich der Turner-Abtheilung derselben, gelang es indessen, des Feuers in erstaunlich rascher Zeit Herr zu werden. (Fr. J.)

ö. Frankfurt, 1. Mai. (Privat-Korrespondenz.) Die Verehrer des Bierkönigs Gambrinus sind heute unangenehm überrascht worden, indem die heutige Polizeitaxe einen Aufschlag ihres Lieblingsgetränkes um einen Kreuzer per Maß, von 13 auf 14 kr., bringt. Das Seidel ($1\frac{1}{4}$ Schoppen) kostet nun $4\frac{1}{2}$ kr. Die Entrüstung über diesen Aufschlag ist eine allgemeine, und wir glauben kaum, daß es den Herren Bräuern gelingt, diesen Preis längere Zeit aufrecht zu erhalten, da sich ein großer Theil des Publikum lieber dem bayerischen Bier (per Seidel 6 kr.), ein anderer großer Theil dem Frankfurter Nationalgetränk, dem Aepfelwein, der dieses Jahr durchgängig von vorzüglicher Güte ist und per Maß nur 10 kr. kostet, zuwenden wird. Selbst ein Theil der Bierbräuer soll sich mit der Erhöhung des Preises nicht einverstanden erklärt haben.

In Bristol hielten die Barbiere vor Kurzem ein Meeting über die Sabbathfrage, d. h. über die Frage, ob es sündhaft sey, am Sonntag einen Kunden zu rasiren. Es ging sehr stürmisch zu, bis ein Herr Davidge rief: „Wenn es eine Sünde ist, am Sonntag sich zu rasiren oder rasiren zu lassen, dann ist manch guter Kirchenmann ein arger Sünder. Hab' ich etwa nicht den Bischof von Bath and Wells am Sonntag rasirt, und meint Ihr, ich werde mir von Euch die Bibel auslegen lassen?" Wie die Frage entschieden ward, ist nicht bekannt geworden.

Die Zuckerernte fiel in Westindien sehr reichlich aus.

Neueste Nachrichten.

München, 30. April. (Militärdienstes-Nachrichten.) Se. Majestät der König hat den Oberlieutenant Ferd. Grafen v. Taufkirchen von der Stadt-Kommandantschaft Bayreuth in den Ruhestand versetzt; den Oberlieutenant Lor. Albrecht vom 12. Inf.-Rg. zum Platzadjutanten bei der Stadt-Kommandantschaft Bayreuth ernannt; den Junker Adalbert Herman vom 14. Inf.-Reg. zum 1. Chev.-Reg. versetzt; den temporär pensionirten Hauptmann Gust. v. Bary bleibend im Ruhestand belassen;

wissen, welche den Prinzipien der Duldsamkeit entspricht, und dann kann es nicht fehlen, daß Sie am Schlusse der Session sich sowohl in Ihrer Stellung befestigt sehen, als auch durch den Dank Ihres Monarchen und des Vaterlandes geehrt fühlen werden. Sie werden sich aber auch die Sympathien aller Derjenigen erwerben, welche in der Begründung verfassungsmäßiger Zustände eine neue Bürgschaft der Wohlfahrt und Kraft des Vaterlandes erkennen. — Ich darf erwarten, daß auch die Frage der Vertretung Meiner Königreiche Ungarn, Kroatien, Slavonien und des Großfürstenthums Siebenbürgen im Reichsrathe, nach Maßgabe Meiner darauf bezüglichen Handschreiben vom 56. Februar d. J., bald eine günstige Lösung erlangen werde. Ich vertraue diesfalls einerseits auf die Gerechtigkeit der Sache und andrerseits auf die zuverlässig bald von allen Hemmungen und Bedenken sich befreiende und siegreich hervortretende Einsicht Meiner Völker. Sie werden, sobald das Verständniß der wahren Sachlage, der Nothwendigkeit und der Vortheile der von Mir festgestellten Einrichtungen durchgedrungen seyn wird, Mein Vertrauen nicht täuschen, sondern thatsächlich rechtfertigen. Wie sonst, so werden Sie auch jetzt treu zu Ihrem rechtmäßigen Herrscher stehen, und Ich werde sohin mit Befriedigung die Vertretung der gesammten Monarchie um Meinen Thron versammelt sehen. — Ich gebe Mich der Hoffnung hin, daß wir uns der Segnungen des Friedens ungestört werden erfreuen können. Europa hat das Gefühl, derselben zu bedürfen, um, von den Aufregungen der letzten Jahre ausruhend, in's Gleichgewicht zu kommen und nothwendigen inneren Verbesserungen seine volle Kraft zuwenden zu können. Die wohlbegründete Allgemeinheit dieses Gefühles legt den Mächten die Pflicht auf, das kostbare Gut des Friedens keiner Gefahr auszusetzen. Oesterreich erkennt die Solidarität dieser Pflicht an und ist überzeugt, daß sie auch von anderen Mächten anerkannt wird. — Um so erfolgreicher werden wir uns den Arbeiten hingeben können, welche auf die dauernde Begründung einer neuen Epoche der Wohlfahrt durch Steigerung jeglicher Thätigkeit auf dem Gebiete der geistigen und materiellen Interessen, durch Belebung der Bodenproduktion, der Industrie und des Handels hinzielen. Mein Ministerium wird Ihnen die Voranschläge für das kommende Jahr vorlegen, woraus Sie ersehen werden, daß die Bemühungen, im ordentlichen Staatshaushalte das Gleichgewicht herzustellen, fortgesetzt werden. Dieses beharrlich angestrebte Ziel konnte zwar, der Ihnen bekannten Verhältnisse wegen, noch nicht erreicht werden. Allein die bevorstehende Durchführung der Landes-, Kreis- oder Bezirks- und der Gemeinde-Autonomie, dann die Verminderung des Heeresaufwandes bei der gehofften Wiederkehr regelmäßiger internationaler Verhältnisse läßt eine namhafte Erleichterung des Reichsbudget, und in deren Gefolge die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalte überhaupt, in nicht allzuferner Zukunft erwarten. Da Meine Regierung in einigen Zweigen der Besteuerung wünschenswerthe Modifikationen einzuführen beabsichtigt, so werden Ihnen die hierauf bezüglichen Gesetzentwürfe übergeben werden. Zugleich werden Sie die Nachweisung des Ergebnisses der Finanzgebahrung des Jahres 1860 und die Rechtfertigung der aus Dringlichkeitsgründen ohne Zustimmung des Reichsraths ergriffenen Finanzmaßregeln erhalten. Ihrer erleuchteten und reiflichen Erwägung empfehle ich die Vorschläge zur Regelung des Verhältnisses zwischen dem Staate und der Nationalbank, mit den vor Allem die Sicherstellung der Unabhängigkeit der letzteren bezweckt wird. Auch andere wichtige Angelegenheiten, welche theils in die Kompetenz des gesammten, theils in die des engeren Reichsrathes einschlagen, werden Ihre Aufmerksamkeit und eindringende Erörterung in Anspruch nehmen, indem Ich befohlen habe, daß Ihnen die hierauf bezüglichen Gesetzentwürfe vorgelegt werden. Die Perioden der Geschichte, in denen es den Völkern gegönnt ist, auf bereits gebahnten Wegen vorwärts zu schreiten, werden im Laufe der Jahrhunderte von Zeit zu Zeit von entscheidenden Wendepunkten unterbrochen. Uns wird das Glück einer ruhigen, klaren Epoche nicht zu Theil. Die Aufgabe, welche durch die Rathschlüsse der Vorsehung uns zugefallen ist, besteht darin, die Geschicke des Vaterlandes über den schwierigsten aller Wendepunkte glücklich hinüber zu leiten. Solche Aufgaben lassen sich nicht ohne Anstrengung und mannhafte Ausdauer, nicht ohne Opfer an Gut und Blut lösen, aber gelöst müssen sie werden. Sie, meine Herren, wollen Mir, ich bin es überzeugt, gewiß beistehen mit jener altösterreichischen Treue, Aufopferungsfähigkeit und Hingebung, welche sich bei allen Völkerstämmen des Reiches, zum sichersten Beweis ihres edlen Kerns, gerade in schwierigen Lagen am glänzendsten bewährt hat. Meine treugesinnten Völker haben in ihren letzthin an Mich gelangten Ansprachen mit kräftigen Worten dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß die Bedingungen des Verbandes aller Länder Meines Kaiserreiches aufrecht erhalten werden müssen. Ich erkenne es als Meine im Angesicht aller Meiner Völker übernommene und durch Meine Kundgebungen nachdrücklich bekräftigte Regentenpflicht, im Sinne der im Diplom vom 20. Oktober v. J. ausgesprochenen und in den Grundgesetzen vom 26. Februar l. J. zur Durchführung gelangten Ideen, die Gesammtverfassung als das unantastbare Fundament Meines einigen und untheilbaren Kaiserreiches, dem in feierlicher Stunde geleisteten Angelöbniß getreu, mit Meiner kaiserlichen Macht zu schützen, und bin festen Willens, jede Verletzung derselben als einen Angriff auf den Bestand der Monarchie und auf die Rechte aller Meiner Länder und Völker nachdrücklich zurückzuweisen. Und so wie es denn an dem Zusammenwirken unserer eigenen Kräfte nicht fehlen wird, so wolle Gott, unser Beginnen und Vollenden segnend, die Krone und das Reich, die Völker und ihre Vertreter schützen und schirmen mit seiner allwaltenden Macht." (Fr. Postztg.)

Deutscher Bund.

Württemberg. In Stuttgart haben sich die Zöglinge der polytechnischen Schule und des oberen Gymnasium zu dem Zwecke vereinigt, sich als militärisch disziplinirter Körper in der Waffenkunst und Taktik zu üben, damit sie im Falle eines Kriegs sofort als Linien- oder Genieoffiziere verwendet werden können. Die Mitglieder dieses Vereins haben bereits ihre Exerzitien begonnen und schon beläuft sich ihre Zahl auf 70. Auch die Handelsbeflissenen haben einen Verein zu gleichem Zwecke gebildet, der sich ersterem anschließen wird.

Baden. Dem frühern Oberlieutenant August v. Sießmann aus Mannheim ist auf sein Ansuchen die gegen ihn vom Hofgericht zu Konstanz wegen Theilnahme an der Revolution im Jahre 1849 erkannte Zuchthausstrafe von 15 Jahren nachgelassen worden. Derselbe hatte sich durch Flucht der Strafe entzogen und bisher in der Schweiz, in Genf, aufgehalten, wo er auch das Bürgerrecht erlangt hatte.

Thüringen. Koburg, 29. April. Der Spezial-Landtag des Herzogthums Koburg ist heute zusammengetreten. Unter den Regierungsvorlagen befinden sich die Etats der Staatskasse, der Antrag auf Einführung des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs, ein Gesetzentwurf, die Aufnahme eines Anlehens von 700,000 Gulden zum Zweck der Abtragung schwebender Passiva betreffend, und ein die Staatszuschüsse zur Werrabahn betreffender Antrag. In der letzteren Beziehung erfolgte die Mittheilung, daß die Werrabahn im Jahre 1860 einen Ertrag von 193,000 fl. gewährt hat, so daß die betheiligten Staaten in Folge der Zinsgarantie etwa 367,000 fl. (wovon das Herzogthum Koburg gegen 91,750 fl. rhl.) zuzuschießen haben. Im Jahre 1859 hat sich der gesammte Staatszuschuß auf etwa 480,000 fl. belaufen. (Nat.-Z.)

= **Oesterreich.** Wien, 30. April. (Privat-Korresp.) Die Präsidentschaft des Oberhauses hat Erzherzog Ferdinand Max definitiv abgelehnt: es heißt, weil er sich vollkommene Freiheit wahren wolle, um sich an der Debatte zu betheiligen und allenfalls auch Opposition zu machen.

= Kossuth hat aus London an den „Magyar izraelita egylet" durch einen seiner Freunde die Versicherung gelangen lassen, daß er das strenge Festhalten der Komitate an den judenfeindlichen Gesetzen von 1848 vollständig verwerfe und die Emanzipation der Juden zu den ersten Aufgaben des Landtags rechne.

Belgien.

In Gent haben die Fabrikarbeiter ihre Arbeiten eingestellt und höchst bedauerliche Exzesse gegen einen der Fabrikherren (Parmentier) und dessen Commis, sowie auch gegen die Fabrikgebäulichkeiten begangen. Die Polizei war zuletzt gezwungen, sich ihrer blanken Waffen zu bedienen, da namentlich die Weiber mit wahrer Berserkerwuth über sie herfielen. So wurde einem der Polizeiagenten von einem Weibe der Säbel entrissen und er selbst durch seine eigene Waffe bedenklich verwundet. Die Bürgergarde hat große Dienste geleistet und patrouillirte fast die ganze Nacht, während welcher ungefähr 100 Arrestationen der Haupträdelsführer vorgenommen wurden. Trotzdem greift die Arbeitseinstellung nach den letzten Nachrichten immer mehr um sich. (Fr. J.)

Großbritannien.

London, 29. April. Der Minister Lord Wodehouse erklärte heute in Erwiderung auf eine Anfrage des Lord Malmes-

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

„Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!"

№ 122.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 3. Mai 1861.

Eröffnung des österreichischen Reichsraths.

Wien, 28. April. Alle Blicke sind auf den morgen zu eröffnenden Reichsrath gerichtet; Jedermann wünscht der ersten Sitzung beizuwohnen, aber gestern schon waren alle Karten vergeben und selbst hochgestellte Personen vermochten mit allem ihrem Einfluß nicht, sich eine solche zu verschaffen. Der Rittersaal im sogenannten Landhause ist für das Herrenhaus eingerichtet und auch der provisorische Bau vor dem Schottenthore, welcher das Abgeordnetenhaus aufnehmen soll, ist bereits vollendet. Die meisten Mitglieder beider Häuser sind hier bereits eingetroffen; unter denen des Herrenhauses auch der Herzog Franz von Modena und die Großherzoge von Toskana, Leopold, Ferdinand und Karl, die sämmtlich zu den 20 in das Herrenhaus berufenen großjährigen Prinzen des kaiserlichen Hauses gehören. Neben diesen 20 Prinzen werden 17 Erzbischöfe und Bischöfe mit fürstlichem Range Platz nehmen, dann 57 Mitglieder des hohen Adels als erbliche und 39 als lebenslängliche Reichsräthe, im Ganzen also 133 „Herren". Das Abgeordnetenhaus wird vorerst nur aus 201 Mitgliedern bestehen, da einstweilen die Abgeordneten aus Ungarn, Kroatien, Slavonien, Dalmatien, Istrien, Siebenbürgen und dem lombardisch-venetianischen Königreich noch fehlen werden. Man hofft noch immer auf eine Vereinbarung, in Folge derer auch diese Reichstheile sich endlich entschließen werden, ihre Vertreter nach Wien zu senden. (Zeit.)

Wien, 29. April. Trotz des strömenden Regens war heute Vormittag der Zudrang zum Stephansdom, wo die kirchliche Feier zur Eröffnung des Reichsraths von dem Kardinal-Erzbischof Rauscher begangen wurde, sehr groß. Die Versammlung in dem imposanten Gotteshause war glänzend: der Hof, das Herrenhaus, die Geistlichkeit, die Diplomatie, das Abgeordnetenhaus, das Ministerium, die höchsten Civil- und Militärchargen, endlich ein zahlreiches Publikum füllten den weiten Raum gänzlich. Nach Beendigung der Messe begaben sich beide Häuser in den Rittersaal der Hofburg, wo die eigentliche Eröffnung der Sitzung durch den Kaiser stattfand. (Zeit.)

≠ **Wien**, 30. April. (Privat-Korrespondenz.) Die unabhängigen Blätter begegnen sich heute in Klagen darüber, daß die gestrigen Vorgänge bei **Eröffnung des Reichsraths** keinen besonders günstigen Eindruck gemacht. Die Physiognomie des Abgeordneten-Hauses insbesondere ist zur Stunde noch etwas frostig, da (abgesehen von den Ungarn) bei der Eröffnung beinahe 60 Abgeordnete noch ausständig waren. Die geringe Zahl der anwesenden Abgeordneten — etwa 140 — war nicht geeignet, der neuen Constituante Oesterreichs den Anstrich des Imposanten zu verleihen; die Zahl der leer gebliebenen Plätze übertrifft weitaus die der besetzten. Der Präsident des Abgeordneten-Hauses, Dr. Hein, findet keine Gnade vor der hiesigen Presse, da er als ein schwankender Charakter bekannt ist. Er saß im Landtag von 1848 auf der äußersten Rechten.

Wien, 1. Mai. Heute Vormittag um 11 Uhr hat der Kaiser unter dem Festgeläute der Glocken und dem Donner der Geschütze den Reichsrath mit folgender Rede vom Thron eröffnet: „Geehrte Mitglieder Meines Reichsraths! Indem Ich Ihre erste Session eröffne, gereicht es Mir zur Befriedigung, die Erzherzoge, Prinzen Meines Hauses, so viele hohe Kirchenfürsten und Häupter erlauchter Familien des Reiches, sowie die ausgezeichneten Männer, die Ich auf Lebensdauer in das Herrenhaus berufen habe, hier versammelt zu sehen und herzlich zu begrüßen. Eben so heiße Ich auch Sie herzlich willkommen, Meine Herren Abgeordneten. Ich bin noch freudig bewegt von den vielen Dankesadressen, welche Mir aus der Mitte der Landtage zugekommen sind. Diese Kundgebungen der Loyalität und des Patriotismus sind Mir Bürge, daß Ich Sie, meine Herren, als die Mir von denselben Versammlungen zugesendeten Boten eines für alle Theile heilsamen Einverständnisses und einer hoffnungsreichen Zukunft betrachten darf, welche wir durch gegenseitiges Vertrauen, durch Gerechtigkeit und Thatkraft herbeiführen wollen. Ich halte fest an der Ueberzeugung, daß freie Institutionen unter gewissenhafter Wahrung und Durchführung der Grundsätze der Gleichberechtigung aller Völker des Reiches, der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze, und der Theilnahme der Volksvertreter an der Gesetzgebung zu einer heilbringenden Umgestaltung der Gesammtmonarchie führen werden. Das sind die Prinzipien, welche nunmehr im Sinne des Diploms vom 26. Okt. v. J. und der Grundgesetze vom 26. Febr. d. J. unter Gottes Beistand verwirklicht werden sollen. Dieses Ziel vor Augen, habe Ich die staatsrechtliche Gestaltung des Reiches auf Grundlage der so weit als möglich ausgedehnten **Selbständigkeit** der Länder und zugleich auf Grundlage jener **Einheit**, welche durch die nothwendige Machtstellung des Reiches gefordert ist, zu Stande zu bringen unternommen, in beiden Beziehungen aber die Anwendung erprobter konstitutioneller Formen bei der Mitwirkung der Vertretungskörper an der Gesetzgebung sanktionirt. Ich will dieses Werk, den Grundsätzen einer offenen und freisinnigen Politik gemäß, in allen Theilen des Reiches einer gleichmäßigen Entwicklung entgegenführen, und zwar nach Recht und Billigkeit, mit Rücksicht auf die Vergangenheit der einzelnen Königreiche und Länder, so wie mit gleicher Liebe und Sorgfalt für jede der vielen edlen Nationen, welche unter dem Scepter meines Hauses seit Jahrhunderten brüderlich vereinigt sind. Schon sind die **Landtage** fast in allen Ländern nicht nur verfassungsmäßig geordnet, sondern auch bereits zusammengetreten. Sie sind nicht mehr ein Problem, sondern eine Thatsache. In regelmäßig wiederholten Versammlungen wird diese Thatsache eine von Jahr zu Jahr wachsende Bekräftigung erlangen, denn die beste und sicherste Gewähr der Idee ist die That. Auf solche Art werden die Länder durch den Mund ihrer Vertreter zu Mir sprechen, durch diesen unmittelbaren Ausdruck werde Ich zuverlässig in Kenntniß dessen gelangen, was sie für heilsam erachten; es wird möglich seyn, nützliche Einrichtungen zu begründen und Gesetze zu schaffen, welche den Bedürfnissen und Wünschen der Völker entsprechen. Für dieses Jahr kann jedoch die glücklich begonnene Thätigkeit der Landtage erst später zum Abschlusse kommen; durch die Nothwendigkeit der Lösung dringender Aufgaben allgemeiner Natur, welche dem Reichsrathe obliegen, ist für jetzt ihre Vertagung bedingt. Die **Aufgaben**, die an uns heranrücken, wir dürfen es uns nicht verhehlen, sind schwere Aufgaben. Es gilt aber, der Welt zu zeigen, daß die politischen, nationalen und kirchlichen Verschiedenheiten, welche auf dem Gebiete der österreichischen Monarchie sich so nahe begegnen und durchdringen, keine solchen Hindernisse vernünftiger Verständigung sind, welche nicht unter dem vermittelnden Einfluß fortgeschrittener Kultur bei gegenseitiger Billigkeit und versöhnlicher Stimmung überwunden werden könnten. Ein Staat, dessen Regierung es sich zur Pflicht macht, jede Nationalität zu schützen und den Grundsatz der Duldsamkeit in den Rechts- und Verkehrsbeziehungen der einzelnen Völkerstämme des Reiches zur Geltung zu bringen, bietet nicht nur hinlänglichen Raum zum unbehinderten Gedeihen der nationalen Entwicklung, sondern auch die sicherste Garantie der Unabhängigkeit und einer achtunggebietenden Weltstellung und Macht, welche einerseits im Innern befriedigt, weil sie auf Freiheit beruht, und andrerseits nach außen keine Besorgnisse einflößen darf, weil sie ihrer Natur nach die leidenschaftlichen Erregungen zu vermeiden sucht, welche sich im Gefolge aggressiver Kriege einzufinden pflegen. — In Meinem Manifeste vom 20. Okt. v. J. habe Ich erklärt, daß Ich der gereiften Einsicht und dem patriotischen Eifer Meiner Völker die gedeihliche Entwicklung und Kräftigung der von Mir gegebenen oder wieder erweckten Institutionen mit voller Beruhigung anvertraue. Sie werden, Ich bin es überzeugt, das nachahmungswürdige Beispiel von Thatkraft und zugleich von jener Selbstbeherrschung zu geben

bringen, ihn zum Gegenstande des Unwillens und der Beschimpfungen der ruchlosen und bezahlten Menge zu machen, deren Enthusiasmus bei der Gelegenheit durch Lügen und Verleumdungen gesteigert wird, zu deren erhöhter Wirkung das Theater so wichtige Mittel darbietet." (K. Z.)

Rußland und Polen.

* Warschau. Die Feier des Geburtstags des Kaisers ist durch die Behörde vom 29. April auf den 6. Mai verlegt worden, vorgeblich damit sie nicht in die griechische Charwoche fällt, in der That aber, um die von den Polen beabsichtigten Demonstrationen zu verhüten.

Amerika.

San Domingo wurde am 18. März den spanischen Behörden übergeben. (Tel. d. Fr. J.)

Nichtpolitische Zeitung.

München, 28. April. Jakob Holzinger von Trostberg, der vom Schwurgerichte für Oberbayern wegen Brandstiftung 1. Grades zum Tod verurtheilt worden war, wurde von Sr. Maj. dem König zur Zuchthausstrafe auf unbestimmte Zeit begnadigt. (A. Postz.)

München. Das fortwährende Steigern der Hauszinse dahier fängt bereits an, seine schlimmen Folgen zu haben, indem bis zum heutigen Tage schon 160,000 fl. als nichtbezahlte Miethe für das jüngstvergangene Ziel eingeklagt sind. (A. Postz.)

Neueste Nachrichten.

= Wien, 29. April. (Privat-Korrespondenz.) Die Stimmung, in welcher Wien sich zur Eröffnung des Reichsraths rüstet, ist keine besonders erregte. Wer den Flaggenschmuck gesehen, in welchem die Straßen und Plätze von Pesth beinahe ohne Unterlaß seit dem Tage prangen, wo die Reorganisirung der Komitate ihren Anfang nahm, der sich mit den Vorbereitungen zu den Wahlen verdoppelte, und mit dem Zusammentritt des ungarischen Reichstages seinen Gipfel erreicht hat, — wer das Alles mit angesehen, und dann die verhältnißmäßig gleichgiltige Stimmung betrachtet, in welcher die Reichshauptstadt die Reichsabgeordneten begrüßt; dem wird sich das Räthsel, warum es in Ungarn keinem Menschen auch nur einfällt, für diese Versammlung zu wählen, theilweise schon durch den bloßen Anblick jenes Gegensatzes lösen.

Verona, 29. April. Neuerliche Nachrichten über die am 24. d. M. stattgefundenen Demonstrationen in Mailand sagen: Bei 3000 in rothe Hemden gekleidete Männer durchzogen die Straßen Mailand's mit einem Wagen, auf welchem Garibaldi's Porträt unter den Rufen: Viva Garibaldi! Viva republica! herumgeführt wurde. Bei 3000 andere Menschen, auch viele Wagen begleiteten den Zug. Beim Thore Tinnese stieß dieser Zug auf bewaffnete Macht und wurde dort auseinander getrieben, bei welcher Affaire Verwundungen vorgekommen sind. Derlei Demonstrationen sollten am 24. d. M. in Neapel, Florenz, Genua und Mailand gleichzeitig vorfallen. (Kein Wunder, daß Cavour sich beeilte, mit Garibaldi sich zu vertragen, um dem Umsichgreifen solchen Skandals zuvorzukommen.) (Tel. d. Ostd. Post.)

Brüssel, 29. April. Das Ereigniß des Tages ist ein „neues Schreiben über die Geschichte Frankreichs. Monographie des Hrn. Napoleon Bonaparte (Jérôme)," welches der „Sancho", ein hier erscheinendes bekanntes politisches Wochenblatt, bringt; der Artikel nimmt fünf Spalten des Blattes ein, und ist das Stärkste, das Kühnste und Verwegenste, was jemals in Belgien über ein Mitglied der kaiserlichen Familie Frankreichs geschrieben worden ist; jedes Wort ist ein Hohn, jede Zeile eine schwere Beleidigung. Das ganze Leben des Prinzen, namentlich in politischer und militärischer Beziehung, wird durchgegangen, allerlei Dinge werden ans Licht gezogen und mit Namen belegt, die wie Keulenschläge niederfallen; dabei werden der Kaiser, König Jerôme, die Königin Hortense und andere Persönlichkeiten nicht im geringsten geschont. Der Artikel schließt mit den Worten: Fourberie, perfidie, l'âcheté; ces trois mots résument sa vie. Von Viktor Jolly, dem Redakteur des Blattes, ist der Artikel nicht ausgegangen, es ist nicht sein Styl, und außerdem weiß man, daß Jolly für die Aufnahme 1000 Fr. erhalten hat. Man hat heute hier erfahren, daß es gelungen, denselben in sehr zahlreichen Exemplaren in Frankreich einzuschmuggeln, wo er unter Enveloppe einer Menge von Personen zugeschickt worden ist. (A. Z.)

Paris, 30. April. Die „Patrie" versichert: eine Proklamation des Lordkommissärs der jonischen Inseln erkläre: wenn die Unruhen, die auf verschiedenen Punkten ausgebrochen seyen, fortdauern, werde der Belagerungsstand verkündigt werden. Corfu ist militärisch besetzt. Die „Times" vernimmt: die Pforte habe den Mächten vorgeschlagen, 1000 Mann Franzosen in Beirut zu lassen, bis die von der europäischen Kommission beschlossenen Reformen vollkommen ausgeführt seyen. (Der Vorschlag wird nicht eigentlich von der Pforte, sondern von Napoleon ausgehen, der sich gar zu schwer von Syrien trennt.) (T. d. Allg. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	76 G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	59¾ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	50⅛ P. 49⅞ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	43 P.
"	4½ pCt.	37 G.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	87¼ G.
Bayern	5 pCt. Obl. i. R. (C. b. R.)	108¼ P.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102¾ P.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102⅝ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	100½ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100½ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104½ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	95 P.
Baden	4½ pCt. Obl.	102 G.
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	95¼ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	101½ G.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100½ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	94½ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	101¾ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	99½ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98¾ G.
"	3 pCt. Obl.	91 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47¼ G.
"	1½ pCt.	41¾ P. ½ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	99 P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	109¼ P. 108⅞ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	571 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	129½ P. 129¼ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	182½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	72½ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien	75 G.
Internationale Bank in Luxemb.	82 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	324 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	68¼ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	223 G.
Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	117 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 3/7	72 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	21¼ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt.	125⅝ G.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	99¾ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior. Oblig. à 3 pCt.	50⅝ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	216 P. 231½ G. [illegible]
Span. Handels- u. Industrie Credit-Akt. d. Ges. Pereire	510 P.
Credit-Akt. d. Ges. Pereire	456 G.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	103¾ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100¾ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99⅝ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅛ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	98½ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	87¾ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ B.
London Lst. 10 k. S.	118⅝ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	93½ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 ä 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	78⅞ a ⅞ G.
Disconto	3 pCt. u.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	74 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	46¾ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	57¾ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	131 P.
" fl. 500 v. 1860 5/5	55⅝ P.	" fl. 25 do.	35¼ P.
" fl. 100 Kred. Lv. 1858	91⅝ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	38½ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. baib.	119¼ P.	Sardinien Fr. 36 b. R.	—
Mailand-Como fl. 18	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	37¼ P.
Badische fl. 50	90¼ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10⅜ P.
Badische fl. 35	53 P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11⅛ P.

Frankfurt, 1. Mai. Oesterr. Fonds, Bank- und Kredit-Aktien erhielten sich mühsam auf den gestrigen Kursen und das Geschäft in denselben war von viel geringerer Bedeutung, als in den jüngsten Tagen. In den übrigen Fonds und Aktien keine wesentliche Veränderung. (Synd.)

schaft mit unseren Nachtwächtern; die Gesandtschaft nimmt sich ihrer Leute an, und alle diesseitigen Behörden sind über dieses höchst bedenkliche Ereigniß in der lebhaftesten Korrespondenz. Auf den Ausgang sind wir in der That gespannt.

Kurhessen. Hanau, 29. April. „Am nächsten Sonntag soll der neue Turnplatz eingeweiht werden. Man wollte hierzu die Turnvereine der nähern Umgegend einladen, und kam bei der Polizeidirektion um die Erlaubniß ein, mit Musik und schwarz-roth-goldnen Fahnen von dem Bahnhofe durch die Stadt ziehen zu dürfen. Die Polizeidirektion gestattete aber nur einen stillen Aufzug und verbot das Tragen der deutschen Farben. Eine gegen diesen Beschluß bei der Provinzialregierung erhobene Beschwerde hatte keinen Erfolg gehabt und ist von dieser Behörde sogar der öffentliche Aufzug der Turner verboten worden. Wie man hört, wird man die Sache nun bei dem Ministerium des Innern zum Austrag bringen. (Fr. J.)

* **Thüringen.** Die letzthin zu Gotha abgehaltene Versammlung thüringischer Landtags-Abgeordneten hat beschlossen, dahin zu streben, daß eine gemeinsame Gewerbegesetzgebung, da eine solche für ganz Deutschland jetzt nicht zu erwarten ist, wenigstens für alle thüringischen Lande zu Stande komme und zwar nicht durch gemeinsame Regierungsvorlagen an die einzelnen Landtage, sondern indem durch einen von allen thüringischen Landtagen zu beschickenden Ausschuß dieser Gegenstand berathen wird.

Schweiz.

Bern, 26. April. Die österreichische Regierung hat gestern wegen eines „Manifestes an die deutsche Nation" reklamirt, das vor einiger Zeit von hier aus Verbreitung fand, und im Namen eines sogenannten „Generaldirektorium" erlassen war. Wie sich jetzt herausgestellt hat, berichtet man der „Allg. Ztg.", ist dasselbe das Werk eines überspannten jungen Mannes, eines deutschen Privatdozenten, welcher seit mehreren Monaten sich zu Bern niedergelassen, und schon verschiedene andere Merkmale seiner überreizten Phantasie zum Besten gegeben hat.

Bern, 30. April. Der Bau der Lukmanierbahnen ist gestern in Gegenwart der öffentlichen Behörden zwischen Bellenz (Bellinzona) und Biasco in Angriff genommen worden. (Zeit.)

Frankreich.

Paris, 28. April. Von Neuem hat das alte Spiel begonnen, der Versuch, das Gleichgewicht zwischen England und Rußland herzustellen, indem sich Napoleon bald dieser bald jener Macht nähert. Der Gedanke eines französisch-russischen Bündnisses hat die politische Welt angelegentlich beschäftigt. In den dem Kaiser feindlichen Kreisen gab man sich der Hoffnung hin, dieses Bündniß, der augenscheinliche Verrath an den Polen, werde Sr. Majestät den Hals kosten. Was wird man jetzt dazu sagen, wo sich uns Proteus unter einer andern Maske zeigt und wir ihn plötzlich wieder Arm in Arm mit dem englischen Ministerium sehen, um das türkische Reich aus seiner bedrängten Lage zu ziehen? Nachdem man endlos den unvermeidlichen Verfall der Pforte in allen Blättern auseinandergesetzt, theilt uns der „Moniteur" plötzlich mit, daß die französische Regierung Willens ist, dem Sultan fortan helfend zur Seite zu stehen und vor allem seine finanziellen Schwierigkeiten zu beseitigen. Ein so unerwartetes Ereigniß ruft natürlich allerlei Commentare hervor. Sey dem wie ihm wolle, die Thatsache eines Einverständnisses mit England in der orientalischen Frage ist von der größten Wichtigkeit. Die erste Folge dieser Wandlung ist natürlich die Neubelebung der Friedenshoffnungen. (Zeit.)

Paris, 30. April. Die Sitzungen des gesetzgebenden Körpers sind bis zum 4. Juni vertagt. In der gestrigen Sitzung wurde ein Gesetzentwurf eingebracht, der 100,000 Mann von der Klasse von 1861 (d. h. das gewöhnliche Jahreskontingent) einberuft. (T. d. Schw. M.)

Die Broschürenangelegenheit ist für Frankreich epochemachend und allerdings der Schlag, den der Napoleonismus empfangen, mehr als eine verlorene Schlacht. Man denke sich, der Prinz, auf dem „die Zukunft des Kaiserthums" mitberuht, den man den Magyaren, Polen, Wallachen und Griechen als das Herrscherideal hinstelle, das Haupt der disziplinirten Demokratie, der Verehrte Karl Vogt's und seiner Parteigenossen: lächerlich und noch mehr als das, — als Feigling verachtet in ganz Frankreich. Der „Allg. Ztg." schreibt man: „Die Aufregung unter den Generalen*) ist außerordentlich, aber sie geht herunter bis in die Gemeinen. Der Prinz hieß schon früher in der Armee, wenigstens seit dem Krimkrieg, nicht Plon-Plon, sondern Craint-Plomb (Fürchtsblei), und dieser Spottname hat jetzt einem derberen . . . Platz gemacht."

Italien.

Rom, 23. April. Es sey mir erlaubt, anstatt allgemeiner Besprechungen der in den Marken wie in Umbrien fortschreitenden Auflösung der bisherigen Bande zwischen Volk und Geistlichkeit einige Zeugnisse darüber aus den letzten Hirtenbriefen des Episkopats herzusetzen. Der Kardinal-Bischof von Perugia zeichnet die steigende religiöse Verderbniß unter Anderm mit folgenden Worten: „Zeugniß davon geben die gottlosen Almanache, jene schamlosen Traktätchen und Schriftchen, die auf Plätzen und auf dem Lande umhergestreut werden, worin Beichte, Gottesdienst und Priesterthum, die göttliche Autorität der Kirche, die unverletzbare Würde ihres Oberhauptes vernichtet oder dem Spott und Gelächter Preis gegeben werden. Ein schmerzliches Zeugniß davon geben auch die irreligiösen und schimpflichen Reden, die man sogar von unbärtigen Knaben hört; die absichtlich eingelernte Unkenntniß der christlichen Pflichten, die Verwerfung der Festtage und Vorschriften der Kirche, die Verachtung und Verhöhnung der Diener des Altars." Der Bischof von Spoleto beklagt gleiche Erscheinungen in seiner Diözese und mehr: „Die Verführer bedienen sich sogar der Illusion des Theaters, die schmutzigste Unzucht darzustellen, die geheiligte Person unseres allverehrten Papstes Pius IX. auf die Bühne zu

*) Prinz Napoleon hat das Generalspatent.

Griechen schütze. Mit diesem Bittschreiben wurden noch Adressen aus 93 Distrikten Bulgariens überreicht, welche die Deputation ermächtigten, jenen Uebertritt im Namen der bulgarischen Nation auszusprechen.

Diese bulgarische Bewegung hatte im Oktober 1860 nach der Wahl des neuen griechischen Patriarchen begonnen. Die Bischöfe von Schumla, Sophia, Samaloff und Küprülü waren bereits aus ihren Bisthümern vertrieben worden, und wenn sich auch der berüchtigte Bischof von Teenowa noch auf seinem Sitze erhielt, so wurde doch seine Autorität nicht mehr geachtet; auch erklärten die in Konstantinopel ansässigen Bulgaren die Wahl des Patriarchen für ungültig. Der dortige bulgarische Bischof Hilarion erhielt von seinen Landsleuten die Weisung, daß, wenn er dem neuerwählten Patriarchen huldige, er nie wieder in seiner Kirche sich zeigen dürfe. Der Bischof Hilarion schloß sich dieser Bewegung aber nur mit halbem Herzen an, und unterzeichnete zwar schon am 23. Oktober die oben erwähnte Adresse an den Papst, ließ sich aber, als im Laufe des Novembers sie übergeben werden sollte, der festgesetzte Tag gekommen war und die Deputation in Feierkleidern wartete, plötzlich krank melden, und überließ den Bulgaren auf ihre Verantwortung die Urkunden bezüglich des Uebertritts, nämlich die Adresse an den Papst und die 93 Vollmachten. Es scheint nämlich, daß in der Zwischenzeit die Gesandten Rußlands und Großbritanniens sich in den Handel mischten, und den Bischof wieder von einer Betheiligung abwendig machten. Das Interesse der Russen ist ganz klar, denn sie dürfen nicht gleichgültig zuschauen, wenn vier Millionen Slaven von der orientalischen Kirche ab- und der römischen zufallen. Die Engländer, sonst die Feinde des Griechenthums und die angeblichen Freunde der christlichen Bewohner der Türkei, wirkten aber hier in Gemeinschaft mit Rußland für die größte Schmach im türkischen Reich, nämlich für die Fortdauer des phanariotischen Klerus und gegen die bulgarische Kirche, offenbar nur um die Erweiterung des französischen Einflusses zu hindern. Deßhalb steckten sie sich hinter den Minister des Auswärtigen, Ali Pascha, um die Bulgaren mit halben Zugeständnissen zu beschwichtigen. Ein aus Griechen und Bulgaren gemischter Ausschuß sollte über die Reform der bulgarischen Kirche berathen, und zwar in der Art, daß künftig die Bischöfe nur aus Bulgaren gewählt, sie aber doch dem griechischen Patriarchat untergeordnet werden sollten. Zum Glück für die Bulgaren wies aber der neue Patriarch diese Bedingungen von sich, und als jetzt die Pforte bei den Bulgaren Konstantinopels darauf drang, das neue Kirchenoberhaupt anzuerkennen, faßten diese den Muth, ihren Uebertritt zur römischen Kirche zu erklären. Ob nun der Uebertritt Bestand haben wird, hängt wahrscheinlich davon ab, welcher Einfluß, der französische oder der vereinigte englisch-russische, bei der Pforte in der nächsten Zeit der herrschende bleiben wird. Dann aber kömmt auch viel auf die Klugheit der päpstlichen Kurie an. Sie muß die freie Stellung der bulgarischen Kirche loyal anerkennen, und die orientalischen Riten nicht antasten, sonst möchte der Rückfall eben so rasch erfolgen, als der Abfall eingetreten war. (Ausland.)

künftige Budget eine entsprechende Summe eingestellt werde. Der Staatsregierung werde hiedurch Gelegenheit gegeben, die Frage ob Umänderung oder Neubau des Ständehauses in sorgfältige Erwägung zu ziehen. — Der II. Präsident, Hr. Graf v. Seinsheim, schließt sich diesem Antrage an. Der I. Präsident, Frhr. v. Stauffenberg gibt zu, daß die Lokalitäten des Ständehauses ungenügend seyen, wie dieß auch schon bei früheren Landtagen anerkannt worden sey, bezweifelt jedoch, ob der Gegenstand so dringend sey, um ihn zur Zeit in Anregung zu bringen. Man könne mit den vorhandenen Lokalitäten wohl auskommen, wenn auch nicht so, wie es seyn sollte; zur Zeit aber habe der Staat Ausgaben ganz anderer Art zu machen, und deßhalb hatte er den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für geeignet, sich für den Antrag zu erklären. Der Antrag wurde hierauf mit 20 gegen 8 Stimmen abgelehnt; dann aber einstimmig beschlossen, dem Landtagsarchivar Hrn. Stumpf die vollste Anerkennung der hohen Kammer auszusprechen.

Der Abg. Crämer hat folgenden Antrag in Betreff der deutschen Bundeskriegsverfassung eingebracht: „Es ist eine allbekannte und von Niemand bestrittene Thatsache, daß die politische Lage unseres zerrissenen Vaterlandes zu den ernstesten Bedenken Anlaß gibt. Alle Welt ist darüber einig, daß wir die Zeiten des tiefsten Friedens hinter uns haben und in eine Periode eingetreten sind, die viele Stürme bringen wird. Wenn ich auch nicht zu denen gehöre, welche überall einen übermächtigen Feind erblicken und tagtäglich von Gefahr reden, weil ich ein solches Vorgehen für politisch unklug und einer großen Nation unwürdig halte, so kann ich eben so wenig verkennen, daß wir alle Ursache haben, allen inneren Streit, alle Feindschaft verschwinden zu lassen, um mit vereinten Kräften einem etwaigen Angriff begegnen zu können. Alle Gefahren, die uns bedrohen, haben ihren Ursprung in unserer Uneinigkeit, und gegen diesen innern Feind müssen alle unsere Angriffe in erster Reihe gerichtet seyn. Die jetzige Weltlage bedingt aber zuerst und vor Allem eine durchgreifende Reform unserer Kriegsverfassung und die einheitliche Leitung unseres Bundesheeres. Es ist mir wohl bekannt, wie viele Unterhandlungen hierüber gepflogen, aber leider bisher ohne Erfolg geblieben sind. Trotzdem halte ich dafür, daß es eine durchaus verfehlte Politik seyn würde, ein günstiges Resultat auch in dieser Frage von einem großen Nationalunglück zu erwarten. Wir müssen an unserem Theil jede uns mögliche Gelegenheit ergreifen, um wenigstens zunächst unserer Staatsregierung die Dringlichkeit dieser Sache auf das Wärmste zu empfehlen und sie aufzufordern, diejenigen Schritte zu thun, welche geeignet sind, hier eine befriedigende Lösung herbeizuführen, und wenn sie bereits diese Frage ernstlich in Angriff genommen hat, sie durch unser Votum kräftigst zu unterstützen. Ein zweites Motiv für die Nothwendigkeit und Dringlichkeit eines solchen Antrages finde ich in unsern inneren Verhältnissen. Wir sind mit Feststellung eines neuen Budget beschäftigt, wir sollen für Ausrüstung unseres Heeres für einen hohen Präsenzstand große Summen bewilligen, Summen, die es uns sehr erschweren werden, für andere dringende Bedürfnisse die nöthigen Mittel aufzubringen. Ist dies an und für sich schon ein trauriger Zustand, so muß sich das Gewissen jedes Abgeordneten sehr beschwert fühlen, wenn er sich die Frage vorlegt: Wird durch die Bewilligung dieser Summen die Sicherheit des Vaterlandes, die Wahrung seiner Grenzen, seine Machtstellung nach Außen wirklich erreicht oder sind gegründete Zweifel hierüber trotzdem vorhanden. Es ist die heiligste Pflicht jedes Abgeordneten, in Zeiten der Gefahr die Mittel zur Vertheidigung des Vaterlandes reichlich und freudig zu bewilligen und kein Abgeordneter wird sich je dieser Pflicht entziehen wollen; aber es ist eine ebenso heilige Pflicht für jeden derselben, zu prüfen, ob dieser Zweck auch erreicht werde. Noch haben wir hiefür keine Sicherheit, noch regt sich der alte Hader, genährt durch gewissenlose Parteibestrebungen, und unter solchen Umständen sollen wir das Geld für die Ausrüstung des Heeres bewilligen und unsere Söhne und Brüder sollen mit dem Gefühl in die Schlacht ziehen, daß sie ihr Blut vergießen, damit aus dieser Saat vielleicht die ersehnte Frucht der Einigung erwachse. Unter solchen Umständen und Angesichts der Thatsachen, daß in den letztverflossenen zwei Jahren der Militäraufwand die enorme Summe von nahezu sechzig Millionen erreicht hat, wird es keines weiteren Motives bedürfen, um den Antrag zu begründen: „Eine hohe Kammer wolle beschließen: Es sey die kgl. Staatsregierung dringend aufzufordern, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken: daß 1. eine gründliche Reform der Bundeskriegsverfassung sofort vorgenommen und insbesondere, 2. daß die Frage über den Oberbefehl des deutschen Bundesheeres sofort geregelt werde“.*) (Südd. Z.)

München, 30. April. Seine Maj. der König hat die Pfarrei Holzheim, Ldg. Dillingen, dem Priester J. Aumann, Pfarrer in Wiesenbach, Ldg. Rain, übertragen. (N. M. Z.)

Preußen. In Berlin erneuert sich das widerwärtige Schauspiel vom vorigen Herbste: vergebliches Ankämpfen der Regierung gegen gerechte und nur immer leidenschaftlicher auftretende Forderungen des Volks, bei dem die liberalen Minister sich ohne allen Zweck abnutzen für allzu rücksichtsvoll behandelte reaktionäre Werkzeuge. Es ist, wie wenn ein junger Mensch über einem schlechten Umgang ertappt wird, in dessen Vertheidigung er sich dann weiter entwickelt, als seinem eigenen bessern Bewußtseyn zusagt, und den er, so wenig Werth er ihm vorher beilegte, desto fester hält, je dringender man ihn davon zu trennen sucht. Was hilft es, Blätter mit Beschlag zu belegen und in Anklagestand zu versetzen, wenn nur der Sturmwind der erregten öffentlichen Meinung sie so lebhaft bewegt?

Hannover. Hannover, 27. April. Neulich prügelte sich ein Theil des Dienstpersonals der kaiserl. französischen Gesandt-

*) Was Hr. Crämer zur Begründung seines Antrags sagt, ist leider nur zu wahr; daß er aber einen Erfolg haben werde, ist nach den traurigen Erfahrungen, welche in dieser Hinsicht schon gemacht worden sind, kaum anzunehmen. Es ist, als ob Deutschland mit offenen Augen und doch blind seinem Verhängniß entgegen gehen solle. Was und wo es fehlt, und daß es so auf die Länge nicht gut thun kann, das weiß und sagt Jedermann: aber wo geschieht denn etwas, damit es besser werde?

---

der Erzbischof von Ternowa, Hr. Neophytes, schamloser Erpressungen bei der Pforte angeklagt. Der Patriarch wußte sich aber dieses geistlichen Afterpächters so warm anzunehmen, daß seine Ankläger, Osmanen wie Christen, eingesperrt wurden. Doch gelang die Intrigue nicht vollständig, sondern die Wahrheit siegte und Neophytes wurde von seinem Erzbisthum abgesetzt. Der Wille der Türken, den Bulgaren zu helfen, ist sehr gut, aber das Fleisch im Divan sehr schwach, d. h. die reichen Phanarioten Konstantinopels, die mit dem Patriarchat zusammenhängen, wissen stets durch Balschisch (Geschenke) die Wessiere und die andern Räthe und Würdenträger der Pforte zu beherrschen.

Die Bulgaren, welche früher zur römischen Kirche gehört haben, wurden von Priestern des Lazaristenordens oft zum Rücktritt aus der orientalischen Kirche bearbeitet, allein die Lazaristen verlangten von den Bulgaren, daß sie lateinische Riten und Liturgie annehmen sollten, was die Bulgaren stets verweigerten. Sie wollen eine eigene bulgarische Kirche, ein bulgarisches Patriarchat, bulgarische Liturgie und bulgarische Riten besitzen, und gleichsam nur in Suzeränetät zur römischen Kirche stehen, ähnlich wie die katholischen Armenier. Ueberdieß war ein Abfall vom griechischen Patriarchat vor dem Jahre 1854 kaum durchzuführen. Rußland trug bis dahin fast alle Kosten des bulgarischen Kultus. Es ließ bulgarische Priester in Rußland studiren und erziehen, es lieferte die religiöse Schulliteratur, ja die Heiligenbilder in den Kirchen gratis. Im Fall eines Abfalls zur römischen Kirche hätte es, wie es auch später geschah, den Patriarchen in Konstantinopel unterstützt, und die Pforte selbst, sonst neutral in diesen schismatischen Angelegenheiten, hält aus instinktartiger Furcht vor allen Neuerungen sich auch für den griechischen Klerus entschieden. Jetzt, wo seit dem Krieg in der Krim französischer Einfluß den russischen in Konstantinopel verdrängt hat, liegen die Dinge ganz anders. Frankreich ist der angestammte Schutzherr der römischen Christen in der Levante, und Alles, was Rußland an Einfluß verliert, müßte Frankreich gewinnen.

Am 30. Dezember 1860 erschienen zwei bulgarische Archimandriten und drei bulgarische Priester in Begleitung von 200 bulgarischen Häuptlingen in Konstantinopel vor dem Erzbischof der katholischen Armenier und dem Erzbischof Msgr. Brunoni in der Heiliggeistkirche, und übergaben ihnen eine Adresse an den Papst, die mit 2000 Unterschriften bedeckt war, und worin nach Aufzählung der bulgarischen Beschwerden gegen den griechischen Klerus folgende Stelle vorkam: „Gestützt auf die Dekrete der heiligen römischen Kirche über die Erhaltung der Riten der morgenländischen Kirche, und in der Erwartung, daß diese Riten unverletzt erhalten werden, wie es auf dem Florentiner Koncil beschlossen worden, bittet die bulgarische Nation, vertreten durch die Unterzeichneten: Se. Heiligkeit Papst Pius IX. möge unsere bulgarische Kirche in den Schooß der katholischen aufnehmen, und unsere gesonderte und nationale Hierarchie als kanonisch anerkennen.“ Gleichzeitig bitten die Bulgaren, der Papst möge den Kaiser der Franzosen ersuchen, daß er sich beim Sultan um Anerkennung der bulgarischen Hierarchie verwende, und sie vor den Umtrieben der

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland, für Wahrheit und Recht!

№ 121. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit [illegible] kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 38. Jahrgang. | Donnerstag, 2. Mai 1861.

Deutscher Bund.

Man schreibt der „Elberf. Zeitung“: „Wenn neulich darauf aufmerksam gemacht wurde, daß in der Mehrzahl der mittlern und kleinern Staaten Norddeutschlands preußische Offiziere an der Spitze der betreffenden Bundeskontingente stehen, so erscheint es von Interesse, daran zu erinnern, daß ein ähnliches Verhältniß auch hinsichtlich der Leitung der Civilverwaltung in einzelnen jener Staaten obwaltet, indem daselbst vormals preußische Beamte als dirigirende Minister fungiren. Augenblicklich ist dies der Fall in Anhalt-Dessau (Staatsminister v. Plötz, vormals preußischer Regierungsrath); in Anhalt-Bernburg (Staatsminister v. Schätzell, vormals preußischer Oberförster); in Sachsen-Altenburg (Staatsminister v. Larisch, vormals preußischer Landrath); in Lippe-Detmold (Kabinetsminister v. Oheimb, vormals preußischer Regierungs- und Oberpräsidialrath in Koblenz, und dessen Adjunkt, Regierungspräsident de la Croix, vormals preußischer Regierungsassessor ebendaselbst); in Schwarzburg-Rudolstadt (Staatsminister v. Bertrab, vormals preußischer Staatsanwalt); in Schwarzburg-Sondershausen (Staatsminister v. Elsner, vormals preußischer Landrath in Ratibor); in Schaumburg-Lippe (Regierungspräsident Frhr. v. Lauer-Münchhofen, vormals preußischer geheimer Justizrath) und in Reuß, jüngerer Linie (wirklicher geh. Rath Dr. v. Geldern, vormals preußischer Regierungsrath in Erfurt).“

Wie wir hören, sind zwischen den Hansestädten Verhandlungen im Gange, welche den Zweck haben, aus den eigenen Mitteln der Hansestädte eine Kanonenbootflottille aufzustellen und damit der Sache der Küstenvertheidigung einen Anstoß zu geben, welcher geeigneter seyn würde, als alles lange Hin- und Herreden, die noch obwaltenden finanziellen und andern Bedenken sowohl einzelner Uferstaaten als des Bundes selbst zu beseitigen und einen Kern für eine deutsche Seewehr zu bilden. (Pr. Z.)

** **Bayern.** München, 30. April. (Privat-Korresp.) (X. öffentliche Sitzung der Kammer der Reichsräthe.) Auf Vortrag des Legitimations-Ausschusses wird die Legitimation des neu ernannten erblichen Reichsrathes Max Graf von Holnstein aus Bayern, Unterlieutenant im 1. Kuirassier-Regiment, als richtig anerkannt und derselbe sofort in die hohe Kammer eingeführt und beeidigt. Vom Referenten des IV. Ausschusses, Reichsrath v. Bayer, erfolgte die Anzeige, daß die Beschwerde des quieszirten Landrichters v. Gradl, wegen Verletzung verfassungsmäßiger Rechte unbegründet gefunden wurde. Reichsrath von Harleß als Referent des V. Ausschusses erstattet Vortrag über die von dem Hrn. Reichsrath Frhrn. v. Stauffenberg als Anträge sich angeeigneten Vorstellungen 1) der Schullehrer des Landgerichts Ingolstadt um Erhöhung des Schulgeldes für die Werktagsschüler, und 2) von 16 Schullehrern in der Pfalz um zeitgemäße Erhöhung ihres Normalgehaltes. Der V. Ausschuß erklärt den ersten Antrag für nicht zuläßig, weil er Abhilfe auf administrativem Weg verlangt, in dieser Beziehung aber die Kammern nicht kompetent seyen, und weil derselbe zudem nicht geschäftsordnungsmäßig formulirt sey. Hr. Reichsrath Frhr. v. Stauffenberg, der inzwischen den Vorsitz an den II. Hrn. Präsidenten abgetreten hatte, äußerte, daß er sich den Antrag, obwohl derselbe in das Verwaltungsfach einschlage, deshalb angeeignet habe, weil derselbe außerdem ad acta hätte gelegt werden müssen, es ihm aber daran lag, den Antrag zur Kenntniß der k. Regierung zu bringen. Der Beschluß des Ausschusses sey übrigens ganz in Einklang mit den Bestimmungen der Verfassung und der Geschäftsordnung und er, Redner, habe deshalb keinen weiteren Antrag zu stellen. — Der zweite Antrag, insoweit sich derselbe auf einen Zuschuß aus der Staatskasse bezieht, wurde vom Ausschusse als zuläßig erklärt, und nachdem Frhr. v. Stauffenberg diesen in Kürze begründet und sich hiebei für die Nothwendigkeit einer Aufbesserung des Gehalts der Lehrer ausgesprochen hatte, beschloß die Kammer, denselben zur Vorberathung an den II. und III. Ausschuß zu verweisen. Herr Reichsrath Graf v. Yrsch als Referent der Archivs-Kommission erstattet Vortrag über den Nachtrags-Bericht des Landtags-Archivars, den Zustand des Archives betr. Es wird in diesem Vortrage dem Hrn. Archivar neuerdings die vollste Anerkennung für seine Thätigkeit ausgesprochen und aufs Neue hervorgehoben, daß die Archivs-Lokalitäten ungenügend seyen, wie überhaupt das Ständehaus seinem Zwecke nicht entspreche. Die Kommission glaubt deshalb den Antrag stellen zu sollen, daß wegen Vergrößerung oder Umänderung des Ständehauses mit der Kammer der Abgeordneten ins Benehmen getreten werden soll, damit in das

---

Der Uebertritt der Bulgaren zur römischen Kirche.

Wenn das westliche Europa nicht allzu sehr mit der eigenen politischen Zukunft beschäftigt gewesen wäre, so würde es ganz kürzlich nicht wenig von einer merkwürdigen Episode des großen diplomatischen Intriguenspiels, welches die orientalische Frage heißt, aufgeregt worden seyn. Wenn man von bedrückten Christen und von der Raja oder Heerde (so heißen dort die Christen) in der europäischen Türkei spricht, so meint man entweder die Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina, die Stammbrüder der Serben, deren Schicksal eine Angelegenheit für sich bildet, oder man meint die Bulgaren. Was von den christlichen Unterthanen nicht serbisch, nicht albanesisch und nicht griechisch ist, gehört zu den Bulgaren, die 4 Millionen stark alles Land zwischen der Donau und dem ägäischen Meer bewohnen, mit Ausnahme der peninsularen Glieder Thraciens und Maceroniens, wo Griechen sitzen. Von der Moral dieser Bulgaren läßt sich nicht viel Gutes sagen, wie von jedem Volk, das 4 Jahrhunderte lang Schmach und Knechtschaft erduldet hat. Der Bulgare, ein Riese an Körperwuchs, ist furchtsam und feige, und wird daher von den Türken gedrückt und gepreßt, gegen die er sich durch List zu wehren sucht. Indessen ist der Druck, so brutal er auch ausgeübt wird, nicht der Gegenstand bulgarischer Klagen, im Gegentheil sind die Bulgaren sehr loyale Unterthanen, und da sie nur die Wahl haben, türkisch zu bleiben oder russisch zu werden, so wählen sie das erstere. Wer sie dagegen wirklich aussaugt, das ist der griechische Klerus, das phanariotische Patriarchat in Konstantinopel; und diejenigen neuhellenischen Freunde, welche den Griechen die Erbschaft des kranken Mannes zusprechen wollen, bedenken gar nicht, daß die Slaven der Türkei, die Serben so gut wie die Bulgaren, viel lieber türkisch bleiben, als griechisch werden möchten.

Die Mißbräuche der griechischen Kirche sind auch schamlose. Der Patriarch muß dem Sultan bei seiner Investitur 400,000 Fr. zahlen, die er selbst wieder durch Verkauf der Prälaturen hereinbringt, indem er sich für jeden Bischofssitz 50,000 Fr. zahlen läßt, während der Bischof wieder jede Pfarrei in seiner Diözese an den Papa verkauft. Reiche Papa's können bis zu 20 Pfarrsprengel auf diese Art an sich bringen und verpachten. Bisher nun waren der griechische Patriarch und die Pforte stets die besten Freunde, denn die Osmanen liehen den griechischen Bischöfen ihren weltlichen Arm, so oft sich unter den Bulgaren schismatische Gelüste regten. Die griechische Kirche aber schor ihre Schafe mit großer Kunstfertigkeit. Nicht allein verstand sie das Zehenterheben, sondern sie wußte sich ein Einkommen durch Eheprozesse, namentlich Ehescheidungen zu verschaffen, die nur bei reichen Leuten vorkamen, weil arme nicht bezahlen konnten. Die Mißbräuche gingen so weit, daß griechische Bischöfe der Bulgarei wegen der gemeinsten Verbrechen und Laster — wegen Nothzucht und Kindsmord unter andern — in Untersuchung gezogen werden mußten. Ehedem blieben die Beschwerden der Bulgaren fruchtlos, denn alle Streitigkeiten zwischen Laien und Klerus entschied zuletzt der Patriarch in Konstantinopel, eine Krähe, die ihren Schwestern kein Auge aushackte. So wurde 185[illegible]

Frankfurt, 24. April. Der einige Jahre lang auf dem hiesigen Briefpost-Bureau beschäftigt gewesene Postgehülfe Trimber aus Kurhessen, welcher hier fortgesetzt Briefe, meistens rekommandirte, unterschlug, ist dieser Tage in Marburg zu 4 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden. Bei einer Haussuchung im Rauschenberg bei Marburg, wo er sich im August v. J. bei Verwandten auf Besuch befand, wurden nicht weniger als 42 unterschlagene Briefe, meistens mit Geldinhalt und worunter noch 7 unerbrochen waren, vorgefunden.

In Wien ist plötzlich eine sehr heftige Typhusepidemie ausgebrochen. Sämmtliche Spitäler sind überfüllt und haben keinen Belegraum mehr. In vielen Krankenabtheilungen mußten selbst die Betten der Wärterinnen in Anspruch genommen werden. Die Sanitätsbehörden treffen energische Vorkehrungen für den Fall, daß die Epidemie noch an Intensität gewinnen sollte.

Neueste Nachrichten.

Nürnberg, 28. April. Ich kann Ihnen aus bester Quelle mittheilen, daß eine Reihe hervorragender Männer der hiesigen Stadt, darunter Kramer-Klett, Zeltner und andere finanzielle Größen, zusammengetreten ist, um ein Organ zu gründen, das eine gemäßigt liberale Richtung vertrete. Man hat den seit 1670 bestehenden „Friedens- und Kriegs-Kurier" angekauft, der vom 1. Mai an von dem bekannten Schriftsteller Dr. Joseph Rank, der seit bald 2 Jahren hier lebt, redigirt werden soll, vorerst noch in der alten, nicht sehr eleganten und zur Lektüre verlockenden Form, die aber mit dem Beginn des neuen Quartals einer neuen weichen wird. Nach der Persönlichkeit des Hauptredakteurs, eines Oesterreichers, ist zu erwarten, daß das Blatt, welches auch sonst seine Richtung seyn möge, in den großen politischen Fragen Hand in Hand mit dem „Korrespondenten" gehen, d. h. die großdeutsche Richtung einhalten werde. (Südd. Z.)

Berlin, 29. April. Die „Nat.-Ztg." schreibt heute: „Die gestrige Morgennummer unserer Zeitung ist wegen des Leitartikels polizeilich mit Beschlag belegt worden, welcher die Ueberschrift führte: „Der Beschluß der Stadtverordneten" und an die bekannten Ermittlungen der städtischen Deputation Erörterungen knüpfte, deren Inhalt man leicht errathen wird. Die mißliche Lage der preußischen Presse im gegenwärtigen Augenblick wird Niemand verkennen. Weder die auswärtige Politik unseres Staates, noch seine innere bieten Gelegenheit, irgend einen Erfolg oder auch nur eine Entwicklung zu registriren. Es sind im Gegentheil Fragen der Kriminaljustiz, die das öffentliche Interesse seit sechs Monaten immer ausschließlicher in Anspruch nehmen, und die, wie man voraussehen kann, noch längere Zeit den wichtigsten Theil der Tagesgeschichte bilden werden. Wer den Bericht der städtischen Deputation auch nur flüchtig überblickt hat, der wird begreifen, welchen Klippen auf diesem Gebiete die Presse nach allen Richtungen ausgesetzt ist, zumal unsere Sprache doch auf demselben nur einen begrenzten Vorrath von Bezeichnungen darbietet, und zwar einen weit größeren von scharf bestimmten, als von farblosen und umschreibenden. Daß wir unter solchen Umständen einen Kampf, welchen mehrere der höchsten Staatsbehörden als eine Lebensfrage ansehen, mit sehr ungleichen Waffen aufnehmen, wird Niemand entgehen. Indessen haben wir schon die Erfahrung schwererer Zeiten hinter uns. Die letzten Konfiskationen unserer Zeitung erfolgten im Herbste 1858 bei dem Eintritt der Regentschaft, und sie haben unsern damaligen Gegnern nicht zum Vortheil gereicht. Bei der Einmüthigkeit des Urtheils, das auch bei der gegenwärtigen Krisis in allen Kreisen des Bürgerthums ohne Unterschied der politischen Partei herrscht, sehen wir auch diesmal dem weiteren Verlauf mit voller Zuversicht entgegen."

Innsbruck, 26. April. Der amtliche „Bote für Tyrol und Vorarlberg" meldet: „Bei der jüngst nach dem Schlusse der Landtagssitzung stattgefundenen Aufwartung der Abgeordneten bei dem Erzherzog-Statthalter Karl Ludwig richtete derselbe an den Berichterstatter des Komite's über die Religionsfrage, Abg. Hofrath Dr. Haßlwandter, nachstehende Worte: „Ihr mannhaftes Wort, das Sie in der Religionsfrage gesprochen haben, hat Mich erfreut, und Ich danke Ihnen dafür. Ihren Vortrag habe Ich gelesen; er beruht auf tiefen Studien." (Der Erzherzog nimmt also hiemit entschieden Partei gegen das kaiserliche Protestantenpatent; wie soll das Ministerium zurecht kommen, wenn ihm einzelne Statthalter geradezu entgegentreten dürfen?) Der Hr. Abgeordnete erwiderte, daß dieses Wort Sr. kaiserl. Hoheit ihm eine Genugthuung für so Manches sey, was er im Drucke lesen mußte."

Venedig, 26. April. Dieser Tage hat man hier einen dritten Versuch mit den Seeminen gemacht. Dießmal waren es frischgelegte, und die Wirkung eine furchtbare. Das Schiff, eine Feluke, wurde buchstäblich zersplittert. (A. Z.)

Athen, 20. April. In Nauplia haben Unordnungen unter den jüngeren Offizieren stattgefunden und es ist deßhalb eine Untersuchungs-Kommission von hier dahin abgegangen. Nicht bloß, daß Einige den Prinzen Napoleon als künftigen Thronfolger Griechenlands hochleben ließen, sondern sie brachten Toaste aus, die, obwohl aus derselben Anschauung hervorgehend, doch noch grümlichere Ziele verfolgten. (N. Pr. Z.)

Die „Mnemosyne" wird morgen ausgegeben.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. fl.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	—
„	5 pCt. Venet. Coupon b. fl.	$60\frac{1}{4}$ G.
„	5 pCt, Nationalanl. v. 1854	50 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation,	43 P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$37\frac{5}{8}$ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$87\frac{1}{4}$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. R.)	$103\frac{1}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102\frac{1}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$102\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$100\frac{1}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{1}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{7}{8}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	102 G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$95\frac{1}{4}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$101\frac{1}{2}$ G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{4}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$101\frac{5}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$98\frac{3}{4}$ G.
„	3 pCt. Obl.	91 G.
Spanien	3 pCt. Int. Sch. P. à fl. 2. 30	$47\frac{1}{4}$ G.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt. „ „ „	$41\frac{3}{4}$ G.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	99 P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$108\frac{7}{8}$ G.	
K. k. Oesterr. National-Bankaktien .	671 P.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$128\frac{1}{2}$ G.	
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$182\frac{1}{2}$ G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$72\frac{1}{2}$ G.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	70 G.	
Internationale Bank in Luxemb. . .	82 P.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	322 P.	ex D.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$68\frac{1}{8}$ P.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	223 G.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 P. $117\frac{1}{4}$ G.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$72\frac{1}{4}$ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$21\frac{1}{2}$ P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$129\frac{1}{4}$ G.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$101\frac{1}{8}$ P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50\frac{1}{2}$ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz. .	$234\frac{1}{2}$ P.	ex. C.
Span. Handels- u. Industrie . . .	510 P.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	456 G.	
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$103\frac{3}{4}$ P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	$100\frac{3}{4}$ P.	

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{1}{4}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$96\frac{1}{8}$ fl.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	$87\frac{3}{4}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
London Lst. 10 k. S.	$117\frac{1}{2}$ B. $\frac{1}{4}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{1}{8}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$79-78\frac{7}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	74 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$48\frac{5}{8}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$57\frac{3}{4}$ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$130\frac{1}{4}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$54\frac{3}{4}$ P.	„ fl. 25 do.	$35\frac{3}{8}$ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	92 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$34\frac{1}{2}$ P.
$1\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beilk.	$119\frac{1}{4}$ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	$50\frac{5}{8}$ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$37\frac{1}{4}$ P.
Badische fl. 50	$90\frac{1}{4}$ P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{3}{4}$ P.
Badische fl. 35	$52\frac{3}{4}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 30. April. In Folge nicht entsprechender auswärtiger Notirungen konnten österr. Fonds, Bank- und Industrie-Aktien sich nicht auf der gestrigen Höhe behaupten. Auch Wechsel auf Wien gingen etwas zurück. Süddeutsche Fonds theilweise höher. Von Eisenbahnen besonders pfälzische gesucht. (Synd.)

plätzen bengalische Flammen anzündeten. Der König von Neapel hat für den Sommer den Palast Feoli, zu Albano, gemiethet. Es ist dies die ehemalige Residenz Karls VI. von Spanien. (Fr. J.)

Die englischen wie die französischen Zeitungen haben den Gedanken aufgegriffen, welchen die „Independance" kürzlich erwähnte: eine Uebersiedlung des Papstes Pius IX. nach England, eventuell die Wahl des Kardinals Wiseman zu seinem Nachfolger, welcher dann seinen Sitz in dem Inselreich behalten werde. Man geht schon weiter und bezeichnet Dublin als die einstweilige Zufluchtsstätte des Papstes. Indessen dürften diese Conjekturen doch noch voreilig seyn. (Zeit.)

Turin, 26. April. In Betreff der rothen Uniform im Parlament, welche von einem Theil der Rechten und in Cialdini's Brief kritisirt wurde, wird jetzt bekannt, daß Garibaldi alle seine Kleider von Caprera mitgenommen habe, und daß er nicht im Besitze eines für das Parlament würdigen Anzuges sey. Der General habe beinahe nichts anderes, als was er auf dem Leibe trage. In Beziehung seiner unziemlichen Sprache sagte er in seiner Unterredung mit dem König, als Letzterer ihn darauf aufmerksam machte, daß Cavour sich gegen die auf ihn geschleuderten Beschuldigungen mit so vieler Geschicklichkeit zu vertheidigen wußte: „Cavour, Sir, kennt auf's Genaueste die parlamentarischen Regeln, ich hingegen rede, wie ich denke. Dessenungeachtet glaube ich dennoch nicht ganz ungeschickt gewesen zu seyn, indem ich nach rechts und links zu wiederholten Malen „Verehrungswürdigste" austheilte." In der That wiederholte der gute Mann beinahe mit jedem Satze dieses Wort und glaubte damit, dem parlamentarischen Anstand volle Genüge zu thun.

Graf Cavour hat die Grade, welche Garibaldi den Offizieren der früheren neapolitanischen Marine verliehen hatte, anerkannt. Ueber die sizilianische Marine Garibaldi's ist noch Nichts entschieden. (Fr. J.)

Zwischen der sardinischen Regierung und dem Garibaldikomité in London hat seit dem 13. Februar eine Korrespondenz stattgefunden über die derselben durch Rücksendung der englischen Freiwilligen entstandenen Unkosten von 6123 Pfd. Sterling. Das Komité konnte keinen Ersatz leisten, die sardinische Regierung hat sich daher die Zusendung ähnlicher Freiwilligen für die Folge verbeten.

Das Kriegsgericht in Civitella hat den Minoritenbruder Zilli, der die Garnison zu überreden suchte, das Fort trotz dem Befehl Franz' II. nicht zu übergeben, zum Tode verurtheilt.

Der Vorschlag Garibaldi's, die Nationalbewaffnung betreffend, den die 2. Kammer in Betracht gezogen, stößt auf große Schwierigkeiten; Ackerbau und Industrie würden dadurch die besten Kräfte entzogen; die Massen wären nicht zu disciplinirn und die Finanzen gingen dabei völlig zu Grunde; die Deputirten der Majorität halten häufige Berathungen, um sich aus der Sache zu ziehen.

Nach der „Zeit" stellte Garibaldi in der Unterredung bei dem König, wo er sich mit Cavour aussöhnte, zwei Bedingungen; „die erste, sagt sie, betraf die Annahme seines bekannten Antrags auf allgemeine Bewaffnung des Volkes, die zweite ist ein Geheimniß zwischen dem Könige, Cavour und Garibaldi geblieben.*) Nach einer längeren Erörterung über die Anwendung des Prinzips der allgemeinen Bewaffnung fanden sich Cavour und Garibaldi in vollständiger Uebereinstimmung, und der General war der Erste, der seinem bisherigen Gegner die Hand bot."

Jonische Inseln.

Zante, 24. April. Gestern Abend fand ein Konflikt zwischen der englischen Besatzung und der Bevölkerung statt, wobei 12 Soldaten und 8 Zantionen verwundet wurden. (T. d. Fr. J.)

Amerika.

Washington, 15. April. Eine Proklamation Lincoln's beruft 75,000 Mann Milizen ein, um die Festungen, welche Bundeseigenthum sind, wieder zu erobern. Auch der Kongreß ist einberufen. (Tel. d. Ztg. f. Nordd.)

Die Nachricht, anläßlich der jüngsten Ereignisse auf San Domingo habe die Republik Haiti das Protektorat Frankreichs angerufen, beschränkt sich neueren und zuverlässigeren Mittheilungen zufolge auf die Thatsache, daß behufs Schlichtung einiger Streitigkeiten zwischen Haiti und San Domingo Frankreich nur um seine Vermittlung angegangen worden ist. Der „Independance" zufolge sind auch die Nachrichten, nach welchen sich die Republik Ecuador Frankreich in die Arme werfen wolle, sehr übertrieben.

*) Sie wird sich auf Garibaldi's Verlangen bezogen haben, daß er nicht gar zu lange warten müsse, bis es gegen Rom und Venetien los geht. Cavour wird ihm wieder, wie seither, allgemeine Versprechungen gegeben haben, mit denen sich Garibaldi wieder einige Zeit hinhalten läßt. Alsdann muß Cavour eben für ein neues Auskunftsmittel sorgen.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 29. April. Dem Vernehmen zufolge sind jetzt im Laufe eines Jahres gegen fünfhundert Familien von auswärts nach München übergesiedelt; da begreift sich freilich die Noth, namentlich an kleinern Wohnungen. Mehrere Miethsleute, welche auch diesesmal nicht unbeträchtlich gesteigert worden, haben zugleich mit die angenehme Nachricht erhalten, daß sie mit nächstem Ziele wiederholt gesteigert würden. Wie man vernimmt, soll die Anlegung der neuen Straßen in der Isarvorstadt nunmehr die allerhöchste Genehmigung erhalten haben. (B. Landb.)

Landshut, 27. April. Im Ganzen wurden von den hiesigen Bräuern heuer 60,078 Eimer Sommerbier eingesotten, sohin gegen das Vorjahr weniger um 13,186 Eimer. Am 24. d. haben sich die sämmtlichen Bräuer dahin geeinigt, an dem Schenkpreise einen Pfennig nachzulassen, so daß die Maß Bier also in den Kellern und sonstigen Schenklokalitäten 8 kr. kostet.

Berlin, 27. April. Der Breslauer „Morgen-Ztg." schreibt man von hier: „Auch im hiesigen großen Waisenhause sind kleine „Erweckungsscenen" vorgekommen. Die Kinder fingen an, sich gemeinsam in Krämpfen zu versuchen, der herbeigeholte Arzt verscheuchte sie auf Nimmerwiedersehen durch ein paar wohlapplizirte Ohrfeigen. Eine darauf angestellte Untersuchung ergab unter den Mädchen fast ausnahmslos die bekannte Unsittlichkeit."

Leipzig, 28. April. Die zur Ostermesse hier versammelten Buchhändler feiern heute durch eine Generalversammlung im Börsengebäude und ein darauf folgendes solennes Festmahl in den schönen Räumen des Schützenhauses das 25jährige Jubiläum der deutschen Buchhändlerbörse. Den ersten Anfang zur Gründung einer solchen Börse machte im Jahre 1792 der Buchhändler Kummer, indem er mehrere Räumlichkeiten in dem damals weltberühmten Richter'schen Kaffeehause miethete, in welchem die fremden Buchhändler gegen Zahlung eines Eintrittsgeldes das Geschäft der Abrechnung besorgen konnten. Nachdem man sich lange Zeit mit dieser Einrichtung beholfen hatte, stifteten 1825 auswärtige Buchhändler eine wirkliche Buchhändlerbörse, welche ein der gesammten Korporation gewidmetes Institut war, bald aber in den von der Universität gemietheten Räumen sich zu eng fühlte. Im Jahr 1833 faßte deßhalb der Verein auswärtiger Buchhändler in Gemeinschaft mit dem Verein der Leipziger Buchhändler den Entschluß, eine eigene Buchhändlerbörse zu erbauen, und diese Idee wurde mit dem größten Eifer zur schnellsten Ausführung gebracht. Man kaufte von der Universität ein zum Abbruch geeignetes Haus am Nikolaikirchhofe, lud zur Aktienzeichnung ein, sah die auf Grund des Voranschlags erforderten 35,000 Thlr. schnell zusammengebracht, und konnte schon am 26. Okt. 1834 unter großen Feierlichkeiten den Grundstein zum Gebäude legen. Anderthalb Jahre später, am 26. April 1836 fand die feierliche Einweihung des Börsengebäudes statt, das zu den Zierden der Stadt zu rechnen ist. Dem Gedächtniß dieses Tages ist eben die heutige Feier gewidmet. Die Tilgung der Aktien durch Ausloosung ist weit rascher vorwärts gegangen, als nach dem Amortisationsplane vorgesehen war, und es läßt sich mit Bestimmtheit erwarten, daß die gesammte Aktiensumme noch vor dem festgesetzten Endtermin, 1880, vollständig getilgt seyn wird. Das ganze Jahr hindurch ist die Buchhändlerbörse der Sitz der „Bestellanstalt", eine eigenthümliche Einrichtung, durch welche beinahe die ganze buchhändlerische Korrespondenz geht. Alle Bücherbestellungen, welche bekanntlich immer nur durch die hiesigen Kommissionäre der auswärtigen Verleger vermittelt werden, werden auf Zettel notirt und nehmen ihren Weg durch die Bestellanstalt, welche sie alle sortirt und den betreffenden Kommissionären viermal täglich ins Haus schickt. Außerdem aber werden auch alle übrigen Papiere, welche die Buchhändler einander zuzusenden haben, wie Zirkulare, Rechnungsauszüge rc., auf diesem Wege befördert und laufen auf der Börse zusammen. — Man wird sich daraus leicht eine Vorstellung von der Wichtigkeit und dem Geschäftsumfange dieser „Bestellanstalt" machen können. Es mögen wohl 7 bis 8 Millionen solcher durch dieselbe bestellten Papiere in einem Jahre vorkommen. Während der Buchhändlermesse, welche alljährlich zu Ostern abgehalten wird, dient die Börse als Abrechnungslokal für die Buchhändler über die im Laufe des vergangenen Jahres abgemachten Geschäfte, und es mögen dabei wohl in jeder Messe 7 bis 8 Mill. Thaler umgesetzt werden. (Fr. Pstz.)

Aus der Pfalz, 27. April. Durch Regierungs-Entschließung ist (mit Bezug auf den k. Bescheid bezüglich der General-Synode) der Gebrauch des neuen Gesangbuches in den Schulen jener Gemeinden, bei welchen der Gebrauch des neuen Buches in der Kirche dermalen noch nicht stattfindet, bis auf weitere Anordnung suspendirt. (Pf. Z.)

Preußen. Vor Kurzem berichteten wir, daß an verschiedenen Punkten der Ostgrenze Oesterreichs Pulver entdeckt worden sey, welches unter falscher Deklaration nach den Donaufürstenthümern geschmuggelt werden sollte. Jetzt schreibt die „Schles. Ztg." aus Breslau: „Vor etwa zehn Tagen kamen als Frachtgut mit der märkischen Eisenbahn über Görlitz aus Sachsen 80 Centner Kolophonium, wie der Begleitschein lautete, des Abends hier an und blieben hier über Nacht im hiesigen Steueramtsschuppen liegen, da sie erst am andern Morgen nach ihrem Bestimmungsort, einer Stadt in der Wallachei, abgehen konnten. Jetzt hat sich ermittelt, daß jenes angebliche Kolophonium Pulver war, da an der wallachischen Grenze zufällig eine steueramtliche Nachwiegung der Fässer stattgefunden und sich dabei ein Manco ergeben hat, welches zur Entdeckung der gefährlichen Ladung führte. Dieselbe wurde selbstverständlich mit Beschlag belegt."

Die halbamtliche „Preuß. Ztg." bringt einen Artikel über den Schritt der Berliner Stadtverordneten, in welchem die von den Stadtverordneten erhobenen Anklagen theilweise als grundlos oder doch zweifelhaft, theilweise als bereits durch die Verfügung des Innern erledigt bezeichnet werden. Wegen der finanziellen Forderungen der Stadt Berlin an den Staat werden die Stadtverordneten wieder auf den Civilweg hingewiesen, den sie bisher nicht gangbar gefunden haben.

Hannover. Hannover, 28. April. In Folge der exclusiven Richtung, die bei unserer Geistlichkeit neuerdings herrschend geworden, haben die Injurienprozesse gegen Geistliche wegen Ausfällen von der Kanzel in auffallender Weise zugenommen. Dem Kultusminister ist diese Sache fatal gewesen, und auf seine Verwendung hat kürzlich der Justizminister ein Ausschreiben erlassen, um solchen Prozeßverhandlungen thunlichst vorzubeugen. Den Vertretern der Kronanwaltschaft bei den Polizeigerichten wird darin aufgegeben, in Fällen, wo Geistliche wegen Injurien denuncirt werden, vor Erhebung der Klage jedes Mal die Genehmigung der vorgesetzten Kronanwaltschaft einzuholen. Für den Fall einer Civilklage aber gegen Geistliche wegen Injurien ist den Amtsgerichten anheim gegeben, den Termin zur öffentlichen Verhandlung über die Sache auf mindestens vier Wochen hinauszusetzen. Diese letztere Maßregel ist darauf berechnet, in der Zwischenzeit die Sache friedlich zu schlichten. (Fr. J.)

Oesterreich. Wie der „Pesther Lloyd" mittheilt, hat von dem im „Wanderer" mitgetheilten „ungarischen Programm" weder Deak noch Eötvös etwas gewußt. Nach dem „Pesti Naplo" hat es „ein Mitglied des Reichstags, dessen Name auch in weitern Kreisen bekannt sey, einen Mann, der — wenn in diesem Augenblicke von Parteien die Rede seyn könne — zur Partei Deak's gehöre", zum Verfasser. „Magyarorszag", indem es das Programm bespricht, bemerkt unter Anderm: „Wie wäre ein Einvernehmen zwischen uns und dem Parlament der andern Hälfte der Monarchie denkbar, wenn Oesterreich in Deutschland und Italien auf freiheitsfeindlichem Boden steht, wenn es mit seinen Truppen das Unterdrückungssystem Hessens unterstützt und 6000 modenesische Soldaten unterhält? In der deutsch-slawischen Hälfte der Monarchie trägt der Staat die Kosten des öffentlichen Unterrichts und Kultus, während bei uns diese Ausgaben aus dem Erträgniß großer Stiftungen gedeckt werden. Wenn daher vom Ausgabebudget des Gesammtstaats die Rede wäre, könnte man da von uns verlangen, daß wir auch die Lasten der andern Hälfte tragen sollen?"

Wien, 28. April. Auch die Herzogin von Parma hat gegen den von Viktor Emanuel angenommenen Namen eines Königs von Italien Protest eingelegt.

Frankreich.

* Paris, 28. April. Der in dem Ministerium des Auswärtigen abgehaltene Bazar zum Besten der christlichen Wittwen und Waisen im Libanon hat bedeutende Summen eingetragen. Nicht unbemerkt blieb es, daß die Damen des Faubourg St. Germain (Legitimisten-Viertel) den einen, die der offiziellen Welt (d. h. der napoleonischen Würdenträger) den andern Theil des Bazars eingenommen hatten, wodurch dieser sich gleichsam in zwei getrennte Lager schied. Es herrschte natürlich auf beiden Seiten der noble Ehrgeiz vor, möglichst viel zu verkaufen und einzunehmen. Am meisten haben durch diese Rivalität die Einnahmen gewonnen und das war am Ende doch die Hauptsache.

Nizza, 13. April. Gestern berief der Präfekt alle hiesigen Redakteure zu sich und bedeutete ihnen im Auftrage des Ministerium, in ihren Journalen durchaus nichts zuzulassen, was auf eine Verlängerung der französischen Besatzung Syriens abziele. Wahrscheinlich sind in ganz Frankreich ähnliche Befehle ertheilt worden. Der Wind weht jetzt wieder anders, und England soll nicht weiter gereizt werden.

Italien.

Am 23. v. M. haben die Liberalen in Rom den Geburtstag Viktor Emanuels feierlich begangen, indem sie auf den Haupt-

Philipp Jakob Fallmerayer.

München, 27. April. Der Professor und Akademiker Fallmerayer war als der Sohn armer Landleute geboren zu Tschötsch (oder Tschötsch) bei Brixen in Tyrol am 10. Dezbr. 1791, und hat sonach ein Lebensalter von nicht ganz 70 Jahren erreicht. Im Alter von 13 Jahren kam er an die Domschule nach Brixen, wo er an fünf Jahre blieb, worauf er aber 1809 heimlich nach Salzburg entwich und dort seine Studien fortsetzte, namentlich aber jene der orientalischen Sprachen unter der Leitung des in Göttingen gebildeten gelehrten Benediktiners Peter Albert Naguzaun an der Bibliothek des Stiftes St. Peter begann. Nachher studirte er zu Landshut an der Universität neben der Rechtswissenschaft vorzüglich Geschichte, Philologie und Sprachenkunde. Als Infanterie-Lieutenant 1813 in's bayerische Heer eingetreten, machte er die Schlacht bei Hanau und die Feldzüge in Frankreich mit, wo er auch noch mit der Okkupationsarmee mehrere Jahre stehen blieb. 1818 in's Vaterland zurückgekehrt, trat er wieder aus dem Heere aus und kehrte zu seinen Studien zurück, erhielt eine Anstellung an der Lateinschule zu Augsburg, und wurde 1826 zum Professor der Philologie und Geschichte am Lyzeum zu Landshut befördert. 1831 machte er mit dem russischen General Grafen Ostermann-Tolstoy seine erste Reise nach dem Orient, auf welcher er Aegypten, Palästina, Syrien, Cypern, Rhodus, die jonischen Inseln besuchte, dann längere Zeit in Konstantinopel blieb und eifrig die türkische Sprache studirte. Von dort kehrte er über Griechenland und Neapel in's Vaterland. Nach seiner Rückkehr wurde er zum Mitglied der Akademie der Wissenschaften ernannt, aber seine Lehrstelle war inzwischen wieder besetzt worden. Er ging daher 1836 durch Südfrankreich nach Florenz, Rom und Pisa, und brachte dann vier Jahre größtentheils beim Grafen Ostermann-Tolstoy in Genf zu. 1840 unternahm er seine zweite Reise nach dem Orient; diesmal die Donau hinab, über das schwarze Meer nach Trapezunt und Konstantinopel, besuchte auch den Berg Athos, Macedonien, Thessalien und einen großen Theil von Griechenland. Seine Reise-Eindrücke legte er in zahlreichen Berichten an die „Allg. Ztg." und in seinen „Fragmenten aus dem Orient", von welchen er den Namen des „Fragmentisten" erhielt, nieder. 1847 machte er seine dritte Reise über Konstantinopel, Brussa und den Olymp nach Palästina, Syrien und Kleinasien, und kehrte 1848 von Smyrna aus in die Heimath zurück. Bald darauf wurde er von hier in's Parlament nach Frankfurt gewählt, wo er auf der Linken saß, und von wo er auch 1849 dem Rumpfparlament nach Stuttgart folgte, und an den bekannten Beschlüssen desselben sich betheiligte, was ihm den Verlust seiner Professur an unserer Hochschule zuzog*). Den Winter von 1849 und die ersten Monate von 1850 lebte er in der Schweiz zu Appenzell und St. Gallen, und seit April des genannten Jahres wieder hier in München, lediglich mit seinen literarischen Arbeiten sich beschäftigend. Von diesen sind außer den schon genannten hervorzuheben seine „Geschichte des Kaiserthums Trapezunt", die 1831 zu München erschien, und die „Geschichte der Halbinsel Morea im Mittelalter", welche in zwei Bänden 1830 bis 1836 zu Stuttgart herauskam, und bekanntlich wegen der darin von ihm aufgestellten Ansicht über die Abstammung der heutigen Griechen zu zahlreichen literarischen Fehden und Gegenschriften Anlaß wurde. Schon seit längerer Zeit an einem Rückenmarkübel leidend, hatte ihn dieses in der jüngsten Zeit zu jeder anhaltenden geistigen Beschäftigung unfähig gemacht, und diesem ist er jetzt auch nach einem vielbewegten Leben und mannigfachen Schicksalswechseln erlegen. Post varios casus et tot discrimina rerum ist er nun eingegangen zur ewigen Ruhe. Friede seiner Asche! (N. M. Z.)

*) Und einen bayerischen Steckbrief, worin als besonderes Kennzeichen ein fehlender Vorderzahn angegeben war!

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 120.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 1. Mai 1861.

Deutscher Bund.

Gotha, 28. April. Im Gasthofe „zur Stadt Koburg" hier fand gestern und heute eine Versammlung von thüringischen Landtagsabgeordneten zu dem Zwecke statt, ein gemeinsames Vorgehen zunächst der thüringischen Landesvertretungen, namentlich in allen brennenden politischen Fragen zu erzieten. Die Einladung ging vornehmlich von einem Ausschußmitgliede des Nationalvereins aus und dürfen auch fast alle Mitglieder der Versammlung zur sogenannten „nationalen" Partei gezählt werden. Man war daher auch bald in den Hauptpunkten einverstanden, so daß die heutige Konferenz nur eine Stunde dauerte. (Frkf. Postztg.)

Wien, 29. April. Das heutige Abendblatt der amtlichen „Wiener Zeitung" erklärt in Bezug auf die Verhandlungen über die Bundes-Kriegsverfassung zwischen den beiden deutschen Großmächten: „Politische Forderungen seyen an Preußen nicht gestellt worden, namentlich nicht wegen einer Garantie des Besitzes von Venedig, welcher ohnehin durch die bestehenden Verträge gesichert sey; sie bedauert, daß einzelne Parteiorgane versuchen, selbst zwischen deutschen Regierungen Mißtrauen auszustreuen. Die Regierungen seyen von der Nothwendigkeit fortdauernder Verständigung und wahrer Innigkeit durchdrungen und ihre guten Beziehungen keinen Augenblick gefährdet gewesen." (Das lautet sehr schön, ändert aber an der traurigen Thatsache nichts.) (Tel. d. Frkf. Postztg.)

Bayern. München, 29. April. Se. Maj. der König hat dem von den Priestern J. B. **Höchstetter**, Pfarrer in Oberhummel, Ldg. Freising, und Max **Lengmüller**, Hoppenbichler'scher Benefiziat in Rosenheim, Ldg. gl. Namens, beabsichtigten Pfründetausche die Genehmigung ertheilt. (N. M. Z.)

München, 27. April. Heute ist der **Lorbeerkranz**, welchen eine Anzahl deutscher Fürstinnen der Königin Marie von Neapel zum Geschenke gemacht haben, bei der Frau Herzogin Max, der Mutter der Königin Marie, eingetroffen, mit dem Ersuchen, das ebenso werthvolle als elegante Ehrengeschenk an seine Adresse befördern zu wollen; mit dem nächsten Kurier wird dasselbe nach Rom abgehen, da ein Besuch der kgl. Majestäten von Neapel sobald noch nicht zu erwarten ist. — Der Preis des **Einbockbieres** aus dem k. Hofbräuhaus ist für heuer auf 11 kr. vom Ganter per Maß festgesetzt. Im Bockkeller kostet demnach die Maß Bock 12 kr., ein Preis, wie er noch nicht da war. (A. Postz.)

München, 28. April. Se. Maj. der König **Ludwig** begibt sich Ende Mai oder Anfangs Juni nach Dresden und Berlin, um seine beiden im Wittwenstand lebenden Schwestern, Königin Marie von Sachsen und Königin Elisabeth von Preußen, zu besuchen und dieselben gleichzeitig zum Sommeraufenthalte nach Berchtesgaden und Leopoldskron persönlich einzuladen. (A. Abdz.)

Der Referent des 3. Ausschusses der Kammer der Reichsräthe über den Paur'schen Antrag, die Ansässigmachung der **Israeliten** betr., Fürst v. Hohenlohe, beantragt Beistimmung zu dem Beschlusse der 2. Kammer. (Südd. Z.)

Der 1. Ausschuß der Kammer der Abgeordneten hat sich jüngst mit den Anträgen des Dr. **Barth** über die laesio ultra dimidiam partem, über die Erbrechte unehelicher Kinder, über die Defloratiousklagen ꝛc. beschäftigt. In letzterem Punkte wurden die Anträge des Dr. Barth zwar mit 5 gegen 4 Stimmen abgelehnt, jedoch weniger aus materiellen Gründen, als aus der Erwägung, daß dieser Gegenstand nur mit gleichzeitiger oder nach vorgängiger Regelung anderer davon berührter gesetzlicher Bestimmungen geordnet werden könne.

** **München**, 29. April. (Privat-Korresp.) Aus der Berathung der 2. Kammer über den Gesetzentwurf, die Erweiterung des **Telegraphen-Netzes** betr., tragen wir noch Folgendes nach. — Der Gesetzentwurf lautete nach der Regierungsvorlage, wie folgt: Art. 1. Zur Vervollständigung des im Königreiche bestehenden Telegraphen-Netzes sind nach Maßgabe des Bedürfnisses und des Uebereinkommens über den Anschluß mit andern Staaten folgende Telegraphen-Linien in Ausführung bringen zu lassen: 1) von Lindau durch den Bodensee nach Rorschach; 2) von Speyer über Neustadt, Kaiserslautern und Homburg an die preußische Grenze bei Saarbrücken mit Abzweigung von Neustadt nach Deidesheim und Dürkheim, dann von Homburg nach Zweibrücken und Pirmasens; 3) von Aschaffenburg über Miltenberg an die badische Grenze bei Neukirchen; 4) von Ansbach über Marktbreit und Kitzingen nach Würzburg; 5) von Nürnberg über Amberg nach Regensburg mit Abzweigung von Amberg über Schwandorf nach Furth an die böhmische Grenze; 6) von Ingolstadt nach Regensburg mit Abzweigung von Post-Saal nach Kelheim; 7) von Rosenheim über Wasserburg und Simbach nach Neuhaus und von Reichenhall nach Simbach; 8) von Amberg über Weiden an die Landesgrenze bei Eger und von Weiden über Kemnath nach Bayreuth. Art. 2. Der Anschlag der Kosten hiefür ist auf den Maximalbetrag von 200,000 fl. festgesetzt. Art. 3. Die Mittel zur Deckung dieser Kosten sind aus der nach den einschlägigen Dotationsgesetzen für die Projektirung der Ostbahnlinien bestimmten, dermalen noch verfügbaren Summe von 287,240 fl. zu entnehmen. Art. 4. Der hiernach noch verbleibende Restbetrag zu 87,240 fl. ist zur Anschaffung von Fahrmaterial für die Staats-Eisenbahnen zu verwenden. Art. 5. Das Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten ist ermächtigt, bei sich ergebendem Bedürfnisse die Mehrerträgnisse der kgl. Telegraphenanstalt über die budgetmäßig festgestellte Ablieferungssumme — in so weit nöthig — zur Herstellung weiterer Telegraphen-Verbindungen zu verwenden. Der Ausschuß beantragte die Annahme des Entwurfs mit der Aenderung, daß der Art. 5 folgende Fassung erhalten soll: „Das k. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten" ist ermächtigt, die sich bei Ausführung der in Art. 1 bezeichneten Linien gegenüber dem in Art. 2 festgesetzten Maximalbetrag ergebenden Erübrigungen — in soweit nöthig — zur Herstellung weiterer Telegraphenverbindungen zu verwenden." In der allgemeinen Debatte sprach sich nur Frhr. v. **Lerchenfeld** gegen den Gesetzentwurf aus, weil die Telegraphenanstalt bisher kein günstiges finanzielles Resultat ergeben habe; für den Entwurf sprachen die Abgg. Römich, Medicus, Referent Neuffer, Schlör und Föckerer, dann der k. Staatsminister Frhr. v. Schrenk, welcher erklärte, daß den mehrfach geäußerten Wünschen, in kleinen Orten den Telegraphendienst mit dem Post- oder Eisenbahndienst in einer Person zu verbinden, entsprochen werden soll. Zu Art. 1 wurden dann zwei Modifikationen eingebracht: vom Abg. Umbscheiden: daß die Ziffer 2 im Eingang lauten soll: von Landau über Edenkoben, Neustadt ꝛc., dann vom Abg. Lang, wonach am Schluß der Ziffer 2 beigefügt werde: „sowie von Homburg nach St. Ingbert. Nach kurzer Debatte wurde Art. 1 mit diesen Modifikationen angenommen, dann den weiteren Artikeln beigestimmt und zwar dem Art. 5 nach Vorschlag des Ausschusses. Die Schlußabstimmung über den ganzen Gesetzentwurf ergab dann die Annahme mit 121 gegen 5 Stimmen. — Die Kammer ertheilte hierauf ohne Debatte den folgenden Regierungsvorlagen bez. Zoll- und Handelswesen die nachträgliche Zustimmung: 1) die Abänderung des Vereinszolltarifs vom 1. Januar 1857, 2) der Handels- und Schifffahrtsvertrag mit Sardinien vom 28. Oktober 1859 und 3) der deßfallsige Vertrag mit der Argentinischen Konföderation vom 19. Sept. 1857.

München, 29. April. Am 20. d. M. wurde nun auch die Haupt-Actrice der bekannten „Mittheilungen seliger Geister," Maria **Kahlhammer**, nachdem sie ihre Handlungsweise bereut, von der über sie verhängten Exkommunikation kirchlich losgesprochen. (Südd. Z.)

Die Nachfrage für süddeutsche Papiere erhält sich. In Anbetracht des hohen Standes aller sonstigen 4proz. Obligationen dieser Gattung glauben wir die Aufmerksamkeit der Kapitalisten auf die 4proz. Nassauer lenken zu sollen, welche im Verhältniss zu ihren Nachbaren bei gleicher Solidität doch namhaft billiger sind und sich daher vortheilhaft zum Tausch dagegen eignen. Auch in schwedischen war lebhaftes Geschäft und wurden ziemlich belangreiche Beträge vom Markte genommen. 4proz. Luxemburger gleichfalls angenehm und 3½proz. Braunschweiger gesucht ohne Abgeber. Von spanischen sind die 1¾prozent. gestiegen, die 3prozent. eher matt. Die Hinausgabe der neuen Stücke verzögert sich über Gebühr.

Unter den Kreditaktien haben die österreichischen von der steigenden Tendenz den meisten Nutzen gezogen und seit 8 Tagen 7 fl. gewonnen. Auch Darmstädter versuchten einen Aufschwung, konnten sich aber, da Berlin theilnahmlos blieb, nicht behaupten. Meininger schliessen 1½ pCt. niedriger. Von Zettelbanken Frankfurter fest, dagegen österreichische, Montag bereits bis 572 gestiegen, wieder nachgegeben haben.

Von Eisenbahnaktien war einiges Geschäft in österr. Westbahn, sie erholten sich von dem Fall in Mitte der Woche und schliessen gefragt zu 116½. Pfälzische Bahnen gut behauptet, zumal Weissenburger bis Pari gehalten. Hessische Ludwigsbahn bis 100 bezahlt. Die Dividende wird auf 5¾ pCt. taxirt, ¼ pCt. mehr als 1859; die Bahn hat rein etwas über 6 pCt. ertragen. Was den Kurs der Aktien drückt, ist die schwere Prioritätenlast. Nahebahn wieder um ein paar Prozent gefallen, mit geringer Hoffnung sich zu erholen.

Der Ultimo dürfte sich leicht abwickeln, da, wie schon gesagt, den Bedürfnissen der Baissepartei gegenüber sich einige Hausse-Engagements zeigen. Die Prolongation muss sich indess innerhalb sehr mässiger Gebühren halten, da die Geldabundanz auf der Börse noch eher in Zunahme ist und bei irgend annehmbaren Zinsen Prolonganten genug bei der Hand sind. — Von Wechseln Paris in allen Sichten gefragt und namentlich für die Arbitrage, London im Weichen, Amsterdam 99¼ in Posten bezahlt und Geld. Wien erhält sich ziemlich stationär, Thalerdevisen sehr matt, Bremen zu 95⅞ in amerikanischen Briefen gehandelt. (Aktionär.)

Neueste Nachrichten.

München, 27. April. Heute Nachmittag fand das Begräbniß Fallmerayer's statt. Zwei Lorbeerkränze schmückten den Sarg, dem zahlreiche Personen aus allen Ständen folgten. Unter den anwesenden Mitgliedern der Akademie der Wissenschaften bemerkte man auch den Abt Dr. Haneberg und Stiftspropst Dr. Döllinger. Nach der kirchlichen Einsegnung hielt der Sekretär der ersten Klasse der Akademie, Prof. M. Müller, die Grabrede, in welcher sich der Redner in Kürze über das Leben und Wirken des Verlebten und über die Verfolgungen, die ihm einst als Lehrer und später als Mitglied der deutschen Nationalversammlung, resp. des Rumpfparlamentes, zu Theil wurden, verbreitete. Eine ausführliche Gedenkrede auf Fallmerayer wird erst in der nächsten öffentlichen Sitzung der Akademie gehalten werden. (N. K.)

Wien, 26. April. Die Hörer der technischen Hochschule zu Wien haben sich in einer mit 433 Unterschriften bedeckten Adresse an den als liberal bekannten Gemeinderath Johann Strudel mit der Bitte gewendet, derselbe möge dahin wirken, daß die Namen der in den Märztagen des Jahrs 1848 gefallenen oder an den erhaltenen Wunden verstorbenen Mitbürger in das zu errichtende Denkmal eingemeißelt werden. — Nach einer neuen Verordnung des k. k. Polizeiministerium wurden alle seit dem Jahr 1849 erlassenen Bücherverbote mit Ausnahme einer ganz kleinen Anzahl italienischer, französischer, polnischer und deutscher Werke, welche meistens Flüchtlinge zu Verfassern haben, aufgehoben. Die Zahl der in deutscher Sprache geschriebenen und verbotenen Werke ist nur 35. (W. Bl.)

Wien, 28. April. Der Kaiser ernannte zum Präsidenten des Herrenhauses: Karl Wilhelm Fürsten v. Auersperg (nicht zu verwechseln mit dem Dichter, Grafen Anton v. Auersperg), zum Vicepräsidenten: Philipp Frhrn. v. Krauß; zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses: den Dr. Heinz, zu Vicepräsidenten: den Professor Hasner und den Grafen Mazzuchelli. (T.d.A.Z.)

Triest, 27. April. Nachrichten aus Genua vom 24. zufolge lief vor drei Tagen von dort ein Schiff unter englischer Flagge aus, welches Eigenthum der dortigen Dampfschiffahrtsgesellschaft ist und Waffen und Munition nach den slavischen Provinzen der Türkei bringen soll. Das Schiff „Firenze" führte 600 Freiwillige hin. Am 10., 12. und 13. d. gingen drei Schiffe mit Kanonen nach derselben Richtung ab. Garibaldi's Freund, Oberst de Boni, wurde nach England geschickt, um Gewehre einzukaufen und eine Anleihe abzuschließen. (So wird der „Oesterr. Korresp." gemeldet, jedoch ohne Angabe der Quelle, aus der die Nachrichten stammen.) (Tel. d. Ostd. P.)

Turin, 28. April. Aus Neapel vom Gestrigen haben wir die telegraphische Nachricht, daß den Tag zuvor dort ein Aufstand ausgebrochen, aber unterdrückt worden sey. Viele neue Verhaftungen seyen vorgenommen worden. Aus den Provinzen meldet man, daß Aufständische gegen Neapel rücken, im Glauben die Insurrektion sey gelungen. Auch sind 500 Insurgenten aus dem Kirchenstaat in die Provinz Aquila (Abruzzen) eingedrungen. Endlich sind vier Schiffe mit bourbonischen Soldaten am 25. d. von Civitavecchia nach Neapel abgegangen. In Neapel aber herrscht jetzt Ruhe. (T.d.A.Z.)

Mailand, 24. April. Viele venetianische Emigranten, die am 23. d. an der hier stattgehabten Demonstration zu Gunsten Garibaldi's Theil genommen, wurden verhaftet. (T.d.Ostd.Post.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Röhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	—
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	60½ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	60⅜ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	42 G.
„	4½ pCt.	37⅝ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	87¼ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	103 P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102¼ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102½ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100⅛ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100⅛ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104¾ P. ⅝ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94⅝ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	103 P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	94¾ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	102 P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94¼ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	101⅝ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99⅜ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98¾ P.
„	3 pCt. Obl.	91 G.
Spanien	3 pCt. int. Sch. P. à fl. 2. 30	47¼ G.
„	1¾ pCt. „ „ „	41¾ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	98¾ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	108⅞ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	576 P. 572 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	129½—130 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	183 P. 182 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	72½ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien	70 G.
Internationale Bank in Luxemb.	82 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	322 P. ex D.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	68⅛ P.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	225 P. 222 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	119½ P. 118½ G.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	72½ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	19¾ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt.	129½ P. ¼ G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	98½—⅞ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50¼ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	234½ P. ex.C.
Span. Handels- u. Industrie	510 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	456 G.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	103¾ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100¾ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99½ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅛ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96⅛ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	87¾ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ B.
London Lst. 10 k. S.	117⅛ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅛ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	79⅛—⅞ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	74 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	48¼ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	57½ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	130¼ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	64⅜ P.	„ fl. 25 do.	36⅜ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858	92½ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	34½ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	119¼ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	51 P. 50⅝ G.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	37¼ P.
Badische fl. 50	90¼ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10¾ P.
Badische fl. 35	52¾ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 29. April. Für österr. Fonds, Bank- und Kreditaktien dauert die steigende Bewegung fort. Auch Wechsel auf Wien erfuhren eine ansehnliche Preiserhöhung. Die günstige Stimmung erhielt sich bis zum Schlusse und das Geschäft war ziemlich belebt. (Synd.)

des Herrn Schwarck unmöglich eine Ermuthigung finden kann, über diese hinauszugehen. Indessen hat diese Korporation ihr Wort gesprochen, sie trägt es mit ihrem ganzen Ansehen, und ob sich das Mittel finden wird, es wie die andern ins Leere verhallen zu lassen, das wollen wir vorerst abwarten."

Thüringen. Gotha, 27. April. Wegen des Druckes der bekannten Beyer'schen Predigt (Beyer ist deutschkatholischer Prediger) ist vor einigen Tagen gegen den hiesigen Drucker die Untersuchung wegen Gotteslästerung eröffnet worden.

= **Oesterreich.** Wien, 27. April. (Privat-Korresp.) Erzherzog Ferdinand Max, als Oberbefehlshaber der österreichischen Marine, wird im Reichsrath einen Dringlichkeits-Antrag, das Marinebudget auf 30 Millionen Gulden zu erhöhen, einbringen. Der Finanzminister hat es, wie wir hören, halb und halb abgelehnt, die Wünsche des Erzherzogs in seiner Budgetvorlage zu berücksichtigen, und so muß dieser seine Ansichten als Mitglied des Herrenhauses selbständig zur Geltung bringen. — Die Sammlungen für Schuselka haben bis jetzt ergeben 2600 fl. von seinen Wählern, und 9200 fl. vom Komite der Concordia; zusammen 11,800 fl.

Frankreich.

Aus Paris wird der „N. Pr. Z." geschrieben, daß die Veranlassung der Moniteur-Note zur „Abwiegelung" der Polen eine Beschwerde des russischen Gesandten, Grafen Kisseleff, gewesen sey, laut welcher der Prinz Napoleon in aufgefangenen Briefen des Mieroslawski stark kompromittirt sey.

Die neuesten Berichte aus Cochinchina melden, daß die französischen Truppen in dem verschanzten Lager, dessen sie sich bemächtigt haben, umzingelt sind. Man fürchtet, daß trotz der errungenen Erfolge die militärischen Operationen vor Saigun viel länger dauern werden, als man geglaubt hatte.

Italien.

Turin, 25. April. Die Freude über die Versöhnung zwischen Garibaldi und Cavour ist hier unbeschreiblich. Der König hat eine große Rolle bei Bewerkstelligung dieser Versöhnung gespielt. Er hatte noch gestern Nachmittags dem Ministerpräsidenten seine Absicht angezeigt, ihn mit Garibaldi auszugleichen. Cavour dankte dem Könige und erklärte sich seinerseits zu allen Opfern bereit. Nachdem Cavour den Residenzpalast des Königs verlassen, berief er die Mitglieder der Majorität des Parlaments zu einer Versammlung für den Abend ein, um eine wichtige Mittheilung der Regierung entgegen zu nehmen. Nachdem der König mit Cavour sich verständigt hatte, ließ er den General Garibaldi zu sich bitten. Als Cavour kurze Zeit darauf eingeführt wurde, bat er den General, die Bedingungen auseinander zu setzen, von deren Bewilligung er seine Unterstützung der Regierung abhängig mache. Garibaldi verlangte, was er in der Kammer verlangt hatte (nämlich Berücksichtigung der von ihm bei der früheren Südarmee ernannten Offiziere), ließ sich aber einige Modifikationen gefallen, und die Einigung war bald vollzogen. Garibaldi reichte Cavour die Hand, und dieser schüttelte sie mit sichtlicher Bewegung. Die beiden Männer umarmten sich hierauf, und der König rief in Thränen ausbrechend: „Dies ist der schönste Augenblick meines Lebens, und ich fühle mich glücklicher, als hätte ich zwei Schlachten für Italien gewonnen!" Man blieb noch einige Augenblicke beisammen, und Viktor Emanuel erzählte, wie es schon seit lange sein innigster Wunsch gewesen, vermittelnd und versöhnend zwischen den Beiden aufzutreten, daß er sich jedoch aus Achtung vor den konstitutionellen Grundsätzen jeder persönlichen Einmischung enthalten habe. Da nun aber die Spaltung eine für die Sache des Vaterlandes bedrohliche Wendung genommen, habe er es, auf die Beistimmung der Nation zählend, für seine Pflicht gehalten, persönlich einzuwirken. Als Garibaldi nach Hause kam, lud ihn General Bixio ein, zu Pallavicino zu gehen, der unwohl sey, das Zimmer nicht verlassen könne und ihn zu sprechen wünsche. Er fuhr sogleich zu seinem Freunde. Als er bei diesem in die Stube trat, fiel ihm Cialdini um den Hals und entschuldigte sich. Garibaldi umarmte den alten Freund und sagte: „Laß uns kein Wort darüber verlieren!" Cavour seinerseits eilte in die philharmonische Akademie und erzählte den dort versammelten Parlamentsmitgliedern, was geschehen. Die Freude der Anwesenden steigerte sich noch, als kurz darauf die bei Pallavicino vorgefallene Scene erzählt ward. (Köln. Z.)

Neapel, 19. April. Von den 3000 Offizieren der neapolitanischen Armee sind, trotz der Dekrete und Kapitulationen, welche ihnen den Eintritt in den sardinischen Dienst versprechen, kaum 300, und von diesen wiederum nur wenige zum aktiven Dienst wirklich angenommen worden. Die übrigen, welche die Aufnahme nicht verlangten, oder denen sie verweigert wurde, weil ihre politische Gesinnung nicht genügend verbürgt schien, sind zum großen Theil — in der Absicht, einen Umschwung der Verhältnisse abzuwarten — hier in Neapel in das tiefste Elend gerathen. (Allg. Ztg.)

Rußland und Polen.

Wirklicher Sympathie für die polnische Bewegung begegnet man in Petersburg, wie der „Preuß. Ztg." von dort geschrieben wird, nur unter den einzelnen jugendlichen Brauseköpfen — Studenten, jungen unselbständigen Kaufleuten 2c. —, welche die Polen aus eigener Anschauung und Erfahrung gar nicht kennen, endlich unter einigen überspannten Literaten, welche ihre panslavistischen Schwärmereien in der Regel in den „Wjädomosti" ablagern.

Der Berichterstatter der „Breslauer Zeitung" erklärt es für eine sehr starke Entstellung der Wahrheit, wenn die (gestern erwähnte) polizeiliche Bekanntmachung sage, es habe keine Verletzung des Eigenthums stattgefunden. Man sehe, sagt derselbe, Uhren, Ketten, Stöcke und Ringe von den Soldaten auf den Straßen verkaufen.

Die Warschauer „Polizei-Zeitung" vom 25. April konstatirt ferner den Uebertreibungen der fremden Zeitungen gegenüber, daß in Modlin nicht 300, sondern noch nicht 100 Gefangene sitzen, daß der Oberst Peucker, der „seit langer Zeit an Hypochondrie gelitten", sich am 7. April Morgens erschossen hat, daß die Kosaken in Chelm kein Feuer angelegt haben 2c.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 26. April. J. kgl. Hoh. Prinzessin Alexandra veranstaltet eine Lotterie, deren Ertrag zur Gründung einer „Armenküche" für unbemittelte Reconvalescenten, welche die Wohlthat des Krankenhauses nicht genießen können, bestimmt ist. Die Gewinnste sind sehr werthvoll und bestehen nur aus Geschenken der königl. und prinzl. Herrschaften, sowie des Adels. (Augsb. Postz.)

Berlin, 27. April. Die ständige Deputation des volkswirthschaftlichen Kongresses hat beschlossen, die diesjährige Versammlung vom 9. bis zum 12. September in Stuttgart abzuhalten. (Zeit.)

Gotha, 27. April. Vom 8. bis 11. Juli d. J. soll hier ein deutsches Schützenfest gefeiert werden, mit welchem am 8. und 9. das erste Thüringer Turnerfest verbunden wird. Der für das Schützenfest aufgestellte und bereits veröffentlichte Festplan bezeichnet als den Zweck des Festes: die Kunst des Büchsenschießens zu fördern und eine Anregung zur Bildung deutscher Schützenvereine behufs der Wehrhaftmachung aller waffenfähigen Deutschen zu geben. Der für das Fest gewählte Ausschuß hat bereits die Einladungen nach allen Theilen Deutschlands erlassen. (Fr. Postz.)

Wien, 26. April. Der durch seine intimen Beziehungen zu Meyerbeer bekannte musikalische Schriftsteller Hr. Dr. Bacher ist plötzlich wahnsinnig geworden. Sonntag den 21. d. M. wohnte er noch der Aufführung des „Sommernachtstraums" bei, und Montag mußte er dem Irrenhaus übergeben werden.

Mit Anfang des Monats April haben die Fischer der Bai von St. Brieuc in Frankreich zum ersten Male eine der seit 1857 von Herrn Coste angelegten künstlichen Austernbänke ausgebeutet. Innerhalb fünf Tage lieferte diese eine Bank 4,500,000 Austern von ansehnlicher Größe, die an Ort und Stelle für 70,000 Fr. verkauft wurden. Nehmt ein Exempel daran an der Nordsee!

Im russischen Gouvernement Minsk sind in einer Nacht 60 Personen von einem rasenden Wolfe meist schwer verwundet, darunter ein Jude getödtet worden. Die große Zahl der Verwundeten erklärt sich dadurch, daß die Bewohner eines Dorfes auf dem Hülferuf eines der vom Wolfe Angefallenen, im Wahne, es sey Feuer ausgebrochen, in Masse unbewaffnet aus den Häusern liefen und in diesem Zustande, zumal in dunkler Nacht, wehrlos dem wüthenden Thiere Preis gegeben waren. Einer der Verwundeten packte in der Verzweiflung den Wolf bei den Ohren, drückte dessen Kopf an einen Zaun, als ein anderer mit einem Beile herbeisprang und das Thier tödtete.

Handels- und Börsenberichte.

Frankfurter Börse (vom 22. bis 27. April).

Samstag. Die Hausse der Woche kam namentlich den österreich. Effekten zu gut. In National war sehr lebhaftes Geschäft und sie sind gegen vor acht Tagen beiläufig 1½ pCt. besser gegangen.

gelingen, wenn die Regierung einmal den Beschluß gefaßt hat, keine Notiz davon zu nehmen!"

Berlin, 26. April. Berlin war schon gestern und ist noch heute durch Eine Angelegenheit so sehr beherrscht, daß ein neuer Aufstand der Polen oder der Abzug der Franzosen aus Rom oder sonst ein weltgeschichtliches Ereigniß nicht im Stande wäre, jene Angelegenheit dem ganz besondern Interesse der Berliner zu entrücken. Wiederholt sind schon Mittheilungen hiesiger Zeitungen über unbefugte Disposition der hiesigen Polizeibehörde über die Summen erfolgt, welche die hiesige Kommune zur Bestreitung der sachlichen Bedürfnisse der Polizeimannschaft zu zahlen hat. Zur Gewinnung eines sichern Anhalts Behufs weiterer Schritte in dieser Angelegenheit wurde eine aus fünf Mitgliedern des Magistrats und sieben Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung zusammengesetzte Deputation mit der Sammlung der Thatsachen und Berichterstattung über dieselben an die Kommunalbehörden betraut, und gestern nun erfolgte diese Berichterstattung in der Stadtverordnetenversammlung, welche mit dem in dieser angenommenen Schlußantrage obige Eine Angelegenheit bildet, welche die Köpfe der Berliner, aber auch einen nicht geringen Raum der hiesigen Zeitungen heute erfüllt. Nachdem festgestellt ist, daß die Summe, welche schon jetzt nach den Entscheidungen der Gerichte der Kommune zurückzuerstatten sey, bereits 200,000 Thlr. übersteige, sind als weitere Uebergriffe der hiesigen Polizei noch folgende Thatsachen nachgewiesen: Das Remontewesen der hiesigen Schutzmannschaft betreffend, werden viele unerlaubte Tauschgeschäfte mit Pferden dargethan, an welchen schon Hr. v. Hinkeldey, aber auch der Polizei-Präsident v. Zedlitz und der Schutzmannsoberst Patzke Theil genommen. Auch sey einem Offizier ein für 200 Thlr. angekauftes Pferd gegen ein anderes von ihm überlassen worden, welches schon nach 9 Monaten als unbrauchbar verkauft werden mußte. Die Listen übergäben überhaupt einen gegenwärtigen Bestand von 66 Reitpferden — 12 über den Etat — und dazu noch 4 Wagenpferde, für welche durchaus kein Titel ersichtlich sey, unter welchem die Kommune solche anzuschaffen und zu füttern habe. Diese ganze Gattung von Tausch- und Kaufgeschäften sey rechtlich für unstatthaft zu halten, und das Zusammentreffen dieser und vieler anderer Umstände ließen eine Verletzung der Kommune zu Gunsten dritter Personen vermuthen. In keiner Weise seyen ferner die Bedenken darüber erledigt, ob die der Kommune jährlich mit 23,346 Thlr. auf den Etat gesetzten Kosten der Uniformirung und Bewaffnung der Schutzmannschaft etatsmäßig und in rechter Weise verwendet seyen. Ueberhaupt ergebe das Bekleidungswesen eine Reihe von Widersprüchen, Verkürzungen der Kommune und strafbare Betrügereien, welche die in Aussicht gestellte Schadloshaltung durch spätere Ersparnisse illusorisch mache. So hätten auch alle vernommenen Zeugen versichert, daß bei Auszahlung der Arbeitslöhne für einen Rock 2 Thlr., für einen Paletot 2 Thlr. gezahlt seyen, während die von dem Polizeiobersten Patzke attestirten Belege auf $2\frac{1}{3}$ Thlr. lauteten. Von einem früheren Buchhalter des Tuchgeschäftes, welches die Lieferungen für die Schutzmannschaft besorgte, wird bekundet, daß der Wachtmeister Kühler von der Schutzmannschaft, auch die zu seinem Privatgebrauch nöthigen Tuche aus jener Handlung entnommen, sogar für andere Personen sein Konto habe belasten lassen, wofür dann die Deckung durch Rücklieferung von Tuchen erfolgt sey. In weiterem Zusammenhange mit diesem Gebiete ständen endlich auch die Mißbräuche der Schutzmannschaftsanlagen zu Rummelsburg, wonach z. B. die von der Fourage der berittenen Schutzmannschaft jährlich ersparten Wispel Hafer an die dortige Landwirthschaft abgeliefert worden und in den Büchern der Pensionskasse als Gewinn eingetragen seyen. (H. B.-H.)

Aus Berlin, 26. April, schreibt man der „Köln. Ztg.": „Wir können es nur im höchsten Grade bedauern, daß Graf Schwerin nicht von Anfang an kräftiger gegen die Berliner Polizei und namentlich gegen den Polizei-Präsidenten, Hrn. v. Zedlitz, eingeschritten ist. Seine eigenen Untersuchungen hat der Minister des Innern bekanntlich in einer Weise geführt, von der sich kaum ernsthaft reden läßt, und von den Ergebnissen der schon im vorigen November niedergesetzten Kommission, die mit der rücksichtslosesten Strenge vorgehen sollte, ist bis zur Stunde nicht das Geringste an den Tag gekommen. Dagegen hat eine mit sehr unvollkommenen Mitteln angestellte Untersuchung der städtischen Behörde eine Legion grober Mißbräuche an den Tag gebracht, obgleich die verfänglichsten Unternehmungen der Polizei, z. B. Rummelsburg und was daran hängt, von jener Untersuchung ausgeschlossen geblieben sind. Wird Graf Schwerin nun einsehen, wie übel angebracht seine Großmuth gegen den Hrn. v. Zedlitz (der, wie so manche der höheren Beamten, noch aus der Manteuffel'schen Zeit stammt) war, ganz abgesehen davon, daß dieser, einen so wichtigen Posten bekleidende Beamte ein politischer Gegner des Ministerium ist? Hatten nicht diejenigen seiner Freunde nur zu sehr Recht, die dem Minister wiederholt und dringend, aber leider immer vergeblich vorstellten, daß, wie hoch seine Ideen von der Ehrenhaftigkeit des Hrn. v. Zedlitz auch seyn mögen, doch jedenfalls dieser Herr seit dem Schillerfeste 1859 überflüssige Beweise davon gegeben habe, daß er nicht die **Fähigkeit** besitze, allen Anforderungen seines schwierigen Postens zu genügen? Möge der für seine Person gewiß ehrenwerthe Graf Schwerin jetzt endlich das Versäumte nachholen und, da Stadt und Staat nur dasselbe Interesse haben können, den Augiasstall der Berliner Polizei gründlich zu reinigen, den städtischen Behörden bereitwillig die Hand reichen, um gerichtlich gegen die Mißbräuche einzuschreiten."

Die „National-Zeitung" schreibt über denselben Gegenstand: „Es gibt Dinge, welche jeder Regierung über den Kopf wachsen, wenn sie ihnen nicht rechtzeitig beizukommen versteht; mit dem bloßen Verschließen der Augen und Ohren wird solchem lawinenartigen Anschwellen wahrlich nicht gewehrt. Daß die im Sturm und Drang der Reaktion von Hrn. v. Hinckeldey begründete Polizeiverwaltung ihren Charakter nicht geändert hatte, als sie in schlaffere Hände überging, war für die Berliner Einwohnerschaft eine auf unmittelbarer Erfahrung beruhende Thatsache, die ihr feststand, auch wenn ihr keine dicken Aktenstöße zu Gebote standen. Dem öffentlichen Urtheil, wenn es in dieser Allgemeinheit auftritt, sollte eine Regierung niemals lediglich die Scheu vor jeder Neuerung, die unbestimmte Beklemmung, daß man auf diesem Wege von einer Reform zur andern gelangen werde, entgegensetzen. Monate gingen vorüber und Jahre, wo sie die Sache vollständig in den Händen hatte, wo sie durch einige wenige einfache Maßregeln das Uebel abstellen, und die seitdem hereingebrochene Fluth des öffentlichen Aergernisses abdämmen konnte. Doch je mehr die bedenklichen Symptome sich mehrten, desto weniger ist geschehen, was hätte geschehen sollen. Für jeden Unbefangenen war nichts begreiflicher, als der ungeheure Erfolg der Eichhoff'schen Broschüren. In der That hatte der Verfasser in seinen ersten Korrespondenzen nur von der Oberfläche geschöpft. Sobald aber in Berlin bekannt wurde, daß ein hiesiger Schriftsteller sich überhaupt mit diesem Stoffe befasse, floß ihm derselbe massenweise von selbst zu. Wenn eine Schrift, wie man auch sonst die Einzelheiten beurtheile, einem allgemein gefühlten Bedürfniß in solchem Maße entgegenkommt, so ist eine feierliche Parade der Polizei ein sehr schwaches Mittel gegen ihren Eindruck. Der Stieber'sche Prozeß war eine zweite, noch weit eindringlichere Mahnung an die Regierung, endlich eine klare Lösung herbeizuführen. Das Ministerium konnte damals nicht nur noch mit allen Ehren aus dieser Sache hervorgehen, sondern sich selbst den Dank des ganzen Landes verdienen. Welche Bemühungen sind nicht von der gesammten Presse damals in dieser Richtung aufgeboten worden, welches Wohlwollen in der Wärme selbst, mit der sie den Gegenstand behandelte. Noch weniger haben die politischen Freunde des Grafen Schwerin es an ihren Bitten, ja an ihren Beschwörungen fehlen lassen. Man weiß, welche Aufnahme das Alles gefunden hat. Die Regierung läßt sich nicht drängen, weder von der Presse, noch von der Kammer — dieser dürftigste aller Gesichtspunkte scheint in solch hohem Grade maßgebend zu seyn, daß der Inhalt und Werth der Dinge, um die es sich wirklich handelt, darüber völlig verschwindet. So weit nun die Sache von dem Ministerium abhängt, hat es allerdings den Beweis geliefert, daß sie gegen seinen Willen in keiner Weise vorwärts kommen kann. Man kann die Konflikte zwischen der Justiz und der Kriminalpolizei beseitigen, indem man die Staatsanwaltschaft anderen Händen übergibt. Die Vergangenheit wird der Vergessenheit übergeben, indem die verheißene Veröffentlichung der Ergebnisse, welche die Untersuchung der Schwarck'schen Anklagepunkte geliefert, unterlassen wird. Von den Schutzleuten ist nicht zu fürchten, daß sie eine Civilklage wegen der Verwaltung ihrer Pensionskasse erheben werden; über diese wunderbarste aller Aktienunternehmungen ist bisher keine einzige Veröffentlichung erfolgt, welche die gerade hier so detaillirten und so schwer belastenden Eichhoff'schen Angaben entkräftete. In der That ist das traurigste Ergebniß von dem Allen, daß weder das Staatsinteresse noch das der Privatleute, noch der unerschrockene Eifer einzelner Beamten gegen diese geschlossene, und ihre Unantastbarkeit Zoll für Zoll vertheidigende Bureaukratie aufkommen kann. Wenn nicht endlich eine mächtige Korporation, wie die Berliner Kommune, den Kampf aufnimmt, so ist Alles umsonst. Auch der Erfolg der Anträge dieser Kommune hängt freilich zuletzt von dem Minister des Innern oder von der Staatsanwaltschaft ab, die ihrerseits höheren Weisungen unterworfen ist, und in dem Geschick

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 119. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Kleinschrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 58. Jahrgang. | Dinstag, 30. April 1861.

Auf die „Neue Würzburger Zeitung" kann für die Monate Mai und Juni sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

Deutscher Bund.

Frankfurt, 27. April. Nach der „Weserzeitung" hat Bremen nicht gegen das kurz abschließende Vorgehen Oesterreichs, Preußens und Bayerns mit dem in Nürnberg zu Ende berathenen deutschen Handelsgesetzbuch protestirt. Wir unsererseits möchten glauben, daß auch Hannover und Hamburg ihrem Protest keine weitere Folge werden. Bei Hannover zumal sind nur formale Gründe des Widerstandes denkbar; Hannover ist bekanntlich am abgeneigtesten unter allen „Mittelmächten", wie man an der Leine zu sagen liebt, sich majorisiren zu lassen, sey es auch von einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit und in der dringlichsten Sache von der Welt. Aber der Groll wird abdampfen, und dann das partikularistische Interesse in diesem Falle doch nicht stark genug seyn, die Ausführung eines solchen Werks zu hindern. Schon hat auch der Handelsverein der kleinen Stadt Elze den Anfang gemacht, das Handelsgesetzbuch zu vindiziren, womit die übrigen kaufmännischen Verbände des Landes ohne Zweifel bald nachfolgen werden. Was Hamburg betrifft, so nimmt es freilich materielle Anstände. Allein die schwersten von diesen sind schon von der Nürnberger Kommission insofern berücksichtigt worden, als es Hamburg z. B. freisteht, die Konzessionspflicht der Aktiengesellschaften nicht einzuführen. Auch in Hamburg wird demnach wohl der Einheitstrieb den Sieg davontragen über Bedenken gegen die Form der gerade in Rede stehenden Befriedigung desselben. So würde denn die Bahn geebnet seyn, auf der es zu einer wahren und wirksamen Betheiligung der Volksvertretungen an diesem wichtigen Stück Gesetzgebung kommen könnte: zu einer Versammlung von Landtagsausschüssen des gesammten Deutschlands. (Zeit.)

Unter dem Titel „Revue de Hambourg" ist uns ein Blatt zugekommen, welches den voriges Jahr in Straßburg so kläglich gescheiterten Versuch, den Bonapartismus in Deutschland populär zu machen, in einer anderen Form wieder aufzunehmen versucht. Erst kommt eine politische Rundschau, natürlich ganz zu Gunsten des Bonapartismus, dann folgt eine Biographie Richard Wagner's, eine lange Reclame für Pariser Modeläden und Aufzählung ihrer Herrlichkeiten, Pariser Theaternachrichten, einige Sonette und die Beschreibung der Feierlichkeiten bei der Uebertragung der Leiche Napoleons in die Gruft des Invalidendomes; das Blatt hat mehr das Ansehen der in den Pariser Theatern feilgebotenen Anzeige- und Reclameblätter, als das einer gewöhnlichen Zeitung. (N. Fr. Z.)

Bayern. **München.** Die gegenwärtigen Schießproben mit abgeänderten Zwölfpfündern ergeben eine Tragweite von 3000 bis 3500 Schritten, während die alten Zwölfpfünder nur auf 14- bis 1800 Schritte berechnet waren.

München, 26. April. Die schon bei Gelegenheit der kurhessischen Frage in Aussicht gestellte Parteischeidung innerhalb der 2. Kammer hat sich inzwischen vollzogen, und es kann nunmehr auch das numerische Verhältniß der beiden großen Parteien, welche sich konstituirt haben, annähernd angegeben werden. Die Linke zählt einige 40 *), die Partei des Zentrums hatte bis gestern Abend 70 und einige Mitglieder vereinigt; außer den wenigen Abgeordneten, die keiner Partei sich anschließen, lassen sich noch diejenigen Abgeordneten unterscheiden, welche bereit waren, das vorige Ministerium zu unterstützen, ohne eine feste Partei zu bilden und welche mit den wenigen Mitgliedern von klerikaler Färbung zur Rechten zu zählen sind. Da diese in allen wesentlichen Fragen mit der ohnehin dem Klub im Englischen Kaffeehause (Zentrum) gesicherten Mehrheit stimmen werden, so dürfte der bisherige Charakter der Kammer als Ganzes keine Aenderung erleiden. Ein genaueres Stimmenverhältniß läßt sich, da naturgemäß keine Partei in der Lage ist, exklusiv aufzutreten, nicht bestimmen, wenn nicht eine zur Scheidung geeignete Frage hervortritt, wie dieß annähernd die Ausschuß-Ersatzwahl für Lasaulx war, in welcher der Abg. Umbscheiden 47 Stimmen auf sich vereinigte. Die Viele bewegende Frage der Gehaltserhöhung ist für die Beamten bietet im Augenblick die Aussicht, bis nach der Organisation verschoben zu werden, da außerdem die Mittel nicht gefunden werden könnten, die Aufhebung des Lotto's vorzuschlagen, und es mehreren stimmführenden Kammermitgliedern nicht geeignet erscheint, in einem Augenblick, wo die Umbildung des gesammten Beamtenorganismus nahe bevorsteht, eine eingreifende Verbesserung der Gehalte vorzunehmen. (Nürnb. Korr.)

*) Auch die „Isarzeitung" gesteht in ihrer neuesten Nummer der Linken gegen 20 Mitglieder zu, mit dem Bemerken, es sey dadurch nicht ausgeschlossen, daß in einzelnen Fällen eine größere Zahl mit derselben stimme. Das Letztere hat sich jedenfalls bei der Abstimmung vom 10. d. bereits bewährt.

München, 28. April. Der großh. mecklenburgische Hofmarschall v. Boddien traf gestern auf der Reise nach Rom mit dem von deutschen Fürstinnen der „Heldin von Gaeta" gewidmeten Lorbeerkranz hier ein; er wurde zum Herzog Max zur Tafel geladen. — Die „Kavalier-Rennen" fanden beim Adel so großen Anklang, daß für künftiges Jahr großartigere zu arrangiren beabsichtigt wird, wozu Einladungen an alle Kavallerie-Regimenter ergehen werden. (Südd. Z.)

Die „Südd. Ztg." schreibt: „Das Bezirksgericht in Donauwörth hat durch Erkenntniß vom 18. einen Angeklagten von der Beschuldigung der Bestechung (er hatte einem bei Uebernahme von Lieferungen betheiligten Quartiermeister eine silberne Dose geschickt) freigesprochen, weil eine solche an Militärpersonen nicht verübt werden könne, da diese weder zu den Staatsbeamten noch zu den öffentlichen Dienern gehören." (An der Richtigkeit dieser Nachricht möchten wir doch zweifeln. D. Red.)

Eine Petition von 1027 pfälzischen Lehrern ist an die Kammer der Abgeordneten abgegangen. Das Gesuch der Lehrer lautet: „Es wolle die hohe Kammer der Abgeordneten a) Seine Majestät den König bitten, Allerhöchstdieselben wollen zu befehlen geruhen, daß der Normalgehalt der Schullehrer in der Pfalz unverzüglich einer Revision unterzogen und um so viel Prozent erhöht werde, als seit 40 Jahren die Preise der Lebensbedürfnisse durchschnittlich gestiegen sind und daß die bemittelten Gemeinden der Pfalz verpflichtet werden, nach dieser neuen Form ihre Lehrer zu besolden; b) der hohen k. Regierung die Mittel zu entsprechenden Beiträgen an mittellose Gemeinden zu gleichem Zwecke zu bewilligen." — Die „Pfälzer Zeitung" erklärt sich mit der Ansicht des Reichsraths v. Heintz, daß die Pfalz kein Verlangen nach einer verbesserten Zusammensetzung ihrer Schwurgerichte trage, ganz einverstanden. (Bekanntlich sollen mit Einführung der neuen Gesetzbücher auch die im diesseitigen Bayern geltenden Bestimmungen über die Bildung der Geschwornen-Listen auf die Pfalz übertragen werden.)

Preußen. **Berlin**, 27. April. Die „Volks-Zeitung" ist heute in sehr übler Laune, weil sie gestern mit Beschlag belegt wurde, und erinnert an Hans von Held, der vor sechzig Jahren in den Kerker geworfen wurde, weil er großartige Mißbräuche in der Verwaltung an das Tageslicht gezogen. Nach dem Buche Varnhagen's von Ense empfing ihn der Minister Schulenburg vor der Abführung sehr theilnehmend und wohlwollend und sagte zu ihm: „Eigenmächtige Privatversuche, wie Sie sich diese in den Kopf gesetzt haben, um Staatsbetrügereien zu rügen, können nicht

geben hatte, sind zwischen den Fingern Patzke's und einiger Polizei-Lieutenants verschwunden. — Das sind die Fälschungen und Unterschlagungen, welche aus der Zeit des Zedlitz'schen Regime herrühren; diejenigen aus der Hinckeldey-Periode sind gar nicht zu ermitteln, weil der berüchtigte Amtsvorgänger des jetzigen Polizeipräsidenten, Herrn v. Zedlitz, es bequemer fand, gar keine als nur falsche Rechnungen zu führen. Er schrieb seine willkürlichen Kontributionen gegen die Kommune wie ein erobernder General aus, ohne jemals über die Verwendung der beigetriebenen Gelder Rechenschaft zu legen. Der Magistrat fügte sich, weil die Unterwürfigkeit unter die Befehle des Hrn. v. Hinckeldey damals ein unvermeidliches Requisit der „Wohlgesinntheit" bildete, ohne welche keine Beförderung, Auszeichnung ꝛc. zu erlangen war. — Unbegreiflich bleibt es aber, daß die städtischen Behörden eine solche Reihe von Jahren hindurch sich allen Steuerausschreibungen der Polizei fügen konnten, ohne über deren Verwendung auch nur die mindeste Rechenschaft zu verlangen. Diese Nachsicht deutet auf eine der häßlichsten Exterbenlen des öffentlichen Lebens; die Liebedienerei gegen den Polizeipräsidenten (welcher Staats-, nicht Gemeindebeamter ist) ist um so verwerflicher, als die Gemeindeordnung hinreichende Mittel gewährt, sich jeder polizeilichen Steuerbedrückung zu entziehen. — Graf Schwerin soll unmittelbar nach Verlesung des Berichts der städtischen Untersuchungskommission in der Stadtverordneten-Versammlung eine Reihe von vorläufigen Amtsentlassungen unterzeichnet haben, welche insgesammt höhere Beamte der hiesigen Polizei betreffen. Motivirt sind die Amtssuspensionen damit, daß man erst jetzt über die Antecedenzien dieser Personen, die natürlich sämmtlich bestrafte Subjekte sind, unterrichtet worden sey. Wie kann aber ein wegen Meineids bestrafter Mensch Polizeihauptmann werden? Sollte die Polizei um dieses Verbrechen nicht gewußt haben, da sie doch über jeden einzelnen Staatsbürger ihre Akten führt? Vielleicht hat die Heirath mit irgend einer Person, gegen welche irgend Jemand Verpflichtungen hatte, ihm diesen sittlichen Makel abgewischt. Doch genug davon. — Wir wissen, was wir von den gräflich Schwerin'schen „Ehrenmännern" zu halten haben. Am Abgeordnetenhause wird es nun seyn, die Frage der Purifikation des preußischen Beamtenstandes von gemeinen Verbrechern wieder aufzunehmen und sie nicht durch eine treuherzige Ehrenerklärung des Ministers des Innern beseitigen zu lassen. Es kann kaum eine Enthüllung mehr das sittliche Rechtsgefühl im Volke untergraben, als die sich jetzt täglich dutzendweise wiederholenden Entlassungen gutgestellter Beamten, welche ehedem die Zuchthäuser bevölkerten."

Hannover. Hannover, 26. April. Gegen die Theilnehmer der Versammlung vom 8. April bereiten sich ernstliche Verfolgungen vor, so weit nämlich dieselben dem Einfluß der Regierung erreichbar sind. Das hiesige Konsistorium hat den Residenz-Magistrat, „Kraft seines Oberaufsichtsrechts und im höheren Auftrage", aufgefordert, durch sachdienliche Nachforschungen festzustellen, welche der hiesigen Lehrer an der obenerwähnten Versammlung Theil genommen haben und solche darauf zu Protokoll zu vernehmen. Reskripte ähnlichen Inhalts sind von andern Behörden erlassen. Einige Magistratsmitglieder, welche an den Verhandlungen vom 8. April sich betheiligten, sind in Disciplinar-Untersuchung gezogen. (Frkf. Journ.)

Großh. Hessen. Mainz, 27. April. Der geheime Regierungsrath Schmitt ist nach Paris abgereist, wie es allgemein heißt, in einer Sendung an — seinen Vorstand, Hrn. v. Dalwigk, der immer noch keine Anstalten macht, zurückzukehren. Vielleicht gelingt es Herrn Schmitt, ihn dazu zu bewegen. Nach Versicherungen von Freunden des Herrn v. Dalwigk sind es Familienangelegenheiten, die ihn in Paris aufhalten. (Fr. Hdlsz.)

= **Oesterreich.** Aus Ungarn. (Privat-Korresp.) Im Honter-Komitate protestirte ein Pfarrer gegen den, in dem bekannten Präsidialerlasse Benedek's vorkommenden Ausdruck, die gegenwärtige Bewegung sey nur der Ausfluß einer Fraktion — mit den Worten: „Es sey das die Fraktion, die 1848 die ganze österreichische Armee vor sich her trieb.

= Wie uns aus Triest geschrieben wird, vergeht fast kein Tag, an welchem dort nicht Demonstrationen der Italienisch-Gesinnten stattfinden. Im Teatro Grande wird in den Zwischenakten beständig „la bella Italia" gespielt, worauf demonstratives Beifallsgeklatsche folgt. Dem italienisch-gesinnten Vicepräsidenten des Stadtrathes, Dr. Cemano, wurde eine Ovation dargebracht, bei welcher sich unter die Lebehoch's auf ihn und auf das „Vaterland" auch einige Evviva il rè gemischt haben sollen.

Italien.

Ein Steuerzuschlag von nicht weniger als 19 pCt., mit dem die Grundbesitzer in der Lombardie von Turin aus außer dem bestehenden Kriegszuschlag bedacht werden sollen, hat den Gouverneur von Mailand zu sehr ernstlichen Einsprüchen veranlaßt. Das „Regno d'Italia will wissen, der Gouverneur werde in Folge dieser Haltung seines Amtes entsetzt oder wenigstens auf einen andern Posten versetzt werden. (W. Z.)

Rußland und Polen.

Aus Warschau vom 24. April wird der „Schles. Ztg." geschrieben: „Gegenwärtig bereitet man eine eklatante Demonstration zum 29. April vor. Auf diesen Tag fällt der Geburtstag des Kaisers, der gewöhnlich durch feierliche Gottesdienste in den Kirchen, durch einen offiziellen Empfang der höhern Staatsbeamten auf dem Schlosse, durch freies Theater und Abends durch eine (in der Regel sehr erbärmliche) Illumination der Stadt gefeiert wird. In diesem Jahre soll dieser Tag von der Bevölkerung vollständig ignorirt werden. Eine Anzahl junger Leute beschäftigt sich damit, Plakate unter die Bewohner zu vertheilen, welche Verhaltungsmaßregeln für den 29. April enthalten. Hienach soll 1) Jedermann sich für diesen Tag mit Proviant versehen, denn es wird 2) kein guter Patriot sich an diesem Tage auf der Straße zeigen; auch werden 3) alle Läden geschlossen seyn; 4) endlich wird weder eine freiwillige noch auch gezwungene Illumination statthaben. Wir sind neugierig, wie die Regierung ein solches Verhalten aufnehmen wird."

Die Warschauer „Polizei-Zeitung" vom 24. April enthält eine Bekanntmachung, welche die „übertriebenen Berichte ausländischer Zeitungen" Lügen straft. Es sind danach am 8. April nur 10 Personen getödtet, keine Leiche ist in die Weichsel geworfen worden. Die Verwundeten liegen in den Hospitälern oder bei ihren Familien. Am 9. April ist Warschau nicht geplündert worden, wie die „Pos. Ztg." gemeldet; Verletzung des persönlichen Eigenthums hat nirgends und niemals stattgefunden. Die Arbeiter haben am 8. April keine Martyrer ausgeloost, wie das „Journal des Debats" behauptet; es sind von Modlin vier der meistkompromittirten Personen nicht entlassen; es ist nicht wahr, daß zur Erhaltung des Militärs der Stadt eine Kontribution aufgelegt werden solle ꝛc.

Amerika.

Aus Nordamerika. Fort Sumter, von 9000 Süd-Karolinern angegriffen, hat sich, wie schon erwähnt, nach heldenmüthigem Widerstand der 75 Mann starken Besatzung, der die vor dem Hafen befindlichen Kriegsschiffe der Union nicht zu Hülfe kamen, ergeben; getödtet wurde Niemand von beiden Seiten. Durch das Feuer von 7 Batterien wurde das Fort in Brand gesteckt und starke Explosionen bewirkt. Nach der Uebergabe wurden alle Glocken in Charleston geläutet. In Washington herrschte große Aufregung.

Nichtpolitische Zeitung.

Berlin, 27. April. In Köpenik hat vorgestern eine Dame, welche sich am Nachmittage erst in Begleitung ihrer beiden Töchter von 20 und 16 Jahren von Berlin dorthin begeben hatte und einige Zeit im Schloßpark spazieren gegangen war, sich daselbst gemeinschaftlich mit ihren Töchtern, nachdem sie sich durch Stricke fest aneinander gebunden, in die Spree gestürzt und haben alle drei im Wasser ihren Tod gefunden. (Wie uns anderweitig mitgetheilt wird, waren die Damen die Gattin und die Töchter des Kassenbeamten der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn, welcher wegen Veruntreuung von 21,000 Thlr. vor einigen Wochen zur Untersuchung gezogen worden ist.) (B. B.-Z.)

Leipzig, 24. April. Heute in den Mittagstunden ist in dem Geschäftslokale des Bankierhauses Hammer und Schmitt hier ein bedeutender Gelddiebstahl verübt worden, dessen Betrag auf ca. 15,000 Thlr. geschätzt wird. Da zur Ausübung dieses Diebstahls nicht weniger als vier Thüren zu öffnen gewesen sind, vermuthet man mit ziemlicher Sicherheit, daß nur ein mit den Lokalitäten sehr Bekannter der Thäter seyn könne. Auch ist bereits heute Abend ein in dem Geschäfte dienender Markthelfer eingezogen worden. (Lpz. J.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 118.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreifpaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Montag, 29. April 1861.

Deutscher Bund.

ð Frankfurt, 28. April. (Privat-Korrespondenz.) In der gestrigen Bundestagssitzung gab der dänische Gesandte auf das in der letzten Sitzung übergebene Itzehöer Bedenken eine Erklärung ab, welche im Wesentlichen sagt, den holsteinischen Ständen sey das Budget mit dem Rechte der Modifikation desselben vorgelegt worden; da aber die Stände ihre Kompetenz auf Angelegenheiten des Gesammtstaates auszudehnen versuchten, so habe die Regierung diesem Ansinnen nicht willfahren können.*) Diese Erklärung wurde dem für die holsteinische Angelegenheit niedergesetzten vereinigt.n Ausschusse überwiesen. — Die Schlußziehung aus der in der letzten Sitzung stattgehabten Abstimmung über Revision einzelner Punkte der Bundeskriegsverfassung gab folgendes Endresultat: Unter den obwaltenden Umständen ist von einer Revision der bestehenden Bundesmatrikel abzusehen; die Unterscheidung von Haupt- und Reservekontingent soll wegfallen und diese beiden Kontingente fortan unter der Benennung „Hauptkontingent" zusammengefaßt und dem Ersatzkontingente gegenüber gestellt werden; das Ersatzkontingent ist von 1/6 auf 1/3 pCt. der Matrikel zu erhöhen; der Militärkommission Auftrag zu geben, die Revision der Kriegsverfassung fortzusetzen, und dabei insbesondere auch auf die Punkte Bedacht zu nehmen, deren gleichförmige Regelung im Interesse der Schlagfertigkeit des deutschen Bundesheeres unter allen Umständen nöthig und wünschenswerth ist. Das aus der Vereinigung des bisherigen Haupt- und Reservekontingents gebildete Hauptkontingent soll 1½ pCt. der Matrikel betragen. Die Reserve-Infanteriedivision (aus den Kontingenten der kleinsten Staaten) ist beizubehalten. Schließlich soll der Militärkommission unter Hinweisung auf vorstehenden Beschluß aufgetragen werden, über die gesammte Armeekorpseintheilung neuerdings zu berathen und seiner Zeit gutachtlichen Bericht zu erstatten.

Bayern. München, 27. April. Se. Maj. der König hat die bei der Bankdirektion zu Nürnberg erledigte zweite Bankkonsulentenstelle mit dem Range, dem Titel und der Uniform eines k. Regierungsrathes, dem geheimen Sekretär im Staatsministerium der Finanzen, Karl Pracher, verliehen. (N. M. Z.)

** München, 27. April. (Privat-Korresp.) Der Stadtmagistrat von Augsburg hat bezüglich der Erbauung einer Eisenbahn von Augsburg nach Ingolstadt eine Vorstellung an Se. Maj. den König gerichtet und dieselbe auch den beiden Kammern mitgetheilt. Ebenso hat sich der genannte Magistrat mit der Bitte um Erhöhung des Beitrags des Staatsärars zu den Kosten der Polizeiverwaltung an die Kammern gewendet.

München. Im kurhessischen Ausschuß der Reichsrathskammer soll sich eine Majorität, bestehend aus Fürst Hohenlohe, Graf Montgelas, Frhrn. v. Thüngen und Hrn. v. Niethammer, für den Beschluß der Abgeordnetenkammer erklärt haben, während die beiden Präsidenten, Frhr. v. Stauffenberg und Graf Seinsheim, dem Berichterstatter Hrn. v. Bayer beipflichten, d. h. für Ablehnung sind.

* Nürnberg, 28. April. (Privat-Korresp.) Die in der Korn'schen Buchhandlung dahier erschienene Ausgabe des Entwurfs eines deutschen Handelsgesetzbuchs wurde in den hiesigen Buchhandlungen als Nachdruck polizeilich mit Beschlag belegt. Die vom ersten Sekretär der Handelsgesetzgebungs-Kommission herausgegebene offizielle Ausgabe ist bekanntlich im Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg erschienen.

Preußen. Breslau, 25. April. Heute ist der Fürstbischof von Breslau, dessen Diözese auch Oesterreichisch-Schlesien umfaßt, nach Wien abgereist, um seinen Sitz im Herrenhause des Reichsraths einzunehmen. (Berl. Börs.-Ztg.)

*) Da Holstein einen Theil des Gesammtstaats ausmachen soll, müssen sich die Stände doch auch damit befassen! Die Red.)

Die „Neue Frankfurter Zeitung" enthält über die gestern berührten Anklagen gegen das Berliner Polizeipräsidium einen Bericht aus Berlin, der sehr bissig geschrieben ist, Manches auch allzu scharf mitnehmen mag, indessen doch mitgetheilt zu werden verdient, einestheils weil die Mißbräuche, die er bespricht, in der Hauptsache durch den Berliner Magistrat aktenmäßig festgestellt sind, anderntheils weil er die in Berlin in den Kreisen der Bürgerschaft herrschende Stimmung bekundet. Er lautet: „Viktor Hugo legte einem seiner gefallenen Mädchen die Worte in den Mund: die Liebe hat mich wieder zur Jungfrau gemacht. Der preußische Minister des Innern, Graf v. Schwerin, scheint diese Moral des französischen Dichters auf unsere Bureaukratie angewendet zu haben. Die Diebe, Urkundenfälscher, Gauner und Betrüger werden sofort zu „Ehrenmännern" erhoben, wenn sie ihr ehrloses Gewerbe mit dem Bureaudienst der Berliner Polizei vertauschen. Hunderte von Polizeibeamten, welche in der letzten Zeit entlassen worden, sind durchweg wegen gemeiner Verbrechen bestrafte Subjekte gewesen, ehe sie ihre Anstellung gefunden hatten. Und Hr. Stieber, der noch in diesem Augenblicke nicht außer Amt gesetzt ist, in jedem Augenblicke sogar reaktivirt werden kann, hat in einer öffentlichen Gerichtsverhandlung die Beweisführung des Rechtsanwalts Lehwald hinnehmen müssen, daß er in dem Kölner Kommunistenprozeß wissentlich ein falsches eidliches Zeugniß abgelegt habe! Und doch ist es vorzugsweise diese Kategorie von Beamten, gegen welche der bekannte Antrag auf Beseitigung aus dem Staatsdienste in der vorjährigen Session des Landtags gerichtet war. Graf Schwerin setzte aber damals sein edelmännisches Wort dafür ein, daß sie „insgesammt" „Ehrenmänner" seyen — und so fiel der Antrag durch, und die Ehren-Stieber und die Ehren-Patzke's blieben im Amte — nur Schwark wurde entlassen, weil er des Herrn Justizministers Simons vielfachen Mißbräuche der Amtsgewalt konstatirt hatte! Nun haben Magistrat und Stadtverordnete von Berlin gar den Beschluß gefaßt, die zahllosen Betrügereien und Fälschungen, deren sich die Berliner Polizeiverwaltung schuldig gemacht, „dem Herrn Minister des Innern vorzutragen mit der Bitte, die bei dem Ministerium bereits stattgefundenen Ermittelungen und Verhandlungen nebst den vom Magistrat gemachten Anzeigen an die k. Staatsanwaltschaft abzugeben, um durch ein gerichtliches Verfahren gegen den Chef der Polizei und den Chef der Schutzmannschaft den Grund oder Ungrund der vorhandenen Anschuldigungen sicher feststellen zu lassen." Grausame Ironie! Derselbe Herr Minister des Innern, dessen Einstehen für die Ehrenmännlichkeit Zedlitz's und Patzke's selbst jeden politischen Vorwand zur Entfernung dieser Polizeimenschen zu beseitigen wußte, soll nun gar mit einer kriminalrechtlichen Verfolgung gegen sie, wegen Betrugs, Fälschung, Unterschlagung &c. &c. vorgehen! Es ist geradezu unmöglich, die zahllosen Verbrechen der Polizeiverwaltung in's Einzelne zu verfolgen, welche die städtische Kommission bereits konstatirt und in der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung öffentlich mitgetheilt hat. Die Uebervortheilungen gegen die Kommune sind bereits auf mehr als 200,000 Thlr. festgestellt; wie groß der Schaden des Fiscus seyn mag, wird uns wohl Graf Schwerin niemals freiwillig mittheilen. Die Unterschleife erstreckten sich auf die kleinsten wie auf die größten Geschäfte in der Oekonomie der Schutzmannschaft. Eine große Anzahl junger adeliger Offiziere, die aus irgend welchen ehrenrührigen Gründen aus dem Heere ausgestoßen und daher ohne Existenz waren, wurden als „Aspiranten" in den Etat der Schutzmannschaft aufgenommen und mit dem Schutzmannsgehalte so lange ausgestattet, bis für die vornehmen Herren Taugenichtse irgend eine offizielle Sinekure, eine Versorgung im Polizeidienste gefunden war. — Das Alles auf Unkosten der Bürger Berlins, denen bekanntlich unter dem vorigen Ministerium die Schutzmannschaft, die aus der Gemeindekasse bezahlt werden muß, aufgenöthigt wurde. Tausende von Thalern, welche der Erlös getragener Montirungsstücke der Schutzleute er-

sprüche einigermaßen mäßigen. — In den letzten Tagen hatten wir mehrere Nachtfröste, welche dem Weinstock in niedern Lagen Schaden brachten, und dies scheinen die Verkäufer schon in Rechnung gezogen zu haben; allein der Schaden ist nicht sehr bedeutend. (Frkf. Journ.)

Der vor einiger Zeit ausgebrochene Streit zwischen dem bekannten Schauspieler Dawison und dem Schriftsteller Heller wird immer ernsthafter. Robert Heller hat auf das lithographirte Pasquill des Hrn. Dawison hin seiner beleidigten Ehre durch eine Herausforderung Genugthuung verschaffen zu müssen geglaubt. Dawison hat darauf geantwortet, daß er zunächst eingegangene Verpflichtungen in Danzig zu erfüllen habe, aber, wenn diese erfüllt seyen, Hrn. Heller „in Dresden bei einem einfachen Frühstück von Pulver und Blei begrüßen zu können sich zur Ehre anrechnen werde.“ Es fällt auf, daß Dawison den beleidigten Gegner zu sich nach Dresden einladet, statt sich in dessen Wohnort zu stellen. (Südd. Z.)

Peter v. Cornelius gedenkt im nächsten Monate Rom zu verlassen und im Juni in Berlin einzutreffen. Am vorigen Montage hat sich der 73jährige alte Herr zum dritten Male verheirathet, und zwar mit einem 21jährigen Mädchen ganz niederen Standes.

Die Goldminen von Neu-Südwales haben, weit entfernt erschöpft zu seyn, wie es zu einer Zeit geheißen hat, in den ersten Monaten dieses Jahrs eine größere Ausbeute als je zuvor geliefert. Sie hatten im Monat Januar 36,949 Unzen Gold geliefert, während ihr Ertrag im Januar 1860 blos 20,539 Unzen ausgemacht hatte. Das macht einen Unterschied von 16,390 Unzen oder beinahe 80 Prozent.

Neueste Nachrichten.

Wien, 24. April. In den Angelegenheiten Ungarns ist eine beinahe unheimliche Stille eingetreten; augenscheinlich werden von allen Parteien hinter der Scene Vorbereitungen getroffen, um dem bevorstehenden Kampfe wohlgerüstet entgegenzugehen. Anders läßt sich der Stillstand im Beginn der Arbeiten des Landtags in Pesth kaum erklären. Die hiesige Regierung, obwohl gedrängt durch manche finanzielle Position, da es immer schwieriger wird, die direkten wie indirekten Steuern in einem Lande einzutreiben, wo keine Exekutive zu Gebote steht, sieht es doch nicht ungern, daß bei dieser Verschleppung die erhitzten Gemüther sich abkühlen und sie selbst das Terrain und die agirenden Persönlichkeiten rekognosciren kann; besonders wenn die äußeren Verhältnisse, wie es den Anschein hat, sich etwas günstiger gestalten, gewinnt man an Kraft und Muße, den Knoten zu entwirren. (Nat.-Z.)

Aus Wien, 24. April, wird der „N. Pr. Ztg.“ geschrieben: Die Entstehung der jüngsten Katzenmusiken in Wien erhält nachträglich recht artige Illustrationen. In den Volksschulen, besonders der Vorstädte, ist die Schuljugend von den Lehrern ermahnt worden, sich vor jenen Leuten zu hüten, die ihnen auf der Gasse Pfeifchen aus Holz, Bein oder Zuckerwerk, etwa auch Geld anbieten und sie auffordern, sich bei solchen lustigen Gelegenheiten, wie die Katzenmusiken sind, auch einen „Jux“ zu machen und beim Spektakel brav mitzuwirken. Sie sollten sich nicht bethören lassen, auch wenn diese Leute etwa Herren in anständiger Kleidung wären, und sollten, wenn möglich, dieselben der Polizei anzeigen oder sich doch die Gesichtszüge dieser Herren merken.

Triest, 23. April. Wie längst vorauszusehen war, wurde in der gestrigen Sitzung des Gemeinderathes die Einführung der italienischen Sprache als Unterrichtssprache in allen Lehranstalten der Stadt Triest — folglich auch im Gymnasium — beschlossen. Die deutschen Gemeinderäthe schwiegen. Hr. Regensdorff hatte es einige Tage früher versucht, im Gemeinde-Ausschuß für die Beibehaltung der deutschen Sprache im Gymnasium eine Lanze zu brechen, wurde aber selbst in diesem engern Kreis überstimmt. (Allg. Ztg.)

Lemberg, 25. April. Helcel interpellirte in der heutigen Landtagssitzung den Regierungskommissär über eine Zuschrift mehrerer Krakauer Bürger wegen polizeilicher Maßnahmen gegen Studenten. Hofrath Mosch erwidert, der Grund dazu wäre der, das Uebel im Keime zu ersticken. (T.d.Ostd.Post.)

Paris, 26. April. Die „Patrie“ meldet: Die Türken haben die Montenegriner am 9. geschlagen und eine verschanzte Stellung der Letzteren erobert. (T. d. N. Korr.)

Turin, 26. April. Garibaldi ist nach der Villa Pallavicini abgereist, wird dort einige Tage verweilen und sich dann unmittelbar nach Caprera begeben. Die Deputirtenkammer hat die Verlängerung des Dienstes der mobilen Nationalgarde um drei Monate beschlossen. Die „Opinione“ meldet, daß Fürst Kusa und der Bei von Tunis das Königreich Italien anerkannt haben. (T. d. N. Korr.)

Nach Nachrichten aus Washington vom 14. April hat sich Fort Sumter nach 40stündigem Kampfe den Truppen der abtrünnigen Südstaaten ergeben. Major Anderson ist mit seinen Soldaten nach Morrisinsel gebracht worden. (T. d. Nat.-Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	—
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$60\frac{5}{8}$ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$49\frac{3}{4}$—$\frac{7}{8}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$41\frac{3}{4}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$36\frac{1}{4}$ G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$87\frac{1}{4}$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. R. (C. b. R.)	103 P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102\frac{5}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$102\frac{3}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$100\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{1}{2}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{3}{4}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	103 P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$94\frac{3}{4}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$101\frac{3}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{4}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$101\frac{5}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{7}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$98\frac{7}{8}$ P.
„	3 pCt. Obl.	91 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$47\frac{1}{4}$ G.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt. „ „ „	$41\frac{3}{4}$ G.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$98\frac{3}{4}$ P. $\frac{3}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$105\frac{7}{8}$ G.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	567 P. 564 G.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$127\frac{1}{2}$ — $128\frac{1}{2}$ G.	
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$183\frac{1}{2}$ P. $182\frac{1}{2}$ G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$71\frac{3}{4}$ G.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	69 P. $68\frac{1}{2}$ G.	
Internationale Bank in Luxemb. . .	82 P.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	322 P.	ex D.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$68\frac{1}{8}$ P.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	230 P.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$116\frac{1}{2}$ G.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$72\frac{1}{4}$ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	21 P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$129\frac{3}{8}$ P.	
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$99\frac{5}{8}$ P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50\frac{1}{2}$ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	$234\frac{1}{2}$ P.	ex.C.
Span. Handels- u. Industrie . . .	510 P.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	456 G.	
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$103\frac{3}{4}$ P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	$100\frac{3}{4}$ P.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{1}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$96\frac{1}{8}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	$87\frac{3}{4}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
London Lst. 10 k. S.	$117\frac{3}{8}$ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{1}{8}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$78\frac{1}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	72 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	48 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	57 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$130\frac{1}{4}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	55 P.	„ fl. 25 do.	$35\frac{3}{8}$ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$90\frac{1}{2}$ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$34\frac{1}{2}$ P.
$1\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	$119\frac{1}{4}$ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	51 P. $50\frac{5}{8}$ G.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$36\frac{3}{4}$ P.
Badische fl. 50	$90\frac{1}{4}$ P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{3}{4}$ P.
Badische fl. 35	$52\frac{3}{4}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 27. April. Höhere auswärtige Notirungen bewirkten eine Preisverbesserung der österr. Fonds und Industrieaktien. Doch war das Geschäft nicht von Bedeutung. (Synd.)

Italien.

Turin, 24. April. In der Abgeordnetenkammer erklärte Minghetti in Erwiderung auf einen Vortrag Pirca's, die Regierung werde die vollständige Vereinigung zwischen den südlichen und den nördlichen Provinzen bewerkstelligen; sie beschäftige sich insbesondere mit der Organisation der Nationalgarde; General Cosenz werde als General-Inspektor der Nationalgarde nach Neapel gesandt werden; bereits seyen 72,600 Flinten vertheilt worden, und es würden gegenwärtig deren noch 30,000, die sich in Gaeta befänden, hergerichtet. Liborio Romano berichtigte die Zahlenangabe von 72,600; es seyen 93,000 Flinten vertheilt worden. (Ind. b.)

Türkei.

Nachrichten aus Konstantinopel vom 14. zufolge ist eine offizielle Erklärung erfolgt, daß das Papiergeld auf 1500 Mill. Piaster beschränkt werden wird mit allmätiger Tilgung. Diese Verausgebung, welche in verschiedenen Einkünften ihre Garantie erhält, wird unter der Aufsicht einer gemischten Kommission stehen.

Omer Pascha ist bereits in Trebinje (Herzegowina) eingetroffen und hat daselbst sein Hauptquartier aufgeschlagen.

Obschon der bereits gemeldete Beschluß der Pforte, die Wiedervereinigung der beiden Donaufürstenthümer unter der lebenslänglichen Regierung des Fürsten Kusa zu bewilligen, im Einklange mit dem ursprüglich von Frankreich vorgeschlagenen Organisationssystem steht, so ist er doch nur ein Erfolg der englischen Politik. Es scheint in der letzten Zeit an Intriguen aller Art gegen Kusa, der, je nach Umständen, einem ausländischen Fürsten Platz machen sollte, nicht gefehlt zu haben, und um dies zu verhindern, hatte der englische Gesandte Henry Bulwer schon seit mehreren Wochen in Konstantinopel dahin gearbeitet, daß die Pforte durch jene Maßregel die Stellung Kusa's befestige. Auch Oesterreich ist jetzt damit einverstanden in der Hoffnung, es werde dadurch den Umtrieben unter der rumänischen Bevölkerung von Ungarn und Siebenbürgen ein Ende gemacht werden.

Rußland und Polen.

Petersburg, 4. (16.) April. Aus den Residenzen und den Gouvernements hat der Kaiser auf sein Bauern-Manifest nicht weniger als 724 Gedichte erhalten. Leider sind aber auch betrübende Nachrichten eingelaufen, nämlich daß in einzelnen Gouvernements Bauern-Unruhen stattgefunden haben. Zwar beruhen dieselben vorzugsweise auf Mißverständnissen über die Auslegung des Bauern-Regulirungs-Gesetzes, sind auch zum Theil durch die Stupidität der Besitzer und Beamten hervorgerufen worden. Fünfundfünfzig Werst von hier, auf dem Iexholmer Wege, befindet sich eine Fabrik, die einem General gehört. Die in derselben beschäftigten Leibeigenen, die nichts weniger als liebevoll behandelt wurden, wollten nach der Publikation des Manifestes nicht weiter arbeiten. Der General berief deßhalb sie und die Arbeiter einer zweiten Fabrik, die ebenfalls ihm gehört, zusammen und hielt den Rebellen eine donnernde Rede, in der gewiß auch viel Unsinn vorkam. Nun weigerten sich auch die Arbeiter der anderen Fabrik, die jetzt erst erfuhren, daß ihre Kollegen die Arbeit schon mehrere Tage eingestellt hatten, weiter zu arbeiten. Es ward also Militär requirirt. Zugleich mit diesem traf auch Fürst Galitzin, Flügel-Adjutant und Bevollmächtiger des Kaisers, ein und hielt den versammelten Aufsässigen ebenfalls eine Rede, von der die Bauern so gut wie gar nichts verstanden, theils weil die Worte ihrem Bildungsgrade nicht angemessen waren, dann weil sie nur sehr leise gesprochen wurden, und endlich weil die Leute fast nur Finnisch reden und verstehen. Nach ihm sprach noch ein anderer hoher Civil-Beamter mit mehr Erfolg; den meisten Eindruck machte dabei aber wohl das Intermezzo, daß die anwesenden Soldaten auf Kommando die hölzernen Stöcke aus den Läufen zogen, um nöthigen Falles laden zu können. Die Bauern, mit einem Auge auf den Redner, mit dem anderen auf die Stöcke blickend, glaubten, es würde nun gleich an die Exekution gehen, und erklärten de- und wehmüthig, sie wären bereit, die Arbeiten wieder aufzunehmen. Nicht so gut endete eine andere Affaire, welche an der finnischen Gränze spielte. Trotz aller Vorstellungen blieben die Bauern bei ihrer Arbeitsverweigerung. Acht Rädelsführer wurden deßhalb arretirt und hieher nach Petersburg gebracht. (Köln. Z.)

* Depeschen aus Warschau theilen der „Patrie" mit, daß in allen Städten Litthauens Trauergottesdienst für die Seelen der Opfer des 8. April abgehalten wird (NB. wenn die Behörden es nicht verbieten). In Wilna fand unter unermeßlichem Zusammenströmen des Publikum eine imposante Leichenfeier statt.

Amerika.

Aus Nordamerika. Jefferson Davis, der kürzlich zum provisorischen Präsidenten des südlichen Bundes (der abgefallenen Staaten) gewählt wurde, führte ein bewegtes, ereignißvolles Leben. Im Jahre 1807 in Kentucky geboren, wanderte er in früher Jugend nach Mississippi aus, trat 1828 als Unterlieutenant in die Bundesarmee ein, machte 1831 bis 1832 die Gränzkriege mit den Indianern mit und that sich in diesen so hervor, daß er das Patent als Premierlieutenant erhielt. 1835 schied er aus der Armee und ließ sich auf einer Baumwollenpflanzung in Mississippi nieder, nachdem er General Taylors Schwiegersohn geworden. Im Jahre 1843 hielt er in Missisipi feurige Reden zu Gunsten Polk's, des demokratischen Präsidentschaftskandidaten. 1845 wurde er in den Kongreß geschickt und als bald darauf der mexikanische Krieg ausbrach, wurde er von einem Regiment Freiwilliger zum Obersten erkoren. Bei Monterey und Buena Vista zeigte er Tapferkeit, und seine Kaltblütigkeit rettete an dem letztern Punkte die Ehre des Tages. Nach dem Schlusse des Krieges wurde er von seinem Staate zum Vereinigten Staatensenator gewählt. — Einer der hervorragendsten Mitglieder des südlichen Kongresses ist Memminger, ein geborner Württemberger. Memminger kam als ein kleiner Junge mit seinen Eltern nach Charleston, wo er einen Beschützer fand, der ihn unterrichten ließ, und da der Junge Talente zeigte, ließ man ihn die Rechte studiren und er erwarb sich bald einen Namen. Bei der Losreißungs-Affaire von Süd-Karolina stand er in der vordersten Reihe der „Feueresser" und war unermüdet, um das Ziel zu erreichen, welches sich Süd-Karolina gesteckt.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 24. April. In dem neuesten Hefte der Zeitschrift des landwirthschaftlichen Vereins findet sich aus der Feder des Prof. Meister in Freising eine Zusammenstellung der meteorologischen Beobachtungen im Jahre 1860 und Vergleichung derselben mit einem sogenannten Normaljahre, d. i. dem gefundenen Mittel aus einer langen Reihe von Jahren. Die Beobachtungen wurden in Freising gemacht und gelten die Resultate mit sehr geringen Abweichungen auch für München. Es zeigt sich, daß das Jahr 1860 um mehr als einen halben Grad kälter als ein normales Jahr war. Was die einzelnen Jahreszeiten betrifft, so war der Winter um 0.73°R., der Frühling um 0.35°, der Sommer um 1.31° und der Herbst um 1.03°R. als das Mittel aus 23jährigen Beobachtungen. Diese Temperatur-Erniedrigung, besonders in den Sommermonaten, verbunden mit der weit geringern Zahl der sonnenhellen Tage in der wärmern Jahreszeit, erklärt zur Genüge die ungünstigere Ernte in manchen Kulturpflanzen, die zu ihrer gehörigen Reifung und zur Erzielung einer guten Qualität des anhaltenden Sonnenlichtes und einer hohen Temperatur bedürfen. Noch deutlicher zeigt sich dieses Verhältniß, wenn wir die Jahre 1857—1860 incl., von welchen die ersten drei Jahre bekanntlich eine gute Wein- und Hopfen-Ernte hatten, in so ferne mit einander vergleichen, daß wir die Zahl jener Tage der wärmern Jahreszeit zusammenstellen, deren mittlere Temperatur über 15°R. war. Es ergibt sich dann, daß vom Monate Mai bis Sept. incl. solche Tage beobachtet wurden:

Im Jahre	1857	61
„ „	1858	43
„ „	1859	63
„ „	1860	31

In dem warmen Jahre 1846 betrug die Zahl solcher warmen Tage sogar 95. In der That zeichnete sich jenes Jahr durch eine vortreffliche Wein- und Hopfenernte aus. (A. Abdz.)

München, 25. April. Verkehr auf den k. bayer. Eisenbahnen im Monat März 1861: 254,738 Personen, 223,739 fl. Einnahme; 1,706,713 Zentner Frachtgüter, 617,016 fl. Einnahme; Bagage, Equipagen, Thiere 2c. 30,223 fl. Summa der Einnahmen einschließlich von 3258 fl. für Militär-Transporte und Extrazüge 870,979 fl. Gegen den entsprechenden Monat des Vorjahrs mehr 5400 Personen, 297,306 Zentner Frachtgüter, 97,951 fl. Einnahme. (N. K.)

Stuttgart, 25. April. Bei dem gestrigen Weinmarkte zu Cannstadt waren über 3500 Eimer in aufgestellten Mustern zum Verkauf ausgeboten, meist Neckar- und Remsthalweine, dann aber rheinbayerische, Affenthaler, Tauberweine. Die Preise wurden jedoch von den Verkäufern viel zu hoch gehalten, so daß die Kauflustigen sich zu diesen Preisen nicht herbeilassen wollten, daher wenig Geschäfte gemacht wurden. Es kamen nur 32 Käufe über etwa 200 württembergische Eimer (à 160 Maas) zu Stande, doch wurden durch abgegebene Proben viele Geschäfte eingeleitet, die wohl zu Stande kommen werden, wenn die Verkäufer ihre An-

den heutigen deutschen Strafgesetzbüchern nicht zu finden, daß selbst nach der peinlichen Gerichtsordnung Kaiser Karl's V. (Carolina) dies nicht mehr der Fall, sondern nur im Mittelalter eine derartige Ansicht maßgebend gewesen sey. Wegen des andern Anklagepunkts (Aeußerungen über die Bedeutung des Eides) erfolgte gleichfalls völlige Freisprechung. — Die vor Kurzem erfolgte plötzliche Entlassung des ersten Beamten des Fürstenthums Greiz, Präsident Otto, hatte eine eigene Ursache. Vom Justizamt Greiz war die Auspfändung einer Frau auf Antrag des Gläubigers verfügt worden. Diese Frau wandte sich, der zur Auspfändung abgeschickten Gerichtsperson gegenüber, an die Fürstin-Regentin und brachte von derselben eine Ordre, daß von der Auspfändung sofort Abstand genommen werden müsse. In Folge dessen begab sich der hiervon durch das Amt benachrichtigte Regierungspräsident Otto zur Fürstin, um diesen Eingriff in die Justiz rückgängig zu machen. Als ihm dies verweigert wurde, erklärte er, seine Entlassung zu nehmen, die auch sofort angenommen wurde. Hr. Otto war bis 1848 Advokat in Gera, strenger Bureaukrat und Feudalständeliebhaber, doch ein tüchtiger Jurist, der namentlich in der Civilgesetzgebung, die sehr im Argen lag, vielfache Verbesserungen einführte. (D. Allg. Z.)

= **Oesterreich.** Wien, 25. April. (Privat-Korresp.) Der feierliche Akt der Krönung des Kaisers in Prag als König von Böhmen ist, wie wir hören, für den 21. August festgesetzt worden. — In der ersten Unterhaussitzung des Reichsraths wird, wie die Czechen verabredet haben, sogleich die Sprachenfrage auf's Tapet gebracht werden. Ein Czeche wird ohne weitere Umstände czechisch zu reden beginnen. Die Regierung wird den Redner durch den Präsidenten unterbrechen lassen, und Letzterer wird die Versammlung auffordern, sogleich einen Ausschuß zur Entwerfung der Geschäftsordnung zu erwählen, der zugleich die Sprache der Berathung bestimmen soll. — Nächsten Samstag findet beim Finanzminister die Wiedereröffnung der Valutakommission zur Berathung der Vorlagen für den Reichsrath statt.

Wien, 23. April. Aus guter Quelle kann die „N. Pr. Ztg." über den Stand der Dinge in Pesth Folgendes melden: „Die Partei Deak ist dem Kaiser persönlich näher getreten: das Vertrauen zu ihm, das lange fehlte, ist dort im Wachsen. Daher eine zunehmende Entschlossenheit dieser Männer, die im Augenblicke der Entscheidung bis zu offenen peinlichen Anschuldigungen gegen die Linke gehen dürfte. Schon jetzt haben die Führer der Gemäßigten jede Privatverabredung, zu welcher die Linke wiederholt aufgefordert hat, von sich gewiesen. „„Was Ihr vorhabt, sollt Ihr laut sagen in öffentlicher Sitzung, oder gar nicht"" — so Franz von Deak. Solch eine Sprache macht das Volk in Ungarn stutzig, und man fragt, was es denn seyn könnte, das einen solchen Patrioten und Ehrenmann, wie der Genannte es ist, von jeder Zusammenkunft fern hielte, in der die Linke im Geheimen und ohne dafür verantwortlich gemacht werden zu können, sich über ihre politischen Plane äußern dürfte. Eine Erklärung des ungarischen Landtages, in welcher er seine Verlangen im Einzelnen wiederholt, wird demnächst erwartet. Ueber die zu gebende Antwort wird hier noch immer berathen.

Den Antrag der Wälschtyroler, es möge für das italienische Tyrol ein eigenes Landesstatut erlassen und ihm ein besonderer Landtag bewilligt werden, hat der Tyroler Landtag nicht unbedingt abgelehnt, sondern er faßte den vorsichtigen Beschluß: „unter bereitwilliger und billiger Berücksichtigung aller Umstände die Entscheidung dieser Frage bis zur Feststellung des Gemeindegesetzes zu verschieben, wobei dem italienischen Landtag ein eigener Kreistag in Trient — unbeschadet des Provinzialverbandes und des Rechtes der Theilnahme am Landtage zu Innsbruck — bewilligt werden könne." (Zeit.)

Lemberg, 24. April. Borkowski's Antrag auf Unverantwortlichkeit der Landtagsdeputirten und Dietl's Antrag, daß die Krakauer Universität durchweg polnisch seyn soll, sind einstimmig angenommen worden. (Ostd. P.)

Dänemark.

Kopenhagen, 25. April. Im Interesse der Schifffahrt und der Finanzen werden mit dem 1. Mai 600 und später eine größere Anzahl von Matrosen beurlaubt; dieselben müssen sich jedoch, falls sie einberufen werden, binnen acht Tagen stellen können. Die dänische Regierung fühlt jetzt, daß es doch ein theurer Spaß ist, sich vorzeitig bis an die Zähne zu rüsten, bloß um den Schein hervorzubringen, als sey sie von Deutschland bedroht. — — Es soll noch ein Linienschiff und eine Fregatte ausgerüstet werden. (Tel. d. Köln. Z.)

Die „Pr. Z." bespricht die Rüstungen der Dänen und besonders ihre Befestigungs-Arbeiten im südlichen Schleswig, und findet dieselben für ganz ungenügend gegen eine überlegene Macht, wie sie Deutschland schicken könnte. Aus ihrer Darlegung geht hervor, daß die Befestigungsarbeiten im südlichen Schleswig zunächst auf die Einschüchterung der dortigen deutsch-gesinnten Bewohner, dann aber auch auf das — nicht-deutsche — Ausland berechnet sind. Das Ausland soll glauben gemacht werden, als beabsichtigten die Deutschen einen Einfall in Schleswig, während es sich bei der Bundes-Exekution doch nur um Holstein handelt.

Großbritannien.

London, 26. April. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses erwiderte Lord J. Russell auf eine Interpellation Griffith's, die englische Regierung hätte wiederholt von der österreichischen die Versicherung erhalten, daß dieselbe nicht daran denke, Italien (Sardinien) anzugreifen. Die paar Tausend modenesischen Truppen in Pesaro seyen kaum eine Drohung, sondern nur eine Protestation Oesterreichs gegen die neue Gestaltung Italiens. (T.d.K.Z.)

(Ein Friedens-Kriegsbudget.) Die englische Regierung hat für das kommende Jahr ein Kriegsbudget vorgelegt im Betrage von 26,629,475 Pfd. St., welche Summe aber, da die Befestigungskosten darin noch fehlen, auf 28 Mill. Pfd. Sterl. steigen wird. Die Gesammtsumme der für Heer, Marine und Stab bewilligten Gelder betrug 1835 11,730,000 Pfd. Sterl., 1852 16,113,000 Pfd. Sterl., 1858 (Indien) 21,850,000 Pfd. Sterl., 1861 (im Frieden) 26,629,475 Pfd. Sterl. Augenblicklich hat England 505 Kriegsdampfschiffe in See, 57 im Bau oder Umbau und 129 Kriegssegelschiffe; zusammen 691 Kriegsschiffe mit einem Gehalte von 720,212 Tonnen, mit 124,820 Pferdekraft und 17,265 Kanonen. Die Zahl der für die Marine auszuhebenden Mannschaft betrug 1835 26,500 Menschen, 1852/3 40,450 Menschen, 1858/9 55,500 Menschen, 1861 78,000 Menschen. Dabei beachte man wohl, daß die Voranschläge für 1861 von der Regierung ausdrücklich für ein gewöhnliches Friedensbudget erklärt werden. (Zeit.)

* Von dem ganzen englischen Mittelmeer-Geschwader sind gegenwärtig nur eine Fregatte und zwei Kanonierboote in dem Hafen von Malta. Sieben Linienschiffe und zwei Fregatten sind an der syrischen Küste, ein Linienschiff ist nach Gibraltar abgegangen und fünf befinden sich in Korfu. Die englische Flotte an der syrischen Küste steht jetzt unter dem Oberbefehl des Gegenadmirals Mundy, der seine Flagge an Bord des „Hannibal" aufgezogen hat.

Frankreich.

Paris, 25. April. Es thut mir leid, Ihnen heute wieder von der Rede des Prinzen Napoleon und von der Broschüre des Herzogs v. Aumale berichten zu müssen; da beide jedoch gestern im Senate eine Diskussion veranlaßt haben, so kann ich gleichfalls nicht umhin, darauf zurückzukommen. Ein Advokat von Arles hatte nämlich beim hohen Senate eine Beschwerde gegen die parteiische Verbreitung der Rede des Prinzen Napoleon eingereicht *), und die betreffende Kommission sprach sich dahin aus, daß auf diese Reklamation nicht näher einzugehen sey. Bei der sich darauf entspinnenden Diskussion sprach u. A. auch der Marquis de Boissy. „Dieser unzeitigen Publikation, sagte der Marquis, muß man das große Unglück zuschreiben, ich sage das große Unglück (Unterbrechung, Lachen und Murren), ja das Unglück des bedauerlichen Kampfs . . . mit Broschüren." Denken Sie sich das offene Lachen der Einen, die unglücklichen Versuche, das Lachen zu unterdrücken, der Andern, die Verlegenheit des Präsidenten, den zornigen Blick des Hrn. Billault (Minister), als der Marquis nach einer (im „Moniteur" durch drei Punkte angezeigten) Pause mit der unseligen Anspielung auf das vom Prinzen Napoleon verweigerte Duell herausplatzte! Man versichert überdies, daß der Herzog v. Aumale den Prinzen zwei Tage lang in Brüssel erwartet habe. (Fr. Postz.)

Wie die „Trier'sche Ztg." meldet, werden die Luxemburger, Belgier, Rheinpreußen und Rheinbayern während der Dauer der Universalausstellung zu Metz in Frankreich eingelassen, ohne mit einem Paß versehen zu seyn. Für sie genügt ein einfaches Zeugniß der Ortsbehörde. (Gelten sie etwa schon als annexirt?) Diese Maßregel dauert für die ganze Zeit der Ausstellung fort. Die übrigen Fremden können jedoch unter keinem Vorwande ohne Paß in das Innere Frankreichs kommen.

---

*) Indem Berichte über die Senatsverhandlungen nur vollständig nach dem „Moniteur" oder nach dem amtlichen Protokoll im Auszug veröffentlicht werden durfen.

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland in Wahrheit und Recht!

№ 117.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Sonntag, 28. April 1861.

Deutscher Bund.

Die „Pfälzer Ztg." schreibt: „Seit lange hat im ganzen übrigen Deutschland außerhalb Preußens nichts einen so betrübenden Eindruck gemacht, als der leider thatsächliche Abbruch der Verhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen über die Reform der Bundeskriegsverfassung und insbesondere über die Frage des Oberbefehls über das Bundesheer. Man hat zwar in den vom Berliner Preßbureau inspirirten Blättern und Korrespondenzen den Versuch gemacht, die Schuld davon wieder auf Oesterreich zu wälzen. Alle diese Versuche mußten und müssen scheitern vor der Macht der Thatsachen. Denn es handelte sich bei den preußischen Zumuthungen nicht blos um Beseitigung der österreichischen Garnison aus der Bundesfestung Mainz, nachdem doch Oesterreich bereitwillig auf die Mitbesetzung Rastatts durch preußische Truppen eingegangen war; es handelte sich auch nicht blos um den abwechselnden Vorsitz Oesterreichs und Preußens in der Bundesversammlung, sondern um mehr, um die thatsächliche Begründung einer preuß. Oberherrlichkeit über die kleineren und mittleren deutschen Staaten." (Warum aber, fragen wir, zögern diese Staaten noch immer, durch enges Aneinanderschließen den beiden deutschen Großstaaten den Gegenstand des Streits, den Anlaß ihrer Eifersucht ein für allemal wegzunehmen?)

** **Bayern.** München, 26. April. (Privat-Korresp.) Der von der Kammer der Reichsräthe gewählte besondere Ausschuß, für den die kurhessische Verfassungsfrage betreffenden Antrag wird denselben am Montag in Berathung nehmen. Man glaubt, daß sich die Mehrheit des Ausschusses, der Ansicht des Referenten entgegen, für die Kompetenz der Kammern erklären werde. — Der Referent des besonderen Ausschusses der Kammer der Abgeordneten für das Arrondirungsgesetz, Abg. Wiedenhofer, erklärt sich für das Prinzip des Zwanges im Sinne des Referenten der 1. Kammer, d. h. für eine $^4/_5$ Majorität. Ob derselbe mit dieser Ansicht im Ausschusse durchdringen werde, ist indessen noch zweifelhaft, da die Meinungen hierüber sehr getheilt sind.

München, 26. April. Se. Maj. der König hat die Stelle eines Offizianten der k. Kreiskasse von Mittelfranken dem Funktionär der genannten Kreiskasse, M. Schwab, verliehen; die katholische Pfarrei Eschenbach, Ldg. gl. Namens, dem Priester Karl von Kleber, Pfarrer zu Irlbach, Ldg. Regenstauf, übertragen. (N. M. Z.)

München, 26. April. Seit mehreren Tagen weilen Deputationen aus Schwaben und Oberpfalz hier, welche bei der bevorstehenden Gerichts-Organisation sich um Notarialsitze bewerben. — Beim letzten Ziele fanden wieder mehrfache, nicht unbedeutende Miethzinssteigerungen statt, so daß man nicht absehen kann, wenn es so fort geht, wohin ein solches Treiben führen soll. Welchen Werth auch die Bauplätze hier haben, zeigt neuerdings die Thatsache, daß ein dem Dr. Steinbacher gehöriger Grund am Eingange der Karlsstraße von etwas mehr als 1 Tagwerk behufs Erbauung eines Hauses um 38,000 fl. angekauft wurde. — Als Kuriosum der guten alten Zeit mag hier die Bemerkung am Platze seyn, daß in den 20er Jahren vor dem ehemaligen Schwabingerthor, in der Nähe des gegenwärtigen Odeon, der Quadratschuh um 2 fl. bis 2 fl. 42 kr. angekauft wurde.

* Die „Augsburger Postzeitung" (klerikal) tritt dem letzten Angriff des „Volksboten" auf den Stiftsprobst Dr. Döllinger entgegen, und da der „Volksbote" sich auf die Aussprüche des Papstes und vieler Bischöfe (über die Nothwendigkeit eines weltlichen Besitzes für den Papst) berufen hatte, so erwiderte sie ihm darauf Folgendes: „Gewiß sind für jeden Katholiken die Aussprüche des Stellvertreters Christi und die Erklärungen des Episkopates, auch wenn sie nicht Gegenstände des Glaubens und der Sitten, der nothwendigen Uebereinstimmung in wesentlichen Dingen enthalten, Gegenstände der größten Verehrung und Pietät. Trotz alledem und alledem müssen wir aber stets die Freiheit des Gedankens und des Wortes überall da betonen, wo der Kirche selbst nie beigekommen ist, dieselbe binden zu wollen. Zeiten, die in religiösen Dingen besser und kräftiger waren, als die unsern, haben der Freiheit des Wortes weniger Gewalt angethan."

Speyer, 25. April. Dem Vernehmen nach hat die kgl. Staatsregierung ihre strategischen Einwände gegen die feste Ueberbrückung des Rheins bei Ludwigshafen fallen lassen, unter der Bedingung jedoch, daß die pfälzische Ludwigsbahngesellschaft eine Schienenverbindung zwischen Speyer und Germersheim herstelle. Zugleich soll die Ermächtigung eingetreten seyn, die Vorstudien für die Brücke sowohl, als für jenen Schienenweg zu beginnen. Bereits sind auch Ingenieure beschäftigt, die Führung der Bahn von der Höhe bei Lingenfeld unter den Geschützen der Festung Germersheim an den Rhein zu projektiren. Die Pläne für die übrige Linie sind bereits entworfen, so daß die Fertigstellung der ganzen Zweigbahn von hier nach Germersheim noch in diesem Jahre möglich erscheint. (Pfälz. Ztg.)

Unter dem Einlauf der Kammer der Abgeordneten findet sich eine Vorstellung der protestantischen Gemeinde Altenbamberg (Pfalz), „die Einführung des neuen Gesangbuches betreffend". So viel bekannt, hatte eine zuchtpolizeiliche Verhandlung zu Kaiserslautern einen Skandal zum Gegenstande, der dadurch entstanden, daß bei einem Begräbnisse trotz der entgegengesetzten Zusage des Pfarrers ein Lied des neuen Gesangbuches von Lehrer und Schuljugend angestimmt wurde, während die Landleute ein Lied des alten Gesangbuchs anstimmten und hiedurch den Pfarrer vom Grabe wegscheuchten.

Preußen. Der „Frkf. Postztg." wird aus Berlin berichtet, daß der durch seine Sendung nach Palermo (mit Aufträgen von Berlin) bekannt gewordene Attaché bei der preußischen Gesandtschaft in Rom, Lieutenant Graf v. Schlippenbach, von Rom abberufen worden sey.

Berlin, 22. April. „Friedrich Wilhelm IV. und die Verfassung der evangelischen Kirche, von Ludw. Richter, Dr. der Theologie und der Rechte, Geh. Rathe 2c., hat die Presse verlassen. Es ist ein sehr interessantes Buch geworden. Es legt die Arbeitsresultate und Zielpunkte des verstorbenen Königs nach dessen eigenen Aufzeichnungen und mit nebenher gehenden Aeußerungen vor. Der heimgegangene König war einer seltenen Erhebung zur Idee der Freiheit fähig. Bei allem Idealismus, den die Anschauungen des Königs an sich trugen, ist es der ächt und voll deutsche Geist, den alle seine Werke athmen, und wer das vorliegende Buch gelesen hat, wird gewiß nicht mehr sagen, daß der König die in Erstarrung, Verknöcherung und Selbstsucht wurzelnden Gebrechen der Gegenwart nicht scharf und richtig erkannt habe. Daß die evangelische Kirche Deutschlands „an Händen und Füßen gebunden ist", schrieb er der Thatsache zu, daß sie seit der Reformation „im Leibe des Staates stecke"; er wolle die Vollendung der Reformation und erkannte diese in einer Verfassung, ohne welche es überhaupt keine Kirche gebe, und mit ihr beschäftigen sich die beiden Aufsätze. (Schw. M.)

Eydtkuhnen, 22. April. Heute fand die Eröffnung der russischen Eisenbahnstrecke Kowno-Eydtkuhnen (in Anschluß an die preußische Ostbahn) statt.

Reuß. Schleiz, 24. April. In einer gegen den Advokaten F. Hötzler hier wegen Gotteslästerung eingeleiteten Untersuchung ist vor einigen Tagen das Erkenntniß, und zwar von der Juristenfakultät Jena, an welche die Akten verschickt worden waren, eingegangen und durch das Urtel ausgesprochen: „daß eine Untersuchung nicht stattfinde, der Angeklagte daher völlig freizusprechen sey." In den Entscheidungsgründen wird ausgeführt, daß in der Aeußerung: „Christus ist nicht Gottes Sohn, sondern ein wenn auch hochbegabter Mensch gewesen", eine Gotteslästerung nach

und es hinterläßt derselbe auch keinen Rauch, wie dies bei der Pulverladung der Fall ist. Die Patronen gleichen an Umfang den bisherigen. An der Spitzkugel ist ein Holzstift angebracht, um welchen die Schießbaumwolle gewunden ist; diese so konstruirte Patrone steckt in einer Papierhülse, welche sich beim Laden leicht entfernen läßt.

Bern, 24. April. Mit den Eigenthümern des neu erbauten prachtvollen Gasthauses Beau Rivage in Ouchy am Genfer See sind Unterhandlungen behufs dessen künftlicher Ueberlassung an den König Franz von Neapel eingeleitet worden. (Fr. Postztg.)

In dem polnischen Städtchen Czenstochau lebt ein Mann, Namens Kanter, der bereits das 112. Lebensjahr zurückgelegt hat. Trotzdem ist derselbe von solcher körperlichen Rüstigkeit, daß er den ganzen winterlichen Holzbedarf für seine Familie aus dem Walde holt und das Holz ohne Mithülfe eines Andern auch klein spaltet. Sein jüngster Sohn, ein Gemeindebeamter in Czenstochau, zählt gegenwärtig 75 Jahre.

Neueste Nachrichten.

München, 25. April. Se. Maj. der König hat am Heutigen unserm verdienstvollen Mitbürger Hrn. v. Maffei eröffnet, daß die in diesen Tagen aus seiner Fabrik zu Hirschau auf Bestellung der k. Generaldirektion abzuliefernde 400. Lokomotive den Namen „Maffei" führen solle. (N. Nachr.)

München, 25. April. Die Vorlage des außerordentlichen Militärbudget an die Kammern soll auf neue Hindernisse gestoßen seyn. (Südd. Z.)

Berlin, 24. April. Von der hiesigen Artilleriedirektion sind nunmehr, nach einem ungefähren Ueberschlag, an die kleinern deutschen Armeen und Kontingente bereits zwischen 120 bis 150 gezogene Gußstahlfeldgeschütze abgegeben worden, welche durch fortgesetzte Neubeschaffung in den preußischen Beständen jedoch bereits wieder vollständig gedeckt sind. Die Armirung der preußischen Festungen mit gezogenen Geschützen ist in der Hauptsache bis zur nothwendigen Befriedigung des gegenwärtigen Bedürfnisses hergestellt, ebenso ist der verwendbare Theil der preußischen Marine mit derartigen Geschützen ausgerüstet worden, und auch die Ausrüstung der projektirten und zum Theil schon ausgeführten Küstenbefestigungen damit ist völlig vorbereitet. (B. Bl.)

Prag, 22. April. Gestern Abend fand beim Kardinal-Fürst-Erzbischof v. Schwarzenberg eine Soirée statt, zu welcher alle Abgeordneten geladen waren; doch ist keiner von den Deutschen erschienen. Zur Aufklärung über diese Demonstration theile ich Ihnen mit, daß es der Kardinal gewesen, welcher jene Vereinbarung beider Parteien behufs der Reichsrathswahlen angebahnt, durch welche die Deutschen düpirt und vorzugsweise Czechen und Adelige gewählt würden.

Bern, 21. April. Die „Gazette de Lausanne" bespricht in einer Reihe von Artikeln, als deren Verfasser man den Nationalrath Dapples bezeichnet, die Absichten, welche französischerseits in Bezug auf die Schweiz gehegt zu werden schienen. Zum Schluß heißt es: „Möge man sich nicht länger täuschen, es handelt sich darum, die ganze Schweiz zu unterwerfen und sie in eine Abhängigkeit von Frankreich zu bringen, welche viel schlimmer ist als die unter dem ersten Kaiserreich; denn man hat in Paris die Schweiz nöthig, um von ihr aus die Herrschaft über die Welt auszubreiten. Man wird vielleicht daran zweifeln, man wird uns nicht zugeben wollen, daß Napoleon solche Pläne, wie wir sie angedeutet, mit der Schweiz habe. Wir ersuchen die Zweifler, folgende Erklärung wohl zu beachten: „„Wir wissen, daß solche Pläne vorhanden sind, wir haben die Beweise dafür in Händen und sind bereit, dieselben den kompetenten Behörden mitzutheilen.""

Paris, 25. April. Die „Patrie" meldet, daß Omer Pascha zu Antivari angekommen ist. (T.d.A.Z.)

Beyrut, 20. April. Das englische Geschwader ist angekommen. Der Admiral und der englische Konsul sind in die Gebirge abgereist. (T.d.A.Z.)

Kiew, 6. April. Der General-Gouverneur hat, wie der polnische „Glos" berichtet, an die Kreishauptleute ein Rundschreiben gerichtet, in welchem es u. A. heißt, daß das maßlose Auftreten der polnischen Agitatoren die weiteste Ausdehnung angenommen habe. Er empfiehlt ihnen die strengste Wachsamkeit auf alle Kundgebungen des Polonismus und sofortige Anzeige über alle ihre Wahrnehmungen. Diese und ähnliche Erlasse beweisen, daß die Regierung auf der Hut ist und in Folge der Warschauer Ereignisse ernste Konflikte mit der Menge voraussieht. Auch hier fand eine Trauer-Andacht statt. Obgleich die Regierung sie nicht hinderte, so ist der Geistliche doch darüber vernommen worden, wer die Andacht bestellt und was die Dornenkrone (!) auf dem Katafalk bedeutet habe. Man spricht davon, daß die Universität geschlossen werden soll. Der Generalgouverneur hat die Studenten ernst verwarnt und Einigen gerathen, die Stadt zu verlassen. (N.Pr.Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	—
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$60^3/_8$ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$49^3/_8$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$41^1/_4$ P.
„	$4^1/_2$ pCt.	$35^7/_8$ G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3^1/_2$ pCt. Staatsschuldsch.	$87^1/_4$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	103 P.
„	$4^1/_2$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102^5/_8$ P.
„	$4^1/_2$ pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$102^3/_4$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$100^3/_8$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100^3/_8$ P.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$96^1/_8$ P.
Würtemb.	$4^1/_2$ pCt. Obl. b. Rothsch.	104 G.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	95 P.
Baden	$4^1/_2$ pCt. Obl.	$102^3/_8$ G.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. v. 1842	$95^1/_8$ P.
Gr. Hess.	$4^1/_2$ pCt. Obl.	$101^3/_4$ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100^1/_2$ P.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$94^1/_4$ G.
Nassau	$4^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$101^5/_8$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99^7/_8$ P.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3^1/_2$ pCt. Obl.	$98^3/_4$ P.
„	3 pCt. Obl.	91 G.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47 G.
„	$1^3/_4$ pCt. „ „ „	42 P. $41^5/_8$ G.
Schweden	$4^1/_2$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$98^1/_2$ P. $^1/_4$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	$108^7/_8$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	563 P. 560 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$127^1/_2$ P. $126^1/_2$ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	183 P. 181 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	72 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien	70 G.
Internationale Bank in Luxemb.	82 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	322 P. ex D.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	$68^1/_8$ P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	227 P.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	$116^1/_4$ P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	72 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	21 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt.	$129^3/_8$ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4^1/_2$ pCt.	$99^3/_4$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50^1/_4$ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	$234^1/_2$ P. ex. C.
Span. Handels- u. Industrie	510 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	456 G.
Bayr. Ostbahn à $4^1/_2$ pCt. volleinbez.	$103^3/_4$ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	$100^3/_4$ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99^1/_8$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99^5/_8$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$105^1/_8$ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$96^1/_8$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	$87^3/_8$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105^1/_4$ B.
London Lst. 10 k. S.	$117^1/_2$ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L.S.L. 250 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93^1/_8$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$78^1/_8$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	72 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	48 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$56^1/_2$ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$130^1/_4$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$54^1/_2$ P.	„ fl. 25. do.	$35^3/_8$ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$90^1/_2$ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$34^3/_4$ P.
$3^1/_2$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	$119^1/_4$ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	51 P. $50^1/_2$ G.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2^1/_2$ pCt. Z.	$36^3/_4$ P.
Badische fl. 50	$90^1/_4$ P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10^3/_4$ P.
Badische fl. 35	$52^3/_4$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 26. April. Bei geringem Geschäft waren österr. Fonds und Aktien preishaltend, Spanische beider Gattungen etwas höher. (Synd.)

Rom, 20. April. Allgemeine Entrüstung hat die Ermordung des Grafen Alfred v. Limminghe aus Belgien erregt. Früher im päpstlichen Zuavenkorps, war er im Gefecht bei Castelfidardo zweimal verwundet worden und deßhalb ausgeschieden. Vor Kurzem überbrachte er dem heiligen Vater 30,000 Thaler, als Ertrag des Peterpfennigs in Belgien, und wollte wieder päpstliche Dienste nehmen. Mittwoch Abends kehrte er aus der Kirche Santa Maria dei Monti von der Labré-Feier nach dem Hotel della Minerva übers römische Forum zurück, als er plötzlich drei Unbekannte neben sich sah, deren einer eine Pistole auf ihn abfeuerte. Der Verwundete schleppte sich mit vieler Mühe nach seiner Wohnung und starb nach fünf Stunden. Gestern wurde er unter großer Theilnahme bestattet; auch der Kriegsminister, Mfgr. de Merode, war beim Todtenamte zugegen. Der Ermordete war bei Lebzeiten in Wort und That ein geschworner Feind Napoleon's. (Der römische Korrespondent der „Independance Belge" meldet über des jungen Grafen v. Limminghe Ermordung: man habe von dem Mörder keine Spur; in der päpstlichen Armee sey zwar die Ansicht allgemein, der Mord habe eine politische Bedeutung, aber diese Auffassung finde wenig Glauben, und zwar selbst in Regierungskreisen.) — Der in der arbeitenden Klasse steigenden Noth zu steuern, haben mehrere Ländereibesitzer etwa 1000 Unbeschäftigte bei neu unternommenen Ausgrabungen nach Alterthümern angestellt. Kardinal di Pietro gab dabei seinen Kollegen ein Beispiel, das unter besitzenden Geistlichen Nachahmung findet. Er läßt die Umgegend der kaiserlichen Villa der Gordiane an der alten pränestinischen Straße durchsuchen. (A. Z.)

Turin, 24. April. Die „Opinione" veröffentlicht Auszüge aus zwei vertraulichen Depeschen, welche von dem Grafen Rechberg an die deutsche Bundesversammlung in Bezug auf das Königreich Italien und dessen Gesandten gerichtet worden seyen; Graf Rechberg dringe nach diesen Depeschen darauf, daß die Bundesversammlung das Königreich Italien und dessen Gesandten nicht anerkenne. (Tel.d.Fr.Z.)

Turin. Eine Anfrage der Protestanten in Mailand, sich in eine Gemeinde konstituiren zu dürfen, ist von dem Ministerium des Kultus mit dem Bemerken abgewiesen worden, daß einstweilen an den unter Oesterreichs Regierung bestandenen kirchlichen Vorschriften nichts geändert werden dürfe. Ein Nachsuchen um einen protestantischen Kirchhof außer oder neben dem Raum des neu angelegten Kirchhofs der Stadt blieb unerledigt.

Neapel, 16. April. Die Hoffnung, aus den Ueberresten des neapolitanischen Heeres gut sardinisch gesinnte Soldaten zu machen, hat die Regierung nach den bisher gemachten Erfahrungen wohl aufgeben müssen, und gewiß gern würde man diese hartnäckigsten Anhänger des Königs Franz ganz und gar ihrer weiteren Dienstpflicht entbinden, wenn nicht die Lage der vorläufig am stärksten bedrohten südlichen Provinzen ihre Entfernung dringend erheischte. Bis Mitte Mai sollen alle diejenigen, welche nach den Gesetzen ihre Zeit noch nicht abgedient haben, und die bisher nur als beurlaubt geführt wurden, wiederum bei den Fahnen versammelt seyn, während die übrigen so viel als möglich in ihren heimathlichen Bezirken festgehalten werden, um sie zu verhindern, an dem sich mehr und mehr entwickelnden Parteigängerkrieg theilzunehmen. (A. Z.)

Die „Frkf. Postz." schreibt: „Aus Neapel gehen jetzt zahlreiche Reklamationen über die Lügen ein, welche der Telegraph bezüglich der letzten Verschwörung verbreitet hat. So soll nicht der Bischof Trotta (er ist nicht einmal wirklicher Bischof), sondern ein Bruder von ihm verhaftet seyn. Eben so werden alle Nachrichten von Verhaftungen von Pfarrern und anderen Geistlichen für gänzlich unbegründet erklärt. Es hieß, beim Erzbischof von Neapel und in mehreren Klöstern habe man verdächtige Papiere, Waffen und Munition entdeckt. Die Wahrheit ist, daß bei dem Prälaten und seinem Generalvikar, sowie in dem Kloster Santa Maria la Nova Haussuchung gehalten, aber nichts gefunden wurde. General Bosco stellt entschieden in Abrede, daß er in der letzten Zeit in Neapel war; er soll sich überhaupt zur kritischen Zeit nicht von Rom entfernt haben und kann demnach auch, wie ihm zur Last gelegt wurde, die Verschwörung nicht organisirt haben. Wenn alle Angaben über die letztere so wahrheitsgetreu sind, wie die vorstehende, so wird dieselbe nach und nach zu einer einfachen Hetzjagd gegen die Bourbonisten zusammenschrumpfen. Es liegt dem ganzen Vorgange die Vermuthung nahe, daß Graf Cavour eine große Verschwörung brauchte, um damit seine Ansprüche auf Rom zu unterstützen."

In der zu Messina stehenden Brigade Pistoja sind sehr bedenkliche Meutereien vorgekommen, so daß jetzt viele Soldaten dem kriegsrechtlichen Verfahren unterworfen sind.

Rußland und Polen.

Zur „Belohnung ausgezeichneter Dienste" ist Oberst Trepoff, der frühere Oberpolizeimeister von Warschau (der in den Februartagen schießen ließ), zum Generalmajor befördert und zur Herstellung seiner Gesundheit auf ein Jahr in's Ausland beurlaubt worden.

Nichtpolitische Zeitung.

Aus dem Kollbachthale, 23. April. Am 18. d. M. kamen zwei Bursche zum Bauern Hochwimmer bei Arnstorf und bettelten; kaum waren sie fort, so kehrten sie wieder um, warfen die Bäuerin auf den Boden, banden sie und unter fortwährendem Drohen mit Umbringen, wenn sie rufe, kniete einer auf sie und hielt sie fest. Der andere verfügte sich in die sogenannte obere Stube, nahm aus einem Kasten das Sümmchen von 1300 fl., worauf sie sich wieder entfernten. In einem andern daneben stehenden Kasten wären 3000 fl. gewesen.

Stuttgart, 25. April. Der heurige Pferdemarkt war mit 1536 Pferden betrieben, die von außen kamen; dabei sind die von hiesigen Pferdebesitzern aufgestellten Pferde nicht gerechnet. Aus dieser Zahl ergibt sich für den Markt eine größere Frequenz, als sie z. B. die vorausgegangenen Märkte von 1858 mit 1300, 1859 mit 1326 und 1860 mit 1290 Pferden hatten. Zur Kenntniß der Marktbehörde kam (es besteht für Käufer und Verkäufer kein Zwang, ihre Geschäfte zur Anzeige zu bringen) der Verkauf von 437 Pferden mit einer Kaufssumme von 161,075 fl. 31 kr. Auch diese Zahlen zeigen gegen die Vorjahre eine bedeutende Zunahme. Der niederste Kauf war heuer 43 fl., der höchste 1946 fl. Zu den wesentlicheren Beobachtungen gehört, daß heuer ungarische und polnische Pferde in größerer Anzahl zum ersten Male auf dem Markte aufgestellt wurden. Ein sicherer Beweis für die Zunahme des Pferdemarktes ist, daß heuer mehrere Händler mit starken Transporten zum ersten Male den Markt betrieben. Die Preise waren im Allgemeinen gegen das Vorjahr etwas niedriger. Am Dinstag Nachmittag kamen Pferde aus dem Landgestüt zum Verkauf, meist zur Zucht geeignete Thiere; eine braune Stute wurde mit 781 fl. bezahlt. Am Mittwoch Vormittag fand sich wie immer eine außerordentlich große Menge von Pferdekennern und Pferdeliebhabern im Marstallreithause ein, um dem Verkaufe edler Thiere aus den k. Privatgestüten anzuwohnen. Den Glanzpunkt der heurigen Versteigerung bildeten 12 fehlerfreie Stuten, reines arabisches Vollblut im Alter von 4 bis 8 Jahren; eine wurde mit 610, zwei mit 650, eine mit 700, zwei mit 720, eine mit 855, eine mit 890, eine mit 940, eine vierjährige Schimmelstute mit 1200, eine siebenjährige Braunstute mit Stern und Schnippe mit 1250 und eine achtjährige Apfelschimmelstute mit 1400 fl. bezahlt. Bei den Reitpferden aus dem k. Marstalle wurde für einen fünfjährigen Wallachen, hellbraun, 1050 fl., für einen fünfjährigen Hengst, Dunkelhonigschimmel, 1220 fl. und für einen siebenjährigen Hengst, Grauschimmel, 1530 fl. geboten. (Schw. Merk.)

* Aus dem Wiener High-life. Vorgestern fand in aller Stille die Vermählung des Herzogs Leopold von Sachsen-Koburg, k. k. Oberst der Infanterie, mit Frln. Konstanze Geiger statt. Die jetzige Herzogin war als eine Art Universal-Genie bekannt; sie komponirte, sang, tanzte, spielte Klavier und Komödie, und hat sich auf ihren zahlreichen Kunstreisen in den meisten Orten Deutschlands produzirt, jedoch nur selten die gewünschte Anerkennung gefunden. Die Dame ist nun in die nächste Verwandtschaft zu den regierenden Häusern von England, Belgien, Portugal und Sachsen-Koburg getreten. Die Verbindungen zwischen Künstlerinnen und Mitgliedern der Aristokratie kommen jetzt überhaupt hier häufig vor; wie vor einigen Jahren Frl. Louise Neumann Gräfin Schönborn und ganz kürzlich Frl. Goßmann Baronin Prokesch wurde, so wird noch in diesem Jahre die ausgezeichnete Konversationsschauspielerin Frl. Beßler sich mit Baron Bruck, einem Sohne des verstorbenen Ministers, vermählen.

In Wien soll eine „Katzenmusik in Briefen" erfunden worden seyn. Man erzählt, daß eine dortige hohe Person habe an einem Tage eine Menge von Briefen erhalten, die weiters nichts enthielten, als das einzige Wort „Miau".

Die in Wien auf der Arsenal-Schießstätte mit Schießwolle aus dem Kleingewehre vorgenommenen Schießübungen fanden im Beiseyn des Erzherzogs Joseph und mehrerer Generale statt, und lieferten in jeder Beziehung günstige Resultate. Namentlich zeigte sich im Vergleich zur Pulverladung eine größere Sicherheit im Treffen, da beim Abfeuern des Schusses keinerlei Stoß fühlbar ist,

Wünsche und Verhältnisse beider Hälften der Monarchie verhandeln zu können. Man glaubt annehmen zu dürfen, daß durch die gemeinsamen Berathungen zuerst im Schooße der beiden Ministerien und dann in dem gemeinsamen Ausschuß die Regierungsvorlagen meist eine solche Form erhalten werden, welche sie für beide Volksvertretungen annehmbar macht. Würden sie dennoch auf der einen oder anderen Seite verworfen, so bleibt in besonders wichtigen Fragen, wenn man nicht eine Wiederholung des Versuches in der nächsten Session abwarten will, das Mittel der Parlamentsauflösung. Wird die Regierungsvorlage auch von dem neuen Parlamente verworfen, dann ist sie wenigstens für die betreffende Hälfte der Monarchie als beseitigt zu betrachten, denn dann ist es unwiderlegbar bewiesen, daß die Majorität der Nation gegen den Vorschlag der Regierung ist, welcher daher auch nach den konstitutionellen Prinzipien fallen muß." Charakteristisch an diesen Propositionen ist, daß sie deutlich zeigen, wie der Unterschied zwischen den beiden großen Parteien, in welche der ungar. Landtag sich bisher gespalten, allerdings mehr und mehr verschwindet — wie es aber kaum die Gemäßigten sind, deren Prinzipien bei diesem Kompromisse den Sieg davon getragen. Eine Konferenz der Ausschüsse, welchen die beiden Landtage Regierungsvorlagen über die Reichsangelegenheiten zur Vorberathung überweisen, wird kein ernsthafter Politiker für eine Modifikation der reinen Personalunion ausgeben wollen, zumal wenn man erwägt, daß diese Konferenz nicht einmal ein konsultatives Votum, sondern nur ganz einfach die Resultate der beiderseitigen Abstimmung zu registriren und nebeneinander zu stellen hat. Die Annahme eines für beide Hälften der Monarchie gleichlautenden Gesetzentwurfes wäre schon aus dem Grunde eine Unmöglichkeit, weil keiner der beiden Landtage auf sein Recht, Verbesserungsanträge zu stellen und zu genehmigen, verzichten wird — jede Möglichkeit der weiteren Verständigung über solche Amendements zwischen den zwei Körperschaften aber abgeschnitten ist. Deak und Eötvös gehen daher wohl von der Ansicht aus, daß der aufgeregten Stimmung gegenüber vorläufig weiter nichts zu thun sey, als eine Thüre offen zu erhalten, durch welche eine innigere Annäherung Ungarn's an Oesterreich in Zukunft vor sich gehen kann, wenn erst eine aufrichtige Handhabung der ungarischen und die Ausbildung der Februar-Verfassung das jenseits der Leitha herrschende Mißtrauen beschwichtigt haben wird. (Das, glauben wir, wird auch das Beste seyn, was die Wiener Regierung jetzt thun kann. Zeit gewonnen, Alles gewonnen, heißt's jetzt bei ihr. Sie begnüge sich jetzt mit der lockersten Verbindung Ungarn's und der übrigen Monarchie; nach und nach wird sich schon etwas daraus machen lassen, wenn die Ungarn sehen, daß sie es ehrlich meint. D. Red.)

Padua, 19. April. So eben erscheint ein Präsidialbefehl des Armee-Kommandanten Benedek, welcher die Entweichung von drei Offizieren am 12. bestätigt. Diese Desertion (nach Sardinien) geschah von Riva aus, wo ein Adjutant mit zwei Offizieren sich von einem Schiffer spazieren fahren ließ. Dieser wollte nicht über die Gränze, wurde aber mit Revolvern gezwungen, die Drei nach Limone zu führen. Binnen zwölf Stunden mußte das Regiment Hohenlohe Deutsch-Oesterreicher (17) aus Padua, das in Südtyrol stationirte Regiment Heinrich Ungarn und Walachen (62) ablösen. Die Bevölkerung von Padua empfing das Regiment Heinrich feierlich, und als dessen Musik vor vier Tagen auf dem Platze spielen sollte, waren alle Balkone und Fenster voll Herren und Damen, in Italien etwas ganz Ungewöhnliches. Doch es geschah für i nostri fratelli unghiaresi. Die eben bezeichnete Demonstration wurde rasch abgeschnitten, als eine andere Militärmusik auf dem Platze erschien: alle Fenster schlossen sich wie auf Kommando. (K. Z.)

Großbritannien.

London, 22. April. Im Unterhaus antwortete Russell auf eine Anfrage, ob der an Frankreich, Spanien, Portugal, Brasilien und die Vereinigten Staaten gerichteten Einladung zur Beschickung einer Konferenz in London zur Unterdrückung des Sklavenhandels Folge geleistet worden sey, daß durch die Weigerung der Vereinigten Staaten die Sache sich zerschlagen habe.

Frankreich.

Paris, 22. April. Man hat hier keine Ursache, sich darüber zu freuen, daß die Aumale'sche Broschüre mit Beschlag belegt wurde. Der Hauptzweck, sie nicht in Umlauf gesetzt zu sehen, ist vollständig verfehlt. Denn einmal wird sie fortwährend unter der Hand hier und in den Departements verbreitet und die Exemplare wachsen gleichsam aus der Erde heraus, und dann war die gerichtliche Beschlagnahme das Signal zu einer europäischen Verbreitung, wie sie kaum je selbst den wichtigsten Offenbarungen der kaiserlichen Politik selber zu Theil geworden ist. Sie wird mit Genehmigung des Verfassers und des Verlegers in ganz Europa gedruckt und man zählt, wie man sich im Ministerium versichert hat, nicht weniger als drei Auflagen in London, vier in Frankfurt a/M., zwei in Hamburg, fünf in Brüssel, zwei in Wien, zwei in Berlin, zwei im Haag, eine in Amsterdam ꝛc. Man ist natürlich nichts als erbaut über das ungewöhnliche Interesse, welches das europäische Publikum an dieser Frage nimmt. — Einstweilen bereitet man hier einen Abdruck der Akten des berüchtigten Prozesses Feuchères vor, der mit dem Ursprung des bedeutenden Privatvermögens des Herzogs v. Aumale in nahe Verbindung gebracht wird. Dies Alles wird schwerlich den Prinzen rehabilitiren. Der Prinz soll durch einen Familienrathsbeschluß verhindert worden seyn, sein kostbares Leben in einem Zweikampfe mit dem Prinzen des Hauses Orleans auf's Spiel zu setzen. (Hamb. Bhe.)

* Paris, 24. April. Morgen wird zum Besten der Wittwen und Waisen der syrischen Christen ein glänzender Bazar in den Salons des Ministerium des Auswärtigen eröffnet, welche zu diesem Zwecke auf das Geschmackvollste hergerichtet worden sind.

Paris, 24. April. Die gestrige „Moniteur"-Note wegen der Vorfälle in Warschau wurde in Folge einer längeren und sehr lebhaften Unterredung zwischen dem Kaiser und Hrn. v. Kisseleff in das offizielle Journal eingerückt. Der russische Gesandte beschwerte sich lebhaft wegen der Haltung der offiziösen Presse, und der Kaiser sprach sich sehr unzufrieden über die von der russischen Regierung angewendeten strengen Maßregeln aus. Graf Kisseleff erwiderte, es könne dem Kaiser der Franzosen nicht unbekannt seyn, daß man, wenn auch ungern, unter gewissen Umständen zu solchen Gewaltmaßregeln greifen müsse, und wies dabei auf die Vorgänge in Paris am 2. Dez. hin. Diese Anspielung nahm der Kaiser sehr mißfällig auf; er trat sichtlich ungehalten in ein Nebenkabinet und ließ sich nach einigen Augenblicken bei dem Gesandten entschuldigen. Nichtsdestoweniger erschien am nächsten Tage die erwähnte „Moniteur"-Note. Die Aeußerung Kisseleff's wurde auf's Kerbholz geschrieben.

In Marseille wird nächster Tage ein Stiergefecht stattfinden. Auch ein Fortschritt der Civilisation nach bonapartischen Begriffen!

Italien.

Rom, 13. April. Der Papst, noch leidend, hatte sich gestern dennoch aufgemacht, der Madonna seine Devotion darzubringen. Der 12. April ist nämlich der Jahrestag seiner Rückkehr aus dem Exil von Gaeta und zugleich, durch ein seltsames Zusammentreffen von Tag und Stunde, auch der seiner Rettung aus dem Zusammensturz eines Saales bei S. Agnese vor dem Thor, wo er vor 5 Jahren mit einer ganzen Gesellschaft in den unteren Stock hinabstürzte. Weil er seine damalige Erhaltung der Madonna zuschrieb, hatte er die dortige Kirche restauriren lassen, und pflegt er seither dort die Jahrestage zu feiern. Eine große päpstliche Demonstration war demnach gestern angesagt; Tausende strömten des Morgens nach S. Agnese, aber der Papst fuhr erst Nachmittags dorthin, vielleicht weil er zu großes Aufsehen vermeiden wollte. Abends war die Stadt illuminirt. Es gab Transparente an vielen Orten; der große Obelisk auf Popolo trug eine erleuchtete Inschrift. Ein mächtiges Transparent am Eingange des Borgo stellte das rafaelische Stanzenbild dar, Petrus im Kerker, den der Engel befreit; ein anderes mitten im Korso das Schiff mit den Jüngern und dem schlafenden Christus auf dem stürmischen Meere, dazu im Hintergrunde die Basilika von St. Peter, welche durch ausstrahlendes Licht Christus zu wecken schien. Inschriften spielten überall auf die Lage des Papstthums an; jedes Madonnenbild an den Straßenecken trug transparente Sonette. Militär stand auf Popolo und Colonna, doch nicht zahlreicher als sonst. Keine Störung geschah; die Nationalpartei begnügte sich, des Morgens Plakate anzuheften oder auszustreuen, worauf geschrieben stand: „Erleuchtet nur! Es ist die Leichenfeier des Papstes." Diese Demonstration war demnach das Glänzendste, was die päpstliche Partei seit einem Jahre zu Stande gebracht hat; sie konnte dem Papste die flimmernde Stadt zeigen, und ihm sagen, daß eine plötzliche Erleuchtung über sie gekommen sey. So veränderlich sind hier die Gegensätze, bald demonstrirt die eine, bald die andere Faktion. Ihr Kampf mit einander ist und bleibt darauf beschränkt; kein Tumult ist zu fürchten, so lange oder weil die Franzosen hier bleiben und die dritte bewaffnete Faktion von Rom bilden, unter deren Schutze Guelfen und Ghibellinen einander mit Demonstrationen reizen. (Nat.-Z.)

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 116.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 27. April 1861.

Auf die „Neue Würzburger Zeitung“ kann für die Monate Mai und Juni sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 25. April. Se. Maj. der König hat dem Landwehrhautboisten M. Frieß zu Rothenburg in huldvollster Anerkennung seiner mehr denn 51jährigen treuen und eifrigen Dienste im k. Heere und in der Landwehr die silberne Ehrenmünze des Verdienstordens der bayer. Krone verliehen; genehmigt, daß dem Landwehrhautboisten A. Dödl ebendaselbst die allerhöchste Anerkennung seiner langjährigen, mit Treue und Eifer in der Armee, dann in der Landwehr geleisteten Dienste ausgedrückt, und daß diese allerhöchste Anerkennung durch das Regierungsblatt bekannt gemacht werde. (N. M. Z.)

München, 25. April. Ich glaube aus vertrauenswürdiger Quelle Ihnen die Angabe der „A. Z.“, daß der Klub der Linken im Café Ries aus 40 bis 50 Mitgliedern besteht, als offenbar auf einem Irrthum beruhend bezeichnen zu können; es sind deren 14 bis 15. Von hervorragenden Kammermitgliedern befinden sich darunter Dr. Völk, Dr. Barth, Buhl, Föckerer, Crämer. Nur zwei Mitglieder des Klubs sind zugleich im Nationalverein. Die übrigen sind weder jetzt Mitglieder desselben, noch gedenken sie wohl es zu werden. Dies zur Berichtigung irrthümlicher Ansichten im Publikum, das davon spricht: im Café Ries tage „der Nationalverein.“ (Isar-Ztg.)

München, 25. April. Wie wir vernehmen, sollen auf Anregung des Centralkomites der landwirthschaftlichen Vereine die Forstämter die Weisung erhalten, namentlich in Gegenden, wo die Waldstreu immer weniger wird, auf den Dienstländereien wie auf Forstkulturflächen und Wildparken Versuche mit künstlichem Dünger anzustellen, selbstverständlich jedoch im Verhältnisse zu der jeweiligen Bodenmischung und den anzubauenden Gewächsen. (B.L.)

München, 25. April. Die Prinzessin Luitpold ist nach hartnäckiger Krankheit nunmehr soweit wieder hergestellt, daß sie täglich einige Stunden außer Bettes zubringt. — Die diesjährige Blumenausstellung wird nächsten Sonntag im Glaspalast eröffnet. (Südd. Z.)

* Der „Volksbote“ hat bekanntlich den Herrn Kultusminister v. Zwehl in neuerer Zeit scharf aufs Korn genommen, wie seine Enthüllungen über die Reisach'sche Geldangelegenheit ꝛc. bekunden. Jetzt leitet er einen neuen Angriff gegen denselben mit folgendem Artikel ein: „Vor einem Jahre herrschte noch das erfreulichste Einverständniß unter den Mitgliedern unserer Abgeordnetenkammer und wurde vom ganzen Lande mit lebhafter Befriedigung begrüßt; seit den Verhandlungen über die kurhessische Frage und über die Nachweisungen wegen der Staatsausgaben ist wieder die frühere Scheidung eingetreten, wobei der „Volksbote“ nicht unbemerkt lassen kann, daß daran auch die Chemie einen nicht geringen Antheil hat. Was insbesondere die auffällige Erscheinung anbelangt, daß bei den unbewilligten und eigenmächtig verfügten Ausgaben des Kultusministerium Hr. v. Zwehl seine Vertheidiger und die Anwälte verfassungsmäßig ungerechtfertigter Ausgaben gerade unter Denjenigen fand, welche sonst auf das Entschiedenste gegen dergleichen aufzutreten pflegen, erhält seine Erklärung durch die bekannten engen Verbindungen des Hrn. v. Zwehl mit der Chemie, die sich notorischer Weise auf noch ganz andere Dinge als auf das Kunststück des Diamantenverbrennens verlegt. (Das geht offenbar auf Hrn. v. Liebig.) Es gibt eben auch chemische Zusammenkünfte, die ihren Ausdruck in der „Süddeutschen“ (so betitelt der „Volksbote“ die „Südd. Zeitung“) finden, und bei denen ein berufener Professor der Geschichte, ein berufener Pandektenmann ihre absonderliche Thätigkeit entfalten. Nach gewöhnlichen Begriffen gehören zwar die Gothaerei, die preußischen Spitz-Zwecke und Nationalvereinlichkeiten nicht gerade zur chemischen Wissenschaft, allein hier wird unter dieser Firma mancherlei zersetzt, und mancherlei zusammengeleimt, und man weiß sogar Abgeordnete in die „Retorte“ zu bringen. Dieses kleine Streiflicht dürfte gerade nicht überflüssig seyn, um gewisse Erscheinungen mindestens theilweise aufzuhellen.“

Ueber die Quiescirung des Konsistorialraths Dr. Ebrard in Speyer gibt ein Münchner Berichterstatter der „N. Fr. Ztg.“ folgenden Aufschluß: „Dem Genannten wurde an die Hand gegeben, er möge um seine Quiescirung einkommen; er hat sich unter Bedingungen dazu bereit finden lassen, und man bezeichnet als solche die Beibehaltung seines Aktivgehalts und die Ernennung zum Professor honorarius an der theologischen Fakultät zu Erlangen. Vom Ministerium wurden diese Bedingungen begutachtet, vom Kabinet aber weitere Auskunft verlangt, so daß also die Quiescenz noch nicht ausgesprochen ist. (Zweifelhaft ist's freilich, ob durch diese Quiescirung der Kirchenstreit in der Pfalz, nachdem er so sehr angewachsen ist, werde beigelegt werden. Jedenfalls ist Ebrards Entfernung aus seiner gegenwärtigen Stellung ein Zeichen, daß das Ministerium dessen Vorgehen in diesem Streite nicht billigt. Möge man ihm einen Nachfolger geben, dem das Vertrauen der Pfälzer entgegen kommt!“

Preußen. Köln, 24. April. Döllinger erwähnt, nach den „Kölnischen Blättern“, in einem Briefe eines Ausspruches des Papstes gegen den vor einigen Wochen in Rom anwesenden Erzbischof von Rennes, wonach er seine vollständige Beraubung als unvermeidlich voraussieht. Diese Befürchtung habe Pius IX. mit Bemerkungen begleitet über die Haltung, die er auf Grund seines Rechtes bis zum Ende pflichtmäßig bewahren müsse. Döllinger schreibt: „Ich hoffe in der Schrift meine Ueberzeugung von dem unversehrten Fortbestand des Papstthums so klar und energisch aussprechen, daß eine Mißdeutung kaum mehr möglich seyn wird. Aber ich glaube allerdings nicht an eine Fortdauer der Verwaltung eines Staates durch Geistliche.“

= **Oesterreich.** Wien, 24. April. (Privat-Korresp.) Der „Wand.“ theilt als Grundlage der Vermittlungsvorschläge, welche die gemäßigten Ungarn machen, ein Programm mit, das uns von unterrichteter Seite her als das Ultimatum der Partei Deák's bezeichnet wird, und das wir, seiner hohen Bedeutung wegen, hier nach seinem Wortlaute folgen lassen. „Jede Regierungsvorlage, welche sich auf beide Hälften der Monarchie (d. h. Ungarn und das übrige Oesterreich) beziehen soll, wird zuerst einer gemeinsamen Berathung von Seite des betreffenden österreichischen und ungarischen Ministerium unterzogen, damit die Vorlagen eine Form gewinnen, durch welche sie dies- und jenseits der Leitha annehmbar erscheinen. Ist eine solche Formulirung zu Stande gekommen, dann wird die Regierungsvorlage vom ungarischen Ministerium an die ungarische, vom österreichischen an die österreichische Volksvertretung gebracht und zuerst an einen Ausschuß gewiesen. Die beiden Ausschüsse — der deutschslavische und der ungarische — pflegen über diese gemeinsame Angelegenheit gemeinsame Berathungen, und einigen sich entweder über einen gleichlautenden Bericht an beide Volksvertretungen, oder jeder derselben fügt, im Falle die Ansichten der beiden Ausschüsse auseinandergehen, die Ansicht der anderen Partei gleichsam als Minoritätsgutachten bei. Dann folgt die Berathung in den Plenarversammlungen beider Parlamente, welche dadurch in die Lage versetzt werden, nicht nur den Antrag ihres eigenen Ausschusses, sondern auch die am anderen Ufer der Leitha geltend gemachten Ansichten kennen zu lernen. Dadurch sind beide Parlamente, obwohl sie abgesondert berathen und beschließen, dennoch in der Lage, jede gemeinsame Frage mit voller Berücksichtigung der

ist um so gegründeter, als die unter französischem Schutze stehenden Missionäre im Verein mit dem französischen Konsul bereits an der Reorganisirung eines solchen Aufstandes in jener Provinz arbeiten. (Donauztg.)

Nichtpolitische Zeitung.

Nürnberg. Die amerikanischen Turner kommen dieses Jahr nicht — so schreibt Hr. Georgii an die „Deutsche Turnzeitung". Von 200, welche zugesagt haben, sind, in Folge der amerikanischen Krisis, nur etwa 20 geneigt, die Reise zu machen, und eine so kleine Anzahl hält man nicht für würdig, die Turnerei der neuen Welt in der alten zu vertreten.

Wiesbaden, 23. April. In der gestrigen Centralvorstands-Versammlung des Rhein-Main-Sängerbund-Festes wurde beschlossen: daß das projektirte Sängerfest am 15. und 16. Juni stattfinden soll.

Wien. Herzog Leopold von Sachsen-Koburg-Kohary wird sich dem Vernehmen nach Anfang dieser Woche mit Frl. Konstanze Geiger vermählen. Der Herzog ist der jüngste Sohn des Feldmarschalls Ferdinand v. Koburg-Kohary. Er steht im Alter von 37 Jahren und ist Oberst im k. k. Infanterieregiment Nr. 59.

In **Irland** hat jüngst wieder ein Grundherr seine Macht gezeigt und 141 Insassen (Pächter), Männer, Weiber und Kinder, vom 90jährigen Greise bis zum Säugling auf der Mutter Arm von Gerichtsvollstreckern mitleidslos aus ihren Häusern und aus ihrer Väter Heimath vertreiben lassen mit der Weisung, zu gehen wohin sie wollten, und umzukommen wo es ihnen gutdünke. Von den Häusern blieb kein Stein auf dem andern, sie wurden alle dem Boden gleich gemacht. Unter den Ausgetriebenen war eine Wittwe mit sieben Kindern und ein Ehepaar mit sieben Kindern. Diese armen, elenden und halbverhungerten Leute suchten auf dem kahlen Berge Zuflucht und Niemand kümmerte sich darum, ob und wo sie leben oder sterben mögen. Der Grund dieser Grausamkeit des Gutsherrn ist darin zu suchen, daß im November vorigen Jahres der Gutsaufseher ermordet wurde und der Thäter unentdeckt blieb. Der Gutsherr vermuthete den Thäter unter den Pächtern und drohte mit Ausweisung, wenn derselbe nicht bekannt würde. Dieses geschah nicht und so ist dieselbe wirklich erfolgt.

Dem Maler **Hermann Goldschmidt in Paris**, dem es innerhalb acht Jahren gelungen ist, von seinem Zimmer aus, ohne den Gebrauch vorzüglicher Teleskope, 12 Planetoiden zu entdecken, ist von der englischen astronomischen Gesellschaft die große goldene Ehrenmedaille zuerkannt worden, welche bekanntlich auf der einen Seite Newton's Bild, auf der andern Herschel's Teleskop zeigt. Admiral Manners wurde beauftragt, dem ausgezeichneten Manne die Ehrenmedaille zu überreichen und zugleich im Namen der k. astronomischen Gesellschaft den Wunsch auszusprechen: „Talente, welche unter so ungünstigen Umständen solche hochwichtige Resultate hervorgebracht, möchten doch endlich ausschließlich für die Sternkunde gewonnen werden."

Neueste Nachrichten.

Vom Main, 22. April. Die Mittheilung: daß Hannover, Hamburg und Bremen gegen die Beschlüsse der Nürnberger Handelsgesetzgebungskommission Protest eingelegt, ist richtig. Der Protest ist vorläufig ein formeller, insofern er sich auf die Behauptung stützt, daß die dritte Lesung nicht ordnungsmäßig vor sich gegangen sey; man bezweifelt aber nicht, daß materielle Bedenken im Hintergrund stehen. Uebrigens hat der bereits in Cirkulation gesetzte Bericht über diese Angelegenheit (Berichterstatter Hr. v. d. Pfordten) jenen Protest als unbegründet abzuweisen beantragt. (D. Bl.)

Wien, 22. April. Die Wähler des achten Bezirkes haben die in ihrem Kreise veranstaltete Sammlung ihrem Abgeordneten Dr. Schuselka auf folgende Weise übermittelt: es wurde ein Album angefertigt mit 30 Blättern. Auf jedem dieser Blätter befand sich anstatt einer Zeichnung oder Inschrift eine Banknote von 100 fl. aufgeklebt. Dieses Geschenk wurde Dr. Schuselka gestern Vormittag verschlossen von einer Deputation überreicht, so daß derselbe glaubte, wirklich ein Album seiner Wähler zu erhalten. (Der ganze Handel bekommt zuletzt doch ein eigenthümliches Gesicht.)

Triest, 23. April. Der Stadtrath wird in der morgigen Sitzung einen Antrag auf Amnestie für politische Verbrechen und Vergehen berathen. Dr. Descovich, dem der Podesta gestern das Wort entzog, hat heute seine Entlassung gegeben. (Tel. d. Ostd. Post.)

Turin, 23. April. Garibaldi, welcher gestern Turin zu verlassen beabsichtigte, hatte vorgestern eine lange Audienz beim König, der ihn überredete, von seinem Vorhaben, nächstens nochmals im Parlamente zu erscheinen, abzustehen. Garibaldi soll auch sein Nationalbewaffnungsprojekt zurückzuziehen beabsichtigen. (Tel. d. Ostd. Post.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	—
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	60⅝ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	49½ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	41 G.
„	4½ pCt.	36¾ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	87¼ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	103 P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102⅜ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102½ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100⅜ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100⅜ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	96⅛ P.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104¼ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95 P.
Baden	4½ pCt. Obl.	102⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	95⅛ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	101¾ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100⅝ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94¼ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	101⅝ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99⅞ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98¾ P.
„	3 pCt. Obl.	91 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	46¾ G.
„	1¾ pCt. „ „ „	11½ P. ¼ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	98½ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	109⅝ P. ¼ G.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	561 P. 557 G.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	127 G.	
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	183 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100 . . .	72 G.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	70 G.	
Internationale Bank in Luxemb. . .	82 P.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	321 P.	ex D.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	68⅛ P.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	227 P.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	114¾ P.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	71¾ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	22 P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. . .	129⅜ P.	
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	99½ P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50⅛ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	234½ P.	ex. C.
Span. Handels- u. Industrie . . .	510 P.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire . .	456 G.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	103¾ P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100¾ P.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99⅜ B. ⅛ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅝ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅛ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96⅛ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	88 B. 87¾ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105⅛ G.
London Lst. 10 k. S.	117½ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L. S. k. 250 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ B. ⅛ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. k. S.	78¼ B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	72 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	48 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	56½ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	139½ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	54½ P.	„ fl. 25 do.	35¼ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	90¼ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	34¾ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	119¼ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50¾ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	36¾ P.
Badische fl. 50	90¼ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10¾ P.
Badische fl. 35	53⅛ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 25. April. Oesterr. Fonds und Kreditaktien wurden eine Kleinigkeit niedriger umgesetzt. Frankfurter Bankaktien wurden besser bezahlt, österr. dagegen waren billiger angeboten. Das Geschäft war nicht von Bedeutung. (Synd.)

erhalten. Kragen und Aufschläge werden mit zwei in Silber gestickten Beilen verziert!

Spanien.

In Madrid hat der nahen dynastischen Verwandtschaft ungeachtet der Brief des Herzogs von Aumale nicht ausgegeben werden dürfen, was die Minister, in der Kammer zur Rede gestellt, mit der Rücksicht auf den mächtigen Nachbar entschuldigt haben.

Italien.

In Rom sind Studenten ausgewiesen worden, weil sie sich der letzten Beleuchtung zu Ehren des Papstes widersetzt hatten.

Briefe aus Rom bestätigen die früher gegebene Nachricht, daß die Verwaltung der französischen Besatzung sämmtliche Lieferungsverträge auf sechs Monate erneuert hat. Der heil. Vater hatte am 8. die Deputation der zum Katholicismus zurückgekehrten Bulgaren (4 Mill. Seelen) empfangen. Dieselbe bestand aus einem Archimandriten, einem Diakon und aus zwei weltlichen Mitgliedern. In ihrer Anrede sprachen sie unter Anderem auch die Hoffnung aus, bald die Hindernisse entfernt zu sehen, welche zur Zeit ihre Brüder noch abhielten, ihrem Beispiele zu folgen.

Aus Rom wird gemeldet, der Papst habe in Uebereinstimmung mit 21 Kardinälen für den Fall seines freiwilligen oder gezwungenen Rücktritts oder zeitweiliger Verhinderung, sowie für den seines Ablebens, den Kardinal Wiseman zu seinem Vertreter bestimmt. (Fr. Hdlsz.)

Der Stadtrath von Neapel hat ein Anlehen zur Ausführung öffentlicher Arbeiten beschlossen.

Die offizielle „Turiner Ztg." berichtet aus Süditalien, daß in den drei Provinzen der Abruzzen die Ruhe wieder hergestellt sey; in der Basilikata hätten die Banden, meist aus bourbonischen Soldaten bestehend, Widerstand geleistet, seyen aber geschlagen und entwaffnet worden. In beiden Calabrien streiften noch Banden umher, die überall plünderten und daher von den Einwohnern selbst verfolgt wurden; die gefangenen Führer wurden erschossen; es sind nun Truppen nach Calabrien gesandt worden.

Türkei.

* Einem Briefe aus Bucharest entnehmen wir, daß der Fürst Kusa während seines Aufenthaltes in der türkischen Hauptstadt auf das Eifrigste dahin zu wirken bemüht war, die Anerkennung der Union der beiden Fürstenthümer Moldau und Walachei bei der Pforte durchzusetzen. Hiezu wendete er bei einigen der dortigen Großwürdenträger ein bekanntes eindringliches Hülfsmittel an. Die Pforte hat bekanntlich in die lange von ihr beanstandete Vereinigung beider Fürstenthümer gewilligt, um den russischen und französischen Umtrieben daselbst ein Ende zu machen. Ob dieser Zweck erreicht wird, dürfte sehr zweifelhaft seyn.

Rußland und Polen.

Aus Warschau, 20. April, schreibt man der „H. B.-H.": Warschau ist in vier verschiedene Militär-Kommandos eingetheilt; an der Spitze eines jeden steht ein General unter Oberbefehl Liprandi's. Die unter ihm Kommandirenden sind Chrulew, Wiesietnickoj, Miehickow und Merchelewicz. Jedem ist ein Gerichtsbeamter beigegeben, der bei Volksaufläufen die Tumult-Akte vorlesen soll. Die gewöhnlichen Beamten weigerten sich dieser Dienstleistung und wollten den Abschied nehmen; darauf wurde ihnen (wie schon erwähnt) eröffnet, sie erhielten keine Emerital-Pension aus der Privatkasse, welche durch die Gehaltsabzüge von ihnen zusammengebracht ist, und kämen außerdem auf die Festung. Die Beamten müssen in Uniform mit Sternen an der Mütze erscheinen, damit man sie von Anderen unterscheiden könne, wenn wieder gegen das Volk eingeschritten wird. In Modlin befinden sich 160 Verhaftete im Präventiv-Gefängniß. Sie haben erklärt, nur dann sich vernehmen zu lassen, wenn ihnen die Agenten entgegengestellt werden, die sie verleitet haben. (Dieser letzte Satz zeigt wieder, wie die Warschauer Berichte fabrizirt werden. Die Polen wollen jetzt durchaus den Russen die Schuld aufbürden, durch geheime Agenten selbst die Leute zum Aufruhr aufgemuntert zu haben. Woher weiß man denn in Warschau, was die Verhafteten in Modlin gesagt haben?)

* Seit dem blutigen Zusammenstoße in Warschau hat die Regierung alle disponiblen Truppen dorthin gezogen, so daß die Grenzen jetzt beinahe entblößt sind. In Ermangelung von Kosaken, welche den Grenzgendarmeriedienst verrichten, sind Bauern aufgeboten worden, welche, von Unteroffizieren geleitet, den Dienst versehen. Wie in Galizien, nehmen die Bauern in Polen für die russische Regierung Partei gegen die Edelleute. Sie zeigen fast gar keine Empfänglichkeit für die Idee der Wiederherstellung eines Königreiches Polen und hoffen, so wie die russische Regierung das Loos der Leibeigenen durch eine großartige Maßregel verbessert habe, so werde sie auch ihnen, die noch immer im grundobrigkeitlichen Verbande zu dem Adel stehen, Erleichterungen zuwenden. Da nun die national-polnische Bewegung lediglich auf die Städte beschränkt ist, so hat sie wenig Aussichten, sich auf dem Lande auszubreiten, und vermuthlich hätte sie gar keine, wenn nicht der niedere katholische Klerus in Russisch-Polen theilweise mit dem Polonismus fraternisirte.

Die Warschauer Zeitungen vom 20. April enthalten die amtliche Bekanntmachung, daß die 4. und 5. Klasse des Gubernial-Gymnasium zu Radom „wegen der Zügellosigkeit der Schüler gegen die Schulbehörde" geschlossen worden seyen.

Amerika.

New-York, 10. April. Präsident Lincoln, der lange genug Geduld mit den abgefallenen Staaten gehabt hat — eine Geduld, welche diese für Schwäche hielten und mit Hohn vergalten —, macht jetzt Ernst. Kriegsschiffe werden ausgerüstet, Truppen zusammengezogen, um die Abtrünnigen zu Paaren zu treiben. Verstärkungen wurden dieser Tage nach den von Bundestruppen noch besetzten Forts Sumter und Pickens abgeschickt. Ein anderes Geschwader soll nach Texas bestimmt seyn, um dort den von den Secessionisten abgesetzten Gouverneur Sam. Houston zu unterstützen und einen befürchteten Einfall der Mexikaner abzuwehren. Ja, so weit ist es bereits in Folge dieser inneren Kämpfe gekommen, daß die sonst so verachteten Mexikaner jetzt mit Offensivbewegungen zu drohen wagen. Auch Spanien scheint den günstigen Moment ergreifen zu wollen; mit Domingo ist der Anfang gemacht, und so viel ist sicher, daß Spanien seine Pläne auf Mexiko noch lange nicht aufgegeben hat, und daß es über kurz oder lang bei der augenfälligen Schwäche der Union dieselben in Kraft zu setzen suchen wird. Die jüngst erfolgte Abreise des geschlagenen mexikanischen Präsidenten und Generals Miramon, des Hauptes der Priesterpartei, nach Spanien mag mit diesen Plänen in Verbindung stehen. Louis Napoleon ist den Ansprüchen der Königin Isabella auf Mexiko durchaus nicht feindlich gesinnt, die einzige Frage für ihn könnte höchstens die sey, ob er es wegen Mexiko zu einem Bruche mit England kommen lassen will.

Afrika.

Es sind Nachrichten aus Massova, der Haupthafenstadt Abyssiniens am rothen Meer, eingelaufen, die aus den letzten Tagen des Monats Januar datiren. Seit dem Tode König Ubie's und der Entfernung des bekannten Dr. Schimper, eines Württembergers, der sich zum Gouverneur der Provinz Tigré aufgeschwungen hatte, ist das zu einem gewissen Kulturgrade gelangte Land durch innere Zerwürfnisse und fortwährende Kämpfe sehr herabgekommen. Dem Kaiser Theodor steht die Negusie'sche Partei unter ihrem Führer Garrett gegenüber. In der zweiten Hälfte des Monats Oktober v. J. kam es unweit Lasta zwischen zwei größern Heerhaufen zu einem Zusammenstoß. Der Kaiser Theodor führte selbst den Oberbefehl, und in seiner Begleitung befand sich der englische Ingenieur Bell. Der Feind stand unter dem Kommando Garrett's, des Mörders des englischen Konsuls Plowden. Um seinen ermordeten Freund zu rächen, bestand Bell einen Zweikampf mit Garrett, in welchem er diesen tödtete; gleich darauf aber wurde er von den anwesenden Brüdern des letztern meuchlings erschossen. Der Kaiser eilte nun hinzu und machte seinerseits die Brüder Garrett mit eigenen Händen nieder. Bei diesem Kampfe erhielt er zwei Kugeln durch den Mantel, wurde jedoch selbst nicht verletzt. Die nächste Folge davon war die Gefangennehmung des ganzen feindlichen Heerhaufens und die Hinrichtung von 1756 Mann, welche am Mord Plowdens betheiligt erschienen. Hierauf zog sich der Kaiser scheinbar zurück, erschien aber in den ersten Tagen dieses Jahres unerwartet in der Nähe von Axum, nachdem es ihm gelungen war, die Spione Negusie's einzufangen. Darauf sendete er Botschafter an die einzelnen feindlichen Führer mit dem Bedeuten, sie in die geheiligte Kirche Axum's zurückzuziehen, wenn sie nicht vernichtet seyn wollten. Dieser Aufforderung wurde Folge geleistet, während die Soldaten die Flucht ergriffen und Negusie und seinen Bruder im Stiche ließen. Ersterer wurde nun gefangen genommen und vor den Kaiser gebracht. Dieser ließ ihm nach Landessitte wegen Hochverraths die rechte Hand und den rechten Fuß abhauen. Am dritten Tage starb Negusie an der Verstümmelung. Durch den Tod desselben ist Kaiser Theodor jetzt Herrscher über ganz Abyssinien; doch fürchtet man, daß bei seiner Abreise aus der Provinz Tigré ein neuer Aufstand ausbrechen wird. Diese Befürchtung

ist, so sieht sich die Kreisregierung veranlaßt, allen Distrikts-Polizeibehörden die strengste Handhabung der bestehenden Bestimmungen über Tarifmäßigkeit und Güte des Biers, über vorschriftsmäßige Beschaffenheit der Gemäße und Trinkgefäße, sowie den Schutz der Gewerbsberechtigten in Entrichtung des Biersatzes nachdrücklich einzuschärfen. — Die Kreisregierung verkennt nicht, daß die Höhe des Biertarifs schwer auf den minderbemittelten Volksklassen lastet, vertraut jedoch auf deren loyale Gesinnung, die aus der Ueberzeugung hervorgehen wird, daß die Festsetzung des Biersatzes von den hiezu berufenen Stellen nicht unter Zugrundelegung eines willkürlichen Maßstabes, sondern immer nur unter gewissenhafter Beachtung der hierüber bestehenden Gesetze vorgenommen worden ist. Deßhalb überläßt sich die Kreisregierung der beruhigenden Erwartung, daß das Publikum die schon so oft bewährte Achtung vor dem Gesetze aufs Neue kundgeben und sich unbeirrt von etwaigen Einflüsterungen einzelner Uebelwollenden jeder demselben zuwiderlaufenden Aeußerung von Unmuth gegen die lediglich durch die ungewöhnlich hohen Preise des Hopfens, theilweise auch der Gerste herbeigeführte dermalige Höhe des Biersatzes enthalten wird. Jedenfalls ist es aber auch Pflicht, allen Störungen, wenn sie wider Erwarten eintreten sollten, mit Nachdruck zu begegnen; deßhalb werden die einschlägigen Bestimmungen des Gesetzes vom 12. März 1850, die Verpflichtung zum Ersatz des bei Aufläufen verursachten Schadens, dann des Gesetzes vom 4. Mai 1851, das Einschreiten der bewaffneten Macht zur Erhaltung der gesetzlichen Ordnung betreffend, neuerdings bekannt gemacht und in Erinnerung gebracht." (Augsb. Postztg.)

München, 24. April. Bezüglich des Sommerfahrplanes der Staatseisenbahnen vernimmt man, daß auf der Route Wien-München-Paris ein zweiter Eilzug eingeführt werden soll. Die Verhandlungen hierüber zwischen den betreffenden Regierungen sind aber noch nicht zum völligen Abschluß gelangt, so daß auch nicht bestimmt ist, bis zu welchem Tage der Sommerfahrplan ins Leben treten kann. Derselbe wird übrigens außerdem für unsere bayerischen Bahnen nur sehr wenige Aenderungen des dermaligen Fahrplanes bringen. (Südd. Z.)

Die Lokal-Schulkommission in Augsburg hat gegen die Verordnung, daß in den deutschen Werktags- und Feiertagsschulen der Unterricht für gewerbliche Buchführung obligatorisch einzuführen sey, Vorstellungen eingereicht und der Magistrat denselben zugestimmt.

Preußen. Bochum, 19. April. In unserer großen Aktien-Eisenfabrik, die gewöhnlich 900 Menschen beschäftigt und gegenwärtig noch 500 Arbeiter sucht, werden jetzt auch, wie in Essen (bei Krupp), vorzügliche gegossene Kanonen zu Stande gebracht. Gegenwärtig wird besonders Italien mit solchem Geschütze versehen. Von Turin aus ist ein Genieoffizier hier anwesend, um die Fertigung der Waffen zu überwachen.

= **Oesterreich.** Wien, 22. April. (Privat-Korresp.) Schuselka erläßt im Hinblick auf seine Nichtwahl in den Reichsrath die jedenfalls seltsame Erklärung, daß er sich „mit völlig ruhigem Gemüth und pflichtgemäßem konstitutionellen Gehorsam dem Votum des Landtags füge", daß er indeß bei dem wichtigen Werke nicht unthätig seyn und, obgleich von der Rednerbühne ausgeschlossen, mit der Feder wirken werde. — Ein Aufruf des Schuselka-Komites der „Concordia" fordert zu erhöhter Theilnahme an der veranstalteten Sammlung auf, damit der Zweck, Schuselka's materielle Unabhängigkeit zu sichern, erreicht werden könne.

= Wien, 23. April. (Privat-Korresp.) Schon vor längerer Zeit wandte sich das Londoner Kabinet an die hiesige Regierung, um gewisse, auf den Aufenthalt einer engl. Flotte im adriatischen Meer bezügliche Geschäfte zu ordnen. Diese Flotte kommt nun in nächster Zeit. Die englischen Schiffe werden zwischen Triest und Antivari kreuzen, und indirekt den Wachdienst der österreichischen und türkischen Schiffe an diesen Küsten unterstützen. Englische Schiffe werden vor Triest und Venedig stationiren. Im Hafen von Lissa wird ein Kohlendepot für die englische Flotte errichtet. Man bringt diese Machtentfaltung Englands mit der bedenklichen Stimmung auf den jonischen Inseln in Zusammenhang. Man besorgt in London den Ausbruch einer Bewegung auf diesen Inseln, und eine Unterstützung derselben durch griechische Freischärler. Nebenbei soll die englische Flotte auch der Pforte und der österreichischen Regierung helfen, um ihre Küsten vor den Landungen von Freischaaren aus Italien zu wahren. — Die Ernennung Omer Pascha's zum Kommandirenden der türkischen Armee, welche in Bosnien und der Herzegowina gegen die Aufständischen operiren soll, deutet auf eine bedenkliche Ausdehnung der dortigen Bewegung hin.

§ Wien, 23. April. (Privat-Korrespondenz.) Die geheimen Werbungen, welche seit etwa einem Monate in Süd-Italien stattfanden und von Garibaldi geläugnet wurden, sind nun durch die bourbonistische Erhebung aufgeklärt worden. Auch jetzt noch sollen diese Werbungen fortdauern, was darauf hindeutet, daß König Franz seine Sache noch nicht als verloren betrachtet. In der That kann man denn auch in legitimistischen Kreisen vielfach die Aeußerung aussprechen hören, daß der Anfangs April stattgefundene Aufstand nur das Vorspiel einer allgemeinen Schilderhebung gewesen sey, die binnen Kurzem stattfinden werde. Es ist indessen nicht abzusehen, wie eine solche Aussicht auf Erfolg haben soll, da die piemontesischen Behörden gewarnt sind und es erforderlichen Falls sicherlich nicht an der nöthigen Energie fehlen lassen werden. — Die Hoffnungen, welche die päpstliche Kurie in neuester Zeit auf Rußland setzen zu dürfen glaubt, werden sich nicht erfüllen. Man scheint in Petersburg vielmehr geneigt zu seyn, die erste sich darbietende günstige Gelegenheit zu benützen, um zu dem Königreich Italien in ein besseres Verhältniß zu treten. — Die zwischen der Kurie oder eigentlich einem Theile des Kardinal-Kollegium und dem Turiner Kabinet unter der Hand stattgehabten Verhandlungen haben sich, wie dies übrigens zu erwarten war, vollends zerschlagen, so daß nicht die geringste Aussicht zu einer Verständigung vorhanden ist. — Gestern sind von hier wieder Truppen an die serbische Grenze abgegangen.

Innsbruck, 21. April. Gestern kam der Antrag der Wälschtyroler, welche einen eigenen Landtag verlangen, zur Sprache. Der Landtag lehnte den Antrag der Wälschtyroler einfach ab.

Großbritannien.

* London, 24. April. Im Unterhause beschuldigte Duncombe die englische Regierung, sie nehme Partei gegen Ungarn, weil vorzüglich sie dazu mitgewirkt habe, daß die in Galacz mit Beschlag belegten Waffen, die für Ungarn bestimmt waren, von dort wieder weggeschafft wurden. Der Minister Lord J. Russell erklärte, die Regierung wünsche eine friedliche Verständigung Oesterreichs mit den Ungarn, nehme aber in dieser Sache durchaus nicht Partei.

Frankreich.

Paris, 22. April. Noch immer — und das ist fast unerhört — beschäftigt die Broschüre des Herzogs v. Aumale weitere und engere Kreise, noch immer geht die Schrift von Hand zu Hand, wird sie für theures Geld gekauft. Der Prinz Napoleon befindet sich in der Verlegenheit eines Menschen, der sich von einem moralischen Druck zu befreien hat und nicht weiß, wie er dies anfangen soll. Er hat sich aus der kaiserlichen Bibliothek Bücher schicken lassen, um aus der Geschichte der Orleans Thatsachen für eine Entgegnung zu schöpfen, und will öffentlich antworten; damit wird er aber die Anklagen der Muthlosigkeit, die in der Broschüre ausgesprochen sind und im Publikum ein williges Echo finden, nicht entkräften. Man versichert, daß hochgestellte Offiziere so weit gegangen sind, auf die Nothwendigkeit eines Zweikampfes hinzuweisen, damit das gesunkene Ansehen des Prinzen Napoleon in der Armee wiederhergestellt werde. Ob sich der Kaiser, ob sich der Prinz Napoleon selbst von dieser Nothwendigkeit werden überzeugen lassen, vermag Niemand zu sagen. Der „Siècle" veröffentlicht das Schreiben des Prinzen Napoleon an den Kaiser, in welchem er um den freien Umlauf der Broschüre bittet; auch der „Moniteur" spricht von dieser Zuschrift, ohne sie wörtlich anzuführen und erklärt, daß diesem Ansuchen keine Folge gegeben werden könnte. Diese Mittheilungen werden allerdings zu Gunsten des Prinzen Napoleon ausgelegt; allein auch sie reichen nicht hin, den schlimmen Leumund über den Divisionsgeneral zu besiegen, der sich aus der Krim lange vor Ablauf des Kriegs zurückgezogen hat und in Italien bei keiner Schlacht zugegen war. Man macht sich im Auslande nicht leicht einen Begriff davon, wie sehr die Achtung vor ihm gesunken ist, besonders unter den Offizieren. Am Hofe herrscht eine förmliche Niedergeschlagenheit. Die politische Tragweite dieser orleanistischen Manifestation ist dem Kaiser nicht entgangen; die Präfekten melden fast sämmtlich, daß schriftliche Kopien der Broschüre von Hand zu Hand gehen, und in Bordeaux ist es am Tage des Erscheinens derselben zu einer wahren Kundgebung im Theater gekommen. (D. Allg. Z.)

Paris, 23. April. Unter den vielfachen Verschönerungen, mit denen sich die französische Regierung jetzt beschäftigt, befindet sich auch der Vorschlag zu einer angemessenen Uniformirung der — Scharfrichter. Sie sollen nach dem vorgelegten Projekte einen schwarzen Frack, dreieckigen Hut und Degen mit silbernem Griff

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland, für Wahrheit und Recht!

№ 115. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt nur 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 38. Jahrgang. | Freitag, 26. April 1861.

Deutscher Bund.

** **Bayern.** München, 23. April. (Priv.-Korresp.) (XXIII. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) [Schluß des Berichts.] Zur Berathung gelangte schließlich der Antrag des Abg. Dr. Barth, dahin gehend: „Hohe Kammer wolle beschließen, Se. Maj. der König sey allerehrfurchtsvollst zu bitten, der Landesvertretung noch auf dem gegenwärtigen Landtage den Entwurf eines die Abkürzung der verfassungsmäßigen Dauer der Finanzperioden bezielenden Gesetzes vorlegen zu lassen." Der Ausschuß, bei dessen Berathung sich der k. Staatsminister der Finanzen aus finanziellen und politischen Gründen gegen den Antrag erklärte, hat denselben demungeachtet mit Einstimmigkeit zur Annahme begutachtet. — Abg. Frhr. v. Lerchenfeld, welcher als Referent die Debatte eröffnet, verweist auf sein Referat, in welchem er die Gründe dargelegt habe, warum die 6-jährigen Finanzperioden ungenügend seyen. Kein Land außer Bayern habe Finanzperioden von so langer Dauer. Er habe im §. 10 seines Referats nachgewiesen, wie die Voranschläge des Budget sich gestaltet haben; man sey in dieser Beziehung zwar von Finanzperiode zu Finanzperiode der Wirklichkeit näher gekommen, habe dieselbe bisher aber doch nie erreicht, weil man bei Beurtheilung der bei so vielen Einnahmszweigen unverkennbar bestehenden allmäligen Zunahme stets bei der wahrscheinlichen Ziffer des Anfanges der Finanzperioden stehen blieb, ohne die weitere Zunahme im Laufe der Finanzperiode mit in Anschlag bringen zu können. Die Ueberschüsse der VII. Finanzperiode belaufen sich in den ersten 5 Jahren schon auf 34 Millionen und werden beim Abschluß des sechsten sicher die jährliche Budgetsumme von 41,396,862 fl. erreichen; es wurde also ein ganzes Jahresbudget mehr eingenommen, als veranschlagt war. Daß Ueberschüsse von solchem Betrage, auch wenn sie schließlich auf das Zweckentsprechendste verwendet werden, dem Begriffe einer geordneten Finanzverwaltung nicht entsprechen, sey klar. Vom rechnerischen Standpunkte aus lasse sich nicht das Geringste gegen den Antrag einwenden, er halte aber auch die politischen Bedenken, welche man hege, für unbegründet. Abg. Barth: Nicht blos die Kammer, das ganze Land verlange Abkürzung der Finanzperioden. Die Gründe hiefür seyen so klar und der Hr. Referent habe dieselben in seinem Referat so gut auseinandergesetzt, daß nichts Weiteres beizufügen sey. Er müsse bedauern, daß der k. Staatsminister der Finanzen dem Antrage nicht entgegengekommen sey. Der kgl. Staatsminister der Finanzen: Wenn die Dauer der Finanzperiode abgekürzt werden solle, so könne dieß nur durch Abänderung unserer Verfassung geschehen, die Frage sey deßhalb nicht blos eine finanzielle, sondern eine höchst wichtige staatsrechtliche. Es sey der feste Wille der Staatsregierung, die Vorschriften der Verfassung aufs Genaueste zu vollziehen und insbesondere die Rechte des Volkes und seiner Vertreter in jeder Beziehung zu achten. Man werde es nun auch natürlich finden, daß die Staatsregierung nicht gemeint sey, eine Veränderung der Verfassung vorzunehmen, wenn nicht ein wirkliches Bedürfniß dazu vorliege. Man werde es der Staatsregierung nicht verargen, wenn sie, da sie die Rechte des Volkes unangetastet lassen wolle, auch die Rechte der Krone aufrecht erhalte. Die Frage, ob ein Bedürfniß vorliege, die Verfassung in finanziellem Punkt abzuändern, habe die Staatsregierung nach umfassender Würdigung verneint. Der Herr Staatsminister suchte hierauf die finanziellen Bedenken, welche man gegen die 6jährige Finanzperiode hege, zu widerlegen. Die Voranschläge seyen immer nicht zuverlässig, gleichviel ob sie auf 6 oder 3 Jahre gemacht würden, da man die nächste Zukunft auch nicht voraussehen könne. Es könne überhaupt kein Budget auf künftige Verhältnisse basirt werden, es könne nur aufgestellt werden — nach Maßgabe der vorhandenen Verhältnisse. Ein 6jähriges Budget habe sogar Vorzüge vor einer kürzeren Periode, weil sich da die Schwankungen in den Ein- und Ausgaben einzelner Jahre mehr ausgleichen. Der Redner suchte hierauf die Ansicht zu widerlegen, daß die 6jährige Finanzperiode zu Mißständen führe — und erklärte schließlich, daß die Regierung verfassungsmäßige Bestimmungen nur dann abzuändern geneigt ist, wenn ein wirkliches Bedürfniß vorliegt, daß sie aber in dem gegebenen Falle ein solches Bedürfniß nicht anerkenne. Die Vorschriften unserer Verfassungsurkunde hätten gerade in finanzieller Beziehung sich seit einer langen Reihe von Jahren auf das Glänzendste bewährt, und Bayern sey unter ihrer Aegide zu großer Wohlfahrt gelangt. Die Regierung habe daher allen Grund gehabt, auch das Budget der VIII. Finanzperiode auf die verfassungsmäßige Zeit von 6 Jahren zur Vorlage zu bringen. Abg. Oberappellrath Lang erklärt sich für den Antrag, und hebt hervor, daß derselbe nach seiner Ansicht weniger staatsrechtlicher als finanzieller Natur sey. Die Bestimmungen der Verfassung seyen nicht für ewige Zeiten aufgestellt, sie seyen auch der Verbesserung fähig, und eine solche bezwecke der vorliegende Antrag. Unter den jetzigen Verhältnissen ließen sich Ausgaben und Einnahmen nicht auf 6 Jahre hinaus bestimmen; daß dies aber für 3 Jahre eher möglich wäre, liege in der Natur der Sache. Abg. Umbscheiden: Die Bedenken des Hrn. Ministers seyen politischer und technischer Natur. Wären diese Bedenken richtig, so müßte man alle Länder bedauern, die kurze Finanzperioden hätten. Bayern stehe in dieser Beziehung ganz allein, kein anderes Land habe 6jähr. Finanzperioden. Viel wichtiger erschienen hingegen die politischen Bedenken, welche der Herr Minister hege, da derselbe behauptet habe, daß durch den Antrag Kronrechte angetastet würden. Der Hr. Redner suchte nun darzulegen, daß diese Bedenken des Herrn Staatsministers unbegründet seyen, daß kein Kronrecht verletzt, bezüglich des Steuerbewilligungsrechts nichts Neues geschaffen werde. — Es sprachen nun noch der Referent und der Antragsteller; Ersterer erörterte den Antrag nochmals in Kürze vom Standpunkte des Bedürfnisses aus und äußerte hiebei die Ansicht, daß, welchen Erfolg der vorliegende Antrag auch immer haben möge, 6jährige Budgets doch nicht oft mehr zur Berathung kommen werden, denn die Ungeschicktheit solcher langen Finanzperioden würde von Jahr zu Jahr immer mehr in die Augen fallen. Abg. Dr. Barth erklärte, daß er keinen Zweifel hege an dem guten Willen der Staatsregierung, die Verfassung zu vollziehen, daß ihm dies aber nicht genüge. Er verlange, daß die Verfassung nicht bloß nach dem Buchstaben, sondern in ihrem Geist ausgeführt werde. Die Verfassung selbst enthalte den Grundsatz, daß der Fortschritt zum Bessern durch sie nicht gehindert werden solle. Ohne Bedürfniß solle allerdings keine Aenderung der Verfassung eintreten, ein solches Bedürfniß liege aber hier vor. — Nach einer hierauf erfolgten kurzen Bemerkung des k. Staatsministers der Finanzen wurde zur Abstimmung geschritten und der Antrag, wie schon erwähnt, mit allen gegen 1 Stimme angenommen.

** München, 24. April. (Privat-Korresp.) Zu dem heute an unserm königl. Hofe mit herkömmlichem Glanze gefeierten St. Georgen-Ritterfest waren von den jüngst bezeichneten vier Ordens-Kandidaten einer, der Graf v. Rechberg-Rothenlöwen, durch Unwohlseyn zu erscheinen verhindert und haben deßhalb nur die Grafen von Maldeghem, Lerchenfeld und Kobilezki den Ritterschlag erhalten. Außerdem fanden zwei Promotionen statt. Frhr. v. Freiberg, bisher Komthur, wurde zum Großkomthur, und Aloys Graf v. Arco-Steppberg, bisher Ritter, zum Komthur ernannt. Se. Maj. der König und die Prinzen Luitpold und Adalbert haben an dem Ritterfeste Theil genommen. — In dem Abgeordneten-Klub im englischen Kaffeehause führt Herr Abg. Keyl den Vorsitz.

München, 23. April. Den Sommerbiersatz betreffend, hat die Regierung von Oberbayern heute folgende Bekanntmachung erlassen: „Da der Termin zum Ausschenken des Sommerbiers herannaht, dessen Tarif in gegenwärtigem Jahre sehr hoch

wolle Redner dies unterlassen, weil er hoffe, daß dasselbe durch die neue Organisation wieder beseitigt werde. Vereinfachung des Rechnungswesens sey auch bei den Taxen wünschenswerth. Abg. Christoph erklärt, daß von der Regierung in Niederbayern die Zurückerstattung der zuviel bezahlten Taxen immer erfolge. — Abg. Dr. Ruland erklärt das Kapitel der Taxen für ein unglückseliges; das Taxgesetz wirke in Unterfranken sehr nachtheilig und scheine eine ungesetzliche Anwendung zu finden. Redner wolle sich Näheres hierüber vorbehalten, bis die bereits eingebrachten deßfallsigen Anträge zur Berathung kommen — nur das Eine wolle er hervorheben, daß nach seiner Ansicht die Taxen für Einkindschaftungen nach den unterfränkischen Gesetzen nicht zulässig wären, daß sich aber dennoch das Ministerium für die Erhebung derselben erklärt habe. — Der k. Regierungskommissär Ministerialrath Frhr. v. Lobkowitz erklärt bezüglich der Aeußerung des Abg. Kehl, daß die Zurückerstattung zuviel bezahlter Taxen ex officio zu erfolgen habe und es sey längst angeordnet, daß die Zurückerstattung zu erfolgen habe, wenn sich dieß bei erfolgter Revision herausstelle. Bei Erlassung des neuen Taxgesetzes sey diese Anordnung wiederholt eingeschärft worden, und zugleich angeordnet worden, daß über alle Reklamationen kollegial zu berathen sey. Das Taxgesetz werde gewissenhaft ausgeführt, doch komme es auch mit vollster Billigkeit zur Anwendung. Was die Aeußerung des Abg. Dr. Ruland betreffe, so seyen in dieser Beziehung nur wenige Beschwerden an das Ministerium gelangt, wie überhaupt gegen das neue Taxgesetz nicht viele Beschwerden erhoben würden. Alle dessfallsigen Beschwerden würden der genauesten Prüfung unterstellt. Da Hr. Abg. Ruland keinen bestimmten Fall, wo ungesetzlich verfahren worden sey, bezeichnet habe, so sey Redner nicht in der Lage, hierauf antworten zu können. Von der Staatsregierung geschehe Alles, damit Irrungen in der Taxbehandlung vorgebeugt werde. — Abg. Dr. Arnheim beschwert sich über mehrfache Verschiedenheit in der Taxbehandlung seitens der Behörden, und besonders seitens der Wechselgerichte, deren Dekrete höher taxirt würden, als jene der anderen Gerichte. Der Herr Redner beklagt sich dann ebenfalls über das Institut der Taxbeamten, mit welchem er in seiner Stellung so viel Unangenehmes zu thun habe, daß er sehnlichst die Wiederaufhebung dieses Instituts wünschen müsse. Abg. Föckerer schließt sich unter Darlegung eines ihm früher vorgekommenen Falles der nicht erlangten Rückerstattung zu viel bezahlter Taxen dem Wunsche Kehl's an, und Letzterer erklärte sich durch die Eröffnung vom Ministertische aus für befriedigt. Abg. Dr. Völk will sich eine nähere Erörterung bez. der Taxen vorbehalten, bis die von ihm und Abg. Brater angezeigte desfallsige Vorstellung von Nürnberg in der Kammer zur Berathung komme. Was die Taxbeamten betreffe, so könnte Redner ebenfalls Manches erzählen, wolle es aber heute unterlassen, und nur auf das Eine aufmerksam machen, daß durch die heutige Debatte auf's Neue der Beweis geliefert werde, daß das Taxgesetz Gebrechen habe, daß häufig zu viel Taxen erlegt würden und der Grund darin zu suchen sey, daß die schließliche Festsetzung der Taxen in die Hände der Finanzbehörden gelegt sey und nicht in jene der Gerichte. Der k. Regierungs-Kommissär Frhr. v. Lobkowitz: Die Verschiedenheit in der Taxbehandlung komme daher, daß die Taxordnungen noch nicht revidirt seyen; die Mehrberechnung der Wechselgerichte habe ihren Grund in den deßfallsigen aus früheren Jahrzehnten stammenden Taxordnungen. Die Gerichtsorganisation werde auch in dieser Beziehung Abhülfe schaffen. Abg. Dr. Arnheim: Vom Landtage 1849/50 sey ein Antrag zur Erzielung möglichster Ersparnisse bei der Erhebung der Aufschlagsgefälle beschlossen und im Landtags-Abschiede die Zusicherung der Berücksichtigung desselben ausgesprochen worden. Redner erlaube sich deßhalb die Anfrage, was in dieser Beziehung geschehen sey, und ob das Ministerium nicht vielleicht die Absicht habe, die Aufschlagsämter aufzuheben und deren Geschäft den Rentämtern zu übertragen. Der k. Staatsminister der Finanzen erwiderte, daß die Staatsregierung diesen Gegenstand bereits in Erörterung gezogen habe, daß dieselbe aber noch nicht zum Abschluß gelangt sey. Sollte sich die Ueberzeugung ergeben, daß die Aufhebung der Aufschlagsämter zweckmäßig erscheine, so würde dieselbe auch erfolgen. — Bei dem Kapitel „Domänen" sprach sich Abg. Crämer gegen den Fortbetrieb des k. Brauhauses in Würzburg auf Staatsregie aus, und hält es für weit besser, wenn dasselbe verpachtet oder verkauft würde. Bezüglich der kgl. Weinkellerei in Würzburg glaubt Redner, daß sich eine höhere Rente erzielen ließe, wenn ein anderes Verfahren bei An- und Verkauf der Weine eingeführt würde. In dieser Beziehung werden auch von den Abgg. Deuster, Weis und Ruland mehrfache Wünsche geäußert und schloß sich Letzterer dem Wunsche Crämers bezüglich des k. Brauhauses in Würzburg an. Auch der Referent hielt den Verkauf desselben für wünschenswerth und glaubt, daß es selbst besser wäre, wenn man das Brauhaus abreiße und die Baumaterialien verkaufe, als es noch ferner auf Staatsregie fortzuführen. — Die schließliche Abstimmung ergab die einstimmige Annahme des auf Anerkennung der Nachweisungen gerichteten Ausschuß-Antrages. (Schluß des Berichtes folgt.)

* Aus Ungarn. Wir erhalten so eben die vorläufige, aber überaus wichtige Mittheilung, daß die gemäßigt liberale Partei (Deak, Eötvös) sich über ein Programm geeinigt hat, auf Grund dessen mit der Regierung unterhandelt wird.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	—
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$60\frac{1}{8}$ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$49\frac{7}{8}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$42\frac{1}{4}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	37 P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$87\frac{1}{4}$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	103 P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102\frac{3}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$102\frac{7}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$100\frac{1}{4}$ P. 100 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{1}{4}$ P. 100 G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	95 P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{3}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	95 G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$101\frac{3}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{4}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$101\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{7}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$98\frac{3}{4}$ P.
„	3 pCt. Obl.	91 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$46\frac{3}{4}$ G.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt. „ „ „	$41\frac{7}{8}$ P.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$98\frac{1}{4}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	$108\frac{7}{8}$ G.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	571 P.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$127\frac{1}{2}$ G.	
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	182 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	72 G.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	70 G.	
Internationale Bank in Luxemb. . .	82 P.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	322 P.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$68\frac{1}{4}$ P.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	226 P.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$116\frac{1}{2}$ P.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$71\frac{3}{4}$ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$21\frac{3}{4}$ P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$129\frac{1}{4}$ P.	
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$98\frac{3}{4}$ G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50\frac{1}{8}$ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	$234\frac{1}{2}$ P.	ex. C.
Span. Handels- u. Industrie . . .	510 P.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	456 G.	
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$103\frac{3}{4}$ P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	$100\frac{3}{4}$ P.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{8}$ B. $\frac{1}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{5}{8}$ B.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$96\frac{1}{8}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 B. $87\frac{3}{4}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$117\frac{3}{4}$ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{3}{8}$ B. $\frac{1}{8}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$78\frac{1}{4}$ B. 78 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	71 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$48\frac{1}{4}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$56\frac{1}{4}$ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$130\frac{1}{4}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$54\frac{1}{2}$ P.	„ fl. 25 do.	$35\frac{1}{4}$ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$90\frac{3}{8}$ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$34\frac{3}{4}$ P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	$119\frac{1}{4}$ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	$50\frac{3}{4}$ P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$36\frac{3}{4}$ P.
Badische fl. 50	$90\frac{1}{4}$ P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{3}{4}$ P.
Badische fl. 35	53 P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 24. April. Die Börse eröffnete für österr. Fonds zu besseren Kursen, schloß jedoch etwas matter. Spanische beider Gattungen begehrt und höher. In den übrigen Fonds keine bemerkenswerthe Veränderung. (Synd.)

händler Frhr. v. Reyer. Wirkliche Ausnahmen, vom Gesichtspunkte der politischen Parteistellung, bilden hier vielleicht nur Graf Anton Auersperg (Anast. Grün), Frhr. v. Münch-Bellinghausen (Friedrich Halm) und Graf Hartig, denen man, trotz ihrer hohen Geburt, nach ihren Antecedentien keine hochtorystischen Gesinnungen beimessen kann, der Historiker Palacky und der greise Dichter Grillparzer; alle übrigen lebenslänglichen Reichsräthe gehören ebenfalls entweder dem hohen Adel — auch in der politischen Bedeutung des Worts — oder Spitzen der Civil- und Militärbehörden an. Als Vertreter der evangelischen Kirche figurirt Superintendent Haase unter den auf Lebenszeit ernannten Reichsräthen. Ferner ist zu bemerken, daß wir den Grafen Goluchowsky unter den erblichen, den Grafen Thun unter den lebenslänglichen Reichsräthen finden; während diejenigen Exminister, selbst der jüngsten Vergangenheit, welche sich als weniger prononcirte Gegner, oder als halbe Anhänger des Konstitutionalismus und der religiösen Gleichberechtigung erwiesen haben, sorgfältig fern gehalten sind. Vergebens suchen wir nicht nur nach Frhrn. v. Pillersdorf, dessen Ernennung noch vor Kurzem als ausgemachte Sache erschien, sondern auch nach den Frhrn. v. Hübner und v. Thierry.

Unter der Ueberschrift „Tyrol und das Protestantengesetz“ bringt die offiziöse „Donau-Zeitung“ einen dem Beschlusse des Tyroler Landtags geltenden bemerkenswerthen Artikel. Derselbe bedauert den Widerstand, welchen dieses Gesetz in Tyrol gefunden, und tritt den daselbst vorgebrachten Bedenken ausführlich entgegen. (Fr. J.)

Ueber die vor Kurzem geschlossene Konferenz der siebenbürgischen Obergespane in Klausenburg vernimmt man Folgendes: Die Herren sollen beschlossen haben, auf einem siebenbürgischen Landtage weder selbst zu erscheinen, noch Wahlen für einen solchen zu veranlassen, sondern sich direkt zum ungarischen Landtage nach Pesth zu verfügen.

Frankreich.

Paris, 20. April. Noch einmal die Broschüre! Ihre Wirkung dauert fort. Die Flugschrift ist in 6000 Exemplaren abgezogen worden, von welchen ein bedeutender Theil der Armee zugegangen ist, da jeder Oberst ein Exemplar erhalten hat. Die Wirkung ist dort nicht ausgeblieben, und in der Armee, in welcher Plon-Plon, um den Prinzen Napoleon mit seinem volksthümlichen Namen zu bezeichnen, ohnehin nicht beliebt ist, sind Stimmen laut geworden, welche verlangen, daß er die Beleidigung mit der blanken Waffe räche. Bis jetzt steht darüber jedoch nichts fest. Vorläufig schärft der Prinz seine literarischen Waffen, oder läßt sie durch Guéroult und Edmond About schärfen; man nennt diese Beiden als die Vorfechter der vom Prinzen zu erwartenden Antwort. Es ist bezeichnend, daß man sofort die Männer nennt, welche dem Prinzen in dieser Sache mit ihrem Geist und ihrer Feder zur Seite stehen, während Niemand auch von gegnerischer Seite den Verdacht ausspricht, als habe der Herzog von Aumale einer Hülfe bedurft. Doch genug von dieser Broschüre und zu einer andern Flugschrift, die in den konservativen Kreisen nicht weniger Beifall und Bewunderung findet. Es ist ein Brief des Grafen Montalembert an den Grafen Cavour über seine jüngst ausgesprochenen Ansichten vom Papste. Dieser Brief ist gestern im „Ami de la Religion“ erschienen und soll, wenn die Regierung keine Einwendungen dagegen erhebt, am Montag als Broschüre veröffentlicht werden. In seinen am 26. März und 9. April gehaltenen Reden hatte Graf Cavour bekanntlich als sein Prinzip die Freiheit der Kirche in einem freien Staate aufgestellt, und u. A. den Grafen Montalembert als einen Verkündiger der Freiheit bezeichnet, welchen er den Katholiken wünsche. Gegen diese Ausbeutung einer Theorie, welche Montalembert als sein persönliches Eigenthum in Anspruch nimmt, um ein von ihm verabscheutes Ziel zu erreichen, legt er Protest ein in diesem mit großer Lebhaftigkeit geschriebenen Briefe. Vorzüglich richtet sich die Antwort Montalemberts gegen eine Stelle in der Rede Cavours, in welcher derselbe die Hoffnung ausspricht, daß die Mehrzahl der ächten Katholiken seiner Politik beistimmen werde. Montalembert entgegnet: „Dies wird niemals und bei Keinem der Fall seyn.“ Die Idee seines Briefes faßt er zusammen, indem er sagt: „Wir müssen das Fell des Lammes aufheben, um darunter den Wolf zu entdecken.“ (Zeit.)

Paris, 21. April. Der Kaiser hat durch seinen Privatsekretär Mocquard an die „Times“, welche den Wortlaut der Broschüre des Herzogs v. Aumale veröffentlichte, eine Reklamation geschickt, worin der Angabe des Herzogs v. Aumale widersprochen wird, als habe Louis Napoleon während des Aufenthalts seiner Mutter, der Herzogin von St. Leu, am Hofe Louis Philipps mit den Feinden der damaligen Regierung konspirirt. Er sey damals krank gewesen, was sein damaliger Arzt noch werde bezeugen können. Auch habe er wohl als Verbannter oder Gefangener die Regierung angegriffen, aber nie die Person des Königs oder sonst ein Mitglied des königlichen Hauses, was vielleicht nicht politisch, aber edel gewesen sey.

Garibaldi's Popularität in Frankreich hat durch den groben Ausfall gegen die französische Armee in Rom einen harten Stoß erhalten. Die gesammte französische Presse ergreift gegen ihn Partei.

Nach der „Independance“ hat die französische Regierung sich entschlossen, sich an die Uebereinkunft wegen Syriens streng zu binden, um die englische Regierung zu befriedigen. Das Marineministerium soll bereits beschäftigt seyn, die Vorbereitungen für die am 5. Juni fällige Räumung des besetzten Gebiets zu treffen.

Italien.

Turin, 21. April. Gegenwärtig ist Garibaldi fortwährend der Gegenstand von Ovationen des Volkes. Als er am Freitag aus der Deputirtenkammer nach seiner Wohnung fuhr, begleiteten Volksmassen seinen Wagen und ließen unter andern Rufen auch vorherrschend den „Es lebe Venedig!“ erschallen. Ob es das ausgegebene Losungswort war, mag dahingestellt bleiben; gewiß ist, daß Garibaldi sich schneller als Tags zuvor zu einer Rede bereit finden ließ. Einem Turiner Blatt zufolge soll er gesagt haben: „Ja, es lebe Venedig! In Venedig und in Rom liegt die Erfüllung aller unserer Anstrengungen und unserer Wünsche. Ihr habt Recht, o gute Bürger von Turin, euer ganzes Vertrauen auf Viktor Emanuel zu setzen; das ist ein ausnahmsweiser König, ein König, welcher noch Niemand betrogen hat. Unser Vertrauen in ihn setzend, werden wir unsere Plane ausführen. Ich habe die verschiedenen Theile Italiens besucht; da habe ich die verschiedenen Bevölkerungen kennen lernen. Ich habe sie alle gut gefunden, wie das Volk von Turin gut ist. Es ist mir wohlthuend, inmitten des Volkes so vielen militärischen Uniformen zu begegnen. Mögen Völker und Soldaten einig seyn und Italien ist unüberwindlich. Es lebe Italien!“ Als diese Ansprache zu Ende war, erhob sich eine Stimme aus der Volksmenge, welche Garibaldi fragte: „Versprechen Sie uns, uns nach Rom und Venedig zu führen?“ — „Ja — antwortete er — ich verspreche es euch, so weit wenigstens als mein Wille zu handeln versprechen kann.“

Die dreitägigen heißen Verhandlungen in der Turiner Kammer haben sowohl bei dem Präsidenten Ratazzi als bei Garibaldi ein Unwohlseyn zurückgelassen, das Letzteren bewogen hat, Turin zu verlassen und bei Cremona aufs Land zu gehen. Vorher hat er seine Offiziere um sich versammelt, deren Mehrheit Cavours Politik billigte. Cavour hat bei den Höfen von Stockholm, Haag und Brüssel um Anerkennung Viktor Emanuels als König von Italien nachgesucht.

Nichtpolitische Zeitung.

Berlin, 20. April. Vorgestern starb hier Herr Neidhart, Musikdirektor des berühmten Domchors, der sein Werk ist. Unter seinen Liederkompositionen hat das Preußenlied: „Ich bin ein Preuße“ die größte Verbreitung gefunden. Der Verstorbene stammt aus der Schweiz und ist 67 Jahre alt geworden. Als Hautboist machte er im preußischen Heere die Freiheitskriege mit. (Schw. Merk.)

Neueste Nachrichten.

** München, 23. April. (Privat-Korresp.) (XXIII. Sitzung der Kammer der Abgeordneten, Fortsetzung des Berichts.) Zum Kapitel „indirekte Steuern“ äußert Abg. Kehl mit Bezug auf eine Stelle im Referat, daß die Zurückerstattung zu viel bezahlter Taxen nicht nur auf Reklamation der Parteien, sondern auch ohnehin von Seiten der Behörden erfolgen sollte, sobald dieses bei der Revision ihnen bekannt wird. Es sollte in dieser Beziehung nicht erst eine Reklamation der Privaten abgewartet werden, und Redner wünsche, daß auf diese Anregung hin das k. Staatsministerium der Finanzen die nöthigen Anordnungen treffe; ebenso daß nicht nur diejenigen Erlasse generalisirt werden, welche zum Nachtheile der Parteien sind, sondern auch jene, welche zu deren Vortheile erlassen werden. Abg. Frhr. v. Lerchenfeld bezeichnet das Institut der Taxbeamten als eine verunglückte Schöpfung, gegen welche sich viel sagen ließe, doch

hierüber nicht Spezialberichte bearbeitet wurden) zur Berathung. Der Ausschuß beantragt diesen Nachweisungen die Anerkennung zu ertheilen. Der Berichterstatter, Abg. Rebenack, eröffnete die Debatte mit einer kurzen Einleitung, in welcher er sich namentlich über den geringen Ertrag der Kapital-Rentensteuer ausspricht. Er hält es für nothwendig, daß geeignete Maßregeln getroffen werden, um eine richtige Feststellung der steuerbaren Kapitalien zu erzielen. Er habe in dieser Beziehung einen besonderen Antrag nicht gestellt, weil er das Vertrauen hege, daß von Seite des k. Staatsministerium der Finanzen dieser Gegenstand, nachdem er in Anregung gebracht wurde, in eingehende Erörterung gezogen und das Nöthige dann werde angeordnet werden. Er sprach sich auch gegen die Aufstellung besonderer Taxbeamten aus; er hätte gewünscht, daß man die betreffenden Geschäfte den Rentämtern übertragen hätte. Indessen könne unter tüchtiger Verwaltung auch das Institut der Taxbeamten billigen Anforderungen schon entsprechen. — Es wurde hierauf zu den einzelnen Kapiteln übergegangen, zunächst zu der Einnahme aus dem Bestand der Vorjahre. Abg. Frhr. v. Lerchenfeld wünscht Vereinfachung des Rechnungswesens und sucht darzulegen, daß eine solche namentlich auch bei dem vorliegenden Kapitel zu erzielen sey, indem eine Reihe Rubriken desselben beseitigt werden könnten, ohne daß dadurch die Prüfung der Rechnungen durch die Kammern beeinträchtigt werde. Nur eine ihm verhaßte Rubrik, jene der Kassendefekte*), wünsche er auch künftig speziell aufgeführt. Der kgl. Staatsminister der Finanzen erklärte, daß auf die Wünsche des Redners bezüglich der Vereinfachung des Rechnungswesens volle Rücksicht würde genommen werden; das Ministerium würde schon bisher darauf eingegangen seyn, wenn nicht hiedurch eine Aenderung in der Form der vorgelegten Nachweisungen nothwendig geworden wäre. Nachdem diese Vereinfachung aber nun in der Kammer selbst angeregt wurde, falle jener Grund hinweg und werde dem geäußerten Wunsch von der Regierung entsprochen werden. — Zu dem Kapitel „direkte Steuern" stellte Abg. Berlenz einen Antrag, dahin gehend, die Regierung wolle einen Gesetzentwurf behufs strengerer Bestrafung der Kapitalrentensteuer-Defraudation den Kammern vorlegen. Dieser Antrag wurde von dem Hrn. Antragsteller durch den geringen Ertrag der Kapitalrentensteuer zu begründen gesucht. Der Hr. Antragsteller wünscht ein sehr strenges Verfahren — sein Antrag fand indessen nicht die genügende Unterstützung und konnte deßhalb nicht mit zur Berathung kommen. Abg. Beer ist der Ansicht, daß bei richtiger Anwendung des Art. 18 des Gesetzes über die Kapitalrentensteuer derselbe seinen Zweck vollständig erfüllen würde, und verweist in dieser Beziehung auf das Verfahren der Rentämter in der Pfalz. Der k. Regierungs-Kommissär Ministerialrath Pfretschner erörterte hierauf, daß sowohl das Gesetz von 1848, als jenes von 1850 auf das Prinzip der Selbstfatirung gegründet gewesen seyen, und die Kammer sich wiederholt gegen jedes andere Verfahren ausgesprochen habe. Nach dem Wunsch der Kammer sey auch das Gesetz von 1856 auf dem Grundsatze der Selbstfatirung basirt. Die Kammer habe sich bei Berathung desselben für Beiseitehaltung aller inquisitorischen Maßnahmen erklärt, und diese Ansicht scheine auch jetzt noch die vorherrschende zu seyn. Der Redner erörterte hierauf auch noch, daß den deßfallsigen neueren Gesetzen aller deutschen Staaten die Selbstfatirung zu Grunde liege — und hob dann hervor, daß der Ertrag der Steuer im Jahre 1858/59 beinahe den Budgetvoranschlag erreichte, daß man übrigens bei Feststellung desselben keine zu hohen Erwartungen von dieser Steuer gehegt habe. (Schluß des Berichts folgt. Dem Antrag des Ausschusses auf Anerkennung der Rechnungen wurde beigestimmt.)

Ein Komite der Gemeinden Füssen, Kaufbeuren, Mindelheim, Pfeffenhausen, Krumbach, Hürben, Ichenhausen und Günzburg haben an die Mitglieder der Kammer eine gedruckte Denkschrift vertheilen lassen, die Projektirung einer bayerisch-schwäbischen Eisenbahn (Füssen-Nördlingen) als Ergänzung des süddeutschen Bahnnetzes betreffend.

München, 23. April. Se. Maj. der König hat das Kuratbenefizium Weitenbach, [illegible]heim, dem Priester Joseph A. Rigl, Benefiziat auf dem Calvarienberge bei Pobenhausen, Ldgs. Schrobenhausen, [illegible] [illegible]; dem Gymnasialprofessor Joh. Bapt. Weyh in Regensburg, seiner Bitte entsprechend, die Quiescenz auf ein weiteres Jahr bewilligt. (N. M. Z.)

* **Preußen.** Berlin, 22. April. Dem Abgeordnetenhaus lag heute der Antrag des polnischen Abgeordneten v. Niegolewski vor, welcher für Posen eine eigene, selbständige Stellung innerhalb des preuß. Staats — einen Staat im Staat — beansprucht. Das Haus beseitigte denselben, indem es nach kurzer Debatte einfach zur Tagesordnung überging. Der eigentliche Grundgedanke des Antragstellers bekundete sich darin, daß er in seiner ganzen langen Rede nur von der Wiederherstellung Polens sprach, obwohl er sich ausdrücklich dagegen verwahrt hatte, daß er mit seinem Antrag das bezwecke.

Nassau. Wiesbaden, 20. April. In der heutigen Sitzung der Ständekammer stellten die Abg. Braun und Hilf den Antrag, die Regierung wolle dahin wirken, daß das rheinische Münzsystem aufgegeben und für ganz Deutschland das preußische Drittel-Thalerstück und das österreichische Halbguldenstück (35 kr. rheinisch) unter dem Namen „eine Mark" als Rechnungs- und Münzeinheit angenommen werde, in der Art, daß zur Herstellung eines Dezimalsystems die Mark in 10 Groschen und der Groschen in 10 Pfennige getheilt wird, der österreichische Gulden (gleich 2 Mark) aber in 70 Kreuzer zerfällt, so daß 7 Kreuzer gleich 2 Groschen sind. (Hiernach wäre 1 österreichischer Gulden 2 Mark, 1 preußischer Thaler 3 Mark, 1 Fünffrankenthaler 4 Mark und ein Doppel- resp. Vereinsthaler 6 Mark, der englische Schilling 1 Mark.) Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Ein Antrag wegen Aufhebung der Hazardspiele wurde ebenfalls angenommen. (Zeit.)

= **Oesterreich.** Wien, 22. April. (Privat-Korresp.) Es werden zwei verschiedene Gründe, welche Hrn. v. Plener zum Rücktritt bestimmen, genannt. Einerseits sagt man, Plener vertheidige die Einheit und Untheilbarkeit des von ihm aufgestellten Budget mit solcher Festigkeit, daß sich Konflikte mit der ungarischen Partei im Ministerium resp. am Hofe ergeben; Plener beharrt beispielsweise jetzt schon auf Fortbehebung der Steuern und fordert vom Hofkanzler, daß dieser für die Beitreibung sorge, während Baron Vay achselzuckend erklärt, man müsse das Landtagsvotum abwarten. Was aber die Hauptsache ist, das Budget, das der Finanzminister zur Vorlage für den Reichsrath bestimmt hat, behandelt Ungarn wie jede andere Provinz, während ein Theil des Ministerium auf Auskunftsmittel sinnt, auch in das Budget wenigstens einen formellen Dualismus zu bringen, ein Ansinnen, dem Plener Widerstand leistet. Sind schon diese prinzipiellen Fragen ganz dazu angethan, dem Finanzminister den Gedanken an seinen Austritt aus dem Kabinet nahe zu legen, so mußte ihm die schroffe Haltung Schmerling's seinen Kollegen gegenüber vollends das Verbleiben auf seinem schwierigen Posten verleiden. Es kann seyn, daß es gelingt, die entstandene Differenz beizulegen, und namentlich dürfte sich Hr. v. Schmerling darum bemühen, Hrn. v. Plener zu versöhnen. Plener's Rücktritt wäre für das Ministerium ein großer Verlust. Plener ist vor Allem ein redlicher Mann, er ist sodann entschieden der liberalste unter seinen Kollegen, und was seine Intelligenz betrifft, so rühmen ihn alle Fachmänner, die ihn kennen. Zwar hat er noch keine Maßregel ergriffen, um die große ihm gestellte Aufgabe zu lösen; aber wenn dies einerseits darin seinen Grund hat, daß Minister Plener eben die Meinung vertritt, er dürfe ohne das zustimmende Votum der Reichsvertretung überhaupt nichts thun, so zeigt es auch andererseits, daß Plener die richtigste Ansicht vertritt, wenn er, statt den verhängnißvollen Bahnen seines Vorgängers Bruck zu folgen, es nicht versucht, die Finanzfrage einseitig losgelöst von den politischen Fragen zu behandeln.

= Wien, 22. April. (Privat-Korresp.) Die Ernennungen zum Herrenhause, welche die heutige „Wiener Ztg." bringt, weisen beinahe ausschließlich Namen von Vollblut-Aristokraten auf. Für die erblichen Reichsräthe gilt diese Regel, wie kaum anders zu erwarten stand, ohne Ausnahme; aber auch die wenigen Ausnahmen, welchen wir in der Liste der lebenslänglichen Pairs begegnen, sind zum bei weitem überwiegenderen Theile solche, die nur zur Bestätigung der Regel dienen — wie Frhr. v. Pipitz, der Bankgouverneur; Frhr. v. Rothschild und der Groß-

*) An älteren und neueren Kassadefekten waren Ende 1858/59 vorhanden 44,021 fl. Referent Abg. Rebenack knüpft an die Zusammenstellung dieser Posten folgende Bemerkungen: „Es ist nur Wiederholung eines der Sätze, die nirgends Widerspruch finden, wenn gesagt wird: die Aemter, besonders die Kassenämter seyen mit nicht bloß geschäftskundigen, sondern auch in allen anderen Beziehungen verläßigen Männern zu besetzen. Die Erfahrung hat auch vielfältig gelehrt, daß selbst bei großer Umsicht in der Wahl der Beamten eine gründliche Ueberwachung der Amtsführung im Interesse der Ordnung und Integrität des Dienstes nicht fehlen dürfe; daß aber die Mehrzahl dieser Defekte nur bei gänzlichem Mangel an Ueberwachung der Dienst-, besonders der Kassaführung entstehen und zu großen Summen anwachsen konnte, liegt klar vor Augen. Leider hat das Verzeichniß noch Zugänge zu erwarten an Defekten, welche erst in neuester Zeit zu Tage gekommen sind. Eine genaue Ueberwachung der Aemter, gründliche Visitationen durch erfahrene, verläßige und mit der erforderlichen Autorität ausgerüstete Kommissäre sind von dem gegenwärtigen Finanzministerium angeordnet, und es ist bei gehörigem nachhaltigen Vollzuge dieser Anordnungen zu erwarten, daß solche Erscheinungen in Zukunft nicht mehr vorkommen werden."

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

... König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 114. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 58. Jahrgang. | Donnerstag, 25. April 1861.

Das österreichische Protestanten-Patent

gibt der „Zeitung f. Norddeutschland" Anlaß zu einem Vergleich zwischen der Stellung, welche hienach die protestantische Kirche in Oesterreich einnimmt, und jener, welche ihr im größten Theil des übrigen Deutschland eingeräumt ist. Da die Bemerkungen des norddeutschen Blattes im Wesentlichen auch auf unsere bayerischen Verhältnisse passen; so mögen sie hier Platz finden. Genanntes Blatt sagt: „Nicht wir norddeutsche Protestanten sind den Mitbrüdern in Oesterreich voraus, sondern sie haben uns überholt. Denn wir haben nicht blos die völlige Gleichstellung der Protestanten mit den Katholiken dort ins Auge zu fassen: es ist noch ein anderer Punkt, nicht minder wesentlich als jener, der für die Protestanten dort uns mit vollster Befriedigung, für uns selbst hier mit schmerzlicher Sehnsucht erfüllt. Es ist die Autonomie des kirchlichen Gemeindelebens, der Verzicht des Staates auf alle Eingriffe und alle Ueberwachung, bis auf die landesherrliche Bestätigung der Superintendenten, nachdem dieselben aus freier Wahl der Landesgemeinde hervorgegangen sind. Freilich kann auch diese Bestätigung um so mehr als eine überflüssige Bevormundung betrachtet werden, da der Einfluß, den man etwa dem Staate gegenüber der Kirche glaubt sichern zu müssen, durch den vom Kaiser ernannten Oberkirchenrath geübt wird. Aber man muß erwägen, daß die evangelischen Superintendenten in dem Organismus ihrer Kirche in Oesterreich eine den Bischöfen der katholischen Kirche entsprechende Stellung einnehmen. Und selbst das Konkordat hat dem Staate einen Einfluß auf die Wahlen der Bischöfe zugestanden. — Und dagegen halte man die kirchliche Büreaukratie unserer Konsistorialverfassung! Wir haben seit langer Zeit gebeten um die Presbyterialverfassung. In Oesterreich heißt es fortan: jede Gemeinde ordnet und verwaltet selbst ihre Kirchen-, Schul- und Wohlthätigkeits-Anstalten. Sie wählt frei ihren Geistlichen, welcher der landesherrlichen Bestätigung nicht bedarf. Sie wird vertreten durch das Presbyterium und den Ausschuß der Gemeinde. — Wir haben seit langer Zeit gebeten ferner um die Synodalverfassung. In Oesterreich heißt es fortan: mehrere Ortsgemeinden treten zusammen zu einer Bezirksgemeinde. Dieselbe wird vertreten durch den Ausschuß. Sie wählt den Senior. Der Senior so wenig wie der einzelne Pfarrer bedarf der landesherrlichen Bestätigung. Wiederum treten die Bezirksgemeinden, die Senioratssprengel, zusammen zu einer Landesgemeinde. Diese wählt ihren Vorsteher, ihren Superintendenten. Erst von da an beginnt das Recht des Staates durch die Bestätigung des Gewählten. Für die Gesammtheit der Superintendenzen bildet die Vertretung der Oberkirchenrath und die Synode. Mit Recht sagt unser Berichterstatter, daß das Maß der Freiheit und Selbständigkeit, welches fortan der evangelischen Kirche in Oesterreich gewährt wird, ein so reichliches ist, wie es nur gewünscht werden mag. Und eben diese Wünsche werden dadurch auch bei uns rege. Einer der schwersten Schäden der evangelischen Landeskirche bei uns wie in den meisten deutschen Ländern ist die Ausbildung der Konsistorialverfassung bis in die schärfsten Spitzen. Die Ueberspannung dieser kirchlichen Bureaukratie ist einer der gewichtigsten Gründe, welcher viele Protestanten der Theilnahme an dem kirchlichen Gemeindeleben entfremdet hat. Man hat das korporative Leben in der Kirche zu unterdrücken gesucht, wie im Staate. Man hat die Kirche zu centralisiren gesucht, wie den Staat. Oesterreich hat in der elften Stunde sich zur Umkehr von diesem Wege entschlossen: es hat auf dem politischen Gebiete zu decentralisiren begonnen, es unternimmt dasselbe Werk auf dem kirchlichen. Wir sehen, daß es Oesterreich Ernst damit ist. Wir wünschen das Gelingen auf dieser neuen Bahn, die allein zu wahrer Freiheit führen kann: zu der Freiheit der individuellen, der korporativen Selbständigkeit, zu der wahrhaft germanischen Freiheit gegenüber dem welschen Grundsatze der Centralisation, dem Untergange des selbständigen Lebens in dem Massenbrei, der Sandwüste des Imperialismus. Allein wir wünschen auch für uns dasselbe wie für Oesterreich. Wir wünschen, daß das neue kirchliche Patent für Oesterreich ein Muster werde für alle deutsche Länder."

In Baden ist jüngst eine neue Verfassung der evangelischen Kirche entworfen worden, welche dem hier ausgesprochenen Wunsch in anerkennenswerther Weise Rechnung trägt, und namentlich das presbyteriale und synodale Element zu stärken bezweckt. Es fragt sich nur, ob die Generalsynode, die demnächst der Entwurf berathen soll und die nach der alten Wahlordnung noch zu zwei Dritteln aus Geistlichen besteht, denselben annehmen wird.

Deutscher Bund.

* Die „Zeit" schlägt vor, den Entwurf des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs, wenn er von dem Bundestag genehmigt ist, nicht erst noch den Landlagen der etlichen dreißig deutschen Staaten zur Zustimmung vorzulegen, was doch nur eine Formalität wäre, da das Beantragen von Aenderungen dessen Einführung vollends in's Unbestimmte hinaus verzögern würde, sondern Ausschüsse aller deutschen Landtage zusammenzurufen, die von ihren betreffenden Landtagen Vollmacht erhielten, das Werk zu prüfen und zu genehmigen. Es wäre dies also eine Volksvertretung am deutschen Bund vorläufig zu einem einzelnen bestimmten Zweck, ein Gedanke, den bekanntlich auch der sächsische Minister v. Beust vor ein Paar Jahren als sachgemäß und ausführbar erklärt hat.

* Der Landtag von Meiningen hat an die herzogliche Regierung die Bitte gerichtet, dahin zu wirken, daß 1) für das gute Recht der Herzogthümer Schleswig-Holstein eine thatsächliche Entscheidung endlich eintrete; 2) daß in Kurhessen durch Festhaltung der rechtsbeständigen Verfassung von 1831 der verletzte Rechtszustand wieder hergestellt werde; mit letzterer Bitte ist zugleich eine Verwahrung verbunden gegen die vom Bundestag beanspruchte Befugniß, eine in anerkannter Wirksamkeit stehende Landesverfassung außer Wirksamkeit zu setzen.

* Die braunschweigische Ständeversammlung hat an die herzogl. Regierung die Bitte gerichtet, dahin zu wirken, daß neben dem deutschen Handelsgesetzbuch auch ein allgemeines deutsches Eisenbahngesetz in's Leben trete. Auf den neulichen Antrag der Versammlung, eine deutsche Centralgewalt und Volksvertretung betr., ist folgendes Schreiben des Staatsministerium ergangen: „Wir verfehlen nicht, der geehrten Landesversammlung auf das gefällige Schreiben vom 18. d. Folgendes zu erwidern: Die Erlangung größerer Sicherheit für die Deutschland gebührende Machtstellung, die vollständigere Entfaltung der Kräfte der Nation auf dem Gebiete des Verkehrs und eine den Verhältnissen entsprechende Gemeinschaft im Rechte werden gewiß von allen Deutschen in voller Uebereinstimmung dringend gewünscht. Dagegen wird der geehrten Landesversammlung nicht unbekannt seyn, daß sowohl bei den deutschen Regierungen als auch in der Nation sehr verschiedene Ansichten darüber herrschen, auf welche Weise diese hohen Ziele zu erreichen seyn möchten, und die herzogl. Landesregierung glaubt sich gegenwärtig auf die Versicherung beschränken zu müssen, daß sie stets bereit seyn wird, solchen Vereinbarungen der deutschen Regierungen beizutreten, von welchen eine Erhöhung der Wehrkraft, der Rechtssicherheit und der Wohlfahrt Deutschlands mit Recht erwartet werden kann."

** **Bayern.** München, 23. April. (Priv.-Korresp.) (XXIII. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Am Ministertische: die kgl. Staatsminister Frhr. v. Schrenk und v. Pfeuffer. Es gelangen die Nachweisungen bezüglich der Staatseinnahmen in den Jahren 1855/59 (insoweit

trauriges Unglück statt, da durch eine Explosion schlagender Wetter eilf Bergleute, zum Theil verheirathet, ihr Leben verloren haben.

Pepita ist in Kopenhagen am 8. April, bei ihrem ersten Wiederauftreten vor dem keineswegs an tugendhafte Schauspiele gewohnten Kasinotheater-Publikum, mit Trommeln und Pfeifen kriegerischen Klanges empfangen worden, hat aber durch die „Würde“, mit welcher sie diese Huldigung hingenommen, sofort die Majorität des Hauses wieder für sich gewonnen. Ein rasendes Beifallsgeklatsche rang mit den schrillen Tönen der Pickelflöte, und deren Hauptvirtuose wurde schließlich zur Thür hinausgeworfen.

Neueste Nachrichten.

* München, 22. April. In seiner neuesten Nummer äußert sich der „Volksbote“ wieder sehr mißfällig über die Vorträge Döllingers, und sagt u. A.: Döllinger habe durch dieselben der „Beraubungspartei“, wenn auch vielleicht wider Willen, in die Hände gearbeitet.

Wien, 20. April. Ein Korps von 16,000 Mann wird in kleinen Abtheilungen nach Italien befördert. Die Transporte geschehen, um den regelmäßigen Verkehr auf der Südbahn nicht zu hemmen, meistens Nachts. Bei der Direktion der Temeswarer Bahn wurde eine offizielle Anfrage gestellt, welche Zeit erforderlich sey, um eine bestimmte Truppenmenge nebst Zugehör nach Bazias (unfern der türkischen Grenze) zu stellen. Es scheint hiernach, daß sich die Regierung auf entscheidende Schläge in den untern Donaugegenden gefaßt macht und jetzt schon die herzegowinische Bewegung mit Aufmerksamkeit verfolgt. (Nat.-Z.)

Rom. Von den umgehenden Gerüchten von neuen Vorschlägen aus Paris an den heiligen Vater behufs einer Transaktion mit dem Könige von Sardinien ist, wie man der „Köln. Ztg.“ aus Rom vom 16. April schreibt, nur das Eine richtig, daß man ihm im Falle der Cession der Civil-Autorität die Verwaltung der geistlichen Güter im ganzen Kirchenstaate überlassen will. Doch auch dieser Vorschlag ist, wie ähnliche frühere, entschieden zurückgewiesen worden. (Preuß. Z.)

Mailand, 21. April. Die „Perseveranza“ meldet: Bixio, Medici, Cosenz, Sirtori und andere Generale Garibaldi's unterließen in Folge der von Cavour gemachten Aufschlüsse die beabsichtigte Einreichung ihrer Demission, d. h. sie ließen sich besänftigen und finden es besser, mit als ohne Sold die Zeit abzuwarten, wo es wieder etwas für sie zu thun gibt. (T. d. Ostd. P.)

Aus Westrußland, 2. April. Auch in Schitomir, der Hauptstadt Wolhyniens, fand eine Trauer-Andacht für die in Warschau Gefallenen statt, welche einige dortige Polen veranstaltet hatten. Da die katholische Kirche nur klein ist, so wurde die Feier auf dem Kirchhofe abgehalten. Man hatte dort einen Katafalk errichtet, den der Bischof jedoch in der Nacht vorher entfernen ließ. An Stelle desselben wurde ein schwarzes Tuch über das Gerüst bedeckt, worauf ein Lorbeerkranz lag. Um dasselbe standen die Edelleute, von denen die Veranstaltung ausging, mit großen Wachskerzen. Am Eingange waren drei Tische. An dem einen reichten Damen den Eintretenden Kerzen mit Trauerbändern, an dem zweiten saß die Gemahlin des Gubernialmarschalls Mikulicz mit der Schneidersfrau Olenczyc; am dritten die Gemahlin des früheren Marschalls Niemierecki mit einer Bürgersfrau, um Beiträge für die Familien der Gefallenen, oder wie sie später sagten, „der Ermordeten“ zu sammeln. Allen ohne Ausnahme wurden von den Damen Trauerkokarden angesteckt, selbst den Dienern und Polizeibeamten. Nach der Messe sangen alle Anwesenden das Lied Bore cos polsky. Auch wurden auf beschriebenen Zetteln bezügliche Gebete vertheilt. Als das Lied beendigt war, trat ein Edelmann vor im weißen Flausch mit rothem Unterfutter und Besatz und rief: „Ich bitte das Haupt zu entblößen, noch ist die Andacht nicht zu Ende!“ Darauf hob er ein blutbeflecktes Kleid empor und fuhr fort: „Warschau sendet uns dies blutgetränkte Kleid und ein Stück des Leichentuchs; theilen wir diese Reliquien zum Andenken!“ Kleid, Tuch und Lorbeerkranz wurden in kleine Stücke zerrissen und unter die Anwesenden vertheilt. Die polnischen Läden waren während dieser Feier geschlossen. Die Ruthenen, Deutschen und Juden, welche die große Mehrzahl der Bevölkerung bilden, nahmen keine Notiz von der Feier. (N. Pr. Z.)

Die „Schles. Z.“ theilt, die gestrige Angabe berichtigend, aus Warschau mit, daß der dortige Erzbischof von der Regierung ersucht worden sey, die patriotischen Gesänge in den Kirchen nach dem Gottesdienste zu verbieten. Der Klerus habe jedoch erklärt, dem Verlangen nicht nachkommen zu können. Es sey nun eine Kundmachung des Grafen Wielopolski erschienen, die den Wunsch ausdrückt, es möchten, weil nicht-rituale Gesänge in den Kirchen beunruhigen und aufreizen, die geistlichen und weltlichen Behörden den Schaden dieser eigenmächtigen Gesänge einsehen. Sollte aber diese Anmaßung fortdauern, so würde die Behörde Mittel anwenden, um die Ordnung in den Gotteshäusern aufrecht zu erhalten. In Modlin verweigerten die Gefangenen jede Aussage, bis sie mit ihren Führern konfrontirt seyn würden.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	78½ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	60 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	49½ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	42 G.
„	4½ pCt.	96⅜ G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	87¼ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102¼ G.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102¾ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102⅞ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100¼ P. 100 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100¼ P. 100 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94½ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	102⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	95 G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	101¾ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94½ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	101½ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99⅞ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98¾ P.
„	3 pCt. Obl.	91½ P.
Spanien	3 pCt. Int. Sch. P. à fl. 2. 30	46⅜ G.
„	1¾ pCt. „ „ „	41¼ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	98⅜ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	105⅞ G.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	573 P.	
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	127 G.	
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	183 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	72 G.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	70 G.	
Internationale Bank in Luxemb. . .	82 P.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	322 P.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	68⅛ P.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	226 P.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	117 P.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	71¾ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	22¼ P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	128⅞ G.	
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	99½ P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50⅛ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	234½ P.	ex.C.
Span. Handels- u. Industrie . . .	510 P.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	456 G.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	103¾ P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100¾ P.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99⅜ B. ⅛ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅝ B.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅛ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96⅛ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	88 B. 87¾ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ G.
London Lst. 10 k. S.	117¾ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. l. 250 k. S.	98 G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ B. ⅛ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	78¼ B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	73 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	48¼ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	55⅝ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	130¼ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	54¼ P.	„ fl. 25 do.	35¼ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	89¼ P. 88¾ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	34¾ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	119¼ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50¾ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	36¾ P.
Badische fl. 50	90¼ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10¾ P.
Badische fl. 35	53 P. 52¾ G.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅞ P.

Frankfurt, 23. April. Die gestrigen Kurse behaupteten sich bei minder lebhaften Umsätzen in österr. Fonds und Aktien. Spanische 3 pCt. waren etwas billiger zu haben. Im Uebrigen keine wesentliche Veränderung. (Synd.)

Angelegenheit tragen wir noch Folgendes nach: „Es ist eine offenkundige Sache, daß an demselben Tage, wo die französischen Truppen Rom räumen, es mit der Souveränetät des Papstes in jedem Theile seines Gebietes zu Ende seyn wird. Aus diesem Grunde hängt die Lösung der Frage unmittelbar davon ab, ob die französische Regierung ihre Truppen aus Rom zurückzieht oder nicht, und es ist klar, daß, während die Ursachen, welche den Kaiser der Franzosen veranlaßt haben mögen, jene Okkupation fortbestehen zu lassen, der Art sind, daß es nicht wünschenswerth ist, sie bei dieser Gelegenheit in diesem Hause zu diskutiren, viele Umstände vorhanden sind, welche dafür sprechen, daß es eine weit bessere Politik seyn würde, jene Truppen zurückzuziehen. Ihrer Majestät Regierung hat aus dieser Ansicht kein Hehl gemacht. Aber es ist klar, daß es viele andere Rücksichten gibt, welche bei den katholischen Mächten in die Wagschale fallen müssen, und daß, obgleich die Sache vielfach erörtert worden ist, noch Keiner ein Mittel bezeichnet hat, durch welches nach der Zurückziehung der Truppen die geistliche Autorität des Papstes mit seiner neuen Stellung in Einklang gebracht werden kann. Ich sage keineswegs, daß die Aufgabe nicht zu lösen sey; aber es ist sicherlich nicht die Sache der Regierung Ihrer Majestät, die Mittel ausfindig zu machen. Alles, was ich sagen kann, ist, daß Ihrer Majestät Regierung sich sorgfältig enthalten hat, eine hervorragende Rolle in der Diskusion der Fragen zu spielen, welche den Papst speziell angehen. Sie nimmt ein tiefes Interesse an Allem, was die italienische Halbinsel betrifft, und hat ihren moralischen Einfluß aufgeboten, um dem italienischen Volke die Gelegenheit zu sichern, seine eigenen Ansichten auszuführen. Sie hat aber stets gedacht, es gezieme sich nicht für eine protestantische Macht, eine hervorragende Rolle in der Diskussion von Fragen zu spielen, die das Oberhaupt der katholischen Kirche betreffen.“

Auf Befehl der Königin sind 74 Milizregimenter zu Uebungen im Mai und Juni einberufen.

Frankreich.

Die „Arzztg." erfährt aus Paris, daß Fürst Czartorski und die andern Führer der polnischen Emigration die Leiter der Bewegung in Warschau nachdrücklich aufgefordert haben, derselben Einhalt zu thun, da man im Interesse Polens Alles vermeiden müßte, was der Gemeinschaftlichkeit der politischen Tendenzen und Intentionen Frankreichs und Rußlands hinderlich seyn würde. Kaiser Napoleon suche um jeden Preis die Möglichkeit der russischen Allianz zu retten, besonders seitdem ihm der Czar habe wissen lassen, daß er sich, so lange die innern Schwierigkeiten des Reichs nicht überwunden wären, mit der orientalischen Frage nicht befassen wolle.

Italien.

Turin, 13. April. Man beurtheilt im Ausland die Lage Italiens durchaus falsch, wenn man, wie es meistens geschieht, annimmt, daß Alles so weit entwickelt wäre, um wo möglich auf eigene Hand einen Kampf um Venetien unternehmen zu können. So weit ist die Organisation der locker verbundenen einzelnen italienischen Staaten noch nicht gediehen, und die Regierung sowohl wie die hervorragenden Parteiführer fühlen dies sehr wohl. Mit der bloßen einheitlichen Form der früher selbständig neben einander existirenden Staaten ist noch lange nicht die wirkliche innere Einigung der nationalen Kräfte vollzogen, noch lange nicht jene Summe von Macht geschaffen, welche nöthig wäre, die letzte Hand an den Ausbau des einigen Italien „frei bis zur Adria" zu legen; sondern die jetzt vorhandene einheitliche Form verdeckt nur dem oberflächlich prüfenden Auge ein Chaos von sich einander bekämpfenden Interessen, von düstern Leidenschaften, von Parteiumtrieben aller Art. Gerade jetzt, wo die Ansichten der verschiedenen Bevölkerungen ohne jede gouvernementale Färbung sind, treten die großen und wesentlichen Unterschiede in den provinziellen Anschauungen und Empfindungen auf das Klarste hervor. Der schneidende Gegensatz zwischen Nord- und Süditalien zeigt sich immer mehr; der Neapolitaner wie der Sizilianer empfinden von Tage zu Tage eine größere Abneigung gegen den Piemontesen. Neapel sehnt sich zurück nach seiner jetzt verlorenen staatlichen Selbständigkeit, möge seinen Thron nun ein Murat oder ein Bourbon einnehmen, und die Unsicherheit seiner ganzen innern Existenz trägt nicht wenig zur Verstärkung solcher Parteibestrebungen bei. Das neapol. Volk will von der piemontesischen Gesetzgebung nichts wissen, die seinen Verhältnissen nicht entspricht und ihm keine Bürgschaft für eine gedeihliche innere Entwicklung darbietet. Eben so wenig sind die Sizilianer geneigt, sich den piemontesischen Regierungsexperimenten zu unterwerfen, und Crispi's letzte Rede im Parlament zeigt auf das Deutlichste, wie wenig Boden Cavour im sizilianischen Volke gewonnen hat. Es ist überhaupt sehr zu beachten, daß diese Abneigung der süditalienischen Völker eher zu- als abnehmen wird, indem nämlich das Bestreben der Turiner Regierung nicht auf Schöpfung einer großen italienischen Nation, sondern auf Piemontisirung des übrigen Italien geht. Aus diesem Bestreben Cavour's und seiner Anhänger begreift sich denn auch die Neigung des sizilianischen Volkes, sich ebenso wie Malta unter englische Oberhoheit zu begeben, und es ist ganz gewiß der Tag noch nicht gekommen, wo Cavour sein Werk als gekrönt betrachten könnte. Wie sehr sich allen piemontesischen Regierungsmaßnahmen die feindlichen Gesinnungen der Süditaliener entgegenstellen, beweist auch der geringe Erfolg, den die Versuche hatten, die neapolitanische Armee zu reorganisiren. Im ganzen Königreich Neapel hat man nur 12,000 Mann Soldaten zusammenbringen können. Betrachtet man die italienischen Verhältnisse wie sie sind, und nicht, wie sie nach den Angaben von Börsenspekulanten und gewissen cavouristischen Zeitungskorrespondenten seyn sollen so wird man gewiß einsehen, daß an eine kriegerische Aktion Italiens allein gegen Oesterreich wohl so bald nicht zu denken seyn dürfte, um so mehr nicht, als die Hoffnungen auf ein gemeinsames Handeln mit Ungarn immer mehr schwinden. Die Mißstimmung Garibaldi's gegen Cavour und die ungarische Emigration ist im Wachsen, so daß wohl von einer möglichen Vereinigung der beiderseitigen Volksparteien nicht die Rede seyn kann, und andererseits schwächen sich auch in Ungarn selbst die Revolutionsgelüste bedeutend ab. So wird denn wohl von allem Kriegsgeschrei nichts übrig bleiben als die Gewißheit, daß die Italiener so viel mit sich selber zu thun haben, daß sie so leicht nicht an andere Dinge denken können. (Südd. Z.)

Aus Neapel, 16. April, wird den „Debats" berichtet, daß 160 Verhaftete im Cajaniello'schen Verschwörungs-Prozesse den Gerichten übergeben wurden.

Rußland und Polen.

Petersburg, 12. April. Ein Ukas an den dirigirenden Senat verordnet Gründung von Friedensgerichten, Bezirks- und Gemeindeverwaltungen. Das Friedensgericht besteht aus dem vom Gouvernements-Chef ernannten Friedensrichter und aus zuverlässigen Hausbesitzern durch die Bauern (von je 100 Seelen einer) erwählten Assistenten. Die Bezirksverwaltung wird dann gebildet, indem die Bauern der zum Bezirk gehörigen Gemeinden gemeindeweise Deputirte wählen, welche ihrerseits auf den vom Friedensrichter berufenen Bezirksversammlungen unter dessen Leitung den Bezirksvorsteher, seinen Vertreter, die jeweiligen Bezirksrichter und die andern Gemeindebeamten erwählen. Die Bezirksdistrikte bilden zugleich in Zukunft die Rekrutirungsbezirke. Sobald die neue Verwaltungs-Organisation in Wirksamkeit getreten ist (wozu 6 Monate Frist gegeben sind), hört die gutsherrliche Gerichtsbarkeit auf und geht an die Bezirks- und Friedensrichter über.

Die Grafen Zamoyski und Potocki, welche während der jüngsten Warschauer Ereignisse eine Rolle gespielt haben, werden in Paris und London erwartet. Sie werden die Regierungen beider Länder angehen, zu Gunsten Polens diplomatisch zu wirken. (Wird wenig helfen.)

Nichtpolitische Zeitung.

Das germanische Nationalmuseum in Nürnberg hat seinen siebenten Jahresbericht veröffentlicht, der von der fortschreitenden Entwicklung des Instituts Zeugniß gibt. Hülfsvereine des Museum haben sich in Berlin und Mannheim gebildet, und die Pflegschaften sind auf 281 gestiegen. Der Besuch der Fremden, aus welchem dem Institut eine steigende Rente zufließt, stieg im Jahre 1860 auf 5000 Personen. Der Ausbau der Karthause ist um ein Bedeutendes weiter geführt. Die Schätze des Instituts wurden ebenso erheblich bereichert, wie mit anerkennenswerthem Fleiß daran gearbeitet wurde, sie nutzbar zu machen. Wir führen nur an, daß die Bibliothek, zu der 383 Buchhandlungen ihre Verlagswerke gratis liefern, 33,000 Bände umfaßt, das Archiv 14,800 Stücke, die Kunst- und Alterthums-Sammlung deren 83,000 zählt. Das Generalrepertorium umfaßt jetzt 91,000 Nummern, das Archiv etwa 153,500 Regesten und 42,000 Repertorienzettel, die Bibliothek 183,500 Katalogs- und Repertorienzettel, die Kunst- und Alterthumssammlung 110,300 Katalogszettel, darunter 83,000 Zeichnungen für das Bilderrepertorium, so daß der Gesammtbestand der Repertorien sich auf etwa 581,800 Blätter beläuft. Die Einnahmen haben sich auf 32,375 fl., die Ausgaben auf 31,555 fl. belaufen; es blieb sonach ein Kassebestand von 819 fl. Die Zahl der beitragenden Mitglieder des deutschen Volkes belief sich auf 5000.

Aachen, 21. April. In der Nacht von Freitag auf Samstag fand auf einer Kohlengrube bei Höngen ein höchst

steter Kenntniß zu erhalten und hätte in seiner gleichzeitigen Stellung als Vorstand im Rathe der Könige bei dessen Nichteinstimmung seinen Einspruch geltend zu machen. Wo ein solcher Einspruch nicht vorläge, käme eine Sache nicht an den Rath der Fürsten, der blos bei Differenzen zwischen dem Primas und dem Rathe der Könige die Entscheidung zu geben hätte, es wäre denn, daß es sich um Beschlüsse zur Alterirung der verfassungsmäßigen Rechte des Rathes der Fürsten selbst handelte. Was ferner die Zusammensetzung des Parlamentes der vereinigten Staaten beträfe, so wäre die geforderte Vertheilung der Sitze zwischen der preußischen und außerpreußischen Bevölkerung leicht zu regeln.

Wir halten es nach diesem Allen nicht für unmöglich, daß die Frage nach der Neugestaltung der europäischen Mitte, so nothwendig sie ist, eben so sicher auch lösbar ist, wenn die Parteien über ihren einseitigen Parteistandpunkten das höchst dringende Gebot einer Verständigung nicht außer Acht lassen, zu welcher die Hand zu bieten jeder Patriot bestrebt seyn möge!

Deutscher Bund.

* Die „D. A. Z." hatte kürzlich den Gedanken angeregt, eine Versammlung deutscher Landtags-Abgeordneten zu halten, um sich über gemeinsame deutsche Angelegenheiten zu besprechen. Der Gedanke hat sein Gutes, wenn gleich die Quelle, aus der er stammt, annehmen läßt, er solle zu den Zwecken des Nationalvereins ausgebeutet werden. Daß dies aber nicht geschehe, das liegt ja in den Händen der Gegenpartei, wenn sie sich zahlreich genug betheiligt, was leider nach ihrer bisherigen Unthätigkeit kaum zu erwarten ist. Ein Anstoß zur Verwirklichung dieses Gedankens ist vorläufig durch die von Seiten des Vicepräsidenten der Landesvertretung Weimar's, Rechtsanwalts Fries, ergangene Aufforderung zu einer Vereinigung von Abgeordneten der einzelnen thüringischen Länder gegeben.

** **Bayern.** München, 22. April. (Privat-Korresp.) Die Mitglieder der 2. Kammer, welche sich bisher im englischen Kaffeehause versammelten, Hegnenberg, Weiß, Lerchenfeld ꝛc., haben sich nun gestern förmlich zu einem Klub konstituirt.

* In Kaiserslautern waren am 21. April etwa 300 freisinnige Protestanten aus allen Theilen der Pfalz versammelt, welche beschlossen, auf den zweiten Pfingstfeiertag eine allgemeine Versammlung der pfälzischen Protestanten in Kaiserslautern auszuschreiben, welche bei der jetzigen Lage der Kirche ihrem Standpunkt einen klaren Ausdruck geben solle. Zugleich sprach diese Versammlung die Ueberzeugung aus, daß der allerhöchste Erlaß vom 26. Januar, welchen die Protestanten der Pfalz mit ehrfurchtsvollem Danke aufgenommen haben, in der weiteren Verfolgung der in ihm ausgesprochenen Grundsätze geeignet sey, den gestörten kirchlichen Frieden in der Pfalz wieder herzustellen.

Aus der Pfalz, 18. April. In unserer Gesangbuchsangelegenheit sind wir nun dahin gelangt, daß das neue Gesangbuch zwar nach den Beschlüssen der letzten Generalsynode rechtlich eingeführt ist und bleibt, in Wirklichkeit aber dasselbe in fast allen Gemeinden nicht gebraucht wird, noch künftig in Gebrauch genommen werden wird, indem das alte Gesangbuch, wiewohl nach der Erklärung der Generalsynode gesetzlich abgeschafft, faktisch fast überall noch oder wieder in Gebrauch ist (wozu den Gemeinden die Befugniß durch den k. Erlaß vom 26. Januar eingeräumt ist). Damit wäre vorderhand der Gesangbuchsstreit wenigstens thatsächlich entschieden. Die wichtigere Frage aber bezüglich der Bildung der kirchlichen Vertretungen ist noch weit entfernt von ihrer Lösung; im Gegentheil scheint sie jetzt erst recht in Angriff genommen werden zu sollen. Was ich früher ausgesprochen, daß in Folge der Nichtzulassung einer erweiterten Vertretung des Laienelementes in den gesetzlichen Organen das letztere auf anderem Wege als durch diese Organe sich geltend zu machen suchen werde, scheint sich in nächster Zeit bewahrheiten zu sollen. Die auf den 20. Mai nach Kaiserslautern ausgeschriebene Versammlung soll Mittel und Wege berathen, wie die kirchlichen Angelegenheiten in einer den Wünschen der Gemeinden entsprechenden Weise geordnet werden könnten. Die Mehrheit der letzten Generalsynode hat zwar geglaubt, daß in ihr allein der Wille und die Fähigkeit zu finden sey, die kirchlichen Angelegenheiten zu ordnen und zu leiten; an die Frage aber scheint sie nicht gedacht zu haben, ob sich die Gemeinden von ihr auch werden leiten lassen?! (N. Korr.)

§ **Oesterreich.** Wien, 21. April. (Privat-Korrespond.) Die „Allg. Ztg." läßt sich von Paris aus berichten, daß dort ein russischer Absagebrief eingetroffen sey, und daß Rußland in der orientalischen Frage nichts unternehmen wolle, da es im Innern zu sehr beschäftigt sey. Hier ist von allem dem nichts bekannt. Man hielt sich im Gegentheile für überzeugt, daß Rußland in der orientalischen Frage seine Ansichten nicht geändert hat, sowie man weiß, daß die Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland durch die polnische Bewegung nicht alterirt worden sind. In diplomatischen Kreisen ist man der Ansicht, daß dies binnen Kurzem schärfer hervortreten wird. Die Nachrichten über Bestrebungen zur Herstellung einer nordischen Koalition können unter solchen Umständen keinen Anspruch auf irgend eine Beachtung machen, sie haben in Wirklichkeit auch nicht stattgefunden.*) — Die Frage der Intervention Oesterreichs in der Herzegowina wird binnen Kurzem wieder lebhaft besprochen werden, da Serbien Miene macht, die Bewegung in den slavischen Provinzen der Türkei zu benützen, um seine eignen Zwecke zu fördern, die bekanntlich auf die Erringung der vollständigen Unabhängigkeit des Fürstenthums hinauslaufen. Fürst Michael soll die Absicht haben, eine Skuptschina (Volksvertretung) einzuberufen, um durch dieselbe die Annullirung des bisherigen Grundgesetzes sowie die Entfernung aller Türken aus dem Fürstenthume beschließen zu lassen. Daß es aber nach solchen Beschlüssen zu Konflikten mit der suzeränen Macht kommen muß, liegt auf der Hand.

* Wien. Das Oberlandesgericht hat das erstrichterliche Urtheil im Richter'schen Prozeß bestätigt, dabei aber erklärt, daß wegen des vor eingetretener Rechtskraft des Urtheiles erfolgten Todes des Angeklagten die Verpflichtung zum Erlag des ausgesprochenen Betrages von 25,634 fl. 5 kr. österr. Währung auf die Erben des Verurtheilten nicht überzugehen hat.

Die Wahlen zum österreichischen Reichsrath sind nun zum größten Theil bereits vollzogen. Der niederösterreichische Landtag hat weder Schuselka noch Berger gewählt: Letzterer unterlag nur so eben gegen Schindler, der nebst Mühlfeld, v. Pillersdorf und Kuranda die Hauptstadt des Reichs vertreten wird. Von den übrigen Ernennungen dieses Landtages ist noch die des Baron Dobblhof zu nennen, gleich Pillersdorf Märzminister. Die gegenwärtigen Minister v. Schmerling und v. Plener sind in Prag gewählt, wo außerdem alle bedeutenderen Parteihäupter aus der Urne hervorgegangen sind. (Zeit.)

Innsbruck, 19. April. Die Studenten der hiesigen Hochschule sendeten gestern eine Deputation an die Abgeordneten Dr. Pfretschner, Dr. Putzner und Martin Mayer, um diesen Deputirten für ihre freisinnige Haltung in der Frage über die Glaubenseinheit ihre Achtung und ihre Sympathie auszudrücken. Abends wurde den drei Herren ein Ständchen gebracht. (D.A.Z.)

Bei dem Bürgermeister-Bankett in Graz hielt der katholische Professor der Theologie, Dr. Wagl, einen mit Jubel aufgenommenen Trinkspruch, in dem sich folgende Stelle befand: „Es leben die Juden! Ich glaube allerdings, daß Niemand etwas Begründetes dagegen einwenden kann, denn die ersten Verkündiger der christlichen Humanität, welche die Welt umgebildet, waren Juden, und diejenige, die wir mit so vielem Rechte unsern Frauen und Jungfrauen als Muster der Nachahmung vorstellen, war eine jüdische Jungfrau. Doch das gehört weniger hierher. Ich meinte mit meinem Rufe insbesondere zwei sehr schätzenswerthe Eigenschaften, die diesem Volke eigen sind: erstens das tiefgewurzelte Bewußtseyn der Zusammengehörigkeit und dann den felsenfesten Glauben an eine glückliche Zukunft, welchen bis zur Stunde kein Unglück und keine Schande in ihnen zu ersticken im Stande waren."

Aus Venedig erfährt die „Oesterr. Ztg.", daß von den 849 Gemeinden des lombardisch-venetianischen Königreichs 431 die Wahlen zum Reichsrath regelmäßig vorgenommen haben, in den übrigen Gemeinden, namentlich in den Provinzialhauptstädten, sind die Wahlversammlungen erfolglos geblieben.

Großbritannien.

* Aus der schon kurz erwähnten Antwort des Ministers Wodehouse auf Lord Ellenborough's Anfrage wegen der römischen

*) Diese Angabe steht im Widerspruch mit der Nachricht von einer neuerlichen Annäherung Rußlands an Oesterreich, dürfte aber mehr Glauben verdienen, als letztere. Rußland hat die Wahl zwischen Frankreich und Oesterreich und diese Wahl fällt auf die Seite, von der es mehr Vortheil erwartet. Es müßte mit Polen noch weit schlimmer stehen, wenn Rußland im Ernst daran denken sollte, mit Oesterreich gemeinsam zu handeln und seine orientalische Politik aufzugeben, durch die eben gerade Oesterreich am meisten bedroht ist. Wie die Dinge jetzt stehen, hat es von Frankreich für diese seine orientalische Politik Vortheile zu erwarten, gegen welche die bisherigen Zwischenfälle in Polen unbedeutend sind.

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 113.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Letter	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 24. April 1861.

Die Reorganisation Centraleuropa's.*)

(Si) Seit das europäische Mittelreich, dessen Haupt der deutsche Kaiser war, an den centrifugalen Bestrebungen seiner Glieder unter der dadurch provocirten und geförderten Einmischung des Auslandes zu Grunde ging, ist keine neue Organisation der germanischen Mitte erfolgt, welche den Bedürfnissen der deutschen Nation und des europäischen Friedens, der eine starke Macht im Centrum Europa's fordert, entspräche. Nach dem Sturze Napoleon's I. hat Oesterreich selbst auf die Wiederaufrichtung des deutschen Kaiserthums verzichtet, weil es nicht einmal die neuen Souveräne der Mittelstaaten, viel weniger das noch mächtigere Preußen unter dessen Herrschaft hätte zurückzwingen können. Dieselben Schwierigkeiten bestehen noch heute, nur ist in dem deutschen Volke das Gefühl der Unzulänglichkeit der jetzigen Zustände so allgemein und lebhaft geworden, daß Viele das Gewicht des Nationalgefühles für stärker, als jene Schwierigkeiten, zu halten scheinen. Andere sind der Ansicht, daß nur eine Katastrophe, herbeigeführt durch äußere Bedrängung, diese Schwierigkeiten im Sinne größerer nationaler Einigung besiegen könne. Wenn die Letzteren wirklich Recht haben, dann steht es sehr schlimm um unser Vaterland: dann ist es ein Todtkranker, mit dem ein Experiment vorgenommen werden mußte, das eben so leicht seinen Tod, wie seine Rettung brächte. Die Anhänger jeder Partei, die von Vaterlandsliebe nicht bloß *sprechen*, müssen zur Abwendung einer solchen Eventualität sich verpflichtet fühlen, daß sie ihrem Parteistandpunkte zu Liebe nicht jede Vermittlung der extremen Standpunkte abweisen und das große Vaterland nicht bis an den Rand des Verderbens treiben.

Für uns ist es die erste Bedingung einer gedeihlichen Neu-Organisation: *Keine Trennung von Oesterreich!* Aber eben so entschieden müssen wir uns gegen den Gedanken einer Unterordnung Preußens oder der Mittelstaaten unter eine von Oesterreich geübte Centralgewalt aussprechen, da derselbe alle realen Verhältnisse gegen sich hat und jetzt so wenig ausführbar ist, als 1815. Nicht minder erkennen wir an, daß die Unterdrückung der Mittelstaaten unter Preußen, wie sie die Reichsverfassung von 1849 und eine Partei von heute will, unzuträglich wäre. Trotzdem scheint uns bei einigem Entgegenkommen der Parteien eine Aussöhnung der Gegensätze nicht im Bereiche der Unmöglichkeit zu liegen.

Einigkeit zwischen Oesterreich und Preußen — diese Kardinalforderung für die Stärke Mitteleuropa's kann vielleicht vorübergehend durch Allianztraktate erzielt, niemals aber bleibend gesichert werden, ohne eine entsprechende dauernde Organisation, die wir in der Verwirklichung der großdeutschen Idee sehen durch den Eintritt beider Großstaaten in den dadurch zu einem „mitteleuropäischen" erweiterten deutschen Bund und durch ein ständiges Bundesorgan. Wir denken uns einen solchen Bundeskongreß, gebildet von in verschiedenen Kommissionen, etwa einer politischen, militärischen und commerciellen Sektion, tagenden Regierungsabgeordneten Oesterreichs einer- und der übrigen Staaten andererseits, welche die im gemeinsamen Interesse aller Theile in diesen Beziehungen zu ergreifenden Maßregeln berathen würden. Im Plenum des Bundeskongresses würde das Präsidium bei Oesterreich bleiben. Die Ergebnisse der Berathungen des Bundeskongresses könnten jährlich abzuordnenden Ausschüssen der Parlamente der Bundestheile vorgelegt werden und, wenn sie von denselben gebilligt wären, die einzelnen Bundesglieder verpflichtet seyn, die Kongreßbeschlüsse als Gesetzespropositionen an ihre respektiven Parlamente zu bringen. Ein eigenes Parlament für die centraleuropäische Konföderation dürfte dagegen kaum anzustreben seyn; denn ein solches setzt eine wahre Centralgewalt über den Bundesgliedern voraus, während es Illusion wäre, zu glauben, daß Oesterreich und Preußen sich einander oder Beide einem Dritten zu diesem Ende jemals unterordnen würden. Für den mitteleuropäischen Bund würde vielmehr lediglich der Charakter eines Staatenbundes im Sinne der deutschen Bundesakte von 1815 angemessen bleiben.

Diese Realisirung der großdeutschen Idee ist uns das Haupterforderniß; erst in *zweiter* Reihe steht für uns die Frage, ob dann innerhalb jenes Bundes, wie für alle Kronländer der österreichischen Monarchie ein gemeinsames Parlament geboten ist, so auch ein gemeinsames Parlament für das sich allein als Großmacht nicht genügende Preußen und die noch weniger sich selbst genügenden Mittel- und Kleinstaaten als ein ohne Lösung des von uns um keinen Preis zu missenden Bundesverhältnisses mit Oesterreich realisirbares Bedürfniß sich erweise. Aber für den Bejahungsfall könnten wir doch nimmermehr zugeben, daß ein solches Bedürfniß als Mittel der *Annexion* der Mittel- und Kleinstaaten an Preußen, wie dies eine bekannte Partei will, dienen solle, vielmehr müßten wir gerade dafür *Garantien* verlangen, daß eine derartige Verbindung, die aber die Selbständigkeit der Einzelstaaten nicht über das Maß, das etwa die neuere schweizerische Bundesverfassung einhält, beschränken dürfte, hierzu *nicht mißbraucht* werden könne, namentlich, daß das Regiment der vereinten Staaten *nicht ausschließlich* in die Hand *Preußens* gelegt und in der Volksvertretung den außerpreußischen Staaten wenigstens die Halbscheide der Sitze gesichert würde.

In ersterer Beziehung, dächten wir, wäre eine gute und starke Regierung der so vereinigten Staaten wohl nur aus einem Direktorium mit dem Rathe der Könige und dem Rathe der Fürsten zusammen zu setzen, so daß im Direktorium dem König von Preußen als Primas der vereinigten Fürsten von dem König von Bayern als Vize-Primas etwa so assistirt werden könnte, wie es nach dem öfter z. B. auch in Ilse's Geschichte der deutschen Bundesversammlung veröffentlichten preußischen Projekte von 1816 bei der beabsichtigten Theilung des deutschen Bundesdirektorium mit Oesterreich von Preußen geschehen sollte, welches letztere damals für sich das zur gültigen Publikation der Beschlüsse erforderliche Mitausfertigungsrecht derselben und den Oberbefehl über bestimmte Bundesheerestheile forderte. Von den Schritten des Primas, der das Ministerium ernennen würde, wäre demnach der Vize-Primas in

*) Obwohl nicht vollkommen einverstanden mit den in obigem Aufsatz entwickelten Gedanken, glaubten wir demselben doch die Spalten dieses Blattes nicht verschließen zu sollen, da jeder Versuch, eine Einigung und Verständigung der Parteien in Deutschland herbeizuführen, besonders heutzutage gewiß der Beachtung werth ist. Unsere persönliche Ansicht ist noch immer dieselbe, welche wir bereits vor Jahr und Tag zum öfteren in diesen Blättern entwickelt haben, daß eine Kräftigung des deutschen Bundes nur dadurch zu erzielen ist, daß die mittleren und kleineren Staaten Deutschlands zu einem engern Bund unter sich zusammentreten, der dann als Ganzes wieder in ein Bundesverhältniß mit Oesterreich und mit Preußen träte. Wir können nur bedauern, daß die mittleren und kleineren deutschen Staaten noch immer nicht Miene machen, diesen Weg einzuschlagen — der einzige, wie wir glauben, auf welchem ihre Selbständigkeit mit den berechtigten Einheits-Ansprüchen des deutschen Volks in Einklang zu bringen wäre. Der Nationalverein arbeitet mit einem Eifer, den auch seine Gegner anerkennen müssen, für seine Zwecke, hält Versammlungen auf Versammlungen und wirbt allenthalben Anhänger; die aber, welche am ehesten berufen wären, ihm entgegenzuarbeiten, sehen thatlos und — fast möchte man glauben, auch rathlos zu. So wie die Dinge jetzt stehen, kann es nun doch einmal nicht bleiben, und wenn der Nationalverein allein ein bestimmtes Programm der Reform aufstellt und für dasselbe arbeitet, so wird ihm am Ende Alles noch zufallen — bloß weil nichts Besseres geboten wurde.

Die Red.

läßt sich nicht läugnen, und es sind bei solcher Stimmung leicht Konflikte ernster Art möglich." Unter diesem Gesichtspunkt erscheint das Verbot bleigefüllter Stöcke, politischer Abzeichen, massenhafter Trauerprozessionen eher vorsorglich als verwerflich.

Laut der „Breslauer Zeitung" hätten am 17. April alle Warschauer Modewaaren-Handlungen, welche, da sie keine Trauerstoffe mehr in die Schaufenster legen durften, Rouleaux vorgezogen hatten, den bestimmten Befehl erhalten, hellfarbige Waaren auszulegen.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 21. April. Bei dem von Kavalieren veranstalteten und heute Nachmittag 2 Uhr abgehaltenen Pferde-Rennen bei Milbertshofen gewann die dunkelbraune Vollblutstute „Elfriede" des Hrn. Grafen Holnstein, Lieutenant im 1. Cuirassier-Regiment; als zweites Pferd kam an die kastanienbraune Stute „Miß Jane" des Frhrn. v. Elgertshausen, Lieut. im 3. reit. Artillerie-Regiment. Der braune Wallach „Lionel" des Hrn. Oberlieut. v. Fallot verließ unmittelbar nach dem Abgange die Bahn und kann deshalb nicht gerechnet werden. Im Ganzen sind sechs Pferde gelaufen. Die Rennbahn wurde zweimal umritten. — Prinz Adalbert beehrte das hier seltene Schauspiel mit seiner Gegenwart. Das schöne Wetter hatte überdies eine Menge Zuschauer zu Wagen und zu Pferde dahin gelockt. (N. Nachr.)

Handels- und Börsenberichte.

Frankfurter Börse (vom 15. bis 20. April).

Samstag. Die Börsen bewegten sich in kleinen Variationen auf und ab, um die Woche etwas günstiger zu beschliessen. Ist auch die Furcht vor einem Frühjahrskriege momentan in den Hintergrund getreten, so bleiben doch die Geldklemmen der Grossstaaten, welche einen Aufschwung hindern. Eine Ausnahme macht zwar England, dessen Finanzminister das Budget pro 186! mit einem namhaften Ueberschuss vorlegte, von welchem ein Theil zur Minderung der Abgaben verwendet werden kann.

Auf unsere Börse übergehend, so haben wir für National, starker Verkäufe ungeachtet, einen Aufschwung von beiläufig $\frac{1}{2}$ pCt. zu notiren. Holland nimmt wieder viel auf. Andere österr. Effekten haben ohne Umsatz ihren Briefkurs erhöht. In Venetianern ist das vorhandene Material geschmolzen und die Käufe darin mehren sich. Ueberhaupt aber lässt sich eine feste Tendenz in den österr. Papieren konstatiren und diese rührt hauptsächlich daher, dass die gährenden Elemente durch die Landtage sich etwas beruhigen und einigermassen ordnen. Die sog. englischen Metalliques sind bedeutend niedriger und stehen mit den Lombarden und Venetianern fast gleich. Alle süddeutschen und auch alle Thaler-Obligationen, die zu der Klasse der Kapitalisten-Papiere gehören, bleiben fortdauernd in Gunst.

Von Eisenbahnaktien sind pfälzische beliebt, die Zweigbahn nach Germersheim mit entsprechender Gegenleistung Seitens des Staates — wovon wir an dieser Stelle bereits mehrfach das Nähere berichteten, scheint gesichert. Dagegen ist der Umsatz in bayer. Ostbahnen weniger lebendig als sonst. Auf österr. Westbahn bis $116\frac{1}{2}$ geboten. Für die Besitzer rückständiger Zinscoupons der Nahebahn sind die Aussichten zweifelhaft geworden. Selbst den unwahrscheinlichen Fall vorausgesetzt, dass sie ihren Prozess auf dem Papiere gewinnen, so ist nicht recht abzusehen, woher das Geld kommen soll, wenn der Staat ausdrücklich die Bezahlung der rückständigen Bauzinsen von seiner Subvention ausschliesst. — Prioritäten erhalten sich unverändert mit Ausnahme der österr. Staatsbahn, welche bis $48\frac{1}{2}$ herabgingen.

Geld hat hier etwas angezogen, und London und Paris, tüchtig herabgegangen, haben sich erst am letzten Börsentage wieder mehr befestigt. Amsterdam dagegen matt und auch Thalerwechsel haben nachgelassen. Der Wiener Kurs entschieden fester, da die österr. Produktenausfuhr immer Bedarf für Wien erheischt. Am 1. Mai werden indess viel Metalliques- und 1860r Loose-Coupons an den Markt kommen. Die Zinszahlung hat kein Ende. — Die amerikanischen Wirren scheinen jetzt erst in der Entwicklung und der Geldbedarf dahin wird vorerst nicht die alten normalen Verhältnisse annehmen können. — Die Falliten der grossen griechischen Häuser sollen aufgehalten seyn. Man sagt, die französische Bank, die ein enormes Portefeuille solcher Wechsel besitze, habe sich nothgedrungen zu einer Prolongation derselben verstanden. (Aktionär.)

Neueste Nachrichten.

Berlin, 19. April. Wie der „N. H. Z." von hier geschrieben wird, soll dem König in diesen Tagen ein sehr wichtiger Generalbericht vorgelegt worden seyn, der, auf landräthliche Berichte basirt, die drohende nahende Gefahr eines Hungertyphus in verschiedenen schlesischen Distrikten nachweist. Die Preise der Lebensmittel für die ärmeren Klassen sind dort so hoch gestiegen, und die Vorräthe so gering, daß die schleunigsten Hülfsmaßregeln der Regierung dringend nothwendig sind. Das Elend soll bereits sehr groß seyn. (A. Z.)

Wien, 19. April. Gestern wurde im „Hotel Matschakerhof" ein Versöhnungsmahl zwischen Schuselka und Berger abgehalten. (Allg. Ztg.)

Turin, 21. April. Die „Italia" meldet: Garibaldi wird sich aus Gesundheitsrücksichten für einige Tage zu Trecchi in die Nähe von Cremona begeben. (T. d. N. Kor.)

Serajewo, 21. April. Alle Konsuln in Mostar sind auf Befehl ihrer Gesandten in Konstantinopel aus Mostar abgereist, um die Montegriner und die Aufständischen zur Aufhebung der Belagerung von Nicksich aufzufordern. (Tel. d. N. K.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	$78\frac{1}{2}$ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$60\frac{1}{2}$ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$49\frac{3}{4}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	42 G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	36 G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$87\frac{1}{4}$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	$102\frac{1}{4}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102\frac{3}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$102\frac{1}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	$100\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{1}{4}$ P. 104 G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{2}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{3}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	95 G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$101\frac{1}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{4}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$101\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{7}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$98\frac{3}{4}$ P.
„	3 pCt. Obl.	$91\frac{1}{2}$ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$47\frac{5}{8}$ P.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt. „ „ „	$41\frac{1}{4}$ P.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$98\frac{1}{2}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	$108\frac{5}{8}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	575 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	127 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	183 P. 182 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	72 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien	70 G.
Internationale Bank in Luxemb.	82 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	322 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	$68\frac{1}{4}$ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	218 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	119 P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$71\frac{3}{4}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$23\frac{1}{4}$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt.	$128\frac{7}{8}$ G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$98\frac{5}{8}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$49\frac{3}{4}$ G.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	$234\frac{1}{2}$ P. ex.C.
Span. Handels- u. Industrie	510 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	456 G.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	103 G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	$100\frac{3}{4}$ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{1}{2}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$96\frac{1}{8}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 B. $87\frac{3}{4}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$117\frac{3}{4}$ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{3}{8}$ B. $\frac{1}{8}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$77\frac{7}{8}$—78 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	72 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$48\frac{1}{4}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$54\frac{3}{4}$ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$130\frac{1}{4}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$53\frac{7}{8}$—$54\frac{1}{4}$ G.	„ fl. 25 do.	$34\frac{1}{2}$ P. 34 G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$89\frac{1}{2}$ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$34\frac{1}{2}$ P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beilt.	$119\frac{1}{4}$ P.	Sardinien Fr. 36 b. R.	$50\frac{3}{4}$ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$36\frac{3}{4}$ P.
Badische fl. 50	$90\frac{1}{4}$ P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{3}{4}$ P.
Badische fl. 35	53 P. $52\frac{3}{4}$ G.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{7}{8}$ P.

Frankfurt, 22. April. Oesterr. Fonds, Bank- und Kreditaktien nahmen bei lebhafter Kauflust einen bedeutenden Aufschwung, an welchem auch Wechsel auf Wien in allen Sichten Theil nahmen. Auch Darmstädter Bankaktien wurden besser bezahlt. In österr. Fonds war das Geschäft sehr belebt. (Synd.)

berufe mich auf alle, welche das Land regierten, es war keine Gefahr der Anarchie . . . . Nun noch einige Worte über die Südarmee. Ich könnte Ruhmesthaten melden; der Ruhm ward zuerst getrübt, als dieser Minister auf den Süden seine kalte, unheilschwere Hand ausstreckte." Cavour springt auf; man ruft: „Zur Ordnung!" Garibaldi: „Ich glaube das Recht, den Vertretern des Landes die Wahrheit zu sagen, durch dreißig Jahre des Dienstes erworben zu haben." Der Präsident: „Beleidigen Sie Niemanden, wenn Sie Ihre Ansicht sagen." Garibaldi: „Wenn die Liebe zur Eintracht und der Abscheu vor einem brudermörderischen Kriege . . . ." (Im Centrum: Zur Ordnung!) Cavour (heftig): „Niemand hat den Bürgerkrieg gewollt. Ich erhebe Einsprache. Ich kann diese Aeußerung nicht so hingehen lassen." (Furchtbares Durcheinander. Der Präsident bedeckt sich und verläßt den Saal.) Nach Verlauf einer Viertelstunde eröffnet der Präsident wieder mit den Worten: „Ich sehe mich genöthigt, die dem General Garibaldi entfahrenen Worte zu tadeln und ihn zur Mäßigung zu ermahnen." Garibaldi: „Ich werde des Ministerium nicht mehr erwähnen. Unser König hat gesagt: die Südarmee hat ihre Pflicht gethan; die Geschichte wird das Uebrige sagen. Was hat das Ministerium aus dieser Armee gemacht? Es konnte sie der Armee einverleiben, wie ich es mit der Armee von Central-Italien gemacht; es konnte sie auflösen, aber es durfte sie nicht erniedrigen. Wie viele Soldaten würden in den regulären Korps bleiben, wenn man ihnen Urlaub mit halbjähriger Löhnung anböte? Bloß die Offiziere würden bleiben. Unter den Freiwilligen haben mehrere ihren Abschied genommen. Alle würden ihn genommen haben, so viel Erniedrigung ward ihnen zu Theil. So hat man Offiziere ausgeschlossen wegen eines Fehlers, der mit einigen Tagen Arrest genug bestraft gewesen wäre. . . . Die Absicht des Ministerium war, das Südheer um jeden Preis aufzulösen. Endlich erschien das Dekret vom 11. April; dieses hat die Armee von vier auf drei Divisionen beschränkt; man setzt die Offiziere auf unbestimmte Zeit in Disponibilität und macht ihnen Carriere unmöglich. Dieses Dekret ist der Todesstoß der Südarmee. Die Diktatur war eine legitime Regierung, sie ließ das Plebiscit erfolgen, welches Ihnen zwei Königreiche schenkte. Warum haben Sie bei der Annahme die Armee zurückgewiesen, welche Ihnen dieselben gab? Uebrigens war Grund genug vorhanden, diese tapfere Armee zu behalten! . . . . Der einzige Grund, welcher mich bewog, hier zu erscheinen, ist die Landesbewaffnung; verbessern Sie meinen Entwurf, aber befassen Sie Sich damit; das Wohl des Landes erfordert es. Die Reorganisation der Südarmee ist ein Anfang der Bewaffnung; widersetzen Sie Sich derselben nicht! . . . ." Fanti erhebt sich, um zu betheuern, daß er sein Vaterland so gut wie jeder Andere liebe; er wolle alle Streitkräfte desselben in Bewegung setzen, aber er wolle nur organisirte Streitkräfte dulden. Bixio erhebt sich, um zur Eintracht zu mahnen und auszurufen: „Dieser Zwiespalt zwischen Garibaldi und Cavour ist ein Unglück! Um Cavour, Garibaldi und Ratazzi einander die Hand reichen zu sehen, würde ich meine ganze Familie zum Opfer bringen!" (Allgemeiner Beifall.) Cavour erklärt, er sey keineswegs ein Feind der Freiwilligen; er habe 1859 ja selber Garibaldi zu sich berufen und um seine Mitwirkung gebeten. Er für seine Person nehme Bixio's Vorschlag an und betrachte den ersten Theil der Sitzung als nicht vorhanden; er habe den Entwurf Garibaldi's noch nicht durchgesehen, aber er sey geneigt, dessen Inbetrachtnahme zu empfehlen. Man habe übrigens tüchtig gerüstet, und breche etwa der Krieg aus, so würde man in 14 Tagen schlagfertig dastehen. Garibaldi bemerkt, daß er dem Conseils-Präsidenten im Jahre 1859 dankbar dafür gewesen, daß er ihm Gelegenheit gab, dem Vaterlande zu dienen; aber was sey geschehen? „Ich komme nach Turin, die Freiwilligen treffen ein. Man schickt mir die Buckeligen, die Lahmen, man behält für die Armee die guten Leute. Wie waren unser drei Tausend; nach dem Gefechte von Tre-Ponti waren wir auf 1800 Mann geschmolzen. Der König hatte Befehl ertheilt, uns die in Acqui gebildeten Alpenjäger zuzuschicken; ich habe sie niemals zu Gesicht bekommen. Ich rede nicht mehr von Süd-Italien und von dem Verfahren des Ministerium. Jeder weiß, was er davon zu halten hat. Ich rede von der Anwerbung der Freiwilligen. Ich rieth dem Kriegsminister, in Central-Italien die Freiwilligen bis zu Ende des Krieges und bis zu Italiens Befreiung anzuwerben; man hat eine unbestimmte Zeit vorgezogen und sich um 20,000 Mann guter Soldaten gebracht. Ich frage, ob wir weniger gefährdet sind, als England. Mich will bedünken, daß es weniger Feinde hat, als wir. Die, welche in Rom — Feinde! Ich liebe Frankreich, aber die, welche unsere Hauptstadt besetzt halten — Feinde! Wir haben Feinde am Mincio! Und doch hat England Freiwillige, 180,000 Mann, und es hat keine Furcht mehr vor Invasion. Ich begreife, daß General Fanti die Cadres liebt. Meine Tausend sind aber ohne Cadres ausgerückt. Wenn das Vaterland ruft, kann man den Feind auf allerlei Weise schlagen." Cavour bemerkt: „Zwischen dem General und mir steht eine That, die uns trennt. Ich glaubte meine Pflicht zu thun, als ich dem Könige rieth, Nizza und Savoyen abzutreten. Bei dem Schmerze, den ich dabei empfand, begreife ich den des Generals und seinen Groll gegen mich." In Betreff der Freiwilligen von 1859 entgegnete Cavour, Cialdini habe ihm gesagt gehabt, „Garibaldi begnüge sich mit Allem, was nicht in die Armee passe." In Betreff der Alpenjäger habe er, Cavour, sein Möglichstes gethan, aber im Veltlin habe man ihn nicht unterstützen können, weil das deutsche Bundesgebiet zu achten gewesen sey. Garibaldi bekannte sich mit dieser Erkläeung zufrieden, zweifelte auch nicht an Cavour's Vaterlandsliebe, meinte aber, Cavour könne sie jetzt bewähren, wenn er seinen Bewaffnungs-Entwurf unterstütze. Von dem Eindrucke dieser Rede zeugten die Zurufe, die Cavour sowohl wie Garibaldi zu Theil wurden, als sie aus dem Abgeordnetenhause traten. Am 19. erschien Garibaldi in der Kammer während der Verlesung des Protokolls. Die Tribunen begrüßten ihn mit stürmischen Zurufen, in denen die Präsidentenglocke verhallte. Castaeeto von der Linken vertheidigte nun die Südarmee und ärntete in seiner langen Darlegung wiederholten Beifall der Linken. Liborio Romano erhob sich, um die neapolitanische Armee in Schutz zu nehmen. Bixio begann nun eine Widerlegung der gestrigen Fanti'schen Rede über die Südarmee und erklärte dann, daß in Folge der Aeußerungen Fanti's über diese Armee, welche von der Majorität des Hauses beifällig aufgenommen worden, die Oberoffiziere der Südarmee, welche Abgeordnete und hier anwesend seyen, ihren Abschied nähmen. Bixio drang sodann darauf, daß sofort zu starker Wehrhaftmachung, auch zu der der Nationalgarde, geschritten werde, und er bat, daß die Armee schleunigst auf 360,000 Mann gebracht werde; eine solche Schutzwehr sey das Geld, das sie koste, werth. „Sind wir so bewaffnet," setzte er hinzu, „so kann Niemand in Italien den Herrn spielen, und so können wir der ganzen Welt Widerstand bieten." Garibaldi beantragte ein auf Anerkennung der durch Diktaturdekrete und nach dem Kommissions-Skrutinium ernannten Offiziere abzielendes motivirtes Votum, erklärte jedoch, er wolle dem Ministerium in Bezug auf die Organisation des Heeres und auf die Zeit, welche es zur Einberufung der Freiwilligen für gelegen halten möge, freie Hand lassen. Als Cavour die Kammer verließ, war der Platz Carignan mit Menschen angefüllt. Ein allgemeiner Zuruf ertönte. Als einige Minuten darauf Garibaldi erschien, wiederholte sich dieser Ruf in gleicher Stärke. „Das Volk", bemerkt hierzu die „Italia", „hat durch diese Kundgebung den Wunsch einer Versöhnung äußern wollen, die der ganzen Nation am Herzen liegt, für welche diese zwei großen Bürger Gegenstand gleich inniger Verehrung sind." (Die Abstimmung, wodurch die Mehrheit sich für die abwartende Politik erklärte, wurde gestern schon mitgetheilt.) (Köln. Z.)

Türkei.

Die Insurgenten der Herzegowina sind Herren der an Montenegro grenzenden Halbinsel. Sie erhalten von Serbien aus Unterstützung an Geld und Waffen. Die Pforte hat die Ausweisung der verdächtigen Fremden aus der Herzegowina angeordnet. (D. Allg. Z.)

Rußland und Polen.

Die Nachrichten aus Warschau, mit denen die französischen Blätter sich brieflich und telegraphisch versorgen lassen, verdienen wenig Glauben. Ein Warschauer Korrespondent der „Ostsee-Ztg." schildert die Lage mit folgenden Worten: „Es herrscht eine dumpfe Ruhe; denn Wenige wagen es, ihre Meinung offen zu äußern. Die Erregteren verbreiten zwar die mannigfachsten und unglaublichsten Gerüchte, um den bei der Mehrzahl wie ganz natürlich herrschenden Unwillen gegen die Maßregeln der Regierung wach zu erhalten, aber die Besonneren sind doch, wenn sie sich gegen Gleichgesinnte äußern, von der Nothwendigkeit strenger Maßnahmen überzeugt. Unter solchen Umständen, wie sie jetzt hier obwalten, gehört viel Unparteilichkeit und Ruhe dazu, sich von keiner Seite hinreißen zu lassen, um die Pflichten eines Berichterstatters redlich zu erfüllen. Denn leicht könnte ich Ihnen nach Hörensagen von täglich durch Soldaten gespießten Personen und Kindern erzählen, woran kein wahres Wort ist, und deshalb auch nicht seyn kann, weil die Soldaten die allerstrengsten Befehle haben, gegen das Publikum nachsichtig zu seyn, selbst wenn sie einzeln persönlich beleidigt würden. Es ist auch, wie ich von verläßlichen Augenzeugen weiß, schon vorgekommen, daß Soldaten von Knaben und Schülern auf der Straße insultirt wurden und sich dennoch einer Wiedervergeltung enthielten. Daß aber das Militär darüber erbittert ist,

Eduard Karolyi, Mitglied des Unterhauses, hat sich in einer Konferenz mit den Oberrabinern Dr. Meisl und Dr. Löw im Namen einer großen Majorität des gesetzgebenden Körpers für eine nur **bedingte** Emanzipation der Juden ausgesprochen. In jüdischen Kreisen herrscht darob ungemeine Entrüstung und man sieht geharnischten Erklärungen entgegen. (Nat. Ztg.)

* Der Landtag von **Dalmatien** hat mit 29 gegen 13 Stimmen beschlossen, den kroatischen Landtag in Agram nicht zu beschicken — wieder eine Enttäuschung der Wiener Regierung, welche gehofft hatte, durch den Anschluß Dalmatiens den kroatischen Landtag zu stärken und in ihm ein tüchtiges Gegengewicht gegen den ungarischen Landtag zu bekommen.

Belgien.

Brüssel, 17. April. Die Repräsentantenkammer hat die Kreditforderung von 15 Mill. Frs. für Beschaffung gezogener Gußstahl-Kanonen nach preußischem Muster bewilligt. (Fr. J.)

Frankreich.

Paris, 18. April. Das Rundschreiben des Justizministers Delangle, welches weitere politische Kundgebungen der Geistlichkeit mit wahrhaft drakonischen Strafen bedroht, gibt dem „Journal des Debats" Gelegenheit, Verwahrung gegen die Wiederaufgrabung alter Ordonnanzen einzulegen, welche lediglich früheren Ausnahmezuständen angehörten und längst vergessen seyen. Herr John Lemoinne, dessen anti-päpstliche Gesinnungen bekannt sind, knüpft in diesem Artikel an die Senatsrede des Grafen Cavour über die Grundsätze religiöser Freiheit an, und bedauert, daß in Frankreich diese Grundsätze noch so wenig durchgedrungen seyen und weder der Staat noch die Kirche das wahre Gefühl ihrer gegenseitigen Unabhängigkeit haben. Die Liberalen in Frankreich könnten unmöglich dies Verfahren, durch welche man ihre Gegner mundtodt mache, billigen. (Nat.-Z.)

Paris, 18. April. Der großh. hessische Minister v. **Dalwigk**, der neulich bei dem Rheinbrückenfeste den taktlosen Toast auf Kaiser Napoleon als „Besieger der Revolution" ausbrachte, ist hier eingetroffen und hat schon mehreren Mitgliedern des diplomatischen Korps Besuch abgestattet. Ich glaube nicht, daß er mit dem Empfang überall ganz zufrieden ist. Baron v. Dalwigk ist übrigens von jeher ein Verehrer Napoleons gewesen, sowie er denn auch zu den vertrauten Freunden der verstorbenen Großherzogin Stephanie von Baden, eine Verwandte der Bonaparte's, gehörte. (N. Preuß. Z.)

Spanien.

Madrid, 19. April. Die „Correspondencia" meldet, daß die Regierung die Vereinigung der Republik San Domingo mit Spanien annehmen werde, wenn die Abstimmung darthue, daß die Bevölkerung die Einverleibung wünsche. Keine Macht habe bis jetzt gegen die letztere protestirt.

Italien.

Aus **Neapel**, 13. d. M., enthält die „N. Fr. Z." folgenden Bericht: „Entdeckt wurde die Verschwörung durch einen Garibaldischen Major, dem einer der Führer der Reaktionären vorschlug, sich nach Rom zu Franz II. und General Bosco zu begeben. Der Major erbat sich einen Tag Bedenkzeit und benützte denselben dazu, Spaventa von Allem, was er wußte, Mittheilung zu machen. Dieser rieth, auf die Anerbietungen einzugehen und nach zweimal vierundzwanzig Stunden stand der Major schon vor Franz II. und Bosco, die ihm erklärten, der Herzog von Cajaniello sey der Führer der Bewegung, er solle sich an den wenden; die übrigen Mittheilungen waren höchst allgemein. Beinahe noch zurückhaltender war der Herzog, zu welchem der Major sich sofort nach seiner Ankunft in Neapel begab, so daß die Polizei auf diesem Wege eben nur zur Hälfte von der Sache Kenntniß bekam: da kam ihr aber eine andere Person zu Hülfe. Mit einem ehemaligen Banditenführer wurde kapitulirt und er als wohlbestallter Weinhändler in die Stadt gesetzt. Dieser hatte einen Bruder im Gefängniß, der ihm eines Tages mittheilte, in zwei Tagen würde die ganze Gesellschaft frei seyn: die Piemontesen seyen von den Oesterreichern bei Aquila geschlagen worden und Franz II. rücke nun wieder in Neapel ein; sämmtliche Gefangene würden freigelassen, mit der Erlaubniß, die Häuser der Liberalen auszuplündern, das Alles habe ihm sein Schließer gesagt. Derselbe brachte auch noch andere Dinge und so waren, als am 7. Morgens die „neapolitanische Vesper" losbrechen sollte, bereits die Hauptführer hinter Schloß und Riegel." (Wie es scheint, enthält dieser Bericht mehr Dichtung als Wahrheit.)

* Nach der „B.-Halle" wäre der fortgesetzte Aufenthalt des Königs Franz II. in **Rom** eigentlich das Werk Napoleons III., welcher insgeheim ihn ermuntere, die Verschwörungen gegen die sardinische Regierung im Neapolitanischen und die Aufstandsversuche daselbst zu unterstützen. Cavour hat deshalb jüngst eine sehr gereizte Note nach Paris abgehen lassen, worin er nicht (wie es anfangs hieß) die Räumung Roms verlangte, sondern Napoleon aufforderte, dahin zu wirken, daß Franz II. Rom verlasse. Dazu will aber Napoleon die Hand nicht bieten, da ihm Franz II. ein willkommenes Werkzeug für seine Intriguen ist, durch welche er die sardinische Regierung in beständiger Furcht und so in Abhängigkeit von sich halten möchte. Aus eben dem Grund wird er auch seine Truppen sobald noch nicht aus Rom abrufen.

Die beklagenswerthen Auftritte im italienischen Abgeordnetenhause wurden, wie sich mehr und mehr herausstellt, hauptsächlich durch die ungeschickte Rede des Kriegsministers und den Beifall, wodurch die Majorität die Rednerschwäche **Fanti's** stärken zu müssen glaubte, herbeigeführt; und allem Anscheine nach wird die jetzige Krisis mit dem Sturze dieses Mannes enden, gegen den der höchst gemäßigte General della Marmora so aufgebracht ist, wie der ungestüme Garibaldi. In Paris hat die Aeußerung des Letzteren gegen die französische Besatzung in Rom Aufsehen gemacht; indeß **Garibaldi** wollte, wie der Zusammenhang lehrt, nur sagen, daß die Okkupation in Rom eine Feindseligkeit gegen Italien sey, weil diese Besatzung der italienischen Einheit ein Pfahl im Fleische sey. **Ricasoli** ging in jener denkwürdigen Sitzung des 18. April von dem Satze aus, Italien verdanke der Tapferkeit seiner Söhne, dem Volksvotum, seinem Könige und seiner Verfassung seine jetzt erlangte Stellung unter den Nationen; das Parlament müsse nunmehr den Bau befestigen. **Fanti** las hierauf die Aktenstücke vor, wodurch die Regierung das Südheer habe in Obhut nehmen und mit der übrigen Armee in Einklang bringen wollen; an Entgegenkommen habe es nicht gefehlt, und es sey nicht Schuld des Ministerium, wenn Zwiespalt erfolgt sey. Cacchiari und Cialdini hätten auch erst viele Jahre im In- und Auslande dienen müssen, bis sie zu ihrer jetzigen Rangstufe gelangten; man könne ohne Ungerechtigkeit die raschen Beförderungen, wie sie in der Südarmee (Garibaldi's Freiwillige) gemacht worden, nicht gestatten, das hieße den Geist der alten Armee vernichten und gefährliche Eifersucht wecken. Die französische Revolution sogar biete nicht einmal Beispiele eines so raschen Avancement; selbst Hoche und Napoleon, die doch Genie's gewesen, hätten Jahre bis zum General gebraucht. Gerechtigkeit, Zweckmäßigkeit und Mannszucht also hätten die Maßregeln über das Südheer diktirt, und wenn man der Regierung boshaft vorgeworfen, sie habe die Freiwilligen nackt und bloß gelassen, so sey die Wahrheit die, daß eine erhebliche Menge derselben ihre Kleider verkauft hätte. **Garibaldi** erhob sich und begann: „Ich danke dem Abgeordneten Ricasoli von Herzen, daß er mir Gelegenheit gegeben, meine Kriegsgefährten zu vertheidigen. Ganz recht, Italien ist zu Stande gekommen; seine Unabhängigkeit aber fußt auf der Tapferkeit seiner Krieger. Nun einige Worte über den Dualismus, dessen Ricasoli erwähnt. Ich stehe an der Spitze der einen Seite dieses Dualismus, aber ich habe zu diesem Dualismus nicht die Veranlassung gegeben. Man hat mir Worte der Versöhnung überbracht, doch bin ich kein Mann von Worten, ich bin ein Mann der That. Ich bin ein Mann des Vaterlandes; ich gab nach. Wenn sich um's Vaterland handelt, werde ich stets nachgeben. Aber kann ich die Hand desjenigen drücken, der mich zum Ausländer in meinem Vaterlande gemacht hat? (Bravo auf den Tribunen.) Aber Italien ist nicht zertheilt, und stets werde ich mit den Vertheidigern meines Vaterlandes gehen. Der Kriegsminister sagt, er habe Mittel-Italien vor Anarchie geschützt; ich

---

Angelegenheiten der ganzen Monarchie durch vereinigte Ausschüsse beider Landtage, zu welchen jeder Landtag gleich viele Mitglieder zu schicken hätte, behandelt werden sollten. Durch diesen Vorschlag wird der Besorgniß der Ungarn Rechnung getragen, sie möchten auf dem Reichstag, wie er jetzt nach dem Februar-Patent zusammengesetzt seyn soll, von der Mehrheit der nicht-ungarischen Mitglieder überstimmt werden. Für ihr Verlangen, sich hiegegen zu sichern, lassen sich allerdings manche Gründe anführen, vor Allem dieselben Gründe, die für das gleiche Verlangen Schleswigs und Holsteins gegenüber Dänemark vorgebracht werden. Besonders aber ist auch zu erwägen, daß die Ungarn eine tausendjährige Verfassung haben, und, wenn sie dieselbe zu Gunsten der Gesammtmonarchie einigermassen abändern sollen, wohl verlangen können, daß man sie zuvor über den Preis höre, um den es geschehen solle. Freilich gibt es auch eine Partei unter ihnen, die von dem Eintritt Ungarns in die Gesammtmonarchie und von einer dahin zielenden Aenderung der ungarischen Verfassung überhaupt gar nichts wissen, sondern höchstens die frühere lockere Personal-Union fortbestehen lassen will. Hoffentlich dringt diese mit ihren Planen im ungarischen Landtag nicht durch; denn eine gewisse, wenn auch vorderhand nur auf's Nothwendigste beschränkte Einheit der Verfassung bedarf die Gesammtmonarchie offenbar.

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 112. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 38. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dinstag, 23. April 1861.

Deutscher Bund.

Aus Preußen. Bekanntlich haben mehrere der mittleren und kleineren Staaten Norddeutschlands das preußische Exercitium bei ihren Truppen eingeführt, wodurch und vielleicht auch aus andern Gründen, diese Bundesstaaten veranlaßt worden sind, ihre Kontingente durch preußische Offiziere befehligen zu lassen, welche zu diesem Zweck kommandirt oder beurlaubt sind. Dieser Gebrauch ist so eben auch auf das großh. mecklenburg-strelitz'sche Kontingent zur Anwendung gekommen, aus welchem nun folgende Truppen von preußischen Stabsoffizieren befehligt werden: die großh. sächsischen, die großh. oldenburgischen, die herzogl. anhalt-dessau-köthenschen, die herzogl. anhalt-bernburgischen, die herzogl. sachsen-koburg-gothaischen, die herzogl. sachsen-altenburgischen, die fürstl. waldeck'schen, die fürstl. reussischen und die fürstl. lippe-detmoldischen. (Karlsr. Z.)

Bayern. München, 21. April. Im l. Odeon sprach gestern Prof. der Theologie Dr. Deutinger. Der Anfang seines Vortrages war eine Galanterie gegen sein Damen-Publikum, welches er mit einem Blumengarten verglich, worauf er bedeutete, daß sein Gegenstand: die religiöse und antireligiöse Poesie der Gegenwart, einerseits schwer zu behandeln sey, weil er durch den tiefen Reichthum seines Inhaltes der scharfen Bestimmung der Begriffe sich so sehr zu entziehen wisse, andererseits des nächsten Interesses, welches Tagesfragen erregen könne, ermangele. Letztere bewegen sich im Gegensatz zur Poesie, welche ein inneres Leben hegt, auf der Oberfläche des Verstandes und Gemüthes. Doch könne man sehen, daß Tagesfragen selbst bei der gediegensten und gründlichsten Erörterung, sobald sie über den Gesichtskreis kurzsichtiger Politiker hinausgehen, eine keineswegs wünschenswerthe Aufregung hervorrufen. Er glaube indessen, daß es noch solche Gemüther gäbe — und dafür sey ihm sein Auditorium ein Beweis, — die sich noch für die Poesie interessirten, welche die in der Tiefe des Lebens verborgenen und die Welt umgestaltenden Ideen, die tiefsten Kräfte und Gedanken des Menschen zur Anschauung bringe. Damit wolle er aber nicht gesagt haben, daß die Poesie heutzutage eine solche Stellung einnehme. Herrschend sey zur Zeit die Phrase geworden und in sie würden unsere Lieblingsanschauungen gekleidet. Ihr Einfluß sey in allen Gestalten des Lebens ein mächtiger geworden. Einer solchen inneren Nüchternheit und Aufgeblasenheit könne nichts Besseres gegenübergestellt werden, als die wirkliche Begeisterung und Poesie. Gegenwärtig sey die Klugheit und der Egoismus, fast möchte man sagen die — Perfidie zur Herrschaft gelangt. Im Großen und Ganzen sowohl in den Bewegungen der Völker wie in den Empfindungen des Einzelnen seyen, Jedermann dürfte die Läugnung dieses Satzes schwer werden, die Leidenschaften überwiegend geworden. Sie können nur durch eine wahre, Alles umfassende Begeisterung besiegt werden: durch die innere Kraft großer Ideen und Welt bewegender Gedanken, denen auch groß Thaten, diesen aber die Dichtung auf dem Fuße folge. Das beweise die Geschichte der Welt wie der Poesie. Der Redner erinnerte an Deutschland. Daß indessen nicht alle Hoffnungen der Männer des Gesanges erfüllt wurden, haben nicht diese, sondern jene klugen Feinspinner, jene Diplomaten verschuldet, welche Deutschlands Schicksal in hundert Konferenzen verhandelten. Der Deutsche habe wohl eine würdige geistige, nicht aber politische Stellung. Ihm gehe es, wie jedem tiefer fühlenden Gemüthe, das zwar und insbesondere auf die Pflege seines Inneren sähe, das Aeußere indessen oft zu vernachlässigen scheine; doch erfordere es der Augenblick; so wisse es auch seine äußere Autorität zu wahren. Der Redner folgerte sodann weiter, daß zur Pflege des innern Lebens nothwendig die Poesie gehöre und vor Allem die religiöse Seite derselben ins Auge gefaßt werden müsse. Die Verjüngung und Erneuung des Lebens, die Verewigung der Zeit und die Verzeitlichung des Ewigen, ist der Kern der Poesie. Nachdem hierauf Hr. Dr. Deutinger noch weiter das Wesen derselben dargelegt, ließ er manches scharfe Streiflicht auf die jetzige verflachende Erziehung der Jugend fallen. Dieselbe ertödte durch das ewige Erlernen den Geschmack, das Urtheil und die Denkkraft des Kindes, und mache so begreiflich, daß viele schöne Leser und Leserinnen einen siebenbändigen Roman durchzuarbeiten vermöchten, um am Schlusse die interessante Neuigkeit zu erfahren, daß Eduard und Kunigunde sich verheirathet haben. Auch den Materialismus und die Philisterhaftigkeit unserer Zeit rügte der Redner. Wir können darüber hinweggehen; denn alt und bekannt sind bereits derlei Klagen und der Ton, in dem sie gehalten werden. Wir bemerken nur noch, daß in der nächsten Stunde das Verhältniß von Religion und Poesie zur Sprache kommt. Der Vorlesung wohnte diesmal der päpstliche Nuntius wieder bei. (Bayer. Landb.)

Sachsen. Dresden, 20. April. Die Regierung hat beim Landtag gestern die Wahlreformvorlage eingebracht. Das ständische Prinzip wird festgehalten. Die Wahlfähigkeit der Nichtangesessenen wird eingeführt, der Census wird auf drei Thaler Steuer festgesetzt, das Verbot der Wahlversammlungen aufgehoben. Die Abgeordneten-Kammer erhält statt fünf, zehn Vertreter aus dem Handelsstande. (Tel. d. Nat.-Ztg.)

Thüringen. Gotha, 18. April. Der gemeinschaftliche Landtag der Herzogthümer Koburg und Gotha erledigte heute die Etats- und Rechnungsarbeiten. Die Interpellation des Abg. Ritz wegen Vorlegung der deutschen Bundesrechnungen beantwortete der Staatsminister v. Seebach dahin, daß diese Rechnungen wegen der darin aufgeführten Verwendungen für die Bundesfestungen zur Veröffentlichung sich nicht eigneten, und daß auch aus sonstigen Gründen kein Landtag eines deutschen Bundesstaats das Recht auf Einsicht jener Rechnungen in Anspruch nehmen könne; die Staatsregierung erkenne übrigens an, daß sie für ihre Abstimmungen beim Bunde der Landesvertretung verantwortlich sey. Der Antrag des Abg. Forkel, die Stellung des koburg-gothaischen Regiments-Kommandeur betreffend, hatte in Rücksicht darauf, daß der jetzige Kommandeur nicht in hiesigen, sondern in preußischen Militärdiensten steht, auch nicht einmal hiesiger Staatsbürger ist, ferner im Hinblick auf die schroffe, exklusive Richtung, in der er sein Amt versieht, die Kommission veranlaßt, der Landtag möge die Staatsregierung ersuchen, in Zukunft bei der Ernennung eines Regimentskommandeur darauf zu sehen, daß derselbe den inländischen Staatsgesetzen nach allen Richtungen hin untergeordnet werde, auch dafür zu sorgen, daß das Militär in einem volksthümlichen, jeden unberechtigten Sondergeist ausschließenden Sinne ausgebildet und geleitet werde. Dieser Antrag wurde trotz der Gegenrede des Staatsministers fast einstimmig zum Beschluß erhoben. (Nat.-Ztg.)

Oesterreich. Pesth, 18. April. Ich habe neulich von einem Modus gesprochen, mittelst dessen es gelingen dürfte, den Kaiser von Oesterreich mit dem König von Ungarn auszusöhnen, das heißt bei ungeschwächter Aufrechthaltung der Gesetze von 1848 die Gesammtmonarchie dennoch nicht zu entkräften. Der ungarische Landtag soll nämlich ein selbständiges verantwortliches Ministerium verlangen und der König würde es gewähren. Sodann würden beide Häuser eine Revision der 48er Gesetze beantragen und auf die Ministerien der Finanzen und des Krieges völlig verzichten, oder dieselben mit beschränkteren Befugnissen, unter dem bescheidenen Namen: „K. Finanzkammer“ und „Behörde zur Vertheidigung des Landes“ sich gefallen lassen. Mein Gewährsmann fügt jedoch besorgt hinzu, daß man in Wien leider schon zu öfteren Malen sich von bindenden Zusagen befreit und daß Vorsicht auch im ungarischen Lager die Mutter der Weisheit geworden.*) — Graf

---

*) Ein anderer Vorschlag, der jüngst gemacht wurde, ist der, daß Ungarn sammt den Nebenländern einen eigenen Landtag mit all den Befugnissen der Gesetze von 1848, die übrigen Kronländer auch einen gemeinsamen Landtag für ihre Angelegenheiten haben, und gewisse gemeinsame

Ereignisse eine hinlänglich klare Gestalt annehmen würden, so daß ich, vermöge einer Einsicht in die Ursachen im Stande wäre, Ihrer Majestät meine Meinung erschöpfend zu erkennen zu geben. Als der ungerechte Angriff Piemonts der Revolution in Ihren Staaten zu Hülfe kam und Sie zum Rückzuge nach Gaeta zwang, beschloß ich die Blockade zur See zu verhindern, um Ihnen einen Beweis meiner Sympathie zu geben und Europa das betrübende Schauspiel eines verzweifelten Kampfes zwischen zwei verbündeten Souveränen zu ersparen, eines Kampfes, in welchem Recht und Gerechtigkeit auf Seiten desjenigen waren, der unterliegen mußte; allein während ich vermittelst meiner Flotte, Ihrer Majestät die See offen hielt, konnte es nicht in meiner Politik liegen, mich thätig in den Streit zu mengen. Admiral de Tinan ist demnach gehalten, die strengste Neutralität zwischen den beiden Gegnern zu beobachten. Nun, während die Zwischenfälle des Krieges die Stellung meiner Flotte vor Gaeta täglich mehr verwickelt machen, wird sie bald auf dem Punkte seyn, gegen die Piemontesen zu handeln, deren Angriffe Ihre Sicherheit bedrohen; manchmal ist sie gezwungen, zur Behauptung ihrer Neutralität, die Schiffe Ihrer Majestät an der Ergreifung gerechter Repressalien gegen die piemontesischen Schiffe zu hindern. Diese Position kann nicht auf unbestimmte Zeit verlängert werden, um so weniger, als es, wie ich glaube, im wohlverstandenen Interesse Ihrer Majestät liegt, daß Sie sich mit den Ehren des Krieges zurückziehen, bevor Sie dazu durch eine unvermeidliche Katastrophe gezwungen sind. Sie haben eine lobenswerthe Festigkeit an den Tag gelegt, so lange Sie noch eine Aussicht hatten, wieder auf den Thron zu steigen. Sie hatten die Pflicht, Ihr Recht mit den Waffen zu verfechten, aber jetzt, ich sage es mit Bedauern, fließt alles Blut umsonst; als Mensch und Fürst sind Sie verpflichtet, dem Blutvergießen Einhalt zu thun. Ich weiß nicht, was Ihrer Majestät die Zukunft vorbehalten mag, aber ich bin der Ueberzeugung, daß Italien und Europa sowohl die Energie, die Sie entfaltet haben, sowie Ihren Entschluß, Ihrem Volk weitere zahlreiche Uebel zu ersparen, vortrefflich finden werden. Glauben Sie mir, ich bitte, daß die Sprache, die ich jetzt an Sie richte, mir von der vollkommensten Uneigennützigkeit gegen beide Theile eingegeben ist, sowie von dem Bedauern, daß ich fühlen würde, falls die Umstände sich bedenklicher gestalten und mir nicht länger erlauben sollten, meine Flotte in einer Stellung zu lassen, in welcher die strengste Neutralität nicht mehr möglich wäre. Ich bitte Ihre Majestät ꝛc." — Franz II. ersucht in seinem Antwortschreiben um Bedenkzeit.

Italien.

Giuseppe Garibaldi ist nun einmal kein Staatsmann, weder im schlimmen, noch im guten Sinne, aber er ist eine brave Natur und ein rechter echter Vaterlandsfreund vom Scheitel bis zur Zehe. In allen diesen Eigenschaften hat er sich im italienischen Abgeordneten-Hause in der Sitzung vom 18. April gezeigt. Es war 2 Uhr Nachmittags, als der Mann von Caprera, von Gichtleiden nur so weit genesen, daß er stehen und gehen konnte, den Sitzungssaal der Abgeordneten-Kammer betrat. Der Empfang, der dem Eintretenden ward, nahm einen so südländisch begeisterten Charakter an, daß der Präsident die Sitzung für einige Zeit aufheben mußte, um den Sturm des Beifalles sich erst austoben zu lassen. Der tapfere Abgeordnete für Neapel nahm Platz neben seinem Freunde Mauro Macchi, welcher auf der linken Seite des Hauses sitzt. Kaum hatte Garibaldi Platz genommen, als Ricasoli, der gewesene Verweser von Toscana, sich erhob und seine Interpellationen in Betreff der Süd-Armee und der Maßregeln, welche die Regierung in dieser Beziehung nehmen zu müssen glaube, vorbrachte. Der Kriegsminister Fanti, derselbe General, gegen den Garibaldi eine unüberwindliche Antipathie hat, und derselbe Minister, der mehr als einmal persönliche Kränkungen auf Garibaldi und dessen nächste Freunde und Paladine gehäuft, las hierauf eine Rede ab, in welcher er die von der Regierung getroffenen Maßregeln vertheidigte und unter Anderem sagte: „Die Freiwilligen sind der Mannszucht nicht immer günstig, und es ist ein Ding der Unmöglichkeit, der königlichen Armee die Garibaldi'schen Offiziere mit den Rangstufen einzuverleiben, die sie in Neapel und auf Sizilien erlangt haben." Hierauf ließ der Kriegsminister eine Vertheidigung der gegen die bourbonische Armee getroffenen Maßregeln und einen Bericht über das königliche Heer folgen. Nun ist es bekannt, daß Fanti der langweiligste, ungeschickteste und unglücklichste Redner ist, den man sich in einer solchen Stellung nur denken kann; dazu kam dieses Mal die schwierige Lage des Momentes selbst, vielleicht auch die Vorahnung dessen, was da kommen konnte. Genug, in Garibaldi fing es an zu kochen: der Mann und seine Rede erregte seinen Grimm, und der Gegenstand riß ihn über alle in letzter Zeit erfolgten Versicherungen, daß er ruhig und friedlich gestimmt sey, so hin, daß die Worte wie Donnerkeile fielen und zuletzt sogar nach einer Anzahl verletzender Anspielungen (namentlich, daß er nie Jenem die Hand drücken könne, welcher ihn zum Fremdling in Italien gemacht habe) der Ausfall losbrach, die Regierung habe in Süd-Italien sogar einen brudermörderischen Krieg anstiften wollen. Ein Schrei des Entsetzens, ein wilder Tumult erfüllte das Haus. Cavour sprang auf, um Protest gegen diese Anklage zu erheben, der Wirrwarr war aber zu der Höhe gediehen, daß der Präsident sich bedeckte und die Sitzung für eine Weile aufhob. Als Ruhe und Stille wiedergekehrt, erhielt Garibaldi von Neuem das Wort, und nun hielt er Maß und Ziel; mit Mäßigung vertheidigte er seine Kriegskameraden, erklärte dabei aber, daß das Dekret, welches die Bildung dreier Freiwilligen-Divisionen vorschreibe, eine unzureichende Maßregel sey. Hierauf nahm Nino Bixio, derjenige Garibaldi'sche General, der an Umsicht der überragende ist, das Wort, um in einigen ergreifenden Sätzen zum Vergeben und Vergessen, zur Eintracht und Einmüthigkeit zu ermahnen. Das Haus zollte diesen Worten lebhaften Beifall, und Cavour, der nun das Wort ergriff, nahm Bixio's Mahnruf mit Freuden an und ertheilte die Erklärung, er übergebe hiermit der Vergessenheit den Zwischenfall in dieser heutigen Sitzung. Alsdann sprach der Ministerpräsident über die Wehrhaftmachung der Nation, und empfahl schließlich dem Hause die Inbetrachtnahme des betreffenden Garibaldi'schen Antrages. Garibaldi berichtigte einige thatsächliche Gegenstände, die Cavour berührt, sprach alsdann seine Ueberzeugung aus, daß Cavour das Vaterland liebe. Schließlich gab er den Wunsch zu erkennen, daß er das Freiwilligen-Heer im Süden rekonstituiren möchte. Die Diskussion wurde dann bis zur nächsten Sitzung vertagt. (K. Z.)

Turin, 20. April. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer wies Cavour auf die Schwierigkeiten hin, welche die unmittelbare Einberufung der Freiwilligen herbeiführen werde. Gebe die Regierung, nach der Rede Bixios, Befehl dazu, so würde die Freiwilligendivision als eine Art Kriegserklärung erscheinen. Die Regierung habe zu verschiedenen Malen erklärt, ihr Streben sey dahin gerichtet, die Einheit Italiens durch die Annexion von Rom und Venedig zu vervollständigen, aber auf friedlichem Wege und in Uebereinstimmung mit Frankreich. Ein einziger Funke könne ganz Europa in Feuer setzen; England habe positiv erklärt, es würde gegen denjenigen seyn, welcher zuerst herausfordere: man müsse eine Koalition gegen Italien vermeiden, und dem Rathe befreundeter Regierungen Rechnung tragen. Das Ministerium könne die von Garibaldi vorgeschlagene Tagesordnung nicht annehmen. Hierauf folgten Erklärungen Bixios. Fanti hofft, die Offiziere Garibaldis werden ihre Demission zurückziehen. Garibaldi interpellirt Cavour bezüglich der nationalen Bewaffnung. Cavour gibt Erklärungen, welche Garibaldi nicht befriedigend findet. Alle Nachrichten aus dem Innern und von außen seyen beunruhigend, letzterer besteht daher auf der Reorganisation der Südarmee. Die Kammer nahm hierauf mit 194 gegen 77 Stimmen folgende Tagesordnung Ricasoli's an: „Nachdem die Kammer die Erklärungen des Ministerium vernommen hat, und da sie überzeugt ist, die Regierung werde für ihre tapfere Südarmee geeignete Fürsorge treffen, dieselbe vermehren und in wirksamer Weise und auf gleichem Fuße mit unserer Armee verbinden, auch die sichere Erwartung hegt, daß die Regierung sich thätigst mit der Bewaffnung und Vertheidigung des Vaterlandes beschäftigen werde, geht sie zur Tagesordnung über." (D. h. Garibaldi's Antrag ist verworfen.)
(T. d. Frkf. Postz.)

Nichtpolitische Zeitung.

München, 20. April. Beim Scheibenschießen nächst Harlaching wurde gestern ein Unteroffizier, welcher Zielerdienste zu verrichten hatte, durch die Brust geschossen. Edle Theile sollen indessen nicht verletzt und noch Hoffnung zur Erhaltung seines Lebens vorhanden seyn. Der Schwerverwundete wurde am Platze, wo er zusammengestürzt, von dem Obersten seines Regiments verbunden. Der Verunglückte soll das Sicherheitssignal für das Gegenzeichen gehalten und deßhalb an die Scheibe in dem Moment getreten seyn, als ein Schütze seinen Schuß abgab.
(Südd. Ztg.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 111. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 38. Jahrgang. | Montag, 22. April 1861.

Deutscher Bund.

S. **Frankfurt**, 21. April. (Privat-Korrespondenz.) In der gestrigen Bundestagssitzung wurde über die vom Militärausschuß in der Sitzung vom 16. Februar bezüglich der Reform der Bundestagsverfassung gestellten verschiedenen Anträge abgestimmt, jedoch so ausführliche und komplizirte Vota abgegeben, daß das Resultat der Abstimmung erst bis zur nächsten Sitzung festgestellt werden kann. Ferner wurde das Itzehöer Bedenken übergeben, worauf der dänische Gesandte in der nächsten Sitzung eine Erklärung abgeben wird.

Nach der „Berl. B.-Ztg." haben Hannover, Hamburg und Bremen gegen die Einführung des deutschen Handelsgesetzbuchs bei der Bundesversammlung „einen zum Theil weitgreifenden" Protest eingelegt. (Das kann sich doch wohl nur auf einzelne Artikel beziehen, mit welchen genannte Staaten nicht einverstanden sind.)

Bayern. Seine Majestät der König hat genehmigt, daß die 36. allgemeine Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte im Monat September des laufenden Jahres zu Speyer abgehalten werde.

München, 20. April. Se. Maj. der König hat die Stelle des ersten Staatsanwalts am Bezirksgerichte Bayreuth dem zweiten Staatsanwalt am Appellationsgerichte von Schwaben, Wilh. Landgraf, seiner Bitte entsprechend, verliehen; den zweiten Staatsanwalt am Bezirksgerichte Ansbach, Karl Schmauß, zum zweiten Staatsanwalt am Appellationsgerichte von Schwaben befördert; an dessen Stelle den zweiten Staatsanwalt am Bezirksgerichte Straubing, Gustav Donle, versetzt; an dessen Stelle den funktionirenden Staatsanwalts-Substituten am Bezirksgerichte Neunburg v/W., Otto Rothenfelder, ernannt; und den als Hülfsarbeiter des Staatsanwalts am Bezirksgerichte München l/J. beschäftigten Bezirksgerichtsaccessisten Jos. Sensburg als Staatsanwalts-Substituten am Bezirksgerichte Neunburg v/W. aufgestellt. (N. Münch. Z.)

(Dienstes-Nachrichten der k. Verkehrs-Anstalten.) Ernannt wurden: zu Assistenten die Accessisten Ludw. Weiß in Holzkirchen, Andr. Scharf in Fürth und Valentin Kohler in Landau in der Pfalz. Versetzt wurde: der Assistent Otto Hoffmann von Fürth nach Neuenmarkt. (Verordn.-Bl.)

** **München**, 20. April. (Privat-Korrespondenz.) Im 2. Ausschuß der Kammer der Abgeordneten hat gestern Abg. Graf v. Buttler Vortrag über die Nachweisungen bezüglich der Bergwerke erstattet. Es sollen dabei schon sehr ernste Dinge zur Sprache gekommen und der Ausschuß nichts weniger als befriedigt seyn. Bei der Ausschußberathung über die beantragte Ausdehnung des Telegraphen-Netzes hat sich nur Frhr. v. Lerchenfeld gegen dieselbe erklärt, weil seiner Ansicht nach bei dem nicht günstigen finanziellen Erträgniß der Telegraphenanstalt eine weitere Ausdehnung nicht zu wünschen sey. An die Kammer der Reichsräthe sind bezüglich des die Juden betreffenden Antrages nur noch vier Vorstellungen gelangt, aus Traunstein, Eggenfelden, Wolfrathshausen und Freising — im Ganzen nur eilf solche Vorstellungen gegen den Antrag.

Kurhessen. Die Beerdigung Jordans, in welcher man, vielleicht nicht mit Unrecht, eine Demonstration erblickte, hat zu einer polizeilichen Untersuchung Anlaß gegeben. Man hielt es für angemessen, den Zug, an welchem sich über achthundert Kasseler Bürger betheiligten, am Ständehause vorüberzuführen. Ein anwesender Polizeikommissär suchte das, man glaubt in Folge höherer Weisung, zu verhindern. Die Leidtragenden sprachen aber den entschiedenen Willen aus, sich nicht an dieses Verbot, sondern lediglich an die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen zu halten, wonach die Leiche an der Kirche des Verlebten vorübergeführt werden kann. Der Leichenbesorger ist nun darüber vernommen, von wem die Widersetzlichkeit ausgegangen. Da hierunter alle Theilnehmer begriffen sind, so wird er viele Namen zu nennen haben. Als bemerkenswerth verdient hervorgehoben zu werden, daß sämmtliche Offiziere der Garnison während der Beerdigung in ihre Wohnungen konsignirt wurden, mit dem Beifügen, davon nichts in die Oeffentlichkeit dringen zu lassen; ferner daß den Hoboisten, die bei Tanzvergnügungen für Jedermann spielen dürfen, verboten war, bei der beabsichtigten Trauermusik mitzuwirken. Und Alles das bei dem Heimgange eines Mannes, der trotz jahrelanger ihm erwiesener Unbill 1848 die Wogen des Volksunwillens mit der Mahnung „Vergeben und Vergessen" beschwichtigte! (Wenn nur die kurhessische Regierung sich in ihrem eigenen Interesse endlich einmal überzeugen wollte, daß sie mit solchen kleinlichen Quälereien nur sich selbst schadet. Vereitelt sie denn nicht dadurch eben selbst die Versöhnung, zu der sie neulich ermahnte?)

= **Oesterreich.** Wien, 19. April. (Privat-Korresp.) Die Wahlen des ungarischen Unterhauses sind in so ferne nicht ohne politische Bedeutung, als sie den Beweis dafür liefern, daß in der großen Tagesfrage die Gemäßigten immer noch nicht ohne alle Aussicht auf einen Erfolg ihres Programms, und daß jedenfalls die Extremen weit davon entfernt sind, schon unbedingt über die Majorität der Stimmen zu verfügen. Der nahezu mit Stimmeneinhelligkeit zum Präsidenten der Versammlung ernannte Ghiczy Kalman aus Komorn ist bekanntlich einer Vermittlung geneigt. Die beiden Vicepräsidenten Koloman von Tißa und Baron Friedrich Podmaniczky haben sich dagegen freilich schon zu den Grundsätzen der extremen Partei bekannt, sind aber beide nur mit ein Paar Stimmen Mehrheit gewählt worden. Somit erscheint die Hoffnung nicht ungerechtfertigt, es werde im Laufe der Diskussion dem Einflusse Deák's, der sich bis jetzt von jeder Theilnahme an den Verhandlungen ferngehalten, vielleicht doch noch gelingen, der Partei der Vermittlung zur Majorität zu verhelfen.

Innsbruck, 18. April. Studirende der hiesigen Universität wollten dem Dr. Piretzchner und M. Meyr für ihr Auftreten im Interesse der Toleranz im Landtag einen Fackelzug bringen, konnten jedoch die nöthige polizeiliche Erlaubniß nicht auswirken. — Der „Bote für Tyrol und Vorarlberg" enthält nächstehende Erklärung des Abg. v. Putzer-Reibeg, der mit der Minorität gegen den Antrag des Bischofs von Brixen bezüglich „Erhaltung der Glaubenseinheit" stimmte: „Zur Abwehr. Als ich, dem Rufe meiner Wähler folgend, mich entschloß, mich zeitweilig dem öffentlichen Leben zu widmen, machte ich es mir zum unverbrüchlichen Gesetze, von Pasquillanten, Possenreißern, Drohbriefschreibern u. Konsorten niemals Notiz zu nehmen; es diene daher den Fabrikanten von Invectiven ein für allemal zur Nachricht, daß ich mich in meinem Wirken als Abgeordneter durch nichts beirren lasse, und für meine politischen Handlungen nur meinen Wählern, dem Landtag und dem Reichsrathe Rede stehe. Innsbruck, den 18. April 1861. Johann v. Putzer-Reibegg, Abgeordneter der Handels- und Gewerbekammer des Kreises Brixen."

Großbritannien.

London, 18. April. Der „Herald" „ist ersucht worden", einen Briefwechsel zwischen Napoleon III. und dem König Franz von Neapel zu veröffentlichen. Neues wird der Leser daraus nicht erfahren, doch mag die Fassung des kaiserlichen Schreibens — das uns in vielleicht nicht ganz glücklicher englischer Uebertragung vorliegt — interessiren. Dieser Brief des Kaisers Napoleon wurde dem König Franz II. am 11. Dezbr. 1860 durch den Admiral de Tinan übergeben und lautet: „Ich habe Ihrer Majestät eine Zeit lang nicht geschrieben, weil ich zu sehen wünschte, ob die

das merkwürdigste Denkmal zur Wiederherstellung der ägyptischen Dynastien aus der vorpyramidlichen Zeit.

Neueste Nachrichten.

— Wien, 18. April. (Privat-Korresp.) Die Minister Schmerling und Plener sind heute Morgens von Prag hier eingetroffen. Ihre Wahl im böhmischen Landtag für den Reichsrath kann als gesichert betrachtet werden. — Dr. Berger hat sich entschlossen, sein Mandat als Landtagsdeputirter beizubehalten; andererseits aber gegen seine Freunde erklärt, er werde eine Wahl zum Reichsrathe auf keinen Fall annehmen — ohne daß wir indeß zu sagen vermöchten, ob er diese seine Deklaration im entscheidenden Augenblicke als bindend und nicht bloß als eine Privatäußerung ohne weitere Konsequenz behandeln wird. — Als gestern Abend die Straßen und Plätze in der Nähe von Bergers Wohnung wieder in der gewohnten Weise sich zu beleben begannen, führte die bewaffnete Macht ein eigenthümliches, aber wie der Erfolg gezeigt hat, durchaus zweckentsprechendes Manöver aus. Sowie sich nämlich die Menge zu stauen begann, erschienen von allen Seiten Polizei-Abtheilungen, welche in die einzelnen nach dem Graben mündenden Gassen einbogen. Jeder dieser Colonnen folgte ein Haufen der Neugierigen, um zu sehen, was eigentlich los sey. Da öffneten sich plötzlich die geschlossenen Reihen, nahmen ein halbes Dutzend Bummler in ihre Mitte, lieferten dieselben nach dem nächsten Wachthause ab, und begannen ihren Streifzug wieder von vorn. Weit über hundert Personen, meist Lehrjungen, wurden auf diese Weise arretirt. Zwei Militär-Abtheilungen sekundirten der Polizei, um 10 Uhr waren die Straßen vollständig gesäubert.

Prag, 18. April. Nach Verlesung der Protokolle und des Einlaufes übergibt Dr. Rieger dem Präsidenten einen Antrag auf Verschiebung der Reichsrathswahlen, bis die bestehende Wahlordnung, die unmöglich zu einer wahren und gerechten Vertretung des Landes führen könne, vom Kaiser in passender Weise reformirt seyn würde. Dr. Stamm weist auf §. 19 der Geschäftsordnung hin und beantragt, da über Regierungsvorlagen keine Debatte zusteht, Uebergang zur Tagesordnung. Nach längerer Debatte wird zur Stimmenabgabe für die Reichsrathswahl geschritten. Rieger's Antrag, der in Minorität bleibt, wird mit 80 Unterschriften versehen dem Protokoll als Protest beigelegt. (So dürfte denn unter den deutsch-slavischen Landtagen der istrische allein den traurigen Ruhm haben, die Beschickung des Reichsraths zu verweigern.)

(T. d. Ostd. Post.)

Pesth, 18. April. Die auf Vorstellung der ungarischen Hofkanzlei wegen Einverleibung und Einberufung der Vertreter Fiume's zum ungarischen Landtage erflossene allerhöchste Entschließung will diese Frage in der Schwebe lassen, bis das Verhältniß Kroatiens zu Ungarn durch die Landtage geordnet seyn wird.

(T. d. Ostd. Post.)

Görz, 17. April. Der Abg. Ritter dankt im Landtage (von Görz) für das Protestantengesetz. Der Fürst-Erzbischof wünscht, alle Protestanten mögen das Gesetz so aufnehmen, wie die hiesigen. Seyen Katholiken und Protestanten auch im Glauben getrennt, können sie doch in Frieden und Eintracht leben.

(T. d. Ostd. Post.)

Turin, 15. April. In der zweiten Kammer werden demnächst die Fragen über die Landesbewaffnung und die Reorganisation der Garibaldischen oder Süd-Armee zur Sprache kommen. Die drei Divisionen, aus denen diese Armee künftig zu bestehen hat, werden einstweilen nur als Kadres figuriren, in welche die betreffenden Offiziere eingereiht sind. In Kriegszeiten werden diese Kadres durch Anwerbung von Freiwilligen ausgefüllt. Inzwischen erhalten die Offiziere den Disponibilitätssold. Der Hauptgrund dieser Anordnung liegt in dem Umstande, daß von der Garibaldischen Armee fast nur noch Offiziere vorhanden sind: die Soldaten haben mit Beziehung eines sechsmonatlichen Soldes als Gratifikation ihren Abschied genommen und sind nach Hause gegangen, oder wurden als dienstpflichtig in das regelmäßige Heer eingereiht.

(Nat.-Z.)

Turin, 19. April. Erdichtete Gerüchte von Manifestationen und der Demission Cavour's waren das Resultat der gestrigen der Regierung günstigen Sitzung, in der alle Parteien schließlich den Worten der Eintracht von Seite Cavour's und Bixio's zujubelten, und Garibaldi sich befriedigt erklärte. Es herrscht Ruhe.

(Tel. d. Allg. Ztg.)

Neapel, 14. April. Unsere Lage wird mit jedem Tage bedenklicher. Durch den Telegraphen erhalten wir so eben die Nachricht von einem blutigen Aufstand in Kalabrien. Der Gouverneur von Bari wurde ermordet. In Agnone wurden 23 Personen verhaftet und sofort erschossen, da sie am Aufstand in Castiglione Theil genommen hatten. Alle diese Leute waren ehemalige bourbonische Soldaten, und trugen einen bleiernen Ring mit den Buchstaben d. d. G. oder difesa di Gaëta am Finger. Zuerst wurden diese Ringe in Gaeta gefertigt und die Kugeln der Belagerer zu diesem Zweck verwendet. Hier dauern die Verhaftungen und Hausdurchsuchungen fort. (Nach Turiner Berichten ist seitdem im Neapolitanischen die Ruhe überall wieder hergestellt.)

(Allg. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	—
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	60½ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	48¾ P. ½ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	41½ P.
„	4½ pCt.	36¼ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	87⅝ P.
Bayern	5 pCt. Obl. d. E. (C. b. R.)	103⅛ P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102½ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102¾ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104¼ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95 P.
Baden	4½ pCt. Obl.	102⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	95 P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	101¼ G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94¼ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	101½ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99⅞ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98¾ P.
„	3 pCt. Obl.	92 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47⅝ P.
„	1¾ pCt. „ „ „	41¼ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	98½ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	108¾ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	554 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	122½ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	180½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	72 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien	70 P. 69 G.
Internationale Bank in Luxemb.	82 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	321 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	68¼ P.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	214 P.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	118¾ P. 116¼ G.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	71½ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	23¼ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 8 pCt.	128¼ G.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	98⅝ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50 P.
Südd. Bank-Akt., 80 pCt. Einz.	234½ P. ex. C.
Span. Handels- u. Industrie	510 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	459 P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	103½ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	100¾ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99½ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅛ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96⅛ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105¼ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105⅛ G.
London Lst. 10 k. S.	117¾ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L.S.L. 250 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ B. ⅛ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	77⅛ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	71 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	48 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	54½ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	130¼ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	53½ P.	„ fl. 25 do.	34½ P. 34 G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	89 G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	34¾ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	119¼ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50¾ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	38 G.
Badische fl. 50	90 P.	Vereins-Loose fl. 10.	11 P.
Badische fl. 35	52¾ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅞ P.

Frankfurt, 20. April. Höhere Pariser und Wiener Notirungen verursachten ein weiteres Steigen der österr. 5 pCt. National und Kreditaktien, wofür sich viele Käufer zeigten. Auch Darmstädter Bankaktien wurden etwas höher bezahlt. Die übrigen Fonds und Aktien waren nicht wesentlich verändert.

(Synd.)

nerstag im Tuilerienhofe stattgefunden hat, war das große Thor verschlossen, und alle Eingänge wurden mit besonderer Strenge bewacht. Einer der ältesten französischen Staatsmänner bezeichnete die Lage bezüglich Roms folgendermaßen: „Der Kaiser hat sich in die Gefahr gebracht, wenn er fortfährt, den Papst in Rom zu beschützen, von den Italienern ermordet zu werden und, wenn er ihn verläßt, seinen Thron zu verlieren"; Letzteres nämlich durch die Uebermacht, welche die Revolution aus diesem Ereigniß ziehen würde.

Paris, 17. April. Die Aufmerksamkeit der finanziellen Kreise war heute durch die aus Marseille eingelaufene Hiobspost in Anspruch genommen, daß zwei der größten dortigen Häuser (G. Hava u. Comp. und Batazzi) sich genöthigt sehen, ihre Zahlungen einzustellen. Die Aktien der französischen Bank, die, wie man sagt, mit 12 (Andere sagen mit 20) Millionen dabei betheiligt seyn soll, fielen um 60 Frcs., auf 2825 Frcs. Weil ich grade auf finanziellem Felde bin, muß ich nochmals auf die bereits gestern erwähnte, nicht kleine Verlegenheit der Pariser städtischen Bankasse — eine Folge der unerhörten Wirthschaft des Seinepräfekten Hausmann — zurückkommen. Diese Kasse ist, wie scheint, leer, trotz der Erhöhung des Zinses auf 5 pCt., während die Stadt von jetzt bis zum Monat Juli 40 Mill. für enteignete Grundstücke zu zahlen hat. Als Beweis, wie gewirthschaftet wird, führe ich nur an, daß behufs Durchbruchs des Boulevard Matherbes von der Madeleine-Kirche bis an den Beginn der neuen, ziemlich überflüssigen Straße 40 Grundstücke für 65 Millionen durch die Stadt angekauft sind!

Im französischen Budget werden für Verzinsung und Amortisation der Staatsschuld 578 Millionen für die Civilliste des kaiserl. Hauses und die Dotation des Senats 43 Mill. Frs. gefordert.

Italien.

In der Turiner 2. Kammer hat die Regierung den Verkauf von Domänen im Betrag von 18 Millionen Lire vorgeschlagen.

Die „Debats" berichten aus Turin, Garibaldi's fixe Idee sey noch immer, die ganze Nation zu bewaffnen und sich dann ohne Hülfe Frankreichs auf Oesterreich zu stürzen; Cavour wolle aber nichts ohne Frankreich thun.

Italienische Blätter bezeichnen Messina als den Sammelpunkt von Ungarn, welche an einer bevorstehenden Expedition Theil nehmen wollen; eben dahin werden auch Waffensendungen aus Antwerpen und von andern Orten dirigirt, welche theilweise schon die Straße von Gibraltar passirt haben.

Jonische Inseln.

Korfu, 15. April. Die Deputirten Korfu's protestiren gegen die Behauptung des englischen Kolonialministers: die jonische Bewegung sey das Werk weniger Demagogen. Dieselbe sey vielmehr der einmüthige Gesinnungsausdruck des jonischen Volkes, welches jetzt mehr als je die Vereinigung mit Griechenland wünsche. Auch die Deputirten der übrigen Gemeinden werden gegen die britische Schutzherrschaft protestiren. Hundert Stück Armstrong-Kanonen sind zur Ausrüstung der Festung angekommen. (Frkf. Postztg.)

Türkei.

Konstantinopel, 10. April. Die Führer der Flotte haben erklärt, sie könnten für die Matrosen nicht mehr stehen, wenn sie nicht in kürzester Zeit bezahlt würden. Es sind 300 Mill. Piaster unverzinsliches Papiergeld ausgegeben worden, dasselbe nach einem Jahr zurückzuziehen. Einzelne Truppentheile haben den rückständigen Sold erhalten.

Konstantinopel, 17. April. Der französische Gesandte hat eine Erklärung abgegeben, worin die Ausführung des Hatti-Humayum, d. h. der den Christen zugesagten Verbesserungen, verlangt wird. (Es ist das nur ein Mittel, die Pforte zu drängen und in Verlegenheit zu bringen; denn alle Welt weiß, daß diese Verbesserungen nicht bloß in dem Widerwillen der Türken, sondern auch in der steten Aufruhr-Bereitschaft der Christen, die von Frankreich und Rußland immer genährt wird, Hindernisse findet, die beim besten Willen der Pforte nicht so geschwind zu beseitigen sind.)

Konstantinopel, 18. April. Die Pforte bewilligt die von ihr lang beanstandete Vereinigung der Donaufürstenthümer unter einem lebenslänglichen Fürsten. (Tel. d. Fr. J.)

In dem durch den Pariser Frieden zur Moldau gefügten Theile von Bessarabien verlangen die Bulgaren wieder mit dem russischen Reiche vereinigt zu werden. Sie senden eine Deputation nach Paris, mit einem Polen Lapinski an der Spitze.

Aus Ragusa wird gemeldet, daß der Aufstand in der Herzegowina an Ausdehnung zunimmt. Der Hauptanführer der Insurgenten heißt Cherovich, der Schrecken der Muselmänner. Ragusaner Kaufleute weigern sich, den Türken Vorräthe zu liefern, weil vorgeblich die Zahlung höchst unregelmäßig geleistet werden. Aus diesem Grunde müssen alle Vorräthe aus Konstantinopel dahin geschafft werden.

Rußland und Polen.

Eine Depesche aus Warschau vom 17. April theilt mit, daß eine erste Abtheilung von Verhafteten in der Nacht vom 16. unter starker Bedeckung nach Modlin abgeführt worden sey. Dies Ereigniß, das nur wenige Stunden vorher bekannt geworden war, hat einen tiefen Eindruck hervorgebracht. — Modlin wird mit Vorräthen und Munition versehen, und in vollkommensten Vertheidigungszustand gesetzt. Die sechste Infanteriedivision des zweiten Armeekorps ist dahin abgegangen.

Amerika.

Nach Berichten aus Washington bis zum 6. April gewannen die Kriegsgerüchte daselbst an Boden. Die Truppen der Südstaaten hatten Fort Pickens bereits angegriffen. Sie hatten Oberst Anderson aufgefordert, Fort Sumter binnen 48 Stunden zu räumen, und andernfalls mit einem Bombardement gedroht (beide Forts, von Bundestruppen besetzt, liegen auf dem Gebiete der abgefallenen Staaten). Eine Fregatte und mehrere andere Schiffe der Union sind vollständig ausgerüstet nach dem Süden abgegangen. (T. d. Preuß. Ztg.)

** Die Nachrichten aus Buenos-Ayres (wo der Bürgerkrieg wieder wüthet) bringen schauderhafte Angaben über ein Gefecht in der Nähe von San-Juan. Am 11. Januar rückte Oberst Sax mit 1800 Mann bis fünf Stunden vor die Stadt. Der Gouverneur derselben, Dr. Aberastain (wohl ein verketzerter deutscher Name), zog ihm mit 1500 Mann, theils Soldaten, theils Kaufleute, entgegen. Der Gouverneur wurde nach einem dreistündigen hitzigen Gefechte mit einem Verluste von 400 Todten und 300 Verwundeten in die Stadt zurückgeworfen. Am folgenden Tag rückte Sax ein; der unglückliche Gouverneur wurde füsilirt, die Einwohnerschaft einer erbarmungslosen Plünderung preisgegeben. Die Schwestern des Gouverneurs wurden auf den Markt geschleppt. Man riß ihnen die Kleider vom Leibe, band sie mit Stricken um den Hals an Pferde und verübte noch andre Gräuel an ihnen, welche die Feder sich sträubt wiederzugeben.

Nichtpolitische Zeitung.

Berlin, 18. April. Der „Publicist" erzählt folgende Geschichte: Ein russischer Kaufmann, der mehrere Jahre in London gelebt und dort ein lukratives Geschäft betrieben hatte, traf am Sonntag früh hier ein, um sich nach Petersburg zurückzubegeben und dort wieder seinen Aufenthalt zu nehmen. Bei seiner Ankunft auf dem hiesigen Bahnhofe fehlte sein Reisekoffer, welcher nach seiner Angabe die ungeheure Summe von 10 Mill. Thalern enthielt. Es wurde sofort durch den Telegraphen auf allen Stationen Nachfrage gehalten und vorgestern Nachmittag langte der Koffer, der durch Verwechselung eine Extratour von 2 Tagen gemacht hatte, hier an. Der Kaufmann, der täglich auf dem Bahnhofe erschien und durch seinen kostbaren Pelz Aufsehen erregte, war bei der Ankunft des Zuges anwesend und äußerte eine große Freude, als er bei Oeffnung des Koffers seinen Schatz unversehrt darin vorfand. Der Ueberbringer erhielt von ihm ein ansehnliches Geldgeschenk.

Man erinnert sich, daß am 21. Jan. 1855 ein furchtbarer Brand das Theater und die Münze in Brüssel zerstörte und daß zwei Maschinisten und ein Spritzenmann, Namens Van Acker, unter den Trümmern begraben wurden. Dieser letztere erschien nun jüngst mit einem großen Barte und unter falschem Namen wieder in Brüssel, wurde aber von einem früheren Kameraden erkannt. Es soll sich jetzt herausstellen, daß er das Theater angezündet hat, weil ihm der Direktor zwei Eintrittskarten zu einer Vorstellung für sich und seine Verlobte verweigert hatte. Unmittelbar nach dem Brande, in dem man ihn umgekommen glaubte, ging er nach Frankreich und nahm Dienst in der Fremdenlegion in Algerien, nach dessen Ablauf er in seine Vaterstadt zurückkehrte. Das Gericht hat eine Untersuchung eingeleitet.

* Eine neue und sehr wichtige Entdeckung ist von dem gelehrten französischen Archäologen Mariette in den Ruinen von Memphis gemacht worden. Es ist eine auf einen Kalkstein eingegrabene Liste von 63 ägyptischen Königen. Die Bibliothek von Paris und das britische Museum besitzen bereits ähnliche Tafeln, allein sie sind bei weitem nicht so vollständig, als die von Hrn. Mariette aufgefundene, welche in das neue in Aegypten selbst angelegte Museum kommen soll. Diese Tafel von Memphis ist

batte fielen, bei der es sich darum handelte, den auf das neu erlassene Protestantengesetz bezüglichen Antrag an den Ausschuß zu verweisen. Ein Herr Dietl sagt unter Anderm: „Die Eröffnung des hohen Landtags hat der Abg. von Landeck, Herr Dr. Fischer, an eine Episode unserer vaterländischen Geschichte erinnert, wo das Tyroler Volk das bayerische und französische Heer mit Trommel und Pfeife aus dem Land jagte. Als Impuls, wodurch eine solche Erhebung des ganzen Volkes, ein solcher Erfolg hervorgebracht worden ist, hat der Hr. Abgeordnete ganz richtig das unbesonnene Vorgehen der k. bayer. Regierung in Religionsangelegenheiten, die Verwundung des Tyroler Volkes an seiner heikelsten Stelle, angegeben. Ich bin überzeugt, daß auch durch das Gesetz vom 8. d. M., wodurch dem Protestantismus zum Eingange in Tyrol Thür und Thor geöffnet wird, ein lauter Schrei der Mißbilligung, ein Schmerzensruf im ganzen Lande hervorgebracht wird, der alle Aufrufe zur Landesvertheidigung unhörbar machen wird." Der Abg. Richler sagte in seiner Rede: „Wenn die Glaubenseinigkeit in Tyrol zu Grabe geht, so ist dieses biedere, treue Land für sich selbst und für seinen lieben Kaiser verloren und seine mehr als halbtausendjährige ruhmvolle Geschichte, gegründet auf die Einigkeit des Glaubens, wäre abgeschlossen. Besondere Gesetze begünstigen die Protestanten in allen ihren Wünschen, wie sollte man nicht hoffen dürfen, daß dem armen Tyrol, dessen einziger Reichthum der wahre Glaube ist, dieser unangefochten bleibe." Darauf hielt der Fürstbischof von Trient eine Rede, der wir Folgendes entnehmen: „Wir müssen den Ausdruck des freien Landes seyn, und das ist ganz gewiß, daß mit wenigen Ausnahmen das ganze Land die katholische Religion unversehrt erhalten will, und ich glaube, es darf kein Vertreter, wenn er Vertreter des Volkes von Tyrol seyn will, auftreten und sagen: ich will die Protestanten herein lassen." Auffallend ist in dieser Debatte, daß sich keine einzige Stimme für die Gleichberechtigung der Protestanten in Tyrol geltend machte.

Pesth, 19. April. Nach der Konstituirung des Abgeordnetenhauses bedauert der Präsident die Abwesenheit der Deputirten Siebenbürgens, Kroatiens, der Militärgränze und Fiume's. Der Präsident und die Schriftführer erklären ihre Stellen nur für provisorisch bis zur Ergänzung des Hauses durch die erwähnten Fehlenden. Indem der Vicepräsident Tisza die Schwierigkeiten der Lage betont, sagt er: Unsere Politik sey muthig, aber nicht tollkühn, geleitet durch Klugheit, jedoch ohne jene Feigheit, welche mögliche Erfolge gefährdet. — Beachtenswerth ist die Angabe des halbamtl. „Sürgöny" (in Pesth), daß die kroatischen Regalisten, d. h. jene kroatischen Würdenträger, welche vor 1848 Sitz im ungarischen Oberhaus hatten, wieder von der Regierung dahin einberufen wurden. Bestätigt sich das, so wäre das ein Zeichen, daß die Regierung von dem bisher gehegten Plan, Kroatien mit Slavonien als eigenes Kronland bestehen zu lassen, abgekommen ist und die Wünsche der Ungarn auch in diesem Punkt erfüllen will.

Großbritannien.

* London, 18. April. Bei dem von dem Lord Mayor den Ministern gegebenen Bankett sprach der Herzog v. Somerset von der Nothwendigkeit für England, eine mächtige Marine zu unterhalten, aber nur deshalb, weil sie eine Garantie für den Frieden sey. Lord Palmerston sagte: „Die Aufgabe Englands ist es, dahin zu trachten, den Weltfrieden durch den Einfluß, welchen es besitzt, zu erhalten. England hat keinen Ehrgeiz und keine Angriffspolitik, aber der Einfluß, welchen ein Land durch seine Rathschläge ausübt, hängt von seiner innern Stärke ab, weil sonst seine friedlichen Rathschläge, als durch Kriegsfurcht eingegeben, betrachtet werden würden. Die gegenwärtige Lage der Welt", fügte Lord Palmerston hinzu, „ist derart, daß Großbritannien auf nützliche Weise seinen Einfluß auf dieselbe ausüben kann. Auf dem Kontinent befinden sich schwebende Fragen, welche so beschaffen sind, daß sie denjenigen, welche den Frieden Europa's zu stören wünschen, Stoff für wenigstens ein halbes Dutzend respektabler Kriege liefern können. Aber es ist auch keine unter all diesen Fragen, welche nicht auf ehrenhafte Weise ohne Waffen geschlichtet werden könnte." Der edle Lord hofft, daß die Weisheit der Regierungen und diejenige der Parteiführer zu diesem glücklichen Schlusse führen werde. „Ich habe für alle Fälle das Vertrauen", sagte der Premierminister, „daß das glorreiche Zustandekommen der Einheit Italiens ohne irgend ein Hinderniß wird erlangt werden können, und es ist keine Sache, welche sich die Wünsche und Sympathien Englands in höherem Grade erworben hat, als die Verwirklichung dieses Zweckes. Der Einfluß Englands wird zur Erhaltung des Friedens in ganz Europa angewandt werden, und ich hoffe noch immer, daß das Jahr 1861 ein Friedensjahr seyn wird und daß diejenigen, welche in der letzten Zeit die öffentliche Meinung zu alarmiren versucht haben, indem sie behaupteten, daß das Frühjahr und der Sommer durch Waffengeklirr erfüllt werde, getäuscht und wir uns bis zum Ende dieses Jahres in Frieden befinden werden."

Der Kossuth-Noten-Prozeß geht den langsamen vorgeschriebenen Gang aller Prozesse vor dem Vicekanzler-Gerichte. Für den Kaiser von Oesterreich, als Kläger, scheint außer Sir Hugh Cairns nur noch Herr Cotton engagirt zu seyn; für die Angeklagten plaidiren in erster Reihe Herr Collier und neben diesem die Herren Giffard, Toulmin Smith, C. T. Simpson und Westlake. Die Anwälte Kossuth's machen geltend, der Kaiser habe wie jeder andere Kläger zu beweisen, daß er König von Ungarn sey und daß er allein das Recht habe, Papiergeld in Ungarn auszugeben; Kossuth habe nur Noten mit seiner eigenen Unterschrift anfertigen lassen, was Jedermann thun könne; er habe sie nicht ausgeben wollen, so lange die gewaltsame österreichische Okkupation Ungarns dauere, und würde die Noten zurückhalten, bis sie zu Ende sey; der gesetzmäßige König lebe noch und heiße Ferdinand V.; habe der aber abgedankt, so sey der Thron vacant; eine Revolution in Ungarn wolle Kossuth nicht machen; 1811 habe der Landtag erklärt, der König habe kein Recht, Papiergeld auszugeben; Kossuth sey für das, was er gethan, nur dem Gesetz von Ungarn verantwortlich. Der Vicekanzler bemerkte, ob Kossuth vielleicht behaupten wolle, er sey noch Gouverneur von Ungarn. Was ihm die Beschlagnahme schade, wenn er die Noten doch noch nicht verwenden wolle? Wenn der Thron vacant sey und kein Souverän von Ungarn existire, der das Recht habe, die Geldzirkulation zu reguliren, warum denn Kossuth die Gelegenheit nicht benutzen wolle, um seine Noten auszugeben? Was die Anwälte vorbrachten, bewiese Alles gegen Kossuth; es zeige, daß er kein Recht habe, Noten auszugeben.

Ueber Syrien ist nun ein Blaubuch von 500 Seiten erschienen; die Depeschen gehen vom 5. Juli 1860 bis zum 24. März 1861. Die ersten derselben zeigen den allgemeinen Unwillen über die Mordscenen; bald aber sprachen sich die englischen Gesandten in Paris und Konstantinopel dahin aus, das Heilmittel könne schlimmer als das Uebel selbst seyn und die letzten Depeschen zeigen schon deutlich eine Reaktion in der Meinung über die Maroniten und beargwohnen, daß auch etwas anderes als Eifer für's Christenthum der französischen Expedition zu Grunde liege. Diese wurde Anfangs von Russell gefördert und sogar vorgeschlagen, daß England und Preußen die Hälfte des Okkupationskorps stellen sollten. Am 24. Februar d. J. schreibt aber Lord Dufferin (der englische Kommissär in Syrien): „Als ich zuerst hierher kam, war ich unter dem Eindruck des Unwillens, den die entsetzlichen Greuel, welche die Drusen verübt, in mir erweckt hatten und erwartete, daß die Untersuchungen mich in diesen Eindrücken bestärken würden; nun aber bin ich in der Lage mittheilen zu können, ohne Widerspruch zu fürchten, daß so verbrecherisch auch die Exzesse der Drusen seyn mögen, der erste Anlaß von den Christen kam." Beide Seiten rivalisirten in blutdürstiger Rache, und lassen wenig Aussicht auf dauernde Abhülfe. Zuerst wurden Lord Dufferins Augen geöffnet über die Grausamkeit der Maroniten, durch das Benehmen derjenigen, welche die Expedition der Franzosen nach Deir el Kammar begleiteten; der Lord bestand auf einer Untersuchung über die von denselben an Drusen verübten Mordthaten, so wie er zuvor auf der Hinrichtung Achmed Paschas bestanden hatte; er nahm sich der Drusen, Maroniten und Juden ohne Unterschied an und spricht seine Ueberzeugung aus, daß die erste Verantwortlichkeit die Türken selbst treffe, welche die Drusen nur mehr als Werkzeuge gebrauchten; die Urtheile seyen höchst ungerecht und nur, um die Westmächte zu versöhnen, gegeben worden, ein Mann sey sogar blos wegen seines wilden Aussehens vor Gericht gekommen. Die Maroniten-Bischöfe hätten sich so rachsüchtig erwiesen, daß der von Tobia die Bemerkung eines Beisitzers, die Proskriptionsliste von 4600 auf 1300 zu reduziren, mit den Worten abgeschnitten habe: „Halte das Maul, du verdirbst Alles!" Der Lord glaubt, der Zweck der Intervention sey nun erreicht und das Leben der Christen im Libanon so gesichert, als es unter türkischer Regierung möglich wäre; Europa könne aber zu seinen anderen Wirren nicht noch eine syrische Frage gesellen.

Frankreich.

Paris, 17. April. Seitdem der Kaiser das Einrücken der piemontesischen Armee in Rom verhindert hat, tauchen hier wiederholt Gerüchte von Verschwörungen auf, die zum Theil entdeckt worden seyn sollen. Bei der Musterung, die am letzten Don-

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 110.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher [illegible]	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Sonntag, 21. April 1861.

Deutscher Bund.

* Die Braunschweigische Abgeordneten-Versammlung hat die Hoffnung ausgesprochen, daß die deutschen Regierungen den dänischen Uebergriffen in den Herzogthümern Schleswig und Holstein durch die beschlossene Bundesexekution in wirksamer Weise ohne weiteren Aufschub entgegentreten werden; ferner richtete sie an die herzogl. Regierung die Bitte, nach Kräften darauf hinzuwirken, daß den berechtigten Einheitsbestrebungen des deutschen Volkes Befriedigung verschafft werde, insbesondere vorerst durch Uebertragung des Oberbefehls über das Bundesheer an die Krone Preußen.

Bayern. München, 19. April. Se. Maj. der König hat das Incuratbenefizium Zaitzkofen, Ldg. Mallersdorf, dem Priester J. Rieger, zur Zeit in St. Nikola bei Landshut, übertragen; dem Kanzleifunktionär im k. Staatsministerium des kgl. Hauses und des Aeußern, F. Ziegler, die Sekretärstelle im k. geh. Staatsarchive verliehen; zum Rechnungskommissär der Kammer des Innern der k. Regierung von Schwaben den Revisor J. G. Straßer aus Bissingen; zum Aktuar des Landkommissariats Germersheim den Accessisten der Regierung der Pfalz, L. Pierre, ernannt; den Offizianten beim Oberpost- und Bahnamt Nürnberg Karl Frhr. v. Seckendorff wegen physischer Funktionsunfähigkeit auf ein Jahr in den Ruhestand treten lassen. (N.M.Z.)

Den Fabrikanten A. Siry-Lizars und Komp. von Leipzig wurde ein Gewerbsprivilegium auf Anfertigung von Kompensations-Gasmessern für den Zeitraum von drei Jahren, vom 10. April 1861 anfangend, und dem Bleistiftfabrikanten J. G. Städter von Nürnberg ein Gewerbsprivilegium auf Herstellung von glasirten Gasbrennern aus einer eigenthümlich zusammengesetzten Masse für den Zeitraum von zwei Jahren vom 10. April 1861 anfangend verliehen. — Das dem H. J. Fehr in Augsburg unterm 9. April 1859 verliehene Privilegium auf ein eigenthümliches Verfahren in der Gießerei wurde für den Zeitraum von einem Jahre, vom 9. April 1861 anfangend, verlängert.

* Die „Süddeutsche Zeitung" erklärt jetzt bezüglich der Abstimmung in der vorletzten Sitzung der 2. Kammer, daß sie dem Präsidenten v. Hegnenberg keinen Vorwurf habe machen, sondern durch ihre Aeußerung nur habe andeuten wollen, daß die Mehrheit für die Ausschußanträge eine geringe war.

Die Rede, womit Prof. Edel die Eingabe des Münchner Männer-Turnvereins an die 2. Kammer begleitete, lautet: „Rings um droht uns allgemeine Gefahr, der wir ohne Kampf wohl kaum entgehen werden. Dies Gefühl ist allgemein getheilt: die Einen treibt es zu Rufen nach Verbesserung unserer Bundesverfassung, die Anderen suchen Heil in Schaffung einer Centralgewalt. In den Kampf werden wir unter der Fahne einer Centralgewalt wohl nicht gehen, wenn wir auch vielleicht unter ihr aus dem Kampfe hervorgehen; denn die Wiege der wahren Cäsaren ist das Schlachtfeld. Die Heere centralisirter Staaten haben große Vorzüge vor jenen der anderen. Ausgleichung ist aber möglich durch höhere Ausbildung der Einzelnen, durch die höheren Ideen, die ein Bundesheer beseelen. So haben die Griechen gegen die Perser, die Schweizer gegen Oesterreich, Burgund und Frankreich siegreiche Schlachten geschlagen. Auch deutsche Bundesheere haben bereits den Beweis geliefert, daß Frankreichs Armee nicht unbesiegbar ist. Gymnastik war ein Hauptstück griechischer Erziehung. Auch bei uns und gerade bei uns hat sie die höchste Bedeutung, da wir uns großer physischer Kraft erfreuen, ohne uns der Behendigkeit romanischer Völker rühmen zu können. Daher bei uns der Mangel der Angriffswuth neben aller Zähigkeit des Widerstandes. Nur die Turnkunst kann hier vermitteln. Der deutsche Patriotismus ist ein gar strengflüssiges Erz, das langsam schmilzt und oft an einem Ende schon erkaltet ist, bis es am andern glüht. Der rechte Platz zur Flüssigmachung ist der Turnplatz. Wo dieser tüchtig besucht ist, da ist gleichzeitig patriotischer Sinn gepflegt. Die Verdächtigungen und Hemmnisse, womit man Jahre lang die Turnkunst heimgesucht, haben jetzt wohl einem freieren Schalten der Vereine Platz gemacht. Immer noch geschieht aber nicht genug; und doch sollten wir, neben der Erinnerung an die ritterlichen Uebungen einer früheren Zeit, aus der neueren Vergangenheit die Lehre geschöpft haben, daß die damals neu aufgeweckte Turnkunst begleitet war von dem allgemeinen Streben nach Einigung in allen Punkten, in denen Einigung nöthig, von Vaterlandsliebe und Haß gegen Fremdherrschaft. Gebt dem ganzen Volke Waffenfähigkeit, und wir werden siegen; wenn Alle wacker kämpfen können, so wird sich auch der Führer finden. Aus der stiefmütterlichen Behandlung, die die Turnkunst dermalen bei uns genießt, wo einerseits an Apparaten und Lokalen Mangel ist, andererseits die Theilnahme an den Turnübungen vom guten Willen der Schüler und der mehr oder minder übertriebenen Zärtlichkeit der Mütter abhängt, muß die Turnkunst zu einer Staatsangelegenheit erhoben werden, wie in Preußen, Sachsen und mehreren deutschen freien Städten; wie in Württemberg, wo erst kürzlich 20,000 fl. zu diesem Zwecke ausgesetzt wurden. Von den Schulen in den Städten wird sich die Turnkunst auf das Land verpflanzen; ist doch auch bei uns, namentlich im Gebirge, Anlage genug und Lust hiezu vorhanden. Erkennen Sie, meine Herren, die Sache als eine politisch wichtige an, und erklären Sie Dieß nicht nur durch heutige Zustimmung, sondern auch durch Willigung der nöthigen Summen, wenn es sich um diese handeln wird."

Sachsen. Dresden, 18. April. In der heutigen Sitzung der Abgeordneten-Kammer ist in der Amnestiefrage einstimmig beschlossen worden, protokollarisch den Wunsch auszusprechen, daß diejenigen nachtheiligen gesetzlichen Folgen, welche verübte politische Verbrechen nach sich gezogen, bald und soweit thunlich Beseitigung finden möchten. (Pr. Ztg.)

Kurhessen. Kassel, 18. April. Zu der wunderlichen Nachricht, daß eine genealogische Schrift Jac. Hofmeister's wegen der Angabe, der Kurfürst sey „morganatisch" vermählt, nicht ausgegeben werden solle, kann ich die noch wunderlichere hinzufügen, daß der Umdruck des Werks auf Staatskosten geschehen soll; wenigstens wird versichert, es sey befohlen worden, zu dem Ende 400 Thlr. (!) zur Verfügung zu stellen. Man darf auf den Verlauf dieser sonderbaren Geschichte gespannt seyn. (Zeit.)

♁ **Freie Städte.** Frankfurt, 15. April. (Priv.-K.) Der Pferdetransport nach Italien nimmt seit einigen Monaten wieder bedeutend zu. So kommen fast täglich 20—30 Stück Pferde aus dem Norden auf der Mainweserbahn hier an und gehen direkt auf der Mainneckarbahn weiter nach Turin. Die Zahl der auf diese Art durchkommenden Pferde wird von der Polizei notirt. — In letzterer Zeit kommen häufig gezogene Kanonen von dem größten Kaliber von Berlin, für die verschiedenen Bundesfestungen bestimmt, per Eisenbahn durch. — Nachdem in verflossener Woche eine Versammlung der Direktoren verschiedener norddeutschen Eisenbahnen zu Kassel stattgefunden hat, haben sich gestern die Direktoren des mitteldeutschen Eisenbahnverbands zu einer Berathung in unserer Stadt eingefunden. — Unsere gesetzgebende Versammlung hat in ihrer gestrigen Sitzung den von ihrer Kommission ausgearbeiteten Gesetzentwurf wegen Aufhebung sämmtlicher Zunftbeschränkungen mit 60 gegen 6 Stimmen angenommen.

* **Oesterreich.** Wien, 18. April. Von der Schuselka-Geschichte wird es nach und nach wieder stille; die Wiener beginnen einzusehen, daß es eigentlich ungeschickt war, diese kleinliche Geschichte so breit zu treten.

Zur Charakterisirung des Tyroler Landtags geben wir ein paar Aeußerungen einiger Landtagsabgeordneten, die in einer De-

den Einfluß des Grafen Zamoyski zu paralysiren und der Regierung ihr bereits eingebüßtes Ansehen zurückzugeben.

Asien.

Das „Echo del Pacifico" schreibt, daß die Selbstmorde, welche jährlich in der einzigen Stadt Kanton (China) stattfinden, durchschnittlich die Zahl von 5000 erreichen. (K. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

Die Münchener Bäcker haben eine Klage von den Regensburger Bäckern zu bestehen gehabt, weil sie sich erlaubt haben, Regensburger Strichwecken nachzuahmen und als solche zu verkaufen, sind aber unangetastet geblieben.

Leipzig, 17. April. Die bevorstehende Buchhändlermesse wird durch eine interessante Feier ausgezeichnet seyn. Am 28. April wurden es 25 Jahre, daß die deutsche Buchhändlerbörse hier begründet wurde. Der Börsenverein der deutschen Buchhändler wird diesen Tag festlich begehen. — Die gegenwärtige Leipziger Ostermesse scheint ganz besonders dazu ausersehen zu seyn, der schon ins Leben gerufenen Agitation zur Erzielung wohlfeilerer Steinkohlenfracht auf den Eisenbahnen einen neuen und erfolgreichen Nachdruck zu geben; es sind bereits mehrere in dieser speziellen Richtung höchst thätige Persönlichkeiten hier anwesend, und man verspricht sich für Erreichung des angestrebten Zweckes namentlich sehr viel von einer demnächst abzuhaltenden Versammlung von Industriellen und Fabrikanten am hiesigen Platze. (Frkf. Postztg.)

* Im Verlag von Rob. Schäfer in Leipzig erscheint jetzt ein „Konkurs-Journal", welches in gedrängtester Kürze und Uebersicht die in sämmtlichen deutschen Staaten von den Gerichten eröffneten Konkurse, die in denselben stattfindenden Termine anzeigt, die bestellten Konkurs- und Gütervertreter, sowie die zur Uebernahme und Verfolgung von Rechtsansprüchen geeigneten Sachwalter angibt, Nachrichten über den Ausgang der Konkurse enthält, eine Liste über die zur nothwendigen Versteigerung kommenden Grundstücke, wenigstens über alle größeren, veröffentlicht, nicht minder auch über die Geschäftsresultate, die Generalversammlungen der verschiedenen Aktien- und Commandite-Gesellschaften, über die in den verschiedenen Staaten bestehende zivilrechtliche und Prozeßgesetzgebung und die in dieser Hinsicht eintretenden Reformen referirt. Es ist dies Blatt bei den immer mehr zunehmenden Handels- und Geschäftsbeziehungen zwischen den einzelnen deutschen Staaten ein für den Sachwalter wie für den Handels- und Gewerbestand nicht unwichtiges Hülfsmittel.

Neueste Nachrichten.

Innsbruck, 15. April. Das Protestantengesetz hat im Tyroler Landtage einen gewaltigen Sturm erregt. Die „B. und Sch. Ztg." berichtet darüber: „Die Landtagssitzung vom Samstag hätte vielleicht die letzte seyn können. Aus Anlaß der Publizirung des neuesten Protestantengesetzes, welches unter den Deputirten eine bitterböse Stimmung hervorrief, hatten bereits 11 Abgeordnete der Landgemeinden eine schriftliche Erklärung vorbereitet und unterzeichnet, worin sie unter näherer Begründung erklärten, aus dem Landtage auszuscheiden und abzureisen. Einige andere Deputirte machten Miene, sich anzuschließen und der Landtag war daher in Gefahr, die zur Beschlußfähigkeit nöthige Zahl von Vertretern nicht mehr aufzubringen. Der Sturm wurde jedoch durch mehrere einflußreiche Männer für diesmal beschwichtigt."

Aus Bern, 10. April, schreibt man der „N. Pr. Ztg.": Der theuerste Kaffee, der je getrunken wurde, sind wohl die 20 Tassen, welche sich eben so viele konservative Herren glaubten zu Gemüth führen zu müssen in der auch naturhistorisch merkwürdigen Sitzung von 22 Stunden, in welcher der große Rath von Bern seinen Mirès-Skandal, die Sache der Ost-Westbahn und ihres Direktors, Prof. Hildebrand, behandelte. Einen Tag und eine Nacht hatte man schon gesessen: „Sechs Millionen wollen wir euch geben, um eure Blößen zu decken," sagten die Konservativen, welche zum ersten Mal seit acht Jahren die Situation wieder beherrschten; man schritt zur Abstimmung, aber der grauende Tag dämmerte gerade durch die Fenster; jene 20 konnten ihren Kaffee nicht länger vermissen und so ward in ihrer Abwesenheit eine siebente Million in eine Sache geworfen, über welche der ihr befreundete Justizminister ausrufen mußte: „Il y a eu fraude sciemment commise" (es ist wissentlich Betrug begangen worden). „Wenn es auf mich ankäme, Herr Professor", sagte der Finanzminister, „so wären Sie schon lange im Thurm." „Wir haben ihn steckbrieflich verfolgen lassen, um ihn dem Strafrichter zu übergeben", rief ein Glied der Regierung aus, und doch geht dieser Prof. Hildebrand frei in den Straßen Berns herum. Das Ansehen dieses Kantons in der Schweiz und der Kredit der Schweiz im Auslande haben durch diese Sache sehr gelitten.

Madrid, 15. April. Die Regierung hat gestern in den Cortes erklärt, daß sie noch keine offizielle Nachricht über die Ereignisse in San Domingo erhalten habe. (T. H.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	—
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$60\frac{1}{2}$ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$48\frac{5}{8}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$41\frac{1}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$35\frac{1}{8}$ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$87\frac{5}{8}$ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. R.)	$103\frac{1}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102\frac{3}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	103 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{7}{8}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{3}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	95 P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$101\frac{1}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{1}{2}$ P. 100 G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{4}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$101\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{7}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$98\frac{3}{4}$ P.
„	3 pCt. Obl.	$91\frac{1}{2}$ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$47\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt. „ „ „	$41\frac{1}{4}$ P.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$95\frac{3}{8}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	$108\frac{3}{4}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	552 P. 549 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$121\frac{1}{2}$ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$179\frac{1}{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	68 P.
Internationale Bank in Luxemb. . .	82 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	320 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$68\frac{1}{8}$ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	214 P.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$71\frac{1}{2}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$23\frac{1}{4}$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3. pCt. .	129 G.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$98\frac{5}{8}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$49\frac{1}{2}$ G.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	235 P. 234 G. ex. C.
Span. Handels- u. Industrie . . .	510 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	459 P.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$103\frac{5}{8}$ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{1}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$96\frac{1}{8}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 B.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{2}$ B.
London Lst. 10 k. S.	$117\frac{3}{4}$ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	$92\frac{7}{8}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{3}{8}$ B.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$77\frac{1}{8}$—$\frac{1}{4}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	71 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$47\frac{7}{8}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$54\frac{1}{2}$ P. 54 G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$130\frac{1}{4}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$53\frac{1}{2}$ P.	„ fl. 25 do.	$34\frac{1}{2}$ P. 34 G.
„ fl. 100 Elsb. L. v. 1858.	$88\frac{3}{4}$ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$34\frac{3}{4}$ P.
$4\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	$118\frac{1}{2}$ G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	$50\frac{3}{4}$ P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	36 G.
Badische fl. 50	90 P.	Vereins-Loose fl. 10.	11 P.
Badische fl. 35	$52\frac{3}{4}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{7}{8}$ P.

Frankfurt, 19. April. Der meiste Umsatz fand in österr. National und Kreditaktien zu etwas höheren Kursen statt. Bexbacher Eisenbahnaktien waren begehrt und merklich höher. Die übrigen Fonds und Aktien bieten zu Bemerkungen keine Veranlassung. (Synd.)

Lord Russell aufgeworfenen Fragen zu beantworten, sucht Cavour darzuthun, daß die italienische (sardin.) Regierung über hinlänglich genügende Mittel verfüge, um die Ordnung im Innern zu sichern und ihre Beziehungen zu den auswärtigen Mächten gemäß den Pflichten, welche ihr die Verträge und die Prinzipien des Völkerrechts auferlegen, zu regeln. Aber Lord Russell wolle auch wissen, wie sie diese Pflichten auffasse, insbesondere in Beziehung auf Oesterreich. Hierüber nun äußert sich Cavour wörtlich, wie folgt: „Ein getreuer Dolmetscher der Gefühle, welche das ganze Land beseelen, verbirgt das Kabinet des Königs sein tiefes Mitgefühl für die Bevölkerung nicht, welche der Friede von Campo Formio unter der Herrschaft Oesterreichs gestellt hat. Es verhehlt sich nicht, daß die Geister sich nicht vollständig beruhigen werden, so lange diese Provinzen vom übrigen Theile Italiens getrennt bleiben: von dem traurigen Schauspiele der Leiden der Venetianer ergriffen, wird die Nation fortwährend an deren Befreiung denken. Es weiß mit Einem Worte, daß, solange das wehklagende Venedig den andern Hauptstädten Italiens seine Arme entgegenstreckt, es unmöglich seyn werde, mit Oesterreich freundschaftliche Beziehungen herzustellen, die geeignet wären, einen aufrichtigen und dauernden Frieden zu sichern. Aber die Regierung des Königs weiß zu gleicher Zeit, daß Erwägungen einer höheren Ordnung ihr nicht gestatten, dem Anstoße der Gefühle zu folgen, welche in allen Italienern leben. Sie weiß, daß sie Italien, die Interessen zu schützen habe, welche dieses ihr anvertraut hat, und daß die Rücksichten, wie die Dankbarkeit gegen die Mächte, welche Italien halfen, aus dem Zustande der Unterdrückung sich zu befreien, in dem es seit Jahrhunderten geseufzt, ihr Pflichten auferlegen, welche sie zu erfüllen wissen wird, so schmerzlich dieselben auch seyn mögen. Im gegenwärtigen Zustand von Europa ist die venetianische Frage keiner vereinzelten Lösung fähig; man könnte nicht versuchen, sie mit Gewalt zu lösen, ohne einen Brand zu entzünden, dessen Verheerungen sich weithin erstrecken würden und dessen Verantwortlichkeit Europa der Regierung zuwenden würde, welche ohne Herausforderung ihren Soldaten erlaubte, die Gränze zu überschreiten. Die Regierung des Königs ist, von dieser Wahrheit überzeugt, entschlossen, alle ihre Anstrengungen dahin zu richten, um jeder Handlung vorzubeugen, welche direkt oder indirekt einen europäischen Krieg herbeiführen könnte. Sie wird warten, bis die Ereignisse, indem sie sich entwickeln, allen europäischen Staatsmännern, diese mögen Gegner oder Anhänger Oesterreichs seyn, die von allen, welche die venetianische Frage näher studirt haben, bereits gehegte Ueberzeugung aufdringen, daß der Besitz dieser Provinz eine Schwächung für Oesterreich ist, und zugleich ein Anlaß zu Unruhen für Italien und Europa. Die Veränderungen, welche die jüngsten Zeiten in Oesterreich und auf der italienischen Halbinsel herbeigeführt, haben die Nothwendigkeit einer friedlichen Lösung der venetianischen Frage mit großer Eindringlichkeit dargethan. Das Wiener Kabinet hat, wie ich gern anerkenne, mit einem Male aufrichtig liberale Wege betreten. Venetien allein ist von den Wohlthaten des neuen kaiserlichen Regime ausgeschlossen. In allen anderen Gegenden des Kaiserreiches sind volksthümliche Versammlungen eingesetzt, sind Landtage einberufen, ist die Freiheit organisirt. Venetien allein macht eine Ausnahme. In Venetien gibt es nur Raum, um dort Soldaten lagern zu lassen. Dort ist kein anderes Regime möglich, als jenes des Belagerungszustandes. Ist ein solcher Gegensatz, frage ich die edle brittische Nation, nicht geeignet, auch die Ungläubigsten davon zu überzeugen, daß Oesterreich, was es auch für Anstrengungen machen mag, was immer für Veränderungen es sein Regime im Innern unterziehen mag, seine Stellung in Venedig nicht anders zu gestalten vermöge? Muß diese Thatsache nicht hinreichen, um die öffentliche Meinung in Europa zu bestimmen, eine friedliche Lösung der venetianischen Frage zu verlangen?" Schließlich kommt Cavour noch darauf, daß Oesterreich gegen die Vereinigung von Mittel- und Süditalien mit den übrigen Staaten des Königs Viktor Emanuel Verwahrung eingelegt, seine und der dadurch betroffenen Fürsten Rechte vorbehalten habe mit dem Beisatz, es werde seine Ansprüche geltend machen, sobald das ihm passend scheine. Hieraus und aus dem Umstand, daß Oesterreich die Truppen des Herzogs von Modena noch als eigenes Korps mit eignen Fahnen und Kokarden in Venetien stehen lasse, folgert Cavour, daß Sardiniens Lage gegenüber Oesterreich eine unregelmäßige, gefährliche und schwierige sey, womit er, wie es scheint, im Voraus von Sardinien die Verantwortlichkeit ablehnen will, wenn es doch einmal über kurz oder lang zum Krieg käme.

* Die italienischen Blätter wimmeln gegenwärtig von Gerüchten, eins abenteuerlicher als das andere, die nur in so fern Beachtung verdienen, als sie zeigen, wie erregt die Stimmung dort ist und wie leicht den Leuten auch das Unwahrscheinlichste aufzuschwätzen ist. So wird von Zeit zu Zeit immer wieder die Sage aufgetischt, von einem Vorschlag Napoleons, daß Oesterreich Venetien an Viktor Emanuel abtreten und dafür Bosnien und die Herzegowina bekommen solle. Die Desertionen aus dem österreichischen Heer werden großartig übertrieben; neulich erzählte sogar ein Blatt, ein ganzes ungarisches Reiterregiment habe aus Montebello desertiren wollen, ein Verräther aber habe das Vorhaben angezeigt. Daß die Franzosen aus Rom bald abziehen, wird jede Woche auf's Neue erzählt; noch aber sitzen sie fest und rühren sich nicht.

* Polnische und ungarische Flüchtlinge, die sich in der Erwartung eines Handstreichs gegen Ungarn während des Winters in den Donaufürstenthümern gesammelt hatten, kehren jetzt, nachdem aus Paris die Losung zum Warten gekommen ist, in hellen Haufen über Konstantinopel nach Italien zurück.

Garibaldi's Plan zur Nationalbewaffnung läuft nach der Turiner „Italia" darauf hinaus, daß alle gesunden Männer in dem Alter von 18 bis zu 55 Jahren die Nationalgarde ausmachen und die von 18 bis zu 35 Jahren den mobilen Theil derselben; zu den Kosten wünscht er einen Kredit von 30 Mill. Lire eröffnet zu sehen. Es kann seyn, daß das in Turin umlaufende Gerücht von einer Anleihe auf diesen Zusammenhang zurückzuführen ist.

Die Verschwörung in Süd-Italien stellt sich mit jedem Tage mehr in ihren Verzweigungen als großartig angelegt, doch ungemein ungeschickt ausgeführt und an der Wachsamkeit der sardinischen Behörden vollständig gescheitert dar. Namentlich sey es jetzt, sagt die „Indep.", notorisch, daß die Gefangenen der Vicaria „im Komplotte waren und auf die Stadt losgelassen werden sollten." Die Gefängnißwärter, Aufseher u. s. w. wurden, vierzig an der Zahl, rechtzeitig festgenommen und ins Fort del Ovo gebracht. Die Bewegung sollte in demselben Momente in Neapel und in den Provinzen ausbrechen, und die Leute zum Losschlagen waren auf allen Punkten vertheilt. Die Verschworenen trugen als Erkennungszeichen einen eisernen Ring; 45 der in Neapel verhafteten Verschworenen trugen dieses Erkennungszeichen; eben so hatten 18 in Sant Antoino Verhaftete den eisernen Ring bei sich. Die Haussuchungen ergeben fortwährend neue Entdeckungen. So fand man im Kloster Santa Maria la Nuova eine Menge Soldaten-Uniformen nebst kompromittirenden Papieren, und zwar waren die Uniformstücke nach dem Muster der piemontesischen Grenadiere, die in Neapel stehen, und nach dem der neapolitanischen Nationalgarde gemacht. Auf dem Exerzierplatze hatten sich bourbonische Soldaten, alle mit dem eisernen Ringe versehen, um die weiße Fahne geschaart und suchten daselbst sich ein Lager einzurichten. In dem Kloster der Virgini fand man Korrespondenzen mit den in Gaeta Belagerten und, dem Vernehmen nach, auch eine Korrespondenz mit Franz II. selbst. Unweit der Post fand man 1500 Stück schon gebrauchter Gewehre. Für Pulvervorräthe war so gesorgt, daß allein in dem Hause eines Verschworenen vier Centner Pulver mit Beschlag belegt wurden. Waffen wurden unter der Hand überall feil geboten; die Verkäufer sind jetzt in Haft. Bei einem Schuster in Mercato wurde am Abend des 9. sogar eine Orsini'sche Bombe von der Polizei unter einem Haufen anderer versteckter Waffen mit Beschlag belegt. In Portici wurden, bei Einwohnern versteckt, ganze Schaaren bourbonischer Soldaten verhaftet. (NB. Nach sardin. Berichten.)

Rußland und Polen.

Warschau, 13. April. Der zum Minister des Innern für Polen ausersehene Lewinski hat an die Annahme dieses Amtes folgende Bedingungen geknüpft: 1) Ernennung des Grafen Adam Zamoyski zum Präsidenten des Staatsraths; 2) Rückzug aller Truppen in die Citadelle und die Kasernen; 3) Wiedereinsetzung der Constabler zur Erhaltung der Ordnung. (D. Allg. Z.)

Warschau, 14. April. Sämmtliche ausländische Zeitungen, welche Berichte über die hiesigen Vorgänge vom 8. und später enthalten, werden noch immer konfiszirt. — Das Theater noch geschlossen. — An den beiden letzten Tagen ließ sich die Regierung erkundigen, wie hoch sich die gesammelten Beiträge für die Familien der am 25. und 27. Februar Gefallenen beliefen, von wem und wie die Fonds verwaltet würden. Bei dieser Gelegenheit erwähnen wir, daß die Kollekten bis jetzt 40,000 Thlr. eingebracht haben. Zur gründlichen Vertilgung aller Spuren der Nationaltrauer ist nun auch den Schnittwaarenhandlungen befohlen worden, in den Schaufenstern keine schwarzen Stoffe mehr auszulegen.

In gewissen Kreisen Warschau's herrscht gegen den Grafen Wielopolski ein außerordentlicher Haß, weil er es verstanden hat,

lungen zwischen Oesterreich und Preußen, um ein Einvernehmen bezüglich der polnischen Frage zu erzielen. Daß die Verhängung des Belagerungszustandes über Galizien und Posen in Aussicht genommen worden sey, ist nichts weiter als ein Gerücht. Daß es hier eine Partei gibt, deren sehnlichster Wunsch dahin geht, über die ganze Monarchie den Belagerungszustand verhängt zu sehen, ist eine allbekannte Sache; indessen wird diese Partei trotz ihres Einflusses, den sie in den höchsten Kreisen genießt, ihren Wunsch doch nicht so bald befriedigt sehen, da sicherem Vernehmen nach die Regierung entschlossen ist, nur im alleräußersten Falle zu diesem Mittel ihre Zuflucht zu nehmen. — Herr v. Hübner ist gestern von dem Kaiser in besonderer Audienz empfangen worden. Von seinem Eintritt in die Verwaltung ist es wieder ganz stille geworden; es scheint nicht, daß Graf Rechberg so bald eine andere Verwendung erhält. Indessen kann in dieser Beziehung über Nacht eine Aenderung eintreten, insbesondere da sich die auswärtigen Verhältnisse von Tag zu Tag bedrohlicher gestalten. — Aus Riva, welches, am Gardasee gelegen, nur wenige Stunden von der piemontesischen Grenze entfernt ist, wird gemeldet, daß zwei ungarische Regimenter, welche dort in Garnison standen, dislocirt werden mußten, da in letzterer Zeit zahlreiche Desertionen vorgekommen sind.

= Wien, 17. April. (Privat-Korresp.) Im Ministerium ist eine Kommission niedergesetzt, um das Einführungsgesetz zu dem allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuch für Oesterreich zu berathen.

Die österreichischen Landtage zeigen, mit Ausnahme des ungarischen, eine sehr besonnene Haltung. Nur der niederösterreichische gab durch seinen, die Stimmfähigkeit der Frauen (indem sie an die Stelle ihres wahlberechtigten Mannes treten) anerkennenden Beschluß eine Naivetät kund, wie sie nur im Stande der parlamentären Unschuld vorkommen kann. Im Ganzen aber ist es unverkennbar, daß Oesterreich seit den Tagen, wo das Land von der Wiener Aula regiert wurde, in der politischen Bildung große Fortschritte gemacht hat. Von besonderer Wichtigkeit sind die Kundgebungen für die Aufrechthaltung des Gesammtstaates, und den Ungarn gebührt hauptsächlich das Verdienst, durch ihre Maßlosigkeit das österreichische Bewußtseyn neu geweckt und gekräftigt zu haben. Dadurch wird die Hoffnung begründet, daß der Kaiserstaat die jetzigen großen Schwierigkeiten glücklich überwinden und seine Feinde zu Schanden machen wird. Am 15. wurde auch der Landtag von Galizien eröffnet. In seiner Adresse an den Kaiser verlangte er für dieses Kronland die Autonomie, welche ihm, soweit sie mit der gesammtstaatlichen Idee verträglich ist, durch die Verfassung ohnehin schon gewährt ist. In Galizien hat die kaiserliche Regierung an den Ruthenen und an den polnischen Bauern treue Anhänger. Es ist bekannt, daß der dortige Adel, als er im Jahre 1846 rebelliren wollte, von den Bauern, welche viele Adelige erschlugen, zur Ruhe gebracht wurde. In demselben Falle würde ihm heute dasselbe Schicksal drohen.

In Ungarn geht derzeit eine Entwicklung vor sich, welche von wesentlichem Einfluß auf den Gang der Dinge in Pesth seyn wird: je schroffer sich nämlich der Magyarismus gegen außen anläßt, um so stärker fühlen die andern Nationalitäten das Bedürfniß, sich innerhalb Ungarns und des Verbandes mit ihm ihre Gleichberechtigung sicher zu stellen. Gemeinsam dabei ist allen der Zweck, nicht als Minorität einzeln übervortheilt zu werden, während sie zusammen gerechnet die Mehrheit ausmachen; jedoch treten sie nicht als Gesammtheit, sondern in Gruppen auf. So verlangen z. B. die Slowaken (2 Millionen) nichts Geringeres, als eine neue Komitatseintheilung nach Maßgabe der Nationalität, d. h. Ausscheidung aus denjenigen Komitaten, worin sie die Minderheit bilden; sodann im Umfang dieser ethnographischen Gemeinschaft die Alleinberechtigung der slowakischen Sprache in der Schule, sowie vor Amt und Gericht, ausschließliche Besetzung der Komitats- und Gemeindeämter mit Einwohnern des Bezirks, also mit Slowaken, und für nichtpolitische Angelegenheiten, namentlich kirchlich-administrative, vom nationalen Standpunkt aus eigene Nationalkonvente. Diesem slowakischen Programme schließen sich die ungarischen Ruthenen ($1/2$ Million) in der Weise an, daß sie gern in Gemeinschaft mit denselben treten und statt „slowakisch" in den aufgezählten Ansprüchen überall „slowakisch oder ruthenisch" setzen würden. In sechs ungarischen Komitaten bilden die Slowaken die ausschließliche Bevölkerung; in acht andern machen sie einen mehr oder minder beträchtlichen Mischtheil aus; mit den Ruthenen zusammen immerhin eine Volksmasse, die man in Pesth nicht wohl unberücksichtigt lassen kann. In ganz ähnlicher Weise formuliren sich die Ansprüche der Rumänen und Serben. Von dem eben eröffneten kroatischen Landtage wird ebenfalls ein und das andere Verlangen ausgehen, das diesen nach Gleichberechtigung ringenden Elementen einen Anlehnungspunkt darbietet, und so lange noch derartige Gegensätze in Ungarn selbst erst auf ihre Ausgleichung harren, wird man in Pesth schwerlich extreme Schritte thun. Also eine Aussicht weiter auf allseitige Verständigung, so schwierig sie auch seyn mag, unter dem einfachen Gebot einer Nothwendigkeit, die für den einen wie für den andern Theil gleichmäßig gilt. Was man nicht abwenden kann, darein lernt man sich fügen.

Pesth, 14. April. Es liegt jetzt der Wortlaut der Erklärung vor, welche die ungarischen Magnaten in einer Konferenz bei dem Grafen Stephan Karolyi in Folge des bekannten Erlasses des FZM. Benedek zu veröffentlichen beschlossen haben. Da der Magnaten-Titel allen Mitgliedern des Oberhauses zukommt und dem allgemeinen Sprachgebrauche gemäß den ungarischen ersten Stand bedeutet, also immer nur zur Bezeichnung ungarischer Magnaten dient, so folge daraus (sagen sie), daß die Worte Benedek's: „und listige, feige Magnaten", alle jene Mitglieder des ungarischen Magnaten-Standes, die der oktroyirten Verfassung gegenüber die alte ungarische Verfassung aufrecht zu erhalten für gut finden, also sämmtliche ungarische Magnaten treffen. Die Schlußstelle des Schriftstückes lautet: „Es kann nicht unsere Absicht seyn, uns in eine Analyse der politischen Meinung des Hrn. Feldzeugmeisters Benedek einzulassen; aber wir sind es uns und unsern fern von unserm Vaterlande in der Armee befindlichen Brüdern, an welche in Gemeinschaft mit den andern jene Mißtrauen erregenden und unsere gesetzliche Stellung verdrehenden und aufregenden Worte gerichtet sind, schuldig zu sagen, daß wir wohl genöthigt wären, jeden ungarischen Magnaten für feige zu erklären, der nicht jeden Augenblick bereit wäre, die durch die Weisheit der Ahnen und durch Blutopfer aufrecht erhaltene, und von unsern Königen beschworene Verfassung zu vertheidigen. Wir wären genöthigt, jeden für einen Verräther gegen das Vaterland zu erklären, der, ohne die Großartigkeit der Situation zu berücksichtigen und die Stellung und die Gesetze des eigenen Vaterlandes unbeachtet lassend, diejenigen verurtheilt und zu brandmarken strebt, welche die von unsern Ahnen auf uns gekommene Konstitution und die vom König sanktionirten Gesetze im Sinne derselben vertheidigen. Wir wären genöthigt, den für einen Verbrecher zu erklären, der wegen einer politischen Meinungsverschiedenheit diejenigen feige schilt, von welchen gerade der Herr Feldzeugmeister Benedek theils aus der Geschichte, theils durch eigene Erfahrung sich überzeugen konnte, daß sie auch auf dem Felde, welchem der Herr Feldzeugmeister Benedek seinen Ruhm verdankt, jederzeit für die heiligsten Begriffe des Vaterlandes und der Ehre heldenmüthig einzustehen wußten. Gegen die im Geheimen ausgestreute Verdächtigung glauben wir nur durch diese offene Erklärung auftreten zu können, nicht um uns zu vertheidigen, sondern um, sey es als Gesammtheit, sey es als einzelne, die gegen uns vorgebrachten Verleumdungen zurückzuweisen. Indem wir Unterzeichneten diese Erklärung veröffentlichen, zweifeln wir nicht im Geringsten, daß wir dadurch dem Ehrgefühl sämmtlicher Magnaten Ausdruck geben."

Frankreich.

Paris, 16. April. Die Emission von 300 Millionen neuer Staatskassenscheine (bons du trésor) scheint nunmehr beschlossen zu seyn; man möchte eine „Anleihe" gar zu gerne vermeiden. Wie es übrigens mit den Staatsfinanzen bestellt ist, zeigt die vom „Moniteur" veröffentlichte Uebersicht der Erträgnisse der indirekten Steuern im ersten Quartal 1861. Trotzdem die Tabaksteuer um $7^1/_2$, diejenige auf Getränke um 5 Millionen hinaufgeschraubt ist, ergibt das Gesammt-Erträgniß dennoch einen Ausfall von 5,931,000 Fr.

Paris, 17. April. Die Pariser Abend-Journale lassen sich heute zum ersten Male auf die Aumale'sche Broschüre ein, indem sie eine amtliche Mittheilung des Inhaltes geben, daß Prinz Napoleon vor dem Erscheinen dieser Schrift keinerlei Kenntniß von ihrem Inhalte empfangen habe. (Köln. Ztg.)

Italien.

* Die „Köln. Ztg." veröffentlicht jetzt eine Note, die Hr. v. Cavour an den sardinischen Gesandten in London, Azeglio, unterm 16. v. Mts. gerichtet hat. Veranlaßt war diese Note durch eine Depesche Lord J. Russell's vom 20. Januar d. Js., worin dieser die Bedingungen angab, welche das neue Königreich erfüllen müsse, damit England fortfahren könne, Beziehungen mit ihm zu unterhalten, welche der guten Freundschaft, von der es Sardinien so viele Beweise gegeben, angemessen seyen. Um die in dieser Hinsicht von

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 109.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 20. April 1861.

Deutscher Bund.

Frankfurt, 18. April. Das „Bedenken" der holsteinischen Stände ist hier eingetroffen und beim Bunde eingegeben worden.

** **Bayern.** München, 18. April. (Priv.-Korresp.) (Nachtrag zum gestrigen Bericht über die XXII. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Am Ministertische der k. Staatsminister Frhr. v. Schrenk, v. Mulzer und v. Zwehl. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung nahm Abg. Kehl (von Rothenburg) das Wort, um die Aufmerksamkeit der Kammer auf zwei Artikel der „Südd. Ztg." zu richten. In Nro. 183 dieser Zeitung schließe der Bericht über die letzte Sitzung der Kammer der Abgeordneten mit dem Bemerken: „der Vorsitzende erklärt die Anträge für angenommen" (es handelt sich um jene Ausschuß-Anträge, durch welche den Ausgaben für Kardinal Reisach ꝛc. die Anerkennung versagt ward). In Nro. 186 der „Südd. Ztg." sey nun zur Erläuterung jener Angaben ein weiterer Artikel enthalten, in welchen es heiße, daß auf der Journalisten-Tribune das Resultat der Abstimmung als zweifelhaft erschienen sey, und daß auch einzelne Abgeordnete dieser Ansicht gewesen seyen, ohne daß dieselben jedoch eine Abstimmung durch Namensaufruf verlangt hätten. In diesem Artikel sey sonach mit Bezugnahme auf Wahrnehmungen, die nicht blos auf der Tribune der Journalisten, sondern auch in Mitte der Kammer gemacht wurden, Zweifel über die Richtigkeit drr Abstimmung erhoben. Daß in dieser Behauptung gegen den Präsidenten der Kammer ein Vorwurf enthalten sey, werde er nicht erst zu erörtern haben. Nach seinen, des Redners, Begriffen von der Pflicht eines Abgeordneten müsse er es für unmöglich halten, daß, wenn ein Mitglied der Kammer eine solche Wahrnehmung gemacht habe, es hiezu schweigen könne; allein nachdem die Insinuation in einer Zeitung gemacht worden sey, von der das Publikum annehme, daß sie mehr als andere Blätter von den Vorfällen in der Kammer unterrichtet seyn könne*), so erscheine es als eine Pflicht der Kammer, über diesen Vorfall nicht zu schweigen. Die Unparteilichkeit und strenge Rechtlichkeit, mit welcher der verehrte Herr Präsident die Verhandlungen der Kammer jederzeit geleitet habe, sey nicht blos von seinen Freunden, sondern auch von seinen politischen Gegnern anerkannt. Eine Verdächtigung des Mannes, den die Wahl der Kammer schon so oft auf den Präsidentenstuhl berufen habe, sey zugleich ein Angriff auf die Ehre der Kammer, den dieselbe mit der größten Entrüstung zurückweisen müsse. Redner ersuche deshalb die Kammer, sich zum Zeichen ihrer Beistimmung zu erheben. Alle Abgeordneten erhoben sich sofort von ihren Sitzen. Der 1. Präsident Graf v. Hegnenberg erklärte hierauf, daß er es mit seiner Stellung nicht vereinbarlich gehalten habe, sich über die in Rede stehende Angelegenheit auszusprechen. Er danke der Kammer für die öffentliche Genugthuung, und betrachte sie als ein erneutes Zeichen ihres Vertrauens zu ihm. Abg. Brater (Herausgeber der „Südd. Ztg."): Er habe sich gleich den anderen Mitgliedern erhoben, sich mit bestem Gewissen erheben müssen, denn es habe sich darum gehandelt anzuerkennen, daß wie immer, so auch in dem vorliegenden Falle, der Hr. Präsident mit der vollsten Unparteilichkeit und Gerechtigkeit verfahren sey. Es sey Bezug genommen worden auf die „Südd. Ztg.", deren verantwortliche Redaktion er, Redner, bekanntlich seit einiger Zeit nicht führe**), und der er es überlassen müsse, ihre Mittheilungen selbst zu vertreten und dafür einzustehen. Als Abgeordneter komme es ihm nicht zu, in der Kammer für ein öffentliches Blatt einzustehen. Die Kammer genehmigte hierauf das von dem Abg. Reinpold aus Gesundheitsrücksichten eingereichte Austrittsgesuch. — Die Tagesordnung führte nun zur Berathung der Nachweisungen bezüglich der Erträgnisse der Staats-Forsten, Jagden und Triften pro 1855/59 und wurde nach einigen Debatten — während welcher bezüglich der Staatsforsten, des Bezugs von Holz und Streu, der Waldwege ꝛc. verschiedene Wünsche laut wurden — der Antrag des Ausschusses, den Nachweisungen die Anerkennung zu ertheilen, angenommen. — Vom Sekretär des 5. Ausschusses, Abg. Mandl, wurde nunmehr auch Vortrag erstattet über mehrere vom Ausschuß weiter geprüfte Anträge von Abgeordneten u. A. 1) Ein Antrag des Abg. Pachmeyer, welcher die Erzielung einer wissenschaftlichen Ausbildung der Veterinärärzte bezweckt, da nach Ansicht des Antragstellers die Veterinärärzte im Allgemeinen ihrer Aufgabe nicht gewachsen sind, und dies daher komme, daß dieselben nicht entsprechend unterrichtet und gebildet würden. Der 5. Ausschuß beantragt, diesen Antrag in nähere Würdigung zu ziehen. 2) Die von den Abgg. Dr. Völk und Brater angeeignete Eingabe der Gemeindebehörden Nürnbergs. „Es wolle an Se. Maj. den König die allerunterthänigste Bitte gerichtet werden, anzuordnen, daß gleichzeitig mit der Erlassung eines Civilprozeßgesetzes auch das Verfahren bei der Behandlung von Verlassenschaften gesetzlich geregelt werde." 3) Eine Vorstellung des Turnrathes des Münchner Männer-Turnvereins, welche sich Abg. Dr. Edel in folgender Fassung aneignete: „Hohe Kammer wolle an Se. Maj. den König die allerunterthänigste Bitte richten: Es möge die körperliche Ausbildung der Jugend durch Turnen in entsprechender Weise in das System des öffentlichen Unterrichts eingereiht, und das Bedürfniß dieses Unterrichtszweiges, soweit nöthig, durch Gewährung budgetmäßiger Mittel berücksichtigt werden." Diese sämmtlichen Anträge wurden zur weitern Berathung zugelassen, und zwar der letzte, nachdem er von Hrn. Abg. Prof. Edel unter Bezugnahme auf die dermalige politische Weltlage, auf die Nothwendigkeit der Wehrhaftmachung des deutschen Volkes und auf die hohe Bedeutung des Turnens in trefflicher Rede begründet worden war.

München, 18. April. Se. Maj. der König hat die kath. Pfarrei Girbing, Ldg. Dachau, dem Priester Jos. Freidlsperger, Benefiziat in Pasenbach, des gen. Ldg., übertragen; dem von den Priestern Robert Jacobi, Pfarrer in Rettenbach, Ldg. Oberdorf, und Anton Löchle, Benefiziat zu U. L. Frau in Mindelheim, Ldg. gl. Namens, eingeleiteten Pfründetausch stattgegeben. (N. Münch. Z.)

München, 16. April. Döllinger besprach in seinem heutigen letzten Vortrag den Untergang der nichtchristlichen Völker. Das wesentliche und alleinige Prinzip der Civilisation und hiedurch erzweckten Erhaltung und Entwicklung der Menschheit sey das Christenthum. Sonach bleibe der Gegenwart und Zukunft die hohe Aufgabe der Verbreitung der Kultur, nämlich der Belehrung jener Völker, welche außerdem, wie die Türkei und andere Landschaften der Erde, zu Grunde gehen müßten. Zu diesem Belehrungs- oder Civilisationsakte sey aber vor Allem auch die Einigkeit der Christen unter sich selbst nothwendig. Bei den gegenseitigen konfessionellen billigen Zugeständnissen sey doch endlich dergleichen zu erwarten, da die Schroffheit der Theologen sich in den beiden Hauptlagern, der Katholiken und Protestanten, gemildert habe. (Allg. Z.)

Preußen. Von dem verstorbenen König Friedrich Wilhelm IV. soll demnächst ein Werk an die Oeffentlichkeit treten, das vom König selbst verfaßt und als Manuskript in seinem Nachlaß vorgefunden ist. Daßelbe hat die evangelische Kirche und deren innere und äußere Gestaltung zum Gegenstand. Das Manuskript liegt gegenwärtig dem bekannten Kirchenrechtslehrer Geheimenrath und Professor Dr. Richter zur Vorbereitung der Publikation vor.

§ **Oesterreich.** Wien, 17. April. (Privat-Korrespond.) Die angeblichen Verhandlungen zwischen Rußland, Preußen und Oesterreich, welche man in Paris zu fürchten vorgibt, existiren bis jetzt nicht, ebenso wenig weiß man hier etwas von Unterhand-

---

*) Die „Südd. Z." ist bekanntlich von Abg. Brater begründet.
**) Als Redakteur ist A. Wilbrandt unterzeichnet.

Neueste Nachrichten.

Aus Königsberg wird gemeldet: Hier ist ein Mann mit 5 Bildern angekommen, die er auf photographischem Wege in mehreren Tausend Exemplaren vervielfältigen lassen will, um sie alsdann in Rußland zu verkaufen. Die Bilder zeigen seiner Angabe nach die in Warschau zuerst gefallenen 5 Polen als Leichen mit ihren tödtlichen Wunden. (Man sieht, die Polen benutzen Alles, um die Aufregung zu schüren. In verschiedenen Orten hat man sogar blutgetränkte, angeblich aus Warschau stammende Kleider und Leichentücher vorgezeigt und als eine Art Reliquie in Stücke zerrissen und vertheilt.) (N. Pr. Z.)

Frankfurt a/M., 16. April. Sie wissen bereits, daß der vor 14 Tagen verhaftete Handelsmann, dessen Verhaftung nach allgemeinem unwidersprochenen Verlauten im Zusammenhang mit den anonymen Schandbriefen stand, gestern aus der Untersuchungshaft entlassen worden ist. Die Verbreitung anonymer Schandbriefe ist aber gerade seit 14 Tagen wieder im vollsten Gang. Fast kein Tag vergeht, an welchem man nicht hörte, daß wieder solche gekommen seyen. Gestern waren wieder Briefe im Umlauf, welche alles bisher Dagewesene überboten. (Allg. Ztg.)

Prag, 16. April. Staatsminister v. Schmerling, der gekommen war, um seinen Sitz als Abgeordneter im böhmischen Landtage einzunehmen, wurde bei seiner Ankunft in Prag am Bahnhofe von einer großen Zahl Landtags-Deputirter und einer namhaften Menschenmenge mit enthusiastischen Zurufen festlich empfangen. Vom Bahnhofe bewegte sich der Zug vor das Absteigequartier des Herrn Ministers und brachte ihm dort ein dreimaliges Hoch. (Tel. d. Ostr. Post.)

Lemberg, 16. April. In der heutigen Landtagssitzung wurde beschlossen, daß die Protokolle in polnischer und in ruthenischer Sprache zu führen seyen. (Tel. d. Ostr. Post.)

Aus Paris schreibt man der „N. Pr. Ztg.": Von der Regierung wird lebhaft weiter gearbeitet gegen den Klerus; es sind zur Zeit wenigstens zwanzig Skandal-Prozesse gegen französische Geistliche im Gange; nachdem man auf dem Gebiet der geschlechtlichen Ausschweifung (Prozeß Mallet) keine Ausbeute mehr findet, hat man sich auf die Aufstöberung von geistlichen Erbschleichern verlegt. Das ist lohnend, denn man hat natürlich bei jedem Legat für eine geistliche Stiftung die lieben Verwandten für sich, die dann niemals verfehlen, das gräulichste Gellatich gegen die Geistlichkeit zu erheben, und damit ist denn der Zweck der Regierung erfüllt — Diskreditirung der Geistlichkeit, wenn auch sonst die Klage wegen Erbschleicherei fallen muß. — Die Vettern vom Stamme Joachim Murat's sind durchaus nicht in die Ungnade der Tuilerien gefallen, wie man versichern wollte; noch vorgestern war der Schreiber des Buzenvaler Briefes an den unbekannten lieben Herzog (wegen des Thrones von Neapel) in den Tuilerien zur Tafel und rauchte auch nach Tisch seine Cigarre unter den Vertrautesten im kaiserlichen Privat-Kabinet mit.

Turin, 15. April. Der Gesetzentwurf bezüglich eines Anlehens von 300 Mill. Lire wird nächster Tage dem Parlament vorgelegt werden. Die Regierung wird die Anlehensoperation nicht aufschieben, da die Entwerthung der Papiere stets im Zunehmen ist. Bei Gelegenheit der Diskussion über Uebersiedlung der Hauptstadt nach Rom verlangte der Turiner Gemeinderath, daß der Staat die Schulden Turins übernehme, daß Turin als befestigter Platz erklärt werde und Sitz der vorzüglichsten Militärinstitute verbleibe. Cassinis wird der Kammer ein neues Gesetzbuch für das italienische Königreich, basirt auf den Code Napoleon, vorlegen. (Tel. d. Ostr. Post.)

Dem „Pays" wird aus Turin geschrieben, daß in Oberitalien die disponiblen Truppen an drei Hauptpunkten zusammengezogen werden sollen: 1) am Mincio unter Lamarmora, 2) in Bologna unter Cialdini, 3) in Piacenza und Pavia, unter einem noch nicht ernannten Kommandanten. Weiter vernimmt das „Pays", daß die „Costituzione" Vorbereitungen trifft, um im adriatischen Meer zu kreuzen. Die „Indep." erweitert diese letzte Nachricht dahin, daß überhaupt die italienische Flotte in Ankona zusammengezogen werden und im adriatischen Meer kreuzen soll. Die Gegner Italiens klagen den Grafen Cavour an, durch diese Demonstration der türkischen Blokadeerklärung antworten und den revolutionären Geist an der Küste Albaniens unterhalten zu wollen, indessen könnte mit demselben Rechte auch angenommen werden, daß die italienische Flotte gerade deshalb in jenen Gewässern kreuzen solle, um etwaige Freischaaren-Expeditionen von italienischer Seite zu verhindern.

Warschau, 16. April. Die bedeutendsten Plätze Warschau's sind in förmliche Lager mit Zelten, Kanonen und Zubehör verwandelt; das neue Theater, das noch nicht ganz vollendete großartige Hospital St. Roch sind mit Truppen angefüllt, nicht minder auch die Umgegend; außer den beständigen Militärposten an allen Straßenecken durchstreifen fortwährend Kavallerie- und Infanterie-Patrouillen die Stadt. Das Tragen der Trauerzeichen ist verboten, ebenso das Tragen von Stöcken, welche als Gegenwehr dienen können, und dies in einem Tagesbefehl dem Militär auseinander gesetzt und ihm die exekutive Gewalt übergeben. (Nat.-Ztg.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	—
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$60\frac{1}{2}$ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$48\frac{1}{4}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	41 P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$35\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$87\frac{5}{8}$ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. B.)	103 P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102\frac{3}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	103 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{1}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{1}{4}$ P. 104 G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{7}{8}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{3}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	95 P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$101\frac{1}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{4}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$101\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{7}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$98\frac{3}{4}$ P.
„	3 pCt. Obl.	$91\frac{1}{2}$ P.
Spanien	3 pCt. int. Sch. P. à fl. 2. 30	$47\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt. „ „ „	41 P.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$98\frac{1}{4}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$108\frac{3}{4}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	550 P.
Oestern. Kreditbank-Aktien à fl. 200	121 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$180\frac{1}{2}$ P. 179 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	70 P.
Internationale Bank in Luxemb. . .	82 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	320 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	$68\frac{1}{8}$ P.
Oest. F. St. Elsb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	215 P.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . . .	118 P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$71\frac{1}{2}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$23\frac{1}{4}$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$127\frac{1}{2}$ G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$98\frac{3}{8}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50\frac{1}{4}$ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz. .	$235\frac{1}{2}$ P. $234\frac{1}{2}$ G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	510 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	456 G.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$103\frac{3}{4}$ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{1}{2}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$96\frac{1}{8}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
Hamb. Mk. 100 k. S.	88 B.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{2}$ B.
London Lst. 10 k. S.	$117\frac{5}{8}$ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	$92\frac{7}{8}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93 G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. 1. S.	$77\frac{1}{8}$—$\frac{1}{4}$ G.
Discotto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	71 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$47\frac{7}{8}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$55\frac{3}{4}$ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$129\frac{5}{8}$ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	54 P.	„ fl. 25 do.	34 G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$88\frac{3}{4}$ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$34\frac{3}{4}$ P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beil.	$118\frac{1}{2}$ G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	51 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	36 G.
Badische fl. 50	90 P.	Vereins-Loose fl. 10.	11 P.
Badische fl. 35	$52\frac{3}{4}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{7}{8}$ G.

Frankfurt, 18. April. Höhere Wiener Notirungen brachten eine günstige Stimmung für österr. Fonds und Industrieaktien hervor, für welche bessere Kurse bezahlt wurden. In den übrigen Fonds keine Veränderung. (Synd.)

ruht, dem gräflichen Hause Giech als Besitzer der Herrschaft Thurnau die Eigenschaft eines standesherrlichen Hauses im Sinne des Art. 14 der deutschen Bundesakte, sohin auch die Theilnahme an allen hieraus fließenden Ehrenrechten und Vorzügen, in so weit hierauf nicht bereits rechtverbindlich verzichtet worden ist, zuzuerkennen.

Zu Gunsten der deutschen Schullehrer ist neuerdings eine vortheilhafte Verfügung ergangen, indem vom Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten bestimmt worden ist, daß die Gebühren für Fertigung von Gemeinde- und Stiftungsrechnungen als ständiger Gehalttheil der Schullehrer nicht betrachtet und sohin auch in die Fassion nicht eingestellt werden können, da es zunächst ein Recht und eine Pflicht des betreffenden Pflegers sey, die Rechnungen selbst zu fertigen, und der Schullehrer nur dann die bezeichneten Gebühren zu beziehen habe, wenn er die Rechnungen wirklich fertige.

Nürnberg, 17. April. Die zweite bayerische Anwaltsversammlung findet am 10. Mai hier statt.

Preußen. In Berlin fängt man wieder damit an, sogenannte „Bierpfennige" zu sammeln, d. h. beim Trinken eines Maßes Bier, beziehungsweise Wein, ein Scherflein zu opfern, um aus der Summe dieser Scherflein ein preußisches Kriegsschiff zu erbauen. Man kann leicht berechnen, wie viel und wie lange man wird zechen müssen, um eine ganze Flotte zusammenzutrinken.

Holstein. Die Versammlung der holsteinischen Stände ist geschlossen, ohne daß ein Verständniß mit der Regierung zu Stande gebracht oder auch nur angebahnt wäre. Die Versammlung hat mit völliger Einstimmigkeit die Vorlagen der Regierung abgelehnt. Der dänische Conseilspräsident Hall hat wiederholt versichert, die Regierung habe durch entgegenkommende Vorschläge den Ständen die Hand zur Versöhnung geboten. Wie diese Versöhnlichkeit beschaffen war, das zeigte am besten die angebliche Budget-Vorlage. Auch die andern Vorlagen waren, wenn man sie genauer prüft, nur auf den Schein berechnet, und gewährten in Wahrheit nichts Erhebliches.

δ **Freie Städte.** Frankfurt, 17. April. (Priv.-K.) Unserm neu entstandenen Schützenvereine wurde bekanntlich vom Senate die nachgesuchte Subvention von 20,000 fl. oder einem jährlichen bestimmten Beitrag aus dem städtischen Aerar abgeschlagen. Darauf stellte nun der Vorstand in einer gestern Abend stattgehabten Generalversammlung den Antrag, die Kosten für Herstellung der Schießplätze, des Restaurationslokals mit der Wohnung für einen Zeiger rc. im Betrage von 25,000 fl. durch Ausgabe von 400 Stück unverzinslichen Aktien à 25 fl. und 150 Stück 3½proz. Prioritäts-Obligationen à 100 fl. aufzubringen. Die Erübrigungen aus den Schießständen sollen gleichmäßig zur Verzinsung und zur Rückzahlung verwendet werden und der Vorstand hofft, daß die Amortisation im schlimmsten Falle innerhalb zwanzig Jahre stattfinden werde. Dieser Antrag wurde auch nach kurzer Diskussion, in welcher namentlich die große Wichtigkeit der Schützenvereine in unserer gegenwärtigen Zeit mit großer Wärme geschildert wurde, fast einstimmig angenommen, und sogleich eine bedeutende Summe gezeichnet. Der Verein zählt gegenwärtig 800 Mitglieder.

Oesterreich. Wien, 15. April. Schuselka hat bekanntlich sein Mandat als Landtagsabgeordneter niedergelegt, weil „sein Freund", der bekannte Advokat Dr. Berger, der ebenfalls auf den Bänken der Linken im Landtage sitzt, ihn öffentlich zu kompromittiren versuchte, indem er unter ganz nichtigem Vorwande in hiesigen Blättern auf die verletzendste Weise Schuselka's bedrängte Finanzlage aufdeckte und zugleich durch einen vorgeschobenen Dritten eine Forderung von 200 fl. gerichtlich von Schuselka eintreiben ließ. Bei den nahen persönlichen und Parteiverhältnissen, in denen beide Männer bis dahin zu einander standen, und bei der Leichtigkeit, die unbedeutende Differenz zwischen ihnen durch persönliche Rücksprache auszugleichen, können nur besondere Gründe den Dr. Berger zu einer solchen Handlungsweise veranlaßt haben; und in der That beabsichtigte er offenbar nichts anderes, als durch einen öffentlichen Skandal Schuselka's Wahl in den Reichsrath unmöglich zu machen und sich dadurch von einem gefährlichen Rivalen zu befreien.*) Der Schlaue ahnte nicht, daß der Kredit eines so bewährten Patrioten und so populären Volksmanns wie Schuselka viel zu tiefe Wurzeln geschlagen hat, als daß er von einer so kleinlichen Intrigue umzustoßen wäre. Die ganze liberale Partei hat sich sogleich wie Ein Mann für ihren bedrohten Vorkämpfer erhoben und offen erklärt, daß sie die Armuth Schuselka's für eine ehrenvolle Narbe halte, die er im Kampfe für freiheitliche Institutionen in Oesterreich, für das konstitutionelle Prinzip davongetragen, zugleich aber auch sich dahin ausgesprochen, daß sie es an der Zeit und für eine Ehrensache der Partei halte, dieser ehrenvollen Armuth ein Ende zu machen und ihren Vorfechter künftighin vor ähnlichen Bedrängnissen zu schützen. Augenblicklich wurden dem selbst von seinen Gegnern hochgeachteten Manne von allen Seiten erhebliche Summen zur Verfügung gestellt, damit er sein kleines Grundeigenthum in Gainfarn schuldenfrei machen und seine sonstigen Angelegenheiten ordnen könne; sogar aus den Reihen der Adelspartei im Landtage kamen ihm Anerbietungen zu. Da aber Schuselka alle Anträge, die von einzelnen Privatpersonen kamen, ablehnte, so hat jetzt die ganze liberale Partei als solche, um die Bedenklichkeiten des Zartfühlenden zu überwinden, die Sache zu ihrer eigenen gemacht. Ueberall sind „Schuselka-Subskriptionen" eröffnet, deren Bogen in allen liberalen Redaktionen aufliegen und bereits mit zahlreichen Zeichnungen bedeckt sind. Der Wiener Wahlbezirk, welcher Schuselka in den Landtag geschickt hat, erklärte gestern in einer zahlreich besuchten Versammlung, daß er Schuselka einmüthig zu seinem Abgeordneten wieder erwählen wolle. In vielen kaufmännischen Kreisen ist gestern der Beschluß gefaßt worden, auf Dr. Berger's fernere Anwaltschaft zu verzichten.

*) Es wird auch anderen Mitgliedern des niederösterreichischen Landtags vorgeworfen, daß sie ihren Sitz im Landtag nur als eine Stufe zum Reichsrath betrachten und benützen möchten.

Frankreich.

Paris, 16. April. Man beschäftigt sich noch immer sehr viel mit der Broschüre des Herzogs von Aumale; denn die Art und Weise der schnellen und allseitigen Verbreitung dieses Schriftchens, ehe noch die Regierung Kenntniß davon nehmen und Schritte dagegen thun konnte, hat in der offiziellen Welt ebenso große Verwunderung als Besorgniß erregt. Einer der Minister soll in dem Ministerrathe, der wegen dieses Ereignisses am letzten Sonntage abgehalten wurde, gesagt haben, daß „die Ausgabe der Broschüre mehr einer Verschwörung als irgend einer andern Sache ähnlich sehe". Man versichert, daß an dem Tage, an welchem die gesetzlich nothwendige Formalität der Deponirung eines Exemplares an dem Parquet von Versailles erfüllt wurde, sie auch bereits an alle militärischen Platz- und Divisions-Kommandos abgesandt worden sey. Man scheint es hauptsächlich darauf abgesehen zu haben, der Armee Kenntniß von dieser Schrift zu geben. Prinz Napoleon hat sogleich an den Kaiser geschrieben, um um Niederschlagung jeder weiteren gerichtlichen Verfolgung zu bitten. Wie es scheint, fürchtet er den Skandal einer öffentlichen Verhandlung. (K. Z.)

Paris, 16. April. Die Broschüre des Herzogs v. Aumale ist noch immer der Gegenstand aller Unterhaltungen. Der Drucker der Broschüre Herr Beau in St. Germain, bereits zweimal wegen Preßvergehens verurtheilt, wird sicher seiner Konzession verlustig erklärt werden; man erfährt denn auch, daß diesem Herrn eine Entschädigung von 100,000 Frcs. gezahlt worden ist, daß derselbe also ohne anderes Risico als einige Monate Gefängniß den Druck unternehmen konnte.

Paris, 16. April. Man schreibt dem „Journal des Debats" über die Einnahme der anamitischen Forts in Cochinchina unter Anderem: „Der Sieg war so vollständig als möglich, aber er wurde durch große Opfer erkauft. Ohne die Zahl der Todten und Verwundeten genau angeben zu können, behaupte ich, daß es deren über 150 waren, Offiziere und Soldaten, Franzosen und Spanier zusammengenommen. Die Letzteren haben sich ganz ausgezeichnet gehalten."

Italien.

Liborio Romano, der jetzt in Turin ist, leugnet nachdrücklich, daß er zu Murat übergegangen sey. (Zeit.)

In der Deputirtenkammer zu Turin hat Musolino den Gesetzentwurf über ein Garibaldi zu machendes Nationalgeschenk zurückgezogen und zwar auf das ausdrückliche Verlangen des Exdiktators selbst.

Nichtpolitische Zeitung.

Der Postwagen zwischen Mexiko und Veracruz, welcher 7 Passagiere, darunter 2 Amerikaner, hatte, wurde von einer 20 Mann starken Räuberbande angefallen; die beiden Amerikaner schlugen den Angriff ab, tödteten 5 und verwundeten 7 Räuber. So meldet ein nach New-York gelangtes Telegramm.

ist dies eine Verleumdung, und Sie wissen es wohl. Sie fanden diese Befestigungen von Paris vollendet, die Ihr Oheim seiner Zeit so schmerzlich entbehren mußte. Sie fanden Soldaten und ein Heer, erprobt durch einen Krieg, welcher der menschlichen Gesittung [illegible] und rein war von allem Ungerechtigkeit und von aller Gefahr für Frankreich und Europa. Ich weiß, daß Sie jenes algierische Land nicht besucht haben, dessen Schicksale Ihnen einen Augenblick anvertraut waren. Sie haben sich begnügt, von Paris aus eine gewisse Anzahl Dekrete zu schleudern, und die Sorge, sie in Anwendung zu bringen, Ihrem Nachfolger überlassen, der nach einem Jahre unfruchtbarer Bemühung, das Chaos zu entwirren, die Arbeit aufgeben mußte; so daß nichts Geringeres als die Hand des Siegers von Sebastopol nöthig war, um in unserer Kolonie etwas Ordnung und Sicherheit wiederherzustellen. Gewiß, wenn die Julíregierung Fehler begangen hat, wird man unter ihre Fehler nie das tapfere Heer rechnen, das sie Frankreich hinterließ, und das sie niemals daran gedacht hat sich auf eine besondere Weise eigen zu machen oder als Waffe gegen das Gesetz zu verwenden."

„Dies wird ihr eine Ehre bleiben, die Sie niemals jener Regierung zu entreißen vermögen, und die man nicht mit beleidigenden Reden verlöschen kann. Wohl hat sie weniger als Sie von den Grundsätzen von 1789 gesprochen, aber sie um so mehr in Anwendung gebracht; sie machte nicht aus deren prunkender Schaustellung eine Ursache der Unruhe und Besorgniß für die Welt, sondern sie machte aus deren Anwendung eine Quelle der Ordnung, der Freiheit und des Wohlstandes für Frankreich. Sie bestritt den Vertretern des Landes weder das Recht der ins Einzelne gehenden Verhandlung über den Staatshaushalt, noch die unmittelbare Einwirkung des Parlaments auf verantwortliche Minister; und nicht ihr hätte man die Schmach angethan, das Dekret vom 24. November als einen Fortschritt zu betrachten. Ihre strengsten Gesetze waren jene Septembergesetze, die man heutzutage als eine Befreiung und eine Gnade Gottes willkommen heißen würde; allein selbst in den Tagen ihrer größten Gefahren, und als das Leben ihres Hauptes zum zehnten Male bedroht war, wäre sie mit Entrüstung vor dem „Gesetz über die öffentliche Sicherheit" zurückgeschaudert. Bei mir ist es vielleicht die Schuld des altfranzösischen Blutes, das in meinen Adern fließt; — aber gerade so, Prinz, wie die attentibili von Neapel Ihren Unwillen und Ihr Mitleid erregen, kann ich nicht ohne den lebhaftesten Schmerz daran denken, daß in dem Augenblicke, wo ich schreibe, ein Franzose ohne Urtheil und Recht seiner Familie, seinen Freunden, entrissen werden kann, um in ferner Haft zu sterben. Ohne Urtheil und Recht, sage ich? im Geheimen, sollte ich sagen, im Geheimen und ohne daß nur eine einfache Erwähnung im „Moniteur" der Welt berichte, daß ein Beschluß der Verwaltung einen Bürger kurz und gut aus dem Leben der Heimath gestrichen hat. Und das nennen Sie: „die hassende Zwietracht im Innern versöhnen, die Wunden unserer Revolutionen schließen!" In diesem Verfahren ist eben so viele Loyalität, wie in Ihrer auswärtigen Politik."

„Sie träumen von großem Umsturz in Europa. Ich meinerseits spreche einen Wunsch für Frankreich aus: möge mein Vaterland von einem Zustand befreit werden, wo es zu Unternehmungen hingerissen werden kann, die es nicht zum Voraus genehmigt hat; wo es unter dem System des Schutzzolls einschlafen und in den Armen des Freihandels erwachen, ohne Uebergangsstufen vom Frieden in den Krieg und vom Wohlstand in den Ruin gerathen kann; möge es endlich von der Herrschaft des „fürstlichen Beliebens" errettet werden, unter welcher Form man auch die Wiederkehr dieses Systems versteckt und verkleidet habe. Wenn die Nation, wenn jeder Franzose der nämlichen Sicherheit, der nämlichen Freiheit, der nämlichen Unverletzlichkeit genießen wird, dann erst hat man das Recht, über den Eingang unserer Verfassung die Grundsätze von 1789 zu schreiben, die dann frei seyn werden von den Unmöglichkeitsidealen von 1791, von den Verbrechen des Jahres 1793, und von der Heuchelei einer anderen Zeit."

Deutscher Bund.

Die „Zeit" schreibt: „Nach der „D. Reichs-Z." soll das mehrfach erwähnte Anerbieten einiger kleineren Staaten an Preußen, die militärische Leitung und diplomatische Vertretung ihnen abzunehmen, nur für den Fall des Krieges gemacht seyn, wenigstens von Baden. Hr. v. Schleinitz habe gegen die Uebertragung der diplomatischen Gewalt Bedenken hergenommen aus der ihm erforderlich dünkenden Anerkennung der fremden Höfe; und die „Kreuzzeitung" ihrerseits, die ihre Freunde sowohl im Kriegsministerium als im Militärkabinet hat, thürme die Bundeskriegsverfassung als unübersteigliches Hinderniß gegen die Uebertragung der militärischen Gewalt auf. An diesen preußischen Bedenken soll nun nach der genannten Quelle die Sache noch hängen, hinzugerechnet das „„Hauptbedenken, daß man in dieser ohnehin gefahrvollen Zeit nicht die Schwierigkeiten nach außen und das Mißtrauen der deutschen Höfe und namentlich Oesterreichs vermehren wollte. Preußen zeigte sich jedoch bereit, falls die badische Regierung einen oder den anderen diplomatischen Posten im Auslande für überflüssig erkenne, daselbst die Wahrung der badischen Interessen provisorisch und kraft jedesmaligen Mandats zu übernehmen. Was die militärische Führung angeht, so ist der badischen Regierung von hier aus empfohlen worden, bis zum Ausbruche eines Krieges zu warten, da alsdann manche jetzt bestehenden Schwierigkeiten schnell verschwinden würden."". — Alles, was wir selbst bisher über diese Angelegenheit vernommen haben, beschränkt sich darauf, daß Baden, Koburg und Weimar vorhätten, die Bundesreform in Fluß zu bringen, indem sie nach vorgängigem Benehmen mit Preußen entsprechende Anträge an die Bundesversammlung brächten, und daß diese ihre Absicht einstweilen nicht sowohl an Preußen, als an anderen zur Mitwirkung eingeladenen Höfen ein aufschiebendes, nicht völlig vereitelndes Hinderniß erfahren habe."

Gegenüber den Angaben der „Allg. Ztg." über den Abbruch der militärischen Verhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich versichert die „Köln. Ztg.", daß die Resultatlosigkeit der genannten Berathungen blos daraus entsprang, „daß Oesterreich an die Führung des Bundes-Oberbefehls durch Preußen gewisse Bedingungen knüpfte, die mit dem Eintreten Deutschlands für Venedig in Verbindung stehen."

* Das „Dresdener Journal" veröffentlicht einen Aufruf, der mit dem Poststempel „Bern" mehreren Einwohnern von Dresden zugekommen und der so abgeschmackt ist, daß wir füglich von demselben ganz Umgang nehmen könnten, wenn ihm nicht vielleicht von manchen Blättern, die gar zu gern den Teufel an die Wand malen, eine unverdiente Wichtigkeit beigelegt würde. Das anonyme Generaldirektorium, das sich unterzeichnet hat, ruft die deutschen Brüder auf, sich zu einer „Partei der That" zu vereinigen, sich zu waffnen, eine Legion zu bilden, diese den Italienern zu Hülfe zu schicken, inzwischen zu Hause die Fürstengewalt fleißig zu unterwühlen, bis jene Legion im Verein mit den Italienern nach völliger Besiegung Oesterreichs kommen werde, auch im übrigen Deutschland die Fürsten zu stürzen 2c. 2c.

* Kurz vor dem Fall von Gaeta war von Dresden aus ein Aufruf zu Sammlungen für die Besatzung ergangen. Es sind fast 4000 Thlr. zusammengekommen und diese nun der Königin Maria von Neapel zugestellt worden, um sie an hülfsbedürftige Anhänger zu vertheilen.

Bayern. Hr. Abg. Dekan Vogel hat über die Nachweisung der Einnahmen aus Staatsforsten, Jagden und Triften Vortrag erstattet. Im Finanzausschusse wurde aus Veranlassung einer Besprechung der im Jahre 1858/59 bewilligten Nachlässe an Forstgefällen von Seite des k. Staatsministerium der Finanzen die Erklärung abgegeben, daß jene Nachlaßbewilligung, wie in früheren Fällen, um deßwillen gewährt worden sey, um von einzelnen Käufern größere Holzquantitäten-Verluste abzuwenden, welche, durch unvorhersehbares plötzliches Sinken der Holzpreise veranlaßt, die Existenz jener Käufer in hohem Grade gefährdet hätten. Allein der Erfolg jenes Nachlasses im Jahre 1858/59 habe so wenig, als in früheren Fällen, den Erwartungen entsprochen, und da die Absicht bestehe, solche Nachlaßbewilligungen in Zukunft nicht mehr eintreten zu lassen, so werde in Folge Anordnung des kgl. Staatsministerium bei den seither stattgehabten Holzversteigerungen ausdrücklich bekannt gemacht, daß ein Nachlaß an den Steigerungspreisen unter keiner Voraussetzung bewilliget werde. (N. B.)

** München, 17. April. (Privat-Korrespondenz.) Für den Landtagsabgeordneten Reinpold, Bräuer in Mindelheim, welcher der Kammer der Abgeordneten sein Austrittsgesuch eingereicht hat, wird nach Genehmigung desselben der Pfarrer Th. Völk von Türkheim als Ersatzmann einberufen werden.

München, 17. April. Die Nr. 16 des Regierungsblattes enthält folgende Bekanntmachung des Staatsministerium des Innern vom 9. April: Se. Maj. der König haben nach näherer Prüfung der von dem erblichen Reichsrathe Herrn Karl Grafen v. Giech auf Thurnau beigebrachten Nachweise allerhöchst ge-

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland, für Wahrheit und Recht!

№ 108. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Letter | 38. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 16 kr., im Anzeiger mit 8 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 19. April 1861.

Dem Brief des Prinzen v. Aumale an den Prinzen Napoleon

entnehmen wir noch folgende Stellen: „Erlauben Sie mir, Ihnen zu bemerken: zwei Gegenstände werden von Ihnen und Ihren Freunden zu oft in den Mund genommen, — die Grundsätze von 1789 und die Unglücksfälle von 1815. Ich werde sogleich auf jene mir sehr theuren Grundsätze zurückkommen; vom Jahre 1815 spreche ich bei Weitem nicht so gern. Wenn ich bedenke, welche Wunder der Genius des Kaisers that, um im Jahre 1814 Frankreich zu retten, so ersticken Bewunderung und Vaterlandsliebe in mir jede andere Empfindung; und wenn ich das große Mißgeschick des Gefangenen von St. Helena betrachte, so ist in meinem Herzen nur Raum für Schmerz und Mitgefühl. Allein wenn Sie die Unfälle des Vaterlandes ausbeuten, um sie als Parteiwaffe zu gebrauchen, wenn Sie die Verträge, die nur eine Folge jener Unfälle waren, Anderen zum Vorwurf machen, so sind wir wohl gezwungen, daran zu erinnern, wer es denn gewesen, dessen Leidenschaften und Fehler unserem Frankreich eine in unserer Geschichte nie erhörte Demüthigung auferlegt haben. Sie mögen Ludwig XIV. nicht leiden, sagen Sie, weil er Frankreich so wehe gethan; welches Gefühl haben Sie denn Ihrem Oheim gegenüber? Ludwig XIV. war, sagen Sie, ein hochmüthiger Despot, bei seinem Tode war sein Reich an Menschen und Geld verarmt; indessen glaube ich nicht, daß in dieser Beziehung Napoleon ihm etwas vorzuwerfen hätte. Wenn der große König Philipp dem Fünften die Erbschaft Karls II. sichern wollte, so hat der große Kaiser neue Könige in Spanien, Holland, Neapel und Westphalen schaffen wollen, und diese Unternehmungen sind uns wohl eben so theuer zu stehen gekommen, als der spanische Erbfolgekrieg, und haben uns nichts als Thronprätendenten vermacht. Und am Ende hat doch Ludwig XIV. die große österreichische Monarchie unwiederbringlich zersprengt, und Frankreich um Flandern, Artois, Elsaß, die Freigrafschaft und Roussillon vergrößert hinterlassen. Der Kaiser aber hinterließ der Restauration ein der republikanischen Eroberungen beraubtes Reich, vereinsamt dem ganzen Europa gegenüberstehend, dessen neue politische und militärische Organisation ausschließlich gegen uns gerichtet war. — O ja, wenn der Urheber des Konkordats von 1801 und des bürgerlichen Gesetzbuches, anstatt sich in ungerechte Unternehmungen zu stürzen und

„mit Völkern und Gesetz sein Spiel zu treiben,"

seinen Genius der Begründung der Freiheit im Vaterland hätte widmen wollen, wenn er die Macht Frankreichs, von der er so entsetzlichen Gebrauch zu machen wußte, dazu verwendet hätte, auf die Welt einen freisinnigen und wohlthätigen Einfluß zu üben, so würden Sie berechtigt seyn, sein Beispiel und seine Vorschriften anzurufen. Aber wenn Sie uns von den sechsmal hunderttausend Mann vorsprechen, die seinem Wink gehorchten, so zwingen Sie uns zur Frage, wohin er sie geführt und was er mit ihnen angefangen. Zählen Sie doch, wie viele derselben er in den Ebenen Castiliens und den Steppen Rußlands gelassen! Sind Sie jemals auf Ihren Reisen über die Landstraße gekommen, die von Leipzig nach Lindenau führt? Haben Sie sich vergegenwärtigt, wie am 19. Oktober 1813 dieser enge Paß zur Schlachtbank für unsere Krieger ward, dieser einzige Paß, der unserm zurückweichenden Heere offen blieb? Denn derselbe Hochmuth, der die Dresdener Vorschläge zurückgewiesen, wollte die Möglichkeit einer Niederlage nicht zugeben und erstickte die Stimme der Vernunft und zugleich der Menschlichkeit, und der weitblickendste aller Feldherren hatte unterlassen, über die Elster ein paar Brücken zu werfen, welche Tausenden von Franzosen das Leben hätten retten können. Sie führen immer das Jahr 1815 im Munde; und dadurch gerade zwingen Sie uns daran zu denken, daß bei der Heimkehr von Waterloo der Kaiser zum letzten Abschied nur eine Beleidigung für jenes Heer hatte, das soeben Wunder der Tapferkeit gethan.... „Eine beendete Schlacht, ein zum Ziel geführter Kampf, die Wiedergutmachung falscher Maßregeln, noch größere für den nächsten Tag gesicherte Erfolge, Alles ging durch einen Augenblick panischen Schreckens verloren ...." Und während Ihr Oheim diese Zeilen schrieb, wußte er ganz genau, daß der Sieg nicht einen einzigen Augenblick, ich sage nicht sicher, sondern nur wahrscheinlich gewesen; er wußte vollständig, daß ein „panischer Schrecken" gar nicht vorgekommen, und daß unsere Soldaten noch kämpften, als durchaus keine Aussicht mehr war, nicht siegen, sondern nur widerstehen zu können...."

„Sie sprechen zwar von der militärischen Erniedrigung Frankreichs unter den Regierungen, die seit 1815 gewaltet; allein es

Dr. Sylvester Jordan

war geboren zu Omes am 31. Dezbr. 1792, einem Weiler bei Innsbruck in Tyrol, und war der Sohn eines armen Schuhmachers, dessen Gewerbe er sich Anfangs widmete, studirte später in Landshut die Rechte und ward nach mancherlei Lebensverhältnissen 1822 Professor zu Marburg. 1830 wählte ihn die Universität zu ihrem Vertreter im Landtage, wo er rasch einen außerordentlichen Einfluß gewann und als Referent des Ausschusses, welchem die Abfassung einer Verfassung aufgetragen war, ist er der Schöpfer der Verfassung von 1831 geworden und hat als solcher sich ein bleibendes Denkmal für ewige Zeiten selbst gegründet. Als er aber die Worte der Verfassung in Thaten umsetzen wollte und Front gegen das Ministerium machte, welches die Bundesbeschlüsse von 1832 promulgirt hatte, wurde der Landtag aufgelöst und Jordan nicht wieder zum Eintritt in die Ständeversammlung zugelassen. Unter mancherlei Widerwärtigkeiten verlebte er, vom Volke hochgehalten, seine Tage in Marburg bis zum Juni 1839, wo er wegen Mitwissenschaft an hochverrätherischen Unternehmungen in Untersuchung und Haft gezogen wurde, die damit endete, daß er im Jahre 1843 zur Kassation und fünfjähriger Festungsarreststrafe verurtheilt, aber im Jahre 1845 in höchster Instanz völlig freigesprochen ward. Wenn auch durch die Theilnahme von ganz Deutschland in seinem Geiste gehoben, war er doch durch die lange Kerkerhaft tiefgebeugt und seine Gesundheit so zerrüttet, daß er von da ab immer siechte. Wenn auch von dem Gerichtshofe höchster Instanz freigesprochen, wurde er doch vom Amte im Verwaltungswege fern gehalten. Das Jahr 1848 brachte ihn nur noch kurze Zeit wieder auf die Bühne des politischen Lebens. Er war im Vorparlament und die Städte des Schwalmkreises wählten ihn zum Abgeordneten in die Ständeversammlung. Unter unendlichem Jubel des Volkes hielt er seinen Einzug in Kassel und richtete, wie es damals in öffentlichen Blättern hieß, eine zentnerschwere Anrede an's Volk, worin er auf den falschen Liberalismus als den gefährlichsten Feind für Deutschland hinwies und zur gesetzmäßigen Ordnung ermahnte. Seine Frage an das versammelte Volk: ob man seinen Worten Glauben schenken und Folge leisten wolle? — wurde mit einem mehrtausendstimmigen „Ja!" beantwortet. Im April 1848 ward er zum Gesandten bei der deutschen Bundesversammlung ernannt, erhielt darauf das Prädikat Geheime-Legationsrath und ward Mitglied der Bundes-Centralgewalt, welche Stellung er bis zum Januar 1850 bekleidete. Von da ab lebte er völlig zurückgezogen in Kassel. Alle seine Leiden und Schicksale, über die zu klagen er allen Grund hatte, brachten ihn nie zu einer andern Aeußerung, als daß er Alles vergeben und vergessen habe, was ihm die Menschen Böses zugefügt, wie ihn seine Peiniger mißhandelt: das Alles setzte er auf Rechnung ihrer geringen Geisteskräfte, auf ihren Mangel an Einsicht und Verstand. Wir brauchen nichts weiter hinzuzufügen. Jordan wird im Gedächtnisse des deutschen Volkes fortleben! Es hat in ihm einen seiner edelsten Söhne verloren. (Z. f. Ndd.)

es bis daher ziemlich trocken gewesen war, so daß man infolge dessen selbst ein Mißrathen der kommenden Reisernte fürchtete. Nachschrift. 6 Uhr Abends: So eben theilt die „Java-Courant“ nähere telegraphische Berichte aus Mitteljava mit, worin alles Frühere bestätigt wird. Das Wasser war ziemlich überall abgelaufen. Mehrere tausend Menschen müssen umgekommen seyn. Von allen Seiten werden Lebensmittel und Hülfe angebracht. In Benjamaas hatten mehrere Europäer 36 Stunden auf den Dächern zugebracht. Alle Pferde, Rinder 2c. sind ertrunken. (D.A.Z.)

Neueste Nachrichten.

Wien, 15. April. Man erfährt jetzt, daß Graf Apponyi nur in Wien war, um dem Kaiser persönlich über die Stimmung des ungarischen Landtages bei und nach der Eröffnung Bericht zu erstatten und gleichzeitig als Judex curiae den Berathungen über die vollständige Wiedereinführung der ungarischen Rechtspflege beizuwohnen. Die definitive Uebergabe der Gerichtsbarkeit an die ungarischen Justizorgane in allen Instanzen wird am 1. Mai stattfinden. Was die endliche Regelung des staatsrechtlichen Verhältnisses zwischen Ungarn und Oesterreich betrifft, so wird hierin die Regierung jetzt nicht die Initiative ergreifen, sondern die Ergebnisse der Berathungen im ungarischen Landtage abwarten. (Pr. Ztg.)

Pesth, 14. April. Ein Konflikt auf dem Ofener Bahnhof hat dem neuen Stadthauptmann von Ofen, Aldaßi, Gelegenheit gegeben, seinen Mangel an Takt und Energie ins glänzendste Licht zu setzen. Mit dem Frachtentrain kam nämlich gestern Nachmittags eine bedeutende Partie Cigarren an die Adresse eines hiesigen Kaufmanns, welche von dem dortigen Finanzwachmann für Contrebande erklärt und mit Beschlag belegt wurden. Ein Trupp junger Leute widersetzte sich dem, und man schickte nach dem Stadthauptmann, um Ordnung und Gesetz aufrecht zu halten. Dieser erschien; anstatt aber in diesem eclatanten Fall mit seinem ganzen Ansehen das Gesetz energisch zu stützen, sandte er um Verhaltungsmaßregeln an den Finanz-Landesdirektor. Als der Bote mit der Nachricht zurückkam, dieser sey nicht mehr im Bureau gewesen, wollte der Stadthauptmann einstweilen die Sperre an das streitige Gut anlegen. Damit kam es jedoch nur zu einem schüchternen Versuch, keineswegs zur Ausführung. Denn die anwesenden jungen Leute drängten den Stadthauptmann, der vor Anlegung des Verschlusses die beanstandeten Cigarren erst noch besehen wollte, bei Seite, bemächtigten sich in der kürzesten Zeit derselben und ließen dem Stadthauptmann das Nachsehen in die leeren Kisten. Dieser Vorfall spricht alle Bemerkungen, die man daran knüpfen könnte, schon selbst aus. (Allg. Z.)

Lemberg, 15. April. Der Landtag für Galizien wurde heute nach vorhergegangenem Gottesdienste in den Kirchen beider Riten um halb 1 Uhr Mittags unter ungewöhnlichem Volksandrange ohne die mindeste Störung eröffnet. Nachdem die Wahl des Landmarschalls zum Abgeordneten durch Akklamation als giltig anerkannt worden war, wurde derselbe sowie dessen Stellvertreter, beeidet, Sr. Majestät ein stürmisches Hoch ausgebracht und die Absendung einer Dankadresse mit Akklamation beschlossen. (Tel. d. Ostd. Post.)

London, 15. April. Der Strike der Baugewerke ist seinem Ende nahe. Die meisten der feiernden Arbeiter haben das bessere Theil gewählt, sind den Verlockungen der Agitatoren aus dem Wege gegangen, und nehmen den Vorschlag der Meister, per Stunde bezahlt zu werden, freiwillig an. Andere Gewerke schließen sich diesem System mit der Zeit vielleicht ebenfalls an.

Aus dem Königreich Polen, 12. April. Der „Pos. Ztg.“ schreibt man von hier: „Die Vorgänge in Warschau werden von den Agenten der Agitationspartei nach allen Richtungen hin verbreitet und dabei die schauerlichsten Geschichten erfunden und erzählt, um durch dieselben gegen die Regierung aufzureizen. Aus den 10 wirklich Gebliebenen und 108 Verwundeten, von denen vorgestern bereits 5 gestorben, werden 1200 Todte und an 2000 Verwundete gemacht. In Kolo wurde vorgestern ein Mann verhaftet, welcher, wie sich ergab, zu den von Warschau ausgesandten Emissären gehörte, die im Lande herumziehen und Demonstrationen aller Art bereiten und die Menge aufzuregen suchen. Dieser Mann erzählte den auf dem Markte versammelten Bauern mit Thränen, wie er Augenzeuge gewesen, als die friedlichsten Menschen von den Soldaten, ohne irgend eine Veranlassung gegeben zu haben, angegriffen worden, ihre Brust entblößt und um Gnade gefleht, statt deren aber die tödtlichen Kugeln in ihr treues Herz erhalten hätten. Von Seiten des Militärs sind außer den zwei Todtgebliebenen bis gestern noch vier an den erhaltenen Verwundungen gestorben.“

Das Mittagsblatt der „Schles. Ztg.“ theilt aus **Kalisch** mit, daß die dortige Bürgerdelegation und Bürgerwache auf Befehl des Fürsten-Statthalters aufgelöst worden seyen. In ihrer letzten öffentlichen Sitzung hat sich die Delegation von dem Publikum unter Hurrahrufen, Thränen und Umarmungen verabschiedet; der Vorsitzende ermahnte auf das Eindringlichste zur Ruhe. Die Garnison ist verstärkt worden. (Tel. d. Nat.-Ztg.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	—
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$60\frac{1}{4}$ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$48\frac{1}{4}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	41 P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	35 P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$87\frac{1}{2}$ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. R. (C. b. R.)	$103\frac{1}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102\frac{3}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	103 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{3}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{1}{4}$ P. 104 G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{7}{8}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	103 P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	95 P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$101\frac{1}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{5}{8}$ P. 100 G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{4}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$101\frac{3}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$98\frac{3}{4}$ P.
„	3 pCt. Obl.	$91\frac{1}{4}$ P.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$47\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt. „ „ „	41 P. $40\frac{3}{4}$ G.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$98\frac{1}{4}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$108\frac{7}{8}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	550 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$120\frac{1}{2}$ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$180\frac{1}{2}$ P. $178\frac{1}{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	69 G.
Internationale Bank in Luxemb. . .	82 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	320 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$68\frac{1}{8}$ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	214 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$71\frac{1}{2}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$23\frac{1}{4}$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$128\frac{3}{8}$ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$98\frac{5}{8}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50\frac{1}{4}$ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	$233\frac{1}{2}$ G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	510 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	456 G.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$103\frac{3}{4}$ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{1}{2}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ B.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$96\frac{1}{8}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 B.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{2}$ B.
London Lst. 10 k. S.	$117\frac{5}{8}$ B. $\frac{3}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	$93\frac{1}{4}$ B.
Paris Frs. 200 k. S.	93 G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$77\frac{1}{4}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$71\frac{1}{2}$ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$47\frac{3}{4}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$55\frac{3}{4}$ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R. .	$129\frac{5}{8}$ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$53\frac{1}{4}$ P. $52\frac{3}{4}$ G.	„ fl. 25 do.	34 G
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$88\frac{7}{8}$ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$34\frac{3}{4}$ P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	$118\frac{1}{2}$ G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	$50\frac{1}{4}$ P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	36 G.
Badische fl. 50	90 P.	Vereins-Loose fl. 10.	11 P.
Badische fl. 35	$52\frac{3}{4}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{7}{8}$ G.

Frankfurt, 17. April. Die Börse zeigte eine feste Haltung und österr. National, Bank- und Kredit-Aktien wurden besser bezahlt. Doch blieb der Umsatz beschränkt. Bexbacher Eisenbahnaktien waren begehrt und höher. (Synd.)

Der landwirthschaftliche Verein von Galizien, dem der Fürst Leon Sapieha-Kodenski präsidirt, hat aus Lemberg, 27. März, eine (im „Czas“ gedruckt vorliegende) Adresse an den landwirthschaftlichen Verein des Königreichs Polen gerichtet, dessen „Verhalten bei den Ereignissen von Warschau ihm die Anhänglichkeit aller Theile des alten Polen und die Zustimmung dieses gemeinsamen Vaterlandes gesichert hat, welches uns durch ein unlösliches Band zu vereinigen niemals aufgehört hat.“ Es wird dann der Methode, der brutalen Gewalt den Widerstand entgegen zu stellen, und dem Verein, der sich an die Spitze der Nation gestellt, hohe Anerkennung gezollt. (Fürst Sapieha ist vom Kaiser Franz Joseph zum Präsidenten des galizischen Landtags ernannt worden — schlimm genug, wenn keine andere Wahl war; wo nicht, ein arger Mißgriff.)

Dänemark.

Aus der jetzt erschienenen Vertheidigungsschrift des dänischen Exminister Raaslöff geht hervor, daß der ganze Gesetzentwurf über das Provisorium den Ständen durchaus nicht zur konstitutionellen Beschlußnahme, sondern blos zur Berathung vorgelegt war, weshalb auch mit Absicht das Wort „Beschlußnahme“ Seitens der Regierung gänzlich vermieden worden war. Was das Budget betrifft, so weist Raaslöff nach, daß Hall die Auffassung, als habe die Regierung den Ständen durch §. 13 das Budget vorgelegt, erst am 22. März in Folge der dringenden Vorstellungen, welche ihm die fremden Gesandten am 21. gemacht, in seinem Briefe an Raaslöff einzuschmuggeln gesucht habe. (Tel. d. Nat.-Ztg.)

Großbritannien.

London, 13. April. Am 13. April sollte abermals, diesmal in Newcastle am Tyne, eine gepanzerte Fregatte vom Stapel laufen — also das vierte Eisenschiff, welches England besitzt, und vier weitere sind im Bau begriffen. Fernere Bestellungen der Art hat die Regierung nicht machen wollen, bevor ausreichende Experimente die Tüchtigkeit der fertig gewordenen bewiesen haben. Indessen zweifelt man nicht, daß die englischen Schiffswerften, im Nothfall, 25 Schiffe von der Qualität der „Gloire“ binnen Jahresfrist liefern könnten.

London, 16. April. In der gestrigen Unterhaussitzung legte der Schatzkanzler Gladstone das Budget vor. Staatsausgaben 69,900,000 Pf. St., Einnahmen 71,823,000 Pf. St., Ueberschuß 1,923,000 Pf. St. Er beantragt Ermäßigung der Einkommensteuer und Abschaffung der Papiersteuer. (T.d.A.Z.)

Frankreich.

Paris, 13. April. Die Subskription zum Ankaufe eines Ehrengeschenkes für die Königin von Neapel erreichte in wenigen Tagen, und auf einen nur sehr kleinen Kreis beschränkt, die Summe von 200,000 Fres. Vor einigen Tagen versammelte sich das Komite dieser Damen, um über die definitive Wahl des Ihrer Majestät anzubietenden Gegenstandes zu beschließen. Es wurden drei Vorschläge gemacht: der erste lautete auf ein Lorbeer-Diadem, eine zweite Stimme schlug den Ankauf einer vollständigen Ausstattung für Ihre Majestät vor, welcher Vorschlag dadurch begründet wurde, daß die Königin während der Belagerung von Gaeta Alles, was sie besaß, an Arme und Verwundete vertheilt habe, so daß sie fast vom Nothwendigen entblößt in Rom eingetroffen sey. Die Mehrheit sprach sich jedoch für eine einfache Huldigung aus, welche der Königin in Form einer reichen Chatoulle aus Gold, Silber und Edelsteinen dargebracht werden soll. Im Innern der Chatoulle sollen die Namen der Subskribentinnen, meistens dem legitimistischen Faubourg St. Germain angehörig, angebracht werden.

Dem „Genfer Journal“ wird aus Paris geschrieben: „Man seufzt von allen Seiten, weil man nicht weiß, wie sich die Angelegenheiten Italiens enden werden. „„Ich habe mit viel Aufmerksamkeit (äußerte sich vor einigen Tagen der Kaiser gegen Hrn. Barthe) Ihre Rede im Senate wieder gelesen. Es sind ausgezeichnete Sachen darin; aber ich möchte Sie tadeln, nicht zum Schlusse gekommen zu seyn.““ Und als Hr. Barthe sich zu entschuldigen versuchte, erwiderte der Kaiser: „„O! Lassen Sie sich dieß nicht grämen; auch ich suche meinen Schluß.““ (Gut erfunden, wenn auch nicht wahr! Manchmal mag ihn der Brei, den er in Italien eingerührt hat, schon brennen.)

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß die polnischen Unruhen in Warschau, welche am 7. und 8. d. M. ausgebrochen waren, schon mehrere Tage vorher von Paris aus angekündigt worden sind, woraus sich also der Zusammenhang der dem Palais Royal (Prinzen Napoleon, dem Gönner aller politischen Flüchtlinge) nahe stehenden Kreise mit den im Königreich Polen maßgebenden Persönlichkeiten von Neuem ergibt.

Italien.

Ueber die in Neapel entdeckte Verschwörung meldet die „Köln. Ztg.“ noch nach sardinischen Berichten Folgendes: „Der Ausgang der bourbonischen Bewegung kann keinen Besonnenen über die Plane und die weite Verzweiflung der Verschwörung täuschen. Es war, nach allem, was wir darüber erfahren, auf eine piemontesische Vesper abgesehen. Die Bauern und Lazzaroni sollten mit Mistgabeln und Aexten in den Häusern der Unionisten aufräumen, welche zugleich meistens die Begüterten sind. In einem Pferdestall unweit des Thores fand man 600 Gewehre versteckt; in einem Hause zu Pizzofalcone fand man Pulver und Waffen aufgehäuft, ebenso in einem Hause in Santa Margherita da Fonseca. Es hat sich übrigens bei dieser Gelegenheit ergeben, in welchem Maße die Volksklassen der Wiederkehr der Bourbonen entgegen sind; denn die Regierung hat durch Leute aus dem Volke, welche die Agenten Franz' II. anzuwerben sich bemüht haben, die erste Kenntniß von der Verschwörung bekommen.“

* Neapel. „Il Diritto“ meldet, daß man bei der Verhaftung des Bischofs Trotta folgenden an den General Bosco gerichteten Brief bei demselben gefunden hat: „Lieber General, — Ich statte Ihnen hiermit Bericht ab über meine, im Dienste unserer heil. Sache, entfaltete Thätigkeit. Es ist mir gelungen, 10,000 Arbeiter zu bewaffnen, lauter tapfere und zuverlässige Leute, und zwar für die geringe Summe von 5000 Dukaten, welches der Erlös alles dessen ist, was mein Eigenthum war und was ich verkaufte. Der Aufstand soll am 3. April stattfinden. Ich handle, wie Sie sehen, nach meinem Gewissen. Ich empfehle Ihnen die größte Verschwiegenheit und vor Allem, daß unser Herr nichts davon erfährt.“ (Franz II. scheint demnach nicht durchweg einverstanden zu seyn mit diesen Unternehmungen.)

Rußland und Polen.

Warschau, 12. April. Wie der „Bresl. Ztg.“ geschrieben wird, soll in der Stadt Kielce das Volk nach Vertreibung des dort garnisonirenden Militärs sich verbarrikadirt haben; 4000 Mann sollen jetzt dorthin gezogen seyn, um die Ruhe wieder herzustellen.

Nichtpolitische Zeitung.

Dicht an dem Pfarrdorfe Kammerstein (ein ehemaliges kaiserliches Kammergut im Ldg. Schwabach) stand eine mächtige 26 Fuß im Umfange messende Eiche, deren Alter man auf 900 Jahre schätzte. Da diese von unten anfing zu faulen, so wurde solche dieser Tage gefällt und ergab 22 Klafter Holz und 7 Klafter Stöcke, wie auch 2 Nutzstöcke; der Kaufpreis war 158 fl. und 68 Gulden der Arbeitslohn.

Kronach, 15. April. Vorgestern gerieth der Wechselwärter Gg. Bauer im Bahnhofe dahier zwischen die Puffer zweier Wagen, in Folge derselbe nach einigen Stunden starb. (Fr. Kur.)

Batavia, 2. März. Ein Theil unseres schönen Java ist in diesen Tagen von so entsetzlichen Ueberschwemmungen heimgesucht worden, wie man sich deren nicht zu erinnern weiß. Bis jetzt haben wir nur noch telegraphische Berichte erhalten. Eine Subskription, welche Hr. v. Delden gestern unter dem Handelsstande von Batavia bewerkstelligte, hat in wenigen Stunden 41,000 fl. aufgebracht. Die ersten Berichte erhielten wir aus Soeracarta, wo das Wasser Alles überschwemmt und 6 Fuß hoch im Fort gestanden hat und die Einwohner Hab und Gut verloren haben. Es ist dabei sehr viel Vieh ertrunken: der Verlust an Menschenleben scheint dagegen im Soeracartaischen nicht so groß zu seyn, wie in Begaleen und Benjamaas. Dort sind die Flüsse innerhalb weniger Stunden 25—30 Fuß gestiegen, haben die meisten Brücken weggerissen, und eine große Menschenmenge sowie sehr viel Vieh muß in den Fluthen und unter Erdstürzen das Leben eingebüßt haben. Ganz Südbegaleen muß mehrere Fuß hoch mit Sand und Schlamm bedeckt und alle Felder müssen vernichtet seyn. Ein einziger Erdsturz soll 200 Menschen begraben haben. Auto-Ardjo, der Sitz eines Regenten, ist gänzlich vernichtet. Alle Häuptlinge haben dort ihre Frauen und Kinder verloren. Auch im Gebirge und in der hochgelegenen Residentschaft Kada müssen viele Menschen umgekommen seyn. Zu Benjamaas, dem Hauptort der gleichnamigen Residentschaft, haben die Europäer und Eingeborenen Alles verloren. Der Gedanke, woher alle diese Unglücklichen sowohl für den Augenblick als für die Zukunft Nahrung finden sollen, und welche Seuchen aus diesem Zustande noch entstehen können, ist furchtbar. Aus andern Theilen hat man noch keine Berichte. Diese Wolkenbrüche sind plötzlich gefallen, nachdem

Deutscher Bund.

* In Frankfurt a/M. fand am 15. April eine volkswirthschaftliche Versammlung statt, zu welcher viele Theilnehmer aus Südwest-Deutschland sich eingefunden hatten (u. A. aus Würzburg Privatdozent Dr. Gerstner). Zuerst besprach man die Münzfrage; Dr. Max Wirth führte verschiedene Ansichten der über diese Frage gutachtlich vernommenen deutschen Handelskammern auf. Die meisten norddeutschen Handelskammern haben sich für Beibehaltung des Thalers ausgesprochen und nur die Zehntheilung des Groschens beantragt. Die süddeutschen Handelskammern haben sich alle gegen Beibehaltung der jetzigen süddeutschen Währung erklärt; die von Elbing, Leer, Mannheim, Hannover und Königsberg aber wollen den 90 Markfuß à 35 kr. mit zehntheiliger Groschentheilung rc. eingeführt wissen; auch soll nach ihrer Ansicht eine Goldmünze von 20 solcher Mark, die der englischen Guinee ziemlich gleichkäme, ausgeprägt werden. Für den österreich. Gulden haben sich erklärt die Handelskammern von Rastatt, Heilbronn, Reutlingen, Mainz und Innspruck. Die Versammlung erklärte die Annahme des 90 Markfußes (à 35 kr. oder 10 Sgr. mit Zehntheilung des Groschens rc.) für wünschenswerth. Den zweiten Gegenstand der Tagesordnung bildeten die Erörterungen über den deutsch-französischen Handelsvertrag. Mit der Berichterstattung hierüber war Herr Sonnemann von hier betraut worden. In einem längeren Vortrage setzte derselbe die Vortheile auseinander, welche Deutschland i. e. der Zollverein von einem solchen Vertrage haben werde, und suchte nachzuweisen, daß die deutsche Arbeit mit der französischen überall die Konkurrenz aushalten könne, ja daß Deutschland, mit alleiniger Ausnahme der Luxusartikel, den französischen Markt beherrschen werde. Es erhob sich ein lebhafter Streit über die Frage, ob ein solcher Vertrag für Deutschland vortheilhaft seyn werde oder nicht. Im Allgemeinen war man der Ansicht, daß der Abschluß des Vertrags an sich Deutschland nicht schädlich seyn könne, man müsse nur darauf hinwirken, daß Frankreich die richtigen Bedingungen gestellt würden. Die Versammlung erklärte schließlich, daß 1) die in einem Handelsvertrage zwischen dem Zollverein und Frankreich an Frankreich gemachten Tarifermäßigungen und Verkehrserleichterungen allen Nationen gleichmäßig eingeräumt werden, und daß 2) in dem Vertrage alle von Frankreich an England gemachten Zugeständnisse auch für den Zollverein maßgebend seyn müssen; 3) eine mäßige Herabsetzung der Weinzölle kann als Kompensation gegen andere Zugeständnisse von Frankreich bewerkstelligt werden. — Zu 3) ward noch folgender Zusatz von Kolb angenommen: Die Aufhebung der Uebergangssteuern in dem Zollverein (namentlich auf Wein) für wünschenswerth zu erklären und darauf hinzuwirken; — 4) ward beschlossen, einen Ausschuß niederzusetzen, welcher eine Denkschrift über die Interessen und die von der südwestdeutschen Industrie von Frankreich zu fordernden weiteren Zugeständnisse entwerfen und dieselben in kürzester Zeit zur Kenntniß der betreffenden Regierungen bringen soll.

Der „Zeit“ wird aus Darmstadt vom 12. April geschrieben: „Es läuft hier das Gerücht um, daß die Staaten der Würzburger Konferenz vom 4. August v. J., zu denen bekanntlich auch das Großherzogthum Hessen gehört, in Verhandlung seyen, um die Verabredungen von dort zu verwirklichen, d. h. wenigstens für das 7., 8. und 9. deutsche Armeekorps den Befehlshaber zu ernennen, seinen Stab einzurichten rc. Der Antrieb und die Hauptthätigkeit gehe von Bayern aus; Württemberg, Sachsen, Hessen rc. seyen bereits im Wesentlichen einig.“

Bayern. München, 16. April. Se. Maj. der König hat genehmigt, daß der Taxbeamte des k. Ldgs. Regensburg, A. Raab, aus dem Dienste entlassen, daß auf dessen Posten der Taxbeamte des k. Ldgs. Kemnath, A. Prinner, versetzt und daß an dessen Statt der Taxamts-Praktikant J. Weber aus Thal aufgestellt werde. (N. M. Z.)

** München, 16. April. (Privat-Korrespondenz.) Da an den Sitzungen des Gesetzgebungsausschusses der 2. Kammer zur weiteren Berathung des Polizeistrafgesetzbuches sehr viele Abgeordnete Theil nehmen, so schreiten die Debatten nur langsam vorwärts. Es ist jetzt erst die Hälfte der Artikel erledigt und werden noch einige Sitzungen nothwendig seyn.

* Der von den Abgg. Brater, Crämer und Längenfelder der 2. Kammer eingereichte Antrag, die Regierung um baldige Vorlage einer neuen Gewerbeordnung zu bitten, ist durch die schon sattsam bekannten Erwägungen, die für Gewerbefreiheit sprechen, begründet. Wir begnügen uns, den Schluß dieser Erwägungen hier anzuführen. Er lautet: „Bei den Behörden wie in der Bevölkerung ist die Ansicht verbreitet, daß das bestehende System der Gewerbspolizei seinem Ende entgegengeht. Die Behörden verlieren dadurch mehr und mehr ihre bisherige Sicherheit in der Handhabung derselben. Ein Theil von ihnen beginnt bereits an der Ertheilung von Konzessionen nach den liberalsten Grundsätzen zu verfahren, während andere die bestehende Gesetzgebung wie zuvor in ihrer vollen Strenge anwenden. Daraus entspringt eine Ungleichheit der Behandlung, welche die Betheiligten erbittert und die Behörden durch den Anschein der Willkür und Parteilichkeit kompromittirt. Je früher diesem schwankenden Uebergangsstadium ein Ziel gesetzt wird, um so besser für die Einzelnen und für die Gesammtheit. Auch den Besitzern von Realrechten und ihren Gläubigern muß es wünschenswerth seyn, über den jetzigen Zustand der Unsicherheit rasch hinwegzukommen und sich nicht einer allmäligen Entwerthung ihres Besitzes und Pfandrechts, wie sie bei zunehmender Freigebigkeit der Konzessionsverleihungen unfehlbar eintreten würde, ausgesetzt zu sehen. Es ist aber eine Pflicht der Billigkeit und der Staatsklugheit, wenn auch keineswegs des strengen Rechts, den Besitzern realer Gewerbsrechte nicht jede Entschädigung für den Verlust, der ihnen aus der Aufhebung des Konzessionssystems nachweislich entsteht, zu versagen. Daß bei der Berechnung dieser Verluste vor allem der Werth der Firma und Kundschaft in Abzug gebracht werden muß, daß ferner bei denjenigen Gewerben, die auch unter der Herrschaft der Gewerbefreiheit konzessionsbedürftig bleiben, von einem Verlust der Realberechtigten überhaupt nicht die Rede seyn kann, ist einleuchtend und in der Fassung des Antrags berücksichtigt.“

Das Bezirksgericht Nürnberg hat die Druckschrift „Pius IX., eine nach dem wirklichen Leben gezeichnete Biographie von P. Vesimer“, zur Unterdrückung verurtheilt.

Speyer, 12. April. Konsistorialrath Dr. Ebrard erklärt in den „Evangel. Blättern“, daß er gegen die Verfügungen, wodurch in Neustadt das alte Gesangbuch zum ausschließlichen kirchlichen Gebrauche bestimmt wurde, am 2. April eine Verwahrung beim Staatsministerium eingereicht habe. Hr. Dr. Ebrard sagt in seiner Erklärung: Zur Herstellung des kirchlichen Friedens in Neustadt habe das Presbyterium sich zu dem Zugeständniß erboten, daß in den Gottesdiensten abwechselnd aus dem alten und dem neuen Gesangbuch gesungen werde; allein die Gegenpartei habe darauf bestanden, daß ausschließlich das alte Gesangbuch gebraucht werden müsse. Von höchster Stelle sey darauf gedrungen worden, daß dies Begehren erfüllt werde, und es sey geschehen. Hr. Dr. Ebrard hat diese Erklärung veröffentlicht, „weil seine christliche Ehre es gebieterisch erheische, daß die Gläubigen der Pfalz erfahren, welche Stellung er bei diesen Vorgängen einnehme.“

Kurhessen. Kassel, 13. April. In den benachbarten Dörfern wird die landesherrliche Verkündigung vom 6. März d. J. nicht bloß den Gemeindebehörden, sondern allen Gemeindemitgliedern vorgelesen; und Eingeladene werden unter Androhung von 5 Sgr. Strafe genöthigt, das Manifest vorlesen zu hören. (Z. f. N.)

Oesterreich. Die italienischen Vertreter am Tyroler Landtag (Fürstbischof von Trient, Sartori, Riccabona und Strosio, die wenigen, die aus Südtyrol erschienen sind) haben einen Antrag eingebracht, welcher für Wälschtyrol ein eigenes Landesstatut und einen eigenen Landtag, jedoch mit Beibehaltung des Provinzialverbands, verlangt. (Wir sehen nicht ein, warum man es ihnen abschlagen will, nachdem ganz kleine Provinzen, wie Istrien, Oesterreichisch-Schlesien rc. eigene Landtage erhalten haben.)

= Wien, 15. April. (Privat-Korresp.) Staatsminister v. Schmerling hat eine, aus drei Personen bestehende Kommission niedergesetzt, die sich mit der Untersuchung der Frage beschäftigen soll, ob und auf welche Weise eine Regelung der Ehegesetzgebung in einem, dem Geiste des Protestanten-Patentes vom 8. April entsprechenden Sinne ohne eine Aufhebung des Konkordates zu erzielen wäre.

Pesth, 12. April. In Oroshaza ist, wie wir im „Szeg. Hirado“ lesen, eine Wirthshauspachtung um 1000 Kossuthgulden erstanden worden; der Pächter verpflichtete sich, den Pachtzins sey es in alten oder in neuen Kossuthnoten zu erlegen.

Der Kardinal-Erzbischof v. Haulik in Agram, welcher am 6. Mai sein 50jähriges Priester-Jubiläum feiern wird, hat an den Kaiser ein Schreiben gerichtet, um die Bestätigung zur Verwendung seines Vermögens für wohlthätige Stiftungen nachzusuchen. Er sagt darin: die Kirchengesetze bezeichnen die Einkünfte der Bisthümer als Patrimonium pauperum, und diese Bestimmung solle denn auch sein 80,000 fl. betragendes Vermögen erhalten, wovon die Zinsen jährlich an Hausarme Kroatiens vertheilt werden sollen.

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 107. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 38. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 18. April 1861.

Militär und Civil in Preußen.

Auf bedauerliche Weise mehren sich die Fälle von Ausschreitungen, Beleidigungen, zum Theil auch von groben, selbst lebensgefährlichen Exzessen des Militärs gegen das Civil im preuß. Staat. Und zwar sind es nicht sowohl gemeine Soldaten, die sich solches erlauben, als vielmehr Offiziere, von denen man doch nach der bei ihnen vorauszusetzenden Bildung am wenigsten dergleichen erwarten sollte. Zugleich tragen diese Exzesse in den meisten Fällen nicht den Stempel einer leidenschaftlichen Uebereilung, sondern einer berechneten, absichtlichen Verletzung jener Rücksichten der Schicklichkeit, die Bürger eines Staats einander gegenseitig, die der Gebildete dem Gebildeten, ja, die jeder Mensch dem andern schuldig ist. Um nur solche Fälle zu berühren, die noch in neuester, frischester Erinnerung sind, erwähnen wir die muthwillige Beeinträchtigung und Gefährdung harmloser Spaziergänger, selbst solcher vom zarten Geschlecht, durch Hineinreiten eines Offiziers mitten unter dieselben, die Verwundung eines Portier in einem Berliner Hotel durch einen Offizier, blos weil dieser, seiner Pflicht nachkommend, andern Gästen das Thor geöffnet und deshalb den Offizier ein paar Minuten hatte warten lassen, die in der „Volks-Zeitung“ erzählte Geschichte von dem höchst beleidigenden Benehmen eines Gardeoffiziers gegen einen Berliner Bürger bei der Sonntagsparade unter den Linden, endlich die billigenden Aeußerungen der „Militärischen Blätter“ über derartigen Vorgänge. Letztere sind schon an sich als Uebertretungen der Regeln des Anstandes und der guten Sitte, unter Umständen als positive Rechts- und Gesetzesverletzungen, in alle Wege höchst bedauerlich; sie werden es aber in erhöhtem Maße dadurch, daß in ihnen, wie schon bemerkt, auf fast unverkennbare Weise eine bestimmte Absicht, das Kennzeichen einer bestimmten Gesinnung zu Tage tritt, einer Gesinnung, die schon darum sehr beklagenswerth erscheint, wenn sie einzelnen, wenn sie mehreren von einem Stande gemeinsam ist, die aber eine verdoppelt traurige Bedeutung gewinnt, sobald es den Anschein hat, als sey sie der Ausfluß eines eigenthümlich verbildeten Korps- oder Standesgeistes einer ganzen Berufs- und Gesellschaftsklasse. Und dieser Besorgniß kann man sich allerdings kaum erwehren, wenn man diese Exzesse, von Personen des Militärstandes, von Offizieren, gegen Nichtmilitärs begangen, sowohl einzeln als namentlich in ihrem zeitlichen Zusammentreffen und ihrer innern Aehnlichkeit miteinander betrachtet. Um es kurz zu sagen: es scheint, als ob ein Theil der preußischen Offiziere (hoffentlich nur ein kleiner) es für einen Ehrenpunkt seines Standes, als eines im Staat bevorzugten und überwiegenden hielte, diesen Vorrang und dieses Uebergewicht den andern, bürgerlichen Klassen recht fühlbar zu machen und zum Bewußtseyn zu bringen, damit diese letztern den gehörigen Respekt vor ihm und vor dem durch ihn vertretenen Prinzip des Militärstaates — gegenüber insbesondere der auf konstitutioneller Basis ruhenden bürgerlichen Ordnung mit ihrer Gleichberechtigung aller vor dem Gesetz — gehörig empfinden und demüthigst bethätigen lernen möchten. Eine solche kränkende und beleidigende Selbstüberhebung eines Standes über andere, wenn auch nur von einem kleinen Bruchtheile des erstern geübt, wird gleichwohl von den dadurch Betroffenen gerade so hart empfunden und ruft die gleiche Erbitterung unter ihnen hervor, als wenn sie von dem ganzen Stande ausgingen, sobald nicht in den vorkommenden derartigen Fällen Versuche solcher Art von den Standesgenossen der Beleidiger entschieden verleugnet, oder (wenn dies nach den bestehenden Verhältnissen für unthunlich erachtet wird) von den kompetenten vorgesetzten Behörden sofort rücksichtslos und auf das Strengste geahndet werden. Leider scheint dieses Letztere, nach den Berichten der preußischen Blätter selbst, wenigstens nicht immer und überall der Fall zu seyn. Die Militärbehörden, wenn auch vielleicht mit dem Gebaren solcher Exzedenten nicht einverstanden, scheinen doch Bedenken zu tragen, denselben öffentlich Unrecht zu geben oder gar eine Strafe über sie zu verhängen, so lange dies nicht ganz unumgänglich ist — ausgehend, wie man annehmen muß, von einer ähnlichen Ansicht wie die, welche auch die Bestrafung von Uebergriffen der Civilbeamten so oft verhindert hat: als ob nämlich das Ansehen des Standes und Berufs, oder gar der durch diesen repräsentirten höchsten Autorität darunter leide, wenn irgend ein Glied einer solchen Hierarchie als im Unrecht befindlich preisgegeben werde. Aber gerade das Gegentheil ist das Richtige, in dem einen wie in dem andern Falle. Man lese nur einmal in Immermann's „Memorabilien“, mit welcher Gleichgültigkeit, ja Schadenfreude viele aus dem preußischen Volke 1806 dem Zusammensturz des Staats zusahen, indem sie nur daran dachten, wie diese Beamten, die sie gequält, und diese Soldateska, die sich so übermüthig gegen den Bürger gezeigt, jetzt ihren Lohn erhielten. Der Himmel verhüte, daß jemals Aehnliches wieder vorkommen könne! Es liegt in Preußens Stellung, daß dort das Militär eine besonders gewichtige Stellung einnimmt, eine erhöhte Bedeutung für den Staat hat. Niemand wird ihm dies mißgönnen. Allein mit einer so exklusiven, sich selbst überhebenden, wohl gar den Bürger brüskierenden Haltungsweise, wie sie ein Theil des preußischen Militärstandes neuerdings wieder einnehmen zu wollen scheint, wird man sich im übrigen Deutschland, wird man sich namentlich im Süden und in den kleineren Staaten, wo, dort wie hier, das Verhältniß zwischen Militär und Civil fast durchweg ein sehr harmloses, auf gegenseitiger Achtung beruhendes, ja freundliches ist, nimmermehr befreunden können, und wenn schon das Walten des eigenthümlich bureaukratischen Geistes in Preußen viele Antipathien im übrigen, insbesondere im südlichen Deutschland weckt, so dürfte das Gleiche, und in noch weit höherm Grade, rücksichtlich eines Geistes der Soldateska der Fall seyn, wie er sich in den im Eingange angeführten und ähnlichen Vorgängen zeigt. Die Aussicht, inmitten seines friedlichen Verkehrs, vielleicht auf seinem eigenen Grund und Boden, oder doch im sichern Banne seines Gemeindebezirks nach der Weise Berliner Gardeoffiziere oder ihnen nacheifernder Standesgenossen beunruhigt, beleidigt, vielleicht an Körper, Gesundheit, ja am Leben gefährdet zu werden, hat für einen Angehörigen Bayerns oder Würtembergs, Sachsens oder Thüringens durchaus nichts Lockendes und wird schwerlich dienen, Propaganda für die preußische Hegemonie über Deutschland zu machen. Möchte doch die preußische Regierung diesem einreißenden Uebel bei Zeiten und nachdrücklich Einhalt thun. Der Vater des jetzt regierenden Königs Wilhelm I., König Friedrich Wilhelm III., der doch gewiß die Bedeutung des Militärstandes nicht verkannte, hat ein nachahmungswerthes Beispiel gegeben, wie die Regierung eines Staats das Verhältniß zwischen diesem Stande und den übrigen Klassen des Volks anzusehen und aufrecht zu erhalten habe. Die folgende, oft zitirte, aber bei solcher Gelegenheit immer wieder ins Gedächtniß zu rufende treffliche Kabinetsordre desselben, bald nach seinem Regierungsantritt, 1798, erlassen, sollte in allen Kasernen und Offizierslokalen angeschlagen werden: „Ich habe sehr mißfällig vernehmen müssen, wie besonders junge Offiziere den Vorrang vor dem Civilstande behaupten wollen. Ich werde dem Militär sein Ansehen geltend zu machen wissen, wo es im Wesentlichen Vortheil bringt, auf dem Schauplatze des Kriegs, wo sie ihre Mitbürger mit Leib und Leben vertheidigen sollen. Allein im Uebrigen darf sich kein Soldat unterstehen, weß Standes er auch seyn, einen der geringsten meiner Bürger zu brüskiren. Sie sind es, nicht ich, die die Armee unterhalten; in ihrem Brode steht das Heer der meinen Befehlen anvertrauten Truppen, und Arrest, Kassation und Todesstrafe werden die Folgen seyn, die jeder Contravenient von meiner unbeweglichen Strenge zu erwarten hat. Friedrich Wilhelm III.“ (D. Allg. Z.)

Kindergärten bekanntlich noch immer verboten, weil man anfangs ihren Gründer mit dem bekannten Demokraten Fröbel verwechselte und hinterdrein sich schämte, den Irrthum zu gestehen. (S.M.)

Aus Frankfurt, 13. April, schreibt man der „Allg. Z.": „In der Angelegenheit der Fabrik anonymer Briefe ist eine neue Schändlichkeit aufgetaucht. Dieselben Urheber haben mit dem Senatssiegel und vollständige Senatsakten nachahmend eine in ihrer Weise gehaltene Darstellung der Theaterangelegenheit voll Invektiven gegen die Verwaltung in Form einer vertraulichen Mittheilung an die Regierungen von Darmstadt und Wiesbaden gesendet, und ersterer, welche sogleich die Mystifikation ahnte, hat sogleich darüber hier eine Anfrage gestellt. Leider hat man die wirklichen Urheber dieser Unthaten noch nicht zu entdecken vermocht."

Das in Barcelona niedergebrannte Theatro del Liceo, welches 1845 gebaut, war nach der Scala in Mailand im Inneren eingerichtet und hatte Raum für 4000 Personen, welche in 12 Minuten den Saal verlassen konnten. Der Saal faßte 168 Logen mit 1400 Sesseln. Außerordentlich reich war das Innere mit weißem Marmor, Stucco lustro, Malereien und Vergoldungen ausgestattet. Der in Brüssel angefertigte Hauptlustre aus Bronze und Krystall hatte 15 Fuß Durchmesser und 1100 Flammen. Das Theater hatte ein mit dem größten Luxus ausgeschmücktes Hauptfoyer, in jedem Range kleinere Foyers für die Raucher und auf dem Dache einen prachtvollen, terrassenförmig angelegten Garten zum Aufenthalte während der Sommerabende. Alle Logen und Plätze standen durch Sprachrohre in Verbindung, welche ebenfalls mit dem Kaffeehause korrespondirten. Barcellona war und durfte stolz auf dieses Theater seyn.

Neueste Nachrichten.

Wiesbaden, 10. April. Der Entwurf des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs ist heute sowohl der ersten wie der zweiten Kammer durch den Regierungskommissär vorgelegt worden.

Lemberg, 12. April. Das polnische Blatt „Przeglad" ist auf die Dauer dreier Monate unterdrückt worden, nachdem diese Zeitschrift bereits früher zwei Verwarnungen erhalten. Der „Przeglad" machte es sich, wie der betreffende Erlaß der Statthalterei sagt, „zur beharrlichen Aufgabe, durch Ausbrutung der nationalen Agitationen in den Landestheilen des ehemaligen Polenreiches, so wie in der Besprechung der inneren Vorgänge im Kronlande separatistische Zwecke anzustreben, die Angelegenheiten Ungarns in einer der Integrität des Reiches feindseligen Richtung hinzustellen und durch Bespöttelung und Herabwürdigung der Verfügungen der Regierung Mißtrauen gegen letztere und deren Organe zu wecken."

Paris, 13. April. Herr Grandguillot hatte kürzlich im „Constitutionnel" von seinem Standpunkte aus eine Kritik verschiedener bischöflicher Hirtenbriefe erlassen. Namentlich hatte er sich mit dem Bischof v. Perpignan, Mgr. Gerbet, beschäftigt. Dieser Prälat hat nun an Herrn Grandguillot einen Brief gerichtet, den der „Constitutionnel" veröffentlicht. Der Bischof verlangt darin von Herrn Grandguillot, daß er seine Behauptungen, die nichts als Verleumdungen seyen, widerrufe, widrigenfalls er ihn vor dem Zuchtpolizeigericht belangen werde. Herr Grandguillot hat nun bis zur Stunde nicht widerrufen, und wie es heißt, hat ihm die Regierung, die sich natürlich für den Redakteur des halbamtlichen Blattes interessirt, gerathen, er solle es nur darauf ankommen lassen, daß der Bischof Klage erhebe.

Einem Privatschreiben aus Rom entnimmt die „N. Pr. Z." folgende interessante Notiz: „Der Papst hegt die Absicht, für den Fall, daß er Rom verlassen muß, eine langsam fortschreitende Rundreise durch Oesterreich, Deutschland, Belgien, Irland, Spanien anzutreten. Man erwartet wohl nicht mit Unrecht, es werde eine Triumphreise seyn." (Die Glaubwürdigkeit dieser Annahme möchten wir sehr bezweifeln.)

Auf der Insel Sizilien herrscht dieselbe Verwirrung, wie im Königreich Neapel. Dortige Blätter haben bereits vor einiger Zeit gemeldet, daß die Gemeinde Santa Margarita in der Provinz Trapani Schauplatz eines Bürgerkrieges war; dieser Krieg dauert noch fort und hat gewissermaßen eine geregelte Form angenommen. Die feindlichen Partien belagern einander gegenwärtig in den Häusern, von denen manche von Zeit zu Zeit durch gelegte Minen in die Luft gesprengt werden. In Palermo begnügt sich die Bürgerschaft einstweilen mit Demonstrationen gegen die Einführung der piemontesischen Gesetze.

Warschau, 12. April. Das Militär, welches bekanntlich seit längerer Zeit, namentlich aber seit dem 8. Straßen und Plätze besetzt hielt, ist heute großentheils zurückgezogen worden. Hoffentlich ist die ungestüme Partei durch die letzten Vorgänge so weit gewitzigt, daß sie sich dadurch nicht abermals zu so hoffnungslosen Schritten wie die Demonstrationen am 8. hinreißen läßt. Daß das Militär für den (in nächster Zukunft höchst unwahrscheinlichen) Fall neuer Reibungen mit dem Volke die strengsten, alles zuletzt Erlebte noch weit übersteigenden Befehle hat, ist kein Geheimniß. Uebrigens werden in den Redoutensälen des Theatergebäudes und noch in anderen Staatsgebäuden zur Unterbringung von Militär Einrichtungen getroffen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	—
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$60\frac{1}{8}$ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$48\frac{1}{6}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	41 P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$35\frac{1}{4}$P. $34\frac{3}{4}$G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$86\frac{3}{4}$ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	$102\frac{1}{2}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102\frac{3}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	103 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{3}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	104 G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{7}{8}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	103 P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$95\frac{1}{8}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$101\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{3}{8}$P. 100 G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{4}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$101\frac{3}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$98\frac{3}{4}$ P.
„	3 pCt. Obl.	$91\frac{1}{4}$ P.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$47\frac{1}{8}$ P.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt. „ „ „	41 P.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$98\frac{3}{8}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$109\frac{3}{8}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	550 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	120 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$179\frac{1}{2}$ P. $178\frac{1}{2}$G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	69 G.
Internationale Bank in Luxemb. . .	82 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	320 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	68 P. $67\frac{3}{4}$ G.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	214 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . . .	118 P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$71\frac{1}{2}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$23\frac{3}{4}$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 8 pCt. .	$127\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$98\frac{7}{8}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50\frac{1}{4}$ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	233 G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	505 P. 500 G.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	456 G.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$103\frac{3}{4}$ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{1}{2}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ B.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{2}$ B.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$96\frac{1}{8}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 B.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{2}$ B.
London Lst. 10 k. S.	$117\frac{3}{4}$ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{1}{4}$ B.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	77 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$71\frac{1}{2}$ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	48 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$55\frac{3}{4}$ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	130 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$53\frac{1}{2}$ P.	„ fl. 25 do.	$33\frac{3}{4}$ G.
„ fl. 100 Elsb. L. v. 1858.	$88\frac{7}{8}$ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$34\frac{3}{4}$ P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	$118\frac{1}{2}$ G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	$50\frac{1}{4}$ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{3}$ pCt. Z.	36 G.
Badische fl. 50	—	Vereins-Loose fl. 10.	11 P.
Badische fl. 35	$52\frac{3}{4}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{7}{8}$ G.

Frankfurt, 16. April. In Folge niedrigerer Wiener Notirungen wurden österr. Fonds und Kredit-Aktien etwas billiger umgesetzt. Für mitteldeutsche Kreditaktien wurden höhere Preise geboten. Die übrigen Fonds fest und preishaltend. (Synd.)

zahlen; Leute, die aus Eitelkeit sich gerne reden hören (und nur Oppositionsreden gefallen); endlich einige feige Magnaten, die, aus Furcht, ihre Popularität aufs Spiel zu setzen, mit der Strömung schwimmen, und in der Angst des Augenblickes ganz übersehen, daß der Boden unter ihren eigenen Füßen schwindet, wenn sie nicht herz- und standhaft zum Throne halten. Also nur Verräther, Leute mit unlautern Absichten, solche, denen es an wahrem Muthe gebricht, und ein Theil des sogenannten Intelligenz-Proletariates agitiren gegen unsere Verfassung. Getragen wird dieselbe jedoch durch den seiner Würde, Stellung und Pflichten bewußten, recht denkenden hohen und niedern Adel, die wahre Intelligenz in allen Schichten, die große Masse der in ihren Verhältnissen geordneten braven Bürger und Bauern, deren guter Geist auch aus den Briefen an die Mannschaft erhellt*); getragen sonach in allen Sphären durch die überwiegende Mehrzahl der Redlichen, die auf der Basis eines natürlich sich entwickelnden Fortschrittes der Ordnung und dem Gesetze folgen, und vor allem heilig ihre Liebe zum angestammten Monarchen und zum Gesammtvaterlande bewahren. Zweifeln wir daher auch keinen Augenblick an dem glorreichen Geschicke des Kaiserstaates; erfüllen wir unsere Pflicht, wie es ehrlichen Kriegsleuten zukommt, und mit Zuversicht können wir darauf zählen, daß Oesterreich in seiner neuen Stellung, zur Schande seiner äußern und innern Feinde, fester und herrlicher sich gestalten wird wie je. Hierlandes aber, täuschen wir uns darüber in keiner Weise, wird der Kampf, der uns vielleicht bevorsteht, vor Allem ein schwerer und entscheidender werden; es wird der energischen Aufbietung aller unserer Kräfte, unserer vollsten Hingebung und Ausdauer, des festesten Zusammenhaltens bedürfen, um ihn siegreich und ehrenvoll zu bestehen; jeder Zweifel an dem Fortbestand der Gesammtmonarchie könnte nur entmuthigend wirken, und ich bin nicht gesonnen, schwache Gemüther und solche, die sich durch Besorgnisse für ihre Zukunft beirren lassen, bei der Armee zu dulden; ich will mit fester Zuversicht auf jeden Einzelnen wie auf Alle rechnen, daß sie gleich mir von der Ueberzeugung durchdrungen seyen, wir müssen und werden siegen um jeden Preis!"

Krakau, 12. April. Hier nehmen die Trauermanifestationen immer größere Dimensionen an. Vorgestern Abend sammelte sich eine bedeutende Menge vor der Marienkirche am Ringplatz und sang religiöse Lieder. Alle Schichten der Bevölkerung waren dabei vertreten, die Aristokratie ließ in der Ferne ihre Karossen halten und mischte sich unter die knienden Beter. Gegen 9 Uhr zerstreute sich Alles ruhig. Gestern früh stand auch am schwarzen Brett der Universität das von der Lemberger Statthalterei verkündete Verbot, politische Abzeichen zu tragen. Aber wiewohl darunter auch Trauerabzeichen begriffen sind, werden dieselben immer mehr getragen; besonders enthalten sich die Damen jeder bunten Tracht und erscheinen meistens schwarz. Vor 8 Uhr Abends füllte sich der Ringplatz mit einer unabsehbaren Menge von Spaziergängern, die, wie es scheint, wie am vorigen Tage vor der Marienkirche beten und singen wollten. Alles wogte in sichtlicher Spannung auf und ab, da erfolgte von Seiten der Polizei eine Aufforderung, sich zu zerstreuen, weil man eine derartige Versammlung verbiete. Zahlreiche Rufe „nach Hause, nach Hause" wurden laut, aber die Menge, im Begriff sich zu entfernen, verfolgte unwillkürlich eine Richtung; es bildete sich eine Prozession, welche geistliche Lieder singend in breiten Massen durch den Ringplatz fluthete, und durch eine Nebengasse vor die Kapuzinerkirche und das dort stehende Marienbild hinausströmte. Man kniete nieder und war eben im Begriff, die zweite Strophe eines patriotischen Liedes abzusingen, als Militär heranzog und die Versammlung zum Auseinandergehen zwang. Noch bis in die späte Nacht durchzogen dichte Haufen von Spaziergängern und Soldaten die Stadt. Heute früh fand wieder in der Peterskirche eine Trauerandacht statt, die nicht minder zahlreich besucht war, als die vorgestrige in der Marienkirche. Aus dem Allen ist zu ersehen, daß die Stimmung hier eine ziemlich bedenkliche ist, die Beziehungen zwischen hier und Warschau sind zu nahe, als daß nicht jede dortige Erschütterung auch bei uns nachzittern sollte.

Spanien.

Spanien wird für die Summe von 500 Mill. Frcs., die sich aus dem mit Einwilligung des hl. Vaters vorgenommenen Verkaufe der geistlichen Güter ergeben werden, militärische Rüstungen machen.

Italien.

Rom, 9. April. Der Vorschlag des Hrn. Achille Gennarelli, dem Papst als weltlichs Dominium die Citta Leonina oder das sog. vaticanische Gebiet auf dem rechten Tiberufer zu lassen, hat in Turin so sehr gefallen, daß hier durch offiziöse Mittelspersonen dem Kardinal Antonelli einträglichere Vorschläge mit dem Ersuchen gemacht sind, sie dem heiligen Vater mitzutheilen. — Im Ausbruche wilder Leidenschaft über gegenseitige Bevortheilung wurden gestern zwei Brüder auf der Engelsbrücke handgemein. Beide starben bald darauf an den von brüderlicher Hand erhaltenen Wunden. (Köln. Z.)

Rußland und Polen.

Dem Briefe eines Warschauer Juden an einen seiner Glaubensgenossen in Preußisch-Polen entnehmen wir Folgendes: „Die Schwäche, welche die Behörden in Warschau zeigten, und die alle Behörden im Lande angesteckt und bis zu gänzlicher Rathlosigkeit gelähmt hat, zwingt uns, mit den Wölfen zu heulen; denn wir stehen da ohne Schutz und Schirm, Familie und Habe jedem Angriff preisgegeben, wenn es Jemandem einfallen sollte, den Pöbel auf uns zu hetzen." (So wäre denn das Räthsel gelöst. Daß die Juden von etwaiger polnischer Freiheit nicht viel zu erwarten haben, liegt auf der Hand.) Laut amtlicher Bekanntmachung hat der Kommerzienrath Hermann Epstein (der Warschauer Rothschild) die Summe von 40,000 Gulden bei der polnischen Bank mit der Bestimmung deponirt, daß die Zinsen für die bei der Warschauer Rechtsschule studirende hülfsbedürftige Jugend ohne Unterschied des Standes und Bekenntnisses verwandt werde.

Griechenland.

Athen, 6. April. Um das voraussichtliche Defizit des laufenden Jahres von mindestens 4 Mill. Drachmen (nicht ganz 2 Mill. Gulden) zu decken, sollen den tagenden Kammern demnächst zwei Gesetzvorschläge unterbreitet werden, und zwar die Erhöhung der Grund- und Viehsteuer, und die in 12 Jahren vorzunehmende Tilgung der Rückstände von 1833 — 58 im Gesammtbetrage von ca. 40 Mill. Drachmen durch successive Zahlungen ohne Zinsenberechnung. Letztere Maßregel dürfte an dem Widerstand der Großen des Reichs, den Hauptschuldnern, scheitern. — Der wegen seiner hellenischen Gesinnungen schon öfter genannte Bernardaly in Petersburg hat in Paris die Summe von 700,000 Frcs. hinterlegt zur Anfertigung von 20,000 gezogenen Gewehren, welche innerhalb sechs Monate dem Kriegsministerium hieher geliefert werden sollen. Auch hat das Marineministerium die Ausrüstung von mehreren in Paros ankernden Kriegsschiffen befohlen.

Amerika.

Die Republik San Domingo, welche die größere Osthälfte der Insel Hayti bildet, über 800 Q.-M. Flächeninhalt und 200,000 Einwohner, zum geringsten Theil Neger und zu gleichen Theilen etwa Weiße und Mulatten zählt, hat sich wiederum der Krone Spanien unterworfen. Diese östliche Hälfte der Insel gehörte Spanien und wurde erst 1795 an Frankreich abgetreten, nachdem der westliche Theil schon 1697 von Spanien an Frankreich gekommen war, worauf im November 1803 die Franzosen die Insel räumten und das Neger-Kaiserthum entstand. Am 27. Februar 1844 trennte der Osten (Domingo) sich vom Westen (Kaiserthum Hayti). Nach vielen Wechselfällen der Republik San Domingo meldet nunmehr der „Moniteur" aus San Domingo, 20. März: „Am 18. März hat General Santana vom Balkone des Regierungspalastes im Beiseyn der Truppen und der Nationalgarde die Wiedervereinigung der Osthälfte der Insel Hayti mit ihrem ehemaligen Mutterlande Spanien proklamirt."

Nichtpolitische Zeitung.

München, 15. April. Der „Baron Stael-Holstein," welcher in Wien im Gasthofe zum goldenen Lamm in der Leopoldvorstadt sich unter der falschen Vorgabe, als päpstlicher Major seine Abfertigungsgelder zu erwarten, längere Zeit aufhielt, und mit Hinterlassung einer bedeutenden Schuld und Herauslockung von Kleidungsstücken flüchtig wurde, hat nun in München nach einer amtlichen Mittheilung eine ähnliche Schwindelei verübt, weßwegen er vom Bezirksgericht in Untersuchung gezogen und verhaftet wurde. (O. P.)

Stuttgart, 11. April. Seit neuester Zeit wurde hier der erste Kindergarten nach Fröbel'schem System eröffnet. Das Unternehmen, an dessen Spitze ein Verein hiesiger Frauen steht, zeigt bereits jetzt einen erfreulichen Fortgang. (In Preußen sind diese

---

*) Bis vor Kurzem konnte man gerade von dem Bürger- und Bauernstand am wenigsten sagen, daß er fest an der Regierung hing; seitdem die Verfassung gegeben ist, hat er sich ihr in den deutschen und slavischen Ländern allerdings wieder zugewendet in der Hoffnung, sie werde sein Vertrauen nicht abermals täuschen.

als man bisher zu hoffen geneigt seyn durfte. Unter den außerordentlichen Ausgaben befanden sich auch jene 30,000 fl. Reise- und Etablissementsgelder für den Kardinal Grafen Reisach, deren schon mehrfach Erwähnung geschah. Auffallenderweise sprach über diesen Posten nur ein einziger Redner: der kath. Dechant Vogel, ein hochbejahrter Greis, der bei aller Ehrfurcht für seine Kirche und das Kardinalskollegium doch seine Bewilligung verweigerte, weil es sich hier um Recht und Gesetz handle und das Ministerium für keinerlei Zwecke Landesgelder ohne Bewilligung der Landesvertretung ausgeben dürfe. Bei der Abstimmung über diesen Posten erhoben sich denn auch die sämmtlichen zahlreichen katholischen Geistlichen und selbst auch der Amaranth-Dichter v. Redwitz für seine Verwerfung. Bemerkenswerth war die Rede des Ministers v. Schrenk; er erwähnte ausdrücklich, daß die sämmtlichen beanstandeten Ausgaben vor den ersten Landtag von 1859, d. h. in das Ministerium v. d. Pfordten fielen, und versicherte, daß die Kammer mit Beruhigung den Nachweisungen der folgenden Jahre, d. h. denen unter dem gegenwärtigen Ministerium, entgegensehen dürfe, wo solche Ueberschreitungen nicht mehr sich zeigen würden." Es muß auf den ersten Blick auffallen, daß gerade die Mitglieder der Linken*) gegen den Ausschußantrag (welcher theils Verwahrung und Nichtanerkennung, theils sogar Rückersatz will) stimmten; die Abneigung vor nutzlosen Verwahrungen gegen Ausgaben, die nun einmal gemacht sind und deren Ersatz man auch nicht gerade fordern will, mag sie wohl nicht allein bestimmt haben. Bei den 30,000 fl. für Kardinal Reisach ließen sie sich wohl auch durch die Erwägung bestimmen, daß seine kirchliche Richtung ihnen ebenso mißliebig ist, wie sie es dem Ministerium v. d. Pfordten war, und daß sie es daher letzterem gerade nicht verübeln, wenn es 30,000 fl. aus Staatsmitteln daran setzte, diesen Mann durch seine Ernennung zum Kardinal aus Bayern fortzubringen. Die entgegengesetzte Abstimmung eines andern Theils der Kammer findet in demselben Grund seine Erklärung.

Preußen. In Posen sind ebenfalls Trauerfeierlichkeiten selbst für die im Jahre 1848 Gefallenen vorbereitet worden. Man hat aber mit Rücksicht auf die Warschauer Vorgänge, welche ebenfalls mit religiösen Kundgebungen anfingen, nur stille Messen geduldet. (Schw. M.)

Oesterreich. Wien, 12. April. Eine interessante Episode wird aus der vorletzten Sitzung des nieder-österreichischen Landtags mitgetheilt. Als vorgestern, am Tage der Publikation des Protestantenpatents, der evangelische Superintendent Franz in den Sitzungssaal trat, erhoben sich die bereits anwesenden katholischen Prälaten von Mölk und Klosterneuburg, gingen auf den Eintretenden zu, drückten ihm die Hand und beglückwünschten ihn ob der am heutigen Tage den Bekennern des evangelischen Glaubens zu Theil gewordenen kirchlichen Freiheit und Selbständigkeit. Superintendent Franz drückte sichtlich gerührt seinen Dank für die Theilnahme aus.

Innsbruck, 12. April. In der heutigen Sitzung des Tyroler Landtags brachte der Fürstbischof von Brixen einen Antrag ein, betreffend die Protestantenfrage. Derselbe verlangt mit Bezug auf die frühere kaiserl. Entschließung, wodurch dem Landtage die Protestantenfrage zur Berathung zugewiesen wurde, und mit Bezug auf §§. 17 und 19 der Landesordnung: 1) daß die Ausübung des öffentlichen Gottesdienstes von Akatholiken nicht geduldet werde, 2) daß die Bildung nichtkatholischer Gemeinden unzulässig sey, und 3) daß die Protestanten von dem Erwerb von Realbesitz ausgeschlossen bleiben. Zur Vorberathung dieses Antrages wurde ein Ausschuß von 15 Mitgliedern gewählt. (Es dürfte dieser Antrag durch das inzwischen verkündigte Protestanten-Patent erledigt seyn.)

* Schuselka hat sein Mandat als Mitglied des niederösterreichischen Landtags niedergelegt, weil ihm, wie er in seiner Eingabe sagt, sein Ehrgefühl verbiete, noch länger in dieser Versammlung zu sitzen, nachdem sein Schuldverhältniß zu Dr. Berger in so undelikater Weise zur Oeffentlichkeit gebracht worden sey. Uebrigens sind die 200 fl., die er schuldete, inzwischen durch einen seiner Freunde berichtigt worden.

Wien. Der Kaiser hat dem Privatdozenten Dr. der Medizin und Chirurgie Hermann Zeißl „in Anbetracht seiner belobten vieljährigen didaktischen, schriftstellerischen und sonstigen Leistungen" den Titel eines außerordentlichen Professors an der Wiener Universität verliehen. Dr. Zeißl ist der erste jüdische Arzt, welcher einen Lehrstuhl an der Wiener medizinischen Fakultät einnimmt.

Aus Ungarn, 10. April. Gegenüber den ruhigen und entgegenkommenden Verhandlungen in den übrigen Landtagen stehen folgende Scenen aus dem ungarischen Landtage in desto stärkerem Kontrast: In der zweiten Sitzung des Unterhauses erschien auch der Abg. Dobransky, welcher von einem ruthenischen Wahlbezirk mit überwiegender Stimmenmehrheit gewählt worden ist und als ein Vertreter der panslavistischen Richtung gilt. Derselbe war unter dem Ministerium Bach Statthaltereirath in Großwardein und bekleidet gegenwärtig dieselbe Stelle in Ofen. Das Hauptmotiv der Unpopularität dieses Mannes ist jedoch darin zu suchen, daß er im Jahr 1849 einem russischen Armeekorps als kaiserlicher Kommissär beigegeben war und wegen seiner damaligen Verdienste mit einem russischen und dem Franz-Josephs-Orden belohnt worden war. Die Demonstrationen bei dem Erscheinen dieses Mannes waren von der Art, daß er sich genöthigt sah, das Haus baldigst zu verlassen. Ein Einschreiten von Seiten des Präsidenten erfolgte nicht. Ein ganz ähnlicher Vorfall ereignete sich im Magnatenhause: In der ersten Sitzung erschien auch Graf Forgach, berüchtigt durch die Rolle, welche er als Proviantmeister und Kommissär bei dem Einzuge der russischen Armee und später, wie man behauptet, als Denunziant höhern Ranges gespielt hatte. Graf Zichy trat zu ihm und forderte ihn auf, augenblicklich die Sitzung zu verlassen, indem er es eine Unverschämtheit nannte, daß ein Mann, den die öffentliche Meinung gebrandmarkt habe, in eine solche Versammlung sich eindränge. Graf Forgach verließ sofort den Saal und schickte dem Grafen eine Herausforderung zu. Ein Ehrengericht erklärte jedoch, Graf Zichy könne, ohne die äußerste Schande auf sich zu laden, mit dem Grafen Forgach kein Duell bestehen, und dieser sey so lange von den Sitzungen der Magnatentafel auszuschließen, bis er sich gereinigt habe. Graf Forgach soll augenblicklich die Stadt und das Land verlassen. Auch der ehemalige Schulrath und jetzige Bischof von Szathmar, Dr. Haas, welcher wegen seiner frühern Betheiligung an den Germanisirungsbestrebungen zu den bei den Magyaren mißliebigsten Personen gehört (nach andern Berichten sich aber auch dabei um Verbesserung des Schulwesens sehr große Verdienste erworben hat), hat sich veranlaßt gesehen, Pesth wegen einer ihm gebrachten Katzenmusik sofort zu verlassen.

* Aus Anlaß der Landtagswahlen, woran sich auch das Militär betheiligen konnte, hat Feldzeugmeister Benedek an die seinem Befehl unterstellten Truppen einen Erlaß gerichtet, worin er ihnen seine Ansicht von der gegenwärtigen Sachlage darlegt. Bei seinen Truppen stehen viele Ungarn; auf diese mag er es dabei vorzüglich abgesehen und unter jener Partei, mit welcher er in der Hitze seines Eifers so wenig glimpflich umspringt, wahrscheinlich jene Magyaren gemeint haben, die Ungarn mehr und mehr von der übrigen Monarchie loszulösen trachten. Er sagt u. A.: „Der Kaiser, geleitet von dem redlichsten Bestreben, seinen Völkern zu geben, was der Zeitgeist beansprucht, hat gewährt, was gewährt werden kann; insbesondere ist allen Nationalitäten eine freie Entwicklung, den innern Angelegenheiten eines jeden Kronlandes die eigene Selbstverwaltung gegeben; und nur insoweit das Interesse des großen Ganzen, die Einheit der Monarchie es erheischt, sind die Einzelrechte beschränkt, während die Vertretung der allen Kronländern gemeinsamen höheren Interessen dem aus sämmtlichen Landtagen berufenen Reichsrathe vorbehalten bleibt. Wenn es nun trotzdem noch Unzufriedene gibt; wenn heimliche und offene Bestrebungen vorkommen, das Gegebene zu bemängeln, zu mißdeuten oder gar zurückzuweisen, so ist der Grund davon wahrlich nicht in dem etwa zu geringen Maße des den Völkern Gewährten zu suchen, oder die Schuld dessen den Räthen des Kaisers beizumessen. Das sind überhaupt nicht die wahren Freunde des Vaterlandes, die (statt die verliehenen Rechte und Freiheiten mit Dank anzuerkennen, mit Kopf und Herz das Ihrige beizutragen, um ein wahrhaft großes, starkes und freies Oesterreich zu begründen) Zweifel, Mißtrauen und Unzufriedenheit zu erwecken bemüht sind. Woher kommen aber auch die Schwierigkeiten, und wer sind diejenigen, die dem Gelingen des Werkes entgegentreten? Von Außen von feindseligen Regierungen, von den unter dem Schutze derselben rastlos thätigen Revolutionären aller Länder, die in ihrem unversöhnlichen Haß gegen Oesterreich das friedliche Gedeihen unserer neuen Institutionen um jeden Preis hintertreiben wollen, und durch Geld und falsche Vorspiegelungen immer aufs Neue Unruhen zu wecken und zu nähren suchen; und im Innern Advokaten und Doktoren ohne Praxis, ehr- und geldgierige Journalisten, unzufriedene Professoren und Schullehrer, die alle eine Rolle spielen und in solcher Weise eine Carriere machen wollen; der verschuldete kleine Adel, für den auch unser Herrgott keine Verfassung zurecht machen könnte, um damit dessen Schulden zu

*) Außer diesen noch die äußerste Rechte und einige wenige Mitglieder des Centrum.

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 106.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 17. April 1861.

Deutscher Bund.

♂ **Frankfurt**, 15. April. (Privat-Korrespondenz.) In diplomatischen Kreisen wird seit einigen Tagen davon gesprochen, daß die kleinen Staaten Mitteldeutschlands, welche die Kontingente der Reservebrigade bilden, in Kassel nächstens eine Konferenz abhalten werden, um über die Bildung einer Küstenschutzbrigade zu berathen, welcher alle jene mittel- und norddeutschen Staaten zugetheilt werden sollen, welche nur kleine Kontingente von einzelnen Bataillonen stellen.

Berlin, 12. April. Der französische Unterhändler in Zollvereinssachen, Hr. le Clerc, ist mit den letzten Vorschlägen der preußischen Regierung nach Paris zurückgereist, und es wird nunmehr von der französischen Regierung abhängen, ob es zu einem Vertrag zwischen Frankreich und dem Zollverein kommt. Wie ich höre, ist eine Hauptforderung der kaiserlichen Regierung: die Gleichstellung der französischen Baumwollwaaren mit den österreichischen; allein es ist durchaus unwahrscheinlich, daß man auf deutscher Seite in eine solche Konkurrenz sich einlassen würde, bei welcher natürlich Frankreich den unendlich größeren Vortheil zöge. (Allg. Ztg.)

∴ Aus **Thüringen**, 13. April. Nachdem der Großherzog von Sachsen-Weimar die Erlaubniß zur Abhaltung der Deutschen Evangelischen Kirchenkonferenz in Eisenach gegeben, ist dieselbe nun von dem derzeitigen Vorstand, Oberhofprediger Dr. v. Grüneisen in Stuttgart, auf die Trinitatiswoche ausgeschrieben worden. Es werden sich daher die Abgeordneten der Kirchenregierungen des evangelischen Deutschland in der letzten Woche des Mai in Eisenach versammeln. Als Gegenstände der Berathung sind in dem Ausschreiben zunächst bezeichnet: 1) die kirchliche Armenpflege; 2) über die Stellung der obersten Kirchenbehörden in den verschiedenen Landeskirchen; 3) die Organisation der kirchlichen Patronatsverhältnisse und die Stellung des Kirchenpatronats zum Kirchenregiment; 4) der Kirchenbau evangelischer Kirchen in Deutschland und die darüber bestehenden gesetzlichen Bestimmungen; 5) über die Vorarbeiten zu einer Statistik der deutschen evangelischen Landeskirchen. (D. Allg. Ztg.)

Bayern. **München**, 15. April. Se. Maj. der König hat die k. Pfarrei Oberfahlheim, Ldg. Neu-Ulm, dem Priester W. **Groß**, Pfarrer zu Straß, des gen. Ldg., übertragen; genehmigt, daß die k. Pfarrei Reinheim, Ldkfsts. Zweibrücken, von dem Bischofe zu Speyer dem Pfarrer in Olterbach, Ldkfsts. Kaiserslautern, Priester J. **Graf**, die k. Pfarrei Gerbach, Ldkfsts. Kirchheimbolanden, von demselben Bischofe dem Verweser derselben, Priester G. J. **Sell**, das Frühmeß-Benefizium in Pleinstein, Ldg. Vohenstrauß, von dem Bischofe zu Regensburg dem Priester Th. **Walker**, zur Zeit Commorant in Thanhausen, verliehen werde. (N. M. Z.)

Dem Lithographen J. G. **Schreiner** von München wurde ein Gewerbsprivilegium auf einen eigenthümlich konstruirten Pufferwagen zur Beseitigung der Gefahr beim Zusammenstoß von Bahnzügen für den Zeitraum von einem Jahre vom 1. April 1861 anfangend verliehen.

München, 15. April. Das Gesetzblatt Nr. 1 enthält das Gesetz über die Aufhebung des Eingangszolles für rohes Zinn. (Isar-Ztg.)

A **München**, 15. April. Die Vorträge des Stiftsprobstes Dr. Döllinger, worin derselbe den Satz begründet, daß der Papst zu seiner Unabhängigkeit den Besitz eines Staates nicht nothwendig brauche, haben natürlich großes Aufsehen erregt. Nachdem seither in allen von Rom ausgegangenen Aktenstücken die entgegengesetzte Ansicht vertheidigt worden war, mußte es auffallen, daß ein Mann, wie Döllinger, dessen streng-katholische Gesinnung außer allem Zweifel und dessen tiefe Gelehrsamkeit allenthalben anerkannt ist, nun auf einmal einen Satz aufstelle, der in geradem Widerspruch steht mit dem Standpunkt, den bis jetzt die römische Kurie in dieser Frage eingenommen hat, und durch den er gewissermaßen auf Seite derjenigen tritt, welche als die gefährlichsten Dränger des h. Stuhls gelten. Man würde jedoch sehr irren, wenn man die Bedeutung dieser Vorträge lediglich in der Person des Redners suchen wollte; dieselben stehen vielmehr, wie man erfährt, in enger Verbindung mit einem zu Rom in den höchsten Kreisen jüngst vor sich gegangenen Umschwung der Ansichten. Die Ueberzeugung, daß der Papst unter den Verhältnissen, wie sie sich nun einmal gestaltet haben, wohl daran thäte, auf seine weltliche Herrschaft zu verzichten, und daß er am Ende immer noch in besserer Lage sich befinden würde, wenn Rom unter Viktor Emanuels Herrschaft käme, als wenn er noch länger dem aufgedrungenen Schutz Napoleons sich fügen müßte — diese Ueberzeugung hat, wie man hört, im Kardinalskollegium neuerlich immer mehr Anhänger gefunden, und es scheint, daß Pius IX. selbst sich zu dieser Ansicht hinneigt. Man wird nicht irren, wenn man annimmt, daß die Döllinger'schen Vorträge den Zweck haben, die öffentliche Meinung auf diesen Umschwung der Ansichten vorzubereiten und mit demselben zu befreunden, damit sie es nicht so unbegreiflich finde, wenn Pius IX. endlich unter dieser oder jener Form sich zu einem Abkommen mit Viktor Emanuel versteht.

* Wir haben unsern Lesern die Verhandlungen der 2. Kammer über die beanstandeten Ausgaben des Ministerium für Kirchen- und Schulangelegenheiten in den Jahren 1855/59 nur in gedrängtem Ueberblick mittheilen können, weil damals der Raum unsers durch die Ueberfülle des sich drängenden Stoffs (Warschauer Ereignisse; Eröffnung der Landtage in Oesterreich rc.) zu sehr in Anspruch genommen war. Jetzt noch Nachträge daraus zu bringen, hatten wir aber um deßwillen für überflüssig, da der eigentliche Kern der Debatte in den Reden kaum berührt wurde und sich erst in der Abstimmung einigermaßen enthüllte. Einige Andeutungen gibt hierüber ein Bericht der „D. Allg. Z.", den wir hier folgen lassen. Es heißt da: „In der Debatte handelt es sich nicht so sehr um das Materielle dieser Ausgaben, deren Zweckmäßigkeit wenig Beanstandung (?) erfuhr und die ihres verhältnißmäßig geringen Betrags wegen Niemand ernstlich anfechten wollte; desto mehr aber um das Prinzipielle in der Form, daß sie ohne Bewilligung der Landesvertretung geschehen seyen. Auch in dieser Beziehung wurde vielfach eine mildere Beurtheilung empfohlen, da die Ausgaben an sich vollkommen gerechtfertigt, auch formell durch das ausdrückliche Ansuchen des Ministerium um **nachträgliche** Genehmigung keine Schmälerung der konstitutionellen Rechte der Kammer involvirten. Hinter diesen Bestrebungen (denen des Ausschusses, dessen Referent Frhr. v. Lerchenfeld war, für strenge Verurtheilung der Ausgaben, und denen einer selbständigen Meinung innerhalb des Hauses, deren Hauptredner die Abgg. Völk, Barth und Brater, für Unterlassung nutzloser Verwahrungen gegen dieselben) trat augenscheinlich seit langen Jahren wieder eine Parteibildung unter den Deputirten hervor und zum erstenmal konnte man wieder von dieser und jener Seite des Hauses sprechen hören. Die unbedingte Führerschaft der Herren Lerchenfeld-Edel-Weis-Hegnenberg hat gestern und heute den ersten ernsten Strauß bestanden und schließlich einen nur zweifelhaften Sieg behalten. Der erste vom Frhrn. v. Lerchenfeld verfochtene Antrag, Verwerfung der für die Säkularfeier der Akademie der Wissenschaften verwendeten Summe, ward verworfen; für die übrigen drei Anträge erhob sich in der Abstimmung eine zweifelhafte Majorität, die, wenn sie, den Ausspruch des Präsidenten Hegnenberg ehrend, auch anerkannt werden soll, doch eine sehr geringe war. Eine Gliederung des Hauses, wie sie nach den in ihm enthaltenen Elementen natürlich und für den ersprießlichen Fortgang seiner Geschäfte nur wünschenswerth ist, kann kaum mehr vermieden werden, und es ist dabei nur erfreulich, daß zu der liberalern Richtung mehr Stimmen sich neigen,

Familie Orleans und ihrer Partei auf die Rede des Prinzen Napoleon im Senat. Ganz Paris reißt sich darum; auf der Börse ist sie in allen Händen und wird laut vorgelesen. Auf dem Niveau der hiesigen Polizeiwirthschaft ist sie beinahe ein Attentat. Herzhafter, ehrlicher, mannhafter ist seit dem 2. Dezember in Paris noch nicht geschrieben worden. Den Titel eines Emporkömmlings, ruft der Herzog v. Aumale oder sein publizistischer Doppelgänger dem Prinzen Napoleon zu, konnte sich der obskure Unterlieutenant beilegen, als er die Krone Karls des Großen auf sein Haupt setzte. Aber man ist kein Emporkömmling, wenn man sein Erbrecht in Straßburg und Bordeaux affichirt hat, wenn man ohne Uebergang aus dem Exil zur Regierung gelangt, wenn man sich Napoleon III. nennt. Obgleich Sie (Prinz Napoleon) so prächtig vom Staatsstreich am 2. Dez. sprechen, hat man Sie doch nicht in den Reihen der Getreuen gesehen, welche an jenem Tag in's Elysée liefen, um sich unerschrocken dem Glück des neuen Diktator zu widmen. Freilich waren Sie auch nicht unter den Vertretern der Nation, welche auf der zehnten Mairie und hinter den Barrikaden gegen den Umsturz aller Gesetze ihres Vaterlandes protestirten. Wo steckten Sie denn? Niemand wüßte es zu sagen, wenn die entschlossenen Männer, welche den Kampf hinter den Barrikaden für ihre Pflicht hielten, sich nicht erinnerten, daß Sie plötzlich unter ihnen erschienen waren, um der Polizei den Weg zu weisen, welche sie im Namen des Siegers abfaßte. Ich erstaune über Ihre Rücksichtslosigkeit gegen den Herzog von Orleans, meinen Großvater, der wie Sie, auf der Linken einer republikanischen Versammlung Platz genommen hatte. Er büßte seinen Fehler; er ging aus dem Konvent aufs Schaffot, während Sie von den Bänken der Montagne hinabstiegen, um die prachtvolle Wohnung zu usurpiren, wo der Herzog von Orleans geboren war. Wäre die Februarrevolution einige Monate später ausgebrochen, hätte sie Ihren Vater in der Pairskammer im Genuß einer auf Sie übergehenden Dotation getroffen. Haben Sie vielleicht vergessen, was Ihr Vater Jerome und Sie selbst gethan haben, um nach Frankreich zurückkehren zu können, und die Güte vergessen, womit Sie mein Vater in St. Cloud empfangen hatte? Unter den Thürhütern, welche die Vorzimmer des Kaisers anfüllen, können Sie noch denjenigen erkennen, welcher Sie ins Kabinet des Louis Philipp einführte, als Sie kamen, ihm für seine Gnade zu danken und neue Gnaden zu erbitten. Der König, mein Vater, hat seinen einzigen verfassungswidrigen Akt begangen, als er ohne Wissen seiner Minister Ihrer Tante, der Königin Hortense, die Rückkehr nach Frankreich gestattete, während sie selbst und ihr Sohn mit den Republikanern gegen den Thron konspirirten. Unter der Juliregierung wurde nach Straßburg und Boulogne Niemand erschossen, was ohne Zweifel ein schwerer Fehler war, in welchen übrigens die Orleanisten wieder verfallen würden. Aber die Bonaparte halten in dem einzigen Falle Wort, wo es sich um's Erschießen handelt. Ich bin vollkommen überzeugt, daß Sie, mein Prinz, und die Ihrigen dieses einzige Versprechen genau erfüllen würden. Sonst hat Ihre Regierung kein Glück mit ihren Versprechungen. Ein einziger Mann hatte die republikanische Verfassung beschworen, und er hat den 2. Dezember verbrochen. Das Kaiserthum ist der Friede, und wir halten den Krieg in der Krimm und in Italien. Frei bis zur Adria, und Oesterreich ist noch in Venedig, wie andererseits alle Betheiligten die Erfüllung der in Villafranca gemachten Zusagen noch erwarten. Die weltliche Macht des Papstes sollte respektirt werden, und wir wissen, wie es heute darum steht. Das Worthalten ist wahrlich keine Tugend der Familie Bonaparte, und in dieser Beziehung möge Jedermann auf seiner Hut seyn. — Ich glaube, man könne sehr liberal seyn, ohne alle revolutionären Unternehmungen zu bewundern, und ohne dem Grundsatze zu huldigen, daß der Zweck die Mittel heiliget. Ich gestehe, daß die Expeditionen nicht nach meinem Geschmacke sind, welche Ihr heimlich anzettelt, öffentlich verläugnet und nachträglich ausbeutet; daß ich auch die plötzlichen Invasionen, welche alles Völkerrecht barbarisch mit Füßen treten, ebensowenig liebe als die Verbissenheit gegen einen jungen König, dessen Sturz Ihr beschleunigt habt, als Ihr ihn den Weg der Reformen betreten sahet, und dessen Untergang Ihr arrangirt habt, als Ihr ihn entschlossen zu seiner Vertheidigung sahet. Insbesondere vermag ich nicht Beifall zu klatschen, wenn ich einen sardinischen General, welcher Ihren Kaiser in Savoyen begrüßte, von Chambery herbeieilen sehe, um mit der Hand, welche noch warm ist von dem Händedrucke Ihres Kaisers, eine Handvoll Franzosen zu meucheln, welche derselbe Kaiser zur Vertheidigung der päpstlichen Staaten autorisirt hatte. — Oh! ich bezweifle nicht Eure Macht; denn ich bemesse sie an der Arroganz Eurer Sprache und an meinen Besorgnissen um die Zukunft des Vaterlandes; aber ich kenne den Ursprung Eurer Macht, den Ihr von Euern Händen nicht weg zu waschen vermöget. Eines Tages wird Euch die fürchterliche Frage vernichten: „was habt Ihr aus Frankreich gemacht?" — Ich gebe Ihnen die vorstehenden Auszüge aus der Broschüre, so zu sagen, in einem Athemzuge, und am Ende angelangt finde ich die Unterschrift: Henri d'Orleans. Im selben Augenblicke verbreiten sich Schaaren von Polizeiagenten über alle Stadttheile, um die Broschüre wegzunehmen. Diese Konversation des Herzogs von Aumale mit dem Prinzen Napoleon mag ein Donnerschlag seyn, worauf kein Gewitter folgt. Jedenfalls hat sie eingeschlagen wie der Blitz und — gezündet. (Allg. Ztg.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. R. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	—
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	60¼ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	48⅛ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	41 P.
„	4½ pCt.	—
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	87 P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102½ G.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102⅜ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102½ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	100 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100⅛ P. 99⅞ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103⅞ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94⅞ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	103 P. 102⅝ G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	95⅛ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	101¼ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	10.⅜ P. 100 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94¼ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	101⅜ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98¾ P.
„	3 pCt. Obl.	91⅛ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47⅛ P.
„	1¾ pCt. . . .	41 P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr	98¼ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	108¾ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	546 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	121 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	179½ P. 178½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	68½ G.
Internationale Bank in Luxemb. . .	82 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	317 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	68½ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	214 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	71½ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	23¼ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	127½ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	98⅞ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50¼ P.
Südd. Bank-Akt., 80 pCt. Einz.	233 G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	510 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	456 G.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	108¾ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99½ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105½ B.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96⅛ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105¼ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105½ B.
London Lst. 10 k. S.	117½ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L. S. L. 250 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	93¼ B.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. k. S.	76⅞ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	71½ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	47¾ P. ⅜ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	55¾ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	125¼ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	53¼ P.	„ fl. 25 do.	33¾ G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	88⅝ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	34½ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	118½ G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	49½ G.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	36 G.
Badische fl. 50	—	Vereins-Loose fl. 10.	10⅞ P.
Badische fl. 35	52¾ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11⅛ P.

Frankfurt, 15. April. Oesterr. Fonds und Kredit-Aktien behaupteten sich fest auf den vorgestrigen Kursen; österr. Bankaktien wurden etwas besser bezahlt. In den übrigen Fonds keine bemerkenswerthe Veränderung. (Synd.)

der Nationalgarde und eine mobile Kolonne von drei Bataillonen, wovon das eine nach Portici, das andere nach Poggio Reale, das dritte nach Capo di Monte rückte, haben in Neapel und den umliegenden Orten der ernstlichen Störung der Ruhe vorgebeugt. Bloß der Pfarrer von Cisterna ließ Sturm läuten und „„Franz II. hoch!"" rufen, als die Nationalgarde heranzog, die ihn sofort festnahm. Die Feuersbrunst des Albergo dei Poveri, welche die Verschworenen angelegt, wurde gelöscht, bevor sie um sich griff; das Tabaks-Depot jedoch brannte vollständig nieder. Schon hatte am Ostersonntage in Castiglione-Messermarino im Distrikte Vasto in den Abruzzen eine Bande bourbonistischer Soldaten die Bewegung mit Plünderung und Mord begonnen. Der Anführer der Nationalgarde, dessen Sohn, sowie der Bürgermeister und dessen Vater, endlich auch der Richter des Ortes wurden niedergemetzelt; mehrere der wohlhabendsten Bürger wurden verwundet und der Erzpriester von Castiglione, während er Frieden am Altare predigte, tödtlich getroffen. Eine Kompagnie italienischer Truppen traf von Isernia zu spät ein, doch gelang es ihr noch, die Verbrecher festzunehmen. In Vico hatten Offiziere eine Schilderhebung versucht, die jedoch auf der Stelle von Truppen, die aus Foggia herzueilten, erstickt ward." (Dieser Bericht ist aus sardinischen Quellen geschöpft.)

Einen interessanten Beitrag zur Geschichte der sardinischen Intriguen in Neapel bildet die „Broschüre", welche ein neapolitanischer Offizier im Namen seiner Kameraden, deren Verrätherei an ihrem König nicht die erwartete Belohnung von Seiten des Grafen Cavour zu Theil geworden ist, dem italienischen Parlamente überreicht hat. Man sieht daraus, daß unter den Auspicien des sardinischen Gesandten in Neapel, Villamarina, (!) Komites aus neapolitanischen Offizieren zusammengesetzt waren, zu dem Zweck, die neapolitanischen Regimenter zum Abfall zu verleiten. General Nunziante präsidirte dem Hauptkomite, an dessen Berathungen der sardinische Admiral Persano Theil nahm, dessen Flotte damals in den neapolitanischen Gewässern kreuzte. Die Infamie war großartig, denn zu derselben Zeit empfing Graf Cavour die Gesandten des Königs Franz II, welche wegen einer Allianz unterhandeln sollten. Der Versuch, die Truppen zu verlocken, gelang übrigens nicht, und es blieb nichts übrig, als eine gewisse Anzahl von höheren und niederen Offizieren durch glänzende Versprechungen zu erkaufen. Diese Versprechungen sind, wie es scheint, nicht gehalten worden und der sardinische Kriegsminister General Fanti hat den Reklamanten erwidert: Piemont sey nichts schuldig, da Neapel von der sardinischen Armee erobert werden mußte, ohne welche Franz II. heute noch in Neapel und Garibaldi vielleicht gefangen und erschossen seyn würde.

Mailand, 10. April. Die letzten **Desertionen** fanden am verflossenen Sonntag statt; 11 Soldaten desertirten aus dem 47. und 5 aus dem 48. Regimente der Brigade Ferrara; 9 Artilleristen aus verschiedenen Kompagnien. Also 25 Soldaten an einem Tage aus hiesigen Kasernen. Einige der Ausreißer (die Mehrzahl sind Neapolitaner) wurden eingefangen und zu fünfzehnjähriger Kettenstrafe verurtheilt; ein Tagesbefehl kündigte an, daß fortan alle Fälle mit Erschießen geahndet werden. Man erwartet den besten Erfolg von diesen Maßregeln, denn ein an Bestechung gewöhntes Volk, wie die Neapolitaner, muß mit der Strenge erzogen werden, da die Milde für sie eine Aufforderung zu neuen Vergehen ist. — Am gleichen Tage, Nachts 11 Uhr, kamen vier **ungarische** Offiziere (ein Hauptmann, ein Oberlieutenant und zwei Lieutenants) aus dem Oesterreichischen hier im Cafe Martini an. Auf die Rufe: „Hoch Ungarn" erwiderten sie mit Begeisterung: „Hoch Viktor Emanuel!" (Schw. M.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 4. April. Merkwürdiger Weise ist hier die Stimmung des Publikum für Polen durchaus keine ungünstige und man hält die Gewährungen des kaiserlichen Ukas für völlig unzureichend.

Amerika.

In **Washington** tritt, seitdem die Deputirten der Südstaaten sich zurückgezogen, das deutsche Element immer mehr hervor; man hört überall deutsch sprechen; der Präsident ist von Deutschen umgeben. Temporisiren ist die Politik des Tages, die Bundesregierung wie der Süden wollen das Provisorium erhalten und die Entwicklung der Dinge ruhig abwarten.

Nichtpolitische Zeitung.

Nürnberg. (Sängerfest.) Im Laufe dieser Woche sind schon an eine große Anzahl Sängervereine (253) in allen Gauen Deutschlands Einladungen ergangen. (Reg. Tgbl.)

Der Besuch der großen Blumenausstellung in **Bieberich** ist fortwährend sehr bedeutend. Man rechnet im Durchschnitt 5000 Personen, die dort täglich Eintrittskarten lösen.

Gotha, 9. April. Nach einem kürzlich festgestellten Plane beabsichtigt man zu Anfang Juni d. Js. ein deutsches **Schützenfest** zu veranstalten, mit welchem das am dritten Osterfeiertage von Delegirten der Turnvereine hier beschlossene erste thüringische Turnerfest verbunden werden soll. (N. Cor.)

Am 9. April Abends ist in **Simmering** nächst Wien die Schmied'sche Maschinen- und Wagenfabrik, eine der größten in diesem Fache, abgebrannt. Das Feuer entstand gegen 8 Uhr, als der größte Theil der Arbeiter — beiläufig 600 an der Zahl — die Werkstätten verlassen hatten. Der Verlust soll, wie man spricht, beiläufig 400,000 fl. betragen, von welchem ein großer Theil jedoch assekurirt ist. Die Entstehungsursache des Feuers konnte bis heute nicht ermittelt werden. Nebst den vielen bereits gänzlich fertigen Eisenbahnwaggons wurden auch sämmtliche von ihm mit Mühe durch eine Reihe von Jahren gesammelten Modelle, welche allein einen Werth von 150.000 fl. repräsentiren und nicht assekurirt sind, ein Raub der Flammen.

Handels- und Börsenberichte.

Frankfurter Börse (vom 8. bis 13. April).

Samstag. Wieder eine Woche vorüber, über deren Geschäft nicht viel zu berichten ist, wenigstens nichts Erfreuliches. Die Kurse halten sich auf dem Niveau der Stagnation, mit geringen Variationen auf und nieder. Bei der Apathie der Börse und des Privatpublikum müssen die kleinen Spekulanten sich auch mit geringen Vortheilen begnügen und daher dieses ewige, zaghafte Hin- und Herschaukeln der Kurse, bis einmal ein besonders günstiges oder ungünstiges Ereigniss der Tendenz eine entschiedene Richtung gibt. Die Woche brachte zwar die Warschauer Katastrophe, wenn man die unausbleibliche Anwendung ernster Massregeln gegen revolutionäre Manifestationen so nennen soll. Aber eben weil längst vorausgesehen und als nothwendig erkannt, machte die Nachricht keinen grossen Eindruck auf die Börse, welche sie eher günstig auffasste und dies durch eine kleine Hausse ausdrückte. — Die Kriegsbefürchtungen sind wieder etwas in die Ferne gerückt; inzwischen geht aber der finanzielle Kampf zwischen Oesterreich und Piemont seinen Gang fort, d. h. der bis an die Zähne bewaffnete Frieden kostet beiden Ländern unverantwortliche Summen. Oesterreich hat wenigstens den Vortheil, dass die Kurse seiner Effekten schon zu schlecht stehen, um noch viel weiter zu fallen; die Reihe kommt jetzt an Sardinien, dessen Obligationen seit einigen Wochen über 4 pCt. gefallen sind; ein schlimmes Omen für die neue Anleihe von 500 Millionen, welche das italienische Königreich kontrahiren will und muss. Ueber 70 wird sie schwerlich anzubringen seyn.

Deutsche Bundespapiere und verwandte fremde Staatenfonds in der Mehrzahl matter und $1/8$ bis $1/2$ pCt gegen vor acht Tage im Kurs zurückgesetzt. Besonders scheinen Spanische an einer Grenze angelangt, von wo der Weg wieder nach rückwärts geht. Looseffekten behauptet, besonders Ansbacher und Sardinische gefragt. Die 35 fl. Badischen haben ihre frühere Dehnkraft etwas eingebüsst und nehmen einen hohen, aber doch den Gewinnchancen angemessenern Stand ein.

Von Kreditaktien schliessen österreichische nach einigen Variationen fast gerade so wie vor 8 Tagen; die jetzt veröffentlichte Bilanz weist keine sehr günstigen Ziffern auf.

Unter den Eisenbahnaktien haben Bexbacher 1 pCt. verloren. — Weissenburger in Betracht der steigenden Einnahmen fest. Mit dem Bau der Germersheimer Bahn, deren Kosten kaum zu einer Million veranschlagt sind, würde die Genehmigung der Windener Zweigbahn Hand in Hand gehen. In Karlsruhe glaubt man dieser Eventualität so sicher zu seyn, dass man ihr mit dem sofortigen Bau der Bahn an den Rhein entgegen kommen will. Bayer. Ostbahnen, zumal die vollen, etwas besser. Der Bau der Schwandorf-Eger Linie mit Anschluss nach Plauen mittelst der erübrigten 12 Millionen soll den Kammern zur Genehmigung vorgelegt und alsdann die Generalversammlung einberufen werden, um endgültig zu beschliessen. Von Seiten Sachsens hat man bereits ein sehr bereitwilliges Entgegenkommen an den Tag gelegt. Oesterr. Westbahn unverändert. Die Prioritäten finden zumal in Bayern einen ausgedehnten Markt. Besorgnisse weiterer Anleihen sind vollständig unbegründet und scheinen tendenziös verbreitet zu werden.

Nachdem die englische und französische Bank ihren Diskontosatz ansehnlich ermässigt, sind auch die Devisen London und Paris namhaft im Preis gesunken und glücklich kann sich der schätzen, welcher mit seinen Vorräthen darin noch rechtzeitig aufgeräumt hat. Auf unserm Markt hat Geld nur ein wenig angezogen, wenn dies für jetzt auch noch in sehr bescheidenem Masse zu verstehen ist. Wechsel auf Wien ziemlich fest wegen Zahlungen für Getraide und Hamburg findet stets willige Nehmer. Amsterdam in Posten für die bevorstehenden Auktionen gesucht. Von Amerika ist viel Bremer zur Deckung von Tratten gekommen und wurde das Papier zu $95\frac{3}{4}$ à $\frac{7}{8}$ und 4 pCt. placirt. (Aktionär.)

Neueste Nachrichten.

Paris, 12. April. Eine kleine, heut erschienene Schrift: Lettres sur l'histoire de France, gerichtet an Prinz Napoleon und unterzeichnet Henri d'Orleans (Herzog von Aumale), erregt ungemeine Sensation. Sie ist eine Antwort der

welche bisher in dieser Beziehung bestanden, fallen weg; auch bei Ertheilung akademischer Grade und Würden, sofern nicht stiftungsmäßige Bestimmungen entgegenstehen. Als Staatsbürger, dann als Angehörige einer politischen Gemeinde haben sie volle Berechtigung zum Mitgenusse des Gemeindevermögens und der Vortheile aller derjenigen nicht stiftungsmäßig konfessionellen Anstalten der Wohlthätigkeit, der bürgerlichen und militärischen Erziehung, sowie des Volks- und wissenschaftlichen Unterrichts, welche der Staat, das Kronland oder die bürgerliche Gemeinde, welchem sie angehören, ganz oder theilweise unterhält. — Die evangelischen Kirchengemeinden (Pfarren, Seniorate und Superintendenzen) sind berechtigt, Eigenthum auf jede gesetzliche Weise zu erwerben. — Zur Förderung ihrer kirchlichen und Unterrichtszwecke können die Evangelischen, mit Beachtung der gesetzlichen Bestimmungen, im Inlande Vereine bilden und mit gleichartigen evangelischen Vereinen des Auslandes in Verbindung treten. Zugleich mit dem Patent wurde eine provisorische Kirchenordnung verkündet, welche die Organisation der beiden evangelischen Kirchen und die Wahl der ersten Synode ermöglichen soll. Auf dieser, die baldmöglichst einzuberufen ist, kann diese provisorische Ordnung als das Material frei benutzt werden für die definitive Feststellung der Kirchenverfassung zu formulirenden und dem Kaiser zur Sanktion vorzulegenden Gesetzentwürfe. Zur Regelung der Verhältnisse der evangelischen Kirche zu den übrigen Religionsgesellschaften und namentlich zur katholischen Kirche soll dem Reichsrath ein Gesetzentwurf zur Berathung vorgelegt werden. — Der so vorgeschlagene Weg ist in der That ein so freisinniger und unparteiischer, daß er auf die allseitigste Anerkennung rechnen darf. (Ztg. f. Nordd.)

* Aus Wien hören wir jetzt bestätigen, was neulich unser § Korrespondent andeutete: die Ungarn verlangen weitere Zugeständnisse, und die deutschen Minister sind in größter Verlegenheit, ob sie Ja oder Nein sagen sollen. Der Mann, welcher am meisten in den Kaiser dringt, den Ungarn noch mehr zu gewähren, ist der Judex curiae, Graf Apponyi. Dieser hatte immer noch gehofft, durch die Zugeständnisse, die er seither vom Kaiser erwirkt hatte, eine Mehrheit im ungarischen Unterhaus für die Regierung gewinnen zu können. Er hatte dies um so mehr gehofft, als Deak und Eötvös, die hervorragendsten Männer der gemäßigt liberalen Partei, sich geneigt zeigten, mit der Regierung auf Grundlage des bis jetzt von dieser Gewährten sich zu verständigen. Nun zeigt es sich aber, daß im ungarischen Unterhaus die Zahl der Gleichgesinnten sehr klein ist, und daß die Mehrzahl zur Fahne des radikalen Grafen Teleki schwören dürfte, wenn nicht die vollständige Wiederherstellung der Gesetze von 1848, also vor Allem das eigene verantwortliche Ministerium für Ungarn zugestanden wird. Was nun thun? Das ist die Frage. Wir glauben, unter den gegebenen Verhältnissen kann die Wiener Regierung nicht anders, als auch das bewilligen. Ihre Lieblings-Idee, der österreich. Einheitsstaat, geht dabei freilich in Trümmer; aber jetzt gilt es vor Allem, die Ungarn zufriedenzustellen, und besser noch ist's immerhin, wenn Ungarn nur durch das lockere Band der Personal-Union mit der übrigen Monarchie verbunden bleibt, als wenn es auf's Neue in Aufruhr gestürzt wird. Die Ungarn zu zwingen, dazu fehlt es der Regierung jetzt an Macht. Ist einmal einige Zeit verflossen, hat die gegenwärtige Aufregung einer ruhigeren Würdigung der Verhältnisse Platz gemacht, hat vor Allem die Wiener Regierung durch die That gezeigt, daß es ihr mit der konstitutionellen Freiheit, die sie den übrigen Kronländern verliehen hat, Ernst ist, dann sind wohl auch die Ungarn dazu zu bewegen, der allgemeinen Reichsvertretung ihren Landtag unterzuordnen und in den Einheitsstaat einzutreten. Dann wäre nach Verlauf einiger Zeit in Güte erreicht, was sich jetzt eben doch nicht erzwingen läßt. Denn das darf man nicht übersehen, der Widerstand der Ungarn wurzelt vorzüglich in ihrem Mißtrauen gegen die Aufrichtigkeit der Wiener Regierung, von der sie vielmehr glauben, sie werde die neue Verfassung der gesammten Monarchie, wenn sie nur erst wieder zu Kräften gekommen sey, bald über den Haufen werfen. Um Oesterreichs willen hoffen wir, daß dies nicht geschieht. Aber haben die Ungarn gar so Unrecht, wenn sie mißtrauisch sind? Man hat sie danach behandelt.

Die „Oesterr. Militär-Zeitung" schreibt: „Bei einer so großen Artillerie, wie die österreichische, wo jede bedeutende Änderung Hunderttausende von Gulden in Anspruch nimmt, muß wohl jede Erfindung allen möglichen Proben unterworfen werden, bevor man das Bestehende verwirft; nachdem aber die österreichische Schießwolle jetzt alle Feuerproben im wahren Sinne des Wortes glücklich überstanden hat, hoffen wir, daß nun kaum mehr viele Monate vergehen werden, bis eine so große Anzahl Schießwoll-Batterien ausgerüstet seyn wird, um unsere Feinde, wenn nöthig, in ebenso folgenreicher Weise mit dieser Neuerung überraschen zu können, als sie es im Jahre 1859 mit den gezogenen Pulvergeschützen gethan haben."

Elektrische Seeminen mit Schießwolle. Dieses vortheilhafte Vertheidigungsmittel ist nunmehr so weit, daß der General-Genieinspektor FML. Erzherzog Leopold den Proben über die Wirkung dieser Minen in Venedig und Dalmatien gegenwärtig beiwohnt. Die Punkte, auf welchen derlei Minen hauptsächlich als Schutzmittel für die Hafeneinfahrten angelegt sind, werden vorher auf der Platte einer genau gestellten Camera obscura bezeichnet, und hiedurch ist es bei der Annäherung von Schiffen, welche auf dem Camera obscura-Bilde beobachtet wird, möglich, den Augenblick, wo ein Schiff einen bezeichneten Punkt passirt, genau zu erkennen und im gleichen Moment das Signal zum Zünden der Mine zu geben. Da die Zündleitung elektrisch ist, so erfolgt das Auffliegen in demselben Moment. Die Wirkung dieser Seeminen ist wahrhaft verheerend; das größte Schiff wird durch eine solche Explosion in Stücke gerissen. (Temesv. Z.)

Italien.

Das Vorhandenseyn einer Vermittlungspartei im Kardinals-Kollegium zu Rom, einer Partei, welche italienisch gesinnt und die der Ansicht ist, daß das Papstthum auch ohne weltliche Herrschaft die ihm unentbehrliche Freiheit und Unabhängigkeit zu behaupten vermag, ist so oft aufgestellt und bestritten worden, daß wir gebührend Anstand nehmen würden, diese Frage zu erwähnen, wenn uns heute nicht aus sonst sehr zuverlässiger Quelle die Existenz und der Fortschritt dieser Partei — oder wohl richtiger gesagt, dieser Richtung unter den Kardinälen in Rom — bestätigt würde. Die Kardinäle Amati, Santucci, di Pietro, welche schon früher genannt wurden, werden uns nebst einigen anderen Namen als diejenigen bezeichnet, „welche über die weltliche Gewalt des Papstthums, wo nicht ganz die Ansichten der italienischen Partei im Parlamente zu Turin, so doch die Ansicht theilen, daß in jetzigen Zeitläuften der heilige Stuhl der italienischen Nation Konzessionen machen und seinen Frieden mit dem Nationalstaate je eher desto besser schließen müsse". Antonelli, der schon seit Jahr und Tag über die extreme und allzu schroffe Politik der belgisch-französischen Partei, deren schärfste Ausprägung Mfgr. de Merode seyn dürfte, Bedenken trägt, soll sich jener Versöhnungsrichtung mehr zuneigen. (Köln. Z.)

Aus Neapel, 6. April, wird dem „Journal des Debats" über die bourbonistischen Putsche folgendes Nähere geschrieben: „Franz II. hatte vor vierzehn Tagen zwei Briefe an den Herzog von Cajaniello mit Weisungen für den Aufstand gerichtet. Da Herrn Spaventa diese Briefe bereits von Rom aus signalisirt waren, so belegte er sie mit Beschlag, ließ im Statthaltereirathe dieselben öffnen, in aller Form Rechtens ein Protokoll über diese Briefe aufnehmen, dieselben wieder versiegeln und dann durch die Post an ihre Adresse abgeben. Der Herzog befolgte getreu die Befehle des Königs Franz II. und übermachte mehreren Bischöfen beträchtliche Geldsummen, darunter dem Bischofe in partibus Mfgr. Trotta. Dieser schrieb einen Brief an den General Bosco, wovon Herr Spaventa sich den eigenhändig von Trotta geschriebenen Entwurf zu verschaffen wußte. In diesem Schreiben meldet Mfgr. Trotta, es seyen von den beurlaubten und entlassenen Soldaten 12,000 Mann angeworben, er habe bereits 5300 Ducati an dieselben ausbezahlt, und die Bewegung, die ursprünglich am 3. April habe losgehen sollen, sey um einige Tage verschoben worden. Aus anderen Aktenstücken war Herr Spaventa unterrichtet, daß in der Nacht vom 5. auf den 6. um 4 Uhr losgeschlagen werden solle, und zwar würden die Verschworenen nach der Kaserne der Granili ziehen, um sich dort mit den Soldaten zu vereinigen, die 6000 Stück Gewehre in Empfang nehmen sollten, welche in der Marinella ausgeschifft würden; zugleich wolle man sich der sechs Kanonen am Molo bemächtigen, welche der Nationalgarde gehören. Die Kerkermeister des Centralgefängnisses (der sogenannten Vicaria) waren im Komplotte und sollten alle Gefangenen loslassen. Sie wurden sammt und sonders rechtzeitig verhaftet und durch Gendarmen ersetzt. Mehrere Pfarrer in der Umgegend hatten sich verpflichtet, die Sturmglocke zu ziehen, die weiße Fahne auf den Kirchthürmen aufhissen zu lassen und an die Stadtgardisten (guardie urbane), so wie an die „„Indultati"", welche Liborio Romano in die Nationalgarden der kleinen Städte hat aufnehmen lassen, Geld zu vertheilen; diese Leute sollten als Bürgergarden der umliegenden Orte mit dem Rufe: „„Es lebe Franz II.!"" auf Neapel rücken. Spaventa's Umsicht, die Energie

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 105. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 38. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dinstag, 16. April 1861.

Deutscher Bund.

Die Zollvereinskonferenz, welche zur Berathung der Exportbonifikationsfrage für Rübenzucker einberufen ist, hat ihre Verhandlungen wieder eröffnet. (Nat.-Z.)

Bayern. München, 13. April. Se. Maj. der König hat die kath. Pfarrei Zimmern, Ldg. Simbach am Inn, dem Pfarrer in Gralnet, Ldg. Wolfstein, Priester J. B. Bauer übertragen. (N. M. Z.)

München, 12. April. Döllinger gab heute in seinem dritten Vortrag, dem angekündigten Programm folgend, einen Ueberblick der Religionen der Menschheit nach dem angenommenen Zahlenverhältniß der Bevölkerung der Erde. Er verwies auf die Unterscheidung zwischen einer Weltreligion und Völkerreligion. Erstere sey a priori das Christenthum, weil es über alle geographischen oder speziell volkscharakteristischen Bedingungen hinausgehe oder durch dergleichen nicht gebunden werde. (A. Z.)

Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß der „Volksbote", sich für die durch den Paur'schen Antrag bezweckte Aufhebung der auf den Juden lastenden Beschränkungen des Edikts von 1813, einschließlich des Verbots, gewisse Gewerbe zu betreiben, entschieden und rückhaltlos ausspricht. „Es kann sich — so schließt er seine Darlegung — in der That hier nicht um Zu- oder Abneigung gegen die Juden handeln, sondern es handelt sich um Gerechtigkeit und Billigkeit und um Beseitigung offenbarer Widersprüche gegen die Moral; es handelt sich überdies um die verständige Berücksichtigung der Zustände und Verhältnisse, die heute ganz anders sind als 1813. Deshalb glaubt der „Volksbote" auch nicht zweifeln zu können, daß die Kammer der Reichsräthe dem Beschluß der Abgeordnetenkammer gleichfalls beitreten werde."

Sachsen. Dresden, 10. April. Heute hat die zweite Kammer in der kurhessischen Frage den Deputationsantrag auf Verwahrung einstimmig, den Majoritätsantrag für die Verfassung von 1831 mit 44 gegen 19 Stimmen angenommen, den Vermittlungsantrag dagegen mit 40 Stimmen abgelehnt. Die Debatte war scharf. Zuerst sprach heute Dr. Heyner. Er erzählte, Hassenpflug habe von Oesterreich eine Erkenntlichkeit von 100,000 Thlr. für seine dem Bundestag zu leistenden Dienste erhalten (?), worauf man in Preußen erwogen habe, ob man ihm nicht 50,000 Rthlr. mehr geben solle. Da habe Graf Brandenburg erklärt, sey Preußen so faul, daß ein Hassenpflug es halten müsse, so möge es lieber zu Grunde gehen. Minister v. Beust hielt eine zweistündige Rede. Er bestritt die Kompetenz der Kammern in dieser Frage, die längst erledigt wäre, hätte man sie ruhig verlaufen lassen und nicht zu einer Rechtsfrage gemacht, während es auf allseitige Berücksichtigung aller thatsächlichen Vorgänge ankomme. Ueber seine Kompetenz habe nur der Bundestag zu entscheiden. (Das ist viel gesagt und könnte zu kuriosen Folgen führen!) Er habe keine Vorliebe für Hassenpflug und Scheffer, die er nicht kenne, und deren Anwalt er nicht seyn möge. Der Bundesbeschluß von 1852 habe nicht mit zwei streitenden Parteien, sondern mit thatsächlicher Auflösung aller Verhältnisse zu thun gehabt. Preußens Nachgiebigkeit habe damals Deutschland vom Bürgerkriege gerettet. Vizepräsident Oehmichen wie andere Abgg. wahrten die vom Minister angezweifelte Kompetenz der Kammer. Abg. Gehe vermißt in der geschmeidigen Ministerrede Ueberzeugungstreue, und bedauert, daß die Mittelstaaten durch ihr Verhalten gegen Hessen aus dynastischer Liebedienerei sich unpopulär gemacht, überhaupt daß sie die frühere Politik des ehrlichen Mannes, die der Zurückhaltung und Bescheidenheit, verlassen. Am Schluß seiner Rede hatte Hr. v. Beust gewünscht, daß ähnliche Seitenblicke, wie gestern auf Solferino und Magenta geworfen worden, nicht wieder vorkämen. Darauf entgegnete der Getroffene, Abg. Sachse: Hätte Oesterreich in Italien gesiegt, so hätte es auf den Trümmern der piemontesischen und mancher anderen Verfassung die alte Reaktion überall hin verbreitet.*) (Schw. M.)

Kurhessen. Kassel, 12. April. Die Regierung scheint noch einmal alle ihre Kräfte anspannen zu wollen, um bei den nächsten Landtagswahlen ein günstiges Ergebniß für sie zu erzielen. Abgesehen von den Erörterungen in der „Kasseler Zeitung", ist es besonders die „landesherrliche Verkündigung" vom 6. März, worauf Werth gelegt wird. Herr Volmar hat sich nicht damit begnügt, dieselbe in gewöhnlicher Weise bekannt machen zu lassen, sondern es ist auch die Anordnung getroffen worden, daß im ganzen Lande durch die Regierungsbeamten eine feierliche Vorlesung in den Gemeinderaths- und Bürgerausschuß-Versammlungen, deren Mitglieder bekanntlich den Hauptbestandtheil der Wahl-Körperschaften bilden, stattfinde. (Dieses Verfahren ist — man mag sonst über den Inhalt der Verkündigung denken, wie man will — jedenfalls ungeschickt. Die Wahlen werden voraussichtlich diesmal nicht günstiger für die Regierung ausfallen, als das vorige Mal. Die Kurhessen sind durch den Beschluß der sächsischen Abgeordneten-Kammer zum Festhalten an der Verfassung von 1831 erst wieder recht ermuntert worden, und die Verhandlungen der bayerischen Abgeordnetenkammer werden sie auch nicht entmuthigt haben, wenn gleich diese, diplomatisch vermittelnd, Anstand nahm, geradezu für diese Verfassung sich zu erklären. Wenn die Kurhessen an der Verfassung von 1831 starr festhalten, handeln sie vom Standpunkt des strengen Rechts ganz richtig; denn das Unrecht, das durch die Aufhebung dieser Verfassung begangen wurde, kann nur durch ihre Wiederherstellung gesühnt werden. Ob sie politisch klug handeln, wird der Ausgang lehren; es könnte, wenn jetzt diese Frage nicht entschieden wird, eine Zeit kommen, wo die kurhessische Regierung in der Lage ist, weniger bieten zu können, als sie jetzt bietet.)

Oesterreich. Wien, 10. April. Das kaiserliche Patent über die Organisation und die Stellung der evangelischen Kirche und ihrer Angehörigen zum Staate muß als einer der freisinnigsten Akte anerkannt werden, der sich nicht nur in neuester Zeit, sondern überhaupt je auf kirchlichem Gebiete vollzogen hat. Wenn man nicht eine gänzliche Lossagung der Kirche vom Staate fordert: so ist das Maß der Freiheit und Selbständigkeit, welche der evangelischen Kirche fortan in Oesterreich gewährt wird, ein so reichliches, wie es nur gewünscht werden kann. Die Vertretung und Verwaltung der evangelischen Kirche ordnet sich nach 1) Pfarrgemeinde (Ortsgemeinde), 2) Seniorat (Bezirksgemeinde), 3) Superintendenz (Landesgemeinde), 4) Gesammtgemeinde des Augsburgischen und des helvetischen Bekenntnisses. Die Vertretungen sind: für die Pfarrgemeinde das Presbyterium und die größere Gemeindevertretung; für den Senioratssprengel der Senior und die Seniorats- (Bezirks) Versammlung; für die Superintendenz der Superintendent und die Superintendenzial-Versammlung oder Superintendenzial-Convent; für die Gesammtheit der Superintendenzen der k. k. Oberkirchenrath und die Synode. — Jede Gemeinde ordnet und verwaltet ihre Kirchen-, Schul- und Wohlthätigkeits-Angelegenheiten; die Pfarrer, Senioren, Superintendenten gehen aus freier Wahl hervor; nur die Superintendenten bedürfen der landesfürstlichen Bestätigung. Der Vorsitzende und die Räthe des Oberkirchenraths werden vom Kaiser ernannt, und die Beschlüsse der Synode erhalten erst durch kaiserliche Bestätigung Gesetzeskraft. Die Beschlüsse der Gemeinden und kirchlichen Behörden können zu ihrer Ausführung den Schutz der Staatsbehörden in Anspruch nehmen. — Die Verschiedenheit der christlichen Bekenntnisse bildet keinen Unterschied im Genuß der bürgerlichen und politischen Rechte. Alle Beschränkung oder Dispensertheilungen,

*) Darin mag er ganz Recht haben. Es hat eben auch das Schlimme seine guten Seiten. Ohne das Unglück des italienischen Feldzugs stände die Reaktion in Oesterreich wohl noch in voller Blüthe. Sollen wir aber dafür dem Kaiser Napoleon etwa danken? Ihm war es doch wahrhaftig um ganz Anderes zu thun, als die Reaktion in Oesterreich zu stürzen.

habe seine Mittheilung der Königin vorgelegt, und Ihre Majestät, welche die Unabhängigkeit der europäischen Nationen achte, sey bereit, ihn als Gesandten des Königs von Italien zu empfangen; gleichlautende Instruktionen habe der Gesandte in Turin erhalten. Am 1. April sandet Russell die Note Azeglio's und seine Antwort an Hudson, den englischen Gesandten nach Turin, mit dem Bemerken, daß er keines neuen Beglaubigungsschreibens bedürfe.

Frankreich.

Die „Patrie“ erwidert den klerikalen Blättern, welche das neue Zirkular des Justizministers als eine Erinnerung an Nero und Diocletian bezeichnen, daß der Kaiser das Pantheon dem katholischen Kultus zurückgegeben, die Bischöfe in den Senat aufgenommen, das Kreuz auf dem Dom von Peking wieder aufgepflanzt habe, den Papst im Vatikan und die Christen in Syrien beschütze; Verfolgung sey auf ganz anderer Seite zu suchen.

Der Kassationshof hat wegen Formfehler das gegen den Kanonikus Mallet erlassene Urtheil aufgehoben und ihn vor ein anderes Geschwornengericht verwiesen.

Der „Karlsr. Ztg.“ wird aus Paris geschrieben, es seyen der Sohn des Fürsten Czartoryski und der Graf Zamoyski (Bruder des Leiters der Warschauer Bewegung) vom Kaiser Napoleon empfangen worden und hätten ihn gebeten, „offiziös“ zu Gunsten Polens in Petersburg zu interveniren. Der Kaiser bezeigte den beiden polnischen Fürsten zwar seine Sympathie für die gerechte Sache ihres Landes, legte aber außerdem eine Zurückhaltung an den Tag, worüber diese Herren nicht besonders erbaut scheinen. Daß übrigens die „Collision“ verfrüht eintrat, gestehen die Führer der Emigration offen ein. Einer Brüsseler Korrespondenz der „Köln. Ztg.“ zufolge glaubt man auch nicht, daß der Kaiser Napoleon dem König der Belgier den von mehreren Blättern angekündigten Besuch abstatten werde. Die beiden Höfe stünden gegenwärtig nicht in den freundlichsten Beziehungen. In Paris werde König Leopold beschuldigt, die Animosität des englischen Hofes durch seine Einflüsterungen zu nähren. Ebenso werfe man in Paris dem Berliner Kabinet vor, den russischen Hof gegen Frankreich einnehmen zu wollen.

Der „Courrier de Nantes“ meldet, daß sich das Gerücht verbreite, die Regierung habe die Absicht, die Nationalgarde auf einem großen Fuße zu rekonstituiren; Marschall Canrobert würde zum Oberbefehlshaber derselben ernannt werden. Es soll per Departement eine Legion, per Arrondissement ein Bataillon gebildet werden, und die Cadres, wie früher, Kavallerie und Artillerie in sich begreifen.

Italien.

Neapel, 11. April. In **Messina** entstand im 35. Regiment der Brigade Pistoja eine Meuterei. Die Anführer wurden nach den Militärgesetzen bestraft. — Zwei Kompagnien der Nationalgarde in **Neapel** stießen auf Garibaldianer, die mit Revolvern bewaffnet waren. Es kam zum Kampf, in dem einer getödtet, mehrere verwundet und viele der letztern verhaftet wurden. (Tel. d. Allg. Z.)

Turin, 13. April. Der Präsident der 2. Kammer verliest ein Schreiben von Garibaldi, worin dieser erklärt, er habe in seiner Antwort an die Arbeitergesellschaft weder den König noch das Parlament beleidigen wollen. Seine Ergebenheit gegen den König, seine Handlungen für das Vaterland seyen zu offenkundig, um sich rechtfertigen zu müssen. Das Benehmen aber, das man gegen die Südarmee (seine Freiwilligen) beobachte, habe seine Seele mit Verachtung gefüllt. (Bekanntlich hatten die Minister sich geweigert, alle von ihm ernannten Offiziere in das sardinische Heer herüberzunehmen.) Er schlage eine umfassende Nationalbewaffnung vor. — Die offizielle Zeitung enthält ein k. Dekret, das die Bildung von drei Freiwilligen-Divisionen anordnet, in welche die Garibaldi'schen Offiziere eintreten können. (T.d.A.Z.)

Das neue 7. Armeekorps wird unter dem Oberbefehl des Generals Garibaldi gebildet und ausschließlich aus Leuten bestehen, die das Alter der Konskription hinter sich haben und entweder nicht eingezogen oder nach vollbrachter Dienstzeit entlassen wurden und sich nun als Freiwillige melden; die Offiziere werden aus der aufgelösten Südarmee genommen; ihr Avancement aber soll bis auf Weiteres auf die Armee Garibaldi's beschränkt bleiben. Der Kriegsminister Fanti wollte durchaus nichts von diesem Korps wissen und verlangte, daß dasselbe wenigstens zur Hälfte — zwei Divisionen — aus regulären Truppen bestehen solle; er hat aber auf Cavour's Andringen nachgegeben. Cavour hat sich mit Garibaldi auf dieser Basis zu verständigen für klug erachtet. Die Trennung dieses 7. Armeekorps von der regulären Armee hat auch das Gute, daß sie den Uebelstand hebt, daß die Offiziere der aufgelösten neapolitanischen Armee, die in das italien. Heer eintreten, mit ihren ehemaligen Gegnern in demselben Regimente dienen müßten. (K. Z.)

Türkei.

§ **Wien**, 12. April. (Privat-Korrespondenz.) Was man über die Sendung vernimmt, mit der Garaschanin, unzweifelhaft der energischeste Staatsmann Serbiens, betraut ist, liefert den Beweis, daß Fürst Michael entschlossen ist, die Politik seines verstorbenen Vaters, des Fürsten Milosch Obrenowitsch, fortzusetzen. Garaschanin überbringt nach Konstantinopel eine Art Ultimatum, welches folgende Punkte enthält: 1) Anerkennung der Erblichkeit der Fürstenwürde in der Familie Obrenowitsch, 2) Abschaffung des alten Ustav (Verfassung), 3) gänzliche Entfernung der Türken aus Serbien. Fürst Michael behauptet, daß den Serben das Recht der freien inneren Verwaltung zustehe, daß sie sich demnach selbst einen neuen Ustav geben werden. In Betreff des 3. Punktes verweist der Fürst auf die kaiserlichen Hatischerife, durch welche die gänzliche Entfernung der Türken aus Serbien zugesagt wurde. Wenn die Pforte, was sehr wahrscheinlich ist, sich weigert, die Wünsche des Fürsten zu erfüllen, so würde derselbe in einer Note den europäischen Großmächten sein Recht auseinandersetzen und erklären, daß er entschlossen sey, sich das zu nehmen, was man, obwohl ihm gebührend, bisher zu geben verweigerte. Irren würde man, wenn man die Haltung, welche Serbien beobachtet, dem Einflusse Rußlands zuschreiben würde. Dieses steht in diesem Augenblicke dort in zweiter Linie. Garaschanin ist ein Gegner Rußlands. Sein Glaubensbekenntniß ist, die Freiheit und Unabhängigkeit Serbiens mittelst der Unterstützung Frankreichs zu erlangen, und seine Sendung nach Konstantinopel deutet darauf hin, daß auch Fürst Michael dieser Ansicht sich angeschlossen hat.

Rußland und Polen.

Warschau, 10. April. Die Behörde hat die **Stadtpost-Expedition** bis auf weitere Verfügung aufgehoben und die **kaufmännische Ressource** geschlossen. Zum näheren Verständniß dieser Maßregeln bemerken wir, daß die Stadtpost seit etwa einem halben Jahre vorzugsweise dazu benutzt worden ist, anonyme Droh- und Schreckbriefe unter die Leute zu bringen. Die kaufmännische Ressource hatte sich während der jüngsten Bewegung zu einer Art politischem Klub herangebildet. Dort versammelten sich allabendlich, außer den Mitgliedern und Aktionären, eine große Anzahl Männer aller Stände, um die Begebnisse des Tages durchzusprechen. Namentlich wurde dieses Lokal während der Amtirung des Bürger-Ausschusses frequentirt. Die Deputirten verlasen dort nämlich ihre Sitzungs-Protokolle. Hundert Hände waren in Bewegung, dieselben augenblicklich nachzuschreiben und Hunderte von Exemplaren coursirten den nächsten Morgen in allen Theilen der Stadt. (Berl. Börs.-Ztg.)

Warschau, 13. April. In der Ansprache bei Uebernahme des poln. Justizdepartement sagte Graf Wielopolski, daß er den Gerichtsbehörden die blutig gerettete Ordnung überliefere und daß es deren Sache sey, dieses Gut nun in Frieden zu behalten. Die öffentliche Ordnung sey die erste Bedingung des nationalen Fortschritts und dürfe nicht von einem Tage zum andern erbettelt werden.

„Pariser Blätter schreiben: „Bezüglich der **Warschauer** Ereignisse erfährt man, daß bei dem jüngsten Kampfe etwa 500 Menschen verschwunden sind (d. h. wohl: verhaftet wurden; es dürfte dies übertrieben seyn). Aus Kiew und Wilna sind Adressen der jungen Leute und Studenten eingetroffen, welche sich sehr sympathisch für die Sache Polens aussprechen.“

Asien.

Nachrichten aus **Cochinchina** melden: „Das anamitische Lager wurde am 17. Februar von den Franzosen und Spaniern nach einem sehr lebhaften Kampfe genommen. Der anamitische Artillerie-General befand sich unter den Todten.“

Nichtpolitische Zeitung.

München, 13. April. Die Salvatorbier-Quelle im Zacherlkeller ist versiegt. (München ist ruhig.) — Der Magistrat hat den Vorschlag der hiesigen Bierbräuer, an dem Sommerbiersatz 2 Pfennige per Maß nachzulassen, wenn auch der Magistrat seinerseits auf die zwei Pfennige des Lokalmalzaufschlages verzichte, abgelehnt, aus Rücksicht auf die Gemeindekasse. (München wird hoffentlich ruhig bleiben.) (Isar-Ztg.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht.

№ 104.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Montag, 15. April 1861.

Deutscher Bund.

ꝺ **Frankfurt**, 14. April. (Privat-Korresp.) In der gestrigen Sitzung der Bundesversammlung gab dieselbe dem von der Handelsgesetzgebungskommission in Nürnberg ausgearbeiteten Gutachten, in welcher Weise im Hinblicke auf die Verschiedenheit der bei der Bundesversammlung abgegebenen Erklärungen der einzelnen Regierungen sowohl bezüglich der Ausführung des Art. 2 der allgemeinen deutschen **Wechselordnung** als auch der übrigen hierüber bestehenden Kontroversen eine Uebereinstimmung zu erzielen sey, ihre Zustimmung.

** **Bayern.** **München**, 13. April. (Privat-Korresp.) Der erst am 22. Mai v. J. zum erblichen Reichsrath ernannte Graf Jos. v. **Deym**, Generalmajor à la suite und Kreiskommandant der Landwehr von Niederbayern, ist im 74. Lebensjahre auf seinem Schlosse zu Arnstorf in Niederbayern gestorben. Wegen Alters und Kränklichkeit war es dem Verlebten nicht möglich, seinen Sitz in der hohen Kammer einzunehmen; die erbliche Reichsrathswürde geht nun auf seinen ältesten Sohn über, den Lieutenant à la suite Graf Otto v. Deym, geb. 1815. — An die hohe Kammer der Reichsräthe sind in Betreff des Antrages des Abg. Dr. Paur, die Ansässigmachung der Israeliten betr., Vorstellungen aus folgenden kleinen altbayerischen Märkten und Städten eingelaufen: Vilsbiburg, Rosenheim, Murnau, Velden, Tölz, Berchtesgaden und Reichenhall. Die Gewerbs- und Handelsleute dieser Orte sind es, welche die Vorstellungen eingesendet haben; — ob dieselben irgend einen Erfolg haben, möchte zu bezweifeln seyn, nachdem sich die k. Staatsregierung so entschieden für den Antrag ausgesprochen und die Kammer der Abgeordneten denselben fast einstimmig angenommen hat.

Preußen. **Breslau**, 12. April. Das heutige „Pol.- und Fremdenblatt“ meldet die Ankunft einer großen Zahl vornehmer und reicher Familien aus Russisch-Polen, namentlich aus Warschau. Ein Beweis, daß man die dortigen Zustände für so bedenklich hält, daß man es vorzieht, den einstweiligen Wohnsitz im Auslande aufzuschlagen.

Oesterreich. **Wien**, 10. April. Die lindischen Wahlen zur Pesther Stadtvertretung (Gemeindebevollmächtigte) machen hiesige Freunde der Ungarn bedenklich. Es wäre ein schlechter Witz, wenn Einzelne ihre Stimmen Personen wie Louis Napoleon, Plon-Plon, Viktor Emanuel, Garibaldi, Cavour, Vincke u. s. w. gegeben hätten; thun es Hunderte, und erwägt man zugleich, daß Kossuth's radikaler Freund Teleki bereits den liberalen Deak vollständig verdunkelt, so begreift man, daß das revolutionäre Fieber in starkem Wachsen ist und bei erster Gelegenheit den Rechtsboden verlassen kann. Und was dann? Der Rechtsboden gibt der Nation ihre Kraft, sichert ihr die Sympathien des Auslandes; treibt die Bewegung wieder in die Strömung von 1849, so kann Ungarns und zugleich Oesterreichs Sache leicht unwiederbringlich verloren seyn. Bei den erwähnten Wahlen hat Kossuth 976, Klapka 933, Türr 835, Perczel 895, Pulszky 597, Kmety 433, F. Vetter*) 456, Kaiser Napoleon III. 213, König Viktor Emanuel 133, Prinz Napoleon 92, Garibaldi 437, Vincke 38 Stimmen erhalten. Auch auf Cavour, General Cialdini und den englischen Legationssekretär Dunlop waren mehrere Stimmen gefallen. (Zeit.)

Wien, 10. April. Ein arger Skandal wird in dem Feuilleton eines hiesigen Abendblattes aufgedeckt; danach hätte ein liberaler Landtags-Abgeordneter einen der populärsten seiner Parteigenossen wegen einer durch Cession erlangten Forderung von 200 fl. executivisch verfolgt. Es ist ein öffentliches Geheimniß, daß Dr. Berger, der bewunderte Vertheidiger Richters, dieser Gläubiger, Franz Schuselka das Opfer seines „politischen Freundes“ ist.

*) Diese sechs lauter politische Flüchtlinge.

Franz **Pulszki**, bekanntlich nächst Kossuth das hervorragendste Mitglied der ungarischen Emigration, erklärt von Turin aus seinen Wählern, daß er seinen Sitz auf dem ungarischen Landtag einnehmen werde, sobald derselbe die Rückkehr der Verbannten beschlossen haben werde; mittlerweile möge man an der Continuität des Rechts festhalten und die 800jährige Verfassung Ungarns nicht einem sechs Monat alten österreichischen Diplom opfern; Kroatien, Slavonien, Dalmatien und die Militärgränze durch freundliches Entgegenkommen zu gewinnen suchen, sich aber jeden Zwangs enthalten; die Gesetze müßten nach den Ideen der Zeit geändert werden, darum möge man von den Vorurtheilen gegen die Juden ablassen. Keine Nation habe ihre Freiheit und Selbständigkeit noch ohne große Opfer von Geld und Blut erworben; sey Ungarn nun so glücklich, letzteres zu ersparen, so müsse es mit ersterem nicht kargen und seinen vollen ihm verhältnißmäßig zukommenden Antheil der Staatsschuld übernehmen, gleichviel ob Oesterreich zu ihrer Emission berechtigt gewesen und wie es sie verwendet habe, denn dies ginge die meist auswärtigen Gläubiger durchaus nichts an; jedes andere Verfahren würde dem Kredit Ungarns schaden, das zur Entwicklung seines Ackerbaues und Gewerbfleißes noch lange Zeit fremden Kapitales bedürfe.

Krakau, 10. April. Die Aufregung, die in Folge der Nachrichten aus Warschau hier herrscht, ist kaum zu beschreiben. Heute erschien der größte Theil der Bevölkerung Krakau's in Trauer. Um 11 Uhr wurden alle Kaufläden geschlossen, zu Tausenden strömte die Menge in die Marienkirche, so daß dieselbe die später Ankommenden nicht mehr fassen konnte. Der ganze innere Raum war schwarz drapirt; ein feierliches Todtenamt für die Seelen der am 8. d. M. in Warschau Gefallenen wurde abgehalten. Unter Schluchzen und Thränen aller Anwesenden erscholl vom Chore das mächtige: dies irae, dies illa, worauf Alle auf die Knie sanken und mit dem Chore unter Begleitung der Orgel das inbrünstige Gebet anstimmten: „Heiliger Gott, heiliger Herr, erbarme Dich ob uns.“ Nach beendigtem Gottesdienste zerstreute sich die Menge in der größten Ruhe. In den hiesigen maßgebenden Kreisen wurde beschlossen, den Wiener Reichsrath zu beschicken.

Großbritannien.

London, 13. April. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses fragte **Baillie** wegen Holsteins und wünschte die Vorlage der betreffenden Korrespondenz mit Preußen und Dänemark. Lord J. **Russell** antwortete mit einer weitläufigen historischen Auseinandersetzung, gab beiden Theilen Recht und Unrecht, und sagte, Dänemark wünsche einen Vergleich (ja wohl — so einen, wobei ihm alle Vortheile bleiben). England sey bemüht, eine Ausgleichung zu bewirken, ebenso die übrigen Mächte. Es sey Gefahr im Verzuge. Der Einmarsch deutscher Truppen dürfte einen Krieg veranlassen. Beide Parteien seyen erbittert; außerdem wünschten die deutschen Volksvereine (soll der Nationalverein damit gemeint seyn?), wenngleich nicht die preußische Regierung und die übrigen deutschen Regierungen, eine Vereinigung Schleswigs mit Deutschland, wogegen Schleswig anscheinend dänisch bleiben möchte; kurz, beide Parteien hätten gerechte Beschwerden, und beide zeigten leider wenig Versöhnungsgeist. (Lord Russell muß wirklich kuriose Vorstellungen von der holsteinischen Sache haben, wenn er im Ernst so reden kann.) (Tel. d. Köln. Z.)

Die Korrespondenz zwischen Russell und Azeglio über die Anerkennung des Königreichs Italien ist nun veröffentlicht. Am 19. März zeigt Azeglio die Annahme des Titels König von Italien von Seiten Viktor Emanuels an, wodurch Italien seine eigene Existenz aller Welt kund gebe; England, das seine Wohlfahrt denselben Grundsätzen, die Italien leiten, verdanke, werde dies mit Freuden sehen. Am 30. März antwortete Russell, er

ten, um Garibaldi mit der Regierung zu versöhnen, daß aber der Exdiktator in diesen Bemühungen nur Zeichen der Angst des Ministerium ihm gegenüber erblicke und daß dadurch seine Ansprüche, mit unbegrenzter Selbständigkeit und nur nach eigenstem freien Ermessen zu handeln, von Tag zu Tag in bedenklicher Weise wachsen; dann heißt es weiter: „Im Gefolge zweier Begegnungen, die er mit dem König gehabt, hat Garibaldi von dem General Fanti den Vorschlag vernommen, zwei aus den frühern Freischaarenkorps gebildete Divisionen unter seinem unmittelbaren Befehl, jedoch unter der Bedingung zu behalten, daß sie als integrirender Theil der königlichen Armee unter die Kontrole des Kriegsministerium gestellt würden. Garibaldi hat dieses Anerbieten nicht nur rundweg abgewiesen, sondern auch einen neuen Besuch des Ministers des Innern, der wahrscheinlich neue Vorschläge hatte überbringen sollen, abgelehnt. Uebrigens ist er stets von seinem Generalstab umgeben, wie ein Armeebefehlshaber in seinem Zelt oder ein Souverän an seinem Hofe. Mittlerweile dauern die Werbungen seiner Freunde fort und Alle sollen sich für den ersten Ruf bereit halten. Klapka ist wieder in Turin angekommen.“

Rußland und Polen.

Warschau, 9. April. Die „Warschauer Zeitung“ enthält Folgendes: „Auf einen heute mir ausgesprochenen ausdrücklichen Befehl Sr. Durchlaucht des Fürst-Statthalters wird hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht: 1) Es ist verboten, beschlagene Stöcke zu tragen. 2) Abends nach 10 Uhr ist es verboten, auf der Straße ohne angezündete Laterne zu erscheinen. 3) Den Verwundeten ist es untersagt, sich auf den Straßen zu zeigen. Der funktionirende Oberpolizeimeister Oberst. Rozwadowski.“

Nichtpolitische Zeitung.

In der Elberfelder Waisenhausangelegenheit hat der Gymnasialdirektor Dr. Bouterwek, der einstweilen mit der obern Leitung der Erziehung betraut worden war, einen Bericht erstattet. Er erklärt darin, 13 Knaben und ein Mädchen hätten ein ausführliches Bekenntniß abgelegt, jene Krämpfe oder Konvulsionen seyen lediglich ein Werk absichtlicher Verstellung gewesen. Als Beweggrund geben dieselben an, sie hätten nicht zur Schule gehen, oder: sie hätten im Bette bleiben wollen, oder: sie hätten es so machen wollen, wie sie gelesen oder gehört hätten, daß es in andern Ländern geschehen sey rc. Noch sechs andere Knaben und fünf Mädchen sind von ihren Genossen oder sonst bezichtigt, sich gleichfalls verstellt zu haben. Von einer weitern Vernehmung der Kinder ist aus Rücksicht der Schwierigkeit des Befragens und wegen der Befürchtung übler moralischer Folgen Abstand genommen. Die gesammte provisorische Direktion spricht das Ergebniß ihrer Wahrnehmungen in einem Protokolle dahin aus: 1) daß nach ihrer Ansicht die Mehrzahl der von Krämpfen befallenen Kinder solche erheuchelt habe, ein anderer Theil dagegen durch Schreck oder Mitleidenschaft in solche verfallen sey; 2) daß eine andere dauernde Beschädigung an Körper und Geist für die Kinder daraus nicht erwachsen sey.“

Neueste Nachrichten.

Turin, 10. April. Rattazzi, Buoncompagni und Malenchini verfügten sich im Namen der Kammermajorität zu Garibaldi, um Aufklärung über seine zu den Vertretern der Arbeitergesellschaften ausgesprochenen Worte in Caprera zu verlangen. Garibaldi erwiderte der Deputation, daß er die Kammer nicht beleidigen wollte (er hatte unter Anderm gesagt, es säßen pflichtvergessene Männer darin), aber daß es nicht nöthig sey, seine den Arbeitern gesagten Worte zurückzunehmen. (Tel.d.Ostd.Post.)

Turin, 13. April. Garibaldi soll eine Fraktion in der Kammer zu bilden beabsichtigen, und die Feindseligkeiten gegen das Ministerium mit einer Interpellation bezüglich Venedigs beginnen. Liborio, der dieser Tage aus Neapel hier eintraf, interpellirt über den finanziellen Zustand Neapels. Man spricht darum bereits in einigen Cirkeln von einem frühern Schluß der Session. Garibaldi hat eine Einladung zur k. Tafel abgelehnt.

Neapel, 10. April. Die Soldaten der ehemaligen neapolitanischen Armee befanden sich bisher in ihrer Heimath. In Erwägung, daß sie die Ruhe ihrer Gemeinden bedrohten, wurden dieselben einberufen (d. h. mit andern Worten: die sardinische Regierung fürchtet, sie möchten sich den neuen Aufstandsversuchen anschließen, und holt sie deßhalb in die Kasernen). (T.d.Ostd.P.)

Neapel, 11. April. Eine piemontesische Truppenabtheilung war nach Capua bestimmt, als sie plötzlich Befehl erhielt, nach den Abruzzen aufzubrechen. Mobile Kolonnen durchziehen das Land. Die Verhaftungen dauern fort. Auch Bischöfe befinden sich unter den Verhafteten. Die „Reaktion“ (der Anhang König Franz' II.) erhebt sich von Neuem. (T. d. Allg. Z.)

* Die Freischaar, welche in Spizza gelandet ist, spukt noch immer in den Blättern herum. Während neuerlich die Pariser „Patrie“ behauptet, es seyen etwa 50 Garibaldianer gewesen, und im Ganzen hätten sich nach und nach 500 solcher Freischärler nach Montenegro durchgeschlichen, versichert im Gegentheil der „Courrier de Lorient“, es seyen in Spizza nur wenige Personen als Bedeckung für einen Pulvertransport gelandet.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	75 G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	59¾ P. ½ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	48⅜ P. ⅛ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	40½ G.
"	4½ pCt.	—
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	87 P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102¾ P.
"	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102⅛ G.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102⅜ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	100 G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-K. dto.	100 G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Würtlemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104¼ P. 104 G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	94⅜ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	103 P.
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	95 P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	101⅞ P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	94¼ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	101⅜ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	99 G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98¾ P.
"	3 pCt. Obl.	91¼ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47⅛ P.
"	1¾ pCt. " " "	40⅞ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	98¼ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	109¼ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	542 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	120½ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	177 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	75 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien	66½ G.
Internationale Bank in Luxemb.	82 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	315 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	68⅛ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	214 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	118 P. 117 G.
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	71½ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	23⅛ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 8 pCt.	127⅛ P.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	99¼ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50¼ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	232 G.
Span. Handels- u. Industrie	510 P.
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire	456 G.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	103⅜ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99½ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105½ B. ¼ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96⅛ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105⅜ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ G.
London Lst. 10 k. S.	118 B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	98 G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	77½ B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	71½ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	47¾ P. ⅜ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	55¾ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	130 P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	53¼ P.	" fl. 25 do.	34⅝ P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	88½ P. 88 G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	34½ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	118½ G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	49¾ G.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	36 G.
Badische fl. 50	90 P.	Vereins-Loose fl. 10.	10⅞ P.
Badische fl. 35	52½ G.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11⅛ P. 10⅞ G.

Frankfurt, 13. April. In Folge niedrigerer auswärtiger Notirungen konnten sich österr. Fonds und Industrie-Aktien nicht ganz auf der gestrigen Höhe behaupten. Auch Wechsel auf Wien wurden etwas billiger angeboten. In den übrigen Fonds keine wesentliche Veränderung. Das Geschäft war höchst unbedeutend. (Synd.)

Gläubigen, zu welcher jedes bedeutende Volk seinen Kontingent stellt, was haben nun diese? Ein Christenthum, allgemein, katholisch, nicht national — einen Glauben, der sich immer gleich bleibt, und was diese 200 Millionen glauben, das darf und kann der Papst nicht anders glauben und lehren, das muß der Papst halten und diese 200 Millionen werden auch ihn nicht fallen lassen. Es sind schon die bereitwilligsten Opfer, schon Blut verschiedener Nationalitäten für seine edle und gerechte Sache geflossen und die nächste Zeit wird zeigen, daß durch die reichlichen Beiträge besonders des Klerus ihm die Mittel zu seiner fernern Existenz dargereicht werden können. Die Sage geht, daß, als Apollo geboren werden sollte, die Insel Delos aus dem Meere sich erhoben, um diesem neuen Gotte als Geburtsstätte zu dienen. Was einem Gotte der Mythe gewährt wurde, wird dem Stuhle Petri wohl kaum versagt werden und, wenn es nöthig seyn sollte, auch ihm seine Insel Delos irgendwo erstehen."

Deutscher Bund.

Bayern. München, 12. April. Se. Maj. der König hat die bei dem Bezirksgerichte Kempten erledigte Sekretärsstelle dem Accessisten des Bezirksgerichts Donauwörth, Ant. Biersack, verliehen. (N. M. Z.)

Preußen. Die polnische Trauerfeier, die am 10. April in Trzemeszno stattfinden sollte, ist, wie die „Posener Zeitung" berichtet, „wegen eines rituellen Hindernisses" auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Hannover. Hannover, 11. April. Die Mitglieder der von der neulichen Versammlung erwählten Deputation an den König sind, wie schon erwähnt, heute Abends, ohne auf ihre Bitte um Audienz mit irgend welchem Bescheid versehen zu seyn, abgereist. Die Adresse war zugleich mit dieser Bitte Sr. Majestät übergeben. Die deutsche Frage wird darin nur in allgemeinen Ausdrücken berührt; über die inneren Zustände heißt es in der Adresse: „Wohlfühlen muß sich der Deutsche in seiner Heimath, um sie mit Erfolg vertheidigen zu können. So ist es, mit Schmerz sprechen wir es aus, in unserem Lande nicht. Eine von Ew. königl. Majestät hochseligem Herrn Vater mit den Ständen des Landes auf gesetzlichem Wege vereinbarte Verfassung, unter deren Herrschaft die Wohlfahrt des Königreichs in raschem Emporblühen begriffen war, ist beseitigt durch einen unberechtigten Eingriff des Bundestags, und an die Stelle des alten Verfassungsrechts ist eine Verordnung getreten, welche keine Gewähr für gesicherte Zustände und eine gedeihliche Entwicklung darbietet. Fast alle Freiheitsrechte des Landes sind gefallen, die Freiheit der Presse, der Versammlung, ja, selbst der Bitte auf das Wesentlichste beeinträchtigt. Ein Ministerium, dem das Vertrauen des Landes völlig fehlt, hat die Einwirkung der Vertreter des Landes auf die Verwaltung des politischen Körpers auf ein äußerstes Maß zurückzuführen gewußt, die früher so blühenden Finanzen des Landes ernstlich gefährdet, die Steuerlast schon jetzt im Frieden erheblich vermehrt, die Selbständigkeit der Städte und Communen wesentlich beschränkt und seine Aufgabe überhaupt darin gesucht, in immer größerer Ausdehnung an die Stelle lebendiger Theilnahme des Volkes an der Verwaltung von Staat und Gemeinde die vorgeschriebene Thätigkeit öffentlicher Diener zu setzen, welche es durch eine veränderte Gesetzgebung und Praxis fast unbedingt abhängig gemacht hat. Dies Alles hat im Königreich eine tiefe und durch alle Kreise verbreitete Mißstimmung hervorgerufen, eine Mißstimmung, welche, in solchem Umfange gefährlich in allen Zeiten, unter den jetzigen schwierigen Verhältnissen das Heil und die Zukunft unseres Landes im innersten Kern zu zerstören droht. Nach unserer innigsten Ueberzeugung gibt es nur einen möglichen Weg heilsamer Umkehr — Beseitigung des jetzigen Verwaltungssystems, Wiederherstellung des alten verfassungsmäßigen Landrechts. Dann, Allergnädigster König und Herr, wird das hannover'sche Volk wie in den Tagen der Abschüttelung der Fremdherrschaft alle Opfer willig tragen, allen Gefahren freudig und muthig entgegengehen und nach altem Brauche überall da in vorderster Reihe stehen, wo es gilt, deutsches Recht und deutsche Freiheit zu vertheidigen." (Köln. Ztg.)

Großh. Hessen. Wie der „Frankf. Postz." mitgetheilt wird, ist der großh. hess. Staatsminister v. Dalwigk auf 14 Tage nach Paris gereist.

Italien.

Ein Turiner Bericht des „Constitutionnel" erzählt, daß nicht aus Schwäche, wohl aber aus Klugheit, Billigkeit und mit größter Aufrichtigkeit die Minister Cavour, Minghetti und General Fanti als die drei einflußreichsten Mitglieder des Kabinets, Alles aufbie-

---

nach dem Eindrucke, den dieses großartige Werk nach einmaligem Hören auf den Zuhörer macht, und nur durch die Reproduktion des geistigen Inhalts von Seite des Konzertgebers zu machen im Stande ist, wohl einerseits ein Gemälde tiefen Seelenschmerzes in großen Leiden, ausgeprägt in den Akkorden des Adagio, andererseits doch auch jenes einer hoffenden Ahnung erwartungsvoller Freuden, bezeichnet in der eingewebten Fuge und besonders in ihrem Schluß, abwechselnd übergehend eines in's andere, wie diese beiden Seelenstimmungen oft ja auch im Gemüthe in einander übergehen, wobei der ideele Inhalt aber in eine eigenthümliche sonst der Sonate ungewöhnliche Form in eine fortlaufende sich verschmelzende Behandlung der genannten beiden Ausdrucksweisen gebracht ist. Die folgende Piece des Konzertes, eine Konzertante für die Violine, mit mehr untergeordneter Begleitung des Klaviers von Spohr, eine die Eigenthümlichkeiten des Genannten bezeichnende Composition, wurde von Herrn Kömpel, der den Geist seines Meisters gleich geistig aufzufassen vermag, und dessen glanzvolle Eigenschaften in klassischer Gediegenheit rein wie Gold, in wahrhaft tiefer Empfindung, ferner in Behandlung seines Instruments in großem Style bei ebenso markigem, vollstem als zartestem Tone bestehen, mit den genannten Vorzügen, in so weit sie und in so ferne sie in dem gespielten Duo Veranlassung gaben, vorgetragen.

Den Beschluß des Konzertes bildeten 3 Kompositionen neuer und neuester Zeit, wobei die alte Zeit eben nicht in Nachtheile kam. Da natürlich der Konzertgeber nach seiner großen Aufgabe nur vorzugsweise Bezeichnendes und Charakteristisches, immer aber Gediegenes bestimmter Zeitperioden, sey es mehr im Technischen oder im Wesenhaften, oder in Beiden zugleich zusammenstellt, ohne auf die absolute Schwere des Werkes, deren Schätzung ja wiederum nur auf der Subjektivität der Zuhörenden beruht, zu sehen, so kann bei einer solchen Zusammenstellung ein unwillkürlicher Vergleich nicht ausbleiben. Von diesen dreien ist die letzte Piece, ein Saltarello von Alkan in Paris, entsprechend seinem Namen, ein wahres Meisterstück der auf die schwindelndste Höhe gebrachten Klaviertechnik mit den gewagtesten wunderbarsten Sprüngen und Griffen, das nur von einem Meister, wie Mortier ist, nach seinem exaltirten Inhalte und seiner eminenten Schwierigkeit gespielt werden, und dem man nur unter der Behandlung solcher Hände, unter welchen kein Nötchen verloren geht, folgen kann.

Hr. Mortier de Fontaine wird auf seinen Wanderungen durch Deutschland die größte Anerkennung, den gerechtesten Applaus und die verdiente Bewunderung, die ihm in München, Mannheim und hier*) zu Theil ward, für sein begeistertes Streben und seine großartigen Leistungen sicherlich finden, viel zur Hebung des Geschmacks an älteren gediegenen Werken, viel zur Erkenntniß ihres Werthes, ja selbst der neueren Musik, die unter solcher Behandlung doch auch nur gewinnt, beitragen; ja es wird endlich sogar ein solcher geistiger Austausch beider Nationen, die jetzt leider künstlich von einer Seite aufgehetzt, sich temporär schroff gegenüber stehen, seine Früchte tragen, dieser zwei Nationen, die wenigstens in Kunst und Wissenschaft durch ein innigeres Band verbunden sind, als man zu glauben pflegt, insbesondere in dem Zweige der Musik; denn kein Volk Europas besitzt die Fähigkeit und die Kunst, in so hohem Grade deutsche Musik zu verstehen, zu empfinden und zum Vortrage zu bringen, als jenes der Franzosen; der Engländer gewiß nicht, denn es ist kein Faden Baumwolle darinnen, ebenso so wenig der Italiener, denn die Form unserer Musik, vielleicht auch ihr Wesen, hat für ihn, wie unsere ganze Art, etwas Barbarisches**) und wird es stets haben: und der Deutsche, mangelt ihm etwa wohl die Begabtheit, die Grazie, den berechtigten Realismus, den objektiven bestimmten klaren Ausdruck besonders in der Opernmusik, den Fluß der Melodien; und das entschiedene Talent geistiger Auffassung und inniger leidenschaftlicher, und dabei doch stets anmuthiger Darstellung dieses Volkes zu begreifen? Gewiß nicht, das kosmopolitischste Volk des Erdballs hat für Alles auf der Welt Verständniß, nur leider vielleicht — für sich selbst nicht.

Würzburg, 13. April 1861. **H.**

*) Es wurde ihm in diesem Konzert ein Lorbeerkranz unter der allgemeinsten Zustimmung des so zahlreich versammelten Publikum zugeworfen.

**) Grand ignoranza, case di legno, sempredi neve, dummes Volk, hölzerne Häuser, ewiger Schnee, sagt der Italiener heute noch von Deutschland, und mehr noch wie früher.

wäre derselbe darum doch nicht, denn sollte nicht die öffentliche Meinung von ganz Europa, noch mehr, von 200 Millionen Katholiken stark genug seyn, den päpstlichen Stuhl zu schützen? Wir haben in Deutschland an der Stadt Frankfurt das Beispiel, daß die öffentliche Meinung, dieses öffentliche Gewissen, hinreichende Bürgschaft und Schutz ist für die Freiheit eines unabhängigen kleinen Staates, warum sollte nicht auch der päpstliche Stuhl Schutz in dieser öffentlichen Meinung finden? warum Rom nicht seyn was Frankfurt? vorausgesetzt, daß Rom es vorzieht, Weltstadt zu bleiben, der Sitz des Oberhauptes von 200 Mill. Katholiken aller Länder, statt Hauptstadt des piemontesischen Reiches zu seyn, auf welch letzteren Titel auch andere Städte den gleichen Anspruch haben. Auch ist es sehr unwahrscheinlich, daß Neapel unter der Herrschaft Piemonts bleibt und ist das losgerissen, so wäre Rom Gränzstadt und um so weniger geeignet, Hauptstadt zu seyn. Rom ist durch seine Geschichte zur Hauptstadt eines geistlichen Reiches bestimmt und wird wohl nicht das Schlimmere dem Besseren vorziehen. Die Lage des Kirchenstaates in dem jetzigen Augenblick ist eine wirklich tragische, d. h. eine solche, daß nicht menschlicher Scharfsinn einen Ausweg aus diesen Verwicklungen der Verhältnisse zu finden im Stande ist, und tritt dieser Fall einmal ein, so muß der Gerechtigkeit Gottes Raum gegeben werden. Auch die Lage des Papstes ist tragisch; Niemand ist im Stande, ihm irgend wie Rath geben zu können; er ist völlig rathlos und kann darum auch nicht anders handeln, als er wirklich thut. Er hat die heiligsten Verpflichtungen, das ihm anvertraute Reich zu bewahren; er darf willkürlich nichts verschleudern; er muß darum gegen die Wegnahme seiner Staaten protestiren, da ein Recht dazu gar nicht da ist; seine Regierung aber ändern, das kann er mit dem besten Willen nicht, da er in seinem Reiche unter den Laien keine Männer findet, welche hinreichende Bildung und Treue haben, um eine solche Umgestaltung durchführen zu können. Es war bisher Pflicht der Selbsterhaltung, die Aemter unter geistliche Verwaltung und Bevormundung zu stellen und den Papst kann deshalb kein Tadel und Vorwurf treffen. In dieser gegebenen Weise aber könnte die Regierung doch wieder nicht fortbestehen, da das Volk sich nie mehr mit der geistlichen Verwaltung versöhnt haben würde. Menschlicher Weise kann daher eine Lösung dieses Knotens nicht abgesehen werden. Ist doch selbst in Deutschland die Verwirrung unlösbar für menschliche Macht, und auch da muß eine höhere Macht den Knoten lösen. Niemand kann sagen, ob nicht selbst Mitteleuropa eine gänzliche Umwälzung in nächster Zeit bevorstehe, Niemand weiß, was bleiben, was zusammenbrechen wird. Nur Eines ist gewiß, ein Institut wird siegreich aus allen Erschütterungen des Bestehenden hervorgehen, das ist der Stuhl Petri. Diese Verheißung verkündet uns die heilige Schrift und verbürgt uns die Natur der Sache selbst. Der päpstliche Stuhl kann nie untergehen, denn er ist keiner menschlichen Gewalt erreichbar und wenn auch der Kirchenstaat zerstückelt wird, so ist noch nicht der Saum des Gewandes berührt. Was allein irdische Macht vermag, ist höchstens den päpstlichen Stuhl zur Veränderung seiner Stätte zu nöthigen. Der päpstliche Stuhl kann nicht zerstört werden, weil er unentbehrlich und unersetzlich, der Schlußstein der Kirche ist. Diese Kirche aber ist eine Weltkirche, die einzige Genossenschaft, in deren Schooße jede Nationalität ohne eigene Beeinträchtigung Raum findet. Wird der Schlußstein hinweggenommen, fällt das ganze Gebäude auseinander und es gibt so viele Kirchen, als es Nationen und Regierungen gibt, und jeder Einzelne hätte den Glauben seiner Kirche, aber nicht der Kirche. Das ist aber nicht so; von den 200 Millionen Katholiken haben alle nur Einen Glauben, ohne daß dadurch die einzelnen Nationalitäten verletzt würden. Alle wollen nur der Kirche angehören, alle sich unter die Gemeinschaft des Papstes fügen, und diese Gemeinschaft, diese Kirche wird bestehen, weil Gott es will und der Katholik es glaubt. Wohl gibt es Feinde der weltlichen Herrschaft des Papstes, keine aber der geistlichen Gewalt desselben. Selbst solche, die außerhalb der katholischen Kirche stehen, wenigstens jeder Denkende wird nur die weltliche Macht des Papstes, nicht aber die päpstliche Gewalt an sich verwerfen, als den Mittelpunkt einer so großen geistigen Gemeinschaft, als geistlichen Vorstand der Völker; sich demselben aber fügen wollen sie nicht, weil er anders lehrt als sie. Auf die Frage aber, wie soll er denn lehren, kommen von allen Enden der Welt Antworten, und was in Wittenberg von 1520—46 gelehrt wurde, was die hohe Intelligenz in Berlin, was in Genf ein Calvin, in England eine Königin Elisabeth zur Welt befördert haben, was der Czar von Rußland als Dirigent der heil. Synode ausspricht und die neue Zukunftskirche nur als Bruchstücke, als Provisorium erklärt, bis Gott die rechte Kirche ins Leben ruft, das Alles macht den gleichen Anspruch auf Wahrheit, auf echte, allein richtige Lehre. Auf der andern Seite ist eine Gemeinschaft von 200 Millionen

---

geben an ungebundenere Gemüthszustände, ohne die Strenge der Schule ihres Vaters zu bemerken. Bei einer mehr als oberflächlichen Betrachtung dieser 3 Musikstücke, so wie des folgenden, des Studio des Durante, möchte Einem die nicht uninteressante Beobachtung auffallen, daß in der Klaviermusik, speziell in diesen 4 Piecen, wie natürlich auch im Allgemeinen in der Komposition großer Meister früherer Jahrhunderte, die Grundform bestimmter charakteristischer Ausdrucksweisen in ihren begrenzten Rahmen theils schon angedeutet, theils schon in mehr je nach dem herrschenden Zeitgeschmack und dem Grade der Technik entsprechender Gestalt zu finden sind. So wie im Bereiche der Idee, der Gedanken und der Vernunft bei den Griechen z. B. die Hauptformen der Philosophie, in ihrer politisch sozialen Existenz jene des Staatslebens, in der Poesie die noch zur Stunde bestehenden Abtheilungen, bei dem germanisch damals als barbarisch verschrienen Volke die Linien des jetzt sich immer mehr ausbildenden germanischen Rechts — man denke an die Schwurgerichte — zu Grunde gelegt sind, so ist auch im Affetuoso schon das Vorbild des gesteigerten leidenschaftlichern bewegten Ausdrucks, das man heute in jedem Salon für neu ausgeben könnte, in der Polonaise (einem Adagio) von Friedemann Bach, dem unglücklichen Sohne Sebastian Bach's, ein tiefer Seelenschmerz in schon wie oft gehörter Form zu finden, und ein anderes in dem genialen Studio von Durante in einer Fuge gegeben, in der neben ihren beengenden Schranken schon die Freiheit des Geistes in den Zwischensätzen die Ketten des streng gebundenen Styls zu sprengen sucht. Wurde dieß Alles von Hrn. Mortier de Fontaine mit gewohnter Vollendung und Meisterschaft wiedergegeben, so war der Vortrag des pathetischen Andante von Haydn nebst dem frisch belebten Presto schon wundervoll, ja wundervoll. Welche Grandezza des Zeitalters, welche Gemüthlichkeit des Komponisten, welcher treffliche Vortrag des Konzertgebers, welcher Takt im Takte des Presto! — Diesem folgte ein Trio von Mozart, eine bezaubernde Komposition, wie man sie kaum mehr hören kann, sie ist von einem hinreißend melodischen und harmonischen Fluß bei aller Einfachheit des Baues und der Construktion, von solcher naiver Erfindung, daß man in diesem Werke den Stempel des göttlichen Genius auf dessen Stirne gedrückt augenblicklich erkennt. In allen Trios und Quintetts des großen Meisters, der sich so offen den Herzen offenbart, kann man die verschiedenen Stimmungen der Seelenzustände oder die Vorstellungen und gegenseitig erweckten Empfindungen, unter deren Eindruck sie geschaffen sind, errathen und durchfühlen, hier ist aber ein so durchgeistigter beseelter Inhalt, man möchte sagen, fern von aller menschlichen Leidenschaft, die nur im Finale, in dem die Wogen des Herzens höher schlagen, sich beurkundet, in solcher wunderbaren graziösen Form und solcher vollendeter Schönheit vorhanden, daß man wohl dieses Trio als die drei Grazien der Klavierterzettel benennen dürfte. Man muß dem Konzertgeber Dank wissen, daß er dieses bescheidene Veilchen, das bis jetzt im Verborgenen blühte, in den Blüthenkranz der Mozartischen Komposition einzubinden — zum ferneren Genusse — gezeigt hat.

Welch' großer Unterschied, ja welche Kluft liegt zwischen diesem Trio und der folgenden Sonate Beethoven's! Ist es doch, als sollte uns die unerschöpfliche Tiefe der menschlichen Natur und ihrer Verschiedenheit hierselbst bis zum Extreme dadurch klar gemacht werden! Ist die Wesenheit Beethoven's und seiner Schöpfungen überhaupt in einem menschlichen Kampf des Geistes mit dem Gemüthe, seiner moralischen Seiten mit der Leidenschaft, vielleicht sogar das Ringen der menschlichen Vernunft mit den Problemen des Lebens zu suchen und zu finden, ist sonach Beethoven der größte Denker auf dem Klavier, insbesondere in der Sonate, der Symphonie dieses Instruments, in welcher er in ungehindertem Flusse seine Seele aushauchen konnte, und würde er durch seinen Genius unserer Welt seine Gedanken, Ideen und Empfindungen in Worten anstatt in Tönen darzustellen berufen gewesen seyn, so würde er vielleicht ein tiefsinniges Werk über das Schicksal, über die großen Räthsel des Lebens für die Nachwelt hinterlassen haben, und geht ein Zug von tiefer Schwermuth und doch wieder von Manneskraft, Ahnungsvolles, nicht zu Lösendes durch seine Werke, eine Tiefe der Subjektivität, der zur Ausführung seiner Ideen die Form kaum mehr genügt, und hat er dabei in fast allen seinen Werken doch an die Gesetze der Schönheit der Form bei all seiner genialen Erfindung und bei aller ihm zukommenden Erweiterung grandioser Ausdrucksweisen sich gehalten, ja neue Schönheiten mit ihren Gesetzen, wie es dem Genius gebührt, geschaffen, so ist diese Sonate, um nicht hier weiter zu gehen und auf sie zu kommen,

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 103.	Vorausbezahlung: Vierteljährig für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Schrift	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Sonntag, 14. April 1861.

Vorträge des Stiftsprobstes Dr. v. Döllinger.

(Fortsetzung III.)

„Als dritte Möglichkeit liegt noch besonders nahe, daß der französische Kaiser die Frage über das Fortbestehen der weltlichen Herrschaft des Papstes einem Kongreß der katholischen Mächte zur Entscheidung vorlegen könnte, um dadurch den Vorwurf von sich abzulenken, daß er nur als blindes Werkzeug des englischen Hasses gegen Rom handle. Diese Mächte würden dann wohl Oesterreich, Portugal, Spanien, Frankreich, Belgien und wohl auch Bayern seyn, das einen katholischen König hat, dessen Einwohner der Mehrzahl nach Katholiken sind und das deshalb wohl ein Anrecht hätte, in diesem Kongresse mitzusprechen. Auch Piemont müßte wohl oder übel zugelassen werden. Wahrscheinlich nun würden die Mächte für die Erhaltung des noch bestehenden Besitzes und Rückgabe wenigstens eines Theiles des Geraubten stimmen, aber zugleich für eine Säkularisation des Kirchenstaates und eine Constitution für denselben, lauter Bedingungen, ohne welche ohnehin keine Ruhe zu erwarten wäre. Freilich würden dadurch die Hoffnungen der italienischen Patrioten auf ein einheitlich italienisches Reich vernichtet, allein darin müssen sie sich dann mit Deutschland trösten, was denn doch keine so üble Gesellschaft wäre. — Das sind die günstigsten Möglichkeiten. Aber es bleiben noch zwei weitere übrig. Bekanntlich war es schon in dem Plane des I. Napoleon, den Sitz des päpstlichen Stuhles nach Frankreich zu verlegen, und Napoleon III., um seine Sendung als Vollstrecker der auch unausgeführten Plane seines Onkels zu erfüllen, kann diesen Plan, die päpstliche Gewalt zum Werkzeug der französischen Politik zu machen, ausführen. Allein ob sich dieses überhaupt, schon wegen der Verhältnisse in Frankreich selbst, ausführen läßt, möchte sehr zu bezweifeln seyn. Frankreich selbst ist in drei Parteien getheilt: die katholische oder religiöse Partei, die demokratisch-liberale, welche die vielverzweigteste ist, und die bonapartistische, die kleinste der drei Parteien, welche eigentlich nur aus den Anhängern des Kaisers oder des Napoleonischen Hauses besteht. Die kirchliche Partei nun wäre schon deshalb dagegen, weil jeder Einzelne in einer solchen Abhängigkeit des Papstes von einer Regierung eine Entwürdigung der päpstlichen Macht und eine Schwäche und Ohnmacht seiner Kirche sehen würde; die demokratische Partei würde darin eine Stärkung der kaiserlichen Macht befürchten, die sie ohnehin schon zu stark glaubt, sowie eine Verstärkung des religiösen Gefühles des Volkes damit in Verbindung bringen, welche in ihre Plane ohnehin störend einwirken würde; also ist anzunehmen, daß $^5/_6$ der Bevölkerung Frankreichs gegen diese Uebertragung des päpstlichen Stuhles nach Frankreich protestiren würden und die bonapartistische Partei allein möchte nicht stark genug seyn, der öffentlichen Meinung entgegen zu treten. Die fünfte Möglichkeit endlich ist der unwiederbringlichste Verlust des Kirchenstaates. Allerdings scheint das kaum denkbar, da die Kirche die Verheißung ewigen Fortbestehens hat; allein sie hat keine Verheißung, daß der Papst Monarch eines weltlichen Reiches bleiben werde; und bei neuer Revolution möchte es besser seyn, wenn der Papst nicht angeschmiedet an die Last eines Reiches ist. Schutzlos

Das zweite Konzert des Hrn. Mortier de Fontaine.

Hr. Mortier de Fontaine hat in seinem am Donnerstag Abend im akademischen Musiksaale gegebenen Konzert wiederum Viel des Interessanten, Vorzüglichen, und des Neuen und doch Alten dem eben so gespannten als enthusiasmirten Publikum dargeboten, daß es gestattet seyn dürfte, auch noch auf diese Produktion einzugehen. Treu seiner so anziehenden wie gehaltvollen Aufgabe, vergangene einflußreiche Perioden durch Reproduktion und gleichsam Illustrationen vor die Seele der Zuhörer zu führen, und in denselben besonders ausgeprägte Typen vorzüglicher Gestaltung und der edelsten Charakteristik dem Gehöre zugänglich zu machen, umfaßt das Programm wieder eine Zeit von $1^1/_2$ Jahrhundert bis zur Gegenwart. Ist es doch, als öffne er dabei die historischen Archive der Musik und bereichere er uns mit Schätzen, die trotzdem, daß sie auf der Erde sich befunden, doch noch nicht gehoben sind, und hat der Trieb, ein Resultat der längeren Ruhe und Wohlfahrt und höheren Geistesbildung der Völker seit einigen Jahrzehnten, die Werke der Vergangenheit in ihrer Eigenthümlichkeit und Schönheit im Gebiete der Kunst und der Wissenschaften dem Verständniß der Gegenwart näher zu bringen, an ihm einen tüchtigen Repräsentanten, der mit angeborner seltner Geschicklichkeit und dem hervorragendsten Talent sich in die Gefühls-, Denk- und Anschauungsweisen der manigfaltigsten Meister hineindenken und fühlen kann, in dem speziellen Zweige der historischen Klaviermusik gefunden. Hatte sich aber Mortier de Fontaine in seinem letzten Konzert nur auf Klaviermusik beschränkt, und hat er hier das Erstaunliche geleistet, daß man ihm bis zur letzten Note in ungetheilter gespannter Aufmerksamkeit folgte, so ist diesmal eine Erweiterung des Programms insoferne eingetreten, als auch ein Trio, also das Klavier mit konzertirenden Instrumenten zum Vortrage kamen. Hier auf dieser Gränze wird gewiß der Konzertgeber stehen bleiben, und er würde, wenn er ein ganzes Orchester anstatt seines Flügels mit sich führte, schwerlich mit diesem ersteren diese Eroberungen und diesen Effekt, dieses Wort im besten Sinne desselben genommen, damit zu machen im Stande seyn. Wir glauben, daß gegen die Klaviermusik, außer dem Virtuosenthum der Neuzeit — keineswegs eine neue Erscheinung, auch das vorige Jahrhundert litt schon an dieser musikalischen Krankheit — nichts mehr selbst beim empfänglichen und verständigen Publikum eingenommen hat, als die sogenannten großen Klavierkonzerte mit Orchesterbegleitung. Ist der Unterschied zwischen den Saiteninstrumenten vorzugsweise der Violine mit ihren Geschwistern, zwischen den Blech- und Holzinstrumenten in Beziehung des Tons zum Klavier schon ein höchst verschiedener, ist der Reiz, insbesondere der ersteren, ein eigenthümlicher und hinreißender, den das Klavier, dessen Aufgabe, wie früher schon gelegentlich bemerkt, wohl eine andere ist, nie ganz erreichen kann, so muß die Vielstimmigkeit, die Massengewalt des Orchesters, der Glanz und die Pracht seiner Farben, dessen füllende Klangeffekte den matteren Ton des Fortepiano dagegen, sey der Inhalt wie die Exekution der Klavier-Komposition in diesen großen Konzerten auch noch so vorzüglich, doch verdunkeln — es ist, als wenn man ein Damastgebilde, und selbst das feinste neben einen Gobelinteppich, ein Genrebild, und sey es noch so meisterhaft, neben das blendende Kolorit, neben den Reichthum der Gewänder und der Figuren eines Paul Veronese stellen wollte. Im Trio und Quintett dagegen ist dieß nicht der Fall, die Klangfarbe der drei Instrumente des Klaviers, der Violine und des Violoncell und der übrigen vereinigen sich eher zu einem harmonischen Ganzen, besonders bei ästhetischer Behandlung, bei geschmackvollem gegenseitigen Nachgeben der Vortragenden, ja das Fortepiano hat in den meisten Trios und Quintetts fürs Klavier die dominirende Führung der Melodie und der harmonischen Fortschreitungen, leitet durch seine Passagen und Ausschmückungen meist das Ohr auf sich und führt im entsprechenden Vereine mit den genannten Instrumenten zu einem stets wohlgefälligen Ganzen.

Nach dem Vortrage der Passacaglia von Muffat, dieser schon einzigen Komposition, die man zum dritten Male hören konnte, ging der Konzertgeber zu einer Arie mit Gigue von Händel und dann zu dem Dreigestirn der Familie Bach über. Wenn in der Komposition des Vaters nach einer phantasiereichen Einleitung eine chromatische Fuge mit allen Feinheiten und Wendungen des gebundenen strengen Styls folgt, so ist in den Kompositionen der beiden Söhne, wenn jene auch durchaus keinen fugenartigen Charakter haben, doch überhaupt eine freiere Richtung, ein Hin-

gemacht durch die gestrigen Vorgänge und die in der Stadt verbreitete Nachricht, der Fürst habe von Petersburg den Auftrag, nicht schießen oder einhauen zu lassen. Wie es nun dahin kam, daß endlich das Militär feuerte, das wurde gestern schon erzählt. Nachdem die Infanterie zu schießen angefangen hatte, fingen die Massen zu weichen an und suchten namentlich die Senatorenstraße entlang zu kommen. Die Krakauer Vorstadt, welche andererseits nach dem Schloßplatze führt, war mit Militär besetzt, so daß nach dieser Richtung kein Ausweg übrig war. Die Truppen drangen den Massen nach und säuberten schießend und mit den Kolben die Senatorenstraße. Die Todten und schwer Verwundeten wurden diesmal nicht auf dem Platz zurückgelassen, sondern von den Truppen aufgenommen und nach dem Schlosse gebracht, was darauf hinzudeuten scheint, daß ein öffentliches Begräbniß nicht stattfinden wird. Um etwa halb 8 Uhr hatte das Schießen aufgehört. Es soll heute eine sehr bedeutende Menge verwundet und getödtet worden seyn. Die Zahl läßt sich selbstverständlich nicht einmal annähernd bestimmen. Gegen 8 Uhr kamen die aus der Umgegend herangerufenen Truppen von allen Seiten nach der Stadt: Kavallerie, Infanterie und Artillerie. Das Militär wurde zum Theil vor dem Schlosse, in den Kasernenhöfen, auf den freien Plätzen &c. postirt und wird wohl die ganze Nacht über dort liegen bleiben. Die Straßen waren gegen 10 Uhr wie ausgestorben."

* Den Oberbefehl in Warschau führt jetzt General Chruleff, dessen wenig wohlwollende Gesinnung gegen die Polen man kennt.

Man schreibt der „Bresl. Ztg." aus Warschau: „Nächst dem Hasse, welcher gegenwärtig in so hohem Maße gegen die Regierung und überhaupt die Russen herrscht, tritt jetzt auch der bisher zurückgehaltene Haß gegen die Deutschen immer offener zu Tage! Wie wir hören, sollen wegen der bei der hiesigen Eisenbahn angestellten 15—20 deutschen Beamten und der in deren Werkstätten beschäftigten deutschen Arbeiter heute die polnischen Beamten und Arbeiter bei dem Verwaltungsrath der Eisenbahn den Antrag auf Entlassung aller Deutschen eingebracht haben." (Immer besser!)

Nichtpolitische Zeitung.

In Schweden soll jetzt die Anrede „Mamsell" abgeschafft werden. Dort ist das „Frölen" (Fräulein) noch immer ein Vorrecht der Jungfrauen von Adel; alle übrigen Mädchen werden schlechtweg als „Mamsell" oder etwa als „Mamsell Bellmann" oder als „min titta (kleine), min snälla (artige), min söta (süße) Mamsell" angeredet. Mitunter hilft man sich mit „min nädige Mamsell", aber die „Fröken" nehmen das „nädig" (gnädig) auch für sich allein in Anspruch. „Aftonbladet" will nun, daß es fortan gar keine Mamsellen, sondern bloß Fräulein geben solle.

Neueste Nachrichten.

* Im Widerspruche mit früheren Nachrichten anderer Blätter meldet jetzt die „Allg. Z.", daß die Unterhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich über Verbesserung der Bundeskriegsverfassung &c. geschlossen worden sind, ohne zu irgend einem Ergebniß geführt zu haben. Der ganze Ton des betreffenden Artikels läßt erkennen, daß er aus amtlichen Wiener Kreisen geflossen ist und es läßt sich deßhalb an der traurigen Wahrheit dieser Nachricht nicht zweifeln. Die Schuld des Mißlingens wird auf Preußen geschoben, und den preußischen Bevollmächtigten insbesondere eine arge Hinterhaltigkeit vorgeworfen, indem dieselben nach 3monatlichem Hinausziehen der Sache zuletzt mit Forderungen herausgerückt seyen, von welchen Oesterreich gleich Anfangs gesagt habe, daß es darauf nicht werde eingehen können. Es ist natürlich der preußische Bericht abzuwarten, bevor sich sagen läßt, ob das Alles so richtig ist. Nach einem weitern Wiener Bericht der „Allg. Ztg." bestanden die preußischen Forderungen im Wesentlichen auf der Abwechslung des Vorsitzes am Bunde zwischen Oesterreich und Preußen, Aufgebung des Rechts Oesterreichs, einen Theil zur Bundesgarnison in Mainz zu stellen, und einigen andern Einzelfragen, durch die Preußen eine fast ausschließende militärische Diktatur in ganz Deutschland erreicht hätte.

Itzehoe, 11. April. (Schlußsitzung.) Der Präsident hob in der Schlußrede den unannehmbaren Charakter der Regierungsvorlagen hervor. Der Regierungskommissär verweigerte die Annahme des Bedenkens über das Provisorium, und bedauerte das Resultat der Verhandlungen. (Tel. d. Allg. Ztg.)

London. Kapitän de Rohan ist von England zu Garibaldi nach Turin abgereist, um ihm Berichte seines hiesigen Finanzagenten Ashurst und verschiedene interessante Geschenke seiner englischen Verehrer zu übergeben, unter den letzteren einen kostbaren Schmuck, den einige hochstehende englische Damen seiner Tochter Theresita schicken, ein Oelgemälde von Scott, das Fahrzeug „Commonwealth" vorstellend, auf welchem Garibaldi als Kapitän am 14. April 1854 von Shields nach Genua abgefahren war, und ein werthvolles goldenes Chronometer mit massiver Kette, das Ergebniß einer Penny-Subskription in Brighton, bei der sich 17,000 Personen betheiligt hatten.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	66 1/2 P.
"	5 pCt. Lomb. ditto.	—
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	59 3/4 P. 1/2 G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	48 3/4 P. 3/8 G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	40 1/4 G.
"	4 1/2 pCt.	33 5/8 G.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	87 1/2 P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102 3/4 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	102 1/8 G.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	102 3/8 G.
"	4 pCt. Obl. dto.	100 G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100 1/2 P. 100 G
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	104 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	95 1/8 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	103 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	95 1/8 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	101 7/8 P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 1/4 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 1/4 G.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	101 1/2 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	99 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	98 3/4 P.
"	3 pCt. Obl.	91 1/4 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47 1/8 P.
"	1 3/4 pCt. " " "	41 1/4 P. 41 G.
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 500 Thlr	98 1/4 P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	109 1/8 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	539 P. 537 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	121 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	178 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	74 3/8 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	66 1/2 G.
Internationale Bank in Luxemb. . .	82 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	315 P. 311 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	68 P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr	214 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	117 G.
" Elisab.-Bahn Prior.-5 pCt. 6/7	71 1/2 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	24 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	127 1/8 P.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	99 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50 P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	232 G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	510 P.
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	456 G.
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	103 5/8 P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99 1/2 B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105 1/2 B.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96 1/8 B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 3/8 B.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 1/8 G.
London Lst. 10 k. S.	118 1/8 B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	93 G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	77 1/4 B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	71 1/2 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	47 5/8 P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	55 1/2 P. 55 G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	130 P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	53 1/2 P.	" fl. 25 do.	34 5/8 P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	88 G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	34 1/2 P.
3 1/2 pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	118 1/2 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	49 3/4 G.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2 1/2 pCt. Z.	36 G.
Badische fl. 50	90 P.	Vereins-Loose fl. 10.	10 7/8 P.
Badische fl. 35	52 1/2 P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 1/8 P. 10 7/8 G.

Frankfurt, 12. April. Die Kauflust für österr. National und Kredit-Aktien hielt auch heute an, und fand darin ziemlicher Umsatz zu höheren Kursen statt. Auch österr. Anlehensloose waren begehrter. Die übrigen Fonds und Aktien zeigen keine wesentliche Veränderung. (Synd.)

Instanz durch Unser Ministerium, in welchem für die evangelischen Unterrichts- und Kultusangelegenheiten eine eigene, aus evangel. Glaubensgenossen gebildete Abtheilung fortbestehen wird, nach den in diesem Patente festgestellten Grundsätzen ausgeübt werden. Die Leitung der evang. Schulen und die Ausübung der obersten staatlichen Aufsicht über dieselben kann nur Männern anvertraut werden, die dem einen oder dem andern evangelischen Glaubensbekenntnisse zugethan sind.

§. 21. An evangelischen Lehranstalten, welche aus Staatsmitteln errichtet wurden und gemäß Unserer Absicht künftig errichtet werden sollen, können nur Angehörige des einen oder des andern ev. Bekenntnisses angestellt werden.

§. 22. Evangelischen ist es gestattet, Lehranstalten des evan. Auslandes unter Beobachtung der allgemein gesetzlichen Vorschriften frei und ungehindert zu besuchen.

Frankreich.

Paris, 10. April. Daß die Regierung mit großer Strenge gegen den Klerus vorzugehen beabsichtigt, wird von Tag zu Tag deutlicher. Dem „Indicateur d'Hazebrouk zufolge" ist die dortige Kapuzinerbrüderschaft aufgelöst worden. Die fremden Klosterbrüder haben den Befehl erhalten, Frankreich zu verlassen. (Fr.Postz.)

Paris, 10. April. Der Kardinal-Erzbischof von Paris hat an die Geistlichen seines Sprengels ebenfalls eine Rundnote gerichtet, in welcher er dieselben zur Vorsicht und Zurückhaltung dem Entschlusse der Regierung gegenüber auffordert. (Fr.Postz.)

Paris, 10. April. General d'Hautpoul hat einen sehr bedenklichen Bericht über die Lage der Dinge in Syrien und die äußerst delikate Stellung des französischen Expeditionskorps daselbst dem Kaiser eingeschickt. Er erklärt darin unumwunden, daß ein Abzug der französischen Truppen unter den obwaltenden Verhältnissen einer Vernichtung des französischen Einflusses im Orient und einem Triumphe Englands in Syrien und Konstantinopel gleichkäme. (Köln. Z.)

Paris, 10. April. Der Sekretär der persischen Gesandtschaft befand sich letzter Tage in Douai, um eine Lieferung von 25,000 Gewehren, welche die französische Regierung dem Schah von Persien überlassen hat, in Empfang zu nehmen. (Frankf. Z.)

„Der italienische Krieg im Innern" ist das neue Schlagwort, mit dem man die von Delangle in Aussicht gestellten strengen Maßregeln gegen politisirende Geistliche bezeichnet.

Italien.

Piemontesische Blätter versuchen, die abgeschmackte Lüge auszusprengen, Oesterreich gehe damit um, ein Korps von falschen Garibaldinern zu bilden, um sich von demselben angreifen zu lassen und so einen Vorwand zum Beginne der Feindseligkeiten gegen Piemont zu erhalten. (N. M. Z.)

Rußland und Polen.

* Ueber die Vorgänge in Warschau am letzten Sonntag und Montag und über ihre nächste Veranlassung stellen wir hier die Berichte mehrerer Breslauer Blätter zusammen. Unterm 6. April schreibt man von da der „Schles. Ztg.": „Wie ein Blitzschlag aus heiterem Himmel trifft unsere Stadt soeben die Nachricht von der Auflösung des landwirthschaftlichen Vereins des Königreichs Polen. Die Bestürzung ist allgemein. Aufgeklärt wird die Sache einigermaßen durch eine Mittheilung im Auftrage des Kultusministers, welche die Zeitungen unmittelbar nach der Auflösungs-Verordnung des Administrationsrathes bringen. In dieser Mittheilung heißt es, daß der Oberhirt einer Diözese (Bischof Mysünski in Plock), nachdem er eine Aufforderung an seine Geistlichkeit gerichtet und der Regierung ordnungsmäßig angezeigt hatte, worin er die Beruhigung der Gemüther und das Vertrauen zu den Landesbehörden anempfahl, wenige Tage darauf ein der Regierung nicht mitgetheiltes Schreiben an seine Geistlichkeit gerichtet habe, worin er letztere aufforderte, von dem Adel die Unbill abzunehmen, welche die Feinde demselben anthäten, indem sie behaupteten, daß nicht der Adel, sondern die Regierung die Bauern mit adeligem Grund und Boden beschenke; das solle man jetzt beim Sakrament der Buße dem Volke verkündigen. In demselben Sinne hätten mehrere Geistliche, unter dem Einflusse einiger Korrespondenten und Mitglieder des landwirthschaftlichen Vereins, dem Landvolk von den Kanzeln herab eine Bekanntmachung des landwirthschaftlichen Vereins verlesen, nach dessen Annullirung durch die Regierung jedoch der Kultusminister den Geistlichen eine den Stand der Ablösungsfrage nach Recht und Billigkeit erklärende Ankündigung übersandt hatte. Inzwischen seyen durch die Verkündigung jenes Cirkulars des landwirthschaftlichen Vereins in mehreren Gemeinden, namentlich in Miedyrzec (des Grafen Potocki), Unruhen ausgebrochen. Von den gedachten geistlichen Oberhirten seyen nähere Aufklärungen eingefordert worden. Das Dokument schließt mit folgenden Worten: „Die der Geistlichkeit in kirchlichen Angelegenheiten zustehende Freiheit bewahrend und das Vorgehen eines Diözesan-Vorgesetzten von dem gesetzten Benehmen einer bedeutenden Mehrheit unserer Geistlichkeit unterscheidend, wird die Behörde nicht gleichgültig seyn gegen irgend Jemandes Eingriffe in Landes-Angelegenheiten."

Unterm 7. d. schreibt man der „Bresl. Zeitung" von da: „Heute Nachmittag um 4 Uhr versammelte sich eine Menschenmenge von 40—50,000 Personen vor dem Kreditinstitut auf der Eriwanskastraße, in welchem der landwirthschaftliche Verein seine Sitzungen abhielt. Der russische Doppeladler, der am Gebäude befestigt ist, wurde verhüllt und an seiner Stelle der weiße polnische Adler aufgestellt. Neben demselben wurden die polnischen Farben, durch ein weißes und rothes Kreuz repräsentirt, angebracht. Das Erscheinen des weißen Adlers wurde von der versammelten Menge mit langandauernden Hurrahs begrüßt und der Adler bekränzt. Hierauf begab sich die Volksmasse baren Hauptes, ein patriotisches Lied singend, unter Vorantragung eines bekränzten Emblemes, auf welchem die Worte „towarzystwo rolnicze" und ein schwarzes Kreuz zu lesen und zu sehen waren, zu dem Ex-Präsidenten des landwirthschaftlichen Vereines, dem Grafen Zamoyski, um demselben ihr Beileid und ihre Hochachtung zu beweisen. Eine Deputation wurde von ihm empfangen und in gemessener, verständiger Weise ermahnt, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Von da ging der ganze Zug nach der Wohnung des Grafen Wielopolski, welchem man eine Katzenmusik zugedacht hatte, da auf seine Veranlassung der landwirthschaftliche Verein aufgehoben worden seyn soll. Da indessen das Gitterthor, welches den freien Platz vor dem Statthalterpalais (Bureau und Dienstwohnung des Direktors der geistlichen und Schulangelegenheiten) von der Straße absperrt, geschlossen war und hinter dem Gitter einige Infanteriepikets sichtbar waren, so ging die Menge, ohne die beabsichtigte Demonstration ausgeführt zu haben, vorüber und später auseinander. Bis dahin hatten die Polizei- und Militärbehörden dem Publikum kein Hinderniß in den Weg gelegt, sondern ließen es vollkommen gewähren. Außer den gewöhnlichen Militärpatrouillen, aus 3 Mann Kavallerie und 5 Mann Infanterie bestehend, waren keine Truppen sichtbar. Erst ungefähr eine halbe Stunde oder Stunde nach der vor dem landwirthschaftlichen Gebäude ausgeführten Demonstration erschien eine Abtheilung Gendarmerie und etwa 2 Kompagnien Infanterie, welche in ganzen Zügen die Hauptstraßen langsamen Schrittes durchmarschirten. Das Publikum ließ die Truppen unbehelligt passiren, folgte ihnen aber in kurzer Entfernung bis nach dem Schlosse. Dort sammelte sich sehr bald wiederum eine bedeutende Menschenmenge, welche nach dem Eintreffen von noch mehr Truppen immer größer und größer wurde. Da erscheint, gefolgt von einer Suite von Generalen und Adjutanten, der Fürst-Statthalter in eigener Person vor dem Schlosse, begibt sich zu Fuß unter das Publikum und fordert es auf, auseinanderzugehen. Seinem Gesuch wird nicht entsprochen, man fordert die Entfernung der Truppen und verspricht, alsdann den Platz zu verlassen; nicht früher. Der Fürst zieht sich zurück und erscheint später nochmals zu Pferde und wiederholt seine Aufforderung, jedoch auch diesmal ohne Erfolg. Mehrere in seiner unmittelbaren Nähe befindlichen Männer reißen die Röcke auf und rufen ihm zu, er könne schießen lassen, sie böten ihm frei die Brust dar, aber weichen würden sie nicht, bevor nicht die Truppen zurückgezogen seyen. Der Fürst ist endlich genöthigt, den Platz zu verlassen, Pfeifen und Zischen begleitet seinen Fortgang. Indessen versuchen es noch mehrere Generale, die Leute zum Weichen zu veranlassen, aber vergeblich. Nachdem nun auch noch Seitens mehrerer angesehener Bürger dem Fürsten Vorstellungen gemacht worden waren, kam endlich an die Kommandeure der Befehl, die Truppen zurückzuziehen. Die Menge verließ hierauf ebenfalls den Platz."

Ueber die Vorgänge am 8. April endlich wird demselben Blatt von da berichtet: „Nach den Scenen des gestrigen Tages war vorauszusehen, daß die Sachen in dieser Weise so nicht länger gehen konnten. Auch heute sammelten sich auf dem Schloßplatze und den benachbarten Straßen Volkshaufen, die immer größer und größer wurden. Gegen 6 Uhr ließ der Fürst-Statthalter Truppen vor das Schloß postiren und die Menge wiederholt zum Auseinandergehen auffordern; jedoch vergebens. Man antwortete den Parlamentären mit Pfeifen und Zischen und blieb am Platz, sicher

Wochen, das Dampfboot „Ludwig" in gleichem Zustande, wie es sich unter dem Wasserspiegel befindet und wo möglich vom Wasser geleert auf die hiesige Schiffswerfte zu stellen. Die Verwaltung liefert das Rohmaterial zu den nöthigen Werkzeugen, welche Bauer auf seine Kosten und nach seinem Ermessen herstellen läßt; ferner liefert sie ihm Fässer, Pumpen, Spritzen und Taue und stellt ihm 2 Schleppboote und 4 kleinere Fahrzeuge zur Verfügung. Sämmtliches Personal sowohl für die Vorarbeiten als die Hebung wird von Bauer angestellt und besoldet. Dagegen erhält derselbe außer der Vergütung von Reise- und Aufenthaltskosten ein Averium von 4500 fl. und eine besondere Gratifikation von 500 fl. (Südd.Z.)

Schwarzburg. Eine interessante Episode läßt sich aus dem schwarzburg-rudolstädtischen Landtag mittheilen, indem ein Mitglied desselben den ganzen Landtag für unzuständig erklärte, weil nach der Verfassung nur steuerzahlende Unterthanen des Landes Sitz und Stimme haben könnten. Die Sache hat nämlich darin ihre komische Seite, daß kein einziges Mitglied des Landtags Steuern zahlt, weil seit zwei Jahren im Staate Schwarzburg-Rudolstadt weder die Klassensteuer, noch die klassifizirte Steuer erhoben wird. Die Finanzen dieses Ländchens erweisen sich bei der guten Rente der Domänen so glänzend, daß von der Erhebung der Steuern einfach Umgang genommen wird. Der rudolstädtische Ministerpräsident erklärte in der Unzuständigkeitsfrage, daß die Steuern nicht aufgehoben seyen, sondern nur nicht erhoben würden, weßhalb die Landtagsmitglieder mit gutem Gewissen auf ihren Plätzen sitzen bleiben könnten, was auch geschah.

Freie Städte. Frankfurt, 11. April. Wie wir erfahren, ist die Vernehmung des Prinzen Friedrich Karl von Preußen in der Sache gegen Buchdrucker Baist wegen Nachdrucks nunmehr erfolgt und dürfte daher der Wiederaufnahme dieses Prozesses entgegenzusehen seyn. (Fr. Holsz.)

= **Oesterreich.** Wien, 9. April. (Privat-Korresp.) Den Geist, der in den österr. Provinzial-Landtagen herrscht, kann man bis jetzt dreist als einen solchen bezeichnen, welcher der politischen Freiheit entschieden freundlich ist und durchaus der Anschauung huldigt, daß dieselbe mit dem Bestande der Reichseinheit nicht nur nicht unvereinbar sey, sondern in ihr vielmehr ihre beste Stütze zu suchen habe.*) Wenn auch die „Narodni Listy" bitter über angebliche Beeinträchtigung des czechischen Elementes zu Gunsten des deutschen, sowie über die Beschränkungen klagen, welche die Kompetenz der böhmischen Stände zu Gunsten des Reichsrathes erfahre: auf dem Landtage in Prag scheinen Deutsche und Böhmen sich ganz gut zu vertragen — die Gleichberechtigung beider Sprachen bei der Protokoll-Abfassung ist anerkannt; und die Großgrundbesitzer, wie die Fürsten Schwarzenberg, Salm, Auersperg, haben dem Programme der Deutschen zugestimmt, an dessen Spitze der Gesammtstaat steht. Allerdings haben dafür auch die Deutschen bei der Frage, ob die Wahlprüfungskommission nach Curien zu ernennen sey, mit dem hohen Adel stimmen müssen. Als Zeichen liberaler Gesinnung glauben wir hervorheben zu können, daß in Laibach der Antrag auf Erlaß eines Gesetzes wegen Unverletzlichkeit der Landtagsmitglieder einstimmig genehmigt ward; daß in Linz der Antrag gestellt worden ist, in einer eigenen zweiten Adresse den Ministern Glück zu wünschen, weil sie Se. Majestät von der Unvermeidlichkeit einer konstitutionellen Regierung überzeugt haben, und ihnen die Unterstützung des Landtages unter der Bedingung unerschütterlichen Festhaltens an der Verfassung zu versprechen.

Wien, 10. April. Die Bilanz der Mobiliarkreditbank ergibt ein Defizit von 210,000 fl.

Aus Oesterreich, 9. April. Es ist unmöglich, über jede Sitzung der gegenwärtig in allen österreichischen Provinzen versammelten Landtage fortlaufende Berichte zu erstatten, wir müssen uns vielmehr beschränken, einzelne besonders wichtige Verhandlungen und Vorfälle hervorzuheben. Eine solche Verhandlung fand gestern im niederösterreichischen Landtage über eine Dank-Adresse an den Kaiser statt. Nachdem der Berichterstatter der Kommission deren Entwurf vorgetragen hatte, erklärte sich der Abg. Czedik dagegen, weil die Adresse die Frage der Rechtseinheit zu sehr betone. Er glaube nicht, daß jeder Kampf gegen Deutsche blos diese als Personen betreffe, sondern vielmehr einem gefallenen Systeme gelte, mit dem man sie unglücklicherweise identifizire, da es leider deutscher Beamten sich bedient habe. Die Provinzen, mögen sie was immer für Tendenzen haben, hätten blos Mißtrauen gegen die Regierung in Wien, nicht gegen die Provinz Niederösterreich oder ihre Bevölkerung. Schuselka hebt besonders hervor, daß die Versammlung das ganze Kronland vertrete, welches die Hauptstadt des Reiches, das die Völker verbindende Wien, enthalte; deßhalb habe man sich auch bei der Besprechung der Adresse davor zu hüten, daß man nicht den spöttischen Vorwurf der Provinzen begünstige, daß die eigentlichen Oesterreicher, und besonders die Wiener, mit Allem zufrieden seyen, daß sie ungesehen annehmen, was man ihnen gebe und demüthig die Hand dafür küssen. Heutzutage diene man einem Monarchen nicht, indem man sich vor ihm auf die Knie werfe, und in asiatischen Redensarten seine Unterwürfigkeit ausspreche, sondern man diene ihm am besten, indem man ihm frei und offen entgegentrete, ihm ehrlich ins Auge blicke und frisch und frei die Wahrheit sage. (Bravo.) Eine solche Wahrheit erlaube er sich auszusprechen, wenn er sage, daß er die Verfassung nicht als Gnadengeschenk annehme, sondern mit Dankbarkeit als ein redliches Beginnen der Anerkennung verjährter Rechte. Nach dem Schluß der Verhandlungen werden die Herren Pillersdorf, Kuranda und Mühlfeld beauftragt, sich über den Entwurf zu verständigen, worauf die von denselben gemeinschaftlich vereinbarte Adresse mit allen gegen eine Stimme (die des Abg. Czedik, der für die Sonderbestrebungen der Ungarn sehr eingenommen ist) angenommen wird. Dieselbe spricht sich sehr entschieden für die Reichs-Einheit und für den Ausbau der Verfassung aus.

*Dem österreichischen Protestanten-Patent entnehmen wir für heute folgende Paragraphen wörtlich:

§. 1. Die Evangelischen des Augsburgischen und helvetischen Bekenntnisses sind berechtigt, ihre kirchlichen Angelegenheiten selbständig zu ordnen, zu verwalten und zu leiten.

§. 2. Die volle Freiheit des evang. Glaubensbekenntnisses, sowie das Recht der gemeinsamen öffentlichen Religionsübung ist ihnen für immerwährende Zeiten von Uns zugesichert. Es werden daher alle früher bestandenen Beschränkungen in Absicht auf die Errichtung von Kirchen mit oder ohne Thurm und Glocken, auf die Begehung aller religiösen Feierlichkeiten, welche ihrer Glaubenslehre entsprechen, auf die Ausübung der Seelsorge, insoweit diese Beschränkungen noch in Uebung seyn sollten, hiermit außer Kraft und Wirksamkeit gesetzt und für null und nichtig erklärt. Evangelische, welche keine eigene (Mutter- oder Tochter-) Gemeinde bilden, gehören zu der ihnen am nächsten liegenden Gemeinde ihres Bekenntnisses. Ferner ist den Evangelischen der Bezug und Gebrauch evang.-religiöser und theologischer Bücher, insbesondere der heiligen Schrift oder der Bekenntnißschriften, unverwehrt.

§. 11. Es steht den Evangelischen b. B. frei, auf gesetzlich zuläßige Weise an jedem Orte nach eigenem Ermessen Schulen zu errichten, an dieselben mit Beachtung der gesetzlichen Vorschriften Lehrer und Professoren zu berufen und den Umfang und die Methode des Religionsunterrichtes selbst zu bestimmen. Der Unterricht in weltlichen Gegenständen ist in den evang. Schulen im gleichen Maße, wie es bezüglich der katholischen Schulen der Fall ist, gemäß der allgemeinen Unterrichtsgesetzgebung zu ertheilen, jedoch mit vollständiger Wahrung des konfessionellen Charakters. Für den Schul- und Kirchendienst können mit Genehmigung Unseres zuständigen Ministerium Ausländer, insbesondere Angehörige der deutschen Bundesstaaten berufen werden.

§. 12. Die nähere Regelung des evang. Volksschulwesens vom kirchlichen Standpunkte bleibt der kirchlichen Gesetzgebung (durch die General-Synode) vorbehalten.

§. 14. Für die Evangelischen b. B. sind bei der Regelung und Handhabung ihrer kirchlichen Angelegenheiten ohne Ausnahme lediglich und ausschließend die Grundsätze ihrer eigenen Kirche maßgebend. In Ehesachen haben vorläufig die Bestimmungen des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches über Ehehindernisse und Eheverbote in Wirksamkeit zu bleiben. Nach Feststellung des materiellen und formellen protestantischen Eherechtes und nach Kundmachung der Uebergangsbestimmungen, welche Wir zu erlassen Uns vorbehalten, soll die Gerichtsbarkeit über evangelische Eheangelegenheiten ausschließend von evangelisch-kirchlichen Gerichtsbehörden ausgeübt werden.

§. 16. Unser landesfürstliches Oberaufsichts- und Verwahrungsrecht über die evangelische Kirche wird — die Unserer eigenen Beschlußnahme vorbehaltenen Fälle ausgenommen — in höchster

---

*) Anderer Ansicht sind die Ungarn; sie fürchten immer noch, über kurz oder lang möge es mit der durch das Februarpatent der ganzen Monarchie verliehenen Verfassung und der neuen Freiheit wieder ein Ende haben, und damit sie selbst wenigstens alsdann nicht zu kurz kommen, wollen sie lieber Ungarn von dieser Verfassung ganz absondern und sich lediglich auf den Boden ihrer alten Konstitution stellen. Wir halten diese Rechnung für irrig; im engen Verein mit den übrigen Ländern würden sie gewiß mehr Kraft zum Widerstand gegen Reaktions-Versuche gewinnen, und daß Ungarn der Reaktion, wenn sie wieder zu Kräften kommen sollte, auf sich allein gestellt, doch auch unterliegen kann, dafür spricht die Geschichte von 1849.

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 102.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Petit-	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 13. April 1861.

Frankreich und England.

In einem jüngst erschienenen Reisewerk: „Adventures in Cochin-China", von Edward Brown, einem Seemann, der eine Zeit lang von chinesischen Piraten an der Küste von Cochinchina gefangen gehalten wurde, und nach gelungener Flucht in den Jahren 1857—58 eine Fußreise durch letztgenanntes Land machte, dessen Bewohner er hoch über die Chinesen stellt, finden sich folgende Betrachtungen über die französischen Versuche, in Ostasien Fuß zu fassen: „Bisher hatte das britische Reich in Asien auf 10,000 englische Meilen weit keinen Feind, der auch nur einer Drohung fähig war. Die Franzosen besitzen zwar Pondichery, aber Pondichery ist kein Zufluchtsort für eine Flotte, und kann keine Armee mit Lebensmitteln versehen. Die Portugiesen haben die Städte Goa und Macao inne; in beiden Orten existiren sie nur geduldet, denn sie sind nicht nur europäischer, sondern selbst eingeborener Macht unterthan. Die holländische Macht im Inselmeer ist eine Wirklichkeit, aber Holland kann keiner europäischen Gefahr entgegentreten, und seine Politik war stets, nach Allem zu greifen und dann die Hälfte wieder herauszugeben, mit einem Seufzer darüber, daß man aus seiner Schwäche Vortheil ziehe. Die Spanier besitzen auf den Philippinen einen Stützpunkt, der eine thatkräftige Race gewaltig machen könnte, aber ihre Kolonien liegen in dem Zauberschlaf, der seit 300 Jahren das Mutterland niederhält. Keine eingeborene Macht außer China besitzt eine Flotte, wenn man ihr diesen Namen geben darf, und die chinesische Schwäche hat sich zu oft erwiesen, als daß selbst diese eitle Race sie leugnen könnte. Kein europäischer Staat kann über die halbe Welt Armeen senden, und England stand, wie man sagen kann, seit dem Siege von Plassey im Jahre 1727 allein. Die Flotten der seemächtigen Staaten konnten an ihm auf seiner Bahn vorüberkommen; allein über einen Angriff, eine wirkliche greifbare Gefahr blieb es erhoben. Die Folgen waren für seine Unternehmungen und Finanzen von höchster Bedeutung. Bombay und Madras, reichere Städte als irgend eine in Asien, die nicht den Angelsachsen gehört, sind völlig unbefestigt geblieben. Kalkutta zwar ist geschützt und wahrscheinlich ist keine Stadt auf Erden vor einem Angriff von außen so gesichert; aber nicht Menschenhänden verdankt es seine Festigkeit. In Hongkong, Singapore, Labuan und Schanghai sind Stationen errichtet worden, ohne einen Gedanken daran, wie sie im Fall eines Krieges vertheidigt werden sollen. Bei Englands Meerherrschaft, und da Indien ihm als Magazin dient, war die Gewißheit seines schließlichen Sieges zu klar, um nicht die Unzufriedenheit der Asiaten und den Neid der Europäer im Zaum zu halten. Ganz anders wird sich der Fall gestalten, wenn es Frankreich gelingt, in Cochinchina ein Reich aufzubauen, oder nur eine Niederlassung zu begründen. Hué, die Residenz des Hofes von Anam und die Hauptstadt des Königreichs, liegt an einem großen Strom und beherrscht ein Delta, das so reich ist wie Bengalen. Eine Flotte, wie man sie nur in europäischen Gewässern sieht, könnte sich dort in vollkommener Sicherheit ausbessern. Vorräthe, Kohlen, Leute und Unterkunft wären dort alle bei der Hand; dem großen Nachtheil, an dem Frankreich bei einem Kampf gegen Asien leidet, würden diese Hülfsquellen ein Ende machen. Im Fall eines europäischen Krieges müssen wir entweder Bombay, Madras, Singapore, Hongkong und Schanghai befestigen, oder große Flotten in Asien halten, um die Mündungen des Anam und des Amur zu bewachen." (Und nicht blos in Cochinchina, sondern auch in Syrien, Persien und auf den Inseln des indischen Archipel sucht Frankreich sich jetzt einzunisten.)

Deutscher Bund.

Nach dem Pariser „Pays" hat der großherzoglich hessische Minister v. Dalwigk auf dem der Kehler Brückenfeier folgenden Bankett ein Hoch auf den Kaiser Napoleon und den Großherzog von Baden ausgebracht, das er damit würzte, daß er Ersteren noch einmal als Drachentödter, als den Besieger der Revolution*) feierte, dem die ganze Welt dankbar sey, und dann im Allgemeinen die Behauptung aufstellte, wenn ein Volk glücklich sey, so sey das großentheils das Verdienst seiner Regierung. — Bei der Einweihung der Brücke stand der Minister von Dalwigk unter einer großen deutschen Fahne. Der Wind wehte stark und die deutsche Fahne — schlug dem Herrn Minister den Hut vom Kopf! (Die Zeit.)

* Die Filial-Vereine des Nationalvereins am Mittelrhein, in Baden, Nassau und Großh. Hessen waren in letzter Zeit sehr thätig, durch rasch auf einander folgende Versammlungen, bei denen natürlich Hr. Metz aus Darmstadt wieder figurirte, sich im Gedächtniß der Leute zu erhalten.

Bayern. München, 10. April. Der von dem Hrn. Staatsminister der Justiz in der gestrigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten vorgelegte Gesetzentwurf über die Aufhebung der Straffolgen bestimmt, daß die Wiedereinsetzung eines wegen Verbrechens oder Vergehens Verurtheilten in die bürgerlichen oder politischen Rechte, die er in Folge der rechtskräftigen Verurtheilung gemäß der hierüber im Strafgesetzbuche oder in andern Gesetzen enthaltenen Bestimmungen verloren hat, durch königliche Gnade gewährt werden könne; es ist jedoch mit diesem Wiedereintritte ein Rechtsanspruch auf Wiedererlangung der in Folge des Strafurtheils verlorenen Aemter, Dienste, Würden und Auszeichnungen und der von solchen abhängenden oder aus dem früheren Besitze derselben herrührenden Rechte, ferner auf Wiedererlangung konfiszirter oder zur Unterdrückung oder Vernichtung bestimmter Gegenstände oder eingezogener Gewerbs- und ähnlicher besonderer Rechte, endlich auf Wiedererlangung des Adels und der davon abhängenden Rechte nicht verbunden. (N. K.)

München, 10. April. In der k. Erzgießerei ist seit längerer Zeit schon die bekannte Bronzegruppe aufgestellt und dem öffentlichen Besuche zugänglich, deren Ankauf auf Staatskosten in der gestrigen Sitzung der 2. Kammer bekanntlich verworfen wurde. Obgleich diese Gruppe nach kompetentem Urtheile ein Meisterwerk genannt werden muß, so ist nicht in Abrede zu stellen, daß selbe, wie schon Hr. v. Lerchenfeld in seinem Bericht sagt, lasciv ausgeführt ist, abgesehen davon, daß tiefer Eingeweihte in den Personen weder den Herrn Mars noch die Frau Venus, sondern bekannte Persönlichkeiten einer viel späteren Zeit erkennen wollen. (Isarz.)

München, 11. April. Zur Fortsetzung der Arbeiten für den großen Atlas des Königreichs Bayern, welcher im Kriegsministerium gefertigt wird, werden auch im heurigen Sommer wieder verschiedene Stabs- und andere Offiziere des topographischen Bureau entsendet und sind als Terrain hiefür die Kreise Oberbayern, Oberpfalz, Ober- und Mittelfranken nebst Schwaben bestimmt. (Isarz.)

München, 11. April. Gestern war der Verwaltungsrath der bayer. Ostbahnen hier versammelt. Dem Vernehmen nach hat sich der Verwaltungsrath in dieser Sitzung mit dem projektirten Weiterbau der Eisenbahn und der deßhalb zu berufenden Generalversammlung der Aktionäre beschäftigt. Es muß diese Angelegenheit thunlichst beschleunigt werden, da der wegen Ertheilung einer erneuten Konzession an die Ostbahn nothwendige Gesetzentwurf noch dem dermaligen Landtage zur Genehmigung vorgelegt werden soll. (Südd. Z.)

Lindau, 10. April. Der Vertrag zwischen dem Verwaltungsrathe der Dampfbootaktiengesellschaft und dem Submarine-Ingenieur Wilhelm Bauer von München ist definitiv festgestellt und zwar verpflichtet sich Bauer längstens nach Umfluß von 4

*) S. Italien, Ungarn, Polen, Türkei!

geführt, die ihm einen romantischen Anstrich geben. Sie hatte sich nämlich in eine ganz neue Uniform eines k. k. Lieutenant der Artillerie, die sie, wie verlautet, von ihrem Geliebten, einem Artillerieoffiziere, genommen, gekleidet und in dieser Uniform den Tod gesucht. Der Kopf war ganz zerschmettert, das Gesicht daher unkenntlich und der Leichnam des vermeintlichen Offiziers wurde in das k. k. Militärspital gebracht, von dort aber, als man noch am Sonntag die gerichtliche Obduction vornehmen wollte und die Täuschung entdeckte, in das k. k. allgemeine Krankenhaus übertragen; in den Taschen der Uniform befanden sich ein Terzerol, einige Kugeln und etwas Pulver.

Neueste Nachrichten.

** München, 10. April. (Priv.-Korresp.) (XXI. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Es wurde die gestern vertagte Debatte wieder aufgenommen, zunächst über den Antrag des Ausschusses: „der Ausgabe von 114,985 fl. 1½ kr. auf Reservefonds für Erwerbung der Quatremere'schen Bibliothek die Anerkennung zu versagen." Nachdem Abg. Frhr. v. Lerchenfeld den Ausschuß-Antrag in Kürze motivirt hatte, erklärte sich Abg. Prof. Pözl aus materiellen Gründen — weil der Ankauf der Bibliothek behufs der orientalischen Studien sich als nothwendig gezeigt habe — für die Anerkennung der Ausgabe, wenn schon er die formelle Behandlung derselben nicht billigen könne. Aus gleichen Gründen erklärte sich auch Abg. Dr. Barth gegen den Ausschuß-Antrag; er glaubt, daß das Bewilligungsrecht der Kammern durch die Erklärung des k. Staatsministers der Finanzen, daß die nachträgliche Genehmigung der Kammer ausdrücklich nachgesucht werde, vollkommen gewahrt sey. Abg. Dr. Ruland ist der Ansicht des Referenten, daß aus der angekauften Bibliothek für Bayern kein großer Nutzen erwachse, da München doch niemals der Sitz orientalischer Studien werden könne. Was die bibliothekarische Seite der Sache betrifft, so habe Redner nicht den Muth, ein Urtheil hierüber abzugeben, denn es sey selbst für den Fachmann sehr schwierig, ein richtiges Urtheil in dieser Sache abzugeben. Abg. Lang sucht aus den Bestimmungen des Verfassungsverständnisses von 1843 darzutegen, daß in Fällen wie der vorliegende von der Regierung Ausgaben gemacht werden können und es genüge, wenn die nachträgliche Zustimmung der Kammer erholt werde. Redner erklärt sich deßhalb gegen die Anträge des Ausschusses. Abg. Dr. Schtör vertheidigt den Standpunkt des Ausschusses, ebenso Abg. Mandl, wogegen Abg. Brater gegen den Ausschußantrag votirt und der Besorgniß widerspricht, daß durch die nachträgliche Anerkennung der hier in Rede stehenden Ausgabe das Bewilligungsrecht der Kammer gefährdet erscheine. Die Kammer habe durch ihren gestrigen Beschluß gezeigt, daß sie dieser Gefahr zu begegnen wisse. Gestützt auf die Urtheile sachkundiger Männer zu Gunsten der in Rede stehenden Bibliothek erklärt sich Redner für die nachträgliche Genehmigung der Ausgabe. Ebenso erklärt sich Abg. Föckerer, während sich Keyl und Hirschberger dem Ausschußantrag anschlossen. Von dem k. Regierungskommissär Hrn. Reg.-Rath Völk wurde dann dargelegt, daß bez. des in Rede stehenden Ausgabepostens ausdrücklich die nachträgliche Genehmigung der Kammer nachgesucht werde, und dann in ausführlicher Rede der Ankauf der Bibliothek im Interesse der Wissenschaft zu rechtfertigen gesucht. Noch sprachen dann Abg. Dr. Völk gegen und schließlich der Referent für den Ausschuß.

Die Kammer ging dann zu dem weiteren Ausschußantrag über: „Es sey der Reservefonds-Ausgabe von 30,000 fl. für Reise- und Etablirungskosten des Kardinals Grafen v. Reisach die Anerkennung zu versagen, und sey an Se. Maj. den König die allerehrfurchtsvollste Bitte zu stellen: Allerhöchstdieselben mögen geruhen, den Ersatz dieser Summe bewirken zu lassen." Abg. Dekan Vogel erklärt, daß er nicht aus Mißachtung der hohen Person, um die es sich hier handle, noch aus Mangel an Pietät für das Kardinal-Kollegium — dem Redner vielmehr ein hohes Lob spendet —, sondern aus formellen Gründen für den Antrag des Ausschusses stimme. Der k. Staatsminister Frhr. v. Schrenk rechtfertigt hierauf die in Rede stehenden Ausgaben, und zwar in derselben Weise, wie es durch die im Ausschuß-Referate enthaltene ministerielle Erklärung geschehen ist, und fügte dann, mit Bezugnahme auf die Bestimmungen des Landtagsabschiedes von 1859, bei, daß das Streben der Regierung seitdem dahin gerichtet sey, die Etats so viel als möglich einzuhalten und in Bezug auf Ausgaben aus dem Reichsreservefonde sich strenge an die Grundsätze des Verfassungs-Verständnisses von 1843 zu halten. Die Kammer dürfe deßhalb mit Beruhigung den Nachweisungen künftiger Jahre entgegen sehen. Nachdem hierauf die noch weiteren Etats ohne eigentliche Debatte erledigt waren, erfolgte die Abstimmung. Der erste Antrag des Ausschusses, „die Ausgabe von 5000 fl. für Kosten der Säkularfeier der Akademie der Wissenschaften die Anerkennung zu versagen", wurde mit 72 gegen 62 Stimmen abgelehnt, die andern Anträge des Ausschusses aber, und zwar jener bez. des Kardinals Grafen v. Reisach, fast einstimmig angenommen. Hiemit schloß die Sitzung. Morgen beginnt im Gesetzgebungsausschuß die weitere Berathung über das Polizeistrafgesetzbuch.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	66½ P.
„	5 pCt. Lomb. ditto.	—
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	59¼ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	48⅜ P. 48 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	40½ P.
„	4½ pCt.	33½ G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	86¾ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102¾ P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102 G.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. dto.	100⅛ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	99⅞ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95⅛ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	103 P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	95⅛ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	101⅞ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95 P. 94½ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	101½ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98½ P.
„	3 pCt. Obl.	91½ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47⅛ P.
„	1¾ pCt. „ „ „	41¼ P. 41 G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	98⅜ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	109⅛ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	546 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	120 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	178½ P. 177½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	74⅜ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	66¼ P.
Internationale Bank in Luxemb. . .	82 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	315 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	68 P. 67¾ G.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	216 P.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	117 P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	71 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	24 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	127⅜ P.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	98½ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50 P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	234½ P.
Span. Handels- u. Industrie . . .	510 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	454 G.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	103½ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99½ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105¼ G.
Brem. 50 Th. Ld: k. S.	96 B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105⅜ B.
Hamb. MR. 100 k. S.	88 B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105⅛ G.
London Lst. 10 k. S.	118¼ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93 G.
Paris Fcs. 200 k. S.	93 G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. 1. S.	77⅜ B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	70¼ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	47⅝ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	54⅛ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	130⅛ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	53½ P.	„ fl. 25 do.	34⅝ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	89 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	34½ P.
4½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	118½ G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	49½ P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	36 G.
Badische fl. 50	90 P.	Vereins-Loose fl. 10.	10¾ P.
Badische fl. 35	52½ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P. 10¾ G.

Frankfurt, 11. April. Für österr. Fonds und Kredit-Aktien war etwas mehr Kauflust vorhanden und die Tendenz blieb steigend bis zum Schlusse. — Süddeutsche Fonds fest und preishaltend. (Synd.)

die czechische Sprache die Gleichberechtigung mit der deutschen beansprucht und gegen die oktroyirte Wahl und Geschäftsordnung Protest eingelegt wird. Blassere Schattirungen einer rein nationalen Opposition waren schließlich in Brünn, wo die Selbständigkeit Mährens, wenngleich nur nebenher, betont ward, und in Innsbruck zu erkennen, wo die Abgeordneten aus Wälschtyrol durch ihre Abwesenheit die Abneigung des italienischen Elementes gegen die Reichseinheit zeigten. Daß der Linzer Landtag sich enthielt, in seiner Adresse die Reichseinheit scharf hervorzuheben, erklärt sich durch die Unpopularität, deren der Statthalter Bach sich in Oberösterreich erfreut.

In Triest wurden am 6. von dem dortigen Militär-Garnisonsgerichte die Urtheile über 15 Personen des Civilstandes wegen der Verbrechen wider die Kriegsmacht des Staates durch Falschwerbung und Hochverrath publizirt. Das höchste Strafausmaß lautete auf 10 Jahre schweren Kerkers; sämmtliche Strafen wurden jedoch vom FZM. Benedek bedeutend gemildert.

Frankreich.

Paris, 8. April. Der Kaiser hat den französischen Truppen in Syrien eine Anzahl Ackerbauwerkzeuge, sowie verschiedene Sämereien geschickt, „damit ihr Aufenthalt den syrischen Provinzen einen materiellen Nutzen bringe und Frankreich auf diese Art unverwischliche Spuren seiner großmüthigen (!) Intervention hinterlasse." Der französische Kaiser scheint eben Syrien schon gewissermaßen als französische Provinz oder Kolonie zu betrachten.

Paris, 9. April. Das heute (wie bereits gemeldet) im „Moniteur" veröffentlichte Rundschreiben des Justizministers Delangle an die General-Prokuratoren lautet wörtlich, wie folgt: „Herr General-Prokurator! Seit einiger Zeit bezeichnet man mir verschiedene Mitglieder der katholischen Geistlichkeit als solche, welche durch Wort oder Schrift, öffentlich und in Ausübung ihres Amtes, Dinge verhandeln, über welche zu diskutiren das Gesetz ihnen ausdrücklich verbietet. Die Einen, uneingedenk, daß der Beruf des Priesters ist, über die religiöse Unterweisung der Gläubigen zu wachen, geben sich der Kritik der Regierungshandlungen hin und strengen sich an, gegen die Politik des Kaisers Mißtrauen oder Mißbilligung zu erregen; die Anderen, durch einen blinden Eifer fortgerissen, ziehen selbst die Person des Kaisers mit hinein und suchen unter einem mehr oder minder durchsichtigen Schleier Schmähungen auf ihn zu häufen; noch Andere beuten die Geistesschwäche und Leichtgläubigkeit aus und gefallen sich darin, durch eingebildetes Unheil die Gewissen zu beunruhigen. Solche Uebergriffe sind in den Gesetzen vorgesehen. (Hier werden die betreffenden Artikel des code pen. zitirt.) Wenn diese Bestimmungen, für deren weise Vorausberechnung die gegenwärtigen Umstände sprechen, bis jetzt noch nicht zur Anwendung kamen, so lag dies daran, daß die Haltung der Geistlichkeit bis in die letzten Zeiten im Allgemeinen achtungsvoll und reservirt war, und auch daran, daß die Regierung in ihrer Nachsicht lieber vereinzelte Abschweifungen dulden, als vor den Gerichten, zum Nachtheile vielleicht der Religion selbst, unvorsichtige Priester verfolgen wollte. Aber die Bestimmungen haben nicht an ihrer Geltung verloren, und die Regierung würde ihre Pflicht versäumen, wenn sie nicht gegen die systematische Feindseligkeit die Waffen in Anwendung brächte, welche das Gesetz ihr zur Aufrechthaltung des Friedens und der guten Ordnung in die Hände legt. Ich beauftrage Sie daher, Herr General-Prokurator, Sich genauen Bericht über die in Ihrem Bezirke vorkommenden Uebertretungen erstatten zu lassen und, wenn die Thatsachen gerichtlich festgestellt sind, ihre Urheber, wer sie auch seyn mögen, der zuständigen Rechtsbehörde zu überantworten. Es ist Zeit, daß die Gesetzlichkeit wieder ihr Reich gewinne. Empfangen Sie rc. Delangle."

Italien.

In Neapel wird es allem Anschein nach für die sardinische Regierung noch lange zu thun geben. Wie man dem „Journal des Débats" aus Neapel unter dem 2. April schreibt, befände sich dieselbe im Besitz zweier eigenhändigen Schreiben des Königs Franz II., die unter erdichteten Namen an zwei einflußreiche reiche Persönlichkeiten gerichtet, einen sofortigen Aufstand anordneten. Zwei „reaktionäre" militärische Klubs seyen in Neapel thätig, der eine für die Stadt, der andere für Puzzuoli, Lasonia und Castellamare; es stünden denselben ansehnliche Summen zur Verfügung, die ihnen von Rom zugeschickt würden; 27 Kisten und mehrere Säcke dieser Zusendungen seyen in Ischia mit Beschlag belegt worden. Unter den nicht mehr dienenden Soldaten der alten Armee zählten sie viele Anhänger und hätten Erkennungszeichen angenommen: eine bestimmte Gebärde und einen bleiernen Ring. (Frkf. Postztg.)

König Franz II. hat seine römische Besitzung, den Palast Farnese, welchen er zuerst der Königin Isabella angetragen, nunmehr an den Kaiser Napoleon verkauft, aber mit der sehr charakteristischen Clausel, daß er während der ersten fünf Jahre diesen Palast jeden Augenblick gegen Rückerstattung des Kaufschillings wiedererwerben kann.

Garibaldi hat an die Wähler des Stadtviertels San Ferdinando in Neapel folgendes Schreiben erlassen: „Wähler des ersten Wahlbezirks von Neapel! Ich nehme die Vertretung des ersten Wahlbezirkes von Neapel an, die ich abgelehnt hatte. Caprera, 31. März 1861. Garibaldi." — Nach der „Perseveranza" beabsichtigt Garibaldi, dessen Gesundheit sich von Tag zu Tag bessert, Cavour über Venetien in dem Parlamente zu interpelliren.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 9. April. Der erst vor einigen Jahren im Hofe des hiesigen Bezirksgerichts erbaute Schwurgerichtssaal wird gegenwärtig umgebaut. Derselbe hatte nämlich zwei Reihen Fenster übereinander, von denen die unteren aus größeren und die oberen aus kleineren Fenstern bestanden, allein grade dadurch erhielt der Saal zu wenig Licht. Es wird nun blos eine Reihe Fenster hergestellt, indem die oberen und unteren Fenster vereinigt werden. (M. Bote.)

Eltville, 8. April. Die heute in Geisenheim abgehaltene Versteigerung von Weinen ist die erste größere und lieferte dieselbe ein schönes Resultat. Der Durchschnittspreis bei den freiherrlich Schenk'schen 1859er Weinen stellte sich auf 1026 fl. per Stück. Niedrigster Preis (ein Stück Ruland) 505, höchster für $1/2$ Stück Rauenthaler 1360 fl. — Bei den freiherrlich Zwierlein'schen 1859er Weinen ergab sich als Durchschnittspreis per Stück 1180 fl.; niedrigster Preis (ein Stück Geisenheimer) 520, höchster $1/2$ Stück Rüdesheimer 1400 fl. (Rh.-L.-Z.)

Wien. Ein Mädchen, etwa 18 Jahre alt, hat sich am Sonntag in der frühesten Morgenstunde am Glacis nächst dem Burgthore erschossen. Der Selbstmord wurde unter Umständen aus-

---

des Jahres, um über soziale, ökonomische und politische Angelegenheiten zu berathen und Beschlüsse zu fassen. Der Versammlungsort ist das Komitatshaus, welches sich gewöhnlich im Hauptort des Komitats befindet. Mit Einschluß der wieder einverleibten Wojewodschaft zählt Ungarn über vierzig Komitate und einige Distrikte. Jedes Komitat wird wieder in einige Bezirke getheilt, in welchen ein Stuhlrichter die Gerichtsbarkeit über die Adeligen ausübt. Das Komitat hat die spezielle Verwaltung des Landes in Händen, übt die Gerichtspflege aus, und ist also die unmittelbare Obrigkeit der Bevölkerung in der Gespanschaft, mit Ausnahme der Freistädte, welche ihren eigenen Magistrat haben. Die Komitatsbeamten werden alle drei Jahre von dem Adel und jetzt auch von den wahlberechtigten Honoratioren gewählt, welcher Wahlakt „Restauration" genannt wird. Die Würde des Obergespans ist in vielen Gespanschaften erblich, und derselbe wird in seinen Funktionen oft vom Vizegespan vertreten. Jeder neue Obergespan wird feierlich vom Adel installirt, und es sind dergleichen Installationen mit ihrem nationalen Gepränge interessante Akte und mit viel Kosten und Aufwand verbunden. Sowohl bei den Kongregationen wie bei den Instaurationen fehlt es nicht an stürmischen Auftritten, und es muß das Gebahren des niederen Adels nur durch die hierauf bezüglichen Gesetze gezügelt werden; dessen ungeachtet sind in den letzten Decennien, insbesondere bei den Deputirtenwahlen, Excesse und Parteikämpfe vorgekommen. Wie sich das gegenwärtige Wahlgesetz vom Jahre 1847—48 in dieser Beziehung bewähren wird, und ob und wie weit der Einfluß der Adeligen ohne Qualifikation von dem bei weitem größten Theil der nichtadeligen Wähler beschränkt werden wird, muß die Folge erst lehren. Die Deputirten der Komitate werden für den Landtag mit Instruktionen versehen, und bei der Abstimmung darf kein Deputirter, wenn derselbe nicht die Zurückrufung gewärtigen will, seine Instruktion überschreiten; hat derselbe in der zum Beschlusse gekommenen Sache keine Instruktion, so muß er sich vorläufig der Abstimmung enthalten und seine eingeholte Instruktion abwarten (!).

gleiche Niveau der andern Staaten stellen würde, wie z. B. vollständige Säkularisirung, vollständige Aufhebung aller bisherigen Privilegien des Klerus," so würde schon mit der Aufhebung der Rechtsungleichheit die Quelle aller Unzufriedenheit verstopft werden. In Deutschland sind längst alle diese Vorrechte weggefallen, und es ist das ein Glück, und wird es auch für Italien werden, und für den Fall, daß das eben jetzt sich erhebende große Gebäude des einheitlichen italienischen Staates wieder in sich zerfiele und eine Restauration des Kirchenstaates möglich machen würde, wäre das schwerste Werk gethan." (Augsb. Postz.)

(Fortsetzung folgt.)

Deutscher Bund.

Der bereits mitgetheilte Aufruf zu Beiträgen für den goldenen, oder nach Umständen silbernen Ehrenschild für den König Franz von Neapel trägt folgende Unterschriften: Emil Prinz zu Sayn-Wittgenstein, Karl Egon Fürst zu Fürstenberg, Alfred Graf zu Erbach-Fürstenau, Karl Erbgraf zu Leiningen-Billigheim, Eberhard Graf zu Stolberg-Wernigerode.

Die „Pfälzer Zeitung" schreibt: „Die Eröffnungsfeier der Kehler Brücke reflektirte einigermaßen die politische Spannung zwischen Frankreich und Deutschland. Der Kaiser Napoleon hatte befohlen, daß die Festlichkeiten keinen offiziellen Charakter tragen sollten, und es nahm deßhalb auch kein französischer Minister daran Theil. (Wie anders voriges Jahr bei Eröffnung der Wien-Salzburger Eisenbahn!) Am ersten Tage, bei dem Festessen in Straßburg, brachte der Direktor der französischen Ostbahn, Hr. Perdonnet, einen Toast auf den Großherzog von Baden, und Herr Ministerialdirektor Weizel von Karlsruhe erwiderte in deutscher Sprache mit einem Trinkspruch auf den Kaiser Napoleon. Am zweiten Tage, bei dem Festessen in Baden-Baden, ließ Hr. Direktor Zimmer bloß die Direktion der französischen Ostbahn leben, was bei dem Präfekten Migneret und einigen Imperialisten eine große Mißstimmung bewirkte. Um diese, wie es schien, zu beschwichtigen, brachte einer der anwesenden deutschen Minister nachträglich einen Toast auf den Kaiser der Franzosen aus und zwar in französischer Sprache. Ob dies taktlos war oder nicht, will ich hier nicht beurtheilen. Die Franzosen konnten aus Allem und namentlich aus der Haltung der Badenser entnehmen, wie und was man in Deutschland vom Napoleonismus denkt."

Bayern. München, 10. April. Se. Maj. der König hat dem 1. Staatsanwalte am Bezirksgerichte Landshut, Dr. Adolph Krätzer, und dem 2. Staatsanwalte am Appellationsgerichte von Oberbayern, A. Mähler zu Freysing, den Rang der Appellationsgerichte verliehen. (N. M. Z.)

München, 10. April. Für den aus der Kammer der Abgeordneten ausgetretenen Hrn. Prof. v. Lasaulx wird als Ersatzmann Hr. Fr. Berg, Handelsmann in Heideck, Ldg. Hilpoltstein in der Oberpfalz, in die Kammer einberufen werden. (N.M.Z.)

München, 10. April. Der Abt von St. Bonifaz, B. Haneberg, ist gestern von seiner Reise nach Algier, Konstantine und Tunis — auf dem Wege über Rom — wohlbehalten und zufrieden mit dem Resultate im besten Wohlseyn nach München zurückgekehrt. (N. M. Z.)

Oesterreich. Wir haben gestern den größern Theil der Rede mitgetheilt, mit der Graf Apponyi, der Judex Curiae, den ungarischen Landtag am 6. April in Ofen, von wo derselbe nach Pesth übersiedelte, eröffnete. Wir lassen heute aus der uns jetzt zugegangenen vollständigen Rede die noch nicht abgedruckten Stellen folgen: „Se. Maj. fühlt es tief, daß die Erinnerung an die letzten verhängnißvollen Jahre, sowie sie die Gemüther in seinem geliebten Lande Ungarn beängstigt, zugleich auch dem väterlichen Herzen Sr. Maj. schmerzliche Wunden schlug, und er weiß es, daß allein durch gegenseitige Achtung der Rechte und wechselseitige Berücksichtigung der Interessen Eintracht, Vertrauen und aufrichtige Versöhnung zu Stande gebracht werden können und daß sie allein jene Schmerzen zu lindern und zugleich den Grundstein einer bessern und beruhigendern Zukunft zu legen vermögen. Von diesen allerhöchsten Absichten durchdrungen, ist Se. Maj. um so mehr bereit, den rechtmäßigen Ansprüchen der Nation Genüge zu leisten, da er es glauben will, daß die Nation in Folge derselben Grundsätze, welche ihre Anhänglichkeit an die konstitutionellen Institutionen des Landes bis zur höchsten Stufe der Pietät erheben, auch die Unversehrtheit und Unverletzlichkeit der königlichen Rechte und des königlichen Ansehens, diese unerläßlichen Bedingungen für den Fortbestand und die Wohlfahrt des Staats, heilig aufrecht zu halten wissen und sowohl bezüglich ihrer die von den Ahnen ererbte Treue als auch bezüglich der aufrichtigen Würdigung des zwischen den einzelnen Theilen des Reichs seit Jahrhunderten bestehenden Verbandes unzweifelhafte Zeichen an den Tag legen wird. Se. Maj. erblickt seine heiligste Herrscherpflicht darin, daß er neben der Sicherung seiner Herrscherrechte auf alle seine Länder und Völker die segensreichen Erfolge des auf sie alle ausgedehnten konstitutionellen Lebens gleichmäßig ausbreite und daß nicht nur alle die Garantie ihres Bestandes in diesem Verhältnisse finden, sondern in demselben auch die Bürgschaft und das Mittel einer glücklichern Zukunft des ganzen Staats bewahren und pflegen mögen."

= Wien, 8. April. (Privat-Korrespond.) Die Berichte, welche bis zur Stunde über die erste Sitzung der verschiedenen Landtage vorliegen, bieten ein an Gegensätzen reiches Bild dar. Die beiden Pole der Bewegung bilden offenbar einerseits die reindeutschen Landtage, andererseits der ungarische. Jene fühlen, daß sie nur in ihrer Gesammtheit auf politische Bedeutung Anspruch erheben können, und sind zu jedem Opfer ihrer eigenen Befugnisse bereit, welches die Gründung des verfassungsmäßigen Einheitsstaates erfordern mag. Dieser dagegen murrt schon bei einer leisen Hindeutung auf das Februarpatent, obschon die Thronrede die Forderung, daß auch Ungarn den von den deutschen Erblanden so heiß herbeigesehnten Reichsrath beschicken solle, nicht einmal deutlich auszusprechen wagte. Von Seiten der Regierung wiederum ward den deutsch-slavischen Landtagen mit keiner Sylbe die Möglichkeit eines Hinausgehens über die am 26. Februar gemachten Zugeständnisse eröffnet. Dem Pesther Landtage aber durfte Apponyi das Bedauern des Königs darüber, daß die ungarische Konstitution noch nicht vollständig wiederhergestellt sey, aussprechen, sowie die Wahrung der Interessen Ungarns in dem Sinne verheißen, daß der Landtag zum Schiedsrichter sowohl über die Anpassung der altungarischen Verfassung an die Zeitverhältnisse, als auch über die Revision derjenigen ungarischen Gesetze gemacht wird, die erfahrungsmäßig mit den landesfürstlichen Rechten und der Aufrechthaltung des Reichsverbandes nicht in Einklang zu bringen sind. Die deutschen Landtage endlich beeilten sich, ihren Dank für das Gegebene zu den Stufen des Thrones niederzulegen. Der erste in Pesth gestellte Antrag lautete auf eine Verwahrung wegen der noch nicht erfolgten Ernennung eines verantwortlichen ungarischen Ministerium. Am meisten nähert sich in politischer wie in nationaler Beziehung dem ungarischen Landtage der böhmische, auf dem

---

Die Organe der ungarischen Staatsverfassung.

(Schluß.)

Die ungarische Hofkanzlei.

Die mit der ungarischen Verfassung natürlicherweise nun auch in's Leben gerufene Hofkanzlei in Wien hat unter dem Hofkanzler Baron Vay und Vizekanzler von Zsedenyi ebenfalls ihre alte Wirksamkeit wieder angetreten. Schon der Umstand, daß sich die ungarische Hofkanzlei in Wien befindet, deutet an, daß diese Hofkanzlei, gemäß der Verträge in der pragmatischen Sanktion, das eigentliche ungarische Ministerium des Innern ist, so daß der Minister des Innern des Kaisers von Oesterreich, Herr v. Schmerling, seit dem Bestehen der Hofkanzlei mit den ungarischen Angelegenheiten gar nichts zu schaffen hat. Der Kaiser spricht als König von Ungarn zu den ungarischen Behörden und Komitaten nur durch das Organ der Hofkanzlei, wie dies bereits in dem von den beiden Kanzlern unterschriebenen Reskript vom 16. Jan. d. Js. an die sich überstürzenden Komitate der Fall war. Da also der König seine Souverainetäts-Rechte nur durch die Hofkanzlei ausübt, diese also auch die Mittlerin zwischen König und Volk ist, so ist die einflußreiche Bedeutsamkeit dieses Organs klar ersichtlich; eben so erklärlich ist es aber auch, daß dieses Organ, wenn es die Aussöhnung zwischen König und Volk bewirken soll, zur besonnenen und maßvollen Haltung rathet, von einzelnen Komitaten verdächtigt, und in Ermanglung der Reichstagsbestimmungen diese ungarische Behörde als ungesetzlich bezeichnet wird; dergleichen Präsentationen aber werden aufhören, sobald der ungarische Landtag einzelne Punkte der pragmatischen Sanktion bestimmt erklärt haben wird, denn diesem ist es vorbehalten, alle auf die Schwächung der beiden selbständigen Staaten hinzielenden Punkte zu verändern oder gänzlich aufzuheben, wenn dieselben seiner Einsicht gemäß dem heutigen Standpunkt nicht mehr entsprechen sollten.

Die Komitate.

Die ungarischen Komitate haben ihre Autonomie und versammeln sich in sogenannten Kongregationen wenigstens viermal

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 101. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 38. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 12. April 1861.

Fortsetzung der Vorträge des Stiftsprobstes Dr. v. Döllinger.

München, 9. April. Der Hr. Redner spricht zuerst das Vergnügen aus, mit welchem er die Vermehrung seines Auditorium bemerkt, zugleich aber sein Befremden über die Aufregung, welche sein erster Vortrag hervorgebracht hat, und verwahrt sich gegen jede willkürliche Auslegung des Gesagten, indem er nur einfach Thatsachen, die der Geschichte für immer angehören, hingestellt habe, und die Schlüsse, die er zu ziehen sich berechtigt glaubt, allerdings dem Urtheile des Publikum preisgibt, aber dieselben nicht als Wünsche, Forderungen oder Prophezeiungen hingestellt wissen möchte. Darum glaubt er eine Wiederholung des schon Gesagten in gedrängter Kürze nothwendig und fährt fort: „Thatsache ist, daß der päpstliche Stuhl 700 Jahre ohne Kirchenstaat existirte, 750 Jahre ohne ruhigen Besitz desselben und nur 350 Jahre lang im unverkümmerten Genusse desselben war. Die jetzige Regierungsweise, ein Erbstück der I. Napoleonischen Herrschaft, dauert erst 45 Jahre. Weitere Thatsache ist, daß der Besitz und die Regierung eines Staates an sich durchaus nicht nothwendig ist, um dem kirchlichen Oberhaupt Ansehen zu verschaffen; daß das Fortbestehen des Kirchenstaates in der öffentlichen Meinung Italiens dem jetzt dort herrschenden Hauptgedanken eines großen einheitlichen Reiches hindernd entgegensteht, und daß endlich das eigene Land des Papstes, bis in sein Innerstes von Parteien zerwühlt, keine Klasse der Bevölkerung mehr enthielt, welche eine ernstliche, thätige, opferwillige Anhänglichkeit an den päpstlichen Stuhl entwickelte; daß ferner seit einem Jahrhundert durch ganz Europa die Tendenz der Säkularisation geht, d. h. das Bestreben, die weltliche, politische Macht von der geistlichen zu trennen, und nirgends finden sich mehr die weltlichen Aemter in den Händen der Geistlichen. Das sind Thatsachen, aber nicht Wünsche oder Forderungen. Um die Lage der Gegenwart erkennen zu können, muß die Sache so hingestellt werden, wie sie nun einmal ist; mit der Wirklichkeit läßt sich nicht markten. Wer in der Geschichte sich irgend etwas zurechtlegen will, muß sich außerhalb der persönlichen Empfindungen und Anschauungen stellen, muß objektiv seyn. Wir wollen annehmen: die Fortdauer der gegenwärtigen Ordnung der Dinge im Kirchenstaate wäre nur dann gesichert, wenn die Mehrheit des Volkes eine wirkliche Neigung für die jetzige Regierungsform hätte; das ist aber nicht der Fall, daraus kann die Folgerung gezogen werden, daß wenn der Papst Fürst des Landes bleiben soll, auch im Kirchenstaat eine gewisse Säkularisation eingeführt werden müsse. Nun kann und wird gesagt werden: die bisherige Regierungsweise kann und muß so bleiben, wie sie ist, ohne Rücksicht auf die Wünsche des Volkes, und will sich dieses nicht unterwerfen, muß eben zu der Hülfe fremder Truppen wie bisher gegriffen werden. Dagegen läßt sich einwenden erstens, daß diejenigen, welche das gegenwärtige Regierungssystem haben wollen, sich nicht auf die Geschichte berufen können, da noch gar kein ernstlicher Versuch eines andern Regierungssystems gemacht wurde, also von einem Mißlingen desselben gar nicht die Rede seyn kann; zweitens ist geschichtlich, daß ein geistlicher Staat wirklich von Laien verwaltet werden kann; Beispiele dafür gibt das eigene Vaterland in den vielen deutschen Fürstenthümern, welche früher als geistliches Haupt Bischöfe, sonst aber nur weltliche Beamten hatten. Ein innerer Widerspruch bleibt jedoch immer zwischen geistlichem Beruf und weltlichem Amt. Das nun wird freilich vielfach bestritten und darauf hingewiesen, daß im Mittelalter oft Beides enge verbunden war. Das war wohl, allein auch der oberflächlichste Geschichtskenner weiß, daß die Zeit des Mittelalters längst vorüber ist, daß die Verhältnisse zwischen Staat und Regierung ganz andere waren. Das, was damals gut war, kann es jetzt nicht mehr seyn. In der Gegenwart ist ein Mißverhältniß eingetreten, welches nicht leicht ausgeglichen werden möchte. Zu dem Staate, wie er jetzt ist, zum modernen Staate paßt der geistliche Stand nicht; der moderne Staat hat sich um so viel zu kümmern, so viel gesteigerte Bedürfnisse des Lebens wie der Unterhaltung zu berücksichtigen, daß es in die Augen springt, daß der Priester dazu nicht paßt und der geistliche Stand dadurch nur entwürdigt würde. Für die Nothwendigkeit einer Umgestaltung in der Regierung des Kirchenstaats sprechen überdies gewichtige Autoritäten, zuerst die des Papstes Pius IX. selbst. Pius IX. war die ersten 2 Jahre seiner Regierung nicht nur beliebt, sondern, man darf sagen, fast abgöttisch verehrt im eigenen Lande, wie überhaupt in ganz Italien. Seine Regierung begann er mit einer vollständigen Begnadigung aller wegen politischen Verbrechen Eingekerkerten oder Verbannten; dieser Akt vollständiger rückhaltsloser Vergebung wurde von dem Volke ausgelegt, als ob der Papst mit dem bisherigen Regierungs-System brechen, ein neues, den Wünschen des Volkes entsprechendes System an dessen Stelle setzen wolle. Diese Meinung wurde noch durch die Ernennung des Grafen Rossi, Pairs von Frankreich und Bevollmächtigten der französischen Regierung am päpstlichen Hofe, zum ersten Minister bestärkt. Es stand somit ein Mann weltlichen Standes an der Spitze der Regierung, dessen Grundsätze wohl bekannt waren, und es ist kein Zweifel, daß Graf Rossi die Verwaltung säkularisirt haben würde; daß er dies wollte, liegt in seinen Briefen längst gedruckt vor; und die Uebergabe der Verwaltung an Laien, die gänzliche Umgestaltung der Justiz wären Folgen seiner Ernennung gewesen. Allein er wurde am 15. November 1847 durch einen Meuchelmörder getödtet, als er eben die erste konstitutionelle Versammlung eröffnet hatte, und zwar weil diese Umgestaltung der päpstlichen Regierung voraussichtlich die Sympathien des Volkes für sich gehabt hätte, und somit der Umsturzpartei, welche auf einen gänzlichen Umsturz des päpstlichen Stuhles um jeden Preis hinarbeiten wollte, im Wege gewesen wäre. — Eine weitere Autorität ist die Denkschrift der fünf Mächte, Oesterreich, Frankreich, Rußland, Spanien und England vom 10. Mai 1831, worin dem päpstlichen Stuhle der Rath mitgetheilt wird, zur ruhigen Erhaltung des Kirchenstaates allgemeine Zulassung der Laien zu allen Staatsämtern, die Prinzipien der Selbstregierung, Theilnahme des Volkes an der Regierung rc. zu gewähren. Wie aber läßt sich dieser Rath erklären? Wohl nur damit, weil jene Großmächte eben nur gerade für den Kirchenstaat diese Verbesserungen unabweisbar nothwendig erachteten. Bis daher hatten wir Thatsachen, nun aber möchte es nicht uninteressant seyn, einige Möglichkeiten, welche uns die nächste Zukunft bringen könnte, in's Auge zu fassen. Es lassen sich fünf Möglichkeiten annehmen; die erste ist die, daß, wenn nun der, wie es scheint, in Italien unausbleibliche Krieg wieder ausbricht, er vielleicht den Sieg Oesterreichs mit sich bringt und vielleicht Wiederherstellung der Lombardei und die volle Gewalt des Papstes. Dieses wäre das Schlimmste von Allem, denn neue Revolutionen wären die nächste Folge, da das italienische Volk eine solche Restauration schlechterdings nicht ertragen würde, neue Einmischung fremder Mächte, gegen welche wieder der tiefeingewurzelte Widerwille des italienischen Volkes gegen Fremdherrschaft sich erheben würde und der Umsturzpartei in die Hände arbeitete, was nur die gänzliche Schutzlosigkeit des päpstlichen Stuhles nach sich zöge. Die zweite Möglichkeit ist, daß Piemonts Herrschaft sich befestigen, die Säkularisation des Kirchenstaats Thatsache werden und der Papst genöthigt würde, Rom auf einige Zeit zu verlassen. Selbstverständlich würden alle jene Einrichtungen eingeführt, welche der Papst um der Selbsterhaltung willen in der letzten Zeit nicht gewähren konnte, die aber in den andern Ländern Italiens längst schon bestehen oder doch jetzt schon eingeführt sind. Gesetzt nun den Fall, daß Rom dem Papste einige Zeit entzogen würde und unter Piemonts Herrschaft alle jene Neuerungen durchzumachen hätte, welche den Kirchenstaat auf das

Bauern für die politischen Bestrebungen des polnischen Nationalismus gewinnen, indem man ihn zu sich heranzieht; auch mag man sich überzeugen, daß die Hebung des Bauernstandes auch den Gutsbesitzern ökonomische Vortheile bringen muß. Lange wird's mit diesem Unterrichtgeben nicht währen. (Fr. Postztg.)

Nichtpolitische Zeitung.

München, 8. April. Es ist immer mißlich, wenn man für Unglücksfälle, die durch fehlerhafte Institutionen hervorgerufen wurden, einzelne Vollzugsorgane verantwortlich machen will. So war denn auch der Versuch, für das bekannte Eisenbahnunglück vom 12. Okt. v. J. den Stationsmeister Wagner und den Stationsdiener Wörle verantwortlich machen zu wollen, ein verfehlter, und in der That erfolgte heute die Freisprechung der beiden Beschuldigten. In den Gründen des vortrefflich motivirten Erkenntnisses wird hervorgehoben, nicht in dem Verschulden einer Person liege der Grund, sondern in der Beengtheit des Raumes und darin, daß bei Nacht jede Verbindung zwischen dem äußeren Bahnhof und der Einsteighalle fehlt. In der That wirkte es ganz eigenthümlich, als ein Betheiligter erklärte, zwischen dem äußeren Bahnhofe und der Einsteighalle bestünden bloß „zu Fuß laufende telegraphische Depeschen". Um die Ehre der Erfindung dieses Telegraphen streiten Morse und Steinheil gewiß nicht viel und der Vorstand unserer Telegraphen-Anstalten wird kaum mit der Akademie darüber in Hader gerathen, wem hiefür eine Nationalbelohnung gebührt. (Augsb. Abdz.)

Neueste Nachrichten.

Wien, 9. April. Der Kaiser hat mit Patent vom 8. April den Evangelischen beider Konfessionen die grundsätzliche Gleichberechtigung nach allen Richtungen des bürgerlichen und politischen Lebens neuerdings bestätigt. Es wird neuerdings vollständige Autonomie der Evangelischen, Berechtigung, Schulen und Kirchen nach Bedürfniß unbehindert zu errichten, Kirchen- und Schulvermögen anstandslos zu erwerben, und dieses wie alle Stiftungen autonom zu verwalten, zugesichert. Freiheit von allen Beiträgen zu Kirchen- und Schulzwecken anderer Glaubensbekenntnisse. Freie Wahl der Pfarrer und der Superintendenten, letztere mit Vorbehalt der kaiserlichen Genehmigung. Befugniß, sowohl selbst Vereine zu kirchlichen Zwecken zu bilden, als sich solchen Vereinen im In- und Ausland anzuschließen. Beiträge vom Staatsschatz zu Kirchen- und Schulzwecken der Evangelischen sind zugesichert. Gliederung in Presbyterien, Senioriats-Superintendenzen, Oberkirchenrath aus Evangelischen beider Konfessionen (helvetischen und augsburger Bekenntnisses) statt der bisherigen Konsistorien in Wien, Generalsynode. Bei Regelung der kirchlichen Angelegenheiten ausschließlich die Grundsätze ihrer eigenen Kirche maßgebend. Ehesachen vorläufig noch nach bürgerlichem Gesetzbuch, nach Feststellung des evangelischen Eherechts und der Uebergangsbestimmungen nach diesen, aber ausschließlich von evangelischen Kirchengerichten entschieden, wie auch alle kirchlichen Streitigkeiten der Evangelischen diesen Gerichten zugewiesen. Assistenz der Behörden zur Durchführung der Kirchenbeschlüsse zugesichert. Landesfürstliches Oberaufsichtsrecht in höchster Instanz durch Se. Majestät, beziehungsweise das Ministerium unter Zuziehung einer lediglich aus Evangelischen beider Bekenntnisse bestehenden Abtheilung auszuüben. Aufhebung aller etwa noch bestehenden der Gleichberechtigung der Evangelischen widerstreitenden Verordnungen. (Damit ist der evangelischen Kirche Oesterreichs mehr Freiheit gewährt, als sie in gar manchen protestantischen Ländern besitzt.) (Tel. d. Allg. Ztg.)

Breslau, 9. April. Die heutige „Breslauer Z." meldet über die schon erwähnten, am Sonntag stattgehabten Vorfälle in Warschau, daß bereits gegen Abend an 50,000 Personen vor dem Kreditinstitut, wo der durch kaiserl. Ukas aufgelöste Agrikulturverein seine Sitzungen abhielt, versammelt waren. Der russische Adler war verhüllt, der polnische war unter Hurrahruf angebracht und bekränzt worden, die Volksmasse zog entblößten Hauptes und patriotische Lieder singend zu Zamoyski, dem Vorstand des Vereins, um demselben ihr Beileid auszudrücken. Er empfing eine Deputation des Volkes und ermahnte zur Ruhe. Hierauf begab sich der Zug zum Grafen Wielopolski, um demselben eine Katzenmusik zu bringen. Man fand aber die Thore des Palais abgesperrt und mit Militär besetzt, worauf sich das Volk zurückzog. Später zog die Menschenmenge vor das Schloß zum Fürsten Statthalter, wo Truppen aufgestellt waren. Der Fürst erschien in Begleitung einer großen Suite zu Fuß und forderte zum Auseinandergehen auf. Das Volk verlangte, daß die Truppen sich zuerst entfernen mögen. Der Fürst erschien später nochmals zu Pferde und wiederholte vergebens die Aufforderung zum Auseinandergehen; er verließ unter Pfeifen und Zischen den Platz. Endlich wurden die Truppen zurückgezogen, worauf auch die Menge auseinanderging. (Tel. d. Nat.-Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	$66^{1}/_{2}$ P.
„	5 pCt. Lomb. ditto.	—
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	59 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$47^{5}/_{8}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	40 P.
„	$4^{1}/_{2}$ pCt.	$33^{1}/_{4}$ G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3^{1}/_{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$86^{1}/_{2}$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. R.)	$102^{3}/_{4}$ P.
„	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102 G.
„	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. dto.	$100^{3}/_{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100 G.
„	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104^{1}/_{4}$ P. 104 G.
„	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	$95^{1}/_{8}$ P.
Baden	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl.	103 P.
„	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$95^{1}/_{8}$ P.
Gr. Hess.	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl.	$101^{7}/_{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100^{7}/_{8}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	95 P. $94^{1}/_{2}$ G.
Nassau	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	$101^{1}/_{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 G.
„	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl.	$98^{1}/_{2}$ P.
„	3 pCt. Obl.	$91^{1}/_{2}$ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$47^{1}/_{8}$ P.
„	$1^{3}/_{4}$ pCt. „ „	$41^{1}/_{2}$ P.
Schweden	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. à 600 Thlr.	$98^{3}/_{8}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	109 P. $108^{3}/_{4}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	531 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$118^{1}/_{2}$ G.
Bayerische Bank à fl. 500 . . .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	177 P. 176 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$75^{1}/_{2}$ P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$66^{1}/_{4}$ P.
Internationale Bank in Luxemb. . .	82 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	318 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	68 P.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	214 P.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	117 P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$70^{3}/_{4}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	23 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$127^{3}/_{8}$ P. $^{1}/_{8}$ G.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à $4^{1}/_{2}$ pCt.	$98^{1}/_{2}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50 P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	$234^{1}/_{2}$ P.
Span. Handels- u. Industrie . . .	510 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	456 P.
Bayr. Ostbahn à $4^{1}/_{2}$ pCt. volleinbez.	$103^{3}/_{4}$ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99^{1}/_{2}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	$105^{1}/_{4}$ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96 B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105^{3}/_{8}$ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 B.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105^{1}/_{8}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$118^{3}/_{4}$ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93^{3}/_{8}$ B.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$76^{7}/_{8}$ B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$70^{1}/_{4}$ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$47^{7}/_{8}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$54^{1}/_{2}$ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$129^{1}/_{2}$ P. 129 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	53 P.	„ fl. 25 do.	$34^{3}/_{8}$ P.
„ fl. 100 Elsb. L. v. 1858.	88 P. $87^{1}/_{2}$ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$34^{1}/_{2}$ P.
$3^{1}/_{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	$118^{1}/_{2}$ G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50 P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. $2^{1}/_{2}$ pCt. Z.	36 G.
Badische fl. 50	90 P.	Vereins-Loose fl. 10.	11 P.
Badische fl. 35	$52^{1}/_{2}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 10. April. Ungünstige Nachrichten riefen einen ferneren Rückgang der österr. Fonds und Kredit-Aktien hervor. Auch Darmst. Bank- und Bexbacher Eisenbahnaktien wurden etwas billiger abgegeben, während die übrigen Fonds sich ziemlich fest behaupteten. (Synd.)

Monarchie zur Geltung gebracht werden können. Unser allergnädigster Herr gibt sich demnach gern der beruhigenden Hoffnung hin, daß die Stände und Vertreter des Landes — indem sie sich über diesen Gegenstand, welcher die Gesammtheit der friedlichen Völker der Monarchie in so hohem Grade interessirt, dem Throne gegenüber mit voller Aufrichtigkeit äußern werden — das Beispiel von jenen ihrer Ahnen vor Augen halten werden, welche die konstitutionellen Rechte ihres Vaterlandes mit den Bedürfnissen und Verhältnissen der Zeit zu vereinbaren, auszugleichen und zu verbinden wußten.*) Jene Verhältnisse, die die eben erwähnte Sorge Sr. Maj. in so großem Maße in Anspruch genommen, waren auch Ursache, daß, als Se. Maj. sich entschloß, die konstitutionellen Einrichtungen seines geliebten Ungarn wiederherzustellen, er es nicht für möglich erachtete, dies alsogleich und in dem Maße zu bewerkstelligen, wie es sein väterliches Herz gewünscht hätte, indem er genöthigt war, mit Rücksicht auf die gewünschte Integrität des Landes, zufolge der dazwischengekommenen Ereignisse und der bei allen Volksstämmen zur Entwicklung gelangten Nationalitäts- und konstitutionellen Gefühle, mit Vermeidung jeden Zwangs, Zeit und Mittel zur friedlichen und freiwilligen Verständigung zu lassen,**) — indem er ferner genöthigt war, einige Bestimmungen der Landesgesetze, die nach der Erfahrung nicht genügende Bürgschaft für die Aufrechthaltung der landesfürstlichen Rechte und des Verbandes des Gesammtreichs geboten haben, bis zu der nach einer erneuten Revision in Wirksamkeit tretenden konstitutionellen Einrichtung in der Schwebe zu halten. Und eben deshalb, kennend die Anhänglichkeit des Landes an die Heiligkeit der Gesetze und andererseits vor Augen haltend die Entwicklung der bestehenden Verhältnisse und die hieraus hervorgehenden landesfürstlichen Pflichten, hat Se. Maj. nichts sehnlicher gewünscht, als alle diese Gegenstände seiner dringendsten Sorgen dem gesetzgebenden Körper seines geliebten Ungarlandes vertrauensvoll mitzutheilen, um in dessen eifrigem Mitwirken eine starke Stütze und in seinen verfassungsmäßigen Aeußerungen Beruhigung zu finden, wie Se. Maj. es auch aufrichtig gewünscht hat, daß er Gelegenheit finde, im Lande die Ueberzeugung zu nähren und zu befestigen, daß er die Erfüllung der heilsamen Wünsche der Nation als die theuerste Aufgabe seines Regentenberufs betrachte. Von dieser Absicht bewegt, erfüllte Se. Maj. gern den allgemein geäußerten Wunsch des Landes, daß die Berathungen des Landtags sofort nach der königlichen Freistadt Pesth verlegt und dort fortgesetzt werden, und indem Se. Maj. vorläufig anordnete, daß die Stände und Vertreter des Landes zu Berathungen über die obenerwähnten zwei wichtigen Angelegenheiten aufgefordert werden, behält er sich vor, denselben seinerzeit die die Besetzung der Landesämter bezweckenden und die sonstigen zur Beförderung des allgemeinen Wohles des Vaterlandes dienenden königlichen Propositionen mitzutheilen." Die Rede ward an vielen Stellen von lebhaftem Beifall unterbrochen, und nur die Beziehungen auf das Februarpatent fanden eine kühle Aufnahme. — (D. Allg. Z.)

*) Es wird also die durch das Februar-Patent verliehene Reichsverfassung dem ungarischen Landtag erst noch zur Berathung vorgelegt — in der Hoffnung jedoch, derselbe werde, die Bedürfnisse der Gesammt-Monarchie erkennend, derselben seine Zustimmung ertheilen. Beachtenswerth ist es, wie sehr die Rede sich bemüht, die nationale Empfindlichkeit der Ungarn und die Eifersucht, womit sie die konstitutionellen Rechte ihres Landtags bewachen, zu schonen und ihnen dabei doch zu Gemüth zu führen, daß die veränderten Zeitverhältnisse es nöthig machen, daß der ungarische Landtag einen Theil seiner Befugnisse der Reichsvertretung übertrage.

**) Dies bezieht sich auf Kroatien, Slavonien und die Woiwodina, welchen Ländern bekanntlich von der kaiserl. Regierung die Frage vorgelegt ward, ob sie lieber mit Ungarn vereinigt werden oder selbständig bleiben wollten.

Großbritannien.

London, 6. April. Der Herzog v. Cambridge ist mit der Besichtigung der Festungsbauten um Plymouth beschäftigt. Nach allen Berichten sind die Arbeiten schon sehr weit vorgeschritten. Die kostspieligste dieser Bauten wird auf der Rhede von Plymouth (hinter dem großen „Breakwater") auf einer künstlichen Grundlage ausgeführt werden. Den künstlichen Grund wird man durch Versenkung von Steinblöcken — jeder nicht weniger als 30 Tons schwer — legen. Die Oberfläche soll 3 oder 4 Morgen Umfang haben und das darauf zu bauende Fort 90 Kanonen, Kasernen für 1000 Mann und ein großes Kohlenmagazin für Kriegsdampfer erhalten. Dies Fort wird gegen Süden einen spitzen Winkel bilden und jede der beiden Einfahrten mit einer Kanonenreihe beherrschen. Der Regierungsbericht veranschlagt die Kosten dieses ganzen Bautenkomplexes auf die Summe von 1,740.000 L. jährlich, wenn die Arbeit 22 Jahre dauert. Er berechnet ferner, daß die über 100,000 Seelen zählende Bevölkerung von Plymouth, Devonport und Stonehouse im Fall eines Angriffs 10,000 Vertheidiger stellen würde. (Fr. Postz.)

Italien.

Es ist nicht ein Brief Garibaldi's an die Deputation der Arbeitergesellschaften Italiens, welcher in Nr. 95 d. Bl. mitgetheilt ist, sondern das Hauptsächlichste aus der Antwort Garibaldi's auf die persönliche Begrüßung der Deputation, welche sich in der Zahl von 30 aus den ansehnlichsten Städten Italiens auf die Einladung des Centralkomite der Mailänder Arbeiter am 27. März von Genua nach Caprera begeben hatte. Es befand sich darunter auch ein Vertreter Veneziens mit einem Geschenke. (Fr. J.)

Rußland und Polen.

Gortschakoff hat an den Wohlthätigkeitsausschuß in Warschau zur Verbesserung des Looses der beschäftigungslosen Arbeiter 10,000 Rubel verabreichen lassen. Wegen der Ungewißheit der Lage herrscht immer noch eine gewisse Unruhe, die Handel und Wandel lähmt.

Warschau, 5. April. Als Beweis, wie sehr sich dermalen der Adel bestrebt, sich mit seinen Bauern auf einen möglichst guten Fuß zu setzen, mag die Thatsache dienen: Von Seiten der Gutsbesitzer, ihrer Söhne und Töchter wird den Bauern gegenwärtig Privatunterricht ertheilt. Die bäuerlichen Zöglinge lernen bei ihren vornehmen Lehrmeistern Schreiben, Lesen, Rechnen, Religion und bei der Raschheit, mit welcher der sanguinische Pole alle solche Einfälle auszuführen pflegt, sind fast im ganzen Lande solche Schulen im Gange. Die Gründe liegen nahe. Man will den

---

Zu den Funktionen des Landtags gehört auch die Krönung des Königs, welche durch den Reichsprimas, Erzbischof von Gran, in der St. Martinskirche zu Preßburg vollzogen wird, und wobei der König den feierlichen Eid leistet, die Konstitution unverbrüchlich zu halten und das Land gegen die Feinde zu vertheidigen. Die Königin wird, dem herkömmlichen Gebrauche gemäß, vom Bischof von Wesprim gekrönt, wenn dieser Akt von dem König verlangt wird. Der Landtag hat auch das Recht, den Palatinus zu wählen.

Das Recht des Königs ist aber auch keineswegs unbedeutend. Der König von Ungarn hat bekanntlich den Titel „apostolische Majestät" schon vom Papst Sylvester II. erhalten, und wählt als solcher die Bischöfe und Erzbischöfe. Der König hat das Recht, den Adel zu ertheilen, Staatsgüter zu verschenken, und ihm gebührt die Ernennung oder Bestätigung der Würdenträger des Landes. Das Münz- und Postwesen ist in den Händen des Königs, er verfügt über die Truppen und hat das Recht, Krieg zu führen und Frieden zu schließen. Auch müssen alle Beschlüsse der beiden Landtagstafeln erst vom König sanktionirt werden, wogegen bei etwaigen Rechtsverletzungen der Landtag sowohl, als die Komitats-Versammlungen das Recht der „Repräsentation" an den König haben.

Die königliche Statthalterei.

Durch die kaiserliche Entschließung vom 16. Dezember 1860 ist auch die k. Statthalterei in Ofen wieder hergestellt worden. Nachdem die bisherigen Statthalterei-Abtheilungen aufgelöst worden sind, fand schon am 2. Januar d. J. die Eröffnungssitzung dieses Rathes unter dem Präsidium des Tavernicus statt, und nach der Vereidigung der Räthe hat diese oberste ungarische Behörde ihre Wirksamkeit angetreten.

Die kgl. Statthalterei, welche das dirigirende Kollegium und die eigentliche ausübende Regierung des Landes ist, besteht in ihrer neuesten Organisation aus 22 Sektionen, welche alle Zweige der inneren Verwaltung umfassen, und zu deren Anschaulichung wir folgende Sektionen nennen: I. Die Gremial-Sektion. II. und III. Die katholische Sektion. IV. Die Sektion für höheren Unterricht. V. Die Abtheilung für Elementar-Unterricht. VI. und VII. Die protestantische und griechisch-nicht-unirte Sektion. VIII. Die gemeinrechtliche Komitats- und Distriktual-Sektion. IX. Sektion für innere Komitats- und Distriktual-Administration. X. Die gemeinrechtliche städtische Sektion. XI. Kommerzial-Industrie und national-ökonomische Sektion. XIV. Sektion für Eccl.sial- und Kultur-Oekonomie. XXI. Die Sektion für Preßangelegenheiten. XXII. Die Sektion für Urbarialangelegenheiten. Der Tavernicus oder Judex tavernicorum, welcher nach dem Palatinus den Statthaltereirath präsidirt, ist Chef der beiden Kronhüter, welch' letztere nun ebenfalls ernannt worden sind, und von welchen jeder drei Schlüssel zur Krone hat, so daß mit den drei Schlüsseln des Tavernicus neun Schlüssel vorhanden sind.

(Schluß folgt.)

ter diesen Männern sind auch Deak und Eötvös (die Häupter der gemäßigt liberalen Partei). (A. Z.)

Pesth, 6. April. Die Eröffnung des ungarischen Landtags fand heute Mittag in dem Thronsaale des Ofener Königspalastes im Beiseyn zahlreicher Magnaten und Mitglieder des Unterhauses statt. Nachdem den versammelten Häusern die Thronentsagung des König Ferdinand V. und die Verzichtleistung des Erzherzogs Franz Karl auf die Thronfolge (was im Jahre 1849 nicht geschehen war) mitgetheilt worden, las der Judex Curiae, Graf Apponyi, als königlicher Kommissär die königliche Botschaft vor. Die wichtigsten Stellen derselben lauten: „Indem Se. Maj. sein am 20. Okt. v. J. gegebenes königliches Wort eingelöst, sendet er dem versammelten gesetzgebenden Körper seinen vertrauensvollen Gruß durch mich. Er thut dies in der Ueberzeugung und im festen Glauben, daß es kein Mißverständniß, daß es kein Hinderniß gibt, welches durch Aufrichtigkeit, durch männlichen und gegenseitigen guten Willen nicht besiegt werden könnte. Als Se. Maj. inmitten der von den ernsten Zeiten hervorgerufenen schweren Sorgen seine Hoffnungen auf die Abhaltung des Landtags setzte, als er von der Mitwirkung der Stände und Vertreter dieser treuen und ritterlichen Nation die Beseitigung der sein väterliches Herz drückenden Besorgnisse, die Ausgleichung der verwickelten Verhältnisse und die glückliche Lösung der obwaltenden Schwierigkeiten erwartete: da traf er mit dem konstitutionellen Gefühl der Nation und mit dem lebhaften Wunsch ihrer patriotischen Gesinnung zusammen; er wird aber ebenso jener edlen Regung begegnen, welche die Nation charakterisirt und die ihre historische Eigenthümlichkeit ist . . . . Se. Maj. berief den gesetzgebenden Körper zusammen, damit er mit ihm über die Wiederherstellung, Sicherung, die den Ansprüchen der gegenwärtigen Verhältnisse entsprechende Gestaltung sowie über die den Lehren der Erfahrung angemessene Vervollkommnung der konstitutionellen Zustände des Landes berathen könne; er that es hauptsächlich deßhalb, damit er, — nachdem in Folge der Thronentsagung Sr. k. k. apostol. Maj. Ferdinand V., Oheims Sr. Maj., und der Verzichtleistung Sr. k. k. Hoh., Erzherzogs Franz Karl, Vaters Sr. Maj., auf sein Thronfolgerecht, über welche Akte das sie betreffende Dokument den Ständen und Vertretern des Landes mitgetheilt wird, die Herrschaft über das gesammte Reich und folglich auch über Ungarn und dessen Nebenländer Sr. Maj. zufiel — von der heiligen Krone des ersten großen Königs dieses Landes die Weihe erhalte, damit er ferner durch die der Krönung vorhergehende Ausfertigung des königlichen Inauguraldiploms und durch ein vor Gott und der Welt abzulegendes eidliches Gelöbniß seinem geliebten Lande Ungarn und dessen Nebenländern die treue Erfüllung seiner königlichen Verpflichtungen, sich selbst aber die treue Anhänglichkeit der ungarischen Nation für alle Zeiten sichere . . . . Behufs der Erhaltung und Festigung jenes, zwischen den einzelnen, das gesammte Reich bildenden Ländern seit Jahrhunderten bestehenden Verbandes, welcher sich, auf die Gemeinsamkeit des Herrscherhauses begründet und durch die pragmatische Sanktion garantirt, als das sicherste Mittel zur Abwendung äußerer Gefahren und zur Beförderung der innern Entwicklung erwies und dessen Erhaltung auf Grundlage gegenseitiger Uebereinstimmung sowohl von den Interessen des allerhöchsten Herrscherhauses, als auch von den Interessen der Gesammtheit der unter der Regierung desselben lebenden Völker gefordert wird, hat Se. Maj. in dem am 20. Okt. v. J. erlassenen Diplom jene Grundsätze bezeichnet, welche sowohl in Ungarn als auch in den übrigen Theilen des Reichs, unter Berücksichtigung der seit Gründung der pragmatischen Sanktion veränderten Verhältnisse, zur Sicherstellung der Zwecke der pragmatischen Sanktion führen können; doch fühlt es Se. Maj., daß die definitive verfassungsmäßige Regelung dieser Verhältnisse in jenem Maße einen heilsamen Erfolg verspricht, in welchem sie mit den konstitutionellen, innern Verhältnissen seines geliebten Landes Ungarn in Uebereinstimmung gebracht wird. Von diesen Beweggründen wurde Se. Maj. geleitet, als er das vorerwähnte Diplom erließ. Der Zweck desselben war: hinsichtlich Ungarns die Wiederherstellung der Wohlthaten der Konstitution, hinsichtlich der übrigen Länder die Betheilung derselben mit ähnlichen politischen Rechten, hinsichtlich des ganzen Reichs aber das Streben, rücksichtlich jener Angelegenheiten und Interessen, welche allen Ländern des Reichs gemeinsam sind, das Zusammenwirken der Gesammtheit der konstitutionellen Länder möglich zu machen. Obgleich nun aber die diesbezügliche feste Ueberzeugung Sr. Maj. und das Gefühl seiner allerhöchsten Herrscherpflichten, obgleich ferner die erheischte Beruhigung der übrigen, in den Genuß konstitutioneller Rechte tretenden Theile des Reichs, sowie auch die von den materiellen Verhältnissen des Gesammtreichs geforderte Feststellung des konstitutionellen Organismus es unvermeidlich machten, daß Se. Maj., inwiefern es die Umstände gestatten, sein fürstliches Wort, welches er am 20. Okt. v. J. seinen erwähnten Völkern hinsichtlich der Zusicherung konstitutioneller Rechte gegeben hätte, einlöse: konnte es gleichwohl nicht der Wille Sr. Maj. seyn, weder daß die gesetzmäßige Kompetenz hinsichtlich der eigenen innern Angelegenheiten Ungarns und seiner Nebenländer und der darauf bezüglichen Rechte, noch daß der auf konstitutionellem Wege auszuübende Einfluß derselben auf jene gemeinsamen Reichsangelegenheiten, welche früher ohne Einfluß der übrigen Länder, blos nach dem Willen des Herrschers erledigt, jetzt aber von Sr. Maj. für solche erklärt wurden, die hinfort auf konstitutionellem Wege und unter der Theilnahme der Vertreter jener Länder berathen und entschieden werden sollen, ausgeschlossen werde. Wenn demnach als nothwendige Folge des von Sr. Maj. beschlossenen Wechsels des Regierungssystems die in dieser Richtung später erlassenen allerhöchsten Verfügungen dem Beginn der konstitutionellen Thätigkeit des ungarischen gesetzgebenden Körpers vorausgehen mußten: so fordert er dennoch mit vollem Vertrauen den gesetzgebenden Körper zur Verhandlung der darauf bezüglichen Angelegenheiten auf, sowie zur Diskussion und aufrichtigen Meinungsäußerung in Bezug auf die Modalitäten, durch welche die infolge der veränderten inneren Lage der Monarchie nöthig gewordene definitive Organisation mit dem konstitutionellen Zustande Ungarns in Einklang zu bringen wäre, und er wünscht um so mehr den Beginn der darauf bezüglichen Verhandlungen, als es von Nothwendigkeit ist, daß die Interessen seines geliebten Ungarn schon aus Anlaß der ersten Berathungen über die gemeinsame Angelegenheit der ganzen

Die Organe der ungarischen Staatsverfassung.

(Fortsetzung.)

Der Landtag.

Der ungarische Landtag besteht aus zwei Tafeln, nämlich: aus der Magnatentafel (Förendek) und aus der Ständetafel (Rendek). Wie schon der Name andeutet, besteht die Magnatentafel aus der hohen Aristokratie (Magnates, Optimates et barones regni) und den Erzbischöfen und Bischöfen unter dem Vorsitz des Palatinus, der auch gewöhnlich als Stellvertreter des Königs den Landtag zu eröffnen pflegte. Die Ständetafel wird gebildet von den Deputirten der Komitate, der Kapitel, der königl. Freistädte und der privilegirten Distrikte. Vor dem Gesetze des Jahres 1847—48, wo die Hauptbestandtheile der ungarischen Konstitution die Privilegien des Adels bildeten, war die Vertretung der Städte nur eine sehr geringe, so daß von den 47 königlichen Freistädten mehrere zusammengenommen einen Wahlbezirk bildeten und einen Landtagsdeputirten zu wählen hatten. Mit der Abschaffung der Robote des Bauern und mit dem Aufhören der Privilegien des Adels hat das Wahlgesetz die größte Ausdehnung genommen und es ist nicht nur die Anzahl der Komitats-, sondern insbesondere der Deputirten der Städte bedeutend vermehrt worden, so daß die Vertretung der letzteren jetzt eine gerechte und würdige ist. Von den Freistädten und einzeln berechtigten Gemeinden werden 60 Deputirte auf den Reichstag geschickt; die Hauptstadt des Landes, Pesth, welche früher nur einen Deputirten wählte, hat jetzt fünf, die Stadt Debreczin drei u. s. w. Aus den Wahlbezirken der Komitate, der freien Distrikte und den übrigen Städten werden 281 Deputirte zum Reichstag gesendet und dieselben erhalten außer der Wohnungs-Entschädigung täglich 5 Gulden Diäten. Jeder unbescholtene zwanzigjährige Mann, wenn er auch nur ein jährliches Einkommen von 100 fl. nachweisen kann, ist Wähler, und jeder Wähler, welcher das vierundzwanzigste Jahr erreicht hat, kann Wahlmann werden.

Der versammelte Landtag beräth die königlichen Propositionen und bewilligt die in denselben ausgesprochenen und geforderten Steuern, Subsidien, Kontributionen und die zur Ergänzung der ungarischen Regimenter erforderlichen Rekruten. Der Reichstagsordnung gemäß gebührt den königlichen Propositionen der Vorrang vor den Anträgen der Stände. Wenn auch die königlichen Vorlagen als nur dem Land aufzulegende Lasten oft viel besprochen und streng geprüft worden sind, so ist es doch bekannt, daß der Reichstag oft und besonders in Zeiten der Noth hochherzigerweise mehr bewilligte, als der König verlangt hat. Zugleich hatte ja auch der Adel selbst die Pflicht, in Zeiten, wo das Land in Gefahr war, auf seine eigenen Kosten sich auszurüsten und gegen den Feind zu ziehen, was landesüblicherweise „Insurrektion" genannt wurde. Bei der heutzutage erforderlichen Ausbildung und sehr vervollkommneten Ausrüstung des Krieges dürften dergleichen Insurrektionen sich allerdings überlebt haben.

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 100. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 58. Jahrgang. | Donnerstag, 11. April 1861.

Deutscher Bund.

Um gemeinsame Maßnahmen der Regierungen der deutschen Zollvereinsstaaten bezüglich der im nächsten Sommer in London stattfindenden allgemeinen Industrieausstellung zu erzielen, damit die Interessen der deutschen Industrie die entsprechende Vertretung finden und dieselbe eine würdige Stelle in der Ausstellung einnehme, sind unter den betreffenden Regierungen, wie man vernimmt, bereits Unterhandlungen im Gange, die hoffentlich zu einem baldigen und günstigen Resultate führen werden.

(Augsb. Abendztg.)

Bayern. München, 9. April. Se. Maj. der König hat die am Bezirksgerichte Eichstädt erledigte Botenstelle dem pens. Regimentsprofoßen J. Lang von Bärnau, Ldg. Tirschenreuth, verliehen; zum Assessor des Ldgs. Kemnath den Rechtspraktikanten Fr. Moser aus Waldmünchen, zur Zeit in Erding, ernannt; den Assessor E. Schrön von Rehau an das Ldg. Naila und den Assessor H. Heil von Naila an das Ldg. Rehau versetzt, dann den Sekretär der k. Regierung von Oberbayern, J. Metschnabel zur k. Regierung der Pfalz, und den Sekretär Ed. Brügel daselbst zur k. Regierung von Oberbayern, beide auf Ansuchen, versetzt; den Bauassistenten K. Bernatz in Reichenhall zum Salinenbaubeamten daselbst ernannt. Die kath. Pfarrei Welden, k. Ldg. Zusmarshausen, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 848 fl. 59 kr. 7 hl. in Erledigung gekommen. (N.M.Z.)

** München, 9. April. (Privat-Korrespondenz.) Das Austrittsgesuch des Prof. Lasaulx befürwortete Frhr. v. Lerchenfeld in der heutigen Sitzung der 2. Kammer mit folgenden Worten: Die Kammer werde wohl das Gesuch des Hrn. v. Lasaulx nicht abschlagen können, so schmerzlich es den Mitgliedern derselben auch fallen müsse, einen Mann aus ihrer Mitte scheiden zu sehen, dessen Charakter und Unabhängigkeit alle wohl zu schätzen und zu verehren Gelegenheit hatten. Wenn man auch nicht in allen Fällen mit seinen Ansichten übereingestimmt habe, so sey doch wohl Niemand in der Kammer, der nicht die Unabhängigkeit und das volle Streben nach Wahrheit und Recht dieses Charakters in vollstem Maße anerkennen werde. Das Austrittsgesuch wurde sodann genehmigt. Es wurden hierauf verschiedene Rechnungsnachweise über die Staatsausgaben der Jahre 1855/59 geprüft und in Ordnung befunden. — Die beanstandete Verwendung von 40,000 fl. für die Wiener Landstraße suchte der Staatsminister Frhr. v. Schrenk in ausführlicher Rede zu rechtfertigen, an deren Schluß er darauf hinwies, daß in dem vorgelegten Entwurf des Finanzgesetzes eine weitere Kreditforderung für diese Straße enthalten sey; sonach durch die etwaige Annahme des heute vorliegenden Ausschußantrages der Berathung des Finanzgesetzes vorgegriffen würde. Es werde durch diesen Antrag die Ministerverantwortlichkeit in Anspruch genommen, dieß aber erfordere eine nähere Prüfung. Es dürfte deßhalb als zweckmäßig erscheinen, wenn die Berathung über den vorliegenden Antrag bis zur Berathung des Finanzgesetzes ausgesetzt würde. Er könne übrigens nicht zugeben, daß hier eine Gesetzesverletzung stattgefunden habe, denn es hätte nur die Verweisung einer nicht aus dem Etat bestrittenen Ausgabe auf den Reservefond stattgefunden. — Abg. Frhr. v. Lerchenfeld tritt dieser Ansicht entgegen. Man sey in der Sache vollständig informirt, um dieselbe schon jetzt erledigen zu können. Im vorliegenden Falle liege allerdings eine Gesetzesverletzung vor, denn es sey eine Ausgabe gemacht worden, nachdem die drei gesetzgebenden Gewalten beschlossen hatten, daß es sich hier um keinen Staatszweck handle, und deßhalb die betreffenden Kreditforderungen abgelehnt worden seyen. Nachdem sich hierauf noch Abg. Dr. Völk und der Referent Bermüller in gleichem Sinne geäußert hatten — erfolgte die Abstimmung, und wurden die Anträge des Ausschusses (auf Rückersatz gehend) einstimmig angenommen.

Hannover. Hannover, 8. April. Bennigsen's Versammlung am heutigen Tage war über Erwarten zahlreich und aus allen Provinzen besucht. Glücklich brachte ihr Veranstalter eine Adresse an den König durch, die keine Klage verschweigt, nicht verhehlt, daß das System seit 1855 dem Lande zur Qual ist, und um die Herstellung des alten Verfassungsrechtes bittet. Sie soll durch eine Deputation von sieben Mitgliedern aus den sieben Provinzen Sr. Majestät überreicht werden. Schleswig-Holstein war leichter an den Klippen der Vorberathung vorüber zu führen, da Land und Regierung hier einiger sind; doch glaubte der anwesende Polizeibeamte warnen zu müssen, als ein geborener Holsteiner in seinem sonst gerechten Grimme über die berühmte Budgetvorlage von dem „Lügenbold" Dänemark sprach. Man erklärte sich einstimmig für die Durchführung der deutschen Forderungen, selbst auf die Gefahr des Kriegrs hin, und für die schleunigste Herstellung von Kanonenbooten durch die Nordseestaaten. In der allgemein deutschen Frage wurde mit einiger Vorsicht das Programm des Nationalvereins fern gehalten; die Resolution jedoch (Centralgewalt mit Parlament, für jene mindestens die militärischen und die auswärtigen Angelegenheiten, und Preußen in ihrem Besitze) kommt mit seinen Richtungen fast auf Eines hinaus, und wurde beinahe einstimmig beschlossen. Kurhessens Recht und seine Vertheidigung durch das Volk fand die wärmste Fürsprache und Bewunderung; die Versammlung hoffte durch Herstellung der Verfassung vom Jahre 1831 wenigstens diese Eine Wunde Deutschlands geheilt zu sehen. Die Verhandlung über die Stellung der Presse zur Verwaltung, der letzte Gegenstand der Tagesordnung, rief die bittersten Klagen hervor. Gewiß recht unwillkommene Enthüllungen über das offiziöse Preßbureau ließen sich die Wächter der Versammlung noch gefallen. Als weiter publizirt wurde, wie die Regierung, nicht zufrieden, die Presse des eigenen Landes unter dem härtesten Drucke zu halten, auch die auswärtige durch Debit-Entziehungen oder durch Verdächtigung ihrer hannover'schen Mitarbeiter zu unterjochen strebe, wurde die zweite polizeiliche Verwarnung mit dem Zusatze erlassrn, daß, wenn die Angriffe auf die Regierung in dieser Weise fortgingen, die Auflösung erfolgen würde. Sie erfolgte auf die Erwiderung des Redners, daß das Verfolgungs-System gegen die Presse doch hoffentlich nicht auch in diesem Saale geübt werden solle. Die Versammlung erwiderte den Auflösungsspruch mit lautem Zuruf, der nur noch übertroffen wurde, als Herr v. Bennigsen zum Schluß ein Hoch auf das Heil Deutschlands forderte.

(Köln. Z.)

* **Oesterreich.** Der „Patrie" meldet man von Wien, daß die ungarischen Magnaten, welche der Eröffnung des Landtages in Ofen beigewohnt haben, einer Verständigung mit dem Wiener Hof nicht abhold sind. Die Majorität der Deputirten ist dagegen immer noch gegen jede Transaktionsidee. Nach derselben Mittheilung sind die Bemühungen des demokratischen Komité von Pesth, um die galizischen Deputirten von der Betheiligung an dem Wiener Reichstag abzuhalten, erfolglos geblieben. In einer am 4. April in Lemberg abgehaltenen Versammlung wurde beschlossen, „unter Vorbehalt der unveräußerlichen Rechte Polens", Deputirte in den Reichsrath nach Wien zu schicken.

Wien, 7. April. Die Nachrichten aus den Provinzstädten über die Eröffnung der Landtage lauten befriedigend; selbst die Briefe aus Pesth-Ofen lassen bei aller Grobheit und bei allen Stacheln, die sich in den Reden finden, eine gewisse Zurückhaltung bemerken, die man dem Wunsche, zu besänftigen und geschmeidiger zu machen, zuschreiben kann. Die Erinnerung an Ludwig Batthianyi in der Ansprache des Präsidenten im Magnatenhause ist ein solcher Stachel, und die Bemerkung, daß die vorgelegten Urkunden von keinem verantwortlichen ungarischen Minister kontrasignirt sind, deutet den Sturm an, der am politischen Horizonte schwebt; aber fast alle Magnaten und der vierte Theil der Abgeordneten hatten sich bei der Eröffnung in Ofen eingefunden. Un-

Der Bischof von Laval hat einen noch heftigeren Hirtenbrief als der von Poitiers erlassen; er erklärt darin, am Rande eines Abgrundes dürfe man sich nicht mit Possen abgeben; er sieht das Schwert des Zornes Gottes über Viktor Emanuel gezückt; man dürfe nicht glauben, die Agitation sey vorüber, weil die Katholiken sich nur in würdiger Weise ausdrückten, und keinen Lärm wie Demagogen machten u. s. w.

Paris, 7. April. Es wird berichtet, daß Herr Gaiffe, Mitglied der Redaktion des Journals „La Presse“, verhaftet und nach Mazas gebracht worden. Die Verhaftung soll mit der Mirès'schen Angelegenheit in Verbindung stehen.

Spanien.

Als einen Beweis des tiefen Mißtrauens, das auch in Spanien gegen Frankreich wieder wach geworden, bezeichnet die „Korrespondenzia“ die heftige Opposition der Blätter gegen die Anlage eines französischen Telegraphenbureau in Mahon, an welchem Orte die Drähte des französisch-algerischen Telegraphen vereinigt werden sollen.

Italien.

Bekanntlich sollte am 6. April in Brescia ein Kongreß der Häupter und Führer der politischen Flüchtlinge anderer Länder und der Garibaldianer stattfinden. Heute erfährt man, „die ganze Emigration sey sofort nach Turin berufen.“ Gründe werden nicht angegeben. Vielleicht geschah jene Berufung, weil Garibaldi so leidend ist, daß er seine Wohnung nicht verlassen kann.

Zwischen Ravenna und Bologna wird ein piemontesisches Lager gebildet, ein anderes am Mincio unter Lamarmora; das vierte sardinische Armeekorps kommt nach Sizilien und Kalabrien, wo die Ruhe nur durch mobile Kolonnen erhalten werden kann; die Provinz Palermo ist die unruhigste von allen; die Kommandanten dieser Kolonnen haben unbeschränkte Vollmachten an allen Orten, wo die Ruhe gestört wird.

Türkei.

Semlin, 8. April. Der vormalige serbische Minister Garaschanin (franzosenfreundlich) geht morgen nach Konstantinopel, um wegen der Entfernung der Türken aus Serbien, wo sie bekanntlich Belgrad besetzt halten, mit der türkischen Regierung zu verhandeln. (Es wäre dies der erste Schritt zur Verwirklichung des lang gehegten Wunsches, Serbien ganz von der Türkei loszureißen.)

Niksik (in der Herzegowina) wird von den Insurgenten noch belagert. In dieser Festung herrscht Hungersnoth; der Fall derselben steht bevor. In Bosnien wird ein Konflikt zwischen Türken und Rajahs befürchtet, Answanderungen der letzteren stehen bevor.

Neueste Nachrichten.

Wien, 8. April. Der Linzer (Oberösterreich) Landtag nahm mit Akklamation eine Loyalitätsadresse an den Kaiser und eine Vertrauensadresse an das Ministerium an. (T. d. Allg. Z.)

In Innsbruck waren zu der Eröffnung des Landtags von der verfassungsmäßigen Anzahl von 68 nur 51 Deputirte erschienen, da die Wälschtyroler, mit Ausnahme des Fürstbischofs von Trient, des Erzpriesters von Roveredo und zweier Abgeordneten aus dem Fleimser Thal, auf ihrem separatistischen Programm beharrt waren.

Turin, 8. April. Kriegsminister Fanti hat seine Entlassung eingereicht, die noch nicht angenommen wurde. Die sardinische Flotte wird sich demnächst in den süditalischen Gewässern vereinigen, und erhält eine wichtige Bestimmung. Die Kammer soll eiligst einen Gesetzentwurf über umfassende Matrosenaushebung genehmigen. (T. d. Allg. Z.)

Mailand, 7. April. Der heutigen „Perseveranza“ wird aus Turin berichtet: Aus Paris eingetroffene Nachrichten bestätigen, Napoleon habe dem Papst versichert, seine Truppen noch einige Zeit in Rom zu belassen. Diese Nachricht erregte hier große Bestürzung; Alles sieht mit Spannung Cavours Antwort entgegen, welche derselbe auf die Interpellation Vacca's bezüglich der römischen Frage nächsten Dinstag im Senate geben wird. Man sagt, Garibaldi beabsichtige Cavour wegen Venetien zu interpelliren. Garibaldi berief Nino Bixio aus Paris eiligst zurück. Cialdini schlug den Antrag aus, das Civil- und Militär-Gouvernement Siziliens zu übernehmen. (Tel.d.Oftd.Post.)

Warschau, 5. April. Die Bank von Polen sucht ebenfalls einige Popularität zu gewinnen und fängt damit an, Kaufleuten zu 30 bis 70 Silber-Rubel Scheidemünze auf ein Mal zu verabfolgen, während seit dem Krimmkriege alles Silber-, Gold- und Kleingeld unsichtbar wurde, ja selbst Papiergeld von 1, 3 und 5 Rubel mit hohem Agio eingekauft werden mußte, um den Verkehr zu erhalten. (Nat.-Ztg.)

Die „Schlesische Ztg.“ meldet aus vielen Provinzialplätzen des Königreichs Polen Manifestationen gegen Beamte. In Suwalki, der Hauptstadt des Gouvernements Augustowo, hatte dieserhalb der Gouverneur seine Entlassung gegeben; der Gouverneur von Lublin war aus demselben Grunde nach Warschau gegangen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöblmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	$65\frac{3}{4}$ P.
„	5 pCt. Lomb. ditto.	$76\frac{3}{4}$ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$59\frac{3}{4}$ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	48 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$40\frac{3}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$34\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$87\frac{1}{4}$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	$102\frac{3}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jahr. dto.	$103\frac{1}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$103\frac{1}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100 G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{1}{4}$ P. 104 G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{8}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	103 P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$95\frac{1}{8}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$101\frac{7}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101 P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	95 P. $94\frac{1}{2}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$101\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$98\frac{5}{8}$ P.
„	3 pCt. Obl.	$91\frac{5}{8}$ P.
Spanien	3 pCt. Int. Sch. P. à fl. 2. 30	$47\frac{1}{8}$ P.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt. „ „ „	$41\frac{1}{2}$ P.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$98\frac{3}{8}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$168\frac{5}{8}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	540 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$120\frac{1}{2}$ P. $119\frac{1}{2}$ G
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	180 P. $178\frac{1}{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$75\frac{1}{2}$ P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$66\frac{1}{4}$ P.
Internationale Bank in Luxemb. . .	82 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	320 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	68 P.
Oest. P. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	214 P.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	117 P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	71 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	23 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$128\frac{1}{4}$ P. 128 G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$98\frac{1}{2}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50\frac{1}{4}$ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	$234\frac{1}{2}$ G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	510 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	456 P.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$103\frac{1}{2}$ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{1}{2}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$96\frac{1}{8}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 B.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{1}{4}$ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{3}{8}$ B
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$77\frac{1}{4}$ B. 77 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	70 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$47\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$55\frac{1}{4}$ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$129\frac{1}{2}$ P. 129 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$53\frac{1}{4}$ P.	„ fl. 25 do.	$34\frac{5}{8}$ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	89 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$34\frac{1}{2}$ P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	$118\frac{1}{2}$ G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	36 G.
Badische fl. 50	90 P.	Vereins-Loose fl. 10.	11 P.
Badische fl. 35	$52\frac{7}{8}$ P.	Anab.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{3}{4}$ G.

Frankfurt, 9. April. Die Stimmung der Börse war für österr. Fonds und Industrie-Aktien matt und das Geschäft sehr geringfügig. Süddeutsche Fonds fest und preishaltend. (Synd.)

Rheinprovinz, v. Rommer-Esche, sowie zahlreiche Notabilitäten, darunter Frhr. v. Rothschild aus Frankfurt a. M. anwesend. (Allg. Ztg.)

§ **Oesterreich.** Wien, 7. April. (Privat-Korrespond.) Die aus Carlowitz (Neusatz) eingetroffenen Nachrichten stimmen durchgehends darin überein, daß sich sämmtliche Deputirte des serbischen Nationalkongresses einer vollständigen Versöhnung der Serben und Magyaren zuneigen und die Vereinigung der bestandenen Woiwodina mit Ungarn gegen Sicherstellung der nationalen Rechte durch den ungarischen Landtag, mit welchem sich die Serben direkt ohne Einmischung eines Dritten (d. h. der Reichsregierung in Wien) verständigen wollen, vom Kongreß im Prinzipe ausgesprochen werden dürfte. Man sieht demnach, daß die bitteren Enttäuschungen während der verflossenen 12 Jahre auch an den Serben nicht spurlos vorüber gegangen sind, und daß sie sich keineswegs geneigt zeigen, zum zweitenmale der Reichsregierung zu helfen, indem sie die Ungarn bekämpfen. — Aus Pesth lauten die Berichte wenigstens nicht schlecht. Man hofft, daß die Partei, an deren Spitze Deak und Eötvös stehen, die Oberhand behalten wird. So weit ist es bereits gekommen, daß man diese Partei, deren Programm dahin lautet, daß die Gesetze vom Jahre 1848 unverbrüchlich festzuhalten seyen, die Partei der Gemäßigten nennt, obwohl sie die Bewilligung des unabhängigen Ministerium für Ungarn als conditio sine qua non bezeichnet. Wie lange übrigens diese Partei am Ruder bleiben wird, weiß Niemand zu sagen; bricht ein Krieg in Italien aus, so kann es sehr leicht geschehen, daß die Exaltados oder, wie man sie hier nennt, die Partei der Emigration die Oberhand erhält, welche in dem Grafen L. Teleki einen ebenso gewandten als energischen Führer haben. Die Parole dieser Partei lautet aber, daß die Gesetze vom Jahre 1848 nicht hinreichen, um die Freiheit zu sichern, daß vielmehr noch andere und stärkere Garantien erforderlich sind.

* Aus der ersten Sitzung des Landtags für Nieder-Oesterreich für heute nur so viel: Auf der Tagesordnung stand die Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Wahlen. Dem Antrage des Baron Sommaruga, diesen Ausschuß nach dem Verhältniß der drei Wahlklassen zusammenzusetzen, tritt Dr. Berger mit den Worten entgegen: „Wir sind hier keine Gruppen, sondern eine ganze Versammlung, hier soll man keinen Unterschied zwischen Bürger und Adel kennen." Die Versammlung theilt diese Ansicht und aus der Abstimmung gehen folgende sieben Herren als Mitglieder der Wahlprüfungs-Kommission hervor: Dr. Berger, Frhr. v. Kalchberg, Baron Dobbthof, Baron Walterskirchen, Ritter v. Suttner, Dr. Schindler und Hr. Meuder.

— * Prag, 8. April. Daß die Czechen im böhmischen Landtag sich für den einheitlichen Gesammtstaat erklären, hat eine große Bedeutung gegenüber den Sondergelüsten der Ungarn, welche das ganze Reich in einzelne, nur durch das lockere Band der Personal-Union verbundene Länder auflösen möchten. Von den Czechen hatte man gerade befürchtet, sie würden sich zu ähnlichen Bestrebungen, wie die Ungarn, verleiten lassen. Daß auch die Landtage der anderen deutschen Kronländer sich für den Gesammtstaat erklären, ist theils schon gemeldet, theils mit aller Gewißheit noch zu erwarten.

Pesth, 7. April. Eine Wählerversammlung verlangte von Deak wegen seiner gestrigen Rede (worin er den Deputirten empfahl, der Eröffnung des Landtags in Ofen beizuwohnen) seine Abdankung als Deputirter. Der Stadthauptmann löste die Versammlung im Namen des Gesetzes von 1848 auf. — Die Jugend bereitet für heute Abend eine großartige Katzenmusik für den Bischof Haas vor, welcher gestern der Landtagseröffnung in Pesth beiwohnte. (Man sieht aus diesen Notizen, wie erregt die Stimmung ist, und wie weit es die Hitzköpfe, die allerdings nur einen Theil der Bevölkerung ausmachen, treiben möchten. Deak, der gefeierte Führer der liberalen Partei, hat bei ihnen schon allen Kredit verloren, weil er zu verständiger Mäßigung räth, und der arme Bischof soll, scheint es, für die 50 Deputirten allesammt büßen, welche es für gut fanden, nach Ofen zu gehen.)

Großbritannien.

Englische Blätter eifern gegen den schlechten Geschmack der Zeit, der Shakespeares Werke bestätige, Mancher der keinen Penny für einen lahmen Bettler habe, bezahle zehn, um einen todten Indianer zu sehen; jeder Unsinn und jede Abscheulichkeit ziehe ein zahlreiches Publikum an; Zwerge, lebende Skelette, eine Hottentotten-Venus, die auf der tiefsten Stufe menschlicher Entwicklung stehende Pastrana hielten goldne Ernten; das Schlimmste an der Sache sey, daß Aufregung durch Neuheit immer mehr zur Gewohnheit werde und durch Thierbändiger und tollkühne Seiltänzer der Hang zur Grausamkeit genährt werde.

Frankreich.

Paris, 5. April. Der Prinz Murat und der Prinz Napoleon stehen sich wüthend einander gegenüber, und nachdem das Palais royal schon längst das Hauptquartier der Konspiranten und der Revolutionäre aller Zungen und Länder war, wird das Schloß Buzenval seit dem Manifeste seines Herrn als ein Asyl der relativ-konservativen Prinzipien betrachtet. Das ist der eigentliche Humor der Geschichte. Ob der Prinz Murat als Prätendent Aussichten haben würde, das fragt man sich kaum; aber es gefällt, es behagt der sog. konservativen Partei der Regierung, daß er jene „künstliche Aristokratie der Konspiranten", welche in Europa Alles, das Oberste zu unterst, kehren möchte, gegeißelt hat. Wer die hiesigen Personen und Dinge genau kennt, dem ist die Absicht des Prinzen Murat, seinem Vetter bei der Gelegenheit Eins abzusetzen, nicht entgangen. Der Prinz Napoleon ist außer sich vor Zorn, besonders nachdem er im Invalidenhotel (bei der Uebersiedelung des Sarges seines Onkels) sehen mußte, wie die meisten Notalitäten ihn ebenso absichtlich vermieden, wie sie Herrn Murat suchten. — Mit einer Dreistigkeit ohne Gleichen läßt die Regierung versichern, daß der Graf v. Persigny dem Artikel der „Patrie" über das Leichenbegängniß der Herzogin von Kent fremd sey. Das ist eine Schnurrpfeiferei; wir könnten den Beamten nennen, der das eigenhändige Manuskript des Grafen v. Persigny in die Bureaux der „Patrie" bringen mußte, und wir behaupten auf das Bestimmteste, daß der Artikel der „Patrie" nichts Anderes als eine Ausführung und Bearbeitung der eigenhändigen Notiz des Ministers war.

Madame Patterson Bonaparte hat gegen das Urtheil des Tribunals erster Instanz, welches die Gültigkeit ihrer Ehe mit Jerome Napoleon nicht anerkannte, Appellation eingelegt.

Die Kongregation der Redemptoristen, die seit 1852 in Douai bestanden, ist aufgelöst worden.

---

und bilden gegenwärtig das Grundgesetz Ungarns in dem Verhältniß zu Oesterreich. Unter Maria Theresia, wo der Adel durch freiwillige Abgaben große Opfer brachte, wurden die Unterthanenverhältnisse durch das sog. Urbarium gemildert.

Joseph II., welcher sich nicht krönen ließ, um nicht den Eid auf die Verfassung leisten zu müssen, hatte keinen Reichstag einberufen, und versuchte die Lehensrechte und Steuerfreiheit des Adels aufzuheben, machte sich aber durch gewaltsame Einführung der deutschen Sprache auch bei den von ihm in Schutz genommenen Bauern verhaßt, und mußte, wie bekannt, alle seine Reformen und Einrichtungen widerrufen.

Unter der Regierung des Kaisers Franz zeigten die Ungarn große Anhänglichkeit an das Haus Habsburg und der konservativ gesinnte Adel spendete zu den Kriegen gegen Napoleon 70,000,000 fl. in freiwilligen Abgaben und der Aufruf Napoleons 1809 an die Ungarn fand gar keinen Anklang.

Der König zeigte sich auch nicht undankbar gegen die Magyaren und die Nation nahm in den späteren Jahren seiner Regierung einen erfreulichen Aufschwung. Die königlichen Propositionen waren der Zeit entsprechend, und seinerseits schuf der Landtag ungeachtet einiger Mißhelligkeiten mit der Regierung, insbesondere auf Antrag der liberalen Ständetafel vortreffliche Gesetze und Einrichtungen, aber die Verhandlungen über das Urbariale kamen erst in dem denkwürdigen Reichstag 1835 unter König Ferdinand V. zur Beschlußnahme, womit das Verhältniß des Bauern zu seiner Grundherrschaft geordnet und der Adel einen Theil der unbedingten Steuerfreiheit aufgab. So gereichte endlich die ungarische Konstitution auch dem Bauer zum Wohl; er erhielt: Eigenthumsrecht an Grund und Boden, und die Ablösbarkeit aller gutsherrlichen Frohnen und Lasten wurde vom Reichstag in bestimmten Artikeln ausgesprochen. Nach mehrhundertjähriger Unterdrückung konnte nun endlich der Bauer ein freier Mann werden, aber seine Lage hatte sich im Allgemeinen schon so gebessert, daß von dem Ablösungsrecht nur wenig Gebrauch gemacht wurde.

Die freisinnigste Ausdehnung hat aber die ungarische Verfassung durch das Wahlgesetz vom Jahre 1847—1848 genommen, indem nach demselben die 10 Millionen Bewohner nicht weniger als 1,400,000 Wähler geben, ein Verhältniß, welches fast in keinem konstitutionellen Staat Europa's vorkommt.

(Fortsetzung folgt.)

geändert. Warum aber ist das anders geworden? In immer größerer Erkaltung des religiösen Eifers möchte es kaum liegen und der Grund wohl darin gefunden werden, daß früher eben ganz anders, daß überhaupt weniger regiert wurde. Das Volk war mehr in Korporationen getheilt, die sich hinwieder selbst regierten, während durch Napoleon I. das Centralisationssystem eingeführt, durch Kardinal Consalvi fortgeführt und bis auf die neueste Zeit beibehalten war. Und zwar wurde dieses System in der Weise fortgeführt, daß die höhern Chargen alle in den Händen der Geistlichkeit waren, mithin die Unzufriedenheit schon bei den Beamten selbst beginnen mußte, welchen jede Hoffnung auf Beförderung und Verbesserung auf diese Art abgeschnitten war. Am meisten tritt der Mißstand dieser Besetzung der Stellen in der Rechtspflege hervor. Der Priester, dessen Beruf die Verkündigung der Barmherzigkeit und Gnade ist, kann nicht gut Richter seyn. Sein ganzes Leben, sein Studium, die tägliche geistige Nahrung, die er zu sich nimmt, Alles weist ihn darauf hin, Nachsicht und Milde walten zu lassen. In der Rechtspflege aber kann das in die Länge nie gehen. Der Buchstabe des Gesetzes wird nach aller Strenge gehandhabt werden müssen, um diesem Gesetze Achtung zu verschaffen und nicht den Eindruck des Schwankens und der Willkür an dessen Stelle zu setzen. Diese Strenge nach Außen aber kann der Priester kaum durchführen, dem Volke gegenüber aber auch die Gründe seines Handelns nicht geltend machen, und deßhalb blieb dem letzteren zuletzt eben doch nur der Eindruck bloßer Willkür. Daß diese Lage in die Länge nicht bleibe, war vorauszusehen und Kardinal Pacca sagte selbst, daß er nach fünfjährigem unausgesetzten Nachdenken über diese Sache sich mit dem Gedanken nach und nach vertraut gemacht habe, daß der Kirchenstaat aufgelöst werden müsse, und daß diese Auflösung der Kirche selbst sogar nützen könne. Freilich glaubte er auch noch an das Zustandekommen einer Universalmonarchie, in welcher dann freilich selbst der Papst Unterthan werden müßte. Das ist nun nicht eingetroffen und wohl auch gar nicht zu fürchten; auch kaum das Eintreffen dieser ängstlichen Besorgniß, daß der Papst einem einzelnen Fürsten Unterthan werde, wie das in letzter Zeit fast den Anschein gewonnen hatte, indem die Okkupation Roms durch fremde Truppen verschiedener Mächte durch den für Oesterreich so unglücklichen Ausgang des Krieges in der Lombardei aufgehört hatte und Frankreich allein seine Truppen in Rom hat. Der Gedanke, daß Frankreich den Papst für sich gewinnen werde, lag allerdings sehr nahe und war schon in dem Plane Napoleons I., in dessen Fußstapfen sein Neffe bekanntlich eingetreten ist, allein gegen ein französirtes Papstthum würde wohl die ganze übrige katholische Welt Protest einlegen. Auch möchte zu bedenken seyn, daß der Papst selbst seine weltliche Macht gar nicht abtreten kann, denn sie ist ein ihm anvertrautes Gut, welches zu wahren derselbe mit einem Eide verbunden ist. Die Befürchtung, den Papst als Unterthan eines einzelnen Fürsten zu sehen, möchte sich somit als grundlos erweisen, da die Begriffe von Unterthan und Papst ebenso heterogene sind, als die Begriffe von Trennung und Katholizität, welche ängstliche Gemüther mit der vielleicht gewaltsamen Uebersiedlung des Pabstes nach Frankreich in Verbindung brachten. Eine Trennung und Spannung in der katholischen Kirche kann aber möglicher Weise nur eintreten, wenn es sich um Lösung von Prinzipienfragen handelt. Außerdem möchte sich wohl kaum die Ursache zu einer solchen finden, da ja in den letzten 4 Jahrhunderten auch nicht der Versuch einer solchen gemacht wurde; es müßte nur die Ronge'sche Walpurgisnacht von 1846 als solche betrachtet werden; solche Spaltungen aber sind nicht gefährlich." — Die weiteren Schlußfolgerungen wurden der nächsten Vorlesung vorbehalten. (Augsb. Postztg.)

Deutscher Bund.

Bayern. München, 8. April. Se. Maj. der König hat genehmigt, daß das Zenelli'sche Benefizium in St. Salvator bei Binabiburg, Ldg. Vilsbiburg, von dem Bischofe zu Regensburg, dem Priester M. Bindl, Pfarrer in Unteraurbach, Ldg. Neunburg v/W., verliehen werde; die kath. Pfarrei Langquaid, Ldg. Rottenburg, dem Priester G. Wittmann, Pfarrprovisor in Pursruck, Ldg. Amberg; die kath. Pfarrei Weidenthal, Ldkmssts. Neustadt, dem Priester B. Ihle, Pfarrer in Brücken, Ldkmssts. Homburg übertragen. (N. M. Z.)

Baden. Kehl, 6. April. Der heutige Tag brachte endlich nach jahrelangem Harren und vielseitigen Kämpfen eines der wichtigsten Ereignisse für die Verbindung Englands und Frankreichs mit Süddeutschland, Oesterreich und dem gesammten Orient. Die feierliche Eröffnung der Straßburg-Kehler Verbindungslinie und der Rheinbrücke fand in würdiger und prachtvoller Weise statt. Um 9 Uhr Morgens führte ein Spezialzug die französischen Gäste nach Kehl. In 18 Minuten war der Weg von dem Centralbahnhof in Straßburg nach Kehl zurückgelegt. Im großh. Bahnhof angekommen, wurden die Gäste, unter welchen sich von französischer Seite Vertreter des Ministerium des Handels und der öffentlichen Bauten, der Post, sowie mehrere Präfekten befinden, von den badischen Behörden, an ihrer Spitze der Handelsminister Geheimrath Weizel, begrüßt. Im Bahnhof wurde ein Frühstück eingenommen. Alles war reich geziert; am Bahnhof, an höchster Stelle, alle andern Flaggen hoch überragend, flatterte eine große deutsche Fahne. Nach Besichtigung der Rheinbrücke kehrte der Zug, aus nahezu 400 Personen bestehend, nach Straßburg zurück. In Straßburg angekommen, besichtigten die Gäste die Sehenswürdigkeiten der Stadt. Gegen 3 Uhr Nachmittags vereinigte man sich zu einem Mahl in dem bekannten „Hôtel de Paris". Der erste Trinkspruch, den Hr. Perdonnet, Direktor der französischen Ostbahn, ausbrachte, galt dem Großherzog von Baden. Der Redner hob die Bedeutung der Rheinbrücke als Werk der Civilisation, als Förderungsmittel des Friedens zwischen zwei großen Nationen, die sich achten und ehren, hervor. Perdonnet bemerkt die Ueberzeugung zu hegen, daß die bei dem neuen Uebergang angebrachte Drehbrücke, die bei eventuellen Kriegsereignissen weggeschafft würde, und deren Funktion heute versucht wurde, heute hoffentlich zum ersten und letztenmal geöffnet ward (Pia desideria!). Geheimrath Weizel antwortete, und wies auf die Bedeutung der Rheinbrücke, wie auf die Nothwendigkeit des Friedens nicht nur für Baden, sondern auch für Deutschland hin. Anknüpfend an das Bedürfniß des Friedens und die Bedeutung des heutigen Festes, brachte der Minister einen Toast auf den Kaiser Napoleon aus. Sämmtliche Gäste wurden Abends ins Theater eingeladen, wo Festvorstellung stattfand. Aus Deutschland waren außer den Vertretern vieler Eisenbahnen auch der Präsident des großh. heisischen Ministerium, Frhr. v. Dalwigk, der Oberpräsident der preußischen

---

Die Organe der ungarischen Staatsverfassung.

(Fortsetzung.)

Es war eine gänzliche Verläugnung der Geschichte, als im Jahr 1849 die östreichischen Staatsmänner, gegenüber einer großen, dem Haus Habsburg treu gebliebenen Partei des hohen Adels die ungarische Konstitution aufhoben und Ungarn als eine eroberte Provinz der Monarchie einverleibten. Schon nach einem Decennium und nach erlittenem unendlichen Nachtheil mußte die Regierung ihren Fehler bereuen.

Die Nachfolger des Königs Andreas erließen zwar dann und wann gute Gesetze, räumten den eingewanderten Deutschen, welche gern gesehen und „hospites" genannt wurden, bedeutende Vorrechte ein, aber das Loos des besteuerten Landvolkes, „misera contribuens plebs", ward nicht gemildert. Nur König Sigmund bewilligte im Jahr 1405 den Bauern das Recht der Freizügigkeit und den königlichen Freistädten die Vertretung bei den Reichstagen. Der große Mathias Corvinus stellte nach Besiegung des gegen ihn empörten übermüthigen Adels eine geordnete Komitatsverfassung und bessere Gerichtspflege her, und hinterließ noch lange nach seinem Tod unter dem Volk den Ruf eines gerechten Fürsten.

Der blühende Zustand des Reichs hatte aber bald nach Mathias Tode ein Ende genommen und schon unter Ludwig II. hatte die Willkürherrschaft des Adels den höchsten Gipfel erreicht. Der König war ohne Geld, Macht und Ansehen und der Bauer, welcher sich vorher gegen den Adel empört und schrecklich gewüthet hatte, wurde mehr als je geknechtet und das von Stephan Werbäzi verfaßte Gesetzbuch (Tripartitum) bestätigte das harte Joch desselben.

Die Kämpfe um den Thron zwischen den Fürsten von Siebenbürgen und dem Hause Oesterreich, die Türken- und Religionskriege, die innerlichen Unruhen und Bürgerkriege setzten nun noch viele Decennien hindurch die harten Prüfungen des Landes fort. Und als im Jahr 1688 die Stände auf dem Preßburger Reichstag auf ihr Wahlrecht Verzicht leisteten und die Krone den männlichen Descendenten des Hauses Habsburg übertrugen, gaben sehr bald die österreichischen Einrichtungen Stoff zu fortgesetzten Unruhen, welche erst 1711 mit dem Frieden zu Szathmar ihr Ende nahmen. Im J. 1723 sicherte Kaiser Karl als König von Ungarn durch die pragmatische Sanktion, welche der ungarische Reichstag annahm, die Erbfolge auch für die weiblichen Nachkommen. Der ungarische Thron und die gegenseitigen Pflichten und Rechte wurden festgesetzt

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 99.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 10. April 1861.

Döllinger über den Kirchenstaat.

München, 5. April. Die öffentlichen Vorträge der Herren Dr. v. Döllinger, Deutinger und Haneberg haben heute begonnen und zwar nicht, wie es zuerst beabsichtigt war, in dem kleinen, sondern in dem großen Saale des kgl. Odeon, da erstere Lokalität sich als zu klein erwiesen hatte. Den Anfang machte Hr. Stiftspropst Dr. v. Döllinger, der mit der gewohnten Ruhe und Präzision des Ausdrucks sprach. Der Herr Redner berührte die Wichtigkeit der Zeit und die Nothwendigkeit eines rechten Verständnisses derselben, das wir durch unsere an Gleichgiltigkeit grenzende Ruhe, mit welcher wir die unter unseren Augen sich begebenden Ereignisse hinnehmen, nur sehr schwer zu erringen vermögen. Er sprach von dem Ernste und der Bewegtheit unserer Zeit. „Wir sind Deutsche", fährt er fort, „und Deutschland ist das Herz Europa's, dieses die Gebieterin der ganzen Welt. Durch den außerordentlichen erleichterten Verkehr, Eisenbahnen, Dampfschiffe, elektro-magnetische Telegraphen ꝛc. ꝛc. ist die Vereinzelnung der Völker aufgehoben und die innigste Verbindung unter denselben hergestellt. Die Bildung des Einen trägt sich auf den Andern über, und die nationalen, geographischen und sprachlichen Scheidewände sind zum großen Theile hinweggefallen. Die Völker sind ein organisches Ganze geworden und wenn an diesem Organismus nur irgend ein Glied erschüttert wird, pflanzt sich diese Erschütterung durch alle Theile desselben fort. Betrachten wir nur die letzten 6 Jahre; in der ganzen Weltgeschichte werden nicht leicht so viele ungeheure Ereignisse auf einen so kurzen Zeitraum zusammen gehäuft seyn. Die Frage, woher das komme, und ob wohl diese Bewegung der Gegenwart recht verstanden werde, drängt sich da dem Betrachtenden zunächst auf, sowie der Zweifel erwacht, ob nicht gerade die religiöse Seite am Wenigsten beachtet und verstanden werde. Und doch ist, wenn auch oft nur scheinbar, irgend ein religiöses Motiv bei fast allen Fragen und allen Bewegungen der Gegenwart mit thätig. In Deutschland steht sich Katholizismus und Protestantismus schon Jahrhunderte lang gegenüber; ein Proteus in immer wechselnder und oft täuschender Gestalt. Im Orient sehen wir den Muhamedanismus und das Christenthum in dem alten Gegensatze; dann den Einfluß Rußlands als Beschützer der griechischen Kirche, die Eröffnung des geheimnißvollen japanesischen Reiches, die Eroberung China's durch das kleine christliche Heer der Engländer und Franzosen, und selbst bei dem Kampfe um das Bestehen und Nichtbestehen des Sklavenhandels in Nordamerika sehen wir die religiöse Frage mit hineingezogen. Die brennendste aller Fragen der Gegenwart jedoch, welche jedes Gemüth, ohne konfessionellen Unterschied, wohl gleichmäßig bewegt und interessirt, ist unzweifelhaft die Frage um das Fortbestehen des Kirchenstaates, und Herr Redner glaubt mit Recht, daß es wohl Jedem erwünscht ist, durch Thatsachen, welche der Geschichte angehören, in den Stand gesetzt zu werden, selbst ein Urtheil über die Sachlage sich bilden zu können. Herr Redner ist durch dreimaligen längeren Aufenthalt im Kirchenstaate, durch Verbindung mit der englischen Gesandtschaft, sowie durch Einsicht vieler Dokumente in den Stand gesetzt, ziemlich genauen Bericht über die Lage des Kirchenstaates zu geben. Welche schreiende Ungerechtigkeit, fährt er fort, durch das Verdrängen des Papstes aus seinen Staaten begangen wurde, ist Jedem klar und die Empörung darüber ebenso gerecht wie allgemein, und es wirft sich nun zunächst die Frage auf, ob denn der päpstliche Stuhl fortbestehen könne, wenn ihm mit der weltlichen Macht gleichsam der Boden unter den Füßen weggezogen wird? Die Geschichte weist die Möglichkeit dieses Fortbestehens nach, da bis zum 7. Jahrhundert die Päpste keine weltliche Herrschaft besaßen, und selbst als sie durch Schenkungen Ländereien bekamen, nie in dem ruhigen Besitz derselben blieben, ja sogar meist im Auslande und oft nur von dem Almosen der Gläubigen leben mußten. Erst in späterer Zeit war es denselben vergönnt und auch da mit Unterbrechungen, in den vollen Besitz weltlicher Macht zu treten. So war die äußere Lage der Päpste immer eine schwierige und konnte nicht anders seyn. Obgleich weltliche Herrscher, fielen bei dieser Herrschaft doch viele jener Motive der Anhänglichkeit und des Vertrauens weg, welche bei einem angestammten Herrscherhause sich von Generation zu Generation vererben. Der Papst ist Wahlfürst, der Kirchenstaat also Wahlreich, und bisher gingen, trotz dem besten Willen der Regierenden, die Wahlreiche noch immer zu Grunde, um so mehr, da die Doppelstellung des Papstes, als Oberhirt der Kirche und weltlicher Regent, die Vollkommenheit nach letzterer Seite hin unendlich erschwert, ja fast unmöglich macht, denn er wird immer zuerst Priester und dann erst Regent seyn können. Die Regierung der Päpste war immer eine milde, am meisten aber die Pius IX., der sein Amt mit dem Akte der ausgedehntesten Vergebung begann, was die Folge hatte, daß dadurch alle Feinde der Regierung zurückgerufen wurden und nun ganz offen gegen dieselbe auftreten konnten. Bei ihm war Milde und Freiheit der Bewegung so sehr dem Volke gewährt, daß jeder unparteiische Beobachter in dem würdigen Ernste und dem freien Worte der Bewohner des Kirchenstaats die Grenzen dieses genau bezeichnen konnte, und doch konnte diese Milde eine immer weiter greifende Mißstimmung nicht mehr bewältigen. Am meisten freilich trat diese in den Städten hervor; allein in Italien ist eben die städtische Bevölkerung die maßgebende; der Bauer ist dort leider nichts. Der Grundbesitzer lebt den größten Theil des Jahres in den Städten und dem Bauern bleibt jede Betheiligung an den öffentlichen Angelegenheiten abgeschnitten. Trotzdem, daß Pius IX. sich bereitwilligst zu allen Verbesserungen des Regierungssystems, welche die Zeit zu erfordern schien, herbeiließ, wollten die Städter sich doch nicht beruhigen. Es war das Mißtrauen auf die Regierung bereits zu einer Höhe gestiegen, daß keine, wenn auch noch so liberale Konzession dasselbe heben konnte und die Okkupation Roms durch Truppen fremder Mächte mußte der Regierung zu einer Achtung verhelfen, welche sie selbst sich zu erringen nicht mehr im Stande war. Wie schwach die Regierung sich fühlte, mag ja schon daraus hervorgehen, daß alle Versuche, ein stehendes Heer zu gründen, an dem passiven Widerstande der Bevölkerung scheiterten, und so konnte es geschehen, daß zu einer Zeit, wo der Papst mehr als je der Fall gewesen, den bereitwilligsten Gehorsam als Oberhirt der Kirche in der ganz katholischen Christenheit fand und seine geistige Macht die höchste Stufe erreicht hatte, seine weltliche Macht am schwächsten war. Nach dem Ausspruch eines englischen Beobachters konnte sich derselbe buchstäblich auf keine Klasse der Bevölkerung verlassen, und die Ansicht, daß keine Hand sich zur Vertheidigung der weltlichen Macht des Papstes erheben werde, bestätigte sich in der That. Daß nun die öffentliche Meinung in Italien so sehr gegen die weltliche Herrschaft des Papstes ist, möchte jetzt wohl in den Großmachts-Ideen des italienischen Volkes gesucht werden, deren Durchführung der Kirchenstaat im Wege zu liegen schien. Wie weit ein Volk aber gehen kann, welches einmal diesem Wahne sich hingegeben hat, das hat Frankreich gezeigt, welches die napoleonischen Herrscher nur darum erträgt, ja sich dafür begeistert, weil dieselben diese Großmachtspläne nach Außen zur Durchführung zu bringen wissen. Die Mißstimmung des italienischen Volkes gegen die Regierung des Kirchenstaates jedoch möchte wohl auch darin zu suchen seyn, daß geistliche und weltliche Gewalt in einer Hand beinahe immer einen üblen Eindruck macht, und statt daß die weltliche Macht das Ansehen der geistlichen erhöht, meist die umgekehrte Wirkung hervorbringt. Selbst in Spanien, wo früher das Volk jede Ausübung der weltlichen Macht nur annahm, wenn dieselbe durch religiöse Motive begründet und erhoben wurde, woselbst zur Hebung neuer Steuern die Religion irgend einen Vorwand hergeben mußte und in dieser Ansicht des Volkes allein die Inquisition möglich geworden war, selbst da hat sich das Alles

Werth und es ist zu hoffen, dass es so bleibt; denn es zeigt doch eine etwas regere Geschäftsthätigkeit. (Aktionär.)

Neueste Nachrichten.

** München, 7. April. (Privat-Korrespondenz.) Der von der 1. Kammer gestern gewählte besondere Ausschuß für den die kurhessische Verfassungsfrage betreffenden Antrag besteht: aus den beiden Präsidenten und Sekretären der Kammer, dem Frhrn. v. Stauffenberg, Grafen v. Seinsheim, v. Niethamer und Grafen v. Montgelas, dann dem Fürsten v. Hohenlohe, dem Frhrn. v. Thüngen und dem Prof. v. Bayer. — Hr. Reichsrath v. Heinz hat das Referat über das Einführungsgesetz bereits vollendet; er ist nicht mit allen Beschlüssen des Gesetzgebungs-Ausschusses der Kammer der Abgeordneten einverstanden und beantragt besonders, dem jenseitigen Beschlusse, nach welchem die Bestimmungen unseres Strafprozeßgesetzes hinsichtlich der Bildung der Geschworenen auf die Pfalz ausgedehnt werden sollen, nicht beizustimmen.

Aus Oberbayern, 3. April. Die allerhöchsten Entschließungen auf die Beschlüsse der letzten protestantischen Generalsynoden zu Ansbach und Bayreuth sind erschienen. Erfreulich ist es, daß die die im Jahre 1848 zum ersten Mal zugestandene Gleichheit in der Zahl der geistlichen und weltlichen Abgeordneten, die aber schon im Jahre 1853 gegen die kundgegebene Bitte der Generalsynode wieder aufgegeben wurde, endlich auf abermaligen übereinstimmenden Antrag der beiden Generalsynoden wenigstens auf so lange, als nicht anders verfügt werden wird, zur Regel erhoben worden ist. Einer gleichen Erfüllung hat sich der ebenfalls einstimmige Antrag der beiden Generalsynoden auf Wiederherstellung einer ungetheilten Generalsynode, wie sie im Jahre 1849 gestaltet war, nicht zu erfreuen gehabt, was nur zu beklagen; denn wenn auch nach der gegenwärtigen Zeitstimmung voraussichtlich zur Vereinigung der beiden Synoden in eine ungetrennte Versammlung für dieses Jahr die allerhöchste Genehmigung ertheilt werden wird, so kann doch für den nächsten Zusammentritt schon wieder ein Anderes bestimmt werden, so lange für jeden besondern Fall allerhöchste Entschließung vorbehalten bleibt; und von welchem Einfluß darauf es ist, welcher Minister eben an der Spitze steht, das braucht nicht erst weiter auseinandergesetzt zu werden. Das Abel'sche Ministerium ist in der protestantischen Kirche in Bayern noch unvergessen. Wir geben indeß die Hoffnung nicht auf, daß die Zukunft gewähren wird, was für den Augenblick noch nicht erreicht werden konnte. (N. Korr.)

Berlin, 6. April. Der Justizminister v. Bernuth ist, wie der „Breslauer Z." geschrieben wird, entschlossen, noch bevor die erneuerte Petition des Oberrabiners Sutro im Abgeordnetenhaus zur Sprache kommt, einige jüdische Assessoren zu Richtern zu ernennen. Die Ernennung des Assessors Makower zum Mitglied der Kommission, welche unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Bornemann das gegenwärtige Prozeßgesetz revidiren soll, dürfte die Einleitung zu dieser ungemein wichtigen und für die Entwicklung unseres Verfassungslebens so bedeutsamen Maßregel gewesen seyn.

Pesth, 6. April. Um 11 Uhr wurde ein Veni sancte abgehalten. Der Primas pontifizirte. Gegenwärtig waren fast alle Magnaten, aber nur gegen 100 von 300 Deputirten. Eine zahlreiche Volksmenge wohnte ruhig der Feier bei. Um 12 Uhr fand die Eröffnung des Landtages in der Burg zu Ofen statt. Der Judex curiae Graf Apponyi verlas das Beglaubigungsschreiben, sprach in unbestimmter Weise von Vorlagen und vom Oktoberdiplom, aber nicht von der Beschickung des Reichsrathes. Um 1 Uhr fand eine Sitzung der Magnaten unter der Leitung des Alters-Präsidenten Esterhazy statt. Um 4 Uhr versammelte sich das Unterhaus. (Tel.d.Ostd.Post.)

Pesth, 6. April. Bei der Ofener Eröffnungsfeier sind die Magnaten zahlreich vertreten, von den Deputirten etwa 50 anwesend. Apponyi's Eröffnungsrede konstatirt die Abdankung Ferdinands, Franz Karls und die Thronbesteigung Franz Josephs; es sey der aufrichtige Wunsch des Kaisers, Ungarns Rechte zu erhalten. Das Februar-Patent wird nicht ausdrücklich erwähnt, wohl aber in einer Umschreibung. In der Sitzung der Magnatentafel übernimmt Graf Esterhazy das Alterspräsidium, feiert unter allgemeiner Rührung das Andenken Batthyany's und stellt den Patriotismus dieses Märtyrers zum Muster auf. Hierauf erfolgt die Konstituirung des Hauses, die Verlesung des Ernennungs-Dekretes des Grafen Apponyi zum Präsidenten und des Grafen Majlath zum Vizepräsidenten. Graf Karl Zichy beantragt einen Protest gegen diese Ernennung, die der Kontrasignirung eines ungarischen Ministers entbehrt, und verlangt unter großer Zustimmung ein ungarisches Ministerium. Nach längerer Debatte wird kein spezieller Protest beschlossen, sondern nur die betreffende Verhandlung im Protokoll aufgenommen. (Tel. d. Ostd. Post.)

Pesth. Im Bogdanyer Bezirk des Szabolcser Komitats ist, wie „Sürgöny" berichtet, Georg Klapka zum Deputirten erwählt worden.

Mailand, 6. April. Die heutige „Perseveranza" berichtet aus Turin vom 5. d. M.: Die Beziehungen zwischen Garibaldi und dem Könige sollen die besten seyn und man bemüht sich, Ersteren mit den Regierungsorganen auszusöhnen. Die Kriegsgerüchte dauern fort. (Tel.d.Ostd.Post.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	65 3/4 P.
"	5 pCt. Lomb. ditto.	76 1/2 G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	58 1/4 G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	48 1/2 G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	40 3/8 P.
"	4 1/2 pCt.	34 5/8 G.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	87 1/4 G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102 3/4 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	103 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	103 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	100 G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	103 3/4 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 7/8 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	103 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	95 1/8 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	101 7/8 P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	95 P. 94 1/2 G.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	101 1/2 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	98 3/4 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	98 5/8 P.
"	3 pCt. Obl.	91 3/4 P.
Spanien	3 pCt. Int. Sch. P. à fl. 2. 30	47 3/8 P.
"	1 3/4 pCt.	41 1/2 P.
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 500 Thlr.	98 3/8 P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	169 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	542 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	121 1/2 P. 120 1/2 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	179 P. 178 1/2 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	75 1/2 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien	66 1/4 P.
Internationale Bank in Luxemb.	82 1/2 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	316 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	68 1/8 P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	214 P.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	117 P.
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	71 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	23 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3. pCt.	128 5/8 G.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	99 1/4 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50 3/8 P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	234 P.
Span. Handels- u. Industrie	520 P.
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire	456 P.
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	103 1/2 P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99 1/2 B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105 1/4 G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96 1/8 B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 1/8 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/8 B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 1/8 G.
London Lst. 10 k. S.	118 3/8 B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	93 3/8 B 1/8 G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	77 1/2 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	70 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	47 5/8 P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	55 1/2 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	129 1/2 P. 129 G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	52 3/4 P.	" fl. 25 do.	34 5/8 P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	87 3/4 G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	34 1/2 P.
3 1/2 pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	118 1/2 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2 1/2 pCt. Z.	36 G.
Badische fl. 50	90 P.	Vereins-Loose fl. 10.	11 P.
Badische fl. 35	53 P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 8. April. Fonds und Aktien stationär und das Geschäft ohne Leben. (Synd.)

denn alle sind dem Kriminalgesetz gegenüber politische Verbrecher geworden. Man kann ganz laut reden, was man will. Niemand beachtet die Befehle der Regierung. Die Adresse unterschreibt, ungeachtet des Verbots, wer will. Pässe erhält Jeder. Kurz, die vollständigste Anarchie herrscht im früheren Beamtensystem." — Unter diesen Umständen kann es nicht Wunder nehmen, daß die höheren russischen Beamten auf die Sicherung ihrer Familien bedacht sind, und daß die Geschäfte zu stocken beginnen.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 3. April. Einem hiesigen Lokalblatte hat das neuliche Gewitter am Charfreitage und wahrscheinlich die Rückerinnerung an das außergewöhnliche heftige Hagelwetter im Juni v. J. Anlaß zu dem Vorschlag gegeben, in gleicher Weise, wie Versicherungsgesellschaften gegen Hagelschaden an Feldfrüchten bestehen, eine Versicherungsgesellschaft gegen durch Hagel erwachsenden Schaden an Fenstern, Dächern ꝛc. zu bilden. Das im vorigen Sommer stattgehabte Hagelwetter, das bekanntlich unter den Fenstern hiesiger Stadt so barbarisch hauste, hatte dazumal in unsern Lokalblättern viele Federn in Bewegung gesetzt, die sich mit Untersuchung der Frage beschäftigten, wer den Schaden zu tragen habe, Vermiether resp. Hausherr oder Miether? Im Entwurfe des neuen bürgerlichen Gesetzbuches ist diese Frage sehr detaillirt entschieden. Nach Art. 415 Thl. II. obliegt nämlich dem Miether die Herstellung zerbrochener Fensterscheiben, soweit die Beschädigung nicht durch einen von ihm nachzuweisenden unabwendbaren Zufall veranlaßt wurde. Als unabwendbarer Zufall gilt der Wetterschaden aber dann nicht, wenn die davon betroffenen Fenster von dem Vermiether mit Läden oder einem sonstigen Schutze versehen sind.

(Augsb. Abdz.)

In **Nürnberg** standen am 27. März zwei Weibspersonen wegen Diebstahls vor dem Bezirksgericht, von denen die eine zu 3 Jahren, die andere zu 2 Jahren 3 Monaten Arbeitshaus verurtheilt wurde. Als das Urtheil verkündet war, erhob sich aber die Eine und sagte: „Ja dös geht nit, warum krieg' denn i a stärkere Straf, als die, die hat g'stohln und i hab' g'stohln." Als der Vorsitzende einen Wink zur Ruhe gab, ergriff diese ihre Diebsgenossin bei den Haaren, und beide zerzausten und zerwürgten sich einander dergestalt, daß die Gendarmen Mühe hatten, sie von einander zu trennen.

* In **Luxemburg** hat es zwischen Arbeitern und preußischen Soldaten von der dortigen Besatzung Schlägereien gegeben, wobei ein Soldat und ein Arbeiter schwer verletzt und eine Schenkbude von den Soldaten zerstört wurde.

* Fräulein Sophie **Bluth**, deren geheimnißvolles Verschwinden gelegentlich des Prozesses gegen den Abbé Mallet von **Cambray** so großes Aufsehen erregte, hat ein Lebenszeichen von sich gegeben. Sie hat folgende von einem englischen Notar beglaubigte Erklärung aus England eingeschickt: „Meine Reise und mein Aufenthalt in England waren das Ergebniß meines eigenen und freien Willens, und ich war in Allem frei zu handeln; alle meine Schritte waren mir durch meinen persönlichen und freien Willen eingegeben. Mein Wille ist, in England zu bleiben und nicht nach Frankreich zurückzukehren. Und diese feierliche Erklärung gibt mit vollständigem Bewußtseyn als den Ausdruck der Wahrheit ab Sophie Bluth." Der Brief ist von dem öffentlichen Notar William Wern und dem französischen Konsulat legalisirt.

Handels- und Börsenberichte.

Frankfurter Börse (vom 1. bis 6. April).

Samstag. Von österr. Fonds war der Umsatz in National ziemlich bedeutend. Holland trat als Käufer auf; auch Italien am Donnerstag; die Mailänder mögen zwar nicht die Oesterreicher leiden, aber ihre Börse spielt gern damit, zumal die piemontesischen Effekten augenblicklich nicht zur Spekulation geeignet sind; zur Baisse ist der Kurs fast zu niedrig, gegen die Hausse spricht die Ansicht auf eine Anleihe von vielen hundert Millionen, die zur Konstituirung des italienischen Königreichs nöthig sind. 5proz. und $4^1/_2$proz. Metalliques haben sich von ihrem Fallen weniger erholt als National, auf welche auch noch der gute Kurs der Coupons und die erwartete Wiederaufnahme der Silbereinlösung wirkt. Diese Massregel ist zwar recht löblich, da aber der Staat nur die Zölle in Silber erhält, so wird ihm die Zinszahlung — über 40 Mill. jährlich in Silber — einen tüchtigen Strich durch die Rechnung machen. Die Standesherren, welche auch Silberzahlung versprochen haben, nehmen die Sache viel leichter; wir nennen namentlich den grossen Magnaten Esterhazy. — Venetianer halten sich sehr fest auf ca. $59^1/_2$.

Süddeutsche und alle ähnlichen Papiere waren matter, denn so wie es politisch trüber aussieht, werden die Thaler zurückhaltend — auch die preussischen Fonds mehr angeboten. In spanischen Papieren einiger Handel, der aber schon desshalb sehr eingeschränkt ist, weil alle Titel zur Erhebung neuer Coupons eingeschickt werden müssen. Die Bequemlichkeit der Talons scheint man in Spanien noch nicht zu kennen. — Auch Anlehensloose in der Mehrzahl matter.

Sämmtliche Kreditaktien niedriger; österreichische natürlich am meisten gewichen. Auch Frankfurter Bankaktien haben in Folge einiger Verkäufe 1 pCt. verloren. Oesterr. Bankaktien geben immer mehr zurück. Das beständige Fallen des Kurses der Bankaktien in Wien gibt ein hinlängliches Indicium, dass es auf eine Verkürzung der unglücklichen Aktienbesitzer abgesehen ist.

Fast sämmtliche Eisenbahnaktien zeigen rückgängige Kurse. Die Generalversammlung der Taunusbahn offenbart zwei für die Besitzer nicht angenehme Dinge — erstens die drohende Konkurrenz der Ludwigsbahn auf der linksmainischen Seite, und die wahrscheinlich neue grosse Anleihe für die Arbeiten, welche dem Verkehr diesseits zu Hülfe kommen sollen. Bexbacher Aktien fielen auf $128^1/_2$. Volle bayer. Ostbahnen sind am schlechtesten weggekommen, denn sie haben ein ganzes Prozent verloren. — Einen sachlichen Grund dafür suchen wir vergebens, und so wird die Besserung nicht lange auf sich warten lassen. Staatsbahnen haben diese Woche den tiefsten Kurs des Jahres erreicht.

Die Herabsetzung des Diskonto in London war längst erwartet, sie hat sich nur in dem Herabgehen des Londoner Wechsel-Kurses bei uns bemerklich gemacht. Auch Paris mehr angeboten, dagegen bleiben alle Thaler-Wechsel sehr gefragt. Amsterdam ist stark gefallen. Geld hat etwas mehr

---

bedrückt und das Emporblühen der Städte und die Entwicklung der Industrie verhindert wurde. Die Gesetze des Königs Stephan sind von seinen Nachfolgern in einer die Zeitverhältnisse und den Kulturzustand des Volkes abspiegelnden Weise vermehrt, und namentlich sind die Privilegien des Adels und der Geistlichkeit erweitert worden, aber zu einem eigentlichen festen Abschlusse einer Konstitution ist es nicht gekommen.

Ein sehr weiser Gesetzgeber war Koloman, 1095—1114, welcher die Verordnungen gegen Hexen und Zauberer annullirte, „weil dergleichen nicht existiren."

Geysa oder Gijösö II., 1141—1162, rief deutsche Einwanderer in das Land, bevölkerte die Zips und Siebenbürgen, und hob namentlich durch dieselben den Bergbau des an Metallen reichen Ungarlandes. Nachdem mehrere Könige den Kampf mit dem Adel und der Geistlichkeit siegreich bestanden hatten, gelang es den letztern erst unter der an Verwirrungen und Unordnungen reichen Regierung des Königs Andreas II., ausschließliche und sehr bedeutende Privilegien an sich zu reißen. Solche Privilegien waren: gänzliche Steuerfreiheit des hohen Adels und der Geistlichkeit, Erblichkeit der Lehen und Würden, Vereinigung mehrerer Aemter in einer Person und andere, wodurch die Staatskasse entleert, der niedere Adel und der Bürger gedrückt, und der leibeigene Bauer (Jobbágy) der Scholle und der Verkäuflichkeit verschrieben wurde. Vergeblich war der Versuch der Unterdrückten, unter Mithilfe des Sohnes und Mitregenten des Königs Andreas Bela, das harte Joch abzuschütteln; die Bevorzugten nahmen die Partei des Königs, und dieser bestätigte in der Reichsversammlung des Jahres 1222 alle abgetrotzten Rechte des Adels in der „Magna charta" oder „Bulla aurea".

Somit wurde durch diesen Freiheitsbrief die monarchisch-aristokratische Verfassung Ungarns geschaffen, und die damals errungenen Prärogativen des Adels bildeten die Hauptpunkte der ungarischen Konstitution, bis gegen die Hälfte dieses Jahrhunderts, wo der Adel, den Erfordernissen und dem Geist der Zeit Rechnung tragend, auf die Steuerfreiheit freiwillig Verzicht leistete. Durch die goldene Bulle Andreas' II. wurde auch die alljährliche Abhaltung eines Reichstages am St. Stephanstage zu Stuhlweißenburg bestimmt. Letztere Stadt war damals, wie es auch der deutsche Name andeutet, der Sitz der Könige.

Zu dem fünften Artikel der Bulla aurea wurde die bemerkenswerthe Clausel hinzugesetzt: „daß bei Verletzung der Verfassung von Seiten des Königs die Unterthanen (subditi) gegen denselben revoltiren (rebellare) können. Diese Clausel wurde jedoch durch die Stände unter Leopold I. gestrichen, weil dieselbe zu vielen Mißdeutungen und Berufungen Veranlassung gegeben hatte. Der Widerstand des Landes war aber nichtsdestoweniger immer vorhanden, so oft die österreichische Regierung im Verlauf der späteren Zeit den unglücklichen Versuch machte, die Verfassung der Ungarn anzutasten. Ob Sieger, oder besiegt, immer war es Oesterreich, das durch die Unbeugsamkeit der Ungarn zur Zurücknahme seiner Maßnahmen genöthigt wurde.

(Fortsetzung folgt.)

gut fand. Viel wahrscheinlicher ist es, daß dem französischen Gesandten in nicht mißzuverstehender Weise die Unanständigkeit jenes Zeitungsartikels zu Gemüthe geführt worden ist, und wenn ich recht unterrichtet bin, will jetzt Niemand der Urheber der Gemeinheit gewesen seyn.

Frankreich.

Paris, 6. April. Es soll keine Verstärkung nach Syrien abgeschickt werden, dafür aber wird das Auslaufen der gesammten Mittelmeerflotte zur Abhaltung kombinirter Seemanöver für Ende dieses Monats angezeigt. — Wenn man einigen Gerüchten glauben darf, so hätte man jetzt eine Flinte erfunden, deren Wirkung eine ganz außerordentlicher Natur seyn soll. Ihre Geschosse drängen auf ganz ungemeine Entfernung durch die härtesten Körper. Man will sie in Vincennes probiren, und es fehlt nicht an militärischen Enthusiasten, welche durch dieses Gewehr die Feldartillerie in sehr vielen Fällen ersetzen zu können hoffen.

Italien.

* Das „Giornale di Roma" widerspricht mit vielem Nachdruck der von piemontesischen Blättern gemachten Meldung, als habe der heilige Vater, nach altem Herkommen, an Ostern eine Amnestie erlassen, welche „aus politischen Gründen", 500 Uebelthäter der gefährlichsten Gattung, wie Diebe, Mörder etc., in ihre Heimath, die jetzt an Sardinien annexirten Provinzen des Kirchenstaates, zurückschicke. Wie das offizielle römische Blatt anzeigt, sind von 761 in Civitavecchia verwahrten Galeerensträflingen nur 42, die nicht wegen entehrender Verbrechen gefangen waren und ihre Strafzeit beinahe vollständig verbüßt hatten, in Freiheit gesetzt worden. Davon kommen 29 auf die abgefallenen und 13 auf die noch zurückgebliebenen Provinzen.

Türkei.

Konstantinopel, 30. März. Ein Telegramm aus Philippopolis meldet, daß vorigen Sonntag dort eine Versammlung unter dem Vorsitze des zur römischen Kirche übergetretenen und vom hiesigen Patriarchen mit exkommunizirten Bischofs Paisios die vollkommene Trennung von der griechischen Kirche des Patriarchen in Konstantinopel ausgesprochen hat. Der Patriarch und die heilige Synode haben sich nun zu spät eines Besseren besonnen. Es ist nämlich eine Encyclica des Patriarchen gestern in allen hiesigen Blättern publizirt worden, die allen so lange verweigerten Forderungen der Bulgaren nachgibt und der Nationalität derselben Rechnung trägt.

Die „Banshee" hat 12,000 Stück von den Waffen, die an Bord der sardinischen Schiffe sequestrirt worden, von Galacz nach Konstantinopel gebracht, und die übrigen 18,000 sind seitdem auf türkischen Schiffen eingeschifft worden, um eben so wie jene nach Genua zurückgeschickt zu werden, von wo sie kamen. Alle diese Waffen trugen königlich sardinische oder kaiserlich französische Wappen.

* Wie man hört, ist zwischen Oesterreich und der Pforte ein Vertrag abgeschlossen worden, wonach österreichische Truppen in Bosnien und der Herzegowina einrücken dürften, falls die Pforte nicht im Stande wäre, der Unruhen daselbst mit eigenen Mitteln Herr zu werden. Es handelt sich nun noch darum, die übrigen Mächte zu gewinnen, daß sie keinen Einspruch dagegen erheben.

Rußland und Polen.

Warschau, 3. April. Ueber die Lage der Dinge im Königreich Polen schreibt man der „Pos. Z.": „Der Inhalt des kaiserlichen Manifestes hat die täglich höher gespannten Erwartungen nicht befriedigt, oder vielmehr die mit so geringer Mühe erlangten Erfolge und die Kopflosigkeit der Behörden reizen zu neuen Forderungen. Die Agitation hat freies Feld, und die Führer benutzen sie geschickt, um den altersschwachen Fürsten-Statthalter zu ängstigen und ihm eine Konzession nach der andern zu entreißen. Das Komite des landwirthschaftlichen Centralvereins hat die Regierungsgewalt thatsächlich an sich gerissen. Es hat sich bald nach dem Ausbruch der Bewegung in Permanenz erklärt und in allen Kreisen und den größeren Städten Nebenkomites eingesetzt, denen es seine Aufträge zugehen läßt und von denen es Rapporte empfängt. Was jeder Verständige von vorn herein erkannte, als dieser Verein sich bildete, ist früher und vollständiger eingetroffen, als selbst die Eingeweihten erwarteten. Der Fürst Gortschakoff ist in das ihm gestellte Garn gegangen und steckt so darin, daß er sich immer tiefer verwickelt. Das Komite hat die Geschäfte gewandt vertheilt. Während scheinbar von selbst stets neue Schwierigkeiten auftauchen, die Menge durch Gerüchte in Spannung gehalten, die Behörden durch widersprechende Nachrichten irre geleitet werden, sind Graf Zamoyski und seine Freunde stets bei der Hand, die Vermittlerrolle zu übernehmen, und entwinden damit der Regierung den Rest von Autorität." (Der landwirthschaftliche Verein ist inzwischen durch kaiserlichen Ukas aufgehoben worden. Es wird abzuwarten seyn, was für eine Wirkung dieser Ukas hat.) — Aehnlich faßt man auch auf polnischer Seite die Sache auf. Der in Kulm erscheinende „Nadwislanin" hatte einen Korrespondenten nach Warschau gesandt und dieser schreibt ihm voller Freudigkeit: „Gegenüber unserer (der Polen) staunenswerthen Einigkeit sind die Behörden verdutzt. Mit Gortschakoff kann man machen, was man will, er ist ganz perplex und ringt vor Verzweiflung die Hände. Lipraudi, der jetzt über eine Garnison von 40,000 Mann gebietet, sagte neulich: Wenn die Polen durch 5 Leichen so Vieles erreichten, so werden sie uns mit 10 Leichen aus der Citadelle, mit 500 aus ganz Polen werfen. Das Militär ist so versteckt, daß man es kaum sieht. Zamoyski arbeitet mit dem Komite des landwirthschaftlichen Vereins bis 4 Uhr Morgens. Das Komite hat ein förmliches Inspizirungssystem organisirt, das sich über das ganze Land erstreckt. Um das Volk zu gewinnen, das in manchen Gegenden, z. B. im Kreise Lublin bedenklich (d. h. gegen die polnische Agitation) gestimmt ist, unterhält es durch zwei Korrespondenten du jour aus jedem Kreise eine ununterbrochene Verbindung mit allen Theilen des Landes. Um die Geschäfte zu bewältigen, hat es sich auf 72 Mitglieder verstärkt, die in Warschau permanente Sitzung halten und alle zehn Tage abwechseln. Vor Spionen fürchtet sich Niemand mehr,

---

Die Organe der ungarischen Staatsverfassung.

Das „Ausland" bringt einen von A. Leist verfaßten Aufsatz über obiges Thema, welchen wir unten wiedergeben, weil er einen Einblick in die Form und das Wesen der durch das Oktoberpatent wieder hergestellten alten konstitutionellen Verfassung Ungarns gewährt und somit auch Licht und Verständniß über die gegenwärtige Bewegung in Ungarn selbst verbreitet, an deren Entwicklung zum Guten die staatliche Entwicklung Oesterreichs und wohl ein Stück des europäischen Friedens hängt. Der Verfasser seinerseits hält dafür, daß mit der wirklichen Reorganisation der Verfassung auch die Ruhe in Ungarn wiederkehren werde, denn es wurzle im Allgemeinen in den Magyaren tief ein konservatives Gefühl für König und Vaterland. Das Resultat der ungarischen Wahlen scheint nun zwar diesen Ausspruch wenig zu bestätigen und einige Zweifel über die Rückkehr des überfluthenden Stromes in sein Bett übrig zu lassen, verzweifeln wollen aber auch wir daran nicht. Doch hören wir nun die Auseinandersetzung Leist's, er beginnt mit der

Konstitution.

Die Grundlage zur heutigen ungarischen Konstitution hat schon der heilige Stephanus, erster König von Ungarn, durch die Ertheilung des ersten geschriebenen Gesetzes im Jahr 1016 gelegt, und die darin enthaltenen Bestimmungen haben noch heutzutage unter dem Namen „Decretum Stephani" Geltung. Stephan I. theilte das junge, erst zum Christenthum bekehrte Reich in 72 Komitate (Gespanschaften), und ernannte in jedem Komitat einen Obergespan, Fö Ispan, Supremus Comes, und einen Ispan, Gespan. Die Benennung Ispan und das daraus entstandene deutsche Wort Gespan hat ihren Ursprung von dem slavischen Pan (Herr), und zeugt von dem damaligen Einfluß des reichlich vorhandenen slavischen Elements auf die innere Gestaltung und Entwicklung des Landes. Der zur Ueberwachung der Obergespane gesetzte Palatinus (Palastgraf) wurde Nador Ispan genannt, welche Bezeichnung gleichfalls aus dem Slavischen „na dwor" entstanden ist und einen Herrn des Hofes bezeichnet. Die Macht und das Ansehen des Palatinus (Palastgrafen, Pfalzgrafen) ist erst im Verlauf der Zeit sehr erweitert worden.

Eine allgemeine Landesvertretung gab es schon vor dem Dekret des heiligen Stephanus, und zwar in den öffentlichen Volksversammlungen, zu welchen jeder waffenfähige Mann Zutritt hatte. Diese Versammlungen der großen Menge arteten bei dem damaligen geringen Kulturzustande des Volkes natürlich oft in Zügellosigkeiten aus, und der milde Stephan beschränkte dieselben nur auf die 72 Gespane, Komites, und diese ersten Reichstage erhielten daher den Namen Comitiae. Denn daß in Ungarn schon damals die lateinische Sprache die Geschäfts- und Hofsprache war, war eine natürliche Folge des großen Einflusses, den die begünstigte, meist aus dem Ausland zugeschickte Geistlichkeit ausübte, welche der ungarischen Sprache nicht kundig war. Namentlich aber wußte die Geistlichkeit ihren Einfluß zur Hebung ihres Ansehens auf die Staatsverwaltung zu benützen, und die Macht des Adels äußerte sich in bedeutenden Anmaßungen, wodurch das Landvolk

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 98.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 9. April 1861.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 7. April. Im Auftrage des kgl. Staatsministerium des Kultus und Unterrichts begab sich vorgestern eine Kommission der k. Akademie der Künste in die Erzgießerei, wo die aus Mitteln des Reichsreservefonds für das Nationalmuseum angekaufte Erzgruppe „Mars und Venus" einstweilen sich befindet. Die akademische Kommission, welche diese Bronzegruppe wiederholt zu prüfen hatte, gab ihr Gutachten dahin ab, daß dieselbe ein Kunstwerk sey, würdig in einer derartigen Sammlung aufbewahrt zu werden und daß der Metallwerth den Ankaufspreis übersteige. (Bekanntlich hatte Frhr. v. Lerchenfeld in seinem Referat den Ankauf dieser Gruppe aus Staatsmitteln beanstandet.) (Südd. Z.)

Das der Wittwe Karolina Reeb unterm 29. Juli 1854 verliehene, inzwischen an den Kommis Anton Faigl von Walkertshofen, z. Z. in München, übergegangene Privilegium auf Verbesserung inländischer Tabaksblätter und in der Fabrikation von Cigarren wurde für den Zeitraum von weiteren zwei Jahren vom 29. Juli 1861 anfangend, dann das dem Michael Weiß und Eugen Schilcher unterm 16. Mai 1850 verliehene, inzwischen durch Kauf an Johann Seris eigenthümlich übergegangene Privilegium auf Bereitung eines Dampfkaffeegetränkes für den Zeitraum von weiteren zwei Jahren vom 16. Mai 1861 anfangend verlängert.

München. Die Errichtung neuer Lehrstühle an unserer Universität ist theils bereits im Werk, theils erst in Aussicht gestellt. Das Fach der mikroskopischen Anatomie und der Kinderkrankheiten, sowie der historischen Grammatik und des Sanskrit soll seine Vertreter erhalten. Für das letztere ist bereits seit anderthalb Jahren eine Berufung Benfey's oder Spiegel's projektirt, für die beiden ersteren Disziplinen werden demnächst zwei einheimische Privatdozenten zu Professoren ernannt.

München, 4. April. Wie schon früher gemeldet, und wie theilweise jetzt schon geschehen, ist eine Vermehrung der Reichsräthe beabsichtigt, und sind neue Ernennungen demnächst noch zu erwarten. Die Zahl derselben beträgt gegenwärtig 65 (die der Abgeordneten 145); sie kann aber nach der Verfassung vom König unbeschränkt insoweit vermehrt werden, als zu „erblichen Reichsräthen" nur adelige Gutsbesitzer, welche ein mit Lehen- oder fideikommissarischem Verbande belegtes Grundvermögen von wenigstens 300 fl. Steuer in simplo besitzen, und zu „lebenslänglichen Reichsräthen" nur so viele ernannt werden, daß ihre Zahl den dritten Theil der erblichen (inkl. der Prinzen, der Standesherren und der geistlichen Würdenträger) nicht übersteigt. Der lebenslänglichen sind es zur Zeit 14, der erblichen 51, und es können demnach, außer der an obige Bedingungen geknüpften Ernennung zu erblichen, dermalen schon nach freier Vertrauenswahl 3 lebenslängliche Reichsräthe kreirt werden. In der gegenwärtigen Lage sind diese Verhältnisse von um so höherer Bedeutung, als die Kammer der Reichsräthe in ihren Sitzungen gewöhnlich nur zwischen 20 und 30 Abstimmende zählt; ihre Vermehrung an präsenten Mitgliedern also um so schwerer ins Gewicht fallen müßte. Das Gerücht nennt bereits allerlei Namen; unter ihnen auch ein Mitglied der Abgeordnetenkammer, den Dichter des Zunftmeisters von Nürnberg. (Schw. M.)

Die Gemeindeverwaltung von Oberammergau erklärt, daß sie um die Erlaubniß zur Wiederholung der Passionsspiele in diesem Jahre nicht nachgesucht habe und nicht nachsuchen werde, jedoch auf „christliche Aufforderungen von höchster und allerhöchster Stelle (wie bereits mündlich geschehen) bereit sey, den Anforderungen sich zu unterstellen."

Preußen. Köln, 3. April. Es ist hier das Gerücht verbreitet, die „Kölnische Zeitung" sey an eine Gesellschaft von Geldmännern verkauft, welche von der französischen Regierung vorgeschoben seyn sollen. Die „Köln. Ztg." gibt dagegen folgende Erklärung: „Auf mehrfache Anfragen bemerken wir, daß die „Köln. Ztg." ganz unverändert in derselben Richtung fortgeführt wird. Die Besorgnisse, daß sich künftig fremdartige Einflüsse auf das Blatt geltend machen könnten, sind schon deßhalb ungegründet, weil die verantwortliche Redaktion nach wie vor mit voller Selbständigkeit geführt wird, und von einem Verkaufe des Blattes weder uns noch den Eigenthümern etwas bekannt ist, alle dergleichen Gerüchte also auf böswilligen oder müßigen Erfindungen beruhen. Die „Köln. Ztg." wird hoffentlich noch lange bleiben, was sie immer gewesen ist: ein vaterländisches, freisinniges Blatt, das in der Ordnung die nothwendige Bedingung der Freiheit sieht." Um so schlimmer für die „Köln. Ztg.", daß sie durch ihre bisherige Haltung der Verbreitung dieses Gerüchts und dem Glauben an dasselbe Vorschub geleistet hat. Die (demokratische) „Ztg. f. Nordd." meint dazu: „Die „Köln. Ztg." verspricht ihren Lesern, bleiben zu wollen, was sie immer gewesen: ein freisinniges vaterländisches Blatt. Freisinnig war sie wirklich immer — für jeden engherzigsten Philister, und vaterländisch ist sie auch immer, nur geräth man oft in Zweifel darüber, ob ihr Vaterland diesseits oder jenseits des Rheins liegt. Alles in Allem aber bleibt die „Köln. Ztg." immer das respektabelste Blatt — für die charakter- und gedankenlose Philisterschaft." Ferner sagt diese Zeitung: „Wir glauben allen Mittheilungen der „Köln. Ztg." gegenüber darauf aufmerksam machen zu müssen, daß die „Köln. Ztg." mit der einseitigsten Vorliebe alle Nachrichten kolportirt, welche die Tendenz haben, die Verantwortlichkeit für den unvermeidlich werdenden Krieg auf Oesterreich zu wälzen, obgleich, wie der gesunde Menschenverstand Jedem sagen muß, nur unzweifelhafte Böswilligkeit Oesterreich Angriffspläne zuschreiben kann."

Oesterreich. Die Familien der in Dalmatien befindlichen österreichischen Offiziere haben Befehl erhalten, von dort abzureisen.

Czernowitz (Bukowina), 29. März. Mehrere Studirende, welche aufreizende (polnische) Proklamationen an das Landvolk vertheilten, sind verhaftet und befinden sich in Untersuchung. Einem derselben gelang es, aus dem Gefängnisse zu entweichen.

Dänemark.

* Die dänische Regierung hat nun auch noch eine Note an ihre Gesandten an den europäischen Höfen gerichtet, worin sie ihren jämmerlichen Kniff, der in der holsteinischen Ständeversammlung enthüllt wurde, nun durch ein „Mißverständniß" zu erklären und zu beschönigen sucht. Der Minister Lord Wodehouse habe neulich im englischen Oberhause gesagt, die dänische Regierung wolle den holsteinischen Ständen das Budget noch vorlegen; das sey aber irrig gewesen, sie habe dasselbe vielmehr damals schon längst vorgelegt gehabt (nämlich in dem famosen §. 13). Ueber die Hauptsache, daß nämlich durch diesen §. 13 die holsteinischen Stände irre geführt werden sollten, schweigt die Note wohlweislich. Uebrigens scheint es Herrn Wodehouse mit dem §. 13 gerade so gegangen zu seyn, wie den Holsteinern; er dachte nicht, daß darin das ganze Budget stecken sollte; sonst hätte er sich wohl anders ausgedrückt.

Großbritannien.

London, 5. April. Der unverschämte Ausfall der „Patrie" über die Gegenwart der Prinzen von Orleans beim Begräbnisse der Herzogin von Kent hat hier um so mehr Aufsehen gemacht, als er aus einem Ministerium kam. Erklärungen über den Vorfall selbst sind nicht verlangt worden (anfangs hatte es so geheißen), und würden auch nicht gegeben worden seyn, da der Kaiser der Franzosen kein Recht hat, danach zu fragen, welche Personen aus dem Verwandten- und Freundeskreise ihrer verstorbenen Mutter die Königin Viktoria zu dem stillen Begräbniß derselben einzuladen für

Paris, 5. April. Das Mittelmeer-Geschwader wird nicht lange mehr in Toulon bleiben. Wie ich aus guter Quelle erfahre, hat Vizeadmiral Le Barbier de Tinan den Befehl erhalten, alle Vorkehrungen zu treffen, damit er am Ende des Monats in jedem Augenblick auslaufen kann. Wohin, ist noch nicht bekannt. Die französischen Seepräfekten haben Befehl erhalten, die Vertheidigungsanstalten aller Seehäfen zu vervollständigen und die Küstenpunkte, welche es zulassen, zu befestigen. (K. Z.)

Aus Paris, 5. April, schreibt man der „Allg. Ztg.": Frankreich verstärkt sein Interventionskorps in Syrien. Die bezüglichen Befehle sind bereits in der Ausführung begriffen. Es wird vorzüglich Reiterei nachgeschickt. Die Verstärkungen sind nothwendig, weil im Gebirge gegen die Drusen operirt werden soll. Vor Ende dieses Monats dürften sie in Syrien nicht eintreffen. Es springt in die Augen, daß Frankreich nicht Ende April in Syrien Truppen landet, um sie anfangs Junius wieder einzuschiffen. Frankreich ist also für alle Fälle entschlossen, den ihm von der Pariser Konferenz und namentlich von England bewilligten Ultimotermin nicht einzuhalten. Die Franzosen werden Syrien sobald nicht räumen, weil es ihnen als ein vorzüglicher Vorposten in der orientalischen Krise dient. (Die halbamtliche „Patrie" vom 6. d. M. widerspricht übrigens der Angabe, daß eine Flottenabtheilung nach Syrien gehen werde, und es scheint uns auch wahrscheinlich, daß Napoleon über die Besitzung Syriens jetzt keinen Streit mit England herbeiführen wird. Gegenwärtig nehmen ihn andere Dinge mehr in Anspruch.)

Italien.

Turin, 6. April. Cavours Organe verbreiten, Garibaldi sey auf Andringen des Ministerpräsidenten hieher gekommen. Garibaldi erklärt, daß dieses falsch sey. Der General will seinen Platz im Parlament einnehmen, weil, wie er sagt, die Mißhandlungen, denen seine unglücklichen Waffengefährten ausgesetzt seyen, und der Undank, den sie von der Regierung zu erfahren haben, seine Gegenwart dahier dringend nothwendig machen. (Tel. d. Allg. Z.)

Am 1. April, dem Jahrestage der Einnahme Brescias durch den General Haynau, hat auf den Wunsch der Bürgerschaft der Magistrat dieser Stadt die sterblichen Ueberreste der 44 von den Oesterreichern standrechtlich erschossenen und auf dem Exerzierplatz begrabenen Männer wieder ausgraben lassen, um sie an jenem Tage in feierlicher Prozession nach dem Gottesacker zu bringen und dort in geweihter Erde beizusetzen.

* Die Nachrichten aus Turin melden eine heftige Erörterung in der 2. Kammer über die Zustände in Neapel und Sizilien, die noch so viel wünschen lassen. Was besonders hervorzuheben seyn möchte, ist der Umstand, daß sämmtliche neapolitanische Deputirte ohne Ausnahme alle Sondergelüste in Abrede gestellt und erklärt haben, daß sie mit dem Königreich Italien vereint bleiben wollen. Man darf jedoch hierauf nicht zu viel Gewicht legen; die Abgeordneten, die jetzt in Turin so sprechen, sind unter dem Schutze sardinischer Bajonnete gewählt worden; sie gehören also natürlich der Einheits-Partei an. Jene Partei, welche die Selbstständigkeit Neapels erhalten will, ist in dem Turiner Parlament gar nicht vertreten. Welche die stärkere ist, das werden erst spätere Ereignisse lehren.

Garibaldi hat an die Deputation der allgemeinen Arbeiter-Verbrüderung, welche nach Caprera geschickt worden war, ein Schreiben gerichtet, dem wir folgende Stellen entlehnen: „Das Land hat Unrecht, sich auf einen einzigen Mann verlassen zu wollen, es muß zunächst und vor Allem auf sich selber Vertrauen haben, und nicht glauben, daß, wenn die Fürsehung einen Mann, wie mich, einen armen Mann, auszuwählen für gut befand, um ein wenig Gutes zu thun, es nicht auch noch viele Andere gäbe, die im Stande sind, so viel zu thun wie ich, und vielleicht noch mehr, wie ich! So wisset denn ein für alle Mal, daß unter den Tapferen, welche mir gefolgt sind, Ihr Hunderte fändet, die im Stande wären, mich zu ersetzen, wenn ich Euch fehlen sollte. Wir sind alle sterblich und, früher oder später, wird mich eine feindliche Kugel wegraffen. Bedenkt doch, daß wir nur Tausend gewesen, als wir unser Erlösungswerk begonnen, und daß Tausende sich uns angeschlossen haben. Auf den ersten Ruf werdet Ihr 10, 30, ja 100 Tausend Mann herbeieilen sehen, und diese Zahl wird im geometrischen Verhältniß fortwachsen, dessen möget Ihr gewiß seyn. Die Wohlfahrt unseres tapferen Italien ist stets der Hauptzweck meines Lebens gewesen. Ich vergisse es keinen Augenblick, daß wir in einem Kriegszustande leben. Die Stunde ist vielleicht nahe, und was mich betrifft, so wünschte ich, es wäre lieber heute wie morgen. Mehrere Individuen, die im Parlamente sitzen, entsprechen in unwürdiger Weise den Erwartungen und den Wünschen der Nation nicht; aber die Nation ist im Volke. Das Volk aber ist überall gut, in Marsala wie in Turin. Die Nation fürchtet nichts und hat nichts zu fürchten, und ihre Feinde, sie mögen von rechts oder links kommen, sollten ein wenig überlegen. So unlieb es auch gewissen Personen seyn mag, die Nation hält so fest zusammen, als sie halten soll, und die Welt weiß, was von einem einheitlichen und einigen Italien zu erwarten ist. Man hat uns sehr mißhandelt; man hat einen bedauerlichen Zwiespalt zwischen der regelmäßigen Armee und den Freiwilligen hervorrufen wollen, und letztere haben sich, wie Ihr wisst, tapfer geschlagen; man hat Uneinigkeit säen wollen; man hat das Werk der Verschmelzung zerstört, das wir aufzubauen begonnen haben; man hat zwei Elemente trennen wollen, die doch unter den gegenwärtigen Umständen so kostbar und nothwendig sind. Doch reden wir nicht mehr davon.... Das sind Unsauberkeiten, die man aus Achtung vor sich selbst nicht zertreten mag, und die um so weniger die heilige Sache Italiens berühren können. Vergessen wir es niemals, daß Italien Viktor Emanuel tiefe und innige Dankbarkeit schuldig ist. Behalten wir stets in Erinnerung, daß er die Fahne gewesen, um welche wir alle uns geschaart haben und mit der wir Alles thun konnten, was geschehen ist. Es ist nur zu wahr, daß er eine schlechte Luft einathmet (ein Hieb auf den zaudernden Cavour), aber es ist die Schuld der verderbten Atmosphäre, die ihn umgibt; auch wollen wir hoffen, daß er sich bald befreien wird, um wieder die gute Bahn zu betreten. . . . Er hat viel Gutes geleistet, aber es ist auch wahr, daß er nicht all das Gute gethan, was er hätte thun können; er kann mehr thun, und bei Gott, er wird es! Ich habe Euch noch mehr zu empfehlen, und Ihr werdet es bei Eurer Rückkunft getreu Denjenigen mittheilen, welche Euch geschickt haben. Was ich Euch nicht genugsam empfehlen kann, ist Eintracht. So wie wir einig sind, wird man uns fürchten. Man fürchtet uns jetzt schon. Die Sympathien der großen Nationen sind mit uns. Noch einmal, bleiben wir einig, und Italien wird mächtig seyn."

Türkei.

Konstantinopel, 4. April. Omer Pascha ist zum Minister ohne Portefeuille ernannt worden. (Fr. Postztg.)

Es wird berichtet, daß die Gemeinden von Ober- und Unter-Spizza und Obradovich sich dem Fürsten von Montenegro unterworfen haben, und daß dieser die Unterwerfung derselben angenommen hat. Durch die Annexirung dieses Littorale würde aber Montenegro in den Besitz eines seit lange angestrebten Hafens am adriatischen Meer gelangen, um sich mit seinen auswärtigen Freunden und Bundesgenossen in Verbindung zu setzen. Die Tragweite dieser Usurpation läßt sich leicht ermessen. Das illyrische Dreieck stünde jeder Invasion von der See her offen — die Stellung der Türkei wird dabei unhaltbar — Dalmatien und die südslavischen Provinzen Oesterreichs werden im höchsten Grade gefährdet. (Allg. Ztg.)

Rußland und Polen.

Warschau, 4. April. Morgen Vormittags soll in der reformirten Kirche ein großer Gottesdienst stattfinden, bei dem man zu den begonnenen Reformen den Segen von oben erbitten will. In Pulaw, wo im konfiszirten Czartoryski'schen Schlosse eine Mädchenerziehungsanstalt nach russischem Muster eingerichtet ist, hat eine Demonstration der jugendlichen Töchter des Landes gegen ihre Leiter stattgefunden. In Grodno und Kiew sollen die Unruhen von größerem Umfange gewesen seyn. In der Gubernialhauptstadt Radom haben am 28. März, also noch vor der Verkündigung der Reformen, ähnliche Unruhen wie in Warschau vier Wochen früher stattgefunden. Doch scheinen keine Opfer geblieben zu seyn, wenigstens sagt das vorliegende Aktenstück, eine Ansprache der in Folge der Vorfälle gewählten Bürger-Delegation der Stadt Radom, nichts darüber; nur haben es die Behörden für angemessen befunden, durch das Organ einer gewählten Bürgerdelegation einer Wiederkehr der Unruhen vorzubeugen und die dringenden Bedürfnisse der Stadt Radom ins Auge zu fassen. Ferner geht aus dem Dokument hervor, daß man mißliebigen Persönlichkeiten zu nahe getreten seyn muß, denn die Delegation fordert namentlich zur milderen Beurtheilung irrender Mitbrüder auf. Der Aufruf ist von vorgestern datirt und von 13 Bürgern, worunter 2 Israeliten, unterzeichnet. Die Bürgerdelegation hat vor ihrer Auflösung noch das durch Brandunglück heimgesuchte Städtchen Rawa der Unterstützung ihrer Mitbürger empfohlen. Dort sind nämlich am ersten Feiertage 1700 Menschen obdachlos geworden; namentlich ist das Judenviertel fast ganz abgebrannt.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 97.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Montag, 8. April 1861.

Deutscher Bund.

** **Bayern.** München, 6. April. (Privat-Korresp.) Die Kammer der Reichsräthe hat in ihrer heutigen sehr kurzen Sitzung dem Gesetzentwurf, „die Aufhebung des Eingangszolles auf Zinn betr.“, ohne Debatte beigestimmt, und ist sonach hierüber Gesammtbeschluß erzielt. Der 1. Präsident schloß hierauf die öffentliche Sitzung mit dem Beifügen, die Kammer wolle noch versammelt bleiben, weil es nothwendig sey, für den Beschluß der 2. Kammer hinsichtlich des Völk'schen Antrages über die kurhessische Verfassungsfrage einen besonderen Ausschuß zu wählen. Die Kammer beschloß auch, einen solchen Ausschuß zu wählen, und dieser hinwiederum wählte Hrn. Reichsrath Prof. v. Bayer zum Referenten.

München, 6. April. Der Generaldirektor der k. Verkehrsanstalten, Frhr. v. Brück, hat sich gestern in Begleitung von mehreren Oberpostträthen nach Straßburg begeben, um der Eröffnung der Eisenbahn nach Kehl beizuwohnen.

München, 6. April. Se. Maj. der König hat dem Präsidenten des kais. österr. Handelsgerichts in Wien, Ritter v. Raule, dann dem geheimen Oberjustizrath zu Köln, Dr. Heimsöth, das Komthurkreuz des Verdienstordens vom heil. Michael verliehen; beide waren Mitglieder der Handelsgesetzbuchs-Kommission. (N. M. Z.)

München, 5. April. In der heutigen Sitzung unseres Magistrats wurde eine Entschließung der königl. Regierung von Oberbayern verlesen, wonach die Anträge des Magistrats, daß alle Trinkgeschirre bis zum 1. Mai neu geaicht werden sollen und zwar der Art, daß die jetzigen Halbekrügeln zu 1 Quart und die jetzigen Maßkrüge zu 3 Quart, die neuen Halbe- und Maßkrüge aber so groß seyn sollen, daß über dem Aichzeichen noch ein ganzer Zoll Raum für den Schaum bleibe, — nicht (zur Annahme) geeignet sind. In der Regierungsentschließung wird u. a. hervorgehoben, daß die allgemeine Einführung der Quartmaße zu verschiedenen Reibereien Anlaß gäbe, daß die Wirthe ꝛc. in zu großen Schaden kämen, wenn jetzt gewissermassen ein neues Maß geschaffen würde, während man ein gleiches Maß für ganz Deutschland alsbald einzuführen gedenkt. Doch wird gleichzeitig angeordnet, daß jeder Wirth eine entsprechende Anzahl von Gläsern und Trinkgeschirren, die auf ein Quart geaicht sind, bereit zu halten und daß der Magistrat Visitationen zu veranstalten habe, ob die geaichten Geschirre ein entsprechendes Uebermaß zeigen. (Augsb. Postztg.)

Preußen. Berlin, 6. April. In der heutigen Sitzung des Hauses der Abgeordneten hat Hr. v. Schleinitz, Minister des Aeußern, aufs Nachdrücklichste die Handlung Schlippenbach's in Palermo mißbilligt. Er sagte, es sey die Aufforderung zur authentischen Aufklärung ergangen und werde alsdann geeignete Abhülfe erfolgen. (Fr. Pstz.)

* **Württemberg.** Der „Staatsanzeiger“ meldet jetzt amtlich, daß Hrn. Golther das Ministerium der Kirchen- und Schul-Angelegenheiten übertragen worden ist.

Großh. Hessen. Mainz, 7. Mai. Die Adresse an den Großherzog (gegen die Konvention mit dem Bischof von Mainz gerichtet) ist heute, bedeckt mit 600 Unterschriften, welche sämmtlich dem Bürgerstand angehören, abgesandt worden. Wir bemerken darunter großentheils Katholiken. (Fr. Hdlsz.)

Darmstadt, 2. April. In einem kürzlich erschienenen „Mahn- und Hirtenwort“ des Bischofs Ketteler mit dem Motto: „Soll die Kirche allein rechtlos seyn?“ sagt derselbe unter anderm über den Nationalverein: „Wenn der Nationalverein in Wahrheit eine größere Einheit in der Verfassung des deutschen Vaterlandes und dadurch zugleich auch eine erhöhte und einem solchen Volk gebührende, würdige Machtstellung allen andern Nationen gegenüber, unter denen einst Deutschland den ersten Rang einnahm, erstrebte, wenn er dieses erhabene Ziel verfolgte ohne niedere Partei-Nebenzwecke, mit gerechten Mitteln und ohne wohlerworbene Rechte, also auch der einzelnen Landesfürsten, zu kränken, so könnten wir ihm wahrlich unsere aufrichtige Sympathie nicht versagen. Der Geist der katholischen Kirche, der einst, als er mit dem deutschen Geist genährt war, das deutsche Volk zum ersten Volk der Welt gemacht hat, hindert uns wahrlich nicht, mit allen Schlägen unseres Herzens jede Erscheinung zu begrüßen, die darauf ausgeht, Deutschland aus seiner jetzigen erniedrigten Stellung zu erheben, wo es kaum noch ein Wort mitzureden hat, wenn die großen Völker der Erde ihre Angelegenheiten berathen.“

Oesterreich. Wien, 4. April. Die von hiesigen Blättern verbreiteten Nachrichten über die „Schwestern“ im Wiedener Spital sind der „Allg. Wien. Med. Ztg.“ zufolge durchaus unrichtig. Weder hat der Staatsminister entschieden den Kontrakt ganz einfach zu lösen, noch hat die Congregation den Auftrag, bis in sechs Monaten das Spital zu verlassen, noch hat sich die Kommission, welche über diesen Gegenstand zu berathen hatte, für augenblickliche Entlassung der Schwestern entschieden. Das Wahre an der Sache ist, daß die Angelegenheit vor den Landtag von Niederösterreich kommt, um von diesem entschieden zu werden. Bis dahin bleibt das von der Statthalterei angeordnete Provisorium in Kraft.

Agram, 6. April. Die bei den neulichen Exzessen herabgeworfenen kaiserlichen Adler wurden heute feierlich wieder aufgerichtet. Die Garnison war hierzu in Parade vor dem Banus ausgerückt. (Tel. d. Fr. J.)

In Wälschtyrol sträubt man sich entschieden gegen den Landtag. Hr. Marsili, ein Seidenhändler von Roveredo, trat im „Messagere tirolese di Roveredo“ auf und sprach nicht nur für Wiederherstellung des Fürstenthums Trient und einen eigenen Landtag daselbst, sondern auch für den Anschluß an Venedig. (!) Er nennt die Deutsch-Tyroler einfach Stranieri (Fremde).

Krakau, 3. April. Am Ostermontag fand hier die jährliche Wallfahrt zu dem nahe an der Stadt gelegenen Kosciuszko-Hügel statt, welcher nach altslavischer Sitte zu Ehren und ewigem Angedenken dieses Helden errichtet wurde. Die Wallfahrenden, welche in ungemein großer Menge hinausgeströmt waren, mußten jedoch unverrichteter Weise heimkehren, denn der Eingang zu den um dieses geschichtliche Denkmal angelegten Festungsbauten war gesperrt.

Großbritannien.

London, 5. April. Die „Times“ melden, daß neue Forts an der Mündung der Themse gebaut und schwimmende Batterien zum Schutz der Arsenale und Küsten errichtet werden, auch würden durch neue Vertheidigungslinien die Zugänge zum Medway gesperrt und eine große Anzahl Armstrongkanonen von bisher unerreichtem Kaliber gegossen.

Englische Blätter vergleichen den Brief Murats mit dem Soulouque's an die Haitier, nach seiner Verjagung; sie glauben, der Kaiser Napoleon wisse sehr gut, daß weder Sardinien noch Europa einen Murat in Neapel dulden würden; der Brief solle nur die Agitation in Italien erhalten, bis der Armee Aussichten auf einen anderen Krieg geboten werden könnten; es handle sich daher nur um ein Intermezzo, als wie wenn im Theater zwischen den Akten ein Hanswurst ein komisches Lied singe.

Frankreich.

Paris, 5. April. „La Presse“ bemerkt höhnisch, man sey gespannt darauf, welchen neuen Vorwand der deutsche Bund ersinnen werde, um nicht das Signal zum Kampf in Holstein zu geben, der für Frankreich zu wichtig sey, als daß es ihm fremd bleiben könnte.

Franken leichter gemacht zu werden. Der Glückliche war aber klüger als seine Vorgänger, indem er mit seinem Gewinn in der Tasche abreiste, statt ihn nochmals dem grünen Tisch anzuvertrauen. (Allg. Z.)

Die Eisenbahn von Lausanne nach Villeneuve, am Ende des Genfersees, die bedeutende Schwierigkeiten bot und ungeheure Summen wegen Ankaufs von Weinbergen und Landgütern gekostet hat, wird in der Mitte Aprils eröffnet. Von Villeneuve führt bereits eine Linie beinahe bis an den Fuß des Sipiom.

Das Schiff „Johannes", Kapitän D. v. Pritzen, mit 137 deutschen Auswanderern und verschiedenen Frachtgütern auf der Fahrt von Bremen nach Baltimore begriffen, ist bei Airaby auf Sandey, zwischen Newark und Tresfneß (Orkney-Inseln), gestrandet. Das geschah am 26. März um 9 Uhr Abends; das Fahrzeug wird wahrscheinlich ein Wrack werden. Auswanderer und Bemannung haben wohlbehalten das Ufer erreicht, und es ist Hoffnung vorhanden, auch die Ladung zu retten.

Aus Mohilew in Podolien berichtet man von einer großen Ueberschwemmung des Dnjester, welche viele Leute obdachlos gemacht und ihrer Habe beraubt hat.

Neueste Nachrichten.

München, 5. April. Vorgestern trafen 8 gezogene Geschütze aus Berlin hier ein, welche in den Remisen des Kugelfanges untergebracht worden sind. Die weiteren 40 Stück wird der in Berlin verweilende Artilleriehauptmann Frhr. v. Stengel successive hierher dirigiren lassen. — Zufolge Kriegsministerialreskripts hat nun auch ein Feuerwerker des hiesigen ersten Artillerieregiments nach Berlin abzugehen, um dort Unterricht in Herstellung der Patronen für die gezogenen Kanonen zu erhalten, um nach seiner Rückkehr die Artilleriemannschaft hierin unterrichten zu können. (Südd. Z.)

Stuttgart, 5. April. Unsere Ministerkrisis ist seit gestern Abend definitiv beendigt. An Rümelins Stelle wird als Departementschef des Kultus der bisherige Oberregierungsrath Golther allgemein bezeichnet. Nach als zuverläßig angesehenen Angaben wird der Kammer in entgegenkommendster Weise begegnet werden. (Tel. d. Allg. Z.)

Innsbruck, 2. April. Unser Landtag wird von Petitionen nicht verschont bleiben. Schon jetzt liegt eine in der Sakristei der St. Jakobskirche hier auf, in welcher der Landtag angegangen wird, die Glaubenseinheit in Tyrol zu erhalten. Also eine Agitation gegen die Ansiedlung der Protestanten. Diese Petition, bestimmt, durch das ganze Land zu gehen, ist von spartanischer Kürze und lautet: „Hoher Landtag! Wir wollen, daß sich unsere Abgeordneten nach dem ruhmreichen Beispiele der Väter bei Sr. apostolischen Majestät dahin kräftigst verwenden, daß dem Lande Tyrol die Glaubenseinheit erhalten werde und die Protestanten von der Ansässigmachung ausgeschlossen bleiben."

Pesth, 4. April. In heutiger Privatkonferenz der Deputirten beantragte Nyari, keinen Beschluß hinsichtlich der Landtags-Eröffnung zu fassen. Teleki (radikal) und Andere wollen nicht nach Ofen gehen. Dagegen äußerte Deak (liberal): „Ich erachte es für meine patriotische Pflicht, nach Ofen zu gehen, und sollte ich allein dahin gehen; es wäre höchst bedauerlich, wenn wir ..... (das betreffende Wort fehlt), noch bevor wir Gelegenheit hatten, die Wünsche und Beschwerden des Landes vor Europa auszusprechen; damit gäben wir unsern Gegnern eine Waffe, mit der sie der Welt beweisen würden, daß wir den verschiedenen Nationalitäten nicht die Hand reichen wollen." Lebhafte Eljens begleiteten Deaks Rede. Demgemäß wurde kein Beschluß hinsichtlich der Landtagseröffnung gefaßt; es bleibt jedem Deputirten überlassen, ob er in Ofen erscheinen will oder nicht. (Tel. d. Ostr. P.)

Pesth, 5. April. Ein Extrablatt des amtlichen „Sürgöny" vom Freitag meldet, daß nach einer so eben aus Wien eingetroffenen Depesche der Landtag morgen Mittags im königl. Schloß Ofen eröffnet und um 11 Uhr daselbst ein feierliches Veni sancte stattfinden wird. (Tel. d. Allg. Z.)

Krakau, 31. März. Gestern erhielt Baron Buttlar, Mitarbeiter der „Krakauer Ztg.", der als preußischer Unterthan hier mehrere Jahre verweilte, die Weisung, Krakau binnen 48 Stunden zu verlassen und es nie wieder zu betreten.

Paris, 5. April. Die halbamtliche „Patrie" enthält eine Note des Inhalts: daß der Kaiser Louis Napoleon, getreu seiner italienischen Politik, aus welcher jeder Familienehrgeiz und jede Eroberung ausgeschlossen, einen Brief an den Prinzen Murat geschriebn, worin er dessen Manifest mißbilligt. — Die gepanzerte Fregatte „Invincible" ist in Toulon vom Stapel gelassen. (Tel. d. Allg. Ztg.)

Turin, 4. April. Die Verbindung Neapels mit Turin mittelst einer Eisenbahn soll binnen acht Monaten vollendet seyn. (Tel. d. Ostr. Post.)

Odessa, 23. März. In Neurußland wurden zahlreiche französische Agenten verhaftet und nach Petersburg geschickt. (Man darf wohl füglich an der Richtigkeit dieser Angabe zweifeln, zumal da deren Quelle nicht genannt ist.) (Tel. d. Ostr. Post.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. R. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	$65\frac{3}{4}$ P.
„	5 pCt. Lomb. ditto.	$76\frac{1}{2}$ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$59\frac{1}{4}$ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$48\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	41 P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$34\frac{1}{2}$ G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$87\frac{1}{4}$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	$102\frac{3}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102\frac{1}{2}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$102\frac{7}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100 G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	104 P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{8}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	103 P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$95\frac{1}{8}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	102 P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101 P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	95 P. $94\frac{1}{2}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$101\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$98\frac{1}{4}$ G.
„	3 pCt. Obl.	$91\frac{3}{4}$ P.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$47\frac{3}{8}$ P.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt. „ „ „	$41\frac{1}{2}$ G.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$98\frac{3}{8}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	169 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	542 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$121\frac{1}{2}$ P. $120\frac{1}{2}$ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	179 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$75\frac{1}{2}$ P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	67 P.
Internationale Bank in Luxemb. . .	$82\frac{1}{2}$ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	322 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$67\frac{1}{2}$ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	210 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$118\frac{1}{2}$ P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$71\frac{3}{8}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$23\frac{1}{2}$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 8 pCt. „	$128\frac{1}{2}$ P.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$99\frac{1}{2}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50\frac{5}{8}$ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	235 P.
Span. Handels- u. Industrie . . .	520 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	460 P.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$103\frac{1}{4}$ G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{1}{2}$ B. $\frac{1}{4}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$96\frac{1}{8}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	$88\frac{1}{8}$ B.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{5}{8}$ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{3}{8}$ B $\frac{1}{8}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$77\frac{1}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	70 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$46\frac{7}{8}$ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$55\frac{3}{8}$ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$129\frac{1}{2}$ P. 129 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	53 P.	„ fl. 25 do.	$34\frac{5}{8}$ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	88 G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$34\frac{1}{2}$ P.
$1\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	118 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	36 G.
Badische fl. 50	90 P.	Vereins-Loose fl. 10.	11 P.
Badische fl. 35	$52\frac{7}{8}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 6. April. Bei trägem Geschäft waren österr. Fonds und Industrieaktien beiläufig wie gestern, Frankf. Obligationen begehrt und höher. (Synd.)

Krieges sämmtliche vier Divisionen unter den Befehl Garibaldi's gestellt werden sollen. Die Umgehung Fanti's ist ein bedeutendes Zugeständniß, das Garibaldi und dessen Armee mit Dank anerkennen werden. Auch die Garibaldi'schen Schießanstalten sind genehmigt und werden militärisch organisirt werden. Die Regierung gewinnt dadurch völlige Sicherheit in Bezug auf Garibaldi's Leute und wird nicht mehr zu befürchten haben, daß diese sich zu vereinzelten Unternehmungen verleiten lassen. Also auch dem Auslande gegenüber wird die Regierung Kräftigung aus dieser Organisirung der Armee Garibaldi's schöpfen.

* In der Turiner Abgeordnetenkammer brachte Massari am 2. d. Mts. die traurigen Zustände Süd-Italiens, die Unsicherheit und Verwirrung daselbst sowie die Schlechtigkeit der dortigen Beamten zur Sprache. Der Minister des Innern versprach Abhülfe, behauptete aber auch, daß Vieles, was Massari vorbrachte, übertrieben oder ganz falsch sey.

In Genua haben, dem „Bund" zufolge, am 28. März die dort ansässigen Deutschen eine Versammlung der „Partei der That" veranstaltet, bei welcher der aus dem badischen Feldzuge bekannte „Oberst" Becker einen Abgeordneten der in Amerika wohnenden Deutschen vorstellte, welcher im Namen derselben die Versicherung abgab, sie seyen bereit, mit Gut und Blut für die deutsche Sache einzustehen. Es seyen bereits nicht nur bedeutende Beiträge zur Bildung einer deutschen Legion gezeichnet, sondern auch ein Korps von 2000 Mann vollständig ausgerüstet, das sich zur Verfügung der deutschen Sache stelle. Auch „aus allen (?) Gauen Deutschlands" waren zustimmende Adressen an Becker eingegangen, der sich zu Garibaldi begeben soll.

In Mailand wurden noch einige höhere Offiziere und ein Deutscher verhaftet, weil sie für Franz II. thätig gewesen seyen. Der Deutsche wurde vom Volk furchtbar mißhandelt. Italienische Blätter jammern über die Anarchie in Sizilien, wo Mordthaten und Räubereien stets häufiger werden.

Das Anlehen der Stadt Neapel im Belaufe von 2½ Mill. Dukaten (etwa 12 Mill. Fres.) ist nach Turiner Blättern von dem Berliner Bankhause Magnus zum Preise von 80 pCt. übernommen worden.

In Neapel sind durch die Postbehörde fünf Säcke mit neuen Kupfermünzen, die Franz Bourbon, wie das offizielle Journal den König Franz II. nennt, in Rom prägen ließ, weggenommen worden.

Der „Schw. M." schreibt: Die Ueberzeugung, daß der jetzige Zeitpunkt für einen Krieg mit Oesterreich nicht günstig wäre, ist jetzt in Italien so verbreitet und so allgemein, daß außer Mazzini und den wenigen ihm noch übrig gebliebenen Adepten Niemand zu einem Angriff auf die venetianischen Provinzen sich geneigt findet. Der letzte Aufruf Mazzini's hat bei allen Patrioten ohne Unterschied der Meinungen die größte Entrüstung hervorgebracht und wird wieder als Beweis angeführt, wie Mazzini unbewußt, Mancher aus seiner Umgebung wohl auch bewußter Weise, den Absichten Oesterreichs in die Hände arbeitet. Unter die Gründe, die für die italienische Regierung ein Hinausschieben der venetianischen Frage räthlich machen, gehört auch die jetzige Verfassung des Heeres, welches sich noch immer auf der Uebergangsperiode von der Macht eines kleinen Staates zu jener eines weit größeren befindet, von fünf Millionen auf 22, von einer Truppenstärke, die auf dem Kriegsfuß 70,000 Mann betrug, zu einer von 300,000 Mann. Ein treffliches, vollständiges und durchaus brauchbares Kontingent haben bis jetzt nur die alten sardinischen Provinzen, dann die Lombardei und zum Theil auch die ehemaligen Herzogthümer geliefert. Die von Oesterreich übernommenen lombardischen Soldaten, die alle unter die Fahnen gerufen wurden, haben in Mittel- und Unteritalien treffliche Dienste geleistet, und die Offiziere drücken bei allen Anläßen ihre Anerkennung über die Leistungen jener Soldaten aus. In der Romagna, wo die Militäraushebung ganz neu ist, fehlen die älteren Kontingente, und man beklagt auch die große Zahl von Flüchtigen aus den letzten zwei Aushebungen, wozu zum Theil die Abneigung zu dem ungewohnten Militärdienst, noch mehr aber das Zureden der Geistlichen auf dem Lande beitrug. Da man in Toskana früher die jungen Leute zum Militärdienst berief, sobald sie das achtzehnte Jahr erreicht hatten, während das italienische Gesetz das zwanzigste festsetzt, so wurden dort die Militäraushebungen auf zwei Jahre eingestellt. Im Neapolitanischen wurden die Aushebungen unter der bourbonischen Regierung sehr unregelmäßig betrieben; fast alle älteren Soldaten sind verheirathet und zu einem wirklichen Militärdienst wenig tauglich. Diese mußten daher nach Hause geschickt werden, was auch eine bedeutende Verringerung des effektiven Kontingents bewirkt. Sizilien stellt bekanntlich kein Militär, und die jüngst angeordneten Aushebungen haben theils wegen Abneigung der Bevölkerung, theils wegen Saumseligkeit der Behörden fast gar kein Resultat geliefert. Bei diesen Umständen ist es daher nicht zu verwundern, wenn die italienische Armee nicht so vollständig und zahlreich dasteht, wie sie im Vergleich zu der Einwohnerzahl des Reiches seyn sollte. Jene Uebelstände können nur im Verlauf längerer Zeit gehoben werden; die radikale Opposition schiebt sie freilich ganz auf die Schuld des Ministerium und verlangt, daß dieses mit einem Schlage eine halbe Million Streiter ins Feld stelle.

Amerika.

Aus New-York wird geschrieben: „Präsident Lincoln hat das Amt des Ministerresidenten in Turin Hrn. Karl Schurz versprochen, demselben Deutschen, welcher einst als blutjunger Student den kühnen Plan, Gottfried Kinkel aus dem Zuchthause zu befreien, mit ebenso viel Muth als Ausdauer und Unerschrockenheit mit dem erwünschten Erfolge zur Ausführung brachte. Es ist natürlich, daß die nativistischen Elemente in der Umgebung des Präsidenten nur mit Mißgunst auf die dem Deutschen zugedachte Auszeichnung blicken und Alles aufbieten, um Lincoln begreiflich zu machen, daß man einen notorischen Revolutionär nicht als Gesandten an europäische Höfe schicken dürfe."

Aus Washington sind Berichte vom 23. März eingetroffen. Das Komité des Senats für die auswärtigen Angelegenheiten empfiehlt an, die zwischen England und Amerika in Betreff der Insel San Juan bestehende Streitfrage einem schiedsrichterlichen Spruche der Schweiz zu unterbreiten. (Fr. J.)

Nichtpolitische Zeitung.

München, 3. April. Die in Folge der letzten Konkurrenzausschreibung vom 3. Novbr. 1860 für dramatische Arbeiten von Sr. Maj. dem König niedergesetzte Beurtheilungs-Kommission (bestehend aus den HH. v. Spruner, v. Kobell, M. Carrière, Dr. Beilhack und Dr. Beck) veröffentlicht nun den Bericht über die Ergebnisse, wonach 50 Stücke eingelaufen und geprüft wurden, von denen 5 nicht berücksichtigt werden konnten, weil sie den Anforderungen des Programms nicht entsprachen. Von den übrigen 45 Stücken fand die Kommission das Schauspiel „Maximilian" allein der Art, daß es ohne wesentliche Aenderung zur Aufführung empfohlen und ein günstiger Erfolg erwartet werden konnte. Da aber der Erfolg der Aufführung ein entscheidendes Element für das Endurtheil seyn sollte, und derselbe ein ungünstiger war, so könne sich die Kommission für die Ertheilung des Preises nicht aussprechen. Von den übrigen eingesandten Stücken können nur wenige völlig schlecht und stümperhaft genannt werden, sie leiden aber an verschiedenartigen Mängeln. — Das Kapitel des königl. Maximilians-Ordens für Kunst und Wissenschaft macht bekannt, daß Se. Maj. der König auf Grund des Gutachtens der Beurtheilungskommission dem Schauspiele „Maximilian" den Preis nicht zu ertheilen und die weitere Bestimmung über den Preis sich vorzubehalten geruhten. (M. Bote.)

In Neuburg hat das k. Appellationsgericht in zwei Untersuchungssachen wegen gewerbsmäßiger Gutszertrümmerung über ein Dutzend Juden zu Gefängniß und Geldstrafen verurtheilt. Die letzteren im Betrage von 950 fl., werden den Armenkassen in Heuberg mit 180 fl., Utzwingen mit 300 fl., Dornstadt mit 125 fl., Ehingen mit 345 fl. zugewiesen; desgleichen weitere 550 fl. den Armenkassen in Muningen mit 100 fl., Mögesheim mit 200 fl., Oettingen mit 100 fl., Wechingen mit 100 fl., Hainsfurth, Schwörtsheim und Nittingen zusammen mit 50 fl.

Nürnberg, 2. April. Für unser großes Männergesangfest hat Herr F. Hiller übernommen, eine größere Cantate mit Instrumental-Begleitung zu schreiben, zu welcher ihm W. Müller von Königswinter das Gedicht geschrieben hat. (Köln. Z.)

Berlin, 4. April. Zu den werthvollsten und interessantesten Hinterlassenschaften Friedrich Wilhelm IV. gehört unstreitig dessen Privatbibliothek, die, in sechs großen Sälen des königlichen Schlosses zu Berlin aufgestellt, etwa 40,000 Bände, meist Werke über Geschichte, Alterthumswissenschaft und christliche Kunst enthält. Hierzu wären noch etwa 16,000 Doubletten zu rechnen, die oft in mehr als zehnfacher Anzahl vorhanden sind. Laut Testament hat der hochselige König die Bibliothek seinem Bruder, dem König Wilhelm I., vermacht, mit Ausnahme jedoch der „artistischen Werke", welche der Königin-Wittwe vermacht worden sind.

Frankfurt, 2. April. Die Homburger Spielbank hat gestern wieder das Unglück gehabt, von einem Fremden, angeblich einem Oesterreicher, um die Summe von mehreren hunderttausend

Einhaltung dieser Pflichten ruht aber die Autorität der Monarchie, welche zur Wohlfahrt des Vaterlandes unerläßlich ist. Wir haben, geliebte Unterthanen, hiemit zu Euch ein offenes Wort gesprochen, wie es Unsere Vorfahren in ernsten Lagen des geliebten Vaterlandes ebenfalls zu halten pflegten; mit Vertrauen erwarten Wir von Euch, daß Ihr Unseren wohlgemeinten Absichten entsprechen werdet."

Nassau. Wiesbaden, 2. April. Sechszehn Abgeordnete haben bei Gelegenheit der Budgetberathung folgenden Antrag eingebracht: „Die Versammlung wolle der herzogl. Regierung gegenüber die Erwartung aussprechen, daß der Bundestagsgesandte dahin instruirt werde, sich jeder Theilnahme an in die Gesetzgebung der Einzelstaaten eingreifenden Beschlüssen zu enthalten, bez. deren Zustandekommen entgegenzutreten, welche außerhalb der bundesgesetzlichen Kompetenz des Bundestages liegen."

Freie Städte. Bremen, K. April. Mit dem heutigen Tage ist Bremen in die Reihe der gewerbfreien Staaten eingetreten, indem eine heute erschienene obrigkeitliche Verordnung das von der Bürgerschaft am 29. Dezbr. vor. Js. angenommene Gesetz über die Aufhebung der Zünfte veröffentlicht. — Ein nach anderer Richtung hin bedeutungsvolles Gesetz hat gestern von der Bürgerschaft die verfassungsmäßige Zustimmung erhalten, nämlich die Reform unseres Gefängnißwesens auf Grund der Einzelhaft. (Wes.-Ztg.)

Oesterreich. Die „Wiener Ztg." enthält die kaiserliche Verordnung vom 26. März, wodurch die Wiederaufnahme der Zahlungen in klingender Münze im lombardisch-venetianischen Königreich, „nachdem die Staatsverwaltung sich wieder in der Lage befindet, ihren Silberbedarf im lombardisch-venetianischen Königreich sicher zu stellen", normirt wird.

Aus Wien, 2. April, schreibt man der „N. Pr. Ztg.": „Männer, welche den Verlauf der Landtagswahlen in Ungarn aufmerksam verfolgt haben, und denen die politische Vergangenheit der gewählten Deputirten bekannt ist, sprechen offen ihre Ueberzeugung aus, daß es der Staatsregierung nicht gelingen werde, mit diesem Landtage zu unterhandeln, oder auch nur mit seiner Unterstützung zu irgend welchen, sey es auch noch so dürftigen Ergebnissen zu gelangen. Eine starke Minderheit, welche die Lostrennung von Oesterreich anstrebe, werde wahrscheinlich einen terrorisirenden Einfluß auf den Landtag üben. Sie empfange ihre Parole von Kossuth und leiste ihr unbedingt Folge; ihr Führer werde der bekannte Teleki seyn, den der Kaiser Anfang dieses Jahres amnestirt hat. Gegenwärtig hat die Partei Instruktionen erhalten, sich mit keinem noch so weit reichenden Zugeständnisse der kaiserl. Regierung zufrieden zu stellen."

* In den Wiener Blättern heißt es bald, die Ministerkrisis sey beendigt, bald sie sey nicht beendigt. Beides ist wahr; die Streitfrage, die neulich Anlaß dazu gab, ist erledigt, d. h. die neue Organisirung Siebenbürgens bleibt aufrecht nach den Wünschen der ungarischen Minister, dagegen werden die Beschlüsse der Pesther Justizkonferenz vom Kaiser erst genehmigt werden, wenn sie vom Landtag gebilligt sind, wie es die deutschen Minister verlangt hatten. Aber jeden Tag tauchen neue Streitfragen auf, da die ungarischen Minister immer neue Zugeständnisse verlangen, um ihre unersättlichen Landsleute einigermaßen zufriedenzustellen. Und da die deutschen Minister solchen Zugeständnissen widerstreben, so ist eigentlich die Ministerkrisis beständig in der Schwebe, indem bald die einen, bald die andern mit ihrem Rücktritt drohen, wenn ihren Forderungen nicht entsprochen würde.

Nestroy in Wien erhielt jüngst eine Einladung, nach Pesth zu kommen, um dort zu gastiren. Brieflich lehnte er die Einladung ab. „Ich kann nicht kommen", schrieb er, „denn ich habe mir eben einen — neuen Cylinder gekauft".

Pesth, 2. April. Dem kaiserlichen Patent gemäß hätte die Eröffnung des ungarischen Landtags heute erfolgen sollen. Allein man hat den alten Brauch berücksichtigt, wonach den Deputirten drei Tage Frist gestattet werden, die sogenannte dies comparitionis. Man hat dies um so lieber gethan, als dadurch auf beiden Seiten Zeit gewonnen wird. Letzteres aber ist nothwendig sowohl der Wiener Regierung, die zwischen entschiedener Offensive und Nachgiebigkeit zu schwanken scheint, als den Ungarn, welche zwar wissen, was sie wollen, die aber dennoch vor dem Ausspruche des Ultimatums zurückschrecken. Was nun hier die Stimmung unter den Deputirten anbelangt, so ist dieselbe der österreichischen Gesammtstaatsverfassung entschieden feindlich. Die alten Konservativen seufzen über diese Situation, da sie es für im Interesse Ungarns liegend halten, die Machtstellung Oesterreichs nach außen zu stärken. Allein mit dieser Ansicht dringen sie um so weniger durch, als sie kaum den Muth haben, dieselbe in Privatkreisen auszusprechen. Es wird die ganze Ueberredungskunst der gemäßigten Führer bedürfen, um die Majorität zu bewegen, sich behufs der Eröffnung des Landtages in das königliche Schloß zu Ofen zu begeben; nicht wenige waren gestern noch entschlossen, selbst dieses Zugeständniß nicht zu machen, auf die Gefahr hin, den ganzen Landtag zu vereiteln. Dies ist aber auch, was diesen Punkt anbetrifft, Alles, was die Regierung erlangen wird. (Nat.-Ztg.)

Aus Lemberg vom 31. März wird der „Morgen-Post" geschrieben: „Die hiesige k. k. Staatsanwaltschaft beabsichtigte, den Grafen Borkowski in Anklagestand zu setzen wegen der Reden, die derselbe als Kandidat zum Landtag in den öffentlichen Wahlversammlungen hielt. Es wurden schon Zeugen berufen, um den Thatbestand zu konstatiren. Um nun der Langwierigkeit eines solchen Vorgehens vorzubeugen, überreichte Graf Borkowski seine Reden dem hiesigen Präsidenten Herrn Pohlberg, mit der Versicherung, daß er nichts mehr sagte, als er angab, und mit dem Verlangen, ihn binnen drei Tagen zur Vernehmung zuzulassen. Da man nicht wußte, was mit der Sache zu thun sey, telegraphirte man an den Staatsminister Herrn v. Schmerling, welcher auf demselben Wege den gemessensten Auftrag ertheilt haben soll, Niemand wegen Reden in Wahlangelegenheiten anzuklagen."

Großbritannien.

„Daily Tel." bringt den Brief „eines Deutschen" zur Widerlegung einer Korrespondenz aus Kopenhagen in den „Times", welchem dieses Blatt, das immer noch glaubt, durch Unsinn und Arroganz die Welt überschreien zu können, die Aufnahme verweigerte; es heißt darin, bei dem gegenwärtigen Streit sey von Schleswig nicht die Rede, sondern es sollten nur Holstein dieselben Rechte wie den anderen Provinzen gewahrt und darum das Budget der Gesammtmonarchie seinen Ständen, ebenso wie den übrigen Ständen der Monarchie vorgelegt werden; Preußen verfahre ganz uninteressirt, denn es thue alles Mögliche, um Dänemark zu veranlassen, den Deutschen gleiche Rechte wie den Dänen zuzuerkennen, und dadurch eine Bundesexekution zu vermeiden; hätte Preußen Absichten auf Holstein, so könne es gar nichts Besseres thun, als die Unzufriedenheit in den Herzogthümern nähren, statt sie beseitigen zu suchen.

Die englischen Geschworenen verurtheilten die Eisenbahnkompagnien, um sie zur Vorsicht zu mahnen, zu schweren Entschädigungen an Leute, die durch nicht rein zufällige Eisenbahn-Unglücke Schaden gelitten haben; ein Mann Namens Friedländer, der bei einem Zusammenstoß auf der Nordwestbahn ein Bein brach, erhielt 3000 L., ein anderer minder Verletzter 1000 L.

Frankreich.

Paris, 4. April. Der wegen seines excentrischen Benehmens bekannte Marschall de Castellane ist gestern von Lyon nach Paris gekommen; er war keineswegs hieher berufen worden. Anlaß zu seiner Reise gab ein schweizer Blatt, welches behauptet hatte, General Trochu sey als Alter ego des Marschalls nach Lyon gesandt worden. Castellane verlangte Aufschluß vom Kriegs-Minister, der ihm sehr höflich bemerkte, daß er keineswegs Korrespondent der schweizer Blätter sey und nicht für sie einstehen könne. (Köln. Ztg.)

Die Kriegsgerüchte gingen am 4. d. M. in Paris so weit, daß behauptet wurde, das Korps des Generals Ladmirault, welches der Kaiser Revue passiren ließ, rücke unverzüglich nach Toulon, um nach Ancona eingeschifft zu werden. Diese Uebertreibungen hatten das Gute, daß die halbamtliche „Patrie" zu einer neuen Erklärung veranlaßt wurde, die „auf bestimmten Aktenstücken und auf Erklärungen des Wiener Kabinetes beruht". Danach sind die Truppenbewegungen der Oesterreicher rein defensiver Art, während die italienische Regierung, die zwar fortfährt, ihre Streitkräfte auf einen Fuß zu bringen, welcher der jetzigen Stellung des Staates entspricht, die gedienten Garibaldianer mit Garibaldi's Zustimmung in die neuen Regimenter aufnimmt und Viktor Emanuel, Graf Cavour und Garibaldi darüber einig sind, daß sie auch auf der Defensive bleiben wollen. (Köln. Ztg.)

Italien.

Turin, 2. April. Die Regierung hat einen Entschluß gefaßt, der Garibaldi angenehm seyn muß, und von den besten Folgen auf die Stimmung des Landes, namentlich Süd-Italiens, seyn wird. Die vier Divisionen der Garibaldi'schen Armee (Bixio, Medici, Cosenz, Türr) sollen vollständig organisirt werden. Sie würden, unter Cialdini's Leitung gestellt, einen integrirenden Bestandtheil der italienischen Armee ausmachen; doch wird die Regierung schon jetzt ausdrücklich erklären, daß für den Fall eines

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 96.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreimalige Zeile in gewöhnlicher Schrift	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Sonntag, 7. April 1861.

Deutscher Bund.

* Frankfurt, 6. April. Am 15. d. M. soll hier im Saal der Harmonie, Vormittags 10 Uhr, eine Versammlung zur Gründung eines volkswirthschaftlichen Vereins für Südwest-Deutschland gehalten werden, wozu Dr. Malß, Max Wirth, Dr. Pickford u. a. volkswirthschaftliche Notabilitäten einladen. Als Tagesordnung haben dieselben vorgeschlagen: 1) die Berathung der Statuten des Vereins; 2) den deutsch-französischen Handelsvertrag; 3) die Einigung des deutschen Münz- und Papiergeldwesens; 4) Bericht über die Entwicklung der deutschen Genossenschaften; 5) die Zuckerzollfrage.

* Aus Rastatt sollen wieder verschiedene österreich. Soldaten italienischer Herkunft nach Frankreich desertirt sein.

Bayern. München, 4. April. Nachdem Prinz Luitpold vorgestern das 6. Jägerbataillon und gestern das Infanterie-Leibregiment auf dem Marsfelde inspizirte, haben heute dessen Musterungen bei dem 1. Infanterieregiment König begonnen. Die Spezial-Revuen werden erlassen, wogegen der Inspizirende den Ausführungen der im neuen Exerzier-Reglement enthaltenen Manöver die größte Aufmerksamkeit zuwendet und dabei namentlich das Verhalten der Abtheilungs-Kommandanten seiner genauesten Beobachtung unterzieht. Es ist zwar nichts Neues, wenn die Generalkommandanten Gutachten über die Befähigung von Offizieren zu Kommandostellen abgeben, aber auf dieses Verfahren ist noch nie ein so großer Werth, wie dermalen gelegt worden. Es wird nämlich jetzt nicht mehr allein auf militärische Befähigung, sondern auch auf physische Rüstigkeit, sowie darauf gesehen, daß auch der Stabsoffizier der Infanterie ein gewandter Reiter ist. Dieß Alles geschieht offenbar, weil man in den höheren militärischen Kreisen den Krieg für möglich hält. — Für die gezogenen Geschütze ist nunmehr auch die Munition herzustellen. Es ist die Anfertigung von 60,000 Sechspfünder-Patronen projektirt, wovon der größere Theil magazinirt wird. (Südd. Z.)

München, 5. April. Auch in diesem Jahre wurde nach vorhergegangenen Vorprüfungen bei den einzelnen Bataillonen und Regimentern eine Prüfung Behufs des Eintrittes in die hiesige Kriegsschule abgehalten. Von 63 zu dieser Prüfung zugelassenen Offiziersaspiranten sollen 33 dieselbe bestanden haben. (Bayer. Landb.)

Durch Ministerialentschließung vom 17. v. M. ist bezüglich der taxamtlichen Kassa- und Buchführung in Brandassekuranzsachen eine strengere Kontrole und insbesondere die Anwesenheit des Landgerichtsvorstandes bei den Ein- und Auskassirungen von Brandassekuranzgeldern angeordnet worden.

** München, 5. April. (Privat-Korrespondenz.) Die k. Staatsminister des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten und der Finanzen haben der Kammer der Abgeordneten einen Nachtrag zum Budget der VIII. Finanzperiode vorgelegt. In Folge Inkamerirung des Vermögens der von Lentersheim'schen Stiftung Alten- und Neuen-Muhr (Mittelfranken) in das allgemeine Staatsgut ist ein Zugang von jährlich 550 fl. an der reinen Staatseinnahme und an der Staatsausgabe für protestantischen Kultus von der VIII. Finanzperiode beginnend, eingetreten, welcher in dem, am 3. Januar d. J. eingebrachten Budget noch nicht vorgesehen ist. Demzufolge erhöht sich die Ziffer der Gesammtstaatseinnahmen und Ausgaben um 550 fl., demnach auf 46,859,075 fl. jährlich. — Gegen die Errichtung einer neuen Infanterie-Schießstätte auf die Anhöhen bei München an der Straße nach Harlaching hat sich unser Magistrat beschwert und beantragt, dieselbe wenigstens 300 Schritte weiter weg zu verlegen, weil sonst die frequente Passage auf jener Straße gehemmt werde und für Fußgänger und Fuhrwerke Gefahr entstehe. Die k. Kreisregierung hat jedoch dieser Beschwerde keine Folge gegeben, weil gegenwärtig das militärische Interesse, als das vorwiegende, diese Schießstätte unbedingt nothwendig erscheinen lasse.

Kaiserslautern, 3. April. Heute fand eine Versammlung pfälzischer Bräuer dahier statt. Die Zahl derselben belief sich auf etwa achtzig. Es wurde eine Kommission von zehn Mitgliedern gewählt, welche eine Adresse an den König und an die Kammer der Abgeordneten behufs Abwendung des Malzaufschlags, der jetzt auch auf die Pfalz ausgedehnt werden soll, entwerfen soll. (Pf. Z.)

Preußen. Nach Berliner Blättern soll das Lesen der (demokratischen) „Volks-Zeitung" in den Kasernen verboten worden seyn.

Hannover. Hannover, 3. April. Die preußischen Junker haben sich neuerdings an den Oberforstmeister v. Düring mit der Bitte gewandt, daß er abermals Beiträge unter dem hannover'schen Adel sammeln möge; dießmal gilt es den Ankauf eines „goldenen Schildes" für den König Franz von Neapel. (Wes. Z.)

* **Kurhessen.** Kassel, 4. April. Die heute im Gesetzblatt erschienene „landesherrliche Verkündigung", datirt vom 6. März, fordert, wie schon erwähnt, zur Neuwahl der 2. Kammer auf, und sucht in einer langen Erörterung darzuthun, daß die vorige, aufgelöste 2. Kammer Unrecht gehabt habe, die Verfassung von 1831 als zu Recht bestehend zu betrachten; sie legt sodann den Standpunkt der Regierung dar, welche in der Verfassung von 1860 alle früher geäußerten billigen Wünsche des Landes vollständig berücksichtigt habe, und nun ein Entgegenkommen des Landtags um so mehr habe erwarten dürfen, als sie durchaus nicht abgeneigt gewesen sey, Anträge zu weiterer Verbesserung dieser Verfassung entgegenzunehmen, was sie auch ausdrücklich erklärt habe. Es wird daher die Widerwilligkeit des Landtags beklagt, durch welche zudem auch die Erledigung vieler anderen, für die Wohlfahrt des Landes wichtigen Angelegenheiten (Eisenbahnbau, Budget ꝛc.) aufs Neue verzögert worden sey. Die Verkündigung schließt mit den Worten: „Ihr werdet, geliebte Unterthanen, hieraus entnehmen, welche wichtige Landesinteressen auf dem Spiele stehen, wenn nicht bald Fürsorge dahin getroffen wird, daß die an eine landständische Thätigkeit gewiesene Wirksamkeit der Regierung sich in ihren auf die Wohlfahrt des Landes gerichteten Absichten ungehindert entfalten kann. Das Mittel dazu ist in Eure eigenen Hände gelegt und besteht darin, daß Ihr Uns recht bald in den Stand setzt, den Landtag wieder berufen zu können und denselben in seiner großen Mehrheit mit Männern beschickt zu sehen, denen die Wohlfahrt ihres eigenen hessischen Vaterlandes als erste Landstandspflicht gilt und welche, fern von jedem unberechtigten politischen Einfluß, zur Erfüllung derselben den festen Willen und die nöthige Einsicht haben. Prüfet vor allen Dingen mit eigenem Herzen und eigenem Verstande, was dem Vaterlande noth thut, damit diejenigen, welche Euch auf dem Landtage zu vertreten haben, nicht bloß ihrer eigenen persönlichen Ansicht, sondern der Meinung, welche wirklich im Hessenvolke lebt, den richtigen Ausdruck zu verleihen haben; und wenn sich an diese Meinung Wünsche knüpfen, welche auf dem dermaligen verfassungsmäßigen Rechtsboden (d. h. Verfassung von 1860) in Erfüllung zu bringen stehen, so könnt Ihr Euch zum Voraus für versichert halten, daß sie bei Uns ein geneigtes Gehör finden werden. Namentlich versichern Wir Euch Unserer Geneigtheit, solchen Wünschen entgegen zu kommen und thunliche Förderung zu gewähren, welche dahin gerichtet seyn würden, die Vorschriften über die Vertretung des Landes sowohl in der ersten, als zweiten Kammer, einer weiteren Erwägung zu unterziehen. Es gereicht Unserem landesväterlichen Herzen zur wahren Genugthuung, diejenigen Wünsche Unserer treuen Unterthanen zu erfüllen, welche zum wahren Wohle und Frieden des Landes dienen können, indem solche weder gegen die unveräußerlichen Rechte Unserer Krone, noch gegen die Pflichten gegen den deutschen Bund verstoßen. In der gewissen Aufrechthaltung jener Rechte und der

abwesend war, um sich in einem Seitenzimmer des Bahnhofes umzukleiden. Stationsdiener Wörle gab an, daß er damals in der Bedrängniß dem Wechselwärter anbefohlen, den Augsburger Güterzug in das mittlere, statt wie gewöhnlich in das erste Geleise einzulassen, weil auf diesem schon der Großhesseloher Zug signalisirt war und er geglaubt habe, die Maschine des Starnberger Zuges werde mit dem Retourfahren warten. Der k. Staatsanwalt ließ nun die Anklage in Bezug auf den Stationsmeister Wagner gänzlich fallen, weil dieser nicht unbedingt verpflichtet ist, immer gegenwärtig zu seyn; dagegen beantragte er, den Stationsdiener Wörle wegen Vergehens der Tödtung durch grobe Fahrläßigkeit zu 19, eventuell zu 5monatlicher Gefängnißstrafe zu verurtheilen. Der Vertheidiger beantragte Freisprechung. Das Erkenntniß wird erst nächsten Montag veröffentlicht. (Münch. B.)

Neueste Nachrichten.

In Hannover findet am 8. April eine Versammlung statt, zu welcher Herr v. Bennigsen „eine Anzahl ihm persönlich bekannter oder durch seine politischen Freunde empfohlener Männer" eingeladen hat. Als Gegenstände der Besprechung bezeichnet die „Ztg. für Norddeutschland" die deutsche Frage, Schleswig-Holstein, den „mehr oder weniger nahe bevorstehenden Krieg", den Schutz der deutschen Küsten, dann die Lage des eigenen Landes, seine Verfassung und Verwaltung. (Es wird zwar ausdrücklich dazu bemerkt, daß es sich hier um keine Versammlung des Nationalvereins handle, sondern nur überhaupt um den Zusammentritt freisinniger Männer, denen das Wohl des Volks am Herzen liege; doch läßt v. Bennigsen's Name vermuthen, daß neben diesem Zweck oder vielleicht unter diesem Aushängeschild für den Nationalverein Propaganda gemacht werde.)

Kassel, 4. April. Dr. Oetker, Redakteur der „Hessischen Morgenzeitung", wurde heute vom Obergerichte vollständig freigesprochen. (Es war aufs Neue gegen ihn wegen Beleidigung der kurfürstlichen Regierung Klage erhoben worden.) (T. d. N. K.)

Pesth, 4. April, Abends. Die Magnatenkonferenz bei dem Grafen Stephan Karolyi hat beschlossen, der Landtagseröffnung in Ofen beizuwohnen. (Die Magnaten bilden die erste Kammer des ungarischen Landtags.) (Tel. d. Allg. Ztg.)

Aus Temesvar wird unterm 31. März geschrieben: Bekanntlich werden von hier über Bazias nach Belgrad bedeutende Mehlquantitäten verfrachtet. Vorige Woche geschah es nun bei Ueberführung eines bedeutenden Mehlquantums vom Bahnhofe Bazias aufs Dampfschiff, daß ein Sack aufging, bei welcher Gelegenheit man darin von Mehl umgeben einen zweiten Sack vorfand, welcher Salpeter enthielt. — Dieser Fall veranlaßte nun auch die Revision der ganzen Partie, bei welcher circa 4000 Pfd. Salpeter, in gleicher Weise verpackt, aufgebracht und mit Beschlag belegt wurden. Sowohl Aufgeber als Empfänger sind unbekannte Personen.

Czernowitz (in der Buckowina), 29. März. Seit einigen Tagen, schreibt man dem „Wanderer", macht hier ein aufgegriffener Pulvertransport bedeutend viel von sich reden. Wie es heißt, soll eine Transitofracht von 6 Kisten, welche Blechflaschen, angeblich mit Firniß gefüllt, enthielt und für die Moldau bestimmt war, an der Grenze beanstandet worden seyn, wo ein Zufall die Entdeckung des Pulverinhaltes herbeiführte. Die Flaschen enthielten zwar Firniß, aber nur in einer Röhre, welche von der Mündung derselben bis zum Boden reichte, der übrige Raum einer jeden Flasche soll mit 50 Pfund Pulver angefüllt gewesen seyn, und in Summa 18 Zentner 64 Pfund betragen haben. Wie der Berichterstatter selbst sah, wurde vorgestern die ganze Fracht unter Begleitung der Finanzwache in das hiesige Pulvermagazin gebracht. Ein weiterer Transport von 40 Centnern soll auf einem andern Grenzpunkte aufgehalten und eingebracht worden seyn. (Diese Transporte sind offenbar für die Unzufriedenen bestimmt, welche sich von den österr. Grenzen in der Moldau, Serbien sammeln wollen.)

In Galizien bieten die Wahlen große Schwierigkeiten dar. Die Bauern, welche nicht lesen können, sind sich noch nicht klar geworden, was denn Das eigentlich zu bedeuten habe. Sie wissen bloß, daß sie im Jahre 1848 gewählt haben, daß die Sachen damals nicht nach Wunsch gingen, und weigern sich sehr häufig, zu wählen. Von mehreren Orten sind Deputationen nach Wien gegangen. Die Landleute bestanden darauf, den Kaiser fragen zu müssen, ob es wirklich sein Wille sey, daß sie Deputirte wählen.

Paris, 4. April. Die „Patrie" versichert, daß die englische Kriegsschiffdivision von Malta nach den jonischen Inseln abging, woselbst die Agitation sich steigert. (Tel. d. Allg. Ztg.)

Der „N. Pr. Z." wird aus Paris geschrieben: Es ist eine Thatsache, daß in allen Arsenalen eine auffallende Thätigkeit herrscht. In Toulon durften die Arbeiten nicht einmal während der Osterfeiertage ausgesetzt werden.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	$65^{3}/_{4}$ P.
"	5 pCt. Lomb. ditto.	$76^{1}/_{2}$ G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$59^{1}/_{8}$ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$48^{1}/_{8}$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	$42^{1}/_{8}$ P.
"	$4^{1}/_{2}$ pCt.	$34^{1}/_{4}$ G.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	$3^{1}/_{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$88^{1}/_{4}$P. $87^{3}/_{4}$G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	$102^{3}/_{4}$ P.
"	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102^{1}/_{2}$ G.
"	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	$102^{7}/_{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	100 G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100 G.
"	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	104 P.
"	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	$95^{1}/_{8}$ P.
Baden	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl.	103 P.
"	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$95^{1}/_{8}$ P.
Gr. Hess.	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl.	$101^{5}/_{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101 P.
"	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	95 P. $94^{1}/_{2}$ G.
Nassau	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	$101^{1}/_{2}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$99^{1}/_{2}$ P.
"	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl.	$98^{1}/_{8}$ P.
"	3 pCt. Obl.	$91^{1}/_{8}$ G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$47^{3}/_{8}$ P. $^{1}/_{8}$G.
"	$1^{3}/_{4}$ pCt. " " "	$41^{7}/_{8}$ P $^{1}/_{2}$ G.
Schweden	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	98 P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	169 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	542 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$121^{1}/_{2}$ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	180 P. $178^{1}/_{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$75^{1}/_{2}$ P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	67 P.
Internationale Bank in Luxemb. . .	$82^{1}/_{2}$ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	322 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$67^{1}/_{2}$ G.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	210 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$118^{1}/_{2}$ P.
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$71^{3}/_{8}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$23^{1}/_{2}$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$128^{1}/_{2}$ G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4^{1}/_{2}$ pCt.	$99^{1}/_{2}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50^{1}/_{2}$ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	235 P.
Span. Handels- u. Industrie . . .	520 P.
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	460 P.
Bayr. Ostbahn à $4^{1}/_{2}$ pCt. volleinbez.	$102^{7}/_{8}$ G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99^{3}/_{8}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	$105^{1}/_{4}$ G.
Brem. 50 Th. Ld: k.S.	$96^{1}/_{8}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105^{1}/_{8}$ G.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^{1}/_{8}$ B.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105^{1}/_{8}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$118^{5}/_{8}$ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	$93^{1}/_{8}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93^{1}/_{4}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$77^{1}/_{4}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	70 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$47^{1}/_{4}$ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$55^{3}/_{4}$ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	129 G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$52^{3}/_{4}$ G.	" fl. 25 do.	$34^{5}/_{8}$ P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	87 G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$34^{1}/_{2}$ P.
$3^{1}/_{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beilt.	118 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50 P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. $2^{1}/_{2}$ pCt. Z.	36 G.
Badische fl. 50	90 P.	Vereins-Loose fl. 10.	11 P.
Badische fl. 35	$52^{1}/_{2}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 5. April. Unterstützt durch etwas höhere Wiener Notirungen erhielt sich die günstige Stimmung von gestern und österr. Fonds und Kreditaktien behaupteten sich fest auf den gestrigen Notirungen. Spanische beider Gattungen fanden Käufer zu höheren Kursen. Auch Darmstädter Bankaktien wurden etwas besser bezahlt. Das Geschäft war ziemlich belebt. (Synd.)

einige Zeilen mit der Gewißheit schreibe, daß ich Antwort bekomme. Ueberbringer ist Graf Schlippenbach, preußischer Offizier und Attaché der betreffenden Gesandtschaft. Er reist auf einige Tage zu Ihnen und ist durchaus eingeweiht in unsre Angelegenheiten. (Hier folgt wieder eine Stelle von weniger Bedeutung.) Mein Plan ist, meinen Abschied zu nehmen und den Sieg der Autonomie unter was immer für einem Könige abzuwarten, denn ein einiges Italien ist nur ein Traum. Neapel kann sich nicht dazu erniedrigen, eine Provinz zu werden. Die Unruhen stehen nahe bevor. Die Murat'sche Partei gewinnt an Konsistenz. Eine in verwichener Nacht telegraphisch eingetroffene Depesche meldet, daß der gesetzgebende Körper Napoleon's Politik billigt, doch daß er die weltliche Gewalt des Papstes gewahrt wissen will; in diesem Falle geht die stumpfsinnige Idee der italienischen Einheit zum Teufel. Das mißglückte Attentat auf Napoleon wird ihm begreiflich machen, daß hier Alles nur eine republikanische Intrigue ist, und folglich wird er bald wieder vernünftig werden. Ich hoffe Sie in Kurzem wieder zu sehen und bitte Sie, mir ein Stelldichein anzugeben, wo ich mich einfinden werde, denn bis dahin, daß die Ordnung hergestellt und der Plebs geduckt ist, werden noch Monate vergehen. Nur Geduld, so lange die Revolution noch ihren Verlauf nimmt. Ihr Freund F. Beneventano (del Bosco)."

Rußland und Polen.

Warschau, 29. März. Zu den Attributen des zu errichtenden neuen Staatsraths, welcher aus Landes-Eingesessenen und — nicht wie bisher das hiesige 10. Departement des regierenden Senats, der die Staatsrathsangelegenheiten behandelte und zum größten Theil aus langgedienten russischen Generalen ꝛc. bestand — zusammengesetzt werden soll, wird nun die Prüfung der Beschwerden und der Petitionen gehören. Das Wichtigste ist aber die Errichtung der Gouvernements-Kreis- und Stadträthe, wodurch dem Lande eine Mitwirkung bei der Verwaltung eingeräumt, der Beamten-Wirthschaft eine Kontrole und dem Einwohner ein Schutz gegen bureaukratische Uebergriffe gegeben wird. Es wird natürlich viel von den diesen Vertretungen beizulegenden Befugnissen abhängen, aber jedenfalls ist es ein großer Fortschritt zum Bessern, und es bleibt nur zu wünschen, daß man sich nicht überstürzt und in so großer Eile unhaltbare Einrichtungen trifft. Leider ist man sehr ungeduldig und kann nicht genug auf einmal bekommen; freilich hat man lange genug gewartet und viel, sehr viel unter den Mängeln der bisherigen Verwaltung leiden müssen. Doch darf man nicht vergessen, daß von den ungefähr 10,200 Beamten des Königreichs, zu denen sich noch 5000 Kanzlei-Gerichts- und andere zu den Behörden gehörende besoldete Diener gesellen, 5/8 Polen sind, und daß dieses Heer von Beamten zu erhalten dem Lande ganz enorme Summen kostet, zumal dieselben bei dem großen allgemeinen Luxus und der Theuerung noch auf nicht unbedeutende Nebeneinkünfte rechnen, wodurch die Kalamität vermehrt wird. Wer nicht das aus amtlichen Quellen zusammengestellte Verzeichniß aller dieser Staatsbeamten vor Augen hat, wird es kaum glauben, wie ein so wenige Hülfsquellen des Reichthums besitzendes Land mit 4 1/2 Mill. Einwohner wie Polen diese Masse von Beamten ernähren kann, wobei die ländliche Polizei, die Polizeisoldaten, Gendarmen und unbesoldeten Personen gar nicht mitgerechnet sind. Eine Ermäßigung in diesem Personal wäre sehr wünschenswerth, und auch durch Vereinfachung der Behörden wie durch Verminderung der vielen Schreibereien nebst Verlängerung der Amtsstunden (jetzt von 9 Uhr Vormittags bis 2—3 Uhr Nachmittags), auch durch Entlassung der Unfähigen und Faulen zu ermöglichen. (Ostsee-Z.)

Dem Pariser „Moniteur" wird aus Warschau geschrieben, die dortigen Damen hätten, um den arbeitenden Klassen kund zu thun, wie sehr sie deren verständige und patriotische Haltung schätzten, am Osterfeiertage Mahlzeiten anrichten lassen, zu denen je 25 Arbeiter in jedes angesehene Haus eingeladen und gastfrei traktirt wurden. Man schätzt die Zahl der so Bewirtheten auf 4000. Außerdem wurden über 20,000 fl. Unterstützungsgelder an die Armen zu den Feiertagen vertheilt. — Ueber die Unruhen in Kalisch am 30. März bemerkt dasselbe Blatt in seinem Bulletin: „Diese bedauerlichen Exzesse können der Sache einer edelsinnigen Nation nur schaden, und in ihrem Interesse liegt es und ist eine Ehrensache für sie, auf den Rath zu hören, welchen ihr Fürst Gortschakoff in seinen Proklamationen gibt."

Warschau, 30. März. Um den hiesigen Handwerkern bei der in Handel und Gewerben herrschenden Stockung zu Hülfe zu kommen, hat der Fürst-Statthalter, da er erfahren, daß die Fonds der bei der Warschauer Wohlthätigkeits-Gesellschaft bestehenden Darlehens-Kasse erschöpft seyen, aus städtischen Fonds eine Zuschuß-Summe von 10,000 Silberrubeln zur Verfügung jener Gesellschaft stellen lassen, um den hülfsbedürftigen Handwerkern hiervon Darlehen zu gewähren.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 4. April. Das Eisenbahn-Unglück, das am 12. Okt. v. J. im hiesigen Staatsbahnhof dem k. Oberkondukteur Frhrn. v. Prielmeier das Leben kostete und gestern den Gegenstand einer Verhandlung am Bezirksgericht bildete, hat durch letztere gezeigt, daß der Münchener Staatsbahnhof dringend einer Erweiterung bedarf. Von der Bahnhalle aus laufen fünf Hauptgeleise und auf diesen müssen alle ankommenden und zurückkehrenden Züge der Linien Rosenheim, Starnberg, Augsburg hin- und herexpedirt werden. Zu diesem Zwecke gehen von jenen Hauptgeleisen eine Menge Seitengeleise nach allen Richtungen hin und befinden sich vor der Halle und an der Herbststraße zwei Wechsel. An jenem Unglückstage folgten drei Züge in so kurzen Zwischenräumen, während nur zwei Geleise frei waren, daß durch Hinzutreten anderer unglücklicher Zufälle der Zusammenstoß erfolgte. Kurz nach 6 Uhr Abends — es stürmte gerade fürchterlich — war der Starnbergerzug angekommen, in derselben Zeit wurden von Großhesselohe und von Augsburg Züge signalisirt. Die Maschine des Starnberger Zuges wollte eben auf dem mittleren Geleise in das Maschinenhaus zurückfahren, als ein aus 64 Waggons bestehender Augsburger Güterzug auf demselben Geleise daher kam. Beide Theile waren schon so nahe an einander, daß ein Stillstehen nicht mehr möglich und obgleich die Bewegung Beider langsam war, bewirkte die eigene Schwere des Zuges jene furchtbare Wirkung. Darüber, ob vor dem Güterzug eine rothe Laterne brannte oder nicht, konnte man keinen Aufschluß erhalten. Unglücklicher Weise befand sich das Dienstcoupé des Kondukteurs v. Prielmeier gerade an diesem Abend unmittelbar hinter dem Tender, so daß es dem Drucke der nachschiebenden Waggons zunächst erlag, während in der Regel die Kondukteure am Ende des Zuges sich befinden. Auf der Anklagebank sitzen der k. Stationsmeister W. Wagner (doppelt dekorirt) und der k. Stationsdiener Joh. Wörle. Als Zeugen erscheinen der k. Bahninspektor Hr. Schamberger und eine Reihe von Maschinenführern, Heizern, Wechselwärtern und Stationsdienern. Stationsmeister Wagner erklärt, daß er gerade zur kritischen Zeit

meinen Ausstellungsplane und der Bequemlichkeit der übrigen Aussteller verträgt.

Will Jemand einen ganzen Erzeugungsprozeß zur Anschauung bringen, so steht es ihm frei, zu diesem Zwecke die verschiedensten Gegenstände neben einander auszustellen, wie sie eben zur Veranschaulichung des Prozesses erforderlich sind; doch nicht mehr, als dieser Endzweck erheischt. Jeder Aussteller muß seine Waaren im Ausstellungsgebäude abliefern, sie dort auf seine eigene Gefahr auspacken und aufstellen, ohne daß der Ausstellungskommission Fracht- und Zollspesen anheimfallen dürfen. Die Verpackungskisten müssen ebenfalls auf Kosten der Aussteller aus dem Gebäude entfernt werden, nachdem deren Inhalt von den Kommissären in Empfang genommen worden ist. Es wird Ausstellern — vorbehaltlich einiger unerläßlicher allgemeiner Vorschriften — gestattet seyn, Schaukästen, Rahmen, Auslagetische u. dgl. nebst Allem, was ihnen zur Aufstellung ihrer Artikel am passendsten erscheinen dürfte, nach ihrem eigenen Geschmack anfertigen zu lassen.

Wenn Jemand seine Artikel gegen Feuersgefahr versichern will, muß er das auf seine eigene Kosten thun. Im Uebrigen werden die k. Kommissäre bemüht seyn, die zweckmäßigsten Vorkehrungen gegen Feuersgefahr, Diebstähle und sonstige Schäden zu treffen, auch nach Kräften behülflich seyn, wenn es sich um gesetzliche Klagen wegen Diebstahls oder absichtliche Beschädigungen handeln sollte. Verantwortlichkeit für Verluste durch Feuer, Diebstähle u. dergl. können sie aber nicht übernehmen. Jedem Aussteller wird es freigestellt seyn, Gehilfen anzustellen, um seine ausgestellten Gegenstände in Ordnung zu halten, oder sie den Besuchern zu erklären, wenn dazu vorerst eine schriftliche Genehmigung der Kommissäre eingeholt worden ist. Doch wird solchen Gehilfen untersagt seyn, die Besucher zum Ankaufe ihrer ausgestellten Waaren aufzufordern.

Die kgl. Kommissäre werden für Wasser- und Dampfkraft (Hochdruck, jedoch nicht über 30 Pfund per Zoll) sorgen, wo Maschinen in Bewegung gezeigt zu werden wünschen.

Fremde Aussteller sollten sich an die betreffende Kommission ihres Landes möglichst zeitig wenden, um sich über die weiteren, etwa nöthigen Anordnungen Rath zu erholen.

Plane, erkennt Viktor Emanuel als König von Italien an und setzt Vetter Murat, der sich eben wieder zum Retter aus der Noth anbietet, ohne weitere Umstände vor die Thür; ja es geht noch weiter. Der ministerielle „Globe" begleitet die Nachricht von der Anerkennung des Königs von Italien mit der Bemerkung, daß mit dem Abschluß dieser Angelegenheit England aus seiner verschrobenen Stellung gegen Oesterreich, seinen natürlichen Alliirten durch Politik und Geographie, der mit ihm dieselben Interessen verfechte und dieselben Rivalen bekämpfe, herauskomme. Alles Dieses klingt unangenehm in Bonapartischen Ohren; ohne neuen Kampf mit England ist es mit der geträumten Präponderanz wieder einmal nichts; ob der Kaiser ihn wagen wird? Man darf billig daran zweifeln.

Italien.

Rom, 30. März. Von den zu verschiedenen Malen über die Gränze getretenen und entwaffneten neapolitanischen Truppen, welche hieher gebracht und durch die Menschenfreundlichkeit der römischen Regierung eine Zeit lang verpflegt wurden, ist neueren Bestimmungen nach nur dem kleinsten Theile gestattet worden, so lange in päpstliche Dienste zu treten, bis König Franz wieder den väterlichen Thron besteigt. Die ungleich größere Mehrzahl kehrte auf Requisition der piemontesischen Behörden im Königreich beider Sizilien, und weil man den Einzelnen Vergessen zusicherte, in die Heimath zurück. Vier sardinische Dampfer kamen nach Civita Vecchia, sie einzunehmen. (K. Z.)

Turin, 28. März. Die gewaltige und plötzliche Umwälzung, welche durch die Vereinigung aller italienischen Staaten herbeigeführt ist, kann noch schwere Erschütterungen herbeiführen, und wird lange Zeit bedürfen, um Völker, die sich in keiner Weise ähnlich sind, innerlich zu verschmelzen. Abgesehen von der Sprache ist die Verschiedenheit zwischen Neapolitanern und Lombarden ebensogroß wie zwischen Magyaren und Serben. Die Lombarden sind in steter Berührung mit Deutschen und Franzosen gewesen, haben eine ausgebildete Industrie, ausgebreiteten Volksunterricht und wenig religiöse Vorurtheile. Die Neapolitaner, durch ihre Fürsten fern gehalten von aller Berührung mit dem zivilisirten Europa, ohne Landstraßen, ohne Schulen, ohne Werkstätten, zeigen die auffallendste Verschiedenheit des Charakters und der Gesittung im Vergleich mit den Lombarden, Toskanern und den Piemontesen. Der Uebergang von der bourbonischen Regierung zu dem Regiment der Garibaldi's, dann Pallavicino's, darauf Farini's und endlich Nigra's mit einem Ministerium, das alle drei Wochen ein anderes wurde, ist von den betrübendsten Erscheinungen begleitet gewesen. Die Zeitungen wimmeln von Enthüllungen über Bestechung und Stellenkauf, die von einem Mangel an Rechtschaffenheit in den gebildeten Klassen zeugen, der uns Norditaliener schamroth macht. Eine ganze Sippschaft hat, ich weiß nicht wie viele hunderttausende von Dukaten erhalten. Das Volk benutzt die neue Freiheit dazu, um am hellen Tage Diebstähle und Morde zu verüben. Alle Parteien, welche der Regierung am feindlichsten gesinnt sind, haben sich in Neapel ein Stelldichein gegeben; Bourbonisten, Muratisten, Separatisten, Mazzinisten und Garibaldianer. Alle drängen zur Anarchie. Nehmen Sie dazu die allgemeine Unsicherheit der Zustände Europas, den gelähmten Handel, die öffentlichen Fonds im Sinken, Steuern, die nur mit Mühe eingetrieben werden, die Käuflichkeit der Richter, die verdächtige Ergebenheit der Polizeibeamten, und die Ueberzeugung der unteren Volksklassen, daß die Regierung nicht von Dauer seyn wird, so werden Sie leicht ermessen, ob dieser anarchische Zustand den verschiedenen Statthaltern, die man von hier dorthin geschickt hat und die einer nach dem andern gescheitert sind, oder aber tieferen Gründen zugeschrieben werden muß. (Zeit.)

Aus Palermo, 25. März, schreibt man der „Nat.-Ztg.": „In der verflossenen Woche langte hier der Graf Schlippenbach, Offizier und Attaché der preußischen Gesandtschaft in Rom, von dort an. Kurze Zeit darauf wird dem hiesigen preußischen Konsul vom Minister der öffentlichen Sicherheit, Carini, angezeigt, daß man sich genöthigt sähe, von Polizeiwegen die Effekten des Grafen untersuchen zu lassen." Die angegebenen Gründe waren dringend. Der Ankömmling hatte nämlich sofort persönlich mehrere Empfehlungsschreiben an verschiedene bourbonischer Umtriebe sehr verdächtige Individuen abgegeben, besonders an einen Priester in dem nahen Monreale, auf den schon seit lange das Augenmerk der Polizei gerichtet war. Letztere sah sich veranlaßt, die überbrachten Schreiben zu konfisziren, und es stellte sich heraus, daß der General Bosco der Verfasser, und der Inhalt sehr kompromittirender Art war. Zwar entschuldigte sich der Herr Attaché damit, er habe von dem Inhalte der Briefe nichts gewußt, und nur aus „Höflichkeit" die Besorgung übernommen, da ihm der Schreiber versichert habe, sie enthielten nur rein private Anfragen in Bezug auf ein ihm früher zugehöriges Besitzthum. Allein da der Ueberbringer in den Briefen als mitwissende Vertrauensperson bezeichnet und empfohlen wird, so bleibt kein Zweifel über den Werth jener Entschuldigung. Die Untersuchung der Effekten ergab kein Resultat, doch sagte der Polizeiminister dem Grafen Schlippenbach ins Gesicht, er könne nicht begreifen, wie ein Mann, der eine so ehrenvolle Uniform trage, sich zu solchen Diensten hergeben könne. Aus Rücksicht auf seine Regierung wurde nicht weiter gegen ihn eingeschritten, doch mußte er am folgenden Tage die Insel verlassen. Der ganze Vorfall macht ungeheures Aufsehen in der Stadt, die Blätter wurden nie so eifrig in den Straßen gekauft. (Hr. v. Schlippenbach, der hier lediglich auf eigene Faust gehandelt hat, wird jetzt dafür von der Junkerpartei ebenso mit Lob wie von den Liberalen in Preußen mit Vorwürfen überhäuft. Unrecht hat er aber sicher gethan, sich zu so einem Geschäft herzugeben.) Die hiesigen Zeitungen veröffentlichen heute zwei der von dem Grafen Schlippenbach überbrachten Briefe. Sie lauten:

I. „Rom, 3. März. Mein lieber N . . .! Ein der preußischen Gesandtschaft attachirter Edelmann begibt sich auf einige Tage nach Palermo; alsdann wird er hieher zurückkehren, um schließlich dem König über Alles, was du ihm wahrheitsgetreu und ohne Bemäntelung anvertrauen wirst, Bericht abzustatten. Der König weiß, daß ich dir diesen Brief schreibe, und er erwartet mit Spannung, durch dich den jetzigen Stand der Dinge zu erfahren, nämlich die vorherrschende Ansicht der gebildeten, der mittleren und niederen Klassen. Hier sagt man uns, daß sie die Unabhängigkeit vorziehen und die Piemontesen verabscheuen. Wir müssen die Stärke der auf Sizilien vorhandenen Streitmacht kennen, wie hoch die Zahl der einheimischen Truppen sich beläuft und wie die piemontesischen Streitkräfte organisirt sind. (Hier folgen einige unbedeutende Stellen.) Gib mir Nachrichten von deiner Frau und wenn du Leute kennst, die dem König ergeben sind und ihm etwas Bestimmtes mittheilen wollen, so gib nur dem Grafen alle Papiere, denn in seiner Eigenschaft als Gesandtschaftssekretär wird er respektirt werden. Ich umarme dich mit Liebe. Fernando Beneventano (del Bosco)."

II. „Rom, 3. März. Mein theuerster Freund! Heute ist mein Geburtstag, und ich will ihn dadurch feiern, daß ich Ihnen

---

Die große Londoner Ausstellung von 1862.

Die offizielle „Londoner Gazette" enthält die Bestimmungen über die allgemeine Industrie- und Kunstausstellung des nächsten Jahres. Im Folgenden theilen wir daraus dasjenige mit, was dem Auslande darüber zu wissen Noth thut.

Sämmtliche auszustellende Industrie-Artikel sollen seit dem Jahre 1850 erzeugt worden seyn.

In so weit die Verhältnisse der Räumlichkeiten es gestatten, können alle Zeichner, Erfinder, Produzenten und Fabrikanten ausstellen, nur müssen sie bei Zeiten die Meldung machen. Die englischen Regierungskommissäre verkehren mit den Ausstellern des Auslandes und der Kolonien nur vermittelst der vom Auslande und den Kolonien hiezu ernannten Kommissionen, und können ohne Genehmigung der Letzteren Ausstellungsgegenstände vom Auslande nicht zugelassen werden. Im industriellen Departement der Ausstellung werden am Schlusse Preise vertheilt werden. Den ausgestellten Artikeln können ihre Verkaufspreise angeheftet werden.

Zugelassen werden sämmtliche, durch menschlichen Gewerbfleiß erzeugte Gegenstände, Rohmaterialien, Maschinen, Fabrikate und Kunstgegenstände, ausgenommen: 1) Lebende Thiere und Gewächse; 2) frische thierische und Pflanzenstoffe, die rasch verderben; 3) explodirende und ähnliche gefährliche Substanzen. Spirituosen und Alkohole, Oele, Säuren, korrosive Salze und sehr entzündbare Substanzen werden nur in wohlverschlossenen Glasgefäßen zugelassen.

Die königl. Kommissäre sind bereit, alle ihnen zugesandten Ausstellungsgegenstände vom 12. Februar bis zum 31. März 1862 inclusive in Empfang zu nehmen. Gegenstände von großem Umfang und Gewicht, deren Aufstellung viel Arbeit erfordert, müssen vor dem 1. März abgeliefert seyn, und wo Maschinen oder andere Gegenstände, die einen eigenen Grundbau oder sonst besondere Vorrichtungen erheischen, eingesandt werden, muß eine betreffende Erklärung der Anmeldung beigefügt seyn. — Jedem Aussteller, dessen Erzeugnisse füglich zusammenbleiben können, wird es freigestellt seyn, sie nach seinem eigenen Ermessen aufzustellen, vorausgesetzt, daß die Art seiner Anordnung sich mit dem allge-

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 95. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 38. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Samstag, 6. April 1861.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 4. April. Se. Maj. der König hat die Pfarrei Schlicht, Ldg. Vilseck, dem Priester M. Plößl, Pfarrer in Steinberg, Ldg. Dingolfing; die Pfarrei Agawang, Ldg. Zusmarshausen, dem Priester J. Harthmuth, Pfarrer in Welden, des genannten Landgerichts, übertragen; die zweite prot. Pfarrstelle in Berneck dem Pfarramts-Kandidaten Karl Christian G. Linhardt von Zell verliehen. (N. M. Z.)

Aus Kempten ist am 2. April eine mit 200 Unterschriften versehene Adresse an den Landtagsabgeordneten Dr. Völk abgegangen, in welcher demselben für seinen bei den Verhandlungen über die kurhessische Frage „schwererrungenen Erfolg" der wärmste Dank ausgesprochen wird, desgleichen auch für die „treffenden Worte", mit welchen Hr. Völk „die gegen einen patriotischen Verein (Nationalverein) gerichteten schnöden Verdächtigungen" zurückgewiesen habe.

Neustadt, 3. April. Am ersten Ostertage wurde hier zum ersten Mal wieder aus dem alten Gesangbuch gesungen. Die Kirche war gedrückt voll und es war deutlich zu sehen, daß man sich glücklich fühlte, die Gemeinde, wenigstens die kirchlich Gesinnten, wieder im Gotteshause vereinigt und Väter und Mütter mit ihren Kindern, den Neukonfirmirten, am Altare erscheinen zu sehen. Die Ersten der Opposition sind nicht die Letzten, die sich der Versöhnung freuen. (Pfälz. Ztg.)

Baden. Nach der „Karlsr. Ztg." ist die neulich nach dem „Schwäb. Merk." mitgetheilte Nachricht über die Verhandlungen mit der erzbischöflichen Kurie irrig.

Großbritannien.

Armstrong hat nun eine Kanone von 120pfündigem Kaliber gegossen; er berichtet an die Regierung, er sey im Stande, solche Zerstörungsmittel zu liefern, daß auch das stärkste Panzerschiff durch dieselben zerschmettert würde.

Frankreich.

Paris, 3. April. Ein heute im „Moniteur" publizirtes kaiserliches Dekret vom 30. März erklärt: „In dem Hirtenbriefe des Bischofs von Poitiers vom 22. Februar d. J. liegt ein Amts-Mißbrauch vor. Der Hirtenbrief ist und bleibt unterdrückt. Der Unterrichts- und Kultus-Minister hat für die Ausführung dieses Dekrets und für die Einrückung in die Gesetz-Sammlung zu sorgen." Diesem Dekrete schließt das amtliche Blatt den über diese Angelegenheit in der Staatsraths-Sitzung vom 27. März vom Staatsrath Suin erstatteten Bericht an. Der ganze Hirtenbrief, sagt der Suin'sche Bericht, ist 1) eine Censur der Regierungspolitik, also eine Ueberschreitung der Amtsbefugniß, 2) eine Beleidigung des Herrschers, also eine Kontravention gegen die Gesetze des Reiches, 3) eine Alarmirung katholischer Christenseelen, welche ihre Ergebenheit zur Religion und ihre Verehrung gegen den heil. Stuhl mit der Treue und dem Gehorsam, welche sie dem Staatsoberhaupte schuldig sind, vereinigt wissen wollen, also eine willkürliche Beunruhigung der Gewissen der Staatsbürger. Soll der Brief nach der ganzen Strenge des Strafgesetzbuches §. 86 und 204 den ordentlichen Gerichten nun überwiesen werden? Nein, der Art. 6 des Gesetzes vom 18. Germinal X läßt ein milderes Verfahren zu, so daß die Geistlichkeit alle Ursache hätte, jenes Gesetz zu segnen. In der Regel soll nach jenem Artikel solch ein Fall, wie der vorliegende, im administrativen Wege abgemacht werden, und so soll es auch diesmal geschehen. Der Kaiser ist der beleidigte Theil; ihm muß es vorbehalten bleiben, eine Strafe zu verhängen, welche im Grunde nichts ist, als eine heilsame Verwarnung und den Bischof nicht vor den Gläubigen seiner Diözese bloßstellt. Senat und Legislative haben bereits aufs Glänzendste dargethan, daß die Politik des Kaisers die von ganz Frankreich ist und daß das Land die Auffassung des Bischofs von Poitiers nicht theilt. Möge dieser nun seinen Irrthum einsehen und dankbar seyn für die Nachsicht, die gegen ihn geübt wird. Der Kaiser gab ihm ein neues Beispiel von der christlichen Liebe, ihm, dem Diener des Gottes, der in der Verfolgung für seine Feinde betete und mitten im Leiden rief: Vater, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie thun." So schließt der Suin'sche Bericht, und der Kaiser hat das ihm vom Staatsrath unterbreitete Dekret unterzeichnet.

Paris, 3. April. Das „Journal des Debats" stößt heute in die Lärmtrompete gegen England. Der Artikel ist von dem Sekretär der Redaktion unterzeichnet, scheint aber der kaiserl. französ. Regierung nicht fremd zu seyn. Vielleicht will sie damit die öffentliche Meinung im Voraus über die Rüstungen beruhigen und täuschen, die, bis jetzt im Stillen betrieben, künftig wohl offener und umfangreicher in's Werk gesetzt werden. Der erwähnte Artikel sagt: Palmerston habe in Tiverton erklärt, überall rüste man zu Land und zur See; was Frankreich betreffe, so sey dies unwahr, damit sollten nur die englischen Rüstungen bemäntelt werden; man könne für die Dauer nicht Leuten, deren Leidenschaften man reize, die Waffen in die Hand geben, ohne Abenteuer hervorzurufen, und an dem Tage, an welchem die englische Regierung fortgerissen werden würde, sey sie der Menschheit für das Blut verantwortlich, das durch ihren Stolz und Eigensinn vergossen werde. Frankreich rüste nicht und sey nicht gerüstet, seine Flotte sey, was Mannschaft und Material betreffe, nicht im Stande, es mit der englischen Flotte aufzunehmen; außer der Escadre in China habe es kein einziges Schiff mehr ausgerüstet, als in ruhigen Zeiten; gegen wen richte mithin England seine ungeheuren Rüstungen, seine 16 Linienschiffe im Mittelmeer, wo Frankreich nur 8, seine Flotte im Kanal, wo Frankreich kein einziges Kriegsschiff habe? Wenn es nun in dieser Weise auch zu Rüstungen gezwungen werde, wo solle dies enden? Es habe es bisher unterlassen, damit es nicht als Drohung oder Provokation gedeutet werden könne; wenn nun der Marineminister von den Kammern die Mittel fordern würde, um die kaum für den Frieden genügende Flotte auf den Kriegsfuß zu bringen, was würde man dazu in England sagen? Zu keiner Zeit habe England von irgend einer Regierung größere Beweise von Wohlwollen empfangen, als von der gegenwärtigen französischen; warum beruhe nun seine ganze Politik auf Mißtrauen oder Jalousie gegen Frankreich; man dürfe aber nicht erwarten, daß Frankreich schlafen oder sich mißbrauchen lassen werde. So die „Debats". Es scheint dem Bonapartismus unheimlich zu werden, weil England die Präponderanz, die er als selbstverständlich für sich in Anspruch nimmt, nicht anerkennen will, eine Flotte an die syrische Küste zur Ausführung der Konvention über die Räumung Syriens sendet und das italienische Königreich, ohne auf Frankreichs Konvenienz zu warten, anerkennt und leichten Fußes über alle Schwierigkeiten hinwegspringt, während Frankreich unter der Last des Papstes, die es sich aufgebürdet, und der Besorgniß vor einer Koalition der Kontinentalmächte in seinen Bewegungen gehemmt, England nicht so rasch folgen kann, auch seine theuer erkaufte Popularität in Italien dadurch einbüßen könnte. Das Bewußtseyn, daß Englands Mittel es wahrscheinlich machen, daß es die Seerüstungen länger aushalten werde, als Frankreich seine Rüstungen zu Land und zur See gegen alle Welt, scheint den Kaiser in einem Augenblick, wo er die alte Glorie noch mit fünf Prozent verzinsen muß und für die neue zu erwerbende auch um diesen Preis, wie die unbedeutenden Einzahlungen für Schatzscheine beweisen, kein Geld finden kann, auch zu verstimmen; er scheint scheu geworden zu seyn und einen Ausweg aus dem Labyrinth zu suchen, in das er sich selbst verrannt hat. England, auf das er stark bei seinen Nationalbestrebungen und Ideen rechnete, zeigt keine Lust ihm herauszuhelfen; es durchkreuzt vielmehr seine

Pesth, 3. April. Die Landtagsabgeordneten beschlossen, keinesfalls in Ofen zusammenzutreten. Graf Apponyi, der mit Eröffnung des Landtags an Stelle des Kaisers beauftragt ist, hievon verständigt, versprach telegraphische Weisung in Wien einzuholen. — Nach dem „Magyar-Orszag" hat der Serben-Kongreß (der sich darüber aussprechen soll, ob das Banat und die Woiwodina wieder mit Ungarn vereinigt werden sollen) ein Komite von 22 Mitgliedern eingesetzt, von denen 19 sich in sympathisch vertrauensvoller Weise für Ungarn aussprachen. Stratimirovich und Stojakovich waren in der Minorität. (Tel. d. Allg. Z.)

Kopenhagen, 31. März. Alle hiesigen Blätter, mit Ausnahme der offiziösen „Berling'schen Zeitung", sind einig in der Verurtheilung des Ministerium und seines unklugen, zweideutigen Auftretens gegen die Holsteiner. Kleinere Blätter berichten, daß der Marineminister am 23. d. M. bei der Inspektion der im Hafen bei der Batterie „Trekroner" liegenden, nach der Westküste Schleswigs bestimmten Ruder-Flottille eine Anrede folgenden Inhalts an die Schiffsmannschaft gehalten habe: es sey außer allem Zweifel (!?), daß es losgehe und er hoffe, daß der jetzt bevorstehende Krieg keinen Fall werde aufweisen können, wo ein dänischer Seemann es vorgezogen, sich und sein Schiff dem Feinde zu übergeben, als dasselbe in die Luft zu sprengen. (Anspielung auf Eckernförde.) (N. Pr. Z.)

Paris, 1. April. Einige Hundert Demokraten aus Metz haben dem Prinzen Napoleon Glück zu seiner Rede im Senate gewünscht. Wie es heißt, ist diese Adresse nur die erste, und schon dafür gesorgt, daß in vielen anderen Städten ähnliche Manifestationen zu Stande kommen. (N. Pr. Z.)

Toulon, 3. April. Ein vollständiges Evolutionsgeschwader, bestehend aus dem Admiralschiff „Paris", vier Linienschiffen und einer Fregatte, wird sich unmittelbar nach Syrien begeben, wo die Engländer ihre Schiffsstation verstärken. (T. d. Allg. Z.)

Rom, 2. April. Der Papst, welcher der Messe in der Sixtuskapelle heute beiwohnte, wurde von einer leichten Ohnmacht befallen, hat sich aber augenblicklich wieder erholt. (T. d. Allg. Z.)

Rom. Am 23. März erhielten 1300 wegen gemeiner Verbrechen bis zu 7 Jahren verurtheilte Zuchthaussträflinge die Freiheit; Diebe und politischer Vergehen halber Verhaftete sind ausgenommen. Der Gnadenakt ist der weiteste der Art, zum welchem der Papst nach altem Brauch an der Schwelle des Osterfestes seit Langem sich entschloß. Die Feinde des Bestehenden sagen, wie man der „Allg. Ztg." schreibt, die Gefängnisse seyen so überfüllt, daß nur dieses Mittel übrig blieb, für andere Kandidaten aufzuräumen, und besonders um einige Ersparnisse zu beschaffen. Unparteiische aber halten diesen Augenblick nicht für günstig, der ohnehin viel gefährdeten Ruhe und öffentlichen Ordnung so viele zweideutige Elemente zurückzugeben.

Turin, 3. April. Garibaldi ist angekommen und hat eine Deputation von Neapel empfangen. (T. d. Allg. Z.)

Ueber die Unruhen in **Kalisch** am 30. März wird der „Bresl. Z." aus Ostrowo berichtet: Eine große unbewaffnete Volksmenge begab sich in die Wohnungen der dortigen höchstgestellten Beamten, die mißliebig sind, und gab ihnen durch Katzenmusiken ꝛc. ein Mißtrauensvotum; auch wurde der eine derselben zum Fenster hinausgehalten, und erst, nachdem er geschworen, sich zu bessern, auf festen Fuß gesetzt. Der Präsident (Bürgermeister) hat sich geflüchtet, der Rentant einer russischen Kasse sich mit den ihm anvertrauten Geldern nach Szczypyorno begeben und von dort aus, mit dem Rentanten des Hauptzollamtes, an die preußische Gränze geflüchtet, doch sind die beiden Herren, da in Kalisch die Ruhe wieder hergestellt ist, bereits zurückgekehrt; bewaffnete Macht ist nicht eingeschritten.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	$65\frac{1}{2}$ G.
"	5 pCt. Lomb. ditto.	$76\frac{1}{2}$ G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	60 P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$48\frac{1}{4}$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	$40\frac{1}{2}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$34\frac{1}{8}$ G.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$87\frac{1}{2}$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	$103\frac{1}{8}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102\frac{1}{2}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$102\frac{7}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$100\frac{1}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{1}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	104 P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	103 P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$95\frac{1}{8}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$101\frac{3}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{3}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	95 P. $94\frac{1}{2}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$101\frac{5}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{2}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	--
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	98 P.
"	3 pCt. Obl.	91 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$46\frac{1}{8}$ G.
"	$1\frac{3}{4}$ pCt. " " "	41 G.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$98\frac{1}{4}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$169\frac{1}{8}$ P.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	541 G.	ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	121 G.	
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	177 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$75\frac{1}{2}$ P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	67 P.	
Internationale Bank in Luxemb. . .	$82\frac{3}{4}$ G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	337 P.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$67\frac{5}{8}$ P.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	215 P.	
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . . .	116 G.	
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$71\frac{3}{8}$ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$24\frac{1}{2}$ P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$128\frac{3}{4}$ G.	
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	99 G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50\frac{3}{4}$ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	236 P.	
Span. Handels- u. Industrie . . .	520 P.	
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	460 P.	
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$102\frac{7}{8}$—$\frac{3}{4}$ G.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{8}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ G.
Brem. 50 Th. Ldr. k. S.	$96\frac{1}{8}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{8}$ B.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{1}{2}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	$93\frac{1}{8}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{1}{8}$ B. 93 G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$77\frac{1}{8}$—$\frac{3}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	71 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$47\frac{1}{4}$ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$55\frac{1}{2}$ P. $54\frac{3}{4}$ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	129 G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$52\frac{1}{2}$ G.	" fl. 25 do.	$34\frac{5}{8}$ P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$84\frac{1}{2}$ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$34\frac{1}{2}$ P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei K.	118 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	36 G.
Badische fl. 50	90 P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{7}{8}$ P.
Badische fl. 35	$52\frac{3}{4}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{7}{8}$ P.

Frankfurt, 4. April. Bessere Wiener Vormittags-Kurse bewirkten einen Umschwung der seit einigen Tagen anhaltenden sehr flauen Stimmung. Schon bei Eröffnung zeigten sich für alle österr. Fonds und Spekulationspapiere Käufer zu höheren Kursen. Die Kauflust hielt bis zum Schlusse an. Auch Wiener Wechsel in allen Sichten wurden höher bezahlt. Süddeutsche und übrige Fonds nicht wesentlich verändert, nur voll einbezahlte bayer. Ostbahn wurden niedriger umgesetzt. (Synd.)

morristi (Diebsgesindel) eingeführt. Diese lebten gewöhnlich von gewissen Gewerbtreibenden, die sie durch Drohungen in beständiger Furcht zu erhalten wußten. Zu verschiedenen Malen hätte Hr. Spaventa dieses, größtentheils aus Dieben bestehende, Gesindel zu beseitigen versucht, und endlich gelang ihm gelegentlich der letzten tumultuarischen Auftritte in dem Wirthshause der Sangiovannara, und bei einer öffentlichen Prozession die Auflösung dieser berüchtigten Bande. 32 der Hauptschuldigen wurden nach der Straf-Kolonie von Santo Stefano gebracht; von den 228 Anderen sollten nur die am wenigsten Kompromittirten fernerhin verwandt werden."

Die aus Civitella del Tronto kriegsgefangen nach Ascoli gebrachte neapolitanische Besatzung besteht aus 174 Gendarmen, 104 Veteranen und 40 Artilleristen. Noch hatten an der Vertheidigung der Veste 40 Civilisten theilgenommen, die kriegsgefangen in Civitella bleiben mußten.

Von Mazzini ist unter dem Titel: „Die italienische Frage und die Republikaner" ein neues Manifest erschienen, das nach Aufzählung der Beschwerden Italiens gegen das Ministerium Cavour die Jugend zum sofortigen Angriff auf Rom und Venedig aufruft. Dagegen hat Garibaldi der sardinischen Regierung sein Wort gegeben, daß er sich nicht in diese Umtriebe mischen wird. So hat er auch wiederholt erklärt, daß die Freiwilligenwerbungen, die an verschiedenen Orten bisher unbelästigt von der Regierung geschahen, jetzt aber gleichfalls streng untersagt sind, ohne sein Wissen und Willen stattfanden.

Rußland und Polen.

Warschau, 29. März. Graf Alexander Wielopolski, der neu bestallte Generaldirektor der Regierungskommission für Kultus und Unterricht in Polen, hat, nach einer Mittheilung der „Bresl. Z.", seine Jugend dem Studium der Rechte auf verschiedenen Universitäten des Auslandes gewidmet, um seinen Prozeß um Erlangung der Majoratsherrschaft Pinczov im Königreich Polen in eigener Person zu führen. „Es war dieses", sagt die Mittheilung, „ein kolossaler Prozeß, der seiner Zeit das bedeutendste Aufsehen gemacht und welchen Graf Wielopolski in allen Instanzen gewonnen hat, nachdem er selbst vor den verschiedenen Tribunalen seine Sache vertheidigt hatte. Graf Wielopolski ist ein Mann von bedeutendem Wissen, energischem Charakter, strebsam und von einer staunenswerthen Thätigkeit. Diese Eigenschaften befähigen ihn ganz besonders für die wichtige Stellung, zu der er berufen worden ist. Bringt er guten Willen und redliche Absichten mit, so kann er dem Lande große Dienste leisten. Zur Zeit besitzt er die Sympathien der Polen nicht. Man tadelt seinen Stolz, man nennt ihn einen Aristokraten vom reinsten Wasser. Sein einziger Sohn hat in der russischen Armee gedient."

Warschau, 30. März. Graf Wielopolski, gegenwärtiger Direktor der Kommission des Kultus und des Unterrichts, hat bereits mit Aussonderung von unliebsamen Beamten begonnen. Der ältere Censor für französische Sachen, ein Franzose von Geburt, Jules Hignet ist auf Vorstellung des Hauptdirektors von seinem Posten entlassen. Sein Bruder hat sich um Polen durch Einführung der Fischzucht verdient gemacht. Auch der Censor jüdischer Schriften, ein auch bei seinen Glaubensgenossen unbeliebter Mann, Tugendhold wird Hignet wohl bald folgen, wiewohl er seit dem Umschwunge der Dinge andere Saiten aufzieht. (Hamb. B.-H.)

Nichtpolitische Zeitung.

München, 2. April. In der Osterwoche wurden 53 Ochsen mit 421 Ztr. 14 Pfd. Fleisch und 9109 Pfd. Unschlitt und 56 Kälber mit 7382 Pfd. Fleisch geschlachtet. Der schwerste der geschlachteten Ochsen wog 2024 Pfd. Fleisch und 400 Pfund Unschlitt.

In Mittelfranken hat der Hopfen voriges Jahr ein hübsches Geld eingebracht; so wurden in der städtischen Flurmarkung Altdorf 1700 Centner gebaut und hiefür 442,000 fl. eingenommen, in der Stadt Langenzenn 400 Centner zu 90.000 fl. und in der Stadtflur Ellingen 243 Centner, für welche 60,750 fl. erlöst wurden.

In der Reitschule des 5. Chevauxl.-Reg. zu Amberg wurde dem Korporal Dürbeck beim Schulreiten von einem bösen Gaul ein Schienbein derart zerschmettert, daß man dem Unglücklichen Beinkleider und Stiefel herunterschneiden mußte, und daß er ziemlich hoffnungslos sich befindet. Bemerkenswerth ist, daß der Betroffene das martialische Sprichwort gegen die junge Mannschaft im Munde zu führen pflegte: „Du Himmel ꝛc. ꝛc. ich schlag' dich über den Kopf, daß du glaubst, ein Gaul vom ersten Zug hat dich geschlagen." Beim ersten Zuge sind nämlich die wildesten Pferde, und eben ein solches hat denselben jetzt zum Krüppel geschlagen.

Dresden, 1. April. Die Juristenfakultät zu Leipzig hat den Kaiser von Brasilien wegen seiner gesetzgeberischen Verdienste zum Doktor ernannt. (Schw. M.)

Heidelberg, 1. April. Wie man hört, beabsichtigt Prof. Dr. Walz, das der alten Anatomie gegenüber gelegene, dem katholischen Kirchenärar gehörige große Gebäude, zum Riesen genannt, an sich zu kaufen und in demselben ein pharmazeutisches Institut zu gründen, wie er es in Speyer hatte.

Frankfurt, 3. April. Gestern Nachmittags wurde der hiesige Bürger und Handelsmann Villot verhaftet, weil die Polizei in ihm den Schreiber der vielen verleumderischen Schandbriefe an den Senator Guaita und andere hiesige angesehene Bürger und den Verfertiger der in auswärtigen Blättern erschienenen ehrabschneiderischen Inserate entdeckt zu haben glaubte. Die ganze Stadt war in einer Art gelinder Aufregung über diese vermeintliche Auflösung des schmutzigen Räthsels. Nun findet es sich aber, daß seit dieser Verhaftung wieder sehr zahlreiche Briefe verbreitet wurden, theils ähnlichen Inhalts, theils Spott über den behaupteten Mißgriff der Polizei enthaltend, daß sie nicht den wirklichen Thäter ergriffen habe. (Frkf. Bl.)

Wien, 2. April. Der Haupttreffer von 50,000 fl. bei der am 15. d. stattgefundenen Ziehung der fürstl. Palffy'schen Loose wurde von einer Gesellschaft von 20 Handlungsdienern in Pesth gemacht. Die Gewinner wollen 2 pCt. zu wohlthätigen Zwecken verwenden.

Paris, 2. April. Die Bouffés parisiens haben jetzt einen eben so glücklichen Zug gethan mit dem „Pont des soupirs" von Cremieux und Lud. Halevy, Musik von Offenbach, als mit dem Orphée. Diese neue Farce ist noch drastischer in ihrer komischen Wirkung und origineller in Bezug auf Melodien und groteske Instrumentation.

So eben macht ein Amerikaner, Namens Hugo, auf Befehl der französischen Regierung in den Telegraphenbureaux von Lyon Versuche mit einem Apparat, der eine förmliche Revolution in dem bestehenden System der Depeschentransmission hervorbringen und den Morse'schen Apparat verdrängen dürfte. Ein Beamter berührt mit dem Finger eine Klaviertaste, korrespondirend mit einem Buchstaben. In Paris wirkt der elektrische Strom aus den in Lyon berührten Buchstaben und übt einen Druck auf eine Papierschleife, die davon ein feuchtes und leserliches Merkmal trägt. Unverzüglich kehrt der Strom zurück und druckt auch in Lyon den Buchstaben ab; die Depesche ist somit mit einer gegen die frühere doppelten Schnelligkeit zusammengesetzt. Man hat in der Minute 50 Worte befördert. Dieser Apparat, mit dem man so vortrefflich experimentirte, wird nun auch in Marseille arbeiten. Schnelligkeit, Ersparniß und Sicherheit sind seine Hauptvorzüge; er hat nur den einzigen, aber verbesserlichen Fehler, daß er mit zu großem Geräusch arbeitet.

In Pompeji haben die Ausgrabungen, welche lange ruhten, unter der neuen Regierung mit regem Eifer wieder begonnen, und 220 Arbeiter sind regelmäßig damit beschäftigt. Bekanntlich ist von der verschütteten Stadt bis jetzt ungefähr nur ein starkes Drittel zu Tage gelegt, aber freilich dasjenige, welches die meisten öffentlichen Gebäude und die wichtigsten enthalten haben dürfte. Bis jetzt hat man zwei oder drei weitere Häuser ausgegraben, die aber weder selbst bedeutend sind, noch, außer einigen mittelmäßigen Wandgemälden, Werthvolles enthalten.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 1. April. Endlich ist es einem jüdischen Assessor gelungen, festen Fuß im Justizfache zu fassen, indem Präsident Bornemann ihn zu der Gesetzesrevisionskommission zuzog. Mehr als der erste Schritt ist damit allerdings noch nicht gethan, derselbe kann jedoch weiter führen. (A. Z.)

Wien, 3. April. Heute Vormittags begannen im Staatsministerium Vorberathungen zur Abfassung des Unterrichtsstatuts unter Hrn. v. Schmerlings Vorsitz. (Tel. d. Allg. Z.)

Deutscher Bund.

Frankfurt, 2. April. Durch Bundesbeschluß ist für die Armirung der Bundesfestungen mit gezogenen Geschützen vorläufig 1 Mill. Gulden ausgesetzt, und zwar sind davon jetzt 600,000 fl. an den Mainzer, 240,000 fl. an den Ulmer, 200,000 fl. an den Rastatter, 150,000 fl. an den Luxemburger und 110,000 fl. an den Landauer Dotationsfonds überwiesen. Zur Beschaffung der Geschütze sind, laut Bericht der Bundesmilitärkommission, „die umfassendsten Vorkehrungen getroffen". (Fr. Postz.)

Bayern. München, 3. April. (Privat-Korresp.) Der 1. Präsident der Kammer der Reichsräthe, Frhr. v. Stauffenberg, ist aus den Osterferien wieder hier eingetroffen. Am Samstag wird eine Sitzung der hohen Kammer stattfinden. — Bei der Bedeutung, welche die k. Forste und die aus denselben fließenden Staatseinnahmen erlangt haben, hat der 2. Ausschuß der Kammer der Abgeordneten zum ersten Male bezüglich derselben ein Spezialreferat bearbeiten lassen. Hr. Abg. Dekan Vogel hat dasselbe vollendet und wird es am Samstag im Ausschusse zur Berathung bringen.

Das Ministerium des Innern hat aus Anlaß einer Beschwerde entschieden, daß die Zollassistenten gemäß ihrer Dienstesverhältnisse zu jener Kategorie von Angestellten gehören, welche bei der Bewerbung um Ansässigmachung und Verehelichung als dem gemeindlichen Veto entrückt zu betrachten sind.

München, 3. April. Se. Maj. der König hat genehmigt, daß der Taxbeamte des k. Ldgs. Burglengenfeld, J. Bauernfeind, aus administrativen Erwägungen aus dem Taxamtsdienste entlassen, und daß sein Posten dem Oberschreiber des k. Rentamts Zwiesel, G. Holler, übertragen werde; den als rechtskundigen Magistratsrath der Stadt München gewählten Bezirksgerichtssekretär K. Ruppert zu Kempten unter Entlassung aus dem unmittelbaren Staatsdienste und mit dem Vorbehalte des Rücktrittes auf die Dauer des Dienstes-Provisorium bestätigt. (N.M.Z.)

München, 3. April. Im „Bayr. Kurier" erklären „mehrere Staatsbürger aus Oberbayern", daß es dringend nöthig sey, ohne Verzug Adressen an die hohe Kammer der Reichsräthe zu richten, um dem Beitritt derselben zum Beschluß der Abgeordnetenkammer in Betreff der „Judenemanzipationsfrage" wo möglich vorzubeugen. Die oberbayerischen Staatsbürger, die sich bisher, wie sie sagen, nur deßhalb passiv verhalten haben, weil sie meinten, „die Zeit der Adreßstürme sey vorüber", erklären sich für den Antrag des Abg. Doppelhammer, die Ansässigmachung der Juden von dem absolut hindernden Veto der Gemeinde abhängig zu machen, d. h. mit a. W. die Juden in diesem Punkt schlimmer zu stellen, als sie bisher gestanden waren. (Südd. Z.)

Preußen. Großes Aufsehen erregt eine Petition des Stadtraths von Köln, in welcher dieser die zweite Kammer angeht, endlich für eine Verminderung der bereits unerschwinglich gewordenen Steuerlast zu wirken. Die Petition weist unter anderm nach, wie namentlich die Staatseinkommensteuer, welche jedes Einkommen über 1000 Thlr. trifft, in „erschreckender Weise in die Höhe geschraubt" werde. (Allg. Ztg.)

Oesterreich. Wien, 2. April. Die im April verfallenden National-Anlehenszinsen sind mit 46 Prozent Aufgeld zu bezahlen.

Pesth, 31. März. Der „P. N." bringt folgende Erklärung: „Im „Pesti Naplo" hat sich in Folge einer Vukovarer anonymen Korrespondenz das Gerücht eingeschlichen, ich hätte vor einer Deputation, die mir ihre Aufwartung machte, erklärt: Das ganze Gebiet zwischen dem schwarzen und adriatischen Meere bis zum Balkan-Gebirge sey Eigenthum der Süd-Slaven, die es nach Erledigung der italienischen Frage mit Hülfe Napoleons III. zurückerobern werden. — Ich halte es für meine Pflicht, dies Gerücht für vollkommen grundlos zu erklären und es vor dem Publikum als eine Tendenzlüge zu brandmarken, da ich überzeugt bin, daß die edle ungarische Nation auf Parteimenschen, welche sich gegen mich solcher Waffen bedienen, nicht zählen wird. — Stroßmayer, Bischof-Obergespan."

Agram, 3. April. Gestern Abend haben einige Soldaten, gereizt durch Herabreißen der kaiserlichen Adler, das Landeswappen bei der Wohnung eines Notars abgerissen. Es kam jedoch zu keinem Konflikte und ist die Untersuchung hierüber angeordnet worden.

Aus Venedig, 28. März, wird gemeldet: „Auch hier haben Prediger, welche die Sache des Papstthums vertheidigen, einen äußerst starken Zulauf von Andächtigen. Es zeigte sich dies in den früheren Monaten bei Gelegenheit der Vorträge des hiesigen Domherrn Zinelli in der Markuskirche und bewährt sich auch gegenwärtig bei den Fastenpredigten eines berühmten neapolitanischen Kanzelredners in der St. Stephanskirche."

Dänemark.

In Kopenhagen soll es zu sehr blutigen Streitigkeiten zwischen den dort liegenden holsteinischen und dänischen Truppen gekommen seyn.

Frankreich.

Paris, 31. März. Bekanntlich ist das Terrain des Parkes von Neuilly in Loose vertheilt und verkauft worden. Der hiesige Geschäftsträger der Familie Orleans hat jedem der Ankäufer einen Akt zustellen lassen, in welchem sie gegen diesen Verkauf protestirt, weil die Confiskation, in Folge deren die Domäne die Güter feilbiete, nichtig sey. Sie warne demnach die Betreffenden, den Kaufpreis nicht zu zahlen, denn sie behalte sich vor, sobald es die Umstände erlauben würden, ihr Eigenthum zu reklamiren. (N. Pr. Z.)

Paris, 1. April. Es mag amtlich, halbamtlich und wie immer in Abrede gestellt werden, daß zwischen Turin und Rom Unterhandlungen stattfinden, die Sache ist deshalb nicht minder wahr. Die Regierung des Königs Viktor Emanuel bietet nun die völlige Trennung der Kirche vom Staate, d. h. die gänzliche Unabhängigkeit der Kirche als Entgelt für die freiwillige Ueberlassung Roms an. Wird man im Vatikan auf diesen Handel eingehen? Hier glaubt man es nicht.

* Paris, 2. April. Die Beisetzung der Leiche Napoleons I. in den für sie bestimmten Porphyrsarkophag unter der Kuppel des Invalidendoms fand heute Nachmittags um 2 Uhr statt. Um diese Zeit kam der Kaiser, die Kaiserin und der kaiserl. Prinz in Begleitung des Prinzen Napoleon und der übrigen Mitglieder des kaiserl. Hauses an. Der Kardinal-Erzbischof von Paris hielt die Vesperandacht ab, und nach dieser religiösen Feierlichkeit wurde der Sarg von 24 Centgarden aus der St. Hieronymuskapelle, wo er seit 1840 gestanden, nach dem neuen Monument gebracht.

Paris, 2. April. Die Regierung beabsichtigt, nicht weniger als 15,000 (?) Matrosen anzuwerben, und auf Befehl des Marineministers wird eine Liste aller zum Seedienst tüchtigen Leute angefertigt. — Der Herzog v. Grammont hat Hrn. Thouvenel in einer Depesche angezeigt, daß die revolutionären Elemente in Rom von Tag zu Tag mehr Boden gewinnen; daß die päpstliche Polizei nicht mehr im Stande sey, den Drohungen der Massen gegen die Regierung Einhalt zu thun, und daß die vorhandene Gährung durch Maueranschläge und Schriften aller Art genährt und gesteigert werde.

Französische Erziehung zum Patriotismus. Professor Wedewer, der gründliche Kenner des französischen Schulwesens, machte in seinem neuesten Osterprogramm folgende Bemerkung: „In den französischen Schulen geschieht Alles, um der Jugend die Geschichte Frankreichs recht glänzend und eindringlich darzustellen. Frühzeitig wird sie zur Theilnahme an Allem, was den Ruhm des Vaterlandes betrifft, mit herbeigezogen. So wurde nach dem Siege bei Solferino allen Lyzeen ein achttägiger Urlaub ertheilt, damit auch die Jugend sich freuen könne über diesen neuen Zuwachs an nationalem Ruhm. Wenn die französische Nation so ziemlich darin einig ist, daß das linke Rheinufer ihr zukomme, so liegt ein Hauptgrund darin, daß ihr diese Meinung von Jugend auf anerzogen ist."

Italien.

Es wurde von Rom aus Befehl gegeben, die am 1. April fälligen Zinsen des päpstlichen Anlehens von 1860 auszuzahlen. (Pfälz. Z.)

Turin. Die Organisirung der italienischen Armee wird energisch betrieben. Mit Dekreten vom 15. und 17. d. M. sind mehr als hundert Generale und höhere Offiziere befördert worden. Die „Gazzetta militare" gibt in ihren letzten Nummern das Organamento degli eserciti del Regno d'Italia; hiernach wäre die Stärke der Armee von 117,000 auf 322,307 Mann gestiegen. Darunter sind die neu formirten 12 Regimenter Infanterie begriffen, welche in Mittel- und in Unteritalien konskribirt wurden. Die Artillerie stellt 9 Regimenter mit 25,272 Mann und 132 Kanonen; Linien-Infanterie 68 Regimenter mit 203,388 Mann; 42 Bataillone Jäger mit 24,288 Mann; Reiterei 17 Regimenter mit 16,920 Mann. Der Generalstab, Gendarmerie, Carabinieri reali, Fuhrwesen sind komplet und solid hergerichtet.

Aus Neapel, 26. März, wird dem „Journal des Debats" geschrieben: „Bekanntlich hatte Liborio Romano am 28. Juni 1860 eine neue Polizeiwache, die Guardia Cittadina, aus Ca-

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 94. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 58. Jahrgang. | Freitag, 5. April 1861.

Neapel.

„Man muß laviren und abwarten!" hat dieser Tage der französische Kaiser nach einem Gespräche über die italienische Frage gesagt. Und man muß eine sehr lebhafte Einbildungskraft haben, um zu glauben, daß Napoleon III. es gewesen sey, der seit dem Frieden von Villafranca als unsichtbarer Puppenspieler alle Fäden in der Hand gehabt habe, an denen die wechselvollen Begebenheiten Italiens gelenkt werden. Er hat die ganze Zeit über nichts Anderes gethan, als laviren und abwarten. Aber wenn man auch lavirt, so hat man bei allen Wendungen doch ein letztes Ziel vor Augen, und für Jeden, der nicht alle Unbefangenheit des Blickes verloren hat, ist so viel klar, daß dieses letzte Ziel der kaiserlichen Politik nicht, allen Traditionen der französischen Politik entgegen, die Einheit Italiens ist. Dagegen sprechen nicht blos alle Gründe, sondern auch alle Thatsachen, man müßte es denn als eine ausgemachte Sache ansehen, der Kaiser Napoleon bediene sich eines gewissen prinzlichen Sausewind, um der Welt alle seine geheimen Ansichten zu enthüllen. In Italien selbst mehren sich die Schwierigkeiten, die sich der Einheit entgegenstellen. Diese Schwierigkeiten zeigen sich besonders in Unteritalien, wo der Sondergeist im Königreiche beider Sizilien, dem bisher größten italienischen Staate, natürlicher Weise am stärksten ist. Die vertriebenen Bourbonen haben freilich wenig Aussicht, obgleich sie in Rom noch immer auf der Lauer liegen. Wir haben gesehen, wie selbst General Bosco, der bis zuletzt in Gaeta mit ihnen aushielt, vertraulich erklärte, er kümmere sich darum nicht, wer König in Neapel werde, wenn nur die Autonomie gerettet würde. Diese Autonomie ist also jetzt das Feldgeschrei der Unzufriedenen in Neapel, die einen buntscheckigen Haufen bilden. Die Bourbonisten färben ihre weißen Jacken roth: so sind sie jetzt Garibaldisten und können morgen Muratisten seyn.

Zum Haupte dieser Partei, die gegen Viktor Emanuels Herrschaft ankämpft, wünscht sich Prinz Murat aufzuwerfen, der Sohn jenes tollkühnen Königs von Neapel, dessen buntes prahlerisches Costüme noch auf der Berliner Kunstkammer aufbewahrt wird. Es leidet keinen Zweifel, daß Murat von Frankreich aus unterstützt wird, und woher die Gelder für ihn fließen, kann man zwar nicht wissen, aber doch errathen. Nachdem Ulloa, ein alter Bourbonist, ihm soeben eine angeblich mit Hunderttausenden von Unterschriften bedeckte Petition aus Neapel überbracht, hat er selbst folgenden Brief an einen ungenannten Herzog gerichtet:

„Schloß Buzenval, 27. März 1861. Lieber Herzog! Unsere politische Lage ist gespannter denn je und kann so nicht länger währen. Die verschiedenen Parteien, die sich um Italien streiten, sind kampfbereit, und man versichert mir, daß die Neigungen und Wünsche des Königreichs beider Sizilien sich auf mich richten. Es ist also gut, wenn ich Ihnen und allen Denjenigen, die auf mich hoffen, meine Gedanken mittheile. Ich habe mehrere Male erklärt, und namentlich als das Einverleiben seinen Anfang nahm, daß ich niemals der Einheit Italiens in den Weg treten wolle, und ich habe mein Versprechen gehalten. Aber diese Einheit kann verschieden verstanden und durchgeführt werden. Da ist die Bundeseinheit, welche der geschichtlichen Entwicklung und dem Geiste Italiens entspricht, und die Centraleinheit, welche aus der utopischen Bewegung der Verschwörungen hervorgegangen ist. Die Mittel dazu — und ich werde die zur Verwirklichung dieses Hirngespinnstes angewandten Kunstgriffe namhaft machen — sind mir seit vorigem Jahre ein sicherer Beweis für das Fehlschlagen eines Unternehmens, auf das man sich nie hätte einlassen sollen. Es war leicht, politische Vereine zu stiften für Nachhülfe für die vorbereiteten Bewegungen, es war leicht, Komplotte anzuzetteln, der Noth und der Leichtfertigkeit zu schmeicheln und den allgemeinen Haß gegen die mit Recht verabscheuten Regierungen auszubeuten; man könnte zwei oder drei Schlachten gewinnen, aber es war nicht leicht, das Königreich beider Sizilien zu enthaupten, Neapel zu einer Provinzialstadt zu machen, Rom zu erobern ohne Rücksicht auf die staatsrechtliche und sittliche Macht, welche das Papstthum vertheidigt; es war nicht leicht, eine Million Soldaten zu bewaffnen, um Oesterreich zu schlagen, und selbst das Rom bewachende Frankreich und mit Frankreich die von einer allgemeinen Revolte bedrohten Monarchien Europa's in Respekt halten zu wollen. Man weiß nicht, ob es von vorn herein Piemonts geheime Absicht war, aus ganz Italien ein einziges Königreich zu machen, ohne Berechnung so vieler Schwierigkeiten; die Tendenzen Piemonts waren den Beförderern der Einigung, selbst den berühmtesten, oft verdächtig, aber an dem Tage, wo Piemont seine Fahne im Mittelpunkt Italiens aufpflanzte, befand es sich auf dem Absturz der gewagtesten Unternehmung, und heute hat es hinter sich den unvorsichtigen Fanatismus, der es zu äußersten Entschlüssen drängt. Dieser blinde Fanatismus schreit jetzt den Männern, welche Italien regieren, zu: „Vorwärts nach Rom! dann gegen Oesterreich! Oder wenn's Euch besser paßt, greifen wir erst Oesterreich an und Rom nachher." So redet eine Partei, die alle Völker aufzuwiegeln sucht, um an ihnen Mitschuldige zu gewinnen. Wird Piemont diesem verhängnißvollen Antriebe nachgeben? Wenn es nachgibt, wenn das Einigungswerk zu neuen Kämpfen mit Oesterreich führt, dann wird sich im Königreich beider Sizilien der Bürgerkrieg entzünden; Piemont wird vor sich die österreichische Armee und hinter sich die neapolitanische Selbsthülfe haben, und dann werden gleichzeitig die nationale Unabhängigkeit von den österreichischen Waffen und die Freiheit von der Wuth der bourbonischen Partei bedroht seyn; Freiheit und Unabhängigkeit könnten dann zu Grunde gehen oder doch wenigstens unter den Rechtsspruch der Großmächte zu liegen kommen." Hier folgt die gestern schon mitgetheilte Stelle, die mit den Worten schließt: „Man begründet nicht in etlichen Monaten die Größe der Staaten. Die bewunderungswürdige Macht des französischen Kaiserthums ist die Frucht der sozialen Arbeit mehrerer Jahrhunderte." Sodann heißt es weiter:

„Eben so wie ich der italienischen Einheitsmacherei nicht in den Weg treten wollte, würde ich nicht dulden, daß Andere den Gedanken unserer Regierung in den Weg treten und uns zu verführerischen, aber unheilvollen Unternehmungen fortrissen. Ich werde, wie einen Schatz, eure Unabhängigkeit wahren und mit einem Parlamente das theilen, was die edelste Aufgabe eines Königs ist, nämlich die Entwicklung der Volksthätigkeit durch Aufmunterungen, welche der Industrie, dem Handel, den Wissenschaften und Künsten, den großen Bauten und jedem Elemente der Gesammt-Erziehung und des National-Interesses ertheilt werden. Die Grundrichtung meines Verhaltens wird sehr verschieden von demjenigen der Männer seyn, die jetzt Italien in Bewegung setzen. Diese haben dem italienischen Volke Verschwörer-Verbrüderungen, die mit allen europäischen Umtrieblern konspiriren, auf den Nacken gesetzt. Wir hingegen werden so glücklich seyn, diese künstlich gemachte Verschwörer-Aristokratie, die nach Belieben schaltet, zu Paaren zu treiben. Wir suchen nicht die Freundschaft dieser Allerweltswühler, die von einer Territorial-Veränderung Europa's träumen, sondern die Freundschaft einer jeden von konservativen und progressiven Tendenzen geleiteten Regierung. Was nun die Völker Italiens betrifft, so ist uns nicht blos ihre Freundschaft noth, sondern die Verbrüderung mit ihnen, eine Verbrüderung, welche die Gestalt der Conföderation erhält, die unsere politische Umbildung allein bewirken kann. Wir wollen in Italien ein Unterpfand und in Europa ein Element für diese allgemeine Aussöhnung werden, wonach die Völker und die Regierungen trachten, welche wegen der ungeheuren Gefahren, die eine stürmische Zukunft vorher zu verkündigen scheint, Besorgniß hegen. Genehmigen Sie, lieber Herzog, den Ausdruck meiner besonderen Hochachtung. Lucian Murat." (Nach d. Köln. Z.)

schneller zu tödten. Erst nach langen und höchst qualvollen Stunden endete der unglückliche junge Mann.

Die letzten Nachkommen des allberühmten Ritters Bayard „ohne Furcht und ohne Tadel" leben in Grenoble als ehrsame Fuhrleute. (Köln. Z.)

Neueste Nachrichten.

Wien, 31. März. Die städtischen Behörden in Pesth haben sich endlich ihrer Pflicht erinnert und die nöthigen Anstalten getroffen, um die ausländischen Emissäre, welche die Stadt wie das Land überschwemmen, unschädlich zu machen. Eine Anzahl derselben ist bereits verhaftet worden. Sie sind reichlich mit französischem Gold versehen und geben sich zumeist für Beamte der französischen Staatseisenbahn-Gesellschaft aus. Ihr Bestreben war hauptsächlich darauf gerichtet, Demonstrationen zu veranlassen, um das Zusammentreten des Landtags zu hintertreiben und die Regierung zur Proklamirung des Belagerungszustandes zu zwingen. (Allg. Z.)

Aus Warschau, 29. März, schreibt man der „Nat.-Ztg.": Heute sieht man nur freundliche Gesichter, überall theilt man sich günstige Nachrichten mit: der im Jahre 1846 zum Strange verurtheilte Dobrycz, der Bruder eines hier allgemein geachteten Kaufmanns Stefan Dobrycz, ist begnadigt und seine Rückkehr nach Warschau gestattet; alle Kunstschätze, Bibliotheken der früheren hiesigen Universität, welche nach 1830 nach Petersburg abgeführt worden, werden nach Warschau zurückgebracht, und die rühmlichst bekannte polnische Bibliothek von Swidzinski, welche testamentarisch dem Grafen Wielopolski anheimgefallen, soll ebenfalls nach Warschau verlegt werden; die Mitglieder des Lehr-Kuratoriums, Baron Stender und Saffanow, welche die Russifizirung der Polen im Sinne Muchanoffs eifrigst betreiben, haben ihre Entlassung genommen. Als sich der Baron Stender, Präsident des Examinations-Komites und Visitator sämmtlicher Schulen und Erziehungs-Anstalten in Polen, geborner Kurländer, vorgestern dem neuen Kultus-Minister Wielopolski unter andern Beamten des Lehrbezirks vorstellte, redete er diesen anfangs französisch und dann deutsch an, und als ihn der Minister fragte, warum er sich nicht der polnischen Sprache bediene, gestand er, daß er dieser Sprache nicht mächtig ist. „Und wie lange dienen Sie in Polen?" — „29 Jahre!" — „Traurig genug, erwiderte der Minister, so lange Schulvisitator polnischer Lehranstalten gewesen, ohne im Besitz der Landessprache zu seyn. Das muß von nun an anders werden, es ist daher nur billig, wenn Sie Ihre Demission nehmen." — Die Eröffnung einer Universität ist gesichert, nur nicht unter diesem Namen. Man wird sich, wie es scheint, eher die höheren französischen Lehranstalten zum Muster und mehr Rücksicht auf Bildung der Jugend in Spezialwissenschaften nehmen. Auch von Anlegung recht vieler Elementarschulen auf dem Lande wird gesprochen. — Das Schwärzen ausländischer Zeitungen durch die Censur wird aufgegeben und vielen bisher verboten gewesenen Zeitschriften und Büchern wird nunmehr der Eingang gestattet seyn. Herr Łuszczewski (Vater der berühmten Improvisatorin Deotyma) ist Kultusvorsteher, und Schriftsteller Korzeniowski hat die Abtheilung der Aufklärung erhalten. — In allen Straßen sind Bürgerkonstabler mit den gedruckten Zetteln am Hut zu sehen, die Tag und Nacht mit Leichtigkeit die Ordnung und Ruhe aufrecht erhalten. Man hofft auch etwas polnisches Militär zu bekommen und ist über diese Aussicht besonders erfreut. (Dieser Berichterstatter ist offenbar sehr sanguinisch und scheint geneigt, manche seiner Hoffnungen schon für Thatsachen zu nehmen.)

Demselben Blatt schreibt ein anderer Korrespondent aus Warschau, 31. März: „Das heute hier ausgegebene Manifest des Kaisers, welches Karnicki gestern überbracht hat, enthält nichts Neues, sondern eine Entwicklung der früher angekündigten Konzessionen; begleitet ist dasselbe mit einem Handschreiben des Statthalters an die Polen, dieselben zur Dankbarkeit und Ruhe auffordernd. Beides ist lau und mit Zurückhaltung aufgenommen worden, weil es weit entfernt ist, den gehegten Erwartungen selbst der gemäßigten Polen zu entsprechen. Der Fürst ist zum Präsidenten des Staatsraths ernannt und alle Mitglieder desselben werden nicht gewählt, sondern vom Kaiser ernannt."

Man schreibt der „Bresl. Zeitung" von Warschau: „Die Garnison von Warschau wird noch immer verstärkt. Gegenwärtig stehen in der Stadt und Umgegend gegen 60,000 Mann, und die Zuzüge dauern noch fort. Wir sind über die Schrecken des Belagerungszustandes noch nicht hinaus. Das Bett der nationalen Strömung hat bereits eine Ausdehnung angenommen, welche durch die von Petersburg kommenden Konzessionen nicht mehr gedämmt zu werden vermag. Hat man mit so geringer Mühe schon so viel erreicht, warum sollte man im weiteren Verharren bei dem so leichten passiven Widerstande nicht auch noch mehr erlangen! Zunächst ist es auf eine Konstitution auf breiter Grundlage abgesehen, und da man zum Schutz derselben Waffen bedarf, so wünscht Polen ein eigenes Heer und damit eigentlich vollständige Aufhebung der Beziehungen zu Rußland, zu welchem man dann nur noch in dem Verhältniß einer Personalunion stehen würde."

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	68 P.
"	5 pCt. Lomb. dito	76½ G.
"	5 pCt. Nat.-Coupon b. R.	58¼ P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	47½ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation	41 P.
"	4½ pCt.	34½ P. 34 G.
"	4 pCt.	—
"	1 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	87½ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	103⅛ P.
"	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102¾ P.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102¾ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	100¾ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	99¾ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103¾ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	95¼ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	108 P.
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	93⅛ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	100¾ G.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100¾ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	95 P. 94½ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	101⅝ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	99½ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98¼ P.
"	3 pCt. Obl.	91 G.
Spanien	3 pCt. Int. Sch. P. à fl. 2. 30	46⅝ G.
"	1¾ pCt. "	40¾ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	98¼ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	159¼ P.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	532 P.	ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	119 G.	
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	176½ G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100	75½ P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien	68 P.	
Internationale Bank in Luxemb.	82¾ G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	337 P.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	67⅝ P.	
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	219 P.	
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	115 G.	
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6,7	71⅜ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	24½ P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 8 pCt.	128¾ P.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	98⅝ P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	236 P.	
Span. Handels- u. Industrie	520 P.	
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire	462 P.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	103½ P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99⅜ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105¼ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96⅛ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105¼ G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅛ B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105⅛ G.
London Lst. 10 k. S.	118½ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. S. L. 250 k. S.	93⅝ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ B.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 M. ö. W.	—
do. in öst. W. k. S.	76⅞ B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	71 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	47¼ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	58½ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	130 P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	52½ P.	" fl. 25 do.	34⅝ P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858	—	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	34¼ P.
1½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	118 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	36 G.
Badische fl. 50	90 P.	Vereins-Loose fl. 10	10⅞ P.
Badische fl. 35	52½ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅞ P.

Frankfurt, 3. April. In Folge niedrigerer auswärtigen Notirungen wurden österr. Fonds, Bank- und Industrie-Aktien abermals billiger abgegeben. Auch einige Gattungen süddeutscher Fonds wurden zu niedrigeren Kursen umgesetzt. (Synd.)

testirten schon einstimmig wider die provisorische Fortzahlung der Provinzialsteuer und verlangten nach einem definitiven Budget. In finanziellen Kreisen war bereits stark die Rede vom Verkaufe der Staatseisenbahnen, was in Wahrheit dem Anfange des Staatsbankerotts gleichkommt. Die Staatsbahnen in Italien brächten unter dem Hammer so etwas wie 160 Mill. Frcs. ein: ist das der Mühe werth, die Zukunft aus der Hand zu geben? Obendrein lastet schon ein Anlehen von 70 Mill. darauf, das dann zurückgezahlt werden müßte. Blieben 90 Millionen. Die Bahnen stehen auf dem Punkte, ihren Werth erhöht zu sehen, das Netz erst gibt den einzelnen Radien Bedeutung, der Staat kann sein Anlagekapital in einer gewissen Zeit gerade so gut verdoppeln wie Privatgesellschaften. Das Geld dagegen, heute bezahlt, wird ausgegeben und fällt mit der Zeit im Werthe. (Südd. Z.)

* Die landwirthschaftliche Gesellschaft von **Bologna** hat auf den Vorschlag ihres Präsidenten den Kaiser Napoleon III. in seiner Eigenschaft als Grundbesitzer in der Provinz zum Ehrenmitglied ernannt.

Rußland und Polen.

* Die Russen sind jetzt ausnehmend höflich und rücksichtsvoll gegen die Polen. Fürst Gortschakoff hat das Muchanoff'sche Cirkular zwar nicht förmlich zurückgenommen, aber demselben, um, wie er sagt, einer „irrigen Deutung“ vorzubeugen, eine solche Auslegung auf dem Fuß nachgeschickt, daß es eigentlich doch aufgehoben ist. Der Statthalter empfiehlt nämlich in seinem neuen Reskript den Behörden: 1) daß alle Mittel zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit nur durch die gewöhnlichen Polizeiorgane, d. i. Bürgermeister, Gemeindevorsteher und Schullheiße (nicht auch durch die Bauern, die Muchanoff zum Verhaften jedes Verdächtigen aufgefordert hatte) ausgeführt werden; 2) daß die Kontrole über im Kreise reisende Personen ohne irgend welche Belästigung für gewöhnliche ruhige Reisende ausgeführt werde; 3) daß die Polizeibehörden in ihren Verhältnissen zu den Bauern keinerlei Mittel anwenden sollen, welche deren freiwillige Verträge mit den Gutsbesitzern über Verzinsung auf Grund der Verordnung des Administrationsrathes von 1858 beschränken könnten. Der neue Oberpolizeimeister von Warschau, Oberst Rozwadowsky, macht sich durch Höflichkeit und Humanität beliebt. Letzthin gab er der Bürgerdelegation seine Bewunderung über die musterhafte Organisation zu erkennen, wodurch es möglich gewesen, in einer Stunde die zur Bewachung der ganzen Stadt nöthige Mannschaft auf den Platz zu stellen. Auch hat derselbe eine Bekanntmachung erlassen, die wohl des Guten zu viel leistet, indem sie das Verhältniß zwischen Publikum und Polizeipersonal der Art umkehrt, daß sie das erstere zur Beaufsichtigung über das ordnungsmäßige Verhalten des letzteren auffordert; er sagt darin u. A.: „Ich bitte die Einwohner der Stadt höflichst, zur Sicherung eines Polizeidienstes, wie sie ihn selbst wünschen, mir zu Hilfe zu kommen und mich von jedem Falle unangemessenen Benehmens der Polizeibediensteten mündlich oder schriftlich auf ungestempeltem Papier benachrichtigen zu wollen, und werde ich meinerseits kein Mittel vernachlässigen, die Schuldigen zu bestrafen und die Ordnung aufrecht zu erhalten, wie es das Wohl der Einwohner erheischt. Ich hoffe zugleich, daß die Einwohner dem so eingerichteten Polizeidienste Fügsamkeit und Beachtung beweisen werden. Oberst Rozwadowsky.“

Amerika.

Gegen und für Frhrn. v. **Meusebach**, den kgl. preußischen Ministerresidenten für **Brasilien**, ist in der dortigen Presse ein heftiger Kampf entbrannt. Auf der einen Seite stehen die brasilianischen Blätter, von denen das eine erklärt, „den Minister des Auswärtigen der öffentlichen Verwünschungen Preis geben zu wollen, wenn er nicht umgehend Hrn. v. Meusebach die Pässe übermachen sollte.“ Eben so lebhaft tritt dagegen ein deutsches Blatt in Petropolis, die „Brasilia“, für den Angegriffenen auf, und die Deutschen in dieser Stadt, sowohl Katholiken als Evangelische, haben beschlossen, ihm eine Dankadresse für die energische Vertretung ihrer Interessen zu überreichen und alle Landsleute in den Provinzen zum Beitritt aufzufordern. Aus den Zeitungsartikeln, die uns von beiden Seiten zugegangen sind, läßt sich ein endgültiges Urtheil über die Angelegenheit noch nicht gewinnen. Doch sey einstweilen Folgendes bemerkt: Bekanntlich hat die preußische Regierung allen Agenturen für die Auswanderung nach Brasilien die Konzession entzogen, weil die Auswanderer durch Nichteinhaltung der Kontrakte Seitens der Plantagenbesitzer und durch verschiedene Mängel der Gesetzgebung Brasiliens (z. B. Ungültigkeit der protestantischen und gemischten Ehen) häufig in Noth und Elend gerathen. Herrn v. Meusebach fiel die schwierige Aufgabe zu, die Interessen der angesiedelten Deutschen zu wahren. Er scheint dies in entschiedener Weise gethan zu haben, und daß er damit den Haß der Plantagenbesitzer und der brasilianischen Blätter erregte, wäre an sich nicht auffallend. Ein Artikel in der „Brasilia“ aber, in welchem mehrere Plantagenbesitzer des „Betrugs“ und der „Spitzbüberei“ gegen die deutschen Kolonisten beschuldigt wurden, zog diesem Blatte einen Prozeß zu, bei dem es sich ergab, daß der Verfasser dieses und anderer Artikel Herr v. Meusebach war, und nun brach der Sturm gegen ihn los. Die heftigsten persönlichen Angriffe wurden gegen den Vertreter Preußens gerichtet und ihm unter Anderem Schuld gegeben, daß er den schweizerischen Gesandten v. Tschudi, den britischen Gesandten Christie, den Kammerherrn der Kaiserin und Plantagenbesitzer Braz Bellens und den Rechtsanwalt Dr. Ribeiro eines andern Plantagenbesitzers, des Kammerjunkers Valle da Gama, zum Duell gefordert habe. Die Herausforderung des Kammerherrn Braz Bellens zum Pistolenduell wird auch in der „Brasilia“, dem Organ des Frhrn. v. Meusebach, erwähnt. Der Streit ist zugleich zu einer Fehde zwischen den Eingebornen und den Deutschen gediehen, und auf die deutsche Nation, deren Sprache z. B. den Ehrentitel einer „Pferdesprache“ erhält, wird in brasilianischen Blättern weidlich geschmäht. Die kaiserliche Regierung, die bisher eine zurückhaltende Stellung bewahrt zu haben scheint, bekommt auch ihr Theil dabei. (N. Pr. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

Lindau, 30. März. Der Verwaltungsrath der hiesigen Bodensee-Dampfschifffahrts-Gesellschaft hat ein Abkommen mit dem hier befindlichen Submarine-Ingenieur Herrn Bauer wegen der Hebung des gesunkenen Dampfbootes „Ludwig“ nicht erzielt, und das Boot dürfte sohin noch längere Zeit an der ohnedies für Untersuchungen sehr schwierigen Stelle in der Seetiefe bleiben. (Nürnb. K.)

Die „Neue Frankfurter Zeitung“ erhielt folgende Zuschrift aus **Darmstadt**, 2. April: „Ich war gestern Nachmittag in **Bieberich**, um die Blumenausstellung zu besuchen. Nachdem ich so glücklich war, durch Schmutz und Regen bis zum Eingang der Wintergärten zu gelangen, da hieß es: „Zurück! der König von Württemberg ist da, es darf Niemand hinein.“ Hunderte von Personen wurden auf diese Weise abgewiesen und mußten aus Rom zurückkehren, ohne den Papst gesehen zu haben.“ Es ist doch eine ganz eigenthümliche Rücksichtslosigkeit gegen das Publikum, wenn man öffentlich zum Besuch einer Ausstellung einladet, Eintrittspreise erhebt, die Eisenbahnen zur Einrichtung von Extrazügen veranlaßt, und dann wegen zufälliger Anwesenheit eines gekrönten Hauptes die Thüren verschließt. (Der König von Württemberg wird die Absperrung auch wohl schwerlich gewünscht haben; es war eben wohl wieder übertriebener Diensteifer.) Wir waren unlängst Zeuge der Eröffnung der Treibhäuser im Pariser „Zoologischen Garten“ und sahen, wie der Kaiser Napoleon und die Kaiserin sich am Eröffnungstage durch die Menge drängen mußten; die Königin von England besuchte die Londoner Ausstellung jede Woche, ohne sie dem Publikum dadurch zu sperren.“

Mainz, 2. April. Gestern fand der in Oberstein beschlossene Turntag sämmtlicher mittelrheinischen Turnvereine statt. Der immer mehr hervorgetretene Widerspruch gegen die Gründung eines mittelrheinischen Turnbundes führte zu dem Beschlusse, diese Gründung zu unterlassen, weil es der Thätigkeit eines solchen Bundes eigentlich an allem Stoffe fehlt. Die Veranstaltung der mittelrheinischen Turnfeste soll, wie bisher, einem Festkomité überlassen bleiben. (Fr. J.)

Auf dem Rittergute **Quesitz** bei Markranstädt ist in diesen Tagen ein bedauerlicher, durch Unvorsichtigkeit verschuldeter **Vergiftungsfall** vorgekommen. Eine der dortigen Dienstmägde nämlich hatte behufs der Rattenvertilgung ein in Form und Größe einer gewöhnlichen Bemme abgeschnittenes Stück Brod mit Fett bestrichen und mit Arsenik bestreut und, da sie vor beabsichtigter Verwendung dieser Bemme noch ein anderes Geschäft besorgen wollte oder sollte, dieselbe einstweilen wieder in einen Seitenwinkel des Schrankes zurückgelegt, aus dem sie solche genommen hatte, leider ohne irgend jemand eine Warnung davor kund zu geben. Ein junger Mensch, früher Dienstknecht auf gedachtem Rittergute und seit Kurzem nach überstandener Militärdienstzeit wieder als Tagelöhner daselbst angenommen, tritt bald nach ihrer Entfernung an jenen Schrank, gewahrt unglücklicherweise jene Bemme, glaubt sie unbedenklich sich zueignen zu dürfen und — verzehrt sie! Sobald nun auch das gräßliche Vergehen zu Tage trat und so schnell auch Hülfe zu schaffen gesucht wurde, so war doch die genossene Dosis Gift zu groß, um besiegt werden zu können, zu klein, um

und Banden zu strafen pflegt." Wir unsrerseits möchten nur noch die Bemerkung beifügen: Wenn die Süd-Tyroler ihre Augen jetzt immer und immer auf Viktor Emanuel richten, so ist die österreich. Regierung doch großentheils selbst Schuld daran; sie hat durch den Druck, den sie übte, durch die Hartnäckigkeit, womit sie alle Forderungen der Neuzeit zurückwies, selbst sich die Herzen ihrer Unterthanen entfremdet. Wir billigen das Liebäugeln der Süd-Tyroler mit Sardinien gar nicht, und geben der österreich. Regierung ganz Recht, wenn sie den Abfall-Gelüsten kräftig entgegentritt. Aber nochmals, sie ist selbst Schuld daran, daß es soweit gekommen ist, und nur wenn sie in Zukunft besser thut, was ihres Amtes ist, wird sie die Widerwilligen versöhnen.

Die ungarischen Blätter berichten fortwährend von tumultarischen, von den gröbsten Exzessen begleiteten Wahlvorgängen. So wurde in Galgócz (Neutraer Komitat) die Abstimmung durch großes Getümmel, Herumbalgen, Steinwerfen und Blutvergießen unterbrochen und der Präses selbst befand sich in Lebensgefahr. — In Vág-Beese kamen ähnliche Exzesse vor, und wenn die Beseer Israeliten nicht viele der Fliehenden verborgen hätten, so wären diese dem Tode nicht entgangen. — Auch im Neograder Bezirk wurde der Wahlakt angesichts der berittenen Komitats-Panduren durch blutige Schlägereien unterbrochen und sollen, wie der Berichterstatter des „Sürgöny" vernimmt, einige Todtschläge vorgekommen seyn.

Frankreich.

Paris, 28. März. Hr. v. Persigny läßt es sich besonders angelegen seyn, die religiösen Gesellschaften auf's Sorgfältigste zu überwachen. In einer geheimen Rundnote trug der Minister des Innern den Präfekten auf, die größte Aufmerksamkeit den religiösen Anstalten aller Art zuzuwenden und ihn unverzüglich von jedem Schritte derselben in Kenntniß zu setzen, in welchem sich eine Feindseligkeit gegen die Regierung aussprechen würde. (D. Allg. Ztg.)

Paris, 30. März. Nachrichten, welche der Regierung aus Tientsin (China) zugegangen sind, zeigen an, daß die dort befindlichen Truppen in furchtbarer Weise an Blattern und Ruhr zu leiden haben. Beinahe die Hälfte der Truppen ist bereits weggerafft. Sollte die Besetzung der Stadt fortdauern, so dürfte es nothwendig werden, Verstärkungen nach China zu schicken. (Frkf. Postztg.)

* Paris, 1. April. Die halbamtliche „Patrie" veröffentlicht heute „à titre de simple document" einen Brief, welchen Prinz Lucian Murat an den Herzog von ***, einen seiner Freunde in Neapel richtet. Er ist vom Schlosse Buzenval, 27. März datirt, hat also bis heute noch keine Zeit gehabt, von Neapel aus dem Pariser Blatte zuzugehen. Wir geben, der Kürze der Zeit wegen, für heute nur nachstehende Stelle: „Ich begreife, daß bei der Möglichkeit des Unheils (das Italien durch den Bürgerkrieg, seiner Unabhängigkeit durch die Oesterreicher, seiner Freiheit durch die Bourbonen drohen kann) und nach dem, was Sie mir schreiben, die Erinnerung an meinen Vater wie ein Hoffnungsstrahl schimmert. So lange das Volk beider Sizilien bestehen wird, wird auch der Name Joachim Napoleons in dem Herzen Aller geliebt und geehrt seyn, und ich, sein Sohn, werde mir die Gefahren und Mühsale zur hohen Ehre anrechnen, mit denen, unter diesen schwierigen Verwicklungen, die Aufgabe, ihm kraft der Volkswahl nachzufolgen, umgeben wäre. Ich würde mich dieser großen Aufgabe nur unterziehen, um die für Italien so nothwendige Aera einer politischen und sozialen Heranbildung zu eröffnen, und nur mit dem Willen, die Grundsteine eines Baues zu legen, der nicht, wie das nur durch unsichre Stützen getragne Werk der Annexationen, hin und her schwanke. Man begründet nicht in wenigen Monaten die Größe der Staaten."

Paris, 1. April. In einigen Kreisen wird versichert, daß der Herzog v. Grammont den Auftrag erhalten habe, dem Papst zu erklären, daß die französische Regierung mit dem Inhalt der Rede, die der Graf Cavour im Parlament zu Turin gehalten habe, nicht einverstanden sey. (Wofür gibt man sich die Mühe, das zu versichern? Die Thatsachen sprechen am besten.) — Mit den Stahlkanonen, die bereits zu Lorient probirt worden sind, sollen neue Versuche zu Vincennes vor den Augen des Kaisers angestellt werden. (Fr. Pstz.)

Spanien.

Madrid, 29. März. Die Regierung hat dem Kongreß einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Einwanderung von 60,000 „freien Afrikanern" nach Cuba begünstigt. (Wahrscheinlich doch nur eine verkappte Sklaverei!) Die Behörden in Havanna sind diesem Projekte günstig. (Fr. Pstz.)

Italien.

Rom, 26. März. Seit einigen Tagen sprach man viel an öffentlichen Orten ohne irgend welchen Rückhalt von Tag und Stunde des gänzlichen Aufhörens der päpstl. Regierung mit einer Zuversicht, daß dadurch die Polizei sich veranlaßt fand, zahlreiche Haussuchungen und Verhaftungen vorzunehmen. Doch wichtiger als diese gefänglichen Einziehungen ist die bei der Gelegenheit gemachte Entdeckung einer für gewisse Eventualitäten vollkommen organisirten Erhebung. Das kräftige Centrum, worauf sich dieselbe stützen sollte, ist die im Jahre 1849 organisirte Bürgergarde (Guardia civica), damals in der Stärke von 14,000 Mann. Es haben sich Verzeichnisse der ernannten einzelnen Befehlshaber bis zu den Unteroffizieren und Korporalen hinab vorgefunden. Die Polizei aber hat von diesen keinen verhaftet; sie scheint nicht in ein Wespennest greifen, sich vielmehr mit der Kenntnißnahme und strengen Beaufsichtigung der von ihr notirten Individuen vorläufig begnügen zu wollen. Einiges Aufsehen erregt, daß der bekannte Arzt Dr. Pantaleoni, der sich im Jahre 1848 auf der Tribüne der Deputirtenkammer als Redner auszeichnete, die polizeiliche Weisung, Rom zu verlassen, erhielt, weil er von seiner Vaterstadt Macerata zum Abgeordneten für Turin erwählt ward und das Mandat annahm. Er ward indessen von einem fremden Diplomaten in Schutz genommen und ist noch hier. (Köln. Z.)

Turin, 2. April. General Lamarmora hat auf vieles Zureden sein Entlassungsgesuch zurückgezogen. (Tel. d. Fr. J.)

Neapel, 27. März. Die vor einiger Zeit vom „Popolo d'Italia" vorgebrachten Beschuldigungen der Unterschlagung von Staatsgeldern, die sich mehrere Mitglieder der neuen Regierung, besonders aber Scialoja und Conforti, hätten zu Schulden kommen lassen, haben einen gewaltigen Federkrieg zwischen den Betheiligten hervorgerufen, der eigentlich ganz und gar ohne Bedeutung wäre, wenn er uns nicht einen neuen tiefen Blick in die traurigen moralischen Zustände Süd-Italiens thun ließe. Auch Alexander Dumas war angeklagt worden. Er war es nun, der zuerst Lärm schlug, den Redakteur des oben genannten Blattes öffentlich auf Säbel und Revolver forderte, ihn zum Widerruf zwang und dadurch auch die anderen Angeklagten, die als Neapolitaner in dem Punkt der Ehre etwas weniger zartfühlend seyn mögen, veranlaßte, sich zu rühren. Scialoja zeigt an, daß er den Rechtsweg eingeschlagen habe, um seine hart mitgenommene Ehre zu retten, Conforti und die Uebrigen werden wohl bald nachfolgen, und Dumas macht, nachdem er auf Ehrenwort versichert hat, die sardinische Regierung schulde ihm noch 750 Dukaten für an Garibaldi gelieferte Waffen, seinem Unmuthe in folgenden charakteristischen Worten Luft: „Ich bin achtundfünfzig Jahre alt, habe die halbe Welt gesehen, aber nirgendwo, selbst nicht in Rußland, habe ich so viel von Betrügern und Dieben sprechen hören, wie jetzt hier in Neapel. Im Jahre 1834 habe ich zu Toulon vierzehn Tage lang achtzehn Galeeren unter meiner Botmäßigkeit gehabt. Darf man der öffentlichen Meinung in diesem Punkte glauben, so bin ich damals in viel besserer Gesellschaft gewesen, als man jetzt hier in einigen Kreisen Neapels begegnet. Man sagt von irgend einem Manne von dem besten und anständigsten Rufe: „„Bei jener Gelegenheit hat der Herr X. 2000 Dukaten gestohlen"", von einem Andern: „„der 30,000"", und so groß ist dann die Gewohnheit, solche Verleumdungen zu hören, daß der, den es betrifft, sich nicht darum kümmert und seine Freunde fortfahren, ihm gewogen zu seyn. Das sind die Zeichen einer vollständigen Abwesenheit von Moralität und der Beweis einer tiefgehenden Korruption. In Neapel gibt es ein Echo, das wir jeden Augenblick wiederholen hören: „Spion, Dieb!" Leider spricht Dumas dieses Mal nicht als Romanschriftsteller, sondern als Beobachter aus unmittelbarer Nähe, und möge er bei der ganzen widerlichen Geschichte eine Rolle spielen, welche er wolle, seine obigen Worte geben ein zwar drastisches, aber wahres Bild eines Theiles der Zustände, worin die gestürzte Regierung das Land zurückgelassen hat. Herr Fortunato, der Minister Franz' II. am römischen Hofe, hat da ganz Recht, wenn er von „Verräthern und Schurken" spricht, die den jungen König umgaben und deren Schuld es sey, daß die Dynastie gefallen; aber an den Früchten erkennt man den Baum. (K. Z.)

Aus Italien, Ende März. Aller Augen warten jetzt auf Hrn. Bastogi von Livorno, der die italienischen Finanzen auf den Damm bringen soll. Das große Vertrauen zu dem Mann beweist die Nothwendigkeit radikalen Eingreifens, den Mißmuth über das ewige Provisorium, das Herr Vegezzi ruhig weiter fortführen wollte. Die Abgeordneten der Lombardei und der Aemilia pro-

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 93.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Letter	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 4. April 1861.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 2. April. Se. Maj. der König hat genehmigt, daß der Taxbeamte des k. Ldgs. Forchheim, Christ. Becher, seinem Ansuchen entsprechend, von seinem Posten entbunden, daß auf denselben der Taxbeamte des k. Ldgs. Thurnau, H. F. Hagen, seinem Ansuchen gemäß, versetzt und daß an seiner Statt der Gehilfe bei dem Taxamte des k. Ldgs. Kronach, Karl Zehnter, aufgestellt werde. (N. M. Z.)

Dem Maschinenbautechniker G. Pfanzeder von München wurde ein Gewerbsprivilegium auf eigenthümlich-konstruirte transportable und befahrbare Brückenwaagen für den Zeitraum von zwei Jahren, vom 19. März l. Js. anfangend, und dem bürgerlichen Büchsenmacher J. Rieger von München ein Gewerbsprivilegium auf seine Erfindung, Gewehre jeder Art zum Vor- und Rückwärtsladen einzurichten, für den Zeitraum von zwei Jahren, vom 21. März l. Js. anfangend, verliehen. Das dem Chemiker F. Beck unterm 1. Mai 1856 verliehene Privilegium auf Herstellung elastisch-wasserdichter Stoffe wurde für den Zeitraum von weiteren fünf Jahren, vom 1. Mai l. Js. anfangend, und das dem Ingenieur J. Hall unterm 13. Oktober 1856 verliehene Privilegium auf eigenthümlich konstruirte Lokomotive für den Zeitraum von einem Jahre, vom 13. Oktober l. Js. anfangend, verlängert. Von dem k. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten wurde die Einziehung des dem Mechanikus J. Helm und dem Cigarrenfabrikanten J. Birlbauer von Nürnberg verliehenen zehnjährigen Gewerbsprivilegium auf eine Cigarrenspinnmaschine mit Tabakeinführungsmaschine wegen nicht gelieferten Nachweises der Ausführung dieser Erfindung in Bayern verfügt.

*** München, 2. April. (Privat-Korresp.) Die nächste Sitzung der Kammer der Abgeordneten wird erst nächsten Dinstag den 9. ds. stattfinden und in derselben Rechnungs-Nachweisungen zur Berathung kommen.

München, 2. April. Der Auditor der hiesigen päpstlichen Nuntiatur, Hr. Aloisi, hat sich heute von hier nach Dessau begeben, um dem Herzog ein werthvolles Geschenk des h. Vaters, bestehend in einem prachtvollen Mosaiktisch, zu überbringen. (N. M. Z.)

Preußen. Mehrere in Turin angesessene Deutschen haben eine Adresse an Herrn v. Vincke abgeschickt, die, eine Danksagung für seinen Antrag über die fortschreitende Consolidirung Italiens, so beginnt: „Italien jubelt!“. Die „Köln. Ztg.“, der wir diese Nachricht entnehmen, fühlt sich durch dieselbe derart gehoben und ermuthigt, daß sie stehenden Fußes Herrn v. Vincke zum preußischen Premier „in kommenden bewegten Zeiten“ ausruft. „In ruhigen gewöhnlichen Zeiten“ werde Herr v. Vincke als Minister allerdings ungefähr so viel seyn, „wie wenn Pegasus ackern wollte“, und „er würde das Ding bald wieder satt kriegen.“

Sachsen. Leipzig, 30. März. Die Polizei des Herrn v. Beust hat es weniger verstanden, die ersprießlichen Dienste, welche sie ohne Zweifel dem Publikum leistet, dasselbe erkennen, als es vielmehr die Plackereien und Scheereien empfinden zu lassen. Davon haben die Verhandlungen der zweiten Kammer über das Budget des Ministerium des Innern Zeugniß gegeben. Dasselbe geschah bei der Position von 39,000 Thlr. für die Dresdener Polizei-Direktion. Es wurde im Allgemeinen deren kleinliche und belästigende Kontrole der Fremden nachdrücklich getadelt und ihr im Einzelnen manche alte Sünden von Haussuchungen und sonstigen Quälereien und ihr politisch Verdächtiger vorgerückt. Herr v. Beust und sein Kommissär versuchten es nicht einmal, die Direktion zu vertheidigen: das seyen alte Geschichten und jeder Verletzte könne sich ja beschweren. Mit Genugthuung wies der Minister schließlich noch darauf hin, daß solche Dinge wie anderwärts (in Berlin) doch bei der Dresdener Polizei nicht vorgekommen seyen. Indessen wird man wohl, um darüber ein schließliches Urtheil fällen zu können, erst die „neue Aera“ in Sachsen abwarten müssen. Bemerkenswerth aus diesem Theile der Verhandlungen ist die Aeußerung des Ministers auf die Klage über das lästige Paßvisiren, daß man sich auf der nächsten Polizeikonferenz wohl dahin einigen dürfte, die Visa nur an der Grenze des Zollvereins erforderlich zu machen. Wie mit ihrem Polizeiregiment hat die Reaktion auch mit ihrem andern Lieblingskinde, der kirchlichen Orthodoxie, überall in Deutschland beim Volke kläglichen Schiffbruch gelitten. Selbst die kleine Summe von 400 Thlrn. konnte die lebhafte Befürwortung des Ministers des Innern zur Unterstützung der Diakonissinenanstalt von der Kammer nicht erlangen. Man anerkannte zwar den löblichen Zweck, Kranke zu pflegen und Krankenwärterinnen zu bilden, aber glaubte doch, daß derselbe zu theuer erkauft werde mit der Begünstigung einer kirchlichen Richtung, die nichts von Toleranz kenne und auf den ärgsten Gewissenszwang hinauslaufe. (Ztg. f. Nordd.)

Württemberg. Aus Stuttgart erfahren wir, daß an den Kanzler der Universität Leipzig, v. Wächter, (früher in Tübingen) ein Antrag wegen Eintritts in das unvollständige Ministerium ergangen sey; Herr v. Wächter habe indessen nur für den Fall zugesagt, daß ein ganz neues Ministerium gebildet werde, und hierzu sey er dann telegraphisch ermächtigt worden – eine Nachricht, die wir mittheilen, ohne Bürgschaft zu übernehmen. (Die Zeit.)

Baden. Vom Oberrhein, 28. März. Ueber die Resultate der Verhandlungen der großh. Regierung mit dem Herrn Erzbischof geht uns folgende Nachricht zu. Die Regierung hat eingewilligt, daß noch 60 weitere Pfründen, als die Konvention bestimmt hatte, durch den Erzbischof besetzt werden sollen; sodann hat in Bezug auf die sog. bestrittenen Pfarreien (d. i. solche, worüber das Patronatsrecht nicht nachgewiesen wurde) der Erzbischof das Recht, drei Kandidaten vorzuschlagen, aus denen die Regierung den Pfarrer ernennt. Ferner sind auch die Verhältnisse des Kirchenvermögens und des Schulwesens geregelt worden. Ein oberster Stiftungsrath, der aber in Karlsruhe seinen Sitz nicht haben darf und wofür wahrscheinlich Freiburg oder Bruchsal ausgewählt wird, verwaltet das Kirchenvermögen, er ist zur Hälfte vom Großherzog, zur Hälfte vom Erzbischof zu besetzen. Für die Leitung des katholischen Volksschulwesens wird eine besondere Behörde ernannt. (Schw. M.)

* **Oesterreich.** In Trient (Südtyrol) fand am 14. März zu Ehren des Geburtstages Viktor Emanuels ein großer Spaziergang statt, an welchem sich ungefähr 600 Personen betheiligten, wie die „Schützenzeitung“ meldet. Der „Volksbote“ bemerkt dazu in seiner derben Manier: „Der Deutsche wird zwar den Spaziergang als Feierlichkeit etwas komisch finden, allein wenn man zur Feier eines Festes eine Tafel halten oder einen Ball geben kann, warum soll man denn nicht auch einmal zur Abwechslung statt dessen spazieren gehen? Die Trienter gingen also spazieren, eine Huldigung, die sich vor Allem durch Wohlfeilheit auszeichnet und der Gesundheit des Leibes viel zuträglicher ist, als Spanferkel- und Polenta-Essen oder in weißen Halsbinden und schweren Reifröcken zu walzen. Die Polizei hat daher die Trienter in ihrem Spaziergang nicht im geringsten gestört; damit waren sie aber noch nicht zufrieden; Abends wurden die Schaufenster prächtig beleuchtet, roth-grün-weiße (welsche Farben) Teppiche ausgehängt, auf den Bergen erblickte man ringsum Freudenfeuer, von denen eines einen Waldbrand veranlaßte und selbst in Mitte der Stadt wurde unter großem Lärmen ein bengalisches Feuer in den beliebten drei Farben abgebrannt. Auch hierin wurde das Völklein nicht gestört, die Behörden scheinen es als einfache Piemontkeselei ohne tiefer wurzelnden Charakter angesehen zu haben. Man ist überhaupt schon gewohnt, dem Welschen großmüthig nachzusehen, was man am Deutschen mit Kerker

London, 29. März. Graf Flahault soll von Lord John Russell eine sehr entschiedene Abweisung auf seinen Protest wegen der Prinzen von Orleans erhalten haben. Graf Flahault war derjenige Diplomat, welcher seiner Zeit die Heirath zwischen der Prinzessin Clementine von Orleans und dem Vetter des Prinzen Albert abschloß. Die Pariser Blätter haben, mit Ausnahme der offiziösen, den Artikel der „Patrie" nicht republizirt, der allem Anschein nach in Frankreich selbst lebhaften Anstoß erregt hat.

Turin, 28. März. Die Erklärung, welche Cavour in der zweiten Kammer am Schluß der Berathung über die römische Frage abgab, lautet wörtlich: „Alle Wünsche gehen also dahin, daß Rom Italiens Hauptstadt werde; alle wollen, daß die Regierung den Abzug der Franzosen beschleunige. Italien kann sich nicht konstituiren, kann nicht seine volle Kraft erlangen, wenn es Rom nicht besitzt. Rom zu besetzen, auch der Wille es zu thun, ist schon ein Mittel, welches die Lösung dieser Frage erleichtert. Wenn ich Hrn. Chiave's Rede genau erwäge, scheint es mir, er wolle sagen, man möchte noch zwei oder drei Generationen warten. Ich würde dann lieber ganz auf die Sache verzichten. Uebrigens hab' ich weder die Zeit noch die Art und Weise bestimmt, wie die Uebersiedelung geschehen solle. Sie kann natürlich nicht ohne Bewilligung des Parlaments erfolgen. Wenn diese Frage aufgeschoben würde, käme ganz Italien in wilde Gährung; es würde gräulicher Zwiespalt entstehen. Was geschähe z. B., wenn die Hälfte der Deputirten in Rom tagen wollte? Dieß liegt im Reich der Möglichkeit. Eine solche Spaltung im Schooße des Parlaments würde die Ruhe in hohem Grad und selbst die Einheit der Nation gefährden. Hr. Audinot scheint durch meine Erklärung befriedigt, da er wohl weiß, daß ich keine Einzelheiten über den Gang der Unterhandlungen anführen kann; dennoch will ich Ihnen ein Geheimniß anvertrauen (Lachen), daß nämlich die diplomatischen Depeschen allen Werth verloren haben; seit sie zu häufig in die Oeffentlichkeit gebracht werden, schenkt man ihnen keinen Glauben mehr. (Besonders scheint dies den französischen und piemontesischen Depeschen zu begegnen.) Das Ministerium hat geäußert, es glaube, daß die römische Frage durch den Beweis gelöst werden könne, daß Rom und Italien unbeschadet der Unabhängigkeit der Majestät der Kirche bestehen können und ich bin noch vollkommen davon überzeugt. Ich glaube, es sey wohl nicht möglich, ein klareres Programm zu formuliren, und meine hinlänglich bewiesen zu haben, daß es ganz falsch sey, zu behaupten: die Unabhängigkeit des Papstes werde durch dessen zeitliche Herrschaft bedingt. Wenn die zeitliche Macht nur durch die Streitkräfte und durch das Geld seiner Alliirten vertheidigt werden kann, so ist leicht einzusehen, daß die Unabhängigkeit dadurch verloren geht. Wenn wir dem Papste jene absolute Freiheit geben werden, die er seit drei Jahrhunderten sucht und nur mit großer Mühe durch Konkordate zu erringen hofft, wenn wir eine freie Kirche, einen freien Staat verkünden, wenn wir den Papst überzeugt haben werden, daß es nicht möglich sey, anders zu verfahren, so zweifle ich keinen Augenblick, daß der Papst, von unserer Offenheit und unserer Loyalität gerührt, sich unserm Willen fügen wird. Wir wollen absolute Gewissensfreiheit und Freiheit des Kultus, ich bin jenen Säkularisationen abhold, die den Klerus vom Staat abhängig machen; dies habe ich seit 1851 bewiesen, als ich in den Ministerrath eintrat. Ich hoffe, daß wir uns mit Frankreich verständigen werden, das in seinem Innern nach denselben Grundsätzen verfährt. Damit aber dieser Zweck erreicht werde, ist es nöthig, daß die Regierung vollste Kraft und das größte Ansehen besitze, und darum möchte ich bitten, alle andern Anträge zurückzuziehen und blos über die Tagesordnung Boncompagni's abzustimmen; wir werden dann vielleicht in einer nicht fernen Zukunft durch das Beispiel unserer Eintracht eines der größten Werke vollführen, das die Menschengeschichte anzuweisen hat."

Aus Palermo schreibt man der „Allg. Ztg.": „Die Polizei ist unmächtig den Räubereien gegenüber, die vor den Thoren von Palermo selbst mit unerhörter Dreistigkeit getrieben werden. Man versucht es wohl, dem Unwesen Einhalt zu thun, und neulich wurden an einem Tag sieben der ergriffenen Uebelthäter erschossen, doch äußert auch diese Strenge nicht die gehoffte Wirkung. Vielleicht gelingt es dem Belagerungsheer von Messina, welches keineswegs ganz nach Oberitalien zurückkehren, sondern zum größern Theil auf der Insel vertheilt werden wird, einigermaßen die Sicherheit wiederherzustellen. Die Sizilianer aber sind sehr ungehalten über das Verbleiben dieser ungebetenen Gäste, von denen bereits 4000 in Palermo eingerückt sind, und von denen man ihnen noch eine weit größere Anzahl wird auf den Hals schicken müssen, um die sardinische Herrschaft nicht nur dem Namen nach, sondern in der Wirklichkeit dort einführen zu können."

Warschau, 27. März. Ein Korrespondent der „Schles. Ztg." theilt den Wortlaut eines Reskripts des Fürsten-Statthalters mit, welches an die Civilgouverneure gerichtet ist, und keineswegs eine Zurücknahme, sondern nur eine etwas mildere Auslegung des Muchanoff'schen Reskripts enthält.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	76½ G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	60 P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	47¾ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	41⅛ P.
"	4½ pCt.	34¾ G.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	87½ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. R. (C. b. R.)	103¼ P.
"	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103 P.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	100 G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100 G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104 P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	95¼ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	103 P.
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	95 G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	101⅞ P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100¾ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	94 G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	101¾ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	100⅛ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98½ P.
"	3 pCt. Obl.	90⅞ G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	46¾ P.
"	1¾ pCt. " " "	41¼ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	98¾ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	169¾ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	543 P. ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	121½ P. 120½ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	180 P. 178 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	76 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien	69 P.
Internationale Bank in Luxemb.	82¾ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	336 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	67⅝ P.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	220 P.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	118½ P.
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	71⅜ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	24¾ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt.	128⅛ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	99⅝ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	235 G.
Span. Handels- u. Industrie	520 P.
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire	462 P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	104 P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99½ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105¼ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96¼ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105⅛ G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	88⅛ B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105⅛ G.
London Lst. 10 k. S.	118⅝ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	93⅛ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅛ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	76⅞ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	71½ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	47⅞ P. ½ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	55⅛ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	130 P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	53 G.	" fl. 25 do.	34⅝ P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	—	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	34¼ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	118 G.	Sardinien Fr. 36 b. R.	50 G.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	36 G.
Badische fl. 50	80 P.	Vereins-Loose fl. 10.	10⅞ P.
Badische fl. 35	52½ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅞ P.

Frankfurt, 2. April. Für österr. Fonds, Bank- und Kredit-Aktien war die Stimmung flau und der Kurs weichend. Auch Wechsel auf Wien wurden merklich billiger abgegeben. Bexbacher Eisenbahnaktien waren niedriger; in den übrigen Fonds keine wesentliche Veränderung. (Synd.)

Italien.

Aus Rom, 26. März, sind in Marseille Briefe und Blätter eingetroffen, aus denen telegraphisch Folgendes mitgetheilt wird: „Es trafen zur heiligen Woche in Rom nur wenig Fremde ein. General Goyon traf am Palmsonntage militärische Vorsichtsmaßregeln, um Einheitskundgebungen vorzubeugen. Am 25. besuchte der Papst zu Fuße inmitten der Volksmenge die Promenade am Pincio. Eine Geldsammlung ward eröffnet, um dem Prinzen Napoleon für seine Rede einen Beweis der Dankbarkeit darzubringen. Die Polizei wies den Advokaten Ricci und den Arzt Pantaleoni aus; letzterer war in der Stadt Macerata zum Mitgliede des italienischen Parlamentes gewählt worden; die römische Polizei stellte ihm hierauf die Wahl, entweder auf den Sitz im italienischen Parlamente zu verzichten oder über sich die Verbannung aus Rom verhängt zu sehen. Eine Abtheilung französischer Husaren ward nach Umbrien geschickt."

Türkei.

Die Pforte hat von dem Mirès'schen Anlehen ungefähr 23 Mill. Fr. erhalten und dafür Obligationen im Betrage von 60 Mill. ausgestellt. (Das ist eine schöne Provision!)

Donaufürstenthümer.

Galacz, 19. März. Am 16. d. M. wurden die ungarischen Freischärler, welche sich den Winter hier gesammelt, auf einem Dampfboot der Messageries Imperiales nach Konstantinopel eingeschifft, um von da, wie man sagt, nach Neapel gebracht zu werden. Es waren an 250 Mann. Andere 60 Mann, die sich in Boleau und zum Theil schon hier befinden, werden nächstens abreisen. Deßgleichen ist ein Theil der im vorigen Herbste von zwei sardinischen Schiffen gebrachten und in der hiesigen Kaserne deponirt gewesenen Waffen und Munition auf ein Dampfschiff verladen worden, um zurückgesandt zu werden. (Triest. Ztg.)

Rußland und Polen.

Aus Polen, 26. März, schreibt man dem „Schw. M.": Gegenüber der in Galizien noch immer vorherrschenden feindlichen Stimmung der Bauern gegen den Adel, welche Stimmung im Falle eines Aufstandes noch ähnliche Szenen, wie im Jahre 1846 befürchten läßt, zeigt sich im Königreich Polen das gerade Gegentheil. Dort hält, mit wenig Ausnahmen, der Bauer fest zu seinem Grundherrn, und deßhalb würde auch da ein Aufstand viel gefährlicher und schwerer niederzuschlagen seyn. Das seitherige Benehmen der Edelleute in diesem Landestheile trägt seine gute Frucht: denn viele derselben haben ihre Bauern faktisch fast ganz emanzipirt, ihnen Ländereien in Pacht gegeben und ihre physische und geistige Lage verbessert. Sie würden aber auch, da sie das, was der Adel für sie thut, dankbar anerkennen, in eventuellen Fällen wie ein Mann für ihn eintreten. Ich kam durch einige Fabrikstädte, die zum großen Theil von Deutschen bevölkert sind, fand aber auch diese als polnische, enthusiastische Patrioten, die für eine Konstitution des Landes mit Leib und Leben einzutreten bereit seyn würden. In Warschau fand ich die höchste Aufregung, in welcher aber auch ein beschwichtigendes Element nicht zu verkennen war. Dieß Element war die Bürgerdelegation. Sehr beachtenswerth war die besonnene und feste Haltung der Bevölkerung. Deutlich ließ sich aber erkennen, daß unter der kalten Rinde das Feuer glühte und es nur eines äußeren Anstoßes bedürfte, um es hervorbrechen zu lassen. Es war gerade um die Zeit, wo es sich um die Entlassung des Rathes Muchanoff handelte. Glühender kann der Haß nicht seyn, wie die Polen ihn gegen diesen Mann in der Brust trugen. Man hat gesehen, wie sich jener bei der bald darauf folgenden Flucht Luft machte. Sein längeres Verbleiben im Amte hätte unfehlbar den Ausbruch eines blutigen Aufstandes zur Folge gehabt."

Nichtpolitische Zeitung.

Stuttgart, 1. April. Heute Nacht wurde bei Raufhändeln in der Hauptstädtelstraße ein Schlossergeselle durch einen Messerstich getödtet. (S. M.)

Wien. Als sich am 24. März der Prag-Wiener Nachmittags-Personenzug dem vor dem Blankoet Bahnhof liegenden Wächterhause näherte, schlüpfte ein 4jähriger Knabe durch den bereits geschlossenen Wegübersetzungsschranken auf das Fahrgeleise. Der daselbst postirte Bahnwächter Bielek, die eigene Gefahr nicht achtend, sprang herbei, erfaßte das Kind, mußte es jedoch wieder auslassen, weil er von der mit aller Kraft daherbrausenden Maschine auf die Seite gestoßen wurde. Der Knabe gerieth nun unter den Zug, wurde von demselben einige Klafter weit geschleppt und blieb alsdann in dem Geleise liegen, ohne jedoch, außer einer unbedeutenden Beschädigung der Kopfhaut, weitere Verletzungen erlitten zu haben. (Ostd. Post.)

In Liverpool ist durch ein ägyptisches Schiff ein bösartiges Fieber eingeschleppt worden.

Die französische Sprache ist um ein Wort reicher geworden, um ein Synonym für ennuyer. Man sagt jetzt in Paris: Ça me tannhause! (Köln. Ztg.)

Neueste Nachrichten.

Wien. Die „Militär-Zeitung" schreibt: „Der Kaiser hat angeordnet, daß alle aktiv dienenden Reservisten, welche mit Ende Juni 1862 die Reservepflicht vollstrecken, schon jetzt vorläufig in ihre Heimath beurlaubt werden dürfen. Dieser Befehl konstatirt, daß trotz der zweifelhaften Weltlage im Allgemeinen die Aussichten für den Frieden nicht geschwunden sind."

---

doppelte Fensterreihe, hinter zierlich gemalten Epheuwänden versteckt, läßt ein magisches Licht herabfallen. Die Rückwand zeigt eine Landschaft im Charakter der Rhein- und Lahngegend. In einiger Entfernung vor derselben erhebt sich ein freistehendes Portal, auf dessen Architrav, von vier Pilastern und Karyatiden getragen, die Flußgötter Rhein und Lahn thronen, an eine Urne gelehnt, welche einen mächtigen Wasserstrahl ausgießt, der in einem Spiegel von 18 Fuß Breite und 25 Fuß Höhe in zwei Kaskaden herabstürzt.

Wunderbar ist der Effekt der hinter diesem lebendigen Krystallschleier gruppirten Pflanzen. Zu beiden Seiten desselben speien phantastische Delphine Strahlen Wassers aus, das sich durch unterirdische Kanäle in der Mitte des Ausstellungsraums zu einem ansehnlichen Becken ansammelt und hier abermals eine reiche Fontaine empor treibt. Den Rasenplatz um dieses Wasserbecken schmücken riesige Pracht-Exemplare der Fächerpalmen, Araucarien, Kryptomerien und andere Coniferen aus Kalifornien und der Insel Norfolk (Australien).

Auf diesem Rasenplatze, sowie an den Seitenwänden sind die zur Ausstellung gesandten Pflanzen auf das Geschmackvollste gruppirt. Eine einzige dieser Gruppen enthält 1300 hochstämmige, blühende Rosen.

Hat man sich endlich aus diesem Feenpalaste losgerissen, so tritt man durch eine Seitenthüre in die Glasräume des herzoglichen Wintergartens zurück.

Vor unsern Augen liegt ein Garten, der durch den Zauber reizender Anmuth und schöner Harmonie die Großartigkeit der eben verlassenen Räume vergessen läßt. Die Seitenwände desselben sind hinter immergrünen Laubgebüschen, hohen ausländischen Coniferen und Palmen versteckt; der sanft aufsteigende Rasenplatz durch ein Plätzchen des Bassins belebt und mit Hunderten von Hyacinthen, Tazetten, Amaryllis gestickt; vor unsern Füßen ein liebliches Blumenbeet, rings umher in herrlichen Gruppen vertheilt Riesenbouquets von Magnolien, Rhododendren, Camellien, indischen Azaleen in wunderbarer Farbenmischung. Von hier tritt man in das eigentliche Palmenhaus, wo das Auge an dem frischen Grün der tropischen Pflanzenwelt, an den mannichfaltigen Gestalten und Formen der zahlreichen Palmen-Arten und Blattpflanzen eine angenehme Ruhe findet.

Eine Gallerie tropischer Farren-Orchideen u. s. w. führt in die 200 Fuß lange japanische Halle, die durch das herrliche Arrangement und die Massenhaftigkeit der Blüthen und Farben gewissermaßen den Gipfelpunkt der Ausstellung bildet.

Diese Mannichfaltigkeit und allmälige Steigerung der Eindrücke, die man nach dem Besuche des eigentlichen Blumenpalastes für unmöglich halten sollte, ist in der That nicht das geringste Verdienst des Gartendirektors Herrn Thelemann.

So ist denn in dieser Ausstellung ein Genuß geboten, der schon um deßwillen an andern Orten schwer, wo nicht unmöglich wird, weil er sich an den durch seine Schönheit und Pracht schon lange und weit berühmten herzoglichen Wintergarten anlehnt. Die Bereitwilligkeit der meisten deutschen Eisenbahndirektionen, die Besucher der Ausstellung, welche Eintrittskarten an den betreffenden Bahnhöfen lösen, zu einem bedeutend herabgesetzten Fahrpreis zu befördern, läßt zahlreiche Besucher selbst aus den entferntesten Gegenden Deutschlands erwarten. (Didaskalia.)

Oesterreich. Wien, 30. März. Die Angelegenheit der sog. grauen Schwestern (gegen welche die Spitalärzte sich beschwert haben) soll, auf Grund der amtlichen Untersuchung, derart erledigt worden seyn, daß der Kontrakt, nach welchem denselben die Pflege und die Wartung der Kranken im Spital auf der Wieden überlassen ist, gekündigt würde und mit Ablauf des nächsten Halbjahres außer Kraft zu treten hätte. Dem Vernehmen nach hätte der Erzbischof die Kompetenz des Staatsministerium bestritten, und verlangt, daß die Sache dem Landtag für Niederösterreich zur Entscheidung vorgelegt werde. (Allg. Z.)

Aus Ungarn. Seit zwei Monaten beschäftigt sich das Publikum mit der Frage der ungarischen Judex-Kurial-Konferenz, und wenn nicht Alles täuscht, drängt deren Ergebniß zur letzten Entscheidung. Zufolge kaisert. Handschreibens vom 20. Okt. 1860 an Baron Vay sollte der Judex Curiae in einer Zusammentretung „die Fragen der Organisirung der ungarischen Justizpflege berathen, wobei als selbstverständlich ausgesprochen wurde, daß alle Bestimmungen und Einrichtungen des bürgerlichen und Strafrechts in so lange in voller Wirksamkeit zu bestehen haben, als nicht in Betreff derselben im Wege der Gesetzgebung die allfälligen Veränderungen vereinbart worden." — Sie wissen, daß die Komitate sofort selbst den provisorischen Fortbestand der seit 1849 eingeführten Gesetze aus dem Grunde anfochten, weil der Kaiser und König für sich allein ohne den Landtag Gesetze selbst nicht einmal mit zeitlicher Geltung zu erlassen berechtigt sey. Sie wissen auch, daß die Männer, welche das Diplom vom 20. Okt. hervorgerufen und entworfen, zugleich aber deren Ausführung auf sich genommen hatten, dem aus den souveränen Komitaten herwehenden Windhauche nur zu nachgiebig, den Judex Curiae und dessen Berather gewähren ließen, als sie, anstatt über die vom vom Kaiser angeordnete Organisirung der Justizpflege zu berathen, sich an die Abschaffung der vom Kaiser ausdrücklich aufrecht erhaltenen Civil- und Kriminalgesetze machten, und nach der Maxime: „Alles ist gut, wenn es nur nicht österreichisch ist", ohne Sorge um das Wohl der Recht suchenden Millionen, ein Kunterbunt von alten und noch nicht dagewesenen Gesetzen für alle Zweige eilig zusammenstoppelten, in der Absicht, damit noch vor dem Landtage die österreichischen Gesetze abgeschafft und auch in dieser Beziehung eiligst jede Gemeinschaft mit der Monarchie abgebrochen werde. Die Formel, mit der man diesen unerhörten Vorgang in das Leben einführen will, lautet dahin: „Das Septemvirat, der eben erst errichtete oberste Gerichtshof in Pesth, soll diese neuen Gesetze in Geltung setzen." Während man also dem Könige die selbst in der ungarischen Konstitution gelegene Machtvollkommenheit abstreitet, pro bono publico Vorsorge provisorisch zu treffen, proklamirt man zugleich, daß die vom König eingesetzten Beamten, das Septemvirat das Recht habe, diese nicht vom gesetzlichen Landesfürsten und nicht dem Landtage gegebenen Gesetze zur Geltung zu bringen! (Ostd. Post.)

Großbritannien.

London, 28. März. Im Mansion House fand vorgestern das Meeting zur Bildung eines Fonds für die von der Hungersnoth betroffenen Indier statt. Gladstone ermangelte nicht, zu bemerken, daß die Bethätigung christlicher Mildthätigkeit von Seiten Englands einen dem Christenglauben günstigen Eindruck in Indien hervorbringen werde, und daß in so fern das Meeting in nicht geringem Grade den Charakter eines Missions-Meetings habe. Das Ergebniß der Sammlung, bei der sich allerdings die Londoner Banken und andere Geldmagnaten betheiligten, betrug über 4000 Pfd. Die englische Bank gab 500 Pfd., ein Herr Gregson berechnete, daß man für eine Fünfpfund-Note fünf Indier drei Monate lang erhalten könne.

Frankreich.

Paris, 31. März. An Stelle der bisher gültig gewesenen beweglichen Scala soll künftig ein Eingangszoll auf Getraide, Mehl rc. treten. Der darauf bezügliche Gesetzentwurf ist der Legislative bereits zugegangen. Danach würden Waizen, Spelz und Mangkorn je nach dem Woher der Einfuhr mit 1/2, resp. 1 1/2 Frcs. in Körnern und mit 3/4, resp. 1 3/4 Frcs. in Mehl zu verzollen seyn. (Köln. Z.)

* Paris, 31. März. Das „Journal des Debats" erwidert heute der halbamtl. „Patrie" auf ihren gestrigen groben Angriff gegen die königliche Familie von England, indem es die nahe Verwandtschaft der Prinzen des Hauses Orleans mit dieser Familie hervorhebt und bemerkt, daß diese Verwandtschaft doch gewiß ein genügender Grund gewesen sey, sie zum Leichenbegängniß der Herzogin v. Kent beizuziehen. In der That muß man absichtlich Streit suchen, wenn man, wie die „Patrie", hierin eine Beleidigung der Familie Bonaparte finden will.

Am 27. März ist im Beiseyn des Marineministers, Chasseloup-Laubat, zu Lorient die neue Fregatte „Couronne" vom Stapel gelaufen. Dieses Schiff ist ganz anders gebaut als die „Gloire" und „Normandie". Gerippe und Verkleidung sind ganz von Eisen, letztere ist mit Holz verschalt und das Ganze mit einem kugelfesten Panzer umgeben. Das Vorderkastell, welches gleichfalls gepanzert ist, ist eine wahrhafte Festung; man verspricht sich von ihm, bei einem allenfallsigen Entern des Schiffes, besonders gute Dienste. In der Mitte des Schiffes erhebt sich ein geharnischtes Blockhaus, welches für den Befehlshaber bestimmt ist, um von diesem Punkt aus den Feind besser beobachten und das Schiff mit Leichtigkeit lenken zu können. Schließlich besteht die Bewaffnung dieses furchtbaren Fahrzeuges aus 40 Feuerschlünden schwersten Kalibers, die von hinten geladen werden. Das Schiff hat eine Maschine von 900 Pferdekraft; es ist 87 Meter lang, und die Höhe der Stückpforten über dem Wasserspiegel beträgt 5 Meter. Uebrigens werden in Lorient wieder zwei neue Panzerfregatten, „Heroine" und „Surveillante", auf das Werft gestellt.

Die große Blumen- und Pflanzen-Ausstellung in Bieberich.

Die diesjährige Blumen- und Pflanzen-Ausstellung, welche am 31. März in Bieberich eröffnet wird, ist wohl die großartigste und prachtvollste, welche überhaupt bis jetzt in Deutschland dürfte stattgefunden haben. Und in der That, wenn zwei Männer, wie Gartendirektor Thelemann und Dekorationsmaler Mühldörfer aus Mannheim, jeder in seinem Fache ein genialer Meister, sich vereinigen, einen Blumenpalast zu schaffen, so darf Jeder einen Genuß erwarten, wie er ihm nicht wohl leicht zum zweiten Male geboten werden dürfte.

Der Eingang zu diesem Feenpalast findet durch den westlichen Pavillon der Gewächshäuser statt.

Hier treten wir zunächst in die neuholländische Gallerie ein, welche einen Durchblick zu dem äußersten Ende des Ausstellungsraums gestattet, der über 320 Fuß davon entfernt ist. Aus dem zartgegliederten Laubgewinde der Akazien, die sich von beiden Seiten zu einem Laubdache über unserem Haupte wölben, und den dunkeln Blattwänden zahlreicher, immergrüner Pflanzen ragt die Araucarie, Agave, Yucca, reckt die Dracaena australis und andere Palmen ihre saftig grünen Blätter, und blitzt in Tausenden von Blüthen die neuholländische Erika in den mannigfaltigsten Farbennuancen hervor. Fünf Seitengallerien, jede von etwa 100 Fuß Länge, angefüllt mit den schönsten und seltensten Pflanzen, stellen die Verbindung mit der gegenüber liegenden japanischen Gallerie her.

Unvergleichlich ist der Durchblick durch die kolossalen Blumenwände der Camellien-Gallerie, deren reizende Pracht in Tausenden von bunten Sternen, gleich einem Blumenfeuerwerk, aus dem dunkeln Laubgrün hervor sprüht.

Hat man sich durch diese reiche Fülle der lieblichsten Erscheinungen in der Pflanzenwelt durchgewunden, so tritt man in den eigentlichen Ausstellungsraum, einen Blumenpalast, der nach einem von Thelemann und Mühldörfer entworfenen Plan eigends zum Behufe der diesjährigen Ausstellung geschaffen worden ist. Er bildet einen Saal von 120 Fuß Länge, 80 Fuß Breite und 48 Fuß Höhe, in Form einer Basilika ähnlich, mit einem erhöhten Mittel- und zwei Seitenschiffen. Die Architektur des Ganzen, sowie die Malerei und Durchführung zeugt von einer eben so reichen Phantasie, als von dem feinsten Geschmack, der bis in das kleinste Detail auf das Konsequenteste die Hauptidee festhält.

Aus einer Basis von Blumenkörben, die in dem reichsten Blüthenflore prangen, erheben sich 12 schlanke Säulen, die das Mittelschiff tragen, abermals mit einem reichen Blumenkorb als Kapital gekrönt. Das Hängewerk des Daches ist durch zierliche Rundbogen, die aus Blumenvasen entspringen, und durch reiche Malerei verdeckt. Eine doppelte Reihe von Hängevasen belebt den leeren Raum zwischen den Säulenreihen. Die Seitenwände sind von einer Landschaft bedeckt, die im südlichen Charakter und Kolorit gehalten ist und eine mächtige Wirkung hervorbringt. In duftiger Ferne bilden tiefblaue, von Ruinen zerfallener Burgen gekrönte Bergzüge einen warmen Hintergrund; die üppige Vegetation eines reichen Gartens schließt den Vordergrund ab, aus dem hochragende Palmen, Pinien und Laubgehölz mit solcher Wahrheit hervortreten, daß sie auf die natürlichste Weise in die davor gruppirten lebenden Pflanzen- und Baumgruppen übergehen. Eine

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 92. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Kleiner | 58. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Mittwoch, 3. April 1861.

Deutscher Bund.

Heidelberg, 25. März. Die Vorberathungen des Handelstags finden vom 3. bis 13. Mai statt. Am letzteren Tage beginnen die eigentlichen Plenarsitzungen.

Bayern. München, 1. April. Se. Maj. der König hat die Stelle eines Administrators der unmittelbaren Kultus- und Unterrichtsstiftungen in Eichstädt dem Rechnungskommissär der k. Regierung von Schwaben, Franz Xaver Obel verliehen.
(N. M. Z.)

München, 1. April. Dem Vortrag des Abg. Frhrn. von Lerchenfeld über die Nachweisungen bezüglich der Verwendung der den Centralfonds zur Last fallenden Ausgaben in den Jahren 1855/59 entnehmen wir noch folgende weitere interessante Einzelnheiten: Die Etats für Anschaffung von Civilverdienstorden und Orden des h. Michael pro 1855/56 wurden beträchtlich überschritten. Referent bedauert in Bezug auf die hierüber ertheilten ministeriellen Aufschlüsse, „daß wenn Geschenke (Tabatieren rc.) ertheilt worden wären, die Ausgaben noch höher geworden wären, und daß das Recht der Krone zur Verleihung von Ordensauszeichnungen ein unbeschränktes sey,“ auch hier wieder dem Versuche der früheren Verwaltung zu begegnen, die ministerielle Verantwortlichkeit hinter dem Schirm der Kronrechte des Monarchen zu schützen, das einzige Mittel, welches einem von der öffentlichen Meinung des ganzen Landes verworfenen System zu Gebote stehe. Im Interesse des Rechnungswesens und der im Staatshaushalte immer mehr verschwindenden Sparsamkeit legt er deßhalb gegen das Verfahren des Staatsministerium Verwahrung ein. Freiherr v. Lerchenfeld bespricht ausführlich im weiteren Verlaufe des Referats die ganz exorbitanten Reservefonds-Ausgaben. Es scheine, daß jener Geist des Hinwegsetzens über die finanzgesetzlichen Schranken, der in der vorhergehenden Finanzperiode sich so vielfach geltend gemacht hatte, jetzt nachträglich auch in dem Diensteszweige der „Staatsanstalten für Erziehung und Bildung“ zur Geltung gekommen ist und früher Versäumtes nachgeholt ward. 1) Die Reservefondsausgaben von 1500 fl. für Uebernahme eines Theils der Erlanger Kunst- und Antiquitätensammlung in die vereinigten Sammlungen, die keinen eigenen Anschaffungsfond haben, 2) die Posten von 2182 fl. 58½ kr., 118 fl. 4 kr. und 2058 fl. 42½ kr. auf Ankauf der Leuchtenbergischen Sammlungen, 3) von 1410 fl. 3 kr. für Verbringung des zu Westerhofen gefundenen Mosaikbodens nach München, 4) von 5856 fl. 17 kr. und 2543 fl. 43 kr., zusammen 8400 für Herstellung eines Museum zur Aufbewahrung der Originalmodelle der Erzgießerei mögen nach Größe und Dringlichkeit mancher Beanstandung unterliegen, sie überschreiten aber doch das Maß des nach den Verhältnissen Bayerns Zulässigen nicht in solchem Grade, daß mehr als diese Verwahrung nothwendig erscheine. 5) Der Zuschuß von 10,000 fl. an das Militär-Aerar für Abtretung der alten Karthause zu Nürnberg hat keinen Anstand. 6) Der Posten von 5000 fl. für Kosten der Säkularfeier der Akademie der Wissenschaften entstand durch den ganz übermäßigen Aufwand für die monumenta saecularia der Akademie; hier hätte das Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten rechtzeitig den Kredit erwirken sollen, auch hatte es dafür zu sorgen, daß der Aufwand die Grenzen der verfügbaren Mittel nicht übersteige; statt Dessen begegnet man bei der Herausgabe der monumenta einer Verschwendung, die für den literarischen Zweck völlig nutzlos; kaum irgendwie größer gedacht werden konnte. Berichterstatter kann nur beantragen, diesen Ausgaben die Anerkennung zu versagen, 7) den Ansatz von 6866 fl. 25 kr. für Ankauf und Aufstellung einer Bronzegruppe in Augsburg: Mars und Venus für das bayerische Nationalmuseum kann Referent, obgleich diese Gruppe als ein vaterländisches Kunstwerk Seitens des Herrn Staatsministers des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten geschildert wurde, das dem Untergange nah und für dessen Erhaltung dasselbe sorgen zu müssen glaubte, auch nicht passiren lassen und begutachtet, diesem Posten die Anerkennung zu versagen und den Ersatz der darauf aufgewendeten Summe zu beantragen. In Bezug auf 8) Zuschuß an das bayerische Nationalmuseum zum Ankauf eines Theils der Sammlung des verlebten Regierungsrathes Martinengo, zur Deckung der von Frhrn. v. Aretin für das genannte Museum vorgeschossenen 4000 fl. und zum Ankauf von Antiquitäten, im Ganzen 24,000 fl., bemerkt Referent, daß er das Bestreben, Gegenstände der vaterländischen Kunst und Gewerbthätigkeit, sowie vorzugsweise geschichtlich merkwürdige Gegenstände zu erhalten und zu sammeln, zwar anerkenne, daß aber über die Art und Weise, wie bezüglich des Nationalmuseum (zwei fremde Worte zur Bezeichnung einer vaterländischen Sache) vielfach Bedenken und Klagen laut wurden, und zwar über nichtsweniger als rücksichtsvolle Beachtung der ursprünglichen Bestimmung der dem Museum zugewandten Gegenstände und über das rücksichtslose Herbeiholen alles Zusagenden, wodurch die pietätvolle Achtung für geschichtliche Denkmäler nicht gefördert werde. Gegen ein Verfahren endlich, das in der Geschichte der bayerischen Finanzen völlig vereinzelt dastehen wird, nämlich gegen eine Vorschußleistung Seitens eines Beamten an die unter seiner Leitung stehende Anstalt, noch überdies für Zwecke, wofür kein Gesetz einen Kredit gegeben; müsse sich die Kammer auf das Entschiedenste verwahren. Referent beantragt, diese Verwahrung auszusprechen und der Reservefondsausgabe von 24,000 fl. die Anerkennung zu versagen. (Münch. B.)

München, 1. April. Wie wir vernehmen, haben die Oberammergauer beim Ministerium nachgesucht, daß sie heuer die Passionsvorstellungen wiederholen dürfen, und soll dieses Gesuch viele Aussicht auf Gewährung namentlich deßhalb haben, weil man auch einen Besuch der neapolitanischen Majestäten erwartet.
(Münch. B.)

München, 31. März. Das Ordinariat des Erzbisthums München-Freising richtet in Betreff des Mißbrauchs der Presse gegen den „heiligen Vater“ ein Schreiben an die Geistlichkeit, worin vor der Verbreitung der Schrift „Papst Pius IX., eine nach dem Leben gezeichnete Biographie von P. Vosinier,“ gewarnt wird. Es wird beigefügt, daß kein Zeitraum der Geschichte intensivere Anstrengungen und berechneteren Aufwand zum Sturze der auf dem Felsen Petri ruhenden Kirche darbiete, als der jetzige, weßhalb allen Priestern der Erzdiözese die Pflicht ins Gedächtniß gerufen werde, des Wächteramtes im Hause Gottes mit besonderer Treue zu pflegen und zur Erfüllung der wichtigen Aufgabe der heiligen Kirche sich um so fester zu schaaren, je mehr sich die Aussicht öffnet, daß Hirten und Heerden hiefür schwere Proben zu bestehen haben dürften. (Augsb. Abdz.)

München, 27. März. Das hiesige Bankierhaus v. Hirsch fordert in öffentlichen Blättern zu einer Besprechung in Sachen der österr. Nationalbank auf, wie man hört in der Absicht, eine Vertretung der so zahlreichen im Ausland wohnenden Aktionäre bei den Generalversammlungen und im Verwaltungsrath der Wiener Bank zu erlangen. Welchen Umfang die Betheiligung der einzigen Stadt München an österr. Fonds habe, geht aus der sichern Thatsache hervor, daß bei dem hiesigen Handlungshaus Lorenz Schäzler kürzlich über zehntausend Stück österr. Bankaktien (im Ganzen gibt es deren 150,000 Stück) angemeldet wurden, um die neuen Dividenden-Couponsbogen zu erheben. Darunter sind nicht inbegriffen diejenigen, welche direkt oder durch andere Bankhäuser von Bayern aus in Wien angemeldet worden sind.
(A. Z.)

Zur bevorstehenden Bürgermeisterwahl in Roth (Mittelfranken) bringt ein Dichter im dortigen Wochenblatt den Vorschlag, den König Ludwig zum Bürgermeister der Stadt Roth zu wählen.
(Fränk. K.)

den periodischen Regen ersetzt. Südlich macht sich bis nach Patna die Dürre fühlbar, und dort, in der Hauptgegend des Opiumbaues, wird auch in diesem Kulturzweig, bekanntlich einer Hauptquelle des Staatseinkommens, eine Mißernte die Folge seyn.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 28. März. Mehrere Kavaliere und Kavallerie-Offiziere beabsichtigen, sofern die Eigenthümer und Pächter der betreffenden Grundstücke einwilligen, Ende April auf der Theresienwiese mehrere Pferderennen nach englischer Art, darunter eines mit Hindernissen (8 Fuß breiter Graben, $3^1/_2$ Fuß hohe und dicke Mauer, lebende Hecke ꝛc.) zu veranstalten. Se. kgl. Hoh. Prinz Karl soll einen silbernen Pokal als Preis ausgesetzt haben. (Bamb. Z.)

Landshut, 29. März. Gestern Abend wurde der Bauer Martin Zehetbauer, wahrscheinlich in Folge einer unbedeutenden Streitveranlassung, erstochen. Der muthmaßliche Thäter wurde heute hier eingebracht.

Regensburg, 27. März. Der so eben erschienene Frachtentarif der kgl. bayerischen Donaudampfschiffahrt enthält in Bezug auf den Gütertransport sehr zweckdienliche Ermäßigungen. Auch die Personentaxen sind bedeutend herabgesetzt, so daß sich nunmehr mit der Annehmlichkeit der Wasserreise größte Billigkeit vereinigt findet.

Tirschenreuth, 25. März. In der Wollenspinnfabrik Soymühle kam gestern Abend Feuer aus, welches in Zeit von zwei Stunden das prächtig eingerichtete Etablissement mit den Maschinen sammt den vielen vorhandenen — zur Ablieferung paraten Militär- und anderen Tüchern verzehrte, so daß sich ein Schaden von 60.000 fl. herausstellt. Das Anwesen war Eigenthum der hiesigen Tuchmacher. Das Feuer soll durch Unvorsichtigkeit im anstoßenden Preßhause ausgekommen seyn. (N. Kur.)

Wien. **Staudigl** war 1807 zu Wöllersdorf in Niederösterreich geboren, absolvirte zu Krems das Gymnasium und die philosophischen Studien und trat dann in das Noviziat des Benediktiner-Stiftes Mölk. Schon als Student that er sich durch seine schöne Stimme und durch große Geschicklichkeit im Zeichnen und nebenbei in allen Gesellschaftsspielen hervor. Des Klosterlebens überdrüssig, ging er nach Wien, um sich zur Medizin zu wenden. Allein die Noth zwang ihn bald, die Studien aufzugeben, und er trat in den Chor der hiesigen Hofoper. Ein Unwohlseyn des Bassisten Siebert veranlaßte die Direktion, mit Staudigl als Pietro in der „Stummen“ einen Versuch zu wagen, der so glücklich ausfiel, daß der junge Sänger fortan in ersten Partien beschäftigt und alsbald der Liebling des Publikum wurde. Staudigl leistete auch als Maler nicht Unbedeutendes. Er erwarb als Sänger ein ziemlich bedeutendes Vermögen, doch nicht in Wien, wo er stets bescheidene Gagen bezog, sondern auf seinen Kunstreisen und ganz besonders in London. Staudigl befand sich seit dem 11. April 1856 in der neuen Irrenanstalt am Michelbeuerngrund. Der Sektionsbefund wies ein sehr kompaktes, festes Gehirn und einen durchgemachten typhösen Prozeß nach. (Wdr.)

Von dem Dichter **Mery** in **Marseille**, dem der Kaiser jüngst eine Pension von 5000 Frcs. ausgesetzt hat, erzählt man Folgendes: „Im Jahre 1830 war zu Marseille über einen zu Saint-Jean du Garguier entdeckten Sarkophag ein wissenschaftlicher Streit entbrannt. Der Entdecker, Macredati, verfaßte in dem Journal „Le Messager“ darüber einen Artikel, welcher den vollendeten Archäologen verrieth. Ihm entgegnete ein gewisser Bissi in dem „Mistral“; seine Kritik war nicht minder gelehrt. Repliken und Dupliken folgten; die Polemik hörte nicht auf und wurde so heftig, daß man ein Duell befürchtete. Der Prokurator wurde aufmerksam, die Polizei stand auf dem Sprunge, doch wurde sie getäuscht, sie kam zu spät! Es erschien eines schönen Tages eine Leichenrede auf Macredati, unterzeichnet Neroni. Dieser Streit, dieser Todesfall erregte in Italien das größte Aufsehen. Man errichtete in Boggi-Bonzi dem armen Macredati ein Denkmal und hielt ihm in der römischen Akademie der Arkadier eine feierliche Lobrede. Mery lachte im Stillen über den vielen Lärm. Macredati, Bissi und Neroni waren nur Eine Person, nämlich Mery selbst, der sich in dieser Weise mit sich selbst duellirt hatte. (Köln. Z.)

In **Grenoble** wurde dieser Tage ein französischer Offizier vom 95. Infanterie-Regiment, wegen eines im Lager von Sathonay begangenen Diebstahls im Betrage von 32,000 Fr., zur Degradation und zu fünf Jahren Gefängniß verurtheilt.

Handels- und Börsenberichte.

Frankfurter Börse (Vom 25. bis 30. März).

Samstag. An unserer Börse war wegen der vielen christlichen und jüdischen Feiertage der Ultimo und ausnahmsweise zugleich Lieferungstag bereits am Donnerstag. Er ging beinahe spurlos vorüber. Oesterr. Fonds sind durchgängig um 1 bis $1^1/_2$ pCt. gefallen; am besten hielten sich noch Venetianer.

Für deutsche Bundespapiere ist die Stunde noch nicht gekommen. Sie erhalten inmitten aller politischen Konstellationen ihre Festigkeit und geben noch zu den meisten Umsätzen Veranlassung. Nur $4^1/_2$proz. preussische notiren niedriger. Die Original-Obligationen der neuen $4^1/_2$ Nassauer Anleihe sind erschienen. 3proz. spanische fangen an in Madrid zu flauen, und scheint in denselben ein Rückgang bevorzustehen.

Kreditaktien sämmtlich à la Baisse; am empfindlichsten die österr., welche seit 8 Tagen 6 fl. verloren. Nur die spanischen behauptet. Von Zettelbanken haben österreichische weitere 20 fl. verloren, auch Frankfurter schwächer.

Auf dem Eisenbahnmarkt sind Staatsbahnen dem Fall in Paris gefolgt, obgleich der hiesige Kurs darin fast nur nominell ist. Auch hessische Ludwigsbahn wieder bis Pari gedrückt. Die andern unverändert. Die Generalversammlung der bayer. Ostbahnen, der man für nächsten Monat entgegensah, scheint aufgeschoben zu seyn. Am 1. April sollen die Originaltitel der 4proz. Bexbacher Prioritäts-Obligationen erscheinen, was wohl eine Preiserhöhung dieses äusserst soliden und billigen Papiers herbeiführen wird, denn der bequeme Kapitalist kauft lieber eine Obligation als einen Interimsschein. Die zweite Serie der Prioritäts-Anleihe der österr. Westbahn, im Betrage von 9 Millionen ist gleichfalls dem Rothschild'schen Konsortium zum Preis von 103. 30 zugeschlagen worden; da die konkurrirenden Angebots erheblich dagegen zurückgeblieben waren. Obiger Preis bietet den Kauflustigen noch immer reichlichen Spielraum, denn wenn man bedenkt, dass die Obligationen der ersten Serie vor noch nicht langer Zeit 111 standen, so ist der jetzige von $106^1/_2$ (letzte Wiener Notiz) gewiss nicht theuer zu nennen. Es hat sich für dieses Effekt auch ausserhalb des Kaiserreichs eine grosse Vorliebe gezeigt, und Bayern, Württemberg, Baden und die Schweiz haben namhafte Beträge davon aufgenommen. Wenn, wie voraussichtlich, die Verhältnisse der österr. Valuta sich nicht bessern, so erscheint es für die Besitzer österr. Coupons als eine zweckdienliche Aushülfe, das fällige Material in jenen Prioritäten anzulegen, wodurch sie bei vollkommener Sicherheit schöne Zinsen und mit der Zeit durch die Verloosung einen ansehnlichen Kapitalzuwachs erzielen.

Geldstand ist, wenn auch unbedeutend, doch etwas straffer geworden. Die Messe mit manchen Bedürfnissen ist nicht ohne Einfluss geblieben, so dass Diskonto sich von $1^1/_2$ auf $2^1/_4$ erhöht hat und so lange das tonangebende Haus mit seinen Käufen zurückhält, wird Geld nicht flüssiger werden. In fremden Wechseln ist auch eine Erkaltung eingetreten. Kurse sind zu hoch, um eine Marge zu bieten und der illusorische Zinsenreiz, der durch den niedrigen Kursunterschied bei Fälligkeit der Wechsel reichlich aufgewogen wird, macht gleichfalls stutzig. Paris eher matter, während London sich fester und gefragt erhält. Die Ursache ist wohl in dem Unterschied der Handelsbilanz beider Länder zu suchen. Napoleonsd'or offerirt und sind wieder grosse Summen an den Platz gekommen, wie es scheint, in Folge von Ankäufen von Getraide und Vieh Seiten Frankreichs. (Aktionär.)

Neueste Nachrichten.

München, 1. April. Die „N. Münch. Z.“ meldet heute amtlich die Pensionirung des Bankdirektors **Meyer** in Nürnberg, die Ernennung des Bankkonsulenten **Burkart** an dessen Stelle, ferner daß der dermalige zweite Bankkonsulent Regierungsrath Joh. Bapt. **Gillitzer** zum ersten Bankkonsulenten bei der k. Bankdirektion ernannt; der k. Finanzrath August **Manz** — übrigens ohne Veränderung seiner Stellung als Bankier und Vorstand der k. Hauptbank Nürnberg — zum ständigen Mitgliede der k. Bankdirektion berufen; auf das erledigte Revier Landshut der Revierförster W. **Pöst** zu Vilsbiburg, Forstamts Landshut, seiner Bitte entsprechend, versetzt und an dessen Stelle der Forstamtsaktuar zu Landshut, J. **Wenzel**, ernannt wurde.

Wien, 31. März. Die „Ostd. Post“ meldet: Ein Theil des Ministerium hat gestern dem Erzherzog Rainer seine Entlassung überreicht wegen eines in Abwesenheit der deutschen Minister zur Entscheidung gebrachten Hauptpunktes der ungarischen Frage (Reorganisation von Siebenbürgen?). Der Erzherzog ist bemüht, den Konflikt zu beschwören. Gestern hat dießfalls eine entscheidende Berathung stattgefunden. (Tel. d. N. K.)

Warschau, 31. März. Ein Erläuterungsreskript über die angekündigten Konzessionen ist veröffentlicht. Der Fürst-Statthalter ist zum Staatsrathspräsidenten ernannt. Ein Aufruf des Statthalters ermahnt zu Ruhe und Ordnung. (T. d. Allg. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

ist, so muß es um so bemerkenswerther erscheinen, daß der Kaiser einer der dames quêteuses (Almosensammlerinnen), der Duchesse d'Hamilton (bekanntlich eine Prinzeß von Baden, Cousine der Bonaparte, Tochter der Großherzogin Stephanie), einen Geldbeitrag hat zustellen lassen, und wenn man bedenkt, daß in England die Manifestation von St. Roch nur böses Blut machen kann, so darf man auch diesen Akt des Kaisers als ein neues Symptom von den schlechten Beziehungen zwischen London und Paris betrachten. Auch die Kaiserin hat beigesteuert, bemerkend, daß sie, ich weiß nicht von welcher Seite, irländischen Ursprungs sey. Der Duc d'Hamilton hatte seine Gemahlin abzuhalten gesucht, sich an an der Einsammlung zu betheiligen, aber sie blieb standhaft. Bekanntlich ist die Duchesse vor einigen Jahren von der protestantischen zur katholischen Kirche übergetreten. Noch mehr als sie wurde als eine der dames quêteuses die Marschallin Mac Mahon, Duchesse de Magenta, bemerkt, die zu diesem Zwecke aus Lille hierher geeilt war. (Mac Mahon stammt aus irischer Familie und wurde schon einmal von einer irischen Deputation als König von Irland begrüßt. D. Red.) Sie nahm so viel Geld ein, daß ihr Beutel es nicht fassen konnte, und daß sie einen Herrn bat, ihr seinen Hut zu leihen. Im Ganzen wurden etwa 16,500 Frcs. eingenommen, und die Summe würde noch größer seyn, wenn die Damen sich durch das ungeheure Gedränge hätten überall durchschlagen können. Der Bischof ist heute nach Orleans zurückgekehrt; seine Rede wird als Broschüre erscheinen. (N. Pr. Z.)

Die Franzosen lassen es sich angelegen seyn, überall da, wo sonst die Engländer die Meeresherrschaft fast unbestritten ausübten, ihnen gegenüber festen Fuß zu fassen. So geht jetzt wieder das Gerücht, daß die von China zurückkehrende französische Truppenabtheilung auf einer der Comoro-Inseln (bei Madagaskar) stationirt bleiben werde und in Malumba-Bai auf der Nordküste von Madagaskar Vorbereitungen zu einem ausgedehnten Lager getroffen werden.

Paris, 28. März. Der „Moniteur" veröffentlicht heute ein vom 15. d. datirtes an die europäische Kommission in Beyrut gerichtetes und von vier Maroniten-Bischöfen zu Beyrut, St. Jean d'Acre, Zahle-Belka und Baalbek unterzeichnetes Schreiben, welches eine im englischen Parlament erhobene Beschuldigung zu entkräften bestimmt ist. Die Bischöfe waren nämlich bezichtigt worden, von Fuad Pascha die Hinrichtung von 4600 und, als diese Zahl zu groß befunden worden, von mindestens 1200 Drusen verlangt zu haben. Wie die vier Bischöfe aber die Sache jetzt darstellen, hätten sie selbst Niemandes Kopf verlangt, sondern auf das Ansuchen Fuad Pascha's, ihm die schuldigen Drusen namhaft zu machen, erklärt, das sey nicht ihres Amtes; alsdann hätten sie sich allerdings dazu verstanden, 16 angesehene Maroniten vorzuschlagen, welche die vom türkischen Kommissarius gewünschte Drusenliste aufstellen könnten; diese 16, also nicht die Prälaten selbst, hätten dann 4000 und später 1200 Drusen als die Meistgravirten denuncirt, aber keineswegs deren Hinrichtung gefordert, sondern das Strafmaß der türkischen Justiz anheimgestellt.

Paris, 28. März. Mit einer Genauigkeit und Sorgfalt, die auffällt und beunruhigt, zählt der „Moniteur" täglich die Unglücksfälle auf, von denen die Türkei betroffen wird. Keine düstere Anschauung über die Lage der Dinge im osmanischen Reiche macht sich in irgendeinem ausländischen Blatte geltend, ohne daß das amtliche Blatt bei der Hand ist, dieselbe zu zitiren, während es von den günstigern Darstellungen dieser Zustände, wie sie sich hier und da in englischen Zeitungen finden, gar keine Notiz nimmt. Nachrichten aus London zeigen an, daß die englischen Staatsmänner angstvoll nach dem Osten blicken, wo sich Gewitter drohender Art zusammenziehen, wo ernste, ja unbesiegbare Schwierigkeiten sich aus den Verhältnissen ergeben und außerdem durch russische Umtriebe und Einwirkungen unterhalten und vermehrt werden.

Italien.

Rom, 23. März. Von 800 Zuaven haben 30 von dem, in dem Tagesbefehl des Kriegs-Ministers enthaltenen Rechte, den päpstlichen Kriegsdienst wieder zu verlassen, Gebrauch gemacht und ihren Abschied genommen. Dieses Recht erstreckte sich auch auf die Deutschen, und von 233 derselben sind nur 13 geblieben, die übrigen sind auf einem, von der päpstlichen Regierung besonders gemietheten Fahrzeuge nach Triest gebracht worden. (Fr. J.)

Rußland und Polen.

* Die Reformen, welche der Kaiser für Polen bewilligt hat, betreffen eine bessere Fürsorge für den öffentlichen Unterricht, für den eine eigene Regierungs-Kommission eingesetzt wird; ferner ist überhaupt Verbesserung der Schulen, die Gründung höherer Unterrichtsanstalten, insbesondere einer Rechtsschule zugesagt; sodann sollen für die größern Gemeinden, für die Kreise und Gubernien Räthe eingeführt werden, deren Mitglieder von der Bevölkerung zu wählen sind (also etwa wie bei uns die Magistrate, Distrikts- und Landräthe); ihre Befugnisse aber wissen wir noch nicht. Endlich soll für Polen ein eigener Staatsrath eingesetzt und in diesen auch geistliche Würdenträger und angesehene Staatsbürger berufen werden; derselbe soll außer den gewöhnlichen Beschäftigungen auch Bittschriften und Beschwerden zu prüfen haben. — Ueber den Eindruck, den diese Zugeständnisse in Warschau machten, schreibt man von da: „Soweit derselbe sich bereits überblicken läßt, ist er ein sehr getheilter. Selbst diejenigen, welche im Allgemeinen zufrieden sind, eine gesetzliche Grundlage erreicht zu sehen, auf welcher ein weiterer Bau möglich ist, haben an der Unbestimmtheit in dem Passus über den Staatsrath, sowie über die mangelnde Zusage einer Universität ihre Bedenken. Die Aktionspartei ist ganz unzufrieden; das Geringste, was sie gefordert hätte, wäre die Konstitution von 1815 gewesen. — Der „H. B.-H." schreibt man aus Warschau, 27. März: „Zum besseren Verständniß dieser Verfügungen erlauben wir uns zu bemerken, daß hier zu Lande der Plan, diese Institute wieder herzustellen, schon seit der Zusammenkunft des Kaisers Alexander II. mit Napoleon III. in Stuttgart bekannt war. Notable Persönlichkeiten hatten die Mittheilung davon unmittelbar an der Quelle geschöpft. Die Entscheidung wurde aus Rücksichten für Rußland selbst hinausgeschoben und die offiziöse Erklärung, daß dermalen keine Rathschläge des Auslandes zu den Konzeissionen beitrugen, ist richtig. Das Dementi bezieht sich jedoch nur auf den Anachronismus in der dementirten Behauptung. Wir erwähnten oben, daß die Institute „wieder hergestellt" würden, weil dieselben vor Aufhebung der Konstitution von 1831 bestanden haben. Von höheren gelehrten Schulanstalten bestand in erster Reihe das Lyzeum, ferner die Piaristenschule, die Schule von Sholiborz, das polytechnische Institut und endlich unsere Alexander-Universität nebst mehreren anderen Spezialschulen, wie Bau-, Berg- und Forst-Akademien, Kunstschulen, ein Konservatorium u. dgl. m. allein in Warschau; außerdem in acht Wojwodschaften, die später in fünf Gouvernements umgewandelt wurden, Wojwodschaftsschulen nach dem Muster der höheren gelehrten Gymnasien in der Hauptstadt, nebst der entsprechenden Zahl niederer Elementar- und Dorfschulen. Von allen diesen Anstalten wurden von höheren und niederen über hundert allmählich aufgehoben, reorganisirt, zu Realschulen und Pensionaten nach dem Muster der in Rußland bestehenden umgebildet." — Der Staatsrath, welcher nun wieder hergestellt wird, war neben der Verfassung das nächste und wichtigste Institut, das aufgehoben und an dessen Stelle das 10. Departement des dirigenden Senats, nach dem Muster der Senate in Rußland, gegründet wurde." Französische Blätter bringen — wohl nicht ohne Absicht — jetzt auf einmal die überraschende Nachricht, daß die gegenwärtigen Zugeständnisse des Kaisers Alexander sich auf die Ausführung der Versprechungen beschränken, welche Rußland Frankreich und England gemacht habe, um die Reclamationen dieser Mächte zu Gunsten Polens im Kongresse von 1856 zu verhindern. Graf Orloff hat damals im Namen seiner Regierung folgende Zusicherungen gemacht: „1) der Kaiser Alexander würde eine allgemeine Amnestie ertheilen; 2) die Gewissensfreiheit würde den Polen zurückerstattet; 3) die polnische Sprache wird in der Verwaltung des Landes wieder eingeführt; 4) für die Schulen geschieht dasselbe; 5) die Universitäten werden wieder hergestellt. Auf der Stuttgarter Zusammenkunft soll Napoleon diese Versprechungen sich nochmals haben machen lassen. Er hält es wohl jetzt an der Zeit, als Beschützer der Polen aufzutreten und ihnen zu zeigen, daß er schon damals an sie gedacht habe.

Asien.

Aus Ostindien. Das traurige Hauptthema der indobritischen Blätter ist fortwährend die Hungersnoth; ihre Berichte bestätigen leider nicht die neuliche Versicherung des Sir Charles Wood im Parlament, daß die ersten Angaben übertrieben gewesen seyen. Vielmehr sagt die „Bombay Times": Der von der Hungersnoth ergriffene Flächenraum scheint die meisten Theile des Landes zu umfassen, und nach einem Brief in der „Delhi Gazette" reicht dieselbe sogar bis Kabul (in Afghanistan) hinauf. Am schlimmsten aber ist es allerdings in den nordwestlichen Provinzen Britisch-Indiens. Dort sieht man allenthalben verlassene Dörfer, deren elende Bewohner sich auf die Wanderschaft begeben haben, aber haufenweis an der Straße verschmachten. Die Hungernden wühlen selbst die Ameisenhügel auf, um diesen Insekten ihre kleinen Kornspeicher zu rauben. Oestlich vom Ganges, von Khanpur bis Saharanpur, ist kein Tropfen Regen gefallen, und die Frühlingssaat ist überall verloren, ausgenommen da, wo Bewässerung

sche Adel sehr bald die preußischen Behörden zu seinem Schutze anrufen müßte. (Südd. Z.)

Berlin, 28. März. Der Kronprinz wohnte der gestern um 2 Uhr stattgehabten Plenarsitzung des Kammergerichts bei. Er wurde, als er in Begleitung des Justizministers erschien, von dem ersten Präsidenten v. Strampff empfangen und in einer längeren Rede bewillkommt, wobei im Eingang hervorgehoben wurde, daß der Kronprinz der erste der preußischen Thronfolger sey, welcher auch dem Studium der Jurisprudenz auf Universitäten obgelegen habe. Sodann gab die Rede eine Uebersicht der Entwicklungsgeschichte des preußischen Prozesses und der Justizverfassung von Friedrich dem Großen bis auf die neueste Zeit. Nachdem hierauf noch die Einrichtung und Zusammensetzung des Kammergerichts vom Präsidenten dem Kronprinzen in Kürze mitgetheilt war, begann der geschäftliche Theil der Verhandlung. Nach Beendigung der Sitzung drückte der Kronprinz in einer kurzen Ansprache an den Gerichtshof seine Freude darüber aus, daß ihm durch solche Theilnahme an den Berathungen der obersten Gerichtshöfe des Landes Gelegenheit gegeben sey, sich davon zu überzeugen, daß die Gesetze mit Gewissenhaftigkeit und Unparteilichkeit gehandhabt würden und somit der alte Wahlspruch seines Hauses zur vollen Geltung komme, und hob zum Schlusse hervor, daß auch er nur das Gesetz als oberste Richtschnur ansehe und nur durch die höchste Achtung vor dem Gesetze eine sichere Grundlage für ein gesundes Staatsleben geschaffen werden könne. (Nat.-Z.)

Dem Vorstand des deutschen Juristentags in Berlin ist auf seine Anfrage von dem königl. sächsischen Justizminister der Bescheid geworden, daß die diesjährige Versammlung des Juristentages in Dresden „mit Vergnügen empfangen werden wird.“

In Berlin ist man mit der Anfertigung von Kanonenrohren nach der Erfindung Cavalli's beschäftigt, welche sich im Gebrauch noch vollkommener als die preußischen gezogenen Kanonen gezeigt haben sollen.

Oesterreich. Wien, 27. März. Die „Ostd. Post“ schildert den augenblicklich im Kaiserreiche bestehenden „Nationalitäten-Wirrwarr“ folgendermaßen: „Die größeren Fische wollen die kleineren verschlingen, und während diese sich wehren gegen den geöffneten Rachen, der sie zu verschlucken droht, schnappen sie selbst bereits wieder nach den noch kleinern Fischen, die um sie herum schwimmen. Kein Land, keine Provinz will mehr auf sich selbst beschränkt bleiben; alle sind vom Ehrgeiz besessen, Großreiche zu werden. Böhmen will Mähren und Schlesien der Krone Böhmens annexirt wissen; Galizien begnügt sich nicht mehr mit der Vereinigung von Ost- und Westgalizien, es wünscht auch die Bukowina unter die Statthalterei von Lemberg gebracht. Kroatien will Dalmatien und die Militärgrenze sich annexiren; Ungarn will Kroatien und Alles, worauf dieses Anspruch macht, mit noch vielem Andern dazu. Sind wir mit der Aufzählung fertig? Vielleicht für heute, denn wer weiß, was der morgige Tag bringt, und welche Ansprüche mehrere andere Volksstämme, die wir hier noch nicht genannt, für sich erheben.“

Wien, 30. März. Der Kaiser verordnet die Errichtung selbständiger Landesbehörden in Kärnthen, Krain, Salzburg und Schlesien mit einem früheren Landesregierungen zukommenden Wirkungskreis. (Tel. d. Allg. Ztg.)

* Die Anhänger des Konkordats in Oesterreich ziehen jetzt heftig zu Feld gegen den früheren Minister v. Bach, durch dessen Hülfe vorzüglich das Konkordat zu Stande kam. Sie behaupten nun, Bach's Regierungs-System, das längst beim Volk verhaßt war, habe auch der katholischen Kirche mehr geschadet, als genützt; es sey daher Unrecht, ihr diesen Bundesgenossen vorzuwerfen, von dem sie ja auch zu leiden gehabt habe.

Dunavecse (Pesther Komitat), 26. März. Heute sollte hier die Deputirtenwahl vorgenommen werden. Die beiden Kandidaten waren Graf Julius Teleki und Joseph Farkas; für Letzteren stimmten die Einwohner unseres Ortes. Sie schienen, nach der Abhaltung der üblichen Standreden, dem obligaten Absingen des Szogat- und den einleitenden Prügeleien die Majorität der Anwesenden zu bilden, als die Partei Teleki plötzlich durch massenhafte Zuzüge von Auswärts verstärkt wurde. Durch diesen Umschwung der Dinge erbittert, fiel die Partei Farkas über einen Stoß von 14 Klafter Holzscheiten, welcher sich auf dem Marktplatze befand, her und warf die Klötze gegen die Köpfe der Majoritätsanhänger; diese ergriffen die Geschosse, stürmten damit bewaffnet auf die Gegner ein, und schlugen sie nach einem furchtbaren Gemetzel aus dem Felde. Hierauf drangen weißbefederte Telekianer in das Gemeindehaus, zertrümmerten Thüren und Fenster und hausten arg in dem in diesem Gebäude untergebrachten Steueramte. Der Kleinrichter wurde getödtet und drei andere Personen der Partei Farkas sind beinahe todtgeschlagen; der Richter, ein Führer der Partei Farkas, konnte zum Glücke trotz alles Suchens nicht aufgefunden werden, sonst hätte man ihn auch ermordet. Graf Julius Teleki wurde ebenfalls verwundet und mußte sich durch die Flucht retten; wie Viele verletzt wurden, kann jetzt noch nicht angegeben werden. Die Wähler des Grafen, welche, wie bemerkt, von auswärtigen Ortschaften kamen, trugen die Holzscheite als Trophäen mit sich fort. Das von Teleki bestellte großartige Diner blieb wegen Abzugs der Gäste unberührt.

Lemberg, 15. März. Aus Przemisl (Galizien) wird dem „Czas“ geschrieben, daß der für den 9. durch Plakate schon angekündigte Gottesdienst für die in Warschau Gefallenen in Folge eines Verbots der Kreisbehörde unterbleiben mußte. Es wurde dieses Verbot von der Kanzel mit dem Bemerken kundgemacht, daß es in Folge einer telegraphisch eingeholten Weisung des Ministeriums ergangen sey. Das Publikum ließ sich jedoch dadurch von seinem Vorhaben nicht abbringen und nachdem es die Franziskaner in ihrer Klosterkirche vergebens erwartete, begab man sich in die ruthenische Kathedralkirche. Auch hier in Lemberg war schon früher diese Demonstration, nachdem sie in Krakau ohne Behinderung stattgefunden, untersagt worden. Trotzdem setzte man sie ins Werk; da den Bernhardinern es der Erzbischof verboten hatte, wandte man sich an die Karmeliter, und diese hielten vor einer großen Menschenmenge das Todtenamt ab. (Uebrigens ist man in Wien wohl Galiziens wegen bis jetzt noch nicht in Sorge. Der Kampf der Polen und Ruthenen, die Feindschaft zwischen Adel und Bauer, der Haß zwischen Katholischen, Griechischen und Juden, die Furcht der Besitzenden vor dem Proletariate und manches Andere sind der Regierung Bürge, daß das Begehren nach Reformen die friedlichen und petitionirenden Wege so leicht nicht verläßt. Die Magyaren expedirten Sendlinge genug über die Karpathen, um die Polen zu gemeinschaftlichen Demonstrationen anzutreiben, wurden aber bisher mit ihrem Ansinnen zurückgewiesen, und brachten kaum einige Studentenscenen zu Stande.)

Großbritannien.

London, 29. März. Gestern fand die Wiedererwählung Lord Palmerston's zum Parlamentsmitgliede für Tiverton statt. Der Wahlakt selbst ging rasch und ohne viele Umstände vor sich. Nach Vollziehung desselben hielt der Wiedergewählte eine Rede, in welcher er zuvörderst seinen Dank aussprach und dann einige Bemerkungen über die allgemeine politische Lage machte. Nachdem er die inneren Zustände im Ganzen als befriedigend dargestellt hatte, ging er auf die auswärtige Politik über und sagte: „Es läßt sich nicht leugnen, daß der gegenwärtige Zustand Europa's vielen Anlaß zu Befürchtungen und Besorgnissen bietet. Allerwärts sehen wir, wie sich die Nationen unter der Leitung ihrer Regierungen rüsten, zu Wasser sowohl wie zu Lande. Es sind Fragen in der Schwebe, die nicht nur innere, sondern auch internationale Zwistigkeiten betreffen und möglicher Weise beklagenswerthe Folgen haben werden. Hoffentlich aber wird die Mäßigung der Regierungen und eine gebührende Rücksicht auf die internationalen Interessen von Seiten der Parteien in allen Ländern eine solche Lösung der Fragen herbeiführen, daß der Sommer ohne jene Feindseligkeiten vorübergeht, die uns für den Frühling geweissagt waren. Man sagte uns, im März würden Schwerter gezogen und Kanonen abgefeuert und Europa in die Leiden eines allgemeinen Krieges hineingezogen werden. Der März ist beinahe vorbei. Die Weissagung ist auf den April verschoben worden. Aber ich hoffe, der April wird, gleich dem März, wenn er, um mich des alten Spruches zu bedienen, wie ein Löwe kommt, wie ein Lamm gehen. Sollte es unglücklicher Weise zum Kriege kommen, so würde es natürlich die Pflicht der Regierung seyn, zu zeigen, daß sie nichts versäumt hat, um das Land in den gehörigen Vertheidigungsstand zu setzen.“

Frankreich.

Paris, 26. März. Der Bischof von Orleans hat gestern in der Kirche St. Roch seine Rede für die nothleidenden Irländer in Gegenwart von so vielen Zuhörern gehalten, als das Gotteshaus nur immer fassen konnte; eine große Anzahl von Personen, die sich nicht bei Zeiten, d. h. zwei Stunden früher, eingefunden hatten, mußten vor der Thüre wieder umkehren. Auf die Rede selber werde ich zurückkommen, sobald sie im Druck erschienen seyn wird; ich sage nur, daß sie zum Zwecke hatte, die traurige Lage der Irländer zu schildern und sie aus der Gesetzgebung und der Politik Englands zu erklären. Wenn man in Erwägung zieht, daß Msgr. Dupanloup in den Tuilerien sehr schlecht angeschrieben

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 91.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet; Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 2. April 1861.

Deutscher Bund.

Stuttgart, 27. März. Der „Schw. M." mahnt wiederholt dringend an die Vertheidigung von Oberschwaben und schlägt ein bei Stockach oder Donaueschingen zu errichtendes verschanztes Lager aus Erdwerken vor, welches in Friedenszeiten zugleich Instruktionslager wäre. Zur Verbindung des Lagers mit Ulm, Rastatt und Bregenz müßten die erforderlichen Eisenbahnen erbaut werden. Ferner solle der Bodensee durch eine Flottille und Strandbatterien geschützt werden. Daß man in Oberschwaben durchaus nicht den Wunsch hegt, sich von den Franzosen überschwemmen und aussaugen zu lassen, ist begreiflich, ebenso daß man es nicht vergißt, wenn die, welche den Schutz gewähren sollten, denselben nicht gewähren.

Der „B. B.-Z." zufolge sind von Seiten Preußens bestimmte Normativbedingungen für die Zulassung fremden Papiergeldes zur Cirkulation in Preußen festgestellt worden, und es wird nun Sache der einzelnen deutschen Regierungen seyn, ob sie sich diesen Bedingungen im Interesse ihres Papiergeldes unterwerfen wollen, um demselben wieder die Grenzen Preußens zu öffnen. Das Cirkular mit diesen Bedingungen, von denen einzelnen Regierungen bereits vertraulich Kenntniß gegeben worden ist, wird voraussichtlich in den nächsten Tagen sämmtlichen deutschen Regierungen zugehen.

Bayern. Das Protokoll des Finanzausschusses der Abgeordnetenkammer gibt über die mehrerwähnten Beanstandungen der ohne ständische Genehmigung erfolgten Ausgaben für die Säkularfeier der k. Akademie, für den Ankauf der Quatremère'schen Bibliothek, der Martinengo'schen Sammlung und der Bronzegruppe folgenden Aufschluß. Der Staatsminister des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten erklärte bezüglich dieser Posten: Alle beanstandeten Ausgaben rührten aus der Periode von dem Landtage 1859 her. Damals wäre der Herr Minister der Meinung gewesen, daß ihm das Recht zustehe, solche unvorhergesehene und unverschiebbare Ausgaben auf den Reichsreservefond ohne vorausgehende Mitwirkung des Landtages zu bewirken; die Verhandlungen des Jahres 1859 und der darauf erfolgte Landtagsabschied hätten ihn belehrt, daß diese Meinung eine irrige sey, und seit jenem Zeitpunkte habe man sich gewissenhaft jeder solchen Ausgabe auf den Reichsreservefond enthalten. (Südd. Ztg.)

München, 29. März. Der Adjutant des Gendarmerie-Korps-Kommando, Hauptmann Pfistermeister, erhielt den Auftrag zu einer Mission nach Wien, Berlin und Brüssel, um Erhebungen über die Organisation und Dienstespflichten der Gendarmerie in Oesterreich, Preußen und Belgien vorzunehmen. (Südd. Z.)

München, 30. März. Se. Maj. der König hat die kath. Pfarrei Rösingen, Ldg. Burgau, dem Priester Fr. X. Schweiger, Pfarrkurat in Issing, Ldg. Landsberg, das Schul- und Frühmeß-Benefizium in Abbach, Landg. Kelheim, dem Verweser desselben, Priester Jos. Kammermayer, übertragen. (N. M. Z.)

Aus dem Vortrag des Abg. Frhrn. v. Lerchenfeld über die Staatsausgaben in den Jahren 1855/59 entnehmen wir die Stelle, welche von den für die Reise und Einrichtung des Kardinals v. Reisach verwendeten 30,000 fl. handelt: „Reise und Etablissement des Kardinals Grafen Reisach 30,000 fl." Referent glaubt, daß nicht der entfernteste Grund vorlag, diese Ausgabe auf den Reichsreservefonds zu überweisen, um so mehr, als sie zu einer Zeit geschah, wo der Landtag versammelt war, und deshalb da hätte zur Entscheidung kommen sollen. „Die damalige Verwaltung — fährt der Redner fort — hat aber, sey es weil sie sich des Erfolgs einer solchen Vorlage nicht sicher fühlte, sey es aus der von ihr bei so vielen Gelegenheiten bewiesenen Mißachtung der verfassungsmäßigen Befugnisse der Landesvertretung, diesen Weg nicht eingeschlagen, sondern jenen der Anweisung auf den Reservefonds vorgezogen, welcher zumal bei einer Summe von solchem Betrage und bei einer Frage von solcher Bedeutung in jeder Beziehung unzulässig war: sie hat schließlich auch ihre Eigenmächtigkeit unter den Schutz der allerhöchsten Person des Monarchen zu stellen gesucht. Obwohl die oben angeführten Gründe genügen, die Ungesetzlichkeit der Ausgabe zu beweisen, und sonach hinreichen würden, um den Antrag auf Verweigerung der Anerkennung zu rechtfertigen, glaubt der Berichterstatter auch noch die Frage der Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit der fraglichen Ausgabe berühren zu sollen. Erstere ist von der Staatsregierung selbst nicht behauptet worden, liegt auch in keiner Weise vor, eine überwiegende Nützlichkeit kann aber eben so wenig behauptet werden. Die Verhältnisse der katholischen Kirche in Bayern sind geordnet — das Kultusministerium und die Gesandtschaft in Rom sind die gesetzlich anerkannten Organe der Staatsgewalt in ihrem Verhältnisse zum päpstlichen Stuhle — ein Kardinal, gleichviel ob früher dem bayerischen Episkopate angehörig oder nicht, würde sich dazu in keiner Weise eignen, da — wenn je eine Kollission der gegenseitigen Interessen eintreten sollte — er sich in den allermeisten Fällen auf die Seite der römischen Kurie neigen dürfte. Hält aber diese es für zweckmäßig, in das Kardinalkollegium auch deutsche Bischöfe und insbesondere einen bayerischen Bischof aufzunehmen und nach Rom zu berufen, so geschieht dieß denn doch vorwiegend im Interesse der katholischen Kirche und nicht in dem des bayerischen Staates, und jedenfalls kann die Frage, ob hier ein solches Interesse vorliege, daß dadurch eine außerordentliche Ausgabe von so großem Betrage gerechtfertigt sey ohne die Zustimmung Derjenigen, welche überhaupt zur Feststellung der Staatsausgaben Bayerns mitzuwirken berufen sind, nicht entschieden werden. Dieß sind aber die Kammern des Landtages, der, wie schon erwähnt, damals versammelt und also um so mehr im Stande war, seine Ansicht für die Frage auszusprechen. Mögen jene Großstaaten, welche einen entscheidenden Einfluß auf die Geschicke Europa's üben und nach hergebrachter Ueberlieferung auf die Papstwahl einen solchen in Anspruch nehmen, großes Gewicht darauf legen, eine Anzahl ihrer Angehörigen im Kardinalkollegium zu besitzen, dafür Opfer bringen, — Bayern ist keine Großmacht und kann nie einen derartigen Einfluß üben, es liegt also kein Grund vor, solche Opfer zu bringen. Es sind aber die Umstände, unter denen diese Ausgabe — während der Dauer des Landtages — stattgefunden hat, der Art, daß hier eine bloße Verwahrung — in der Form einer Nichtanerkennung — nicht genügen und der Antrag auf Rückersatz gerechtfertigt seyn dürfte."

Preußen. Berlin, 29. März. Die Konzessionen, welche der Kaiser Alexander II. nach den neuesten Nachrichten den Polen gemacht, Munizipalvertretung, Kreisvertretung, Staatsrath u. s. w., halten sich vollkommen innerhalb der Grenzen des organischen Statuts, welches Kaiser Nikolaus am 26. Febr. 1832 nach Aufhebung der Verfassung von 1815 proklamirte. Eins steht fest, ein Volk wie die Polen, das bedeutende Konzessionen auf dem Wege der Agitation erlangt, ist nicht in der Lage, stille zu stehen. Die russische Regierung dürfte ebenso wenig in der Verfassung seyn, gegen die Polen mit Strenge aufzutreten. Es ist von den besten Kennern russischer Zustände vielfach versichert worden, daß die polnischen Bestrebungen im jüngeren Theil des russischen Offizierkorps sehr viel Sympathien haben. Auch unserer Regierung wird es jetzt allmälig klar, daß die russische Regierung, die den Strom der Bewegung nicht mehr in sein Bett lenken kann, es vorzieht, ohne internationales Vorfluthsrecht, den Strom in das Land des Nachbarn zu leiten. Schon jetzt hört man von den Anforderungen der Posen'schen Edelleute an ihre Bauern, sich zu bewaffnen. Nun muß man freilich sagen, daß sie gerade bei dieser früher so sehr gedrückten Klasse auf Opposition stoßen; und wenn auch die preußische Regierung keine galizischen Scenen à la 1846 heraufbeschwören wird, so wäre es doch nicht unmöglich, daß der Posen-

in Genua deßhalb verhaftet worden sey, weil ich dem General Benedek durch ein eigenhändiges Schreiben das Anerbieten gemacht hätte, die Pläne Garibaldi's und der Ungarn um 40,000 fl. zu verkaufen. Diese Ungeheuerlichkeit, womit jetzt meine anonymen Feinde meine Verhaftung zu rechtfertigen suchen, war mir bisher gänzlich unbekannt, denn ich hatte einerseits seit meiner Abreise von Genua nicht Gelegenheit, deutsche Zeitungen zu lesen, und andererseits ward mir auch, wie ich schon in meiner ersten Erklärung bemerkte, der Grund meiner Verhaftung von der Behörde nicht mitgetheilt, weßhalb auch davon in meiner jüngsten Erklärung nichts erwähnt werden konnte. Auf die obige Beschuldigung habe ich vorläufig Folgendes zu erwidern: 1) Sind jene ebenso infamen als absurden Angaben und Gerüchte, mit welchen die Zeitungen mystifizirt wurden, nur als der Ausfluß einer politischen Intrigue zu betrachten, welche nicht allein gegen mich, sondern auch noch gegen andere Personen gerichtet gewesen. 2) Fordere ich die sardinische Regierung, die Behörden in Genua, kurz Alle, die sich an meiner Verhaftung betheiligten, auf, die angeblichen Briefe, welche ich geschrieben haben soll, nebst allen Schriften oder Korrespondenzen, welche gegen mich zeugen, zu veröffentlichen. 3) Bemerke ich, daß meine völlige Schuldlosigkeit jedem Unbefangenen schon durch die kurze Dauer meiner Haft einleuchten muß, die nicht allein zu keinem Prozeß, sondern, ich wiederhole es ausdrücklich, nicht einmal zu einem Verhör führte! Der Gerichtsbeamte, welcher mich in Freiheit setzte, bemerkte mir einfach, daß meine Verhaftung eine bloße „Vorsichtsmaßregel" gewesen sey, und erst da erfuhr ich den eigentlichen Inhalt einer falschen Denunciation. Uebrigens bemerke ich noch, daß einige erprobte Freunde in Genua und Turin beschäftigt sind, gewisse auf die sog. „Verrathsgeschichte" und ihre Urheber bezügliche Thatsachen und Daten zu sammeln, nach deren Abschluß die ganze Angelegenheit nach allen Seiten durch die Presse erschöpfend beleuchtet werden soll. Nizza Marittima, 23. März 1861. A. E. Wiesner."

Rußland und Polen.

Aus Warschau kommende Privatberichte erzählen, daß man schon seit einigen Tagen von einer großartigen Demonstration, die am Gründonnerstage stattfinden solle, sprach. Fürst Gortschakoff berief, um Angesichts solcher Vorbereitungen die nöthigen Maßregeln zu berathen, die Obersten der in Garnison liegenden Regimenter. Diese Offiziere nun sollen erklärt haben, daß, wenn die Polen sich wie im Jahre 1830 erheben und zu den Waffen greifen würden, sie ihre Pflicht erfüllten und Gewalt mit Gewalt zurückwiesen; so lange sie sich aber auf solche Demonstrationen wie bisher beschränkten, müßten sie zum Voraus die Erklärung abgeben, daß sie deßwegen nicht auf sie schießen lassen würden. Der Fürst erwiderte, daß diese Anschauung die des Kaisers sey. In Petersburg feierte man ein Todtenamt für die am 27. Febr. gefallenen Polen und zwar unter ungeheurem Zudrange sowohl von Polen und Franzosen, als auch von Russen.

(Tel. d. Fr. Holsz.)

Nichtpolitische Zeitung.

ö Frankfurt, 29. März. (Privat-Korresp.) Ein in seinen Vermögensverhältnissen sehr zurückgekommenes Individuum, welches kürzlich in das Versorgungshaus aufgenommen wurde, zeigte gestern Vormittag in verschiedenen Läden, Wirthschaftslokalen ꝛc. die deutlichsten Spuren von Geisteszerrüttung, in Folge wovon er von der Polizei verfolgt und einstweilen auf die Polizeiwache verbracht wurde. Hier steckte er nun mit einigen, bei sich verborgen gehaltenen Schwefelhölzern sein Arrestlokal in Brand und nur mit der größten Anstrengung gelang es, den Unglücklichen den hell aufschlagenden Flammen zu entreißen. Das Feuer wurde zwar bald wieder gelöscht, aber an dem Aufkommen des schrecklich durch Brandwunden verstümmelten Menschen (die Nase ist sogar halb weggebrannt) ist gar keine Hoffnung vorhanden.

Bei dem am 24. März früh von Prag abgegangenen Wiener Kurierzuge ist zwischen Lobositz und Raudnitz ein fünfjähriges Mädchen aus einem Koupé herausgestürzt, als der Zug mit voller Geschwindigkeit dahinbrauste. Die Thür hatte sich auf eine unerklärliche Weise aufgethan, als dem Kinde zum Entsetzen des Vaters das Unglück passirte. Auf das erhobene Geschrei hielt der Zug an, fuhr die Strecke zurück und zum allgemeinen Erstaunen fand der unvorsichtige Vater sein Kind bis auf eine ganz geringe Verletzung wohlbehalten an der Stelle des schrecklichen Unglücks.

In Brüssel hat vorige Woche ein sehr bedeutendes Haus (Riche und Gaucher) fallirt, und soll eine bedeutende Lieferung von Schuhen für Garibaldi, welche dieser wegen der Anwendung von Pappendeckel, statt eines ledernen Futters, zu empfangen sich weigerte, hauptsächlich den Sturz dieses Geschäftshauses herbeigeführt haben.

Ueber die dritte Aufführung des „Tannhäuser" von Richard Wagner in Paris schreibt man der „Kölnischen Ztg." unterm 25. März: „Der „Tannhäuser" wurde gestern noch lebhafter ausgepfiffen als die beiden frühern Male. Wagner hat gleich nach der Vorstellung in einem der Oper nahen Kaffeehause einen Brief an den Direktor Royer geschrieben, worin er ihm anzeigt, daß er seine Oper zurücknehme."

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Bödlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	76 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	59 7/8 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	48 7/8 P. 1/2 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	42 P.
„	4 1/2 pCt.	36 P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	87 1/2 G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102 3/4 G.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	103 1/4 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	103 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100 1/2 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100 1/2 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	104 1/2 P. 1/4 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	95 1/4 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	102 7/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	95 G.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	101 7/8 P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 5/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 G.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	101 7/8 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100 1/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	95 3/8 G.
„	3 pCt. Obl.	90 7/8 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch.P. à fl. 2. 30	47 P.
„	1 3/4 pCt. „ „ „	41 1/2 P.
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 500 Thlr	99 1/8 P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	123 3/4 P. 3/8 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	548 P. 545G. ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	123 1/2 P 123 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	179 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	76 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien	69 P.
Internationale Bank in Luxemb.	82 3/4 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	336 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	67 5/8 P.
Oest. F.St.Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	220 P.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	120 1/2 P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	72 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200Thl. à 105 4 pCt. Z.	25 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt.	129 P.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	99 1/2 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 1/8 P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	237 P.
Span. Handels- u. Industrie	520 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	467 P.
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	104 1/4 P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99 1/2 B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105 1/4 G.
Brem. 50 Th. Lsd. k.S.	96 1/4 B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 1/8 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/8 B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 1/8 G.
London Lst. 10 k. S.	118 5/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l.S.L. 250 k. S.	93 1/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	93 1/2 B.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	78 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	72 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	47 7/8 P. 1/2 G.
„ fl.250v. 1854 mit 4pCt.	51 1/4 G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	130 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	53 G.	„ fl. 25 do.	34 5/8 P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	90 1/4 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	34 1/4 P.
3 1/2 pCt. Preuss. Pr.-Anl. betR.	118 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	49 3/4 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2 1/2 pCt. Z.	36 G.
Badische fl. 50	90 P.	Vereins-Loose fl. 10.	10 7/8 P.
Badische fl. 35	52 1/4 P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 7/8 P.

Frankfurt, 30. März. Oesterr. National, Bank- und Kredit-Aktien wurden zwar etwas billiger als vorgestern abgegeben. Die Haltung der Börse war jedoch bei sehr geringem Umsatz recht fest. Süddeutsche Fonds ohne bemerkenswerthe Veränderung. Wechsel auf Wien in allen Sichten niedriger. (Synd.)

abzusprechen und sie als eine loyale Forderung der gedrückten Nation darzustellen; die österreichischen Minister hingegen präsentiren ein Dokument nach dem anderen, wodurch die versteckte wie die offene Revolte dargethan wird. Jene wollen glauben machen, es sey noch immer ein friedlicher Ausgleich möglich; diese zeigen auf die leeren Steuerkassen, auf die Verführung der ungarischen Soldaten, auf die Widerspenstigkeit der Komitats-Behörden, wodurch jede Regierung unmöglich ist. Jetzt ist die Beförderung von Reisegeräth des kaiserlichen Hofes nach Ofen eingestellt, dagegen aber der Marsch deutscher und slawischer Regimenter nach Ungarn beschleunigt; man hat aber noch keinen Entschluß gefaßt. Das Wahrscheinlichste ist, daß man die Dinge sich selbst überläßt, bis die Entwicklung zu einer Krisis führt; man wünscht hier bloß, daß der Reichsrath der deutsch-slawischen Provinzen versammelt sey, um ihm die Lösung der staatsrechtlichen Fragen zu übergeben. Die höchsten Würdenträger Kroatiens, der Militärgränze, Siebenbürgens und die Führer der verschiedenen Nationalitäten geben sich hier Stelldicheins, um sich zu orientiren; denn alle sehen es ein, daß eine der wichtigsten Perioden im Völker- und Staatsleben Oesterreichs ihren Höhepunkt erreicht. Die minder Befangenen erkennen es zugleich, daß die Krone entschlossen ist, den Wirren um jeden Preis ein Ende zu machen, und daß sie daher alle ihre Kraft vereint, um der Autorität Achtung zu erwerben. Daher kommt es, daß die Straßen-Krawalle in Ungarn bereits seltener werden und wie aus Einem Munde das Stichwort ertönt, jeden gewaltsamen Schritt zu vermeiden. Künftige Woche wird es sich zeigen, ob die Regierung doch zu einem Entschlusse gelangte!"

Wien, 29. März. Die Frage wegen Revision des Konkordats wird auf dem ungarischen Landtage zur Anregung kommen. Unter den Vorlagen befindet sich, wie die Autogr. Korr. berichtet, der vom Kardinal-Primas selbst verfaßte Antrag auf Wiederherstellung aller Primatialrechte. Durch das Konkordat wurden nämlich alte Rechte des Graner Primates beeinträchtigt, namentlich was die Begrenzungen der Diözesen und einige Rekursangelegenheiten in Familien- und Ehesachen anbelangt. (Ostd. P.)

In dem Salon einer in Wien lebenden ungarischen Gräfin wird, wie man der „Oesterr. Ztg." mittheilt, ein Cylinderhut statt eines Spucknapfes benutzt. (Der Cylinderhut gilt den Ungarn als Abzeichen der Deutschen.)

In Trient (Südtyrol) sind bei den Wahlen zum Landtage 111 Wahlmänner erschienen, wovon jedoch nur 40 wirklich gestimmt haben. Die übrigen 71 haben sich nicht blos der Abstimmung enthalten, sondern einen förmlichen Protest gegen den Landtag abgegeben, weil sie für Südtyrol einen eigenen Landtag wollen. Die offizielle „Trienter Ztg." berichtet aber von einer „fast einstimmigen" Wahl! Auch die Handelskammer von Rovereto beschickt den Landtag nicht, und hat vielmehr eine Denkschrift nach Wien geschickt, worin um eine besondere Vertretung für Wälschtyrol nachgesucht wird.

Die „Perseveranza" meldet, daß in Wälsch-Tyrol am 14. März überall Viktor Emanuels Geburtstag festlich begangen wurde, und daß im Trientinischen die italienische Partei bei den Gemeindewahlen fast ihre sämmtlichen Kandidaten durchgebracht hatte.

Frankreich.

Paris, 28. März. Die halbamtliche „Patrie" enthält heute folgenden Ausfall gegen die k. Familie von England: „Die englischen Journale melden in ihren Berichten über das Begräbniß der Herzogin von Kent eine Thatsache, die erwähnt werden muß; nämlich die Anwesenheit der Prinzen der Familie von Orleans, welche zum ersten Male mit der königlichen Familie von England in einer öffentlichen Ceremonie figurirt haben. Man wird sich in Frankreich fragen, was eine solche Demonstration bedeutet. Was will die königliche Familie von England, indem sie eine durch den Willen des französischen Volkes entthronte Familie zu dieser offiziellen Ehre beruft? Wie? nachdem die kaiserliche Dynastie feierlichst anerkannt worden, nachdem im Kriege wie im Frieden jenes mächtige Bündniß geschlossen worden, welches die beste Gewährleistung für die Sicherheit Europa's bietet, nachdem ein Handelsvertrag die beiden Völker durch noch festere Bande an einander gekettet, nachdem die kaiserliche Dynastie erst jüngst der Freiheit neue Garantien bewilligt, nachdem unsere Armeen neben einander gekämpft, um dem Welthandel einen Weg nach China hinein zu bahnen, nachdem endlich die Geschicke Italiens, die Schwierigkeiten im Orient, so wie der allgemeine Zustand Europa's so sehr die Eintracht der beiden großen Völker nothwendig gemacht — in einem solchen Augenblicke gibt man sich das Ansehen, als ob man den Zwiespalt in unserem Lande befördern wollte! Bedürfte es noch irgend etwas, die Sympathie des französischen Volkes für das glorreiche Geblüt Napoleons zu kräftigen, so gäbe es wohl kein sichereres Mittel, als diese Dynastie im Kampfe mit auswärtigen Intriguen zu erblicken. Aber, sagen wir es ohne Zaudern, das englische Volk hat nichts mit diesem kleinlichen Treiben zu thun, und wir sind sicher, daß es diese kindischen (pueriles) Kundgebungen tadeln wird. Beide Völker haben mehr als je Nöthigung zur Eintracht und zum gegenseitigen Zusammenhalten, mehr als je liegt ihnen ob, den Frieden zu erhalten und die freie Entwicklung des Fortschrittes und der Civilisation zu begünstigen; und Gottlob, die höchsten Welt-Interessen sind nicht mehr Etiquetten-Spielereien und Hof-Caprieen unterworfen." (Grob genug ist das halbamtliche Blatt; auch ist sein Aerger sehr begreiflich; denn in dem Punkt ist der Bonapartismus von jeher sehr empfindlich gewesen; er will nicht an den wunden Fleck seines Ursprungs erinnert seyn.)

Paris, 28. März. Die Geldsammlungen zu einem Geschenke für die Königin von Neapel, die unter den Damen des legitimistischen Faubourg Saint Germain stattgefunden haben, sind sehr günstig ausgefallen und belaufen sich auf 60.000 Franken.

(Schw. Merk.)

Italien.

Mailand, 29. März. Mehrere französische Journalisten, wie Jourdan, T. Delard, Mornand und Enfantin, welche, nachdem sie neulich der Einweihung des Denkmals von Manin (Diktator von Venedig i. J. 1848) in Turin beigewohnt, sich nach Venedig begeben hatten, sind durch die Behörde aus dieser Stadt ausgewiesen worden, obgleich sie mit Pässen von der österreichischen Gesandtschaft zu Paris versehen waren. (So meldet die „Indep." Näheres wird abzuwarten seyn.)

Der Reuter'schen Agentur zufolge haben Garibaldi's Stabsoffiziere, welche sich außerhalb Italiens befinden, den Befehl erhalten, sich den 6. April nach Brescia zu begeben, um an einer Konferenz Theil zu nehmen.

Vor der Abstimmung über die verschiedenen Anträge im Turiner Parlament über die römische Frage hielt Cavour noch ein Resumé, worin er bemerkte: „Die verschiedenen Anträge kommen, wie es mir scheint, so ziemlich auf dasselbe hinaus; alle wollen Rom als Hauptstadt bezeichnet wissen, keiner jedoch scheint mir die Empfindung des Hauses ganz zum Ausdrucke zu bringen; Buoncompagni's Antrag ist nur eine Antwort auf Audinot. Er enthält dasselbe, was ich auch gesagt habe: Rom muß die Hauptstadt Italiens werden, und es muß unverzüglich dazu erklärt werden. Hr. Chiaves findet die Erklärung unzeitgemäß; er fürchtet, dieselbe werde der Lösung der venetianischen Frage schädlich werden. Herr Chiaves täuscht sich jedoch. Wenn wir dieses Argument nicht anwenden können, daß Rom nothwendig unsere Hauptstadt werden muß, so werden wir niemals die Zustimmung der katholischen Welt und derjenigen Macht, die sich zu deren Vertreterin gemacht hat, erhalten.... Nicht bloß die Klugheit gebietet es, Rom zur Hauptstadt zu machen, sondern es ist dies das einzige Mittel, das Gelingen der Verhandlungen zu sichern... Ich habe das System entwickelt, wie ich die Frage zu lösen hoffe. Herr Audinot wollte ohne Zweifel nicht die Einzelheiten der mit Rom und Paris angeknüpften Verhandlungen und die vertraulichen Depeschen vorgelegt wissen. Was die offiziellen Depeschen betrifft, so haben dieselben, seit es üblich geworden, sie zu veröffentlichen, viel von ihrer Bedeutung verloren. Sie beziehen sich nur noch auf vollbrachte Thatsachen. Wenn man sie entwirft, so denkt man mehr ans Publikum als an diejenigen, an welche die Adresse gerichtet ist. Es ist demüthigend für einen Minister, aber es ist nun einmal nicht anders; die Depeschen sind, so zu sagen, nur noch Zeitungs-Artikel." Nachdem Cavour schließlich Buoncompagni's Antrag als denjenigen empfohlen, der im Ganzen die Ansichten des Hauses und des Kabinetes enthalte: „Rom Hauptstadt, Freiheit der Kirche und Zusammengehen mit Frankreich", erfolgte die Annahme mit allen gegen einige Stimmen der äußersten Linken, namentlich Crispi's und Mellana's, die den Buoncompagni'schen Antrag zu unterwürfig gegen Frankreich fanden.

Hr. Wiesner hat seiner neulichen Erklärung über seine in Genua stattgefundene Verhaftung eine zweite folgen lassen, in welcher er direkt gegen die Anschuldigung auftritt, daß er dem General Benedek die Feldzugsplane Garibaldi's habe verkaufen wollen. Die neueste Erklärung lautet: „Durch eine freundliche Vermittlung gingen mir aus Deutschland mehrere Journalartikel zu, woraus ich zu meinem größten Erstaunen entnehme, daß ich

Eingang gewonnen hat. Wenn ich auch die Regierung gegen jeden derartigen Hintergedanken in Schutz nehmen muß und mich persönlich dagegen verwahre, als könnte ich dazu die Hand bieten, so muß ich doch in Betracht ziehen, daß die ganze Lage jetzt eine veränderte ist, daß Momente vorliegen, die ich nicht näher angeben kann, die es aber für Se. Maj. den König von Interesse ist in Erwägung zu ziehen, bevor in dieser Sache vorgeschritten wird. Es kommt mir auch vor, als ob es unter den vorliegenden dringenden Verhältnissen nicht auf eine kurze Verzögerung ankommen könne in dem Fortgange der Verhandlungen und in der für mich wie für die Versammlung kein Vergnügen enthaltenden Pflicht, diese Sitzungen länger fortzusetzen. Mit Rücksicht hierauf muß ich mir auch heute meine nähere Erklärung vorbehalten."

Der Berichterstatter, Pastor Versmann, erwiderte hierauf: „Der königliche Herr Kommissär hat uns gestern gesagt, daß er in der Vorberathung nicht auf Unklarheiten gestoßen sey, daß er vielmehr über zu große Klarheit zu klagen habe. Die Versammlung wird dem Herrn Kommissär gegenüber zu dieser Klage keine Veranlassung finden; für sie ist die gegenwärtige Situation stark in's Unklare gezogen. Ich bin als Berichterstatter verpflichtet, dazu zu helfen, daß diese Unklarheit, so weit möglich, überwunden, und der Punkt, wo wir angelangt sind, in's Klare gestellt werde. Ich muß aber aber zunächst aussprechen, daß alle diese Unklarheit nicht von der Versammlung, auch nicht durch den Ausschuß verschuldet ist, sondern daß die Schuld allein auf das Verfahren der königl. Regierung fallen wird. — Der Ausschuß würde auch aus den Aeußerungen, die der k. Herr Kommissär bei der Vorberathung gemacht, nicht auf den Gedanken gekommen seyn, daß daran gedacht worden sey, die Versammlung an ein Budget heranzuführen, wenn er nicht aus Zeitungsnachrichten erfahren hätte, daß die dänische Regierung der englischen die Mittheilung gemacht habe, daß sie der holsteinischen Ständeversammlung ein Budget vorgelegt. — Von diesem Ausgangspunkt kam der Ausschuß in diese Frage. Es ist gewiß auffällig, daß die Vertretung des Landes, welche den Vertreter der Regierung in ihrer Mitte hat, so etwas erst aus den Zeitungen erfahren muß. Auf diese Nachricht hat der Ausschuß um eine bestimmte Antwort gebeten, nicht ob ein Budget vorgelegt werden solle, sondern ob es nach der Meynung der Regierung vorgelegt sey. Er hat darauf keine Antwort erhalten. Es ist gewiß zu verwundern, daß es möglich geworden, in einem solchen Punkt auf Ja und Nein, wo es sich um eine Thatsache, nicht aus der Zukunft, sondern aus der Vergangenheit handelt, nicht zu einer bestimmten Erklärung zu kommen."

Baron Blome fügte hierauf noch folgende Worte bei: „Es ist allgemein bekannt, daß die außerdeutschen Großmächte an Dänemark das Verlangen gestellt haben, den holsteinischen Ständen ein Budget für die gemeinschaftlichen Ausgaben und Einnahmen der Monarchie zur Bewilligung vorzulegen; es ist bekannt, daß Dänemark sich lange gesträubt hat, diesem Verlangen zu willfahren. Um die Mitte dieses Monats, ich glaube nicht zu irren, wenn ich sage, zwischen dem 12. und 16., wurden die Telegraphen in Bewegung gesetzt und den Agenten Dänemarks an den Höfen der Großmächte der Befehl gegeben, anzukündigen, daß ihre Regierung eingewilligt habe, den Ständen das Budget für das Finanzjahr 1861/62 vorzulegen, und daß dieses im §. 13 des vorliegenden Gesetzentwurfs geschehen sey. — In Folge dieser Meldung hat Lord Wodehouse im englischen Oberhause erklärt, daß die dänische Regierung uns das Budget vorgelegt habe und sie wegen dieses versöhnlichen Schrittes berühmt. Wenn ich bedenke, daß die Versammlung am 3. März zusammengetreten ist, daß der königliche Kommissär am 4. dieses Monats Kopenhagen verlassen hat, daß also die Vorlagen schon am 7. dieses Monats fertig abgefaßt waren, so ist es klar bis zur Evidenz, daß damals die Regierung noch nicht daran gedacht hat, daß der §. 13 eine solche Bedeutung habe. Die Entdeckung kann erst später gemacht worden seyn. Hätte die Regierung das schon am 4. und 5. d. M. gewußt, so würde sie die willkommene Nachricht sicher den Großmächten mitgetheilt haben. Uns ist dieselbe gar nicht mitgetheilt worden, und es wäre leicht möglich gewesen, daß wir das Ende der Session erreicht hätten in vollkommener Unwissenheit. Die Folge wäre gewesen, daß wir in den Augen Europa's den Verdacht der Unversöhnlichkeit auf uns geladen hätten, den Verdacht, als wären wir entschlossen, alle Konzessionen zurückzuweisen. Ich bin weit entfernt, zu sagen, daß es die Absicht der Regierung gewesen ist, diesen Verdacht zu erregen. Im Interesse der Stände aber liegt es zu konstatiren, daß während die Regierung den Großmächten die Versicherung gegeben hat, uns sey das Budget vorgelegt, wir auf die Frage an den k. Kommissär, ob dies geschehen sey, kein Ja erhalten haben, sondern daß derselbe sich die Antwort vorbehalten hat."

Deutscher Bund.

Der „B. B.-Z." theilt man aus Mainz mit, „daß auf Grund einer Mittheilung, welche die Gesandtschaft einer deutschen Macht aus Paris übermittelt hat, die Festungsbehörden sowohl in Mainz, als voraussichtlich auch in den übrigen Bundesfestungen zu einer geschärften Wachsamkeit gegen nicht durchaus unverdächtige Fremde angewiesen sind und daß sie namentlich streng darauf zu achten haben, daß der Zutritt zu den einzelnen Fortifikationswerken nur solchen Persönlichkeiten gestattet werde, welche nach jeder Richtung hin die vollste Garantie gegen möglichen Mißbrauch bieten."

Bayern. München, 29. März. Se. Maj. der König hat die katholische Pfarrei Bergzabern, Lokfsts. gl. Namens, dem Priester Mich. Seibel, Pfarrer in Schönau, Lokfsts. Pirmasens, übertragen; genehmigt, daß das Kuratbenefizium in Straßberg, Ldg. Schwabmünchen, von dem Bischofe zu Augsburg dem Verweser desselben, Priester Jos. Kortler, verliehen werde. (N. Münch. Z.)

München, 29. März. Graf Griseo, der bisherige neapolitanische Geschäftsträger am hiesigen k. Hofe, ist nun zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Sr. Maj. des Königs Franz II. beider Sizilien am hiesigen k. Hofe ernannt worden und hat diese Tage seine bezüglichen Beglaubigungsschreiben erhalten. (N. Münch. Z.)

München, 30. März. Die Herstellung eines großen Friedenspulvermagazins für die Festung Ingolstadt ist nun vom Kriegsministerium genehmigt. Dasselbe soll zwischen Hauwöhr und der Münchener Straße zu stehen kommen. Die Bauarbeiten, welche auf 27,775 fl. veranschlagt sind, sollen längstens schon bis 12. April in Submission gegeben werden. Das Projekt der Herstellung einer Zentral-Pulvermühle zu Ingolstadt ist noch in der Ausarbeitung begriffen. — An der Armirung sämmtlicher Festungen mit gezogenen Kanonen wird thätigst gearbeitet, nachdem die jüngsten Kriegsereignisse in Italien gezeigt haben, daß sich eine Festung nicht zu halten im Stande ist, wenn sie dieser Geschütze entbehrt, der Belagerer aber damit versehen ist. Germersheim hat eine große Anzahl derselben jüngst erhalten. (Südd. Ztg.)

Aus München schreibt man der „Allg. Ztg.": „Die Eröffnungen, welche der „Volksbote" über die Beförderung des Hrn. Reisach zum Kardinal brachte, dürften nicht aus der Luft gegriffen seyn, aber sie sind offenbar nicht vollständig. Gewiß hatte man weit weniger Interesse an der Entfernung des Hrn. v. Reisach, als an der Entfernung seines Generalvikars. Es scheint nicht möglich geworden zu seyn, den vormaligen Erzbischof von München-Freising zu bewegen, sich einen andern der Regierung genehmeren Generalvikar zu wählen.... Bekanntlich hat der gegenwärtige Hr. Erzbischof sich alsogleich mit einem anderen Generalvikar umgeben von weniger diktatorischer Natur."

München. Aus den Rechnungsnachweisen pro 1855/59 erfährt man, daß der Bierbräuer G. Pschorr dahier als Entschädigung wegen der schmachvollen Auftritte, deren Opfer er am 18. Oktober 1848 geworden war, die Summe von 12,000 fl. aus der Staatskasse erhalten hat. (Münch. B.)

Nürnberg, 31. März. Wie wir vernehmen, ist dem Direktor der k. Bank dahier, (früherem Stadtkommissär) Hrn. Meyer, die wohlverdiente Versetzung in den Ruhestand zu Theil geworden und ist der bisherige Bankkonsulent, Hr. Regierungsrath Burkhard, zu dessen Nachfolger ernannt, ein Beamter, von dessen intelligenter Leitung dieses finanzielle Institut sich die ersprießlichsten Erfolge zu versprechen hat. (Nürnb. K.)

Kurhessen. Die Nachricht in Betreff einer Scheidung des Landgrafen von Hessen-Philippsthal von seiner Gemahlin, der Prinzessin Louise von Preußen, einer Tochter des Prinzen Karl, bestätigt sich. Preußischerseits ist schon seit längerer Zeit auf die Scheidung gedrungen worden. (F. J.)

Oesterreich. Man schreibt der „Köln. Ztg." aus Wien, 27. März: „Sowohl im Ministerium als bei Hofe herrscht die größte Unsicherheit über die Haltung, die man bei der heutigen Sachlage Ungarn gegenüber annehmen soll. Die ungarischen Minister Graf Szecsen und Baron Vay intriguiren durch alle denkbaren Kanäle, um der Revolution den Charakter einer Revolution

4

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 90. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Neuer | 58. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 8 kr., im Anzeigenraum 4 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Montag, 1. April 1861.

Der dänische Skandal.

Die Nachrichten aus Itzehoe belehren uns, daß eine große dänische Intrigue an der Wachsamkeit und Entschlossenheit der holsteinischen Ständeversammlung zu Schanden geworden ist. Es sollte für Europa so aussehen, als sey der Versammlung das Budget zur Genehmigung vorgelegt worden, sie aber in verblendetem Trotze darüber hinweggeschritten zu weiteren unerfüllbaren Forderungen. Leider plauderte Lord Wodehouse im englischen Oberhause zu früh von dem, was die dänische Regierung bloß erst angekündigt hatte: nämlich von der Vorlage des Budget, die nicht erfolgt war, noch erfolgen sollte, die gemacht zu haben man aber doch den Schein anzunehmen gedachte. So erhielten die Führer jener deutsch gesinnten Versammlung Zeit, dem Manöver vorzubeugen, indem sie feierlich konstatiren ließen, daß kein Budget vorgelegt sey, was den dänischen Minister Raaslöff, der als k. Kommissär bei der Ständeversammlung fungirte, dann in eine erbarmenswerthe Verlegenheit versetzte. Wie schon berichtet, befindet sich nämlich unter den Vorlagen, welche der Ständeversammlung gemacht sind, auch ein Gesetzentwurf für die provisorische Behandlung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie (bis zur Vereinbarung einer neuen Gesammtstaatsverfassung), worin namentlich eine Reihe Bestimmungen über die finanzielle Stellung Holsteins enthalten sind. Der § 13 des Entwurfs bestimmt, daß diese finanziellen Anordnungen erst mit Ablauf des nächsten Finanzjahres, am 1. April 1862, in Kraft treten sollen; bis dahin sollen die Bestimmungen der allerhöchsten Resolution vom 23. September 1859, welche diese Verhältnisse durch einseitigen Erlaß des Königs geordnet hat, in Kraft bleiben. Der ganze Entwurf erschien unannehmbar; es lag daher gar keine Veranlassung vor, auf die erwähnte transitorische Bestimmung näher einzugehen, deren Annahme ja eben vorausgesetzt hätte, daß auch der ganze Entwurf angenommen würde. Als bei der Vorberathung am 21. der Kommissär mit starker Betonung seine Verwunderung darüber ausdrückte, daß der Ausschußbericht dieselbe gar nicht erwähne, obgleich dadurch der Versammlung Gelegenheit gegeben sey, sich überall hierher gehörigen finanziellen Angelegenheiten auszusprechen: da erschien im ersten Augenblick diese Erklärung ganz unverständlich. Es ist aber nicht gut möglich, mit der dänischen Regierung wiederholt zu verhandeln, ohne daß man dazu kommt, auf alle ihre Schritte mit einem begründeten Mißtrauen zu blicken. Je räthselhafter die Erklärung des Kommissärs war, die er auf eine Gegenäußerung des Berichterstatters mit verstärktem Nachdruck wiederholte, desto näher lag es, in derselben einen Hinterhalt zu suchen. Die Nachricht, daß die Regierung in London erklärt habe, das Budget für das Finanzjahr 1861/62 sey den Ständen vorgelegt, half auf die Spur. Es war offenbar darauf abgesehen, nach dem Schlusse der Versammlung vorzugeben, daß ihr die finanziellen Bestimmungen für das Jahr 1861/62 zur Beschlußfassung vorgelegt, und diese Vorlage von ihr nicht berücksichtigt sey, um so der Forderung des Bundes und dem Drängen der Großmächte auf Vorlegung des Budget zu begegnen. Die Versammlung konnte dann nicht mehr erwidern, und so plump die Täuschung auch war, so konnte sie doch für den Augenblick vielleicht etwas Luft schaffen. Für die Versammlung galt es jetzt, so lange sie noch beisammen war, das Spiel aufzudecken.

Nachdem in der Sitzung vom 25. März die Schlußberathung über den ersten, die künftige definitive Organisation der Monarchie betreffenden Theil des Ausschußberichts geschlossen war, trug der Berichterstatter eine Erklärung des Ausschusses vor. Der Ausschuß spricht die Befürchtung aus, daß nach der Aufhebung der Versammlung die Aeußerungen des Kommissärs zu der Deutung benutzt werden möchten, als sey der Versammlung für die gemeinschaftlichen Einnahmen und Ausgaben des Finanzjahres 1861/62 eine Budgetvorlage gemacht, und von ihr unberücksichtigt gelassen worden. Der Ausschuß legt hiergegen Verwahrung ein und will die Unrichtigkeit einer solchen Behauptung im Voraus konstatiren. Er macht geltend, daß von einer abgesonderten Beschlußfassung über eine in dem vorgelegten Gesetzentwurf enthaltene Bestimmung, welche ersichtlich die Annahme des Entwurfs zur Voraussetzung habe, nicht die Rede seyn könne, wenn der Entwurf, was hier nicht zweifelhaft sey, abgelehnt werden müsse. Solle den Ständen bei Feststellung des Budget für die gemeinschaftlichen Angelegenheiten der Monarchie für das Finanzjahr 1861/62 eine Mitwirkung eingeräumt werden, so setze dies die vorgängige Außerkraftsetzung der für dieses Jahr bereits ohne ihre Mitwirkung erlassenen Verfügungen voraus; das könne man aber doch keine Budget-Vorlage heißen, wenn einfach gesagt werde, die ohne ständischen Beirath früher erlassenen Anordnungen sollten auch für das Jahr 1861/62 Geltung haben. Die Verwahrung schließt mit der Bitte an den Kommissär, sich unzweideutig darüber zu erklären, ob nach der Auffassung der Regierung durch den §. 13 des Entwurfs der Versammlung eine Budgetvorlage gemacht sey. Die persönliche Ehre gebot dem Kommissär, bei der vollkommenen Unmöglichkeit die Gründe des Ausschusses zu widerlegen und auch nur scheinbar die Auffassung der Vorlage als Budget festzuhalten, einfach zu erklären: es sey kein Budget vorgelegt! Der Plan der Regierung brachte es aber mit sich, daß er erklärte, die Vorlage habe allerdings die Bedeutung eines Budget. Der Kommissär hatte weder den Muth, die Wahrheit zu sagen, noch sie geradezu zu verläugnen. Er wählte den allerkläglichsten Ausweg. Nachdem er selbst die Versammlung auf die Bedeutung des §. 13 aufmerksam gemacht, und dadurch die Frage, was der Paragraph denn bedeute, provozirt hatte, konnte er, der selbst als Mitglied des Staatsraths den Gesetzentwurf mit berathen und beschlossen und als Minister für Holstein bei der Berathung desselben Holsteins Interessen vertreten hatte, sich überwinden zu erklären, er könne die Frage nicht beantworten, ohne vorher Instruktionen einzuholen! Der Berichterstatter hob mit scharfen Worten das Unerhörte dieses Vorganges hervor. Auf die wiederholte Frage, ob der Kommissär denn wirklich nicht, nur mit einem einfachen Ja oder Nein, sagen könne, ob es die Meinung der Regierung gewesen, der Versammlung ein Budget vorzulegen, erfolgte keine Antwort. Die Sitzung ward vom Präsidenten auf 24 Stunden vertagt. Aber die Verlegenheit der Kopenhagener Regierung war zu groß, als daß sie in dieser Frist zu einem Entschluß hätte kommen können. Die Versammlung wurde daher bis zum 4. April vertagt, bis wohin die Regierung ihre Fassung wohl wieder erlangt haben wird. Zuvor gab der k. Kommissär, Minister Raaslöff, in der Sitzung vom 26. März noch folgende Erklärung ab:

Der k. Kommissär: „Ich habe zunächst anzuzeigen, daß ich Allerhöchst autorisirt bin, die für die Dauer der Verhandlungen festgesetzte Frist zu verlängern. Demnächst bemerke ich mit Rücksicht auf die Art, wie meine gestrige Erklärung aufgefaßt worden, daß ich es nicht an und für sich für eine Unmöglichkeit erklärt habe, sofort und bestimmt zu antworten. Allein, von meinem Standpunkte kommen Umstände in Betracht, welche theils außer dem hier Vorkommenden liegen, theils in anderer Weise von mir zu beurtheilen sind. Beispielsweise hebe ich hervor, daß in der Erklärung des Ausschusses wieder die Frage angeregt ist, ob die Versammlung im Stande ist, sich über einen einzelnen Punkt des ihr vorgelegten Gesetzentwurfs selbständig auszusprechen, wenn sie den ganzen Entwurf, von dem dieser Punkt einen integrirenden Theil bildet, ablehne. — Ich habe gestern schon bemerkt, daß die Regierung einem solchen Verfahren kein Hinderniß in den Weg gestellt haben würde. Ich konnte aber die Verantwortung nicht übernehmen, durch eine sofortige Erklärung der Entschließung Sr. Majestät vorzugreifen. Auf andere Rücksichten halte ich es nicht für angemessen, hier einzugehen. Ich deute nur an, daß ein Gefühl der Unsicherheit und Zweideutigkeit in Bezug auf diesen Punkt

Beifall zollen und für den Streit, in den die römische Kurie mit der Nation sich einlassen wollte, denjenigen verantwortlich machen, der daran schuld ist. Auf die Gefahr hin, für einen Sanguiniker zu gelten, spreche ich die Zuversicht aus, daß, wenn diese Grundsätze von Ihnen einmal bestätigt worden, die Seele Pius' IX. von Neuem den hochherzigen Gefühlen, die ihm vor Jahren so lauten Beifall brachten, Zugang gestatten und den unsterblichen Ruhm erwerben wird, daß er die italienische Nation, die Kirche, die Religion und die Freiheit mit einander ausgesöhnt habe."

General Fanti, der sardinische Kriegsminister, macht seine Sache schlecht. Einstimmig haben die Bureaux der Deputirtenkammer seinen Gesetzentwurf abgelehnt, nach welchem dem General Cialdini für seine „Verdienste um das Vaterland" eine jährliche Dotation von 10,000 Franken votirt werden sollte. Man hat eine solche Nationalbelohnung aus verschiedenen Gründen für sehr ungeeignet erachtet, und mag dabei nicht unrecht haben. Sodann ist der Kriegsminister die unmittelbare Veranlassung, daß General della Marmora am Montag dem König seine Entlassung überschickt hat. Wir haben berichtet, wie bitter sich dieser General über Fanti's Reorganisation der italienischen Armee in der Deputirtenkammer ausgelassen hat, aber ohne Erfolg. Nun hat er, dem die Regierung ihrer Ansicht nach den wichtigsten Posten anvertraut hatte, nämlich den Oberbefehl über das Armeekorps am Mincio, abgedankt, und zwar soll er dies in für den gegenwärtigen Kriegsminister nichts weniger als schmeichelhaften Ausdrücken gethan haben. In die Armee, wie sie gegenwärtig bestehe, setze er gar kein Vertrauen. Einer wird da wohl weichen müssen: La Marmora oder Fanti. (Fr. Postz.)

Neapel, 24. März. In der Gießerei des neuen Schlosses herrscht eine große Thätigkeit. Man gießt 140 gezogene 12pfündige Kanonen von Bronce für die Artillerie, und 300 eiserne Kanonen für zwei in Genua im Bau befindliche Fregatten. Ein neues Bataillon der neapolitanischen Nationalgarde wird Anfangs April mobil gemacht. Es soll nach Florenz gehen.

Türkei.

Die „Patrie" sagt, die bosnischen Wirren hätten keine weiteren Folgen gehabt. Die Pforte habe den muselmännischen Häuptlingen dadurch Genugthuung gewähret, daß sie ihnen ihre alten Rechte wieder gegeben. (T. d. Frkf. Postz.)

Rußland und Polen.

Von der polnischen Gränze, 23. März, schreibt man der „Allg. Ztg.": So eben von einem kurzen Ausfluge nach dem Königreich Polen zurückgekehrt, kann ich Ihnen einige verläßliche Mittheilungen über die dortigen Zustände und die Volksstimmung machen. Die Plackereien der Reisenden sind jetzt wieder so groß, wie je zuvor, und zwar aus allgemeinem Mißtrauen, weil man geneigt ist, in jedem Reisenden einen agent-provocateur zu erblicken. Dies ist um so thörichter, als die fremden Agenten nur mit den Häuptern der Agitation in Verbindung stehen, diese aber der Aufstacheiung nicht mehr bedürfen; die niedere Volksmasse dagegen wird von ihren nächsten Landsleuten hinlänglich bearbeitet. Mißtrauen herrscht überall; der Verkehr liegt fast ganz darnieder, und die Noth der ärmern Volksklassen ist schon sehr groß. Die Kaufleute klagen, daß nichts gekauft werde als was zum täglichen Leben unentbehrlich ist, und höchstens Trauerstoffe. Die öffentlichen Lokale sind fast gar nicht besucht, und im Theater sieht man nur Militär und Polizisten. Soldaten begegnet man auf Schritt und Tritt, und das um so mehr, als sie theilweise in großen hölzernen Buden auf den Marktplätzen kampiren. Die Volksstimmung ist äußerlich ruhig, aber durchaus keine beruhigte; Alles wartet mit fieberhafter Spannung der Dinge, die da kommen sollen. Auf einige Reformen gibt der Pole nichts; er will nur eines: keine Fremdherrschaft, entweder ein unabhängiges Polenreich, oder wenigstens einen Staat im Staat. Alles baut auf eine neue Revolution, welche spätestens im Mai vom Süden her heraufziehen und die sich schnell über alle Länder polnischer Zunge verbreiten werde; die auswärtige Hülfe werde nicht fehlen, und das Nationalitätsprinzip müsse und werde siegen, wenn es auch ungeheure Opfer fordere. Rußland, das jetzt eine Armee von 150,000 Mann nach Polen zieht, werde in dem Kampf unterliegen, da es zugleich anderweit, im Innern und im Süden, hinlänglich beschäftigt seyn werde, und Oesterreich sey zu schwach, um die Revolution zu bekämpfen. Diese allgemeine Stimmung ist den Russen kein Geheimniß, und alle jetzigen Regierungsmanöver sind nichts als interimistische Maßnahmen, welche die Bestimmung haben, jeden Ausbruch so lange zu verhüten, bis hinlängliche Truppenmassen herangezogen seyn werden.

Die in dem Hafen von Sebastopol versenkten Schiffe sind nun bis auf acht weggeschafft worden; man hofft bis zu Ende des Jahres auch diese beseitigt und den Hafen wieder zugänglich gemacht zu haben.

Amerika.

Durch die Erklärung Nordkarolina's für die Union ist die Trennungsbewegung vorläufig zum Stillstand gebracht. Im Kongreß der Südstaaten wurde beschlossen, daß die Gerichte derselben bei Ausbruch des Krieges keine Klagen von Bürgern der Union mehr annehmen sollen.

Nichtpolitische Zeitung.

In diesen Tagen wird der durch nautische Erfindungen und insbesondere durch die Konstruktion eines Taucherapparates vielbekannte, gegenwärtig zu München befindliche Ingenieur Bauer nach der Bodenseegegend kommen, um, unter Anwendung der Taucherapparate, über Lage und Hebung des Schiffes „Ludwig" die nöthigsten Aufklärungen und Mittel an die Hand zu geben.

Ein tragisches Ereigniß, welches in Karlsruhe jüngst stattfand, erregt allenthalben die höchste Sensation. Zwei Liebende, denen neuerdings jede Hoffnung geschwunden zu seyn scheint, jemals vereinigt zu werden, entschlossen sich zu einem gemeinschaftlichen freiwilligen Tod, und führten diesen Entschluß gestern Abend aus. Ihr Todesmittel war Arsenik. Der junge Mann stammte aus einer sehr geachteten Beamtenfamilie zu Freiburg und war selbst allgemein geachtet und in dem zahlreichen Freundeskreise, dem er angehörte, sehr beliebt. Die Unglückliche, die das Todesloos mit ihm theilte, war eine sonst unbescholtene, brave Bürgerstochter von Karlsruhe.

Die feierliche Einweihung der Eisenbahnbrücke über den Rhein bei Kehl ist auf den 6. April festgesetzt. Der offizielle Zug wird um 8 Uhr Morgens von Straßburg nach Kehl abgehen. In letzterer Stadt werden sich die Botschafter Badens, Bayerns, Württembergs und Hessens befinden. Nach der Besichtigung der Arbeiten werden sich die Eingeladenen bei einem Banquet im Hotel „Zur Stadt Paris" vereinigen. Abends findet im Theater Brillant-Vorstellung statt. (N. M. Ztg.)

Aus Landskron (Böhmen) schreibt man der „Presse": „Ein Hausbesitzer unseres Ortes, ein sehr ordentlicher Mann, kam durch unglückliche Ereignisse in eine so mißliche Lage, daß er gepfändet wurde. Gleich bei der Pfändung äußerten er und seine Frau, mit welcher er im besten Einvernehmen lebte, daß sie diese Schande nicht überstehen werden. Der Mann ging einige Zeit trübsinnig umher, machte mehrere Selbstmordversuche, die mißglückten; unter Anderm verwundete er sich mit einem Schusse. In der Nacht vom 20. auf den 21. d. tödtete er sein Weib, seinen zwölfjährigen Sohn und eine vierjährige Tochter mit einem Handbeile durch Hiebe auf den Kopf und schnitt ihnen dann den Hals ab. Hierauf ertränkte er sich in einem benachbarten Teiche, in dem man bereits seine Leiche aufgefunden."

Neueste Nachrichten.

Wien, 29. März. Wie die „Wiener Zeitung" mittheilt, hat der Kaiser die Reorganisirung der politisch-administrativen Verwaltung Siebenbürgens auf der Grundlage der früheren Eintheilung genehmigt. (Tel. d. Fr. Postz.)

Kopenhagen, 28. März. Die halbamtliche „Berling'sche Zeitung" sagt, die Regierung habe durch die Schlußfassung des §. 13 des Entwurfs des Provisorium und durch die Normirung des Antheils von Holstein an den gemeinsamen Einnahmen und Ausgaben der Ständeversammlung Gelegenheit gegeben, auf den Beitrag Holsteins für das Finanzjahr 1861 Einfluß auszuüben. Die Ständeversammlung sey erst durch die Debatte im englischen Oberhause darüber aufgeklärt worden, daß sie nicht nur berechtigt sey, diesen Gesetzentwurf anzunehmen oder zu verwerfen, sondern auch Einzelnes zu amendiren. (Wie es scheint, soll hiemit das Nachgeben der dänischen Regierung eingeleitet werden.) (Tel. d. Fr. Postz.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Morgen, als am ersten h. Osterfeiertage, erscheint keine Zeitung.

Dann hätte die Regierung in der Zuneigung der wieder versöhnten Ungarn jene Kraft des Widerstands gegen die von außen drohenden Stürme finden können, welche sie sich durch die Centralisation zu verschaffen sucht. Statt dessen schwankte sie zwischen Gewähren und Verweigern, erregte einestheils durch das, was sie gab, selbst ausschweifende Hoffnungen, trat dann diesen Hoffnungen schroff und widerwillig entgegen, so daß die Gemüther der Ungarn aufs Neue mit Mißtrauen und Bitterkeit sich erfüllten. So hat sie sich in eine recht mißliche Lage gebracht, die ihren schärfsten Ausdruck in dem verhängnißvollen Entschluß des Kaisers findet, nicht zur Krönung, nicht zum Landtag zu kommen.

Von verschiedenen ungarischen Orten gehen Berichte ein über ernsthafte Streitigkeiten zwischen den verschiedenen Wahlparteien bei den Landtagswahlen. Mit geringer Variation war der Verlauf immer: Zertrümmerung der Möbel im Berathungssaale, Steinwerfen, Prügelei, blutige Köpfe und Vertagung des Wahlaktes. Eljens auf Garibaldi, Klapka und Kossuth waren nichts Seltenes.

Schweiz.

Bern, 26. März. Das Statthalteramt Meilen hat die Jgfr. Dorothea Trudel in Männedorf (welche hauptsächlich durch Gebet Kranke heilt), weil sie sich wiederholt der Uebertretung des Gesetzes, betreffend das Medizinalwesen, schuldig gemacht haben soll, mit einer Polizeibuße von 150 Fr. bestraft, ihr anbefohlen, sämmtliche Patienten innerhalb Monatsfrist zu entlassen und ihr untersagt, ferner Kranke in ihre Anstalt aufzunehmen. Jgfr. Trudel hat das Urtheil aber nicht anerkannt, sondern verlangt darüber einen gerichtlichen Entscheid. (Schw. Bl.)

Großbritannien.

London, 26. März. Die eidliche Erklärung (das Affidavit), welche Kossuth „gegen seinen Kläger, den Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn und Böhmen" am 16. März vor dem Vizekanzleigerichtshof abgegeben hat, ist ein weitläufiges Aktenstück, worin er unter Anderem versichert und behauptet, daß der gesetzlich einberufene und konstituirte ungarische Landtag ihn am 14. April 1849 zum Gouverneur ernannt habe, und daß diese Ernennung nie zurückgenommen worden; daß der Kläger in diesem Prozesse weder de jure noch de facto König von Ungarn sey; daß er (Kossuth) die einzige Person sey, welche der Landtag je zur Ausgabe ungarischer Noten ermächtigt habe; daß die in der Anklageschrift als „falsche Noten" genannten Werthzeichen sich für nichts anderes ausgeben als für das, was ihre Inschrift sage, und daß dieselben keine Aehnlichkeit mit anderen in bejagter Klagschrift erwähnten Noten haben. Im siebenten Paragraphen dieser eidlichen Erklärung heißt es, wie folgt: „Es ist durchaus falsch, daß ich diese Noten nach Ungarn schicken wollte, um sie dort an den Mann zu bringen und in Umlauf zu setzen. Meine Absichten konnten weder dem Kläger noch seinem hiesigen Gesandten bekannt seyn. Ich erkläre hiemit, daß, nachdem angesichts der gegenwärtigen Zustände in Europa und Oesterreichs große politische Veränderungen nicht allein möglich, sondern wahrscheinlich sind, ich es für meine Pflicht erachtet habe, Vorkehrungen für derartige Ereignisse zu treffen, damit im gegebenen Falle Ungarn nicht durch Mangel an Geldzeichen zu leiden habe. Aus diesem Grunde habe ich Noten anfertigen lassen, die hier in England sicher verwahrt werden sollten, bis jene Ereignisse eintreten würden, die ihre Verwendung gestatten." Am Schluß dieser Erklärung betheuert er, daß er nie die Absicht gehegt habe, in England einen Schritt zu thun, der eine Verletzung der Landesgesetze seyn oder als eine solche auch nur gedeutet werden könnte. (Fr. Postz.)

Italien.

Rom, 19. März. Es sind seltsame Tage, die wir hier leben, denn diese römische Situation ist räthselhaft, ja völlig unerhört. Rom soll dem Papst genommen, soll die Hauptstadt eines einigen Italiens, die Residenz eines Königs werden, dies selbe Rom, das seit anderthalb Jahrtausenden nie eine Königsresidenz, immer der Sitz von erwählten Priestern gewesen ist. Die älteste der Traditionen Europas soll ausgelöscht und das eigenthümliche Wesen der Weltstadt Rom vernichtet werden. Die Nähe dieser unermeßlichen Frage regt alle Schichten der Bevölkerung auf. Aber während in fast allen Ländern Europas über das Schicksal Roms pro et contra debattirt wird, bieten die Römer selbst kaum ein besseres Schauspiel dar, als das von stummen Gefangenen, die ihr Loos erwarten. Die Geschichte wird einst erzählen, daß Rom in den Tagen, wo man die Proklamirung Italiens in Turin erwartete, von französischen Bataillons bedeckt, von Polizei-Patrouillen durchzogen war, und daß die Römer heimlich Nachts auf Plätzen und Straßen italienische Trikoloren aufrichteten, Tags aber durch massenhaftes und schweigendes Spazierengehen friedlich demonstrirten. Sie thaten dies wieder am Sonntag, wo Tausende sich über das Forum nach St. Johann bewegten. Sie würden es heute am Namenstage Garibaldi's (St. Joseph) thun, wenn es nicht regnete, oder wenn der General Goyon ihnen eine Kundgebung gestattete. (Nat.-Z.)

Die Erklärung des Minister-Präsidenten Cavour bei Beginn der Debatte über die römische Frage in der Turiner Abgeordneten-Kammer liegt uns nunmehr ihrem Wortlaute nach vor. Audinot hatte gefragt, warum in Rom nicht das Princip der Nicht-Intervention zur Geltung gebracht werde, was denn die Regierung eigentlich mit der römischen Frage vorhabe. Cavour versprach ihm, im Interesse der 300 Millionen Katholiken, rundweg und ohne Redekünste seine Meinung zu sagen. Hierauf erklärte er: „Die erste Wahrheit, welcher Geltung zu verschaffen, ist die Unmöglichkeit, ein ohne Rom als Hauptstadt constituirtes Italien zu halten. Auf dieser Unmöglichkeit beruht unser Recht und unsere Pflicht, Rom zu bekommen. Wer unsere Angelegenheiten ehrlich in Erwägung zieht, fühlt instinktmäßig die Wahrheit dieses Satzes. In der That hat Italien noch viel zu thun, um sich zu organisiren, die Probleme seiner inneren Gestaltung zu lösen und Jahrhunderte alte Hindernisse einer politischen Ordnung zu beseitigen. Um dies zu können, bedarf es der Einheit und Eintracht, die nicht zu Stande kommen wird, so lange die römische Frage ungelöst ist. Einflußreiche, wohlwollende Männer können ihre Vorliebe für diese oder jene Stadt aussprechen; aber unbestreitbar ist es, daß, wenn Rom einmal unsere Hauptstadt ist, aller Streit über diese Frage unmöglich wird.... Diese Wahl wird durch die Geschichte, durch die Civilisation eines Volkes entschieden. Was ist Rom's Geschichte anders, als die einer Hauptstadt, ja, der Hauptstadt des Erdkreises? Jetzt wird es die einer großen Nation. . . . Persönlich würde ich vielleicht vor den Monumenten des Alterthums und der Neuzeit der ewigen Stadt den schlichten, geraden Straßen meiner Vaterstadt den Vorzug geben; doch mein Entschluß, wie der meiner Mitbürger ist gefaßt, und diese edle Stadt ist, ich erkläre es als Abgeordneter von Turin, zu dem Opfer, welches das Vaterland erheischt, entschlossen (Beifall). Wir müssen nach Rom, aber ohne daß die Unabhängigkeit des Papstes dabei leide, ohne daß der Staat seine Herrschaft auf die Kirche ausdehne. Wenn, was ich für unmöglich halte, Frankreich unserem Einzuge in Rom sich widersetzte, so würden wir darauf verzichten, einzuziehen, um ihm nicht Gewalt anzuthun. Wir ahmen nicht Oesterreich in seiner durch einen seiner Staatsmänner ausgesprochenen Undankbarkeit nach; zeigen wir im Gegentheil durch unser Benehmen gegen Frankreich, daß wir jener Macht nicht gleichen, die wir mit Hülfe französischer Waffen bekämpften. . . . Wenn es uns gelingt, die Katholiken zu überzeugen, daß die Verschmelzung Roms mit dem übrigen Italien nicht zur Abhängigkeit der Kirche führt, so hat die Frage einen bedeutenden Schritt zur Lösung gethan. Viele Wohlmeinende glauben allerdings, daß, wenn das Parlament in Rom und der König im Quirinal, alsdann der Papst nur noch des Königs Almosenier, des Königs Kaplan wäre. Wäre dem also, dann würde diese Einverleibung nicht blos dem Katholizismus, sondern auch Italien verderblich werden; denn keinem Volke kann größeres Unheil widerfahren, als wenn die weltlichen und geistlichen Gewalten in den Händen der Regierung sind. Es ist dies das System der Khalifate. Niemals wird dieses in Italien herrschen. . . . Macht die weltliche Gewalt den Papst wirklich unabhängig? Kein Mensch kann das behaupten. Seit die Regierungen auf der stillschweigenden oder ausdrücklichen Zustimmung der Völker beruhen, hat eine Gewalt, die im absoluten Gegensatze zu den Regierten steht, die Möglichkeit des Fortbestandes verloren. Dieser Gegensatz aber besteht seit der Restauration des Kirchenstaates und erweist sich als ein unheilbares Uebel. (Cavour berief sich nun auf die Geschichte, um zu beweisen, daß dieser Antagonismus zwischen der päpstlichen Regierung und den Regierten zu fortwährenden Händeln geführt, die Einverleibung der Romagna, Umbriens und der Marken sich als Beruhigungsmittel bewährt habe: in Bologna, in Umbrien und den Marken sey die Presse frei, und der Papst habe dort Blätter, die noch heftiger als die Turiner Armonia sprächen.) Sollte der Papst übrigens dabei beharren, uns nicht haben zu wollen, so werden wir dessen ungeachtet unseren Grundsätzen treu bleiben. In Rom angelangt, werden wir die Trennung der Kirche vom Staate und die Freiheit der Kirche proklamiren. Nachdem dies geschehen und durch die Vertreter der Nation bestätigt ist, wird die große Mehrzahl der Katholiken den wahren Tendenzen der Italiener und ihrer wiederum vor Europa bewiesenen Anhänglichkeit an den Glauben ihrer Väter

wo die italienischen Heere als Bundesgenossen an unserer Seite fechten, aber das sind Zukunftsträume, die nicht in unsere Berechnung fallen. Wohl zu berechnen aber sind die Kämpfe, die uns in jedem Fall in der Zwischenzeit nicht erspart sind, und in denen wir die Italiener zu unsern Gegnern haben werden. Hat einmal Italien sich dem Einfluß Frankreichs zu entziehen gewußt, und hat die Entscheidung der Waffen die Frage Veneziens definitiv geklärt, dann erst mag unsererseits ein Bündniß mit Italien möglich seyn, nothwendig aber ist, daß wir uns zuvor auf diesen Kampf vorbereiten, um ihn so zu bestehen, daß die Italiener ein für allemal lernen, die Hand zu lassen von dem, was unser ist. (Schw. Merk.)

Deutscher Bund.

Bayern. München, 28. März. Se. Maj. der König hat auf das im Forstamte Marktleuthen in Erledigung gekommene Revier Thierstein den Revierförster Rudolph Reich von Neubau, Forstamts Wunsiedel, seinem Ansuchen entsprechend, versetzt, und auf das Forstrevier Neubau den Forstwart Heinrich Glock zu zu Roßdorf, Forstamts Bamberg, befördert; die Stelle eines expedirenden Sekretärs bei der Generaldirektion der k. Verkehrsanstalten dem bisherigen Offizialen Emil Kollmann in München verliehen. (N. M. Z.)

Preußen. Solingen, 25. März. Zu denjenigen Staaten, für welche gegenwärtig noch am meisten in unsern Gewehrfabriken in blanken Waffen gearbeitet wird, gehört in erster Reihe Sardinien, sodann England, welches voriges Jahr allein 90,000 Bajonnetsäbel erhalten hat. Dagegen war schon in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrs der Absatz nach Oesterreich und den südlichen deutschen Staaten von keiner Bedeutung, da namentlich letztere bis dahin ihre Kontingente schon vervollständigt hatten. (Fr. Postz.)

Berlin, 27. März. Das Hervortreten der polnischen Frage bereitet unserer Regierung schwere Bekümmernisse, nicht sowohl wegen der in ihr selbst liegenden Inconvenienzen als wegen des Umstandes, daß die ganze Agitation ihren Herd in Paris hat. War doch der Niegolewski'sche Antrag, mit dem die Polen in unserm Abgeordnetenhause nicht etwa als preußische Unterthanen, sondern als Angehörige jenes Polen von 1772 aufgetreten sind, schon längst durch Pariser Broschüren eingeleitet. (D. Allg. Z.)

Berlin. Nach der Zeitschrift „Berlin“ hat der Kommandeur des Füsilierbataillons des Kaiser Franz Gardegrenadierregiments den Mannschaften durch Bataillonsbefehl das Halten und Lesen der „Volkszeitung“ und des „Publizist“ verboten.

Ueber die Stimmung und die Zustände in Posen liest man die widersprechendsten Berichte. Nach Berliner Blättern wäre die Stimmung der polnischen Bevölkerung zufriedenstellend und der Plan, die Truppenzahl der Provinz zu verstärken, eben deßwegen aufgegeben; in verschiedenen Korrespondenzen dagegen wird die Situation ziemlich schwarz geschildert. So schreibt man der „Frankf. Postz.“ aus Berlin: Mehrseitige Mittheilungen aus der Provinz Posen sprechen von einer täglich zunehmenden, höchst auffallenden Geschäftigkeit aller dortigen Agitationselemente. Namentlich sucht man neuerdings mit dem größten Eifer die niedern Volksklassen in die Bewegung hineinzuziehen. Viele Geistliche verflechten in ihre öffentlichen Reden aufreizende Kundgebungen zu Gunsten der „nationalen Sache.“ Sogar an den kleinsten Orten werden in ganz ungewöhnlicher Weise gesellige Zusammenkünfte veranstaltet, zu welchen man Bauern und Taglöhner heranzieht.

Baden. Aus Baden, 27. März. Es mehren sich die Thatsachen, welche anzeigen, daß man bei uns kirchlicher Seits von der anfänglich schroffen Stellung, die unserer neuen Gesetzgebung gegenüber eingenommen wurde, zurückkommt, oder mindestens zu einem passiven Verhalten sich versteht. Dies zeigt sich insbesondere bei den mehr und mehr vorkommenden sog. Noth-Civilehen, die anfangs mit kirchlichen Strafen, sogar mit Exkommunikation bedroht wurden, während neuerdings die geistliche Behörde sich darauf beschränkt, lediglich ihre kirchliche Anschauungsweise auszusprechen und festzuhalten. (Schw. M.)

Italien ausbreite, weil er einem solchen Beginnen selbst mit gewaffneter Hand sich widersetzen würde, weil er aber dann fürchten muß, zugleich am Rhein von Preußen angegriffen zu werden, welches nicht wieder gesonnen ist, eine zweite bewaffnete Einmischung Napoleons in die italienischen Händel ruhig hinzunehmen, und weil Napoleon für diesen Fall noch nicht hinlänglich gerüstet ist. Ist er das, dann kommt auch der Angriff auf Venetien.

Oesterreich. Wien, 24. März. Julius Fröbel ist gestern hier angekommen und gedenkt hier eine bedeutende publizistische Stelle anzunehmen. Fröbel (Demokrat) ist durch seine letzten Broschüren der österreichischen Regierung eine **persona grata** geworden, und es heißt sogar, daß ihm ein wichtiger Posten im Staatsministerium angeboten worden seyn soll. (?) Einer ähnlichen Gunst erfreuen sich Adolph Kolatschek und dessen „Stimmen der Zeit“. So ändern sich die Zeiten. Wie lang ist's her, daß diese Männer auf's Bitterste von oben her verfolgt wurden? (D. Allg. Z.)

Wien, 24. März. Ein Korrespondent der „D. Allg. Z.“ gibt einige Mittheilungen darüber, mit wie schwerem Herzen man sich zu den Konzessionen vom 26. Februar verstanden, welche am 6. und 29. April ein freies und reformirtes Oesterreich anbahnen sollen. Er sagt: „Wer in dem Glauben befangen ist, daß der Staatsminister Ritter v. Schmerling die Fäden in der Hand hat, welche von der alten Hofpartei nach wie vor, jetzt zwar im Geheimen, gesponnen werden, könnte sehr leicht zu ganz falschen Voraussetzungen veranlaßt werden. Nichts ist gewisser, als daß der Geist der alten Hofpartei mit der neuen Ordnung der Dinge nicht nur nicht aufgehört hat, sondern auch die bewegende Kraft der Dinge geblieben ist. Ob dadurch der Kaiserstaat vor neuen Ueberraschungen gewahrt bleiben wird, ist eine Frage der Zukunft. Vor der Hand sollte mit der Ernennung Schmerlings nur einer drohenden und, wie es den Anschein hatte, unvermeidlichen Gefahr vorgebeugt und der Krone bei der allgemeinen Beliebtheit des Namens Schmerling wenigstens ihr moralisches Gewicht erhalten werden. Durch die Ränke jener Partei ist als Gegengewicht der Schmerling'schen liberalen Tendenzen Hr. v. Lasser ins Ministerium getreten, um der Hemmschuh Schmerling's zu werden. Dieses Manöver ist als vollständig mit Erfolg gekrönt zu signalisiren. Diese alte, noch von Metternich geschulte Partei ist zu verschlagen, um mit einem Ruck auf ein so unnatürliches Niveau absolutistischer Zustände loszusteuern, dagegen die russischen Zustände unter dem Zaren Nikolaus sich wie Höhepunkte der Freiheit ausnehmen würden. Hr. v. Schmerling hat schon heute in maßgebenden Kreisen fast gar keinen Einfluß; er steht außerhalb des geheiligten Zirkels, den die Partei mit den absolutistischen Gelüsten um die Person des Kaisers gezogen. Trotz der kolossalen Arbeitskraft, die Schmerling jetzt entwickelt, bleibt Alles eine Sisyphusarbeit.“

§ Wien, 29. März. (Privat-Korrespondenz.) Ueber die Verhandlungen, welche zwischen dem Ministerium und den ungarischen Würdenträgern hier in Wien gepflogen werden, verlautet nur Weniges. Ein Uebereinkommen ist bis jetzt nicht erzielt. Wahrscheinlich wird man die Verhandlungen des Landtages abwarten; daß die Regierung zuletzt nachgeben und die Forderungen der Ungarn bewilligen wird, hält man hier für gewiß, da ihr namentlich jetzt, wo die Kriegswolken in Italien sich wieder düsterer zusammenziehen, kaum ein anderer Weg übrig bleibt. Die volle Befriedigung Ungarns*) ist in der That der Angelpunkt für den Fortbestand eines mächtigen Gesammtösterreich; alles Andere, selbst die so wichtige Finanzfrage ist, gegen diese gehalten, nur von sekundärer Bedeutung, und sie wird sich mit der vollständigen Befriedigung der nationalen Wünsche in der östlichen Hälfte der Monarchie jedenfalls lösen lassen, während ohne die Befriedigung der Ungarn eine gedeihliche Lösung kaum denkbar ist. Wenn nicht Alles trügt, so scheint sich diese Ansicht auch in dem Lager der Wiener Centralisten immer mehr Bahn zu brechen.

* Dieselbe Unentschiedenheit, dasselbe schwankende Zögern, womit die österr. Regierung seit anderthalb Jahren überhaupt an die verheißenen Reformen ging, zeigte sie insbesondere auch bezüglich der Forderungen der Ungarn. Wir wollen hier gar nicht der absolutistischen Gelüste gedenken, die am Wiener Hof noch starke Wurzeln haben; wir fassen hier nur den Widerstreit der Föderalisten und der Centralisten in's Auge. Die Ungarn denken bei ihren Forderungen nur an sich, an ihr Land; sie wollen ein möglichst selbständiges Ungarn, und je selbständiger dieses ist, desto lockerer wäre sein Verband mit den übrigen Theilen der Monarchie. Die Centralisten, mit deren Ansichten die kaiserliche Regierung zu Wien übereinstimmt, wollen einen österreichischen Einheitsstaat, und je schärfer diese Einheit ausgeprägt wird, desto mehr schrumpft natürlich die Selbständigkeit Ungarns ein. Die Wiener Regierung hatte nun von Anfang an die Wahl, ob sie den Ungarn nachgeben oder das System der Centralisten durchführen wollte. Fühlte sie sich stark genug, die Ungarn zu zwingen, so konnte sie das letztere wählen; wo nicht, so war es besser, rückhaltslos sich zum Nachgeben gegen die Forderungen der Ungarn zu entschließen.

---

*) Ja — soweit sie mit dem Bestand der Monarchie vereinbar ist!

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 89.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 30. März 1861.

Deutschland und Italien.

Die Frage, wie Deutschland sich zu dem neuen Königreich Italien stellen wird, ist gleichbedeutend mit der anderen, in wiefern es Italien gelingen wird, sich von den Fesseln des französischen Einflusses zu befreien. Was dem neuen Königreich noch fehlt, ist nicht blos die Hauptstadt, sondern vor Allem die Unabhängigkeit von fremder Herrschaft. Je mächtiger der Arm des angerufenen Beschützers ist, um so leichter war mit seiner Hülfe die Durchführung der Revolution, aber um so schwerer ist es, sich dem lästigen Schutze selbst wieder zu entziehen. Als die italienische Nationalpartei sich zu dem Wagniß entschloß, fremder Hülfe sich zur Befreiung zu bedienen, hatte sie ohne Zweifel gleichzeitig den Hintergedanken, dereinst nicht minder die französischen, wie die österreichischen Fesseln abzustreifen, wie es ja die traditionelle Politik des Hauses Savoyen war, sich abwechselnd der Hülfe Frankreichs gegen Oesterreich und wieder Oesterreichs gegen Frankreich zu bedienen, und durch solches Doppelspiel seine Unabhängigkeit zu bewahren. Sicher ist dies auch der Grundgedanke der Cavour'schen Politik, aber ein Gedanke, der eben so von Napoleon durchschaut und in Rechnung gezogen ist, und dessen Hintertreibung zur Zeit noch ganz in seiner Hand liegt. Durch seine Stellung in Rom hat er die definitive Vollendung des neuen Reichs in seiner Gewalt, die Erreichung des letzten Ziels hängt von seinem guten Willen ab, oder vielmehr von den Bedingungen, die die er dafür stellt. Eben in den letzten Tagen scheint es sich darum gehandelt zu haben, ob Italien die Räumung Roms sich durch neue Opfer erkaufen will, mögen nun diese in weiteren Gebietsabtretungen, oder in der Schaffung eines plonplonistischen oder muratistischen Throns, oder endlich in der Verpflichtung bestehen, in einem Kriege gegen Deutschland Bundesgenossenschaft zu leisten. In allen diesen Fällen, nicht blos im letzteren, stände es uns absolut feindlich gegenüber, denn es würde damit zu einem Schemel für die Machterhöhung Frankreichs werden, in welchem wir unter allen Umständen, so lange es von einem Napoleoniden beherrscht ist, einen natürlichen Gegner zu sehen haben. Aber Italien würde damit auch sich selbst um die Früchte seiner Erhebung bringen, welche nicht blos dem System innerer Mißregierung galt, sondern ihre schärfste Waffe in dem gemeinsamen Haß gegen die Fremdherrschaft hatte, es würde dann wirklich nur seinen Herrn tauschen, und die dem Napoleonismus wie ein natürliches Gesetz innewohnende Unersättlichkeit müßte zuletzt dieselben Erfahrungen wieder über Italien bringen, wie im Anfang dieses Jahrhunderts. Eben deswegen aber wird sich Cavour zweimal besinnen, ehe er auf solche und ähnliche Bedingungen sich einläßt, und lieber zu einer weiteren Vertagung der römischen Frage sich bequemen, als den Verlauf der Unabhängigkeit Italiens besiegeln. Ohnedies ist die fortdauernde Ungewißheit gefährlicher für Napoleon, dem sie einen bedeutsamen Kampf im eigenen Lande auflegt, als für die Italiener, welche nichts verlieren, wenn sie ruhig abwarten, bis ihnen günstige Umstände allenfalls auch das Patrimonium Petri zuführen. Graf Cavour hat den schwierigen Stand, gleichzeitig den unlauteren Einmischungsgelüsten Frankreichs, wie der rücksichtslos vordrängenden Aktionspartei entgegentreten zu müssen. Aber nach beiden Seiten hin hat er auch die überwiegende Mehrheit der nationalen Partei auf seiner Seite, welche sich in den letzten Jahren der mazzinistischen weitaus überlegen gezeigt hat, und welche jetzt sicher mit Cavour auch darin einverstanden ist, lieber die römische Frage zunächst unberührt zu lassen, als ihre Lösung mit theuren Opfern zu erkaufen. Die Stimmung über den Handel mit Nizza und Savoyen hat die Gränze gezeigt, welche nicht überschritten werden kann, und wenn die nationale Partei auch begreifen mochte, daß ohne irgend welches Opfer die Hülfe Frankreichs nicht zu erreichen war, so wird sie doch niemals zu solchen Opfern sich verstehen, welche die ganze italienische Erhebung illusorisch machen. — Allein wenn auch Cavour zwischen napoleonischer Arglist und mazzinistischer Hitzköpfigkeit glücklich das Schifflein hindurchzulenken im Stande ist, stets das Ziel der nationalen Unabhängigkeit im Auge, so ist doch noch ein weiterer, uns direkt berührender Punkt, welcher die schon öfter angeregte Verwirklichung eines Bündnisses zwischen Italien und Deutschland, das eventuell gegen Frankreich gerichtet wäre, vorläufig völlig ins Reich der Träume verweist. Es mag seyn, daß es auch in Italien Männer gibt, denen im Ernste solche Gedanken vorschweben, wie sie vor Kurzem im preußischen Abgeordnetenhaus geäußert worden sind, allein jedenfalls nur mit dem Vorbehalt, daß dann zuvor die venetianische Frage in ihrem Sinne gelöst ist, d. h. daß Venetien, und nicht bloß dieses, sondern was die italienische Zunge redet, also auch Völker des deutschen Bundesgebiets und der Schweiz, in den Besitz Italiens übergegangen sind. So lange aber Italien diese Gebiete als ein natürliches Recht in Anspruch nimmt, versteht sich von selbst, daß es in Deutschland, wie Deutschland in ihm einen natürlichen Gegner erblicken muß, eine Gegnerschaft, die später oder früher zu einem Entscheidungskampfe führen muß. Dagegen muß Italien, so lange die Sachen so stehen, in Frankreich seinen natürlichen Verbündeten sehen, wie es auch mehr als wahrscheinlich ist, daß, wenn einmal der Angriff auf Venetien als zeitgemäß erachtet wird, dieß derselbe Moment seyn wird, in welchem auch die napoleonischen Absichten auf die Rheingränze gereift sind.*) In künftigen Zeiten mögen Kombinationen eintreten,

*) Denn das ist doch Jedem klar, daß der Angriff auf Venetien jetzt bloß deßhalb verschoben wurde, weil Napoleon nicht sicher ist, daß Viktor Emanuel allein schon den österreichischen Waffen gewachsen wäre, weil er nicht dulden würde, daß Oesterreich im Fall eines Siegs sich wieder in

selbständig ist, ohne Unterschied des Geschlechts, Freiheit der Gewerbeausübung, Freiheit der gewerblichen Niederlassung und Freiheit des Absatzes und des Handels in der weitesten Ausdehnung. Ausnahmen sollen aus allgemein polizeilichen Gründen bei einzelnen Gewerben aus der Zahl derjenigen erhalten bleiben, welche schon nach der bestehenden Gewerbeordnung theils von einer Konzession, theils von dem Nachweis persönlicher Fähigkeit des Unternehmers abhängig, theils obrigkeitlich bestellten Personen übertragen waren. Dagegen soll die Freiheit von gewerblicher Beschränkung, welche den Gewerben im Allgemeinen zugedacht ist, auch dem Hausirhandel zu Theil werden, in welchem der Entwurf einen wichtigen Vermittler des einheimischen Absatzes erkennt, und es soll derselbe nur vom Standpunkt der Sicherheitspolizei gewissen Beschränkungen und Kontrolen unterliegen.

Aus Wien, 25. März, wird der „N. Pr. Z." geschrieben: „Neuerlich verlautet: es sey noch keineswegs außer Zweifel, daß der Kaiser den ungarischen Landtag persönlich eröffnen werde. Ich gebe Ihnen das Gerücht mit aller Reserve. Was man aus Ungarn hört, ist jedenfalls so geartet, daß man die Möglichkeit ernster Bedenken darüber begreifen kann, ob es zulässig oder räthlich sey, die Würde der Krone allfälligen illoyalen Kundgebungen auszusetzen. Vielleicht — ja wir hoffen das — sind diese Befürchtungen ohne Grund; daß sie gehegt werden, haben die Ungarn nur sich selber, den terroristischen Reden und Thaten ihrer Ultra's und dem ganz passiven, ja der herrschenden Strömung sich aktiv fügenden Verhalten ihrer konservativen und dynastisch gesinnten Landsleute zuzuschreiben. Ich will bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen, auf die ruhige, ordnungsliebende Haltung der Bevölkerung aller Stände und Nationalitäten hinzuweisen, welche bei den Landtagswahlen in den deutsch-slawischen Kronländern an den Tag getreten ist. Kein Zweifel, daß das unglückliche Jahr 1848 diesen Ländern eine heilsame Lehre gegeben hat, deren Frucht nicht verloren ist."

In Ungarn soll gegenwärtig an vielen Orten eine beispiellose Wohlfeilheit herrschen besonders auch deshalb, weil die Eintreibung von Verzehrungssteuern u. s. w. vor der Hand aufgehört hat. Ein österreichisches Blatt bemerkt dazu: Viele andere Dinge außer Fleisch, Tabak u. A. sind so wohlfeil, weil die israelitischen Handelsleute ihre Waaren um jeden Preis losschlagen, indem sie dem Landfrieden nicht trauen.

Szegedin, 20. März. Heute Nachmittags 3 Uhr fand man den Csongrader Stuhlrichter Rudolf Tarnay erschossen in seinem Zimmer. Er war eben mit der Untersuchung gegen einige Wahlexcedenten betraut und man glaubt, daß einer der unter Anklage stehenden Excedenten der Mörder sey. — Vom Bischof Stroßmayer erzählt eine Vukovarer Korrespondenz des „Naplo", daß der Bischof einer bei ihm aufwartenden Deputation gegenüber äußerte: „daß sämmtliches Gebiet zwischen dem schwarzen und adriatischen Meer und dem Balkangebirge Eigenthum der Südslaven sey, und daß dies die Südslaven — durch Vermittlung Louis Napoleons — nach Beendigung der italienischen Angelegenheiten zurückerlangen werden." (!)

* In Kopenhagen geht wieder einmal das Gerücht, der König wolle abdanken oder, wie Andere behaupten, eine Zeit lang außer Lands verreisen, und inzwischen die Regentschaft dem Prinzen Christian übertragen. Wahrscheinlich hat dies Gerücht keinen andern Grund, als den Wunsch jener Partei, welche schon längst den Rücktritt des Königs wünschte, um endlich die holsteinische Sache zu einem Abschlusse zu bringen. (Allg. Ztg.)

Paris, 25. März. Die „Affaire Mirès" nimmt seit dem Verschwinden der bewußten Aktenfascikeln eine ganz gewöhnliche Wendung; sie schläft ein und wird allgemach todt seyn. Aber — Scheintodte leben wieder auf. Mirès selbst sitzt im Gefängniß, Graf Richemont hat durch einen Pistolenschuß sich selbst hingerichtet und das seine Gewebe zerrissen. Marquis Pontalba, der ein so glänzendes Haus hier machte und nur 150,000 Frcs. brauchte zu einer einzigen Reise nach Rom, wo eine Versammlung der Eisenbahn-Aktionäre war, ist flüchtig und verschollen; ebenso Herr Solar, der durch Mirès Eigenthümer der „Presse" wurde. Ein profunder bonapartistischer Politiker hat mir noch vor einigen Tagen mit dem etwas selbstgefälligen Aplomb, der allen Bonapartisten eigen ist, versichert: „Der Kaiser hat den Thron wieder errichtet mit Hülfe der Soldaten, der Börsenschwindler und der Priester; die Priester ist er schon los; von den Börsenschwindlern befreit er sich jetzt durch den Prozeß Mirès; dann sind wir ganz unter uns!" Aber so geschwind geht's doch nicht! (N. Pr. Z.)

Turin, 27. März. Der Kammerausschuß hat die Cialdini zugedachte Ehrenpension abgelehnt. (Tel. d. Allg. Z.)

Warschau, 23. März. Seit mehreren Tagen macht eine Liste, welche die Namen der russischen Spione im Königreiche Polen veröffentlichen soll, ungemeines Aufsehen. Diese Liste soll nämlich der in russischer Sprache zu London erscheinenden, von dem bekannten russischen Publizisten Herzen redigirten Zeitschrift „Kolokol" (Glocke) beigelegen haben. Die Gerüchte bezeichnen mehrere bis jetzt als höchst achtenswerth dagestandene, im Rufe makelloser Personen Stehende als auf dieser Liste verzeichnet.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. dilto.	$76\frac{1}{4}$ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$59\frac{7}{8}$ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	49 P. $48\frac{1}{2}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$42\frac{1}{2}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	36 P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$87\frac{1}{2}$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	$102\frac{3}{4}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$103\frac{1}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$103\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$99\frac{3}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$103\frac{7}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{7}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	95 G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$101\frac{7}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{5}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$93\frac{1}{2}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$101\frac{7}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$100\frac{3}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$98\frac{3}{4}$ P.
„	3 pCt. Obl.	$90\frac{7}{8}$ G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47 P.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt. „ „ „	$41\frac{1}{2}$ P.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$99\frac{1}{4}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$169\frac{3}{4}$ P.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	552 G.	ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	124 G.	
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	179 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	76 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien	69 P.	
Internationale Bank in Luxemb. . .	$82\frac{3}{4}$ G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	336 P.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$67\frac{3}{4}$ P.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	220 G.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . . .	$120\frac{1}{2}$ P.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$72\frac{1}{2}$ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	25 P. $24\frac{1}{2}$ G.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$129\frac{1}{4}$ P.	
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$99\frac{3}{4}$ P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{1}{8}$ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	237 G.	
Span. Handels- u. Industrie	520 P.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	467 G.	
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$104\frac{1}{2}$ P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{1}{2}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$96\frac{1}{4}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
Hamb. Mll. 100 k. S.	$88\frac{1}{4}$ B.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{5}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	$93\frac{1}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{1}{4}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$78\frac{1}{2}$—$\frac{5}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	72 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$47\frac{7}{8}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$52\frac{3}{4}$ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$129\frac{3}{4}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$52\frac{5}{8}$ G.	„ fl. 25 do.	$34\frac{5}{8}$ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$90\frac{1}{4}$ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$34\frac{5}{8}$ P.
$4\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	118 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	$49\frac{3}{4}$ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	36 P.
Badische fl. 50	90 P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{7}{8}$ P.
Badische fl. 35	$52\frac{3}{4}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{7}{8}$ P.

Frankfurt, 28. März. Niedrigere auswärtige Retirungen und beunruhigende Gerüchte verursachten eine flaue Stimmung für österr. Fonds, Bank- und Kreditaktien, welche seit gestern wieder einen namhaften Rückgang erlitten. Auf die meisten übrigen Fonds blieb das Weichen der österreichischen ohne Einfluß. Der Umsatz war ziemlich bedeutend. Die neuen $4\frac{1}{2}$ pCt. Nassauer Obligationen werden am 3. April ausgegeben. (Syndikat.)

Offiziere zähle, unmöglich die 7000 Garibaldischen unterbringen können; Sirtori, ein Garibaldischer General, erklärte darauf, man habe beim Vorrücken der Piemontesen nicht gewußt, ob sie als Freund oder Feind kämen und sich sogar zum Widerstand bereit gehalten. Diese Worte erregten einen solchen Tumult, daß der Präsident die Sitzung eine Weile schließen mußte. Als sie wieder fortgesetzt wurde, bestand Lamarmora auf seinem Antrag, der zuletzt aber von einer überwiegenden Mehrheit zurückgewiesen wurde.

Neapel, 20. März. Der Rücktritt Liborio Romano's hat nunmehr auch den aller übrigen Mitglieder des neapolitan. Ministerium (oder besser gesagt Statthalterei-Rathes) zur Folge gehabt. Es ist nicht schwer, die Ursachen von Beidem sich klar zu machen. Wie die Dinge gegenwärtig hier stehen, sind es hauptsächlich zwei Parteien, die im Innern des Staatslebens feindlich gegen einander auftreten und sich an Einfluß in der praktischen Verwerthung ihrer Grundsätze zu überbieten suchen: die eine die der piemontesisch gesinnten ehemaligen Emigration, die andere die der spezifisch neapolitanischen Stellenjäger und Intriguen-Fabrikanten. Beide hatten ihren Stützpunkt innerhalb des Ministerium, die erstere in Spaventa und der Majorität seiner Collegen, die letztere in Romano. Dieser schien sich in der Fortsetzung der Rolle, wenn auch in kleineren Dimensionen, zu gefallen, die er schon während des Sommers gespielt hätte, und ein Bruch war darum auf die Dauer unvermeidlich. Er wurde beschleunigt durch die Veröffentlichung eines höchst loyalen und devoten Briefes, den Romano im Jahre 1854 aus der Verbannung an Ferdinand II. gerichtet hatte, und der allerdings nur sehr wenig zu dem neueren Thun und Treiben des bourbonisch-garibaldischen Ministers à deux mains paßte. In dem ebenfalls zur Oeffentlichkeit gelangten Schreiben desselben an den Prinzen von Carignan, worin er um seine Entlassung bittet, klagt er seine Collegen hart an, ihm jede Möglichkeit zur Ausführung seiner guten Plane von vorn herein genommen zu haben, und fügt in dürren Worten hinzu, daß die gegenwärtige Regierung das Vertrauen des Landes verloren habe. Auf diese Anklage hin reichten auch die anderen Minister ihre Entlassung ein. Der Prinz nahm sie an und verfügte nur ihr provisorisches Verbleiben im Amte. So hätten wir also abermals ein neues Ministerium zu gewärtigen, wenn ich nicht irre, das achte in acht Monaten. Wollte man so sanguinisch seyn, zu glauben, jetzt endlich würde das Land seine rechten Männer finden, so würde man sich ganz bestimmt sehr gewaltig täuschen. „Lasciate ogni speranza voi chi entrate!“ kann man in den ersten zehn Jahren allen ohne Ausnahme zurufen, die in dieses Chaos von Unordnung, Unwissenheit, Trägheit und Corruption eintreten, um da als leidende Minister Ordnung zu schaffen. Es ist wahr, nach und nach wird es gehen, falls nicht eine Niederlage der italienischen Waffen eines schönen Tages dem Mazzinismus oder Muratismus den Boden ebnet; aber bis es endlich einmal geht, das wird noch eine lange und schwierige Arbeit seyn. (Köln. Ztg.)

Türkei.

Trotz aller Finanzverlegenheiten, in denen die Pforte sich befindet, wurde erst in den letzten Tagen eine Summe von nicht weniger als 17,000 Beuteln ($8^1/_2$ Mill. Piaster) ausbezahlt, um das Mobiliar des großherrlichen Palastes in Dolmabaktsche zu ändern und zu vermehren. Auch liefert unter Anderm das Gehalt, das der neuernannte Gesandte in Paris, Vely Pascha, bezieht, einen Beweis, daß dem türkischen Reiche noch immer große Hülfsquellen zu Gebote stehen müssen. Er bekommt als Gesandter 132,000 Frcs. jährlich, nebst einer Entschädigung für besondere Auslagen; ferner als Mitglied des Tansimatrathes, welches Amt ihm so eben übertragen wurde, 240,000 Piaster, und als Gesandter in Brüssel, wo er ebenfalls beglaubigt ist, noch ein drittes Gehalt. Vely Pascha überbringt auch dem König von Preußen den Medschidie-Orden 1. Klasse. (Tr. Z.)

Rußland und Polen.

Warschau, 20. März. Woher die augenblickliche Nachgiebigkeit der Russen entstanden, ist den mit den Persönlichkeiten Bekannten kein Geheimniß. Fürst Gortschakoff, wie sein Vetter, der Minister, gehört zu jener altrussischen Partei, welche stets die Neigung gehabt hat, den polnischen Adel für die panslawistischen Ideen zu gewinnen. Die weichere Natur des Kaisers Alexander, im Vergleich zu den festen Prinzipien seines Vaters, erlaubte das Experimentiren. Bald nach dem Antritte der Regierung des Kaisers begann der Versuch, die Polen zu versöhnen. In Betreff der Universität, der Schulen, der Anstellungen, des Paßwesens, der Vereine und dergleichen wurden Konzessionen gemacht. Der Statthalter hatte sich seit Jahren so in ein Suchen nach Popularität bei dem polnischen Adel, in das Bestreben, dessen Lob und Neigung zu gewinnen, hineingelebt; die schlaue Höflichkeit der Polen, wenn sie ihre Zwecke verfolgen, hatte ihn dabei so umnebelt, und er glaubte schon so sicher, daß er sein Ziel erreicht und die Polen zu den besten russischen Unterthanen umgewandelt habe, daß er, ganz abgesehen von seinem Alter und der physischen Ermüdung durch Deputationen bis in die Nacht hinein, schon lange nicht mehr den moralischen Muth und den eisernen Willen besaß, den Truggebilden der sogenannten gesetzlichen Organisation des Aufstandes entgegen zu treten. So wich er von anfänglichen großen Worten bis zur fast vollständigen Resignation auf die bürgerliche Gewalt zurück. (N. Pr. Z.)

Aus Polen. Die Landestrauer in Stadt und Land dauert fort. Die Polizei wollte in Wilna Anfangs gegen die Trauernden einschreiten und nahm einige in Haft; aber in wenigen Stunden war die ganze Stadt in gleichem Gewande, und der unnütze Widerstand mußte aufgegeben werden.

Afrika.

Am Senegal haben die Franzosen durch eine Expedition nach dem Innern des Landes den König von Cayor zur Abtretung der Salzdistrikte gezwungen und sich den ganzen Küstenstrich zwischen Goré und St. Louis unterworfen.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 26. März. Se. Maj. der König besichtigte heute in der Hofreitschule, in Begleitung des königl. Regierungspräsidenten Frhrn. v. Zu-Rhein, die von der hiesigen Metzger-Innung für die Osterfeiertage zum Schlachten bestimmten Mastochsen, worunter sich wahre Prachtexemplare befanden, welche sich beinahe mit den Preisochsen des Oktoberfestes hätten messen können. (A. Abdz.)

Landshut, 23. März. Vor einigen Tagen hat ein Bauer in der Nähe von Eggenfelden sein Eheweib mit Phosphor vergiftet, um nach deren Tode seine Magd heirathen zu können. Die Quantität des beigebrachten Giftes soll so groß gewesen seyn, daß der Tod schon nach Umfluß von $1^1/_2$ Stunden erfolgte. Der Uebelthäter soll sich bereits sammt seiner Konkubine, welche ihm zur Ausführung der Unthat behilflich war, in Haft befinden.

Nürnberg. (Sängerfest.) Es wurde schon mitgetheilt, daß das deutsche Sängerfest zu einer ordentlichen Durchführung einen Aufwand von mehr als 40,000 fl. erheischt. Es haben sich auch gleich hier viele Männer gefunden, welche den nöthigen Geldvorschuß in Aktien à 100 fl. leisten, und ist bereits die Summe von 37,000 fl. gezeichnet, so daß also jetzt in jeder Beziehung — mit Ausnahme kriegerischer Zerwürfnisse — das Fest gesichert ist. In der gestrigen Sitzung des Gesammtausschusses wurde eine Ansprache beschlossen, welche nächster Tage veröffentlicht wird. Die Ansprache enthält eine Motivirung, warum hieher nicht allgemein, sondern nur speziell eingeladen wird. Mehr als 4000 Sänger können hier nicht bequartiert werden, und selbst hiezu reichen die Privatquartiere nicht aus, sondern müssen Kasernirungen veranstaltet werden, welche die Einquartierungskommission, bei der sämmtliche 64 Distriktsvorsteher von Nürnberg sind, auf 6—8000 fl. veranschlägt. Jedermann miethet sich eben nicht mehr Raum, als er nothwendig bedarf. Bei dieser Wohnungsnoth eine allgemeine Einladung an alle in ganz Deutschland bestehenden Gesangvereine und an alle Sänger, deren Bayern allein 5000 und ganz Deutschland wenigstens 20,000 zählt, zu richten, ist nicht möglich. (Reg. Tgbl.)

Nürnberg, 27. März. König Wilhelm von Preußen und dessen Gemahlin Königin Auguste haben dem Germanischen Museum neue Beweise ihrer Huld und Theilnahme gegeben, indem der König jährlich 500 Thaler aus der Kabinetskasse, die Königin, welche im vorigen Jahr bereits ein gothisches Fenster nebst 50 fl. für die Karthause stiftete, 100 fl. bewilligte. (N. Kor.)

Mannheim, 22. März. Hoftheatermaschinist Mühldorfer reist nach Biebrich, wo er zur diesjährigen Blumenausstellung, die an Pracht alles bisher in dieser Art in Deutschland Gesehene übertreffen soll, die Dekorationen der Ausstellungsräume einzurichten übernommen hat.

Neueste Nachrichten.

Aus Württemberg. Aus dem Vortrag des Ministers des Innern zu dem Entwurf einer neuen Gewerbe-Ordnung finden wir in dem „Beobachter“ folgende Auszüge: Der Entwurf gewährt grundsätzlich jedem Staatsangehörigen, welcher bürgerlich

fügung vorgegangen ist. Die geistlichen Wirren greifen also wieder um sich. (Ztg. f. Nordd.)

* **Sachsen.** Nachdem der Abg. Martini in der Sitzung der 2. Kammer vom 20. März die bisher fast gar nicht bekannt gewesene Thatsache zur Sprache gebracht hatte, daß die Regierung geheime Conduitenlisten über das Verhalten der Stadträthe und Stadtverordneten (dasselbe, was bei uns in Bayern Magistrat und Gemeindebevollmächtigte), namentlich in politischer Hinsicht, führe, wurde derselbe Gegenstand in der Sitzung vom 21. von Neuem aufgegriffen. Seyfert ist durch die Mittheilung betreffs der über Stadträthe und Stadtverordneten geführten Conduitenliste nicht nur überrascht, sondern erschreckt worden. Er bekleide seit Jahren städtische Ehrenämter, aber davon habe er nie eine Ahnung gehabt, daß er unter polizeilicher Aufsicht stehe. Für diese Ehre müsse er sich bedanken, und gewiß jeder Ehrenmann. Er müsse wünschen, daß hierüber eine Verordnung erscheine, damit man etwas Sicheres darüber erfahre. Vizepräsident Oehmichen: Man bestätige Ehrenmänner nicht, weil sie mit der sächsischen Politik nicht übereinstimmten. Aber diese Politik sey keine unfehlbare, sonst müßte sie auch eine unwandelbare seyn. Sey aber das, was die Regierung in den Jahren 1848 und 1849 gesagt und gethan, etwa sehr verschieden von dem, was jetzt der Nationalverein anstrebe? Und doch verdamme die sächsische Regierung jetzt, was man damals gethan. Es könne leicht wieder von außen ein Anstoß zur Bewegung kommen, und solche Vorarbeiten wie jene Listen seyen gerade dazu geeignet, den gesetzlichen Boden zu unterwühlen. Vergeben und Vergessen politischer Fehler — Amnestie — sey besser als polizeiliche Maßregeln. Günther sieht in dieser Maßregel nur einen kleinen Theil des allgemeinen Regierungssystems, das seit 10 Jahren, seitdem der demokratische Unverstand ausgetobt, in Sachsen befolgt werde. Dieses System, welches nicht den wahren Konservalismus befolge, sey möglicher Weise aus der Furcht vor der Demokratie entsprungen, und werde so lange bestehen, bis die Regierung zu der Ueberzeugung gelangen werde, daß ihre Hauptstütze in der Mehrheit des Volkes, welche von allen Extremen entfernt sey, beruhe. Minister v. Beust: Die hier zur Sprache gebrachte Maßregel sey ihrem Charakter nach falsch aufgefaßt worden. Der Zweck dieser Listen sey nicht ausschließlich der Aufnahme von Notizen über die politischen Gesinnungen der Stadträthe und Stadtverordneten gewidmet. Der Charakter dieser Tabellen sey eigentlich ein statistischer, man wolle dadurch ein Bild des Zustandes des ganzen Landes erhalten. Auch könne er versichern, daß von den Listen nie gegen Persönlichkeiten Gebrauch gemacht worden; man habe sich auch stets nur daran gehalten, was von den Kreisdirektionen darüber an das Ministerium gelangt sey. Da aber die Maßregel einer entschiedenen Mißdeutung unterliege, so zögere er nicht mit der Erklärung, daß die Regierung keinen Werth auf Fortführung jener Listen lege, und dieselben von jetzt ab aufgeben werde. — Das einmüthige Auftreten der Kammer in dieser Sache ist um so beachtenswerther, da sie sonst keineswegs scharfe Opposition gegen die Regierung macht, sondern möglichst mit derselben Hand in Hand zu gehen sucht.

* **Braunschweig.** Die Abgeordneten-Versammlung hat einstimmig folgenden Antrag in der kurhessischen Sache zum Beschluß erhoben: „Feierliche Verwahrung gegen den Bundesbeschluß vom 27. März 1852 und seine Motive einzulegen, mit dem dringenden Ersuchen, herzogliche Landesregierung wolle unablässig dahin wirken, daß die kurhessische Verfassung vom 5. Januar 1831, so weit sie nicht bundeswidrige Bestimmungen enthält, wiederum zu thatsächlicher Geltung gelange".

Oesterreich. Wien. Es wird versichert, daß der Kaiser in letzter Zeit sich mehr als früher zu liberalen Ansichten hinneige; gegen Personen seiner nächsten Umgebung soll er sich öfter in freisinniger Weise aussprechen und der Hoffnungen Erwähnung thun, zu welchen das junge Verfassungsleben in Oesterreich berechtige. Diese Gesinnungen des Kaisers scheinen indessen am Hofe nicht von vielen Personen getheilt zu werden, so hört man namentlich, daß eine hohe Dame, der man einen bedeutenden Einfluß auf die Regierungs-Angelegenheiten zuzuschreiben pflegte, auch jetzt noch eine starre Anhängerin des absolutistischen Systems geblieben sey; ihr erscheinen die konstitutionellen Errungenschaften als beklagenswerthe Wiederholungen der revolutionären Ausgeburten des Jahres 1848; wie vor einem Decennium die Umsturzbestrebungen den Kaiserstaat an den Rand des Abgrundes gebracht hätten, so werde das auch diesmal der Fall seyn. (Schw. M.)

Wien, 27. März. Die „Oesterr. Ztg." vernimmt: Die Beschlüsse der Judex-Kurial-Konferenz in Betreff der Wiedereinführung der ungarischen Gesetze, sowie die Forderung eines unabhängigen Ministerium für Ungarn wurden vom Kaiser nicht genehmigt.

* Aus Ungarn hören wir von Zeit zu Zeit immer wieder von Erklärungen einzelner Komitats-Versammlungen oder Stadtgemeinden, daß die Ungarn den Reichsrath in Wien nicht beschicken dürften. Diese Erklärungen geben Kunde von der politischen Stimmung in den betreffenden Landestheilen; zu viel Gewicht aber darf man ihnen nicht beilegen; erst auf dem Landtag, der am 2. April in Ofen, resp. Pesth zusammentritt, wird sich's zeigen, ob die Mehrheit für oder gegen das Beschicken des Reichsraths ist; der Landtag allein ist befugt, hierüber im Namen des Landes das Wort zu führen. Die Verhandlungen, welche seither in Wien von der kaiserl. Regierung mit hervorragenden ungarischen Magnaten geführt wurden, hatten vornehmlich den Zweck, die Ungarn für das Beschicken des Reichraths zu stimmen, und es heißt, sie seyen von gutem Erfolg gewesen. Ueberhaupt scheint sich die Stimmung in Ungarn seit einigen Wochen etwas mehr beruhigt zu haben, wenn gleich sie noch immer erregt genug ist. Aus einzelnen Orten hört man zwar noch, daß die Gemeinde- oder die Komitatsbehörden sich gegen das Steuerzahlen stemmen; dagegen wird auch aus anderen berichtet, daß die Leute zu besserer Einsicht gekommen sind. — In Kroatien und Slawonien stehen sich die Parteien noch immer schroff gegenüber: die eine will, daß diese Länder mit Ungarn vereinigt werden, die andere, daß sie mit Dalmatien ein eigenes Kronland bilden. Die letztere wird von der Wiener Regierung unterstützt; die erstere, an Zahl kleiner, desto lauter aber im Schreien, wird natürlich von Ungarn aus gesteift. Der kroatisch-slawonische Landtag tritt in einigen Wochen zusammen, und da wird sich's entscheiden.

Dänemark.

In Bezug auf das kürzlich veröffentlichte Antwortschreiben des Königs von Dänemark an den Großherzog von Oldenburg erfährt die „Bank- und Handels-Zeitung" von unterrichteter Seite, daß dasselbe in der Form, in der es der Oeffentlichkeit vorliegt, insofern ungenau ist, als gerade die stärkste Stelle des Originals nicht etwa bloß gemildert, sondern ganz gestrichen wurde, und es wird hinzugefügt, daß damit dem ausdrücklichen Wunsche Rußlands entsprochen sey, welches übrigens gleichzeitig die Veröffentlichung des Schreibens des Großherzogs in sehr entschiedenen Worten in Oldenburg mißbilligt habe.

Frankreich.

Paris, 26. März. Die Veröffentlichung der päpstlichen Allocution ist endlich, nachdem sie drei Tage lang verboten gewesen, von dem Ministerium des Innern erlaubt worden. — Wie man versichert, werden hier Vorbereitungen zu einer neuen diplomatischen Mission nach Abyssinien getroffen. Der Schiffskapitän v. Russel soll abermals an die Spitze dieser Gesandtschaft gestellt werden, welche aus mehreren Offizieren und Gelehrten bestehen wird. (Fr. Pstz.)

Italien.

Rom, 19. März. Das geheime Konsistorium ist gestern gehalten worden. Man hatte dem heiligen Vater in den voraufgegangenen Tagen die Lage als weniger bedenklich vorzustellen versucht: allein er verbat sich solche gute Dienste, die entweder aus Kurzsichtigkeit oder unzeitigem Mangel an Aufrichtigkeit ihn und sich selber nur täuschen könnten. Man erinnerte ihn darauf an die letzten Freitags-Demonstrationen der Wohlgesinnten in St. Peter. „Ich habe ja auch Augen", antwortete er, „und sehe, daß es etwa 6000 Personen waren, die da kamen; doch das ist nicht die Bevölkerung; die läuft im nämlichen Augenblicke außerhalb der Peterskirche dem goldenen Kalbe nach. Die will mich nicht." Seit drei Tagen ist die Agitation für den neuen König von Italien so im Wachsen, daß jeder Augenblick zu einer allgemeinen Erhebung fortreißen kann. (Köln. Z.)

Turin, 24. März. In der gestrigen Kammersitzung beklagte sich Lamarmora über die von Fanti eingeführten Neuerungen im Heerwesen, tadelt die Vermehrung der Kompagnien bei den einzelnen Bataillonen, die den Offizieren verursachten Uniformirungsspesen, die Landesvertheidigungsanstalten und den Mangel an Waffenplätzen und beantragt Prüfung der Neuerungen. Fanti vertheidigt seine Reformen. Cavour beschwört Lamarmora's Patriotismus, seinen im gegenwärtigen Moment unzeitigen Vorschlag zurückzuziehen. Nun mischten sich auch die Anhänger Garibaldi's ein. Brofferio warf der Regierung vor, sie habe eine Heldenschaar (Garibaldi's Freiwillige) aufgelöst; Kriegsminister Fanti erwiderte, man habe in der regelmäßigen Armee, die nur 9000

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 88. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 38. Jahrgang. | Freitag, 29. März 1861.

Die Mainzölle.

Grade im gegenwärtigen Augenblick, in welchem auf Veranlassung Bayerns die Uferstaaten des Mains zu einer Konferenz zusammenzutreten im Begriff sind, um über die Herabsetzung der Mainzölle zu berathen, möchte es von Interesse seyn, etwas über die Verhältnisse der Mainschifffahrt seit der provisorischen Uebereinkunft vom Jahre 1846 zu erfahren. Diese Uebereinkunft der Uferstaaten (Bayern, beide Hessen, Frankfurt, Baden und Nassau), welche mit 1. Juni 1846 in's Leben trat, hat nunmehr über 14 Jahre bestanden und gewiß manche gute Wirkungen deshalb geäußert, weil sie die Zollstellen von 6 auf 5 reduzirte, einen festen Tarif feststellte und das frühere willkürliche Verhältniß der Aemter zu den Schiffern regelte. Aber die Lasten, welche auch sie der Schifffahrt noch auflegte, sind sehr drückend, und namentlich in Folge dieser Lasten hat der Schifffahrtsverkehr auf dem Main bedeutend abgenommen, wozu freilich auch die Konkurrenz der Eisenbahnen beitrug. Welche hohe Abgaben den Wasserverkehr hemmen, wird klar, wenn man bedenkt, daß von 1847 — 1860 bei den fünf Mainzollämtern Wertheim, Groß-Steinheim, Hanau, Frankfurt und Höchst 2,188,623 fl. an Zöllen und Schiffsgebühren erhoben wurden, somit durchschnittlich in einem Jahr 156,330 fl., und daß hievon auf Waaren nach den einzelnen Gebührensätzen 1,287,868 fl., auf Bau- und Nutzholz 681,327 fl. und auf Schiffsgebühren 223,570 fl. trafen. Wenn schon an und für sich diese Summen als eine bedeutende Last der Schifffahrt erscheinen, so erhöht sich dies noch mehr, wenn man bedenkt, daß diese Abgaben nur für eine Uferstrecke von 21 Wegstunden am rechten und 13 Wegstunden am linken Ufer erhoben werden, während der übrige Main in einer Länge von 99 Stunden am rechten und 107 Stunden am linken Ufer von jeder Abgabe seit 1818 durch die bayerische Regierung befreit wurde.

Was die Betheiligung der verschiedenen Staatsangehörigen an der Mainschifffahrt betrifft, so zeigte sich, daß dieselbe am Obermain und speziell beim Mainzollamt Wertheim hauptsächlich auf Bayern traf. Es waren nämlich in den Jahren 1854 bis 1860 in der Thalfahrt unter 23,041 Schiffen 22,240 Eigenthum bayerischer Schiffer, in der Bergfahrt aber unter 20,372 Schiffen 20,112, während in der Thalfahrt nur 707 und in der Bergfahrt nur 171 Schiffe badischen Schiffern gehörten und die Betheiligung anderer Staatsangehörigen nur sehr gering war. Im gleichen Verhältniß stand auch die Betheiligung bayerischer Staatsangehörigen bei Bezahlung der Abgaben, und es wurden von den Gesammteinnahmen des Amtes Wertheim von 1847 bis 1860, welche 756,341 fl. 13 kr. betrugen:

481,820 fl. durch bayerische Schiffer und
212,528 fl. 22 kr. durch bayerische Flößer,

im Ganzen aber 694,348 fl. 22 kr. durch bayerische Staatsangehörige bezahlt — ein Verhältniß, das auch bei Groß-Steinheim und Hanau anzunehmen ist. Anders war allerdings die Betheiligung am Untermain und namentlich bei Höchst: hier waren von 1858 bis 1860 unter 16,718 Schiffen in der Thalfahrt nur 10,245 Eigenthum bayerischer, 2334 großh. hessischer, 1872 nassauischer, 1407 badischer, 597 Frankfurter und 262 preußischer Staatsangehörigen, während in der Bergfahrt unter 14,994 Schiffen nur 5879 Eigenthum bayerischer, 4007 preußischer, 1623 großh. hessischer, 1605 Frankfurter und 645 badischer Schiffer waren. Wenn bei den obwaltenden Verhältnissen Bayern die Initiative ergriff, um eine Herabsetzung der Mainzölle herbeizuführen, so kann dieser Schritt gewiß nur mit Freuden begrüßt werden. (Allg. Ztg.)

Deutscher Bund.

Bayern. München, 27. März. Se. Maj. der König hat zum Landrichter von Wörth den Assessor der Regierung der Oberpfalz J. Schreyer ernannt; auf dessen Stelle den k. Landgerichts-Assessor M. Wiedenhofer zu Kemnath befördert; genehmigt, daß die Pfarrei Pleinfeld, Ldg. Ellingen, von dem Bischofe zu Eichstätt dem Priester J. B. Müller, Pfarrer zu Stopfenheim, des gen. Ldg., verliehen werde; in die Lehrstelle der 4. Kl. der lat. Schule zu Amberg den Studienlehrer der 3. Klasse, W. Groß, in dessen Stelle den Studienlehrer der 2. Klasse, Priester S. Schrembs, in die Lehrstelle der 2. Klasse aber den Studienlehrer der 1. Klasse, L. Kastner daselbst vorrücken lassen; auf die Lehrstelle der 1. Klasse den Studienlehrer J. Müller zu Kempten versetzt; in die Lehrstelle der 2. Klasse an der lat. Schule zu Kempten den dortigen Studienlehrer der 1. Klasse, M. Pechl, vorrücken lassen; zum Studienlehrer der 1. Klasse an der dortigen lat. Schule den geprüften Lehramtskandidaten Priester Franz Seraph Scharrer, zur Zeit Assistent an der Studienanstalt Passau, ernannt. (N. M. Z.)

München, 27. März. Nach einem Reskript des Ministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten wird den Kreiskomites des landwirthschaftlichen Vereins die im Königreich Würtemberg bestehende Organisation des landwirthschaftlichen Fortbildungswesens zur Nachahmung anempfohlen. — Der Schuhmacher C. Bergmann und die Brauerswittwe B. Münch von Schiradorf, welche vom oberfränkischen Schwurgerichtshofe wegen qualifizirten Mordes zum Tode verurtheilt wurden, sind zur Kettenstrafe begnadigt worden. (Südd. Z.)

Der „M. Volksbote" veröffentlicht ein Schreiben des päpstlichen Nuntius an Hn. Zander, in welchem es heißt: „Schließlich thue ich dir zu wissen, daß der Heilige Vater den apostolischen Segen dir mit deiner ganzen Familie und allen Gläubigen, welche durch deine Vermittlung zur Linderung der Bedrängnisse des Heiligen Stuhles Spenden dargebracht haben, liebevollst ertheilt.

Im neuen Budget soll eine Etatserhöhung der drei Landesuniversitäten eintreten und zwar sind für München und Würzburg je 10,000 fl., für Erlangen, das namentlich an den Universitätsattributen noch kärglich bestellt ist, 20,000 fl. beantragt. Von dieser Summe soll ein Theil auch für die Gehaltsaufbesserung der Professoren verwendet werden, von denen manche noch immer sehr schlecht gestellt sind.

München, 26. März. Die 12 alten Männer, an welchen am Gründonnerstag von Sr. Maj. dem König die Fußwaschung vollzogen wird, haben zusammen ein Alter von 1072 Jahren; der älteste (aus Augsburg) ist 99, der nächste 92, der jüngste 87 Jahre alt.

Preußen. An der Friedenskirche in Potsdam, der Begräbnißstätte des verstorbenen Königs, hat man vor einiger Zeit ein schändliches Pamphlet auf den verstorbenen Herrn angeschlagen gefunden, und diese Gemeinheit hat sich, obschon die Befehle zur strengsten Aufsicht gegeben waren, kürzlich wiederholt. Auf die Entdeckung des Nichtswürdigen ist eine Belohnung von 300 Thlr. gesetzt.

Berlin, 25. März. Mit dem Eherecht sind wir in Preußen bekanntlich nach dreijährigen fruchtlosen Versuchen auf dem alten Fleck, da das Herrenhaus von der Civilehe durchaus nichts wissen will; und wenn rechtskräftig Geschiedene sich wieder trauen lassen wollen, müssen sie ins Ausland gehen. Nun hat eine neuliche Verfügung des Magdeburger Konsistorium die Trauung geschiedener Inländer im Auslande, wenn auch alle gesetzlichen Formen beobachtet sind, ohne weiteres als ein „der Gemeinde gegebenes Aergerniß" bezeichnet, und wir machen nun bereits die Erfahrung, daß in Quedlinburg durch die königliche Superintendentur gegen einen daselbst wohnhaften, in Gotha getrauten Arzt in Folge dieser Ver-

Neueste Nachrichten.

Itzehoe, 26. März. In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung sagte der königl. Kommissär, er könne die gestrige Frage des Verfassungsausschusses in Betreff des Budget noch nicht beantworten; die Regierung wolle die Sache überlegen und willige deßhalb in eine Verlängerung der Session. Die Ausschußmitglieder beklagten aufs Nachdrücklichste die Zweideutigkeit dieser Erklärung. Die Versammlung vertagte sich hierauf bis zum 4. April. (Tel. d. Nürnb. Korr.)

Aus **Paris** wird der „N. Pr. Ztg." geschrieben, daß in spätestens vier bis fünf Tagen das Kriegsministerium alle vorbereitenden Arbeiten behufs Mobilisirung der Pariser Armee zu jeder Stunde beendigt haben wird. Alle Einrichtungen werden so getroffen, daß über eine Armee von 150,000 Mann in jedem Augenblicke verfügt werden könne.

St. Petersburg, 18. März. Hurrah, dreimal Hurrah dem Kaiser! so muß ich heute meinen flüchtigen Bericht über die ersten Eindrücke der nun endlich erfolgten Publikation der Bauern-Befreiung beginnen. Des Kaisers Wahlspruch: „Besser von oben als von unten!" hat sich glänzend bewährt. Wir sind mitten in einer ruhigen, freudigen, segenverheißenden „Revolution" und unser Kaiser hat sie gemacht. Gott segne ihn für das große Werk! Es ist bisher nichts, absolut nichts geschehen, was den Monarchen oder einen seiner Helfer die Gewährung hätte bereuen lassen. In allen Kirchen wurde der Ukas vorgelesen und sich bekreuzend stürzte Alles auf die Knie, um Gott und dem Kaiser für dieses große Werk der Gerechtigkeit zu danken. Als der Kaiser aus der Manege trat, wo die Wachtparade stattgefunden, wollte das Hurrahrufen der dichtgedrängten Menge kein Ende nehmen. Im großen (steinernen) Theater wurde bei der Morgenvorstellung dreimal das Nationallied: „Gott erhalte den Kaiser" verlangt und mit dem größten Enthusiasmus vom ganzen Publikum gesungen. Der ganze Tag ging durchaus ruhig vorüber und wenn am Abende noch Einige mehr betrunken waren, als sonst, so war es eine so friedliche und selige Trunkenheit, daß man die Glücklichen beneidete. Hier in Petersburg würde nicht das geringste Unpassende und Tadelnswürdige geschehen. Auch aus Moskau hat der Telegraph schon berichtet, daß dort Alles vortrefflich vorübergegangen sey. Man hat dort Cavallerie-Patrouillen nach allen Richtungen hin durch die Straßen reiten lassen. Sie bekamen aber nichts zu thun. Die Exemplare des Reglement, welches nun in's Leben tritt, werden in unglaublicher Menge gekauft und es ist gar nicht möglich, alle Verlangenden zu befriedigen. Wer nicht lesen kann, läßt es sich vorlesen, und jeder Hausknecht hat es bei sich, zeigt es wie einen Schatz, gibt es aber nicht aus der Hand, als wäre es die Freiheit selbst, die man ihm gegeben. (N. Pr. Z.)

Aus **Warschau**, 24. März, schreibt man der „Nat.-Z.": „Gestern wurde hier die Entlassung Muchanoff's von allen seinen Aemtern bekannt. Den letzten Rest gab ihm sein Rundschreiben an die Bürgerältesten und Näczelniki Powiatu (Landräthe). Die Erbitterung, als dieses saubere Schriftstück bekannt wurde, stieg auf's Aeußerste und machte sich in der großen Ressource, nach Ablesung des Protokolls, in dem stürmischen Ruf Luft: „Fort mit Muchanoff!" Die Nachricht von seiner Entlassung erregte daher lauten Jubel, sofort schloß sich daran der Wunsch seiner Entfernung aus Warschau. Jeder suchte sich Nachricht von der Stunde seiner Abreise und dem Wege, den er nehmen wollte, zu verschaffen, jeder wollte ihn begleiten und sich zum Herold des allgemeinen Unwillens machen. Da man sich keine Gewißheit verschaffen konnte, so verharrte eine große Anzahl Bürger, die nach und nach auf mehrere Tausend anwuchs, Tag und Nacht bei der Eisenbahn. Gestern Abends 9 Uhr ging ein Extrazug, mit einem Feldjäger, unter dem Vorgeben, Depeschen nach Wien zu bringen, ab. Die versammelte Menge ließ sich aber nicht irre führen; die Katzenmusik fing an, denn dieser Extrazug eben sollte den Verhaßten von Prusakow aus weiter führen. Der Feldjäger wurde ungeberdig; die Menge schlug die Fenster im Coupé erster Klasse ein und befahl dem Maschinisten, so langsam als möglich zu fahren. So viel die Lokomotive und der Waggon fassen konnten, packten sich von der Menge auf und begleiteten den Zug außerhalb der Stadt, fortwährend die mißtönige Musik anstimmend. Auf den nächsten Stationen ward ihm ein gleicher Empfang bereitet. Muchanoff's Trabanten, Plere und Suminski, haben ebenfalls ihre Entlassung erhalten, ein Gleiches erwartet täglich den Diktator der hiesigen Rabbiner-Schule, Jakob Tugendhold, einen seiner intimsten Kreaturen und Censor der jüdischen Schriften. (Man sieht aus dem Ton dieses Berichts, daß er von Einem herrührt, der für die Polen besonders eingenommen ist. Muchanoff muß eben jetzt als Sündenbock für Manches dienen, was bisher von Andern gefehlt worden ist. Der Erlaß, welcher seinen Sturz herbeigeführt hat, war freilich ungeschickt; allein so harmlos und unschuldig, als die Polen jetzt ihr eigenes Thun und Treiben darstellen, ist dieses eben auch nicht, und wenn die Regierung diesem gegenüber zu Ausnahmsmaßregeln — nämlich zu geeigneten — griffe, würde man sie wohl nicht tadeln können.)

Warschau, 26. März. An die Stelle Muchanoff's ist Generalmajor Geecewiez, eine in Polen beliebte Persönlichkeit, ernannt. (Tel. d. Nürnb. Korr.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	76¼ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	60 P. 59¾ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	49¼ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	42½ P.
„	4½ pCt.	36¼ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	87½ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102¾ G.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103¼ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103¼ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100¼ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95½ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	103 P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	95 G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	101⅞ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100¾ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	93½ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100⅜ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98⅜ G.
„	3 pCt. Obl.	90⅝ G.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47 P.
„	1¾ pCt. „ „ „	41¾ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	99¾ P. ¼ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	116 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	566 P. ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	127½ P 126½ G
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	183 P. 181½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	76 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	70 P.
Internationale Bank in Luxemb. . .	88 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	336 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	67⅞ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	220 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	122 P. 121½ G.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	72½ P. 71½ G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	25 P. 24½ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	129½ P. 129 G.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	100 P. 99⅝ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51⅛ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	237 G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	520 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	467 G.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	104¼ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99½ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105¼ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96¼ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105⅛ G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88¼ B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105⅛ G.
London Lst. 10 k. S.	118⅝ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. I. S. L. 250 k. S.	93¼ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93½ B. ¼ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	78⅞ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	73¼ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	48⅜ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	55¼ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	129¼ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	54½ P.	„ fl. 25 do.	34⅝ P.
„ fl. 100 Elsb. L. v. 1858.	91 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	34⅝ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	118 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	49¾ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	36 P.
Badische fl. 50	90 P.	Vereins-Loose fl. 10.	10⅞ P.
Badische fl. 35	52⅞ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅝ G.

Frankfurt, 27. März. In Folge niedrigerer Wiener Notirungen wurden österr. National, Bank- und Kreditaktien abermals etwas billiger abgegeben. Süddeutsche Fonds fest und beliebt. Das Geschäft bleibt beschränkt. (Syndikat.)

erlichen Verwaltung gehörte, sondern Uns zu einer Gutheißung es bereits theilweise ausgeführten Raubes zu bestimmen berechnet war, zurückwiesen. Uebrigens zu was nützt es, von wohl aufgenommenen Rathschlägen und von aufrichtigen Versprechen, sie auszuführen, zu reden, wenn die Urheber dieser Usurpationen laut verkünden, daß, was sie wollen, nicht die Reform, sondern die absolute Empörung und die Lostrennung von der legitimen Souveränetät ist! . . . In dem Augenblicke, wo Wir fast Unserer ganzen weltlichen Souveränetät beraubt sind, die sehr ernste Lage als Pontifex und Souverän nur noch mit Hülfe der frommen Freigebigkeit der Kinder der katholischen Kirche, welche Uns täglich mit Liebe zu Theil wird, behaupten können; in dem Augenblick, da sie Uns durch ihr Thun auf so wohlfeile Weise zum Gegenstand des Neides und des Hasses derjenigen machen, welche von Uns Versöhnung verlangen, wollen sie auch noch, daß wir die usurpirten Provinzen Unserer päpstlichen Domäne als Eigenthum den Usurpatoren laut abzutreten erklären! Wenn man also etwas Ungerechtes von uns verlangt, so können Wir es nicht zugestehen. Verlangt man im Gegentheil Verzeihung von uns, so sind Wir gerne bereit, wie Wir kürzlich erklärt, sie reichlich zu gewähren.... Was auch für die Zukunft die unerforschlichen Rathschlüsse der göttlichen Vorsehung seyn mögen, wir flehen zu Jesus Christus im Namen Seiner Kirche, daß er in der Sache seines Statthalters, die auch die Sache Seiner Kirche ist, zu Gericht sitze, daß Er sie gegen die Anstrengungen seiner Feinde vertheidige und sie glorreich triumphiren lasse. Wir flehen auch, daß Er der gestörten Gesellschaft Ordnung und Ruhe und den ersehnten Frieden zur Verherrlichung der Gerechtigkeit verleihen möge, die Wir nur einzig von Ihm erwarten."

Die Mitglieder des Adels beider Sizilien, welche sich bei Beginn der Revolution entfernt hatten, fangen an zurückzukehren.

Einem Brief, welcher der „Südd. Ztg." aus **Italien** zuging, entnehmen wir folgende — abgesehen von der Partei-Stellung des Schreibers immerhin bedeutsamen Stellen: „Der Krebsschaden des Regno d'Italia ist vor wie nach Neapel. Daß die bourbonische Herrschaft faul war, oder doch reif bis zum Abfall, das hat der Triumphzug Garibaldi's bewiesen, viel besser als die allgemeine Abstimmung. Daß Unteritalien einer Regeneration bedarf, liegt auf der Hand. Betrachtet man die furchtbare Korruption, die namentlich seit 1815 in Neapel eingerissen ist und die ganze Verwaltung zu einer Räuberhöhle gemacht hat, so begreift man gar nicht, wie das Ministerium hier mit der Verfassung, mit der Freiheit regieren will; man begriffe viel eher einen Ausnahmszustand, eine Diktatur auf ein Jahr zum mindesten. In der Eingabe Liborio Romano's, worin er seine Entlassung gibt, heißt es, er habe seine Aufgabe nicht erfüllen können, weil das höhern Ortes versprochene Geld gefehlt und weil Andere sich der Aufnahme von Kapital widersetzt hätten. Ohne Geld könne er die Arbeiter nicht beschäftigen, die unter der Theuerung der Lebensmittel litten. Die jetzige Regierung habe jene Majorität nicht mehr für sich, die bei der allgemeinen Abstimmung laut geworden sey. Das sind sehr harte Worte, für die jedoch Liborio Romano die Verantwortung auf sich nimmt, da er zu Turin im Parlamente erscheinen will. Wir werden von dort die Rechtfertigung dieses Mannes hören, der von den Bourbonen zu Garibaldi, von diesem zum Prinzen Carignan überging und der dennoch achtmal in's Parlament gewählt wurde! Betroffen von solchen Widersprüchen gingen wir einen der berühmtesten Neapolitaner, dessen Charakter über jeden Zweifel erhaben ist, um deren Lösung an. Er antwortete uns: „Die achtfache Wahl L. Romano's beweist die gründliche Gutmüthigkeit des Volkes von Neapel. Es **dankt** dem Mann dafür, daß er die Stadt vor dem Bombardement bewahrt hat, daß er den König zum Rückzug über den Volturno bewog. Und seyen Sie sicher, er allein ist Schuld daran. Der König konnte ihn nicht entlassen, und er konnte nicht bleiben, wenn der Graf von Aquila blieb und die Reaktion Meisterin des Plans wurde. Er hat sogar großen Muth bewiesen, als er den reaktionären Prinzen kurzer Hand beseitigte. Er hat freilich nicht den Muth gehabt, seinen politischen Charakter fleckenlos zu erhalten, er hat seine persönliche Ehre geopfert. Das Volk will ihn nicht weiß waschen, das Volk will sich dankbar bezeigen." — L. Romano sucht offenbar die Gelegenheit, sich zu vertheidigen und die 25 Mill. Lire herauszubekommen, die er für unumgänglich zur Belebung der öffentlichen Arbeiten in Neapel hält. Dazwischen arbeitet der Mazzinismus emsig fort, er beabsichtigt im Gegensatz zur Königsfeier vom 15., den Geburtstag Garibaldi's und Mazzini's am 19. März zu einer Massendemonstration zu benutzen. (Das ist geschehen.) Seine Partei setzt alle möglichen Mittel, auch sozialistische, in Bewegung; sie sagt z. B. den Schneidern von Neapel, die jetzige Regierung lasse die Anzüge für die Sicherheitswache von Neapel ganz fertig von Mailand kommen, blos damit die Schneider von Neapel kein Brod erhielten."

Rußland und Polen.

Warschau, 23. März. Der heutige „Kuryer Warszawski" meldet: „Die Bürger-Delegation, welche zeitweilig unter dem Vorsitze des Generalmajors Paulucci bestand, hat, nachdem sie ihre Aufgabe ehrenvoll erfüllt, zu fungiren aufgehört. Von jetzt an wird zum Wohl der Stadt im Magistrat eine provisorische, aus 8 aus dem Schooße der Delegation gewählten Personen bestehende Abtheilung sich zu Sitzungen versammeln." — Vorgestern brachte der „Kuryer Warszawski" einen für die hiesigen Censurverhältnisse (gegenwärtig) bemerkenswerthen Artikel. Er erwähnte nochmals zur Ruhe und empfahl den passiven Widerstand, wie er in Ungarn auftrete, zur Nachahmung. Trotz aller Aufreizungen habe sich die Bevölkerung in Pesth am 15. vollkommen ruhig verhalten. Es heißt weiter: „Es ist hier (in Ungarn) der Finger Gottes zu sehen, der in solchen Fällen überall die Völker leitet, die auf dem Wege der Ausdauer und der Zugrundelegung der moralischen Kraft nach Berücksichtigung ihrer Forderungen streben. Die österreichischen Kanonen haben diese passive Haltung weder besiegt noch erschüttert, und dies muß hauptsächlich allen Denen zum Beispiel dienen, die auf ähnlichen Wegen einhergehen."

Nichtpolitische Zeitung.

München, 25. März. Verkehr auf den kgl. bayerischen Eisenbahnen im Monat Februar 1861: 257,234 Personen, 220,340 fl. Einnahme; 1,587,002 Zentner Frachtgüter, 591,118 fl. Einnahme; Bagage, Equipagen, Thiere rc. 29,242 fl. Summa der Einnahmen einschließlich von 5905 fl. für Militär-Transporte und Extrazüge 840,702 fl. Gegen den entsprechenden Monat des Vorjahrs mehr 60,680 Personen, 449,516 Zentner Frachtgüter, 201,791 fl. Einnahme. (Nürnb. Korr.)

* **München**. Nach einer der „Südd. Ztg." zugegangenen amtlichen Berichtigung ist es nicht wahr, daß der verunglückte Kondukteur Prielmaier durch die dienstliche Untersuchung für schuldig erklärt und seine Kaution eingezogen worden sey.

Mannheim, 24. März. Heute Morgen starb A. Schüßler, vormals Oberhofgerichts-Expeditor, der Begründer des bekannten Vereins zur Förderung der Tonkunst durch Preisausschreiben, deutsche Tonhalle genannt. (Mannh. J.)

Weimar, 24. März. Nach einer zweitägigen Verhandlung ist der Oberappellationsgerichts-Advokat Schneider aus Jena wegen Veruntreuung einer Summe von mehr als 1700 Thalern für schuldig erklärt und zu drei Jahren Zuchthaus verurtheilt worden. (Fr. J.)

Schwerin, 24. März. Das Schweriner Magistratsgericht hat unterm 22. März eine Bekanntmachung erlassen, nach welcher mittels Einbruchs verschiedene Gegenstände, als baares Geld, Gold- und Silbersachen, Edelsteine und diverse Werthpapiere, zusammen im Werthe von mehr als 24,000 Thlrn., in dem Hause der Frau Oberlandforstmeisterin Eggers in Schwerin gestohlen worden sind. (D. Allg. Z.)

Wien, 24. März. Neuere von Berlin aus veranlaßte Nachforschungen haben das Resultat ergeben, daß der angebliche Schelle (der sich in einem Fiaker erschoß, nachdem sein gegen einen hiesigen Banquier versuchter Betrug an den Tag gekommen war) Niemand anders als der in Berlin bekannte höchst verschmitzte Betrüger, ehemaliger Referendarius Dr. jur. Tiemann ist, welcher vom Berliner Stadtgericht seit zwei Jahren steckbrieflich verfolgt wird. Tiemann verübte in Berlin im Herbst 1859 in ganz ähnlicher Weise in der Uniform eines preußischen Hauptmanns gegen mehrere Bankierhäuser bedeutende Betrügereien, welche zur Zeit ein großes Aufsehen erregten. Durch die Bemühungen des Polizei-Direktors Stieber wurde damals die anfangs völlig räthselhafte Person des Betrügers als die des bekannten Dr. Tiemann ermittelt, es wurde die Spur desselben auch bis Dresden verfolgt, hier aber ging sie verloren und man hat seit jener Zeit nichts mehr von Tiemann gehört. Man glaubte allgemein, er sey nach Amerika gegangen. Es leben sowohl hier als in Halle angesehene Personen, die nahe Verwandte des Tiemann sind, aber wahrscheinlich seinen Tod wenig betrauern werden.

Die bekannte Sängerin Frau Csillag hat in **Wien**, wo man sie zu engagiren suchte, eine Monatsgage von 10,000 fl. und achtmonatlichen Kontrakt von der obersten Hoftheater-Direktion verlangt, also nichts Geringeres als 40,000 fl. über eine Erzherzogs-Apanage hinaus. Auf diese Forderung ist man selbstverständlich nicht eingegangen.

ung zu stellen; denn nun soll der deutsche Altböhme auf einmal gleichsam ein Fremdling seyn, und bereits erheben sich Stimmen, die von der Prager Universität, der ältesten deutschen Hochschule, die deutsche Sprache gänzlich verbannen wollen. Die deutschen Böhmen machen zwei Fünftheile der Bevölkerung aus; in den gegenwärtigen Wahlen, rechnet man, setzen sie vielleicht nicht ein Drittheil durch. (Fr. Pstz.)

Wien, 24. März. Das Ergebniß der Landtagswahlen in Wien scheint auch auf die Haltung der Presse einigen Einfluß zu üben, sie bewegt sich viel freier als bisher. Die „Oesterr. Ztg." schreibt unter Anderem in Betreff des Konkordats: „Jetzt wo man Abgeordnete wählen soll, reicht der Verdacht, ein Ultramontaner zu seyn, hin, dem besten Manne die Stimme zu rauben, und der Abgeordnete der Leopoldstadt war nahe daran, durchzufallen, als man gegen ihn geltend machte, es besuche dieser oder jener Prediger sein Haus; er sey ein Ultramontaner geworden. Im Jahre 1848 waren die Schlagworte: Ultramontan, klerikal nicht im Stande, auch nur den geringsten Einfluß zu üben; jetzt sind sie ein wahres Antidot für die Deputirtenwahl, und dies in Gegenden, wo weder ein Jude noch ein Protestant wohnt, wo die Bevölkerung tiefreligiös ist." (Nat.-Z.)

Großbritannien.

London, 19. März. Wieder liegen zwei Fälle vor, daß Kläger abgewiesen wurden, weil die Richter überzeugt waren, daß es mit ihren religiösen Ueberzeugungen nicht ganz richtig stehe. Bei den Quartal-Sessionen der Grafschaft Kent ward ein Mädchen von einem gewissen John Bigg angeklagt, ein Shawl gestohlen zu haben. Bevor der Kläger zum Eid zugelassen wurde, frug ihn der Richter, ob er an das Daseyn Gottes glaube. — Ich glaube, erwiderte der Gefragte, an eine uns unbekannte Macht, oder an ein Wesen, das die Welt regiert. — Und glauben Sie an Belohnung und Strafe nach dem Tode? frug der Richter weiter. Worauf Kläger antwortete, er könne den Gedanken einer rächenden Gottheit nicht fassen und somit auch nicht an Strafen im Jenseits glauben. — Worauf der Gerichtshof erkannte, daß Kläger nicht beeidigt werden könne und Shawldiebin freizulassen sey. — Ein ähnlicher Fall kam gestern vor dem Londoner Polizeigerichte Southwark vor. Auch da wollte ein gewisser James Rudd aus Gewissensskrupeln den vorgeschriebenen Eid nicht leisten und wurde mit seiner Klage abgewiesen.

Frankreich.

Paris, 23. März. Hr. Cayla, der Verfasser der Broschüre: „l'Empereur et Pape" hat nun bereits die dritte Flugschrift über die von ihm angeregte „nationale Emanzipation" des katholischen Klerus veröffentlicht. Sie heißt: „le 89 du Clergé" und führt das Wort von Sieyes: „Coupons le cable, il est temps" (Kappt das Tau, es ist Zeit), und eine Stelle aus den Werken Napoleons III. als Motto. Er wendet sich diesmal an die niedere Geistlichkeit, die er zu einem hierarchischen 1789 auffordert. (Fr. Postz.)

Paris, 24. März. Das „Journal des Debats" geißelt heute mit bitterem Spotte die „Times", die in einem „unglaublichen Artikel" die Bevölkerung der jonischen Inseln bedrohen, weil sie von der „Wohlthat der englischen Schutzherrschaft" sich lossagen und sich dem griechischen Reiche anschließen will. Die „Debats" sagen u. A.: „Wir wußten schon längst, daß die unerschrockensten Vertheidiger des Nationalitätenprinzips alle eine Nationalität haben, von der sie um keinen Preis wollen reden hören. Man frage nur das Journal „le Nord", seitdem Warschau sich rührt! Aber die „Times" thun diesmal mehr, als das Prinzip der jonischen Nationalität verwerfen; sie sprechen von nichts Geringerem, als von der Unterdrückung jeder Art freier Institutionen in Korfu, Cephalonien und Zante. Freiheit und Gleichheit sind für die „Times" hohle Worte geworden, seitdem dies Blatt sie in dem Munde der Jonier findet. Da stellt sich ganz natürlich unter der Feder der „Times" jene bequeme Theorie ein, die seit sechs Jahren im „Constitutionnel" sattsam wiedergekaut wird, daß es Völker gebe, welche die Natur ganz expreß geschaffen hat, um niemals von einem Parlamente geleitet zu werden: „Kein Parlament für diese „schamlose Horde"; ein Prokonsul! So lautet die Schlußziehung der „Times", die morgen einen schönen Artikel gegen die österreichische Tyrannei in Ungarn machen werden."

Italien.

* Der Ansprache des Papstes im geheimen Consistorium vom 18. d. M. entnehmen wir folgende Stellen wörtlich:

„Ehrwürdige Brüder! Seit langer Zeit gewahren Wir, durch welch unglückseligen Zusammenstoß zwischen Wahrheit und Irrthum, zwischen Tugend und Laster die bürgerliche Gesellschaft, namentlich aber gerade jetzt, aufgeregt wird. Denn die Einen vertheidigen das, was sie römische Civilisation zu nennen belieben, die Anderen dagegen kämpfen für die Rechte der Gerechtigkeit und unserer heiligen Religion. Die Ersteren verlangen, daß der römische Oberhirt sich mit dem Fortschritt versöhne und vertrage, mit dem Liberalismus, wie sie es nennen, und der modernen Civilisation. Die Letzteren wollen mit gutem Recht, daß die unerschütterlichen und unbeweglichen Prinzipien der ewigen Gerechtigkeit unverletzt und in ihrer ganzen Vollständigkeit gewahrt werden und die so heilsame Kraft unserer göttlichen Religion ungeschmälert erhalten bleibe; denn sie erhöht die Ehre Gottes und gewährt so vielen Uebeln, durch welche das Menschengeschlecht heimgesucht wird, wirksame Heilung. Aber die Schutzherren unserer heutigen Civilisation theilen diese Ansicht nicht, obgleich sie behaupten, die wahren und aufrichtigen Freunde der Religion zu seyn. Und Wir wollten gern ihren Worten Glauben beimessen, wenn nicht die traurigen und beklagenswerthen Thatsachen, welche sich tagtäglich vor Aller Augen entrollen, laut das Gegentheil bewiesen. Es gibt auf dieser Erde nur Eine wahre und heilige, von unserem Herrn Jesus Christus gegründete und eingerichtete Religion, die fruchtbare Mutter und Amme aller Tugenden, die unversöhnliche Feindin aller Laster, die Befreierin der Seelen, welche auf dem von ihr angegebenen Pfade zur wahrhaften Glückseligkeit führt; sie heißt: die römisch-katholische apostolische Religion. Was Wir aber von denen denken, welche außerhalb dieser Arche des Heiles leben, haben Wir schon in Unserer Allokution vom 9. Dezember 1854 gesagt, und Wir bestätigen dies von Neuem. Bereits haben Wir diejenigen, welche Uns zum Wohle der Religion die von der modernen Civilisation Uns dargereichte Hand anzunehmen auffordern, gefragt, ob die Thatsachen der Art seyen, daß sie den Statthalter Christi hienieden, den, welcher die Aufgabe hat, die Reinheit seiner himmlischen Lehre zu erhalten und mit dieser Lehre die Lämmer und Schafe zu nähren und zu stärken, bestimmen könnten, ohne schwere Gefahr für sein Gewissen und ohne sehr großes Aergerniß für Alle, mit der modernen Gesellschaft ein Bündniß einzugehen, mit der Gesellschaft, deren Werk so viele beklagenswerthe Uebel gestiftet und die so viele abscheuliche, der Lehre der katholischen Kirche geradezu entgegengesetzte Prinzipien, Ansichten und Irrthümer zu Tage gefördert hat. . . . . Wiewohl diese moderne Civilisation an einigen Orten den katholischen Kultus begünstigt, verschließt sie den Ungläubigen selber den Zutritt zu öffentlichen Aemtern nicht; sie untersagt ihren Kindern den Besuch katholischer Schulen; sie ereifert sich gegen religiöse Familien, gegen die zur Leitung der katholischen Schulen gegründeten Anstalten, gegen viele Geistliche jeden Ranges, Männer, ausgezeichnet durch ihre hohe Würdigkeit, von denen mehrere ein elendigliches Leben in der Verbannung oder im Kerker führen, und auch gegen fromme Laien, die, in ihrer Anhänglichkeit an Uns und den römischen Stuhl, die Sache der Religion und Gerechtigkeit mit Wärme vertheidigen. Diese Civilisation, welche akatholischen Einrichtungen und Persönlichkeiten Hülfsgelder bezahlt, beraubt die katholische Kirche ihrer rechtmäßigen Besitzungen, sie wendet alle Sorgen und Bemühungen an, um die heilsame Wirksamkeit der Kirche zu vermindern. Während sie den Schriften und Worten, welche die Kirche selber und deren treu ergebene Anhänger bekämpfen, alle Freiheit läßt, und sich sehr vorsichtig und gemäßigt zeigt, um die Gewaltthätigkeit zu tadeln und zu unterdrücken, welche man gegen die Herausgeber guter Schriften begeht, bewahrt sie ihre volle Strenge für diese auf, sobald sie der Ansicht ist, sie hätten selbst nur um ein Weniges die Grenzen der Mäßigung überschritten. Kann unter solchen Umständen das Kirchen-Oberhaupt jemals der Civilisation eine Freundeshand reichen und mit ihr einen Bund der Freundschaft und Eintracht abschließen? Man muß den Worten ihre eigentliche Bedeutung zurückgeben, und der römische Stuhl wird seinen Prinzipien stets getreu bleiben. Immer war er der Schirmherr und Beschützer der wahrhaftigen Civilisation, und alle geschichtlichen Denkmäler bezeugen in beredter Weise, daß er zu jeder Zeit bis in die entferntesten und wildesten Länder des Erdkreises die wahrhaftige Humanität in den Sitten, die wahrhaftige Weisheit, die wahrhaftige Zucht und Ordnung ausgebreitet hat. Da man aber unter dem Namen Civilisation ein System bezeichnen will, dessen Zweck ist, die Kirche Christi zu schwächen und zu vernichten, so können niemals der römische Stuhl und der Papst sich mit dieser Art Civilisation vereinigen. . . . Wenn in neuerer Zeit Rathschläge in Betreff der bürgerlichen Verwaltung Uns ertheilt wurden, so wisset Ihr wohl, ehrwürdige Brüder, daß Wir sie angenommen haben, indem Wir immerhin, was nicht zur bür-

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 87.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Lettern	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 28. März 1861.

Deutscher Bund.

Berlin, im März. Einer Mittheilung des Handelsarchivs zufolge betrugen die Bruttoeinnahmen des **Zollvereins** im Jahre 1860: an Eingangszöllen 23,484,872 Thlr., im Jahre 1859: 23,105,707 Thlr. An Aus- und Durchgangsabgaben im Jahre 1860: 499,397 Thlr., im Jahre 1859: 651,646 Thlr., zusammen 1860: 23,984,269 Thlr., 1859: 23,757,543 Thlr. Bei den Eingangsabgaben fand daher eine Mehreinnahme von 379,075, bei den Aus- und Durchgangsabgaben eine Mindereinnahme von 152,349 Thlr., im Ganzen eine Mehreinnahme von 226,726 Thlr. statt. Da das Jahr 1859 ein Kriegsjahr war, so ist diese Zunahme als eine äußerst geringe zu betrachten und zeigt deutlich, wie sehr der Stillstand des Verkehrs auch das vorige Jahr hindurch fortdauerte. Nach Abzug der Erhebungskosten ꝛc. betrugen die Eingangsabgaben Netto 20,438,184 Thlr., wovon auf Preußen 10,426,204 Thlr. fallen, so daß es 1,813,698 Thlr. herauszuzahlen hat. Auf Bayern fallen 2,660,942 Thlr., auf Württemberg 913,623 Thlr., auf Hannover 2,113,209, auf Sachsen 1,221,937 Thlr. An Aus- und Durchgangsabgaben bleiben im östlichen Verbande 422,212 Thlr. zur Vertheilung.

(**Ein kaiserliches Geschenk.**) „Fürchte die Danaer, wenn sie schenken!" Französische Blätter berichten sehr beziehungsreich über ein „generöses" Verfahren des Kaisers; Napoleon III. hat nämlich einigen Bibliotheken rheinischer Städte, in Erwiderung früher geleisteter Dienste, kostbare Kupferwerke verehrt. Mainz und Trier sollen diese Wohlthat empfangen haben und die Stimmung der Empfänger eine freudige gewesen seyn. (Zeit.)

Bayern. **München**, 26. März. Se. Maj. der König hat den Salinenbeamten A. **Förtsch** zu Reichenhall in den erbetenen wohlverdienten Ruhestand versetzt; die an dem Bezirksgericht Landau in Erledigung gekommene Richterstelle dem dortigen Staatsprokurator-Substituten Er. **Hanauer** verliehen. (N.M.Z.)

** **München**, 26. März. (Privat-Korresp.) Der Referent über die Nachweisungen bezüglich der Staatseinnahmen in den Jahren 1855/59 Abg. **Rebenak** stellte die Anträge: 1) die k. Staatsregierung zu ersuchen, die Spezialausweise über die Verwaltung der Weinberge und Hofkellerei in Unterfranken, die nur für die Jahre 1855/56 und 1856/57 vorliegen, auch für die andern Jahrgänge, ferner auch für jeden Jahrgang die bis jetzt nur für 1857/58 vorliegende Gewinn- und Verlustsrechnung bezüglich der Weinberge und des Hofkellers dem Landtage zugehen zu lassen. 2) Im Allgemeinen den Einnahme-Nachweisungen für die Jahre 1855/59 die Anerkennung zu ertheilen. Bei der Berathung hierüber im Ausschusse gab der k. Staatsminister der Finanzen die Erklärung, daß die vom Referenten gewünschten Spezialausweise hergestellt seyen, und die Mittheilung derselben an die Kammern demnächst erfolgen werde. In Folge dieser Erklärung nahm der Ausschuß Umgang von dem ersten Antrag und stimmte dem zweiten bei.

München, 25. März. Im Staatsministerium der Justiz ist man bereits mit dem Entwurfe des Einführungsgesetzes zum deutschen Handelsgesetzbuche beschäftigt. — Der für den Gesetzentwurf über die Zusammenlegung der Grundstücke gewählte besondere Ausschuß der Kammer der Abgeordneten wird, bevor der Referent an seine Arbeit geht, noch vertrauliche Besprechungen mit den Organen der Staatsregierung pflegen, da man im Ausschuß vielfach der Ansicht ist, mit dem Entwurf, wie er aus den Berathungen der 1. Kammer hervorgegangen, sey der gewünschte Zweck nicht zu erreichen. (N. K.)

Preußen. **Berlin**, 25. März. Die Erscheinungen, die in unsern Militärverhältnissen auftreten, machen den Vaterlandsfreunden große Sorgen. Es ist eine Thatsache, daß in den Offizierskorps häufig eine von den bürgerlichen Anschauungen, um das Mildeste zu sagen, abweichender Geist die Oberhand hat; und aus den Provinzen laufen seit der Vermehrung des stehenden Heeres, welche die Kadettenhäuser entleert und eine Menge blutjunger Offiziere dem Heere zugeführt hat, Details über den bürgerfeindlichen Geist vieler Offiziere ein, die von der schroffen Absonderung derselben zeugen. Zu welchen Handlungen dieser Geist treibt, das haben u. A. die Vorgänge in Weißenfels und Greifswald bewiesen, um von vielen andern zu schweigen. Eben jetzt erregt wieder ein Fall die größte Entrüstung, der in der vergangenen Woche im Hotel de Petersbourg hier vorgekommen ist, wo ein junger Offizier den Portier, der ihn angeblich zu lange bei der Oeffnung des Zimmers hatte warten lassen, mit dem Säbel über den Kopf hieb und ihm eine gefährliche Wunde beibrachte. (Ztg. f. Nordd.)

Sachsen. **Dresden**, 21. März. In der 2. Kammer wird jetzt (gestern und heute) das Budget des Ministerium des Innern berathen. Diese Gelegenheit benützte gestern Dr. **Heyner**, um, sekundirt von den Abgg. Cichorius, Ziesler und Martini, dem Ministerium des Innern vorzuhalten, daß das im Innern verfolgte Regierungssystem, das Zuvielregieren, die Einmischung der Kreisdirektionen in die städtische und Polizeiverwaltung, die Nichtbestätigung von Stadtrathswahlen, Unzufriedenheit im Lande hervorgerufen. Dr. Heyner sprach noch von napoleonischem Präfektenthum, während der Abg. **Martini** darauf hinwies, daß die Regierung geheime Konduitenlisten führe über alle Stadträthe und Stadtverordneten. Frhr. v. **Beust** vertheidigte sich gegen diese Angriffe, indem er der Regierung das unbedingte Bestätigungsrecht wahrte und bestritt, daß alle die nicht bestätigt würden, die andern Grundsätzen huldigen. — Gestern starb hier der ehemalige sächsische Kabinetsminister Graf Detlev v. **Einsiedel**, geb. 12. Oktober 1773 zu Wolkenburg. Er leitete die Unterhandlungen Sachsens mit den übrigen Wiener Kongreßmächten und war bis zum September 1830 alleinmächtiger Minister im Lande, was der Volkswitz, seines Hanges zum Pietismus wegen, als eine Einsiedelei bezeichnete. (Schw. M.)

Dresden, 22. März. Die auffallende Mittheilung, welche in der vorgestrigen Sitzung der 2. Kammer gemacht und vom Ministertisch aus zugestanden worden war, daß die Regierung geheime Konduitenlisten über sämmtliche Stadträthe und Stadtverordneten des Landes führe, wurde auch gestern bei der speziellen Debatte über das Budget des Ministerium des Innern von einer so überaus großen Mehrheit der Redner gemißbilligt, daß endlich Herr v. Beust die Erklärung abgab, da die Maßregel einer so entschiedenen Mißdeutung unterliege, so solle die Fortführung dieser Listen von jetzt ab aufgegeben werden. Die Verhandlung war sehr scharf; die, namentlich in Leipzig, so viel böses Blut machende, wiederholte Nichtbestätigung von Stadträthen, die sich den Grundsätzen des Nationalvereins zuneigen, das ungestüme Auftreten der offiziellen Presse, namentlich des Leipziger Kreisblattes, Organ der dortigen Kreisdirektion, und das Verhalten der Regierung gegen den Nationalverein wurde von mehreren Seiten einer lebhaften Kritik unterstellt. (Schw. M.)

Oesterreich. **Wien**, 23. März. So weit die **böhmischen Wahlen** bekannt sind, scheinen sie vorzugsweise in tschechischem Sinne ausgefallen zu seyn. Nach dem Klang der Namen darf man da keine Schlüsse ziehen, denn die Namen Rieger und Brauner z. B., obwohl deutschen Klanges, gehören tschechischen Parteiführern an. Hier handelte es sich nicht um liberal oder nicht-liberal, sondern um tschechisch oder deutsch; auch bezeichnen die tschechischen Blätter die Wahlen, die in ihrem Sinn ausfielen, als „nationale". Nun ist aber der deutsche Böhme ebenso gut ein Inländer von Alters her, wie der tschechische Böhme, und der Name Böhmen selbst (von dem alten „Böheim") ist bekanntlich deutschen Ursprungs. Allein hier sieht man, wie schwer es ist, die Gleichberechtigung der Nationalitäten auf den Fuß der Abstimm-

amtes bestehen diese Münzen aus sogenanntem Weißkupfer, welches im Handel mit Blechen unter dem Namen Knopfplatinen vorkommt. Sie sind mit eigens gravirten falschen Stempeln und zwar im Ringe geprägt. Ihre Anfertigung setzt daher eine vollkommen eingerichtete Werkstätte voraus. Diese Art der Münzfälschung, welche eine sehr große Vervielfältigung falscher Münzen möglich macht, ist sehr gefährlich, und zwar um so mehr, da diese Münzen in der Art nachgemacht sind, daß ein ungeübtes Auge leicht getäuscht werden kann. Bei näherer Betrachtung unterscheiden sie sich allerdings durch die rohe Gravirung des Gepräges, das auch in Form und Größe von dem echten abweicht, sowie auch einem geübten Auge die Farbe und der weißblechartige Glanz auffällt."

Frankfurt, 25. März. Gestern fand auf Einladung der Frankfurter Turngemeinde im Gattinger'schen Saale dahier eine Besprechung von über 20 Turnvereinen der nächsten Umgebung statt. Allgemein machte sich hierbei die Ansicht des Werthes von Verbindung der Turnvereine (hier Mittelrheinischer Turnerbund) geltend und erklärten fast alle Vereine (mit Ausnahme der kurhessischen) außer ihrem bestimmten Beitritt auch die Nothwendigkeit von Satzungen. Dieselben sollen im Wesentlichen denen des Schwäbischen Bundes nachgebildet werden. (Fr. J.)

Bremen, 21. März. Der heftige Sturm, welcher in letzter Nacht geherrscht, hat hier ein Opfer gefordert. Ein in der Nähe der Eisböcke vor Anker liegendes Oberweser-Fahrzeug ist aus bis jetzt noch nicht bekannter Ursache total gesunken. Da die aus fünf Personen bestehende Bemannung noch im tiefsten Schlafe lag, so gelang es nur zweien, sich zu retten.

In **Lille** wurden zwei Trommler des 86. Regiments, welche während des letzthin wüthenden Sturmes auf der den Kanal entlang führenden Chaussee gingen, von einem furchtbaren Windstoß in den Kanal geschleudert. Auf ihr Geschrei eilte ein Soldat herbei, der sich gerade in der Nähe befand, stürzte sich beherzt ins Wasser, und es gelang ihm, den einen Trommler glücklich ans Land zu bringen. Der andere war leider unterdessen ertrunken, und konnte man erst nach einer halben Stunde den Leichnam finden.

Im nördlichen Mesopotamien herrschte, wie man aus **Diarbekir** vom 25. Febr. meldet, eine solche Kälte, daß die Beduinen dadurch in großen Schaaren nach dem Süden von Bagdad getrieben wurden.

Neueste Nachrichten.

Karlsruhe, 23. März. Nachdem das Konkordat verworfen und der evangelische Ober-Kirchenrath in seinem bisherigen Personalbestande gestürzt, geht nun die liberale Partei darauf aus, die Schule von der Kirche zu trennen, beziehungsweise die Lehrer von der Geistlichkeit unabhängig zu machen. (N. Pr. Z.)

Itzehoe, 25. März. Auf die Interpellation des Berichterstatters des Ausschusses, daß die Budgetvorlage fehle, erwiderte der Kommissär: er wolle in Kopenhagen anfragen, er bitte die Verhandlung zu sistiren. (Tel. d. Allg. Ztg.)

Die Herstellung der neuen „italienischen" Bronzemünze wird in **Birmingham** bei Ralph Heaton und Sons mit großem Eifer betrieben. Es werden im Ganzen für 12 Mill. Frcs. solcher Scheidemünzen ausgegeben werden, Stücke im Nominalwerthe von 5, 2 und 1 Centesimi.

Paris, 23. März. Die Studenten, welche vor einigen Tagen durch ein Peloton Zuaven aus dem Palais Bourbon hinausmanövrirt worden waren (sie hatten keine Einlaßkarten und wollten sich in die Sitzung des corps législatif eindrängen; es geschah ihnen ganz Recht), erzählen, da kein französisches Blatt ihre Protestation aufzunehmen für gut fand oder wagte, ihr Abenteuer in einer Broschüre, welche heute erschienen ist. (N. Pr. Z.)

Rom. Der „Independ." zufolge suchte der Kaiser Napoleon den Eindruck der Rede des Prinzen Napoleon durch ein eigenhändiges Schreiben an den Papst zu mildern und Herr von Grammont erneuerte bei Ueberreichung dieses Briefes dem Kardinal-Staatssekretär die Zusage, daß die französische Besatzung keineswegs zurückgezogen werden solle, wie man zu glauben scheine. Goyon unterstützte diese Erklärung dann durch seine feste Haltung am 14. März und während der beiden folgenden Tage, wo französische Patrouillen rastlos die frequentesten Stadttheile durchzogen und alle Kundgebungen der Unionisten erstickten, so daß es bei bloßen nächtlichen Maueranschlägen mit Evvivas für den König von Italien blieb. Die Umgebung des heiligen Vaters athmet wieder auf und man hofft, wenigstens die Charwoche in Ruhe und Sicherheit zu verleben. Von Frankreich wird, laut den neuesten Pariser Nachrichten, zunächst zwar keine Division, sondern nur eine Brigade unter General Dumont abgehen, der den zum Divisionär ernannten General Denoue ablöst. Trochu aber, der als Kommandant der Verstärkungs-Division genannt wude, bleibt marschfertig in Lyon stehen, während in Toulon und Marseille fortwährend zureichende Transportmittel bereit gehalten werden.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	76½ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	60 P. 59¾ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	49½ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	42¾ P.
"	4½ pCt.	36¾ P.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	87½ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102¾ G.
"	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	103¼ P.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103¼ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	100 G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100½ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104⅜ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	95½ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	103 P.
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	95 G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	101⅞ P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100¾ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	93¾ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102⅛ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	100⅜ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98⅜ G.
"	3 pCt. Obl.	90⅝ G.
Spanien	3 pCt. Int. Sch. P. à fl. 2. 30	47 P.
"	1¾ pCt. " " "	41¾ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	99½ P. 99 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	110 P.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	570 P.	ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	127½ G	
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	182½ G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	76 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	70 P.	
Internationale Bank in Luxemb. . .	83 G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	336 P.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	67⅛ P. ⅝ G.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—	
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	122 P. 121½ G.	
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	72 P. 71¼ G.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	25 P. 24½ G.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 8 pCt. .	129½ P. 129 G.	
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	100 P. 99⅝ G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51⅛ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	237 G.	
Span. Handels- u. Industrie . . .	520 P.	
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	467 G.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	104¼ P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99½ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105¼ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96¼ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105⅛ G.
Hamb. Mll. 100 k. S.	88¼ B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105⅛ G.
London Lst. 10 k. S.	118⅝ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93¼ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅝ B.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	79¼ B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	78¼ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	48⅜ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	55¼ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	129¼ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	54¾ P.	" fl. 25 do.	34⅝ P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	91¾ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	34⅝ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beifR.	118 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	49¾ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	36¼ P.
Badische fl. 50	90 P.	Vereins-Loose fl. 10.	10⅞ P.
Badische fl. 35	52⅞ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10¾ P.

Frankfurt, 26. März. Oesterr. National und Kreditaktien waren etwas niedriger, das Geschäft jedoch ganz ohne Leben. (Syndikat.)

haben Wir, nach seinem eigenen Wunsche, Vorschläge zur neuen Organisation der Verhältnisse der Bauern zu machen vorbehalten, Vorschläge, welche ihm die Nothwendigkeit auferlegten, seine Rechte gegenüber den Bauern einzuschränken und die Lasten einer Reform anzunehmen, welche sich nicht ohne einige materielle Verluste erreichen ließen. Diese Vorschläge fielen sehr verschiedenartig aus, wie man es bei der Natur der Frage erwarten konnte; sie wurden daher zusammengestellt, verglichen und in ein ordentliches System gebracht, sodann verbessert und vervollständigt durch ein höheres Komite für diesen Zweck; und die so formulirten neuen Bestimmungen, bezüglich der Bauern und des Gesindes der Eigenthümer, wurden vom Reichsrathe geprüft. Unter Anrufung des göttlichen Beistandes haben Wir beschlossen, dieses Werk in Ausführung zu bringen. Durch diese erwähnten neuen Anordnungen werden die an die Scholle gebundenen Bauern in einer gesetzlich bestimmten Frist aller Rechte freier Landwirthe theilhaftig werden. Die Grundherren, indem sie im Besitze ihrer Eigenthumsrechte auf allen ihnen gehörigen Ländereien bleiben, behalten den Bauern gegen die durch die Reglements bestimmten Grundzinsen den vollen Nießbrauch ihres Gehöftes vor, und überlassen, um ihre Existenz und die Erfüllung ihrer Pflichten gegen die Regierung zu sichern, die durch die erwähnten Bestimmungen festgesetzte Ackerfläche, sowie andere zur Wirthschaft nöthigen Bedürfnisse. Sobald die Bauern in den Genuß dieser Landesüberweisungen gesetzt sind, haben sie dagegen den Grundherren die gesetzlich bestimmten Grundzinsen zu bezahlen. In diesem Verhältniß, welches ein vorübergehendes seyn soll, sollen die Bauern als zeitweise verpflichtet bezeichnet werden. Gleichzeitig ist ihnen das Recht gewährt, ihr Gehöfte abzulösen und sie können mit Genehmigung der Grundherren die zinsweise ihnen überwiesenen Aecker und Zubehörungen, die ihnen zu immerwährendem Nießbrauch bewilligt worden, als volles Eigenthum erwerben. Durch die volle Eigenthumserwerbung der bestimmten Grundfläche werden die Bauern befreit von ihren Verpflichtungen gegen die Grundherren für das so erworbene Land, und sie treten definitiv in den Stand freier Bauerngutsbesitzer. Durch besondere Verordnung über das Gesinde ist für dasselbe ein vorübergehendes Verhältniß, wie es ihren Beschäftigungen und Bedürfnissen entspricht, bestimmt worden. Nach Ablauf von zwei Jahren vom Tage der Bekanntmachung dieser Verordnungen wird dasselbe seine gänzliche Freiheit und einige temporäre Befreiungen erhalten. Nach diesen Fundamentalprinzipien sind die Bestimmungen verfaßt, welche die künftige Organisation der Bauern und des Gesindes reguliren, die Hauptverwaltungsmaßregeln für diese Klasse festsetzen und im Einzelnen die den Bauern und dem Gesinde gewährten Rechte, sowie die ihnen auferlegten Verpflichtungen gegen die Regierung und die Grundherren bezeichnen. Da die neue Organisation, vermöge der unvermeidlichen Schwierigkeiten, welche solche Veränderungen mit sich führen, nicht zur sofortigen Ausführung kommen kann, sondern eines Zeitraumes bedarf, der nicht kürzer als auf etwa zwei Jahre seyn kann, so soll, zur Vermeidung aller Mißverständnisse und Sicherstellung des öffentlichen und privaten Interesses, während dieser Zwischenzeit das gegenwärtige Verhältniß auf den Gütern der Herren verbleiben, bis durch Vollendung der erforderlichen Maßregeln ein neues eintreten wird."

Warschau, 21. März. Wenn es, nach Schiller, der Fluch der bösen That ist, daß sie fortwährend Böses muß gebären, so ist tröstlicher Weise eine solche Fortpflanzungskraft auch guten und edlen Handlungen eigen, indem solche nicht minder zu weitern Schritten in ihrer Richtung Veranlassung geben. Diese Erfahrung bestätigte sich bei uns an dem von dem hiesigen Handelsstand vor wenigen Tagen gegebenen Beispiel, den Israeliten prinzipiell die Gleichberechtigung zu den Korporationsrechten zu gewähren, und so zu der gesetzlichen Gleichstellung der Konfessionen, welche überall als ein Gebot der liberalen Politik anerkannt ist, bürgerlicherseits und freiwillig von unten auf den Anstoß zu geben. Die ehrende Anerkennung, welche unsern Kaufleuten für diese politisch und moralisch gleich achtbare That zu Theil wird, ist nicht die einzige Frucht derselben geblieben; bereits gestern fand eine sehr zahlreich besuchte Versammlung der bedeutendsten großen Industriellen und der Vorstände der hiesigen Zünfte statt, um die Annahme desselben Prinzips für den polnischen Gewerbestand zu berathen. Die Verhandlungen wurden von dem Gründer unserer in diesen Tagen ins Leben tretenden Handwerker-Ressource, dem beredten katholischen Weltgeistlichen P. Siezli, und dem Maschinenfabrikanten A. Bobrownizki geleitet, und erzielten eine einmüthige Annahme der mit nationalökonomischer Einsicht und patriotischem Geiste verfaßten Motionen, von denen die letzte also lautet: „Indem wir eine allgemeine Korporation des polnischen Gewerbestandes zur Entwicklung der Hülfsquellen unseres Landes begründen, weihen wir diesen Akt durch die Annahme des Grundsatzes der gleichberechtigten Theilnahme der Bekenner der mosaischen Religion an allen Rechten und Pflichten, wie sie bisher dem polnischen Gewerbestand zukamen, und somit gestehen wir den Israeliten das Recht zu, sich in alle Handwerkerbruderschaften oder Zünfte, den Vorschriften entsprechend, einzuschreiben, damit auf solche Weise auch aus dieser Klasse der Landeseinwohner unsrer Industrie nützliche Mitarbeiter an der Hebung des Nationalreichthums zugeführt werden." Die weitere Berathung über die Durchführung des angenommenen Prinzips wurde der Handwerker-Ressource als deren erste Aufgabe überwiesen. — Am 24. v. M. beschlossen in der Sitzung des landwirthschaftlichen Centralvereins die Gutsbesitzer, unter Verwerfung der von der Regierung beabsichtigten ungenügenden Regulirung der bäuerlichen Verhältnisse, den Bauern die schnellmöglichste Erwerbung des vollen Eigenthums derjenigen Grundstücke zu erleichtern, die sie bisher nur unter gewissen Bedingungen und Gegenleistungen in Besitz gehabt hatten. Der Adel hat große Opfer gebracht, um sich die Dankbarkeit und Geneigtheit der Bauern zu sichern; die Ablösungsbedingungen sind den bisherigen Verpflichteten günstiger als irgendwo. (Die russische Regierung hatte in Polen die Bedingungen der Freilassung der Bauern selbst festgesetzt, während sie in Rußland den Adel darüber zu Rathe zog; sie wollte die polnischen Bauern dadurch gewinnen, indem diese ihr allein die Freigebung zu verdanken haben sollten. Der polnische Adel hat nun diesen gegen ihn geführten Streich mit Geschick parirt.) (Allg. Z.)

* Die Polen hatten seit dem Regierungsantritt des Kaisers Alexander II. bei seiner bekannten Milde und Leutseligkeit immer gehofft, er werde ihnen wieder eine gewisse Selbständigkeit geben. Darin dürften sie sich aber sehr täuschen; denn wenn auch Kaiser Alexander zu Reformen geneigt ist, dazu wird er nie die Hand bieten, die Centralisation fallen zu lassen, durch die Polen eben nach und nach ganz mit Rußland verschmolzen werden soll. Sind erst die russischen Verstärkungen, die jetzt unterwegs sind, in Polen eingerückt, dann werden die Russen wohl auch einen andern Ton anschlagen.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 22. März. Die Aufführung des Preisschauspiels „Maximilian" ist hier zum Tagesereignisse geworden. Ziemlich allgemein wird das Stück im Ganzen als mißlungen beurtheilt, wogegen natürlich das theilweise Gelungene nicht mehr aufzukommen vermag. Das Preisgericht hat, dem Vernehmen nach, bereits sein Verdikt über die erzielte Bühnenwirkung abgegeben, und man glaubt nicht, daß der Preis zuerkannt werden wird. Die Beurtheilungskommission wird leider bekennen müssen, daß sie sich geirrt habe. Irren ist menschlich. Auch das dramatische Prüfungskomite von 1819, in welchem doch der bühnenkundige Babo, Verfasser des Otto von Wittelsbach und anderer tüchtigen Stücke saß, irrte sich, indem es damals das „Trauerspiel „Heimeran" von Professor Erhard selig dem Schauspiel „Ludwig der Bayer" von Uhland vorzog. Auch das Komite von 1857 irrte sich bezüglich des besten Lustspiels, und so ist es, zum Trost der dermaligen Kommission, nicht zum erstenmal, daß sie in solche Lage kommt, aber vielleicht war es zum letztenmal; man wird einsehen, daß auf dem Wege der Preiskonkurrenz Werke von klassischem, unvergänglichem Werth nicht entstehen, und man wird vielleicht alle weiteren Versuche aufgeben. Allgemein wird jedoch dem Urtheil über das Preisstück das Bedauern beigesellt, daß der edlen und großmüthigen Intention des königlichen Mäcen nicht besser entsprochen wurde, wenn „Maximilian" wirklich das „beste" war. (A. Z.)

München. Am 3. April kommt am Bezirksgericht l/J. der Eisenbahnunfall zur Verhandlung, durch welchen im vorigen Jahre der Kondukteur Frhr. v. Prielmaier das Leben verloren. Die Anklage ist gegen einen Bediensteten des hiesigen Bahnhofes auf Tödtung durch Fahrlässigkeit gerichtet. Die administrative Untersuchung hatte vorerst den Verunglückten als am Unfall schuldig erkannt und dessen Diensteskaution wurde eingezogen. Die Verwandten Prielmaiers begnügten sich aber damit nicht und veranlaßten eine gerichtliche Untersuchung, die nun freilich zu einem andern Ergebnisse führte, als jene der Eisenbahnverwaltung. (S. Z.)

Die k. Regierung von Oberfranken macht Folgendes bekannt: „Am 27. vor. Mts. wurde einem Handelsmann von Draschow in Böhmen eine beträchtliche Anzahl gefälschter Sechskreuzermünzen österreichischen Gepräges und zwar 1053 Stücke mit der Jahreszahl 1843 und 7 Stücke mit der Jahreszahl 1849 abgenommen. Nach dem Gutachten des k. Hauptmünz- und Stempel-

nicht einmal einen geeigneten Platz zur Errichtung eines Thronhimmels bietet und auch übrigens nicht comfortable genug hergerichtet seyn soll. (So ist denn der Wunsch der Ungarn erfüllt, und eine gute Ausrede gefunden, weßhalb der Kaiser von seinem ursprünglichen Vorhaben abgeht.)

Großbritannien.

London, 23. März. Die Arbeitseinstellung der Baugewerke, von der vor zwei Jahren die Rede war, und die unter den Betheiligten so viel Jammer erzeugt hatte, soll gegenwärtig eine neue Auflage erleben. Es handelt sich um die alte Forderung: Ermäßigung der Tagesarbeit auf neun Stunden ohne Verminderung des bisherigen Tagelohns. Bei zweien unserer größten Bau-Unternehmer, bei Sir Morton Pete und bei Lucas and Kell, wird von heute an gefeiert, und die letztgenannte Firma ist von den Agitatoren ohne Zweifel deßhalb zum Opfer auserwählt worden, weil sie den Bau des großen Ausstellungsgebäudes für das nächste Jahr übernommen hat und Arbeiter um jeden Preis haben muß. Trotzdem wird die Agitation auch dieses Mal ihren Zweck schwerlich erreichen, und wenn die Meister fest zusammenhalten, wird es ihnen an Arbeitern aus der Provinz und vom Kontinent nicht fehlen. (K. Z.)

Frankreich.

Paris, 24. März. Die Kaiserin beabsichtigt, wie man mit immer größerer Bestimmtheit behaupten will, Ende April schon ihre Reise nach dem gelobten Lande und dem heiligen Grabe anzutreten. (K. Z.)

Italien.

Mailand, 18. März. Türr hat wieder von sich hören lassen und diesmal aus London einen Brief an seine hiesigen Freunde gerichtet, welcher von sanguinischen Hoffnungen überfließt. Es sey ihm, schreibt er, gelungen, in England den Enthusiasmus für die Sache Ungarns zu entzünden. Den besten Beweis hiefür liefere der Umstand, daß bei einer Erhebung Ungarns man auf die Mitwirkung einer 3000 Mann starken englischen Legion werde rechnen können, welche ganz auf Kosten englischer Enthusiasten hergestellt und erhalten werden würde. Er habe dieserwegen sich auch bereits mit Peard und Crampson in Verbindung gesetzt. Auf mehreren Meetings, denen er beigewohnt, habe er sich die Ueberzeugung davon verschafft, wie sehr England mit Italien und Ungarn sympathisire. Bedeutende Geldunterstützungen könne man mit voller Zuversicht von dort erwarten. Endlich kommt Türr auch auf Kossuth und die Banknotenangelegenheit zu sprechen und sagt, daß es dem Agitator bereits gelungen sey, eine beträchtliche Summe von Kossuthnoten unterzubringen und zu verwerthen.

(Die neuen Mitglieder des Cavour'schen Ministerium.) Bastoggi, der neue italienische Finanzminister, ist Mitglied des Abgeordnetenhauses und Banquier in Livorno. Bastoggi ist sehr reich und genießt, wie dem „Journal des Debats" berichtet wird, großes Ansehen in der italienischen Handelswelt. In jüngeren Jahren gehörte er zu den politischen Exaltados, jetzt aber ist er, wie alle Inhaber großer Firmen in Italien gegenwärtig, Cavourist. Als Dirigent seines Hauses hat Bastoggi glänzende Geschäfts-Gewandtheit bekundet. Desantis, Neapolitaner, ist als feiner Kenner Dante's in der Gelehrtenwelt bekannt und war eine Zeit lang Professor in Zürich. Natoli ist, Sizilianer, gemäßigt in seiner Politik und sehr unionistisch. Niotta ist ein namhafter Rechtsgelehrter und war erster Präsident des Kassationshofes in Neapel, nahm unter Ferdinand II. aber seine Entlassung.

Rußland und Polen.

Petersburg, 17. März. In allen Kirchen Petersburgs ist heute, am ersten Sonntag der Fasten, das am 19. Februar (3. März), dem Jahrestag der Thronbesteigung vom Kaiser unterzeichnete Manifest, durch das die Emanzipation der Bauern in's Leben tritt, verlesen worden. Es enthält nur die allgemeinen Grundzüge der Emanzipation, während das eigentliche Statut erst von morgen ab in allen Buchhandlungen und Polizeihäusern verkauft werden wird. Der Umfang des Aktenstücks läßt sich daraus beurtheilen, daß das Exemplar 1 Rubel kostet. So viel sich aus dem Manifest ersehen läßt, ist das ursprüngliche Programm der Emanzipation in einem sehr wesentlichen Punkt geändert worden. Es war nämlich früher beabsichtigt, einen Termin (von 12 Jahren) festzusetzen, in welchem der Ankauf der von den Gutsbesitzern den Bauern überlassenen Gehöfte und Ländereien vollbracht seyn soll. Dieser Termin ist vollständig fallen gelassen, ja die Stelle des Manifestes „und mit Zustimmung der Grundbesitzer können sie (die Bauern) das Gehöfte, die Ackerländereien und andere Pertinentien, die ihnen jetzt zum beständigen Gebrauch abgetreten werden, zum Eigenthum erwerben", läßt sogar annehmen, daß dies nur mit Zustimmung der Gutsbesitzer geschehen kann. Jedenfalls ist der Ankauf nicht obligatorisch, und der freie Bauernstand, von welchem in dem Manifest die Rede ist, wird sich also nur sehr allmälig entwickeln können. Der zweijährige Termin, von welchem in dem Manifest die Rede ist, bezieht sich nur auf die Ausführung der in den jetzt veröffentlichten Statuten angeordneten Maßregeln, wodurch die Bauern in den Zustand von „temporär Verpflichteten" treten sollen. Durchgreifend ist die Emanzipation in Bezug auf Hofeleute (dvorovye), d. h. alle diejenigen Leibeigenen, welche nicht mit Ackerbau beschäftigt sind, sondern entweder auf den Gütern bei den Herren den Dienst versehen, oder auf Obrok (Zins) entlassen sind. Es hebt ihre Verpflichtungen gegen ihre Herren, aber auch umgekehrt die dieser gegen sie, nach Ablauf von zwei Jahren vom heutigen Tag an vollständig auf. Dieser Akt ist übrigens ein zweischneidiges Schwert, denn wenn auch viele aus dieser Kategorie der Leibeigenen sogleich ein anderes Unterkommen finden, viele, die jetzt ihrem Herrn einen enormen Obrok zahlen, in eine sehr glückliche Lage kommen, so ist dafür unter denselben eine Menge von alten und arbeitsunfähigen Leuten, für welche die Herren sorgen müssen. (Allg. Ztg.)

St. Petersburg, 18. März. Das „Journal de St. Petersbourg" veröffentlicht in einem amtlichen Extrablatt das kaiserliche Manifest über die Bauernemanzipation. Dasselbe lautet in seinem allgemeinen Theil: „Von Gottes Gnaden, Wir Alexander II., Kaiser und Selbstbeherrscher aller Reußen, König von Polen, Großherzog von Finnland u. s. w., thun kund allen Unsern getreuen Unterthanen: Berufen durch die göttliche Vorsehung und das geheiligte Gesetz des Erbrechtes auf den Thron Unserer Vorfahren, haben Wir Uns im Grunde des Herzens gelobt, zur Erfüllung des Uns anvertrauten Berufes mit Unserer kaiserlichen Huld und Fürsorge zu umfassen alle Unsere getreuen Unterthanen von jedem Rang und jedem Stand, vom Krieger, der ehrenvoll die Waffen trägt zum Schutz des Vaterlandes, bis zum geringen Handwerker, der sich den gewerblichen Arbeiten gewidmet hat; von dem Beamten, der die Laufbahn des hohen Staatsdienstes beschreitet, bis zu dem Arbeiter, dessen Pflug die Felder beackert. Bei der Betrachtung der verschiedenen Klassen und Stände, aus denen der Staat zusammengesetzt ist, haben Wir Uns überzeugt, daß die Reichsgesetzgebung, während sie weislich die Regelung der Rechtsverhältnisse der höheren und mittleren Klassen vorgesehen und deren Pflichten, Befugnisse und Vorrechte genau bestimmt hat, nicht eine gleiche Wirksamkeit erreicht hat in Betreff der an die Scholle gebundenen Bauern, so benannt, weil sie nach alten Gesetzen oder nach Herkommen erblich unterworfen sind der Gewalt der Gutseigenthümer, auf welchen letzteren dagegen die Verpflichtung ruht, für jener Wohl zu sorgen. Die Rechte der Grundeigenthümer waren bis jetzt sehr ausgedehnt und nur unvollständig bestimmt durch das Gesetz, das durch Ueberlieferung, Gewohnheit und den guten Willen der Grundeigenthümer ergänzt war. In den letzten Fällen erzeugte diese Ordnung der Dinge patriarchalische Beziehungen, gegründet auf eine aufrichtige, gerechte und wohlthuende Fürsorge von Seiten der Gutsherren, und einen liebevollen Gehorsam von Seiten der Bauern. Aber in dem Maße, wie die Einfachheit der Sitten sich minderte und die Verschiedenheit der gegenseitigen Verhältnisse sich vermehrte, der Charakter der Väterlichkeit in den Beziehungen der Herren zu den Bauern schwächer wurde und überdem die herrschaftliche Gewalt zuweilen in die Hände solcher Individuen fiel, die sich ausschließlich durch ihre persönlichen Interessen leiten ließen, lockerten sich diese Bande gegenseitigen Wohlwollens und machten einer Willkür Platz, lästig für die Bauern, nachtheilig für ihre Wohlfahrt und machte sie gleichgültig gegen alle Fortschritte in ihren Lebensverhältnissen. Diese Umstände erregten schon die lebhafte Aufmerksamkeit Unserer Vorfahren glorreichen Andenkens und sie nahmen Bedacht auf Verbesserung der Lage der Bauern. Aber von diesen Maßregeln erwiesen einige sich wenig entscheidend, weil sie der freiwilligen Initiative derjenigen Grundbesitzer unterworfen blieben, welche sich von freisinnigen Absichten beseelt zeigten, und die andern, hervorgerufen durch besondere Umstände, blieben beschränkt auf einzelne Orte oder konnten nur als Versuche gelten. Wir sind jedoch überzeugt, daß das Werk einer ernsten Verbesserung der Lage der Bauern für Uns ein heiliges Vermächtniß Unserer Vorfahren sey, eine Aufgabe, welche im Laufe der Ereignisse die göttliche Vorsehung Uns zu erfüllen berufen hat. Wir haben dieses Werk begonnen mit einem Zeugniß Unseres kaiserlichen Vertrauens zu dem russischen Adel, der Uns so viele Beweise seiner Ergebenheit an den Thron und seiner beständigen Opferwilligkeit für das Wohl des Vaterlandes gegeben hat. Dem Adel selbst

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 86. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreimaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 38. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Mittwoch, 27. März 1861.

Deutscher Bund.

Frankfurt, 22. März. Die hier erscheinende „Zeit" widerspricht in ihrer neuesten Probenummer der Nachricht der „Leipzigrr Zeitung", daß sie von der preußischen Regierung eine Subvention von 10,000 Thalern erhalte. Es werde sich, sagt das neue Blatt, bald herausstellen, daß es Niemandes Brod esse, als sein eigenes und demzufolge auch Niemandes Lied singe, als das seinige.

(Pfälz. Ztg.)

Bayern. München, 25. März. Wie man vernimmt, ist bezüglich gewisser Thatsachen, die bei der Verhandlung der Anklage gegen Redakteur Hopf durch Zeugenaussagen näher bekannt wurden, bereits eine Disziplinar-Untersuchung gegen die betreffende Persönlichkeit eingeleitet, deren Ausgang man mit Interesse entgegen sieht.

(Südd. Z.)

München, 25. März. Se. k. Hoh. Prinz Karl von Bayern ist von Berlin zurück gestern hier eingetroffen. — Das Staatsministerium des Handels rc. hat dem Generalkomite des Landwirthschaftlichen Vereins auch für das laufende Jahr eine Summe von 2000 fl. aus Centralfonds für Kultur zur Belohnung jener Gemeinden zur Verfügung gestellt, welche sich durch Kultivirung und bessere wirthschaftliche Benützung ihrer ungetheilten Gemeindegründe auszeichnen. Das Generalkomite hat sich vorbehalten, einzelnen Personen, welche sich um die Durchführung solcher Kulturunternehmungen verdient gemacht habrn, besondere Belohnungen oder Auszeichnungen zu verleihen. Gleichzeitig hat das Generalkomite auch für das heurige Jahr eine Preisbewerbung für Entwässerungs- und Bewässerungs-Unternehmungen, Drainagen und Arrondirungen erlassen und hiefür die Summe von 1800 fl. bestimmt.

(N. Münch. Ztg.)

* **Baden.** Die badische Regierung schreitet rüstig vorwärts auf dem Weg der Reformen. Neuerlich ist eine Kommission ernannt worden, um den Entwurf einer neuen Gerichtsverfassung auszuarbeiten.

Oldenburg. Der Landtag hat einen Gesetzentwurf, welchem das Prinzip der Gewerbefreiheit zu Grunde liegt, angenommen.

Thüringen. Der Landtag des Herzogthums Meiningen ist in der Domänenangelegenheit gegen die Regierungsvorlage schlüssig geworden. Nach allem Bisherigen stand ein anderer Ausgang kaum zu hoffen.

Oesterreich. Wien, 23. März. Die „Wiener Ztg." theilt mit, daß der Kaiser an die Stelle der bisherigen k. k. kroatisch-slawonischen Statthalterei in Agram daselbst die Errichtung eines königlichen Statthaltereiraths der Königreiche Dalmatien, Kroatien und Slawonien genehmigt hat. (Somit wäre die Vereinigung Dalmatiens mit Kroatien und Slavonien entschieden.)

Wien, 23. März. Der niederösterreichische Großgrundbesitz vollzog gestern die Landtagswahlen. Es erschienen 167 Votanten, mithin waren 84 Stimmen zur absoluten Majorität erforderlich. Vierzehn Kandidaten erhielten die absolute Majorität. Ueber den Ausfall bemerkt die „Presse" ironisch: „Es gereicht uns zur besonderen Genugthuung, daß sich unter den Auserwählten der Großgrundbesitzer nicht ein einziger Bürgerlicher befindet, und wir wollen wünschen, daß die Nachwahl des fünfzehnten Abgeordneten der adeligen Reinheit dieser Kastenwahl keinen Makel anheften wird."

(Köln. Ztg.)

Wien, 24. März. Der Kaiser soll einem Gerüchte zufolge, welches der amtlichen „Prager Ztg." gemeldet wird, am 28. d. Mts. in Pesth eintreffen. Die Krönung soll einem weiteren Gerücht zufolge in der Garnisonskirche in der Ofener Festung stattfinden und der erst nach der Krönung eigentlich vom König zu eröffnende Landtag soll dann zu diesem Zwecke, nämlich zu dem der Eröffnung durch Se. Majestät nach Pesth verlegt werden, da die Landhauslokalität in Ofen, wo der Landtag am 2. April zusammentritt,

---

Die Leibeigenschaft in Rußland.

(Schluß.)

Am 7. Februar begannen die Berathungen im Reichsrath, über dessen beide erste Sitzungen die neueste Nummer von Hertzen's „Kolokol" einen Bericht enthält. Es heißt darin:

„In der Sitzung des Ministerraths und der Mitglieder des Bauern-Komite vom 7. Februar dankte der Kaiser der Majorität der Mitglieder, die für das Projekt der Redaktions-Kommission gestimmt hatten, besonders dem Großfürsten Konstantin, den er dafür küßte. Der Kaiser erkannte die gründliche Arbeit der Redaktions-Kommission rühmend an und sagte in sehr entschiedener Weise, daß er Jedem volle Freiheit, sich auszusprechen, gestatte, jedoch keinen weitern Aufschub dulde. Er schloß mit den Worten: „Ich wünsche, ich fordere, ich befehle es!", und sprach diese Worte mit beinahe drohendem Ausdruck. Den Ministern befahl er, ihre persönlichen Ansichten dem allgemeinen Besten unterzuordnen, denn der Bauernstand, das sey sein fester Entschluß, müsse fortan, wie vor der Zeit des Kaiserthums, einen einigen, denselben Gesetzen der gewöhnlichen Staatsgewalt unterworfenen Stand bilden, und über die Angelegenheit der gesammten ländlichen Bevölkerung des Reiches ein neues Spezial-Komite zusammengesetzt werden. Der betreffende Plan dazu wurde hierauf vom Staatssekretär Butkow verlesen. Hier warf Murawiew ein, von einem solchen Plane habe er früher nie etwas gehört. Worauf ihm der Kaiser sehr trocken erwiderte, daß er darüber gar nicht nachzudenken, sondern sich bloß mit der Ausführung zu befassen habe. Murawiew war über diese Worte nicht wenig betroffen und sagte beim Hinausgehen aus dem Saale zu einem seiner Kollegen: Mir scheint, ich werde meine Entlassung nehmen müssen — woraus aber lange nicht folgt, daß er diesen Entschluß ausführen wird. Die Sitzung des Reichrathes am 9. Februar eröffnete der Kaiser mit einer Rede, in der er den geschäftlichen Gang der Regierungsmaßregeln über die Leibeigenen seit Paul I. entwickelte. Sein Vater und sein Oheim hätten zu verschiedenen Zeiten schon zwischen den Bauern und Gutsbesitzern gütlich vermitteln wollen, aber leider ohne Erfolg, weil persönliche Interessen gegen die Bauern aufgetreten seyen. Diese Opposition zu brechen, sey er selbst fest entschlossen. Die Alleinherrschaft, sagte er, hat die Leibeigenschaft in Rußland eingeführt, und die Alleinherrschaft muß sie abschaffen. — Im weiteren Verlaufe der Sitzung, die von 12 bis 6 Uhr dauerte, wurden die 19 Paragraphen der Einleitung, die alle Grundzüge in sich schließen, erörtert. Der Kaiser erklärte wiederholt, daß er die Wesenheit der Vorschläge nicht zu ändern gestatte; die Details zu modifiziren, überlasse er jedoch den Mitgliedern. Graf Sergius Stroganow fragte darauf hin den Kaiser, was unter „Details" verstanden seyn solle. — „Ich glaube," erwiderte der Kaiser, „daß Sie sich an meine Worte klammern. Der Sinn meiner Rede ist doch wahrhaftig nicht mißzuverstehen." — Ribeaupierre und Fürst Menschikoff, die vor der Versammlung lärmend gegen das Projekt gesprochen hatten, blieben die ganze Zeit über stumm. Fürst Dolgorucki, der Gendarmenführer, und Fürst Gagarin sprachen entschieden gegen das Projekt. Als Curiosum ist schließlich zu bemerken, daß der Generalgouverneur von Petersburg, Ignatiew, den Vorschlag gemacht hatte, ein Bataillon Soldaten vor der Thür des Staatsrathes aufzustellen. Der Kaiser solle damit erschreckt werden, aber dieser durchschaute den Plan und lehnte den Antrag dankend ab." — Am 25. Februar hat, wie aus Petersburg gemeldet wird, die letzte Sitzung des Reichsraths stattgefunden. Der Kaiser hat darin wieder eine lange Rede gehalten, und mit ziemlich starker Stimmenmehrheit ist schließlich der am 17. März verkündete Ukas festgestellt worden.

(Nach der Köln. Z.)

früheren Ausdehnung vollständig wiederherzustellen. Ein solcher Plan mag vielleicht mit zu dem Rüstzeug gehören, welches Napoleon anzuwenden gedenkt, um die Karte von Europa zu Frankreichs Vortheil umzugestalten; daß er denselben aber dem Kaiser von Rußland selbst jetzt vorgeschlagen habe, ist nicht wohl anzunehmen, da Letzterer natürlich mit Nein antworten müßte.

Amerika.

* Washington, 13. März. Präsident Lincoln hat sich geweigert, sich auf Unterhandlungen mit den Kommissären des Südens einzulassen.

Nichtpolitische Zeitung.

Bamberg, 23. März. Bei der jüngsten Generalversammlung der mechanischen Baumwollen-Spinnerei und Weberei dahier wurde beschlossen, 1 pCt. Dividende (also in Summa 6 pCt.) an die Aktionäre zu vertheilen und die Spinnerei um 10,000 Spindeln zu vermehren. (Bamb. Tgbl.)

Ueber die in Wien herrschende Theuerung der Lebensmittel enthält ein Privatbrief vom 17. d. Folgendes: Die Geschäfte gehen miserabel, die Theuerung ist horrent; 1 Pfund Rindfleisch kostet 28 kr. österr., 1 Pfd. Kalbfleisch 26 kr., 1 Pfd. Schaffleisch 32 kr., 1 Pfd. Schweinschmalz 48 kr., 1 Pfd. Rindschmalz 60 kr., 1 Maß Bier 32 kr., 1 Ctr. Auszugmehl 14 fl. 50 kr., 1 Ctr. Mundmehl 11 fl., 1 Ctr. Semmelmehl 10 fl., 1 Ctr. Roggenmehl 8 fl.

Die „Wiener Zeitung" gibt in einem Schreiben aus Galacz, 2. März, eine ausführliche Beschreibung der furchtbaren Verwüstungen, welche die Ueberschwemmungen vom 24. und 25. v. M. dort angerichtet. In Bezug auf die argbeschädigten Güterniederlagen sagt sie: Hierbei treten die Getraidelager wegen der Wichtigkeit des hiesigen Fruchtgeschäftes in den Vordergrund. In den von der Ueberschwemmung betroffenen Magazinen lagerten 60,000 Kilo (60,000 österr. Metzen) verschiedener Frucht zur Verschiffung bereit. Im ersten Schrecken gab man dieses ganze Quantum im Werthe von 300,000 Dukaten verloren, jetzt hofft man wenigstens die Hälfte retten zu können, obgleich die genäßte Waare immer im Werthe verringert bleibt. Größer als der materielle Verlust ist die unvermeidliche Geschäftsstockung und die Schwierigkeit, die mit Hälfte März anlangenden zahlreichen Schiffe, welche zum größeren Theile bereits längst gechartert sind, mit ihren Ladungen zu versehen. Bei der Unwegsamkeit aller Straßen wird es lange Zeit brauchen, ehe sich das hiesige Lager wieder ergänzt, und der Schaden für die Schifffahrt wird sich als sehr beträchtlich herausstellen. Der Schaden an Colonialien, an Holz und anderen Waaren ist gewiß auch ein sehr empfindlicher, doch an sich wegen seiner vielfachen Vertheilung nicht im Stande, dem Platze als erstem Emporium des unteren Donauhandels einen vernichtenden Schlag zu versetzen.

Wie das „Journal de Toulouse" meldet, riß am 13. März Nachmittags ein Sturm die bei Verdun (??) über die Garonne gebaute Hängebrücke ein. Der Wind war so stark, daß er die vier Pfeiler umwarf.

Handels- und Börsenberichte.

Frankfurter Börse (vom 18. bis 23. März).

Während österreich. Fonds stagniren, bleiben süddeutsche fortwährend gefragt und sind theilweise höher, die neue 4pCt. Württemberger streifen bereits Pari. 5pCt. Preussen durch einen forcirten Kauf bis 108 getrieben, konnten sich natürlich nicht halten und blieben $106\frac{1}{2}$ angeboten. Von Loos-Effekten kurhessische anhaltend beliebt und scheinen sich zu vergreifen. Die Niete von 60 Thaler bringt zum jetzigen Kurs noch immer 12 Thaler Gewinn.

Auf dem Eisenbahn-Markt eher mattere, im besten Fall behauptete Kurse. Die nunmehr vollbrachte Thatsache der Kehler Rheinbrücke wird hoffentlich den Bau der Mannheimer beschleunigen. Schande für Deutschland, dass ein Bundesstaat sich über eine so wichtige Verbindung eher mit einem fremden Lande, als mit seinem vaterländischen Nachbarn verständigen konnte. Nahebahn $\frac{1}{2}$ pCt. schlechter. Die Zins-Garantie der zweiten Prior.-Anleihe scheint nur bedingungsweise gewährt werden zu sollen. Wenn auch nicht zu Recht, so doch der Thatsache nach ist die Nahebahn so gut als Eigenthum der preuss. Staatsregierung anzusehen. Der Bericht des Handels-Ministers, Hrn. von der Heydt, an die Kammern ist eine Art Armesünderbeichte, und in so fern eine moralische Genugthuung für die dividendenlosen Aktionäre. Von Prioritäten österreich. Westbahn bis $71\frac{1}{2}$ erniedrigt. Die neue Emission soll zahlreiche Bewerber finden (siehe den Wiener Brief).

Von Kreditaktien bewegten sich österreichische kaum $\frac{1}{2}$ pCt. auf und nieder. Darmstädter 1 fl. besser und fest zu 182. Von Zettelbanken Frankfurter nicht unter 110 zu haben, Bairische, die seit Jahr und Tag durch die Abwesenheit einer Notiz auf unserm offiziellen Kursblatt glänzen, könnten füglicher Weise ganz wegbleiben. Auffallend ist, dass österr. National-Bankaktien in Wien täglich einige Gulden fallen. Sollte man etwa ernstlich den Plan haben, die Besitzer der Bankaktien, welche in Treu und Glauben erst zur Verstärkung der Bank, dann für das Hypothekengeschäft zu ihrem ursprünglichen Kapital das Doppelte hergaben, in ihrem rechtmässigen Eigenthum verkürzen zu wollen!

Vom Geldstand das alte Lied. Wohl noch nie waren in Frankfurt so grosse Kapitalien ohne Verwendung wie jetzt; die Herabsetzung des Diskonto in London hat diese Devise bis $118\frac{1}{2}$ gedrückt, während Paris in allen Sichten gefragt bleibt. Da Gold in Paris 2 per Mille Agio steht, lässt sich die dortige Diskonto-Herabsetzung nicht recht damit vereinbaren. Wiener Wechsel sehr fest, da für Getraideankäufe grosser Bedarf besteht.

(Aktionär.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	$76\frac{1}{4}$ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	60 P. $59\frac{3}{4}$ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$50\frac{1}{8}$ P. $49\frac{3}{4}$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	—
"	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$36\frac{3}{4}$ P.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$87\frac{1}{2}$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	$102\frac{3}{4}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$103\frac{1}{4}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$103\frac{1}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	100 G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{1}{2}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{3}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{3}{8}$ P. 95 G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	103 P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$94\frac{7}{8}$ G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$101\frac{7}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{3}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$93\frac{3}{4}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	102 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$100\frac{3}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$98\frac{3}{8}$ G.
"	3 pCt. Obl.	$90\frac{5}{8}$ G.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47 P. $46\frac{7}{8}$ G.
"	$1\frac{3}{4}$ pCt. " " "	$41\frac{3}{4}$ P.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$99\frac{1}{4}$ P. $98\frac{3}{4}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$116\frac{1}{8}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	675 P. ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	129 P. 128 G
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	182 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	78 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	70 P.
Internationale Bank in Luxemb. . .	83 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	335 P. 333 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$67\frac{7}{8}$ P.
Oest. F. St. Elsb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	222 P.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$122\frac{1}{4}$ P. $121\frac{3}{4}$ G.
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$71\frac{3}{8}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	25 P. $24\frac{1}{2}$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$129\frac{1}{2}$ P. 129 G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	100 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{1}{8}$ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	237 G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	520 P.
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	467 G.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	104 G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{5}{16}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$96\frac{1}{4}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	$88\frac{1}{4}$ B.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{5}{8}$ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	$93\frac{1}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{5}{8}$ B.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. 1. S.	$79\frac{3}{8}$ B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$73\frac{1}{4}$ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$48\frac{3}{8}$ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$54\frac{3}{4}$ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	129 G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$54\frac{3}{4}$ P.	" fl. 25 do.	$34\frac{5}{8}$ P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$92\frac{1}{4}$ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$34\frac{5}{8}$ P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beik.	118 G.	Sardinien Fr. 36 b. R.	$49\frac{3}{4}$ P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$36\frac{1}{4}$ P.
Badische fl. 50	90 P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{7}{8}$ P.
Badische fl. 35	$52\frac{7}{8}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{3}{4}$ P.

Frankfurt, 25. März. Die Börse war auch heute beinahe ganz geschäftslos, und nur in österr. Kreditaktien zu etwas niedrigeren Kursen einiger Umsatz. Von süddeutschen Fonds waren besonders $3\frac{1}{2}$ pCt. Frankfurter begehrt bei wenigen Abgebern.

(Syndikat.)

dort zu sequestriren seyen. Der Vertreter Frankreichs habe gerathen, sie nach Genua zu bringen, woher sie gekommen seyen, und schließlich habe sich Fürst Kusa damit einverstanden erklärt. Nun sey aber zu jener Zeit die Donau zugefroren gewesen, und man habe die Waffen nicht fortbringen können. Die erwähnten sardinischen Schiffe seyen später mit anderen Frachten abgegangen. Der britische Gesandte in Konstantinopel habe sich für den Fall, daß man es ihm gestatte, bereit erklärt, das englische Kriegsschiff „Banshee" zur Abholung der Waffen abzusenden, und als er bei ihm (Russell) darüber angefragt, habe er geantwortet, wenn die Vertreter der anderen Mächte nichts dagegen hätten. Demgemäß sey die „Banshee" abgeschickt und ein großer Theil der Waffen fortgeschafft worden. Es scheine ihm dies von Seiten der Regierung des Sultans eine Handlung der Selbstvertheidigung zu seyn, und England habe nur als Freund gehandelt, indem es der Türkei auf diese Weise Beistand leistete.

Frankreich.

Paris, 19. März. Man spricht von einem eigenhändigen Schreiben des Kaisers von Oesterreich an Napoleon III. Franz Joseph — versichert man — beklage sich in diesem Schreiben über die heftigen Angriffe, welche ebenso aus dem französischen Senate wie aus dem italienischen Parlamente gegen ihn erhoben wurden, — Angriffe, die er durch seine gemäßigte Haltung seit dem gebrochenen Vertrage von Villafranca durchaus nicht erwarten zu dürfen glaubte; Franz Joseph füge hinzu, er wende seine ganze Sorgfalt der inneren Reorganisation seines Reichs zu — im eigenen Lande aber fange man an, die Mäßigung den Herausforderungen Italiens (Piemonts) gegenüber für Schwäche zu halten — und er sey entschlossen zu zeigen, daß hierzu keine Zeit sey. (Wie es scheint, wird das Gerücht von einem solchen Briefe nur verbreitet, damit das Publikum sich gewöhne, in Oesterreich das Carnickel zu sehen, das Lust habe, anzufangen.) (Z. f. Nordd.)

Paris, 22. März. Der heutigen Sitzung der Kammer wohnten Herr v. Persigny, der Prinz Napoleon, Canrobert und eine große Anzahl von Gesandten bei. Die Diskussion über das Amendement der republikanischen Opposition zur römischen Frage wurde fortgesetzt. Der Vicomte Anatole Lemercier hatte zuerst das Wort. Derselbe will sich auf keine historischen und philosophischen Entwicklungen einlassen, da er nicht die Absicht hat, mit Favre und Granier de Cassagnac zu wetteifern. Erstaunt und betrübt über J. Favre's Angriff gegen Lamoricière erblickt er in den Schlachttagen von Castelfidardo eine Protestation des Rechts gegen die Gewalt. Der Redner erklärt, daß der Papst keineswegs gegen Reformen sey, denn er habe sich der Reihe nach an Rossi, einen liberalen Konservativen, und an Lamoricière, ehemaligen Minister Cavaignac's, gewandt. Wenn ich — fügt er hinzu — die Religion leidenschaftlich liebe, so liebe ich die Freiheit leidenschaftlich. Der Papst muß, um auf seine erste Politik zurückkommen zu können, zuerst seine Unabhängkeit erlangen. „Was den Vorwurf, den man dem Papste macht" — fährt hierauf der Redner fort — „daß er die Wohlthaten der kaiserl. Regierung vergesse und sich in die Arme der alten Parteien werfe, betrifft, so frage ich zuerst, von welchen Parteien man sprechen will. Will man von den Häuptern der sog. katholischen Partei sprechen? Ich läugne, daß eine solche besteht; es gibt nur ergebene, aufrichtige Katholiken, die sich immer wieder finden, wenn ihr Glaube bedroht ist." (Hr. Delamarre ruft dem Redner zu: „Der katholische Glaube ist keineswegs bedroht.") Dann auf die Rolle übergehend, welche die französischen Legitimisten in Rom gespielt, sagt er, daß Frankreich der römischen Regierung gegenüber nie als Feind aufgetreten sey und die Franzosen also nur eine befreundete Macht unterstützten. Hr. Billault, Minister ohne Porteseuille, ergreift hierauf das Wort, um das republikanische Amendement zu bekämpfen. Er sprach sich für die Fortdauer der Okkupation Roms aus, ohne daß er jedoch die Verpflichtung der katholischen Partei eingehen wollte. Er gab zu verstehen, daß die Franzosen in Rom nicht allein zum Schutze des Papstes anwesend seyen, sondern auch dazu einerseits dienten, das französische Interesse zu wahren, und andererseits einen Schutz Oesterreich gegenüber böten. Zum Schluß bot er seine ganze Rednerkunst auf, um die Kammer für die Ansichten der Regierung zu stimmen und endigte, indem er als seinen Wahlspruch die Worte aufstellte: „Freiheit und Glaube!" Nachdem die Kammer noch mehrere Redner angehört hatte, verwarf sie alle Amendements, nahm den letzten Paragraphen an und votirte dann die ganze Adresse mit 212 gegen 13 Stimmen.

* Die „Ostd. Post" enthält ein Schreiben aus Paris, worin angedeutet wird, daß die Unterhandlungen wegen Rom zwischen Sardinien und Frankreich fortdauern. Im April (schon?) würden die Sardinier ganz gewiß in Rom einrücken. Cavour wolle nur zuvor von Napoleon etwas Schriftliches haben, um sich darauf berufen zu können; Napoleon aber wolle sich in dieser Art nicht binden, wie er denn überhaupt den neuen Zustand der Dinge in Italien noch gar nicht anerkannt habe, sondern die italienischen Angelegenheiten noch immer als eine offene Frage behandle, die sich bei gelegener Zeit schon noch zum Vortheil des Hauses Bonaparte würde lösen lassen. Mit dieser „offenen" Frage hält Napoleon III. den König Viktor Emanuel auch immer noch in Abhängigkeit von sich und macht ihn zum gefügigen Bundesgenossen. Noch erwähnt derselbe Brief des Gerüchts, Kaiser Napoleon habe dem russischen Hof vorgeschlagen, das Königreich Polen in seiner

---

seyn würde. Die beiden Berichterstatter thaten das Menschenmögliche, vermochten aber das Komite nicht zufrieden zu stellen, zumal da in diesem selbst die Ansichten über die Sache sehr getheilt waren. Entschieden für das Programm des Kaisers waren Großfürst Konstantin, Lanskoi, Bludow und Rostowzow; dagegen aus politischen Gründen Fürst Orlow, aus finanziellen Kniajewitsch, aus bureaukratischen Panin und Murawiew. Der heftige Wortwechsel zwischen dem Großfürsten Konstantin und dem Fürsten Orlow ist bekannt. Se. kaiserl. Hoheit bekam unmittelbar darauf Urlaub und ging auf ein Jahr ins Ausland, so daß es schien, als wolle der Kaiser selbst seinen wohlüberlegten Plan nicht, in wenn auch noch so wohlgemeintem Eifer, überstürzt, sondern reiflich berathen und gegen alle Einwürfe ruhig erwogen wissen. Daß es Seiner Majestät mit der Sache selbst strenger Ernst und eine Zurücknahme des Planes nimmermehr zu erwarten war, das bewies das am 2. Juli 1858 erscheinende kaiserl. Reskript, welches alle Apanage-Bauern ohne alle Entschädigung frei gab und in dieselben persönlichen und Eigenthumsrechte einsetzte, welche alle anderen freien Bauern genossen. Bis dahin hatten sich noch Manche der Hoffnung getröstet, der Kaiser sey, da er mit der Vorberathung seines Planes so viel Umstände mache, sich selbst noch nicht ganz klar und experimentire nur, er werde sich zureden, sich abmahnen, einschüchtern, schrecken lassen. Der moskauer Adel, namentlich die Fürsten Menschikow und Metschersky, drohte mit offenem Widerstande; eine Bauern-Revolte in Esthland, welche über ein mißverstandenes kaiserliches Reskript ausbrach, wurde als Schreckmittel ausgebeutet; umsonst. Der Kaiser stand fest auf seinem Worte: die Bauern sollen frei werden!

Um nun die Berathungen des Haupt-Bauern-Komite zu beschleunigen, welchem das aus dem ganzen Reich zusammengekommene Material über den Kopf gewachsen war, trat auf kaiserlichen Befehl zu Anfang 1859 die sogenannte Redaktions-Kommission zusammen, welche unter dem Vorsitze des Generals Rostowzow die Gutachten der einzelnen Adelskomites aus dem Gesichtspunkte des Rechts, der Verwaltung und der Finanzen prüfen und zu einem allgemeinen Bericht für das Hauptkomite verarbeiten sollten. Da die Mitglieder dieser Kommission lauter Ministerial-Bureau-Beamte waren, so verlief sich der Geschäftsgang natürlich in eine endlose Vielschreiberei, die dem Vorsitzenden nichts weniger als behagte, weil er schneller zum Ziele zu kommen gedacht hatte. Er entwarf daher selbst nach den vorliegenden, aber noch nicht vollständigen Akten einen Generalbericht, worauf der Kaiser befahl, aus jedem Adelskomite zwei Deputirte nach Petersburg vorzuladen, wo dieselben dem Haupt-Bauern-Komite Rede und Antwort stehen sollten. Dem Adel kam dies sehr erwünscht. Er träumte von der Auferstehung der Duma, des ständischen Beirathes der altrussischen Herrscher, und gedachte nun, diese Gelegenheit auf das Beste für sich auszubeuten. Sollen die Bauern ihre alten Rechte wiederbekommen, gut, so fordert auch der Adel die seinigen. Das war hübsch ausgesonnen; in Petersburg aber kam es doch anders. Im August erschien dort die erste Abtheilung der Adels-Deputirten, und, als diese nach unerquicklichen Zänkereien mit der Redaktions-Kommission, insonders mit dem General Rostowzow, im November verabschiedet worden war, im Dezember die zweite Abtheilung. Die Herren sahen sich außerordentlich getäuscht. Sie hatten gehofft, sich mindestens sehr unbequem machen und allerlei Konzessionen ertrotzen zu können; nun aber wurden sie abgefertigt: sie seyen nur dazu da, um das zu beantworten, wonach man sie fragen würde. Inzwischen starb General Rostowzow und der Justizminister Panin trat an die Spitze der Redaktions-Kommission, die nunmehr, nachdem die schwer enttäuschte „Duma" in bitterer Unzufriedenheit in die Provinzen heimgekehrt war, mit anerkennenswerthem Eifer an das Ordnen des Materials ging und im Herbst 1860 endlich mit der Arbeit zu Stande kam. Das Haupt-Bauern-Komite erledigte seine Aufgabe im Januar d. J.

(Schluß folgt.)

bar mit dem Bestehen eines dänischen Gesammtstaats nach den Verträgen von 1852. Ihm entgegnete Abg. Reuck, die Herren in Kopenhagen verwechselten den Einheitsstaat mit dem Gesammtstaat; sie wollten den ersteren, während sie von letzterem sprächen. In einem Gesammtstaat, wie ihn die Verträge von 1852 im Auge hätten, könnten die provinziellen Besonderheiten der einzelnen Landestheile wohl gewahrt bleiben. Darauf erwiderte der k. Kommissär: die Holsteiner legten ein so großes Gewicht auf das geschichtliche Recht, sie möchten bedenken, es gebe auch ein Recht der Geschichte, und, man dürfe hinzufügen, daß letzteres höher als ersteres stehe. Der Verbindung Holsteins mit Schleswig ständen vielfache Momente im Wege; ein Hauptpunkt sey die Verbindung Holsteins mit Deutschland. Würde Holstein diese aufgeben, so würde die ganze Sachlage geändert. Diese Verbindung mache die vorliegende Sache zu einer europäischen. Da rief Graf Reventlow-Jersbeck: Weder die Stände noch das Land würden je in eine Ausscheidung Holsteins aus dem deutschen Bunde willigen. — Abg. v. Blome: Die Regierungsvorlage gebe keine Bürgschaft dafür, daß nicht das dänische Element das deutsche vollständig unterdrücken werde. Früher seyen die deutschen und dänischen Landestheile gleichberechtigt gewesen, sobald aber die dänische Nationalität sich als die herrschende ansah, habe der Kampf begonnen. Ein flüchtiger Blick auf Schleswig lehre, wie dort das deutsche Element unterdrückt werde. Diese Unterdrückung erstrecke sich selbst auf das Irrenhaus in Schleswig, und dieses sey doch ein beiden Herzogthümern gemeinschaftliches Institut. Um seines eigenen Wohles willen dürfe man Schleswigs Wohl nicht opfern, und geschähe dies, so wisse er keinen Winkel auf der Erde, wo er sich vor Scham verbergen könne. Nie werde er auch in ein Ausscheiden Holsteins aus dem deutschen Bunde willigen." Die Versammlung erhebt sich zum Zeichen des Einverständnisses. — Der kgl. Kommissär: Er bezweifelt nicht, daß man hier das für Recht halte, was man verlange, aber man möge wohl bedenken, daß dieses auch auf anderer Wagschale gewogen werde, und mindestens sey es zweifelhaft, ob die anderen Wagschalen nicht ein ganz anderes Resultat ergeben würden. Auch könne man ebensowohl ein Recht aufgeben, darauf resigniren. — Der Berichterstatter Versmann: Allerdings auf ein Privatrecht, nicht aber dürfe die Ständeversammlung auf ein heiliges Recht des Landes verzichten, welches die Interessen selbst der künftigen Generationen betreffe. Hiemit schloß diese Sitzung; die Berathung sollte Tags darauf fortgesetzt werden.

Oesterreich. Wien, 20. März. Die Verhandlungen, welche hier zwischen der Regierung und den ungarischen Staatswürdenträgern gepflogen werden, scheinen von dem besten Erfolge begleitet zu seyn. Wie man hört, sollen die in Berathung gestandenen Fragen sich auf das Steuer- und Rekruten-Bewilligungsrecht, auf die Uebernahme eines Theiles der seit 1848 kontrahirten Staatsschulden ꝛc. bezogen haben, wogegen Ungarn seine vollkommene Unabhängigkeit und Selbständigkeit neuerdings garantirt und zugleich die Aussicht eröffnet worden seyn soll, daß der Kaiser für die Zukunft alljährlich durch einige Zeit seine Residenz in der königlichen Burg zu Ofen nehmen dürfte. Ohne gerade für die Genauigkeit der vorerwähnten Bedingungen zu einem freundschaftlichen Compromiß eine volle Bürgschaft übernehmen zu wollen, wird mir versichert, daß man in ungarischen Kreisen hofft, sie als Basis der Verständigung von den in Pesth-Ofen demnächst versammelten Repräsentanten der Nation angenommen zu sehen.

(Köln. Ztg.)

Großbritannien.

London, 22. März. In der heutigen Unterhaussitzung beantwortete Lord J. Russell verschiedene Fragen über Waffensendungen nach den Donaufürstenthümern in folgender Weise: Vor einem Jahre sey es der Regierung zu Ohren gekommen, daß es an der österreichischen Gränze und an der türkischen Gränze eine Partei gebe, die es darauf abgesehen habe, die Herrschaft Oesterreichs und der Pforte abzuschütteln und aus Ungarn, den Donaufürstenthümern, Bosnien und anderen Landstrichen in jenem Theile Europa's einen großen Staat zu bilden. Eine Zeit lang habe man dies für einen sehr abenteuerlichen Plan gehalten, der wohl auf keine Unterstützung werde rechnen können. Im Laufe des Jahres jedoch habe sich das Gerücht verbreitet, daß Waffen nach Konstantinopel und von da nach dem schwarzen Meere gesandt werden sollten. Natürlich habe das die Besorgnisse der Pforte erregt, und da die Donaufürstenthümer einen Theil des türkischen Gebietes bildeten, so habe man die Bildung großer Waffen-Depots in denselben nicht gestatten dürfen. Ebenso wenig habe man dulden können, daß sich Flüchtlinge aus verschiedenen Ländern Europa's daselbst versammelten, um gegen die türkische und österreichische Regierung Krieg zu führen. Es sey über den Gegenstand korrespondirt worden. Die Schiffe, welche die Waffen — Kanonen und Musketen — nach den Fürstenthümern brachten, seyen sardinische Schiffe gewesen. Die türkische Regierung habe sich deshalb an die Vertreter der verschiedenen Mächte gewandt. Die Meinung der englischen Regierung sey die gewesen, daß die Waffen nach Konstantinopel zurückzuschaffen und

---

Die Leibeigenschaft in Rußland.

Die Leibeigenschaft in Rußland hat ein Ende. Die Freigebung der Leibeigenen war und ist für den Kaiser Alexander mehr als der schöne Traum eines menschlich fühlenden Herzens, mehr als die Forderung einer freisinnigen Weltanschauung, weit mehr als eine kaiserliche Lieblingsidee, die durchgesetzt werden soll, bloß weil es Sr. Majestät so gefällt. Nein, die Frei-Erklärung aller Leibeigenen ist eine Nothwendigkeit der Zeit, ein strenges Muß, das nicht nach Belieben mehr befolgt oder abgethan werden kann, sie ist, aus den bitteren Erlebnissen des Krimkrieges geboren, eine Lebensfrage für die Großmacht Rußland geworden. Nicht die Humanität allein, nein, was weit dringlicher ist, die Finanzen des Staates heischen ihre Lösung. Sie muß gelöst werden, Rußland muß „sich sammeln", die unermeßlichen Kräfte seines Volkes wecken, die unermeßlichen Schätze seines Bodens zu heben beginnen. Es muß, es hat keine andere Wahl.

Der Krimkrieg hatte zu viel gekostet. Die Leistungsfähigkeit des Landes war weit überschätzt, über Maß angespannt, nahezu erschöpft worden. Der starre Wille des Autokraten und ein zahlreiches, wenn auch noch so tapferes, Heer machen es allein nicht, wenn nicht ein thätig schaffendes, arbeitsames, gewerbfleißiges, freies Volk dahinter steht. Das ist wohl die bitterste Erkenntniß, welche der Kaiser aus dem Kampfe mit den Westmächten hat heimtragen müssen. Welche unermeßliche Fülle von Kraft müßte dem Reiche aus dem freien Ackerbau erwachsen, über wie reiche Hülfsmittel der Staat verfügen können, wenn freie Leute den Boden bestellten! Wie allgewaltig und ungebeugt könnte Rußland dastehen, wenn mehr als ein Drittel seiner Bevölkerung nicht leibeigen wäre!

Der Grundgedanke des ursprünglich veröffentlichten Entwurfs war, daß die Leibeigenen noch zwölf Jahre unter der Autorität ihrer Herren stehen, während dieser Zeit aber sich mit Haus und Hof durch Zinszahlungen oder Frohndienste ablösen und nach Ablauf dieser Frist ganz freie Leute seyn sollten.

Die amtliche Veröffentlichung der kaiserlichen Willenserklärung machte im ganzen Lande einen ungeheuren Eindruck. Die Adelskomites traten zusammen. Einige stimmten bei, andere schüttelten bedenklich die Köpfe, manche setzten sich zur Wehr und machten Einwendungen; im Gouvernement Tambow legte man das Reskript einfach ad acta. Aber der Kaiser war nicht gewillt, die Sache im russischen Geschäftsgange verschleppen und, wie tausend andere Plane, wieder auf die Seite schaffen zu lassen. Der Minister des Innern, Lanskoi, mußte die bestimmte Erklärung abgeben, daß es Sr. Majestät unerschütterlicher Wille sey, dem Grundherrn sein Grundeigenthumsrecht zu wahren, zugleich aber auch den Leibeigenen festen Wohnsitz zu verschaffen und sie in eine Lage zu versetzen, daß sie nicht bloß existiren, sondern auch ihre Pflicht gegen den Staat erfüllen könnten; nur so werde Rußland ein sicheres Pfand für seine innere Ruhe und für das Wohlseyn Aller haben. Der Grundsatz stehe fest; der Adel habe nur die Mittel und Wege anzugeben, wie die praktische Ausführung am einfachsten und vortheilhaftesten, in Ordnung und Allmäligkeit vor sich gehen könne. Die Petersburger Akademie der Wissenschaften erhielt Befehl, eine Preisfrage zu stellen über das allmälige Verschwinden der Frohnden in Europa, und am 15. Januar 1858 erschien der kaiserliche Erlaß, welcher das Haupt-Bauern-Komite einsetzte und mit der Prüfung aller der von den einzelnen Adelsversammlungen zu erwartenden Gutachten, Plane und Vorschläge beauftragte.

Das Haupt-Bauern-Komite bestand aus zwölf Mitgliedern: Fürst Orlow, Großfürst Konstantin, Staats-Sekretär Graf Bludow, Graf Adlerberg I., Fürst Gagarin, Minister des Innern Lanskoi, Justizminister Panin, Fürst Dolgorukow I., Domänenminister Murawiew II., Wegeminister Tschewkin, Finanzminister Kniajewitsch und General Rostowzow. Den Vorsitz hatte sich der Kaiser selbst vorbehalten. Schon als das erste Gutachten — es kam von dem zarskoje-seloer Adels-Komite — eingelaufen war, zeigte es sich, daß das ungeheure Material von diesen Kräften nicht zu bewältigen

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 85.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Schrift	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Dinstag, 26. März 1861.

Deutscher Bund.

Bayern. Das Einführungsgesetz wurde jüngst vom Gesetzgebungsausschuß der Abgeordneten-Kammer zu Ende berathen. Der Beschluß wird jetzt in einer Abendsitzung verlesen und geht sodann an die Kammer der Reichsräthe. Unter den vom Ausschuß beschlossenen Aenderungen erwähnen wir die folgenden: In Art. 36, wo die Voraussetzungen festgestellt werden, unter welchen bei leichteren Verbrechen die Untersuchungshaft gegen Inländer nicht eintreten kann, sind neben den Personen, die sich „im Besitz hinreichender liegender Gründe befinden, ein ordentliches Gewerbe selbständig betreiben, im Dienste des Staats, der Kirche, einer Gemeinde oder einer öffentlichen Korporation ständig angestellt sind, oder dem Stand der Rechtsanwälte, Notare, Gerichtsboten oder praktischen Aerzte angehören, nach einem Antrag des Abg. Brater noch diejenigen Personen eingereiht worden, die „ein hinreichendes Einkommen versteuern.“ — Zu Art. 38 wurde ein von dem Abg. Barth vorgeschlagener Zusatz angenommen, wonach die provisorische Haft, wenn sie nur verfügt wurde, um die Fortsetzung einer strafbaren Handlung zu verhindern, nicht über 24 Stunden fortgesetzt werden darf. — In Art. 55 war, mit einer bekannten Vorschrift des Preßstrafgesetzes übereinstimmend, das Verbot auswärtiger Zeitungen, deren Inhalt zu einer gerichtlichen Verurtheilung Anlaß gegeben hat, in unbegrenzter Dauer statuirt worden. Der Abg. Brater hatte beantragt, die Dauer solcher Verbote auf 1—3 Jahre zu beschränken. Der Ausschuß hat mit Berücksichtigung dieses Antrags dem Artikel folgende Fassung gegeben: „Mit jeder Verurtheilung, welche durch den Inhalt einer im Auslande erscheinenden Zeitung oder Zeitschrift veranlaßt wird, kann das aburtheilende Gericht zugleich das Verbot der Zeitung oder Zeitschrift entweder schlechthin oder auf bestimmte Zeit, in letzterem Falle nicht auf weniger als ein Jahr aussprechen. Das Verbot ist von demselben Gerichte wieder aufzuheben, sobald das Urtheil nach seinem ganzen Inhalte vollzogen oder Begnadigung eingetreten oder die Strafe verjährt oder der Verurtheilte gestorben ist.“ (Die Verjährungszeit schwankt, je nach der Größe der Uebertretung, zwischen 30 und 2 Jahren.) (Südd. Ztg.)

München. Im hiesigen Militärkrankenhause wird ein Operationskurs errichtet und zu diesem Zwecke ein eigenes Haus gebaut, dessen Herstellung im Kostenanschlag von 11,537 fl. an den Meistbietenden überlassen wird.

Württemberg. Stuttgart, 23. März. In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten beantwortete der Minister des Innern die Interpellation Fetzer's, betreffend den Schutz des deutschen Vaterlandes (Herstellung eines befestigten Waffenplatzes im oberen Schwarzwald, Eisenbahnverbindung mit der Bundesfestung Ulm, Wehrhaftmachung des Volkes). Mit dem Zweck, sagt der Minister, welchen die Anfrage habe, werden wohl alle einverstanden seyn. Ein verschanztes Lager auf der Linie von Rastatt bis Konstanz sey nicht mehr und nicht minder als eine Festung, und die Erbauung einer solchen wäre Sache des Bundes. Diese Bundesfestung wäre nicht auf diesseitigem Gebiete gelegen, sondern auf badischem. Es wäre also die Sache zunächst von der badischen Regierung aufzunehmen, doch werde sie auch von unserer Regierung nicht aus dem Auge gelassen werden. Der Minister fährt fort, der strategische Werth einer Eisenbahnlinie von Ulm nach dem Rheinwinkel sey von Militärpersonen wohl anerkannt, und es werde eine solche Linie auch von der Regierung nicht außer Acht gelassen. Was die allgemeine Wehrhaftmachung betreffe, so sey dieses System für uns nicht anwendbar, und wir seyen auf unser bestehendes militärisches System angewiesen. Auch eine Vereinigung beider Systeme wäre schon wegen des Kostenpunktes nicht thunlich. Aber eine Einübung der Landwehr habe er, der Minister, schon früher empfohlen, dabei aber bei der Kammer wenig Anklang gefunden. Der Minister spricht nunmehr über die großen Schwierigkeiten, welche die Einführung eines allgemeinen Volksheeres hätte (Kasernirung, Einquartierung, Zeughäuser für die verschiedenen Bezirke, sehr bedeutende Anzahl von Offizieren und Unteroffizieren und Geldentschädigung für diese), Schwierigkeiten, welche bei uns zu Unmöglichkeiten sich steigern würden. Die Regierung sey also auf andere Mittel angewiesen, nämlich auf die gehörige körperliche Ausbildung durch Turnanstalten, und dafür werde die Kammer im Budget eine Position von 20,000 fl. finden. Ferner sey die Unterstützung des Freihandschießens sehr angemessen, und auch hiefür sey eine Exigenz eingebracht. Dieß seyen die Maßregeln, welche die Regierung vorschlage und vorschlagen könne, er bedauere, wenn sie den gesteigerten Ansprüchen Fetzers nicht entsprechen könne, man müsse diese Angelegenheiten aber vom nüchternen Standpunkte, mit Rücksicht auf den Kostenpunkt betrachten. Fetzer: Die Position im obern Schwarzwald wäre gegen den Feind gar nicht zu halten, wenn nicht hinter dem stehenden Heere das Volk in Waffen sich befände. Er verkenne nicht den großen Aufwand an Geld, wisse aber, daß dieser vor vielen größeren Opfern unser Land schützen werde. Minister v. Linden: An dem guten Willen der Regierung und der Regierungen zu zweifeln, liege nirgends ein Grund vor; geboten aber erscheine es vor Allem, auf dem Wege des Möglichen zu bleiben, und nicht in jedem Augenblicke von der Gefahr so laut zu sprechen.

* **Holstein.** Am 21. März begann der holsteinische Landtag seine Berathung über die neuen Verfassungsvorlagen der Regierung. Bei Beginn derselben ermahnte der kgl. Kommissär die Versammlung, diese Vorlagen doch ja anzunehmen, und namentlich nicht darauf zu bestehen, daß die frühere Verbindung Holsteins und Schleswigs wiederhergestellt werde; denn diese sey unverein-

auffordern, „auf dem Boden der gesetzlichen Agitation zu bleiben; der Augenblick sey nicht entfernt, wo wichtige Ereignisse in den Donauländern der Bewegung eine andere Richtung geben würden." (N. Pr. Z.)

Portugal.

Lissabon. Die Commissäre der am 10. ds. abgehaltenen Volksversammlung haben mit dem Marschall Saldanha über eine „Iberische Union" (Spanien, Portugal) gesprochen, der ihnen erklärte, er sey immer ein Anhänger derselben gewesen.

Italien.

Turin, 20. März. Diesen Morgen überreichte eine Deputation der 2. Kammer dem Könige die Adresse; dieser entgegnete unter Anderm: „Man sagt, daß man jetzt Klugheit üben müsse, kommt aber die Stunde der Prüfung, wird mich die Nation auf meinem Posten treffen. Ich weiß, wie ich auf die Italiener zählen kann, und diese wissen, welche Rechnung sie auf mich machen können." (Tel. d. Ostd. Post.)

Turin, 24. März. Cavour zeigte in der Deputirtenkammer an, daß das Programm des neuen Ministerium dasselbe seyn werde, wie bisher. Die ministerielle „Opinione" sagt ebenfalls, die Politik der Regierung werde durch den Wechsel einiger Minister nicht geändert; die ausnahmsweisen Verhältnisse von Neapel und Sizilien aber hätten es nothwendig gemacht, Minister aus diesen beiden Landestheilen selbst in das Kabinet aufzunehmen.

Die Turiner „Opinione" hatte berichtet, Lord Seymour sey in Venedig von Zollbeamten mißhandelt worden und habe sich bei den österreichischen Behörden darüber beschwert; die „Opinione" begleitete diesen Bericht mit den üblichen Bemerkungen gegen österreichische Brutalität; der Lord schreibt nun an die „Times", er habe seit einigen Monaten England gar nicht verlassen.

In Sicilien fallen wieder blutige Familienstreitigkeiten vor; in San Margarita wurde Montalbano, Haupt der einen Partei, ermordet; bei seinem Leichenbegängniß verbarrikadirten sich seine Gegner im Stadthaus; die Montalbaner sprengten aber einen Theil desselben durch Pulver und tödteten acht Menschen; es sind nun von Palermo Truppen dorthin gesandt worden, welche zehn Personen arretirten.

Türkei.

§ Wien, 22. März. (Privat-Korrespondenz.) Den neuesten aus Constantinopel eingetroffenen Nachrichten zufolge ist die Pforte aus ihrer Lethargie erwacht, und entschlossen, den Aufstand in der Herzegowina zu unterdrücken, ehe derselbe eine solche Ausdehnung erlangt, daß er, wie es in Syrien geschehen, den fremden Mächten Anlaß zum Einschreiten gibt, was, wie man weiß, das Ziel der französischen Politik ist. Von allen Seiten gehen Truppen nach dem Kriegsschauplatz ab; das an der serbischen Grenze stehende Observations-Corps wird verstärkt und alle Maßregeln getroffen, damit der Aufstand auf die Herzegowina beschränkt bleibt. Wenn daher politische Heißsporne das Erlöschen des Halbmondes als für die nächste Zeit bevorstehend mit Bestimmtheit voraussagen, so beweisen sie nur, daß sie die Widerstandskraft der Osmanen unterschätzen, wie dies seiner Zeit Rußland gethan hat, welches seinen Irrthum 1855 bei Oltenizza, Kalafat und Silistria theuer büßen mußte. Eine vollständige Unkenntniß der betreffenden Verhältnisse zeigt es aber, wenn, wie dies kürzlich in einem norddeutschen Blatte (H. Börsenhalle) geschehen ist, die Behauptung aufgestellt wird, daß schon in diesem Frühjahre die Fahne des Halbmondes aufhören würde, auf den Wällen der Belgrader Citadelle zu wehen. Das ist kein Irrthum mehr, sondern Paroxismus. Die Eroberung der Citadelle von Belgrad erfordert eine Belagerung, welche Monate lang dauern würde und mit ungeheuren Beschwerden verknüpft wäre. Die Werke sind sturmfrei und in dem letzten Jahre erweitert und von englischen Ingenieuren reparirt worden. Auf den Wällen aber stehen nicht mehr die alten türkischen Kanonen, sondern vortreffliche Geschütze, welche aus England bezogen worden sind. Ein Angriff auf die Festung würde die Verwandlung der Stadt Belgrad in einem Schutthaufen zur unmittelbaren Folge haben. Die Besatzung ist stark und besteht aus Kerntruppen, Munition und Proviant ist im Ueberflusse vorhanden, der Pascha aber ist ein energischer Mann, der seine militärischen Studien in Wien gemacht hat.

Rußland und Polen.

Warschau, 21. März. In Folge des schon erwähnten Cirkulars des Hrn. v. Muchanoff hat der Bürgerausschuß in seiner gestrigen Abendsitzung nachstehenden Beschluß gefaßt: „Die Delegation hat in Erfahrung gebracht, daß am 18. März eine Verfügung an die Civilgouverneue, die Landräthe, die Commandeure der Gendarmerie und die niederen Polizeibehörden erlassen worden ist, worin denselben aufgegeben wird, bei dem geringsten Verdacht wider Personen ohne Ausnahme, die sich eines tadelnswerthen Verhaltens schuldig gemacht oder durch Unterhaltungen und Gerüchte verdächtig geworden sind, energische Maßregeln zu ergreifen, vor allen Dingen aber solche Personen zur Haft zu bringen. Was hierbei aber das Wichtigste ist, ein besonderer Punkt dieser Verfügung heißt die Bauern darauf aufmerksam machen, daß die Regierung sich ihr Wohlergehen besonders angelegen seyn lasse und von ihnen daher auch erwarte, daß sie jeden ihnen verdächtig erscheinenden Menschen festhalten würden. Wenn das allerh. Reskript vom 9. März dem Lande wichtige Reformen in Aussicht stellt, so stellt andererseits die obige Verfügung, welche den Bauern die Befugniß, jede verdächtige Person festzunehmen, ertheilt, eine durch Nichts zu rechtfertigende Willkürherrschaft der unaufgeklärten Massen in Aussicht. Da die beregte Verfügung sich nur an die bäuerliche Bevölkerung wendet, alle anderen Klassen aber bei Seite setzt, da ferner die Imagination der Bauern dadurch haranguirt wird, daß man ihren materiellen Interessen schmeichelt, deren Regelung übrigens bereits auf würdige Weise, wie es die Gerechtigkeit erfordert, erfolgt ist, so kann dies Vorgehen der Regierung nur den Zweck verfolgen, Unfrieden zu säen und einen Theil der Bevölkerung gegen den anderen aufzuhetzen. Diese Verfügung droht bei der gegenwärtigen Lage der Dinge dem ganzen Lande wirkliche Unsicherheit, und zwar eine viel augenscheinlichere, als diejenige ist, welcher man durch die gedachte Maßregel aus Furcht vor Uebergriffen Seitens der Bevölkerung zu begegnen wünscht, die übrigens durch keinerlei Thatsachen dargethan werden. Die Delegation bittet daher ihren Vorsitzenden, er wolle bei dieser Lage der Sache Seiner Durchlaucht dem Fürsten-Statthalter Vortrag halten und ihn ersuchen, Maßregeln zu treffen, um die öffentliche Meinung zu beruhigen und das Vertrauen zu den in dem allerhöchsten Reskripte in Aussicht gestellten Reformen wiederherzustellen." Noch bevor dieser Entschluß im Bürger-Ausschuß gefaßt worden war, schreibt man der „Bresl. Ztg.", hatte der General-Adjutant des Kaisers, General v. Kotzebue, welcher auf den Statthalter einen bedeutenden Einfluß ausüben soll, den Fürsten auf den nachtheiligen Einfluß aufmerksam gemacht, welchen diese Maßregel auf die Bauern im russischen Reiche ausüben werde, und ihn dringend ersucht, diese Verfügung zurückzunehmen. Ein Gleiches versuchten später noch mehrere andere hochgestellte Persönlichkeiten und machten sogar ihren Verbleib im Staatsdienste von der Rücknahme der von Herrn v. Muchanoff herrührenden Verfügung abhängig. Der Fürst hatte sich indessen gestern hierzu noch nicht bestimmen lassen.

Warschau. Der neue Direktor des Warschauer Lehrbezirks, Geh. Rath Laszcynski, hob in seiner in der medizinischen Akademie gehaltenen Anrede besonders hervor, daß zum ersten Mal seit 30 Jahren ein Pole an die Spitze des Erziehungswesens gestellt sey, man möge daher mit Vertrauen in die Zukunft sehen. Im Censur-Bureau, das, früher unter Muchanoffs Leitung, ebenfalls unter seine Direktion kommt, äußerte er sich dahin, daß er sich im Augenblick noch nicht über das in Zukunft einzuhaltende Verfahren bestimmt auslassen könne, doch müsse er so viel sagen, daß das bisher beobachtete im Ganzen nicht rechtmäßig gewesen sey. Als Vorstand der Regierungskommission des Innern war Geh. Rath Muchanoff bekanntlich im Amt geblieben. Sein schon erwähntes geheimes Cirkular ist jetzt veröffentlicht. Die Aufregung unter den Polen über dasselbe war sehr groß, noch größer aber ihre Freude, als am 23. März Abends bekannt wurde, daß Muchanoffs vollständige Entlassung aus dem Staatsdienst vom Kaiser genehmigt worden sey.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 22. März. Nach der eben geschlossenen Reihe populär-wissenschaftlicher Vorträge im Liebig'schen Hörsaale wird, wie schon erwähnt, am Osterdinstag ein anderer Cyclus von Vorträgen eröffnet, welche von Celebritäten der katholischen Wissenschaft, Stiftsprobst v. Döllinger, Abt Haneberg und Prof. Deutinger gehalten werden; Professor Döllinger wird über die Religionen der Menschheit nach ihrer Beziehung zur Gegenwart und Zukunft, Prof. Deutinger über religiöse und antireligiöse Poesie sprechen. Die von Abt Haneberg zu behandelnden Themate werden erst nach dessen Rückkunft festgestellt werden. Diese Vorlesungen sollen offenbar ein Seitenstück und Gegensatz seyn zu denen im Liebig'schen Hörsaal. (Augsb. Pstz.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 84.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Montag, 25. März 1861.

Deutscher Bund.

Karlsruhe, 21. März. Die jüngste Mittheilung des kgl. preußischen Kabinets an den diesseitigen Minister bezüglich der Bemühungen um ein gemeinsames deutsches Civil- und Strafverfahren sagt u. A.: „Die kaiserl. österreichische Regierung hat sich schon im Allgemeinen bereit erklärt, zu diesem Zwecke gemeinschaftlich mit Preußen die Initiative zu ergreifen, und es sind eben jetzt von uns Verhandlungen mit Oesterreich eingeleitet worden, um Verabredungen über die vorbereitenden Schritte zur Entwerfung einer Civilprozeßordnung zu treffen. Bei Ausarbeitung der letzteren würde aber auch auf den Strafprozeß Rücksicht zu nehmen und dessen gemeinsame Reform ebenfalls in den Kreis der gestellten Aufgabe mit aufzunehmen seyn. Nach den bisherigen Erklärungen Oesterreichs und Württembergs darf die Hoffnung als berechtigt angesehen werden, daß die angeknüpften Verhandlungen nicht erfolglos bleiben werden." (Karlsr. Ztg.)

Wie die „Leipz. Ztg." berichtet, erhält die in Frankfurt vom 1. April an erscheinende „Zeit", zu deren Mitarbeitern Prof. Häusser, R. v. Mohl, Gg. Riesser, E. Zeller und David Strauß zählen, von der preußischen Regierung eine jährliche Unterstützung von 10,000 Thalern. Es ist freilich auch ein hartes Stück Arbeit, die Politik des Hrn. v. Schleinitz zu vertheidigen.

Bayern. München, 23. März. Se. Maj. der König hat genehmigt, daß die zur Beförderung des Domvikars Wilhelm Reber zum Kanonikus an dem Kollegiatstifte zur alten Kapelle in Regensburg und durch das sofort stattfindende Vorrücken der übrigen jüngeren Vikare erledigte sechste Domvikarsstelle an dem bischöflichen Kapitel zu Regensburg von dem Bischofe daselbst dem Spitalpfarrer in Straubing, Priester Gg. Jakob; die katholische Pfarrei Seßlach, von dem Erzbischofe zu Bamberg dem Priester K. Bruckmann, z. Z. in Koburg, verliehen werde; den Registrator der k. Regierung von Oberbayern, K. d. F., Ferd. Waschmitius, seiner Bitte entsprechend, für die Dauer eines Jahres in den Ruhestand treten lassen; diese Stelle dem Registraturs-Funktionär der genannten Regierungsfinanzkammer, H. Mader, verliehen; den Rechnungsführer Oskar Wirth bei dem Central-Gefängnisse Kaiserslautern in gleicher Dienstesеigenschaft an die Strafanstalt und das Bezirksgefängniß Zweibrücken versetzt und demselben die Funktion des Inspektors dieser Anstalt übertragen. (N. Münch. Z.)

Thüringen. Weimar, 19. März. Der Konflikt zwischen dem Bischof von Fulda und der diesseitigen Regierung wegen des Verpflichtungseides des neuen katholischen Geistlichen in Eisenach auf Befolgung der Staatsgesetze, welchen dieser auf Befehl des Bischofs nur unter Vorbehalt des kanonischen Gehorsams leisten will, hat in neuester Zeit noch an Ausdehnung gewonnen, nachdem die übrigen katholischen Geistlichen des Landes noch nachträglich die Collektiverklärungen abgegeben haben, daß sie bei ihrem Eide diesen Vorbehalt stillschweigend gemacht hätten. Es ist einstweilen Befehl gegeben, dem gedachten Geistlichen den Beitrag aus Staatsmitteln zu seiner Besoldung nicht mehr auszuzahlen. (Magd. Z.)

Nassau. In dem Bad Ems ist die Nachricht angelangt, daß die Kaiserin von Oesterreich gleich nach ihrer Rückkehr von der Insel Madeira ihren Aufenthalt dort nehmen werde, um eine längere Cur des bekanntlich für Brustkranke sehr heilsamen Emser Brunnens zu gebrauchen. Zu gleicher Zeit werde auch die Königin von Neapel in gedachtem Bade eintreffen, für welche hohe Frauen denn auch bereits der größte Theil des Hotels Wales gemiethet seyn soll. (Allg. Z.)

* **Holstein.** Es war neulich gemeldet worden, der engl. Minister Lord Wodehouse habe im Oberhaus gesagt, daß die dänische Regierung sich bereit erklärt habe, den holsteinischen Ständen das Budget für 1861 vorzulegen. Es zeigt sich nunmehr aber, daß entweder der Herr Minister falsch berichtet war, oder die Berichte der englischen Blätter über seine angebliche Aeußerung nicht genau waren. Denn es ist jetzt gewiß, daß die dänische Regierung ein derartiges Zugeständniß nicht gemacht hat. Der Verfassungsausschuß der holsteinischen Stände aber hat sich hiedurch veranlaßt gesehen, beim Landtag noch die ausdrückliche Erklärung zu beantragen: „Die Regierung habe den Ständen Holsteins das Budget nicht vorgelegt und sich auch nicht zu dessen Vorlage bereit erklärt."

Oesterreich. Wien, 22. März. Nächste Woche geht ein Theil der Hofdienerschaft nach Ofen, um die königliche Burg für die Ankunft Sr. Maj. des Kaisers einzurichten. Auch ein Theil der k. k. Hofgarden wird sich dahin begeben. Unteroffiziere der ungarischen Freiwilligen-Husaren sollen während der Anwesenheit Sr. Majestät in Ofen den Burgwachdienst versehen.

Wien, 23. März. Der Wiener Hof richtet an sämmtliche Höfe Europa's eine Protestnote gegen die Proklamation des neuen Königreichs Italien. — Der Großherzog von Toskana, der Herzog v. Modena und die Herzogin v. Parma legen ebenfalls Verwahrung dagegen in abgesonderten Protesten ein. (Allg. Z.)

* Im Venetianischen wurde an verschiedenen Orten der Geburtstag Viktor Emanuels, 14. März, durch Schließen der Läden, Besuch der Kirchen und öffentliche Spaziergänge gefeiert. An den meisten Orten aber ließen sich die Einwohner, obwohl von einzelnen Hetzern aufgefordert, nicht dazu verleiten.

Großbritannien.

London, 22. März. Im Oberhaus erklärte Fortescue, das jonische Parlament sey vertagt worden, weil es sich auf das allgemeine Stimmrecht berufen, um die Annexion der Inseln an Griechenland und die Unabhängigkeit der Griechen in der Türkei durchzusetzen. Lord Normanby verlangte eine Auseinandersetzung über die Vorgänge auf den jonischen Inseln, und warf die Schuld derselben auf Lord John Russell's revolutionäre Theorien. — Der Herzog von Newcastle bestätigte die Zeitungsberichte und vertheidigte Lord John Russell, dessen oft besprochene Oktoberdepesche nur Bezug auf Italien habe. Derselbe erklärte gleichzeitig, die Regierung werde das Protektorat über die jonischen Inseln versöhnlich aber entschieden aufrecht erhalten. Nach Depeschen aus Corfu werden dort Petitionen für die Annexion an Griechenland unterzeichnet; sie berufen sich auf die Behauptung, daß die Einwohner das Recht hätten, ihre Nationalität wieder zu fordern und sich mit ihrem Laude, dem unabhängigen Griechenland zu vereinigen.

In London hat sich ein Verein gebildet, an dessen Spitze Layard und Paxton stehen, um für Pfingsten den Ausflug der englischen Arbeiter nach Paris zu leiten.

Frankreich.

Paris, 21. März. Es ist immer und immer wieder die Affaire Mirès, welche hinter allen andern Vorkommnissen auftaucht und der Gesellschaft, welche sie so gerne vergessen möchte, höhnisch in's Gesicht blickt. Man erzählt jetzt und an Orten, wo man unterrichtet seyn kann, daß, als Mirès von Mazas nach der Conciergerie gebracht wurde, um stets zur Verfügung des Untersuchungsrichters zu seyn, der Akten-Fascikel mit den sogenannten „cahiers de charge" verschwunden seyn soll. Diese cahiers enthielten die zahlreichen Empfehlungs- und Befürwortungsschreiben hochstehender Personen an Mirès. Was soll man dazu sagen? Mirès soll übrigens in seinen Briefen eine Sprache führen, die an Derbheit so wenig zu wünschen übrig lassen soll, daß neulich davon die Rede gewesen ist, seine Vertheidigungsschriften dem Staatsanwalt zu übergeben. (N. Pr. Z.)

Die Häupter der polnischen Emigration in Paris haben Sendschreiben nach Polen geschickt, in denen sie ihre Landsleute

Neueste Nachrichten.

München, 22. März. Die gezogenen Geschütze, welche Preußen für unsere Feldartillerie liefert, sind dieser Tage in Berlin von einem dahin gesendeten Hauptmann übernommen worden und werden alsbald hier eintreffen. Die preuß. Militärverwaltung liefert zu diesen Geschützen auch die Geschosse, und zwar zu einem billigeren Preis, als dieselben bei uns geliefert werden könnten. — Mit dem neapolitanischen Königspaare werden auch mehrere der Geschwister des Königs und dessen gesammter Hofstaat hieher kommen; die Königin-Wittwe von Neapel aber wird sich von Rom nach Oesterreich begeben und fernerhin ihren Wohnsitz in einem Schloß bei Wien nehmen; die Königin-Wittwe ist bekanntlich eine Erzherzogin von Oesterreich. (Südd. Ztg.)

Kassel, 20. März. Die „N. H. Z." schreibt: Wie wir hören, hat die preuß. Regierung der kurfürstlichen vor Kurzem den Rath ertheilt, die Verfassung von 1831 statt den Ständen, mit denen doch schwerlich eine Vereinbarung zu erzielen sey, lieber nochmals dem Bundestage vorzulegen, mit dem Ansuchen, die bundeswidrigen Bestimmungen derselben auszumerzen, und sie alsdann zur Einführung zu bringen. Danach würde man jetzt selbst in Berlin die Kompetenz des Bundes zur Erledigung solcher Verfassungsfragen nicht mehr wie früher bestreiten, im Gegentheil ihn hierzu besonders geeignet halten. (Indeß scheint diese Nachricht nicht recht glaubwürdig.)

Wien, 21. März. Die Wahlen sind in Wien vorüber, die Kandidaten des liberalen Wahlkomite haben in allen Wahlbezirken die Majorität. Das hervorragendste Ereigniß in dem Wahlkampf nicht blos Wiens, sondern in sämmtlichen deutsch-slavischen Provinzen ist die vielfache Wahl Schmerlings. Sie ist eine Vertrauensadresse, die nicht deutlicher ausgedrückt, nicht einem verdienteren Mann gegeben werden konnte. Mit den Wahlen der innern Stadt kann man vollkommen zufrieden seyn. Es sind geistreiche und bedeutende Männer, welche Wien am Landtag diesmal zu vertreten haben. Weniger zufrieden kann man mit den Vorstadtwahlen seyn. Dort sind einige unbedeutende oder mittelmäßige Männer gewählt worden. (Allg. Ztg.)

Wien, 21. März. Bezeichnend für unsere Zustände war eine Deputation westgalizischer polnischer Bauern, die sich in diesen Tagen dem Kaiser vorstellte. Die guten Landleute wurden aufgefordert, zum Landtag zu wählen. Da sie aber den adeligen Herren und den Beamten in gleicher Weise mißtrauten, so schickten sie eine Deputation nach Wien direkt an den Kaiser, um sich persönlich zu erkundigen, ob es sein Wille sey, daß sie zum Landtag wählen sollten. Der Kaiser empfing sie in huldvollster Weise, erklärte ihnen, daß dies allerdings sein Wille sey und forderte sie auf, brave und tüchtige Männer zu wählen. Die Bauerndeputation ging frohen Muthes nach Galizien zurück. (Allg. Z.)

Wien, 22. März. Der Kaiser setzte mit Entschließung vom 21. auf Antrag des Staatsministers und des ungarischen Hofkanzlers die Abhaltung des serbischen Nationalkongresses (der sich darüber aussprechen soll, ob Slavonien, Kroatien ꝛc. ein selbständiges Kronland bilden oder mit Ungarn vereinigt werden sollen) in Carlowitz auf den 28. März fest. (Die Ungarn hatten es sehr übel genommen, daß der Kongreß überhaupt nur berufen wurde. Sie betrachteten Kroatien, Slavonien ꝛc. als nothwendige Anhängsel Ungarns und meinten, die Frage, ob jene Länder mit Ungarn vereinigt werden wollten, dürfe gar nicht aufgeworfen werden. Der Umstand, daß der ungarische Hofkanzler jetzt dem Einberufungsreskript seine Unterschrift beigesetzt hat, zeigt, daß die Verhandlungen, welche in letzter Zeit zu Wien mit hervorragenden ungarischen Magnaten gepflogen wurden, nicht erfolglos waren, und daß die Ungarn in diesem Punkt wenigstens zum Nachgeben sich bequemt haben.) (Tel. d. Allg. Ztg.)

Paris, 20. März. Heute sind viele katholische Notabilitäten nach Orleans geeilt, um dem Bischof Monseigneur Dupanloup Glück zu wünschen zu dem Empfange des Briefes, in welchem der Papst ihm für die Widerlegung der französischen Staatsschrift: „La France, l'Italie et Rome" (von Laguerronière), seinen Dank ausgesprochen hat, und welcher gestern im „Ami de la religion" veröffentlicht worden war. Die Schrift wird in dem päpstlichen Briefe ein „von Lügen und Bosheiten angefülltes Machwerk" genannt. (N. Pr. Z.)

Turin, 22. März. Cialdini erhielt die telegraphische Weisung, sogleich nach Turin zurückzukehren. Alle disponiblen Schiffe wurden nach den süditalienischen Gestaden gesendet, um Truppen zurückzuführen. Kossuth ist angekommen und hat sich zu den Ministern begeben. (Tel. d. Allg. Z.)

Mailand, 17. März. Seit einiger Zeit zirkuliren hier, wie der „Triester Ztg." geschrieben wird, viele der sogenannten ungarischen Kossuthnoten. Dieselben werden mit einem Abzug von 50 pCt. leicht an den Mann gebracht und es gibt hier Wechselstuben, in welchen dieses Papier zu ähnlichen Preisen gekauft und verkauft wird. Auch die ungarische Emigration gibt sich häufig hier ihre Rendezvous und kein Tag vergeht, an dem nicht bekannte ungarische Revolutionäre hier weilen.

Genua, 19. März. Der „Corriere Mercantile" meldet, die Regierung beabsichtige die Schulden sämmtlicher annexirter Länder in eine einzige italienische Staatsschuld zu verschmelzen. (Tel. d. Ostd. Post.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. A. Pohlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. 1. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	76¼ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	60 P. 59¾ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	50⅛ P. 49¾ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	41¾ G.
„	4½ pCt.	36¾ G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	87½ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102¾ P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102½ G.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	101⅛ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100⅜ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104 P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95⅜ P. 95 G.
Baden	4½ pCt. Obl.	103 P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	95 G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	101⅞ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100¾ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	93¾ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	102 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100⅜ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98 G.
„	3 pCt. Obl.	90⅝ G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47⅜ G.
„	1¾ pCt.	42 P. 41½ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr	99¼ P. 98¾ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	116⅛ P.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	578 P.	ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	128½ G.	
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	182 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100	76 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien	70 P.	
Internationale Bank in Luxemb.	83 G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	335 P. 333 G.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	68 P.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 25 kr.	222 P.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	123 P.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	71½ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4pCt. Z.	25 P. 24½ G.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	12¾ P. 120 G.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	99¾ P. ¼ G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51⅛ P.	
Südd. Bank-Akt. 30 pCt. Einz.	237 G.	
Span. Handels- u. Industrie	420 P.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereira	467 G.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	104¼ P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99¾ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105¼ G.
Brem. 50 Th. L.d. k. S.	98¼ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105⅛ G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88¼ B. 88 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 G.
London Lst. 10 k. S.	118⅛ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Maild. i. S. L. 200 k. S.	93⅛ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅝ B.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. £ à 6 W.	—
do. in öst. W. k. S.	79⅛—78 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839.	73¼ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	48½ P. ⅜ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	55¾ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	130 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	54¾ P. ½ G.	„ fl. 25 do.	34⅝ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	92¼ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	34⅝ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beik.	118 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	49¾ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	36¼ P.
Badische fl. 50	89 G.	Vereins-Loose fl. 10.	10⅜ P.
Badische fl. 35	52¾ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7 fl.	11 P. 10¾ G.

Frankfurt, 23. März. Fonds und Aktien bleiben fest; österr. Kreditaktien wurden eine Kleinigkeit höher bezahlt, das Geschäft war jedoch sehr unbelebt. (Syndikat.)

weder wie sein Vater auf fremder Erde und in einem Kloster seine Tage zu beendigen oder als Abenteurer betrachtet zu werden, dem das Schicksal nicht günstig gewesen, beglückwünscht er den Kaiser wegen seiner Politik in dieser großen Frage. „Das Staats-Oberhaupt“, sagt er, „hat sein Gewissen, das Recht, das nationale Interesse konsultirt, und er hat seine Hand in die Hand Viktor Emanuel's gelegt.“ Orsini's Name, meint er, hätte in der Kammer nicht ausgesprochen werden dürfen. „Es war,“ fügte er hinzu, „eine Beschimpfung des Souverains, eine Insulte für die Ehre Frankreichs.“*) Diese Worte wurden mit großem Beifall aufgenommen. Jules Favre schließt mit einer kurzen Skizze über die Geschichte des italienischen Feldzuges, zieht daraus Schlüsse zu Gunsten der Befreiung Italiens, und betrachtet die französische Okkupation in Rom als unpolitisch. Granier de Cassagnac ergreift das Wort, um im Namen der Kommission das Amendement zu bekämpfen. Die Sitzung wurde hierauf vertagt. Jules Favre hat in der heutigen Sitzung einen großen Erfolg gehabt. Die ganze Kammer zollte ihm ihren Beifall mit außerordentlicher Wärme. Der Minister Baroche begab sich zu ihm und beglückwünschte ihn wegen seiner Rede.

Italien.

Die Klagen über die gegenwärtige Verwaltung Neapels mehren sich; zwar hat Hr. Nigra einiges Gute gewirkt, aber die Mitglieder des Verwaltungsrathes sind ganz untüchtig, und neben der Verhinderung jeder nützlichen Maßregel wissen sie nichts Besseres zu thun, als ihren Angehörigen und Schützlingen einträgliche Aemter zu verschaffen, wobei sie, wenn die vorhandenen Stellen nicht genügen, neue schaffen. Deßhalb wurde neulich in der Deputirtenkammer die von Cavour gegebene Nachricht, Herr Liborio Romano habe seine Entlassung eingereicht, mit großer Befriedigung aufgenommen; ihm werden die meisten Mißbräuche zugeschrieben. Herr Romano wird jetzt hier erwartet, um seinen Sitz in der Deputirtenkammer einzunehmen, wo ihm ein harter Kampf bevorsteht; denn er wird über die Handlungen seiner Verwaltung gegenüber den sehr gewichtigen Vorwürfen seiner zahlreichen Gegner Rechenschaft geben müssen. Auch die sizilische Verwaltung geht nicht zum Besten; die Abberufung Montezemolo's, der seine gänzliche Unfähigkeit bekundet hat, soll schon beschlossen seyn. (Nat.-Z.)

Die „N. Münch. Ztg.“ schreibt: „Garibaldi hat, wie italienische Blätter melden, den Beginn des Feldzugs auf den Monat April festgesetzt. Die Aussagen finden sich durch die Anwerbungen bestätigt, welche die ungarischen Generale ganz offen betreiben, und dabei kein Geheimniß aus ihrem Entschluß machen, Oesterreich in einigen Wochen anzugreifen.“ (So wenig wir sonst den Friedens-Versicherungen Cavour's, Garibaldi's rc. trauen mochten, glauben wir doch, daß es ihnen für jetzt damit Ernst ist, und daß Besorgnisse, wie die von der „N. M. Z.“ angeregten, gegenwärtig nicht gegründet sind. D. R.d.)

Die Feier des Josephstages, die zu Garibaldi's Ehren überall in den italienischen Städten begangen wurde, ist überall ohne Ruhestörung vorübergegangen.

Rußland und Polen.

Breslau, 22. März. Die heutigen Zeitungen bringen ein geheimes Cirkular Muchanow's**) an die polnischen Civil-Gouverneure, in welchem denselben Wachsamkeit auf dem Lande eingeschärft wird. Die strengste Aufsicht zweifelhafter Personen, besonders Ausländer, und die Ergreifung der kräftigsten Mittel wird angeordnet. Den Bauern sey klar zu machen, daß die Regierung um ihr Wohl bemüht sey, und wird in dem Cirkular die Hoffnung ausgesprochen, daß die Bauern die Aufwiegler, selbst wenn es ihre eigenen Herren wären, ergreifen und den Behörden überliefern werden. Letzteres veranlaßte die Delegation Warschau's, gegen eine so gefährliche Maßregel Vorstellungen zu machen. Ueber den Erfolg ist noch nichts bekannt geworden. (T. d. Köln. Z.)

Amerika.

Washington, 4. März. Ich begab mich gestern hieher, um den Inaugurations-Feierlichkeiten beizuwohnen. Quartiere waren in den geräumigen Hotels nicht mehr zu erhalten; man mußte froh seyn, wenn man in einer der Hallen ein Bett oder vielmehr ein hartes Lager fand. Ich pries mich glücklich, als mir ein solches auf einem Billard für 5 Dollars angewiesen wurde. Das sonst so langweilige Washington trägt heute ein ganz festliches Ansehen, die „magnificent distances“, durch welche es berühmt ist, rückten in Folge der unabsehbaren Menschenmenge anscheinend näher zusammen. Wollen Sie sich vom Aussehen der Straßen einen Begriff machen, so denken Sie sich Darmstadt oder sonst eine langweilige Duodez-Residenz, in welcher an Wochentagen wohl ein Accessist „wimmelt“, plötzlich von 40 — 50,000 Besuchern angefüllt. Die Inaugurations-Feierlichkeiten begannen um 12 Uhr. Die Deputationen, Milizen, weißgekleideten Mädchen und sonstigen unvermeidlichen Apparate bei derartigen Gelegenheiten zogen um diese Zeit zum weißen Hause, wo sie den alten Präsidenten abholten, der dann bei Lincoln vorsprach und mit diesem von Willard's Hotel aus die breite Pennsylvania Avenue entlang zum Capitol fuhr. Der Zug war nach europäischen Begriffen äußerst ärmlich und unbedeutend. Ein einziges Musikkorps, ein paar Milizkompagnien, ein Wagen mit 34 jungen Mädchen in Weiß, welche die Union und Constitution der 34 Staaten vorstellen sollten, allein in Wirklichkeit mehr einem Carnevals-Fuhrwerk glich, und endlich Lincoln in einem Wagen, dem die Delegationen der verschiedenen Staaten folgten, das war der ganze so pomphaft angekündigte Festzug. Am Capitol angekommen, begab sich Lincoln zunächst in das Senatszimmer und trat dann auf den an der nördlichen Seite des Nationalpalastes gelegenen Balkon, wo eine aus rohen Tannenbrettern, ohne jede Zierrath und jede Flagge oder Auszeichnung, eilig zusammengezimmerte Tribune stand. Auf dem Tische lag eine Bibel; sonst trug sie ein Wasserglas und eine silberne Caraffe mit Wasser. Zur Rechten des Redners saßen der Senat und eingeladene Gäste, zur Linken die Diplomaten und Musikanten, beide in Uniform, während selbst General Scott und die sonstigen Vereinigten-Staaten-Beamten in Civil waren. Lincoln trat, nachdem die Musik „Hail Columbia“ gespielt hatte, vor und las mit heller, kräftiger, weittönender Stimme seine Antrittsrede ab. Schon bei den ersten Worten: „Mitbürger der Vereinigten Staaten“ wurde er vom lauten Beifall des Publikum unterbrochen. Dieser wiederholte sich bei allen jenen Stellen, die seinen festen Entschluß, die Union aufrecht zu erhalten, andeuteten, sowie auch bei jenen, die zu Versöhnung mahnten. Bei der Schlußphrase machte sich die Rührung bei Vielen sogar in Thränen Luft. Douglas ließ während der Rede zuweilen ein „So ist's“ oder „Das ist recht“ oder „Keinen Zwang“ vernehmen; Buchanan hörte schweigend zu und wandte sein Auge nicht von seiner rechten Stiefelspitze. Als Lincoln geendigt hatte, standen Alle auf, um ihm die Hand zu drücken, voran Richter Taney, dann Buchanan, Chase Douglas und die Anderen. Einer vom Süden sagte ihm dabei: „Der Himmel segne Sie, verehrter Herr, Sie werden uns retten.“ Worauf Lincoln erwiderte: „Es freut mich sehr, daß meine Rede den Männern des Südens Freude verursacht, denn dann weiß ich, daß ihnen nur das, was Recht ist, zusagt.“

Die Reuter'sche Agentur veröffentlicht folgende Nachrichten aus Washington vom 9. März: Der Kongreß des Südens (der abgefallenen Staaten) hat das Gesetz über die Rüstungen angenommen. Es werden demnächst 50,000 Mann bereit seyn, ins Feld zu rücken. Der Konvent Virginiens hat das Ausscheiden des Staates aus der Union beantragt. Die Bundesregierung in Washington hat die Absendung von Verstärkungen nach dem Fort Sumter beschlossen. Alle Kriegsschiffe im Mittelmeer und in der Südsee, sowie die Bundestruppen in Texas und Neumexiko sind heimbeordert worden.

Nichtpolitische Zeitung.

Nürnberg, 21. März. Dahier hat sich vor wenigen Tagen ein Kreditverein gebildet, der bei einer Einlage von 30 kr. bis 1 fl. 30 kr., per Mitglied und Monat, den Zweck hat, eine Kasse zu schaffen, aus welcher die Mitglieder Vorschüsse gegen Verzinsung entnehmen können. Er gründet sich auf Prinzipien der Selbsthülfe und Gegenseitigkeit. Sicher wird der Verein bei entsprechender Theilnahme sich einen wohlthätigen Wirkungskreis erobern. In Deutschland bestehen schon 81 solche Vereine; außerordentlich ist ihre Zahl und ihre segensreiche Wirksamkeit in England. (Fränk. K.)

Seit mehreren Tagen beginnt das Hopfengeschäft wieder lebhafter zu werden und wird in Nürnberg um 25 bis 30 pCt. höher gekauft als seither. Man schreibt dies dem Umstande zu, daß viele Käufer aus Böhmen und Frankreich kommen.

---

*) Man sieht, Jules Favre läßt sich durch seine demokratische Gesinnung nicht hindern, dem Kaiser zu schmeicheln. Er weiß warum; er hat sich ihm ja als Bundesgenossen angetragen für den Feldzug gegen den Papst.

**) Muchanow war bis zu den Februartagen Ober-Polizeidirektor für das Königreich Polen und hatte sich durch seine amtliche Thätigkeit vielfach verhaßt gemacht, und das oben erwähnte Cirkular gehört zu jenen Erlassen, welche ihm die Polen nicht vergeben konnten.

möchten, diese ihre Selbständigmachung allzulange hinausrücken und dann in großer Masse und auf einmal sich etabliren. (Frkf. Postz.)

Leipzig, 21. März. Der Schriftsteller J. H. Sievers, welcher in Flugschriften und Zeitungsartikeln die staatlichen Zustände seines Heimathlandes Mecklenburg einer scharfen Beurtheilung unterzogen hat und deshalb vom Obergericht in Wismar wegen Majestätsbeleidigung steckbrieflich verfolgt wurde, ist glücklich in Rotterdam angekommen. Sievers lebte im verflossenen Winter hier, ging aber auf erhaltene Kunde, daß die mecklenburgische Regierung ihn zu verfolgen beabsichtige, nach Jena, wurde dort auf Requisition der letztern verhaftet, aber sofort wieder in Freiheit gesetzt, weil die Staatsanwaltschaft die Verhaftung nicht für genügend begründet erachtete und begab sich, da die Staatsregierung doch die Pflicht, ihn auszuliefern, nicht hätte von sich weisen können, bei Nacht und Nebel über Frankfurt nach Holland. (Frkf. Postz.)

Freie Städte. Bremen, 21. März. Nach den Beschlüssen der Bürgerschaft in ihrer gestrigen Sitzung ist die sofortige Einführung der vollen Gewerbefreiheit in Bremen definitiv festgestellt. Der Vorschlag des Senats, ihm während eines fünfjährigen Zeitraums die Ermächtigung zu ertheilen, durch Verbot der Einfuhr gewisser Handwerkserzeugnisse dem hiesigen Handwerkerstande eine vermeintliche Stütze gegen die freie Konkurrenz zu bieten, ist mit ganz überwiegender Stimmenmehrheit abgelehnt, und es läßt sich kaum vermuthen, daß der Senat noch wieder darauf zurückkommen sollte. Gerade aus den Handwerkerkreisen erhoben sich die entschiedensten Stimmen gegen diesen Vorschlag, um dessen Nutzlosigkeit und nicht zu vermeidende Ungerechtigkeiten einer solchen Maßregel nachzuweisen. (Wes.-Z.)

Oesterreich. Wien, 21. März. Der gestrige Tag hat bewiesen, daß die Bewohner der Reichshauptstadt einen großen Schritt vorwärts auf der Bahn politischer Entwicklung gemacht haben. Die Bedeutung der Landtagswahlen ist von Jedermann erkannt worden und niemals noch, seit Wien steht, hat eine solche Wahlbetheiligung stattgefunden als gestern. Im Innern der Stadt haben neun Zehntel der eingezeichneten Wähler gestimmt; alle Minister, der ganze hier wohnende Adel, alle Klassen der Bevölkerung, alle politischen Schattirungen sind vor den Wahl-Kommissionen erschienen und haben laut und vernehmlich die Namen ihrer Kandidaten genannt. Der von der Wahl-Kommission eingenommene Tisch war des Tags über stets von einem dichten Kreis von Wählern umgeben, die nicht bloß Neugierde, sondern die Spannung der Parteimeinung an diese Stelle fesselte. In den verschiedenen Ecken des Saales fanden privative Kontrolirungen statt. Von dem liberalen Wahlverein wechselten in jeder Sektion je vier Personen ab, die sowohl die Namen der Wähler als der von ihnen Gewählten genau verzeichneten. Aehnliches hat auch seitens der „konservativen“ Partei stattgefunden. Die laute Abstimmung machte die genaueste Kontrole möglich und die Parteien konnten ihre Männer und ihre Schattirungen zählen und erkennen. (Ostd. Post.)

Landtags-Wahlen. Im Wiener Wahlbezirk Wieden: Oberrealiehrer Czedik (der sich bei den Wahlversammlungen als bedeutendes parlamentarisches Talent hervorgethan). Die Gewählten in den Landbezirken der deutschen Provinzen, so weit sie bis jetzt bekannt sind, gehören größtentheils dem Stande der Gutsbesitzer und Gewerbtreibenden an. Auch die Advokatur ist zahlreich vertreten; dagegen ist von Beamten, mit Ausnahme einiger Richter, sowie von adeligen Namen nichts zu bemerken.

* Auch einen Juden haben die Wiener zum Landtags-Abgeordneten erwählt, den Dr. Kuranda, Redakteur der „Ostd. Post“.

* Aus Ungarn. In der am 18. stattgehabten Generalversammlung der Pesther Stadt-Repräsentanz wurde über eine Zuschrift des Neograder Komitats Beschluß gefaßt. Dasselbe hatte nämlich mitgetheilt, daß es Jeden, der im Sinne des Februar-Patentes an dem Reichsrathe Theil nehmen werde, als Landesverräther erklärt, und die Vertreter der Stadt Pesth haben nun die Hoffnung ausgesprochen, daß sich wohl in Ungarn auch nicht Ein solch treuloser Mensch finden werde, der in den Reichsrath geht; im Falle, daß dies doch von Jemandem geschehen sollte, theilt die Stadt die Meinung des gedachten Komitats.

Die Finanzlandesdirektion in Temeswar fordert wiederholt zur Entrichtung der Steuern und zur Zahlung der Rückstände binnen 8 Tagen auf, unter Androhung von Zwangsmaßregeln.

Frankreich.

Paris, 21. März. In der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers begann die Diskussion über den Adreß-Paragraphen 25, der die italienische Frage betrifft. Alle Tribunen waren dicht gefüllt. Man bemerkte den Prinzen Napoleon, den General Fleury nebst Frau, den Marschall Canrobert, den Marquis de Larochejaquelin und eine große Anzahl anderer Notabilitäten. Die Senatoren waren in großer Anzahl anwesend. Der Paragraph 25 lautet, wie folgt: „Sire! Die diplomatischen Dokumente und die letzte Truppensendung nach Rom in einem kritischen Momente haben der gesammten Welt dargethan, daß Ihre ständigen Bemühungen dem Papstthume seine Sicherheit und seine Unabhängigkeit bewahrten und seine weltliche Souveränetät schützten, soweit dieses die Macht der Dinge und das Widerstreben gegen weise Rathschläge gestatteten.“ Zu diesem Paragraphen stellten J. Favre, Darimon, Picard, Ollivier und Henon (die Linke) folgendes Amendement: „Die Stunde ist gekommen, auf Rom die weisen Grundsätze der Nichtintervention in Anwendung zu bringen und Italien durch die unverzügliche Zurückziehung unserer Truppen zum Herrn seiner Geschicke zu machen.“ Jules Favre ergreift das Wort, um dasselbe zu vertheidigen. Er sagt, er glaube, das Organ der Kammer und des Landes zu seyn, wenn er verlange, daß man die Frage, welche der italienische Krieg unentschieden gelassen habe, endlich löse; er meint, daß die von ihm vorgeschlagene Lösung keineswegs den legitimen Einfluß beeinträchtige, welchen der Katholicismus auf die Civilisation ausübe (Jules Favre ist Katholik und besucht jeden Sonntag die Messe). Er sagt, man habe viel von der Aufregung gesprochen, welche diese Frage im Lande errege. Die Regierung habe darauf erwidert, diese Aufregung sey künstlich, hervorgerufen durch Partei-Manöver. Diese beiden Meinungen sind dem Redner zufolge übertrieben. Die herrschende Aufregung scheint ihm nicht der Art, daß sie einen ernstlichen Widerstand zur Folge haben kann, und er ist geneigt, zuzugeben, daß unter den unverzagten Kämpfern für die Kirche solche sind, die sich erst kürzlich bekehrt haben und deren Glaube wohl bis zu einem gewissen Punkte von den politischen Leidenschaften inspirirt seyn könnte. „Es war möglich, meint er, unter dem Mantel der Kreuzfahrer, den gewisse Vertheidiger des Papstthums angelegt hatten, die alte Rüstung des Voltaireanismus zu erkennen.“ Jules Favre bemerkt hierauf, daß die Macht des Papstes einer ihres hohen Ursprungs unwürdigen Controverse anheimgegeben sey. Das Papstthum vertheidige sich durch sich selbst, und seine Hauptkraft sey seine Schwäche. Wenn man sich aus der Geschichte eine dramatische und ergreifende Gestalt in die Erinnerung zurückrufen wolle, so könne man keine finden, die mehr Sympathie einflöße, als die Pius' IX. J. Favre wirft hierauf einen Rückblick auf die Geschichte. Er erinnert daran, daß, nachdem Gregor XVI. so viele Unglückliche aufs Schaffott, in die Verbannung und auf die Galeeren gesandt, sein Nachfolger Pius IX., 1847 einfach und voll Liebe, vom Vatican herab dem entzückten Italien ein Wort der Freiheit zugerufen habe. Sodann spricht er von der Geschichte der Kämpfe bis zum Jahre 1848. Er schildert das vor Erstaunen und Glück zitternde Italien, diese große Nationalität, welche die Hand des Papstthums selbst aus ihrem Grabe heraufbeschworen habe. Er gibt hierauf die Geschichte dieser „Illusion“ und behauptet, daß das römische Volk im Jahre 1848 die Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes nicht gewollt habe, und daß ihre Wiederherstellung eine Ueberraschung gewesen sey; denn der General Lamoricière habe in der Kommission der Kammer erklärt, daß die römische Republik von der Besetzung von Civita-Vecchia durch Frankreich nichts zu befürchten habe. Und doch sey der Papst nach Rom zurückgekehrt. „Bis nach dem Siege“, fährt der Redner fort, „stimmten diejenigen, welche den Präsidenten der Republik mit Verletzung der Absichten der Assemblee zu dieser Extremität verleitet hatten, Triumphlieder an. Aber schaut, wie Gott der Menschen spottet — diese blinden Werkzeuge ihrer Leidenschaften — man wähnte die weltliche Herrschaft des Papstes wieder hergestellt und hatte sie vernichtet. Denn am Tage seines Wiedereinzuges in Rom mittelst fremder Bayonnete hat Pius IX. aufgehört, Souverain zu seyn. Autorität kann ja nur auf Vertrauen, auf Zuneigung oder auf Furcht beruhen. Wehe der Macht, die auf letztere sich stützt.“ Der Redner bespricht hierauf die Unfähigkeit der römischen Verwaltung; er meint, ganz Europa sey in diesem Punkte einig; er fügte hinzu, daß dieses Regime unerträglich sey und daß die dem Papstthum von Frankreich geleisteten Dienste mit Undankbarkeit belohnt worden seyen. Der Redner kommt nun auf die Bewegung von 1859. Nachdem er gezeigt, wie Viktor Emanuel die Vergangenheit daran gab, um die Zukunft zu erobern, indem er sich dem aussetzte, ent-

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 83. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 2 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 58. Jahrgang. | Sonntag, 24. März 1861.

Deutscher Bund.

⸗ Frankfurt, 12. März. (Privat-Korresp.) Unter den letzten bei der Bundesversammlung eingelaufenen Eingaben befindet sich ein Gesuch des Buchhändlers Christian Kern in Nürnberg um Verleihung des Verlagsrechts für alle deutschen Bundesstaaten für das von der Kommission zu Nürnberg ausgearbeitete Handelsgesetzbuch, resp. dessen Entwurf. Es ist jedoch keine Aussicht vorhanden, daß der Gesuchsteller seine Absicht erreicht, da der deutsche Bund als solcher kein Privilegium ertheilen kann, sondern ein solches bei den einzelnen Landesregierungen nachgesucht und von diesen ertheilt werden müßte.

Bayern. München, 22. März. Se. Maj. der König hat die Pfarrei Offenbach, Landkomm. Landau, dem Priester Andreas Häußling, Pfarrer zu Lingenfeld, Landkomm. Germersheim, übertragen, und die protestantische Pfarrstelle zu Heuchelheim, Dekanats Bergzabern, dem Pfarrer in Elmstein, Dekanats Neustadt a/H., Friedrich Daum, verliehen. (N. M. Z.)

München, 18. März. So eben ist vom Entwurfe eines bürgerlichen Gesetzbuches für das Königreich Bayern der I. Band erschienen. Aus der Einleitung zu den Motiven entnehmen wir Nachstehendes: „Das neue Gesetzbuch soll den diesrheinischen Landestheilen unter Beseitigung der zahlreichen, gegenwärtig noch geltenden, größtentheils aber nach Inhalt und Form veralteten Privatrechtsquellen die längst ersehnte Wohlthat eines übersichtlichen und einheitlichen Zivilrechtes gewähren, zugleich aber für die Pfalz dem unläugbaren Bedürfnisse einer Revision des dort geltenden Zivilrechtes abhelfen und so ein neues Band der Einigung zwischen den verschiedenen Theilen des Königreichs knüpfen. Das neue Gesetzbuch muß der Rechtsanwendung ein vollständiges System von Rechtsnormen an die Hand geben und auf alle Fragen des privatrechtlichen Verkehrs eine sichere und klare Antwort enthalten. Demgemäß erschien es vor Allem nach dem Vorgange neuerer Gesetzgebungen als unthunlich, dem gemeinen Rechte die formelle Geltung als subsidiäre Rechtsquelle einzuräumen. Ohne die allgemeine und jedem Wechsel der Landesgesetzgebung entrückte hohe wissenschaftliche Bedeutung des gemeinen Rechtes und den Werth desselben als Auslegungsquelle hinsichtlich jener Bestimmungen zu verkennen, welche aus seinem reichen Borne geschöpft sind, konnte man sich gleichwohl der Ueberzeugung nicht verschließen, daß es mit der angestrebten Einheit und Klarstellung des Zivilrechtes nicht verträglich sey, wollte man nebenbei eine subsidiäre Gesetzeskraft des gemeinen Rechtes aufrechthalten. Dieses würde nur zu sehr verleiten, anstatt mit Hilfe der Auslegung und Analogie in den Sinn und Geist des Gesetzbuchs einzudringen und demselben auch seinen tiefer liegenden Inhalt abzugewinnen, zu irgend einer doktrinellen Autorität des gemeinen Rechtes seine Zuflucht zu nehmen, so daß das Gesetzbuch von Anfang an der Gefahr einer verkümmerten Entwicklung und einer unvollständigen Anwendung ausgesetzt wäre. Es kam hiezu noch die weitere Rücksicht auf die bevorstehende Einrichtung eines auch die Zivilrechtspflege des Königreichs überwachenden und leitenden Kassationshofes. Mit dieser Institution und dem durch sie bedingten Rechtsmittel der Kassationsbeschwerde wegen unrichtiger Anwendung des Gesetzes scheint die wenn auch noch so sehr in den Hintergrund zurückgedrängte subsidiäre Geltung einer Rechtsquelle, welche einer authentischen Redaktion ihrer einzelnen Bestimmungen ermangelt und in nicht wenigen Beziehungen auf einer oft schwer zu ermittelnden communis doctorum opinio beruht, in keiner Weise vereinbar. Durch den Wegfall eines Aushilfsrechtes war es aber nur um so näher gelegt, eine entsprechende Ausführlichkeit und Vollständigkeit in den Bestimmungen des Gesetzbuches anzustreben. Der Entwurf durfte sich bei der Behandlung der einzelnen Rechtsinstitute umsoweniger mit der bloßen Aufstellung allgemeiner leitender Grundsätze begnügen, er mußte vielmehr die Rechtsinstitute in ihrer vollen Gestaltung entwickeln und sich auf eine Detailbestimmung derselben insoweit einlassen, als dieß im Interesse einer sichern und einheitlichen Rechtsanwendung nothwendig oder förderlich erschien; er durfte selbst vor einzelnen scheinbar kasuistischen Sätzen keine Scheu tragen, sofern deren Präzisirung durch den Zweck geboten war, eine nahe liegende unrichtige oder verschiedenartige Auffassung und Anwendung von vorneherein abzuschneiden, um dadurch dem Rechtsleben Verwirrung, sowie dem Kassationshofe Mühe und Arbeit zu ersparen. In seiner systematischen Anordnung folgt der Entwurf jener Gliederung des Rechtsstoffes, wie sie durch die neueste Doktrin des gemeinen bürgerlichen Rechts geläufig ist, und behandelt demgemäß in besonderen Theilen das Recht der Schuldverhältnisse, die Rechte an Sachen, Familienrecht, Erbrecht. Diesen besonderen Abtheilungen hat ein allgemeiner Theil voranzugehen, welchem unter anderm auch jene Sätze des sogenannten Personenrechtes einzuverleiben sind, welche einen privatrechtlichen Gehalt haben. (A. Abdz.)

München, 20. März. In dem neuesten Einlauf der Kammer der Abgeordneten, der beinahe 500 Nümern umfaßt, befinden sich u. A.: Bitte der Stadtgemeinde Schweinfurt: „Aufhebung einer Bestimmung des Schweinfurter Statutarrechts betr.;" Vorstellung der Studienlehrer zu Hammelburg, Haßfurt, Kitzingen ꝛc.: „Gleichstellung mit den Studienlehrern an nicht isolirten Lateinschulen betr.", angeeignet von den Abgeordneten Nickels und Lang; Vorstellung der Lehrer des Landgerichtsbezirks Trostberg: „Erhöhung des Schulgeldes betr." ꝛc. (Asch. Ztg.)

In Nürnberg wurde von den beiden städtischen Kollegien beschlossen, mit dem nächsten Etatsjahre, vorbehaltlich der Genehmigung der k. Regierung, eine neue Gehaltsscala für die dortigen Volksschullehrer in's Leben zu rufen, und zwar in der Art, daß das Minimum des Gehaltes 400 fl. beträgt, welches von 3 zu 3 Jahren um 50 fl. gesteigert werden soll, bis es die Höhe von 800 fl. als Maximum erreicht hat. Jeder Lehrer tritt somit mit dem 24. Dienstjahre in den vollen Genuß des Gehaltes von 800 fl.

Preußen. Berlin, 21. März. Der Antrag der polnischen Fraktion des Abgeordnetenhauses rücksichtlich der Stellung und der angeblichen Rechte des Großherzogthums Posen *) ist ein neuer und sehr bezeichnender Beleg für das planmäßige Vorgehen der polnischen Propaganda und ihr beharrlich verfolgtes Streben, eine polnische Frage auf die Tagesordnung der europäischen Politik zu bringen. Daß die angeblichen Ansprüche des Großherzogthums Posen auf eine Sonderstellung in der preußischen Monarchie auf einer gänzlich unhaltbaren Auslegung der Wiener Verträge beruhen, bedarf für jeden, der jene Verträge kennt, keiner weiteren Auslegung. (Köln. Z.)

Sachsen. Leipzig, 21. März. Da sich immer unzweifelhafter herausstellt, daß eine längere Frist bis zur Einführung der Gewerbefreiheit alle mit dergleichen Uebergangszuständen verknüpften Nachtheile, aber für niemand Vortheile bringt, so hat sich, wie man mit Bestimmtheit versichern hört, die königl. Staatsregierung entschlossen, das neue Gewerbegesetz nicht erst am 1. Januar 1862, wie die ursprüngliche Absicht war, sondern schon am 1. Oktober d. Js. in's Leben treten zu lassen. Es wird damit, abgesehen von manchem Andern, vornehmlich dem Uebelstande abgeholfen, daß viele junge Männer, welche sich gern kostenfrei etabliren

---

*) Dieser Antrag, v. Niegolewski und 15 Genossen eingebracht, lautet: „Die k. Staatsregierung aufzufordern, dahin zu wirken, daß endlich wenigstens die nach dem positiven Völkerrecht garantirte territoriale Einheit des ehemals polnischen Gesammtstaates vom Jahre 1772, sowie die, den Polen innerhalb dieser Grenzen zugestandenen nationalen und politischen Rechte zur vollen Geltung und Ausführung gelangen, und daß dieselben nicht ferner willkürlich von den verpflichteten Mächten, denen auf Grund des Wiener Traktats Theile Polens unter den stipulirten Bedingungen zugetheilt wurden, verkümmert werden."

In Paris läuft nach der „Kreuzzeitung“ das Bonmot um: „Les volontés sont à la paix, mais les événements sont à la guerre“, zu deutsch: der Kaiser will den Frieden, allein die Ereignisse drängen zum Krieg.

Italien.

Wie es heißt, werden die Festungswerke von Gaeta vorerst nicht wieder hergestellt, es soll vielmehr beabsichtigt seyn, ein Staatsgefängniß daselbst einzurichten. Der Mangel an Geld hindert die Ausführung des Wiederaufbaus der Festung, wofür die Kosten auf mehr als 20 Millionen angeschlagen sind.

Aus Turin ertönt folgender „Schmerzensschrei“: „Alle Städte haben den Geburtstag des Königs und die Proklamation des „Königs von Italien“ gefeiert. Nur Turin ist stumm und schweigend geblieben. Niemand darf sich hierüber verwundern. Rom wird die Hauptstadt oder das Königreich Italien wird nicht existiren, Turin aber ist zu Grunde gerichtet, wenn es aufhört, der Sitz des Hofes und der Regierung zu seyn . . .“ In diesem Tone geht es drei Spalten fort. (Aus Mailand wird berichtet, daß in einer Art Volksversammlung ein Bürger sehr energisch erklärte: Wenn die Oesterreicher den Italienern den Rock ausgezogen hätten, so nehme die sogenannte „nationale“ Regierung auch das Hemd und selbst Stücke der Haut mit weg.) (N. Pr. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

Im St. Georgskanal stießen dieser Tage zwei von Liverpool ausgelaufene Handelsschiffe, der „Joseph Fish“ und die „Traviata“, zusammen. Letztere sank zehn Minuten nach dem Zusammenstoß, und 14 Matrosen sollen dabei umgekommen seyn; das andere Schiff war so beschädigt, daß es in den Mersey zurückkehren mußte.

Ueber die am 18. März in der großen Oper zu Paris erfolgte zweite Vorstellung des „Tannhäuser“ wird uns geschrieben: „Wagner hat sich zwar zur Ausmerzung aller während der ersten Vorstellung verlachten Stellen herbeigelassen; er hat den ersten Dialog zwischen Venus und Tannhäuser gekürzt, das Wiedererscheinen der Venus unterdrückt. Aber das Publikum fühlte sich so unangenehm berührt durch diese Musik und so gelangweilt, daß das Pfeifen kein Ende nehmen wollte. Trotz der Anwesenheit des Kaisers und der Kaiserin unterbrachen die Bezeigungen des Mißfallens das Stück zu wiederholten Malen. Der Marsch und das Lied an den Abendstern wurde allein und ohne Opposition beklatscht. Als der Tenorist Niemann seinen tragischen Bericht im dritten Akte beginnen wollte, wurden wieder Zeichen des Mißfallens laut. Da machte der Sänger einen Gestus mit der Hand, der andeuten sollte, daß er keine Schuld an der Komposition habe, und sofort antwortete das Publikum mit donnerndem Beifalle. Aber seine Erzählung wurde doch hier und da wieder unterbrochen. Ich habe niemals solchen Scenen in der großen Oper beigewohnt. Als der Lärm einen Augenblick so stark war, daß es schien, als pfiffe das ganze Haus, rief Jemand aus einer Loge des zweiten Ranges: „Mais c'est la clique qui siffle!“ Die Direktion der großen Oper hat in Folge der Beschwerde der Abonnenten und auf Zureden der Darsteller des „Tannhäuser“ beim Grafen Walewski Schritte wegen Rücknahme dieses Werkes gethan. Graf Walewski soll geantwortet haben, der Kaiser halte es für seine Pflicht, die Oper nicht ohne Weiteres fallen zu lassen, und es müsse von ferneren Versuchen abhängen, ob die Aufführung einzustellen sey. So wird denn Montag die dritte Vorstellung stattfinden und der Reiz des Abends durch Beigabe eines neuen Ballets, in welchem die beliebte Ferraris tanzt, erhöht werden.“ (Köln. Z.)

Neueste Nachrichten.

Kassel, 21. März. Der Generalstaatsprokurator v. Dehn-Rothfelser (kurfürstlicher Kommissär und Vertreter der Verfassung von 1860 in der letzten Ständeversammlung) ist mit Versehung der Stelle des Ministers des Innern beauftragt worden. (Also vorerst keine Nachgiebigkeit!) (Tel. d. N. Korr.)

Paris, 20. März. Der Bericht über den Prozeß des Abbé Mallet in Douay darf in den Straßen feilgeboten werden. (Außerdem hat die Broschüre keinen Stempel; man sieht, die Regierung benutzt selbst solche Waffen gegen den Klerus.)

Warschau, 19. März. Der Kaiser hat, wie die heutigen Zeitungen melden, dem in Frankreich sich aufhaltenden, aus dem Gouvernement Radom gebürtigen politischen Flüchtling Joseph Zielinski die Rückkehr nach dem Königreich Polen gestattet. — Die hiesigen Zeitungen kündigen an, daß ihre Redaktionen auf Vorstellung der Geistlichkeit und der Setzer, damit Letzteren der Sonntag, wie in den meisten andern Ländern, zu Gebet und Ruhe verbleibe, fortan des Sonntags kein Blatt mehr herauszugeben beschlossen haben. (Pr. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	76¼ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	60 P. 59¾ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	50⅛P. 49⅞gt.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	41½ G.
„	4½ pCt.	36¾ G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	87½ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.	102¾ P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102⅛ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103⅛ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	—
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95⅜ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	103 P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	95 G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	101¼ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100¾ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	93¾ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	101⅜ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	100⅛ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	97¾ G.
„	3 pCt. Obl.	90⅝ G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47⅜ G.
„	1¾ pCt. „ „ „	42 P. 41⅛ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	99 P. 98½G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	115 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	573 P. ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	129 P. 128 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	182 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	76 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	70 P.
Internationale Bank in Luxemb. . .	83 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	335 P. 333 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	68 P. 67⅝ G.
Oest. F. St.-Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	222 P.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	123 P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	72 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	25 P. 24½ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 8 pCt. .	129½ P. 129 G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	99½ P. 99 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51⅛ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	237½ G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	520 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	467 G.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	104⅝ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99¾ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	106¼ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96¼ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105⅛ G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	88¼ B. 88 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 G.
London Lst. 10 k. S.	118¾ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93⅛ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅝ B. ½ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	79¾ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	73¼ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	48 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	55⅜ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	129¾ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	54¾—⅞ G.	„ fl. 25 do.	34⅞ P.
„ fl. 100 Eisb.-L. v. 1858.	92¼ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	34⅞ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beil.	118 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	49¾ P.
Mailand-Como fl. 11	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	36¼ P.
Badische fl. 50	90 P.	Vereins-Loose fl. 10.	10⅞ P.
Badische fl. 35	52½ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 22. März. Bei sehr geringem Umsatz waren Fonds und Aktien fest und preishaltend.

(Syndikat.)

ganze europäische Festland der Gegenwart darthut. Die Verheißungen vom 24. Nov. sind eine halbe und folglich eine ungenügende Maßregel und schon fängt man an, es in den leitenden Sphären einzusehen, daß der Regierung keine andere Wahl bleibt, als entweder zu dem frühern Despotismus zurückzukehren oder den liberalen Keim, welcher in dem Dekret vom 24. Nov. sich findet, zu einem echten konstitutionellen Regime sich entwickeln zu lassen, wie er sich in freien Ländern praktisch nach so vielen Reibungen und Kämpfen entwickelt hat und als Nothwendigkeit sich geltend machte. Mit dieser Ideen-Ordnung hängt denn auch das Gerücht von einer bevorstehenden liberalen Abänderung der Verfassung aus eigener Machtvollkommenheit des Kaisers zusammen. Gleich nach dem Reformdekret vom 24. Nov. war man in Paris der Ansicht, daß es dabei sein Bewenden nicht haben könnte. Die beschränkenden Formen, die vor dem Erlaß dieses Dekretes gültig waren, haben das Publikum über Zusammensetzung und Geist des gesetzgebenden Körpers sehr im Unklaren gelassen, und seine Schweigsamkeit gab den Massen kaum eine Ahnung davon, daß hier ein bedeutendes legitimistisches und klerikales Element vorhanden sey. Nun zeigt aber die einfachste Betrachtung des gesammten kaiserlichen Systems, daß mit der Erweiterung parlamentarischer Freiheiten eine selbständige Leitung, besonders der auswärtigen Politik, wie sie bisher stattgefunden hat, nicht möglich seyn wird. An diesem Punkte können daher möglicherweise sämmtliche Combinationen scheitern. — Der Abg. Keller ist durch seine Rede plötzlich zu einer Celebrität geworden. Dieser noch junge Abgeordnete gehört einer angesehenen elsasser Familie an. Herr Keller ist streng katholisch, und es wird erzählt, daß er am Morgen des Tages, an welchem er seine Rede gehalten, das Abendmahl genommen hat. Keller ersetzt im gesetzgebenden Körper bekanntlich den Grafen Migeon, dessen Wahl die Regierung so hartnäckig hat verfolgen lassen, und die Opposition freut sich, daß sie bei dieser Gelegenheit nichts gewonnen hat. — Die Untersuchung gegen Mires gibt fortwährend zu den ernstesten Gerüchten, welche den Ruf geachteter Personen beeinträchtigen, Veranlassung.

Paris, 19. März. Die **Maronitendeputation**, von der Niemand noch etwas gesehen hat (die aber neulich hier angekommen seyn soll, um die Verlängerung der franz. Besatzung Syriens *zu erbitten*), erregt die allgemeine Neugierde; sollte sie wirklich existiren, so wird sie mit allem Pomp empfangen werden, den der Gebrauch des Kaiserreichs bei solchen Gelegenheiten vorschreibt, wenn Leute sich unter die Flügel des kaiserlichen Adlers flüchten; bis jetzt scheint man sie aber noch verborgen zu halten. Die, welche einmal von der Idee befallen sind, Frankreich habe sich in Alles zu mischen, erwarten nun bald von der Maronitendeputation zu hören, daß für sie kein Heil sey, wenn die dreifarbige Fahne nicht auf dem Libanon flattere. — In Folge der Annexionen wird in dem Budget das **Heer** auf 400,000 Mann und 85,700 Pferde berechnet; das Offizierkorps besteht aus 23,275 Personen, darunter 12 Marschälle. (Fr. Holsz.)

Paris, 19. März. Es ist bereits durch den „Moniteur“ bekannt, daß die Konferenz die Okkupation **Syriens** bis zum 5. Juni verlängert hat. Wie ich aus sicherer Quelle höre, ist dieser Termin in der Art gegriffen, daß am 5. Juni die Räumung nicht etwa erst begonnen haben, sondern vollständig beendet seyn soll, und daß die französische Regierung sich dieser Bedingung ohne irgend einen Vorbehalt gefügt hat. (Fr. Pstz.)

Paris, 20. März. Der Bischof von Poitiers, welcher vom Kultusminister Rouland eingeladen worden ist, nach Paris zu kommen (um sich vor dem Staatsrath wegen seines Hirtenbriefs zu verantworten), weigert sich aufs entschiedenste. (Köln. Z.)

* Bekanntlich hatte Jules **Favre** bei der Adreßdebatte im gesetzgebenden Körper auch den Antrag eingebracht, der Regierung den Wunsch auszudrücken, sie möchte das Sicherheitsgesetz und die andern Ausnahmsgesetze aufheben. Der Antrag wurde, wie das bei der Zusammensetzung der Kammer vorauszusehen war, bei der Abstimmung verworfen, aus der Rede Jules Favre's aber, die für die gegenwärtigen Zustände Frankreichs jedenfalls von großer Bedeutung ist, — wollen wir doch noch einige Stellen nachtragen. Er sagte: „Seit zehn Jahren ist die Regierung keinem ernstlichen Widerstand begegnet. Sie hat ihre Schmeichler, aber auch ihre uneigennützigen Billiger gehabt. Hat sie immer dem Nationalgefühl gemäß gehandelt? Ich meines Theils behaupte, daß sie nicht immer mit der Majorität im Einklange stand. Wenn sie z. B. die Kammer über die italienische Frage konsultirt hätte, so würde der Entschluß des gesetzgebenden Körpers ihren Absichten vielleicht entgegengesetzt gewesen seyn. (Aeußerungen des Unwillens.) Wenn eine Nation groß werden und sich entwickeln soll, so muß sie Herrin ihres Geschickes seyn. Frankreich hat sein Ungemach, seine Wünsche und sein Streben errathen lassen. Es hat ein zwar achtungsvolles, aber energisches Murren erhoben. Die Regierung sagt stets, sie halte fest an den Grundsätzen von 1789. Wie stimmt hiezu das Sicherheitsgesetz von 1857, wonach es in der Willkür eines Präfekten liegt, einen Familienvater zu Grunde zu richten? Wie stimmt hiezu die Knebelung der Gemeindebehörden, die bureaukratische Allgewalt der Polizei, der Druck, welcher auf die Gemeinden geübt wird, um bei den Wahlen die Regierungskandidaten durchzusetzen?“ Auf die Lage der **Presse** übergehend, verlangt der Redner für dieselbe ein gesetzliches Verfahren und Aufhebung der bisherigen Willkürherrschaft. Daß die Presse nicht frei sey, daß ihre Stellung sich unter dem Ministerium Persigny's, trotz der verschiedenen Rundschreiben und Erklärungen desselben, im Wesentlichen gar nicht gebessert habe, weist er durch verschiedene Belege nach. „Ich frage die Kammer“, schließt Jules Favre seine Rede, „ob ein solches Regime annehmbar ist, ob es nicht klar und deutlich als das der ministeriellen Laune und Willkür bezeichnet werden kann, ob nicht gegenwärtig ganz Frankreich, das militärische, industrielle, artistische Frankreich mit all seinen Bestrebungen, Wünschen und moralischen Bedürfnissen dazu verurtheilt ist, vor einem Ministerialschreiber kniefällig zu werden, um zu wissen, wie es denken, sich ausdrücken und sich beklagen soll? (Zahlreicher Widerspruch.) Diese Thatsachen können Sie nicht bestreiten, und Frankreich ist aus mehr als einem Grunde darüber in Aufregung gerathen. Es hat sich gefragt, wie das Zeitungsmonopol der Gegenstand einer unausgesetzten Willfährigkeit seyn könne, die sehr wahrscheinlich durch geheime Gegenzusage vergolten wird. Ist es nicht wahr, daß zur Stunde alle Journale in den Händen der Verwaltung sind? Ist es ferner nicht wahr, daß in diesem Lande sich Ereignisse zugetragen haben, welche das öffentliche Gewissen tief ergriffen und empört haben? Jedermann weiß, daß seit einigen Jahren das Privatvermögen der Bürger kecken Unternehmungen blosgestellt ist. Es hat Leute ohne Grundsätze, ohne Rechtlichkeit gegeben, die, um die öffentliche Leichtgläubigkeit zu ködern, die trugvollsten Combinationen in's Daseyn gerufen haben. Zum Gelingen ihrer Pläne bedurfte es eines Anhaltspunktes; sie haben ihn in der Presse gefunden. Und die Regierung, die so empfindlich gegen die geringste allzulebhafte Oppositionsphrase ist, läßt ungehindert die skandalösesten Anzeigen, die lügenhaftesten Reklamen erscheinen, die den unseligsten und verzweifeltsten Unternehmungen aufhelfen sollen. Ist es nicht wahr? Und, wenn die Stunde der Liquidation gekommen, wenn alle diese Familienväter, diese Handwerksleute, diese kleinen Rentiers und verabschiedeten Soldaten dicht vor dem Abgrunde stehen, der sich zu ihren Füßen geöffnet hat, was thut man? Man wirft den in's Gefängniß, dem man gestern noch Weihrauch streute. Ist aber das öffentliche Gewissen eingeschlafen? Nein, nein; es sagt, daß solche Skandale nicht vorfallen könnten, wenn man die Freiheit hätte, wenn die französische Regierung über die ihr anvertrauten Interessen gewacht, wenn sie offen und geradezu derartigen Unternehmungen entgegengetreten wäre, um deren Lügenhaftigkeit darzuthun und über alle diese Finsternisse Licht zu verbreiten. (Sehr gut!) Dies ist es, was Frankreich sagt; es will nicht, daß derartige Ereignisse sich wiederholen, und um diese Wiederholung zu verhindern, ist die Herrschaft der Gesetzlichkeit unumgänglich nothwendig.“ — Frankreich verlange Loyalität und Ehrlichkeit, führt der Redner nun näher aus; man suche es freilich mit den Schrecknissen der angeblich wieder erwachenden Revolution einzuschüchtern, aber was sey es mit dieser Revolution? „Frankreich hat, seitdem es leidet, seitdem es wartet, seitdem es hofft und geduldig ist, in seinem Schooße eine große Partei, eine Meinung entstehen sehen, welche alle andern beherrscht und die ich mit einem abgenützten, aber treffenden Worte die liberale Meinung bezeichnen kann, die, welche nach Garantien, nach gesetzlicher Herrschaft dürstet, die jede Art von Knechtschaft, Gewaltthätigkeit, Tyrannei und Revolution verabscheut. Die aber, welche den **Abgrund graben**, in dem Rechte, Sicherheit und Wohlstand eines Volkes verschwinden, das sind gerade diejenigen, welche verlangen, daß die Völker dem Joche von Machthabern unterworfen seyen, welche sie beherrschen, ohne sie zu Rathe zu ziehen. Aber diese große gesetzliche Partei, die sich gebildet hat, die sich durch alle hochherzigen Männer, durch Alle, welche arbeiten und sparen, durch alle intelligenten Elemente der Nation verstärkt, diese große Partei ist es, gestatten Sie mir, es zu sagen, welche mit uns die rothe Fahne bekämpft hat, in deren Falten wir die verhaßten Worte: „Diktatur und Knechtschaft“ lesen; diese wollen wir nicht, komme sie nun von der **Straße oder vom Thron**! (Sehr gut.) Was wir wollen, das ist die Herrschaft der Gesetzlichkeit und der Rechtlichkeit, und das ist es, was auch Frankreich will.“

alte Roms aus allen und neuen Zeiten vorgehalten worden war, glaubte der Departementschef darauf entgegnen zu sollen, daß in dem überwiegend protestantischen Lande Württemberg die Katholiken doch auch schon manchen Druck von den Protestanten erlitten haben mögen. Diese Aeußerung rief bei dem Abg. Mohl einen wahren Sturm hervor. Wenn derselbe geltend machte, wie viel die neuwürttembergischen katholischen Landestheile der württembergischen Regierung verdanken in Fürsorge für Kirche, Schule und geistige Hebung jeder Art, so könnten in dieser Anerkennung, in dem Dank hiefür namentlich auch gegen unsern König, die ganze Kammer, und der Ministertisch voran, einstimmig seyn. Der Vorwurf, welcher von den Katholiken, zuerst leise, aber immer deutlicher erhoben ward, geht auf Vergewaltigung durch die Mehrheit. Aber dieser Vorwurf hat die Wahrheit nicht für sich. Fast jeder der Redner auf protestantischer Seite schloß mit dem Wunsch und dem Verlangen, daß der katholischen Kirche ihre Rechte und Freiheiten in der weitesten und liberalsten Weise gewährt werden möchten, aber auf dem Wege des Gesetzes, nicht durch ein Konkordat mit der Kurie. So steht der Streit, welcher uns durch Stimmenmehrheit zunächst entschieden ward, der aber noch in manchen Ländern sich erneuern und noch nach vielen Menschenaltern nicht zum Austrag gebracht seyn wird. Nach der Abstimmung entspann sich noch einmal eine kleine, aber leidenschaftliche Debatte. Als der Präsident erklärte, daß der Beschluß nun unverzüglich zur Kenntniß der Staatsregierung gebracht werden werde, erhob sich der Minister v. Linden, der seine Aufregung über das endliche Resultat nicht zu bemeistern verstand, und verlangte, daß der Beschluß, da er die Verwerfung eines vorgelegten Gesetzentwurfs enthalte, zuvor an die Kammer der Standesherren gebracht werden müsse, wie dies für diesen Fall die Verfassung vorschreibe. Mit Recht wurde aber entgegengehalten, daß formell gar nicht von Ablehnung eines Gesetzentwurfs die Rede seyn könne, daß es vielmehr der 2. Kammer unbenommen seyn müsse, ihre Bitten der Staatsregierung vorzulegen, und der Minister sah sich in diesem Falle selbst von seinen unbedingten Anhängern vollständig verlassen. So ist denn auch dieser in letzter Stunde gemachte Versuch, die Sache noch einmal auf die lange Bank zu schieben, vereitelt. Was wird nun die Regierung thun?

Stuttgart, 20. März. Auf eine Anfrage des Abg. Reyscher gab heute der Minister des Aeußern, Frhr. v. Hügel, in der Kammer der Abgeordneten die Antwort, daß der württembergische Bundesgesandte die Weisung erhalten habe, in der kurhessischen Verfassungsfrage den Weg der Verständigung auf Grundlage der Verfassung von 1852 anzuempfehlen, nicht aber dem von Preußen anempfohlenen Wege (Rückkehr zur Verfassung von 1831) beizutreten, durch welchen, abgesehen davon, daß derselbe mit Bestimmungen der Bundesakte nicht in Uebereinstimmung stehe, der Schwierigkeiten nur noch weitere geschaffen würden. Die verlangte Mittheilung aller auf diese Angelegenheit bezüglichen Protokolle, Abstimmungen und Instruktionen hat der Minister zugesichert. (Frkf. Postztg.)

Holstein. Aus den Verhandlungen des englischen Oberhauses vom 18. März über die holsteinische Frage erhellt, daß die dänische Regierung zu guter Letzt doch rathsam gefunden hat, den einmüthigen Rathschlägen der europäischen Mächte kein taubes Ohr zu leihen, sondern die Vorlage des Budget für 1860 und 1861 an die holsteinischen Stände nachträglich zu bewilligen. Der strittige Hauptpunkt, von dem die Bundesexekution für jetzt abhing, scheint also zwischen Dänemark und dem deutschen Bunde augenblicklich erledigt. Das Weitere wird nun davon abhängen, ob die holsteinischen Stände die neuen Verfassungsvorlagen der Regierung annehmen, wozu nicht viel Aussicht ist, und ob diese dann noch weiter nachgeben will oder nicht. (Köln. Z.)

Oesterreich. Wien, 18. März. Die gefürchteten Tage des März sind hier und in Pesth ruhig abgelaufen, ohne daß dies als ein Symptom einer gebesserten Stimmung betrachtet werden kann. Die große Wahlbewegung, die an allen Ecken und Enden des großen Reiches im vollsten Zuge ist, kann auch nicht dazu beitragen, die allenthalben vorhandene große politische Erregtheit zu beschwichtigen. Wie sich die Dinge hier in der Residenz und in den Provinzialhauptstädten anlassen, so werden die Anfangs nächsten Monats zu eröffnenden Landtage mächtige, oppositionelle Elemente überwiegend schneidigen Charakters aufzuweisen haben, die sich auch in den Reichsrath Bahn brechen werden. Prüft man nun die politischen Glaubensbekenntnisse der Wahlkandidaten, wie nicht minder die Interpellationen, denen sie von Wählerseite in überfluthender Weise ausgesetzt sind und auch mannhaft Stand halten müssen, so wird man sich schwerlich der Ueberzeugung erwehren können, daß der erste Reichsrath sicherlich ganz die Physiognomie einer Constituante annehmen werde, die mit der Februar-Verfassung wenig Umstände machen dürfte. Interessant ist die Beobachtung, welche man hier bei den an die Wahlkandidaten so häufig gerichteten Interpellationen in Betreff ihrer Auffassung der ungarischen Frage zu machen Gelegenheit hat. Selbst den liberalsten und redefertigsten Kandidaten kann von Seiten ihrer interpellirenden Wähler keine größere Verlegenheit bereitet werden, als wenn es sich darum handelt, die ungarische Frage zu erörtern. Wenn irgend wem daran gelegen seyn muß, mit Ungarn gütlich sich zu verständigen, so ist es die Regierung, die mit oder ohne moralische Unterstützung des Reichsrathes zu keinerlei Zwangspolitik Ungarn gegenüber sich hinreißen lassen darf, wenn sie nicht Alles aufs Spiel setzen will. Die ungarische Frage ist längst schon keine innere Angelegenheit; sie ist heute eine cause celèbre von europäischer Bedeutung, bei welcher nur diplomatische Vorsichtigkeit etwas nutzen kann. Die ungarischen Separatisten, gleichbedeutend mit Dynastiefeinden, warten nur auf einen Fehlgriff der Regierung, um das Signal zu der vom Auslande reichlich dotirten und unterstützten Revolution zu geben, die ihrerseits als das Signal zu weiteren, von auswärtiger Seite her planmäßig festgesetzten Angriffen auf Oesterreich dienen soll. Darum möge der Regierung es ferne bleiben, durch irgend eine verfehlte Verfügung den Konflikt zu provociren, und es dürfte ihr Angesichts der bedrohlichen auswärtigen Situation jedenfalls ersprießlicher seyn, zu dem A, das sie den Ungarn gegenüber leider in zu voreiliger Weise gesagt hat, auch B zu sagen. (Hamb. Börs.-H.)

Großbritannien.

London, 18. März. Die Herzogin von Kent, Mutter der Königin Viktoria, die vorgestern im 75. Jahre ihres Lebens sanft verschieden ist, war eine Schwester des jetzigen Königs der Belgier und des verstorbenen Herzogs Ernst von Koburg-Gotha, des Vaters des jetzt regierenden Herzogs und des Prinzen Albert. In ihrem 17. Jahre vermählte sie sich mit dem damals regierenden Prinzen von Leiningen, dem sie einen Sohn und eine Tochter gebar. Nach eilfjähriger Ehe (1814) wurde sie Wittwe, und 2 Jahre später heirathete ihr Bruder Leopold die Prinzessin Charlotte, die präsumtive Thronerbin Englands. Aber schon im Jahre 1817 starb auch diese Prinzessin, und Angesichts der Wechselfälle, denen die Thronfolge nun ausgesetzt seyn konnte, vermählten sich die Brüder des regierenden Königs: der Herzog v. Clarence (später Wilhelm IV.), der Herzog v. Kent und der Herzog v. Cambridge, rasch hintereinander mit Töchtern deutscher Fürstenhäuser. Der Herzog v. Kent wählte die verwittwete Prinzessin von Leiningen, und am 29. Mai 1818 wurden in Koburg, und am 11. Juli desselben Jahres in Kew die Vermählungsfeierlichkeiten begangen. Sparsamkeitshalber zog sich der Herzog, dessen Vermögensverhältnisse stark zerrüttet waren, mit seiner Gemahlin nach Deutschland zurück. Sie lebten auf dem Gute Amorbach, das die Herzogin ererbt hatte, ein stilles Leben, und erst, als die Herzogin Hoffnung hatte, Mutter zu werden, eilten sie nach England zurück, damit das Kind, dem aller Wahrscheinlichkeit nach die britische Krone zu Theil werden sollte, auf englischem Boden das Licht der Welt erblicke. Einen Monat nach ihrer Rückkunft, am 24. Mai 1819, wurde die Prinzessin Viktoria im Kensington-Palast geboren, wo sie erzogen wurde und mit kurzen Unterbrechungen bis zu ihrer Thronbesteigung ein stilles Leben führte. Acht Monate nach ihrer Geburt starb ihr Vater. Von da an widmete sich die Herzogin ausschließlich der Erziehung ihrer Tochter; sie sah wenig Gesellschaft und vermied es sorgfältig, sich mit einer der herrschenden Parteien zu verbinden. Dadurch stieg ihr Ansehen im Lande, und es war kein geringer Beweis der allgemeinen Achtung, deren sie sich im Parlament erfreute, daß sie, als Ausländerin, von demselben mit der Regentschaft betraut wurde für den Fall, daß König Wilhelm IV. sterben sollte, bevor Prinzessin Viktoria großjährig geworden sey. Doch starb der König erst einen Monat nach der Großjährigkeitserklärung ihrer Tochter, und als der Herzogin bei dieser Gelegenheit eine Beglückwünschungsadresse des Parlaments überreicht wurde, konnte sie mit gutem Recht der Deputation erklären, daß sie sich keiner Partei im Staate angeschlossen und seit ihrer Wittwenschaft einzig und allein damit beschäftigt habe, ihre Tochter für ihre zukünftige hohe Stellung würdig zu erziehen. (Schw. Merk.)

Frankreich.

Paris, 19. März. „Halbe Maßregeln, schlimme Maßregeln", ist ein politischer Grundsatz, dessen Richtigkeit fast das

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 82. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 58. Jahrgang. | Samstag, 23. März 1861.

Deutscher Bund.

* Von der Pegnitz, 22. März. (Allgemeines deutsches Handelsgesetzbuch.) Nachdem der nunmehr definitiv festgestellte Entwurf eines allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs nicht nur der Bundesversammlung, sondern auch den sämmtlichen deutschen Regierungen vor wenigen Tagen vorgelegt und nach Inhalt der öffentlichen Mittheilungen über die Sitzung der Ersteren vom 16. März bereits dem handelspolitischen Ausschuß behufs Einleitung der Verhandlungen wegen Einführung desselben überwiesen worden ist, hat die Stahel'sche Verlags-Buch- und Kunsthandlung in Würzburg diesen Entwurf ausgegeben. Derselbe bildet einen Theil des Beilagenbandes zu der bei dieser Verlagshandlung erscheinenden offiziellen Ausgabe der Konferenzprotokolle (besorgt von J. Lutz, königl. bayerischem Bezirksgerichtsrath und erstem Sekretär der Konferenz); außerdem ist auch ein Separatabdruck davon veranstaltet worden. Es ist somit auch schon dem Publikum Gelegenheit gegeben, von dem schließlichen Resultate der Konferenzberathungen Kenntniß zu nehmen. Welche begründete Aussichten dafür bestehen, daß der fragliche Entwurf, der die wichtigsten Interessen der Nation berührt, baldigst allgemein gesetzliche Geltung erlangen werde, haben wir schon in Nr. 72 dieser Blätter mitgetheilt und diese unsere Mittheilung hat in demjenigen, was in München in Abgeordnetenkreisen erzählt wird, daß *nämlich* die k. bayer. Regierung den Entwurf noch dem gegenwärtig versammelten Landtage vorzulegen beabsichtigt, sowie in der Antwort, welche der königl. sächsische Staatsminister v. Beust am 12. März in der zweiten sächsischen Kammer auf eine Frage des Abgeordneten Georgi, und der kgl. württembergische Justizminister am 11. März in der württembergischen Kammer der Abgeordneten auf eine Interpellation wegen der Gerichtsorganisation gegeben hat („Allg. Ztg." vom 15. März Nr. 74 und außerordentliche Beilage hiezu), und worin dem Entwurfe des Handelsgesetzbuchs die wärmste Anerkennung gezollt ist, schon jetzt eine Bestätigung gefunden. Bei der gegründeten Hoffnung, welche hiernach dafür besteht, daß der allgemeinen deutschen Wechselordnung baldigst ein größeres allgemeines deutsches Gesetzgebungswerk folgen werde, hat die Stahel'sche Buchhandlung gewiß wohl gethan, wenn sie nicht bloß dazu Gelegenheit bot, daß man jetzt schon in weiteren Kreisen von dem Inhalte des Entwurfs Kenntniß erhalte; sondern auch darauf Bedacht nahm, daß ihrer Ausgabe des Handelsgesetzbuchs bei dessen bevorstehender praktischer Anwendung neben Erreichung des erwähnten Zweckes ein hervorragender Werth erhalten bleibe. Die Verlagshandlung wird nämlich zu diesem Behufe in dem Schlußhefte der Beilagen zu den Konferenzprotokollen nebst ausführlichem Register über den Entwurf aus dritter Lesung die sämmtlichen Einführungsgesetze und eine tabellarische Uebersicht der in den einzelnen Staaten etwa erfolgenden Modifikationen und Zusätze zu den einzelnen Artikeln des Handelsgesetzbuchs liefern; und dadurch wird ihre Ausgabe nach Erhebung des Entwurfes zum Gesetze für Juristen und Kaufleute auch fortan als eine für alle deutschen Staaten genügende und über das Recht aller deutschen Staaten aufklärende Ausgabe des Handelsgesetzbuches verwendbar seyn, und den Besitz aller in den einzelnen deutschen Staaten etwa erscheinenden Ausgaben aufwiegen.

Bayern. München, 21. März. Se. Maj. der König hat zu der in Rockenhausen erledigten Landrichterstelle den Bezirksgerichtsassessor J. Fitting in Frankenthal, und zu der in Wolfstein erledigten Landrichterstelle den Bezirksgerichtsassessor Ernst Haas in Zweibrücken befördert. (N. M. Z.)

München, 20. März. Aus den Motiven zu dem dem Landtag vorgelegten Gesetzentwurf über Abänderung des Gesetzes, die Feuerversicherungsanstalt für Gebäude in den Gebietstheilen diesseits des Rheins betr., sind einige interessante statistische Notizen zu entnehmen. Der Versicherungs-Kapitalienstand betrug 1851/52 653,394,710 fl., 1858/59 733,541,550 fl., hat sich sohin seit 1852 um 80,146,840 fl. erhöht. Die Versicherungs-Objekte beliefen sich 1851/52 auf 1,144,409 fl., 1858/59 auf 1,170,967 fl., haben sich daher um 26,558 fl., mithin durchschnittlich um fast 4000 fl. in einem Jahre vermehrt. Die Zahl der vorgekommenen Brandfälle berechnet sich pro 1845/46 — 1851/52 auf 6001, pro 1852/53—1858/59 auf 4216. Dieselben sind demnach in der letzteren Periode durchschnittlich um 256 im Jahre zurückgegangen, was um so beachtenswerther erscheint, als dieser Rückgang im umgekehrten Verhältnisse zur Ausdehnung der Anstalt steht. An Brand-Entschädigungen fielen an 1845/46 — 1851/52 10,452,000 fl., 1852/53 — 1858/59 6,535,000 fl., sohin 3,917,000 fl., oder im Durchschnitte alljährlich um 560,000 fl. weniger als in ersterer Periode, obgleich der Versicherungsstand und die Zahl der Versicherungsobjekte bedeutend sich gehoben hatte. Diese günstigen Resultate stellen sich in ein noch helleres Licht, wenn eine Vergleichung mit dem Versicherungsstand angestellt wird. Letzterer beträgt nämlich durchschnittlich 630,000,000 in der älteren siebenjährigen Periode 1845/46—1851/52 und 692,000,000 in der neuen Periode 1852/53—1858/59. Hiernach treffen auf jede Million der älteren Periode 16,592 fl. Entschädigungen, und nur 9445 fl. auf jede Million der jüngsten sieben Jahre, was einen Unterschied von nicht weniger als 7147 fl. oder circa 1000 fl. per Million in einem Jahre ergibt. (Südd. Z.)

München, 20. März. Das k. Staatsministerium der Finanzen hat die höchst dankenswerthe Anordnung getroffen, die in den letzten Jahren erlassenen Verfügungen, in so weit sie allgemeine Vorschriften enthalten, zusammenfassen und den Kreisregierungen zur künftigen gleichmäßigen Beobachtung mit dem Bemerken bekannt geben zu lassen, daß alle früher in einzelnen Fällen getroffenen Bestimmungen, welche nicht mit den gesammelten Normen übereinstimmen sollten, als abgeändert zu betrachten sind. (A. Abdz.)

Württemberg. Stuttgart, 17. März. Die nun beendeten Verhandlungen der 2. Kammer über das Konkordat haben sich durch fünf Sitzungen gezogen. Was vorauszusehen war, hat sich bewahrheitet: die sämmtlichen katholischen Kammermitglieder waren für das Konkordat, während in Baden die Katholiken großentheils gegen das Konkordat sprachen. Der Antrag der Minderheit der Kommission, welcher die Konvention mit Rom unbedingt verwirft, ward mit 63 gegen 27 Stimmen angenommen. Fast sämmtliche hervorragende Mitglieder hatten sich an der Debatte betheiligt, welche gegen das Ende noch einen ziemlich gereizten Ton anzunehmen drohte. Auf der Tagesordnung stand zwar blos die rechtliche Frage über die Natur der Konvention, gleichwohl verließen die meisten Redner das staatsrechtliche Gebiet und stellten sich mehr oder minder auf den konfessionellen Standpunkt, wie dies für und wider schon unzähligemal gehört worden ist. Die evangel. Prälatenbank, von welcher der protestantische Theil des Landes Befürchtungen hegte, hat sich entschieden gegen die Konvention ausgesprochen. Der neu ernannte Prälat v. Binder erklärte, er müßte auf seine geistliche Wirksamkeit in seinem Sprengel zum voraus verzichten, wenn er zustimmen würde. Der Abgeordnete der Stadt Stuttgart, Reyscher, sagte, die Regierung dürfe nicht meinen, der alleinige Weg, Konflikte zu lösen, sey der der Nachgiebigkeit gegen die Kirche. Der Chef des Kultdepartements, Staatsrath v. Rümelin, machte dagegen auf die großen Schwierigkeiten aufmerksam, welche in dieser Angelegenheit liegen, versicherte, daß die Regierung dieselben nach bestem Wissen und Willen zu lösen gesucht und mit dem Konkordat einen Rechtsboden gewonnen zu haben glaube, welchen zu betreten und auf welchem die Sache zur Fortentwicklung zu bringen, der Mühe wohl allseitig verlohnen dürfte. Nachdem von dem Abg. Duvernoy eine Art Anklage-

Schluß des Berichts über die Judenfrage.) Abg. Dr. Pänr. Sein Antrag sey ein Postulat der Humanität, der Gerechtigkeit und jener gesunden Politik, welche in der Liebe zum Vaterlande die Grundlage des Staatslebens sehe, er sey aber auch ein Postulat der unabweisbaren Nothwendigkeit, denn es habe keinen Sinn, wenn dem Staatsangehörigen, welchem die höchsten politischen Rechte eingeräumt sind, das einfache Recht der Ansässigmachung und des Gewerbsbetriebes erschwert werde. Man dürfe auch erwähnen, daß die öffentliche Meinung günstig für seinen Antrag sey, denn als vor 12 Jahren dieselbe Frage hier verhandelt wurde, hätte sich ein Theil der Presse und viele Adressen dagegen ausgesprochen. Solche Erscheinungen seyen diesmal nicht zu Tage getreten, obwohl sein Antrag schon seit Wochen bekannt sey. Freilich habe es sich damals um die volle Emancipation gehandelt, während der jetzige Antrag ein viel bescheideneres Maß habe. Der Zweck des Edikts von 1813 sey vollständig erfüllt und es wäre schon längst an der Zeit gewesen, dasselbe wieder aufzuheben. Seit das Edikt erlassen wurde, habe die jüdische Bevölkerung bedeutend abgenommen, viele junge Kräfte seyen ausgewandert nach Amerika, wo man ihnen gleiche Rechte einräumte, allein es sey dies bei dem innigen Familienleben der Israliten nicht selten mit den entsetzlichsten Opfern erkauft worden. Er bitte die Kammer, seinem Antrag beizustimmen, der in gleicher Weise der Humanität und der Gerechtigkeit Genüge leiste.

Abg. Frhr. v. Gumppenberg ist zwar als früherer Vorstand eines Landgerichts, in welchem viele Juden wohnen, nicht ganz zufrieden mit denselben und glaubt auch, daß der Zweck des Edikts von 1813 noch nicht vollständig erfüllt sey, will aber dennoch dem Antrage beistimmen, da das Matrikelwesen allen Grundsätzen der Humanität widerstrebt und in seiner Anwendung eine große Härte sey.

Abg. Landkommissär Römich aus der Pfalz erklärt, daß er den Juden ein viel günstigeres Zeugniß ausstellen könne und daß er dem Antrage beistimmen würde, auch wenn er viel weiter ginge. Der Redner wünscht weitere Gleichstellung der Israeliten und hält es namentlich für Unrecht, daß, während dieselben die Kosten ihres Kultus und ihrer Schulen selbst tragen, sie auch noch zu jenen des christlichen Kultus beitragen müssen. Er würde deßhalb gerne beistimmen, wenn für den Kultus und die Schulen der Israeliten ein Postulat in das Budget aufgenommen würde. Ferner wünscht der Redner Gleichstellung bezüglich des Eides in Civilsachen und bezüglich der Eheschließungen, und ersucht schließlich das Ministerium um klare Bestimmungen hinsichtlich der Anstellungsfähigkeit israelitischer Rechtskandidaten, nachdem man dieselben alle Vorbedingungen erfüllen lasse, und dieselben allen Anforderungen entsprechen.

Abg. Föckerer theilt die Gründe, welche für den Antrag vorgebracht wurden, worauf sich Abg. Boye in dem Sinne des Abg. Römich ebenfalls für den Antrag erklärt.

Abg. Dr. Ruland erklärt, daß, was seine Stellung zur Judenfrage betreffe, so hätten sich seine früheren Ansichten nicht geändert. Dem vorliegenden Antrage stimme er bei, weil nichts verderblicher sey, als bestehende Gesetze, welche nicht vollzogen werden, wie dies bezüglich des Matrikelwesens der Fall. Auch dagegen, daß die Juden Bräuer sollen werden können, habe er nichts einzuwenden, denn es sey eine Ungleichheit, daß nur der Jude, welcher ein Baron ist, eine Brauerei solle besitzen dürfen, nicht aber jener, der kein Baron ist.

Abg. Doppelhammer beantragt eine beschränkende Bestimmung des Antrages, seine Modifikationen werden aber nicht unterstützt. Noch sprachen die pfälz. Abgeordneten Chelius, Medicus, Beer und Nickel im Sinne des Abg. Römich zu Gunsten der Israeliten und für den Antrag, womit die Debatte geschlossen wurde.

Der k. Staatsminister des Innern erklärte hierauf bezüglich der angeregten Frage wegen der Anstellung der Israeliten, es sey ihm kein Gesetz bekannt, welches dieselben von der Anstellung im Staatsdienste ausschließe. Es komme indessen Niemand zu, auch dem christlichen Kandidaten nicht, zu verlangen, daß er angestellt werde, denn es sey dies ein Kronrecht. Die Frage der Anstellungsfähigkeit der Israeliten unterliege indessen zur Zeit den Verhandlungen zwischen den verschiedenen Ministerien, sie seyen aber noch nicht zum Abschlusse gelangt und ließe sich deßhalb heute noch keine bestimmte Erklärung abgeben. Die Abstimmung ergab hierauf das bereits mitgetheilte Resultat der Annahme des Antrags mit allen gegen 4 Stimmen.

Turin, 20. März. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer kündigte Graf Cavour die Entlassung des Ministerium mit den Worten an: „Wir haben dem König gerathen, ein Ministerium gemäß den neuen Elementen des Königreichs zu bilden. Es ist die Absicht der Regierung, den politischen Charakter in den Räthen der Statthalterschaft von Neapel (die bisher ziemlich selbständig handelte) zu unterdrücken, indem man dieselbe der Centralregierung, die für ihre Handlungen verantwortlich seyn wird, unterordnet.“ Der König hat die Entlassung sämmtlicher Minister angenommen. Graf Cavour wird beauftragt werden, ein neues Kabinet mit Elementen, die aus dem ganzen Italien genommen sind, zu bilden. (Tel. d. Nürnb. K.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	76¼ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	60 P. 59¾ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	50 P. 49¾ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	42½ P.
„	4½ pCt.	36¾ G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	87½ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102½ G.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102⅛ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103⅛ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100¼ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100⅛ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104⅝ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95⅜ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	103 P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	95 G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	101⅞ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100¾ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	93¾ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	101⅝ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	100¼ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	97⅝ G.
„	3 pCt. Obl.	90⅝ P.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47⅜ G.
„	1¾ pCt.	42 P. 41⅛ G
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	98½ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	116⅛ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	571 P. ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	128½ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	183 P. 182 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	76 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	70 P.
Internationale Bank in Luxemb. . .	83 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . .	331 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	67⅜ G.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	224 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	123 P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	72 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	25 P. 24½ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	129½ P. 129 G.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	99½ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51⅛ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	237 G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	520 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	467 G.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	104½ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99¾ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105¼ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	96¼ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105⅛ G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88¼ B. 88 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 G.
London Lst. 10 k. S.	118⅞ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L. S. L. 250 k. S.	93⅛ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅝ B. ⅜ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	79⅛ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	78¼ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	48½ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	55 G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	129¾ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	54¾ P. ½ G.	„ fl. 25 do.	34⅞ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	92½ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	34⅞ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	118 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	49¾ P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	36¼ P.
Badische fl. 50	90 P.	Vereins-Loose fl. 10.	10⅞ P.
Badische fl. 35	52⅝ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10¾ P.

Frankfurt, 21. März. Für österr. National- und Kreditaktien zeigten sich Käufer zu höheren Kursen. Auch Darmst. Bank-Aktien wurden besser bezahlt. Süddeutsche Fonds fest, aber ohne wesentliche Veränderung. (Synd.)

kommen. Sie kennen die Zusammensetzung dieses Reichsrathes, dieses Landtages, Sie wissen, unter wie vielen und mannigfachen Titeln die wirklichen und die sogenannten Groß-Grundbesitzer Stellung und Einfluß darin erhalten haben. Das ist gegenwärtig nicht mehr zu ändern. Die Verfassung hat ihnen einmal das Recht eingeräumt, und wir müssen an der Verfassung halten, wenn wir verlangen, daß sie uns gehalten werde. Abänderungen lassen sich blos auf verfassungsmäßigem Wege durchsetzen. Aber geben Sie Acht, daß bei der gegenwärtigen Zusammensetzung der Landes- und Reichsvertretung nicht Aenderungsvorschläge zu unserm Nachtheile sich eindrängen; sorgen Sie dafür, daß das Rechtsgebiet, welches dem Großgrundbesitz eingeräumt wurde, sich nicht auf unsere Kosten ausdehne und das bürgerliche Recht schmälere und verkleinere. Wählen Sie Bürger hinein, welche aus dem wichtigsten aller Grundrechte das große Prinzip aufrecht erhalten: Gleiches Recht für Alle.“ Ueber die von **Ungarn** angenommene Haltung und über das geeignetste Mittel, ihr zu begegnen und sie unschädlich zu machen, äußerte der Redner sich folgendermaßen: „Ich fasse die ungarische Frage anders, als man sie gewöhnlich auffaßt; die ungarische Frage ist nicht wie bei anderen Völkern eine Frage der Nationalität. Ungarn ist frei, seine Nationalität will ihm fortan Niemand verkümmern. Die ungarische Frage ist eine Frage des Ehrgeizes, der Herrschaft! Was die Magyaren wollen, das ist: die Rolle Oesterreichs übernehmen, daß die Hegemonie über die verschiedenen Volksstämme an der unteren Donau dem Stamme der Magyaren zufalle und den deutschen Händen entrissen werde. Die ungarische Frage reduzirt sich einfach darauf: das künftige Oesterreich soll Pesth zur Hauptstadt haben und nicht Wien: die Führer in den Donauländern sollen die Magyaren sein, nicht die Deutschen! Der magyarische Volksstamm fühlt sich als Aristokrat unter den übrigen um ihn wohnenden Volksstämmen und will die Herrschaft über sie üben. Deutsche, Slaven, Romanen sollen unter seinem Scepter leben. Ist dies eine Frage der Freiheit? Nein, das ist eine Frage des Ehrgeizes und der Ueberhebung! Hier handelt es sich um Mein und Dein! Hier muß das Verhältniß der Ansprüche klar werden, und wir fragen: was berechtigt den Stamm der Magyaren, daß er in die Arena treten will mit dem großen Stamm der Deutschen? Daß er einem der ältesten Bannerträger deutscher Macht die Forderung entgegenruft: Tritt ab von dieser Stelle, wirf ab die Krone, ich bin Dein Nachfolger, mir gebührt Dein Sitz! Meine Herren, hoffen wir, daß man endlich über das Rettungsmittel ins Reine gekommen ist. Es ist die freie Verfassung, die wirklich freie Verfassung mit dem ganzen Inhalte aller Freiheiten, die mit Ordnung und Gesetz vereinbar sind. Sie wäre die glückliche Heilung aller inneren und äußeren Fragen. Wenn wir aus dem Gegebenen eine wirklich große, edle und mächtige Verfassung herausbilden werden, ohne auf Widerwillen und Verblendung zu stoßen; wenn Volk und Regierung einander werden lieben und achten können, dann, meine Herren, ist auch die ungarische Frage gelöst, **denn neben einem freien Oesterreich hört die Bedeutung Ungarns auf.**“

Großbritannien.

London, 19. März. In der gestrigen Sitzung des Oberhauses fragte Lord **Ellenborough** nach dem Stande der Beziehungen Deutschlands zu Dänemark, billigte Dänemarks Rüstungen und warnte Preußen vor einem Angriffe auf Dänemark, da es ohne Bundesgenossen dastehen und Frankreich es bedrohen, vielleicht gar vernichten würde. Lord **Wodehouse** (Minister) sprach die Ansicht aus, Deutschland und Dänemark verschuldeten beide die jetzige Verwirrung. England habe beiden Mächten fortwährend Versöhnung gepredigt. Heute sey aus Kopenhagen die Nachricht eingetroffen, daß das gesammte Budget der **berathenden** Prüfung der Stände Holsteins unterbreitet werden solle. Dieses Zugeständniß werde hoffentlich Deutschland versöhnlich stimmen, denn Lord Ellenborough's Ansichten über Deutschlands Gefahren Frankreich gegenüber seyen vollkommen begründet. (K. Z.)

Frankreich.

* **Paris,** 19. März. In der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers gab der Finanzminister **Magne** ein Defizit von 100 Mill. Frcs. für das vergangene Jahr zu, dessen Ursache er den auswärtigen Verhältnissen zuschrieb. Der Abg. **Gouin** sagte, die Finanzen könnten noch immer durch Sparsamkeit und Schonung der Hülfsmittel in gutem Stand erhalten werden; das Gleichgewicht des Budget werde aber statt dessen jetzt nur durch neue Auflagen und Anleben erhalten, die Finanzlage sey daher eine gespannte. Der Abg. **Picard** eiferte dann gegen die unmäßigen Bauten in Paris und Lyon, welche die Gemeindebehörden ohne alle Kontrolle vornehmen; 1847 habe das Budget der Stadt Paris 46 Millionen betragen, heute sey es auf 172 Millionen angeschwollen; seitdem habe Paris außerdem 298 Mill. geborgt; für eine Ausgabe von 139 Millionen habe es noch zu sorgen. Die Baukommission im Stadthaus übe mit ihren Expropriationen eine Diktatur, bei der kein Haus für den nächsten Morgen sicher sey; seit 1852 seyen 321 Millonen auf Expropriationen verwendet worden. In der Cité allein reiße man 106 Häuser nieder und vertreibe 6000 Personen, an ihre Stelle erbaue man ein Hospital und eine Kaserne, die zum Hospital führe; Leute, welche die Pläne der Verwaltung im Voraus kennen, könnten gut spekuliren und verdienten Millionen.

Paris, 19. März. Hr. Thouvenel hat am vorigen Sonntag eine telegraphische Depesche nach Turin geschickt, in welcher Graf Cavour ersucht wird, in seiner Antwort auf die Interpellation des Hrn. Audinot nicht von der Abberufung der französischen Truppen aus Rom zu sprechen, da der Kaiser Napoleon gesonnen sey, die letztern so lange dort zu lassen, bis eine Ausgleichung Sardiniens mit dem heil. Stuhl erfolgt sey. Hierauf erwiderte der Graf Cavour in einer Depesche, daß sich die k. Regierung durch die im Lande und namentlich in der Armee herrschende Aufregung gezwungen sehe, in Bezug auf Rom eine Befriedigung zu gewähren, weil sie sonst zu einer Unternehmung auf Venetien gedrängt würde. Hr. Thouvenel telegraphirte hierauf zurück, daß die kaiserliche Regierung an dem Memorandum, das seiner Zeit nach Warschau abgesandt worden sey, festhalten und einem Kriege zwischen Italien und Oesterreich, welcher von Italien hervorgerufen werden sollte, fern bleiben werde. (Und zuletzt wird Napoleon seine Truppen aus Rom abrufen und sich damit entschuldigen, er habe es thun müssen, um größeres Unheil zu verhüten. Immer das alte Spiel! Napoleon läßt sich gar zu gerne zwingen zu dem, was er will.) — Der Abbé Bonaparte wird aus Rom hier erwartet; derselbe soll vom Papste mit einer außerordentlichen Sendung an die französische Regierung betraut seyn.

Paris, 19. März. Drei Stunden dauerte die Rede, mit welcher gestern im gesetzgebenden Körper der Minister Magne den Herren Darimon, Devinck und Gouin auf deren Anklagen gegen die Finanzverwaltung antwortete. Die Versammlung folgte ihr mit der größten Aufmerksamkeit. Daß Hr. Magne ein gewandter Redner ist und die auf ihn gefallene Berufung zum Minister ohne Portefeuille, oder zum parlamentarischen Vertheidiger der nichtparlamentarischen Regierung, vollkommen verdiente, hat er gestern in glänzender Weise bethätigt; daß die Finanzverwaltung und die Finanzlage unter dem zweiten Kaiserreiche absolut nichts zu wünschen ließe, ist ihm zu beweisen jedoch nicht gelungen. Die Behauptung z. B., daß das französische Normal-Budget im Grunde nur 1200 Mill. betrage, da an 600 Mill. Frs. als Dépenses d'ordre (durchlaufende Posten) aufgehen, ist ein Sophismus; den Steuerpflichtigen drücken diese 600 Millionen nicht weniger als die andern Hunderte von Millionen. Eben so wenig läßt sich für ernst jene andere Berechnungsweise nehmen, nach welcher die „pflichtmäßigen“ Ausgaben (wie Schuld, Dotation u. s. w.) nicht in Berechnung zu kommen hätten, da sie unvermeidlich und unerläßlich sind; als wenn diese pflichtmäßigen Schulden von selbst anwüchsen, und als wenn das Uebel des Schuldenmachens z. B. nicht gerade darin läge, daß hiedurch ewige „obligatorische“ Lasten geschaffen werden. Wahr ist schon, daß Frankreich heute nicht anders kann, als die Zinsen der zwei Milliarden bezahlen, welche es seit acht Jahren ausgeborgt, daß alle Debatten und alle Kontrole des gesetzgebenden Körpers die Zinsenlast nicht vermindern können; aber nicht weniger gewiß ist, daß bei einem ernstlicheren Einfluß des gesetzgebenden Körpers auf die Finanzverwaltung und auch auf die auswärtige Politik jene Schulden schwerlich kontrahirt worden wären.

Rußland und Polen.

Polnische Grenze, 19. März. Das Manifest des Kaisers über die Emancipation der Bauern hat in Warschau den freudigsten Eindruck gemacht. Eine Deputation des Bürgerausschusses hat deshalb sofort den polnischen Adel des landwirthschaftlichen Komite, welcher die Ablösung der Bauern kürzlich aus freiem Antrieb beschlossen hat, beglückwünscht, das Vertrauen ausdrückend, daß die Reformen in der Bauernangelegenheit auch in Polen baldigst durchgeführt werden. (Frkf. Postztg.)

Neueste Nachrichten.

** **München,** 20. März. (Privat-Korrespondenz.) (XX. **öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.**

Frank den Verwundeten als 36 Tage arbeitsunfähig erklärte und sogar die Stelle der Wunde falsch angab, während das Gutachten des Medizinalkollegs nur eine dreitägige Arbeitsunfähigkeit annahm und meint, ein Arzt, der so urtheile, sey entweder wissen- oder gewissenlos. Sowohl Dr. Winterhalter als Dr. Senger bemerken auf eine Frage des Vertheidigers, daß man bei dem bekannten Protektorate (Minister Reigersberg), welches Frank genoß, sich gescheut habe, Beschwerden gegen denselben vorzubringen. — Bezüglich des Artikels über den Landrichter Ruechti erklärte Zeuge Becchioni, daß derselbe von ihm in eine Frankfurter Zeitung geschrieben worden sey, aus der ihn der „Beobachter" wohl entnommen habe, bezeichnet die Personen, an welchen Ruechti den Lockenraub vorgenommen, und beruft sich bezüglich des paschamäßigen Betragens auf das Zeugniß des ganzen Landgerichtsbezirks. Der Wanderunterstützungsverein, dessen Sekretär er gewesen, habe ein Vermögen von circa 1000 fl. gehabt und dasselbe, um es im Falle der Auflösung des Vereins nicht als herrenloses Gut dem Fiskus anheimfallen zu sehen, auf seinen Antrag einem seiner Mitglieder als volles unumschränktes Eigenthum geschenkt in der Ueberzeugung, dasselbe werde davon einen Gebrauch im Sinne des Vereines machen; die Polizei habe aber nach Auflösung des Vereins bei einer Haussuchung eine Bankaktie von 500 fl. Nominalwerth konfiszirt, das betreffende Mitglied über 14 Tage in Haft gehalten, um es zur Angabe des Rechtes (?), wie derselbe ihm erzählt habe, zu zwingen, und habe diese Aktie bis auf den heutigen Tag (?!) noch nicht dem Eigenthümer zugestellt. — Der Staatsanwalt hielt die Anklage in allen Punkten aufrecht. Bezüglich der Beleidigung des Dr. Frank sucht er nachzuweisen, daß in gesetzlicher Form verfahren wurde; daß Kölbl wahnsinnig war, sey zweifellos, Frank sey übrigens in dieser Sache gänzlich unbetheiligt; die Zeugenaussagen reichten nicht aus, um den Vorwurf ärztlicher Unmenschlichkeit zu begründen, dabei sey zwischen unmenschlichem und nicht humanem Betragen ein großer Unterschied. Bezüglich des Lockenraubes des Landrichters Ruechti bemerkt er, die Bursche pflegten in der dortigen Gegend Löckchen in Schneckenform als Zeichen der Herausforderung an den Schläfen zu tragen, dies sey wohl die Ursache, warum Ruechti sie denselben habe abschneiden lassen. In Bezug auf die Beleidigung des Frhrn. v. d. Pfordten beschränkt sich der Staatsanwalt darauf, darzulegen, daß in den einschlägigen Ausdrücken Beschimpfung enthalten sey. — Der Vertheidiger Dr. Gotthelf erklärt zuerst, daß Hopf blos durch seine Pflicht als Abgeordneter vom Erscheinen abgehalten worden sey. Zu den einzelnen Anschuldigungen übergehend, und zwar zunächst zur Einschaffung des Kölbl in's Krankenhaus und die Irrenanstalt, führt der Vertheidiger aus, daß nicht in einzelnen Ausdrücken, sondern in der Macht der Thatsachen die Schmähung erblickt werde; alle erheblichen Behauptungen seyen thatsächlich vollkommen wahr, insbesondere sey durch die Zeugen mehr als genug bewiesen, daß man im Publikum der Ansicht war, Kölbl sey zur Zeit der Einschaffung nicht geisteskrank gewesen. Daß man bei einem solchen Verfahren es werden könne, sey klar. Im weiteren Verlauf wird der gute Glaube und die edle Absicht des Hopf betont, indem derselbe bei der Allgemeinheit dieser Ansicht und den vielfachen damaligen Polizeiübergriffen an die Richtigkeit glauben mußte und die bayerischen Behörden auf Dinge aufmerksam machen wollte, über welche bayerische Blätter sich auszusprechen den Muth nicht hatten. Die sog. Berichtigungen hätten Hopf nicht zu einer andern Ansicht bestimmen können, weil sie selbst großentheils auf Unwahrheit beruhen. — Zu dem 2. Reate der Schmähung Frank's übergehend, wird hervorgehoben, daß die fraglichen Ausdrücke nicht die amtliche Thätigkeit des Dr. Frank berühren; übrigens sey der Vorwurf ärztlicher Unmenschlichkeit zwar grell, aber thatsächlich vollkommen begründet. Uebrigens walte auch in dieser Richtung lautere Absicht ob, indem angenommen wurde, bei solcher Protektion würden bayer. Blätter nichts zu veröffentlichen wagen. Bezüglich des Landrichters Ruechti weist der Vertheidiger nach, daß in dem letzten Artikel sehr viel Humor, sicher aber keine Beleidigung liege und daß die darin gerügte Handlung keine Amtshandlung betraf. Bezüglich der Beleidigung v. d. Pfordtens hebt Vertheidiger das sonderbare Zusammentreffen hervor, daß die kurhessische Frage zugleich in der Kammer und dem Gerichtshofe, wenn auch in verschiedener Weise zur Sprache komme und beruft sich auf die Ansicht des Oberstaatsanwalts selbst, der keine Verweisung beantragt habe. — Der Gerichtshof verkündete erst heute das Erkenntniß und sprach den Angeklagten von allen gegen ihn erhobenen Anschuldigungen frei. Bezüglich der Schmähung der Polizei spricht das Urtheil aus, daß der Art. 26 des Preßgesetzes deswegen nicht Anwendung finden könne, weil, wenn in dem Artikel auch der Ausdruck Polizei gebraucht werde, die Handlungen selbst nur von Personen, nicht aber von der Polizei im Allgemeinen ausgegangen seyn können; Art. 31 könne aber nicht Anwendung finden, weil keine besondere Person genannt wurde. Sowohl bezüglich des der Polizei gemachten Vorwurfs des ungesetzlichen Verfahrens bei der Einschaffung Kölbl's ins Irrenhaus, als des dem Dr. Frank gemachten Vorwurfes „ärztlicher Unmenschlichkeit" rc. spricht das Urtheil aus, daß der Beweis der Wahrheit der behaupteten Thatsachen in der Hauptsache vollständig gelungen sey; bezüglich der Schmähung des Landrichters Ruechti aber wird gesagt, daß die demselben vorgeworfenen Handlungen nicht in seiner amtlichen Eigenschaft von ihm vorgenommen worden seyen, also von Uebertretung des Art. 31 des Preßgesetzes keine Rede seyn könne. Bezüglich der Schmähung des Frhr. v. d. Pfordten erscheine nicht Art. 33, wegen dessen die Verweisung erfolgte, sondern Art. 31 übertreten, also auch hier der Beweis der Wahrheit zulässig, wozu jedoch dem Beklagten, da die Verweisung nach Art. 33 erfolgte, nicht die gesetzlich erforderliche Gelegenheit gegeben worden sey. Zu einer Unterdrückung der nicht in Privatbesitz übergegangenen Nummern sah sich der Gerichtshof nicht veranlaßt."

Preußen. Berlin. Wie aus Hongkong berichtet wird, ist es endlich dem Grafen Eulenburg nach fünfmonatlichen Unterhandlungen gelungen, einen Handelsvertrag mit den starrköpfigen Japanesen abzuschließen. Der Vertrag ist jedoch nur für Preußen, keineswegs auch für den Zollverein abgeschlossen; doch sollen auch Zollvereinsschiffe unter preußischem Schutz in die japanesischen Häfen zugelassen werden. (A. Postz.)

* **Sachsen.** Auch in der sächsischen Abgeordneten-Kammer kommt demnächst die kurhessische Frage zur Besprechung. Die Ansichten des mit dem Bericht betrauten Ausschusses sind auch dort getheilt darüber, ob die Wiederherstellung der Verfassung von 1831 oder nur im Allgemeinen Herstellung eines geordneten Rechtszustandes verlangt werden solle. Einig ist der Ausschuß aber darin, daß Verwahrung einzulegen sey gegen die Berechtigung des Bundestags, die in anerkannter Wirksamkeit bestehende Verfassung eines Bundesstaats außer Wirksamkeit zu setzen.

Baden. Die Berathungen des evangelischen Oberkirchenrathes in Karlsruhe über die evangelische Kirchenverfassung haben heute begonnen. Der Großherzog wird denselben persönlich beiwohnen. Die Berathungen im Ministerium über den Entwurf eines Gewerbegesetzes sind glücklich zu Ende geführt. Im Allgemeinen muß man anerkennen, daß der Gesetzesentwurf den Grundsätzen über Gewerbefreiheit vollständig huldigt. Zur Begutachtung dieses Gesetzesentwurfs soll am 3. April eine Versammlung von Sachkundigen zusammentreten. Darunter gehören 4 dem Gelehrtenstande an (Geh. Rath Rau, Geh. Hofrath R. v. Mohl, Hofrath Redtenbacher und Prof. Krieg) und 16 den gewerbtreibenden Ständen. Die erzbischöfliche Kurie hat in Angesicht der Ruhe des Landes bei der Verwerfung des Konkordats und zur Befriedigung der vieljährigen Ungeduld der Kuratgeistlichkeit sich herbeigelassen, mit der großh. Regierung sich zu vereinbaren zu feststehenden Grundsätzen, welche die Besetzung der Pfründen und Verwaltung des Kirchenvermögens bestimmen sollen. Nicht nur bei den unbestrittenen Pfarrpfründen, sondern auch bei den bisher bestrittenen hat man sich zu vereinigen gewußt. (S.M.)

Anhalt. Köthen, 16. März. Gegen die (NB. konservativen) Unterzeichner der Adresse, in welcher der Herzog um Wiederherstellung der Verfassung von 1848 gebeten wird, ist eine Untersuchung eingeleitet. (Pr. Z.)

Oesterreich. Wien, 18. März. In der Rede, mit welcher der Redakteur der „Ostdeutschen Post", Ignaz Kuranda, sich den Wählern der innern Stadt Wien als Landtags-Kandidat präsentirte, bemerkt derselbe über die Hauptfragen, welche die neue Reichsvertretung beschäftigen dürften: „Vier große Fragen werden den künftigen Reichsrath bewegen: zwei werden öffentlich verhandelt werden, zwei andere werden minder öffentlich, vielleicht auf dem Wege der Intrigue sich durch die Verhandlungen hinziehen. Die ersten zwei Fragen sind die Finanzfrage und die Frage: Einheit des Staates. Neben diesen beiden Hauptaufgaben werden sich unter verschiedenen Formen und Einkleidungen zwei andere Fragen und Tendenzen gruppiren: die Bestrebungen der Nationalitäten in ihren verschiedenen Richtungen und die ständischen Bestrebungen nach einem bestimmten einheitlichen Ziel. Meine Herren, ich kenne die Entstehungsgeschichte unserer Verfassung nicht, sie ist geheimnißvoll. Aber das ist nicht zu verkennen, daß Zugeständnisse stattgefunden haben an die alten ständischen Parteien, und daß der Geist des Goluchowski'schen Systems theilweise maskirt sich einzuschleichen gewußt hat; Manches, was zur Thür hinausgedrängt wurde, ist zum Fenster wieder hereinge-

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 81. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Letter | 38. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 22. März 1861.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 20. März. Se. Maj. der König hat die kath. Pfarrei Irfersdorf, Ldg. Kipfenberg, dem Priester J. Pfaller, Pfarrer in Kirchenhausen, des gen. Ldg., die Pfarrei Anzing, Ldg. Ebersberg, dem Kurat- und Schulexpositus in Niederthann, Ldg. Pfaffenhoffen, Priester Stephan Berger übertragen. (N. M. Z.)

Seine Maj. der König hat die Vornahme einer Sammlung für Erbauung einer katholischen Kirche in Bingert, in der Pfalz, in den katholischen Kirchen des Königreichs, mit Ausnahme des Regierungsbezirks der Oberpfalz gestattet. (Int.-Bl.)

München, 20. März. Die Nachricht von der gestern in der Anklagesache gegen den Redacteur des „Stuttgarter Beobachter" erfolgte Freisprechung machte mit Blitzesschnelligkeit die Runde durch die Stadt, und man schloß wohl nicht mit Unrecht daraus, daß nun eine Untersuchung in der entgegengesetzten Richtung eingeleitet werden dürfte. Ueber die Verhandlung selbst berichtet die „Südd. Ztg.", wie folgt: „Franz Hopf, Redacteur des „Stuttgarter Beobachter", wurde bekanntlich vorigen Jahres wegen mehrerer Preßreate vom Schwurgerichtshof verurtheilt, das Urtheil aber wegen unrichtiger Anwendung des Gesetzes vom obersten Gerichtshofe vernichtet, in Folge dessen die Sache zur nochmaligen Verhandlung kam; auch diesmal wurde, wie das erste Mal, ohne Geschworne verfahren, da Hopf, gehindert durch die Sitzungen des württembergischen Landtags, dessen Mitglied er ist, nicht erschien. Die Thatsachen, wegen welcher die Verweisung erfolgte, sind folgende. Ende des Jahres 1859 erschien im „Beobachter" eine Reihe Artikel, in welchen behauptet wurde, der verstorbene Lichterfabrikant Kölbl von hier sey von der Polizei ohne Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften in's Irrenhaus geschafft worden, obgleich er vollkommen geistesgesund gewesen, und daß dabei der Dr. Frank, der wegen „ärztlicher Unmenschlichkeit allgemein verhaßt sey", dabei betheiligt gewesen wäre. In einem andern Artikel wurde behauptet, der Landrichter Ruechti von Erding sey ein Pascha ohne Roßschweif, aber mit um so längerem Zopf, der neben anderen Thaten einem Bäuerlein die Locken an den Schläfen abgeschnitten habe. Ein weiterer Artikel endlich, der Berliner „Volkszeitung" entnommen, äußerte sich über das Verhalten von der Pfordten's in der kurhessischen Frage. Diese Artikel sollten Schmähung der Polizei, des Dr. Frank, Verspottung des Landrichters Ruechti und Beschimpfung des Hrn. v. d. Pfordten enthalten. Bezüglich der beiden ersten Reate wurde der Beweis der Wahrheit angetreten. Bezüglich des Seifensieders Kölbl behaupten eine große Reihe von Zeugen, die mit demselben theils in geschäftlicher, theils in freundschaftlicher Berührung gestanden, daß derselbe bis zu seiner Verhaftung durch die Polizei nicht das geringste Zeichen von Wahnsinn gab, daß er im Gegentheil ein sehr besonnener, thätiger, unternehmender Mann war, der durch häusliche Zerwürfnisse aller Art allerdings Ursache hatte, häufig erregt zu seyn. Einen höchst empörenden Eindruck machte die Schilderung des Verhaltens eines der Söhne, der auf der Straße gleichsam lauerte, bis man seinen Vater gebunden in einen Wagen schleppte und darüber offenbare Freude zeigte; dann die Angabe eines Zeugen, daß die Familie schon deswegen den Vater nicht nach dem Krankenhause hätte bringen lassen sollen, weil derselbe Gründe zu haben glaubte, auf einen der Aerzte eifersüchtig zu seyn. Diesen Aussagen gegenüber ist konstatirt, daß Dr. Frank bei der Sache nicht betheiligt war, sondern Medizinalrath Dr. Kopp. In welcher Weise die Verhaftung des Kölbl und die Transportation in das Krankenhaus geschah, darüber blieb Vieles dunkel; Kölbl, der muthmaßte, seine Familie wolle ihn als närrisch erklären lassen, soll selbst auf die Polizei gekommen seyn, um dagegen Schritte zu thun, dort aber habe man ihn verhaftet, als er sich wehrte, gebunden, dann in das Krankenhaus und von da einige Tage später nach Irsee gebracht. Während der ganzen Verhandlung kam aber nicht ein Protokoll von Zeugenaussagen vor, auf Grund deren die Polizei schließen konnte, Kölbl sey wahnsinnig; nur ein Zeugniß des verstorbenen Dr. Kopp lag vor, aber aus den Polizeiakten konnte nicht konstatirt werden, wer dieses Zeugniß veranlaßt hatte. Die Aerzte, welche den Kölbl im Krankenhause und in Irsee behandelten, bezeugen, daß er wahnsinnig, ja sogar tobsüchtig gewesen sey; der Hausarzt desselben, Dr. Horn, gibt in einem Zeugnisse zu, daß Kölbl Anlage zu Wahnsinn gehabt habe, daß dieser aber erst durch die ungeeignete Behandlung im Krankenhause, wo man ihn in eine Zwangsjacke steckte, zum vollen Ausbruche kam. Aus Allem scheint hervorzugehen, daß vor der gewaltsamen Einschaffung des Kölbl keine jener Vorschriften beobachtet wurde, welche eine Verordnung vom Jahre 1832 zum Schutze gegen so gefährliche Freiheitsberaubungen gewährt. Was den Vorwurf der ärztlichen Unmenschlichkeit betrifft, welcher in einem der Artikel dem Dr. Frank gemacht wurde, bezog sich Zeuge Dr. Schlemmer auf eine Ministerial-Entschließung, in welcher Dr. Frank gerügt und gesagt wurde, daß er die Humanität verletzt habe. Polizeiarzt Dr. Senger gibt über dessen Humanität ebenfalls ein ungünstiges Zeugniß ab und behauptet, daß, wenn Jemand sage, Frank sey human, Hunderte dagegen nein sagen würden; Zeuge erzählt den Fall einer polizeiärztlichen Untersuchung eines Mädchens, der höchst empörender Natur ist, den nachzuerzählen der Anstand verbietet. Dieser Fall wurde von Dr. Frank in den seinerzeitigen Berichtigungen vollständig geläugnet. Dr. Winterhalter tadelt ebenfalls das Benehmen des Dr. Frank seinen Kollegen gegenüber; er erzählt von einem Parere desselben bei einer Körperverletzung, wo

Wissenschaft mündlich mittheile. Es kam darauf an, ihn offiziell und dauernd festzusetzen; und das hat seine Schwierigkeit, da, wie man auch sittlich die Handlungsweise Wiesner's beurtheilen mag, selbst der sardinische Koder es nicht für ein Verbrechen hält, ein Komplott zum bewaffneten Einfall in einen Nachbarstaat zu denunziren. Freundliches Entgegenkommen der Cavour'schen Staatsanwaltschaft wußte die Aufgabe zu lösen durch eine Prozedur, von der wohl ferner noch die Rede seyn wird. Der Hergang der Sache ist zugleich ein neuer Beweis, daß auch die neuen Plane Garibaldi's und Mazzini's sich hoher Protektion zu erfreuen haben."

Nichtpolitische Zeitung.

In Kronach hat sich ein Turnverein gegründet. Derselbe zählt bereits 60 Mitglieder und wird voraussichtlich sich noch bedeutend vergrößern.

δ Frankfurt, 19. März. (Privat-Korresp.) Unser Viehmarkt erfreut sich schon seit längerer Zeit eines durchschnittlich dem Bedarf entsprechenden Antriebs. Bei Ochsen, Kühen und Rindern variirt der Preis seit längeren Wochen höchstens um 2 fl. der Centner, wogegen Kälber, aber ganz besonders Hämmel auf ihren alten hohen Preisen fest stehen bleiben. Das (leichte) Pfund Ochsenfleisch kostet $16\frac{3}{4}$ kr., Rinder- oder Kuhfleisch $14\frac{3}{4}$ kr., Kalbfleisch $14\frac{1}{2}$ kr., Hammelfleisch $16\frac{1}{2}$ kr. und Schweinefleisch $16\frac{3}{4}$ kr. Unser Viktualienmarkt ist mit grünen Gemüsen reichlich befahren; dagegen ist die Butter wieder auf 32 kr. gestiegen; 6 Eier kosten 8 kr., die „Münchener Eierfrau" gab indessen ihren Kunden auch 7 zu zwei Batzen. Das Pfd. Schweineschmalz kostet 28 kr.; Kartoffeln $3\frac{1}{2}$ fl. per 200 Zollpfund.

Neueste Nachrichten.

München, 19. März. Im Einlauf der 2. Kammer befinden sich Anträge des Abg. Pachmayr, die Reorganisation des Veterinärwesens betr.; der Gemeindebehörden in Nürnberg, Erlaß eines Gesetzes über das richterliche Verfahren in Hinterlassenschaftssachen betr., angeregt von den Abg. Brater und Völk.

Bamberg, 20. März. Versetzt wurden: Der Funktionär der k. Spezialkasse Bamberg Hr. Fridolin Reiseneggee in das Rechnungs-Kommissariat der k. Staatsschuldentilgungs-Kommission in München, und an dessen Stelle zur hiesigen k. Spezialkasse der Funktionär der k. Spezialkasse Nürnberg Hr. Christian Lauter.

Aus Stuttgart, 17. März, wird der „Allg. Ztg." geschrieben: „Die Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten über die Convention mit der päpstlichen Curie sind zu Ende. Der Antrag der Minderheit, welcher die Zurücknahme der Verordnung fordert, mit der die Convention bekannt gemacht wurde, worauf im Wege der Landesgesetzgebung die Verhältnisse der katholischen Kirche zum Staat geordnet werden sollen, hat mit 63 Stimmen gegen 27 gesiegt. Unter den 63 Stimmen sind zwei Katholiken, unter den 27 vier Protestanten — ein Resultat, wie es schon vor Beginn der Verhandlungen vorauszusehen war. Mögen nun einige Bemerkungen über die Debatten und ihren Gegenstand hier noch ihre Stelle finden. Es ist eine Eigenthümlichkeit, welche die Lage der Sache von der in Baden wesentlich unterscheidet, daß die württembergischen Katholiken dem Inhalt der Convention nirgends entgegengetreten sind, weder in noch außerhalb der Kammer. Man wird nicht im Unrecht seyn, dieß neben dem ernsten kirchlichen Sinn der württembergischen Katholiken dem Vertrauen zu dem Bischof und Ordinariat zuzuschreiben, welche in würdiger Haltung jedem Konflikt mit der Staatsgewalt zu begegnen wußten, und die katholischen Geistlichen in den Schranken ihres Berufs erhalten, so daß auch von protestantischer Seite nicht die geringste Klage über verletzende Eingriffe erhoben werden konnte. . . Es dürfte als ein bedeutsamer Akt erscheinen, daß in solcher übereinstimmender Weise abgelehnt wurde, überhaupt ein Konkordat im eigentlichen Sinn einzugehen, und die Verhältnisse der katholischen Kirche für alle Zeit festzustellen und die Gesetzgebung zu binden. . . Daß dieses Prinzip mit Klarheit von der ganzen großen Zahl der Redner erkannt worden wäre, läßt sich freilich nicht behaupten. In solchen Angelegenheiten gewinnt nicht allein und selbst nicht vorzugsweise der abstrakte rechtliche Gesichtspunkt seine Geltung; wie in dem protestantischen Volk mehr die unbestimmte Furcht vor einer größeren Macht der katholischen Kirche zu den Hunderten von Adressen Veranlassung gab, so wirkte auch für die Protestanten der Kammer die Anschauung, die sie von dem Inhalt der Convention gewonnen. Und in dieser Beziehung dürften sie etwas zu schwarz gesehen oder wenigstens der bloßen Möglichkeit der Gefahr einen zu großen Einfluß gestattet haben. Es liegt nämlich auch darin ein wesentlicher Unterschied von der Sachlage in Baden, daß in Württemberg die Katholiken die Minderheit bilden, daß sie in der Kammer kein Drittheil ausmachen, in der Regierung und im Beamtenstand in noch geringerm Verhältniß, im Geheimenrath z. B., abgesehen von den Ministern, gar nicht vertreten sind."

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöllmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. 1. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	$76\frac{1}{4}$ P.
„	5 pCt. Rent. Coupon b. R.	$59\frac{7}{8}$ B.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$49\frac{7}{8}$ P. $\frac{5}{8}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$42\frac{3}{4}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$36\frac{5}{8}$ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$87\frac{1}{2}$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. R.)	$102\frac{1}{2}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102\frac{7}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. ½jähr. dto.	$103\frac{1}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$100\frac{3}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{5}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{3}{8}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	103 P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	95 G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$101\frac{7}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$93\frac{3}{8}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$101\frac{5}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	$100\frac{1}{4}$ P. $99\frac{3}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	98 P.
„	3 pCt. Obl.	$90\frac{5}{8}$ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$47\frac{3}{8}$ G.
„	$1\frac{1}{4}$ pCt.	42 P. $41\frac{1}{2}$ G.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	99 P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	$110\frac{1}{8}$ P. $109\frac{3}{4}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	573 P. ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	128 P. 127 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	181 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	76 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien	70 P.
Internationale Bank in Luxemb.	83 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	335 P. 334 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	$67\frac{1}{4}$ G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	224 G.
„ Elisab.-Eisenbahn à 5 pCt.	123 P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 67	72 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	25 P. $24\frac{1}{2}$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt.	$130\frac{1}{8}$ P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$99\frac{5}{8}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{1}{8}$ P.
Südd. Bank-Akt., 50 pCt. Einz.	237 G.
Span. Handels- u. Industrie	620 P.
„ Credit-Akt. d. Gos. Pereira	467 G.
Bayr. Ostbahn, à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$104\frac{3}{8}$ G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$96\frac{1}{8}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{3}{4}$ B. 88 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 G.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{7}{8}$ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	$98\frac{1}{8}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{5}{8}$ B. $\frac{3}{8}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. 3 S.	$79\frac{3}{4}$ B.
Disconto	3 pCt. B.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$73\frac{1}{4}$ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$48\frac{1}{4}$ P. $47\frac{3}{4}$ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	55 G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$129\frac{1}{4}$ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$55\frac{1}{4}$ P.	„ fl. 25 do.	$34\frac{7}{8}$ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858	$92\frac{1}{2}$ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$34\frac{7}{8}$ P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beifl.	118 P.	Sardinien Fr. 36 b. R.	$49\frac{3}{4}$ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$36\frac{1}{4}$ P.
Badische fl. 50	90 P.	Vereins-Loose fl. 10	$10\frac{1}{8}$ B.
Badische fl. 35	$52\frac{5}{8}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7 Ls.	$10\frac{5}{8}$ — $\frac{1}{2}$ G.

Frankfurt, 20. März. Der Hauptumsatz fand in österr. National, Bank- und Kreditaktien zu etwas niedrigeren Kursen statt. Auch Wechsel auf Wien waren etwas matter. Preußische und südd. Fonds waren nicht davon berührt und einzelne Sorten sogar begehrter. (Synd.)

wohlthuende Ordnung; die Behörde hielt sich mit Ausnahme der unangenehmen Vorfälle in zwei Landbezirken, wo die Regierungskommissäre die Oeffentlichkeit ausschließen wollten, so fern wie möglich. Wunderbar im höchsten Grade war die Uebereinstimmung, mit welcher sich alle auftretenden Kandidaten ohne Ausnahme zu liberalen Anschauungen bekannten, alle hatten sie ihr ganzes Leben lang dem Fortschritt gehuldigt und waren Freunde repräsentativer Staatseinrichtungen gewesen; hatte man sie etwa für „zu katholisch" gehalten, so war man im Irrthum gewesen; seit das Konkordat abgeschlossen, hatten sie sich „zurückgezogen". Jeder wußte das liberale Mäntelchen mit Anstand zu tragen und im schlimmsten Falle sich wenigstens das Zeugniß auszustellen, daß es früher ja doch nichts geholfen hätte, man könne ja nicht mit dem Kopfe durch die Wand rennen. Aber die Wähler zeigten sich im Ganzen halsstarrig, sie hörten die Reden an, aber ließen es die Herren fühlen, daß man Manches gelernt und Vieles nicht vergessen habe, und nur selten gelang es einem der über Nacht liberal Gewordenen, für seine herablassende Aneignung auch des entschiedensten Programms einige beifällige Zurufe zu erhalten. Daß nun aus dem Verlaufe dieser Versammlungen auch der Schluß gezogen werden darf, die zwölf Vertreter Wiens würden alle der wirklich liberalen Partei angehören, dafür möchten wir nicht einstehen, die Zersplitterung der Stimmen, die unvollkommene Parteidisziplin und mancherlei unberechenbare Einflüsse dürften wie bei der Gemeindewahl, so auch hier ihren störenden Einfluß äußern. Dazu kommt noch, daß die Wähler gezwungen sind, ihre Kandidaten vor der Wahlkommission mündlich zu nennen, ein Umstand, der vielleicht Manchen noch im letzten Moment schwanken machen dürfte. Die Konservativen haben es für gerathen gehalten, in den Wahlbesprechungen durch ihre Unthätigkeit zu glänzen; der Ton, auf welchen diese Versammlungen gestimmt waren, ließ es auch nicht wohl zu, daß für anderes als für den radikalen Fortschritt plaidirt wurde. Als ein Symptom, welch entschiedener Opposition das Konkordat begegnet, wollen wir erwähnen, daß die Wähler keinem einzigen der Kandidaten eine Interpellation über diesen Gegenstand schenkten, und daß kein einziger es wagte, auch nur ein Wort zu Gunsten des Konkordats vorzubringen. (N. Pr. Z.)

Bei den Wahlen für den Landtag in Böhmen wurde Staatsminister v. Schmerling mit Akklamation gewählt.

(Tel. d. Frankf. J.)

Großbritannien.

London, 19. März. In der gestrigen Sitzung des Oberhauses sagte Minister Wodehouse: Von England, Frankreich und Rußland sey Dänemark bezüglich Holsteins vorgeschlagen worden, daß das ganze Budget für 1861 den holsteinischen Ständen zur Berathung unterbreitet werde (wie es der deutsche Bund verlangt). (Tel. d. Fr. Postz.)

Frankreich.

* Der Präfekt des Morbihan-Departement hat seine Unterbeamten angewiesen, darüber zu wachen, daß kein Franzose ohne Erlaubniß des Kaisers in fremde, namentlich päpstliche Kriegsdienste trete, da der Code Napoleon Art. 21 dies ausdrücklich verbiete. Die Anwerbungen für das päpstliche Heer, die jetzt öfters vorkämen, seyen eine offenbare Verletzung dieses Artikels. Es scheint, daß diese Warnung auf Weisung des Ministerium erfolgt ist. (Aber es ist noch keinem Präfekten eingefallen oder vorgeschrieben worden, auch diejenigen Franzosen zu bedrohen, welche Handgeld von Garibaldi annehmen, und doch ist es eine Thatsache, daß sich schon mehrere Hundert Franzosen von den Agenten desselben haben anwerben lassen.)

Aus Paris wird uns geschrieben: Die Verhandlungen des schmutzigen Prozesses in Douai sind in einer Broschüre unter dem Titel: Affaire du chanoine Mallet, détournement de mineurs, erschienen, und es verdient hervorgehoben zu werden, daß die Broschüre nicht gestempelt ist. In andern Zeiten würde sich diese Unterlassung kein Verleger haben zu Schulden kommen lassen, so wie denn auch in andern Zeiten der Präsident des Assisenhofes von seiner diskretionären Gewalt Gebrauch gemacht und dem Publikum den Zutritt zu den obscönen Verhandlungen verweigert haben würde. (N. Pr. Z.)

Portugal.

Wie aus Lissabon gemeldet wird, verlangen die Kommissäre der Volksversammlung, welche daselbst gehalten wurde, die Reform des Senats, die Reorganisation der Armee, die freie Getreideeinfuhr, die Freiheit des öffentlichen Unterrichts und ein progressistisches populäres Ministerium.

Italien.

Die in Rom für den 14. März (wo Viktor Emanuel in Turin als König von Italien proklamirt wurde) vorbereiteten piemontesischen Demonstrationen wurden von Goyon, der an jenem Tage eine große Truppenmacht entwickelte, vollkommen vereitelt. Goyon soll diesfalls eine strenge Ordre erhalten haben, wozu Napoleon durch die heftigen Angriffe im gesetzgebenden Körper gegen seine italienische Politik veranlaßt wurde. (T. d. Ostd. Post.)

Wie man der „Allg. Z." aus London schreibt, trug sich der Vorfall mit Wiesner in Genua, wo derselbe bekanntlich verhaftet wurde, so zu. Wiesner übergab die Papiere, welche Garibaldi's Plane gegen Südtyrol, Triest, Venedig und die deutschen Provinzen Oesterreichs betrafen, an einen Bayer*) mit der Bitte, sie in Verona abzuliefern. Der Bayer stellte sie Mieroslawski zu. Einige „Entschlossene" drangen darauf in Wiesner's Wohnung, „verhafteten ihn privatim", wie sie sich selbst ausdrücken, und nahmen seine übrigen Papiere weg. Jetzt kam es aber noch darauf an, zu verhüten, daß er selbst nach Verona gehe und seine

*) Ein anderer Bericht nennt ihn einen Schweizer.

---

beiführte, durch Verrath entstanden ist. Ein Oberfeuerwerker der Artillerie, der bei der Ausgabe der Munition beschäftigt wurde, hat diesen Schurkenstreich — aller Wahrscheinlichkeit nach — verübt, indem er eine langsam brennende Lunte an einem Pulverfasse befestigte. Die Explosion selbst war furchtbar und übertraf Alles, was ich bis dahin erlebt habe. Es schien wirklich, als ob die Erde sich geöffnet habe und ganz Gaeta verschlingen wolle, so gewaltig war die Erschütterung. Ich selbst wurde zu Boden geworfen und rollte, wie von einem Wirbelwind getrieben, mehrere Schritte fort, bis ich an einem Steinhaufen anstieß und dort gänzlich betäubt, wohl eine Viertelstunde liegen blieb und dann so viel Kraft gewann, mich wieder aufzurichten. Die entsetzlichen Scenen, die mein Auge darauf sah, mag ich auch nicht in der Erinnerung mir zurückrufen, und wollte gern, daß ich sie für immer gänzlich vergessen könnte. Ueber 400 Soldaten sind bei dieser Explosion getödtet oder doch so verstümmelt worden, daß der Tod für sie eine Wohlthat wäre. Wie immer, war unsere hochherzige Königin bald wieder gefaßt, und eilte persönlich nach dem Ort der Verwüstung, dort so viele Hilfe, wie in ihren Kräften stand, zu bringen.

Nach dieser Explosion war die Lage der Festung so verschlimmert, daß eine Kapitulation nothgedrungen bald erfolgen mußte. Wir hatten nicht mehr die Kraft, einen Sturm abzuschlagen, die Bresche war mehr als gangbar, und wenn General Cialdini jetzt ernsthaft angriff, so mußten wir uns auf Gnade oder Ungnade ergeben. Der König Franz berief jetzt einen Kriegsrath aller seiner Generale und in diesem erklärte sich die Mehrzahl der Anwesenden für eine Kapitulation, nachdem wir alle Anforderungen der Ehre reichlich erfüllt haben.

Mehrere Offiziere, und besonders Deutsche und Schweizer waren darunter, wollten auch jetzt nichts von einer Kapitulation wissen, sondern wünschten, daß wir den Sturm der Sardinier abwarten und dann Feuer in alle unsere Munitionsvorräthe werfen sollten, damit wir uns vereint mit unsern Feinden in die Luft sprengten. Mir persönlich wäre Letzteres ganz recht gewesen, doch der König befahl die Uebergabe, und so mußten wir natürlich gehorchen. Die Kapitulationsbedingungen sind Ihnen ohne Zweifel schon durch die Zeitungen bekannt, und in Betreff der Umstände so ehrenvoll für uns, als wir solche nur erwarten konnten. Es ist dies keine Großmuth der Feinde, sondern reine Selbstsucht, da General Cialdini es nicht zum Aeußersten kommen und Gaeta noch mehr, als ohnehin geschehen, zerstören lassen wollte, daher sehr bereitwillig auf alle von unserer Seite geforderten Bedingungen einging.

Am 14. Februar verließ die königliche Familie mit zahlreichem Gefolge gegen 9 Uhr Morgens auf dem französischen Kriegsdampfschiff „La Muette" Gaeta. Der Abschied war unbeschreiblich traurig und doch dabei wieder großartig. Besonders die Seelengröße der Königin verleugnete sich keinen Augenblick und die letzten Worte, die sie an uns Offiziere richtete, werden für immer in unserer Brust fortleben.

Am 15. Febr. marschirten wir mit vollen kriegerischen Ehren aus dem Trümmerhaufen der Festung, streckten dann die Waffen, und das blutige Drama der Belagerung von Gaeta hatte somit ein Ende. — Meine Kameraden werden noch einige Zeit Kriegsgefangene bleiben, mich als Verwundeten, der die linke Hand noch immer verbunden trägt, hat man schon jetzt entlassen.

vier Zeyern den Forstamtsaktuar Gg. Kurz zu Kronach ernannt; den Assessor Aug. Hiltner auf sein Ansuchen am Landgerichte Kötzting belassen und an seiner Statt den Assessor des Landgerichts Kötzting, Gottfried Wimmer, an das Landgericht Abensberg berufen. (N. Münch. Z.)

München, 16. März. Der Finanzausschuß der Abgeordnetenkammer hat bekanntlich beschlossen, bei der Kammer zu beantragen, daß der Summe von 30,000 fl. zu Reise- und Einrichtungsgeldern des Kardinals Reisach die Anerkennung zu verweigern und die Rückerstattung dieser Summe zu verlangen sey. Der Münchener „Volksbote" bemerkt dazu: „Es ist ein offenkundiges Geheimniß, daß man (d. h. das Ministerium v. d. Pfordten-Reigersberg) die kirchlichen Grundsätze des Erzbischofs Grafen Reisach nicht bequem und ihn nicht so gefügig fand, als man wünschte; und ebenso offenkundiges Geheimniß ist es, daß man deßhalb in Rom wiederholte Schritte gethan hat, um vom heil. Vater die Erhebung des Herrn Erzbischofs zum Kardinal zu erlangen. In der That erwirkte man auch in Rom so viel, daß dem hochw. Grafen Reisach die Kardinalswürde schon früher — wenn der „Volksbote" nicht irrt, zweimal — vom heiligen Vater angetragen wurde; aber er lehnte sie jedesmal dankend ab, weil er sich von seiner Erzdiözese und von Bayern nicht trennen mochte, und weil er außerdem auch nicht das Vermögen besaß, um die Kosten des Kardinalats bestreiten zu können. Indessen wurde das Andringen in Rom dessen ungeachtet nur noch stärker wiederholt, und zwar zuletzt mit Benutzung des Hebels, daß man für den Gewährungsfall besondere Zugeständnisse in kirchlichen Angelegenheiten in Aussicht stellte. So gelang es endlich, zu erwirken, daß der heilige Vater im Jahr 1855 dem Hrn. Erzbischof unter kanonischem Gehorsam befahl, das Kardinalat anzunehmen. Graf Reisach hatte hienach allerdings keine Wahl mehr, aber seine Lage wurde dadurch nicht verbessert. Wie bekannt, hat der Erzbischof von München-Freising den konkordatsmäßig festgestellten Bezug von 20,000 fl.; als Kardinal in dem viel theurern Rom fielen ihm dagegen nur 5000 römische Thaler (12,500 fl.) zu. Unter solchen Umständen und eben um den so lange eifrigst angestrebten Zweck, ihn von München nach Rom zu bringen, endlich zu erreichen, war man bereitwilligst mit dem Anerbieten der jetzt in den Staatsrechnungen figurirenden 30,000 fl. bei der Hand. Wer derselben zur Durchsetzung seines Zwecks der Entfernung des vormaligen Erzbischofs bedurft hat, der wird jetzt auch zahlen dürfen. Der „Volksbote" hat sich einstweilen auf die obigen Andeutungen des Sachverhalts beschränkt, kann aber je nach Umständen auch noch näheres Licht geben, da Rücksichten gegenüber einer Seite, die selbst so rücksichtslos verfahren ist, offenbarer Luxus sind."

München, 18. März. In der heutigen Sitzung der 2. Kammer erstattete u. A. Hr. Brater im Namen des IV. Ausschusses Bericht über mehrere eingebrachte Beschwerden. Der vormalige Revierförster in Mainsondheim, C. Petzold, vor mehreren Jahren „wegen angeblicher Geisteskrankheit" in Ruhestand versetzt, und später zum Lottokollekteur in Aschaffenburg ernannt, behauptet, jene Quiescirung sey auf Grund falscher Angaben zweier hochstehender Forstbeamten erfolgt, was er jedoch nicht nachzuweisen vermag. Da der Beschwerdeführer überdies in Uebereinstimmung mit §. 19 der IX. Verfassungs-Beilage und mit dem normalen Pensionsbezug quiescirt wurde, beantragt der Ausschuß, die Beschwerde für unstatthaft zu erklären. — Der Gerichtsdiener F. Datter in Frickenhausen war in einer Untersuchung wegen Sporteldefizits vom Appellationsgerichte in Aschaffenburg freigesprochen und von der Haftungspflicht in Betreff einer Summe von 41 fl. entbunden worden. Gleichwohl wurde er pensionirt und diese Summe von ihm durch Gehaltsabzug erhoben und Datter beschwert sich sowohl über die Pensionirung, als über die angeblich unrechtmäßige Einhebung jenes Defekts. In ersterer Beziehung ist jedoch die Staatsregierung unzweifelhaft befugt, „aus administrativen Erwägungen" mit Belassung des Standesgehalts einen Staatsdiener zu pensioniren, und in letzterer hat Datter den gesetzlichen Instanzenzug noch nicht erschöpft, da er, weil hier offenbar ein Privatrechtsverhältniß zwischen ihm und dem Fiskus begründet ist, die gerichtliche Klagstellung nicht versuchte. Da nach der konstanten Auffassung der Kammer keine Beschwerde in den unabhängigen Wirkungskreis der Gerichte eingreifen darf, so besteht in diesem Punkte ein formelles Hinderniß der Zulässigkeit. (Südd. Z.)

Preußen. Berlin, 16. März. Zwei kriminalgerichtliche Verhaftungen von Polizeibeamten sind hier der Gegenstand allgemeinen Gesprächs. Die Verhaftung des Polizeilieutenants Schmidt, welche auf gerichtlichen Befehl durch den Polizeihauptmann Müseler, und des Wachtmeisters Köhler, welche durch den Polizeilieutenant Hoppe ausgeführt wurde, steht mit der durch Eichhoff u. A. vielfach angegriffenen Verwaltung der Montirung für die Schutzleute im Zusammenhang, in welcher Unterschlagungen vorliegen. Die Voruntersuchung ist im vollsten Gange. (Schw. Merk.)

Großh. Hessen. Mainz, 17. März. In einer gestern abgehaltenen Versammlung von Bürgern wurde eine Adresse an den Großherzog auf Zurücknahme der mit Bischof Ketteler abgeschlossenen Dalwigk'schen Konvention vom 23. August 1854 und auf Ordnung der Verhältnisse der katholischen Kirche im gewöhnlichen Wege der Gesetzgebung beschlossen. Die Adresse wird nun öffentlich aufgelegt. (Nat.-Ztg.)

Oesterreich. Wien, 16. März. Die Landtagswahlbewegung hat Wien die letzten Tage hindurch außerordentlich in Anspruch genommen; in Folge der Kürze der Zeit häuften sich die Vorbesprechungen, denen die Bevölkerung trotz der bis zur Ermüdung hinausgezogenen Gemeindewahl das lebhafteste Interesse entgegenbrachte. Die Versammlungen der acht Wahlbezirke waren stets überfüllt, und abgesehen von dem nicht zu läugnenden Mangel an parlamentarischem Takt, herrschte doch im Allgemeinen eine

---

Die Kapitulation von Gaeta.

(Schluß.)

Diese Hunderte von Kranken, eng zusammengepreßt in den dumpfen Lazarethlokalen — denn die eigentlichen Hospitäler waren von den Sardiniern bald zusammengeschossen worden, — liegen zu sehen, gewährte einen schauerlichen Anblick, den zu ertragen schon große Selbstüberwindung erforderte. Ich für meine Person wenigstens verweilte ungleich lieber in der gefährdetsten, am meisten dem feindlichen Feuer ausgesetzten Batterie, als in einem solchen Lazarethlokal. Mit unbeschreiblicher Sorgfalt, Ausdauer und Sanftmuth walteten in den gefährlichsten und wegen ihrer Ueberfüllung unangenehmsten und am schwierigsten zu versehenden Lazarethen mehrere barmherzige Schwestern aus Frankreich. Auch unsere Königin verweilte täglich wiederholt in allen Lazarethen und keine Gefahr war ihr zu groß, um sie an der Erfüllung dieser Pflicht zu verhindern. Mitten in dem heftigsten Bombardement der Sardinier, wo die Erde förmlich von der gewaltigen Erschütterung bebte und jede Minute mindestens an 50 feindliche Geschosse in unsere Festung darnieder sausten, sah ich die Königin mit festen Schritten und zwar bleichem, aber muthigem Antlitz über einen den Kugeln sehr ausgesetzten freien Platz schreiten, um in ein Lazareth, in das man sehr viele Schwerverwundete getragen hatte, die nöthige Hilfe zu bringen und eine möglichst gute Verpflegung zu überwachen. „Haben diese braven Soldaten für uns und unser gefährdetes Recht ihr Blut vergossen, so halte ich als deutsche Fürstin es auch für meine Pflicht, nach meinen geringen Kräften ihr hartes Loos möglich zu erleichtern"; diese Worte sprach die Königin zu einem alten Schweizer-Hauptmann, der sie inständig bat, ihr Leben doch nicht stets auf solche Weise zu gefährden. Und während die muthige Frau dies sprach, schlug eine sardinische Bombe kaum 15 Schritte von ihr ein und der Staub, den sie aufwühlte, bedeckte ihren Mantel, so daß die Offiziere sie nur eiligst von dieser so gefährlichen Stelle fortreißen mußten. Ganze Seiten könnte ich hier anfüllen, wollte ich die vielen Züge von Muth, Standhaftigkeit und dabei wahrer Freundlichkeit gegen die geringsten Soldaten, welche die Königin während dieser Belagerung hier zeigte, Ihnen nur zur Hälfte schildern. Bei uns Allen, welche die Belagerung von Gaeta mitmachten, wird das Andenken an diese hohe Frau niemals erlöschen.

Uebrigens herrschte der Typhus nicht allein bei uns, sondern wüthete fast noch ärger im sardinischen Lager, wo die Soldaten in den offenen Laufgräben jedem Ungestüm der Witterung schutzlos preisgegeben waren. Ueber 5000 Mann seiner besten Truppen hat Viktor Emanuel vor der Festung eingebüßt und manche Truppentheile waren so demoralisirt oder geschwächt, daß sie abgelöst und durch frische ersetzt werden mußten, wie ich aus dem eigenen Mund sardinischer Offiziere gehört habe. Besonders manche neuformirte Bataillone haben den Dienst fast verweigert gehabt, während die altsardinischen Truppen gut geblieben sind.

Das Bombardement, so gewaltig es auch wirkte, schien dem General Cialdini aber zu langsam zu gehen, und so nahm er denn auch zur Bestechung seine Zuflucht. Es ist leider eine nur zu traurige Gewißheit, daß sich unter den eingebornen neapolitanischen Offizieren und Soldaten unserer Besatzung mehrfache Verräther befanden, und namentlich die furchtbare Explosion unseres Pulvermagazins, welche zunächst die Kapitulation von Gaeta her-

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 80.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 21. März 1861.

Deutscher Bund.

Die HH. Rodbertus, v. Berg und L. Bucher, welche in ihrer (der demokratischen) Partei bekanntlich einen wahrhaft nationalen Standpunkt vertreten, haben, wie schon erwähnt, eine neue Flugschrift ausgehen lassen, mit dem Titel: Seyd deutsch. Wir heben folgende Stellen daraus hervor: „Was wir mit unserer Erklärung vom Januar haben sagen wollen? Für die, die ehrlich so gefragt, ist hier die Antwort: „Seyd deutsch! deutsch in Kopf und Herz und Blut! Nehmet nicht Worte auf die Lippen, die von den Fremden kommen, verschwendet nicht in sentimentaler Befriedigung an den Erfolgen Anderer das Gefühl, auf das euer eigenes Vaterland das erste Recht hat. Fühlt euch als Deutsche!" — darin steckt Alles — und diesem Gefühle fragt die Entscheidung ab! Damals (nach dem dreißigjährigen Kriege) wurden wir wenigstens nach den Regeln der Kunst unter den schimpflichen Eselshäuten von Osnabrück und Münster erstickt und bestattet. Heute hat der Fremde es leichter. Heute begräbt er uns unter dem Löschpapier unserer eigenen Zeitungen, er zwingt es mit Leitartikeln, telegraphischen Depeschen 2c. Zerreißt das elle Leichentuch! Redet nicht von Bundesgenossen, die wir nicht brauchen, wenn wir alle einig sind und nie haben werden, so lange wir nicht alle einig sind. Glaubt nicht, daß ihr den Westen retten werdet, indem ihr den Süden preisgebt. Glaubt nicht, den begehrlichen Feind damit zu entwaffnen, daß ihr euch ihm verächtlich macht! Mazzini sagt dem deutschen Volke: „Helft mir oder Cavour ruft Louis Napoleon." Cavour sagt den deutschen Regierungen: „Helft mir, oder ich muß Mazzini rufen." Grübelt nicht darüber, wie Garibaldi, Cavour, Mazzini, Louis Napoleon zu einander stehen. Ihr werdet es nicht erfahren, wenigstens nie zur Zeit. Laßt es euch nicht aus dem Säuseln des Grases, das in Turin und Paris wächst, nicht aus der Philosophie der Geschichte, nicht aus „Prinzip" oder „Standpunkt" offenbaren. Seyd zufrieden mit der Wissenschaft, daß alle vier, so uneinig sonst, darüber vollkommen einig sind, daß das deutsche Land zerrissen, und, als Vorbereitung dazu, der deutsche Sinn mit Tollkraut vergeben werden soll. Die Räumung Roms wird nicht eine Manifestation des Weltgeistes, noch irgend etwas von dem seyn, was die Weisen sagen, sondern der Preis von mehreren Gegenleistungen, und darunter wird eine sein: die thatsächliche Mitwirkung Italiens zu den Anschlägen Bonaparte's gegen den Rhein und den Orient. Prägt Euch diese Worte ein. Wiederholt sie denen, die euch beweisen, es könne nicht so seyn. Ihr werdet Gelegenheit haben, künftig daran zu erinnern, wenn sie wiederkommen, breit sich setzen und von der Weisheit mitreden."

Von der Elbe, Mitte März. Den Brief, welchen der Großherzog Peter von Oldenburg unter dem 2. Februar an den König von Dänemark gerichtet hat, und den tiefen Eindruck, welchen derselbe in den Kopenhagener höchsten Kreisen hervorgebracht hat, erwähnt eine Kopenhagener Korrespondenz in Nr. 125 der „Preußischen Zeitung". Das Schreiben des Großherzogs lautet, wie verbürgt wird, in seinen Hauptstellen*) folgendermaßen: „Euere Majestät! Mit ernster Besorgniß sind Aller Blicke auf den Zwist gerichtet, der zwischen Euerer Majestät Regierung und dem deutschen Bunde schwebt über die rechtliche Stellung Schleswig-Holsteins und Lauenburgs. Das kritische Stadium, in welchem sich in diesem Augenblick jene Frage befindet, veranlaßt mich, diese Zeilen an Eure Majestät zu richten. In meiner Eigenschaft als Glied des Oldenburgischen Gesammthauses, als Schleswig-Holsteinischer Agnat, glaube ich nicht nur die Berechtigung, sondern vielmehr die Verpflichtung zu finden, Euerer Majestät mit unumwundener Offenheit und Freimüthigkeit meine Ansicht darzulegen, wie es zwischen deutschen Bundesfürsten und Sprossen Eines Stammes sich ziemt. Ich bitte Eure Majestät, in diesem Schritte nur den Beweis zu finden, daß ich von ganzem Herzen den Wunsch hege, zwischen Höchstihnen und Deutschland endlich eine Verständigung erreicht zu sehen; und zwar eine solche, daß dadurch zugleich den Unterthanen in Eurer Majestät verschiedenen Landen die Segnungen eines festen und dauernden Rechtszustandes wiedergegeben und die Basis gewonnen werde, auf welcher alle divergirenden Ansichten innerhalb unseres Gesammthauses zum Austrag kommen mögen. Euere Majestät kennen schon die wesentliche Grundlage meiner Auffassung. Ich hatte selbst Gelegenheit, in Altona 1854 dieselbe vorzutragen; auch habe ich nicht versäumt, mich den verschiedenen Gesandten Ew. Majestät gegenüber ausführlich und unumwunden auszusprechen. Ich stehe nicht an, es nochmals zu wiederholen: nur in der Rückkehr zu den alten verbrieften Rechten der Herzogthümer kann ich das Mittel sehen, eine befriedigende Lösung der schwebenden Frage anzubahnen. Die vor mehr denn 400 Jahren durch unsern gemeinsamen Stammvater König Christian I. unter Zustimmung des dänischen Reichsraths mit den Herzogthümern errichteten Grundverträge, welche eine Personal-Union mit Dänemark ermöglichten und herbeiführten, bestehen in den wesentlichsten Punkten noch zu Recht und würden meiner Ansicht nach die einzige dauerhafte Basis für einen Verfassungs-Neubau sein, da sie der Grundstein der Rechte unseres Hauses sind. Es ist eine Ehrenschuld des gesammten Oldenburgischen Hauses, daß diese Grundverträge mit beiden Landen nicht gebrochen, daß in ihrem Geist und im Geist unserer Ahnen einem Jeden das Seine werde, sowohl dem Fürsten wie dem Unterthanen. (Es werden nun die Schritte angegeben, welche im Verein mit den Ständen von Holstein und Schleswig zu thun wären, um wieder auf den Rechtsboden zurückzukehren. Sodann heißt es weiter:) Die Verabredungen von 1851 und 1852 (über gemeinsame, gleichmäßige Thronfolge in allen Landestheilen) stehen diesem Vorgehen und einem Aufgeben des bisher vergeblich befolgten Systems nicht entgegen; vielmehr würde in Deutschland diese unumwundene Rückkehr zu den alten Rechten mit Freuden begrüßt werden. . . Die jetzige Verfassungskrisis mit ihrer drohenden, langen Dauer ist ein so intolerabler Zustand, daß eine weise Politik schon in gewöhnlichen, ruhigen Zeiten ihre erste Aufgabe in der Beseitigung solcher Zustände sehen müßte. Ungleich gebieterisch ist die Lösung derartiger Fragen in so bewegter Zeit, wie die unsere; nur dem Umsturz und der Revolution werden durch solche Wirren Thür und Thor geöffnet. Auch aus diesem Gesichtspunkt betrachtet, scheint mir meine Idee das beste Mittel zur Lösung der Schwierigkeiten darzubieten. Sollten etwa einige extreme politische Fraktionen im Königreich Dänemark eine Aufregung hervorrufen und versuchen, dadurch Ew. Majestät Absichten entgegenzutreten, und ein solches Unternehmen wider Erwarten von momentanem Erfolge seyn, so würde nicht blos Deutschland sondern ganz Europa Ew. Majestät in Ihrem Recht unterstützen. Die Herzogthümer würden dann nicht mehr ein Schauplatz für politische Kämpfe seyn, sondern das Bindemittel, welches Deutschland und Dänemark zum Bruderbund vereinigte. Ich bitte Ew. Majestät nochmals, in diesem meinem Schreiben nur den Beweis für meinen aufrichtigen Wunsch zu erblicken, ein dauerndes, gutes Einvernehmen zwischen Deutschland und Dänemark herbeigeführt zu sehen. Ich habe mich aber doppelt zu diesem freimüthigen Ausdruck meiner Ansichten verpflichtet erachtet, da ich eine von meinen Ahnen ererbte Ehrenschuld einlöse, indem ich für das alte historische Recht meine Stimme erhebe. . . . Indem ich Ew. Majestät weisem Ermessen die Prüfung meiner Rathschläge anheim gebe, hoffe ich zu Gott, daß er Ew. Majestät Herz zum Heil Ihrer Lande und Deutschlands lenken wolle!"

*) Nach der Probe-Nummer des vom 1. April an in Frankfurt am Main erscheinenden neuen Blattes „Die Zeit" (von der Farbe des Nationalvereins.)

Bayern. München, 19. März. Se. Maj. der König hat auf das im Forstamte Kronach in Erledigung gekommene Re-

hinzu, „daß einer Ihrer Schwiegersöhne (der andere ist Stallmeister der Kaiserin) sich sehr feindlich über mich äußerte. Ihr seyd Alle undankbar gegen mich, und daß ich für den Papst thun will, was ich kann, das habe ich gezeigt und werde es noch weiter zeigen. Uebrigens werden die Deputirten, welche die Regierung in so heftiger Weise bekriegen, sehr bald sehen, daß sie nicht der Meinung des Landes entsprechen. Sie sagen mir, Sie wollen auf Ihren Landsitz Sich begeben, werden Sie denn nicht das Ende der Kammerverhandlungen abwarten? „„Ja, Sire, aber diese Verhandlungen versprechen ja nur von sehr kurzer Dauer zu seyn."" — „Ach ja, und da wollen Sie im Interesse Ihrer Wahl thätig seyn. Thun Sie es, aber es wird von Ihrer Haltung abhangen, ob die Wähler sich Ihnen neuerdings anschließen." Man ist in den Tuilerien sehr ungehalten über die Sprache der bisherigen Regierungsanhänger, und man schreibt diesen Ausfall einer Koalition der Klerikalen mit den Schutzzöllnern zu. (Berl. Börs.-Z.)

Paris, 17. März. Es hat sich hier auf Betreiben des Kardinals Morlot und mit Genehmigung des Kaisers eine Gesellschaft gebildet, welche sich die Beschützung der syrischen Christen zur Aufgabe stellen will. Wie verlautet, will die Gesellschaft zunächst eine Petition an die europäischen Mächte für die dauernde Besetzung Syriens durch französische Truppen richten. (Das wird für Napoleon die Hauptsache seyn.)

Italien.

Turin, 17. März. Die „offizielle Zeitung" hat heute den Titel: „Offizielle Zeitung des Königreichs Italien" angenommen. Sie verkündet das Gesetz, nach welchem Emanuel II. für sich und seine Nachfolger den Titel „König von Italien" annimmt. (Ind. belge.)

Türkei.

Die Pforte hat wieder eine Kommission nach Bosnien geschickt, um die Klagen der Christen insgesammt entgegen zu nehmen; der Superior der französischen Lazaristen und der griechische Bischof haben sich an derselben betheitigt. (T. d. Ffkf. Postz.)

Amerika.

Die Reuter'sche Agentur veröffentlicht Nachrichten aus Washington vom 5. März, die einen Auszug aus der Antrittsrede des Präsidenten Lincoln enthalten. Dieser sagt, es sey kein Grund zu der Befürchtung vorhanden, daß er das Eigenthum der Bewohner des Südens in Gefahr bringe. Er beabsichtige in Betreff des Instituts der Sklaverei, da, wo es bestehe, keine Einmischung, und habe auch kein Recht zu dieser. Was die flüchtigen Sklaven betreffe, so würden die bestehenden Gesetze aufrecht erhalten werden. „Ich leiste heute", fügte er hinzu, „den Amtseid ohne Hintergedanken. Inmitten großer Schwierigkeiten trete ich meinen Posten an. Die Union ist förmlich angegriffen. Nun ist aber die Union der Staaten perpetuell, und kein Staat kann sich von derselben trennen. Die Beschlüsse oder Verfügungen in einem diesem Prinzip zuwiderlaufenden Sinn sind gesetzlich null und nichtig, und alle gewaltthätigen Akte gegen die Bundesregierung werden als revolutionär betrachtet." Weiterhin sagte er: „Ich betrachte die Union als vollkommen bestehend und ich werde Sorge dafür tragen, daß die Gesetze der Union in allen Staaten, welche die letztere bilden, vollständig zur Ausführung kommen. Ich werde dies nicht zum Gegenstand einer Drohung, sondern einer formellen Deklaration machen, daß die Union auf verfassungsmäßigem Wege geschützt werden wird. Bei einer solchen Haltung wird kein Blut vergossen werden, es sey denn, daß die Regierung dazu gezwungen wird. Ich werde alle meine Gewalt zur Vertheidigung des Bundeseigenthums und zur Erhebung der Abgaben anwenden. Ueber das hinaus, was zur Erreichung dieser Resultate nöthig ist, wird weder zu Zwang noch zu Gewalt geschritten werden." Jede Anspielung auf die Union in der Rede des Präsidenten wurde mit dem größten Enthusiasmus aufgenommen. Der Feierlichkeit wohnten mehr als 30,000 Personen bei, und es fiel nicht die geringste Störung vor.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 14. März. Durch Vermittlung von Augsburger und Nürnberger Häusern sind nunmehr schon im dritten Jahre Exportbiere aus Georg Pschorr's rühmlichst bekannter Brauerei in namhaften Quantitäten für's Cap der guten Hoffnung und nach Amerika bestellt worden, und es finden auch in China Briefpapiere aus Medicus Papierfabrik dahier Eingang. (N. M. Z.)

Paris. Im Jahre 1812 ließ Graf Tascher de la Pagerie, damals Adjutant des Prinzen Eugen, zu Krasnoë (Rußland) ein Todtenamt für den General Grafen Ornano halten, den man in der Schlacht gefallen glaubte. Jetzt, 49 Jahre später, war es eben dieser Graf Ornano, jetzt Kommandeur der Invaliden, welcher beim Leichenbegängniß des Grafen Tascher einen der Zipfel des Bahrtuchs trug.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	77 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	60 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	50 P.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	42 G.
„	4 1/2 pCt.	36 3/4 G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	87 1/2 G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102 1/8 G.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	102 5/8 G.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	103 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100 1/2 P. 1/8 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100 5/8 P. 1/4 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	104 1/2 P. 1/8 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	95 3/8 G.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	103 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	94 7/8 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	101 7/8 P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 3/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	93 3/8 G.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	101 1/2 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	100 1/4 P. 99 3/4 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	98 P.
„	3 pCt. Obl.	90 1/2 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47 3/8 P.
„	1 3/4 pCt. „ „ „	42 P. 41 1/2 G.
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 500 Thlr.	99 P. 98 1/2 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	109 7/8 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	576 P. ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	128 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	181 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	76 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien	70 P.
Internationale Bank in Luxemb.	82 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	335 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	68 P. 67 3/4 G.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	224 G.
„ Elisab.-Eisenbahn à pCt.	123 3/4 P.
„ Elisab.-Bahn Prior. à pCt. 6/7	72 3/8 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 106 4 pCt. Z.	25 P. 24 1/2 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 8 pCt.	130 P. 129 3/4 G.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	99 3/4 P. 1/2 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	237 G.
Span. Handels- u. Industrie	520 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	467 G.
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	104 5/8 P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99 3/4 B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105 1/2 G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96 1/8 B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/4 B. 88 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 G.
London Lst. 10 k. S.	118 7/8 B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93 1/8 G.
Paris Frs. 200 k. S.	93 5/8 B. 3/8 G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	79 3/8—1/2 G.
Disconte	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	78 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	47 3/4 P. 3/8 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	55 G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	129 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	55 1/4 P.	„ fl. 25 do.	34 7/8 P.
„ fl. 100 Eisb.-L. v. 1858.	92 1/2 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	34 7/8 P.
3 1/2 pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	118 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	49 3/4 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2 1/2 pCt. Z.	36 1/4 P.
Badische fl. 50	80 P.	Vereins-Loose fl. 10.	10 3/8 G.
Badische fl. 35	52 3/4 P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-f.	10 5/8 P.

Frankfurt, 19. März. Bei sehr stillem Geschäft blieben österr. Fonds und Kreditaktien stationär. 5 pCt. Preußische Obligationen waren um ein Namhaftes billiger zu haben. Außerdem keine wesentliche Veränderung. (Synd.)

fortbestehen; die Civilehe sey ein Institut, welches in Frankreich, dem allerkatholischsten Lande, seit vielen Jahren bestehe, ohne der Religiosität und den guten Sitten einen merklichen Eintrag gemacht zu haben; er sey kein Gegner der Civilehe und müsse seine Ueberzeugung aufrichtig aussprechen, wenn er deßhalb den Wünschen der Herren Wahlmänner nicht entsprechen sollte, so könne er doch seiner innersten Ueberzeugung nicht untreu werden und würde diese seiner Candidatur keineswegs zum Opfer bringen. Pfarrer Kusolitsch: „Nur keine Civilehe! Das darf nicht seyn! Die erste Ehe im Paradiese zwischen Adam und Eva ist schon von Gott geschlossen worden!" (Allgemeine Heiterkeit.) Doblhoff wurde einstimmig zum Landtags-Abgeordneten gewählt.

Wien, 18. März. In dem Bezirk Hietzing wurde heute Dr. Brestl (liberal) mit 88 von 116 Stimmen zum Deputirten des Landtags erwählt; der Minister Pratobevera erhielt 26 Stimmen.

Krakau, 14. März. Ein bedeutendes Ereigniß für Galizien ist die Ernennung des Feldmarschalllieutenants Grafen Mensdorff-Pouilly zum Statthalter in Galizien und der Bukowina. Dem Terrorismus, der von polnischer Seite gegen alles Nichtpolnische in erschreckender Weise seit den Zeiten Goluchowski's bis jetzt geübt wurde, dürfte das Handwerk gelegt seyn, wenn die Civil- und Militärgewalt in den Händen eines so erprobten Mannes vereint ist. Alle Gutgesinnten begrüßen diese Ernennung mit ungetheilter Freude. In der letzten Zeit verging fast kein Tag ohne Demonstration. Daß überall Trauerandachten für Warschau veranstaltet wurden, ist selbstverständlich; in Krakau waren bei einer derartigen Feierlichkeit am 2. März alle Läden urplötzlich wie auf höheren Befehl geschlossen; der Polizei würde es nie gelungen seyn, einen so pünktlichen Gehorsam zu erzielen, wie er einem scheinbar unsichtbaren Kommando geleistet ward. — Gleichzeitig ist auch die östlichste Mark Oesterreichs, die schöne, von ihren herrlichen Buchenbeständen benannte Bukowina, in das ihr von Goluchowski (als dieser Statthalter von Galizien war) gegen den Wunsch des ganzen Landes geraubte Recht eines selbständigen Kronlandes wieder eingesetzt und zum Landespräsidenten in Czernowitz der Hofrath Ritter v. Martina ernannt worden, ein Mann, der zu den tüchtigsten Beamten des Kaiserstaats zählt. Freudig begrüßen wir all dieß als Zeichen, daß die Regierung wieder kräftig die Zügel in die Hand nimmt und dem fast unerträglich gewordenen Zustande ein Ende zu machen entschlossen ist. (S. M.)

— In der Provinz Mantua ist dieser Tage ein piemontesischer Emissär, dessen Aufgabe in der Verleitung österreichischer Soldaten, besonders ungarischer Nationalität, zum Treubruche bestand, verhaftet und im Besitze einer namhaften Summe Geldes gefunden worden.

Großbritannien.

Im Unterhause fragte Duncombe, was mit „englischen Interessen" im adriatischen Meere gemeint sey; die Nichtintervention der englischen Regierung sey nur Schein; wo es sich um Oesterreich und Ungarn handle, intervenire sie fortwährend; er wisse, daß Hudson (englischer Gesandter in Turin) benachrichtigt worden, England werde nicht erlauben, daß eine Flotte von der italienischen Küste nach Dalmatien ginge, dafür habe es in Korfu 800 Kanonen; das sey Intervention. In einer anderen Depesche an Hudson heiße es: „Behalten Sie Kossuth im Auge." Kossuth war damals Direktor der Genueser Eisenbahn und Russell erklärte, es werde Oesterreich Anstoß geben, wenn die sardinische Regierung eine Eisenbahn konzessionirte, deren Direktor Kossuth sey, weil er dadurch Geld für revolutionäre Zwecke erhielte. Robert Peel beklagt sich über die Lauigkeit, mit der man sich der in Spanien um ihres Glaubens willen Verfolgten annehme, während man für den Knaben Mortara und die Christen in Syrien eingeschritten sey; in Spanien verfolge man Leute, die eine Bibel besitzen, gerade wie früher die Madais in Florenz. Minister Russel erwidert, von Zeit zu Zeit drohe ein Bruch zwischen einzelnen Mächten, und da es immer wünschenswerth sey, den Frieden zu erhalten, so übe England seinen Einfluß aus, um ihn zu verhindern. Duncombe habe Vieles gehört, was nie vorgefallen, und wisse Manches nicht, was sich wirklich zugetragen; er behaupte, es sey Sardinien erklärt worden, wenn eine Expedition von italienischen Häfen nach Dalmatien auslaufe, werde die engl. Flotte sie verhindern; eine solche Mittheilung sey aber nicht gemacht worden; die engl. Regierung sey von Kaufleuten und der City unterrichtet worden, daß eine Eisenbahn in Sardinien gebaut werden solle und dadurch viel Geld in Kossuths Hände käme, das er zu einem Angriff auf Oesterreich verwenden werde; Oesterreich habe erklärt, wenn eine solche Expedition aus italienischen Häfen käme, werde es Sardinien dafür verantwortlich machen; er habe Hudson beauftragt, die Sache zu untersuchen, und die Antwort erhalten, es sey allerdings im Plan gewesen, aber nun aufgegeben. Wenn Duncombe frage, welche Interessen England im adriatischen Meere habe, so erwidere er, das durch die Verträge von 1815 erworbene Protektorat der jonischen Inseln; Corfu sey eine gar wichtige Besitzung, die kein englischer Minister übersehen dürfe. Ich erklärte daher, die Zahlung einer Geldsumme an Kossuth zu Kriegszwecken gegen Oesterreich könne für Sardinien üble Folgen haben; denn es ist nicht im Interesse Italiens, an einem Kampf in Ungarn oder Dalmatien sich zu betheiligen und dadurch in einen Krieg mit Oesterreich sich zu stürzen; ich läugne nicht, daß ich dieß verhindern wollte; und da ich nicht will, daß Italien einen Kriegsgrund gegen Oesterreich oder dieses gegen Italien habe, so ließ ich während geraumer Zeit keine Woche verstreichen, ohne beide Staaten davon abzumahnen. Auf Peels Bemerkung entgegnete er, in Spanien sey es schwieriger, gegen Glaubensverfolgungen aufzutreten, als es in Florenz gewesen, denn nach der Verfassung werde nur die katholische Religion geduldet; daran halte sich der Klerus, der noch großen Einfluß aufs Volk übe, und unsere Ermahnungen würden daher zurückgewiesen worden seyn; durch den Fortschritt in Handel und Wohlstand werde auch Toleranz nach Spanien kommen.

Korfu, 12. März. Der Entwurf der Antwort des jonischen Parlaments auf die Botschaft des k. britischen Oberkommissärs bezeichnet die britische Schutzherrschaft als die einzige Ursache der Uebel der jonischen Inseln. Einer der Deputirten verlangte Abstimmung über den Anschluß an Griechenland; ein anderer las eine Vorstellung an die Regierungen und Völker Europa's gegen das britische Protektorat vor. Die Kammer wurde hierauf auf sechs Monate vertagt, um sich eines Bessern zu besinnen.

(Frkf. Postztg.)

Frankreich.

Paris, 13. März. Man schreibt der „Köln. Z.": Der Kaiser hat vor einigen Tagen den Grafen Flavigny zu sich bitten lassen, um mit ihm über die Situation zu sprechen. Napoleon III. beklagte sich über die Haltung der legitimistischen Salons und über die feindseligen Aeußerungen derselben. „Ich weiß," setzte er

---

die Sardinier stets sehr schlecht und ihre Kugeln gingen weit über unsere Köpfe hinweg; als sie aber erst einmal die Distanz sicher berechnet und ihr Ziel genau gefaßt hatten, schmetterten ihre Geschosse Alles zusammen, unsere Geschütze wurden wiederholt demontirt und unser Verlust an Menschen war so erheblich, daß zuletzt nur Freiwillige in diese Batterien genommen wurden. An solchen wackeren Burschen fehlte es aber nie, und besonders die vielen bayerischen und westphälischen Soldaten der Besatzung waren durch das über alles Lob erhabene Benehmen unserer Königin in solche Begeisterung versetzt, daß sie sich stets in großen Haufen freiwillig zu den gefährlichsten Diensten erboten. Auch an 60 — 70 geborene Schleswig-Holsteiner, lauter ehemalige Soldaten, die jetzt eigene Corporalschaften in dem deutschen Jäger-Bataillon des Königs von Neapel bildeten, zeichneten sich bei jeder Gelegenheit rühmlichst aus, waren besonders in den Batterien unermüdet thätig und haben gewiß zur Hälfte ihren Tod gefunden, wie denn überhaupt in Gaeta manch braver deutscher Soldat begraben liegt. Zwei Volontär-Offiziere der hiesigen Besatzung, ein kurländischer Edelmann v. B. und ein Landsmann von mir aus Graubünden, die beide als russische Offiziere die ganze Belagerung von Sebastopol mitgemacht hatten, versicherten, daß niemals dort das feindliche Feuer so verheerend gewirkt habe, als dies bei uns in den letzten Tagen hier in Gaeta der Fall war. Hätte die Festung nicht so sehr viele massive, ganz in Felsen gehauene Kasematten gehabt, die freilich gegen alle Geschosse den sichersten Schutz gewährten, so wären unsere Verluste noch zehnmal stärker gewesen. So konnten die wenigen Einwohner, die noch in der Stadt geblieben, und alle Soldaten, welche nicht unmittelbar im Dienst befindlich waren, sich in diesen Kasematten schützen, was Vielen das Leben rettete. Freilich wüthete zuletzt der Typhus fürchterlich unter diesen eng zusammengepreßten und auch nur sehr spärlich genährten Menschen und es kostete oft Mühe, die vielen Leichen zu begraben, zumal die Kirchhöfe sehr dem feindlichen Feuer ausgesetzt waren."

(Schluß folgt.)

ren lasse oder nicht — darüber gingen die Ansichten der Kammer-Mitglieder auseinander. Einig aber waren sie darüber, daß die Art, wie sie aufgehoben wurde, nicht streng rechtlich gewesen sey. Die Frage, ob auf ihre Wiederherstellung gedrungen werden solle, wurde von Einigen bejaht, von Anderen verneint; Alle aber waren wieder darin einig, es sey für Kurhessen, wie für ganz Deutschland höchst nothwendig, daß endlich ein rechtlich geordneter Zustand dort wieder hergestellt werde — ob auf Grundlage der Verfassung von 1831 oder auf einer andern, das schien der Kammer eine Frage von untergeordneter Bedeutung, und darum vereinigte sie sich in dem Hegnenberg'schen Antrag, der diese Frage unberührt ließ. Ein weiterer Grund, weßhalb die Verfassung von 1831 unerwähnt blieb, war für Viele der Umstand, daß sie von der National-Vereins-Partei zu einem Mittel benutzt wird, um Unfrieden zwischen Preußen und Oesterreich zu säen, nachdem einmal Preußen sich für, Oesterreich gegen dieselbe erklärt hat, während die bayerische Abgeordnetenkammer durch ihren Beschluß gerade den Zwiespalt vermitteln, nicht aber noch erweitern wollte.

München, 17. März. Der k. Staatsminister des Innern, v. Neumayr, erklärte im Ausschuß bezüglich der Judenfrage: Die k. Staatsregierung erkenne an, daß das Edikt vom 10. Juni 1813 — insbesondere über das Matrikelwesen — einer Revision bedürfe, und daß der von dem Abg. Paur gestellte Antrag sich innerhalb bemessener Gränzen halte. Inzwischen handle es sich hier um eine sog. Zeitfrage, bei deren Lösung die Stimme der öffentlichen Meinung ganz vorzugsweise zu berücksichtigen sey, und auch mit den zur Zeit noch bestehenden Vorurtheilen sich abgefunden werden müsse. — Ueber die gegenwärtige Stellung der öffentlichen Meinung zu der angeregten Frage Zeugniß abzulegen, sey vor Allem die Volksvertretung berufen, und die Regierung habe demnach Bedenken getragen, diesem Zeugniß durch ihre Initiative vorzugreifen, nehme aber keinen Anstand zu erklären, daß, im Falle der gestellte Antrag die Zustimmung des Landtags erhalten sollte, ihm auch die Sanktion der Krone nicht fehlen werde. Die Ausschußmitglieder sprachen sich hierauf über den Antrag aus und pflogen darüber eingehende Berathung, an der auch der 1. Kammerpräsident Hr. Graf v. Hegnenberg-Dux Theil nahm und wobei neben anderm insbesonders hervorgehoben wurde, daß, wenn auch in einzelnen Orten Befürchtungen oder Vorurtheile bezüglich der angeregten Frage bestehen, dem Antrage doch solche Motive zu Grunde lägen, daß die letzteren bei Lösung der Frage als überwiegend erachtet werden müßten. (Augsb. Postz.)

** München, 18. März. In der heutigen Sitzung der 2. Kammer wurden in den besondern Ausschuß gewählt von 89 Vertretern im 1. Skrutinium: die Abgg. Adam Müller mit 88, Dr. Arnheim mit 86, v. Lengenfelder mit 85, Pochmeyer mit 83, Dr. Paur mit 83, Wiedenhofer mit 82, Prof. Dr. Edel mit 79, Joseph Wagner mit 78, Nitzel mit 74, Urban mit 64, Schwab mit 57 und Hirschberger mit 55 Stimmen, dann im 2. Skrutinium von 85 Vertretern: die Abgg. Zierer mit 78 und Rabl mit 47 Stimmen.

Die vom „Fränk. Kurier" gebrachte Nachricht von der Amtsenthebung zweier Magistratsräthe und eines Gemeindebevollmächtigten zu Gunzenhausen wegen Wahlumtriebe und Bestechung wird jetzt amtlich berichtigt: die Untersuchung ist noch nicht geschlossen, sondern die Genannten sind nur vorläufig suspendirt.

Preußen. Berlin, 13. März. Wenn man die Vorzüge Preußens den Gegnern gegenüber aufzählt, so pflegt in erster Reihe seine Finanzpolitik, seine geordnete Finanzlage genannt zu werden. Gleichwohl haben wir dies Jahr ein Deficit von 7,770,000 Thlr., und der Finanzminister hat in der Kommission des Herrenhauses, von welcher der Arnim-Plötz-Meyer'sche Antrag auf Einführung einer erhöhten Steuer von fundirtem Einkommen berathen wurde, ganz offen erklärt, daß sich die preußischen Finanzen augenblicklich in keiner günstigen Lage befänden. Ueberhaupt ist jener Antrag der Feudalpartei wenigstens dazu gut gewesen, daß der Finanzminister zu seiner Bekämpfung offener mit der Sprache heraus mußte; und da haben wir denn vernommen, daß der Mehrbedarf der Staatskasse größer ist, als man bisher geglaubt; daß auch der Mehrbedarf für die Armee sich wahrscheinlich noch höher und sicher auf 8½ Millionen stellen, daß daher auch der Zuschlag zu den direkten persönlichen Steuern noch ein Jahr länger, als vorläufig beantragt, also bis 1866 nöthig seyn werde, ja es wurde selbst die Aussicht auf eine weitere Erhöhung der Grundsteuer, als die jetzt beantragte, erörtert.

(Ztg. f. Nordd.)

Holstein. Die Kommission der holsteinischen Stände, welche die dänischen Vorschläge zu prüfen hatte, hat dieselben einstimmig zurückgewiesen; sie schlägt vor, hievon die Bundesversammlung in Kenntniß zu setzen.

Freie Städte. Frankfurt a/M., 16. März. Man spricht hier jetzt offen aus, daß die Ausweisung des Dr. Eduard Löwenthal ihren Grund nur in dessen Verfeindung mit dem Theaterpräsidenten Senator Dr. v. Guaita hat. Uebrigens geht man damit um, die durch diesen Vorgang aufgedeckten faulen Stellen der hiesigen Staatsverwaltung (und es sind arge Skandale dabei im Spiel) im gesetzgebenden Körper in gründliche Behandlung zu nehmen. Dr. Braunfels, eines der hervorragendsten Mitglieder desselben, hat von selbst dem Dr. Löwenthal seinen Rechtsbeistand angeboten und wird den Rekurs beim Senat am 18. d. Mts. anbringen. (Schw. M.)

Oesterreich. Wien, 15. März. Nachdem in Hietzing bei der Landtagswahlbesprechung von dem Kommissär die Berichterstatter der hiesigen Journale, weil sie nicht Wähler waren, fortgewiesen worden, hat auf erhobene Beschwerde das Staatsministerium die Weisung ergehen lassen, den Berichterstattern der Journale bloß auf Legitimation von Seite der Redaktionen zu den Wahlbesprechungen freien Zutritt zu gewähren. Mehrere hiesige Zeitungen donnern heute gegen die Wahl von Beamten zum Landtage. Der Sektionschef im Finanzministerium, Hr. v. Hock, welcher in der innern Stadt candidirt, hat bei der gestrigen Wahlbesprechung im Börsensaale sein politisches Glaubensbekenntniß abgelegt, und sich über das Konkordat mißbilligend ausgesprochen, erklärend, er habe im Jahre 1848 die katholische Kirche vertheidigt, sey aber sobald das Konkordat, das die katholische Wissenschaft knechte und dem Staate die Theilnahme an der Ehegesetzgebung entziehe, abgeschlossen wurde, zurückgetreten. (N. Münch. Ztg.)

Vor einer am 14. März abgehaltenen Wählerversammlung in Ebreichsdorf sprach sich Baron Doblhoff in folgender Weise über seine Ansichten in Betreff der Stellung der katholischen Kirche aus: Er sey ein guter Katholik und wünsche als solcher, daß die katholische Kirche eine möglichst selbständige und würdige Stellung einnehme, ebendeshalb müsse er aber auch wünschen, daß die katholische Kirche jeglicher Bevorzugung gegenüber den übrigen Religionsbekenntnissen entsage; nur wer durch eigene Kraft bestehen könne (und dies könne die katholische Kirche), sey stark; wer hingegen des Schutzes bedürfe und Privilegien nöthig habe, sey schon an und für sich schwach; das Konkordat habe der katholischen Kirche, selbst auch unter dem eigenen Klerus, mehr Feinde als Freunde gemacht und könne in seiner jetzigen Form nimmermehr

Die Kapitulation von Gaeta.

(Auszug aus dem Privatbriefe eines Schweizeroffiziers an die „Leipz. Z.")

So wie uns in Gaeta keine Hülfe von außen zukam, mußte die Festung in einem gewissen Zeitraum kapituliren, darüber konnte sich kein Einsichtsvoller nur im mindesten noch täuschen. Zwei Ursachen haben jedoch wesentlich mit dazu beigetragen, daß diese Kapitulation um einige Wochen früher erfolgte, als wir fremden Offiziere noch Mitte Januar geglaubt haben. Die eine dieser Ursachen war die entschiedene Ueberlegenheit eines Theiles des gezogenen sardinischen Belagerungsgeschützes über unsere Festungskanonen, die zwar schweres Kaliber, jedoch glatte Rohre besaßen. Diese gezogenen großen Belagerungsgeschütze schmettern mit furchtbarer Gewalt alle Mauern und Erdwälle zusammen und legen in zehnmal kürzerer Frist, als es andere Kanonen vermögen, Bresche. Dies habe ich sowohl in Ankona, wie auch jetzt wieder in sehr verstärkter Weise in Gaeta gesehen. Man kann sich kaum einen Begriff davon machen, welche verheerende Kraft die Kugel eines solchen Geschützes entfaltet, wenn sie einmal ihr Ziel getroffen hat, und wie keine Schutzwehr ihrer zerstörenden Kraft zu widerstehen vermag. Dabei schießen diese Geschütze, wenn sie erst einmal ihre Distanz genau berechnet und ihren Zielpunkt richtig gefunden haben, was stets erst mißlungene Versuche erfordert, ungemein sicher und haben stets dann ungleich weniger Fehlschüsse als die alten glatten Rohre. Für den Feldgebrauch, wo die Distanzen sich häufig verändern, wird eine gezogene Kanone stets mehrfache Nachtheile haben, da sie ein genaueres Zielen erfordert, als eine glatte, deren Rollkugeln weitere Flächen durchspringen; für eine Festung, die gegen feste Belagerungs-Batterien feuert, ist dieselbe aber ganz unentbehrlich. Selbst die stärkste Festung der Welt, die nur glatte Geschütze besitzt, wird jetzt gegen Batterien mit schweren gezogenen Geschützen sich stets in einem solchen Nachtheil befinden, daß ihr Widerstand von nicht allzu langer Dauer seyn kann. Ich selbst bin wiederholt während dieser Belagerung in unseren am meisten vorgeschobenen Batterien, die nur von deutschen und schweizer Soldaten besetzt waren, im Dienst gewesen. Anfänglich schossen

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 79.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 20. März 1861.

Deutscher Bund.

* **Bayern.** Nachdem die 2. Kammer ihre Berathung über die kurhessische Frage durch fast einstimmige Annahme des Hegnenberg'schen Antrags abgeschlossen hat, und die Gründe dieser einstimmigen Annahme aus der bereits mitgetheilten Rede des Grafen Hegnenberg deutlich genug erhellen, halten wir es für überflüssig, jetzt noch weitere Auszüge aus den übrigen Reden, welche über diese Angelegenheit gehalten wurden, nachzutragen. Nur aus der Rede des Abg. Prof. Edel wollen wir hier noch einige Stellen folgen lassen, welche verschiedene in dem bisher Mitgetheilten noch nicht oder nur leise berührte Punkte betreffen. Er sagte u. A.: „Es ist ein Unglück für die kurhessische Sache, daß sie von Anbeginn nicht bloß als kurhessische Sache allein behandelt wurde, sondern als Mittel für andere politische Tendenzen gebraucht wurde. Durch Beimischung dieser Tendenzen ist die kurhessische Verfassung verdorben worden und sie steht im Jahre 1861 wieder auf demselben Wege..... Ich, m. H., will wie Jeder, daß die Rechte des Volkes wieder hergestellt werden, aber ich achte auch die Rechte der Krone und wünsche, daß ein dauernder Friede zwischen Fürst und Volk eintritt." Was aus dieser kurhessischen Angelegenheit recht offen und klar geworden ist, ist die Nothwendigkeit eines Bundesgerichtes, eine Institution, die wir nicht mehr lange entbehren können; wäre ein Bundesgericht vorhanden, dann käme die Bundesversammlung nicht in die Lage, Beschlüsse zu fassen, wie der von 1852 in der kurhessischen Sache. Jetzt besteht die politische Nothwendigkeit, daß der Streit um jeden Preis geschlichtet werde; nur wer im Trüben fischen will, kann wünschen, daß diese Zustände fortdauern..... Im Jahre 1851 ist Preußen von dem damaligen Schauplatz abgetreten und hat sich der Majorität gefügt; aber mit blutendem Herzen haben wir gesehen, daß eine Reaktion im Bundestage und in den einzelnen Staaten erfolgte. Als später einzelne Staaten dem Bund wieder positive Thätigkeit gewähren und ihn im Sinne seiner ursprünglichen Konstituirung wirken lassen wollten, da fand dieses Bestreben Hindernisse auf Hindernisse, namentlich bei Preußen und seinen Anhängern; man wollte den Bund nichts wirken lassen, um ihn in der öffentlichen Meinung desto sicherer verurtheilen zu können..... Es hat sich in Europa eine moderne Providenz gestaltet, welche alle Völker zu sich geladen und alle Mittel der Abhilfe für ihre Beschwerden angeblich bereit hat; Gewalt und Revolution, Verrath und List aller Art stehen ihr zu Gebote. Meine Herren, dasjenige, was erwogen wird, was die Männer blendet, ist der Erfolg; glauben Sie nicht, daß die bisherigen Erfolge des Unrechts schon demoralisirend auf das Volk gewirkt haben? (Bravo.) Und was lehrt uns all' dies? Wahrhaftig, es geschieht dies Alles, um die Deutschen aufzuwiegeln, um die Stimmung gegen einander immer bitterer zu machen; es geschieht alles Mögliche, um die alten Wunden aufzureißen und Gift hineinzuträufeln. . . . Soll ein deutscher Staat an die Spitze der andern gestellt werden, so müssen die Staatsmänner in diesem Staate zuerst beweisen, daß sie nicht nur ihre eigenen, sondern des ganzen deutschen Staates Interessen vertreten, daß sie ihre Interessen mit den Interessen Deutschlands identifiziren und bereit sind, einzustehen, wenn deutsches Interesse es fordert. Dadurch, daß man ein Interesse ignorirt, hört es nicht auf, zu existiren. Wir haben in Deutschland keinen einzigen Staat, der für sich allein stark und mächtig genug wäre, um allen Stürmen der Gegenwart zu trotzen, um die übrigen zu schirmen, um den sich alle andern einen sollen, so daß die übrigen ihn als um Hilfe bittend, ihm gegenüber stünden. Mir sind die süddeutschen Millionen so viel werth, als die des Nordens; nur mit gesammten Kräften werden wir etwas seyn. Der Kardinalpunkt einer deutschen Politik, um welchen sich Alles dreht, ist das Zusammengehen Oesterreichs und Preußens im engsten Anschluß an die übrigen deutschen Staaten. . . . . Wer in der Konsolidirung eines einigen Italien keine Besorgnisse für Deutschland hat, der muß sich gründlich irren, das Räthsel ist sehr einfach. Wir Deutsche waren den Italienern gegenüber entweder Ambos oder Hammer. Das geeinigte konsolidirte Italien hat nicht allein die Donau, den Rhein und Main besessen, sondern seine Stationen noch weit ins innere Deutschland hineingeschoben; unsere Väter haben es hinausgejagt und in Italien selbst festen Fuß gefaßt; jetzt handelt es sich um das letzte Bollwerk der Deutschen in Italien, das uns noch geblieben ist. Die militärischen Autoritäten aller Länder haben uns bewiesen, daß Süd-Tyrol außerordentlich schwer, Illyrien und Triest gar nicht vertheidigt werden könne, wenn dieses Bollwerk fällt; und das sollte kein deutsches Interesse seyn? . . . . Sollte ein Kampf am Rheine zur Entscheidung gebracht werden, und es wird über kurz oder lang dazu kommen, so sind wir sicher, daß wir keinen Italiener zum Bundesgenossen haben werden, es ist wahrscheinlich, daß wir in diesem Kampfe mit Franzosen und Italienern zugleich im Felde stehen werden. . . . . Wenn aber dem so ist, daß wir Deutsche nur im engsten Anschluß an unsere beiden Großmächte unsere Freiheit und Selbständigkeit wahren können, warum ein Deutschland unter preußischer Hegemonie anstreben, um einen imaginären Werth, der nicht möglich ist? . . . . Das Bitterste aber, was einem Volke im Unglücke geschehen kann, ist Hohn. Wir haben neulich in einer deutschen Volkskammer folgende Worte vernommen: „Wenn irgend ein Staat uns entbehrlich ist, so ist es gerade Oesterreich mit seinen zerrütteten Finanzen; ich frage unsern Finanzminister, ob er nur einen Silbergroschen für Oesterreich hergeben möchte?" Nun, meine Herren, frage ich einen Jeden, der in der Kammer sitzt, welchen Eindruck macht auf ihn eine solche Aeußerung gegenüber einem Volke, das im Unglück ist, das den Riesenkampf kämpft? und welchen Eindruck muß eine solche Aeußerung erst in Oesterreich machen? Wahrlich hat man auch in Preußen Haß gegen Oesterreich, so wäre sein Unglück Grund genug, diesen Haß auszulöschen und andere Erinnerungen wieder aufzufrischen. Auch Preußen war schon im Unglücke: die eine Hälfte verloren, die andere Hälfte ausgesaugt, die Festungen verloren, die Schlachten von Lützen und Bautzen verloren, einem Feinde gegenüber, der ihm mit überlegener Kriegsmacht entgegen stand, mit dem erklärten Willen, Preußen aus der Karte Europa's zu streichen. Da schloß Oesterreich den Bund und 30,000 Oesterreicher, auch Magyaren und Slaven sind in die Rheinländer eingerückt. Welches wäre das Schicksals Preußens, wenn Oesterreich damals nicht eingetreten wäre? Mit diesen Aeußerungen, meine Herren, will ich nur solchen Aeußerungen entgegentreten, die in einer Weise sich kund geben, die nur die Rechtsgefühle der Deutschen erbittert und nie den Frieden zu Stande kommen läßt. Einen Angriff gegen das preußische Volk habe ich durchaus nicht im Sinne. Preußen hat in neuester Zeit sein treffliches Artilleriesystem zum Gemeingut von ganz Deutschland gemacht; das ist eine That, die mehr werth ist, als ein Amendement, das mit Hilfe der Polen zu Stande gekommen ist, eine That, die beweist, auf welcher Seite Preußen seine Bundesgenossen sucht, wenn es zum Kampfe kommt. Ich wollte nur beweisen, daß es eine politische Nothwendigkeit sey, Allem ein Ziel zu setzen, was wieder Anlaß zum Streite unter den deutschen Staaten, namentlich zwischen Preußen und Oesterreich geben könnte. Sprechen Sie, meine Herren, den Willen aus, daß das bayerische Volk immer gewillt ist, sich dem Rechten und Billigen anzuschließen und auch auf diesem Wege thut, was das gemeinsame Deutschland fordert, und daß das Verfassungsbedürfniß nicht blos ein kurhessisches, sondern ein allgemein deutsches ist!" Allgemeines lautes Bravo folgte diesen Worten.

* Wir haben unsern bisherigen Mittheilungen über die dreitägige Berathung der 2. Kammer bezüglich der kurhessischen Frage nur noch eine kurze Bemerkung beizufügen. Ueber den Werth der kurhessischen Verfassung von 1831 und ob sich mit derselben regie-

von 1000 fl. über die besten Gasfabrikpläne ausgesetzt. Nachrichten aus Frankfurt zufolge wurde dieser Preis einstimmig dem Herrn Riedinger in Augsburg zuerkannt und ihm zugleich für die Planfertigung ein Honorar von 250 fl. zugesprochen.

Handels- und Börsenberichte.

Frankfurter Börse (vom 11. bis 16. März).

Samstag. Die Liquidation des Medio vermochte nicht den Puls zu beschleunigen, doch waren österr. Fonds so ziemlich fest und durch den guten Geldstand die Deports ansehnlich. Die Umsätze in österr. Fonds waren jedoch nicht von Bedeutung. National halten sich auf $49\frac{3}{4}$. Der Mangel an Stücken dauert fort, Venetianer ebenfalls hier und im Inland fehlend, und scheint die Contremine auch etwas auf dieses Feld übergegangen zu seyn. Die Hoffnungen, die man auf Herstellung der Valuta und der Finanzen durch den neuen Landtag hegt, sind nicht so sanguinisch, um grösseres Steigen zu veranlassen, auch verkennt man nicht die äusserst schwierige Lösung des Problems. Sardinische Lombarden wurden bis 84 bezahlt. Die meisten Loosgattungen beliebt und fehlend.

Die Festigkeit der süddeutschen, preussischen, schwedischen und belgischen Papiere nimmt mit den Geldanlagen darin zu. Der Kapitalist ist unter den jetzigen Verhältnissen darauf hingewiesen und der Besitzer, wenn er auch vielleicht mit Rücksicht auf die guten Kurse und in Aussicht der möglichen politischen Eventualitäten realisiren möchte, unterlässt es schon aus dem Grunde, weil er nicht weiss, wie er seine Fonds anders placiren soll — ein Grund, der, beiläufig gesagt, auch für den Kursstand der französischen Rente massgebend ist. — Die neuen 4proz. Württemberger, die noch nicht erschienen sind, stehen $99\frac{1}{2}$, also $1\frac{1}{2}$ pCt. über Emission. In 6proz. Ver. Staaten Stocks (Bearer) war ziemlicher Umsatz, sie haben sich seit 10 Tagen fast um 4 pCt. bis $94\frac{3}{4}$ erholt; für ihre Sicherheit wird auch eine halbe Union noch gut stehen.

Von Eisenbahnen haben Weissenburger sich dem Parikurs wieder genähert. Volle Ostbahnen 104, österr. Westbahn flau zu 123 und die Prioritäten mit Rücksicht auf die ausgeschriebene neue Emission bis 72 herab. Taunusbahn haben ihren Briefkurs auf 337 erhöht. Frankfurt-Hanauer matt. Rhein-Nahe flau.

Von Kreditaktien haben österreichische wenig variirt. Die Wiener Anstalt wird ohne Zweifel mit dem Rothschild'schen Konsortium die zweite Hälfte der Silber-Prioritäts-Anleihe der Westbahn übernehmen. Die Obligationen sind im In- und Ausland beliebt und stehen beiläufig 6 pCt. höher, als die ganz gleichen Prioritäten der böhmischen Westbahn. Freilich ist diese Bahn noch nicht gebaut, die Prioritäten derselben haben aber ersten Rang, während die der Elisabethbahn dritten haben. — Darmstädter Bankaktien fest zu 181. Luxemburger, die zum heutigen Kurs fast 10 pCt. geben, auf 82. Man spricht von $5\frac{1}{2}$ pCt. Dividende für Meininger und ist der Kurs darauf hin getrieben worden; was man von der Thätigkeit des Instituts weiss, lässt nicht recht absehen, woher eine solche Dividende kommen soll. — Beide spanische Kreditinstitute wieder matter. — Frankfurter Bank ist in Folge einiger Kaufordres und bei fehlendem Material bis 110 gestiegen.

Die Herabsetzung des Bankdiskonto in Paris von 7 auf 6 pCt. berechtigt zur Erwartung, dass auch in London der exorbitante Umsatz herabgehen werde, da ja auch die Berichte aus New-York günstiger lauten. Auf den Wechselkurs von London und Paris hat dies vor der Hand noch nicht bedeutend influirt. Paris in allen Sichten, London kurz und langsichtig bleiben gefragt. In sonstigen Wechseln wenig Veränderung, Wien in etwas besserem Umsatz und fest. Dass der Geldstand abscheulich gut ist — bleibt vorerst eine stehende Phrase. Vorsicht ist die Mutter der Weisheit. (Aktionär.)

Neueste Nachrichten.

Berlin, 15. März. Der Polizeidirektor z. D. Stieber hat ein Kommissorium zur Ermittlung der Thäter des großen Postdiebstahls erhalten, und ist, wie die „Kreuz-Zeitung" jetzt mittheilt, vom Ministerium des Innern benachrichtigt worden, daß er im Allgemeinen zu Kommissorien ähnlicher Art in vorkommenden Fällen benutzt werden würde, und daß die Polizeibeamten angewiesen worden seyen, seinen etwaigen Requisitionen Folge zu leisten. — Von den HH. Rodbertus, v. Berg und L. Bucher (Demokraten, aber nicht Nationalvereinler) ist eine zweite Broschüre erschienen. Sie führt den Titel: „Seyd deutsch! Ein Mahnwort."

Wien, 14. März. Dem „Wanderer" wird aus ganz verläßlicher Quelle aus Pesth geschrieben, daß der Kaiser, welcher für die Eröffnung des Landtags in Begleitung des gewöhnlichen Reisegefolges nach Ofen kommen wird, vollkommen geneigt sey, die Sitzung des in Ofen zu eröffnenden Landtags gleich nach dessen Eröffnung nach Pesth übertragen zu lassen. (Wie es die Ungarn wollen!)

Rom, 15. März. In der untern Romagna sind die Bauern in Folge der sardinischen Konscription aufgestanden, und haben die Waffen ergriffen. (Tel. d. Allg. Ztg.)

Turin, 17. März. Eine Deputation des Magistrats verfügte sich sowohl zum König als zum Ministerpräsidenten, um Beide zu bitten, auch in der Folge Turin als Residenzstadt beizubehalten. Der König äußerte sich sehr gnädig und versicherte, daß dieß auch sein Wunsch sey. Sollte er aber Turin verlassen müssen, so werde seine Familie doch fortwährend in dieser Stadt residiren. General Durando erhielt Befehl, sich zum Marsche nach Rom bereit zu halten (?). (Tel. d. Allg. Ztg.)

Genua, 17. März. General Garibaldi protestirt durch seine Organe gegen die Werbungen, welche in seinem Namen in Italien betrieben werden. Er rufe seine Leute, wann er sie brauche. Die in Gaeta gemachten Gefangenen sind, der Kapitulation gemäß, da jetzt auch Messina und Civitella sich ergeben haben, in Freiheit gesetzt worden. (Tel. d. Allg. Ztg.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	$77\frac{1}{2}$ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	60 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$49\frac{5}{8}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	42 G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$36\frac{1}{2}$ G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	88 P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. R. (C. b. R.)	$102\frac{1}{2}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102\frac{3}{4}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	103 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$100\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{5}{8}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{3}{8}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	103 P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$95\frac{3}{8}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$101\frac{7}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$93\frac{3}{8}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{1}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{3}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	98 P.
„	3 pCt. Obl.	$89\frac{7}{8}$ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$47\frac{3}{8}$ P.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt. „ „ „	$41\frac{1}{2}$ P.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$98\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$110\frac{1}{4}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	585 P. ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$128\frac{1}{2}$ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	181 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	76 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	70 P.
Internationale Bank in Luxemb. . .	82 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	337 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	68 P. $67\frac{3}{4}$ G.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	224 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$123\frac{3}{4}$ P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	25 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	130 P. $129\frac{3}{4}$ G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$99\frac{5}{8}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	237 G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	515 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	460 G.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$104\frac{5}{8}$ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$96\frac{1}{8}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{4}$ B. 88 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 G.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{7}{8}$ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	$93\frac{1}{8}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{5}{8}$ B.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$79\frac{3}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$78\frac{3}{4}$ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$47\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$54\frac{3}{8}$ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	129 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	56 P.	„ fl. 25 do.	$34\frac{1}{2}$ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$92\frac{1}{2}$ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$34\frac{1}{4}$ G.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	118 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	$49\frac{3}{4}$ P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$36\frac{1}{2}$ P.
Badische fl. 50	$89\frac{3}{4}$ P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{3}{8}$ G.
Badische fl. 35	53 P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{5}{8}$ G.

Frankfurt, 18. März. Während österr. Fonds und Kreditaktien ungefähr zu den vorgestrigen Kursen verhandelt wurden, waren preußische besonders 5 pCt. schwed. und südd. Fonds sehr begehrt und höher. Spanische beider Gattungen waren etwas billiger zu haben. (Synd.)

liegenden Reiterregiment aufs Solennste eine Waffenthat, die dieses Regiment unter Napoleon gegen eine österreichische Reitertruppe 1809 verübt hatte, als eine Ehre der württembergischen Armee, die nie vergessen werden dürfe!

Oesterreich. Wien, 14. März. Die politische Bewegung wächst hier mit jedem Tage: doch sind alle bisher gemachten Versuche, sie über einen gewissen Kreis auszudehnen und das eigentliche Volk mit hineinzuziehen, vergeblich gewesen. Die Agitation hat sich jetzt zunächst gegen die Kirchengüter gerichtet und sucht dem Gedanken, daß durch ihre Hergabe die Valuta regulirt und das Deficit endgültig beseitigt werden könnte, Verbreitung zu schaffen. (N. Pr. Zeitung.)

Wien, 15. März. Den Vorgängen an der dalmatinischen Küste widmet man hier fortwährend eine besondere Aufmerksamkeit, und hauptsächlich den an die Pforte ergangenen Warnungen ist es zuzuschreiben, daß sich die Montenegriner noch nicht Antivari's bemächtigt haben, auf welchen Küstenpunkt sie es ganz besonders abgesehen, und wo, nachdem er einmal in den Besitz der Montenegriner gelangt wäre, die Garibaldischen Freischaaren, wie man meint, eine Landung versuchen würden (die Pforte hat neulich 6000 Mann dorthin geschickt). Man weiß dies hier und hat darum auch die strengste Ueberwachung der dalmatinischen Küste angeordnet. In der Herzegowina, in Albanien und Bosnien dauert die Aufregung fort, und man wartet in diesen Provinzen nur auf das Signal, welches diesesmal von Serbien kommen soll, um loszuschlagen. (Südd. Ztg.)

* Herr v. Schmerling ist jetzt auch noch von den Städten Wien, Olmütz und Aussig zum Ehrenbürger ernannt worden.

Frankreich.

Paris, 15. März. Der Kaiser soll über die Bekämpfung seiner Politik im gesetzgebenden Körper sehr ungehalten seyn; nicht ein Redner, außer den Regierungskommissären, hat deren Vertheidigung übernommen. (Pf. Z.)

Von Laguerronière ist eine neue Broschüre als Antwort an Cardinal Antonelli unter der Presse; als Lösung wird darin vorgeschlagen: Rom und der Vatikan bleiben dem Papst, alles Andere fällt an Italien, resp. Sardinien.

Italien.

Die Depesche, in welcher Cialdini die Uebergabe der Citadelle Messina's meldete, lautet wörtlich: „Messina, 13. März. Die Citadelle ergab sich auf Diskretion. Nachdem ich durch vier Tage das feindliche Feuer bestehen mußte, eröffnete ich heute Mittags das Feuer meiner Batterien, deren zwei nur 400 Meter von der Festung standen. Die Artillerie war sehr wirksam. Wir sprengten mehrere Granatendepots in die Luft und verursachten dadurch eine große Feuersbrunst. Um 5 Uhr pflanzte die Citadelle die weiße Flagge auf, um 6 Uhr verweigerte ich jede Kapitulation, nur drei Stunden Bedenkzeit gewährend. Um 9 Uhr ergab sich die ganze Garnison auf Diskretion." (Tel. d. Ostd. Post.)

In Florenz wurde vorigen Sonntag der Gottesdienst in den Kirchen durch Rufe: „es leben die Protestanten, kein Papst mehr!" gestört.

In Pisa haben tausend Frauen der niedersten Klasse eine Adresse an die Regierung gerichtet, daß sie Venedig um jeden Preis haben müßten, und ihre Brüder, Söhne und Männer in den edlen Kampf senden würden; Nigra dankte ihnen im Namen des Königs für ihre patriotischen Gesinnungen.

Rußland und Polen.

Ueber die bereits ihrem Hauptinhalte nach mitgetheilte Antwort des Kaisers auf die Warschauer Adresse wird der Schl. Ztg. folgendes Nähere aus Warschau vom 13. März berichtet: Der Fürst-Statthalter berief heute Mittag die Mitglieder der Deputation, die ihm am 28. vor. Mts. die Adresse überbracht hatte, nämlich den Erzbischof Fijailowski, die Grafen Andr. Zamoyski und Wlad. Malachowski, den Kaufmannsältesten Xav. Schlenker und den Banquier Leopold Kronenberg, auf das Schloß und theilte denselben ohne alle Einleitung in kurzen Worten mit: er sei beauftragt, den Inhalt des von Sr. Maj. dem Kaiser an ihn, den Fürsten, gerichteten Schreibens zur Kenntniß zu geben. Dies geschah und hierauf folgten noch einige wohlwollende Aeußerungen. — Hiermit schloß der Akt, auf den das Land mit Spannung wartete. Der Fürst fügte noch seinerseits die Worte hinzu: es würde Alles gut werden, nur sollte es ruhig bleiben, — und verließ hierauf den Audienzsaal mit einer kurzen und kalten Verbeugung. Die Deputation, die auf etwas Aehnliches zwar vorbereitet war, doch weder die Fassung und Einkleidung der Mittheilung, noch den Ton, in welchem dieselbe geschah, begreifen konnte, war einen Augenblick ganz betroffen. Da berief der Statthalter den Grafen Zamoyski und hierauf die Herren Schlenker und Kronenberg in sein Privatkabinet und theilte ihnen in vertraulicher Weise mit, der Kaiser habe die besten Absichten für Polen, und der Fürst würde in der nächsten Zukunft ermächtigt werden, ein ausführliches Manifest Sr. Majestät zur allgemeinen Kenntniß zu bringen; inzwischen sey er gesonnen, Vertrauensmänner (mit Ausnahme des Beamtenstandes) zu Berathungen über die zum Wohle des Landes zu ergreifenden Maßregeln zu berufen. — Soweit das Thatsächliche; ein Gerücht, das viel Wahrscheinlichkeit für sich hat, bestimmt die einzelnen vom Kaiser bereits bewilligten Zugeständnisse in folgender Weise: erstens werde ein Staatsrath für Polen errichtet werden unter Zuziehung von Männern außerhalb des Kreises der Beamten; zweitens werden Munizipalräthe in allen größeren Städten des Landes errichtet werden; drittens sey eine gänzliche Reorganisation des Unterrichtswesens beschlossen. — Daß der der Deputation ertheilte Bescheid die aufgeregten und theilweise stark erhitzten Gemüther zu beruhigen nicht geeignet ist, scheint wohl klar zu seyn. Der Graf Zamoyski sagte auch bald zum Fürsten: „Wir nehmen an, sind aber noch lange nicht quitt."

Warschau, 14. März. Das (französisch abgefaßte) Schreiben des Kaisers an den Fürsten Gortschakoff lautet in deutscher Uebersetzung: „Fürst Michael Dmitrievitsch! Ich habe die Petition gelesen, die sie mir zugesandt. Ich sollte sie als nichtig und nicht geschehen (nulle et non avenue) betrachten, da einige Individuen, unter dem Vorwande von Unruhen, die in den Straßen erregt wurden, sich das Recht anmaßen, aus eigener Autorität den ganzen Gang der Regierung zu verurtheilen. Indessen will Ich darin nur eine Uebereilung (entrainement) sehen. Ich widme alle Meine Sorgen den wichtigen Reformen, welche in meinem Reiche durch den Gang der Zeit und die Entwicklung der Interessen nothwendig geworden sind. Meine Unterthanen in dem Königreich sind von Meiner Seite der Gegenstand einer gleichen Fürsorge. Nichts, was ihre Wohlfahrt sichern kann, wird Mich gleichgültig finden. Ich habe Ihnen schon Meinen Wunsch bewiesen, sie der Wohlthaten gemeinnütziger, ernster, fortschreitender Verbesserungen theilhaftig werden zu lassen. Ich werde dieselben Absichten und dieselben Gefühle bewahren. Ich habe das Recht darauf zu rechnen, daß sie weder verkannt, noch gelähmt werden durch unzeitgemäße oder übertriebene Forderungen, die ich nie mit dem Wohle meiner Unterthanen vermischen kann. Ich werde alle Meine Pflichten erfüllen. In keinem Fall werde ich die materielle Unordnung dulden. Auf einem solchen Boden baut man nichts auf. Bestrebungen, die darin eine Stütze suchen sollten, würden im Voraus verurtheilt sein. Sie würden jedes Vertrauen vernichten und von Meiner Seite einer strengen Zurückweisung (sévère reprobation) begegnen, da dies nur zur Folge haben würde, das Land auf der Bahn des regelmäßigen Fortschritts zurückschreiten zu lassen, auf der es zu erhalten mein unveränderlicher Wunsch ist.

Asien.

Ueber die Hungersnoth, welche das britische Indien heimsucht, liegen jetzt Schilderungen aus Bombay vom 12. Febr. vor. Die „Bombay Gazette" sagt: „Die Hungersnoth ist groß im Lande. Furchtbare Berichte treffen aus den nordwestlichen Provinzen ein, wo täglich 400 bis 500 Menschen dem Elend erliegen. Dabei beschränkt sich dasselbe keineswegs auf den weiten Landstrich zwischen Lucknow und Lahore; sogar der einheimische Staat Travankor im Dekkan (Süd-Indien) leidet an den Folgen der letzten Dürre und des dadurch verursachten gänzlichen Mißwachses. Einer Zeitung von Cochin zufolge verkauften Mütter in Travankor ihre Kinder für je 6 Pence als Sklaven, um sich von dem Erlös Brod für einen einzigen Tag kaufen zu können. Tröstlich ist es, zu vernehmen, daß von Seiten der britischen Regierung und des Publikums wenigstens Alles, was möglich ist, zur Linderung der Noth geschieht. In Bombay allein sind bereits 70,000 bis 80,000 Rupien gesammelt."

Nichtpolitische Zeitung.

München, 16. März. Sicherem Vernehmen nach hat das von Sr. Maj. dem König eingesetzte Preisgericht für die Konkurrenz von Dramen aus der bayerischen Geschichte seine Aufgabe schon längst erledigt und von allen eingegangenen Stücken nur Eines „Maximilian" als preiswürdig bezeichnet. Dasselbe wird im k. Hof- und Nationaltheater bereits einstudirt und kommt am 19. März zur erstmaligen Aufführung. (Isar-Ztg.)

Laut öffentlichen Bekanntmachungen hatte der Verwaltungsrath der neuen Frankfurter Gasbereitungsgesellschaft einen Preis

dahin kam; Frankreich hatte den russischen Feldzug hinter sich, es war ermattet und des Krieges müde, nur der Name des großen Mannes hielt die Kräfte noch zusammen; bei all dem war die Koalition aller Kräfte Rußlands, Englands und des gesammten Deutschlands nothwendig, um endlich zum Abschluß zu kommen und sich zu einigen. M. H., die Positionen sind nicht leichter geworden, die centrale Kraft hat sich gemehrt in Frankreich, die Eisenbahnen führen in einem wohldurchdachten Netze Massen von Truppen jeden Tag an jeden Ort, wo man sie braucht, ein dreifacher Gürtel von Festungen sichert das Land vor dem Eintritte fremder Heere in Paris und dort muß der Friede abermals diktirt werden, wenn die Konflikte zum Ausbruch kommen und wir Sieger werden und nicht unterliegen wollen. Paris hat jetzt Befestigungen, deren Gewicht von denjenigen, die darüber eines Urtheils fähig sind, gewiß nicht unterschätzt wird. Und diesen Kräften gegenüber hofft man entgegenzutreten mit einem einigen Deutschland. Ich weiß sehr wohl, m. H., man appellirt, wenn man diese Worte ausspricht, an eine große Kraft, an die Kraft der Begeisterung, an die Begeisterung des Volks; ich bin damit einverstanden, und ich überschätze auch das nicht. Aber auch Frankreich, m. H., hat die Befähigung, seine Völker zu begeistern, und aus den Erzählungen derer, die vor uns gelebt haben, erinnere ich mich recht wohl, daß nicht die französischen Truppen das Schauerlichste waren, was man in Deutschland erlebt hat, sondern die Blousen, die hinter ihnen herkamen, haben noch viel furchtbarere Verwüstungen herbeigeführt, die Sitte und das Recht in allen Beziehungen verletzt. Das war die kurze Abschweifung, die ich mir erlaubt habe. Ich bitte Sie nur, diesen Antrag zu unterstützen und bitte meinen verehrten Freund Hrn. Dr. Edel, der so gütig war, meinen frühern Antrag im Ausschusse aufzunehmen, denselben zurückzuziehen, und ersuche die hohe Kammer, zu gestatten, daß er zurückgezogen werde."

** München, 16. März. (Privat-Korresp.) (XVII. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Schluß des Berichts. Nach dem Vortrage des Grafen Hegnenberg zur Motivirung seines Antrages erklärt Dr. Edel, daß er vorerst seinen Antrag noch nicht zurückziehe. — Abg. Dr. Schlör: Er frage nicht, wer einen Antrag eingebracht, sondern was wurde eingebracht und in welcher Absicht. Wenn es Absicht des Antragstellers war, durch den vorliegenden Antrag eine Willens-Manifestation der Kammer zu erzielen, so sey derselbe vollständig berechtigt. Redner erläuterte hierauf den Antrag des Ausschusses und erklärt schließlich, sich dem Antrag des ersten Präsidenten anschließen zu wollen. Nachdem sich hierauf die Abg. Urban und Aufschläger ebenfalls für diesen Antrag erklärt hatten, gab Abg. Dr. Paur, der Vorstand des besonderen Ausschusses, die Erklärung ab, daß der Ausschuß soeben nochmals versammelt war und beschlossen habe, seinen Antrag zurückzuziehen und den Antrag des ersten Präsidenten an dessen Stelle zu setzen. Der Herr Redner fügte bei, daß er in erster Linie für den Antrag des Ausschusses gestimmt haben würde, weil er die Ueberzeugung hege, daß der andere Antrag die Zustimmung der ersten Kammer nicht erhalten haben würde, sohin derselbe nicht zum Gesammtausdrucke der bayerischen Volksvertretung geführt haben würde. Dieser Einwurf werde ihm durch den Antrag des Grafen v. Hegnenberg unter den Füßen weggezogen, denn der Fassung dieses Antrages werde sicher auch die 1. Kammer beistimmen. Abg. Dr. Völk erklärte hierauf, daß er nun den von ihm neuerdings eingebrachten Antrag des Referenten zurückziehe und sich ebenfalls dem Antrage des 1. Präsidenten anschließe, denn er finde in diesem Antrage dieselben Elemente, dieselben Grundsätze, wie in dem andern Antrage. Sey man über die Sache einig, so komme es ihm nicht darauf an, welchen Antrag man vorziehe; er wünsche, daß sich die Frage nun darauf konzentrire, ob dem Antrage des ersten Hrn. Präsidenten zuzustimmen sey.

Abg. Frhr. v. Lerchenfeld: Die Behauptung eines Redners, daß die Bundesakte blos zum Schutze der Souveränitätsrechte der Fürsten erlassen wurde, sey unrichtig, sie habe auch den Schutz der Rechte des Volkes zum Zwecke, sey aber allerdings im ersteren Sinne ausgebeutet worden und zwar hauptsächlich durch die beiden deutschen Großmächte. Redner zeigt nun in ausführlicher Weise, daß die bayerische Regierung diesem Streben jederzeit entgegen getreten sey, und verweist in dieser Beziehung namentlich auf die hannöverischen Wirren; er verbreitet sich über die Entstehungsgeschichte der hessischen Verfassung von 1831 und glaubt, daß die beanstandeten Artikel derselben nicht so bedeutend seyen, daß eine Vereinbarung nicht möglich wäre. Man habe mit dieser Verfassung nicht regieren können, weil man mit ihr nicht regieren wollte. Der Bundesbeschluß von 1852 sey erklärlich, denn damals sey die Reaktion in Berlin und Wien in schönster Blüthe gestanden und auch anderswo sey die Kontinuität des Rechts unterbrochen worden, doch nirgends so, wie in Kurhessen. Durch Beistimmung zu dem Bundesbeschlusse habe die bayerische Regierung alle Traditionen des konstitutionellen Rechts verläugnet. Der Bundesbeschluß sey weder ein Urtheil, noch ein Vertrag, den man nicht wieder aufheben könne. Preußen habe sich neuerdings viele Verdienste erworben, obwohl es nicht ganz korrekt gehandelt habe. Im weitern Verlaufe spricht sich Redner gegen das Wirken des Nationalvereins aus, sowie über die Verhältnisse in Italien: man spreche dort von Befreiung, allein dieß setze Muth und Moralität voraus, die man dort nicht finde. Man habe fremde Gewalt zu Hilfe genommen, allein wer sich nicht durch eigene Gewalt befreien kann, der werde nicht frei. Redner verweist auf die systematischen Wühlereien, die aller Ecken und Enden stattfanden, wie überhaupt auf die politische Lage der Gegenwart und die Folgen der napoleonischen Politik, und ist der Hoffnung, daß Deutschland nicht zu schwach seyn werde, den Sturm zu beschwören. Redner schloß sich dem Antrage des ersten Präsidenten an.

Abg. Buhl sprach sich hierauf ebenfalls für den Antrag des ersten Präsidenten aus — womit die dreitägige Debatte zum Abschluß gelangt war und nur noch der k. Staatsminister Frhr. von Schrenk, der Antragsteller und der Referent das Wort erhielten.

Der k. Staatsminister v. Schrenk bedauerte zuerst, daß der Antrag nicht zur Zeit der Amtsführung seines Vorfahrers eingebracht worden sey, damit dieser selbst sich hätte vertheidigen können. Der geehrte Redner bestritt nun zunächst die Kompetenz der Kammer, da diese nur dann kompetent wäre, wenn die bayerische Verfassung in Frage stünde. Von diesem Standpunkt aus sollte er, der Redner, nicht auf das Materielle des Antrages eingehen, allein unter Wahrung seines Standpunkts wolle er dennoch auf einige Vorwürfe antworten. In ausführlicher Weise suchte nun der k. Staatsminister mit Zugrundelage der betreffenden Bestimmungen der Bundesakte und der Wiener Schlußakte darzulegen, daß die Bundesversammlung ihre Kompetenz nicht überschritten habe, daß sie nicht nach Willkür gehandelt, sondern auf dem Boden der Bundesverfassung gestanden sey. Der Bundesbeschluß von 1852 sey keine allgemeine Entscheidung, sie sey nur für ein einzelnes Land erlassen worden, und es würde eines weiteren Beschlusses bedürfen, wenn dessen Grundsätze auch auf eine andere Verfassung angewendet werden sollten. Bezüglich der kurhessischen Verfassung sey der Beschluß nur darum gefaßt worden, weil die Verhältnisse hiezu gegeben waren und die Einwirkung des Bundes nothwendig machten. Die bayerische Verfassung habe keine Bestimmung, welche der Bund beanstanden könne, sie bestehe fast so lange wie die Bundesverfassung und habe auch die Feuerprobe bestanden. Was die aus dem Bericht der Bundeskommission entnommenen Motive betreffe, so seyen dieselben nicht in allen Punkten von der bayerischen Regierung gebilligt worden. Die bayerische Regierung habe zum Oefteren gezeigt, daß sie mit den früheren Traditionen nicht gebrochen habe. Im weiteren Verlauf der Rede suchte dann der k. Staatsminister darzulegen, daß alle Besorgnisse, welche man aus dem Bundesbeschlusse für die bayerische Verfassung ziehe, unbegründet seyen. Dieser Bundesbeschluß sey unter Verhältnissen erlassen worden, die nicht so bald wiederkehren werden. Es könne ja auch der Bund nur dann einschreiten, wenn es von der Regierung eines Staats verlangt werde und die bayerische Regierung werde Garantien dafür bieten, daß sie ein solches Eingreifen der Bundesversammlung nicht provoziren werde. Schließlich erörterte der Hr. Staatsminister die vorliegenden Anträge, die er nicht für nothwendig hält.

Nachdem hierauf Hr. Abg. Brater auf einige Bemerkungen des Grafen Hegnenberg erwidert hatte — erhielt der Antragsteller, Dr. Völk, das Wort und verbreitete sich nochmals ausführlich über den Antrag und über die ganze dreitägige Debatte, worauf ein Gleiches auch von Seiten des Referenten geschah. Bevor dann die Abstimmung stattfand, wünschte Frhr. v. Rotenhan, daß über den Antrag getheilt abgestimmt werde, zuerst über die Verwahrung und dann über die angefügte Bitte, weil viele der ersteren allein beistimmen würden. Die Kammer ging indessen hierauf nicht ein und schritt zur Abstimmung, deren Resultat bereits mitgetheilt wurde.

Die Kammer gab dann noch dem bereits erwähnten Antrag ihres ersten Präsidenten, für den Gesetzentwurf bezüglich der Zusammenlegung der Grundstücke einen besonderen Ausschuß zu wählen, ohne Debatte die Zustimmung, womit die Sitzung schloß.

Württemberg. Wie die „Volksztg. für Südd." mittheilt, feierte neulich in Stuttgart der mit einer königl. Prinzessin verheirathete Prinz W., General der Reiterei, mit dem dort

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 78.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 19. März 1861.

Deutscher Bund.

* **Bayern.** (Schluß der Rede des Grafen von Hegnenberg.) „Wenn Sie die Verhandlungen des preußischen Abgeordneten-Hauses über die kurhessische Frage lesen, so wird Ihnen Eines sehr bald klar. Es ist der Umstand, daß bei jedem Redner, der der Majorität angehört hat, die hessische Frage allmälig in der Diskussion in den Hintergrund und die preuß. Frage in den Vordergrund trat. „Die kurhessische Frage ist die Frage der Ehre Preußens." Diesen Satz, dessen Berechtigung ich nicht in Abrede stelle, finden Sie durchgängig wie einen rothen Faden durch die ganze Diskussion, er ist der Ausspruch eines geehrten Redners dort, der Mitglied der Majorität und der Kommission ist; er bezeichnet diesen Punkt noch besonders, indem er sagt: Kurhessen sey zum zweitenmal der Schlüssel der preußischen Position in Deutschland, die man nicht aufgeben dürfe. Die Majorität des preußischen Hauses hat, von diesem Gesichtspunkte ausgehend, wie der Kommissionsbericht Blatt für Blatt nachweist, den Satz festgestellt, das Recht in Kurhessen ist verletzt, das Recht muß in Kurhessen gesühnt werden, es kann nur gesühnt werden durch eine offene Rückkehr zur Verfassung des Jahres 1831 und ihrer Novellen, und hiefür muß Preußen wirken. — Meine Herren, der Verein, dessen Mitglied Hr. Brater ist, der Nationalverein ist eine Partei; diese Partei besteht aus den sonderbarsten Zusammensetzungen. Ich werde das zeigen. Es wurde gestern von einem geehrten Redner mir gegenüber die richtige Bemerkung gemacht, Preußen habe einen anerkennungswerthen Schritt gethan, indem es dem Beschluß vom Jahre 1860 seine Zustimmung nicht gegeben habe. Diese Haltung Preußens sey ein Zeichen seiner Rückkehr zu dem verlassenen Rechtsweg. Meine Herren, die Kommission des preußischen Hauses und die Majorität des preußischen Hauses stehen aber nicht auf dem Standpunkt der preußischen Regierung; es tritt hier eine merkwürdige Erscheinung hervor, die recht sehr beweist, wie sorgsam man in Cumulirung von Sätzen überhaupt seyn soll; Sie finden in diesem Antrage eine Anerkennung nicht nur der Kommission, sondern der Majorität der preußischen Kammer für die von der Regierung eingeschlagenen Schritte, denen das Haus, wie es sagt, mit lebhafter Zustimmung gefolgt ist, und von denen es das Vertrauen hegt, daß mit Festigkeit und Energie daran festgehalten werde. Meine Herren, das preußische Haus der Abgeordneten spricht hier eine Anerkennung der Schritte der preußischen Regierung aus; welches nun der Standpunkt der preußischen Regierung, welches der Standpunkt des Kommissionsantrages und Beschlusses der Majorität? Die Majorität verlangt, wie ich bereits bemerkt habe, unbedingte Rückkehr zur Verfassung vom Jahre 1831 und ihrer Novellen. Diesen Standpunkt aber nimmt nicht die preußische Regierung ein: sie erkennt an, daß die Aufhebung der Verfassung von 1831 rechtswidrig war, will aber doch nicht jetzt die unbedingte, unveränderte Wiederherstellung. Sie sehen, meine Herren, zwischen dem, was die preußische Regierung vorgeschlagen hat, und zwischen dem, was die Majorität der preußischen Kammer ausgesprochen hat, ist ein prinzipieller Unterschied; dieser Unterschied ist auch in der Diskussion hervorgehoben worden, und der Minister des Aeußern, Frhr. von Schleinitz, hat keinen Anstand genommen, sich zu diesen Grundsätzen zu bekennen; gleichwohl hat die Majorität des Hauses erklärt, daß sie vollkommen einverstanden sey mit den Schritten, welche die preußische Regierung in dieser Sache gethan habe und daß sie nur bitte, auf diesem Wege fortzufahren und zwar mit möglichster Energie. Meine Herren, dieß bezeugt doch eine Parteistellung, und dieser Parteistellung gehört der Hr. Abgeordnete an, an den ich mich vorhin gewendet habe."

„Der Nationalverein besteht aus einer ganz eigenthümlichen Zusammensetzung verschiedener Gruppen. Eine Gruppe desselben schreibt auf ihre Fahne: „Einiges Deutschland unter Preußen."

„Meine Herren! Diese Gruppe hat ihre Idealisten und ihre Realisten. Es gehören dieser Richtung so patriotische, so warm fühlende Männer an, daß es mir nicht einfällt, sie im mindesten zu verunglimpfen. Die idealistische Richtung, die ziemlich lebhaft hervortritt, will ich unberührt lassen; diejenigen, welche ihr angehören, betrachte ich als deutsche Bautechniker, die sich damit beschäftigen, den Dachstuhl des deutschen Hauses zu construiren, unbekümmert darum, wer darin wohnen soll, und wie man darin wohnt."

„Die Realisten stehen auf einem anderen Standpunkt. Sie drängen die preußische Regierung oder wollen sie dahin drängen, daß sie den Weg, den sie eingeschlagen hat, mit Energie fortgeht. Meine Herren! die Frage, was mit dieser Energie gemeint ist, kann dann keinem Zweifel unterliegen, wenn man über die Discussion der preußischen Kammer aufgeklärt wird. Diese Energie hat dahin geführt, daß Stimmen sich ausgesprochen haben, der Apfel in Hessen sey jetzt reif, er würde jetzt fallen, es sey jetzt Zeit, militärisch einzuschreiten. Meine Herren! Das ist nicht mehr das System der moralischen Eroberung, dem ich in keiner Weise huldige, indem ich offen erkläre, daß ich überhaupt nicht moralisch erobert werden will. Eine andere Gruppe schreibt auf ihre Fahne: Keine Monarchen. Auch dieser Gruppe gehören Männer an, denen ich durchaus nicht zu nahe treten will, denen ich die vollkommene Freiheit ihrer politischen Meinung lasse; aber sie können in unserem Saale nicht vertreten seyn, schon aus dem einzigen Grunde, weil wir in diesem Saale den Eid schwören auf Aufrechthaltung der Verfassung und Treue dem Könige. Man müßte nur von der Voraussetzung ausgehen, die ich nicht theile, daß ein Standpunkt möglich wäre, wie ihn gestern der verehrte Hr. College Dr. Völk, ob mit Recht oder Unrecht, der hessischen Regierung zugemuthet hat, die da gesagt haben soll: „Ich breche meinen Eid nicht, brecht ihr ihn für mich. Dann wäre der Fall möglich, daß ein Anhänger einer solchen Partei seinen Meinungsgenossen auch sagte: ich bin durch meinen Eid gebunden, brecht ihr ihn für mich. In allen diesen Gruppen, meine Herren, schwärmt man für hessisches Recht, überall bezeichnet man die hessische Frage als eine brennende, und gerade in der Gruppe, die ich zuletzt bezeichnet habe, schwärmt man für hessisches Recht mit solcher Wärme, die mir nur dann begreiflich wird, wenn ich annehme, daß sie sich alle auf die hessische Frage concentrirt hat, so daß man für anderwärts gebrochene Verträge keine Wärme mehr hat. Sie sehen, meine Herren, diese verschiedenen Gruppen stehen nicht auf dem Standpunkte, den wir einnehmen wollen, d. h. alle diejenigen, welche erklärt haben, wir wollen, daß in Hessen, sobald es möglich ist, die Wunde vernarbe. Die Motive, meine Herren, die ich angeführt habe und die Ihnen noch vertheilt werden, damit Sie sich näher in denselben orientiren können, habe ich in meiner Erörterung so ziemlich berührt. Ich habe nur noch einen Satz, den ich erwähnen muß, nämlich: ich spreche von den Gefahren der äußeren Verhältnisse."

„Ja, m. H., die Gefahren läugnet Niemand, und jeder ist über das Mittel im Reinen,' es heißt Einigung! M. H., wäre die deutsche Einigung durch Redefreiheit, durch Druck, durch den Ausdruck der öffentlichen Meinung in irgend einer Form herbeizuführen, sie wäre vorhanden: es ist dies nicht möglich. Wenn Sie in der Geschichte zurückgehen, so haben zwei Momente stets die Einigung herbeigeführt, das ist die Gewalt oder die Noth. Die Gewalt ist nicht da, die Noth wird kommen. Dem äußern Feinde, m. H., muß eine kolossale Kraft entgegengestellt werden, deßhalb beklage ich tief jede Selbstüberschätzung, und glauben Sie, m. H., man überschätzt die Kräfte, die man einigen will auf einem Wege, der nicht der meine ist; man überschätzt diese Kräfte viel zu sehr, denn wenn die Konflikte, die drohen, zum Ausbruch kommen, so werden sie, wie sie damals nur in Paris abgeschlossen werden konnten, auch diesmal nur in Paris zum Abschluß gelangen. M. H., ich erinnere Sie daran, was hat dazu gehörte, bis man

die Frage, was denn diejenigen eigentlich wollten, welche Ihnen die unbedingte Rückkehr zur Verfassung von 1831 als das einzige ausschließliche Mittel zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Hessen bezeichneten. Welcher Weg würde eingeschlagen, meine Herren! was müßte nach geschehen? — Es müßte die Verfassung des Jahres 1860 beseitigt, der Bundesbeschluß von 1852 zurückgenommen werden, es müßte nach dem Wahlgesetz von 1849 die Berufung der Stände stattfinden. Es müßte mit den Ständen die Revision der Verfassung vorgenommen werden, und zwar vorgenommen werden unter denjenigen Formen, welche die Verfassung des Jahres 1831 vorschreibt. Meine Herren! bedenken Sie die Schwierigkeit dieses Vorschlages, die Beseitigung des bestehenden Zustandes, die Zurücknahme des Bundesbeschlusses! Ein Einzelner, am Ende eine Corporation kann sagen: Ich habe gefehlt, ich habe den richtigen Weg verlassen, ich trachte auf ihn zurückzukehren. Ein solches Pater peccavi ist oft dagewesen. Wir haben es unlängst in dieser Kammer gehört. Das Zurücktreten von diesem Beschlusse, ein Pater peccavi ausgesprochen von der Vertretung des gesammten deutschen Bundes, ist aber ein Postulat, das im Ernste nicht gestellt werden kann. Wenn aber der Weg wirklich eingeschlagen wird, wie dann? Das Wahlgesetz vom Jahre 1849 führt eine Kammer zusammen, diese hat die Verfassung zu revidiren, vor der Revision muß aber die Verfassung faktisch ins Leben treten, dann erst kann gewählt werden. Es müssen also alle diejenigen Erscheinungen, welche diese Verfassung zu Tage gefördert hat, es muß die Verpflichtung der Armee auf die Verfassung, es muß die Berechtigung der Beamten, jede Anordnung der Regierung zu prüfen und den Maßstab der Verfassung an sie zu legen, wieder hergestellt werden. Wenn dann diese Verfassung wieder hergestellt ist, dann muß in den Formen dieser Verfassung die Revision eintreten. Ueber die Frage, wie revidirt werden sollte und was aus der Verfassung hinaus oder hinein kommen sollte, darüber, meine Herren, kann nicht mit der Majorität, sondern nur mit Zustimmung der Gesammtvertretung abgestimmt werden. Eine einzige Stimme genügt, um diesen Weg unmöglich zu machen. Eine einzige Stimme genügt, um zu veranlassen, daß ein 2. Landtag, wenn am 1. wirklich eine $^3/_4$ Majorität erreicht werden sollte, mit gleicher Majorität erst definitiv diese Revision feststellte."

„Meine Herren! Glauben Sie, daß während die stärkste Agitation durch das Land geht, eine solche Stimme fehlen wird? Daß es schwierig seyn wird, auf diesem Wege die Revision schwierig zu machen? Ich gestehe Ihnen, m. H., ich begreife nicht, wie diejenigen, die offenbar von wahrem Rechtsgefühl geleitet, Ihnen diesen Weg einzuschlagen rathen, diese Schwierigkeiten überwinden."

„Man rathet Ihnen dies in diesem Augenblicke, wo man sagt, die Wunde, die in Kurhessen dem Rechtsgefühle geschlagen ist, kann nicht rasch genug geheilt werden, man rathet Ihnen dies in dem Augenblicke, wo man sagt, das ganze deutsche Interesse hängt daran, daß diese Wunde geheilt werde. Wer diesen Standpunkt einnimmt, der mag auf der Höhe juristischer Wissenschaft stehen, aber für Hessen arbeitet er nicht. Wer auf diesem Standpunkte steht, von dem nehme ich an, daß er, wie gesagt, sich von einem Rechtsgefühl leiten läßt, welches ihn die Wirklichkeit vollkommen übersehen läßt, oder ich muß annehmen, daß er noch andere Zwecke damit verbindet. M. H., ich wende mich hier an ein verehrtes Mitglied des Hauses, Hr. Dr. Brater hat gestern Ihnen offen erklärt: „Ich bin Mitglied des Nationalvereins." Ich danke Hrn. Dr. Brater für diese Erklärung, ich danke ihm ohne Rücksicht darauf, daß er damit allerdings Nichts gesagt hat, was nicht Jedermann von uns gewußt hätte. Ich danke ihm aber auch für den Fall, daß dieses Geständniß durch parlamentarische Klugheit hervorgerufen worden. Ich habe in der Motivirung von Parteibestrebungen gesprochen, ich bin Ihnen schuldig, dies näher zu besprechen."

„Zu diesem Zwecke erlauben Sie mir, daß ich nochmals den Satz Ihnen darstelle, daß die Rückkehr zur Verfassung von 1831 wie ein rother Faden durch alle Petitionen geht, die Sie hier gehört haben. Er liegt im ersten Antrage des Hrn. Abg. Völk, er liegt im ersten, Ihnen im Protokolle nicht mitgetheilten, Antrage des Hrn. Dr. Pözl, er hat sich dann in veränderter Form in die Bitte des Ausschußreferenten und in den Antrag des Herrn Schlör gewunden. Er erscheint dort nicht so klar und durchsichtig, aber er liegt demungeachtet darin und Sie werden darüber nicht in Zweifel seyn, nach den Voten, die Sie gehört haben, unter denen ich das des Hrn. Dr. Barth in den Vordergrund stelle. Ich muß hier zurückgreifen in das vergangene Jahr und hinausgreifen aus dieser Kammer in die Verhandlung des Hauses der Abgeordneten in Berlin. (Schluß folgt.)

München, 16. März. Se. Maj. der König hat der von dem v. Grundherr'schen Kirchenpatronate für den bisherigen Pfarrer in Weisenheim, Dek. Dürkheim, S. Holste ausgestellten Präsentation auf die prot. Pfarrei Altenthann, Dek. Altorf, die landesfürstliche Bestätigung ertheilt. (N. M. Z.)

München, 16. März. Se. Maj. der König hat bestimmt, daß heuer nachstehender Garnisonswechsel stattzufinden habe, nämlich: das 1. Bat. des 3. Inf.-Reg. von Augsburg nach Kempten, das 3. Bat. desselben Regiments von Landau nach Augsburg, das 3. Bat. des 5. Inf.-Reg. von Germersheim nach Landau, das 3. Bat. des 7. Inf.-Reg. von Ingolstadt nach Germersheim, das 3. Bat. des 8. Inf.-Reg. von Landau nach Straubing, das 3. Bat. des 10. Inf.-Reg. von Neuulm nach Landau, das 1. Bat. des 11. Inf.-Reg. von Regensburg nach Ingolstadt, das 3. Bat. desselben Regiments von Germersheim nach Regensburg, der Regimentsstab sammt Depot des 12. Inf.-Reg. von Kempten nach Neuulm, das 2. Bat. desselben Regiments von Kempten nach Lindau, das 3. Bat. dieses Regiments von Lindau nach Neuulm, das 2. Bat. des 13. Inf.-Reg. von Germersheim nach Bayreuth, das 3. Bat. desselben Regiments von Bayreuth nach Germersheim, das 3. Bat. des 15. Inf.-Reg. von Ingolstadt nach Landau, das 2. Jäger-Bat. von Burghausen nach Zweibrücken, das 4. Jäger-Bat. von Zweibrücken nach München, das 5. Jäger-Bat. von Straubing nach Burghausen, die 2. Division des 2. Chev.-Reg. von Speyer, Landau und Gemersheim nach Ansbach, die 3. Division desselben Regiments von Ansbach nach Zweibrücken und die 2. Division des 6. Chevauxleger-Reg. von Zweibrücken nach Speyer, Landau und Germersheim. (Militär-Verordnungsblatt.)

Italien.

Von Hrn. Wiesner ist der „D. Allg. Z." aus Nizza eine Erklärung mit der Bitte um Veröffentlichung zugegangen. Da in derselben von den in verschiedenen Zeitungen erhobenen Beschuldigungen, daß er die Pläne Garibaldi's und der Ungarn an den General Benedek für 40,000 fl. habe verkaufen wollen, gar nicht die Rede ist, so ist wohl anzunehmen, daß ihm dieselben noch nicht bekannt geworden, und darf man deßhalb, nachdem dies geschehen, wohl noch einer Erklärung von ihm über diese Hauptsache entgegensehen. Die der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" übersandte Erklärung lautet: „Die Journale brachten unlängst die Nachricht von einer mit beispielloser Polizeiwillkür in Genua stattgefundenen Verhaftung und der Unterdrückung der von mir redigirten „Italienischen Korrespondenz". Da über die Ursache, sowie über die Art und Weise meiner Verhaftung in den Zeitungen, theils absichtlich, theils unfreiwillig die gröbsten Unwahrheiten oder Irrthümer verbreitet wurden, so sehe ich mich zu folgender Erklärung veranlaßt: 1) Ist es Thatsache, daß die Polizei in Genua es schon lange auf einen Gewaltstreich gegen die von mir redigirte „Italienische Korrespondenz" absah, weil ich mich entschieden weigerte, darin von gewisser Seite stammende Artikel aufzunehmen, die mit meiner politischen Gesinnung, so liberal diese auch sonst ist, im Widerspruch standen. 2) Ist es Thatsache, daß zu wiederholten Malen die Exemplare der „Italien. Korrespondenz" von der Genueser Polizei auf der Post zurückbehalten und theilweise an die Abonnenten nicht expedirt wurden. 3) Ist es faktisch, daß ich seit der Uebernahme der Redaktion der „Italienischen Korrespondenz" von Polizeiagenten umgeben war, die sogar in meiner Abwesenheit in meine Wohnung drangen, um meine Papiere zu untersuchen. 4) Steht es unzweifelhaft fest, daß meine gegen alle Landes- und internationalen Gesetze verfügte Verhaftung nur deshalb geschah, um mir gewisse auf vollkommen rechtmäßigem und legalem Wege zugegangene politische Dokumente und Papiere von hoher Wichtigkeit zu entreißen, was aber der genueser Polizei trotz der angewandten nichtswürdigen Mittel nicht gelang. Indem ich mir vorbehalte, diese Dokumente und Papiere, sowie die Einzelheiten meiner Verhaftung, die an Brutalität und Gesetzlosigkeit ihresgleichen suchen, der Oeffentlichkeit zu übergeben und im diplomatischen Wege gegen die Urheber des schändlichen Attentates Klage zu führen, bemerke ich nur noch, daß ich in Genua dreizehn Tage ohne Anklage, ohne Verhör gefangen saß, und ohne Angabe irgendeiner Ursache, die meine Verhaftung rechtfertigen konnte, wieder in Freiheit gesetzt ward! Nizza marittima, 10. März 1861. A. C. Wiesner, früherer Chefredakteur der Italienischen Korrespondenz."

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 77.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Montag, 18. März 1861.

Deutscher Bund.

♁ **Frankfurt**, 16. März. (Privat-Korresp.) In der heutigen Bundestagssitzung erfolgte eine lange Erklärung des dänischen Gesandten bezüglich der holsteinischen Frage. Bei den Vorlagen an den holsteinischen Landtag seyen die Bedenken der Bundesversammlung berücksichtigt. Weitere Mittheilung über die Resultate der Ständeverhandlungen wird nach dem Schlusse derselben vorbehalten. Die Fassung war versöhnlich, und gab zu keinen Gegenbemerkungen Anlaß. Ferner wurde dem vormaligen schleswigholsteinischen Artilleriemajor Jungmann, dem bekannten Eroberer der Segelfregatte „Gefion", eine jährliche Pension von 400 Thlrn. bewilligt. — Die Nürnberger Handelskonferenz legte ihre fertige Arbeit und einige von ihr verlangte Gutachten vor.

** **Bayern.** München, 16. März. (Privat-Korresp.) Durch den heute von der Regierung in der 2. Kammer eingebrachten Gesetzentwurf über Abänderung des §. 98 des Gesetzes über die Feuerversicherungs-Anstalt soll der Zuschuß der Feuerversicherungsanstalt an die Staatskasse, welche die Personal- und Reallasten zu tragen hat, von 45,000 auf 70,000 fl. pro Jahr erhöht werden, da ersterer Betrag für den erwähnten Zweck nicht mehr ausreicht. Durch einen andern Gesetzentwurf soll die Regierung ermächtigt werden, die 200,000 fl., welche die Ostbahngesellschaft für Projektirungsarbeiten an die Staatskasse zu erstatten hatte, zur Erweiterung des Telegraphennetzes in Bayern zu verwenden. Durch einen dritten Gesetzentwurf endlich soll vielfachen Wünschen entsprochen werden, indem für Forderungen an die Staatsschuldentilgungs-Anstalt die Verjährungsfristen bedeutend verlängert werden, und zwar auf 30 Jahre für Kapitalien, die zur Heimzahlung bestimmt wurden, dann auf 5 Jahre für verfallene Zinsen.

* Der von der 2. Kammer fast einstimmig angenommene Antrag des Grafen von Hegnenberg lautet vollständig: „In Erwägung: daß der Beschluß der deutschen Bundesversammlung vom 27. März 1852, die kurhessische Verfassungsangelegenheit betr., auf Prinzipien beruht, welche mit dem Charakter und den Grundgesetzen des Bundes, namentlich mit den Art. 1 und 2, dann 53, 55 und 56 der Wiener Schlußakte von 1820 unvereinbar sind; daß diese Prinzipien, wie sie im Kurfürstenthum Hessen zu Rechtsverletzungen geführt haben, so in ihrer Anwendung den Rechtsbestand jeder deutschen, somit auch der bayerischen Verfassung gefährden; daß es Pflicht der Kammer ist, dieser Gefährde der Verfassung entgegenzutreten; beschließt die Kammer der Abgeordneten, gegen den Bundesbeschluß vom 27. März 1852 und die demselben zu Grunde liegenden dem bayerischen Verfassungsrecht widersprechenden Motive feierliche Verwahrung einzulegen. In fernerer Erwägung, daß durch die Verfassungswirren in Kurhessen das Staats- und Rechtsleben einer der besten deutschen Stämme untergraben und das Rechtsgefühl des deutschen Volkes verletzt und dadurch den Umtrieben der Ruhestörer im Innern sowie den Bestrebungen der äußeren Feinde Vorschub geleistet wird, daß somit die Herbeiführung rechtlicher Zustände nicht nur eine Forderung des Rechtes, sondern auch der Politik ist, beschließt die Kammer, die allerunterthänigste Bitte zu stellen, S. M. möchten allergnädigst geruhen, das königl. Staatsministerium anzuweisen, zur Herstellung rechtlich geordneter Zustände in Kurhessen mitzuwirken."

** München, 17. März. (Priv.-Korresp.) (XVI. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Fortsetzung des Berichts. Da der Antrag des Grafen v. Hegnenberg von der Kammer angenommen wurde, so dürfte zur Erläuterung desselben der Vortrag des Grafen von Interesse sein, und theilen wir denselben deßhalb nachstehend mit:

Meine Herren! Sie sind vielleicht erstaunt, daß ich mir erlaubt habe, nach einer zweitägigen Discussion nochmal mit einem neuen Antrag hervorzutreten. Der Grund hiefür liegt in einigen Momenten, die mir aus der Discussion lebhaft hervortreten. Indem ich meinen Antrag motivire, erlauben Sie mir zugleich, zurück zu greifen in der Discussion, aus derselben zu resumiren, was nothwendig und in Kürze zulässig ist, und ich verspreche dabei, die stärker betretenen Pfade der Discussion nicht weiter zu betreten. Aus der Discussion ging mir unzweifelhaft hervor, daß ein großer Theil dieses Hauses der Ueberzeugung war, daß eine Verwahrung nicht der wirkliche und vollkommene Meinungsausdruck sey, der in dieser Kammer bezüglich der hessischen Verfassungsfrage laut werden sollte. Man hat, vielleicht mit Recht, bemerkt, es handle sich nicht blos darum, das eine Recht zu wahren; es handle sich auch darum, das verletzte Recht der Hessen nicht blos anzuerkennen, sondern diese Anerkennung auch in der möglichst drastischen Form, die uns zu Gebote steht, auszudrücken; es bedürfe der moralischen Unterstützung der Volksvertretung, damit der Meinungsausdruck, der sich hier geltend machen solle, auch einen Effekt hervorbringen könne, und diese moralische Unterstützung könne nur gehofft werden, wenn eine möglichst große Majorität sich in demselben Ausdruck vereinige, der diese öffentliche Meinung repräsentiren soll. Als der Weg hiefür wurde die Petition bezeichnet. Ich kann nun, meine Herren! die Verwahrung unter keiner Voraussetzung fallen lassen; ich erachte sie nicht blos als eine Form, sondern als den einzig richtigen Schluß, zu dem man aus den Prämissen des Referats gelangen kann. Meine Herren! Der Ausgangspunkt ist der Bundesbeschluß von 1852 nicht. Wenn Sie das Referat sorgfältig durchlesen, werden Sie finden, daß auch der Antragsteller das Hauptgewicht seiner Argumentation nicht auf den Bundesbeschluß von 1852 legt, sondern daß er ihn als ein Produkt von Grundsätzen betrachtet, deren Anwendung in der Richtung nach Hessen den Beschluß von 1852 hervorgerufen hat, deren Anwendung in der Richtung nach irgend einer andern Verfassung denselben Erfolg herbeiführen könnte. Meine Herren! ich bin überzeugt, daß ich der Pflicht eines bayerischen Abgeordneten nicht genügen würde, wenn ich das Princip der Verwahrung fallen ließe. Es hat der Vorschlag unserer Verwahrung manche Anfechtungen erfahren, und ich will einige davon berühren. Schon im Ausschuß wurde der Vorwurf gemacht, diese Verwahrung sey am Ende Nichts als ein versteckter Uebergang zur Tagesordnung. Es sey nicht offen, dies nicht lieber geradezu zu sagen. Es sei eine Art von Muthlosigkeit hinter diese Verwahrung versteckt. Nun, meine Herren! ich habe mich ermannt aus dieser Muthlosigkeit und trete nun mit einer wirklichen Petition hervor, nicht aus dem Grunde, weil ich nicht formell die Unzweckmäßigkeit einer solchen einsehe und sie als richtig annehme, sondern weil ich glaube, daß man in ernsten Dingen Fragen der Form fallen lassen müsse, wenn es gilt, das Wesen zu retten. — Formell nun, meine Herren, unterscheidet sich mein Antrag dadurch, daß er Motive hat, was bei allen andern Vorschlägen nicht der Fall ist. Wenn ich eine Bitte stelle, so will ich genau darthun, um was ich bitte und warum ich bitte. Deßhalb habe ich die Anführung von Motiven für zweckdienlich erachtet. Materiell unterscheidet sich meine Bitte — und da liegt der Knoten — dadurch, daß sie nicht absolute Rückkehr zur Verfassung von 1831 als das einzige ausschließlich zulässige Mittel zur Wiederherstellung der Ordnung in Hessen und des verfassungsmäßigen Zustandes betrachtet. Meine Herren, ich würde es als einen Eingriff betrachten in das Recht der kurhessischen Volksvertretung, wenn wir ihnen vorschreiben wollten, in welcher Weise diese Ordnung stattzufinden hätte. Ich würde es als bayerischer Abgeordneter nicht vertragen, daß der Ausdruck der Volksmeinung in einem andern Lande, im Fall eingetretener Differenzen zwischen der bayerischen Volksvertretung und der bayerischen Regierung, uns gewissermaßen vorschreiben wollte, welches der Weg sey, auf welchem wir diese Differenzen in Ordnung zu bringen hätten."

„Es ist nothwendig, meine Herren, daß ich näher eingehe auf

der die schönsten Apfelschimmel und die theuersten Leidenschaften hatte, sondern er war vielmehr ein armer polnischer Jude, der nicht einmal den Accent aigu über seinem e hatte, aber schon mit so großen Plänen schwanger ging, daß er seinem sterblichen Leibe nur wenig Pflege angedeihen lassen konnte — kurz Mirès litt an der plica polonica (Weichselzopf). Ein armer Chirurg behandelte ihn damals und zwar zu seiner Zufriedenheit. Mirès war dankbar. Als er anfing, in Paris ein großes Haus zu führen, ließ er den armen Chirurgen dahin kommen, zahlte ihm durch drei Jahre sämmtliche Inserate in den Journalen, und das repräsentirt eine Summe von nicht weniger als 100,000—150,000 Frs. — Heute ist dieser Chirurg einer der bekanntesten und gesuchtesten Aerzte — während Mirès in Mazas sitzt.

Neueste Nachrichten.

München, 15. März. Eine Anzahl Gelehrter, an der Spitze die Professoren Dr. Döllinger und Dr. Haneberg, soll in nächster Zeit eine Reihe von populär-wissenschaftlichen Vorträgen in ähnlicher Weise, wie solche schon seit Jahren in Liebig's chemischem Hörsaale gehalten werden, im Odeon zu eröffnen gedenken. Durch Subscription soll eine die Kosten mehr als hinlänglich deckende Betheiligung bereits gesichert seyn. (Wie es scheint, soll den sogenannten Neuberufenen ein Paroli gebogen werden.)

Dessau, 10. März. In Folge der Seitens der konservativen Partei in Köthen und Umgegend überreichten Petition soll, wie man hier allgemein erzählt, ein Reskript des Staatsministerium an die Landeskollegien und von diesen an die Unterbehörden ergangen seyn, worin bemerkt ist, daß jene Petition das Gesuch enthalte, auf Grund des Wahlgesetzes von 1849 einen Landtag zu berufen, daß jedoch der Herzog erklärt habe, er werde eher das Land verlassen, als auf ein solches Gesuch eingehen. (D. Bl.)

Wien, 13. März. Heute war früh Morgens ein Plakat an einigen Straßenecken der Vorstädte Mariahilf und Gumpendorf angeschlagen, welches in sehr prägnanten Ausdrücken „alle Patrioten" einlud, ja heute auf der Begräbnißstätte der „März-Opfer" zu erscheinen. Die Polizei beseitigte die Maueranschläge, die wenig Beachtung gefunden hatten. Sie waren übrigens, wie bemerkt zu werden verdient, nicht gedruckt, sondern geschrieben. Auf dem Schmelzer Friedhofe waren auch Nachmittags mehrere junge Leute, etwa zwanzig an der Zahl, erschienen, die sich bald wieder entfernten. Die gestern schon erwähnte Warnung des Rektors der Universität, die Studirenden möchten sich von Demonstrationen fern halten, bezog sich auch auf eine unter den Studenten zirkulirende Aufforderung, die Märzgräber zu besuchen. (N. Pr. Z.)

Wien, 13. März. Endlich zeigt sich einige Aussicht auf eine gesetzliche Regulirung und Konsoldirung der Preßverhältnisse. Die legislative Sektion des Justizministerium hat den Entwurf zu einem neuen Preßgesetze ausgearbeitet, und der Minister hat das Referat über diesen Entwurf dem Staatsanwalt des hiesigen Landesgerichtes, Dr. Lienbacher, der zur aushülfsweisen Dienstleistung in die legislative Sektion des Ministerium berufen ist, überwiesen. Das neue Preßgesetz soll künftig die feste Norm bei Behandlung der Presse in Oesterreich bleiben und jede Maßregelung durch die Verwaltungsbehörden ausgeschlossen bleiben. Obgleich wir in diesem Augenblick hier einer ziemlich unbeschränkten Preßfreiheit uns erfreuen, so haben wir sie doch nur als ein jeden Augenblick widerrufliches Gnadengeschenk. (N. Pr. Z.)

Agram, 13. März. Ban Sokcevics hat die Kroaten durch Erlaß eines Aufrufs zur pünktlichen Steuerzahlung gemahnt.

Paris, 13. März. Die Kaiserin Eugenie soll in Folge der Ausfälle gegen Napoleon III. eine ganz andere Haltung angenommen haben. „Ich war verblendet genug, an die Aufrichtigkeit der religiösen Gefühle gewisser Herren zu glauben," sagte sie vor einigen Tagen zu einer hochgestellten Dame, „aber nun sehe ich, daß man unter dem Mantel der Religion meinen Mann stürzen will. Ich werde den hochgeborenen Damen des Faubourg St. Germain zeigen, daß ich wirklich eine spanische Frau (une femme espagnole) bin, wie sie mich spottweise nennen. Ich werde treu zu meinem Manne stehen und ihn bei Vertheidigung seines Thrones unterstützen, ich werde an seiner Seite seyn auf dem Wege der Ehre Frankreichs und der napoleonischen Familie, welcher ich angehöre." Diese plötzliche Gesinnungsänderung erregt in den hohen Kreisen von Paris nicht geringes Aufsehen. (N. Pr. Z.)

Turin, 13. März. Der heutigen „Opinione" zufolge wird das „aktive Heer Italiens" aus sechs Armeekorps, einer Reserve-Kavallerie-Division und einer Reserve-Artillerie gebildet werden und eine Stärke von 303,000 Mann haben. Das Kriegsministerium publizirte bereits die Zusammensetzung der einzelnen Korps. (Tel. d. Ostd. Post.)

Turin, 14. März. In der Kammersitzung vom 13. d. M. verlas Farini eine Antwort auf die Thronrede, welche ohne Diskussion angenommen wurde. Dieselbe ist eine Paraphrase der Thronrede und gedenkt unter Anderm dankbar der Rede des Prinzen Napoleon und des Votum der preußischen Kammer. (Tel. d. Ostd. Post.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. 1. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	$77\frac{1}{2}$ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$60\frac{1}{4}$ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	50 P. $49\frac{3}{4}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$41\frac{3}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$37\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$87\frac{5}{8}$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. R.)	$102\frac{1}{2}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102\frac{1}{2}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	103 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$100\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$95\frac{3}{8}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$101\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$93\frac{3}{8}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$102\frac{1}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{7}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$97\frac{7}{8}$ P.
„	3 pCt. Obl.	$89\frac{7}{8}$ P.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$47\frac{3}{8}$ G.
„	$1\frac{1}{2}$ pCt. „ „ „	42P. $41\frac{11}{16}$ G.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$98\frac{1}{2}$P. $\frac{1}{4}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$169\frac{7}{8}$ P.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	580 P.	ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	129 G.	
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	181 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	76 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	70 P.	
Internationale Bank in Luxemb. . .	82 G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	337 P.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	68 P. $67\frac{5}{8}$ G.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	226 P. 224 G.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	124 P.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$72\frac{1}{4}$ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$25\frac{1}{8}$ P. 25 G.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$129\frac{3}{8}$ G.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$100\frac{1}{8}$ P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50\frac{3}{4}$ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	236 G.	
Span. Handels- u. Industrie . . .	515 P.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	460 G.	
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$104\frac{3}{8}$ P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B. 105G.
Brem. 50 Th. Lsd: k.S.	96 B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B. 105G.
Hamb. Mfl. 100 k. S.	$88\frac{1}{4}$ B. 88 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B. 105G.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{7}{8}$ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i.S.L. 250 k. S.	$93\frac{1}{8}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{5}{8}$ B.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$79\frac{3}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	73 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$47\frac{5}{8}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$56\frac{1}{2}$ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	129 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$54\frac{3}{4}$ P.	„ fl. 25 do.	$34\frac{3}{4}$ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$92\frac{1}{8}$ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$34\frac{1}{4}$ G.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	118 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	$49\frac{3}{4}$ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	36 P.
Badische fl. 50	89 G.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{1}{2}$ G.
Badische fl. 35	$52\frac{3}{8}$ G.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{1}{2}$ G.

Frankfurt, 16. März. Bei sehr geringem Umsatz waren österr. Kreditaktien etwas höher, die übrigen Fonds und Aktien stationär. Wechsel auf Wien in allen Sichten besser bezahlt. (Synd.)

Paris, 15. März. Im gesetzgebenden Körper wurde gestern über das Amendement J. Favre's wegen Aufhebung der Ausnahmegesetze (Sicherheitsgesetze ɪc.) berathen. Baroche bekämpfte das Amendement, das verworfen wurde. (Natürlich!) (T.d.Schw.M.)

Rußland und Polen.

Warschau, 11. März. Eine der Errungenschaften der Bürgerdelegation ist, daß ihr die Liste der in der Citadelle befindlichen sogenannten politischen Verbrecher mitgetheilt wurde. Hierbei muß ich vorher bemerken, daß während Kaiser Nikolaus, Regierung und der Statthalterschaft des verstorbenen Fürsten Paskiewitsch die Citadelle mit Hunderten von unglücklichen, oft unschuldigen Opfern angefüllt war, die Jahre lang auf Verhör und Untersuchung warten mußten. Durch die seit dem Regierungsantritte des jetzigen Kaisers ertheilten Amnestien und die humaneren Ansichten des jetzigen Statthalters ist die Citadelle fast gänzlich von politischen Verbrechen geleert worden und dem gegenwärtigen Chef der Stadtpolizei, General Paulucci, verdanken wir es, daß bis zu der letzten Monarchenzusammenkunft im Oktober v. J. die Citadelle nur der Geschichte angehörte. Bekannt ist, daß zur Zeit jenes Kongresses die Agitationen anfingen und mehrere Arretirungen stattfanden. Bei Aburtheilung der jungen Leute konnte Paulucci seine humanen Anschauungen nicht durchsetzen und wurde daher auf seinem damaligen Posten als Chef der geheimen Polizei durch den gegenwärtig fungirenden General Jermolof ersetzt. Die der Bürgerdelegation mitgetheilte amtliche Liste zählt nur 21 Gefangene für politische Vergehen auf, darunter fünf (3 Realgymnasiasten, 1 Eisenbahnbeamter und 1 Gouverneur des Adelsinstituts) wegen bei ihnen vorgefundener Verse und Bücher, arretirt seit dem Oktober, vier (1 Gutsbesitzer, 1 russischer Lieutenant, 1 Polytechniker und 1 evangelischer Konsistorialschreiber) wegen Verdachts der Betheiligung an Mieroslawski'schen Agitationen, ein Jüngling von 18 Jahren, weil er auf einer Maskerade in den Redoutensälen das Kostume eines Gefangenen in Ketten getragen (eingesteckt im Januar), drei (1 Literat, 1 Akademiker, 1 Handlungsdiener) wegen anonymer Drohbriefe und Fenstereinwerfens bei „Vaterlandsfeinden," sieben Schüler, die beim Kravall in der Altstadt gefangen wurden, und endlich der vielbesprochene Stanislaus Krupski, ein österreichischer Unterthan, der während der Anwesenheit der Monarchen durch anonyme Briefe und Plakate Aufregung und Unruhe anzustiften gesucht hatte. Aus diesem authentischen Quellen entnommenen Bericht ersehen Sie zur Genüge, wie gering die Schuld ist, die auf diesen meist ganz jugendlichen Verirrten, die man zum Theil seit Monaten in der Citadelle festhält, lastet, und man kann sich nicht erklären, warum der Fürst-Statthalter der Festhaltung dieser unglücklichen Verirrten so große Wichtigkeit beizulegen scheint. — Freilich ist die Lage der Regierung und vorzugsweise des Statthalters sehr peinlich. Nach dem Vorgefallenen und in dem Augenblicke, wo die ganze Einwohnerschaft Gerechtigkeit verlangt, wären strenge Maßregeln die gefährlichsten gewesen; sie hätten ein schreckliches Blutvergießen herbeigeführt. Dies begriff der Fürst Gortschakoff; die Befürchtung, sich vor Europa und der Welt blos zu stellen und dadurch Rußlands Ansehen zu kompromittiren, bestimmte ihn, in die Beseitigung von Polizei, Gendarmen und Soldaten einzuwilligen und die Ruhe der Stadt den Bürgern selbst anzuvertrauen. Die Behörde hatte hinreichende Mittel in der Hand, sie hatte 12,000 Mann Soldaten, 1000 Mann Gendarmerie und Polizei-Beamte in der Stadt und die Citadelle mit ihren Kanonen ɪc. zu ihrer Verfügung. Wenn der Statthalter bei solchen Mitteln dennoch die exekutive Polizeigewalt auf fünf Tage den Bürgern übertrug, so beweist dies am besten den Drang der Umstände, seine eigenthümliche Stellung in Folge der Vorgänge vom 25. und 27. und die Berücksichtigung der öffentlichen Meinung. Aber das Militär fühlt sich sehr gekränkt. Die Truppen waren Tag und Nacht auf den Beinen und unter Gewehr. Den Strapazen des Feldlebens ausgesetzt, mußten sie zuschauen, wie junge Männer mit seltener Sicherheit und Würde die Pflichten der Polizei, Wachen und Patrouillen erfüllten. Darum äußert sich auch jetzt, wo die Truppen ihre Funktionen wieder übernommen haben, vielfach ihr Ingrimm gegen die Civilisten. In Folge dessen hat die Bürgerdelegation den Statthalter ersucht, in den Tagesbefehlen der Armee alle Provokationen streng zu verbieten, da sie nur zu unangenehmen Konflikten Veranlassung geben könnten. Fürst Gortschakoff hat den Beamten auf das Strengste verboten, sich an der auch nachträglich noch betriebenen Unterzeichnung der Warschauer Adresse zu betheiligen.

Amerika.

New-York, 27. Febr. Großes Aufsehen macht die Desertion des Generals Twiggs, Befehlshabers der Bundestruppen in Texas. Er hat seine 2500 Mann starke Division auseinander laufen lassen und seine auf 1,300,000 Dollars geschätzte Militärkasse den abtrünnigen Südstaaten übergeben. (D. A. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

München, 13. März. Vor einem zahlreich versammelten Publikum fand heute die Schwurgerichtsverhandlung gegen den vormaligen Unteraufschläger Gg. Deubler von Dachau statt. Derselbe, jetzt 50 Jahre alt, war früher Auditoriatsaktuar und wurde als solcher 1845 pensionirt; 1854 wurde er Aufschläger in Merching und blieb es bis 1858, wo er, da sich Bedenklichkeiten gegen seine Redlichkeit ergaben (es war Verdacht vorhanden, daß er die Magdeburger Hagelversicherungsanstalt, deren Agent er war, beschädigt und Prämiengelder veruntreut habe), entlassen wurde. Das Finanzministerium ordnete aber seine Wiedereinsetzung in den Aufschlagsdienst an und versetzte ihn nach Dachau, wo er am 13. April 1858 ankam. Am 10. Juli vor. Js. entfernte er sich von dort ohne Anzeige und seine Frau sprach unverholen den Verdacht aus, daß er mit einer beträchtlichen Geldsumme flüchtig gegangen sey. Wirklich hatte er 3 Tage vor seiner Entfernung von dem Bräuer Ziegler 1957 fl. Aufschlagsgefälle eingenommen und dieselben nicht verbucht; in der Kasse fanden sich nur 78 fl. vor und außerdem noch 134 fl. in der Kommode seiner Frau, die er wahrscheinlich für die Bedürfnisse derselben hineingelegt hatte. Die eingeleitete Untersuchung nahm ihren Fortgang, als sich Deubler ganz unerwartet am 11. Okt. v. J. am Bezirksgericht stellte; er hatte sich mittlerweile in der Schweiz und in Italien herumgetrieben gehabt. Er gab an, daß er mehr als 2000 fl. aus seiner Amtskasse genommen, das sämmtliche Geld aber vor seiner Abreise unweit Dachau an zwei verschiedenen Plätzen vergraben habe. Die von ihm bezeichneten Stellen wurden genau durchsucht und man fand auch wirklich am Fuße eines Baumes unter Gras und Moos versteckt einen Sack mit einem Inhalt von 597 fl., alle weitern sorgfältigen Nachforschungen aber waren vergebens. Die Staatsbehörde kommt zu dem Schluß, daß Deubler das übrige nach seiner Angabe in 1410 fl. bestehende Geld auf seinen Kreuz- und Querzügen in der Schweiz und in Italien verbraucht hat. Er bleibt aber fest auf seiner Angabe stehen. Deubler ist außerdem beschuldigt, daß er einmal 32 fl. und dann 40 fl. Aufschlagsgefälle sich treulos zugeeignet hat und daß er mehrere Bräuer durch das fälschliche Vorgeben einer für sie bestehenden Mehrschuldigkeit zur Bezahlung höherer Aufschlagsbeträge zu bewegen gewußt und diese Mehreinnahme zu eigenem Vortheil verbraucht hat. Er will sich ausreden, daß er sich zur Zeit der Verübung dieser strafbaren Handlungen in einer so unglücklichen Gemüthsverfassung befunden habe, daß er gar nicht wußte, was er thue. Die Geschwornen nahmen an, daß Deubler sich nicht der Amtsuntreue III. Grades, worauf die Anklage lautete, sondern II. Grades, worauf die Vertheidigung plaidirte, begangen habe. Hienach wurde Deubler zu 6jähriger Festungsstrafe III. Grades verurtheilt. Der Mann ist früher in Dachau in großem Ansehen gestanden und hat als ehrenbraver Mann gegolten, ihm verdankt der dortige Gesellenverein seine Begründung. (A. Abdz.)

δ Frankfurt, 15. März. (Privat-Korresp.) Dem Urgesundheitsapostel Ernst Mahner („Vater Rhein") ist seine neuliche Wasserfahrt so gut bekommen, daß er noch immer in unserer Stadt weilt. Er logirt im „Zähringer Hof", den er sein „Residenzschloß am Main" nennt, und hält seine barocken Vorlesungen über die Urhygieina, gewürzt durch „Altargesang zur 24saitigen Ritter- und Troubadourlaute", gewöhnlich im Café Brauneck für das bescheidene Honorar von 18 kr. per Abend. Zuweilen bestellt er auch seine „Lieben und Getreuen" wohlgeneigtest in sein Residenzschloß. — Da sich „schnöde und unwürdige Menschen" nicht entblödeten, seine Vorlesungen durch Cigarrendampf zu entweihen, so hat er diesem Hohn und Trotz den kategorischen Imperativ, die öffentliche Warnung entgegengesetzt: „Das soll nicht mehr stattfinden! Ich bin Herr in meiner Schule, und wem das nicht gefällt, der bleibt weg! Den Schnöden und frech Trotzigen meine tiefste Verachtung, — allen guten Menschen aber meine tiefste Ehrerbietung und meinen Brudersegen!" — Morgen findet sogar die feierliche Uebergabe des Urgesetzes (als des goldenen Rezeptes gegen alle inneren Erkrankungen) an Alle, die einen Tag (wenigstens) streng zu fasten feierlichst versprechen, durch den singenden und lehrenden „Vater Rhein" statt. Seine Vorträge werden des Spaßes halber von Neugierigen sehr stark besucht.

Paris, 13. März. (Eine kleine Geschichte aus dem Leben des Herrn v. Mirès.) Vor fünfundzwanzig Jahren war Herr v. Mirès noch nicht der elegante reiche Bankier,

wieder eine große Summe von einem Einsteller in Empfang zu nehmen. So wird das System der Ersatzmannsstellung auch zur Spekulation in dieser Richtung ausgebeutet. (Südd. Z.)

Aus Weiler im Allgäu haben die Wahlmänner des dortigen Landgerichtsbezirkes eine Adresse an den Abg. Völk gerichtet, worin sie demselben ihren Dank für die Einbringung seines bekannten Antrags aussprechen und ihn auffordern, mit aller Kraft dahin zu wirken, „daß den Kurhessen ihre beschworene und geraubte Verfassung vom Jahre 1831 ungeschmälert zu Theil werde.“ (Eine gleichartige Aufforderung ist von 40 Wahlmännern schon vor mehreren Wochen an die Abgeordneten des Wahlbezirks Nürnberg gerichtet worden.)

Oesterreich. Die „Presse“ berichtet aus Wien vom 13. März: „Mehr als Hundert Studenten, Trauerzeichen tragend, waren heute Morgen nach dem Schmelzer Friedhof gezogen, um am Gedenktage die Grabstätte der Märzgefallenen zu besuchen. In der Nähe des Friedhofs war Militär aufgestellt, das jedoch bloßer Zuschauer blieb, da der Studentenzug in größter Ruhe und Ordnung kam und ging. Nachmittags wiederholte sich die Scene; auf dem Grabe wurden frische Kränze niedergelegt.“

Wien, 13. März. Mehrere hiesige Bankiers, darunter die Herren Königswarter, Epstein und Hofwechsler Deutsch, erhielten am 11. d. ein mit dem Siegel der hiesigen preußischen Gesandtschaft versehenes Schreiben, welches das Ersuchen stellt, für Rechnung der preußischen Gesandtschaft National-Anlehen bis zum Betrage von 100,000 fl. anzukaufen. Der Betrag werde hierfür in Tresorscheinen durch einen Sekretär der Gesandtschaft entrichtet werden. Weder Herr Epstein noch Herr Königswarter schenkten der Richtigkeit dieser Aufforderung Glauben, und frugen auch im Gesandtschaftshotel nach, wo sie erfuhren, daß man von obiger Angelegenheit nicht das Geringste wisse. Herr Hofwechsler Deutsch dagegen that, wie ihm aufgetragen, ebenso der Bankier Obermeyer. Um 3 Uhr Nachmittags wurde richtig ein junger Mann beim Bankier Obermeyer verhaftet, welcher dort die bestellten National-anlehen übernehmen wollte. Als sich ein Polizeimann mit ihm in einen Fiaker, der ihn zur Polizei führen sollte, setzte, drückte er ein Pistol auf ihn ab, und als dieses glücklicherweise versagte, erschoß er sich mit einem zweiten noch vorräthigen. Man soll auch bei dem Verhafteten, der, wie es heißt, einer Fälscherbande angehört, ein bedeutendes Päckel mit falschen Kreditscheinen, die zum Ankaufe der Papiere dienen sollten, gefunden haben. (Oest. Z.)

Wien, 15. März. Der „Wanderer“ veröffentlicht ein Telegramm aus Pesth von heute Mittag, welches sagt: „Trotz böswilliger Aufreizungsversuche herrschte doch große Ruhe. Die Jugend selbst trat vermittelnd auf und mißbilligte Demonstrationen. Seit gestern sind alle Polizeiwachtposten eingezogen und die städtische Wachtmannschaft besorgt den Polizeiwachdienst.“

Frankreich.

Paris, 13. März. Wie man der „Karlsr. Z.“ schreibt, fanden sich gestern etliche 50 Studirende im Palais Bourbon ein und verlangten der „öffentlichen Sitzung“ des gesetzgebenden Körpers beizuwohnen. Da sie sich weder von Hrn. Ollivier, noch von dem Präsidenten, welcher herbeigerufen wurde, wollten abweisen lassen, so requirirte Letzterer die Unterstützung des wachehabenden Offiziers und einiger Grenadiere. — Bei der Verhaftung Blanqui's sollen mehrere Engländer kompromittirt seyn. Blanqui war Tags zuvor aus London gekommen; es soll, wie man sagt, ein Attentat auf den Kaiser beabsichtigt gewesen seyn. — Hr. Mirès wurde von Mazas nach der Conciergerie gebracht, um stets zur Disposition des Untersuchungsrichters zu seyn. Der Aktenfascikel mit den cahiers de charge der Mirès'schen Unternehmen, mit den verschiedenen Ermächtigungen zur Emission von Aktien und Obligationen und mit zahlreichen Empfehlungs- und Befürwortungsschreiben hoher Personen wurde vom Untersuchungsrichter im Ministerium der öffentlichen Arbeiten eingefordert. Die Akten sind nicht mehr zu finden. Honni soit qui mal y pense!

Paris, 14. März. Die gestern im gesetzgebenden Körper von Hrn. Keller, einem jungen Deputirten aus dem Elsaß, gehaltene Rede war wirklich eine Rede, keine abgelesene Abhandlung. Sie ging der Regierung eben so hart, viel härter zu Leibe, als der Manuskriptvortrag des Hrn. Kolb-Bernard. Zunächst wurde die Regierung aufgefordert, zu erklären, ob die in den 40,000 Gemeinden des Landes öffentlich angeschlagene und so gleichsam amtlich beglaubigte Senatsrede des Prinzen Napoleon ihr neues Programm sey oder nicht. Sodann wurde des Breiteren auseinander gesetzt, daß die französische Politik in ihrer merkwürdigen Doppelseitigkeit und Verschwiegenheit sowohl die Vertheidiger der weltlichen Herrschaft des Papstes, als auch diejenigen ermuthige, welche auf deren baldigen, vollständigen Sturz rechnen. (Lärm.) Warum habe Frankreich die Politik von Villafranca aufgegeben? Aus Furcht vor Piemont? Nein! Aber „hinter diesem kleinen Staate steht eine heimliche Macht, eine arglistige, verrätherische Macht, der Piemont nur als Werkzeug gedient hat und von der Frankreich alle seine Entschlüsse und guten Absichten hat zertrümmern sehen müssen. Seyen Sie unbesorgt, meine Herren! Ich will nicht von England reden. (Lachen.) Ich halte England, mit dem Herrn Präsidenten des Staatsrathes, für eine große Nation, die sich auf ihre Angelegenheiten vollkommen versteht, aber nicht beauftragt ist, die unsrigen zu besorgen. (Sehr gut!) Die Macht, von der ich sprechen will, existirt, und ihr Programm steht vollständig im „Moniteur“ als ein berühmtes, aber zu rasch vergessenes Schriftstück, aus welchem ich Ihnen folgende Stelle vorführe: (Hört! Hört!) „„Um das Gleichgewicht Europa's zu wahren, muß man Italien unabhängig machen oder die Ketten zerreißen, mit denen Oesterreich es in Sklaverei hält. Für seine Befreiung zu verlangen, daß das Blut der Franzosen für die Italiener vergossen werde, nein, so weit gehe ich nicht. Italien will bloß, daß Frankreich sich nicht einmische; es will, daß Frankreich Deutschland nicht gestatte, Oesterreich in dem Kampfe zu unterstützen, der bald ausbrechen wird. Das ist das, was Ew. Majestät thun kann, wenn Sie will. Möge Ew. Majestät daran denken, daß, so lange Italien nicht unabhängig ist, die Ruhe Europa's und die Ruhe Ew. Majestät nur eine Chimäre seyn werden.““ (Bewegung.) Meine Herren! wer hat so gesprochen? Die italienische Revolution, geschützt von England, verkörpert in der Person Felix Orsini's. (Langandauernder Lärm.) Dieses Programm hat sich Punkt für Punkt in Italien verwirklicht, und jetzt legt man es uns vor, damit wir es bewundern. Jetzt soll noch Rom von der Revolution verschlungen werden, und Frankreich richtet an seine Regierung die angstvolle Frage, ob sie das zugeben wird; aber die Regierung antwortet nicht. (Billault ruft dazwischen: Man wird später antworten.) Und ich sage Ihnen, Sie werden es nicht wagen, es (Rom) ihr (der Revolution) zu verweigern. Jetzt, wie 1848, ist der Kampf nur zwischen katholischem Glauben und Revolution. Es ist Zeit, daß die Senatsrede des Prinzen Napoleon von der Regierung ausdrücklich verläugnet werde, daß man der Revolution sage: Bis hieher und nicht weiter.“ Darauf ergreift Minister Billault das Wort. „Die wachsende Gewaltthätigkeit (violence) der Angriffe“, beginnt er, wird aber lärmend unterbrochen und soll, wie Vicomte Lemercier fordert, wegen dieses unparlamentarischen Ausdrucks zur Ordnung gerufen werden. Der Minister fährt dann fort: Die „Physiognomie“, welche die Debatte angenommen habe, nöthige ihn zum Reden; man bezichtige die Politik des Kaisers der Schwachheit, der Falschheit und endlich der Feigheit; man sage, aus Furcht vor dem Meuchelmord habe sich diese Politik erniedrigt. „Mit tiefem Bedauern habe ich in dieser Versammlung die Worte eines Meuchelmörders anrufen hören. Sie sprechen von Furcht, Sie sagen das Angesichts einer zehnjährigen Beherztheit, Ruhe und Geistesgröße, die sich bei keinem Attentate verläugnet haben.“ Der Minister setzt dann auseinander, daß eine Regierung, die dem Volkswillen entsprossen sey, ihren Beruf nicht darin sehen könne, aufständische Völker auf's Neue zu bändigen und ihnen Regierungen aufzuzwängen, welche sie eben gestürzt. Sodann spricht er vom Papste: „Als Haupt der geistlichen Macht hat er ein Anrecht auf unser aller Verehrung und Gehorsam, aber als Haupt der weltlichen Regierung fällt er der Besprechung der Menschen anheim, ist fehlbar wie alle; seine Regierung kann eben so schlecht seyn, wie die schlechtesten Regierungen der Welt, und die Geschichte würde uns hierzu sehr traurige und sehr schlagende Belege liefern. Wie hat diese Regierung seit 50 Jahren überhaupt noch bestehen können? Die Oesterreicher haben ihr Gebiet besetzen, die Franzosen ihr zu Hülfe kommen müssen; nicht einen Augenblick hat die fremde Gewalt aufhören dürfen, das Volk unter dem Joche zu halten, das es nicht mehr ertragen wollte. Sie sehen also, wie himmelschreiend ungerecht es ist, die französische Regierung für die Gefahren verantwortlich zu machen, in denen dieses unmögliche, wahrlich nicht durch uns unmöglich gewordene Regiment schwebt. Was sollte Frankreich in Italien thun? Sollte es der „„Polizei-Gensd'arme““ der weggejagten Regierungen seyn und die Völker in's alte Joch zurückführen?“ Schließlich verspricht der Minister, über die päpstliche Frage bei der Berathung der einzelnen Absätze der Adresse auf alle Fragen Rede zu stehen. (Köln. Ztg.)

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 76.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Sonntag, 17. März 1861.

Deutscher Bund.

Wie Nürnberger Blätter berichten, wurden am 12. d. die Verhandlungen der zur dritten und letzten Lesung des deutschen Handelsgesetzbuches seit dem 19. Nov. v. J. in Nürnberg tagenden Kommission durch den Hrn. Staatsminister der Justiz, Frhrn. v. Mulzer, feierlich geschlossen, und hiebei von demselben im Namen Sr. Maj. des Königs dem Präsidenten der Kommission, Hrn. Dr. Ritter Raule aus Wien, und dem geh. Oberjustizrath und Appellationsgerichtspräsidenten Dr. Heimsöth aus Köln das Komthurkreuz des Ordens vom heil. Michael überreicht.

Bayern. Von den Reden in der Abgeordneten-Kammer über den Völk'schen Antrag geben wir in umfassendem Auszug vorerst noch die des Prof. Lasaulx. Er begann mit den Worten: „Ich schwöre, ohne Haß, ohne Furcht zu reden, die ganze Wahrheit und nichts als die Wahrheit zu sagen, so lautet der alte Zeugeneid und ebenso ist es Pflicht eines Berichterstatters, die Wahrheit, die ganze Wahrheit zu sagen und nichts zu verschweigen. Nach diesem Grundsatze soll die kurhessische Frage beurtheilt werden, und nach ihm sehe ich mich genöthigt, die scharfsinnigen staatsrechtlichen Deduktionen des Referenten durch eine Reihe von Thatsachen zu ergänzen, deren Erwähnung nicht in dessen Plan gelegen seyn mochte. Der Referent geht nämlich in seinem Berichte von der Ansicht aus, daß die durch den Antrag des Dr. Völk angeregte kurhessische Verfassungsfrage wesentlich eine staatsrechtliche sey. Ich aber behaupte und werde Ihnen beweisen, daß es für uns Bayern in erster Linie nicht eine staatsrechtliche, sondern eine politische Frage ist. Die Zerwürfnisse, welche dort zwischen Regierung und Ständen entstanden, beruhen auf folgenden drei Mißverhältnissen: 1) gewissen Persönlichkeiten, welche in und außer Kurhessen keine Achtung genießen und keine Achtung verdienen; 2) gewissen fehlerhaften, ja widersinnigen Bestimmungen der kurhessischen Verfassungsurkunde vom 5. Januar 1831 und ihrer Novellen von den Jahren 1848 und 1849; und endlich 3) auf der noch fehlerhafteren Art und Weise, wie diese fehlerhafte Verfassung praktisch ausgeführt und angewendet worden ist. Auf den ersten Punkt wolle er nicht eingehen, um nicht etwa zur Ordnung gerufen zu werden. Was den zweiten Punkt betreffe, so gebe Wippermanns, des frühern kurhessischen Ministers, Werk genügende Aufkläeung. Mit Citaten aus demselben setzt der Redner seine Kritik der kurhessischen Verfassung von 1831 fort und verliert sich in eine Geschichte der Kammerauflösungen, der Ministeranklagen, der Freisprechungen durch das Oberappellationsgericht und der Resultatlosigkeit der Kammerwirksamkeit in Kurhessen. Von 1831—1847 konnte nur ein einziger Landtag mit regelmäßigem Landtagsabschied geschlossen werden. Das kleine Hessen-Kassel habe in jenem Zeitraum mehr Kammerauflösungen, Ministeranklagen und Freisprechungen der Minister gehabt, als ganz Europa zusammen. 1848 kam dann offene Revolte. „Mein Freund — meint der Redner — der Prinz Hamlet von Dänemark, pflegte zu sagen: Auch in der Tollheit sey Methode!" Der hess. Regierung blieb zuletzt nur die Wahl zwischen Revolte von unten oder Oktroyirung von oben. Sie wählte Letzteres und der Bundestag, der die alte Verfassung nicht garantirt hatte, faßte jenen Beschluß von 1852, von welchem man fürchtet, daß er unsere Verfassung ebenfalls in Frage stelle. Uhden, der Verfasser des oft bekämpften Kommissionsberichts, sey ein ausgezeichneter Jurist, und was bei ihm entscheide, ein sittlich hochstehender Ehrenmann, wenn auch von stark royalistischer Farbe! Wenn nun ein anderer ausgezeichneter Jurist und Ehrenmann, Professor Pözl, verschiedener Ansicht sey, so liege es nicht an ihm (dem Redner) zu entscheiden, wer Recht habe. So habe dies Haus auch keine staatsrechtlichen Fragen zu entscheiden. — Redner, der die Geduld des Hauses noch ferner in Anspruch nimmt, geht nun ohne Veranlassung in einen Ausfall gegen die „Advokaten und Literaten" über, die im Frankfurter Parlament Alles verdorben hätten. (Andere sagen, die Professoren hätten's gethan!) Bildung sey gut, aber Ersprießlicheres werde geleistet werden, wenn die Literatenthätigkeit etwa nur neben der Landwirthschaft getrieben würde. Schon Aristoteles spreche sich gegen die literarische Taglöhnerarbeit aus u. dergl. mehr. Es sey eine unbestreitbare Wahrheit, daß das Zweikammersystem der Monarchie einen Rückhalt gebe, während das Einkammersystem — wie in Hessen — zum politischen Komplott führe. Der Redner meint, unsere Juristen glaubten nicht ernstlich an die Gefährdung unserer eigenen Verfassung durch die Motive des Uhden'schen Kommissionsbeschlusses; bis 1847 habe mitten in der Zeit des Absolutismus unsere Verfassung bestanden und jetzt, wo die zwei Großstaaten konstitutionell geworden, sey gar nichts mehr dergleichen zu befürchten. Nehme es doch den Anschein „so — sind wir auch noch da." Redner anerkenne gern die Tüchtigkeit des kurhessischen Landvolks, aber die Städte seyen demokratisirt, demoralisirt, wie es in Bayern nie der Fall war. Gesinnungsgenossen hätten zwar 1849 auch in diesem Hause ihr Wesen treiben wollen, aber die Festigkeit des ersten Präsidenten Grafen Hegnenberg-Dux habe dem gesteuert. Metternich sage, man solle das entschieden nicht thun, was, wenn wir es thun, unsere Gegner freuen würde. Und unsere Feinde seyen der in Paris, in Turin, Lord Feuerbrand und Fürst Gortschakoff; dann die inneren Feinde: der Nationalverein und Hr. v. Vincke. Letzterer habe sich auf ihn (den [illegible]) berufen als ob er mit ihm übereinstimme. Ja, vor 12 Jahren in der Paulskirche, zur Zeit des „durchlöcherten Rechtsbodens", seyen sie Gesinnungsgenossen gewesen. Damals war Vincke einer der ersten, die sich für den Erzherzog Johann ausgesprochen. Und als der „Herold aller Krischer," Arnold Ruge, jene Gehirnabweichung hatte, die ihn erklären ließ, man müsse wünschen, daß Radetzky in Italien geschlagen werde, rief ihm auch Vincke zu: „Eine Schande, so was von deutschen Tribunen hören zu müssen." Wer hätte es glauben mögen, daß Hr. v. Vincke nach 12 Jahren sich in die Pfütze Arnold Ruge's verlaufen hätte! daß er die Ungarn zur Zerreißung der Verfassung und zur Allianz mit Sardinien auffordere! Redner spricht sich noch weiter entschieden, ja heftig gegen das Vincke'sche Gebahren aus und ruft zuletzt: „Ja, meine Herren, wenn noch Ehre und ritterlicher Sinn in Deutschland, in Europa vorhanden, so mußten hundertlausend Schwerter gezückt werden, — damit nicht Franz II. sagen durfte: Mein natürlicher Feind, Napoleon, war der einzige, der mir die Hand gereicht." — Redner beruft sich auf seine Nerven, er könne nicht weiter so fortfahren. Hr. Völk habe mit lobenswerther Offenheit im Ausschusse erklärt, er wolle mit seinem Antrage weder das Ministerium stürzen, noch ihm Verlegenheiten bereiten. Ob er ihm damit eine Freundlichkeit erweisen wolle, habe er nicht gesagt; aber der Herr Minister des Auswärtigen werde gerne auf solche Freundlichkeiten wie jener Antrag verzichten. Einem Ministerium, für das man im Lande nur eine Stimme der Anerkennung habe, solle man keine Schwierigkeiten bereiten.

München, 14. März. Sämmtliche Mitglieder des Direktorium der Kammer der Abgeordneten waren heute bei Sr. Maj. dem König zur Tafel geladen. (Augsb. Abendztg.)

Die Buchhändler von Augsburg, München, Nürnberg, Würzburg, Nördlingen und Regensburg haben an die Abgeordneten ein Zirkular vertheilen lassen, worin sie um Annahme des Art. 243 des Polizeistrafgesetzbuches nach der Fassung des Gesetzgebungsausschusses der Abgeordneten-Kammer bitten.

München, 15. März. Es kommen öfters Fälle vor, daß Einsteher, welche 1859 Summen von 1800 bis 2000 fl. erhielten, sich jetzt um 5 bis 600 fl. Ersatzleute auf ihre noch restige vierjährige Dienstzeit stellen, um bei der nächsten Kriegseventualität

die Regierung dem Bundestag das Recht zuerkenne, bestehende Verfassungen abzuändern, sey auch die bayerische Verfassung bedroht. Hiegegen müsse man protestiren, aber auch noch mehr thun. Redner sucht nun darzulegen, daß dies allein nicht genüge, sondern daß die Kammern für die Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Rechts in Kurhessen, so weit es an ihnen sey, wirken müßten. Die kurhessische Verfassung von 1831 sey nicht fehlerfrei. Redner sucht aber die Ansicht zu widerlegen, als sey dieselbe die Ursache des Aufruhrs in Kurhessen gewesen. Die Regierung habe aber nicht mit der Verfassung regieren wollen, und da sie die beschworene Verfassung nicht selbst aufheben wollte, die Bundesversammlung veranlaßt, es zu thun. Redner schilderte hierauf die nach Aufhebung der Verfassung in Kurhessen eingetretenen Verhältnisse und ist der Ansicht, daß nur durch Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Rechtes ein befriedigendes Resultat erzielt werde. Die preußische Regierung sey zur Rechtsbasis zurückgekehrt, und es sey nun an der Kammer, die Regierung zu bitten, daß sie denselben Weg betrete. Es wäre ein Vorzug der Mittelstaaten, für die Entwicklung der Freiheit und des Rechts der Bürger zu sorgen, und es läge in deren eigenem Interesse, so kräftig als möglich für die Wiederherstellung des verletzten Rechtes zu wirken. Die Kammer möge nicht durch Theilung des Antrages denselben abschwächen, sie möge nicht diplomatisiren, sondern den einfachsten und geradesten Weg wählen, sich nicht auf die Verwahrung beschränken, sondern auch eine Bitte an die Regierung richten, daß sie für Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Rechtes wirken möge.

Es folgten hierauf in der heutigen Sitzung noch zwei Redner: Prof. Lasaulx, der sich für die Kompetenz der Bundesversammlung, und Prof. Dr. Edel, der sich gegen dieselbe aussprach, und zwar beide Redner in einer so umfassenden und geistreichen Weise, daß es kaum thunlich erscheint, einen gedrängten Auszug aus ihren Vorträgen mitzutheilen. — Von Hrn. Dr. Edel wurde ein formulirter Antrag vorgelegt und hiezu bemerkt, daß derselbe einen Mittelweg zwischen den Ansichten der Abgg. Völk und Lasaulx einschlage. Es sey der vom Graf Hegnenberg früher im Ausschusse vorgelegte Antrag, jedoch in modifizirter Fassung, in welchem die Verwahrung schärfer hervorgehoben, und die Gefühle des Volkes klarer ausgesprochen werden. Dieser Antrag lautet: „In Erwägung, daß der Beschluß der deutschen Bundesversammlung vom 27. März 1852, die kurhessische Verfassungsangelegenheit betr., auf Prinzipien beruht, welche mit dem Charakter und den Grundgesetzen des Bundes, namentlich mit den Artikeln 1 und 2, dann 53, 55 und 56 der Wiener Schlußakte vom Jahre 1820 unvereinbar sind; daß diese Prinzipien, wie sie im Kurfürstenthum Hessen zu Rechtsverletzungen geführt haben, so in ihrer Anwendung den Rechtsbestand jeder deutschen, somit auch der bayerischen Verfassung gefährden; daß es daher Pflicht der Kammer ist, nach diesen beiden Richtungen hin der öffentlichen Meinung des Landes Ausdruck zu geben; daß die Einlegung einer Verwahrung gegen den Bundesbeschluß vom 27. März 1852 und dessen Motive als das rechtlich zulässige und geeignete Mittel erscheint, nicht nur der Gefährdung der eigenen Verfassung entgegenzutreten, sondern auch die bayerische Staatsregierung auf die Nothwendigkeit hinzuweisen, im allgemeinen deutschen Interesse Alles aufzubieten, damit rechtlich geordnete Zustände in Kurhessen wieder hergestellt werden, beschließt die Kammer der Abgeordneten: gegen den Bundesbeschluß vom 27. März 1852 und die demselben zu Grunde liegenden, dem bayerischen Verfassungsrechte widersprechenden Grundsätze feierlichst Verwahrung einzulegen."

§ Wien, 13. März. (Privat-Korrespondenz.) Es bestätigt sich, daß der Erzherzog Ferdinand Max zum Präsidenten des Herrenhauses ernannt werden wird. Die darauf bezügliche Kundmachung soll schon binnen Kurzem erscheinen. Das Oberkommando über die Marine würde der Erzherzog niederlegen und soll dasselbe von dem derzeit im Pensionsstande lebenden Vizeadmiral Dahlerup übernommen werden. Derselbe würde zum Admiral befördert werden. Man ist hier nicht ganz ruhig in Betreff Galiziens und fürchtet, daß sich die Bewegung in Russisch-Polen auch auf die übrigen ehemals polnischen Landestheile dieses Landes verpflanzen könnte. An Anzeichen soll es in dieser Beziehung nicht fehlen. Die Ernennung des als eine energische Persönlichkeit bekannten FML. Grafen Mennsdorf zum Civil- und Militär-Gouverneur in Galizien ist jedenfalls unter dem Eindrucke dieser Besorgniß verfügt worden. Befolgt der Kaiser Alexander den Rath des Kaisers der Franzosen und entschließt sich den Polen gegenüber zu konstitutionellen Konzessionen, so dürfte die Rückwirkung eines solchen Entschlusses auf Galizien und Posen kaum ausbleiben. — In Böhmen ist die czechische Partei ungemein thätig, um ihre Kandidaten für den Reichsrath durchzubringen. Sie hat zu diesem Ende mit den Hochtorys eine Allianz abgeschlossen, und ist es sehr wahrscheinlich, daß sie ihre Absichten erreichen wird. Zwar beginnt sich in neuester Zeit auch die deutsche Partei zu rühren, leider fehlt es ihr an der so nothwendigen Disziplin und an der nöthigen Energie, um ihren Gegner, der in der Wahl der Mittel, wie dies die Allianz mit den Hochtorys beweist, keineswegs wählerisch ist, den Sieg streitig zu machen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	$77\frac{1}{2}$ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$59\frac{1}{2}$ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$4?\frac{3}{4}$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	$41\frac{3}{4}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$37\frac{1}{2}$ P.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$87\frac{7}{8}$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (G. b. R.)	$102\frac{1}{2}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jahr. dto.	$102\frac{1}{2}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jahr. dto.	$103\frac{1}{2}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$100\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{3}$ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{1}{8}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{1}{4}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{3}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$95\frac{1}{2}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$101\frac{1}{2}$ P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{3}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$93\frac{3}{8}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	102 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{7}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$97\frac{1}{8}$ P.
"	3 pCt. Obl.	$89\frac{7}{8}$ P.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$47\frac{3}{8}$ G.
"	$1\frac{3}{4}$ pCt. " " "	42P. $41\frac{15}{16}$ G.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$98\frac{1}{4}$P. 98 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	110 P. $109\frac{3}{4}$ G
K. k. Oesterr. National-Bankaktien	580 P. ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	129 P. 128 G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	181 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	76 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien	70 P.
Internationale Bank in Luxemb.	82 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	334 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	$87\frac{1}{4}$ G.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	224 P.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	$128\frac{1}{2}$ P.
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$72\frac{1}{4}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$24\frac{1}{4}$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt.	$129\frac{1}{2}$ G.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	100 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50\frac{3}{4}$ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	236 G.
Span. Handels- u. Industrie	515 P.
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire	454 P.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$104\frac{3}{8}$ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B. 105 G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96 B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B. 105 G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	$88\frac{1}{4}$ B. 88 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B. 105 G.
London Lst. 10 k. S.	$116\frac{7}{8}$ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	$93\frac{1}{8}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{3}{8}$ B.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$87\frac{7}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	78 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$47\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$58\frac{1}{4}$ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	129 G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$55\frac{1}{2}$ P.	" fl. 25 do.	$34\frac{3}{4}$ P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	92 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$34\frac{1}{4}$ G.
$4\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beilt.	118 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	$49\frac{3}{4}$ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	36 P.
Badische fl. 50	89 G.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{1}{2}$ G.
Badische fl. 35	$52\frac{3}{8}$ G.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{4}{8}$ G.

Frankfurt, 15. März. Für österr. Fonds und Kreditaktien wurden etwas bessere Kurse bezahlt, ohne daß das Geschäft an Lebhaftigkeit zugenommen hätte. Spanische beider Gattungen, besonders $1\frac{3}{4}$ pCt. waren begehrt und höher. Von Eisenbahn-Aktien waren Rhein-Nahe und Bexbacher billiger am Markte, während Pfälz. Maxbahn besser bezahlt wurden. (Synd.)

eine ganze Weise, sein Manuskript ist noch nicht zu Ende. Endlich kommt der Minister zu Wort. Er habe sich eigentlich nicht in die allgemeine Diskussion mischen wollen, aber auf so leidenschaftliche Angriffe könne die Regierung unmöglich schweigen. Wenn das wahr sey, was der Vorredner Alles gesagt habe, so müsse diese Regierung abtreten; man dürfe dann keine Aenderung der Politik mehr, sondern müsse die Aenderung der Regierung fordern. In keinem Lande der Welt sey eine Regierung je so behandelt worden, wie jetzt eben in einer französischen Kammer. Aber „wir stehen hier nicht als Angeklagte, die sich vertheidigen sollen; nein, nein, wir schleudern diese, auf lauter falschen Behauptungen ruhenden Anklagen weit von uns, diese Anklagen, die nicht in leidenschaftlicher Rede, sondern in sorgfältig ausgearbeiteter Schrift gegen uns vorgebracht werden. Man hat in dieser Kammer gesagt, der Name Napoleon III. sey der Gegenstand des Mißtrauens von ganz Europa; wir aber sagen, die Weisheit des Kaisers flößt allen Regierungen Vertrauen ein, welche mit uns gemeinsame Richtungen, Ideen und Interessen haben.“ Man habe in Bezug auf den König Viktor Emanuel von Cynismus und Unehelichkeit gesprochen; „diese Ausdrücke müssen wir aus unserem parlamentarischen Wörterbuche ächten; denn es würde uns mit Recht sehr schlecht gefallen, wenn man sie im Auslande auch auf unsere Regierung anwenden wollte.“ Der Deputirte **Keller** spricht hierbei die Hoffnung aus, daß „unsere Regierung solche Ausdrücke niemals verdienen werde,“ worauf der Minister replizirt, man könne derartig beleidigt werden, ohne es zu verdienen; sey doch die Regierung des Kaisers auch hier unverdienten Kränkungen bloßgestellt; wolle man selbst geachtet seyn, so müsse man auch Andere achten, die ein Recht darauf haben, zumal die gekrönten Häupter. Er geht sodann auf die von Kolb-Bernard und anderen Rednern gegen England geschleuderten Anklagen der Intrigue und Doppelzüngigkeit über, zeigt, daß England und Frankreich stets Hand in Hand gegangen seyen, und rechtfertigt dann nochmals die Politik des Kaisers Italien und Rom gegenüber. Schließlich erklärt er, die Regierung könne auf die Frage, ob sie sich für den Bundesstaat oder den Einheitsstaat Italien entscheiden werde, füglich nicht antworten. „Hier vertreten wir nur das, was geschehen ist und was jetzt besteht; in die Zukunft zu blicken, haben wir nicht die Macht.“

Italien.

Die muratistische Partei ist, wie dem „Ami de la Religion“ aus **Neapel** geschrieben wird, reger als je. Jeden Morgen sind die Mauern mit Inschriften: „Es lebe Murat“ bedeckt. Die Polizei läßt sie wegnehmen und durch andere: „Es lebe Garibaldi“ ersetzen. Hr. Nigra, Präsident des Statthalterei-Rathes, ist in Verzweiflung und schreibt Brief auf Brief nach Turin, um abberufen zu werden. Spaventa erklärt überall, daß die Lage nicht mehr haltbar sey. In der Nacht vom Donnerstag wurden etliche 60 Personen verhaftet; man glaubt wegen muratistischer Umtriebe.

Rußland und Polen.

Aus Paris schreibt man der „Ostd. Post“: „Die Vorgänge in **Polen** sind auf die europäische Politik von bedeutendem Einfluß. Die polnische Bewegung stört das Verhältniß zwischen Rußland und Frankreich und fördert die Wiederanknüpfungspunkte zwischen den Mächten der ehemaligen heiligen Allianz. Daß französische Emissäre, daß heimgesendete Flüchtlinge in Warschau thätig waren, stellt sich als eine lügenhafte Erfindung heraus. Dennoch ist es wahr, daß man lange vor dem Jahrestage der Schlacht bei Grochow im Palais Royal (Prinz Napoleon) erzählt hat, daß an jenem Tage etwas geschehen werde. Das Mißtrauen des St. Petersburger Hofes gegen Paris ist rege geworden und wird durch Polizeinachrichten, die aus Brüssel und Dresden Rußland zugehen, genährt. (Man fürchtet, daß die revolutionären Umtriebe, welche das Pariser Kabinet in Ungarn und in der Türkei fördert, doch auch auf Polen rückwirken könnten.) Die deutsche Partei am russischen Hofe regt sich wieder sehr bedeutend. „So lange Oesterreich und Preußen unsere Verbündeten waren, blieb Polen ungefährlich. Wenn wir im Jahre 1831 die Revolution daselbst unterdrückt haben, so geschah es, weil sie von unseren beiden deutschen Nachbarn eingeengt und auf ihren Heerd zurückgeführt wurde; bleiben wir in unserer spröden Haltung, so sind wir nicht nur auf uns angewiesen, sondern die Bewegung wird bei den Anderen auch gefährlich und vergrößert unsere Gefahr.“ Das sind die Raisonnements, mit denen man den Czaren zu einer Allianz mit Wien und Berlin zu drängen sucht und von denen man hier genau unterrichtet ist. Es sind sehr hohe Personen dabei im Spiele und Fürst Gortschakoff, der immer für Frankreich und voll Haß gegen Oesterreich war, wird sich in der einen oder der andern Richtung entscheiden müssen.“

Aus **Warschau**, 12. März, wird gemeldet, daß die provisorische Kommission nach einer gründlichen Prüfung der Untersuchungsakten die Befreiung mehrer aus politischen Ursachen in Folge der Ereignisse vom 27. verhafteten Personen verlangte. Da nichts gegen dieselben vorlag, ließ der Fürst Gortschakoff sie in Freiheit setzen. — Die Truppenbewegungen dauern fort. Das Regiment, welches auf das Volk gefeuert hatte, soll Warschau verlassen und nach Wilna in Garnison kommen.

Nichtpolitische Zeitung.

Straßburg, 12. März. Der Pariser Postzug führte gestern Morgen die Repräsentanten und Ingenieure der französischen Ostbahnkompagnie nach Straßburg, welche die großh. badische Baudirektion zu der von ihr veranstalteten Probebelastung der **Eisenbahnbrücke** über den **Rhein** eingeladen hatte. Ein besonderer Zug führte die Gäste auf der neuen Zweigbahn von Straßburg nach Kehl an die Rheinbrücke, wo sie nach 11 Uhr ankamen und von Hrn. Bär, großh. badischer Baudirektor, von badischen Bauräthen und Ingenieuren, sowie von den Civil- und Militärbehörden empfangen wurden. Als alle Eingeladenen beisammen waren, besichtigte man die Brücke in allen ihren Einzelnheiten und auf ein gegebenes Zeichen setzte man die beiden Drehbrücken in Bewegung. Während man die Drehbrücke am badischen Ufer bei drehte, ließ man die Brücke am französischen Ufer bewegen, indem man acht, hierauf vier und zuletzt bloß zwei Mann dazu verwandte. Zwei Männer also waren hinreichend, um ein Gewicht von 350,000 Kilogrammen zu bewegen. Dies sagt zur Genüge, daß man hinsichtlich des Mechanismus und des Baues dieser Brücke das Mögliche geleistet hat. Nachdem die beiden Drehbrücken wieder am Platze und gehörig befestigt waren, begann man die Probefahrten. Der erste Zug, bestehend aus fünf Lokomotiven mit ihrem Tender, jede 35,900 Kilogramm schwer und zusammen 175,000 Kilogr. wiegend, fuhr durch das südliche Geleise und blieb auf dem ersten festen Joche des französischen Ufers stehen. Ein anderer Zug, bestehend aus einer Lokomotive nebst 15 mit Steinen angefüllten Waggons, welche eine Last von 1700 Kilo per laufenden Meter bildeten, fuhr durch das nördliche Geleise und blieb auf dem mittleren Joch stehen. Hierauf stationirten diese beiden Züge allmälig auf einem jeden der festen Joche und fuhren nach dem Bahnhofe von Kehl zurück. Alsdann fuhren zwei Züge, aus je fünf Lokomotiven bestehend, über ein jedes der Geleise der Drehbrücken und der feststehenden Brücke, indem sie in gleicher Linie liefen, und stationirten allmälig auf einer jeden der Drehbrücken und auf jedem der Seitenjoche, um die verschiedenen Senkungen zu ermitteln, welche unbedeutend waren. Nach diesen höchst befriedigenden Ergebnissen, welche die ungeheure Tragkraft und folglich die Gefahrlosigkeit der Brücke darthaten, vereinigte Herr Bär die Eingeladenen zu einem Bankett im Gasthof zur Post, wobei die herzlichste Fröhlichkeit herrschte. Am Abend bewirthete die badische Baudirektion die 350 Arbeiter der Brücke in zwei Gasthäusern von Kehl. Die feierliche Einweihung der Brücke soll in den ersten Apriltagen stattfinden. (Schwäb. M.)

Neueste Nachrichten.

** **München**, 14. März. (Priv.-Korresp.) (**XV. Sitzung der Kammer der Abg.** Schluß.) Dr. **Völk** erklärt, daß er den frühern Antrag des Referenten Pözl wieder aufnehme und neuerdings in die Kammer einbringe. Der Redner legt dann die Gründe dar, warum er den Gegenstand angeregt habe. Er hielt es für Pflicht, dies zu thun, denn nicht mit Schweigen werde der Gegenstand erledigt, der alle Gemüther bewege. Der Antrag habe zwei Richtungen: die Wahrung der Interessen des Vaterlandes und beizutragen zur Wahrung des verletzten Rechtes Kurhessens. Der Bundestag habe sich nicht blos das Recht vindizirt, die kurhessische Verfassung aufzuheben, sondern den Grundsatz aufgestellt, alles verfassungsmäßige Recht in Deutschland in seinem Sinne umzugestalten. Wenn solchem Verfahren gegenüber die Kammer noch keinen Protest erhoben, so sey es nur geschehen, weil man die Hoffnung hegte, daß noch ein befriedigender Abschluß erzielt werde. Es sey dieses aber nicht erlangt worden. Die bayerische Regierung habe früher anders gehandelt, sie habe das Recht des Bundestages, in den Einzelnstaaten legislatorisch aufzutreten, zurückgewiesen; besonders zur Zeit der Hannoverischen Wirren. Der Redner schildert nun die frühern Zustände Kurhessens, und sucht darzulegen, daß die Bundesversammlung kein Recht gehabt habe, die kurhessische Verfassung außer Wirksamkeit zu setzen. So lange

uns, wenn in ihr unsere unsere einzige Bürgschaft für die Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes läge! Die neue Aera ist mitnichten unser Privatbesitz, neue Aera ist aller Orten, wir haben uns vielmehr zu hüten, daß sie nicht bei uns unfruchtbarer werde als irgendwo anders."

Breslau, 11. März. Johannes Ronge, nach fast 12jähriger Abwesenheit hierher zurückgekehrt, verrichtete am gestrigen Sonntag zum ersten Male wieder die geistlichen Funktionen bei der von ihm in das Leben gerufenen deutsch-katholischen Gemeinde.

Oesterreich. Wien, 12. März. Die Beziehungen Oesterreichs zu Frankreich werden immer gespannter; der ungemein feindselige Ton, in dem sich der Prinz Napoleon im Senat über Oesterreich ausgelassen, ist nicht der einzige Beweis. Daß zwischen dem österreichischen und dem englischen Kabinet Verhandlungen in dieser Richtung stattfinden, welche die wieder auftauchende orientalische Frage zum Ausgangspunkt haben, ist gewiß; in dieser gehen Oesterreich und England Hand in Hand, da sie beide die Türkei erhalten wollen, während Frankreich und Rußland auf deren Untergang hinarbeiten. (D. Allg. Ztg.)

Am Schwarzen Brett der Universität Wien ist folgende Kundmachung des Rektors angeheftet: „An die Herren Studenten der Universität. Der Universitätsrektor hält es für seine Pflicht, die Herren Studenten zu beschwören, sich von allen Demonstrationen fern zu halten; daß er ihr väterlicher Freund ist, dafür haben sie wohl genügende Beweise. Er wünscht alles Unheil von ihnen fern zu halten und ist von dem gesunden Sinn der Studentenschaft überzeugt, die es verhüten wird, daß sie nicht selbständig urtheile, was zu ihrem Heil, was zu ihrem Verderben ist. Er ist überzeugt, daß die Studenten es nie zugeben werden, daß man von ihnen sagt: sie haben die aufkeimende Saat der Freiheit in Oesterreich zerstört."

Wien, 12. März. Die „Autogr. Korrespondenz" meldet: „Hiesige Handelshäuser haben von einigen Geschäftsfreunden in Debreczin und Raab das Aviso erhalten, daß sie vom zweiten Quartal 1861 an in ungarischer Währung verrechnen werden und der „alte Konventions-Gulden" wieder als ungarische Währung zu betrachten sey, indem man sich auf Verrechnung in „österreich. Währung" nicht mehr einlassen könne."

Frankreich.

Paris, 11. März. Einem Pariser Blatte wird aus Rom geschrieben, der dortige französische Gesandte Duc de Grammont habe einen Brief an den Bischof Dupanloup gerichtet, in welchem er gegen dessen Angriffe protestire. Der Duc bemerkte dem Prälaten u. A., daß dieser nicht alle erforderlichen Aktenstücke besitze und kennen könne, um sein Verfahren richtig zu beurtheilen. Es wäre wahrhaft belustigend, wenn der Duc in seinem Eifer eingestanden hätte — was man zwar schon längst weiß — daß die Regierung sich wohl gehütet habe, alle Dokumente zu veröffentlichen, daß sie eine Auswahl „pour le besoin de la cause" getroffen habe. (N. Pr. Z.)

Paris, 13. März. Der Befehl zur Uebergabe der Citadelle von Messina, welcher dem General Fergola von einem Dampfschiffe überbracht worden, wurde, wie der „Moniteur" mittheilt, von dem Könige Franz II. in Folge der guten Dienste, welche die französische Regierung in dieser Angelegenheit eintreten ließ (d. h. ihres Zuredens), ausgefertigt. Auch die Uebergabe Civitella del Tronto's ist von Franz II. verfügt worden.

Paris, 13. März. Die Thronrede hatte bekanntlich verheißen, daß das Budget ohne neue Steuern und ohne neue Anlehen sich doch „im Gleichgewicht" befinden solle, obschon man auf 90 Millionen Jahreseinkünfte habe verzichten müssen. Unstreitig ist es Sache der Deputirten, zu untersuchen, ob dieses Kunststück auch mit rechten Dingen zugeht. Vorgestern hat Gouin im gesetzgebenden Körper dieses Thema erörtert, leider aber nicht die volle Aufmerksamkeit der Versammlung darauf lenken können. Was heißt Gleichgewicht des Budget? Daß Einnahmen und Ausgaben sich gegenseitig aufwiegen? O nein; vor Allem müssen die Einnahmen denselben Charakter der Stätigkeit haben wie die Ausgaben, dürfen nicht der Zukunft aufgebürdet werden und müssen wirklich ausreichend seyn. Herr Gouin erinnerte nun aber daran, daß nicht nur in der letzten Session eine neue Steuer von 24 Millionen bewilligt, sondern seitdem auch die Tabakpreise um ca. 33 Millionen erhöht wurden — um das Gleichgewicht des Budget zu erzielen. Außerdem wurden zu gleichem Behufe in's Budget aufgenommen: 1) ca. 35 Millionen aus dem zweiten Kriegszuschlag, welcher 1855 nur auf zwei Jahre bewilligt wurde; 2) 98,903,413 Frcs. aus dem Amortisationsfonds — 38,608,602 Frcs. für durch die Amortisirung zurückgekaufte Rente — im Ganzen 137,512,015 Frcs. Diese 3 Summen bilden schon mehr als 200 Mill. oder (mit Ausschuß der rückgekauften Rente) 170 Millionen, ohne welche das Budget von 1862 statt im Gleichgewicht mit einem namhaften Defizit abschließen würde. Aber man kommt dem Budget auch noch durch andere Mittel zu Hülfe: man vertheilt die 170 Millionen Eisenbahn-Subvention in Jahresraten von 13,852,000 Frcs; von den 212 Millionen, über welche die Militär-Dotations-Kasse verfügt, sind 42 an der Börse angelegt und die anderen 170 der Staatskasse gegen Renten überwiesen. Endlich erhält das Budget für 1861 abermals 2,893,901 Frcs. neuer 3proz. Rente — ein hinlänglicher Beweis, daß es des öffentlichen Kredits bedarf, um das Budget ins Gleichgewicht zu bringen. Sodann prüfte Gouin die schwebende Schuld, die 1860 schon 750 Millionen betrug und durch die 40 Millionen Darleihen an die Industrie, durch 60—70 Millionen für die chinesische und die syrische Expedition vermehrt werden wird. Dazu tritt noch die schwebende Schuld der Stadt Paris (48 Mill.), die der Depositen-Kasse (ca. 48 Mill.). Auch der Credit Foncier kann 40 Mill. vom Staate zurückfordern, wann er will. Hr. Gouin rekapitulirte sodann das progressive Anwachsen der Staatsschuld, die 1813 nur 63 Mill., 1847 175 und heute mehr als 417 Mill. beträgt. Dies, meinte er, sey eine gefährliche Bahn, die schlimm enden müsse, wenn man auf ihr fortfahre. In den Mitteln, ihr ein Ende zu machen, hat man nur geringe Wahl; neue Steuern sind unmöglich, nur Sparsamkeit kann abhelfen, und um hierüber die nöthige Kontrole zu üben, reicht die dem gesetzgebenden Körper eingeräumte Befugniß, das Budget anzunehmen oder es zu verwerfen, nicht aus. (Köln. Z.)

Paris, 13. März. In der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers sprach oder vielmehr las zuerst Graf Lamoignon. Der Graf zeigt sich sehr gereizt über England und schüttet, als er auf Italien zu sprechen kommt, auch seine ganze Galle aus. Nicht Frankreich, sondern England habe die Geschicke Italiens in der Hand; aber „der Neffe Napoleons I. kann nicht zerstören wollen, was Jahrhunderte gebaut und gut gebaut haben (das Papstthum); er kann der Revolution und England nicht einen für Frankreich und für die katholische Welt so thränenreichen Triumph lassen." Der zweite Redner, resp. Vorleser ist Hr. Plichon, der da anfängt, wo am Tage zuvor Hr. Kolb-Bernard aufgehört hat. Ja, das Land ist in Unruhe und Sorgen, ganz Europa ist in Bewegung und England gerüstet, „als ständen wir am Vorabend eines Bruches". (Lärm.) England hat im italienischen Spiel von Anfang an die Oberhand gehabt, und Piemont ist ihm nur zu gern gefolgt. „Mich überkommt eine bittere Betrübniß, wenn ich den Repräsentanten eines der erlauchtesten und ältesten Herrscherhäuser Europa's durch solche Attentate den Thron und die Ehre seiner Ahnen auf's Spiel setzen sehe." (Lärmende Unterbrechung.) „Ja, wenn die Schwäche gewisser Fürsten und die Unehrlichkeit des Königs Viktor Emanuel" — gewaltiger Lärm unterbricht den Redner; von der einen Seite hört man: „Sehr wahr!" von der anderen: „Das ist Beleidigung!" Der Präsident macht Hrn. Plichon bemerklich, daß es weder von Schicklichkeitsgefühl noch von Muth zeuge, Abwesende anzugreifen, selbst wenn sie auf einem Throne sitzen. (Lebhafter Beifall auf fast allen Bänken.) Der zurechtgewiesene Redner aber wird trotzig und sagt: „Ich urtheile über die Lage meines Landes mit der Freiheit, die ein Deputirter haben muß. Ich mache hier Geschichte; ich lobe, was gelobt, ich tadle, was getadelt werden muß; das ist mein Recht, das ist meine Pflicht." (Zustimmendes Gelächter.) Aber der Präsident versteht keinen Spaß. „Ich bin hier Richter", ruft er: „über Ihre Ausdrücke, über die Schicklichkeit Ihrer Worte, und ich sage Ihnen, wenn dieselben ausschreiten, werde ich Ihnen das Wort entziehen. Jetzt fahren Sie fort!" Hr. Plichon fährt fort, um den König Franz zu rühmen, der schon ein „Legenden-Heros" geworden sey, und nachzuweisen, daß Frankreich in Italien den Ränken Englands und Piemonts gegenüber nichts habe ausrichten können. Sodann fragt er die Regierung, was sie weiter thun werde: „Rom der Revolution überlassen? Den Status quo aufrecht halten? Zur Politik von Villafranca zurückkehren?" Rom im Stiche lassen, heiße Krieg haben mit fast ganz Europa; denn „warum es verhehlen? der Name Napoleon, welcher für Frankreich im Augenblicke unserer bürgerlichen Zerwürfnisse das gottgesandte Zeichen der Ordnung gewesen, ist für Europa eine Quelle des Mißtrauens (Lärm, lang anhaltende Aufregung); denn in diesem Namen verkörpert sich die Erinnerung an die größten Leiden, welche auf Europa gelastet" (Murren.) Baroche bittet ums Wort. Hr. Plichon ließt noch

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 75.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 16. März 1861.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 14. März. Se. Maj. der König hat den mit der Funktion des Offizianten bei der Bergwerks- und Salinen-Hauptkasse betrauten Rechnungskommissär J. N. v. Sell für immer in den Ruhestand versetzt; an dessen Stelle den Berg- und Hüttenamtskassier Anton Naß in Sonthofen ernannt. (N. M. Z.)

München, 14. März. Se. Maj. der König hat dem Mechanikus Mannhardt und der bayer. Torfpreß-Aktiengesellschaft dahier ein Gewerbsprivilegium auf Ausführung ihrer Erfindung, bestehend in einer eigenthümlich konstruirten Torfpreßmaschine, für den Zeitraum von eilf Jahren verliehen. (N.M.Z.)

** München, 14. März. (Privat-Korresp.) Beim Beginn der XV. öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten verlas heute Abg. Dr. Arnheim eine Anfrage, welche im Wesentlichen dahin geht, der Landtagsabschied von 1850 enthalte, dem Antrag der beiden Kammern entsprechend, die königliche Zusicherung, daß dem Wunsche auf Vorlegung eines Berggesetzentwurfes, mit Rücksichtnahme auf die Gesetzgebung der angränzenden Staaten, nach Kräften entsprochen werden soll. Dem Landtage von 1855/58 sey zwar ein Gesetzentwurf über die Bergabgaben diesseits des Rheins vorgelegt worden, welcher auch in der von den Kammern vorgeschlagenen Fassung sanktionirt wurde; allein ein Gesetz über das Bergrecht sey bis jetzt nicht in Vorlage gekommen. Bei der Uebergabe des Gesetzentwurfs über die Bergabgaben in der Sitzung vom 21. Nov. 1855 habe der Hr. Finanzminister erklärt, daß alle Vorarbeiten zur neuen Berggesetzgebung getroffen seyen. Interpellant erlaubt sich daher die Anfrage, „ob die Vorlage eines Berggesetzes auf diesem Landtage noch zu erwarten sey; wenn nicht, welche Hindernisse entgegen stehen." — Der k. Staatsminister der Finanzen antwortete hierauf, es sey in dieser Sache noch eine Rücksprache nothwendig, er werde aber in einer der nächsten Sitzungen im Stande seyn, die Anfrage zu beantworten. — Präsident Graf v. Hegnenberg — der heute den Vorsitz dem 2. Präsidenten Dr. Weis abgetreten hatte — stellt hierauf den Antrag: die Kammer wolle für den Gesetzentwurf, die Zusammenlegung der Grundstücke betr., wegen der Wichtigkeit desselben einen besonderen, aus 15 Mitgliedern bestehenden Ausschuß wählen. Dieser Antrag ward genügend unterstützt und kommt in der nächsten Sitzung zur Berathung.

* Es ist in letzter Zeit schon mehrmals bemerkt worden, und wurde in der „Südd. Ztg." erst neuerlich wieder beklagt, daß dem Landtag von der Regierung bis jetzt keine Vorlagen gemacht wurden, die ihn hinlänglich beschäftigen könnten. „Die Kammern", sagt die „Südd. Ztg.", „sind nun schon im dritten Monat versammelt, und es ist bis heute nichts zur Vorlage gekommen, als in der Kammer der Reichsräthe das Gesetz über Gutsarrondirung, welches schon auf dem letzten Landtage da war, und in der Kammer der Abgeordneten die Rechnungsnachweisungen und der Entwurf des Budget. Aber selbst hier sind die Nachweisungen des Kriegsministerium erst in den letzten Tagen übergeben worden, und das Militärbudget mangelt noch bis auf diese Stunde. Unter diesen Verhältnissen ist gar nicht abzusehen, wann der Landtag ernsthaft anfangen, geschweige, wann er zu Ende gehen soll. Die Ausschüsse für Rechtspflege und Verwaltung haben bis jetzt mit Regierungsvorlagen gar nichts zu thun, sondern beschäftigen sich lediglich mit Prüfung von Anträgen aus der Mitte der Kammer selbst, und die nicht in den Ausschüssen befindlichen Abgeordneten sind bis jetzt ihrem sonstigen Berufe und ihren Familien entzogen gewesen, um wöchentlich einmal einer höchstens zweistündigen Sitzung anzuwohnen, denn für Mehreres fehlte das Material. Die Abgeordneten fangen nachgerade an, ungeduldig zu werden, zumal da sie wissen, daß noch manche bedeutende Gesetzvorlagen ihrer harren, wie z. B. das verheißene Gesetz über Rehabilitation, über Brandversicherung, über neue Eisenbahnen und Telegraphen-Linien. Auch das Land wird ungeduldig, und möchte endlich sehen, daß etwas gefördert wird. Uebrigens kann man der Regierung allein die Schuld der gezwungenen Unthätigkeit der Kammern nicht zuschreiben. Die vorgelegten Rechnungs-Nachweisungen und das ebenfalls vorgelegte Budget harren noch der Erledigung, und warum diese sich verzögert, darüber dürften die Ausschüße, beziehungsweise der Berichterstatter zu befragen seyn."

* **Preußen.** Die Berliner „National-Ztg." gibt in einem Rückblick auf die bisherige Sitzungszeit des Landtags, der fast keine Arbeit von Bedeutung gefördert hat, folgende Schilderung der inneren staatlichen Zustände in Preußen, die, wenn auch von ihrem besonderen Partei-Standpunkt aus erfaßt, doch in der Hauptsache der Wahrheit nicht entbehrt. Sie sagt: „Wohin man blicke, überall Stillstand, Hemmung, Tendenzgeist; das sind die Merkmale einer Zeit, die vor drittehalb Jahren als eine reformatorische ausgerufen wurde und überall das Echo fand: „„Wir wollen die Parteihändel und die Parteiregierung schließen, wollen einander vertrauen und die bessernde Hand an die zahlreichen Mängel und Mißbräuche legen, die eine böse Zeit uns hinterlassen hat!"" Wenn wir an das Aufathmen der Geister, an den Aufschwung der Hoffnungen zurückdenken, der damals durch das Land ging, so fällt uns auch der patriotische Stolz wieder ein, womit von dieser so gemäßigten wie starken moralischen Erhebung gesprochen wurde. Ueberall hörte man sagen, es sey eine Periode wieder angebrochen, die dieses Staates würdig sey; ja noch mehr, wie oft hörte man nicht rühmen, nur in einer Monarchie von so gesunder Anlage verstehe die Krone so rechtzeitig zu reformiren und das Volk so rückhaltlos zu vertrauen, Preußen wurde als ein vor vielen bevorzugtes Land gefeiert, welches trotz vorübergehender Verirrungen stetig und in heilsamer Richtung vorschreite und das von einem Genius gesetzlicher Freiheitsentwicklung begleitet sey, der sich in ihm wie heimisch fühle. Wenn man diese zuversichtliche Sprache hörte, so hätte man glauben können, das Preußen der neuen Aera werde unter den Nachbarländern eine Oase der Wohlfahrt seyn oder mit den am meisten fortschreitenden unter ihnen wetteifern; auf jeden Fall schien ihm ein hervorragender Rang unter den europäischen Staaten, was die Befriedigung der Zeitbedürfnisse angeht, verheißen zu werden. Wie nimmt sich aber heute die Physiognomie des Landes aus, verglichen mit andern Ländern? Wenn unter uns noch immer jemand auf den einheimischen Liberalismus stolz seyn sollte, so würde doch auch er sicherlich nicht behaupten, daß jetzt im übrigen Europa eine Zeit der Reaktion bestehe. Der Rückschlag, welcher auf 1848 folgte, ist jetzt überall bis zu erheblichem Grade überwunden, überall brechen sich populäre Forderungen mit größerer oder geringerer Macht Bahn und finden Berücksichtigung. Der Bonapartismus in Frankreich hat seine volksfreundliche Seite hervorgekehrt. In Italien, vor Kurzem noch dem verdorbenen und geknechtetsten Lande, ist die Tribüne eines freien und geeinigten Volkes erstanden. Die Absolutisten Oesterreichs sogar sind endlich von ihrer Niederlage überzeugt. Verfassungszustände werden eingeführt, wo es früher Hochverrath war, das Wort zu nennen. Ja, unser Nachbar im Osten ist ebenfalls von der Hand der Zeit berührt worden, die Emanzipation der Leibeigenen in Rußland steht bevor und die Regierung des Czaren scheint für gut zu finden, in Polen milde Saiten aufzuziehen. Die Stimmen der Völker, ihre Wünsche, ihre Bedürfnisse wagt man heute nirgends zu verachten, und so haben wir unsererseits gewiß keinen Grund, es für einen Vorzug zu halten, der uns zu Theil geworden, wenn die Regierung nicht mehr ganz so, wie in der Reaktionszeit geführt wird. Zugeständnisse müssen heute überall von den Bevorrechteten im Regimente an die Regierten und an die große Mehrzahl gemacht werden; in dieser Richtung der Zeit liegt unsere Bürgschaft, daß die Reaktion nicht jählings wieder auf uns herabfahren wird: wehe

musikalische Bildung auf die rechte Bahn zu leiten und für das wahrhaft Schöne zu gewinnen. Es verdient daher der Herausgeber wie die Verlagshandlung, die mit Verständniß und Gewissenhaftigkeit für die gediegene Durchführung des zeitgemäßen Werkes sorgen, die vollste Anerkennung, und wünschen wir nur, daß sich letztere durch eine stets steigende Theilnahme an dem Unternehmen mehr und mehr kundgebe.

Neueste Nachrichten.

München, 13. März. Im Einlauf der Kammer d. Abg. befinden sich 13 Vorstellungen der Schullehrer aus verschiedenen Landgerichtsbezirken, „Erhöhung des Schulgelds betr.", dann Vorstellungen der Forstwärter in Mittelfranken, des Stadtpfarr-Klerus von St. Lorenz in Kempten, der Lehrer an den Gewerbsschulen zu Würzburg, Aschaffenburg und Schweinfurt, der Bahnwärter auf der Strecke Aschaffenburg-Karlstadt, der Landgerichts- und Rentamts-Skribenten von Oberfranken und der Funktionäre der Polizei-Direktion in München um Verbesserung ihrer Lage ꝛc.

Weißenfels (in Preußisch-Sachsen), 9. März. Die „Thür. Zeitung" meldet: „Das Erkenntniß gegen die betreffenden Offiziere wegen des im vorigen Herbst stattgehabten Konflikts mit hiesigen Einwohnern soll auf mehrwöchentlichen Festungsarrest lauten."

Dresden, 12. März. Staatsminister v. Beust beantwortete heute in der 2. Kammer eine Interpellation des ehemaligen Staatsministers Georgi bezüglich des deutschen Handelsgesetzbuches dahin, daß, falls ein verfassungsmäßiger Bundesbeschluß in dieser Angelegenheit, dessen Anstrebung allerdings nach anderer Seite die Aussicht auf eine allgemeine Annahme vermehren dürfte, nicht zu erreichen seyn sollte, die sächsische Regierung bereit sey, sich bei Einführung des Handelsgesetzbuches, wie es in Nürnberg zu Stande gekommen ist, im Wege der Partikular-Gesetzgebung zu betheiligen. (Pr. Ztg.)

Kirchberg (im Königreich Sachsen), 10. März. Der „D. A. Z." zufolge hat der Kultusminister den hiesigen Diakonus, der sich geweigert hatte, eine Geschiedene wieder zu trauen, von seinem Amte entlassen. (Pr. Ztg.)

Wien, 11. März. Man schreibt der „N. Pr. Z." aus Paris: „Die Kommentare, welche die Pariser Ungarn zu dem offenen Sendschreiben Klapka's und Türr's (Warnung vor angeblichen Umtrieben österr. Agenten, um bei den Wahlen Unruhen zu erregen) liefern, haben uns davon überzeugt, daß der eigentliche Zweck dieses Schreibens kein anderer war, als das Fiasko, welches der Einfluß der Emigration unter den Magyaren gemacht hat, zu verhüllen. Kossuth und Konsorten sind den Ungarn schon längst als vorgeschobene Posten und Agenten des Bonapartismus verdächtig geworden, und wenn sie plötzlich zum Zaudern und Zuwarten rathen, so geschieht es nur, weil ihre Aufhetzereien kein Gehör gefunden hatten. Sie wissen sehr gut, daß die Ungarn es doch nicht bis aufs Aeußerste treiben mögen. Ganz besonders scheint sie zu verdrießen, daß keine Aussicht für sie vorhanden ist, aus den Wahlen für den Landtag hervorzugehen; sie hatten auf eine solche Demonstration um so mehr gezählt, als die Amnestie sich nicht über sie ausdehnt, ihre Erwählung also wie eine glänzende Protestation erschienen seyn würde. General Türr scheint überhaupt gern Sendschreiben zu erlassen. Früher verhieß er bekanntlich, sich den Weg nach Ungarn mit Gewalt zu bahnen. Jetzt ermahnt er die Serben, doch den Magyaren zu trauen; nicht diese herrliche Nation, sondern die österreichische Regierung hätte sie bedrückt u. s. w." (So sehr wir wünschen, daß dieser Berichterstatter Recht hätte, so steigen uns doch einige Zweifel auf, ob er nicht zu früh triumphirt.)

Paris, 11. März. Die Kaiserin hat aufgehört, für die Sache des Papstes und des Episkopats zu sprechen; sie äußert sich zu ihrer Umgebung dahin, daß es bei der Wendung, welche die Dinge genommen haben, und unter den gegenwärtigen Umständen Pflicht sey, Alles zu vermeiden, was die Politik der Regierung behindern könne. Es scheint, daß man das Hirtenschreiben des Bischofs von Poitiers dazu benutzt hat, um die Kaiserin in jenem Sinne zu beeinflussen. (Zu hoffen war von der Hülfe dieser Dame von vorn herein nur sehr wenig.) (N. Pr. Z.)

Paris, 13. März. Die „Patrie" widerspricht der Nachricht, daß sich Prinz Napoleon demnächst nach Italien begeben werde. (T. d. N. Kor.)

Triest, 13. März. Die Ueberlandpost bringt Berichte aus Kanton, 30., Shanghai, 26. Januar: Die Franzosen erfochten am 1. Jan. in Cochinchina einen Sieg und besetzten zwei Forts. 600 Feinde wurden getödtet. Der Verlust der Franzosen beträgt nur 6 Verwundete; sie haben aber viele Kranke. (T. d. N. K.)

Turin, 13. März. Aus Messina vom Heutigen wird offiziell gemeldet: **Die Citadelle hat sich ergeben.** (T. d. N. Kor.)

St. Petersburg, 7. März. An den Fürsten-Statthalter ist die Weisung abgegangen, angesichts der Zustände in Warschau die Fonds der Staatsbank in Polen, welche bekanntlich aus Staatsmitteln fundirt ist, gegen Spoliation sicher zu stellen und das baare Geld nebst Barren und Depositen nach Nowogeorgiewsk oder der Citadelle zu schaffen. (Dies gab wahrscheinlich Anlaß zu dem falschen Gerücht, das neulich der „Czas" mittheilte.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	77 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	60¼ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	49¾ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	41¾ P.
„	4½ pCt.	37½ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	87⅝ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102½ G.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102½ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103½ P. ⅛ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	100¼ P. 100 G
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100¼ P. 100 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104½ P. ⅛ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95¼ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	102¾ P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	95⅝ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	101½ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100¾ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	93⅜ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	101⅞ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99½ P. 99 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	98 P.
„	3 pCt. Obl.	89⅞ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47½ P.
„	1¾ pCt. „ „ „	41⅛ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	97⅞ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	116 P. 108¾ G
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	578 P. ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	127½ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	181 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	76 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	70½ P. ¼ G.
Internationale Bank in Luxemb. . .	82 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	333 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	68⅛ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	224 P.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	123½ P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	72¾ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z	25½ P. ¼ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. . .	130¼ P.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	99¼ P. 99 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50¾ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	236 G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	525 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	468 P.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	104⅜ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99¾ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105¼ B. 105 G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96 B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105¼ B. 105 G.
Hamb. Mll. 100 k. S.	88¼ B. 88 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ B. 105 G.
London Lst. 10 k. S.	118⅝ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. l. 250 k. S.	93⅛ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅝ B.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	79⅛ B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	78 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	47⅝ P. ¼ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	55¼ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	129 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	55½ P.	„ fl. 25 do.	34¾ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	91½ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	34¼ G.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	118 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	49¾ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	36 P.
Badische fl. 50	90 P.	Vereins-Loose fl. 10.	10⅜ G.
Badische fl. 35	52⅝ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅝ G.

Frankfurt, 14. März. Oesterr. National und Kreditaktien wurden etwas billiger abgegeben. Für preußische und süddeutsche Fonds währt der Begehr fort. Auch heute war das Geschäft sehr beschränkt. (Synd.)

Paris, 12. März. Gestern begann im gesetzgebenden Körper die Berathung der Adresse. Nach dem Grafen Flavigny und Hrn. David erhob sich **Kolb-Bernard** zu einer Rede, die gewissermaßen eine Paraphrase der Note des Kardinals Antonelli zu nennen war. Am Schluß steigerte sie sich zu den schärfsten Anklagen gegen die kaiserliche Politik. „Es gibt kein Völkerrecht mehr in Europa; eitle ökonomische Theorien und Gränzen-Veränderungen werden es nicht wieder herstellen. Das christliche Recht hatte die politische Ordnung Europa's begründet, wie sie vor den Verträgen von 1815 bestand; dieser Grund ist bis jetzt ins Tiefste erschüttert, und täglich wird er aufs Neue zerstoßen; ihn zu festigen, das ist jetzt die Sache, um die es geht, das ist heute die große Politik." Darauf erhob sich der Minister **Billault** und sagte: „In der eben vernommenen Rede wurde der Politik Frankreichs der Vorwurf der Erniedrigung gemacht, den kein Franzose erträgt. (Vielseitiger Beifall.) Es wurden gegen den Frieden des Landes Drohungen von Unruhen und Wühlereien laut, welche ein guter Staatsbürger auf dieser Tribune nicht hätte vorbringen sollen. Es wurde gegen unsere ganze Haltung und gegen unsere Bundesgenossen mit einer Unklugheit, ich will nicht sagen: Leidenschaftlichkeit, gesprochen, die Sie nicht billigen werden. Wir behalten uns weitere Antwort für die Berathung der einzelnen Absätze der Adresse vor, wo wir beweisen werden, daß die Politik Frankreichs nicht aufgehört hat, katholisch zu seyn, aber auch gleichzeitig freisinnig ist; wir werden Ihnen ferner beweisen, daß, wenn sie niemals ultramontan gewesen, sie französisch ist und französisch zu bleiben wissen wird." Staatsrath **Baroche** fügt dieser Erklärung hinzu: „Das Schwerste in der Rede des Herrn Kolb-Bernard war die Behauptung, die zehnmal wiederholte Behauptung, daß das Land in Aufregung sey, daß überall Unruhe herrsche. (Zahlreiche Rufe: „„Nein, nein, das Land ist nicht in Unruhe!"" Stimmen zur Rechten: „„Ja, ja!"") Meine Herren! Wir sprechen vor den Vertretern des Landes, und vor Kurzem waren Sie noch mitten im Volke. Wohlan! Wir beschwören Sie, zu erklären, ob diese Behauptungen gegründet sind, ob die Gefahren bestehen, an die man uns glauben machen will. (Zahlreiche Rufe: „„Nein, nein!"" Mehrere Mitglieder der Rechten: „„Ja, ja!"") Ich versichere, wie es im Senat versichert worden, daß diese angebliche Aufregung nur besteht und bestehen kann, wo sich feindliche Parteien maskiren, um die Regierung des Kaisers anzugreifen. (Sehr gut! Bravo! Lärm auf einigen Bänken.) Ueberall — wir hoffen, daß auch Sie es sagen werden — billigt man das Geschehene und hat man Vertrauen auf das Kommende. Ja, wir haben die feste Hoffnung, daß schließlich nach abgegebenen Erklärungen das Votum dieser Versammlung so ausfallen und für die Ehrlichkeit der Politik des Kaisers zeugen wird." (Lebhafter Beifall.) (K. Z.)

Paris, 12. März. Dem Vernehmen nach ist der bekannte republikanische Chef Blanqui, der seit 22 Jahren über 21 Jahre im Gefängniß zugebracht hat (er wurde bei Gelegenheit der allgemeinen Amnestie in Freiheit gesetzt und war 1848 drei Monate in Freiheit), vorgestern wieder verhaftet worden. Wie die „Patrie" wissen will, wurde ein gewisser Senique mit ihm verhaftet. Die Anklage lautet, dem genannten Journale zufolge, auf Theilnahme an einer geheimen Gesellschaft. (K. Z.)

Italien.

Rom, 5. März. Im Palast des Quirinals, wo die neapolitanische Königsfamilie wohnt, war es die letzten Tage ungewöhnlich lebhaft. Der König gab dem Kardinal-Staatssekretär Antonelli ein Diner, woran das diplomatische Corps Theil nahm, und früher waren der hohe römische Adel wie Fremde von Auszeichnung empfangen worden. Vorgestern speiste die königliche Familie bei der Königin-Mutter von Spanien im Palast Albani; viele Eminenzen, Minister und General Goyon waren gleichfalls bei dem Bankette, welches das glänzendste der Saison war. Bemerkenswerth ist die unerschütterliche Zuversicht, welche die Umgebung des Königs zur Schau trägt. Denn da ist Keiner, welcher nicht den festen Glauben zeigt, daß Franz II. in Kurzem, vielleicht schon nach einem Monat, möglicher Weise noch ehe der Besuch in Rom zu Ende geht, nach Neapel zurückkehrt. Auch der König selber soll in dieser Beziehung sanguinische Hoffnungen nähren. (Berl. Börs.-Ztg.)

Turin, 10. März. General Türr hat in England bedeutende Waffen-Einkäufe gemacht. Garibaldi, Bizio, Türr, Klapka und Kossuth scheinen mit Cavour und dem König Viktor Emanuel einig über die Haltung für die nächste Zukunft zu seyn. Die österreichische Regierung thut, als glaube sie den Vertagungsabsichten der Italiener und Ungarn nicht, und rüstet, und es fehlt nicht an Solchen, die da meinen, Oesterreich handle mit dem Hintergedanken, demnächst selber anzugreifen (oder vielmehr die Herren in Turin möchten mit aller Gewalt der Welt weißmachen, Oesterreich habe diesen Gedanken). (Köln. Ztg.)

Turiner Briefe in französischen Blättern bezeichnen die in der sardinischen Thronrede angekündigte Reorganisirung der Armee und der Flotte als die wichtigste Aufgabe des Ministerium im gegenwärtigen Augenblick. Um die durch die Auflösung der neapolitanischen Armee von 120,000 Mann entstandenen Lücken auszufüllen, hat der Kriegsminister General Fanti den Befehl erlassen, das Kontingent der zweiten Kategorie der Klasse von 1840 unter die Fahnen zu rufen: dies ergebe einen Zuwachs von 40- bis 50,000 Mann. Sodann soll noch in dieser Woche den Kammern in Turin eine Gesetzvorlage gemacht werden, in welcher die Regierung verlangt, zur Aushebung der Klasse von 1841 schreiten zu können. Diese Rekrutirung wird dann in den ersten Tagen des Mai und im Juni vorgenommen werden. Auf solche Weise gedenkt man in Turin den Bestand der Armee binnen drei Monaten um 100,000 Mann zu vermehren. (Fr. Postztg.)

Wie man der „Union" aus Turin schreibt, ist **Garibaldi** auf seinem Schiffe „Washington" **von Caprera abgereist**.

Die „Zeitung von Parma" meldet, der russische Gesandte in Madrid, der auf der Reise dorthin einige Tage in Genua bleiben wollte, sey von seiner Regierung angewiesen worden, italienischen Boden zu vermeiden.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 11. März. Die Schauspielerin Frau v. Bulyowsky, die jetzt hier gastirt, hatte die Ehre, von Sr. Maj. dem Könige wiederholt in Audienz empfangen zu werden. Dem Vernehmen nach sprach Se. Majestät unter Anerkennung der ausgezeichneten Leistungen dieser Künstlerin den Wunsch aus, dieselbe möge, wenn sie nicht in der Lage sey, an hiesiger Hofbühne ein Engagement anzunehmen, wenigstens alljährlich eine Anzahl Gastrollen hier geben.

Stuttgart, 11. März. Gestern wurde in der Nähe von Salach bei Göppingen ein schändliches Verbrechen verübt. Auf den vorübergehenden Ulm-Stuttgarter Zug wurde ein Schuß abgefeuert, der durch einen Personenwagen und in diesem durch den Hut eines Reisenden drang. Einen halben Zoll tiefer hätte die Kugel drei Menschenleben kosten können. Der Verbrecher ist noch nicht entdeckt.

Ein deutscher Kaufmann in London, Hr. Heinrich Wilhelm **Göschen**, der schon 46 Jahre in England lebt, hat dem königl. sächsischen Ministerium des Kultus in Dresden ein Kapital von 15,000 Thlrn. übergeben, von dessen Zinsen die vorzüglichsten Schüler des Gymnasium zu **Grimma** Stipendien erhalten sollen. Das Stipendium, 200 Thaler auf 3 Jahre, sollen die vorzüglichsten Schüler ohne Rücksicht auf Vermögen oder Geburt bei ihrem Abgange auf die Universität erhalten. Da der hochherzige Stifter Aufmunterung zur Wissenschaft bezweckt, so will er auch den reichsten und hochgeborenen von der Auszeichnung und Belohnung, die das Stipendium gibt, nicht ausgeschlossen wissen. Ehre diesem hochherzigen deutschen Manne!

Bingen, 11. März. Nach dem Urtheil sachverständiger Leute haben die Weinstöcke hier weniger durch die Kälte, als durch den Schnee gelitten, der sie theilweise rissig machte. (Fr. Pstz.)

Professor Hassenstein in **Gotha** unternahm jüngst den ersten Versuch, eine elektrische Beleuchtung durch Quecksilber, statt der bisher angewendeten Holzkohle, herzustellen. Das Experiment gelang vollkommen und das Licht glich dem der Sonne, während die Gasflammen als armselige Oellampen dagegen erschienen. Die Herstellung einer Photographie durch dieses elektrische Licht erfordert nur 12—15 Sekunden Zeit. Hassenstein ist der erste Chemiker, der die englische Erfindung auf dem Kontinent zur Geltung gebracht hat.

Herr Tempel in **Marseille** hat nicht nur den 64. (siehe gestern), sondern am 9. März auch den 65. Planetoiden zwischen Mars und Jupiter entdeckt.

Literarisches. Nachdem uns eine weitere Reihe von Lieferungen des bereits mehrfach erwähnten Werkes: „Hallbergers Prachtausgabe der Klassiker Beethoven, Clementi, Haydn und Mozart in ihren Werken für das Pianoforte allein, herausgegeben von Moscheles, zugekommen ist, können wir nicht umhin, die Aufmerksamkeit unserer Leser wiederholt auf diese ebenso korrekte als billige und schön ausgestattete Sammlung zu lenken und dieselbe allen Pianofortespielern zur Anschaffung zu empfehlen. Das Studium dieser herrlichen Kompositionen, welche die erhabensten Gedanken in vollendeter Form enthalten, ist vorzüglich geeignet, den Geschmack und die

des Staates. Was das theologische Lehramt betreffe, so müsse die Kirche darüber, was kirchliche Lehre sey, entscheiden, und der Staat könne dies gar nicht entscheiden. Eben so wenig anstößig seyen im Wesentlichen die übrigen Punkte der Konvention.

Staatsrath v. Rümelin: Man möge eine Erklärung entgegennehmen, die für die Mehrheit und Minderheit Gründe geben könne, ihre Ansichten zu modifiziren. Im Jahre 1854 habe man eine Vereinigung mit dem Bischof von Rottenburg geschlossen, in der man sich über gültige Regelung der Verhältnisse der Kirche verständigt habe; auf wie lange diese Uebereinkunft dauern solle, habe man nicht bestimmt. Die Regierung sey nunmehr darauf aufmerksam gemacht worden, daß zur Gültigkeit dieser Uebereinkunft die Zustimmung des Papstes erforderlich sey. Man habe nun mit dem Papste verhandelt, ohne daß in formeller Weise irgend etwas geändert worden wäre. Die Regierung habe nur zugesichert, im Wege der Verordnung und der Gesetzgebung die nach dieser Uebereinkunft erforderlichen Schritte zu thun, um die Verhältnisse der katholischen Kirche endgültig zu ordnen, es sey aber keineswegs in Rom von einer vertragsmäßigen Verbindlichkeit gesprochen worden; die Zeitdauer sey bei den ganzen Verhandlungen nie berührt worden. Indessen werde man nicht einen mühsam geordneten Zustand wieder in Frage stellen wollen, sondern froh seyn, daß diese Sache geregelt sey, obwohl eine bindende Zusicherung nicht gegeben worden sey. Wo es sich um innere Dinge handle, mache die Regierung auch entfernt nicht den Anspruch, mehr zu verlangen, als von den Faktoren der Gesetzgebung ins Leben eingeführte Gesetze. Von diesem Standpunkt aus müsse er von seiner Seite den Antrag, daß die Konvention unverbindlich sey, so weit anerkennen, als sie für sich nicht weiter greifen könne, als die Gesetzgebung und die Verordnungen, die nach ihr eingeführt und gegeben werden. Diese Verbindlichkeit sey in dem Augenblick erloschen, in welchem die Vereinbarung in Gesetze und Erlasse übergegangen sey. Den Ständen gegenüber komme deßhalb nicht die Konvention in Betracht, sondern die Verordnungen und Gesetze, welche in Folge derselben erlassen seyen, und sie könnten deßhalb nur gegen die einzelnen Verordnungen sich aussprechen. Die Verordnung von 1857 nun enthalte nur allgemeine Anweisungen, welche nothwendig gewesen seyen, um die Bestimmungen der Konvention ins Leben einzuführen. Auf die Bitte, diese Gegenstände im Wege der Landesgesetzgebung zu ordnen, habe die Regierung zu erwidern, daß sie einen Gesetzesentwurf vorgelegt habe. Die Stände mögen ihn berathen, daran ändern oder ihn verwerfen; eine vertragsmäßige Unabänderlichkeit habe derselbe nicht. In Baden bedürfe man, nachdem man dort die Uebereinkunft abgelehnt habe, neuer Verständigungen, um die kirchlichen Verhältnisse zu regeln. Die Frage über das Patronatsrecht und über das Kirchenvermögen könne man nicht ordnen ohne gegenseitige Uebereinkunft, denn hier weise die innere Natur der Sache auf eine Befriedigung zwischen Staat und Kirche hin. Wenn man daher die Uebereinkunft mit der päpstlichen Kurie als nicht bestehend, als vernichtet betrachten würde, wie es die Minorität wünsche, dann müßte man dieselbe wieder in die Form eines Gesetzes bringen, und er bitte deßhalb, dem Antrag der Mehrheit beizustimmen, dessen Ausführung und Gründe er anerkenne, um einem zwanzigjährigen Wunsch und Bedürfniß entgegenzukommen. (Man sieht, die Regierung kommt den Kammern so weit entgegen, als sie, nachdem einmal das Konkordat abgeschlossen ist, nur immer kann.)

Sarwey: Der wichtigste Artikel der ganzen Konvention sey Art. 4 Absatz 1, in welchem dem Episkopat alle die Rechte eingeräumt seyen, welche ihm nach der gegenwärtigen vom h. Stuhl gutgeheißenen Disziplin der Kirche zukommen. Man finde eine Garantie in dem Worte „gegenwärtigen", wogegen er erinnere, daß man die einzelnen Bestimmungen der gegenwärtigen Disziplin ja nicht einmal kenne. Und man habe erfahren, daß dem badischen Gesandten eine Reihe von 100 Folianten im Vatikan gezeigt worden sey, mit dem Bemerken, hier sey die vigens disciplina zu finden. Alle Autoritäten seyen darin einverstanden, daß mit dieser vigens disciplina das ganze kanonische Recht anerkannt sey. Nun müsse man erwägen, was das heißt, das kanonische Recht sey in Württemberg anerkannt: der ganze Kreis der kirchlichen Gesetzgebung, und zwar in einer Konsequenz der mittelalterlichen Anschauung, wie wir sie zwar bewundern, niemals aber billigen können. In dieser Verbindung sey auch die Eidesformel des Bischofs („wie es einem Bischof geziemt") zu erinnern. Ob dies etwa heiße: so fest wie ein Bischof seinen Eid zu halten gewohnt ist? Es sey vielmehr dadurch einfach zu erkennen gegeben, daß der Bischof nur den Kirchengesetzen Gehorsam schuldig sey, und daß er diese über die Staatsgesetze zu setzen habe, und den Beweis dafür liefere dermalen der Erzbischof von Freiburg. Was die Schule betreffe, so wisse man, welche Folgen es haben müsse, wenn der Staat nicht nöthig gefunden habe, hier auch bei dem religiösen Unterricht dem Bischof gegenüber sein Oberaufsichtsrecht zu wahren. Ebenso verhalte es sich mit den Bestimmungen über das kirchliche Vermögen. Nach allgemeinen Grundsätzen werde der, welcher einen Vertrag abschließt, dadurch verpflichtet. Die Regierung sage aber, sie sey nicht verpflichtet, dann wieder, eine Aenderung sey unter gewissen Bedingungen nicht zulässig. Diese Argumentation könne er nicht als zulässig anerkennen, so lange man ihm nicht beweise, daß ein Vertrag wirklich Vertrag, und wieder nicht Vertrag seyn könne. In den Erklärungen der Kurie finde man aber die Versicherung, daß man die andere Seite durch den Vertrag für verpflichtet erkenne. Die Kurie halte fest an dem Grundsatze, daß die Konventionen Staatsverträge seyen, welche den Staat binden. Dann aber könne die Konvention eine rechtliche Gültigkeit nicht haben, so lange die Stände nicht zugestimmt haben. Was den Antrag der Minderheit betreffe, so denke er, derselbe sey klar genug gefaßt, und sein Unterschied von dem Antrage der Mehrheit werde sich klar ergeben. Dieser sey mit dem Inhalt der Konvention einverstanden, der Antrag der Minderheit aber nicht, weil dieselbe mit der Auslegung, welche man der Konvention gebe, sich nicht einverstanden erklären könne. Nur der Antrag der Minderheit spreche aus, daß die Konvention als unverbindlich betrachtet werde, möge von Seite der Kurie dagegen gesagt und behauptet werden, was da wolle. Nicht gegen die Freiheit, nicht gegen die Rechte der katholischen Kirche kämpfe man, sondern gegen eine Partei in der katholischen Kirche, gegen den Versuch hierarchischer Anmaßungen, gegen die Störung des konfessionellen Friedens. Die Bestrebungen gegen das Konkordat kämpfen für Gewissensfreiheit gegen den Gewissenszwang, für die Rechte des Staates gegen die Ansprüche der Hierarchie. Die Sailer, Wessenberg rc. seyen gute Katholiken gewesen, aber sie haben hierarchischen Bestrebungen sich entgegengestellt. „Verwerfen wir", so schloß Sarwey, „das Konkordat, meine Herren, die Volksstimme Deutschlands, die Stimme aller Jahrhunderte steht hinter uns." (Vielstimmiges Bravorufen.)

Holstein. Es leuchtet ein, daß die neuen Verfassungs-Vorlagen, welche die dänische Regierung dem holsteinischen Landtag gemacht hat, sehr viele freisinnige Bestimmungen enthalten, sie räumen den Holsteinern ein Maß von politischen Rechten ein, wie es die Bürger weniger deutschen Staaten besitzen; aber es scheint aus Allem hervorzugehen, daß diese Freiheiten nur bewilligt werden sollen unter der Bedingung der völligen Trennung von Schleswig auch für die Zukunft und der fortdauernden Mehrbelastung Holsteins in Steuer- und Finanzangelegenheiten. Darum wird am Ende wohl auch diesen Vorlagen der Landtag seine Zustimmung versagen, denn sie gefährden namentlich in den Bestimmungen über die Finanzen das zukünftige Verhältniß Holsteins zu dem Gesammtstaate Dänemark und zu dem stammverwandten Schleswig in einer Weise, welche das Recht und die freie Entschließung Holsteins in dieser Beziehung aufs Aeußerste beeinträchtigen könnte. Dieser Umstand kann der holsteinischen Ständeversammlung nicht entgehen. Sie wird in dem Entwurfe wohl die mit lockenden Vogelbeeren ausgezierte Schlinge erkennen und sich um so mehr hüten, ihren Kopf hineinzustecken, da der Entwurf über die „provisorische Stellung Holsteins zum Gesammtstaate" als Scheuche vor den appetitlichen Beeren steht.

Großbritannien.

Im Oberhaus beantragte Derby, daß bei den Eisenbahnbauten durch London Bedacht darauf genommen werde, daß die Wohnhäuser der Armen nicht vermindert werden, und die Kompagnien angehalten würden, für von Arbeitern bewohnte Häuser, die sie niederreißen, sofort andere zu bauen oder den Armen zur Verfügung zu stellen.

Die deutschen und französischen Weinhändler in London haben bei einem Meeting eine Petition an die Regierung um Aenderung der Weinzölle beschlossen, die nun nach dem Alkoholgehalt erhoben werden, was den spanischen und portugiesischen Weinen vortheilhaft ist.

Frankreich.

Paris, 12. März. Laguerronniere arbeitet an einer neuen Broschüre, welche als Widerlegung der vor einigen Tagen veröffentlichten Note des Kardinals Antonelli dienen soll. — Der Justizminister hat in Bezug auf den Prozeß Mallet die Generalprokuratoren angewiesen, jede unerlaubte Proselytenmacherei vor den Gerichten zu verfolgen. — Mit Türr ist Mieroslawski von London wieder nach Paris zurückgekehrt.

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht.

№ 74.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Schrift	58. Jahrgang.	oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 4 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 15. März 1861.

Deutscher Bund.

Bayern. Laut einer Bekanntmachung der General-Direktion der Verkehrsanstalten tritt vom 16. d. an eine Ermäßigung der Kanal- und Krahnengebühr (am Ludwigskanal) für Brennmaterialien, Baumaterialien, Erze, Abfälle und Düngemittel um 25 pCt. ein.

* Die Adresse von 28 Augsburger Wahlmännern an den Abg. Paur bezüglich des Völk'schen Antrags ist, wie der Schluß zeigt, von Nationalvereins-Freunden ausgegangen, welche die Gelegenheit benutzen wollten, um mit ihrer Forderung einer starken Centralgewalt auch einmal wieder hervorzutreten, wiewohl der Zusammenhang mit der kurhessischen Frage etwas schwer zu begreifen ist. Uebrigens zählt Augsburg 81 Wahlmänner, woraus sich das Weitere von selbst ergibt. Man kann recht wohl für den Völk'schen Antrag und doch gegen den Ton jener Adresse und gegen den Schluß seyn, zu welchem sie kommt.

Eine wegen Wahlumtrieben und Bestechung zu Gunzenhausen eingeleitete Untersuchung führte dahin, daß zwei Magistratsräthe, sowie ein Gemeindebevollmächtigter ihrer Funktionen enthoben wurden. (Fr. K.)

Kempten, 12. März. Die „Kempt. Z." schreibt: Die Frage der Kempten-Memmingen-Ulmer Eisenbahn dürfte demnächst einer befriedigenden Lösung entgegen gehen. Vorige Woche befand sich eine Deputation aus den beiden erstgenannten Städten in München und erhielt von Sr. Majestät sehr günstigen Bescheid.

In der Pfälzer Generalsynode wurde am Schlusse der Verhandlung über die Gesangsbuchsfrage ein Separatvotum zu Protokoll gegeben, das folgendermaßen lautet: „Die unterzeichneten Mitglieder der protestantischen Generalsynode fühlen sich durch ihre Ueberzeugung und ihr Gewissen verpflichtet, den in Betreff des kirchlichen Gesangbuchs gefaßten Beschlüssen dieser Versammlung gegenüber es auszusprechen, daß sie zwar die Mängel des alten Gesangbuchs, sowie die Vorzüge des neuen keineswegs verkennen, daß sie aber auch das neue Gesangbuch nicht für frei von Mängeln, sondern der Verbesserung bedürftig erachten; daß sie ferner die Situation weder für gefahrdrohend, noch für dringend halten, vielmehr der festen Ueberzeugung leben, daß nur ein besonnenes, wohlbemessenes, namentlich von aller Hast befreites Vorangehen in dieser so hochwichtigen Angelegenheit gedeihliche Früchte trage und im friedlichen Wege wahrhafte Verbesserungen bringen kann; daß sie insbesondere in dieser, die Gewissen der Religionsgenossen und die langgewohnten Anschauungen derselben so nahe berührenden Sache nicht nur jede Nöthigung, sondern selbst den Schein einer Nöthigung für vermeidenswerth erachten, daß sie demgemäß, soweit eigene Erfahrung in ihren Kreisen sich erstreckt, die zahlreichen Erklärungen und Eingaben der protestantischen Gemeinden ihrer großen Mehrheit nach für den wahren und ernstlich zu beachtenden Ausdruck des Bewußtseyns derselben halten, welchem Rechnung getragen werden muß, wenn man nicht die Gemeinden als unmündig ansehen, wenn man nicht die wirklich vielfach vorhandenen Störungen des kirchlichen Friedens nach Ursprung und Folgen mißkennen und zu deren Fortdauer beitragen will; daß es aus diesen Gründen sich nicht nur als ein Gebot christlicher Liebe und Langmuth, sondern als das Gebot der Nothwendigkeit und der Achtung der gesetzlich gewährleisteten Gewissensfreiheit darstellt, die Abschaffung des alten und die Einführung des neuen Gesangbuchs bis auf weiteres zu vertagen; sodann, daß es nur eine weitere Folge der bevorstehenden Begründung ist, daß in jenen Gemeinden, wo die Presbyterien das neue Gesangbuch gegen den wahren und aufrichtigen Willen der ansehnlichen Mehrheit der Religionsgenossen eingeführt haben, und in denen diese Mehrheit fortwährend in zuverlässiger und berechtigter Weise ihr Widerstreben gegen dasselbe kundgibt, der Gebrauch des alten Gesangbuchs wieder Platz zu greifen habe, und endlich, daß sie es darum tief beklagen müssen, daß die eben so wohlwollenden als gerechten Intentionen der k. Staatsregierung in dieser Angelegenheit bei den erwähnten Beschlußnahmen und Aeußerungen nicht jene volle Würdigung gefunden haben, welche denselben niemals hätte fehlen sollen. Unterzeichnet: Köster, König, Louis, Frey, Gelbert, Bogen, Diehl, Decker, Wanzel." Gegen die Motive dieses Separatvotum, besonders gegen den in dem letzten Satze enthaltenen Vorwurf, daß die Majorität der Synode den wohlwollenden Friedens-Intentionen der kgl. Staatsregierung nicht in demselben Maße, wie die Minorität, habe entsprechen wollen, legten 33 Synodalmitglieder Verwahrung ein. In der darauffolgenden Nachmittagssitzung ward hierauf der letzte Absatz des Separatvotum von den Unterzeichnern gestrichen, worauf 5 von jenen 33 Mitgliedern auch ihre Verwahrung zurücknahmen. Die Generalsynode hat in ihrer Sitzung vom 9. März die Ergebenheitsadresse an Se. Maj. den König einstimmig durch Zuruf, nach dem Vorschlage des Ausschusses, genehmigt.

* **Württemberg.** Stuttgart, 12. März. Auf der Tagesordnung der 2. Kammer stand heute die Konkordatsfrage. Die Mehrheit der staatsrechtlichen Kommission ist dem Antrage von Probst beigetreten, welcher im Wesentlichen eine Genehmigung der Konvention in sich schließend, dahin geht, die k. Staatsregierung um Einbringung der weiter erforderlichen Gesetzesvorlagen zu bitten. In einem nachträglichen Berichte, erstattet von Probst, wird ferner ausgeführt, daß in der Konvention kein den Staat verbindender Vertrag liege, sondern daß sie rechtlich nur als eine vorläufige Uebereinkunft zwischen der Regierung und dem päpstlichen Stuhl aufzufassen sey, welche die Regierung in der Gesetzgebung und in Verordnungen auszuführen zugesagt habe, daß somit die Gesetzgebung (d. h. die Mitwirkung des Landtags) und die Verordnung nunmehr selbständig einzutreten habe. Die Kommission verlangt deßhalb eine unumwundene Erklärung der k. Regierung darüber, daß die zu erlassenden Gesetze nicht als die Ausführung eines Vertrags der späteren Abänderung durch die Gesetzgebung entzogen werden, und daß die Verordnungen, welche die k. Regierung zu Ausführung der Konvention erläßt, nicht als vertragsmäßige Normen unabänderlich sind. Die Minderheit der Kommission schloß dem Antrag Sarwey's an, es sey die Konvention als unverbindlich zu betrachten, gegen deren Vollzug Verwahrung einzulegen, und um Ordnung der Verhältnisse im Wege der Landesgesetzgebung zu bitten; der Antrag wird im Wesentlichen dadurch begründet, daß die Regierung nicht befugt sey, die kirchlichen Verhältnisse durch einen Vertrag mit dem Papst zu ordnen, daß dies nur im Weg der Landesgesetzgebung geschehen dürfe, und daß dieser neuen Ordnung mannigfache Abänderungen bisheriger Einrichtungen vorausgehen mußten, um die Wissenschaft, das bürgerliche und das Verkehrsleben gegen störende Einflüsse des Kirchenregiments sicher zu stellen.

In der heutigen Berathung ergriff zuerst Probst das Wort. Er erwähnte vor Allem, von Katholiken seyen keine Eingaben gegen das Konkordat eingelaufen, indem dieselben nach einer Verständigung eine Agitation nicht eingeleitet und von Adressen sich enthalten haben. Er hob hervor, die Mehrheit der Kommission rathe zu dem praktischen Weg, der eine Verständigung in Aussicht stelle, während die Minderheit durch ihr schroffes Festhalten an theoretischen Sätzen solche unmöglich machen werde. Der Redner glaubt nunmehr auf die Konvention selbst eingehen zu sollen. Nach seiner Auffassung seyen die Befürchtungen deßhalb für den Staat und für die evangelische Kirche übertrieben oder gar nicht vorhanden. Was das Placet betreffe, so bestehe dieses in allen freisinnigen Verfassungen nicht mehr. Was die Schule betreffe, so würde er sich getrauen, zu beweisen, daß nach der Konvention dem Bischofe weniger Rechte zugewiesen seyen, als durch das Schulgesetz; ausdrücklich nur der religiöse Unterricht sey dem Bischof zugewiesen, nicht aber der Lehrplan, nicht eine Einwirkung auf die übrigen Unterrichtsfächer in der Schule als einer Anstalt

Stande der Saaten und den noch großen Vorräthen der alten Ernte ist daher die Flauheit im Getreidegeschäft sehr natürlich, zumal England, das Käufer bleibt, unsere Getraidesorten nicht sonderlich liebt. Dessenungeachtet wollen die Besitzer noch nicht recht losschlagen, weil sie noch Frühjahrsfröste befürchten, die jedoch wohl ausbleiben werden, weil der rasche Uebergang zur Wärme, den man erwartete, durch die inzwischen eingetretene Witterung wohl beseitigt ist. — Gestern ist Wildpretshändler Sipf in Auftrag des Herrn M. v. Bethmann und mehrerer andern großen Jagdbeständer nach Böhmen abgereist, um auf den dortigen Bethmann'schen Besitzungen 500 Stück Feldhühner und mehrere hundert Fasanen in Empfang zu nehmen, welche die durch den schneereichen Winter in den hiesigen Jagdbezirken sehr zusammengeschmolzenen Vögel dieser Gattungen zu ersetzen bestimmt sind.

In Großwardein ist aus der dortigen Steuer- und Depositen-Kasse in der Nacht vom 3. auf den 4. d. M. der Betrag von 160,000 fl. in baarem Gelde und Kreditpapieren entwendet worden. Da weder die Thüren und Riegel, noch die Kasse Spuren äußerer Gewalt zeigten, fällt der Verdacht auf die Beamten selbst, gegen welche auch bereits Untersuchung eingeleitet ist.

Nach einer Anzeige des Direktors des Observatorium in Marseille hat ein Zögling dieser Anstalt, Hr. Tempel, einen neuen Planetoiden entdeckt. Er ist der 64. in der Gruppe zwischen Mars und Jupiter und hat den Namen Angelina erhalten.

Neueste Nachrichten.

Wien, 10. März. Für das Haus der Abgeordneten hat sich kein passendes Lokal gefunden. da die Börse ihren Saal nicht räumen wollte. Man sah sich daher bemüßigt, einen provisorischen Neubau aufzuführen. Derselbe kommt auf das Glacis vor dem Schottenthor zu stehen, und wird einen großen Sitzungssaal, 16 Klafter lang und 9 Klafter breit, nebst Bureaux und Konversationssälen enthalten. Der Bau beginnt morgen, und wird am 25. April vollendet seyn. Unsere Zimmermeister und Bauhandwerker werden Gelegenheit haben, von der Schnelligkeit und Tüchtigkeit ihrer Leistungen eine Probe abzulegen. Das Herrenhaus soll im großen ständischen Saale tagen. Doch auch da ergeben sich Schwierigkeiten, um die Oeffentlichkeit der Sitzungen, auf welche gerade in diesem Haus ein besonderes Gewicht gelegt wird, möglich zu machen. (A. Z.)

Paris, 10. März. Die innern Zustände Frankreichs sind faul. Die finanzielle Spielpolitik rächt sich schwer. So künstlich man auch die Budgetziffern zu gruppiren versteht, so ist es doch kein Geheimniß, daß eine Anleihe unvermeidlich. In den Provinzen sind die Fallimente großer Häuser keine Seltenheit. Marseille hat durch die letzte Katastrophe den Gewinn eines Jahrzehnts eingebüßt. (Allg. Ztg.)

Aus Paris wird uns geschrieben: Das Lager von Chalons, welches erst am 15. Mai eröffnet werden sollte, wird, in Folge neuer Anordnungen, schon am 1. April von den Truppen bezogen werden. Der Kaiser wird sich in den ersten Tagen nach der Eröffnung des Lagers nach Chalons und von hier nach Metz, Straßburg u. s. w. begeben. Wir meldeten schon, daß er eine militärische Inspektionsreise in die östlichen Provinzen unternehmen werde. (N. Pr. Z.)

Turin, 6. März. Im Kriegsministerium ist der Beschluß definitiv gefaßt worden, die Festungswerke von Gaeta zu schleifen (?) und die Insel Pianosa zu desarmiren. In den Arsenalen des Reiches werden großartige Arbeiten eingerichtet, um die Artillerie des italienischen Heeres und der Marine nach den Erfordernissen der neuesten Kriegskunst auf vollständigen Fuß zu setzen. — Zu diesem Zwecke werden nicht nur die schon bestehenden Werkstätten erweitert, sondern auch neue errichtet. (Nat.-Ztg.)

Turin, 10. März. Die Citadelle von Messina hat ihr Feuer gegen die sardinischen Schiffe gerichtet. Eine Deputation ihrer Garnison hat den General Cialdini um die Erlaubniß ersucht, sich nach Rom zu einer Unterredung mit dem Könige Franz II. begeben zu dürfen. Cialdini hat dieses Ansuchen zurückgewiesen. (Inzwischen ist die Nachricht von der Uebergabe der Festung bereits eingetroffen.) (Tel. d. Ostd. Post.)

Es zirkulirt das Gerücht, Piemont wäre aufgefordert worden, ein Korps zum Einmarsche ins Römische bereit zu halten, um die französischen Truppen abzulösen. (Tel. d. Ostd. Post.)

Der „Bresl. Ztg." wird aus Warschau unterm 10. März berichtet: „Als eines der wichtigsten Ereignisse, welche uns der gestrige Tag gebracht hat, ist die den hiesigen Zeitungen ertheilte Genehmigung zu betrachten, ihre Spalten mit einem selbständigen Leitartikel eröffnen zu dürfen. Während bisher alle Blätter ohne Ausnahme sich nur darauf beschränken durften, die Mittheilungen der ausländischen Presse zu referiren, und dies auch nur in beschränktem Maße, selbständige Besprechungen der in- und ausländischen Politik, staatlicher Verhältnisse im Allgemeinen aber streng verpönt waren, sind gestern die beiden größeren hiesigen Zeitungen, das ist die „Gazeta Codzienna" und „Gazeta Warszawska", zum ersten Male mit Leitartikeln erschienen, welche die jüngst ertheilte österreichische Konstitution zum Gegenstande hatten."

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. f. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	76 G.
„	6 pCt. Venet. Coupon b. R.	60 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$50^1/_8$ P. $49^7/_8$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$42^1/_2$ P.
„	$4^1/_2$ pCt.	$37^1/_2$ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3^1/_2$ pCt. Staatsschuldsch.	$87^5/_8$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102 G.
„	$4^1/_2$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102 G.
„	$4^1/_2$ pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$102^5/_8$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99^7/_8$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100^3/_8$ P.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4^1/_2$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104^1/_2$ P. $^1/_2$ G.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$95^1/_4$ P.
Baden	$4^1/_2$ pCt. Obl.	$102^1/_2$ G.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. v. 1842	$95^5/_8$ P.
Gr. Hess.	$4^1/_2$ pCt. Obl.	$101^1/_2$ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100^3/_4$ P.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$93^3/_8$ G.
Nassau	$4^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$101^3/_4$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99^1/_2$ P. 99 G.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3^1/_2$ pCt. Obl.	$97^7/_8$ P.
„	3 pCt. Obl.	90 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$47^1/_2$ P.
„	$1^3/_4$ pCt. „ „ „	$41^1/_8$ G.
Schweden	$4^1/_2$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$98^1/_4$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	116 P. $109^5/_8$ G
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	575 G. ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$128^1/_2$ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	180 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	76 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$69^3/_4$ G.
Internationale Bank in Luxemb. . .	82 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	336 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$68^1/_8$ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	224 G.
„ Elisab.-Eisenbahn à pCt. . .	$123^1/_2$ P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$72^3/_4$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$25^1/_2$ P. $^1/_4$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	130 P. $129^3/_4$ G.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à $4^1/_2$ pCt.	99 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50^3/_4$ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	236 G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	525 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	468 P.
Bayr. Ostbahn à $4^1/_2$ pCt. volleinbez.	$104-103^7/_8$ G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	$101^1/_8$ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99^3/_4$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	$105^1/_4$ B. 105 G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96 B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105^1/_4$ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^1/_4$ B. 88 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105^1/_4$ B. 105 G.
London Lst. 10 k. S.	$118^5/_8$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L. S. L. 250 k. S.	$93^1/_8$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93^5/_8$ B.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à ö W.	—
do. in öst. W. l. S.	$79^1/_4-^3/_8$ G.
Disconto	3 pCt. u.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$73^1/_2$ P. 73 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$47^3/_8$ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$55^5/_8$ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$128^7/_8$ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$55^1/_2$ P.	„ fl. 25 do.	$34^3/_4$ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$91^1/_2$ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$34^1/_4$ G.
$3^1/_2$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	118 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	$49^3/_4$ P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. $2^1/_2$ pCt. Z.	36 P.
Badische fl. 50	$90^1/_8$ P.	Vereins-Loose fl. 10,	$10^3/_8$ G.
Badische fl. 35	53 P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10^5/_8$ G.

Frankfurt, 13. März. Bei stillem Geschäft behaupteten sich österr. Fonds und Kreditaktien ungefähr auf den gestrigen Kursen. Wechsel auf Wien wurden besser bezahlt. In den übrigen Fonds und Aktien keine wesentliche Veränderung. (Synd.)

Rom; kommt Rom in die Hände eines Königs von Italien, so ist es mit dem Papstthum zu Ende. „Diese Politik", sagt er, „hetzt die Völker gegen die Regierungen, sie will nicht, daß Ungarn die ihm gemachten Conzessionen annehme, sie treibt die Polen in die russischen Bajonnete, sie bereitet Continentalallianzen gegen uns und die Einheit Deutschlands vor, die uns so gefährlich ist; sie ist an den Rüstungen schuld, welche die Völker erschöpfen und unvermeidlich zum Kriege führen. Die Regierungskommissäre mögen sich darüber erklären, denn ihr Stillschweigen würde eine schwere Bedeutung haben." — Nach ihm spricht Baron David. Er hält die italienische Einheit für kein lebensfähiges Ding, er ist auch nicht für die Conföderation, von der Niemand etwas wissen wolle; er hält ferner das Zustandekommen einer italienischen Marine nicht zuträglich für die Interessen Frankreichs. Aber er ist auch keineswegs überzeugt, daß die kirchliche Autorität des Papstes der weltlichen Macht bedürfe. Er erklärt die Sympathien Roms für Oesterreich aus dem mit letzterem abgeschlossenen Konkordat und aus den ihm daraus gewordenen Vorrechten, auf die es von französischer Seite nie hoffen dürfe. Die Aufrechterhaltung der weltlichen Macht des Papstes sey kein französisches Interesse. Die kirchliche Macht des Papstes sey bei dieser ganzen Angelegenheit nicht im Spiele. Schließlich hält er aber doch den Fall der weltlichen Macht für ein großes Unglück. Frankreich wünsche den päpstlichen Thron zu schützen, aber es verlange dagegen von römischer Seite Dankbarkeit oder wenigstens Billigkeit.

Paris, 9. März. Der Kaiser hat gestern durch Wort und Geberde der Deputation des Senats seine allerhöchste Unzufriedenheit über das Benehmen dieses Staatskörpers so deutlich kundgegeben, als es die Schicklichkeit nur immer erlaubte. Nicht ohne Absicht legte der Kaiser den Ton darauf, daß er dem Senate das Recht, die Politik der Regierung zu prüfen, bewilligt habe, damit das Land Aufklärung über die Lage der Dinge erhalte; es war dieß eine indirekte Verwarnung für die im Laufe der Adreßdebatte gar zu häufig ausgedrückte Prätension der Senatoren, der Regierung mit ihrem Rathe zur Hand zu gehen. „Ich bedarf eurer Rathschläge nicht, und wenn ich euch das Schloß vom Munde genommen habe, so geschah es nur, um das Land mit den politischen Fragen vertraut zu machen, welche die Gemüther agitiren" — das ungefähr ist der Sinn der kurzen Ansprache des Kaisers, wenigstens haben die Senatoren seine Worte so aufgefaßt.*) Die Kardinäle haben sich, mit Ausnahme des Kardinals Mathieu, der Abstimmung über die ganze Adresse enthalten und dadurch gründlich kompromittirt in der Meinung der katholischen Partei. Den weltlichen Mitgliedern der Minorität kann man es zur Noth verzeihen, daß sie für die Adresse stimmten, nachdem sie dieselbe in ihrem wichtigsten Punkte bekämpft hatten, aber von den Kardinälen durfte man erwarten, daß sie sich nicht enthalten, sondern daß sie durch ihr Votum gegen die römische Politik des Kaisers protestiren würden. Sie hielten es für weiser, die Zunge und den Rath zu sparen. In Rom wird dieß nicht wenig überraschen. — Die offiziösen Blätter und Skribenten müssen versichern, daß die Broschüre Veuillots glänzendes Fiasko gemacht habe, aber sie hüten sich, die Thatsache hervorzuheben, daß eine erste Auflage von 20,000 Exemplaren bereits vergriffen ist. (S.M.)

Italien.

* Man schreibt dem „Ami de la Religion" aus Rom vom 6. d. Mts.: Mehrere französische und fremde Journale haben verkündet, daß die päpstliche Armee aufgelöst werden sollte, was in dem päpstlichen Zuaven-Bataillon eine gewisse Beunruhigung hervorbrachte, so daß sich der Kriegsminister v. Merode veranlaßt sah, folgenden Tagesbefehl am 4. März an das Bataillon zu richten: „Die seit einiger Zeit mit Beharrlichkeit verbreiteten Gerüchte nöthigen den Unterzeichneten, einige Worte an die Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten, welche das Zuavenbataillon bilden, zu richten. Die Rekrutirung ihres Korps gründete sich auf eine edle und großmüthige Ergebenheit, von der sie nicht aufhörten die glänzendsten Beweise zu geben. Es wäre indessen möglich, daß die Standhaftigkeit und Festigkeit von Gemüthern durch die täglich wachsenden Schwierigkeiten der Situation erschüttert seyen. Es wird deßhalb einem Jeden der Abschied ertheilt, welcher die Gefahren größer als seine Ergebenheit finde oder welcher die glorreichen Demüthigungen, mit denen in diesem Augenblicke die Krone des Stellvertreters Jesus Christus bedroht ist, zu theilen befürchtet. Das päpstliche Zuavenbataillon soll in seinen Reihen nur Männer zählen, welche von keiner Art von Probe erschüttert werden."

Der „National-Ausschuß", der bis jetzt in Rom die unionistische Bewegung leitete, hat Cavour angezeigt, er fürchte, nicht mehr Herr der Bewegung zu bleiben, wenn er von Neuem zurückhalten müsse; komme es aber zu Ueberstürzungen, so stehe zu besorgen, daß die französische Garnison mit den Waffen in der Hand einschreite. Dieser Fall würde Cavour um so unerwünschter seyn, weil er hofft, die Notifizirung der Geburtstags-Festlichkeiten am 14. März werde zur Wiederherstellung des vollen diplomatischen Verkehrs mit Frankreich führen und die Ankunft des Prinzen Napoleon in Turin dazu die Einleitung werden. Wir haben gestern schon einem Theile unserer Leser gemeldet, daß die Römer eine Subscription vorbereiten, um dem Prinzen Napoleon ein Zeichen der Dankbarkeit für seine Senatsrede zu überreichen. Wird diese Subscription ungestört von Statten gehen, oder wird, wenn die römische Polizei einschreitet, die französische Besatzung ihre Mitwirkung leihen? Das ist's, was die Römer jetzt zunächst erproben wollen; aus Turin aber erfahren wir, daß Cavour die nächste Gelegenheit ergreifen wolle, um dem italienischen Parlamente eine Darlegung der steigenden Verwicklungen zu geben. (Köln. Z.)

Aus Turin, 9. März, schreibt man der „Köln. Ztg.": „Glauben Sie nicht an die Gerüchte von Ausrüstungen von Freiwilligen — über Vorbereitungen zu einem bevorstehenden Feldzug Garibaldi's. Dieser ist mit allen seinen Freunden, Brizio, Türr u. s. w., einverstanden, daß vorerst nichts zu thun sey, obgleich man auf Alles gefaßt seyn müsse. Dagegen arbeitet die Regierung mit großer Energie an der Organisirung des regelmäßigen Heeres, und ehe drei Monate vergehen, wird die Armee um 100,000 Mann vermehrt seyn. 12 neue Regimenter und 15 Bersaglieri-Bataillone werden gebildet."

Nichtpolitische Zeitung.

München, 12. März. Gestern Abends ist es einem Bahnwechsel-Wärter (Wolfgang Kraus soll der wackere Mann heißen) gelungen, ein großes Unglück zu verhüten, indem sich am Torfmagazin an der äußern Bahnstrecke ein beladener Torfwagen losriß und bei dem heftigen Sturm in gewaltiger Eile in den Bahnhof hereinrannte. Nur durch Unterlegen eines großen Holzstückes war es dem entschlossenen Manne erst in der Einsteighalle möglich, den Wagen zum Stehen zu bringen, der sonst wohl in die Restauration hineingefahren wäre. (Isar-Z.)

Der Berliner Turnrath hat an die deutschen Turnvereine ein Flugblatt erlassen, in dem er zu einem am 11. August zu Berlin stattfindenden großen Turnfest einladet.

Vom Neckar, 5. März. Ueber den Preis des vorjährigen Tabaks läßt sich jetzt Zuverlässiges mittheilen. Bei weitem der meiste Tabak wurde per Centner zu 8 — 12 fl. oder höchstens bis 15 fl. verkauft. Ein Preis von 30 — 40 fl. wurde nur für Streichtabake gegeben, welche etwa vier bis fünf gute Tabaksorte erzeugten, von welchen einige an der Bergstraße liegen und andere an das an der Straße von Karlsruhe nach Heidelberg ziehende Gebirge sich anlehnen. Wie anderwärts, übt auch bei uns die amerikanische Krisis einen sehr nachtheiligen Einfluß auf die Cigarrenfabrikation, da ein großer Theil der bei uns gefertigten Cigarren bisher nach Amerika versendet wurde. Doch hat unseres Wissens bis jetzt noch keine Fabrik ihre Geschäfte eingestellt, wie dieses aus andern Gegenden berichtet wird. (Karlst. Ztg.)

ʒ Frankfurt, 12. März. (Privat-Korresp.) Wir haben nach mehreren naßkalten, regnerischen und sehr stürmischen Tagen heute Nacht Schneefall bekommen und auch die benachbarten Gebirge sind in ein weißes Gewand gehüllt. Heute Nachmittag ist aber in der Ebene der Schnee durch einzelne Sonnenblicke wieder geschmolzen und auch das Wasser etwas gestiegen. Die Vegetation ist in guter Entwicklung begriffen und die Gesträuche schlagen bereits aus. Auf den Feldern der Umgegend steht der Waizen recht gut und wird nur durch das viele Unkraut zu leiden haben, das unter der Schneedecke des Winters aufgewuchert ist. Weniger Gutes hört man über den Stand des Roggens, da er in zu feuchter Jahreszeit ausgesäet wurde. Unsere Kleefelder sind schön und üppig und versprechen bald ein vortreffliches Grünfutter abzugeben. Was man allein beklagt, ist das, daß die Landleute wegen der bisherigen Witterung in ihren Feldarbeiten etwas gehemmt wurden. Bei solchem

---

*) Zu dem Zweck, sich mißliebige Rathschläge ertheilen zu lassen, hat Kaiser Napoleon den Kammern das Bischen Redefreiheit auch nicht verliehen, sondern zu dem Zweck, daß die Kammern sein Verfahren gegen den Papst billigen und ihn zu weiteren Angriffen gegen denselben gleichsam ermuthigen sollten, damit er vor Europa sich auf seine Kammern berufen und sagen könne: „Seht, was ich thue, das thue ich in Uebereinstimmung mit meinem Volk." Daher war ihm der heftige Widerstand, der gegen seine Politik im Senat — wenn gleich nur von dessen Minderzahl — erhoben wurde, sehr unangenehm, und wenn es im gesetzgebenden Körper auch so geht, können wir's wohl erleben, daß den Herren die kaum ertheilte Redefreiheit demnächst wieder entzogen wird.

Nachfluch einer gezwungenen Minorität aussetzen möchte. Man könne bestimmt behaupten, daß selbst manche Arrondirungen, welche im Wege freier Vereinbarung im besten Fortgang begriffen seyen, durch das von dem Zwangsgesetz wachgerufene Mißtrauen gegen den großen Besitz plötzlich gehemmt würden. Daß Arrondirungen auch ohne Zwang sogar im großen Maßstab ausgeführt werden können, dafür sprächen die Motive des Gesetzentwurfs selbst, gemäß welchen durch die Bemühungen tüchtiger Geometer, Vollzugsbeamten und intelligenter Gutsbesitzer in verschiedenen Theilen des Landes Arrondirungen durchgeführt worden seyen, und wornach namentlich in den Landgerichten München und Ebersberg bereits mehr als zwanzig Ortsgemeinden ihren gesammten Grundbesitz zusammengelegt hätten, und diese mit dem glücklichsten und zur vollen Zufriedenheit der Betheiligten gegebenen Beispiele bereits ermunternd im weiten Umkreise wirken. Und das Alles sey geschehen troz der noch das Zusammenlegen erschwerenden Hindernisse — und ohne Zwang. — Wie schon erwähnt, hat die Kammer der Reichsräthe, das Gewicht dieser Gründe anerkennend, den Antrag von Aretin angenommen, den von der Regierung beantragten Zwang aber verworfen. Sie hat, wie wir glauben, sehr weise gehandelt.

Augsburg, 11. März. Der Abgeordnete unserer Stadt, Dr. Paur, hat auf die ihm eingesendete Adresse erwidert, daß er persönlich hieher kommen, und sich mit seinen Wählern besprechen werde. Die Adresse wird, dem Vernehmen nach, von 28 Wahlmännern unterzeichnet. (Die Besprechung hat, wie wir hören, gestern Abends bereits stattgefunden.) (A. Z.)

Preußen. Die „Kölnische Zeitung" sagt in einem Nekrolog des Hrn. Joseph Dumont: „Der Verewigte hat mit eigener Hand noch unlängst die lange Leidensgeschichte der „Kölnischen Zeitung" aufgesetzt, die sie seit der Zeit zu erdulden hatte, wo ein pommer'scher Landrath (Hr. v. Kleist-Retzow) nach der Rheinprovinz als Oberpräsident versetzt wurde und mit der ausgesprochenen Absicht herkam, die „Köln. Zeitung" entweder umzuwandeln oder zu vernichten. In jener, wie Alles aus Joseph Dumonts Feder, mit der gewissenhaftesten Genauigkeit aufgesetzten Geschichtserzählung stehen die wunderbarsten Dinge. Wir wollen sie hier übergehen und nur ein paar Pröbchen des damals herrschenden Geistes mittheilen: „Bei Strafe der Konfiskation ward uns einmal verboten, die „Neue Preuß. Zeitung" „Kreuzzeitung" zu nennen, wie sie sich jetzt am liebsten nennt, oder von einer „Junkerpartei" zu reden. Ein mehrmals gerügtes Hauptverbrechen war es, daß die „Köln. Zeitung" den jetzt regierenden König zu sehr herausstreiche. Ein andermal war der rheinische Landvogt Feuer und Flamme gegen uns, ja, drohte mit sofortiger Unterdrückung, weil die „Köln. Zeitung" sich erfrecht habe, zu schreiben, Se. Majestät habe einen gewissen General zur Tafel „eingeladen", während der König doch bekanntlich nicht einlade, sondern „befehle". Ueberhaupt wurde der Verleger der „Köln. Zeitung" mehr als ein Dutzend Mal mit der sofortigen Unterdrückung seiner Zeitung, mit andern Worten, mit Konfiskation seines Vermögens bedroht, oft zum letztn und allerletzten Mal. Wenn er sich auf die Gesetze berief, so wurde ihm wiederholt bedeutet, doch den Wahn fahren zu lassen, als ob er unter dem Gesetze stehe, er stehe unter der Polizei. Man erinnert sich, daß Hr. v. Kleist-Retzow seinen apostolischen Beruf sogar so weit trieb, daß er während der Kammerverhandlungen über die von Hrn. v. Westphalen vorgelegte rheinische Gemeindeordnung den liberalen Blättern jener Provinz kurzweg die Kritik dieser Arbeit untersagte. Dieser Umstand kam damals im Abgeordnetenhause selbst zur Sprache. In der That ist nicht bloß am Rhein, sondern überall in Preußen die Erfahrung gemacht worden, daß die Werkzeuge der Reaktion um so schnödere Unterdrückung übten, je strikter sie sich zu den Lesern der „Kreuzzeitung" bekannten, und daß die nüchterne Bureaukratie absolutistischer Schule hierin mit den Leistungen der frommen Minister, Oberpräsidenten und Generale nicht wetteifern konnte. Die Floskeln von der wahren Freiheit und Selbstverwaltung, vom guten alten deutschen Rechte hat man während einer achtjährigen Periode der Drangsale würdigen gelernt, und man muß erstaunen, daß das Spiel mit ihnen noch heute fortgesetzt wird."

Württemberg. Stuttgart, 11. März. Auf eine Anfrage von Cavallo, ob die Nürnberger Konferenz sich auflösen werde, ehe sie die Konkursordnung und die Handelsgerichtsbarkeitsfrage erledigt haben werde, antwortete heute in der 2. Kammer der Justiz-Minister, daß die Konferenz sich nur vertagen, daß sie aber diese beiden Abschnitte vorerst allerdings nicht erledigen werde. Uebrigens werde der Minister bei dem Einführungsgesetze hierauf geeignete Rücksicht nehmen.

* Stuttgart, 12. März. Heute hat in der 2. Kammer die Berathung über das Konkordat ihren Anfang genommen.

Sachsen. Auch Seitens unserer ersten Kammer ist die Regierung ersucht worden, „in geeignet erscheinender Weise auf eine gemeinsame Gewerbegesetzgebung in den deutschen Bundesstaaten hinzuwirken". (Fr. Postz.)

Nassau. Wiesbaden, 11. März. Die „Mittelrhein. Zeitung" berichtet: „Dem Vernehmen nach hat der Herzog die Absicht, die zwischen unserer Regierung und dem bischöflichen Stuhle bestehenden Streitigkeiten in Kürze auf gesetzlichem Wege (also nicht durch ein Konkordat) zur Erledigung bringen zu lassen, und in dieser Beziehung bereits Anordnungen getroffen." — Eine Deputation hat gestern die Petition der Rheingauer Weinproduzenten dem Herzog übergeben. Der Deputation wurde die Eröffnung gemacht, daß die Regierung das Interesse Nassau's, in Betreff der Befürchtung, „daß Frankreich (bei dem Abschluß eines Handelsvertrags) eine Herabsetzung des Eingangszolls für französische Weine beanspruchen werde", gewiß im Auge behalten und bei der preußischen Regierung das Nöthige veranlassen werden würde.

Oesterreich. Wien, 7 März. In der Wählerversammlung des 1. Wahlkörpers, Bezirk Leopoldstadt, in Wien lehnte der k. k. pens. Hofrath Hr. v. Mayern seine Wahl zum Gemeinderath ab und empfahl dabei die Wahl eines Juden als Ehrensache. Es ist von allgemeinem Interesse zu hören, wie dies der Redner gethan hat. Hofrath v. Mayern sagte: „In einer der zirkulirenden Kandidatenlisten fand ich auch meinen Namen. Ich danke herzlich den mir Unbekannten, welche ihn in die Reihe volksfreundlicher Männer gesetzt haben. Wiewohl ich mich durch eine Wahl besonders geehrt fände, bitte ich dennoch, auf mich durchaus keine Rücksicht zu nehmen. Die Hauptsache ist heute — keine Stimmenzersplitterung, damit unser Wahlkörper desto sicherer liberale Wahlen vollbringe. Denn nicht nur des Gemeinderaths wegen ist dieses erwünscht, es soll auch klar legen, daß alle Klassen der Bevölkerung die durch das erlangte Grundgesetz gewonnenen Rechte unwiderruflich festhalten und geregelt sehen wollen. Auf Eines erlaube ich mir aufmerksam zu machen. Die politische Freiheit geht allerorts Hand in Hand mit der Gleichberechtigung der verschiedenen Religionen. Während man in Rußland den Juden gewaltsam den Bart schere, wählte das streng christliche, aber freieste Volk Europa's, wählten die Briten nicht nur Juden in den Gemeinderath ihrer Metropole, sondern ein Jude war bereits Lordmayor Londons. Uns Leopoldstädtern, in deren Mitte Israeliten so zahlreich wohnen, kommt es zu, wenigstens einen derselben in den Gemeinderath zu schicken. Ja, wir sind als Ehrenmänner dazu gewissermaßen verpflichtet, indem wir die Hunderte ihrer Stimmen, welche sie für unsere bereits gewählten Räthe abgaben, benützt haben. Indem ich dem 1. Wahlkörper, dem natürlichen Sammelpunkt der Intelligenz unserer Vorstadt, gegenüber diesen Antrag stelle, wird wohl jede Debatte darüber überflüssig und nur nöthig seyn, sich über die zu wählende Persönlichkeit zu verständigen. Schließlich muß ich noch bemerken: Ich heiße Mayern, ein Name, ähnlich dem vielfach bei Israeliten vorkommenden Mayer. Glauben Sie nicht etwa, daß ich pro domo sprach. Meine Familie ist eine uralt katholische und kein Tropfen Judenblutes fließt in meinen Adern, aber es kommt in Wallung, wo immer ich sehe, daß unverjährbare Menschenrechte mit Füßen getreten werden." — Gewählt: Moriz Pollack, Großhändler, Jude, als Gemeinderath. (N. Nachr.)

Frankreich.

Paris, 9. März. Im gesetzgebenden Körper eröffnete Graf Flavigny die Adreßdebatte; er erklärte sich gegen das Manifest einer revolutionären Politik (des Prinzen Napoleon Rede), das im Senat vorgebracht worden, wie es in diesen Räumen seit den Tagen Louis Blanc's nicht gehört worden sey; die ganze Politik der französischen Regierung seit 10 Jahren sey dadurch Lügen gestraft; die Regierungskommissäre hätten nur schüchterne Vorbehalte dagegen gemacht; der Minister des Innern habe die Rede sogar nach den Departements telegraphirt. Piemont habe Frankreich betrogen und in eine falsche Stellung gebracht. Der Vertrag von Villafranca habe der altfranzösischen Politik gemäß den Papst und die Theilung Italiens in verschiedene Staaten erhalten wollen; der Kaiser habe erkannt, daß der Fürst einer Nation, die katholischer sey, als man glaube, das Papstthum erhalten müsse; Anderes aber habe Piemont gewollt; es wolle Land, viel Land, wo möglich Alles, und den Papst in einen Winkel verweisen; es wolle

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 73.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Neuer	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 14. März 1861.

Deutscher Bund.

Hannover, 8. März. Neulich sind aus Ostfriesland in zwei Tagen 23 Schiffsladungen Pferde nach Frankreich abgegangen. (Berl. Börs.-Z.)

Bayern. Entgegen der Versicherung des Prinzen Napoleon berichtet die „N. M. Z.", daß sich unter den Gesandten, welche treu in Gaeta verharrten, auch der von Bayern, Freiherr v. Berger, befunden habe.

Von den Mitgliedern des Direktorium der bayer. Hypotheken- und Wechselbank hatten in diesem Jahre nach dem Turnus auszutreten die HH. Graf v. Montgelas, Karl Frhr. v. Benninger und der Kaufmann Friedrich Reichenbach gen. Lorey. Bei der gestrigen Jahresversammlung des Bankausschusses wurden die beiden ersteren wieder und außerdem noch Hr. Rath Otto in das Direktorium gewählt. (Südd. Z.)

München, 12. März. Aus dem Referate des Dr. Pözl über den Völk'schen Antrag in der kurhessischen Verfassungsfrage (der am Donnerstag den 14. d. M. in der 2. Kammer berathen wird) ersehen wir, daß in der Ausschußsitzung nachstehende Abgeordnete gegen diesen Antrag stimmten: Graf v. Hegnenberg-Dux, Dr. Weis, v. Steinsdorf, Dr. v. Lasaulx, Dr. Arnheim, Dr. Ruland, Käfferlein und Paur; dafür: Dr. Laul, Dr. Barth, Dr. Völk, Boyé und Dr. Pözl. — Für den schwächeren Antrag Schlör's stimmte auch obige Minderheit, jedoch nur für den Fall, daß der ursprüngliche Antrag nicht durchginge, so daß sich folgende Gruppirung ergibt: dafür: Dr. Laul, Dr. Barth, Dr. Völk, Boyé, Dr. Pözl, Paur, Dr. Arnheim und Schlör; dagegen: Dr. v. Lasaulx, Käfferlein, Dr. Ruland, v. Steinsdorf und Dr. Edel. Frhr. v. Lerchenfeld und Frhr. v. Thüngen nahmen an den Berathungen keinen Antheil: der erstere war durch Krankheit, der letztere durch seine Ernennung zum Reichsrath abgehalten.

* Die I. Kammer hat den Gesetzentwurf über Zusammenlegung der Grundstücke nicht nach dem Vorschlag der Regierung, sondern nach dem Antrag des Frhrn. v. Aretin angenommen. Der wichtigste Theil dieses Antrags ist enthalten in der von Hrn. v. Aretin zu Art. 1 gestellten Modifikation. Sie lautet: „Die Zusammenlegung und neue Vertheilung der Grundstücke ganzer Ortsmarkungen oder einzelner Theile derselben zur Erzielung einer für die Bewirthschaftung günstigeren Lage derselben bleibt dem freien Entschluß und der freien Vereinbarung der betheiligten Grundeigenthümer anheimgegeben." Herr v. Aretin sagt: Ein Zwang sey nicht gerechtfertigt, vielmehr sey derselbe in politischer Beziehung gefährlich, im Interesse der Zusammenlegung selbst schädlich, in jedem Fall aber unnöthig. In einem geordneten Staat müsse das Eigenthum heilig und unverletzlich seyn, und auch in Bayern gewähre die Verfassung jedem Einwohner Sicherheit seiner Person, seines Eigenthums und seiner Rechte. Trotzdem sey im Laufe der Zeit an dem Eigenthum vielfach gerüttelt worden, und es sey nicht zu verkennen, daß die Gesetzgebung in dieser Richtung auf einer gefährlichen Bahn vorschreite. Die Verfassungsurkunde habe ausgesprochen: „Niemand darf gezwungen werden, sein Privateigenthum selbst für öffentliche Zwecke abzutreten, als nach einer förmlichen Entscheidung des versammelten Staatsraths." In späterer Zeit seyen namentlich durch den Bau der Eisenbahnen erleichternde Bestimmungen nothwendig geworden und in dem Expropriationsgesetz von 1837 sey gesagt, daß „Eigenthümer angehalten werden können, unbewegliches Eigenthum für öffentliche nothwendige und gemeinnützige Zwecke abzutreten", wobei die Entscheidung schon einer niederen Instanz, der Kreisregierung, überwiesen worden sey. Nun sey die Gesetzgebung von 1848 gefolgt, und endlich seyen die Gesetze der neuesten Zeit gekommen, durch welche Zwangsabtretung von Grundeigenthum aus bloßen Nützlichkeitsrücksichten für einzelne Fluren und Individuen gestattet, und worüber die Entscheidung formell der Distriktsbehörde, faktisch aber einer betheiligten Majorität oder einem sogenannten Schiedsgericht, in einem und dem andern Fall aber einigen Bauern in die Hand gegeben sey. Ein solches Gesetz sey auch das vorliegende. Wie gefährlich eine solche progressive Erleichterung sey, das Eigenthum, wo es im Wege stehe, zu beseitigen, sey augenfällig, und die von vielen Justizbehörden, Rechtsanwälten 2c. in den abgegebenen Gutachten geäußerte Besorgniß: „es möchte eine Gesetzvorschrift, wodurch die Minderheit der Grundbesitzer in einer Flurmarkung von der Mehrzahl derselben gezwungen werden könne, die Zusammenlegung der Grundstücke sich gefallen zu lassen, geeignet seyn, die Begriffe von Recht und Eigenthum zu verwirren" — gewiß nicht unbegründet. Durch die Unterordnung des Eigenthums unter wahre oder vorgeschützte Opportunitätsrücksichten werde ein modernes Faustrecht sanktionirt, durch dessen Anwendung im Großen man gegenwärtig alle Staaten vernichtet oder erschüttert sehe. Diese von den Motiven des Entwurfs als „sehr achtbar" bezeichneten Bedenken würden einfach damit zu widerlegen gesucht, „daß sie auf irriger Voraussetzung und einseitiger Auffassung des Gegenstandes beruhen", und daß ihnen „die Erfahrungen in andern deutschen Ländern entgegenstehen". In dieser Beziehung äußert sich der Hr. Reichsrath folgendermaßen: „Diesen Gesetzgebungen und den offiziellen Anschlüssen lege er nicht viel Werth bei, einmal deßhalb, weil er die bayerische Eidesformel „Gehorsam dem Gesetz und Beobachtung der Staatsverfassung" nicht auf kurhessische und andere Gesetze und Verfassungen anwendbar finde, sodann weil er auch nicht überzeugt sey, daß gesetzliche Bestimmungen, die sich unter ganz andern Verhältnissen auswärts als zweckmäßig bewährt hätten, auch in Bayern denselben Erfolg haben müssen. Was die offiziellen Mittheilungen betreffe, so würde es ihn sehr gewundert haben, wenn die betreffenden Regierungen ihre Gesetzgebung als eine verfehlte dargestellt haben würden." — In dem Zwang zum Tausche liege eine schreiende Rechtsverletzung vor, welche Unzufriedenheit und Mißtrauen gegen die Regierung und deren Organe, Haß und Zwietracht unter den Gliedern einer Gemeinde, Abneigung gegen jedes fernere gemeinnützige Unternehmen und Verwirrung der Rechtsbegriffe zur Folge haben müsse. Und dieß Alles werde um so sicherer eintreten und einen um so gefährlicheren politischen Charakter annehmen können, als die Anträge auf Zusammenlegung in der Regel von den Großbegüterten ausgehen, also die Kleinbegüterten, Aermeren als Unterdrückte erscheinen. Der Satz: daß Einzelne wegen ihrer Sonderinteressen nicht befugt seyn können, eine nothwendige oder wünschenswerthe bessere Regelung des Wirthschaftsbetriebs zu hindern, sey eine gefährliche Waffe, und der bekannten Russell'schen Note vergleichbar, welche, von der Gegenseite in Anwendung gebracht, manche Verlegenheit bereiten könnte. Werde die Mehrheit nach der Kopfzahl berechnet, so könnte der Satz von derselben wohl dahin ausgelegt werden: „daß ein Großbegüterter nicht befugt seyn könne, es zu hindern, wenn sie es zur Regelung ihres Wirthschaftsbetriebs für wünschenswerth hält, sich dessen Besitz zu annexiren; es sey hier das Sonderinteresse des Einzelnen dem wirthschaftlichen Interesse der Mehrheit unterzuordnen." Ueberdieß liege es, abgesehen von den erwähnten rechtlichen und politischen Bedenken, im Interesse der Zusammenlegung selbst, und sey zu deren Beförderung zweckmäßiger, den Zwang der Majorität zur Theilnahme auszuschließen. Nach den überwiegenden Stimmen, welche unter dem Volk und in der Presse laut geworden, sey anzunehmen, daß ein Zwangs-Gesetz zur Beförderung der Zusammenlegung — die an sich allseitig gewünscht werde — mit einem Odium umgeben und mit einem Mißbehagen aufgenommen würde, welches dessen Anwendung auf sehr seltene Fälle beschränken werde. Selten werde sich eine Gemeinde oder eine Majorität finden, welche die Vortheile einer Totalarrondirung für so überwiegend halte, daß sie sich dem Haß, der Feindschaft und dem

theiliger Einfluß des Frostes. — Die Hopfenpreise sind auch bei uns wie in Bayern beträchtlich zurückgegangen, ein harter Schlag für manchen Händler, der im Herbst zu enormen Preisen seine Waare angekauft hatte. (Karlsr. Ztg.)

Frankfurt, 9. März. Aufsehen macht eine so eben erschienene und zum Besten einer Stiftung verkaufte Broschüre: „Illustrationen zur neuesten Geschichte des Frankfurter Theaters unter Leitung des Herrn Dr. v. Guaita; herausgegeben von Fanny Janauschek.“ Wir enthalten uns jeder Bemerkung über die darin dargelegten oder sehr erkennbar angedeuteten Thatsachen oder was sich als solche gibt. (Scheinen skandalöser Art zu seyn.) (Allg. Ztg.)

Aus Rußland. Im Dnieper-Distrikt richten jetzt die Wölfe großen Schaden an; folgender Fall mag als Beispiel dienen, daß mit diesen hungrigen Bestien schwer auszukommen ist. „Ein russischer Geistlicher fuhr vor Kurzem mit seiner Frau und seinem 16jährigen Sohne über Land. Unterwegs werden sie von einem Rudel Wölfe angefallen. Der Sohn stürzt aus dem Schlitten, Vater und Mutter fahren im schnellsten Galopp weiter; die Wölfe folgen. Ein Ruck, und auch die Frau fällt aus dem in rasender Eile dahin gleitenden Gefährt. Unaufhaltsam stürmen die Pferde vorwärts. Da endlich stoßen sie auf einem Nebenweg im Walde auf ein unüberwindliches Hinderniß; die Thiere und der Mann sind verloren. Man hat nur die Ueberreste von ihnen gefunden; dagegen sind wunderbarer Weise Sohn und Frau von den wilden Thieren verschont geworden; sie kamen mit dem Todesschrecken davon.“

Neueste Nachrichten.

Paris, 10. März. Die von den Generalen Klapka und Türr unterzeichnete Ermahnung an die Ungarn, sich noch ruhig zu verhalten, soll den Abendblättern vom amtlichen Preßbureau zugestellt worden seyn. General Türr, heißt es, habe zwei Audienzen beim Kaiser gehabt: die erste mit, die zweite ohne den Prinzen Napoleon. Obige Ermahnung soll das Ergebniß dieser Konferenzen gewesen seyn. (Allg. Z.)

Aus Paris wird der „N. Pr. Ztg.“ geschrieben: Ein unglücklicher Zufall ist es, daß gerade in dieser Zeit der Aufregung einzelne Mitglieder des Klerus den Feinden der Religion und Ruhe Waffen in die Hände geben. Der Prozeß des Abbé Mallet in Douai (er ist wegen Ent- bez. Verführung von Mädchen verurtheilt) ist ein unerhörter Skandal, und wenn derselbe auch gar nichts gegen den Klerus im Allgemeinen beweist, so bietet er der Bosheit und den antireligiösen Leidenschaften doch willkommenen Anlaß zu den maßlosesten Angriffen. Das Organ des Palais-Royal (des Prinzen Napoleon), „Opinion nationale“, übertrifft sich selber in seiner Wuth gegen die geistlichen Kongregationen und die religiösen Wohlthätigkeitsvereine. „Die Natur ist ein großes Buch“, ruft sie aus, „wenn man nur darin zu lesen verstände. Es gibt in gewissen Gegenden Afrika's und Amerika's ein Insekt von einer schrecklichen Thätigkeit und Fruchtbarkeit, die Waldlaus, eine Art Ameise. Dieses Thier ist ohne sichtbaren Widerstand, man möchte es für blind halten, da es organisirt dazu ist, in der Finsterniß zu leben. Aber, wenn es einmal die Wohnungen in Angriff nimmt, so muß man ihm endlich den Platz räumen. Nichts kann es aufhalten. Geräuschlos zernagt es die Bretter, die Bohlen, die Balken, selbst die Treppengeländer. Ihr stützt euch darauf ohne Mißtrauen, das Holz weicht unter der Hand. So arbeiten die Läuse mit einer unglaublichen Thätigkeit, in jeder Nacht mehren sie sich um Tausende und aber Tausende. Sie rücken vor. Draußen keine Spur: Alles bewahrt den Schein der Festigkeit, bis eines Tages, beim ersten Hauche des Sturmes, das Haus in Staub zusammenbricht u. s. w.“ Dieser cynisch-flache Vergleich wird dem Pöbel munden, der bereits angefangen hat, sich gegen den „Priester“ zu erhitzen, und es gerne vergißt, daß ohne die aufopfernde Mildthätigkeit der Wohlthätigkeitsvereine das Elend in Paris ein unbeschreibliches seyn würde. Heute heißt es, die „Opinion nationale“ werde eine Verwarnung erhalten „wegen Aufreizung zum Hasse der Bürger unter einander“. Sobald ich das Dekret sehe, werde ich daran glauben, aber nicht eher!

Mailand, 10. März. Der „Perseveranza“ zufolge soll es sich bestätigen, daß zwischen dem römischen Hofe und der italienischen Regierung Unterhandlungen wegen einer Vereinbarung auf Grundlage der kürzlich von den öffentlichen Blättern erwähnten Bestimmungen im Zuge sind. (Tel.d.Ostd.Post.)

Garibaldi hat an Major Baudi in Florenz folgendes Schreiben gerichtet: „Caprera, 15. Februar. Lieber Baudi! Ich habe mit großem Vergnügen unsern Dolfi empfangen, und ich danke Ihnen herzlich für die guten Nachrichten, die Sie mir über den patriotischen Enthusiasmus der Jugend Toskana's geben. Sagen Sie den wackern Kindern des Vaterlandes, daß wir dem Zeitpunkte uns nähern, wo nothwendigerweise die Sklaverei unserer Brüder in Venedig und in Rom aufhören muß und daß keiner von uns beim Aufrufe fehlen soll. Ihr Freund Garibaldi.“ (Was wenigstens Venetien betrifft, so dürfte die Annäherung an den erwünschten Zeitpunkt doch wohl etwas langsam vor sich gehen.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	76 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	60 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	50 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$42\frac{1}{2}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	37 G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$87\frac{3}{8}$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	$102\frac{3}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102\frac{1}{2}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$102\frac{5}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{7}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	104 P. $103\frac{3}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{7}{8}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{1}{2}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	95 G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$101\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$93\frac{3}{8}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$101\frac{3}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{2}$ P. 99 G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$97\frac{3}{8}$ G.
„	3 pCt. Obl.	90 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$47\frac{1}{2}$ P.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt. „ „ „	$41\frac{1}{2}$ G.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$98\frac{3}{8}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$169\frac{3}{4}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	585 P. ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$129\frac{1}{2}$ P. $128\frac{1}{2}$ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	180 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . . .	76 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$69\frac{3}{4}$ G.
Internationale Bank in Luxemb. . .	82 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	337 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	68 G.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	224 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$122\frac{1}{4}$ G.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$73\frac{1}{8}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$25\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	130 P. $129\frac{5}{8}$ G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	99 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50\frac{3}{4}$ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	238 G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	525 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire . .	474 G.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$104\frac{1}{4}$ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101—$\frac{1}{8}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B. 105 G.
Brem. 50 Th. Ldi k. S.	$105\frac{1}{4}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
Hamb. Mk. 100 k. S.	$88\frac{1}{4}$ B. 88 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B. 105 G.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{3}{4}$—$\frac{7}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L.S.L. 250 k. S.	$93\frac{1}{8}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{5}{8}$ B.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	79 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$73\frac{1}{2}$ P. 73 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$47\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$55\frac{1}{4}$ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$123\frac{1}{4}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$55\frac{1}{2}$ P.	„ fl. 25 do.	$34\frac{7}{8}$ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$92\frac{1}{2}$ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$34\frac{1}{4}$ G.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	118 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	$49\frac{3}{4}$ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$35\frac{3}{4}$ P.
Badische fl. 50	$89\frac{7}{8}$ P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{3}{8}$ G.
Badische fl. 35	53 P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{1}{2}$ G.

Frankfurt, 12. März. Die Kauflust für österr. Fonds und Aktien hielt auch heute an, und für alle Spekulationspapiere wurden etwas höhere Kurse bezahlt. Auch für Luxemburger Obligationen und Bankaktien zeigte sich mehr Begehr. Im Uebrigen keine wesentliche Veränderung. (Sp.Ztg.)

werde England sich nach Freunden umsehen müssen und würde wohl daran thun, sich um die Freundschaft Oesterreichs zu bewerben. Lord J. Russell sagt, nach Allem, was er gehört habe, scheine es ihm, daß eine scheußlichere Regierung, als die des Königs von Neapel, niemals in Europa existirt habe, und was die Legationen betreffe, so habe es daselbst keinen Schutz für Leben und Eigenthum gegeben, während man sich nach Kräften bemühe, zu verhindern, daß der Mensch von den ihm von Gott verliehenen Geistesgaben Gebrauch mache. Könne es da Wunder nehmen, daß das Volk lieber unter einem anderen Herrscher zu leben wünschte? Doch das sey eine Nebenfrage, ob die eine Regierung besser sey, als die andere. Kein englischer Minister könne einem fremden Volke sagen, wenn es sich eine bestimmte Regierung wähle: „Wir sind entschlossen, uns euren Wünschen zu widersetzen.“ Auch in Venetien müsse das Volk selbst entscheiden, und er werde nie den Satz aufstellen, daß England sich in einen Krieg einlassen müsse, um Oesterreich im Besitze seines italienischen Gebietes zu erhalten. Seine Politik sey eine nationale gewesen, und er glaube, daß das englische Volk sie gutheiße.

Frankreich.

Paris, 9. März. Mirès, welchem im Mazasgefängniß neulich einige Erleichterungen eingeräumt wurden, sitzt dort wieder in geheimer Haft, ein Beweis, wie streng die Untersuchung gegen ihn geführt wird. Es heißt, es würden nächstens neue Verhaftungen erfolgen und mehrere hohe Beamte würden sich genöthigt sehen, ihre Entlassung zu geben.

Paris, 10. März. Gestern wurde die bereits vielfach besprochene Trireme vom Stapel gelassen, welche der Kaiser in St. Ouen erbauen ließ. Sie soll den Parisern zum bessern Verständniß des Lebens von Julius Cäsar, welches der Kaiser schreibt, dienen. Die Operation ging so gut von Statten, wie zur Zeit Julius Cäsar's. — Eine etwas modernere nautische Erscheinung ist ein in Schildkröten-Form angefertigtes Kanonenboot, das von dem bekannten Constructeur Arman in Bordeaux nach kaiserlichen Plänen ausgeführt und dieser Tage von Bordeaux hier angekommen ist. Das Schiff soll kugelfest seyn, und man will sich hier durch praktische Versuche davon überzeugen. (Köln. Ztg.)

Italien.

Rom, 5. März. Betreffs der Auflösung der päpstlichen Fremden-Bataillone, auf der man in Turin besteht, ist noch nichts entschieden. Der hl. Vater möchte die Ergebenheit so vieler jungen Männer aus achtbaren französischen und belgischen Legitimisten-Familien nicht mit einem aufgedrungenen Abschied lohnen, andererseits aber doch auch die in dieser Beziehung in der letzten Audienz vom Herzog von Grammont gemachten Vorstellungen und Vorschläge nicht ganz unberücksichtigt lassen. Da der Papst durchaus ein Contingent von 8000 Mann beibehalten will, so ist von Paris aus vorgeschlagen, verabschiedete neapolitanische Soldaten für den Dienst des hl. Stuhles anzuwerben; doch die Fremden seyen zu entlassen. (Köln. Ztg.)

Aus Rom vom 9. d. wird berichtet: „Die Rede des Prinzen Napoleon hat hier Enthusiasmus erregt. Man bereitet eine Subskription vor, um dem Prinzen ein Zeichen der Dankbarkeit zu geben.“ (Fr. Holez.)

Die päpstliche Regierung hat das Museum Campana für 150,000 Scudi an Rußland verkauft; es enthält werthvolle Kunstschätze aller Art.

Rußland und Polen.

Interessant ist, wie der „Dziennik poznanski“ (in Posen erscheinend) sich über die an den Kaiser geschickte Warschauer Adresse vernehmen läßt. „Schon am 28. Febr.“, sagt er, „war sie mit 10,000 Unterschriften sowohl der hervorragendsten Bewohner Warschaus als der bedeutendsten Bürger des ganzen Landes, welche sich augenblicklich in Warschau aufhalten, bedeckt. Wenn bei irgend Jemand noch ein Zweifel entstehen könnte, daß diese Adresse vielleicht nur das Werk eines kleinen, regsamern Theils der Bevölkerung oder einiger heißblütiger Menschen sey, so muß dieses Bedenken schon ein besonderer Umstand beseitigen. Um diese Adresse mit völliger Unabhängigkeit unterzeichnen zu können, hat ein bedeutender Theil der Hauptwürdenträger des Königreichs seine Aemter niedergelegt, und unter der Zahl dieser Männer befindet sich nicht nur der Erzbischof von Warschau, sondern selbst eine Person, die mit dem russischen Hofe in engster Beziehung steht, nämlich der Wappenpräses Graf Kossakowski. Die Adresse ist daher ein der allgemeinen rücksichtslosen Volksstimme entsprechender Gesinnungsausdruck sämmtlicher Schichten und Klassen der polnischen Bevölkerung. Hat sie der Kaiser mit Zorn aufgenommen und strenge Maßnahmen gegen die Polen angeordnet, so wird dies in der Sache selbst eine Aenderung nicht mehr hervorbringen, denn schon sind die Dämme durchbrochen; der Schmerzensschrei der Verzweiflung kann nicht mehr in die Brust, der er sich entrungen, zurückkehren, er wird vielmehr in der ganzen Nation Widerhall und im gesammten Europa Verbreitung finden.“

Dem „Dziennik poznanski“ wird aus Warschau vom 3. März geschrieben: „Nach dem Ereignisse vom 25. Febr. stimmte der Fürst Gortschakoff für strenge Repressivmaßregeln, ertheilte dem entsprechende Befehle und wies mit Entschiedenheit die reklamirenden Adelsmarschälle von sich. Das durchaus ungerechtfertigte Verfahren am Tage des 27. Febr., die allgemeine Entrüstung, die bittern, unumwundenen Bedürfnisse Seitens der Höchstgestellten in der Gesellschaft, die zahlreichen Deputationen, schließlich der tiefe Unmuth des Militärs (die Infanterie soll, nachdem sie wiederholte Salven auf die Wehrlosen gegeben, gegen diese nicht weiter haben feuern wollen), das laute Fluchen der Offiziere, daß man sie zu Henkersdiensten verwende, alles dies machte den Fürsten Gortschakoff wankend, und er gab nach. Als man ihm am 28. Febr. Morgens eine Adresse übergeben und er deren Inhalt nach Petersburg telegraphirt hatte, erhielt er wegen seiner Milde einen Verweis und den Befehl, zwei der schuldigsten Studenten erschießen zu lassen. Hierauf wollte Fürst Gortschakoff zur traditionellen Strenge zurückkehren; aber nachdem mit den Militärchefs Rath gepflogen worden, gewann man in Erwägung des unter dem Militär sich manifestirenden Unmuths und der bis zum äußersten gestiegenen Aufregung der gesammten Bevölkerung die Ueberzeugung von der moralischen Unausführbarkeit. Nur ein vorgängiger Angriff konnte zu einem weitern Vorgehen Veranlassung geben, und ein solcher hätte herbeigeführt werden müssen. Einige Generale äußerten, mit den Füßen stampfend, gegen die ihnen bekannten Polen: „Es hilft nichts, ihr müßt euch mit uns schlagen, also wehrt euch; wenn ihr aber keine Waffen habt, so wollen wir sie euch geben, aber schlagen müßt ihr euch mit uns.“ Alles dies führte indessen zu nichts; denn die Parole der Polen war: „unter keinen Umständen sich in einen so ungleichen Waffenkampf einzulassen, sondern den Gegner moralisch zu bewältigen.“ Man wurde rathlos, und der Fürst Gortschakoff telegraphirte aufs Neue nach Petersburg und stellte vor, daß es ihm unmöglich sey, Wehrlose und Ruhige anzugreifen, und sandte den Staatsrath Karnicki persönlich mit Depeschen nach Petersburg. Inzwischen hat er Alles in die Hände des Komite gelegt, an dessen Spitze A. Zamoyski steht. Nach Beendigung des am gestrigen Tage stattgefundenen Begräbnisses wünschte Zamoyski das ihm anvertraute Amt niederzulegen; aber Fürst Gortschakoff wollte davon nichts wissen und bat ihn, die anvertraute Ueberwachung der Ruhe in der Stadt beizubehalten bis zum Eingang definitiver Entschließungen aus Petersburg. Das Erschießen der Studenten ist aufgeschoben. So stehen die Sachen, und es ist klar, daß dieser Stand der Dinge von keiner Dauer seyn kann. Alle höhern Beamten, alle Senatoren sind um ihre Entlassung eingekommen, das alte Regime, der ganze Staatsorganismus ist gelähmt, die Provinzen folgen dem von der Hauptstadt gegebenen Impulse, und neue Behörden und eine neue Ordnung der Dinge fehlen. Die Adresse hat bereits 100,000 Unterschriften.“ (Man vergesse nicht, daß diese Erzählung aus einer polnischen Feder floß.)

Die deutschen Kolonisten in Südrußland haben eine Ergebenheitsadresse an den Kaiser gerichtet, worin sie ihm ihre Ersparnisse anbieten für den Fall, daß er derselben zur Bekämpfung Louis Napoleons und der Revolution bedürfen sollte. Diese Deutschen stehen bei dem Kaiser in hoher Gunst, aber auf den Kampf gegen Louis Napoleon werden sie noch eine ziemliche Weile warten dürfen.

Griechenland.

Der König von Griechenland eröffnete am 27. Februar die neugewählte Kammer mit einer Thronrede, in welcher er der Sympathien erwähnt, die Griechenland bei der zivilisirten Welt finde; er werde sich die Ordnung der Finanzen angelegen seyn lassen, um den Kredit zu heben und allen Bedürfnissen und Verbindlichkeiten des Staates Genüge zu leisten. (Frkf. Holz.)

Nichtpolitische Zeitung.

München, 9. März. Gestern war im festlich dekorirten Saale der Westendhalle die hiesige Studentenschaft mit Ausnahme der Korpsstudenten zu einer großen Schlußkneipe versammelt. Unter den zahlreichen Anwesenden befanden sich viele Universitätsprofessoren wie die HH. Bluntschli und Carriere. (A. Abdz.)

Aus der Pfalz, 5. März. Die Reben an unserem ganzen Gebirge haben gut überwintert; nirgends zeigt sich ein nach-

verkündeter königlicher Verordnungen steht nicht den Behörden, sondern nur den Kammern zu."

Oesterreich. Wien, 7. März. Der Weg, den die Regierung gegen die Bestrebungen der Magyaren zur Zertheilung der Monarchie einschlägt, wird immer deutlicher. Siebenbürgen wurde bekanntlich nicht zum Landtage nach Ofen berufen und die Abstimmung der Rumänen und Sachsen gegen die Magyaren-Szekler, indem jene die Union mit Ungarn verwerfen, wird hier gewürdigt. Die Selbständigkeit Kroatiens bleibt unangetastet; der Beschluß des Pesther Munizipiums, den Kaiser um Absetzung des Bans anzugehen, weil er den Belagerungszustand über Fiume verhängte, hat nur Oel ins Feuer gegossen und der alte Haß der Kroaten gegen die Magyaren lodert empor. Der kroatische Landtag wird auch über die Einverleibung Dalmatiens entscheiden und autonom seine Stellung zur Reichsvertretung ordnen. Gestern wurde die Einberufung der Serben zu einer nationalen Skuptschina unter Vorsitz des Patriarchen Rajacic genehmigt, um die Aufrechthaltung ihrer Privilegien, ihrer Nationalität und Sprache und die Bedingungen der Reinkorporirung in Ungarn zu berathen. Ein kaiserlicher Kommissär wird diesen Berathungen beiwohnen, die Beschlüsse sind an die kaiserlichen Staatsminister, sowie an den ungarischen Hofkanzler zu leiten und beide vereint haben ihre Anträge darüber der Krone zu unterbreiten. Auf diese Weise erstehen im Königreiche Ungarn selbst bereits die Gegner gegen die unionistischen Magyaren, denen sich in kürzester Frist die Slovaken und Ruthenen im Norden des Landes anschließen werden. Daß diese insgesammt Bundesgenossen der Wiener Regierung sind, läßt sich kaum bezweifeln; sobald man hier den konstitutionellen Boden betreten und die Germanisirung und Centralisation in absolutem Sinne verlassen hat, kehren diese Nationalitäten der Vergewaltigung der Magyaren den Rücken. Die Erkenntniß dieser Situation hat gegenwärtig einen Stillstand unter den Bewegungsmännern in Ungarn verursacht, die sich erst über den weiteren Verlauf orientiren müssen; es bemächtigt sich ihrer das peinliche Gefühl, daß sie in der Völkerfamilie Europa's denn doch isolirt stehen, worüber sie bloß der Moment des allgemeinen Druckes, der ihnen Genossen blindlings zuführte, täuschen konnte. Die Verhältnisse bringen sogar die Ultras zu einiger Besinnung und die Führer der Gemäßigten thun das Ihrige hierzu. (Nat.-Z.)

In Innsbruck ist man einer Gesellschaft auf die Spur gekommen, welche es sich, mit ziemlichen Mitteln ausgerüstet, zur Aufgabe machte, Soldaten zur Desertion zu verleiten; sie wurde jedoch von einem Kaiserjäger den Gerichten überliefert. (S. Z.)

Schweiz.

Bern, 9. März. Der Bundesrath hat seinen Gesandten in Paris ermächtigt, behufs Abschluß eines Handelsvertrags zwischen Frankreich und der Schweiz Unterhandlungen anzuknüpfen.

Großbritannien.

London, 6. März. Im Unterhaus sagte gestern James, er wünsche nicht, daß die Nachtischreden im Oberhaus (er meint Lord Normanby) als Ausdruck der Gesinnungen Englands über Italien gelten sollen; er finde es ganz natürlich, daß ein Volk, welches so lange unter österreichischer Tyrannei gelitten, auf Sardinien als seinen Erlöser geblickt habe; die Expedition Garibaldi's sey ein Resultat der allgemeinen Begeisterung gewesen; er sey in Neapel als Befreier aufgenommen worden, er, James, selbst habe gesehen, wie Priester seine Kleider küßten; unter ihm sey das Eigenthum so sicher, als in den friedlichsten Zeiten gewesen. In Neapel habe es früher keine andere Institution, als die Polizei und ihre Spione gegeben; die Regierung habe Krieg geführt gegen Intelligenz, Gedankenfreiheit und Volkserziehung. Sir Robert Peel glaubt, man müsse dem König Viktor Emanuel Vieles übersehen, denn er habe mit einem Volk zu thun, das durch Tyrannei, Unwissenheit und Armuth heruntergebracht worden, denn Unwissenheit schaffe Armuth und Tyrannei Beides. Die Bewegung in Italien sey nicht nur eine politische, sie sey auch eine religiöse. In Rom allein liege noch das einzige Hinderniß der Consolidirung Italiens. Der Schatzkanzler Gladstone bemerkt, Bowyer habe neulich eine Revolution, auf welche das englische Volk mit Bewunderung blicke, als das Ergebniß einer ruchlosen Verschwörung bezeichnet, die von einem gewissenlosen Könige und einem schlauen Minister geleitet worden sey; er habe behauptet, das von milden und weise verwalteten Gesetzen regierte neapolitanische Volk sey seinem Herrscher ergeben. Nun lasse sich aber das Verkehrte dieser Auffassung durch unwiderlegliche Beweise darthun. Herr Gladstone entwarf hierauf eine traurige Schilderung der Leiden, die das neapolitanische Volk erduldet, seit der König Ferdinand die von ihm beschworene Verfassung gebrochen habe, ging dann auf die Zustände im Kirchenstaate über, wobei er eine Scheidelinie zwischen dem persönlichen Charakter des Papstes und seiner Verwaltung zog, jenem Systeme, dessen Werkzeug sowohl, wie Opfer der Papst geworden sey. In der Romagna seyen lange vor der Revolution Thaten verübt worden, die auch das geduldigste Volk hätten erbittern müssen. Das österreichische Militär sey dort die Justizbehörde gewesen; gäbe es nun etwas Entsetzlicheres, als daß Fremde, die sich als die herrschende Race betrachten, Ordnung und Religion vertheidigen, und daß fremde Oberste und Kapitäne über die Einwohner Urtheil und Recht sprechen sollen? — Einmal, sagte er, wurden 16 Leute von ihnen erschossen, nicht wegen eines politischen Vergehens, sondern wegen Nothzucht gegen zwei Frauen; ein österreichischer Major ließ die beiden Brüder Deneti erschießen wegen Beherbergung von Verbrechern; ein gewisser Gherardi, andere Namens Castelli, Randi, Borghi, wurden auf Befehl von österreichischen Kapitänen erschossen. Die Beweise dafür sind in meiner Hand. Und das sollte das Volk der Romagna ertragen? Ich zeige nun hier weitere Dokumente vor, die den Herzog von Modena betreffen. Hier ist ein Dekret über 254 Verbrecher, die nach einem anderen Gefängniß gebracht werden sollten, wobei die Bemerkung angefügt ist: da ein Drittel derselben, welche nur eine geringe Strafe erhielten, im laufenden Jahr wieder in Freiheit gesetzt werden sollen, so befiehlt der Herzog, daß Niemand frei gegeben werde, der nicht Zeichen der Besserung gegeben hat. Und das waren Leute, die von schlecht bezahlten und von der Gnade des Herzogs abhängigen Richtern verurtheilt worden waren; ein 17jähriger Junge, Granal, ward wegen Todtschlags verurtheilt, nach dem Gesetz von Modena konnte Niemand unter 21 Jahren hingerichtet werden; der Herzog verordnete durch Edikt seine Hinrichtung. Bei anderen Gelegenheiten erhielten die Richter Verweise wegen zu milder Strafen. In England wird man dies nicht glaublich finden; hier sind die Dokumente zu Jedermanns Einsicht. Bei einem Streit in Carrara zwischen Volk und Militär gab ein Soldat ohne Auftrag des anwesenden Kommandanten Befehl zum Feuern; der Herzog belobte in einem Edikt die Soldaten und tadelte die Offiziere. In einem Schreiben an den Minister des Innern spricht der Herzog seine Freude darüber aus, daß die Zahl der Studirenden abnehme, er wolle keine überflüssigen Doktoren. Italien, das sich längst nach Einheit gesehnt habe, verdanke England und Frankreich viel. Aber weder durch England noch Frankreich, noch auch durch Viktor Emanuel, sondern durch die von Oesterreich befolgte italienische Politik sey die italienische Einheit zu Stande gekommen. Maguire bestreitet die Richtigkeit des Bildes, welches neulich Layard von den traurigen Zuständen im Kirchenstaate entworfen hatte, und behauptet, einige Theile dieses Landes seyen ebenso vortrefflich angebaut, wie nur irgend ein anderer Theil der civilisirten Welt. Layard habe die Umgegend von Rom eine Wüste genannt, während doch ein großer Theil der Campagna treffliches Weideland enthalte. Die päpstliche Regierung habe sich, wo es sich um Anlage von Eisenbahnen und elektrischen Telegraphen und um die Aufmunterung des Gewerbfleißes handelte, nicht saumselig erwiesen, die Schifffahrt habe zugenommen und die Lage der Finanzen sich gebessert, so oft ruhige Zeiten eingetreten, die Steuern seyen mäßig, und eine große Anzahl Laien seyen als Staatsbeamte angestellt, obgleich man fortwährend davon spreche, daß Rom unter priesterlicher Tyrannei stöhne. Roebuck äußert, er wünsche ein einiges Italien. Was aber für Aussichten seyen für ein solches vorhanden? Er traue dem Kaiser Napoleon nicht. Frankreich, so sage man, habe große Dinge für Italien gethan. Ganz richtig; aber habe es nicht auch etwas für sich selbst gethan? Sey es nicht vorgerückt bis auf den Kamm des Gebirges, und könne es nicht jetzt Italien mit seinen Truppen überschwemmen? Ständen nicht 40,000 Franzosen in Rom, und müsse man nicht nach einem Gleichgewicht gegen die Macht Frankreichs suchen? Er wolle kein einiges Italien, das ein Vasall Frankreichs sey. Wie aber könne man ein solches Vasallenthum verhindern? Der einzige noch in deutschen Händen befindliche Theil Italiens sey Venetien nebst dem Festungsviereck, und er mache die Regierung auf die Gefahr aufmerksam, die sie heraufbeschwöre, wenn sie versuche, Oesterreich aus Venetien herauszudrängen. Oesterreich besitze jetzt eine Verfassung, eine Verfassung, die auf dem Papier so liberal sey, wie die englische, und das Streben der englischen Politik müsse dahin gerichtet seyn, Oesterreich zu schützen, da Oesterreich kein den englischen Interessen zuwiderlaufendes Interesse habe. Das heutige Oesterreich sey nicht mehr das Oesterreich von vordem. Angesichts der Möglichkeit eines russisch-französischen Bündnisses

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 72. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 38. Jahrgang. | Mittwoch, 13. März 1861.

Deutscher Bund.

* **Von der Pegnitz.** (Privat-Korrespondenz.) Der Entwurf des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs ist jetzt, wie schon letzthin erwähnt wurde, in dritter Lesung definitiv festgestellt und wird demnächst dem Bundestag zur Genehmigung vorgelegt werden. Jetzt schon ist, wie aus glaubhafter Quelle verlautet, seine Einführung im größten Theile von Deutschland, so namentlich in Oesterreich, Preußen und Bayern, in Sachsen, Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt, in den thüring'schen Staaten und Nassau, in den freien Städten u. a. m. als gesichert anzusehen; auch ist man schon jetzt in einzelnen Staaten, z. B. in Preußen und Bayern, mit Vorbereitung der Einführungsgesetze beschäftigt. Und wenn in einigen andern Staaten die Einführung sich auch noch etwas verzögert, ist doch mit Bestimmtheit anzunehmen, daß diese gleichfalls bald nachfolgen werden. Was jetzt noch Entwurf ist, wird also hoffentlich bald gesetzliche Geltung in Deutschland haben, und damit wieder ein neues, festigendes Band um die Glieder unsres gemeinsamen Vaterlands geschlungen seyn. Der Entwurf, wie er jetzt feststeht, umfaßt dieselben Materien, auf welche sich der Entwurf aus zweiter Lesung bezog, und ist nur durch einen, namentlich für den Handelsstand sehr wichtigen Abschnitt über den Transportverkehr auf den Eisenbahnen erweitert worden. Der Entwurf aus zweiter Lesung hat im Uebrigen nicht allzu viele, aber einige sehr wesentliche und, wie wir glauben, nützliche Aenderungen erfahren, so im II. Buche bei der Lehre vom Gesellschaftsrechte, namentlich rücksichtlich der Bestimmungen über den Gesellschaftsfonds und die Rechte der Gesellschaftsgläubiger, sowie über Eintragung der Gesellschaften in's Handelsregister; im III. Buche, von der stillen Gesellschaft; im IV. Buche bei den allgemeinen Bestimmungen über die Handelsgeschäfte, namentlich rücksichtlich der Normen über die indossablen Urkunden und rücksichtlich der Frage über Vindikabilität oder Nichtvindikabilität von beweglichen Sachen und Werthpapieren, ferner bei den Bestimmungen über das Rücktrittsrecht der Kontrahenten beim Kaufgeschäft und über die Lieferungsgeschäfte. Was weiter von manchen Seiten angeregt worden war, auch Abschnitte über das Versicherungsrecht (Feuer-, Hagel-Versicherung ꝛc.), kaufmännisches Konkursrecht, Handelsgerichtsbarkeit dem Entwurf einzuverleiben, hat nicht den Beifall der Mehrheit der Versammlung erhalten; es wurde vielmehr beschlossen, das Werk in dem Umfang, welchen es jetzt hat, abzuschließen. Dasselbe handelt in fünf Büchern von dem Handelsstand, den Handelsgesellschaften, der stillen Gesellschaft und der Vereinigung zu einzelnen Handelsgeschäften für gemeinschaftliche Rechnung, den Handelsgeschäften und dem Seerecht. Die (im Verlag der Stahel'schen Buchhandlung zu Würzburg theils schon erschienenen, theils noch erscheinenden) Protokolle der verschiedenen Lesungen sind für die Zukunft die Quelle aller Auslegungen und Commentare zu diesem Gesetzgebungswerk.

Bayern. Aus der bayerischen Pfalz, 8. März. Durch die Erklärung der Generalsynode, daß in den Gemeinden, in welchen das alte Gesangbuch bis jetzt beibehalten worden, auch noch ferner dasselbe gebraucht werden könne, daß selbst in solchen Gemeinden, in denen durch Presbyterialbeschluß das neue eingeführt worden, es den Gegnern desselben doch ermöglicht werden solle, sich kirchlich zu erbauen, ist die Versammlung soweit dem allgemeinen Wunsche entgegengekommen, als sie nach dem theologischen Standpunkte der Mehrzahl ihrer Mitglieder gehen konnte. Es wäre nun möglich gewesen, daß die Aufregung sich gelegt hätte, wenn auch bezüglich der Wahlordnung die Synode eine gleich versöhnliche Stimmung gezeigt hätte. Allein die Generalsynode hat die kgl. Vorlage, wodurch dem weltlichen Elemente eine genügende Vertretung werden sollte, abgelehnt, wodurch die Gefahr nahe gebracht ist, daß das letztere auf andere Weise sich geltend zu machen suchen werde, als in den bestehenden Vertretungen, namentlich wenn diese, wie bisher, nur den einseitig geistlichen Standpunkt auch künftig festzuhalten suchen. (N.K.)

Württemberg. Stuttgart, 11. März. In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten antwortete auf eine Anfrage von Probst, betr. die Justizorganisation, der Justizminister. Derselbe knüpft an den im Publikum oft gehörten Vorwurf, daß seit Jahren im Justizministerium fast nichts zu Tage gefördert worden sey, an. Er zeigt, daß der Vorwurf grundlos sey; auch sey, setzte er hinzu, eine Denkschrift ausgearbeitet worden, welche den Gang, welchen eine allgemeine deutsche Gesetzgebung zu machen hätte, bezeichne. Diese Denkschrift sey den Würzburger Konferenzen übergeben worden und habe dort vielen Anklang gefunden, so daß von Bayern bei dem Bunde ein Antrag auf gemeinsame Gesetzgebung übergeben worden sey. In Sachen der bürgerlichen Gesetzgebung sey die Schwierigkeit einer gemeinsamen Verständigung nicht unüberwindlich; ferner ein gemeinsames Gesetz über die Strafarten gehöre auch nicht zu den Unmöglichkeiten. Er, der Minister, habe gleichwohl die Arbeiten für die Landesgesetzgebung wieder aufgenommen und habe gefunden, daß unsere Bedürfnisse eine vollständige Civilprozeßordnung erheischen. Inzwischen habe sich ihm der Gedanke wieder nahe gelegt, daß es am besten sey, wenn wir gemeinsame Civilprozeßordnung und gemeinsames Strafverfahren für Deutschland hätten. Zu dem Ende habe er eine Korrespondenz mit den bedeutendsten Mittelstaaten eingeleitet, und von allen Seiten sey ihm entgegengekommen worden. Nunmehr habe der Minister sich an die betreffenden Minister der deutschen Großstaaten gewendet, welche in gleicher Weise zustimmende Erklärungen ihm gegeben haben, und im gegenwärtigen Augenblicke sey ohne Zweifel schon über die Art und Weise eine Verabredung getroffen, wie die beiden Großstaaten in dieser Sache die Initiative ergreifen wollen. Er glaube, daß das Justizministerium hiemit die Anregung zu einem gemeinsamen segensreichen Werke gegeben habe. (S. M.)

Großh. Hessen. Darmstadt, 8. März. Die Mitglieder des sog. Nationalvereins in Offenbach haben von der Juristenfakultät in Heidelberg ein Rechtsgutachten erwirkt, durch welches die Rechtsgiltigkeit der großh. Verordnungen vom 2. Oktbr. 1850 und 31. März 1852, die politischen Vereine betreffend, sowie die Pflicht der Gerichte, landesherrliche Verordnungen, ohne vorherige Prüfung ihrer Verfassungsmäßigkeit, zu vollziehen, in Abrede gestellt wird. Ueber die Art, wie dieses Rechtsgutachten einzelner Freunde des Nationalvereins zu Gunsten ihrer Offenbacher Gesinnungsgenossen zu Stande gekommen ist, berichtet das „Mainzer Journal“: „Dasselbe ist, wie man erfährt, auf das Referat von Hofrath Renaud unter Zustimmung von Geh. Rath v. Vangerow und Geh. Rath Mittermaier erlassen worden. Geh. Hofrath Roßhirt war in der betreffenden Sitzung, ohne von der Vorlage Nachricht erhalten zu haben, nicht anwesend. Geh. Hofrath v. Mohl ist nicht Mitglied des Spruchkollegium und der einzige in demselben befindliche Publizist von Fach, Hofrath Zöpfl, dem man, wie doch wohl bei einer staatsrechtlichen Frage zu erwarten gewesen wäre, nicht die Begutachtung des Falles überwiesen hatte, wurde durch dessen Vorbringen sehr überrascht und legte ausdrücklichen Protest gegen den betreffenden Beschluß der Majorität ein, indem einer Regierung das Regieren sozusagen unmöglich gemacht werden würde, wenn sie nicht politische Vereine, deren Tendenz ihr gefährlich erscheint, sollte verbieten dürfen, und es Sache der Landstände und nicht der Gerichte sey, die Verfassungsmäßigkeit oder Verfassungswidrigkeit einer Verordnung der Regierung in Betracht zu ziehen.“ Letzteres sagt auch z. B. die preußische Verfass.-Urkunde in Art. 106. „Gesetze und Verordnungen sind verbindlich, wenn sie in der vom Gesetze vorgeschriebenen Form bekannt gemacht worden sind. — Die Prüfung der Rechtsgiltigkeit gehörig

Nichtpolitische Zeitung.

Düsseldorf, 7. März. Gestern Abends gegen 10 Uhr fuhr das zu Thal fahrende Dampfschiff „Viktoria" von der Düsseldorfer Gesellschaft bei seiner Durchfahrt gegen die Brücke. Der Anprall, sagt die „Düss. Ztg.", war fürchterlich, und der Schaden so bedeutend, daß die Kommunikation heute Morgens, wo wir dies schreiben, noch gänzlich gesperrt war. Ein Ponton ist gesunken, und andere haben mehr oder weniger gelitten. Der Personenverkehr wird durch das Dampfschiff „Graf von Paris" unterhalten.

Der **Londoner** Thierschutzverein hat ein „Asyl (home, wörtlich Heimath) für verlorene und hungernde Hunde" errichtet; es liegt in Holloway. Ein enthusiastischer Hundefreund, Hr. William Kidd, hielt am 5. März zum Besten dieser Anstalt eine zwei Stunden lange Vorlesung über die trefflichen Geistes- und Gemüthseigenschaften der Hunde, welcher eine fashionable Versammlung mit Andacht zuhörte.

Eines der großartigsten Beispiele davon, welch ungeheure Summen in Amerika auf Annoncen verwandt werden, theilt die „New-York Tribune" vom 15. Dezember 1860 mit, in der es wörtlich heißt: „Herr H. C. Spalding hat uns den Auftrag ertheilt, eine Anzeige von einer Seite über seinen „„zubereiteten Leim"" in jeder Nummer der täglichen, halbwöchentlichen und wöchentlichen Ausgabe unseres Blattes ein Jahr hindurch vom 12. Novemb. 1860 an aufzunehmen, und uns dafür die Summe von zweiunddreißigtausend Dollars bezahlt. Es ist dies wohl die größte Summe, welche ein Ankündiger in einem Jahre in einer Zeitung jemals bezahlt hat." Spalding kündigt seinen Leim außerdem noch in vielen anderen Zeitungen an!

Handels- und Börsenberichte.

Frankfurter Börse (vom 4. bis 9. März).

Samstag. Die abgelaufene Börsenwoche brachte nicht unerhebliche Variationen in österr. Effekten. National gingen von $50^{1}/_{8}$ bis $48^{1}/_{4}$ zurück und erholten sich erst in den letzten Tagen auf günstigere Wiener Berichte hin. Das Geschäft war aber nicht ansehnlich. Die Arbitrage hat ge- und verhandelt; die Baissiers haben zu den niedrigen Kursen wenig realisirt, eher noch dazu verkauft und erst bei dem schliesslichen Steigen gedeckt und so zu demselben mitgewirkt. In grosse Operationen lässt sich die solide Börsenwelt nicht mehr ein; das Losungswort bleibt: abwarten.

Deutsche Bundespapiere fest und fortwährend gesucht. Der Zudrang für die 4proz. württembergische Anleihe war im Inland selbst so gross, dass kaum $^{1}/_{3}$ auf die Zeichner gelangt. $4^{1}/_{2}$proz. Nassauer in guter Nachfrage. Ver. Staaten-Stocks auf 92 Brief zurückgegangen. Von Loospapieren haben kurhessische etwas angezogen und waren zu $47^{1}/_{4}$ gesucht, auch Schaumburg-Lippe'sche höher gegangen.

Von Kreditaktien folgten österreichische der weichenden Tendenz der andern österr. Effekten und gingen bis 124 zurück, erholten sich gestern bis 130, um heute etwas niedriger zu $128^{1}/_{2}$ zu schliessen. Es ist beständig grosser Mangel an Stücken; der Deport — gegen Zinsen — kommt beinahe dem Pariser Deport auf Mobilier ($2^{1}/_{2}$ Fr.) gleich, nur ist bei den österr. Kreditaktien der Mangel ein naturgemässer, da der Hauptbesitz in festen Privathänden ist, welche zu den jetzigen Kursen nicht verkaufen. In Paris dagegen ist der Mangel ein künstlicher, durch die eigene Verwaltung des Instituts geschaffener und es fragt sich sehr, ob der nächste Rechenschaftsbericht nicht Stücke an den Markt bringen wird. Darmstädter Bankaktien bei einigen Umsätzen 1 pCt. höher. Von unparteiischer Seite wird bestätigt, dass sich die Situation des Anstalt gebessert habe. Meininger sollen $5^{1}/_{2}$ Dividende geben, auf den Kurs hat die Nachricht indess keinen Einfluss ausgeübt. — Frankfurter Bankaktien, durch einige Verkäufe bis $108^{1}/_{2}$ gedrückt, haben sich wieder über 109 erholt.

Auf dem Eisenbahnaktienmarkt war es still, das Publikum ist in Anlagen darin sehr zurückhaltend geworden. Pfälzische unverändert. Hanauer haben $1^{1}/_{2}$ pCt. eingebüsst, unmittelbare Gründe liegen nicht vor, es ist eben die Hoffnung auf ihre Zukunft, die schwächer geworden. Auch Taunus waren billiger und zu 334 offerirt, dagegen hessische Ludwigsbahn 1 pCt. besser. Von Prioritäten hat österr. Westbahn ihren Briefkurs um 1 pCt. erhöht, nur 4proz. Bexbacher zu 98 umgesetzt.

Die wenigen Industrie-Aktien, die auf unserer Börse noch zeitweilig gehandelt werden, schlummern ganz. Ihre Resultate sind in der Mehrzahl nicht von der Art, um Liebhaber heranzulocken; wer sie hat, behält sie mit Resignation besserer Zeiten gewärtig.

Von Wechseln war London in Erwartung einer weitern Diskonto-Erhöhung bis $118^{3}/_{4}$ gestiegen; da dieselbe aber nicht eingetreten und in Folge der Abnahme der Baarsendungen nach Amerika der englische Geldmarkt etwas williger zu werden verspricht, blieb die Devise, zumal in langen Sichten, matt und eher angeboten. Paris bis $93^{1}/_{2}$ gefragt; sollte der Kurs noch höher gehen, so dürfte uns von der Abundanz der 5 Fr.-Stücke bald geholfen werden. Wiener hat, nachdem es bereits bis $77^{1}/_{2}$ gesunken war, heute wieder seinen Stand von Anfang der Woche ($78^{3}/_{4}$) eingenommen.

(Aktionär.)

Neueste Nachrichten.

Nürnberg, 11. März. Die deutsche Handelsgesetzkonferenz hält heute ihre letzte Sitzung, nachdem sie auch die nachträglich von der Bundesversammlung ihr überwiesene Aufgabe, die Aufstellung eines Gesetzes über die gegenseitige Rechtshülfe in den Bundesstaaten zur Vollziehung civilrichterlicher Urtheile, erledigt hat. Das letztere Gesetz besteht aus einigen und dreißig Artikeln. Was das Handelsgesetzbuch betrifft, so ist gegründete Aussicht vorhanden, dasselbe in dem größten Theile der Bundesstaaten (worunter namentlich die beiden Großstaaten und die Königreiche mit Ausnahme von Hannover) in kürzester Frist publizirt und eingeführt zu sehen. Wenigstens ist von Seiten der betr. Regierungen die Bereitwilligkeit dazu kundgegeben, und an der Zustimmung der Volksvertretungen ist gewiß nirgendwo zu zweifeln. Nur bei einigen, sehr vereinzelten, Regierungen besteht eine solche unbedingte Gewißheit nicht.

(N. K.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	76 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$60^{3}/_{8}$ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$49^{7}/_{8}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$42^{1}/_{8}$ P.
„	$4^{1}/_{2}$ pCt.	$36^{3}/_{4}$ G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3^{1}/_{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$87^{1}/_{4}$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	$102^{3}/_{8}$ G.
„	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. 1jahr. dto.	$102^{1}/_{4}$ G.
„	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	$102^{5}/_{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99^{7}/_{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$99^{7}/_{8}$ G.
„	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104^{3}/_{4}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	$94^{7}/_{8}$ G.
Baden	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl.	103 P.
„	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$95^{1}/_{2}$ P.
Gr. Hess.	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl.	$101^{3}/_{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100^{3}/_{4}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	$93^{3}/_{8}$ G.
Nassau	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	$101^{3}/_{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99^{3}/_{4}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3^{1}/_{2}$ pCt. Obl.	98 P.
„	3 pCt. Obl.	90 P.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$47^{1}/_{2}$ G.
„	$1^{3}/_{4}$ pCt. „ „ „	41 G.
Schweden	$4^{1}/_{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr	$98^{3}/_{8}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	$109^{1}/_{2}$ G.	
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	579 P.	ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	128 G.	ex D.
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	180 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100	76 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien	$63^{3}/_{4}$ G.	
Internationale Bank in Luxemb.	$80^{1}/_{4}$ G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	337 P.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	$67^{3}/_{8}$ G.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	228 G.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	122 G.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$73^{1}/_{8}$ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$25^{1}/_{2}$ P. $^{1}/_{4}$ G.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 5 pCt.	$129^{1}/_{2}$ G.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4^{1}/_{2}$ pCt.	$98^{1}/_{2}$ G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50^{3}/_{4}$ P.	
Südd. Bank-Akt. 30 pCt. Einz.	236 G.	
Span. Handels- u. Industrie	510 P.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	472 G.	
Bayr. Ostbahn à $4^{1}/_{2}$ pCt. volleinbez.	104—$103^{7}/_{8}$ G.	
Providentia (Feuervers.) 20 pCt. Einz.	101 P	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99^{3}/_{4}$ B. $^{1}/_{2}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	$105^{1}/_{4}$ B. 105 G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$95^{7}/_{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105^{1}/_{4}$ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^{1}/_{4}$ B. 88 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105^{1}/_{4}$ B.
London Lst. 10 k. S.	$118^{5}/_{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L.S.L. 250 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93^{5}/_{8}$ B.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. 1. S.	$78^{3}/_{4}$—79 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$73^{1}/_{2}$ P. 73 G	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$47^{1}/_{2}$ P. $^{1}/_{4}$ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$55^{3}/_{4}$ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$129^{1}/_{4}$ P. $128^{3}/_{4}$ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$55^{1}/_{4}$ P.	„ fl. 25 do.	$34^{7}/_{8}$ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$91^{1}/_{2}$ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	34 G.
$3^{1}/_{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	118 P.	Sardinien Fr. 36 b. R.	$43^{3}/_{4}$ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2^{1}/_{2}$ pCt. Z.	$35^{3}/_{4}$ P.
Badische fl. 50	$88^{7}/_{8}$ P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10^{3}/_{8}$ G.
Badische fl. 35	53 P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10^{1}/_{2}$ G.

Frankfurt, 11. März. Die Börse war in günstiger Stimmung und für österr. Fonds und Kreditaktien zeigte sich Kauflust zu steigenden Kursen. Auch Spanische 3 pCt. wurden besser bezahlt. Süddeutsche Fonds bleiben beliebt.

(Synd.)

es stellte sich heraus, daß nichts von der Unerschütterlichkeit in ihm steckt, die zu einem politischen Führer gehört und daß er vielmehr seinem eigensten Wesen nach nur ein Kampfhahn ist, der jeder Zeit eine wilde parlamentarische Hetze sucht. Seitdem hat er keinen Fortschritt gemacht, nichts in ihm ist reifer, gesetzter, männlicher geworden, er ist sich in seiner Zungenfertigkeit immer gleich geblieben, aber sein Kredit bei der Nation ist zurückgegangen. Wie sollte das auch anders seyn, wie hätte sein Kredit auf der anfänglichen Höhe bleiben sollen? Er erfüllte die Erwartungen nicht, die er erregt hatte, er erwarb Jahr aus, Jahr ein kein höheres Maß von politischem Einfluß und ist auch seit 1858 nicht einmal in ein Staatsamt zweiten Ranges berufen worden, er blieb lediglich der Virtuos im Reden und verfiel dem Schicksal vieler Virtuosen, daß er hochmüthig, aufgeblasen und ein täglich unerträglicherer Kamerad wurde."

Oesterreich. Wien, 7. März. Die Gemeinderathswahlen der Residenz sind zwar noch nicht beendigt; es läßt sich aber nach den bisher bekannten Resultaten schon ein allgemeines Bild der künftigen Körperschaft entwerfen. Was die politische Farbe betrifft, so sind die Wahlen im großen Ganzen gemäßigt ausgefallen; die übergroße Mehrzahl der Gewählten gehört der Ordnungs-Partei an, die jedem Umsturz und jeder Ueberstürzung auf das Entschiedenste abhold ist. Unter 120 Mitgliedern wird der Gemeinderath an sogenannten vorgeschrittenen Liberalen oder Demokraten von reinem Wasser kaum 4 oder 5 zählen. Selbst die liberale Mittelpartei hat, mit wenigen Ausnahmen, nur die gemäßigteren aus ihren Kandidaten durchgebracht. Selbst die hiesigen liberalen Blätter können nicht umhin, die Richtigkeit dieser Thatsache zu bezeugen. Die Besorgniß, daß die Wähler auf die Vertretung des katholischen Klerus im Gemeinderath zu wenig Rücksicht nehmen würden, hat sich nicht verwirklicht; konfessionelle Punkte sind überhaupt beim Wahlakt nicht in den Vordergrund gestellt worden. Was die übrigen Eigenschaften betrifft, die, abgesehen von der politischen Farbe, ein guter Stadtverordneter haben soll, so befriedigen allerdings die Gewählten nicht alle Wünsche und genügen nicht allen Bedürfnissen; allein man darf nicht vergessen, daß Wien seit 11 Jahren keine Wahlen vorgenommen hat und die Partei-Organisation nach allen Richtungen dürftig und unzulänglich ist."

Großbritannien.

Dem von der französischen Regierung früher gekauften „Morning Chronicle" ist es nicht besser gegangen als dem „Straßburger Korrespondenten"; es macht nun bekannt, daß es sein bisheriges Verhältniß gelöst und fortan als Pennyblatt erscheinen werde.

Frankreich.

Paris, 8. März. In der vorgestrigen Senatssitzung wurde, trotz der gewandten Fürsprache Barthe's, das Amendement zu Gunsten der weltlichen Herrschaft des Papstes mit 79 gegen 61 Stimmen verworfen. Gestern wurden die beiden letzten Absätze der Adresse berathen und angenommen. Der erste Redner war der Erzbischof von Paris, Kardinal Morlot. Bevor er aber zu Worte kam, entstand ein wilder Lärm. Man wollte nichts mehr hören. Graf Segur d'Aguesseau rief: „Es ist unwürdig, einen Kardinal über eine solche Frage nicht sprechen zu lassen." Vom Präsidenten ersucht, sich zu mäßigen, schrie er in höchster Erregung: „Das ist gegen allen Anstand! (Murren.) Es ist übergenug mit dem Vorschlage, die Hauptstadt der Christenheit dem Könige von Piemont zu überantworten. Ja, es ist eine Schande Frankreichs, die man vorzuschlagen gewagt hat. Ja (zu den Stenographen gewandt): setzen Sie das in den „Moniteur"! (Neues Murren und Rufen zur Ordnung.) Aber hindern Sie wenigstens die Kardinäle nicht, zu sprechen!" Prinz Napoleon ruft: „Zur Ordnung!" und eine allgemeine Bewegung entsteht im Saale. Endlich tritt wieder Stille ein, und den Kardinälen wird das Wort gestattet. Es sprechen die Kardinäle Morlot, Gousset, Mathieu und Bonald für die Aufrechterhaltung der weltlichen Herrschaft des Papstes. Die Absätze der Adresse wurden aber doch nach der Fassung der Kommission angenommen. — Die interessanteste Rede in der vorgestrigen Senatssitzung war die des Herrn Barthe, Präsidenten des Ober-Rechnungshofes, und wohl das Beste, was vom französischen politischen Standpunkte bis jetzt im Senate gegen den großen italienischen Einigungs-Prozeß vorgebracht worden ist. Barthe kennt auch die Verhältnisse um so besser, als er schon vor 40 Jahren eines der vorgerücktesten Mitglieder des französischen Carbonari-Bundes war. Er weist nach, der Fortbestand der päpstlichen Souveränetät sey ein wesentlich französisches Interesse. Der Papst habe allerdings das Weltliche und das Geistliche verwechselt, die weltliche Macht gehöre nicht zum Dogma, die Romagna sey kein Glaubensartikel, und man habe in Rom Unrecht gehabt, das Non possumus auf weltliche Dinge auszudehnen. Dies sey aber Alles für Frankreich kein Grund, den Papst als weltlichen Souverän fallen zu lassen. Die Einheit Italiens, welcher das weltliche Papstthum entgegen stehe, sey eine englische Idee, und wenn eine italienische Marine Frankreich von Nutzen seyn könnte, wie ein Mitglied (Prinz Napoleon) behauptet habe, so dürfe man versichert seyn, daß England gewiß gegen und nicht für die italienische Einheit aufgetreten wäre. Piemont wolle freilich diese Einheit; Frankreich habe seinen Rath, sein Blut, seine Siege und die Lombardei gegeben, Piemont habe Blut, Siege und die Lombardei genommen, aber den Rath Frankreichs verschmäht und dafür den Englands angehört. Die italienische Einheit sey aber auch eine preußische Idee; dies gehe aus dem Amendement des Hrn. v. Vincke in der Berliner Kammer hervor. Dieser Deputirte habe den ihm im Namen der Einheit Italiens dargebrachten Dank zurückgewiesen und erklärt, er wolle nur die Bildung eines starken Reiches, das Frankreich entgegengestellt werden könne. Sehr scharf kritisirt Barthe die neueste italienische Politik Piemonts, die er mit einem Schiffe vergleicht, dessen Segel der Ehrgeiz treibe, dessen Steuer die Revolution führe. Das Prinzip der Nichtintervention weist der Redner entschieden als einen hohlen Begriff zurück; das Interventionsrecht dagegen bestehe überall, wo ein nationales und legitimes Interesse bestehe. Das Verweilen franz. Truppen in Rom sey aber ein französisches, positives und unbestreitbares Interesse, dem Piemont weiter nichts entgegensetzen könne, als das Bedürfniß, eine ihm zusagende Residenz für den inkarnirten italienischen Einheitsbegriff Viktor Emanuel's zu haben. Aber wie wolle Viktor Emanuel, wenn er in Rom sey, seine revolutionären Bundesgenossen los werden? wie werde er der katholischen Welt gegenüber dastehen, nachdem er den Papst aus Rom verjagt? welches werde seine Stellung zu Frankreich seyn, dessen Macht und Ehre durch diese Besitzergreifung Piemonts gefährdet sey? Denn vor dem Anfang des italienischen Feldzuges habe man gesagt: „Die Souveränetät des Papstes bleibt unangetastet; seine weltliche Macht wird nicht umgestürzt. Das letzte Wort dieses Feldzuges möge also nicht das Widerspiel der Eröffnungsworte seyn. Man möge sich nicht fortreißen lassen und nicht vergessen, daß, was in dieser Frage der franz. Regierung am meisten entgegentrete, das sey, was Italien am meisten zusage.

Paris. Ein Offizier der Garde ist als ehrlos kassirt worden, weil er dem Angriff eines Soldaten auf ein Mädchen ruhig mit zugesehen. (Fr. Holsz.)

Den Fürsten Nikolaus von Montenegro hat die Pariser Académie internationale des sciences zu ihrem Mitgliede, und die beiden montenegrinischen Wojewoden Mirko Petrowitsch, Vater, und Peter Stefanov Vukotich, Schwiegervater des Fürsten, das Institut d'Afrique zu Ehrenpräsidenten ernannt. (Würdige Mitglieder! Sie werden ohne Zweifel glänzen durch ihre wissenschaftlichen Leistungen.)

Italien.

Turin, 3. März. Es ist kürzlich eine Deputation des in Rom bestehenden revolutionären Komite hier angekommen, welche zum Zweck hat, den Grafen Cavour anzuspornen, die Lösung der römischen Frage zu beeilen. Auch die Radikalen fangen bereits an, ungeduldig darüber zu werden, daß es in Rom nicht vorwärts gehen will. An Cavour liegt aber die Schuld nicht, die Unzufriedenen würden besser daran thun, sich nach Paris zu wenden. (Fr. Postz.)

In Turin will man Kunde haben von einem Rundschreiben der päpstlichen Kanzlei, welches den Bischöfen der Aemilia, Umbriens und der Marken und ebenso der Pfarrgeistlichkeit das Verbot einschärfe, den Befehlen der italienischen Regierung und ihrer Agenten in irgend einer Weise Folge zu leisten.

Amerika.

Der neue Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Lincoln, ist in Washington angekommen; auf seiner Reise dahin wurde er in New-York und Philadelphia mit Enthusiasmus empfangen. Van Wyck, ein Deputirter der republikanischen Partei, ist in den Straßen Washingtons von drei Banditen angegriffen worden, erschoß aber einen derselben und erwehrte sich der beiden andern; er entkam, wenn auch durch viele Messerstiche verwundet, glücklich ihren Händen.

---

scheint, daß die piemontesische Regierung nicht gelehriger gewesen ist. Ferner ist zu beachten, daß da, wo der hl. Vater Weigerungen hat ergehen lassen, welche man rein negative nennen könnte, die piemontesische Regierung positiv verneinende Antworten gegeben hat. Se. Heiligkeit hat nicht rathsam befunden, Einiges, was die französische Regierung wünschte, zu thun; aber Piemont hat Vieles gethan, wovon die kaiserliche Regierung öffentlich erklärt hatte, daß sie es nicht wolle. Die kaiserl. Regierung hatte untersagt, die Neutralität des Kirchenstaates zu verletzen; die piemontesische Regierung antwortete darauf durch die Besetzung der Romagna. Die kaiserliche Regierung mißbilligte die Annexionen; die piemontesische Regierung antwortete durch den Vollzug derselben. Die kaiserliche Regierung verbot, sogar unter Drohungen, die Besetzung der Marken und Umbriens; die piemontesische Regierung gab darauf ihre Antwort, indem sie die kleine päpstliche Armee mit Kartätschen zusammenschoß und Ancona von der See aus wie zu Lande bombardirte, ohne selbst die von allen zivilisirten Völkern anerkannten Gebräuche des Krieges zu beobachten. Die kaiserliche Regierung bestand darauf, daß man auf die Präliminarien von Villafranca und den Frieden von Zürich zurückkommen sollte; die piemontesische Regierung aber antwortete nur, indem sie der Präliminarien und des Friedens spottete." „Nun aber", heißt es weiter, „hat der Verfasser jener Flugschrift, dessen Feder sich so grausam auf Kosten des heiligen Vaters ergeht, nicht ein Wort des Tadels für die Regierung von Piemont! Die Erklärung ist inzwischen sehr einfach, und die Flugschrift gibt sie uns zum Schlusse auf der letzten Seite, wo sie sagt: „„Der Kaiser der Franzosen kann weder Italien dem römischen Hof opfern, noch das Papstthum der Revolution überlassen"", was so viel heißt, als man müsse Rom den Forderungen Italiens opfern, die weltliche Herrschaft des Papstes stürzen, weil sie ein Hinderniß für die Neubildung und Einigung Italiens bildet, und dieses müsse geschehen, damit die geistliche Gewalt nicht unter den Streichen der Revolution falle. Hat aber der Verfasser der Flugschrift bedacht, daß dieses Italien, dem man die weltliche Herrschaft des Papstes opfern will, keinen andern Herrn haben wird, als eben jenes Piemont, dessen Regierung sich selbst als revolutionär bezeichnet? — Jenes Piemont, welches die Besitzungen derjenigen überfällt, welche sich ihm nicht in die Arme werfen; jenes Piemont, welches mit Blut und Schwert die Völker heimsucht, welche sein Joch nicht tragen wollen; jenes Piemont, das nicht bloß die feierlich beschworenen Verträge verletzt, bald unter dem Vorwande, sie seyen veraltet, bald einfach seiner Laune folgend, sondern das Völkerrecht überhaupt; jenes Piemont endlich, welches Waffen und Geld liefert, um die Massen aufzuwiegeln, und sie in Stand setzt, den Aufstand gegen ihre Herrscher zu vollführen? Welchen Unterschied findet der Verfasser zwischen dieser in der Möglichkeit bestehenden Regierung, welcher er bis dahin den Namen Revolution gibt, und jenem Piemont, wie es ist und wie es sich fast in allen seinen Thaten gezeigt hat? Welches größere Unglück könnte das Papstthum durch die Hand der Revolution treffen, wie der Verfasser selbst sie nennt, als das Papstthum bereits von der Hand Piemonts zu leiden gehabt hat? Im Namen des Königs von Sardinien und seiner Minister werden die Kardinäle und Bischöfe ins Gefängniß geworfen, von ihren Sitzen vertrieben oder gezwungen, von selbst in die Verbannung zu gehen. In ihrem Namen werden die geistlichen Orden abgeschafft und die Uebrigbleibenden verhindert, mit ihren General-Obern zu verkehren. In ihrem Namen beunruhigt man in jeder Weise die Diener des Heiligthums und geht so weit, die Verkündigung des Wortes Gottes der Censur zu unterwerfen. Unter dieser Regierung streckt man die Hand nach den Kirchengütern aus und konfiszirt einen Theil derselben zum Vortheil des Staats. Unter ihrer Herrschaft läßt man jeder Lästerung in den öffentlichen Blättern und jeder Herabsetzung heiliger Dinge auf den Theatern den Zügel schießen, während man den Vertheidigern der Wahrheit und der Gerechtigkeit den Mund schließt. Unter dieser Regierung ist es den für die erledigten Bischofssitze ernannten Bischöfen, selbst in den päpstlichen Provinzen, die sie an sich gerissen hat, nicht gestattet, von ihren Stellen Besitz zu nehmen, wenn sie sich nicht Bedingungen unterwerfen wollen, die ihrer Pflicht widersprechen. Indem man auf diese Weise viele Seelen ihrer angeordneten Hirten beraubt, greift man fort und fort die Religion an."

„Aus dem, was ich Ew. Excellenz bis hierher kurz auseinandergesetzt habe, können Sie die Haupt-Idee jener Schrift entnehmen. Alles, was sie außerdem von Mittheilungen, die keineswegs diplomatisch sind, von Anekdoten und in den Vorzimmern aufgefangenem Geschwätz, von übertriebenen Aufschneidereien enthält, und von frommen Versicherungen in demselben Augenblicke, wo sie das Oberhaupt der Kirche herabwürdigt und beleidigt, verdient ohne Zweifel nicht, daß ich Zeit und Mühe zur Widerlegung verschwende. Eine Behauptung ist indessen zu gewichtig, als daß ich sie ohne einige Worte des Tadels vorbeigehen lassen könnte. Es besteht dieselbe darin, die Bewegung der französischen Katholiken zu Gunsten des heiligen Stuhles als eine Auflehnung gegen die Dynastie, welche gegenwärtig in Frankreich regiert, darzustellen. Die religiöse Bewegung zu Gunsten des heiligen Stuhles in Frankreich ist in Wirklichkeit von der Bewegung, wie sie sich in Belgien, Deutschland, Irland und anderwärts kundgegeben hat, nicht verschieden gewesen. Eine allgemeine Wirkung zeigt eine gleich allgemeine Ursache an. Soll man daher sagen, ganz Europa habe sich in eine große Vendée verwandelt? Wenn einige Hundert Tapfere aus Frankreich sich unter dem päpstlichen Banner zusammengeschart haben, so ist aus anderen Gegenden eine noch größere Zahl gekommen. Will man etwa sagen, die dynastische Opposition gegen den Kaiser der Franzosen habe die edeln Söhne jener verschiedenen Nationen zu einer so großherzigen Aufopferung getrieben? Dem zu antworten, der so sprechen würde, wäre Zeitverlust."

Deutscher Bund.

* **Nürnberg**, 10. März. Auf heute hat der Handelsstand von Nürnberg zu Ehren der mit der Berathung des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches betraut gewesenen Kommission ein Festessen veranstaltet.

Bayern. München, 6. März. In dem neuesten Hefte der Zeitschrift für Gesetzgebung und Rechtspflege ist eine große Reihe interessanter Entscheidungen des Handelsappellationsgerichtes München mitgetheilt, aus welchen einige deßhalb auch in nichtwissenschaftlichen Blättern verbreitet zu werden verdienen, weil sie für den allgemeinen Verkehr erheblich sind und theilweise von der ältern Praxis abweichen. So wurde ausgesprochen: 1) in der Bestimmung eines Zahlungsortes bei Eingehung eines Wechselgeschäftes liege eine vertragsmäßige Unterwerfung unter das Gericht des Zahlungsortes; 2) nicht blos der konzessionirte Hopfenhändler sey merkantilfähig; 3) die Merkantilfähigkeit richte sich nach der Zeit des Vertragsabschlusses; 4) der klagende Württemberger habe auch in Handelssachen keine Prozeßkostenkaution in Bayern zu erlegen; 5) der Auszug aus dem Hauptbuche genüge nicht zur Begründung von Merkantilklagen (gegen die ältere Praxis); 6) gegen die Auflegung des Manifestationseides findet Berufung nicht statt; 7) der Wechselarrest sey unzulässig gegen einen Kupferschmied, statthaft gegen einen Uhrmacher, gegen Weingastgeber und Weinwirthe, sowie gegen den offenen Gesellschafter einer Weinhandlung; ebenso sey derselbe statthaft gegen Standesherren und Reichsräthe als Fabrikbesitzer und gegen einen Fabrikanten, dessen Berechtigung auf einer bloßen Lizenz beruht; 8) Wechselverschreibungen mit getheilter Verfallzeit seyen ungültig; 9) die Wechselverjährung werde durch Anerkennung des Wechsels nicht unterbrochen, sondern nur durch Behändigung der Klage. — Alle diese Entscheidungen sind so erheblich, daß auch Nichtjuristen gut daran thun, wenn sie bei Eingehung von Wechselgeschäften dieselben nicht aus dem Auge verlieren.

* **Preußen.** Herr v. Vincke treibt's nun doch auch den Preußen zu arg. Neulich hat er den demokratischen Abgeordneten Waldeck auf der Rednerbühne in seiner bekannten bissigen Weise ohne jeglichen vernünftigen Grund angegriffen. Dafür kanzelt ihn nun die Berliner „National-Zeitung" derb ab. Sie sagt u. A.: „Nur ein professionsmäßiger Zänker, wie Hr. v. Vincke, hat die Gelegenheit zu diesem Angriff vom Zaun brechen können; nur ein Parlamentsmann, mit dem die Zunge stündlich durchgeht, war dazu geschaffen, ein so unzeitiges und absurdes Gebelfer vorzubringen. Stellenweise scheint die Vernunft dem schäumenden Redner gerade ausgegangen zu seyn, wie der Athem dem wild gewordenen Renner: er dreht sich im Kreise herum, bäumt sich, weiß nicht, ob er sich vor einem in die Augen fallenden Gegenstand fürchten oder nicht fürchten soll, endlich wird er wirklich scheu und nun kopfüber vorwärts wie in Raserei. Den möchten wir sehen, der in einer zwanzig Zeilen langen Stelle der Rede gesunden Menschenverstand nachzuweisen vermöchte! Das Land kennt Herrn v. Vincke jetzt zur Genüge. Als er auf dem vereinigten Landtag erschien, begrüßte man sein Talent mit frohen Erwartungen, man hoffte, er werde sich mit der Zeit die Hörner ablaufen und einmal einen tüchtigen Staatsmann abgeben. Der reaktionäre Taumel, der ihn in der Paulskirche befiel, mußte aber bald an ihm irre machen;

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 71.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 12. März 1861.

* Die Antwort der römischen Curie

auf die Lagueronnière'sche Broschüre ist in einer Note des Kardinals Antonelli an den päpstlichen Geschäftsträger in Paris (der dort die Stelle des abberufenen Nuntius vertritt) enthalten, die der „Ami de la Religion" in seiner Nummer vom 8. März veröffentlicht hat. Dieselbe beginnt mit folgenden Worten:

„Monseigneur! Sie haben wohl schon die kürzlich in Paris erschienene Broschüre „Frankreich, Rom und Italien" gelesen. Dieselbe enthält eine Art Commentar, sowohl zu der im Laufe dieses Monats dem französischen Senate und dem gesetzgebenden Körper durch Herrn Baroche vorgelegten offiziellen Auseinandersetzung der Sachlage, als zu der von der französischen Regierung veröffentlichten Sammlung von Dokumenten in Bezug auf die letzten Ereignisse in Italien. Sie werden ohne Zweifel bemerkt haben, daß der Hauptzweck dieses Machwerkes darin besteht, dem heiligen Vater und der päpstlichen Regierung die Schuld des beklagenswerthen Standpunktes aufzubürden, auf welchen die Dinge in ganz Italien und im Besonderen in den päpstlichen Besitzungen gelangt sind..... Da diese Broschüre vermittels vager Allgemeinheiten, nicht zur Sache gehöriger Anekdoten und rein auf Einbildung beruhender Ausführungen die Thatsachen in einem falschen Lichte darzustellen sich bemüht, um aus ihnen das Gegentheil von dem folgern zu können, was sie in Wirklichkeit beweisen, so habe ich es für angemessen gehalten, zur völligen Aufdeckung der Wahrheit einige Bemerkungen ihr entgegen zu halten. . . . Die Broschüre behauptet, daß der Eigensinn des heil. Vaters, keinerlei Reformen zu bewilligen, und sich allen wohlwollenden Rathschlägen und Hülfs-Anerbietungen der französischen Regierung zu verschließen, die einzige und eigentliche Ursache aller zeitlichen Verluste sey, welche gegenwärtig der hl. Stuhl erleidet."

Der Kardinal geht nun die ganze Regierungszeit des Papstes Pius IX. von Anfang an durch, um zu beweisen, daß der Vorwurf des Eigensinns sich nicht durch Thatsachen rechtfertigen lasse. Als Pius IX. aus seinem Exil zu Gaeta nach Rom zurückkehrte, habe er die dort mit den Bevollmächtigten der vornehmsten kathol. Mächte vereinbarten Reformen ausgeführt, habe die Finanzen des Kirchenstaats so in Ordnung gebracht, daß das Papiergeld abgeschafft werden konnte und zwischen Einnahmen und Ausgaben das Gleichgewicht hergestellt war, habe endlich eine eigene Armee aufgestellt, wodurch das längere Verbleiben der fremden Truppen im Kirchenstaat überflüssig wurde. Somit habe der h. Vater den von Frankreich geäußerten Wünschen vollkommen entsprochen. Was sodann das Verhalten des h. Vaters seit Beginn der gegenwärtigen italienischen Bewegung betrifft, so geht Kardinal Antonelli die verschiedenen Vorschläge durch, die demselben im Verlauf dieser Bewegung von Sardinien und Frankreich gemacht wurden, um zu zeigen, wie Pius IX. dieselben — mit Ausnahme eines einzigen — unmöglich habe annehmen können. Lagueronniere sagt in seiner Schrift: „Italien in seiner Unabhängigkeit respektiren, das Papstthum in seiner zeitlichen Macht schützen, das war also der doppelte Zweck, den sich die kaiserliche Politik vorsetzen mußte." Welche mußte nun, fragt Kardinal Antonelli, gegenüber dieser Haltung des Kaisers die des h. Vaters seyn? „Sicherlich, sagt er, lag es nicht in seiner Rolle, einen Angriffskrieg gegen Jemand zu beginnen, denn er ist ja der gemeinsame Vater Aller und vertritt auf Erden die Stelle des Gottes des Friedens. Es war eben so wenig an ihm, zu der Beraubung legitimer Fürsten zu helfen, denn er ist ja selbst der Herold und der Wahrer der ewigen Gesetze der Gerechtigkeit unter den Menschen. Es war endlich auch nicht seine Rolle, nach seinem Belieben abzudanken und sich ungestraft seine eigenen Staaten entreißen zu lassen, weil ihm dieselben nur von der Kirche in Verwahr gegeben sind, und er durch feierliche und unwiderrufliche Eide gebunden ist, sie in ihrer Integrität zu erhalten. Nun frage ich noch ein Mal, welche mußte seine Haltung sein, wenn er sich der italienischen Unabhängigkeit geneigt beweisen wollte, ohne den heiligen Pflichten des Pontifex untreu zu werden? Es wäre keine möglich, oder er mußte, so viel an ihm lag, irgend eine ihm vorzuschlagende Kombination annehmen und ins Werk setzen, welche die nationale Unabhängigkeit sichern konnte, ohne weder gegen die Rechte Anderer noch gegen die unverletzlichen Prinzipien der Kirche zu verstoßen. Gibt es nun Jemand in der Welt, der beweisen kann, daß der heilige Vater in diesem Punkte sich, ich will nicht sagen: eigensinnig, sondern nur bedenklich gezeigt hat? Wir wollen lieber die Wahrheit sagen: welches ist die Kombination, die Seiner Heiligkeit, innerhalb der Schranken, die wir eben gezogen haben, vorgeschlagen worden ist? Man kennt nur eine einzige, die der Konföderation der verschiedenen italienischen Fürsten mit dem regierenden Pontifex als Ehren-Präsidenten an der Spitze. Ist diese Proposition jemals von dem heiligen Vater verworfen worden? Ist sie nicht im Gegentheile in aller Form angenommen worden?"

Daß der hl. Vater sich später geweigert habe, an Viktor Emanuel das Vikariat (Statthalterschaft) der Romagna zu übertragen, das könne man ihm nicht verargen, da es unter anderm Namen doch in der That nur eine Abtretung dieser Provinz gewesen wäre. „Mit Recht, fährt Kardinal Antonelli fort, wurde daher eben so wenig die Garantie angenommen, welche dem heil. Vater für den Rest seiner Staaten angeboten wurde, falls er den Vorschlag in Bezug auf die erwähnte Statthalterschaft annehmen würde; denn abgesehen von allem Uebrigen, hätte er dadurch selbst den Preis einer Abtretung bestimmt, welche, wenn auch verschleiert, doch immer unzulässig blieb, während es andererseits unbegreiflich erschien, warum Europa den Kirchenstaat nicht in seinem ganzen Umfange garantiren konnte, wenn es bereit war, sich für zwei Drittel desselben zu verbürgen." Den Vorschlag endlich, die katholischen Mächte sollten ein Armeekorps zur Erhaltung der Ordnung in den päpstlichen Staaten stellen und dem hl. Vater Geld-Unterstützung liefern, habe der Papst nicht zurückgewiesen, sondern es sey blos geantwortet worden, Se. Heiligkeit würde es mit größerm Danke annehmen, wenn man ihm die Möglichkeit gewähre, für seine eigene Rechnung in den verschiedenen katholischen Ländern Freiwillige anzuwerben, welche ihm zur Vertheidigung der Kirche dienen wollten. „In Betreff der Annahme von Hülfsgeldern, sagt Antonelli, ist zu bemerken, daß, abgesehen von vielen andern Uebelständen für die Unabhängigkeit und die Würde des hl. Vaters, welche daraus hätten entstehen können, es geschienen haben würde, als seyen dieselbe eine Entschädigung für die vorgeschlagene Beraubung. Darum wählte der hl. Vater nach dem Beispiel seiner erhabenen Vorgänger die freiwillig dargebrachten Gaben der Gläubigen."

„Wir wollen jetzt, fährt Kardinal Antonelli fort, die Gründe der Anklage auf ihren eigentlichen Kern zurückführen. Wenn man die unerwiesenen Behauptungen, die offenbaren Verleumdungen und die der Sache fremden Gegenstände, womit die Flugschrift angefüllt ist, bei Seite läßt, so beschränkt sich die ganze Starrköpfigkeit, welche sie dem hl. Vater vorwirft, darauf, daß er eine Abtretung verweigert hat, welche ihm durch das Gewissen untersagt wurde; daß er die Verkündigung der von ihm schon zugestandenen weiteren Reformen so lange verschieben wollte, bis die aufständischen Provinzen zur Ordnung zurückgekehrt wären; daß er es vorzog, selbst eine Armee anzuwerben, anstatt die Truppen anzunehmen, die man ihm leihen wollte; daß er lieber die freiwillige Unterstützung der Gläubigen annahm, als die verfänglichen Beisteuern der Regierungen, welche weder alle noch zu jeder Zeit von gleich wohlwollenden Gesinnungen erfüllt sind." . . . „Die kaiserlich französische Regierung hatte Se. Heiligkeit Rathschläge gegeben; sie hatte gleicher Weise der piemontesischen Regierung Rath ertheilt. Man klagt den hl. Vater an, jene Rathschläge nicht befolgt zu haben; aber es

daß das kaiserl. Handschreiben nicht an den ungarischen Hofkanzler, sondern an den Staatsminister v. Schmerling gerichtet ist, wodurch die Unzufriedenheit nicht wenig vermehrt wird. Der serbische Nationalkongreß soll übrigens keinen beschließenden, sondern nur einen berathenden Charakter haben. (Aus dem Allem geht hervor, daß die Ungarn, wenn nicht Alles nach ihren Wünschen geht, stets auf's Neue ungebärdig sind.)

Wien, 10. März. Die Amtszeitung enthält ein kaiserliches Handschreiben vom 9. d., womit der zweite Präsident des obersten Gerichtshofes, Frhr. v. Lichtenfels, zum Präsidenten des Staatsraths ernannt und angewiesen wird, auf die Organisirung des Staatsraths bezügliche Anträge unverweilt zu erstatten. (Die Regierung beeilt sich, die neue Verfassung ins Leben treten zu lassen.) (Allg. Z.)

Wien, 10. März. Der „Kölnischen Zeitung" und dem „Bund" (Schweizer Blatt) ist der Postdebit in Oesterreich wieder gestattet worden.

Venedig, 4. März. Gestern wurden hier wieder Versuche mit den Seeminen gemacht. Es handelte sich vor Allem zu erfahren, welche Veränderung Schießbaumwolle erleide, die längere Zeit im Meer verwendet wurde. Es ward daher eine vor 18 Monaten gelegte Mine entzündet und der Erfolg zeigte, daß die Baumwolle nicht den geringsten Schaden gelitten habe. Nächstens sollen Versuche im Großen gemacht werden. (Allg. Z.)

Großbritannien.

London, 7. März. Am Ostermontag beabsichtigen die Londoner Freiwilligen einen Ausflug nach Brighton zu machen, um auf den dortigen Dünen in corpore zu manövriren. Schon sollen sich dazu gegen 15,000 Mann gemeldet haben. (Fr. Postz.)

London, 8. März. Im Unterhause sprach sich bei der Debatte über die italienische Frage Roebuk dafür aus, daß Oesterreich Venetien zu behaupten suche. Lord J. Russell bemerkte, er verharre auch in Betreff Venedigs auf dem Grundsatze der Nichtintervention (d. h. wenn Viktor Emanuel es nehmen kann, hat England nichts dawider).

London, 8. März. General Türr hat, wie es heißt, die Versicherung hier abgegeben, daß Garibaldi, eben so wie Cavour, vorerst allen feindlichen Planen gegen Venetien entsagt habe.

Frankreich.

Paris, 7. März. Die halbamtlichen Blätter widerlegen heute eine große Anzahl in den ausländischen Blättern gegebener Nachrichten. Ihnen zufolge ist es nicht begründet, daß der Papst eine vertrauliche Korrespondenz mit dem Kaiser Napoleon führt; daß der Kaiser dem Könige von Neapel angerathen habe, noch länger in Rom zu bleiben; daß der Kaiser Hrn. v. Kisselew Vorstellungen wegen in Polen und Rußland vorzunehmender Reformen gemacht habe; daß der Minister des Innern den Journalen verboten habe, zu constatiren, daß man in Warschau: Es lebe Garibaldi! es lebe Napoleon! gerufen habe; und endlich, daß der Kaiser in Metz eine Zusammenkunft mit dem König von Preußen haben werde, daß die Polen, die bei der Warschauer Demonstration fielen, nach dem französischen Consulat gebracht worden seyen. (Köln. Ztg.)

Paris, 7. März. Die „Indep." hebt hervor, daß in der vom „Moniteur" veröffentlichten Senatsrede des ebenso launigen als unbequemen Marquis de Boissy eine Stelle gegen die englische Allianz (vielleicht aus Versehen) wegblieb. „Wie!" rief der Senator in komischer Entrüstung, „Sie wollen, daß wir mit England verbündet bleiben, dessen erster Minister von unserem Kaiser sagte: dieser Mann lügt immer, selbst wenn er schweigt." — Uebrigens scheint die Allianz mit England, welche dem Marquis Boissy so unangenehm ist, auf nichts weniger als soliden Füßen zu stehen, denn das mehr und mehr an den Tag tretende Einverständniß zwischen Frankreich und Rußland, mit weitaussehenden Plänen zur Umgestaltung Europa's und des Orients Hand in Hand mit Viktor Emanuel, ist dem englischen Kabinet ein Dorn im Auge. Lord Cowley macht daraus kein Hehl; Witzköpfe sagen, er habe sich gegen Hrn. Thouvenel geäußert, daß, wenn man in England die Sache erst kennen werde, wie er sie kennt, er nicht 24 Stunden mehr in Paris bleiben wird.

Spanien.

Madrid, 3. März. Der „Cronica de ambos Mundos" zufolge hängt die Reise mehrerer hochstehenden Personen aus Frankreich nach Spanien mit dem Prozeß Mirès zusammen. (Fr. Postz.)

Madrid, 7. März. Die Cortes diskutiren heute über die italienischen Angelegenheiten. Das Ministerium spricht sich zu Gunsten der weltlichen Macht des Papstes aus. Die Regierung hält es für unwürdig, den Plan, Rom zwischen dem Papst und Viktor Emanuel zu theilen, ernstlich zu erörtern, und betrachtet den Gedanken, den Sitz des Papstes nach Jerusalem zu verlegen, als absurd. Sie ist der Ansicht, daß das Haupt der katholischen Kirche in Europa bleiben müsse.

Italien.

Der römische Hof hat auf indirektem Wege die katholischen Blätter in Frankreich veranlaßt, das Gerücht zu dementiren, daß der Papst keine Freiwilligen mehr annehmen würde. Hieraus darf man schließen, daß Pius IX. nach wie vor fest entschlossen sey, in Rom auszuharren.

Genua, 7. März. Der „Corriere Mercantile" beklagt die zunehmende Unsicherheit der Straßen. (Tel.d.Ostd.Post.)

Türkei.

Zufolge der neuesten Berichte aus Konstantinopel vom 27. Febr. hat der Sultan dem Großvezier und dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten in feierlicher Weise Ehrensäbel im Werth von je 20,000 Fr. als ein Zeichen seiner Zufriedenheit überreicht, und ein gleiches Ehrengeschenk dem Fuad Pascha übersandt. Die Leere des Schatzes hat dazu genöthigt, die unter die Waffen gerufenen 60,000 Redifs (Landwehren) auf 30,000 zu verringern. Zu der Armee von Rumelien sind zehn Bataillone Verstärkung geschickt worden, mit dem Befehl, alle aufrührerischen Bewegungen kräftig zu unterdrücken.

Rußland und Polen.

Aus Warschau vom 5. März wird der „Schles. Ztg." geschrieben: „Wie man hört, soll der Fürst-Statthalter in der Unterredung mit dem Grafen Zamoyski sich dahin geäußert haben, daß es ihm sehr leid wäre, wenn neue Unruhen ihn zwängen, die Stadt zu bombardiren, indem er hinzusetzte: „Wir werden uns schlagen." Zamoyski erwiderte hierauf ganz ruhig, daß die Regierung die Stadt zwar jeden Augenblick bombardiren, sich aber unmöglich mit einem unbewaffneten Volke schlagen könne. Unbewaffnete könne man höchstens todt schlagen, wie das neulich geschehen, und dafür verbürge er sich, daß es die Regierung nur mit unbewaffnetem Volke zu thun haben werde. Der Kaiser hat übrigens in einer Depesche an den Fürsten erklärt, daß er von dem allen, was ihm über die Vorgänge in Warschau zugekommen wäre, keine klare Einsicht in die Ereignisse und deren Zusammenhang hätte erlangen können. Er verlange daher, daß man ihm diese umgehend verschaffe. Fürst Gortschakoff hat infolge dessen Hrn. Karnieli nach Petersburg abgesendet, nachdem mehrere andere russische Beamte die Uebernahme dieses Auftrags abgelehnt. General Karnicki soll indeß vor seiner Abreise öffentlich erklärt haben, daß er sein Amt niederlegen würde, wenn er vom Kaiser das Versprechen durchgreifender Reformen nicht erlangen würde."

Laut Privatnachrichten haben die Vorfälle in Warschau in der russischen Hauptstadt einen tiefen Eindruck gemacht. Indeß scheint so viel festzustehen, daß Kaiser Alexander im Prinzip für Versöhnung ist, nichts desto weniger aber strenge Untersuchung der Sache angeordnet hat.

Von der polnischen Gränze, 8. März, Abends. In Warschau herrscht vollständigste Ruhe. 500 Mann Bürger und Stadtmiliz machen jede Nacht abwechselnd Patrouillen durch die Stadt. Morgen Vormittag findet Trauergottesdienst in allen Kirchen statt. Die gerichtliche Untersuchung, geleitet von Polen und Russen unter General Liprandi, schreitet unparteiisch fort. Dem Militär kommen Verstärkungen aus den verschiedensten Theilen des Landes zu. Viele Frauen verlassen die Stadt und nehmen in der Citadelle Wohnung. Der Antwort des Kaisers auf die Adresse wird spannungsvoll entgegengesehen. Die Stadt ist noch in tiefer Trauer. Die Kaufleute stellen nur Trauerfarben in ihren Läden aus. In den Schaufenstern der Buchhändler sieht man nur schwarze Gebetbücher. Die Photographien der Gefallenen werden in Menge verkauft. Das gemeinsame Grab der Gefallenen ist mit Blumenkränzen geschmückt. (Fr. J.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 70. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 58. Jahrgang. | Montag, 11. März 1861.

Deutscher Bund.

München, 10. März. Die in Nürnberg tagende Kommission zur Berathung eines allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs wird, nachdem sie ihre wichtige Aufgabe nunmehr glücklich gelöst hat, demnächst ihre Thätigkeit beschließen. Aus Veranlassung dieses bedeutungsvollen und erfreulichen Ereignisses begab sich der Staatsminister der Justiz, Frhr. v. Mulzer, heute nach Nürnberg, um der Schlußsitzung der Konferenz in seiner Eigenschaft als Ehrenpräsident derselben persönlich beizuwohnen. (N. M. Z.)

* Ein Mitglied einer süddeutschen Abgeordneten-Kammer hat kürzlich in Wien bei früheren Mitgliedern der deutschen Nationalversammlung angefragt, wie sich die Oesterreicher verhalten würden, wenn das Verlangen einer Vertretung des deutschen Volks beim Bunde jetzt wieder gestellt und zu verwirklichen gesucht werden sollte. Die Antwort lautete, daß die Oesterreicher es jetzt für sehr unzeitgemäß hielten, wenn durch solche Versuche ein Riß in das deutsche Staatsrecht gemacht würde, der Deutschlands Sicherheit sehr bedrohen könnte, und daß für die Deutsch-Oesterreicher insbesondere jetzt, wo Oesterreich sich eben erst neu gestalten wolle, ein solcher Versuch eine schwere Verlegenheit seyn müßte; man solle damit bis auf ruhigere Zeiten warten.

Bayern. München, 9. März. Se. Maj. der König hat auf das im Forstamte Waldmünchen in Erledigung gekommene Revier Herzogau den Forstamtsaktuar Mathias Felser zu Bruck; den Hüttenamts-Funktionär Ph. Meyer in Fichtelberg zum Rechnungskommissär der Generalbergwerks- und Salinen-Administration ernannt; die katholische Pfarrei Ellerbach, Ldg. Dillingen, dem Frühmeßbenefiziaten Stephan Sedlmair zu Jettingen, Ldg. Burgau, und das Frühmeßbenefizium Jettingen an den Pfarrer Seb. Kienle zu Ellerbach, in Genehmigung des von diesen Priestern nachgesuchten Pfründetausches übertragen; genehmigt, daß von dem Bischofe zu Augsburg die Pfarrei Bernbach, Ldg. Oberdorf, dem Pfarrer J. Schaller zu Wittislingen, Ldg. Dillingen, und die Pfarrei Wittislingen dem Pfarrer Remigius Raith zu Bernbach in Folge des von diesen Priestern nachgesuchten Pfründetausches verliehen werde; den Advokaten Franz Aug. Hebberling in Memmingen zum Wechselnotar daselbst, auf dessen Ansuchen ernannt. (N. M. Z.)

Die Pfarrei Seßlach wurde dem Pfarrverweser Bruckmann zu Koburg verliehen.

Augsburg, 9. März. Das Abwerfen des Dr. Völk'schen, beziehungsweise Dr. Pözl'schen Antrags in der kurhessischen Verfassungsfrage im Fünfzehner-Ausschuß und dessen Ersetzung durch den mattleren Antrag von Schlör hat hier eine Bewegung hervorgerufen, welche sich in einer Volksversammlung Luft zu machen drohte, was eine Anzahl Wahlmänner der Stadt Augsburg, welche seiner Zeit Dr. Paur als Kandidaten zur zweiten Kammer in erster Linie aufgestellt hatten, veranlaßte, Donnerstag Abend zu einer Berathung zusammen zu treten, welche nachstehende Adresse an Herrn Dr. Paur resultirte, die gestern Abend noch an denselben abgeschickt worden ist. — Dieselbe lautet wie folgt: „Herrn Abg. Dr. Adolph Paur in München. Verehrter Herr! Als vor zehn Jahren die Söhne unseres Landes zur Vergewaltigung eines für sein gutes Recht einstehenden deutschen Nachbarvolkes mißbraucht wurden, erfüllte uns tiefer Schmerz und gerechter Unwille. — Die damaligen Zeitverhältnisse, welche auch auf unser engeres Vaterland schwer drückten und dem redlichen Patrioten einen erfolgreichen Widerstand gegen rechtswidrige Gewaltthaten unmöglich machten, ließen das Unerhörte geschehen, daß die Armee des konstitutionellen Staates Bayern ausgesandt wurde, um das friedlich an unserer Grenze wohnende kurhessische Volk seiner wohlerworbenen verfassungsmäßigen Rechte zu berauben. — Die Ereignisse der jüngsten Zeit haben die Macht des jede Regung des Rechtsgefühls erstickenden und jedem nationalen Aufschwunge feindlichen Einflusses erschüttert, wenn auch noch nicht ganz gebrochen. — Seitdem hofften wir auf Sühne für das begangene Unrecht, auf Wiederherstellung der so frevelhaft preisgegebenen Ehre Bayerns. Freudig begrüßten wir daher den darauf abzielenden Antrag des Abgeordneten Dr. Völk, mit hoher Befriedigung hörten wir die mannhaften Worte, welche der Abgeordnete Dr. Pözl als Ausschußreferent zu Gunsten des gekränkten Rechtes sprach. — Wir können nicht glauben, daß ein Volksvertreter dem durch Sittengesetz und Gerechtigkeitsgefühl diktirten Antrage der Abg. Dr. Völk und Dr. Pözl entgegentreten wird, wir kennen keine Vermittlung zwischen klarem Rechte und grobem Unrechte, wir erwarten insbesondere von Ihnen, daß Sie, wie wir Ihre Wähler, entschieden auf die Seite des Rechts sich stellen werden. — Im Vertrauen darauf haben wir, als Wahlmänner der Stadt Augsburg, Ihnen ein wichtiges Mandat ertheilt und wir zweifeln nicht, daß Ihr Verhalten unsere Wahl rechtfertigen wird. — Beharrend in jenem Vertrauen bitten wir Sie noch, für Erlangung einer das Recht der Nation im Innern und gegen Außen sichernden Neukonstituirung Deutschlands mit allen Kräften zu wirken und so die Quelle des vielfachen nationalen Unglückes zu verstopfen. Wir verhehlen Ihnen dabei nicht, daß nach unserer festen Ueberzeugung die Erreichung des Zieles ohne Schaffung einer starken deutschen Centralgewalt und ohne Berufung eines deutschen Parlaments nicht gehofft werden darf." (Allg. Ztg.)

Der Völk'sche Antrag über die kurhessische Verfassungsfrage wird nächsten Mittwoch, wie man hört, in der 2. Kammer zur Debatte kommen. Bei der gegensätzlichen Stellung, welche die in allen einheimischen Fragen sonst so kompakte Kammer hier zum ersten Male wieder einnehmen wird, sehen wir mit um so größerer Spannung dieser parlamentarischen Schlacht entgegen, als es vorderhand noch zweifelhaft ist, ob der Schlör'sche Antrag angenommen wird, welcher bekanntlich im Sinne einer einfachen Verwahrung gegen das Vorgehen des Bundes sich ausspricht, während Völks Antrag eine Adresse an die Krone in obigem Sinne votirt haben will.

Speyer, 8. März. Die Generalsynode der Pfalz, welche hinsichtlich des Gesangbuchs Zugeständnisse gemacht hat, hat dagegen alle Anträge bezüglich einer Wahlreform abgelehnt.

Preußen. Breslau, 5. März. Heute früh hat in der hiesigen Kreuzkirche ein Trauergottesdienst für die in Warschau am 27. v. M. Gefallenen stattgefunden. (N. Pr. Z.)

§ **Oesterreich.** Wien, 8. März. (Privat-Korrespond.) In meinem letzten Berichte habe ich Ihnen bereits geschrieben, daß die Krone nicht abgeneigt sey, einen Vergleich mit Ungarn einzugehen, in der Art, daß das Diplom vom 20. Oktober und die Patente vom 26. Febr. dem ungarischen Landtag als königl. Propositionen überreicht werden. Die darauf Bezug habenden Berathungen werden in diesem Augenblicke zwischen der Krone und den ungarischen Würdenträgern gepflogen. In Pesth hatte man die Nachricht von diesem neuesten Entschlusse der Regierung mit großer Befriedigung aufgenommen, und man durfte sich allerdings der Hoffnung hingeben, daß sich die obschwebenden Schwierigkeiten doch noch zur beiderseitigen Zufriedenheit ausgleichen würden. Das hat sich in den letzten Tagen jedoch wieder geändert, und zwar hauptsächlich in Folge des kaiserlichen an Herrn v. Schmerling erlassenen Handbillets, wodurch die Einberufung eines serbischen Nationalkongresses angeordnet wird. Die Ungarn erblicken darin einen neuen Eingriff in ihre Rechte. Sie sagen, daß nur der ungarische Landtag, zu dem auch die Serben ihre Vertreter zu senden haben, das einzig berechtigte Organ für die Wünsche der Serben sey, da erst mit der Wiedereinverleibung der Woiwodina in Ungarn der alte staatsrechtliche Standpunkt wieder hergestellt sey. (Auf dem ungarischen Landtag würden die Serben, da sie in der Minderzahl sind, eben gar kein Gehör finden.) Dazu kommt noch,

schen Donauwörth und Linz, die Remorqueurs zwischen Donauwörth, Wien und Pesth. Soll jedoch das Unternehmen seinen Zweck vollständig erfüllen und auch in finanzieller Beziehung gedeihen, so daß mindestens die Betriebskosten und die Abnützung der Schiffe gedeckt werden, so müssen die Frachten für Güter, so wie die Personentaxen, besonders zu Berg, auf einen Minimalpreis herabgesetzt werden, so daß die Reisenden auf dem 2. und 3. Platz für die längere Dauer, welche die Reise zu Wasser im Vergleich zur Eisenbahn erfordert, eine Entschädigung finden.

(Fränk. Kur.)

Posen, 7. März. Da die Anzahl der Opfer bei den Vorfällen in Warschau viel geringer ist, als anfänglich vermuthet wurde, und unter den 5 Verunglückten sich nur ein Katholik befindet (die anderen sind 2 deutsche Lutheraner, 4 Gutsbesitzer reformirten Bekenntnisses und 1 Schüler griechischer Konfession), so ist, wie die „Pos. Ztg." meldet, von einer Trauerfeierlichkeit, die einige Personen hier veranstalten wollten, Abstand genommen worden. Es fand nur eine stille Messe in der Pfarrkirche statt. Die Anwesenden entfernten sich nach beendigter Andacht still aus der Kirche.

Frankfurt, 7. März. Dr. Eduard Löwenthal, dem Herausgeber der „Allgemeinen deutschen Universitätszeitschrift" und Mitredakteur des „Arbeitgeber," ist so eben „auf Grund mehrerer Artikel über preußische Verhältnisse" vom Polizeiamt der weitere Aufenthalt in hiesiger Stadt versagt worden. Derselbe hat Rekurs angemeldet. (A. Z.)

Wien. Ein Mitglied der englischen Botschaft in Wien, Herr Dunlop, hat seit Kurzem seinen definitiven Aufenthalt in Pesth genommen; wie ein magyarisches Blatt erfährt, wird demnächst auch ein Sekretär der französischen Gesandtschaft in Wien festen Wohnsitz in Pesth nehmen.

Pesth, 6. März. „M. S." bringt in seiner letzten Nummer folgende, aus Turin, 2. Febr., datirte Erklärung F. Pulszky's, des bekannten politischen Flüchtlings: „Da es mir bekannt geworden, daß einige Wähler im Szecsenyer Bezirk des Neograder Komitats, eingedenk jener Bande der Freundschaft, welche mich stets an sie geknüpft, zu wissen begehren, ob ich nichts dagegen habe, wenn sie mich als Kandidaten für die Deputirtenstelle ihres Bezirks aufstellen, so erkläre ich hiermit öffentlich, daß ich es für die größte Ehre halte, wenn sich bei der nächsten Deputirtenwahl das Vertrauen der Wähler in meine Person konzentrirt. Franz Pulszky, ehemals Vertreter des Szecsenyer Bezirks."

„Aus Paris wird uns geschrieben, daß der Präfekt des Loire-Departements seinen Beamten verboten habe, in den Soiréen des Bischofs von Orleans (Monseigneur Dupanloup) zu erscheinen. Das Rundschreiben wurde sogar den Mitgliedern des Appellhofes von Orleans zugeschickt, die es jedoch sämmtlich mit Protest zurückschickten. Der Präsident des Appellhofes hat sogar Klage bei dem Ministerium über das arrogante Benehmen des Präfekten geführt. Niemals waren übrigens die Besuche bei Monseigneur Dupanloup zahlreicher als in den letzten Tagen. (N. Pr. Z.)

Rom. Der Papst empfing kürzlich einen Offizier des Geniekorps und sagte zu ihm unter Anderem: „Sie kommen, mein theurer Sohn, um eine beinahe hoffnungslose Sache zu vertheidigen, aber . . ." Pius IX. vollendete nicht, sondern erhob nur die Hand zum Himmel. (Preuß. Z.)

Turin. Die Rede des Prinzen Napoleon im französischen Senat hat begreiflicherweise in Turin die freudigste Sensation erregt. Der König selbst hat seinem Schwiegersohn folgenden telegraphischen Glückwunsch zugehen lassen: „Ich habe so eben Ihre herrliche Rede gelesen und danke Ihnen im Namen Italiens und in dem meinigen." Die offizielle Zeitung und mehrere andere Blätter geben die Rede in vollständiger Uebersetzung. Auch sonst scheinen sich die Beziehungen zwischen Turin und Paris wieder sehr eng zu gestalten. Wie es heißt, wird die sardinische Regierung die Gelegenheit der Proklamirung des Königreichs Italien wahrnehmen, um durch einen außerordentlichen Botschafter dem Kaiser Napoleon dieses große Nationalereigniß anzuzeigen. Man erwartet, daß hierauf die französische Regierung nicht nur wieder einen Gesandten in Turin akkreditiren, sondern ihn auch mit dem Range eines Botschafters bekleiden werde. Wie schon gemeldet, wird die Proklamirung des Königreichs Italien wahrscheinlich am Geburtstage des Königs, am 14. März, erfolgen, an welchem Tage ihm auch die Adressen des Senats und der Deputirtenkammer auf die Thronrede überreicht werden sollen. (Nat.-Ztg.)

Florenz, 3. März. Die Stellung des toskanischen Klerus wird immer schwieriger. Man zieht nicht mehr mit Gewaltmaßregeln wider ihn zu Felde, wie im vorigen Jahr, aber man macht ihm auf die konsequenteste Weise den Krieg. (Allg. Z.)

Warschau, 5. März. Das Bürger-Komite (Rada Municipalna) hat, der „B. und H.-Z." zufolge, nicht bloß die Stellung eines Sicherheits-Ausschusses, sondern einen autoritativen Charakter, in sofern keine Verfügung, welche auf die städtischen Verhältnisse Bezug hat, erlassen wird, ohne daß der Bürger-Ausschuß darüber gehört ist und seine Zustimmung gegeben hat. Der Ausschuß schreitet auch selbständig ein; er erließ unter Anderem den Befehl, keine Plakate ohne Zustimmung der Censur anzuheften, und hat ein solches bereits von den Stellen, an denen es angeheftet war, entfernen lassen. Die Nachrichten, die man in Warschau aus anderen Theilen des Königreiches hat, lauten vollkommen beruhigend.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pohlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	$75\frac{1}{2}$ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	60 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$49\frac{3}{4}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$42\frac{5}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$36\frac{3}{4}$ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$87\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	$102\frac{3}{4}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102\frac{5}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$102\frac{5}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{1}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{1}{2}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$95\frac{1}{2}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$101\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	94 P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$101\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$98\frac{3}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$97\frac{5}{8}$ P.
„	3 pCt. Obl.	90 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47 P.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt.	$41\frac{1}{8}$ G.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$98\frac{1}{4}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	$108\frac{7}{8}$ G.	ex D.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	585 P.	ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$128\frac{1}{2}$ G.	ex D.
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	182 P. 180 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100	76 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien	$68\frac{1}{4}$ G.	
Internationale Bank in Luxemb.	80 G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	384 P.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	$67\frac{1}{2}$ P. 67 G.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 25 kr.	223 G.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	$124\frac{1}{2}$ P.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$78\frac{3}{8}$ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$25\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt.	$129\frac{1}{2}$ G.	
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$95\frac{1}{2}$ G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50\frac{3}{4}$ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	237 G.	
Span. Handels- u. Industrie	510 P.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	472 G.	
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$104\frac{1}{8}$ P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	$101\frac{1}{2}$ G.	

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{1}{8}$ G.
Augsb. f. 100 k. S.	100 B. $99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B. 105 G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$95\frac{7}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{4}$ B. 88 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{1}{2}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L.S.L. 250 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{5}{8}$ B. $\frac{3}{8}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 3. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. k. S.	$78\frac{7}{8}$—$\frac{3}{4}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$73\frac{1}{2}$ P. 73 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$47\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$55\frac{1}{4}$ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$128\frac{1}{2}$ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$55\frac{1}{2}$ P.	„ fl. 25 do.	$34\frac{1}{2}$ P.
„ fl. 100 Kidb. L. v. 1858	$91\frac{1}{2}$ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$34\frac{3}{4}$ P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beill.	118 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	$46\frac{3}{4}$ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$35\frac{3}{4}$ P.
Badische fl. 50	$89\frac{7}{8}$ P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{3}{8}$ G.
Badische fl. 35	$52\frac{1}{2}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{1}{2}$ P.

Frankfurt, 9. März. Bei sehr geringem Umsatze waren österr. National und Kreditaktien etwas matter, die übrigen Fonds fest und preishaltend. (Synd.)

frechsten Parteigängern des Palais Royal. Das „Journal des Debats" setzt es als ganz selbstverständlich voraus, daß so bald Deutschland sich als einheitliche Macht konstituire, Frankreich das linke Rheinufer beanspruche. Es will nicht die Schwierigkeiten des Unternehmens und die Ungerechtigkeit der Mittel berechnen, es begnügt sich mit der harmlosen Frage: „Hat denn Frankreich Hrn. v. Vincke das Wort gegeben, daß es vor seiner Thüre ein nicht allein für die Vertheidigung geeignetes, sondern auch für den Angriff konzentrirtes Deutschland ruhig zu Stande kommen lassen werde, ohne irgend eine es beruhigende Entschädigung zu verlangen? Es sollte uns dies sehr wundern. Die ganze Einheitspolitik des Hrn. v. Vincke und des Nationalvereins setzt das freiwillige Opfern des linken Rheinufers voraus, und diese Politik, die, wenn selbst Hr. v. Vincke und seine Freunde zu einem solchen Opfer entschlossen wären, voller Gefahren und blutiger Unordnungen ist, ist außerdem, wenn sie nicht dazu entschlossen sind, geradezu hohl, lächerlich und kindisch. Es gibt keinen Franzosen, der Deutschland mit seiner furchtbaren Militärmacht einem einzigen Gedanken gehorchen sehen könnte, ohne nicht sofort an den Rhein zu eilen." Und in einem zweiten Artikel räth es den Deutschen, fein ordentlich mit dem Bundestag zufrieden zu seyn und zu versuchen, ihn so gut es eben gehe, vorwärts zu bringen. Denn es gebe keine traurigere und lächerlichere Erscheinung, als eine große Nation, die aus Liebe zu administrativer Einheit ihrer Zerstückelung entgegengehe. So viel Worte, so viel freche Unwahrheiten. Das „Journal des Debats" weiß recht gut, daß es bei den deutschen Einheitsbestrebungen keineswegs auf eine administrative Einheit abgesehen ist, es weiß recht gut, daß sie an sich durchaus keine aggressive Tendenz haben. Die Entschädigung, welche also Frankreich zu seiner Beruhigung bedarf, ist nicht besser motivirt, als seiner Zeit der Anspruch auf Savoyen und Nizza begründet wurde, nur daß Deutschland gegenüber eine nackte Brutalität das Wort führt, die man sich freilich gegenüber Italien, dessen Bundesgenossenschaft man braucht, nicht erlauben konnte. Daß es auf das linke Rheinufer abgesehen ist, gleichviel ob die deutschen Einheitsbestrebungen Erfolg haben oder nicht, hat erst kürzlich wieder der Prinz Napoleon mit anerkennungswerther Offenheit von der Tribüne herab verkündigt, indem er die Revision der Karte Europa's im Interesse Frankreichs als das Programm des Kaiserthums proklamirte. Der cynische Haß des „J. d. Deb." beweist also nur, daß der Kaiser sich hiebei auf alle schlechten Leidenschaften seiner Nation als seine Bundesgenossen verlassen kann, und beweist zugleich, wie man in Frankreich wohl fühlt, daß die in sich geeinigte und durch Einheit gekräftigte deutsche Nation allerdings wohl im Stande wäre, den Franzosen ihre Rheingelüste zu vertreiben. (Von ihrem Standpunkte also haben sie vollkommen Recht, die deutschen Einheitsbestrebungen zu hassen. Und — wohl gemerkt — diese Einheitsbestrebungen, die sie hassen, sind nicht etwa blos die des Nationalvereins, sondern alle und jede Bestrebung, die darauf gerichtet ist, die Kraft des gesammten Deutschland besser als bisher zusammenzufassen. Ein Doppeltes mögen wir daraus lernen: erstens, daß wir Deutsche jetzt mehr als je ein wachsames Auge auf Frankreich haben, und zweitens, daß wir uns hüten müssen, zu unsern leider so vielfachen Zerwürfnissen noch neuen Hader hinzuzutragen. Damit meinen wir die Umtriebe des Nationalvereins, die uns bei dem Mißtrauen und der Abneigung gegen Preußen, die in einem großen Theile Deutschlands unläugbar bestehen, nur veruneinigen, keineswegs aber einigen können. Zu solchen Experimenten ist keine Zeit, wenn der Feind vor den Thoren steht. Und Eins noch möchten wir hinzufügen, daß wir die Herren Vincke und Konsorten wohl für fähig hielten, das linke Rheinufer zu opfern, wenn sie um diesen Preis die Oberherrlichkeit Preußens über den Rest von Deutschland (natürlich ohne Oesterreich) erkaufen könnten.)

Paris, 7. März. In der gestrigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers wurde das Budget für 1862 vorgelegt. Wir entnehmen daraus Folgendes: Ausgaben. Das Budget für die gewöhnlichen Ausgaben erhebt sich auf 1,885,018,725 Franken, 60,990,901 Frcs. mehr als 1861. Am meisten haben die Ausgaben des Kriegsministerium zugenommen. Es ergibt sich das aus der Bildung der Reserve, der Erhöhung des Effektivstandes, der Reorganisation der Artillerie und des Trainwesens 2c. Die Regierung macht außerdem dem gesetzgebenden Körper den Vorschlag, ein Supplement von 12,530,000 Frcs. als außerordentliche Ausgaben für große öffentliche Arbeiten zu bewilligen. Einnahmen. Die veranschlagten Einnahmen für 1862 sind 1,941,030,275 Frcs., so daß eine Zunahme der Einnahmen von 84,832,628 Frcs. gegen 1861 erscheint. Die Einkünfte der neu annectirten Provinzen figuriren mit 13,428,477 Frcs. — die Ausgaben derselben mit 13,113,366 Frcs. — ein Ueberschuß von 315,111 Frcs.

Italien.

Turin. Die Bildung der neuen italienischen Regimenter wird mit großem Eifer betrieben. Viele Garibaldianer lassen sich in dieselben einreihen. So sind z. B. alle Guiden Garibaldi's in die reguläre Armee übergetreten. Es lassen sich aber auch viele Garibaldianer in die italienischen Korps aufnehmen, welche von ungarischen Emigrirten befehligt werden und die, wie es heißt, eine Landung an der österreichischen Küste beabsichtigen.

Im Neapolitanischen ist, wie der Pariser „Presse" berichtet wird, die Aufhebung der Klöster im Allgemeinen ohne Widerspruch im Volke erfolgt; dagegen wird die Wiedereinsetzung einiger Mönchsklöster lebhaft betrieben und, wie man hofft, auch durchgesetzt werden; unter Anderem die Wiedereinführung der Mönche auf dem altehrwürdigen Monte Casino, wo Wissenschaft und Bildung heimisch waren und besonders die Geschichtskunde eifrige Förderung fand. Die Mönche vom Monte Casino waren ohnedies stets auch in politischen Dingen Freunde des Fortschrittes, und im Jahre 1848 ward das Kloster von Ferdinand II. in höchst schonungsloser Weise heimgesucht, weil aus seiner Offizin mehrere Schriften hervorgegangen waren, die dem bourbonischen Despotismus scharf zu Leibe gingen.

Rußland und Polen.

Die Warschauer Adresse hatte 60,000 Unterschriften. (Tel. d. Ostd. P.)

Nichtpolitische Zeitung.

♂ Frankfurt, 8. März. (Privat-Korresp.) Heute früh $6^1/_2$ Uhr wurde in der Nähe der Stadt zwischen den Schienen der Frankfurt-Offenbacher Bahn der Leichnam eines sauber gekleideten Mannes, eines Belgiers, aufgefunden. Außer daß die Zehen des linken Fußes abgequetscht oder abgefahren waren, hatte der Leichnam fast keine weitere äußerliche Verletzungen, die nennenswerth wären, an sich. Ob hier ein Selbstmord oder ein Unglücksfall vorliegt und ob der Fall gestern Abend beim letzten oder heute früh beim ersten Zuge passirte, darüber schwebt bis jetzt noch ein Dunkel. — Der Main ist seit gestern im fortwährenden Steigen begriffen und hat bis heute Nachmittag eine Höhe von $7^3/_4$ Fuß erreicht.

Die zur Durchbohrung des Mont-Cenis von den sardinischen Ingenieuren Sommeiller, Grandis und Grattoni erfundenen und in der Fabrik Cockerill u. Comp. in Seraing ausgeführten Bohrmaschinen bewähren sich in jeder Beziehung durchaus praktisch und zweckentsprechend. Seit dem 1. Januar sind dieselben von zwei Seiten in Thätigkeit; sie werden durch komprimirte Luft in Bewegung gesetzt und machen in einer Minute Löcher von 9, 10 bis 11 Centimeter. Es haben dieselben 12,000 Meter Felsen zu durchbohren.

Die Fruchtbarkeit der Prairien im fernen Westen des britischen Amerika ist erstaunlich. Herr Henry Youle Hind, welcher 1857—58 die Red River- und die Assinidoin-Erforschungsexpedition ausführte, hat jetzt seine Reiseergebnisse veröffentlicht. Staunen erregt, was er von der Fruchtbarkeit des Winnipegbeckens berichtet. Am Assiniboin fand er einen Ansiedler, der ihm Rüben (turnips) von 39 Pfd. Schwere und köstliche im Freien gezogene Melonen zeigte. Dann führte er ihn auf die Weiden und sprach: „Sehen Sie diese Prairie; 10,000 Häupter Rindvieh könnten hier genährt und gemästet werden für das bloße Zusehen. Wenn ich es der Mühe werth hielte, könnte ich 50, 100 oder 600 Acres einfenzen, und jeder sollte mir 30—40 Bushel Weizen Jahr auf Jahr tragen. Ich könnte Mais, Gerste, Hafer, Flachs, Hanf, Hopfen, Rüben, Tabak, kurz, was Sie wünschen, und in beliebiger Menge bauen. Allein was käme dabei heraus? Ich finde keine Märkte. Ein Glücksfall ist es, wenn ich Weizen verkaufe; und meine Kartoffeln fressen die Schweine. Wenn wir nur Märkte hätten, so sollten Sie weit umherreisen müssen, ehe Sie ähnliche Prairien fänden wie am Assiniboin." Noch gibt es auf diesem fruchtbaren Erdstrich zahlreiche Büffelheerden, welche von den Rothhäuten muthwillig erlegt werden, blos um der Zungen willen. Doch fehlt es auch nicht an einer Plage für alle diese Glückseligkeit, denn jene Gegenden werden bisweilen von Heuschrecken verheert, die alles zerstören, was sie vorfinden.

Neueste Nachrichten.

Regensburg, 5. März. Unsere Dampfschiffe werden in wenigen Wochen ihre Fahrten beginnen. Die Personenschiffe zwi-

Oesterreich. Wien, 7. März. Ein kaiserliches Handschreiben vom 5. d. bewilligt, auf Ansuchen des Patriarchs von Serbien, Rajacic, das schleunigste Zusammentreten des serbischen Nationalkongresses, welcher noch vor der Eröffnung des ungarischen Landtags wieder zu beenden sey, damit die serbische Bevölkerung des serbisch-banater Verwaltungsgebietes (Woiwodina) Gelegenheit erhalte, ihre Wünsche bezüglich der verbürgten Aufrechthaltung ihrer von Alters herstammenden Privilegien und Exemtionen, und vorzugsweise über ihre Nationalität und Sprache auszusprechen, und die, anläßlich der Wiedereinverleibung der Woiwodschaft in Ungarn, für nöthig zu erachtenden Bedingungen und Garantieanträge bestimmt zu formuliren. (Der Kaiser ist damit den Wünschen der Serben entgegengekommen, die von einer Wiedervereinigung der Woiwodina mit Ungarn, wie die Magyaren sie verlangen, nichts wissen wollen. Man sieht, die kaiserl. Regierung will sich auf die Serben, die Kroaten und Slavonen stützen, um den Magyaren die Stange halten zu können.)

Aus Wien, 6. März, schreibt man der „Z. f. Nordd.“: „Alle Umstände deuten darauf hin, daß es der Regierung ernstlich darum zu thun ist, das neue Verfassungswerk auf das Rascheste ins Leben treten zu lassen. Die Statthalter in den einzelnen Provinzen veröffentlichen bereits der Reihe nach die bezüglichen Wahlausschreibungen und die Wahlen für die Landtage werden überall in der zweiten Hälfte dieses Monats vor sich gehen. Das Interesse dafür ist nach den einlaufenden Berichten fast überall ein lebhaftes und reges. Freilich tritt da und dort, wie übrigens nicht zu vermeiden, das nationale Moment in den Vordergrund, allein man ist allseits von den besten Hoffnungen getragen; und die Symptome des wiedererwachenden Vertrauens sind unverkennbar. Man pflichtet eben in den erbländischen Provinzen der nüchternen, praktischen Anschauung bei, daß die Mängel und Unvollständigkeiten der neuen Grundgesetze sich auf verfassungsmäßigem Wege leicht im Sinne einer wahrhaft konstitutionellen Freiheit werden erledigen lassen. Die Ministerverantwortlichkeit, die bestimmt und unzweideutig ausgesprochenen Grundrechte der konstitutionellen Staatsbürger, die Gleichberechtigung aller Konfessionen, die Freiheit der Presse, die Unverantwortlichkeit der Mitglieder der Landtage und des Reichsrathes gegenüber der Regierung und wie alle diese Attribute eines wahren Verfassungsstaates noch weiter heißen mögen, die unseren jungen Grundgesetzen fehlen, sie können auf die Dauer nicht ausbleiben und werden jedenfalls eher auf dem Wege vorurtheilsfreier Verständigung als auf dem starren Zurückhaltens oder systematischen Regirens erreicht werden. Im Lande der Magyaren huldigt man allerdings ganz anderen Anschauungen: dort reitet man nach wie vor, starr und steif das Roß der historischen Individualität. Baron Vay, der ungarische Hofkanzler, hat die neuen Grundgesetze nicht unterschrieben und wird dieselben auch nicht unterschreiben; und er erntet dafür von den magyarischen Ultras allen Dank, ja diese Herren machen dem Baron die Konzession, seinen Posten als Hofkanzler nunmehr als einen mit ihrer historischen Verfassung verträglichen anzuerkennen, was bisher bekanntlich nicht der Fall war. Inwiefern es sich jedoch mit der staatsmännischen Konsequenz des Baron Vay verträgt, unter solchen Umständen im Kabinete zu bleiben, wenn auch nur bis zum erfolgten Zusammentritte des ungarischen Landtages, ist allerdings eine andere Frage. Die ungarische Presse spricht, und wie es scheint, nicht ohne alle Aussicht auf Erfolg, die Ansicht und die Hoffnung aus, die Februarpatente werden für Ungarn und seinen Landtag nur den Charakter königlicher Propositionen haben. Wahrlich, die Regierung thäte wohl daran, vorher genau mit sich zu Rathe zu gehen, ehe sie sich zu einer Konzession von solcher Tragweite herbeiläßt!“ (Es wird eben wesentlich darauf ankommen, ob die Regierung sich stark genug fühlt, den Widerstand der Ungarn brechen oder doch wenigstens ignoriren zu können. Daß zum Besten des Gesammtreichs das Steuer- und das Rekruten-Bewilligungsrecht vom ungarischen Landtag auf den Reichsrath übertragen werden muß, ist klar; ob aber die Ungarn sich dazu verstehen, wenn man sie noch darum befragt, ist sehr zweifelhaft.)

Von der ungarischen Donau, 4. März. Die Warschauer Ereignisse haben sich einige Tage später in etwas veränderter Auflage in Ungarn wiederholt. Am 26. und 27. Februar 1849 wurde nämlich die Schlacht von Kapolna, die blutigste des ungarischen Feldzugs, in welcher der Pole Dembinski als General en chef kommandirte, geschlagen. Der Honvedunterstützungsverein des Heveser Komitats beabsichtigte nun in vergangener Woche am Jahrestage des Kampfes für die auf dem Felde der Ehre gebliebenen Ungarn eine feierliche Todtenmesse im Dom zu Erlau abzuhalten, und anstatt die Vorbereitungen im Geheimen zu treffen, wurden schwarzgeränderte Einladungen zur Trauerfeier in alle Theile des Landes versendet. Es erfolgte daher, wie zu erwarten stand, ein Verbot von der Statthalterei. Das Verbot blieb unbeachtet, die Vorbereitungen zur Feier nahmen ihren Fortgang, und am Vorabend derselben erschienen Deputationen des Pesther „Nemzeti kör“ (Nationalklub), der Honvedunterstützungsvereine von Pesth, Nograd, Borsod und Gömör in der Stadt. Aber auch die Regierung hatte ihre Deputationen abgesendet; diese bestanden aus einer Jägerabtheilung, die zur Verstärkung der Erlauer Garnison aus Mislolcz anmarschirt kam, und aus einem von Gyöngyös aufgebrochenen Kavalleriedetachement. Im Angesicht dieser militärischen Maßregeln veränderten die Arrangeurs der Feier ihren Feldzugsplan. Es sollte keine Trauermesse für die gefallenen Honveds, sondern ein Requiem für einen gewissen Toth abgehalten werden, der einige Tage früher selig in dem Herrn entschlummert war; auch wurde die Feier von der stattlichen erzbischöflichen Kathedrale nach der bescheidenern Kirche der Serviten verlegt. Doch der Feldzugsplan der Truppen blieb unverändert. Am Morgen des 27. Febr. drang eine Gendarmerieabtheilung mit gefälltem Bajonnet in die Kirche, zerstörte das bereits aufgerichtete und in Fackelschimmer erglänzende Trauergerüst und besetzte die Thüren des Gotteshauses, den zahlreich herbeiströmenden Andächtigen den Eingang in dasselbe gewaltsam verwehrend. Vormittags 11 Uhr veranstalteten die Frauen von Erlau, gleichsam als Ersatz für die unterbliebene Feier, einen Zug nach dem Kalvarienberge, wo sie ihre Andacht verrichten wollten. Doch auch dieser Versuch erschien im Lichte einer gefährlichen Demonstration, und eine Jägerabtheilung, zur Hälfte mit Büchsen, zur Hälfte mit Besen bewaffnet, drang den zumeist den bessern Ständen angehörigen Frauen nach und zerstreute dieselben. Das Bankett der Honvedoffiziere, welches Mittags im Gasthofe „Zum Löwen“ stattfand, hat, so viel wir hören, keine Störung erfahren. (D. Allg. Z.)

Preßburg, 4. März. Die Finanz-Landesdirektion fordert in einer deutsch, ungarisch und slavonisch veröffentlichten Kundmachung zur ungesäumten Steuerzahlung an die kaiserlichen Aemter auf; Zahlungen an andere Stellen (an die Komitatsbehörden) seyen ungültig. Den Widerspenstigen werden „Maßregeln der Strenge“ angedroht.

Frankreich.

Paris, 4. März. Die Rede, worin Prinz Napoleon so rücksichtslos seiner Galle Luft gemacht, hallt in den Gemüthern nach. Der Prinz hat damit das Innerste seines Herzens ausgeschüttet, das Programm des „rothen Kaiserthums“ verkündigt und zugleich die Lösungen angedeutet, welche der Kaiser der italienischen Frage zu geben gedenkt. Es fallen hiermit alle Zweifel über die Absichten Napoleons III. Es ist unnütze Mühe, darüber zu streiten, ob der Kaiser die Einheit Italiens beabsichtigt habe, oder ob sie den Interessen Frankreichs entspreche. Ueber letzten Punkt ist man nirgends in Europa im Klaren. Deutschland ist darüber gespalten, Frankreich auch. Der Kaiser mag wohl früher ernstlich den italienischen Staatenbund gewollt haben, schließlich hat er geschehen lassen, was er nicht zu ändern vermochte, ohne Waffengewalt anzuwenden, und letzteres wollte er nicht, da er seine Popularität in Italien nicht einbüßen und noch weniger durch den englischen Einfluß auf der Halbinsel den französischen verdrängen lassen wollte. Die Agitation des französischen Episkopats und der Legitimisten in Rom hat dem Papst in der Meinung des Kaisers ungemein geschadet. Seitdem Rom das zweite Koblenz der Legitimisten geworden, war der Kaiser entschlossen, die weltliche Macht des Papstes preiszugeben. Der Prinz Napoleon hat diese Stimmung weniger diplomatisch als treu widergespiegelt. Herr Thouvenel hat sich allerdings beeilt, an seine Agenten im Ausland zu schreiben, daß die prinzliche Rede nicht der offizielle Ausdruck der kaiserlichen Politik sey; aber man wird im Auslande Mühe haben, in diesem Schritte mehr als eine durch diplomatische Rücksichten gebotene Vorsichtsmaßregel zu sehen. Seit längerer Zeit ist man hier daran gewöhnt, den Prinzen Napoleon nur um wenige Monate dem Gange der kaiserlichen Politik voraneilen zu sehen. (Schw. M.)

Paris, 6. März. Das „Journal des Debats“ spricht sich aus Anlaß der Debatte über die deutsche Frage, welche am 2. März im Abgeordnetenhaus zu Berlin stattfand, mit einem ungewohnten Cynismus über die deutschen Einheitsbestrebungen aus, der freilich beweist, daß es über gewisse Fragen in Frankreich keine Parteiverschiedenheit gibt und gewisse Eroberungsgelüste dem gemäßigten Liberalismus ebenso geläufig sind wie den

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 69.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Schrift	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Sonntag, 10. März 1861.

Ein Wort an die Liberalen par excellence.

(Aus der „Isar-Zeitung".)

Daß die im Auslande lebenden Flüchtlinge ein für Deutschlands Macht und Größe warm fühlendes Herz sich bewahrt haben und dabei in der gegenwärtigen Krisis dem Nationalitätsschwindel gegenüber eine höchst anerkennenswerthe Haltung einnehmen, haben wir darzuthun schon öfter Gelegenheit genommen. Sie stehen in den großen Fragen der Gegenwart mit wenigen Ausnahmen auf großdeutscher Seite, und man mag daraus die Lächerlichkeit des hohlen Liberalismus, der diesen Standpunkt gern als einen „reaktionären" bezeichnen möchte, ersehen.

Was bewegt die großdeutsche unabhängige Presse, ihren Standpunkt festzuhalten und von ihm aus die gegnerischen Ansichten zu bekämpfen? Die Gegner kennen die Beweggründe recht wohl, aber es liegt nun einmal in ihrem Interesse, sie als „absolutistisch", royalistisch", „dynastisch" zu kennzeichnen. So verdächtigt, ist man eben besser und wirksamer zu bekämpfen. Wir schwärmen nicht für die schwerfälligste aller politischen Staatsmaschinen, den Frankfurter Bundestag, den Bundestag, unter dem der deutsche Bund selbst am meisten leidet. Aber wir glauben einigermaßen an die Zukunft des deutschen Bundes — Deutschland wird nur als Föderativstaat ohne Nachtheil für seine Machtstellung existiren können. Eine große germanische Föderation, die alle Stromgebiete Deutschlands umfaßt und deren Verfassung so viel Schutz und Schirm der Freiheit nach Innen und den nationalen Interessen nach Außen gewährt, daß die verwandten, einst zum Reiche gehörigen freien Staaten an der Quelle und der Mündung des Rheins — Schweiz, Holland, Belgien — gerne sich an die Mutter wieder anschließen, weil sie durch diesen Anschluß nichts verlieren und vermissen, sondern nur gewinnen werden: das ist unser politisches Ideal, das wir wohl dem schwächlichen, kränkelnden Gedanken des preußischen Kaiserthums, dem ohnmächtigen kleindeutschen Ideale gegenüberstellen dürfen, ohne fürchten zu müssen, daß es in dieser Nachbarschaft verliere, oder gar so unausführbar erscheine, als das gegnerische.

Aber — darf man billig fragen — ist denn jetzt die Zeit, politischen Idealen nachzulaufen? Jetzt, wo Deutschland ringsum nur Feinde hat und fast alle Völker Europa's auf seine Kosten ein erlogenes Prinzip durchzuführen suchen, — jetzt, wo ein neuer „Großstaat" an unserer Südgrenze „von unseren Sympathien getragen" schon im Entstehen die Hand gierig nach deutschem Gebiete ausstreckt und im Vereine mit Rußland und Frankreich uns bedrängen zu können in fröhliche Aussicht nimmt, — jetzt, wo Rußland sich offen als Verbündeter Frankreichs enthüllt, — und jetzt, wo Frankreichs furchtbar gesteigerte Macht in den Händen des schlauesten aller Eroberer liegt, der nur auf die rechte Gelegenheit wartet, um das linke Rheinufer zu nehmen und auf dem rechten den Befreier und „Herrn" zu spielen!

Doch — man hört ja wohl den Trost, wir würden, was wir augenblicklich auch im Eifer für die Durchführung unserer Prinzipien und Ideale verlieren mögen, Alles wieder zurückgewinnen. O! ist denn das so gewiß? Oder haben wir etwa das einmal Verlorne (wie Schweiz, Elsaß, Lothringen, Holland, Belgien, Burgund ꝛc.) je wieder gewonnen?

Die Anderen entgegnen hierauf wohl auch: „Laßt's auf die Probe ankommen!" Ja, — es ist gerade an der Zeit, sich darauf einzulassen. Wie, wenn sie so schlimm ausfiele, daß der Patient stürbe? ...

Was Noth thut jetzt, wo die Karte Europas geändert und den Völkern ihre künftige Machtstellung angewiesen wird, ist klar genug durch eben diese Verhältnisse angedeutet: Die gegebenen Mittel mit aller Macht und der größten Anstrengung zu benützen und die ganze Kraft unserer Nation nicht zur Erregung innerer Zwietracht, sondern zur Einigung nach Außen aufzubieten.

Um aber am Schlusse unseres Artikels auf den Satz, von dem wir ausgingen, zurückzukommen und den Beweis zu liefern, wie sehr wir mit diesen Anschauungen mit Männern radikaler Färbung, aber ächt patriotischer Gesinnung übereinstimmen, lassen wir die von einem deutschen Flüchtling redigirte „Genfer Grenzpost" sprechen, — für heute jedoch nur in ihrem Schlußsatze zu dem preußenfeindlichen Artikel der offiziösen Pariser „Presse". Dort heißt es: „Deutschland wird den Krieg mit Frankreich haben, mögen die Regierungen, möge der Nationalverein es wollen oder nicht, mag man Oesterreich von Deutschland ausschließen, mag man Venetien aufgeben oder behalten; — Deutschland wird den Krieg mit Frankreich haben! — Ob aber Angesichts dieses unausbleiblichen Krieges andere staatliche Experimente in Deutschland am Platze sind, als die, welche dahin zielen, das gegenseitige Vertrauen zwischen Volk und Fürsten zu kräftigen, ob es Deutschlands Aufgabe ist, für die nationale Selbständigkeit Italiens zu sorgen, während die eigene bedroht ist, dies ist die ernste Frage, die sich die Parteien in Deutschland vorlegen müssen." — So der deutsche Flüchtling in der Schweiz. Ist dieser etwa auch ein Reaktionär? —

Deutscher Bund.

Stuttgart, 5. März. Bezüglich der Erklärung des Kriegsministers, die Würzburger Regierungen seyen darin übereingekommen, als geschlossenes Ganzes aufzutreten und sich als solches dem Ober-Kommando zur Verfügung zu stellen, so zwar, daß sie ihre eigenen Staaten selbst zu vertheidigen gedenken, „ehe Andere kommen", erzählt man sich, diese Regierungen hätten Verabredungen und Anstalten getroffen, im Fall eines drohenden Krieges 200,000 Mann (unter bayerischer Führung, vermuthet man) an den Oberrhein zu werfen, und sich so lange zu halten, bis sie Unterstützung von den Bundesgenossen bekämen. (Südd. Z.)

Württemberg. In den letzten Tagen ist Namens der im Sommer vorigen Jahres zu Plochingen stattgehabten Versammlung von nahezu hundert evangelischen Geistlichen der Kammer der Abgeordneten von dem hiezu gewählten Komite eine Eingabe in Betreff des Konkordats eingereicht worden. Die Unterzeichner schließen mit der Bitte: „Eine hohe Kammer möge dahin wirken, daß die Konvention in der gewählten Form eines Vertrages mit der päpstlichen Kurie aufgehoben, die nothwendige und zweckmäßige Regelung der kirchlichen Verhältnisse aller christlichen Konfessionen aber der ordentlichen Landesgesetzgebung zugewiesen werde." Der „Schwäb. Merk." ist voll von Nachrichten über Petitionen gegen das Konkordat, welche an vielen Orten beschlossen werden.

♂ **Freie Städte.** Frankfurt, 8. März. (Priv.-K.) In Folge des Eindringens der österr. Sechskreuzerstücke im Gebiete des süddeutschen Münzvereins hat sich unser Rechnei- und Rentenamt veranlaßt gesehen, im Interesse des hiesigen Publikum darauf aufmerksam zu machen, daß eine Vergleichung des Werthes der österr. Sechskreuzer mit dem Werthe der süddeutschen insofern nicht maßgebend ist, als die letzteren zu ihrem vollen Nominalwerthe von allen Staatskassen bis zum Betrage der kleinsten Courantmünze (30-Kreuzerstücke) angenommen, die ersteren dagegen selbstverständlich, als Scheidemünze eines Staats, welcher nicht dem süddeutschen Münzvereine angehört und seine Scheidemünze in einem anderen Münzfuße ausprägt, zurückgewiesen werden, und daß überhaupt Niemand verpflichtet ist, Landesmünzen oder Scheidemünzen, außerhalb der Gränzen der betreffenden Länder resp. Münzvereine, für welche dieselben geprägt sind, in Zahlung anzunehmen.

Amerika.

Aus Washington vom 23. Febr. wird berichtet, daß die Konvention von Arkansas sich zu Gunsten der Aufrechthaltung der Union ausgesprochen.

Nichtpolitische Zeitung.

♂ Aus dem Mainthal, 7. März. (Privat-Korresp.) Die Saaten stehen in Folge der warmen Bedeckung während des strengen Winters vortrefflich. Leider aber haben eine Unzahl Mäuse einen großen Theil des Klees zerstört, so daß die damit bestellten Aecker theilweise umgepflanzt werden müssen. In Folge davon sind die Heupreise in hiesiger Gegend merklich höher gegangen.

♂ Mainz, 7. März. (Priv.-Korr.) Es beginnen nun ringsum die üblichen Weinversteigerungen und scheinen dieselben recht gute Resultate liefern zu wollen, da das vorjährige Gewächs so schlecht ausgefallen ist. Hierselbst werden am 28. d. M. 50 Stück Rheingauer 1857er Weine in Auktion kommen, welche zu den besten Erzeugnissen gehören, die Rauenthal und Rüdesheim produzirten.

Neueste Nachrichten.

Warschau, 3. März. Die Folgen der jüngsten traurigen Vorfälle sind schwer vorherzusagen. Gewiß ist, daß ein passiver Widerstand gegen die Regierung zum Durchbruch gekommen, der ihr viel zu schaffen machen wird. So haben bereits die Adelsmarschälle des Königreichs ihre Dimission genommen, und ihrem Beispiel folgen die meisten in russischen Diensten stehenden Polen. Die Behörden verfahren inzwischen mit größter Vorsicht. Die heutigen Zeitungen sprachen von der gestrigen „Nationaltrauer", als wenn sie ohne Censur erschienen. (A. Z.)

Aus Warschau, 5. März, schreibt man der „N. Pr. Z.": „Die „Breslauer Z." berichtet über die hiesigen Vorgänge am 25. Febr. (welche den Ausgangspunkt der späteren Vorfälle bildeten) in einer Weise, als hätte der jetzt beseitigte Oberpolizeimeister Trepoff zum Einhauen kommandirt, ohne der Volksmenge Zeit zum Auseinandergehen gelassen zu haben. Die Unrichtigkeit dieser Angabe geht schon aus dem Umstande hervor, daß dem Ober-Polizeimeister kein militärisches Kommando zusteht. Er hatte als Wächter der öffentlichen Ruhe und Ordnung das Publikum aufgefordert, und gebeten, die beabsichtigte Prozession (zum Andenken an die Schlacht von Grochow) zu unterlassen und sich ruhig nach Hause zu begeben. Er hatte dabei, indem er beschwichtigend unter die aufgeregte Menge trat, einen Muth und eine Ausdauer an den Tag gelegt, die allgemeine Bewunderung und Anerkennung verdienen. Erst nachdem es seinen Bemühungen nicht gelungen war, eine Prozession, der eine rothe Fahne mit dem polnischen Adler vorangetragen wurde, zu verhindern, rückte Oberst Mesenceff auf Befehl des Fürsten Gortschakoff mit Gendarmerie vor und umringte die Anführer des Zuges, um auf diese Weise ohne Gebrauch der Waffen den beabsichtigten Umzug durch die Stadt zu verhindern. Die Umzingelten bewarfen darauf die Gendarmen mit Koth und Steinen, verbrannten ihnen mit Fackeln die Gesichter und zwangen dadurch den Obersten Mesenceff, zum Einhauen zu kommandiren. Dies geschah in so schonender Weise, daß nur leichte Verwundungen vorkamen. Darauf beschränkten sich die Vorgänge am 25. v. M., die einen sehr ernsten Charakter angenommen hätten, wenn nicht die Behörden mit aller nur denkbaren Mäßigung zu Werke gegangen wären. Am Tage nach diesem Vorfalle machte der Ober-Polizeimeister durch Anschlag an den Straßenecken darauf aufmerksam, daß Zusammenrottungen gesetzlich unzulässig seyen, und warnte vor ähnlichen, wie sie Tags vorher stattgefunden. Dies hinderte jedoch eine Anzahl Gymnasiasten, Studenten und Arbeiter nicht, sich Mittwoch (den 27. v. Mts.) früh auf der Leszno zu versammeln, um von da aus wiederum einen Umzug durch die Stadt zu halten. Man ließ sie bis in die Altstadt ziehen; als sie jedoch von da bis in das Sitzungslokal des landwirthschaftlichen Vereins vordringen wollten, um die Mitglieder desselben, den Adel zur Betheiligung an dem Zuge aufzufordern, wurden sie, nachdem die Ermahnung der Polizeibehörde fruchtlos geblieben, von Kosaken mit Kantschuen auseinandergejagt. Schnell vereinigten sie sich aber wieder, warfen die Angreifenden und die hinter diesen aufgestellte Infanterie mit Steinen, verwundeten viele Soldaten und selbst den mit dem Kommando beauftragten General Sabolotzki. Es blieb diesem, da alle Beschwichtigungsversuche mit Steinen beantwortet wurden, kein anderes Mittel, als Feuer zu kommandiren. An dem darauf folgenden Tage machte der Fürst-Statthalter Gortschakoff in der Polizei-Zeitung bekannt, daß der Oberst Trepoff erkrankt und das von ihm verwaltete Amt eines Oberpolizeimeisters dem Obersten Demoncal übertragen worden sey. Der polnische Adel hatte für die Gefallenen eine Genugthuung verlangt und man gewährte sie ihm, indem man Trepoff zur Disposition stellte." (Man sieht, daß diese Darstellung ebenso parteiisch zu Gunsten der Russen ist, als die der „Breslauer" und „Allg. Z." parteiisch für die Polen waren.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	--
"	5 pCt. Lomb. ditto.	75½ G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	59¾ P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	50⅛ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	43 P.
"	4½ pCt.	37 G.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	87¾ P. ⅛ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. R.)	102¾ G.
"	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102½ P.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102¾ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	100 G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100¼ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	96¼ P.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	105 P. 104¾ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	95¼ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	102¾ P.
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	95½ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	101¼ P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	94 P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	101½ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	98½ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	--
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	97⅜ P.
"	3 pCt. Obl.	90 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47 P.
"	1¾ pCt. " " "	41⅛ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	98¼ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	108⅞ G.	exD.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	580 G.	ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	180 G.	exD
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	182 P. 180 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	76 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	68¼ G.	
Internationale Bank in Luxemb. . .	80 G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	331 G.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	67¼ G.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	223 G.	
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	123 G.	
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73⅜ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	25½ P. ¼ G.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	130⅛ P.	
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	98¾ P. ⅜ G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50¾ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	237 G.	
Span. Handels- u. Industrie . . .	510 P.	
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	472 G.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	104⅛ P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101½ G.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99½ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B. 99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105¼ B.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	95⅞ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105¼ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	88¼ B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ B.
London Lst. 10 k. S.	118½ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	78⅞—79 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	73½ P. 73 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	47½ P. ¼ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	56 G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	128½ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	55½ P.	" fl. 25 do.	34½ P.
" fl. 100 Kisb. L. v. 1858.	91¼ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	34¾ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	118½ P. 118 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	49¾ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	86¾ P.
Badische fl. 50	89⅞ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10⅜ G.
Badische fl. 35	52½ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅝ P.

Frankfurt, 8. März. Die für österr. Fonds und Aktien schon gestern eingetretene günstige Stimmung erhielt sich und besonders in National und Kreditaktien war der Umsatz zu merklich höheren Kursen recht lebhaft. Auch Wechsel auf Wien besserten sich um ein volles Prozent. Süddeutsche Fonds waren fest und theilweise höher. (Synd.)

Paris, 5. März. Graf Kisselew, russischer Gesandter, hat gestern mit Hrn. Thouvenel eine Unterhaltung gehabt, in der er sich über die revolutionären Aufmunterungen in der Rede des Prinzen Napoleon beklagt hat. Der Minister des Auswärtigen hat die Verantwortlichkeit der Regierung für die „ganz individuellen“ Ansichten des Prinzen abgelehnt.

Der bereits angedeutete Bericht des Justizministers Delangle an den Kaiser über den Prozeß Mirès lautet nach dem „Moniteur“ wie folgt: „Paris, 4. März 1861. Sire! Es ist jüngst eine Gerichtshandlung vorgenommen worden, welche die öffentliche Aufmerksamkeit ganz besonders auf sich gezogen hat. Auf Anstehen des kaiserlichen Prokurators bei dem Tribunale erster Instanz zu Paris ist der Bankier Mirès verhaftet worden. Diese Maßnahme, welche von der Schwere der Anschuldigungen und von der Wichtigkeit der auf dem Spiele stehenden Interessen gefordert worden ist, hat ein großes Aufsehen gemacht und ist verschieden beurtheilt worden. Wie immer in solchem Falle, hat die Verleumdung sich bemüht, zu übertreiben. Man verbreitet, Mirès habe durch eine verdächtige Freigebigkeit sich Gönner zu verschaffen gewußt, die Macht genug hätten, ihn, wenn die gegen ihn erhobenen Anklagen sich als wahr erwiesen, der Strafe der Gerechtigkeit zu entziehen: ferner: es seyen dritte Personen heimlich mit verwickelt, denen ihre Stellung verbietet, nicht nur einen Gewinn, zu dem man sich nicht bekennen darf, anzunehmen, sondern auch sich an gesetzlichen Handels- und Industrie-Unternehmungen zu betheiligen; ferner: das Unheil sey so allgemein, so groß, daß auf die Gefahr hin, die Schuldigen unbestraft zu lassen, die Regierung beschlossen habe, die Sache niederzuschlagen, weil sie lieber ein Aergerniß, dessen Folgen unberechenbar, vermeiden, als die aus der Korruption entstandenen Wunden aufdecken wolle. Diese Behauptungen berühren so sehr die Ehre der Rechtspflege und der Regierung, daß ich es für nöthig halte, sie unmittelbar zur Kenntniß des Kaisers zu bringen, nicht als ob die Richter gegen den Verdacht der Parteilichkeit und Schwäche einer Vertheidigung bedürften; das öffentliche Gewissen erkennt diese Beleidigung nicht an. Alle Welt in Frankreich, Freunde, Feinde, Gleichgültige, alle Welt weiß und sagt es laut, daß keine Rücksicht die Gerichtsbehörde von ihrer Pflicht abwendig macht, daß vor ihr wie vor dem Gesetze alle Staatsbürger gleich sind und daß, wenn sie mit Mäßigung und Zurückhaltung ihr furchtbares Amt versieht, ihrem Arm niemals die Schuldigen entgehen; da sie davon durchdrungen ist, daß, wenn die Nothwendigkeit der Bestrafung auch mitunter schmerzhaft, die Straflosigkeit der erkannten Vergehen eine Schmach für die Rechtspflege und eine Gefahr für die Gesellschaft ist. Was aber nicht geduldet werden kann, ist, daß man einer ehrenhaften Regierung die Absicht zutraut, einen Schleier über Thatsachen zu werfen, denen die Strenge des Strafgesetzes vorbehalten ist. Wenn die öffentliche Meinung gegen solche Unterstellungen einer Versicherung bedürfte, könnte ich mich darauf beschränken, an die Worte zu erinnern, mit denen in dem Augenblicke, wo der Prozeß begann, Ew. Majestät das Verfahren des Gerichtes vorgezeichnet hat:

„„Ich will, daß in dieser traurigen Angelegenheit die Gerechtigkeit bis auf den Grund der Dinge gehe, fest entschlossen und ohne jede persönliche Rücksicht. Da der Verdacht heute über Allen schwebt, so sind die Unschuldigen in einer allgemeinen Anklage, welche die Schuldigen nicht näher bezeichnet, mit gefährdet. Es ist unerläßlich, daß Alles an den Tag komme.““

Sire! Die Gerichtsbehörde richtet sich nach dieser Willens-Erklärung.*) Die Untersuchung geht mit gewissenhafter Sorgfalt, mit einer Geduld vor sich, welche die Schwierigkeiten nicht ermüden. Alle zurechnungsfähigen Elemente, alle Papiere sind ihrer strengen Prüfung unterworfen. Nichts wird den Nachforschungen der Justiz entgehen. Es wird Alles an den Tag kommen, und wenn, wider mein Erwarten, die vom Parteigeiste erhobenen, von der Unbedachtsamkeit und der Böswilligkeit verbreiteten Anklagen vor den begonnenen Verhören nicht zusammenfallen, so wird die Gerechtigkeit nicht ermangeln, ihren Beruf zu erfüllen. Ich bin Ew. Majestät ꝛc. Delangle.“

Nach Berichten aus Marseille kommen dort täglich wieder Freiwillige durch, die auf den geheimen Ruf Garibaldi's (?) zu ihm stoßen; auch aus England kommen Freiwillige.

Spanien.

Madrid, 6. März. Die Regierung hat im Senate angezeigt, sie sey entschlossen, Kreuzer an die afrikanische Küste zu senden; dieselben würden ermächtigt werden, die spanischen und englischen Schiffe zu durchsuchen, um den Sklavenhandel zu verhindern.

Italien.

Nach dem „Giornale di Roma“ betragen die für den Peterspfennig bis jetzt eingegangenen Gaben die Gesammtsumme von 2,500,000 römischen Thalern (6,250,000 Gulden).

* Am 1. März wurde die Ruhe Brescias durch einen Krawall gestört, welcher gegen die vor Kurzem eröffneten protestantischen Schulen gerichtet war.

*) Eigenthümlich genug, wenn die Richter kaiserliche Willensmeinungen zur Richtschnur ihres Handelns nehmen.

Bureau anzubringen und kann einer sofortigen Untersuchung des Sachverhältnisses gewärtig seyn; vermißt er dies oder jenes, dann tritt die Vermittlung des Nachweisungs-Bureau ein, und selten bedarf es der Anrufung obrigkeitlicher Gewalt. . . . . Das Kriterium der Fürsorge und des Rathes, wodurch sich das Nachweisungs-Bureau von allen Privatspekulationen unterscheidet, ist, daß Alles unentgeltlich geschieht, die Beamten der Anstalt auch nicht einmal ein freiwilliges Geschenk annehmen dürfen.

Der Verkehr mit den jenseits des Oceans bestehenden Wohlthätigkeitsvereinen ist wiederholt als eine wesentliche Bedingung für die Erreichung der Zwecke des hiesigen Institutes erklärt worden und der vorzüglichste Rath, der hier gegeben werden kann, geht dahin, die „Deutschen Gesellschaften“ bei der Ankunft im überseeischen Hafen anzusuchen. . .

Das hauptsächlichste Erforderniß Aller, die jenseits des Oceans sich anzusiedeln gedenken, ist ein gesunder Körper. Die Gesetze der Vereinigten Staaten schließen die Landung zu alter, sowie kranker, verkrüppelter und hülfloser Personen, zu welchen letzteren u. A. Frauenzimmer mit Kindern aber ohne Ehemann, sowie unverheirathete schwangere Frauenspersonen gerechnet sind, insofern nicht eine ansehnliche Kaution geleistet wird, streng aus, und jeder Hafenplatz wacht über genaue Befolgung der desfallsigen Vorschriften. Von Seiten des amerikanischen Konsulats in Bremen ist auf die gedachten Vorschriften in den letzten Jahren wiederholt durch öffentliche Blätter aufmerksam gemacht worden. . .

Neben der physischen Fähigkeit zu arbeiten, sind den Auswanderern aber auch einige Geldmittel unentbehrlich, und zwar nicht blos zur Bestreitung der Passage- und sonstigen Reisekosten, sondern auch, um in der neuen Welt wenigstens einen kleinen Zehrpfennig vorräthig zu haben. Leider mußten auch in den letzten beiden Jahren verschiedene Arme, die gemeint waren, unentgeltlich oder doch gegen Leistung von Hülfsdiensten auf bremischen Schiffen befördert zu werden, wieder in ihre Heimath zurückkehren. . . .

Nach den in einer Reihe von Jahren häufig gemachten Erfahrungen ist es dem Auswanderer anzurathen, sofern er sich in dem zu Hause abgeschlossenen Vertrage nicht bereits kostenfreie Beförderung für sich und seine Habe nach Bremen gesichert hat, seine Reise hierher möglichst selbständig zu besorgen, die Effekten bei sich zu behalten und auch darauf zu achten, daß sie stets auf seinen Namen geschrieben werden. Die Uebergabe derselben an Spediteure hat immer unnöthige Kosten, oft unnöthigen Aufenthalt, ja selbst zur Folge gehabt, daß sie nicht rechtzeitig eingetroffen sind. . .

Eine neuerdings namentlich von der „Deutschen Gesellschaft in New-Orleans“ eingeschärfte Warnung ist gegen das Einschmuggeln von Waaren gerichtet. Der neueste Jahresbericht der gedachten Gesellschaft spricht sich darüber folgendermaßen aus: „Große Schwierigkeiten, Unannehmlichkeiten, ja selbst Verluste erwuchsen schon früher, aber in diesem Jahre besonders solchen Einwanderern, die den Versuch gemacht hatten, Waaren einzuschmuggeln. Es scheint, daß sich gewisse Leute ein Geschäft daraus machen, von hier aus nach Deutschland zu reisen, und mit einer Anzahl von oft fünfzig bis hunderten unter ihrer Obhut stehender Einwanderer als deren Führer zurückkehren und an diese während der Reise Effekten austheilen, um solche, in deren Kisten verpackt, einzuschwärzen. Einzelne der Einwanderer werden von den die Passagier-Effekten untersuchenden Zollbeamten entlarvt und zur Verantwortung gezogen, ohne von jenen, ihren spekulativen Führern, nur die Genugthuung einer offenen Erklärung des wirklichen Herganges der Sache erlangen zu können. Letztere lassen einen geringen Theil ihrer unerlaubten Einfuhr im Stiche und ziehen sich so auf Kosten ihrer unerfahrenen Landsleute aus der Schlinge, den Nutzen des saubern Geschäfts für sich in Anspruch nehmend.“

Beamten besondere Gratifikationen zugewendet werden sollen, welcher Vorlage die Kammer gewiß beistimmen würde. Zur Beruhigung kann einstweilen dienen, daß Herr Abg. Professor Edel sich einen Antrag der Landgerichtsassessoren aneignete, welcher bereits an den Finanzausschuß gelangte. — Derselbe beantragt, die Besoldung der Assessoren in vier Klassen von 700 fl., 800 fl., 900 und 1000 fl. einzutheilen, und soll das Vorrücken in die nächst höhere Gehaltsklasse nicht wie bisher erfolgen, sondern nach einer bestimmten Zahl von Dienstjahren, — etwa nach 5 — 6 Jahren, worüber noch Berathung zu erfolgen hat. Möge die bevorstehende Finanzperiode den Beamten endlich gerecht werden und mögen ihre Hoffnungen nicht bis zur nächsten Finanzperiode wieder vertagt werden!

Aus der Pfalz, 4. März. Es dürfte Manchem nicht recht erklärlich seyn, wie die beabsichtigte Einführung eines neuen protestantischen Gesangbuchs eine so tiefgehende Aufregung bei uns hervorbringen konnte. Näher betrachtet wird es klar, daß der Gesangbuchsstreit nur eine einzelne, besonders hervortretende Erscheinung eines Prinzipienkampfes ist. Nachdem die orthodoxe Geistlichkeit es durchgesetzt hatte, daß das Bekenntniß der unirten Kirche enger gefaßt und ein dem entsprechender Katechismus eingeführt wurde, hat sie konsequent sodann die Abschaffung des alten Gesangbuchs, als dem neuen Bekenntniß nicht mehr entsprechend, erstrebt. Auf diesem Punkte des Kampfes angelangt, fand die rationalistische Gegenpartei einen kräftigen Rückhalt in der Masse der Bevölkerung, die sich nicht überzeugen konnte, daß das liebgewonnene Buch nicht mehr tauglich seyn solle. Die etwas veraltete und holperige Ausdrucksweise einiger, der weiche sentimentale Charakter anderer Lieder machte das Volk dem neuen Gesangbuche so abgeneigt, daß es das ganze Buch nicht mag. Allzu großer Eifer einiger Geistlichen trug sodann noch bei, den Widerstand zu erhöhen und die Gemüther zu verbittern. Es gibt Viele in der Pfalz, die das neue Gesangbuch dem alten vorziehen, die aber die Art und Weise, sowie die Mittel, mit denen die Einführung ermöglicht werden sollte, entschieden verurtheilen. (Nürnb. K.)

Freie Städte. Frankfurt, 4. März. Seit mehreren Abenden haben hier leider wieder in der Gegend der Sachsenhausener Brücke diesseit des Main Exzesse zwischen den Bundestruppen, namentlich Soldaten des Frankfurter Kontingents und der preußischen Garnison, stattgefunden. (D. A. Z.)

Oesterreich. Aus Preßburg, 4. März, schreibt man der „Köln. Z.": „Die Ersparungen, welche durch die Einführung der alten ungarischen Komitatsverfassung erzielt werden, sind höchst bedeutend. Während früher in einem Komitat 140—160 Beamte aller Kategorien, sowohl politische als juridische, nothwendig waren, zählt man gegenwärtig nur einige zwanzig. Die für das Preßburger Komitat ausgeschriebene Steuer beträgt 10 pCt. der vorjährigen, und dürfte dieselbe genügen, die Kosten der Verwaltung zu decken." (Ueber die Wohlfeilheit dieser Amtirung kann man erst urtheilen, wenn man alle Neben- und nachträglichen Ausgaben kennen wird. Ihr Werth aber ist nach dem, was man bisher hörte, etwas zweifelhaft.)

Frankreich.

Paris, 5. März. Der heute durch den „Moniteur" veröffentlichte Bericht des Justizministers an den Kaiser über die Mirès'sche Angelegenheit steht in unmittelbarem Zusammenhange mit den gestrigen Vorgängen im Senate, wo Hr. Dupin für gut befand, als Richter der beleidigten öffentlichen Moral aufzutreten. An und für sich läßt sich hiergegen nichts einwenden, wenn schon der indirekt von Dupin bezeichnete Senator Graf Siméon (Präsident des Verwaltungsrathes der von Mirès geleiteten Eisenbahnkasse) ebenfalls Recht hatte, indem er Hrn. Dupin in feiner Weise bemerkte, daß gewisse Leute recht gerne sich mit Aktien bei den Unternehmungen betheiligen, deren Leitung sie den Senatoren untersagen und deren Moralität sie angreifen.*) Die ganze Debatte war überhaupt ein Federballspiel, der eine warf dem andern den Ball zurück. Sodann erhob sich der durch seine Excentricitäten in Ruf gekommene Marquis de Boissy, um Krieg gegen England zu predigen und die Wiedereinführung der neuerdings aufgehobenen Paßkontrole zu fordern. Keine Unterbrechung, kein Gelächter, kein Lärm war im Stande, ihn von der Rednerbühne zu vertreiben. Der Minister Billault ließ sich herbei, dem Marquis zu antworten: die Maßregel in Betreff der Pässe, welche bereits für die Engländer gelte und nächstens auch für die Belgier und Deutschen gelten werde, sey eine Maßregel der Civilisation, des Wohlwollens, der französischen Gastfreundschaft; man möge nicht unnützerweise die Regierung Frankreichs herabwürdigen und zwischen Franzosen und Fremden bedauerlichen Unfrieden stiften; der persönliche Wunsch des Hrn. Marquis nach einem Kriege mit England „werde glücklicherweise durchaus nicht die guten Beziehungen stören, welche die sicherste Bürgschaft der Freiheit und des Friedens der Welt seyen". (Sehr gut!) Da sich der Marquis durchaus nicht zufrieden geben will, muß er zur Ordnung gerufen werden, und erklärt dann, daß er sich still verhalten will.

*) Wir wollen gelegentlich dieser Diskussion einer Anekdote erwähnen, die man sich in Paris über Mirès erzählt: beim Anblick der leeren Wände in Mazas soll er erstaunt gefragt haben: Où est le mobilier?

* Für Auswanderer.

Bremen, im März. Dem eben ausgegebenen Bericht des hiesigen Nachweisungs-Bureau für Auswanderer auf die Jahre 1859 und 1860 entnehmen wir Folgendes: „Die deutsche Auswanderung, welche in den Jahren 1858 und 1859 unter den Nachwirkungen der von Amerika ausgegangenen Handelskrisis bedeutend abnahm, hat im Jahre 1860 wiederum eine Zunahme erfahren, und deshalb auch die Thätigkeit des hiesigen „Nachweisungs-Bureau für Auswanderer" in erhöhtem Maße in Anspruch genommen. Bremen hat seit dem Jahre 1832, bis wohin unsere statistischen Angaben zurückreichen, nicht weniger als 761,696 Passagiere nach transatlantischen Ländern befördert. Es war von jeher ein sehr natürlicher, alle Klassen der hiesigen Einwohnerschaft durchdringender Wunsch, daß der gute Ruf Bremens als Auswandererhafen mit aller nur möglichen Sorgfalt aufrecht erhalten werde. Zu diesem Zwecke wurden Gesetze zum Schutze der Auswanderer erlassen, die im Laufe der Jahre durch verschiedene Zusätze bereichert und meist auch von andern Seehäfen nachgeahmt sind.

Es stellte sich jedoch mit der Zunahme der Auswanderung über Bremen immer mehr heraus, daß die Privatthätigkeit namentlich da, wo es auf Belehrung der Auswanderer ankommt, besser wirken könne, als die Thätigkeit der Behörden. Geleitet von dieser Erkenntniß und in der Ueberzeugung, daß Bremen das Interesse und die Pflicht habe, dem Auswanderer jeden erforderlichen Beistand zu leisten, traten im Jahre 1850 unter Mitwirkung der Handelskammer eine Reihe von Privaten zusammen, um ein Institut zu begründen, das sich die Aufgabe stellte, „allen Personen, welche sich von Bremen aus nach überseeischen Plätzen begeben wollen, eine zuverlässige Belehrung über sämmtliche bei diesem Vorhaben in Frage kommenden Verhältnisse zu gewähren." . . . . Der 1. März 1851 war der zur Eröffnung des Instituts festgesetzte Termin. Seit jenem Tage ist das Nachweisungs-Bureau ununterbrochen bemüht gewesen, den über Bremen reisenden Auswanderern mit Rath und That beizustehen. Zu dem Ende befindet sich im Bahnhofsgebäude ein durch deutliche Ueberschriften erkennbares und bei jedem ankommenden Bahnzuge geöffnetes Comptoir des Nachweisungs-Bureau. Der ihm vorgesetzte Beamte behändigt hier jedem Auswanderer, der es wünscht, die Adresse eines Gastwirths und die festen Taxpreise, zu welchen der Gastwirth sowohl Kost und Logis zu gewähren, als auch den Transport von Effekten zu übernehmen verpflichtet ist. Weiter erhalten die Auswanderer die Adressen sämmtlicher hiesiger Passagier-Expedienten und Schiffsmakler, sowie derjenigen Geldwechsler, die nach den dem Nachweisungs-Bureau aufgegebenen Coursen verwechseln, ferner eine Aufgabe der hiesigen Preise ihrer Hauptbedürfnisse, als Matratzen, Decken, Blechgeschirr rc., sowie Verhaltungsregeln für den Aufenthalt in Bremen, in Bremerhafen, auf dem Schiffe und für die Ankunft am überseeischen Bestimmungsorte. Außer diesen verschiedenen Drucksachen erhält jeder Auswanderer je nach seinem Bedürfnisse noch weitere Belehrung. In ähnlicher Weise verfährt ein zweites Comptoir am Markte (unter dem Hause Schütting), welches jedoch weit mehr die Entgegennahme und Abhülfe von Wünschen und Beschwerden, als die der ersten Station vorzugsweise obliegende Befriedigung allgemeiner Bedürfnisse zur Aufgabe hat, und täglich vom Morgen 8 Uhr bis zum Abend 8 Uhr geöffnet ist. Das dritte Comptoir des Nachweisungs-Bureau am Altenwall ist in den letzten Jahren, wo die Passagierbeförderung auf der Oberweser in Folge der verbesserten Eisenbahnverbindungen weit seltener geworden ist, fast unbenutzt geblieben. Jedem Auswanderer, der sich an diese Comptoire wendet, wird bereitwillig Auskunft ertheilt über Alles, was vernünftiger Weise in Betreff der Ausführung des Vorhabens bis zu dem selbst erwählten Ziele hin gefragt werden kann. Glaubt sich der Auswanderer in irgend einer Beziehung übervortheilt, so hat er seine Klage bei dem

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 68.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 9. März 1861.

Deutscher Bund.

** **Bayern.** München, 7. März. (Privat-Korresp.) (XIV. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Am Ministertische der königl. Staatsminister Frhr. von Schrenk und v. Pfeuffer. Dr. Völk verliest die bereits erwähnte Interpellation wegen noch nicht erfolgter Vorlage der Erläuterungen zum Militär-Budget, welche Interpellation sofort von dem k. Kommissär Hrn. Brackert dahin beantwortet wurde, daß das Militär-Budget rechtzeitig vollendet worden sey, daß dasselbe aber dann aus finanziellen Gründen habe umgearbeitet werden müssen. In Folge Erkrankung des k. Kriegsministers, sowie des General-Verwattungs-Direktors der Armee, habe sich diese Umarbeitung bisher verzögert, doch werde die Vorlage an die Kammer möglichst beschleunigt werden. Prof. Pözl erstattet die Anzeige, daß das Referat über den Antrag des Abg. Dr. Völk, die kurhessische Verfassungsfrage betr., vollendet sey und sich unter der Presse befinde. Zur Berathung gelangten nun die Nachweisungen der Erträgnisse der Eisenbahnen in den Jahren 1855/59. Der Ausschuß beantragt, denselben die Anerkennung zu ertheilen. Referent Neuffer: Man dürfe die sichere Erwartung hegen, daß die Eisenbahnen in der VIII. Finanzperiode so viel ertragen werden, als zur Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschuld nöthig sey; man dürfe deshalb ohne Bedenken mit dem Bau neuer Bahnen rüstig vorschreiten, welche von allgemeinen Interessen seyen. Er hob hierauf die Nothwendigkeit hervor, den Tarif für Steinkohlentransporte bedeutend herabzusetzen, und sprach sich dann eingehend über direkten Frachtverkehr aus, von welchem er glaubt, daß durch ihn der Zwischenhandel zu sehr benachtheiligt werde, obwohl letzterer für den kleinen Gewerbsmann 2c. durchaus nothwendig sey; durch die gewährte Frachtermäßigung für den direkten Verkehr würde nur der Handel des Auslandes, zum Nachtheil des inländischen Handels, begünstigt. Oberappellrath Lang schließt sich der im Referate Neuffer's ausgesprochenen Ansicht an, daß die Einführung von Eisenbahn-Reiseinspektoren sehr zweckmäßig erscheine. Redner wünscht bessere Beschleunigung des Transportes von Wein und anderen Flüssigkeiten auf der Eisenbahn, sowie bessere Ueberwachung der in den Bahnhöfen eingelagerten Weinfässer; dann die Annahme des Papiergeldes der verschiedenen deutschen Nachbarstaaten an den Eisenbahnstationen, und spricht sich schließlich für die Nothwendigkeit der Erbauung von Bahnen nach den Festungen in der Pfalz aus; es müßte dies aber unter den obwaltenden Verhältnissen — wobei Redner auf die neuesten bedenklichen Verhandlungen im franz. Senate verweist — so rasch als möglich geschehen. Abg. Sedlmayr beantragt, den Wunsch an die Regierung zu bringen, daß die Fracht für Kohlen auf 1 Pfenning per Meile und Centner herabgesetzt werde. Frhr. v. Lerchenfeld kann die optimistischen Anschauungen des Referenten über die Verwaltung der Eisenbahnen nicht theilen, will aber dennoch heute der Anerkennung der Rechnungen beistimmen und sich seine Wünsche für die Berathung des Budget vorbehalten; er glaube, daß die Verwaltung noch immer zu wenig komerziell betrieben werde. Die Frage wegen der Konkurrenz bez. der Tarife der Staats- und der Ostbahnen werde ebenfalls erst bei dem Budget, oder bei Ertheilung einer weiteren Konzession an die Ostbahn zu erörtern seyn. Redner hofft, daß dann Alles nachgeholt werden könne, was man bei Ertheilung der ersten Konzession an die Ostbahn unbegreiflicher Weise übersehen habe. Was den Kohlentransport betrifft, so ist Frhr. v. Lerchenfeld der Ansicht, daß man in dieser Sache noch nicht gehörig informirt sey, um schon jetzt einen Beschluß fassen zu können. Diese Ansicht theilt auch der 2. Präsident Dr. Weis, der deßhalb beantragt, den Antrag Sedlmayers an einen Ausschuß zu verweisen, worauf Frhr. v. Lerchenfeld noch bemerkt, daß bei Feststellung des Budget ohnedies die Tariffrage zu erledigen sey. Nachdem noch von den Abg. Retschert, Deuster, Rabl und Medicus einzelne Wünsche bezüglich der Eisenbahnen ausgesprochen waren, schloß sich der Referent Abg. Neuffer den Wünschen wegen Beschleunigung des Transportes von Flüssigkeiten, Weiterbauens unserer Eisenbahnen in der Oberpfalz, dann von Ansbach nach Würzburg, sowie des Kohlentransportes an. Der k. Staatsminister Frhr. v. Schrenk erklärte hierauf, daß die Eisenbahnverwaltung stets bemüht gewesen sey, den Betrieb so zu regeln, daß den Wünschen des reisenden Publikum, der Industrie und der Landwirthschaft so weit als nur immer entsprochen werden könne. Die in der Kammer gehegten Wünsche würden der Verwaltung der eingehenden Würdigung unterstellt werden. Was die Konkurrenz zwischen der Staats- und der Ostbahn bezüglich der Tarife betrifft, so seyen nunmehr Anordnungen getroffen, daß die beiderseitigen Tarife möglichst übereinstimmen und künftig in dieser Beziehung kein Zwiespatt sich mehr erneuern werde. Es wurde hierauf dem Antrage des Ausschusses entsprechend, den Nachweisungen die Anerkennung ertheilt und dann der Wunsch des Hrn. Sedlmayr dem 2. Ausschusse zugewiesen.

K München, 7. März. Was die Aufbesserung der Beamtenbesoldungen betrifft, so findet sich unter den Ausgaben im nächsten Budget unter Kapitel XVII. der Betrag von 200,000 fl. vorgetragen und in den Erläuterungen zum Budget ist hierwegen Folgendes bemerkt: „Die Erhöhung der Besoldungen der Beamten ist ein dringendes und längst anerkanntes Bedürfniß, und die unvermeidliche Nothwendigkeit dieser Maßregel wird einer weiteren Darstellung nicht bedürfen. Der vollständigen Durchführung dieser Maßregel steht jedoch zur Zeit ein Hinderniß entgegen. Durch die bevorstehende Organisation der Gerichte und Verwaltungsbehörden wird nämlich die Stellung einer namhaften Zahl von Beamten eine Veränderung erleiden, welche auf den pekuniären Bedarf von Gehaltserhöhungen von wesentlichem Einfluß ist. Zum Zwecke einer durchgreifenden, den Bedürfnissen einigermaßen entsprechenden Aufbesserung der Beamtenbesoldungen wäre eine Summe von 300,000 fl. erforderlich; in Rücksicht auf die in Folge der Gerichtsorganisation in Aussicht stehenden Modifikationen und in weiterer Rücksicht auf die übrigen Staatsbedürfnisse wurde vorläufig ein Voranschlag von 200,000 fl. für Erhöhung der Beamtenbesoldungen eingestellt." — Als Schreiber dieses vorstehende Erläuterung las, war er bei dem ersten Satze voll von Hoffnung, daß man an geeigneter Stelle doch einmal die unvermeidliche Nothwendigkeit der Besoldungsaufbesserung erkenne und diese Maßregel einer weiteren Darlegung nicht bedürfe. Aber schon mit dem nächsten Satze wird ein Hinderniß entgegengestellt — die bevorstehende Organisation! — Wenn man aber die Dringlichkeit der obigen Maßregel behauptet, so begreift er nicht, wie die Organisation ein Hinderniß bei Durchführung der beabsichtigten Maßregel seyn soll. Warum gibt man in diesem Falle den Beamten nicht außerordentliche Gratifikationen? — Warum gibt man gar nicht an, welche Kategorien von Beamten im Gehalt aufgebessert werden sollen? Warum wartet man bei der unvermeidlichen Nothwendigkeit bis zur Organisation, die leicht erst am 1. Oktober 1862 in's Leben tritt und durch unerwartete Ereignisse vielleicht auf unbestimmte Zeit vertagt wird? — Die Schlußsätze sprechen schon von „einigermaßen entsprechender Aufbesserung", von Rücksicht auf die andern Staatsbedürfnisse, und bis man die Erläuterung zu Ende gelesen hat, ist auch die ganze Hoffnung verwischt. Das ganze Land erkennt es, daß die meisten Beamten mit ihren armseligen Besoldungen nicht mehr existiren können, man bewundert trotz dieser pekuniären Kalamität die Ausdauer, Unbestechlichkeit und Unermüdlichkeit des Beamtenstandes, man spricht die Dringendheit einer Aufbesserung in der Budgetvorlage aus, verklausulirt aber die zu diesem Zwecke eingesetzte Position nach Diplomatenart und findet es nicht der Mühe werth, über die Art der Gehaltserhöhungen ein Wort beizufügen, geschweige eine Vorlage zu machen, daß einstweilen und bis zur Beseitigung des gefundenen Hindernisses den verlassenen

den etwa 20—25 Fuß tiefen Graben und blieb besinnungslos eine lange Weile, wohl ½ Stunde liegen. Der Bär berührte den scheinbar Leblosen während dieser Zeit nicht. Da erholte sich aber Lorcke aus seiner Ohnmacht und sah das Thier vor sich, schrie und schlug mit seinem Regenschirm um sich, statt sich ganz ruhig zu verhalten, sich todt zu stellen, was das einzige Rettungsmittel in solchen Fällen ist. Die Begleiter waren unterdessen zu den benachbarten Häusern der Stadt und nach dem kaum 20 Schritte entfernten Landjägerposten gelaufen, um Hülfe zu holen, allein diese sey ganz ungenügend gewesen. Stricke hatte man und zusammengebundene Leintücher; allein Lorcke konnte sich aus Mangel an Bewegung (er scheint den rechten Arm gebrochen oder verletzt zu haben) dieser Rettungsmittel nicht bedienen. Auf den Bären schießen wollte oder konnte der Landjäger nicht, weil er kein Pulver, nach Andern keine Kugeln hatte und sonst keine Vollmacht hiezu. Die Hauptwache wurde angerufen, allein sie ist sehr entfernt vom Bärengraben, und ihre Hülfe, Stricke, Laternen ꝛc. kam zu spät. Der Bär war durch den Widerstand und das Geschrei des Unglücklichen wüthend geworden und riß ihm die Kleider buchstäblich bis auf die Unterbeinkleider vom Leibe, zerriß ihn am Schenkel und Hals furchtbar, so daß er endlich nach 1½stündigem Kampfe an Verblutung starb. Als die Stadtbehörde um 4 Uhr auf dem Platze erschien, war ihre Hülfe zu spät, und es handelte sich jetzt nur darum, den Leichnam aus dem Graben heraufzubringen. Der Graben ist ein Oval, in der kürzesten Diagonale durch eine Mauer geschieden; im östlichen Behälter war der Mani allein; sein Weibchen mit Jungen eingesperrt. Im westlichen Behälter befindet sich ein Paar zweijährige Bären, die durch den Vorfall ebenfalls entsetzlich aufgeregt waren. Diese wollte man nun ins Haus locken und absperren. Es gelang aber nicht, dann stiegen etwa acht muthige Männer, worunter Hr. Oberst Kurz, in den westlichen Graben hinunter und wollten die beiden Bären einsperren, was trotz langer und gefährlicher Bemühung nicht gelang. Wäre es gelungen, so hätte man den großen Mani in den westlichen Behälter gelockt und wäre dann im östlichen von seiner furchtbaren Nachbarschaft befreit gewesen. So mußten sich jene Männer entschließen, selbst zu der Bestie hinunter zu steigen, welche soeben Lorcke zerrissen hatte. Mit vieler Mühe gelang es, den Leichnam in ein Garngeflecht einzuwickeln und über die Mauern zu ziehen unter beständigem Kampfe gegen das rasende Thier. Lorcke's Leichnam ist furchtbar verstümmelt, namentlich am Hals, Kiefer und Schenkel und überall scheußlich zerkratzt. (S. M.)

* **Literarisches.** Im Verlag von Th. Grieben zu Berlin ist ein Taschenwörterbuch der englischen und deutschen Sprache für Techniker und Kaufleute (zwei Theile: englisch-deutsch und deutsch-englisch in einem Band) von Fr. H. Schlössing erschienen, welches wegen seines bequemen Formats, des deutlichen Drucks, des reichen Inhalts und der Berücksichtigung der neuesten Ausdrücke in Handel, Gewerben, Physik, Chemie, Mathematik, Schifffahrt ꝛc. bestens zu empfehlen ist. Natürlich darf man in einem Taschenwörterbuch nicht das suchen, was ein eigentliches Lexikon bieten soll, keine eingehende Berücksichtigung der Synonymik oder der Etymologie, keine Aufzählung der Nuancen des Sinns oder verschiedener Redensarten, sondern nur kurze Angabe der Bedeutung. Das aber gibt das genannte Werk ganz genügend.

Neueste Nachrichten.

Itzehoe, 6. März. Heute wurde die holsteinische Ständeversammlung durch den k. Kommissär eröffnet. Derselbe sagte, die Augen Europa's seyen auf die Versammlung gerichtet, und bat dieselbe um Ruhe und Würde in ihren Verhandlungen. Er machte Eröffnungen in Betreff der im Jahre 1859 eingereichten Verfassungsvorschläge und der weiter vorzunehmenden Schritte: eines Gesetzentwurfs, betreffend die provisorische Stellung Holsteins, und eines Verfassungsentwurfes für Holstein. Baron v. Scheel-Plessen (deutsch gesinnt) wurde einstimmig zum Präsidenten gewählt. Er hob in seiner Ansprache hervor, daß das Gleichgewicht gestört sey und die patriotischen Bemühungen der früheren Ständeversammlungen vergebens gewesen seyen, sprach aber die Hoffnung aus, daß noch eine glückliche Wendung eintreten werde. Königliche Eröffnungen: ein Plan zu einer gesammtstaatlichen Verfassung; Zweikammersystem; die erste Kammer enthält 30 lebenslänglich ernannte Mitglieder. Die holsteinische Armee soll eine Art Sonderstellung einnehmen. Holstein soll über zwei Millionen zu den gemeinschaftlichen Ausgaben beitragen. (Tel. d. N. K.)

Turin, 4. März. Bezüglich Civitella's del Tronto berichtet ein Schreiben aus Ascoli an die „Opinione" folgende Details: „Kaum langte Mezzacapo in Ponzano an, so schickte er seinen Generalstabschef als Parlamentär, den Belagerten gleiche Bedingungen wie Gaeta anbietend; die Unterhandlungen blieben erfolglos. Er ließ hierauf etwa 20 Kanonen auf die Tronto umgebenden Höhen bringen und eröffnete das Feuer; die Festung erwiderte energisch, denn die Belagerten haben 23 Stücke schweren Kalibers. Mezzacapo, dem Gerüchte Glauben schenkend, es wäre unter den Belagerten Zwiespalt entstanden, ließ drei Kolonnen zum Angriff gegen die drei Hauptthore vorrücken. Kaum hatten diese die Anhöhen erklommen und sich der Festung auf Schußweite genähert, als sie von einem so fürchterlichen Kartätschen- und Gewehrfeuer empfangen wurden, daß sie wieder den Rückzug antreten mußten. Jetzt werden die regelmäßigen Belagerungsarbeiten vorgenommen. In Civitella sind 300 Gendarmen, 100 Civilgarden und etwa 100 andere Bourbonisten." (T. d. Oestr. Post.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	-
"	5 pCt. Lomb. ditto.	75 P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	60 P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	49⅜ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	43 P. 42½ G.
"	4½ pCt.	36 G.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	8?¾ P. ½ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102⅜ G.
"	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102¾ P.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103¼ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	100 G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100 G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	96¼ P.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104¼ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	95¼ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	102¾ P.
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	95¼ P. 95 G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	101¼ P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	94 P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	101⅝ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	98⅜ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	97½ P.
"	3 pCt. Obl.	90 P.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47 P.
"	1¾ pCt. " " "	41⅛ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	98¼ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	168½ G.	exD.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	572 G.	ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	126½ G.	exD.
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	181 P. 179 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	76 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	68¼ G.	
Internationale Bank in Luxemb. . .	80 G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	336 P.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	67 G.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	223 G.	
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	124 P.	
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73 P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	25¼ G.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	129⅞ G.	
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	99 P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	237 G.	
Span. Handels- u. Industrie . . .	506 P.	
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	465 G.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	103⅝ G.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101½ G.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99½ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B. 99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105¼ B.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	95⅞ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105⅜ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	88¼ B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ B.
London Lst. 10 k. S.	118¾ P. ½ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	93¼ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	77⅞ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	71½ G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	47 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	55 G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	129 P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	54¾ P.	" fl. 25 do.	34½ P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	90½ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	34¾ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	118¼ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	49¾ P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	35¾ P.
Badische fl. 50	89⅞ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10⅜ G.
Badische fl. 35	52¼ P. 52 G.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅝ P.

Frankfurt, 7. März. Höhere Wiener Notirungen riefen eine günstigere Stimmung hervor, und sowohl National, als Bank- und Kreditaktien wurden zu höheren Kursen verhandelt. Auch Darmst. Bankaktien wurden besser bezahlt. Außerdem keine wesentliche Veränderung. (Synd.)

anhaltinische. Wenn unsere Regierung wirklich darauf ausginge, moralische Eroberungen in Deutschland zu machen: an Handhaben dazu fehlt es ihr nicht. (Ztg. f. Norddeutschl.)

* **Württemberg.** Aus Hall, Göppingen, Winnenden, Murhardt, Kalw sind Adressen gegen das Konkordat an die zweite Kammer abgegangen.

δ **Freie Städte.** Frankfurt, 6. März. (Priv.-Korr.) Wie in unterrichteten Kreisen als sicher erzählt wird, ist nun der Senat bereit, den Wünschen der gesetzgebenden Versammlung entgegen zu kommen und eine Vorlage vorzubereiten, welche eine Verminderung der Senatsmitglieder, Besetzung der Aemter mit verantwortlichen technischen Direktoren, Einführung der Gewerbefreiheit und Erweiterung der Rechte der Israeliten beantragt. Wie man weiter vernimmt, sollen die betreffenden Senatsvorlagen schon gleich nach Ostern an die gesetzgebende Versammlung gelangen und der Zeitpunkt der Einführung der neuen Gesetze auf den 1. Januar 1862 bestimmt seyn. Hiermit träte Frankfurt in die Fußstapfen von Hamburg. — Das erste Blatt der hier erscheinenden neuen Zeitung „Die Zeit" wird am 18. März ausgegeben werden. Die Summe, welche die Gründer dieses Blattes gezeichnet haben, beträgt etwa 100.000 fl. und es gehören jene größtentheils den vier freien Städten an. — Die gestrige Vorlesung des Nationalökonomen Faucher war wieder von mehr als 600 Personen aller Stände, worunter auch die Damenwelt ziemlich zahlreich vertreten war, besucht; diese Vorlesungen erregen fortwährend ein gespanntes Interesse.

Oesterreich. Wien, 4. März. Der Kardinal-Primas von Ungarn, Kardinal Scitowsky, ist hier eingetroffen. Es werden auch der Tavernicus, Hr. v. Mailath, und der Judex Curiä, Graf Apponyi, hier erwartet. Diese Würdenträger, erzählt man, würden mit dem ungarischen Hofkanzler Baron Vay über die zweckmäßigste Art konferiren, das Reichsrathsstatut vom 26. Februar mit den ungarischen Verhältnissen (oder besser gesagt: mit den Wünschen der Ungarn) in Einklang zu bringen. Man fügt bei, der Hofkanzler hege die feste Zuversicht, daß die Zustimmung des Landtags erfolgen werde, wenn man das Reichsrathsstatut in Form einer königlichen Proposition vorlege. (Fr. Postz.)

Wien, 4. März. Ein Handschreiben des Kaisers an den Banus von Kroatien bewilligt für den kroatischen Landtag den Wahlmodus von 1848.

Frankreich.

Paris, 4. Mäez. Die Minister haben sämmtlich dem Prinzen Napoleon Besuche gemacht. Die Rede, welche dieser im Senate gehalten, wird besonders abgedruckt und in allen Departements, wie auch in Italien vertheilt werden. Sein Schwiegervater, Viktor Emanuel, hat ihm durch den Telegraphen einen langen Danksagungsbrief zugehen lassen. (K. Z.)

Paris, 5. März. Der Generalstaatsanwalt Dupin verbreitete sich (auf höhere Weisung!) über die in letzterer Zeit zur Enthüllung gekommenen finanziellen Skandale (Affaire Mires und Genossen). Seine strengen Worte veranlaßten zunächst den Grafen Simon, seine Theilnahme an der Füheung eines Geschäfts zu rechtfertigen, welches zu solchen Skandalen geführt, und dann Hrn. Billault, zu erklären, daß die Regierung eine steenge Untersuchung befohlen habe und die Bestrafung der Schuldigen, wenn sich deren fänden, wolle. Der Präsident Troplong und der Prinz Napoleon übernahmen es, die Moral aus dieser Debatte zu ziehen; in sehr bestimmten Ausdrücken sprachen sie sich dahin aus, die Mitglieder des Senats sollten sich hüten, sich in derartige Unternehmungen einzulassen, und die Staatsbeamten hätten dieselbe Pflicht, sich von solchen Geschäften fern zu halten. (Frankf. Journ.)

Paris, 5. März. Die HH. Julius Favre, Alfred Darimon, Ernst Picard, Hénon und Emil Ollivier, die wenigen liberalen Mitglieder des gesetzgebenden Körpers, haben folgende drei Zusätze zum Adreßentwurf vorgelegt: „1) Die Stunde ist gekommen, um in Rom die weisen Prinzipien der Nichtintervention anzuwenden und Italien durch die sofortige Zurückziehung unserer Truppen zum Herrn seines Geschicks zu machen. 2) Damit das den Repräsentanten des Landes wiedergegebene Recht der Kontrole in den beschränkten Grenzen des letzten Dekrets seine Früchte tragen kann, ist es nöthig, das allgemeine Sicherheitsgesetz, sowie alle andere ausnahmsweisen Gesetze abzuschaffen, die Presse von dem Regime der Willkür zu befeeien, der Munizipalgewalt das Leben und dem Stimmrecht seine Kraft durch die Aufrichtigkeit der Operationen und die Achtung vor dem Gesetze wiederzugeben. 3) Wir bedauern, daß ungeachtet einstimmiger und häufig wiederholter Wünsche die Abstimmung des Budget nach Ministerien beibehalten worden ist. Die Abstimmung nach Kapitel und Artikeln ist das einzige Mittel für eine ernstliche und wirksame Controle der Staatsfinanzen." (Daß diese Zusätze von der Versammlung nicht angenommen werden, ist vorauszusehen; Unzufriedenheit mit der innern Verwaltung zu äußern, wagen die Herren nicht und bezüglich Roms hat ihnen der Kaiser ja schon sagen lassen, daß er am besten wisse, wie lange seine Truppen dort zu bleiben hätten.)

Italien.

Rom, 26. Febr. Es ist ernstlich in amtlichen Kreisen von der Auflösung der Fremden-Korps die Rede. — Die Anstifter der letzten Demonstration wegen der Einnahme Gaeta's sind ausgewiesen. Als sie nach Civita Castellana kamen, das nun piemontesisch ist, zog man ihnen mit klingendem Spiel entgegen und gab ihnen auf Kosten der Stadt ein glänzendes Banket. Auch in Civita-Vecchia sind wegen der Besiegung der Königlichen in Gaeta außerordentliche Kundgebungen der Freude laut geworden, und in Folge derselben kam es mit den päpstlichen Gendarmen zu Händeln und Blutveegießen. Die Schuldigsten mußten gleichfalls ins Exil wandern. (K. Z.)

Rußland und Polen.

Warschau. Die Bestattung der fünf am 27. Febr. Gefallenen fand am 2. März statt. Die halbe Stadt bildete den Trauerzug. Die Zünfte waren außerordentlich zahlreich vertreten, ebenso die Geistlichkeit; die Crucifixe waren ebenfalls mit Flor bedeckt; auf den Särgen, die sämmtlich den über eine halbe Stunde langen Weg von der Jugend auf den Schultern getragen wurden, lagen Palmenzweige und Dornenkränze. Dem Programm entsprechend wurde der imposante Zug von den Pfleglingen der hiesigen Wohlthätigkeitsanstalten eröffnet, dann kamen die verschiedenen Zünfte in vollständiger Zahl mit ihren Fahnen und Zeichen, ein überraschend langer Zug; hierauf folgten verschiedene Körperschaften und die Schuljugend, die in ihren dichtgeschlossenen Reihen und ihren Uniformen einen sehr interessanten Anblick darbot. Auch die ärmsten Geschöpfe der europäischen Völkerfamilie, die drahtbindenden Slowaken, hatten sich dem Zug angereiht. Nun kam die Geistlichkeit von allen Orden, als höchster katholischer Dignitär der Bischof Graf Plater; die evangelische Geistlichkeit und die Bürgerdeputirten folgten. Dann folgten die fünf Särge, getragen von der adeligen, akademischen und bürgerlichen Jugend, und zwar nacheinander die Leichen der Edelleute Karczewski und Rutkowski, des Arbeiters Brendel, dann eines gewissen Adamkiewicz und des Studenten Arcichiewicz. Hintendrein gingen die angehörigen Familien und der Rest des Publikums, der von den Plätzen und Trottoirs aus sich anschloß. Die Haltung der Bevölkerung war ruhig, trotzdem von der Polizei seit ein paar Tagen Niemand zu sehen ist. Nur die Akademiker und Ausgewählten von der übrigen Jugend versahen Tag und Nacht die Wachtdienste. Für die Gefallenen, d. h. zu Denkmälern, zum Begräbniß und für die Hinterbliebenen derselben wird beim Kaufmanns-Aeltesten Schlenker gesammelt, und es waren bereits zehntausend Poln. Gulden (etwa 1600 Thaler) eingegangen. Am Begräbnißtage war ein vollständiger Feiertag; kein Amt, keine Behörde, kein Geschäft, kein Laden, kein Vergnügungslokal offen: in Trauerkleidung betheiligte sich Alles an der Beerdigung.

Nichtpolitische Zeitung.

Heidelberg, 3. März. Geh. Rath v. Vangerow hat einen glänzenden Ruf an die Universität Berlin als Nachfolger des verstorbenen Professors v. Keller erhalten, aber sogleich abgelehnt. Diesem Umstande verdankt derselbe die Verleihung einer Ordensdekoration.

Bern, 3. März. Das entsetzliche Unglück der letzten Nacht hat sich nach Erzählungen von Augenzeugen, soweit von solchen bei der dunkeln Nacht gesprochen werden kann, auf folgende Weise zugetragen: Vier bis fünf junge Herren, besten Standes, hatten sich bei einem splendiden Souper in einem der ersten Gasthöfe gütlich gethan, als einem derselben am frühen Morgen der unglückliche Gedanke einfiel, den Bären noch einen Besuch abzustatten. Man sagt, einer habe dem großen Bäeen, Mani genannt, einen Kuß versprochen, und wollte sein Versprechen halten. Man packte nun alles Zuckerzeug vom Tische zusammen und zog die Stadt hinunter. Es war stockfinster, Gas brannte nicht mehr. Beim Bärengraben angekommen, soll der Kapitän Lorcke, so hieß der Unglückliche, sofort über das Geländer gestiegen seyn und den Mani an sich gelockt haben. Dieser kam auch und kostete aufrecht stehend die Leckereien. Da muß Lorcke ausgeglitscht seyn, er stürzte in

Worten, die von einem Prinzen wenigstens gegen eine Macht, mit der sein Kaiser sich in Frieden befindet, noch nie gehört wurden; er dichtet dann England die Absicht an, Sizilien annexiren zu wollen, wendet sich von da gegen die Bischöfe, die nur beten könnten, lobt Vincke und die preußische Kammer, was uns nicht wundern kann, und springt dann wieder auf Oesterreich über, dem er sagt, aufgeschoben sey nicht aufgehoben; wenn Italien einmal stark und gerüstet sey, werde es mit oder ohne Alliirten ihm Venetien entreißen. Die Franzosen sind ihm natürlich das erste Volk der Welt, sonst wäre er ja nicht der erste Prinz! Welche Meinung muß ein solcher Prinz von dem Volk, das ihn dazu gemacht, und den Senatoren, die ihn anhören müssen, haben, wenn er ihnen ein solches keckes Lügengewebe vier Stunden lang aussinnt und ernstlich glaubt, sie dadurch überzeugen zu können! Gelingt ihm dieses wirklich, wie er es zu hoffen scheint, dann stehen die Franzosen allerdings unter allen Völkern der Erde an Leichtgläubigkeit und eitler Verblendung oben an. Wir aber sagen: wen Gott stürzen will, dem verwirrt er zuvor die Sinne.

Deutscher Bund.

** **Bayern.** München, 6. März. (Privat-Korresp.) Der V. Ausschuß der Kammer der Abgeordneten hat neuerdings folgende Anträge als zulässig erklärt: I. Die vom Abg. Carl Crämer angeeignete Vorstellung der Mainschiffer zu Kitzingen und Würzburg, um Aufhebung der Mainzölle mit folgendem Petitum: 1) Hohe Kammer der Abgeordneten wolle den in der Konferenz zu Karlsruhe bezüglich der Rhein- und Transitzölle gefaßten Beschlüssen die Zustimmung in so lange versagen, als nicht die gleichheitliche Ermächtigung der Mainzölle und Aufhebung der Rekognitionsgebühren gesichert seyn würde; 2) Hohe Kammer wolle veranlassen, daß auch von Erhebung der Brücken- und Schleußengelder fortan Umgang genommen wird. II. Den vom Abg. Ad. Müller und noch 26 Abgeordneten eingereichten Amnestie-Antrag. III. Die Vorstellung vieler Bräuer in Unterfranken, um Aufhebung der Taxregulirung des Bieres.

München, 6. März. Se. Maj. der König hat die Stelle eines Registrators bei der obersten Baubehörde dem Registrator der aufgelösten Eisenbahnbau-Kommission Friedrich Hohe verliehen. (N. M. Z.)

Die Zeitschrift für Gesetzgebung und Rechtspflege des Königreichs Bayern enthält eine Uebersicht über die Anstellungen und Beförderungen im Justizfache des Königreichs Bayern im Laufe des Jahres 1860, die für manche unsrer Leser vielleicht Interesse hat. Im Laufe des abgewichenen Jahres wurden ernannt: A. Im Justizministerium: ein Ministerialrath und Generalsekretär. B. Beim obersten Gerichtshofe: zwei Direktoren, drei Räthe und ein Sekretär. C. Bei den sieben diesseitigen Appellationsgerichten: zwei Präsidenten, ein erster Direktor, zwei zweite Direktoren, sieben Räthe, sechs Assessoren, ein zweiter Staatsanwalt und zwei Sekretäre. D. Bei den diesseitigen Bezirksgerichten: drei Direktoren, neunzehn Räthe, neunzehn Assessoren, siebenzehn Sekretäre, drei erste und zwei zweite Staatsanwälte. E. Bei den Landgerichten diesseits des Rheins: neun Landrichter, sechzehn erste und achtundzwanzig weitere Assessoren, acht Bezirksuntersuchungsrichter. F. Beim Appellgerichte in der Pfalz kam keine Ernennung vor. G. Bei den pfälzischen Bezirksgerichten: ein Präsident, fünf Richter, sechs Assessoren, ein Staatsprokurator und zwei Staatsprokuratorssubstituten. H. Bei den pfälzischen Landgerichten: fünf Landrichter und ein Gerichtsschreiber. Diesseits des Rheins wurden noch sechs Advokaten und in der Pfalz drei Notare ernannt. Die Zahl der im Jahre 1860 neu Angestellten ist 71 (um 12 mehr als im Vorjahre). Nach dem Orte des Accesses oder der frühern Amtspraxis treffen hievon 8 auf Oberbayern, 12 auf Niederbayern, 8 auf die Pfalz, 8 auf Oberpfalz und Regensburg, 11 auf Oberfranken, 8 auf Mittelfranken, 8 auf Unterfranken und 8 auf Schwaben und Neuburg. Die in den diesseitigen Kreisen 63 Neuangestellten vertheilen sich nach ihrer vorherigen Amtspraxis folgendermaßen: 15 Appellationsgerichts-, 5 Regierungs- und 12 Bezirksgerichts-Accessisten, 20 Rechtspraktikanten, 2 rechtskundige Magistratsräthe, 6 Advokatenkonzipienten und 2 Staatsanwaltssubstituten. Von den 15 Appellationsgerichtsaccessisten wurden 7 zu Bezirksgerichtsassessoren, 5 zu Bezirksgerichtssekretären und 3 zu Bezirksuntersuchungsrichtern ernannt; von den 12 Bezirksgerichtsaccessisten 11 zu Bezirksgerichtssekretären und 1 zum Bezirksuntersuchungsrichter. Die 5 Regierungsaccessisten nebst den 20 Rechtspraktikanten und 2 Magistratsräthen wurden sämmtliche zu Landgerichtsassessoren, die 6 Advokatenkonzipienten zu Advokaten und die 2 Staatsanwaltssubstituten zu II. Staatsanwälten ernannt.

Speyer, 6. März. Die protestantische General-Synode der Pfalz hat beschlossen, daß das neue Gesangbuch beizubehalten sey, nachdem in der zweiten Ausgabe desselben einzelne Stellen abgeändert wurden; ferner „den Kirchengenossen zur ernsten und gewissenhaften Würdigung des neuen Gesangbuches einen weiteren Raum zu gewähren“; endlich in denjenigen Gemeinden, in welchen das neue Gesangbuch durch Beschluß des Presbyterium eingeführt wurde und bisher in thatsächlichem Gebrauche war, den Gebrauch desselben auch fernerhin aufrecht zu erhalten, „den Kirchenbehörden jedoch die Ermächtigung ertheilt wird, in solchen Gemeinden, in welchen das neue Gesangbuch bei einem bedeutenden Theile von Kirchengenossen noch Widerstand findet, solche Maßregeln zu treffen, durch welche auch den letzteren ihre kirchliche Erbauung noch möglich gemacht werde. In den übrigen Gemeinden soll es bei dem Fortgebrauche des alten Gesangbuches, resp. dem gemeinschaftlichen Gebrauche des alten und neuen so lange verbleiben, bis das neue Gesangbuch sich Eingang, respektive ausschließlichen Gebrauch verschafft hat.“

Preußen. Berlin, 4. März. Es ist schwierig, eine entsprechende Bezeichnung für unsere inneren Zustände und für unsere auswärtigen Beziehungen zu finden. Für die innere Politik unserer Regierung ist es bezeichnend, daß nach so vielem Entgegenkommen der liberalen Parteien, nach so vielem der Regierung vom Volke bewiesenen Vertrauen, nahezu in allen Schichten der Bevölkerung, in der Landesvertretung, ja auch wohl in den höchsten Schichten ein Zustand der Hoffnungslosigkeit eingetreten ist, der lähmend auf alle Verhältnisse wirkt. Wer aber unsere auswärtige Politik definiren wollte, würde sich in großer Verlegenheit befinden. In der letzten Sitzung unseres Abgeordnetenhauses vom Sonnabend kam bei Gelegenheit einer Petition wiederum die deutsche Frage zur Verhandlung und an Stelle des Herrn von Schleinitz, der nicht zugegen war, weil er diese Debatte nicht vermuthet hatte, ließ sich Graf Schwerin über die deutsche Politik unserer Regierung vernehmen. Der Minister des Innern galt für einen Liberalen, und nach seiner Haltung neuerlichen Vorgängen gegenüber wird er von seinen Freunden, die ihn in Bezug auf die inneren Verhältnisse aufgeben, als äußerst liberales Mitglied des Ministerium in Bezug auf auswärtige Fragen bezeichnet. Das mag dahin gestellt bleiben; aber eine größere Unklarheit ist von dem Ministertisch noch nicht ausgegangen. Graf Schwerin schien sagen zu wollen: Preußen müsse mit Oesterreich gehen. Aber er wollte diesen Satz declariren und fügte in einer zweiten Auslassung hinzu: Preußen müsse mit Oesterreich gehen, wenn es ihm bequem sey. Das hätte aber wieder nicht klar genug den Gedanken der Regierung wiedergegeben, und er commentirte den Satz in einer dritten Rede dahin, daß Preußen immer mit Oesterreich gehen müsse, weil es ihm immer bequem seyn werde. Daraus mögen sich denn die, die es angeht, die preußische Politik in Bezug auf die deutsche Frage, die man sonst auch wohl als die Politik der „freien Hand“ bezeichnet hat, konstruiren. — Uebrigens wird im Abgeordnetenhause die deutsche Frage wohl noch einmal ausführlich erörtert werden auf Anlaß der anhaltinischen und mecklenburgischen Verfassungswirren. Im Anhaltischen hat neuerlichst eine große Agitation für die Herstellung des verfassungsmäßigen Zustandes begonnen und da dieselbe im Lande selbst wenig Aussicht auf Erfolg hat, so haben die Anhaltiner ihr Augenmerk auf Preußen gerichtet, von der Erwägung ausgehend, daß wie früher die von Preußen ausgehende Reaktion die Verfassungsumstürze in den kleinen deutschen Ländern begünstigt hatte, so nun auch die liberale Aera ihnen helfen müsse, den Rechtszustand wiederherzustellen. Ob das dieser Erwägung zu Grunde liegende Vertrauen gerechtfertigt ist, das wollen wir nicht untersuchen; genug es ist vorhanden, und seit zwei Tagen befindet sich eine Deputation anhaltinischer Männer in unseren Mauern, um die Regierung, das Abgeordnetenhaus, die Presse für die Wiederherstellung des Rechtszustandes in ihrem Lande zu interessiren. Zugleich haben sie hier eine orientirende Broschüre drucken lassen, die gestern ausgegeben und auch an die auswärtige liberale Presse versandt wurde. Für die Behandlung von dergleichen Fragen Seitens des Abgeordnetenhauses gibt es nun nach der Geschäftsordnung nur zwei wirksame Handhaben: entweder bringen einzelne Abgeordnete einen Antrag ein, oder es gelangt die Angelegenheit in Form einer Petition an die Kammer. Welchen der bezeichneten Wege man in diesem Falle ergreifen werde, ist noch nicht bestimmt. Zugleich mit der anhaltinischen Verfassungsfrage wird auch die mecklenburgische in Angriff genommen werden, die Preußen eben so nahe angeht, wie die

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 67.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 8. März 1861.

Der Rede des Prinzen Napoleon

wird von Manchen eine Wichtigkeit beigelegt, die sie uns keineswegs zu verdienen scheint. Der Prinz hat im Grunde nur längst Bekanntes verrathen und Selbstverständliches bewiesen, daß es nämlich Blödsinn wäre, einem Napoleon zu trauen oder auch ihm nur ein Wort zu glauben; er hat außerdem sich zu allen den Untugenden, welche den ersten Napoleon zum Götzen der Franzosen machen, laut bekannt und in soweit den neulichen Ausspruch des kaiserlichen Gerichtshofs, der seine Legitimität anerkannte, bestätigt. Lüge, Treulosigkeit, Wortbruch, Verrath, Gemeinheit gegen die Unterlegenen sind ihm sichtbare Zeichen der Regierungskunst.

Er beginnt damit, den Senatoren Larochejaquelin und Heeckeren, ersterem, einem Anhänger der alten Bourbons, und letzterem, einem Orleanisten, Grobheiten zu sagen. Dann beginnt er die lange Reihe seiner Lügen, und wird immer kecker, je mehr er sich erhitzt. Er behauptet, der Kaiser vertrete die Prinzipien von 1789; wohl durch das Sicherheitsgesetz, das jeden Franzosen vogelfrei macht und ihm, wie neulich ein englisches Journal sagte, gerade soviel Freiheit übrig läßt, wie dem Bewohner eines englischen Zuchthauses, oder durch die gemaßregelte Presse und die von ihm selbstgewählten, jedenfalls von seinen Präfekten vorgeschlagenen Deputirten. Er spricht dann von dem Vertrauen der Völker zum Bonapartismus! Das müssen uns unbekannte Völker seyn; in Europa wüßten wir keines, die Italiener nicht ausgenommen, das nicht mit dem größten Mißtrauen nach Paris blickte; seine Pensionäre, Kossuth und Genossen, mögen es augenblicklich in ihrem Interesse finden, zu schweigen, sie würden aber gewiß über die Versprechungen von Villafranka Manches zu erzählen wissen. Nun kommt er auf die Bourbonen, und mit dem wohlfeilen Muth, der dazu gehört, auf den zu treten, der am Boden liegt, schleudert er gegen die gefallene Königsfamilie Anklagen, zu denen ein Bonaparte wenigstens kein Recht hat; durch Treulosigkeit, Ehrgeiz, Herrschsucht und Dynastieschwindel hat der erste Napoleon in den fünfzehn Jahren seiner Regierung mehr Blut vergossen, als die Bourbonen in vielen Jahrhunderten; der gemeine Betrug, den er in Bayonne spielte und den der Prinz taktlos genug erwähnt, hat über eine halbe Million Menschenopfer gekostet; was an Verrath in der Bourbonengeschichte vorkommt, hat Murat nach der Leipziger Schlacht gegen ihn überboten; was Montemolin gethan, war eine Kopie des Straßburger Putsches; er versprach Unterwerfung und ruhiges Verhalten in Zukunft; das versprach auch damals die gegenwärtige kaiserliche Majestät, wiederholte aber dennoch denselben Narrenstreich, wenigstens wurde er seiner Zeit als solcher bezeichnet, in Boulogne, freilich im Verlaß auf die Gutmüthigkeit des Königs Louis Philipp, daß dieser ihn nicht, wie der Prinz Legitimisten und Republikanern, die heute Aehnliches versuchen möchten, in Parenthese mittheilt, bel et bien erschießen lassen werde; als Lohn dafür hat er die Familie Orleans dann, sobald er zur Gewalt kam, gründlich ausgeplündert. Er behauptet sodann, der Friede von Villafranka sey in Frankreich nicht populär gewesen, was wir ihm gern glauben wollen; die Franzosen sind ein Volk, das für eine Idee kämpft; als er zum zweiten Mal mit leeren Händen und Krüppeln in bedeutender Zahl nach Hause kam, mochte den Franzosen der Krieg verleidet seyn, und er mußte suchen, durch die nachträgliche Aneignung von Savoyen und Nizza sie wieder besser zu stimmen. Der Prinz vertheidigt dann das falsche Spiel, das mit den italienischen Herzogen getrieben worden, und erzählt allerlei über das, was er in Villafranka aus dem Mund des Kaisers von Oesterreich gehört haben will, von dem wir natürlich kein Wort glauben und das er nur erfunden haben mag, im Vertrauen, daß Oesterreich in seinen gegenwärtigen Bedrängnissen ihn nicht offen Lügen strafen werde. Wir empfehlen dem Prinzen eine Broschüre, die vor etwa zwei Jahren in New-York erschienen, von Franzosen, die aus Cayenne entkamen, und darin von den teuflischen Mißhandlungen, von den Prügeln und Folterqualen zu lesen, die sie auf kaiserlich Napoleonischen Befehl zu erdulden hatten, er möchte dadurch veranlaßt werden, sich künftig etwas weniger vorlaut mit solchen Beschuldigungen hervorzuwagen. Im weiteren Verlauf seiner Rede beruft sich der Prinz auf die herrlichen Resultate des allgemeinen Stimmrechts in Savoyen und Nizza und wohlgemerkt, er sagt wörtlich: „Man sagt, der Kaiser wolle Italien noch weiter berauben, aber das ist nicht wahr: denn wir haben Alles, was wir haben durften und was Italien uns geben kann; weil wir wieder genommen haben, was man uns 1815 genommen. Die Bewohner von Nizza und Savoyen schlossen sich uns freiwillig an, das war unsererseits kein Raub." Frankreich hat vor 1815 einige Jahre lang auch die Rheinlande gehabt; Deutschland weiß also jetzt, wessen es sich von dem Bonapartismus zu versehen hat. Ueber die Verträge von 1815 spricht sich der Prinz in einer Weise aus, die Niemanden wundern wird; der Napoleonische Schwindel erster Auflage war mit der großen Nation zugleich zusammengebrochen, man begnügte sich, den letzten Raub zurückzunehmen und ließ den Franzosen allen früheren; sie hatten durch ihren Jubel beim Einzug der Alliirten und ihre Freude über den endlichen Sturz der eisernen Despotie, welche sie so lange für Familieninteressen zur Schlachtbank geführt, den Glauben erregt, daß man sie nicht für die schwere Schuld ihres eigenen Drängers büßen lassen müßte, und schrieen seitdem über die Härte dieser Verträge, als wenn ihnen Opfer, nach dem Muster derer von Tilsit, abverlangt worden wären. Die Staaten, welche noch mit Frankreich liebäugeln, die es seine Alliirten nennt, wissen nun, was sie zu erwarten haben, wenn Frankreich ein Vertrag nicht dient, und es nach dem Ruhm strebt, ihn mit dem Degen zu durchhauen; der Prinz sagt es ihnen vorher, das französische Volk wird seiner Regierung dafür dankbar seyn. Ludwig XIV. nennt der Prinz einen Verschwender, wohl im Hinblick auf seine Bauten und Kriege. Hätten ihm ein Mirès und ein Mobilier zur Seite gestanden, die Folgen seiner Verschwendung würden wohl auch später erst zu Tage getreten seyn. Er spricht dann seine Entrüstung darüber aus, daß neapolitanische Soldaten in Messina auf Volkshaufen, die sie auszischten, Feuer gegeben; käme Aehnliches heute in Straßburg vor, so dürfen wir aus den Verheerungen, die französische Soldaten in den Dezembertagen in Paris angerichtet haben, wohl schließen, daß die Vorfälle in Messina überboten werden würden. Die neapolitanische Regierung beschuldigt er aller möglichen Infamien und Eidbrüche; sein Herr und Meister war mit ihr zerfallen und bekanntlich kommt, wenn sich Leute gewisser Art zanken, allerlei zu Tage; allein hat etwa Louis Napoleon nicht als Präsident die Verfassung beschworen? Und kommt es seinem Vetter gerade zu, nach dem neapolitanischen Bourbon einen Stein zu werfen? Der alte König von Neapel hat seinen Minister Poerio ohne alle Schuld 10 Jahre in den Kerker geworfen; allein der große Ohm des Prinzen hat Tausende nach dem Frieden von Amiens in Frankreich reisende Engländer bei Wiederausbruch des Krieges festgenommen und 11 Jahre in Haft gehalten; länger konnte er es nicht, weil seine Herrlichkeit eben nicht länger dauerte. Der Prinz erkennt das Prinzip der Legitimität in Rußland an, bestreitet es aber in Neapel, weil es dort erst nach dem Sturz Napoleons wieder in's Leben getreten sey. Das ist Logik! Legitim ist also wohl nur das, was ein Napoleon durch List und Gewalt vorübergehend geschaffen! Ein Murat in Neapel, der war legitim, ein Napoleon hatte ihn ja eingesetzt. Der Prinz wird nun warm und fängt an, aus der Schule zu schwatzen; er verräth, daß der Kaiser die Flotten anderer kleineren Staaten um die seinige sammeln will, Alles in bester Absicht gegen England: mit der italienischen will er beginnen; er verräth dann ferner, daß, um die Karte Europas im Interesse Frankreichs zu reformiren, man Italien habe emanzipiren und an Frankreich ketten müssen; er raisonnirt gewaltig auf Oesterreich in

Neueste Nachrichten.

Koblenz, 2. März. Zuverlässigen Mittheilungen zufolge sind die in Berlin angeknüpften Unterhandlungen wegen eines deutsch-französischen Handelsvertrags ins Stocken gerathen, da in den Hauptpunkten noch keine Vereinbarung zu erreichen gewesen ist. Wie man vernimmt, sind es vornehmlich die Zölle franz. Weine, denen in Deutschland nicht die niedrigen Eingangszölle zugestanden werden, welche Frankreich fordert, die aber im Interesse unserer weinproducirenden Rheinprovinz nicht zugestanden werden können, sowie auch die diesseitigen Produkte nicht die Begünstigung für den Eingang in Frankreich finden, welche man gehofft hat, und ohne welche ein lebhafter internationaler Verkehr nicht denkbar ist. Man scheint in Berlin fast die Hoffnung aufzugeben, daß ein Vertrag zu Stande kommen werde.

Turin, 1. März. Die Proklamirung des italienischen Königreichs wird am 14. d. M., am Geburtstage Viktor Emanuels, stattfinden. — Der Transport des Belagerungsmaterials nach Messina wird durch die stürmische See verzögert. (T.d.Ostd.Post.)

Aus Neapel. Der Kardinal-Erzbischof von Neapel, Riario Sforza, hat an den Statthalter geschrieben und gegen die Aufhebung der Klöster protestirt. In Folge dessen enthält die „Gazz. di Napoli" folgende Note: Wir vernehmen, daß Se. königl. Hoheit der Prinz-Statthalter den Kardinal mittelst eines sehr höflichen Schreibens eingeladen hat, seine Anerkennung der legitimen Herrschaft Viktor Emanuels kund zu thun. Im Weigerungsfalle ist die Regierung entschlossen, demselben die längere Ausübung seines Amtes nicht zu erlauben. Im Neapolitanischen hat sich übrigens sonst die Mehrzahl der Geistlichen dem Te Deum wegen des Falles von Gaeta nicht widersetzt; der Kardinal-Erzbischof in Capua hat sogar die Dankesfeier sofort angeordnet und der Bischof von Boiano die Geistlichkeit, welche sich der Feier widersetzen sollte, mit strengen Strafen bedroht. (NB. Nach sardinischen Berichten.) (Nat.-Z.)

Aus dem Königreich Polen, 1. März. Gegen den General Zabolockoy, auf dessen Kommando, dem „Czas" zufolge, am 27. Februar angeblich ohne vorhergegangene Verwarnung der auf den Straßen versammelten Menge, ohne eine an sie gerichtete Aufforderung zum Auseinandergehen drei Mal Feuer gegeben worden seyn soll, ist, wie demselben Blatt mitgetheilt wird, vom Fürsten-Statthalter eine Untersuchung eingeleitet. Die Leichen der an jenem Tage Gefallenen wurden, nach eben dieser Mittheilung, von dem Volke theils nach dem Hotel de l'Europe, theils zum französischen Konsul, theils in die Wohnung des Präsidenten des landwirthschaftlichen Centralvereins, Grafen Zamoyski, getragen. Letzterer war bemüht, die aufgeregten Gemüther zu beruhigen, und begab sich dann zum Statthalter, von dem er die Zusage erhielt, daß Gerechtigkeit geübt werden solle. Auch wurden sofort zwölf Verhaftete freigegeben. In der Nacht vom 27. zum 28. wurde dann von Gutsbesitzern und Bürgern eine Adresse an den Kaiser abgefaßt und unterzeichnet (die in unserem gestrigen Blatt mitgetheilt ist), und am folgenden Morgen überreichten der Erzbischof von Warschau, der Präsident des landwirthschaftlichen Centralvereins und drei andere Herren diese Adresse dem Fürsten-Statthalter. (Nat.-Z.)

Warschau, 3. März. Immer mehr tritt der eigentliche Charakter der Bewegung hervor, der seit fünf Tagen die Stadt in Aufregung erhielt. Die Behörden, die anfänglich ernst auftraten, waren offenbar überrascht über den plötzlichen Umschlag der Gemüther in der sonst so friedlichen Stadt. Die leidenschaftliche Erregung, die den Vorfällen vom 27. Februar folgte, zeigte, wie der Boden bereits unterwühlt war. Der Fürst Gortschakoff wurde unaufhörlich von Deputationen bestürmt, welche Zurückziehung der Truppen, Absetzung der Beamten, welche die strengen Maßregeln angeordnet hatten, Einsetzung eines Bürger-Ausschusses u. A. beantragten. Abgesandte vom Adel, von der Geistlichkeit, der Stadt, vom Volk drängten sich zu ihm, stellten vor, daß das Aeußerste zu befürchten sey, und beschworen ihn, nachzugeben. Um Mitternacht entschloß sich der Statthalter zu einigen begütigenden Maßregeln. Oberst Trepow, der Ober-Polizeimeister, war schon vorher durch den Oberst Demoneal ersetzt worden. Jetzt wurde der Generalmajor Marquis Paulucci, der unlängst in Folge seiner zu großen Nachgiebigkeit von seinen Funktionen als Chef der politischen Polizei entbunden worden war, mit der obersten Polizeigewalt bekleidet. (N. Pr. Z.)

Warschau, 3. März. Das gestrige Leichenbegängniß ist (wie schon gemeldet) ohne alle weitere Störung der Ruhe verlaufen. Die mehrerwähnte Bürger-Deputation der Stadt hat darüber heute Folgendes bekannt gemacht: „Gestern hat das Begräbniß der am Mittwoch gefallenen Opfer stattgefunden, gestern hat die ganze Bevölkerung bewiesen, daß sie begreift, was ihre Pflicht gegen das Land ist; Jeder hat sie erfüllt, Jeder ohne Unterschied. Durch ein und dasselbe Gefühl verbunden, haben wir den Gefallenen den Abschiedssegen gegeben. Brüder! Dieses Pflichtgefühl möge auch ferner in jedem Augenblick uns leiten." (Preuß. Ztg.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	75 P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$58\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$48\frac{3}{4}$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	$40\frac{3}{4}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$36\frac{1}{2}$ P.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$87\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	$102\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102\frac{5}{8}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	104 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$100\frac{1}{8}$ P. $99\frac{7}{8}$ G
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{1}{8}$ P. $99\frac{7}{8}$ G
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$96\frac{1}{2}$ P. 96 G.
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{1}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	103 P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$95\frac{1}{4}$ P. 95 G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$101\frac{3}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	94 P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$101\frac{5}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$98\frac{3}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$97\frac{1}{2}$ P.
"	3 pCt. Obl.	90 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47 P.
"	$1\frac{3}{4}$ pCt. " " "	$41\frac{1}{8}$ G.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$98\frac{3}{8}$ P. 98 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$168\frac{1}{4}$ G.	ex D.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	566 G.	ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$124\frac{1}{2}$ G.	ex D.
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	175 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100 . . .	76 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$67\frac{1}{4}$ G.	
Internationale Bank in Luxemb. . .	80 G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	333 P.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$68\frac{1}{4}$ G.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	223 G.	
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$123\frac{1}{2}$ P.	
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73 P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$25\frac{1}{4}$ G.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$129\frac{7}{8}$ G.	
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	99 P. $98\frac{1}{2}$ G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{1}{4}$ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	237 G.	
Span. Handels- u. Industrie . . .	506 P.	
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	465 G.	
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$103\frac{1}{2}$ G.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	$101\frac{1}{2}$ G.	

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{1}{2}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B. $99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$95\frac{3}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
Hamb. Mk. 100 k. S.	$88\frac{1}{4}$ B.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
London 1 st. 10 k. S.	$118\frac{5}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	$95\frac{3}{8}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$77\frac{1}{2}$—$\frac{5}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	71 P. $70\frac{1}{2}$ G	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$47\frac{1}{8}$ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$54\frac{1}{2}$ P. 54 G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$129\frac{1}{4}$ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$54\frac{1}{2}$ P.	" fl. 25 do.	$34\frac{1}{2}$ P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$90\frac{1}{2}$ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$34\frac{3}{4}$ P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. betll.	$118\frac{1}{4}$ P.	Sardinien Fr. 36 b. R.	$49\frac{3}{4}$ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$85\frac{3}{4}$ P.
Badische fl. 50	$89\frac{7}{8}$ P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{3}{8}$ G.
Badische fl. 35	$52\frac{1}{8}$ G.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{5}{8}$ G.

Frankfurt, 6. März. In Folge niedrigerer Wiener Morgennotirungen erlitten österr. Fonds und Wechsel auf Wien einen abermaligen Rückgang. Doch besserten sich die gedrückten Eröffnungs-Kurse im Laufe des Geschäfts wenigstens einigermaßen. Auf deutsche und sonstige Fonds blieb das Weichen der österreichischen ohne Einfluß. $4\frac{1}{2}$ pCt. Preußische und Schwedische wurden sogar besser bezahlt. (Synd.)

eine politische Vorlesung, die wirklich Alles übertrifft, was an Begriffsverwirrung und Unwissenheit der wahrlich nicht verwöhnten europäischen Menschheit dermalen aufgetischt wird. Wir geben nur ein kleines Pröbchen: Bekanntlich trug Oesterreich im Frieden von Zürich Bedenken, sich bei der von der neuen Regierung der Lombardei herauszuzahlenden Entschädigung von 100 Millionen Franken (schuldiger Beitrag der Lombardei zu der Nationalanleihe von 1854) auf den guten Willen und die Zahlungsfähigkeit Piemonts einzulassen. Um dieses Bedenken zu beseitigen, erbot sich der Kaiser der Franzosen in Art. 13 des Züricher Vertrags, diese Zahlung für Piemont zu leisten, wogegen die sardinische Regierung der französischen 5 % sardinische Rentenverschreibungen von 100 Millionen Franken nach damaligem Börsencours zustellte. Dieser in der ganzen Welt auf das förmlichste verkündete Friedensschluß ist dem wackeren Prinzen so wenig bekannt, daß er sich über das Verhältniß ausspricht, wie folgt: Le Gouvernement français a *fait l'avance* à l'Autriche d'une somme considérable, 100 ou 120 millions *qu'il n'avait cependant pas pris l'engagement de payer.* Also Frankreich hat (wahrscheinlich aus Mitleid) in die eigene Tasche gegriffen und dem bedrängten Oesterreich einen Vorschuß geleistet! Da hört doch in der That Alles auf. Und dieser Prinz kann möglicherweise dereinst den kaiserlichen Thron besteigen! Nun, er gehört wenigstens nicht zu den Männern, die nichts gelernt und nichts vergessen haben. (Fr. Postz.)

Italien.

* Rom, 26. Febr. Vorige Nacht ist die Royalistenkolonne, welche von den Grafen Christen und Coatandon befehligt wurden, aus den Abruzzen hier angekommen. Sie wurden in der Kaserne San Sisto Vecchio einquartiert. — Im Laufe dieser Woche haben große Unordnungen an der Universität stattgefunden. Die Studenten vertheilten dreifarbige Kokarden und riefen trotz der anwesenden zahlreichen Wachen: „Es lebe die italienische Einheit! Es lebe Viktor Emanuel!" In Folge hievon wurden zwölf Studenten ausgewiesen und mehrere verhaftet. — Das „Nationalkomite" hat eine neue Proklamation erlassen, worin es die Römer zur Ruhe ermahnt und sie bittet, sich bis zur baldigen Befreiung von dem klerikalen Joche zu gedulden.

Zambianchi, der zur Zeit der Expedition Garibaldi's nach Sizilien Aehnliches gegen den Kirchenstaat versuchte und bisher in Haft gehalten worden war, wurde nun unter der Bedingung, daß er nach Amerika auswandere, frei gelassen. (Sein ganzer Fehler bestand in den Augen der sardinischen Regierung nur darin, daß er zu voreilig losschlagen wollte.)

Rußland und Polen.

* Ungeachtet die russische Politik sich so willfährig gegen Frankreich bezeigt, hat Napoleon doch nie aufgehört, die Polen zu hätscheln, und es ist auch bekannt, daß schon vor einiger Zeit nicht unbedeutende Waffeneinschmuggelungen aus Frankreich nach Polen stattgefunden haben. Nicht minder bekannt ist, daß die polnischen Bewegungsmänner unausgesetzt gearbeitet und bei jedem Anlaß ihre Zuversicht auf den Beistand Napoleons zu erkennen gegeben haben. Man glaubt, daß die französischen Hetzereien diesen Vorfällen nicht fremd sind, und es scheint in der That, daß Napoleon auch mit Rußland ein doppeltes Spiel spielt. Er geht Hand in Hand mit Rußland, wo es gilt, der Türkei und Oesterreich zu schaden. Da aber Rußland doch von einer Revolutionirung Ungarns nichts wissen will, weil es fürchtet, daß dann auch die Polen sich erheben, so wirft ihm Napoleon den Feuerbrand ins Haus, um es mürbe zu machen und zugleich so zu beschäftigen, daß es den von ihm in Ungarn vorbereiteten Aufstand nicht hindern kann.

Warschau, 1. März. Wie schon gestern bekannt wurde, hat der Fürst-Statthalter der an ihn gesandten Bürgerdeputation die Zusicherung gegeben, daß die Leichen der am 27. Febr. durch das Feuer der Tscherkessen gefallenen 5 Personen (2 Gutsbesitzer, 1 Gymnasiast, ein Maschinenbauer und ein beim Brückenbau beschäftigter Franzose) unter dem Schutze der Bürgerschaft verbleiben, und daß deren Beerdigung mit allem gewünschten Gepränge ohne Assistenz des Militärs und der Polizei stattfinden soll. Den heutigen Tag über bemerkte man überall Vorbereitungen zu dem morgen Vormittag 10 Uhr festgesetzten öffentlichen Leichenbegängnisse. Die Studenten patrouillirten während der ganzen Nacht in allen Straßen. Gestern Abend soll von ihnen ein Mann zur Polizei gebracht worden seyn, welcher vor dem europäischen Hotel (wo die Leichen von 4 Gefallenen vom Volke bewacht liegen) Pistolen und Munition verlangen wollte. Alle Straßen, durch die der Zug morgen sich bewegen soll, werden vom Eise befreit, an den Häusern bemerkt man große Trauerdraperien, die Bevölkerung ist bis in die niedrigsten Schichten hinab in tiefe Trauer gekleidet. Aus den Schaufenstern sämmtlicher Kaufleute sind alle bunten Stoffe entfernt und durch Trauerstoffe ersetzt worden. — Heute früh wurde der Stadt mitgetheilt, daß der Generalmajor de Paulucci, der das allgemeine Vertrauen genießt, zum Chef der Polizei ernannt worden ist, an Stelle des Obersten Trepoff, der „wegen Krankheit" einen Abschied genommen hat. (D. Z.)

Die Delegation der Warschauer Bürger hatte für das auf den 2. März angesetzte Begräbniß der am 27. Februar gefallenen Opfer folgenden Aufruf erlassen: „Bei der Liebe zum Vaterlande, bei den heiligsten, jedem von uns theuersten Pflichten ersuchen wir die Einwohner der Stadt, daß sich die diesen Opfern im Augenblick des Begräbnisses ihrer Leichen erwiesene Ehre durch die höchste Würde, die höchste Ruhe auszeichne. Bewohner von Warschau! Erhört diese Worte eurer Brüder!"

Asien.

Aus Jeddo, 13. Dez., wird der „Nat.-Ztg." geschrieben, daß jetzt endlich im japanischen Ministerium die Frage, ob überhaupt ein Vertrag mit Preußen abgeschlossen werden solle, zu Gunsten Preußens entschieden worden sey. Der Austausch der Beglaubigung hat denn auch bereits stattgefunden, und der Taikun die Geschenke des Prinz-Regenten durch Gegengeschenke erwidert. „Hierbei ereignete sich ein interessanter Zwischenfall. Als der Gesandtschaftsattaché, Hr. v. Brandt, den beiden Daimios, welche die Geschenke überbrachten, vorgestellt wurde, fragte der eine, ob er derselbe v. Brandt sey, welcher über die Taktik der drei Waffengattungen*) geschrieben? „Nein! das ist der Vater!" war die Antwort, „der preußische General v. Brandt." Darauf bemerkte jener, er freue sich, die Bekanntschaft wenigstens des Sohnes zu machen; sie kennten das Buch recht gut, und besäßen es auch in japanesischer Uebersetzung. Tags darauf kam es als Geschenk an, damit Hr. v. Brandt es seinem Vater zeigen könne, als einen Beweis, wie man auch in Japan die Verdienste und Leistungen bedeutender Europäer zu würdigen wisse."

Nichtpolitische Zeitung.

München, 5. März. Durch die starken Stürme war gestern, in Folge des Umstürzens von Telegraphenstangen, die telegraphische Verbindung zwischen München und Frankfurt gestört. Heute Morgen sind wir plötzlich in den Winter zurückversetzt, indem Dächer und Straßen von einer dichten Schneedecke bedeckt sind. (N. M. Z.)

Regensburg, 1. März. Derselbe Baumeister, unter dessen Bauführung sich vor einigen Jahren hier jene Erdverschüttung ereignete, die mehreren Menschen das Leben kostete, hatte heute das Unglück, bei einem Neubau am Bahnhofe durch den Einsturz eines Gewölbes so jämmerlich beschädigt zu werden, daß er, kurz nachdem er aus den Trümmern hervorgezogen war, den Geist aufgab. Zwei Arbeiter wurden leicht beschädigt. (N. K.)

Mainz, 4. März. Gestern starb dahier in Folge eines Schlaganfalls Herr A. Bembe, als Möbelfabrikant weithin geschätzt.

Die belgische Staatseisenbahn hat jetzt eigene Waggons zur Beförderung von Kranken bauen lassen. Diese Waggons enthalten außer den Plätzen für die Begleitung der Kranken ein vollständig ausgestattetes Schlafzimmer.

Wie groß der Verkehr zwischen England und Australien geworden ist, kann man aus dem Umstande schließen, daß die am 20. Febr. von London über Southampton beförderte Post aus nicht weniger als 1100 Kisten bestand. (Jede Kiste ist 2 Fuß lang, 1 Fuß breit und 2 Fuß tief.) Um diese Masse von Korrespondenzen von dem Postamte nach der Eisenbahnstation zu bringen, wurden 19 Omnibus und 1 Cabriolet requirirt. Trotz der Größe dieser Postsendung entstand nicht die mindeste Verzögerung oder Unordnung. Die Zahl der mitgesandten Briefe und Zeitungen war mehr als 30,000.

Die Ristori gastirt jetzt in Moskau. Man schätzt die Netto-Einnahme, welche sie dort gemacht hat, auf 40—50,000 Fr. Fürst Joussoupoff gab kürzlich in seinem prachtvollen Palais an der Moska einen solennen Rout. Der Reichthum dieses Magnaten ist sprüchwörtlich. Er unterhält blos zu seiner Zerstreuung eine eigene Musikkapelle. Pepita, die jetzt in Riga gastirt, wird auch in Moskau erwartet.

---

*) Vermuthlich ist v. Brandt's „kleiner Krieg" gemeint.

fertigung von Spielkarten für den Zeitraum von einem Jahre, vom 26. Januar 1861 anfangend, verlängert.

Vom Generalkomite des landwirthschaftlichen Vereins wurden in der Sitzung vom 7. Januar l. Js. für allmätige Kultivirung und bessere wirthschaftliche Benützung der Gemeindegründe 65 Preise zuerkannt, wovon auf Oberbayern 7, Pfalz 2, Oberpfalz 1, Mittelfranken 16, Unterfranken 19, Schwaben und Neuenburg 10 fallen. — Dann für Ent- und Bewässerung, Drainage und Arrondirung 71 Preise, und zwar: in Oberbayern 9, Niederbayern 2, Pfalz 1, Oberpfalz 3, Oberfranken 1, Mittelfranken 10, Unterfranken 18, Schwaben und Neuburg 27. Außerdem werden eine Anzahl Privaten und Gemeinden für ihr ersprießliches Wirken in beiden Beziehungen ehrenvoll erwähnt.

Preußen. Dem anhalt-bernburgischen Staatsminister von Schätzell, dessen Entfernung von der Regierung die bekannten Petitionen verlangten, ist von dem Könige von Preußen der rothe Adlerorden 2. Klasse mit dem Stern und Brillanten verliehen worden.

Berlin, 3. März. Ueber die Erweckungen in Elberfeld sagt H. Krause am Schlusse eines längeren Aufsatzes in seiner „Kirchenzeitung": „Es ist dem Magistrat von Elberfeld vom ganzen deutschen Volke zu danken, daß er diesen Mißhandlungen mit Ernst Einhalt gethan hat, und zu hoffen, daß überall, wo etwa dieser kindliche Gebetsdrang sich zeigen sollte, ein gleicher Ernst ihm entgegentrete. Fürwahr, der Lehrer hat es richtig gemacht, der den Stock nahm, als es einem Schlingel einfiel, während des Unterrichts Gebetsdrang zu haben. Der Stock ist das beste Mittel für die schlimmste der Sünden, für die Lüge und Scheinheiligkeit."

Oesterreich. Wien, 4. März. Erst in diesen Tagen wurde die Appellation gegen das Urtheil der ersten Instanz im Richter'schen Prozeß von dessen natürlichen Descendenten eingelegt; das Landesgericht benöthigte mehr als 10 Wochen Zeit, um das Protokoll, über 550 Bogen Manuskript, abzufassen und die Sentenz, 16 geschriebene Bogen, ins Reine zu bringen. Ein Endurtheil dieses Prozesses ist erst in 2—3 Monaten zu erwarten, wobei es sich weniger um eventuelle Erfolge, als um die Ehrenrettung des Verstorbenen handelt. — Unter den Neuigkeiten hört man, daß eine auswärtige Gesellschaft, wahrscheinlich Franzosen, dem Aerar eine Offerte zur Abnahme seines gesammten Tabaksvorrathes gemacht habe; man bot nicht weniger als 20 Mill. Gulden, ohne daß die Regierung darauf einzugehen gedenkt. Der normale Bedarf ist durch die aufgestapelten Vorräthe zwar auf drei Jahre gedeckt, aber zur gesteigerten Konsumtion gesellt sich in letzter Zeit die Ausfuhr österr. Tabaksfabrikate (wahrscheinlich wegen des Agio), so daß man kaum die Quantitäten frisch auftreiben könnte. (Köln. Z.)

Prag. Wie in Warschau, drängen die Leiter der czechischen Partei hier zu Demonstrationen. In ihren Organen verlangen sie gar Verschiedenes, doch fällt ihnen dabei die Maske vom Gesicht, und es macht einen wahrhaft komischen Eindruck, wie sie die „brüderliche Eintracht mit unsern deutschen Landsleuten" zusammenstellen mit der „Schmach der Fremdherrschaft" und mit den „Eindringlingen, die sich vom Marke des böhmischen Volkes mästen und es für sein Helotenthum noch obendrein beschimpfen." Da bricht die wilde Natur und der ungezähmte Haß gegen die Deutschen unwillkürlich durch. Wenn man den Czechen gleichfalls die Zügel schießen läßt, so werden sie viel weiter gehen, als die Ungarn, weil sie politisch weniger geschult, und überhaupt noch roher, unkultivirter sind. (Ji.-Ztg.)

Arad, 5. März. Die gestrige Komitatsversammlung beschloß, die Landtagsdeputirten anzuweisen, nur nach Pesth zu gehen. (Tel. d. Frkf. Journ.)

Dänemark.

Kopenhagen, 2. März. Der bereits früher in österreichischen Diensten gewesene dänische Admiral Dahlerup ist am Donnerstage in Folge einer Aufforderung des Kaisers Franz Joseph nach Oesterreich zurückgekehrt. Man vermuthet, daß die Leitung einer Reorganisation der österreichischen Marine dem Admiral übertragen werden wird. (H. N.)

Frankreich.

Paris, 2. März. Die Rede des Prinzen Napoleon geht heute hier von Hand zu Hand, von Mund zu Munde, befriedigt nach der einen Seite hin, erzeugt nach der andern Seite hin Unwillen, Angst und Entrüstung. Der Pariser Spott, welchen der wichtigste Gegenstand nicht zurückzuschrecken vermag, nennt die Rede, die der Prinz gestern im Senat gehalten und welche die ganze Sitzung ausgefüllt hat, den besten Feldzug desselben. Aber während die Einen nichts von ihr halten, behaupten die Andern, Prinz Napoleon sey nur das Sprachrohr des Kaisers gewesen. Bemerkenswerth ist jedenfalls an der Rede des Prinzen die vollkommene Offenheit, mit welcher die Dinge (nach seiner Ansicht) bei ihrem rechten Namen genannt, sind. Der Prinz legt nicht, wie dies hier Gebrauch ist, die Vergehungen hochgestellter Personen auf die Schultern untergeordneter Sündenböcke oder irgendeines ungreifbaren Sammelbegriffs; er nennt den Grafen Cavour seinen Freund; er spricht seine Ehrfurcht für Garibaldi aus. Die Verletzung der Verträge, denen die Einigung Italiens zuwiderläuft, rechnet er zu den Ungesetzlichkeiten, die bisweilen nothwendig und unerläßlich wären, und er weist, um dieses darzuthun, auf die Ungesetzlichkeit des Staatsstreichs von 1851, die Frankreich gerettet hatte, hin. (Sagesse politique!) Zuletzt weist der Prinz dem Heiligen Vater das rechte Tiberufer in Rom mit einer Garde und einem Hofstaat, die durch Beiträge der katholischen Mächte unterhalten würden, zum Aufenthalt an; das linke Tiberufer, wo sich die heiligen Reste der antiken Größe Roms befinden, soll die Hauptstadt Italiens bilden, die man kein Recht hätte diesem vorzuenthalten. Diese Ausgleichung des Streits sey eine mögliche, die einzig mögliche. Wie aus dieser Andeutung zu ersehen ist, war Hr. Pietri der Vorläufer des Prinzen; er leitete sozusagen die Rede des Prinzen ein, worauf nicht wenig Gewicht gelegt wird, da man es wohl für möglich hielt, daß der Prinz Napoleon seine eigenen Ansichten auf seine eigene Verantwortung ausgesprochen hätte, aber es für unmöglich hält, daß sich Hr. Pietri ohne höhere Ermächtigung zu der verwegenen Schlußfolgerung vorgewagt hätte. (D. Allg. Z.)

Die „Isarzeitung" schreibt: Wir können nicht sagen, daß die Rede des Prinzen Napoleon einen großen oder auch nur einigermaßen bedeutenden Eindruck zu machen werth wäre. Es ist die Rede eines Mannes, der da sagt: „Ihr haltet uns für Spitzbuben! Nun ja, wir sind es und sind stolz darauf, es zu seyn!" —

Die „Ostd. Post" schreibt: Hält man die Rede des Prinzen Napoleon von der „rechten Seite der Stadt Rom mit einer Besatzung" neben die Erklärung Billault's, daß die französischen Truppen fortfahren werden, den Papst zu schützen (das hat er übrigens nicht bestimmt gesagt), so scheinen die neuesten Verhandlungen zwischen Paris und Turin auf der Grundlage sich zu bewegen, daß Viktor Emanuel Rom zum Sitze seiner Herrschaft erhält, dafür aber den Franzosen ein Besatzungsrecht zum Schutze des Papstes, der mit dem Stadtviertel der Peterskirche und des Vatikans dotirt wird, dort einzuräumen hat, und wir hätten somit die Lösung zu dem Räthsel der imperialistischen Sphinx, daß die Freiheit Italiens und die Unabhängigkeit des Papstes zu gleicher Zeit geschützt werden sollen: die „Freiheit Italiens" auf der linken Seite Roms unter dem Schutze einer piemontesischen Garnison, die „Unabhängigkeit des Papstes" auf der rechten Seite unter dem Schutze einer französischen Besatzung!

* General Chrzanowski, welcher 1831 Generalstabschef der polnischen Armee war, ist in Paris gestorben. Nach seiner Verbannung trat er als Generallieutenant in englische Dienste und machte 1849 als Oberkommandant der piemontesischen Armee den Feldzug gegen Oesterreich mit.

* Paris, 4. März. Die Broschüre des Hrn. L. Veuillot „le Pape et la Diplomatie" ist heute erschienen. Sie ist, wie es sich erwarten ließ, meisterhaft geschrieben und ohne Zweifel das hervorragendste Ereigniß, welches bis jetzt auf klerikaler Seite zu Tag gefördert wurde. Der Eingang ist der Persönlichkeit des Hrn. v. Laguerronière und seiner bekannten Broschüre gewidmet. „Diese Schrift, sagt Veuillot unter Anderem, hat kein anderes Verdienst, als die unfranzösische Eigenschaft, Nichts zu sagen. Sie versteckt ohne sonderliche Anstrengung Argumente, welche das Nachdenken ohne sonderliche Anstrengung wieder auffindet; sie bringt sehr leicht einen schwachen Nebel hervor, der ebenso leicht wieder zu zerstreuen ist. Der Verfasser ist wesentlich ein Nachtschriftsteller, um so wichtiger, als er sich weniger sehen läßt 2c." In dem letzten Kapitel „le monde sans le Pape" entwirft der Verfasser das schreckenerregende Bild eines geistigen und moralischen Verfalls, der die Welt bedrohe und der an die verkommensten Perioden der römischen Kaiserwirthschaft gemahnt. „Das Papstthum wird in der Welt seinen durch päpstliche Märtyrer vergrößerten Platz wieder einnehmen", ist die Schlußprophezeiung Veuillots.

Prinz Napoleon repräsentirt eine neue Richtung der Politik. Man könnte sie die naive nennen. Sie fragt so wenig nach den Thatsachen, wie nach dem Recht und der Logik. Jener prinzliche Staatsmann gibt in den Debatten des französischen Senats

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 66.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Letter	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 7. März 1861.

Preußische Zustände.

III.

Das preußische Herrenhaus wird Ihren Lesern zur Genüge bekannt seyn. Der zum Theil halbslavische Adel der östlichen Provinzen dominirt in demselben. Da in Preußen, nach der Ansicht der Mehrheit jenes Hauses, der Adel von Pflichten und Bildung befreit ist, so beherrschen ein paar theologische Juristen die unfähige Versammlung, indem sie deren Leidenschaften und Interessen schmeicheln. Leider hat die Prinzipienlosigkeit des jetzigen Abgeordnetenhauses es möglich gemacht, dem Herrenhause wiederum etwas über Wasser zu helfen; leider versteht das Abgeordnetenhaus ebenso wenig, das Ministerium zu sich herüberzuziehen.

Wir wollen Niemand verdächtigen, und daher auch den Mitgliedern des Herrenhauses ein fair trial nicht versagen. Das aber steht denn doch fest, daß ein großer Theil des Hauses nur die Interessen des Adels und damit die Interessen der Mitglieder des Hauses vertritt. Die Vergrößerung der Armee ist eine Maßregel, der die Mehrheit jenes Hauses zujubelt, weil sie in der Armee eine politische Institution sieht, in welcher ausschließlich die Interessen des Adels ihre Vertretung finden, und zu gleicher Zeit das beste Mittel, die melkende Kuh, das Staatsbudget, für sich und die Standesgenossen nutzbar zu machen. Aber die Kosten der Heeresreform, die Bezahlung der adeligen Offiziere wollen jene Herren natürlich nicht mit übernehmen. Wie die Finanzkommission gebildet ist und nach den Vorschlägen der Ultras, die Grundsteuerausgleichung zu unterlassen und dafür eine andere Last auf's Land zu wälzen, ist keine Aussicht vorhanden, die Staatseinheit endlich durch ein gleichmäßiges Steuersystem hergestellt zu sehen. Aber indem das Herrenhaus sich der Regierung bei der äußeren Politik, bei der Heeresfrage, als geschäftigen Freund aufdrängt, ist es doch nicht zu verwundern, daß die Minister auch theilweise im Herrenhaus eine Stütze suchen müssen. Wir sind fest überzeugt, daß es den Ministern mit ihren halbliberalen Gesetzesvorschlägen ernst ist. So lange sie aber dem Herrenhause nicht handfest zu Leibe gehen, wird der Verdacht immer mehr und mehr wachsen, daß sie mit Vergnügen liberale Gesetze vorschlagen, von denen sie wissen, daß das Herrenhaus sie doch in der Geburt erstickt.

Das Abgeordnetenhaus enthält einige 30 Feudale, die einen Schweif des Herrenhauses bilden. Da der landsässige Adel zum größten Theil unfähig ist, sich persönlich in die parlamentarische Schlacht zu wagen, so ist die Wahl des Advokaten, den die Partei zu ihrer Vertheidigung engagirt hat, wir meinen die Wahl des Hrn. Wagener in Naugard, mit ungeheuerem Enthusiasmus aufgenommen worden. Hr. Wagener ist ein nicht ungeschickter Dialektiker von sehr seichter Bildung. Er wird der Partei wenig nützen, nur die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses noch mehr in den frivolen Ton hineinziehen, an dem sie durch das Vorwiegen des Hrn. v. Vincke schon so sehr leiden.

Wenn man von Lord Palmerston spricht, so hat man von England gesprochen; Napoleon ist Frankreich, Hr. v. Vincke leider das preußische Abgeordnetenhaus. Die Popularität dieses Mannes ist in Preußen selbst eine sehr bedingte, am Thüringer Walde und am Main hört sie vollkommen auf, um erst ultra montes in Italien und in den Spalten der „Times" wieder aufzuleben. Hr. v. Vincke ist in der glücklichen Lage, nie durch die Realität in seinen Spekulationen gehindert zu seyn. Er glaubt sich berechtigt, die kühnste Politik zu verfolgen, da er sicher weiß, daß man ihn niemals beim Worte nehmen wird, sie auszuführen. Er war als Landrath durch seinen einseitigen Despotismus berühmt. Die westphälischen Bauern sind seine Herrschaft los geworden, nicht aber die preußischen Liberalen. Wir schätzen seine Talente als parlamentarischer Plänkler und witziger Redner sehr hoch. Aber seine jetzige Stellung als Führer des preußischen Abgeordnetenhauses ist bei aller Ehrenhaftigkeit und Tüchtigkeit des Mannes mehr als ein preußisches, sie ist ein deutsches Unglück. Die Resultate, die er bis jetzt als Parteiführer erzielt, waren ein paar schwere Konflikte zwischen Abgeordnetenhaus und Krone, wobei jedesmal die Ehre des ersteren geopfert wurde. Es ist bekannt, wie er es im vorigen Jahre in der Militärfrage bis zum Bruch mit der Krone trieb, und wie er dann in anderer Form Alles zugestand und sich einer Niederlage als eines Sieges rühmte. In diesem Jahre hat er durch eine theoretische Debatte über Italien und durch Erkämpfung der Annahme eines vagen Amendement sämmtliche außerdeutsche Lärmtrommeln in Bewegung gesetzt. Wie wenig Kraft hinter der italienischen Politik des Abgeordnetenhauses verborgen war, hat der Ausgang der Debatte über die deutsche Frage Tags darauf bewiesen.

Ein Parlament, das als echtes enfant terrible der Regierung wohl Verlegenheiten bereiten, aber nicht imponiren kann und sich zuletzt durch den Präsidenten wegen seiner Geschäftsordnung beim Könige entschuldigen läßt, bietet einer Verwaltung, deren Stellung so vielfach wie die Hohenzoller'sche unterminirt ist, keine Stütze. Die Vincke'sche Partei will ministeriell seyn, und sie bereitet den Ministern Niederlagen, sie will aber auch die unabhängige Ansicht des Landes vertreten, und hat dazu weder Unabhängigkeit noch Talent genug. Die Fraktion Mathis ist theils nur ein Appendix der Vincke'schen Fraktion, theils der Ansatz einer neuen konservativen Partei ohne Ansehen und Kraft. Sie leistet nur durch einzelne tüchtige Leute etwas, Nichts als Partei.

Dennoch halten wir eine Reaktion in Preußen nicht für wahrscheinlich und werden in einem letzten Artikel die Gründe, auf welche sich diese Ansicht stützt, entwickeln.

Deutscher Bund.

Berlin, 3. März. Wie man hört, hat Oesterreich nach Kopenhagen eine Depesche gerichtet, welche darauf dringt, daß Dänemark den holsteinischen Ständen, deren Zusammentritt bevorsteht, das Budget pro 1861 zur Beschlußfassung vorlege, widrigenfalls die Bundesexekution zu gewärtigen sey, wobei den übrigen Forderungen des Bundes nicht präjudizirt werden solle. (S.Z.)

Die „Weser-Ztg." bringt einen Aufruf vom Buchhändler Böttcher in Dresden zur Neubegründung der deutschen Flotte. (Um sie dann nochmals zu verkaufen?)

Bayern. München, 5. März. Die seiner Zeit mittelst erzbischöflichen Hirtenbriefes angeregten Sammlungen von Peterspfennigen für den Papst haben in der Erzdiözese München im letzten Quartale 11,359 fl. 30¾ kr. eingetragen. Hievon hatte Prinz Karl in den Monaten Januar und Februar 1861 je 100 fl., die Offiziere und Zöglinge des Kadettenkorps 56 fl. 33 kr., die Kreisirrenanstalt 25 fl., die Lateinschüler des Max-Gymnasiums 11 fl. 9 kr. und der Verein der Jungfrauen im Herzogsspitale dahier 30 fl. gespendet. Bei den hiesigen Pfarreien sind 2300 fl. 24½ kr. eingegangen, das Uebrige kam von auswärtigen Dekanatämtern, Pfarreien rc. (Südd. Ztg.)

Dem Ingenieur Karl Schinz von Offenburg wurde ein Gewerbsprivilegium auf einen eigenthümlich konstruirten Glasschmelzofen für den Zeitraum von drei Jahren, vom 12. Januar l. J. anfangend, verliehen. Das dem Grafen Gg. Wilh. zur Lippe-Weissenfeld unterm 14. August 1860 verliehene Privilegium auf Fabrikation von Papier aus Maisstroh wurde für den Zeitraum von einem Jahre, vom 14. August 1861 anfangend, und das dem J. G. Hummel von München unterm 26. Jan. 1856 verliehene, inzwischen an Eduard Niedermayer von Friedberg eigenthümlich übergegangene Privilegium auf eigenthümliche An-

industriel fehlt es eben so wenig. Die Verwaltung des Herrn v. Germiny verfährt allerdings sehr diskret, allein Dieß hindert nicht, zu erfahren, daß Hr. v. Morny, Prinz Napoleon, Hr. Laroche, Hr. Moequard und viele Andere — man kann nicht alle Namen nennen — ansehnliche Summen in die Masse zahlen, um jeder Verantwortung enthoben zu bleiben. (B.-u.H.-Z.)

Turin, 2. März. Von der französischen Regierung werden Herrichtungen im hiesigen französischen Gesandtschaftshotel vorgenommen. Man schließt daraus auf die bevorstehende Wiederherstellung des regelmäßigen diplomatischen Verkehrs mit den Tuilerien (der bekanntlich seit dem Einmarsch der Piemontesen in den Kirchenstaat abgebrochen war); die Gesandtschaft wird zu demselben Range wie in London und Petersburg erhoben und durch einen Gesandten mit drei Sekretären besetzt werden. (T. d. Ostd. Post.)

Die (NB. sardinischen) Berichte über die Vorgänge in **Rieti** sind voll von Grausamkeiten, welche die päpstlichen Zuaven in Collalto verübt haben. Uebrigens sind die Exzesse dieser Truppen durch amtliche Erlasse ihrer eigenen Führer erhärtet, und „Movimento" veröffentlicht einen Tagesbefehl von Major Fiavanni, der aus San Gregorio vom 17. Februar datirt ist und worin dieser Major „das Trinken, die Bestialitäten, boshaften und schamlosen Reden" seiner Leute tadelt und klagt, daß sie sogar nicht immer die heilige Kirche und deren Diener schonten. Major Piccioni sah sich veranlaßt, seine Leute so scharf zu ermahnen, weil sich viele gute und treue Unterthanen des heiligen Vaters wegen Ungebührlichkeiten beklagt hätten, mit denen sie „Lebensmittel und andere Bedürfnisse eintreiben. Was die Plünderung Collattos anbetrifft, so schreibt man der „Nazione" aus Rieti: „Nachdem die Zuaven, ungefähr 1500 Mann stark, die kleine Stadt Collalto geplündert, haben sie alle Häuser verwüstet, zerstört oder eingeäschert. Der Arzt Bartolomeo Lulimi wurde niedergestochen, eben so seine Schwester, welche zu seiner Vertheidigung herbeieilte. Der Syndikus der Stadt wurde für todt zurückgelassen; der Portier der Familie Imperie wurde nebst seiner Frau erwürgt, und den Leichnam eines Kindes trug man im Triumphe an einem Bajonnete herum. Die päpstlichen Zuaven, welche in dem festen Schlosse von Collalto liegen, haben Geißeln mit dahin genommen und brandschatzen von diesem Platze aus die ganze Gegend." Es ist kein Wunder, wenn diese aus allen möglichen Ländern zusammengekommenen Leute sich der Disziplin nicht so leicht fügen, und namentlich da, wo sie Feinde vor sich zu haben glauben, sich auch Ungebührliches herausnehmen. Uebrigens stammen diese letzten Angaben aus sardinischen Blättern und mögen daher wohl auch übertrieben seyn.)

Warschau, 28. Febr. Die (bereits telegraphisch erwähnte) Adresse der Polen, welche, wie der „Bank- und Handels-Zeitung" mitgetheilt wird, im Hotel des Grafen Zamoyski berathen und heute Nachmittags dem Fürsten-Statthalter zur Beförderung an den Kaiser überreicht wurde, ist nach derselben Mittheilung von zahlreichen Unterschriften bedeckt und in französischer Sprache übergeben. Die nachstehende Uebersetzung, welche der „B.- u. H.-Z." zugegangen, hat jedoch den polnischen Text zur Grundlage. Die Uebergabe hatte sich in Folge der von dem Fürsten Gortschakoff nach Petersburg gerichteten Anfrage, ob die Adresse angenommen werden solle, verzögert. Die Adresse lautet mit Weglassung des Einganges und Schlusses: „Diese Ereignisse, welche zu beschreiben wir uns enthalten, sind nicht der Ausbruch von Leidenschaften, die der Augenblick hervorgerufen, oder, um es deutlicher auszudrücken, einzelner Klassen des Volks: sie sind die heiße, einstimmige Kundgebung unterdrückter Gefühle und unbefriedigter Bedürfnisse. Die langjährigen Leiden eines Volkes, welches viele Jahrhunderte hindurch sich durch freie Institutionen regierte, das Beraubtseyn sogar jedes gesetzlichen Organes, mit dessen Hülfe es unmittelbar zum Throne reden, seine Wünsche und Bedürfnisse kundzugeben vermöchte, haben das Land in den Zustand versetzt, daß es nur durch Opfer seine Stimme erheben kann; deßhalb bringt es auch Opfer gern dar. In die Seele eines jeden Bewohners dieses Landes ist tief eingeprägt das mächtige, heiße Gefühl seiner selbständigen, von der europäischen Völkerfamilie abgesonderten Nationalität. Dies Gefühl wird weder die Zeit, noch der Einfluß der mannigfachsten Verhältnisse zu vernichten oder zu schwächen vermögen. Alles, was sie beleidigt oder verletzt, erschüttert und beunruhigt die Gemüther bis ins Innerste; mit Schmerz sieht das Land, daß, da jenes Bedürfniß nicht befriedigt ist, hieraus ein Mangel unerschütterlichen Vertrauens zwischen den Regierenden und Regierten entstanden. Dies Vertrauen wird nicht wiederkehren. die Anwendung gewaltthätiger Repressiv-Maßregeln nicht aufhören. Dieses Land, ehemals anderen Ländern Europa's in Bezug auf Civilisation gleichstehend, wird so lange zu keiner Entwicklung seiner moralischen Fähigkeiten gelangen, als die Grundsätze, welche dem Geiste des Volkes, seinen Traditionen und seiner Geschichte entstammen, nicht Eingang gefunden in Kirche, Gesetzgebung und Schule, mit einem Wort, im ganzen sozialen Organismus. Die Wünsche dieses Landes sind um so heißer, als nur es allein unter den europäischen Staaten bis jetzt an jenen unerläßlichen Bedingnissen der Existenz keinen Antheil hat, ohne welche keine Nation die Bestimmung erreichen kann, zu der sie von der Vorsehung berufen worden."

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	75 1/2 G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	59 1/4 G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	49 G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	41 P.
"	4 1/2 pCt.	37 1/2 P.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	87 3/4 P. 1/2 G
Bayern	5 pCt. Obl. 4. R. (C. b. R.)	103 1/2 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	102 1/4 P. 102G.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	104 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	100 1/8P. 99 7/8G
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100 1/8P. 99 7/8G
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	96 1/2 P. 96 G
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	104 1/8 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 3/4 G.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	102 5/8 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	95 1/4 P. 95 G.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	101 3/4 P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	101 3/8 P. 1/8 G.
"	4 pCt. Obl. dto.	98 3/8 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	97 1/4 P.
"	3 pCt. Obl.	90 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47 3/4 P. 1/8 G.
"	1 3/4 pCt. " " "	41 1/4 G.
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 500 Thlr.	97 3/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	108 3/4 G.	ex D
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	568 G.	ex D
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	126 G.	ex D
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	179 P. 178 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	76 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	68 1/4 G.	
Internationale Bank in Luxemb. . .	80 G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	337 P.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	68 1/4 G.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	223 G.	
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	123 1/2 P.	
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	72 3/4 P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	25 1/4 G.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	130 G.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	98 3/4 P. 1/2G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 1/8 P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	237 G.	
Span. Handels- u. Industrie . . .	506 P.	
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	465 G.	
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	103 7/8 P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 1/2 G.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99 3/4 B. 1/2 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B. 99 3/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 1/4 B.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	95 7/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 1/4 B.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/4 B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 1/4 B.
London Lst. 10 k. S.	118 1/2 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L.S.L. 250 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	93 1/4 G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	78 1/4 B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	47 1/2 P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	54 3/8 P. 54 G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	129 1/4 P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	54 1/2 P.	" fl. 25 do.	84 3/4 P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	90 1/2 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	34 3/4 P.
3 1/2 pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	117 1/4 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	49 3/4 P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 2 1/2 pCt. Z.	35 3/4 P.
Badische fl. 50	89 7/8 P.	Vereins-Loose fl. 10.	10 3/8 G.
Badische fl. 35	52 G.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 1/4 G.

Frankfurt, 5. März. Niedrigere Wiener Kurse bewirkten einen abermaligen Rückgang aller österr. Fonds, Aktien und Anlehensloose. Zu den gewichenen Preisen fand in National, Bank- und Kreditaktien ziemlicher Umsatz statt. Gegen den Schluß zeigte die Börse eine etwas festere Haltung. Einige süddeutsche Fonds wurden besser bezahlt. .... (Synd.)

das, wohlgenährt an der Krippe mit goldener Gerste, ins Freie gelassen, taut wiehernd mit tollen Sprüngen über Stock und Block setzt, so hat dieses Gleichniß noch niemals besser gepaßt, als auf den Prinzen Napoleon. Seine Rede im Senate übertrifft wirklich an — Freimuth oder Unverschämtheit alles bis dahin im zweiten Kaiserreiche Geleistete. Merkwürdig ist auch die Leichtfertigkeit, womit er unerwiesene Dinge als wahr behauptet und Anklagen darauf baut, so z. B. gegen die österr. Regierung, welcher er vorwirft, die im Frieden von Villafranka den desertirten Ungarn versprochene Amnestie nicht gehalten zu haben. Und wer ist sein Gewährsmann? Ein Artikel in der „Times“ von einem politischen Flüchtling, welcher nicht wußte oder nicht wissen wollte, daß nur jene Amnestirten, welche sich nachhee auf's Neue Vergehen zu Schulden kommen ließen, zur Strafe gezogen wurden, und zwar nur für diese neuen Vergehen. Oder sollte die Amnestie etwa auch im Voraus für diese gelten? Was der Prinz über den Papst sagt, übersteigt alles Herkömmliche, um nicht zu sagen, Schickliche: „Es ist interessant, sagt er, in den vertrauten Auslassungen Napoleon's die Spuren der Unterredungen, die er mit dem Papste in Fontainebleau hatte, zu verfolgen. „Er war“, bemerkt der Kaiser, nach Paris gekommen; er willigte ein, mir die Krone aufs Haupt zu setzen. Er dispensirte mich von der Kommunion. Aber nun kam das Kapitel über die Belohnungen. Es handelte sich um die Romagna und die Legationen. Es ist merkwürdig; niemals verlangt das Papstthum etwas für die geistliche Seite, immer ist das Weltliche im Spiele. Man versteht sich zum Krönen, man dispensirt von der Kommunion, das ist geistlicher Natur. Aber man verlangt die Romagna und die Marken: da haben Sie die weltliche Seite! Doch noch mehr: einst ersucht der Papst den Kaiser, ein Stück Papier zu unterzeichnen, das schon einmal von Ludwig XIV. unterzeichnet worden, nämlich als Frau von Maintenon ihn beherrschte! Frau von Maintenon Beschützerin der Religion! Doch was enthielt dieses Stück Papier? Eine Abschaffung der berühmten Artikel von 1682. Der Kaiser entgegnete, er wolle seine Doktoren zu Rathe ziehen, und dabei blieb's; der Papst aber hat seine Schlappe nie vergessen.“ Kardinal Antonelli wird wegen seiner Annaten verhöhnt und die päpstliche Regierung kurz und gut eine „kindische“ genannt. Uebrigens ist der Prinz so gütig, die weltliche Macht des Papstes nicht flugs mit eigener Hand zerstören zu wollen. „Wir überlassen das Geschäft, sagt er, der Zeit, dem Fortschritte und den Völkern.“ Er wolle nicht neben jedem Priester einen Gendarmen. Wie er gegen Larochejaquelein losfuhr, haben wir gestern erzählt — sehr nobel! Oder ist das nicht ein nobler Mann, der den wohlfeilen Muth hat, den Senatoren, die ihm als kaiserlichen Prinzen nicht mit gleicher Münze zahlen können, Impertinenzen in's Gesicht zu schleudern, der die Verträge verwünscht und erklärt, man werde sie zerreißen, sobald man es thun könne; der über Oesterreich, England und Spanien vornehm hinwegsieht; die Franzosen das erste Volk der Welt nennt und die größte Schandthat des ersten Napoleon, das Attentat zu Bayonne, den Bourbonen zur Last legt; Alles in einer verworrenen Rede, einem Plaidoyer für Viktor Emanuel, die Nichts erschöpft, von einem Gegenstand zum anderen überspringt und in dee zugestutzten Form, in der sie uns nach dem „Moniteur“ vorliegt, immer noch zeigt, daß das Rednertalent des Prinzen sein famoses Feldherrntalent keineswegs in den Schatten stellt. Diese Rede war den kaiserlichen Ministern doch auch zu rund. Auf des Kardinals Mathieu Anfrage erklärte Tags darauf Minister Billault, die Regierung sey einzig und allein für diejenigen verantwortlich, welche beauftragt seyen, in ihrem Namen zu sprechen, bemerkte aber dann: „Unsere Väter, die aufrichtige Katholiken waren, haben niemals der weltlichen Macht des Papstthums das Staatsinteresse geopfert.“ Man frage — äußerte er — was die zukünftige Haltung der französischen Regierung in einer so schwierigen diplomatischen Frage seyn werde, da doch jeder Augenblick die Mittel zu einer besseren Gestaltung der Dinge bringen könne. Eine Antwort sey jetzt unmöglich; doch thue dee Kaiser Alles, was in seinen Kräften stehe, um sowohl die italienische Freiheit, wie die Unabhängigkeit des heiligen Vaters zu vertheidigen. Segur d'Aguesseau fragte, ob eine Räumung Roms Seitens der französischen Truppen bevorstehe. Billault verweigerte die Antwort darauf und fügte hinzu, kein Mensch habe das Recht, die Ehrlichkeit der französischen Regierung und ihre Ergebenheit für den heil. Vater zu bezweifeln. Sodann wies er auf die Beschimpfungen und die gehässigen Anspielungen hin, die in letzter Zeit der Herrscher erfahren, welcher beständig den heiligen Vater vertheidigt habe, ohne die Landesinteressen opfern zu wollen. Diese Beschimpfungen würden weder an dem redlichen Willen des Kaisers, noch an seiner Politik etwas ändern. Der Kaiser werde vielmehr beharrlich fortfahren, die berechtigten Interessen Frankreichs, die Unabhängigkeit des heiligen Vaters und die italienische Freiheit zu vertheidigen. (Immee dieselben so oft schon gehörten Redensarten!

Italien.

Turin, 25. Febr. Die Nachricht, daß General Türr in Athen angekommen sey, beruht offenbar auf einer Verwechslung. Derselbe war erst vor wenigen Tagen in hiesiger Stadt, wo er mit Cavour und Viktor Emanuel Unterredungen hatte. Von hier begab er sich direkt nach Paris, um sich mit der französischen Regierung oder deren Stellvertretern über die Revolutionirung der Donauländer zu verständigen.

* Politische Kannegießer in Turin haben schon wieder einen neuen Plan ausgeheckt, wie Venetien für das italienische Königreich zu erwerben wäre. Oesterreich soll nämlich für Abtretung dieses Landes Albanien erhalten, das der Pforte um 400 Mill. Franken abgekauft werden soll. Schade, daß Oesterreich auch dabei gefragt seyn will.

Nach einer Mittheilung des „Konstitutionnel“ hat General Fergola die Aufforderung zur Uebergabe der Citadelle von Messina folgendermaßen beantwortet: „Das Recht des Königs, meines Herrn, ist jetzt, seitdem er sich nicht mehr in Gaeta befindet, nicht weniger heilig als früher; mir liegt es am Herzen, Europa den Beweis zu geben, daß es, wenn dieser König auch in niederträchtiger Weise von einigen Dienern verlassen und verrathen worden ist, doch noch andere Diener gibt, die ihm in seinem erhabenen Unglück ihre Ergebenheit und Treue selbst dann bewahren, wenn alle Mühe zu seiner Rettung vergeblich ist.“

Aus Sizilien. Ein schauerlicher Akt der landesüblichen Blutrache ist am 18. Febr. zwischen den sizilischen Gemeinden Brancaccio und Ciaculli verübt worden. Fünf Brüder, Licaro, welche friedlich auf ihrem Felde arbeiteten, wurden von einem stärkeren Haufen überfallen und im Nu alle Fünf ermordet. Ihr Vater war vor einem Monat umgebracht worden, weil er mehrere Angehörigen der andern Gemeinde als Diebe denunzirt und dadurch dem Richter überliefert hatte. Um sich der Zeugen bei diesem Mord zu entledigen, tödtete man auch die Söhne.

Nichtpolitische Zeitung.

Köln, 3. März. Heute ist der Buchdruckereibesitzer Joseph Dumont, Verleger und Miteigenthümer der „Kölnischen Zeitung,“ nach längerem Krankenlager gestorben.

Wiesbaden, 28. Februar. Die große Blumen- und Pflanzen-Ausstellung, die — aus ganz Europa mit prächtigen Zusendungen bedacht — am 31. März in den herzoglichen Wintergärten zu Bieberich ihren Anfang nehmen soll, ist unvermerkt näher gerückt. Als erster Preis für die schönst aufgestellte gemischte Gruppe von mindestens 60 Gattungen und 250 Exemplaren von Pflanzen sollen 500 fl. zuerkannt werden, ein Preis, dem sich 5 andere für die nächstschönen Gruppen dieser Art als die nachfolgenden anschließen; als zweiter Preis 400 fl. für die schönsten 400 Exemplare und mindestens 170 Arten von Rosen umfassende Gruppe. Auch diese Klasse hat wieder verschiedene niedrigere Preise. Für Rhododendron, Hybriden, Azaleen, Camellien, Zwiebelgewächse, Blattpflanzen, Cinerarien 2c. folgen dann noch andere Reihen von Preisen — zu 300, 200, 175 fl. 2c. Die Ausstellung dauert bis zum 18. April.

Neueste Nachrichten.

Verona, 27. Febr. Der „Sent. Bresc.“ wird geschrieben, daß am 24. Febr. bei dem äußersten Fort von Peschiera ein Franzose verhaftet wurde, der, schon einmal wegen mangelnder Ausweispapiere an dee Grenze zurückgewiesen, einen zweiten Versuch machte, dieselbe zu Fuß zu passiren und auf die österreichische Schildwache einen Revolver abfeuerte. Man fand kompromittirende Papiere und verschiedene Landkarten bei ihm. — In Riva di Trento wurden sechs junge Leute aus angesehenen Familien verhaftet, welche im Begriffe waren, zu emigriren.

Paris, 28. Febr. In Marseille steht es mit den Folgen der Mires'schen Katastrophe keineswegs so schlimm, als man gefürchtet hat. Die großen Firmen haben unglaubliche Anstrengungen gemacht, nicht nur sich selbst, sondern auch ihre kleineren Leidensgenossen über Wasser zu halten. Die aus Konstantinopel ohne Unterbrechung anlangenden Rimessen zue Deckung der laufenden Tratten auf Mires haben ihr Bemühen kräftig unterstützt, und an Hilfe der Bank von Frankreich und noch mehr des Kredit

derselben als eine der freien Betriebsamkeit überlassene Erwerbsart erklärt.

München, 4. März. Wie es scheint, beabsichtigen die Abgeordneten Frhr. v. Künsberg und Frhr. v. Rotenhan einen Antrag bei der Kammer einzubringen, der die Aufhebung des Einspruchsrechtes der Gemeinden in Bezug auf Ansäßigmachung und Verehelichung zum Gegenstande hat. Zu diesem Behufe fand vergangenen Freitag eine Vorbesprechung mehrerer Abgeordneten im Café Schafroth statt, von denen die Majorität sich jedoch gegen diesen Antrag erklärte.

Der k. Oberstaatsanwalt Bomhard hat, wie die „Pf. Z." berichtet, als k. Kommissär bei der Eröffnung der protestantischen Generalsynode in Speyer eine Ansprache gehalten, in der derselbe den ausgesprochenen Wunsch des Königs mittheilt, daß der tief erschütterte Friede in der protestantischen Kirche der Pfalz wieder hergestellt werde. Indem der Hr. Kommissär hieran auch seinerseits Worte des Friedens knüpft, weist er zugleich auf die Wichtigkeit der gegenwärtigen Generalsynode hin, auf deren Resultat nicht nur die Pfalz, sondern ganz Deutschland gespannt ist, und welches nur dann ein befriedigendes werden kann, wenn von jeder Seite mit aller Kraft und Selbstverläugnung Alles aufgeboten wird, was den Frieden geben kann, der höher ist als alle Vernunft.

Württemberg. Stuttgart, 3. März. Der Minister des Aeußern, Frhr. v. Hügel, hat in der gestrigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten auf Befragen Mittheilung über die Revision der Bundes-Kriegsverfassung und die Oberfeldherrnfrage gemacht, welche Frage auf den Würzburger Konferenzen von Württemberg zuerst angeregt wurde. Die Lösung, welche die Mittelstaaten in Betreff der Oberfeldherrnfrage herbeizuführen sich zur Aufgabe gemacht haben, findet sich in der Erklärung derselben: daß die Mittelstaaten mit ihrer ganzen Streitkraft oder doch mit dem größten Theile derselben vertrauensvoll, aber unter gewissen, ihre politische und ihre militärische Stellung wahrenden Bedingungen die Wahl des Oberfeldherrn in die Hände der beiden Großmächte zu legen bereit seyen. Der Interpellant, Hölder, hätte die Mittheilung von weiteren Details gewünscht, was der Minister verweigern mußte, da die Verhandlungen dermalen noch schweben. Auf weiteres Befragen bemerkte noch der Kriegsminister: in den Würzburger Anträgen sey auch noch ein anderer Plan hervorgetreten, daß nämlich in gewissen Fällen die Mittelstaaten zusammentreten wollen, um sich gemeinsam zu vertheidigen, ehe Andere kommen. Eine weitere Anfrage von Deffner betraf die Vertheidigungsmittel für den Oberrhein. Der Minister des Aeußern gab die Antwort, daß außer den Festungen Ulm und Rastatt keine weiteren Maßregeln von Bundes wegen beschlossen worden seyen. Zwar habe schon im Jahr 1849 der württembergische Gesandte bei der Bundescentralgewalt für die Befestigung der Schwarzwaldpässe sich verwendet, der damalige Reichsminister v. Peuker habe aber das Verlangen entschieden abgewiesen, und sey der Antrag bei Preußen und den norddeutschen Staaten auf den entschiedensten Widerspruch gestoßen, indem solche Maßregeln als Sache des einzelnen Staates erklärt worden seyen, für welche man keine Geldopfer vom Bunde verlangen könne, ohne daß die andern Staaten ähnliche Ansinnen stellen. Es werde der Kostenpunkt in dieser Sache immer hindernd in den Weg treten. Der Kriegsminister gab die Erläuterung, daß die Paßbefestigungen im Schwarzwald eine Summe von 15 bis 20 Mill Gulden und einen Zeitraum von wenigstens 10 Jahren erfordern würden. (Fr. Postz.)

Großh. Hessen. Zu den besonderen Bestrebungen von obenher, welche sich seit Jahr und Tag in unserem Staate kundgegeben, wird jetzt auch, und wohl nicht mit Unrecht, das dem Beamtenstand autoktroyirte Uniformwesen gerechnet. Beamtliches Uniformwesen ist freilich auch in Preußen und anderen deutschen Staaten eingeführt, doch theils wurde es nie so weit ausgedehnt, wie hier, theils wieder modifizirt und in engere Schranken zurückverwiesen. Nur hier in Hessen-Darmstadt sollte die Sache zur höchsten Ausbildung gelangen und bis zum wahren Exzeß getrieben werden. Selbst die Geistlichkeit ist nicht damit verschont geblieben und bei feierlichen Gelegenheiten müssen auch die ihr angehörenden Herren in einer Uniform, und zwar einer schwarzen mit einem dreieckigen Hut erscheinen. Nur das Tragen eines Degens wurde ihnen bis jetzt erlassen, der aber bei allen andern Beamtenklassen streng vorscheiftsmäßig ist, so auch bei den Schullehrern, welche sich in ihrem Beruf der Geistlichkeit zunächst anschließen, und in einer sehr bunten Uniform mit einem Militärdegen an der Seite auftreten. Ein Gleiches findet bei allen Beamtenklassen der Regierung, Polizei, Finanz und Justiz statt, wozu noch kommt, daß die betreffenden Personen gehalten sind, wenn nicht in der Gala-, so doch in einer Interims-Uniform, bestehend in einem graumelirten Ueberrock mit Aufschlägen der einen oder anderen Farbe, und einem Degen zu erscheinen. Dabei ist eine Menge kleinlicher Nebenvorschriften ausgeklügelt worden, die sich auf die Art der Handschuhe und Cravatten, auf den Schnitt der Bärte, welche zu tragen erlaubt sind, und so manches Andere erstrecken. Auf einen Fremden, der unser Land zuerst betritt, muß selbstredend das hiesige weit ausgedehnte beamtliche Uniformwesen mit all seinen Pedanterien einen komischen, bis zum Lachen sich steigernden Eindruck machen, doch hat die Sache, wenn man tiefer eindringt, eben sowohl ihre ernsten Seiten. Schon der ökonomische Punkt kommt dabei in Betracht und es ist als himmelschreiend zu bezeichnen, daß z. B. ein armer Schullehrer, mit einem Gehalt von nur 500 bis 800 fl., gezwungen wird, sich neben seiner Civilkleidung noch eine theuere Uniform anzuschaffen. Das Geld dafür könnte doch wahrlich viel nützlicher und besser verwendet werden. Die Hauptsache aber bei dem allen ist die Tendenz von obenher, welche hier vorwaltet. Der Beamtenstand soll auch äußerlich vom Bürgerstande strenge gesondert erscheinen. (Hamb. Bhe.)

Oesterreich. Aus Venedig wird der „Oesterr. Ztg." mitgetheilt, daß das „italienische Komite" an 56 Beamte und Diener der Statthalterei Drohbriefe gesendet habe, um dieselben in ihrer politischen Denkungsart einzuschüchtern.

Großbritannien.

London, 2. März. In der gestrigen Sitzung des Oberhauses beantragte der Marquis of Normanby die Vorlage verschiedener weiteren Aktenstücke zur Aufklärung der Vorgänge in Italien. Zur Begründung sagte Lord Normanby, das italienische Blaubuch, das Lord John Russel vorgelegt, zeichne sich nicht durch Klarheit, Offenheit und Vollständigkeit aus. Nach längerem Verweilen bei diesem Thema kommt der Antragsteller auf die gegenwärtige Lage Italiens zu sprechen und insbesondere auf die hinterlistige Politik Cavour's. „Ja, sagt er u. A., die piemontesische Regierung liebt die verborgenen Wege. Dies sah man auch in Sicilien, wo sie Garibaldi alle Gefahr ließ und selber allen Gewinn einsteckte — obgleich Garibaldi selbst aufrichtig genug seyn würde, zu gestehen, wie sehr ihn Sardinien von Anfang an unterstützt hat. Garibaldi kam mit Stahl und Blei, aber alles Geld kam von Sardinien und das Geld hat mehr als Stahl und Blei ausgerichtet. Weiß doch alle Welt, daß die sardinische Regierung 500,000 Pf. St. in Sicilien ausgab und kurz, ehe Garibaldi in Neapel einzog, 25,000,000 Fr. auf Bestechung aller dortigen Beamten und Armee- und Flottenoffiziere verwendete, und daß ein neapolitanischer Bankier das Geld dazu gegen 8 % Zinsen und 2 % Prämie vorschoß. Man weiß auch, daß Liborio Romano, den Franz II. zu seinem konstitutionellen Minister machte, ihn auf das schmählichste verkauft und verrathen hat. Aber Viktor Emanuel ist der König-Ehrenmann. Er hat — wie er in einer Proklamation sagt — nie zwischen seinem Thron und seinem Wort geschwankt; nein, er war stets entschlossen, den Thron zu nehmen und das Wort nicht zu halten. Hat Viktor Emanuel das Wort gehalten, das er gab, keinen Theil seiner Lande je zu verschachern? Oder das Wort, das er Franz II. gab, daß er gegen Garibaldi's Unternehmen sey? Hat er in andern Fällen als Ehrenmann gehandelt? Hat er nicht die Pension bestätigt, die Garibaldi den Verwandten des Königsmörders Agesilao Milano gab? Hat er nicht den Signor Gallenga, der eingestandenermaßen im Jahre 1833 sich zu einem Attentat gegen seinen Vater König Karl Albert vorbereitete, mit einem Orden geschmückt? Dies ist die Moral des wiedergeborenen Italien. Nach dem Allen glaube ich, daß die Nachwelt den Namen Il Rè Galantuomo ganz anders als die Gegenwart aussprechen wird. Es ist ein anderer Titel erledigt, der auf ihn besser passen würde — König Bomba sollte er heißen, denn ich glaube, kein König hat so viele Städte bombardirt wie er. Gleich nach seiner Thronbesteigung bombardirte er seine eigene Stadt Genua und seitdem die Städte Ancona, Capua und Gaeta."

Frankreich.

* Die Rede des Prinzen Napoleon im französischen Senat, deren Eingang wir gestern wörtlich mittheilten, ist zu lang, als daß wir sie ganz geben könnten. Sie ist's in der That auch nicht werth, denn sie ist ein kurioses Gemisch von allem Möglichen; es scheint, der Prinz hat einmal die Gelegenheit benutzen wollen, sich hören zu lassen und sich wo möglich durch einige jetzt in Frankreich beliebte Phrasen populär zu machen, da er wohl weiß, wie verachtet und verhaßt er ist. Wenn Homer ein Füllen beschreibt,

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 65.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 6. März 1861.

Preußische Zustände.

II.

Friedrich Wilhelm der Dritte war einer der größten Reformatoren, wetche die Welt bis jetzt gesehen hat. Das ist so zu verstehen, daß er den Gesetzen die königliche Sanktion gab, welche seine großen Minister ausarbeiteten. So sehr seine Regierung vom Ruhme solcher Maßregeln, wie die Befreiung des Bodens, Aufhebung der Gutsunterthänigkeit, Einführung der Städteordnung und der absoluten Gewerbefreiheit, Verleihung des Staatsbürgerrechtes an die Juden, Schaffung der Landwehr, Zerstörung der Adelsprivilegien, wiederstrahlt, so sind doch alle diese Akte nicht aus dem Haupte des Königs entsprungen. Stein, Schön und Hardenberg hatten bei ihm Widerstand genug zu besiegen; sie besiegten ihn, weil der Staat am Abgrunde war, und der König ohne sie rathlos dastand.

Die jetzigen Minister machen nicht den Anspruch, mit jenen Staatsmännern der großen Reformzeit zu wetteifern; sie verzichten darauf, die Gunst des Augenblicks wie jene die Ungunst der Zeit auszubeuten. Aber sie sind auch in mancher Beziehung viel ungünstiger gestellt, als ihre Vorgänger. Die Reformen Friedrich Wilhelms III. wurden à huis clos beschlossen. Es gab keine Presse, keine Tribüne. Die Konzessionen des Königs erschienen als freiwillige Gaben. Heutzutage wird jede Konzession der Krone lange vorher in der Presse und im Abgeordnetenhause gefordert und sie erscheint somit immer den Royalisten als eine Eroberung des Volkes.

Die Stärke des jetzigen Koalitionsministerium besteht im persönlichen Vertrauen des Königs zu den einzelnen Mitgliedern, in der devoten Hingebung des Abgeordnetenhauses an's Ministerium, in der Schwierigkeit, es nach rechts oder links hin zu ersetzen. In sich selbst ist das Kabinet schwach und zerfahren. Es besteht aus sehr buntscheckigen Elementen. Der Kriegsminister Herr v. Roon besitzt das vollste Vertrauen der Kreuzzeitungspartei; er ist schon als Nachfolger des liberalen Bonin unpopulär, und während er ein gelehrter Fachmann seyn soll, versteht er vom parlamentarischen Wesen gar nichts. Sowie er spricht, reizt er, und sowie man ihm antwortet, wird er gereizt. Herr v. d. Heydt steht vollständig auf dem Boden bonapartistischer Beamten-Omnipotenz; sein politisches Programm ist sehr einfach, es heißt: so viel politische Gewalt wie möglich unter allen Umständen in seinem Ministerium vereinigen, resp. behaupten. Herr v. Bethmann-Hollweg ist ein gelehrter juristischer Theologe, ein wohlwollender Mann, der aber für seine Schulregulative nur noch im Herrenhause eine Stütze zu finden vermag. Graf Pückler, der Ackerbauminister, ist ein geschickter parlamentarischer Debater und im Herrenhause sehr unbeliebt; im Ministerium bedingt jedoch sein Ressort nur einen sehr geringen Einfluß. Der neue Justizminister erregt bis jetzt nur günstige Erwartungen. Herr v. Schleinitz ist auch wohl dem übrigen Deutschland jetzt hinlänglich bekannt. Man mag von seiner Politik denken, was man will; soviet steht fest, daß, wenn er fiele, er nur durch einen Kreuzzeitungsmann oder, was noch schlimmer ist, durch Bonapartisten*) wie Bismark und Usedom ersetzt werden würde.

Graf Schwerin galt immer für einen sehr gemäßigten Liberalen. In der Ansprache an seine Wähler, welche der Wahl von 1858 vorherging, vertheidigte er sich dagegen, daß er und seine politischen Freunde die damalige brennende Regentschaftsfrage nicht zur Sprache gebracht hatten. War er als Abgeordneter voll Rücksicht gegen den Hof, so ist diese Rücksicht noch gewachsen, seitdem er Minister geworden. Nicht weil er einmal das Prinzip angenommen, alle höhere Beamte zu schonen, sondern weil gewisse höhere Beamte oben mächtige Protektion gefunden, hat sie Graf Schwerin geschont. Dadurch ist es endlich dem Berliner Polizeipräsidenten gelungen, den Minister aufs Schlimmste zu kompromittiren.

Wie weit die Beschuldigungen Eichhoffs gegen Hrn. v. Zedlitz wahr sind, wissen wir nicht, da eine geheime Untersuchung in dieser Angelegenheit stattfindet. Eins steht aber fest, daß ein Polizeipräsident, der persönlich dem König Vortrag hält und noch dazu ein Mann der Opposition ist, eine der sonderbarsten konstitutionellen Anomalien, die man sich nur denken kann, darbietet. Hr. v. Zedlitz hat sich beim Prinz-Stellvertreter angenehm zu machen gewußt und hat den Systemwechsel vollkommen glücklich überstanden. Daß er an vier Orten als Kandidat der Opposition gegen das jetzige Ministerium durchfiel, daß er in Berlin gegen die ministeriellen Kandidaten wählte, schadete ihm nichts, da er vollständig gedeckt war. Er hat nun auch seine Stellung im Sinne seiner Partei trefflich auszubeuten verstanden. Sein Verbleiben im Amt, wie das des Generals v. Manteuffel (Vorsitzender des Militär-Kabinets) ist nichts anderes, als das Vorhandenseyn eines Oppositions-Ministerium neben dem jetzigen liberalen Koalitions-Ministerium. Die Oberpräsidenten in drei Provinzen sind Beamte dieser Gegenregierung.

Die entschieden liberalen Minister, der Fürst von Hohenzollern, die Herren v. Auerswald und Patow, finden bei ihren Kollegen nicht Unterstützung genug, um das Gegenministerium zu beseitigen. Ihre Stellung ist durch des Grafen Schwerin übertriebenen Eifer nur noch unsicherer geworden. Die genannten Herren machen sich aus Hrn. v. Zedlitz, der wohl ein ehrlicher Mann seyn mag, jedenfalls aber politisch eine mit Kreuzzeitungssentenzen gespickte Nullität ist, ganz und gar nichts, und würden ihn lieber heute wie morgen opfern. Sie sagen übrigens: „So lange uns Parlament und Presse das Regieren nicht unmögtich machen, werden wir bleiben.“ Sehen wir zu, welche Hülfe von dort die liberale Sache zu erwarten hat.

*) Nicht als ob diese Herren Diener des Bonapartismus wären; aber sie hegen den staatsgefährlichen Wahn, sich ihrerseits des Bonapartismus bedienen zu können.

Deutscher Bund.

Aus Baden, 2. März. In der Bundesfestung Rastatt, in welcher eine ansehnliche badische Besatzung liegt, wurde dieser Tage einem Bataillon des preußischen 38. Füsilierregiments für die Betheiligung am badischen Feldzug von 1849, mit militärischer Ostentation die von dem König von Preußen für diesen Feldzug gestiftete Fahnenauszeichnung verliehen. Es liegt nicht in unserer Absicht, zu erörtern, ob es nach einem Zeitraum von 11 Jahren Bedürfniß gewesen, die Erinnerung an diesen Feldzug wieder aufzufrischen, aber in der Natur der Sache liegt es, wenn man nicht mit Stillschweigen übergeht, daß derartige Manifestationen, gelinde gesagt, um so unangenehmer berühren, als man bei uns längst vom Thron bis zur Hütte herab den Schleirr der Vergessenheit über jene Episode gezogen hat. (S. M.)

Bayern. München, 4. März. Se. Maj. der König hat zum Offizialen 4. Klasse beim Oberpostamte Regensburg den Assistenten Karl Fellerer zu München ernannt; den temporär quiesc. Post- und Bahnamtsvorstand Gottfr. v. Saint-George nunmehr in den definitiven Ruhestand treten lassen. (N.M.Z.)

Durch Entschließung des Handelsministerium vom 22. v. M. wird unter Aufrechthaltung der Bestimmungen bezüglich der Errichtung von Hochöfen, Hüttenwerken und anderen Holz und Torf in großen Massen verbrauchenden Unternehmungen und vorbehaltlich der Gewerbs- und baupolizeilichen Bewilligung für die Anlage der Betriebsstätte, die Darstellung jeder Art von Eisengußwaaren mittelst Umschmelzung des Roheisens und das Broncirен

bahn von Caserta nach Maddelone fand ein Unfall statt, wobei 10 Individuen, unter ihnen fünf Garibaldianer, todt blieben und fünf bis sechs verwundet wurden.

Handels- und Börsenberichte.

Frankfurter Börse (vom 25. Februar bis 2. März).

Samstag. Auf österr. Fonds hat die Bescheerung der neuen Verfassung wenig oder gar nicht influirt, weil man sich von Ungarn nichts Gutes erwartet. Günstigere Notirungen brachten am Mittwoch und Donnerstag einen kleinen Aufschwung; aber da Wien wieder erschlaffte, so mussten wir nachfolgen und schliessen eher matter als am Ende der Vorwoche. Das Hauptgeschäft war wie gewöhnlich in National. Italien bleibt Nehmer dafür, sowie für Venetianer. In sardinischen Lombarden war einiger Umsatz à $82\frac{1}{2}$.

Die Geldabondanz und die Abneigung, irgend gefährlichere Papiere zu kaufen, kommt fortwährend den süddeutschen Papieren zu Gute. Wir meldeten bereits den ausserordentlichen Erfolg der Subskription auf die 4proz. Württemberger Obligationen, sie werden schon zu 99 pCt., also 1 pCt. über Emission gesucht. Alle andern Sorten sind gleichfalls höher, $4\frac{1}{2}$proz. Nassauer bis $101\frac{1}{4}$ und $3\frac{1}{2}$proz. Braunschweiger bis $89\frac{3}{4}$, wogegen 4proz. badische offerirter waren. Von auswärtigen Fonds wurden $4\frac{1}{2}$proz. schwedische auf 98 gehalten. Spanische Fonds zeigten einen etwas regeren Verkehr und grosse Festigkeit.

Nichts Erhebliches in Bank- und Kreditaktien. Frankfurter namentlich heute flau und 1 pCt. schlechter. Der Monatsausweis ist der Geschäftsstille angemessen. Von Kreditaktien schwanken österreichische zwischen 135 und 130, wozu sie heute schliessen. Das regelmässige Bankgeschäft der Anstalt ist in stetem Fortschritt begriffen. Die neuen Zinscouponsbögen der Nationalbank werden durch das Bankhaus der Hrn. M. A. von Rothschild & S. kostenfrei besorgt, worüber nächstens Anzeige zu erwarten. Luxemburger zu 80 gesucht. Man sagt, die Dividende für 1860 solle ansehnlich besser ausfallen als in den Vorjahren. Auch die Homburger Landesbank, heisst es, habe ein ähnlich günstiges Resultat erzielt.

Von Eisenbahnen Bexbacher sehr fest. Weissenburger durch einige Kaufordres bei Mangel an vorhandenem Material gestern bis $100\frac{1}{2}$ gestiegen, heute aber wieder, da die Nachfrage nicht anhielt, auf $98\frac{1}{2}$ zurückgegangen. Die bayerische Ostbahnverwaltung wird demnächst eine ausserordentliche Generalversammlung ausschreiben, um die Vorschläge wegen Verwendung der vom ursprünglichen Gesellschafts-Kapital von 60 Millionen erübrigten Mittel im Betrag von circa 12 Mill. vor das Forum der Aktionäre zu bringen. Es handelt sich dabei um den Bau der Schwandorf-Eger Linie, welche eine Ausdehnung bis Plauen erhalten soll und ebenso nützlich als wünschenswerth erscheint; indem sie für die Ostbahnen ein neues und ergiebiges Debouché in Aussicht stellt. — In hessische Ludwigsbahn scheint endlich auch bei uns wieder einige Anregung zu kommen. Der Kurs hat sich seit 8 Tagen um 2 pCt. gehoben. Staatsbahnen verdienen bei ihren stetigen Mehreinnahmen um so mehr Beachtung, als der Plan, die getrennten Theile durch eine Verbindungsbahn an einander zu schliessen oder doch sich näher zu bringen, verwirklicht zu werden Aussicht hat.

Die Seltenheit des Geldes in England, die durch die neuerdings wieder eingetretene Goldausfuhr nach Amerika eher zugenommen hat, bringt fortwährend viele Londoner Wechsel langer Sicht auf unsern Markt, welche mit Leichtigkeit gegen kurz Papier zu 6 pCt. umgetauscht werden, eine Operation, die beiden handelnden Theilen nicht zum Nachtheil zu gereichen scheint, da sie mit Konsequenz fortgesetzt wird. Lange Wechsel auf alle Plätze sind überhaupt sehr gesucht und fangen an, selten zu werden. London ging heute bis $118\frac{1}{2}$. Der Geldüberfluss bleibt derselbe, Platz-Diskonto fast zur Mythe geworden. Zu $1\frac{3}{8}$ zeigen sich nur geringfügige Posten.

(Aktionär.)

Neueste Nachrichten.

Wien, 2. März. Die Landtagswahlen für Nieder-Oesterreich sind heute ausgeschrieben worden und die Wahlen müssen bis zum 22. März vollzogen seyn. Wahrscheinlich ist dies in anderen Kronländern ebenso der Fall. (Ostd. Post.)

Wien, 3. März. In der Nacht vom 26. Febr. sollen an mehreren Plätzen Padua's gedruckte Plakate vorgefunden worden seyn, worauf in Lapidarschrift stand: „Es lebe der Friede! Machen wir den Bübereien (den Demonstrationen gegen die österreichische Regierung) ein Ende! Nieder mit den falschen Propheten, dem Ruin der Familien!" (Tel. d. Allg. Ztg.

Warschau, 28. Febr. Gestern Abends fand eine Bürgerversammlung in der Ressource statt, wo mehrere der geachtetsten Männer ihre Stimme mit großer Energie erhoben, und zuletzt eine Delegation an den Statthalter abgeordnet wurde, welche gegen das Geschehene protestiren, die Bestrafung der Schuldigen, die Absetzung des Polizeichefs, der sich am 25. so mißliebig gemacht, und die Ermächtigung verlangen sollte, daß die Bürger selbst für die nächsten Tage, und namentlich für die Beerdigung der gefallenen Opfer, die Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen dürften. Der Fürst empfing noch gestern Abends die Deputation, und gab ihr einen zustimmenden Bescheid. Der Oberpolizeimeister wurde zunächst durch einen andern Obersten ersetzt, und heute der Marchese Paulucci zum provisorischen Chef der Stadtpolizei ernannt. Derselbe war zwar bis vor Kurzem Mitvorstand der geheimen Polizei, doch gab er aus liberalen Gründen als solcher seine Entlassung, und gewann damit eine ziemliche Popularität, während die Energie und strenge Soldatennatur des Obersten Trepoff den Polen von vornherein nicht zusagen wollte. Ferner wandte sich der Fürst in einer Proklamation an die Einwohner der Stadt, „in der man seine Rechtlichkeit durch seinen dreißigjährigen Aufenthalt dahier habe kennen lernen", und bat, „den Verführern und Aufhetzern, welche die öffentliche Ruhe stören wollen, nicht zu folgen", indem er zugleich versprach, eine strenge Untersuchung anzuordnen, um die Schuldigen am gestrigen Unglück zu entdecken, und keine Gewaltthätigkeiten fernerhin dulden zu wollen. (A. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	$75\frac{1}{2}$ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$69\frac{5}{8}$ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$49\frac{3}{4}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	41 G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$37\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$87\frac{1}{4}$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	103 P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102\frac{1}{2}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	103 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	—
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100 G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{4}$ G.
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{1}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{8}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	103 P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$95\frac{1}{2}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$101\frac{7}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	94 P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$101\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	$98\frac{3}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$97\frac{1}{4}$ P.
„	3 pCt. Obl.	90 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$47\frac{1}{8}$ G.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt. „ „ „	$41\frac{1}{8}$ G.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$98\frac{1}{4}$ P. $97\frac{3}{4}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$108\frac{1}{2}$ G.	ex D.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	584 P.	ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$129\frac{1}{2}$ G.	ex D.
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$178\frac{1}{8}$ P.	
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	76 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$68\frac{1}{4}$ G.	
Internationale Bank in Luxemb. . .	80 G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	337 P.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$68\frac{1}{2}$ G.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	223 G.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	125 P.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73 P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$25\frac{1}{4}$ G.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	130 P.	
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$98\frac{3}{4}$ P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{1}{4}$ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	237 G.	
Span. Handels- u. Industrie . . .	500 P.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	465 G.	
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$104\frac{1}{8}$ P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	$101\frac{1}{2}$ G.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$92\frac{3}{4}$ B. $\frac{1}{2}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B. $99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$95\frac{7}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
Hamb. Mk. 100 k. S.	$88\frac{1}{4}$ B.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{1}{2}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L. S. L. 250 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{1}{4}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	79 B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	75 P. 74 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	47 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$56\frac{1}{4}$ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$128\frac{1}{2}$ G.
„ fl. 500 v. 1860 5/7	$55\frac{1}{4}$ P.	„ fl. 25 do.	$34\frac{1}{4}$ G.
„ fl. 100 Kab. L. v. 1858.	91 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	34 G.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	$117\frac{1}{4}$ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	$49\frac{3}{4}$ P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$35\frac{3}{4}$ P.
Badische fl. 50	$89\frac{7}{8}$ P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{3}{8}$ G.
Badische fl. 35	$52\frac{1}{8}$—$\frac{1}{4}$ G.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.

Frankfurt, 4. März. Oesterr. National und Kreditaktien waren abermals etwas niedriger, die Haltung der Börse jedoch sehr fest und der Umsatz nicht ohne Bedeutung. In den übrigen Fonds und Aktien keine wesentliche Veränderung. (Synd.)

zu werden. Der Herr Marquis sagte nämlich: „Es gibt Dinge, die sich schwer sagen lassen; aber man darf nicht zaudern und sich fürchten, offen zu reden, wenn die Religion bedroht ist. Man muß es ohne Zögern anerkennen, die Lage war um so schwieriger, als mehrere Jahre hindurch der französische Gesandte beim heiligen Stuhle, im Vertrauen auf seine Geschicklichkeit und ohne Zweifel im Glauben, Frankreich besser zu dienen, wenn er seinen eigenen Eingebungen folgte, die Ansichten seiner Regierung nicht getheilt und den Hof von Rom weit mehr in seinem Widerstande bestärkt als zu den von Frankreich geforderten Konzessionen gedrängt hatte." Auf diese Worte, welche lebhafte Reklamationen hervorgerufen, erklärte der Minister Hr. Thouvenel, er müsse dagegen protestiren; Hr. de Rayneval (der frühere Gesandte in Rom) habe seine Pflicht nicht versäumt und nie aufgehört, das Vertrauen der Regierung zu verdienen. Der Marquis bemerkt, daß er eine Thatsache bekundet habe, welche vielen seiner Kollegen bekannt sei. Prinz Napoleon fordert Beweise. Der Marquis versichert, genau die Wahrheit gesagt zu haben. Graf Walewski protestirt auf das Bestimmteste; alle, die den Beschuldigten kannten, wüßten, daß er eines so unloyalen und unerklärlichen Benehmens unfähig sey. Der Präsident meint, wer so handeln könnte, müßte ja ein Landesverräther seyn. „Ich sage nicht," antwortet der Marquis, „daß er das Land verrathen hat oder hat verrathen wollen; aber er hat Instruktionen gehabt, welche ihn glauben ließen, daß er sie nicht zu befolgen brauchte." *) Baroche meint, dann hätte er seine Entlassung nehmen müssen. Präsident: „Ich beschwöre Sie im Namen der Würde des Senates und Ihrer eigenen Würde, nehmen Sie Ihre Worte zurück. Marquis: „Ueber meine Würde bin ich allein Richter und Wächter, und ich erkläre Ihnen, als ich dazu schritt, eine solche Behauptung aufzustellen, that ich das wahrlich nicht so leicht hin." Präsident: „Sie werden die Bedeutung meiner Worte verstanden haben." (Aufregung.) Der Marquis nimmt seine Worte nicht zurück, sondern fährt fort: „Wenn eine schwache Macht so einander widersprechende Rathschläge empfängt rc." Zum Schluß erklärt er, daß er dem Adreßentwurfe nicht zustimmen werde; denn die Freiheit der Kirche und die Freiheit der Revolution seyen ganz verschiedene Dinge, und er könne nicht, wie die Adresse es zu thun scheine, den Papst dem Könige Viktor Emanuel opfern. Der Senat müsse sagen, ob er Rom Preis geben wolle oder nicht, er müsse seinen Glauben bekennen; aber „die Antwort, welche man uns vorschlägt, ist unser nicht würdig. In der Politik würde ich mich auf den Kaiser verlassen können, der für seine Handlungen verantwortlich ist; aber in der religiösen Frage vertraue ich mich Niemandem. Niemals ist die Religion von mir kompromittirt worden; ich habe mit Wort und That Alles gethan, um sie zu vertheidigen." Darauf erhält Baron Heeckeren das Wort, um den Stellen der Adresse, welche die röm. Frage und die italienische Frage betreffen, eine bestimmtere Fassung zu wünschen." „Wenn man den Papst seiner weltlichen Herrschaft beraubt, wird er, das ist unzweifelhaft, auch weniger geistliche Macht haben. Was wäre der Papst in Fontainebleau? (Bewegung.) Es ist wahr, man will den Papst nicht in die Verbannung treiben; er soll auch künftig im Vatikan thronen unter dem Schutze des Königs Viktor Emanuel, der geruhen wird, über ihn zu wachen. (Lachen.) Der Papst würde das nicht wollen. Frankreich darf den Papst nicht im Stiche lassen; alle Traditionen verbieten es ihm. Die französische Besatzung muß in Rom bleiben, so lange die Sicherheit des Papstes bedroht ist. Sodann geht der Redner zu einer Schilderung des Benehmens über, welches Piemont während der ganzen italienischen Revolution beobachtet, und beantragt als patriotische Pflicht, einen lauten Tadel deßhalb über die piemontesische Regierung und ein lautes Lob über den König Franz II. auszusprechen. (Von mehreren Bänken werden zahlreiche Rufe der Zustimmung vernommen.) Sodann erhebt sich Pietri, um sich in dem bereits telegraphisch angedeuteten Sinne über die römische Frage auszusprechen. Er bemüht sich, in einer langen Rede zu zeigen, daß der Kaiser stets seinem Programm treu geblieben sey, und daß derselbe in Betreff Italiens nicht mehr habe thun können, als er gethan, weil er sonst die Grundlage seiner Macht gefährdet haben würde. In Rom seyen alle Anstrengungen Frankreichs vergeblich gewesen. Heute bleibe demnach nichts mehr übrig, als die geistliche Macht des Papstes zu retten; die weltliche Macht desselben müsse als verloren angesehen werden. Die weltliche Macht sey aber nur eine politische Einrichtung, der Glanz der geistlichen Macht hänge nicht von dem Besitz eines Stück Landes ab.

*) Kaiser Napoleon spielte damals eben dasselbe Spiel, wie voriges Jahr und heuer in Rom und Gaeta. Er gibt seinen Werkzeugen doppelte oder zweideutige Instruktionen, um sich hinterdrein damit hinausreden zu können, er sey mißverstanden worden.

Am 1. März sprach Prinz Napoleon in einer langen Rede, deren Haupt-Inhalt bereits mitgetheilt ist, zu Gunsten der italienischen Politik des Kaisers Napoleon. Wir theilen hier den Eingang seiner Rede wörtlich mit: „Meine Herren Senatoren! Als ich gestern in die Sitzung kam, erwartete ich nicht die gehörte heftige und leidenschaftliche Discussion; ich glaubte in eine gemäßigte Versammlung zu kommen, wo die verschiedenen inneren und äußeren Fragen mit Ruhe und Mäßigung besprochen werden: ich täuschte mich. Sie konnten über die Heftigkeit der Rede urtheilen, welche unser ehrenwerther Kollege Marquis v. La Rochejaquelein vor uns las. (Mqs. v. La Rochejaquelein: Ich verlange das Wort!) Sie geht offenbar von dem heiligen legitimistischen und klerikalen Concilium aus (Bewegung), denn sie reproduzirt nur die Argumente, welche seit mehreren Monaten in den Journalen entwickelt werden, welche diese Partei vertreten und alle seine Argumente finden sich in den Mandements gewisser Bischöfe, von welchen ich nicht sprechen werde, weil einer von ihnen von der Regierung vor dem Staatsrath verwiesen ist. Die beiden ersten Reden, welche Sie hörten, sind von den gleichen Gefühlen, was sage ich, vom gleichen Hasse eingeflößt . . . . (Neue Bewegung. Baron von Heeckeren verlangt das Wort.) . . . . Ich rathe dem Senat, es zu machen wie ich, nämlich gegen die beiden Redner und ihre Freunde zu votiren . . . . Es gibt Beleidigungen, welche Jene ehren, gegen die sie gerichtet sind, und Heftigkeiten in den Ausdrücken, die nur Jenen schaden, welche sie anwenden: ich constatire dies, ohne darauf zu antworten. Ich werde die Sorge, die Beleidigungen über Viktor Emanuel aufzunehmen, der öffentlichen Meinung, der liberalen, gerechten, von ganz Europa, den Patrioten Frankreichs und Italiens und denn 200,000 Soldaten mit ihren berühmten Führern, den Kaiser an der Spitze, welche die ruhmvolle Campagne von Italien machten, überlassen . . . Marquis de la Rochejaquelein war in seiner Rede von Gefühlen aus einer andern Zeit inspirirt. Erst neu in den Reihen des Senats, hätte dieser Senator, welcher es dem versöhnlichen Geiste des Kaisers verdankt, unter uns zu sitzen . . . . (Bewegung. Ein Mitglied: Keine Persönlichkeiten!) . . . . „Wir sind die Repräsentanten der modernen Gesellschaft, nicht der Reaktion." Er erinnerte daran, daß der Kaiser ein Parvenu ist unter den Königen. „Ja, er ist eine Parvenu unter den Königen, aber Napoleon III. repräsentirt das neue Völkerrecht, die Prinzipien von 89; er repräsentirt das Volksrecht gegenüber einem andern göttlichen Rechte (Sehr gut!) und deshalb täuschen die Völker sich nicht und deßhalb hoffen sie alle auf Napoleon III., der seine ruhmvolle Mission nicht aufgeben wird . . . . Herr Senator Heeckeren erinnerte an die Worte des Mitleids, welche der Kaiser in seiner Rede, für den König von Neapel zu Gaeta sprach. Diese Worte, m. H., sind keine Worte der Sympathie; es waren Worte hoher Rücksicht gegenüber einem unglücklichen Souverain; aber es waren, ich wiederhole es, keine Worte der Sympathie. Sympathie für Franz II., meine Herren, existirte nicht, da unser Gesandte nicht in Gaeta war und unsere Flotte zurückberufen wurde. Verwechseln Sie nicht Mitleid mit Sympathie." Im weiteren Verlauf seiner Rede sagte der Prinz noch u. A.: „Man hat gesagt, daß das Land mit Bedauern den italienischen Krieg gesehen habe, das ist falsch. Ich rufe diejenigen als Zeugen auf, welche gesehen haben, wie diese edle Nation, das Volk, die Arbeiter, die Landleute, das Militär, sich um die Wette um den Kaiser drängten, ihn fast im Triumphe trugen, als er nach Italien abreiste (lebhafter Beifall). Und um ganz offen zu sprechen, wenn etwas nicht populär war, so war es der Friede von Villafranca und nicht der italienische Krieg." (Einige Stimmen: Das ist wahr, das ist wahr!)

Italien.

Turin. Um den sardinischen Gesandten keine neuen Beglaubigungsschreiben senden zu müssen, wird „Viktor Emanuel der Zweite" in dem neuen Titel König von Italien beibehalten werden: man will nicht mit den wenigen Regierungen brechen, mit denen noch diplomatische Verbindungen bestehen.

Nichtpolitische Zeitung.

Gestorben in Fürth der quiesc. rechtskundige Bürgermeister v. Bäumen.

Weimar, 27. Febr. Vom 25. bis 27. Juni d. J. wird hier ein allgemeines thüringisches Gesangfest abgehalten werden, nachdem unser Großherzog bereitwilligst hiezu seine Genehmigung gegeben hat. (Fr. Postz.)

Das Teatro nuovo von Neapel ist in der Nacht vom 19. Februar ein Raub der Flammen geworden. — Auf der Eisen-

friedlicher Mittel *) den Interessen Europas entspricht, einer Nation, von welcher Deutschland hofft, sie unter seine mächtigen Bundesgenossen zählen zu können, wenn es sich eines Tages darum handeln sollte, im Namen Europas sich dem Mißbrauche der Gewalt irgend einer Macht kräftig entgegen zu stellen. Der Unterzeichnete sieht sich daher zu seinem lebhaftesten Bedauern außer Stande, von italienischer Seite her ein Zeichen der Anerkennung entgegen zu nehmen für einen Antrag, den er in seiner Eigenschaft als preußischer Abgeordneter und im wohlverstandenen Interesse des preußischen Volkes gestellt hat. Um gleichwohl seine aufrichtigste Dankbarkeit für die ehrenvolle Auszeichnung, welche so viele angesehene italienische Patrioten ihm zugedacht haben, und welche das geringe Verdienst des in Rede stehenden Antrages weit überschreitet, auszudrücken, schlägt er den Herren Unterzeichnern vor und bittet er sie, den Ertrag der Subskription gütigst den Familien der tapferen Soldaten zukommen zu lassen, welche eben jetzt die Festung Gaeta unter dem königlichen Banner Sr. Maj. Viktor Emanuels erobert haben. Der Unterzeichnete wird dem Herausgeber außerordentlich dankbar seyn, wenn er die Güte haben wollte, diese Erklärung in die nächste Nummer der Zeitung einzurücken. Berlin, 21. Febr. 1861. G. Vincke."

Aus Preußen sind dieser Tage 70 — 80 gezogene Kanonen durch Bayern transportirt worden, welche für die Bundesfestung Ulm bestimmt sind. (Südd. Ztg.)

In Betreff der großen Anforderungen, die an den Nationalverein gestellt würden, theilte dessen Ausschußmitglied, Hr. G. Mayer, in der neulichen Leipziger Versammlung mit, daß in einer der letzten Ausschußsitzungen allein vier Zeitungen Geld-Unterstützungen erbeten hätten.

Bayern. München, 1. März. Der Bau der Ostbahnstrecke von Cham nach Furth macht rasche Fortschritte und ist im letzteren Orte der Bahnhof bereits auch schon zur Hälfte vollendet. Es ist Aussicht vorhanden, daß der Anschluß der Ostbahn an die böhmische Bahn kommenden Sommer bewerkstelligt, die betreffenden Linien eröffnet und dem allgemeinen Verkehr übergeben werden können. (Südd. Ztg.)

Preußen. Breslau, 1. März. Die „Schles. Ztg." meldete unlängst, daß die Behörden der Provinz angewiesen worden seyen, ihre Aufmerksamkeit auf einen als Hauptagenten der revolutionären Partei bezeichneten Franzosen, Pierre Louis Deseues, zu richten. Diese Anweisung ist den Unterbehörden im Auftrage des Ministers des Innern ertheilt worden, der es nicht unwahrscheinlich findet, daß Mr. Deseues bei der gegenwärtig so schwunghaft betriebenen polnischen Agitation auch die Provinzen Schlesien und Posen besuchen könnte.

Oesterreich. Wien, 27. Februar. Man erzählt sich pikante Einzelnheiten über eine Unterredung, welche der Statthalter von Tyrol, Erzherzog Karl Ludwig, mit dem Staatsminister von Schmerling vor einigen Tagen gehabt hat. Der Erzherzog hatte sich sehr bestimmt gegen die in dem bekannten Rundschreiben Schmerlings enthaltenen Grundsätze ausgesprochen und namentlich verlangt, daß für Tyrol das von dem Grafen Goluchowski ausgearbeitete altmodische, den Adel und Klerus bevorzugende Statut in's Leben trete. Graf Wolkenstein, welcher den Erzherzog begleitete, unterstützte diese Forderung dadurch, daß er die Behauptung aufstellte, die ganze Provinz wolle jenes Statut. Schmerling zeigte dem Grafen nun eine Anzahl Briefe, welche ihm in der letzteren Zeit aus verschiedenen Theilen Tyrols zugekommen sind, und worin die bekannte, von der Adelspartei ausgegangene Adresse zu Gunsten des Goluchowski'schen Statutes in den schärfsten Ausdrücken getadelt wird. Er setzte hinzu, daß er genau wisse, wie die Unterschriften zusammengebracht worden seyen, er müsse es dem Urtheile des Grafen Wolkenstein überlassen, zu entscheiden, ob Männer von Ehre auf solche Weise vorzugehen pflegen. Dem Erzherzog sagte er, daß er nicht zu dem kaiserl. Prinzen, sondern zu dem Statthalter als Staatsminister spreche; als solcher müsse er es aber entschieden tadeln, wenn man, statt einträchtig zusammen zu wirken, um das Werk der Reorganisation zu fördern, fortwährend neue Hindernisse schaffe. Er wisse recht gut, daß seine Grundsätze selbst von jenen Personen bekämpft werden, welche, da sie Sr. Majestät dem Kaiser nahe stehen, einen nicht geringen Einfluß auf die allerhöchste Person ausüben. Er aber sey entschlossen, den Kampf aufzunehmen; der Erzherzog solle übrigens nicht glauben, daß er den Posten eines Staatsministers für so angenehm halte, um ihm seine Ueberzeugung zu opfern, er sey im Gegentheil entschlossen, seine Demission zu geben, wenn ihm der Monarch sein Vertrauen entziehe und die von ihm vorgelegten Statute nicht unterzeichne. Erzherzog Rainer soll, wie man versichert, erklärt haben, die Ansichten des Staatsministers zu theilen. Was Erzherzog Karl Ludwig geantwortet hat, ist nicht bekannt geworden. (Köln. Z.)

Einen interessanten Beitrag zu den Konsequenzen des Uebergangsstadium, in dem sich derzeit die Gerechtigkeitspflege Ungarns befindet (indem eine Extradition der Geschäfte von den bisherigen kaiserlichen an die neuen Komitats-Behörden noch nicht stattgefunden hat, letztere vielmehr auf eigene Faust zu amtiren begonnen haben), entnehmen wir dem jüngsten Sitzungsprotokolle des Zempliner Komitats. Im dortigen Komitatshause werden die Gefangenen in zwei Kategorien getheilt, nämlich in kaiserlich-königliche und in konstitutionelle (d. h. in Haft und Brod des Komitats befindliche). Der Unterschied zwischen beiden besteht darin, daß erstere täglich nur zwei Pfund, letztere aber drei Pfund Brod erhalten. — Selbstverständlich ist es der Wunsch aller Inhaftirten, für konstitutionelle Verbrecher gehalten zu werden.

Wie dem „Pesti Naplo" aus dem Eisenburger Komitate geschrieben wird, sind zwei Panduren, welche arge Mißhandlungen an einem Israeliten verübt hatten, verhaftet und ist ihre strengste Bestrafung Seitens des Komitats angeordnet worden. Lange genug hat's gedauert, bis einmal dagegen eingeschritten wurde.

Großbritannien.

London, 28. Febr. Die früheren Mittheilungen über den von Kossuth hier für Ungarn veranstalteten Banknotendruck waren vollkommen richtig. Am 23. Februar war Graf Apponyi, der hiesige österreichische Gesandte, von der Regierung benachrichtigt worden, daß sie, dem Gutachten der Kronadvokaten zufolge, nicht im Stande sey, selbst einzuschreiten; er solle klagen. Er hatte dies am selbigen Tage telegraphisch nach Wien gemeldet und war von dort am 26. angewiesen worden, im Namen des Kaisers von Oesterreich die erforderlichen gerichtlichen Schritte zu thun, um den Druck zu sistiren und dem Drucker die Verabfolgung der bereits gedruckten Noten an Kossuth bis auf weitere gerichtliche Entscheidung zu untersagen. Dieser Weisung folgend, hat der Gesandte einen Prozeß eingeleitet, der unter dem Namen „the Emperor of Austria versus Day" eingetragen ist. Die Firma Day und Sons hatten nämlich den Druck für Kossuth besorgt, und der erste Schritt ist gestern gegen sie geschehen, indem Sir H. Clairns im Namen des Klägers eine injunction, d. h. eine Einstellung des Drucks und die Ablieferung besagter Banknoten beantragte, die ihm auch vom Vizekanzler J. Stuart bewilligt wurde. Aber das gerichtliche Einschreiten geschah wahrscheinlich zu spät, um die Ablieferung ganz verhindern zu können. Der Druck dauert schon viele Wochen, und über 30 Mill. Gulden waren vor acht Tagen fertig. Ob sie sofort an Kossuth abgeliefert wurden oder sich noch in den Händen der Drucker befinden, wird wohl der weitere Verlauf des Prozesses zeigen.

Frankreich.

Ein hübscher Beleg zu der Sachkenntniß französischer Publizisten in Beurtheilung ausländischer Zustände findet sich in dem Pariser Abendblatte „La Nouvelle" vom 6. Febr. Da heißt es in der einleitenden politischen Uebersicht: „Die Nachrichten aus Ungarn werden immer ernster. Man meldet, das ganze Land bedecke sich mit Komitaten" (on mande, que le pays se couvre de comitats) rc. Der gute Mann hält offenbar die Komitate für eine Art revolutionärer Verbindung.

* Die Berathung der Antwort-Adresse im französischen Senat und insbesondere die Reden über die italienische Politik der kaiserl. französischen Regierung sind nicht viel mehr als Spiegelfechterei, da man doch im Voraus weiß, daß die Mehrheit der Herren Senatoren nichts Anderes sagen wird, als was die Regierung haben will. Im besten Fall haben also die, welche mit derselben nicht zufrieden sind, durch die Debatten Gelegenheit, ihre Galle etwas zu entleeren — mehr nicht. Am 28. Februar sprachen die Herren Marquis de la Rochejaquelin, Baron Heeckeren und Pietri. Die Rede des Erstgenannten war ungewöhnlich lang, aber ohne hervorstechendes Interesse. Ein Intermezzo verdient indessen besonders hervorgehoben

---

*) Waren denn die angewandten Mittel bisher friedlich? Herr von Vincke schenkt den Italienern Venedig, ohne eine Gewähr dafür zu haben, daß sie für dieses Geschenk sich dankbar gegen Deutschland beweisen werden. Seine Freundschaft für Italien wurzelt aber eigentlich in seiner Feindschaft gegen Oesterreich; er gehört zu jenen eingefleischten Preußen, welche meinen, Preußen könne nur dadurch stärker werden, daß Oesterreich geschwächt wird. Bloß um Preußens, nicht um Deutschlands Vortheil ist es diesen zu thun; sonst müßten sie doch einsehen, daß, wie die Dinge jetzt stehen, Deutschland um so stärker ist, je stärker alle seine einzelnen Glieder sind.

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 64.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 5. März 1861.

* Die österreichische Verfassung

wird von der deutschen Presse im Allgemeinen sehr günstig beurtheilt. Selbst Blätter, die eben nicht besonders freundlich gegen Oesterreich gesinnt sind, erkennen an, daß sie ihre großen Vorzüge hat. So lesen wie z. B. in der „Köln. Ztg.“: „In der Thal, wer nicht an der bloßen Form allein hängt, sondern unbefangen und vorurtheilsfeei die den Mitgliedern des neuen Reichsrathes durch das Grundgesetz über die Reichsvertrelung eingeeäumten Rechte und Attributionen zergliedert, wird unstreitig geen zugeben, daß das künftige östereeichische Herren- und Abgeordnetenhaus an Macht und Wüede hintee keiner der bestehenden gesetzgebenden Körperschaften in den verschiedenen europäischen Staaten zueückbleibt. Die Reichsvertretung wird aus der Mitte dee durch direkte Wahlen gebildeten Provinziallandtage hervorgehen, sie hält die Schnüre des Reichsäckels in der Hand, hat das Recht der Initiative zu Gesetzvoeschlägen und tagt öffenttich; was abee meiner Ansicht nach bri Weitem das Alleewichtigste ist, ist das, daß auf die Theorie alsogleich die Praxis fotgt, indem die Landtage für den 6. und die Reichsverteetung für den 29. April d. J. sofort einberufen werden. Die Regierung hat somit ihrerseits den Wünschen und den Forderungen der Bevölkerungen gegenüber im vollsten Umfang ihre Pflicht redllch erfüllt, und wird es nun an diesen selbst liegen, den Beweis zu liefern, daß sie das ihnen übeetragene Recht der Selbstverwallung und Selbsteegierung durch selbst gewählte Verteeler auszuüben verstehen.“

Die demokratische „Zeitung für Norddeutschland“ sagt u. A.: „Wenn die neue Veifassung Oesterreichs auch nur als „Statut des Reichseaths“ bezeichnet und so der Name vermieden ist, der einmal einen unangenehmen Beigeschmack hat: so treten die Oesterreicher doch mit diesem Statut in alle Rechte, welche in konstitutionellen Staaten die Bürger besitzen. Wenn man die wenigen Paragraphen des Status durchgelesen: so wird man freilich Vieles vermissen, was man in Verfassungs-Urkunden zu finden gewohnt ist. Aber man wird auch nicht in Abrede stellen können, daß wenn das Volk dasjenige zu benutzen veesteht, was ihm gegeben worden: ihm Alles zufallen muß, was an Rechten und Freiheiten es zu einer befriedigenden politischen Existenz bedarf. Das Statut ist dee Hebel, den es nur richtig zu handhaben braucht, um aller Güter verfassungsmäßiger Zustände theilhaft zu werden. Damit soll nicht gesagt seyn, daß ich die Felsblöcke nicht sähe, oder ihr Gewicht nicht würdigte, welche in dem Reichsraths-Statut und in den Landesstatuten dem Volke in den Weg geworfen worden. Aristokratische und bureaukratische Felsblöcke; aber die Neuzeit gebietet ja übee die kräftigsten Mittel der Mechanik für die Foetbewegung. Die Landesstatute des Hrn. v. Schmerling sind alleedings sehr wesentlich verschieden von denen des Grafen Goluchowski. Die ständische Vertretung ist freilich beibehalten worden, wenn He. v. Schmeeling dieselbe auch eine Inteeessen-Vertrelung nennt. Denn unter dem „großen Grundbesitz“ sind überall nur die landtäflichen Adelsfamilien verstanden; und eben so ist auch die Vertretung der hohen Geistlichkeit beibehalten worden. Aber insofern hat Hr. v. Schmerling Recht, von einer „Interessen-Vertretung“ zu reden, als eben die Stände im Veehältniß zu ihren mateeiellen Kräften, also im Verhältniß zu den Interessen, die sie am Staate haben, in ein richtigeres Verhältniß gestellt sind. Adel und Geistlichkeit sind nach den neuen Statuten entschieden in dee Minoeität auf den Landtagen gegen Bürger- und Bauernstand. Das ist von größter Bedeutung.“

Daß die neue Verfassung nicht allen Wünschen entspricht, und manche bedenkliche Lücken hat, heben die östereeichischen Blätter, die sich im Ganzen ziemlich befriedigt aussprechen,*) selbst hervor. Ein Korrespondent der „Allg. Ztg.“ stellt die von den Wiener Blättern geäußerten Bedenken in folgenden Worten kurz zusammen: „Summa Summarum, Oesterreich hat eine Konstitution, die absolute Monarchie verwandelt sich in einen verfassungsmäßigen Rechtsstaat, der Kaiser theilt mit seinen Völkern die Vollmacht dee Gesetzgebung! Dies ist die Quintessenz der vorliegenden Dokumente. Vollkommen ist es nicht, viele Wünsche sind unerfüllt; allein die Vertreter des Volks haben wiedeeholt die Gelegenheit, zu berathen, zu petitioniren, zu beschließen und — was über Alles geht — dee Regierung die Schlüssel zur Kasse zu verweigern, wenn ihre berechtigten Forderungen kein Gehör finden. Die Mängel der Statute sind nicht schwer zu finden; sie schwimmen obenauf; man vermißt die Ministerverantwortlichkeit, die Garantie für gewisse Grundrechte, das Zugeständniß der Unverantwortlichkeit für die Deputirten, und Aehnliches mehr; aber mehe Weeth als solche in Paragraphen gebrachte Woete hat dee durch Alles durchschimmernde Entschluß eedlich, gewissenhaft, voll das Gegebene, in festee Ueberzeugung, daß es zum Heil der Völker und der Dynastie sich entwickeln kann, auszuführen.“

Die Ungarn aber, die, wie es scheint, mit nichts mehr zufrieden seyn wollen, begehren laut auf. Ihnen ist es nicht recht, daß die Verfassung des Reichs erlassen wurde, ohne daß man erst den guten Rath und die Zustimmung des ungarischen Landtags eingeholt hat (die übrigen Landtage würden sie schon ungefragt lassen). Besonders aber ärgeet es sie, daß Ungarn jetzt kein eigenes verantwortliches Ministeeium bekommen, und daß nicht der ungarische Landtag das Recht der Steuerverwilligung (für allgemeine Reichsbedürfnisse) und der Rekrutenstellung haben, sondern daß der Reichsrath diese Rechte ausüben soll. Jeder Vernünftige wird Letzteees billig finden, so lang übeehaupt Oestereeich als einheitlicher Staat bestehen soll. Aber daeum kümmern sich die Ungarn nicht; sie wollen Alles für ihren Landtag, unbekümmert, ob das Reich dabei bestehen kann oder nicht.

Deutscher Bund.

Berlin, 2. Mäez. Wie bereits erwähnt, theilt die in Mailand erscheinende „Perseveeanza“ das Schreiben des Hrn. v. Vincke mit, in welchem er die ihm von den Italieneen zugedachte Huldigung ablehnt. Dies an die Redaktion der „Perseveeanza“ gerichtete Schreiben, dessen Wortlaut jetzt voeliegt, lautet: „Wie die Zeitungen berichten, ist in Italien ein Aufruf erlassen worden, um dem Unterzeichneten einen Beweis der Aneekennung zu widmen, zum Zeichen der Dankbarkeit für seinen bei der Adreßdebatte des preußischen Abgeordnetenhauses gestellten Antrag, welcher dahin lautete: „daß es weder im preußischen, noch im deutschen Interesse liege, der fortschreitenden Konsolidirung eines einheitlichen Italiens entgegenzuteeten.“ Beseelt von dem lebhaftesten Wunsche für die Herstellung der verfassungsmäßigen Einheit Italiens in der möglichst kürzesten Zeit unlee dem Szepler seines tapfern Königs Viktoe Emanuel, hält der Unterzeichnete sich doch verpflichtet, daran zu erinnern, daß sein Antrag — wie dee Oet und die Motive, welche ihm den Ursprung gaben, beweisen — gewiß nicht die Absicht haben konnte, eine in politischer Hinsicht nue fruchtlose, bloße Sympathie auszudeücken, sondern vielmehr bezweckte, die Linie zu bezeichnen, welche im Inteeesse Preußens und Deutschlands die peeußische Regierung nach der Ansicht des preußischen Abgeordnetenhauses niemals aus dem Auge verlieeen darf: nämlich sich frei zu halten von jeder, auch nur diplomatischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten einer eben so großen als (wie man voraussetzen muß) füe Preußen wohlgeneigten Nation, einer Nation, welche für die eigene Einheit eintritt, deeen Herstellung mittelst

*) „Das Statut, sagt die „Oesterr. Z.“, erschließt mit einem Schlag allen Oesterreichern, gleichgültig, ob Katholik oder Protestant, Christ oder Jude, die Möglichkeit, im Unterhause vertreten zu seyn.“

wohl auch bedenken [und hätte dort wohl auch ein Wort für die süddeutschen Brüder haben sollen. — Diese Worte (württembergischer hervorragender Demokraten!) geben der Stimmung in unserem Lande den berechtigten Ausdruck. Hienach möge man in Preußen ermessen, daß, wenn bei uns hie und da ein Mitglied für den Nationalverein gewonnen wird, wir in Süddeutschland unter demselben etwas ganz Anderes verstehen, als dies in Preußen geschieht. — Schließlich wurde, dem Wunsch der Regierung entsprechend, das Rekrutenkontingent für die Jahre 1861 — 1863 von 4000 auf 4600 Mann erhöht (mit 76 gegen 8 Stimmen; diese acht Stimmen gehören den Radikalen und Nationalvereinsfreunden Hölder, Fetzer, Duvernoy rc. an).

Großh. Hessen. Darmstadt, 2. März. Die Juristenfakultät in Heidelberg hat, auf Anfrage der Vertheidiger der 109 Bürger von Offenbach (gegen welche übrigens die Untersuchung schon niedergeschlagen ist), ein Rechtsgutachten erstattet, wonach die großh. hessischen Verordnungen gegen politische Vereine verfassungswidrig erlassen, keinesfalls mehr in Geltung, die Gerichte aber berechtigt und verpflichtet seyen, die Verfassungsmäßigkeit derselben zu prüfen. (Tel. d. Fr. J.)

Frankreich.

Paris, 2. März. Im weiteren Verlauf seiner gestrigen Rede vertheidigte Prinz Napoleon die englische Allianz, nicht die mit dem Ministerium, sondern die mit dem liberalen großen englischen Volke, „die, mit welcher wir die großen Prinzipien der Freiheit und des Fortschrittes vertheidigen können." Er rechtfertigte sodann die Politik Piemonts, bezeichnet die Einheit Italiens als günstig für Frankreich, da Italien der natürliche Verbündete Frankreichs sey. Für Venetien hat der Prinz Worte der Sympathie, er betrachtet aber einen Angriff auf dasselbe als unzeitig und beklagenswerth; voraus sieht er, daß das geeinigte Italien bald Rom als Hauptstadt fordern werde. Die Schwierigkeit bestehe darin, die Unabhängigkeit des Papstes sicher zu stellen, denn der heilige Vater könne nicht der Unterthan eines andern Fürsten werden. Indem man dem Papst das Recht auf einen Theil der Stadt Rom mit einer Garnison und einem von den Mächten garantirten Budget zusichere, würde auch die Unabhängigkeit desselben gesichert seyn. Der Prinz erklärt sich im Wesentlichen als einen Gegner der Vereinigung weltlicher und geistlicher Herrschaft, die ein Zwang der Gewissen seyn würde.

Der Kaiser hat verordnet, daß alle Schrauben-Linienschiffe der französischen Marine, insgesammt 38, innerhalb vier Monaten von jetzt ab in vollkommenen Stand gesetzt werden sollen.

Italien.

Aus München, 2. März, schreibt man der „Allg. Ztg.": „Die Nachricht einiger italienischen Zeitungen, als habe Piemont energisch und öffentlich gegen die Anwesenheit der k. neapolitanischen Majestäten in Rom protestirt, und daß diese Protestation von Frankreich und England unterstützt worden sey, wird widerrufen. Allerdings wünscht die piemontesische Regierung, es möchte sich der König einen andern Aufenthaltsort wählen, aber offiziell wurde deßhalb kein Schritt gethan. Von den Tuilerien soll gleichfalls dem König Franz II. nur indirekt angedeutet worden seyn, daß, wenn er freiwillig Italien verlassen möchte, Frankreich all seinen Einfluß in Turin geltend machen würde, daß dem König sein Privatvermögen ungeschmälert erstattet werde."

Man wird sich der vor einigen Wochen erwähnten angeblichen Proklamation Franz' II. an die Sizilianer erinnern, die, wenn wir nicht irren, zuerst von der „Gazz. di Verona" gebracht wurde. Wir konnten vornherein das seltsame Aktenstück nur für apokryph halten, und glauben die Bestätigung dafür in einer Korrespondenz der „Opinione" aus Palermo zu finden, welche ohne Zweifel diesen Aufruf im Auge hat, wenn es darin heißt: „Ein gewisser Baron, der jetzt in Neapel weilt, ein wunderlicher Kopf, von lange her Gegenstand des Spottes durch seine literarischen und politischen Excentricitäten, hat vom Festlande eine spaßhafte Proklamation im Namen Bombino's (Franz II.) geschickt, in welcher den Sizilianern die schönsten Dinge versprochen werden; ein Schwager von ihm, Exoffizier in den Fremdenbataillonen im bourbonischen Dienste, hat den Ueberbringer gemacht; aber unsere Quästur hatte wenig zu thun, um ihn zu ertappen und in's Gefängniß zu schicken."

Rußland und Polen.

Warschau, 26. Febr. Ueber die Vorfälle vom 25. Februar entnehmen wir der „Bresl. Ztg." noch folgende Mittheilungen: „Zur Erinnerung an die denkwürdige Schlacht bei Grochow (in der Nähe von Warschau belegen), durch welche im Jahre 1831 die polnische Armee einen bedeutenden Sieg über die Russen davongetragen hat, sollte am gestrigen Tage auf dem Schlachtfelde ein Gottesdienst abgehalten werden. Gestern Morgen luden nun Anschlagezettel zur Theilnahme an den Gottesdienst ein. Gegen 30,000 Menschen versammelten sich um 6 Uhr Abends auf dem alten Markt, um sich der von dem auf der Fretastraße belegenen Paulinerkloster ausziehenden Prozession anzuschließen. Vorher waren indessen unter dem Kommando eines Generals die angrenzenden Straßen, der alte Markt selbst, mit Artillerie, Kavallerie und Infanterie stark besetzt worden. Dem Andrang der sich versammelnden Menge wurde kein Hinderniß in den Weg gelegt. Um 6½ Uhr setzte sich unter dem Läuten der Glocken die Prozession in Bewegung. Voran eine größere Anzahl Fackelträger, ihnen folgten die Kirchenfahnen und unter diesen eine große rothe Fahne mit dem polnischen weißen Adler. Ein einmüthiger Freudenruf begrüßte dies Zeichen, worauf der Ruf erscholl: Beten! Die ganze versammelte Menge warf sich zu Boden und verrichtete ein etwa 5 Minuten langes Gebet. Hierauf sollte sich der Zug wiederum in Bewegung setzen. Da ertönte Seitens des Militärbefehlshabers das Kommandowort Vorwärts, und eine Abtheilung schwerer Reiter sprengte in die dichtgedrängten Menschenhaufen ein. Da diese dem Andrange der Kavallerie nicht sofort zu weichen im Stande waren, so wurde von der blanken Waffe Gebrauch gemacht und in die wehrlosen Massen eingehauen. Man erzählt, daß eine Menge Verwundungen und auch einige Todesfälle vorgekommen seyn sollen. Das Letztere ist nicht verbürgt. Der Ober-Polizeimeister, welcher den Befehl zum Vorwärtsgehen der Truppen gegeben haben soll, wurde von der aufgeregten Menge mit Straßenkoth beworfen und, wie man wissen will, aus dem Wagen gerissen und stark beschädigt. Zahlreiche Verhaftungen wurden heute und auch schon gestern auf der Stelle vorgenommen."

Warschau, 28. Febr. Die Ruhestörungen haben sich gestern wiederholt. Gegen 12 Uhr Mittags fand in einer Kirche auf der Leschnostraße ein Trauergottesdienst für die am 25. Gefallenen statt. Die Polizeibehörde setzte diesem Vorhaben nichts in den Weg, so daß sich eine große Menge von Leuten jeden Alters, Geschlechtes und Standes an der Ceremonie betheiligte. Nach beendetem Gottesdienst rückte die ganze Masse in geschlossenem Zuge nach der Krakauer Vorstadt. Dort traf die Menge zufällig ein Begräbniß, und benutzte diese Gelegenheit zu einer abermaligen Demonstration, behauptend, daß die Leiche zu den am 25. Verunglückten gehöre. In der Krakauer Vorstadt standen schon seit Mittag Kavallerie- und Infanterie-Piquets, welche die Ordnung aufrecht zu erhalten hatten. Eine dieser Abtheilungen, aus ca. 40 bis 50 Mann Kosaken bestehend, wollte nun die Vereinigung der von der Leschnostraße kommenden Menge und dem Begräbniß, welches die Krakauer Vorstadt entlang kam, verhindern, ritt daher derselben entgegen und wollte sie zurückdrängen. Da dies im friedlichen Wege nicht glückte, machten die Kosaken Gebrauch von den kleinen Lederkantschuen, die sie zum Antreiben ihrer Pferde benutzen. Vorn im Zuge befanden sich Ordensgeistliche, und diese waren die ersten, welche von den Kosaken auf diese Weise zurückgetrieben wurden. Dies erbitterte die Menge, sie griff nach Koth und Steinen, warf damit nach den Truppen und zwang dieselben, unter allgemeinem Hohngelächter ein Stück zurückzugehen. Die Kosaken sammelten sich indessen baldigst wieder, griffen nach den über dem Rücken hängenden Flinten, schossen erst einigemal blind, und als die Menge nicht wich, der Angriff mit Steinen vielmehr fortgesetzt wurde, scharf. 4 Personen fielen todt nieder, mehrere wurden mehr oder weniger erheblich verwundet. Die Menge stob nunmehr auseinander. Die Läden wurden geschlossen. Die Leichen wurden auf Bretter gelegt und hoch emporgehoben durch die Straßen fortgetragen. In kurzer Zeit sammelten sich wiederum große Menschenmassen, welche den Schauplatz zu sehen wünschten. In großer Aufregung einander die eben geschehenen Ereignisse mittheilen, durchzogen sie die Straßen bis spät in die Nacht. — In dem Umstande, daß die Demonstrationen wiederholt werden, und daß augenscheinlich Seitens des Publikum aggressiv verfahren wird, will man eine leitende Hand erkennen; und in den Ereignissen vom 25. und 27. nur Vorspiele und Einleitungen zu ernsteren Conflikten erblicken. Große Waffenvorräthe sollen in der Stadt aufgehäuft seyn. Die Stimmung im Publikum ist eine durchaus revolutionäre. (B. B.-Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 63.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Montag, 4. März 1861.

Deutscher Bund.

Bayern. Der ziemlich ausführlichen Motivirung des Müller'schen Amnestie-Antrages entnehmen wir folgende Stellen: „Wir wissen nicht genau, wie groß die Anzahl Derjenigen ist, welche in den Bereich der Amnestie fallen würden; nach ungefährer Berechnung sind es deren noch über 200. Wenige werden im Stande seyn, Gebrauch von derselben zu machen. Wohl die meisten haben sich in der Fremde niedergelassen und sind an ihren neuen Wohnort gefesselt; manche deckt bereits die Erde. Aber auch Wenigen wohlthun, ist Verdienst.“ . . . . Wir beantragen, die Amnestie auch auf die Militärpersonen auszudehnen. Wir verkennen dabei keineswegs, wie viel schwieriger die Amnestie den strengen Militärgesetzen gegenüber Platz greift. Wir wissen auch recht wohl, daß durch den damaligen General-Kommandanten der Pfalz ein Generalpardon erlassen wurde — es war der erste belebende Hoffnungsstrahl, der damals die geängsteten Gemüther wieder erhob — allein leider waren die meisten Soldaten nicht in der Lage, rechtzeitig von diesem Erlasse Kenntniß zu bekommen: sie würden wohl nicht versäumt haben, sich diesem edelmüthigen Aufruf zu unterwerfen. Es wäre deßwegen Unrecht, die harte Strafe der Verbannung unwiderruflich auf ihnen lasten zu lassen. Wohl Niemand wird in der vorgeschlagenen Maßregel eine Gefahr für die Ruhe des Vaterlandes erblicken wollen . . . . im Gegentheil wird dieses Mittel ein neues Band der Anhänglichkeit um Thron und Vaterland ziehen und der Regierung neue und tiefe Sympathien zuführen. Zudem stehen wir in Deutschland, in Bayern insbesondere, auf einem ganz anderen Standpunkte als zur Zeit der Erlassung des Amnestiegesetzes von 1849, und es erscheint als ein Gebot der Staatsklugheit, mit der Vergangenheit möglichst vollkommen abzuschließen.“ . . . . „Staatsklugheit, Gerechtigkeit, Menschlichkeit fordern zu gleicher Zeit zu diesem Antrage auf; wir hoffen, daß auch die hohe Kammer ihn beifällig aufnehmen werde.“ (Südd. Ztg.)

München, 2. März. Se. Maj. der König hat das Kural- und Schulbenefizium Altenberg, Ldg. Lauingen, dem Verweser desselben, Priester Jakob Kinzelmann, übertragen; die protestant. Pfarrstelle St. Michael zu Thalmessingen nebst der Dekanatsfunktion dem Pfarrer in Unterasbach, Dek. Gunzenhausen, G. Reichenbach, verliehen; genehmigt, daß die zweite prot. Pfarrstelle zu St. Georgen bei Bayreuth von der Strafarbeitshaus-Predigerstelle daselbst getrennt und beide Stellen fortan selbständig besetzt und zur Bewerbung in solcher Weise ausgeschrieben werden.

(N. M. Z.)

** München, 2. März. Der vorgestern erwähnte Beschluß des besonderen Ausschusses der Kammer der Abgeordneten lautet wie folgt: „Die Kammer der Abgeordneten, festhaltend an Bayerns konstitutioneller Auffassung seiner Stellung zum deutschen Bunde und in Erwägung 1) daß der Bundesbeschluß vom 27. März 1852 im Widerstreite mit dem klaren Wortlaute des Art. 56 der Wiener Schlußakte, dem Bundestage die Gewalt vindizirt, die Verfassung eines deutschen Staates ohne Beachtung der im genannten Artikel geforderten Voraussetzungen außer Wirksamkeit zu setzen oder setzen zu lassen; 2) daß aber auch die Motive, auf welchen jener Beschluß fußt, auf alle Verfassungen Deutschlands anwendbar, eine Einwirkung der Bundesversammlung auf die inneren Angelegenheiten der Einzelstaaten, also auch Bayerns, zulässig erscheinen ließen, wodurch die Unabhängigkeit Bayerns in seinen inneren Angelegenheiten und verfassungsmäßigem Zustande dringend gefährdet ist; 3) daß endlich die beklagenswerthen Wirkungen jenes rechtswidrigen Bundesbeschlusses in den Verfassungswirren Kurhessens thatsächlich hervorgetreten, deren Beseitigung nicht minder ein deutsches als kurhessisches Bedürfniß ist, — legt feierliche Verwahrung gegen den Bundesbeschluß vom 27. März 1852 und die ihm zu Grunde gelegten Motive ein in der zuversichtlichen Erwartung, daß von Seite Bayerns zur Wiederherstellung des Rechtszustandes in Kurhessen in geeigneter Weise mitgewirkt werde.“

Kaiserslautern, 25. Febr. Unter dem Heiligen ist hier an dem Bezirksgericht eine Gerichtsverhandlung vorgekommen, die den Beweis liefert, wie die traurigen Verhältnisse in der protest. Kirche der Pfalz immer mehr an Erbitterung zunehmen. Aus Altenbamberg nämlich waren 7 Beschuldigte vorgeladen wegen Singens aus dem alten Gesangbuch in der Kirche, während die Anderen aus dem neuen Gesangbuch sangen. Es wurden daher 6 wegen Störung des Gottesdienstes, jeder zu 7 fl. 28 kr. Geldstrafe und die Kosten verurtheilt, der Eine jedoch als nicht betheiligt freigesprochen. Die Rede der kgl. Staatsbehörde stellte zuerst die Strafbarkeit einer Störung im Gottesdienste fest, wie sie hier vorlag, und wies aber auch auf der andern Seite nach, wie durch die starrsinnige Taktlosigkeit der Geistlichen dieser Vorfall theils hervorgerufen und verschlimmert worden war. Die Verurtheilten ließen sofort ein Gnadengesuch an den König abgehen.

Württemberg. Stuttgart, 1. März. Die Sitzungen, mit welchen die Kammer der Abgeordneten gestern und heute ihre Arbeiten nach einer zweijährigen Vertagung wieder aufgenommen hat, zeigen ein mehr als gewöhnliches Interesse nach innen und außen. Der gestrige Beschluß, den von der staatsrechtlichen Kommission ausgearbeiteten Bericht über das Konkordat sofort zu berathen, und nicht zu warten, bis der Bericht über die neue Regierungsvorlage bezüglich des Konkordats fertig ist, zeigt, daß die Kammermehrheit nichts von einem Vertrag mit dem Papst hören, sondern die katholisch-kirchlichen Verhältnisse, wie in Baden, im Wege der Gesetzgebung geordnet wissen will. — Noch wichtiger erscheint die heutige Sitzung, sofern sich darin bei Anlaß des Rekrutirungsgesetzes die allseitige Stimmung der Kammer hinsichtlich der Tagesfrage über die oberste Leitung in Deutschland deutlich aussprach. Es wurde nämlich von Wiest auf die Vincke'sche Berufung über die „Consolidirung“ Italiens Bezug genommen, und von ihm, Probst und den anderen Rednern erwidert, daß man damit in Süddeutschland gar nicht einverstanden sey, daß man in Süddeutschland die Sicherung Deutschlands im Süden der Alpen für eben so nothwendig erachte, wie am Rhein; daß Venetien nicht aufgegeben werden dürfe, wenn man nicht dem Feinde den Weg bis in das Herz Deutschlands öffnen wolle; wozu Probst anfügte, daß er nur Sympathien für das deutsche Vaterland kenne, nicht für ein fremdes Land, wenn dieses auch durch Heldenthaten sich auszeichnen möge, und daß er die Sympathien für ein fremdes Land für Verrath erkenne. Schließlich sagte Mohl unter allseitiger Zustimmung, daß es ihm geboten erscheine, daß es bei uns, in einer süddeutschen Kammer, laut ausgesprochen werde, wie wir in Süddeutschland von der in Preußen sich kund gebenden Beanspruchung einer militärischen und diplomatischen Leitung Deutschlands durchaus nichts wissen wollen, und daß die Einheit Deutschlands nicht hergestellt werde durch Unterordnung oder Mediatisirung der Regierungen, durch Unterordnung der einzelnen Volksstämme unter einen andern; daß wir in Süddeutschland so gut zu den edelsten deutschen Volksstämmen uns rechnen als irgend ein anderer, daß eine militärische und diplomatische Führung von Seiten Preußens uns weder helfen könne, noch wir nach einer solchen auch irgendwie verlangen. Er glaube, daß die Regierungen ganz im Rechte seyen, wenn sie eine solche Organisation der Militärkräfte verlangen, bei welcher die Selbständigkeit der einzelnen Staaten faktisch und rechtlich gesichert bleibe. Was die Vertheidigung Deutschlands betreffe, so sey Preußen nicht so stark, um Süddeutschland 50,000 Mann zuzuschicken. Deutschland habe, sagte Mohl weiter, nicht blos eine Rheingrenze, sondern auch eine Grenze gegen Italien, und es sey dabei betheiligt, daß es auf der Südseite der Alpen fest dastehe, wenn es nicht zwei Feinde für einen bekommen wolle, dies hätte man in Preußen

Turin, 27. Febr. Die in der gestrigen Sitzung angenommene Adresse des Senats an den König spricht das Vertrauen aus, „daß Kaiser Napoleon seine großmüthigen Vorsätze nicht aufgeben werde, welche ihm eine Quelle des Ruhmes, Italien eine kräftige Hilfe waren; daß England auch ferner Italiens freies Volk unterstützen, und daß Deutschland (?) das Vertrauen und die Sympathie Italiens erwidern werde. Ganz Italien ist bereit, alle Maßregeln freudig zu begrüßen, welche zur Verstärkung des Heeres und der Flotte ins Werk gesetzt werden. Der kriegerische Geist der italienischen Völker, der sich in ihrer kräftigen Jugend unter der Führung Garibaldi's so ungestüm entwickelte, zeigt an, daß Italien sich nur mit eigenen Kräften (also ohne nochmalige Beihilfe Frankreichs) die Elemente der innern Disziplin und der äußeren Vertheidigung verschaffen werde." (Tel. d. Ostd. Post.)

Turin, 1. März. Die in Messina verhafteten und hieher gebrachten drei Franzosen (Legitimisten, welche sich den Vertheidigern der Citadelle anschließen wollten) mußten, auf erhaltenen Befehl aus Frankreich, freigelassen werden. (T. d. Allg. Z.)

Neapel, 23. Febr. Der Prinz-Statthalter forderte den Kardinal-Erzbischof auf, seinen Beitritt zur legitimen Regierung Viktor Emanuels zu erklären; im Falle der Verweigerung werde ihm die Ausübung seines nicht legalen Berufes untersagt. (Tel. d. Ostr. Post.)

Neapel, 28. Febr. Gegen Civitella del Tronto wurde das Feuer eröffnet. Dem Erzbischof-Kardinal Sforza wurden von bezahltem Gesindel wiederholt die Fenster eingeworfen. (Tel. d. Allg. Ztg.)

Messina, 26. Febr. Cialdini ist bereits hier angekommen. (Tel. d. Ostr. Post.)

Gaeta. Der Tagesbefehl, mit welchem König Franz am 14. Februar von seinen Soldaten Abschied nahm, wird von den Wiener Blättern wörtlich mitgetheilt. Im Eingange wird längererer Widerstand als fruchtlos bezeichnet. Es heißt weiter: „Soldaten der Armee von Gaeta! Seit zehn Monaten kämpfet Ihr mit unvergleichlichem Muthe: der innere Verrath, der Angriff fremder revolutionärer Banden, der Einfall einer Macht, welche man für befreundet hielt, nichts hat Eure Bravour zu zähmen, Eure Standhaftigkeit zu ermüden vermocht. In der Mitte der Leiden jeder Art durchschrittet Ihr die Schlachtfelder, den Verräthereien, die schrecklicher als Eisen, als Blei, Trotz bietend. Ihr seyd nach Capua und Gaeta gekommen, indem Ihr Euren Heldenmuth an den Ufern des Volturno und Garigliano fortsetztet, drei Monate lang innerhalb dieser Mauern die Anstrengungen eines Feindes herausfordertet, welcher über alle Hilfsquellen Italiens verfügte. Dank Euch ist die Ehre der Armee beider Sizilien gerettet. Dank Euch kann Euer Souverän das Haupt mit Stolz erheben und auf dem Boden des Exils, wo er die Gerechtigkeit des Himmels erwarten wird, wird die Erinnerung an die heldenmüthige Loyalität seiner Soldaten der süßeste Trost in seinem Unglücke seyn. Eine besondere Medaille wird unter Euch zur Erinnerung an die Belagerung vertheilt werden, und wenn meine theuren Soldaten in den Schooß ihrer Familien zurückkehren werden, werden alle Ehrenmänner das Haupt auf ihren Schritten neigen und die Mütter werden als Beispiel den Söhnen die braven Vertheidiger von Gaeta zeigen. Generale, Offiziere und Soldaten! Ich danke Euch Allen; Allen drücke ich die Hand mit dem Ergusse der Zuneigung und Erkenntlichkeit. Ich sage Euch nicht Lebewohl, sondern Auf Wiedersehen! Bewahret mir unterdessen Eure Loyalität, wie Euch seine Dankbarkeit und seine Liebe bewahren wird Euer König Franz."

Der „Nazionale" bringt eine längere Schilderung der Uebergabe und des Zustandes von Gaeta. König Franz küßte, bevor er sich einschiffte, den letzten Soldaten mit den Worten: „Gib diesen Kuß für mich allen meinen treuen Soldaten und sage ihnen, daß wir uns binnen einem Jahre wiedersehen werden." In dieser Fassung sandte denn auch der König an die Kommandanten von Civitella del Tronto und Messina nicht den Befehl zur Uebergabe, sondern vertraute Boten, um sie im Widerstande zu ermuthigen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	$75\frac{1}{2}$ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$59\frac{5}{8}$ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$60\frac{1}{8}$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	$42\frac{1}{8}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$37\frac{3}{4}$ P.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$87\frac{1}{4}$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	103 P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jahr. dto.	102 G.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	103 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	100 P. $99\frac{3}{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100 P. $99\frac{3}{4}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$85\frac{1}{4}$ G.
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	104 G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{2}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	103 P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$94\frac{7}{8}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$101\frac{1}{2}$ G.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	94 P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$101\frac{3}{4}$ P. 101 G.
"	4 pCt. Obl. dto.	$98\frac{5}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$97\frac{1}{4}$ P.
"	3 pCt. Obl.	80 P.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47 P.
"	$1\frac{3}{4}$ pCt. " " "	$41\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr	$95\frac{5}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	109 P. $108\frac{1}{2}$ G. (ex D.)
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	582 P. ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$130\frac{1}{2}$ P. 130 G. ex D.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	180 P. 179 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$65\frac{1}{8}$ G.
Internationale Bank in Luxemb. . .	80 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	337 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$68\frac{1}{2}$ G.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	226 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	125 P.
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$72\frac{3}{4}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	25 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	130 P.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$93\frac{1}{2}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{1}{4}$ P.
Südd. Bank-Akt. 30 pCt. Einz.	237 G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	500 P.
" Credit-Akt. d. Geo. Pereire .	465 G.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	104 P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	$101\frac{1}{2}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B. $99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$95\frac{3}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
Hamb. Mk. 100 k. S.	$88\frac{1}{4}$ B.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{3}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{1}{8}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. k. S.	$79\frac{1}{4}$ B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	75 P. 74 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	47 P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$88\frac{1}{4}$ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$128\frac{1}{2}$ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$85\frac{1}{2}$ P.	" fl. 25 do.	$34\frac{1}{4}$ G.
" fl. 100 Kmb. l. v. 1858	91 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	34 P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beilt.	$117\frac{1}{4}$ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	$49\frac{3}{4}$ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$85\frac{7}{8}$ P.
Badische fl. 50	$85\frac{7}{8}$ P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{3}{8}$ G.
Badische fl. 35	53 P. $52\frac{1}{2}$ G.	Ansb.-Gunzenh. fl. [illegible]	$10\frac{7}{10}$ P.

Frankfurt, 2. März. Der Hauptumsatz fand in österr. National und Kreditaktien zu etwas niedrigeren Kursen statt. Auch Frankf. und Darmstädter Bankaktien waren billiger angeboten. Pfälz. Maxbahn erfuhren einen bedeutenden Rückgang. (Synd.)

sie abhalte, einen kräftigen deutschen Oberbefehl herzustellen. Kriegsminister von Miller versicherte, daß die Regierung auf der Basis der Bundeskriegsverfassung in Beziehung auf Führung und Oberleitung Alles gethan habe, was zum allgemeinen Besten habe geschehen können. Was die Verhandlungen betreffe, so sey er über ihren jetzigen Stand nicht unterrichtet, und es sey hierüber der Hr. Minister des Auswärtigen zu befragen. Aus Anlaß des neu vorgelegten Gesetzentwurfs kam dann das Konkordat zur Sprache. Duvernoy stellt den Antrag, der Bericht der staatsrechtlichen Kommission über das Konkordat solle ohne Berücksichtigung des neuen Entwurfes, dessen sehr umfassende Motive die Verhandlung über das Konkordat sehr verzögern würden, auf die Tagesordnung der nächsten Woche gesetzt werden. Der Antrag wird nach sehr lebhafter, lange dauernder Debatte mit 45 gegen 42 Stimmen angenommen.

* Die württembergische Regierung will sich, Angesichts der von Außen drohenden Gefahren, mit ihrem Landtag auf einen freundlicheren Fuß stellen. Deßhalb wurde jüngst die Preßverordnung von 1856 gemildert, deßhalb durch die neuliche Gesetzvorlage dem Landtag Gelegenheit gegeben, sich über das Konkordat auszusprechen (wozu ihm früher die Minister die Befugniß bestritten hatten), deßhalb endlich am Bundestag die oben mitgetheilte Erklärung abgegeben. Früher hatte die württembergische Regierung an dem Recht der administrativen Konzessions-Entziehung, das sie jetzt durch die neue Preßverordnung selbst aufgegeben hat, zähe festgehalten und namentlich sich darauf berufen, der Bundesbeschluß von 1854 verpflichte sie dazu. Tempora mutantur!

Oesterreich. Wien, 28. Februar. Ich schreibe Ihnen heute über den Eindruck, den das gestern veröffentlichte Staatsgrundgesetz machte, noch bevor ich die Leitartikel der hiesigen Morgenblätter gelesen, nur nach den Beobachtungen, die ich selbst darüber anzustellen in der Lage war. Im Allgemeinen, scheint mir, ist der Eindruck bei allen Unbefangenen überwiegend gut gewesen. Man anerkennt den liberalen und loyalen Geist der Verfassungsurkunde und ist unparteiisch genug, um dem Staatsminister Schmerling einige der Zugeständnisse, zu denen er sich verstehen mußte, nicht zur Last zu rechnen. Die Urkunden waren größtentheils schon definitiv beschlossen, als es den Klerikalen und Aristokraten nochmals gelang, einige kleinere Aenderungen dem Kaiser zu empfehlen. In Folge dessen fand am Sonntag abermals eine „letzte" Ministerkonferenz statt, in der jene Formänderungen durchgesetzt wurden, z. B. das Wort Reichsrath an Stelle des schon beschlossenen Reichstags u. A. m. (Südd. Z.)

* Es heißt, in Venetien solle jetzt, um der österreichischen Regierung dort ihre Sache recht schwer zu machen, eine allgemeine Steuerverweigerung durchgeführt werden; Die Partei, welche gegen Oesterreich hetzt, ist allerdings keck und stark genug, um ihr diesen Plan zuzutrauen, und versteht es meisterlich, die ruhigen Einwohner so einzuschüchtern, daß sie ihren Vorschriften sich fügen.

Frankreich.

Die neue französische Expedition unter Admiral Charner sollte am 26. Januar von Shanghai nach Cochinchina abgehen. Spanien lehnt jede Betheiligung an derselben ab. Die „Patrie" macht ihm darüber einige gelinde Vorwürfe; Frankreich habe gar oft uninteressirte Dienste an Spanien geleistet und namentlich bei dem Krieg mit Marocco durch seine mächtige Flotte bei Gibraltar dafür gesorgt, daß England trotz allem üblen Willen das Völkerrecht nicht verletzte.

Italien.

Wie man aus Rom vom 23. Febr. schreibt, hat, einem allgemein verbreiteten Gerücht zufolge, Napoleon III. ein sehr nachdrückliches Schreiben an den General Goyon gerichtet, und darin erklärt, daß er keine Demonstration in Rom mehr dulde. Wenn man wieder eine solche versuche, werde er die Okkupationsarmee um 12,000 Mann verstärken. (Die Gelegenheit wird ihm sehr willkommen seyn.) Was die Vermehrung der Armee betrifft, so sind schon Anzeichen dafür vorhanden; so hat z. B. ein Lazareth in Civitavecchia, welches seither als Waarenlager diente, geräumt werden müssen, und soll nun in eine Kaserne umgewandelt werden.

Neueste Nachrichten.

München, 1. März. Der Kaiser von Oesterreich hat abermals zum Ausbau der Kaiserhalle im Speyerer Dom eine Zahlung von über 4000 fl. machen lassen. (Tel. d. Allg. Ztg.)

Brünn, 28. Febr. Aus Anlaß der Verlautbarung der Staatsgrundgesetze war heute Theater mit festlicher Beleuchtung. Die Kommune beabsichtigt eine Dankadresse an Se. Maj. den Kaiser, Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an den Herrn Staatsminister v. Schmerling und Betheilung der Stadtarmen mit 2500 Gulden. (Aehnliche Berichte liegen auch aus Troppau, Laibach 2c. 2c. vor.) (Tel. d. Ostd. Post.)

Pesth, 1. März. Am Freitag beschloß die Stadtversammlung, auf die Bürgerbeschwerde wegen der Verhaftung von Wählern aus Mißverständniß durch eine Polizeipatrouille, eine Adresse an den Kaiser und eine Deputation an den Tavernicus, um Entfernung der kaiserlichen Polizei zu senden. Sie wies eine Kommission an, Landtagslokale in Pesth herzurichten. (Pesth scheint sich also immer noch Hoffnung zu machen, daß der Landtag von Ofen dahin übersiedeln werde.) (Tel. d. Allg. Ztg.)

---

derer Knaben zu kümmern, gingen sie in das Aufenthaltszimmer, um unter lautem Schluchzen und Flehen Gott um Verzeihung ihrer Sünden zu bitten.

„Die Zahl der von dem Waisenvater in bezeichneter Weise herangezogenen Knaben wuchs bald auf 16, und am 31. Januar füllte sich schon ein ganzes Zimmer mit solchen in einen religiösen Wahnsinn versetzten Knaben an. Aus der Mitte derselben erhob sich ein zehnjähriger Knabe und sprach: „Ihr wißt, daß die Heuchelei eine große Sünde ist. Es steht geschrieben, daß die Heuchler nicht in den Himmel kommen. Wem es von euch nicht ernst ist, der gehe lieber von uns weg." Darauf hielt der Knabe einen Vortrag über eine Stelle aus der Offenbarung. Dreißig Knaben und dreißig Mädchen gehören jetzt zu den sogenannten „Angefaßten". Die Knaben begaben sich insgesammt nach der Gebetstunde in den Keller, um für ihre Besserung zu beten. Ein vierzehnjähriger Knabe, der sich bis jetzt geweigert hatte, an dem religiösen Schwindel theilzunehmen, war durch das von den „angefaßten" 60 Kindern für ihn laut dargebrachte Gebet so weit gebracht worden, daß er auch in den Keller lief und dort von heftigen Krämpfen, welche Angst und Schrecken verursacht hatten, befallen wurde. Die Krämpfe währten die ganze Nacht. Ueber drei Stunden war er der Sprache beraubt. Auch hatte er einen gewaltigen Hunger, aber nicht, wie der Waisenvater sagte, nach irdischer Speise, sondern nach Seelennahrung. Trotzdem wollte nach Aussage des Waisenvaters der wahre Glaube den Knaben nicht erfüllen. Es mußten deßhalb die „angefaßten" Mädchen und Knaben singen und beten, Schriftabschnitte vorlesen, bis zuletzt der unglückliche Knabe mit seinen krampfhaft zitternden Händen selbst eine Stelle aus der Bibel zum Vorlesen aussuchte. Endlich nach langen 24 qualvollen Stunden hatte der Waisenvater durch sein und der Kinder Gebet den Knaben bekehrt und ihn erfüllt mit seinem Glaubenslicht. Infolge dieses Wunders, das der Waisenvater herabgefleht, stieg die Anzahl der „angefaßten" Knaben auf 37. Die Zahl der „angefaßten" Mädchen vergrößerte sich jetzt nicht, wiewohl sich eine größere Anregung ihrer Gefühle kund gab. In der zur Danksagung für das an den Knaben geschehene Wunder anberaumten Gebetstunde fanden sich jedoch 60 Knaben und 60 Mädchen ein. Nach dieser Gebetsversammlung dauerte die Aufregung, das Jammern und Flehen um Vergebung der Sünden bis gegen 1 Uhr Nachts. Am 3. Febr. wiederholten sich bei vielen Kindern die Krämpfe infolge von Angst und Schrecken um ihre Sünden. Nachts um 11 Uhr kamen noch drei größere Mädchen zum Vorsteher, deren Seelenangst der Vorsteher mit Gebet beruhigen mußte. Bald darauf wurde er in einen Schlafsaal der Mädchen gerufen, wo der größte Theil der Mädchen versammelt war und schluchzte und weinte. Die leichtsinnigen Mädchen lagen auf den Gängen umher und weinten. Am 4. und 7. Febr. wiederholten sich die Bekehrungsscenen. Ein siebzehnjähriger Knabe, dem „der Satan den Mund zugehalten, wenn er beten wollte", wurde mit aller Gewalt von den Anwesenden zum Beten aufgefordert, damit der Satan ihn nicht lebendigen Leibes hole."

Diesem Berichte ist nur noch hinzuzufügen, daß in der Sitzung der Stadtverordneten zu Elberfeld am 19. Febr. der Oberbürgermeister die Anzeige machte: er habe persönlich die Sachlage untersucht. Die Versammlung mißbilligte den Skandal auf das höchste. Die Armenverwaltung wurde ermächtigt, den Vorsteher des Waisenhauses sofort vom Amt zu suspendiren, was auch bereits geschehen ist.

rührung brachte. Die Reaktion merkte nicht sobald die Abneigung des Prinzen, als sie ihn durch tausend kleine Nadelstiche, aber auch durch plumpe Invektiven und grobe Intriguen persönlich zu zu verletzen begann.

Als der König erkrankte, ließ der Prinz sich durch eine angeborne Neigung zu Kompromissen und zur Nachgiebigkeit bewegen, ein Jahr lang das verfassungsmäßig sehr zweifelhafte Amt eines Stellvertreters zu verwalten. Als es sich aber darum handelte, die Stellvertretung unter offener Verletzung der Verfassung zu verlängern, da sah er den Abgrund, in den solch ein Rechtsbruch unser Land führen muß. Zum Diener der Kreuzzeitungspartei konnte und wollte sich der Prinz nicht hergeben. Er übernahm die verfassungsmäßige Regentschaft.

Manteuffel zeigte sich in den letzten Monaten seiner Amtsverwaltung so willfährig, daß man in Berlin spottweise erzählte, er unterhandle mit Waldeck (radikal) über eine Rekonstruirung des Ministeriums. Dennoch fiel er. Einmal trug der Makel von Ollmütz, dann aber seine Verbindung mit den Männern der Agiotage die Schuld daran. Dem Prinzen war es unerträglich, einen Fondsspekulanten an der Spitze seines Rathes zu haben. Aber um Manteuffel nicht „dem Volke preiszugeben", fiel er, von äußeren Ehren fast erdrückt.

Die Verfassung war gerettet. Sie sollte auch gehalten werden; denn der Regent, ein Ehrenmann durch und durch, hatte sie ja beschworen. Leute, die seit Jahren die Verfassung offenbar verletzt, konnte man nicht zu Räthen nehmen; obscure Beamte zu berufen, verbot das Vorhandenseyn parlamentarischer Körper. Man mußte also bis zu den Liberalen hinübergreifen. Es wurde daher das gegenwärtige Koalitionsministerium gebildet, aber zwei Minister des alten Regime beibehalten, weil der Regent entschlossen war, ein streng konservatives, wenn auch loyales Regiment zu führen, und jene beiden Minister ihm nicht politisch kompromittirt genug erschienen, um sie zu entfernen.

Wie sein Bruder, ist König Wilhelm voll von Vorstellungen von der Fülle der königlichen Macht. So weit die Rechte des Volkes verbrieft sind, sollen sie gelten, aber nicht weiter. Wo die königlichen Prärogative mit den Volksrechten in zweifelhaften Fällen in Konflikt kommen, ist König Wilhelm auf's Bestimmteste überzeugt, daß letztere weichen müssen. Das Geschrei der Menge, der Sturm der Presse, der Kampf parlamentarischer Versammlungen erfüllen ihn mit gleicher Besorgniß für seine Königsrechte. Er fürchtet vom Demos, von der gesetzgebenden Volksversammlung gedrängt zu werden, und unterläßt es daher nicht, fortwährend gegen alle derartigen Versuche zu protestiren.

Daraus ergibt sich für Preußens Politik der Uebelstand, daß viele Dinge deßhalb nicht geschehen sollen, weil sie vom Volke verlangt werden, und daß, wenn sie dennoch geschehen, die Regierung schwach erscheint.

Zu einer Initiative im großartigen Style fehlen die Männer. Der König ist seinem Vater, Friedrich Wilhelm III., bis auf ein Haar ähnlich. Aber das Ministerium Hohenzollern birgt keinen Stein, Hardenberg, Schön und Humboldt. Und dennoch „ist es Preußen nicht gegeben, dem Genusse der gewonnenen Güter zu leben."

Daß König Wilhelm nicht die Rolle Viktor Emanuels spielen wird, weiß ganz Deutschland schon längst. Aber er ist auch viel zu sehr Soldat, und preußischer Soldat, um nur einen Mann unter das Kommando eines Bundesfeldherrn zu stellen. Vom Standpunkte der Heeresform aus dürfte auch der König für alle diejenigen Reformen der deutschen Bundes-Verfassung seyn, die mit denselben zusammenhängen.

Deutscher Bund.

* Aus der amtlichen Mittheilung über die Bundestagssitzung vom 28. Februar. Württemberg brachte zur Anzeige, daß die württembergische Regierung seiner Zeit dem §. 2 Abs. 2 des Bundesbeschlusses vom 6. Juli 1854 zur Verhinderung des Mißbrauchs der Presse die Auslegung gegeben habe, wornach die hierin bezeichnete Maßregel nicht in das Belieben der einzelnen Regierungen gestellt, sondern als bindende Norm für alle festgesetzt sey, daß die Entziehung der Konzession im Falle des Mißbrauchs des Gewerbebetriebs auch auf administrativem Wege müsse getroffen werden können. Nachdem jedoch andere Staaten die mildere Auslegung jenes Bundesbeschlusses angenommen haben, ohne bis jetzt Widerspruch Seitens der Bundesversammlung zu erfahren, so gedenke die königliche Regierung die strengere Auffassung vorerst auch nicht ferner zum Vollzug zu bringen, gebe indessen zugleich der Bundesversammlung anheim, ihren früheren Beschluß dahin zu interpretiren, daß es von dem Ermessen der einzelnen Staaten abhänge, ob sie die Administrativ-Entziehung in ihren Gesetzen für zulässig erklären wollen oder nicht. — Diese Anzeige wurde dem politischen Ausschusse überwiesen.

* **Württemberg.** Stuttgart, 28. Februar. Heute hat die Ständeversammlung ihre seit Mai 1859 unterbrochenen Arbeiten wieder aufgenommen, indem die zweite Kammer ihre 113. Sitzung (des ganzen Landtags) hielt. Im Laufe derselben richtete der Abg. Hölder eine Anfrage an den Kriegsminister in Betreff der Bundeskriegsverfassung und der Bundesfeldherrnfrage. Er wies auf die Mängel der ersteren hin, und bezüglich der letzteren sagte er, zwei Jahre schon werde darüber unterhandelt, und noch sey gar nichts ausgemacht. Wenn dem Volk so viele Opfer auferlegt werden, so sollten auch die Regierungen Opfer bringen, und namentlich von ihrer Souveränetätssucht ablassen, die

speise. Die Kinder und Erwachsenen mußten mit ihm singen; man mußte beten, Schriftabschnitte vorlesen, geistliche Lieder hersagen; auch suchte er sich mit seinen krampfhaft zitternden Händen solche Kapitel selbst in der Bibel auf, die man ihm vorlesen sollte, unter anderm auch Ps. 23. Beim Anhören des letzten Verses: „Gutes und Barmherzigkeit ꝛc.", gerieth er förmlich in Entzückung ꝛc."

Die „Barmer Ztg." brachte hierauf einen Bericht aus Elberfeld, welcher Aufklärungen gibt, nach denen wir nichts weiter darüber zu sagen brauchen. Dieser Bericht erzählt:

„Wenn wir kürzlich behaupteten, daß in unserer Stadt Dinge geschehen, die in unserem Jahrhundert für unmöglich gelten sollten, und wir uns deshalb dahin äußerten, daß wir den Glauben daran bis zu einer faktischen Erklärung Seitens der betreffenden Behörden verschieben wollten, so sind wir leider heute in die Nothwendigkeit versetzt, uns dem Glauben an die im hiesigen Waisenhause vorgekommenen Erweckungsgeschichten ungetheilt hingeben zu müssen, ehe eine amtliche Erklärung in dieser Sache erlassen worden ist. Unser Glaube gründet sich auf die Aussage mehrerer Waisenknaben, die wir heute Mittag bei einem Spaziergange in der Nähe des Waisenhauses gewahrten. Dieselben gestanden uns mit Thränen in den Augen, daß nicht weniger als 15 Kinder, von heftigen Krämpfen stundenlang gequält, krank darniederlägen. Wären sie von den Krämpfen für einige Zeit befreit, so predigten sie, sich hoch im Bette aufrichtend, daß sie vom Teufel erlöst seyen, und einige Zeit darauf versteckten sie sich wieder in ihr Lager, laut schreiend, der Teufel sey wieder da. Dies Alles — sagten die armen Kinder — hätte der Waisenhausvater durch seine Predigten über den Beginn des Reichs der Antichristen verursacht. Sie seyen, damit sie dem Antichristen nicht verfielen, streng aufgefordert worden, eiligst Buße zu thun, und deshalb lägen die Kinder auf dem Speicher, im Keller und auf der Treppe und beteten unter heftigen Krämpfen. Anfangs dieses Jahres war ein allgemeines Gebet ausgeschrieben worden, zu welchem Zwecke sich auch die Beamten des städtischen Waisenhauses versammelten, um vorzugsweise den Herrn um Hülfe zur Bekehrung ihrer Pfleglinge anzurufen. Infolge des Gebets und der Predigten kam am 13. Jan. eins der größten Mädchen zum Vorsteher des Hauses und klagte über Seelenangst. Der edle Gottesfreund bedeutete dem Mädchen, daß der Heiland durch Aufdeckung seiner Sünden sein Werk begonnen habe, um es zu retten. Am folgenden Sonntag kam das Mädchen abermals zu dem Waisenvater und klagte über Seelenangst, jedoch fand es an diesem Tage Erbarmen vor dem Herrn, wie uns erzählt wurde, und der Seelenfriede kehrte wieder. Bald darauf kam ein zweites Mädchen zu demselben Vorsteher, klagte über Seelenangst und wünschte ein Zimmer für sich allein, um im Geheimen beten zu können. Als dieses gewährt worden war, kamen mehrere Mädchen, die mit dem Waisenvater über ihren Seelenzustand zu sprechen wünschten. Der Waisenvater empfahl sie alle dem Herrn. Am 28. Januar wurde der Vorsteher durch einen Knaben vom Essen gerufen und gebeten, mit zu einem andern Knaben zu gehen, der in heftigen Krämpfen auf der Kellertreppe lag und fortwährend schrie: „Herr, vergib mir meine Sünden"! Den Knaben, die sich um ihren Kameraden versammelt hatten, wurde gesagt: „Wollte Gott, auch ihr müßtet euch alle so einmal vor dem Herrn hinwerfen." Bald waren sieben Knaben infolge des gemeinschaftlichen Gebets mit dem Waisenvater in einen ekstatischen Zustand versetzt. Anstatt zu schlafen, kleideten sie sich Nachts an, und ohne sich um die vernünftigen Einreden an-

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 62.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Petit-Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	38. Jahrgang.	Sonntag, 3. März 1861.

Preußische Zustände.

(Aus der „Süddeutschen Ztg.")

I.

Berlin, Mitte Februar. Bei Beurtheilung preußischer Zustände wird man gut thun, die Jugend unseres konstitutionellen Staatslebens, die Korruption der Jahre 1849 bis 1858, und vor Allem die Persönlichkeit des jetzigen Königs in Anschlag zu bringen.

Der König ist in unserem Staatsleben ein so überwiegender Faktor, seine Hinneigung zu einer Maßregel, seine Abneigung gegen eine andere so wesentlich, daß diesem Moment gegenüber unsere parlamentarischen Körperschaften schwach und ohnmächtig erscheinen müssen. Nur große Vorsicht der Volksführer, jedoch gepaart mit Energie, kann der Volkssache in Preußen förderlich seyn. Leider gebricht es bis jetzt an beiden Eigenschaften. Aber die Person des Königs selbst liefert anderseits Gewähr dafür, daß sich unser Staatsleben ohne gewaltsame Erschütterungen, wenn auch vielleicht ohne glänzende Fortschritte — falls nicht äußere Ereignisse bestimmend eingreifen — weiter entwickeln wird.

Den König Wilhelm für einen liberalen, für einen aus **Neigung** konstitutionellen Fürsten halten, wäre ein schwerer Irrthum. Er ist zum Soldaten, nicht zum Regenten, am wenigsten aber zum konstitutionellen Regenten erzogen. Wenn man ihm beim Tode seines Vaters zugemuthet hätte, für Verleihung von Volksrechten sich zu erklären, wie sie in unserer Verfassung aufgezeichnet sind, so würde er solch eine Zumuthung mit tiefster Entrüstung von sich gewiesen haben. Die Behandlung, die er vom Volk im Jahre 1848 erduldet hat, diente ebenfalls nicht dazu, seine Vorliebe für volksthümliche Institutionen zu steigern. Damals galt der Prinz als die Hoffnung der Contrerevolution, und es ist bekannt, daß ein Theil der Gardeoffiziere in den Tagen nach dem 18. März 1848 gesonnen war, nach Berlin zu marschiren, die neue Ordnung der Dinge umzustoßen und den Prinzen von Preußen als König zu proklamiren.

Er selbst hätte aber niemals zu solchem Beginnen die Hand geboten. Streng loyal und als Soldat Anhänger der unbedingtesten Subordination, hat sich bei ihm das **Gefühl der Pflicht** ausgebildet, welches ihm 1858 zum Retter unserer Verfassung machte.

Der Aufenthalt in England ist auf den damaligen Prinzen von Preußen ebenfalls nicht ohne Einfluß geblieben. Daß bei dem allgemeinen Brande Europa's das freie England ruhig blieb, mußte bei ihm den Glauben an die Unfehlbarkeit des Absolutismus erschüttern. Der Prinz kehrte nach Deutschland zurück. Die Rolle, die er in Baden spielte, machte ihn nicht populärer. Aber die Dinge in Preußen begannen seit dem Tage von Ollmütz eine so drohende Gestalt anzunehmen, daß der Prinz als Patriot nicht umhin konnte zu bemerken, wie der Staat Friedrichs II. einer selbstmörderischen Doktrin, einer preußenfeindlichen Clique geopfert wurde. Die Tage von Bronzell und Ollmütz waren Beschimpfungen der preußischen Waffen- und Staatsehre; sie trieben alle redlichen Konservativen aus dem Manteuffel'schen Lager. Zur äußern Schmach gesellte sich die Fälschung der Gesetze und der Verfassung. Diese stand einmal als Landesgesetz in dem Statutenbuch; König, Beamte und Landesvertretung hatten sie beschworen. Je mehr nun die Verfassung verstümmelt, entstellt und verdreht wurde, je mehr nahm die Partei von Bronzell und Ollmütz an Kraft zu.

Es waren Konservative im strengsten Sinne, wie Mathis, v. Bethmann-Hollweg, Graf Pourtales, welche die Verfassung, obwohl sie ihnen in vieler Beziehung zu weit ging, doch als bestehendes Recht acceptirten und das „Preußische Wochenblatt" zur Bekämpfung des Systems von Ollmütz gründeten. Dieß war die Partei, die die Vermittlung zwischen dem Prinzen von Preußen und dem Konstitutionalismus herbeiführte. Dazu kam, daß er seit seiner Jugend mit einem gemäßigten aber entschiedenen Liberalen wie Hr. Auerswald — der jetzige Minister — befreundet war, und daß sein Aufenthalt am Rhein ihn auch mit Männern anderer politischer Richtung, als sie die Potsdamer Garde vertritt, in Be-

Die Vorgänge im Waisenhause zu Elberfeld.

Während der großen Handelskrisis von 1857 brach in der im Materialismus versunkenen Geschäftswelt Nordamerikas infolge der Verzweiflung über die Unsicherheit und den Verlust der irdischen Güter eine religiöse Bewegung aus, welche den Namen resuscitation oder „Erweckung" erhielt. Hartgesottene Sünder, Stockjobber, Krämerseelen, Heuchler, Schwachköpfe und Fanatiker thaten sich zusammen, sangen, beteten, predigten, verfielen in Zuckungen und hatten Offenbarungen, ganz so, wie es der religiöse Wahnsinn mit sich bringt. Dieses Unwesen verpflanzte sich auch nach England, wo es jedoch trotz aller Empfänglichkeit keine rechte Entwickelung nahm, weil sich inzwischen die „Geschäfte" wieder zu heben begannen. Kürzlich wurde es auch nach Deutschland verpflanzt und zwar in das durch seine reichen Mucker bekannte Wupperthal. Der Vorsteher des Elberfelder Waisenhauses, ein ehemaliger Schullehrer Namens Klug, hielt seit Beginn d. J. mit seinem erwachsenen Hauspersonal allabendlich Gebetversammlungen, wozu später auch die Kinder beigezogen wurden.

Die Früchte dieser Gebetsübung mit den Waisenkindern sollten nicht ausbleiben. Schon einige Tage darauf verbreiteten sich Gerüchte im Publikum, einerseits, daß viele Waisenkinder in der Anstalt zu Elberfeld argen Hunger leiden mußten, andererseits, daß sich im Waisenhause der Heilige Geist eingefunden habe, infolge welches ungewöhnlichen Schauspiels mehrere Kinder in religiösen Wahnsinn verfallen seyen. Thatsächliches konnte anfangs nicht mit Bestimmtheit ermittelt werden, da die Frommen die Vorgänge im Geheimniß hielten. Endlich aber brachte das in Elberfeld erscheinende Muckerblatt „Der Sämann" einen langen Artikel, in welchem in salbungsreicher Sprache die „Erweckungen" unter den Waisenkindern geschildert wurden. Unter anderm enthält dieser Artikel die Erzählung von der „Erweckung" eines Knaben, die also lautet:

„Ein vierzehnjähriger Knabe, der bisjetzt viel gespottet und gesagt hatte: „Wenn sie alle selig werden, so will ich doch nicht selig werden," und der es frei aussprach, kein Gewissen mehr zu haben, war vor der Gebetsstunde zu Bette gegangen und hatte zu seinen Schlafkameraden gesagt: „Während die andern in den Saal laufen, wollen wir aber einmal ruhig schlafen." Aber er kann nicht schlafen. Es war von den erweckten Kindern fortwährend für ihn gebetet worden. Dazu hört er auch, daß an diesem Abend sein liebster Freund, ein Lehrling, der Krankheits halber augenblicklich im Waisenhause war, der kleinen Betgemeinde sich angeschlossen hat, und sagt: „Jetzt ist meine Kraft halb gebrochen." Er steht aus dem Bette wieder auf und geht auch in den Keller. Dort sieht er seinen Freund zwischen den andern Knaben auf den Knieen liegen und hört, daß man für ihn betet. Er fällt augenblicklich nieder, schreit und liegt in den heftigsten Krämpfen, so daß er wieder zu Bett getragen werden muß. Eine große Seelenangst hatte sich seiner bemächtigt, und er glaubte, die Sünde wider den Heiligen Geist begangen zu haben. Die Krämpfe dauerten über drei Stunden. Er war während dieser Zeit sprachlos, hatte aber volles Bewußtseyn. Am nächsten Morgen war seine Widerstandskraft gebrochen, aber noch kein rechter Glaube verspürbar. Gegen 11 Uhr stellten sich die Krämpfe wieder ein und dauerten bis 1 Uhr. Um 4 Uhr äußerte er, daß er jetzt glauben könne. Abends 7 Uhr verfiel er abermals in Krämpfe, die bis 11 Uhr dauerten. Er hatte in dieser Zeit einen gewaltigen Hunger nach Seelen-

nämlich kürzlich ein altes bronzenes Gefäß mit 9170 Geldstücken oder Denkmünzen, die sämmtlich sehr gut erhalten sind. Die neuesten darunter stammen aus der Zeit des Achäischen Bundes, den bekanntlich ums Jahr 280 v. Chr. zwölf Städte im Norden des Peloponnes gegen den König von Macedonien schlossen. Der kostbare Fund ist der Königin von Griechenland übersandt worden, welche sich für Kunstsachen überhaupt sehr interessirt.

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, 28. Febr. Bundestagssitzung. Württemberg erklärte: der §. 2 des Bundespreßgesetzes vom 6. Juli 1854 verpflichte die Bundesstaaten nicht, die Entziehung der Konzessionen auf administrativem Weg in ihre Landesgesetze aufzunehmen, indem derselbe den Bundesstaaten die Entziehungsart freistelle. (Durch k. Verordnung wurde kürzlich erst in Württemberg die administrative Entziehung aufgehoben. Diese neue Ansicht scheint der württembergischen Regierung erst ganz kürzlich gekommen zu seyn.) (Allg. Z.)

München, 28. Februar. Da der Verwaltungsrath der bayerischen Ostbahnen wegen des Weiterbaues der Ostbahnen mit der Staatsregierung erst dann in definitive Verhandlungen treten und eventuell zu einem Vertragsabschluß schreiten kann, wenn ihm hiezu, wie überhaupt zur Ausführung der neuprojektirten Linien, von der Gesellschaft die Vollmacht ertheilt ist, so hat derselbe in der jüngst hier stattgehabten Sitzung die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung der Aktionäre beschlossen, um derselben die bezüglichen Vorlagen zur Berathung und Zustimmung unterbreiten zu können. Wenn jüngsthin einige Blätter mittheilten, daß die Einführung von ambulanten Posten auf den Ostbahnen nun beschlossen sey, so zeigt sich diese Angabe jetzt als unrichtig; die betreffenden Verhandlungen sind noch immer nicht zu dem gewünschten Abschlusse gelangt. (Südd. Ztg.)

Arad (in Ungarn), 27. Febr. Die Generalversammlung der Stadt hat eine Adresse an Se. Majestät um Aufhebung des Belagerungszustandes von Fiume, sowie eine Beschwerde wegen Verhaftung und Außerlandsführung Asboths beschlossen. (T. d. Ostd. Post.)

Paris, 26. Febr. Vor etwa acht Tagen habe ich Ihnen über die Wahlmanöver, welche, zu Gunsten der Regierungskandidaten, im Aude-Departement stattgefunden haben, berichtet, überzeugt davon, daß der unerhörte Skandal im gesetzgebenden Körper zur Sprache kommen werde. Er hat in der That sehr lebhafte Diskussionen in der gestrigen Sitzung hervorgerufen, und das Resultat derselben war, daß die Wahl der Regierungs-Kandidaten annullirt wurde, trotz der Anstrengungen des Ministers Hrn. Billault, der seine ganze Redekraft aufbot, um dem Gouvernement dieses Fiasco zu ersparen. (N. Pr. Z.)

Mailand, 28. Febr. Nach der heutigen „Perseveranza" besteht das Belagerungskorps vor Civitella del Tronto aus der Brigade Ravenna, dem 28. und 29. Linienregiment und 4 Bataillons Bersaglieri. Die Besatzung soll nur 300 Mann zählen. (T. d. Ostd. Post.)

Genua, 26. Februar. In den letzten Tagen sind über 300 Garibaldi'sche Offiziere von Neapel hier eingetroffen. Verflossenen Samstag wurde die auf Rechnung der sardinischen Regierung gebaute Panzerfregatte in Toulon vom Stapel gelassen. (Tel. d. Ostd. Post.)

Warschau, 26. Febr. Heute ist hier folgende polizeiliche Bekanntmachung erschienen: „Am 23. d. M. waren an verschiedenen Orten Aufrufe an das Volk, sich am 25. d. um 5½ Uhr Abends in der Altstadt zu versammeln, umhergestreut worden. Der Haupturheber dieser schädlichen Proklame wurde gestern früh auf frischer That ergriffen und verhaftet. Trotzdem hatten die Aufrufe die beabsichtigte Wirkung und trieben gestern eine Menge Neugieriger nach dem Marktplatz der Altstadt. Um 7 Uhr Abends kamen aus der Pauliner-Kirche gegen fünfzig Leute mit Fahnen und Gesängen und wollten in dieser Weise durch die Stadt ziehen. Da dergleichen Umzüge der öffentlichen Ordnung zuwider und nicht gestattet sind, mußte die Polizei diesem tumultuarischen Vorgehen entgegentreten und nahm die Führer des Zuges in Haft. Indem der mit den Funktionen des Ober-Polizeimeisters Betraute die Einwohner von Warschau hiervon benachrichtigt, macht er sie auf Befehl der höheren Behörde darauf aufmerksam, daß dergleichen Umzüge und Gesänge, da sie die öffentliche Ordnung stören, nicht geduldet werden können. Sollte jedoch ferner noch Aehnliches wider Erwarten sich erneuern, so haben die ruhigen Einwohner sich aufs sorgsamste von solchen Zusammenrottungen fernzuhalten, um sich nicht der verursachten Ruhestörung mitschuldig zu machen. (unterz.) Oberst Trepow." (Pr. Z.)

Die Berliner „National-Zeitung" schreibt: „Mehrere telegraphische Depeschen bestätigen die Nachricht von den in Warschau vorgefallenen Unruhen, mit dem Zusatze, daß es sich um eine Demonstration zur Erinnerung an den Jahrestag der Schlacht von Grochow gehandelt habe, durch welche die Russen im Februar 1831 von Warschau zurückgeschlagen wurden."

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	75½ P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	59½ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	60¼ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	42⅛P. 41⅞G.
„	4½ pCt.	38 P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	87¼ G.
Bayern	5 pCt. Obl. d. E. (C. b. R.)	103 P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102¼ G.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	103 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100 P. 99¾ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100 P. 99¾G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95¼ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103⅞ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94½ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	103 P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	94⅞ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	101½ G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94 P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	101 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	98⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	--
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	97⅛ P.
„	3 pCt. Obl.	89½ G.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47 P.
„	1¾ pCt. „ „ „	41¾ P. ½G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	98 P. 97⅝G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	109¼ G.	exD.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	581 G.	ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	131½ G.	exD
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	181½ P.	
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	67½ G.	
Internationale Bank in Luxemb. . .	79¾ G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	337 P.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	69 G.	
Oest. F. St. Elsb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	226 G.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	125 P. 124 G.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	72⅞ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	25 G.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	130 P. 129¾ G.	
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	100½ G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51¼ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	236 G.	
Span. Handels- u. Industrie . . .	497 P.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	465 G.	
Baye. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	104⅛ P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101½ G.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99½ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B. 99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105¼ B.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	95⅞ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	88¼ B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ B.
London Lst. 10 k. S.	118¼ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	93 G.
Paris Frs. 200 k. S.	93¼ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	79¼—⅜ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	75 P. 74 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	46⅞ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	56⅝ P. ⅛ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	128 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	55¾ P.	„ fl. 25 do.	34½ G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	91 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	34 P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiß.	118 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	49¾ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	36 P.
Badische fl. 50	90⅜ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10⅜ G.
Badische fl. 35	—	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10½ P.

Frankfurt, 1. März. Oesterr. National waren ungefähr wie gestern, Kreditaktien etwas niedriger. Pfälz. Maxbahn-Aktien nahmen einen bedeutenden Aufschwung. Das Geschäft war nicht besonders belebt. (Synd.)

der außergewöhnlichen Vorgänge und Operationen bei der Schuldentilgungs-Verwaltung in den Jahren 1858/60, dann bezüglich der Geschäftsführung der Hrn. Schuldentilgungs-Kommissäre gesagt wurde, geben weder die einen noch die andern zu irgend einer Beanstandung Anlaß. Wohl aber läßt der Inhalt der Protokolle auch in diesen Jahren erkennen, wie viel Arbeit, Mühe und Zeitaufwand dem Hrn. Kommissär der Kammer der Abgeordneten und dessen Ersatzmann, der wegen Verhinderung des Ersteren längere Zeit zu funktioniren veranlaßt war, die Erfüllung ihrer Obliegenheiten kostete. Berichterstatter muß daher auch diesmal mit dem Antrage schließen", die hohe Kammer wolle den Beschluß fassen: „der von dem Hrn. Schuldentilgungs-Kommissär der Kammer der Abgeordneten, Grafen v. Hegnenberg-Dux, erstattete Rechenschaftsbericht für die zwei Jahre 1858/60 sey vollkommen befriedigend befunden worden, und es sey demselben, sowie dessen Ersatzmann, Hrn. Abg. Sedlmayr, der Dank der Kammer für die gewissenhafte, pünktliche und umsichtige Geschäftsführung auszusprechen." Der Ausschuß ist diesem Antrage einstimmig beigetreten. Nach eröffneter Debatte hierüber in der Kammer erklärte Hr. Abg. Neuffer, daß er nicht die Absicht habe, auf das Referat oder auf den Bericht einzugehen, sondern nur dem Wohlwollen der Staatsregierung den Wunsch unterbreite, sie möchte außer dem Gesetzentwurf bezüglich der Verlängerung der Verjährungsfristen für, durch Verloosung zur Heimzahlung bestimmte Kapitalien, sowie der Zinsen der Staatsschulden auch einen Gesetzentwurf über die Amortisation von Staatsschulden-Obligationen, welche durch Feuer rc. zu Verlust gegangen sind, vorlegen, nachdem in anderen Ländern, in Württemberg, Hessen, Sachsen, Oesterreich, Baden, Hannover und Nassau, deßfallsige Gesetze bereits erlassen worden sind. Ohne weitere Debatte wurde hierauf dem obigen Ausschuß-Antrage beigestimmt. Der Sekretär des V. Ausschusses, Abg. Mandl, erstattete dann Vortrag über die weiteren von diesem Ausschuß geprüften Anträge von Abgeordneten: 1) des Submarine-Ingenieurs Bauer in München, angeeignet vom Abg. Krumbach, auf Beschaffung einer Summe von 16,000 fl. mit einem Reservefond von 4000 fl. aus Staatsmitteln zur Herstellung einer Taucherkammer; 2) des Abg. Aufschläger auf Erbauung einer Eisenbahn von Donauwörth über Neuburg nach Ingolstadt aus Staatsmitteln; 3) des Abg. Rabel auf Rückvergütung des Ausgangszolls von Rübenzucker und 4) der Anträge der Abgg. Rabl und Pachmayr, die Verwendung von Grünmalz zur Branntweinerzeugung betreff. Diese vier Anträge wurden vom Ausschusse als zulässig befunden und von der Kammer ihre Ueberweisung an die bezüglichen Ausschüsse genehmigt. Bezüglich des Antrags ad 3 erklärte der k. Staatsminister der Finanzen, daß die Zollkonferenz zur Regelung der Zuckerzollfrage am 3. März in Berlin zusammentreten werde.

München, 27. Febr. Im Einlaufe der 2. Kammer befinden sich u. A.: eine Vorstellung des Schiffervereins zu Kitzingen und Würzburg, „die Aufhebung der Mainzölle betr."; Vorstellungen der Gemeinden des Landgerichts Scheßlitz, der Distriktsgemeinde Arnstein, der Stadtgemeinde Kupferberg, „die bevorstehende Gerichtsorganisation (Gerichtssitze) betr."; endlich ein Antrag des Abg. Dr. Völk, „die Ablösung der Schmied- und Bader-Ehehaften, Kirchbrode, Läutgarben und ähnlicher Reichnisse betr." (A.Abdz.)

Die erste Lieferung des bei Gebr. Mäntler in Stuttgart erscheinenden Werks „Mysterien des Vatikans" ist in Bayern beschlagnahmt worden.

§ Oesterreich. Wien, 27. Febr. (Privat-Korrespond.) In neuester Zeit taucht wieder das Gerücht auf, daß der Papst Willens sey, Rom zu verlassen. In klerikalen Kreisen behauptet man zwar, daß der Papst entschlossen sey, den Feind stehenden Fußes zu erwarten und in seiner Hauptstadt zu bleiben, die aus Rom eingetroffenen Berichte sind jedoch nicht geeignet, diese Annahme zu bekräftigen; im Gegentheile melden sie, daß der Papst in Rom bleiben werde, so lange die Franzosen dort garnisoniren, daß er aber abzureisen Willens sey, sobald die Piemontesen dort einrücken.

Die früher öfters vorkommenden improvisirten Scharmützel zwischen österreichischen und piemontesischen Patrouillen an der Grenze haben seit einiger Zeit, wahrscheinlich in Folge ernster Vorstellungen, aufgehört. Dafür unterhalten sich jetzt die Piemontesen damit, alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel zur Einschmuggelung von Waffen und agitatorischer Druckschriften nach Venetien zu befördern; es vergeht kein Tag, an welchem nicht an einem oder dem andern Punkte der Grenze solche Versuche vorkommen.

Dänemark.

Die Einberufung der holsteinischen Provinzialständeversammlung für den 6. März zeigt wieder, wie in Kopenhagen das schon mehrfach im Laufe der letzten Jahre mit Erfolg versuchte Spiel, die Gewaltherrschaft gegen die Herzogthümer unter der Form von Verständigungsversuchen permanent zu machen, noch nicht für abgenützt gehalten wird. Die Dänen bauen darauf, der Bundestag werde Beifall nicken, und man werde dann so weit seyn wie zuvor. Mittlerweile gehen die Rüstungen in Dänemark ihren Gang, weil man überzeugt ist, daß es sich nur um einige Kosten handelt, die in späterer Zeit einmal unter der Form von außerordentlichen Zuschüssen für die „Gesammtstaatsausgaben" den Herzogthümern aufgebürdet werden können. Am 1. März wird sogar ein Werbebureau für Seeleute zur Bemannung der Flotte in Kopenhagen eröffnet, ein Fall, der seit der Zeit des dänischen Bündnisses mit dem ersten Napoleon nicht vorgekommen ist, und auch damals nur einmal. (Schw. M.)

Frankreich.

Paris, 24. Febr. Die Broschüre des Hrn. de la Gueronniere hat der Regierung viel mehr geschadet als genützt, weil sie die katholische Meinung in den Departements aufschreckte. Es regnet Klagebriefe in die Häuser der Deputirten, sowie denn auch die Präfekten dem Minister des Innern den bösen Eindruck, den die Broschüre hervorgebracht habe, nicht verheimlichen. Kurz viele Deputirten, die sonst eben nicht sehr päpstlich sind, aber sich doch die Gefühle der politischen Rechtschaffenheit bewahrt haben, sind stutzig geworden, und wollen sich nicht durch ihre Motive oder durch eine Unterlassungssünde an der Vernichtung der weltlichen Souveränetät des Papstes, auf die es in der That abgesehen ist, betheiligen; dazu kommt die Darlegung des Bischofs von Orleans, und man kann demnach vorhersehen, daß die Debatten sehr lebhaft seyn, und daß diejenigen Deputirten, welche ein Amendement zu Gunsten der weltlichen Macht verlangen, zwar nicht die Majorität bilden, aber unerwartet zahlreich seyn werden. (Schw. M.)

Paris, 27. Febr. Zehn Bischöfe haben sich der Dupanloup'schen Antwort auf die Laguerronnière'sche Broschüre bereits angeschlossen. Man spricht von der Einberufung eines Concils, welches der Ungewißheit über die Stellung des Papstthums ein Ende machen soll; doch wird ein solches auch nicht mehr Chancen haben, als ein Kongreß. Veuillot hat auch eine Broschüre geschrieben, kann aber keinen Drucker finden, der Muth genug hätte, dieselbe zu drucken.

Der „Moniteur der Armee" berichtet aus Cochinchina, die Ereignisse in China hätten auf den Kaiser keinen Eindruck gemacht; der Mandarin, der ihm die Einnahme Pekings mittheilte, sey als Lügner enthauptet worden; er habe dann einen anderen Mandarin nach China gesandt, um zuverlässige Erkundigung einzuziehen, und dieser, um das Schicksal des ersten nicht zu theilen, habe berichtet, die Barbaren seyen zurückgeschlagen worden, der Kaiser habe ihnen dann verziehen und die Handelsverträge mit ihnen erneuert. Die Forderungen Frankreichs hat der Kaiser von Annam dann abgelehnt, so daß eine Expedition gegen ihn gesandt werden muß.

Nichtpolitische Zeitung.

Im Bahnhof zu Koburg hat sich am 23. Febr. ein bedauernswerther Unglücksfall zugetragen. Ein bei der Werrabahn angestellter Wagenschieber gerieth während des Zusammenschiebens zweier Wägen zwischen die Puffer, wodurch ihm der Kopf zerquetscht und der Tod augenblicklich herbeigeführt wurde.

* Frankfurt, 28. Febr. (Privat-Korrespondenz.) Für die am 20. März beginnende Ostermesse werden bereits umfassende Vorbereitungen von allen Jenen getroffen, welche Menagerien und andere Sehenswürdigkeiten darbieten; für den eigentlichen Meßverkehr sind aber die Hoffnungen sehr gering. Der Export nach New-York für das Frühjahr war so schwach und auch sonst die Bestellungen bei unseren Fabriken so geringfügig, daß sich überall ziemlich starke Vorräthe angehäuft haben. Voraussichtlich werden diese sich auf den Frühjahrsmessen zusammendrängen und einen erheblichen Druck auf die Preise üben, denn die Wechsel werden bis dahin fällig und sollen bezahlt werden, so daß die Fabrikanten theilweise zuletzt losschlagen müssen, wenn sie dabei auch nichts verdienen. Uebrigens ist fast überall die Arbeiterzahl vermindert worden und kommen zu den vorhandenen Vorräthen nur sehr wenig neue hinzu.

Ein archäologisches Ereigniß von hoher Wichtigkeit ist aus Griechenland zu melden. In Trokala bei Korinth entdeckte man

festgestellt werden. Bei der Wahl der Staatsräthe soll auf ausgezeichnete Befähigung und Erfahrung in der Justiz-, Finanz-, Militär- und politischen Verwaltung, sowie auf genaue Kenntniß der Verhältnisse der einzelnen Königreiche und Länder entsprechend Rücksicht genommen werden.

An den Hofkanzler von Ungarn, an den Hofkanzler von Siebenbürgen, sowie an den Landes-Präsidenten von Kroatien und Slavonien hat der Kaiser eigene Handschreiben gerichtet, worin er sie auffordert, ihm passende Anträge zu stellen, wonach die Landesvertretungen genannter Länder aufzufordern seyen, den Reichsrath, der wegen dringender Angelegenheiten schon auf den 29. April einberufen wird, für diesmal nach einem nur aushülfsweisen Wahl-Modus zu beschicken, da die endgiltige verfassungsmäßige Feststellung der Art und Weise der Entsendung von Abgeordneten an den Reichsrath in den obenerwähnten Ländern vielfach durch die Gestaltung ihrer inneren Verfassungszustände bedingt ist, die nicht so rasch erfolgen kann.

Für Ungarn, Siebenbürgen, Kroatien und Slavonien bleiben die alten Landesverfassungen in Kraft; die für Dalmatien neu erlassene Landesordnung soll definitiv erst dann in Kraft treten, wenn über das staatsrechtliche Verhältniß dieses Landes zu Kroatien und Slavonien (ob es nämlich mit denselben zu einem Kronland vereinigt werden soll oder nicht) entschieden seyn wird.

Die neuen Landesordnungen und Wahlordnungen für die übrigen Kronländer enthalten alle dieselben prinzipiellen Bestimmungen; nur was sich auf die besondern Verhältnisse einzelner Länder bezieht, ist verschieden. Wir heben hier beispielsweise die vorzüglichsten Bestimmungen der Landesordnung für Oberösterreich aus. Der Landtag desselben besteht aus fünfzig Mitgliedern, nämlich: a) dem Bischofe von Linz, dann b) aus neunundvierzig gewählten Abgeordneten, und zwar: I. aus zehn Abgeordneten des großen Grundbesitzes, II. aus zwanzig Abgeordneten der durch die Wahlordnung bezeichneten Städte und Industrialorte und der Handels- und Gewerbekammer, III. aus neunzehn Abgeordneten der übrigen Gemeinden des Erzherzogthums Oesterreich ob der Enns. — Der Kaiser ernennt zur Leitung des Landtages aus dessen Mitte den Landeshauptmann und dessen Stellvertreter. — Die Funktionsdauer des Landeshauptmanns und dessen Stellvertreters, dann der gewählten Mitglieder des Landtages (die Landtagsperiode) ist auf sechs Jahre festgesetzt. Der Landtag hat sich über allerhöchste Einberufung in der Regel jährlich einmal zu versammeln. — Der Landesausschuß, als verwaltendes und ausführendes Organ der Landesvertretung, besteht unter dem Vorsitze des Landeshauptmanns aus sechs aus der Mitte der Landtagsversammlung gewählten Mitgliedern. Die Mitglieder des Landesausschusses sind verpflichtet, ihren Aufenthalt in Linz zu nehmen. Sie erhalten eine jährliche Entschädigung aus Landesmitteln, deren Höhe der Landtag bestimmt. — Der Landtag ist berufen, bei der Ausübung der gesetzgebenden Gewalt nach Maßgabe der Bestimmungen des kaiserlichen Diploms vom 20. Oktober 1860 mitzuwirken und hat die durch §. 6 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung festgesetzte Zahl von zehn Mitgliedern in das Haus der Abgeordneten des Reichsrathes zu entsenden. Gesetzesvorschläge in Landesangelegenheiten gelangen als Regierungsvorlagen an den Landtag. Auch dem Landtage steht das Recht zu, in Landesangelegenheiten Gesetze vorzuschlagen. Zu jedem Landesgesetze ist die Zustimmung des Landtages und die Sanktion des Kaisers erforderlich. Als Landesangelegenheiten werden erklärt: I. Alle Anordnungen in Betreff: 1. der Landeskultur, 2. der öffentlichen Bauten, welche aus Landesmitteln bestritten werden, 3. der aus Landesmitteln dotirten Wohlthätigkeitsanstalten, 4. des Voranschlages und der Rechnungslegung des Landes, sowohl a) hinsichtlich der Landeseinnahmen aus der Verwaltung des dem Lande gehörigen Vermögens, der Besteuerung für Landeszwecke und der Benützung des Landeskredits, als b) rücksichtlich der ordentlichen und außerordentlichen Landesausgaben. II. Die näheren Anordnungen inner den Grenzen der allgemeinen Gesetze in Betreff: 1. der Gemeindeangelegenheiten, 2. der Kirchen- und Schulangelegenheiten, 3. der Vorspannsleistung, dann der Verpflegung und Einquartierung des Heeres; endlich III. die Anordnungen über sonstige, die Wohlfahrt oder die Bedürfnisse des Landes betreffende Gegenstände, welche durch besondere Verfügungen der Landesvertretung zugewiesen werden. — Der Landtag ist ferner berufen: 1. zu berathen und Anträge zu stellen a) über kundgemachte allgemeine Gesetze und Einrichtungen bezüglich ihrer besonderen Rückwirkung auf das Wohl des Landes, und b) auf Erlassung allgemeiner Gesetze und Einrichtungen, welche die Bedürfnisse und die Wohlfahrt des Landes erheischen; 2. Vorschläge abzugeben über alle Gegenstände, worüber er von der Regierung zu Rathe gezogen wird. — Der Landtag sorgt für die Erhaltung des landständischen (Domestikal-) Vermögens und des sonstigen nach seiner Entstehung oder Widmung ein Eigenthum des Erzherzogthums Oesterreich ob der Enns bildenden Landesvermögens, dann der aus ständischen oder Landesmitteln errichteten oder erhaltenen Fonde und Anstalten. Landtagsbeschlüsse, welche eine Veräußerung, bleibende Belastung oder eine Verpfändung des Stammvermögens mit sich bringen, bedürfen der kaiserlichen Genehmigung. — Der Landtag verwaltet das Domestikalvermögen und das Kredit- und Schuldenwesen des Landes und sorgt für die Erfüllung der diesfalls dem Lande obliegenden Verpflichtungen. Er verwaltet und verwendet den Landesfond und den Grundentlastungsfond des Erzherzogthums Oesterreich ob der Enns, mit genauer Beachtung der gesetzlichen Zwecke und Widmungen dieser Fonde. — Der Landtag berathet und beschließt über die Aufbringung der zur Erfüllung seiner Wirksamkeit für Landeszwecke, für das Vermögen, die Fonde und Anstalten des Landes erforderlichen Mittel, insoferne die Einkünfte des bestehenden Stammvermögens nicht zureichen. Er ist berechtiget, zu diesem Zwecke Zuschläge zu den direkten landesfürstlichen Steuern bis auf zehn Prozente derselben umzulegen und einzuheben. Höhere Zuschläge zu einer direkten Steuer oder sonstige Landesumlagen bedürfen der kaiserlichen Genehmigung. Der Landesausschuß besorgt die gewöhnlichen Verwaltungsgeschäfte des Landesvermögens, der Landesfonde und Anstalten und leitet und überwacht die Dienstleistung der ihm untergebenen Beamten und Diener. Er hat hierüber, sowie über die Ausführung der vollziehbaren Landtagsbeschlüsse dem Landtage Rechenschaft zu geben und Anträge in Landesangelegenheiten für den Landtag über Auftrag desselben oder aus eigenem Antriebe vorzuberathen. Die dem Lande oder den vormaligen Ständen des Landes zustehenden Patronats- oder Präsentationsrechte, das Vorschlags- oder Ernennungsrecht für Stiftplätze oder Stipendien, das Recht der Aufnahme in ständische Anstalten und Stiftungen wird vom Landesausschusse geübt. Der Landesausschuß repräsentirt die Landesvertretung in allen Rechtsangelegenheiten. — Die Landtagssitzungen sind öffentlich. Ausnahmsweise kann eine vertrauliche Sitzung gehalten werden, wenn entweder der Vorsitzende oder wenigstens fünf Mitglieder es verlangen, und nach Entfernung der Zuhörer der Landtag sich dafür entscheidet. — Die einzelnen Berathungsgegenstände gelangen vor den Landtag: a) entweder als Regierungsvorlagen durch den Landeshauptmann, b) oder als Vorlagen des Landesausschusses oder eines speziellen durch Wahl aus dem Landtage und während desselben gebildeten Ausschusses, c) oder durch Anträge einzelner Mitglieder. Anträge über Gegenstände, welche außerhalb des Geschäftskreises des Landtages liegen, sind durch den Landeshauptmann von der Berathung auszuschließen. Der Statthalter des Erzherzogthums Oesterreich ob der Enns oder die von ihm abgeordneten Kommissäre haben das Recht, im Landtage zu erscheinen und jederzeit das Wort zu nehmen; an den Abstimmungen nehmen sie nur Theil, wenn sie Mitglieder des Landtages sind. Der Landesausschuß darf nur mit dem Landtage, aus dem er hervorgegangen, in Verkehr treten und nur in den ihm übertragenen Verwaltungsangelegenheiten Kundmachungen erlassen. Deputationen dürfen vom Landesausschusse nicht angenommen werden.

Deutscher Bund.

* **Bayern.** München, 23. Febr. (Privat-Korresp.) Gutem Vernehmen nach hat sich die Vorlage der Erläuterungen zum ordentlichen Militär-Budget an die Kammern hauptsächlich deshalb bisher verzögert, weil das ebenfalls der Kammer vorzulegende außerordentliche Militär-Budget noch nicht definitiv aufgestellt war. Nunmehr aber hat letzteres unterm Vorgestrigen die allerhöchste Genehmigung Sr. Maj. des Königs erhalten, so daß die Spezialetats und die Erläuterungen zum ordentlichen Militäretat nun definitiv festgestellt und in kürzester Frist den Kammern vorgelegt werden können.

** München, 27. Februar. (Privat-Korrespondenz.) (XII. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Abg. Frhr. v. Pfetten, Referent des II. Ausschusses, erstattet Vortrag über den Bericht des Schuldentilgungs-Kommissärs der Kammer, dessen Geschäftsführung in den Jahren 1858/60 betr. Am Schlusse dieses Vortrages bemerkte Hr. Referent: „Nach dem, was in Vorstehendem sowohl bezüglich der gewöhnlichen, als

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 61.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Letter	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 2. März 1861.

* Oesterreichs Verfassung.

Das kaiserliche Patent vom 26. Febr., durch welches die Staatsgrundgesetze über die Reichs- und Landesvertretung verkündet wurden, enthält nur in etwas weitläufigerer Form das, was schon vorgestern im Auszug daraus mitgetheilt wurde. Hervorzuheben ist nur noch der Schluß desselben, welcher also lautet: „Nachdem theils durch die vorausgängigen Grundgesetze, theils durch die wieder in's Leben gerufenen, theils durch die mittelst der neuen Grundgesetze geschaffenen Verfassungen das Fundament der staatsrechtlichen Verhältnisse Unsers Reichs festgestellt, und insbesondere die Vertretung Unserer Völker gegliedert, auch ihre Theilnahme an der Gesetzgebung und Verwaltung geordnet ist — so verkünden Wir hiemit diesen ganzen Inbegriff von Grundgesetzen als die Verfassung Unseres Reiches, wollen und werden unter dem Schutze des Allmächtigen diese hiemit feierlich verkündeten und angelobten Normen nicht nur selbst unverbrüchlich befolgen und halten, sondern verpflichten auch Unsere Nachfolger in der Regierung, sie unverbrüchlich zu befolgen, zu halten, und dies auch bei ihrer Thronbesteigung in dem darüber zu erlassenden Manifeste anzugeloben. Wir erklären hiemit auch den festen Entschluß, sie mit all Unserer kaiserlichen Macht gegen jeden Angriff zu schirmen und darauf zu sehen, daß sie von jedermann befolgt und gehalten werden." — Bezüglich der bereits früher erlassenen Landesstatute für Steiermark, Kärnthen, Salzburg und Tyrol sagt das Patent: „Um dieselben mit jenen Bestimmungen in Einklang zu bringen, welche in den am heutigen Tag von Uns genehmigten Landesverordnungen grundsätzlich aufgenommen sind, um den Landesvertretungen der Eingangs erwähnten Länder jene ausgedehnteren Befugnisse zu gewähren, die Wir den Vertretern der übrigen Kronländer zu bewilligen Uns bestimmt gefunden haben; um endlich Unsere unterm 5. Jan. 1861 über das Wahlrecht erlassenen Verfügungen auch in Steiermark, Kärnthen, Salzburg und Tyrol gleichmäßig zur Ausführung zu bringen, haben Wir in Erweiterung und Umänderung der bereits erlassenen Landesstatute die beiliegenden neuen Landesordnungen für Steiermark, Kärnthen, Salzburg und Tyrol zu genehmigen befunden." Diese neuen Landesordnungen sollen, wie das Patent sich ausdrückt, „die Rechte und Freiheiten der getreuen Stände dieser Länder nach den Verhältnissen und Bedürfnissen der Gegenwart entwickeln, umbilden und mit den Interessen der Gesammtmonarchie in Einklang bringen."

Das Grundgesetz über die Reichsvertretung enthält in den ersten sechs Paragraphen folgende Bestimmungen: Zur Reichsvertretung ist der Reichsrath berufen. Der Reichsrath besteht aus dem Herrenhause und dem Hause der Abgeordneten. — Mitglieder des Herrenhauses sind durch Geburt die großjährigen Prinzen des kaiserl. Hauses. — Erbliche Mitglieder des Herrenhauses sind die großjährigen Häupter jener inländischen, durch ausgedehnten Gutsbesitz hervorragenden Adelsgeschlechter, denen der Kaiser die erbliche Reichsrathswürde verleiht. — Mitglieder des Herrenhauses vermöge hoher Kirchenwürde sind alle Erzbischöfe und jene Bischöfe, welchen fürstlicher Rang zukommt. — Der Kaiser behält sich vor, ausgezeichnete Männer, welche sich um Staat oder Kirche, Wissenschaft oder Kunst verdient gemacht haben, als Mitglieder auf Lebensdauer in das Herrenhaus zu berufen.— In das Haus der Abgeordneten kommen durch Wahl 343 Mitglieder. — Wie sich diese Zahl auf die einzelnen Länder vertheilt, wurde schon neulich theilweise angegeben; nachträglich bemerken wir noch, daß auf Steiermark 13, auf Tyrol 12, auf Kärnthen 5, auf Krain 6 Abgeordnete kommen. Die für jedes Land festgesetzte Zahl der Mitglieder wird von seinem Landtage durch unmittelbare Wahl entsendet. Der Kaiser ernennt die Präsidenten und Vizepräsidenten aus den Mitgliedern jedes Hauses. Die übrigen Funktionäre hat jedes Haus selbst zu wählen. Der Reichsrath wird vom Kaiser alljährlich einberufen. Der Wirkungskreis des gesammten Reichsraths umfaßt alle Gegenstände der Gesetzgebung, welche sich auf Rechte, Pflichten und Interessen beziehen, die allen Königreichen und Ländern gemeinschaftlich sind. Solche sind namentlich: a) Alle Angelegenheiten, welche sich auf die Art und Weise, sowie auf die Ordnung der Militärpflicht beziehen; b) alle Angelegenheiten, welche die Regelung des Geld-, Kredits-, Münz- und Zettelbankwesens, die Zölle und Handelssachen, die Grundsätze des Post-, Eisenbahn- und Telegraphenwesens betreffen; c) alle Angelegenheiten der Reichsfinanzen überhaupt; insbesondere die Voranschläge des Staatshaushaltes, die Prüfung der Staatsrechnungsabschlüsse und der Finanzgebarung, die Aufnahme neuer Anlehen, die Konvertirung bestehender Staatsschulden, die Veräußerung, Umwandlung, Belastung des unbeweglichen Staatsvermögens, die Erhöhung bestehender und die Einführung neuer Steuern, Abgaben und Gefälle. Die Staatsschuld ist unter die Kontrolle des Reichsraths gestellt. Gegenstände der Gesetzgebung, welche allen Königreichen und Ländern, mit Ausnahme der Länder der ungarischen Krone, gemeinsam sind, gehören nach dem III. Artikel des Diploms vom 20. Okt. 1860 zum verfassungsmäßigen Wirkungskreise des Reichsrathes ohne Zuziehung der Mitglieder aus den Ländern der ungarischen Krone.*) Zu diesem engeren Reichsrathe gehören demnach, mit Ausnahme der vorhin aufgezählten Angelegenheiten, alle Gegenstände der Gesetzgebung, welche nicht ausdrücklich durch die Landesordnungen den einzelnen im engeren Reichrathe vertretenen Landtagen vorbehalten sind. Dasselbe gilt auch rücksichtlich solcher den Landtagen vorbehaltener Gegenstände in dem Falle, wenn die gemeinsame Behandlung von dem betreffenden Landtage beantragt wird. — Gesetzvorschläge gelangen als Regierungsvorlagen an den Reichsrath. Auch diesem steht das Recht zu, in Gegenständen seines Wirkungskreises Gesetze vorzuschlagen. Zu allen solchen Gesetzen ist die Uebereinstimmung beider Häuser und die Sanktion des Kaisers erforderlich. — Wenn zur Zeit, als der Reichsrath nicht versammelt ist, in einem Gegenstande seines Wirkungskreises dringende Maßregeln getroffen werden müssen, ist das Ministerium verpflichtet, dem nächsten Reichsrathe die Gründe und Erfolge der Verfügung darzulegen. — Die Sitzungen beider Häuser des Reichsrathes sind öffentlich. Jedem Hause steht das Recht zu, ausnahmsweise die Oeffentlichkeit auszuschließen, wenn es vom Präsidenten oder wenigstens zehn Mitgliedern verlangt und vom Hause nach Entfernung der Zuhörer beschlossen wird.

Ein ferneres kaiserliches Patent verfügt die Auflösung des bisherigen ständigen und verstärkten Reichsraths und setzt einen Staatsrath ein, welcher die Bestimmung hat, den Kaiser und sein Ministerium mit der Einsicht, den Kenntnissen und der Erfahrung seiner Mitglieder zur Erzielung fester, gereifter und übereinstimmender Grundsätze berathend zu unterstützen. Insbesondere sind Gesetzentwürfe, welche zur Vorlage an die Vertretungen des Reichs oder einzelner Länder bestimmt sind, oder welche von der Initiative derselben ausgehend der allerhöchsten Sanktion unterbreitet werden, desgleichen wichtige normative Verordnungen in Verwaltungsangelegenheiten dem Staatsrathe zur Berathung zuzuweisen. Der Kaiser behält sich vor, das Gutachten des Staatsraths auch in andern Angelegenheiten einzuholen. Welcher Wirkungskreis dem Staatsrathe in Bezug auf die Entscheidung bei Kompetenzkonflikten und in streitigen Angelegenheiten öffentlichen Rechts zusteht, sowie die Bestimmung der Art und Weise, wie er diese Funktion auszuüben hat, wird durch ein besonderes Gesetz

---

*) Also ist doch — was wir neulich nach der ersten telegraphischen Meldung bezweifelten — das Maß der Befugnisse des Reichsraths ein doppeltes, und es gibt hinfort zweierlei verschiedene gemeinsame Reichsangelegenheiten. Der Grund davon liegt darin, daß der ungarische Landtag einen weit ausgedehnteren Wirkungskreis hat, als die Landtage der übrigen Kronländer. Diese Doppel-Stellung des Reichsraths schließt die Keime mannigfacher Mißstände in sich: die Zukunft wird's lehren.

Rom, und sucht auf alle Weise dahin zu wirken, die k. neapolitanische Familie aus Italien zu entfernen. Bereits hat Frankreich auch hierin sich erboten, Piemont zu seinem Zweck zu verhelfen. Es wurde dem König unter der Hand bereits das Schloß Pau durch den Herzog von Grammont zum Aufenthalt angeboten. Der König entgegnete aber, daß es seine Absicht sey, in Rom zu bleiben. „Ihr Gebieter," äußerte er, „ist mein Feind, die Bonaparte werden stets die Gegner der Bourbons bleiben, das ist natürlich; ich muß ihm aber die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß er der einzige war, der mir die Hand reichte." (A. Z.)

Stuttgart, 27. Febr. Der „Staatsanzeiger" veröffentlicht einen von der Staatsregierung dem ständischen Ausschuß übermittelten Gesetzentwurf zur näheren Regelung der Verhältnisse der katholischen Kirche in einigen Beziehungen, unter Bezugnahme auf das durch kgl. Verordnung vom 21. Dez. 1857 zur öffentlichen Kenntniß gebrachte „von Uns unbeschadet Unseres unveräußerlichen obersthoheitlichen Schutz- und Aufsichtsrechts sowie aller Rechte Unserer evangelischen Landeskirche abgeschlossene Uebereinkommen mit dem Oberhaupt der katholischen Kirche."*) Art. 1. Hält das Placet fest für gemischte Angelegenheiten und bestimmt die Benachrichtigung über rein innere kirchliche Angelegenheiten. Art. 2. Kirchenämter können mit rechtlicher Wirkung nicht an Personen übertragen werden, von welchen die Staatsregierung unter Anführung von Thatsachen erklärt hat, daß sie ihr in bürgerlicher oder politischer Beziehung mißfällig seyen. Art. 3. Handelt über die bischöfliche Strafgewalt gegen Geistliche, von dem Modus bei gerichtlich strafbaren Dienstvergehen der Geistlichen und von den Bedingungen der Verleihung des weltlichen Arms. Vorbehalten bleibt die Disziplinarstrafgewalt der Staatsbehörden gegen katholische Geistliche als Träger staatlicher Funktionen. Art. 4. Unterstellung der Katholiken, welche seither unter der ehemaligen vorderösterreichischen Ehegesetzgebung gelebt, in Ehesachen unter das gemeine Recht der katholischen Kirche und die bischöfliche Gerichtsbarkeit. Art. 5. Bestimmungen zur Jurisdiktion in Ehesachen. Art. 6. Bestimmungen zur Verwaltung und Instandhaltung des Kirchenvermögens.

Pesth, 25. Febr. Ueber die schon durch Telegramme erwähnten Exzesse, deren Schauplatz Pesth in der Nacht vom Sonntag zum Montag gewesen, wird der „Presse" berichtet, daß ein von den Theilnehmern am Purimfeste veranstalteter Maskenzug, der sich durch die Theresienstadt bewegte, den Anlaß dazu gab. Die Juden, denen das historische Recht Ungarns die Theilnahme an den konstitutionellen Demonstrationen, wie Komitats- und Landtagswahlen, nicht gestattet, sondern nur auf der Prügelbank des Stuhlrichters einen Sitz verleiht, meinten diesmal ihr Faschingsfest etwas lärmender feiern zu müssen, als sonst wohl gestattet wurde. Im Vertrauen darauf wagten sie sich denn im Maskenzuge auf die Straße, welcher, als er in die Königsgasse gelangte, schon durch den Zuwachs einer Schaar von Lehrbuben u. dgl. mächtig angeschwollen war. Diese Schaar begleitete den Zug mit furchtbarem Geheul und ließ es an beißenden Witzen gegen die Purimsfreunde nicht fehlen. Beim Herannahen der wilden Jagd zogen sich die Polizeiwachtmänner in ihre Wachthäuser zurück; durch diese Taktik übermüthig gemacht, warf eine Rotte von Buben mit Steinen nach einer abziehenden Patrouille. Ein Ziegelstein traf einen der Polizeimänner so heftig am Kopfe, daß der Czako zerriß, worauf die Patrouille, von der Waffe Gebrauch machend, den Platz säuberte. Bald jedoch sammelten sich wieder neue Haufen Muthwilliger und schleuderten abermals Steine wider die Polizisten, von denen zwei nicht ganz unbedeutend verletzt wurden. Es fielen zwei Schüsse, einer wurde von den Angegriffenen abgefeuert, der andere von einem der Ruhestörer. Es sind dabei einige Verwundungen, die nicht sehr erheblich sind, vorgekommen. Um fünf Uhr Morgens zerstreuten sich die Tumultuanten. Während diese Scenen spielten, erschien vor der Polizeikommission ein Weib und bat wehklagend um „Assistenz", denn soeben habe man im Kaffeehause „zum guten Hirten" ihren Mann erschlagen. Die „Assistenz" mußte verweigert werden, denn die ganze Mannschaft des Viertels hatte um die eigene Existenz zu kämpfen.

Turin, 27. Febr. General Türr ist in geheimer Mission nach London gereist. Die „Unità Italiana" will „aus bester Quelle" wissen, daß Louis Napoleon und Viktor Emanuel über das Schicksal Roms in Unterhandlungen stehen, unter der Bedingung, daß Piemont Frankreich in der Eroberung der Rheingrenze mit aller Macht unterstützt, da dieses Unternehmen seit Langem festgesetzt und vorbereitet sey. (Tel. d. Allg. Z.)

Neapel, 26. Febr. Gaeta wird mit aller Energie wieder in Vertheidigungsstand gesetzt. General Regis wurde zum Festungs- und Stadtkommandanten ernannt. Zahlreiche Verhaftungen fanden unter den Arbeitern des Arsenals statt. (Tel. d. Allg. Z.)

*) In der zweiten Kammer war es nämlich von Vielen beanstandet worden, daß die Regierung das Konkordat, durch welches verschiedene Verfassungsbestimmungen berührt werden, für sich allein ohne Zuziehung des Landtags abgeschlossen und verkündigt hatte. Durch den nun vorgelegten Gesetzentwurf soll, wie es scheint, das Zustimmungsrecht des Landtags nachträglich berücksichtigt und so jene Bedenken gehoben werden.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	75½ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	59½ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	50½ P. ¼ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	42 G.
"	4½ pCt.	37 G.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	87¼ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	103 P.
"	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102¼ P. 101⅞ G.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102⅞ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	100 P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100 P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	95¼ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103⅜ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	94½ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	102⅞ P.
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	95½ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	102 P. 101¾ G.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	94 P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	101⅜ P. 101 G.
"	4 pCt. Obl. dto.	98¼ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	97¼ P.
"	3 pCt. Obl.	90½ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47⅜ P.
"	1¾ pCt. " " "	41¾ P. ½ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	92¾ P. ½ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	109¼ G.	ex D.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	582 G.	ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	132½ G.	ex D.
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	181½ P.	
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	67 G.	
Internationale Bank in Luxemb. . .	79½ G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	337 P.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	69 G.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	226 G.	
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	125 P.	
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	72⅞ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	25 G.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	129¾ G.	
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	97½ G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51¼ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	236 G.	
Span. Handels- u. Industrie . . .	497 P.	
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	465 G.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	104⅛ P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101½ G.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99¾ B. ½ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105¼ B.
Brem. 50 Th. Ld: k. S.	95⅞ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	88¼ B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ B.
London Lst. 10 k. S.	118¼ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	92¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93¼ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. 1. S.	79¼ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	75 P. 74 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	46¾ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	56⅝ P. ⅛ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	127⅞ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	55¼ P.	" fl. 25 do.	34½ G
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	91 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	34½ P.
1½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	118 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	49¾ P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	36 P.
Badische fl. 50	90⅜ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10⅜ G.
Badische fl. 35	—	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10½ P.

Frankfurt, 28. Februar. Niedrigere auswärtige Notirungen verursachten zwar einen Rückgang der österr. Fonds und Industrie-Aktien; zu den gewichenen Kursen jedoch zeigte sich viele Kauflust und die Haltung der Börse war sehr fest. Von sonstigen Fonds besonders 4½ pCt. Schwedische begehrt und höher; doch waren auch Südd. Fonds sehr fest. Die monatliche Abrechnung blieb ohne allen Einfluß. (Synd.)

Audienz empfangen wurde, und daß Hr. Granier versichert, der Kaiser habe ausdrücklich erklärt, er werde die französischen Truppen aus Rom nur mit Einwilligung des heiligen Vaters abberufen; allein es gibt Leute, welche in die Worte des Hrn. Granier, der eben sagt, was man höheren Orts gesagt haben will, kein sonderlich großes Vertrauen setzen, und andere, welche mit ihrem Mißtrauen noch weiter gehen.

Ueber die Katastrophe des Hauses Mirès sagt die „Times" u. A.: „Das alte Sprichwort: „„Kein Rauch ohne Feuer"" fällt uns immer wieder ein, wenn wir hören, daß das französische Publikum täglich den Selbstmord, oder die Flucht, oder die Verhaftung bedeutender Personen erwartet. Es wäre unnütz, sich die Thatsache zu verhehlen, daß der Verdacht des Publikum auf eine gewisse Klasse von Politikern hindeutet, die seit Jahren die Hauptanhänger der herrschenden Dynastie gewesen sind. Der Zusammenhang des Bonapartismus mit Menschen, die sich durch Speculationen von der Armuth zum fabelhaftesten Reichthum aufschwangen, hat ihm in den Augen Frankreichs und der Welt geschadet. Wir wollen nicht gesagt haben, daß die Imperialisten schlechter seyen als die Andern. In den letzten 10 Jahren aber ist über die Franzosen, namentlich die Pariser, eine große Veränderung gekommen. Die Thatkraft, die sich sonst in politischen Kämpfen zu verzehren pflegte, war eingedämmt worden und suchte sich daher in Handelsunternehmungen Luft zu machen. Die Franzosen waren stets ein geldliebendes Volk, und jetzt sind sie auch ein geldmachendes. In den orleanistischen Zeiten bildeten die Geschäftsleute eine Klasse; jetzt machen sie, mehr als in England, die große Masse in der Nation aus. Alles eilt, reich zu werden. . . Napoleon hat sich die Unterstützung eines Haufens von Politikern verschafft, indem er sie ungeheure Reichthümer anhäufen ließ, aber dafür hat er den Ruf seiner Regierung auf das Niveau dieser Menschen fallen lassen und findet am Ende, daß sie in Folge des allgemeinen Mißtrauens, das sie einflößten, aufgehört haben, ihm nützlich zu seyn. Sollte der Sturz des Hrn. Mirès dazu führen, daß die Regierung sich aus ihrer Verbindung mit diesen Leuten herauszieht, so wird er nicht ohne seinen Nutzen gewesen seyn."

Italien.

Rom. Die Gastfreundschaft für König Franz II. kostet dem heiligen Vater täglich 150 römische Thaler, da den Gästen Alles geleistet wird, was sie brauchen.

Dem Vernehmen nach sprach König Franz zu den Prälaten, die ihn am Thor der Stadt Rom empfingen, die Worte: „So ist der Lauf der Welt, man muß sich an das Schlimme gewöhnen, man fällt und man erhebt sich wieder."

Turin, 23. Febr. Bösen Eindruck macht eine der neuesten Maßregeln der Regierung: die ganz kürzlich erfolgte Internirung der venetianischen Emigration nach Aosta.

Amerika.

New-York, 10. Febr. Daß die Indianer von den gegenwärtigen Wirren in den Vereinigten Staaten Gebrauch machen würden (da die Truppen in den Grenzbezirken theilweise zurückgezogen wurden), war vorauszusehen; daher kommt die Kunde, daß die Chirokesen das Fort Gibson (Mississippi) eingenommen haben, nicht überraschend.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 27. Febr. Gestern Abends hielt unser Landsmann, der Submarine-Techniker Bauer, in den Lokalitäten des Bürgervereins (Augsburger Hof) für die Mitglieder der beiden Kammern einen äußerst interessanten Vortrag über die Erfindung seiner hyponautischen Apparate. Von Seite der Reichsräthe wohnten dieser Vorlesung, deren schwieriges Verständniß durch Apparate erleichtert wurde, die HH. Graf v. Seinsheim und Staatsrath v. Heinz bei. Bauer wird demnächst eine Reihe von Vorlesungen über seine Erfindungen halten, welche Jedermann zugänglich gemacht sind. (B. L.)

Zu dem deutschen Sängerfeste in Nürnberg haben bereits nachstehende Kompositeurs ihre Betheiligung zugesichert: Die Herren Abt in Braunschweig, Otto in Dresden, Becker in Würzburg, Möhring in Neuruppen, Reeb in Frankfurt, Lachner in München, Se. Hoh. der Herzog von Koburg, Tschirch in Gera, Hiller in Köln, Kalliwoda in Donaueschingen und Methfessel in Braunschweig. Letzterer, der Nestor deutscher Kunst und Poesie, ein Greis von 76 Jahren, hat in einem eigenhändigen Schreiben an den Nürnberger Musikdirektor Hrn. Grobe eine rührende Begeisterung für das „deutsche Sängerfest" kund gegeben. Obschon halb erblindet, hat derselbe dennoch bereits ein Festlied gedichtet und wird dasselbe für das Fest in Musik setzen.

Speyer, 19. Febr. In Folge der Krisis in Amerika ist das Geschäft in Pfälzer Tabak sehr flau. Eine Masse amerikanischen Tabaks ist schwimmend und die Angebote häufen sich derart, daß die Preise unserer Tabake sinken müssen. Bedeutende Quantitäten von Tabak liegen bei uns zum Verkaufe bereit, finden aber leider keine Abnehmer. Durchschnittlich steht der Preis dermalen 10 bis 12 fl.

Der in Landau verstorbene frühere Landtagsabgeordnete und Bürgermeister Lang hat ein Kapital von 80,000 fl. zum Besten des allgemeinen Krankenhauses, des von ihm gegründeten Waisenhauses und der Simultankirche vermacht.

Wiesbaden, 25. Febr. Aus Runkel wird der „Rhein-Lahn-Zeitung" geschrieben, daß ein junger Mann gefänglich eingezogen worden sey, auf welchem der Verdacht ruhe, den Brand in Villmar veranlaßt zu haben.

Neueste Nachrichten.

München, 27. Febr. Die piemontesische Regierung sieht mit scheelen Augen die Anwesenheit des Königs Franz II. in

---

Alles erreicht: ungehinderten Aufenthalt, beträchtliche Geldsummen, und andere sehr angenehme Beweise der Sympathie des Königs Ludwig Philipp und seiner beiden Damen. Es war Mitternacht, als Hortense heimkehrte.

Am folgenden Morgen war Ministerrath. Indem Ludwig Philipp sich niederließ, fragte er: „Nun, meine Herren, was Neues?" — „Sire," sagte Soult, der damalige Kriegsminister, „ich weiß für gewiß, daß die Königin Hortense und ihr Sohn incognito durch Südfrankreich gereist sind und in Marseille ein Schiff nach Malta bestiegen haben." — „Meinen Sie?" erwiderte der König lächelnd. — „Es ist ganz sicher," wiederholte Soult. Dann begann Casimir Perier: „Sire, meine Erkundigungen sind umständlicher und bestimmter, als diejenigen des Marschalls. Die Königin Hortense mit ihrem Sohn ist hier in Paris, sie wohnt Rue de la Paix, Hotel de Hollande. Der Oberst Houdetot hat ihr im Namen Ew. Majestät 30,000 Franken gebracht. Dann ist sie gestern Abend hier gewesen, und Ew. Majestät haben ihr sicheres Geleit für sie und ihren Sohn und Aufenthalt in den Pyrenäen zugesagt." — „Das ist doch stark," entgegnete der König. „Es ist Alles richtig, ich habe nichts hinzuzusetzen, mein lieber Perier," — „Nein Sire," entgegnete Perier; „aber ich habe noch etwas hinzuzufügen. Der Sohn der Königin Hortense war nicht mit hier." — „Nein, er war leidend." — „Das ist ein Irrthum. In derselben Stunde, wo seine Mutter sich hier bei Ew. Majestät befand, war er für seine Person in einer geheimen Zusammenkunft, in Rue basse du Rempart. Dort befanden sich mit ihm Blanqui, Raspail, Alibaud und Andere, und man complottirte über den Sturz Ew. Majestät."

Ludwig Philipp und der Ministerrath staunten. Endlich fragte der König: „Und der Beweis?" — „Hier," erwiderte Perier. „Es ist das Protokoll der geheimen Sitzung, wie es mir durch eins der Mitglieder (Blanqui) überliefert ist." — Der König las und war sehr bestürzt. Aber er hielt sich gebunden durch sein Wort, das er der Königin Hortense gegeben, zumal da diese vielleicht von dem Benehmen ihres Sohnes nichts wußte. Wenige Wochen später, im April 1832, erklärte Casimir Perier der Deputirtenkammer, daß Hortense und ihr Sohn durch Paris gekommen, daß das Gesetz von 1816 verletzt sey, daß jedoch das Kabinet mit dem Könige sich das zum Ruhme anrechne. Die Kammer stimmte bei.

Sechszehn Jahre später, im Monat Juni 1848, kam Houdetot von Claremont zurück, wo er seinen alten Herrn besucht. Auf demselben Dampfer befand sich mit ihm auch Ludwig Napoleon, der nach Paris reiste. Sie begegneten einander wiederholt auf dem Verdecke; aber Houdetot schien den Prinzen nicht mehr zu kennen. Endlich fing dieser an: „Sie kennen mich also nicht wieder, Herr Houdetot?" — „Ganz wohl thue ich das," erwiderte trocken der General. — „Nun, dann begreife ich nicht, daß . ." — „Herr," sagte ihm Houdetot, „Sie werden sich noch des Abends erinnern, wo ich die Ehre hatte, die Königin Hortense zu dem Könige Ludwig Philipp zu führen. Sie ließen damals sich entschuldigen, weil Sie leidend seyen; allein wo waren Sie in derselben Stunde, mein Herr? — Ich habe es am folgenden Tage erfahren. Habe ich nun ferner noch nöthig, Ihnen zu sagen, warum ich Sie nicht kenne?" — Houdetot wandte den Rücken und ging.

meist fliehender Frauen, Kinder und überraschter Spaziergänger. Dasselbe wiederholt sich nachher auf dem Markt, wo eine Abtheilung Jäger sich aufgestellt hatte und plötzlich ohne vorherige Warnung auf die Umstehenden und Vorübergehenden einhieb. Bis jetzt sind 15 schwere Verletzungen auf der Polizei gemeldet, meist Wunden am Hinterkopf. Man fürchtet, daß eine größere Zahl Verwundeter noch nicht ermittelt ist. (Nat.-Ztg.)

Kurhessen. Kassel, 23. Febr. Es leidet kaum einen Zweifel, daß Herr v. Göddäus, dessen Verbleiben im Amt neuerdings gesichert ist, eine ziemlich untergeordnete Angelegenheit zum willkommenen Anlaß genommen hatte, um seiner Ministerstelle enthoben zu werden. Man betrachtet diesen Vorgang allgemein als ein Zeichen, daß die Zuversicht, welche Herr v. Göddäus bis vor Kurzem in Betreff der Verfassungsangelegenheit an den Tag gelegt hat, jetzt vollständig gewichen sey. Nicht gerade hochgebildet, aber von ungewöhnlicher Schlauheit, gilt er für denjenigen unter den jetzigen Ministern, der die Lage der Dinge am klarsten und unbefangensten beurtheile. Sein Streben, sich von den Kollegen, die ihm ohnehin als „Mucker" zuwider sind, zu trennen, wird daher für ein stillschweigendes Bekenntniß angesehen, daß er das Regierungsschiff als leck betrachte und den baldigen Untergang fürchte. Die ungewöhnliche Nachgiebigkeit des Kurfürsten hat ihn nun gleichwohl festgehalten. Man ist begierig, ob nicht nächstens ein neuer Zwiespalt auftaucht. So leicht wird dieß nicht der Fall seyn, denn der Kurfürst hat dießmal die Erfahrung gemacht, wie schwierig es schon ist, Minister zu finden, die dem bisherigen System noch anhängen. Alle Bemühungen, Herrn v. Göddäus zu ersetzen, sind vergebens gewesen. Daß Herr v. Göddäus früher ein eifriger Anhänger der Verfassung von 1831 war und 1848 zu den lautesten Eiferern für ihren Ausbau und ihre Erweiterung gehörte, ist bekannt. Weniger bekannt ist es, daß Hassenpflug der Erste gewesen, welcher auf eine Verfassungswidrigkeit aufmerksam gemacht und auf deren Abstellung gedrungen hat. Herr Hassenpflug war nämlich zur Zeit des Erscheinens der Verfassungs-Urkunde von 1831 noch Beisitzer beim Oberappellationsgerichte, da er zur Ernennung zum Rathe noch keinerlei Berechtigung hatte. Nun bestimmte aber die Verfassung in §. 121, daß der höchste Gerichtshof künftig nur aus wirklichen Räthen bestehen solle. Hassenpflug eilte daher mit der größesten Gewissenhaftigkeit, dies geltend zu machen, und erlangte auch wirklich seine Beförderung zum Rathe. (Schw. Merk. u. Preuß. Ztg.)

Oesterreich. Der „Augsb. Allg. Zeitung" schreibt man aus Innsbruck vom 20. Februar: „Heute ging ein Schreiben, welches viele Bürger aus allen Ständen unterzeichnet hatten, an einen Tyroler nach Wien ab, damit er sich zu Hrn. v. Schmerling verfüge und auf Grund desselben ihm auseinandersetze, auf welche zum Theil niederträchtige Art für die bereits erwähnte Petition um Aufrechthaltung der alten ständischen Einrichtung mit den Privilegien des Adels und Klerus Unterschriften geworben wurden, und ihm zu versichern, daß diese Petition, deren sich jeder wahre Freund des Vaterlandes schämen muß, das gerade Gegentheil von dem begehre, was die bei weitem überwiegende Mehrheit des Volks verlangt. Unser Vertrauen ist gerechtfertigt! Es traf ein Telegramm zu Innsbruck ein, das besagt: Herr v. Schmerling werde sich durch jene Petition in seinen bereits eingeleiteten Verfügungen nicht beirren lassen und für Tyrol keine Ausnahme machen."

Aus Pesth schreibt man dem „Fr. J.": „In dem k. Einberufungsschreiben für den ungarischen Landtag kommt der Passus „Ungarn und seine Nebenländer" vor, der zu der Annahme und zu dem Zweifel Veranlassung gab, ob darunter auch Siebenbürgen und Kroatien (mit Slavonien und Dalmatien) oder eines von beiden Ländern gemeint sey. Wir können mit Bestimmtheit sagen: keines, denn die Stelle ist nur eine alte formula scribendi. Kroatien wird vorerst seinen eigenen Landtag haben, der über die Union entscheiden wird, und bezüglich Siebenbürgens hat das an Fehen. v. Kemeny erlassene k. Handschreiben über die Errichtung der siebenbürgischen Hofkanzlei deutlich genug gesprochen."

Großbritannien.

Die Gesammtzahl der regelmäßigen britischen Landtruppen, das indische Heer mit eingeschlossen, betrug im vorigen Jahre 228,854 Mann. Dieses Jahr wird sie nur 212,773 Mann betragen. Die Verminderung um mehr als 16,000 Mann, welche sich auf diese Weise herausstellt, kommt ausschließlich auf Rechnung des indischen Heeres. Sehen wir vom regulären Heere ab, so belief sich im vorigen Jahre die Stärke der eingekleideten Miliz auf etwa 16,000 Mann. Diese sollen nun entlassen werden, und der Staat spart dadurch 320,000 L.

Frankreich.

Paris, 25. Februar. Die beiden Kammern führen sich vortrefflich auf, wenigstens der Regierung gegenüber. „Der Herr wird seine Diener loben." Herr Billault, der in seiner Eigenschaft als Minister ohne Portefeuille sich viel in den Adreßkommissionen umthut, hat erklärt, daß er mit beiden zufrieden zu seyn alle Ursache habe. Und was ich schon früher angedeutet habe, bestätigt sich, daß nämlich die Adressen so laut werden, wie man sie im Palast wünscht, daß weder die liberale noch die klerikale Opposition irgend eine numerische Bedeutung gewinnen, daß die Einsprache einzelner Mitglieder in dem allgemeinen Wunsche, dem allerhöchsten Willen zu entsprechen, untergehen werde. Daß die Fügsamkeit und Willfährigkeit der Kammern auf das Verhältniß Frankreichs zu Rom ihren Einfluß übt, liegt zu nahe, als daß es festgestellt werden müßte. Je sicherer der Kaiser auf die Zustimmung der Kammern in allen Fällen zählen kann, desto entschiedener wird er seine Politik verfolgen, die den Ansprüchen des heiligen Stuhls entgegen ist. Man erzählt sich zwar, daß Herr Granier aus Cassagnac, welcher mit Abfassung der Antwortadresse des gesetzgebenden Körpers betraut ist, von dem Kaiser in besonderer

---

Louis Napoleon und Louis Philipp.

Die zu Gent erscheinende Zeitung „le bien public" enthält einen Brief aus Paris, der verschiedene Einzelheiten aus dem früheren Leben Napoleons III. bringt. Die Redaktion des Genter Blattes steht für die Glaubwürdigkeit ihres Korrespondenten ein.

Sie kennen den leidenschaftlichen und thätigen Antheil, welchen der Prinz Ludwig Bonaparte 1831 an dem Aufstande der Romagna gegen Gregor XVI. nahm, wie er ferner damals durch seinen Eifer den widerwilligen älteren Bruder zum gleichen Eintritte in die Reihen der Romagnolen zwang, wie dieser ältere Bruder den Beschwerden des Feldzuges unterlag, und durch seinen Tod zu Forli dem jüngeren die Ansprüche hinterließ, die sich auf das bekannte Senatus-Konsult von 1804 bauen ließen. Nach der Zersprengung der Aufständischen floh Ludwig Bonaparte in die römischen Staaten. Da es ihm nicht glückte, weder auf toskanisches noch auf neapolitanisches Gebiet zu kommen, suchte er Zuflucht bei einem Bischofe, dem er seinen Namen nannte. In Italien, wenigstens im damaligen Kirchenstaate, hatten die Häuser der Bischöfe noch das Asylrecht wie die Kirchen selbst. Es war der Erzbischof von Spoleto, der sich des Flüchtlings annahm, ihn mehrere Tage bei sich behielt und dann selber nach Rom ging, um von dem Papste Gregor XVI. einen Paß für seinen Schützling zu erbitten. Gregor XVI. schlug die Bitte ab. Der Erzbischof indessen ließ nicht nach, bis er zuletzt durchdrang. Der Papst Gregor gewährte den Paß, und der Flüchtling eilte nun sicher über die Grenze. Dieser Erzbischof von Spoleto hieß Mastai. Man kennt ihn heute unter dem Namen: Pius IX. (Wir bemerken, daß diese Angaben mit anderweitigen Berichten über Napoleons Flucht übereinstimmen. D. Red.)

Ludwig Bonaparte ging nach der Schweiz zu seiner Mutter Hortense. Von dort aus begaben sich beide, ungeachtet des Gesetzes von 1816, heimlich nach Paris, um ihre Freunde zu besuchen und einige Forderungen an den königlichen Schatz geltend zu machen. Sie stiegen unter falschem Namen ab in der Rue de la Paix, im Hotel de Hollande. Damals regierte Ludwig Philipp, es war gegen das Ende des Jahres 1832. Kasimir Perier war Premier-Minister. Die Königin Hortense erinnerte sich einer alten Bekanntschaft von Holland her, des Herrn v. Houdetot, der damals Flügel-Adjutant des Königs war. Sie schrieb ihm so oft nach ihrer Ankunft die Bitte, zu ihr zu kommen. Houdetot eilte herbei. Er fand die Frau sehr besorgt über das Geschick, welches ihr und ihrem Sohne aus dem Gesetze von 1816 erwachsen könne. Sie sprach ihm den Wunsch aus, einen Paß zu erhalten, ferner die Erlaubniß zu einem Aufenthalte in den pyrenäischen Bädern, und zuletzt einer Beihülfe; denn die Verhältnisse für die beiden waren sehr knapp.

Der Oberst Houdetot eröffnete Alles dem Könige Ludwig Philipp. Dieser stellte der Hortense durch Houdetot sofort 30,000 Franken zu, mit dem Hinzufügen, daß er für alle Gefahr einstehe, sowohl für sie als für ihren Sohn. Er ließ sie ferner bitten, den Abend im Palais Royal zuzubringen, wo er mit der Königin und seiner Schwester sie in dem Zimmer des Obersten Houdetot empfangen würde. Hortense nahm an; doch kam sie allein, weil ihr Sohn inzwischen von einem Fieber befallen sey. Der Besuch dauerte lange. Hortense kehrte sehr erfreut zurück; denn sie hatte

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№. 60.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 1. März 1861.

*** Die österreichische Verfassung.

Endlich also ist Oesterreich förmlich in die Reihe der konstitutionellen Staaten eingetreten. Es hat lange gedauert und hart gehalten, bis Kaiser Franz Joseph sich entschloß, diesen Schritt zu thun und damit der alten, durch Jahrhunderte fortgeerbten Gewohnheit unumschränkter Selbstherrlichkeit Valet zu sagen. Mit der den Habsburgern eigenthümlichen Zähigkeit suchte er, so lange es noch halbwegs anging, an dem alten System festzuhalten und, als dies durchaus nicht mehr thunlich war, wenigstens möglichst viel davon zu retten. Aber das eiserne Gebot der Noth war stärker, als sein Wille; Schritt für Schritt mußte er zurückweichen von dem aus dem Mittelalter überlieferten Standpunkt des Absolutismus, bis er endlich da ankam, wo er jetzt steht, auf dem verfassungsmäßigen Standpunkt der Neuzeit. Es hat ihm die Zähigkeit, womit er das Alte festzuhalten suchte, viel, sehr viel geschadet; hoffen wir, daß er dieselbe Zähigkeit nun auch im Festhalten und Entwickeln des Neuen bewähre; denn darin allein liegt Oesterreichs Heil, dadurch allein kann der Staat aus den innern und äußern Nöthen gerettet werden, daß die Verfassung, die ihm jetzt gegeben ist, auch ehrlich gehalten und mit treuer Sorgfalt entwickelt wird. Ueber den Werth derselben im Besonderen, namentlich was die Befugnisse der Reichsvertretung und der Landtage betrifft, läßt sich freilich genauer erst urtheilen, wenn ihr Wortlaut vorliegt. Im Allgemeinen scheint sie uns die schwierige Aufgabe, die Forderungen, welche aus der nothwendigen Einheit des Reichs hervorgehen, mit der Rücksicht auf die Besonderheiten der einzelnen Länder zu vereinigen, mit Glück gelöst zu haben; freilich wird es auch hier vor Allem darauf ankommen, in welchem Geist und mit wie viel Geschick das im Gesetz Gebotene auch durchgeführt wird. Wird von Oesterreichs Staatsmännern die neue Verfassung als einzige und wahre Grundlage des staatlichen Lebens der Zukunft angenommen und gehandhabt, werden die Ansprüche und Gewohnheiten des alten Systems ganz und gründlich bei Seite gelegt, dann wird auch das tief eingewurzelte Mißtrauen der Oesterreicher gegen ihre Regierung schwinden, Volk und Fürst werden sich wieder eins fühlen und stark in dieser Einigkeit den Angriffen Italiens und Frankreichs trotzen können, ohne auswärtige Hülfe zu brauchen. Viribus unitis, dieser alte Wahlspruch der Habsburger, möge er auch jetzt und fortan recht verstanden und wohl beherzigt werden.

Deutscher Bund.

** **Bayern.** München, 27. Februar. (Privat-Korresp.) Wegen noch nicht erfolgter Vorlage der Nachweisungen und Erläuterungen zum Militär-Etat des Budget hat Hr. Abg. Dr. Völk eine Interpellation eingereicht, welche mit der Anfrage an das Kriegsministerium schließt: „weßhalb entgegen den Bestimmungen des Gesetzes vom 15. April 1840 das Militärbudget nicht in der gesetzlich gebotenen Vollständigkeit vorgelegt wurde, und innerhalb welcher Zeit das genannte Ministerium seinen gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen gedenke." Diese Verzögerung wird, wie es heißt, damit entschuldigt, daß der mit der obersten Leitung des Militärrechnungswesens betraute Generalverwaltungs-Direktor, Ministerialrath Wolf, schon vor geraumer Zeit erkrankte und sein Befinden nicht derart ist, daß eine baldige völlige Genesung zu erwarten stünde. Gleiche Ursachen, heißt es, liegen zu Grunde, daß bis zur Stunde auch die Rechnungsnachweisungen über die Militärausgaben pro 1858/59 dem Landtage noch nicht vorgelegt worden sind.

Vom 1. März angefangen findet zwischen den größeren Stationen der bayer. Staatsbahnen einer- und den österreichischen Güterexpeditionen in Kufstein, Hall und Innsbruck anderseits direkte Güterabfertigung statt.

München, 27. Febr. Se. Maj. der König hat den prakt. Arzt zu Ebermannstadt, Dr. Gg. Stöhr, zum Gerichtsarzt des Ldgs. Pottenstein ernannt; den Landgerichts-Assessor M. Höpfel von Abensberg an das Ldg. Kötzting versetzt und den Assessor Aug. Hittner von Kötzting an das Ldg. Abensberg berufen; den geprüften Rechtskandidaten Jos. Pfirrmann von Germersheim zum Landgerichtsschreiber in Lauterecken ernannt; das Benefizium St. Eligii und St. Katharina in Seligenthal zu Landshut dem Priester Fr. S. Neumayr, Kooperator expositus in Gögging, Ldg. Abensberg, übertragen. (N. M. Z.)

Preußen. Greifswald, 25. Febr. Das hier garnisonirende Jägerbataillon hat in der letzten Zeit schon öfter Konflikte bald mit Studenten, bald mit Matrosen und Knechten vom Lande gehabt. Gestern hatte eine Gesellschaft von Landleuten, meist Bauern und Knechte, einen Ball in einem Wirthshaus vor dem Thore, in welchem auch eins der hiesigen Studentenkorps seine Kneipe und seinen Fechtsaal hat. Der Ball war im ersten Stock; unten saßen einige Studenten in ihrer Kneipe; auf der anderen Seite des Flurs, in der allgemeinen Gaststube, war die gewöhnliche Zahl Sonntagsgäste. Zwischen 7 und 8 Uhr kamen einige Jäger in das Haus und verlangten an dem Ball Theil zu nehmen. Der Wirth bedeutete ihnen, es sey eine geschlossene Gesellschaft, sie möchten in die allgemeine Gaststube gehen. Nach einigen stürmischen, aber vergeblichen Versuchen, in das Tanzlokal zu gelangen, entfernten sie sich, mit der Drohung, sie würden sich Hilfe holen. In kurzer Zeit kehrten sie mit einem Haufen von 50 bis 60 Jägern zurück. Der Wirth schickte sogleich nach der Hauptwache und bat um Absendung einer Patrouille zur Aufrechthaltung der Ordnung. Die Patrouille ward auf der Wache verweigert, und der Bote mußte suchen, den Bataillons-Commandeur aufzufinden. Inzwischen waren 5—6 Jäger mit gezogenen Hirschfängern in das Wirthshaus eingedrungen, und da der Wirth allein sich ihrer nicht erwehren konnte, rief er die Studenten zur Hilfe. Diese drängten die Jäger hinaus und verschlossen die Hausthüre. Nun begann eine Art Belagerung. Große Steine wurden durch die Fenster und Fensterläden in die Säle geworfen, und die Vorbereitungen zum Einrennen der Thür getroffen. Dem zuvorzukommen, bewaffnete sich ein halbes Dutzend Studenten mit den auf dem Fechtsaal sich vorfindenden Schlägern und Rapieren und machten, von einigen Knechten mit Knütteln unterstützt, einen Ausfall. Trotz ihrer Ueberzahl wurden die Jäger schnell geworfen und ein Theil in den nahen Bruch, ein Theil in die Stadt gejagt. Hier begegnete den Fliehenden der Major, den der Bote des Wirths endlich gefunden hatte. Er sammelte die Jäger und ließ in der ganzen Stadt Alarm blasen. Inzwischen war in dem Wirthshaus, wo der Streit begonnen hatte, Alles wieder zur Ruhe zurückgekehrt, Polizeibeamten hatten sich vor der Thür aufgestellt, und der Ball nahm seinen Fortgang. Eine große Zahl Menschen, welche der Sonntag Abend, das schöne Wetter und die Neugierde herbeigezogen, unterhielt sich auf dem Platze vor dem Hause von dem Vorgefallenen. Plötzlich dringt eine Kompagnie Jäger im Sturmschritt aus dem Thor und mit Kolbenstößen auf die Menge ein. Man weicht zurück; die Kompagnie sammelt sich vor dem Wirthshaus, und der Offizier begehrt Einlaß. Trotz der Versicherungen des Wirths, daß kein Jäger im Hause sey, und der Vorstellungen der Polizeibeamten, sie wären erbötig, wenn die Verhaftung eines Civilisten geboten wäre, sie auszuführen, erzwingt der Offizier mit einer Abtheilung Jäger den Einlaß und durchsucht das Haus. Als er wieder herausgekommen, hat sich das Publikum wieder um die Kompagnie gesammelt, und nun befiehlt er, ohne eine vorherige Aufforderung zum Auseinandergehen, die Menge mit Gewalt auseinander zu treiben. Die Jäger hauen mit Kolben und Bajonneten ein und verwunden eine große Anzahl

Pforzheim, 24. Febr. Den kürzlich erfolgten Mittheilungen öffentlicher Blätter über die Straßburg-Kehler Rheinbrücke, wozu die Eisentraggitter, sowie die prachtvollen eisernen Portale in der hiesigen Benckiser'schen Eisengießerei angefertigt wurden, fügen wir bei, daß unter den deutscherseits anzubringenden Emblemen sich nicht blos der badische Greif als Grenzwappzeichen befinden wird, sondern es wird auch im Auftrag des Großherzogs der deutsche Reichsadler die Mitte des gegen Kehl gekehrten Portals schmücken. (Karls. Ztg.)

Wien, 26. Febr. Morgen soll in der „Amtszeitung" die Verfassung erscheinen. Grundgesetz über die Reichsvertretung: Zwei Häuser: Herrenhaus und Abgeordnetenhaus. Ersteres bestehend aus den Erzherzogen, den Häuptern der großen Geschlechter aus allen Ländern erblich, hohen Kirchenwürdenträgern und Männern von Verdienst, ernannt auf Lebenszeit. Das zweite zählt 343 Abgeordnete, wovon Niederösterreich 18; Mähren 22; Ungarn 85*); Böhmen 54; Venedig 20; Siebenbürgen 26; Galizien 38 von den Landtagen aus den Abgeordneten bestimmter Wahlgebiete, Städte und Körper zu wählen hat. Oeffentlichkeit, Initiativrecht für beide Häuser. Konstitutionelle Kardinalrechte liegen im Wirkungskreis der Reichsversammlung. Uebereinstimmung beider Häuser und Sanktion des Kaisers ist zu allen Gesetzen nothwendig. Reichsangelegenheiten sind: Feststellung des Budgets, Steuergesetzgebung, Staatsanleihen, Controle der Staatsschuld, Staatshaushaltsprüfung, Zölle, Bankwesen u. dgl. Die Wiederherstellung der früheren Verfassungen Ungarns, Siebenbürgens, Kroato-Slavoniens innerhalb des Oktober-Diploms aufrecht erhalten. Für die andern Länder sind neue Landesstatute erlassen. Interessenvertretung. Census in den Städten nach mehreren Abstufungen bis zu 5 Gulden herab, in Landgemeinden bis unter 5 Gulden. Wirkungskreis der Landtage, Landesgesetzgebung, Selbstverwaltung, Oeffentlichkeit, Initiative, Schwerpunkt der Gesetzgebung für gemeinsame Angelegenheiten im Reichsrath, für Provinzialangelegenheiten in Landtagen. Landtage auf 6., Reichsrath auf 29. April einberufen. Der Ungarlandtag wird schon früher, auf den 2. April einberufen. (T. d. Allg. Z.)

Wien, 27. Febr. Die heutige „Wiener Zeitung" publizirt die Verfassungsstatute für die Kronländer und das Grundgesetz über die Reichsvertretung mit dem vorstehend angegebenen Inhalt.

Paris, 25. Febr. In allen Kirchen von Paris wurde gestern, am zweiten Fastensonntag, gegen die Broschüre Laguerronière's gepredigt, und für den Papst gebetet. Die Prediger gehorchten augenscheinlich einem mot d'ordre, wonach sie ihre Kanzelreden abgefaßt haben. Man ersieht daraus, daß der Klerus sich keine Illusionen mehr macht. Tout est perdu hors l'honneur de l'Eglise! — Dieser Ausruf mit einer Aufforderung zum Gebet erscholl von allen Kanzeln. Sämmtliche Predigten behandelten das Thema: „in diesem Zeitalter der Broschüren wird die Revolution von einer cynischen und heuchlerischen Politik ausgebeutet und zum Besten gehalten; alle Gewissen sind verwirrt und verfälscht; es herrscht der grasse Materialismus; die Kirche hat noch immer über ihre Feinde gesiegt, deren Trug und Gewalt zuletzt doch gegen das Gebet nichts vermögen." In La Villette, dem Hauptviertel der Proletarier, predigte ein Dominikaner vor einem andächtig horchenden Volkshaufen über das Thema: „der Sonntag ist der heilige Tag der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Am Sonntag, predigte der Dominikaner, ist der Arbeiter frei von seinen Tyrannen, das heißt von seinem Meister oder Fabrikanten. Am Sonntag verwirklichen sich die Gleichheit und die Brüderlichkeit von der Kanzel und dem Altar. Diejenigen, sagte er, welche euch von der Sonntagsfeier abhalten wollen, sind eure Blutsauger, die finden, daß ihr für sie noch immer nicht genug arbeitet. Die Republik ist in der Kirche, die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sind in der Religion; der Sonntag ist der wahre Volkstag." Ob dieser Dominikaner noch oft in La Vilette predigen wird? Der Mann versteht sich aufs Oppositionspredigen. Die Pariser Polizei aber versteht keinen Spaß. (Allg. Z.)

Turin, 26. Febr. Der Senat hat den Gesetzentwurf, durch welchen dem König Viktor Emanuel der Titel „König von Italien" verliehen werden soll, mit 129 gegen 2 Stimmen angenommen. (Tel. d. N. K.)

Aus Turin wird geschrieben: „Die piemontesische Regierung sammelt Dokumente über die wiederholten Einfälle päpstlicher und bourbonischer Truppen auf piemontesisches Gebiet, um die deßhalb zu ergreifenden Maßregeln vor Europa rechtfertigen zu können." (Es scheint demnach ein neuer Schlag gegen den Rest des Kirchenstaats bevorzustehen.) (Tel. d. Ostd. Post.)

Forli, 20. Febr. Der hiesige Bischof ließ aus Anlaß der vom Munizipium verordneten Feier des Falles von Gaeta die Glockenthürme verschließen und die Kirchengeräthschaften beseitigen. Der Pöbel erbrach die Thüren und nahm die Glockenschwengel weg. (Tel. d. Ostd. Post.)

*) Demnach wäre man in Wien von dem unglücklichen Gedanken abgekommen, der allgemeinen Reichsvertretung ein doppeltes Maß von Befugnissen, ein kleineres bezüglich Ungarns, ein größeres bezüglich der übrigen Länder, einzuräumen. Nur so, wie sich die Sache nach obiger Nachricht darstellt, ist sie in Wahrheit eine allgemeine Reichsvertretung.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	76 1/2 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	59 5/8 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	50 3/4 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	42 1/4 G.
„	4 1/2 pCt.	37 1/2 G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	87 1/4 G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	103 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	108 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	102 7/8 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100 1/8 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100 3/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	95 P.
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	104 1/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 3/4 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	103 1/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	95 1/8 P. 94 3/4 G.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	102 P. 101 3/4 G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	101 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	98 1/4 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	97 1/4 P.
„	3 pCt. Obl.	90 1/2 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47 3/8 P.
„	1 3/4 pCt. „ „ „	41 3/8 G.
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 500 Thlr.	97 1/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	109 1/4 G.	ex D.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	584 G.	ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	134 1/2 G.	ex D.
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	181 1/2 P. 180 1/2 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	67 1/4 G.	
Internationale Bank in Luxemb. . .	79 1/2 G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	337 P.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	69 3/8 G.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	224 G.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	125 P.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	72 7/8 P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	25 G.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	130 P. 129 3/4 G.	
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	97 3/4 G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 1/4 P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	236 G.	
Span. Handels- u. Industrie . . .	497 P.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	465 G.	
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	104 1/8 P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 1/2 G.	

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99 3/4 B.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 1/4 B.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	95 7/8 G.
Cöln. Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	88 1/4 B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 1/4 B.
London Lst. 10 k. S.	118 1/4 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	92 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	93 1/4 G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. k. S.	79 5/8—1/2 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	75 P. 74 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	46 3/4 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	56 5/8 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	127 3/4 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	56 1/4 P.	„ fl. 25 do.	34 1/4 G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	91 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	34 5/8 P.
3 1/2 pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	118 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	49 3/4 P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 2 1/2 pCt. Z.	36 P.
Badische fl. 50	90 3/8 P.	Vereins-Loose fl. 10.	10 1/4 G.
Badische fl. 35	53 1/8 P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 7/16 P.

Frankfurt, 27. Februar. Der meiste Umsatz fand in österr. National und Kreditaktien statt, welche, etwas höher eröffnet, sich nicht ganz auf den ersten Kursen erhalten konnten. In den übrigen Fonds und Aktien keine wesentliche Veränderung. (Synd.)

setzt worden; nach vollen drei Wochen forderte Goyon diesen Theil des Kirchenstaates zurück; indeß hatte Viterbo bereits seinen Beitritt zum italienischen Gesammtstaate erklärt, und als der Kommissär der Marken, Marchese Pepoli, dem Goyon'schen Verlangen nachkam, erklärte er ausdrücklich, er übergebe Viterbo dem Schutze der Franzosen, nicht aber sey diese Handlung so zu verstehen, als solle Viterbo wider seinen Willen an die römische Kurie zurückgegeben werden. Später hat Viterbo unter der französischen Besatzung an dem Einverleibungs-Plebiscite Umbriens und der Marken Theil genommen. Die Viterbitaner sind nun entschlossen, sich nicht bloß ans italienische Parlament, sondern auch an den französischen Senat zu wenden, damit ihnen freie Hand werde, ihren Willen kund zu geben. In Rom wird von der Einheitspartei in demselben Sinne gearbeitet; eine vom 15. Februar datirte Proklamation, die am 17. überall angeschlagen war, sagt den Römern Dank für ihre würdige Haltung bei der Gaeta-Feier und schließt mit dem Aufrufe: „Römer, noch eine andere Kundgebung habt ihr jetzt zu machen, und dieselbe wird mit der Hülfe Gottes, der da ist ein Rächer der Bedrückten und ein Helfer jeder gerechten Sache, vor sich gehen: sie wird baldigst erfolgen, wenn vom hohen Kapitol die Stimme einer befreiten Nation der Welt zurufen wird: Es lebe Viktor Emanuel, König von Italien!" (Köln. Ztg.)

* Folgendes ist der Tagesbefehl, welchen General Cialdini nach der Einnahme von Gaeta an seine Truppen richtete: „Soldaten! Gaeta ist gefallen! Die italienische Fahne und das siegreiche Kreuz Savoyens flattern auf dem Rolandsthurme. Ihr habt am 13. Februar erfüllt, was ich am 13. Januar prophezeite. Derjenige, welcher Soldaten, wie Ihr sie seyd, kommandirt, kann sich zum sichern Siegesprophezeier machen. Ihr habt in 90 Tagen einen Platz eingenommen, der berühmt ist durch die Belagerungen, welche er ausgehalten hat, und durch seine Vertheidigungsmittel, die zudem noch vermehrt wurden, einen Platz, welcher zu Anfang dieses Jahrhunderts beinahe sechs Monate den ersten Soldaten Europa's widerstanden hat. Die Geschichte wird die Beschwerden und Leiden erzählen, welche Ihr ausgehalten habt, die Verläugnung, die Standhaftigkeit und die Tapferkeit, welche Ihr bewiesen, und die Riesenarbeiten, die Ihr ausgeführt habt. Der König und das Vaterland applaudiren zu Euerm Triumphe, der König und das Vaterland danken Euch. — Soldaten! Wir haben gegen Italiener kämpfen müssen, eine nothwendige aber peinliche Pflicht. Ich werde Euch demnach nicht zu Freudendemonstrationen auffordern, zu beleidigenden Freudenbezeigungen des Siegers. Ich halte es für Euch und für mich viel würdiger, wenn wir uns heute auf dem Isthmus, unter den Mauern Gaeta's versammeln, wo man einen großen Trauergottesdienst feiern wird. Dort wollen wir um die ewige Ruhe der Tapferen bitten, welche während dieser denkwürdigen Belagerung, sowohl in unsern Reihen wie auf den feindlichen Wällen, gefallen sind. Der Tod bedeckt mit einem dunkeln Schleier die menschlichen Uneinigkeiten und die Todten sind in den Augen Tapferer alle gleich. Unser Groll kann nicht nach dem Kampf fortdauern. Der Soldat Viktor Emanuels kämpft und verzeiht. Cialdini."

Die Zeitung von Parma veröffentlicht eine Zuschrift Garibaldi's vom 10. Februar an die Arbeiter jener Stadt, worin er den Ehrenvorsitz ihrer Gesellschaft annimmt, „wie er es annimmt, ihr Gefährte zu seyn in der nahen und letzten Schlacht der Erlösung."

Nichtpolitische Zeitung.

Ernst Rietschel, mit dem nicht bloß die unbestrittenste Größe unter unsern lebenden Bildhauern, mit dem auch eine edle, liebenswürdige Persönlichkeit zu Grabe getragen wird, wurde am 15. Dez. 1804 in Pulswitz, einem Städtchen der sächsischen Lausitz, geboren. 1820 trat er als Zögling in die Dresdener Kunstakademie ein; sein erstes, selbständiges Werk, das Modell zu einer 8 Fuß hohen Statue des Neptun, das die gräflich Einsiedel'sche Eisengießerei in Lauchhammer bei ihm bestellte, erwarb ihm die Gunst und Unterstützung des Ministers Einsiedel, und 1826 ward es ihm möglich, in Berlin bei Christian Rauch seine Entwickelung im Geiste der neuen Schule fortzuführen. 1830 ging er nach Italien, aber in folgendem Jahre schon rief ihn der Auftrag, ein großes Monument für König Friedrich August von Sachsen zu beginnen, nach Deutschland zurück, und 1832 ward er als Professor der Bildhauerei an die Dresdener Kunstakademie berufen. Hier hat er dann mit geringen Unterbrechungen bis an sein Ende gewirkt. Man kennt — um von seinen weniger bedeutenden Werken zu schweigen — die Gruppe „Maria am Leichnam Christi knieend", die Statue Thaers in Leipzig und vor Allem das Standbild Lessings, das bis jetzt noch durch keine deutsche Porträtstatue hat verdunkelt werden können. Mit diesem Werk hat Rietschel den Bruch des alten Schadow mit der hergebrachten Manteldrapirung, das will sagen, die künstlerische Bedeutung des historischen Kostüms auch für die Skulptur, gleichsam zum Stilgesetze zu erheben gewußt. Während Rauch in der Anerkennung dieses Prinzips noch schwankte und namentlich in seinem Entwurf für das Göthe-Schiller-Denkmal zur idealen Gewandung zurückging, blieb Rietschel in seinem Weimarer Doppelmonument, dessen Enthüllung am 2. Sept. 1857 zu einer nationalen Feier wurde, dem einmal angenommenen Prinzipe getreu: ob mit derselben siegreichen Meisterschaft wie bei seinem Lessing, darüber wird sich allerdings sehr ernsthaft streiten lassen. Große Hoffnungen hatten zuletzt seine Entwürfe zu dem Luther-Denkmal (für Worms) erweckt, und es war ihm noch vergönnt, einige der Statuen dieses Denkmals zu vollenden und das Ganze bis zu einem bestimmten Grade gleichmäßig hinauszuführen; aber den großen Rest mußte er andern Händen zurücklassen, von denen man bis jetzt nur das Eine weiß, daß sie es schwer haben werden, die Intentionen des verewigten Meisters zu erreichen. Auch das Arndtdenkmal steht durch Rietschels Tod verwaist da und wird nach einer andern, minder beglaubigten Kraft unter den Ueberlebenden suchen müssen. (Südd. Z.)

Der Vorstand des Germanischen Museum in Nürnberg hat seinen Jahresbericht veröffentlicht, woraus hervorgeht, daß er im verflossenen Jahre 31,555 fl. verausgabt und mit einem Kassenbestand von 819 fl. abgeschlossen hat. Alle einzelnen Sammlungen sind außerdem mit zahlreichen Geschenken bedacht worden: die Bibliothek mit 1912 Bänden, das Archiv mit 322 Urkunden, die Kunst- und Alterthumssammlung mit 2986 Gegenständen. Diese letztere besteht jetzt schon aus 83,000 Stücken, die Bibliothek aus 33,000 Bänden.

Holtei in der Heimath. Wir berichteten früher, daß der alte würdige Karl v. Holtei noch einmal von Gratz nach seiner schlesischen Heimath kommen und sich wieder als Vorleser hören lassen werde, als der er früher sich so reich an Loebern und Ehren machte. Der Dichter der „Vagabunden" befindet sich nunmehr schon seit einigen Monaten wirklich wieder in den vaterländischen Bergen, und seine Reise von Stadt zu Stadt gleicht einem Triumphzuge. Er erhält von allerwärts die herzlichsten Einladungen, und mit dem bekannten Volkslied kann man sagen: „Es ist doch kein Dörfchen so klein", es will den Altmeister der schlesischen Poeten in seiner Mitte sehen und ihm treu gemeinte Ovationen darbringen. Diese Anhänglichkeit des schlesischen Stammes an seinen Sittenschilderer in Gedicht und Roman hat in der That etwas Wohlthuendes, Rührendes und Anheimelndes an sich in einer Zeit der Gleichgültigkeit wie die unsere: Holtei ist aber auch nicht mit leeren Händen zu seinen Landsleuten gekommen, er hat ihnen eine gar schöne und liebenswürdige Gabe mitgebracht, wofür seine Schlesier ihm sicherlich sehr dankbar sind. Was das für ein Geschenk ist — fragen unsere Leser: es ist ein Roman, welcher im Feuilleton der „Breslauer Ztg." erscheint und sich „der Schachtelnatz" betitelt. Was wir bisher davon kennen, ist ganz allerliebst und erinnert in der Frische, Naivetät und harmlosen Gemüthlichkeit der Schilderung an das Beste, was wir von Holtei besitzen, an seine köstlichen „Vagabunden" nämlich. Der Schauplatz des neuen Romans ist selbstverständlich wieder die Provinz, welcher der greise Dichter durch Geburt und Sitte angehört.

(Sechsundneunzig Duelle.) Der in Zürich verstorbene Professor Vogt, Vater des bekannten Radikalen, studirte zu Würzburg Medizin und war 96 Mal auf der Mensur, weil er einer Verbindung zur Ausrottung des Zweikampfes angehörte. Kudlich aus Wien, jetzt Arzt zu Hoboken bei New-York, ist sein Schwiegersohn.

Neueste Nachrichten.

Der „Schwäb. M." schreibt aus Stuttgart, 26. Februar: „Nach einer uns aus München von unterrichteter Seite zugekommenen Mittheilung ist nunmehr eine Uebereinkunft über den Anschluß der Canstatt-Wasseralfinger an die bayerische Bahn bei Nördlingen zwischen Bayern und Württemberg zum Abschlusse gekommen. Es ist zu vermuthen, daß der Bau dieser etwa 9 Stunden langen Strecke von Wasseralfingen bis Nördlingen möglichst bald begonnen, mit aller Energie betrieben werden und an die übermorgen zusammentretenden Stände die nöthigen Vorlagen in Bälde gelangen dürften."

die hiesige Hauptzeitungsexpedition durch Lokalerweiterungen und Vermehrung der Stationen und sonstigen Beförderungsmittel fortwährend entwickelt. Seit Neujahr sind bei der hiesigen Post von auswärts über 40,000 Zeitungsbestellungen eingelaufen. Von den verbreitetsten Blättern kann ich die durch die hiesige Post versendete Stückzahl in beiläufigen runden Summen angeben: „Punsch“ 10,600; „Bayer. Courier“ 6800; „Münchener Bote“, „Volksbote“, „Neueste Nachrichten“ je 4600; „Isar-Zeitung“ und „Neue M. Zeitung“ je 1500; „Süddeutsche Zeitung“ 800. Nun nehme man noch die bei den Expeditionen in Augsburg und Nürnberg gemachten Bestellungen, und es ergibt sich ein Consum von Zeitungen, wie er, verhältnißmäßig, in keinem deutschen Staat zu treffen ist. (Allg. Ztg.)

München, 25. Febr. Durch die gestern erfolgten Beförderungen in den höheren Kommandostellen der Armee wurden mehrere Generalmajore übergangen. Der Generalmajor v. Feder, bisher Brigadier in Ingolstadt, soll als Brigadier nach München versetzt werden. (Südd. Z.)

Der „Donauz.“ schreibt man aus Franken, daß durch den Frhrn. v. Lerchenfeld in der Kammer der Abgeordneten eine Kundgebung vorbereitet wird, welche den Zweck hat, den Ansichten und Gesinnungen, welche in Süddeutschland über das Verhältniß Italiens zu Deutschland und Oesterreich die vorherrschenden sind, Ausdruck zu geben, und so zugleich den irrigen Auffassungen entgegenzutreten, zu denen durch den Vincke'schen Antrag im Ausland Veranlassung gegeben wurde.

Preußen. Berlin. Der Literat Eichhoff ist bei dem Justizminister um ein sogenanntes freies Geleit eingekommen, indem er seine Flucht damit entschuldigt, daß er wohl seine Strafe büßen, aber einer langen Untersuchungshaft entgehen möchte. Dem Vernehmen nach hat das königl. Stadtgericht hierauf erwidert, daß er dem Untersuchungsarrest entgehen könne, wenn er mit Abbüßung der zweijährigen Strafe den Anfang mache, welche bereits gegen ihn, theils vom Stadt-, theils vom Kammergericht erkannt ist. Im Laufe dieser 2 Jahre dürften die andern noch gegen ihn theils schwebenden, theils einzuleitenden Untersuchungen ihr Ende erreicht haben!!

Sachsen. Dresden, 22. Februar. Heute hat auch die erste Kammer den Gewerbegesetzentwurf zu Ende berathen und gegen fünf Stimmen angenommen. (Schw. M.)

Freie Städte. Frankfurt, 22. Febr. Um Mitte des nächsten Monats wird die erste Probenummer des neuen politischen Tagblattes ausgegeben werden, welches in unserer Stadt unter Leitung des Hrn. Lammers, bisherigen Redakteurs der „Weser-Zeitung“, erscheinen soll und das dem Vernehmen nach den Titel: „Die Zeit“ führen wird. Die benöthigten Fonds sind durch eine Aktiengesellschaft zusammengebracht. Das „gezeichnete“ Aktienkapital stellt nach den darüber umlaufenden Angaben eine stattliche Summe dar. Die Mitglieder der Gesellschaft gehören nur zu kleinem Theile unserer Stadt an. Die meisten Aktionäre zählt das Blatt, wie verlautet, in Hamburg, Bremen, Berlin, Hannover und anderen norddeutschen Städten. Die Richtung der neuen „Zeit“ soll die der alten Gothaer Partei seyn. (Nürnb. Korr.)

§ **Oesterreich.** Wien, 25. Febr. (Privat-Korrespond.) Die Gerüchte über die angeblich zwischen Oesterreich, Preußen und Rußland in Hinblick auf die in Ungarn und Polen bevorstehenden Unruhen zu Stande gekommene Konvention werden voraussichtlich in nächster Zeit die politische Welt lebhaft beschäftigen, denn wenn es auch gewiß ist, daß eine solche Konvention nicht unterzeichnet worden ist, so läßt es sich doch andererseits nicht leugnen, daß zwischen diesen drei Mächten Verhandlungen stattgefunden haben, deren Resultat zu dem Schlusse berechtigt, daß, wenn eine Insurrektion in den genannten Ländern zum Ausbruche kommen sollte, die drei Mächte die gemeinschaftliche Unterdrückung derselben für nothwendig halten. Bis jetzt hat jedoch weder Rußland noch Preußen in dieser Richtung irgend eine Verpflichtung übernommen. — Nach Italien sowie nach Dalmatien gehen in neuester Zeit wieder starke Truppentransporte ab, da FZM. v. Benedek verlangt hat, daß die italienische Armee um 40,000 Mann vermehrt werde. Auch nach Dalmatien sind abermals Truppen abgegangen, und man trifft außerordentliche Vorsichtsmaßregeln, um die dalmatische Küste zu schützen. Dem Monate März sieht man hier mit vieler Besorgniß entgegen, da man behauptet, daß die Regierung sichere Beweise in Händen habe, daß Garibaldi in diesem Monate losschlagen werde, in Südtyrol einbrechen, nach Kärnthen vordringen, Illyrien, Dalmatien und Ungarn insurgiren wolle. Zu gleicher Zeit soll der Aufstand in den slavischen Provinzen der Türkei ausbrechen und Sardinien an Oesterreich den Krieg erklären. In wie weit sich diese pessimistische Anschauung verwirklichen wird, muß abgewartet werden, jedenfalls tragen die von der Regierung ergriffenen außerordentlichen Vorsichtsmaßregeln nicht wenig dazu bei, diese Anschauung zu unterstützen.

Schweiz.

In Chur starb am 21. Februar der Vizepräsident des Schweizer Nationalraths, C. v. Latour, der Sohn des ebenfalls verstorbenen Generals in römischen Diensten, H. Latour. Er gehörte einer der ältesten und angesehensten Familien Graubündens an. Als 21jähriger Student in Bologna wurde er Kapitän bei den Freiwilligen der römischen Republik und focht als solcher bei Ankona. Nach dem Mißlingen der italienischen Revolution wandte er sich der politischen Carrière in seinem Heimathlande zu, welche ihm rasche und glänzende Erfolge eintragen sollte. Bekannt ist seine mit eben so viel Takt als Geschick durchgeführte Mission bei Auflösung der Schweizer-Regimenter in Neapel.

Großbritannien.

Die Weber in Blackburn sind reuig zur Arbeit zurückgekehrt.

Frankreich.

Ueber den Bankrott Mirès erhält die „Volks-Zeitung“ aus Paris vom 22. Febr. folgende Mittheilung: „Es waren die Herren Baroche und Persigny, welche im Ministerrathe für eine strenge Verfolgung der Angelegenheit das Wort geführt haben. Vorgestern ließ der Kaiser Hrn. Baroche zu sich rufen und kündigte ihm an, daß der junge Baroche kompromittirt sey. „Sire, das ist nicht möglich,“ erwiderte der Präsident des Staatsraths. „Ich bin meiner Sache gewiß,“ sagte der Kaiser. Hr. Baroche begab sich sogleich nach Hause, um seinen Sohn zu verhören, und dieser gestand, 200.000 Fr. empfangen zu haben. Baroche erlegte sogleich diese Summe bei Hrn. Germiny und ging zum Kaiser, um seine Entlassung von allen Aemtern zu verlangen. Der Kaiser willigte nicht ein und nöthigte Baroche zu bleiben. Dieser war in Thränen gebadet, als er aus dem Kabinet Napoleons III. trat. Es wurde ein grüner Karton aufgefunden, welcher die compromittirenden Schriftsachen enthielt. Von der kaiserlichen Familie ist allen Gerüchten zum Trotz Niemand verwickelt; von einem verstorbenen Mitgliede lag wohl ein auf 500,000 Fr. lautender Schein vor, allein sechs Monate später war die Summe als sammt den Interessen zurückbezahlt wieder verzeichnet. Nebst Hrn. Mirès werden, soviel jetzt schon bestimmt ist, noch viele Börsenmakler vor die Geschworenen kommen.

Italien.

* Man schreibt dem „Pays“ aus Rom: „Seitdem sich der junge König von Neapel in Rom befindet, ist der Quirinal, wo er residirt, das Ziel einer allgemeinen Promenade geworden, und der Platz „Monte-Cavale“ ist regelmäßig Mittags von einer Menge bedeckt, welche dem unglücklichen Herrscher ihre Sympathie zu beweisen wünscht.“

Rom, 22. Jan. Seit der Ankunft des Königs von Neapel hat Goyon den Platz vor dem Quirinal militärisch besetzen lassen; Antonelli hat dagegen vergeblich remonstrirt.

Die Rädelsführer des letzten Krawalls in Rom sind bekannt. Die Regierung wird davon zwölf bis fünfzehn in die Verbannung schicken. Vier unter ihnen, die man mit dem Stilet in der Hand festnahm, befinden sich im Gefängniß.

Neapel, 19. Febr. Die hiesigen Blätter bringen die bekannten Dekrete bezüglich Abschaffung des Konkordates von 1818 und Unterdrückung des größten Theils der Klöster. Wir entnehmen denselben, daß die bisherigen Mönche und Nonnen sich binnen drei Monaten zu erklären haben, ob sie in die Welt zurückkehren oder ob sie in gewissen Klöstern leben wollen, die ihnen ebenso wie eine angemessene Pension vom Staat angewiesen würden.

Turin, 24. Febr. Im Abgeordneten-Hause wird, sobald die Wahlprüfung vorüber, die römische Frage zur Sprache kommen, indem Brofferio wegen der Dauer der französischen Besatzung in Rom interpelliren will. Man erwartet jedoch, daß das Haus zu einer motivirten Tagesordnung übergehen, in welcher die Regierung aufgefordert wird, in den Tuilerien auf Abberufung der Besatzung von Rom zu dringen, indem sie das einzige und wahre Hinderniß sey, daß die Bevölkerungen ihren Willen nicht kundgeben könnten, und das Bleiben dieser Besatzung auf unbestimmte Zeit eine Verletzung des Nichtinterventions-Prinzips sey. Die Petition der Bürger von Viterbo ans Parlament wird dieser Verhandlung noch mehr Stoff bieten. Dieselbe ist bereits von Tausenden von Unterschriften bedeckt. Bekanntlich war die Stadt Viterbo nebst Umgegend von den Piemontesen bei Besetzung der Marken mitbe-

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 59.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 28. Februar 1861.

Auf die **„Neue Würzburger Zeitung“** kann für den Monat **März** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

* Zur Frage der Bundesreform.

Der „Staatsanzeiger für Württemberg“ brachte neulich über diesen Gegenstand einen Aufsatz, welcher von verschiedenen Blättern des Nationalvereins mit Hohn überschüttet wurde. Doch verdient das dort Gesagte unsrer Ansicht nach eine ernstere Beachtung, als daß man es so leichthin abfertigen sollte. Freilich wenn man die Herren vom Nationalverein hört, sollte man meinen, sie hätten das einheitliche Deutschland schon fix und fertig in der Tasche, und wenn nur einmal Oesterreich hinausgeworfen wäre, würde sich Alles ganz von selbst machen. Wer aber nüchtern die Dinge betrachtet, der wird sich sagen müssen, daß ein deutscher Einheitsstaat (unter was immer für Namen und Form) ohne eine gänzliche Umwälzung aller bestehenden staatlichen Verhältnisse nicht herzustellen ist, und daß der Versuch einer solchen Umwälzung in jetziger Zeit uns in eine unabsehbare Fluth innerer Zerwürfnisse stürzen würde, die uns erst recht wehrlos machen würden gegenüber den Feinden, die allenthalben an unsern Grenzen lauern. Statt der Einheit könnte uns durch einen solchen Versuch viel wahrscheinlicher die gänzliche Auflösung gebracht werden. Der Einigung Deutschlands, die wir so heiß wünschen als irgend wer, können wir bei der jetzigen Sachlage, wie wir glauben, mit wahrem, dauerhaften Erfolg nur Schritt für Schritt näher rücken, indem wir unverdrossen daran arbeiten, die schon bestehenden gemeinschaftlichen Einrichtungen weiter auszubauen und zu vervollkommnen und neue hinzuzufügen. Der oben erwähnte Aufsatz des „Württemb. Staatsanzeiger“ knüpft an die neulichen Erklärungen der Eßlinger Versammlung an; er führt aus, daß die württembergische Regierung seiner Zeit bis an's Ende bei der Reichsverfassung ausgeharrt habe, daß der praktisch mögliche Inhalt der Grundrechte in die Landesgesetze aufgenommen worden sey; bezüglich der Frage des Reichsparlaments endlich hebt der „Staatsanzeiger“ hervor, daß wir eben nicht mehr 1850 schreiben, sondern 1861; daß wir nicht mehr auf dem Boden der Dresdener Konferenz stehen, sondern auf dem Boden der Bundesverfassung, deren Entwicklung im Sinn des besonnenen Fortschritts zu der von der allgemeinen Stimme der Nation geforderten organischen Einigung Deutschlands unsere Aufgabe ist. „und hiebei“, sagt er, „ist unser Augenmerk vor Allem auf die Tragweite gerichtet, in welcher der Eintritt der beiden Großmächte in die Gemeinschaft des Verfassungslebens des übrigen Deutschland auf die Physiognomie der Bundesversammlung reagiren dürfte. Daß die genannten Großmächte auch künftighin einen überwiegenden Einfluß auf unser politisches Gesammtleben ausüben werden, dies ist mit so einleuchtender Nothwendigkeit in den natürlichen Machtverhältnissen begründet, daß sich nur blinde Eifersüchtelei und verknöcherter Partikularismus dagegen auflehnen können; was aber von nun an mehr und mehr schwinden wird, dies ist der bisherige Gegensatz zwischen jenen Bundestagsgesandten, welche von einem konstitutionellen verantwortlichen Ministerium abhängen, und solchen, welche nur den diplomatischen Instruktionen und Weisungen aus den Kabinetten ihrer Souveräne nachzuleben haben. Sollten wir uns täuschen, wenn wir an diesen neuen Moment einer inneren organischen Gemeinschaft die Hoffnung auf eine vielleicht sehr weitgehende Entwicklung unserer föderativen Institutionen knüpfen? Sollte nicht wenigstens ein Anfang desjenigen darin liegen, was, wie von demokratischer Seite richtig betont wird, seit der Wiederherstellung des Bundes im Anbeginn des jüngst verflossenen Jahrzehnts obenan stand auf dem Programm des besonnenen Fortschritts? Werden erst, wie wir nun zu erwarten berechtigt sind, in sämmtlichen Bundesstaaten die Stände ihren verfassungsmäßigen, durch die öffentliche Meinung unterstützten und kontrolirten Einfluß auf die Frankfurter Politik üben, so wird auch die Bundesversammlung, dies kann kaum ausbleiben, mehr und mehr von der unnahbaren Höhe eines Diplomatenkongresses herabsteigen, von dem sich — ob mit Recht oder Unrecht, soll hier nicht untersucht werden — die Sympathien der Nation bisher so beharrlich fern gehalten haben; sie wird als Bundessenat in den Kreis des konstitutionellen Gesammtlebens eintreten, ja sie kann, wenn ihr nur von nun an das Vertrauen des Volks entgegenkommt, das Anrecht dieses letztern auf einen nach Maßgabe der politischen Möglichkeit der gegebenen Verhältnisse bemessenen und vermittelten Antheil an der höchsten Verwaltung in noch höherm Maße verwirklichen, als z. B. die Pairskammern der Einzelstaaten, in welchen die völlig autonome Vertretung des historisch geschlossenen Grundbesitzes regelmäßig eine hervorragende Stellung inne hat. Wie viel oder wie wenig sich von dem hier Angedeuteten zur lebenslänglichen Geburt entwickeln wird, steht natürlich in der Hand der Zukunft; jedenfalls aber haben die unzweifelhaft gegebenen Keime insoweit ein Recht an unsere Geduld, daß wir auch ihnen ehrlich und unparteiisch Raum und Zeit zu gönnen haben werden, ihre Probe zu machen.“ — Zum Schluß noch eine Bemerkung. Manche meinen, das deutsche Volk solle mit solchen Redensarten nur immer vertröstet werden, bis die Zeit der Aufregung vorbei sey; dann bleibe Alles beim Alten. Wir geben zu, daß es Leute gibt, welche es so meinen, welchen es mit einem allmäligen Weiter- und Ausbau unsrer gemeinsamen Einrichtungen gar nicht Ernst ist, und welche hinter diesem Aushängeschild ihre eigentlichen Reaktions-Plane verbergen. Aber, fragen wir, ändert dies an der Sache selbst etwas? Gewiß nicht. Es sey uns eine Mahnung zur Vorsicht gegen solche Bestrebungen, nicht aber ein Stachel, den Weg des besonnenen Fortschritts zu verlassen und blindlings uns dem Umsturz in die Arme zu werfen.

Deutscher Bund.

Bayern. Se. Maj. der König hat dem Professor an der k. Universität zu Erlangen, Hofrath Dr. Döderlein, dem Professor an der Universität Göttingen, Hofrath Dr. Henle, dem Dichter, Hofrath Dr. Gustav Freitag in Leipzig, und dem Dichter Dr. Friedr. Hebbel in Wien den k. Maximiliansorden für Wissenschaft und Kunst verliehen; den Funktionär Otto Krueger am Berg- und Hüttenamte Bodenwöhr zum Speditions- und Materialverwaltungsgehilfen am Hauptsalzamte Berchtesgaden ernannt; die prot. Pfarrstelle zu Oberampfrach, Dek. Feuchtwangen, dem Pfarrer zu Adelhofen, Dek. Uffenheim, Dr. Gottfr. Fr. Nagel, die prot. Pfarrstelle zu Gräfensteinberg, Dek. Gunzenhausen, dem Pfarrer zu Bertholdsdorf, Dek. Windsbach, J. M. Stadtmüller, die prot. Pfarrstelle zu Walsheim, Dek. Landau, dem Pfarrer zu Leinsweiler, Dek. Landau, G. V. Ehrhardt, verliehen; aus den drei vom Hrn. Fürsten Karl Friedr. v. Oettingen-Wallerstein empfohlenen Pfarramts-Kandidaten den Kandidaten Friedr. Chr. Paul Schnizlein aus Nördlingen als prot. Pfarrer in Auhausen, Dek. Nördlingen, ernannt; die kath. Pfarrei Hofstetten, Ldg. Landsberg, dem Priester J. Geiger, Pfarrer in Oberfinnig, des gen. Ldg., übertragen; genehmigt, daß die kath. Pfarrei Wegscheid von dem Bischofe zu Passau dem Pfarrer zu Heining, Ldg. Passau II., Priester A. Amerer, verliehen werde. (N.M.Z.)

München, 23. Febr. Wie sehr die Leselust bei uns sich gesteigert hat, oder vielmehr wie sehr die Zeitungen zum Bedürfniß geworden sind, ersieht man aus der enormen Thätigkeit, welche

Asien.

Wie aus Schanghai berichtet wird, ist die chinesische Insel Tschusan von den Verbündeten geräumt worden. Der englische Admiral hat sich auf der „Imperieuse“ nach Japan eingeschifft.

Nichtpolitische Zeitung.

Berlin, 21. Februar. Das „Pr. V.-Bl.“ schreibt: „Wie man hört, hat sich vor einigen Tagen auf dem niederschlesischen Bahnhofe bei Revision der dortigen Güterkasse ein Defekt von 21,583 Thlrn. und einigen Groschen herausgestellt, und soll sich der Kassirer bereits seit vorgestern in Untersuchungshaft befinden; auch vermuthet man, daß noch andere Persönlichkeiten in diese Untersuchung mit hineingezogen werden.“

London, 20. Febr. Die gesammte Bibliothek Alexander v. Humboldt's befindet sich seit einiger Zeit hier. Ihr gegenwärtiger Besitzer, der Amerikaner Henry Stephens, beabsichtigte Anfangs sie nach Amerika zu schaffen, doch scheint ihn die Krise drüben von diesem Plane abgebracht zu haben und er will sie jetzt, wie verlautet, in London öffentlich versteigern. (N. Pr. Z.)

In Frankreich gibt es zur Zeit 121,916 Findelkinder (enfants assistés) im Alter von einem Tag bis zwölf Jahren und außerdem noch 58,281 Minderjährige vom 12. Jahre an. Die Kosten der Versorgungsanstalten belaufen sich jährlich auf $11\frac{1}{2}$ Millionen Francs.

Neueste Nachrichten.

Elberfeld, 24. Febr. Die Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte sich gestern mit der Angelegenheit der Waisenhaus-Verwaltung und beschloß die Amtsentsetzung des Vorstehers Klug. Der Vorsitzende der Direktion des Waisenhauses wird auf Andrängen ein Gesuch um Enthebung von seinem Amte einreichen. In Betreff des Hauspersonals, sowie des Hausarztes sind weitere Beschlüsse vorbehalten. (Preuß. Z.)

Wien, 25. Febr. Es verlautet, der Kaiser habe die Verfassung genehmigt. Reichsvertretung mit umfassenden Befugnissen. Reichsvertretung auf den 29. April einberufen. (Tel. d. A. Z.)

Paris, 25. Febr. Der Adreßentwurf des Senats beglückwünscht den Kaiser wegen seiner durch das Dekret vom 20. Nov. vor. Js. eingeschlagenen Politik und wegen seiner Politik nach außen. Bezüglich Italiens sagt der Entwurf: „Zwei Interessen, welche der Kaiser versöhnen wollte, sind auf einander gestoßen. Die innere Freiheit ist im Kampf mit dem römischen Hof. Ihre Regierung hat Alles gethan, einen Conflikt aufzuhalten. Alle gütlichen Wege sind geöffnet worden. Sie (der Kaiser) sind allein vor der Anwendung der Gewalt stille gestanden.“ Die Adresse spricht sich für Nichtintervention aus und sagt, Italien dürfe durch seine Freiheit Europa nicht in Aufregung bringen; es müsse eingedenk seyn, daß ihm die katholische Christenheit das Oberhaupt der Kirche, welche die größte moralische Macht repräsentire, anvertraut habe. „Aber unsere festeste Hoffnung ist in Ihrer schützenden Hand. Ihre kindliche Zuneigung für die heilige Sache, die Sie nicht mit der der Intriguen, welche deren Maske vornehmen, verwechseln, hat sich unaufhörlich in der Vertheidigung und Erhaltung des weltlichen Besitzes des Papstes zu erkennen gegeben, und der Senat trägt kein Bedenken, allen Ihren zukünftigen Handlungen seine volle Zustimmung angedeihen zu lassen. Fahren wir fort, Vertrauen auf den Herrscher zu setzen, der das Papstthum mit der französischen Fahne deckt, der ihm in dessen Prüfungen beigestanden und der sich als die wachsamste und treueste Schildwache für Rom und den päpstlichen Thron aufgestellt hat.“ Die Adreßberathung*) ist auf den Donnerstag festgesetzt. (Tel. d. Nürnb. Korr.)

Turin, 21. Febr. Die aus Lorbeer und Eichenblättern zusammengesetzte goldene Krone, die auf dem Wege öffentlicher Beiträge von den Turinern „für den König von Italien“ angefertigt wurde, wird demselben am kommenden Sonntag den 24. überreicht werden. Die Deputation besteht aus dem ersten Bürgermeister von Turin Grafen Cosilla, dem Grafen Alfieri, dem Baron Casana und dem Grafen Seresa; ferner aus dem Komite und aus zwölf durch das Loos gezogenen Subskribenten. Zwölf Damen, die für die Beschaffung des weißen reich mit Goldstickereien verzierten Atlaskissens thätig waren, werden ebenfalls der Ehre der Aufwartung theilhaftig werden. (A. Z.)

Turin, 23. Febr. Die ministerielle „Opinione“ ist ermächtigt zu erklären: Anläßlich des Gerüchtes, ein Breve des römischen Hofes habe dem „bekannten Priester“ Paul Ballarini die Vollmacht ertheilt, die bischöfliche Jurisdiktion in Mailand auszuüben, habe die königl. Regierung unverzüglich verfügt, daß gegen Jeden, der von diesem Breve Gebrauch machen wollte, das Strafverfahren eingeleitet würde. (Tel. d. Ostd. Post.)

Mailand, 24. Febr. Der heutigen „Perseveranza“ wird aus Messina geschrieben: Die Besatzung der Festung sey durch General Chiabrera's (in der Stadt Messina kommandirenden sardinischen Generals) Aufforderung zur Uebergabe derart erbittert worden, daß sie eine Demonstration machte, die Lunten anzündete und die Kanonen richtete. (Tel. d. Ostd. Post.)

*) Gefälliger und dienstwilliger kann sich doch der Kaiser seine Getreuen im Senat nicht wünschen!

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. R. Röhlmann.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	$75\frac{1}{2}$ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$58\frac{3}{4}$ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$59\frac{3}{8}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$42\frac{1}{2}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	37 G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$87\frac{7}{8}$ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	$102\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102\frac{3}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	103 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$100\frac{1}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{1}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	95 P.
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	104 G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{3}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{5}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$95\frac{1}{8}$ P. $94\frac{3}{4}$ G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	94 P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$100\frac{5}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	$98\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$96\frac{3}{8}$ G.
„	3 pCt. Obl.	$90\frac{1}{2}$ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$47\frac{1}{4}$ G.
„	$\frac{3}{4}$ pCt. „ „	$40\frac{7}{8}$ G.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$95\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	$109\frac{3}{8}$ G.	ex D.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	688 G.	ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	135 G.	ex D.
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$181\frac{1}{2}$ G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100	75 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien	$67\frac{1}{8}$ G.	
Internationale Bank in Luxemb.	$78\frac{1}{2}$ G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	337 P.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	$69\frac{3}{8}$ G.	
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	224 G.	
„ Elisab.-Eisenbahn, 5 pCt.	125 P.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73 P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$25\frac{1}{2}$ P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt.	130 P.	
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$97\frac{3}{4}$ G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{1}{8}$ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	236 G.	
Span. Handels- u. Industrie	497 P.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	465 G.	
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$104\frac{1}{4}$ P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	$101\frac{1}{2}$ G.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$95\frac{7}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{4}$ B.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{1}{4}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	$92\frac{5}{8}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{1}{4}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. k. S.	$79\frac{1}{4}$–$\frac{5}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$74\frac{1}{2}$ G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$46\frac{3}{4}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$56\frac{1}{2}$ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$127\frac{1}{2}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	56 P.	„ fl. 25 do.	$34\frac{3}{4}$ G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858	91 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$34\frac{7}{8}$ P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beik.	117 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	$49\frac{3}{4}$ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	36 P.
Badische fl. 50	$89\frac{3}{4}$ P.	Vereins-Loose fl. 10	$10\frac{7}{8}$ P.
Badische fl. 35	$53\frac{1}{8}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7 fl.	$10\frac{[illegible]}{16}$ P.

Frankfurt, 26. Februar. Oesterr. Fonds und Kreditaktien setzten, unterstützt durch die günstige Tendenz der Wiener Börse, die steigende Bewegung fort, welcher auch Wiener Papier sich anschloß. Von süddeutschen Fonds waren besonders 4 pCt. Württemb. und $4\frac{1}{2}$ pCt. Nassauer begehrt. Das Geschäft war ziemlich belebt. (Synd.)

konsignirt gewesene Garnison, den Haufen nach allen Seiten verscheucht hatte, fand man in den Gassen drei italienische Trikolorfahnen, welche von den Flüchtigen im Stiche gelassen worden sind. Die eigentliche Ursache dieser Demonstration war offenbar die an diesem Tag stattfindende Eröffnung des italienischen Parlaments in Turin. (Ostd. Post.)

Großbritannien.

London, 23. Febr. General Klapka soll kommende Woche von Turin hier eintreffen. Mazzini befindet sich seit einigen Wochen in London. Kossuth beabsichtigt, mit seiner Familie nach dem Festlande überzusiedeln, wahrscheinlich nach der Schweiz oder nach Italien.

Die Kaiserin von Oesterreich hat das Anerbieten der Königin von England angenommen, sich bei ihrer Rückfahrt von Madeira wieder der Yacht „Viktoria and Albert" zu bedienen.

Gottfried Kinkel hat von der englischen Regierung die ehrenvolle Aufforderung erhalten, zunächst für ein Jahr Vorträge über Kunstgeschichte vor den Zöglingen der königl. Kunstschule in dem großen Hörsaale des neuen Museums von South Kensington zu halten. Die Zahl der Zöglinge, junger Männer und Damen aus den höheren Ständen, welche sich dort zu praktischen Künstlern vorbereiten, beläuft sich ungefähr auf 500.

Nach einem dem Parlament vorgelegten Bericht sind seit 1856 Kriegsschiffe von 22,700 Pferdekraft, mit 2066 Kanonen ausgerüstet, gebaut worden; andere von 11,000 Pferdekraft und 1735 Kanonen wurden umgebaut.

Frankreich.

Paris, 23. Febr. Herr v. Persigny, sagt man, will, daß die Gerechtigkeitspflege sich auch weiter als auf die Geldanstalt des Hrn. Mirès erstrecke und daß der Uebervortheilung des gläubigen Publikum durch schlaue Spekulanten, daß dem Mißbrauch des leichtgewonnenen Vertrauens ein Ende gemacht werde. Wen mag es wundern, daß die Aktien des Credit mobilier von den erschreckten Besitzern vielfach angeboten werden, und daß dieselben eine unbesiegbare Neigung zum Sinken an den Tag legen? Herr v. Persigny, sagt man ferner, welcher während seines mehrjährigen Aufenthalts in London durch die Freiheit der britischen Presse von mancherlei Ungesetzlichkeiten in Kenntniß gesetzt wurde, welche in Frankreich unter dem Schutze hoher Stellungen und des aufgelegten Schweigens begangen werden und schwere drohende Ereignisse vorbereiten, soll entschlossen seyn, eine große Säuberung des industriellen Lebens vorzunehmen, ohne sich weder durch die Schwierigkeit des Beginnens noch durch die widerstrebenden Einflüsse aller Art abhalten zu lassen. Er hätte den Kaiser auf die Gefahr aufmerksam gemacht, welche aus der immer mehr und mehr um sich greifenden Unmoralität dem Kaiserreich selbst erwachsen könnte, ja er soll so weit gegangen seyn, mit seinem Austritt aus dem Amt und Rückzug von allen öffentlichen Geschäften zu drohen, falls er in Durchführung von Maßregeln, die ihm dringend nothwendig erscheinen, gehindert würde, und der Kaiser wäre dann dieser Vorstellung gewichen. Man versichert, daß Herr Mirès um mildere Haft einen Brief an den Kaiser geschrieben und durch einige Glieder der Untersuchungskommission seiner Caisse übergeben hat, die eine Audienz verlangt und erhalten hätten. Der Kaiser, nachdem er das Schreiben des Verhafteten gelesen, in welchem von der Mitschuld sehr hochgestellter Personen in der Umgebung des Herrschers die Rede wäre, hätte der Deputation erklärt, daß er entschlossen sey, der Gerechtigkeit ihren Lauf zu lassen, wer auch durch diesen bedroht oder betroffen werden mag, daß er aber bereit sey, die Civilliste für all die Beträge haften zu lassen, die Personen aus seiner Umgebung der Caisse Mirès etwa schulden, und mit diesem Bescheid entließ er die Ueberbringer des Schreibens. Man bereitet sich auf einen der merkwürdigsten Prozesse vor; denn wenn auch Alles gethan wird, um die Solidarität hochgestellter Personen mit dem Angeklagten durch Zahlungen aller Art und andere Mittel zu verringern oder ganz aufzuheben, Hr. Mirès, das setzt man wenigstens voraus, wird] reden und schonungslos enthüllen, und was ihm etwa durch die Willkür eines Gerichtshofpräsidenten zu sagen unmöglich gemacht werden möchte, das werden seine Anwalte auszusprechen gewiß in der Lage seyn. Man versichert, daß die Herren Berryer und Dufaure die Vertheidigung des Hrn. Mirès zu übernehmen sich bereit erklärt haben. Hr. Jules wird die Sache des Anklägers plaidiren; wenn sich dieses bestätigt, so dürfte es jedem Einflusse, welcher Art er auch immer sey, schwer werden, diese unerschrockenen Männer des Gesetzes in der Vollziehung ihres Amtes und in der Anwendung einer freien offenen Sprache zu stören. Das Inventarium der Caisse ward von den Beamten der Bank unter Leitung des Hrn. v. Germiny aufgenommen, und wie verlautet, ist das Ergebniß der bisherigen Untersuchung in hohem Grade unbefriedigend.

Paris, 23. Febr. Hr. Mirès wird nicht mehr in so strenger Haft gehalten; er hat gestern bereits die Besuche seiner Familie und seiner Freunde empfangen. Im Gerichtssaal hat die frühere Entrüstung einer milderen Beurtheilung Platz gemacht. Zum Theil soll dieses von dem bisherigen Ergebniß der eingeleiteten Untersuchung, zum Theil aber von der gewonnenen Ueberzeugung herrühren, daß die Interessen der an den Unternehmungen des Hrn. Mirès Betheiligten, deren Zahl sehr groß ist, zu sehr blosgestellt würden, wenn man diesen gänzlich den Geschäften entzöge. (Geht das die Richter etwas an? Der wahre Grund wird in den hochgestellten Persönlichkeiten zu suchen seyn, die in seine Schwindeleien mit verwickelt sind.)

Pariser Blätter geben folgende Uebersicht der in Paris zu Anfang 1861 im Bau begriffenen öffentlichen großen Arbeiten: Die Restauration der Notre-Dame; Vollendung der Arbeiten im Innern des Louvre; Bau des Palastes für das Handelsgericht; die Brücke Louis Philippe's; Wölbung des Kanals St. Martin; das Theatre Lyrique, Theater des Circus; Umbau des Portals von St. Etienne du Mont; Vollendung des Boulevard Sebastopol (linkes Ufer); Boulevard St. Germain, Platz der großen Oper; das neue Kavallerie-Quartier im Westen des Platzes Fontenoy; Palais de l'Elysée; Nordbahnhof; Verschönerung des Innern von Germain des Prés; Bau der Kirche St. Bernard, einer Kirche im Quartier Clignancourt und der Kirche St. Augustin; Vollendung der Boulevards Malesherbes, Beaujou, Alma, Roi de Rome und Empereur; Bau des neuen Etablissements von St. Perine in Auteuil; die Kunstmalereien an der Kuppel des Transepts der St. Rochus-Kirche; das neue Peristyl des Theatre Français; die Halles Centrales; Kaserne des Minimes; Neubau der Quais de Gevres und de l'Archevêché; Herstellung eines schönen Platzes rue St. Martin vor der Kirche St. Nicolas des Champs; Versetzung von 20 bis 40 Jahre alten Bäumen auf die Quais, Boulevards und Promenaden; Einrichtung der Kanäle auf dem Boulevard von Sebastopol (rechtes Ufer); Vollendung des Thurmes von St. Germain l'Auxerrois; Vergrößerung des Justizpalastes; Restauration des Chors von St. Nicolas du Chardonnet; Verschönerung des Parks von Monceau; Vollendung des Boulevard Prinz Eugen; Verschönerung der früheren äußeren Boulevards; Bronzirung der Fontainen auf dem Concordeplatz; Vorbereitungen im Industriepalast für die Ausstellung von Werken lebender Künstler; Nivellirung des höheren Theiles der rue Faubourg St. Denis; Umgestaltung der kaiserlichen Bibliothek; Restauration des Palais de l'Institut; Anbau an die kaiserliche Schule des Beaux-Arts; Freistellung der Kirche Saint Leu nach der Nordseite; Verschönerungen des Conservatoire des arts et métiers und Restauration der römischen Gruft; Zerstörung der von den Barrieren herrührenden Pavillons &c. &c. (Köln. Z.)

Italien.

Rom, 19. Febr. König Franz ist von den eigenen Freunden angegangen, bei der nun völlig geschwundenen Hoffnung, für jetzt auf den Thron des Vaters zurückzukehren, durch einen Aufruf von hier an das aufständische Volk in den Abruzzen und anderwärts den Gräueln des Bürgerkrieges ein Ende zu machen. Allein er erwiderte, die Verantwortlichkeit für all das dadurch angerichtete Unheil trage nicht er, sondern wer es heraufbeschworen. Der König sieht innerlich gebrochen aus, die Königin hingegen zeigt in Miene und Haltung ein bei Frauen seltenes beherztes Wesen. Widerwärtigkeit scheint ihr freilich bis in den gastfreundlichen päpstlichen Palast des Quirinals gefolgt zu seyn; denn als sie kurz nach ihrer Ankunft in der Nacht des letzten Freitags sich mit dem Lichte ihrem Bette zu sehr näherte, fing der seidene Vorhang Feuer und verbrannte, sie selber wurde dabei, wenn auch nur unbedeutend, an einer Wange verletzt. (K. Z.)

In Neapel sind viele Arsenalarbeiter, welche durch Meuterei höheren Sold erzwingen wollten, verhaftet worden.

Amerika.

Washington, 12. Febr. Die von der Union abgefallenen Staaten haben eine provisorische Regierung ernannt und Jeffersohn Davis zum Präsidenten und Stevens zum Vicepräsidenten erwählt. Die Versöhnungspläne sind aufgegeben.

Den neuesten Nachrichten aus Nord-Amerika zufolge soll der englische Konsul in Savannah (Georgia) von dem Volk aufs gröblichste mißhandelt worden seyn.

Piemont zu verbieten, dieselbe anzutasten. Wenn die Abschaffung dieser alten Gewalt Ihre Schlußfolgerung ist; wenn in diesen traurigen Zeiten, wo in die öffentliche Moral bei uns zuweilen so grausame Eingriffe geschehen, der erhabenste Repräsentant des Glaubens und der christlichen Moralität geopfert werden soll, so sagen Sie es; wenn dies Ihre Meinung ist, so begründen Sie sie. Aber in dem Augenblick, wo Ihre Schrift die Zahl der Mißgeschicke des Papstes vollzählig machen kann, in dem Augenblick, wo sie Frankreich ermuthigen kann, die weltliche Macht des heiligen Stuhles aufzugeben und Piemont bestimmen kann, Hand an dieselbe zu legen, leihen Sie ihm wenigstens nicht die Worte, um das Opfer zu beschimpfen.

Deutscher Bund.

Es kam uns unter dem Postzeichen Genua ein lithographirter Aufruf „an die Deutschen" zu, dessen Inhalt jedenfalls von Interesse ist, wenn auch in anderem Sinn, als sein Verfasser zu beabsichtigen scheint. Das Schreiben ist von Joh. Philipp Becker unterzeichnet und Genua, 28. Januar, datirt. Herr B. war bekanntlich 1849 Kommandant der badischen Aufständischen in dem Gefecht bei Ladenburg, ist von Haus aus Bürstenbinder aus Frankenthal, gilt jedoch für einen beherzten und militärisch nicht unbefähigten Revolutionsmann. In der lithographirten Ansprache wird zunächst in feuriger Rede auseinandergesetzt, daß die Deutschen und Italiener von jeher nur das Knechtungssystem ihrer Machthaber gewesen seyen. Am schlimmsten kommt dabei Oesterreich weg. Verfasser stellt dabei den Satz an die Spitze: „Der Todestag der österr. Herrschaft ist der Geburtstag Deutschlands." Nach einigen Ausführungen über dieses Thema geht Hr. B. zu seinem Anliegen über: „Es gilt der Errichtung einer deutschen Legion, sowohl für Italien als für das brave österr. Volk und gegen die Herrschaft der Habsburger, d. h. so lange Italien nicht die Hülfe des französischen Kaiserreichs in Anspruch nimmt. Diese Hülfe kann aber nur dann unmöglich gemacht werden, wenn Deutschland selbst eine entschiedene Stellung gegen Oesterreich einnimmt." Sodann wird der Gedanke, eine deutsche Legion zu bilden, die mit Garibaldi gemeinschaftlich gegen Oesterreich ins Feld rücken sollte, weitläufig erörtert. Merkwürdig, daß Becker und seine Gesinnungsgenossen gar nicht merken, was für blinde Werkzeuge sie in den Händen der Italiener sind. Hätten diese Herren nur halb so viel wahre und vernünftige Liebe zu ihrem Vaterland, als Garibaldi für das seinige, dann wäre es ganz gut!

Bayern. Unter den Anträgen, welche der V. Ausschuß der II. Kammer in seiner letzten Sitzung als kompetenzmäßig erachtete und deßhalb den betreffenden Ausschüssen zuwies, befindet sich auch eine Vorstellung des rühmlich bekannten Submarine-Ingenieur Wilhelm Bauer in München (angeeignet vom Abg. Krumbach), worin derselbe um Förderung seiner bisherigen Erfindungen bezüglich hyponautischer Apparate bittet. Ferner wurden angenommen: ein Antrag des Abg. Aufschläger, „den Bau einer Eisenbahn von Donauwörth über Neuburg nach Ingolstadt" aus Staatsmitteln; ein Antrag des Abg. Rabl wegen Zollrückvergütung für Rübenzucker (4 Thlr. p. Ztnr.), sowie zwei Anträge von den Abgg. Rabl und Pachmayr auf Nichtgestattung der Verwendung von Grünmalz und Dörrmalz in ein und derselben Brennerei. — Abgewiesen wurde die Vorstellung des Dr. Zahn, Vorstand des heilgymnastischen orthopädischen Instituts zu Nürnberg, wegen Uebernahme desselben als Staatsanstalt. — Unter den Landtagsmitgliedern zirkulirt eine Broschüre über die zweckmäßige Einrichtung des Veterinärwesens in Bayern, welche mehrere hervorragende Veterinär-Aerzte zu Verfassern zählt. Zur Hebung der bisherigen Mißstände wird vor Allem vorgeschlagen, die technische Oberleitung wie bei allen übrigen Branchen nur wirklichen Fachmännern, d. h. Thierärzten mit entsprechender wissenschaftlicher und praktischer Befähigung zu übertragen, und zu dem Behufe beim Ministerium sowohl als an jeder Kreisregierung einen Thierarzt als besoldeten technischen Referenten anzustellen, sowie ein Veterinär-Kollegium zu bilden. Aus der auf höchst praktischer Anschauungsweise beruhenden Broschüre konstatiren wir noch die erfreuliche Thatsache, daß nach der letzten amtlichen Zählung die Zahl der Pferde in Bayern 347,990, des Rindviehes 2,635,568, der Schafe und Ziegen 1,238,978, der Schweine 495,816 Stücke betrug, welche nach einer Durchschnittsberechnung einen Gesammtwerth von 223,994,586 fl. entziffern. (B. L.)

Für Straßenunterhaltung ist in das Budget der 8. Finanzperiode ein Gesammtbedarf von 1,468,700 fl., um 150,000 fl. mehr als für die 7. Finanzperiode, eingesetzt. Als Gründe dieses Mehrbedarfs werden folgende angeführt: der Zustand der bayerischen Staatsstraßen hat noch nicht jene Qualität erreicht, welche der allgemeine Verkehr im Inland und gegenüber dem Ausland erheischt; die Verbesserung der Decklage erscheint dringend nothwendig, sowie auch die Ersetzung der noch bestehenden hölzernen Durchlässe durch steinerne. Die Taglöhne der Straßenarbeiter, die Steinmaterialpreise und Fuhrlöhne sind bedeutend gestiegen, und die allgemeine Steigerung der Arbeitslöhne macht es zur höchsten Billigkeit, daß auch die Löhne der Wegmacher, welche auf 15 fl. für den Monat festgesetzt worden sind, zeitgemäß erhöht werden, da diese Straßenbediensteten fast sämmtlich verheirathet und mit Familien versehen sind, und da es fast unmöglich wird, fernerhin Wegmacher um den bisherigen Lohn anzuwerben. — Zur Unterstützung hülfsbedürftiger majorenner Pfarrerswaisen wird eine neue Position von jährlich 800 fl. in das Budget aufzunehmen beantragt, und hiefür folgende Erläuterung gegeben. Beiläufig 120 majorenne Pfarrerswaisen, fast sämmtlich Pfarrerstöchter, kommen des Jahrs um Unterstützung ein, unter Schilderung einer Lage, welche die nachgesuchte Unterstützung vollständig rechtfertigt. Die beschränkten Mittel gestatten jedoch nicht mehr als 12 bis 16 fl. zu bewilligen, und doch ist dieß vielfach das Einzige, worauf die Bittstellerinnen neben dem allgemeinen Mitleid angewiesen sind. Das geringe Einkommen, auf welches die Pfarrer großentheils bis in das höhere Alter beschränkt bleiben, ist die nächste Ursache der in Rede stehenden Erscheinung. (Allg. Ztg.)

Einem in dem neuen Strafgesetzbuche enthaltenen Vorschlage, die zum Tode Verurtheilten für die Folge in einem geschlossenen Raume zu enthaupten, soll der Gesetzgebungsausschuß einstimmig beigetreten seyn.

Speyer, 24. Febr. Die protestantische Generalsynode der Pfalz wurde heute eröffnet. Als königlicher Kommissär fungirt der kgl. Oberstaatsanwalt am Appellationsgerichte zu Amberg, Herr Ed. Bomhard, der aus früherer Zeit mit den Verhältnissen der Pfalz vertraut ist. (Pfälz. Ztg.)

Baden. Kehl, 23. Februar. Gestern befand sich eine Kommission der großh. Eisenbahndirektion hier, um von dem Stande der Brücken- und Bahnhofbauten Einsicht zu nehmen. Die Arbeiten sind so weit vollendet, daß in wenig Tagen Probefahrten auf der Brücke beginnen können. Der Betrieb der Eisenbahn zwischen hier und Straßburg wird Ende des künftigen oder Anfang des Monats April verwirklicht werden. Eine große Beschleunigung wird die Beförderung der Posten zwischen Frankreich und Deutschland erlangen. (Allg. Z.)

Oesterreich. Pesth, 22. Febr. Im „Hirnök" berührt heute Fenyes die mancherlei zu weit gehenden Komitatsbeschlüsse, und sagt am Schluß: „Die Prügelstrafe ist durch die Gesetze von 1848 aufgehoben, welche die Nichtadeligen den Adeligen gleichstellen, letztere aber waren durch das Gesetz gegen die Leibesstrafe gesichert." (Warum halten denn die Ungarn, die doch sonst so sehr auf die Gesetze von 1848 pochen und kein Jota davon ablassen wollen, dieselben in diesem Punkte so schlecht?)

In Kecskemet wurden am 14. Febr. aus der Reihe der politischen Flüchtlinge fünf zu Repräsentanten der Stadt gewählt, nämlich Kossuth, Klapka, Perczel, Türr und Michael Horvath. — In ähnlichen Demonstrationen erging man sich auch in Szegedin. Bei Gelegenheit eines am 9. d. M. zu Gunsten der israelitischen Armen in Szegedin veranstalteten Balles wurden Toaste ausgebracht auf das Vaterland, auf Kossuth und den Szegediner Rabbiner Leopold Löw. (Was sich die Leute bei solchem Treiben nur denken? Ob sie die Folgen wohl überlegen? Daß Kossuth und die österreichische Regierung nicht neben einander bestehen können, das müssen sie sich doch selbst sagen.)

Der „Presse" schreibt man aus Rzeszow (Galizien) vom 20. Febr.: „Am gestrigen Tage wurden sämmtliche bei Israeliten im Dienste stehenden Mägde christlicher Konfession durch die Polizei in das Magistratsgebäude und von da nach vorausgeschickter eindringlicher Ermahnung zum Geistlichen abgeführt. Dieser verbot ihnen auf das Entschiedenste das Dienen bei Juden und setzte als letzten Termin, bis zu welchem sie bei Vermeidung körperlicher Strafen ihre gegenwärtigen Dienstgeber verlassen müssen, den 1. März fest. Diese Thatsachen stehen nicht vereinzelt da."

Udine (in Venetien), 19. Febr. Gestern durchzog ein wilder Pöbelhaufen lärmend die Straßen und Gassen unserer Stadt und drohte alle Thüren, Fenster und Schilder der offen vorgefundenen Läden und Gewölbe zu zertrümmern, aus welchem Grunde sich die Handelsleute beeilten, solche zu sperren. Nachdem die

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 58.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 5 kr., im Anzeigenblatt mit 2 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 27. Februar 1861.

Eine Antwort.

Der „Ami de la Religion" veröffentlicht die Antwort des Bischofs von Orleans auf die Laguerronière'sche Broschüre. Wir entnehmen daraus die Hauptstellen: „Herr Vicomte! Ich habe soeben Ihre neue Schrift: „La France, Rome et l'Italie" gelesen, und fühle mich schmerzlich berührt, eine solche Sache von Ihnen unterstützt zu sehen. Vor Allem betrübt es mich, wenn ich, nicht an Ihren Charakter oder an Ihr Talent, sondern an Ihre Stellung denke. Bis zu diesem Tage führte uns der Schleier, welcher über die anonymen Broschüren ausgebreitet war, zu traurigen Conjekturen, aber ohne Beweis. Heute haben wir die Gewißheit, daß es die Regierung selbst ist, welche sie autorisirt, die Regierung ist es, welche es für gut findet, daß der Papst, ohnedem schon so unglücklich, bei der öffentlichen Meinung durch einen Staatsrath denunzirt werde. Erstens", fährt der Bischof fort, „ist die Lage, welche Sie den Bischöfen bereiten, doppelt schmerzlich. Wir sind verurtheilt von unserm Pontifex, von unserm Vater nicht als Bischöfe, als Söhne, sondern als Journalisten und für die Journale zu sprechen. Nichtsdestoweniger müssen wir es thun, denn unsere Pflicht zwingt uns, die Seelen derjenigen, welche Ihre Schriften lesen, nicht zu verachten, und die Sache desjenigen, welchen Sie angreifen, nicht aufzugeben. Ihre Geschichte, mein Herr, ist befremdend und unvollständig; sowohl die Darlegung der Sachlage als das Dokument, auf welches sie sich stützt, ich spreche hier von der Sammlung der Depeschen bezüglich der italienischen Angelegenheiten, welche die Regierung dem Senat und dem gesetzgebenden Körper mittheilte. . . . Sie sagen, daß der Papst und die Bischöfe von einer Partei beherrscht sind, und daß von da all das Uebel herkommt. Sie werden mir hierbei erlauben, an Sie die Aufforderung zu richten, klar zu sprechen. Es ist bequem, wenn man von einem Fürsten spricht, alles Gute, was er gethan hat, seiner Person, und alles Böse seinen Feinden zuzuschreiben; hören Sie dies nicht täglich in Frankreich wiederholen? . . Bei der gegenwärtigen Krisis sahen wir einen piemontesischen Fürsten, unsern Verbündeten, unsern Schuldner, einen erbitterten Krieg gegen die Kirche führen, unserer und unserer Räthe spotten und auf brutale Weise die päpstlichen Staaten überfallen. Wir sollten, Ihnen zufolge, die Augen schließen und alle unsere Pflichten vergessen! — Was wollen Sie sagen? Was bedeuten Ihre Insinuationen? Sie greifen unsere barmherzigen Gesellschaften an. Sie entleihen von dem „Siècle" dessen beweislose Angaben. Liefern Sie Beweise, führen Sie Thatsachen an. Wenn Unrecht da ist, bekämpfen Sie es, aber wenn Tugenden da sind, so respektiren Sie sie. — Unter den weltlichen Katholiken gibt es einige, welche zu den Besten, Bekanntesten gehören, die Dankbarkeit der Kirche und die Achtung der öffentlichen Meinung verbinden sich, um deren zwei zu nennen: Herrn von Montalembert und Herrn von Falloux. Sie gehören nicht zu derselben Partei, haben aber Beide von der Vorsehung den Platz angewiesen bekommen, um bei augenscheinlichen Gelegenheiten ihrem Lande und den religiösen Interessen zu dienen, und Beide haben gleichfalls dem gegenwärtigen Kaiser bei verschiedenen Gelegenheiten bemerkenswerthe Dienste geleistet. Das sind diejenigen, gestehen Sie es ein, welche Sie durch die Worte bezeichneten: „Es gab Männer &c." Sie werden vielleicht erstaunt seyn, daß ich Eigennamen nenne; ich bin darüber erstaunt, daß Sie es nicht thaten, und daß Sie sich auf unbestimmte Insinuationen beschränkten, um eine so ernste Beschuldigung zu unterstützen. Mein Herr, Sie haben entweder ein unglückliches Gedächtniß oder eine unglückliche Hand. Ob es eine gewisse Thatsache ist, daß diese Männer, welchen der Kaiser den Ruhm der römischen Expedition verdankt, bestimmt diejenigen sind, welche einerseits in Rom und Paris fortwährend die Uebereinstimmung der Religion und der Freiheit verlangten, und andererseits diejenigen, welche seit 10 Jahren die wenigste Gewalt, ich sage nicht auf den heiligen Stuhl, der sehr unempfänglich für solche Einflüsse ist, sondern in Frankreich auf die Geistlichkeit ausübten! Ja, es ist dies eine gewisse Thatsache, ich wiederhole es. Die Partei, von der Sie sprechen, weit entfernt, von Reformen abzurathen, hat immer achtungsvoll darum nachgesucht, und diejenige Partei, welche keine verlangte, war die Ihrige."

„Zweitens: Mit dem italienischen Krieg beginnt eine neue Lage. Eine ungeheuere Partei bildete sich, in der That ungeheuer, denn die ganze Kirche Frankreichs gehört dazu. Mit den aufrichtigen Sympathien für Italien verbindet sie den heißen Wunsch, daß die Macht des Papstes respektirt werde. Und wer denn, mein Herr, war das Oberhaupt dieser ungeheueren Partei? Der Kaiser selbst." Der Bischof schildert hierauf die von Hrn. Laguerronière beschriebene Lage und fährt fort: „Es ist nicht an mir, mein Herr, die Oesterreicher zu vertheidigen, das ist weder meine Rolle, noch mein Geschmack. Aber es ist mir wohl erlaubt, die Karte zu betrachten und meine Bemerkung zu machen, daß, als wir Verona berührten, es ihnen sehr schwierig würde, in Bologna und Ferrara zu bleiben. Es ist mir gleichfalls erlaubt, daran zu erinnern, daß der Prinz Napoleon, in einem im „Moniteur" eingerückten Bericht, erklärte, daß seine Manöver und sein Vorrücken die Oesterreicher zwangen, sich zurückzuziehen. Deßhalb bin ich erstaunt, von Ihnen zu hören, daß Pius IX. von allen, selbst von den Oesterreichern, verlassen worden sey. Wie dem auch sey, von unserm Eintritt in Italien datiren sich die ersten Unglücksfälle des Papstes. Hätte er sie verhindern und diejenigen, welche ihnen folgten, beschwören können, indem er Reformen bewilligte? Nein gewiß nicht. Ich wende mich an die Biederkeit des Kaisers. Hätte er, im Falle eine Insurrektion in Nantes, Lyon oder Straßburg ausgebrochen wäre, diesen Moment gewählt, um das Dekret vom 24. November zu bewilligen?"

Msgr. Dupanloup zeigt nun, daß der Papst die ihm angerathenen Zugeständnisse nicht verwarf . . . . „Ein Anlehen, eine Armee, freie Reformen, mit einem Wort, eine Regierung mit billigen Rechte, sich selbst genügend, das ist es, was der Papst wünschte, ehe er Almosen und Garnison der Mächte erhielt. Er hat Schiffbruch gelitten, sagen Sie. Keineswegs; er hatte das Glück, Gelder zusammenzubringen, einen der ersten Generale Europas zu besitzen; Alles was nöthig war, Frankreich zu veranlassen, sich bald zurückzuziehen, ohne einer inneren Revolution Platz zu lassen."

Nach einem Resumé der Ereignisse in Italien, fährt der Bischof fort: „Sie sprechen sehr leicht von jenen heroischen Tagen, wo das französische Blut die Erde Italiens röthete. Wissen Sie auch, welchen großen Dienst uns diese Schlachten erwiesen? Sie haben es uns nicht allein noch deutlicher gemacht, was das französische Blut gilt, sondern sie haben auch den Unternehmungen Piemonts ihren wahren Charakter verliehen. Ja, seit Castelfidardo, Ankona bis auf Gaeta hat Alles, was man mit dem Namen „nationale Bewegung" schmückte, seinen wahren Namen wieder angenommen. Piemont hat mehr Bomben geworfen als Stimmen erhalten. Wissen Sie, was mein größtes Erstaunen ist? Daß Sie, der Sie so großmüthig uns die Depeschen des Hrn. v. Grammont mittheilen und den Papst und die Katholiken anschuldigen, nicht ein Wort des Unwillens gegen die Greuelthaten der piemontesischen Invasion haben."

Nachdem der Bischof von Orleans den Eigensinn besprochen, welchen der Turiner Hof trotz des Rathes Frankreichs zeigte, schließt er, wie folgt: „Noch habe ich nicht Alles gesagt, Frankreich, welches Piemont gewiß mehr liebte, als den Papst, kann den Papst noch vertheidigen. Will es der Kaiser? Sagen Sie es uns, mein Herr, zerreißen Sie den Schleier, welcher Ihre letzten Worte bedeckt, lüften Sie dieses Geheimniß, welches aus den Ihnen wenig würdigen, eingewickelten Phrasen und Zweideutigkeiten hervorschaut. Wenn Sie die Aufrechterhaltung der päpstlichen Souveränität wollen, so rathen Sie einfach der Regierung des Kaisers,

Unter den 170 Konkurrenzplänen, die für den Bau eines neuen Opernhauses in Paris eingelaufen sind, befindet sich auch einer, dessen eigenste und persönliche Urheberin die Kaiserin Eugenie seyn soll. Ein Korrespondent der „Independance belge" versichert, daß der Plan eine der merkwürdigsten Façaden zeige, im übrigen aber zu den besten der eingelaufenen Arbeiten gerechnet werden dürfe. Indessen ist keiner der zahlreichen Pläne als ganz zweckentsprechend befunden worden. Man hat den 20 besten eine Prämie von 1000 Fr. zuerkannt und einen neuen Konkurs eröffnet.

Handels- und Börsenberichte.

Frankfurter Börse (vom 18. bis 23. Februar).

Samstag. Die bessere Tendenz in Wien wurde nicht in gleicher Weise vom Auslande beantwortet, die Geschäftslosigkeit namentlich an unserer Börse wirkte einschläfernd, und so sind österr. Fonds eher ins Sinken gerathen; die Contremine hat aber ihre letzte Schlappe noch nicht vergessen und verhält sich ebenfalls sehr ruhig; es ist daher eigentlich nichts Erhebliches zu erwähnen. National variirten kaum ⅜ auf und ab; Venetianer fast ohne Umsatz; sehr angeboten waren 5proz. Metalliques. In vielen Gattungen wird schon seit Jahren nichts mehr gethan und man könnte füglich z. B. die 2½ und 1proz. vom offiziellen Kurszettel streichen, wie wir dies auf unsern Tabellen längst gethan.

Nichtösterr. Staatspapiere erhalten sich in fortwährender Nachfrage. In neuen 4½proz. Nassauern lebhafter Umsatz für Geldanlagen zumal auch Seitens kleinerer Kapitalisten, welche eine süddeutsche Obligation, die 4½pCt. Zinsen gibt, zum Kurs von 100½ mit Recht preiswürdig finden. Für die neuen 4proz. Württemberger wird bereits über Emissionskurs geboten. — Unter den Looseffekten sind österreichische matter geblieben, süddeutsche dagegen fest und behauptet.

Eisenbahnaktien ohne Bewegung, nur Weissenburger ohne willige Abgeber gesucht. Der Unterschied zwischen den vollbezahlten bayerischen Ostbahnaktien und den Quittungsbogen beträgt über 1 pCt. zum Nachtheil der letzteren. Das Publikum scheint daher nicht an eine durch die nachgesuchte Konzession zu erwartende Einzahlung auf die Linie Schwandorf-Baireuth-Eger zu glauben. Von den Prioritäten waren österr. Westbahn zu 73 angeboten, da die Emission der zweiten Serie des Anlehens nahe bevorsteht. Die Coupons der österr. Staatsbahnprioritäten werden wieder einmal zu und über Pari gekauft.

Auch Kreditaktien bieten wenig Stoff zur Besprechung. Oesterr. gingen am Mittwoch bis 133, mussten heute aber wieder bis 131½ nachgeben. Darmstädter 181½ ohne Umsatz Geld notirt. Von Zettelbanken Frankfurter behauptet. Die bereits vorige Woche an dieser Stelle von uns in Aussicht gestellte Dividende von 4 pCt. wird aus sicherer Quelle bestätigt.

Sämmtliche Devisen, mit Ausnahme der Thaler-Wechsel, halten sich sehr fest, Goldwechsel wieder gestiegen; London bis 118¼, Paris bis 93⅜ bezahlt, ersteres in längeren Sichten mit 6 pCt., dieses mit 5 pCt. Man dürfte jedoch bald den Höhepunkt erreicht haben, da bei einem weiteren Steigen von Paris um nur ¼ pCt. Silbersendungen gemacht werden können und wohl ein erheblicher Theil der Baarbestände des hiesigen Platzes in Fünffrankenthalern besteht. Wien dagegen sehr ausgeboten; man hat jetzt Mühe, einen grösseren Verkaufsauftrag darin auszuführen. Der Geldstand ist im ewigen Einerlei. Viel Geld und wenig Geschäft. Das ist unsere Devise. — Der Ultimo nächste Woche wird bei diesem günstigen Geldstand und der vorhandenen Contremine, der nur eine schwache Hausse-Partei gegenübersteht, wieder sehr billige Reports bringen, namentlich für National- und Kreditaktien, den beiden Hauptspekulationspapieren. (Aktionär.)

Neueste Nachrichten.

Turin, 22. Febr. Bei Ueberreichung des jüngsten Gesetzvorschlages an den Senat hielt Graf Cavour folgende Ansprache: „Die wunderbaren Ereignisse der letzten zwei Jahre haben mit ungehofften glücklichen Erfolgen beinahe alle zerstreuten Glieder der Nation zu einem einzigen Staate vereinigt. Die verschiedenen, unter sich oft uneinigen, oft sich befehdenden Fürstenthümer haben einer einheitlichen National-Monarchie Platz gemacht. Das Königreich Italien ist heute eine Thatsache, und diese Thatsache müssen wir Angesichts der italienischen Völker und Europa's bestätigen. Auf Befehl Sr. Majestät und durch einstimmigen Beschluß des Ministerraths lege ich dem Senate den Gesetzentwurf vor, durch welchen der König, unser erlauchter Herr, für sich und seine Nachfolger den Titel „König von Italien" annimmt. Das Parlament, ein treuer Dolmetsch des Nationalwillens, der sich schon in vielfacher Weise kundgegeben, begrüßte am feierlichen Tage der ersten Sitzung mit dem Enthusiasmus der Dankbarkeit und Liebe Viktor Emanuel II. als König von Italien. Der Senat wird sich glücklich fühlen, der Erste zu seyn, dem Wunsche aller Italiener eine schleunige Sanktion zu geben und die edle Dynastie mit dem neuen Titel zu begrüßen, die erlaucht, durch acht Jahrhunderte voll Ruhm und Tugend, von der göttlichen Vorsehung aufbewahrt wurde, das Mißgeschick zu rächen, die Wunden zu heilen und die Aera der Spaltung Italiens zu beschließen. Mit Ihrem Votum werden Sie den Erinnerungen an die provinziellen Umwälzungen ein Ende machen und die ersten Blätter einer neuen Nationalgeschichte schreiben." (T. d. Ostd. P.)

Genua, 24. Febr. Die Regierung ließ unverzüglich die Kirche und das Kloster dell' Annunziata räumen, das die P. P. Franziskaner bewohnten, und zwar in Folge ihrer Weigerung, für die im Jahre 1860 Gefallenen Messe zu lesen. Die fremden Kriegsgefangenen sind aus Gaeta angekommen; sie werden in den Festungen des Landes vertheilt, unter denselben befinden sich mehrere Bayern. (Allg. Ztg.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	75 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	59½ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	50⅝ P. ⅜ G
„	5 pCt. Metall. Obligation.	42¼ G.
„	4½ pCt.	37 G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	87⅞ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102 G.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101⅞ G.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102¾ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	100¼ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100¼ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95 P.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103⅞ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94½ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	102½ P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	95½ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	102½ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101 P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94 P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	101 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	98¼ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	97 G.
„	3 pCt. Obl.	90½ P.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47¼ P.
„	1¾ pCt. „ „ „	41⅜ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	97⅝ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	109⅜ G.	ex D.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	580 G.	ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	133½ G.	ex D.
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	181½ G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	67¼ G.	
Internationale Bank in Luxemb. . .	79½ G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	337 P.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	70 P. 69¼ G.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	226 G.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	125 P.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73 P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	25½ P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	130 G.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	97½ G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51¼ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	236 G.	
Span. Handels- u. Industrie . . .	497 P.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	465 G.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	104¼ P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101½ G.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99¾ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105¼ B.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	95⅞ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88¼ B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ B.
London Lst. 10 k. S.	118¼ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	92¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93½ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	79¼—⅜ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	74½ G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	46¾ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	56¼ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	127½ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	56⅛ P.	„ fl. 25 do.	34⅛ G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	90½ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	33¾ G.
4½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	116½ G.	Sardinien Fr. 36 b. R.	50 P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	36 P.
Badische fl. 50	89¾ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10⅞ P.
Badische fl. 35	53¼ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅜ P.

Frankfurt, 25. Februar. In Folge höherer Wiener Morgennotirungen verkehrte die Börse in steigender Tendenz für österr. National und Kreditaktien. Auch Wechsel auf Wien wurden besser bezahlt. Süddeutsche Fonds waren fest und theilweise höher. Dasselbe gilt von Bexbacher und bayer. Ostbahnaktien. (Synd.)

bei seinen Associés statt, vorzüglich bei Solar, dem Besitzer und Chefredakteur der „Presse“, dem Baron Pontalba und dem Präsidenten der von Mirès gegründeten Eisenbahnkasse, dem Senator Grafen Simios. Unter den hauptsächlich Kompromittirten figurirt außer zwei ganz hochgestellten Persönlichkeiten noch der Graf Morny und der Sohn des Ministers Baroche, Ernst Baroche, der durch den überaus günstigen Verkauf eines ihm gehörigen Landgutes an Mirès demselben verpflichtet worden ist. Unwillkürlich treten die Vorfälle, welche im vorigen Frühjahre in Wien eine so große Erregung hervorriefen, wieder vor die Erinnerung. Indessen dort beschränkte sich die Theilnahme an ehrlosen Spekulationsgeschäften auf zwei oder drei Männer; hier sehen wir mit nur wenigen Ausnahmen die ganze Umgebung des Fürsten in den Händen eines Schwindlers. Welchen Einfluß der Zusammenbruch des Mirès'schen Gebäudes auf die orientalische Frage ausüben wird, ist gar nicht abzusehen. 60 Mill. Franks waren auf die Zeichnungen der türkischen Anleihe gezahlt worden, von denen im Uebrigen nur wenig bei dem Schluß des Geschäfts, welcher am Dienstag stattfand, vorhanden gewesen seyn soll. Mehr noch als Se. Maj. der Sultan, der sich bekanntlich den vierten Theil der Anleihe für seine Privatbedürfnisse reservirt hatte, sind die Unterzeichner zu bedauern, welche wahrscheinlich nur geringe Prozente der gezahlten Summe wieder erhalten werden.

In Paris beschäftigt man sich fast ausschließlich mit Mires, und dem Briefe einer dortigen Finanz-Sommität entnehme ich folgende Darstellung, welche, wie der erwähnte Finanzmann schreibt, den besten Quellen entnommen ist: Die Verfolgung gegen Mires ist vorzüglich auf das Betreiben von Baroche und Persigny beschlossen worden. Nach der Verhaftung erfuhr Ersterer durch den Kaiser, daß sein eigener Sohn kompromittirt sey. Baroche erlegte sofort die von seinem Sohne angenommene Summe von 200,000 Franken und bot dem Kaiser seine Entlassung als Staatsraths-Präsident an und wollte überhaupt alle seine Aemter niederlegen. Der Kaiser weigerte sich dessen. Herr Baciocchi (vormals im Ministerium) hat 1,800,000 Fr. empfangen. Mires wird nebst vier Agents de change vor die Assisen kommen. Verhaftet ist bisher blos ein früherer Buchhalter. Die Klage gegen diesen, wie gegen die vier Mäkler lautet auf kaufmännische Fälschung der Bücher und Schriftsachen.

Paris. Der Prozeß, den die Söhne des alten Prinzen Jerome mit einander führen, ist noch nicht zu Ende. Herr Jerome Bonaparte hat appellirt, um seinen lieben Bruder, den Prinzen Napoleon, abermals vor die Schranken des Gerichtshofes zu laden. Klug war es schwerlich, daß die Kinder zweiter Ehe den Streit mit den Kindern erster Ehe zum Prozeß kommen ließen; das Gericht mag für sie seyn, die Gerechtigkeit ist gegen sie! (N.Pr.Z.)

* Die „Patrie“ erklärt sich in der Lage, die Nachricht, Abbé Maret habe auf seine Ernennung zum Bischof von Vannes Verzicht geleistet, als unrichtig zu bezeichnen.

Italien.

Aus Turin, 18. Febr., wird der „Triester Ztg.“ geschrieben: „Die Mittheilungen aus Gaeta stimmen darin überein, daß der Sturm von Seiten der Belagerer auf den 16. festgesetzt war. Derselbe sollte mit furchtbaren Hülfsmitteln unterstützt werden, namentlich sollten im Hafen, in der Courtine zwischen der Batterie della Nunziata und St. Antonio, so wie unter der Batterie Transilvania fabelhafte Massen von Pulver, theils in Brandern, theils in Kanonenbooten geborgen, gegen die Festungsmauern explodirt werden. Ein Korrespondent der „Gazzetta di Torino“ spricht von 140,000 Kilo, ein anderer der „Gazzetta del Popolo“ begnügt sich mit 84,000. Während so die Festung in ein Feuer- und Rauchmeer gehüllt und von einem Regen von herabstürzenden Ruinen überdeckt worden wäre, hätte von Seiten der Porta di Terra der eigentliche Sturm begonnen. Der König und seine Familie schifften sich am 14. gegen 9 Uhr auf der „Mouette“ ein. „„Die Königin““, sagt ein Berichterstatter, „„glich den Bildern der Königin Maria Stuart; mit Stolz ruhte ihr Blick auf Gaeta, aber ihre Lippen blieben unbeweglich; stumm und nachdenkend standen ihre Damen hinter ihr; der König spazirte gesenkten Hauptes auf dem Verdecke hin und her, seine Brüder standen ernst und gesammelt in einer Gruppe. Der Gesandte Sachsens soll geistig gelitten haben. Die piemontesischen Truppen rückten hierauf ein; an ihrer Spitze der Prinz Eugen von Savoyen und der Obergeneral Cialdini. Der Platz soll schauderhaft aussehen. Es sollen noch etwa 200 Individuen lebendig in den zusammengeschütteten Räumen der Kasematten begraben liegen. Cialdini ordnete sofort die Wegräumung der Trümmer an.“

Turin, 20. Febr. Die Flammen der herrlichsten Illumination sind längst ausgebrannt, die venetianischen Lampen sind verschwunden, die Masten werden stündlich ihres frischen Laubwerks beraubt; das herrliche Grün, welches wagenweise mit Stieren und Mauleseln vom Lande in die Stadt gefahren worden, bedarf der extemporirten Springbrunnen nicht mehr, die in jedem venetianischen Maste der Piazza del Castello zu seiner Erquickung angebracht waren. „Denn der Regen regnet jeglichen Tag,“ d. h. seit heute früh, und Turin ist eine Kothstadt gerade wie Berlin, entweder sehr freundlich oder sehr abscheulich. Die Abgeordneten und Senatoren sitzen in ihren Abtheilungen und treiben Wahlprüfung; viele der älteren Mitglieder reißen aus, weil sie das Geschäft kennen und satt haben; nur die Gewissenhaften schwitzen über den Protokollen und Reklamationen aus allen Bezirken des Regno d'Italia. Die Thronrede hat hier am Orte einen ganz vorzüglichen Eindruck gemacht, was freilich nicht viel sagen will; aber sie hat auch die große Majorität der beiden Häuser befriedigt, was schon etwas mehr bedeutet. In Turin genießt Viktor Emanuel ein Ansehen und eine Zuneigung, die ins Fabelhafte gehen. Die Verfassung, das Statuto reale, die Freiheit und Unabhängigkeit Italiens, kurz Alles, was Sie wollen, das ist Er. Ich glaube, daß, wenn Viktor Emanuel zu sardinischen Zeiten das Statut in die Tasche gesteckt und sich aufs Pferd geschwungen hätte, die echten Turiner wären auch darüber in Begeisterung gerathen. Am Nachmittage vor der Eröffnung des Parlaments verkündigte ein Maueranschlag des hiesigen Magistrats, der König komme Abends von Mailand zurück, man solle gewisse Straßen festlich erleuchten. Anderswo hätte man diese Ovation für den folgenden Tag verspart, aber die Turiner verstehen die Sache anders. Der Schwarm drängte sich bis Mitternacht, die Lampen brannten ebenso lange, die Fahnen wehen nicht minder, und Viktor Emanuel ward empfangen, als wenn man ihn niemals gesehen hätte. Für einen König, der sich in seinem Privatleben möglichst wenig genirt und der das Piacere stets aus vollen Bechern geschlürft hat, ist das gewiß alles Mögliche, besonders in einer so nördlichen, so wenig italienischen Stadt wie Turin. — Die Exaltados knurren ein wenig über die Auslassung von Rom und Venetien in der Thronrede, und Brofferio's Journal „Roma e Venezia“ gibt diesem Unmuth Ausdruck; aber die Exaltados sind in mikroskopischer Minderheit, das konservative Element herrscht absolut vor, und dieses will vor allen Stücken das bisher Errungene konsolidiren, Armee und Flotte konstituiren, die Finanzen ordnen, die administrative Organisation der einzelnen Länder vornehmen und keinerlei Abenteuerei treiben. Ich weiß nicht, wie es weiter unten in Italien aussieht; aber hier in Turin weht die bedächtigste Luft, so ich noch eingeathmet. (Südd. Ztg.)

* Neapel, 17. Februar. „Il Popolo d'Italia“ schreibt: „Wir wissen gewiß, daß Garibaldi Niemand bevollmächtigt hat, Anwerbungen in seinem Namen zu machen, und doch bestehen in allen Städten des Königreichs Neapel Werbebureaux; zu welchem Zwecke? das ist ein Geheimniß. Alles, was wir erfahren konnten, ist, daß diese zukünftige Freiwilligen-Schaar sich „Adriatische Legion“ nennt, und daß einige Franzosen die Fäden zu dieser geheimnißvollen Geschichte in Händen haben.“

* Nach Depeschen aus Neapel ist General Mezzocapo mit bedeutender Verstärkung vor Civitella angekommen, das auf das Strengste blokirt werden soll. Die Citadelle liegt auf einem Berge in einer beinahe unangreifbaren Position. Man hat aber bereits mehrere Punkte ausfindig gemacht, von wo aus man sie mit Mörsern erfolgreich beschießen können wird.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 21. Febr. Wie außerordentlich die Preise hiesiger Anwesen seit einer Reihe von Jahren gestiegen sind, dafür nachfolgender Beleg. Ein Tafernwirthsanwesen an der Herrnstraße, welche keineswegs zu den belebtesten zählt, wurde vor zwanzig Jahren noch um 45,000 fl., laut den magistratischen Verhandlungen von heute aber dieser Tage um 145,000 fl. gekauft.

In der letzten Sitzung der Akademie zu Paris hatten sich sechs Damen mit edler Dreistigkeit in die Reihen der „Vierzig“ gedrängt und in sechs unsterblichen Lehnstühlen Platz genommen, so daß sechs Mitglieder des Instituts, namentlich Augier und Ponsard, stehen mußten. Der Huissier ersuchte die Damen höflichst, die Plätze zu räumen. Mehreremal vergebens. Endlich schritt der Wächter der Hausordnung zum Aeußersten; er verbeugte sich und sprach: „Mesdames, wenn Sie hier durchaus sitzen bleiben wollen, wird man Sie für Vierziger halten.“ (On vous croira dans les quarante.) Augenblicklich erhoben sich die Damen, welche höchstens als Zwanziger gelten wollten, und die sechs Vierziger nahmen ihre Lehnstühle ein.

„Allgem. Ztg." ist als verbürgt anzunehmen, daß diese Nachricht ganz unbegründet ist.

Wien, 19. Febr. Ende dieses Monats geht die Neuwahl des Gemeinderathes von Wien (seit 1850 zum ersten Mal wieder) vor sich; es wird bereits seit Wochen agitirt, kandidirt, und der Wahlversammlungen gibt es die Menge. Der gegenwärtige Bürgermeister von Wien, Frhr. v. Seiller, ein Mann, der es, wie sein College, der frühere Minister Bach, verstanden hat, sich den jeweiligen Verhältnissen servil unterzuordnen, hat keine Aussicht, dieses Amt zu behalten.

Niederlande.

Haag, 21. Februar. Die Verwaltung des k. Instituts für Ingenieure hat auf Veranlassung des Königs eine Preisfrage ausgeschrieben über die geeignetste Anlage sog. Zufluchtshügel, welche in den Niederungen Hollands bei Ueberschwemmungen benutzt werden können, um Menschen, Vieh und Geräthe zu bergen, und zwar für Gemeinden von 500—3000 Einwohnern. Dieselben sollen zugleich dazu dienen, um Deich-Materialien und alles dasjenige aufzubewahren, was bei Eisgang oder Fluthwasser zur Verpflegung der Flüchtlinge nothwendig ist. — In St. Laurens bei Middelburg ist kürzlich ein gräßlicher Mord verübt worden. Die Frau eines dortigen Einwohners sollte vor Gericht erscheinen, um die von ihr verlangte Ehescheidung von ihrem Manne, der sie mißhandelte, zu begründen; sie erschien jedoch nicht und war spurlos verschwunden. Der Mann selbst setzte eine Prämie von 100 fl. auf ihre Auffindung; die Behörde schöpfte aber gerade Verdacht auf ihn und fand auch bei Nachforschung die Leiche der Frau in der Scheune des Ehemannes vergraben. Er gestand sofort, daß er seiner schlafenden Frau den Hirnschädel eingeschlagen und sie dann mit den Kissen des Bettes erstickt habe. Der Mörder hatte bereits früher einmal wegen Verdachtes, seine erste Frau vergiftet zu haben, vor Gericht gestanden, war aber damals aus Mangel an Beweisen freigesprochen worden. — Die am Geburtstage des Königs abgehaltene allgemeine Landeskollekte zu Gunsten der Nothleidenden in den überschwemmten Gegenden hat in 32 Städten, wie bis jetzt bekannt, ungefähr 315,000 fl. aufgebracht.

(Köln. Z.)

Großbritannien.

London, 20. Febr. In der heutigen Unterhaussitzung sagte Lord E. Howard, er habe gehört, daß die sardinische Regierung und das sardinische Heer in Süd-Italien Greuelthaten verübt hätten und vermuthlich wohl auch noch verüben würden, und er frage deßhalb den Staats-Sekretär des Auswärtigen, ob die englische Regierung ihren Einfluß beim Könige Viktor Emanuel aufbieten wolle, um Blutvergießen zu verhindern. Lord J. Russell antwortete: Ich habe es nicht für nöthig gehalten, irgend welchen Einfluß beim Könige Viktor Emanuel geltend zu machen, um Blutvergießen zu verhüten. Ich möchte behaupten, daß die sardinischen Truppen im Allgemeinen im Siege eben so viel Menschlichkeit, als während des Kampfes Muth gezeigt haben. Aber es sind allerdings Fälle vorgekommen, welchen gegenüber aufzutreten für ein Heer peinlich war und in welchen mit sehr großer Strenge verfahren wurde. So wurden z. B. Befehle erlassen — ich kann nicht sagen, von wem, doch gingen sie von Gaeta und Rom aus, — welchen zufolge Räuber, Sträflinge und die schlechtesten Subjekte in gewissen Theilen des Königreiches Neapel bewaffnet wurden und große Greuel verübten. In einem Falle ergriffen sie einen jungen Mann, dessen Vater wegen seiner liberalen Meinungen bekannt war, stachen ihm die Augen aus und verbrannten ihn dann an seinem eigenen Herde. Die häufige Wiederholung derartiger Greuelthaten bewog die Syndici der Städte, diese Räuber zu verhaften und in Ketten zu legen; von Gaeta jedoch kam sogleich der Befehl, sie wieder in Freiheit zu setzen. Sie begingen andere ähnliche Greuel, und als die Truppen des Königs von Sardinien hinkamen, wurden die Banditen ergriffen, vor ein Kriegsgericht gestellt und erschossen. Solchen Greueln gegenüber kann man nicht nach den gewöhnlichen Gesetzen des Kriminalrechtes verfahren oder so, wie ein regelmäßiges Heer einem anderen gegenüber zu verfahren pflegt. Es ist sicherlich sehr zu beklagen, daß jetzt, wo kein Heer mehr im Felde ist, das dem Könige von Sardinien gegenübergestellt werden kann, zwar nicht mehr von Gaeta, wohl aber von Rom aus fortwährend Personen vom schlechtesten Charakter aufgehetzt werden, welche in den Dörfern rauben und stehlen und Jeden, von dem sie glauben, daß er in Bezug darauf, wer König in jenem Staate seyn solle, anderer Meinung, als sie, ist, aufs grausamste ermorden. Ich kann nur sagen, daß es meines Erachtens beinahe eine der Regierung des Königs von Sardinien angethane Beleidigung seyn würde, wenn man ihr Menschlichkeit predigen wollte. Ich glaube, der König von Sardinien wünscht, wie er das durch wiederholte Befehle gezeigt hat, den Krieg, so lange er dauert, mit Menschlichkeit zu führen, und ein Brief über die Belagerung Gaeta's, den ich heute früh von einem Korrespondenten, einem Agenten Ihrer Majestät in jenem Lande, erhielt und in welchem es heißt: „Es ist in der That ein großer Segen, daß wir mit der Belagerung von Gaeta fertig sind, und Sie werden sehen, wie ich das schon früher voraussagte, daß sich im ganzen Königreich Neapel oder vielmehr in Süd-Italien ein beinahe eben so großer Zustand der Ruhe einstellen wird, wie in Toskana, der Romagna und Bologna", läßt mich hoffen, daß den seit einiger Zeit in Süd-Italien verübten Räubereien und Mordthaten kein Vorschub mehr geleistet werden wird. Lord J. Manners: Darf ich mir erlauben, an den edlen Lord die Frage zu richten, ob die so eben von ihm gemachten Mittheilungen in irgend einem der dem Hause vorgelegten Schriftstücke enthalten sind, oder aus welcher Quelle sie geschöpft sind, und ob er bereit ist, dem Hause irgend welche darauf bezügliche Papiere vorzulegen? Lord J. Russell: Ich habe jene Mittheilungen von dem sardinischen Gesandten erhalten. Dokumente habe ich nicht vorzulegen; doch halte ich die Angaben allerdings für wahr.

Aus London, 21. Febr., schreibt man der „Köln. Ztg.": „Die Sache mit der hiesigen Kossuth-Noten-Fabrikation verhält sich folgendermaßen: Kossuth hat einem Londoner Etablissement für ungefähr 30 Mill. Gulden alter österreichischer Konventionsmünze in solchen Noten anfertigen lassen, genau in Form und Inhalt nach den alten, die während des Jahres 1849 in Umlauf gesetzt worden waren, als er an der Spitze der ungarischen Regierung stand, somit wohl zu unterscheiden waren von jenen Dollarnoten oder richtiger Dollarpromessen, die er während seines Aufenthaltes in Amerika hatte fabriziren lassen, und die nicht in der gewöhnlichen Form von Regierungsbanknoten, sondern als Privatwechsel Kossuth's, ausgestellt auf die Zukunft Ungarns, in Umlauf gesetzt worden waren. Von der Anfertigung dieser neuen Noten war Lord John Russell, wie früher gemeldet, durch den hiesigen österreichischen Gesandten in Kenntniß gesetzt worden, und natürlich vertrat dieser die Ansicht, daß sie ungesetzlich sey, insofern sie einer Rüstung gegen einen zu England in freundschaftlichen Beziehungen stehenden Staat gleichkomme. Lord John erklärte dem Gesandten, daß er sich nicht für kompetent halte, darüber zu entscheiden, daß er den Casus jedoch ohne Verzug dem Kabinet mittheilen und den Kronadvokaten zur Entscheidung vorlegen werde. Diese entschieden, daß das Gesetz nicht einschreiten könne, denn eine Fälschung liege nicht vor und ebenso wenig eine unerlaubte Nachahmung von Werthpapieren, da die ehemaligen ungarischen Noten von der österreichischen Regierung als absolut werthlos erklärt worden seyen. Weiter ist in dieser Sache von der Regierung kein entscheidender Schritt gethan worden, und Kossuth konnte ungehindert weiter drucken lassen. Vor wenigen Tagen erst wurde der Druck vollendet."

Frankreich.

Paris, 21. Febr. Die Mirès'sche Angelegenheit hat das Interesse an allen andern Vorgängen zurückgedrängt. Es ist dieß begreiflich, da unter dem enormen Defizit — man spricht von 300 Mill. Fcks. — die kleineren Geschäftsleute implizirt sind. Als vollständig authentisch kann ich Ihnen das Folgende mittheilen. Bekanntlich entstanden bereits vor 2 Monaten einige Zweifel an der Ehrenhaftigkeit des Banquier, als der Baron Pontalba, einer seiner hauptsächlichsten Associés, eine Klage gegen ihn erhoben hatte, die indessen später in Folge gütlicher Ausgleichung wieder zurückgenommen wurde. Indessen hatte die Polizei seit jener Zeit ein scharfes Auge auf die Vorgänge im Handelsverkehr des Hrn. Mirès, ohne daß derselbe es erfuhr; er glaubte im Gegentheil, nachdem die Pontalba'sche Angelegenheit beseitigt war, vollständig sein Spiel gewonnen zu haben, und äußerte sich öfters in diesem Sinne, daß die Regierung ihn nicht verfolgen werde, weil die Personen aus der nächsten Umgebung des Kaisers selbst zu tief in seine Angelegenheiten verwickelt wären. Wenige Tage vor seiner Verhaftung richtete er ein ausführliches Schreiben an den Kaiser, in welchem er die Gründe auseinandersetzte, weßhalb in politischer wie in finanzieller Beziehung die Untersuchung gegen ihn unpraktisch sey. Dieses Exposé seiner Lage wurde am Sonnabend im Ministerrathe vorgetragen, fand indessen keine Anerkennung; man versicherte sogar, daß Persigny wie Delangle, der Justizminister, mit ihrer Entlassung gedroht, im Fall man der Gerechtigkeit nicht freien Lauf gegen Mirès ließe. Ihre Ansicht drang durch; der Verhaftsbefehl wurde erlassen. Zugleich fanden Haussuchungen

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 37. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 38. Jahrgang. | Dinstag, 26. Februar 1861.

Deutscher Bund.

Gutem Vernehmen nach ist eine beträchtliche Erhöhung der bisher normirten Kriegsbesatzung der Bundesfestungen am Bunde in Vorschlag gebracht und nach Lage der Sache die Annahme dieses Vorschlags als gesichert zu betrachten. (Frkf. Postztg.)

Bayern. München, 23. Februar. (Militärdienstes-Nachrichten.) Se. Majestät der König hat den Hauptmann Ernst Cramer vom 5. Jäger-Bat. vorbehaltlich der Wiederverwendung in den Ruhestand versetzt; den Unterverwalter 1. Klasse Friedr. Merkl vom Fohlenhof Benediktbeuern zum Verwalter 2. Klasse befördert; den temporär pensionirten Unterlieutenant Joh. Schmidtner bleibend im Ruhestand belassen; den pensionirten Unterquartiermeister Math. Wißmath in Folge Erkenntnisses des General-Auditoriats von der Charge entsetzt; den temporär pens. Oberlieutenant Aug. Ritter v. Schmädel bleibend im Ruhestand belassen; dem Unterlieutenant Peter Frhrn. v. Bosmelet vom 1. Kür.-Reg., dann dem Unterlieutenant Friedr. Spengler vom 14. Inf.-Reg. und dem Unterarzt Dr. Julius Miller vom 1. Inf.-Reg. die Entlassung aus dem Heere bewilligt; den temporär pensionirten Oberlieutenant Phil. v. Habermann bleibend im Ruhestande belassen; den charakterisirten Obristlieutenant Karl Vogel, Platzstabsoffizier von der Stadt- und Festungskommandantschaft Ingolstadt, bleibend und den charakterisirten Major Heinr. Fick vom topographischen Bureau des Generalquartiermeisterstabes vorbehaltlich der Wiederverwendung in den Ruhestand versetzt; den Hauptmann Eugen Sprengler von der Artillerie-Berathungs-Kommission zur Zeughaus-Haupt-Direktion (Gieß- und Bohrhaus) versetzt; den Hauptmann Max Andlböß vom 3. Inf.-Reg. auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt; dem Unterlieutenant Max Eckert vom 15. Inf.-Reg. die Entlassung aus dem Heere und dem pensionirten Fohlenhofsverwalter 2. Kl. Adolph Linbrunn die nachgesuchte Entlassung aus dem Heerverbande mit Pensionsfortbezug bewilligt; den Oberlieutenant Karl Popp vom 11. Inf.-Reg. zum topographischen Bureau des Generalquartiermeisterstabes versetzt; dem Unterlieutenant Karl Meyer vom 14. Inf.-Reg. die nachgesuchte Entlassung aus dem Heere bewilligt; den Unterlieutenant Emil Ritter von Xylander vom 3. Chev.-Reg. der Funktion als 2. Adjutant des Generallieutenants Frhrn. v. Hohenhausen auf Nachsuchen enthoben; den Unterlieutenant Emil Walther vom 4. Art.-Reg. in Folge Erkenntnisses des General-Auditoriats aus Strafe entlassen; den Oberlieutenant Max Kaliaß vom 8. Inf.-Reg. auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt; den Unterlieutenant Rud. Heiß von der Gendarmerie-Kompagnie der Haupt- und Residenzstadt München zur Gendarmerie-Kompagnie von Oberbayern versetzt; dem pensionirten Unterlieutenant Balthasar Bermann die Entlassung aus dem Heerverbande mit Pensionsfortbezug bewilligt. (Mil.-Verord.-Blatt.)

Preußen. Der König hat eine Kabinetsordre an den Kriegsminister erlassen, wonach militärische Befehle des Königs, sofern sie nicht auf die Etats von Einfluß sind, fortan ohne Kontrasignatur des Kriegsministers erlassen werden. „Weder die Stellung des Kriegsministers noch verfassungsmäßig bestehende Normen sollen dadurch alterirt werden.“ Das bisherige Verfahren sey dem Dienste nachtheilig gewesen und habe oft in dringenden Fällen Verzögerungen herbeigeführt. Dieser Befehl ist die Folge des Bestrebens, das Verhältniß des Kriegsherrn zum Heere in markirtester Weise zur Ausgestaltung zu bringen. Dasselbe wird seit Jahr und Tag verfolgt, woraus die Veranlassung ermessen werden kann.

Baden. Karlsruhe, 21. Febr. Der „N. Preuß. Ztg.“ zufolge soll sich die Regierung mit der erzbischöflichen Kurie dahin vereinigt haben, beiderseits eine Konferenz in Karlsruhe zu beschicken, welche die katholisch-kirchliche Frage zu ordnen haben wird, und zwar auf Grund der neuen Kirchengesetze. Die oberste katholische Kirchenbehörde soll der Regierung und dem Erzbischofe gegenüber dieselbe Stellung erhalten, wie der evangelische Oberkirchenrath.

Oesterreich. Wien, 21. Febr. Aus der „Köln. Ztg.“ ist in andere Blätter die Nachricht übergegangen, daß zwischen dem Oberbefehlshaber der italienischen Armee, Ritter v. Benedek, einerseits, dem Erzherzog Albrecht und dem Kriegsminister Grafen Degenfeld andererseits, Zerwürfnisse ausgebrochen seyen. Nach der

---

Freiherr v. Heideck.

München. Der am 21. Febr. verlebte Frhr. v. Heideck, genannt Heidegger, war k. Kammerherr, zweitältestes Ehren-Mitglied der Akademie der bildenden Künste, Comthur des Verdienstordens der bayerischen Krone, Inhaber des Ludwigsordens, Ritter der französischen Ehrenlegion, Großkreuz des griechischen Erlöserordens, Inhaber des russischen St. Wladimir- und des russ. St. Annen-Ordens. Als Sohn eines Schweizeroffiziers in französischen Kriegsdiensten zu Saaralben in Lothringen 1788 geboren, trat er 1801 in die hiesige Militärakademie (jetzt Kadettenkorps) und studirte zugleich die Kunst; er war 1805 Artillerieoffizier, machte die Feldzüge von 1805, 1806 und 1809 mit. 1810 als Freiwilliger nach Spanien gegangen, diente er dort als Hauptmann bis 1813; zurückgekehrt, machte er die Schlacht bei Hanau als Major mit. 1814 ging er mit dem damaligen Kronprinzen (König Ludwig) nach London, von da nach Wien zum Kongreß und nach dem Feldzuge von 1815 als Grenzberichtigungskommissär nach Salzburg. Während dieser Zeit bildete er sich vollkommen zum Schlachten- und Genremaler aus; doch fing er erst 1816 die Oelmalerei zu erlernen an, vollendete aber bis 1825 bereits 67 größere und kleinere Staffeleigemälde. Von 1826 bis 1829 nahm er als Philhellene thätigen Antheil an dem Kampfe gegen die Türken. Sowohl die Expedition zum Entsatze der Akropolis von Athen, an welcher er 1827 Antheil nahm, als die Zerstörung der türkischen Hauptmagazine in dem Kanal von Negroponte, sind Zeuge davon. Bei letzterer Waffenthat führte er den Oberbefehl über das griechische Geschwader. Kapodistrias übertrug ihm 1828 das Kommando von Napoli di Romania, bald darauf auch das Militär-Gouvernement von Argos und überdies fiel ihm noch die Organisation der Taktiker, sowie die oberste Leitung der Militärschule und die Aufsicht über die Militäranstalten zu. Im nächsten Jahre schon mußte er aber Griechenland verlassen, zu welchem Entschluß ihn nur ununterbrochene Fieberanfälle bringen konnten. Er kehrte durch Italien nach München zurück und wurde 1830 Obrist im Generalstabe. Die Erhebung des Königs Otto auf den griechischen Thron rief ihn 1832 wieder nach Griechenland und zwar als Mitglied der Regentschaft. Als solches leistete er Ausgezeichnetes, sowohl bezüglich der Beruhigung des Landes als in Hinsicht des Militärwesens und der Vertheidigungsanstalten Griechenlands. 1835 verließ er Griechenland auf immer und lebte früher dahier, in seinen Mußestunden fast ausschließend der Kunst sich widmend. 1844 wurde er in den Freiherrnstand erhoben; später zum Generallieutenant befördert, war er Referent im Kriegsministerium bis zu seiner Ernennung zum Präsidenten des General-Auditoriats. Als Maler besaß der Verstorbene bekanntlich eine lebendige Darstellungsgabe, ohne je zu übertreiben. Seine Bildnisse sind Erlebnisse, daher auch höchst mannigfaltig; er lieferte eine Menge der interessantesten Gemälde. Bei vielen davon ist Zeichnung und Skizzirung überaus frappant, höchst geistreich, treu und in hohem Grade überraschend. Er war unermüdet in der Kunst und versuchte selbst Freskomalerei. Das in der Glyptothek dahier befindliche Viergespann am Wagen des Helios ist von ihm ausgeführt. (A. Abdz.)

Hebung der Wohlfahrt des Landes und für die Mehrung des öffentlichen Wohles erforderliche höchst wichtige gesetzliche Verfügungen nach dem Wunsche Unseres väterlichen Herzens mit den getreuen Ständen und Vertretern Unseres geliebten Landes Ungarn und der damit verbundenen Theile berathen können, — auf den 2. April des laufenden Jahres 1861 in Unsere königliche Freistadt Ofen einen allgemeinen Landtag anzuordnen, zu verkündigen und denselben mit der Gnade Gottes in eigener Person zu leiten. Weshalb Wir Euch hiermit ernst befehlen und gnädig anordnen, daß Ihr an den bezeichneten Ort und zum anberaumten Termine die aus Eurer Mitte, der auf Grundlage des 5. G.-A. v. J. 1848 publizirten Wahlvorschrift gemäß, zu wählenden und zu entsendenden Deputirten, Frieden und Ruhe liebende und geeignete Männer ohne Ausnahme zu schicken und zu dirigiren gehalten seyd, die es als ihre Pflicht anerkennen sollen, auf dem erwähnten Landtage gegenwärtig zu seyn, und daselbst mit den anderen Prälaten und Bannerherren und mit den Ständen und Vertretern des genannten Ungarn und der damit verbundenen Theile über unsere gnädige Absicht und Unsere lediglich das Heil, den Fortbestand und die Blüthe des Landes bezweckenden Propositionen sich ausführlich zu verständigen und darüber zu berathen und zu konferiren. Wir bleiben Euch übrigens in Unserer k. k. Gnade huldvoll gewogen. Gegeben in Unserer Reichshauptstadt Wien in Oesterreich, am vierzehnten Februar des Jahres eintausend achthundert Einundsechzig. Franz Joseph m. p. Baron Nikolaus Vay m. p. Ed. Zsedenyi m. p.

Die „Ostd. Post" bemerkt hiezu: Der Ausdruck „Ungarns und der damit verbundenen Theile" wird in Kroatien und Siebenbürgen großes Aufsehen erregen, da bekanntlich im Diplom vom 20. Oktober von der unbedingten Einverleibung dieser Länder an Ungarn nichts zu lesen ist und Kroatien und Slavonien keineswegs gesonnen sind, sich unbedingt an Ungarn annexiren zu lassen, sowie auch bei der Versammlung der Siebenbürger in Karlsburg nur die Ungarn, keineswegs aber die Rumänen und Deutschen für die Union gestimmt haben. Wir glauben daher im Gegensatze zu der in einem gestrigen Abendblatte aufgestellten Ansicht, daß der Ausdruck „und der damit verbundenen Theile" auf die jüngstens inkorporirten ehemals siebenbürgischen Komitate und allenfalls auch auf die Mur-Insel sich bezieht, keineswegs aber auf Kroatien und Siebenbürgen, deren Selbstbestimmungsrecht zu Gunsten des eigentlichen Königreichs Ungarn nicht beseitigt oder verletzt werden kann.

* Es ist bereits mitgetheilt worden, daß die Ofener Stadtrepräsentanz in ihrer Sitzung am 20. Febr. die Ausschließung der Fremden von der Wahlberechtigung beschlossen habe. Einem Berichte des „Pesther Lloyd" zufolge geht der Beschluß jedoch nur auf die Ausschließung für den nächsten Landtag. Es heißt: „Es wurde als Grundsatz ausgesprochen, daß, nachdem das Gesetz eine bestimmte Zeit der Ansässigkeit erfordere, hierbei jedoch diejenige Zeit, die wir nicht unter der Herrschaft des ungarischen Gesetzes zugebracht, nicht eingerechnet werden könne und vom 20. Oktober v. Js., seitdem man erst den Wiederbeginn des gesetzlichen Zustandes zu datiren habe, noch nicht die vom Gesetze vorgeschriebene Zeit verflossen sey, mit deren Ablauf ein Fremder zur Ausübung des Wahlrechts, falls er außerdem die erforderliche Qualifikation besitze, berechtigt werde, keinem Fremden das Wahlrecht für den nächsten Landtag zugestanden werden solle, zumal auf diesem die Modifikation von Fundamentalgesetzen des Landes zur Sprache kommen dürfte." (Das heißt die Konsequenz bis zur Lächerlichkeit treiben. Die 11 Jahre von 1849 bis 1860 kann man nun doch einmal nicht auslöschen, so gern es die Herren Ungarn auch thäten. Ein herrlicher Beleg dieser Gesinnung ist auch die Debatte der Justizkonferenz in Pesth über die Frage, ob die während dieser 11 Jahre vorgekommenen Erbfälle, die nach österreichischem Recht behandelt wurden, jetzt nachträglich nach den alten ungarischen Erbgesetzen zu ordnen seyen. Eine schwache Mehrheit war vernünftig genug zu beschließen, daß dies doch unmöglich sey.)

Großbritannien.

London, 21. Februar. Es gibt, vielleicht mit Ausnahme des „Chronicle", kein englisches Blatt, das nicht Partei für den Sultan gegen seine ungebetenen Gäste in Syrien nimmt, und am lautesten gegen die französische Okkupation Syriens hat die sonst sehr napoleonfreundliche „Morning Post" gesprochen. Sie scheint mit Zuversicht auf die Erfüllung ihrer Wünsche zu rechnen und stellt sich den Gang und Ausgang der Konferenzen folgendermaßen vor: „Frankreich, das wissen wir Alle, wird sich für eine erneute Besetzung erklären. Rußland wird beistimmen, weil es jedes Mittel, die Zerstückelung der Türkei zu fördern, mit Begierde ergreift. Preußen wird ebenso stimmen, weil seine Regierung mehr oder weniger in Rußlands Händen ist. (!) England, Oesterreich und die Türkei werden für das endliche Aufhören der Okkupation sprechen. Also 3 gegen 3. Aber nur völlige Einstimmigkeit könnte einer solchen Konferenz das Recht geben, die Okkupation aufrecht zu erhalten. Die französische Regierung, dies leidet keinen Zweifel, sieht die Sache so weit in demselben Lichte wie wir und muß nothwendiger Weise den abschlägigen Antworten, die ihr Vorschlag erhalten wird, nachgeben. Nur weil in Folge der Witterungs-Verhältnisse eine pünktliche Räumung Syriens physisch unmöglich ist, wird den französischen Truppen wahrscheinlich eine Frist von sechs Wochen gestattet werden."

London, 22. Febr. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses fragte Lord Howard, ob Lord John Russell gegen die sardinischen Grausamkeiten in Süditalien remonstrirt habe. Lord John Russell erwiderte, dazu fehle die Veranlassung; die Piemontesen seyen milde verfahren, ausgenommen gegen Mörderbanden, welche von den unterliegenden Legitimisten aufgehetzt worden seyen. (Tel. d. Köln. Z.)

Frankreich.

Paris, 21. Febr. Die finanzielle Geldkrisis in Marseille (in Folge der Zahlungseinstellung von Mirès) soll auf einen sehr hohen Grad gediehen seyn. Auch am hiesigen Platze sieht man verschiedenen Fallimenten entgegen.

Paris, 21. Febr. Man spricht hier seit ein paar Tagen viel von einer neuen vom Kaiser Napoleon erfundenen Stahlkanone, welche auf eine Entfernung von mehr als 10,000 Metres (über eine Meile) schießen soll. (Fr. Postz.)

Paris, 22. Febr. Die Affaire Mirès macht noch immer viel von sich reden. Mirès selbst wurde zwei Mal verhört. Der Fürst von Polignac hat die ganze Aussteuer seiner Frau dem Liquidator, Hrn. v. Germiny, zur Verfügung gestellt, um auf diese Weise allen späteren Reklamationen zu entgehen. (Fr. J.)

Italien.

Rom, 20. Febr. Das geheime „Nationalkomite" dahier verkündigt in einer Proklamation, daß Viktor Emanuel bald von dem Kapitol herab werde ausgerufen werden, und dankt Frankreich für seine reservirte Haltung. — Vorgestern (am Tage der Eröffnung des Parlaments in Turin) nahm die französische Behörde die Schlüssel zum Glockenthurm des Kapitols in Verwahrung, damit nicht von Unbefugten zur Feier dieses Ereignisses geläutet werden könne. Die Regierung hat mehrere Individuen ausgewiesen, welche Manifestationen anstifteten und beförderten. Die Gährung verdoppelt sich.

In Rom nehmen die Raubanfälle immer mehr überhand; am hellen Tage und in besuchten Straßen werden Vorübergehende mit dem Messer bedroht, wenn sie ihre Taschen nicht leeren.

In Umbrien und den Marken sind auf Wunsch des Volkes einige Klöster von Lazaristen und barmherzigen Schwestern wieder hergestellt worden.

Turin, 21. Febr. Die „Opinione" berichtet, daß drei Obersten, ein Major und zwei Kapitäne aus der Citadelle von Messina desertirt seyen.

Sämmtliche Ausschüsse der Turiner 2. Kammer haben am 20. Februar beschlossen, bei General v. Bonin, der am folgenden Tag abzureisen gedachte, in dessen Wohnung in Masse ihre Karten abzugeben. Es soll dies eine freundliche Kundgebung für Preußen seyn.

Turin, 23. Febr. Die „Opinione" veröffentlicht eine Depesche aus Rieti vom gestrigen Tage, welcher zufolge etwa 1000 Bourbonisten, die Feldgeschütze bei sich führten und von dem Grafen Christen befehligt wurden, zu Barsoti die Freiwilligen des italienischen Heeres angegriffen hatten, die sich fechtend zurückzogen. Als die Sache zur Kenntniß des Obersten Masi und des Majors Vincentini gelangte, eilten dieselben ihren Kriegsgefährten zu Hülfe und es entspann sich ein lebhafter Kampf. Die Bourbonisten wurden zurückgeschlagen und bis Oricola verfolgt. Die Zahl der Gebliebenen ist bedeutend. (Tel. d. Köln. Ztg.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht.

№ 36. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 58. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Montag, 25. Februar 1861.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 23. Febr. Se. Maj. der König hat auf das im Forstamte Kulmbach in Erledigung gekommene Revier Langheim den Revierförster Jos. Hesse zu Lauenhain, Forstamts Kronach, versetzt und an dessen Stelle den Forstamtsaktuar zu Bamberg, Ferd. Beck, ernannt; den Revierförster Heinr. Sieger zu Sulzbach, F.-A. Amberg, auf sein Ansuchen in den Ruhestand treten lassen, und an dessen Stelle den Revierförster Ludwig Angerer zu Zeyern, im Forstamte Kronach, versetzt; die katholische Pfarrei Altomünster, Ldg. Aichach, dem Priester Aug. Reischl, Pfarrer zu Otterfing, Ldg. Wolfratshausen, und die kath. Pfarrei Ichenhausen, Ldg. Günzburg, dem Priester Jos. Ant. Zwister, Kaplan in Oberstaufen, Ldg. Immenstadt, übertragen. (N.M.Z.)

Preußen. In Berlin wurde kürzlich ein Invalide Ibold wegen Beleidigung des Handelsministers verurtheilt. Er hatte sich vergebens um eine Stelle im Ressort des Hrn. v. d. Heydt beworben und darauf in einer Immediateingabe an den König ehrenrührige Ausdrücke gegen den Minister gebraucht. In Barmen und Elberfeld, der Heimath des Hrn. v. d. Heydt, wird jetzt für den armen Invaliden Geld gesammelt und die „Barmer Ztg.“ theilt die eingehenden Gaben mit für den Minister nicht sehr schmeichelhaften Motto's mit.

Württemberg. Stuttgart, 23. Febr. Der „Staats-Anzeiger“ enthält eine königliche Verordnung, betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen der zur Vollziehung des Bundesbeschlusses vom 6. Juli 1854 über die Verhinderung des Mißbrauchs der Presse erlassenen königl. Verordnung vom 7. Jan. 1856, dessen wichtigste Bestimmungen folgende sind: §. 1. Der §. 4 der gedachten Verordnung, betreffend die administrative Entziehung der Konzession zur Ausübung eines der im §. 1 derselben bezeichneten Gewerbe, wird bis auf Weiteres außer Vollzug gesetzt. §. 2. Von jeder die Presse verlassenden Druckschrift, welche nicht 20 Bogen und darüber hält, ist beim Beginn der Austheilung oder Versendung ein Exemplar, und von jeder Zeitung das zuerst abgezogene Blatt unverzüglich dem Ortsvorsteher zu übergeben. §. 3. Von der Verpflichtung zur Bestellung und Benennung eines verantwortlichen Redakteurs sind diejenigen periodischen Druckschriften befreit, welche alle politischen und sozialen Fragen von der Besprechung ausschließen. §. 4. Zur Redaktion von Zeitschriften rein wissenschaftlichen, technischen und artistischen Inhalts können von der betreffenden Kreisregierung auch solche zugelassen werden, welche weder dispositionsfähig sind, noch im Genusse der staatsbürgerlichen Rechte stehen. §. 5. Die von dem Herausgeber einer periodischen Druckschrift zu bestellende Kaution wird bei wenigstens sechsmal in der Woche erscheinenden Druckschriften, je nachdem die Gemeinde 10,000 oder 5000 Einwohner hat oder weniger zahlreich ist, auf 4000, 3500 und 2500 fl., bei Druckschriften, welche nicht mehr als dreimal erscheinen, je nach der bezeichneten Einwohnerzahl der Gemeinde auf 3000, 2400 und 1600 fl. und bei seltener erscheinenden auf 2000, 1400 und 800 fl. herabgesetzt.

Kurhessen. Kassel, 20. Februar. Der Vorstand des Ministerium des Aeußern, v. Göddäus, hat heute wieder seine Stelle übernommen, nachdem er geraume Zeit durch „Krankheit“ verhindert war. Wie es heißt, hätten Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm, dem Kurfürsten und den übrigen Ministern wegen Behandlung der Verfassungsfrage stattgefunden, welche jedoch nicht direkt zum Bruch führten. Dazu soll die verweigerte Ratifikation des mit Bayern abgeschlossenen Vertrags wegen des Condominatsbezirks den Vorwand gegeben haben. Die Ratifikation des Vertrags soll nun zugestanden seyn. Folglich wird Hr. v. Göddäus seine Ansichten über die Verfassungsfrage modifizirt haben. (Ztg. f. Nordd.)

Baden. Karlsruhe, 23. Febr. Kirchenrath Roths (freisinnig) in Heidelberg ist zum berathenden Mitgliede des großh. Oberkirchenrathes ernannt.

Großh. Hessen. Darmstadt, 23. Februar. Soeben erfolgt endlich die offizielle Bestätigung der Niederschlagung der wegen Beitritts zum Nationalvereine anhängigen Untersuchungen. Advokat Metz wird, soweit die gegen ihn ausgesprochenen Strafen rechtskräftig sind, begnadigt; die noch schwebenden Untersuchungen werden niedergeschlagen. Irgend welche Motive sind dem Reskript des Justizministerium nicht beigefügt. (Fr. Hdlsz.)

§ **Oesterreich.** Wien, 22. Febr. (Privat-Korrespond.) Schon vor einigen Monaten war davon die Rede, daß der Papst die Absicht habe, ein Concilium zu berufen, um über die bedenkliche Lage der Kirche zu berathen. Neuestens soll dieser Plan wieder aufgenommen worden seyn und man glaubt, daß er diesmal verwirklicht werde. — Der türkische Botschafter hatte in den letzten Tagen zu wiederholten Malen Conferenzen mit dem Grafen Rechberg, und es heißt, daß Fürst Kallimaki sehr beunruhigende Eröffnungen über die russisch-französischen Plane gemacht hat, bei welchen auch Oesterreich, namentlich in Bezug auf seine dalmatinische Küste, sehr interessirt erscheint. — Die Gerüchte über die angeblich zwischen Oesterreich und Rußland zu Stande gekommene Verständigung sind neuestens wieder verstummt, und es scheint nach Allem, was man vernimmt, gerade die orientalische Frage dazu bestimmt zu seyn, den Beweis zu liefern, daß jene angebliche Verständigung nur in der Einbildungskraft derjenigen besteht, welche noch immer für das Wiederaufleben der heiligen Allianz schwärmen. — Nach Ungarn ist der Befehl abgegangen, die Arbeiten an den Festungen möglichst zu beschleunigen, so daß nunmehr auch des Nachts bei Fackelschein gearbeitet wird.

Wien, 21. Febr. Zwanzig Mitglieder des Bankausschusses haben an die Bankdirektion eine Eingabe gerichtet, worin sie gegen jeden reglementwidrigen Abschluß eines Geschäfts der Bank mit dem Staate protestiren. Die Proben, welche vorgestern vor Sr. Majestät auf der Wiener-Neustädter Haide gehalten worden, betrafen zum Theil auch Geschütze, die mit Schießbaumwolle geladen waren. Der Erfolg war ein glänzender und sind alle Uebelstände, welche bei dem Gebrauche der Schießbaumwolle bis jetzt vorkamen, glücklich beseitigt.

Sämmtliche Statthalter sind vom Staatsminister nach Wien berufen, um die Instruktionen für Ausführung der Landesstatute in Empfang zu nehmen.

Pesth, 23. Febr. Die Stadtrepräsentanz beschloß einen Protest zu Protokoll zu geben über die Ungesetzlichkeit des Landtags, wenn nach dem Einberufungsschreiben (welches Ofen statt Pesth zum Sitz des Landtags macht) vorgegangen werde. Ferner wurde beschlossen, für den Landtag zu wählen, hoffend, die Vertreter der Nation werden erklären, der Landtag müsse in Pesth zusammentreten. (Frkf. Postztg.)

Die Einberufung des ungarischen Landtags wird jetzt von den ungarischen Blättern im Originaltext veröffentlicht. Dieselbe lautet: „Kluge, verdiente, geliebte Getreue! Nachdem wir durch die Thronentsagung Unseres Oheims, Sr. Maj. des Kaisers Ferdinand des Ersten, dieses Namens fünften Königs von Ungarn und Böhmen, und die Verzichtleistung Unseres geliebten Vaters, Sr. k. Hoheit des Erzherzogs Franz Karl, auf das Recht der Nachfolge, kraft der pragmatischen Sanktion zur Regierung Unseres Reiches berufen, Unseren Regierungsantritt am 2. Dezember 1848 Unseren Völkern mitgetheilt: haben wir nach Unseren am 20. Oktober v. J. erlassenen Verordnungen beschlossen, behufs Unserer vorzunehmenden Inauguration und feierlichen Krönung, behufs der Ueberreichung Unseres Inauguraldiplomes an die Stände und Vertreter des Landes; ferner behufs der im Sinne des vor der Krönung gebrachten 3. G.-A. von 1608 vorzunehmenden Wahl eines Palatins und zu dem Zweck, daß Wir über mehrere für die

Sessel. Damals war es, daß Villemain in seiner Erwiderungsrede folgendes halb schmeichelhafte, halb boshafte Urtheil über ihn fällte: „Das Geheimniß Ihres Glückes auf dem Theater besteht darin, den Geist Ihres Jahrhunderts glücklich erfaßt und eine Art Schauspiel geschaffen zu haben, das unserer Zeit am meisten zusagt und ihr am meisten gleicht." Trotz dieses zweideutigen Lobes des lebenslänglichen Sekretärs der Akademie werden gar manche der Scribe'schen Stücke ihre Zeit überleben. Im Privatleben war Scribe eine äußerst achtbare Erscheinung; er war in hohem Grade wohlwollend und wohlthätig, namentlich gegen manche seiner ärmeren Kollegen, und viel Gutes, das er insgeheim und geräuschlos that, wird jetzt erst nach seinem Tode offenbar werden. Sein großes Vermögen, das er sich durch seine Arbeit erworben, wie er es selbst durch eine goldene Feder mit der Umschrift: Inde fortuna et libertas auf seinem Wagenschlage zur Schau trug, verbleibt, da er kinderlos starb, seiner Frau und deren Kindern erster Ehe. Uebrigens soll sein Testament verschiedene bedeutende Legate für wohlthätige Stiftungen auswerfen.

Aus Kertsch wird gemeldet, daß die amerikanische Gesellschaft, welche in der Bai von Sebastopol an der Erhebung der versenkten Schiffe arbeitet, daselbst einen gewinnreichen Fang gemacht. In einem kleinen Schiffe, das vom Grunde heraufgeholt wurde, fand man gegen 500 Stück großer, lebender Fische von der Gattung Kefal (Alan), welche ohne Zweifel diesen Ort seit lange bewohnt und jetzt unerwartet miteinander gefangen genommen wurden.

Neueste Nachrichten.

Das erbauliche Kapitel der „ungarischen Justiz" wird wieder um mehrere Beispiele vermehrt, die der „Allg. Z." nach den Mittheilungen magyarischer Briefsteller berichtet werden. Wir heben darunter das auffallendste hervor: In Miskolcz, dem Hauptort des Borsoder Komitats, kam in einer Metzgerbank ein Geldbetrag von angeblich 800—900 fl. K.-M. abhanden. Eine Frau leitete den Verdacht auf des Fleischers Bankknecht, der ein Jude ist. (Juden spielen überhaupt eine hervorragende Rolle bei diesen richterlichen Heldenthaten.) Sie habe ihn, sagte sie aus, im Besitze des mit dem Gelde zugleich verschwundenen Kästchens gesehen. Der Verlusttragende klagt bei dem Sicherheitskommissär. Der Verdächtige wird sofort eingezogen. Der Esendbiztos will das Geständniß zuerst durch das gelindeste Untersuchungsverfahren, d. h. durch Stockstreiche, herauslocken; der Inkulpat schweigt. Der Inquisitor legt ihm jetzt Daumschrauben an, füllt dieselben, als er sie zu bequem findet, mit Holz aus und preßt die Daumen so wirksam aneinander, daß das Blut unter den Nägeln hervorquillt. Der Gefolterte bekennt noch immer nicht. Da läßt der Wütherich dem Opfer die Nägel mittelst Zangen ausreißen. Aber auch diese Maßregel bleibt erfolglos. Ohne überwiesen zu seyn, aber desto elender zugerichtet, wird der Jude in den Kerker abgeführt. Er soll in Folge hinzugetretenen Brandes bereits verschieden seyn. (Sollte denn das wirklich Alles wahr seyn?)

Paris, 21. Febr. Man liest im „Toulonnais": Die erste gepanzerte Fregatte, welche für Rechnung der sardinischen Regierung gebaut wurde, ist letzten Sonnabend vom Stapel gelassen worden. Man kann dieselbe nicht genug loben. Sie hat ungeachtet ihrer ungeheuren Metallhülle nichts an eleganten Formen verloren, und die Batterien haben eine bemerkenswerthe Höhe.

In **Turin** ist eine Broschüre von Vialardi erschienen, die interessante Details über die Schulden der verschiedenen italienischen Staaten gibt; für das eigentliche Königreich Sardinien betragen sie 1 Milliarde 159,970,595 Fr.; für die annexirten Provinzen 396,412,988 Fr.; für das Königreich beider Sizilien 550,000,000 Fr.; die römische Staatsschuld wird auf 430,000,000 Fr. veranschlagt, was eine Total-Summe von 2,536,383,583 Fr. ergeben würde.

Turin, 20. Febr. Die ministerielle „Opinione" bezeichnet das Gerücht, der Finanzminister werde vom Parlament eine Anleihe verlangen, als verfrüht; die Regierung werde diese Maßregel bei dem gegenwärtigen niedern Stande der Papiere nicht ergreifen, sie könne ohne Beeinträchtigung des Staatsinteresses einen günstigern Augenblick hierzu abwarten. Die „Opinione" bemerkt ferner, in politischer Beziehung könnte nur dann von Unterhandlungen mit Rom die Rede seyn, wenn der Papst seiner weltlichen Herrschaft entsagen wollte. (Tel. d. Ostd. P.)

Konstantinopel, 16. Februar. Der französische Gesandte Lavalette überreichte der Pforte eine nach dem Inhalt mit jener Gortschakoffs identische Note, neue Beschwerden über angebliche Bedrückungen der Christen enthaltend. Der Besuch des Admirals La Roncière hat sich, wie es heißt, auf die von der Kaiserin Eugenie beabsichtigte Pilgerfahrt nach Jerusalem bezogen. (Tel. d. Ostd. Post.)

Athen, 16. Februar. Türr ist vorgestern angekommen und soll bereits wieder abgereist seyn. (Tel. d. Ostd. Post.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	75 P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	60 P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$50\frac{5}{8}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	$42\frac{1}{4}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt.	38 P.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$87\frac{7}{8}$ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	$102\frac{1}{4}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$102\frac{1}{8}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$102\frac{7}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$100\frac{3}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{3}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{4}$ G.
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$103\frac{7}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{3}{8}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	103 P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	95 P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{1}{2}$ P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{1}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	94 P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$100\frac{7}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$98\frac{1}{4}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	97 P.
"	3 pCt. Obl.	$90\frac{1}{2}$ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$47\frac{1}{4}$ P.
"	$1\frac{3}{4}$ pCt. " " "	$41\frac{3}{8}$ P.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$97\frac{1}{2}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$109\frac{3}{8}$ G. exD.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	586 P. 583 G. ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$131\frac{1}{2}$ G. exD
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$181\frac{1}{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$67\frac{1}{4}$ G.
Internationale Bank in Luxemb. . .	$79\frac{1}{2}$ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	337 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	69 G.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	226 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$124\frac{3}{4}$ P.
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$25\frac{1}{2}$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$129\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$97\frac{3}{8}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{1}{2}$ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	236 G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	497 G.
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	465 G.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	104 P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	$101\frac{1}{2}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{1}{2}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$95\frac{7}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{4}$ B.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{1}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	$92\frac{3}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{1}{2}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$78\frac{3}{4}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$72\frac{1}{4}$ G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$46\frac{1}{2}$ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$56\frac{1}{4}$ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$127\frac{1}{2}$ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$56\frac{1}{8}$ P.	" fl. 25 do.	$33\frac{1}{2}$ G.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	90 P. $89\frac{1}{2}$ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$33\frac{3}{4}$ G.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	$116\frac{1}{2}$ G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	36 P.
Badische fl. 50	$89\frac{3}{4}$ P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{7}{8}$ P.
Badische fl. 35	$53\frac{1}{4}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{3}{8}$ P.

Frankfurt, 23. Februar. Nur in österr. Kreditaktien fand im Anfang der Börse zu etwas höherem Kurse einiger Umsatz statt. Im Uebrigen war das Geschäft ganz unbelebt. (Synd.)

setzten. Am 4. Februar erfolgte die erste Explosion in der Festung, bei welcher Gelegenheit General Traversa, einige Offiziere und eine Anzahl Soldaten verschüttet wurden. Am 5. ließ General Bosco nach einer über die am Tage vorher stattgehabte Explosion angestellten Untersuchung einen Lieutenant verhaften; er verhörte denselben in Gegenwart einer Anzahl Offiziere selbst, überwies ihn des Verrathes und schoß ihn eigenhändig mit seinem Revolver nieder. Am 7. Februar flog abermals ein Pulvermagazin, welches die piemontesischen Bomben aufgefunden hatten, in die Luft, und am 8. wurde in Gegenwart des diplomatischen Korps Kriegsrath gehalten; man verhandelte über die Frage, was Angesichts dieser wiederholten Katastrophen im Innern der Festung zu thun sey. Der Kriegsrath entschied einstimmig, daß die Vertheidigung noch möglich sey. Das Feuer wurde also auf beiden Seiten fortgesetzt bis zum 11. An diesem Tage erfolgte eine dritte Explosion, welche abermals die Werke beschädigte und Munition zerstörte. Als am 12. Morgens ein furchtbarer Knall Gaeta in seinen granitenen Grundfesten erschütterte, versammelte sich der Kriegsrath und das diplomatische Korps und ertheilte Franz II. den Rath, eine Vertheidigung einzustellen, deren Verlängerung zur Unmöglichkeit geworden. Ein Parlamentär wurde an Cialdini abgeordnet, kam aber mit so harten Bedingungen zurück, daß sie nicht annehmbar befunden und das Feuer um 2 Uhr Nachmittags wieder aufgenommen wurde. Am 13. Morgens stürzte die Bastion Philippstadt, von einer entzündeten Mine gehoben, unter Krachen zusammen. Eine der Hauptmauern der Festung war ein Schutthaufen, der Ziehbrunnen verschüttet, und eine ungeheure Bresche geöffnet. Die Mine, welche solche Verheerungen anrichtete, war mittelst eines mit dem piemontesischen Lager in Verbindung gesetzten elektrischen Drahtes entzündet worden. Damit war jeder weitere Kampf unmöglich gemacht; die Kapitulation wurde vollzogen.

Eine verspätete Korrespondenz der „Pers." aus Neapel vom 23. Januar gibt einen Beitrag zur Geschichte der Belagerung Gaeta's. Schon seit einiger Zeit sey eine Korrespondenz zwischen einem Offizier in Gaeta und einigen seiner Freunde in Neapel entdeckt worden. In einem seiner Briefe schrieb nun der Offizier, die Festung leide wenig von der Belagerung, weil die Belagerer immer gegen Norden zielten, wo sie unmöglich viel ausrichten könnten, während alle ihre Pulver- und Munitionsvorräthe gegen Süden lagern. Die sardinische Polizei machte von dieser Notiz Gebrauch, das Feuer wurde mit aller Macht gegen Süden gerichtet und seither erfolgten die Explosionen, die Zerstörungen, die Entmuthigungen.

Nichtpolitische Zeitung.

Nürnberg, 23. Febr. Von hiesigen Bahnbeamten wurde ein bedeutender Diebstahl entdeckt. Zwei Wagenladungen mit Gegenständen, welche meist aus hiesigen Industrie-Werkstätten entwendet waren, wurden angehalten. Man kennt bereits mehrere der Diebe und Hehler. (Fränk. Kur.)

In Speyer wird in diesem Jahre ein großartiges Domfest, das 800jährige Jubiläum der Einweihung des Domes, gefeiert werden.

Im Elberfelder Waisenhause sind in der letzten Zeit wunderbare Dinge vorgekommen, die ein neues Licht auf die Zustände in dem frommen Wupperthale werfen: religiöse Erweckungen! Die Vorgänge sind bereits amtlich untersucht und der Stadtverordnetenversammlung in Elberfeld mitgetheilt worden, welche es aufs tiefste mißbilligte, daß in einer städtischen Erziehungsanstalt für Waisen statt einer, der nüchternen, einfachen Hausordnung und Instruktion entsprechenden Erziehung in so auffallender Weise und ohne ihr Wissen eine Behandlung der Kinder möglich gewesen sey, welche Leib und Seele der Kinder gewaltsam erschüttert habe. Ein am 19. Febr. ausgegebenes Flugblatt: „Vorläufige Mittheilungen über die in den letzten Wochen unter den Waisenkindern des städtischen Waisenhauses stattgefundene Erweckung", berichtet darüber die wunderbarsten Dinge. Demnach scheinen diese Zustände hervorgerufen zu seyn durch Anordnung gemeinsamer Gebetsversammlungen in der Woche vom 6. bis 13. Januar. Die sog. Erweckung der größtentheils unmündigen Kinder zeigte sich in Folge dessen zuerst bei einigen Mädchen, später bei einzelnen Knaben und zuletzt wurde eine große Anzahl von Knaben, 60—70, davon ergriffen. Bei vielen derselben stellten sich Krämpfe ein, welche eine ganze Nacht dauerten, worauf Beruhigung und stilles Beten eintraten, andere schrien, brüllten und tobten und meinten, der Satan habe sie gepackt und halte ihnen den Mund zu, damit sie nicht beten könnten. Mehrere Wochen lang haben diese beklagenswerthen Zustände bereits gedauert. (Amtliche Erhebungen des Elberfelder Magistrats haben diese Angaben bestätigt.)

Vor einigen Wochen ging, wie man der „N. Preuß. Ztg." schreibt, ein Sohn des ehemaligen Lehrers Wander in Hermsdorf, welcher in dem Hause seines Vaters ein kaufmännisches Geschäft betrieben hatte, mit Hinterlassung einer Schuld von etwa 7000 Thlrn. auf und davon. Bei ihm hatte ein gewisser Handlungsdiener Janke konditionirt, gegen welchen der Vater Wander nach der Flucht seines Sohnes wegen Unterschlagung denunzirt hat. Am 17. Febr. Abends gegen 9 Uhr dringt dieser Mensch in die Wohnung des etc. Wander, zieht aus der Brusttasche ein Terzerol und drückt es in Gegenwart seiner Frau auf denselben ab. Das Terzerol versagt jedoch, und nun fällt der Janke mit den Worten: „Du mußt sterben!" über den etc. Wander her und versetzt ihm eine Menge Schläge mit dem Pistolenschaft auf den Kopf. In wieweit Wander hierdurch erheblich verletzt worden, ist noch nicht bekannt.

London, 19. Febr. Ein Engländer, Namens Chaplion, ist im Innern von Afrika über die Aequatorlinie vorgedrungen und hat dort ein hohes Waldgebirge, einen Berg 12,000 Fuß hoch entdeckt, wo sich die Quellen der vier großen Flüsse Afrika's, des Nil, Niger, Zambese und Congo finden; Livingston war ihm vom Süden aus ziemlich nahe gekommen. Der Reisende litt viel durch Begegnung mit Riesenaffen, von denen er Skelette und Schädel, sowie 60 neue Vögelarten mit nach England brachte; Näheres wird er in der nächsten Sitzung der geographischen Gesellschaft veröffentlichen.

Aus London wird geschrieben, daß dort in den letzten acht Wochen zwölf Mädchen infolge ihrer Crinolinen verbrannt sind, indem ihre Kleider wegen des großen Umfangs am Kamin Feuer fingen. Ferner entzündete sich bei einer fashionablen Abendgesellschaft im Westend das Kleid einer Dame am Kamin und im Nu standen acht Damen in Flammen, da ihre Kleider einander berührten; zwei dieser Opfer der Crinoline aus der vornehmsten Welt Londons liegen hoffnungslos darnieder und die übrigen werden auf Lebenszeit entstellt bleiben. Nach den Forschungen eines englischen Arztes sind allein in England seit der Einführung der Crinoline schon ungefähr 180 Mädchen und Frauen durch diese Tracht dem Feuertod überliefert worden!

Ein merkwürdigs Seitenstück zu den Arsenikessern in Steiermark bilden die Bewohner des Dorfes Whitbeck in Westcumberland am Flusse gleichen Namens. Dieser Fluß, dessen Ursprung sich inmitten eines Gebirges befindet, das sehr reichhaltige Minen von Arsenik enthält, führt eine beträchtliche Menge von Arsenik mit sich, ungeachtet dessen Wasser von den Bewohnern des genannten Dorfes zu allen häuslichen Zwecken mit günstigstem Erfolge verwendet wird. Enten jedoch können in diesem Flusse nicht fortkommen, und obschon die benachbarten Bäche reich an Forellen sind, so wurde doch in Whitbeck noch nie eine einzige Flosse entdeckt. Bei Menschen und Thieren, die dieses Wasser nicht gewohnt sind, zeigt sich anfänglich eine ziemliche Entzündung des Gaumens, die jedoch bald verschwindet, und die Pferde, die damit getränkt werden, bekommen alsbald jene Glätte und Feinheit der Decke, welche bei allen Pferden bemerkt wird, denen man dieses Gift in kleinen, aber wiederholten Gaben reicht. Es fragt sich, inwieweit die rosigen Wangen der Kinder in Whitbeck sowie das hohe Alter, welches der größte Theil der Bewohner dieses Dorfes erreicht, dem Genusse dieses Arsenik haltenden Wassers zuzuschreiben sind.

* Eugen Scribe wurde zu Paris im Dezember 1791 geboren. Frühzeitig Waise, kam er unter die Vormundschaft des berühmten Advokaten Bonnet, der ihn für das Barreau bestimmte. Ein unwiderstehlicher Hang zog ihn jedoch zum Theater, und trotz aller Abmahnungen fing er an, Vaudevilles zu schreiben. Anfangs hatte er kein Glück, denn er wurde mehrmals ausgepfiffen; allein er verlor den Muth nicht, was ihm freilich weniger schwer fiel, da er von seinen Eltern ein anständiges Vermögen ererbt hatte und es mit weiser Sparsamkeit zusammenzuhalten wußte. Allmälig drang er durch, sein Name wurde immer bekannter und er brachte es dahin, daß fast ein halbes Jahrhundert lang seine Stücke auf allen bedeutenden Bühnen Europas eingebürgert waren. Fünfundzwanzig Jahre lang hat er sogar auf gewissen Theatern von Paris beinahe als unumschränkter Gebieter geherrscht. Die Zahl seiner Stücke beläuft sich auf nahe an 500, und so viele Mitarbeiter er auch zur Anfertigung derselben verwandte, so wurde doch aller Orten beinahe immer nur sein Name genannt und bekannt. Seine Beliebtheit war unermeßlich; nicht minder war es sein Vermögen, und man kann sagen, daß wenig Schriftsteller sich je eine behäbigere Existenz zu verschaffen wußten. 1836 erlangte Scribe den durch Arnaults Tod erledigten akademischen

quem vertheidigt werden können. Dalmatien und die Inseln, ein Theil von Istrien ist im Falle einer italienischen Landung bedroht, nicht aber Fiume und die Straße nach Ungarn."

Belgien.

Aus Belgien, 21. Febr. Während die französische Presse aus leicht begreiflichen Gründen bezüglich der Affaire Mirès die größte Zurückhaltung beobachtet, beschäftigt sich die unsrige um so mehr mit derselben und berichtet bis ins Detail über dessen Verhaftnahme und was derselben voranging. „Etoile" zählt die Unternehmungen auf, bei denen Mirès vorzugsweise betheiligt war, als da sind Eisenbahnkasse, Eisenbahnjournal, „Constitutionnel", „Pays", Kohlenminen von Portes und Senechas, Hochöfen und Gießereien von St. Louis (Marseille), Gasfabrik von Marseille, Docks daselbst, römische Eisenbahnen, spanisches 800 Millionen-Anleihen, Eisenbahn Pampeluna-Saragossa, Immobiliers, türkisches Anlehen, und rechnet nach, daß das dabei engagirte Kapital sich auf mindestens 600 Millionen Frks. belief. Ein solcher Schwindel für einen Mann, der seine Laufbahn als Komptoirdiener begonnen, habe denn doch einmal zum Fall führen müssen. Er wird übrigens von aller Welt gänzlich ferngehalten; seine Tochter, die Fürstin Polignac, sogar durfte ihn nicht sprechen. Ihr Gemahl, bisher Ordonnanzoffizier des Kaisers, tritt in Folge der über seinen Schwiegervater verhängten Untersuchung von dieser Stelle zurück in das Artillerieregiment, dem er früher als Hauptmann angehört hatte. (N. Fr. Z.)

Frankreich.

Paris, 19. Febr. Die Verhaftung des Banquier Mirès ist das Ereigniß des Tages, und macht den Sultan und den Papst, den König von Neapel und den König-Ehrenmann bei den Parisern vergessen. Die Verhaftung fand schon vorgestern Abend zwischen 7 und 8 Uhr statt und durch einen Kommissär der Staatsanwaltschaft, der ihn nöthigte, sich unmittelbar aus dem Speisesaal, wo Mirès mit seiner Frau, seiner Tochter, dem Fürsten v. Polignac (Schwiegersohn) und einigen Eingeladenen sich befand, in den Hof des Hotels zu begeben, welcher von Polizei-Agenten überwacht war und in welchem ein Wagen bereit stand. (N. Preuß. Ztg.)

Paris, 20. Febr. Trotz der vielen Gerüchte, welche der Verhaftung des Hrn. Mirès vorhergegangen sind und auf dieselbe sozusagen vorbereitet haben, macht der Vorfall dennoch das außerordentlichste Aufsehen und beschäftigt die öffentliche Meinung in dem Maße wie ein politisches Ereigniß. Es war wieder Hr. v. Pontalba, welcher, die frühern nahen Beziehungen zu dem emporgekommenen Spekulanten benutzend und das Vertrauen, welches ihm geschenkt worden war, mißbrauchend, neue schwere Anklagen gegen denselben vorgebracht hatte. Wie das erstemal, war auch diesmal wieder die Sache ausgeglichen worden. Sonntags wurde Hr. Mirès vom Kaiser empfangen und dankte für die schonende Einwirkung der Regierung. Am Abend desselben Tages wurde jedoch eine Ministersitzung gehalten, in welcher Hr. v. Persigny die Angelegenheit zur Sprache brachte, und mit der ihm eigenen Entschiedenheit erklärte, daß es um so weniger möglich sey, den Gang der Gerechtigkeit, soweit er Hrn. Mirès betreffe, zu hemmen, als Hr. Jules Favre (Abgeordneter) entschlossen sey, an die Minister die Frage zu richten: wie es denn komme, daß die Regierung auf der einen Seite, wo es sich um große Interessen einer beträchtlichen Zahl von Bürgern handle, der Gerechtigkeit in den Weg trete, während sie Prozessen, die nur einen einzelnen betreffen und bei welchen es sich häufig nur um sehr Geringes handele, ihren Lauf lasse. Wie es scheint, wagte keiner von den Ministern dem Antrag des Hrn. Persigny, daß eine gerichtliche Untersuchung gegen Hrn. Mirès eingeleitet werde, zu widersprechen. Der Gerechtigkeit wird nun bis auf weiteres freier Lauf gelassen. Wir sagen: bis auf weiteres; denn es wird von vielen Seiten versichert, daß sich in den Büchern des Hrn. Mirès Namen eingeschrieben und in einen derartigen Zusammenhang mit Ziffern gebracht finden, daß aus einem Prozeß gegen den Angeklagten Prozesse gegen Personen hervorgehen könnten, die so hoch gestellt sind, daß der Schatten, welcher auf sie fiele, sich zum Theil bis auf die Regierung, bis auf die vorhandenen politischen Zustände im Lande ausdehnen müßte. Wir haben es oft angedeutet, daß unter dem Schutz des allgemeinen Schweigens, zu welchem das Land durch zehn Jahre verurtheilt war, sich so viel Mißbräuche, Uebelstände, Vergehungen aller Art angehäuft haben, daß Frankreich eines Tages, wenn das Verborgene ans Licht hervorgezogen wird und die Presse ihre Fackeln in die dunkeln Verstecke der Ungesetzlichkeit tragen darf, staunen und sich seiner selbst schämen wird. Es wird versichert, daß bei jeder Anleihe, bei jeder großen finanziellen Unternehmung, durch französische Spekulanten ausgeführt, die Minister alle reichlich bedacht werden*), und daß Hr. v. Persigny der einzige sey, welcher alle dergleichen Geschenke aufs entschiedenste zurückweist. (D. Allg. Ztg.)

Paris, 20. Febr. Die lange schwebende Streitfrage wegen der Besetzung des Bischofssitzes von Vannes ist nun erledigt. Abbé Maret, den der Papst durchaus nicht bestätigen wollte, hat freiwillig Verzicht geleistet und wird Canonicus des Kapitels von St. Denis, und Abbé La Vigerie, welcher sich durch seine Wirksamkeit in Syrien einen Namen gemacht hat, wird Bischof von Vannes.

Paris, 21. Febr. Dem „Ami de la Religion" zufolge wird morgen ein Brief des Bischofs von Orleans an Hrn. Laguerronière als Antwort auf die Broschüre „Rome, la France et l'Italie" bei Douniol erscheinen. Die nach Cochinchina bestimmten Infanterie- und Artillerieabtheilungen haben sich gestern auf dem „Ariège eingeschifft." (Fr. Postz.)

Italien.

Ein Korrespondent der „Köln. Ztg." in Neapel, der sich durch seine lügenhaften Berichte und seine Verleumdungen der achtbarsten Persönlichkeiten sehr bemerkbar machte, hat dort vor Kurzem von einem Deutschen in einem Kaffeehause eine Ohrfeige bekommen, nachdem er für begangene Verleumdungen die Satisfaktion verweigert hatte.

(Die Verheerungen in Gaeta.) Die „Union" enthält über die Zerstörungen, welche das Bombardement in Gaeta angerichtet hat, aus Rom, 16. Febr., eine Schilderung, die wahrscheinlich von einem Augenzeugen herrührt und die man nicht ohne Interesse lesen wird. Es heißt darin: „. . . . Ein Viertheil der Besatzung war (bei der Uebergabe) unter den Trümmern der Wälle und zerbrochenen Kanonen-Lafetten begraben; die öffentlichen Gebäude drohten den Einsturz, die Häuser waren nur noch unförmige Massen, an welchen der Brand das, was noch nicht eingestürzt war, vollends zerstörte; keine Kriegsmunition mehr, keine Kanonen mehr für den Widerstand, keine Zuflucht mehr für die Bewohner! Selbst die Kasematten krachten in ihren geborstenen und gesprungenen Gewölben. In dem Schutte der Straßen sah man nichts als Trümmer von Kanonen, Lafetten, Kugeln und Leichname von Menschen oder Thieren, zu deren Wegschaffung man keine Zeit hatte, dann Verwundete oder Kranke, welche eine Zufluchtsstätte suchten. Dies war die Lage Gaeta's am 10. d. M. Cialdini wußte, daß die Pulverthürme den neuen Kriegswerkzeugen nicht widerstehen konnten; gebaut, um gewöhnlichen Bomben Widerstand zu leisten, hätten sie dreimal dicker seyn müssen, um den Hohlgeschossen neuer Erfindung zu trotzen. Deßhalb waren alle Schüsse Cialdini's auf die Pulverthürme gerichtet; von eilf sind neun in die Luft geflogen und ihre Explosionen haben Ruinen auf Ruinen gehäuft, so daß keine Vertheidigung mehr möglich war. (Nach einem andern Berichte desselben Blattes aus Rom nahm man als ziemlich wahrscheinlich an, daß wenigstens zwei Pulverthürme durch Verrath angezündet wurden.) Gegen die Landseite waren nur noch 3 Kanonen auf ihren Lafetten geblieben, um der furchtbaren Artillerie der Piemontesen zu antworten; außerdem hatte man fast keine Kriegsmunition mehr. Wenn die zwei noch unversehrten großen Pulverthürme getroffen wurden, war der Tod von drei Viertheilen des Restes der Besatzung wahrscheinlich und die Wälle würden überall eingestürzt seyn. Es waren durch die Explosionen zwei Breschen eröffnet, die, obgleich nach der Meerseite, dem Feinde leicht zugänglich waren, wenn es ihm gelang, auch noch das, was übrig war und die Batterien, welche die Bresche vertheidigten, in die Luft zu sprengen; überdies war alsdann der Tod der ganzen Besatzung gewiß."

Ueber die Vorgänge in Gaeta bringt die Wiener „Presse" folgende neue Angaben: Bis Ende Januar hielt der Widerstand von Gaeta dem Angriffe der Piemontesen die Wage; am 1. Febr. war die Festung gewissermaßen noch unversehrt. Um diese Zeit kam der Prinz von Carignan im Lager an und erneuerte die Kapitulationsanträge, welche Franz II. jedoch verwarf. Cialdini erhielt von Cavour ein Schreiben, worin gesagt wurde: „Gaeta muß um jeden Preis vor Zusammentritt des Parlaments übergeben seyn." Seitdem, heißt es, unterhielt Cialdini Beziehungen mit Leuten in der Festung, und die Korrespondenz zwischen dem piemontesischen Hauptquartier und seinen Vertrauten in der Festung wurde durch Kundschafter besorgt, welche sich mit den außerhalb der Bastionen aufgestellten neapolitanischen Wachen in Verkehr

*) Kommt das blos in Frankreich vor?

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht.

№ 53.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Sonntag, 24. Februar 1861.

Auf die **„Neue Würzburger Zeitung"** kann für den Monat **März** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

Deutscher Bund.

Stuttgart, 20. Febr. Man hatte nach dem neulichen Artikel im „Staatsanzeiger" vielfach geglaubt, es werde in Würtemberg, wie früher im Großherzogthum Hessen, eine polizeiliche Verfolgung des Nationalvereins eintreten. Die Regierung denkt jedoch hieran im entferntesten nicht, sondern begnügt sich damit, die ihr allerdings nicht angenehmen Bestrebungen des Nationalvereins in ihrem amtlichen Organ, also durch die Presse, zu bekämpfen. (Mehr ist vorderhand auch nicht nöthig.)

(Karlsr. Ztg.)

Bayern. München, 22. Febr. Nach aus Algiee eingetroffenen Nachrichten erwartet man demnächst die Rückkunft des Abtes des hiesigen Benediktinerstiftes Dr. Bonifaz Haneberg. Seine Mission soll nicht den beabsichtigten Erfolg gehabt haben, da Marschall Pelissier für religiöse Institute und Niederlassungen außerhalb des französischen Gebietes keinerlei Garantien leisten zu können versichert, was namentlich gegen Tunis der Fall sey, wohin eigentlich der Hr. Abt seine Thätigkeit auszudehnen wünschte.

(Allg. Z.)

München, 22. Febr. Bei der Prüfung der diesjährigen Rekruten bezüglich des Lesens und Scheibens hat sich leidee wieder gezeigt, daß viele derselben in beiden genannten Schulgegenständen gänzlich ununterrichtet sind.

(Südd. Z.)

* Eine kleine Flugschrift, welche kürzlich bei C. Giessel in Bayreuth unter dem Titel: „Das Widerspruchsrecht der Gemeinden in Bayern bei Ansässigmachung und Verehelichung auf Lohnerwerb" erschienen ist, beleuchtet recht schlagend die Mißstände, welche dies Widerspruchsrecht in seinem Gefolge hat, und befürwoetet deßhalb eine Bescheänkung dieses Rechts durch Gestaltung der Berufung an die Regierung. Was der Verfasser über den gegenwärtigen Zustand sagt, verdient recht beherzigt zu werden; die Forderung, die er daraus ableitet, ist wahelich noch sehr bescheiden.

Württemberg. Gleichzeitig mit Bayern regt sich auch hier zu Lande wiederum die Frage der Judenemanzipation. Am 17. Februar fand eine von über 150 Theilnehmern besuchte Versammlung würtlembergischer Iseaeliten in Eßlingen statt, welche eine Petition an den König und eine solche an die Stände beschloß. Die Iseaeliten unseres Landes sind übrigens seit 1849 nur noch mit wenigen Ausnahmsbestimmungen belastet, darunter der Mangel des aktiven und passiven Wahlrechts. Von der Anstellung im Staatsdienste sind sie nicht durch das Gesetz, sondern nur durch die administrative Praxis ausgeschlossen. Seit einigen Wochen berathen hier Abgeordnete des 8. deutschen Armeekorps, vermuthlich über einheitliche Feststellung übee Bewaffnung, Caliber u. s. w. — Ein Opfer in den katholischen Kirchen Württembergs für die syrischen Waisenkinder hat die Summe von 11,000 fl. ertragen.

(Köln. Z.)

Oesterreich. Aus Losonez (Ungarn) vom 15. Febr. schreibt man dem „Pesther Lloyd: „Der letzte Jahrmarkt in Losonez, der gestern stattgefunden, hat sich durch ein trauriges Ereigniß bemerkbar gemacht. Einer von den neuerrichteten Komitatspanduren foederte von einem Bauern einen Viehpaß. Dieser konnte keinen vorweisen, worauf zwischen beiden ein Wortstreit entstand, dem der betrunkene Pandur damit ein Ende machte, daß er ein Pistol zog und den Bauer niederschoß. Die Ladung teaf die Magengegend, so daß der Arme sogleich zusammenstüezte. Kaum war dies geschehen, als auch der berittene Pandue das Weite suchen wollte; die erbitterte Volksmenge jedoch umringte ihn, zog ihn vom Pferde und schlug ihn derart, daß er bewußtlos fortgetragen wuede. Der Bauer ist gestoeben, der Pandur wird wahrscheinlich aufkommen. Leider hört man auch aus andern Gegenden von solchen rohen Gewaltmaßregeln; sie machen nicht nur bei den Gebildeten, sondern auch beim Volk einen niederschlagenden Eindruck, und wir waren Zeugen einee Aeußerung von Seiten eines Bauern, die ein bedenkliches Zeugniß von der Stimmung in diesen Schichten des Volks abgibt. Dee Bauer sagt in ungarischer Sprache: „Das ist entsetzlich! Wenn dies die Deutschen gethan hätten, so wäee es nicht zu verwundern; aber so handeln unsere eigenen Leute!"

Aus Wien, 20. Febr., schreibt man der „Südd. Ztg.": „Die kriegerischen Gerüchte, die seit etlichen Tagen in Umlauf sind, mehren sich; man will wissen, daß FZM. Benedek bedeutende Verstärkungen in das Venetianische nachfolgen werden. In den Arsenalen und Waffenfabriken, in den Eisenwerken und Gießeeeien arbeitet man Tag und Nacht an Bestellungen für die Regierung. Am meisten Rühеigkeit abee herrscht in der Maeine, die auf Positionen Stellung einnimmt, welche aussehen, als wären sie auf eine Landung an der dalmatinischen Küste berechnet. Etwas Wahres mag vielleicht an diesen Sagen von kriegerischem Vorspuk an der Adria seyn. Theilweise muß man aber auch die augenfällige Ostentation, mit welcher die Vertheidigungsvorkehrungen betrieben und die hyperbolisirenden Gerüchte aus offiziöser Quelle*), die daran geknüpft werden, dem Umstande zuschreiben, daß die Regierung jetzt die Veehängung des Belagerungszustandes in Fiume damit entschuldigen will, man habe nur eine Vorkehrung gegen einen etwaigen Landungsversuch der Garibaldianer treffen und nicht blos eine selbständige Meinungsäußerung der antikroatischen Paetei (das heißt der magyarischen Partei, welche Kroatien mit Ungarn vereinigt sehen möchte) gewaltsam unterdeücken wollen. (Uebrigens ist es in Fiume jedenfalls bunt genug zugegangen. D. Red.) Es ist zu bezweifeln, daß die Ungarn, denen allmälig erst die Zornader über die Vorgänge in Fiume schwillt, dadurch beruhigt werden. Ich glaube, daß man sich jenseits der Leitha übeehaupt keine allzugroßen Illusionen über die Möglichkeit dee Landung eines Invasionsheeres bei Fiume macht und das Mährchen von den Zukunftsplänen dee Türr'schen Legion nach seinem vollen Werth zu würdigen weiß. Die Ungarn haben nicht erst auf die Enthüllungen des Herrn Marr warten müssen, daß die „magyaeisch-italienische" Legion wohl einen Generalstab und ein stattlich uniformirtes Offizierkorps, aber nicht 300 Mann Gemeine zählt. Die Leute jenseits der Leitha kennen ihe Land genau genug, um zu wissen, daß ein bei Fiume odee übeehaupt am Quarnero landendes Korps nur einen einzigen Weg nach Ungarn vor sich hat, den, der unter den Mauern der starken Festung Karlstadt vorbei nach Agram fühet, auf welcher Strecke wenigstens ein Dutzend caudinische Pässe zu passiren sind, die von den dort einheimischen Grenzern und einem verhältnißmäßig geringen Korps gegen jede Expedition à la Garibaldi be-

---

*) Die halbamtlichen Blätter und Korrespondenzen, welche diese übertriebenen Gerüchte über die Pläne der Garibaldianer, der ungarischen Flüchtlinge 2c. verbreiten, leisten dee Sache, welche sie verfechten, dadurch einen schlechten Dienst. Da hat erst jüngst die „Donauzeitung" einen angeblichen Feldzugsplan Garibaldi's für kommendes Frühjahr veröffentlicht, der so abenteuerlich ist, daß man meinen sollte, es sey ein Fastnachtsspuk: zwanzigtausend Garibaldianer sollten im März durch Südtyrol nach Kärnthen und Krain vordringen, Triest wegnehmen, die 160,000 Oesterreicher in Venetien so von den deutschen Landen abschneiden und der sardinischen Armee in die Arme treiben 2c. 2c. Fühlten denn die Herren nicht, wie lächerlich sie sich machen, wenn sie solchen Unsinn ihren Lesern auftischen, und ihnen zumuthen, denselben zu glauben? Jede Sache, und wäre es die beste, muß dabei verlieren, wenn sie mit albernen Mitteln vertheidigt wird, heutzutage gar, wo unser spottlustiges Geschlecht die Blößen so leicht herausfindet.

von vielen, mit schaulustigen Personen gefüllten Nachen, den Main hinab. Zuerst las er — nach seinem Programm — in seinem Urgesetze und vertiefte sich in dessen große Wahrheiten; dann erhob sich der Apostel von seiner Scholle, entsendete allen Anwesenden seinen Gruß und stimmte das „hohe Lied vom Wasser“ an, nach dessen Beendigung er einige goldne Urgesundheitslehren laut verkündigte. Nachdem er hierauf einige Austern verspeist und eine Flasche Wein auf das Wohl der alten Kaiserstadt geleert hatte, sprang derselbe vor der Eisenbahnbrücke in den Main, schwamm durch die Brücke, wo ihn bald ein bereit gestandener Nachen aufnahm, um den „Vater Rhein“ wieder auf's Trockene zu bringen. Auf dem Rückwege verkaufte die langbärtige Majestät ihr gedrucktes Programm an die neugierige Menge zu allen möglichen Preisen. (Frkf. Journ.)

Ein schreckliches Ereigniß hat sich in dem Dorfe Süptitz bei Torgau zugetragen. Hier wohnte schon seit einigen Jahren eine Familie, welche früher mehrere Rittergüter besaß und jetzt nur noch auf den Ertrag eines kleinen, sehr verschuldeten Weinbergsgrundstücks angewiesen war. Aber auch dieses konnte und wollte der Mann sich nicht mehr erhalten und angesichts solcher zerrütteten Vermögensverhältnisse faßte die Frau einen gräßlichen Entschluß. Sie begab sich am 16. Febr. Nachmittags mit ihren vier Kindern an einen der Süptitzer Teiche, band sich mit den Kleinen vermittelst einer Schnur zusammen und stürzte sich nun ins Wasser. Personen, welche in der Nähe waren, bemerkten die unheilvolle That und es gelang ihnen, die Ertrinkenden sofort aus dem Wasser zu ziehen, aber nur die unglückliche Mutter und das jüngste Kind wurden in's Leben zurückgerufen, drei von den Kindern blieben todt. Das älteste von ihnen hatte ein Alter von 7 Jahren.

---

* **Literarisches.** Von G. F. Heinrich, Lehrer der Handelswissenschaften an der Gewerbs- und Handelsschule zu Bamberg, ist kürzlich die allgemeine deutsche Wechselordnung mit einer gemeinfaßlichen Erklärung als Handbuch für den Kaufmann und Gewerbtreibenden, sowie für den Unterricht in Handelsschulen herausgegeben worden (Verlag der Buchner'schen Buchhandlung in Bamberg). Wir glauben, daß der Herausgeber hiemit einem wirklichen Bedürfniß entsprochen hat; denn unseres Wissens sind die bisher erschienenen populären Erläuterungen zur allgemeinen deutschen Wechselordnung nicht vollständig, noch ausführlich genug, noch auch dem Systeme derselben genügend angepaßt, und die zunächst für Juristen bestimmten Erläuterungen, welche nicht an diesen Mängeln leiden, sind eben für Laien nicht verständlich genug. Letzteres ist nun ein besonderer Vorzug des Werkes von Heinrich, der dabei auch die bisher ergangenen wichtigeren Erkenntnisse deutscher Gerichtshöfe berücksichtigt und außerdem denselben noch die Abänderungen, welche die allgemeine deutsche Wechselordnung durch die Einführungsgesetze in einzelnen Staaten erlitten hat, sowie die darauf bezüglichen Vorschläge der Nürnberger Handels-Konferenz und die seither erschienenen Gesetze über kaufmännische Anweisungen beigefügt hat.

Neueste Nachrichten.

Braunschweig, 19. Febr. Heute trat nach zweimonatlicher Vertagung der Landtag wieder zusammen. Unter den eingegangenen Petitionen ist besonders eine zu erwähnen, durch welche die herzogliche Regierung aufgefordert wird, „auf die Einsetzung einer deutschen Centralgewalt und die Zusammenberufung eines deutschen Parlaments nach Kräften hinzuwirken.“ Bei der Wichtigkeit dieser, mit zahlreichen Unterschriften bedeckten Petition beschließt die Versammlung für dieselbe eine besondere Kommission von fünf Mitgliedern. (Pr. Ztg.)

Wien, 19. Febr. Drei Unteroffiziere des 32. Infanterie-Regiments, welche bei Gelegenheit der Excesse vom 20. Oktober v. J. in Pesth sich die Schnüre von ihren Hosen rissen und mit den Studenten im Café Zrinyi auf das Wohl Kossuth's und Garibaldi's mit einstimmten, wurden wegen Hochverraths einer zu 70, die anderen zu 60 Stockstreichen verurtheilt und nebst Degradirung zu Gemeinen in die Disziplinar-Kompagnie eingetheilt.

Wien, 21. Febr. Der Kaiser bewilligte am 19. d. der evangelischen Landeskirche in Siebenbürgen eine Dotation von jährlichen 16,000 fl. aus dem Staatsschatz. (Tel. d. A. Z.)

Pesth, 21. Febr. In der heutigen Magistratssitzung wurde ein königliches Schreiben vorgelesen, durch welches der Landtag auf den 2. April nach **Ofen** einberufen wird, behufs der Inauguration und feierlichen **Krönung des Kaisers** als König von Ungarn, der Ueberreichung des königlichen Inauguraldiploms an die Stände und Landesvertreter, der Wahl eines Palatins und der Berathung höchst wichtiger gesetzlicher Verfügungen. Der Kaiser erklärt, er werde mit Gottes Gnade den Landtag **persönlich** leiten. (Tel. d. N. K.)

Turin, 21. Febr. Das Ministerium hat dem Senat unter allgemeinem Beifall einen Gesetzentwurf überreicht, durch welchen dem König Viktor Emanuel und dessen Nachfolgern der Titel „König von Italien“ verliehen werden soll. (Tel. d. N. K.)

Neapel, 18. Febr. Mit dem 1. Juli wird hier das Justizwesen wie in Oberitalien eingeführt. In Gaeta wurden die in Neapel publizirten Gesetze in Kraft gesetzt. Der Statthalter ertheilte den minder politisch Kompromittirten eine Amnestie. Das Konkordat vom Jahre 1818 wurde annullirt, der geistliche Gerichtshof aufgehoben; der Staatsrath wird Konflikte zwischen dem Civil und der Geistlichkeit erledigen. Die Ordensklöster mit wenigen Ausnahmen werden aufgehoben, deren Güter von der Kirchenkasse verwaltet. (Tel. d. Ostd. Post.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	75 P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	60 P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	50⅝ P. ¼ G
"	5 pCt. Metall. Obligation.	42½ P.
"	4½ pCt.	38 P.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	87⅞ P. ½ G
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102 G.
"	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102⅛ P.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	105¼ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	100¼ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100¼ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	95¼ G.
Würtemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103⅞ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	94⅜ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	102⅞ P. ½ G
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	95 P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	102½ P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100¼ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	94 P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	100⅞ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	98½ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	97⅛ P.
"	3 pCt. Obl.	90½ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2, 30	47¼ P.
"	1¾ pCt. " " "	41⅝ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	97½ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	109½ G. ex D.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	586 P. 583 G. ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	130½ G. ex D
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	181½ G.
Weimarsche Bank à Thlr. 100 . .	75 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	67 G.
Internationale Bank in Luxemb. . .	79½ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	337 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	69 G.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	226 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . . .	124¾ P.
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	25½ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	125¾ P. ¼ G.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	97½ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51½ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	236 G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	497 G.
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	465 G.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	104¼ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99½ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105¼ B.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	95⅞ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ B.
London Lst. 10 k. S.	118 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	92¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93¼ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	79 B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	72¼ G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	46¼ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	56½ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	127½ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	58⅛ P.	" fl. 25 do.	—
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	90 P. 89½ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	33¾ G.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	116½ G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	36 P.
Badische fl. 50	89¾ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10⅞ P.
Badische fl. 35	53¼ G.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅜ P.

Frankfurt, 22. Februar. Die Börse war in Folge niedrigerer Wiener Morgennotirungen flau gestimmt und das Geschäft bewegte sich in engen Grenzen. Oesterr. National und Kreditaktien wurden etwas billiger abgegeben. 4 pCt. Bexbacher Prioritäten wurden zu 98 umgesetzt. (Synd.)

welen, aus Münzen, Shawls, Waffen, Elephanten, Pferden, Kriegsmaterial (das nicht schon früher den Engländern gehört hatte) und anderem Eigenthum. Der Erlös betrug 34 Lac Rupien. Da ein Lac aus 100,000 Rupien besteht, so erhebt sich der Betrag dessen, was in Delhi erbeutet worden ist, zu der enormen Summe von 3 Mill. 400,000 Rupien. Eine Rupie entspricht einem Silbergulden (2 Shilling).*) Die Vertheilung ist nach einem alten Gebrauch erfolgt. Es wird festgestellt, wie viele gemeine Soldaten mitgefochten haben. Die Unteroffiziere rechnen doppelt, die Sergeanten für 3, die Fähnriche für 5, die Lieutenants für 7, die Kapitäne für 12, die Majore für 16, die Obersten und Oberstlieutenants für 17, die Brigadiers für 51, und die Generalmajors für 76 Mann. Nehmen wir an, daß ohngefähr 4500 (was der Wahrheit sehr nahe kommen wird) gemeine Soldaten vor Delhi waren, so wächst dadurch die Zahl, mit der dividirt werden muß, auf etwa 7000. Dies ergibt als Beutegeld für jeden einzelnen Soldaten 485 Rupien, oder — da manche die Rupie zu 2 Shilling 3 d rechnen — in runder Summe 500 Gulden. Der Unteroffizier erhält 1000, der Sergeant 1500, der Kapitän 12 Mal 500, also 6000 und der Generalmajor 76 Mal 500, also 38,000 Gulden. Die Sieger von Lucknow, also alle diejenigen, die, in jenem furchtbaren Kampfe unter Sir Henry Havelock und später unter Sir Colin Campbell gefochten haben, gehen minder glänzend aus. Die Beute war geringer (nicht voll 15 Lacs Rupien) und die Zahl der Theilnehmer größer. Denn wiewohl die Armeen, die zu verschiedenen Malen zum Entsatz Lucknows herangeführt wurden, immer nur ein paar tausend Mann stark waren, so mag die Gesammtzahl derer, die, vertheidigend oder angreifend, bei diesem Kampf zugegen waren, nicht unter 10,000 Mann gewesen seyn. Ohne mich dafür verbürgen zu wollen, ist es übrigens möglich, ja sogar wahrscheinlich, daß einzelne Regimenter, die unter General Wilson am 14. Septbr. 1857 Delhi stürmten, am 16. März 1858 auch bei der Erstürmung Lucknows zugegen waren. Nehme ich ferner an, daß ein Theil dieser Truppen neuerdings in China, also im Lauf der Ereignisse auch bei Plünderung des kaiserlichen Sommerpalastes verwendet worden ist, so gebe das für einen jungen Hauptmann oder Major, „der immer mit dabei gewesen ist", ein Beute-Taschengeld von 15—20,000 Gulden. So wird es nicht Jedem geboten."

Frankreich.

Die kaiserliche Denkschrift über **Rom und Italien** hat den Erwartungen nicht entsprochen, welche über sie angeregt worden waren. Es ist seltsamlich, daß man von napoleonischen Aeußerungen über irgend welche Frage noch immer Aufschlüsse erwartet; während sie nur den Zweck haben, die Leidenschaften aufzustacheln und das Urtheil zu verwirren. So meinte man auch, die Laguerronni-re'sche Broschüre würde eine bestimmte Perspektive für die Zukunft des Papstthums eröffnen; und man vernimmt nur, daß der Kaiser seinen Degen in Rom lassen, d. h. das Papstthum beschützen wird. Aber was soll geschehen, wenn er diesen Degen zurücknimmt, d. h. seine Truppen aus Rom abziehen läßt? — Das zu sagen, bevor es geschehen, wird er sich wohl hüten: er verlöre damit das von ihm mit so vielem Geschick und so vielem Erfolge gehandhabte Mittel, zugleich Hoffnungen und Befürchtungen an seine Entschlüsse zu knüpfen. Hätte er es aussprechen lassen, daß er der weltlichen Macht des Papstthums ein Ende machen, oder umgekehrt, daß er dieselbe erhalten wolle: in beiden Fällen würde er tiefen Unmuth, lebhaften Widerspruch, unversöhnliche Gegnerschaft sich erweckt haben. Jetzt steht man von beiden Seiten in erwartungsvoller Thatlosigkeit und in der leisen Hoffnung, daß die endliche Entscheidung den Wünschen, die Jeder hegt, entsprechen werde. Ist dann die Thatsache fertig, so begreift man, daß nun jeder Widerspruch unnütz und zwecklos seyn werde, und man unterwirft sich, wenn auch unmuthig, dem Unvermeidlichen. (Ztg. f. Norddeutschl.)

Spanien.

Madrid, 17. März. Das Gerücht von einem diplomatischen Bruche zwischen Spanien und Mexiko bestätigt sich (wegen Mißhandlung von Spaniern, wofür keine Genugthuung zu bekommen ist, da in dem Wirrwarr Niemand weiß, an wen man sich halten soll). Der spanische Gesandte in Mexiko, Pacheco, hat seine Pässe erhalten und ist nach der Havana abgereist. Das Geschwader der Havana ist gegen Veracruz aufgebrochen. (Korr.Hav.)

Italien.

Zu **Mailänder** Zuständen der Gegenwart ist folgende Korrespondenz der „Allg. Z." ein Beleg: Gestern Abend durchliefen eine Anzahl Garibaldiner in einem aufgeregten Zustande viele der hiesigen Gast- und Kaffeehäuser, und zwangen die dortigen Gäste „Viva Garibaldi e non Vittorio Emanuele!" zu schreien. Es zirkulirten auch im Namen der Garibaldiner gedruckte Zettel, worin diese sagen, daß nicht der „Ehrenmann" die höchste Person im Reiche sey, sondern Garibaldi; dieser sey es, welcher Neapel erobert habe. Sie sind ärgerlich darüber, daß es nicht schon jetzt gegen Venetien losgeht. In der letzten Zeit wurden viele Garibaldiner verhaftet, und demnächst erwartet man eine Verordnung, womit denselben verboten werden wird, künftighin in ihren rothen Hemden auf den Gassen zu erscheinen.

Nach Berichten der „Fr. Postz." aus **Neapel** ist der **bourbonische Aufstand** noch im Wachsen, in Kalabrien sowohl wie in den Abruzzen. Zu Carsoli, Rocca di Cerro und Pereto stehen starke Anhänger des Königs Franz, welche großentheils aus entlassenen Soldaten bestehen und gut bewaffnet sind. In der Basilicata hat der Baron Baracco aus solchen ein starkes Korps gebildet, das täglich durch neue Zuzüge vermehrt wird. Der Bandenchef Talarico von Cosenza bedroht an der Spitze der Kalabresen sogar die Hauptstadt Neapel. (?) Ueberall in den Gebirgen herrscht ein furchtbarer Haß gegen die Piemontesen, der um so gefährlicher ist, weil er nicht blos in politischen Beweggründen, sondern auch in dem Durste nach Rache seine Wurzel hat. Die Art und Weise, wie die piemontesischen Truppen mit Feuer und Schwert die Autorität Viktor Emanuels aufrecht zu erhalten suchen, macht jede Versöhnung unmöglich. Die Gewalt allein wird einen widerwilligen Gehorsam erzwingen können und dazu ist eine vollständige Besetzung des Landes und eine sehr bedeutende Militärmacht nothwendig. Der sardinischen Regierung ist dieser Zustand der Dinge sehr wohl bekannt. Sie hat deßhalb in der jüngsten Zeit bedeutende Truppenmassen, deren Zahl sich auf nahe an 20,000 Mann beläuft, nach Neapel abgehen lassen, und noch immer dauern die Sendungen fort. Gegenwärtig hindern noch die bedeutenden Schneemassen die Operationen im Gebirge. Mit dem Frühjahre aber werden neue blutige Kämpfe beginnen. So viel man vernommen, hat König Franz keine **Verbindlichkeit** in Bezug auf seine Anhänger im Lande eingegangen. Wäre es aber auch der Fall, so würden sich diese doch wenig daran kehren. In Paris werden eben Gelder aufgebracht, um die Aufständischen mit Waffen und Munition zu versehen. Auch treffen bereits junge Männer aus guten französischen Familien Vorbereitungen, um zu den Insurgenten zu stoßen. Daß man dies in Paris geschehen läßt, ist für den Grafen Cavour ein Gegenstand großen Verdrusses.

Um ein Bild zu geben, wie die Dinge im Königreich **Neapel** liegen, entnimmt die „Donauzeitung" einem Privatschreiben aus Neapel folgende Stelle: „Die Wahlen, meldet man uns vom 30. Jan., nehmen ihren Fortgang; die Bestechung wird mit unglaublicher Schamlosigkeit betrieben, 45,000 Ducati wurden hier allein für Wahlen im Sinne Cavour's bezahlt. In der großen Masse herrscht völlige Gleichgültigkeit. — Auf dem Schiffe „Clotilde" vor Gaeta brach offene Meuterei aus. Die Mannschaft weigerte sich, gegen ihren rechtmäßigen König zu feuern. Es wurde daher das Schiff mit Blessirten nach Neapel geschickt. Ein Theil des von den Calabresen entwaffneten piemontesischen Bataillons ist gestern in Salerno eingerückt, um dort wieder bewaffnet zu werden. Man wollte dieses Schauspiel den Neapolitanern nicht zeigen. Die Calabresen ließen diese Truppe frei, um sie nicht ernähren zu müssen, fügten aber bei, daß wenn einer der Ihrigen auf Pinelli'sche Art erschossen würde, sie durch Kreuzigungen ihrer Gefangenen sich rächen würden. — In den Abruzzen herrscht der wüthendste Kampf. Die gefangenen Piemontesen werden, als Rache für die gemordeten Frauen und Kinder, an Pfosten genagelt."

Nichtpolitische Zeitung.

München. Um sich von der hiesigen Fleischkonsumtion einen Begriff zu machen, möge die Notiz am Platze seyn, daß vom 1. bis 9. d. Mts. hier nicht weniger als 3583 Stück Kälber verkauft wurden.

Frankfurt, 20. Febr. Wenn auch nicht als Nachtrag zum Fasching, so doch zur Unterhaltung des Publikum hat heute der sog. Urgesundheits-Apostel **Ernst Mahner** eine Fahrt auf einem Eisfloß in Gegenwart einer sehr zahlreichen Zuschauermenge ausgeführt und sich zuletzt auch als guter Schwimmer gezeigt. Um 2 Uhr bestieg der bärtige Apostel, als „Vater Rhein" verkleidet, an der Kleeblatt'schen Schwimmschule eine Eisscholle, welche auf einem kleinen Floße lag, und trieb guten Muthes, umgeben

*) Nicht ganz genau. 2 Shilling sind = 1 fl. 12 kr. rheinisch.

Stande unserer Valuta am stärksten ausprägt. Die Theuerung steigt dabei täglich höher, weil Jeder eine noch größere Entwerthung seines Papierbesitzes wenigstens als eine nicht so ferne liegende Möglichkeit betrachten muß, und doch ist man noch immer nicht geneigt, den von den Handelskammern so einstimmig geforderten, freisinnigen und dem Geiste der Zeit entsprechenden Grundsätzen in allen Zweigen der Verwaltung die zur Begründung gesicherten Zustände für unerläßlich erklärte allgemeine Geltung zu verschaffen.

Wien, 20. Febr. Der Gemeinderath von Pesth verlangt, daß der Kaiser den Banus von Kroatien seines Amtes enthebe (weil derselbe gegen Kroatiens Einverleibung in Ungarn ist) und durch einen Ungarn ersetze.

Aus Oberungarn, im Febr. Unsere magyarischen Zeitungen sind so nachsichtig gegen das ordnungswidrige Treiben, welches seit der durch die Komitate erfolgten Veröffentlichung dessen, „was eigentlich gesetzlich ist", aller Orten überhand nimmt, daß es sie tief innerlich verwundet, wenn auswärtige Blätter „aus Mangel an konstitutionellem Verständniß" von „einzelnen unbedeutenden" Mißbräuchen der wiedergewonnenen Freiheit „so entsetzlich viel Aufhebens machen". Glücklicherweise haben wir hier in den Bergen seit dem Eperieser Stuhlrichterexzeß keine Judenprügelei mehr erlebt; dafür hat uns die wiedererstattete Munizipalfreiheit mancherlei Ergötzliches in Scene gesetzt, worüber jetzt die ganze Saroser Gespanschaft bei Kaffee, Wein und Schnaps debattirt, zum Theil auch lamentirt. In Nagy Saros, einem Markt an der Tareza, entstand in Folge der Wahl eines ehrlichen Gerbers zum Bürgermeister eine heftige Aufregung. Der Stuhlrichter, welcher die Restauration leitete, hatte sich aus an und für sich löblichen, aber die Wahlfreiheit beeinträchtigenden Gründen „vermessen", den der Majorität gefälligen Candidaten nicht in die Candidatenliste aufzunehmen, um so mehr aber sich angestrengt, den ihm als Biedermann schätzenswerthen Gerbermeister an das Gemeinderuder zu bringen. Eine ohrenzerreißende Katzenserenade verkündete dem Stuhlrichter die Entrüstung des souveränen Pöbels, ja er sah sich sogar, obwohl er damit gegen die Prinzipien des „historischen" Rechts verstieß, genöthigt, 30 „Stück" der so verhaßten Gendarmerie zu seinem persönlichen Schutz und zur Herstellung der Ordnung zu requiriren. Aehnliche und zwar aus demselben Anlaß hervorgegangene tumultuarische Auftritte beunruhigen die königliche Freistadt Bartfeld und das nördlich von Eperies gelegene Zeben. In dem letzten Orte traten sich die Parteien immer erbitterter entgegen, und machten die Agitatoren jedes temperirende Einschreiten der Gemäßigten unmöglich. Die Wuth stieg auf beiden Seiten zu einer solchen Höhe, daß die Wähler bereits acht Tage vor dem Wahlakt ihre Ansichten mit Stöcken und Fäusten einander begreiflich machten. Die Prügeleien sind in dem heutigen Ungarn eben gesetzlich, und zählten von jeher in den Schulen, bei Gerichten, Restaurationen und Deputirtenwahlen zu den „konstitutionellen" Rechten und Süßigkeiten. (Allg. Ztg.)

Von der ungarischen Donau, 18. Febr. Ein zweimaliges Gesuch der Stadt Pesth, den ungarischen Landtag im Sinne der 1848er Gesetze in Pesth abzuhalten, ist abschlägig beschieden worden; jetzt befindet sich der Kardinal-Primas in Wien, um dieselbe Bitte vor dem Kaiser im Namen des Landes zu wiederholen. Man rechnet diesmal auf einen sichern Erfolg, da der Versuch des Primas der wärmsten Befürwortung von Seiten der ungarischen Hofkanzlei gewiß ist. Die Komitats-Kongregationen haben deutlich genug ihren Unwillen über eine Maßregel ausgesprochen, welche den Landtag verdammen würde, unter den Kanonen einer Festung zu tagen, und es ist sogar nicht unwahrscheinlich, daß die nach Ofen berufenen Volksvertreter ihre gesetzgeberischen Funktionen mit einem scharfen Protest gegen die Verletzung der 1848er Gesetze, wenn nicht mit einer Massenübersiedlung nach Pesth beginnen würden. Eine solche Kundgebung würde jedoch nur schlecht für einen Landtag passen, der berufen ist, die Epoche eines eilfjährigen Grolls abzuschließen und den Tempel der Versöhnung zwischen Fürst und Nation aufzurichten. (S. neueste Nachr.)

(**Ungarische Justiz.**) Die Wiener „Presse" berichtet folgenden Vorfall, der sich am 31. Januar auf dem Batthyany'schen Gute Kovacsi im Eisenburger Komitate ereignete. Es wohnt daselbst seit Jahren ein jüdischer Wirth, Namens L. Wurmsfeld, gegen welchen ein christlicher Nachbar schon lange geheimen Groll hegte. Letzterer gab nun neulich seinem Kutscher Haber für zwei Pferde; dieser bestahl seinen Herrn um einen halben Metzen und veräußerte den Haber. An wen, wollte er durchaus nicht eingestehen. Der Bestohlene warf seinen Verdacht auf den Juden, ließ 2 Panduren holen und ging mit denselben zu dem Juden. Man durchsuchte das Haus und fand nichts; damit war man aber nicht zufrieden. Man trug den Juden in ein anderes Zimmer, band ihm Hände und Füße, hängte ihn an den am Plafond angebrachten Nagel, mit dem Kopfe zur Erde, stellte eine brennende Kerze unter den Kopf und ließ den Beklagenswerthen so lange leiden, bis ihn die Kraft verließ. Er wäre seinen qualvollen Schmerzen erlegen, wenn nicht seine Frau das Dorf in Alarm gebracht und die Glocken geläutet hätte. Dadurch kam eine große Menschenmenge zusammen, und der arme Mann war gerettet. Als die Uebelthäter bemerkten, daß ihr Treiben bekannt geworden sey, ergriffen sie die Flucht, und bis heute hat man ihren Aufenthalt noch nicht ermittelt. Der arme Mann ist so schrecklich verbrannt, daß die Aerzte an seinem Aufkommen zweifeln.

Venedig, 15. Febr. Der Karneval des Jahres 1861 hat hier still und geräuschlos begonnen und ebenso geendet. Nicht das Geringste deutete darauf hin, daß derselbe überhaupt bestanden habe. Trotzdem, daß die Behörde das Tragen der Masken und die Abhaltung von Maskenbällen für die letzten sechs Tage des Karnevals gestattet hatte, wurde doch nicht im Entferntesten von der ertheilten Bewilligung Gebrauch gemacht, so daß wir dieses Jahr hier keine Masken gesehen haben, ein interessantes Seitenstück zum historischen Karneval von Venedig. Der Grund dieser auffallenden Enthaltsamkeit von allen und jeden Karnevalsbelustigungen dürfte jedoch weniger in oppositionellen Demonstrationsgelüsten gegen die kaiserliche Regierung, als in der allgemeinen Abgespanntheit und gedrückten Stimmung zu suchen seyn. Die politischen Verhältnisse sind nichts weniger als dazu geeignet, Lust und Frohsinn aufkommen zu lassen; die ewige Aufregung, die Besorgniß vor der Zukunft und die durch die Lage hervorgebrachten Mißstände können natürlich nur äußerst niederdrückend auf die Stimmung der hiesigen Bevölkerung wirken. Natürlich, daß ihr alle Tanzlust vergeht. Handel und Gewerbe liegen arg darnieder, der Mangel an Vertrauen und Kredit lähmt alle Unternehmungen, die industriellen und gewerblichen Arbeiten stocken, und die natürliche Folge hievon ist, daß Noth und Elend immer stärker hervortreten, und würde nicht die treffliche Organisirung der öffentlichen Wohlthätigkeitsanstalten die herrschende Noth so viel als möglich lindern, so wäre wohl viel Schlimmeres geschehen und zu befürchten. Die untern Volksklassen, ohne Arbeit und mithin ohne Mittel, sich und den Ihrigen den nöthigen Lebensunterhalt zu erwerben, befinden sich namentlich in einer sehr traurigen Lage; kein Wunder also, wenn dieselben auch zu unerlaubten Mitteln ihre Zuflucht nehmen. Man glaube nicht, daß wir mit zu düsteren Farben die hiesige Lage schildern; die täglich sich mehrende Unsicherheit des Eigenthums und die herzbeklemmende Leblosigkeit des Verkehrs, welche hier herrscht, sind sehr dazu geeignet, die Richtigkeit unserer Behauptung zu bestätigen. Man würde jedoch sehr fehlen, wenn man für das Bestehen dieser Mißstände die Regierung allein verantwortlich machte, die hieran gewiß die geringste Schuld trägt. Die Ursache ist neben dem allgemeinen politischen Elend hauptsächlich in den Rathschlägen und dem Terrorismus der Umsturzpartei zu suchen, da sich dieselbe kein Gewissen daraus gemacht hat und macht, ihre eigenen Landsleute dem Ruin zuzuführen, wenn sie nur ihre Zwecke erreichen und neue Illustrationen zum bekannten Schmerzensschrei liefern kann. Leider ist die hiesige Bevölkerung leicht zu leiten und zu verleiten. (N. Pr. Z.)

Großbritannien.

Aus London, 18. Februar, schreibt ein Norddeutscher der „Neuen Preuß. Ztg.": „O welche Lust, Soldat zu seyn", singt George Brown in der weißen Dame, und viele englische Offiziere und Soldaten werden es jetzt mit ihm singen. Die Vertheilung der Beutegelder, die den Erlös aller in Delhi und Lucknow eroberten Schätze bilden, hat stattgefunden; selbstverständlich erfolgte die Vertheilung nur an solche, die bei der Erstürmung der genannten Plätze mit zugegen waren. Diese einträgliche Seite des Kriegerlebens kennt man bei uns in Deutschland wenig oder gar nicht; hier ist das anders. Hier aber ist das Soldatseyn unter Umständen ein einträgliches Geschäft; ein verlorenes Bein wird gut bezahlt, und traf es sich, daß das Bein vor Delhi oder Lucknow abgeschossen wurde, wo sich ein Beutegeld zu dem Schmerzensgeld gesellt, so ist der Betreffende ein gemachter Mann, der einigermaßen von seinen Zinsen leben und seinen Kindern ein Kapital hinterlassen kann. Ich muß vorweg bemerken, daß man die Delhi- und Lucknow-Beute nicht zusammengeworfen, sondern jedem der beiden Truppentheile die Beute gelassen hatte, die von ihm erobert worden war. Zuerst Delhi. Am 12. Mai 1857 brach der Aufstand aus, am 14. September wurde Delhi zurückerobert. Die vorgefundenen Schätze bestanden aus Kron- und anderen Ju-

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 54.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Schrift	58. Jahrgang.	oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 23. Februar 1861.

Deutscher Bund.

* Aus guter Quelle wird versichert, daß Hr. v. d. Pfordten, mit andern wichtigeren Arbeiten beschäftigt, den Bericht über den großh. hessischen Antrag bez. des Nationalvereins noch gar nicht angefangen hat.

Karlsruhe, 17. Febr. Die „Karlsr. Ztg." gibt Erläuterungen zu den neuen militärischen Verfügungen in Baden. Von der gezogenen Kanone, die in zwei Feldbatterien eingeführt werden soll, sagt sie: „Nach langen und mühevollen, alle bekannten Kräfte der Technik in Anspruch nehmenden Versuchen ist es der preußischen Artillerie gelungen, ein aus Gußstahl erzeugtes, gezogenes, sog. 6pfündiges Hinterladungsgeschütz herzustellen, welches ein gußeisernes, beiläufig 15 Pfund schweres, hohles Spitzgeschoß, oder aber die in einer Büchse von Eisenblech vereinigten Kartätschenkugeln schießt. Das Geschoß, als gewöhnliche Sprenggranate oder als Granatkartätsche verwendbar, ist mit einem Bleimantel umgossen, welcher das Projektil in geregelter Weise durch die gewundenen Züge des Rohres führt. Neben der großen Haltbarkeit des Rohres gegen äußere wie innere Einflüsse, sowie neben der sinnreich und möglichst einfach konstruirten Hinterladungsvorrichtung ist namentlich die Leistungsfähigkeit des Geschützes hervorzuheben, welche auch die kühnsten Erwartungen übertrifft. Diese Treffwahrscheinlichkeit des gezogenen Geschützes ist so bedeutend, daß der Kanonier bei günstigem Terrain auf die Entfernung von 2000 Schritten den einzelnen Mann, und selbst auf 4000 Schritte und darüber verhältnißmäßig größere Objekte mit Sicherheit zu treffen vermag." Weiter sagt die „Karlsr. Ztg.": „Sind wir gut unterrichtet, so ist auch in den beiden andern Divisionen des 8. Armeekorps, Württemberg und Hessen, die Einführung der gleichen gezogenen 6-Pfünder-Hinterladungskanone in ähnlichem Verhältniß so weit vorgeschritten, daß die Artillerie des genannten Armeekorps bei erforderlich werdender Feldaufstellung mit einem vortrefflichen und weittragenden Geschütz in entsprechender Verhältnißzahl anzutreten vermag. Auch das 7. oder bayerische Armeekorps hat sich, sicherem Vernehmen nach, der Annahme der preußischen gezogenen 6-Pfünder-Kanone als Einheitsgeschütz in der oben genannten Weise angeschlossen. Die Lösung der Frage, ob eine gewisse Anzahl glatter Röhre neben den gezogenen beizubehalten sey, ist gegenwärtig Gegenstand weiterer artilleristischer Forschungen und Versuche; Hand in Hand geht hiemit das Bestreben, der leichten Feldartillerie nebst erhöhter Treffsähigkeit auch zur bessern Ueberwindung von Terrainschwierigkeiten größere Beweglichkeit zu verleihen. Bis zur Beendigung dieser Versuche dürfte daher die Ausrüstung der deutschen Feldartillerie einstweilen aus $1/3$ gezogener und $2/3$ glatter Geschütze bestehen."

Bayern. München, 21. Febr. Se. Maj. der König hat genehmigt, daß das Provino'sche Frühmeßbenefizium an der kathol. Stadtpfarrkirche zu St. Moritz in Augsburg von dem Bischofe daselbst dem Priester Andr. Lense verliehen werde. (N.M.Z.)

** München, 21. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Von Seite Bayerns ist der Major Hartmann der Kommission beigegeben, welche die deutschen Eisenbahnen in militärischen Beziehungen zu bereisen hat. — Vom dritten Ausschuß der Kammer der Abgeordneten wurden als Referenten gewählt: für den Antrag des Dr. Paur bez. der Verhältnisse der Israeliten der Abg. Bürgermeister Münch, für den Antrag des Abg. Barth bez. des Civilrechts der Abg. Dr. Arnheim.

Von der Kreis-Gewerbs- und Handelskammer für Oberfranken wurde die dringende Bitte gestellt, die Gothaer Feuerversicherungsbank in Bayern zuzulassen. Für den Transport der Steinkohlen auf Eisenbahnen wurde ein Frachtsatz von einem Pfennig pro Meile und pro Zentner beantragt, da billige Kohlen der Lebensnerv aller Gewerbe und aller Industrie seyen; ferner ward die Bitte gestellt, es möchte mit weiteren Versuchen fortgefahren werden, um unsere reichen oberfränkischen Torflager auf die billigste Weise auszubeuten. Ueber Gewerbefreiheit entspann sich eine lange Debatte, worin man sich jedoch in der Bitte um Revision der Gewerbeordnung in der Richtung zur Gewerbefreiheit einigte. Auch eine Revision der veralteten Biertaxordnung vom Jahre 1811 erachtete die Kammer für geboten.

Von der Kreis-Gewerbs- und Handelskammer für Mittelfranken wurde die Herabsetzung des Briefporto für ganz Bayern beantragt und zugleich der Wunsch ausgesprochen, daß für rekommandirte Briefe gleich wie für Pakete nur 3 kr. Scheingebühr erhoben werden möge.

Preußen. Berlin, 18. Febr. Es ist hier wie überall aufgefallen, daß die französische Regierung in ihrem der Kammer vorgelegten Exposé über die Badener Zusammenkunft mit gänzlichem Schweigen hinweggegangen ist. Der Grund ist eben der, daß, wie damals schon das Gerücht wußte, wie sich jetzt aber aus zuverlässigeren Aufschlüssen herausstellte, die Absichten des Kaisers auf derselben gänzlich scheiterten, so sehr, daß ihn Dieß zu der Aeußerung veranlaßte: „on m'a fait jouer un rôle ridicule." Diese Absichten waren keine anderen, als den Prinz-Regenten in die Rolle eines deutschen Viktor Emanuel's hinein zu bewegen und nebenher für sich die Rheingränze abfallen zu lassen. Die preußische Regierung hat vor- und insbesondere nachher zu wiederholten Malen erklärt, wie sie ihre Stellung und ihre Verpflichtungen gegenüber den Bundesgenossen auffaßt. Dennoch wird es nicht diesem Anlaß allein zugeschrieben werden, daß trotz aller neuen Versicherungen französischer Seits die preußische Regierung ihre vorsichtige Haltung gegen Frankreich beibehält. (N. K.)

Berlin, 20. Febr. Die Befestigung der Ostseeküsten ist so gut wie fertig; nur in Swinemünde bleibt noch Einiges zu thun übrig, wohin erst vor Kurzem 19 neue Kanonenboote abgegangen sind. Für den Jahdebusen werden 700,000 Thaler zur Verwendung kommen. (Fr. J.)

Die „N. Preuß. Ztg." enthält einen Bericht aus Westphalen, wornach dort besonders Handelsreisende Propaganda für die „Köln. Zeitung" machen und den Wirthen mit Entziehung ihrer Kundschaft drohen, wenn sie jenes Blatt nicht halten.

Freie Städte. Frankfurt, 19. Febr. Es war mit Sicherheit vorauszusehen, daß das Beispiel Bremens in Beseitigung des Zunftwesens auf die übrigen freien Städte Einfluß ausüben würde. Auch hier trifft man im Schooße der gesetzgebenden Körperschaft die nöthigen Vorbereitungen. Ein Mitglied derselben, welches mit an der Spitze der Bewegung für Gewerbefreiheit in der Stadt steht, ist mit Abfassung eines Berichtes über den besten Weg zur Reform beauftragt worden. (Köln. Z.)

§ **Oesterreich.** Wien, 20. Febr. (Privat-Korrespond.) Der Banus von Kroatien ist hier angekommen und wird sich nunmehr die Frage entscheiden, ob der Belagerungszustand in Fiume aufgehoben werden oder ob er fortbestehen wird. Das Letztere ist das Wahrscheinlichere, obwohl die ungarischen Mitglieder des Kabinets die Aufhebung fordern, und Deputationen aus fast allen Komitaten theils bei dem Banus, theils bei dem ungarischen Hofkanzler die Zurücknahme dieser Maßregel als einer ungesetzlichen und keineswegs durch die Verhältnisse gerechtfertigten verlangten. In den entscheidenden Kreisen scheint man aber den Fortbestand des Belagerungszustandes in Fiume schon darum beschlossen zu haben, weil man noch immer die Besorgniß hegt, daß von Seite der ungarischen Emigration in diesem Hafen eine Landung versucht werden könnte. — Was über die der Veröffentlichung nahe gerückten Statute für die deutsch-slavischen Kronländer und die zukünftige Reichsvertretung verlautet, trägt nicht dazu bei, die hier herrschende trübe Stimmung zu verscheuchen, und leider ist es nun einmal das unglückliche Geschick eines Staates mit so zerrütteten Finanzen wie Oesterreich, daß sich diese Stimmung immer in dem

gersöhne Roßbach und Ackermann (diese beiden und ein dritter Schwiegersohn, Koch, der 1854 seiner Gesundheit wegen aus dem Geschäft trat, gehörten der Firma schon bei Lebzeiten Teubner's an) des Vaters Werk in seinem Sinne und mit seinem Segen fortsetzen konnten. Jetzt beschäftigt die Anstalt 13 Schnellpressen, darunter eine vierfache und zwei doppelte, und besitzt außerdem Schriftgießerei, Stereotypie und eine 1823 gegründete sehr ausgebreitete Verlagsbuchhandlung in einem der schönsten und größten Gebäude Leipzigs, ebenfalls eine Schöpfung Teubner's. Daneben gründete derselbe auch in Dresden eine vielbeschäftigte Druckerei, welche jetzt eine calorische Maschine, 8 Schnell- und 3 Handpressen hat. Ich will hier kein Verzeichniß seiner großen Verlagsunternehmungen, wie z. B. der römischen und griechischen Klassiker, geben, nur im Allgemeinen will ich bemerken, daß die Buchhandlung von 1824—60 gegen 700 meist größere, wissenschaftliche, eines guten Rufs sich erfreuende Artikel in die Welt gesendet hat. (D. Allg. Z.)

Die Gewehrfabrik von Lüttich hat in den Jahren 1859 und 1860 weit über eine Million probehaltiger Gewehre und Pistolen abgeliefert, und zwar im letzten Jahre eine größere Zahl als im vorangehenden. Hier die Ziffern:

	1860.	1859.
Einläufige Gewehre	139,352	168,553.
Doppelgewehre	80,605	58,100.
Bords (amerikanische Exportationsgewehre zu 6—7 Fr. pr. Stück	52,981	34,275.
Sattelpistolen (Paar)	15,136	17,508.
Taschenpistolen	94,545	90,021.
Musketen, Musketons, Karabiner	179,279	113,250.
Summa:	562,279	481,767.

Neueste Nachrichten.

München, 20. Febr. Die von Nürnberg hier anwesende, aus Bürgermeister v. Wächter, Rechtsrath Ziegler und dem Vorstand der Gemeindebevollmächtigten Hrn. Auernheimer bestehende Deputation wurde diesen Nachmittag von Sr. Majestät dem König empfangen. Minister v. Neumayr, welcher an einem Halsübel leidet, ließ die Herren in seine Wohnung zum Empfange bescheiden. Ihre Mission bezieht sich auf den bereits bekannten Plan der Staatsregierung, die drei polytechnischen Schulen in ein einziges großes Polytechnikum zu verschmelzen, dessen Sitz in Nürnberg oder Augsburg seyn soll. (Südd. Z.)

Gotha, 16. Febr. Zufolge einer vorgestern publizirten Ministerial-Bekanntmachung ist zwischen der hiesigen Staatsregierung und dem k. preuß. Gouvernement eine neue Militärdurchmarsch- und Etappen-Konvention abgeschlossen worden, welche sofort in Kraft treten und 15 Jahre in Gültigkeit bleiben soll. (Nat.-Ztg.)

Rom, 18. Febr. Unter den Personen, welche den König Franz II. hieher begleiteten, sind: Fürst v. S. Ruffano, die Herzogin v. S. Cesario, Graf v. Capaccio, Ritter Ulloa, Msgr. Gallo und sein Assistent, Ritter Ruitz, General Riedmatten, General Bosco, General Schumacher, General Pasqua, Oberst Pisacane, Oberst Bisio, Major Winspeare, Hauptmann Lutrec, Hauptmann Pfyffer, und ungefähr 40—50 andere Offiziere. (T. d. Allg. Z.)

Gaeta, 19. Februar. Die Capitulation trägt das Datum 13. Febr., und besteht aus 23 Artikeln. 1. Uebergabe des Materials. Vom 2. bis 6. Artikel handelt es sich um die Art des Abmarsches der Besatzung mit Kriegsehren. Der 7. betrifft die Kranken und Verwundeten. Nach dem 8. und 9. bleibt die Besatzung kriegsgefangen bis zur Kapitulation der übrigen Festungen; die fremden Truppen können ein Jahr lang nicht gegen Piemont fechten. 10, 11 und 12 bestimmen die Entschädigung der Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten. 13. Die Competenz der fremden Soldaten; der 14. besagt, daß alle Verwundeten und Krüppel jeder Nation in den piemontesischen Invalidenhäusern untergebracht werden sollen. 15, 16, 17 und 18 bestimmen die Pensionen für Wittwen und Waisen, 19 und 20 enthalten Gewährleistungen für die Bürger in Gaeta. Die übrigen bestimmen die Punkte der Uebergabe. (Tel. d. Allg. Z.)

Mailand, 19. Febr. Einer Privatdepesche der „Lombardia" zufolge richtete Frankreich an die katholischen Mächte ein Cirkularschreiben unterm 14. d. Mts., daß die französische Okkupation Roms — bis zu einer Vereinbarung zwischen dem Papste und den Mächten bezüglich des Schutzes der Person des Papstes und der Unabhängigkeit des päpstlichen Oberhauptes der katholischen Kirche — verbleibt. (Tel. d. Ostd. Post.)

Neapel, 19. Febr. Die fremden Truppen Gaeta's werden nach Genua eingeschifft. Die Seesoldaten und Invaliden bleiben in Gaeta. Die italienischen Truppen werden in den Provinzen vertheilt. Die Reaktion hat in der Provinz Cilento die Oberhand. In Nola ist die Kathedrale und der bischöfliche Palast ein Raub der Flammen geworden. Auch die Domkirche in Gaeta ist von den Flammen verzehrt. (T. d. Allg. Z.)

Neapel, 20. Febr. Die piemontesische Flotte segelt nach Messina, um die dortige Festung zu beschießen. (T. d. Allg. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	75 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	60 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	56⅝ P. ⅜ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	42¾ G.
„	4½ pCt.	38¼ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	87⅞ P. ½ G
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102 G.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102 P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102⅞ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	100¼ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100¼ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95¼ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103¾ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94¼ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	102⅞ P. ½ G
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	95¼ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	102½ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100¼ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94 P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	100¾ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	97¾ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	97 P.
„	3 pCt. Obl.	90½ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	48 P. 47⅝ G.
„	1¾ pCt. „ „ „	41 P. 40¾ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	97⅜ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	109½ G. exD.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	588 P. 582G. ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	132 G. exD
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	181 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	75 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien	67 P. 66 G.
Internationale Bank in Luxemb.	79½ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	337 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	69 G.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	226 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	125¼ P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	72⅞ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	26 P. 25 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt.	130¼ P.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	97¼ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51⅜ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	235½ G.
Span. Handels- u. Industrie	497 G.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	465 G.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	104 P. 103¾ G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101½ G

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99½ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅜ B.
Brem. 50 Th. Ldr. k.S.	95¾ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ B.
London Lst. 10 k. S.	118 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	92¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93¼ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	79¼—⅛ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	70 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	46¼ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	56¾ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	127½ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	56½ P.	„ fl. 25 do.	—
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	89½ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	33¾ G.
4½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	116½ G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	36 P.
Badische fl. 50	89¾ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10¾ P.
Badische fl. 35	53 G.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅜ P.

Frankfurt, 21. Februar. Oesterr. National und Kreditaktien waren eine Kleinigkeit niedriger und das Geschäft nicht belebt. 3 pCt. Spanische wurden merklich besser bezahlt. In den übrigen Fonds und Aktien keine bemerkenswerthe Veränderung. (Synd.)

Das Tagebuch der sardinischen Flotte von Gaeta, so weit es bis jetzt veröffentlicht ist, handelt von den Operationen vom 23. Januar bis 5. Febr. Daraus geht hervor, daß die Flotte denn doch mehr that, als bisher von bourbonischer Seite berichtet worden war, gleichwohl aber doch zur eigenen Schonung nicht so auftreten konnte, als man vorerst geglaubt hatte. Namentlich that die Schrauben-Fregatte „Garibaldi", Kapitän d'Amico, sich sehr hervor. Auch der Kapitän der „Maria-Adelaide", Baron Acton, der gleich d'Amico früher in neapolitanischen Diensten stand, zeichnete sich durch Kühnheit aus. Cialdini sprach in Betreff der ehemaligen neapolitanischen Genie-Offiziere seine lebhafte Anerkennung aus; besonders durch Muth und technische Kenntnisse zeichneten sich aus: Somma, Sohn des Fürsten von Colle, ferner von Rengis, Pierantoni und Forte. Schon unterm 28. Januar heißt es in diesem Tagebuche: „Es vergeht kein Tag, in welchem nicht 15, 29, ja 30 bourbonische Soldaten aus der Festung desertiren, obgleich ihnen Flintenkugeln nachgeschickt werden; sie bezeugen die unverkennbare und fortschreitende Entmuthigung der Besatzung." Aus diesem Tagebuche erhellt ferner, daß am 27. Januar der Kaiser Napoleon Franz II. in einem eigenhändigen Schreiben aufforderte, nunmehr dem nutzlos gewordenen Blutvergießen ein Ende zu machen; falls Franz II. dem Rathe des Kaisers folgen wolle, stehe ihm die „Mouette" zur Verfügung, damit er auch nicht einen Augenblick in Gefangenschaft gerathe. Der französische Ueberbringer dieses Schreibens hatte ausdrücklich den Auftrag, diesen Brief erst Cialdini lesen zu lassen, bevor er denselben in die Festung bringe. Der Eindruck der Explosion am 5. Februar wird folgendermaßen geschildert: „Welch' gräßlicher Anblick! Der Donner der Explosion war der Art, daß wir glaubten, hart uns zur Seite auf dem Schiffe selbst sey eine Bombe geplatzt. Die halbe Stadt Gaeta war im Nu in Staub gehüllt; eine Riesenflamme stieg in die Lüfte, während Tausende von Splittern und Trümmern weit umher flogen." (Frkf. Postztg.)

Amerika.

New-York. Das Getreide, welches die Baumwollstaaten (die südlichen) der Union im letzten Jahre geärntet haben, kann ihnen kaum bis Ende Februar reichen; genug für den eigenen Bedarf erzeugen sie nicht einmal in guten Jahren, geschweige in schlechten. Bei ruhigen Zeiten können sie auf Kredit kaufen, das hört aber jetzt auf. Der Norden und der Nordwesten verlangen klingende Münze. Wie könnten sie auch anders, nachdem dieser Tage die Gesetzgebung von Süd-Carolina beschlossen hat, daß bis zum 1. Dezember d. Js. alle gerichtliche Eintreibung von Forderungen, welche Einwohner nördlicher Staaten an Süd-Caroliner haben, verboten seyn soll! (Georgia hat eine gleiche Verordnung schon im Dezember erlassen.) Eine große Menge hiesiger Kaufleute hat sich durch Unterzeichnung eines Reverses verpflichtet, keinerlei Waaren an Kunden in den Sonderbundstaaten anders als gegen baare Zahlung zu verkaufen. Vor einigen Tagen telegraphirte ein Charlestoner Haus an ein hiesiges um eine bedeutende Getreide-Sendung. Es erhielt die lakonische Antwort: „Freßt Baumwolle!"

Nichtpolitische Zeitung.

Augsburg. 20. Februar. Für die Ueberschwemmten in Holland bildet sich, wie wir hören, hier ein Verein, der erst die nöthige Erlaubniß zur Sammlung von Beiträgen einholen wird, wie dies in Bayern vorgeschrieben ist. (Allg. Z.)

Berlin, 18. Febr. Beim k. Obertribunal kam vor einigen Tagen eine Anklage wegen Mordes in der Nichtigkeitsinstanz zur Verhandlung, welche in mehr als einer Beziehung, namentlich psychologisch, interessant war. Am Samstag, 18. Aug. v. J., Mittags 12 Uhr, verließ der in Magdeburg bei seiner Mutter wohnende Knabe Paul Heß, 7 Jahre alt, seine elterliche Wohnung, um einen Cousin zu besuchen; er kehrte jedoch zu seiner Mutter nicht zurück, war auch beim Cousin nicht gewesen, so daß seine Mutter am nächsten Tage sein Verschwinden bei der Polizei anzeigte. Am Morgen des darauf folgenden Tages, 20. Aug., meldete sich der mehrfach bestrafte Cigarrenmacher Gust. Karl Ed. Kagelmann bei dem Gefängnißinspektor mit der Anzeige, daß er am 18. August Nachmittags den Knaben auf dem Kommandanten-Werder vorsätzlich in die alte Elbe gestürzt habe, um ihn zu tödten — um sich dadurch an der Menschheit zu rächen. Das Geständniß seiner gräßlichen That hat sich alsdann als ein richtiges erwiesen. Der Angeklagte ist der Sohn eines nicht unbemittelten Schuhmachers; er hat angemessenen Schulunterricht nicht ohne Erfolg genossen und ist dann mit 14 Jahren in der freien Gemeinde und ein Jahr später in der evangelischen Landeskirche eingesegnet worden. Er wurde hiernach bei mehreren Meistern in die Lehre gethan, hielt jedoch nicht aus. Er war von Jugend auf dem Naschen und der Lüge ergeben und kam öfter in den Verdacht der Unredlichkeit. Er wurde demnächst auch wegen Diebstahls, zuletzt mit zwei Jahren Zuchthaus, bestraft. Im Zuchthause betrug er sich sehr gut und wurde aus demselben am 25. Nov. 1859 entlassen. Nunmehr ergab er sich vollständig dem Müßiggang, indem er seinen Eltern vorlog, daß er Beschäftigung habe. Durch das Umhertreiben und durch völligen Geldmangel fing er an, über sein Leben nachzugrübeln, warf seinen Haß auf die Menschheit überhaupt, obwohl er sich nur allein die Schuld beizumessen hatte, beschloß, sich zu rächen, und zwar durch einen Mord. Dieser Entschluß reifte mehr und mehr und stand bald bei ihm fest. Mit diesem Grimm im Herzen verließ er am Samstag, 18. August vorigen Jahres, die Wohnung seiner Eltern zwischen 1 und 2 Uhr Nachmittags, traf den ihm bis dahin völlig unbekannten Paul Heß, und seine Mordgedanken richteten sich sofort auf den unschuldigen Knaben — er beschloß, ihn zu ertränken. Er bat den Knaben, um ihn an sich zu fesseln, ihm etwas zu tragen, und machte ihm dafür Versprechungen. Er führte den Knaben umher, und drei Mal, wenn er zur Ausführung seiner gräßlichen That schreiten wollte, wurde sie ihm wieder leid. Doch hielt er auf dem Wege seine Mordgedanken immer fest, bis er an die Eisenbahnbrücke gelangte, welche über die alte Elbe führt, und dort fand er bald eine Stelle, die er für sein Vorhaben auswählte. Er lockte den sorglosen Knaben an die Uferspülung, und Beide standen dicht am Wasser, als der Eisenbahnzug über die Brücke braus'te. Dies war das Zeichen — mit einem Stoße gegen die Brust warf er den arglosen Knaben in die Fluth, die sich sofort über ihm schloß. Das Gerolter des Bahnzuges machte die That lautlos. Kagelmann entfernte sich nun und war die beiden darauf folgenden Tage sehr heiter; er ließ sich seine Speisen schmecken, und das Gefühl der Genugthuung und Freude über seine wohlgelungene That kam über ihn. Bald aber ergriff ihn die Reue über die gräßliche That; er konnte keinen Schlaf finden, und schwere Träume ängstigten ihn während der Nacht. Deßhalb reifte nunmehr wieder der Entschluß in ihm, der Qual sich durch ein Bekenntniß zu entreißen. Am 20. Aug. stand er deßhalb vor 6 Uhr Morgens auf, genoß seinen Kaffee und verließ mit seinem Bruder das Haus, gleich als wolle er auf Arbeit gehen. Er lief mit demselben noch einige Zeit umher und schied dann von ihm mit den Worten: „Bleib gesund!" Mehrere Stunden lief er dann noch rastlos umher, bis er sich endlich im Gefängnisse als Mörder meldete. Die Geschwornen erklärten den Angeklagten des Mordes schuldig, und der Gerichtshof verurtheilte ihn auf Grund des §. 175 des Strafgesetzes zum Tode. Gegen dieses Erkenntniß hatte nun der Vertheidiger des Angeklagten die Nichtigkeits-Beschwerde eingelegt, indem er namentlich Zweifel gegen die Richtigkeit des Geständnisses erhob. Er stellte die Sache so dar, als ob der Angeklagte, von der Menschheit ausgestoßen, durch sein Umhertreiben und durch schlechte Lektüre sich eine fixe Idee gebildet habe, durch ein erdichtetes Verbrechen eine Berühmtheit zu erlangen, selbst auf die Gefahr hin, dadurch sein ihm überdrüssiges Leben auf das Spiel zu setzen. Die Anträge der Vertheidigung in Betreff der Prüfung der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten waren abgelehnt worden, und die Nichtigkeitsbeschwerde behauptete deßhalb Beschränkung der Vertheidigung. Das Obertribunal hat die Nichtigkeitsbeschwerde zurückgewiesen und dadurch das Todesurtheil bestätigt. (Köln. Z.)

Am 21. Februar feierte eine der bedeutendsten Buchdruckereien und Verlagshandlungen Deutschlands, die Firma B. G. Teubner in Leipzig, ihr fünfzigjähriges Jubiläum und es dürfte daher wohl an der Zeit seyn, die Verdienste des Begründers dieser Firma zu erwähnen, zumal hier wieder ein Beispiel geliefert wird, wie ein Mann durch eigene Kraft, Talent und Solidität der Schöpfer seines Schicksals werden kann. Teubner, der Sohn eines armen Landgeistlichen in der Niederlausitz (geboren in Großkraußnigk 1784), lernte von 1798 bis 1803 die Buchdruckerkunst in Dresden, wurde dann Schriftsetzer in Leipzig, wanderte in seinem Fach und übernahm 1806 die Verwaltung der damaligen Weinedel'schen Buchdruckerei und am 21. Febr. 1811 diese als Eigenthümer. Ohne alle pekuniären Mittel, mit zwei hölzernen Pressen und nur wenigen Schriften begann er. Aber rastlose Thätigkeit, Umsicht und Pünktlichkeit sicherten dem seltenen Mann bald einen solchen Wirkungskreis, daß, als er nach einem fast fünfzigjährigen unermüdeten Schaffen am 21. Januar 1856 mit Tode abging, seine Schöpfung gesichert und ehrenvoll in der Schriftsteller-, Buchhändler-, Buchdrucker- und Handelswelt dastand und seine Schwie-

theils bei dem Bankier selbst anlegten. In Marseille sahen sich bereits mehrere griechische Häuser, welche für große Summen (man spricht von 40 Millionen) Tratten der türkischen Regierung auf Mirès eskomptirt hatten, die nicht honorirt wurden, genöthigt, ihre Zahlungen einzustellen. Wieder eine der unter dem Kaiserthum gegründeten Finanzanstalten, die vor dem Zuchtpolizeigericht endet. — Man spricht von einer Broschüre des Hrn. Louis Veuillot in Erwiderung auf die Laguerronière'sche Schrift.

Paris, 18. Febr. Es scheint an der neuen Kanone, welche in jeder Beziehung der gezogenen überlegen seyn soll, wirklich etwas zu seyn. Der Kaiser war gestern in Vincennes, um den damit angestellten Versuchen beizuwohnen, und es heißt, man gehe mit dem Gedanken um, sie allgemein einzuführen.

Der „Schles. Ztg." wird geschrieben: „Herr v. Persigny ersuchte neulich einige Deputirte, zu ihm zu kommen, um mit ihnen die jüngsten Verbesserungen des konstitutionellen Systems in Frankreich zu besprechen. Einer der Herren erschien mit einem dicken Buche unter dem Arm. Gerade er war es, an den sich der Minister mit der Frage wandte, ob die Kammer mit den gemachten Konzessionen zufrieden seyn werde. Sicherlich für den ersten Augenblick, war die Antwort. — Und nachher? — Nachher? sagte der Deputirte, das ist allerdings schwer zu sagen; aber Ew. Exzellenz erlauben vielleicht, daß ein Anderer für mich antwortet. Und bei diesen Worten schlug er das Buch auf, welches er unter dem Arm getragen, den 18. Band von Thiers' Geschichte des Konsulats und des Kaiserreichs, und zeigte dem überraschten Minister S. 285 folgende Stelle: „„Wenn man einmal den Entschluß gefaßt hat, gesetzgebende Körper in ein Regierungssystem einzuführen, muß man es nicht zur Hälfte thun; denn sie sprengen die Thüren mit Gewalt, welche man ihnen nur zur Hälfte öffnen will. Läßt man sie zu, so muß man sie ohne Rückhalt zulassen und sie mit Vertrauen und Festigkeit behandeln. In dieser Weise kann man sie leiten, wenn man weiß, was man will, und wenn man das, was man will, offen eingestehen kann; wenn man es mit allem Ernst will und das Talent besitzt, durch die Rede diesen Willen Anderen mitzutheilen. In diesem Falle werden derartige Versammlungen sich mit der Regierung vereinbaren, sich für dieselbe interessiren, Partei nehmen und statt eines Hindernisses eine Macht der Regierung werden.""

* Paris, 19. Febr. Die neue Konferenz über die syrische Angelegenheit hat heute unter Vorsitz des Hrn. Thouvenel ihre erste Sitzung abgehalten.

* Das „Journal de Toulouse" schreibt: „Es ist die Rede davon, in dem Bezirk des 6. Armeekorps ein Lager zu errichten. Der Maire von Toulouse läßt deßhalb in der Umgegend dieser Stadt Aufnahmen vornehmen. Das nöthige Terrain für das Lager und alles Zubehör wird auf 1800 Hectaren veranschlagt."

Italien.

* Wie die „Armonia" meldet, kontrahirt die sizilianische Regierung mit dem Haus Bischoffsheim und Goldschmidt ein Anlehen von 6 Mill. Frs., um die dringendsten Arbeiten fortzusetzen.

* In dem Briefe, welchen Garibaldi an den Stadtrath von Genua gerichtet hat, um ihm für die seiner Obhut anvertraute Fahne der Scharfschützen zu danken, befindet sich folgende Stelle: „Diese Fahne wird noch einmal den tapferen Kindern Italiens an dem Tage übergeben werden, an dem der erste Kriegsruf erschallt, um den Rest der Tyrannen, welche sich noch auf unserm Boden befinden, für immer hinauszujagen."

* Die in Genua gebildete Kommission zur Empfangnahme von Nationalgeschenken, um dieselben Garibaldi anzubieten, hat von den „Patrioten" in Padua und Treviso die Summe von 1000 Frs. nebst folgendem Schreiben erhalten: „Padua und Treviso senden 1000 Frs. als schwachen Beweis ihrer Dankbarkeit für Alles, was der große Feldherr Joseph Garibaldi zu Gunsten Italiens gethan hat, und in der Hoffnung, daß er nicht verfehlen werde, das Befreiungswerk zu vollenden."

Neapel, 14. Febr. Der Fall Gaeta's ist ein Ereigniß, das wohl einen Rückblick lohnt. Ferdinand der Zweite hatte, auf die Erfahrungen bei der Belagerung von 1806 sich stützend, bei der Verstärkung Gaeta's sein Augenmerk hauptsächlich auf die Werke gerichtet, welche den Eingang in den Isthmus zu vertheidigen haben. Die Seite nach dem Mittelmeere h n vertheidigt sich von selbst gegen eine Landung durch ihre natürliche Beschaffenheit; nur gegen das Innere des Golfes hin waren Vertheidigungsmaßregeln nöthig; dazu wurden drei schöne Batterien errichtet, welche sich rechts und links an die Forts lehnen, die den Eingang in den Hafen schützen. Wie trefflich hier die Anlage war, beweist der geringe Erfolg, welchen die Operationen der sardinischen Flotte hatten. Eines jedoch hatte Ferdinand der Zweite nicht ins Auge fassen können: die Fortschritte, welche im Artilleriewesen gemacht wurden. Die Piemontesen hatten ihre Approchearbeiten nur gegen die fünf Linien, welche den Platz auf der Seite des Isthmus beschützen, richten können: auf den Orlando-Thurm, das besternte Fort, die Königin-Batterie, die Batterie von St. Andre und Fort Philippstadt, denen gegenüber sie ihre Batterien auf dem Augustiner-, Kapuziner-, Tortola- und Conca-Berge aufstellten. Schon am 22. Januar erwies sich die Königin-Batterie unhaltbar und wurde von den Neapolitanern aufgegeben. Am 2. Februar demasquirte die Marine-Artillerie eine Batterie in der Casa Arzana, welche ihr Feuer gegen die zwischen dem Anunziata-Fort und dem Hafen laufende Linie richtete. In der Nacht vom 3. und 4. kamen der Thätigkeit dieser Batterie noch zwei Schiffe zu Hülfe. Am 4. gegen Abend sprang ein kleines Munitionsmagazin der Batterie Santa-Maria in die Luft — der einzige Schaden, den das Feuer der piemontesischen Batterie und Flotte für diesmal anrichtete. Von Santa-Maria bis zur Bastion Antonio zieht sich eine lange Courtine, in welcher die Neapolitaner bedeutende Arbeiten ausführten und von wo aus der Flotte ungeheurer Schaden zugefügt werden konnte. Diese Arbeiten zu verhindern, wurde von den Piemontesen gegen diese Linien hin am 5. ein mörderisches Feuer eröffnet, auf welches der Platz nur sehr schwach antwortete, weil man sich dort mit Ausführung neuer Vertheidigungswerke und Beischaffung der nöthigen Munition beschäftigte. Gegen halb fünf Uhr Abends sprang wieder ein Magazin in die Luft, diesmal aber eine furchtbare Katastrophe nach sich ziehend. In der Courtine arbeiteten in dem Augenblick eine Kompagnie Pionniere und drei Kompagnien Jäger, insgesammt 600 Soldaten, die Kanoniere nicht mit einbegriffen. Verrath war hier nicht im Spiele. Augenzeugen verglichen aber diese Explosion mit der des Malakoff: die Wirkung war eine furchtbare, die Erde weithin aufgerissen, die Mannschaft unter Mauer- und Erdtrümmern bedeckt, und die ganze Nacht durch vernahm man unter dem Donner der Geschütze das Klagen und Jammern der Sterbenden und Verwundeten. Im Platze selbst war Verwirrung und Schrecken ungeheuer. Cialdini wollte den Augenblick zur Erzwingung einer sofortigen Uebergabe benützen und ließ an alle Batterien den Befehl ergehen, sofort das Bombardement zu eröffnen — und einen Augenblick darnach donnerten 170 Feuerschlünde. Die Neapolitaner waren im ersten Augenblick bestürzt und schwiegen, endlich antworteten sie, aber schwach, mit einem Schuß auf zehn; von einer Uebergabe keine Idee. Am 6. wieder den ganzen Tag sehr lebhaftes Feuer, namentlich auch gegen die eingestürzte Courtine, um hier jede Reparatur zu verhindern. Der Platz antwortete schwach, gegen 10 Uhr schwieg er ganz. Am Mittag verließ eine Schaluppe mit einer Parlamentärfahne den Hafen und sofort schwiegen auch die Belagerer. Ein neapolitanischer Stabsoffizier begab sich in das Hauptquartier Cialdini's und verlangte mit bewegter Stimme einen Waffenstillstand von 48 Stunden, um die Todten begraben und die Lebenden aus den Trümmern graben zu können. Cialdini willigte ein, sandte selbst Eis und Blutegel für die erste Hülfe und bot selbst an, einen Theil der Kranken zu übernehmen; 200 wurden auch am 9. nach Castellena übergeführt, wo ihnen ein Kavallerirquartier eingeräumt wurde; den andern Tag brachte man sie in das Militärspital nach Neapel. Am 9. Morgens wurde das Feuer wieder begonnen. Es war zwar noch von einem Parlamentär eine Verlängerung des Waffenstillstandes auf 14 Tage gefordert, während welcher über die Uebergabe unterhandelt werden sollte. Der General verweigerte dies, weil er damit die in den letzten Tagen errungenen Vortheile aufgeben würde, indeß solle von beiden Seiten eine Kommission zur Fortsetzung der Unterhandlungen gebildet werden. Am 9. Morgens eröffneten die Belagerer eine neue Batterie, ganz nahe an dem Hause, welches 1806 Massena bewohnt hatte. Der Platz erwiderte nur ganz schwach. Außer den Verlusten, welche die letzten Explosionen ihm beigebracht, wußte man, daß seine Hülfsmittel überhaupt nicht mehr den Anforderungen einer langen Vertheidigung entsprachen, ja noch mehr, die Erfolglosigkeit der Mühen der neapolitanischen Artillerie machte die Mannschaft selbst muthlos, wirkte im Verein mit den Eindrücken, welche die letzten Katastrophen gemacht, förmlich demoralisirend. Am 13. Morgens explodirte die Bastion Transylvania. Mittags wurden die Unterhandlungen wegen der Uebergabe wieder aufgenommen. Um fünf Uhr Abends erhielt der französische Dampfer „Mouette" die Weisung, sich nach Gaeta zu begeben und um 6 Uhr Abends war die Kapitulation unterzeichnet. Am 14. Morgens 8 Uhr zog die piemontesische Armee in Gaeta ein, während der König, die Königin und einige treue Diener unter den Salutschüssen der Hafenbatterien und des französischen Schiffes sich an Bord der „Mouette" begaben.

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 53.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 22. Februar 1861.

Deutscher Bund.

Rastatt, 18. Febr. Zur Vervollständigung der hiesigen Werke sollen im Laufe dieses Jahres fünf große Pulverthürme gebaut werden; die Kosten sind zu etwas mehr als 100,000 fl. veranschlagt. Ebenso werden auch diesen Sommer neue Minenbauarbeiten unternommen werden. (Schw. M.)

Bayern. Im Einlauf der Kammer der Abgeordneten befinden sich drei Anträge der Gemeindekollegien der Stadt Nürnberg, angeeignet von den Abgg. Brater und Völk. Der erste hat zum Gegenstand die Entscheidung streitiger Fälle in Taxsachen, die gegenwärtig den Finanzbehörden zusteht und nach dem Antrag an die Gerichte zu überweisen wäre; der zweite betrifft die Befreiung gerichtlicher Kuratelverhandlungen von der Tax- und Stempelpflicht; der dritte die authentische Erläuterung mehrerer Artikel des Taxregulativs (19, 20, 23, 24, 42), deren gegenwärtige Anwendung namentlich in Todesfällen unter der Herrschaft des Nürnberger Eherechts als unbillig und drückend bezeichnet wird. (Südd. Ztg.)

München, 20. Febr. Se. Maj. der König hat der von den Presbyterien der reformirten Gemeinden zu Nürnberg und Schwabach für den Pfarramts-Kandidaten Georg Friedr. Bossert aus Speyer ausgestellten Präsentation auf die dermalen kombinirten beiden reformirten Pfarrstellen in gedachten Städten die landesherrliche Bestätigung ertheilt; den zeitlich quieszirten Expeditor des Appellationsgerichts von Mittelfranken, Leonh. Seb. Link, nunmehr für immer in den Ruhestand versetzt; die Gerichtsdienerstelle bei dem k. Landgerichte Neumarkt in Oberbayern dem Gendarmeriebrigadier Karl Keim zu Oberviechtach verliehen. (N.M.Z.)

Baden. Freiburg, 17. Febr. Heute halte im hiesigen Kaufhaussaale die Versammlung statt, welche das Projekt der Errichtung einer Eisenbahn von Ulm über Donaueschingen, Freiburg, Kolmar nach Chaumont berathen sollte. Dieselbe erfreute sich einer sehr großen Theilnahme; die Zahl der Versammelten mochte etwa 400 betragen; die ganze Linie von Ulm bis Kolmar war durch Abgeordnete repräsentirt. Ueber Einzelheiten, ob z. B. die Bahn durch das Elzthal oder durch das Höllenthal geführt werden solle, ging man kurz hinweg, sich nur an das Allgemeine des Projektes haltend. Zuletzt beschloß die Versammlung, es sollen die verschiedenen Komites an ihre Regierungen, beziehungsweise Volksvertretungen, übereinstimmend die Bitte richten, daß in möglichst kurzer Zeit diese Regierungen die nöthigen Vorarbeiten anordnen, und daß die Faktoren der Gesetzgebung ihre Geneigtheit für Ausführung des Projektes aussprechen mögen. Was die von Chaumont nach Kolmar und an den Rhein zu erbauende Linie anbelangt, so ist eine Hauptbedingung für dieselbe natürlich die, daß Baden seinen Anschluß beschließe. (Schw. M.)

Anhalt. Aus Zerbst vom 17. Febr. wird der „Magdeburgischen Zeitung" geschrieben: „Die „Volks-Zeitung" vom 27. Jan. enthält einen Artikel aus Anhalt, in welchem unter anderm behauptet wird, die anhaltische Verfassung vom Jahre 1848 sey durch die Staatsregierung eigenmächtig beseitigt worden. Diese Behauptung bedarf einer Berichtigung. Die betreffende Verordnung, d. d. Dessau, den 21. Juli 1851, unterschrieben von den Ministern Goßler und Plötz, lautet: „Art. 1. Der vereinigte anhalt-dessau-köthensche Landtag, sowie der anhalt-dessauische und köthensche Sonderlandtag werden hiermit aufgelöst. Art. 2. Der §. 50 der Verfassung beider Herzogthümer wird hiermit suspendirt." — Der suspendirte §. 50 der Verfassung lautet wörtlich: „Im Fall der Auflösung eines Landtags muß die Anordnung neuer Wahlen binnen 24 Stunden nach der Auflösung erfolgen. Die Frist für die Berufung des neugewählten Landtags darf nicht über 40 Tage nach erfolgter Auflösung ausgedehnt werden. Nach vergeblichem Ablaufe dieser Frist tritt der neugewählte, oder, sofern die neuen Wahlen noch nicht stattgefunden haben, der zuletzt versammelt gewesene Landtag aus eigener Machtvollkommenheit zusammen." — Der provisorische Zustand, welcher durch besagte Verordnung vom 21. Juli 1851 in Anhalt-Dessau-Köthen auf verfassungswidrige Weise hingestellt worden ist, dauert nun zwar schon zehn Jahre und sechs Monate, er hat aber darum nicht aufgehört, ein provisorischer zu seyn."

Freie Städte. Frankfurt, 17. Febr. Das zu Ehren des Hrn. v. Bennigsen gestern Abend in Offenbach von Nationalvereinlern veranstaltete Festessen ist unbeanstandet vorübergegangen; es zählte etwa 150 Theilnehmer, darunter mehrere Gäste aus Darmstadt, Frankfurt ꝛc. An politischen Trinksprüchen war kein Mangel. (Schwäb. M.)

Oesterreich. Wien, 17. Febr. Also nicht mehr bloß Dalmatien, die Murinsel und die Militärgrenze, auch ein Stück Krain und ein Stück Istrien wird von den Kroaten (die von einer Einverleibung in Ungarn nichts wissen wollen) zur Arrondirung des neu zu errichtenden kroatischen dreieinigen Königreichs höflichst erbeten! Die Sache ist mindestens ebenso vermaledeit gescheit, wie — naiv. Irren wir nicht, so zählt Krain und zählt auch Istrien zu deutschem Bundesgebiet. Ob das die Staatsmänner in Agram wissen, ist allerdings eine andere Frage. An der Thatsache selbst aber ändert dies freilich nichts! Oder sind die Herren Königreich-Verfertiger in Agram vielleicht der Meinung, da ihnen von gewisser Seite das Spiel gegen Ungarn so leicht gemacht werden zu wollen scheint, auch Deutschland werde sich ein Vergnügen daraus machen, ihnen etliche Stücke deutschen Bundesgebietes auf dem Präsentirteller freundnachbarlichen Entgegenkommens darzubieten? (Köln. Z.)

Wien, 17. Febr. Nach einer heute publizirten Kundmachung des Finanzministerium ist des Agio wegen der Preis der ausländischen Cigarren namhaft erhöht worden. Aufrichtig gesagt, hat das Publikum heute ganz andere Publikationen erwartet. (K.Z.)

Die Repräsentation der Stadt Pesth wegen Abhaltung des Landtages in Pesth wurde neuerdings abschlägig beschieden, „weil die Bezeichnung des Ortes, wo der ungarische Landtag abgehalten werden soll, zu den Rechten der Krone gehört, und an diesen können die 1848er Gesetze, die am Landtage selbst zur Revision kommen, nichts ändern."

Pesth, 16. Febr. Das ungarische Blatt „Sürgöny" (Organ des Hofkanzlers Vay) bemerkt: „Die Steuerverweigerung, die gewichtigste der gegen die Komitate erhobenen Anklagen, war nur die behördliche Bestätigung einer Thatsache, welche auch ohne die Komitate, ja sogar ohne die Wendung vom 20. Oktober eingetreten wäre und von Tag zu Tag erwartet wurde." Aus diesen und anderen Thatsachen schließt das Blatt, daß Ungarn sehr krank sey. Hier werde eine lange radikale Kurmethode nothwendig seyn, deren Anfang der Landtag sey. Aeußere drastische Mittel würden keine Heilung, sondern nur tödtliche Convulsionen bewirken.

Frankreich.

Paris, 18. Febr. Bevor sich Franz II. zu Gaeta eingeschifft hatte, schrieb er am 13. Febr. an den Kaiser Napoleon einen Brief, der hier angekommen ist und in welchem er für erwiesene Dienste danken und das Anerbieten des Durchzugs durch Frankreich ablehnen soll. (D. Allg. Ztg.)

Paris, 18. Febr. Die Verhaftung des Hrn. Mirès, welcher, wie man sagt, in Folge zahlreicher, in seinen Büchern aufgefundener „Ungenauigkeiten" nach Mazas gebracht wurde, erregte — trotzdem daß sie seit mehreren Tagen erwartet worden war — große Bestürzung. Hier wird das Falliment des Hrn. Mirès zahllose Familien ins Unglück stürzen, welche ihr Vermögen theils in Aktien der Eisenbahnkasse, deren Direktor er war, (heute 178),

Frankfurt, 19. Febr. Unsere gestern gebrachte Nachricht, daß dem Gesundheitsapostel E. Mahner die Erlaubniß zu einer Mainfahrt auf einer Scholle Eis versagt worden, war gegründet; indessen ist ihm das beabsichtigte Schauspiel zu geben nachträglich gestattet worden, weil er sich hinsichtlich des Costüms den polizeilichen Anordnungen gefügt hat. Mahner wird als Rhenus mit einer römischen Toga bekleidet morgen Nachmittag um 2 Uhr seine Lustfahrt halten. (F. Postz.)

Paris, 18. Febr. Die Urheber des beträchtlichen Juwelen- und Golddiebstahls bei der russischen Gräfin Koreff in Paris, ein Kellner und ein Stubenmädchen, wurden in Brüssel von der Polizei verhaftet. (N. Fr. Z.)

Neueste Nachrichten.

Innsbruck, 19. Febr. Der israelitische Friedhof ist neuerdings arg verwüstet worden, man hat fast alle Denkmale umgestürzt, und die Marmorplatten zerschlagen. (Allg. Z.)

Kopenhagen, 19. Febr. In der heutigen Staatsrathssitzung wurde die Einberufung der holsteinischen Stände zum 6. März beschlossen. (Tel. d. Allg. Ztg.)

Aus **Brüssel** wird gemeldet: Auch hier wird an der Revolutionirung Ungarns thätig gearbeitet. General Vetter, einer der militärischen Größen der ungarischen Revolution von 1849, ist hier eifrig beschäftigt, Offiziere zu werben für den Dienst in einer ungarischen Legion, deren Elemente in der Walachei bereits gesammelt sind. In den Werbebriefen, die deßhalb besonders an gediente Offiziere, bei welchen man hier Geneigtheit zum Revolutionsdienste voraussetzt, in der Nähe und Ferne gerichtet werden, heißt es, daß der Bestand der Legion durch die walachische Regierung, die Zahlung der nöthigen Gelder aber von London aus (vom dortigen ungarischen Flüchtlingskomite) garantirt worden sey. Fürst Cusa nimmt das freilich in Abrede — wie auch Viktor Emanuel es stets in Abrede genommen hat, daß die Garibaldi'schen Freischärler durch ihn unterstützt worden seyen. (Es dürfte dem Fürsten Cusa mit dieser Ableugnung jetzt doch Ernst seyn, da er Rußland fürchtet, welches von einer Revolutionirung Ungarns wegen der möglichen Rückwirkung auf Polen durchaus nichts wissen will. D. Red.)

Paris, 18. Febr. Schon gestern gegen Mitternacht hieß es in den Salons, Herr Mirès sey um 10 Uhr Abends nach Mazas abgeführt worden, nachdem er den „Constitutionnel" und den „Pays" in die Hände des Fürsten Polignac gerettet hatte. Die Heiterkeit des Fürsten in einem Club ließ die Richtigkeit der Nachricht bezweifeln. Da Herr Mirès heute auf der Börse behufs der Widerlegung derselben de visu nicht erschien, wurde sie allgemein für wahr gehalten. Ich will es noch immer nicht glauben, doch bezweifle ich nicht den Ruin des Hrn. Mirès, der seit den Spanischen und Römischen fortwährend schlechte Geschäfte gemacht hat. (Allg. Z.)

Turin, 18. Febr. General Cialdini soll heute oder morgen hier eintreffen. Die Bevölkerung und das Parlament bereiten festliche Demonstrationen vor. Es wurde eine Sammlung veranstaltet, um ihm einen werthvollen Lorbeer- und Eichenkranz zu überreichen. (Tel. d. Ostd. Post.)

Neapel, 17. Febr. Von Kalabrien wurde ein Schiff mit Waffen und bourbonischen Soldaten an Bord avisirt, das in die Gewässer von Taranto fuhr. (Tel. d. Ostd. Post.)

Der „Moniteur" meldet, daß das **Bombardement** von **Gaeta** am 11. und 12. Februar so heftig gewesen sey, daß in einer Depesche darüber geäußert werde: „Es glich einem Orkane in den Tropen." Durch die Explosion der Pulvermagazine waren die gezogenen Kanonen unbrauchbar geworden; der Platz erwiderte das Feuer der Belagerer nunmehr nur noch mit gewöhnlichen Geschützen. Am 13. wurde, obschon die Verhandlungen im Gange waren, das Feuer mit gleicher Heftigkeit fortgesetzt; da flogen wiederum zwei Batterien des Platzes in die Luft, und nun erfolgte die Kapitulation.

In **Toskana** hat der katholische Klerus, um dem um sich greifenden Protestantismus einen Damm zu setzen, Missionspredigten angeordnet. In Florenz sind deren vier, von welchen besonders die in der Kirche St. Felicita, der früheren Hofkirche, zahlreiche Zuhörer anzieht. Aber fast bei jeder Predigt wurde die Polizei herbeigeführt, da der Prediger gar keine Rücksichten gegen die Protestanten beobachtete. (Allg. Z.)

Livorno, 19. Febr. Der Redakteur des „Contemporaneo" wurde von den Geschwornen zu 1000 Franken Geldstrafe und zwei Monaten Gefängniß verurtheilt, das Blatt selbst wegen seiner gegen die sardinische Regierung feindlichen Richtung unterdrückt. Die toskanischen Bischöfe haben ihre Diözesanen in den Fastenmandaten vor der schlechten Presse nachdrücklich gewarnt. Der frühere Gesandte in St. Petersburg, Senator Sauli, wird Generalgouverneur in Toskana. (Tel. d. Allg. Ztg.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	75 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$59\frac{3}{4}$ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$59\frac{5}{8}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	44 G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$38\frac{3}{8}$ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$87\frac{7}{8}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (G. b. R.)	102 G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102 G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	103 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	$100\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{4}$ G.
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$103\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{7}{8}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$95\frac{1}{4}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$93\frac{1}{4}$ P. $92\frac{3}{4}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$100\frac{3}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$98\frac{3}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	97 P.
„	3 pCt. Obl.	$90\frac{1}{2}$ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch.-P. à fl. 2. 30	$46\frac{1}{2}$ G.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt.	41 P. $40\frac{3}{4}$ G.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$97\frac{1}{2}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$109\frac{5}{8}$ P.	exD
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	594 P.	ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	133 G.	exD
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	180 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	67 P. 66 G.	
Internationale Bank in Luxemb. . .	$79\frac{1}{2}$ P.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	337 P.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$68\frac{3}{4}$ G.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	226 G.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$125\frac{1}{4}$ P.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$73\frac{1}{2}$ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	26 P. 25 G.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$130\frac{1}{4}$ P.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$97\frac{1}{4}$ G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{1}{2}$ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	235 G.	
Span. Handels- u. Industrie . . .	500 G.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	465 G.	
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$104\frac{1}{8}$ P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	$101\frac{1}{2}$ G.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{1}{2}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{3}{8}$ B.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$95\frac{3}{4}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$106\frac{1}{4}$ B.
London Lst. 10 k. S.	118 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	$92\frac{3}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{1}{4}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in ost. W. l. S.	$79\frac{1}{8}$—$\frac{1}{4}$ B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$46\frac{1}{4}$ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	57 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$127\frac{1}{2}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$56\frac{1}{4}$ P.	„ fl. 25 do.	—
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$90\frac{1}{8}$ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$33\frac{3}{4}$ G.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beill.	$116\frac{3}{8}$ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50 P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$36\frac{1}{2}$ P. 36 G.
Badische fl. 50	$89\frac{3}{4}$ P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{3}{4}$ P.
Badische fl. 35	$53\frac{1}{8}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{3}{8}$ P.

Frankfurt, 20. Februar. Oesterr. Fonds und Aktien waren etwas höher und die Haltung der Börse im Allgemeinen sehr fest. Die übrigen Fonds und Aktien bieten zu Bemerkungen keine Veranlassung dar. (Synd.)

Lamarmora hier an. Heute werden die Minister Cavour und Mamiani erwartet. Lamarmora machte Viktor Emanuel, welcher vor einigen Tagen von Turin herübergekommen war, in der königl. Loge im Theater der Scala seine Aufwartung und überreichte einen Brief, der ohne Zweifel von Preußens König als Gegenerwiderung der Höflichkeitsbezeugungen an Viktor Emanuel gerichtet war. Während der König noch las, überbrachte man ihm eine Depesche. Keine Muskel veränderte sich in seinem Gesichte, während er sie mit den Augen durchlief, und ebenso ruhig überreichte er dieselbe dem Sindyco Beretta. Dieser aber, überwältigt vor Freude, theilte einer nächsten Umgebung, der wachhabenden Garde, und Jedermann, der sich zu ihm drängte, die Freudenbotschaft mit: „Gaeta hat sich übergeben." Wie ein Lauffeuer lief das Wort von Mund zu Mund, und in wenigen Minuten war die Nachricht im ganzen Theater bekannt. Der stürmische Freudenruf: „Es lebe Viktor Emanuel, König von Italien!" durchdröhnte zu hundert Malen das Gewölbe. Hierauf überließ man sich der Freude mit ganzer Seele, und erst bei lichtem Tage ging der Maskenball seinem Ende entgegen. Noch war die Tanzmusik nicht verstummt, als das Glockengeläute von allen Kirchen und der Kanonendonner von den Basteien Jung und Alt früher als gewöhnlich auf die Straßen rief. An allen Straßenecken las man folgende Worte des Sindyco Beretta: „Bürger, Gaeta ist unser! Auf dem letzten Bollwerk bourbonischer Tyrannei weht die ruhmvolle Trikolore von Castelfidardo und von Ancona. Der großen Unternehmung unserer Freiwilligen prägte unser Heer und die italienische Flotte, jedes Ruhmes würdig, die Siegel des höchsten Ruhmes auf, die Eroberung von Gaeta verkündigt der Welt, daß nichts den vereinigten und einhelligen Kräften der Nation widersteht. Die klangvolle Stimme wird in Rom und Venedig widerhallen, und ein erleichternder Athemzug wird die Herzen jener Völker erweitern. Wir aber, in der Freude des heutigen Tages, zwischen dem Freudenfeuer und dem Gruße der vaterländischen Fahnen, in Gegenwart unseres Königs, erneuern den Schwur in dem einzigen Gedanken: Wir wollen ein einiges Italien! Es lebe Viktor Emanuel, König von Italien!"

Turin, 12. Febr. Heute war, begünstigt vom herrlichsten Wetter, der Schlußtag des Karnevals mit Coriandoliwerfen. Eine unabsehbare Menschenmenge wogte in den warmen sonnigen Straßen, um den Maskenkorso zu schauen. Tausende von Masken tummelten sich zu Wagen, zu Pferde und zu Fuß in der Poststraße, auf der Piazza San Carlo und Piazza Castello herum, sich und die Zuschauer mit einem Platzregen von Coriandoli überschüttend, so daß an vielen Stellen die Straßen buchstäblich wie überhagelt erschienen. Wir sahen einen Engländer, der auf dem Balkon des Hotels, wo er wohnte, einen Maltersack voll dieses Geschützes aufgepflanzt hatte und dasselbe schaufelvollweise mit kundigem Schwunge auf die Spaziergänger herunterhageln ließ, daß es auf den Cylinderhüten der Herren hochaufsprang und weithin klapperte. Aber die Rache der Turiner blieb nicht aus: zwei Harlekins hatten sich ein Zimmer geben lassen, welches gerade oberhalb der Wohnung des ungeschlachten Sohns aus Albion gelegen war, und bombardirten nun denselben mit ganzen Sackladungen von oben herab, daß er in kurzer Zeit kapituliren mußte. (Schwäb. M.)

Aus Turin, 13. Febr., meldet die „Triest. Ztg.": „Lärmender, als der Karneval, werden die Feste werden, welche nächste Woche zur Feier der Parlaments-Eröffnung stattfinden sollen. Man sieht einem Zusammenströmen von Menschen entgegen, wie es Turin noch nicht gesehen hat. Aus allen Theilen Italiens nicht nur, sondern aus Frankreich, der Schweiz, Belgien und England u. a. sind Hunderte von Familien angesagt. Die Quästur trifft außerordentliche Maßregeln, um allen Anforderungen zu entsprechen. Die Polizei erlaubt vom 16. an, daß alle Gasthäuser, Wirthshäuser, Restaurants, Kaffees und Bierhäuser die ganze Nacht über geöffnet sind und daß die Kaffeewirthe Speisen und Wein verkaufen können."

Turin, 14. Febr. Nach einer heute hier eingegangenen Depesche aus Rom ist die schnelle Uebergabe von Gaeta hauptsächlich dem Druck beizumessen, welchen L. Napoleon auf den König Franz ausgeübt hat. Kurz vorher war nämlich ein Schreiben des Kaisers in Gaeta angelangt, worin dem König der dringende Rath ertheilt war, die Vertheidigung aufzugeben, mit dem Bemerken, daß darum seine Sache noch keineswegs verloren sey. Dabei wurde nicht undeutlich darauf hingewiesen, daß die französische Regierung derselben, wenn der Rath befolgt würde, ihren Schutz angedeihen lassen werde. Der Mangel an Munition mag allerdings auch dazu beigetragen haben, den König in seinem Entschluß zu bestärken. Die Bresche, welche durch die Explosion eines Pulvervorrathes entstand, hätte die Uebergabe nicht herbeigeführt, da sie auf der Seeseite lag, wo sie bei der Beschaffenheit des Felsens nicht praktikabel war. Bemerkenswerth ist es, daß Louis Napoleon gleichzeitig mit dem erwähnten Briefe auch einen Adjutanten an Cialdini geschickt hatte, welcher diesem wahrscheinlich gute Rathschläge brachte; wie er den Inhalt des Briefes wirksam zu unterstützen habe. Gewiß ist, daß man hier die Nachricht von der Uebergabe der Festung so wenig erwartet hatte, daß man ihr zuerst keinen Glauben schenkte, sondern sie für eine der gewöhnlichen Zeitungs- und Telegraphenlügen hielt, mit denen wir seit einiger Zeit so reichlich bedacht worden waren. Noch erwähne ich, daß die hiesigen Konservativen behaupten, es sey unter der Besatzung Verrath im Spiele gewesen, indem es den Piemontesen gelungen, einzelne Offiziere auf ihre Seite zu bringen, welche entmuthigend auf die Mannschaft eingewirkt hätten. Ich lasse diese Behauptung dahin gestellt seyn und bemerke nur, daß früher allerdings mehrfache Bestechungsversuche gemacht worden sind, von denen einzelne auch nicht ganz ohne Erfolg blieben. (Fr. Postz.)

General Chiabrera, der Oberbefehlshaber der Piemontesen in Sizilien, hat dem Marschall Fergola am 14. Febr. Abschrift der Kapitulation von Gaeta mit der Aufforderung überschickt, die Citadelle von Messina zu übergeben, deren Kommandant er ist, und deren Uebergabe den freien Abzug der Hälfte der in Gaeta kriegsgefangen gehaltenen Besatzung im Gefolge haben sollte. Marschall Fergola hat sofort erwidert, er werde die Citadelle nur auf Befehl des Königs Franz II. übergeben; diesem allein erkenne er das Recht zu, ihm die Uebergabe einer Festung zu befehlen, so lange er noch die Mittel habe, dieselbe zu vertheidigen. (Frkf. Postztg.)

Rußland und Polen.

Eine uns mitgetheilte Privat-Korrespondenz berichtet Folgendes: „Im Warschauer adeligen Institute äußerte sich die Jugend der zwei höchsten Klassen gegen die Kameradschaft der Söhne zweier der bekanntesten russischen Spione. Da man ihrem Wunsche nicht nachkommen wollte, so verließ sie das Institut und kehrte nicht eher in dasselbe zurück, als bis die obigen Zwei ihre Söhne freiwillig vom Institute entfernten." Ein anderer Vorfall ereignete sich in einer von der Regierung unterhaltenen Mädchen-Pension, wo die Zöglinge beim Besuche der Vorsteherin eines anderen Institutes, der bekanntlich russisch-gesinnten Mad. Grotten, mit dem Schulrath Poplonski sich nicht erhoben und auf ihre Anrede nicht antworteten. Auf das Anfragen des genannten Schulrathes, was dies bedeuten solle, erwiderten sie einstimmig, daß sie als Polinnen einer Moskowiterin keine Ehrenbezeigungen schuldig wären. Der Schulrath versprach, ihnen durch Ruthenstreiche andere Gesinnungen beizubringen. (Köln. Ztg.)

Australien.

Port Adelaide, 22. Dezember. In der „Goldkolonie" Viktoria ist die Goldproduktion nach amtlichen Ausweisen von jährlich 12 Mill. Pfd. Sterl. im Jahr 1859 auf 9 Millionen gesunken, obgleich 139,000 Goldgräber und mehr denn 8000 Maschinen dabei thätig waren, so daß nur 65 Pfd. Sterl. auf den Mann kommen; im Jahre 1860 ist die Ausbeute noch weit geringer. Die Einkünfte der Kolonie haben abgenommen, die Einwanderung stockt, die Einfuhr ist bedeutend größer als die Ausfuhr, die Insolvenzen mehren sich, die Arbeitslöhne sinken. Durch diese Uebergangsperiode leidet vor Allen, da ihr der Landerwerb erschwert ist, die arbeitende Klasse, wozu in Australien die meisten Deutschen gehören, und das Elend unter derselben ist sehr groß. Trotzdem sind von der Regierung 100,000 Pfd. Sterl. für Beförderung der freien Einwanderung bestimmt worden. Da dieser Umstand von den Auswanderungsagenten sicherlich gehörig ausgebeutet werden wird, so will ich nicht unterlassen, meine Landsleute darauf aufmerksam zu machen, daß kein Zeitpunkt zur Auswanderung nach der „Goldkolonie" so ungünstig ist, als der gegenwärtige; nur Weinbauer und Seidenzüchter mit einigem Kapital haben Aussicht auf gutes Fortkommen. — Am Spencergolf in Südaustralien sind abermals reiche Kupferlager entdeckt worden, welche jenen bei Wallaroo nicht nachstehen. (Fr. Pstz.)

Nichtpolitische Zeitung.

Straubing, 16. Febr. Bei anhaltendem Thauwetter hat sich vergangene Nacht der Eisstoß, ohne den geringsten Schaden zu verursachen, entfernt, so daß die Donau auf ihrem ganzen Laufe vom Eise befreit seyn und eine baldige Wiedereröffnung der Schifffahrt erwartet werden dürfte, wodurch ein regeres Leben in den Getraidehandel kommen wird.

Industrie-Unterstützungsfond betrug 1854/55 716,787 fl. und 1858/59 noch 712,186 fl., ein Resultat, welches bei der Bestimmung des Fonds nach der Ansicht des Referenten ein befriedigendes genannt werden muß, denn seit der Gründung dieses mit einer Million ausgestatteten Fonds wurden circa 385,000 fl. auf unrefundirliche Unterstützungen verausgabt, die nicht mehr in Rechnung erschienen.

Wie verlautet, wird der zweiten Kammer demnächst von sämmtlichen Forstwarten Mittelfrankens und Oberfrankens eine Adresse vorgelegt werden, worin die Verhältnisse dieser Klasse von Staatsdienern genau erörtert und damit die Bitte um Beantragung und Befürwortung einer Gehaltsaufbesserung bei der kgl. Staatsregierung verbunden werden wird.

München, 15. Februar. Den Modifikationen, welche Herr Reichsrath Bischof v. Dinkel von Augsburg zu dem Polizeistrafgesetzbuch eingereicht hat, ist der Herr Reichsrath Erzbischof von München beigetreten, und bezwecken dieselben eine präzisere Fassung des Art. 100, das Konkubinat betr., Wiederaufnahme des von beiden Ausschüssen abgelehnten Art. 106, Verbot nächtlicher Zusammenkünfte betr., Erweiterung des Art. 107, bezüglich des verbotenen Besuchs der Wirthshäuser, dann soll der Art. 144, Störung der Sonntagsfeier betr., eine Fassung erhalten, welche es unzweifelhaft lasse, daß dieselbe nicht bloß auf paritätische Orte, sondern auf alle Orte Anwendung zu finden habe. — Von den Reichsräthen Fürsten Oettingen und Grafen v. Brsch sind einige Modifikationen zum Strafgesetzbuch eingereicht worden. Dieselben wollen namentlich die Wiederaufnahme der von den Ausschüssen abgelehnten Bestimmung in Art. 109, daß Theilnehmer an einer Verschwörung, wenn sie der Obrigkeit Anzeige erstatten, straflos seyn sollen; ebenso Wiederaufnahme der von beiden Ausschüssen abgelehnten Bestimmung des Art. 119, nach welcher derjenige strafbar seyn solle, welcher öffentlich oder durch ein Preßerzeugniß gegen einzelne Theile der Bevölkerung oder einzelne Stände und Klassen Verachtung oder Haß zu erregen sucht, — dann sollen im Art. 128 unter den Personen, gegen welche eine Amtsehrenbeleidigung begangen werden kann, auch die Vorsteher der Landgemeinden aufgezählt werden. (A. Abdz.)

Eine Zusammenstellung der Einnahmen während des 15jährigen Betriebs der bayerischen Staatseisenbahnen ergibt folgendes interessante Resultat: Im Jahre 1844/45 betrugen dieselben 515,776 fl.; 1845/46 688,014 fl.; 1846/47 828,753 fl.; 1847/48 915,091 fl.; 1848/49 1,154,155 fl.; 1849/50 2,108,710 fl.; 1850/51 2,532,642 fl.; 1851/52 2,996,662 fl.; 1852/53 3,471,958 fl.; 1853/54 4,540,109 fl.; 1854/55 5,856,883 fl.; 1855/56 6,756,405 fl.; 1856/57 7,708,635 fl.; 1857/58 8,050,082 fl.; 1858/59 9,673,725 fl. Hiebei kommt noch zu bemerken, daß, während im Jahre 1844/45 die Zahl der Bahnstunden 44 betrug, selbe am Schluß 1858/59 auf 287 Stunden gestiegen ist. (B. L.)

* **Preußen.** Der König hat, wie es heißt, der Deputation, die ihm die Antwort-Adresse des Abgeordnetenhauses überreichte, zu verstehen gegeben, es wäre ihm lieb, wenn künftig dieselbe in geheimer Sitzung berathen werde. Das geschieht sonst nirgends; dadurch würde diese Berathung ihre eigentliche Bedeutung, die eben darin besteht, der Volksvertretung und den verschiedenen im Volke bestehenden Parteien Gelegenheit zu geben, einmal bei jedem Zusammentritt des Landtags die Gesammtlage des Staates nach innen und außen in öffentlichem, lebendigem Austausch und Kampf der Meinungen nach allen Richtungen hin zu diskutiren, größtentheils einbüßen. Es mag freilich Manches in der Debatte den König nicht eben angenehm berührt haben, aber neben dem großen Nutzen der Oeffentlichkeit darf man einen solchen Mißstand schon in den Kauf nehmen.

Der „Czas" veröffentlicht den Bericht des Erzbischofs von Posen und Gnesen an den Minister v. Bethmann in der Sprachangelegenheit. Der Erzbischof setzt darin die Nothwendigkeit des Gebrauches der polnischen Sprache in den öffentlichen Angelegenheiten des Weiteren auseinander und schließt mit der Bitte: „der Minister möge dahin wirken, daß sowohl den geistlichen wie den weltlichen Behörden der Gebrauch der polnischen Sprache in allen amtlichen Angelegenheiten gestattet werde."

Hannover. Hannover, 18. Febr. Oberforstmeister v. Düring zeigt heute den Eingang von einigen Hundert Thalern für den „Helden von Gaeta" an, in Folge einer ähnlichen Aufforderung, wie in Dresden. (Frankf. Journ.)

§ **Oesterreich.** Wien, 18. Febr. (Privat-Korrespond.) Es ist in letzter Zeit viel von dem Finanzplan des Hrn. Boscarolli die Rede gewesen, der, wie man wissen wollte, die Aufmerksamkeit des Finanzministers derart auf sich gezogen habe, daß Hr. v. Plener den Urheber desselben behufs näherer Auseinandersetzung zu sich berufen hätte. Dieser Finanzplan ist nun in einer Broschüre erschienen, und es ist somit Jedermann Gelegenheit geboten, denselben zu prüfen. Diese Prüfung fällt jedoch keineswegs zu Gunsten desselben aus; im Gegentheile drängt sich Jedem die Ueberzeugung auf, daß durch denselben nur das „schätzbare Material" vermehrt worden ist, an dem wir ohnehin keinen Mangel haben. Beispielsweise sey erwähnt, daß Hr. Boscarolli die Schuld des Staates an die Bank mittelst eines Zwangsanlehens von 300 Millionen Gulden decken will, „welches nach einem gewissen Steuerfuß repartirt und zu etwa einem Siebentheil in Silber oder neuen Noten aufgebracht werden soll." Nun ist es aber Jedermann klar, daß ein solcher Vorschlag unter den gegenwärtigen Verhältnissen undurchführbar ist. Hrn. Boscarolli scheint bei seinem Plane die im Jahre 1854 ausgegebene Nationalanleihe vorgeschwebt zu haben, die, wie man sagt, auch von ihm projektirt worden seyn soll. Seitdem haben sich aber die Verhältnisse bedeutend geändert, und was im Jahre 1854 möglich war, ist jetzt geradezu unausführbar. Oder glaubt Hr. Boscarolli wirklich, daß der verstärkte Reichsrath einberufen und das Diplom vom 20. Oktober erschienen wäre, wenn sich heut zu Tage eine Zwangsanleihe im Betrage von 300 Millionen ebenso leicht durchführen ließe, wie im Jahre 1854? Dieser Umstand wird Herrn von Plener nicht entgangen seyn, und darum glauben wir auch nicht, daß er den Finanzplan des Herrn Boscarolli besonders protegiren wird. —

Aus Wien, 16. Februar, schreibt man der „Allg. Zeitung": „Der Vorgang in Fiume hat viel Schrecken, aber bei manchen Leuten auch einige Befriedigung hervorgerufen. Wir vernehmen aus guter Quelle, daß in Regierungskreisen gar nicht daran gedacht wird(?), die Ungarn auf die altbeliebte Weise „zur Raison" zu bringen. Man hofft auf die Ernüchterungen oder die Erfahrungen, welche die Zeit nothwendig mit sich bringt, man wird den Extremen Zeit lassen, sich abzunützen und zu verrennen, und vertraut der Kraft der vorhandenen gemäßigten Elemente, die endlich doch die Oberhand behalten würden."

Pesth, 8. Febr. Wenn man die unruhigen Bewegungen hier in der Hauptstadt des Landes sieht, so kann man bange Besorgnisse für die Zukunft kaum unterdrücken. Geschäfte führten mich aufs Land, und ich hoffte, dort weniger Aufregung zu finden. Aber ich hatte mich getäuscht, denn es war da schlimmer als in Pesth. Ich wohnte einigen Komitatsversammlungen bei, auf denen es toller herging, als bei den aufgeregtesten Versammlungen in Nordamerika. Wer sich noch der Kongregationen aus der Zeit vor 1848 erinnert und nun hört, daß die gegenwärtigen noch weit leidenschaftlicher sind, der wird sich einen Begriff machen, wie es jetzt zugeht. Man geht in seinen Forderungen von Tag zu Tag weiter, und wehe dem, der zur Mäßigung rathen will. Er wird sogleich verdächtigt und als Nemeti (Deutsch) bezeichnet, womit gleichsam der Bann über ihn ausgesprochen ist. Die anderen Nationalitäten werden von den Magyaren tyrannisirt, lassen sich das aber wenig zu Herzen gehen, weil sie gleiche Tendenzen mit ihnen — nämlich vollständige Wiedererlangung der alten Privilegien — haben. Darin liegt der Kern der Einigkeit für Alle, und weil die Magyaren die Vorkämpfer sind, so fügt man sich nach ihnen. Die besonnene und gemäßigte Partei hat viele Klugheit nöthig, um das Heft in Händen zu behalten, denn sehr leicht lenkt sich der Verdacht der Exaltirten auf sie, und dann ist ihr Einfluß verloren. (Schw. M.)

Frankreich.

Paris, 17. Febr. Es ist vielleicht nicht uninteressant, zu wissen, was Herrn de Lagueronniere das Amt, welches „er unter der hohen Verantwortlichkeit des hohen Ministerium des Innern bekleidet", jährlich einbringt. Herr de Lagueronniere erhält als Staatsrath 35,000 Frs., als Generaldirektor der Presse 45,000 Frs., für seine Artikel im „Constitutionnel" mit der Unterschrift Boniface 20,000 Frs., an ordentlichen und außerordentlichen Gratifikationen 15,000 Frs. Summa: 115,000 Frs.

Paris, 18. Febr. Der „Gazette du midi" zufolge scheint die Regierung fest entschlossen zu seyn, die Expedition gegen Cochinchina jetzt rasch zu Ende zu führen. Der Plan, gerade auf die Hauptstadt loszurücken und sich derselben vermittelst eines Handstreichs zu bemächtigen, hat die meisten Stimmen für sich.

Italien.

Aus Mailand, 14. Febr., schreibt man dem „Schwäb. Merkur": „Gestern kamen hier der Minister Farini und General

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 52. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 58. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 21. Februar 1861.

Parteien in Italien.

Die „Preuß. Ztg." schreibt: „Die italienischen Wahlen sind für das Turiner Kabinet außerordentlich günstig ausgefallen. Man rechnet, daß die Opposition, alle Nuancen derselben zusammen betrachtet, höchstens auf 50 bis 60 Stimmen zählen könne. Der Wahlkampf galt wesentlich den Radikalen, den kühner vorwärts drängenden Parteien des Landes, innerhalb deren das republikanische Element übrigens nur eine unbedeutende Rolle gespielt hat. Hinsichtlich derjenigen Fragen, deren Entscheidung für das Ausland von Bedeutung ist, herrscht zwischen ihnen und den Ministeriellen kein prinzipieller Unterschied: die Nothwendigkeit einer Losreißung Venedigs von Oesterreich kann von den Radikalen unmöglich mit größerem Eifer verfochten werden, als es von der „Opinione", dem Organe der ministeriellen Partei, geschieht. Aber über die Zeit und Art der Ausführung dieses Planes hegen die beiden Parteien allerdings verschiedene Ansichten. Die Aktionspartei will den Kampf sofort, im nächsten Frühjahr, beginnen; eine gemäßigtere Nuance fordert in ihrem Programm den Beginn des Kampfes nur, „so bald als möglich", und nähert sich dadurch der ministeriellen Partei, welche für die Entscheidung dieser Frage die politische Opportunität als maßgebend betrachtet sehen will. Der Sieg der letzteren Partei gewährt also eine Bürgschaft gegen sofortige tollkühne Entschlüsse, während er die Aufrechthaltung des Friedens, auch nur für das laufende Jahr, durchaus noch nicht sicher stellt. Den gegenwärtigen Moment hält die ministerielle Partei zu einem Angriff auf Venedig nicht für geeignet; die Fortdauer des Friedens wird also davon abhängen, ob Ereignisse eintreten, welche in dieser Auffassung der Situation einen Umschwung hervorzubringen im Stande sind. — Zwei Momente werden hier von entscheidendem Einfluß seyn: erstens die Widerstandsfähigkeit Oesterreichs, welche von der Lösung der inneren Wirren des Kaiserstaats abhängt; und zweitens die Haltung der andern Kabinete und Völker Europas, aus welcher Italien entnehmen wird, ob es bei einem Friedensbruch auf die Sympathien oder auf die Mißbilligung der anderen Staaten zu zählen hat. Auch in Bezug auf die Art des Vorgehens unterscheidet sich die im Wahlkampf geschlagene Partei von der siegreichen. Es herrscht in jener eine eifersüchtigere Fürsorge für die wirkliche Unabhängigkeit des Reiches und, wenn nicht Mißtrauen, so doch eine gewisse Kälte gegen Frankreich. Diese Gesinnungen haben sich durch mancherlei Thatsachen dokumentirt. Die Radikalen wollten die Namen der 229 Deputirten, welche für die Abtretung Nizza's und Savoyens gestimmt haben, von der Kandidatenliste ausgeschlossen sehen. In einigen Programmen wurde betont, daß die Nation die Befreiung Roms und Venedigs mit eigenen Kräften zu unternehmen habe; andere verlangten in dem Auftreten gegen Italiens Verbündete „Würde", damit das Verhältniß „nicht in Vormundschaft ausarte". Ueber diese Seite des Wahlkampfes verbreitet die „Opinione" einiges Licht. „Frankreich", sagt die „Opinione", „kann den Italienern (in ihrer Mehrheit) das Zeugniß ausstellen, daß ihr Glaube an Napoleon III. nie eine Schwächung erlitten hat, und daß die Gegner der französischen Politik viel zu schwach sind, als daß ihre Stimme irgendwo ein Echo finden könnte." Ueberall sey die Ueberzeugung von dem Werth der französischen Allianz und von der Nothwendigkeit der Aufrechterhaltung derselben verbreitet. „Diese Ueberzeugung ist in Italien so tief", bemerkt die „Opinione", „daß wir aus den Wahlen alle diejenigen Kandidaten siegreich hervorgehen sahen, welche sich am Offensten als Anhänger der französischen Allianz und ihrer Aufrechterhaltung proklamirten. Diejenigen, welche die 229 Deputirten proskribirt haben, sind selbst beseitigt worden; die Italiener haben durch diese feierliche Demonstration den Beweis liefern wollen, wie entschieden sie die unheilvollen Doktrinen derjenigen verwerfen; welche Mißhelligkeiten mit Frankreich hervorzurufen, die guten Beziehungen zu ihm zu trüben und die großen Dienste in Vergessenheit zu bringen suchen, die dasselbe der nationalen Sache geleistet hat." Diejenigen, die es für eine leichte Aufgabe halten, Sardinien in andere Allianzverhältnisse hineinzuziehen, werden in diesen Aufschlüssen des ministeriellen Blattes Stoff zu reiflicherer Ueberlegung finden."

Deutscher Bund.

Die in den französischen diplomatischen Aktenstücken veröffentlichten preußischen Depeschen sind von der größten Bedeutung für die preußische Politik. Der Erlaß des Hrn. v. Schleinitz vom 31. Oktober bespricht das einige Zeit vor der Warschauer Konferenz nach Petersburg gesandte französische Memorandum vom 25. September. In Bezug auf den wichtigsten ersten Punkt, daß bei einem Angriff Piemonts gegen Oesterreich Frankreich nicht interveniren werde, so lange die deutschen Staaten sich ebenfalls jeder Einmischung enthielten (wobei Frankreich noch seine besondere Stellung zur Lombardei im zweiten Punkt reservirt) — in Bezug auf diesen zweiten Punkt erklärt der preußische Minister des Auswärtigen, „die Haltung der Nichteinmischung der deutschen Mächte, welche Frankreich als Bedingung der gleichen Verpflichtung aufstelle, könne nach der Ansicht des Hrn. v. Schleinitz keinen ernstlichen Einwurf hervorrufen, so lange die bezeichnete Haltung Deutschlands für dasselbe nicht das Aufgeben der Vorsichtsmaßregeln bedeuten solle, welche, indem sie jede aktive Theilnahme an dem Kriege ausschlössen (à l'exclusion de toute participation active à la guerre), im Interesse der Sicherheit des Bundesgebietes, dessen Unverletzbarkeit von allen Seiten anerkannt sey, für nöthig erachtet werden könnten." So die preußische Depesche vom 31. Oktober. Die Darlegung derselben entspricht dem Teplitzer Programme der preußischen Regierung. Zu bemerken ist noch über diesen Punkt, daß Thouvenel in einer nach Petersburg gesandten Depesche vom 3. Dezember den Vorbehalt des Herrn v. Schleinitz, daß Deutschland zur Sicherung des Bundesgebietes Vorkehrungen werde treffen müssen, anerkennt und sich damit einverstanden erklärt. (Also, wie wir längst sagten, Preußen wird nichts thun, so lang Sardinien seinen Angriff auf Venetien beschränkt.)

Bayern. Aus einem Vortrag des Abg. Schlör über verschiedene Posten des Staatshaushalts in den Jahren 1855/59 ist zu entnehmen, daß der Gesammtbesitz des Staats an einzelnen Grundstücken und Rechten in 34,213 Tagwerk in einem Gesammtwerthe von 14,324,130 fl. besteht. Der Werth jener Realitäten betrug im Jahre 1853/54 im Ganzen 12,344,697 fl., so daß im Verlaufe von 6 Jahren trotz der namhaften Veräußerungen, welche inzwischen eingetreten sind, eine Werthvermehrung von nahezu 2 Millionen eingetreten wäre. — Der Getreidereservemagazinsfond hatte Ende 1854/55 einen Aktivstand von 1,575,492 fl., darunter 14,625 Schäffel Korn und 1777 Sch. Fesen; Ende 1858/59 betrug derselbe 1,770,377 fl., darunter 13,237 Sch. Korn und 1064 Sch. Fesen. — Der allgemeine Unterstützungsfond für Staatsdiener und ihre Relikten hatte Ende 1854/55 einen Aktivstand von 936,146 fl. und ist bis Ende 1858/59 auf 1,130,138 fl. gestiegen. Dieser äußerst wohlthätige Fond, im Jahre 1828/29 mit einem Gesammtaktivstand von nur 39,652 fl. nachgewiesen, hat den Gesammtbetrag der aus ihm geleisteten Unterstützungen 1858/59 auf eine Höhe von 39,149 fl. gebracht und dennoch sein Grundkapital auf die obige Summe erhöht. — Der allgemeine Stipendienfond hatte Ende 1854/55 einen Aktivstand von 183,514 fl. und Ende 1858/59 209,077 fl., also eine Zunahme von mehr als 25,000 fl., während die gewährten Unterstützungen ebenfalls zugenommen haben. — Der

Personen theils heraus in das Freie geschleudert, theils unter den Trümmern begraben. Drei derselben (der Brennereiverwalter, der Heizer und ein Taglöhner) blieben todt, zwei (ein Verwalter und ein Brenner) wurden bedeutend verwundet, die übrigen Zehn kamen mit leichten Quetschungen davon. Außer dem in einen wüsten Trümmerhaufen verwandelten Gebäude sind die darin aufgestellte Dampfmaschine, die Brennerei und Mühle gänzlich vernichtet und der Schaden ein höchst beträchtlicher. — Der verunglückte Heizer hinterläßt eine Frau mit fünf unmündigen Kindern.

Frankfurt, 18. Febr. Ernst Mahner, der bekannte „Urgesundheitsapostel", hat unserer Stadt wahrscheinlich als Nachtrag zum Karneval ein Schauspiel bieten wollen; indessen ist ihm die Erlaubniß hierzu von dem Polizeiamte versagt worden. Das Programm zu der beabsichtigten Mainfahrt war sehr anziehend und gewiß hätten sich eine große Anzahl Neugieriger an dem Mainquai eingefunden, wenn der bärtige Apostel der Urgesundheit, als Flußgott verkleidet, auf einer Scholle Eis den Main herabgefahren wäre. Herr Mahner wollte hiebei auch auf das Wohl der Stadt einen mächtigen Pokal Weines leeren, aber alle diese Schmeicheleien halfen nichts, weil man das vorgelegte Kostüm des Vater Moenus zu dürftig fand. (Fr. Postz.)

Die belgische Staatseisenbahn hat jetzt eigene Waggons zur Beförderung von Kranken bauen lassen. Diese Waggons enthalten, außer den Plätzen für die Begleiter der Kranken, ein vollständig ausgestattetes Schlafzimmer.

Neueste Nachrichten.

München, 18. Febr. Wie man hier in gutunterrichteten Kreisen erzählt, wäre Regierungsrath Schrott seiner Funktion als Stadtkommissär von Nürnberg in Folge eines dort stattgefundenen Fastnachtszuges (wobei Einrichtungen der katholischen Kirche verhöhnt worden seyn sollen) bereits enthoben worden. (Der „Volksbote" hatte ihm den Vorwurf gemacht, daß er dagegen nicht eingeschritten sey.)

Aus Wien, 16. Febr., schreibt man der „N. Preuß. Ztg.": Briefe aus Ungarn melden, daß die dortigen Mittelklassen, vorzüglich aber die Handels-, Geschäfts- und Gewerbestände des ewigen politischen Getreibes herzlich müde sind und sich sehr nach Ruhe, Ordnung und ungestörtem Betriebe ihrer Geschäfte sehnen. Allerdings gibt es auch dort in großer Anzahl müßige Leute, deren einziges Geschäft politische Wühlerei ist, welches sie nicht anders als durch Schreien, Toben und halsstarriges, widersetzliches Benehmen zu betreiben wissen. Es ist dabei nur zu bedauern, daß sich mitunter auch achtbare Persönlichkeiten durch diese Lärmmacher von Profession einschüchtern und zu nicht zu billigenden Schritten hinreißen lassen.

Wien, 17. Febr. Die Kaiserin gedenkt noch zwei Monate in Madeira zu verweilen und Anfangs Mai wieder hier einzutreffen. Zur Rückfahrt wird sich die Kaiserin wieder der Yacht der Königin von England bedienen. Die Landung soll in Triest erfolgen.

Ueber die Gründe der Verhängung des Belagerungszustandes in Fiume theilt der „Pesti Naplo" Folgendes mit: „Der schon angeordnete Unterricht in der kroatischen Sprache in den Schulen hat die Bevölkerung Fiume's sehr erbittert. Ferner haben die von der kroatischen Banal-Konferenz hinsichtlich Fiume's gefaßten Beschlüsse sehr verletzt; Fiume betrachtet sich als ein selbständiges, zur ungarischen Krone gehöriges Gebiet und erkennt den im Jahre 1849 willkürlich geschaffenen Zustand nicht als gesetzlich an. Erhöht wurde diese gereizte Stimmung noch durch die Ernennung des unpopulären Ritters v. Smaic zum Obergespan. (NB. Diese Nachrichten fließen aus ungarischen Quellen.)

Aus Venedig schreibt man der „Allg. Ztg.": „Vor einiger Zeit sind mehrere Chioggioten, die bei Garibaldi dienten, zurückgekommen, und haben ihren früheren Beschäftigungen nachgelebt. Diese sind nun alle seit ein paar Tagen wieder spurlos verschwunden. Wie man jetzt genau weiß, haben sie von Genua Befehl erhalten, sogleich dahin abzugehen. Es scheinen also doch die Herren drüben keine gar so friedlichen Absichten zu hegen, als sie die Welt glauben zu machen sich bemühen." (Auch schweizerische Blätter melden, daß die in der Schweiz befindlichen Garibaldianer sich nach Genua verfügt haben.)

Turin, 15. Febr. Seit zwei Tagen weilt General Klapka unter uns. Diesen Mittag gegen 11½ Uhr fing im Laboratorium des Arsenals ein Kessel mit brennbaren Stoffen Feuer, das sich schnell den an jenem Vormittag zubereiteten Provisionen mittheilte. Es erfolgte eine furchtbare Explosion, 14 bis 15 Arbeiter wurden zum Theil bedeutend verwundet; ein Artillerielieutenant und zwei Unteroffiziere wurden am übelsten zugerichtet. (A. Z.)

Neapel, 17. Febr. General Bosco wurde zum Hofmarschall Franz' II. ernannt. (Tel. d. Allg. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.
18

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	75 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	60¼ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	50½ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	43¾ P.
„	4½ pCt.	38 P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	87⅞ P. ½ G
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102 G.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	102 G.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102⅝ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	100¼ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	99⅞ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95¼ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103¾ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94¼ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	102⅞ P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	95¼ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	102½ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98¼ P. 92¾ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	100⅞ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	98⅜ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	97⅛ G.
„	3 pCt. Obl.	90½ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	46½ G.
„	1¾ pCt. „ „ „	41 P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	97⅜ P. ⅛ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	109⅜ G.	ex D.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	585 G.	ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	131½ G.	ex D.
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	180 G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	67 P.	
Internationale Bank in Luxemb. . .	80 P.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	337 P.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	69¼ P.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	228 G.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	125¼ P. 124½ G.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73 P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	26 P. 25 G.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	130¼ P.	
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	97¼ G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50 P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	235 G.	
Span. Handels- u. Industrie . . .	495 G.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	465 G.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	104 P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101½ G.	

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99½ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅜ B.
Brem. 50 Th. Lsd: k. S.	95¾ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ B.
London Lst. 10 k. S.	118 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	92¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅛ G.
Triest fl. 100 k. S. .	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	79½ B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	46 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	57½ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	127½ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	56⅝ P.	„ fl. 25 do.	—
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	90⅛ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	33¾ G.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	116⅜ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	49½ P. 49 G.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	36½ P. 36 G.
Badische fl. 50	89¾ G.	Vereins-Loose fl. 10.	10⅞ P.
Badische fl. 35	53½ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅜ P.

Frankfurt, 19. Februar. Oesterr. National und Kreditaktien behaupteten sich bei ziemlich bedeutendem Umsatz fest auf den gestrigen Kursen. Dagegen wurden Darmst. Bankaktien billiger abgegeben. Die übrigen Fonds und Aktien ohne wesentliche Veränderung. 4 pCt. Bexbacher Prioritäten wurden zu 98 umgesetzt. (Synd.)

Frankreich.

Paris, 16. Febr. Wie Sie sich denken können, ist heute die Laguerronniere'sche Broschüre das Ereigniß des Tages. Von Jedermann mit Spannung erwartet, war um 9 Uhr Abends die erste Auflage bereits erschöpft, trotzdem die Abendblätter bereits sehr bedeutende Auszüge aus dieser Schrift brachten. Hätten die Leute bis heute Morgen gewartet, hätten sie 27 Sous ersparen können: das „Siecle" veröffentlicht die Broschüre heute in extenso. Bei Dentu (Verleger) ist man darüber begreiflicherweise sehr erbost und man spricht von einer gerichtlichen Verfolgung der Journale. Auch Hrn. v. Languerronniere wird diese Publizität nicht ganz erwünscht sein; neben dem Ruhm rechnete er, denke ich, auch auf ein Erträgniß von 100,000 Fr., denn, wie Se. Majestät sagte, Niemand glaubt an Uneigennützigkeit, besonders in der Politik. Was die Broschüre selbst betrifft, so entbehrt sie der Schlußfolgerung; die gemäßigte 60. Seite entspricht durchaus nicht der Heftigkeit der 59 vorhergehenden. „Es ist" — wie ein Diplomat äußert — „die Anklage — das Urtheil wurde „à huitième" (auf acht Tage) verschoben." Und glauben Sie, daß, was die „Patrie" auch immer Gegentheiliges sagen mag, die „Indépendance" im Rechte war, wenn sie behauptete, „der Schluß sey modifizirt worden" — das belgische Journal wußte dies ja vom Verfasser selbst. Ueber die eigentlichen Absichten der französischen Regierung weiß man nichts Gewisses, doch bediente sich der Kaiser (wie ich zuverläßig erfahre) im Gespräche mit einem Diplomaten eines Bildes, welches allenfalls als politisches Indicium gelten kann: „Pour sauver le fond de culotte de l'Autriche (Venedig), je donnerai au Piémont le pantoufle du Pape." — Was die Adresse auf die Thronrede betrifft, so besteht die Regierung — bei Strafe der Auflösung — darauf, daß das Wort „weltliche Gewalt des Papstes" nicht darin vorkomme. Der Senat, sagt man, wird seine Erwartung aussprechen, daß die Sicherheit, Unabhängigkeit und Würde des Papstes in dauernder Weise (d'une manière stabile) gewahrt bleibe. —

(Ztg. f. Norddeutschl.)

Italien.

* Aus Rom, 16. Februar, wird von bourbonischer Seite berichtet: „Gaeta konnte noch zwanzig Tage widerstehen, obgleich die Mauern durch die dem Feuer der Festung weit überlegene feindliche Artillerie förmlich durchlöchert waren. Aus Menschlichkeit verordnete der König, zu kapituliren. Die Garnison bleibt bis zur Uebergabe von Messina kriegsgefangen. Die Offiziere der Garnisonen von Gaeta, Civitella und Messina behalten ihre Grade, wenn sie in die sardinische Armee eintreten. Sie beziehen ihren vollen Sold, wenn sie ihren Abschied nehmen."

Der Prinz von Carignan ist seit dem 15. Februar Abends wieder in Neapel, nachdem er als Schlußscene des Drama von Gaeta die kriegsgefangenen Vertheidiger der Festung hat Musterung passiren lassen. Der französische Dampf-Aviso La Mouette war von Neapel nach Terracina gefahren und von hier nach Gaeta, wo er Franz II., dessen Gemahlin und ein Gefolge von hundert Personen an Bord nahm, darunter den General Bosco, der zum Kammerherrn ernannt worden, der also nicht, wie bourbonische Berichte verbreiteten, in den Abruzzen die Reaktion organisirt hat. In Terracina wurden die Passagiere ans Land gesetzt. Hier wartete ihrer eine Anzahl von Wagen und eine französische Dragoner-Abtheilung, welche die Bourbonen nach Rom geleiteten. Casella, der die auswärtige Politik der Bourbonen in Gaeta leitete und die vielen Noten an die europäischen Höfe abfaßte, blieb noch in Gaeta zurück, um die Ueberweisung der Stadt an die italienischen Behörden zu leiten. In Rom angelangt, stieg der König Franz nebst Gemahlin im Quirinal ab. Auch die Brüder des Königs und General Bosco befinden sich in Rom. Der Papst stattete laut einer römischen Depesche vom 15. Abends dem Könige Franz einen Besuch ab. (K. Z.)

Turin, 17. Febr. Ein k. Dekret hebt die Autonomie der Verwaltung Toskana's auf. Mit Neapel wird bald dasselbe geschehen — ein Schritt weiter zur völligen Verschmelzung der neuen Gebiete mit den alten. (Tel. d. Allg. Z.)

Rußland und Polen.

Die „Petersburger Senatszeitung" publizirt ein Dekret über Komplotte gegen die Sicherheit der Nachbarstaaten, das sich auf eine Konvention zwischen Oesterreich und Rußland bezieht; Adelige werden mit Verlust ihrer Privilegien und Verweisung nach Sibirien, alle Andern mit Stockprügeln bedroht.

Aus Polen, 4. Febr. Die polnische Jugend erfreut sich schon wieder an Erzählung von Großthaten aus Warschau — wie man einem Konditor oder Kaufmann so lange gedroht, die Fenster einzuwerfen, bis er sein russisches oder deutsches Schild durch ein polnisches ersetzt; wie man einen vornehmen russisch gesinnten Polen wiederholentlich darauf aufmerksam gemacht, daß bereits ein Strick für ihn gedreht, und dergleichen Kindereien. Dabei sind trotz Censur und Grenzsperre Niegolewski's Enthüllungen hier längst verbreitet und Garibaldi's Bild ist der gangbarste Artikel bei den vielen hausirenden Bilderhändlern. Ernster, thätiger und nüchterner sind die Polen übrigens in den letzten Jahrzehnten geworden. Während es sonst bei dem Adel zum guten Ton gehörte, sein Vermögen zu verprassen, zu verspielen, die Güter auszusaugen und nie nüchtern von einem Gastgelage zu kommen, lebt man jetzt einfach. Das Spiel ist aus den Gesellschaften verbannt und man sucht die Güter durch bessere Wirthschaft zu heben und Handel und Gewerbe zu beleben. (N. Pr. Z.)

Asien.

Das „Batavische Handelsblatt" berichtet aus Tagal (niederländische Residentschaft auf der Ostküste von Java): „Hier ist gegenwärtig von der Behörde ein neuer Mißbrauch eingeführt worden, nämlich das Hutabnehmen vor einem Flaggenstock. Dieser Stock ist vor der Wohnung des holländischen Residenten aufgepflanzt, und jeder Chinese, der es versäumt, den Stock mit entblößtem Haupte zu begrüßen, wird mit acht Tagen Gefängniß oder zwanzig Stockschlägen bestraft. Erstgenannte Strafe wurde noch jüngst an einem fremden chinesischen Schiffsführer vollzogen, der mit der neuen Erfindung gänzlich unbekannt war und dessen Schiff, obschon bereits ausklarirt, dadurch acht Tage länger angehalten wurde. Die meisten ansäßigen Chinesen haben daher schon die Gewohnheit angenommen, entblößten Hauptes einherzugehen, aus Furcht, die Ehrenbezeugung vor dem Stocke vergessen zu können oder andere Stöcke nicht zu bemerken, deren Heiligkeit gleich streng gehandhabt werden möchte. Es besteht, wie es heißt, die Neigung bei der Behörde, den erwähnten Mißbrauch auch auf die Europäer für anwendbar zu erklären. Wir wünschen, sagt das „Batavische Handelsblatt", über diesen Vorfall noch eine kurze Zeit lang das Stillschweigen zu bewahren, weil wir Grund zu glauben haben, die Justiz werde sich der Sache annehmen, in welchem Falle es eine persönliche Frage bleiben würde, während sie anders, viel mehr als die berüchtigte Aussetzung des Herrn van Vliet, eine Sache von allgemeinem Interesse werden möchte."

Aus Sukumkale, 10. Januar, wird gemeldet, daß die Tscherkessen am 13. Februar eine Aushebung von 40 Mann auf jedes Hundert Häupter vornahmen und das betreffende Korps, 20,000 Mann stark, in Toaps konzentriren wollten. Von dort aus sollten dann den Russen Vergleichsvorschläge gemacht werden, und im Weigerungsfalle seyen die Bergbewohner entschlossen, ihren Kampf für nationale Unabhängigkeit mit aller Energie fortzusetzen. Von jenseits des Kuban wird berichtet, daß die noch freien Stämme weniger als je daran denken, sich zu unterwerfen.

Nichtpolitische Zeitung.

München. Die bayerische Gartenbau-Gesellschaft dahier veranstaltet auch heuer wieder eine große Blumen- und Früchten-Ausstellung im Glaspalast zwischen dem 28. April und 5. Mai. Die Gesellschaft setzte über 90 verschiedene Preise aus und bestimmte hiefür circa 1200 fl.

In Telesdorf beginnt auf Anordnung des Kreiskomite des landwirthschaftlichen Vereins von Mittelfranken am 2. April dieses Jahres ein vier- bis fünfwöchentlicher Lehrkursus über Ent- und Bewässerung.

Am 6. Februar ereignete sich in Königsberg ein betrübender Fall, der durch die begleitenden Nebenumstände zu einem erschütternden wurde. In dem überfüllten Konzertsaal wurde das Mendelssohn'sche Oratorium „Elias" aufgeführt. Eben hatte Elias das einleitende „So wahr der Herr, der Gott Israels, lebet", gesungen, als der Dirigent, der königl. Musikdirektor Pätzold, mit dem Taktstock in der Hand, leblos zu Boden stürzte. Der im jugendlichen Alter stehende, gesunde Mann war von einem Nervenschlage getroffen. Die Bestürzung des Auditoriums, unter welchem sich auch die Gattin des Dahingeschiedenen befand, war ungeheuer. Pätzold, früher Kantor in Erdmannsdorf in Schlesien, war Organist an der Schloßkirche und Direktor der musikalischen Akademie in Königsberg. Er ist auch in weitern musikalischen Kreisen durch gelungene Kompositionen nicht unbekannt.

Am 10. Febr. wurde ein Theil der Domanialgebäude zu Beberbeck (bei Hofgeismar in Kurhessen) durch Platzen des Kessels der dort aufgestellten Dampfmaschine zertrümmert und 15

Telegraphen über den ganzen Erdball ermöglicht — hat bis jetzt keine finanzielle Anerkennung erhalten. Die k. bayerische Akademie der Wissenschaften, von der Nützlichkeit und Großartigkeit der Erfindung fest überzeugt, hat wiederholt den Antrag gestellt, für Dr. Steinheil gleichfalls eine Nationalbelohnung in Anregung zu bringen. Nachdem indessen nach den gepflogenen Ermittlungen für die Realisirung dieses Planes beim Bund im gegenwärtigen Augenblick keine Aussicht besteht, so beantragt die Staatsregierung in dem vorgelegten Budget wenigstens eine Gehaltserhöhung für Dr. Steinheil, der als Conservator der mathematisch physikalischen Sammlung des Staates nur einen Jahresgehalt von 1500 fl. bezieht. Dieser soll nun auf 2500 fl. erhöht werden, wenn die Kammern die Mittel hiezu bewilligen, woran wohl in keiner Weise zu zweifeln ist. (Fr. Postz.)

Die Kreis-Handels- und Gewerbekammer von Schwaben hat über die Gewerbefrage den diplomatischen Beschluß gefaßt, „sich nur kurz und im Allgemeinen dahin auszusprechen, daß sie die Ueberzeugung trage, daß solche ihre gerechte und zweckmäßige Erledigung finden werde da, wo sie zur Zeit schwebe, bei der höchsten Staatsregierung und vor den versammelten Faktoren der Gesetzgebung." Diejenige von Mittelfranken hat den Antrag der Deputirten des Handels- und Gewerberaths von Erlangen: „es möge dahin gewirkt werden, daß, wie in andern Staaten, so auch in Bayern direkte Kohlenzüge eingerichtet werden, bei denen die Fracht per Zentner und per Meile auf einen Pfenning festgesetzt werde," der Regierung auf das Wärmste empfohlen und den Antrag: k. Staatsregierung wolle dahin wirken, daß Reisende mit Paßkarten unbehindert ohne weitere Förmlichkeiten die französische Grenze passiren können", empfehlend der k. Regierung zur Berücksichtigung übergeben. Der Ludwigskanal wird am 25. Febr. in seiner ganzen Ausdehnung eröffnet. (Südd. Z.)

Württemberg. Stuttgart, 15. Febr. Gestern wurde in dem Werner'schen Saale eine zahlreich besuchte Bürgerversammlung abgehalten, die sich mit einer an die Kammer zu richtenden Eingabe gegen das Konkordat beschäftigte.

Sachsen. Dresden, 16. Febr. Der bekannte Aufruf „für Gaeta" ist von günstigem Erfolg gewesen. Bis heute sind über 2400 Rthlr. bei dem Comite eingegangen. In einem neuen Aufruf sagt das Comite u. A.: „Ist nun auch Gaeta inmittelst durch Kapitulation für den König Franz II. verloren gegangen, so dürfen wir wohl annehmen, daß es der Absicht der Geber entsprechen werde, wenn wir die eingegangene Summe in die Hände der hochherzigen deutschen Fürstentochter, der Königin Marie von Neapel, legen, welche zuverlässigen Nachrichten zufolge in diesem Augenblicke in Rom seyn wird."

Baden. Karlsruhe, 16. Febr. Durch höchsten Befehl vom Gestrigen ist auch die Bewaffnung der großh. Infanterieregimenter mit gezogenen Gewehren kleineren Kalibers ausgesprochen worden, welche die Füsilierbataillone bereits seit der letzten Mobilmachung in Besitz haben. Es ist dieses Gewehr nach dem im 8. deutschen Armeekorps 1857 vereinbarten Modell konstruirt, welches sich im Kaliber an das bayerische und österreichische Gewehr anschließt, so daß für die Zukunft ungefähr 600,000 Mann Bundes-Infanterie mit Gewehren gleichen Kalibers bewaffnet seyn werden.

Freie Städte. Bremen, 14. Febr. Heute erfolgte die Publikation der vom 11. d. Mts. datirten Entschließung des Senats über die Gewerbefrage. Der Senat genehmigt durch dieselbe den Beschluß der Bürgerschaft vom 29. Dezbr. v. Js. auf unbedingte Gewerbefreiheit. (Wes.-Z.)

Oesterreich. Man schreibt der „Frankf. Postztg.": Wäre Fiume nicht jener Hafenplatz, welcher längst als Augenmerk Garibaldi's und der um ihn gruppirten ungarischen Flüchtlinge bezeichnet worden ist, so hätten die jüngsten groben Exzesse den Banus vielleicht nicht bewogen, den Belagerungszustand über Fiume zu verhängen. Da aber diese Hafenstadt zum Landungsplatz der Revolutionäre ausersehen ist, so kann und darf der Banus als oberster Militärbefehlshaber in Kroatien nicht dulden, daß sich je auf den Wink verborgener Führer Tausende von Einwohnern (deren Fiume nur 11,000 hat) zusammenrotten und tumultuiren. Er mußte also die Stadt in Belagerungszustand erklären.

Die Anhänger des altständischen Prinzips in Tyrol haben an den Kaiser gegen das Ministerium Schmerling eine Mißtrauens-Adresse erlassen, welche an Styl und Kraftausdrücken eine der jüngsten ungarischen Komitats-Adressen sich zum Muster genommen hat. Die Verfasser dieser Adresse verwahren sich gegen das Prinzip der Interessenvertretung und wollen das Wahlrecht blos dem Adel, den Prälaten und den (von diesen Ständen beeinflußten) Bürgern und Bauern gewährt wissen. — Ein Brief aus Innsbruck schildert die künstliche Art und Weise, wie diese Adresse zu Stande gebracht wurde und sagt zum Schlusse: An maßgebender Stelle möge man sich durch eine solche Petition nicht täuschen lassen. Man möge sich erinnern, mit welcher Gleichgültigkeit nicht blos in Innsbruck, sondern im ganzen Lande die Reaktivirung der alten Stände aufgenommen, mit welchem Hohn sie überschüttet wurde; man möge nicht aus den Augen lassen, daß die Tyroler wahrscheinlich bald wieder berufen seyn werden, das Land gegen die Uebergriffe Italiens zu vertheidigen; und wie bereit sie wären, zu den Waffen zu greifen, wenn man ihnen die alten Stände wieder oktroyiren würde, zeigt die Aeußerung der Bauern, die man überall hören kann: „Wir ziehen nicht aus, wenn nicht Prälaten und Adel so viel Mannschaft stellen wie wir!"

Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß die Slaven, die Kroaten, Slavonier, Dalmatiner rc. auf Seite der österreichischen Regierung gegen die Uebergriffe der Ungarn treten werden. Der Magyarenhochmuth hat diese Völker schon wieder abgestoßen. (Isar-Z.)

Die Konferenz der Obergespane zu Pesth wurde vom Hofkanzler Baron Vay durch folgende Ansprache eröffnet: Das Diplom vom 20. Oktober sey ein Werk der Versöhnung, bestimmt gewesen, das Feld zu ebnen, auf welchem die streitigen staatsrechtlichen Fragen mit Hülfe des Landtags ihrer Lösung zuzuführen sind. Die Annahme des Diploms war an zwei Bedingungen geknüpft. Die Leiter der Regierung forderten die Landessprache, die Reintegrirung des Landes, die Uebertragung der Exekutivgewalt in die Hände der Landeskinder und die Einberufung des Landtags, versicherten aber andererseits unter ihrer Verantwortung den Monarchen, daß sich die Komitate konstituiren, die Ordnung aufrecht erhalten, alle Privatrechte achten und die Regierung mit allen Mitteln unterstützen werden. Der Monarch habe seine Zusagen mit bereitwilligster Gnade gelöst. Am Lande sey nun die Reihe, das Wort der Männer, die für dasselbe eingestanden, einzulösen, und hierzu erbitte er sich die Unterstützung der versammelten Obergespane. Er verlangte nun zu wissen, ob er in seiner schwierigen Stellung auf die Komitate zählen könne; bisher mußte er in Wien den Vorwurf hören, daß man dem Lande so viel gegeben, daß aber das Land dafür nichts zurückgegeben habe. Diese Wendung benutzte der Redner, um auf den Hauptzweck seiner Auseinandersetzung, auf die von den Komitaten ausgesprochene Steuerverweigerung, überzugehen; er wies auf die Nothwendigkeit der Steuern hin, ohne welche die Räder der Staatsmaschine in Stockung gerathen. Er erkenne zwar vollkommen das Gewicht jener Motive an, welche die Komitate in ihren Beschlüssen geleitet, ersuche aber die HH. Obergespane, ob sie nicht irgend einen Ausweg wüßten, durch welchen die Bedenklichkeiten der Komitate und die Bedürfnisse des Staats vermittelt werden könnten. Die sämmtlichen auf diese Ansprache folgenden Reden waren der Widerhall jenes Vertrauens, welches das ganze Land für die hochgeachtete Persönlichkeit des Kanzlers empfinde. Dieselbe Einmüthigkeit, mit der sich die Versammlung in ihren Sympathien für die Person des Kanzlers begegnete, herrschte in Bezug auf die Steuerfrage. Die Obergespane gaben die Erklärung ab, daß sie in diesem Punkte blos ihre individuelle Meinung aussprächen und nicht berechtigt seyen, ihre Komitate zu vertreten; die Betheiligung an der Einhebung einer mit Umgehung des Landtags ausgeschriebenen Steuer erklärten sie als einen Akt, der gegen das Gesetz und ihr Gewissen verstoße. Uebrigens sey in den betreffenden Komitatsbeschlüssen auch ausgesprochen worden, daß man der Einhebung der Steuern kein Hinderniß in den Weg legen werde, und es stehe der Regierung frei, mit Umgehung der gesetzlichen Jurisdiktionen einzuheben, obgleich die Versammlung die Verantwortlichkeit für die aus einem solchen Vorgehen erwachsenden Resultate nicht übernehmen könne (d. h. die Herren sagen zur Regierung: „Sieh zu, ob du die Steuern bekommst; wir helfen nicht dazu").

Dänemark.

Die dänische Regierung geberdet sich überaus kriegerisch; sie läßt durch die „Berling'sche Ztg." einen förmlichen Kreuzzug gegen das ruchlose Deutschland predigen, das zu einer Exekution ganz und gar nicht berechtigt sey und dessen Heere, falls sie gegen Dänemark marschiren sollten, unfehlbar zurückgeschlagen werden müßten. (Du lieber Himmel, wozu so viel Geschrei? Es wird noch viel Wasser in's Meer laufen, bis die Bundes-Exekution in Gang kommt. Schnelligkeit ist zwar keine Hexerei, aber —) (Frkf. Journ.)

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 51. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 38. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Mittwoch, 20. Februar 1861.

Auf die **„Neue Würzburger Zeitung"** kann für den Monat **März** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

Deutscher Bund.

In Heidelberg findet am 13. Mai ein allgemeiner deutscher Handelstag statt. Bereits haben 97 Handelskammern aus allen Gauen Deutschlands ihre Betheiligung zugesagt. Von den vielen bis jetzt eingegangenen Anträgen zählen wir unter die bedeutendsten: 1) über die Ersatzpflicht der Eisenbahndirektionen dem Empfänger gegenüber, 2) gleiches Maß, Münze und Gewicht in ganz Deutschland, 3) allgemeine Gewerbefreiheit und allgemeine Freizügigkeit für ganz Deutschland, 4) einheitlicher Portosatz von 1 Silbergroschen per Brief für ganz Deutschland. Die badische Regierung hatte einen Zuschuß von 1500 fl. zu den Kosten des Handelstages bewilligt.

** **Bayern.** München, 18. Februar. (Privat-Korresp.) (XII. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Zuvörderst wurden die Rechnungs-Nachweisungen bezüglich der im Budget nicht enthaltenen Staatsfonds für die Jahre 1855/56 bis 1858/59 genehmigt. Weiteren Berathungsgegenstand bildeten die Rechnungen der k. Bergwerks- und Salinen-Administration für das Salinenwesen in den Jahren 1855/59. Der Ausschuß beantragt auch diesen Nachweisungen die Anerkennung zu ertheilen. Abg. Neuffer macht darauf aufmerksam, daß er am Landtage 1859 bei Berathung der Nachweisungen von 1853/55 den Wunsch ausgesprochen habe, es möchte zur Hebung der Sodafabriken denselben das benöthigte Salz zu den Fabrikpreisen geliefert, oder ihnen gestattet werden, dasselbe aus dem Auslande beziehen zu dürfen. Redner habe nun im Ausschuß an den Vorstand der Generalbergwerks- und Salinen-Administration, Staatsrath v. Hermann, die Frage gerichtet, ob und in wieweit seitdem diesem Wunsche entsprochen worden sey, und hierauf die Antwort erhalten, daß den chemischen Fabriken die Erlaubniß zum Bezuge von Steinsalz aus dem Auslande ertheilt worden sey; bei der Wichtigkeit der Frage wünsche nun Redner, daß diese Antwort Seitens des k. Regierungskommissärs in der Kammer wiederholt werde. Staatsrath v. Hermann entsprach sofort diesem Ansinnen, indem er darlegte, daß von unseren Salinen, namentlich jener in Rosenheim, jetzt wohl ein bedeutend größeres Quantum Salz, als früher, erzeugt werde, daß aber die Mehrproduktion zu einem großen Theile durch größeren Bedarf im Lande beansprucht werde. Ein noch größeres Quantum Kochsalz zu erzeugen, sey bei der dermaligen Einrichtung der Soleleitung mittelst einer Röhre nicht möglich, die Anlegung einer zweiten Röhre würde aber eine erhöhte Triebkraft mittelst Dampf erfordern und dies zu theuer kommen. Die Verwaltung habe zunächst darauf Rücksicht zu nehmen, daß das erzeugte Salzquantum den Bedarf im Lande decke; sie war deßhalb nicht in der Lage, größere Quantitäten an die Fabriken abzulassen. Es sey deßhalb den Fabriken, 9 an der Zahl, gestattet worden, Steinsalz aus dem Auslande zu beziehen, wobei sich die Regierung lediglich die Kontrolle vorbehalte. Es sey sonach Alles geschehen, was von den Fabrikbesitzern nur gewünscht werden konnte. Wenn sich übrigens ein Ueberschuß an Kochsalz in den Salinen ergebe, so würde dieses den Fabrikbesitzern zu den Selbstkosten angeboten. Der Bezug aus dem Auslande sey ihnen übrigens ganz frei gegeben, sie hätten keinerlei Aufschlag zu zahlen, so daß für dieselben das Salz-Monopol des Staates gar nicht vorhanden sey.

Abg. Pfarrer Dietmaier sucht darzulegen, daß in einem Jahrgange bedeutende Mehrausgaben stattfanden, keineswegs aber deßhalb eine größere Produktion erzielt worden sey. In der Verwaltung solle ein Ersparungssystem eingeführt worden seyn, das er, Redner, bedauere, weil dasselbe nach Unten, gegen die Arbeiter gerichtet wäre, ein Umstand, der den Mehrertrag der Salinen nicht angenehm mache. Redner glaubt auch, daß aus den Salinen-Forsten ein höherer Ertrag erzielt werden könne, wenn dieselben nicht getrennt verwaltet, sondern der allgemeinen Staatsforsten-Verwaltung unterstellt würden. Die Eisenbahnverwaltung müsse sich ihren Bedarf an Brennmaterial selbst verschaffen und dies sollte auch die Salinen-Verwaltung thun müssen. Es würde sich dann wohl der Ertrag der Salinen-Forsten höher stellen. Staatsrath v. Hermann erklärte hierauf, daß die Behauptung, es sey eine Ersparniß an Arbeiterlöhnen eingeführt worden, eine völlig irrige sey. Gerade das Umgekehrte sey der Fall; man habe die Löhne der Arbeiter erhöhen müssen, weil der Lohn allenthalben gestiegen sey. Zudem sey auch durch ein neues Pensionsregulativ besser für die Arbeiter gesorgt worden. Dieselben erhielten gegebenen Falls jetzt Pensionen auf Lebensdauer und hätten nicht mehr nöthig, von 3 zu 3 Jahren aufs Neue um Pensionsbezüge nachzusuchen. Die genaueste Nachforschung werde ergeben, daß die Salinen-Arbeiter keinen Grund hätten sich zu beklagen. Die von dem Vorredner angeregte Differenz der Ausgaben gegen die Produktion erläutere sich dadurch, daß größere Baulen in diesem Jahre ausgeführt wurden. So habe ein völliger Umbau des Sudhauses in Rosenheim stattfinden müssen, wodurch nicht nur bedeutende Ausgaben erwuchsen, sondern auch die Produktion eine Zeitlang gestört war. Bei Beurtheilung der Erträgnisse der Salinen müsse man eben mehrere Jahre zusammenrechnen. Die Verwaltung der Salinen-Forsten sey von jener der Salinen vollständig getrennt und der Oberaufsicht des Staatsministers der Finanzen ganz in derselben Weise unterstellt, wie die Verwaltung der Staatsforsten im Allgemeinen. Den Salinen werde das Holz aus den Salinenwaldungen zu Preisen verrechnet, wie sie die Privaten nicht zahlen würden.

Der 1. Sekretär Hr. Abg. Hirschberger fügte noch einige Bemerkungen bei, worauf auch noch der k. Regierungskommissär Hr. Mantel erklärte, daß die Salinenforsten vom Staatsministerium der Finanzen ganz so beobachtet und geleitet würden, wie die Staatsforsten und daß bei denselben auch bez. der Kultur rc. die gleichen Normen bestünden. Der Ertrag der Salinenforsten sey deßhalb nicht so bedeutend, weil das Ausbringen des Holzes aus denselben sehr schwierig und dieselben mit vielen Forstrechten belastet seyen. In ersterer Beziehung sey indessen bereits viel geschehen und durch die Eisenbahnen das Ausbringen des Holzes leichter möglich gemacht; es werde sich deshalb auch der Ertrag der Salinenwaldungen mehr steigern. — Hierauf wurde dem Antrage des Ausschusses beigestimmt.

Vom 5. Ausschuß wurde dann Vortrag erstattet über die weiter von demselben geprüften und als zulässig erkannten Anträge und sind dies u. A. die folgenden: Die vom Abg. Dr. Völk angeeignete Vorstellung von 146 Postkondukteuren, Aufbesserung ihrer Gehaltsbezüge betr.; ein Antrag des Abg. Dr. Barth, einige Abänderungen im Civilrecht betr.; ein Antrag des Abg. Dr. Paur, die Verhältnisse der Israeliten, resp. Aufhebung einiger Bestimmungen des Edikts vom 10. Juni 1813 betr.; Antrag des Abg. Frhrn. v. Thüngen, Abänderungen im Taxgesetze betr.

München, 14. Febr. Der Amerikaner Dr. Morse hat für die Erfindung der Drucktelegraphen bekanntlich eine Nationalbelohnung von 400,000 Fr. erhalten; Dr. Steinheil aber, dessen Verdienste um die Telegraphie nicht weniger bedeutend sind, denn ihm ist der Nachweis gelungen, daß ein einfacher Draht zum Telegraphiren genüge, er hat die Leitungskette auf ihre einfachste Form gebracht und in Folge dessen die Ausbreitung des elektrischen

hat. Die Auswahl bleibt wie bisher auf die Mitglieder der Diözesansynode beschränkt.

** München, 17. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Die Frau Herzogin von Modena und die Frau Erzherzogin Hildegard von Oesterreich, welche heute Nacht mit dem Eilzuge nach Wien zurückkehren, haben den Wunsch geäußert, noch eine Aufführung des Redwitz'schen Schauspiels „Philippine Welser" zu sehen. Es wird deßhalb heute Abend im Residenztheater gegeben.

Großbritannien.

London, 14. Febr. Im Unterhaus wurde der Armee und Flotte der Dank des Hauses für in China geleistete Dienste votirt. Palmerston rühmte die Einigkeit zwischen den französischen und englischen Streitkräften (sie war manchmal doch sehr gestört!) und drückte die Hoffnung aus, daß sie nie anders als Seite an Seite kämpfend auf dem Schlachtfeld sich begegnen möchten. (Tel.d.Fr.J.)

Nichtpolitische Zeitung.

In Stätzling, Ldg. Friedberg — sagt die „Neue Augsb. Ztg." — erstach, von Eifersucht getrieben, ein Bauernbursche einen andern, wozu ihm die veranlassende Weibsperson selbst das Messer reichte.

Handels- und Börsenberichte.

Frankfurter Börse (vom 11. bis 16. Februar).

Samstag. Wenn wir lange Zeit über Stillstand im Börsengeschäft zu klagen hatten, so können wir wenigstens für die abgelaufene Woche sehr lebhaftes Geschäft konstatiren, obgleich das definitive Resultat schliesslich nicht zu Gunsten der Effektenbesitzer ausgefallen ist. Bereits Sonntag in der Effekten-Sozietät wirkten Wiener Berichte ungünstig und die hohen Samstags-Kurse konnten sich nicht behaupten. Die Montags-Börse blieb nach Variationen matt. Der Höhepunkt der Woche war am Dinstag auf gute Pariser und Wiener Kurse hin. Schlechtere Berichte aus Ungarn und der Fall von Gaeta brachten an der vorgestrigen und gestrigen Börse ein sehr ansehnliches Fallen hervor, das durch die Erhöhung des Bankdiskonto in London auf 8 pCt. unterstützt wurde. Die Börsenleute sind nun einmal ein sonderbares Völkchen. Niemand zweifelte daran, dass, nachdem Frankreich seinen Schutz aufgegeben hatte, Gaeta kapituliren würde, und nun die sichere Voraussicht in Erfüllung gelangt, fällt man in panischen Schrecken. Die englische und französische Thronrede, die jede Unterstützung eines Angriffs auf Venetien desavouiren, sind sofort vergessen und man glaubt Hannibal schon vor den Thoren. Das heisst, sich von einem Extrem in das andere stürzen.

Der Sonnenblick für die österr. Fonds konnte sich nicht zum andauernden Sonnenschein gestalten und die Contremine hat wieder die Höhen besetzt. Und doch ist mehr Muth und mehr Leben in den Kursen, man sah, dass man auch wieder einmal steigen kann. Billige Kurse werden daher mehr Käufer herbeiziehen und eine Lethargie, wie in den letzten Monaten, steht kaum mehr zu befürchten. In National war das Geschäft sehr bedeutend und Italien hat zu guten Kursen einen grossen Theil der hier gekauften Stücke wieder hergegeben. In Venetianern war weniger Handel, sie haben ihre Differenz wieder erhöht, da sie von dem Fallen der Kurse kaum betroffen wurden. Das Geschäft darin ist sehr schwierig, es fehlt an Abgebern. Prämien darauf sind ungemein billig ausgeboten, z. B. per Ende Oktober mit ca. 2½ pCt.

Preussische, süddeutsche, schwedische und andere gleichartige Fonds halten sich in unveränderter Frage. Die neue 4proz. Württemberger Anleihe soll doppelt unterschrieben worden seyn.

Von Kreditaktien war das Hauptgeschäft in österreichischen bei lebhafter Arbitrage zwischen Lyon, Brüssel, Berlin, Wien und Frankfurt. Die Contremine hatte theilweise zu hohen Kursen gedeckt und suchte bei dem ersten Fallen die frühere Position wieder einzunehmen. Darmstädter halten sich ohne Betheiligung der Börse auf 180. Der spanische Mobiliarkredit (Rothschild) hat beschlossen, bis 1. März d. J. auf seine Aktien 25 pCt. des eingezahlten Kapitals zurückzuzahlen. Da dieselben mit 75 pCt. eingezahlt waren, bleibt somit die Hälfte des Kapitals noch flüssig im Betrag von 60 Millionen, die unter den jetzigen Umständen für vorkommende Geschäfte ausreichen. — Von Zettelbanken starker Umsatz in österreichischen und ist in letzterer Zeit viel Material an den Markt gekommen. Frankfurter bei lebhafter Frage bis 108¾ gestiegen. Die Bank hat bedeutenden Vorrath von Wechseln auf Paris und London, womit sie sehr lukrativ operirt. Man erwartet 4 pCt. Dividende.

Bayerische Ostbahnen, zumal volleingezahlte, sehr fest und gefragt.

Der Geldüberfluss ist bei uns zum chronischen Uebel geworden. Alle Goldwechsel sind ansehnlich weiter gestiegen. Paris auf 93¼. London bis auf 118, wozu es gefragt bleibt. Wie gross die Geldklemme in London ist, geht unter anderm daraus hervor, dass langsichtige, bis auf 6 Monat zumal von Indien und China ausgestellte und von ersten Häusern acceptirte Wechsel hierher kommen, um gegen kurzes Papier umgetauscht zu werden, weil hier mit 6 pCt. diskontirt wird, während es in London mit 8 pCt. geschieht. (Aktionär.)

Neueste Nachrichten.

Rom, 17. Febr. Unter den Bedingungen der Kapitulation befindet sich für Franz II. eine Entschädigung aus der Civilliste bis zur endlichen Regelung der italienischen Angelegenheiten. (Tel. d. Allg. Ztg.)

Gaeta, 14. Februar. Seitdem das Verlangen zu kapituliren gestellt wurde, bis zur wirklichen Unterzeichnung, haben die Piemontesen noch 50,000 Geschosse geschleudert. (Tel.d.Ostd.P.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	75 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	59⅜ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	50⅝ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	43¾ G.
„	4½ pCt.	38 P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	87⅞ P. ½ G
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. R.)	102 G.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101¾ G.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102⅝ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	100¼ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100¼ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95¼ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103¾ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94 P.
Baden	4½ pCt. Obl.	102⅞ P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	95¼ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	102½ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	93¼ P. 92¾ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	100⅞ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	98⅜ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	97¼ P.
„	3 pCt. Obl.	90½ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	46½ G.
„	1¾ pCt. „ „ „	41 P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	95 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	109 G.	exD.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	592 P.	ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	131½ G.	exD
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	185 P. 183½ G.	
Weimarische Bank à Thlr. 100	76 G.	
Mitteldeutsche Kreditaktien	68 P.	
Internationale Bank in Luxemb.	80 G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	337 P.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	69½ P.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	228 G.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	121½ G.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73¼ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	25¾ P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt.	130¼ P.	
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	97¼ G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50 P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	237 P. 235 G.	
Span. Handels- u. Industrie	480 G.	
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereira	465 G.	
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	104 P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101½ G.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99¾ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅜ B.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	95¾ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ B.
London Lst. 10 k. S.	118 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	92¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅛ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien. fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	79½ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	46⅞ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	56½ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	127½ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	56½ P.	„ fl. 25 do.	—
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	90 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	33¾ G.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	116⅜ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	36½ P. 36 G.
Badische fl. 50	90 P. 89½ G.	Vereins-Loose fl. 10.	10⅞ P.
Badische fl. 35	53¼ P. 53 G.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅜ P.

Frankfurt, 18. Februar. In Folge höherer Wiener Morgennotirungen wurden österr. Fonds, Bank- und Industrieaktien zu besseren Kursen umgesetzt. Das Geschäft war ziemlich bedeutend. Auch Darmst. Bankaktien und Wechsel auf Wien wurden besser bezahlt. 4 pCt. Bexbacher Prioritäten wurden zu 98 umgesetzt. (Synd.)

die Hoffnungen verrathen hatte, welche sich an den Namen des Oberbefehlshabers der päpstlichen Armee knüpften. „„Eine im Vatikan mächtige Clique"", schrieb damals Herr v. Grammont, „„bemühte sich, diesem Schritt den Charakter einer Herausforderung gegen Frankreich zu ertheilen."" Statt aller Antwort auf diese Kundgebung beeilte der Kaiser auf Verlangen des heiligen Vaters sich, General v. Lamoriciere zu ermächtigen, im Auslande Dienste zu nehmen. Die Partei, welche unter dem Scheine religiösen Eifers ihre Feindseligkeit gegen das Kaiserreich zu verbergen suchte, jubelte laut. „„Kaum"", schrieb er unter dem 10. April 1850, „„war Herr von Lamoricière in päpstliche Dienste getreten, als man zahlreiche französische Deputationen nach Rom kommen sah, welche sich in corpore und mit Eclat Sr. Heiligkeit vorstellten, insgesammt den Charakter der allerschroffsten dynastischen Opposition zur Schau trugen, und sich an den Stufen des päpstlichen Thrones in einer Sprache vernehmen ließen, deren Leidenschaftlichkeit das Gepräge der äußersten Ueberspanntheit trug."" Hr. v. Grammont fügt hinzu, „„daß diese Kundgebungen von einigen einflußreichen Höflingen Aufmunterungen erhielten. . . ."" Eines Tages herrschte nach seiner Aussage „„eine geheimnißvolle Atmosphäre im Vatikan . . . man hielt die Besucher im Vatikan an und fragte sie: Seyd Ihr Bretons? Und man erklärte ihnen, daß die Säle augenblicklich verschlossen seyen, weil der heil. Vater die Huldigung der Bretagne entgegen nehme, welche durch eine Deputation gegen den Kaiser protestiren lasse."" Hierauf kamen die von Lyon an die Reihe, und einer derselben, der, obgleich ein eifriger Katholik, es nicht für gut befand, die Gefühle seiner Nationalität zu verläugnen, wurde in folgender Weise barsch angefahren: „„Meine Herren! Sie sind erst Unterthan des Papstes und dann erst Ihres Fürsten! Wenn Sie damit nicht einverstanden sind, was haben Sie dann hier zu thun?"". Alles das ist in den offiziellen Depeschen zu lesen und durch einen Gesandten bezeugt, dessen Name und Charakter die Echtheit solcher Dokumente noch erhöht."

„Die Täuschungen", fährt Laguerönniere fort, „welchen man sich so thörichter Weise hingab, sollten bald ein grausames Ende nehmen. Garibaldi, welcher seine Sendung bloß aus seiner Kühnheit herleitete, war zu Marsala gelandet. Nachdem er im Siegeslaufe Sizilien durchschritten, fiel er an der Spitze seiner Schaaren in das Königreich Neapel ein, dessen Monarchie nur, als die Noth aufs Aeußerste gestiegen, sich durch den Heldenmuth der Vertheidigung adeln sollte. Der glückliche Soldat versuchte es vergebens, aus dem Stegreife einen Staatsmann aus sich zu machen: es war Mazzini's Geist, welcher unter seiner volksthümlichen Diktatur herrschte. Die italienische Freiheit konnte im Triumphe der Revolution untergehen. Pirmont glaubte, es sey eine Pflicht gegen sich selber, gegen seine Sicherheit, gegen das Wohl Italiens, in dessen Mitte es allein die Vereinigung der monarchischen Autorität mit der nationalen Unabhängigkeit vertrat, diesem gefährlichen Siege der anarchischen Leidenschaften vorzubeugen, indem es die italienische Bewegung mäßigte und deren Leitung selber in die Hand nahm. Zwischen dem Königreich Neapel und den sardinischen Staaten befand sich das päpstliche Gebiet. Piemont zögerte nicht länger; es sah in der That in Rom einen General, welcher, als er den Befehl übernahm, offen seine feindseligen Gesinnungen gegen die Sache aussprach, deren Vertreter Viktor Emanuel war. Der Einfall in die päpstlichen Provinzen war somit in den Augen Piemonts ein offener Angriff gegen die Reaktion, deren Sitz sich in Rom befand, und eine Vorsichtsmaßregel gegen die revolutionären Leidenschaften, deren Herd Neapel bildete. Kaiser Napoleon kennzeichnete seine Politik gegenüber diesem Angriffe klar durch zwei gleich bedentsame Handlungen: er rief seinen Gesandten aus Turin zurück und er verdoppelte seine Besatzungsarmee in Rom. Auf diese Weise traf sein Tadel die sardinische Regierung, während zu gleicher Zeit seine Ergebenheit den heil. Vater mit einem wirksameren Schutze umgab. Das Papstthum befand sich nach Auflösung seiner Armee ohne Vertheidiger. Nachdem es die Bürgschaft von Europa und die Hülfe der katholischen Welt, welche ihm die Sorgfalt des Kaisers gesichert haben würde, von sich gewiesen, sah es seine Armee zerstreut und seine Provinzen überfallen und die Revolution drohend sich den Thoren Roms nahen. Wer wird es vor diesem so unkluger Weise heraufbeschworenen Mißgeschicke retten? Es ist abermals der Kaiser! Seine Armee hütet nicht bloß Rom, dieselbe deckt sogar das Erbgut des heil. Petrus (Roms nächste Umgebung), das Piemont auf unser Verlangen geräumt hat. Und im seltsamen Gegensatze zu den heimtückischen oder blinden Rathschlägen, welche das Papstthum in die Verbannung stoßen wollten, um daraus das Werkzeug ihres Grolles zu machen, war es wiederum Frankreich, welches Pius IX. von diesen verzweifelten Entschlüssen abbrachte und den Nachfolger der Apostel am Grabe des heil. Petrus festhielt."

Aus dem Vorgetragenen zieht nun Laguerонniere den Schluß, daß der Papst seither nur das Mittel für die Leidenschaften der legitimistischen Partei gewesen sey; er könne nun sehen, wohin ihn diese Partei gebracht habe. Noch aber sey ihm zu helfen. Italien, jetzt befreit, müsse auch organisirt werden; das Hinderniß seiner Organisation aber sey Rom. Sache des Papstes sey es, den Widerstreit zu heben, der gegenwärtig zwischen dem weltlichen Papstthum und Italien bestehe, und eine Einigung herbeizuführen, in welcher beide ihr Gleichgewicht finden. Noch sey es nicht zu spät. Wie diese Einigung beschaffen seyn soll, sagt Laguerонniere nicht. Er schließt mit der Versicherung, der Kaiser Napoleon werde mittlerweile, trotz der Ungerechtigkeit, mit der er beurtheilt werde, fortfahren, durch seine Truppen in Rom den Papst zu schützen, bis zu der nahen Stunde, wo dieser seine wahren (!) Freunde erkennen werde.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 14. Febr. Es ist in diesen Tagen die k. Entschließung über die Ergebnisse der im Jahre 1857 zu Ansbach und Bayreuth für die Konsistorialbezirke diesseits des Rheins abgehaltenen Generalsynoden erfolgt. Hinsichtlich der an die Generalsynoden zur Berathung gebrachten Gegenstände erklärt die königl. Entschließung im Wesentlichen Folgendes: I. Den Entwurf einer Agende betreffend. „Es ist Uns genehm, daß auf Grund des sogenannten Agendenkerns und nach den in den Ausschußreferaten der jüngsten Generalsynode zu Ansbach und Bayreuth niedergelegten Anträgen und Wünschen, sowie unter angemessener Benutzung der früheren Agendenentwürfe von 1836 und 1852, der Entwurf einer neuen definitiven Agende von euch hergestellt, und der nächsten Generalsynode zur Prüfung und Berathung vorbehaltlich Unserer allerhöchsten Entschließung hierüber vorgelegt werde. Bis zu dem Zeitpunkt der definitiven Einführung einer neuen allgemeinen Agende ist übrigens, nach euerem gutachtlichen Antrag, es bei dem bisherigen Stand der Sache in der Art zu belassen, daß der Gebrauch des Agendenkerns neben den Entwürfen von 1836 und 1852 und den sonst in anerkannter Uebung stehenden Agenden, zu welchen nach neueren Erläuterungen auch die Münchener Agende zu zählen ist, ferner gestattet bleibt, wobei Unserer bereits früher wiederholt kundgegebenen Willensmeinung gemäß die Geistlichen neuerlich aufzufordern und ernstlich zu ermahnen sind, bei dem ohnedies nur fakultativen (dem Belieben anheimgestellten) Gebrauch des Agendenkerns — dessen Revision von euch dermalen beabsichtigt — mit Umsicht und Schonung zu verfahren, und keine Aenderungen an den bestehenden Einrichtungen vorzunehmen, welche bei den Kirchengemeinden zur Zeit Anstoß oder Bedenken erregen könnten." II. Den Katechismus betreffend. „Wir genehmigen, auf euern Bericht, daß im Hinblick auf die Erklärungen und Anträge der Generalsynode zu Ansbach und Bayreuth von einer Einführung des neuen Katechismus-Entwurfes Umgang genommen werde. Dagegen ist durch sachdienliche Bearbeitung oder Revision eines der bisher für den Gebrauch beim Religionsunterrichte freigegebenen katechetischen Lehrbücher eine neue Vorlage für die nächsten Diözesansynoden und sodann für die Generalsynode vorzubereiten und Uns seinerzeit geeignet in Vorlage zu bringen. Inzwischen soll der gegenwärtige Stand der Sache aufrecht erhalten bleiben, nach welchem die katechetischen Lehrbücher von Böckh, Irmischer, Wucherer, Löhe und Caspari zum fakultativen Gebrauch in Kirche und Schule zwar gestattet, aber nicht zu allgemeiner Einführnng vorgeschrieben sind." In Ansehung der gestellten besonderen Wünsche uno Anträge der Synoden heben wir Folgendes hervor: Dem Antrag der Generalsynoden hinsichtlich der Anordnung ständiger jährlicher Generalvisitationen einzelner Dekanatsbezirke wird keine Folge gegeben; die beantragte und von dem Oberkonsistorium bevorwortete Abänderung der Wahlordnung für die Generalsynode vom 31. Juli 1853 wird in folgender Weise genehmigt: §. 1 der besagten Wahlordnung erhält folgende Fassung: die Generalsynode wird zusammengesetzt 1) aus einem geistlichen Abgeordneten eines jeden Dekanatsbezirks, 2) aus einem weltlichen Abgeordnet.n eines jeden Dekanatsbezirks, 3) aus einem Abgeordneten der theologischen Fakultät in Erlangen; §. 8 wird dahin modifizirt, daß die Diözesansynode für jeden Dekanatsbezirk außer einem geistlichen auch einen weltlichen Abgeordneten zur Generalsynode und die betreffenden Ersatzmänner zu wählen

der, die Staaten des heiligen Stuhls unter die Garantie einer höheren Neutralität zu stellen."

Lagueronniere erzählt nun, daß zu diesem Behuf der Kaiser Napoleon einwilligte, daß die Oesterreicher die von ihnen schon früher besetzten Plätze des Kirchenstaats (Ancona, Bologna, Ferrara, Comarchio) auch während des Kriegs ungestört besetzt halten und so die Ordnung in den Legationen und den Marken sichern sollten, während die Franzosen in Rom die Ruhe erhielten. Oesterreich aber habe, aus strategischen Gründen vielleicht, jene Plätze geräumt, und somit die päpstliche Herrschaft in jenen Gegenden schutzlos und ohne Kraft gelassen. „Die Romagna, sagt er, machte also keine Revolution. Sie hatte nicht nöthig, ihre Unabhängigkeit wieder zu erobern, sie fand dieselbe in den leeren Kasernen der Oesterreicher vor."

Lagueronniere kommt nun auf den Frieden von Villafranca und das in demselben aufgestellte Nicht-Interventions-Prinzip. Der Kaiser Napoleon habe damals dem Papst einen eigenhändigen Brief geschrieben. „Indem er, sagt Lagueronniere, die Rechte des päpstlichen Stuhles auf die Romagna vorbehielt, rieth er dem Papst, die seit dreißig Jahren im Namen der römischen Bevölkerungen von Europa verlangten Reformen zu bewilligen, ohne die Forderungen des Aufruhrs abzuwarten. „„Ich bitte Ew. Heiligkeit inständigst"" — sagte der Kaiser — „„die Stimme eines der Kirche ergebenen Sohnes anzunehmen, der aber die gebieterischen Forderungen seiner Zeit kennt und der einsieht, daß die rohe Gewalt nicht hinreicht, um die Fragen zu lösen und die Schwierigkeiten zu ebnen. Ich sehe in den Entscheidungen Ew. Heiligkeit entweder den Keim einer ruhm- und ruhevollen Zukunft, oder die Fortdauer eines gewaltthätigen unglückseligen Zustandes."" Was erwidert der römische Hof auf dieses edle Bemühen? Anstatt sich dem Sieger von Solferino anzuvertrauen, setzt er ihm Zaudern und rückhaltendes Schweigen entgegen. Oesterreich selbst räth die Reformen als einziges Rettungsmittel an: die römische Regierung bleibt unempfindlich."

„Was aber verlangt sie? Die Zurückgabe der Romagna. Rom wollte nichts anhören, nichts nachgeben, bevor diese Provinz nicht wieder seiner Autorität unterworfen wäre. War das möglich? Wer sollte diese Zurückgabe auf dem Wege der Gewalt bewerkstelligen? Das besiegte Oesterreich wagte es nicht; das siegreiche Frankreich konnte es nicht. Frankreich, das so eben Italien befreit hatte, konnte eben so wenig seine Soldaten dazu hergeben, um die flüchtigen Garnisonen Oesterreichs zu ersetzen. Beide Länder hätten sich durch ein solches direktes Handeln in ein Interventions-System eingelassen, dessen sämmtliche Folgen unmöglich zu berechnen waren. Außerdem konnte der Papst keine bessere Hoffnung auf seine eigenen Soldaten setzen; der drohenden Revolution gegenüber war er ohne Soldaten. Indessen begriff der römische Hof diese Situation nicht oder wollte sie nicht über sich ergehen lassen. Er vertagte abermals die verheißenen Reformen auf spätere Zeiten. Inmitten dieses Zauderns, das bald in hartnäckigen Widerstand umschlagen sollte, begannen oder vollzogen die durch den Abzug ihrer Fürsten ihrer früheren Regierungen entledigten mittel-italienischen Bevölkerungen ihre Annexion an die piemontesische Monarchie und schlossen die Staaten des römischen Stuhles, den sie gleich durch ihre Unabhängigkeit bedrohten, förmlich ein. . . . Am 26. Februar 1860 erneuerte Herr Thouvenel durch die Vermittlung des Herrn v. Grammont den Vorschlag, durch Europa die Staaten des heiligen Vaters garantiren zu lassen, unter der Bedingung eines in der Romagna zu errichtenden Vikariats. . . . In einer am 22. Februar 1860 an Baron Talleyrand gerichteten Depesche dringt zugleich Herr Thouvenel in den bestimmtesten Ausdrücken in Herrn v. Cavour, diesem Auskunftsmittel seine Zustimmung zu geben, und erklärte ihm geradezu in den gemessensten Ausdrücken, daß, wenn Sardinien sich weigere, es für seinen Entschluß verantwortlich seyn werde und nicht mehr in den Eventualitäten, welche seine Weigerung hervorrufen dürfte, auf Frankreich zählen könne."

„Abermals sollte", so fährt Lagueronniere fort, „von Rom der Widerstand gegen so ehrlich gemeinte und so vernünftige Vorschläge kommen. Das Tuilerienkabinet verliert den Muth nicht. Das Vikariat wird als eine Beleidigung zurückgewiesen. Der Kaiser legt nun dem römischen Stuhle zur Annahme eine neue Lösung vor, welche Herr Thouvenel allen katholischen Höfen mittheilen soll und die in der Depesche vom 8. April folgendermaßen zusammengefaßt ist: „Organisation, mit Ausschluß einer französischen oder österreichischen Intervention, eines Armeekorps, das bestimmt ist, über die Aufrechthaltung der Ordnung in Rom zu wachen; Subsidien, welche dem Papste von den katholischen Mächten geleistet werden sollen; endlich Promulgation der bereits von Sr. Heiligkeit genehmigten Reformen in den römischen Staaten." In diesem Schutze lag mehr als eine der Schwäche dargebotene Hilfe; es war eine der altehrwürdigen Größe des römischen Stuhles dargebrachte Huldigung, es war eine neue durch die Hingebung an die weltlichen Geschicke der Kirche hervorgerufene Wiederaufrichtung der katholischen Welt. Also verstanden es die katholischen Mächte. Die Höfe von Wien, Neapel, Madrid und Lissabon traten der Idee Frankreichs bei."

„In diesem Augenblicke", fährt Lagueronniere fort, „nahmen die Aufreizungsversuche, die in Frankreich im Namen der Religion, aber in der That unter dem Antrieb und im Interesse der Politik gemacht wurden, an Heftigkeit zu. Man koalisirte unter der Larve der Frömmigkeit zwischen den Söhnen Voltaire's und den Söhnen der Kreuzfahrer. Heftige Pamphlete griffen die Absichten und das Verhalten der Regierung an; einige Bischöfe, durch ihren eifrigen Glauben getäuscht, ließen sich von der Bewegung mit fortreißen, und der bis nach Rom gelangende Widerhall all dieses Lärmens konnte dort wohl den Glauben an eine Erhebung der öffentlichen Meinung erwecken. Man machte sich so falsche Vorstellungen, daß man sich einbildete, der Kaiser stehe allein in Frankreich und habe alle Gewissen gegen sich erbittert. Dieses hinterlistiger Weise unterhaltene Gefühl mußte viel zu der Schroffheit beitragen, mit welcher man im Vatikan den von allen katholischen Mächten beistimmend empfangenen Vorschlag entgegen nahm. Folgendes ist die merkwürdige Antwort des Kardinals Antonelli auf die Eröffnungen des Herzogs von Grammont; sie befindet sich in einer Depesche vom 14. April: „„Der römische Stuhl wird keinem Protokolle seine Zustimmung ertheilen, das ihm nicht die Zurückerstattung der Romagna zusichert; er besteht darauf, bis zu diesem Zeitpunkte die Ausführung der von dem heiligen Vater zugegebenen Reformen hinauszuschieben; sein unerschütterlicher Entschluß ist, niemals für die unter seiner Herrschaft verbliebenen Staaten eine Garantie anzunehmen, weil dies in seinen Augen einen Unterschied zwischen diesen Staaten und denen, die ihm geraubt worden, anerkennen hieße. Der Papst weist das System einer in das große Buch der Staaten eingeschriebenen Rente zurück; er würde sich zu keinem Abkommen verstehen, welches die Form einer Bestätigung alter, aus den erledigten Benefizien erhobener kanonischer Gebühren hätte; was die zu leistende Hülfe an Truppen anbetrifft, so zieht der heilige Stuhl es vor, daß es ihm freigestellt bleibe, seine Truppen selber anzuwerben."" Alle Versöhnungsversuche scheiterten also an diesem, durch eine so falsche Auffassung des Zustandes von Frankreich erregten und ermuthigten Widerstande. Kardinal Antonelli hatte übrigens Hrn. v. Grammont in einer Unterhaltung, deren Einzelheiten in einer Depesche unseres Gesandten enthalten sind, erklärt: „„Der Papst wird sich niemals auf einen Vergleich einlassen.""

„So hatte denn, heißt es in der Flugschrift weiter, der römische Hof Alles verweigert. Welches sollte nun die Haltung des römischen Hofes seyn? Wollte er müßiger Zuschauer der Ereignisse bleiben, die sich in Italien überstürzten! Sollte er, ergeben und in der Hoffnung, daß die Stunde der Vergeltung kommen werde, den Ereignissen zusehen? Aber die Entsagung fand keinen Platz im Herzen der Rathgeber Pius IX. In demselben Augenblicke, wo die päpstliche Regierung gegen eine von allen katholischen Fürsten gebotene Schenkung protestirte, suchte sie um die Unterstützung der Einzelnen nach und organisirte allüberall die Erhebung des Peterspfennigs. In dem Augenblicke, wo sie die von der Ergebenheit der Fürsten zu ihrer Verfügung gestellten Soldaten von sich wies, warb sie Landsknechte an. Der Kaiser hatte unaufhörlich die Schöpfung eines Nationalheeres anempfohlen als Zeugniß der wieder hergestellten Ordnung und als Bürgschaft künftiger Sicherheit; die römische Regierung, welche diesem Rathe ihr Ohr verschlossen hatte, versuchte die Bildung einer Armee ohne Nationalität und ohne Einheit. Dieser Versuch ging in besonders auffälliger Weise vor sich und sollte die großen religiösen Kundgebungen einer anderen Zeit ins Gedächtniß rufen, und damit der Inscenirung auch gar nichts fehle, stellte man an die Spitze dieses Kreuzzuges einen General, den Frankreich während unserer heldenmüthigen Kämpfe in Italien und in der Krim nicht unter unseren Adlern erblickt hatte. Sprechen wir es unumwunden aus: als ein römischer Prälat, dessen persönliche Feindseligkeit gegen die französische Politik bekannt ist, bis nach Anjou kam, um den Muth und die Ergebenheit des Hrn. v. Lamoricière anzurufen, hatte er es bei seiner Wahl weniger auf den Helden von Constantine, als auf den von der Regierung seines Landes geschiedenen Politiker abgesehen. Von höheren Gedanken erfüllt, widersetzte der Kaiser sich dieser Wahl nicht, obgleich mehr denn ein indiskretes Wort bereits

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 50.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 19. Februar 1861.

* Lagueronniere's Flugschrift.

(Schluß.)

„Italien in seiner Unabhängigkeit achten", fährt Lagueronniere fort, „und zugleich das Papstthum in seiner zeitlichen Macht schützen, das war also der zweifache Zweck, den die kaiserliche Politik sich vorsetzen mußte. Zwischen diesen beiden durch Mißverständnisse veruneinigten Mächten, zwischen dem bedrohten Papstthum und Italien, das zur Erhebung bereit war, mußte das Werk der Versöhnung und Annäherung versucht werden. Von dieser Gesinnung waren alle Rathschläge Frankreichs am römischen Hofe eingegeben, schon bevor die Ereignisse die Nothwendigkeit dieser Anstrengungen bewiesen hatten. Der Kaiser forderte den päpstlichen Herrscher auf, den Wünschen des freien Gedankens in Italien Genugthuung zu geben dadurch, daß er die zu wiederholten Malen von den Regierungen Europa's geforderten Reformen, die schon mehrere Male zugestanden und immer wieder aufgeschoben worden, endlich zur Ausführung bringe. Die Wiederherstellung der römischen Gemeinde-Verfassung, die Dezentralisation der Verwaltung, das Aufhören zahlreicher Mißbräuche, die Zurückgabe der Freiheiten, mit denen der Wiener Kongreß gewisse Provinzen ausgestattet hatte, alle diese Maßregeln hätten, indem sie die Kraft des neuen Geistes der alten Autorität des Papstes einflößten, damals mächtige Sympathien um den Thron des heiligen Petrus vereinigt; die römische Regierung, die in ihrer weltlichen Existenz den gewöhnlichen Bedingungen der menschlichen Gewalten unterworfen war, hätte durch Reformen, welche die Staaten befestigen, den Revolutionen zuvorkommen müssen, die sie erschüttern oder zu Grunde richten. Aber während der Kaiser seine Anstrengungen erschöpfte, um das Papstthum mit Italien zu versöhnen und so dem Katholizismus neue und glorreichere Geschicke zu bereiten, provozirte die politische Partei (Legitimisten), welche gewissermaßen Gott in die Mitschuld ihrer Absichten hereinziehen wollte, die Katastrophen, indem sie sich jeder Unterhandlung widersetzte. Ihr zufolge sollte der Kaiser, indem er die Titel seines nationalen Ursprungs auslöschte und auf das unvergängliche Erbtheil, das die französische Revolution unserer Generation hinterlassen, verzichtete, sich in Italien zum Verfechter des göttlichen Rechtes machen. Was lag ihr an der Freiheit der Halbinsel und an dieser nothwendigen Unterdrückung, die Europa in Unruhe versetzte? Es handelte sich darum, den Kirchenstaat gegen jede Erschütterung zu sichern. Man gründete die Sicherheit des heiligen Stuhles auf die Knechtung der Nation. Unter diesen Umständen ließ Oesterreich, vielleicht äußeren Anreizungen nachgebend, seine Truppen den Tessin überschreiten und trug so auf den piemontesischen Boden einen Angriffskrieg. Aber abgesehen von dem österreichischen Angriffe, hatte dieser Krieg tiefe Veranlassungen, die ihn unvermeidlich machten und die mit der Verfassung Italiens selbst in Zusammenhang standen. Er war eine der unglückseligen Folgen der gewaltsamen Ungerechtigkeiten der Vergangenheit."

Es folgt nun ein geschichtlicher Rückblick auf die dem Napoleoniden so verhaßten Verträge von 1815, die, wie Lagueronniere sagt, Italien an Oesterreich überlieferten, das, im Besitz von Venetien und der Lombardei, zugleich die kleinen Höfe von Parma, Modena, Toscana 2c. beherrschte, und seine Vorposten in Bologna, Ancona, kurz überall hatte, wo es einen Stützpunkt für seine Herrschaft über die Halbinsel sah. „Seitdem, fährt er fort, standen sich in jenen fruchtbaren Ebenen, die der Tessin, der Po und der Mincio bespülen, zwei Völker gegenüber: die Besiegten, die nicht einmal die Sprache ihrer Herren verstanden und durch Verschwörungen und Aufstände sich gegen die Unterdrückung sträubten; die Sieger, welche mit allem Stolz der Eroberung alles Mißtrauen gegen die Zukunft vereinigten; die Einen drangen die Regierung auf, die Anderen erduldeten sie. Die Italiener waren die Enterbten Italiens; die gebildeten Klassen protestirten gegen diese Mißachtung ihrer selbst und des Nationalgeistes; aber dieser rechtmäßige Widerstand gegen die österreichische Herrschaft diente nur dazu, die Härten zu vermehren, und der Haß wuchs mit der Knechtschaft. Die Revolution von 1848 fand Italien bereit zu einer Erhebung. Die Ereignisse, deren Schauplatz damals die Halbinsel wurde, gaben Piemont eine außergewöhnliche Stellung. Mit freier Verfassung war es der Wächter der verletzten nationalen Unabhängigkeit geworden, und obgleich der erste Versuch, dieselbe zu rächen, mit der Niederlage von Novara geendet hatte, ließ es sich durch diese Katastrophe weder entmuthigen, noch sich von den Wegen, die ihm alle freidenkenden Geister Europa's anwiesen, abbringen. Es vereinigte in sich selbst, bei dem schwierigen Versuche der öffentlichen Freiheiten, alle lebendigen Kräfte der Nation; es sprach und handelte im Namen Italiens; es stellte sich im Rathe der Mächte hin als Vertreter eines geknechteten Stammes und pflanzte auf den Schlachtfeldern die Fahne des gemeinsamen Vaterlandes neben den vereinigten Fahnen Frankreichs und Englands auf. Wer also kann sich darüber wundern, daß eine solche Lage, die durch das Gewissen des Volkes und das Zeugniß der Geschichte verdammt war, mit einem schrecklichen Zweikampfe zwischen Oesterreich und Italien endete? Frankreich hatte diesen Kampf vorausgesehen und hatte aufrichtige Anstrengungen gemacht, um ihn zu verhindern. Durch ein höheres Interesse der internationalen öffentlichen Ordnung geleitet, wollte es Italien die Schmerzen neuer Erschütterungen und Europa die Beunruhigungen und Gefahren eines Krieges ersparen, der sich auf alle großen Staaten Europa's ausdehnen konnte. Frankreich sah das ein und versuchte es auf dem Kongresse von Paris im Jahre 1856. Indem es sich auf die Autorität jenes großen Beispiels einer Intervention der Mächte zu Gunsten der Ordnung von Fragen, welche den Frieden Europa's bedrohten, stützte, verlangte es im Namen der Sicherheit der Zukunft die Verzichtleistung Oesterreichs nicht auf die Rechte seiner italienischen Souveränetät, sondern auf den beständigen und allgemeinen Einfluß, den es in der Halbinsel ausübte in Gemäßheit seiner Verträge mit den Fürsten. An dem Tage, wo die Depeschen unserer Regierung in Betreff der italienischen Angelegenheiten vor dem Kriege veröffentlicht sind, wird man sehen, wie viel Sorgfalt wir für alle die Interessen, die dabei ins Spiel kamen, und namentlich für den heil. Stuhl gezeigt haben. Wenn aber der Kampf unvermeidlich würde, welches sollte dann das Verfahren Frankreichs Rom gegenüber seyn? Die Diplomatie hatte darin bloß bösen Willen gefunden; zwischen den Rathschlägen, die von Wien, und denen, die von Paris kamen, schwankte die römische Kanzlei nicht; sie zog den weisen Reformen, die Frankreich von ihr verlangte, die Vormundschaft vor, welche Oesterreich ihr auferlegte. Das Ansehen unseres Schutzes war schon verkannt, die Wohlthat unserer militärischen Okkupation fast verschmäht. Eine kaum verhüllte Undankbarkeit war das Vorspiel zu offener Feindseligkeit. Das Herz Pius IX. war überrascht und betrogen durch den Groll der Prälaten gegen Frankreich, die in seinem größten Vertrauen lebten. Ohne sich durch diese Lage aufhalten zu lassen, suchte der Kaiser mit Eifer die Mittel, die politische Autorität des heil. Vaters in dem Kampfe, der auszubrechen begann, aufrecht zu halten. Sein Programm wurde veröffentlicht; da er das Protektorat Europa's über Italien nicht hatte durchsetzen können, schlug er eine Verbündung aller unabhängigen Staaten vor, deren Mittelpunkt in Rom und das Haupt der Papst seyn sollte. Das war die monarchische und katholische Lösung der italienischen Frage. Wir, die wir die Ehre gehabt haben, dieses Programm zu erläutern (d. h. Lagueronniere), wir wissen besser als irgend Jemand, mit welchen Spöttereien und mit welchen Schmachreden es im Schoße der Partei aufgenommen wurde, deren Einfluß den Vatikan lenkte. In Rom und in Paris wetteiferte man in der Leidenschaftlichkeit mit einander. . . . Da bricht endlich der Krieg aus. Welches ist in dem Augenblicke der erste Gedanke des Kaisers?

Deutscher Bund.

§ Frankfurt, 16. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Nachdem in der heutigen Bundestagssitzung einige Festungssachen verhandelt waren, schritt der Militärausschuß zur Berichterstattung über die Reform der Bundeskriegsverfassung. Der Ausschuß erklärt, zur Erledigung der Aufgabe erst schreiten zu können, wenn die drei Vorfragen über den Oberfeldherrn (worüber außerhalb der Versammlung Unterhandlungen schweben), über die numerische Erhöhung der Stärke des Bundesheeres und über dessen Korpseintheilung entschieden seyen. Bezüglich der zweiten Vorfrage spricht sich der Ausschuß gegen eine Erhöhung der Matrikel, dagegen für Erhöhung der Stärke der Ersatzkontingente um 1/3 Prozent aus, wogegen die Majorität auch die Hauptkontingente erhöht wissen will. Ueber die weitere Vorfrage, ob die Reservedivision beizubehalten sey, sind die Stimmen getheilt. Die Mehrzahl will überhaupt den Unterschied zwischen den Haupt- und Reservekontingenten aufgehoben wissen, da er doch nur ein nomineller sey.

Bayern. München, 16. Febr. Se. Majestät der König hat auf das im Forstamte Weilheim erledigte Forstrevier Pilgertshofen den Forstamtsaktuar am Ministerial-Forsteinrichtungsbureau, Gustav Winklmayr, befördert; den Hüttenmeister Joseph Englert von Weiherhammer unter Uebertragung der Oberleitung des Hüttenwerks Eisenerz zum Bergmeister am Berg- und Hüttenamte Bergen befördert.

(Dienstes-Nachrichten der k. Verkehrs-Anstalten.) Ernannt wurden: zum Ingenieur-Assistenten bei der Generaldirektion der k. Verkehrsanstalten der bisher bei der Eisenbahnbau-Kommission verwendete Ingenieur-Praktikant W. Hofmann; zu Post- und Eisenbahnexpeditoren die Expeditionsgehülfen Max Vernaß in Aitrang, Fr. Dollinger in Wildpoldsried und Th. Jödicke in Gundelsdorf. Versetzt wurden: der Post- und Bahnexpeditor L. Heldrich in Burgau als Eisenbahnexpeditor nach Kronach, dann die Post- und Eisenbahnexpeditoren Th. Martin von Wildpoldsried auf die neu errichtete Expedition Küps und K. v. Jabuesnig von Aitrang nach Burgau. (Verordn.-Bl.)

München, 16. Febr. Zwischen den Eisenbahnstationen Lübeck und Regensburg, dann zwischen den hauptsächlichsten Stationen der bayerischen Ostbahnen und jenen der Werra- und der Thüring'schen Eisenbahnen ist nun ebenfalls ein direkter Güterverkehr eingeführt.

Oesterreich. § Wien, 15. Febr. (Privat-Korrespond.) Die Besserung unserer Valuta war nur vorübergehend, wie dies vorauszusehen war. Die Regierung wollte um jeden Preis die Devisen-Kurse drücken und ließ durch mehrere Banquiers, namentlich durch Todesco London begeben. Das Manöver kostet der Finanzverwaltung mehrere Millionen, ohne daß es wirklich einen nachhaltigen Nutzen bringen kann. Es war dies schon darum nicht möglich, weil Alles, was sich zu decken hatte, den günstigen Augenblick benützte und Devisen kaufte. Es war demnach mit um so größerer Bestimmtheit vorauszusagen, daß die günstige Haltung der Börse nur wenige Tage dauern würde, da die Finanzverwaltung die Mittel nicht in Händen hat, um den ungleichen Kampf fortzusetzen. Dazu kommen noch der Fall von Gaeta, die Erhöhung des Bankdiskonto in London, ferner einige lokale Ursachen, welche niederschlagend einwirken mußten, so daß an einen dauernden Rückgang der Valuta nicht zu denken war. Ein solcher ist überhaupt nicht möglich, so lange nicht das Grundübel beseitigt ist, an dem unsere Finanzen kranken. Die Beseitigung desselben gehört aber weniger in das Bereich des Finanz- als vielmehr in das des Staatsministerium. Leider ist die Hoffnung sehr gering, daß man mit Ernst und Entschiedenheit an die Lösung dieser schwierigen Aufgabe zu gehen gedenkt, und doch ist ohne diese eine Rettung nicht möglich.

Frankreich.

Die Stellung des Generals Goyon zur päpstlichen Regierung ist sehr schwierig geworden. Er stößt überall auf Mißtrauen, und es ist namentlich zwischen ihm und Mfgr. de Merode neuerdings im päpstlichen Kriegsministerium zu Auftritten gekommen, wobei sehr scharfe Ausdrücke und starke Persönlichkeiten vorkamen.

Italien.

Die „Köln. Ztg." schreibt: „Da in Gaeta noch ein Pulvermagazin erst nach Wiederabbruch der ersten am 12. Febr. gepflogenen Verhandlungen wegen der Uebergabe in die Luft flog, so widerlegt sich dadurch die Behauptung der legitimistischen Berichte, als sey einzig und allein Pulvermangel Veranlassung gewesen, zu kapituliren; man habe sich gehalten, bis der letzte Schuß Pulver verbraucht war. Ein anderer streitiger Punkt dürfte schwerer zu entscheiden seyn; legitimistische Berichte aus Paris behaupten, die Pulvermagazine seyen durch Verrath im Innern der Festung selbst angezündet worden, denn die Gebäude, in denen die Pulvervorräthe gelegen, seyen gegen Bomben von außen sorglich befestigt und beschützt gewesen.

Graf Cavour scheint denn doch in den Freischaaren ein Haar gefunden zu haben; er ist nämlich mit Garibaldi darüber ganz einverstanden, daß Italien sich bis an die Zähne bewaffnen müsse; aber es dürfe nur von wohlorganisirten regulären Truppen die Rede seyn; Freischaaren und Schützenvereine werden dagegen von ihm nicht geduldet, da sie doch immer nur der Revolution genützt hätten.

Mailand, 15. Febr. Nach der „Perseveranza" soll gleichzeitig mit der Veröffentlichung der Laguerronnière'schen Flugschrift eine Art Ultimatum Frankreichs an den päpstlichen Hof abgeschickt werden. — Die Kapitulation Messina's wird stündlich erwartet, da der dortige Kommandant bereits früher erklärte, die Citadelle nach dem Falle Gaeta's räumen zu wollen. Die gestrige „Perseveranza", welche die baldige Uebergabe der Festung Gaeta anzeigt, fügt bei: „Gaeta's Kapitulation kommt uns sehr gelegen, da wir höchst wahrscheinlich einen Angriff am Po von den entthronten Herzogen, unterstützt von Oesterreich, zu bestehen haben werden. (Dieser Nachsatz ist offenbar wieder einer der piemontesischen Kunstgriffe zur Alarmirung der öffentlichen Stimmung. Wie im Jahre 1859, soll Sardinien als der bedrohte Theil hingestellt werden, während doch Oesterreich herzlich froh ist, wenn man ihm Ruhe läßt.) (Tel. d. Ostd. Post.)

Nichtpolitische Zeitung.

Aus Döbeln (Sachsen) vom 12. Febr. schreibt man der „Constitutionellen Zeitung": „Unweit Riesa ereignete sich am 12. Febr. der gewiß seltene Fall, daß zwei Personen ohne unglückliche Folgen aus dem Coupé eines Personenwagens sprangen, während der Dampfwagenzug im vollen Gange war. Ein dem Zuchthause verfallenes Subjekt, das seinem Eldorado in Waldheim per Dampf zugeführt werden sollte, glaubte sich der unbequemen polizeilichen Begleitung entziehen zu können und sprang nach geschickter Oeffnung der Wagenthür auf die Bahn. Der Polizeimann hatte aber mehr Anhänglichkeit an seinen treulosen Gefährten, als dieser geglaubt haben mochte. Ohne langes Bedenken folgte er dem Ausreißer auf dem Fuße und ereilte ihn glücklich unweit der Bahn auf freiem Felde."

Hamburg, 14. Febr. In den letzten stürmischen Tagen gingen eine Menge Schiffe an der englischen Küste zu Grunde, und darunter einzelne mit sammt der Mannschaft. (Allg. Z.)

Wie man aus Linz meldet, wurde vor einigen Tagen der auf dem Schlosse Greinburg wohnende herzoglich koburgische Güter-Intendant, Regierungsrath und Ritter mehrerer Orden, Freiherr v. R., eingezogen. Derselbe ist verdächtig, den in den letzten Tagen des Januar auf dem herzoglich koburgischen Schlosse zu Greinburg entstandenen Brand, während dessen ein bedeutender Diebstahl in Geld und Effekten daselbst vorgenommen wurde, angelegt und den besagten Diebstahl begangen zu haben. Er befindet sich nun im Untersuchungsarreste des Landesgerichtes und leugnet, wie man hört, die ihm zur Last gelegten Verbrechen. (Allg. Z.)

In Warschau ist unterm Volke der Glaube verbreitet, Garibaldi werde am 1. März daselbst einrücken und die Russen verjagen. Vorigen Monat wurde ein Schusterbube von der Polizei festgenommen, weil er im Streit mit einem andern Lehrbuben diesem gedroht hatte: Warte nur, bis Garibaldi kommt! Die Mutter des Schusterbuben kam zum Polizeikommissär und bat um Freilassung ihres Sohnes. „Nein, nein", erwiderte dieser, „der muß sitzen, bis Garibaldi kommt!" — „Jesus Maria", rief die Alte, „das dauert noch zwei Monate." — „Wie, zwei Monate?" — „Ei nun, freilich, der Garibaldi kommt ja erst im März nach Warschau, und so lange soll mein Sohn sitzen!!"

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 49.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreifaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Montag, 18. Februar 1861.

* Lagueronniere's Flugschrift

stellt, wie schon erwähnt, die Frage auf: „Wer sind die, deren Verblendung oder Berechnung die weltliche Macht des Papstes auf den Punkt gebracht hat, auf dem sie heute steht, und wer dagegen sind die, deren großmüthige Anstrengungen und stets verschmähte Rathschläge sie hätten erhalten und befestigen können?" Die Art, wie die Frage gestellt ist, deutet schon von vornherein an, wie sie beantwortet werden soll, nämlich im Sinn und zu Gunsten der Politik Napoleons III. „Das geistliche Papstthum", meint Lagueronniere, „kommt dabei nicht in Frage, es steht vielmehr unbestreitbar fest, und auswärts, wo Frankreichs zivilisirender Einfluß hindringt, erscheint hinter Frankreichs Fahne stets das Kreuz, und indem wir dem heiligen Vater immer mehr Seelen zuführen, als er jemals Unterthanen verlieren kann, erweitern wir immerdar die Grenzen des wahrhaftigen Reichs, dessen Hauptsitz Rom ist." Also nur um die weltliche Macht des Papstes handelt es sich jetzt nach Lagueronniere.

„Welches sind nun", fragt er, „die Ursachen dieser Krisis? Wer hat diesen verhängnißvollen Widerstreit zwischen dem Papstthum und Italien herbeigeführt? Wer hat das Mißtrauen zwischen dem Vatikan und den Tuilerien angefacht? An wem ist die Schuld, wenn der Papst heute allein dasteht, wenn er von der italienischen Bewegung getrennt ist, deren natürlicher Führer er ist, wenn er einen Theil seiner Staaten verloren hat? Ist es die Schuld der französischen Politik? Hat diese es an Rücksichten, an Hingebung, an Aufrichtigkeit, an Geduld, an Selbstverläugnung und an Umsicht fehlen lassen?" Daß diese Schuld nicht die französische Politik treffe, sucht er nun aus der Geschichte der letzten zwölf Jahre in folgender Art zu beweisen. „Als am 10. Dezember 1848", sagt er, „das Vertrauen der Nation die Macht in die Hände des Erben des Kaiserreichs legte, schloß sich der Klerus dieser volksthümlichen Kundgebung an. Hinter den Kirchenbannern her schritten die Landbevölkerungen zur Abstimmung. Während der folgenden Jahre wurde der Prinz, damals erster Beamter der Republik, als der Beschirmer der schwer beunruhigten katholischen und bedrohten konservativen Interessen angesehen. Alle Hoffnungen der Zukunft richteten sich auf ihn, und als man ihn die Waffen Frankreichs dazu verwenden sah, die Ehre der katholischen Welt zu rächen, und die Fahne der bewältigten Revolution als Bürgschaft für die Freiheit der Kirche hingeben sah, so zweifelte keiner von den aufrichtig um das Wohl der moralischen Geschicke ihres Landes bekümmerten Männern daran, daß wir in eine neue fruchtbringende Aera der Wiederherstellung eingetreten seyen. Das Bündniß zwischen der religiösen Gewalt und der bürgerlichen Macht schien sich durch die Bezeugungen der Dankbarkeit zu verstärken, welche von allen Punkten Frankreichs, ja, man kann sagen, aus allen Kirchen der Christenheit dem Prinzen, der solches vollzogen, dargebracht wurden." Weiter zählt Languerronniere auf, was Napoleon dann als Kaiser für die katholische Kirche gethan habe. „Das Pantheon wurde dem Dienste Gottes zurück gegeben, die Kardinäle wurden in den Senat berufen, unsere alten Kathedralen erlitten beträchtliche Dotationen, die bescheidenen Dorfkirchen bekamen in dem Staats-Budget einen bisher ungebräuchlichen Antheil; die Religion hochverehrt, die Geistlichkeit öffentlich beschützt."

„Aber, sagt er, es gab Leute, welche, nachdem sie in unsere alten politischen Streitigkeiten verwickelt gewesen, in dem neuen Zustande der Dinge den tiefen Groll über die erlittenen Niederlagen bewahrten.*) Sie benutzten die Freiheit, welche das Kaiserreich der Religion gewährte, nicht zur Förderung der heiligen Werke, welche die Aufgabe der Kirche sind, sondern zu Gunsten von Leidenschaften, Hoffnungen und Planen, welche Frankreich durch eine feierliche Abstimmung verdammt hatte. Mit geschickter Hand wurden Zweifel über die Absichten der französischen Regierung ausgestreut. Man wandte alle Mittel an, um die Politik, welche den Dank der Katholiken verdiente, zu verdächtigen; man beutete selbst die Mildthätigkeit aus, und die unter ihrem wohlthätigen Einflusse und durch den Beitritt so vieler rechtschaffenen Leute gebildeten weitverzweigten Gesellschaften wurden bald der Zielpunkt ihrer eifrigsten Bemühungen. Die Politik drang allmälig in die Kirche ein, und die in den Mantel der Religion gehüllten Parteiführer gewannen das Vertrauen der Gläubigen. Die religiöse Freiheit öffnete eigennützigen Einflüssen die Pforte, die ihren Groll selbst unter der Unverletzlichkeit des Altares bargen und die erhabenen Worte des Evangeliums zu Sophismen ihres Egoismus umgestalteten. Die Mildthätigkeit selbst war eine hochherzigen Seelen gestellte Falle, und nur zu häufig war die Duldsamkeit der Gesetze noch die Mithelferin zu Wäartigen Absichten, denen sie als Deckmantel diente, ohne sie freizusprechen. Fern sey von uns der Gedanke, den französischen Klerus mit den Männern zu verwechseln, die ohne Recht und Anspruch sich über ihn eine Art Diktatur angemaßt haben. Der Klerus kann einen Augenblick lang durch den Parteigeist bethört werden, allein er wird sich nie zu dessen willigem Werkzeuge hergeben, und sollte man auch einmal seinen guten Glauben hintergehen können, so wird man nie dazu gelangen, seine Gefühle zu fälschen. Die Politik des römischen Hofes erfuhr selbst sehr bald den Einfluß dieser so eifrigen und ausdauernden Anstrengungen. Anstatt sich von den Rathschlägen Frankreichs bestimmen zu lassen, dem es seine Wiederherstellung verdankte, nahm das Papstthum, kaum wieder in den Vatikan eingezogen, die untergeordnete Haltung wieder an, die ihm durch die Verträge von 1815 angewiesen war.*) Den Kaiser aber konnte nichts von seinen Entschließungen abwendig machen. Sein Vertrauen auf den Papst, dessen Thron er wieder aufgerichtet hatte, wurde nicht erschüttert; zu jeder Stunde das Werk der Befreiung des Papstthums gewissermaßen vervollständigend, garantirte er Europa gegenüber die Unverletzlichkeit des heiligen Stuhles. Die der italienischen Unabhängigkeit günstigen Bewegungen, welche auf der Halbinsel entstanden, gaben, indem sie die Lage Frankreichs verwickelten, den Vorwand, auf den die Parteien warteten. Die Niederlage der Revolution unter den Mauern Roms und die Niederlage der italienischen Nationalität auf dem Schlachtfelde von Novara im Jahr 1849 hatten vom Tessin bis zum adriatischen Meere nur das schmerzvolle Schweigen der Knechtschaft verbreitet; das Betragen der päpstlichen Regierung selbst, ihre hartnäckige Weigerung, Reformen einzuführen, und ihre eingestandenen Sympathien für Oesterreich trugen zu der Vermehrung der Befürchtungen des italienischen Patriotismus bei. Das Werk der nationalen Emanzipation wurde also durch geheime Gesellschaften und Verschwörungen betrieben; die berechtigten Freiheits-Bestrebungen vermischten sich mit den Komplotten der Verschworenen; Italien war ein Herd, zu allen Aufständen bereit. Es bedrohte ohne Unterlaß den Frieden Europa's mit einer plötzlichen und furchtbaren Explosion." Lagueronniere erklärt nun, daß der Kaiser, als Haupt einer aus der Revolution von 1789 hervorgegangenen Herrscher-Familie wie als Erbe der Jahrhunderte alten Politik Frankreichs, das geknechtete italienische Volk, als es seine nationale Unabhängigkeit forderte, nicht im Stich lassen konnte, daß er aber andererseits als Katholik, als ältester Sohn der Kirche die geistliche Unabhängigkeit des Papstthums, die durch die weltliche Macht des heil. Stuhles verbürgt sey, schützen mußte, den Papst nicht der Revolution preisgeben durfte.

*) Damit ist die legitimistische Partei gemeint.

*) d. h. im Vatikan hörte man lieber auf Oesterreich, als auf Frankreich.

(Schluß folgt.)

Nichtpolitische Zeitung.

Aus Bayern, 13. Febr. Die Freisinger Liedertafel ladet durch einen Aufruf an die Männergesangvereine des oberbayerischen, niederbayerischen, oberpfälzisch-regensburgischen und schwäbisch-neuburgischen Kreises diese zu einem im März zu haltenden Sängertag nach Landshut ein, wo die Konstituirung eines **bayerischen Sängerbundes**, ähnlich dem schwäbischen Sängerbund, stattfinden soll. (Schwäb. M.)

Berlin, 14. Febr. Der heutige Staatsanzeiger publizirt einen Steckbrief gegen den oft genannten Kaufmann Karl Fuchs, in Firma C. Fuchs und Komp., dessen Verhaftung wegen Wechselfälschung beschlossen ist.

Hannover, 13. Febr. Hier wurde durch Requisition der Hamburger Behörden ein Schwindler zur Haft gebracht, der sich bei hiesigen Liberalen als Ordonnanzkapitän Garibaldi's und italienischer Freischärler des vorigen Sommers zu insinuiren gewußt und, nachdem er hier polizeilich ausgewiesen war, seine Betrügereien in der Elbstadt mit Glück fortgesetzt hatte. Die pikanteste Seite dieses Vorfalls hat das Tagesgespräch darin gefunden, daß Msgr. Loicy Valorie hieher gekommen war, um eine hiesige achtbare Dame, die er von einem Badeaufenthalt in Wiesbaden her kennen wollte und mit der er sich angeblich verlobt hatte, jetzt in italienische Winterquartiere heimzuführen. (Frkf. Postz.)

Ein Bild des Jammers und Elends, wie es das menschliche Leben nur selten zeigt, befindet sich seit Kurzem in der Klinik zu **Gießen**. Eine schon etwas bejahrte Person aus dem Hinterland, die in Nieder-Wöllstadt in Arbeit stand, erfror, da sie nur einen kalten Heuschober zu ihrem Nachtlager hatte, ihre Glieder derart, daß man ihr beide Hände und Füße, die Nase und die Unterlippe abnehmen mußte, oder man könnte fast sagen, diese Theile fielen ihr ab!

Neueste Nachrichten.

Aus dem Badischen, 13. Febr. Prälat **Ullmann**, welcher vor wenigen Wochen von der Leitung des evangelischen Oberkirchenraths abtrat (auf das Andringen seiner Gegner, welche ihm eine zu strenge Orthodoxie und reaktionäre Richtung vorwarfen) und aus dem aktiven Dienst der Kirche und des Staats schied, hat in diesen Tagen aus dem k. preußischen Kultusministerium in ehrenvollster und dringendster Weise den Antrag erhalten, nach Preußen als akademischer Lehrer an die größte evangelisch-theologische Fakultät, deren Zierde er einst war, zurückzukehren. (A. Z.)

Wien, 12. Febr. Die Subskription auf das Steueranticipations-Anlehen überschreitet mit einer Kleinigkeit den aufgelegten Betrag von 30 Millionen; der Adel hat einige Beträge gezeichnet, der katholische Klerus hat kaum nennenswerthe Summen unterschrieben. Der Klerus von Italien, Ungarn und Galizien ist gar nicht genannt in der Liste! Die meisten Beträge wurden von den industiellen Etablissements, von der Finanz- und Geschäftswelt in den deutschen Provinzen und von den kaiserlichen Herrschaften unterzeichnet. (Nat.-Ztg.)

Kopenhagen, 14. Febr. „Fädrelandet" meldet, daß eine Anzahl schleswiger (dänisch-gesinnter) Ständedeputirter in einer zu Flensburg abgehaltenen Versammlung beschlossen habe, eine öffentliche Erklärung dahin lautend abzugeben, daß die Absonderung Holsteins und Lauenburgs von den übrigen Landestheilen eine Nothwendigkeit sey. Demnächst wurde der Beschluß gefaßt, einen Protest gegen jede fremde Einmischung in schleswig'sche Angelegenheiten zu erlassen. (Das ist die Taktik der sog. Eiderdänen-Partei, welche Holstein und Lauenburg von dem dänischen Gesammtstaat ausgeschieden lassen will, um Schleswig demselben desto sicherer einzuverleiben.) (T. d. Preuß. Z.)

Paris, 15. Febr. Die Klage der Familie Paterson wurde durch richterlichen Spruch für unzuläßig erklärt. (T. d. N. K.)

Rom, 15. Febr. Der König von Neapel ist mit seiner Familie hier angekommen und wird sich über Triest nach Bayern begeben. (Tel. d. Nürnb. Korr.)

Rom, 15. Febr. Die Mitglieder des diplomatischen Korps, die sich bei dem König in Gaeta befanden, sind größtentheils hier angekommen, die übrigen werden im Laufe des Tages erwartet. Die Stadt ist über die Katastrophe in Gaeta sehr bestürzt. (Tel. d. Allg. Z.)

Neapel, 14. Febr. Eine spanische Fregatte nimmt die in Gaeta zurückgebliebenen Gesandten an Bord. (Tel. d. Nürnb. Korr.)

Turin, 11. Febr. Gestern überreichte eine Deputation des hiesigen Stadtraths dem König den Beschluß derselben, ihm in der Säulenhalle des städtischen Palastes eine Marmorstatue zu errichten, deren Inschrift ihn zuerst als König von Italien begrüßen soll. Viktor Emanuel empfing die Vertreter seiner Residenz mit Freundlichkeit, und dankte ihnen gerührt für diesen Beweis der fortdauernden Liebe und Anhänglichkeit seiner getreuen Turiner; auch sprach er viel von den Thaten seiner Truppen, und von den großen Geschicken, die Italien noch vorbehalten seyen; allein vergebens warteten die Väter der Stadt auf ein Wörtchen, das auf eine mögliche Erhaltung des Friedens hindeutete. (A. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	76 P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	59⅞ P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	49¾—⅞ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	43½ G.
"	4½ pCt.	37½ P.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	87⅞ P. ½ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102 G.
"	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101⅝ G.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102⅜ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	100¼ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100⅜ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	95¼ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103¾ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	94⅛ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	102½ P. ⅛ G.
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	95¼ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	102½ P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100½ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	93¼ P. 92¾ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	100⅞ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	98⅜ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	97½ P.
"	3 pCt. Obl.	90½ P.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	46½ G.
"	1¾ pCt. " " "	41 P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	97 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	108⅝ G. ex D.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	574 G. ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	131 P. 129½ G. ex D.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	180 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . . .	74 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	68 P.
Internationale Bank in Luxemb. . .	80 P. 79½ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	337 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	69 G.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	228 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	120 G.
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73½ P. 72¾ G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	25¾ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	129¾ P.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	97½ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51¼ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	237 P. 235 G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	479 G.
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	465 G.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	104 P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99¾ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅜ B.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	95¾ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ B. 105 G.
London Lst. 10 k. S.	118 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	92¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅛ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	79 B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	46⅜ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	54⅞ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	126¾ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	56 P.	" fl. 25 do.	—
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	90½ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	33¾ G.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	116⅜ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50¼ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	35½ P.
Badische fl. 50	89¼ P. 88⅞ G.	Vereins-Loose fl. 10.	10½ P.
Badische fl. 35	53 G.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅜ P.

Frankfurt, 16. Februar. Oesterr. National und Kreditaktien wurden in starken Posten zu höheren Kursen vom Markte genommen. In den übrigen ~~Fonds wenig~~ Umsatz und keine Veränderung. (Synd.)

Anerkennung seiner treuen und eifrigen Dienstleistung nunmehr den Ruhestand für immer bewilligt. (N. Münch. Z.)

München. Demnächst werden wieder 100 Bayern, welche in der neapolitanischen Armee dienten, hier eintreffen, um von hier aus in ihre Heimath zurückzukehren. (M. P.)

Preußen. Berlin, 11. Febr. Bei den am 9. Februar hier stattgehabten Schießversuchen mit gezogenen Kanonen gegen $4\frac{1}{2}$ Zoll starke Eisenplatten, welche aus den besten englischen Fabriken geliefert worden waren, hat sich das preußische Geschütz von Neuem bewährt. Auf 1000 Schritt sind die Platten durchschlagen worden, und Sachverständige sind der Ansicht, daß dasselbe Resultat bis auf 5000 Schritt erreicht werden wird.

* **Freie Städte.** Frankfurt, 15. Febr. (Priv.-Korr.) Unsere gesetzgebende Versammlung genehmigte in ihrer heute Abend stattgehabten Sitzung einstimmig einen vom Senate vorgelegten Gesetzentwurf, wonach in Gemäßheit früherer Beschlüsse der Zollvereinsstaaten die sämmtlichen Durchgangs-Abgaben mit dem 1. März d. J. aufgehoben werden. Zugleich mit diesem Beschluß stellte die gesetzgebende Versammlung an den Senat das Ersuchen, mit den übrigen Mainuferstaaten energisch dahin zu wirken, daß auch die Aufhebung der Mainzölle baldigst eintrete.

Oesterreich. Wien, 11. Febr. Ueber die eigentlichen Gründe der Reise des Generals Benedek von Verona hieher wird der „Köln. Ztg." geschrieben: „In Wirklichkeit ist das ohnehin nie beste Einvernehmen zwischen dem General und einigen Mitgliedern des kaiserlichen Hauses nachgerade ein so gespanntes geworden, daß Veränderungen, welche einem so störenden Verhältnisse ein Ende machen, dem Kaiser schließlich nicht länger aufschiebbar schienen. General Benedek ist ein, was den militärischen Dienst betrifft, eben so strenger und rechtlicher Mann, als ihm alles Schleppende, Ueberflüssige, lediglich Formelle und Parademäßige in tiefster Seele verhaßt ist. An unverbrüchlichen Gehorsam gewohnt, sah er auch keinen Grund, die pünktliche Erfüllung dieser obersten militärischen Pflicht auch von einem seinem Kommando untergeordneten Erzherzoge nicht zu fordern. Dies führte zu allerlei Beschwerden, welche anfänglich die Abreise des Erzherzogs Albrecht von dem ihm zugewiesenen Posten zur Folge hatten, und nunmehr in einem Maße sich gehäuft haben, daß der Kaiser nothwendig für die eine oder die andere Seite sich entscheiden muß. Hiezu kommt noch die notorische persönliche Abneigung, welche seit Längerem bereits zwischen dem General Benedek und dem Kriegsminister, Grafen Degenfeld, besteht, einem Aristokraten von barschestem Charakter, der dem kriegsbeglückten Doktorsohne von Oedenburg die glänzende Carriere nie hat vergeben können. Benedek ist bei der Armee so sehr beliebt und eine so unersetzliche Spezialität unter den österreichischen Generalen, daß kaum zu zweifeln ist, der Kaiser werde sich für ihn entscheiden. Mindestens ist es mehr als wahrscheinlich, daß die Erneuerung der schon im vorigen Sommer bestandenen Absicht, den Erzherzog Albrecht als Gouverneur nach Böhmen zu versetzen, hiermit in unmittelbarstem Zusammenhange stehe. Auch den Kriegsminister dürfte der Kaiser leichter fallen lassen wollen, als den alten ungarischen Haudegen.

Wien, 12. Febr. Die ungarischen Blätter veröffentlichen — wie man der „N. Münch. Z." schreibt — ein sehr seltsames Aktenstück, einen Brief des Grafen Teleki, gegen welchen unser Kaiser sich auf eine so großmüthige Weise benommen hat, an den Honther Komitatsausschuß, welcher dem Grafen, der 1848 zum Obergespan des Honther Komitates gewählt worden war, ein Begrüßungsschreiben zugesendet hatte. Die königl. sächsische Regierung beschuldigt er, daß sie an ihm ein schlimmeres Verbrechen, als selbst der Mord ist, begangen habe. Er gelobt, es nie dem zu vergessen, der Schuld ist, daß er den Boden Ungarns als Gefangener betrete und daß er sich in der Heimath befinde, ohne sich der Heimath freuen zu können. Er nennt sich einen auf sein Wort freigelassenen, aber nicht begnadigten Gefangenen, spricht die Hoffnung aus, daß das Hinderniß seiner Thätigkeit binnen wenigen Monaten verschwunden seyn werde und betheuert, daß er dann im Sinne seiner bisherigen Tendenzen oder Sympathien wirksam seyn werde. Diese Tendenzen kennt man, sie heißen Losreißung Ungarns von der Monarchie. Von einem Dankgefühle gegen den Kaiser ist in dem Briefe keine Spur.

Das Oedenburger Komitat hat den Beschluß gefaßt, bis zur weiteren Bestimmung des Landtages die Steuern wie bisher zu bezahlen.

Großbritannien.

London, 13. Februar. Unter den Sträflingen in Chatham ist es in den letzten Tagen zu ernsten Ruhestörungen gekommen. Ihrer tausend weigerten sich, zur Arbeit zu gehen, wollten die obersten Aufseher ermorden, versuchten das Gefängniß an mehreren Punkten in Brand zu stecken, zerschlugen alle Möbel, brachen ins Archiv und vernichteten eine große Anzahl Listen, Ausweise und sonstige Dokumente. Da die gewöhnliche Wache zu schwach war, sie zu bewältigen, so wurden an 500 Marinesoldaten requirirt. Sie trieben die Sträflinge mit gefälltem Bajonnet, ohne einen Schuß zu thun, in ihre Zellen zurück, so daß kein Einziger entwischte. Jetzt ist eine Untersuchung eingeleitet. Die Rädelsführer werden zu Leibesstrafen verurtheilt und ins Zellengefängniß abgeführt werden. (Fr. Postz.)

Der Krieg in Ostindien bietet nachträglich der englischen Armee, abgesehen von der Aussicht auf Beförderung und dem Ruhme, bedeutende pekuniäre Vortheile. Bei der Einnahme von Delhi und Lucknow fiel eine ungeheure Beute in die Gewalt der Truppen: Edelsteine, Gewebe, Elephanten, Pferde, Kanonen und Reichthümer aller Art, die theils dem Staate, theils den Hauptrebellen gehörten. All das wurde verkauft und der Ertrag wird nun vertheilt. In Delhi wurden mehr als 340,000 Lst. und in Lucknow 140,000 Lst. erbeutet. Im Ganzen ungefähr 12,500,800 Frs. Der Antheil des Oberbefehlshabers ist $\frac{1}{20}$; die Generallieutenants bekommen von der Beute 152 Theile; die Generalmajore 76 Theile; die Brigadiers 51; die Oberste 17; die Majore 16; die Kapitäne 12 und die Gemeinen 1 Theil. Der Antheil der eingebornen Truppen richtet sich nach ihrem Solde, beträgt aber nie mehr als $\frac{1}{2}$ Theil. Von der Lucknower Beute würde demnach der Oberbefehlshaber 425,000 Frs. erhalten; da jedoch während der Belagerung vier höhere Offiziere den Oberbefehl hatten, so wird diese Summe unter diese vier Offiziere vertheilt. Auch bekommen die Erben der Verstorbenen den vollen Antheil. Der Antheil Lord Clyde's beträgt 175,000 Frs., was dieser tapfere Offizier mehr als reichlich verdiente. Im Ganzen sind diese Summen nur Bagatelle im Vergleich zu denen, welche gewisse Generale bei ähnlichen Gelegenheiten erhalten haben; so betrug z. B. der Antheil des Generals Sir Charles Napier bei der Einnahme von Hyderabad die enorme Summe von 1,750,000 Frs.

Italien.

Die „Patrie" gibt über die letzten Operationen gegen Gaeta folgende Mittheilungen: Während der Periode, welche der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten nach der Abfahrt des französischen Geschwaders folgte, war der Kampf von beiden Seiten sehr lebhaft und sehr energisch. Die Belagerten hatten ein um so furchtbareres Bombardement zu bestehen, als es einer Stadt von geringerem Umfang galt, gegen welche die Piemontesen Tag und Nacht ein konvergirendes Feuer richteten, welches, da es nicht nur die Häuser und Kirchen, sondern auch die Hospitäler traf, den Vertheidigern auch nicht einen einzigen gedeckten Punkt ließ, wo sie ihre Verwundeten hätten bergen können. — Anderweitige Berichte erzählen, die Piemontesen hätten erfahren, daß von den Belagerten unter der Bastion, welche bei einem Sturm von den piemontesischen Schützen zuerst erstiegen werden mußte, eine Mine angelegt sey, die vermittelst einer Leitung durch den elektrischen Funken im Augenblick des Sturmes entzündet werden sollte. Da schlug aber eine Bombe von den Batterien der Belagerer in die Mine ein und ließ dieselbe springen und die ganze Batterie Philippstadt, so genannt nach dem Hauptmann, der sie während der Belagerung durch Massena im Jahr 1806 befehligte, flog in die Luft. Man mußte den General Cialdini um eine Waffenruhe ersuchen, um soweit thunlich, die Bedienung der Geschütze noch lebendig aus den Ruinen hervorzuziehen.

Türkei.

Konstantinopel, 6. Febr. Eine neue Note des Fürsten Gortschakoff gegen den Bericht Kybrisli-Pascha's über die Zustände der Christen in der Türkei ist in den heftigsten Ausdrücken abgefaßt und beschuldigt den Großvezier (welcher gesagt hatte, die Lage der Christen sey lange nicht so schlimm, als Rußland vorgebe) der Lüge, Rußlands Geduld sey zu Ende. Die Antwort der Pforte lautet sehr gemäßigt, sie verspricht, sofort Reformen vorzunehmen, besonders Zulassung der Christen in die Armee und zu den hohen Staatsämtern. Der englische Gesandte hat sich für die Ansichten der Pforte erklärt. (Fr. Hdlsz.)

bezieht sich auf die Expedition Garibaldi's, die Ereignisse in Sizilien und im Kirchenstaat, die Abmahnungen Russell's gegen einen Angriff auf Venetien, die französische Okkupation Roms und die Intervention Frankreichs in Gaeta.

Am 22. Mai, somit 14 Tage später nachdem Garibaldi sich auf die Fahrt nach Marsala begeben hatte, schrieb Lord John an Sir J. Hudson, den englischen Gesandten in Turin, er möge sich von Cavour die Aussage verschaffen, daß er das Königreich beider Sizilien nicht angreifen werde. Damals war die Besorgniß bekanntlich allgemein, daß Sardinien sich die Erlaubniß zu einem Angriff auf Neapel von Frankreich durch eine neue Gebietsabtretung erkauft habe. Auch vor einem Angriff auf Venetien warnt er. Als Motiv für diese Rathschläge, die als Einmischung gedeutet werden können, führt er den Wunsch der britischen Regierung an, „den Frieden Europa's zu wahren und einer weiteren Gefährdung des europäischen Gleichgewichts vorzubeugen."

Nachdem Garibaldi mit seiner kleinen Schaar so außerordentliche Erfolge erzielt hatte, zeigte sich die englische Regierung geneigt, die eigenthümliche Lage des sardinischen Kabinets in diesem konkreten Fall in einem für das letztere günstigeren Lichte zu betrachten. Aber noch am 25. Juli sprach Lord J. Russell in einer nach Turin gerichteten Note seine Ueberzeugung aus, daß Italien unter zwei Souveränen stärker als unter einem gemeinsamen Monarchen seyn würde, und ließ den Grafen Cavour an seine Verpflichtung mahnen, keinen Angriff gegen den neapolitanischen Thron zu unterstützen, immer darauf zurückkommend, daß den Völkern allein die Regelung ihrer inneren Angelegenheiten überlassen bleibe. Jede Zumuthung, daß England selber sich thätig einmischen möge, wies er dabei entschieden zurück. Dergleichen Zumuthungen waren von Frankreich (hinterlistig genug, damit auf England die Gehäßigkeit falle und Frankreich die Früchte ernte) gestellt worden.

Die Besorgniß der englischen Regierung, daß Sardinien doch einen Angriff gegen Venetien unternehmen werde, zieht sich wie ein rother Faden durch die neueren Depeschen des vorliegenden Blaubuchs.

Am 7. Dezember spricht sich Russell über diesen Punkt in einer an Lord Cowley gerichteten Note folgendermaßen aus: „Ihrer Majestät Regierung würde einen derartigen Angriff als einen schlechterdings nicht zu rechtfertigenden ansehen. Sie würde es dem König von Sardinien überlassen, die Früchte seines Wortbruchs und seiner Tollheit zu ernten. Sie würde auch mit Oesterreich nicht über die Resultate eines solchen Krieges streiten, sollten diese selbst die Wiedereroberung der Lombardei in sich schließen."

Garibaldi's Aeußerungen über denselben Gegenstand sind enthalten in einer Depesche Elliot's an Russell, datirt aus Neapel vom 10. Dezbr. 1860 und als „Auszug" angeführt. Er schreibt:

„Dem Wunsche Ew. Lordschaft gemäß mußte ich darauf bedacht seyn, den General Garibaldi zu sprechen. Ich sagte ihm, daß ich von Ew. Lordschaft beauftragt sey, ihm gegenüber die Hoffnung auszusprechen, daß kein Angriff auf Venetien unternommen werde, da daraus nach der Ansicht Ew. Lordschaft für Italien das größte Unglück entstehen könnte. Darauf erwiderte der General, er wolle offen reden und seine Plane nicht verheimlichen, die gerade auf's Ziel lossteuern. Er beabsichtige, sagte er, sofort gegen Rom vorzudringen, und wenn die Stadt in seiner Gewalt sey, die Krone eines vereinigten Italiens dem König Viktor Emanuel anzubieten. Diesem werde dann die Aufgabe anheimfallen, Venetien zu befreien, und er selbst werde unter Sr. Majestät dienen. Könnte diese Befreiung durch Kauf oder Unterhandlungen zu Stande kommen, desto besser; wolle aber Oesterreich das Königreich nicht freiwillig fahren lassen, dann müsse es ihm durch das Schwert entrissen werden, und angesichts der gegenwärtigen Stimmung des italienischen Volkes sey er fest überzeugt, daß der König von dem Unternehmen nicht zurücktreten könne, ohne seine ganze Stellung und Popularität zu opfern."

Als ihm Elliot darauf erwiderte, daß durch einen Angriff auf Venetien alles bereits Gewonnene wieder auf's Spiel gesetzt werden könne wie im Jahr 1848, u. dgl. Gründe mehr, antwortete Garibaldi, er glaube nicht, daß ein Angriff auf Venetien so gar gefährliche Folgen haben könne; daß die österreichische Monarchie bis in's Tiefinnerste angegriffen und zum Zerbröckeln reif sey, daß er viele Ungarn als Freunde um sich habe, daß er durch sie wisse, Ungarn sey auf ein Wort zu einer Erhebung bereit, und Oesterreich könne diesmal nicht einmal auf die Kroaten zählen.

„Ich kam hierauf, sagt Elliot, wieder auf Rom zurück und fragte, ob er die Folgen eines Angriffs auf dasselbe und einer Kollision mit der französischen Besatzung wohl bedacht habe, die eine Intervention Frankreichs in Italien herbeiführen würde. General Garibaldi sprach von Frankreich eben so wegwerfend wie von Oesterreich und sagte, heftig werdend, Rom sey eine italienische Stadt und weder der Kaiser noch irgend ein Anderer habe das Recht, ihn von ihr fern zu halten."

Elliot machte neue Vorstellungen, die aber Garibaldi nicht erschütterten. Er sprach mit Bitterkeit über die Abtretung Savoyens und Nizza's, schloß mit dankbaren Worten für England und — Elliot's Urtheil über den General lautete dahin, daß er ein Enthusiast für die Einigung Italiens sey, der sich von den augenscheinlichsten Gefahren nicht abschrecken lasse.

Später schreibt Elliot von Garibaldi, daß er sich ein paar Pfund Sterling borgen mußte, um die Reise von Neapel nach Caprera antreten zu können. So wenig habe er für sich selber gesorgt. Die Umgebung des Königs Viktor Emanuel habe sich übrigens gegen den General sehr schlecht benommen und ihm die letzten Tage seines Aufenthalts in Neapel verbittert. (Aus dem Angriff Garibaldi's auf Rom wurde nichts, da inzwischen die Sardinier den Kirchenstaat selbst besetzten, und den Angriff auf Venetien hat er ja bekanntlich auf vieles Zureden der sardinischen Regierung jetzt auch verschoben.)

Kehren wir zu den Depeschen Lord John Russell's zurück. Viele darunter sind weniger diplomatische Noten als Moralpredigten, so namentlich eine, die er von Koburg aus, wo er sich mit der Königin befand, nach Wien schickte und worin er dem Grafen Rechberg in sehr schulmeisterlichem Tone auseinandersetzte, weßhalb Genua gut sardinisch geworden sey, während Venedig, das gleichzeitig an Oesterreich gekommen, gegen dieses nur Groll und Erbitterung im Herzen getragen habe.

Das Mitgetheilte wird genügen, um zu zeigen, was Russell darunter versteht, wenn er von den steten Bemühungen der englischen Regierung spricht, durch ihren „moralischen Einfluß" Ueberstürzung auf allen Seiten zu verhindern und den europäischen Frieden nach Kräften zu wahren. So wie er sich der französischen Regierung gegenüber dagegen stemmt, aktiv gegen die neapolitanische Expedition Garibaldi's einzuschreiten, und so wie er sich's fortwährend angelegen seyn läßt, Sardinien von einem Angriff auf Venetien abzumahnen, so wird er auch nie müde, der österreichischen Regierung eine versöhnliche Haltung in Venetien anzuempfehlen.

Wir wollen hier noch einen Notenwechsel erwähnen, der sich auf die Belagerung von Gaeta bezieht, und welcher bestätigt, daß die französische Flotte erst auf Englands wiederholtes Andringen endlich von Gaeta abberufen wurde — ein neuer Beweis, wie wenig Napoleon Viktor Emanuels Einheitsbestrebungen wahrhaft zu unterstützen geneigt ist. In einer Note vom 13. Dez. 1860 sagt Lord J. Russell: „Die dem französischen Admiral ertheilten Weisungen haben nach Angabe der französischen Regierung lediglich den persönlichen Schutz des Königs und der königl. Familie von Neapel zum Zweck. Aber der gegenwärtig in Gaeta eingeschlossene König hat in mehr denn Einem offiziellen Dokumente seinen Entschluß angekündigt, sich bis zum Aeußersten zu vertheidigen. Er will keine sichere Rückzugsgelegenheit benützen, sondern vertraut der Stärke seiner Position, um den Bürgerkrieg im Königreich Neapel hinauszuziehen und beruft sich auf den ihm gewährten Schutz Frankreichs als eine Aufmunterung zum Aushalten. Wollen Sie gefälligst Hrn. Thouvenel darauf aufmerksam machen, wie sehr die edelmüthigen Absichten des Kaisers verdreht wurden, und sein Name zu nie genehmigten Zwecken mißbraucht worden ist. Der König von Neapel kann sich zurückziehen. Weßhalb thut er es nicht? Nach der Ansicht von Ihrer Majestät Regierung sollte der Kaiser der Franzosen dem Könige nicht allein rathen, Gaeta zu verlassen, sondern der französischen Intervention einen Termin bestimmen. Die nutzlosen Anstrengungen in Gaeta und das fruchtlose Blutvergießen daselbst sollten nicht durch seine Autorität gedeckt werden." (Frkf. Postz.)

Deutscher Bund.

Frankfurt, 16. Februar. Die „Frankf. Postztg." schreibt: „Wir erfahren zuverläßig, daß schon seit einiger Zeit ein preußischer höherer Polizeibeamter sich hier befindet, um das Thun und Treiben der Nationalvereine in Frankfurt sowohl, als in den benachbarten Orten zu beobachten und namentlich sich über die Thätigkeit und die Verbindungen ihrer Mitglieder zu informiren." Sie traut ihm nicht recht. (?)

Bayern. München, 15. Febr. Se. Maj. der König hat dem zeitlich quiesc. Rechnungskommissär Andr. Reisinger unter

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 48.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Sonntag, 17. Februar 1861.

Enthüllungen.

Die Wichtigkeit einiger die italienische Angelegenheit betreffenden Depeschen in der französischen Dokumentensammlung veranlaßt den Pariser Korrespondenten der „Preuß. Ztg." zu folgenden Bemerkungen und thatsächlichen Mittheilungen: „Aus diesen Depeschen geht zunächst hervor, daß, welches auch die Dispositionen in der höchsten politischen Schicht Frankreichs gewesen seyn mögen, die französischen Diplomaten, ältern Traditionen und neuern Instruktionen folgend, jedenfalls ernstlich an der Verhinderung der italienischen Einheit gearbeitet haben.*) Aus einer Note des Barons v. Talleyrand an den Grafen v. Cavour vom 7. Mai 1860 ist zu ersehen, daß dieser als Gesandter in Turin in Folge der ihm von dem französischen Generalkonsul in Genua mitgetheilten Nachrichten über Garibaldi's Expedition nach Sizilien bei dem Turiner Ministerpräsidenten die ernstesten Vorstellungen gemacht hat. Die französische Regierung hatte ihren Gesandten schon vorher beauftragt, dem Turiner Kabinet die Umtriebe der venetianischen, römischen und neapolitanischen Komites zu denunciren, und so erklärt sich denn auch die im diplomatischen Verkehr nicht eben gewöhnliche direkte Note eines Gesandten an den Minister des Hofes, bei dem er beglaubigt ist. Der Baron v. Talleyrand erinnert in dieser Depesche den Grafen Cavour charakteristischer Weise daran, daß, als er ihn früher auf die Absicht des venetianischen Komite aufmerksam machte, er ihm zur Antwort gab, daß der Zweck desselben mehr ein philanthropischer als ein politischer sey, und daß man die flüchtigen Italiener unterstütze, wie ehemals die flüchtigen Polen. „Jetzt", sagt der Gesandte, „haben 1400 in allen großen Städten offen angeworbene Freiwillige sich ungestraft in Genua einschiffen können, um eine Regierung anzugreifen, die mit keinem europäischen Staate verfeindet ist. Dieses Unternehmen könnte die Loyalität der sardinischen Regierung in Zweifel ziehen lassen." Sieben Wochen später, am 30. Juni, gesteht Cavour dem Gesandten ein, daß die Ereignisse ihn überrascht haben**); aber er habe dem Marquis v. Villamarina in Neapel Befehl ertheilt, sich in wohlwollender Reserve zu halten." Gleichzeitig aber stellte er für den Fall, daß der König von Neapel mit Freundschaftsanträgen kommen sollte, Bedingungen, die von vornherein zeigten, daß Cavour nie an eine Rettung des jungen Königs gedacht hat. Die erste Bedingung war nämlich, daß der König von Neapel zuerst Herr des Aufstandes werden müsse. „So lange", sagt Graf Cavour, „der König auf die Sizilianer schießen läßt, können wir nicht seine Verbündeten seyn." Nun bedenke man, daß Cavour die Expedition, die den König eben zum Schießen zwang, selbst tadelt, und trotz dessen von vornherein das furchtbare Dilemma zu stellen scheint, daß wenn der König nicht siegt, Piemont sein Reich als Beute nimmt, und wenn er siegt, seine Unterthanen ein Recht haben, ihn Bombino, den Sohn Bomba's, zu nennen. Herr v. Talleyrand war von diesem Umsturze alles Rechtes und aller Billigkeit dergestalt überzeugt, daß er, nach seiner Depesche vom 9. Juli an Thouvenel, dem Grafen Cavour gesagt hat, „König Franz befinde sich jetzt mehr einer fremden als einer nationalen Revolution gegenüber und sey daher in der Lage, Garibaldi zu verweigern, was er den Sizilianern hätte zugestehen können." Acht Tage später, am 16. Juli, macht Talleyrand im Auftrage Thouvenel's neue Vorstellungen. „Wenn wir thun, was Sie von uns fordern," hat ihm darauf Cavour gesagt, „so wird man uns zum Fenster hinaus werfen. Den König Viktor Emanuel würde selbst seine Popularität nicht decken. Niemand in Italien glaubt dem Könige von Neapel. Er wird thun, was sein Vater und sein Großvater gethan haben. Diese Lage ist nicht etwa eine der schwierigsten, in der ich mich befunden habe, sondern die schwierigste." In den bisher genannten Depeschen spiegelt sich der Grundcharakter der piemontesischen Politik wider. Nachdem, wie wir aus bisher nicht veröffentlichten, darum aber nicht weniger authentischen Aktenstücken wissen, die Bewegung in Neapel aus langer Hand vorbereitet war, läßt man von Genua eine Expedition abgehen, die dem Lande entweder ein gefährliches revolutionäres Element abzapfte, oder ihm die Wege zu weiterer Ausbreitung eröffnete. Frankreich, auch dies ist nicht gedruckt, räth, sich vor der Hand neutral zu verhalten, und als nun in Neapel die Flammen der Anarchie hoch auflodern, erklärt Graf Cavour, daß er nicht mehr Herr der Ereignisse sey, und trägt bei Frankreich darauf an, die ganze Bewegung in die Hand nehmen zu dürfen. Da nun, als es auch über den Kirchenstaat herging, der General Cialdini später laut geäußert hat, der Kaiser Napoleon habe in Chambery seine Zustimmung dazu gegeben, beauftragte der Kaiser, wie aus einem Rundschreiben Thouvenel's vom 18. Oktober 1860 ersichtlich ist, seinen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, die Gesandten zu weiterer Mittheilung an den Höfen von dem zu unterrichten, was in Chambery vorgefallen sey. Farini hätte nämlich dem Kaiser vorgestellt, daß Garibaldi allein Herr der Situation sey, daß der König (auf den Rath des Kaisers) sich ruhig verhalten habe, und daß, wenn Garibaldi auch die römischen Staaten revolutionirt haben würde, die Expedition gegen Venedig unfehlbar sey. Piemont wolle deßhalb in die Marken und in Umbrien einrücken, um dort die Ordnung wieder herzustellen, ohne an die Autorität des Papstes zu rühren, nöthigenfalls der Revolution auf neapolitanischem Boden eine Schlacht zu liefern und dann sofort das Schicksal Italiens in einem Kongresse bestimmen zu lassen. Der Kaiser hätte, obgleich diese Toleranz oder diese Schwäche der sardinischen Regierung bedauernd, den Entschluß Piemonts nicht mißbilligt, aber der Kaiser habe geglaubt, daß der Sturz der neapolitanischen Monarchie vollständig seyn, daß ein Aufstand im Kirchenstaat ausbrechen, daß die Souveränetät des Papstes reservirt werden, und daß dann Europa über die Umgestaltung Italiens einen Kongreß abhalten werde. „Wir haben hier also, so schließt der Korrespondent der „Preußischen Zeitung," das seltene Beispiel einer direkten Aussage des Kaisers vor uns, welche der des Generals Cialdini in dem wesentlichsten Punkte widerspricht." Nach Cialdini hätte der Kaiser das Unternehmen gegen den Kirchenstaat nicht allein gebilligt, sondern er hätte sogar den strategischen Plan modifizirt. Von einem Bestehenlassen der Autorität des Papstes sey nicht die Rede gewesen. *)

*) Und das sicher im Auftrag ihres Herrn. Napoleon will Italiens Einheit auch nicht, das ist natürlich; aber er läßt vorläufig dem König Viktor Emanuel doch freie Hand aus zwei Gründen: erstens um den Katholiken gegenüber sich die Ausrede zu bewahren, nicht er sey es, der den Papst geschädigt; zweitens um den Italienern jetzt nicht vor den Kopf zu stoßen, die er noch zu seinen weiteren Planen, namentlich gegen Oesterreich, braucht. Offen tritt er daher nicht gegen die italienischen Einheitsbestrebungen auf; fördern wird er sie aber auch nicht, und unter der Hand, wenn er irgend kann, dagegen arbeiten.

**) Wirklich überrascht? Das ist schwer zu glauben.

*) Die Sache wird sich sehr leicht dadurch erklären, daß Napoleon, wie er es schon mehrmals gethan, zum Einen so, zum Andern anders gesagt hat und zwar zweideutig genug, um auf alle Fälle sich eine gute Ausrede zu sichern.

Das neueste engl. Blaubuch über die Ereignisse in Italien vom Mai bis Dezember 1860.

Die englische Regierung hat dem Parlament am 6. Februar neue Aktenstücke über Italien (die 7. Abtheilung der Aktenstücke über Italien) vorgelegt. Der vorliegende Band umfaßt den Zeitraum vom 8. Mai bis Ende des Jahres und enthält des Interessanten genug, wenn auch viele der bedeutendsten Depeschen mittlerweile in die Oeffentlichkeit gelangt sind. Der größte Theil

erwartet hatten. Eine nicht unbedeutende Anzahl Pferde blieb deßhalb unverkauft, zumal die Verkäufer von den verlangten hohen Preisen nicht ablassen wollten. (Augsb. Abdz.)

Weimar, 13. Febr. Gestern starb der Kapellmeister Chelard, der als Musiker besonders durch seine große Oper Macbeth sich einen Namen erworben hat. Er erreichte ein Alter von 72 Jahren. (Frkf. Postztg.)

Am 26. Januar ist der Rostocker eiserne Schraubendampfer „Großfürst Konstantin", der, mit Eisen und Kohlen von Leith kommend, 4 Meilen von Warnemünde ins Treibeis gerathen und von diesem bis an die Insel Rügen mitgenommen worden war, dort (in der Nähe von Landen auf Wittow) ans Standeis geworfen, mit Schollen überthürmt und zerdrückt worden. Die 17 Mann Besatzung mußten das Schiff Hals über Kopf verlassen und das Land zu gewinnen suchen, welches sie nach anderthalbstündigem Umherirren zwischen Eisbergen und offenen Wasserstellen glücklich erreichten. Der Dampfer war inzwischen auf der Höhe von Schwarbe gesunken.

Jassy (Moldau), 5. Febr. Ein Duell zwischen zwei Polen, das hier stattfand, hat einen bedauerlichen Ausgang genommen. Ein Graf Piotrowski diskutirte mit dem polnischen Literaten Zaremba über die Zukunft Polens. Nach der Meinung des Grafen müßte Polen dereinst als selbständiges Königreich wieder erstehen, der Literat hingegen war der Ansicht, daß das Heil Polens nur in einer Republik bestehen könnte. Die Diskussion ward zuletzt so hitzig geführt, daß der Graf den Literaten thätlich beleidigte, worauf es zu einem Pistolenduell kam, bei welchem Letzterer den Tod fand. (Ostd. Post.)

Neueste Nachrichten.

Wien, 14. Febr. Die „Oesterreichische Zeitung" meldet: Die Landesstatute sowie die Reichsrathsstatute befinden sich bereits in der Druckerei. Die Landesstatute werden für alle Provinzen zugleich sanktionirt; die Landtage (für jedes einzelne Kronland) erhalten ziemlich ausgedehnte Befugnisse und eine ziemlich große Mitgliederzahl. Galizien und Böhmen nahezu 250, das kleinste Kronland 20. Der Landeshauptmann (Landtagspräsident) wird aus den Landtagsmitgliedern vom Kaiser ernannt. Die Wahlen finden nach der Gliederung der Interessen-Vertretung statt. Virilstimmen haben nur die Bischöfe, die Rektores Magnifici und der Präsident der Akademie der Wissenschaften. Der Reichsrath (für das ganze Reich) wird eines Theils aus 350, von den Landtagen nach Kreisen und Bezirken gewählten Mitgliedern bestehen, welche die zweite Kurie bilden. Die erste Kurie desselben wird gebildet aus den großen Fideikommißbesitzern, den hervorragenden Mitgliedern der Kirche, des Staates, sowie der Institute für Wissenschaften und Künste, welche sämmtlich lebenslänglich ernannt werden. Der Reichsrath soll in seiner Gesammtheit über die ihm nach Artikel II. des Patents vom 20. Oktober zufallenden Gegenstände verhandeln. Ueber Gegenstände, welche allgemeine, bisher den nichtungarischen Ländern allein gemeinsam gewesene Gesetze betreffen, verhandelt der Reichsrath mit Ausschluß der ungarischen Mitglieder. Die Berathungen des Reichsraths und der Landtage sind öffentlich; dem Reichsrath und den Landtagen steht die Initiative zu Gesetzvorschlägen zu. (Nürnb. Korr.)

Hermannstadt, 13. Febr. Gestern fand die Schlußkonferenz statt. Für Haynalds Antrag, welcher die Wiederherstellung der Gesetze von 1848 postulirt, implicite der Union, stimmen alle 24 Ungarn und 3 Sachsen. Für Sulutzs Antrag, der die Selbständigkeit Siebenbürgens ausspricht und die Bearbeitung eines neuen Wahlgesetzes vorschlägt, stimmen 8 Rumänen. Mit Schmidt, welcher ebenfalls ein selbständiges Siebenbürgen will und ein neues Wahlgesetz beantragt, stimmen 5 Sachsen. Die Aufgabe der Konferenz blieb somit ungelöst. (Tel.d.Ostd.P.)

Fiume, 12. Febr. Ueber die Exzesse, deren Schauplatz Fiume am 5. Febr. gewesen war, erfährt die „Agr. Ztg.", daß der Volkshaufe, der sich bei dem Munizipalgebäude angesammelt hatte, bei 5000 Leute zählte, die durch fürchterliches Gebrüll und Geschrei: „Nieder mit dem Hund!" ihren bezahlten Widerwillen gegen die Wahl des Herrn Pavletic zum Kapitanealrichter kundgaben. Ein mitgebrachter Sack, um ihn, falls er nicht abdanke, hineinzustecken und weitere Prozeduren mit ihm vorzunehmen, gab dieser ihrer Willensmeinung größeren Ausdruck. Die erfolgte Abdankung vermochte den aufgeregten Haufen nicht zu beruhigen; derselbe kühlte sein Müthchen an den Fenstern der Wohnung des genannten Herrn, bis das Militär den Platz säuberte. Abends wurde die von einer gewissen Partei ziemlich geschickt in Scene gesetzte Komödie wiederholt; mehrere Personen, die das Unglück haben, nicht zu dieser Partei zu gehören, wurden auf der Gasse insultirt, mit Steinen und Koth beworfen, verfolgt, so daß Manche wahrlich nur mit Mühe ihr Leben retteten; darunter befindet sich der hochw. Herr Bischof Soic, Med. Dr. Jacic, Advokat Suppe, Dr. Jur. Derenzini, der k. k. Postoffizial Depoli rc.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	56 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	59 5/8 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	49 1/4 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	43 1/2 P.
„	4 1/2 pCt.	37 P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	88 P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. R. (C. b. R.)	102 G.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101 3/4 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	102 3/8 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	100 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100 1/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	95 1/4 G.
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	103 3/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	102 1/2 P. 1/8 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	95 1/4 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	102 1/2 P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 1/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	93 1/4 P. 92 3/4 G.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	100 7/8 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	97 7/8 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	87 1/2 P.
„	3 pCt. Obl.	90 1/2 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2, 30	46 1/2 G.
„	1 3/4 pCt. „ „ „	41 P.
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 500 Thlr.	97 3/8 P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	105 5/8 105 G.	ex D.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	579 P.	ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	125 1/2, 126 1/2 G	ex D
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	179 G.	ex D.
Weimarische Bank à Thlr. 100	74 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien	68 P.	ex D
Internationale Bank in Luxemb.	79 P.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	337 P.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	69 P.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	228 G.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	120 1/2 P.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73 P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	25 3/4 P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt.	129 1/2 P.	ex D.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	97 1/2 G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 1/2 P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	237 P. 235 G.	
Span. Handels- u. Industrie	479 G.	ex D.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	465 G.	ex D.
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	104 P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 1/2 G.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99 3/4 B.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 3/8 B.
Brem. 50 Th. Ldr. k. S.	95 3/4 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	87 7/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 1/4 B.
London Lst. 10 k. S.	117 7/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	92 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	93 1/8 G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	78 5/8—3/4 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	46 3/8 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	56 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	126 3/4 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	55 3/4 P.	„ fl. 25 do.	—
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	90 1/2 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	33 3/4 G.
3 1/2 pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	116 5/8 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50 1/4 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2 1/2 pCt. Z.	35 1/2 P.
Badische fl. 50	89 1/4 P. 88 7/8 G.	Vereins-Loose fl. 10.	10 1/2 P.
Badische fl. 35	53 1/2 P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 3/8 P.

Frankfurt, 15. Februar. Oesterr. Fonds, Bank- und Industrie-Aktien waren zwar abermals niedriger, die Haltung der Börse jedoch sehr fest und für alle Gattungen viele Kauflust vorhanden. Frankfurter Bankaktien wurden besser bezahlt. In den übrigen Fonds und Aktien keine wesentliche Veränderung. 4 pCt. Bexbacher Prioritäten wurden zu 98 umgesetzt. (Synd.)

Heftigkeit fort. Am 5., Abends 4 Uhr, vernahm man einen fürchterlichen Knall. Die Bomben der Belagerer hatten ein Pulvermagazin in der Festung in die Luft gesprengt. Das Fort Orlando war zerstört, die Batterien der Citadelle und von St. Antonio waren beinahe dem Erdboden gleich gemacht. Gegen das Meer zu hatte sich eine Bresche gebildet und die Sturmkolonnen, die man bereits formirt hatte, konnten deshalb nicht marschiren. Man glaubte allgemein, der Platz werde sich ergeben; als aber nach einiger Zeit von den Mauern herab kein Zeichen zum Parlamentiren gegeben wurde, fing das Feuer von Neuem an. Es fielen abermals einige tausend Bomben in die Stadt, und bei Einbruch der Nacht nahm auch die Flotte wieder Theil an der Beschießung. Jedes Schiff war mit einem Apparate für elektrische Beleuchtung versehen, den sie, um mit Sicherheit zielen zu können, auf bestimmte Punkte der Basteien richtete. Dieser gewaltige Angriff brachte eine große Wirkung hervor. Am folgenden Morgen trugen alle Wälle die Spuren von Zerstörung. Die Belagerer mußten, um sich etwas Ruhe zu gönnen, ihr Feuer mäßigen. Am 6. Abends kam ein Parlamentärkahn zum Admiralschiff gefahren, um sich mit Persano zu benehmen. Franz II. verlangte einen 48stündigen Waffenstillstand, um die Todten zu bestatten." (Nach dessen Ablauf begann die Beschießung mit erneuerter Heftigkeit und hatte die Kapitulation zur Folge.)

Wiesner's Italienische Korrespondenz schreibt man aus dem Lager vor Gaeta vom 5. Febr. folgenden Bericht, der die vorstehenden Angaben ergänzen mag: „Wenn die Nachrichten über den Fortgang der Belagerung spärlich oder ungenau sind, so darf man ja nicht glauben, daß in den Arbeiten ein Stillstand eingetreten sey. Im Gegentheil diese Ruhe gleicht der vor einem Sturme, und soviel ich bemerkte, bereitet sich hier Alles zu einem entscheidenden Schlage vor. Der eigentliche Angriffspunkt auf die Festung steht wohl außer Zweifel. Derselbe ist die schmale Landenge, welche zur Linken des Angreifers die Batterie d'Aissa und zur rechten die Batterie di cinque Piani vertheidigt. Diese Linie gebietet überdies über eine doppelte Reihe kasemattirter Batterien, welche sich in einem eingehenden Bogen mit den übrigen Werken der Festung vereinigen; unter erstern sind namentlich die Batterien Piata Forma, del Piani, San-Andrea, San-Giacomo, della Fica, Conza und Capelletto zu bemerken, welche im Ganzen etwa 120 Stück Geschütze zählen dürften. Ueber diese Werke feuert die bastionirte Batterie della Regina hinweg, die auf dem Abhange des Monte Orlando errichtet ist. Dieselbe zählt 65 schwere Geschütze, welche die ganze Landenge, einen Theil der linken Rhede sowie die Vorstadt vor der Porta di Terra bestreichen. Gegen diese Befestigungen sind die Anstrengungen der Belagerer hauptsächlich gerichtet. Von den Angriffswerken, welche sich zwischen dem Monte-Altradino und den Ausläufern der Vorstadt erheben, arbeiten die Belagerer von drei Seiten gegen die Vorwerke der Festung. Die sardinische Batterie Vittore Emanuele, welche unterhalb des Monte-Altradino an der Straße nach der Vorstadt erbaut, und mit drei Cavalligeschützen, acht Mörsern und 16 gezogenen Kanonen bewaffnet ist, hat einen großen Theil der Courtine zwischen der Batterie d'Assia und der Porta di Terra bereits zerstört. Indessen sind die Neapolitaner in der Ausbesserung des Schadens unermüdlich und verbauen während der Nacht jedesmal die Lücken mit Faschinen und Sandsäcken. Die Belagerten müssen auf diesem Punkte schon eine große Zahl Leute verloren haben, da sich die Vertheidiger vor der Batterie Vittore Emanuele und der Demontirbatterie am Ausgange der Vorstadt nur nothdürftig decken können. Wie mir ein Genieoffizier sagte, sollen am 10. Febr. vier neue Batterien demaskirt werden, durch welche man das Angriffsystem von dem Monte-Altradino bis an die Rada di Destra vervollständigen will. Nach Allem, was ich hörte, scheint man nur den Erfolg dieser Batterien abzuwarten, um einen Hauptschlag gegen die Porta di Terra zu unternehmen."

Der „Schwäb. Merk." schreibt: „Eine neue Aufstellung der Cavour'schen Politik demaskirt sich mit bestimmten Umrissen in offiziösen Flugschriften, seit auch die süditalienischen Wahlen über Erwarten günstig für Cavour ausgefallen und die Prahlereien der Radikalen widerlegt sind. Das neue Stichwort ist Assimilation; trotz der Annexion haben alle bisherigen Staaten, selbst die Lombardei, noch ihre eigenen Steuerordnungen, eigene Finanzen, Administration; bloß die Herzogthümer Parma und Modena haben das piemontesische Gerichtsverfahren angenommen; damit Italien mit vereinigten Kräften auftreten könne, müsse auf diesen Gebieten die Vereinigung durchgeführt werden. Nur wenn dieses territorial unvollständige Italien organisirt und gerüstet sey, könne es auch Venetien helfen. Rom soll nur einem geistigen Belagerungszustand unterliegen, bis es, ja bis die Kurie selbst eine Form biete, um die Selbständigkeit des Papstes mit der Einheit Italiens zu versöhnen. Der patriotischen Zustimmung Garibaldi's scheint man (sein persönliches Erscheinen in Ungarn für den Fall eines dortigen Aufstandes vorbehalten) versichert zu seyn; ein Theil seiner Freiwilligen wird aber rumoren. Sie haben sich an die Aufregung eines phantastischen Kriegslebens gewöhnt, der bürgerlichen Beschäftigung entwöhnt; bei Vielen dürfte der halbjährige Sold, welchen sie beim Abschied mitbekamen, in alle Winde gegangen seyn. Die Häupter der konstitutionell maskirten Mazzinisten, Crispi und Konsorten, werden wohl auch im Parlament Sturm zu erheben suchen und das Recht beanspruchen, auf eigene Faust Krieg zu erheben, und dabei Garibaldi's Namen mißbrauchen. Es wird ihnen aber bedeutet, daß diese Schilderhebung im Namen eines Generals mexikanische Zustände über das Land bringen würde. Hauptmotive dieser zuwartenden Politik sind natürlich die Anerkennung, daß Italien noch nichts gegen die Oesterreicher vermag, und die nicht mehr verheimlichte Gewißheit, daß Napoleon der Einheit Italiens abgeneigt ist. Man beharrt auf dieser und auf der Erwerbung von Venetien und Rom; aber um sie selbst zu erreichen, brauche es Organisirung, damit der günstige Moment Italien gerüstet treffe; es brauche wohl zu benützende Zeit."

Der Turiner Correspondent der „Independance" stellt (theilweise im Widerspruch mit vorstehenden Angaben) alle bisher über Garibaldi verbreiteten Nachrichten in Abrede. Versöhnungsversuche zwischen ihm und dem Grafen Cavour hätten bisher zu keinem Resultat geführt: beide seyen eben durch Prinzipienfragen getrennt, zwischen denen es keine Ausgleichung gebe. Cavour will, daß für jetzt jede Expedition gegen Oesterreich aufgegeben, und daß alle „Aktionskomites", welche nicht von der Regierung ausgehen, aufgelöst werden; Garibaldi dagegen will die französische Allianz aufgegeben und einen Aufruf an das italienische Volk erlassen wissen, um dann jählings über die Oesterreicher herzufallen. Da nun eine Einigung nicht möglich ist und Cavour keine Lust habe, sich von Garibaldi in einen Krieg mit Oesterreich hineinziehen zu lassen, so treffe der Minister seine Maßregeln, um die Thätigkeit Garibaldi's lahm zu legen. Die Cadres der garibaldinischen „Armee" — denn seine Truppen selbst seyen aufgelöst, so daß die Division Medici nur noch vierzig Soldaten auf einige hundert Offiziere zähle — seyen auf Befehl des Kriegsministers nach Mondovi, Biella, Asti und Vercelli internirt, von wo ihre Entfernung ohne Vorwissen der Regierung sehr schwer sey; die ungarische Legion bleibe in Nola unter den Augen aller europäischen Konsularagenten; General Sirtori und der Generalstab werden nach Turin verlegt. Solchergestalt würde Garibaldi, wenn er sich nicht mit neuen Kräften umgebe, nicht leicht seine Waffengefährten im adriatischen Meere versammeln können. Zu den oben aufgezählten Schwierigkeiten kämen noch die 800 Feuerschlünde der englischen Flotte, welche vom Hafen von Korfu aus das adriatische Meer überwachen. — Ein Anderes sey es, wenn in Ungarn die Revolutionspartei die Oberhand gewinne und Garibaldi zu Hilfe rufe; dann würde er alle Schwierigkeiten überwinden und am Platze seyn.

Nach Briefen aus Neapel war der bekannte ungarische Revolutionsgeneral Klapka aus Konstantinopel dort eingetroffen und hatte sich ohne Aufenthalt zu Garibaldi nach Caprera begeben. Seine Reise, welche sehr geheim gehalten wurde, scheint den Zweck zu haben, sich mit seinen Gesinnungsgenossen zu berathen.

Rußland und Polen.

Der Graf Osten-Sacken, welcher bekanntlich eine Zeit lang Kommandant von Sebastoppol war, veröffentlicht im „Invaliden" einen Artikel für die namentlich von französischer Seite angegriffene Leitung der Vertheidigung dieser Festung. Er erwähnt dabei, daß sich, abgesehen von den Erkrankten und an Krankheiten Gestorbenen, der Verlust der Vertheidiger an Verwundeten und Todten auf 87,000 Mann belief.

Nichtpolitische Zeitung.

In München hat ein Geistlicher der Heiligengeistpfarrei zu Ehren der Königin von Neapel 50 fl. gestiftet, aus deren Zins alljährlich an 20 arme Kinder 20 Laibchen Brod à 6 kr. vertheilt werden sollen. Diese Stiftung erhielt den Namen „Gaetalaibl-Stiftung." (Fr. Kur.)

München, 13. Febr. Der heutige erste Viehmarkt in dieser Saison war sehr zahlreich besucht, besonders von Verkäufern, denn es waren 1876 Pferde zum Verkaufe gebracht. Gleich den Vorjahren hatten sich wieder viele auswärtige Händler, besonders aus Würtlemberg, Baden, den Rheinprovinzen und der Schweiz, eingefunden, doch nicht in so großer Zahl, als die Verkäufer wohl

Schweiz.

Bern, 11. Februar. Das englische Parlamentsmitglied, Richard Cobden, machte durch den schweizerischen Konsul in Algier dem schweizerischen Bundesrath die sonderbare Zumuthung, den Vereinigten Staaten von Nordamerika die Vermittlung der Schweiz in ihren innern Wirren anzutragen. Ein Schritt — glaubt der berühmte Freihändler — der von Seite Englands oder Frankreichs in Amerika demüthigend erschiene, würde einen ganz andern Erfolg versprechen auf Seite einer kleinen Macht, die durch ihren geringen Umfang und rein kontinentalen Charakter eine Gewähr gegen alle ehrgeizigen Absichten böte und doch durch ihre Jahrhunderte alte republikanische Freiheit der weit jüngern und weniger erfahrenen amerikanischen Republik imponiren müßte. — So schön und die Eidgenossenschaft ehrend dieser Gedanke auch ist, so fand der Bundesrath doch überwiegend praktische Bedenken gegen eine Verwirklichung desselben.

Frankreich.

Paris, 11. Febr. Das Hauptereigniß des Tages ist — die **Promenade des boeuf gras**. — Die Pariser Municipalität hat Trompeter und Soldaten in neue Costüme à la mousquetaire gesteckt, — der Zug wurde durch einen weißen Hammel von vor Frost zähneklappernden Schäferinnen vermehrt und verbessert, — und Alles ist aufs Beste in der schönsten der Welten. Sprechen Sie von Gaeta, wo die Piemontesen Bresche schossen oder von Turin, wo man Vorkehrungen zum Empfange der Abgeordneten trifft, die aus ganz Italien herbeiströmen werden, um Viktor Emanuel als „rè d'Italia" zu begrüßen, — sprechen Sie vom Papste, mit dem, wie man versichert, Piemont neue Unterhandlungen versucht, oder vom Senat, wo Hr. v. Larochejaquelin den König Ehrenmann Räuber und Pirat nannte,*) — stets bleibt die Hauptfrage: „Haben Sie den boeuf gras gesehen?" — In offiziellen Kreisen ist man sehr ungehalten über die „Patrie", welche die Nachricht von Einberufung der Freiwilligen durch Garibaldi brachte; man **will** hiervon Nichts wissen. — „Patrie" ihrerseits ist sehr zornig über die „Elberfelder Ztg.", die (wenn ich nicht irre, auf einen Artikel der „Presse" antwortend) die Preußen unterschobenen Provokationen auf Napoleon zurückwirft, der fortwährend Friede im Munde führt und sich dabei bis an die Zähne waffnet. Die „Elberf. Ztg." — sagt Hr. Paulin Limayrac — unternimmt einen Beweis, ebenso schwer zu führen, als der, daß Elberfeld nicht auf dem rechten Rheinufer liegt; denn die den französischen Kammern vorgelegten diplomatischen Dokumente thun auf's Allerklarste dar, daß die kaiserliche Regierung vom versöhnlichsten Sinne beseelt ist und daß Frankreich auf alle mit der Ehre vereinbarlichen Transaktionen eingeht. — Was will also die „Elberf. Ztg."? Sie repräsentirt eine ehrgeizige Partei (!), welche sich an die Spitze Deutschlands stellen möchte und eingebildete Gefahren vorspiegelt, um eine Rolle zu spielen. Dieses Spiel aber ist gefährlich und wenn die Gefahren nicht bestehen, so könnte der preußische Ehrgeiz sie hervorrufen. — Aus dem ganzen offiziösen Zorne der „Patrie" geht freilich nur Eines hervor, daß Hr. Paulin Limayrac weiß, daß Elberfeld am Rheine liegt — je nun für diesen Herrn ist ein solcher Beweis geographischer Kenntnisse immerhin Etwas! — Die Börse war heute sehr flau, woran neben dem Fastnachtsdienstag auch verschiedene Gerüchte über Minister-Wechsel, über Opposition im Senat und im gesetzgebenden Körper gegen die kaiserliche Politik in Italien, und zu Gunsten des Papstes und Franz II., sowie endlich von abermaliger Vertheuerung des Geldes in London, Schuld waren. Gestatten Sie mir, dem Fasching zu Liebe, hier ein Bonmot einzuflechten, welches an der Börse zirkulirte. Sie müssen wissen, daß die ganze Hausse-Geschichte der vorigen Woche das Werk des Kredit-Mobilier war, welcher übermorgen die Subskription auf die neuen russischen Eisenbahn-Obligationen eröffnet, während Rothschild seit einigen Tagen tüchtig mit Verkäufen darein pollert. „Sie sehen also immer Baisse?" fragte Jemand den berühmten Finanzier. „Mais surement — erwiderte dieser — est-ce que mercredi il ne faut pas descendre?" (des cendres). (Ztg. f. Nordd.)

Paris, 12. Febr. Zu den Mittheilungen, welche ich Ihnen gestern über die Rede des **Prinzen Napoleon** im Senate sandte, habe ich heute noch einige Einzelheiten hinzuzufügen. Der Prinz klagte die französischen Bischöfe an, so zu sagen den Kern einer legitimistischen Verschwörung gegen die kaiserliche Dynastie zu bilden, eine Verschwörung, deren Hauptsitz Rom sey. Er nannte die Bisthümer: ventes de Rome, mit dem Namen ventes wurden hier bekanntlich in frühern Jahren die karbonaristischen Mittelpunkte belegt. — Was man über die neue Laguerronnière'sche Broschüre vernimmt, erklärt nur zu sehr die Sprache des Prinzen Napoleon. Die Schrift wird den Titel: „la France et Rome" führen und so zu sagen die weiteren Deduktionen aus der vorletzten Broschüre „der Papst und der Kongreß" ziehen. Der Papst soll sich mit der Residenz in Rom begnügen und dem Könige Viktor Emanuel das Vikariat über den Kirchenstaat übertragen. Das ist, was man in französischer Gerichts-Exekutions-Sprache ein commandement Frankreichs an den römischen Hof nennt. Lehnt der Papst ab, so werden die französischen Truppen sofort aus Rom abberufen; auch will Frankreich nicht zugeben, daß eine andere fremde Macht Truppen nach Rom sendet. Dies sind in Kürzem die Konklusionen der Broschüre, die freilich mit glatten diplomatischen Formen die bittere Pille zu verschlucken geben wird. Ich muß indessen bemerken, daß man im auswärtigen Ministerium gegen das Erscheinen der Schrift ist, und mindestens eine Modifikation des Inhaltes begehrt. Ob der Kaiser diesem Wunsche willfahren werde, das steht noch dahin. (Südd. Z.)

* **Paris**, 13. Febr. Die halbamtliche „Patrie" schreibt: „Seit einigen Tagen zeigen die auswärtigen Journale die bevorstehende Erscheinung einer Broschüre an, die eine ausnahmsweise Wichtigkeit haben soll und in der die dem römischen Hof gegenüber eingehaltene kaiserliche Politik erklärt würde. Wenn wir recht unterrichtet sind, wird die fragliche Schrift unter dem Titel: „la France, Rome et l'Italie" erscheinen und den Namen ihres Verfassers Vicomte de Laguerronnière tragen. Die den Kammern mitgetheilten diplomatischen Dokumente haben ein helles Licht auf die Unterhandlungen zwischen Frankreich und Rom geworfen. Die Schrift des Hrn. v. Laguerronnière hätte zum Zweck, diese Darlegung zu vervollständigen und Europa wie Frankreich darüber richten zu lassen, d. h. die Schrift wird ein Kommentar zu dem Exposé der Regierung und dem gelben Buche (die den Kammern mitgetheilten Aktenstücke waren in gelbem Umschlag), eine Art von Leitfaden seyn, welcher Senat und zweite Kammer vor der Gefahr bewahren soll, in den Adreßdebatten auf den Holzweg zu gerathen.

Paris, 13. Febr. In amtlichen Kreisen spricht man davon, daß der Herzog v. **Grammont** aus Rom abberufen, aber durch keinen anderen Diplomaten ersetzt werden soll, da der General Goyon neben dem Oberbefehl über die französischen Truppen auch die Vertretung des Pariser Kabinets beim heiligen Stuhl übernehmen würde. (Das wäre der Anfang vom Ende.) (Fr. Postz.)

Italien.

Rom, 13. Febr. Eine Konvention bezüglich der früher in den Kirchenstaat übergetretenen neapolitanischen Truppen ist abgeschlossen, wonach letztere in ihr Vaterland zurückkehren dürfen.

* Unser Wiener § Korrespondent schreibt uns: „Mit der Uebergabe von Gaeta wird überhaupt das Drama in **Süditalien** sein Ende erreicht haben, da jetzt wohl auch General Fergola seinen Widerstand in Messina aufgeben, und der Aufstand in den Abruzzen bald unterdrückt seyn wird, indem die in das höhere Majellagebirge entflohenen Insurgenten sich dort schon wegen Mangels an Proviant nicht hatten können. Cialdini soll den Auftrag gehabt haben, der königlichen Familie in Gaeta ein Schiff zur Verfügung zu stellen, welches sie nach einem von ihr zu bestimmenden Hafen zu bringen hätte. (Das ist nun überflüssig, da ein französisches Schiff angeboten und angenommen wurde.) — In Betreff der **römischen** Frage, welche unmittelbar nach dem Falle von Gaeta in den Vordergrund treten wird, vernimmt man noch nachträglich, daß die auf die Lösung dieser Frage Bezug habenden Verhandlungen zwischen Frankreich und Sardinien zu einer Verständigung bereits geführt haben. Piemont hat unter Anderm die Garantie übernommen, für die persönliche Sicherheit des Papstes zu wachen. Daß die Franzosen binnen Kurzem die ewige Stadt verlassen werden, wird von verschiedenen Seiten bestätigt. — Konstantin **Nigra**, der neue Ministerpräsident des Statthalters, soll sich in Neapel bereits einer großen Popularität erfreuen, die er seinem mäßigen und humanen Auftreten zu danken hat."

Ueber die letzten Ereignisse vor **Gaeta** berichtet die Pariser Korrespondenz „Havas-Bullier" folgende Einzelnheiten: „Das Bombardement von der Landseite begann im Laufe des 30. Jan. Am Morgen des 4. Febr. stellte sich die Flotte unter den Batterien auf und eröffnete ein furchtbares Feuer. Einige fremde Gesandte wollten sich aus Gaeta entfernen, allein Cialdini gestattete solches nicht. Die Batterien Vico, Porto Santa Maria und Gasteferri hatten gegen die Schiffe Persano's zu thun und erlitten großen Schaden. Gegen Abend zog sich jedoch die Flotte in die Gewässer von Mola zurück. Dies war nur das Vorspiel. In der Nacht vom 4. auf den 5. dauerte das Bombardement mit

*) Die Mehrheit des Senats ist überhaupt dem Papst sehr günstig gestimmt.

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 47.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 16. Februar 1861.

Deutscher Bund.

* In Baden und Großh. Hessen ist die Aufhebung der Durchgangs-Abgaben des Zollvereins und die Stelle von solchen vertretenden Ausgangszöllen (vermöge der von den Zollvereins-Regierungen getroffenen Uebereinkunft) bereits amtlich verkündet.

Bayern. In dem Einlauf der Kammer der Abgeordneten vom 5. bis 11. Febr. befinden sich folgende Eingaben: Vorstellung der Lehrer an der Lateinschule zu Oettingen, Verleihung pragmatischer Rechte betr., angeeignet vom Abg. Mandel; Vorstellung der Bezirksgerichts-Diurnisten zu Nürnberg, Schweinfurt, Windsheim und Ansbach, Verbesserung ihrer Dienstesverhältnisse betr.; Vorlage der Stadtgemeinde Windsheim, die Vertheilung einer Denkschrift, die projektirten Eisenbahnlinien Ansbach und resp. Nürnberg-Würzburg betr.; Vorstellungen der israelitischen Kultusgemeinden in München, Bamberg, Fürth u. a., Gleichstellung der Israeliten mit den Christen betr.; Antrag des Abg. Wilh. Frhrn. v. Thüngen, Abänderungen im Taxgesetze betr. (Augsb. Abdztg.)

München, 14. Febr. (11. öffentliche Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Zur Berathung gelangten die Nachweisungen der General-Lotto-Administration für die Jahre 1855/59. Eine Diskussion ward über diesen Gegenstand nicht geführt, da die Kammer offenbar der Ansicht ihres Referenten war, daß die prinzipielle Bedeutung desselben bei anderer Gelegenheit, bei der Budgetberathung, zu erörtern sey. Diese Nachweisungen wurden, und sodann ebenso die über die Staatsschuld genehmigt, nachdem bezüglich der letzteren Abg. v. Pfetten einige nachträgliche Mittheilungen zu seinem Referate gemacht hatte. In den betreffenden 4 Jahren wurden an der Staatsschuld, excl. der Grundrentenschuld, 19½ Mill. getilgt, und wenn freilich oft die Meinung zu hören sey, daß man nicht die älteren Schulden heimbezahlen solle, während man doch genöthigt sey, anderseits neue wieder aufzunehmen, so gäbe er zu bedenken, daß die genaue Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen über die Staatsschuld und der den Gläubigern wegen der Heimzahlung gemachten Versprechen eine Verpflichtung sey. Die von der Kammer schon öfter ausgesprochenen Wünsche in Betreff der Verminderung der verschiedenen Staatsschuldkategorien hätten bereits thunlichste Berücksichtigung gefunden; nach einer Aeußerung des Staatsministers der Finanzen im Ausschusse stehe auch noch während des gegenwärtigen Landtags eine Gesetzesvorlage wegen Verlängerung der Verjährungsfristen ausgeloofter Obligationen oder verfallener Coupons zu erwarten. Dem weiteren Antrage des Ausschusses, es sey gegen die zur Kenntnißnahme mitgetheilten allenfallsigen Verordnungen über die Ausfuhrverbote von Schießpulver, Schlachtvieh und Hafer vom 10. und 17. Mai, dann 19. Juli 1859 (während des italienischen Kriegs und seitdem wieder aufgehoben) eine Erinnerung nicht zu erheben — wurde gleichfalls beigestimmt. Hiemit schloß die kurze Sitzung, und wurde die nächste auf den kommenden Montag anberaumt.

Bekanntlich werden die Malzaufschlagsgefälle zur Bezahlung der Staatsschuld verwendet, und wurde bei der letzten Budgetberathung die runde Summe von 5,700,000 fl. hiefür eingestellt. Man glaubte damals, daß diese Summe zu hoch gegriffen sey, allein die Rechnungsnachweise haben nunmehr gezeigt, daß dieser Voranschlag zu nieder war, indem schon das Jahr 1856/57 eine Mehreinnahme von 713,032 fl. nachweist, während im Jahre 1857/58 ein Mehr von 1,189,258 fl. und im Jahre 1858/59 ein solches von 1,608,756 fl. erzielt wurde, so daß im letzteren Jahre die Gesammteinnahme an Malzaufschlagsgefällen 7,308,756 fl. beträgt. Werden wohl im heurigen Jahre auch solch glänzende Einnahmen erzielt werden?

München, 14. Februar. Se. Maj. der König hat die protestantische Pfarrstelle Alsenz, Dek. Obermoschel, dem bisherigen Pfarrer zu Imsbach, Dek. Winnweiler, Joh. Jak. Wilh. Kappesser verliehen.

München, 14. Febr. In der Sitzung der oberbayerischen Handels- und Gewerbekammer wurden Anträge angemeldet, welche eine zeitgemäße Revision des zur Zeit geltenden Bier-Regulativs vom Jahre 1811, die Einführung eines gleichen Satzes für telegraphische Depeschen im ganzen Königreich, sowie die Herstellung eines Schienenweges in die Steinkohlengebiete des Peissen- und Penzberges bezwecken. Nicht minder wurde die Reorganisation der technischen Lehranstalten, die, obwohl schon seit längerer Zeit beabsichtigt, in's Stocken gerathen scheint, in erneuerte Anregung gebracht. Der Antrag bezüglich der zur Zeit in Berlin angeknüpften Unterhandlungen wegen Abschlusses eines Handelsvertrags zwischen Frankreich und dem Zollverein, welcher dahin geht, daß schon jetzt praktisch erfahrene Fachmänner aus Süddeutschland zur Theilnahme an diesen bedeutsamen Verhandlungen nach Berlin abgeordnet werden möchten, wurde von der Kammer einstimmig angenommen.

Preußen. Berlin, 11. Febr. An die Kriminaldeputation des Stadtgerichts überwiesen, wurde heute der letzte der gegen Stieber anhängigen Prozesse verhandelt. Die Anklage des Staatsanwalts, Grafen zur Lippe, war auf Mißbrauch der Amtsgewalt gerichtet, und hatte ihren Anhalt in der politischen Beschlagnahme eines Wechsels, die Stieber 1856 veranlaßt hatte. Um den Gerichtshof im Allgemeinen von seiner Berechtigung zu dem Schritte zu überzeugen, entrollte der Angeklagte das erschreckende Bild des Wuchers und der Gaunerei, die sich der jungen, zum Schuldenmachen geneigten Offiziere zu bemächtigen wußten — der Wechsel war von dem Gardelieutenant v. Koschenbar über 68 Friedrichsd'or auf den Kommissionär Hahn ausgestellt; — er stützte sich sodann auf die Befehle des verstorbenen Polizeipräsidenten v. Hinkeldey, alle Wechsel von Offizieren auf Wucherer in Beschlag zu nehmen; er führte die Quelle dieser Befehle auf die Person des verstorbenen Königs zurück und schilderte den Charakter des verstorbenen Kommissionärs Hahn in den grellsten Farben. Unter der langen Zeugenreihe nahmen die vornehmste Stelle der Major v. Koschenbar, Vater des ehemaligen Gardelieutenants, und drei Kriminalkommissäre der hiesigen Polizei ein. Jener hatte in der Voruntersuchung bekundet, daß er Stieber persönlich mit Regulirung der Wechselsache beauftragt und mit hinreichendem Geld versehen hatte; diese bestätigten nicht nur Stiebers Aussage, sondern setzten hinzu, der geh. Kämmerer des verstorbenen Königs, Schöning, sey selbst zu wiederholten Malen bei Stieber gewesen, während sie selbst von ihrem Chef gleiche Weisungen erhalten und ausgeführt hätten. Stieber hätte sodann den späteren Inhaber des Wechsels, Kaufmann Füller, mehrere Male nach dem Polizeipräsidium kommen lassen und diesen „breit geschlagen", mit einer Abfindungssumme zufrieden zu seyn. Während der Staatsanwalt die Entscheidung auf die Aussage des Majors v. Koschenbar gestützt haben wollte und aus ihr Einmischung in privatrechtliche Angelegenheiten ableitete, erkannte der Gerichtshof auf Grund der polizeikommissarischen Erklärungen, und mit Rücksicht auf den Mangel jeden Beweises, daß Stieber von den Absichten geleitet sey, die seine Handlung laut §. 315 des Strafgesetzbuches erst strafbar machen würden, den Angeklagten, wie schon erwähnt, für nichtschuldig und auf Niederschlagung der Kosten. Hiemit sind die gegen Stieber schwebend gewesenen Anklagen beendigt, wenn der Staatsanwalt nicht etwa Appellation einlegen sollte. (Schw. M.)

Oesterreich. Die von Wiener Blättern gebrachte Mittheilung, daß der britische Gesandtschaftssekretär Dunlop in Pesth insultirt wurde, wird vom „Pesther Lloyd" als erlogen erklärt.

Maasseite bereits Lebensmittel und andere Gegenstände durch ein Dampfboot zugeführt. — Unter vielen eigenthümlichen Fällen erzählt man, daß bei dem großen Durchbruche bei Leeuwen ein Kind von 8 Jahren, Johanna van Beel, dessen Eltern und Geschwister den Tod in den Wellen fanden, sich auf einem Stücke des Daches des eingestürzten Wohnhauses das Leben rettete. Das Mädchen trieb während acht Tagen auf dem Wasser umher, ohne daß man es auffinden und retten konnte; es hatte in der ganzen Zeit nur einen Apfel als Nahrung zu sich genommen, der ihm von einem Nachbar der Eltern, welcher sich auf einen Baum gerettet, zugeworfen worden war. Der König selbst hat diese Geschichte erzählt. Das Dorf Alphen an der Maasseite ist vollständig vernichtet und wird ganz neu wieder aufgebaut werden müssen. (Köln. Z.)

Neueste Nachrichten.

Wien, 11. Februar. Die Regierung ergreift ernste Maßregeln, um die rückständigen Steuern aus Ungarn einzutreiben und die Staatsmonopole des Tabaks und des Salzes gegen die Ausschreitungen zu schützen: nicht allein an die kaiserlichen Beamten ergingen die strengsten Weisungen, sondern die ungarischen Minister haben in vertraulichen Zuschriften an die Führer der Komitale bekannt gegeben, daß unnachsichtlich zu Werke gegangen wird. Daher kommen die Beschlüsse der Komitatsbehörden, daß sie die Erhebung der Steuern nicht hindern, aber dazu keine hülfreiche Hand leihen wollen. Das Finanzministerium wird sich damit keineswegs begnügen können, weil die zwangsweise Eintreibung der Steuern und die Exekution durch das Militär viel größere Kosten verursachen und überdies die treuen Beamten aller Gehässigkeit preisgeben würde; die Wiener Regierung kann sich nicht mit einem Komitats-Ausschuß in Unterhandlungen darüber einlassen, welche Steuer derselbe für legal, und welche für illegal erkenne, und für welche Abgaben er Assistenz leisten will oder nicht. Der Staatsbedarf muß gedeckt werden, und ein zweites Mal kann man nicht an den Kredit der außerungarischen Steuerzahler appelliren, um für die Steuerverweigerer in Ungarn den Beutel zu öffnen. Die Militärkommandanten haben die strikte Ordre, der Finanzwache und den Steueradministratoren selbst bei Widerspruch der Komitatsbehörden mit aller Macht Beistand zu leisten; dort wo eine telegraphische Anfrage möglich ist, soll vorher weitere Instruktion auf kürzestem Wege eingeholt werden, wo keine telegraphischen Bureaux sich befinden, ist mit den kaiserlichen Beamten im Einverständniß zu handeln. Man ist gefaßt auf einige Marktexcesse wegen Tabaksverkaufs, nachdem die Pflanzer, statt ihre Kontrakte mit dem Aerar zu erfüllen und an dessen Agenten zu dem bedungenen Preise und nach Abzug des erhaltenen Vorschusses die geernteten Blätter abzuliefern, ihre Vorräthe privatim verkaufen. Das Aerar besteht unnachsichtlich auf die Ablieferung des geernteten Quantums. Andere Excesse werden bei exekutiven Feilbietungen statthaben. Die Konflikte sind unausbleiblich, so viele Mühe sich auch die gemäßigten magyarischen Führer geben, das Fruchtlose des Widerstandes zu erklären; eine Fraktion will es durchaus zu gewaltsamen Maßregeln bringen und auf diese Weise die Gemüther, die bereits etwas kühler wurden, neuerdings erhitzen. Es wird ihnen gelingen; jedoch die Folgen dürften nicht nach ihrer Berechnung ausfallen. Selbst in Ungarn will schon eine große Partei ruhige Entwicklung, statt Straßenlärm; eine Opposition im Landtage, nicht in den Komitatshäusern. (Nat.-Z.)

Hermannstadt, 12. Febr. In Karlsburg (Siebenbürgen) fand vorgestern die Vorkonferenz statt; sie dauerte bis spät Nachts. Die Frage über die Union mit Ungarn war Gegenstand einer stürmischen Debatte. Schmidt sprach entschieden dagegen; er verlangt Revision des betreffenden Gesetzartikels durch einen neuen Landtag; keine Prävalenz der magyarischen Sprache; Konversationssprache alle Landessprachen; Kleidung für Sachsen, Romänen deutsch. — In der gestrigen Berathung erklärte sich Haynald für einen eigenen Landtag Siebenbürgens nach dem ungarischen Wahlgesetz von 1848. Sulutz entwickelte ein eigenes Wahlprogramm, desgleichen Schmidt. Die Union blieb unerörtert. (T. d. Ostd. P.)

Mola di Gaeta, 13. Febr. Gaeta hat kapitulirt; Cialdini wird morgen die Festungswerke und nach der Abreise des Königs die Stadt Gaeta besetzen. Die Garnison bleibt kriegsgefangen bis zur Uebergabe der Festungen Messina und Civitella del Tronto. (Fr. Journ.)

Nach einer Korrespondenz des „Messager du Midi" hat das sardinische Kabinet seit dem Frieden von Villafranca, außer den ordentlichen Staatseinkünften, folgende Summen verbraucht: Anlehen Oytana 120 Mill. Fr.; Anleihe der Aemilia 40 Mill.; toskanische Anleihe 36 Mill.; Anlehen Begezzi 150 Mill.; Supplementaremission von Staatskassenscheinen 30 Mill. Zusammen 376 Mill. — und die Kassen sind leer, und die neapolitanische Bank, die täglich 43,000 D. für die piemontesischen Truppen zu zahlen hat, ist leer.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	-
"	5 pCt. Lomb. ditto.	76 P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$59\frac{7}{8}$ P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	50 G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	$44\frac{1}{4}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt.	37 P.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	88 P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102 G.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101\frac{7}{8}$ P. $\frac{5}{8}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$102\frac{3}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	$100\frac{1}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{1}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{4}$ G.
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$103\frac{3}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{8}$ G
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$95\frac{1}{4}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{1}{2}$ P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{1}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$93\frac{1}{4}$ P. $92\frac{3}{4}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$100\frac{7}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$97\frac{7}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	--
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$97\frac{1}{4}$ P.
"	3 pCt. Obl.	$90\frac{1}{2}$ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$46\frac{1}{2}$ G.
"	$1\frac{3}{4}$ pCt. " " "	$41\frac{1}{8}$ G.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$97\frac{3}{8}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$108\frac{3}{8}$ G.	exD.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	586 P. 582 G.	ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$130\frac{1}{2}$P. 129G.	exD.
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	179 G.	ex D.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . . .	74 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktion . . .	68 P.	ex D.
Internationale Bank in Luxemb. . .	$79\frac{1}{4}$ G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	337 P.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$69\frac{1}{4}$ P.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	228 G.	
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	125 P.	
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6.7	74 P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$25\frac{3}{4}$ P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt.	130 P.	exD
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$97\frac{3}{8}$ G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{1}{2}$ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	237P. 235 G.	
Span. Handels- u. Industrie . . .	479 G.	exD.
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	465 G.	ex D.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	104 P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	$101\frac{1}{2}$ G.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{3}{8}$ B.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$95\frac{3}{4}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	$87\frac{7}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
London Lst. 10 k. S.	$117\frac{1}{2}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L.S.L. 250 k. S.	$92\frac{5}{8}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93 G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	79—$\frac{1}{4}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	72 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$46\frac{3}{8}$ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	57 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	126 G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$56\frac{1}{4}$ P.	" fl. 25 do.	36 P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$91\frac{1}{4}$ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	—
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	$116\frac{3}{8}$ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	$50\frac{1}{4}$ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$35\frac{1}{2}$ P.
Badische fl. 50	$89\frac{3}{4}$ P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{1}{2}$ P.
Badische fl. 35	$52\frac{3}{4}$ G.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{1}{4}$ P. 10 G.

Frankfurt, 14. Februar. Der Fall von Gaeta und entsprechende Wiener Notirungen brachten auf österr. Fonds, Bank- und Industrie-Aktien, sowie auf den Wiener Wechselkurs einen ungünstigen Eindruck hervor. Dieselben wurden durchgängig merklich niedriger verhandelt. Spanische beider Gattungen begehrt und höher; süddeutsche Fonds fest und preishaltend. (Synd.)

geistliche Autorität des Papstes würde durch jene einheitliche Gestaltung der Halbinsel nicht geschwächt werden, und der Papst könne recht wohl neben der weltlichen Regierung Italiens in Rom seine Residenz behalten. Die Rede des Prinzen, die durch interessante diplomatische Aufschlüsse illustrirt wurde, machte auf die Anwesenden einen tiefen Eindruck.

Paris, 11. Febr. Die Nachricht, welche „Patrie“ und „Pays“ mitgetheilt haben, und welcher zufolge **Garibaldi** erklärt hatte, daß er von seinem Vorhaben, den Ungarn zu Hülfe zu kommen, nicht abgegangen sey, konnte natürlich nicht verfehlen, eine besorgliche Wirkung hervorzubringen. Die Besorgniß ist aber für jetzt ohne Grund. Garibaldi ließ allerdings durch seine Freunde erklären, daß er sein Versprechen, den Ungarn Hülfe zu leisten, nicht zurückgenommen habe; doch ist es ebenso gewiß, daß er bis zur Stunde den Zeitpunkt nicht festgesetzt hat, wann er zur Erfüllung seines Versprechens schreiten wird. (D. Allg. Z.)

Man schreibt Wiesner's „Italienischer Korrespondenz“ aus **Paris** vom 5. Februar: „Im Laufe der letzten Woche hat sich hier ein **Slawenkomite** gebildet, welches sich zur Aufgabe stellte, auf die gegenwärtigen Ereignisse in Ungarn im slawischen Sinne einzuwirken und gegen die Prätensionen der Magyaren, welche von einem großen historischen Ungarn träumen, entschieden zu protestiren. Das Komite besteht aus Serben, Kroaten, Slowaken, Dalmatinern und Montenegrinern, die an alle hier lebenden Slawen ein Rundschreiben gerichtet, worin diesen das politische Programm des Vereins mitgetheilt wird und letztere zum Beitritt aufgefordert werden. In dem Programm des Vereins werden die historischen Ansprüche der Ungarn absolut zurückgewiesen, da die Slawen in ihrer Majorität von 14 Millionen nicht Willens seyen, sich statt der historischen Herrschaft Oesterreichs die der Magyaren gefallen zu lassen.“

Italien.

Aus **Rom** vom 3. Febr. wird berichtet: „Hier ist ein Sendling des Insurgenten-Führers Chiavone angekommen, welcher die Lage der Aufständischen in den Abruzzen als eine verzweifelte darstellt. Alle Gebirgspässe und Zugänge zu den Thälern sind von den Piemontesen oder der mobilen Nationalgarde besetzt, welche die von einander getrennten Insurgenten-Abtheilungen förmlich belagern, die sich wegen Mangels an Mundvorrath nach und nach ergeben müssen. Die Drohung des Generals Pinelli, alle aufständischen Dörfer niederzubrennen, hat auf das Landvolk großen Eindruck geübt, ja, in vielen Ortschaften sind die auf dem Rückzuge befindlichen Insurgenten von den Einwohnern mit Flintenschüssen empfangen worden. Dessen ungeachtet wird von der hier sich befindenden neapolitanischen Emigration fortwährend an dem Aufstande gearbeitet. An der neapolitanischen Gränze sind alle Klöster mit Kleidungsstücken, Waffen, Munition und Mundvorrath für die Insurgenten angefüllt.“

Aus **Neapel**, 6. Febr., enthält die „Presse“ nach sardin. Berichten Näheres über den bourbonischen Aufstand in den Abruzzen. Wir lassen hier den Bericht folgen, da er, obwohl sehr parteiisch gefärbt, doch noch manche beachtenswerthe Aufschlüsse gibt: „Der Aufstand war längst schon von Giorgi, Lagrange und Chiavone vorbereitet, auch hatte man in dem Grafen Colonna Luvara eine Art Generalissimus für denselben gewonnen, einen Mann so gebrechlich und schwach, daß er auf dem Pferde gehalten werden muß. In der zweiten Hälfte des Dezember, während General Pinelli Civitella del Tronto belagerte, bereiteten Giorgi und Konsorten einen Einfall in die Abruzzen vor. Was sie von umherziehenden päpstlichen und bourbonischen Soldaten an sich ziehen konnten, packten sie auf und zählten, nachdem noch die Bewohner von Cecolano, einige Landleute, Mönche ꝛc. zu ihnen gestoßen, an 15,000 Mann, alle bis an die Zähne bewaffnet, mit alten Gewehren, Jagdflinten, Piken, Messern, Arbeitsinstrumenten. Eine wahrhaft pittoreske Bande fielen sie, Georgi, dekorirt mit dem Großkordon des hl. Januarius, an der Spitze, in der Provinz ein und besetzten und plünderten die Orte Tagliacozzo, Petrello, Curcomello ꝛc. Das war aber auch ihre ganze Heldenthat; denn die Provinz selbst ganz zu insurgiren, gelang ihnen nicht; durch die Gleichgiltigkeit des Volkes waren sie schon besiegt, bevor General Sonnaz sie siegreich vor sich hertrieb. Indeß hatten sie gar gewaltige Akolythen. So durchzog u. A. ein neapolitanischer Korporal, Namens Biaz, welcher in Avezzano den Garibaldianer gespielt hatte, um später sich wieder den Bourbonen in die Arme zu werfen, das Gebirge und predigte da die heilige Sache, indem er Piaster, Raub, Brand, Ablaß ꝛc. versprach. In Colle-Armele war es ihm sogar gelungen, eine Art Bewegung zu Stande zu bringen. Doch schade um den Kerl, er ließ sich fangen und füsiliren. . . . Acht heldenmäßig erwies sich der Generalissimus, dessen ganzes Geschäft übrigens nur im Unterzeichnen von Proklamationen bestand und sein Generalstab bei der bereits mehrfach erwähnten Affaire von Scurgola: diese Helden waren eine halbe Meile vom Kampfplatz entfernt in einem Kloster; als sie die Ihrigen vor der Handvoll Piemontesen weichen sahen, waren sie die ersten, welche flohen. In diesem Kampfe wurde auch eine Fahne erbeutet; dieselbe bestand aus einem hölzernen Kruzifix und einem rothen Lappen, beides mit Bindfaden und gewöhnlichen Drahtstiften an eine Zeltstange befestigt. Die Oriflamme konnte bis jetzt noch nicht erbeutet werden, da sie nur beim Auszug in den Kampf figurirt, dann aber wieder sorgfältig verwahrt wird. Diese Fahne ist von prachtvoller blauer Seide, auf der einen Seite Maria Christina (die Mutter Franz II., eine Prinzessin von Carignan), kniend vor einer Madonna, welche das piemontesische Kreuz mit Füßen tritt, auf der ~~andern Seite die unbefleckte Empfängniß darstellend. Diese Fahne,~~ ihrer Form nach besser Standarte genannt, ist vom Papst selbst geweiht. Bei Giorgi und Luvara befand sich auch jener berüchtigte Venetianer, der anfangs für einen Cardinal gehalten wurde, später aber sich als einfacher monsignore di corte herausstellte; er war, wie Giorgi, in neapolitanischer Obersten-Uniform. Unter den Gefangenen befanden sich viele ehemalige Soldaten: ihnen wurde Pardon gegeben, die anderen Parteigänger aber sämmtlich erschossen oder aufgehängt. Die Drei, welche in Tagliacozzo dem piemontesischen Major die Sommation der bourbonischen Banden übermacht hatten, befinden sich auch unter den Gefangenen; es ist das ein eigenthümliches Kleeblatt, bestehend aus einem neapolitanischen Jägeroffizier, einem Jägerkorporal und einem päpstlichen Zuaven, Spanier von Geburt und früher Carlisten-Capitän. Diese drei armen Teufel haben ihre Geschichte erzählt, eine lange Reihe von Täuschungen. In Rom hatte man ihnen gesagt, es existire bereits eine Armee in den Abruzzen, die Bevölkerung sei Franz II. ergeben und vor Ablauf von vierzehn Tagen würden sie siegreich in Neapel einziehen. Sie gingen ab, fanden aber statt einer Armee fünf- bis sechshundert zusammengelaufene Soldaten, statt einer begeisterten Bevölkerung in Waffen ein paar tausend schlecht bewaffnete Landleute und sonst schreckenerregende Gleichgültigkeit. Unter den in Scurgola Erschossenen befanden sich auch zwei Priester. Späteren Berichten zufolge steht Georgi mit seinen Genossen bei Carsolano an der römischen Grenze. Er hat nun auch einige Hundert aus neapolitanischen Diensten entlassene Schweizer an sich gezogen, allein die Leute sind schlecht bewaffnet und können an ernstlichen Widerstand nicht mehr denken; von einem Angriff natürlich ist gar keine Rede. Die Affaire bei Banco war weder ein Sieg für die Piemontesen, noch ein solcher für die andere Partei, wie man von Rom aus telegraphirt hatte, sondern ein unüberlegter Streich des Generals Sonnaz, der ihn sehr theuer hätte zu stehen kommen können. Banco liegt sehr hoch, von wahrhaften Cyclopen-Mauern eingeschlossen. Gleichwohl glaubten die Piemontesen, den Ort im ersten Anlauf nehmen zu können; doch sie wurden drei Mal zurückgeschlagen. Nach dem dritten Sturme pflanzten sie die weiße Fahne auf, um ihre Todten und Verwundeten bei Seite schaffen zu können; die Belagerten thaten dasselbe; es kam zum förmlichen Waffenstillstand, während dessen der Kommandant des Platzes mit dem General selbst sprach: darauf zogen die Neapolitaner ab, um sich in Rondinaro, in einer starken Position, zu konzentriren. Alles in Allem sind die bourbonischen Banden geschlagen, demoralisirt, aber noch immer nicht vernichtet. Das Volk ist in Angst und Schrecken vor den bourbonischen Requisitionen und den piemontesischen Repressalien, fürchtet von der Seite die Plünderung und von jener die Füsillade, so daß die Leute lieber: Es lebe Viktor Emanuel! schreien.“

Der neapolitanische Korrespondent der „Independance belge“ schreibt: „Soeben, 6. Febr., treffen gräßliche Nachrichten aus Gaeta ein. Ein Augenzeuge theilt mir mit, daß das Bombardement mit großer Heftigkeit gestern, am 5. Febr., wieder begann. Dieser Augenzeuge zählte zwei Bomben in jeder Minute. Eine furchtbare Explosion erfolgte plötzlich in Gaeta auf der Landseite mit einer solchen Macht, daß die Matrosen auf dem Dampfer, an dessen Bord sich mein Freund befand, und zwar sechs Meilen vom Platze, sich auf dem Verdeck auf den Bauch warfen, weil sie meinten, eine Bombe sey aufs Schiff gefallen.“

Nichtpolitische Zeitung.

Rotterdam, 11. Febr. Die **Waal** ist gegenwärtig ganz eisfrei, ebenso die Maas, und man hat den Nothleidenden an der

mando ein anderes größeres von 60 Mann der verschiedensten Grade aus den betreffenden deutschen Staaten Weimar, Oldenburg, Waldeck, Bremen, Lübeck und Hamburg, um auf der hier befindlichen Schießschule die Behandlung der Zündnadelwaffe in Theorie wie Praxis kennen zu lernen. Zwischen den verschiedenen Truppen herrscht das beste Einvernehmen.

Großh. Hessen. Offenbach, 8. Febr. Unser Ort wird durch die staatliche Trennungskrise in Nord-Amerika besonders hart betroffen. Es waren hier von daher zahlreiche Bestellungen auf Industrie-Produkte unseres Orts eingegangen, doch sind solche, auf jene Veranlassung hin, in der jüngsten Zeit sämmtlich zurückgenommen worden. Auch nach England und anderen Theilen des Auslandes, mit denen unsere Industrie in Verbindung steht, stockt das hiesige Exportgeschäft augenblicklich sehr; doch sind dies vorübergehende Erlebnisse, die schon öfter vorkamen, jedoch bisher nicht verhindern konnten, daß die hiesige industrielle Thätigkeit sich immer weiter ausdehnte und die Bevölkerung des Orts mit jedem Jahr wesentlich zunahm. Wie aber nicht zu leugnen, droht in diesen Beziehungen dem hiesigen Orte für die Zukunft eine andere ernstlichere Gefahr, und zwar für den Fall, daß in dem nahe belegenen Frankfurt eine freie Gewerbegesetzgebung zur Geltung gelangt, woran, wie man weiß, fleißig gearbeitet wird. Der in Frankfurt herrschende Zunftzopf hat unbestritten das Mehrste zum raschen Aufschwunge Offenbachs beigetragen. Die Industrie, durch jenen beengt, flüchtete sich vornämlich hierher, wird sich aber unfehlbar mehr wieder dorthin wenden, sobald die Beengung nicht mehr existirt. (Hamb. B.-H.)

Freie Städte. Frankfurt, 9. Februar. Das heutige „Journal" veröffentlicht folgenden, in mehr als einer Beziehung interessanten Brief, der vielleicht durch einen Irrthum an die Adresse des Hrn. Dr. Jucho, statt an die des Hrn. v. Vincke gelangte: „Aus Neapel ist mir ein Brief zugekommen, unterzeichnet von einem Herrn Salvali, als Vorsitzendem eines Vereins, der dem General Garibaldi einen Degen und andere Waffen als Ehrengeschenk überreichen und ihm zugleich einen Theil der Mittel verschaffen will zum Beginn des neuen Kriegs, den der General beabsichtigen soll. Das Ziel dieses Krieges sey, sagt der dem Schreiben beiliegende, in französischer Sprache „an alle Völker Italiens und des Auslandes" gerichtete gedruckte Aufruf, die Vereinigung von Rom und Venedig mit Italien und die Befreiung von Ungarn, Siebenbürgen, Kroatien und Polen. Da ich von dem neapolitanischen Briefsteller aufgefordert bin, öffentlich Sammlungen zu veranstalten zu dem Ehrengeschenk, wie zu den Kriegsmitteln, so bin ich auch verpflichtet, öffentlich zu erklären, daß ich der Aufforderung nicht nachkomme. Die Italiener mögen Recht haben, wenn sie Garibaldi zu ehren suchen, und wenn sie Rom und Venedig zu besitzen wünschen; aber sie müssen sonderbare Begriffe von uns Deutschen haben, wenn sie uns zumuthen, die Ehre des deutschen Namens mit Füßen zu treten, indem sie Beiträge von uns verlangen zu einem Ehrenzeichen, das einem fremden Heerführer für Siege gewidmet werden soll, die er über deutsche Truppen errungen (Como, S. Fermo, Varese sind auf dem Griff des Degens zu lesen, von dem eine lithographirte Abbildung der Aufforderung beiliegt), oder wenn sie uns zum Vaterlandsverrath auffordern, indem sie uns Hülfeleistungen zu einem Kriege ansinnen, der gegen Deutschland gerichtet ist. Wollen die Italiener Lande angreifen, die sich im deutschen Besitze befinden, so mögen sie sich Mithelfer anderwärts als in Deutschland suchen; wir sind dann ihre Feinde, denn unsere nationale Ehre und unser nationales Interesse verpflichten uns, die Angreifer mit vereinigter Macht zu bekämpfen, unbekümmert um Sympathien für ihre Freiheits- und Einheitsbestrebungen. Ein Volk, das seine nationale Ehre nicht zu wahren verstände, das seine Interessen und seinen Besitz preisgäbe, würde nimmer zur Freiheit gelangen, und der Fremden sichere Beute werden. Gebe Gott, daß die Ausländischen keinen Anlaß haben, uns für ein solch' thörichtes Volk zu halten! Frankfurt a. M., 8. Febr. 1861. Dr. Jucho."

Oesterreich. Man schreibt der „Presse" aus Pesth vom 10. Febr.: „Die aufgeregte Stimmung hat sich in letzter Zeit hier auch in mehreren blutigen Duellen, meistentheils unter der akademischen Jugend und oft über unbedeutende Dinge, Luft gemacht; ja diese Nacht wurde in einem Gastzimmer des Weißen Schiff ein Zweikampf ausgefochten, bei dem der Graf K.., todt auf dem Platz blieb. Die Untersuchung ist, wie ich vernehme, bereits im Gange."

Das Gremium der Pesther Großhändler hat an den judex curiae ein Memorandum gerichtet, worin gegen die sofortige unbedingte Reaktivirung des ungarischen Gesetzes und Justizwesens energisch protestirt wird. Es heißt darin unter Anderm: „Wir bitten und beantragen auf das Entschiedenste die einstweilige theilweise Belassung der augenblicklich faktisch vorhandenen zweckmäßigen, wenn gleich nicht auf normal-konstitutionellem Wege entstandenen Einrichtungen bis zur nächsten Gesetzgebung in allen jenen Fällen, wo das seit 12 Jahren an seiner Fortbildung gehinderte ungarische Gesetz dem unbefangenen Auge offenbare Lücken (wie beim Erbrecht, Urbarialregelung, Grundbuchswesen u. s. w.) bietet; außerdem jedoch auch dort, wo die vaterländischen Gesetze vom Standpunkte des seit 1848 gewaltig fortgeschrittenen Zeitgeistes und des praktischen Werthes den eingeführten fremden entschieden nachstehen. Und hier müssen wir von unserm Standpunkt vorzüglich die allgemeine deutsche Wechsel-Ordnung vom Jahre 1850 und das neue Gewerbegesetz betonen. Die erstere steht durch Kürze, Präzision, höhere Auffassung, Logik, allgemeine Gültigkeit für Jedermann und in Folge dessen durch ihren praktischen Werth weit über dem alten ungarischen Wechselgesetz. . . . Bei dem Gewerbegesetz tritt derselbe Fall ein. Ungarn hatte bis 1848 keine eigentlichen Gewerbegesetze. Sich auf den Standpunkt von 1848 zurückversetzen, heißt in Handelssachen so viel, als sich der Bevormundung eines einzelnen Magistratsrathes, eines Vorstehers, ja oft von deren Sekretären unterwerfen und der Bestechlichkeit und Chikane wieder Thor und Thür öffnen; und in Gewerbesachen: das ganze Zunftwesen, über das die öffentliche Meinung schon längst vor 1848 abgeurtheilt, in aller Glorie wieder herstellen." (Die Pesther Stadtgemeinde hat sich inzwischen schon für das alte Zunftgesetz erklärt.) (Nat.-Ztg.)

Niederlande.

Haag, 10. Febr. Gestern ist unser König mit dem Prinzen von Oranien aus Gelderland in die Residenz zurückgekehrt. Auf allen Stationen, welche er berührte, ward er von einer zahllosen Volksmenge erwartet, welche ihm in der unzweideutigsten Weise zu erkennen gab, wie sehr er sich durch seine aufopfernde und wahrhaft königliche Fürsorge in der durch die Ueberschwemmungen so hart getroffenen Provinz die Herzen seiner Unterthanen aufs Neue zugewandt hat. In Arnheim wurde dem Könige durch die hervorragendsten Bürger der Stadt eine Dankadresse überreicht, und zu Rotterdam (wo man noch immer von einer Station zur anderen die ganze Stadt umfahren muß) konnte sich der königliche Wagen kaum durch die dicht gedrängten Volksmassen fortbewegen. Hier in der Residenz glich die Fahrt von der Eisenbahnstation bis zum Palais einem wahren Triumphzuge. Alle Häuser waren reich geschmückt, und der König ward von zwei Ehrenwachen begleitet; als er auf dem Balkon erschien, begrüßten ihn die nicht endenwollenden donnernden Zurufe der dankbaren Bürger. Der König hat für die an seinem Geburtstage abzuhaltende Kollekte 40.000 Gulden angewiesen. (K. Z.)

Frankreich.

Aus Paris, 11. Febr., schreibt man der „Köln. Ztg.": „Herr v. Thouvenel hat mehreren Mitgliedern des gesetzgebenden Körpers erklärt, der Kaiser denke nicht daran, die Besatzung von Rom abzuberufen, und in der Antwortsadresse des gesetzgebenden Körpers wird ein Paragraph beabsichtigt, in welchem der Kaiser sich bitten lasse, die Besatzung von Rom aufrecht zu erhalten, „bis Se. Majestät im Einvernehmen mit den Großmächten ein wirksames Mittel gefunden habe, die Unabhängigkeit und Freiheit des Papstthums zu verbürgen."

Paris, 11. Febr. In einigen Tagen haben wir, wie schon erwähnt, abermals eine Laguerronière'sche Broschüre zu erwarten. Dieselbe wird besonders die römische Frage, übrigens aber auch die allgemeine Lage Europas behandeln. Nach den Dokumenten zu urtheilen, welche im „gelben Buch" über die römische Angelegenheit erschienen sind, kann die neue Broschüre nur der Vorläufer eines vollständigen Preisgebens der weltlichen Herrschaft des Papstes seyn.*) In diesem Sinne hat sich auch vergangenen Freitag der Prinz Napoleon, in seiner Eigenschaft als Senator, in einem der Bureaux des Senates ausgesprochen. Nämlich gelegentlich der Vorberathung der Adresse hat der Prinz den Antrag gestellt, daß man einmal dem Kaiser für die bisherige italienische Politik danken, gleichzeitig aber auch den Wunsch aussprechen möge, daß die Regierung auf dieser Bahn weiter fortschreite. Der Prinz verlangt die Einheit Italiens unter Viktor Emanuel und Rom als Hauptstadt Italiens. Die

---

*) Nach der „Köln. Ztg." soll sie beweisen, daß der Kaiser seit zehn Jahren alle möglichen Anstrengungen gemacht habe, um den Papst zu vertheidigen. Der Schluß ist der, daß es Frankreichs Schuld nicht sey, wenn sich der Papst heute in einer so höchst unangenehmen Lage befände.

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 46.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 15. Februar 1861.

Deutscher Bund.

Nürnberg, 11. Febr. Der Entwurf eines deutschen Handelsgesetzbuches ist nach einer mehr als vierjährigen Thätigkeit der dazu berufenen Kommission nunmehr definitiv zu Ende berathen. Derselbe umfaßt in seinen vier ersten Büchern das Handelsrecht, in seinem fünften Buch das Seerecht. Ob sich hieran nicht auch noch ein Handelskonkursrecht und noch manches Andere, was man wünschen mag, anschließen wird, bleibt weiterer Erwägung vorbehalten. Vorläufig erscheint jenes Werk als ein abgeschlossenes Ganze, dessen alsbaldiger Einführung kein aus dem Wesen desselben hervorgehendes Hinderniß entgegen steht. Möchte man nicht säumen, es schon jetzt in's Leben zu führen! An den Regierungen und Ständeversammlungen ist es nun, diesem Ergebniß deutscher Arbeit die Wege zu bahnen. (Allg. Z.)

Die „B. Börsen-Ztg." sagt: „Man bemüht sich vergebens, erfreuliche Angaben über die Konferenzen zu verbreiten, welche gegenwärtig hier zwischen preußischen und österreichischen Generalstabsoffizieren über die Bundeskriegsverfassung stattfinden. Unterrichtete Personen wollen wissen, daß es zu großen Differenzen zwischen den Konferirenden gekommen und daß die lautlosen Berathungen auch resultatlos bleiben dürften."

** **Bayern.** München, 14. Februar. (Privat-Korresp.) Der den Kammern vorgelegte Entwurf des Finanzgesetzes für die VIII. Finanzperiode enthält im Wesentlichen die folgenden Bestimmungen: Art. 1 enthält Bestimmungen über die Ausscheidung der Einnahmen und Ausgaben der früheren Finanzperiode. In Art. 2 wird bestimmt, daß von den 300,000 fl., welche zur Deckung des in den ersten Jahren der VII. Finanzperiode sich ergebenden Entgangs an Ausständen dieser Periode zugewiesen waren, 200,000 fl. auf die VIII. Finanzperiode übergehen, und der Rest der Mehreinnahme der VII. Periode zuzugehen habe. Nach Art. 3 ist aus den Erübrigungen der VII. Finanzperiode der Betrag von 610,095 fl. 44½ kr., welcher aus dem Verkauf von Staatsrealitäten in den Jahren 1849/51 erlöst, und in Gemäßheit des Finanzgesetzes vom 25. Juli 1850 vorbehaltlich des Ersatzes für den laufenden Dienst verwendet wurde, an den Staatsgüterkaufschillingsfonds wieder zu ersetzen. Art. 4 lautet: „Außerdem sind noch stehende Ausgaben aus den Erübrigungen der VII. Finanzperiode zu bestreiten: 1) die durch §. 5 Absch. I des Landtagabschiedes vom 26. März 1859 bewilligten 200,000 fl. für Fortsetzung der bei Erbendorf und Engelshof in der Oberpfalz begonnenen Schürf-Arbeiten auf Steinkohlen, 2) für die Uebernahme von bisherigen Distriktsstraßen als Staatsstraßen die Maximalsumme von 500,000 fl., 3) für den Bau des neuen Regierungsgebäudes in der Maximiliansstraße zu München, und dessen gänzliche Vollendung nach Abzug des zu hoffenden Erlöses aus dem derzeitigen Regierungsgebäude, welcher zur Deckung des Bauaufwandes in erster Linie hiemit bestimmt wird, die Maximalsumme von 400,000 fl., 4) für die Grunderwerbung zur Verbindung der Wiener Staatsstraße mit der Maximiliansstraße in München der zur Zeit noch ungedeckte Aufwand von in maximo 70,000 fl., 5) die Bauausgaben und Kosten der ersten Einrichtung in Folge der neuen Gerichtsorganisation bis zu dem Betrage von 1,500,000 fl., 6) für unvermeidliche Beiträge des Staatsärars zu dringenden Kultus- und Stiftungsbauten bis zu dem Betrage von 300,000 fl., 7) außerordentlicher Zuschuß für die Universität Erlangen mit 100,000 fl., 8) Zuschuß für das bayer. Nationalmuseum 23,500 fl., Zuschuß für das germanische Museum in Nürnberg 10,000 fl. Im Art. 5 werden die Staatsausgaben auf jährlich 46,858,525 fl. festgesetzt. Art. 6 bestimmt: „die Etats sind in der Regel unüberschreitbar. Jeder Staatsminister ist dafür verantwortlich, daß die für seinen Geschäftskreis festgesetzte Summen zu den bestimmten Zwecken verwendet werden, er hat den Etat seines Ministerium und der denselben untergeordneten Staatsanstalten und Stellen zu vertreten, und für unvermeidliche Mehrausgaben die nachträgliche Genehmigung zu erwirken." Der Art. 7 handelt von der Dotirung der Staatsschulden-Tilgungsanstalt, welcher die benöthigten Summen zugewiesen werden. Ein Abschnitt dieses Artikels bestimmt: „das k. Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, bezüglich des noch bestehenden Restes von dem neuen Anlehen von 1855 zu 5 pCt. im Wege der Verloosung oder Kündigung nach dem Wunsche der Gläubiger entweder die baare Rückzahlung oder die Umschreibung auf das neue allgemeine Anlehen von 1857 zu 4½ pCt. eintreten zu lassen, und nöthigenfalls die zur Baarvergütung erforderlichen Beträge durch Aufnahme neuer Anlehen zu 4½ pCt. zu beschaffen," und in einem andern Abschnitt heißt es: die im Gesetze vom 1. Juli 1856, die Eisenbahnbau-Dotation betr., ausgesprochene, und durch den Landtagsabschied vom 26. März 1859 auf den Beginn der VIII. Finanzperiode bestimmte Tilgung zu jährlich ⅔ pCt. des in Folge dieses Gesetzes aufgenommenen Eisenbahn-Anlehens vom Jahre 1856 zu 4½ pCt. bleibt vorerst im Laufe der VIII. Finanzperiode ausgesetzt, den Besitzern der Obligationen des vorbezeichneten Eisenbahn-Anlehens bleibt jedoch freigestellt, dieselben auf Verlangen in Obligationen des ältern Eisenbahn-Anlehens vom Jahre 1854 zu 4½ pCt. umschreiben zu lassen. Das k. Staatsministerium wird ermächtigt, die weitere Reduktion der z. Z. bestehenden Eisenbahn-Anlehen im Wege der Verloosung oder der Kündigung nach dem Wunsche der Gläubiger durch baare Heimzahlung oder durch Umschreibung zu bewirken, und nöthigenfalls die zur baaren Rückzahlung erforderlichen Mittel durch Aufnahme neuer Darlehen beizubringen. Der Art. 8 bestimmt den Etat für die aktive Armee, und zwar die Preise der Naturalien in der Art, daß geringe Preise dem Reichsreservefond zu gut, und höhere Preise demselben zur Last geschrieben werden sollen. Im Art. 9 werden die jährlichen Staatseinnahmen auf 46,858,525 fl. normirt, und bestimmt. Das Zahlenlotto, dessen Ertrag unter obiger Einnahmssumme mitbegriffen ist, hat bis zum Schlusse der VIII. Finanzperiode (bis zum 1. Okt. 1867) fortzubestehen, falls nicht früher ein Ersatz hiefür ermittelt werden sollte. Art. 10 handelt von der Erhebung der direkten Steuern. Es sind dieselben Steuergrößen, wie in der laufenden Finanzperiode. Nach Art. 11 haben die Staatsdiener die Wittwen- und Waisenfondsbeiträge wie bisher zu entrichten. Nach Art. 12 sind die Zollgefälle nach den bestehenden Vereins-Tarifen zu erheben, und hat die Erhebung der übrigen indirekten Abgaben nach den bisherigen Normen oder einschlägigen Bestimmungen zu geschehen, und Art. 13 bestimmt die Beibehaltung der bisherigen Maximalsätze der Tarife der Staatsbahnen, der Donaudampfschiffahrt und des Kanals.

Preußen. Berlin, 12. Febr. Se. Majestät der König empfing heute Mittag die vom Präsidenten Dr. Simson geführte Deputation des Abgeordnetenhauses, welche mit der Ueberreichung der Adresse des Hauses beauftragt war. Beachtenswerthe Anzeichen ergeben, daß der König durch die Adreßdebatten des Abgeordnetenhauses in mehr als einer Hinsicht unangenehm berührt worden ist. (Frkf. Postz.)

In Berlin ist von Dr. Wilhelm Eichhoff eine dritte Broschüre erschienen, welche diesmal nicht speziell bestimmte Personen angreift, sich vielmehr ohne Nennung von Namen ganz allgemein gegen das unter der frühern Regierung geltende System richtet. Sie führt den Titel: „Was das preußische Volk erwartet". Die Broschüre ist, wie die früheren, mit Beschlag belegt worden.

Sömmerda, 12. Febr. In den Werkstätten unserer Gewehrfabrik herrscht eine ungemein rege Thätigkeit. Es handelt sich dabei um die Anfertigung von etwa 20,000 Zündnadelgewehren für deutsche Bundestruppen, deren Regierungen mit Preußen ein darauf bezügliches Abkommen getroffen haben. Aus diesem Grunde befindet sich hier außer dem gewöhnlichen preußischen Kom-

Rußland und Polen.

Nachrichten aus Warschau berichten, daß sich dort ein polnischer Verein gebildet habe, der dem Treiben der Agitationspartei, die Alles einzuschüchtern gewußt hat, offen entgegentreten will. — Die Proklamation der Freiheitserklärung für die Leibeigenen soll nunmehr definitiv auf den 18. Febr. a. St. (3. März) festgesetzt seyn.

Neueste Nachrichten.

Berlin. Der neue am 11. Februar gegen den Polizeidirektor z. D. Stieber verhandelte Prozeß wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt endigte gleichfalls mit vollständiger Freisprechung. Der Staatsanwalt hatte auf dreimonatliche Gefängnißstrafe angetragen. Es war dies der letzte der Prozesse, die gegen Stieber anhängig gemacht worden sind.

Hamburg, 9. Febr. Hier erscheint seit 8 Tagen eine „Revue de Hambourg". Sie enthält politische Uebersicht, Feuilleton, Literarisches, will friedliche Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland. Ob diese Revue eine zweite Auflage des „Straßburger Korrespondenten", muß sich zeigen. (K. Z.)

Wien, 10. Febr. Das rapide Fallen des Silber-Agio's (in jüngster Woche von 153 bis 142) ist und bleibt das Ereigniß des Tages. Man sagt, die neuen am 15. d. M. zu erwartenden Landesstatute, einschließlich des Reichsrathsstatutes, seyen damit im Voraus eskomptirt. Es mag seyn, aber nur zum Theil hat die Aussicht auf liberale Gesetze die Börse bestimmt. Die gegenwärtige Bewegung der Börse erhielt ihren ersten Anstoß durch Rothschild, der plötzlich alle möglichen österreichischen Papiere aufzukaufen begann. Rothschild scheint von dem Charakter der französischen Thronrede und von einer Reihe auf den Frieden und seine Aufrechterhaltung deutender Dispositionen im Rathe der Großmächte etwas früher als der große Haufe unterrichtet gewesen zu seyn. Die Stimmung hebt sich hier im Allgemeinen: auch in den Regierungskreisen blickt man mit größerem Vertrauen bereits nach Ungarn. (N. Pr. Z.)

Fiume, 8. Febr. Die „Gazz. di Fiume" berichtet, daß am 5. d. auf die kaum bekannt gewordene Kunde, eine beim Volke unbeliebte Persönlichkeit sey zum prov. Kapitanatsrichter ernannt worden, eine große Volksmenge vor dem Munizipalgebäude sich versammelte und einstimmig dagegen (natürlich durch Schreien) Protest einlegte. Nach der von der „unbeliebten" Persönlichkeit sofort erfolgten Resignirung wurde der wirkliche Magistratsrath Hr. v. Martini zum Kapitanatsrichter ernannt.

Wie der „Perseveranza" aus Turin gemeldet wird, hat General Cialdini den Befehl erhalten, die Flotte nicht zu großen Beschädigungen auszusetzen, dieselbe vielmehr für wichtigere Momente zu schonen und nur zur strengen Blokirung Gaeta's zu verwenden. Das Belagerungskorps wird wahrscheinlich gewechselt werden, weil im Lager Krankheiten ausgebrochen sind. (Tel. d. Ostd. Post.)

Neapel, 9. Febr. Das Bombardament auf Gaeta hat bereits wieder begonnen. (Tel. d. Ostd. Post.)

Perugia, 10. Februar. Neue Expeditionen bourbonischer „Freischaaren" sind in Carsoli angelangt. Lovera vertheilte 1500 Gewehre an dieselben. Gestern haben 470 Mann bourbonischer Soldaten vollständig gerüstet die Grenze überschritten und ihren Marsch nach Carsoli gerichtet. (Tel. d. Ostd. Post.)

Vom italienischen Kriegsschauplatze. Die neulich bereits mitgetheilte Turiner Depesche war offiziellen Ursprungs und aus dem italienischen Hauptquartier Mola di Gaeta vom 8. Februar datirt. Die Turiner „Gazzetta Uffiziale del Regno" bringt sie in folgendem Wortlaut: „Der Platz ersuchte den General Cialdini, er möge eine Verlängerung des Waffenstillstandes bewilligen, damit die unter der durch feindliche Geschütze in Trümmer verwandelten Courtine verschütteten Lebenden und Todten ausausgegraben werden könnten. General Cialdini schickte u. A. für die Kranken im Platze Leinenzeug und Blutegel; er erklärte sich auch bereit, in seinen Spitälern 400 Verwundeten oder Kranken, die in den Spitälern von Gaeta kein Unterkommen finden könnten, Aufnahme zu gestatten, und zwei Dampfer waren bereits abgefahren, um 200 derselben abzuholen, als der General erfuhr, daß die Neapolitaner während des Waffenstillstandes die Bresche ausbesserten. Sofort brach er allen Verkehr mit dem Platz ab, indem er erklärte, er werde jetzt keinerlei Konzessionen mehr machen und morgen die Feindseligkeiten wieder eröffnen." — Die römische Depesche, welche über die Explosion vom 5. Februar berichtet, liegt in der „Independance" ausführlicher vor. Darnach wurde General Traversa mit 50 Mann verschüttet. Das Bombardement, das die Piemontesen dann sofort aus den Land- und Schiffsbatterien eröffneten, wurde bis Tagesanbruch fortgesetzt, auf der Landseite von Mitternacht ab mit geringerer, von der Flotte mit unverminderter Heftigkeit. Die letztere soll indessen ganz vergeblich gefeuert, dagegen selbst wieder einige Beschädigungen erlitten haben. Die Piemontesen haben im Ganzen nicht weniger als 15,000 Schüsse gethan. In der Festung wurden getödtet die Generale Ferrari und Herzog von Sangro, ferner ein Graf Auersperg und eine französische Ordensschwester, dem Major Sangro San-Severino wurden die Beine amputirt.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	76 P.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	59¾ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	59½ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	45 P. 44½ G.
„	4½ pCt.	39 P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	88 P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102¼ P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101¾ G.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102⅜ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	100¼ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100¼ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95¼ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103⅝ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95 P. 94½ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	102½ P. ⅛ G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	95¼ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	102 P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	93¼ P. 92¾ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	100⅞ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	97⅞ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	100⅞ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	97⅜ P.
„	3 pCt. Obl.	90½ P.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	46¼ G.
„	1¾ pCt. „ „ „	40½ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	97⅜ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	108 G.	ex D.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	593 P.	ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	133 G.	ex D.
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	180½ G.	ex D.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	74 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	68 P.	ex D.
Internationale Bank in Luxemb. . .	79¾ G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	337 P.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	68½ P.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	228 G.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	126¾ P.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75 P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	26 P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	129½ P.	ex D.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	97 P. 96¾ G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51½ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz. . .	237 G.	
Span. Handels- u. Industrie . . .	479 G.	ex D.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	465 G.	ex D.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	103⅝ G.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101½ G.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99¾ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅝ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅛ G.
Brem. 50 Th. Ldr. k. S.	95¾ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ B.
London Lst. 10 k. S.	117½ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	92⅝ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93 G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à ö. W.	—
do. in öst. W. l. S.	80½—80 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	75 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	46½ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	57½ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	125¾ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	57¼ P.	„ fl. 25 do.	36⅛ P.
„ fl. 100 Elsb. L. v. 1858.	91¼ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	—
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	117 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50¼ G.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	34½ G.
Badische fl. 50	89⅞ P. ⅜ G.	Vereins-Loose fl. 10.	10⅞ P.
Badische fl. 35	52¾ G.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10¼ P. 10 G.

Frankfurt, 13. Februar. Oesterr. Fonds, Aktien und Anlehensloose erlitten einen merklichen Rückgang, von welchem Wechsel auf Wien gleichmäßig berührt wurden. Der Umsatz in österr. Spekulationspapieren war ziemlich lebhaft. Die übrigen Fonds und Aktien zeigen keine erhebliche Veränderung. (Synd.)

Stocken aller Geschäfte, die Unfertigkeit und daher Unsicherheit der Zustände — Alles dies vermag nur die Zeit zu ändern. Um aber dem herrschenden Nothstand in Etwas abzuhelfen, wird folgender Vorschlag gemacht, welcher zugleich der Regierung eine bedeutende Truppenvermehrung gewähren würde. Es sollen 81 Bataillone oder 21 Regimenter Freiwillige gebildet werden, die ihrer Militärpflicht schon nachgekommen sind. Dieselben machen sich zu 18monatlichem Dienst verpflichtet. Jeder Freiwillige erhält 30 Dukati Handgeld, von denen er, wenn er eine bedürftige Familie zurückläßt, dieser die Hälfte zu geben hat. Die Offiziere werden zur Hälfte aus der Garibaldi'schen, zur Hälfte aus der regulären Armee genommen. Die Kosten würden sich auf 4,860,000 Franken belaufen; es würden aber dadurch gegen 40,500 Soldaten gewonnen, eben so viele Familien unterstützt und eben so viele gefährliche Müßiggänger beschäftigt. (Aber wovon sie bezahlen?) Der Plan ist wohl gut gemeint, aber für jede Bevölkerung besser anwendbar als für die neapolitanische. — Der Eilwagen, der am 3. von Mailand nach Pavia abging, wurde Morgens 7 Uhr von Räubern überfallen und ausgeplündert. (Schw. Merk.)

Daß es der sardinischen Regierung Ernst ist, in Süd-Italien Ordnung zu schaffen, aber mit Oesterreich vorläufig auf dem Friedensfuße zu bleiben, erhellt aus folgender Aufstellung, die wir der „Independance" entnehmen: „Als die piemontesische Armee in das Neapolitanische einzog, bewog Cavour Garibaldi zur Auflösung der Freiwilligen-Korps, wobei Cavour 16 Millionen Lire für die bewilligte halbjährige volle, sofort auszuzahlende Löhnung an die Freiwilligen aufwandte. Garibaldi hatte die Bourbonisten, die nicht Lust hatten, bei ihm einzutreten, ruhig „heimgehen" lassen; hiedurch war eine ungeheure Verschleuderung von Kriegsmaterial aller Art erfolgt, indem die Leute von den aufgelösten Korps ungehindert entnahmen, was sie fortschaffen konnten, und der Rest meistens von Bauern in's Gebirg gebracht ward; dieses Material nebst den Leuten selbst kam der Reaktion zu Nutze. Es verschwanden daher nicht blos zwei Armeen: die Neapolitanische, auf die Garibaldi noch fest gerechnet hatte, als er in seinem Tagesbefehle von Rom und Venedig sprach, und die Garibaldi'sche selbst, die zusammen eine Effektivstärke von 150,000 Mann bildeten, sondern es wurde zugleich nöthig, daß von Nord-Italien aus eine Division nach der anderen nach dem Süden gezogen ward. Sonnaz ging in die Abruzzen, Cialdini legte sich vor Gaeta; es wurde, um der zwischen Gaeta und Rom kombinirten großen reaktionären Bewegung in Mittel-Italien zuvorzukommen, zwischen den Marken und der Terra di Lavoro die Anwesenheit von 50,000 Mann zuverlässiger Truppen nöthig. Es ist Thatsache, daß in diesem Augenblicke kaum 100,000 Combattanten in Nord-Italien stehen, wozu freilich noch 50,000 mobilisirte Nationalgardisten, die als Reserve dienen, und 25,000 reorganisirte ehemalige neapolitanische Truppen kommen." (Köln. Ztg.)

Was die Pläne Frankreichs in Betreff Italiens betrifft, so deuten mannigfache Anzeichen auf ein neues für den Papst ungünstiges Stadium der römischen Angelegenheit. Die wüthenden Angriffe der Turiner „Opinione" und die Anklagen, daß Rom den Bürgerkrieg in den Abruzzen unterhalte, deuten gleichfalls auf eine Katastrophe hin. Endlich ist zu berücksichtigen, daß je entschiedener ein vorläufiges Aufgeben der venetianischen Frage ist, desto mehr das revolutionäre italienische Element einen ableitenden Kanal zu suchen geneigt ist. Dieser Kanal wird möglicherweise bald die „ewige Stadt" durchschneiden. In Turin selbst weiß man sehr wohl, daß die Reaktion im Königreich beider Sizilien nicht bloßen Intriguen des Auslandes zuzuschreiben ist. In Neapel selbst geben sich, besonders im Bürgerstande, offene Symptome gegen Piemont zu erkennen. In der Toledostraße marschirte neulich eine piemontesische Patrouille. Die Einwohner traten an beiden Seiten der Straße aus den Häusern und riefen einander zu: „Da marschiren sie, die wahren Oesterreicher!" Es sind aber auch noch Symptome vorhanden, welche erkennen lassen, daß in muratistischem Sinne gewirkt wird. Alles dies, in Verbindung mit dem zähen Widerstande des Königs Franz in Gaeta, bildet eine Summe von Schwierigkeiten, mit deren Beseitigung Piemont für lange Zeit vollauf zu thun haben wird.

Aus Neapel, 2. Febr., schreibt man der „Neuen Preuß. Ztg.": „Der Prinz von Carignan, der Statthalter, hat sich vorgestern in höchst eigener Person wiederum nach Mola di Gaeta begeben, um dort sicherlich sein Mögliches zu thun, den total gesunkenen Muth der Piemontesen durch seine Erscheinung und mit schön gesetzten Worten zu heben. Das wird ihm schwerlich gelingen, denn die unendliche Zahl der Gebliebenen und die vielen Verwundeten, über welche die Journale sich wohl hüten nur ein Wörtchen zu erwähnen, haben sie kampfunlustig gemacht. Jetzt kommen Desertionen unter ihnen in Menge vor, nicht allein unter den Gemeinen; auch die Offiziere ziehen es vor, diesem nun bereits über drei Monate dauernden Belagerungskampfe den Rücken zu drehen. Aus allen diesen Gründen soll Cialdini bereits einem Theile seiner Truppen eine andere Aufstellung am Garigliano gegeben haben und die weggegangenen sind durch andere von hier ersetzt worden, bei denen aber auch die Lust, unter so ungünstigen Verhältnissen vor Gaeta zu kämpfen, wie ich es zum Theil selbst gehört, wahrlich nicht größer ist. Es kommen und gehen hier in Neapel in einem fort die Truppen, und um die aufgeregten Gemüther nicht noch mehr zu beunruhigen, geschieht diese Einschiffung in der Regel des Nachts. Auch die nach Oberitalien mit Gewalt gebrachten früheren Neapolitanischen Soldaten, welche dort zum Eintritt in's Piemontesische Militär gezwungen werden sollten, kehren immer mehr zurück, weil auch bei Anwendung der äußersten Zwangsmaßregeln mit ihnen nichts zu machen ist. Eigenthümlich und dem öffentlichen Urtheil eben nicht allzu günstig, stellen sich nach wie vor die Behörden dieses Landes hin. Der neue Statthalter ließ sich drei Monate seines Soldes — er bezieht als solcher 49,000 Dukati monatlich — vorausbezahlen, und dies giebt natürlich zu dem verschiedensten Gerede Anlaß. Cialdini ließ sich abermals 180,000 Dukati für die Belagerungsarmee auszahlen, und auf solche Weise sind alle Kassen geleert. Das Gouvernement des ehrenwerthen Piemontesen lieh 2 Millionen, um damit das Nöthigste zu decken. Was ist aber eine so kleine Summe hier in diesem Lande, das so sehr ausgesogen wird, — ein Tropfen auf einem heißen Stein! Um nun einigermaßen den Ausgaben nachzukommen, mußten sämmtliche Angestellte sich einen Abzug ihres Soldes gefallen lassen, und dieser wurde einstweilen bis auf ein Drittel festgestellt! Wenn das unter der Bourbonischen Dynastie geschehen wäre! Der Anhang des rechtmäßigen Königs wächst hier immer mehr. Es sollen sich, wie zu Garibaldi's Zeiten die Revolutions-Komites, jetzt solche zu Gunsten des Königs Franz gebildet haben und im Geheimen wirken. Der Minister Liborio Romano rechtfertigte sich vor Kurzem in dem Journal „Indipendente" gegen den ihn sicher mit Recht treffenden Verdacht, mit dem Prinzen Murat im geheimen Einverständnisse zu seyn. Er sagt, daß dies eine reine Verleumdung sey, die von Oesterreich ausgegangen und nur dazu diene, die großen Staatsmänner Italiens, zu denen er sich auch zählt, nur noch größer zu machen."

Neapel, 2. Febr. Dieser Tage erwartete eine beträchtliche Anzahl ziemlich gut gekleideter Bewohner Herrn Liborio Romano vor dem Ministerium. Endlich kam er angefahren, und während er die Stufen hinaufstieg, umringte ihn das Volk unter dem fortwährenden Geschrei: „Dammi del pane! Dammi soccorso!" (Gib mir Brod! Hilf mir!) Livorno Romano steigt geduldig die Treppen hinauf, geht in sein Zimmer und die Leute folgen ihm nach. Er sucht nun durch gute Worte sich seiner Dränger zu entledigen, allein dies ging nicht bei allen, bei einigen mußte er andere Mittel gebrauchen, sich Ruhe zu verschaffen, indem er ihnen seine Börse zur Verfügung stellte. Besonders ein Mann, der die Brust mit Ordensbändern geziert hatte, setzte dem Minister scharf zu. „Liborio", rief er, „gib mir 50 Carlini, ich habe vier Kinder zu ernähren"; so ließ er nicht nach, bis er 10 Carlini erhalten hatte.

Neapel. General Sirtori, Kommandant der süditalienischen Armee, hat am 30. Januar folgenden Tagesbefehl an die Offiziere und Soldaten gerichtet: „In dem Augenblick, da das Kommando, welches mir Garibaldi und der König anvertraut haben, sein Ende erricht hat, erlaubet mir, aus offenem Herzen zu Euch zu reden. In der Krisis, welche wir durchgemacht haben, wurde Euere Ehre durch eine große Anzahl Leute, welche nicht würdig waren, in Eueren Reihen zu figuriren, auf ernste Proben gestellt. Aber ich habe über Euere Ehre gewacht. Bereitet Euch für die Zukunft vor. Große Schlachten erwarten Euch: sie werden heftiger seyn, als diejenigen, in denen Ihr gesiegt habt. Bereitet Euch vor, sage ich Euch, stärket Euch in der Disziplin und in der Tugend des bewaffneten Soldaten, nicht um zu zerstören, sondern um das Gebäude des Vaterlandes aufzurichten. Bis dahin wachet selbst, daß kein Soldat, der nicht würdig ist, an dem großen Werk, welches der Ruhm dieser Generation seyn wird, theilzunehmen, in Euere Reihen aufgenommen wird. — Soldaten! Das Werk wird schwer zu vollenden seyn. Wenn wir gezwungen sind, bis zur gänzlichen Vollendung ein Jahr oder selbst 10 Jahre zu warten, so wartet mit Vertrauen, Liebe, Geduld, Verläugnung und Ausdauer, denn dieses sind die Tugenden der Starken, welche für Gerechtigkeit kämpfen."

der päpstlichen Weigerung die Legationen nur desto sicherer dem Papste entrissen waren; wie dies aber zur Eroberung Umbriens und der Marken berechtigen konnte, ist wahrlich nicht abzusehen. Der französische Vorschlag hätte sich, um günstige Resultate zu haben, also gleichzeitig auch auf diese Provinzen erstrecken müssen, denn wenn die Legationen allein von Piemont verwaltet worden wären, würden die Marken und Umbrien unbedingt dieselbe Verwaltungsweise beansprucht haben. Wenn Frankreich also, wie Herr v. Thouvenel sagt, wirklich nur mit dem größten Widerwillen die weitere Entwickelung der Ereignisse in Italien gesehen hat, wenn es die Verbindung zwischen Neu-Piemont und Neapel verhindern wollte, so hätte es in Turin die Invasion Umbriens und der Marken kategorisch verbieten müssen. Mit einer Armee an Ort und Stelle würden einfache Vorposten genügt haben, die Piemontesen zurückzuhalten, und der beste Beweis, daß Frankreich dies vermocht hätte, ist der, daß es später die Piemontesen aus gewissen päpstlichen Ortschaften wieder vertrieben hat. Ging der Kardinal Antonelli auch zu weit, indem er dem Herzog von Grammont sagte, Frankreich könne durch seinen moralischen Einfluß in den Legationen den status quo ante herstellen, so konnte dies auf eine noch nicht vollbrachte Thatsache doch jedenfalls anwendbarer seyn. Wenn nun Frankreich auf der einen Seite anerkennt, daß es selbst über Piemont die Macht, es zum Stillstande zu bringen, nicht hat, und andererseits auch einem Einvernehmen der Mächte die materiellen Mittel dazu streitig macht, so folgte daraus, daß Piemont allein Herr der Situation ist. Herr von Thouvenel sagt nämlich in seiner Depesche vom 17. Oktbr. 1860, „daß man Italien nicht auf's neue dem österreichischen Einflusse preisgeben könnte, daß Preußen und Rußland die Exekution wegen ihrer geographischen Lage nicht unternehmen würden, und daß also nur Frankreich übrig bleibe, dem eine solche Exekution zu sehr widerstehe. Dies Alles hört sich vortrefflich an und ist doch sehr weit von einer billigen oder gar von einer gerechten Auffassung entfernt. Um ein neues Preisgeben Italiens zu Gunsten des österreichischen Einflusses handelt es sich nicht; aber wenn Europa einen gemeinsamen Entschluß gefaßt hätte, bei welchem Frankreich sich nur vorbehält, ihn nicht selbst zu exekutiren; warum sollte nicht Oesterreich so gut wie jede andere Macht mit der Exekution beauftragt werden können? Und ist denn nicht vorauszusetzen, daß Piemont, wenn ganz Europa einverstanden wäre, es gar nicht zu einer Exekution kommen lassen würde? Vor der Hand haben die bloßen Besprechungen über die Politik der Mächte im Falle eines piemontesischen Angriffes auf Venetien zur Folge gehabt, daß Piemont das Unternehmen für nächstes Frühjahr aufgegeben hat. Auch mag es Frankreich Angesichts dieser Unterredungen einige Ueberwindung gekostet haben, zu erklären, daß es in diesem Falle Piemont, bis auf die Ausführung der Stipulationen von Villafranca, seinem Schicksal überlassen würde. Von dem instinktiven Hange Frankreichs, die italienische Emanzipations-Bewegung zu fördern, abgesehen, geht aus dem Ensemble der Aktenstücke und gewissen authentischen Nachrichten über die Aeußerungen der Piemontesen jedenfalls hervor, daß sie mit dem moralischen Engagement Frankreichs großen Mißbrauch trieben. Auch jetzt tönt es bereits aus Turin herüber, daß das ganze Unternehmen gegen Venetien nur aufgeschoben sey, und daß die nächste Zeit die Verhältnisse zu Gunsten der italienischen Einheit im Norden günstiger gestalten werde. Man sey aber über die Entwicklung der römischen Angelegenheit desto mehr einverstanden mit dem Kaiser der Franzosen. (Preuß. Ztg.)

Paris, 9. Febr. (Zum Prozeß, den die Söhne Jerome's gegen einander führen.) In der gestrigen Sitzung des Civilgerichtes hat der Staatsanwalt, wie schon erwähnt, seine Anträge in Sachen des Prozesses Napoleon-Paterson gestellt. Der Staatsanwalt erklärte sich darin einverstanden mit Hrn. Napoleon Bonaparte Paterson, daß das Senatuskonsult von 1804 nicht auf die im Jahre 1803 geschlossene Ehe anwendbar sey; überdieß sey der Zweck dieses Dekrets keineswegs gewesen, die ohne Erlaubniß des kaiserlichen Familien-Chefs von Mitgliedern der Familie eingegangenen Ehen zu annulliren, sondern nur diese Mitglieder ihres Erbfolgerechtes zu entkleiden. Was das zweite Dekret, das vom 30. Nivose des Jahres 13, betreffe, so habe dasselbe allerdings die Prätension gehabt, die Ehe Jerome's für ungültig zu erklären, aber mit Unrecht; denn das Dekret war im höchsten Grade inkonstitutionell, da der Chef der ausübenden Gewalt sich die Attributionen der gesetzgebenden und der gerichtlichen Gewalt anmaßte. Der Staatsanwalt behauptet andererseits zwar, daß der minderjährige Jerome sich eben so wenig in Amerika als in Frankreich ohne die Einwilligung seiner Mutter habe vermählen dürfen; aber er gesteht ein, daß diese Letztere zu spät und nicht in der vorgeschriebenen Form protestirt habe. Eine Kapitalfrage ist, ob Jerome und seine Gemahlin die Absicht gehabt hatten, das französische Gesetz zu umgehen. Der Staatsanwalt glaubt es; aber er bemerkt, daß dieser Umstand (la mauvaise foi) allerdings dem Richter gestatte, daß er ihn jedoch nicht zwinge, die Ehe zu annulliren: er müsse sich durch alle anderen Umstände der Sache bestimmen lassen. Auf das Argument des Advokaten des Prinzen Napoleon, daß die Mde. Napoleon-Paterson im Jahr 1813 selber die Scheidung nachgesucht und erwirkt habe, legt der Staatsanwalt kein Gewicht, weil die „Bill" der Scheidung im Gegentheil die Gültigkeit der Ehe und die Legitimität des aus ihr hervorgegangenen Kindes ausdrücklich reservirt. Man sieht, daß bis hierher die Konklusionen des Anwalts der Sache des Hrn. Napoleon-Paterson günstig sind, „aber", fügt er hinzu, „die wichtigste, oder richtiger gesagt, die einzige Frage dieses Prozesses ist die, zu wissen, ob er nicht schon durch zwei Sentenzen des Familienraths entschieden ist, ob sie (die Richter) sich nicht in Gegenwart einer abgeurtheilten Sache (en présence de la chose jugée) befinden." Diese Sentenzen existiren wirklich, und der Staatsanwalt liest den Text der Sentenz vom 5. Juli 1860 vor, womit der Familienrath erklärte, daß die Frau Paterson und ihr Sohn nicht das Recht hatten, sich der Abnahme der Siegel in der Wohnung des verstorbenen Prinzen Jerome zu widersetzen, weil sie keine legitimen Erben seyen; „diese Sentenz," schließt der Staatsanwalt, „scheint mir den gegenwärtigen Prozeß zum Voraus entschieden zu haben." Das Urtheil wird am künftigen Freitag gesprochen werden, und höchst wahrscheinlich übereinstimmend mit der Konklusion des Staatsanwaltes lauten. Diese „chose jugée" ist ungefähr das in der Jurisprudenz, was das fait accompli in der Politik ist. (Ein überaus edler Bruder, dieser Herr Prinz Napoleon!!!) (N.Pr.Z.)

Einem Privatbriefe aus Paris entnehmen wir folgende Stelle: „Man ist geneigt, sich den Kaiser Napoleon als stets mit ernsten Gedanken beschäftigt und düster über Eroberungsplane brütend vorzustellen. Ich kann Ihnen aber sagen, daß er sein Leben heiter wie ein Privatmann genießt: er tanzt, reitet, jagt, fährt Schlittschuh. Letzteres Vergnügen hat er auf den in dem Boulogner Holze angelegten Teichen unter vielen Tausenden von Menschen aus allen Ständen täglich genossen. Neulich bemerkten die Herren F. u. A., zwei deutsche Geschäftsleute, einen Herrn, der sich selbst die Schlittschuhe fester schnallte; sie erkannten den Kaiser. Herr A. näherte sich, um seine Unterstützung bei dem ohne Beihülfe unbequem zu besorgenden Geschäft anzubieten. Dieselbe wurde angenommen und der Kaiser redete sofort Herrn A. auf deutsch an. Durch diese Freundlichkeit ermuthigt, erlaubte sich Hr. A. die Bemerkung, die Schlittschuhe, die der Kaiser benutze, seyen von einer alten Form und Se. Majestät würden diejenigen, welche Hr. A. bei sich führte, bequemer finden, wenn er es versuchen wollte. Dieser Vorschlag wurde bereitwillig angenommen. Den Tag darauf erhielt Hr. A. zum Geschenk eine mit Diamanten besetzte Brustnadel, in deren Mitte ein goldener Schlittschuh angebracht war. Hr. A., ein Preuße, ist seit dieser Zeit zweimal zu Audienzen zum Kaiser gerufen worden, der sich von ihm umständliche Auskunft über die Handelsverhältnisse und die Entwicklung der Fabriken in Preußen erbeten hat. Es ist gewiß, daß Napoleon großes Gewicht auf das Zustandekommen des Handelsvertrags legt, dessen Vereinbarung jetzt schwebt. Hr. A. hat aus jenen Unterhaltungen die Ueberzeugung gewonnen, daß der Kaiser nichts weniger als kriegerische Absichten hat, daß vielmehr sein Ziel auf eine reiche ökonomische Entfaltung des Landes geht, deren Grundlage der freieste internationale Friedensverkehr seyn soll.*) Es sind alle Anzeichen da, daß sich die Sache also verhält, und die große Pariser Geschäftswelt ist allgemein überzeugt, daß Napoleon selbst den Frieden will und nicht auf Krieg sinnt." (D.A.Z.)

Italien.

Turin, 5. Febr. Die Nachrichten aus Neapel lauten schlimm; ebenso die aus Sizilien, und ist sogar die Rede davon, diese Insel in Belagerungszustand zu versetzen. Die Verbrechen gegen das Leben und Eigenthum der Bewohner nehmen in schrecklicher Weise zu. In Neapel hat Liborio Romano einen Aufruf an die Privatwohlthätigkeit erlassen, um dem hungernden Volke zu Hülfe zu kommen, allein wie reichlich auch die Gaben fließen mögen, es ist dieses stets nur ein Palliativmittel, das nur vorübergehend hilft. Die Theurung der Nahrungsmittel, das

*) Es kann dem Kaiser Napoleon nur erwünscht seyn, wenn er stets so leichtgläubige Zuhörer findet, wie diesen Hrn. A. — Uebrigens glauben wir selbst, daß der Friede ihm lieber ist als der Krieg, falls nämlich die übrigen Staaten ihm den Gefallen thun, das, was er den berechtigten Einfluß Frankreichs nennt, zu respektiren, oder mit andern Worten: Frankreichs Anmaßungen ruhig hinzunehmen.

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 45.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 14. Februar 1861.

Deutscher Bund.

Bayern. Das Kreisamtsblatt von Oberbayern bringt nachstehende Regierungs-Ausschreibung: Da bei unterfertigter Stelle fortwährend Gesuche von Bräuern um die Bewilligung, das Bier an die Gäste in ihren Schenklokalen um den Ganterpreis, also unter Verzicht auf den Schenkpreis, verleit geben zu dürfen, in den Einlauf kommen, so wird hiemit bekannt gemacht, daß die Bierbrauer vermöge Reskripts des k. Staatsministerium des Innern vom 15. April 1846 durchaus keiner polizeilichen Bewilligung bedürfen, wenn sie auf den Schenkpreis verzichten, also das Bier an die Gäste in ihren Schenklokalen um den Ganterpreis abgeben wollen. Wirthe dagegen, welche auf den Schenkpreis verzichten wollen, bedürfen hiezu allerdings der Bewilligung der k. Kreisregierung; übrigens ist hiezu weiter nichts nothwendig, als der Nachweis, daß sie gutes, tarifmäßiges Bier führen.

Kurhessen. Kassel, 8. Febr. Herr v. Görddäus, der Vorstand des Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, ist wieder sehr erkrankt, so daß man allgemein glaubt, er habe sein Entlassungsgesuch eingereicht. Sollte dies begründet seyn, so würde die Möglichkeit nicht fern liegen, daß das ganze Ministerium seinem Ende nahe wäre. Doch dürfte zunächst noch der Versuch gemacht werden, einen Ersatzmann zu finden. Allein da sich schwerlich noch Jemand bereit finden lassen wird, mit den Abée, Volmar und Rohde zusammenzugehen, und da der Kurfürst nichts weniger als ein Freund der „Mucker" ist, so dürfte schwerlich auf der bisherigen Grundlage noch eine Verwaltung von einiger Dauer zu Stande kommen. Der Kurfürst wird dann kaum noch eine andere Wahl haben, als zwischen Hassenpflug und der liberalen Partei, das heißt, er hat eigentlich keine Wahl mehr, wenn er endlich ein beruhigendes Abkommen herbeiführen will. (Schw. M.)

Freie Städte. Hamburg, 10. Februar. Der frühere Prediger der deutsch-katholischen Gemeinde in Leipzig, Dr. Beyer, der hiesiger Bürger ist und jetzt hier wohnt, war bekanntlich auf Requisition einer sächsischen Gerichtsbehörde, die ihn der „Gotteslästerung" angeklagt hatte, vom hiesigen Obergerichte verhört und zu dreimonatlicher Gefängnißstrafe verurtheilt worden. Trotz der geschickten Vertheidigung, welche der Advokat Dr. Wolffsohn für ihn führte, ist dieses Urtheil am vorigen Freitage in appellatorio vom Obergerichte einfach bestätigt worden. (Nat.-Z.)

Oesterreich. Wien, 8. Febr. Die von dem Finanzministerium veröffentlichte Uebersicht der Staats-Einnahmen und Ausgaben für das Jahr 1860 liefert den traurigen Beweis, daß wir noch weit entfernt sind von dem Ziele, welches einem Ende 1859 erlassenen allerhöchsten Handschreiben zufolge schon im Verwaltungsjahre 1860/61 erreicht werden sollte, nämlich von der vollständigen Beseitigung des Defizits. Dasselbe beläuft sich auf 64,800,000 fl., übersteigt demnach das von dem Finanzminister in seinem an den Reichsrath gehaltenen Vortrag vom 31. Juli v. J. präliminirte Defizit von 55,800,000 fl. um 9 Millionen. Als Kassarest verblieben für das folgende Jahr nur 8,400,000 fl. und nicht 20,700,000 fl., wie Hr. v. Plener in seinem Präliminarausweis sagte, trotzdem die zur Deckung bestimmten Summen vollständig eingegangen sind. Man sieht hieraus, daß die finanzielle Lage eine wahrhaft verzweifelte ist, insbesondere da fast jede Hoffnung geschwunden ist, daß sich die Dinge besser gestalten werden. Der Hof kargt noch immer mit den nothwendigsten Konzessionen und kann sich nicht entschließen, eine wahrhaft konstitutionelle Richtung einzuschlagen. Es herrscht eine Zerfahrenheit in den Ansichten, eine Unkenntniß der bestehenden Verhältnisse in den entscheidenden Kreisen vor, die das Reich seiner Auflösung immer näher bringen muß. Dazu kommt, daß man fortwährend genöthigt ist, die Armee auf einem außerordentlich hohen Stand zu halten, wodurch ungeheure Summen verschlungen werden. Daß unter solchen Verhältnissen an eine Beseitigung des Defizit nicht zu denken ist, liegt auf der Hand. — Der von der Eßlinger Volksversammlung ausgegangene Aufruf an die Deutschen in Oesterreich ist bis jetzt hier keiner besonderen Beachtung gewürdigt worden, von sämmtlichen Wiener Blättern haben nur drei denselben abgedruckt und auch diese, ohne irgend eine Bemerkung hinzuzufügen. (Schw. Merk.)

Dänemark.

Aus dem Herzogthum Schleswig, 6. Febr. In Flensburg tagten vor einigen Tagen die festesten Säulen des Dänenregiments in Schleswig, eine große Anzahl von Geistlichen aus den sogenannten gemischten Distrikten des Herzogthums, die gegenwärtig auf dem Wege der „Redanisirung", wie man sich in jüngster Zeit in offiziellen Blättern auszudrücken beliebt, der dänischen Nationalität zurückgegeben werden sollen. Den Verhandlungen hat natürlich kein Uneingeweihter beigewohnt, es verlautet aber doch so viel, daß die eifrigsten Patrioten in der Versammlung einen Protest gegen die in der letzten Zeit so häufig besprochenen Konzessionen in der Sprachsache formuliren und beim Ministerium einreichen wollten. Ein einflußreicher Geistlicher aber vereitelte das ganze Unternehmen. (Schw. Merk.)

Großbritannien.

Der Lordmayor von London hat in einem Schreiben an die Herausgeber eines französischen Blattes (La Critique française) sich sehr für die Uebersendung einer Summe von 1000 Frs. zur Unterstützung der nothleidenden Arbeiter Londons bedankt, dabei aber die betreffende Summe den Gebern zur Verfügung gestellt, indem die Krisis vorüber sey und die bisher unterbrochenen Arbeiten wieder begonnen hätten. Es sey in dem Unterstützungsfonds sogar noch ein Ueberschuß vorhanden, der bis jetzt noch nicht in Anspruch genommen worden.

Frankreich.

Paris, 9. Febr. Der Inhalt der von der französischen Regierung den Kammern mitgetheilten Depeschen läßt sich vom französischen Standpunkte nicht besser zusammenfassen, als dies in dem die auswärtigen Angelegenheiten betreffenden Theil der offiziellen Botschaft über die allgemeine politische Lage geschehen ist. Da die Depeschen die Belege zu dieser Botschaft sind, so war von vornherein kein Widerspruch zwischen dem Exempel und der Probe zu erwarten. Wer tiefer in die Zeitgeschichte eindringen will, braucht den Inhalt der Depeschen nur mit den Ereignissen zu vergleichen: er wird dann mindestens seltsam finden, daß Frankreich, indem es die ganze italienische Entwicklung hervorgerufen und Piemont moralisch abhängig von sich gemacht hat, sich selbst für ohnmächtig erklärt, die Grenze, welche es den Ereignissen stecken wollte, von Piemont annehmen zu lassen. Die Dokumente in Bezug auf Rom und Neapel sind hierzu schlagende Belege. Ueber die römische Angelegenheit werden nicht weniger als 38 Dokumente veröffentlicht, von denen die Depesche des Herzogs v. Gramont vom 3. März 1860, in welcher seine Unterhaltung mit dem Kardinal Antonelli bezüglich des vorgeschlagenen Vikariats von Viktor Emanuel*) dargestellt wird, unstreitig das Interessanteste ist. Frankreich will, indem es dem Papste zur Annahme des Vikariats räth, die Invasion Umbriens und der Marken verhindern und dadurch auch die neapolitanische Grenze schützen. Antonelli schlägt den Vorschlag ab, und hiernach hat es für die Meisten, welche die hierauf bezüglichen Aktenstücke lesen, den Anschein, als ob Frankreich nunmehr jeder Verantwortlichkeit entbunden wäre. Eine sorgfältigere Prüfung des Sachverhältnisses zeigt aber, daß in Folge

*) Viktor Emanuel sollte danach im Namen des Papstes die weltliche Regierung der Romagna und der Legationen führen, die er übrigens schon vorher in Besitz genommen hatte.

dene Lagerplätze in den nördlichen Provinzen angewiesen, wie es heißt, um Herr ihrer Bewegungen zu bleiben und zu verhindern, daß sie etwa auf eigene Faust irgend einen Handstreich wagen.

Unter den venetianischen Flüchtlingen in **Mailand** herrscht große Noth; sie erhalten vom Hülfscomite nun täglich 24 Kreuzer, was kaum für ihre ersten Lebensbedürfnisse ausreicht.

Donaufürstenthümer.

Der „Oesterr. Zeitung" zufolge sind, nach vergeblichen Vorstellungen bei dem Fürsten Cusa, der den Bitten um Rücknahme der Ausweisungsordre sogar die Drohung, bewaffnete Gewalt anzuwenden, entgegensetzte, am 29. Januar 50 ungarische Flüchtlinge aus Bukarest über Galatz nach der Türkei und etwa ebenso viele gegen die siebenbürgische Grenze hin abgegangen. Der Rest werde das Land in den nächstfolgenden Tagen räumen.

Nichtpolitische Zeitung.

Elberfeld, 9. Febr. Unlängst hatte sich hierselbst das höchst beklagenswerthe Unglück zugetragen, daß ein kleines, vier Jahre altes Kind während der Abwesenheit der Mutter, welche in Geschäften einen Gang in der Nachbarschaft gethan und es auf diese kurze Zeit in die Stube eingeschlossen hatte, dem Ofen zu nahe gekommen, wodurch die leichten Kleider desselben in Brand geriethen und das arme Kind mit Brandwunden bedeckt worden war. Bis gestern hat dasselbe die unaussprechlichsten Schmerzen ausgestanden, bis es endlich der Tod erlöst hat.

* **Mannheim**, 9. Febr. Die „Deutsche Tonhalle" dahier gibt bekannt, daß, sobald die ohne Zeitbestimmung vorbehaltene Auswahl aus den 300 ihr vorliegenden vaterländischen Gedichten getroffen und der bezügliche Preis ertheilt seyn wird, sie dieses öffentlich anzeigen werde und der Verein zugleich den Preis für die Komposition dieser Auswahl besonders ausschreiben wird.

Neueste Nachrichten.

Eine im „Würtemberger Staatsanzeiger" veröffentlichte königliche Verordnung setzt den Zusammentritt der Stände auf den 28. Februar fest.

Wien, 9. Febr. Eine Kundmachung der ungarischen Finanzlandesdirektion hebt die Thatsache hervor, daß nach dem Ergebniß der am 2. Januar begonnenen **Tabakseinlösung** viele Gemeinden nicht die Hälfte der gebauten Menge eingeliefert haben. In Folge einer Finanzministerialverordnung vom 28. Januar werden daher alle tabakerzeugenden Gemeinden „auf ihre Verpflichtung, wonach sie zur vollständigen Ablieferung aller für Rechnung des Aerars erzeugten oder für dessen Rechnung zur Einlösung angenommenen Tabaksmengen verpflichtet sind, aufmerksam gemacht und ihnen die aus der Nichtachtung dieser Verpflichtung entspringenden nachtheiligen Folgen in Erinnerung gebracht, nämlich daß die betreffenden Tabaksproduzenten in Untersuchung gezogen und bestraft werden, sowie die fernere Tabakspflanzung ihnen verboten werden wird." Den Produzenten, welche sich mit der Einlösung verspätet haben, wird „ausnahmsweise" eine weitere 14tägige Frist angesetzt, nach deren fruchtlosem Ablauf die Strenge des Gesetzes angewendet werden soll.

Der römische Korrespondent der „Gazz. di Venezia" gibt folgende Beschreibung der gegenwärtigen Wohnung des Königs und der Königin von Neapel: „Eine schmale dunkle Treppe führt zu den drei in den Kasematten angebrachten feuchten Kämmerchen, zu denen man durch einen Korridor und eine Art von Vorkammer gelangt, die auch bei Tag mit einer Lampe erleuchtet werden muß. In eines dieser Kämmerchen dringt der Widerschein des Taglichtes durch eine Lücke ein, vor welche jedoch während der Bombardements dicke Balken geschoben werden; zwei schmale Bettstätten und ein kleiner Schreibtisch sind die vornehmsten Theile des Hausraths eines Monarchen, der noch vor wenigen Monaten die schönsten Paläste bewohnen konnte. Die Straßen Gaetas sind furchtbar anzusehen und mit Trümmern stürzender oder eingestürzter Häuser und geplatzter Bomben gefüllt; nichtsdestoweniger sieht man die Königin mit kühner Todesverachtung täglich durch diese Straßen nach den Spitälern wandeln, um dort Trost und Hülfe zu spenden und die Gefahren der Patienten zu theilen, da auch die Krankenhäuser beschossen werden, obwohl eine schwarze Flagge auf denselben weht."

Aus **Messina** theilt der „Movimento di Genova" mit, daß der Gouverneur der Stadt an Bord eines angekommenen französischen Postdampfers einen in Franz II. Dienst stehenden Kapitän habe verhaften lassen, welcher von Rom kam und einen Brief für General Fergola, Kommandant der Citadelle, und mehrere Depeschen mit Instruktionen von Seiten Franz II. für die bourbonischen Komites bei sich hatte. (Nat.-Z.)

Nach Berichten aus **Washington** vom 30. Januar war daselbst eine Deputation der Bankiers von New-York angekommen, um eine Vermittlung in Betreff der Differenzen mit dem Süden zu erlangen. Auch der Staat Virginia machte beim Präsidenten Buchanan Vermittlungsversuche. — Die Republikaner bereiten einen Kompromiß vor. (T. d. Pr. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	76 G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	60½ P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	51—½ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	43 G.
"	4½ pCt.	39 P.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	88 P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. R. (C. b. R.)	102¼ P.
"	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101⅞ P.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	102⅜ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	100¼ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100¼ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	95¼ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104¼ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	95 P. 94½ G.
Baden	4½ pCt. Obl.	102½ P. ⅛ G.
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	95¼ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	102¼ G.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100½ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	93¼ P. 92¾ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	100⅞ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	97¼ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	100⅞ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	97¼ P.
"	3 pCt. Obl.	90½ P.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	46¼ G.
"	1¾ pCt.	40½ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	97½ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	105 G. exD.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	603—606 G. ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	137—½ G. exD.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	180—81½ G. e. D.
Weimarische Bank à Thlr. 100	74 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien	68 P. ex D.
Internationale Bank in Luxemb.	79¼ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	337 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	68½ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	227—½ G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	126¾ G.
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	26 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt.	129½ P. exD.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	97 P. 96¾ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51½ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	247 G.
Span. Handels- u. Industrie	480 P. 475 G. exD.
" Credit-Akt. d. Ges. Pereira	465 G. ex D.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	103⅝ G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99¾ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅛ G.
Brem. 60 Th. Lsd. k. S.	95⅞ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	88⅛ B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ B.
London Lst. 10 k. S.	117½ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L. S. L. 250 k. S.	92⅝ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93 G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	80⅝—½ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	75½ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	46½ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	58½ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	125¾ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	57¾—½ G.	" fl. 25 do.	38½ P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	91¼ P. 90¾ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	—
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	117¼ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50¼ G.
Mailand-Como fl. 18	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	34½ G.
Badische fl. 50	89⅞ P. ⅜ G.	Vereins-Loose fl. 10.	10⅞ P.
Badische fl. 35	53⅜ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10¼ P. 10 G.

Frankfurt, 12. Februar. Die Börse, anfänglich in unentschiedener Haltung, befestigte sich alsbald und für österr. National und Kreditaktien, in welchen der meiste Umsatz stattfand, wurden abermals höhere Kurse bewilligt. In den übrigen Fonds und Aktien keine bemerkenswerthe Veränderung. (Synd.)

gefunden wird. Der Prozeß wird ein interessanter werden, da beide Theile mit statistischen Beweisen hervortreten werden.

Oesterreich. Wien, 9. Febr. In Ungarn erklärt sich ein Komitat nach dem andern gegen die Anordnungen des kaiserlichen Manifestes. Die Zustimmungen zu demselben stehen ganz vereinzelt. Die Erklärungen lauten meistens übereinstimmend dahin, daß nur die Gesetze von 1848 als rechtliche Grundlage aller Verhältnisse anerkannt werden; daß die Komitatsbehörden allein zur Ausübung von politischen und richterlichen Geschäften befugt seyen; daß ohne Zustimmung des Landtags keine Steuern erhoben und keine Rekruten gestellt werden dürfen. Dazu werden in vielen Komitaten die noch in der Verbannung lebenden Häupter der Revolution, wie Kossuth, Pulski u. s. w., als Kandidaten zum Landtage aufgestellt. Ob die leise Gegenströmung, die von Deak und Eötvös in Pesth angeregt worden, in den revolutionären Gang eine Hemmung hineintragen wird, bleibt dahingestellt. Vieles hofft man, aber auch wohl vergeblich, von einer Versammlung der Obergespane, die der Hofkanzler, Baron Vay, nach Pesth berufen hat. (Ztg. f. Nordd.)

* Wenn sich die Nachricht der „Indep." über das Reichsraths-Statut bestätigt, wird eine so ungleichartige Vertheilung der Befugnisse schwerlich lang gut thun. Das Einfachste und Natürlichste wäre eben, den andern Kronländern eine ähnliche selbständige Stellung zu geben, wie Ungarn sie einmal jetzt hat, und den Reichsrath gleichmäßig für die gemeinsamen Angelegenheiten aller dieser Länder zu bestellen. Indem man ihm einen andern Wirkungskreis für Ungarn, einen andern für die übrigen Länder zutheilt, bringt man von Anfang an einen unheilbaren Riß in das neue Staatsgebäude; Ungarn wird sich dann immer als ein ganz besonderer Theil der Monarchie fühlen, und nie mit den übrigen Theilen verwachsen.

Die „Presse" berichtet: „Der Boscarolli'sche Finanzplan zur Herstellung der Valuta wird in einigen Tagen als Broschüre publizirt werden, und dürfte das allgemeine Interesse in um so höherem Grade auf sich ziehen, als der Finanzminister v. Plener selbst den Verfasser von Innsbruck nach Wien berufen, sein Projekt mit ihm erörtert und nun dessen Veröffentlichung gewünscht hat. Ohne das Interesse der Schrift selbst im Voraus abschwächen zu wollen, mag doch angedeutet seyn, daß dieser Plan unter anderm die Aufnahme einer Zwangsanleihe von beiläufig 300 Mill. Gulden und die Vermehrung des Bankkapitals zur Voraussetzung hat."

— Die „Presse" meldet: „Der britische Gesandtschaftssekretär Dunlop, der sich in Pesth aufhält, wurde am 8. Februar, als er, einen Cylinder auf dem Kopfe, auf der Straße erschien, insultirt und war genöthigt, sich in einem Fiaker den patriotischen Demonstrationen der Magyaren zu entziehen."

Pesth, 8. Febr. Die hiesige Stadtgemeinde hat in ihrer heutigen Kommunalsitzung folgende Beschlüsse gefaßt: mit Beginn des neuen Schuljahres die Realschule in eine ungarische zu verwandeln, und die der ungarischen Sprache unkundigen städtischen Elementarlehrer zu entlassen. (Tel. d. Oftd. Post.)

Pesth, 9. Febr. Die Stadtrepräsentanz hat mit 48 gegen 20 Stimmen beschlossen, das Zunftgesetz von 1848 bis auf Weiteres unverändert einzuführen, und hat somit die Gewerbefreiheit verworfen. (Telegr. d. Frkf. Postztg.)

Der in Lemberg erscheinende „Przeglad Powszechny" hat die zweite Verwarnung erhalten. Es heißt darin: „Der „Prz. Powsz." verfolgt hartnäckig die verbotene Tendenz, welche in der Verwarnung vom 5. Dezember 1860 bezeichnet, in einer Weise, die mit den unabänderlichen Prinzipien der Einheit und Gänze der Monarchie unvereinbar ist; sie stellt die illegalen Schritte der Ungarn als nachahmungswürdige Beispiele dar, zeigt in den Provinznachrichten eine separatistische Tendenz und bedroht die öffentliche Ruhe und Ordnung durch Mißachtung der behördlichen Anordnungen."

Großbritannien.

London, 7. Febr. Als die Königin am 5. Februar in vollem Staate nach dem Parlamente fuhr, brach ein Mann im orientalischen Gewande plötzlich durch die Reihen der Zuschauer und wollte ihr eine Bittschrift in die Hand stecken. Prinz Albert stieß besorgt dessen Hand vom Kutschenschlag zurück, und Polizeileute stürzten vor, um ihn zu fassen; da zog der Fremde ein Messer aus der Tasche und versetzte sich rasch mehrere Wunden am Halse. Sie sollen nicht lebensgefährlich seyn. Der Mann ist aus Kalkutta gebürtig, heißt Mahomed Ali Khan, ist gegen 40 Jahre alt und beklagt sich über ein von der Regierung ihm zugefügtes Unrecht. Es heißt, daß er irrsinnig ist.

London, 9. Februar. Die Admiralität will, wie verlautet, mehrere große Linienschiffe neuer Bauart in gepanzerte schwimmende Batterien zum Schutze der Kriegshäfen, vornehmlich Portsmouths, verwandeln lassen. Man glaubt dadurch kostspielige Landbefestigungen vermeiden zu können und die Zugänge zu den Häfen wirksamer zu schützen.

London, 10. Febr. Dem „Observer" zufolge hat die Königin Viktoria den König von Preußen zum Mitglied des Hosenbandordens ernannt. Eine besondere Gesandtschaft wird sich nach Berlin begeben, um Sr. Majestät diese Nachricht zu überbringen. (Tel. d. Frkf. Postztg.)

Frankreich.

Paris, 9. Febr. Man liest in einer Londoner Korrespondenz des heutigen „Moniteur": „Es geht das Gerücht von einem neuen Versuche, eine Verminderung der öffentlichen Ausgaben in England herbeizuführen. Man spricht von einer an die Königin zu richtenden Adresse, die von den großen Kapitalisten des Handels und der Industrie unterzeichnet werden und die Ihre Majestät ersuchen soll, Unterhandlungen mit der Regierung des Kaisers Napoleon zur gegenseitigen gleichzeitigen Verminderung der Rüstungen beider Nationen anzuknüpfen. Die Form dieser Adresse würde, wie es heißt, von Hrn. Cobden selbst vorbereitet." Die englische Regierung wird klug genug seyn, diesem Ansinnen kein Gehör zu geben; thäte sie's, so wäre sie jedenfalls der angeführte Theil.

* Paris, 10. Februar. Die „Presse" (gut bonapartistisch gesinnt) enthält heute folgenden bemerkenswerthen Artikel über Preußen: „Seit der Thronbesteigung Wilhelms I. nimmt Preußen Manieren an, die durchaus nicht zu seiner Lage passen und mindestens sehr unvernünftig sind. Dieser Staat ist ein wahrhaft politischer und geographischer Unsinn; zerstückelt und locker, von allen Seiten offen und den benachbarten Mächten nur verwundbare Punkte bietend, scheint er es darauf abgesehen zu haben, sie Alle unzufrieden zu machen und sie durch sein unentschiedenes Betragen und seine unüberlegte Sprache zu erzürnen. Null gegen Rußland, noch nichtiger gegen Frankreich, vermag Preußen sich nur durch Allianzen zu erhalten, auf die aufrichtig einzugehen es sich dennoch hartnäckig weigert; stets einer zweiten noch fataleren Schlacht von Jena ausgesetzt, vergißt Preußen seine Pflichten und gefährdet seine Interessen als Großmacht." Es wird sodann der Beweis zu führen versucht, daß die Behauptung des Herrn v. Schleinitz, „daß der Besitz Venedigs indirekt auch für Deutschland nothwendig sey", strategisch falsch und politisch gefährlich sey. „Strategisch", sagt die „Presse", „ist diese Behauptung falsch, weil Deutschland war, wie es ist, schon, bevor es die Etschlinie hatte. — politisch ist sie gefährlich, weil, wenn Deutschland unter dem Vorwand, daß Italien zu seiner Vertheidigung nothwendig ist, Oesterreich das Venetianische sichern will — ebenso gut Frankreich die Rheingrenze, Rußland den Landstrich von Thorn bis Danzig, England Antwerpen und Ostende, und Preußen selbst die kleinen Staaten beanspruchen könnte, die es von seinen Rheinprovinzen trennen. (Der Unterschied ist denn doch handgreiflich! Oesterreich besitzt Venetien rechtmäßig und will nur behalten, was es hat, während die andern hier genannten Landstriche von den betreffenden Staaten erst erobert werden müßten. Die Red.) Die Preußen, wie wir es nicht bezweifeln, sind gute Soldaten, aber seit 46 Jahren hat die preuß. Armee kein Pulver gerochen und ihre Generäle waren anno 1815 kaum Kadetten oder Unterlieutenants. Die meisten ihrer Offiziere sind Adelige ohne Vermögen, welche, da sie in der militärischen Laufbahn mehr ein Unterkommen suchen, als daß sie einem Berufe folgen, der Studien entbehren. Keine Verbindung besteht zwischen den Offizieren und den Soldaten, kein gemeinschaftliches Gefühl beseelt sie. Die Organisation der Armee ist äußerst fehlerhaft, und alle bis jetzt versuchten Reformen haben nur sehr mittelmäßigen Erfolg gehabt. — Preußen wird von zwei entgegengesetzten Leidenschaften beherrscht: seinem Haß gegen Oesterreich und seinem Haß gegen Frankreich. Aber mit dem Hasse gegen Frankreich mischt sich instinktiv ein anderes Gefühl, welches noch lange Zeit das kriegerische Aufbrausen des Berliner Kabinets dämpfen wird. Preußen mit seinen ausgestreckten Armen, den einen bis Memel, den andern bis Thionville, wird sich zweimal besinnen, ehe es seinen mageren und zerstückelten Körper, welchen Voltaire mit ein paar Strumpfbändern verglich, einem Kriege mit Frankreich aussetzt."

Italien.

* Den nicht entlassenen Abtheilungen der Garibaldi'schen Freiwilligen hat die sardinische Regierung bekanntlich vier verschie-

weiterung des Telegraphennetzes der Kammer vorgelegt werden wird. — Hierauf wurden auch die Nachweisungen bezüglich dieses Institutes genehmigt. (Augsb. Postz.)

Dem Voranschlag des Staatshaushalts für die nächste Finanzperiode, welchen uns noch nicht vollständig, und nicht in seinen „Erläuterungen" vorliegt, entnehmen wie aus der General-Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben einstweilen Folgendes. Die Gesammtsumme sowohl der Einnahmen als der Ausgaben für je ein Jahr beträgt 46,858,525 fl.; unter den letzteren befinden sich 12,988,956 fl. für die Staatsschuld, 8,504,844 fl. für die Staatsanstalten, 12,000,000 fl. für den Militäretat; unter den Einnahmen sind die direkten Steuern mit 9,191,969 fl., die indirekten mit 17,504,236 fl., die Staatsregalien mit 10,827,408 fl., die Domänen mit 8,836,174 fl. aufgeführt.

Im Gesetzgebungsausschusse der Kammer der Reichsräthe äußerte bei Berathung des Polizeistrafgesetzbuchs der 2. Präsident Graf Seinsheim seine Bedenken gegen die bevorstehende Trennung der Justiz von der Administration. Der 1. Präsident Frhr. v. Stauffenberg bemerkte, daß die Ausführung dieses Gesetzes noch große Schwierigkeiten und Verlegenheiten bringen werde, weil es die Handhabung der Polizei großentheils (?!) in die Hände der Gemeinden lege. Wer die Vorsteher auf dem platten Lande diesseits des Rheines kenne, werde seine Befürchtungen theilen. Gerade von den Enragiertesten des Jahres 1848 kämen jetzt die lautesten Angstrufe. Hiezu komme noch, daß in Folge der beschlossenen Trennung der Justiz von der Verwaltung die Verwaltungsbezirke so erweitert werden, daß jedenfalls ein Mißverhältniß zwischen den Verwaltenden und Verwalteten zu Tage treten müsse. Dagegen äußerte der Minister des Innern: Bezüglich der Trennung der Justiz von der Verwaltung stehe man vollendeten Thatsachen gegenüber und habe man ein beschlossenes Programm zu vollziehen. Nach der gegenwärtigen Fassung des Entwurfes dürften die Bedenken wesentlich sich mindern, welche gegen die Qualifikation und Unabhängigkeit der Gemeindeorgane geltend gemacht wurden, indem der autonomische Spielraum der Gemeinden die vernünftigen Grenzen nirgends überschreite, und überdieß in der Oberaufsicht der Verwaltungsstellen seine entsprechende Begrenzung finde. Bei Bildung der neuen Verwaltungsbezirke würde häufig auf die ältere Landgerichtsformation, wie sie vor 1837 gewesen, zurückgegriffen werden, und die Entfernung der Gemeinden vom Oberamte werde durchschnittlich nicht mehr als fünf Stunden betragen. (Südd. Z.)

München, 9. Febr. Dem Berichte des Schuldentilgungskommissärs der Kammer der Abgeordneten, Grafen v. Hegnenberg-Dux, über dessen Geschäftsführung in den Jahren 1858/60 entnehmen wir Folgendes über den Stand der Staatsschulden: I. Alte Schuld. Am Schlusse 1857/58: 99,701,859 fl. 27 kr. In den Jahren 1858/60 ergab sich eine Mehrung von 2,645,070 fl. 48½ kr., und eine Minderung von 6,317,218 fl. 23½ kr., so daß am Schlusse 1859/60 der Stand derselben 96,029,715 fl. 52 kr. betrug. II. Neue Schuld. Ende 1857/58: 16,747,777 fl. 39 kr. Mehrung in den beiden Jahren 1,894,500 fl., Minderung 3,396,778 fl. 2 kr., Stand Ende 1859/60: 15,245,499 fl. 37 kr. III. Militär-Anlehen. Ende 1857/58: 6,383,600 fl., Mehrung in den beiden Jahren 15,627,100 fl., Stand Ende 1859/60: 22,010,700 fl. Die drei Schuldgattungen zusammen betrugen am Schlusse 1859/60 die Summe von 133,285,915 fl. 29 kr. Die Eisenbahnschuld betrug am Schlusse 1857/58: 88,644,034 fl. 40 kr., Mehrung in den beiden Jahren 6,073,400 fl., Minderung 687,432 fl. 50 kr., Stand Ende 1859/60: 94,030,001 fl. 50 kr. Die Grundrentenschuld betrug Ende 1857/58: 103,129,025 fl. und Ende 1859/60 die Summe von 102,367,275 fl. (N. B.)

Das Referat des Abgeordn. Vogel über die Rechnungen der Lotto-Administration in den Jahren 1855/59 berichtet, daß die Erträgnisse dieser Anstalt gegen den jährlichen Budgetansatz von 1,400,000 fl. um 1,319,430 fl., in den bezeichneten vier Jahren also um 5,277,723 fl. mehr betragen. Schon diese ersten vier Jahre der laufenden Finanzperiode haben einen höhern Reinertrag geliefert, als alle sechs Jahre der vorigen Finanzperiode zusammengenommen und in keinem Jahre, so lange das Zahlenlotto in Bayern besteht, erreichte der Ertrag desselben eine Höhe, wie im letzten Jahre 1858/59, nämlich 3,389,320 fl. „Wohl hat die Zahl sich vermehrt, nicht aber die Freude!" fügt der Referent hinzu. Die Einlagegelder der Spieler betrugen nicht weniger als 36,138,716 fl., die Gewinnste 23,378,134 fl., so daß sie 12,760,581 fl. verloren. Die Verwaltungskosten waren 1,896,956 fl. Zur Zeit bestehen 389 Lottokollekten. Ueber die eingelaufenen Anträge „Aufhebung des Lotto betr." erachtet der Referent erst bei Berathung des Budgets Vortrag erstatten zu sollen. (Südd. Z.)

München, 11. Februar. Se. Maj. der König hat den Revierförster Xaver Klein zu Münchsmünster, F.-A. Kelheim, auf seine Bitte in den Ruhestand treten lassen; an dessen Stelle den Revierförster Franz Traunholz zu Kirchl, F.-A. Wolfstein, seinem Ansuchen willfahrend, versetzt, und auf das Revier Kirchl den Forstamtsaktuar am Kreisforstbureau von Niederbayern, August v. Brandt, ernannt. (N. M. Z.)

München, 11. Febr. Wie man vernimmt, hat sich nun auch die Mehrzahl der hiesigen Bräuer für Freigebung der Biertaxe ausgesprochen, ob aber die Staatsregierung geneigt ist, in diesem Betreffe eine Gesetzesvorlage an die Kammern zu bringen, soll noch sehr zweifelhaft seyn. Im Publikum war man bis jetzt für die Freigebung der Taxe nicht sehr günstig gestimmt, in neuerer Zeit aber haben sich die Ansichten in dieser Beziehung sehr geändert und man hört nur noch selten die Taxregulirung vertheidigen. (Südd. Z.)

Augsburg, 11. Febr. Auch hier zirkulirt unter den Frauen eine Adresse an die Königin von Neapel, und findet unter allen Schichten der Bevölkerung zahlreiche Unterschriften. (Allg. Z.)

Sachsen. Dresden, 8. Febr. Wie wir aus einem Leipziger Blatte ersehen, ist der Gewerbeverein des Städtchens Frankenberg von Seiten der Kreisdirektion zu Zwickau, weil er Politik treibe, ernstlich verwarnt und ihm zugleich aufgegeben worden, seinen Vorsitzenden zu beseitigen, weil dieser sich nicht gescheut, eine Petition an die Ständeversammlung zur Unterstützung des Jungnickel'schen Antrags auf Reform des Wahlgesetzes zu unterstützen. (Wes.-Z.)

Anhalt. Das Herzogthum Anhalt-Bernburg gehört bekanntlich zu den kleinen deutschen Staatchen, die das Glück haben, von preußischen Land- und Regierungsräthen regiert zu werden. Hier wie überall sind die Unterthanen für ein solches Glück wenig dankbar. Herr v. Schätzell, ehemals Regierungs-Forstrath in Danzig, hat sich besonders durch die Beförderung eines ganz unmäßigen Wildstandes auf Kosten der Landleute einen Namen in Deutschland gemacht. Aber noch andere Klagen haben die Unterthanen gegen seine Regierung; und dadurch ist eine im Lande zirkulirende Petition an den Herzog veranlaßt worden, die besonders folgende Klagen enthält: Verarmung der Hauptstadt durch lokale und allgemeine Maßnahmen, wie Verlegung der Residenz, Erhöhung und Erweiterung des Brückenzolls, Mängel des Gerichtsverfahrens, Erhöhung der Steuern u. s. w.; Aenderung der Verfassung so, daß wenigen Personen, die weder durch Geist, Bildung, Erfahrung, noch großen Besitz hervorragen, ein übermäßiger Einfluß eingeräumt, Andern jedes politische Recht entzogen worden; Hintansetzung wackerer inländischer Geistlicher zum Vortheil hereingezogener Ausländer. Von dem Staatsminister Herrn v. Schätzell wird gesagt: „Wir sehen in ihm den Urheber der Kalamitäten, die seit einer Reihe von Jahren Stadt und Land betroffen haben. Er ist kein Freund einer wahrhaft konstitutionellen Regierung, denn durch sein System sind die Rechte ganzer Korporationen, sowie einzelner Staatsbürger auf's tiefste verletzt. Es ist nicht zu erwarten, daß ihm noch das Verständniß erschlossen werde, wie eigentlich ein Rechtsstaat einzurichten und zu verwalten sey. Kein Mensch kann sein innerstes Wesen ändern, mithin ist vom jetzigen Minister eine aufrichtige Umkehr nicht zu erwarten. Wir bitten daher Eure Hoheit inständigst, denselben seines Amtes entheben und dasselbe einem hiesigen aktiven oder inaktiven höheren Staatsbeamten übertragen zu wollen. Der letztere Wunsch rechtfertigt sich aus der Erfahrung, daß alle aus dem Auslande herbei geholten höhern Beamten nur in ganz seltenen Fällen Gutes für das Land geschaffen haben, wie wir leicht des Breiteren ausführen könnten, uns aber desselben enthalten wollen." — Gebeten wird ferner um Abänderung der Verfassung, damit die über alles Maß hinausgehenden Privilegien einzelner Personen nicht mehr Haß und Zwietracht erregen — und um Amnestie für die politischen Gefangenen und Flüchtlinge. Auf die Verbreitung der Petition an den Herzog hat nun das Ministerium mit einer Kriminaluntersuchung gegen die Verfasser und Verbreiter geantwortet; die Landräthe haben den Dorfschulzen gerathen, die Petition zur Unterzeichnung nicht kolportiren zu lassen, theilweise auch die Petitionen eingefordert; der Landrath des Harzkreises hat die Petition eine Schmähschrift genannt; endlich hat der Gemeinderath der Stadt Bernburg die Ueberlassung des neuerbauten Bürgersaales zu einer Bürgerversammlung behufs der Berathung der gedachten Petition an den Herzog verweigert und der Oberbürgermeister hat in der Bescheidung an die Petenten die jetzige „Agitation" gegen das „Gouvernement" eine „schmachvolle" genannt. Die gegen die Petition gerichtete Anklage dreht sich um die Stelle, worin behauptet wird, der Wohlstand der Stadt habe unter den Maßnahmen des Gouvernement gelitten, worin eine Verleumdung

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 44.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 13. Februar 1861.

Deutscher Bund.

Aus einem Vortrag des Dr. Braunfels in der Frankfurter gesetzgebenden Versammlung entnehmen wir folgende Mittheilungen über die Arbeiten betreffs eines **deutschen Handelsgesetzbuches**: Als die dritte Lesung des Handelsgesetzbuches herannahte, sahen die größeren Bundesstaaten ein, daß die Konferenzen in der bisherigen Weise nicht fortgehen könnten, die einzelnen Regierungen bereiteten so viele Amendements vor, man würde nie zu Ende kommen. Da sendete Preußen seinen Abgeordneten zur Nürnberger Konferenz, Geh. Rath Heimsoeth, nach Wien und München, und die drei größten Staaten Deutschlands vereinbarten unter sich diejenigen Normen, nach welchen allein noch Abänderungen bei der dritten Lesung zugelassen seyen. Ein anderer Weg zum Ziele, eine andere Art, die Verhandlungen abzukürzen, war in der That unmöglich. Die drei Regierungen theilten im Oktober 1860 ihre Vereinbarungen allen andern mit. Bei der Eröffnung der neuen Konferenzen zu Nürnberg, 19. Nov. 1860, zeigte sich, daß Sachsen, Württemberg, Großherzogthum Hessen, die sächsischen Regierungen von Weimar, Altenburg, Meiningen und Koburg, Anhalt-Dessau und Lübeck mit dem Vorschlag der drei Staaten übereinstimmten, daß auch die in der Konferenz damals nicht vertretenen Regierungen von Braunschweig, Nassau und Frankfurt, eben so wie Mecklenburg-Strelitz, Hessen-Homburg, Schwarzburg-Sondershausen, Reuß j. L. und Schaumburg-Lippe, zugestimmt hatten; hingegen erklärten Hannover, Kurhessen, Mecklenburg-Schwerin, Bremen und Hamburg, sie behielten ihren Regierungen alle ihre Zuständigkeiten vor. Baden hielt sich mehr neutral, ohne jedoch den fünf Secessionisten beizustimmen. Der hamburgische Bevollmächtigte, der eben neuernannte Obergerichtsrath Trieps, verwahrte sich sogar ausdrücklich: daß aus seiner weiteren Theilnahme an den Berathungen nicht folgen dürfe, der Senat Hamburgs sey nicht berechtigt, den weiteren Berathungen der Konferenz seine Anerkennung zu versagen. So steht es mit der Nürnberger Konferenz im jetzigen Augenblicke, und allem Anscheine nach wird aus diesen Berathungen nie ein Handelsgesetzbuch für Deutschland, höchstens ein solches für den größeren Theil der deutschen Staaten hervorgehen. (Frkf. Journ.)

Bayern. Aus der 10. Sitzung der 2. Kammer tragen wir Folgendes nach: Bei Prüfung der Nachweisungen bezüglich der **Postanstalt** sprach Neuffer seine Anerkennung über die Resultate der Post aus und fügte den Wunsch an, daß die **Lage der Postkondukteure** verbessert werde. Mehrere dieser Bediensteten hätten ihn besucht und hervorgehoben, daß ihre Lage, obwohl sie mit 600—750 fl. besoldet seyen, deßwegen eine sehr traurige sey, weil sie durch das beständige Wegseyn vom Hause zur Haltung von 2 Haushalten genöthigt wären, so daß sie mit ihrem Gehalte unmöglich ausreichten. — Dr. **Völk** legt ebenfalls eine Lanze für die Postkondukteure ein, die sich Tag und Nacht in einem Postomnibus verfrachten lassen müssen, doppelte Haushaltung zu führen, sehr große Haftung haben und denen bei der Uebernahme von Hunderttausenden keine sichere Kontrole gewährt wird. Die Postkondukteure verdienten schon deßhalb besondere Berücksichtigung, weil ihre Integrität wirklich groß sey. — **Föderer** schließt sich der ausgesprochenen Anerkennung über die Leistungen der Postanstalt an, macht namentlich darauf aufmerksam, daß in Niederbayern viele neue Postexpeditionen errichtet und ausgedehnte Postomnibusfahrten eingerichtet wurden, wünscht aber, daß diejenigen, welche die Omnibusfahrten ausüben, gehalten seyn sollten, sie nach Vorschrift auszuüben, denn die Klagen über schlechte Wagen seyen allgemein. — Dr. **Bär** schließt sich dieser Klage an: es werden nicht nur schmutzige ausgefahrene Wagen benützt, sondern man muthet den Reisenden sogar zu, in ungedeckten Wagen zu fahren. In neuerer Zeit habe man ein Prinzip eingeführt, welches die Benutzung der Postomnibusse geradezu unmöglich mache, nämlich jetzt überlasse man die Ernennung der Postkondukteure den Posthaltern, während früher die Staatsregierung die Kondukteure ernannte, damit die Reisenden an ihnen einen Schutz haben. Die Posthalter hätten auch gewöhnlich Wirthschaften und ließen die Reisenden eines schnöden Gewinnes wegen oft Stunden lang auf die Abfahrt warten. — **Urban** tritt den Angriffen auf die schlechte Beschaffenheit der Wagen entgegen und glaubt, daß das Publikum durch die Eisenbahnen nur verwöhnt sey. **Föderer** entgegnet aber, daß er seine Ansicht aufrecht halte und daß viele Posthalter die wirklichen Omnibuswagen nicht benützen. — **Christoph** bestätigt jedes Wort, das Föderer gesagt hat und glaubt, daß allen Klagen abgeholfen wäre, wenn jeder Omnibus von einem Kondukteur begleitet würde. — **Schlör** glaubt, daß alle Klagen über die Postomnibuswagen auf die Postverwaltung fallen, weil sie die Wagen selbst liefert; man sollte das ganze Institut der Privatindustrie überlassen. — Referent **Neuffer** hält die Klagen über die Postomnibuswagen nur theilweise für begründet, insoweit nämlich, als noch alte Wagen benützt werden. Würde man das Institut der Privatindustrie überlassen, dann blieben manche Gegenden ohne Postverbindung. — Generaldirektor Frhr. v. **Brück** kann bezüglich der Postkondukteure etwas Bestimmtes nicht zusichern, freut sich aber, auch von dieser Seite Anträge auf Verbesserung des Looses der Angehörigen der Verkehrsanstalten zu vernehmen und sichert zu, daß geschehen wird, was geschehen kann. Die Postomnibusse seyen keine Staatsanstalt, denn die Verwaltung wollte die Verbindung mit der Eisenbahn der Privatindustrie überlassen. Da aber diese bei uns noch nicht so weit sey, um Alles allein zu besorgen, so habe die Verwaltung nachgeholfen. Dem Redner ist nicht bekannt, daß auch nur **ein** Kondukteur von Privaten angestellt sey und versichert wiederholt, daß die Verwaltung auf Erleichterung des Verkehrs alle Rücksicht nehmen wird. — Nachdem Dr. **Bär** eine Strecke in der Rheinpfalz ausdrücklich genannt hatte, wo ein Kondukteur von Privaten angestellt ist, wurde den Nachweisungen bezüglich der Postanstalt die Genehmigung ertheilt und auch der Antrag Arnheims angenommen. — Bei der nun folgenden Prüfung der Erträgnisse der **Telegraphen-Anstalt** bemerkte **Buhl**: es sey ihm schwer, seine Gefühle zu unterdrücken, wenn er daran denke, was Bayern für das Institut der Telegraphen thut. Bayern sey der einzige Staat, der für das wichtigste Institut des Verkehrs am wenigsten gethan hat. — Dr. **Arnheim**: Die Kammer ist selbst schuld, daß das Telegraphennetz nicht vollständig ist, denn sie verlangte, daß das junge Institut der Telegraphen 30,000 fl. dem Staat einbringe, während man diese Summe zur Vervollkommnung des Netzes hätte überlassen sollen. Wäre dies geschehen, so wäre durch den Bodensee ein Kabel gelegt worden und viele Depeschen würden allein durch Bayern gehen, während jetzt mehrere Staaten daran partizipiren. — **Schlör** gibt zu, daß die Kammer schuld ist, daß die Telegraphenanstalt seit mehreren Jahren keine Fortschritte gemacht hat; man hätte kein Erträgniß verlangen sollen, allein die Summe von 30,000 fl. sey eingesetzt worden in Folge einer Erklärung des Frhrn. v. Brück über den blühenden Stand der Anstalt. Redner wünscht aber dringend, daß die bestehende Lücke, welche den Verkehr drückt, ausgefüllt werde. — **Neuffer** entgegnet: „Nicht die Generaldirektion war der Verführer, sondern ich, und ich bin durch die Kammer verführt worden.“ Diese wollte um jeden Preis keine Steuererhöhung; man sagte nur: sucht überall Geld, wo Geld zu finden ist, und so habe ich den Vorschlag gemacht, 30,000 fl. als Erträgniß der Telegraphenanstalt einzusetzen. — Frhr. v. **Schrenk** bemerkt: Der Grund, warum die Regierung für die Telegraphenanstalt nichts hat thun können, ist bereits von den Vorrednern berührt worden; es war der Mangel an gesetzlich verfügbaren Mitteln. Redner wiederholt daher die schon im Ausschuß gegebene Erklärung, daß eine Vorlage auf Er-

Landau, 5. Febr. Gestern Morgen um 4 Uhr verunglückte in der Bierbrauerei bei Kern in Godramstein der Bräuknecht J. Schiedebecker von da. Derselbe hatte sich auf den Rand des Bräukessels gesetzt, bekam beim Umrühren das Uebergewicht und fiel in die siedende Malzbrühe. Trotzdem derselbe fast augenblicklich herausgezogen wurde, war der Tod schon erfolgt. Vom ganzen Körper hing die Oberhaut hinten und vorn in Fetzen herunter.

Die Auswanderung aus Liverpool nach Amerika und Australien im vergangenen Monat ist bedeutend hinter der vom Januar des vorigen Jahres zurückgeblieben. Die Veranlassung dazu ist kein Räthsel. Die australischen Berichte lauten nichts weniger als aufmunternd, und die politische Krisis in den Vereinigten Staaten ist wohl geeignet, manchen sonst Auswanderungslustigen abzuschrecken.

Der König von Siam läßt seine Truppen nach dem Muster der preußischen adjustiren. Er hat eine bedeutende Bestellung von Bekleidungs- und Bewaffnungs-Gegenständen für seine Truppen bei den Militär-Effekten-Fabrikanten Mohr und Speyer in Berlin machen lassen. Als Haupt-Emblem figurirt darauf der Elephant, das Wappenzeichen der Siamesen. Statt des Pelzwerkes an den preußischen Husarenmützen ist mit Rücksicht auf das heiße Klima Filz angebracht. Die Absendung der bestellten Effekten erfolgt bereits in den nächsten Tagen.

Handels- und Börsenberichte.

Frankfurter Börse (vom 4. bis 9. Februar).

Samstag. Eine Thronrede folgte in der abgelaufenen Woche der andern. Je mehr man sich den ganzen Winter über mit den Schrecknissen, welche das Frühjahr bringen würde, getragen und geängstigt hatte, um so gespannter war man auf die offiziellen Kundgebungen in Paris und London. Der Kaiser hat viele schöne Worte gemacht, aber nichts damit gesagt; es ist noch Niemand gelungen, die wahren Absichten herauszufinden. Interessanter und von bedeutenderem Werthe ist das sogenannte franz. Blaubuch. In diesem, in den Abstimmungen des preuss. Abgeordnetenhauses, und den günstigeren Berichten aus Ungarn sind die politischen Gründe zu suchen, welche die entschiedene bessere Stimmung der Börsen in abgelaufener Woche veranlassten. Zu den politischen Gründen traten als finanzielle, der durch die bisherige Geschäftslosigkeit geförderte Geldüberfluss, günstige Pariser und Wiener Berichte, und die durch lange Erfolge so übermüthig gewordene, ohne Verkäufer täglich anwachsende Baissepartei, welche gar nicht glaubte, dass ein ordentliches Steigen noch möglich sey. Aber sie sollte sich täuschen, seit vorigem Samstag hatte sich namentlich auf Wiener Berichte bin bessere Tendenz festgestellt und es fanden sich gute Käufer und solide Häuser ersten Ranges für beinahe alle Sorten österr. Papiere, die so niedrig stehen, dass die Wahl wirklich schwer fällt. Die gute Tendenz nahm in den letzten Tagen immer mehr zu.

Am stärksten war der Umsatz in National, aber auch andere österr. Effekten verhältnissmässig gefragt, nur Venetianer blieben zurück und die Differenz gegen National ist wieder auf beinahe 8 pCt. zurückgegangen. Auf National wurden fest volle Zinsen vergütet, so gross ist der Mangel an effektiven Stücken.

Von deutschen Bundespapieren wenig zu erwähnen, ausser ein beträchtliches Steigen der preussischen Effekten, namentlich der 5proz., die in Berlin im vergangenen Monat stark per März verfixt worden sind und durch diese Operationen einen Kurs erreichen dürften, den das Papier in normalen Verhältnissen nicht gesehen hätte. — Die Originaltitel der neuen $4^1/_2$proz. nassauischen Obligationen werden allernächstens erscheinen. — Unter den Looseffekten haben die österreichischen eine ansehnliche Besserung aufzuweisen (Kreditloose 6 fl. seit acht Tagen). Unter den deutschen haben kurhessische 2 Thlr. gewonnen.

Auch Kreditaktien sollten von langer Hungerkur erlöst werden. Zumal waren es die österreichischen, deren Bann gebrochen scheint. Die Contremine hatte darin so blindlings losgeschlagen, dass sie sich beeilte, der Ueberrumplung „tant bien que mal" zu entgehen. Auch in Nationalbankaktien, die man wie Pfeffernüsse verschleuderte, wurde eine heilsame Lektion ertheilt. Sie sind seit voriger Woche um 70 fl. gestiegen und dürften bei günstiger Tendenz noch weiter gehen, da entschieden gute Käufer das flottante Material vom Markt nehmen.

Auch auf dem Eisenbahnmarkt haben die seither schlaffen Kurse beträchtlich angezogen, zumal österr. Westbahn, die gegen vor 8 Tagen 10 fl. gewonnen. Hanauer sind bis 69 gegangen im Hinblick auf den Bau einer direkten Bahn von Würzburg nach Ansbach, wodurch der Weg von hier via Aschaffenburg nach München (dermalen 62 M.) um 15 abgekürzt und damit die Möglichkeit gegeben wird, wirksamer mit der Linie über Stuttgart, Ulm (51 M.) zu konkurriren. Freilich bezieht sich dieser Vortheil nur auf den unmittelbaren Verkehr von und nach Frankfurt, denn darüber hinaus bleibt die Konkurrenz Aschaffenburg-Darmstadt-Mainz fortbestehen und tritt eine neue hinzu mit der Verwaltung der Odenwaldbahn. — Auch in kurhessischer Nordbahn kommen seit längerer Zeit wieder einmal Abschlüsse vor. — Oesterr. Staatsbahnen sind verhältnissmässig zurückgeblieben, die sonst so wilde Spekulation darin scheint hier ganz erloschen und ins Gegentheil übergeschlagen. Hessische Ludwigsbahn, gleichfalls wieder zu Ehren gelangt, nähern sich dem Parikurs. — Auch die meisten Prioritäten haben ihren Kurs mehr oder weniger erhöht.

Geld abundanter als je. Diskonto für erstes Papier bis auf $1^1/_2$ pCt. wesshalb auch heute Rückschlag.

Nachstehende Tabelle zeigt die Kursveränderungen, seit Anfang des Jahres die erste Rubrik den niedrigsten Stand (für die meisten Effekten der 4. Januar), die letzte den höchsten.

	4. Jan.	2. Febr.	8. 9. Febr.
National	46	$47^7/_8$	51
Oestreich. Kreditaktien	$115^1/_2$	122	137
Oestreich. Bankatien	524	545	618
Kreditlose von 1858	80	85	92
Neue Loose von 1860	54	54	58
Darmstädter Kreditaktien	165	168	185
Oestr. Staatsbahnen	211	219	230
Oestr. Westbahn	$112^1/_2$	$117^1/_2$	129
Ludwigshafen-Bexbach	$121^3/_4$	125	129
Bairische Ostbahnen	101	103	$103^1/_2$
Wiener Wechsel	$75^1/_8$	$76^1/_4$	82

(Aktionär.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	--
„	5 pCt. Lomb. ditto.	76 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$59^5/_8$ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$50^3/_4$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$42^1/_8$ G.
„	$4^1/_2$ pCt.	$38^3/_8$ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3^1/_2$ pCt. Staatsschuldsch.	88 P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	$102^1/_4$ P.
„	$4^1/_2$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101^7/_8$ P.
„	$4^1/_2$ pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	102 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	$100^1/_4$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100^1/_4$ P.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$95^1/_4$ G.
Württemb.	$4^1/_2$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$103^1/_4$ P. 103 G.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	95 P. $94^1/_2$ G.
Baden	$4^1/_2$ pCt. Obl.	$102^7/_8$ P.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. v. 1842	$94^3/_4$ P.
Gr. Hess.	$4^1/_2$ pCt. Obl.	102 G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100^1/_2$ P.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$93^1/_4$P. $92^3/_4$G.
Nassau	$4^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$100^7/_8$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$97^7/_8$ G.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3^1/_2$ pCt. Obl.	$97^1/_4$ P.
„	3 pCt. Obl.	$90^1/_2$ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$46^1/_4$ G.
„	$1^3/_4$ pCt. „ „ „	$40^1/_2$ G.
Schweden	$4^1/_2$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$97^1/_2$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$108^1/_2$ P. $^1/_8$G. ex D.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	598 — 600 G. ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	132 — $^1/_2$ G. ex D.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	181 P. 180 G. ex D.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	74 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	69 P. ex D.
Internationale Bank in Luxemb. . .	$79^1/_4$ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	337 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$68^1/_2$ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	236 P. 233 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$129^1/_2$ P. $128^1/_2$G.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$26^1/_2$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$129^7/_8$—30G. ex D.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4^1/_2$ pCt.	$96^3/_4$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51^1/_2$ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	237 G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	480 P. 475 G. ex D.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	465 G. ex D.
Bayr. Ostbahn à $4^1/_2$ pCt. volleinbez.	$103^1/_2$ G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	$101^1/_2$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99^3/_4$ B. $^1/_2$G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99^3/_4$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$105^1/_2$ G.
Brem. 50 Th. Ld: k.S.	$95^3/_4$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^1/_2$ B.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105^1/_4$ B.
London Lst. 10 k. S.	$117^1/_2$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	$92^5/_8$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93 G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$79^3/_4$—80 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$74^1/_2$ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$46^1/_4$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$57^1/_2$ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$125^3/_4$ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$57^1/_4$—57 G.	„ fl. 25 do.	$36^1/_4$ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$92^1/_4$ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	—
$3^1/_2$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	$116^5/_8$ G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	$50^1/_4$ G.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2^1/_2$ pCt. Z.	$34^1/_2$ G.
Badische fl. 50	89 P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10^7/_8$ P.
Badische fl. 35	$53^3/_8$ P.	Ansb.-Gunzenb. fl. 7-L.	$10^3/_8$ P.

Frankfurt, 11. Februar. Gegen die vorgestrige Notiz waren österr. Fonds, Bank- und Industrieaktien etwas niedriger, die Haltung der Börse jedoch sehr fest und Kauflust vorherrschend. Frankfurter Bankaktien begehrt und höher. (Syndikat.)

Kammer ist ein Ereigniß, welches Oesterreich tief verletzen muß und das Ausland zu einem Ausrufe des Erstaunens über den deutschen Michel veranlassen wird, der dümmer ist, als selbst das theoretische Bild, das sich John Bull und die französische Presse von ihm macht, bisher voraussetzen ließ. Die italienische Presse und wahrscheinlich auch ein Theil der französischen und englischen wird den Kopf des Herrn v. Vincke mit Lorbeeren krönen. Aber im vertraulichen Gespräche wird bei den Politikern aller Parteien nur ein höhnisches und verächtliches Urtheil zu hören sein: Sont-ils bêtes, ces Allemands!" Die „Ostdeutsche Post" hat leider nur zu Recht; bereits schüttet die „Times" das Füllhorn ihres Lobes über Hrn. v. Vincke aus; in Paris ist sein Name, natürlich in französischer Gestalt, in Aller Mund, und Alles ist dort sehr befriedigt von dem Votum des preußischen Abgeordneten-Hauses. Ob es den Herren nicht doch am Ende etwas unheimlich zu Muthe wird bei dieser Kameradschaft?

Breslau, 5. Febr. Die „Schles. Ztg." veröffentlicht folgende Erklärung: „Die in der heutigen Nummer der „Schles. Ztg." meine Person betreffende indiskrete Notiz erläutere ich mit der authentischen Bekanntmachung, daß ich das im Interesse des Domherrn Dr. Baltzer gefällte Urtheil der hiesigen fürstbischöflichen Behörde bereits am 20. Nov. v. Js. mit Zustimmung des päpstlichen Nuntius zu Wien als eine Anticipation der päpstlichen Entscheidung nach Rom berichtet, auch diesen kanonischen Schritt zur Kenntniß der hiesigen fürstbischöflichen Behörde gebracht habe. Prof. Dr. Bittner." (Die fürstbischöfliche Behörde hatte den Prof. Dr. Bittner zur Abbitte und zum Widerruf der Beschuldigung der Häresie ꝛc. verurtheilt.)

Württemberg. Stuttgart, 8. Febr. Der „Württ. Staatsanzeiger" enthält eine Bekanntmachung des Finanzdepartements, betr. die Aufnahme eines Staatsanlehens von sieben Millionen, kraft des durch das Gesetz vom 17. Nov. 1858, betr. den Bau von Eisenbahnen, ertheilten Auftrags: Die Hälfte des Anlehens hat die Staatshauptkasse für Rechnung der Staatsgrundstocksverwaltung übernommen, die andere Hälfte soll im Wege der Unterzeichnung aufgenommen werden. Das Anlehen ist zu 98 emittirt und die Verzinsung mit 4 pCt. beginnt den 1. Febr. 1861.

Thüringen. Gotha, 1. Februar. Zur Regelung des Gewerbewesens werden zu Ende d. Mts. hier Delegirte der Regierungen der sämmtlichen thüringischen Staaten zusammentreten. Da durch diese Delegirten ein Gewerbegesetz für die vertretenen Länder ausgearbeitet werden soll, so wird dabei die Frage, ob völlige Freigebung der Gewerbe eintreten, oder ob der Innungsverband in Thüringen fortbestehen soll, ihre Erledigung finden. Mit ziemlicher Gewißheit dürfte wohl schon jetzt auszusprechen seyn, daß Weimar, Meiningen und Gotha sich für Freigebung der Gewerbe erklären werden. (F.P.)

* **Oesterreich.** Die Ernennung des Erzherzogs Rainer zum Ministerpräsidenten wird jetzt in manchen Wiener Korrespondenzen dadurch begründet, daß die Ungarn sich wohl keinen deutschen Ministerpräsidenten hätten gefallen lassen, und ebenso wenig die Deutschen einen ungarischen. Uns dünkt dieser Grund sehr schlecht; hat doch Rechberg bisher Ministerpräsident seyn können, ohne daß es den Ungarn wehe that! Der wahre Grund, den das Mißtrauen des Publikum auch sofort herausgefunden hat, ist der, daß man in den leitenden Kreisen zu Wien immer noch auf zwei Achseln trägt, den Liberalismus benutzen, mit der Reaktion aber auch nicht brechen will. Man braucht den Liberalismus jetzt noch zu nothwendig, und so konnte Rechberg doch nicht gut mehr Ministerpräsident bleiben; aber an Schmerling diese Stelle zu übertragen, dazu konnte man sich doch auch nicht entschließen. So mußte denn Erzherzog Rainer vor den Riß treten, dessen Ernennung keine Entscheidung für das eine oder das andere Prinzip in sich schließt, und der obendrein als Mitglied des kaiserl. Hauses nicht in die unangenehme Lage eines verantwortlichen Ministers kommen kann. Wie lange dies sinnreiche Auskunftsmittel wohl gut thut?

Frankreich.

Paris. Auf Befehl des Kaisers wird dem Marschall Bosquet in Toulon, seinem Geburts- und Sterbeorte, ein Denkmal errichtet. Seine unbemittelte und hochbejahrte Mutter erhält eine Jahrespension von 6000 Frs.

Italien.

Herr v. Kersausie hatte Garibaldi den Degen von La Tour d'Auvergne, „das heilige Erbstück seiner Familie," nach Caprera als Zeichen seiner Bewunderung geschickt. Garibaldi hat dem Neffen und Erben des ersten Grenadiers von Frankreich unterm 25. Januar geantwortet: „Mein Herr! Ich habe mit der ganzen Dankbarkeit, deren ich fähig bin, und als ein Zeichen der Theilnahme des aufgeklärten Frankreichs den Degen von La Tour d'Auvergne, der mir bestimmt wurde, entgegengenommen. Da ich Ihren Neffen jedoch seines Erbstückes nicht berauben will, so wünsche ich, daß bei meinem Tode dieses Symbol der streitenden Demokratie an seine natürlichen Aufbewahrer zurückgehe, damit ein neues französisches Plebiscit darüber zu Gunsten des Würdigsten verfüge. Ihr ergebener G. Garibaldi."

Garibaldi hat jetzt auf das bestimmteste den Beschluß, im März loszuschlagen, aufgegeben, obgleich er von der Nothwendigkeit, für die italienische Frage noch einmal ins Feld ziehen zu müssen, fester als je überzeugt ist. Aber er will Gaeta erst genommen, die neue italienische Anleihe zu Stande gebracht, die ungarische Frage klarer entwickelt sehen, und er will Preußen keinen Vorwand geben, Oesterreich darin zu unterstützen, daß es Italien angreife. So berichtet der Turiner Korrespondent der „Ind. Belge".

Ein Bericht aus Neapel sagt, daß in Nola, Avellino und Ascoli Unruhen ausgebrochen.

Rußland und Polen.

Der „Triester Ztg." wird aus Tiflis, vom 27. Dez., gemeldet: „Fürst Bariatinsky habe Befehl erhalten, die kaukasische Armee in den wirksamsten Stand zu versetzen. Sie werde aus 211 Bataillonen Infanterie, 310 Schwadronen Kavallerie, und 300 Feldgeschützen bestehen, und Alles deute darauf hin, daß die Russen eine ausgedehnte Bewegung nach der Ferne hin beabsichtigen."

Amerika.

Nach Nachrichten aus Washington vom 26. v. M. wurde das Arsenal von Georgia den Truppen der Union übergeben. Zu Charleston (Süd-Carolina) war die Bevölkerung mit der Haltung des dortigen Gouvernements unzufrieden und wollte Fort Sumter angreifen. Präsident Buchanan hat diesem Fort, sowie nach Fort Pickens Verstärkungen gesandt. Louisiana hat die Union verlassen.

Mexiko. Der „Moniteur" schreibt: „Bekanntlich ist General Miramon von dem unter Befehl Ortega's stehenden liberalen Heere vollständig geschlagen worden und aus der Hauptstadt entflohen, in welche die Sieger einzogen. In Erwägung der Gefahren, welche ihre Staatsangehörigen in einer sich selbst überlassenen Hauptstadt ohne Regierung und Polizei bedrohten, entschlossen die Gesandten Frankreichs und Spaniens sich dazu, ihre Landsleute zu bewaffnen, und beauftragten sie, über die Aufrechthaltung der Ordnung zu wachen. Schon am 24. Dez. hatten sich etwa 800 Franzosen und Spanier ihren Gesandten zur Verfügung gestellt, und Dank ihren Bemühungen ward der von dem auswärtigen Handelsstande bewohnte Stadttheil vor jeder Störung der Ordnung bewahrt. In den anderen Stadttheilen war das nicht der Fall. Doch fing man allmählig an, sich einigermaßen wieder zu beruhigen und die Krisis als beendigt zu betrachten."

Asien.

Die „Reuter'sche Agentur" veröffentlicht eine Depesche aus Kalkutta vom 11. Jan., welche meldet, daß Indien ruhig sey, daß aber wegen der Erhebung der Einkommensteuer noch immer Unzufriedenheit herrsche.

Nichtpolitische Zeitung.

Kelheim, 5. Febr. Endlich bewegt sich die Eismasse der Donau von hier abwärts langsam fort, ohne daß ein höherer Wasserstand als bisher besteht. — Hier ist der Wasserstand wieder auf 6′ über 0 Pegel zurück gefallen. Die Ufer, ja einzelne Straßen der Stadt sind total mit Eis verschoben, und alle Arbeitskräfte sind aufgeboten, um die Kommunikation wieder herzustellen. Es wird geraume Zeit und viel Mühe und Opfer kosten, die Spuren und Folgen der Verwüstung wieder zu beseitigen. (Regensb. Tagbl.)

Landshut, 8. Febr. Heute Morgens wurde ein Gendarm, der zwei männliche Individuen transportirte, die sich aber unbegreiflicher Weise der Handfessel zu entledigen wußten, bei Pfetrach von ihnen überwältigt und soll übel zugerichtet worden seyn. Die Entsprungenen nahmen Gewehr und Säbel des Gendarmen mit sich.

Der kürzlich berichtete Schaden an den Reben in der bayerischen wie in der badischen Pfalz stellt sich nun glücklicherweise nicht so bedeutend heraus, als man anfänglich glaubte, und hat meistens nur niedere Lagen betroffen, wo gewöhnlich geringere Sorten gezogen werden.

Kräfte seines Landes auf's Aeußerste anspannt und Schulden auf Schulden häuft. Und daß diese Pläne vor Allem Preußen und Deutschland gelten, daran zu zweifeln, sollte man kaum für möglich halten.

Gleichwohl scheint der Zweifel daran bei der liberalen Partei in Preußen sehr stark. Dieser Zweifel erbaut sich seine Gründe aus den lebhaften Wünschen für die Erhaltung des Friedens. Trotzdem man weiß, daß dieser bewaffnete Friede das Mark des Landes aufzehrt, daß er schon schwerere Opfer gekostet hat, als ein Krieg wahrscheinlicher Weise gekostet haben würde, und daß dieser Opfer kein Ende abzusehen ist, trotzdem fürchtet die liberale Partei nichts mehr als den Krieg. Dabei spricht dieselbe Partei so stolz von dem Muth des Volkes, so zuversichtlich von der kriegerischen Kraft des Landes und von der Macht des Staates, daß sie in einen schweren Widerspruch mit sich selbst geriethe, wenn sie einen unglücklichen Ausgang des Krieges fürchtete. Vielleicht fürchtet sie gar den Sieg. Nein! sie fürchtet schon den Krieg als solchen, ganz ohne Rücksicht auf dessen glücklichen oder unglücklichen Ausgang. Der Krieg, so meint sie, werde die Militärpartei, den absolutistischsten Zweig der Kreuzzeitungspartei an die Regierung bringen und die weitere Entwicklung des Verfassungslebens nicht nur unterbrechen, sondern wohl gar in dem Pulverdampf des Krieges ersticken.

Wir meinen, wenn solche Befürchtungen im Ernst begründet wären, müßte es doch mit dem Sinne für ein verfassungsmäßiges Leben in Preußen sehr schwach bestellt sein. Ist der Constitutionatismus in Preußen mehr als bloßes Truggebilde, so kann er durch einen Krieg wohl mehr befestigt, aber nicht vernichtet werden. Der Krieg steigert nicht nur die militärische Subordination, sondern auch das Kraft- und Freiheitsgefühl, wo es überhaupt vorhanden ist.

Aber alle solche Erwägungen sind nutzlos, da weder preußisches Säbelgerassel noch preußische Friedensflöten, sondern die Pläne Napoleons über Krieg und Frieden entscheiden werden, und es sich blos darum handelt, ob man das Volk widerwillig und entmuthigt in den Krieg schleifen oder es entschlossen und siegesgewiß in denselben hinein führen will. (Ztg. f. Nordd.)

Deutscher Bund.

** **Bayern.** München, 10. Februar. (Privat-Korresp.) Dem in der königl. Residenz gestern Abends stattgehabten Hofballe haben JJ. MM. der König und die Königin, die Frau Großherzogin von Hessen, die Frau Erzherzogin Hildegard und unsere höchsten Herrschaften beigewohnt. Der hohe Adel, das diplomatische Corps war zahlreich erschienen und im Ganzen über 500 Personen bei dem glänzenden Feste anwesend — von der Kammer der Abgeordneten außer einigen hoffähigen Abgeordneten die beiden Präsidenten und Sekretäre, mit welchen sich der König auf die freundlichste Weise unterhielt. Die Frau Herzogin von Parma und die Frau Herzogin von Modena erschienen nicht auf dem Balle. Morgen Abend werden die königl. Majestäten bei dem Maskenballe im Hoftheater erscheinen und am Dinstag ist noch ein Kammerball in der k. Residenz. — Von den Mitgliedern der Kammer der Reichsräthe hat bis jetzt nur Herr Reichsrath Bischof Dinkel Modifikationen zum Strafgesetzbuch eingereicht.

München, 9. Febr. Aus den Anträgen, welche zum Einführungsgesetze gestellt worden sind, hebe ich zwei von nationalökonomischer Bedeutung besonders hervor: 1) den des Abg. Dr. Arnheim, dahin gehend, daß das Gesetz über gewerbsmäßige Gutszertrümmerung nicht, wie beantragt, aufgehoben, sondern belassen werde, 2) einen Antrag des pfälzischen Abg. Medicus, welcher zwar für das diesseitige Bayern die Aufhebung der gesetzlichen Bestimmungen über Bestrafung des Zinswuchers will, für die Pfalz aber folgenden Zusatz vorschlägt: „In der Pfalz soll zwar das Gesetz vom 3. Sept. 1807 über Zinsen und Wucher vorläufig noch fortbestehen, aber auf Schuldverschreibungen von mehr als 300 fl., insoferne die Verfallzeit nicht drei Jahre übersteigt, keine Anwendung finden. (A. Abdz.)

Der „Allg. Z." schreibt man aus München, 9. Februar: Aus allen Kreisen sind Bitten der israelitischen Staatsangehörigen um Aufhebung der ihnen gegenüber noch bestehenden Ausnahmegesetze an die Kammer der Abgeordneten gebracht worden. Diese Eingaben zusammenfassend hat nun der Abg. Advokat Paur von Augsburg einen selbständigen Antrag eingebracht, dahin gehend: Es wolle an Se. Maj. den König die ehrfurchtsvollste Bitte gebracht werden, daß im Landtagsabschiede mit Gesetzeskraft ausgesprochen werde: „die gemäß §. 12, 13 und 18 Absatz I des Ediktes vom 10. Juni 1813, „die Verhältnisse der israelitischen Glaubensgenossen betr.", rücksichtlich der Ansässigmachung und des Gewerbsbetriebs der Israeliten in den Provinzen diesseits des Rheins bestehenden Beschränkungen sind aufgehoben." Man hat allen Grund anzunehmen, daß sich dieser Antrag der Zustimmung der beiden Kammern sowohl, als der k. Staatsregierung zu erfreuen haben wird.

Preußen. * In der Antwort-Adresse des preuß. Abgeordneten-Hauses wird, wie in der Thronrede, auch der kurhessischen Frage gedacht. Die Abgg. v. Wedell und v. Lehndorf sprachen gegen die Verfassung von 1831, und meinten, es sey nicht viel verloren, wenn sie nicht wieder hergestellt werde. Ersterer führte Fälle auf, wo die Stände von 1831 sogar so weit gegangen seyen, der Regierung das Recht der Anstellung ihrer Beamten streitig machen zu wollen, und fragte dann: „Nun, meine Herren, was glauben Sie, wie die preußische Regierung antworten würde, wenn hier gleiches Ansinnen an sie gestellt würde? Jener Landtag von 1831 hat acht oder zehn Anklagen gegen Minister erhoben, die für die Minister entschieden wurden. Die Prätensionen und Eingriffe jener Stände gingen sogar so weit, daß vom Ministerium die Erklärung gegeben wurde, daß ein Fortgehen auf solcher Bahn die Regierung unmöglich mache." — Der Minister v. Schleinitz antwortete hierauf: „Die preußische Regierung tritt für die kurhessische Verfassung von 1831 ein, nicht weil sie dieselbe für ein Muster hält, sondern weil sie der Meinung ist, daß diese Verfassung nicht rechtskräftig beseitigt ist und also noch in legaler Weise fortbesteht. Seitdem Preußen für die Herstellung dieser Verfassung beim Bunde eingetreten, hat sich eine immer lauter werdende, immer entschiedener auftretende Agitation im kurhessischen Volk kund gegeben, die sich allerdings auf dem Boden des Grundgesetzes von 1831 bewegte. Aber auch ganz von der Rechtsbasis abgesehen, aus politischen Gründen ist die preußische Regierung für die Wiederherstellung jener Verfassung. Sie glaubt nämlich, daß es der kurhessischen Regierung ohne Mühe gelingen wird, mit den hessischen Landesvertretern sich nicht blos über die aus der Verfassung von 1831 zu entfernenden bundeswidrigen Bestimmungen, sondern auch über diejenigen Verbesserungen zu verständigen, welche in dieser Verfassung aus Zweckmäßigkeitsgründen einzuführen sein dürften. Die kurhessische Regierung hat bis jetzt nicht geglaubt, den wohlgemeinten Rathschlägen Preußens Folge geben zu können; wir hatten aber an der Hoffnung fest, daß sich zuletzt die kurhessische Regierung doch dazu entschließen wird, nachdem sie eingesehen, daß auf dem bisher verfolgten Wege es unmöglich ist, diese Angelegenheit zu ordnen. Es ist von verschiedenen Seiten angedeutet worden, daß das Auftreten der Regierung als nicht entschieden genug angesehen werden müsse. Ich will nicht behaupten, daß bereits alle legalen Mittel erschöpft seyen, und ich nehme an, daß, wenn die Adresse von energischen Mitteln spricht, sie damit nur solche legale Mittel im Sinne hat. Sollte uns aber die Zumuthung gemacht werden, auf der Spitze der preußischen Bajonnete die Verfassung wieder einzusetzen, dann frage ich, auf welchem Rechte ein solches Verfahren basirt wäre. Ebenso wie Preußen gegen die Bundesbeschlüsse Verwahrung eingelegt und erklärt hat, daß es dieselben nicht anzuerkennen vermöge und sie für ein Ueberschreiten der Kompetenz des Bundes halte, ebenso wird Preußen eine materielle Aktion des Bundes gegen das kurhessische Volk nicht dulden. Aber nur für den Fall, daß Preußens Interessen bedroht sind, wird ein Vorgehen geboten seyn, in allen andern Fällen ist die kurhessische Verfassungsangelegenheit eine rein innere Angelegenheit, in welche wir uns einzumischen kein Recht haben. Wir würden sonst denselben Fehler begehen, den wir früher dem Bunde vorgeworfen; wir würden unsere Befugniß überschreiten, wie wir früher erklärt haben, daß der Bund seine Befugniß überschritten hat. Uebrigens aber können wir die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß die kurhessische Regierung zuletzt in die ihr von uns angerathene Bahn einlenken werde." — Schließlich wurde der betreffende Absatz der Adresse in der Fassung der Kommission, wogegen die Regierung nichts einzuwenden hatte, angenommen; er lautet: „Daß Ew. königlichen Majestät treue, wohlgemeinte und gemäßigte Rathschläge den Verfassungsstreit in Kurhessen nicht zum Austrage haben führen können, beklagen wir tief. Wir vertrauen, daß es Ew. königl. Majestät Regierung gelingen wird, durch energische Anwendung aller geeigneten Mittel den verfassungsmäßigen Zustand des Landes wieder herzustellen und einem gesetzestreuen, festen deutschen Stamme sein gutes Recht zurückzugeben."

* Die in Wien erscheinende „Ostdeutsche Post" schreibt: „Die Annahme des Vincke'schen Antrags in der preußischen 2.

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 43. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 58. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dinstag, 12. Februar 1861.

Die Liberalen in Preußen.

Ein großer Theil der liberalen Blätter Preußens erblickt in den Aeußerungen des Königs Wilhelm I. über drohende Kriegsgefahren Anreizungen des Kaisers Napoleon und selbst des französischen Volkes zum Kriege. Und doch sind jene Aeußerungen nur die Symptome eines Zustandes, der lediglich durch Napoleon und Frankreich über Europa herbeigeführt worden.

Seit Napoleon den Thron von Frankreich bestiegen, konnte es keinem klar blickenden Urtheil zweifelhaft seyn, daß der Erdtheil einer Zeit kriegerischer Unruhen und Gefahren entgegengehe. Nur wer sich verblenden lassen wollte, wurde durch die reichlich gespendeten Friedensworte des neuen Herrschers bestochen. Bald haben freilich die Thatsachen seine Worte hinlänglich widerlegt. Hätten wir aber auch nicht den orientalischen und italienischen Krieg erlebt und an diesen nicht die Erläuterung zu jenen Friedensworten gefunden: wozu fortgesetzt die kolossalsten Rüstungen? — wozu die Fluth der im kaiserlichen Kabinete allerhöchst approbirten Brandschriften, welche immer neue Fragen europäischer Verwicklungen in Anregung bringen und immer neues Material für das Kriegsfeuer anhäufen? — Wer bedroht Frankreich, daß es nöthig hätte, sich bis über die Ohren in Waffen zu stecken? — Oder muß es in fremden Ländern Streitfragen anregen, um den Feind von den eigenen Grenzen fern zu halten? — Unser Zeitalter ist von den friedfertigsten Gesinnungen beseelt. Die Völker Europa's wünschen nichts mehr, als sich den Arbeiten der Wissenschaften, der Künste, des Gewerbfleißes, des Ackerbaues, des Handels hinzugeben und den Ausbau ihrer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnungen, den Ansprüchen ihrer humanen Bildung gemäß, zu fördern. Napoleon und nur Napoleon zwingt sie dagegen, Millionen und abermals Millionen in kriegerischen Vorkehrungen zu vergeuden, den Gelehrten aus dem Studirzimmer, den Künstler aus dem Atelier, den Arbeiter aus der Werkstatt, den Landmann vom Pfluge, den Kaufmann vom Komptoir zu nehmen und sie in Montirungen zu stecken. Handel und Gewerbe stocken; täglich steigt die Bedrängniß, die Noth der arbeitenden Klassen höher; die Staaten werden dem Bankerott, die Länder und Völker der Verarmung und dem Elende entgegengeführt. Dieser Zustand wird immer unerträglicher. Millionen, wenn sie die Lage der Dinge klar ins Auge faßten, würden schon jetzt mit Ferdinand Schill sagen: „Besser ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende." Und die Regierungen Europa's würden nur eine Pflicht gegen ihre Völker erfüllen, wenn sie sich einigten, die Ursache dieses Unheils auszutilgen. Es wäre nichts verständiger und nichts berechtigter, als wenn der „Kreuzzug gegen Napoleon", über dessen angebliche Absicht einige Organe der Presse ein Geschrei, wie über ein abscheuliches Attentat, erheben, zur Wahrheit würde. Nicht „legitimistisch", mit welcher Bezeichnung dieser sogenannte Kreuzzug bei den Liberalen verdächtigt wird — wäre er, sondern ein Unternehmen für den Frieden, für den Wohlstand, für das Glück der Völker. Er würde unserer Zeit ein ewiges Denkmal der Gerechtigkeit und der Humanität setzen.

Aber das ist eine leere Phantasie. Wir sind auf dieselbe nur eingegangen, um denjenigen, welche mit dem „legitimistischen Kreuzzuge" ein Schreckbild für die Völker erfanden, zu sagen, daß sie in Wahrheit ein wünschenswerthes Ziel vorgesteckt. Daß dasselbe nicht erreicht wird, dafür sorgt hinlänglich die Zerfahrenheit der Meinungen in den Völkern und die Verschiedenheit der Interessen in den Kabineten. Aber wenn diese Differenzen in den Völkern und Regierungen auch nicht obwalteten: sie würden den Frieden Frankreichs doch nicht bedrohen, wenn dieses Frieden halten wollte. So viel Einsicht von der Lage der Dinge in Europa wird man dem französischen Kaiser auch wohl zutrauen, daß er davon überzeugt ist. Wenn dem aber so ist: darf man seine maßlosen Rüstungen dann für etwas Anderes, als für eine Drohung und Gefahr gegen alle seine Nachbarn halten? — Und wenn nun ein Monarch seine Befürchtungen vor diesen Drohungen und Gefahren ausspricht: heißt es dann nicht die Wahrheit entstellen, das richtige Verhältniß der Dinge verrücken und verdrehen, wenn man solche Aeußerungen der Befürchtung als Drohung faßt, sie als „Säbelgerassel" bezeichnet? — Und was gewinnt man dabei, wenn man auf solche Weise dem französischen Kaiser und dem französischen Volke seine Friedensliebe bezeugt? — Sicherlich keinen Tag eines Aufschubs des Krieges, den er vorbedacht, auf den er gerüstet hat. Wir wenigstens können in Aeußerungen der Friedfertigkeit nicht den kleinsten Grund für Napoleon finden, auch nur eine Stunde die Ausführung der Pläne zu verzögern, um derer willen er die

---

Ein Zeitgedicht von Friedrich Halm.

Ein zu Ostern ds. Js. bei F. A. Brockhaus in Leipzig erscheinendes größeres Werk über Götz von Berlichingen, dessen Herausgeber ein Nachkomme des berühmten Ritters ist, wird, nebst den sehr interessanten Inschriften des in Jaxthausen befindlichen Stammbuches zur eisernen Hand, auch alle Gedichte enthalten, welche dem Andenken des letzten Ritters von deutschen Dichtern gewidmet wurden. Ganz neuerlich hat Friedrich Halm diese Sammlung durch nachstehenden Beitrag vermehrt:

Mahnung (1861).

„Gott hat mir armen Menschen Sieg und Glück
Von Jugend auf in jedem Streit verliehen,
Und immer sah ich meinen Gegner fliehen,
Gab frisch und keck ich Streich für Streich zurück!

Nur dann brach Unglück über mich herein,
Wenn lang mit meinem Feind ich unterhandelt,
Und meinte, wie ich Wort hielt unverwandelt,
Auch ihm gelt': Ja! für Ja! und Nein! für Nein! —"

Wer sprach dies Wort? — Der alte Götz schrieb's hin,
Der Ritter mit der Eisenhand aus Franken,
Als müd' von Fehden ihm die Arme sanken,
Und Zeit ihm's, um sie aufzuzeichnen, schien!

Der alte Götz schrieb's hin vor manchem Jahr;
Du aber, Deutschland, laß sein Wort dich warnen,
Laß Arglist deine Söhne nicht umgarnen,
Und raff' dich auf, denn nah' ist die Gefahr!

Glaub' nicht dem Feind, der Einigung verheißt,
Der überfließt von Völkerfreiheitsphrasen,
Und der nur trachtet, Zwietracht anzublasen,
Und der nur lauert, wie er dich zerreißt!

Glaub' nicht dem Feind, ob er auch Gaben beut;
Erkenn' und richte ihn aus seinen Thaten!
Wem schwor er Treue, den er nicht verrathen?
Wer lieh ihm Glauben, der es nicht bereut?

Vertrag und Recht und Sitte und Gesetz,
Was war ihm heilig? Was blieb unzertreten?
Die Worte all', die ihm vom Munde wehten,
Was waren sie, als Falle nur und Netz?

Deutschland, denk' an den Götz, der unterlag,
Wenn thöricht er auf Feindesworte baute,
Der siegte, wenn er seinem Recht vertraute,
Und raff' dich auf, und rüste, triff und schlag!

Denk' an den Götz und fahre herzhaft drein,
Germania, mit deiner Hand von Eisen;
Laß deinen Muth dein gutes Recht beweisen,
Und wage einig, wage groß zu seyn!

haben, war übrigens „einzig in der Voraussicht eines Angriffs Seitens Italiens (Sardiniens) auf Venetien" verfaßt und sollte „außerhalb dieser Conjectur" durchaus bedeutungslos bleiben. Es lautet nach dem den französischen Kammern vorgelegten Text, wie folgt: „1) In dem Falle, daß Oesterreich in Venetien angegriffen wird, ist Frankreich entschlossen, Piemont keine Unterstützung zu leihen. Damit diese bestimmte Verbindlichkeit bis an's Ende verpflichtende Geltung behalte, ist vorausgesetzt, daß die deutschen Mächte sich zurückhalten und in dieser Haltung streng verharren. 2) Es ist abgemacht, daß der Stand der Dinge, welcher der eigentliche Anlaß des letzten Krieges gewesen, nicht wieder hergestellt werden kann. Die Bürgschaft für die Nichtwiederkehr jener Zustände würde die Aufrechthaltung der in Villafranca vereinbarten und in Zürich festgestellten Grundlagen seyn. Die Abtretung der Lombardei würde folglich nicht in Frage gestellt werden können, und Italien würde in föderativem und nationalem System unter dem Schutze des europäischen Rechtes konstituirt. 3) Alle Fragen, welche die Gebiets-Abgränzungen der verschiedenen Staaten Italiens und die Einsetzung der zu deren Regierung bestimmten Staatsgewalten betreffen, werden in einem Kongreß unter dem doppelten Gesichtspunkte, sowohl der Rechte der gegenwärtig besitzlosen Souveraine, als auch der Konzessionen, betrachtet werden, welche nothwendig sind, die Dauerhaftigkeit der neuen Ordnung sicher zu stellen. 4) Selbst wenn Piemont die Landerwerbung wieder einbüßen sollte, welche es ohne die Stipulationen von Villafranca und Zürich gemacht hat, würde doch der Vertrag, durch den es Savoyen und Nizza an Frankreich abgetreten, keiner Diskussion unterliegen und Frankreich wird so angesehen werden, daß es seine Verbindlichkeiten erfüllt hat, als es das Anerbieten wiederholte, im Punkte der Neutralisirung eines Theiles von Savoyen die Verpflichtungen, welche Sardinien gehabt, so zu übernehmen, wie sie aus dem Art. 92 der Wiener Akte hervorgehen. Die aus der eventuellen Neutralisirung dieses Gebietes entspringenden Rechte und Pflichten würden durch eine direkt zwischen Frankreich und der Schweiz abgeschlossene und den Mächten, Bürgen der schweizerischen Neutralität, unterbreitete Convention fest bestimmt werden." Mit diesen Anerbietungen und Zusagen Frankreichs haben sich die Warschauer Mächte vorläufig zufrieden gegeben.

Das französische Memorandum sagt also, daß Frankreich im Falle eines Angriffes auf Venedig Piemont nicht unterstützen werde, unter der Voraussetzung, daß in diesem Falle Deutschland sich ebenfalls jeder Betheiligung an dem Streite enthalte. Die veröffentlichten Aktenstücke enthalten nun auch die Antworten der HH. v. Schleinitz und Rechberg auf jene Bedingung. Oesterreich bemerkt, daß es den Vorbehalt keinenfalls in dem Sinne verstehen könne, daß es dem deutschen Bunde verwehrt seyn würde, die in der Bundesakte vorgesehenen Maßregeln zur Sicherung des Bundesgebietes zu treffen. Hr. v. Schleinitz spricht sich in ähnlichem Sinne aus, fügt indessen hinzu, daß jene Vorsichtsmaßregeln allerdings die aktive Betheiligung am Kriege ausschließen müßten. Beide Kabinete scheinen indessen, den angezogenen Erklärungen gemäß, der Ansicht, daß die Bundesmaßregeln unter Umständen nicht lediglich auf die gar keiner Frage unterliegenden Vorkehrungen an der Grenze beschränkt seyn müßten. Preußen spricht das in milderer Form aus, Oesterreich in herberer. In Paris hat man sich über diesen Punkt keinen Illusionen hingegeben. In einer späteren Depesche an den französischen Botschafter in Petersburg erklärt Thouvenel, daß davon nicht die Rede seyn könne, Deutschland in der Sicherstellung seines Gebiets zu behindern, sofern die betreffenden Maßregeln nur nicht den Charakter einer aktiven Betheiligung am Kriege annähmen. Man darf aus dieser Erklärung schließen, daß das Pariser Kabinet die Neutralität des Bundes bei einem neuen Kriege auf ein weit engeres Gebiet zu begrenzen sucht, als während des Krieges von 1859. Bekanntlich erregte der Durchmarsch österreichischer nach Italien bestimmter Truppen durch Sachsen und Bayern schon damals die empfindlichen Nerven der französischen Politiker. Fast scheint es, als habe Thouvenel hieran gedacht, als er von dem Charakter der Sicherheitsmaßregeln sprach.

Italien.

Rom, 2. Februar. Wir haben neuere Nachrichten über die Vorgänge in der latinischen Campagna. Das „Römische Journal" gibt zu, daß sich dort, hart an der Grenze des Königreichs Neapel, ein bourbonisches Freischaarenkorps zusammenzog, um in das Gebiet von Sora einzurücken; es leugnet jeden Zusammenhang desselben mit der Politik von Rom, und andere päpstliche Blätter verdammen öffentlich das Vorhaben des Abbate Ricci, welcher diesen Trupp organisirte. Die „Römische Zeitung" erklärt, daß der päpstliche Befehlshaber des Kastells Veroli eben einschreiten wollte, um jene Freischaaren, die in Banco Posto gefaßt, zu zerstreuen, doch waren die Piemontesen von Sora bereits im Anmarsch gewesen, welche nach einem harten Kampf die Freischaaren zurückjagten. (Nat.-Z.)

Rom, 2. Febr. Nicht aus Paris, Gent und Osimo allein sind dem heiligen Vater letzte Woche Pretiosen und Gelder für die Bedürfnisse seiner Regierung von frommen Familien übersandt, auch aus New-York, Boston und ganz besonders aus Süd-Carolina wurden durch die Propaganda zu gleichem Zwecke der für die Einsammlung des Peterspfennigs bestellten Kommission Anweisungen auf das hiesige Bankhaus Hooker im Betrage von etwa einer Million Francs zur Verfügung gestellt. (Köln. Z.)

Turin, 5. Febr. Es werden 10 Infanterie- und 3 Grenadierregimenter neu geschaffen; die alten Bataillone werden um 2 Kompagnien vermehrt. Vier neue Nationalgarde-Bataillone wurden mobil gemacht, um nach Neapel und Ankona zu gehen.

Man schreibt aus Turin, daß der Bericht über die Errichtung eines Kriegshafens in La Spezzia bei dem Marineministerium eingereicht worden ist. Für die ersten Arbeiten dazu soll bei dem Parlamente ein Kredit von 50 Millionen Franks beantragt werden. 15 weitere Millionen würden auf den Bau von drei schwimmenden Batterien und fünf Panzerfregatten verwendet werden.

Der hohe lombardische Klerus erließ ein Rundschreiben an sämmtliche Pfarrer, von welchen es am verflossenen Sonntag von der Kanzel veröffentlicht wurde, damit selbe auf das Gewissen der Christen gegen die von der sardinischen Regierung beabsichtigte Einführung der Civilehe einwirken mögen. (Tel. d. Ostd. P.)

Sardinische Berichte aus dem Lager vor Gaeta vom 8. Febr. sagen: „Cialdini gestand die Verlängerung des Waffenstillstandes zu, und erbot sich zur Uebernahme von 400 Kranken und Verwundeten. Als er erfuhr, daß der Platz die Bresche ausbessere, erklärte er jedoch, er werde nichts mehr zugestehen. Morgen beginnt das Feuer wieder." Es scheint, die Sardinier wollen durch diese Angaben glauben machen, sie hätten den Belagerten großen Schaden zugefügt; es ist übrigens Grund vorhanden, sie zu bezweifeln. (Telegr. d. Allg. Ztg.)

Ein russischer Diplomat ist nach Gaeta abgegangen, um dem König und den Prinzen den Großorden des weißen Adlers zu überbringen: man bezweifelt, daß er von der sardinischen Flotte zugelassen wird.

Alle Schritte zur Ermittelung der Bande, welche die Wähler in Mirto auf Sicilien überfallen und umgebracht hat, sind fruchtlos geblieben, da die Einwohner dabei keine Hilfe leisten.

Montenegro.

Fürst Nikizza hat seine Montenegriner wieder in die benachbarten türkischen Distrikte geführt, überall gesengt und gebrannt und 41 Türken ermordet.

Türkei.

Nachrichten aus Konstantinopel vom 2. d. zufolge weigert sich die Pforte fortwährend, ihre Zustimmung zur Verlängerung der französischen Okkupation in Syrien zu geben. Die Handelskrisis in Galacz dauerte fort. (K. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

Arnheim, 7. Febr. Das Dampfboot „Brouwershafen" unter Leitung des Ingenieurs Waldorp hat auf seinem Wege die Merwe aufwärts eine Eisverstopfung von 2500 Ellen Länge vernichtet; es richtet jetzt seine Kraft auf die hauptsächlichsten Eisverstopfungen in der Waal.

Die „Arnheim'sche Ztg." berichtet über die furchtbare Gewalt des Stromes beim Durchbruch des Dammes zu Leeuwen, daß eine ganze Reihe Häuser, welche nur ungefähr hundert Ellen vom Deiche entfernt lag, rein weggespült wurde, und daß das Wasser Anfangs mit einem Falle von fünf Ellen durch den Bruch in die Polder stürzte. Ein alter Mann hatte sich mit sechs Kindern auf das Dach seines Hauses geflüchtet; ehe man aber nur einen Versuch zur Rettung machen konnte, verschwand das Haus in den Wellen. Eine Mutter hatte ihr jüngstes Kind in die Wogen stürzen sehen, und ihre anderen vier Kinder konnte man erst anderen Tages von einer Scholle retten; ein Mädchen fand man fast sterbend auf einem zusammengebundenen Haufen Heu, der einige Tage umhergetrieben war.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 42. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 38. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Montag, 11. Februar 1861.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 9. Febr. Se. Majestät der König hat die katholische Kuratie in der Strafanstalt zu Kaisheim dem Verweser derselben, Priester Johann Baptist Strauß, übertragen.

München, 9. Februar. Prinz Karl hat vor, gegen Ende dieses Monats sich nach Meran zu begeben, um in dem mildern Klima sich völlig zu erholen. — Der kgl. neapolitanische Oberst Equevilley ist aus dem Neapolitanischen hier angekommen, und hat sogleich mit dem Schnellzug seine Reise nach Paris fortgesetzt, von wo er in einigen Tagen wieder hieher zurückkehren wird.

Fürth, 7. Febr. In voriger Woche hat die Generalversammlung der Nürnberg-Fürther Eisenbahn in Nürnberg beschlossen, den mit dem Staate abgeschlossenen Vertrag für den Transport von Gütern und Personen von Fürth bis zur Kreuzung, wo die Fürth-Nürnberger Privatbahn an die Staatsbahn stößt und zum Uebergang in die letztere durch einen Wechsel gesorgt ist, bis Herbst nächsten Jahres zu kündigen, so daß also die Beförderung von Fürth und dahin dann nicht mehr stattfinden soll. Man sagt, die Privatbahn von Fürth bis zur Kreuzung leide Noth unter der vermehrten Frequenz. Der Magistrat der Stadt Fürth hat sich dagegen erboten, von Fürth aus zur Verbindung mit der Staatsbahn an der Kreuzung ein zweites Schienengeleise zu legen, und in Fürth einen Bahnhof mit den nöthigen Gebäuden zu errichten. Die Bausumme ist auf 300,000 fl. veranschlagt, und es tritt der Magistrat jetzt mit der Generaldirektion der bayerischen Verkehrsanstalten in Unterhandlung über die Bedingungen wegen Verzinsung des Kapitals, Unterhaltungskosten und Herausbezahlen des aufgewendeten Kapitals bei Verlängerung der Bahnlinie. Es hängt übrigens das Projekt noch von der Genehmigung der Kuratelbehörde ab. (Frkf. Journ.)

Speyer, 7. Febr. Die Wahlen in die pfälzische Generalsynode sind nach der „Pfälz. Ztg." mit verhältnißmäßig wenigen Ausnahmen zu Gunsten des Consistoriums ausgefallen; eine Verständigung der Parteien wird erwartet.

* **Oesterreich.** In den verschiedenen ungarischen Comitaten sind bekanntlich hervorragende politische Flüchtlinge in den Komitats-Ausschuß gewählt worden, darunter auch Türr. Dieser hat nun an den Ausschuß des Neograder Komitats folgendes Schreiben gerichtet: „Ich erhielt die schmeichelhafte Nachricht, daß Ihre Grafschaft sich meiner erinnernd, mich zum Ausschuß-Mitgliede wählte, zugleich mit dem Befehle der österreichischen Regierung, durch den die verbannten Söhne des Vaterlandes von jeder Wahl ausgeschlossen würden. Indem ich den löblichen Ausschuß ersuche, der Grafschaft meinen herzlichen Dank auszudrücken, hoffe ich, der Gott der Ungarn werde es zulassen, daß wir uns einen Weg bahnen, auf dem wir, wenngleich etwas später, jenen Sitz auch einnehmen können, von dem uns jetzt die Regierung ausschließt. Mit wahrer Hochachtung Ihr treuer patriotischer Landsmann Stephan Türr, Feldmarschall-Lieutenant der sardinischen Armee."

Wie man vernimmt, haben schon seit längerer Zeit Verhandlungen zwischen den Kabinetten von Berlin, Wien und Petersburg stattgefunden, um eine Verständigung für ein gemeinsames Vorgehen gegen revolutionäre Erhebungen in ihren Staaten herbeizuführen, welche nöthigenfalls bewaffnete Hülfe nicht ausschließen würde. Man hat Ursache anzunehmen, daß diese Verhandlungen ihren Zweck nicht verfehlen werden. (Fr. Pstz.)

Dänemark.

Das dänische „Dagbladet" erklärte neulich die Nachricht für erdichtet, daß die europ. Mächte Dänemark Nachgiebigkeit gegen Deutschland angerathen hätten; jetzt wird durch die den französ. Kammern vorgelegte amtliche Darlegung der politischen Lage ausdrücklich bestätigt, daß u. A. Frankreich wirklich einen solchen Rath ertheilt hat.

Frankreich.

Paris, 8. Febr. Heute kam der Prozeß Patterson im 3. Termine zur gerichtlichen Verhandlung. Die Staatsbehörde stellte ihre Anträge, welche auf Anerkennung des civilrechtlichen Charakters der Ehe*), die zwar heimlich aber von Seiten der Madame Patterson in gutem Glauben abgeschlossen worden sey, sowie auf gleichzeitige Verweisung auf den letzten Beschluß des kaiserl. Familienrathes gerichtet sind. Das Urtheil wird in acht Tagen gefällt.

Paris, 8. Febr. Der Papst hat vor Kurzem ein eigenhändiges Schreiben an den Kaiser Napoleon gerichtet, worin er sich mit großer Bitterkeit über die neue Gestaltung der Dinge in Italien ausspricht. (K. Z.)

Der „Times"-Korresp. berichtet aus Paris, daß ungeheure Sendungen von Lebensmitteln und Kriegsmunition fortwährend nach Metz und Straßburg abgehen.

Paris, 9. Febr. „Pays" und „Patrie" sagten gestern, Garibaldi habe sich verbindlich gemacht, weder nach Ungarn noch nach Venetien zu marschiren. Heute erklären beide Blätter, Freunde Garibaldi's hätten ihnen mitgetheilt, daß Letzterer keine Verpflichtung, wenigstens nicht in Betreff Ungarns, übernommen habe. Dieselben Blätter fügen bei, in Paris befindliche Garibaldische Freiwillige hätten Befehl erhalten, sich nach Genua zu begeben, um sich dort zur Verfügung Garibaldi's bereit zu halten. (Damit ist noch gar nichts gesagt; denn es fragt sich sehr, ob diese angeblichen Freunde Garibaldi's und diese Freiwilligen etwas von seinen Planen wissen. Jedenfalls sieht sich Garibaldi eher nach Venetien um, als nach Ungarn; und daß er sich bequemt hat, Venetien vorläufig in Ruhe zu lassen, ist ja bekannt.)

* Die Franzosen sind bekanntlich keine Helden in der Geographie. Einen neuen Beweis dafür liefert das „Pays", welches allen Ernstes versichert, die österreichische Regierung wolle ein verschanztes Lager zwischen Ofen und Pesth anlegen. Das Lager müßte demnach auf die Donau kommen, da sonst nichts zwischen Ofen und Pesth ist.

* Was ist nicht über die Zusammenkunft in Warschau hin- und hergeredet worden? Jetzt erfahren wir, daß Frankreich allerdings, wenn auch nicht in der Person des Kaisers selbst, aber in der Gestalt eines Memorandum, daran Theil genommen. Der französische Gesandte in Petersburg, Herzog v. Montebello, hatte vor der Warschauer Zusammenkunft eine Unterredung mit dem Kaiser Alexander, deren Inhalt er unter dem 17. Septbr. nach Paris berichtete. Ein Auszug dieser Note ist jetzt den französischen Kammern vorgelegt worden. Der Herzog v. Montebello erzählt diese Unterredung folgendermaßen: „Sie wissen", sagte mir Se. Maj. der Kaiser Alexander, „daß der Prinz-Regent von Preußen und der Kaiser von Oesterreich mich in Warschau besuchen werden. Die öffentliche Meinung hat sich viel mit dieser Zusammenkunft beschäftigt, ehe sie sogar noch beschlossen war. Man hat darin den Keim einer Coalition gesehen. Ich wollte mich bei Ihnen über die Dispositionen, welche ich dahin mitnehme, aussprechen. Ich habe nicht nöthig, Ihnen zu sagen, daß sie für Frankreich freundschaftlich sind. Ich will in Warschau keine Coalition, sondern Versöhnung stiften und ich bin glücklich, zu sehen, daß der Prinz-Regent gleiche Gesinnungen hegt. Sagen Sie dem Kaiser Napoleon, daß er Vertrauen zu mir haben kann." Das französische Memorandum, welches hierauf Thouvenel unterm 25. Nov. v. J. dem Herzog v. Montebello zugefertigt hat, und das die drei in Warschau versammelt gewesenen Mächte ihrer Berathung unterzogen

*) Also auf Anerkennung der Erbansprüche gegen den Nachlaß des Prinzen Jerome.

Wasserfluth sich mit dem Angstgeschrei und Gewimmer der flüchtenden Menge vereinigte. In einem Augenblick stand unser ganzer unterer Stadttheil voll Eis und Wasser. Unabsehbar würden jedoch die Folgen seyn, wenn es nicht den Genieoffizieren nach außerordentlicher Anstrengung geglückt wäre, das Ufer zwischen dem Damm nach Weurt und den Befestigungswerken gegen die wüthende Strömung zu schützen, wodurch viele weitere Orte vor Überschwemmung bewahrt blieben. Aber immerhin ist die Zahl derjenigen, welche hiedurch wieder in Armuth versetzt wurden, groß, da viele nichts, als das nackte Leben mit Mühe retten konnten.

Neueste Nachrichten.

Frankfurt, 8. Januar. Die gesetzgebende Versammlung beschloß fast einstimmig: 1) auf Antrag Dr. Textors, in Betreff des Antrags der Darmstädter Regierung beim Bunde, gegen den sogenannten Nationalverein, den Gesandten Frankreichs dahin zu instruiren, nicht nur gegen den großh. hessischen Antrag zu stimmen, sondern auch mit allen ihm zu Gebot stehenden Mitteln dagegen zu wirken. 2) Auf Antrag des Dr. Braunfels, den Senat zu ersuchen, daß er durch den Gesandten Frankfurts beim Bundestag nach Kräften auf Schaffung einer starken Centralgewalt mit Volksvertretung hinwirke. (Tel. d. Allg. Z.)

Pesth, 7. Febr. **Arthur Görgey**, von dem vor Kurzem ein Schreiben im „Pesti Naplo“ enthalten war, richtet heute an den Redacteur desselben Baron Sigismund Kemeny abermals einen Brief, in welchem er sich gegen die Absicht verwahrt, auf diese Weise sich der Oeffentlichkeit aufdrängen zu wollen. Eine Theilnahme an den Landes-Angelegenheiten von seiner Seite werde schon durch die Ueberzeugung ausgeschlossen, daß das Land im „gegenwärtigen Augenblicke nach so vielen Leiden mehr des Oelzweiges als der Blutfahne bedürfe.“ Der Redacteur bemerkt hiezu, daß er, da er in keinen persönlichen Beziehungen zu Görgey stehe, den Brief als für die Oeffentlichkeit bestimmt angesehen habe.

Pesth, 8. Febr. Das „Journal der Gegenwart“ meldet bestimmt: im Honther Komitate habe die Eintreibung der Domestikalsteuer, mit 32 Kreuzer per Gulden der bisherigen Steuer, faktisch begonnen. (Tel. d. Allg. Z.)

Paris, 7. Febr. Die Regierung hat eine Reihe politischer Dokumente den Kammern vorgelegt; sie beziehen sich wesentlich auf Rom und haben den Zweck, die Schuld der Zerwürfnisse so viel als thunlich auf den heiligen Stuhl zu wälzen.

Die Nachrichten über **Gaeta** widersprechen sich noch fortwährend in unauflösbarer Weise; während hier behauptet wird, daß die Festung überhaupt gar nicht zu nehmen sey und daß völlige Entmuthigung im piemontesischen Lager herrsche, wird von anderer Seite mit eben so großer Bestimmtheit behauptet, daß die Festung in kurzer Zeit fallen müsse und überhaupt nur darum sich bis jetzt gehalten habe, weil der piemontesische Feldherr Cialdini im offenen Kriege sey mit dem piemontesischen Admiral Persano. Allerdings erklärt Persano seinen Collegen zu Lande ganz ungenirt für eine „Schlafmütze“, während Cialdini den Collegen zu Wasser mit ähnlichen Höflichkeiten bedient und ihm namentlich den Ruf eines „Pulververschwenders“ macht. Uns scheint es, als ob die Piemontesen viel Zeit und viele Menschenleben geopfert haben, weil sie in ihrer kühnen Phantasie dem Platze zu wenig Widerstandskraft zulrauten; wahrscheinlich haben sie sich erst in letzter Zeit mit den Angriffsmitteln ausreichend versehen und, allen Nachrichten nach, werden sie einen großen Schlag wagen, vielleicht sogar einen Sturm vor gelegter Bresche. (N. Pr. Z.)

Neapel. An gut unterrichteter Stelle spricht man davon, Persano habe Gaeta für uneinnehmbar erklärt, besonders da seine vierzehn Kriegsfahrzeuge nicht ausreichten, eine vollständige Blokade zu erzwingen. — Das Marineministerium wird in der Presse scharf getadelt, da die italienische vor Gaeta stationirte Flotte wahrscheinlich längere Zeit daselbst zu verbleiben hat, bis jetzt aber noch kein Kohlenmagazin in der Nähe eingerichtet wurde, so daß die Schiffe, wenn das Brennmaterial verbraucht ist, nach Neapel segeln müssen, um sich damit zu versehen. Dieser Fall wird auch demnächst eintreten, weil die Fregatten nur noch für sechs, die kleineren Fahrzeuge blos noch für drei Tage Kohlen haben.

Konstantinopel, 2. Febr. Gegen zwanzig neue Fallimente sind bekannt geworden. Der Tscherkessen-Häuptling Naib Mohamed Emir Pascha wurde von seinen eigenen Leuten ermordet; man hielt ihn eines Verkehres mit Rußland verdächtig. (T. d. Ostd. Post.)

Athen, 1. Febr. Die Opposition blieb bei den Wahlen in großer Minderheit. (T. d. Ostd. Post.)

In **San Juan** (in den La Plata-Staaten) erhob sich am 16. November die Bevölkerung in Masse, griff das Haus des Gouverneurs Virasora an und ermordete ihn, so wie seinen Bruder und ein Dutzend Freunde. Bestürzung herrschte in der ganzen Republik, und die Regierung hatte zur Untersuchung eine Commission abgesandt, die in San Louis eingetroffen war.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	76 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	60 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	52½ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	45 G.
„	4½ pCt.	38½ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	88 P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. R. (C. b. R.)	102 P.
„	4½ pCt. Obl. 1jahr. dto.	101⅞ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jahr. dto.	102 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	100¼ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100¼ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95¼ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	104¼ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94½ P. 94 G
Baden	4½ pCt. Obl.	102⅞ P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	94¾ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	102 G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	93¼ P. 92¾ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	100⅞ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	97⅞ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	97⅜ P. ¼ G.
„	3 pCt. Obl.	90½ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	46¼ G.
„	1¾ pCt. „ „ „	40½ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	97½ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	107¾ G. exD.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	623—18 G. ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	138—137 G. exD.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	182 G. ex D.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	77 G.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	69 P. ex D
Internationale Bank in Luxemb. . .	79¼ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	337 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	68½ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	230 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	127½ G.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75¼ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	25½ P. 25 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	130 P. 129 G. exD.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	96¾ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51⅝ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	237 G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	480 P. 475 G. exD.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	465 G. ex D.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	103½ G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101½ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99¾ B. ½ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105½ G.
Brem. 60 Th. Lsd. k. S.	95¾ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	88 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105⅜ B. ⅛ G.
London Lst. 10 k. S.	117½ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	92⅝ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93 G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in 3st. W. l. S.	81⅞—⅜ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	74½ G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	46¼ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	58½ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	125½ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	60—58 G.	„ fl. 25 do.	35¾ G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	91¼ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	—
4½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beik.	116 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50¼ G.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	34½ G.
Badische fl. 50	89 P.	Vereins-Loose fl. 10.	10⅞ P.
Badische fl. 35	53¼ G.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅜ P.

Frankfurt, 9. Februar. Oesterr. Fonds, Bank- und Kreditaktien waren abermals höher, der Umsatz jedoch nicht von so großer Bedeutung als gestern. Von Anlehensloosen waren besonders kurhessische, von Eisenbahnen Bexbacher begehrt und höher. Dagegen wurden Darmstädter Bankaktien billiger abgegeben. Wechsel auf Wien in allen Sichten etwas niedriger. (Syndikat.)

Bodens eine redliche Aussöhnung erstrebt, macht einige, wenn auch nicht sehr erhebliche Fortschritte. Zu einer Vertrauensadresse hat sich zwar nur das kleinste aller Komitate, das von Ugocsa, bewegen lassen; hingegen ist der Sieg, den die Gemäßigten in der Adreßdebatte der Pesther Stadtrepräsentanz davongetragen, nicht so gering anzuschlagen. Stärker werden allem Anschein nach die beiden Parteien am 11. Febr. auseinanderstoßen, wo das Pesther Komitat über die Antwortsadresse auf das letzte kaiserl. Reskript debattiren wird. Am 14. Febr. soll in Pesth eine Versammlung sämmtlicher Obergespane stattfinden, welche der Hofkanzler Baron Vay nach der Hauptstadt berufen hat, um, wie es heißt, mit den Spitzen der Komitatsverwaltungen über die Steuerfrage zu konferiren. Nach dem amtlichen „Sürgöny" wäre diese Zusammenkunft sehr wichtig: Baron Vay wolle zum letzten Male versuchen, mit den Komitaten in's Reine zu kommen und, wenn dies nicht möglich sey, den ungleichen Kampf des Einzelnen gegen Viele aufgeben. (D. Allg. Z.)

Großbritannien.

London, 6. Febr. In der gestrigen Unterhaussitzung griff Disraeli (Tory) die italienische Politik der englischen Regierung an. Er sagte, er unterschätze das Ziel, auf welches die englische Regierung hinarbeite, ein einiges Italien nämlich, keineswegs, da ein solches Italien viel zur Stärke und Sicherheit Europa's beitragen würde. Wenn aber das der Hauptzweck des britischen Ministers des Auswärtigen gewesen wäre, so hätte er ihn durch andere Mittel, als durch sogenannten moralischen Einfluß und durch eine kindische Diplomatie, welche alle Elemente der Anarchie in die italienische Frage hineingetragen habe, anstreben müssen. Lord J. Russel entgegnet, die Regierung sey nie von folgenden zwei Grundsätzen abgegangen, erstens dem, daß man die Italiener sich selbst überlassen müsse, und zweitens, daß es nach Abschluß des Friedens von Villafranca wünschenswerth sey, den aus diesem Frieden hervorgegangenen Vertrag zu einer Bürgschaft für den Frieden Europas zu machen, in der Voraussetzung, es diene zum Besten Italiens und Sardiniens selbst, daß es sich nicht wahnsinnig in einen Krieg stürze. Die außerordentlichen Ergebnisse der Invasion Garibaldi's hätten jedoch gezeigt, daß er als Befreier des sizilianischen und neapolitanischen Volkes begrüßt worden sey. Aber er habe keine feste Macht in Neapel gründen können, und hätte sich nicht der König von Sardinien eingemischt, so würde Alles Anarchie gewesen und die italienische Einheit wie ein Traum verschwunden seyn. Er glaube, der König von Sardinien hätte nicht anders handeln können, als sich sofort offen auszusprechen und die Zügel der Regierung in Italien zu ergreifen.

* Aus der Thronrede der Königin von England wurde die für das Ausland erhebliche Stelle, die sich auf die auswärtige Politik bezieht, neulich durch ein Telegramm bereits ihrem vollen Inhalte nach zur Kenntniß unserer Leser gebracht. Von dem übrigen Theil der Rede können wir füglich Umgang nehmen. In Betreff derjenigen Frage, von welcher man am meisten eine Bedrohung des europäischen Friedens fürchtet und an welcher Frankreich und England einen offenkundig sehr warmen Antheil, jedes in seiner Weise, nehmen — der italienischen —, ist der kurze Satz der englischen Thronrede vollkommen klar und unzweideutig, zeichnet die Politik Englands, wie sie ist und wie sich selbst konsequent geblieben ist. „Da ich glaube, daß es den Italienern überlassen bleiben müsse, ihre eigenen Angelegenheiten zu ordnen, so erachtete ich es für gerecht, eine aktive Intervention in dieser Sache nicht auszuüben." Wie viel Worte macht dagegen über die gleiche Sache die französische Thronrede und wie wenig vermag sie gleichwohl die Inkonsequenz und Zweideutigkeit der daselbst verfolgten Politik zu rechtfertigen oder auch nur genügend zu beschönigen! Die französische Thronrede will entschieden einen friedlichen und friedeliebenden Eindruck machen. Die englische macht ihn in der That.

Frankreich.

Paris, 6. Febr. Mit der Thronrede geht es hier eigenthümlich genug. Im ersten Augenblick fand das große Publikum dieselbe friedlich. In London aber sah man die Sache anders an; die dortige Börse begrüßte die französische Rede mit einer Baisse. Dieser Eindruck übte nun auf die hiesige Stimmung seine Rückwirkung aus; die Leute studirten die Rede von Neuem und fanden nun Dinge, die sie anfangs nicht vermuthet hatten. Namentlich ist man geneigt, die zahlreichen Vorbehalte bedenklich zu finden, mit denen der Kaiser seine Erklärungen über das Nicht-Interventionsprinzip begleitet.

Italien.

Turin, 7. Febr. Die Piemontesen sprengten drei Pulvermagazine von Gaeta in die Luft. Der Platz bat hierauf um einen 48stündigen Waffenstillstand, um die Todten zu begraben. Cialdini gestand ihn zu und sandte für die Verwundeten nöthige Gegenstände. (Frkf. Journ.)

Am 3. Februar empfing König Viktor Emanuel den preußischen Gesandten Brassier St. Simon, welcher seine neuen Creditive aus Anlaß des Thronwechsels überreichte. Der Empfang war nach dem Regierungsblatt ein überaus schmeichelhafter.

Die Nachrichten aus Gaeta enthalten nichts Neues. Das jeden Augenblick wieder auftauchende Gerücht von einer baldigen Uebergabe der Festung wird von Pariser offiziösen Blättern bezweifelt; die Belagerten haben im Gegentheil ihre Vertheidigungsmittel vermehrt. In den Abruzzen dauert der Aufstand fort, was am klarsten daraus hervorgeht, daß die Piemontesen stets neue Truppen hinschicken. Der Kampf bei Banco war für die Piemontesen, welche, 4000 Mann stark, gegen 360 Neapolitaner kämpften, sehr blutig; nach Berichten aus Rom haben sie mehrere hundert Todte und Verwundete verloren, da ihre von zwei Franzosen befehligten Gegner auf einem sehr günstigen Terrain fochten. General Sonnaz gestand den Neapolitanern gegen Niederlegung der Waffen und die Verbindlichkeit, in Kalabrien und den Abruzzen nicht mehr gegen die Piemontesen zu kämpfen, freien Abzug zu.

Nichtpolitische Zeitung.

Arnheim, 7. Febr. Der Rhein ist von hier bis Wyk bei Duurstede frei von Eis, das Wasser fallend und der Zustand gefahrlos.

Nymwegen, 1. Febr. Es war ein beklagenswerther Zustand, als gestern Nacht das Wasser auch an der Seite, welche durch die Vorkehrungen des Militärs geschützt war, an vielen Stellen hereindrang, was bei dem Lichte der Fackeln und dem herrschenden Nebel ein trauriges, zugleich aber majestätisches Schauspiel darbot. Plötzlich gaben schwere Stöße das Zeichen, daß der Damm geborsten sey, während das Gebrause der hereinstürzenden

O Königin der Ritterschaft
Von neunzehn jungen Jahren,
In unsrer Zeit, so arm an Kraft,
In Stärke so erfahren!
Die deutschen Männer danken Dir,
Bewundernd sie Dich feiern,
Du, deutscher Fürstentöchter Zier,
Du lichter Stolz von Bayern,
Du Heldin von Gaeta!

O all ihr Frau'n im deutschen Gau
Kommt, neiget ihr die Kniee!
Der tapfersten, getreu'sten Frau,
Der Königin Marie!
Sie lehrt euch, was das Weib vermag
Beim schwerbedrängten Gatten.
Die Sorge wächst von Tag zu Tag,
Doch nimmer will ermatten
Die Heldin von Gaeta!

Sieh' Königin, das sey Dein Trost
In Deinen öden Mauern!
Wie auch das Leid Dich wild umtost
Mit blut'gen Todesschauern —
Du bist erkannt von Deiner Zeit!
Gleich einem frischen Bronnen
Durchrinnt Dein Preis die Lande weit,
Jed' Herz hast Du gewonnen —
Du Heldin von Gaeta!

Du starke Frau, so zart Dein Leib!
Du Königin im Lieben!
Du wirst als treu'stes Königsweib
In's Buch der Welt geschrieben!
Und hell im gold'nen Heldensang
Wird stets Dein Name klingen!
Halt' aus in Gott — in Noth und Drang!
O laß Dich um den Ruhm nicht bringen
Der Heldin von Gaeta!

hier eingetroffen. Die hohe Frau hatte sich vor einigen Wochen zum Besuche ihres Bruders nach Venedig begeben, und wird nun einige Zeit im Kreise ihrer Verwandten hier verweilen.

Preußen. Berlin, 7. Febr. Die dreizehn Stimmen, mit welchen gestern im Hause der Abgeordneten, in dem das Vincke'sche Amendement mit 159 gegen 146 Stimmen angenommen wurde, Italien, wie heute die „Neue Preuß. Ztg." spöttelt, konsolidirt worden ist, sind sonderbar genug gerade die der „nationalitätsbeflissenen" dreizehn Polen in der Kammer. Durch ihre Hilfe — sagt das ebengenannte Berliner Blatt — hat Hr. von Vincke sein Werk erreicht; sie werden ihn zu ihrer Zeit daran erinnern. Bei der Abstimmung trennten sich von Hrn. v. Vincke und stimmten gegen ihn mehrere seiner alten politischen Freunde, wie Kühne (Berlin), Simson, v. Auerswald (Rosenberg), v. Saucken ꝛc.; Hr. v. Vincke stand an der Spitze der „vorgeschritteneren" Parteien des Hauses und führte namentlich das „junge Littauen" an, wie jetzt die avancirteren preußischen Abgeordneten genannt werden. „Es ist wohl selbstverständlich — so schließt die „Kreuzzeitung", — daß das Votum dieser Dreizehn des Abgeordnetenhauses keinen Einfluß ausüben wird auf die Politik der Regierung. Immerhin aber ist der Beschluß ein sehr trauriger und bedenklicher, weil er die revolutionären Tendenzen in andern Staaten stärken wird" (und weil er, wie man hinzufügen muß, Preußens Schwäche dem Ausland verräth, weil er zeigt, daß die Regierung für eine feste, entschiedene Politik in der italienischen Frage, falls sie sich dazu noch entschließen sollte, auf die Unterstützung des Abgeordneten-Hauses nicht mit Sicherheit rechnen kann).

* Aus der Berathung des preuß. Abgeordnetenhauses über Stavenhagen's Zusatz zur Antwort-Adresse (deutscher Bundesstaat mit Preußen an der Spitze) tragen wir noch Folgendes nach. Zuerst ergriff Stavenhagen das Wort, um seinen Zusatz zu begründen; er sagte u. A.: „Ich gehöre nicht zu denjenigen, welche die Kriegsglocke gegen Frankreich geläutet haben; droht aber eine Kriegsgefahr, so droht sie uns von Frankreich, das fühlt jeder Deutsche, und daher der allgemeine Ruf, daß Preußen die diplomatische und militärische Vertretung Deutschlands zu übernehmen habe; der Oberbefehl kann keiner bessern Hand übergeben werden, als der des Königs von Preußen, des Hortes von Deutschland. Der König fühlt sich als solcher, er hat es ausgesprochen, er hat den Oberbefehl 1859 gefordert, er hat ihn fordern müssen, er wird ihn immer fordern müssen." — v. Berg: „Ich räume mit Vielen ein, daß es nothwendig ist, Preußen nicht nur an die Spitze des deutschen Heeres zu stellen; aber gerade deßhalb hat man sich bei den Verhandlungen über die deutsche Frage zu hüten, sie nicht unter einem einzigen Gesichtspunkte zu beurtheilen. Die Kriegsverfassung bildet einen Theil der Bundesverfassung. Die Forderung nach einer Umgestaltung der Kriegsverhältnisse Deutschlands ist eine sehr allgemeine, aber wie will man andere Mächte in Deutschland zur befriedigenden Erledigung dieser Frage zwingen? Der Patriotismus führt zu Vorurtheilen und Uebergriffen; aber auch Vorurtheile gegen Preußen verlangen Berücksichtigung. Preußen hat vor Allem erst sich allseitig selbst zu prüfen; dann aber muß es mit dem festesten Selbstvertrauen in die Verhandlungen eintreten. Um aber zu gutem Ziele zu gelangen, ist es erst nöthig, daß alle deutschen Staaten wahrhaft freisinnige Verfassungen erhalten. So lange aber Kurhessen, Mecklenburg und Anhalt in ihren jetzigen reaktionären Zuständen verbleiben, bilden sie ein sehr störendes Moment für eine bessere Gestaltung Deutschlands. Da wir nun in der Adresse und in dem Amendement keinen Weg finden, wie die bestehenden Uebelstände zu heben sind, so thun wir besser, die ganze Angelegenheit der Regierung zu überlassen." — v. Carlowitz (für einen deutschen Bundesstaat mit preußischer Spitze; erst dann sey ein deutsches Parlament möglich): „Unsere deutschen Bundesgenossen fordern preußische Kanonen, aber von Gegenleistungen ist nicht die Rede. Der Bundestag ist eine Fessel, und erst wenn diese Fessel abgestreift ist, dann wird Deutschland einig sein. Preußen ist aber auf Deutschland angewiesen, und deutsche Interessen sind auch preußische Interessen." Reichensperger, von der kathol. Fraktion (im Sinne einer Nichtausschließung Oesterreichs): „Man behauptet, daß das deutsche Volk die vollständige deutsche Einheit erstrebe, ich aber glaube, daß dem nicht so sey, denn diese Einheit widerstrebt der Natur der Deutschen. Zunächst bedarf man doch für ein einheitliches Deutschland eines deutschen Kaisers, und noch ist er nicht da." v. Blankenburg, von der Junkerpartei (im Sinne einer Nichtausschließung Oesterreichs für einen deutschen Staatenbund): „Herr v. Carlowitz hat bemerkt, daß es noch immer Leute gebe, welche die einheitliche Gestaltung Deutschlands von einem Bundesstaat erwarten; ich entgegne, daß eine Einigung Deutschlands von vielen Leuten nur auf dem Wege des Staatenbundes erwartet werde. Ich hoffe und erwarte, daß Oesterreich keine Wege mehr gehen werde, die deutsche Interessen gefährden; wollte man aber versuchen, Oesterreich aus Deutschland heraus zu maßregeln, dann würde man sich bald vom traurigen Irrthum überzeugen. Gefährde man nicht Deutschlands wahre Interessen in einer solchen Zeit, wie die gegenwärtige." v. Vincke (für das Amendement Stavenhagen): „Es sey nicht die Aufgabe der Kammer, der Regierung zu sagen, wie sie die große Sache zu regeln hat; das sey Sache der Regierung. Fällt der Versuch, den Oesterreich jetzt macht, was nicht wahrscheinlich, glücklich aus, so wird der deutschen Einheit ein noch größeres Hinderniß als jetzt bereitet; denn der Dualismus tritt noch schärfer hervor und dieser Dualismus ist ein Unglück." v. Berg (nochmals gegen das Amendement): „An der Kaiseridee wird die deutsche Einheit scheitern. Ich habe zugegeben, daß Preußen an die Spitze Deutschlands zu treten habe, denn es ist der Schwerpunkt Deutschlands; aber die Zeit dazu wird erst dann eingetreten seyn, wenn der österreichische Antagonismus gegen Preußen gehoben ist. Betreffend den bestehenden deutschen Bund, so ist derselbe ein Recht, ein Eigenthum des deutschen Volks, denn seine Schöpfung ist *ein* Ausfluß fürstlicher Zusagen auf die Opfer, die das deutsche Volk gebracht. Für die deutschen Fürsten ist also der Bund eine Pflicht. Man kann zugeben, daß der Bund, aus dem Verein absoluter Staaten hervorgegangen, wenig anerkennenswerth sey, aber ich bestreite bestimmt, daß aus den konstitutionellen Staaten Deutschlands eben so Unvollkommenes hervorgehen müsse." — Die Erklärung des Ministers v. Schleinitz wurde schon mitgetheilt. Stavenhagens Zusatz wurde schließlich mit großer Mehrheit verworfen.

Oesterreich. Wien, 5. Febr. Die Börse hat die in der heutigen „Wiener Zeitung" veröffentlichten kaiserlichen Handschreiben sehr ungünstig aufgenommen und glaubt insbesondere in der Ernennung des Erzherzogs Rainer zum Ministerpräsidenten ein gewichtiges Symptom des Rückschritts zu erblicken, weil man sich ein verantwortliches Ministerium, dessen Vorstand ein unantastbares Mitglied des kaiserlichen Hauses ist, kaum denken kann. (D. Allg. Z.)

Von der ungarischen Donau, 4. Febr. Die Partei der Gemäßigten in Ungarn, die unter Wahrung des gesetzlichen

---

Die Heldin von Gaeta.

* Wir erwähnten gestern, Oskar v. Redwitz sey am 5. Februar Nachmittags in einer besondern Audienz von II. MM. dem König Max und der Königin Marie von Bayern empfangen worden, und habe II. Majestäten ein Gedicht auf die junge Königin von Neapel überreicht. Wir sind nun in Stand gesetzt, dasselbe hier vollständig mitzutheilen. Es lautet:

Du schöne junge Königin
Auf hartem Felsenthrone!
Es schau'n die Völker nach Dir hin,
Du, mit der schwersten Krone!
Durch des Verrathes düstre Nacht,
Wie strahlst Du durch die Lande!
Wie hältst Du stark der Treue Wacht,
Du Stolz in all' der Schande —
Du Heldin von Gaeta!

Ihr eidvergeß'nen Männer all,
O schamroth blickt zum Meere!
Seht auf Gaeta's Felsenwall
Die Herrin steh'n, die hehre!
Ihr Haupt umblitzt es feurigroth,
Rings treffen erz'ne Splitter.
Sie steht und lächelt in den Tod —
Ein minnestarker Ritter,
Die Heldin von Gaeta.

So oft ihr Herr sie drängt zu flieh'n,
Verwirft sie feig' Enteilen.
Sie will nicht Rettung sonder ihn,
Will Alles mit ihm theilen.
Sie will ihm seines Reichs Verrath
Mit Treue überwiegen,
Sein Trost und Rath zur Königsthat,
Zum Fallen oder Siegen —
Die Heldin von Gaeta.

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 41.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Sonntag, 10. Februar 1861.

Ueber die gegenwärtige Lage Frankreichs

wurde dem Senat und dem gesetzgebenden Körper von der französischen Regierung eine Auseinandersetzung vorgelegt, der wir Nachstehendes entnehmen.*)

Bezüglich der Finanzen wird darin die bereits in der Thronrede erwähnte, durch den Handelsvertrag mit England veranlaßte Verminderung der Staatseinkünfte um 90 Mill. Frcs. durch Entgang an den Zöllen auf Baumwolle, Wolle, Zucker, Kaffee, Cacao und verschiedene andere Waaren berührt. Zur Deckung des Ausfalles wurde die Tilgung der Staatsschuld unterbrochen (oder vielmehr die seit Jahren andauernde Unterbrechung fortgesetzt), die Branntwein- und Tabaksteuer erhöht u. s. w. Der Volksunterricht hat im Jahre 1860 wichtige Verbesserungen erfahren. Die Zahl der Schüler und das Schulgeld hat zugenommen. Was das Kriegsbudget betrifft, so wurden außer den 22 Territorialdivisionen während des Jahres 1860 aktive Armeen in Algerien, Syrien, China und Rom aufgestellt und dafür reichte das effektive Budget nicht aus. Die Bildung der Armeereserve ist eines der bedeutendsten Ereignisse des Jahres 1860 und verleiht die werthvollsten Elemente des Bestands. Durch zweckmäßige Vergünstigungen haben sich die Wiederanwerbungen gedienter Soldaten in 2 Monaten auf 14,000 belaufen; die Artillerie ist vollständig reorganisirt; das Genie hat die Plätze von Lille und Toulon erweitert, die Kasernen von Marseille und das Lager von Chalons bald beendigt; für die Armeeverpflegung und Verwaltung wird ein neues Reglement ausgearbeitet. Die Marine hat außer ihrer gewöhnlichen Aufgabe allen Anforderungen der chinesischen Expedition zu genügen gehabt. Die wirkliche Stärke der französischen Kriegs-Dampfflotte beläuft sich auf 88 Schiffe, nämlich 35 Linienschiffe (12 neue und 23 gemischte), 1 Panzerfregatte, 17 gewöhnliche Fregatten (11 neue und 6 gemischte), 7 neue Corvetten, 28 Avisos. Um den erforderlichen Stand zu erreichen und zu erhalten, muß wenigstens das Budget von 1857 beibehalten werden. Alle Seearsenale des Kaiserreichs bedürfen wesentliche Verbesserungen; sie müssen durch große Eisenbahnlinien und Telegraphen mit einander in direktester Verbindung stehen.

Die auswärtigen Angelegenheiten bilden den bei weitem beträchtlichsten Theil der Darlegung. Die Regierung gibt in diesem Kapitel eine ausführliche Schilderung ihrer Politik von Villafranca an, bespricht zunächst die mittel-italienischen, dann die Alpen-Annexionen; endlich die gegen den Rath des Kaisers vollzogene Annexion in Mittelitalien, welche die Bildung eines mächtigen Königreiches zur Folge gehabt habe und wegen der Alpenabhänge Frankreich Pflichten gegen sich selbst auferlegte. Die Einverleibung Savoyens und Nizza's wird in der von früher her bekannten Weise erklärt und gerechtfertigt, ebenso auch die sich daran knüpfenden Streitigkeiten mit der Schweiz. In dem Streite zwischen dem Papst und Sardinien habe Frankreich nicht interveniren können, ohne noch größere Schwierigkeiten, als die bereits vorhandenen hervorzurufen. Er konnte nichts weiter thun, als auf diplomatischem Weg abrathen und schließlich die Beziehungen mit Turin abbrechen. Dem König von Neapel konnte die kaiserl. Regierung nur das Interesse bezeigen, welches ihr dieses Opfer eines politischen Systems einflößte, das es nicht bei Zeiten abändern wollte, dessen Ursache es aber nicht war.

In Bezug auf die Zusammenkunft von Warschau enthält die Darlegung einige neue und interessante Aufschlüsse. Auf die Mittheilung Rußlands nämlich, daß es eine allgemeine Verständigung unter den Großmächten hervorzurufen wünsche, wobei es aber jedes Sondereinvernehmen ohne Betheiligung Frankreichs von vornherein zurückwies, — auf diese Mittheilung erklärte Frankreich in einem zu Petersburg überreichten Memorandum, es weise jede Solidarität mit den Uebergriffen der sardinischen Regierung zurück. Piemont habe sich auf eigene Gefahr in eine Reihe von Unternehmungen eingelassen, die seine Herrschaft bis nach Neapel und Palermo ausgedehnt hätten, und wenn es, trotz der Rathschläge von ganz Europa, den es fortreißenden Leidenschaften Gehör gebend, die Initiative eines Angriffs gegen Oesterreich übernehme, so würde dies von Frankreich energisch mißbilligt werden und Sardinien nicht mehr auf Frankreichs Unterstützung hoffen können. Wir würden, führt die Darlegung weiter an, keinen Antheil an den Feindseligkeiten zwischen Oesterreich und Italien nehmen, und uns darauf beschränken, die Vortheile, welche der Kaiser und Frankreich als ihr Werk ansehen können, und die unsere Armee mit ihrem Blute bezahlt hat, d. h. die Resultate des Friedens von Villafranca, aufrecht zu erhalten.*) Diese Erklärung bildete den Gegenstand der Berathungen in Warschau; man gab sich dort damit zufrieden, wenn man gleich bindendere Versicherungen gewünscht hätte, wozu Frankreich sich aber nicht herbeiließ. Geändert wurde an der politischen Lage durch die Warschauer Zusammenkunft im Ganzen nichts. Oesterreich habe zugegeben, daß die Politik der Enthaltung unter den gegenwärtigen Verhältnissen die vernünftigste sey. Dasselbe habe die Mittheilungen, welche es in Folge der Warschauer Zusammenkunft Frankreich gemacht, mit der erneuerten Versicherung geschlossen, daß seine Absicht nicht sey, aus seiner abwartenden Haltung, es sey denn bei einem Angriffe auf sein Gebiet hervorzutreten. Wenn also Italien die Initiative, die es den sichersten Gefahren aussetzt, nicht ergreife, so könne man hoffen, daß der Friede nicht gestört werde. Dagegen haben sich aber neue Schwierigkeiten im Norden erhoben zwischen dem deutschen Bund und Dänemark. Indem wir unsern Einfluß in versöhnlichem Sinne anwenden, haben wir immer für eine Annäherung gesprochen. Wir haben Dänemark gerathen, die Gefahr einer Bundesexekution abzuwenden, indem es den Forderungen Deutschlands, insofern sie rechtmäßig sind, nachgibt und dem Wunsche der Bevölkerungen billigerweise Rechnung trägt."

Bezüglich der syrischen Angelegenheit wird konstatirt, daß das Tuilerien-Kabinet es nicht für möglich hält, der Okkupation Syriens zu dem festgesetzten Termin ein Ende zu machen, und daher eine Conferenz in Vorschlag bringt, auf welcher man über eine Verlängerung derselben sich verständigen solle; (der Konferenz-Vorschlag ist angenommen) Frankreich ist bereit, die militärische Betheiligung anderer Mächte anzunehmen.

*) Die Darstellung ist natürlich ganz vom französ. Standpunkt aus geschrieben; dies tritt besonders bei den auswärtigen Angelegenheiten hervor, wo wir natürlich nicht Alles, was sie sagt, für baare Münze nehmen dürfen.

*) D. h. mit andern Worten: Wenn Viktor Emanuel Lust hat, einen Angriff auf Venedig zu machen, hilft ihm zwar Frankreich nicht; kann er Venedig bekommen, so macht Frankreich nichts dagegen; wenn aber Oesterreich siegreich, wenn es stark genug wäre, ihn aus der Lombardei zu verjagen, dann soll ihm diese doch jedenfalls bleiben; dafür bürgt ihm Frankreich.

Deutscher Bund.

Frankfurt, 6. Febr. Wir hören, daß die Beiträge zum Nationalverein in diesem Jahre hauptsächlich dazu verwendet werden sollen, um Diäten an die verschiedenen Leiter zu bezahlen, welche bald dahin, bald dorthin reisen, Versammlungen veranstalten, Reden halten und für die Sache des Vereins agitiren. Auch werden daraus Korrespondenten honorirt und sollen sogar einige Blätter unterstützt werden. (Pfälz. Ztg.)

** Bayern. München, 8. Februar. (Privat-Korresp.) Ihre königl. Hoheit die Frau Herzogin von Parma ist heute

Man lese nur die Stellen über Italien und Syrien. Der Eindruck der Rede hier ist denn auch ein wenig behaglicher.

(Ztg. f. Nordd.)

Amerika.

Baltimore, 30. Jan. Ich beeile mich, Ihnen noch eben vor Abgang des Dampfers die wichtigen Nachrichten mitzutheilen, daß die Konvention von Georgia den Austritt aus dem amerikanischen Staatenbunde beschlossen hat. Ferner daß die Senatoren und Repräsentanten von Mississippi, Alabama und Florida aus dem Kongreß ausgeschieden sind; in Folge dessen hat die republikanische Partei (Gegner der Sklaverei) die Mehrheit in demselben erlangt, und ist dadurch in den Stand gesetzt, ihre Maßregeln durchzuführen. Der erste in dieser Beziehung bedeutungsvolle Schritt, der eben im Kapitol von Washington vollzogen wurde, ist die Aufnahme von Kansas als (nicht Sklaven haltender) Staat, welche seither durch die Majorität der demokratischen Partei verhindert worden war, obschon der Staat schon längst die Berechtigung dazu hatte.

(Allg. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

Kopenhagen, 21. Jan. Gestern starb hier, erst 43 Jahre alt, an einem Brustleiden Christian Sörensen, der Erfinder der nach ihm benannten Setzmaschine. Auf der großen Industrie-Ausstellung in Paris erhielt er die Ehrenmedaille in Gold, in seiner dänischen Heimath die Verdienstmedaille in Gold. Er hinterläßt eine Wittwe und Kinder in sehr dürftigen Umständen.

(Nat.-Ztg.)

Neueste Nachrichten.

Von Augsburg berichtet man, daß der exkommunizirte vormalige Domvikar Spindler Namens seiner mitexkommunizirten Kollegen und Laien bei höchster Stelle gebeten hat, eine eigene Religionsgesellschaft (Irwingianer) im Staate gründen zu dürfen. Der Magistrat hat nun denselben zur genaueren Angabe über die Eigenschaft der in selbiger Gesellschaft vorkommenden sogenannten Propheten, Evangelisten 2c. 2c. aufzufordern und hierüber Bericht zu erstatten.

Berlin, 7. Febr. In der heutigen Sitzung des Hauses der Abgeordneten handelte es sich bei Fortsetzung der Adreßdebatte zunächst um Al. 13, welches die deutsche Frage betrifft. Abg. Stavenhagen sprach für sein Amendement, welches die einheitliche preußische Spitze im deutschen Bundesstaat will; Abg. von Berg vermißte in dem Amendement eine Angabe der Mittel und Wege zu einem Ziele, mit dem er einverstanden sey; das Mittel sey Förderung eines freiheitlichen Verfassungslebens in allen deutschen Staaten; Abg. v. Carlowitz (Anhänger des Nationalvereins) für einen deutschen Bundesstaat mit preußischer Spitze; erst dann sey ein Parlament möglich. Minister v. Schleinitz im Sinne der Achtung vor den Rechten Aller, der freien Verständigung, gegen das Amendement Stavenhagen für die Fassung des Entwurfs; da über das Wie? vielfache Differenzen herrschten und an manchen Stellen in Deutschland gegen diesen (preußisch-deutschen) Weg der Lösung der deutschen Frage eine starke Abneigung herrsche; auch sei bei der jetzigen Weltlage nicht die Zeit zu solchen weitaussehenden Reformpl[illegible]en, über die noch keine Einigkeit vorhanden sey; wo Einheit noth thue, müsse man nicht Zwietracht säen, um Sturm zu ernten. Die Abgeordneten Reichensperger (Geldern) und v. Blankenburg (Ersterer von der katholischen Fraktion, Letzterer von der Junkerpartei) erklären sich wesentlich im Sinne einer Nichtausschließung Oesterreichs. Nach verschiedenen Repliken von Burghart, Vincke und dem Minister v. Schleinitz (die Regierung sehe in dem Amendement Stavenhagen nicht gerade „eine Gefahr", dasselbe sey ihr aber unerwünscht) zieht Stavenhagen bei der Abstimmung sein Amendement zurück; Abg. v. Hoverbeck nimmt es wieder auf; es erfolgt Namensaufruf; das Amendement wird mit 261 gegen 41 Stimmen verworfen.

(Nat. Ztg.)

Der „Gazette du Midi" schreibt man: „Auf Sizilien wagen die Piemontesen der Anarchie, die von einem Ende der Insel bis zum andern herrscht, nicht entgegenzutreten und haben sich damit begnügt, eine einzige fliegende Kolonne nach Girgenti zu schicken. In Palermo ist der politische Meuchelmord an der Tagesordnung; ein gedruckter Maueranschlag, von dem auch Exemplare nach Neapel geschickt wurden, bezeichnet nicht weniger als 85 Personen, von denen viele die geachtetsten Namen tragen, als dem Dolche verfallen. Die Nationalgarde bleibt unthätig und wagt es nirgends, zum Schutze der Bedrohten einzuschreiten."

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	75 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$59\frac{1}{2}$ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$51\frac{1}{4}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$45\frac{1}{2}$ P. 45 G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$38\frac{7}{8}$ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	88 P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. R.)	102 P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101\frac{3}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$102\frac{1}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	$100\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{4}$ G.
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$104\frac{1}{2}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$93\frac{3}{4}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	103 P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$95\frac{1}{8}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{1}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$93\frac{1}{4}$P. $92\frac{3}{4}$G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$100\frac{7}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$97\frac{7}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$97\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„	3 pCt. Obl.	$90\frac{1}{2}$ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$46\frac{1}{4}$ G.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt. „ „ „	$40\frac{1}{2}$ G.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$97\frac{1}{2}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$107\frac{3}{4}$ G.	ex D.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	602—606 G.	ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	132—135 G.	ex D.
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	185 G.	ex D.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$75\frac{1}{2}$ G.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$68\frac{1}{2}$ G.	ex D
Internationale Bank in Luxemb. . .	$79\frac{1}{4}$ G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	332 P.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$69\frac{1}{4}$ P.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	229 P.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	129 G.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$74\frac{1}{2}$ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$25\frac{1}{2}$ P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$127\frac{3}{4}$ G.	ex D.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	97 G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{5}{8}$ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	235 G.	
Span. Handels- u. Industrie . . .	480P. 475G.	ex D.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	465 G.	ex D.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$103\frac{7}{8}$ P. $\frac{3}{2}$ G.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	$101\frac{1}{2}$ G.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ B. $\frac{1}{2}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$95\frac{3}{4}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	$87\frac{7}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$117\frac{1}{2}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	$92\frac{5}{8}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93 G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	81—82 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$75\frac{1}{2}$P. $73\frac{1}{2}$G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	45 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	57 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	125 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	56—58 P.	„ fl. 25 do.	$35\frac{5}{8}$ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	92 G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	—
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	116 G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	$50\frac{1}{2}$ P. 50 G.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$34\frac{1}{2}$ G.
Badische fl. 50	89 P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{7}{8}$ P.
Badische fl. 35	$53\frac{1}{4}$ G.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{1}{2}$ P.

Frankfurt, 8. Februar. Fortdauernde Kauflust führte eine abermalige sehr bedeutende Kurssteigerung sämmtlicher österreich. Fonds, Bank-, Industrieaktien und Anlehensloose herbei. Auch Wechsel auf Wien erfuhren eine Besserung von 4 pCt. Die meisten übrigen Fonds und Aktien nahmen mehr oder weniger an dem Steigen Theil. Bei einzelnen Aktien, wie Darmstädter Bank- und Elisabeth-Eisenbahn, beträgt die Preiserhöhung 8—10 Gulden. Die Börse war in stürmischer Bewegung und das Geschäft von großem Umfange.

(Syndikat.)

Venetiens einzutreten, aber als Großmacht hat es diese Pflicht, und wenn man durchaus Venetien hergeben will, so mag man warten, bis Deutschland einig und die Bundesverfassung revidirt ist. Der Redner fordert, Oesterreich eine schützende und helfende Hand zur Durchführung der Reformen zu reichen. (Dieser Redner ist mit der bisherigen preuß. Politik ganz einverstanden; er will, daß sie zusehe, statt einzugreifen.) — Matthis glaubt, daß das gesammte Verhalten Frankreichs zu Italien dessen Neigung zu einer befriedigenden Stellung zu Preußen und Deutschland geweckt habe, und er glaubt daher, daß eine Stütze spezifisch österreichischer Interessen durch Preußen und Deutschland Italien vollständig in die Arme Frankreichs führen werde. — Duncker: Es sey wahr, daß 1815 Mitteleuropa dem durch Nationalitäten schwachen Oesterreich und dem bureaukratisch sich entwickelnden früheren Preußen anvertraut wurde; aber jetzt sey das Verhältniß anders geworden: die Schwäche Oesterreichs habe zugenommen und Preußen sey unbestreitbar stärker geworden. Der Redner könne daher den in der Adresse angedeuteten Grundsatz, daß es nicht in Preußens Interesse liege, in die italienischen Verhältnisse einzugreifen, nur billigen. Wenn nun der Abgeordnete v. Berg geäußert, daß Italien dem überwiegenden Einfluß Frankreichs zu entziehen sey und darauf eine Unterstützung Oesterreichs für seine italienischen Besitzungen verlangt, dann sey wohl schwer zu begreifen, wie diese beiden Gegensätze auszugleichen seyen. Es kann in dieser Frage das Sprüchwort: „Kommt Zeit, kommt Rath", seine beste Verwerthung finden (sehr bequem!), und es habe die Zeit in Italiens Entwicklung schon bisher sehr viel gethan. Der Verlust Italiens für Oesterreich könne auch Deutschlands Einfluß im europäischen Sinne schwächen, aber das dürfe nicht Mahnung seyn, gegen Italiens gegenwärtige Gestaltung einzuschreiten. (Also nicht kalt, nicht warm!) — Die hierauf folgende Erklärung des Ministers v. Schleinitz wurde gestern schon mitgetheilt. — Dann ergreift v. Vincke das Wort: „Es sey nicht groß von Deutschland gedacht, es bei jeder politischen Gestaltung an seiner Gränze für gefährdet zu erkennen. In der letzten Thronrede des Kaisers der Franzosen befinde sich eine Stelle über das ruhige Erwarten etwaiger bedrohender Unternehmungen; diese Stelle sollte mit voller Zuversicht als noch passender für Deutschland erkannt werden. Nach Lage der gegenwärtigen Zustände Oesterreichs und Rußlands scheine überhaupt keine feindliche Macht an den Grenzen Preußens und Deutschlands erkenntlich zu seyn; um so ungestörter vermöchten Preußen und England das bestehende gegenseitige Bedürfniß in Frage des europäischen Kontinents zu konsolidiren. Wenn man aber eine mehr gegnerische Stellung zu Italien einnehme, dann könne man sich auch nicht wundern, wenn England, das eine entschieden andere Stellung zu Italien einnehme, sich nicht zu Preußen und Deutschland hingezogen fühle. Es sey durchaus nicht zu verkennen, daß der Kaiser Napoleon einen Druck auf Italien geübt, und denke man sich daher einen kriegerischen Conflikt zwischen Frankreich und Deutschland, so sey für solchen Fall vorauszusetzen, daß Italien ihn benutzen werde, von diesem Drucke sich zu befreien, und aus dieser Anschauung ergebe sich dann auch, welche Stellung Preußen zu Deutschland und Italien einzunehmen habe. So lange Venetien österreichisch sey, so lange werde Italien auf Frankreichs Hilfe rechnen, woraus folge, daß diese Abhängigkeit nicht noch erhöht werden dürfe durch eine Unterstützung Oesterreichs gegen Italien seitens Deutschlands. Wessen Preußen und Deutschland bei Oesterreich sich zu versehen haben, das lehre unter Anderem der Friede von Villafranca, und auch die nächste Unterstützung Oesterreichs würde nur neue Gefahr für Preußen und Deutschland zur Folge haben. — Hierauf ergreift der Minister v. Schleinitz nochmals das Wort, und sagte u. A. in Erwiderung auf eine Anspielung Vincke's: „Was den Schritt betrifft, welchen die Regierung bei Frankreich zum Schutze des Königs von Neapel und seiner Familie gethan, so bemerke ich zuerst, daß Frankreich dem König von Neapel diesen Schutz aus freien Stücken und ohne des Letzteren Zuthun zugesichert hatte. Unser Schritt hatte keinen politischen Zweck, es war nur reine persönliche, menschliche Theilnahme für ein großes, mit großem Heldenmuthe getragenes Unglück, und Preußen würde einen solchen Schritt für jeden anderen thun." — Nachdem hierauf noch der Berichterstatter Beseler bemerkt hatte, daß, wenn man auch Sympathie für den gegenwärtigen italienischen Gestaltungsprozeß habe, man doch nicht so weit gehen dürfe, dieser in einer Adresse an Se. Majestät Ausdruck zu geben, wurde zur Abstimmung geschritten, und Absatz 12 nach dem Vorschlag der Commission angenommen, welcher also lautet: „Da Eurer Königlichen Majestät im verflossenen Jahre gelungen ist, die Beziehungen zu den Großstaaten durch persönliche Begegnungen mit deren Monarchen immer erfreulicher zu gestalten und dadurch Bürgschaften für den europäischen Frieden zu gewinnen; so dankt das Land Allerhöchstihnen ehrfurchtsvoll für diese edlen Bestrebungen und hat insbesondere mit großer Genugthuung vernommen, daß Eure Königliche Majestät die Wahrung der Integrität des Deutschen Bodens für die erste Aufgabe Ihrer Deutschen, Ihrer Europäischen Politik erklärt haben." Der von Vincke beantragte Zusatz: „Der fortschreitenden Konsolidirung Italiens entgegen zu treten, erachten wir weder im preußischen noch im deutschen Interesse", wurde mit schwacher Mehrheit (159 gegen 146 Stimmen) verworfen.

Elbing, 4. Febr. Heute starb der Stadtverordnete Riesen im 47. Lebensjahre. In weiteren Kreisen war er bekannt als Redakteur des „Neuen Elbinger Anzeiger", eines Blattes, an dessen Unterdrückung einst alle Kraft und alle Hinterlist der Reaktion sich müde gearbeitet hatte. Der Kampf für dieses Blatt hatte eine ganz andere als bloß lokale Bedeutung. Das Land erinnert sich aus den Erörterungen der Presse und besonders aus einer Reihe von Kammerverhandlungen der schweren moralischen Niederlagen, welche der Minister v. Westphalen und seine dienstwilligen Organe in unserer Provinz in diesem Kampfe erlitten. Die Fülle seiner erfolgreichen Thätigkeit aber entwickelte er als Bürger dieser Stadt und als Mitglied der Stadtverordnetenversammlung.

§ **Oesterreich.** Wien, 6. Febr. (Priv.-Korresp.) Die gestern veröffentlichten kaiserlichen Handbillete haben die Hoffnung, daß Graf Rechberg definitiv aus dem Ministerium treten werde, gründlich beseitigt. Der Graf wird fortfahren, die auswärtigen Angelegenheiten zu leiten. Es ist in Hinblick auf die geringen Erfolge, welche er bis jetzt auf diesem Felde aufzuweisen hat, nicht zu verwundern, daß dies gestern eine fast allgemeine Mißstimmung erregte, da man sich fragt, wie man sich im Auslande Sympathien erwerben will, wenn man die auswärtige Politik nicht ändert. Trotz der Ernennung des Lord Bloomfield zum Botschafter befolgt nicht nur in der italienischen Angelegenheit, sondern auch in andern den Kaiserstaat nahe berührenden Fragen die englische Regierung noch immer eine den diesseitigen Wünschen geradezu entgegengesetzte Politik, welche sich gerade in neuerer Zeit noch schärfer ausdrückt, als dies bis jetzt geschehen. — Die Ihnen von mir über die Thätigkeit des italienischen Parlaments gemachten Angaben sind inzwischen auch von Paris aus gemeldet worden. Hinzufügen möchte ich jedoch noch, daß sicherem Vernehmen nach das Parlament die Regierung auffordern und bevollmächtigen wird, zur Lösung der venetianischen und römischen Frage zu schreiten, sey es nun auf dem Wege der Verhandlung oder dem der Gewalt.

Wien, 4. Febr. [Ein Finanzprojekt von 100 Millionen.] Man schreibt uns: Dem Ministerium ist ein Finanz-Projekt vorgelegt worden. Es ist ihm vorgeschlagen, ein Gesetz zu erlassen, wonach über jede Zahlung von 15 fl. Oe. W. und darüber von dem Zahlungsempfänger eine Quittung ausgestellt werden muß, und jede solche Quittung soll einen Stempel von 5 kr. Oe. W. zu tragen haben. Diese Quittungsstempel sollen in Form von Marken anzufertigen und überall da käuflich seyn, wo bis jetzt Postmarken zu haben waren. Der Betrag, welcher auf diese Weise jährlich einginge, würde die Summe von Zehn Millionen fl. übersteigen; der Plan nimmt aber für den gegenwärtigen Zweck nur diese Summe als sicher an und schlägt vor: einem oder mehreren Capitalisten die Einziehung dieser Steuer, also die Ausgabe und den Verkauf der 5-Kreuzer-Quittungsstempel-Marken gegen ein Darlehn von Hundert Millionen fl. pfandweise zu überlassen. Da der Verkauf der Marken täglich vor sich ginge, also täglich eine bestimmte Summe in die Kasse der die Anleihe übernehmenden Gesellschaft fließt, so würden die Zinsen dieser Summen mehr als hinreichen, um die Verwaltungskosten zu decken. (Aehnliche Vorschläge wegen Einführung von Quittungsstempelmarken sind auch anderwärts schon öfters gemacht worden. In England besteht — irren wir nicht — eine derartige Steuer.)

(N. Pr. Z.)

Frankreich.

Paris, 4. Febr. Nachträglich sind fünf bis sechs von den Studenten, welche sich an der Demonstration zu Ehren des ausgewiesenen Redakteurs Ganesco betheiligt hatten, verhaftet worden.

(N. Pr. Z.)

Paris, 5. Febr. Gestern hatten wir die Rede des Kaisers, die, nebenbei gesagt, von den Journalen jenseits des Kanals arg mitgenommen wird — heute haben wir die Rede Ihrer britischen Majestät; sie verräth Kälte und sichtlich berechnete Zurückhaltung.

schen Vaterlande verbunden. Eine verkehrte Staatskunst hat es verstanden, Euch von demselben zu trennen. Ein österreichischer Gesammtstaat, in welchem Euch die wenig beneidenswerthe Rolle des herrschenden, in Wirklichkeit aber unter dem gemeinschaftlichen Druck seufzenden Stammes zugewiesen war, sollte Euch für die Lostrennung von dem gemeinsamen Vaterlande entschädigen. Und nun hat jene Staatskunst ihren Staat an den Rand des Abgrundes geführt. Welches Euer Loos, deutsche Brüder, und welches der Ausgang des Kampfes, den Oesterreich unter schweren inneren und äußeren Stürmen um seine Neugestaltung gegenwärtig kämpft, für Euch seyn wird, das vermessen wir uns nicht, vorauszusagen*). Die Gewißheit aber haben wir, daß Eure Bestrebungen und die Bestrebungen des übrigen deutschen Volkes solidarisch verbunden sind, und daß beide von einem befriedigenden Erfolge nur dann begleitet seyn werden, wenn in Euch, wie in uns das Bewußtseyn ein lebendiges ist, daß wir Alle Einem und demselben Vaterlande angehören, und daß wir nur in dem engsten Anschluß an dieses gemeinsame Vaterland unsere Freiheit und unsere Wohlfahrt zu begründen und zu erhalten vermögen. Ja wir sprechen es offen und rückhaltslos aus: ohne Euch, ohne Deutschösterreich ist Deutschland ein verstümmelter Körper, dem die wichtigsten Glieder eines kräftigen nationalen Gemeinwesens fehlen; mit Euch ist es mächtig und stark. Nie wird das deutsche Volk dem selbstmörderischen Vorschlage, Euch von dem deutschen Gesammtkörper abzulösen und die Geschicke Deutschlands von den Eurigen zu trennen, Gehör schenken**), so lange noch eine Hoffnung übrig bleibt, Euch dem Vaterlande zu erhalten, so lange Ihr nicht selbst in beklagenswerther Verblendung demselben den Rücken kehrt. Aber eben so fest ist auch unsere Ueberzeugung, daß Ihr den Kampf um verfassungsmäßiges Recht und konstitutionelle Freiheit nur dann siegreich bestehen und zu einer, die gemeinschaftlichen Interessen der mit Euch verbundenen Völkerschaften wahrhaft und dauernd versöhnenden neuen staatlichen Ordnung nur dann gelangen werdet, wenn Ihr Euch der Zusammengehörigkeit mit dem deutschen Vaterlande bewußt bleibet, wenn ihr in ihm euren Stützpunkt sucht und durch entschlossene und treue Hingebung an die gemeinsame deutsche Sache Eure Angelegenheit zur Angelegenheit des deutschen Volkes macht. Darum senden wir Euch diesen Mahnruf! gebet ihm Gehör und tretet auf unsere Seite im Kampfe für deutsches Recht. Vereint werden wir unsere Nationalangelegenheit zum rechten Austrag bringen; getrennt wird der finstere Geist kirchlicher und politischer Reaktion über Euch und über uns abermals mächtig werden, welcher seit Jahrhunderten die deutsche Nation in Fesseln gehalten, gespalten und geschwächt hat. Lasset daher unsere Worte nicht ungehört verhallen, stoßt die in Treue dargebotene Bruderhand nicht zurück, sondern schaaret Euch mit uns unter dem schwarzrothgoldenen Panier für die Verfassung des deutschen Reiches und für das verfassungsmäßige deutsche Parlament."

Deutscher Bund.

ô Frankfurt, 7. Februar. (Privat-Korrespondenz.) In der heutigen Sitzung der Bundesversammlung wurde (außer der holsteinischen Sache) noch die Pension von 300 Thalern an den Flottenversteigerer Hannibal Fischer und zwei vom Militärausschuß letzthin gestellte Anträge wegen eines Kasernenbaues in Mainz und die Inspizirung der süddeutschen Eisenbahnen durch Generalstabsoffiziere genehmigt und einige Militaria verhandelt.

---

* **Bayern.** München, 7. Februar. (Privat-Korresp.) In der heutigen Sitzung der II. Kammer gelangten die Nachweisungen bezüglich der Zölle in den Jahren 1855/59 zur Berathung. Der Ausschuß beantragt, denselben die Anerkennung zu ertheilen. Was der Berichterstatter Neuffer über die Rhein- und Mainzölle in seinem Bericht sagt, wurde neulich schon mitgetheilt. Abg. Schlör bemerkte: Bezüglich der Rheinzölle sey er nicht ganz der Ansicht des Hrn. Referenten. Gegen Beseitigung dieser Zölle an sich habe Referent nichts zu erinnern, er sey nur dagegen, daß nicht gleichzeitig auch die Aufhebung der Mainzölle verlangt worden sey. Das sey aber außer dem Bereiche der Möglichkeit gelegen, da an der Konferenz, bezüglich der Rheinzölle, nicht alle Staaten theilnahmen, welche die Mainzollfrage angehen. Wenn die Regierung nun der Ansicht war, eine Beschränkung aufzuheben in der Hoffnung, daß auch die anderen zur Aufhebung gelangen werden, so verdiene sie hiefür keinen Tadel. Die Eisenbahnen bildeten jetzt schon eine Konkurrenz für die Schiffahrt des Mains und sie würden in ihren Tarifen sicher auch noch um den Betrag der Mainzölle herabgehen, so daß deren Aufhebung nicht mehr umgangen werden könne. Die Durchgangszölle hätten Bayern keinen Nutzen gebracht und sie mußten aus volkswirthschaftlichen Gründen beseitigt werden, auch wenn Bayern hierdurch einen Schaden erleiden sollte. — Die hierauf folgende Aeußerung des Ministers v. Schrenk über die Rhein- und Mainzölle wurde gestern schon mitgetheilt. Bei der hierauf erfolgten Abstimmung wurde den Nachweisungen der Zölle die Anerkennung ertheilt. — Bei den Nachweisungen der Postanstalt in den Jahren 1855/59 stellt Abg. Arnheim den Antrag, „es wolle das Postporto für schwer ins Gewicht fallende Schriftstücke für den Verkehr des Inlandes wenigstens herabgesetzt werden." Dieser Antrag fand im Laufe der kurzen Debatte mehrfache Unterstützung, außerdem wurde mehrseitig eine Besserung der Verhältnisse der Postkondukteure, sowie Besserung der Postomnibusse gewünscht — und schließlich der Antrag des Hrn. Dr. Arnheim, sowie jener des Ausschusses auf Anerkennung der Nachweisungen angenommen. Ebenso ertheilt die Kammer den Nachweisungen bez. der Donau-Dampfschiffahrt, des Ludwigs-Kanals und der Telegr.-Anstalt die Anerkennung, nachdem in letzter Beziehung mehrfache Wünsche um Erweiterung des Telegraphen-Netzes laut geworden und der k. Staatsminister Frhr. v. Schrenk die schon im Ausschusse abgegebene Erklärung wiederholt hatte, daß die Regierung in dieser Beziehung demnächst einen Gesetzentwurf vorlegen werde.

München, 7. Februar. Se. Maj. der König hat die am Bezirksgerichte Nürnberg erledigte Rathsdienerstelle dem dortigen Bezirksgerichtsboten Bernh. Sauer, und dessen Stelle dem Botengehilfen Joh. Phil. Bürger daselbst verliehen; auf das im Forstamte Feuchtwangen erledigte Forstrevier Grimmschwinden den Aktuar am Forstamte Ansbach, Karl Käuffer, befördert; auf das Forstrevier Waldmünchen den Revierförster Ludwig Heußler zu Herzogau, Forstamts Waldmünchen, seiner Bitte willfahrend, versetzt; die kathol. Pfarrei Harthausen, Ldkssts. Speyer, dem Priester Jos. Becker, Pfarrer in Reipoltskirchen, Ldkssts. Kusel, übertragen; zum Sekretär des Bezirksgerichts Regensburg den Accessisten des Appellationsgerichts von Niederbayern, Jos. Meindl, ernannt; der Fürstin Maria Anna Theresia Ernestine Wilhelmine Karoline Julie v. Oettingen-Wallerstein die nachgesuchte Großjährigkeit ertheilt. (N. Münch. Z.)

München, 7. Februar. Gestern hat Frhr. v. Redwitz Sr. Maj. dem König ein Gedicht über „die Heldin von Gaeta" überreicht. (Münch. B.)

* **Preußen.** Berlin, 6. Februar. Im Abgeordneten-Hause wurde heute die Berathung der Antwort-Adresse fortgesetzt. Dem Absatz 9 des Adreß-Entwurfs (größere Rechtseinheit des deutschen Volks) stimmte der Justizminister bei. Absatz 10 betrifft die freie Flußschiffahrt und 11 die Handelsbeziehungen zu Frankreich. Für jene eröffnete der Handelsminister die besten Aussichten und der Absatz wurde angenommen; ebenso Absatz 11, nachdem Minister v. Scheinitz bemerkt hatte, die Regierung lege den höchsten Werth auf die friedlichen Beziehungen mit Frankreich und er könne sich den warmen Worten in dem Entwurfe nur anschließen. Absatz 12 (auswärtige Politik) veranlaßte eine längere Diskussion. Zunächst spricht v. Berg: „Nicht gegen die Adresse, sondern gegen das Amendement Vincke will ich sprechen. In diesem Augenblick hat die italienische Frage den Charakter einer wesentlich deutschen verloren. Preußen will Gesetz und Recht überall schützen, es kann also den Ereignissen in Italien nicht gleichgiltig zusehen; es kann aber auch nicht sein Beruf seyn, sich denselben entgegenzustellen. Ich erwarte und hoffe nicht, daß ein piemontesisches Italien ein Bundesgenosse Deutschlands werde; das Nationalitätsprinzip verdient die höchste Beachtung, es hat die größte Berechtigung, bei allen Akten politischer Zweckmäßigkeit zu Rathe gezogen zu werden, — aber es wird gemißbraucht, denn man benutzt es, um bestehende Staaten zu zersetzen. Die deutsche Nation ist bis an die Küsten vorgedrungen; ist es recht, jetzt die Nationalitäten hervorzusuchen, um es zurückzudrängen? Hat Deutschland seine Grenzen Brabant, Elsaß, Lothringen verloren, so ist es zu derselben Zeit bis an die Adria vorgedrungen." Der Redner bestreitet nicht die Rechte Venetiens, das sey aber nur Sache der Politik, welche auf Ereignissen beruht. Preußen mag keine Pflichten haben, aus den Bundesverträgen für Oesterreich in Betreff

---

*) Wären die Herren nur auch in ihren anderen Behauptungen eben so bescheiden!

**) Und doch wurde dieser Vorschlag auf anderen Versammlungen des National-Vereins allen Ernstes gemacht und mit Beifall aufgenommen!

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 40.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Letter	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 9. Februar 1861.

* Die Eßlinger Versammlung.

Der „Württembergische Staatsanzeiger" sagt in einem Artikel über die Eßlinger Versammlung, der sog. Nationalverein habe eine durchaus demokratische Tendenz; unter dem Vorgeben, gegen das Ausland den deutschen Stämmen größeres Ansehen zu geben, arbeite er eigentlich darauf los, alle inneren Verhältnisse Deutschlands zu untergraben, und steuere auf eine deutsche Republik los. Letzteres, die Republik, wollen nun wohl nicht alle Mitglieder des Vereins; es wollen sie nicht die sog. Gothaer, die schon im Jahr 1849 ein preußisches Erbkaiserthum anstrebten, und jetzt unter dem Namen preußische Hegemonie auf einem Umweg dies Ziel zu erreichen suchen. Ihnen aber hat sich ein großer Theil der demokratischen Partei angeschlossen, und diesen Demokraten ist die preuß. Oberherrlichkeit oder Hegemonie oder wie man es sonst heißen will, allerdings nicht letzter Zweck, sondern nur Mittel zum Zweck, nur eine Station auf dem Weg zur Republik. Haben sie einmal die Einheit Deutschlands unter preußischer Führung erreicht, dann, denken sie, wird es nicht mehr schwer halten, auch noch den letzten Schritt zu thun, die monarchische Spitze wegzuwerfen und die Republik zu gründen. Die Art, wie der „Württemb. Staatsanz." seine Ansicht begründet, ist zwar nicht sehr geschickt, doch das Ergebniß seiner Darstellung wird im Ganzen richtig seyn. Damit aber Jeder selbst urtheilen könne, drucken wir hier vor Allem die Erklärung über die **deutsche Frage** ab, welche die Eßlinger Versammlung beschlossen hat. Sie lautet: „Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Fortdauer der gegenwärtigen Zustände von Deutschland mit der Ehre, der Bildung und der materiellen Wohlfahrt des deutschen Volkes unvereinbar ist, und daß Deutschland die Stellung, welche es unter den Völkern einzunehmen berufen ist, seine äußere Unabhängigkeit, seine innere Freiheit und die Bedingungen der gedeihlichen Entwicklung seines nationalen Lebens überhaupt nur erlangen kann, wenn es statt der bisherigen Zersplitterung eine Gesammtverfassung erhält, welche **alle seine Stämme** zu einem auf dem **Grundsatz der Gleichberechtigung** derselben beruhenden **Bundesstaat** vereinigt, mit einer starken **Centralgewalt** an der Spitze und einer wirksamen **Vertretung des Volkes im Reichsparlament**; in Erwägung, daß die konstituierende deutsche Nationalversammlung — im Jahr 1848 von allen deutschen Regierungen und der das Centralorgan derselben bildenden Bundesversammlung ausdrücklich zu dem Zwecke berufen, um zwischen den Regierungen und dem deutschen Volke das Verfassungswerk zu Stande zu bringen, und hervorgegangen aus den in sämmtlichen deutschen Bundesstaaten unter der Leitung der Regierung vorgenommenen Wahlen des deutschen Volkes — die von ihr berathene deutsche Reichsverfassung unterm 28. März 1849 endgültig beschlossen und verkündigt hat,*) in Erwägung, daß diese Verfassung zwar nicht in Wirksamkeit getreten ist, die deutschen Regierungen vielmehr, im Widerspruch mit feierlich gegebenen Zusagen, den in aller Form aufgehobenen Bundestag wiederhergestellt haben, ohne hiezu die Zustimmung des deutschen Volkes oder auch nur der Landesvertretungen in den einzelnen Staaten verfassungsmäßig einzuholen; in Erwägung, daß der dadurch bewirkte **thatsächliche** Zustand an und für sich den **Rechtsbestand** der endgültig zu Stande gekommenen deutschen Reichsverfassung nicht aufheben kann;**) in Betracht ferner, daß die Reichsverfassung vom 28. März 1849 in allen wesentlichen Beziehungen den Bedürfnissen und den gegebenen historischen und

*) Endgültig? Doch schwerlich! Die National-Versammlung sollte das Verfassungswerk zwischen den Regierungen und dem Volk **vereinbaren**. Diese Vereinbarung wurde aber nicht erreicht.

) Von einem **Rechtsbestand kann keine Rede seyn, denn es fehlte die Zustimmung der Fürsten, und ohne diese konnte und kann, so lang sie im Besitz der Herrschaft sind, **rechtlich** ein solches Verfassungswerk nicht zu Stande kommen.

rechtlichen Verhältnissen des deutschen Volkes entspricht, daß dieselbe insbesondere keinen Theil von Gesammtdeutschland ausschließt, sondern, unter gleichzeitiger naturgemäßer Regelung des Verhältnisses derjenigen deutschen Länder, welche mit nichtdeutschen dasselbe Staatsoberhaupt haben, alle deutschen Volksstämme zur bundesstaatlichen Einheit verbindet, die Befugnisse der Reichsgewalt, des Reichsoberhaupts und des Reichstags, in ihren Beziehungen zu einander und gegenüber den einzelnen Staaten, in richtiger Weise feststellt und in den Grundrechten des deutschen Volkes diesem die Bedingungen einer gesetzlichen Freiheit gewährleistet: in Betracht ferner, daß zwar die Bestimmungen über das Reichsoberhaupt in Folge der Ablehnung der dem König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen angetragenen Kaiserwürde nicht zur Ausführung gebracht werden konnten, daß aber gerade die Einberufung des Reichstags nach den Vorschriften der Reichsverfassung und des Reichswahlgesetzes für die Lösung der noch unerledigten Oberhauptsfrage, für die Einsetzung einer Centralgewalt und für sonst wünschenswerthe neue Feststellungen die verfassungsmäßige Möglichkeit bietet und eine Vereinbarung mit den deutschen Regierungen nicht ausschließt; in Betracht ferner, daß die wiederholten Versuche der deutschen Regierungen, den nationalen Bedürfnissen durch Vereinbarungen unter sich auch nur in dem bescheidensten Maße gerecht zu werden, stets gänzlich fruchtlos geblieben sind und bei der gegebenen Sachlage auch künftig ebenso fruchtlos bleiben werden; in Erwägung ferner, daß die von außen drohenden Gefahren, denen nur das geeinigte Vaterland unter der Führung einer kräftigen, von dem Vertrauen und der Begeisterung der Nation unterstützten Centralgewalt mit dem Gefühle der Sicherheit entgegengehen kann*), die endliche Lösung der deutschen Verfassungsfrage gebieterisch erfordern; in Erwägung endlich, daß die nationalen Bestrebungen die zur Erreichung eines praktischen Erfolges nothwendige Kraft und Stärke am sichersten erlangen, wenn sie an den klar und bestimmt ausgeprägten Inhalt der Errungenschaft einer vorausgegangenen geschichtlichen Entwicklung und an das, wenn auch lange zurückgedrängte, Rechtsbewußtseyn des Volkes sich anschließen, und daß die Reichsverfassung von 1849 dem deutschen Volk den gesetzlichen Rechtsboden und den festen Vereinigungspunkt gewähret, auf welchem im Kampfe der sich widerstreitenden Meinungen und Interessen die für die Erreichung des gemeinsamen Zieles nothwendige Verständigung und Vermittlung mit Zuversicht zu erwarten ist: — aus diesen Gründen vereinigt sich die Versammlung zu der offenen Erklärung: Es ist das Recht und die Aufgabe des deutschen Volkes, auf die Einführung der Reichsverfassung vom 28. März 1849 mit den einen integrirenden Bestandtheil derselben bildenden Grundrechten und auf die nach den Vorschriften der Reichsverfassung und des Reichswahlgesetzes vom 12. April 1849 vorzunehmende Einberufung des Reichstags, durch welchen vor Allem wegen Lösung der noch unerledigten Oberhauptsfrage, Einsetzung einer vorläufigen Centralgewalt und sonstiger etwa wünschenswerthen neuen Feststellungen die erforderlichen Beschlüsse zu fassen wären, mit allen gesetzlichen Mitteln hinzuwirken."

Von der Eßlinger Versammlung wurde sodann auch eine Erklärung an die Deutsch-Oesterreicher beschlossen. Deren Eingang faßt in Kürze den Inhalt vorstehender Erklärung zusammen; alsdann heißt es wörtlich weiter: „Deutsche Brüder in Oesterreich! Durch Abstammung, Geschichte und Recht seyd Ihr mit dem deut-

*) Diesen Gefahren begegnet wie am besten durch einiges Zusammenhalten aller deutschen Staaten, wie sie eben jetzt bestehen; nicht aber dadurch, daß man Zwietracht zwischen ihnen erregt. Und Zwietracht wäre die erste Folge der hier gemachten Vorschläge. Oder glaubt Jemand, daß ganz Deutschland, daß alle deutschen Fürsten und Völker sie so ruhig ohne weiteres annehmen würden? In Wahrheit glaubt es Niemand. Die feindseligste Entzweiung der deutschen Staaten wäre die unmittelbare Folge, und unsern Nachbarn im Westen, die längst schon nach den Rheinlanden schielen, wäre damit die schönste Gelegenheit geboten, sie sich recht wohlfeil zu holen. Wer es ehrlich mit dem Vaterland meint, der wird andere Zeiten für die Bundesreform abwarten.

dem er sich mit dem Beil verschiedene Wunden beigebracht. Er schrie jedoch vor Schmerzen und es kamen Leute zu Hülfe, die ihn vom Scheiterhaufen nahmen. Er sagte ihnen, daß er sich „zur Rettung der Seele und des sündigen Leibes“ habe verbrennen wollen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 5. Febr. In der Rede gegen **Vincke's** Amendement erklärte Hr. v. **Schleinitz**: die Regierung habe nicht den geringsten Grund zu Mißgunst gegen Italien. Ohne die nationale Idee zu unterschätzen, könne die Regierung ihr doch keine so souveräne Bedeutung beilegen. Trotzdem daß die Regierung auch das Prinzip der Nichtintervention als nicht immer bindend erachte, habe sie in Italien nicht aktiv eingegriffen. Den Vorwurf tendenziöser Politik weise er zurück. Venetien sey militärisch und strategisch für Oesterreich und unmittelbar für Deutschland zu wichtig, als daß Preußen Verzichtleistung auf Venetien anrathen könne. Doch werde Oesterreich gegenüber Sardinien in der Defensive bleiben, und der Konflikt unter Einwirkung aller Großmächte sich mindestens verschieben, vielleicht ganz beseitigen lassen. Auch für die Zukunft werde die Regierung sich in die italienische Bewegung als solche nicht thätig einmischen, falls diese nicht eine Ausdehnung gewinne, die thatsächlich das Einschreiten ernöthige, namentlich wenn sie sich auf deutsches Bundesgebiet erstrecke, oder solches ausdrücklich beanspruche. (T. d. Allg. Ztg.)

Dresden, 4. Febr. Der soeben im Druck erschienene Gesetzentwurf, einen Zusatz zum Heimathsgesetze vom 26. Nov. 1834 betreffend, bestimmt, daß außer durch Ansässigkeit mit einem Wohngebäude und durch Gewinnung des Bürgerrechts die Heimathangehörigkeit am Wohnorte, gleichviel ob Stadt oder Land, auch begründet wird durch die Anmeldung zu einem nach dem Gewerbegesetze der Anmeldungspflicht unterliegenden, sowie durch Erlangung der Konzession zu einem nach demselben Gesetze von Konzession der Verwaltungsbehörde abhängigen Gewerbebetriebe, jedoch nicht sofort, sondern erst nach fünfjährigem Aufenthalt und Gewerbebetrieb.

Turin, 2. Febr. Bellazzi, ein sehr thätiges Mitglied des Generalvorsorge-Komite für Rom und Venedig, hat das Beispiel Bertani's nachgeahmt und sein Amt niedergelegt, vielleicht der Stänkereien halber, die sich nachträglich in Sachen der Centralunterstützungskasse für Garibaldi herausstellen. Das Filialkomite zu Modena macht nämlich bekannt, es möchten alle diejenigen, welche Besitzer von Wechseln, Bons u. a. seyen, welche die Unterschriften Bertani's und Bellazzi's trügen, solche verifiziren lassen, da es sich herausstelle, daß falsche Papiere dieser Art im Betrag von 500,000 bis 800,000 Frs. theils im Umlauf, theils in deren Fabrikationsstelle entdeckt worden seyen. Als Fälscher wird der Redakteur des „Avvenire“ angegeben, welcher sich bereits in den Händen der Gerechtigkeit befinde. (Allg. Z.)

Turin, 4. Febr. Der „Opinione“ zufolge haben die Parlamentswahlen im ganzen Reiche in bester Ordnung stattgefunden; nur in Mirto in der Provinz Messina stürzte am 27. v. M. während der Wahlen eine „Bourbonische Bande“ in den Saal und tödtete den Präsidenten und dessen Söhne. (Telegr. d. Ostr. Post.)

Neapel, 29. Jan. Um den immer dringender werdenden Bedürfnissen und sich häufenden Ausgaben nachkommen zu können, hat man bereits jetzt bei der allgemeinen Ebbe der Kassen die Aufmerksamkeit auf die Klöster und ihre Einkünfte gerichtet, und steht wohl nächstens zu erwarten, daß diesen ein bedeutender Theil entzogen werden wird. Eine solche Anfrage und Revidirung geschah bereits bei dem Kloster St. Martino, unterhalb St. Elmo's, den Besuchern Neapels wegen seiner herrlichen Lage und Aussicht hinlänglich bekannt, und sehen die dortigen Mönche bereits mit Schrecken dem Augenblick entgegen, wo man ihnen ihr Einkommen nehmen wird. Liborio Romano hat sich entschlossen, auf die ihm gemachte Beschuldigung, daß er mit dem Emissär eines fremden Prätendenten (des Prinzen Murat) im Einverständniß sey, eine Antwort zu geben, und sagt darin: Dieser Artikel hat gar keine Bedeutung. Den Ursprung zeigt hinlänglich die Beschaffenheit und der Inhalt. Er ist in Verona publicirt, also eine Verleumdung österreichischerseits. Aehnliche Angriffe haben nur das Resultat, die Staatsmänner Italiens größer zu machen! Mais qui s'excuse, s'accuse. (Allg. Ztg.)

Genua, 3. Febr. Gestern trafen hier 850 neapolitanische Kriegsgefangene der fremden Bataillone ein, die einem von General Sonnaz gefangenen fliegenden Korps angehört haben sollen. Das Volk insultirte dieselben. (O. Bl.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	75 G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$58\frac{3}{8}$ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	49 G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	$40\frac{1}{2}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$36\frac{1}{2}$ P.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	87 P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	$102\frac{1}{4}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101\frac{3}{4}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$101\frac{7}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	$100\frac{1}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$100\frac{1}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{3}{4}$ G.
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	104 G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$93\frac{3}{4}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	103 P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$95\frac{1}{8}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{1}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{1}{2}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$93\frac{1}{8}$P. $92\frac{6}{8}$G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$100\frac{7}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$97\frac{7}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$97\frac{5}{8}$ P.
"	3 pCt. Obl.	$90\frac{1}{8}$ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$46\frac{1}{4}$ G.
"	$1\frac{3}{4}$ pCt. " " "	$40\frac{1}{4}$ G.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$97\frac{3}{8}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$107\frac{3}{8}$ G.		exD.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	577 P.		ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	127 G.		exD.
Bayerische Bank à fl. 500	—		
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$177\frac{1}{8}$ G.		ex D.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	$70\frac{1}{2}$ G.		
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$66\frac{1}{2}$ G.		ex D.
Internationale Bank in Luxemb. . .	$79\frac{1}{4}$ G.		
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	332 P.		
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	70 P.	69 G.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	225 P.		
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	119 G.		
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$74\frac{1}{8}$ P.		
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$24\frac{1}{4}$ P.		
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	126 G.		ex D.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$95\frac{3}{8}$ G.		
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 P.		
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	234 P.		
Span. Handels- u. Industrie . . .	470 G.		exD.
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	460 P.		ex D.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$103\frac{1}{2}$ G.		
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	$101\frac{1}{2}$ G.		

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$95\frac{5}{8}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	$87\frac{7}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 G.
London Lst. 10 k. S.	$117\frac{1}{2}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	$92\frac{5}{8}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93 G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$77\frac{5}{8}$—78 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$68\frac{1}{2}$ G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$45\frac{3}{8}$ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$54\frac{1}{8}$ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$125\frac{1}{2}$ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$55\frac{1}{2}$ P.	" fl. 25 do.	36 P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$89\frac{3}{4}$ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	—
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	$115\frac{3}{4}$ G.	Sardinien Fr. 36 b. B.	$50\frac{3}{4}$ P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$34\frac{1}{2}$ G.
Badische fl. 50	89 P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{5}{8}$ P.
Badische fl. 35	$53\frac{3}{8}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{8}$G.

Frankfurt, 7. Februar. Bei sehr belebtem Geschäft nahmen österr. National, Bank- und Kreditaktien einen bedeutenden Aufschwung. Auch Wechsel auf Wien hoben sich um $1\frac{1}{4}$ pCt. Preuß. 5 pCt. und mehrere Gattungen süddeutscher Fonds wurden besser bezahlt. Von sonstigen Aktien sind besonders Darmstädter, mit einer namhaften Preiserhöhung hervorzuheben.

(Syndikat.)

tung und Wirksamkeit der politischen Vertretungskörper betreffen und die dermaligen Geschäfte des bestandenen Ministeriums für Kultus und Unterricht, unter Aktivirung des Unterrichtsraths, sowie die oberste Leitung der Institute für Wissenschaft und Kunst dem Staatsministerium zugewiesen, die übrigen zum Staatsministerium gehörigen Geschäfte der politischen Verwaltung aber in einem eigenen Körper behandelt werden, dessen unmittelbare Leitung ich gleichzeitig meinem Minister Ritter v. Lasser übertrage. Wien, den 4. Febr. 1861. Franz Joseph m. p." (Die übrigen 4 Handschreiben sind von geringerer Bedeutung.)

Wien, 3. Febr. Während die Ungarn mit raschen Schritten einem immer bedenklicheren Zustande entgegeneilen, wird in unserer Staatskanzlei und Hofburg noch immer über kleinliche Konzessionen gemarktet, welche von der aristokratisch-dynastischen Koterie an die Minister Schmerling und Plener gemacht werden sollen. Noch immer feilscht man über das Mehr und Weniger von Zugeständnissen, welche von der ständischen Fraktion des hohen Rathes an die Verfechter einer Volksvertretung zu gewähren seyen, und führt zur größeren Belebung der betreffenden Debatten einen erbitterten Minenkrieg, statt daß man durch organische Reichsgesetze im großen Style und aus einem mächtigen Gusse den Vertheidigern der Reichseinheit und der individuellen Freiheit gegenüber der Racentyrannei etlicher vorlauten Stämme einen festen Halt bietet. Die Symptome dieses kleinen Parteigängerkrieges in unseren oberen Regierungsschichten haben sich namentlich in der letzten Woche auffallend gehäuft und unter andern in den Ernennungen einiger besonders begünstigten Offiziere, wie z. B. des jungen Grafen Grünne, zu höheren Chargen, und vor allem in dem Versuche ihren Ausdruck gefunden, die Stelle eines Ministerpräsidenten an den Präsidenten des Reichsrathes, Erzherzog Rainer, zu übertragen. Durch die Uebertragung des Vorsitzes im Ministerium an einen Erzherzog wollte man, da Rechberg immer unhaltbarer wird, den immer dringender werdenden Forderungen nach Verantwortlichkeit der Minister entgegenwirken und das Kabinet der öffentlichen Kritik, welche ohne Gefahr eines Prozesses wegen Majestätsbeleidigung, begangen an einem Mitgliede des kaiserlichen Hauses, einem Erzherzoge gegenüber nur schwer ausgeübt werden könnte, entrücken. (Frankf. Hdlsztg.)

Spanien.

Madrid, 4. Febr. Die „Correspondencia" berichtet, auf Grund eines Gerüchtes, daß die Juanisten (Karlisten) und die Demokraten eifrig Verschwörung treiben, und daß die Regierung, welche dieselben überwache, festen Willens sey, eine strenge Unterdrückung der Umtriebe eintreten zu lassen.

Italien.

Turin, 1. Febr. Ein Hauptaugenmerk bei den großartigen Befestigungsarbeiten, welche unsere Regierung ausführt, richtet sich auf Bologna, das vermöge seiner Lage für Sardinien von größter Wichtigkeit ist. Menabrea, welcher die betreffenden Arbeiten zu leiten hatte, hat sich hier neuerdings als ausgezeichneter Ingenieur erwiesen und aus dem nur nothdürftig befestigten Bologna in verhältnißmäßig kurzer Zeit einen Waffenplatz ersten Ranges gemacht, der ein Heer von 60,000 Mann aufnehmen kann. Das Vertheidigungssystem umfaßt drei deutsche Meilen. (N. Fr. Z.)

„Movimento" gibt eine anziehende Beschreibung des piemontesischen Feldlagers vor Gaeta. Baracken von Holz, Leinwand, Stroh, Lehm u. s. w. von den verschiedenartigsten, mitunter bizarrsten architektonischen Formen besäen die malerischen Felsenkuppen, von denen man eine wunderbare Aussicht auf eine weite Umgebung und das Meer genießt. Man findet, je nach Beschaffenheit des Terrains, förmliche Häuschen mit Thüren, Fenstern und Ziegeldach gegenüber Binsenhütten und Erdhöhlen. Für die Zugthiere ist die Liegerstatt häufig sehr unbequem, doch sucht man durch reichliche Fütterung einen Ersatz zu bieten.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 5. Februar. Frhr. Oskar v. Redwitz hat in Gegenwart des k. Hoftheaterinspektors Hrn. N. Schmitt sein neuestes Schauspiel „Der Doge von Venedig" den darin beschäftigten Bühnenmitgliedern vorgelesen, die dem Werke einen glänzenden Erfolg prognostiziren. (Augsb. Abdz.)

Osterhofen (Niederbayern), 2. Februar. Wo die dampfschnaubenden Schiffe sonst das Auge ergötzten, dort ist jetzt von Winzer über Mühlham und Thundorf bis Deggendorf über die ganze Donau eine gewaltige Eismasse, und hie und da 2 3 bis Klafter hoch, Schaden und Unglück drohend, aufgethürmt. Das jüngste Thauwetter führte von den angeschwollenen Bächen, von den geschmolzenen Schneeflächen auf Aeckern und Wiesen dem Strome bedeutende Wassermengen zu, das Eis löste sich stellenweise, sogar der Isarstoß ging ab, ein Durchbrechen der vom Grunde aus aufgewürfelten Eisplatten in mächtiger Dicke war aber nicht möglich; diese schoben sich vielmehr fester auf und unter einander und stauten das Wasser von Mühlham zurück, so daß jetzt das Pfarrdorf Aicha und dessen Fluren förmlich in Wasser stehen und der Verkehr von dort nur mit einer Weitzille vermittelt wird. So wie jetzt die Dinge stehen, ist der Abgang des Eisstoßes nur bei anhaltendem Thauwetter mit erschreckendem Hochwasser zu erwarten, wozu bei der gegenwärtigen Temperatur keine Aussicht ist. Was von Rebhühnern und Hasen in unserer Gegend übrig blieb, und dies ist keine große Zahl, fängt allmälig an, sich auf den theilweise schneefreien Wiesen und Aeckern zu erholen; der nächste Herbst wird uns wenig Wildpret in die Schüssel liefern.

Nürnberg, 5. Jan. Bei dem Stadtmagistrate haben die Vorstände der Bäckerinnung das Gesuch eingereicht, daß die Brodreitung nicht mehr nach dem Getreidepreise, sondern nach dem Kaufpreise des Mehls bestimmt werde. (Fr. Kur.)

Durch das k. Rektorat der Handelsgewerbschule in Nürnberg wurde den Schülern dieses Instituts, die größtentheils Zöglinge des Turnvereins sind, die Betheiligung an dem Unterrichte der Turner untersagt.

Frankfurt, 4. Febr. Auf der Mainkur fand gestern eine Versammlung von Turnern statt, bei welcher außer Frankfurt, Offenbach, Bockenheim, Mainz, Wiesbaden, Darmstadt und Homburg auch die kleineren Ortschaften unserer Umgegend vertreten waren. Es wurde ein Beschluß gefaßt, der den betreffenden Turngemeinden unterbreitet werden soll, wonach jeder Turner, der an einer öffentlichen Spielbank sein Glück versucht, aus dem betreffenden Vereine ausgestoßen werden soll. (Fr. Journ.)

Aus Holland wird über den Deichbruch bei Leeuwen ferner berichtet: Das Wasser strömte bei dem Bruche mit einer so furchtbaren Gewalt nach innen, daß fünf Schiffe, darunter ein mit Heu beladenes, aus dem Flusse mit durch die Oeffnung hindurch gerissen wurden. Ein früherer Deichbruch überschwemmte, wie bekannt, den Bommelerwaard von Woudrichem bis zum Fort St. Andries, wo die Maas und Waal zusammentreffen, der jetzige überströmte aber die noch bei Weitem größere Strecke vom Fort St. Andries bis Nymwegen, so daß der ganze, unter dem Namen Land von Maas und Waal bekannte fruchtbare Strich überschwemmt worden ist. Unsere neueste telegraphische Depesche aus Arnheim von gestern Abends lautet: Das Fluthwasser in dem überschwemmten Lande zwischen Maas und Waal ist noch steigend, wodurch das Unglück immer mehr vergrößert wird. Der Rhein ist bei Arnheim eisfrei, und das Wasser fällt, niederwärts aber steigt es. Das Waal-Eis steht unterhalb Tiel noch fest. Die Wasseraufstauungen bedrohen jetzt auch die Landstriche zwischen der Waal und dem Rheine. Der König und die Prinzen suchen sich allerwärts mit eigenen Augen über die Lage der Unglücklichen zu unterrichten und leisten, trotz der ihnen drohenden Gefahren, viele Hülfe. (Köln. Ztg.)

Aus Rotterdam wird berichtet, daß man den Versuch gemacht hat, mit einem starken Dampfboote, unter Aufsicht eines Wasserbau-Ingenieurs, von dort aus aufwärts zu fahren, um in der Richtung des Leks das Eis zu brechen. Schon auf der Höhe von Ysselmonde begegnete man einem starken Eisdamme, welcher quer im Flusse lag. Einundzwanzig Mal dampfte man mit voller Kraft dagegen an und gewann jedesmal so viel, daß man den Damm bis auf fünf Ellen durchbrach. Trotz der Schadhaftigkeit, welche das Boot inzwischen erlitten hatte, arbeitete man tapfer weiter, als mit dem vierundzwanzigsten Anprall der Damm ganz durchbrochen war. Jetzt aber mußte man nach Rotterdam zurückkehren, um den Schaden auszubessern. Man will den Versuch wiederholen und den Lek zu erreichen suchen. (K. Z.)

Die russischen Zeitungen registriren seit Kurzem schon den dritten Fall von Selbstverbrennung aus religiösem Wahnsinn. Dießmal war es ein Bauer, Grigarieff, in einem Dorfe des Bezirks Moshaisk im Gouvernement Moskau, der sich auf seiner Tenne einen Scheiterhaufen errichtete und sich darauf legte, nach-

wenn er ins Auge fasse, daß alljährlich 70 Mill., also in 10 Jahren über 700 Mill. Gulden aus Deutschland zu gehen hätten, wenn dasselbe Quantum Zucker transatlantisch bezogen werden müßte, welches wir für unsern eignen Gebrauch, ohne dabei den Getreidebau zu beeinträchtigen, seit Jahren selbst erzeugen. (Frkf. Postztg.)

Preußen. Berlin, 5. Febr. Der sardinische General de Lamarmora hat heute Berlin verlassen und ist nach Turin zurückgereist.

* Berlin, 5. Febr. Heute begann im Abgeordnetenhaus die Berathung über die einzelnen Sätze der Antwort-Adresse. Lebhaft war die Debatte über den zweiten Theil des 4. Absatzes, der die Entfernung jener höheren Beamten empfiehlt, welche dem System des vorigen Ministerium noch anhängen. Abg. Sänger sagte: Schon im vorigen Jahre sey es ausgesprochen worden, daß das Verbleiben solcher Beamten in ihren Stellungen im Lande mindestens Mißverständnisse zur Folge haben müsse. In einer Zeit, in der es nöthig sey, daß das Ministerium sich mit Beamten umgebe, die seine Anordnungen freudig und ganz ausführen, sey es hohe Zeit, da einzugreifen, wo solches nicht zu erwarten wäre. — Abg. Reichensperger: „Ich bedaure den jetzigen Zustand mit den Beamten, aber ich will, daß es der Regierung überlassen werde, zu ermessen, ob gewisse Beamte ihre Schuldigkeit thun oder nicht. Schon 1849 erklärte die Regierung, mit solchen Beamten nicht regieren zu können, jetzt sagt sie, diese Beamten stören mich nicht, sie thun mir nichts, das wäre also ein reines Befehlen Seitens des Hauses. Und Ihr Verlangen ist kein leeres Wort, er stärkt das Königthum nicht; hier ist nicht von Theorien mehr, sondern von ganz konkreten Thatsachen, welche die Rechte der Krone nahe berühren, die Rede. Denn, was bleibt denn vom Könige, wenn Sie ihm verbieten, den oder jenen Beamten zu behalten? Welches Recht haben Sie denn dazu? Wozu machen Sie dann den König?" — Abg. v. Vincke: „Hört man den Vorredner, so sollte man glauben, es handle sich um etwas Ungeheueres, das ist aber nur Phantasie und daran ist nicht die Luft in diesem Hause, sondern die europäische Konstellation, die ihm das Herz beengt, schuld. Wir verlangen nur eine Einheit des Systems, und dazu ist es nöthig, daß die selbständigen Beamten von diesem System durchdrungen sind, um so mehr, wenn der Wechsel ein prinzipieller ist, wie zwischen dieser und der vorigen gegen Recht und Gesetz so gleichgültigen Regierung, welche politische Gesinnung künstlich machte und zwar durch Beamte, welche den Ministern unmittelbar untergeben sind, und das will der Vorredner mißbilligen? Von den Landräthen und solchen Beamten ist hier gar keine Rede. Wir haben selbst der vorigen Regierung die Nothwendigkeit zuerkannt, zur Erreichung der Einheit im System gewissen Klassen von hohen Beamten die Amovibilität zuzuerkennen; das sind Unterstaatssekretäre, Oberpräsidenten, Gesandte ꝛc. Wie ist es aber möglich, daß ein Beamter, der solche Gesetzwidrigkeiten hat unter seinen Augen vorgehen lassen, wie sie in der Königsberger „Todtenschau" enthalten sind, mit Aufrichtigkeit dem jetzigen Ministerium dienen kann? Ein solcher Gesinnungswechsel ist unmöglich, und behält man diese Beamten, so trägt man zur Demoralisation der Beamten bei. Diese Beamten sind das Auge und der Mund der Regierung; sind Manteuffel'sche Brillen für die jetzige Regierung zuträglich? sind diese Beamten nothwendig, damit die Regierung auch die Stimmen der Minorität im Lande erführe, wie ein Mitglied der Kommission geistreich bemerkt hat? Ja, dann müßten zwei Präsidenten in einer Provinz seyn; einer für die Majorität und einer für die Minorität. Wohin das führt, davon ein Beispiel: In Berlin werden durch das Polizeipräsidium dem Könige Auszüge aus den Zeitungen vorgelegt, damit der König die öffentliche Meinung erfahre. Diese Auszüge macht ein Beamter; enthalten die Zeitungen das nicht, was der Beamte will, so werden Artikel in den Publizisten geschickt, damit sie in den Zeitungsbericht dann aufgenommen werden können. (Gelächter.) Man hat von Parteiregierung gesprochen, davon wollen wir nichts wissen — wir wollen die Entfernung von einem Dutzend höherer Beamten. Und wohin die Gutmüthigkeit führt, das mögen die Verhältnisse des hiesigen Polizeipräsidium bezeugen. Die Eichhoff'sche Broschüre hat eine Menge Thatsachen zur Oeffentlichkeit gebracht, über welche der Minister in der Kommission erklärt hat, daß die Untersuchung zwar geschlossen, aber keine Entscheidung getroffen ist; Details wurden verweigert. Nach dem aber, was der Minister zugestanden hat, ist das Verbleiben des Polizeipräsidenten auf seinem Posten unmöglich. Diese Thatsachen sind Verletzung von staatsbürgerlichen, durch die Verfassung garantirten Rechten, vom Rechte der persönlichen Freiheit." Der Redner resumirt die durch den Stieber'schen Prozeß bekannten Thatsachen. Er billigt nicht das leidenschaftliche Verfahren Schwark's, des Oberstaatsanwalts, in dieser Sache und meint, die Regierung war in ihrem Recht, gegen diesen Beamten vorzugehen, der jahrelang an all dem Unrecht schuld war. Die öffentliche Meinung sey aber verwundert, daß die Maßregel vereinzelt stehe. Gegen die Justizbeamten sey mit Strenge verfahren worden, aber die Polizei gehe mit Ehren aus, und das Land stelle doch die Justiz höher als die Polizei. Der Polizeipräsident halte nach wie vor Immediatvorträge bei dem König, er finde sich auf dem Bahnhofe zum Empfang auswärtiger Souveräne ein, ja — zur Repräsentation wähle man sich doch in der Regel jemand aus, gegen den nichts vorliege. „Wir haben Vertreter Berlins in der Kommission gehabt und alle haben erklärt, daß der Polizeipräsident nicht mehr das Ansehen genießt, das er nöthig hat, um sein Amt ausüben zu können, und das sind Männer, die im Dienste grau geworden sind. Welchen Eindruck muß das auf das Land und auf Europa machen? Solche Mißstände darf man nicht zudecken, nicht verschleiern. Auf diesem Wege geht es nicht weiter — nicht die reaktionären Beamten sollen entlassen werden, sondern solche, die im entgegengesetzten Sinn zu den Anordnungen des Ministerium ihr Amt verwalten." — Der Minister des Innern: „Der Redner hat das Verhalten des Polizeipräsidenten von Berlin einer besondern Betrachtung unterworfen. Hierauf muß ich erklären, daß die bis jetzt gepflogenen Verhandlungen mir nicht die Ueberzeugung verschafft haben, die Entfernung des Polizeipräsidenten aus seinem Amte als eine Nothwendigkeit zu erkennen. Die Erwägung der angeregten Frage bewegt sich innerhalb der Grenzen der exekutiven Gewalt, und die Regierung würde glauben, nicht im Einverständniß mit den altpreußischen Grundsätzen der Verfassung zu handeln, wenn sie nicht bestrebt wäre, alle guten und ersprießlichen Kräfte um sich zu sammeln und zu benutzen. Auf diesem Wege gelingt es ihr vielleicht, alle Parteigegensätze auszugleichen und die Versöhnung herbeizuführen, die nicht schwer wird; denn es gibt ja einen gemeinsamen Boden, wo sich alle zusammenfinden und auf welchem die Stärke Preußens nach innen und außen beruht — die Liebe zu König und Vaterland! So lange die Beamten ihre Pflicht erfüllen, so lange setzt die Regierung voraus, daß sie ihre Pflicht über ihren Parteistandpunkt stellen. Die Regierung legt auf die Ehrenhaftigkeit der Gesinnung ihrer Beamten den höchsten, den allerhöchsten Werth, aber sie glaubt, daß der Kreis der Wirksamkeit der Beamten nicht der Tummelplatz politischer Thätigkeit seyn darf. Die Regierung glaubt sich stark genug, hierüber selbständig urtheilen zu können; sie wird diese Richtung auch ferner innehalten." — Schließlich wurde trotz des Widerspruchs der Minister der Absatz 4 in seiner ursprünglichen Fassung mit großer Mehrheit angenommen.

Berlin, 6. Febr. In der Adreßdebatte des Abgeordnetenhauses wurde das Amendement von Vinke, lautend: „Der fortschreitenden Consolidirung Italiens entgegen zu treten, erachten wir weder in preußischem noch in deutschem Interesse", mit 159 gegen 146 Stimmen nach sechsstündiger Sitzung angenommen, obgleich der Minister des Aeußern, Herr von Schleinitz, dringend bat, das Amendement als präjudicirlich abzulehnen.

Baden. Karlsruhe, 5. Febr. Die Ernennung eines Prälaten der evangelischen Kirche ist erfolgt; sie traf den in allen Kreisen hochgeachteten Universitätsprofessor und Stadtpfarrer Holtzmann in Heidelberg. (Allg. Z.)

Oesterreich. Die schon erwähnten Mittheilungen der „Wiener Zeitung" vom 5. Febr. über die neuen ministeriellen Veränderungen sind in folgenden allerhöchsten Handschreiben enthalten: I. „Lieber Herr Vetter Erzherzog Rainer. Indem ich gleichzeitig den Grafen Rechberg, welcher seine volle Thätigkeit den Geschäften, die ihm als Minister des Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten obliegen, zu widmen wünscht, auf sein Ansuchen von der Stelle meines Ministerpräsidenten in Gnaden enthebe, finde ich mich bestimmt, Euere Liebden unter Bezeigung meiner besondern Zufriedenheit mit den mir bisher als Präsident des Reichsraths geleisteten Diensten zu beauftragen, die Leitung der Geschäfte des Ministerraths und das Präsidium in demselben zu übernehmen. Das Präsidium im Reichsrathe hat bis auf weiteres der Vizepräsident Graf Nadasdy zu führen. Wien, den 4. Febr. 1861. Franz Joseph m. p." II. „Lieber Ritter v. Schmerling. Um die Leitung der wichtigsten innern Angelegenheiten meines Reichs — mit Ausnahme der in den Wirkungskreis meiner ungarischen und siebenbürgischen Hofkanzlei und des kroatisch-slawonischen Hofdikasteriums gehörigen Geschäfte — in Ihrer Hand zu vereinigen und um Sie in die Lage zu setzen, dieser Leitung Ihre volle Thätigkeit zu widmen, finde ich zu bestimmen, daß alle Angelegenheiten, welche die organische Gestal-

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 39. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 58. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 8. Februar 1861.

Die französische Thronrede

gibt der „Köln. Ztg." Anlaß zu folgenden Bemerkungen: „Wie kommt es, daß die Welt auf eine französische Thronrede aufmerksamer horcht, als auf irgend eine andere? Frankreich ist seit länger als drei Jahrhunderten die erste Kriegsmacht auf dem Festlande, gegen welche die übrigen ihre Sicherheit nur verbündet finden. Die französische Macht ist unter Napoleon durch strammes Regiment, Unternehmungsgeist und äußere Erfolge noch angewachsen, aber die Macht hat sich doch nicht in dem Maße vermehrt, wie deren Gefahr für die übrigen Staaten. Napoleon ist trotz des Senates und des gesetzgebenden Körpers ein unumschränkter Herrscher, die Nation hat wenig zu sagen. Das ist die Ursache, warum seine Worte eine so große Bedeutung haben. Seine rastlose, ehrgeizige und ränkevolle Politik ist es, welche die Völker in Athem hält, und von seiner Thronrede erwarten sie Aufschluß, ob man das nächste Jahr vor seinen Entwürfen Ruhe haben werde. In seiner neuesten Thronrede geberdet sich Napoleon III. wie ein halbkonstitutioneller Herrscher. Es ist ihm bei seiner Allmacht selbst nicht ganz geheuer geworden, und er hat am 24. November bekanntlich ein Dekret erlassen, durch welches die sehr beschränkten Befugnisse des Senates und des gesetzgebenden Körpers etwas erweitert werden. Namentlich ist beiden Körperschaften anheimgestellt, in einer Antwort auf die Thronrede und bei den Berathungen über die Adresse die Meinung des Landes (?) über die Lage auszusprechen. Napoleon III. beginnt seine Anrede an die Herren Senatoren und Herren Deputirten mit Hervorhebung der neuen Rechte, die er ihnen verliehen habe, und benutzt die Gelegenheit, um die Vorzüge anzupreisen, die seine Verfassung angeblich vor einer gewöhnlichen, nach englischem Muster zugeschnittenen haben soll. Wer wollte läugnen, daß die konstitutionelle Verfassung so wenig unter Louis Philipp, wie unter Ludwig XVIII. und Karl X. die Probe bestanden hat? Aber liegt die Schuld an der Verfassung? Uns scheint sie weit mehr daran zu liegen, daß die Verfassung nicht ehrlich ausgeführt wurde. Die Regierung wußte sich durch schlechte Mittel die Mehrheit in der Kammer zu verschaffen, und so dauerte eine persönliche Regierung fort, während das Wesen einer Verfassung doch darin besteht, daß das Volk auf die Regierung des Landes einen gesetzmäßigen Einfluß geltend macht. Das ist jener traurige Schein-Constitutionalismus, der nicht im Stande ist, das Königthum vor den Gefahren zu bewahren, die aus seiner Schrankenlosigkeit entspringen. Die napoleonischen Deputirten — von den goldbetreßten Senatoren, die höheren Lakaien sehr ähnlich sehen, gar nicht zu reden — sind bis jetzt auch nur eine Scheinvertretung des Volkes gewesen und werden, fürchten wir, auch künftig nicht mehr vorstellen."

*

Die „Neue Frankf. Zeitung" äußert sich über die französische Thronrede, wie folgt: „Die Impertinenz einer kaiserlich napoleonischen Thronrede geht über alles, was man früher im Fach diplomatischer Kühnheiten für möglich hielt. Zuerst beschwert sich die Thronrede darüber, daß die Regierung bisher den „großen Staatskörpern" zu fern stand; sie unterläßt beizufügen, daß dies so war, weil Napoleon es so wollte. Aber von nun an soll es anders sein: „die Lieben und Getreuen, die Stände des Reichs" sollen von der kaiserlichen Regierung über die Lage Europa's mitgetheilt bekommen, was sie selbst für gut hält, und sie sollen die Erlaubniß haben, in einer Adresse ihre Meinung darüber auszudrücken. Es läßt sich denken, wie unabhängig die Meinungsäußerung der Herren Senatoren und Deputirten ausfallen wird, von denen Jene unmittelbar von Napoleon angestellt und diese durch das bekannte suffrage universel unter Leitung der Polizei ernannt worden. Das bonapartische Regiment pflegt mit Freiheitsverheißungen nicht zu kargen; wer aber von der verheißenen Gabe einen wenn auch nur bescheidenen Gebrauch machen wollte, den würde bald das jüngste Beispiel Ganeseos belehren, wie ein Bonaparte die Freiheit der Rede und Presse versteht. Kostbar ist der Vergleich, welchen Napoleon III. zwischen der alten parlamentarischen Zeit unter Louis Philipp und seinem eigenen Regierungssysteme zieht: Wenn auch die Deputirtenkammer größere Rechte als jetzt besessen habe, so sei sie doch durch die große Zahl der in ihr befindlichen Beamten von der Regierung zu abhängig gewesen. Wahrscheinlich soll dieses ein Lob auf die Unabhängigkeit der bonapartischen Kammer vorstellen! Am seltsamsten aber klingt es, wenn er der früheren Pairskammer vorwirft, daß die Regierung durch neue Ernennungen die Majorität habe ändern können; während bekanntermaßen der Senat Napoleons des Dritten aus lauter hochgestellten, ehrenhaften, unabhängigen Männern besteht, die gar keiner Partei angehören und keiner andern Fahne folgen, als der ihres Gehaltes von 30,000 Frcs. — Der Kaiser hat in seiner Thronrede die beste Kritik der Verfassung geliefert. Er sagt, der gesetzgebende Körper hat sich nicht in alle Angelegenheiten der Regierung zu mischen, er hält den Gang der Geschäfte nicht auf, er verpflichtet den Souverän nicht, sein Ministerium zu ändern, aber er darf der Regierung Winke geben, und wohlverstanden, er darf im Grunde auch nicht winken, er muß warten, bis ihm die Regierung Gelegenheit dazu gibt, ihn durch eine von ihr ausgehende Vorlage zum Winken auffordert."

Deutscher Bund.

Bayern. München, 6. Febr. Se. Maj. der König hat auf das Forstamt Partenkirchen den Revierförster Peter Burgmaier zu Vilgertshofen, Forstamts Weilheim, befördert; auf das Rentamt Germersheim den Rentbeamten von Kusel, Fr. Marnet, seinem Ansuchen entsprechend, versetzt; an dessen Stelle den Rechnungskommissär der k. Regierungsfinanzkammer der Pfalz, Johann Rhein, befördert, dessen Stelle dem Rechnungsrevisor der genannten Regierungsfinanzkammer, Ludwig v. Traitteur, verliehen. (N. Münch. Z.)

München, 4. Febr. Der Abg. Neuffer bezeichnet in seinem Ausschußbericht die im Jahr 1858 eingetretene Erhöhung der Rübensteuer von 6 auf $7\frac{1}{2}$ Silbergroschen und die hiedurch erzielte Mehreinnahme in finanzieller Beziehung als erfreulich, fügt aber bei, daß leider zu bedauern sey, daß seitdem unsere Rübenzuckerfabriken kranken. Früher, in der Besteuerung begünstigt, sey dieser in nationalwirthschaftlicher Hinsicht so wichtige Industriezweig in wenigen Jahren so mächtig geworden, daß er die Einfuhr des indischen Rohrzuckers auf ein Minimum beschränkte, und heute in der Lage, mehr zu produziren, als der eigene Verbrauch im Vereinslande aufnehmen könne. Es habe sich dies im Jahr 1859 thatsächlich herausgestellt, denn nachdem die Fabrikanten glaubten, durch eine größere Erzeugung den Ausfall decken zu können, welcher ihnen durch den erhöhten Zoll zuging, zeigte es sich, daß das Vereinsland außer Stand war, die Gesammtproduktion zu verbrauchen, und es blieb, weil eine Ausfuhr nicht möglich war, von dem über 36 Mill. Zentnern angewachsenen Quantum das Produkt von mehr als 5 Mill. Zentnern übrig. Die Zuckerpreise seyen hiedurch so gedrückt worden, daß der Zucker um 3 bis 4 fl. per Zollzentner billiger verkauft werden mußte, als er zu fabriziren ist. Ein solcher Zustand sey um so bedauerlicher, als hiebei gegen 36 Mill. Thaler Capital, welche in den Zuckerfabriken des Zollgebiets fest angelegt sind, in Gefahr stehen. Abhilfe gegen einen solchen Zustand sey um so dringender nothwendig, als gerade die Erzeugung von Zucker für die Hebung des Wohlstandes von Gesammtdeutschland von allergrößter Bedeutung sey. Von keiner mit dem Gange der Sache eines Nähern betrauten Seite werde dies auch verkannt; allein es müsse Jeder lebhaft davon überzeugt werden,

Kapitän Blanke, von Bremen nach New-York (am 23. November von der Weser gesegelt), am 12. Januar in See verbrannt ist. Die Passagiere und Mannschaft sind jedoch gerettet.

London, 2. Febr. Im Regierungsarsenal von Sheerneß verunglückten vorgestern acht Arbeiter, die einen schweren Dampfkessel fortzubewegen hatten. Sie stürzten von einem Gerüste, auf dem der Kran angebracht war, und einige von ihnen geriethen unter den Kessel. Drei blieben todt auf dem Platze, die andern sind schwer, wenngleich nicht lebensgefährlich beschädigt worden.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 5. Febr. Gestern ist, wie schon gemeldet, die allgemeine Diskussion des Adreßentwurfs beendet worden. Bei der heutigen Spezialdiskussion wurden die beiden ersten Sätze (Trauer um den verewigten König) ohne Debatte angenommen. Bei dem 3. Satz (innere Politik und Beamte) erhob sich eine längere Diskussion. Abg. v. Vincke (Hagen) hält eine lange Rede, in welcher er speziell in die Berliner Polizeiverhältnisse eingeht, besonders auf die Angelegenheit Stieber-Schwarck. Der Minister des Innern erwidert in Betreff des hiesigen Polizeipräsidenten, daß nach Charakter und Befähigung desselben eine Veranlassung zur Entfernung aus dessen Amte nicht vorliege.

Göttingen, 4. Febr. Gestern Morgen starb nach mehrjährigen Leiden der Professor in der medizinischen Fakultät Arnold Adolf Berthold im nahezu vollendeten 58. Lebensjahre, geschätzt als Lehrer und Schriftsteller in den Fächern der Zoologie, vergleichenden Anatomie und Physiologie. (Allg. Ztg.)

Schleswig, 31. Jan. Von dem Bürgermeister und Polizeimeister August Jörgensen ist nachstehender Brief an den Professor Dr. Povelsen, Rektor an der hiesigen Domschule, mit der Bitte gerichtet, für die Verbreitung des Inhalts nach besten Kräften zu sorgen. „Hochgeehrter Herr Professor! Mit Bezug auf frühere Unterredungen erlaube ich mir hierdurch, Herr Professor, Ihnen ein Namensverzeichniß zuzustellen, sowohl über diejenigen Personen, welchen die dem Könige treugesinnten Männer wegen der im Laufe der politischen Begebenheiten des letzten Jahres offen bewiesenen feindseligen Gesinnung den Rücken zu kehren Veranlassung haben, als auch über diejenigen, welche wegen ihrer bewiesenen loyalen Gesinnung der Gegenstand einer solchen Verfolgung sind, daß sie dringend des besonderen Beistandes von loyaler Seite bedürfen. Zu der ersten Kategorie gehören die Namen sub 1 und 2 (wovon die sub 1 keine Adresse unterschrieben, die sub 2 aber Adressen unterschrieben haben). Zu der zweiten Kategorie gehören die Namen sub 3. Selbstfolglich stehe ich für die Richtigkeit des Verzeichnisses ein. Ich habe in gleicher Hinsicht dem Kommandanten und Mehreren gleichlautende Exemplare mitgetheilt und bitte Sie, Herr Professor, in Ihrem Kreise dahin zu wirken, daß die Sache bekannt wird. Ich bin selbstfolglich bereit, weitere Aufklärung zu geben, wenn dies von Jemand gewünscht werden sollte. Freundschaftlichst und ergebenst Aug. Jörgensen." Diesem Schreiben folgen nun in drei Rubriken die Namen von 68 Bürgern und Einwohnern der Stadt Schleswig. No. 1. Sieben, zur ersten Kategorie gehörig. No. 2. Neununddreißig, welche Adressen unterschrieben. No. 3. Zweiundzwanzig der Treugesinnten, welche der Verfolgung ausgesetzt und eines dringenden Beistandes von loyaler Seite bedürfen.

London, 5. Februar. Nach hier eingetroffenen Nachrichten aus Washington vom 22. v. Mts. hat der Kommandirende der Truppen von Florida, General Hayne, dem Präsidenten Buchanan die Anzeige gemacht, daß er das Fort Pickens nicht angreifen werde und daß die Staaten des Südens in der Hoffnung eines friedlichen Arrangements Kollisionen vermeiden wollen. (Tel. d. Pr. Z.)

Madrid, 3. Febr. Man versichert, daß nach der Aufstellung der statistischen Kommission die pyrenäische Halbinsel 19 Millionen Einwohner zähle. In den Provinzen werden Bittschriften vorbereitet, welche die Aufhebung der Päße bezwecken.

Turin, 1. Febr. Der in jüngster Zeit vielfach genannte neapolitanische Offizier Lagrange gibt in der „Armonia" eine Erklärung ab, nach welcher er allerdings eine Abtheilung neapolitanischer Truppen in den Abruzzen befehligt habe, aber schon Ende Oktobers auf souveränen Befehl dieselben verlassen, und eine andere strategische Stellung einnehmen mußte. Schließlich sey er wegen gänzlichen Mangels an Munition, und von den andern Korps abgeschnitten, genöthigt gewesen, auf neutrales Gebiet überzutreten. Seit Mitte Novembers lebe er ohne Amt und ohne Mission in Rom den Studien. Einer der vielen Abenteurer, die seitdem die Abruzzen zum Schauplatz ihrer Thaten gemacht hätten, habe die Anmaßung gehabt, Befehle unter dem Namen de Lagrange zu ertheilen — eine Anmaßung, gegen welche er durch gegenwärtige Erklärung protestire. Dieselbe ist unterzeichnet: Baron Klitsche de Lagrange. — Von Perugia wird unterm 29. v. M. berichtet, daß die Franzosen zu Vicoraro bei Tivoli verschiedene Kisten mit 4000 päpstlichen Gewehren in Beschlag nahmen. Dieselben waren in Belgien in das Perkussionssystem umgeändert worden, und sollten den Aufständischen in den Abruzzen zugehen. (Allg. Ztg.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	75 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	58$^1/_4$ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	48 G.
„	6 pCt. Metall. Obligation.	39$^3/_4$ G.
„	4$^1/_2$ pCt.	35 G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3$^1/_2$ pCt. Staatsschuldsch.	87 P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102$^1/_4$ P.
„	4$^1/_2$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101$^5/_8$ P.
„	4$^1/_2$ pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	101$^7/_8$ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	99$^3/_8$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	100 P. 99$^5/_8$ G.
„	3$^1/_2$ pCt. Obl. dto.	94$^3/_4$ G.
Württemb.	4$^1/_2$ pCt. Obl. b. Rothsch.	104 G.
„	3$^1/_2$ pCt. Obl. dto.	93$^3/_4$ P.
Baden	4$^1/_2$ pCt. Obl.	103 P.
„	3$^1/_2$ pCt. Obl. v. 1842	95$^1/_8$ P.
Gr. Hess.	4$^1/_2$ pCt. Obl.	101$^5/_8$ G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100$^1/_2$ P.
„	3$^1/_2$ pCt. Obl. dto.	93$^1/_4$P. 92$^3/_4$G.
Nassau	4$^1/_2$ pCt. Obl. dto.	100$^3/_4$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	97$^7/_8$ G.
„	3$^1/_2$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3$^1/_2$ pCt. Obl.	97 G.
„	~~3 pCt. Obl.~~	90$^1/_2$ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	46 G.
„	1$^3/_4$ pCt. „ „ „	40$^1/_4$ G.
Schweden	4$^1/_2$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	97$^3/_8$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	107$^5/_8$ G.	ex D.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	565 P.	ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	122—$^1/_2$ G.	ex D.
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	171 G.	ex D.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . . .	70 G.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	64 G.	ex D.
Internationale Bank in Luxemb. . .	79$^1/_4$ G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	332 P.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	69$^1/_2$ P. 68$^1/_2$ G.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	222 P.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118$^1/_2$ P.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74 P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	24$^1/_4$ P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	126$^1/_8$ P.	ex D.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4$^1/_2$ pCt.	95$^3/_4$ G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50$^7/_8$ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	234 P.	
Span. Handels- u. Industrie . . .	470 G.	ex D.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	460 P.	ex D.
Bayr. Ostbahn à 4$^1/_2$ pCt. volleinbez.	103$^1/_2$P. $^1/_4$G.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101$^1/_2$ G.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99$^3/_8$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105$^1/_8$ G.
Brem. 50 Th. Ld: k. S.	95$^5/_8$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	87$^7/_8$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105$^1/_4$ G.
London Lst. 10 k. S.	117$^5/_8$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L. S. L. 250 k. S.	92$^5/_8$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	93 G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	76$^3/_4$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839 .	63$^1/_2$ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	44$^3/_4$ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	53$^7/_8$ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	125$^1/_2$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	53$^3/_4$ P. $^1/_4$ G.	„ fl. 25 do.	36$^1/_4$ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	87$^1/_2$ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	—
3$^1/_2$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beilt.	115$^3/_4$ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50$^3/_4$ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2$^1/_2$ pCt. Z.	34$^1/_2$ G.
Badische fl. 50	89$^3/_4$ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10$^5/_8$ P.
Badische fl. 35	53$^3/_8$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10$^3/_8$ P. $^1/_8$ G.

Frankfurt, 6. Februar. Oesterr. Fonds und Kreditaktien merklich höher eröffnet, konnten sich nicht ganz auf den Anfangskursen behaupten, schlossen jedoch immerhin noch höher als gestern. Spanische 1$^3/_4$ pCt., Frankf. und Darmst. Bankaktien wurden besser bezahlt. Das Geschäft war nicht belebt. (Syndikat.)

§ **Wien**, 4. Febr. (Priv.-Korresp.) Während die „Opinione", das Blatt Cavour's, versichert, daß die sardin. Regierung die Beziehungen Italiens zu Frankreich und die nothwendige Vereinigung mit Venetien im Auge behalten müsse, erklärt Lamarmora in Berlin, daß Sardinien nicht daran denke, Venetien anzugreifen. Es scheint demnach, daß man sich in Turin noch immer mit der Hoffnung schmeichelt, Oesterreich dahin zu bringen, den Krieg zu erklären; denn daß in Turin der Plan eines zweiten italienischen Krieges nicht aufgegeben ist, wird sich gelegenheitlich der Eröffnung des ersten „italienischen Parlaments" deutlich genug offenbaren. Die Sitzung wird zwar ganz kurz, aber um desto bedeutungsvoller seyn, denn abgesehen davon, daß bei dieser Gelegenheit das Königreich Italien unter dem Szepter Viktor Emanuels proklamirt werden wird, soll noch außerdem die Bekleidung des Königs mit der diktatorischen Gewalt auf unbestimmte Zeit, die allgemeine Bewaffnung und endlich die Aufnahme eines Anlehens im Betrage von 450 Millionen Lire (Francs) votirt werden. Da die Opposition höchstens über 60—80 Stimmen zu verfügen hat, so steht es nicht zu bezweifeln, daß die Regierungsanträge mit bedeutender Mehrheit angenommen werden, womit eben dem Grafen Cavour das von ihm angestrebte Vertrauensvotum ertheilt wird. Man wird zugeben müssen, daß diese von der sardinischen Regierung vorbereiteten Anträge eben nicht geeignet sind, die Aussichten auf dauernde Erhaltung des Friedens zu stärken.

Wien, 4. Febr. Das im Ministerrathe angenommene Gesetz bezüglich der Protestanten für die deutsch-slavischen Provinzen wird nächstens veröffentlicht werden, nachdem es die kaiserliche Sanktion erhalten. Dieses Gesetz gewährt der protestantischen Kirche eine vollständige Autonomie. Was die gemischten Ehen betrifft, so bleiben die gegenwärtigen Verfügungen provisorisch in Kraft. So meldet die „Independance".

Großbritannien.

Der Eröffnung des englischen Parlamentes geht gewöhnlich ein von Herrn **Bright** veranstaltetes Meeting voraus, worin er als Apostel des Friedens und der Sparsamkeit dem Ministerium den Text liest und dem Volke gute Lehren zum Besten gibt. Diesmal ist die ganze englische Presse in geschlossener Reihe gegen ihn aufgetreten, sogar „Daily News", Cobden's Blatt, erklärte sich gegen seine unsinnigen Diatriben. Er sagte unter Anderm, man beschuldige ihn der Feindschaft gegen die königliche Familie, aber der Tag werde kommen, an dem die Nation einsehen würde, daß es keine königliche Familie gäbe, die 70 Millionen Pfd. Sterling werth sei. Das war doch für die loyale englische Presse eine schwer zu verdauende Redeweise und Bright darf sich schmeicheln, dem Ministerium, das er zu stürzen beabsichtigt, einen nicht geringen Freundschaftsdienst geleistet zu haben.

Frankreich.

Paris, 1. Febr. Wer die eigentliche Tendenz des „Courrier du Dimanche" und die Personen kennt, welche dieses Blatt durch ihre Finanzen erhalten, hat auf der Stelle errathen, daß auf dem Rücken seines Chefredakteurs, Herrn Ganesco, die orleanistische Partei im Allgemeinen und die klerikalischen Spitzen derselben, Monseigneur Dupanloupe (Bischof von Orleans), der Dominikaner Lacordaire u. s. w. geschlagen werden sollten. Der Graf von Persigny theilt den Haß seines Herrn gegen den Orleanismus, und da er ein sehr reizbarer Mann ist, so verwundern wir uns kaum über sein strenges Verfahren gegen den sehr mißliebigen Herrn Ganesco, trotz der von ihm selbst vor ein paar Wochen so pomphaft verkündeten „freieren Bewegung" der Presse. Was würden wir aber in den französischen Blättern für ein Geschrei über das Wiener Kabinet hören, wenn dasselbe nach den Dekreten des Monats Oktober so mit einem sonst achtbaren Schriftsteller umgesprungen wäre! (Schw. M.)

Italien.

Rom, 29. Januar. Im Römischen ist die Landbevölkerung über die nicht ohne Härte hier und da von den Sardiniern vorgenommene Rekruten-Aushebung erbittert, theils weil der Sinn jener Bevölkerung nichts weniger als soldatisch ist, theils weil die Landleute, besonders im Ankonitanischen, als geschickte Winzer bisher gewohnt waren, ihre eben herangewachsenen Söhne ins Patrimonium zu schicken, wo sie sofort als selbständige Vignaruoli bei Klöstern und reichen Mercanti di Campagna so gut gestellt wurden, daß sie ohne viele Mühe sich und auch wohl die Ihrigen in der Heimath ernähren und noch dazu hinreichend sparen konnten, um sich bald einen kleinen unabhängigen Landbesitz zu erwerben. Diese thätigen Arme beansprucht nun die Konskription. Das Comitato Romano indessen nimmt von der Stimmung und von den Vorgängen in den Provinzen so gut wie gar keine Notiz: Tricoloren- und andere einschlagende Demonstrationen sind die Parole des Tages. Gestern wäre es fast im Teatro Capromica, wo meist burleske Schauspiele in trasteverinischem Dialekte gegeben werden, zu schlimmen Excessen gekommen. Eine Tänzerin erschien mit einer weißen Camellie, einer Rose und grünen Myrthenzweigen an der Brust. Sogleich war das Haus wie in Flammen: eine Apotheose der Tricolore folgte in langen Lebehochs für Italiens Unabhängigkeit und Einheit. (Köln. Z.)

Das Rundschreiben **Bertani's** an die Hülfskomite's für Rom und Venetien liegt uns nunmehr seinem Wortlaute nach vor. Dasselbe sagt deutlich, daß Bertani es an der Zeit hält, sich für den Augenblick zurückzuziehen, doch nicht für immer. Die betreffende Stelle, die einzige bemerkenswerthe des Rundschreibens, lautet: „Wenn bei dem Kampfe, der im Anzuge ist, um die Geschicke unseres Vaterlandes zu erfüllen — was wir alle wünschen — ich noch einmal mit Euch Mühen und Gefahren theilen könnte, so sollte mich's freuen, denn Ihr wisset, daß es mir nicht an Willenskraft fehlt; bis dahin aber laßt mich den Uebeln, an denen ich leide, Heilung bringen, laßt mich meinen Namen von den Beschimpfungen unserer Feinde rein waschen."

Ueber den General **Klitsche de Lagrange**, der bei den jetzigen bourbonischen Aufständen in den Abruzzen genannt wird, brachte die „Neue Zürcher Ztg." (und wir nach ihr) kürzlich eine Mittheilung, zu der die „Magdeburgische Zeitung" jetzt von einer Seite eine Berichtigung erhält, wo man diese mehrfach interessante Persönlichkeit genauer kennt. Diese Mittheilung lautet: „Klitsche wurde in der Gegend bei Sandan geboren, von 1813 — 15 war er freiwilliger Husar und Anfang der zwanziger Jahre Privatsekretär in Möckern. Unzufriedenheit mit seiner untergeordneten Stellung und Ehrgeiz trieben ihn hier fort, und wir sehen ihn darauf bei der Generalkommission in Stendal beschäftigt; allein das unrechtmäßige Tragen fremder Orden nöthigte ihn, um der Untersuchung und Strafe zu entgehen, zur Flucht. Auf derselben ergriffen, saß er in Erfurt längere Zeit im Gefängniß. Ein katholischer Priester wußte ihn dort für seine Konfession zu gewinnen und ihn nach verbüßter Strafe nach Münster in das Priesterseminar zu bringen. In Angelegenheiten seines Standes machte er eine Pilgerfahrt nach Tyrol und weiter nach Rom. Vor der Weltstadt auf einem Berge an einer Kapelle liegend und seine wenigen Bajocchi überzählend, sieht er eine Karrosse mit durchgehenden Pferden, deren Kutscher bereits geschleift und deren Personal, bestehend aus einem alten Herrn und einer jungen Dame, in größter Lebensgefahr schwebt. Den Pferden in die Zügel fallen und des Kutschers Stelle einnehmen ist für den Pilger das Werk eines Augenblicks, und wenige Jahre darauf sehen wir ihn in derselben Karrosse neben jener vornehmen Römerin als Bräutigam, um sich in jener Kapelle trauen zu lassen. Nachdem er nämlich seine Mission in Rom vollbracht und sich darauf einer Mission nach Köthen, wo bekanntlich der Hof katholisch wurde, unterzogen, auch eine Pilgerfahrt nach Jerusalem zur Erlangung einer damit verbundenen Pfründe vollbracht hatte, ließ er sich von dem Priesterstande dispensiren und bekam die Erlaubniß, sich nach einem entfernten Verwandten de Lagrange nennen zu dürfen. In dem Revolutionsjahre 1848 sehen wir ihn militärisch wirken, er wirbt freiwillige Truppen, beschützt das Leben des Papstes und geleitet denselben nach der Festung Gaeta. Für seine Ergebenheit und Treue wurde er Major und später Stadtkommandant von Ancona. Darauf lebte Klitsche in hoher militärischer Stellung in Rom, verließ später aber die päpstlichen Dienste und ging, vielleicht 1854, nach Neapel, genoß dort ganz das Vertrauen des Königs und wurde mit Ehren und Orden überschüttet. Aber niemals hat er wieder seit der Affaire in Stendal einen Orden getragen. Seine Villen und Plantagen wurden 1848 sehr verwüstet. Ludwig Napoleon hat ihm für seiner Person geleistete Dienste während der italienischen Revolution von 1831 eine Quadratmeile Land bei Algier geschenkt, wo er sich früher häufig aufhielt, um die Kultivirung desselben zu leiten. In fast allen Branchen, der religiösen, militärischen, belletristischen, hat unser Landsmann geschriftstellert, und zwar in fast allen Sprachen. Seine Briefe an seinen Freund sind korrekt und in blühender Sprache."

Nichtpolitische Zeitung.

Bremen, 30. Jan. Mit dem Dampfschiff des norddeutschen Lloyd „Bremen", welches New-York am 19. Januar verließ, geht die Nachricht ein, daß das Bremer Segelschiff „Globus",

richten, ihre Bestrebungen mit denen der übrigen Deutschen zu vereinen, und auf Wiederherstellung der Reichsverfassung von 1849 hinzuwirken. Hr. Schott erklärte in ausführlicher Rede die Betheiligung des gesammten deutschen Volks an dem Kampf um Venetien für ein deutsches Nationalinteresse, und sollte Deutschland so verblendet seyn, dieß nicht zu erkennen, so wäre dieses ein wirklicher Selbstmord Deutschlands. Napoleons Politik gehe dahin, Oesterreich zu isoliren, um freie Hand am Rhein zu haben, und diese würde man damit unterstützen. Sein Antrag ging daher auf eine Erklärung der Versammlung, daß das gesammte deutsche Volk in den Kampf um Venedig mit allen Kräften einstehen müsse. Während jedoch die beiden Anträge A. Seegers und Hölders angenommen wurden, unterblieb eine Abstimmung über diesen bis zur Frage über den Beitritt zum deutschen Nationalverein, und bei der Abstimmung über diese wurde sie, „um keine Spaltung hervorzurufen," umgangen. (Man sieht, um den Leuten den Beitritt zum Nationalverein annehmbar zu machen, wird gerade jene Frage, auf die es im gegenwärtigen Augenblick vor Allem ankommt — die Frage, ob Deutschland für Oesterreich im Kampf um Venetien eintreten soll oder nicht — unentschieden gelassen. Was soll nun ein Verein leisten können, dessen Mitglieder nicht einmal über diese erste Frage einig sind?)

Bayern. München, 5. Febr. Se. Maj. der König hat den Rechnungskommissär Leonh. Mayr von der Regierungsfinanzkammer von Mittelfranken zur Regierung von Schwaben, und den Rechnungskommissär Fr. Böhm von der letztgenannten Regierungsfinanzkammer zu jener von Mittelfranken versetzt. (N. M. Z.)

Preußen. * Berlin, 5. Februar. Im Abgeordneten-Haus begann gestern die Berathung über die Antwort-Adresse auf die Thronrede. In dieser Sitzung wurde nur die allgemeine Debatte beendigt; die Polen benutzten diese Gelegenheit, um wieder mit ihren sattsam bekannten Ansprüchen hervorzutreten. Der polnische Abgeordnete Stablewski tadelte es, daß in dem Adreß-Entwurfe der Polen nicht gedacht ist. Er wünsche aus dem Innersten seiner und der Polen Seele das Zustandekommen der deutschen Einheit. In Bezug auf die Nationalitäten führt der Redner die Behauptung aus, die Nationalitäten seyen nicht ein Werk der Menschen, sondern ein Werk Gottes. „Die Stimme Europas, sagt er, wird sich für uns erheben, unsere Sache wird siegen durch die Stimme der freien Menschheit. Die Sache der Deutschen in Dänemark ist wie die unsrige, mit dem Unterschiede, daß die Deutschen in Dänemark eine Macht gefunden, die sich ihrer annimmt, und daß wir einer solchen Stütze entbehren, aber unsere Rechte werden zur Geltung kommen, die polnische Frage wird eine Frage des Rechts werden, nicht eine von Unruhestiftern." Ihm trat der Minister Graf Schwerin in geharnischter Rede entgegen: „Seyen Sie versichert, rief er den Polen zu, daß die Regierung an ihrem Platze seyn wird, ob Sie, wie Sie es in Ihren Zeitungen sagen, dieselbe im kleinen oder im großen Kriege angreifen. Es ist nicht in der Gottesordnung, daß 600,000 Deutsche, welche mit 700,000 Polen zusammenwohnen, dem Zustandekommen eines polnischen Reichs geopfert werden. Die Herren berufen sich auf die Wiener Verträge. Ich behaupte, daß nicht internationale Verträge, sondern die Gesetze des Landes die Rechte der Unterthanen bestimmen. Der Behauptung, daß wir dadurch die kontrahirenden Mächte aufforderten, das Richteramt in dem Streite in Anspruch zu nehmen, trete ich mit der Erklärung entgegen, daß nach Art. II. dieser Wiener Verträge das Großherzogthum Posen dem König von Preußen en toute souveraineté et propriété gehört, und daß die Regierung mit Entschiedenheit jeden fremden Einspruch zurückzuweisen wissen wird. (Bravo!) Was in den Wiener Verträgen versprochen, ist gehalten, und Sie haben keinen Grund Sich zu beklagen. Sie berufen sich auf das Besitzergreifungspatent von 1815: ja da fühlte ich mich doch verpflichtet, einen Punkt zu berühren, den ich gern übergangen hätte, aber Sie zwingen mich dazu. Das Besitzergreifungspatent wie jede andere königliche Ansprache hat die Eine Voraussetzung zum Grunde, daß die darin zugesicherten Rechte treuen Unterthanen verliehen werden. (Bravo!) Meine Herren, erinnern Sie sich der Vorgänge von 1830 und 1848! Hat da nicht deutsches Blut Ihre Provinz Posen wieder erobert, und Sie glauben, daß eine preußische Regierung es verantworten könnte, Ihnen jetzt noch außerordentliche Rechte einzuräumen? Außerdem haben sich seit 1815 auch die Verhältnisse geändert. Sehen Sie die heutigen Kulturzustände in der Provinz und vergleichen Sie dieselben mit denjenigen im Jahre 1815, und Sie werden alle Ursache haben, die Segnungen des preußischen Szepters nicht zu unterschätzen. Heute ist die Provinz ein blühender Garten, und wie sah die Provinz im Jahre 1815 aus? Auch über die Verletzung zugesagter Rechte haben sich die Polen nicht zu beklagen. Nehmen Sie nicht Theil an der Verfassung und können Sie Ihre Sprache nicht gebrauchen? (Sechzehn Polen: Nein!) Die polnische Sprache soll neben der deutschen gebraucht werden. (Oho!) —" Der Präsident: „Ich bitte um Ruhe." Graf Schwerin fortfahrend: „Das ist nicht die richtige Art, der Regierung zu antworten, dazu ist die Tribüne, wo ein freies Wort eine freie Entgegnung erfahren kann. Sie mögen über meine Interpretation anderer Meinung seyn, wenn aber der Sprachenstreit zu einem Agitationsmittel gebraucht wird, so wird sich dem die Regierung mit Entschiedenheit widersetzen. (Bravo!) Die Regierung verspricht Recht und Gerechtigkeit, sie wird sich aber von ihren mit Konsequenz verfolgten Wegen durch nichts abtreiben lassen." Am Schluß nahm noch der Berichterstatter Beseler das Wort; er forderte die Polen auf, nachzuweisen, wenn es ihnen möglich sey, daß die preußische Regierung internationale Verträge und mit ihnen anerkannte Rechte der Polen verletzt habe, und dann, wenn ihnen dies gelungen, die Intervention der garantirenden Mächte anzurufen; aber das sey bisher unmöglich gewesen und werde es auch ferner bleiben. (Bravo!) Wenn die Polen sich mit den Deutschen in Dänemark vergleichen, so mögen sie nicht vergessen, daß die Wirthschaft in Schleswig mit den geordneten Zuständen in der Provinz Posen keinen Vergleich vertrüge.

* Höchst bezeichnend für die Unschlüssigkeit der Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses in Bezug auf die Stellung, die Preußen zur italienischen Frage einnehmen soll (eine Unschlüssigkeit, die nebenbei gesagt, ein treues Spiegelbild der Unschlüssigkeit der preuß. Regierung ist) ist die Abänderung, welche Herr v. Vincke an dem von ihm beantragten Zusatz zur Adresse hat vornehmen müssen, um sich der Aussicht, für denselben die Mehrheit zu gewinnen, nicht von vornherein zu berauben. Herr v. Vincke ist bekanntlich ein glühender Verehrer Sardiniens und bitterer Feind Oesterreichs. Der von ihm beantragte Zusatz lautete ursprünglich: „In der fortschreitenden Konsolidirung Italiens erblicken wir ein wichtiges europäisches Interesse." Das war aber der Mehrheit des Hauses schon viel zu entschieden, zu deutlich gesprochen. Herr v. Vincke hat daher seinem Zusatz nachträglich folgende Fassung gegeben: „Der fortschreitenden Konsolidirung Italiens entgegen zu treten, erachten wir weder im preußischen noch im deutschen Interesse." Kann man besser die unthätige Politik Preußens bezeichnen, die überall nur zuschaut, nirgends eingreift, sey es um neu zu gestalten, sey es um zu erhalten? In dieser matten Form nun hat der Zusatz mehr Aussicht auf den Beifall des Hauses.

Oesterreich. Aus Wien, 2. Februar, gehen der „Hamb. B.-H." über den Stand der österreich. Verfassungsfrage einige interessante Aufschlüsse zu. „Bereits in der verflossenen Woche, heißt es, sind die vom Staatsminister v. Schmerling ausgearbeiteten und zur Vorlage gebrachten Staatsgrundgesetze im Ministerrathe zur Erörterung gelangt, und letztere ist der Anlaß zu stürmischen Sitzungen gewesen. Das Resultat dieser Minister-Berathungen ist die nochmalige Verweisung der erörterten Elaborate an das Redaktionskomite gewesen, und zwar mit dem ausgesprochenen Zweck einer im freisinnigeren Sinne vorzunehmenden Revision der gedachten Vorlagen. An letztere ist nun auch rüstig Hand angelegt worden, und ist, wenn nicht unvorhergesehene Hindernisse dazwischen kommen, die Publikation der verheißenen Institutionen gewiß um die Mitte dieses Monats noch zu erwarten. Etwas, was uns selbst fast unglaublich klingt, und sich dennoch so und nicht anders verhält, ist die äußerst merkwürdige Haltung, welche Graf Rechberg während dieses neuen Stadiums, in welche die Verfassungsfrage eingetreten ist, angenommen hat und bewahren zu wollen scheint. Graf Rechberg, bisher der Schirm und Stützpunkt der urkonservativen Interessen im Schooße des Kabinets, hat plötzlich — mirabile dictu — umgesattelt und tritt als gefährlicher Konkurrent des liberalen Herrn v. Schmerling auf. Der so oft, und kaum daß man sich dessen versieht, sich häutende Ministerpräsident ist es gewesen, der im Ministerrathe die ersten Propositionen des Hrn. v. Schmerling als nicht ausreichend liberal bemängelt hat. Es ist offenbar, daß Herr v. Rechberg es auf Popularität abgesehen hat, welche letztere ihm minder einen gloriösen Rücktritt, als vielmehr ein unangefochtenes Verbleiben am konstitutionellen Regierungsruder sichern soll. (Das ist ihm gelungen: ob zum Heil Oesterreichs, ist die Frage. Was für einen Werth hat eine scheinbare Gesinnungsänderung, deren wahrer Zweck eben nur der ist, bessere Zeiten abzuwarten, und mittlerweile unter dem Deckmantel des Liberalismus für die Reaktion so viel, als zur Zeit noch möglich ist, zu thun?)

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 38. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 58. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 7. Februar 1861.

Die französische Thronrede.

* Die Thronrede des Kaisers Napoleon beginnt mit einem Selbstlob; er sagt denen, die es nicht glauben wollen, daß die dem gesetzgebenden Körper durch die November-Dekrete ertheilte Erlaubniß, eine selbständige Antwort auf die Thronrede zu geben, eine große Verbesserung sey. Hierauf knüpft sich ein Hieb auf die Mängel der Deputirten- und Pairs-Kammer unter Louis Philipp. Sodann folgt ein Ueberblick über die befriedigende innere Lage des Landes. Alsdann fährt er folgendermaßen fort: „Was das Auswärtige anbelangt, so habe Ich Mich in Meinen Beziehungen zu den auswärtigen Mächten zu beweisen bemüht, daß Frankreich den Frieden aufrichtig wünscht, daß es, ohne auf einen berechtigten Einfluß zu verzichten, nirgends sich einzumischen beansprucht, wo seine Interessen nicht im Spiele waren, kurz daß, wenn es Sympathien für alles Edle und Große hatte, es nicht zauderte, alles das zu verdammen, was das Völkerrecht und die Gerechtigkeit verletzte. (Hier folgt die gestern mitgetheilte Stelle.) Es genügt für die Größe des Landes, sein Recht da aufrecht zu erhalten, wo es unbestreitbar, seine Ehre da zu vertheidigen, wo sie angriffen ist, seine Unterstützung da zu leihen, wo sie zu Gunsten einer gerechten Sache angerufen wird. Auf diese Weise haben wir unser Recht aufrecht erhalten, indem wir die Abtretung Savoyens und Nizza's annehmen ließen. Diese Provinzen sind heute unwiderruflich mit Frankreich vereinigt. So hat unser Banner mit dem Großbritanniens vereinigt, lediglich um unsere Ehre im äußersten Orient zu rächen, siegreich auf den Mauern von Peking geweht, und das Kreuz als Sinnbild der christlichen Civilisation erhebt sich von Neuem in der Hauptstadt China's auf den seit länger als einem Jahrhundert geschlossenen Tempeln unserer Religion. So sind auch unsere Truppen im Namen der Humanität nach Syrien gegangen auf Grund einer europäischen Convention, die Christen gegen einen blinden Fanatismus zu schützen. Zu Rom habe Ich die Garnison vermehren zu müssen geglaubt, als die Sicherheit des heiligen Vaters bedroht schien. Nach Gaeta habe Ich in dem Augenblicke Meine Flotte gesandt, wo sie die letzte Zufluchtsstätte des Königs von Neapel seyn zu sollen schien. Nachdem Ich sie vier Monate daselbst gelassen, habe Ich sie zurückgezogen. Wie würdig auch der Sympathie ein so edel getragenes königliches Unglück war, die Gegenwart unserer Schiffe nöthigte uns, täglich von dem Systeme der Neutralität abzuweichen, welche Ich proklamirt hatte und gab irrigen Interpretationen Raum. Nun! Sie wissen es, man glaubt in der Politik wenig an einen rein uninteressirten Schritt. Dies ist die kurze Darlegung der allgemeinen Lage." (Folgt der vorgestern mitgetheilte Schluß.)

*

Ueber die Thronrede Napoleons sagt die „Frankf. Handelsz.": „Die einzelnen Phrasen, die sich auf die auswärtige Politik beziehen, weichen von dem gewöhnlichen, nun schon bekannten Styl nicht ab, und bilden, wenn man sie mit Thronreden anderer Monarchen, namentlich mit den englischen vergleicht, einen schneidenden Kontrast. Napoleon gibt und nimmt mit derselben Hand und in demselben Augenblick: die Hoffnungen, welche die Vordersätze erwecken, werden durch die Nachsätze wieder vernichtet. „Der Kaiser wünscht den Frieden, aber sein legitimer Einfluß darf nicht verletzt werden." Aber wo beginnt, wo endet dieser legitime Einfluß, und wo sind die Schiedsrichter, die im Zweifel darüber zu entscheiden haben? „Der Kaiser strebt nicht darnach, sich irgendwo einzumischen, aber seine Interessen dürfen nicht in Frage stehen." Dies sagt uns derselbe Mann, der öffentlich erklärte, Frankreichs Interesse ist überall, wo die Gerechtigkeit und die Civilisation sich Bahn brechen wollen, derselbe, der in Rußland, in Portugal, in Italien, in Syrien, in China und Cochinchina, mit einem Worte auf dem ganzen Erdboden überall sich eingemischt hat. Er sagt, die Lage Italiens ist verwirrt, aber er sagt uns nicht, wodurch die Verwirrung entstand, er verschweigt, daß er es war, dessen Hülfe den Umsturz herbeiführte, dessen Anwesenheit heute den Aufbau verhindert. Er habe im Verein mit seinen Alliirten das Prinzip der Nichtintervention aufgestellt; und — auch gleich wieder verletzt, hätte er hinzufügen müssen, durch die Besetzung Roms, durch seine Flotte vor Gaeta ꝛc."

*

Die „Frankf. Postztg." sagt über dieselbe: „Es geht aus jedem kaiserlichen Satze die Absicht hervor, die beunruhigte Geschäftswelt mit neuem Vertrauen zu beleben. Daß es nicht in der Absicht des französischen Kaisers liegt, der sich bildenden Coalition aller Großmächte gegenüber in diesem Frühjahr einen neuen Krieg zu beginnen, haben wohl nur Wenige bezweifelt. Eben so ist's sicher, daß die sardin. Regierung auf seine Vorstellungen hin vorläufig Ruhe halten will. Der Zweifel, welcher alle Welt erfüllt, liegt nur in der einzigen Frage: Hat denn wirklich Frankreich und sein siegreicher Imperator Krieg und Frieden in den Falten seiner Toga? Kann Kaiser Napoleon III. durch sein Machtwort den erregten Geist ganzer Völker wieder in die alten Dämme zurückbeschwören, nachdem er den Dämon der Revolution wachgerufen und durch die französischen Waffen zu mächtigen Erfolgen geführt hat?"

Deutscher Bund.

* Stuttgart, 4. Febr. Die gestrige Volksversammlung in Eßlingen war sehr zahlreich besucht. Den Mittelpunkt der Verhandlungen bildete die deutsche Frage, worüber namentlich Direktor Pfeiffer, Rechtskonsulent A. Seeger aus Stuttgart und Metz aus Darmstadt in ausgezeichneter Weise sprachen. Pfeiffer stellte den Antrag, den Eintritt in den Nationalverein unbedingt zu empfehlen, als das einzige Mittel, für Deutschland befriedigende Zustände zu erlangen. Dagegen sprachen sich Fabrikant Ammermüller, die Abg. Hölder und Propst aus Stuttgart aus. Der letztere meinte, man könne nicht zu Preußen halten, das so lange einen Manteuffel habe ertragen können, worauf ihm Metz aus Darmstadt erwiderte, daß wir uns selbst bei der Nase nehmen mögen, denn auch in einigen süddeutschen Staaten werden gegenwärtig noch Manteuffel ertragen; es sey auffallend, daß sich der bewährte Volksfreund Propst so entschieden gegen den Nationalverein ausspreche; da müsse etwas noch nicht Aufgeklärtes dahinter sein. „Das Konkordat! Das Konkordat!" schrie die Menge. (Der politisch freisinnige Abg. Propst ist bekanntlich ein eifriger Vertheidiger des Konkordats.) Die Gegner des Nationalvereins konnten gegen die Freunde desselben nicht aufkommen, so daß der Pfeiffer'sche Antrag zuletzt mit sehr großer Mehrheit angenommen wurde. Sofort erfolgten zahlreiche Unterzeichnungen zum Beitritt. Dann wurde eine Adresse an Deutsch-Oesterreich, eine Erklärung an die aufgelöste kurhessische Ständeversammlung, eine solche in Betreff Schleswig-Holsteins im Sinne deutsch-nationaler Bestrebungen und endlich eine Adresse an den württembergischen ständischen Ausschuß gegen das Konkordat beschlossen. Die Versammlung dauerte von Morgens 10 bis Nachmittags 4 Uhr. — Aus der Debatte bezüglich des Verhältnisses zu Oesterreich ist Folgendes hervorzuheben. Dr. Seeger sprach zuerst eingehend über diesen Gegenstand, und verband damit den Antrag, die Versammlung wolle sich dahin aussprechen, daß es das Recht und die Aufgabe des deutschen Volkes sey, auf die Wiederherstellung der deutschen Reichsverfassung von 1849 mit Grundrechten, so wie auf die Berufung eines Reichstags auf Grund derselben, und die Einsetzung einer Centralgewalt mit allen gesetzlichen Mitteln hinzuwirken. Hölder stimmte damit im Allgemeinen überein und verband damit den Antrag, eine Ansprache an die deutschen Brüder in Oesterreich zu

zu nehmen, wir ein äußerstes Stück der deutschen Konföderation berühren müßten, so kann dies als kein Angriff auf Deutschland angesehen werden. Die feindlichen Manifestationen der deutschen Presse, unterstützt von einigen deutschen Regierungen, müssen Italien beunruhigen. Man möge die Beziehungen Italiens zu Frankreich und die nothwendige Vereinigung mit Venetien im Auge behalten, um zu erkennen, daß die von uns bezeichnete Gefahr keine Drohung, sondern eine entfernte Eventualität ist, welche nur durch die Haltung Deutschlands zur Wahrheit werden könnte. Deutschland möge die Traditionen des heiligen römischen Reiches verlassen und überzeugt seyn, daß die einzige Bedingung des europäischen Friedens die Befreiung Veneziens ist." (Die Unverschämtheit ist stark!)

(T. d. Ostd. Post.)

Mailand, 3. Febr. Der heutigen „Perseveranza" wird aus Turin berichtet: „Die Piemontesen mußten Frosinone (päpstlich) besetzen, um die bourbonischen und päpstlichen „Banden" zu bekämpfen und zu zerstreuen; der Kampf soll ein langer und erbitterter gewesen sein. Die Verluste sind noch unbekannt. Der Prinz Carignan reiste nach Mola di Gaeta, um sich persönlich über die militärischen Operationen zu informiren und am Kriegsrathe Theil zu nehmen. Das Gerücht, die Reise des Prinzen geschehe wegen der Uebergabsbedingungen, wird als grundlos dementirt. Der Einfall päpstlicher Truppen auf piemontesisches (!) Gebiet hat letztere Regierung bestimmt, die angränzenden Ortschaften der Comarca zu besetzen. Es bestätigt sich, daß Ricasoli den Gouverneurposten Toskana's verläßt; als dessen Nachfolger werden Alfieri, Sauli, Minghetti oder Villamarina genannt."

(Telegr. d. Ostd. P.)

Ein spanischer Dampfer, welcher mit Depeschen in Gaeta einlaufen wollte, sowie vier päpstliche mit Lebensmitteln beladene Barken wurden von den Piemontesen genommen. Von der Landseite werden Vorbereitungen zum Sturme gemacht.

(T. d. Ostd. Post.)

Aus Neapel. Nach der „Opinione" hat der sardinische Oberlieutenant Quintini vom 40. Regiment „eine Bande, die dreimal stärker als seine Kolonne war, angegriffen und dieselbe nach zweistündigem Gefechte unter Zurücklassung von 100 Todten und 30 Gefangenen in die Flucht geschlagen. Die Piemontesen hatten 1 Todten und 10 Verwundete. Gleichzeitig operirte Sonnaz auf Sora und Avezzano, bestrafte die Bewohner, die unter den „Banditen" gekämpft hatten, exemplarisch und schickte dann eine Kolonne nach dem Kloster Casamari, wo der Bischof von Sora mit seinen Kampfgenossen Stellung genommen hatte. Es waren dies Offiziere und Soldaten von der früheren bourbonischen und von der päpstlichen Armee und eine bedeutende Anzahl „Räuber". Diese Bewaffneten entkamen sämmtlich nebst dem Bischof und den Mönchen; im Kloster aber fand man Waffen, Munition u. s. w. Man steckte die Abtei in Brand. Unter den Briefen fand man ein Aktenstück, das die „Opinione" wörtlich mittheilt, und aus welchem erhellt, daß der Abt des Klosters, Galluei, mit Gaeta, mit den französischen Legitimisten in Rom und Lamoricieres Zuaven, sowie mit römischen Emissären eine große gemeinschaftliche Bewegung bezweckte. Der Schluß dieses Briefes an den Abt lautet: „Wenn alle diese Vertheidiger, wovon Sie reden, nicht rasch über die Piemontesen herfallen, die Gaeta belagern, so gelangen wir zu keinem Resultate. Der Graf fuhr gestern von hier (Rom) mit einem expressen Dampfer ab; in weniger als einer Viertelstunde erhielt er die Karten der Haupteingeweihten. Lassen Sie uns eifrig beten, daß das, was er vorhat, gelingen möge." Der Brief ist vom 21. Dezember datirt. Bekanntlich hatte der Graf von Trapani damals vor, den Aufstand in den Abruzzen zu organisiren, und es erfolgten die Einfälle in das Neapolitanische und das Gefecht bei Tagliacozzo. (So meldet das sardinische Blatt.)

Die von Herrn de la Rochefoucault dem Papst angebotenen 12 gezogenen Kanonen sind in Civitavecchia ausgeschifft worden.

Telegramm.

* London, 5. Febr. Bei Eröffnung des Parlaments sagte heute die Königin in der Thronrede, die Beziehungen Englands zu den übrigen Mächten seyen fortwährend freundschaftlich und befriedigend. „Ich habe das Vertrauen, die Mäßigung der Mächte werde jeden Bruch des allgemeinen Friedens verhüten. Wichtige Ereignisse sind vorgefallen; da ich glaube, es müsse den Italienern freistehen, ihre Angelegenheiten nach eigenem Ermessen zu ordnen, habe ich keine eingreifende Intervention geübt; die betreffenden Papiere werden vorgelegt werden." Die Metzeleien in Syrien hätten die Besetzung durch französische Truppen in Folge der Uebereinkunft der Großmächte mit der Türkei herbeigeführt. Die Türkei habe jetzt dort genug Truppen. „Ich habe das Vertrauen, die Ruhe werde in Syrien bald hergestellt und der Zweck der Uebereinkunft erreicht seyn." Sie erwähnt den ehrenvollen und befriedigenden Abschluß der chinesischen Frage. Sie bedauert den in der amerikanischen Union entstandenen Streit und drückt den Wunsch aus, er möge befriedigend beigelegt werden.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	73 1/4 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	58 1/4 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	47 3/4 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	40 1/2 P.
„	4 1/2 pCt.	35 1/2 P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	86 3/4 P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102 1/2 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101 1/2 G.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	101 7/8 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 3/8 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	99 3/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	95 G.
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	103 1/2 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	93 3/4 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	102 5/8 P. 1/8 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	95 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	101 5/8 G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 5/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	93 1/4 P. 92 3/4 G.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	100 3/4 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	97 7/8 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	97 G.
„	3 pCt. Obl.	90 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	46 5/8 P.
„	1 3/4 pCt. „ „	40 G.
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 500 Thlr.	97 1/4 P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	107 3/8 G.	ex D.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	556 G.	ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	121—1/2 G.	ex D.
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	170 G.	ex D.
Weimarische Bank à Thlr. 100	69 7/8 G.	
Mitteldeutsche Kreditaktien	84 G.	ex D.
Internationale Bank in Luxemb.	79 1/4 G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	333 P.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	69 P. 68 G.	
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	222 P.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	117 1/2 P.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74 P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	24 1/4 P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt.	125 7/8 P.	ex D.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	96 P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50 1/4 G.	
Südd. Bank-Akt. 30 pCt. Einz.	234 P.	
Span. Handels- u. Industrie	470 G.	ex D.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	460 P.	ex D.
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	108 1/2 P. 1/8 G.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 1/2 G.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99 3/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105 1/8 G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	95 5/8 B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	87 7/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 1/8 G.
London Lst. 10 k. S.	117 5/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	92 3/4 B.
Paris Frs. 200 k. S.	93 G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	77—76 7/8 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	68 1/2 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	44 3/8 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	53 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	125 3/8 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	52 5/8 G.	„ fl. 25 do.	36 P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	86 3/4 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	—
3 1/2 pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	115 3/4 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50 3/4 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2 1/2 pCt. Z.	34 1/2 G.
Badische fl. 50	90 G.	Vereins-Loose fl. 10.	10 3/8 P.
Badische fl. 35	53 1/4 P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 3/8 P. 1/8 G.

Frankfurt, 5. Februar. Der Rückgang der Kreditaktien und die Erhöhung der fremden Devisen in Wien hatte einen entsprechenden Rückgang der östr. Fonds und Kreditaktien zur Folge. In letzteren und in National war der Umsatz von großer Bedeutung.

(Syndikat.)

Gasse) ihr Bier um den Ganterpreis (also um 6 kr. 2 pf.) verleitgeben zu dürfen und alle haben bereits die Bewilligung erhalten.

In Berlin hat sich eine Kommanditgesellschaft zur Förderung des deutschen Seidenbaues gebildet, welches als ihr Organ eine „Deutsche Seidenbau-Zeitung" herausgibt.

Aus Rees (am Unterrhein), 31. Januar. In Folge der Eisstopfung bei Emmerich war in Grietherbusch in der Nacht vom 28. auf den 29. Januar das Wasser zu einer nie gekannten Höhe gestiegen und überragte, im Laufe des Morgens, den bekannten höchsten Pegelstand um 3 Fuß. Gegen Mitternacht setzte sich unter donnerähnlichem Getöse das Eis des alten Rheines in Bewegung, und von der Strömung getrieben, trat die mächtige Eisscholle desselben ihre verheerende Bahn an. Gegen 2 Uhr früh ertönten auf verschiedenen Stellen der Ortschaft anhaltende Hülferufe, die nach einiger Zeit, wo man das Licht eines Kahnes auf dem Wasserspiegel schimmern sah, wieder verstummten. Der Eindruck dieses Nothgeschreis war bei der Stille der Nacht, bei dem wahrnehmbaren Steigen des Wassers und den von den angränzenden Dörfern zugleich ertönten Nothsignalen ein so überwältigender, daß die Mannschaft des Deichlagers an der gegenüberliegenden Sägemühle zu Bienen mit ängstlicher Unruhe den Tag erwartete und beim Grauen desselben unwillkürlich die Wohnungen zu zählen begann, die doch aus dem Wasser noch hervorragten. Glücklicher Weise hatte die Scholle nur drei Häuser eingestürzt, deren Bewohner aus drohender Lebensgefahr gerettet wurden, war dann auf einen erhöhten Erdball gerathen, wo sie bis zum anbrechenden Morgen haften blieb. Gegen 8 Uhr neuer Zuwachs des Wassers; und wiederum setzte sich die Scholle in Bewegung, um ihren geraden Lauf gegen eine, vom Deiche aus eine freie Ansicht darbietende Wohnung zu richten, die der Tagelöhner Küppers, ein Mann von 60 Jahren, mit zwei Töchtern, einem Schwiegersohn und zwei kleinen Enkeln bewohnt. Dem alten Manne war die drohende Gefahr nicht entgangen; einsehend, daß er im vorderen Theile seines Hauses unrettbar verloren sey, flüchtete er mit seiner Familie auf den Heuboden des Hinterhauses. Bald hatte die Scholle das Haus erreicht, fährt mit unwiderstehlicher Kraft durch die Mauern in das Fachwerk bis zur Mitte des Hauses, daß die eichenen Querbalken zersplitternd in die Höhe fahren und der Dachstuhl krachend in die Fluth hinabsinkt. Bald ragt nur der nackte Schornstein und der Heuboden hervor, auf welchem sich die Familie befindet, die bei dem Einsturze des Hauses, durch einen augenscheinlichen Schutz der göttlichen Fürsehung, unverletzt geblieben war. Zu verschiedenen Malen kamen Nachen aus dem Dorfe, um sich der unglücklichen Familie zu nähern, wurden aber jedes Mal von der Fluth und von den Eismassen zurückgeworfen. Als der Führer des letzten Nachens nach angestrengten Versuchen der Familie zurief, es sey unmöglich, von dort aus heranzukommen, hörte man von der Unglücksstätte die Worte ertönen: „Nun, so müssen wir uns in Gottes Namen ergeben!" Mehrere Augenzeugen versicherten mir, das sey ein herzzerreißender Auftritt gewesen. Mittlerweile war es 10 Uhr geworden. Die Kunde von der gräßlichen Lage der Unglücklichen hatte eine Menge Zuschauer herbeigezogen, die in ohnmächtigen Beileidsbezeugungen ihr Mitgefühl für die unglückliche Familie zu erkennen gaben. Da traten unter der Menge fünf Schiffer auf, die als Führer eines Floßes an der Sägemühle verweilten und erklärten, die Rettung der Familie bis auf's äußerste versuchen zu wollen. Doch wie soll man den Nachen durch den starren breiten Eissaum bringen? Möglicher Weise ist weiter hinauf noch eine offene Stelle. Rasch wird ein Nachen mit 4 Pferden bespannt, eine Viertelstunde weit hinaufgeschleift, wo man denselben in's Wasser lassen konnte. Und nun begann die Mannschaft ihre gefährliche Fahrt. Bald war trotz der starken Strömung und der treibenden Eisschollen der das Haus einschließende Eissaum erreicht. Man hatte sich mit zwei Brettern versehen, um eine Verbindung zwischen den lose an einander stehenden Eisschollen herzustellen. Auf dieser schmalen, lebensgefährlichen Bahn gelang es den wackern Männern, jedes Mal ein Brett vorschiebend, das Haus zu erreichen und die Unglücklichen aus den Trümmern in den Nachen zu bringen. Mit der gespanntesten Aufmerksamkeit war die zahlreiche Menge am Ufer den Bewegungen der Männer gefolgt. In dem Momente, als der Letzte den Nachen bestieg, machte sich die Freude der Zuschauer in einem jubelnden Hurrah Luft, das man selbst in den nächsten Dörfern vernommen haben will, und wie im Triumphe begleitete man die gerettete Familie, welche unter Thränen an's Ufer stieg, in's Pfarrhaus.

In Dublin hat ein eigenthümlicher Raubmordversuch ungewöhnliche Aufregung verursacht. Ein elegant gekleideter Herr kam an einem der letzten Dezembertage in eine der renommirtesten Kleiderhandlungen und bestellte eine große Menge fertiger Kleider, die er in seinen Gasthof zu schicken ersuchte und wofür er ein Angeld von 5 Schilling erlegte. Die Waaren wurden von einem Träger der Anstalt zur rechten Zeit fortgetragen. Auf dem Wege begegnete der Träger Namens Mulholland einem jungen, etwa zwanzigjährigen Manne von tiefdunkler Gesichtsfarbe, der anscheinend höchlichst aufgebracht war und ihm mit den Worten entgegentrat: „Sie kommen eine volle Stunde zu spät, Herr Anson ist fort; kommen Sie mit mir, ich werde Sie bezahlen." Er führte sodann den Träger durch mehrere Gassen bis zum rückwärtigen Theil eines Hauses, wo er einen Schlüssel aus der Tasche nahm und eine Stallthür öffnete, auf welcher sich ein Zettel mit der Aufschrift „Zu vermiethen" befand. Der Träger fragte seinen finstern Führer, ob er ihm in den Stall folgen sollte, worauf dieser bejahend antwortete. Da der Träger ferner bemerkte, daß der Fremde in den Taschen herumsuchte, und daher glaubte, daß dieser etwas zum Anzünden einer Kerze suche, so fragte er ihn, ob er vielleicht Zündhölzchen wolle. Der Fremde bejahte, und während der Träger sein Feuerzeug hervornehmen wollte, zog jener eine Pistole aus der Tasche und feuerte sie in das Gesicht des Trägers ab. Die Waffe, die mit einer Spitzkugel geladen war, ging so nahe dem Gesicht des beabsichtigten Opfers los, daß dessen Haar versengt wurde, während die Kugel durch den Nasenknorpel drang und in die Mauer fuhr. Mulholland stürzte zu Boden und wurde, als er sich wieder aufraffen wollte, von seinem Angreifer gepackt, der ihn zu erdrosseln suchte. Während des Kampfes gelang es dem Träger, den Thäter in den Finger zu beißen und um Hülfe zu rufen. Bald ließen sich auch Tritte vernehmen, worauf der Thäter die Flucht ergriff. Mulholland wurde sogleich in das Spital gebracht. Als man im Stall, in welchen der Träger gelockt worden war, Licht machte, bemerkte man erst, zu welchem schrecklichen Zweck derselbe vor einer Woche von dem jungen Mann und seinen Genossen gemiethet worden war. An einer Seite befand sich an der Mauer ein frischgegrabenes Grab; noch lagen Schaufel und Hacke am Rande der Grube, die gegen 6 Fuß lang, 5 Fuß tief und 4 Fuß breit war. Die Vorbereitungen zum Begräbniß des Opfers oder der Opfer schienen sehr vorsichtig getroffen zu seyn. Die großen Steinplatten waren ebenfalls sorgfältig beiseite gelegt, um den Stall wieder damit zu pflastern und so jede Entdeckung vereiteln zu können. Der arme Träger, dessen Leichnam jene Grube aufnehmen sollte, wäre wahrscheinlich in den Verdacht gekommen, daß er das Geld für die Waaren unterschlagen und sich damit aus dem Staube gemacht habe. Auch das Pistol lag auf dem Boden und erwies sich als eine furchtbare Waffe. In der Mündung des Laufs befand sich nämlich ein Springbajonnet, das beim Abdrücken des Drückers hervorsprang und den Tod zweifach sicher machte. Auch die Waaren, die der Träger gebracht hatte, ferner ein Taschenbuch ꝛc. wurden im Stall vorgefunden. Den letzten Nachrichten zufolge wurde der Thäter am folgenden Abend auf Grund einer Privatanzeige verhaftet; er ist in Dublin geboren, der Sohn höchst achtbarer Leute und hatte einige Jahre an der Universität studirt.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 4. Febr. Die Eßlinger Versammlung, welche von etwa 6—700 Personen aus allen Landestheilen, fast durchaus Demokraten und mit ihnen verbündete Altliberale, besucht wurde, kann sich nicht des ruhigeren und besonneren Verlaufes berühmen, welcher der Stuttgarter Versammlung eigen war. Es ging gar oft etwas stürmisch her, und der Anklänge an die Volksversammlungen von 1848 und 1849 fanden sich genug, und wenn man auch wiederholt von gesetzlichen Mitteln sprach, und davon, daß man sich auf dem Wege der Reform und nicht auf dem der Revolution befinde, so fehlte es doch nicht an Andeutungen, daß man die Zeit nicht ferne glaube, wo weiter zu gehen man sich auch nicht scheuen werde. Auch der Erfolg in Betreff des Beitritts zum Nationalverein, der nach langer und stürmischer Debatte, nicht ohne starken Widerspruch, aber doch mit großer Stimmenmehrheit, Dank den Anstrengungen des dazu von Darmstadt hergekommenen hessischen Abgeordneten Metz, beschlossen wurde, bewies, daß zuvor im Stillen nicht wenig agitirt worden war. Man wahrte zwar bei den Verhandlungen im Allgemeinen die parlamentarische Form, aber oft sprachen mehrere zugleich oder unterbrachen die Redner, und nicht selten wurde die Schelle des Präsidenten durch Lärm und Geschrei übertönt. (Allg. Ztg.)

Turin, 1. Febr. Die heutige „Opinione" schreibt in Entgegnung der „Preuß. Ztg." vom 25. Januar: „Wenn, um Verona

der hiemit verbundenen unverkennbaren Schwierigkeiten noch nicht erreicht werden konnte. (N. M. Z.)

Nassau. Wiesbaden, 2. Februar. Unsere Zeitungen veröffentlichen folgenden Aufruf: „In Folge der Mißernte, die einige Gegenden unseres Herzogthums betroffen, und der Härte des Winters, wie eine solche der Arme seit Jahren nicht mehr zu erdulden gehabt hat, ist an vielen Orten unseres Landes ein Nothstand eingetreten, dessen täglich lauter erschallender Klag- und Hilferuf dringendst zu unverzüglicher Handreichung auffordert. Er soll, er darf nicht überhört werden. So wende Ich mich denn an den oft bewährten Wohlthätigkeitssinn der Nassauer, und namentlich an die Frauen, deren Herz von unverschuldeten Leiden tiefer ergriffen wird, in der Ueberzeugung, daß Alle gerne bereit seyn werden, mit Mir vereint Alles aufzubieten, um den edlen Zweck, da Hilfe zu bringen, wo sie noth thut, in möglichstem Umfange zu erreichen. Jede, auch die kleinste Gabe wollen wir mit Dank entgegennehmen und Gott wird seinen Segen auf unser Werk legen. Wiesbaden, 26. Januar 1861. Adelheid, Herzogin von Nassau, Prinzessin zu Anhalt."

Oesterreich. Innsbruck, 30. Jan. Der unglückliche Fenner v. Fenneberg hat Zürich verlassen und sich nach Stuttgart begeben. Lahm an beiden Füßen und geistig gebrochen, ist er völlig unschädlich. Deßungeachtet konnte seine Frau in Wien für ihn nicht die Erlaubniß zur Rückkehr in die Heimath Tyrol erlangen. (Südd. Z.)

Auf das Schreiben des Barons Bay an den Kardinal-Fürst-Primas vom 19. Januar wurde von der allgemeinen Versammlung des Graner Komitats am 21. Januar, in welcher der Kardinal-Fürst-Primas dasselbe vorlas, der nachstehende Beschluß gefaßt: „Mit Freuden empfing das Komitat diesen Brief, in welchem die schnellmöglichste Heilung der dringendsten Bedürfnisse versprochen wird; deren baldige Erfüllung mit ruhigem Vertrauen erwartend, wird hiermit beschlossen, den Brief zur angenehmen Kenntniß zu nehmen."

Schweiz.

Bern, 2. Febr. Gestern am 1. ds. ist der Vater C. Vogts, Prof. Dr. Vogt, hier zu Bern mit Tod abgegangen. An ihm verliert die Universität Bern einen kaum zu ersetzenden Lehrer. Seine ärztliche Praxis, welche er mit Auszeichnung und als wahrer Menschenfreund geübt, hatte er in den letzten Jahren wegen vorgerückten Alters — er starb 73 Jahre alt — niedergelegt. (Allg. Ztg.)

Großbritannien.

London, 2. Febr. John Richardson, Mitglied des Londoner Gemeinderaths, hat vor längerer Zeit den Antrag angekündigt, daß Garibaldi das Ehrenbürgerrecht der City erhalte. Er hat sich an den General mit der Anfrage gewandt, ob er dasselbe annehmen und nach England auf Besuch kommen werde, worauf Garibaldi Folgendes antwortete: „Caprera, 21. Januar 1861. Mein Herr! Es ist mein Wunsch, eine Reise nach England zu unternehmen, um Ihrem edelmüthigen Volke für die moralische und materielle Theilnahme, die es Italien zu Theil werden ließ, persönlich zu danken; doch ist es mir in diesem Augenblicke unmöglich, den Zeitpunkt zu bestimmen, in dem ich dem Wunsche meines Herzens nachkommen kann. Einstweilen gestatten Sie mir, Ihnen für den beabsichtigten Antrag, den ich von Herzen gutheiße, zu danken. Ihr rc."

Frankreich.

Paris, 2. Febr. Die Tabaksteuer wirft ganz bedeutende Summen ab; die Konsumtion hat seit der Preiserhöhung nicht abgenommen, und der Ertrag dieses Jahres beläuft sich auf nahe an 186 Millionen, wovon ungefähr 130—140 Millionen reiner Profit sind. (Köln. Z.)

Die „Union" schreibt: „Ein einiges Italien ist eine Drohung für Frankreich; man darf nicht müde werden, es zu wiederholen. Wenn dieser neue Staat stark ist, wird er unser Feind, wenn schwach, der Vasall unserer Feinde seyn: ob wir ihn furchtbar oder kraftlos sehen werden, wir werden ihn angreifen und bekämpfen müssen. Ein einiges Italien mit Häfen wie Venedig, Messina, Neapel, Livorno, Genua, mit Sizilien und Sardinien, wird, wenn nicht Herr des Mittelmeeres, doch wenigstens das Hinderniß seyn, welches uns eines Tages von Algier, Griechenland, dem Orient, von allen unsern Einflüssen und Pflichten trennen wird. Andererseits bietet uns ein getheiltes Italien eine werthvolle und gefahrlose Nachbarschaft. Wir können die gegenseitige Freiheit des Königs von Neapel und des Königs von Sardinien, der Lombardei und Venedigs, der Herzogthümer und Roms verbürgen, den Frieden und das Gleichgewicht dort aufrecht erhalten, ohne etwas von ihnen fürchten zu müssen. Stark genug, uns beizustehen, werden diese Staaten zu schwach seyn, uns zu schaden." Auf diesem Wege gelangt die „Union" schließlich zu der Erklärung: „Die Einheit Italiens würde eine furchtbare Bresche der hundertjährigen Politik, sie würde die Vernichtung der dauerndsten Interessen Frankreichs seyn." Diese Aeußerung eines französischen Blattes möchte gewissen Staatsmännern zur Beachtung zu empfehlen seyn.

Einem, übrigens nicht zu verbürgenden Gerüchte zufolge wäre der preußische Abgesandte, General Willisen, mit der Begrüßung des neuen Königs in Paris etwas trocken empfangen worden. Er soll sich indeß sehr geschickt benommen und auf eine bedenkliche Aeußerung des Kaisers blos verbeugt haben mit dem Bemerken, er habe keine diplomatische Mission und enthalte sich der Antwort. Als der Kaiser indessen weiter eingegangen, habe er entgegnet, Preußen hege keine feindliche Meinung gegen Frankreich. Der Kaiser könne glauben, daß Deutschland nie daran gedacht, eine aggressive Rolle zu spielen. Aber das neuaufgebrachte System, die Theorie der „Faits accomplis" und die „Nationalitätsprinzip" genannte Epidemie machten seinem Souverän Vorsichtsmaßregeln zur Pflicht, bis der Zustand Europa's zur Genüge rechtfertige. Alles das sey mit eben so viel Ruhe und Festigkeit vorgebracht worden. Der Kaiser habe darauf betheuert, daß die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa sein Wunsch sey, daß er die Vorgänge in Italien nie gebilligt, im Gegentheil Alles gegen seine Absicht gegangen sey. Europa lasse ihm nicht die verdiente Gerechtigkeit widerfahren. Er hoffe in Kurzem seine Mäßigung klar beweisen und so alle Vorurtheile gegen ihn zerstreuen zu können. Der Pariser Korrespondent gibt die Geschichte, wie sie erzählt wird, ohne die Gewähr dafür zu übernehmen.

Italien.

Aus Monte Rotondo, 26. Jan., berichtet Beedelièvre, der Führer der päpstlichen Zuaven, an den Kriegsminister Merode, daß er durch die von seinem Bataillon ausgeführten Märsche ganz genau über die Stärke und Stellung der Piemontesen unterrichtet war, aber dieselben nicht angriff, weil er einmal kein Blut vergießen wollte, dann aber auch neue politische Komplikationen als Folge eines Angriffs befürchtete. Er blieb daher ruhig in Monte Rotondo und beschränkte sich auf Beobachtung der feindlichen Bewegungen. Zwölf Meilen davon, in Ceneze, hatten sich feindliche Detachements, abwechselnd in der Stärke von 50—200 Mann, in einer an der Gränze der Provinz Rieti gelegenen Osteria postirt, nachdem sie sich der Brücke und der Straße von Terni, beide auf dem Territorium Commarea, bemächtigt. Auf der andern Seite der Brücke, ebenfalls in einer Osteria, stand die päpstliche Gendarmerie und berichtete, daß die Piemontesen von ihrer Stellung aus sie fortwährend zur Desertion zu verleiten suchen, ihnen Geld bieten und im ganzen Lande die Nachricht verbreiten, sie würden bald im Namen Piemonts die ganze Commarca militärisch besetzen. Dagegen wollte der Zuavenführer einschreiten und sandte am 14. den Kapitän de Chillaz auf Kundschaft; während dieser Rekognition sangen die Piemontesen revolutionäre Lieder gegen den Papst und dessen Armee, nannten sie eine Bande von Mördern und Räubern. Am 23. um Mitternacht brach er selbst in aller Stille mit seinem Bataillon auf und stand des Morgens um 3 Uhr dem piemontesischen Posten gegenüber. Im Sturmlauf wurde die Osteria angegriffen, ohne daß die Truppe Zeit hatte, eine Vertheidigung zu organisiren, die für das Bataillon sehr gefährlich hätte werden können. Nachdem sie wenige Schüsse gethan, wurden sie entwaffnet, das Haus selbst umzingelt und der Telegraph abgeschnitten. Beedelièvre bemächtigte sich der gesammten Korrespondenz, mehrerer Kilometres Telegraphendrähte und einer beträchtlichen Menge Waffen und zog sich mit dieser Beute nach der in der Commarca gelegenen Osteria zurück, von wo aus er Brücke und Landstraße im Auge behielt. Um 8 Uhr Morgens stieß eine Batterie Bergartillerie zu ihm und ein Transport mit Lebensmitteln und allem Material, was zur Errichtung eines verschanzten Lagers nothwendig, zu welcher Arbeit auch sofort geschritten wurde. Zwei Geschütze und ein Detachement Zuaven wurden zu dessen Vertheidigung zurückgelassen, während der Führer selbst mit seiner Beute und einem aufgefangenen Spion nach Monte Rotondo zurückkehrte. Die übrigen Gefangenen, 50 an der Zahl, wurden nach Rom dirigirt. (N. Fr. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

In München sind bereits über ein Dutzend Wirthe bei der Regierung eingekommen, beim Gassen-Schank (über die

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 37.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 6. Februar 1861.

Deutscher Bund.

* **Bayern.** Dem im 2. Ausschusse der II. Kammer erstatteten Vortrage des Abgeordneten Neuffer entnehmen wir folgende, die Flußzölle betreffende „interessante" Stelle: „Eine für den Verkehr äußerst wichtige Angelegenheit, über welche in der hohen Kammer seit Jahren lebhaft debattirt wurde, hat jetzt ihre Erledigung gefunden — die Rheinzölle sind, wenn auch nicht ganz aufgehoben, auf einer zu Karlsruhe unterm 12. Dezember 1860 geschlossenen Konferenz der betheiligten Staaten aber doch sehr ermäßigt, d. h. es ist festgesetzt worden, daß von den auf dem vereinsländischen Rheine zwischen Emerich und der Lauter oder über diese Endpunkte hinaus beförderten, der ganzen oder Viertelsgebühr des Rheinzolles (Supplementartikel XVI. zur Rheinschiffahrtsakte vom 31. März 1831) unterworfenen Gegenständen — Bau- und Nutzholz jedoch ausgenommen — sowohl in der Bergfahrt, wie in der Thalfahrt für die beziehungsweisen Antheile Badens, Bayerns und Preußens an der Rheinzollerhebung nur ein Zehntel des Normalsatzes der ganzen Bergzollgebühr, für die Antheile Hessen's und Nassau's nur ein Sechstel desselben Normalsatzes erhoben werden. — Leider ist mit dieser Herabsetzung nicht auch die Herabsetzung der Mainzölle erfolgt und solche bleiben vorerst auf ihrer bisherigen Größe, obwohl sie nach der Wiener Kongreßakte (vide Klüber Fol. 869, Art. 581, 582, wie selbst in jedem Zolltarif bei der Abtheilung: Durchgangszölle, Abschnitt 4, zu lesen ist), dann auch im Sinne der Konvention vom 31. März 1831 gleichheitlich mit den Rheinzöllen zu behandeln gewesen wären, wie dies auch aus der geschichtlichen Darstellung der Oktroigefälle hervorgeht. Mit dem 1. März 1861 werden sich sonach die Rheinzölle der Art gestalten, daß für die ganze Rheinstrecke von 130 bis 134 Wegstunden nur $5\frac{88}{100}$ kr. und von und bis Mannheim nur $4\frac{76}{100}$ kr. an Gebühren erhoben werden, während auf der kurzen Mainstrecke von Wertheim bis zum Rheine sogar außer den bedeutenden Recognitionsgebühren von 1 fl. 40 kr. bis 24 fl. 10 kr. per Schiff je nach Ladungsfähigkeit $6\frac{1}{2}$ kr. und zwar: $1\frac{1}{2}$ kr. zu Höchst, $1\frac{1}{4}$ kr. zu Frankfurt, $\frac{3}{4}$ kr. zu Hanau, $\frac{1}{2}$ kr. zu Steinheim, $2\frac{1}{2}$ kr. zu Wertheim zur Erhebung kommen. Es ist dies ein Mißverhältniß, wie es, namentlich wenn Bestimmungen, auf welchen unser ganzes öffentliches Recht basirt ist, dagegen sprechen, kaum gedacht werden kann. Wohl sollen nach den Verabredungen zu Karlsruhe auch über die Mainzölle Vereinbarungen stattfinden, wer aber die Zähigkeit der Mainuferstaaten kennt, welche die Schiffer in ihrer Sprache mit einem Ausdruck bezeichnen, der sich nicht gut wieder geben läßt, — wenn bekannt ist, daß namentlich Baden, das für ein Paar Stunden Antheil am Main $2\frac{1}{2}$ kr. Zoll erhebt, seit 30 Jahren beinahe allen Anforderungen Widerstand geleistet hat, wer sich erinnert, wie diese Staaten dem Beispiele Bayerns — der Aufhebung all' seiner Mainzölle — nicht gefolgt sind, dem möchte es bange werden über die Größe der Opfer, welche aus diesen Vereinbarungen hervorgehen dürften, und unsere bayerischen Mainschiffer werden über manche Verluste zu trauern haben, welche ihnen hiedurch unfehlbar zugehen müssen. Referent kann sich deswegen im Hinblicke dieser Thatsachen mit der einseitigen Herabsetzung der Rheinzölle nichts weniger als befreunden. Zwar sollen mit dem 1. März 1861 im ganzen Zollvereine auch alle Durchgangszölle aufhören und diese Maßregel von den ersprießlichsten Folgen seyn; für einige Staaten sicherlich, insbesondere für Baden wegen seines Verkehrs mit der Schweiz, für Bayern aber nur in geringem Maße; denn wie aus den ebenfalls nachstehenden Zusammenstellungen über die verschiedenen Durchgangsabgaben hervorgeht, so hatte Bayern bereits für den größten Theil des Verkehrs von der Schweiz nach der Donau und vom Rhein und Mainkanal zur Donau Transitofreiheit und in Folge früherer Vereinbarungen überhaupt die niedrigsten Transitozölle. Gegenüber den übrigen, insbesondere den nördlichen Vereinsstaaten ist also Bayern hiebei offenbar im Nachtheile; denn die Transitobefreiung erhöht nicht seinen Verkehr und benachtheiligt seinen Antheil an den Einnahmen mit mehr als hunderttausend Gulden in einer Budgetperiode. Referent vermag daher auch hierüber kein günstiges Urtheil zu fällen und um so weniger, als ihm nicht bekannt ist, daß Bayern durch seine Opferbereitwilligkeit für die Gesammtheit Deutschlands je Glück gemacht habe. Möge es in Zukunft besser damit gehen. In diesen oben besprochenen Angelegenheiten würde sich Berichterstatter aber jedenfalls auf den Standpunkt gestellt haben, erst dann in die Transitofreiheit zu willigen, wenn mit der Herabsetzung der Rheingebühren auch die Ermäßigung der Maingebühren — im Sinne der Wiener Kongreßakte — ausgesprochen worden wäre. Der Verkehr, die Allgemeinheit hätte dadurch nur gewinnen und Bayern größern Dank einernten müssen, als durch die einseitig getroffenen Maßregeln, bei welchen dem Maine Alles entzogen, der Handel vom Rheine in der Richtung nach Osten und nach Mannheim getrieben werden wird."

München, 4. Febr. Dem Weiterbau der Ostbahnen von Schwandorf nach Eger steht noch der Umstand entgegen, daß vorerst der Weiterbau von Eger nach Plauen noch nicht ganz gesichert ist. Zudem verlangt die Staatsregierung, daß der Verwaltungsrath der Ostbahnen mit der Vornahme der Projektirungsarbeiten für die Bahn nach Eger, gleichzeitig auch die Linien Amberg-Bayreuth und Erbendorf-Bayreuth projektiren lasse — ein Verlangen, auf welches einzugehen der Verwaltungsrath nicht geneigt ist. — Ueber den am 14. März vor dem oberbayerischen Schwurgerichte zur Verhandlung kommenden Preßprozeß gegen den Redakteur des „Stuttgarter Beobachters", F. Hopf, schreibt man der „A. Abdz.": „In Nro. 273 des „Stuttgarter Beobachters", Jahrg. 1860, war ein Aufruf an das bayerische Volk über die kurhessische Frage enthalten, in welchem das Verhalten des nunmehrigen Bundestagsgesandten Frhrn. v. d. Pfordten mit wenigen Worten charakterisirt wird. Das Stadtkommissariat Nürnberg veranlaßte Einleitung einer Untersuchung und der Appellhof von Oberbayern hat den Redakteur Dr. Hopf wegen Beleidigung des Hrn. v. d. Pfordten in seiner amtlichen Stellung vor das Schwurgericht verwiesen. Zu den Anklagen wegen Beleidigung der Polizeidirektion, des Polizeiarztes Dr. Frank und des Landrichters Ruchti hat sich sohin noch eine politische Anklage gesellt. Dr. Hopf wird wahrscheinlich erscheinen." (Südd. Ztg.)

München, 4. Febr. Se. Maj. der König hat die kathol. Pfarrei Abens, Ldg. Moosburg, dem Priester Phil. Hafenstein, Schulbenefiziat in Schloßberg, Ldg. Rosenheim, übertragen. (N. M. Z.)

München, 3. Febr. Der Finanzausschuß der Kammer der Abgeordneten hat in seiner Sitzung vom 24. Januar die Vorträge seines Referenten, Abg. Neuffer, über die Nachweisungen bezüglich der Postanstalten, der Donau-Dampfschifffahrt, des Ludwigkanals, der Telegraphen-Anstalt und der Zolleinnahmen in den Jahren 1855—59 berathen und auf Antrag des Hrn. Referenten beschlossen, es sei diesen Nachweisungen die Anerkennung zu ertheilen. Einen Antrag bezüglich der Stellung der Postkondukteure hielt man zweckmäßiger, bei der Budgetberathung in Anregung zu bringen. Bei der Besprechung der Nachweisungen der Telegraphen-Anstalt wurde die Erweiterung des Telegraphen-Netzes als unumgänglich nothwendig, und die Benützung des Bahntelegraphen der Ostbahn für das Publikum als in hohem Grade wünschenswerth bezeichnet, von der Formulirung von Anträgen in dieser Richtung aber Umgang genommen, indem von Seite des k. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten die Erklärung erfolgte, daß bereits eine Vorlage an die Kammern auf Erweiterung des Telegraphen-Netzes vorbereitet und voraussichtlich sehr bald eingebracht werde, daß aber die Benützung des Bahntelegraphen der Ostbahnen von Seite des Publikum, obwohl angebahnt, wegen

(254,000 resp. 878,000 fl.) abgenommen. Fünffrankenstücke müssen, wie die tägliche Umwechslung erweist, einen beträchtlichen Bestandtheil des Metallvorraths abgeben. (Aktionär.)

Neueste Nachrichten.

Augsburg, 2. Februar. Die Offiziersfrauen der hiesigen Garnison (drei Regimenter) haben unterm Gestrigen eine Adresse an die Königin Marie von Neapel nach Gaeta abgesandt. (Allg. Ztg.)

Berlin, 2. Febr. Der k. neapolitanische General Graf Lutrosiano de Aragona wird morgen von dem König in derselben Weise, wie der k. sardinische General La Marmora vor mehreren Tagen, empfangen werden. Sowie nach Turin, wird auch nach Gaeta ein preußischer General entsendet werden, um die Thronbesteigung des Königs Wilhelm anzuzeigen. Wenn ein Turiner Blatt sagt, der General La Marmora überbringe in Berlin ein Schreiben, welches tiefen Eindruck auf den König Wilhelm machen werde, so soll dieser Eindruck bis jetzt wenigstens noch nicht wahrgenommen worden seyn. (Allg. Ztg.)

* Aus Rom schreibt man unterm 29. Januar, daß eine von der Regierung empfangene Depesche melde, daß in Chiavone einer der Insurgentenchefs der Abruzzen kapitulirte. Weitere Kämpfe haben stattgefunden und abscheuliche Rachethaten wurden von beiden Seiten verübt. Dörfer wurden eingeäschert und piemontesische Offiziere in Stücke geschnitten. — Die Piemontesen reklamiren die von den päpstlichen Zuaven zu Gefangenen gemachten Soldaten und haben als Geißel einen Bischof der Sabina arretiren lassen. In Neapel wurden am 29. bei einem Aufstand die Pressen der bourbonischen Journale „Equatore“ und „Aurora“ zerbrochen, wie es früher schon mit derjenigen der „Croce Rossa“ geschehen war.

Turin, 30. Jan. Inwiefern die Partei der Aktion die Autorität Garibaldi's mißbrauchte, geht aus einem Schreiben Garibaldi's an das „Diritto“ hervor, worin der General zwar etwas spät die Erklärung abgibt, daß ein in den Journalen kursirender Brief, den er angeblich am 11. Nov., also 2 Tage nach seiner Abreise von Neapel, an das neapolitanische Volk geschrieben haben sollte, von einem Ende bis zum andern falsch ist. (Allg. Ztg.)

* Die „Patrie“ hat Privatnachrichten aus **Gaeta** bis zum 31. Januar. Am Tage vorher soll, da das furchtbare mehrere Tage hindurch dauernde Bombardement nicht die erwartete Wirkung hatte, im piemontesischen Lager ein Kriegsrath abgehalten worden sein. Es gaben sich zwei Meinungen kund. Die eine: von der Land- und Seeseite die Festung strenge abzuschließen und so in einer bestimmten Zeit zur Uebergabe zu zwingen; die andere, die Belagerungsarbeiten energisch fortzusetzen und die Stadt mit Gewalt zu nehmen. In der Ungewißheit der Entscheidung habe man sich nach Turin gewandt. — Man glaubte, die sardinische Regierung werde sich für die Blokade entscheiden. Man hatte anfangs in Turin gehofft, Gaeta werde den 18. Februar bei Eröffnung des Parlamentes gefallen sein, um dann bei dieser Gelegenheit Viktor Emanuel zum König von Italien ausrufen zu können. Man legt aber jetzt weniger Gewicht auf die Einnahme von Gaeta, weil die Wahlen für das Parlament so gut ausgefallen sind. Die Belagerten arbeiten unausgesetzt an der Vermehrung ihrer Vertheidigungsmittel. Sie haben gezogene Kanonen hergestellt und zwei Batterien damit besetzt. Eine dieser Kanonen traf am 30. die sardinische Dampffregatte „Mozambano“, die in einer Entfernung von 3200 Metern vor Anker lag.

Konstantinopel, 2. Febr. Die europäische Kommission in Beyrut beantragt ein einziges Gouvernement in Syrien unter dem Schutz der Mächte einzurichten. Die Pforte dagegen schlägt zwei Gouvernements mit christlichen und muselmanischen Räthen vor. (T. d. Allg. Z.)

Telegramm.

* **Paris**, 4. Febr. Bei Eröffnung der Kammern hielt der Kaiser heute eine Rede, worin er zuvörderst die befriedigende innere Lage des Landes besprach; trotz verminderter Einnahmen werde das Gleichgewicht im Budget ermöglicht werden. Weiter sagte er: „Frankreich wünscht den Frieden, ohne auf seinen berechtigten Einfluß zu verzichten. In Italien hat Frankreich mit seinen Verbündeten das Prinzip der Nichtintervention geschaffen; vermöge dessen will es, daß jedes Land selbst Herr seiner Geschicke sey; es lokalisirt die auftauchenden Fragen, und verhindert sie so, in europäische Konflikte auszuarten. Frankreich wird weder für die Revolution noch für die Reaktion Partei ergreifen; es genügt für seine Größe, sein Recht zu wahren, wo es unbestreitbar ist, seine Ehre zu vertheidigen, wo sie angegriffen ist. Es leiht seine Hilfe, wo sie zu Gunsten einer gerechten Sache angerufen wird.“ Zum Schluß spricht er das Vertrauen aus, Frankreich könne im Gefühle seiner Stärke ruhig der Zukunft entgegen sehen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	$74\frac{1}{2}$ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$58\frac{3}{8}$ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$47\frac{3}{4}$—48 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$40\frac{5}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$35\frac{5}{8}$ P. 35 G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$86\frac{3}{4}$ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	$102\frac{1}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101\frac{1}{2}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$101\frac{7}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{3}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$99\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{3}{4}$ G.
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$103\frac{4}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$93\frac{3}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$103\frac{1}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	95 G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$101\frac{5}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{5}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$95\frac{3}{4}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$100\frac{3}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$97\frac{7}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	97 G.
„	3 pCt. Obl.	90 P.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$46\frac{5}{8}$ P.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt. „ „ „	$40\frac{1}{2}$ G.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$97\frac{1}{4}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$107\frac{1}{4}$ G.	exD.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	564 P. 558 G.	ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	123—$\frac{1}{2}$ G.	exD.
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	169 G.	ex D.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	70 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	64 G.	ex D.
Internationale Bank in Luxemb. . .	$80\frac{1}{2}$ P.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	333 P.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	67 G.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	222 P.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$116\frac{1}{2}$ G.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$74\frac{1}{4}$ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$24\frac{1}{8}$ P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$125\frac{7}{8}$ P.	ex D.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$95\frac{3}{4}$ P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50\frac{1}{2}$ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	234 P.	
Span. Handels- u. Industrie . . .	470 G.	exD.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	460 P.	ex D.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	103 G.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	$101\frac{1}{2}$ G.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$95\frac{5}{8}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
Hamb. MB. 100 k. S.	$87\frac{7}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$117\frac{5}{8}$ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	$92\frac{3}{4}$ B.
Paris Frs. 200 k. S.	93 G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$76\frac{3}{4}$—77 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$67\frac{1}{2}$ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$44\frac{1}{2}$ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$52\frac{1}{2}$ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$125\frac{3}{8}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$52\frac{5}{8}$ G.	„ fl. 25 do.	$36\frac{1}{8}$ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$85\frac{1}{2}$ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	—
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	$115\frac{3}{4}$ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	$50\frac{3}{4}$ P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$34\frac{1}{2}$ G.
Badische fl. 50	90 G.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{5}{8}$ P.
Badische fl. 35	$53\frac{1}{4}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{8}$ G.

Frankfurt, 4. Februar. Die Steigerung aller österr. Fonds und Aktien machte heute weitere Fortschritte und fand lebhafter Umsatz in den beliebtesten Spekulationspapieren statt. Auch Wechsel auf Wien wurden merklich höher bezahlt. Die meisten übrigen Effekten waren gleichfalls begehrt, jedoch nicht wesentlich verändert. (Syndikat.)

Gesetzes treten, darum wird sie auch für ihre Gesetze einstehen. Als Verschwörer sind wir nicht bekannt, also auch im Pesther Ausschuß wird sich keiner derselben befinden. Aber die nicht vom Landtag votirten Steuern anzuerkennen, verbieten die konstitutionellen Gesetze. Die provisorische Regelung des Gerichtswesens, welche der Judex curiae beschließt, werden wir bereitwillig annehmen, schon um der Gleichförmigkeit willen, welche sich über das ganze Land ausdehnen muß. Eine Revision der Gesetze kann aber nur dem Landtage zustehen; daher sind wir stets bereit, das, was zu Recht besteht, zu vertheidigen mit voller Kraft, mit allen Waffen, welche der Nation gesetzlich zu Gebote stehen, jedoch nicht mit Gewalt, sondern blos im Bewußtseyn des Rechtes; die Stadt Pesth hält sich für überzeugt, daß ein offenes Wort nimmermehr für einen Uebergriff gehalten werde." (Wander.)

Schweiz.

Im Offiziersœrcle in Genf hat am 25. Januar der General Dufour einen mit Enthusiasmus aufgenommenen Vortrag über die schweizerische Neutralität gehalten, der auch außerhalb der Schweiz Beachtung verdient. „Das Verfahren, sagte er, welches wir einzuschlagen haben, ist außerordentlich einfach. Mischen wir uns nach Außen auf keine Weise in die Streitigkeiten unsrer Nachbarn, bringen wir sogar unsre Sympathien zum Schweigen und machen wir, selbst auf die Gefahr hin, des Egoismus geziehen zu werden, mit keiner Partei gemeinschaftliche Sache. Ohne Besinnen müssen selbst die verführerischesten und anscheinend vortheilhaftesten Anerbietungen zurückgewiesen werden, wenn sie zum Zwecke haben, uns von der Bahn abzulenken, die wir mit unerschütterlicher Festigkeit verfolgen sollen; denn wären diese Anerbietungen heute auch vortheilhaft, so würden sie es morgen nicht mehr seyn, weil mit ihrer Annahme der Zauber der Unverletzlichkeit unsers Gebietes verloren ginge. Wir müssen uns jedem Begehren um Truppendurchpaß widersetzen, komme es von welcher Seite immer und werde es mit welchen Mitteln immer unterstützt. Will man ihn mit Gewalt erzwingen, so müssen wir männlich kämpfen nach der Art unsrer Väter, ohne uns um den Erfolg zu kümmern."

Frankreich.

Paris, 1. Febr. Der sogenannte Prozeß Paterson wurde heute fortgesetzt. Die ganze Sitzung wurde durch die Erwiderungen Berryers und Allou's ausgefüllt. Der Substitut des Staatsprokurators wird erst heut in acht Tagen seine Anträge stellen. Wegen lauten und anhaltenden Beifalls bei einer Stelle in dem Vortrag Berryers, wo von dem, was Graf Chambord an der Stelle des Prinzen Napoleon gethan hätte, die Rede war, wurden die hintern Reihen der Zuschauer aus dem Saal entfernt. Bekanntlich hatte Allou bei der vorigen Tagfahrt auf eine ähnliche Ehe, welche der Herzog von Berry in England eingegangen und später aufgegeben haben soll, angespielt.

Italien.

Aus Rom erfahren wir, daß dort die Theaterdemonstrationen in ihrem ganzen Ungestüm fortdauern. Die Aufführung des „Trovatore" war bekanntlich dieser Demonstrationen halber verboten worden. Nun wird die „Traviata", in Rom „Violetta" betitelt, gegeben; allein auch hierin haben die lärmlustigen Römer einen Passus entdeckt, welchen sie als ihren politischen Zuständen entsprechend, nunmehr noch stürmischer beklatschen, als den Ruf Manrico's zu den Waffen. Die Worte sind es, die der Arzt zur Violetta spricht: „Die Zehrung gestattet Ihnen nur noch wenige Stunden Zeit zu leben", die 4 bis 5, ja 6 bis 7 Mal wiederholt werden müssen. Die Verlegenheit der Polizeibehörde ist groß; Oper soll, muß seyn, denn es ist Karneval; allein wo eine Oper finden, worin die Römer nicht etwas zum Beklatschen herausfinden? (Schwäb. M.)

Die ministerielle „Opinione" glaubt, Gerüchten gegenüber, welche mehrere Journale neuerdings bezüglich einer Abtretung der Insel Sardinien an Frankreich gebracht haben, versichern zu können, daß hierüber weder direkte, noch indirekte Unterhandlungen stattgefunden hätten oder noch stattfinden würden. (Das wird so lange versichert werden, bis die Abtretung vollzogen ist.)

Die Engländer sind praktisch und wissen aus Allem Nutzen zu ziehen. Der „Indipendente" zeigt an, daß ein englisches Dampfboot eine regelmäßige Fahrt zwischen Neapel und Gaeta eingerichtet habe und man für 18 Ducati (75 Francs) das Vergnügen haben kann, 24 Stunden lang das Bombardement von Gaeta mit anzusehen.

Türkei.

Je näher der Zeitpunkt heranrückt, der für die Räumung Syriens festgesetzt wurde, um so bedrohlicher werden die französischen Berichte über die dortigen Zustände. Briefe aus Beyruth vom 19. Januar geben zu verstehen, daß man zu der Türkei kein Vertrauen haben könne, weder zu ihrer Justiz, noch zu ihren militärischen Maßregeln. Die englischen Berichte wollen wissen, die Gegenwart der Franzosen sei ganz unnütz gewesen, habe nur Oel ins Feuer gegossen, und erst nach der Räumung würden für das Land die besseren Zeiten kommen. Die „Times" enthalten den Brief eines Engländers, der behauptet, die Franzosen, die durch den Suez-Kanal bereits das Nilthal beherrschten, wollten es nun mit dem Euphrat eben so machen, und die Regierung möge vorsichtig sein. So viel ist mit Sicherheit zu erwarten, daß die türkische Frage binnen kurzer Zeit wieder in den Vordergrund treten wird. Während Rußland die Zusammenkunft einer Konferenz in Konstantinopel verlangt, fordert die Türkei, von England unterstützt, die Räumung Syriens bei Ablauf des Termins. Preußen soll sich gemeinschaftlich mit Rußland für Verlängerung desselben ausgesprochen haben.

Nichtpolitische Zeitung.

München. Auf ein Heirathsgesuch, das jüngst in den N. N. mit dem Beifügen stand, die darauf reflektirenden Damen sollten ihre Photographien beilegen, sind, wie man sich erzählt, gegen hundert Portraits dem Betreffenden zugegangen, darunter aber auch einige Karikaturen mit beißenden Spottschriften. Ein anderer Spaßvogel, von Schulden bedrängt, ließ jüngst selbst eine Traueranzeige über seinen Tod veröffentlichen, während er an dem Schrecken seiner Gläubiger sich ergötzte. (M. B.)

Bamberg, 3. Febr. Zwischen den Stationen Hirschaid und Eggolsheim wurde Donnerstag Morgens eine Bauersfrau aus Altendorf, als sie gerade auf dem nach Buttenheim führenden Wege die Eisenbahn überschreiten wollte, von dem Zuge erfaßt und 16 Schritte weit mit fortgerissen, so daß sie todt auf dem Platze blieb.

Die Ristori, die gegenwärtig in Petersburg gastirt, wird daselbst auf eine fast beispiellos glänzende Weise gefeiert. Sie war vor kurzem bei dem holländischen Gesandten zur Tafel geladen, an der auch die Gesandten Frankreichs, Englands und Spaniens, viele andere Diplomaten und Millionäre theilnahmen, und empfing nach aufgehobener Tafel von dem Gesandten im Namen seines Königs die große goldene Verdienstmedaille.

Handels- und Börsenberichte.

Frankfurter Börse (vom 28. Januar bis 2. Februar.)

Samstag. Der Ultimo ist ziemlich spurlos abgelaufen. Die Positionen der Börse und Haussepartei sind ziemlich unverändert geblieben und durch Prolongation zu sehr billigen Zinsen auf den nächsten Monat transportirt worden. Die Variationen in österr. Fonds waren auf und ab nicht bedeutend, bis gestern am Schlusse der Börse auf günstigere Wiener Berichte eine bessere Tendenz sich geltend machte, die auch heute andauerte. National bei ziemlich bedeutendem Umsatze auf 47 7/8 gestiegen. Italien bleibt à la hausse mit österr. Fonds und ist viel von hier dahin zu liefern, während der Norden Deutschlands à la baisse engagirt ist. Frankfurt macht mehr den Vermittler als den Spekulanten.

In süddeutschen Fonds war der Umsatz schwach, jedoch zu fest behaupteten Kursen. — Spanische Fonds, diese Woche sehr gefragt, sind gestern plötzlich in Amsterdam und Paris stark gefallen, wohl auf den Verkauf der Güterbons pro 1861 durch den Staat an die Bank, was eben keine grosse Geldabundanz im spanischen Staatsschatz beweist.

Auf dem Eisenbahnmarkt keine erhebliche Veränderung. Hanauer fester und mit 66 3/4 Geld notirt. Hessische Ludwigsbahn glänzen schon seit Anfang des Jahres durch ihre Abwesenheit auf dem Kurszettel. Wir hätten geglaubt, die alten Geschichten sollten endlich einmal vergessen und begraben seyn. Unsere Börse könnte sich Glück wünschen, wenn sie an andern Eisenbahnaktien gleich wenig verloren hätte.

Von Kreditaktien ist für österreichische endlich einmal wieder eine kleine Besserung von 4 fl. seit 8 Tagen zu berichten. Auch Darmstädter 3 fl. höher notirt. — Nationalbank, bis 540 gewichen, profitirten auch an der heutigen Hausse.

Fremde Wechsel haben sich alle befestigt und die fortgesetzten Ankäufe von 20 Fr.-Stücken den Kurs derselben weiter erhöht. Auch andere Goldsorten gefragt. Es bedarf keiner grossen Steigerung der Wechselkurse, um Silber-Absendungen von hier zu veranlassen. Die Anhäufung fremder Wechsel in Wien soll so gross seyn, dass bei nur irgend günstigen Nachrichten ein starker Aufschwung der Valuta zu erwarten steht. — Der Geldstand unseres Platzes unverändert, der letzte Bankausweis gibt wiederholtes Zeugniss von der chronischen Geschäftslosigkeit und Spekulationsunlust. Der Baarvorrath hat um mehr als 1 1/2 Millionen, desgleichen das Giro um 209,000 fl. zu-, dagegen Lombard und das fremde Wechselportefeuille

Nach der „Nat.-Ztg." sind die Gerüchte über den Rücktritt des Grafen Schwerin wieder verschollen.

Breslau, im Jan. Das hiesige fürstbischöfliche Offizialatgericht hat in dem vielbesprochenen Streit der beiden Universitätsprofessoren, Domscholastieus Dr. Baltzer und Dr. Bittner, für Recht erkannt, daß der letztere, wegen seiner ungegründeten und beleidigenden auf Häresie lautenden Anklagen gegen den erstern, zur formellen Abbitte und zum Widerruf, sowie zu einer entsprechenden Geldstrafe für mildthätige Zwecke, unter Beifügung einer kanonischen Verwarnung, zu verurtheilen sey. Das Urtheil ist vollstreckt. (Allg. Ztg.)

Oesterreich. Wien. Das „Vaterl." schreibt: In einer hiesigen Verlagshandlung ist unter dem Titel: „Allianee zwischen Oesterreich, Frankreich und Italien" eine Broschüre erschienen, und ein in derselben Verlagshandlung herausgegebenes Wiener Blatt theilt daraus „einige der bemerkenswerthesten Stellen" mit, welche Broschüre und welche Stellen jedem Oesterreicher, der nicht etwa in der Pesther oder einer geistesverwandten Handelskammer sitzt, die Röthe der Entrüstung in die Wangen treiben müssen. Wir wollen diese Blätter nicht mit den Infamien besudeln, von welchen dieses Machwerk wimmelt; es genügt, die Schlußfolgerung mitzutheilen, zu welcher die Flugschrift in folgendem Satz gelangt: „In Anbetracht aller dieser Umstände, von dem Wunsche beseelt, ein großes Gleichgewichts- und Friedens-Programm triumphiren zu machen, schließen Oesterreich, Frankreich und Italien eine Offensiv- und Defensiv-Allianz, garantiren sich gegenseitig die Erlangung der Rheinprovinzen, Venetiens und der Donauländer und auf Grund dieser neuen Gebietsgrenzen die Integrität ihrer Reiche für immerwährende Zeiten." Das Pamphlet erscheint, wie gesagt, nicht bei Dentu in Paris, sondern in Wien bei Eduard Hügel. (Herr Hügel erklärt heute, niemals und auch nicht für diese auf Kosten des Verfassers gedruckte Broschüre französisches oder anderes Regierungsgeld empfangen zu haben.)

Wien, 30. Jan. Die Subskriptionen auf das neue Anlehen haben nicht jenen raschen Fortgang, den sich der Finanzminister und seine Rathgeber bei den großen Vortheilen desselben vorgestellt haben mögen; die Steuerzahler, welche diese Anticipationsscheine erwerben sollen, machen die gerechtfertigte Einwendung, daß sie auf 5 bis 6 Jahre hinaus über ihre Verhältnisse nichts bestimmen können und auch die Staatsverwaltung nicht in der Lage sey, im Voraus auf so lange Zeit gleichmäßige Einrichtungen zu garantiren. Größere Etablissements, deren Direktoren nicht für die eigene Tasche, sondern für die Kassen der Aktionäre zu unterzeichnen haben, sind dabei weniger von Skrupeln belästigt, und in der That werden sich Steuerersparungen nicht zu verachtender Größe ergeben; allein der Einzelne ist selten in der Lage, die fünfjährige Quote der Steuer sogleich aufzubringen und sie bis zur Verfallzeit unbenützt, wenn auch zinstragend, in der Schublade liegen zu lassen. Außer allen diesen Berechnungen scheucht das Bedenken die Unterzeichner zurück, ob nicht dennoch bei den drohenden Verhältnissen in Italien ein Zwangsanlehen bevorstehe, das neuerdings die Geldkraft des Landes in Anspruch nähme; man könnte sogar ein solches damit entschuldigen, daß es zur Herstellung der Valuta benöthigt werde, und vor Allem die Schuld des Staates an die Nationalbank getilgt werden müsse. Sogar ein Reichsrath oder Reichstag würde zu diesem Behufe nicht vor der Auflage einer Zwangsanleihe zurückschrecken, wie es schon in den Handelskammern zum Antrag kam, und kein Oesterreicher könnte sich einer solchen Finanzoperation entziehen. Man ist deshalb jetzt zurückhaltend; die Politiker fügen hinzu, daß sie nicht gewillt seyen, für die Steuerverweigerer in Ungarn das Geld zu erlegen. Trotz all diesen Einwendungen sind beiläufig 20 Millionen des neuen Anlehens subskribirt und die beiden letzten Tage dürften noch einen großen Theil ergeben; den Rest scheint der Finanzminister durch die vorherigen Zusagen einiger Banquiers gedeckt zu haben. Die Lehre wird er aber jedenfalls daraus nehmen müssen, daß ein solcher Appell an die außerungarischen Steuerzahler sich nicht wiederholen lasse. (Nat.-Ztg.)

Aus Wien, 30. Jan., schreibt man der „N. Preuß. Ztg.": In den Wahlversammlungen tauchen radikale Geister auf, welche „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" ausrufen; in wohlgeordneter Reihe erscheinen demokratische, mehr demagogische Broschüren. Die neueste, „ein freies Bürgerwort an den Kaiser", stellt an ihn die Forderung, seine bisherige Umgebung zu entlassen und die „Römischen Pergamente" zu zerreißen. Hiesige Blätter drucken diese Dinge ab, und das niedere Volk reißt sich darum. Zu bemerken ist übrigens, daß selbst die Führer der Radikalen von der herrschenden „Freiheit" überrascht sind, und der „Presse" entfuhr neulich die naive Aeußerung, es wäre freilich jetzt recht schön, aber wer stände dafür, daß eines Tages den jetzigen Wortführern ein offizielles Sündenregister vorgehalten und mit ihnen summarischer Prozeß gemacht würde?

Wien, 31. Januar. Während das Somogyer Komitat Ungarns aus Anlaß der königlichen Proklamation vom 16. d. M. sehr gemäßigte Beschlüsse gefaßt hat, ja sich derselben in allen wesentlichen Punkten fügt, haben dagegen die Rothen im Gömörer Komitat in dessen Generalkongregation am 26. Januar einen Beschluß durchgesetzt, welcher Alles überbietet, was neuerlich in Ungarn vorgekommen ist. Es wurden sieben Punkte als Aufgabe des bevorstehenden Landtages berathen und angenommen, deren zweiter besagt, daß, bevor der gesetzlich gekrönte König von Ungarn nicht im Angesichte des Landtages der ungarischen Krone entsagt habe, der Landtag sich nicht in die Frage der Krönung eines Nachfolgers einlassen könne. Hiernach wird also gefordert, daß Kaiser Ferdinand vor dem ungarischen Reichstag erscheinen soll, um der Krone zu entsagen, was die Regirung der Rechtsgüttigkeit der am 2. Dez. 1848 erfolgten Thronentsagung, soweit sie Ungarn angeht, in sich schließt. Es ist dieser unerhörte Schritt der Generalkongregation des Gömörer Komitats das Ergebniß einer schlauen Verabredung der Republikaner, welche demselben schon früher durch eine Broschüre präludirt haben. (Fr. Pstz.)

Pesth, 31. Jan. Der „Hirnök" veröffentlicht einen Brief des Hofkanzlers Vay an den Primas-Kardinal, worin das allerhöchste Reskript vom 16. d. motivirt wird. Frhr. v. Vay erklärt, er könne sich in seiner Stellung täglich überzeugen, wie aufrichtig und ernst der Wille Sr. Majestät sey, streng auf der Bahn der Gesetzlichkeit zu bleiben und die gerechten Wünsche der ungarischen Nation zu erfüllen. Im weiteren Verlaufe zählt das Schreiben des Hofkanzlers auf, was bereits für das Vaterland geschehen sei. Die Integrität Ungarns sei größtentheils hergestellt, was daran fehlt, werde sicherlich gegeben werden. Dasselbe werde bezüglich anderer Rechte geschehen. Weiter heißt es in dem Schreiben: „Vertrauensvoll wollte ich darauf aufmerksam machen, daß Se. Majestät den Pflichten gemäß, welche er gegen seine übrigen Völker hat, es weder dulden kann noch dulden wird, daß an Stelle gesetzlicher Freiheit eine zügellose herrsche, die allgemeine Ruhe, Ordnung, Sicherheit der Person und des Eigenthums abermals aufs Spiel gesetzt werden.... Vertrauensvoll bitte ich demnach Ew. Hochgeboren, zur Kundmachung des allerh. königl. Reskripts die Kongregation zu berufen und mit Ihrem bekannten Patriotismus dahin zu wirken, daß die väterlichen Absichten Sr. Majestät anerkannt, seine Anordnungen mit geziemendem Gehorsam aufgenommen und pünktlich erfüllt werden, und indem auf diese Weise meine dem Besten des Landes und der Befriedigung der Nation geweihten redlichen Bestrebungen, welche frei sind von allem Egoismus, erleichtert werden, alle Völker unseres Vaterlandes die Morgenröthe jenes heiß ersehnten Tages sehen mögen, an welchem die gewählten Vertreter der Nation vereint mit dem königlichen Throne das segensreiche Werk unserer künftigen bleibenden Beglückung beginnen können.

Pesth, 31. Jan. Der heutige „Magyar Orszag" bringt das Schreiben des Kardinal-Primas an alle Komitate Ungarns, in welchem der Primas, das Land vor Ueberstürzung warnend, die Hoffnung ausspricht, sein Vaterland werde die mahnende Stimme nicht überhören. Der wichtigste Passus des Schreibens lautet: „Ein so großes Werk, als die Wiederherstellung unseres Vaterlandes, erfordert große Vorbereitung, und wenn je, so ist hier jeder übereilende Schritt ein sicherer Vorbote der Anarchie, welche leider unsere Obrigkeit bereits zu einem zurechtweisenden Vorgehen gezwungen hat. Wenn wir mit männlicher Ausdauer dulden konnten, wenn wir uns sehnten, die friedenbietende Hand unseres Landesfürsten gegen uns ausgestreckt zu sehen — und das sehen und fühlen wir jetzt vor uns — so haben wir einige Monate Geduld, bis unsere Angelegenheiten vom Landtage nicht in vielfach abweichender, sondern in gleichartiger Form unter unserer allseitigen Mitwirkung gelöst werden können. Entfremden wir uns nicht erneuert dem mit dem Friedenszweige sich uns nahenden, vom besten Herzen und reinsten Vorhaben beseelten Monarchen."

Die Adresse der Stadt Pesth, welche von Franz Deak (von der gemäßigt liberalen Partei) verfaßt wurde, sagt im Wesentlichen Folgendes: „Se. Majestät erkenne gewiß, indem er sich auf die pragmatische Sanktion berufe, den Grundsatz an, daß konstitutionelle Gesetze nur der Monarch im Vereine mit dem Volke ändern könne. Das Recht, Gesetze zu geben, schließe die Pflicht in sich, diese Gesetze auch zu vertheidigen. Völker, die ihre Freiheit leicht aufgeben, ihre Verfassung leicht wechseln, sind eben auch gewiß leicht geneigt zu einem Wechsel des Regenten und daher keine verläßliche Stütze der Krone. Die Stadt Pesth will nicht über die Schranken des

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 36.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 5. Februar 1861.

Deutscher Bund.

Gutem Vernehmen nach ist Hr. v. d. Pfordten mit dem Bericht des politischen Bundestags-Ausschusses über den hessen-darmstädtischen Antrag in Bezug auf den Nationalverein betraut.

Ueber die Arbeiten der Kommission für einheitliches Maß und Gewicht wird der „A. Z." weiter aus Frankfurt berichtet: Die Kommission hat in dreizehn Sitzungen innerhalb siebzehn Tagen ihre Arbeit bis zu dem Punkt gefördert, wo ein Ausschuß ernannt werden konnte, der mit schriftlicher Zusammenstellung der Resultate und ihrer Motive beauftragt ist. Diese Arbeit soll bis Mitte April in den alsdann wieder aufzunehmenden Plenarsitznngen berathen und danach das Gutachten der Kommission festgestellt werden. Der Ausschuß besteht aus den Abgeordneten von Sachsen, Hannover und Württemberg. Was die Betheiligung der Regierungen an der Kommission selbst betrifft, so ist mitzutheilen, daß der badische Abgeordnete nachträglich auch für Nassau bevollmächtigt wurde. Die aus den Berathungen weiter hervorgegangenen Vorschläge sind in Kürze folgende. Als Einheit und Grundlage sämmtlicher Hohlmaße wird das französische Litre oder Kubik-Dezimeter unter dem Namen Liter aufgestellt. In Ansehung speziell der Maße für Flüssigkeiten beschloß man, außer dem Liter noch das doppelte Liter mit der Benennung Maß (Neu-Maß) aufzustellen und als größere Einheit das Hektoliter oder Neu-Ohm von 100 Liter. Als Hohlmaße für trockene Gegenstände bestimmte man das Liter, den Zehner von 10 Liter und den Neu-Schäffel oder das Hektoliter von 100 Liter. Letzteres Gemäß soll in $^1/_2$ und $^1/_4$, der Zehner aber in zwei Fünfer getheilt werden, während die Untertheilung des Liter in $^1/_2$, $^1/_4$, $^1/_8$ u. s. w., wie beim Flüssigkeitsmaß, zu geschehen hätte. In Betreff des Gewichts gehen die Regierungen von Oesterreich und Bayern damit um, auch ihrerseits das jetzt schon im übrigen Deutschland bestehende Handelspfund von 500 Gramm einzuführen. Bekanntlich bestehen gegenwärtig drei verschiedene Eintheilungen des Pfunds. Die deßfallsigen Anordnungen sind sämmtlich vor wenigen Jahren erst getroffen worden. Ohne Zweifel unter Berücksichtigung dieses Umstandes hat die Kommission sich nicht für berufen gehalten, auf Herstellung der Einigkeit in diesem Punkt zu dringen; sie will aber wenigstens aussprechen, daß sie die reine Dezimaltheilung des Pfunds (in 10, 100 und 1000 Theile), wie sie in den nordwestdeutschen Ländern schnell und leicht Eingang gefunden hat, als vorzugsweise empfehlenswerth erkenne. (Allg. Ztg.)

Bayern. Nach dem Vortrage des Hrn. Abg. Neuffer über die Einnahmen und Ausgaben der kgl. Postanstalt in den Etatsjahren 1855/59 ist diese kgl. Anstalt in ihren Erträgnissen wesentlich vorgeschritten. Nach den Zusammenstellungen über die Gebahrungen der Postanstalt sind mit Ausschluß der Wittwen- und Waisen-Beträge in den 4 Jahren 1855/59 zusammen 2,007,901 fl. 22$^1/_1$ kr. oder für je 1 Jahr 501,975 fl. 20$^1/_2$ kr. eingegangen, mithin, da der jährliche Budgetansatz 300,000 fl. beträgt, in einem Jahr 201,975 fl. 20$^1/_2$ kr. mehr eingegangen, als postulirt war — ein Ergebniß, das nicht nur für die Staatskasse erfreulich ist, sondern auch ein treues Bild von dem Aufschwung des Verkehrs und des allgemeinen Wohlstandes gibt. Im Jahr 1855/56 wurden expedirt 20,932,635 Briefe, 87,318 Eilwagenreisende, 8,596,464 Pfund zahlbare und 2,747,779 Pfund dienstliche Frachtstücke, 33,170,368 Exemplare Zeitungen. Im Jahr 185-/59 25,607,113 Briefe, 72,276 Eilwagenreisende, 11,599,854 Pfd. zahlbare und 2,778,645 Pfd. dienstliche Frachtstücke und 37,063,410 Exemplare Zeitungen. Nach Ausscheidung der Rückvergütungen an auswärtige Anstalten wurden im Jahr 1855/56 2,137,922 fl., 1856/57 2,185,895 fl., 1857/58 2,227,333 fl. und 1858/59 2,318,068 fl. vereinnahmt, so daß nach Abzug der auf den reinen Postdienst fallenden Ausgaben, die 1,747,643 fl. pro 1855/56, 1,719,051 fl. pro 1856/57, 1,770,668 fl. pro 1857/58 und 1,732,955 fl. pro 1858/59 betrugen, ein Reinertrag von 390,279 fl. — 466,844 fl. — 456,665 fl. und 585,113 fl. verbleibt, und die Betriebskosten 81.23, 78.74, 79.49 und 74.76 von der Einnahme beanspruchen. In den Jahren 1853/54 und 1854/55 waren die Betriebskosten 91,8 Proz. und 85,8 Proz. Das Merkwürdigste ist die Thatsache, daß bei weitem mehr Zeitungen als Briefe in Bayern expedirt wurden. Welchen bedeutenden Aufschwung das Institut der Postomnibusse genommen habe, geht am besten daraus hervor, daß im Jahr 1856/57 damit 234,609 Reisende befördert wurden, im Jahr 1857/58 bereits 283,962 und 1858/59 zusammen schon 385,401 diese Reisegelegenheit benützten. Die Gebühren hiefür werden den Poststallhaltern überlassen, und je nach Umständen nebstbei noch größere oder kleinere Zuschüsse gegeben. Die Zahl der Postanstalten war im Jahr 1858/59 632. Hiebei ist ein Personal von im Ganzen 672 Bediensteten beschäftigt, wofür mit Inbegriff für die Bezüge der Expeditoren und des erforderlichen Hülfspersonals und der anfallenden Emolumente 677,136 fl. im Jahr zu bezahlen waren. Mit dem 1. Okt. 1857 wurde für alle Beamten der verschiedenen Verkehrsanstalten eine Gehaltsaufbesserung vorgenommen, welche die geleisteten Dienste besser als sonst lohnt. Allein die Postkondukteure klagen neuerdings wieder mehr denn je, ihre Stellung ist aber nicht eine ganz geringe, weil sie mit einem Einkommen von 600 bis 750 fl. verknüpft ist, und um 13 Proz. besser als vor 1857 ist. Nur bei Krankheitsfällen ist für ihre Sustentation wenig gesorgt, und hiefür sollte aus Billigkeitsgründen auf irgend eine Weise geholfen werden. Das sichtbare Streben, die möglichste Ordnung einzuführen, und so viel möglich Schaden zu verhüten, wird von dem Hrn. Berichterstatter bestens anerkannt, wie derselbe denn auch nach Besprechung verschiedener anderer Punkte zu dem Antrag gelangt: „die Kammer wolle den von dem kgl. Staatsministerium der Finanzen vorgelegten Nachweisungen über die Einnahmen und Ausgaben der Postanstalten in den Jahren 1855—1859 die Anerkennung und Zustimmung ertheilen." (Augsb .Abdztg.)

In der „N. Münch. Z." wird nun offiziös in Bezug auf einen Gesetzentwurf die Verhältnisse der Juden betreffend, sowie auf einen andern bezüglich der Gewerbefreiheit gesagt, daß in beiden Fragen das Ministerium von Anfang an entschlossen war, die Initative den Kammern zu überlassen.

Preußen. Berlin, 31. Jan. Unter eigenthümlichen Umständen wird, wie man dem „N. K." mittheilt, in diesem Jahr ein politischer Flüchtling zurückkehren: Gustav Körner aus Frankfurt a/M., einst hervorragendes Mitglied jener alten Jenaischen Burschenschaft Germania von 1831, aus der trotz ihres kurzen Bestehens so viele ausgezeichnete Männer hervorgingen, und an welche noch heute das Andenken auf den Universitäten lebt. Körner war in das bekannte Frankfurter Attentat verflochten, bei welchem Rubner seinen Tod fand. Es gelang ihm nach Amerika zu entkommen, wo er sich zu Belleville im Staate Illinois, fast gegenüber St. Louis, niederließ. Er ist einer der Patriarchen jener Stadt, die jetzt unter 12.000 Einwohnern mehr als 8000 Deutsche zählt. Körner that sich bald als gewandter und, was in Nordamerika viel sagen will, als rechtschaffener Advokat hervor, wurde in die Staatslegislatur gewählt, und bekleidete eine Zeit lang die Rolle eines Vizegouverneur von Illinois. Lange blieb er eifriger Demokrat, ging aber, als die republikanische Partei gebildet wurde, zu dieser über und steht mit Lincoln in freundschaftlicher Beziehung. Dieser verdankt in den fünf Staaten Illinois, Indiana, Ohio, Iowa und Wisconsin seine Wahl den Deutschen, welche den Ausschlag gaben. Körner hatte dieselben als Redner vor den Wahlen bearbeitet, und erhält nun als Lohn die Gesandtschaftsstelle in Berlin. Der Flüchtling kehrt als Diplomat zurück.

Großbritannien.

Der Telegraphentarif zwischen England und Frankreich soll vom 1. Februar an bedeutend ermäßigt werden und bald darauf eine Herabsetzung des Briefporto beider Länder erfolgen (von 4 Pence auf 2 Pence für Briefe von 1/4 Unzen Gewicht).

Frankreich.

Der „Donau-Zeitung" wird aus Paris vom 25. Januar geschrieben: „Sie wissen, daß der Kaiser Napoleon vorgestern den außerordentlichen Gesandten des Königs von Preußen, General Willisen, der ihm dessen Thronbesteigung anzeigte, empfing. Man will wissen, daß nach der offiziellen Audienz der Kaiser sich noch „„privatim"" mit dem General unterhielt und ihm in „zarter Weise" Vorwürfe wegen der preußischen Politik machte. „„Frankreich will den Frieden"", soll Se. Majestät geäußert haben, „„und Ihr König thut nicht gut, durch seine Worte Deutschland zu agitiren.""

Paris, 1. Febr. Das Lager von Chalons wird in der ersten Woche des März eröffnet und von 60,000 Mann unter dem Befehl des Marschalls Mac-Mahon bezogen werden.

Paris, 1. Febr. Dem gestrigen Leichenbegängniß des Literaten Murger wohnten bei 250 Studenten bei. Auf dem Rückweg vom Kirchhof hielten sie im Faubourg Montmartre vor dem Haus an, wo sich die Redaktionsbureaux des letzthin verwarnten „Courrier du Dimanche" befinden. Sie schickten eine vierzig Mann starke Deputation hinauf, um die Redaktion ihrer Sympathien zu versichern. Obschon sie keinen der Redakteure angetroffen haben sollen, ward doch eine feurige Rede gehalten, und im Hofraum wurden verschiedene Rufe ausgestoßen. Sonst verlief die Demonstration, die erste, die wir seit dem 2. Dez. erleben, anständig und ohne übergroßes Aufsehen. Es heißt heute, daß auf sämmtliche Theilnehmer an der Demonstration gefahndet wird. (A. Z.)

Italien.

Rom, 31. Januar. Eine Depesche aus Gaeta von vorgestern Abend meldet Folgendes: Das Feuer der Belagerer ist seit gestern etwas lebhafter. Der Platz hat mäßig geschossen, und hauptsächlich, um die Zufuhren von Munition zur 15. Batterie der Piemontesen zu hindern. Die Flotte verbleibt seit der Lektion vom 29. ruhig zu Mola, wo sie sich darauf beschränkt, zu kreuzen. — Die neuesten Nachrichten aus Gaeta reichen bis heute Nachmittag 5 Uhr; sie besagen: „In vergangener Nacht haben die Belagerer mehr als gewöhnlich geschossen, und die Belagerten thaten ein Gleiches. Die Stirnseite des Platzes hat nach der Landseite nicht gelitten. Mehrere Stunden lang hat ein Kanonenboot beim Dreieinigkeitskloster mehrere unschädliche Bordseiten abgefeuert. Als die Batterie Transylvania antwortete, zog sich das Kanonenboot zurück. Am 29. wurde durch eine Bombe eine Frau getödtet; ebenso am 30. Wir gehen wahrscheinlich furchtbaren Tagen entgegen."

Rom, 1. Febr. Das Feuer vor Gaeta schwieg gestern von beiden Seiten. In Neapel herrscht der Typhus. Lovera (einer der Führer des bourbonischen Aufstands) ist nach Civitella abmarschirt, um die Garnison abzulösen; neuer Aufstand in Isernia. (T. d. Allg. Ztg.)

Turin, 27. Jan. Der Hunger nach dem Tridentinischen und nach Triest steigert sich von Tag zu Tag bis zur Heißgier. Kein Blatt will zurückbleiben in der Jagd auf diese beiden leckern Bissen, und die Schriftsteller arbeiten um die Wette, um das Gericht mundgerecht zu machen. Wir halten auch diese Gränz-Elukubrationen einstweilen für unschädliche Studien, möchten aber dennoch Deutschland aufmerksam machen, daß es mit einem ernsten: Bis hieher und nicht weiter! solchen Gelüsten ein für allemal den Lebensfaden abschneide; um so mehr, als die sogenannte Partei der Aktion die Wühlerei schon bestens organisirt hat, so daß wir bald Schmerzrufe von dort erwarten dürfen. — (Schw. Merk.)

Turin, 30. Jan. Ein kgl. Dekret hebt das Generalkommando der Freiwilligen mit 1. Februar auf, verordnet die Verlegung des ganzen Corps nach Oberitalien längstens bis 15. Febr., die Uebergabe von Waffen nnd Geräthschaften vor der Abreise an das Generalkommando in Neapel. Die Division Türr ist nach Mondovi, Cosenz nach Asti, Medici nach Biella, und Bixio nach Vercelli bestimmt. (T. d. Fr. Postz.)

Neapel, 28. Januar. Der neapolitanische Parlamentär, welcher sich gestern der Flotte vor Gaeta näherte und im Heere die Hoffnung erregte, die Festung wolle sich ergeben, war blos der Ueberbringer eines Schreibens eines fremden Gesandten an seine Regierung. (T. d. Ostd. Post.)

König Franz II. hat folgende Proklamation an die Bewohner der Abruzzen gerichtet: „Abruzzenbewohner! — Als der Fremde die Grundfesten unseres Vaterlandes zu zerstören drohte, als er nichts unversucht ließ, um die Wohlfahrt unsers schönen Königreichs zu vernichten, und uns zu seinen Sklaven zu machen, habt Ihr mir Beweise Eurer Treue gegeben. Dank Eurer festen und edlen Haltung, ist der gemeinschaftliche Feind entmuthigt und der rasche Gang einer Revolution, welche sich durch Verleumdung, Verrath und durch alle Arten der Verführung einen Weg bahnte, gehemmt worden. Nein, ich habe es nicht vergessen! Biedere Abruzzenbewohner, werdet wieder, was Ihr gewesen seyd; möge die Liebe und Treue, die Liebe zum heimathlichen Boden und die Zukunft Eurer Kinder Euere Arme auf's neue bewaffnen. Wir dürfen uns keinen Augenblick von den hinterlistigen Treulosigkeiten einer Partei fangen lassen, welche uns Alles rauben kann. Unterwerfen wir uns nicht ihrem Willen; fordern wir vielmehr die Freiheit unserer Gesetze und unserer Religion zurück. Meine Wünsche werden Euch immer und überall begleiten. Der Himmel wird Eure Unternehmungen segnen. Franz."

Aus Perugia wird gemeldet, daß die französischen Behörden 400 Gewehre wegnahmen, die zur Bewaffnung der Banden in den Abruzzen dienen sollten. (Telegr. d. Frkf. Hdlsztg.)

Die „Independance Belge" bemerkt: „Die Belagerten in Gaeta haben einen Telegraphen, der sie in direkten Verkehr mit Rom setzt, einen Telegraphen, dessen Drähte zu entdecken und zu zerstören den Piemontesen bis jetzt noch nicht gelungen ist."

Aus Messina wird gemeldet, daß daselbst französische Legitimisten sich in die Citadelle einschleichen, um die Besatzung zu fanatisiren und an dem Bombardement gegen die Stadt Theil zu nehmen, wofern die Piemontesen Ernst machen sollten. Die sizilische Regierung hat drei dieser Legitimisten, die Herren v. Roë, v. Lapierre und v. St.-Martin, zu Messina in dem Moment festnehmen lassen, wo sie sich in die Citadelle einschleichen wollten. Der französische Konsul hat hierauf sich bewogen gefunden, die Verhafteten zu reklamiren, und die Statthalterei in Palermo hierauf die Freilassung, jedoch zugleich die sofortige Entfernung dieser Herren von der Insel angeordnet.

Türkei.

Das Tribunal von Beirut verurtheilte Khurschid Pascha, Jahir Pascha und drei andere türkische Oberoffiziere zu lebenslänglicher Festungshaft. (O. C.)

Asien.

Aus Cochinchina. Die Christenverfolgung dauert mit derselben Heftigkeit fort. Ein kürzlich aus Tunkin eingetroffener Brief meldet, daß in einem kleinen Theile dieses Landes 21 eingeborene Priester innerhalb weniger Monate hingerichtet worden sind. Ueber die 400 Franzosen, welche in Saigon eingeschlossen gehalten werden, erfährt man auch Nichts.

Nichtpolitische Zeitung.

Der erbärmliche Unfug der Zopfschneiderei taucht in Augsburg wieder auf. Am verwichenen Dinstag wurden einem eilfjährigen, und vorgestern Morgens um 8 Uhr einem zwölfjährigen Mädchen von Oberhausen die Zöpfe abgeschnitten.

Gestorben: Der Präfekt am Schullehrer-Seminar zu Altdorf, J. Ebensperger.

Aus den Niederlanden nach einer Depesche aus Arnheim vom 31. Jan. hat man die Stadt zur Verhütung von Ueberschwemmungen rundum abgedämmt. Niederwärts steht das Eis im Lek noch überall fest, und das Wasser staut sich. Der Durchbruch bei Babberich hat die Orte Doesborg, Zevenaar, Angerlo und Didam und deren Umgegend überströmt. Bei Nymwegen ist die Waal Nachmittags um 5 Uhr aufgegangen, niederwärts steht sie aber noch fest. Der Zustand des Landes zwischen Rhein und Waal ist sehr besorgnißerregend. Der König von Holland, Prinz Heinrich und der Prinz von Oranien sind um 7 3/4 Uhr in Arnheim eingetroffen, um die Zustände persönlich in Augenschein zu nehmen und Rath und Hülfe zu schaffen. (Köln. Z.)

Aus Rom wird berichtet, daß nach einer kürzlich vollendeten statistischen Arbeit die Zahl der Jesuiten in der ganzen Welt 7144 beträgt; davon kommen 2181 auf Frankreich, 531 auf Belgien, 205 auf Holland, 680 auf Spanien, 455 auf Oesterreich, 527 auf das übrige Deutschland, 379 auf England, 444 auf Amerika und 1742 auf Italien. Mehr als 1000 von diesen Jesuiten befinden sich auf fremden Missions-Anstalten unter der Autorität der Propaganda.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 35.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Montag, 4. Februar 1861.

Deutscher Bund.

Man schreibt der „B. B.-Z." aus München, daß die bayerische Regierung, in Würdigung der Stellung, welche der preußische Entwurf einer revidirten Bundeskriegsverfassung für Bayern in Aussicht nimmt (die bayerische selbständige Führung aller Südwestdeutschen Contingente), in neuester Zeit annähernde Schritte gethan hat, welche der Hoffnung Raum geben, daß schließlich doch eine Revision im Wesentlichen auf der preußischen Grundlage der Zweitheilung des Oberbefehls zu Stande komme. Oesterreich habe es schon längst aufgegeben, diese Frage prinzipiell zu urgiren. Der Hauptwiderstand konzentrire sich in Stuttgart, wo man noch mehr Besorgniß hege, in Bayern, als in Preußen aufzugehen.

Bayern. München, 1. Febr. Unsere Herren Minister sind noch immer von Deputationen heimgesucht, welche in Eisenbahnangelegenheiten, oder um den Sitz eines Gerichts oder einer Verwaltungsbehörde bei der in Aussicht stehenden Gerichtsorganisation zu erlangen, aus verschiedenen Gegenden hieher kommen, und außerdem sind in beiden Beziehungen auch einzelne Kammermitglieder für ihre resp. Heimathsorte thätig. Allen deßfallsigen Wünschen zu entsprechen, wird freilich nicht möglich seyn, zumal die Staatsregierung doch vor Allem das allgemeine Interesse wahrzunehmen hat. (A. Abdz.)

München, 1. Februar. Nach den jüngsten Berathungen soll auf unseren bayerischen Eisenbahnen das hohe Puffer-System eingeführt werden, welches bereits bei den ausländischen Bahnen eingeführt ist, daher auch von jetzt an alle neu zu erbauenden oder zum Umbau kommenden älteren Eisenbahnwagen mit hochgestellten Puffern versehen werden. (Augsb. Postz.)

München, 2. Febr. Se. Maj. der König hat genehmigt, daß auf die bei dem kgl. Landgerichte Rosenheim erledigte Taxbeamtenstelle der Taxbeamte des k. Landgerichts Laufen, Georg Lehner, auf Ansuchen versetzt und dessen Posten dem Rentamts-Oberschreiber Aloys Hagenauer zu Landsberg verliehen werde; genehmigt, daß der Taxbeamte des k. Landg. Mitterfels, Jakob Löffler, wegen physischer Funktionsunfähigkeit für immer von seinem Posten entbunden und dessen Stelle dem Taxamts-Praktikanten Joh. Nep. Mehlhart zu Obernzell übertragen werde; den temporär quiesc. Regierungsrath bei der kgl. Regierung von Schwaben, Fr. X. R. Messerschmidt, zum Ministerialassessor im k. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten ernannt; den von den Priestern Joh. Bapt. Bank, Pfarrer in Obergessertshausen, Ldg. Krumbach, und Ant. Goldstein, Pfarrer in Zell, Ldg. Neuburg a/D., eingeleiteten Pfründetausch genehmigt. (N. Münch. Z.)

München, 2. Febr. Wie wir vernehmen, hat eine Anzahl hiesiger Bürgerfrauen die Abhaltung einer neuntägigen Andacht in der Herzogspitalkirche veranstaltet, um den Schutz des Himmels für die heldenmüthige Königin von Neapel zu erflehen. (N.M.Z.)

München, 2. Januar. Man schreibt der „Süddeutschen Zeitung": „Für die nächste Zeit steht, wie ich aus guter Quelle erfahre, eine neue ministerielle Vollzugsinstruktion zu einigen Bestimmungen des Gewerbegesetzes zu erwarten, und wird dieselbe insbesondere bezüglich der Zusammenlegung verwandter Gewerbe und bezüglich des Nachweises des Nahrungsstandes bei Konzessionsgesuchen einige Erleichterungen gewähren, so weit dies innerhalb der Bestimmungen des Gesetzes nur immer möglich seyn wird." (Wir wollen hoffen, daß diese Nachricht sich nicht bestätigt; warum flicken, wo eine gänzliche Umgestaltung nöthig ist? D. R.)

** München, 3. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Die Staatsregierung wird der Kammer demnächst einen Gesetzentwurf zur Ausdehnung des Telegraphennetzes in Bayern vorlegen; auch die Vorlage eines Eisenbahngesetzentwurfs soll nun baldigst zu erwarten seyn.

Frankenthal, 1. Febr. Dem an der Bewegung von 1848 betheiligten und bisher landesflüchtigen Maschinenbauer und Glockengießer Georg Hamm von hier wurde auf seine Bitte die straffreie Rückkehr in sein Vaterland von Sr. Majestät dem Könige gestattet. (Pf. Z.)

Thüringen. Koburg, 1. Febr. Der Ausschuß des Nationalvereins hat für die Heuglin'sche Expedition nach Afrika aus der Vereinskasse 100 Thaler bewilligt. (Fr. J.)

Freie Städte. Frankfurt, 31. Januar. In unserer Stadt kommt dieser Tage der erste Fall vor, daß eine Christin (Deutschkatholikin) zum Zweck der Verheirathung mit einem Israeliten zum Judenthum übertritt. Der Fall erregt, abgesehen davon, daß er eine sehr bekannte Familie betrifft, schon aus dem Grunde viel Aufsehen, weil nach unserer Gesetzgebung ein solcher Uebertritt gar nicht nöthig wäre, wie denn in der That hier mehrere Ehen existiren, wo der Mann Christ, die Frau Jüdin ist. (Schw. M.)

Oesterreich. Die in Pesth erscheinende „Kepesujsag" (Illustrirte Zeitung") zeigt an, daß sie in der nächsten Nummer 5 das Porträt des im Auslande weilenden „großen Patrioten" Kossuth und die Abbildung der Erstürmung Ofens im Jahre 1849 bringen werde. Zur größern Verbreitung wird dieselbe auch einzeln verkauft. (Ostd. Post.)

Der Fieber-Paroxysmus in Ungarn tobt fast ungebrochen fort, und es ist leider jetzt wenig Aussicht auf einen heilenden Rückschlag vorhanden. Im Eisenburger und Oedenburger Komitat sind die Wahlen der neuen autonomen Behörden so ziemlich zum Abschluß gediehen. Das Resultat ist höchst beklagenswerth. Drei Prinzipien waren bei der Ernennung entscheidend: man wählte 1) nur Ultra-Magyaren; 2) nur solche, die unter dem früheren System kein Staatsamt gehabt hatten; und 3) wo möglich wegen eines politischen Verbrechens oder Vergehens gestraft worden waren. In einer ganzen Reihe von Gemeinden sind lauter gewesene Honveds aus den Jahren 1848 und 1849 (Soldaten der damaligen Revolutions-Armee) gewählt worden. Als die Kandidatenliste verlesen wurde, genügte die Bemerkung des Vorlesenden: „Der Kandidat ist Honved gewesen", um die Wahl unter obligaten Eljens durch Akklamation durchzusetzen. (Köln. Ztg.)

Dänemark.

Eine vorgerückte Partei in Kopenhagen hatte sich nicht begnügt, die Einmischung des Auslandes wegen Schleswigs abzuweisen: sie wollte auch der Bundesexekution, sollte sie beschlossen werden, aktiv und nöthigenfalls mit militärischen Maßregeln entgegentreten. Die Vertreter der europäischen Mächte haben indessen in Unterredungen mit dem Minister des Auswärtigen, Hall, kein Hehl daraus gemacht, daß die holsteinische Angelegenheit eine Sache des deutschen Bundes sey, in welche sich einzumischen die auswärtigen Regierungen kein Recht haben würden. Es wurde sogar zu verstehen gegeben, daß, wenn Dänemark nicht die nöthigen Zugeständnisse mache und eine Bundesexekution erfolge, die Mächte in Bezug auf Schleswig eine schwierige Stellung haben würden. Sollte Dänemark in Folge der Bundesexekution bis zu einer unberechtigten Blokade vorgehen, so würde dieselbe von den auswärtigen Mächten nicht anerkannt werden können. Die Frage wegen Schleswig wurde in diesen Erklärungen als eine europäische Angelegenheit behandelt, Dänemark indessen der Rath ertheilt, auch Schleswig gegenüber Konzessionen zu machen. Es ist nicht unbemerkt geblieben, daß sich auch der französische Vertreter in demselben Sinne eindringlich (ob ernst gemeint?) ausgesprochen hat. (Köln. Ztg.)

geben habe, begleitet von einer energischen Note, in welcher eine Konferenz zu Konstantinopel gefordert wird, um über die Verhältnisse der Christen in der Türkei zu berathen. Die Pforte wird aufgefordert, selbst eine Verlängerung der Okkupation Syriens zu provoziren (?) und Ausführung der Convention zu verlangen.

(D. Allg. Ztg.)

Amerika.

Es sind Nachrichten aus Washington vom 19. Januar eingetroffen. In Georgien schickte man sich zum Austritt aus der Union an, und der Konvent von Louisiana hatte ein im gleichen Sinne abgefaßtes Programm aufgestellt. Die sonderbündlerischen Staaten hatten eine am 20. Februar in Montgomery abzuhaltende Konvention verabredet. (Tel. d. Köln. Z.)

Aus Philadelphia, 10. Januar, schreibt man dem „Schwäb. Merkur": „Der Schleier, der die wahren Absichten der Secessionisten umhüllte, lüftet sich immer mehr. Wer vor einigen Wochen noch nicht glauben wollte, daß alle Konzessionen des Nordens den Lauf der Rebellion in den Baumwollenstaaten nicht aufhalten können, der wird dies bald mit eigenen Augen sehen können. Die verlockende Idee der Errichtung einer südlichen Republik mit Freihandel und freier Einfuhr von Sklaven, der Traum eines Südreichs, von dessen Regierung die nördlichen Abolitionisten ganz ausgeschlossen seyen, und das sich durch Annexion Mexiko's und Cuba's ungehindert vergrößern könne, eines Reichs, von dessen Herrlichkeit ehrsüchtige Demagogen ihnen seit Jahren gepredigt, hat zu tief bei den Bewohnern der Baumwollenstaaten Wurzel geschlagen. Der Irrthum, daß nur aus einer Trennung von dem ihre besten Säfte aussaugenden Vampyre, dem industriellen Norden, das Glück und der Wohlstand des Südens erblühen könne, ist in den Golfstaaten zum Glaubensartikel geworden; sie wollen, gleich Kindern, das Kleinod, das ihnen in die Augen sticht, haben, koste es, was es wolle. Für die Zukunft, die ihnen so glänzend vorgemalt wurde, sind sie bereit, Alles herzugeben, was die Gegenwart ihnen darbot, alle Vortheile der Union, den Schutz der Verfassung, die Macht der ungetheilten Republik. Daß die in den Baumwollenstaaten begonnene Revolution von selbst wieder vergehen werde, wie die Flamme einer Lampe, der es an Oel fehlt, dieser Hoffnung können wir uns nicht hingeben. Es wäre möglich gewesen, die ersten Regungen durch kräftiges Einschreiten ohne Waffengewalt zu unterdrücken; jetzt hat der Brand zu weit um sich gegriffen, als daß er durch solche Mittel gelöscht werden könnte."

Afrika.

Südafrika erhielt im Jahre 1860 seine erste Eisenbahn, und zwar in der englischen Kolonie Natal. Dieselbe ist allerdings nur zwei Meilen lang und erstreckt sich von Point (dem Landungspunkte der Natalbai) bis in Mitte der Stadt Durban. Sie wurde am 27. Juni, gerade am 18. Jahrestage der Besitznahme der Kolonie, durch die Engländer eröffnet.

Nichtpolitische Zeitung.

* Frankfurt, 1. Februar. (Privat-Korrespondenz.) Als vorgestern Abend die Tochter eines Fischhändlers, der auf dem Markt wohnt, in eine Stube ihrer Wohnung trat, in der die Geldkasse sich befindet, erhielt sie plötzlich einen Schlag auf den Kopf, daß sie sofort bewußtlos zusammenstürzte. Als ihr Vater später in die Stube trat, fand er seine Tochter am Boden, und die Geldkasse, aus der 500 fl. geraubt waren, erbrochen. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, dem Dieb auf die Spur zu kommen.

Man hoffte in Emmerich (am Rhein), alle Gefahren des Eisganges seyen überstanden. Aber dies war eine traurige Täuschung. Der Rhein hatte sich wieder gesetzt, und bei einer Höhe von 24½ Fuß steht, nachdem Dämme durchbrochen und Mauern eingestürzt, die ganze Stadt unter Wasser. Von der Seite nach Kleve her hörte man in der Nacht vom 29. auf den 30. Januar schreckliche Hilferufe, aber von hier aus vermochte niemand zu helfen. Auf dem Markte steht das Wasser 4 Fuß, in der Tempelstraße 6 Fuß hoch. Fast alle Kirchen stehen unter Wasser. Ein Brautzug, der sich nach der einzigen noch wasserfreien Kirche begeben wollte, mußte sich der Nachen bedienen. Die Bäcker backen nicht mehr, und die Haushaltungen haben sich, so gut es gehen wollte, mit Vorräthen versehen müssen. Der Mangel an frischem Wasser ist, da die Brunnen nicht zu benutzen sind, sehr fühlbar. Viele Straßen, wo arme Leute wohnen, sind ganz geräumt und die Obdachlosen im Rathhause untergebracht.

Der Personenverkehr zwischen England und Frankreich belief sich im Jahre 1860 auf 233,537 gegen 205,456 im Jahre 1859. Es gingen nach Boulogne 102,829, nach Calais 74,875, nach den übrigen Häfen 54,833. Ueber Belgien reisten im Jahre 1860 zusammen 27,722.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	74 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	58¼ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	47½—⅞ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	40 G.
„	4½ pCt.	34⅝ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	86½ P. 85¾ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (O. b. R.)	102⅛ P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101½ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	101⅜ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	99⅜ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	99⅜ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94⅝ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103⅝ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	93¾ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	103⅛ P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	94¾ G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	101⅝ G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100⅝ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	93¾ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	100½ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	97¾ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt.	3½ pCt. Obl.	97 P.
„	3 pCt. Obl.	90 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47⅝ P.
„	1¾ pCt. „ „ „	40⅛ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	97¼ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	107½ P.	exD.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	545—550 G.	ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	121—22 G.	exD.
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	168 G.	ex D.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	70 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	63 G.	ex D.
Internationale Bank in Luxemb. . .	79½ P.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	334 P.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	66¾ G.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	220 P.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 P.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73¾ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	24⅛ P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	125½ P.	ex D.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	95¾ P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50⅜ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	234 P.	
Span. Handels- u. Industrie . . .	470 G.	exD.
„ Credit-Akt. d. Geo. Pereire .	460 P.	ex D.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	103¼ P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101½ G.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99⅜ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅛ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	95⅝ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105⅛ G.
Hamb. MB. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105⅛ G.
London Lst. 10 k. S.	117⅜ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L.S.L. 250 k. S.	92¾ B.
Paris Frs. 200 k. S.	93 G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W. . .	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	76⅛—¼ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	67½ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	44⅜ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	52½ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	125⅜ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	—	„ fl. 25 do.	36⅛ P.
„ fl. 100 Kieh. L. v. 1858.	85½ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	—
3½ pCt. Preuss. Pt.-Anl. beiR.	116½ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50¾ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	34½ G.
Badische fl. 50	—	Vereins-Loose fl. 10.	10⅝ P.
Badische fl. 35	53⅛ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅛ P.

Frankfurt, 2. Februar. Die günstige Stimmung, welche sich schon gestern gezeigt hatte, machte sich heute in erhöhetem Maße geltend und fand ihren Ausdruck in merklich höheren Kursen für österr. Fonds und Industrie-Aktien, sowie für Wechsel auf Wien. In österr. National und Kreditaktien war der Umsatz ziemlich bedeutend. (Syndikat.)

theidigung fort. Die Mönche schienen alle geflohen zu seyn, da man eine große Zahl von ihnen auf der entgegengesetzten Seite das Kloster hatte verlassen sehen. Dieses wurde nun von den Truppen des Generals Sonnaz mit Sturm genommen. Man fand darin mehr als einen Centner Pulver, mehrere Kugelformen, auf 24 Kugeln auf einmal eingerichtet, Patronen und bourbonische Waffen und Kleidungsstücke aller Art, ebenso viele Tausende in demselben Kloster gedruckter Proklamationen. Auch die dort aufgehäuften Mundvorräthe waren sehr bedeutend. Nachdem man alle diese Dinge herausgeschafft hatte, zerstörte und verbrannte man das ganze Gebäude von Grund aus. Beinahe zur selben Zeit wurde der Oberst Quintini, der mit seinen Truppen bei Tagliacozzo in Seurcola stand (bekannt durch die Niederlage des letzten der Hohenstaufen), von einer ihm dreimal überlegenen Macht auf das heftigste angegriffen. In weniger als zwei Stunden jedoch gelang es ihm, den Feind mit einem Verluste von 150 Todten und 30 Gefangenen zurückzuschlagen. Auf unserer Seite waren nicht mehr als 1 Todter und 8 — 10 Verwundete (?). Sofort nach der Ankunft der von Sonnaz erbetenen Verstärkungen, die bereits unterwegs sind, wird man die errungenen Vortheile noch weiter verfolgen."

Die Piemontesen in **Neapel** scheinen, wie man dem gewöhnlich gut unterrichteten Pariser Korrespondenten des „Dresdener Journals" schreibt, geradezu unmöglich geworden zu seyn. Je weiter man geht, desto mehr nimmt die Apathie zu. Jeden Tag kommen Zusammenläufe vor, und sie haben einen so drohenden Charakter angenommen, daß man hat Befehl geben müssen, auf sie zu schießen. Liborio Romano wird verwünscht und die Maßregeln, die er ergreift, kennzeichnen ihn als einen ganz unfähigen Menschen. Ein Marineoffizier schreibt: Wenn wir Abends an Bord unserer Schiffe zurückkehren, sind wir gezwungen, unsere Hand am Degen zu haben, aus Furcht, angegriffen zu werden. Jeden Augenblick werden Leute angefallen und getödtet, ohne daß die Polizei Vorkehrungen trifft. Ein neapolitanisches Fahrzeug ist von Gaeta zurückgekehrt mit 300 Todten und Sterbenden an Bord. Cialdini hat Transportschiffe verlangt, um seine Kranken und Verwundeten fortzuschaffen, die sehr zahlreich sind, da typhöse Fieber mit großer Heftigkeit auftreten. Der Prinz von Carignan zeigt sich nicht mehr, als Viktor Emanuel. Man hat ein Spottlied auf ihn in Umlauf gesetzt, das ihn sehr verletzt hat. Es heißt, unter dem Vorwande, die Kunstschätze in Turin zu zentralisiren, werde man das Museum von Neapel förmlich ausplündern. In den Provinzen geht der Postdienst kaum noch fort. Kurz es herrscht vollständige Anarchie. Damit dies nicht bekannt werde, unterdrückt man die Journale, die sprechen wollen.

An die bei König Franz II. beglaubigten Mitglieder des diplomatischen Korps, welche bekanntlich von Rom nach Gaeta gekommen waren, um den König am 16. Januar zur Wiederkehr seines Geburtstages zu beglückwünschen, ist zwei Tage später folgendes Schreiben ergangen: „Gaeta, 18. Januar. Der Unterzeichnete, Präsident des Ministerraths und mit dem Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten Sr. sizilianischen Majestät betraut, hat die Ehre, sich an Se. Excellenz den Monsgr. Gianelli, apostolischen Nuntius, Minister des heil. Stuhles und Wortführer des diplomatischen Korps, zu wenden, um ihm mitzutheilen, daß Se. Maj. der König, mein erlauchter Gebieter, von dem Wunsche geleitet, in dieser äußersten Lage die Repräsentanten verbündeter und befreundeter Souveräne um seine Person zu haben, sich entschlossen hat, alle Chefs der fremden Gesandtschaften ausdrücklich einladen zu lassen, in Gaeta zu bleiben, wo sie zum gemeinsamen Vortheil beglaubigt sind. Wenn nicht ernste Erwägungen diese Maßnahme zu einer unumgänglichen machen, so würde Se. Maj. der König, dessen Herz für die Leiden Anderer empfindet, den ehrenwerthen Vertretern befreundeter Mächte gewiß nicht die Entbehrungen und Gefahren eines belagerten Platzes auferlegen. Dies war das Gefühl, welches vor zwei Monaten Se. Majestät bewog, das diplomatische Korps einzuladen, seine Wohnung in Rom zu nehmen, um ihm die Nachtheile und Gefahren der Belagerung zu ersparen, während welcher bei dem König nur der Gesandte von Spanien blieb, von Anfang an entschlossen, dessen Loos zu theilen und ihm in seinem Schicksal zu folgen. Von den nämlichen Gesinnungen geleitet, hat der König, mein erlauchter Souverän, kein Mitglied des diplomatischen Korps wollen bitten lassen, in Gaeta zu bleiben, trotz der alle Tage kritischer werdenden Umstände, und zwar wegen des Bombardements, welches in den ersten Dezembertagen gegen diesen Platz begann. Während die Verkehrswege zur See offen standen, konnte der König, obgleich nur indirekt, mit dem in Rom residirenden diplomatischen Korps in Berührung bleiben, und ihm doch für diese Zeit jede Gefahr ersparen, und wenn etwa ein schwieriger Zwischenfall eintrat, in welchem seine Rathschläge nothwendig wurden, so blieb noch immer der Ausweg, es einzuladen, in wenigen Stunden nach Gaeta zu kommen. Aber diese letztere Möglichkeit besteht nicht mehr. Die Verkehrswege zur See werden übermorgen unterbrochen, jede Berührung zwischen dem König und dem bei seiner königlichen Person beglaubigten diplomatischen Korps definitiv verhindert seyn, und Se. Majestät kann und will der Freude nicht entsagen, die Repräsentanten der verschiedenen Regierungen bei sich zu haben, um sich ihrer Erleuchtung zu bedienen. Noch ein anderer Umstand hat Se. Majestät bestimmt: als am gestrigen Tag dem König das diplomatische Korps sich vorstellte, ermuthigten ihn die Gesandten, welche die Ehre hatten, mit ihm über die Belagerung von Gaeta zu reden, trotz der Abfahrt des französischen Geschwaders, durch welche der Blokade und den Angriffen zur See der Weg freigegeben wurde, **Widerstand zu leisten**. Und als später Se. Majestät insbesondere die Meinung der hervorragenden Minister vernehmen wollten, wurde der Rath dieser ehrenwerthen Repräsentanten mit reichlichen Beweisen zu Gunsten des Widerstandes unterstützt. Se. Majestät, welche auf der einen Seite die Ehre, bis zum letzten Augenblick zu widerstehen, auf der andern Seite die Möglichkeit erwog, zum Gefangenen gemacht und so die königliche Würde in seiner Person herabgewürdigt zu sehen, zauderte nach diesen Rathschlägen nicht länger und entschloß sich sofort, sich in Gaeta einzuschließen **und diesen Rest der Monarchie bis zum letzten Augenblick zu vertheidigen**. Es ist auch möglich (wenn diese Lage der Dinge fortdauert), daß dieser isolirte und aufgegebene Platz unterliegt, alsdann die Person der Königin und der Prinzen der Gnade des Siegers überlassend. Se. Majestät, die als König unterliegen und ihr Loos als König ertragen will, bedarf der bei ihrer Person beglaubigten Repräsentanten, um erforderlichen Falls ihre Rathschläge einzuholen und immer unwiderlegliche Zeugen der Thatsachen bei sich zu haben. Deßhalb hat Se. Majestät, die mit großem Vergnügen das diplomatische Korps zu Gaeta sah und für diesen freiwilligen Beweis der Anhänglichkeit und der Courtoisie dankbar ist, die Gelegenheit dieses Besuchs und namentlich das Zusammentreffen der Umstände benutzt, um dasselbe zu bitten, um ihre Person zu bleiben. Indem ich Sr. Exz. dem Hn. Nuntius diese Einladung mittheile, um sie zur Kenntniß aller Mitglieder des diplomatischen Corps zu bringen, da die Kürze der Zeit nicht erlaubt, an jeden besonders zu schreiben, hat der Unterzeichnete die Pflicht, beizufügen, daß Se. Maj. der König nicht gemeint ist, jemand zum Bleiben zu zwingen, sondern sie alle einladet und denjenigen sehr dankbar seyn wird, welche während dieser letzten Periode der Belagerung seine Entbehrungen und seine Gefahren werden theilen wollen. Er gab auch den Befehl, Se. Exz. davon in Kenntniß zu setzen, daß für die Personen des diplomatischen Corps, welche sich entschließen werden, zu bleiben, das schönste und sicherste Lokal, welches Gaeta zu bieten vermag, in Bereitschaft gesetzt ist, während die königl. Regierung außerdem es für ihre Aufgabe erkannte, behufs der Bequemlichkeit derselben für Alles zu sorgen, was sich mit den Verhältnissen einer belagerten Festung vereinbaren läßt. Auch ist für alle Herren, welche ihr Gepäck in Rom wollen holen lassen, oder die es aus besondern Gründen nicht für geziemend erachten, in Gaeta zu bleiben, ein Dampfboot bereit, das in Civitavecchia und in Terracina anhalten wird und von dem gegenwärtigen Augenblick an zur Verfügung des Herrn Nuntius steht. Indem der Unterzeichnete Se. Exz. ersucht, ihm eine baldige Antwort zukommen zu lassen, hat er die Ehre 2c. Gez. Casella." Bekanntlich haben die Gesandten in ihrer Mehrzahl vorstehender Einladung entsprochen und sind in Gaeta geblieben, während nur wenige andere die Festung verließen, darunter auch Fürst Wolkonsky, der Gesandte Rußlands. Graf Perponcher, der Gesandte Preußens, befand sich zur Zeit gar nicht auf italienischem Boden, ist vielmehr in diesem Augenblick mit einem neuem Beglaubigungsschreiben nach Gaeta unterwegs.

* Der Aufstand in den Abruzzen wird immer bedeutender. Ein neapolitanischer General (es soll **Bosco** seyn) habe sich an die Spitze der Streitkräfte gestellt und befehlige ein Corps von 2000 Mann Soldaten. Die Insurgenten hätten ihren Mittelpunkt im Gebirge, von wo sie nur sehr schwer zu vertreiben seyen.

Türkei.

Ein Telegramm aus **Konstantinopel** vom 29. Jan. meldet, daß der russische Gesandte, Fürst Labanow, neue Memoiren und Dokumente in Antwort auf die Mission Kiprisli-Pascha's über-

Westen des an Schlesien angrenzenden Wadowitzer Kreises. Es war deßhalb die Eintheilung in Ostgalizien mit der Statthalterei in Lemberg, in das Krakauer Verwaltungsgebiet mit der Landesregierung in Krakau und in das Gebiet der Bukowina in der That den Bevölkerungsverhältnissen vollkommen entsprechend. Da aber diese Eintheilung gegen den Willen des damaligen Statthalters Grafen Goluchowski geschah, insofern er von seiner Macht verlor, so war sein erstes Werk als Minister, die drei Theile wieder zu vereinigen. Ueberhaupt war Goluchowski kein Freund der Ruthenen, und es geschah Manches, um sie zu kränken, was besser unterblieben wäre. Um so erwünschter und freudiger ward ihre Deputation in Wien aufgenommen; wie ungelegen sie dagegen den Polen kam, läßt sich denken. Außer den Ruthenen hat die Regierung aber auch noch eine treue Stütze an dem polnischen Landvolk; die Aufhebung des adeligen Unterthänigkeitsverhältnisses trägt ihre Früchte; der Bauer ist der Regierung durchaus zugethan. Aus allen diesen Andeutungen geht hervor, daß, wie sehr fremde Emissäre auch hier zu Lande wirken, doch an eine ernstliche Gefahr nicht zu denken ist. (Schw. M.)

Dänemark.

Kopenhagen, 29. Jan. Die „Berling'sche Ztg." bringt eine Notiz über die Finanzlage des Landes, aus welcher hervorgeht, daß außergewöhnlichen Ereignissen in dieser Beziehung nur mit Ruhe entgegengesehen werden kann. Der Kassenbehalt betrug am 1. Jan. $4^1/_2$ Millionen, der Oeresunds-Fonds 15 Millionen, der Reservefonds des Königreichs $4^2/_5$ Millionen, sonstige Aktiva, abzüglich von 5 Millionen zur Einlösung der 5proz. englischen Anleihe, $2^3/_4$ Mill. Thlr. Reichsmünze. (H. B.-H.)

Kopenhagen, 30. Jan. Wie „Berlingsk Tidende" berichtet, sollen außer den zum 1. März einberufenen Matrosen noch eine bedeutende Anzahl zum 15. März und zum 2. April einberufen seyn. Fädreland meldet, dem Vernehmen nach solle mit der Equipirung eines Linienschiffes, einer Fregatte und eines Dampfschooners am 15. März begonnen werden, wozu 1200 Mann einberufen würden.

Schleswig, 28. Jan. Eine ruchlose Hand scheint gestern Abend den Versuch gemacht zu haben, das Gottorper Schloß, wo das 6. Infanteriebataillon garnisonirt, abzubrennen. Gegen 7 Uhr Abends entdeckte eine Schildwache das aufglimmende Feuer dicht bei der Montirungskammer, wo Holzspäne, Pech und dergleichen leicht brennbare Stoffe zusammengelegt waren, um dem Brande Nahrung zu schaffen. Der schnell herbeigerufenen Hülfe gelang es, das Feuer im Entstehen zu dämpfen.

Frankreich.

Paris, 30. Jan. Es geht nun hier in den Kasernen, in den Kaffeehäusern, in den Kanzleien, Rechenstuben, Salons und Dachstuben von Mund zu Mund, daß Preußen den Krieg will, und überall sieht man das französische Nationalgefühl und die Nationaleitelkeit erwachen. Die Friedensfreunde haben wohl keinen Grund, mit diesem Stand der Dinge zufrieden zu seyn. Zur Beruhigung jedoch möge diesen die Anzeige gereichen, daß, wie versichert wird, die Glieder des gesetzgebenden Körpers sich von Friedenswünschen beseelt zeigen, und da man weiß, oder wenigstens voraussetzt, daß die große Mehrheit der Herren sich die Farbe ihrer Politik in den Tuilerien bestimmen läßt, so schließt man aus den Neigungen der Abgeordneten auf die jetzt herrschende Friedensliebe im Palaste. Man sieht der friedlichsten Thronrede und der friedlichsten Adresse entgegen. Doch haben Thronrede und Adresse nur eine momentane Bedeutung. (D. Allg. Z.)

Paris, 31. Jan. Frankreich bekommt jetzt neue Münzen. Auf der Vorderseite aller Geldstücke wird der Kopf des Kaisers, in Erinnerung der von Napoleon III. in Italien persönlich erfochtenen Siege, mit dem Lorbeerkranze geschmückt sein. Auf den Goldstücken von 100 bis 20 Francs und auf dem Silbergelde von 5 bis 1 Francs wird auf der Kehrseite das kaiserliche Wappen: Mantel, Scepter u. dgl. angebracht sein. Die Kehrseite der Kupfermünze bleibt unverändert. (Frkf. Hdlsztg.)

Paris, 31. Jan. Der Kaiser wird, wie heute der „Moniteur" meldet, in gewohnter feierlicher Weise am 4. Februar in Person die legislative Session pro 1861 eröffnen.

(T. d. Frkf. Hdls.)

Italien.

Rom, 26. Jan. Im Verlaufe von vier Tagen kamen nicht allein von Gaeta, sondern mehr noch aus den zwei Abruzzen-Provinzen so viele fremde, meist deutsche, Soldaten an, daß die Behörden anfangen, für die Verpflegung, die der heilige Vater, sei es auch nur durch Almosen, wünscht, wie für die öffentliche Sicherheit besorgt zu werden. Ich sah gestern einen Haufen von mehr als 100 solcher aus dem neapolitanischen Dienste entlassenen oder selbstgegangenen Landsleute durch Porta di San Giovanni einziehen: abgerissene, hungernde, frierende Gestalten. Die deutschen milden Stiftungen, die schon früher den über die römische Gränze Getretenen die möglichste Hülfe und Unterstützung gewährten, sind jetzt in gleicher Weise bemüht, dem Elende Erleichterung zu schaffen. Jeder Soldat erhält im Hospiz unserer Anima drei Tage Obdach und Speisung. (Köln. Ztg.)

Nach einem Schreiben aus Turin hätte Garibaldi sich bei den Verhandlungen, welche Graf Cavour unlängst mit demselben hatte anknüpfen lassen, geweigert, eine Verpflichtung zur Vertagung der Ausführung seiner Projekte gegen Oesterreich zu übernehmen, weil nach seiner Ansicht die gegenwärtige Lage Ungarns in diesem Augenblicke für seine Projekte Chancen des Erfolges darbiete, welche, wenn unbenützt, bald und dann vielleicht auf immer schwinden würden; nach dem Dafürhalten Garibaldi's könne man die Befreiung Veneziens nur mittelst einer Diversion in Ungarn zu erlangen erwarten, die nicht mehr ausführbar sein werde, sobald Ungarn zur Ruhe gebracht sey. Möglich, daß das Garibaldi's eigentliche Ansicht ist; indeß scheint es doch festzustehen, daß er sich — wenigstens vorläufig — hat bereden lassen, ruhig auf Caprera zu bleiben, und der Ausfall der Parlamentswahlen zu Gunsten Cavours wird ihn in diesem Entschluß sicher noch mehr bestärkt haben. (Frkf. Journ.)

Der Triumph Cavours bei den Parlaments-Wahlen übertrifft seine kühnsten Erwartungen. In Genua, welches sonst nur Oppositionsmitglieder wählte, gingen Ministerielle aus der Urne hervor, Mailand fürchtete man, es wählte Gemäßigte. Die extreme Partei (Mazzinisten) unterlag fast völlig und nur die parlamentarische Opposition (Kriegspartei) hatte einige Erfolge. In den Marken und in Umbrien war der Sieg vollständig, weniger in Neapel, doch auch da weit besser, als man zu hoffen berechtigt war. Ueberall im ganzen Lande wurde das Wahlgeschäft in vollkommener Freiheit und Ruhe vollzogen. (So sagen die sardinischen Berichte; wie es wohl mit der Ruhe und Freiheit in Kalabrien und in den Abruzzen ausgesehen haben mag!)

Turin. Man behauptet hier fortwährend, nach der Einnahme von Gaeta werde die römische Angelegenheit im hiesigen Sinn zur Erledigung gelangen, indem Hr. Thouvenel dem Grafen Cavour bereits die Zusage ertheilt habe, daß die französische Besatzung von Rom zurückgezogen werden soll. Wir unsererseits können vorläufig noch nicht daran glauben, daß L. Napoleon diese günstige Stellung, die ihm einen so entschiedenen Einfluß auf die süditalienischen Angelegenheiten sichert, aufgeben wird, die hiesige Regierung müßte ihn denn in anderer Weise dafür entschädigen. Die Beziehungen zwischen dem hl. Stuhl und den Tuilerien haben sich übrigens in der letzten Zeit eher verschlimmert als gebessert, und die Nachricht, daß der päpstliche Nuntius demnächst auf seinen Posten zurückkehren werde, ist deshalb auch gänzlich unbegründet.

Neapel, 27. Jan. Ueber die in der Gegend von Sora und den Abruzzen letzthin Statt gefundenen Vorfälle sind folgende Nachrichten (von sardinischer Seite) eingelaufen: „Castelluccio, 23. Jan. Man wußte mit Sicherheit, daß seit 14 Tagen und mehr, zu Casamari, wohin sich seit längerer Zeit der Bischof von Sora begeben hatte, um dort die Reaktion einzuleiten, alle zerstreuten neapolitanischen Soldaten aufgehalten, bewaffnet und in den Klöstern der umliegenden Orte untergebracht wurden. Eben daselbst sammelten sich auch die Schaaren der reaktionären Bauern von Sora, Isola und Castelluccio, mit Luigi Alonzi an ihrer Spitze. Auch war man davon unterrichtet, daß sich dort höhere bourbonische Offiziere aufhielten, um die Streitkräfte zu ordnen und demnächst mit ihnen durch den Gebirgs-Einschnitt von Castelluccio und Sora einzufallen. In der That hatten sich in der Nacht vom 19. Januar ungefähr 1000 Bewaffnete der Stadt Sora bis auf zwei Meilen genähert, jedoch aus Furcht vor den dort liegenden italienischen Truppen sich wieder zurückgezogen. Gleichwohl überschritt am 20. eine viel größere Anzahl die römische Grenze ganz in der Nähe, ohne jedoch weiter vorzudringen. Von all diesen Bewegungen war General Sonnaz genau unterrichtet. Am 22. unternahm er, vielleicht ohne den erhaltenen Nachrichten recht zu glauben, eine Recognoscirung bis nach Casamari. Dort angekommen, stieß die Kolonne auf die regelrecht aufgestellten Vorposten und wurde, während von dem Kloster herab die Sturmglocke tönte, mit lebhaftem Feuer empfangen. Das vom Kloster kommende Feuer war am heftigsten. Dorthin zogen sich auch nach und nach alle Kämpfenden, ungefähr 1000, zurück und setzten dort die Ver-

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 34.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Sonntag, 3. Februar 1861.

Deutscher Bund.

Vom Main, 29. Jan. Die Interpretation des Bundesbeschlusses vom 12. Nov. 1835, nach welcher hinfort in den Bundesfestungen keinerlei bleibende Agenten einer fremden Macht von internationalem Charakter sich aufhalten dürfen, ist nicht etwa improvisirt gewesen, sondern hat eine sehr konkrete Veranlassung. Zur Zeit der letzten Mobilmachung hatte man die Ueberzeugung gewonnen, daß das französische Mitglied der Centralrheinschifffahrtskommission in Mainz von Zeit zu Zeit nicht blos diplomatische Berichte, sondern auch die Resultate sehr eingehender Beobachtungen über die militärischen Verhältnisse der Festung nach Paeis sandte, und der damalige Vicegouverneur, der k. preußische General von Reitzenstein, suchte schon damals auf Grund des oben allegirten Bundesbeschlusses um die Entfernung der genannten Persönlichkeit nach. Die Bundesversammlung, wesentlich auch durch die geltend gemachten Bedenken der Territorialregierung bestimmt, nahm Anstand, diesem Ersuchen zu willfahren, aber es wurden die deutschen Uferstaaten veranlaßt, die Uebersiedlung der Kommission nach Mannheim vom Standpunkt der Schifffahrtsinteressen aus anzuregen, und jetzt, nachdem diese Uebersiedlung erfolgt, hat man nicht länger gezögert, den feüheren Bundesbeschluß in der Weise zu erweitern, daß in Zukunft die Möglichkeit gegeben ist, von den Bundesfestungen jede Persönlichkeit fern zu halten, welche unter dem Schutz einer internationalen Stellung die militärischen Interessen kompromittiren könnte.

Bayern. München. Dem Vernehmen nach wird in den nächsten Tagen dahier eine von Julius Fröbel verfaßte Broschüre über die „venetianische Frage“ erscheinen.

Kurhessen. Kassel, 28. Jan. Das Ministerium hat Weisung an die Regierungen ergehen lassen, alsbald die Landrathsämter zur Einleitung der Vorarbeiten für die bevorstehende neue Landtagswahl nach dem Wahlgesetz von 1860 zu veranlassen. (Die Regierung will es also nochmals damit probiren, schwerlich mit besserm Erfolg als letzthin.)

Oesterreich. Pesth, 30. Jan. Die Adresse des Somogyer Komitats formulirt den Beschluß des Komitats in nachstehenden Punkten: 1. Hofft das Komitat, daß mit der Rückkehr des konstitutionellen Lebens die im Ausland weilenden Söhne des Landes dem Vaterlande zurückgegeben und dem gekrönten gesetzmäßigen König treue Unterthanen seyn werden. 2. Das Komitat habe die Steuerzahlung nicht untersagt, die Steuereinhebung nicht gehindert, und werde diese nicht hindern, könne aber andererseits vermöge seiner konstitutionellen Pflichten auch nicht hülfreiche Hand bieten. 3. Bis zur Schlußfassung des Landtags, beziehungsweise allerhöchster Entscheidung übee die Anträge des Judex Curiae werde sich das Komitat jeder Abänderung der Gerichtspflege enthalten, da hierin ein einheitliches Verfahren des Landes nothwendig sey. 4. Wenngleich an den Gesetzen des Jahres 1848 festhaltend, ist das Komitat bereit, deeen Anwendung nicht über jenen Kreis der Funktion zu erstrecken, zu welchem dasselbe vermöge seiner Konstituirung unerläßlich berufen ist, ruhig die über jene Gesetze allein berechtigte Entscheidung des Landtags erwartend. Das Komitat erkläet sich weit entfernt auch nur von dem Schatten eines Widerstandes, gegenüber welchem die Anwendung materieller Gewalt nothwendig wäre. (Die Erklärung dieses Komitats ist noch weit gemäßigter, als die vieler anderen; aber wie weit geht schon diese Sprache!) (O. Bl.)

Pesth, 29. Jan. Bei der heute stattgefundenen Restauration des Magistrates der Landeshauptstadt Ofen wurde Eduard Felley (1848 Büegermeister) mit 1092 Stimmen gegen den dermaligen Magistratsleiter Paulovics (300 Stimmen) zum Bürgermeister, ferner mit großer Stimmenmehrheit Karl Dalesy (1848 Magistrathsrath) zum Stadtrichter und Alvasy zum Stadthauptmann gewählt.

Wien, 28. Jan. Ein kleiner Vorfall in einem öffentlichen Café mag als Symptom der herrschenden Stimmung gegen Ungarn angeführt werden. Das Journal „Der Wanderee“ hat sich ganz dem Magyarismus übergeben. Heute war's in einem Artikel, in welchem die pure Personal-Union mit Ungarn als die einzige Lösung der Tagesfrage angeeühmt wird. Wir lassen die Berechtigung dieses Raisonnement unerörtert. Die Kaffeehausgäste jedoch stellten den Marqueur zur Rede, wie er ihnen das Feühstück durch solche Verunglimpfung verbittern könne. Einige magyarisch gekleidete Gäste nahmen in gutem Deutsch Partei für das Blatt, mußten aber nach heftigem Wortwechsel das Lokal verlassen. Das genannte Journal wuede, in Nachahmung der magyarischen Interdikte, gegen Wiener Blätter abgeschafft. Die Stänkereien sind in den Wirthshäusern an der Nachtordnung, und in den Salons reiben sich die Nationalitäten in bittern Debatten. (Köln. Z.)

Wien, 29. Jan. Die reaktionäre Partei in unserm Ministerium hat wieder die Obeehand gewonnen, und die redlichen Bemühungen der liberalen Mitglieder des Ministerium, aus dem leidigen Provisorium herauszutreten und das tief gesunkene Vertrauen neu zu beleben, sind vorläufig als gescheitert anzusehen. Die „Ostd. Post“ gab in ihrem gestrigen Blatte dem Gerüchte Ausdruck, daß in Berücksichtigung der allgemeinen Lage die Einbeeufung der Reichsvertretung vor dem Zusammentritte der Landtage beschlossen worden sey. Diese Mittheilung erregte allgemeines Aufsehen, und rief in einzelnen Versammlungen laute Vivats hervor. Weder das offizielle Journal der Regierung, noch eines ihrer offiziösen Blätter hat bisher dieser Mittheilung einen entschiedenen Widerspruch entgegengestellt; nichtsdestoweniger hat dieselbe in diesem Augenblicke nicht die mindeste Wahrscheinlichkeit mehr für sich. Aber ich kann Ihnen aus guter Quelle die Versicherung geben, daß eine Verwirklichung dieser Maßregel der Einberufung einer direkt gewählten Reichsvertretung der deutsch-slavischen Länder sehr nahe bevorstand, daß jedoch, wie bereits Eingangs erwähnt, die reaktionäre Partei des Ministerium ihren ganzen, leider noch immer bedeutenden Einfluß ausbot, um dieselbe zu hintertreiben. (Ztg. f. Nordd.)

* Ueber die blutigen Vorfälle zu Nagy-Körös sind von der Regierung amtliche Erhebungen veranstaltet worden. Darnach ist es richtig, daß mehrere Tabakbesitzer, das Tabakmonopol der Regierung umgehend, ihren Tabak selbst veekauften, daß die Finanzwache ihnen das verbot und daß sodann ein Volkshaufe für sie Partei nahm und über die Finanzwache herfiel. Richtig ist auch, daß das herbeigerufene Militär zuletzt feuerte; unrichtig aber, daß das auf Befehl des kommandirenden Offiziers geschehen sey. Derselbe hatte vielmehr seinen Leuten ausdrücklich verboten zu feuern, obwohl er durch einen Steinwurf verwundet war und nur zur Nothwehr haben einige seiner Leute, die von der Hauptabtheilung getrennt waren, von der Feuerwaffe Gebrauch gemacht.

Aus Galizien, im Januar. Das Tagesereigniß bei uns bilden die beiden galizischen Deputationen nach Wien, die polnische und die ruthenische: die polnische mit ihren maßlosen Forderuugen und offen ausgesprochenen Losreißungsgelüsten, die ruthenische, um ihre Huldigung und ihren Dank darzubringen für das Diplom vom 20. Oktober. Welch' ein Unterschied! Wie schon einmal im Jahr 1848 die Ruthenen den Ausbruch in Galizien hintanhielten, so sind sie es jetzt wieder, die den Polen das Gegengewicht halten. An Zahl sind die Ruthenen den Polen noch etwas überlegen; die Grenze ist so ziemlich scharf: die Polen reichen vom Westen bis an den San; alles Land östlich vom San ist ruthenisch bis an die Bukowina, wo die romanische Bevölkerung vorherrscht. Bukowina's Hauptstadt Czernowitz ist größtentheils deutsch. Somit ist nur Westgalizien rein von Polen bewohnt, mit Ausnahme deutscher Inseln und kompakterer deutscher Bevölkerung im

Pesth, 25. Jan. Wie wenig sich das Pesther Komitat in seinem Vorgehen auf der eingeschlagenen Bahn beirren läßt, zeigt das im Staatsleben der Völker gewiß seltene Faktum, daß in einem Orte, in einem Hause zwei Gerichtshöfe mit gleicher Machtvollkommenheit Recht sprechen. Im Pesther Komitatshause ist vorgestern dieser merkwürdige Fall vorgekommen. Das noch bestehende k. k. Landesgericht hielt in eben der Stunde eine Schlußverhandlung nach der österreichischen Gerichtsordnung, während der in Aktivität getretene autonome Gerichtshof des Komitats über einen Betrugsfall nach ungarischem Rechte zu Gerichte saß. Man weiß, daß dem k. k. Gerichtshofe vom Komitat bedeutet wurde, bis zu einem bestimmten Tage die Lokalitäten des Komitatshauses zu räumen, wobei bemerkt wurde, daß für den Fall, daß die k. k. Gerichtsbehörde diesem Ansinnen nicht Folge leiste, zwar keine gewaltsamen Mittel zu deren Entfernung angewendet, jedoch deren Akten und Archive auf kurzem Wege aus dem Bureau entfernt werden sollten. Nun ist der k. k. Gerichtshof bis zur Stunde keineswegs entschlossen, das Feld oder die Rathssäle zu räumen. Der hier weilende Judex Curiae soll dem Vernehmen nach den geschäftsleitenden Senatspräsidenten des k. k. Landesgerichtes zu sich beschieden und ihm die Frage gestellt haben, ob er mit seinem Amte die Lokalitäten im Komitatshause verlangtermaßen räumen werde. Der Senatspräsident erwiderte, dieß nur in Folge eines höhern Auftrags thun zu können, doch sey ihm ein solcher trotz der Dringlichkeit der Zeit bis zum Augenblicke nicht gegeben. Darauf hin erklärte Graf Apponyi, daß auch er in dieser Sache nichts thun könne und keine Weisung habe.

Pesth, 28. Jan. Die Nachrichten, welche aus den ungarischen Komitaten einlangen, erweisen, daß die in voller Thätigkeit befindlichen Komitatsausschüsse sich mit allerlei souveränen Beschlußfassungen und diktatorischen Verfügungen, mit Abfassung von ellenlangen Antworten auf das königl. Reskript u. s. w. beschäftigen; an die eigentliche Hauptaufgabe, den Zusammentritt des Landtages zu ermöglichen, denkt Niemand. Es sind noch gar nirgends entscheidende Schritte geschehen, welche der Hoffnung Raum geben könnten, es werde wirklich der Landtag am 2. April zusammentreten können. Andererseits scheint doch auch die Regierung nunmehr wirklich entschlossen zu sein, die Dinge nicht weiter ihren Gang zur Revolution hin nehmen zu lassen. Das Pesther Komitat hatte sich bekanntlich offen geweigert, für das Unterkommen der zu konzentrirenden Gendarmerie Sorge zu tragen, und überdies erklärt, mit der Statthalterei als einer „ungesetzlichen" Behörde nur im Verwaltungsinteresse verkehren zu wollen. Darauf hat die Statthalterei ein Reskript erlassen und das Komitat bedeutet, ihre Beziehungen zu der Komitatsbehörde beschränkten sich überhaupt eben nur auf Verwaltungssachen, die Statthalterei erwarte aber die ungehinderte Vollstreckung ihrer Verfügungen. (N. Pr. Z.)

Triest, 25. Jan. Das österreichische Dampfgeschwader, bestehend aus den Schraubenfregatten „Donau" und „Adria", der Schraubenkorvette „Friedrich" und dem Dampfer „Greif", auf welchem der Contreadmiral Frhr. v. Bourguignon seine Flagge aufgehißt hat, liegt in der Bucht von Muggia vor Anker und soll längere Zeit hier verweilen. In Dalmatien währt die Agitation fort; während die kroatische Partei offen und gesetzmäßig auftritt, wühlt die italienische unterirdisch fort, doch ist ihr Anhang gering. (Allg. Ztg.)

Paris, 29. Jan. Der „Moniteur" läßt sich heute wieder eine Gemeinheit zu Schulden kommen, indem er von dem letzten Rundschreiben des neapolitanischen Ministers, durch das König Franz noch einmal an die legitimen Mächte appellirt, bemerkt: „dieses Dokument habe zum Mindesten ein historisches Interesse". Die Lorbeeren des „Siècle" und der „Köln. Ztg." lassen das kaiserl. Befehlbuch offenbar nicht schlafen. (N. Pr. Z.)

Neapel, 24. Januar. Die Dampfer „Maria Adelaide", „Garibaldi" und „Costituzione" haben, mehr oder weniger, im Bombardement der Festung gelitten. Ein Dampfer der Messageries Imperiales, die „Sphinx", lud in Marseille Lebensmittel und Kriegsmunition für Gaeta. Am 16. d. Mts. landete sie des schlechten Wetters wegen im Golf Juan, und machte sich am 18. wieder auf den Weg. Der Kapitän, welcher die Küste genau kannte, hielt sich, als er in die Gegend von Gaeta kam, hart an das Land, löschte alle Lichter aus und kam am 20. um halb 11 Uhr Abends im Hafen von Gaeta an, ohne daß ihn die piemontesische Flotte bemerkt hatte. Es wurde nun ganz bequem ausgeladen, und am 21. Abends um 10 Uhr verließ der Dampfer unbemerkt den Hafen wieder, und kam gestern glücklich in Civitavecchia an. Die Nonnen von Santa Clara dahier pflegten am Neujahrstag dem König gewöhnlich Confekt als Geschenk zu überreichen; dieses Jahr war es nun nicht leicht, die Gabe in die Hände Franz' II. gelangen zu lassen. Die guten Klosterfrauen mietheten eine Fischerbarke, welche das Geschenk in die Festung bringen sollte; die Nationalgarde bekam aber von der Sache Kenntniß, hielt den Wagen, der vom Kloster nach dem Hafen fuhr, an, und plünderte den Inhalt. Man drang dann in das Kloster ein, und durchsuchte Alles nach Briefen und Papieren aus Gaeta; zum Glück wurde nichts dergleichen aufgefunden. (Allg. Ztg.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	74 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	58 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	47 1/8—46 7/8 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	39 3/4 P.
„	4 1/2 pCt.	33 7/8 P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	86 1/8 P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102 1/8 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101 1/4 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	101 3/8 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 1/2 P. 1/4 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	99 1/2 P. 1/4 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 3/8 G.
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	103 4/8 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	93 3/4 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	103 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	95 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	101 5/8 G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 5/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	93 3/4 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	100 7/8 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	97 3/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	97 P.
„	3 pCt. Obl.	90 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47 5/8 G.
„	1 3/4 pCt. „ „ „	40 1/8 G.
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 500 Thlr.	97 1/8 P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	107 1/2 P.	exD.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	542 P.	ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	119 1/2—19 G.	exD.
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	168 P.	ex D.
Weimarische Bank à Thlr. 100	70 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien	63 G.	ex D.
Internationale Bank in Luxemb.	79 1/2 P.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	334 P.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	66 1/2 G.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	218 P.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	117 1/2 P.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	72 5/8 P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	24 1/8 P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt.	125 1/2 P.	ex D.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	95 3/4 P. 1/2 G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50 1/2 P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	234 P.	
Span. Handels- u. Industrie	470 G.	exD.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	460 P.	ex D.
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	103 1/8 P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 1/2 G.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99 3/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105 1/8 G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	95 5/8 B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 1/8 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	87 7/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 1/8 G.
London Lst. 10 k. S.	117 5/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	92 3/4 B.
Paris Frs. 200 k. S.	93 G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	75 1/8 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	67 1/2 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	44 3/8 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	52 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	125 1/4 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	—	„ fl. 25 do.	36 1/8 P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	84 G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	—
3 1/2 pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	116 1/2 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50 3/4 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2 1/2 pCt. Z.	34 1/2 G.
Badische fl. 50	90 G.	Vereins-Loose fl. 10.	10 3/8 P.
Badische fl. 35	53 1/8 P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 1/4 P.

Frankfurt, 1. Februar. Auf verschiedene Gerüchte eröffnete die Börse in günstigerer Haltung und wurden für österr. National und Kreditaktien etwas höhere Kurse bewilligt. Doch blieb das Geschäft beschränkt und am Schlusse war die Stimmung wieder matter. (Syndikat.)

Arad, 31. Jan. Die heutige außerordentliche Generalversammlung des Arader Komitats-Ausschusses über das Landtagsberufungsschreiben hat beschlossen, nicht nach dem Einberufungsschreiben, sondern nach dem Wahlgesetze von 1848 zu wählen. (T. d. Frkf. Journ.)

In einer Sitzung des Magistrats von Szegedin wurde in Betreff des Waffentragens beschlossen, daß jedem ehrlichen Menschen das Tragen der Waffen gestattet sey. In derselben Sitzung wurde das Reskript der Statthalterei, die Auflösung des in Szegedin ins Leben gerufenen Sicherheitskomité verordnend, dahin entschieden, daß dieses sich vorläufig nicht auflösen und die betreffenden Ursachen in einer Adresse darstellen werde.

Rußland und Polen.

Petersburg, 23. Jan. Aus Bokhara trifft eine wichtige Nachricht hier ein. Aus sicherer Quelle will man nämlich erfahren haben, daß der Emir von Bokhara, Nassurla-Beadur, in Folge einer Vergiftung gestorben sey. Das Verbrechen soll mit Hülfe eines jüdischen Arztes von der Frau des Emir verübt worden seyn, welche einen Emir aus ihrem Stamme zur Regierung bringen wollte. Das Gift wirkte langsam; der Emir faßte gegen seine Frau Verdacht, diese gestand ihr Verbrechen und wurde einige Tage vor dem Tode ihres Mannes hingerichtet. Fünf Tage vor seinem Hinscheiden übergab Nassurla-Beadur, welcher 35 Jahre geherrscht hatte, seinem ältesten Sohne die Regierung. Die Bokharen waren mit dem Verstorbenen zufrieden, die Khiwaer und Kholanzen fürchteten ihn. Mit Rußland suchte er stets ein freundschaftliches Verhältniß aufrecht zu erhalten, sowie dessen Handel möglichst zu beschützen. So wird erzählt, der russische Commis eines Kaufmanns von Orenburg habe vorigen Herbst die Absicht gehabt, sich des ihm anvertrauten Gutes zu bemächtigen und sey bei seinem Aufenthalt in Bokhara deshalb zum Islamismus übergetreten. Sein Glaubenswechsel sey nun allerdings anerkannt, aber das Eigenthum seines Herrn, gegen 15,000 Rubel, mit Beschlag belegt und dem letztern zurückgestellt worden. Ueber den Charakter des neuen Emir weiß man noch nichts Genaues, doch scheint er es mit Rußland ebenso gut zu meinen als sein Vater.

Aegypten.

Kairo, Mitte Januar. Es hat ein Ministerwechsel Statt gefunden, welcher hier einiges Aufsehen erregte und der auf die Verhältnisse in Aegypten nicht ohne Rückwirkung seyn wird. Said Pascha hatte nämlich den Entschluß gefaßt, mit einer Truppenmasse von etwa 10,000 Mann eine pomphafte Pilgerreise nach den heiligen Städten Mekka und Medina zu machen. Die Minister, welche bei der Entfernung der Truppen Unruhen im Lande und vielleicht auch von außen befürchteten, richteten ein Gesuch an den Vize-König, worin sie ihn baten, das Land nicht zu verlassen. Der Vize-König, der in dieser Kollektiv-Maßregel den Versuch einer Beschränkung seiner Machtvollkommenheit entdecken mochte, beantwortete die Bittschrift durch Entlassungs-Dekrete sämmtlicher Unterzeichneten. Mit Ausnahme der Hargieh (des Kriegsministeriums) sind alle Posten neu besetzt worden, und es verlautet sogar, daß einige der Unterbeamten im Ministerium des Auswärtigen, darunter der Schreiber des fraglichen Bittgesuchs, die Bastonade bekommen haben sollen. (Köln. Ztg.)

Nichtpolitische Zeitung.

München, 30. Jan. Ein hiesiges Handlungshaus läßt seit einigen Tagen Napoleonsd'or zu jeder zu erlangenden Summe aufkaufen, und zwar bis 9 fl. 18 kr. per Stück, während dieselben bisher nur zu 9 fl. 16 kr. anzubringen waren. Die französische Bank läßt nämlich, wie man vernimmt, zur Wiederherstellung ihrer in letzterer Zeit sehr geschwundenen Baarvorräthe in Gold bedeutende Ankäufe in Deutschland machen, und hat zu diesem Behufe namentlich auch Frankfurt große Aufträge ertheilt. Die Summe, welche in französischem Golde bei uns zirkulirt, ist eine sehr große und gilt dasselbe auch von den Fünffrankenstücken, das Publikum wie der Käufer nimmt beide gerne als Zahlung. (Augsb. A.-Z.)

München, 30. Jan. Bei der jüngsten (4.) Einzahlung der bayer. Ostbahnen mit 5 Proz. sind wieder über 300 Interimsscheine ausgeblieben, welche nun nach Ablauf der Frist für ungültig erklärt werden. Da auf jeden dieser Interimsscheine bereits 25 Proz. einbezahlt waren, so kommt dadurch der Aktiengesellschaft eine Summe von über 15,000 fl. zu Gute.

Das Bezirksgericht Augsburg hat gegen den wegen Amtsuntreue in Untersuchung befindlichen vormaligen Eisenbahn-Expeditor, Karl Gebhardt von Westheim, einen Verhaftsbefehl erlassen.

Nürnberg, 31. Jan. Nachdem die hiesigen Gesangvereine behufs der Vorarbeiten zu dem im Juli d. J. hier stattfindenden großen Sängerfeste mehrere vorberathende Versammlungen abgehalten hatten, fand gestern in Folge ergangener Einladung von Seite des Sängerausschusses eine größere Zusammenkunft von Personen aus verschiedenen Ständen im Museum statt, welche sich zu dem großen Festausschuß konstituirten, dem die Leitung des ganzen, großartig angelegten Festes obliegen wird. Derselbe eröffnete unter dem Vorsitz des Hrn. Advokaten Dr. Lindner und Herrn Rechtsrath Seiler seine Thätigkeit damit, daß er zunächst fünf kleinere Ausschüsse aus seiner Mitte wählte, denen die Besorgung der verschiedenen Festangelegenheiten und dazu nöthigen Vorarbeiten übertragen wurde. (Nürnb. Korr.)

Die amerikanischen Turner haben wiederholt geschrieben, daß sie dieses Jahr nach Deutschland kommen, und sie wünschen ausdrücklich, in Nürnberg für einige Tage ein Absteigequartier zu nehmen. In Folge dessen hat der dortige Turnrath beschlossen, acht Tage im Abstand vom Gesangsfeste ein Turnfest anzuberaumen und hiezu die Genehmigung der kgl. Regierung einzuholen. Das Gesangfest soll am 21. Juli stattfinden und das Turnfest würde dann auf den 13. oder 29. Juli fallen.

Bamberg. Am 25. v. Mts. verschwand einem reisenden Uhrenhändler während der Eisenbahnfahrt sein Köfferchen, in welchem sich für circa 3000 fl. Uhren befanden. Mitreisende konstatiren, daß in Münchberg einer der im Coupé mitreisenden Passagiere ein Köfferchen mit sich genommen habe, und richtig gelang es der Gendarmerie schon am andern Tage bei Altenkundstadt, den Uhrenliebhaber — einen Webermeister — sammt seiner Beute aufzuheben.

Berlin, 29. Jan. Der Inhaber eines seit Kurzem bestehenden Bank- und Wechselgeschäfts hat in ansehnlichen Summen gefälschte Wechsel in Umlauf gesetzt. Hand in Hand mit diesen Fälschungen hat er gleichzeitig, unter Benutzung einer hier bestehenden sehr bedenklichen Geschäftsusance, nach welcher an der Börse gekaufte Wechsel erst einen Tag nach der Auslieferung bezahlt werden, Wechsel zu namhaften Beträgen (von einem einzigen Hause allein bis zu 40,000 Fr.) gekauft, und ist mit diesen oder ihrem Erlöse seit vorgestern flüchtig geworden. Die Fälschungen sind, so viel man vernimmt, in Wien durch das dortige Haus Jaques Leon Söhne entdeckt worden. Ein Beauftragter dieser Firma hatte sich unmittelbar nach der Entdeckung hieher begeben, dem Betrüger die Falsifikate präsentirt und ist von ihm befriedigt worden. Gleich darauf hat sich der Inhaber des Bank- und Wechselgeschäfts auf die Flucht begeben. Im Ganzen schätzt man das Objekt der verübten Gaunereien auf etwa 40,000 Thlr.

Von Stettin wird über umfassende Wechselfälschungen berichtet, die sich der dortige Inhaber eines Leinwaarengeschäfts (R. A. u. Comp.) hat zu Schulden kommen lassen. Die Summe der gefälschten und in Umlauf gesetzten Wechsel wird auf 100,000 Thlr. geschätzt. Die Geschäftswelt wird durch diese Angelegenheit nicht berührt, die Fälschungen sind meist zum Nachtheil von Offizieren und Gutsbesitzern vorgenommen worden. (B.- u. H.-Z.)

Am letzten Sonntag kam ein elegant gekleideter Herr, mit dem Bande der Ehrenlegion im Knopfloche, zum Glöckner der Kathedrale in Tours und äußerte den Wunsch, den Thurm zu besteigen. Hoch oben auf der Plattform angelangt, ersuchte er den Glöckner, ihn allein zu lassen, da er eine Zeichnung machen wolle. Sein Begleiter weigerte sich und nun sprang der Fremde auf das steinerne Geländer und stürzte sich hinab. Im Falle schlug er an allen Vorsprüngen des Thurmes auf und die Leiche, als sie auf das Pflaster auffiel, war eine unkenntliche Fleischmasse. Man fand bei ihm einen Paß, auf den Namen Wilh. W., 45 Jahre alt, aus Oesterreich gebürtig und in Frankreich naturalisirt, Lehrer an der kaiserl. polytechnischen Schule, lautend. In seinen Taschen fand sich ferner eine Summe von 1300 Frcs. und ein neues Dolchmesser.

Neueste Nachrichten.

Wien. Nach den weiteren Mittheilungen der „Wien. Ztg." über den Verlauf der Anleihe-Subskriptionen, ist seit der vorigen Liste die bedeutendste Zeichnung die der Kaiser-Ferdinands-Nordbahn, welche 2 Millionen Gulden gezeichnet hat.

denke sich, daß demnächst etwa eine Däne mit gleichem Rechte eine solche Aufforderung in dänischer Sprache an irgend eine Stadt des Landes Hannover richtete.

Bayern. München, 31. Jan. Se. Maj. der König hat genehmigt, daß die durch Resignation des Domvikars Priester Joh. Evangelist König und durch das sofort stattfindende Vorrücken des Domvikars Priester Th. Kriener erledigte sechste Domvikarsstelle an der Domkirche zu Augsburg von dem Bischofe daselbst dem Priester Ignaz Kuißl, Benefiziat an der Stadtpfarrkirche zu St. Moriz in Augsburg, verliehen werde; die katholische Pfarrei Willprechtszell, Ldg. Aichach, dem Priester Max Jos. Kräh, Pfarrer in Singenbach, Ldg. Schrobenhausen, übertragen, und genehmigt, daß die kathol. Pfarrei Walkertshofen, Ldg. Dachau, von dem Erzbischofe von München-Freysing dem Priester Kasp. Angermair, Kooperator-Expositus in Otterhofen, Ldg. Ebersberg, verliehen werde; genehmigt, daß die kathol. Pfarrei Langensendelbach, Ldg. Forchheim, von dem Erzbischofe zu Bamberg dem Hausgeistlichen in der Zwangsarbeitsanstalt Ebrach, Priester Andr. Zöpfl, die kathol. Pfarrei Fristingen, Ldg. Dillingen, von dem Bischofe zu Augsburg, dem von der Spitalpflege zu Dillingen in Ausübung ihres Nominationsrechtes in Vorschlag gebrachten Priester Seb. Mende, Pfarrer in Reistingen, des gen. Landg., verliehen werde. (N. Münch. Z.)

Der Abg. Dr. Barth hat einen umständlich motivirten Antrag eingebracht, welcher, von der Thatsache ausgehend, daß das neue Civilgesetz für das ganze Königreich nicht sobald zu hoffen ist, die einstweilige Reinigung des in den sieben alten Kreisen geltenden bürgerlichen Rechts von veralteten, den Verkehr und die Rechtspflege belästigenden Instituten zum Gegenstande hat. Es werden zur Aufhebung empfohlen: 1) die Beschränkungen der Frauenspersonen in der rechtlichen Handlungsfähigkeit und die besondern Förmlichkeiten, welchen dieselben bei Uebernahme von Bürgschaften und sonstigen Interzessionen unterworfen sind; 2) die gesetzliche Bestimmung, wonach Haus- und Felddienstbarkeiten durch die Ausübung binnen bestimmter Zeit ohne hinzukommenden Rechtstitel erworben werden; 3) alle Arten des Retrakts-, Näher-, Zug- oder Anfallrechts mit alleiniger Ausnahme des Gespilderechts, durch welches einzelne Grundstücke zu dem Anwesen, zu welchem sie früher gehörten, wieder gezogen werden können; 4) alle gesetzlichen Vorschriften, wodurch Verträge zu ihrer Giltigkeit die gerichtliche Protokollirung erheischen, mit Ausnahme der Verträge über Immobilien und dingliche Rechte an solchen, der Ehe- und Erbverträge und der Schenkungsverträge; 5) die Bestimmung, wonach Darlehen, welche einem Haussohne gegeben würden, von diesem nicht zurückgefordert werden können; 6) die Klage und die Einrede wegen Verletzung über die Hälfte; 7) die Deflorationsklagen und 8) die gesetzlichen Bestimmungen, durch welche den Eltern unehelicher Kinder die Befugniß, diese zu Erben einzusetzen, entzogen wird, oder sie hierbei besonderen Beschränkungen unterworfen werden. (Südd. Z.)

Preußen. Berlin, 30. Jan. In der heutigen Sitzung des Herrenhauses brachte der Justizminister den Ehegesetz-Entwurf (fakultative Civilehe) ein, welcher im Wesentlichen mit dem Entwurf des vorigen Jahres übereinstimmt.

Sachsen. Aus dem Erzgebirge, 28. Januar. Die „Sächsische Industriezeitung" theilte neulich als bemerkenswerthes Ereigniß die Absicht eines englischen Strumpffabrikanten aus Nottingham mit, sich mit 2000 Strumpfstühlen in Sachsen an- resp. übersiedeln zu wollen. Es ist dies jetzt eine vollendete Thatsache. Der Herr heißt Lowe und ist Theilhaber einer seit 170 Jahren in Nottingham bestehenden Firma. Herr Lowe soll ausschließlich für den englischen Markt zu arbeiten beabsichtigen, auch bereits auf die nächsten fünf Jahre mit festen Aufträgen versehen seyn. Das zu seinem Geschäftsbetrieb erforderliche Kapital wird auf 80,000 Thlr. veranschlagt. Man sollte meinen, ein solcher Unternehmer müßte allüberall mit offenen Armen aufgenommen werden; man müsse ihm freiwillig die Thore öffnen als einem Arbeitbringer ersten Ranges. Dem ist jedoch nicht so. Wie man erzählt, hat er Sonderinteressen aller Art zu bekämpfen gehabt, wodurch er veranlaßt worden ist, sich mit seinem Hauptkomptoir für die Fabrikation in Pausa, nicht in Chemnitz, zu fixiren. (D. Allg. Z.)

Oesterreich. Wien, 29. Jan. Die Ungarn verfolgen mit der ihnen in politischen Dingen eigenen Energie den Plan, alle Länder, die je mit ihrer Krone in irgend einer Art von Unionsverhältniß gestanden, wieder an dieselbe zu bringen. Ungarn soll ein großes, selbständiges Reich werden; und wenn in demselben auch die Söhne Arpad's die Minderzahl bilden, so sind sie um so stolzer, herrschsüchtiger, edler. In ihren Augen gibt es überhaupt kein Volk, das berufener wäre, zu gebieten, als das magyarische. Wie sie über die Gleichberechtigung denken, welche sie den übrigen Völkern verheißen, die ihnen unterworfen werden sollen: davon geben sie in Siebenbürgen ein Beispiel. Der siebenbürgische Hofkanzler, Baron Kemeny, ist ein Magyar, alle übrigen Hofstellen sind gleichfalls mit Magyaren besetzt. Von dieser Regierung wird auf den 11. Februar eine Versammlung von 40 Notablen nach Karlsburg berufen, um darüber zu berathen und zu beschließen, ob Siebenbürgen mit Ungarn unirt werden soll. Siebenbürgen zählt 1,300,000 Romanen, 500,000 Magyaren und 200,000 Deutsche, Sachsen genannt. Was wäre billiger gewesen, was hätte die Gleichberechtigung vollends mehr gefördert, als daß die Notablenversammlung nach der Verhältnißzahl der Nationen zusammengesetzt worden wäre! Aber die Magyaren verstehen die Gleichberechtigung anders. Ihre Regierung beruft 24 Magyaren und je acht Männer von den beiden anderen Nationen. Die Union ist also schon im Voraus beschlossen. Dennoch könnte dieselbe hintertrieben werden. Denn die Romanen, welche bis zum Jahre 1848 völlig politisch rechtlos waren, haben das sanfte Joch der Magyaren zur Genüge kennen lernen und wollen sich dasselbe nicht wieder aufbürden lassen. Das würde auch nicht geschehen, wenn die Sachsen einmüthig wären. Aber wo waren Deutsche in politischen und religiösen Dingen je einmüthig! Sie sind in Siebenbürgen in ungefähr zwei gleiche Hälften gespalten, von denen die eine nur den österreichischen Druck der letzten 10 Jahre im Auge hat, die andere sich aller der Uebel erinnert, welche sie im Laufe der Jahrhunderte von den übermüthigen Magyaren erduldeten. Trotzdem sie mit den Romanen die überwiegende Majorität des Landes bildet, ist ihr Geschick doch so gut wie besiegelt, wenn die Magyaren überhaupt nicht mit ihrem Plane, ein großes Reich zu bilden, scheitern. (Ztg. f. Nordd.)

§ Wien, 30. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Fürst Metternich hat in Paris, wie es heißt, erklärt, daß Oesterreich einen Einfall Garibaldischer Freischaaren in das Venetianische so ansehen würde, als wäre derselbe von Piemont direkt ausgegangen. Daß außerdem noch hinzugesetzt worden sey, Oesterreich werde das lombardische (jetzt sardinische) Gebiet unter allen Umständen respektiren, ist ungenau, und man ist hier keineswegs Willens, eine derartige Bedingung einzugehen. — Mit dem Fürsten Kusa ist man hier nicht zufrieden, da man Beweise in Händen haben soll, daß es ihm mit seinen Zusicherungen in Betreff der Emigrirten nicht Ernst sey. Nur die Gravirtesten derselben haben bis jetzt die Donaufürstenthümer verlassen, dagegen sollen aber namentlich in der letzteren Zeit sehr viele Freischärler dort angekommen seyn. Crajowa wird als Versammlungsort bezeichnet. Klapka hatte dort ebenfalls, aber nur kurze Zeit verweilt. Jetzt befindet er sich in Konstantinopel.

Der regierende Fürst Liechtenstein hat 500,000 fl. auf das neue Anlehen gezeichnet.

Die Handelskammern haben alle, zweiundfünfzig im ganzen Reiche, ohne Ausnahme in ihren auf Anfrage des Ministeriums abgegangenen Gutachten über die Mittel zur Wiederherstellung der Valuta einstimmig ein wirklich konstitutionelles Regiment und schleunige Einberufung eines erweiterten Reichsrathes, respektive Reichstages dringend gefordert. — Man sollte, wenn man ihre Gutachten liest, glauben, es haben sich die Fabrikanten und Krämer von Reichenberg bis Kronstadt und von Feldkirch bis Brody zu gemeinsamen Schritten verbunden, so gleichlautend eindringlich wird die Forderung nach Volksvertretung. Verantwortlichkeit des Ministeriums, Beeidigung des Heeres auf die Verfassung, Kultus, Preß- und Lehrfreiheit urgirt. Einzelne Handelskammern gingen noch weiter; so fordert jene von Prag die Revision des Konkordats. (Südd. Ztg.)

Pesth, 31. Jan. Der „Magyar Orszag" veröffentlicht ein Schreiben des Kardinal-Primas an alle Komitate, in welchem er das Land vor Ueberstürzung warnt und die Hoffnung ausspricht, das Vaterland werde diese warnende Stimme nicht überhören. Ein so großes Werk, wie die Wiederherstellung des Vaterlandes, erfordere große Vorbereitungen, es sey daher jeder übereilende Schritt ein sicherer Vorbote von Anarchie, welche die Obrigkeit bereits zu zurechtweisendem Vorgehen gezwungen habe. Das Schreiben weist ferner darauf hin, daß die Angelegenheiten vom Landtage nicht in vielfällig abweichender, sondern in einer gleichartigen Form und unter eigener Mitwirkung des Landes gelöst werden können. Das Schreiben schließt: „Entfremden wir uns nicht von dem mit dem Friedenszweige nahenden, mit dem besten und herzenreinsten Vorhaben beseelten Monarchen!"

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 33.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Letter	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 2. Februar 1861.

Der Adreßentwurf des preuß. Abgeordneten-Hauses.

Die „Deutsche Allg. Ztg." (in Leipzig) hatte bereits vor einigen Tagen einen Entwurf der Adresse des Abgeordneten-Hauses mitgetheilt, wie derselbe aus den Kommissions-Berathungen hervorgegangen sey; wir haben einen Auszug hieraus in Nr. 31 d. Bl. mitgetheilt. Es zeigt sich nun, daß die „D. Allg. Ztg." getäuscht wurde, und dieser ihr zugesandte Entwurf falsch ist. Die Berliner Blätter haben inzwischen den ächten Adreß-Entwurf veröffentlicht, aus welchem wir nach telegraph. Berichten der Frankfurter Blätter im vorgestrigen „Anzeiger" schon zwei bedeutsame Stellen mitgetheilt haben. Dieser ächte Adreß-Entwurf behagt übrigens den liberalen Blättern Berlins ob seiner lauwarmen Fassung so wenig, daß die „B. Börsen-Zeitung" geradenwegs sagt, der falsche Adreß-Entwurf erscheine als der richtigere Ausdruck der Gesinnung des Landes. Sie meint, wie sehr die Nothwendigkeit gefühlt wird, den offiziellen Adreß-Entwurf zu verbessern und ihm einen thatsächlichen Inhalt zu geben, gehe schon zur Genüge daraus hervor, daß Herr v. Vincke bereits 17 Amendements zu demselben eingebracht hat.

Der richtigere Adreß-Entwurf beantwortet Satz für Satz die Thronrede. Wir entnehmen demselben noch folgende bedeutsameren Sätze: „Wir werden die Voranschläge behufs der Ausbildung und Verstärkung der Heereskraft mit strengster Gewissenhaftigkeit prüfen. Dem Abgeordneten-Hause wird es zur Genugthuung gereichen, die in der Armee getroffenen neuen Anordnungen als solche zu erkennen, welche sich innerhalb der gesetzlichen Grundlagen unserer Heeresverfassung bewegen*), und die Ueberzeugung zu gewinnen, daß die vorhandenen Hülfsquellen ausreichen, die in Antrag gestellte Mehrausgabe für das Heer ohne zu große Belastung des Landes zu decken.*) — Das Haus der Abgeordneten hat mit besonderer Befriedigung vernommen, daß die Regierung im Begriff stehe, mit Frankreich über die Verkehrs-Beziehungen mit dem Zollverein in Unterhandlung zu treten. Es wird dadurch nicht allein die Hoffnung auf eine wesentliche Förderung des Verkehrs erweckt, sondern auch die erfreuliche Aussicht eröffnet, daß zwei große Nationen in erhöhtem Maße Gelegenheit finden werden, in den Arbeiten des Friedens mit einander um den Preis zu ringen. Das Haus der Abgeordneten dankt dem König für die durch persönliche Begegnungen mit Monarchen erstrebten Bürgschaften für den europäischen Frieden, und dafür, daß der König die Wahrung der Integrität des deutschen Bodens für die erste Aufgabe seiner deutschen und seiner europäischen Politik erklärt habe. Das einmüthige Zusammengehen aller deutschen Regierungen und Stämme trägt doch, auch wenn es erreicht ist, nur dann die Gewähr der Dauer und energischen Wirksamkeit in sich, wenn es in zeitgemäßen, dem Drange der deutschen Nation nach größerer Einigung ihrer Stämme entsprechenden politischen Institutionen ausgeprägt ist, so daß dann Preußen die ihm durch seine Geschichte und Machtverhältnisse gebührende Stellung eingeräumt werde, welche in dem unzertrennlichen Interesse Deutschlands wie Preußens ihre Begründung findet. — Das Haus vertraut, es werde der Regierung gelingen, durch energische Anwendung aller geeigneten Mittel den verfassungsmäßigen Zustand Kurhessens wieder herzustellen und einem gesetzestreuen, festen, deutschen Stamme sein gutes Recht zurückzugeben. — Das Haus erkennt es als eine nationale Pflicht, daß Preußen mit seinen deutschen Verbündeten eine gebührende Lösung der Frage der deutschen Herzogthümer herbeiführe, mit Bestimmtheit voraussetzend, daß, falls die Bundesexpedition für Holstein stattfinden sollte, das Recht Deutschlands in Bezug auf Schleswig vorbehalten bleibe."

*) Sehr fein; Beides wird nämlich von Vielen bestritten. Die Abgeordneten sind mit dem erhöhten Militäraufwand unzufrieden, wollen aber doch auch nicht mit der Regierung brechen. Sie werden es auch diesmal machen, wie voriges Jahr: lange Reden halten und schließlich die Regierung thun lassen, was sie will.

Die „National-Ztg." bemerkt zu dem Entwurf: „Die Kommission hat gut befunden, über den Gnaden-Erlaß vom 12. v. M. gänzlich zu schweigen. In gewissem Sinne kann man dies nur loben. Wenn nämlich auch die wohlwollende Absicht des Königs Dank verdient, so ist doch durch die Schuld der Minister die Form jenes „Erlasses" so übel gerathen, daß die späte Gewährung sehr weit hinter den langen und berechtigten Erwartungen zurückgeblieben ist. Auf die erste Freude über den Erlaß sind im Lande bei näherem Prüfen Enttäuschung und Trauer gefolgt, so daß es ein unerträglicher Mangel an Aufrichtigkeit gewesen sein würde, wenn die Landes-Vertreter der Courtoisie zu Liebe Zufriedenheit geheuchelt hätten. In der That wird nicht blos allgemein die nichts weniger als würdevolle Lage beanstandet, in welche das Ministerium die Gerichte gebracht hat; es wird nicht blos der Aufwand für unnütze Prozesse mißbilligt, welchen die Staatskasse nur darum zu tragen hat, weil das Ministerium den richtigen und ebenen Weg, diese Angelegenheit zu behandeln*), nicht betreten wollte, obgleich dies seine verfassungsmäßige Pflicht war; es wird auch lebhaft bedauert, daß der Erlaß den Personen, welchen er eine Wohlthat erweisen wollte, nicht genügen kann und daß er viele andere Personen gar nicht berücksichtigt. So scheint denn derselbe auch auf die Flüchtlinge einen geringen Eindruck gemacht zu haben. Die meisten von ihnen scheinen ihn für keine Einladung zur Rückkehr in das Vaterland zu nehmen, denn abgesehen von den Weitläufigkeiten, welche sie selbst bei einem bloßen Besuch der Heimath von Seiten der Gerichte besorgen, abgesehen von dem Verlust der Eigenschaft als Landesangehörige, welchen sie in Folge mehr als zehnjähriger Abwesenheit erlitten zu haben glauben, bezweifeln sie auch, daß man ihnen jetzt wieder gestatten würde, im Lande, wie andere Bürger, jedem gewählten Berufe zu leben, da sie sehen, daß der Erlaß keine vollständige Amnestie ist und auch die im Lande gebliebenen Verfolgten noch immer nicht zu ihren ehemaligen Lebensstellungen neuen Zutritt haben. Die Frage ist nun, was man unter diesen Umständen von den Abgeordneten hätte erwarten dürfen. Man wird es billigen, daß sie sich vor unwahren Worten gehütet haben; konnten sie nicht aber weiter gehen? Wir sind neugierig, ob die Mehrheit des Hauses sich nicht regen wird, um bei der Regierung eine Verbesserung des Erlasses vom 12. Januar zu erlangen."

Deutscher Bund.

Es ist nicht die Absicht der Italianissimi, ihr Verlangen nach dem Besitze deutschen Landes auf Triest und Umgegend zu beschränken. Der Magistrat der deutschen Stadt Botzen in Tyrol hat aus Turin von einem Grafen Bustelli-Foscolo eine Zuschrift erhalten, unter der Adresse: Al municipio dell' Italico commune di Balzano nell' Tirolo Italiano, d. h. an den Magistrat der italienischen Stadt Botzen im italienischen Tyrol. Das Schreiben fordert den Magistrat auf, eine Kollekte zu veranstalten für die Hebung der italienischen Kriegsmarine. — Man

*) Nämlich dem Landtag einen Amnestie-Gesetzentwurf vorzulegen, während jetzt alle noch nicht erledigten Prozesse von den Gerichten abgeurtheilt werden müssen, und hinterdrein für jeden einzeln die Begnadigung erfolgt. Die Minister wollten aber keine Erörterung dieser „delikaten" Angelegenheit im Landtag aus Rücksicht auf den König, der vielleicht unangenehm hätte berührt werden können durch Manches, was etwa dabei zur Sprache gekommen wäre oder durch einen über seine Wünsche hinausgehenden Amnestie-Antrag des Abgeordneten-Hauses. So griffen sie zu dem Mittel der Begnadigung für jeden einzelnen abgeurtheilten Fall (denn einen noch nicht beendeten Prozeß kann der König nicht niederschlagen), sind aber damit in andere, vielleicht nicht geringere Schwierigkeiten gerathen.

und hofft die Riesenarbeit in weniger als fünf Jahren vollendet zu haben.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 30. Januar. Der **König** hat der Deputation, welche die **Adresse des Herrenhauses** überreichte, nach der in der heutigen Sitzung dieses Hauses von dem Präsidenten desselben gemachten Mittheilung Folgendes erwidert: „Die Worte, mit welchen Sie Mir die Adresse des Herrenhauses übergeben, sind Meinem Herzen theuer, da Ich in denselben die Treue und Ergebenheit für Mich, Ihren nunmehrigen König, in erfreulicher Art ausgesprochen finde. Der Inhalt der Adresse und die darüber im Herrenhause gepflogenen Verhandlungen sind Mir nach dem Geschäftsgange bekannt. Der dabei dargelegte Ausdruck des tiefen Schmerzes über den Verlust des heimgegangenen Königs, sowie die Gesinnungen für Mich sind ganz so, wie Ich sie von dem Herrenhause erwartet habe, und Ich sage demselben dafür durch Sie Meinen Dank. Die Grundsätze Meiner Regierung habe Ich bei Uebernahme der Regentschaft dargelegt. Was Ich will, habe Ich offen und bestimmt ausgesprochen. Ich will keinen Bruch mit der Vergangenheit; aber Ich will, wo Meine Ueberzeugung es Mir eingibt, die bessernde Hand an unsere Landesinstitutionen legen, wie dies der König, Mein hochseliger Vater, auch that, bei dem man gewiß kein Vergessen der Vergangenheit Preußens erkennen kann, der aber aus den Erfahrungen Seiner verhängnißvollen Zeit die Ueberzeugung schöpfte, daß die bessernde Hand an die Institutionen des Landes zu legen sey, woraus die Gesetzgebung von 1808 hervorging. Ebenso ist auch der König, Mein hochseliger Bruder, verfahren, als Er aus Erlebnissen Seiner Epoche die durchgreifendsten Reformen vornahm. Ich habe Mir vorgezeichnet, wie weit Ich gehen kann, und werde diese Linie bestimmt inne halten, da jede Regierung ihre eigene Aufgabe hat. Ich erwarte zuversichtlich von dem Herrenhause, daß es Mir auf Meinem Wege folgen wird. Wir können uns nicht verhehlen, daß wir vielleicht schweren Zeiten entgegen gehen. Mit Rücksicht darauf wird Alles darauf ankommen, daß das Land in seinen Vertretern mit Mir einig sei. Das wünsche, das hoffe, das erwarte Ich von den bevorstehenden Verhandlungen. Nur so werden wir nach Innen und Außen stark und getrost der Zukunft entgegensehen können; dann werden wir, auch wo sich abweichende Ansichten im Laufe der Verhandlungen geltend machen, bei deren Schlusse als Freunde scheiden können." (Pr. Ztg.)

Wien, 28. Jan. Wie verlautet, sind jetzt einige Gendarmerie-Regimenter nach Ungarn beordert worden, welche den Regierungsbehörden bei Eintreibung verweigerter Steuern und bei sonstigen Anlässen behülflich seyn sollen. Mittlerweile bemerkt man hier, daß die von jeher den Ungarn bezeigten Sympathien (welche niemals eine Erwiderung fanden) sich mit jedem Tage verringern. Selbst die hiesigen Journale bringen, mit Ausnahme von etwa zweien, welche sich noch magyarischer als die Magyaren geberden, bittere Artikel über das anmaßliche Treiben jenseit der Leitha. (Neue Pr. Ztg.)

Der Gemeinderath von **Wien** hat in der Sitzung vom 28. Januar d. Js. den Beschluß gefaßt, sich bei dem Anlehen von 30 Millionen mit einem Betrage von einer Million zu betheiligen.

Pesth, 30. Jan. Ein amtliches Plakat befiehlt, daß die hier lebenden Urlauber und Reservemänner sich längstens bis zum 10. Februar zu melden haben, widrigenfalls sie als Deserteure behandelt werden. (Tel. d. Allg. Z.)

Pesth, 30. Jan. Das Gömörer Komitat präzisirte in der Generalversammlung vom 26. die Aufgaben des künftigen Landtags von Ungarn sieben Punkte, wovon die bemerkenswerthesten: Punkt 2: bevor der gesetzlich gekrönte König Ferdinand von Ungarn nicht vor dem Landtag der Krone entsagt, kann sich der Landtag auf die Frage der Krönung des Nachfolgers (des jetzigen Kaisers Franz Joseph) nicht einlassen; Punkt 3: in das Krönungsdiplom ist die Verpflichtung des Königs, in Ungarn zu wohnen, aufzunehmen. (Tel. d. Ostd. Post.)

Turin, 26. Jan. Ueber den Rechenschaftsbericht des Obersten und Doktors Bertani (bezüglich der freiwilligen Beiträge für Garibaldi's Feldzug nach Sizilien und Neapel) schreibt ein unbequemer und unberufener Revisor, derselbe sey, was die Einnahmen betreffe, sehr genau und umständlich; die Ausgaben jedoch, die sich auf die Summe von 6 Mill. belaufen, seyen en bloc in 10 Artikeln zusammengefaßt, so daß jede Nachschau und Kontrole unmöglich sey. Bei flüchtigem Durchgang der Einnahmsposten fand besagter Revisor, daß zwei Posten von Faenza eingegangener Gelder, zusammen im Betrage von 6628 Fr. 72 C., zum Nachtheile des Kassiers doppelt gebucht sind, was aber nicht hinderte, daß der Rechnungsabschluß trefflich stimmte. Dies gibt einen hübschen Vorgeschmack von den möglichen Resultaten einer näheren Prüfung. (Allg. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. f. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	$74\frac{1}{8}$ G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	58 G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$46\frac{7}{8}$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	40 P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$34\frac{1}{8}$ P.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$85\frac{7}{8}$ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. R.)	$102\frac{1}{8}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101\frac{1}{2}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$101\frac{3}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$99\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{3}{8}$ G.
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$103\frac{3}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$93\frac{3}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	103 P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$101\frac{5}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{5}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$92\frac{3}{4}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$100\frac{7}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	98 P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	97 P.
"	3 pCt. Obl.	90 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$47\frac{5}{8}$ G.
"	$1\frac{3}{4}$ pCt. " " "	$40\frac{1}{4}$ G.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$97\frac{1}{4}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$107\frac{1}{4}$ P.	ex D.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	546 P.	ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$118\frac{1}{2}$ G.	ex D.
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	168 P. $166\frac{1}{2}$ G.	e D.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	70 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	63 P.	ex D.
Internationale Bank in Luxemb. . .	$79\frac{1}{2}$ G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	333 P. 332 G.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$66\frac{1}{4}$ P.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	218 P.	
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	117 P.	
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$72\frac{5}{8}$ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$24\frac{1}{4}$ P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$125\frac{3}{4}$ P.	ex D.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$95\frac{7}{8}$ P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50\frac{1}{2}$ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	234 P.	
Span. Handels- u. Industrie . . .	470 G.	ex D.
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	460 P.	ex D.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$103\frac{1}{4}$ P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	$101\frac{1}{2}$ G.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
Brem. 50 Th. Lsd: k. S.	$95\frac{5}{8}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	$87\frac{7}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$117\frac{3}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	$92\frac{3}{4}$ B.
Paris Frs. 200 k. S.	$92\frac{7}{8}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 3. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$75\frac{3}{8}$ B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$67\frac{1}{2}$ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$44\frac{5}{8}$ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	52 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$125\frac{1}{4}$ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	54 P.	" fl. 25 do.	36 P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$85\frac{1}{2}$ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$35\frac{3}{4}$ P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	$116\frac{1}{2}$ P.	Sardinien Fr. 36. b. B.	$50\frac{3}{4}$ P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$34\frac{1}{2}$ G.
Badische fl. 50	90 G.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{5}{8}$ P.
Badische fl. 35	$52\frac{5}{8}$ G.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{4}$ G.

Frankfurt, 31. Januar. In Folge ungünstiger auswärtiger Notirungen wurden österr. Fonds, Bank- und Kreditaktien zu billigeren Kursen abgegeben. Auch Wechsel auf Wien waren niedriger. In den übrigen Fonds und Aktien keine wesentliche Veränderung. (Syndikat.)

es Ideologen. Unter seiner Herrschaft hörte man wie heutigen Tages nur schwülstige Phrasen, niedrige Schmeicheleien und den Donner der Kanonen. Mit der Restauration begann ihre Blüthe und ihr hoher Einfluß auf die Geschicke des Landes. Die Nachricht über den Bericht der Senatskommission vernichtet die Hoffnungen der liberalen französischen Presse, daß ihr Herr und Meister gesonnen sei, die Bande ein wenig zu lockern. Die Zeitungen dürfen auch in Zukunft die Debatten nur in extenso wiedergeben, das heißt entweder wörtlich und ohne Auslassung, wie sie im „Moniteur" stehen oder gar nicht. Der unter Aufsicht des Präsidenten verfaßte summarische Bericht hat nur dann einen Werth, wenn der Präsident der Ausdruck der Majorität der Versammlung und aus freier Wahl hervorgegangen ist. Bis jetzt erhält ihn die Versammlung aus der Hand des Kaisers und auf unparteiische Darstellung der Debatten ist folglich nicht zu rechnen.

(N. Frkf. Ztg.)

Italien.

Turin. Man behauptet, die Session der neuen Kammern werde von kurzer Dauer seyn und Cavour seine Majorität zur Durchführung von 4 Vorschlägen benutzen: 1) Eine Anleihe von 300 bis 400 Mill. Lire. 2) Die Ernennung Viktor Emanuels zum König von Italien. 3) Die Einberufung der Reserven aller Waffengattungen. 4) Dem Könige auf unbestimmte Zeit die unumschränkte Gewalt zu übertragen. Obschon dies auf den ersten Anschein aussieht, wie die Verwirklichung Garibaldi'scher Ideen, so wird doch durch den vierten Punkt dem Könige freie Hand gelassen, nur das zu thun, was er für sein politisches Interesse hält.

Es geht das Gerücht, daß 8000 Piemontesen genöthigt gewesen seyen, sich vor der Insurrektion zurückzuziehen, während ein anderes Korps bis nach dem adriatischen Meere zurückgedrängt worden sey. Man wendet alle Mittel an, um diese Begebenheiten nicht bekannt werden zu lassen, und schon sind zwei Journale („Ecuadore" und „Croce Rossa") wegen Veröffentlichung derselben unterdrückt worden. In Varietta haben die Aufständischen die Nationalgarde aufgelöst und eine provisorische Regierung im Namen Franz' II. ernannt. Auch erging an alle Einwohner der geschärfte Befehl, die rothe Kokarde zu tragen. Der Typhus richtet große Verheerungen in der piemontesischen Armee an.

* Man bringt in Erfahrung, daß der Chef der neapolitanischen Polizei, der von den Anticavourianern so gehaßte Spaventa, eine weitverzweigte bourbonische Verschwörung entdeckt hat, in welche sogar manche anscheinend sehr exaltirte Unitaristen verwickelt seyn sollen. Viele Priester sind kompromittirt.

Eine russische Fregatte wird in Civitavecchia den Gesandten des Kaisers Alexander beim Könige Franz II. (der seit einiger Zeit in Rom sich aufhielt) aufnehmen, um denselben nach Rußland zu führen.

Ueber den Führer des bourbonischen Aufstandes in den Abruzzen, Lagrange, der in der Regel für einen Franzosen gilt, gibt eine Skizze der „N. Zürich. Ztg.", welche offenbar nicht zu seinen Gunsten geschrieben ist, folgende Einzelheiten. Lagrange ist ein geborner Preuße und sein wahrer Name ist Klitsche. Er ist in Berlin geboren, sein Vater war ein Preuße, seine Mutter Französin. Klitsche war 12 bis 15 Jahre im Dienste des Papstes, der ihn zum Generallieutenant machte; er gab sich selber den Namen „Klitsche v. Lagrange." Nachdem er von Pius IX. für seine Dienste eine Pension erhalten, begab er sich nach Neapel, wo er von Ferdinand II. sehr gnädig aufgenommen wurde. Hier wurde er Korrespondent der Augsb. „Allg. Ztg.", aber sein Salair als Journalist und seine Pension vom Papste reichten nicht hin, um seine zahlreiche Familie zu erhalten; er erhielt daher nebenbei eine Subvention von der neapolitanischen Regierung. Außerdem wurden verschiedene Missionen von den zwei Königen ihm anvertraut, darunter eine geheime nach Rom. Während der letzten acht Monate der bourbonischen Regierung wohnte Klitsche in Caserta. Er verließ das Königreich gleich nach der Abreise Franz II. nach Gaeta, jedoch mit der Absicht baldiger Rückkehr, um die Rolle zu übernehmen, die er jetzt spielt. Klitsche ist groß und sieht gut aus, schielt aber. Er hat militärische Talente. Er hat sechs Töchter, nach Statur und Manieren wahre Grenadiere; eine derselben gab Fechtunterricht in Neapel und hatte viele Zöglinge vom Adel. Er hat auch einen Sohn, der lange Zeit nichtkommittirter Kavallerieoffizier in der bourbonischen Armee war, bis er von Franz II. zum wirklichen Offizier gemacht wurde.

Die Nachricht, daß die Sardinier die Beschießung von Gaeta einstellen mußten, nimmt sich tragikomisch aus nicht etwa den bisherigen Fanfaronnaden gegenüber: „ja, wenn erst die französische Flotte abgedampft ist", und „wenn erst der Admiral Persano hinein donnert, dann ist's zu Ende mit Gaeta", — sondern neben jener merkwürdigen Depesche, welche die belagerte Festung bereits einen Parlamentär herausschicken und bourbonistische Deserteure von „Uebergabe" der Festung reden läßt! Doch hören wir weiter. General Cialdini schreibt in seiner Meldung, er wolle sich nicht von neuem den Chancen eines unfruchtbaren Versuchs aussetzen, der kein anderes Ergebniß haben würde, als daß er den trefflichen Geist, von welchem seine Truppen beseelt seyen, in bedenklichster Weise gefährdete. Demnach ist wahrscheinlich in den nächsten 14 Tagen von keinem Bombardement mehr die Rede. Zwei Regimenter frischer Truppen sind am 26. Jan. in Genua eingeschifft worden, um in aller Eile zum Belagerungskorps zu stoßen! Sapienti sat.

In Palermo, schreibt man der „Allg. Z.", hat sich eine Gesellschaft von Meuchelmördern (pugnalatori) gebildet, welche bei hellem Tage ihr Gewerbe gegen alle Personen in Ausübung bringen, die in die Proscriptionslisten eingetragen sind. Herr Scibona, ein Bureauchef im Staatssekretariat, wurde bei hellem Tag in der Straße Vetriera erdolcht, Advokat Gandolfo gleichfalls bei Tage in seinem Hause; Ritter Longo in der Dämmerung, und am folgenden Tag kam ein Entschuldigungsbillet in seine Wohnung, worin bedauert wurde, daß er für einen Andern gehalten wurde wegen Aehnlichkeit seiner Person. Viele Andere hatten ein ähnliches Schicksal, eine Menge Leute flüchteten sich nach Neapel aus Furcht, auf der verhängnißvollen Liste zu stehen.

Rußland und Polen.

Von der polnischen Grenze, 25. Jan. Zwischen den Kabineten von Petersburg, Wien und Berlin finden gegenwärtig lebhafte Verhandlungen statt, welche hauptsächlich die Zustände von Polen und den Donauländern betreffen. Auf die letzteren blickt man in Petersburg nicht ohne Besorgniß, da sich dort in der jüngsten Zeit überall ein entschieden feindseliger Geist gegen Rußland kundgegeben hat. Es wird dies hauptsächlich den Bemühungen der französischen Emissäre beigemessen, welche mit großem Erfolg gegen den russischen Einfluß ankämpfen.

Amerika.

Nach dem Armee-Register der Vereinigten Staaten können dieselben mehr als 2,800,000 Mann Milizen, wohl bewaffnet, ins Feld stellen. New-York stellt allein 469,430 Mann, Kalifornien 200,000 Mann, Illinois 257,420, Massachusetts 155,389, Ohio 176,455, Pennsylvanien 147,973 Mann u. s. w.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 28. Jan. Dem Vernehmen nach wird von allen, durch das allerhöchste Preisausschreiben an die Prüfungskommission eingesandten Schauspielen aus der bayerischen Geschichte nur Eines zur öffentlichen Aufführung gelangen. (N. M. Z.)

Nürnberg, 29. Jan. Der „Fränk. Kur." schreibt: Wir können den Bewohnern Nürnbergs die erfreuliche Mittheilung machen, daß die in diesen Blättern mehrmals erwähnte und angekündigte Versteigerung des handschriftlichen Nachlasses von Willibald Pirkheimer unterbleibt, indem jene wissenschaftlichen Schätze vom Magistrate für die Stadt Nürnberg um einen annehmbaren Preis von den Eigenthümern käuflich erworben wurden.

Das Eis des Rhein und der Donau ist, wie das des Main, bei verhältnißmäßig nicht sehr hohem Wasserstande abgegangen.

Auf die Entdeckung der Diebe, welche kürzlich Werthgegenstände aus einem der Packetwagen der Berliner Postverwaltung entwendet haben, setzt eine öffentliche Bekanntmachung der königlichen Oberpostdirektion jetzt eine Belohnung von 1000 Thlr.

Trotz aller Bemühungen hat die französische Polizei den des Mordes des Präsidenten Poinsot verdächtigen Jud noch nicht fassen können. Die bisher in Frankreich und selbst in Belgien verhafteten Personen verdankten ihre Haft meist einer entfernten Aehnlichkeit mit dem veröffentlichten Signalement. Roger de Beauvoir hat darüber eine Broschüre geschrieben: Le Jud errant.

* Die Bohrmaschine im Tunnel des Mont Cenis arbeitet schon seit einigen Tagen auf der italienischen Seite. Die bis jetzt erzielten Resultate übertreffen sogar die Erwartungen der Erfinder, dreier italienischen Ingenieure. In 15 Minuten bohrt man ein Loch von 80 Centimetres, ohne daß die Bohrer sich sonderlich abnutzen. Im April fängt man auch von der savoyischen Seite an,

Gesangbuch sofort oder zu einer geeignet scheinenden Zeit in ihren Gemeinden eingeführt werden solle." Indem Wir diesem Beschlusse der Generalsynode Unsere Sanktion ertheilt haben, sind Wir hiebei von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Presbyterien nur nach sorgfältiger Prüfung der Verhältnisse, und in Uebereinstimmung mit der überwiegenden Mehrzahl ihrer Kirchengenossen, für die Einführung des neuen Gesangbuches sich aussprechen, und hiemit zugleich für die praktische Durchführung der Maßnahmen die erforderliche Grundlage bieten werden. Wo diese Grundlagen wirklich gegeben sind, kann auch der Fortgebrauch des Buches in Kirche und Schule einem Anstand wohl nicht unterliegen. Wo jedoch diese Grundlagen fehlen, und sich nach den vorliegenden Erhebungen zur Zeit für die Durchführung wesentliche Bedenken ergeben, oder Störungen des kirchlichen Friedens in größerer Ausdehnung bestehen, werdet ihr nach der euch zukommenden Aufgabe unter sorgfältiger Prüfung der Verhältnisse solche Maßnahmen zu treffen wissen, welche geeignet sind, Eintracht und Ordnung im kirchlichen Leben der Gemeinde wie in der Schule wieder herzustellen.... II. Wir haben in Unserer Entschließung vom 16. d. M. unter anderm als besonderen Gegenstand der Berathung der bevorstehenden Generalsynode auch die Erklärung über das etwa vorhandene Bedürfniß einer Modifikation der bestehenden Wahlordnung bezeichnet. Nachdem inzwischen bezüglich der Konsistorialbezirke diesseits des Rheins der übereinstimmende Antrag der protestantischen Generalsynoden wie auch des protestantischen Oberkonsistoriums, wegen Gleichstellung des geistlichen und weltlichen Elementes in dieser Synode, Unserer Würdigung unterstellt worden ist, und es nicht angemessen erscheinen würde, bezüglich einer wirksamen, das Vertrauen und die Autorität der Kirchenbehörde bestärkenden Vertretung dem Konsistorialbezirke der Pfalz diejenigen Maßnahmen vorzuenthalten, welche für die Konsistorialbezirke diesseits des Rheins als zweckmäßig sich darstellen, so fordern Wir euch auf, Uns sofort eure gutachtlichen Aeußerungen und Anträge über die Modifikation der bestehenden Wahlordnung überhaupt und namentlich über die Zulässigkeit der Gleichstellung des geistlichen und weltlichen Elementes in der Generalsynode vorzulegen."

Preußen. Von mehreren Seiten wird der „Voss. Ztg." jetzt bestätigt, daß die diesjährige Rekrutenaushebung, welche außerordentlicher Weise bereits im Februar statthaben sollte, nach den neuesten Ordres rückgängig gemacht worden ist. Den Ersatzbehörden ist aufgegeben worden, die festgesetzten Aushebungstermine zu kassiren und ein neues Aushebungs-Tableau in der herkömmlich üblichen Weise zu entwerfen. Demnach wird die Kreis-Aushebung auf zwei bis drei Monate hinausgeschoben werden, die Superrevision aber in einer noch späteren Zeit stattfinden.

Breslau, 28. Jan. Wie wir erfahren, wird Johannes Ronge Ende Februar oder Anfang März aus London in die Heimath zurückkehren.

Holstein. Von der holsteinischen Centralkasse zu Rendsburg sind in diesen Tagen 21 Fäßchen mit baarer Münze, in jedem 8000 Thlr. R.-M. (6000 Thlr. preuß. Courant = 9000 fl.), vorläufig nach Flensburg gesandt worden. (Allg. Z.)

Oesterreich. Wien, 27. Jan. Ein nicht zu übersehendes Zeichen der verschiedenartigsten Verhältnisse unter der Bevölkerung des Kaiserstaates ist das Benehmen der Polen. Die Deputation, welche aus Galizien hieherkam, suchte durch ihre Form Aufmerksamkeit zu erregen, und ihre Adresse, die sie dem Staatsminister überreichte, barg in ihrem schwunghaften Styl manche klare Andeutungen an eine dunkle Zukunft. Allein im Ganzen blieben die Polen auf dem gegebenen Boden; sie polterten nicht und drohten nicht und ließen alles revolutionäre Beiwerk (vorderhand) aus dem Spiele, vielleicht mit einziger Ausnahme der Konföderatka-Mützen. Man erzählt nun auch, daß sie jedes Zusammengehen mit den Magyaren absichtlich vermeiden. Einladungen sind von Pesth nach Lemberg und Krakau ergangen, welche zu gemeinsamen Demonstrationen einluden; allein nur einige Studenten folgten diesen Winken, während der Adel und die Intelligenz sich fern halten von solchen Auftritten. Auch hierorts wird es bemerkt, daß die Polen sich nicht mit den Magyaren verständigen; während diese an die äußerste Grenze der Personal-Union gelangen wollen, sind jene bereit, in den Reichsrath oder Reichstag einzutreten, wenn ihnen nur ein autonomer Landtag für die provinziellen Angelegenheiten und namentlich die Einführung der polnischen Sprache in Schule und Gericht concedirt wird. Die in Revolutions-Affairen reicherfahrenen Polen fürchten die Folgen der ungarischen Bewegung und leihen ihr nicht ihren Arm, vielleicht nur abwartend, bis ein fester Kern sich entwickelt, gewiß aber in reifer Ueberlegung. Noch mehr entfernt halten sich die Polen von den politisch unreifen Czechen, deren Treiben sie verächtlich beurtheilen. — Die neue Anleihe ist gedeckt; denn nicht bloß die großen Etablissements betheiligen sich mit dem beiläufigen Bedarf ihrer fünfjährigen direkten Steuer, sondern auch Hausbesitzer, kleine Rentiers, der vermögendere Theil des Adels und der Klerus erscheinen in den Bureaux als Subskribenten. Der Regierung kommt die wachsende Mißstimmung gegen Ungarn bei diesem Anlehen zu statten; man will in allen Schichten zeigen, daß, wenn eine liberale konstitutionelle Richtung eingehalten wird, die Bürger zu neuen Opfern bereit sind. Die Wiener haben ihren nationalen Stolz ganz eigener Art, den jetzt die Magyaren verletzen und eine Stimmung gegen sich hervorrufen, die der Regierung sehr zu statten kommt. Sie ist noch, so viel man wahrnehmen kann, durch die von den ungarischen Komitaten einlaufenden Adressen nicht im Geringsten außer Fassung gebracht, und den deutschen Journalen steht kein Hinderniß im Wege, diese flagranten Aktenstücke zu verbreiten. Die Vehemenz der Sprache und die Ueberstürzung der Politik schadet ganz außerordentlich den magyarischen Bestrebungen, und drängt die Besonnenen und Zaghaften in die Reihe der Regierung, was sich heute thatsächlich durch die Subskription auf das neue Anlehen erweist. (Köln. Z.)

Der Lemberger Magistrat hat, einer Mittheilung des „Czas"-Korrespondenten und der dortigen Blätter zufolge, in allen früher in deutscher Sprache geführten amtlichen Geschäften die polnische Sprache eingeführt.

Die „Presse" schreibt: „Arthur Görgei richtet aus Viktring nächst Klagenfurt einen Brief an den Redakteur des „Pesti Naplo", in welchem er sich indeß keineswegs mit Fragen der hohen Politik befaßt, vielmehr nur einigen arithmetischen Bedenken, welche ihm bei einem nationalökonomisirenden Artikel des „Pesti Naplo" aufgestoßen waren, Ausdruck gibt, und namentlich die Behauptung des ungarischen Blattes, daß bei einem Silberkurs von 150 eine Guldenbanknote nur 50 Nkr. werth sey, widerlegt. Stellen indeß, wie: „der Charakter unseres Volks ist ein vorwiegend ritterlicher", und: „ich, der ich gezwungen, in geisttödtender Einsamkeit zu leben, meine einzige Freude, was mein beweintes Vaterland anbelangt, fast nur in der Lesung Ihrer Artikel finde", mögen nicht ohne Rücksicht auf weitere Kreise geschrieben worden seyn."

Dänemark.

Kopenhagen, 28. Jan. Das Folkething hat heute endgültig den Gesetzentwurf wegen Anlage und Betrieb einer Eisenbahn durch Fühnen und Jütland, mit Anschluß an die südschleswigsche Eisenbahn angenommen, übereinstimmend mit dem Beschlusse des Landthings, und mit dem unterm 18. Dezbr. 1860 zwischen der Regierung und Sir Morton Peto abgeschlossenen Kontrakte.

Kopenhagen, 29. Jan. Der „Berling'schen Zeitung" zufolge sind Mannschaft und Pferde des in Itzehoe garnisonirenden Dragonerregiments und zwei Batterien einberufen worden, und soll mit Aufnehmung des Armeeinventars unverzüglich begonnen werden.

Schweiz.

In Bern haben sich zum Bau von Arbeiterwohnungen zwei Gesellschaften gebildet, von denen die eine bereits im Besitz eines hierfür passenden Terrain ist. Ebenso sind die Vorbereitungen schon so weit gediehen, daß nach erfolgter Zeichnung von 250,000 Fr. mit den Bauten begonnen werden kann. Die Aktie beträgt 200 Fr. und wird während der Bauzeit mit 5 pCt. verzinst. Die von dieser Gesellschaft projektirten Häuser sollen von Stein theils zwei-, theils dreistöckig ausgeführt werden.

Frankreich.

Paris, 27. Jan. Caussidière, unter der Republik Polizei-Präfekt, ist plötzlich hierselbst gestorben.

Paris, 30. Jan. Die Senatskommission für Veröffentlichung der Verhandlungen der Kammern beschloß, daß der Sitzungsbericht nur in einer Wiedergabe der Debatten in extenso oder in einem unter der Aufsicht des Präsidenten verfaßten Berichte bestehen solle.

Paris, 29. Jan. Im Senate berichtete Troplong im Namen der Kommission über die Veröffentlichung der Verhandlungen des Senats und des gesetzgebenden Körpers. Es gibt vielleicht kein Land auf Erden, wo die Kunst der Beredtsamkeit so hoch erhoben, so viel geschmäht ward, als in Frankreich. Als die Bergpartei des Convents herrschte, nannte man die glänzenden Redner der Gironde Intriganten, unter dem Direktorium wurden sie von den Generalen Schwätzer genannt, für Napoleon waren

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 32.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Neuer	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 1. Februar 1861.

Deutscher Bund.

Hannover, im Januar. So ungern man es auch thut, man wird hier in Norddeutschland gezwungen zu der Anerkennung der meisterhaften Politik Louis Napoleons. Welche Absichten auch sonst immer er gehabt haben mag mit seinem Vorschlag des Verkaufs von Veneziens: der Erfolg thut dar, daß eine wesentliche und bedeutende Nebenabsicht war, einen Zankapfel unter die Deutschen zu schleudern. Die Vorurtheile des norddeutschen Liberalismus gegen Oesterreich sind bekannt. Nicht minder ist es erwähnenswerth, daß die Norddeutschen über die Art und Weise der österreichischen Regierung in Italien grausige Vorstellungen zu hegen gewohnt sind. Dies erklärt sich daher, daß wir unsern Bedarf dieser Art über England beziehen, wie ja überhaupt die norddeutsche Presse in Beziehung auf Weltangelegenheiten in einer traurigen Abhängigkeit von England lebt. Dazu kommt ferner der Mangel an wirklich nationalem Sinn, die lange Entwöhnung von einer nationalen Politik, wenn dieselbe höhere Anforderungen stellt, als Arndt's Lied vom deutschen Vaterland zu singen. Endlich rechnen Sie hiezu die Unlust gegen einen Krieg, den Wunsch nach Hebung der materiellen Inteeessen, und Sie werden so ziemlich die Ursachen beisammen haben, welche unsere norddeutschen Zeitungspolitiker zum größten Theil seit Wochen in den Ruf einstimmen ließen: Oesterreich müsse Venetien verkaufen. Dieser Erfolg der Napoleon'schen Broschüre ist so auffallend, daß wir nicht anders als annehmen können, er habe das alles vorher wohlerwogen; er habe mit weisem, oder richtiger mit arglistigem, Bedacht auch in dieser Beziehung sein Wort in die Welt geschleudert. Er erreicht wenigstens einigermaßen seinen Zweck. Der norddeutsche Spießbürger ist einem Krieg für die Erhaltung von Venetien bei Oesterreich abgeneigt. Die Bornirtheit — denn mehr glauben wir nicht sagen zu dürfen — der norddeutschen Zeitungen leistet dabei dem Fremden treffliche Hülfe. Vielleicht ist die „Zeitung für Norddeutschland" in Hannover die einzige ehrenwerthe Ausnahme, abgesehen natürlich von den offiziellen Blättern z. B. der hannoverschen Regierung. Es ist traurig, daß die wahrhaft nationale, die großdeutsche Partei nirgends im nordwestlichen Deutschland ein größeres Blatt besitzt. Deutsche Blätter, die, wenn auch im Einzelnen vielfach abweichend, in der einen großen Hauptfrage des Schutzes deutscher Nationalität und deutschen Rechtes mit einander einig sind, oder einig seyn sollten: diese deutschen Blätter aus Süddeutschland gelten im Norden für parteiisch — man liest sie nicht. Wozu auch Venedig und das adriatische Meer? Der Bremer Handelsmann macht dort keine Geschäfte. Und Deutschland reicht für ihn nach Süden genau so weit, als er Geschäfte an Export und Import machen kann. Weiter hin mag es haben, wer da will. Deshalb wundert man sich, wie der Kaiser Franz Joseph sich die Gelegenheit entgehen lassen könne, ein gutes Geschäft zu machen. (Allg. Ztg.)

** **Bayern.** München, 30. Januar. (Privat-Korresp.) Durch die am 5. l. M. beginnende dießjährige Konskription haben sämmtliche Heeres-Abtheilungen den bis 1. Juli l. J. sich ergebenden Abgang an Mannschaft, soweit derselbe durch die frühere bereits angeordnete Einziehung der Assentirt-Unmontirten nicht gedeckt wurde, vor Allem zu ersetzen, und deßhalb die für den formationsmäßigen Friedensollstand erforderliche Zahl von Konskribirten unmittelbar nach ihrer Aushebung und Verpflichtung zum Unterricht einzuberufen. — Da von 41,141 Konskribirten 20,009 Mann auszuheben sind — eine Zahl, die bisher noch in keinem Jahre erreicht wurde, so werden voraussichtlich manche Landgerichte die erforderliche Zahl diensttauglicher Rekruten nicht stellen können, und dann wohl ein weiterer Ersatz aus der Zahl der Unmontirt-Assentirten früherer Jahrgänge eintreten müssen.

München, 30. Jan. Durch eine allerhöchste Entschließung vom 28. d. ist die nach dem Titel VII. §. 22 der Verfassungs-Urkunde zu Ende gehende Dauer der Sitzungen des gegenwärtigen Landtages bis zum 4. April einschließlich verlängert worden. (N. M. Ztg.)

Bei der Kammer der Reichsräthe ist eine aus der „Zeitschrift für Protestantismus und Kirche" entnommene Denkschrift über „Wünsche aus der bayrischen Landeskirche" eingelaufen, welche die Aufbesserung der Anfangspfarrstellen bis auf 600 fl. befürwortet. (Südd. Z.)

Die am 26. ds. an das protestantische Consistorium der Pfalz ergangene allerhöchste Entschließung bezeichnet klar und fest den verfassungsmäßigen Standpunkt der kirchlichen Frage und enthält für die Kirchengenossen und kirchlichen Organe die Aufforderung zur gegenseitigen Verständigung und Vermeidung jeden Zwangs bei Einführung des neuen Gesangbuchs. Es sollen Gutachten erhoben werden über Abänderung der bestehenden Wahlordnung zur Generalsynode, namentlich über die Zulässigkeit der Gleichstellung des geistlichen und weltlichen Elements in derselben. Die allerhöchste Entschließung fordert die geistliche Behörde zu einem besonnenen, vom Geist der Milde und der Versöhnung geleiteten Verfahren auf. Wir entnehmen derselben noch folgende Stellen: „I. Was zunächst den dermaligen Stand der Gesangbuchsfrage in der Pfalz betrifft, so haben Wir die Beschwerdevorstellung protestantischer Gemeindeglieder, dd. Kaiserslautern den 22. April v. J., und deren Bitte: „daß die Einführung des neuen Gesangbuchs bis zum Zusammentritt der nächsten Generalsynode gänzlich sistirt, und das alte Gesangbuch in ungestörtem Gebrauch gelassen (d. h. überall wiederhergestellt) werde," als mit den von Uns sanktionirten Beschlüssen und Anträgen der Generalsynode des Jahres 1857 im Widerspruch stehend, durch Unser Staatsministerium des Innern, für Kirchen- und Schulangelegenheiten abweislich bescheiden lassen, und zwar um so mehr, als, abgesehen von anderen Erwägungen, jenen Beschwerdeführern nicht hätte entgehen sollen, daß die Kirchenbehörde weder befugt noch überhaupt in der Lage gewesen wäre, diejenigen Kirchengemeinden, welche das neue Gesangbuch in freiwilliger Uebereinstimmung mit den gefaßten Presbyterialbeschlüssen in Gebrauch genommen haben, zu dessen Wiederabschaffung zu veranlassen. Inzwischen hat der fortgesetzt ungleichförmige und widersprechende Vollzug der erwähnten Synodalbeschlüsse in Betreff des Gesangbuches in vielen Kirchengemeinden, sowie in den Schulen — obgleich hierüber von Unserem Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten bereits unterm 30. März v. J. entsprechende Direktiven ertheilt worden waren, deren genaue Befolgung eine befriedigende Lösung hätte erwarten lassen — nach den Uns neuerlich dargelegten Wahrnehmungen wiederholte Beschwerden hervorgerufen, irrthümliche Meinungen erzeugt, und vielfach zu Beunruhigung der Gemüther und Störung der Familien- und Schulverhältnisse den Anlaß gegeben. Es erscheint daher dringend geboten, von nun an im Vollzug dieser Angelegenheit ein übereinstimmendes besonnenes Verfahren zu beobachten, damit über den Stand der Sache, soweit derselbe dermalen kirchenordnungsmäßig begründet erscheint, in den Kirchengemeinden ein Zweifel ferner nicht obwalte. In dieser Hinsicht wird aber eurer Erwägung nicht entgehen, daß, wenn auch der vorgelegte Entwurf des neuen Gesangbuchs von der Generalsynode im Allgemeinen zur Einführung in den kirchlichen Gebrauch gutgeheißen worden ist, und somit über die kirchliche Anordnung an sich ein Zweifel nicht bestehen kann, gleichwohl nach den Beschlüssen eben jener Synode die Ausführung selbst zur Zeit der freien Bestimmung durch die Presbyterien in den einzelnen Gemeinden anheimgegeben bleiben mußte, indem die gedachte Synode sich ausdrücklich dahin ausgesprochen hat: „Es erscheine angemessen, vorderhand es den einzelnen Presbyterien zu überlassen, ob das neue

Amerika.

Die Festungen in den Südstaaten der nordamerikanischen Union, deren jetzt häufiger erwähnt wird, sind ihrer Zahl wie zum Theil auch ihrer Stärke nach ziemlich bedeutend. Es gibt deren 29 längs der Küste der Sklavenstaaten zwischen Baltimore und der Barrataria-Bai in Louisiana, die 3000 Geschütze enthalten und dem Staat gegen 15 Mill. Dollars gekostet haben. Dazu mehrere unvollendete Forts, verschiedene Arsenale und beträchtliche Waffensammlungen, die im Falle eines Bürgerkrieges schwer ins Gewicht fallen würden. Diese Festungen sind von Bundestruppen besetzt, aber so schwach, daß sich die Besatzung gegen ernste Angriffe der Südstaaten nicht würde halten können. (N. Pr. Z.)

Neueste Nachrichten.

München. (Dienstes-Nachrichten der k. Verkehrs-Anstalten.) Ernannt wurden: zum Post- und Bahnexpeditor in Nannhofen der praktizirende Lieutenant Karl Mayer; zu Assistenten die Accessisten Konrad Siebenwurst in Bamberg und Melchior Rötzer in Nürnberg. Versetzt wurden: der Post- und Eisenbahnexpeditor Karl Riehmann von Nannhofen nach Pasing; die Assistenten Otto Jäger von München nach Traunstein, Jos. Kramer von Rosenheim nach München, Seb. Meillinger von München nach Rosenheim, Albert Hibl von Straubing nach Traunstein und Seb. Hartmannsgruber von Traunstein nach Straubing; die Telegraphen-Assistenten Aloys Illinger von Donauwörth nach Ingolstadt und Joseph Holzbauer von Ingolstadt nach Donauwörth. (Verordn.-Bl.)

Stuhlweißenburg, 25. Jan. Bezüglich der konfiszirten Güter des Grafen Kasimir Bathyanyi hat — nach dem „M. O.“ — das Stuhlweißenburger Komitat folgenden Beschluß gefaßt: „In Erinnerung jener konstitutionellen Kämpfe, welche der selige Graf Batthyanyi, der edle Kämpfer für die Rechte des Vaterlandes, mit Muth und männlicher Ausdauer im Saale dieses Komitats gekämpft, in Erinnerung der schweren Tage, die ihm statt des Lorbeerkranzes die Dornenkrone brachten, in Erinnerung des Grabes, in welches der brennende Schmerz der Verbannung den edlen und großen Mann gestoßen und in welchem sich das Häuflein Erde, das er zur Zeit seiner Entfernung aus dem Vaterlande mit sich trug, mit der Asche seines patriotischen Herzens vereinigt — nimmt das Komitat Veranlassung, dem unvergeßlichen Andenken seines geliebten Landsmannes, dem treuem Sohne dieses Komitats und des Vaterlandes in tiefer Ergriffenheit eine Ovation darzubringen und die über seinem Grabe auf dem Boden der Verbannung wandelnden Brüder im Geiste zu umarmen, und es gibt zu Protokoll, wie es diese gerne von Angesicht zu Angesicht, Auge in Auge sehen möchte, es spricht es aus, wie es das, was sie von dieser Heimath abschließt, nicht als Sünde anerkennt, sondern als die höchste der Tugenden, als die uneigennützige Vaterlandsliebe, deren Märtyrer sie gewesen — es erklärt, daß alles das, was dem seligen Grafen Kasimir Batthyanyi und den übrigen Flüchtlingen durch was immer für ein Kriegsgericht oder was immer für einen improvisirten Gerichtshof genommen oder konfiszirt wurde, kein gerechter Erwerb, sondern ein gewaltiger Raub ist, und wenngleich das Komitat den von ihm zu wählenden Deputirten keine offene und bindende Instruktion ertheilen kann, so setzt es doch von ihnen voraus, daß sie, ihren patriotischen Herzen folgend, auf dem zu eröffnenden Landtage mit männlicher Energie dahin wirken werden, daß den Flüchtlingen dieser Nation nicht nur ihre rechtswidrig konfiszirten Güter, sondern daß sie selbst dem Vaterlande zurückgegeben werden.“ (Diese Sprache bedarf keines Kommentars; wer sie spricht, fragt im Grunde gar nichts mehr nach der Regierung in Wien.)

Turin. Mieroslawski, welcher sich einige Zeit in Genua aufhielt, ist nach Paris zurückgekehrt. Wie es scheint, schreibt die „Triest. Ztg.“, sey sein Antrag, eine polnische und internationale Legion zu bilden, vorderhand noch auf Hindernisse gestoßen. Garibaldi habe zwar den Plan desselben im Prinzip angenommen, allein die Regierung habe den Vorschlag Mieroslawski's nicht füglich annehmen können. Garibaldi habe ihm indeß versichert, daß die berührten Bedenken im Kriegsfalle leicht beseitigt werden könnten, und alsdann der Ausführung des Planes kein weiteres Hinderniß im Wege stehen würde.

Mailand, 27. Jan. Die heutige „Perseveranza“ berichtet aus Neapel vom 25. d. Mts.: Die Bourbonischen Truppen haben Avezzano zerstört, wurden jedoch nach zweistündigem Gefechte zersprengt. (Telegr. d. Ostd. P.)

Die „Italienische Korrespondenz“ bringt über die ungarische Legion folgende Einzelheiten: „Das einzige Depot der ungarischen Legion befindet sich in Nola bei Neapel und zählt nicht mehr als 250 bis 300 Mann, worunter sich kaum 50 wirkliche Ungarn befinden. Diese kleine Abtheilung besteht aus Infanterie, 60 Husaren und einem Detachement Artillerie mit 4 Geschützen. Befehlshaber dieser Legion ist General Vetter, früher österreichischer Major und während des Insurrektionskrieges von 1848—49 General und Kriegs-Minister. Derselbe befindet sich aber nicht in Nola, sondern in Neapel, und überließ die Leitung der Legion einem Major.“

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	$74\frac{1}{8}$ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	58 G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$47\frac{1}{8}$—$\frac{1}{4}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$89\frac{1}{2}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	34 P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	86 P. $85\frac{1}{2}$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	$102\frac{1}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jahr. dto.	$101\frac{1}{2}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jahr. dto.	$101\frac{1}{2}$ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$99\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{3}{4}$ G.
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$103\frac{3}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$93\frac{3}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	103 P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$94\frac{1}{4}$ G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$101\frac{5}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{5}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$93\frac{3}{4}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$100\frac{7}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$97\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	97 P.
„	3 pCt. Obl.	90 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$47\frac{1}{2}$ G.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt. „ „ „	$40\frac{1}{4}$ G.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	97 P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$107\frac{1}{4}$ P.	exD.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	546—48 G.	ex. D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	119 G.	exD.
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	165G.	exD.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	70 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	63 P.	ex D.
Internationale Bank in Luxemb. . .	$78\frac{1}{2}$ G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	333 P. 332 G.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$66\frac{1}{4}$ P.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	216 G.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . . .	117 P.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$72\frac{5}{8}$ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	24 P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$125\frac{5}{8}$ P.	ex D.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$95\frac{7}{8}$ P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50\frac{1}{2}$ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	234 P.	
Span. Handels- u. Industrie . . .	480P. 475G.	exD.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	460 P.	ex D.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$103\frac{1}{4}$ P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	$101\frac{1}{2}$ G.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$95\frac{5}{8}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	88 B. $87\frac{3}{4}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$117\frac{3}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	$92\frac{3}{4}$ B.
Paris Frs. 200 k. S.	$92\frac{7}{8}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	76 B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	67 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$44\frac{5}{8}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$52\frac{1}{4}$ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$125\frac{1}{4}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	54 P.	„ fl. 25 do.	36 P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$85\frac{1}{2}$ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$35\frac{3}{4}$ P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	$116\frac{1}{2}$ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	$50\frac{3}{4}$ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$34\frac{1}{2}$ G.
Badische fl. 50	$89\frac{5}{8}$ G.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{5}{8}$ P.
Badische fl. 35	$52\frac{5}{8}$ G.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 G.

Frankfurt, 30. Januar. Höhere Wiener Valuta-Notirungen bewirkten einen Rückgang der österr. National und des Wiener Wechselkurses, während österr. Kreditaktien sich auf dem gestrigen Kurse behaupteten. Spanische 3pCt. waren begehrt und höher. (Synd.)

königl. Maj. in Kurhessen und in den mit Dänemark vereinigten Herzogthümern gegenüber ungesetzliche Gewalt das Recht vertreten, bestätigt den Glauben, daß der alte Geist der Hohenzollern auch den Thron Ew. Maj. umleuchtet."

Berlin, 28. Jan. In den Verhandlungen der Adreßkommission des Abgeordnetenhauses sah sich der Minister des Innern, **Graf Schwerin**, besonders wegen seines Verhaltens gegen die als eifrigste Stützen des früheren Systems anerkannten Beamten, den lebhaftesten Angriffen ausgesetzt. Je mehr Bedauern die meisten Redner darin legten, daß sie dem ehemaligen Parteigenossen ihr Vertrauen als Politiker entziehen müßten, wenn sie ihm als Privatmann auch stets die größte Achtung bewahren würden: um so erschütternder wirkten diese Vorgänge auf den Minister. Aus sicherer Quelle kann ich Ihnen mittheilen, daß Graf Schwerin dem König seine Entlassung eingereicht hat. (Ztg. f. Nordd.)

Berlin. Die Herrenhaus-Adresse wurde dem König am 26. überreicht und die Herren, wie es heißt, freundlich empfangen, ohne daß sich eine besondere Unterhaltung an die Ueberreichung geknüpft hätte.

Freie Städte. **Frankfurt**, 28. Jan. Es war seiner Zeit in hiesigen und auswärtigen Blättern, theilweise sehr entstellt, viel von einem Vorfall die Rede, wo ein preußischer Militärposten, als er besorgen mußte, daß ihm ein Arrestant mit Gewalt entrissen werden würde, schließlich von der Schußwaffe Gebrauch machte. Dem betreffenden Soldaten — es war ein Rekrut, der zum ersten Mal auf Posten stand — ist jetzt in einer Kabinetsordre, also mit der Namensunterschrift des Königs, die besondere und ausdrückliche Anerkennung seines in jeder Beziehung tüchtigen und entsprechenden Verhaltens zu erkennen gegeben worden. (Frkf. Postztg.)

Oesterreich. **Wien**, 27. Jan. Die von mehreren hiesigen Wahl-Komités beschlossene Adresse zu Gunsten der Wahlbefähigung der Amnestirten ist gestern durch eine Deputation dem Staatsminister überreicht worden. Sie schließt mit der Bitte: „Eure k. k. Apostolische Majestät geruhen solche Staatsbürger, welche die wegen politischer Verbrechen und Vergehen über sie verhängte Strafe abgebüßt haben, oder durch einen allerhöchsten Gnadenakt amnestirt worden sind, in den Vollgenuß ihrer bürgerlichen und politischen Rechte, ihres aktiven und passiven Wahlrechtes sowohl für kommunale als politische Wahlen allergnädigst einzusetzen."

Die Berichte aus **Ungarn** lauten fortwährend ungünstig, und die Beschlüsse der Komitatsversammlungen über das kaiserliche Reskript den in Gran gefaßten ähnlich, in einigen noch entschiedener, und in mehreren wurde es sogar gänzlich beiseite gelegt und dessen Erledigung bis zum Zusammentritt des Landtags einfach vertagt. Einstweilen kommt aber die frühere civilisatorische Rechtspflege theilweise wieder in Anwendung. Nichtungarn und Juden werden (nach dem Prinzip der Gleichberechtigung und der Omnipotenz eines Stuhlrichters) mit Stockprügeln regalirt, und der Haß gegen andere Nationalitäten, besonders aber gegen das deutsche Element, tritt wieder rücksichtslos hervor. Die politische Strömung hat offenbar schon die bestimmten Grenzen überschritten, außer denen irgend eine Regierung, und auch die liberalste, füglich nicht bestehen kann.

Frankreich.

Aus **Paris**, 24. Jan., schreibt man dem „Schwäb. Merk.": „Wir haben wiederholt auf die gegenwärtige **friedliche** Haltung der französischen Regierung hingedeutet, allein man kann nicht zu oft hervorheben, daß Europa, welches auch der Hintergedanke des französischen Kaisers seyn möge, die Erhaltung des Friedens einzig und allein der Gewißheit und Ueberzeugung Napoleons davon verdanken würde, daß er in einem Kampfe gegen Oesterreich ganz Deutschland auf der Seite dieses letzteren finden, und daß, wenn auch nicht im ersten Augenblicke, so doch im Laufe des Krieges sich auch England gegen ihn erklären würde. Die Gesinnungen des **Königs von Preußen** sind durchaus patriotische und ächt deutsche, aber es schadet gar nichts, daß auch die spezifisch preußischen Interessen es dem preußischen Kabinete zur Pflicht machen, Oesterreich nicht zum zweiten Male in einem Kriege mit Frankreich unterliegen zu lassen. In Berlin weiß man, und Niemand ist fester als der König selbst davon überzeugt, daß die Erwerbung der Rheinlinie das eigentliche Objekt der kaiserlichen Politik, daß Preußen allein nicht im Stande ist, diese Linie zu vertheidigen, daß England nur dann auf seine Seite treten wird, wenn es Hand in Hand mit Deutschland geht, und daß letzteres, besonders Süddeutschland, keinen Mann und keinen Thaler für die preußischen Interessen opfern will und wird, wenn Preußen zugelassen hat, daß Oesterreich von Frankreich zum zweitenmal niedergeworfen wurde. Die Meinungen mögen darüber getheilt seyn, ob der Besitz von Venetien eine strategische Nothwendigkeit für Deutschland sey oder nicht; es ist möglich, daß es in Berlin Staatsmänner gibt, welche es nicht für schimpflich halten, eine Provinz zu verkaufen, oder welche sich nicht darüber grämen würden, wenn Oesterreich in einem Kriege mit Sardinien seine venetianischen Provinzen verlöre; das aber verhehlt sich kein preußischer Staatsmann, daß die unvermeidliche Konsequenz einer Niederlage Oesterreichs durch Frankreich in Folge der freiwilligen Neutralität Preußens und demgemäß der unfreiwilligen Neutralität der anderen deutschen Staaten die absolute Isolierung Preußens seyn würde; was aber dann? In Paris weiß man aber auch, daß man es in Berlin zu einem festen und männlichen Entschlusse*) gebracht hat, und daher die friedlichen Auslassungen, daher das Schwanken, aber, wie es heißt, auch der stille Grimm des Kaisers, der über eine andere seinen Absichten günstigere Kombination, als die bisherigen, nachdenken soll."

Paris, 26. Jan. Die letzten preußischen Kundgebungen haben hier eine ganze Masse lang versteckter Abrechnungen zu Tage gefördert, mit denen selbstverständlich Niemand bange gemacht werden soll, deren Existenz aber doch wenigstens durch die Angabe der Hauptkonto's bezeichnet zu werden verdient. In erster Linie stehen die Rechnungen zu Gunsten **Dänemarks**. Die Dänen haben nämlich schon seit länger als einem Jahre die größte Mühe gehabt, diesesmal bei Frankreich Gehör zu finden. Frankreich behielt sich sorgfältig seine Entscheidung vor, und dieselbe war von gewissen zwischen ihm und Preußen obschwebenden Verhältnissen abhängig. Diese zurückhaltende Politik ging sogar so weit, daß die dänische Diplomatie Mühe hatte, in den französischen Zeitungen ihre Anklageakte gegen Preußen durchzubringen. Jetzt ist ihnen mit einem Male unerwartete Hülfe gekommen. Die hiesigen Blätter vertheidigen Dänemark nunmehr ungebeten, und um nicht mit der Thür ins Haus zu fallen, läßt man die Provinzial-Zeitungen bereits von der Zusammenziehung einer Flotte in einem der nördlichen Häfen Frankreichs reden, der man den Namen „Ostsee-Geschwader" geben würde. Der „Messager du Midi" bezeichnet sogar den Namen des Kommandanten in dem Vize-Admiral Penaud. — In zweiter Linie kommt die **polnische** Angelegenheit. Nachdem die Zeitungen schon früher wegen der angeblichen Rechte der Polen im Großherzogthum Posen das Plänklerfeuer eröffnet hatten, erschien gestern Abend bei Dentu die Broschüre: „La Prusse et les traités de Vienne", in welcher Preußen ein langes Sündenregister vorgehalten wird. Um den Wirrwar zu vervollständigen, bildet man sich hier ein, England habe, damit Preußen an der Theilnahme an einer französisch-russischen Allianz verhindert werde, ihm die eventuelle Einverleibung gewisser Nordsee-Häfen zugesagt. (Nat.-Ztg.)

Paris, 27. Jan. Der Prozeß Patterson bringt schlimme Dinge an den Tag. An sich ist es immer widerlich, Verwandte vor öffentlichem Gericht erscheinen und Familienzänkereien auskramen sehen zu müssen. Hier wird der Zank aber, weil er die Dynastie angeht, zum vollen Skandal. Herr Berryer erzählt unter Anderem, daß Madame Jerome Bonaparte nicht nur vom Kaiser Napoleon I. gegen Verzichtleistung auf ihren Namen einen neuen Titel und eine Rente von 30,000 Frcs. angeboten erhalten habe, sondern auch, nachdem sie sich dessen entschieden geweigert, von ihrem Gatten, dem König von Westphalen, aus Kassel sich die Zumuthung habe machen lassen müssen, „als Prinzessin von Schmalkalden mit einem Wittwengehalt von 200,000 Fr. nach Westphalen zu kommen", worauf sie die Ehescheidung beantragt habe und im Januar 1813 durch den Gerichtshof von Maryland auch wirklich geschieden worden sey. Ihr Sohn ist vom Prinzen Bonaparte, der Prinzessin Mathilde und dem Kaiser Napoleon III. stets als ebenbürtiger Verwandter behandelt worden, bis vor 5 Jahren die widerliche Zänkerei zum Ausbruch kam, die jetzt vor's Gericht und so in die allgemeine Oeffentlichkeit gekommen ist.

Italien.

Turin, 22. Januar. Die Regierung ist gesonnen, sobald Gaeta gefallen ist und die aufständischen Provinzen sich einigermaßen der Ruhe erfreuen, mit Rom abzubrechen ob der verdeckten und offenen Hülfe, welche die päpstliche Regierung der bourbonischen Sache geleistet haben soll. Man hofft, daß bis dorthin auch die Franzosen Rom verlassen haben werden. (?) (Schw. M.)

---

*) Wirklich? Wünschen möchten wir's, noch aber sind wir dessen nicht gewiß.

flachen, und da von Frankreich weniger als je Veranlassung für europäische Differenzen gegeben wird, so einigt sich mit jedem Tage mehr die allgemeine Ueberzeugung dahin, daß es sich bei diesen ganzen Manifestationen lediglich um ein Mittel handelt, den großen neuen Militär-Etat von der Landesvertretung erst für bleibende Zeiten bewilligt zu bekommen, und daß, wenn diese Bewilligung nur erst ausgesprochen seyn sollte, dann von der kriegerischen Stimmung, die jetzt so künstlich genährt wird, keinerlei Konsequenzen zu erwarten stehen." (Der Zweck mag nebenbei auch verfolgt werden; so gar friedensselig, wie die „Börsenzeitung", können wir die Dinge doch nicht anschauen. D. Red.)

Berlin, 27. Jan. Ueber die Aufnahme, welche die städtischen Behörden Berlin's vorgestern bei dem Könige Wilhelm im weißen Saale gefunden, liegt jetzt ein authentischer Bericht in dem von dem Magistrat herausgegebenen „Comm. Bl." vor. Danach wandte sich der König sofort an die Magistrats-Mitglieder und richtete, „so weit das Gedächtniß die Wiedergabe gestattet", folgende Worte an dieselben: „Meine Herren! Ich freue mich, Sie hier so zahlreich zu sehen. Der Oberbürgermeister hat mir gleich nach dem betrübenden Ereigniß, das uns betroffen, und unmittelbar unter dem schmerzlichen Eindruck desselben die Gefühle der Theilnahme Seitens der Stadt ausgedrückt. Ich danke Ihnen dafür. Ich bin überzeugt, Sie werden alle treu zum Vaterlande, treu zum Throne stehen. Wir haben schwere Zeiten durchlebt, die dem Herzen meines seligen Bruders tiefen Kummer bereiteten. Es hat dabei wohl Mancher gewankt. Diese Zeiten haben wir durch unser gemeinschaftliches Wirken glücklich überwunden. Da sie aber einmal haben eintreten können, so wollen wir uns nicht für die Zukunft etwaigen Illusionen hingeben. Wenn wir indeß in Einigkeit dastehen, wenn Jeder von uns seine Schuldigkeit thut, so werden wir aus allen Ereignissen, wie sie auch kommen mögen, glücklich hervorgehen; wir werden es nicht, wenn wir nicht fest sind. Ich meinerseits komme Ihnen mit Vertrauen entgegen und bin überzeugt, Sie werden das Vertrauen stets rechtfertigen." Nachdem darauf der Oberbürgermeister Dr. Krausnick kurz erwidert, „reichte der König dem Oberbürgermeister mit freundlichem Danke die Hand" und wandte sich nun an die Stadtverordneten mit folgenden Worten: „Meine Herren! Ich freue mich, die Stadtverordneten meiner getreuen Stadt Berlin hier versammelt zu sehen. Sie haben alle schon ernste, schwere Zeiten mit mir durchlebt, Zeiten, die meinem seligen Bruder tiefen Kummer bereitet haben. Ich will die Freiheit Aller und habe diese angebahnt, aber jedes irdische Ding hat seine Gränze, über die hinaus nicht gegangen werden darf, wenn das Ganze nicht leiden soll. Ich werde daher auch nicht dulden, daß die Gränze der Freiheit überschritten wird, und hoffe, Sie werden mich darin unterstützen." Der Vorsteher der Stadtverordneten erwiderte darauf; Se. Majestät trat dann an einen, mit dem eisernen Kreuz dekorirten Stadtverordneten heran und sagte, auf das Kreuz deutend: „Nun, so rüstig geht es wohl nicht mehr, als wie Sie Sich das da holten?" Auf die Erwiderung des Angeredeten folgte ein Händedruck. Auch an den Stadtverordneten Fürsten W. Radziwill wandte sich Se. Majestät und sagte im Laufe eines längern Gesprächs: „Sie sind mein Verwandter und mein Freund, Sie kennen mich genau und wissen, wie ich es meine. Ich freue mich, Sie hier unter den Stadtverordneten zu finden. Wirken sie dahin, daß man meine Ansichten stets richtig auffaßt." (Der Fürst Radziwill ist, als Sohn der Prinzessin Louise von Preußen, ein Großneffe Friedrich's des Großen, der König Wilhelm bekanntlich nur Urgroßneffe dieses Königs.) (Köln. Ztg.)

Die Korrespondenz Stern berichtet aus Berlin: „Bei dem Empfange der Staats- und Kommunalbehörden im königl. Schlosse war auch einer Reihe von Deputationen Audienz gewährt worden. Auch eine Deputation von 12 Schleswig-Holsteinern war anwesend, an deren Spitze sich der Prinz von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg (Offizier im Gardehusaren-Regiment) und der Graf Reventlow befanden. Der König soll diese Deputation sehr huldvoll aufgenommen haben. Von den kurzen und treffenden Ansprachen, welche der König an die einzelnen Gruppen der Vorgestellten richtete, wird namentlich diejenige an die Räthe des Ministerium des Innern hervorgehoben, in welcher der König unter anderm bemerkte: jede Regierung habe ihre Zeit, die seines Vaters, die seines Bruders und seine eigene! Die von mehreren Seiten betonte Opferwilligkeit der Städte erklärte der König freudig entgegennehmen zu wollen, es könnte bald die Zeit kommen, dieselbe zu bethätigen! — Bei dem am Freitag nach der Sitzung der hiesigen Mitglieder des Nationalvereins veranstalteten Festmahl brachte Herr Lehmann aus Kiel dem König Wilhelm dem Eroberer, dem regierenden Souverän von Preußen ein Hoch, welches einen begeisterten Widerhall fand." *)

* Die bedeutsamsten Stellen des Adreß-Entwurfs der 2. Kammer, womit schon so viele Zeit vergeudet wurde, und der jetzt endlich nach langer Berathung von der Kommission festgestellt ist, lauten: „Ew. k. Majestät haben schon als Regent es für die erste Aufgabe Allerhöchstihrer Politik erklärt, die Integrität des deutschen Bundes zu wahren. Solch erhabener Erklärung gegenüber gaben wir unserm Vertrauen Ausdruck, indem wir ungeachtet der Stockung des Gewerbes, welche schwer auf dem ganzen Volke lastete, die Mittel bewilligten, welche den einstweiligen Fortbestand der Kriegsbereitschaft ermöglichten. Es gewährt uns große Genugthuung, daß diese Mittel hinreichten, unserm tapfern Heere neue Elemente der Kraft zuzuführen. Dankbar vernehmen wir, daß die getroffenen Anordnungen sich innerhalb der gesetzlichen Grundlagen unserer Heeresverfassung bewegen. Diese gesetzlichen Grundlagen der Heeresverfassung sind dem preußischen Volke theuer, denn sie vereinigen die größte Wehrhaftigkeit mit der größten Sparsamkeit. Sie beschränken in Friedenszeiten den Anspruch an jede Altersklasse auf die Einstellung einer Zahl, welche zum Ersatz der ausgedienten Mannschaften des stehenden Heeres nothwendig sind. Sie verwirklichen die allgemeine Wehrpflicht im Frieden durch den Landwehrdienst der Nichteingestellten und der Entlassenen und im Kriege durch den Anschluß des ersten Aufgebots der Landwehr an die mobile Feldarmee. Sie machen die Stärke des stehenden Heeres von den jeweitigen Staatsverhältnissen abhängig. Seit Gründung jener Heeresverfassung ist Preußens Gebiet nicht vergrößert worden, die Vertheidigung desselben erfordert daher um so weniger eine Vermehrung des stehenden Heeres,**) als dessen Kraft inzwischen durch bessere Bewaffnung, durch Festungs- und Eisenbahnbauten erhöht wurde. Es ist jedoch nicht zu verkennen, daß die gestiegene Intelligenz der Bevölkerung die schnellere Ausbildung des Soldaten erleichtert, dessen Präsenzzeit im stehenden Heere daher abgekürzt und die Vertheilung der Naturalleistung zur Ergänzung des stehenden Heeres auf eine größere Anzahl Dienstpflichtiger ausgedehnt werden kann, ohne Vermehrung der Kosten. Wir werden daher einer Abänderung der Gesetzgebung in diesem Sinne unsere volle Zustimmung geben. Das Heer wird dadurch auf dem Fuße erhalten, welcher Preußen eine achtunggebietende Stellung unter den Großmächten sicherte, weil dieses Heer eine Waffenschule für das ganze Volk war und diese Schule nicht im Frieden Finanzkräfte absorbirte, ohne welche im Kriege das größte Heer unmächtig ist. — Ew. königliche Majestät sehen trotz des Drucks der politischen Verhältnisse mit Befriedigung auf die Lage der Finanzen. Die Offenheit, welche unsere Pflicht ist, gebietet uns dagegen, die Aufmerksamkeit Ew. Maj. darauf hinzulenken, daß die Staatsausgaben die Staatseinnahmen alljährlich überschreiten, daß der Ueberschuß von 1859 nur eine Frucht der Steuerzuschläge und wie in den Staatsschatz abgeführt, auch wieder aus demselben genommen ist, daß auch nach dem vorgelegten Etat für 1861 die Ausgaben erhöht und die Steuerzuschläge ferner in Anspruch genommen werden. Wie wenig die Steuerzuschläge den vorhandenen Steuerkräften entsprechen, geht schon daraus hervor, daß die Normalsteigerung der Staatseinnahmen, welche sonst mit Rücksicht auf die natürliche Vermehrung der Bevölkerung auf 800,000 Thlr. angeschlagen zu werden pflegte, von der Finanzverwaltung nur noch auf die Hälfte berechnet werden kann, es geht hervor aus der Thatsache, daß die seit Jahren gewöhnliche Zunahme der Sparkasseneinlagen in Preußen aufgehört hat, daß der Werth des Grundbesitzes namhaft gesunken ist, daß Handel und Gewerbe darniederliegen. Wie sehr sich die Abnahme der Steuerkraft aus der unproduktiven Verwendung der Ausgaben erklärt, ergibt sich aber bei der Beobachtung, daß die ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben für Militär und Marine 1851 26,837,393 Thlr., 1861 auf 43,305,889 Thlr., also um circa 16½ Mill. Thlr., die anderen Staatsverwaltungsausgaben aber gar nicht gestiegen sind. . . . . Die Schulen bedürfen der Verbesserung, die Lehrer unserer Kinder, die Beamten des Staats höhern Gehalt, die Vermehrung der Chausseen ist ein gerechter Anspruch vieler Ländertheile, die Schiffbarerhaltung der großen Ströme ist eine vom Staat übernommene Verpflichtung. Der Militäretat läßt aber keine Mittel hierzu übrig. Die Reform des Eherechts wird dem Lande große Befriedigung gewähren, denn es will in seinen bürgerlichen Verhältnissen unabhängig von der Kirche seyn. Daß Ew.

*) Mit Worten sind die Nationalvereinler schrecklich kriegslustig, mit Thaten —

**) Das wird der König nicht gern hören, denn gerade die Vermehrung des Heeres ist sein Lieblingsgedanke.

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 31.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 31. Januar 1861.

Auf die **„Neue Würzburger Zeitung"** kann für die Monate **Februar** und **März** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

Deutscher Bund.

Der „Weser-Zeitung" wird aus Berlin berichtet, daß die Nürnberger Handelsrechtskonferenz in ihrer Sitzung vom 11. Jan. die Beibehaltung des Artikels 376 über die Haftpflicht der Eisenbahnen beschlossen hat.

Ohrdruf, 26. Jan. Heute erfolgte die offizielle Mittheilung, daß der Herzog von Anhalt-Dessau-Köthen die Abhaltung der 12. allgemeinen deutschen Lehrerversammlung in der Stadt Köthen genehmigt hat. Die Versammlung soll in der Pfingstwoche d. J. am 21., 22. und 23. Mai stattfinden.

Bayern. Aus München, 28. Jan., wird der „Allg. Ztg." geschrieben: In jüngster Zeit ist hie und da die Frage der Erlassung einer Amnestie in Bayern wieder angeregt worden. Wie steht es nun damit? Seit den Märztagen 1848 fanden in Bayern bereits zwei Amnestien statt, die erste durch Gesetz vom 15. April 1848, die zweite nach der Bewegung in der Pfalz im Frühling von 1849 durch Gesetz vom 22. Dez. desselben Jahres. Hier ist vor allem hervorzuheben, daß kraft des letzteren Gesetzes von vornherein sogleich sämmtliche untergeordnete Theilnehmer am Pfälzer Aufruhr außer Untersuchung blieben. Von den wenigen Personen aber, welche zur Strafe gezogen werden konnten, wurden zehn begnadigt, und schon längst befindet sich niemand mehr wegen rein politischer Verbrechen in Haft. Ja selbst von denjenigen, welche wegen des sogenannten Steinfelder Zuges, also nicht wegen rein politischer Verbrechen, verurtheilt wurden, wird, wie wir aus guter Quelle vernehmen, der letzte, von Sr. Majestät dem König in ausgedehnter Weise begnadigt, in einigen Tagen entlassen werden. Für die landesflüchtigen in contumaciam verurtheilten Bayern, und zwar namentlich für jene aus der Pfalz, kann eine Begnadigung ohne ihr Ansuchen gar nicht stattfinden, da die im Ungehorsamsverfahren ergangenen Urtheile nach französischem Recht bekanntlich nicht rechtskräftig sind. Es muß daher allen Contumacirten freistehen, sich vor den zuständigen Gerichten zu stellen, um eine rechtskräftige Entscheidung der gegen sie vorliegenden Anklage herbeizuführen. Dessenungeachtet aber wurde auch von den landesflüchtigen Bayern unter dem gegenwärtigen Ministerium kein einziger, der um Gnade nachgesucht hat, zurückgewiesen; sämmtlichen wurde die Strafe vollständig und ohne alle Bedingung erlassen. Sie haben sich nur der Herrschaft des für alle Bayern ohne Unterschied geltenden Gesetzes zu unterwerfen. Es ist auch kein Grund zu der Annahme vorhanden, daß das Ministerium von dem bisher eingehaltenen liberalen Verfahren in der Folge abgehen werde. Aus dem Vorstehenden aber ersieht man, daß was eben erst in Preußen geschieht, in Bayern schon seit Jahren geschehen ist, und noch geschieht.

München, 29. Januar. Se. Maj. der König hat genehmigt, daß der Taxbeamte des k. Landg. Wegscheid, J. B. Lindl, aus administrativen Erwägungen seines Dienstes enthoben, und daß sein Posten dem Verweser des Taxamtes des k. Landg. Wegscheid, Fr. S. Weininger, übertragen werde; den Berg- und Hüttenamts-Kassier J. B. Schricker in Bergen aus administrativen Erwägungen in den zeitweiligen Ruhestand versetzt; an dessen Stelle den Rechnungskommissär der General-Bergwerks- und Salinen-Administration, Jos. Reiter, seinem Gesuche entsprechend, zum Kassier des Berg- und Hüttenamts Bergen ernannt; den Revierförster zu Neuhof, im Forstamte Windsheim, K. v. Volkamer, aus administrativen Erwägungen in den Ruhestand treten lassen; den Zollverwalter am Nebenzollamte I. Oberstdorf, J. Schrott, seinem Ansuchen entsprechend, wegen vorgerückten Lebensalters in den definitiven Ruhestand versetzt und an dessen Stelle zum Zollverwalter in Oberstdorf den Nebenzollamts-Kontroleur daselbst, Joh. Remlein, befördert; auf die Nebenzollamts-Kontroleurstelle zu Oberstdorf den Nebenzollamts-Kontroleur Kaspar Geiger zu Schweigen versetzt; die Pfarrei Niederschlettenbach, Ldkssts. Pirmasens, dem Verweser derselben, Priester Jak. Schäfer, die Pfarrei Trippstadt, Ldkssts. Kaiserslautern, dem Verweser derselben, Priester Val. Münch, das Kuratbenefizium Großdingharting, Ldg. Wolfratshausen, dem Priester Jos. Berglmayr, Kooperator in Oberaufkirchen, Ldg. Haag, übertragen. (N. M. Z.)

München, 29. Jan. Wie man hört, hat letzten Donnerstag eine größere Berathung bei der Generaldirektion der Verkehrsanstalten stattgefunden, zu welcher auch Beamte der äußeren Aemter, insbesondere die Bezirksmaschinenmeister, gezogen waren; Gegenstand dieser Berathung waren die mannigfachen Unfälle im Eisenbahnbetriebe, sowie die Vorkehrung der Mittel, um denselben vorzubeugen, als deren nächstes die Beschaffung von neuem und möglichst gutem Fahrmaterial erkannt worden ist. Der am Freitag den 25. Abends gegen 11 Uhr hier angelangte Eilzug war am Ausgang des Bahnhofs zu Plochingen (Württemberg) entgleist; ein bayerischer Gepäckkondukteur wurde verletzt, ein badischer Gepäckwagen zertrümmert, ein bayerischer Gepäckwagen stark beschädigt. (Südd. Z.)

Durch ein unlängst erlassenes Ministerial-Reskript wurden die Bierbrauer zu B. in Oberbayern wegen Ueberschreitung der normalmäßigen Gußführung beim Einsieden des Sommerbieres in namhafte Geldstrafen verfällt. Die Erhebung der Straffälligkeit geschah durch den Malzaufschläger jener Stadt, welcher in den Sommerkellern weit größere Biervorräthe gefunden hatte, als erzeugt hätte werden können, wenn von den Bräuern der vorschriftsmäßige Aufguß von 6 Eimern bei jedem Scheffel Malz eingehalten worden wäre.

Die „N. M. Z." schreibt: „Von unserem Gesandten, Frhrn. v. Verger, welcher bekanntlich in Gaeta weilt, sind Depeschen und Briefe vom 18. d. M. eingelaufen, also vom Vorabend des Bombardements. König Franz hatte das Verbleiben des Frhrn. v. Verger gewünscht, und es konnte für ihn wohl nicht einen Augenblick zweifelhaft seyn, da zu bleiben, wo Königin Marie weilt. Außer dem bayerischen Gesandten sind der päpstliche und der österreichische zurückgeblieben."

Preußen. Berlin. Die „Börsenzeitung" schreibt: „Die vielfachen Ansprachen, welche der König Wilhelm bei der am letzten Freitag stattgehabten Vorstellung der Civilbeamten, des Magistrats und der Stadtverordneten rc. gehalten hat, gewinnen in dem Maße an Bedeutung, als die Details darüber bekannt werden. Sowohl die Auszeichnung, die er dem Polizeipräsidenten v. Zedlitz (Junkerpartei), wie dem früheren landwirthschaftlichen Minister v. Manteuffel, der in seiner Eigenschaft als wirklicher Geheimerath anwesend war, zu Theil werden ließ, wie die vielfachen abermaligen Bemerkungen über die drohenden Gefahren und über die kriegerischen Zeiten, die auch bei dieser Gelegenheit sich wiederholten, werden je nach den vorhandenen Antipathien oder Sympathien in verschiedenster Weise commentirt. Nur in einem Punkte stimmen die Ansichten wundersam überein. Man kann sich nämlich nicht verhehlen, daß diese immer von Neuem wiederholten, so vielfachen Bemerkungen über einen drohenden Krieg, gleich als stünde der Feind schon vor den Thoren, nothwendig einen bestimmten Zweck verfolgen müssen. Da sich nun unwillkürlich die Ansicht aufdrängt, daß ein Krieg mit Dänemark wegen Holsteins in dem Maße unwahrscheinlicher wird, als die Verhandlungen über diese Frage fortdauern und die vorhandenen Streitpunkte ab-

lien (die sie sonst abgewiesen hätten) dadurch Vertrauen zu erschwindeln, daß sie vorgab, sie sey von nahe oder ferner wohnenden Verwandten beauftragt, eine Anzahl von Blumenzwiebeln den treffenden Familien gegen Bezahlung des Betrages zu übergeben und zwar aus dem Grunde, weil sie bei Besuch der Verwandten nicht mehr so viele Waare gehabt habe, als dieselben wollten, und die Waare würde abgeholt. Es war aber Alles erlogen. Auf diese Weise hat sich die Person in kurzer Zeit viel Geld gemacht und wird dieß saubere Geschäft nun in anderen Gegenden treiben. Diese Weibsperson ist fränkisch gekleidet, spricht fränkisch, ist ungefähr 40 Jahre alt, von mittlerer Statur und gab vor, aus der Gegend von Schweinfurt zu seyn, wo ihr Vater eine große Gärtnerei habe. Merkwürdig ist, mit welcher Verschlagenheit diese Person die Familienverhältnisse zu erforschen weiß. (Augsb. Anz.)

Von Macaulay's „Englische Geschichte" wird nun doch eine Fortsetzung, die man in Lord Macaulay's Nachlaß von seiner Hand vollendet vorgefunden hat, in Kurzem erscheinen. Das Werk wird dadurch bis zum Tode Wilhelms III. gebracht. (Ostd. P.)

Leipzig, 25. Jan. Gestern früh starb der Rektor unserer Thomasschule, Professor Gottfried Stallbaum, einer der ersten Philologen Deutschlands und Meister des Lateinischen.

Amsterdam, 23. Jan. Nach einem Berichte der Kommission für die Nothleidenden zu Herzogenbusch umfaßt der durch einen Deichbruch überströmte Bommelerwaard, ein von der Waal und Maas eingeschlossener Landstrich, 18,919 Seelen, die Stadt Zalt-Bommel selbst aber 3702 Einwohner. Außerdem ist an den Ufern der Maas noch eine bedeutende Anzahl von Orten durch Deichbrüche überschwemmt, deren Bewohner in der größten Noth verkehren. Die milden Beiträge, deren Ankündigung viele Spalten des hier erscheinenden Handelsblattes füllen, fließen ungemein reichlich. Se. Maj. der König hat die ansehnliche Gabe von 45,000 Gulden aus seinen eigenen Mitteln gespendet. Der Zustand der Flüsse hat sich bis zum 24. d. Mts. nach offiziellen Berichten des Staatscourants wenig geändert; meistentheils war das Wasser um ein Geringes gefallen, das Eis stand aber noch überall fest. Zu Arnheim war am 24 d. M. Vormittags + 1 Grad R., des Nachts zuvor hatte es jedoch wieder gefroren. (K. Z.)

Neueste Nachrichten.

Wien, 27. Januar. Die „Ostd. Post" schreibt: „Seit gestern zirkulirt das Gerücht, daß in Berücksichtigung der allgemeinen Lage die Einberufung der Reichsvertretung vor dem Zusammentritte der Landtage der einzelnen Kronländer beschlossen sey. Die Reichsvertretung (gleichviel ob ihr Titel Reichsrath oder allgemeiner Landtag seyn wird) soll unmittelbar aus der Bevölkerung gewählt werden, und zwar nach Kreisen, so daß die Nationalitäten gesichert sind, ihre wirkliche Vertretung zu finden. Bei Bildung der Wahlkreise soll gleichzeitig die Steuerkraft und die Bevölkerungszahl in Betracht genommen werden, so daß nicht die Kopfzahl allein, aber auch nicht die Steuerkraft allein den Ausschlag für die Zahl der Abgeordneten abgeben soll, sondern eine Berücksichtigung beider vorhanden ist. Im Ganzen nimmt man an, daß durchschnittlich auf 60,000 Menschen ein Abgeordneter kommen würde, was eine Versammlung von circa 350 bis 400 Abgeordneten ergäbe. Die Reichsvertretung soll auf den April einberufen werden. Wir geben diese Mittheilung eben nur als ein Gerücht, in welchem sich aller Wahrscheinlichkeit nach positive Vorschläge abspiegeln, die jedoch unsers Erachtens keineswegs noch zur vollen Reife gediehen sind. Das Eine steht bereits außer Frage, daß eine Reichsvertretung aus unmittelbaren Volkswahlen der deutsch-slavischen Länder einberufen werden wird!"

Kopenhagen, 22. Januar. „Av.-T." wiederholt ihre Behauptung, daß die Armee binnen Kurzem 8 Batterien geriffelter (gezogener) Kanonen aus Frankreich erwarten kann. Eine große Anzahl Studenten beabsichtigen ein Gesuch an das Kriegsministerium einzureichen, um eine Anzahl Büchsen zu Schießübungen zu erhalten. (N. Pr. Z.)

Die in Neapel erscheinende Mazzinistische „Unita italiana" gibt folgende Schilderung eines vom General Pinelli unternommenen Streifzuges: „Am 10. d. M. unternahmen wir einen Streifzug unter Führung des Generals Pinelli; wir hatten sechs Gebirgskanonen mit uns und schlugen die Reaktionäre zuerst zurück, so daß wir ein kleines Dorf, den Hauptsitz dieses Gesindels (Canaglia) erreichen konnten. Auf den Befehl des Generals wurde das Dorf geplündert; der Schulmeister, der Pfarrer und noch zwei Personen, die einzigen im Dorfe Zurückgebliebenen, wurden füsilirt, weil in diesem Dorfe alle Briganti sind. Dann wurden die Häuser in Brand gesteckt und wir, erquickt durch die vorgefundenen Speisen und berauscht vom Weine, genossen das Vergnügen einer gerechten (!) Rache, als wir von den Feinden wieder angegriffen wurden, die uns große Verluste beibrachten und zum Rückzuge nöthigten, der diesmal, weil wir mit den sechs Kanonen dem Gegner Achtung einflößen konnten, in guter Ordnung vor sich ging. Der General gedenkt neue Streitkräfte kommen zu lassen und sie als mobile Kolonnen zu organisiren, deren Aufgabe es seyn wird, ohne Unterschied alle Zufluchtsorte der Briganti niederzubrennen, um sie alle auf einen Punkt zusammenzudrängen und auszurotten, wie es der erste Napoleon that, der sich unter gleichen Umständen befand."

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	74 1/8 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	58 5/8 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1864	47 1/2 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	40 P.
„	4 1/2 pCt.	34 P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	86 P. 85 1/2 G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102 1/4 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101 3/8 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	101 3/8 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 1/2 P. 1/4 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	99 1/2 P. 1/4 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 3/4 G.
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	103 3/8 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	93 1/2 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	103 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	95 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	101 5/8 G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 5/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	99 3/4 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	100 7/8 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	97 1/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	96 7/8—3/4 G.
„	3 pCt. Obl.	90 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47 1/4 P.
„	1 3/4 pCt. „ „ „	40 3/8 P.
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 500 Thlr.	97 3/8 P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	107 1/4 P. exD.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	552 P. ex. D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	120 P. 119 G. exD.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	166 P. 165 G. exD.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	70 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	63 P. ex D.
Internationale Bank in Luxemb. . .	78 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	335 P. 333 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn. . . .	66 P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	220 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	117 P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	72 5/8 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	23 1/2 P. 1/4 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	125 3/4 P. ex D.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	96 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50 1/4 P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	234 P.
Span. Handels- u. Industrie . . .	480 P. 475 G. exD.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	460 P. ex D.
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	103 1/4 G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99 5/8 B. 3/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105 1/8 G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	95 5/8 B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 1/8 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 1/8 G.
London Lst. 10 k. S.	117 3/8—1/2 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	92 3/4 B.
Paris Frs. 200 k. S.	92 7/8 G.
Triest fl. 100 k. S.	76 B.
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	76 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	65 1/2 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	45 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	52 1/2 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	125 1/4 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	54 1/4 P.	„ fl. 25 do.	36 P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	85 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	35 3/4 P.
3 1/2 pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	116 1/2 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50 1/4 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2 1/2 pCt. Z.	34 1/2 G.
Badische fl. 50	90 1/2 P.	Vereins-Loose fl. 10.	10 5/8 P.
Badische fl. 35	53 1/8 P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 G.

Frankfurt, 29. Januar. Bei nicht sehr belebtem Geschäft wurden österr. Fonds und Kreditaktien ungefähr zu den gestrigen Kursen verhandelt. Oesterr. Bankaktien waren billiger zu haben. (Synd.)

zur Schau zu tragen, da Italien nur Hand in Hand mit ihm sein Ziel werde erreichen können. Am Rhein werde Venetien erobert. Diese letzte Phrase wird hier immer mehr ein Losungswort. (Frankf. Postz.)

In Marseille hat man Nachrichten aus Neapel vom 21. Jan., nach welchen daselbst ein Dekret gegen Zusammenrottungen auf den Straßen bekannt gemacht worden war. Nach dreimaliger Aufforderung zum Auseinandergehen können die Truppen von ihren Waffen Gebrauch machen. Zahlreiche Patrouillen durchziehen Abends die Straßen.

Unter den Kriegsschiffen, welche gegen Gaeta wirken, befinden sich nur zwei von der ehemaligen neapolitanischen Flotte, und zwar aus dem Grunde, weil, wie schon erwähnt, die Marine-Offiziere der Mehrzahl nach sich geweigert haben, an den Operationen gegen den König Franz in Gaeta sich zu betheiligen. Es ist nunmehr Befehl ertheilt, die widerspäustigen Offiziere vor ein Kriegsgericht zu stellen.

Die Madrider Regierung läßt durch die „Correspondencia" erklären, es sei unbegründet, daß die Königin Isabella Geld nach Gaeta geschickt habe; sie fügt hinzu, der spanische Gesandte werde so lange an des Königs Seite in Gaeta bleiben, als dieser sich nicht von Neapolitanischem Gebiete entfernt habe. Ueber den Stand der Dinge in Gaeta verlautet sehr wenig Zuverlässiges. Dagegen wird die Niederlage der Banden, die unter bourbonischen Offizieren aus dem Römischen ins Neapolitanische drangen, von allen Seiten bestätigt.

Amerika.

Das Reuter'sche Bureau bringt Nachrichten aus Washington vom 15. Januar, welchen zufolge die Revolution im Süden der Vereinigten Staaten immer mehr um sich griff und bereits ein Programm zur Bildung eines südlichen Bundes vorbereitet wurde. Oberst Haynes war nach Washington gesandt worden, um im Namen Süd-Carolina's die Uebergabe des Forts Sumter zu begehren. Dem Major Anderson war angezeigt worden, daß man das Fort angreifen werde, falls er dasselbe nicht übergebe.

Ueber Mangel an Nachrichten aus Amerika läßt sich nicht klagen, vielmehr ist der Ueberfluß hirnverwirrend. Es liegen hohe Stöße von Zeitungen und Briefen vor uns, darin Berichte, Gerüchte, Botschaften einzelner Staaten-Gouverneure, officielle Briefschaften, Proklamationen und Meetings-Referate ohne Ende. Aber viel klüger machen uns alle diese Vorlagen nicht, und unser Verständniß der wahren Sachlage wird durch sie kaum gefördert. Allerdings sehen sich die Sachen so an, als ob der Süden, d. h. die großen Schreier, vor denen kein Gemäßigter zu Worte kommen kann, und die jeden „Verdächtigen" aus dem Staate hinaus dekretirt haben, einzig und allein darauf bedacht wäre, den Bruch unheilbar zu machen und es bis zum Bürgerkrieg zu treiben. Allerdings treten dort Gestalten auf die Bühne, die mit einem alten Säbel im Gurte von nichts als von Kampf und Tod auf dem Schlachtfelde reden. Die Frauen zupfen Charpie, und die Schwarzen müssen Batterien bauen. Aber inmitten dieses Getümmels die sonderbare Meldung, daß der Postmeister des abgefallenen Süd-Karolina sich als Beamter der Central-Behörde von Washington erklären und die einlaufenden Gelder nach wie vor an das beseitigte Unions-Amt abliefern darf. Den Zolleinnehmer des Präsidenten empfängt man mit geladenen Kanonen und brennender Lunte, während man seinen Postbeamten die Ablieferung der eingehenden Staatsgelder bewilligt! Das ist ein krasser Widerspruch, der sich freilich daraus erklärt, daß die Herren von Süd-Karolina noch nicht so weit sind, um sich der Korrespondenz mit der übrigen Welt begeben zu wollen; aber darum bleibt es doch ein innerer Widerspruch und ein Fingerzeig für den Norden, daß es noch Mittel gibt, den Süden kirre zu machen, ohne gerade an die Gewalt zu appelliren. Von Widersprüchen wimmelt es auf allen Seiten. Hier ein Gouverneur, der feierlich erklärt, an der Union getreulich festhalten zu wollen, aber gleichzeitig der Central-Gewalt zu Willen thut, daß er es als eine gesetzwidrige Invasion betrachten würde, wenn Truppen durch seinen Staat (Virginien) durchmaschirten, um gegen solche Staaten, die sich losköstten, zu operiren. Dort ein anderer Gouverneur, der keinem Einzelstaate die Berechtigung, sich von der Gemeinschaft zu trennen, zugestehen, und keiner Macht der Welt das Recht einräumen will, einem derartigen Gelüste entgegenzutreten. Hier Meetings, welche beschließen, der Norden dürfe „keine Haar breit" weichen, aber die Constitution müsse revidirt werden. Und wieder andere Meetings, welche beschließen, der Norden müsse die Hand zu einem friedlichen Uebereinkommen bieten, aber an die Gesetze über flüchtige Sklaven u. dgl. dürfe nicht gerührt werden. Dem fernstehenden Leser dieser Botschaften und Resolutionen muß es verziehen werden, wenn er sich in die Sachlage nicht hineinfinden kann. Haben wir doch von Amerikanern, die erst vor drei Monaten ihr Land verlassen haben, das Geständniß gehört, daß ihnen die Verwirrung zu kraus ist, um sich zurechtzufinden. (Köln. Ztg.)

Nichtpolitische Zeitung.

München, 28. Jan. In einigen Tagen wird der Abt zu St. Bonifaz, Dr. Haneberg, über Marseille nach Afrika abgehen, um dortselbst ein zu Missionszwecken bestimmtes Benediktinerhospiz zu gründen. In seiner Begleitung befinden sich zwei Ordensgeistliche des hiesigen Klosters, von denen Einer in dem neuen Stifte, das sich in der Nähe von Constantine in Algerien befindet, zurückbleiben wird. Nach einem mehrwöchentlichen Aufenthalt dortselbst beabsichtigt der Herr Abt über Rom seine Rückreise anzutreten. (N. Münch. Z.)

München. Die deutsche Künstlerversammlung, welche im August im Anschluß an die in Aussicht genommene zweite große Kunstausstellung in Köln stattfinden soll, ist, wie die „A. Ztg." berichtet, von den belgischen Malern zu einem Verbrüderungsfest mit den deutschen Genossen bestimmt; die Belgier wollen nicht blos nach Köln kommen, sondern von da die Deutschen in ihre Heimath mitnehmen, und bereits hat der Bürgermeister von Antwerpen die Initiative der Feste in die Hand genommen, welche die Stadt den Gästen bereiten wird.

Nördlingen. Vor ungefähr 3—4 Wochen wurden dahier von einer fremden Weibsperson listige Gaunerstreiche ausgeführt. Dieselbe wußte sich nämlich als Blumenhändlerin in vielen Fami-

---

mützel, Flankenquälerei des Feindes, Verlegen der Straßen, kurz durch Erzeugung aller möglicher Hindernisse für den vorrückenden Feind; endlich durch Besetzung der Festungen. —

Alles, was in England durch freie Selbstbestimmung des Bürgerthums wie von selbst entstanden ist, wurde in Belgien durch den General Renard in einer berühmt gewordenen Broschüre verlangt. Leider ist bis jetzt nur die Broschüre berühmt geworden: die Karabiniers sind noch zu zählen, und der Grund hievon liegt einfach im französischen Verwaltungswesen, sowie in der bureaukratischen Angst der Herren Minister.

Die Sache war in Belgien noch viel leichter als in England; das erstere Land zählt Tausende und aber Tausende von ausgedienten Soldaten, die acht Jahre lang heerpflichtig waren und etwa die Hälfte dieser Zeit unter Gewehr standen. Innerhalb 14 Tagen würden diese Leute die Karabiner meisterhaft handhaben, und mindestens so viel im Felde werth seyn wie die jungen Konskribirten des stehenden Heeres. Ihnen schlösse sich die ganze militärfreie Jugend der gebildeten Stände an, und es wäre eine Kleinigkeit, 40—50,000 Mann auf die Beine zu bringen. Die Stimmung im belgischen Lande nach dem Juli 1860 war klassisch, aller guten Dinge fähig. Aber in Belgien wird jedes öffentliche Anliegen durch Bildung einer offiziellen Kommission abgeschwächt, von der ersten Kommission in die zweite destillirt, von der zweiten in die dritte abgedampft. Endlich brachte es das Ministerium bis zur Aussetzung — eines Preises von 10,000 Fr. auf das Modell der besten Waffe für Freiwillige, welche Waffe einer vierten Kommission unterbreitet werden soll, die dann mit einem Vorschlag niederkommen wird, der sich wie Mostrich nach dem Mittagsessen ausnehmen dürfte. Und doch wären 10,000 Mann aus den arbeitenden Klassen mit der Summe von 750,000 Fr. oder 200,000 Thlr. zu bewaffnen, da die gute Karabine in größen Lieferungen nicht über 75 Fr. oder 20 Thlr. zu stehen kommt.

England scheut sich nicht nur nicht, dem „Volke" Waffen in die Hände zu geben, sondern es dispensirt auch jeden Milizen und Bürgerwehrmann von seinen Verpflichtungen, sobald er im Zeitraume von 4 Monaten 8 Tage, oder 24 Tage im Jahre, als Freiwilliger oder rifleman exerzirt. In Belgien denkt man, eine solche Lizenz wäre die Auflösung der Garde civique, und darin hat man Recht. Aber man bedauert diese Auflösung, und darin hat man sehr Unrecht. An der belgischen Bürgerwehr ist alles miserabel, außer ihrem Patriotismus; mit den Flinten anzufangen, die den Backen und Schultern der Träger viel mehr Harm zufügen als dem Feinde. Der Patriotismus aber würde ein viel fruchtbareres Feld finden, wenn man ihn in die Schützenbewegung verpflanzte. General Renard hat es längst gesagt: 10,000 Mann Scharfschützen zwischen der Armee im Felde und der Festung Antwerpen könnten auf dem günstigsten Boden einem eindringenden Feinde sehr arg zu schaffen machen. — Und Deutschland? (Südd. Z.)

Die „Isarzeitung" schreibt: „Die Pfälzer Gesangbuchsfrage wird nun in versöhnlicher Weise entschieden werden. Wir freuen uns, melden zu können, daß unsere neulich ausgesprochene Meinung — das letzte Reskript des Ministerium in dieser Sache sey nicht blos dem Datum nach veraltet, und man beschäftige sich oben mit der definitiven Lösung der Frage — sich schnell bestätigt hat. Denn es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß schon in den nächsten Tagen Beschlüsse der obersten Stelle bekannt werden, welche geeignet sind, in unserer schönen Grenzprovinz den kirchlichen Frieden, Ruhe und Versöhnung herzustellen."

Preußen. Die Korrespondenz Stern schreibt unterm 26. Jan. aus Berlin: „Der Chevalier Hr. v. Lamarmora ist heute früh hier angelangt, begleitet von zwei Artillerie- und einem Genieoffizier. Herr v. Lamarmora ist général de l'armée, ein Titel, der demjenigen eines Marschalls gleichkommt; er ist Ritter des höchsten Ordens in seinem Lande, desjenigen der Annunziata, rangirt gleich nach der königl. Familie; er ist auf dem Schlachtfelde wie im Kabinet erprobt, kurz einer der Ersten im Königreich Sardinien. Der General kommt als außerordentlicher Botschafter, mit einer Spezialmission beauftragt, und in dieser Eigenschaft wird er, obgleich seine Anwesenheit in Berlin nur von kurzer Dauer ist, förmliche Beglaubigungsschreiben überreichen. Wenn wir dies Alles vorausgeschickt haben, so geschah es, um uns die Mühe zu sparen, weitläufig darzuthun, welch großen Werth der König von Sardinien auf die Achtung Preußens legt, von wie hoher Bedeutung es für ihn seyn würde, wenn es gelänge, dem Preußenkönig eine andere Meinung von den italienischen Verhältnissen beizubringen."

Die „Neue Pr. Ztg." schreibt: „Wie wir hören, wird in einiger Zeit aus dem Schooße der konservativen (Junker-) Partei ein dem „Kladderadatsch" ähnliches Blatt unter dem Namen die „Kreuzspinne" erscheinen."

Oesterreich. Die „Gazzetta di Verona" bringt folgendes Telegramm: „Berlin, 22. Jan. In gut unterrichteten Kreisen behauptet man, König Wilhelm von Preußen habe das Festungsviereck Oesterreich (der Erzherzog Maximilian steht in dem Telegramm etwas undeutlicher Weise beigefügt) garantirt, gegen einige Zugeständnisse in Betreff des Oberbefehls über die Bundesarmee." Obwohl die „Gazzetta di Verona" ein halbamtliches Blatt ist, hat sie sich doch auch schon oft durch falsche Nachrichten bemerkbar gemacht.

Frankreich.

Es soll die Rede davon seyn, in der französischen Armee bei dem Train Maulthiertreiber-Kompagnien zu errichten; es würde fortan in Feldzügen dem Train eine große Menge von Packeseln beigegeben werden, wegen ihres sehr sichern Trittes und der Leichtigkeit, mit der sie die beschwerlichsten Wege zurücklegen; man verspricht sich von dieser Einrichtung großen Nutzen.

Eine der europäischen Fragen ist glücklich beigelegt worden. Das „Journ. v. Monaco" zeigt an, daß dieser Tage in Paris ein Vertrag unterschrieben wird, wodurch das Verhältniß des Fürstenthums Monaco geregelt und eine Douanen-Vereinigung mit Frankreich festgestellt wird. — Dagegen tritt abermals eine neue Frage in den Vordergrund, und zwar die preußische Frage. Es ist eine Broschüre erschienen unter dem Titel: „La Prusse et les traités de Vienne", die man in Paris für halboffiziell hält und der man um so größere Wichtigkeit beilegt, da ein im „Constitutionnel" enthaltener, angeblich in Berlin geschriebener Brief im Geist und Inhalt damit übereinstimmt. Preußen wird darin zum Vorwurf gemacht, es habe die im Wiener Vertrag den Polen gemachten Zusagen nicht gehalten*) und es verlange dennoch für Schleswig-Holstein Alles, was es den Polen verweigere.

Italien.

Rom, 22. Jan. Aus dem Königreiche Neapel befinden sich gegen 600 der bourbonischen Dynastie anhangende geflüchtete Familien hier, die sich am letzten Mittwoch, dem Geburtstage des Königs Franz, zu einer gemeinschaftlichen Feier desselben vereinigten. Die Wortführer sind dafür mit Attentaten bedroht worden, und obgleich anonym, wollte man doch die Fäden bis ins römische nationale Comite verfolgen können. Sofort ist der Sekretär desselben, D. Antonelli, Mastro di Casa im Dienste des Fürsten Gabrielli, daneben praktischer Arzt, von der Polizei citirt worden. Er ging nach Paris. Eine neue Demonstration kam im Teatro Apollo vor. Im Ballet erschienen mehrere Tänzerinnen mit Trikolor-Abzeichen und wurden dafür von der jungen Männerwelt mit endlosem Jubel begrüßt und beklatscht. Es ergab sich, daß sie ihr Ball-Costume eigenmächtig modifizirt hatten; sofort wurden sie ausgewiesen. Volkshaufen versuchten gestern, mehrere Bäckerläden zu erbrechen und zu plündern, wurden jedoch durch die Polizei daran verhindert. (Köln. Z.)

Turin, 23. Januar. Man wird sich erinnern, daß Ludwig Napoleon eine Zeit lang mit besonderer Vorliebe das Projekt des Verkaufs von Venetien befürwortete. Er hatte sich sogar mit England bereits in Vernehmen gesetzt, um gemeinschaftlich mit ihm der österreichischen Regierung Vorschläge zu machen. Bevor es jedoch dazu kam, ließ er plötzlich und ohne alle Erklärung die Angelegenheit fallen, so daß man in London über den wahren Grund dieses Gebahrens noch heute im Unklaren ist. Hier will man dagegen wissen, daß diese Wendung mit anderweitigen Planen im Zusammenhange stehe. Der Kaiser soll nämlich, nachdem er zur Ueberzeugung gelangt, daß er mit Preußen kein einseitiges Abkommen zu treffen vermöge, einen Krieg mit Deutschland in Aussicht genommen haben und für diesen Fall es für gerathen halten, Oesterreich in Venedig zu beschäftigen, und es so zu verhindern, seine Heeresmacht am Rheine zu entfalten. Mit dieser Kombination bringt man hier auch den noch immer nicht aufgegebenen Plan der Insurgirung Ungarns, ferner die Drohungen der Organe des Grafen Cavour gegen Deutschland und endlich die ungemessenen Lobpreisungen in Verbindung, welche gegenwärtig hier der französischen Allianz gezollt werden. Sucht man doch jetzt auch den Anhängern Mazzini's und Garibaldi's begreiflich zu machen, daß es unklug sey, ihre Abneigung gegen Louis Napoleon so offen

*) Das ist übrigens eine grobe Unwahrheit, denn den Polen war nur im Allgemeinen eine Verfassung versprochen, und diese haben sie jetzt mit dem gesammten Preußen. Von einer besondern Verfassung für die polnischen Landestheile allein sagen die Wiener Verträge nichts.

Die englische Volksarmee.

(Schluß.)

Selbst als die Freiwilligenbewegung die untern Schichten der Gesellschaft ergriff, ließ die Regierung machen und geschehen. Die Arbeiter konstituirten sich als Kompagnien, wie die Gentlemen — wer wäre übrigens kein Gentleman? Die Regierung lieferte die Waffen, nur mußte sich Jeder selbst kleiden. Zur Stunde ist es der höchste Stolz des englischen Arbeiters, zu den Riflemen zu gehören; er spart, nimmt sich zusammen, entbehrt, um nur das Recht zur Selbstvertheidigung zu erobern. Nie ward wohl etwas Großartigeres, Einhelligeres, Erhebenderes gesehen, und den rechten Abstich dazu geben gewisse sehr liberale, musterhaft konstitutionelle Regierungen des Festlandes, die um keinen Preis Waffen in die Hände des „Volkes" gäben, so lange dieses Volk nicht in zweierlei Tuch gekleidet direkt unter der Fuchtel steht.

Die kriegerische Ausbildung der Schützen wird folgenderweise erreicht. Jedes Korps ist gehalten, sich ein Terrain von 200 Meter im Minimum zum Schießstande zu erwerben. Pulver und Kugeln gibt der Staat gratis jedem Korps, von dem zwei Mitglieder 14 Tage lang den technischen Unterricht der Militärschule von Hythe genossen haben. In dieser Schule finden sich Männer aller Klassen zusammen, Peers, Edelleute, Advokaten, Professoren, Kaufleute, Commis; aber es herrscht hier die unverbrüchlichste Kameradschaft, die vollständigste Brüderlichkeit im nationalen Geiste. Der Direktor der Schule, General Hay, selbst einer der ersten Schützen, hält dort Vorlesungen über die Büchse und die Gesetze des Schießens; auf den Kursus folgt die praktische Uebung, dann kleiner Krieg, um die Mannschaft in der Kaltblütigkeit zu üben.

Die von Hythe Heimkehrenden vervollkommnen sich in ihren Städten und Dörfern, und kürzlich erklärte Oberst M'Murdo, Generalinspektor der sämmtlichen neuen Milizen, in einem offiziellen Berichte, daß er keinen Anstand nehmen würde, sich an die Spitze der Büchsenschützen zu stellen und sie auf offenem Felde in's Feuer zu führen, wenn sie bataillonsweise zusammengingen. Diese Konzentration kann natürlich erst durch die Gewalt der Umstände zu Stande kommen; es ist selbstredend, daß kein Freikorps ohne höheren Befehl sich außerhalb seiner Grafschaft bewegen darf. Und das gerade ist die Stärke Englands, daß man dort auf allerstrengste Befolgung solcher Gesetzlichkeit bauen kann: „In der Beschränkung zeigt sich erst der Meister."

Wie wird England am Tage der Gefahr diese imposante Macht verwenden? Der Herzog von Cambridge ließ sich vor Monaten bei einem öffentlichen Bankett sehr bestimmt über diesen Punkt aus. Er erklärte, daß er die Freiwilligen für die Interessen des Landes hinderlich betrachten würde, wenn sie in den Dienst der Marinetruppen hineinpfuschten; aber er zählt darauf, daß sie die Landarmee unterstützen werden, als Eclaireurs, durch Schar-

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 30.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 30. Januar 1861.

Telegramm.

Turin, 29. Januar. Berichte aus Neapel vom 28. melden: Mit Gaeta sind Unterhandlungen angeknüpft. Die Festung hatte ihr Feuer eingestellt. Deserteure bringen die Nachricht, daß man in der Festung mit dem Gedanken der Uebergabe umgehe.

Deutscher Bund.

Ueber das Verbot einer Versammlung von Nationalvereins-Mitgliedern zu Frankenthal wird der „N. Frankf. Ztg." aus Worms berichtet: „Als die verschiedenen Bahnzüge den Bierkeller des Herrn Hans in Frankenthal, woselbst die Versammlung statthaben sollte, mit Bewohnern Rheinbayerns und Rheinhessens, sowie mit verschiedenen Bürgern der Provinz Starkenburg gefüllt hatten, eröffnete der in voller Uniform erscheinende Polizei-Kommissär vor Sprechen irgend eines Wortes, daß die Versammlung verboten sey und alle Anwesenden das Lokal zu verlassen hätten. Auf Verlangen von Gründen „warum?" weigerte er jede Auskunft und erwiderte auf die Anfrage, ob man sein bezahltes Glas Bier austrinken dürfe, daß jeder Anwesende sofort das Lokal zu räumen habe. Die Versammlung zog hierauf ruhig in die städtische Wohnung von Hans und hier hielt Herr Metz aus Darmstadt eine kurze Ansprache, worin er die baldige Abhaltung einer neuen Versammlung in Neustadt zusicherte und diese Auflösung vor Eröffnung der Versammlung und ohne jede Angabe eines Grundes für die beste Agitation zu Gunsten des Nationalvereins erklärte. Herr Karl Kaibel aus Oberingelheim lud hierauf die Versammlung ein, von dem in der bekannten „offiziösen Erwiderung" der „Darmst. Zeitung" anerkannten freien Versammlungsrecht des Großherzogthums Hessen in der Weise Gebrauch zu machen, daß Alle nach Worms zögen und dort die Versammlung fortsetzten; zugleich machte er auf eine demnächst in Bingerbrück zu haltende Versammlung des Nationalvereins aufmerksam. Ein Theil der Versammlung fuhr hierauf nach Worms und faßte hier nach längerer Ansprache von Metz über Tendenzen und Mittel des Nationalvereins, über die Nothwendigkeit der Betheiligung der ganzen Fortschrittspartei hieran, nachfolgende Beschlüsse: „„Die durch die bayerische Polizei zu Frankenthal aufgelöste und hierauf zu Worms fortgesetzte Versammlung von Mitgliedern und Freunden des Nationalvereins beschließt: 1) Jeder deutsche Patriot muß es als Ehrenpflicht betrachten, durch seinen Beitritt zum deutschen Nationalverein die Bewegung für Deutschlands freiheitliche Einigung zu verstärken; 2) das deutsche Vaterland bedarf vor Allem zum Schutz nach Außen und zur segensreichen Entwicklung im Innern einer deutschen Centralgewalt und eines sofort zu berufenden deutschen Parlaments; 3) für das Wohl des Großherzogthums Hessen ist es nöthig, im gesetzlichen Wege auf Entfernung des der nationalen Bewegung Deutschlands feindselig entgegengetretenen Ministerium von Dalwigk hinzuwirken."" Interessant waren namentlich die Mittheilungen von Metz über die sehr gute deutsche (d. h. im Sinne des Nationalvereins) und nur etwas ängstliche Stimmung Berlins."

* **Bayern.** In der 9. öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten am 28. Januar ward u. A. dem Abg. Nickels, Landrichter in Lohr, auf sein Gesuch ein 3 wöchentlicher Urlaub bewilligt. Vom Sekretär, Abg. Mandel im V. Ausschuß ward sodann über geprüfte Anträge Vortrag erstattet, die auch von der Kammer für zulässig erachtet und an die betreffenden Ausschüsse zur weitern Erwägung überwiesen wurden, als: 1) die von dem Abg. Wobal angeeignete Vorstellung des Distriktsraths des Landgerichts Moosburg, Uebernahme der Distriktsstraße von Freising nach Au, Mainburg ɩc. als Staatsstraße betr.; 2) der vom Abg. Aufschläger eingereichte Antrag, Errichtung einer Telegraphenstation in Neuburg a./D. betr., nachdem bereits eine Telegraphenleitung von Donauwörth über Neuburg nach Ingolstadt besteht. Eine Eingabe des Abg. Hirschberger auf pünktlichen Vollzug des Art. 2 des Brandassekuranz-Gesetzes vom 28. Mai 1852 ward dem k. Staatsministerium mit Empfehlung zur Kenntnißnahme hinüber gegeben. — Der letzte Antrag ist der des Abg. Dr. Völk, die kurhessische Verfassungsangelegenheit betr. Bezüglich desselben äußerte, Namens des V. Ausschusses, Abg. Mandel: Mit wenigen aber sichern Strichen zeichne der Antrag die Leiden des kurhessischen Volks, dessen Verfassung nach 20 jährigem Bestande ohne Mitwirkung der hiezu berufenen Stände, durch Bundesbeschlüsse erst suspendirt und dann definitiv aufgehoben worden sey. Dr. Völk beklage, und mit ihm gewiß die ganze Kammer, daß die bayer. Regierung solchen Maßnahmen habe zustimmen können, er bestreitet die Kompetenz des Bundestags zur Abänderung der Verfassungen von Einzelstaaten, und glaubt, daß wenn über diese Vorgänge stillschweigend hinweggegangen würde, die Verfassungen aller deutschen Staaten, auch des bayerischen, untergraben seyen. Für Bayern zumal sey es Ehrensache, hierin voran zu gehen, da sein Name vielfach und schon durch die Exekution von 1851 in diese traurige Angelegenheit verflochten sey. Es habe zwar die Frage entstehen können, ob es nicht zweckmäßiger gewesen wäre, die Sache in Form einer Interpellation vor das Haus zu bringen; allein auch als Antrag sey in formeller Hinsicht ein Bedenken nicht zu erheben, in materieller hingegen entstehe die Frage, ob die Kammer kompetent sey, auf ihn einzugehen, da unter die in den §§. 2—19 der Geschäftsordnung ihrer Wirksamkeit zugewiesenen Gegenstände derselbe sich nicht subsumiren lasse. Allein da seit dem Jahre 1848 die deutsche Frage nicht blos von Seite der Kammer, sondern auch durch eigene Regierungsvorlagen vielfach im Hause angeregt worden sey, da der Zusammenhang der innern Zustände des Landes mit den Maßregeln der deutschen Bundesversammlung unbestreitbar ist, da während eines früheren Landtags ein ähnlicher Antrag des damaligen Abg. Fürsten v. Wallerstein ebenfalls zur Berathung gekommen war, so gewärtige der V. Ausschuß, daß die Kammer mit ihren Traditionen nicht brechen, nicht bloß ihre Pflicht als berufene Wächter der Verfassung erfüllen, sondern auch ihren Sympathien für das kurhessische Volk Ausdruck geben, und den Antrag zu ihrer Kompetenz gehörig erachten werde. Der Vorsitzende Dr. Weis bemerkt zur Verhandlung der Sache, daß zwei Fragen zu erwägen seyen, 1) ob der Antrag überhaupt an einen Ausschuß und 2) an welchen er zu überweisen sey. Dr. Völk glaubt, da die Zulässigkeit seines Antrages vom Ausschusse nicht beanstandet worden, für heute von weiterer Begründung desselben absehen zu können. (Die Aeußerung des Staatsministers v. Schrenk haben wir bereits gestern mitgetheilt, sowie die Ueberweisung des Antrags an einen besondern Ausschuß.)

** München, 28. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Wie ein Kriegsministerialreskript vom 26. d. Mts. bestimmt, sind zur Ergänzung des stehenden Heeres für das Jahr 1861 aus der Altersklasse 1839 von den zur Loosung beigezogenen 41,141 Konskribirten im Ganzen 20,089 Mann (Ihre frühere Mittheilung war nicht richtig) auszuheben, für die Infanterie 14,785, für die Kavallerie 2529, für die Artillerie incl. 75 Ouvriers und 609 Mann für das Fuhrwesen 2192, für das Genie-Regiment 330 und für die Sanitäts-Kompagnie 173 Mann. Auf die einzelnen Regierungsbezirke ist die Gesammtzahl wie folgt vertheilt. Oberbayern hat zu stellen von 5459 Konskribirten 2655 Mann; Niederbayern von 4482 Konskribirten 2180 Mann; Pfalz von 6750 Konskribirten 3283 Mann; Oberpfalz von 4395 Konskribirten 2187 Mann; Oberfranken von 5045 Konskribirten 2454 Mann; Mittelfranken von 4863 Konskribirten 2365 Mann; Unterfranken von 5444 Konskribirten 2648 Mann und Schwaben und Neuburg von 4703 Konskribirten 2287 Mann.

ist bei der anhaltenden Geschäftsstille noch unwerther geworden. Lange Frankfurter Wechsel schlafen in den Portefeuilles aus. (Aktionär.)

Neueste Nachrichten.

Berlin, 26. Januar. Bei der gestrigen Vorstellung der höheren Civilbeamten richtete der König an die Leiter der verschiedenen Ministerien Worte, aus denen unzweideutig hervorgeht, daß dieselben sich noch des ungeschwächten Vertrauens des Königs erfreuen, und daß das Staatsministerium in seiner jetzigen Zusammensetzung fest steht. Den hiesigen städtischen Behörden wiederholte der König im Allgemeinen das, was er vor Kurzem denselben ans Herz gelegt hatte. Der Kern der Worte läßt sich kurz dahin zusammenfassen: daß in der Richtung, welche er (der König) eingeschlagen habe, über eine bestimmte Grenze nun und nimmer hinausgegangen werden würde, und daß er hinsichtlich der Aeußerungen der Ergebenheit der städtischen Behörden die letzteren beim Wort nehmen werde. Er habe diese Aeußerungen nicht als bloße Redensarten aufgefaßt. (Allg. Z.)

Aus **Paris**, 24. Jan., wird der „Ostd. Post" geschrieben: „In den Tuilerien will man vor Allem die Eröffnung des englischen Parlaments vorübergehen lassen, ehe man mit irgend einem bedeutenden politischen Akt hervortritt. Das Verhältniß zu dem Londoner Kabinet ist nichts weniger als warm. Aber man sucht die Schroffheit zu vermeiden, um nicht den ersten Debatten des Parlaments Gelegenheit zu geben, in einen feindseligen Ton gegen Frankreich sich zu ergehen. Lord John Russell hätte dem Parlament gerne eine große Thatsache als Erfolg seiner Politik angekündigt: die vollständige Durchführung des Nichtinterventionsprinzips in Italien auch in Bezug auf Frankreich; mit anderen Worten: die Räumung des Hafens von Gaeta und die Räumung des Kirchenstaates von den Franzosen. Der gute Mann hat sich zwar stark angesetzt, hat aber blos das Kleinere durchgesetzt: die Rückberufung des französischen Geschwaders von Gaeta. Bezüglich Roms waren alle seine Bemühungen umsonst. Auch in Bezug auf die syrische Frage war die englische Diplomatie bis zur Stunde durchaus nicht glücklich, obgleich sie sehr stramm auf der Forderung einer pünktlichen Räumung besteht. Lord Cowley hat bei Herrn Thouvenel die direkte Frage gestellt: ob in Syrien bereits Anstalten getroffen werden, damit die französischen Truppen zum bestimmten Termine sich einschiffen. Herr Thouvenel antwortete mit der redlichsten Miene, die ihm zu Gebote steht, daß die Regierung Frankreichs nicht daran denkt, die Okkupation über den bestimmten Termin hinaus zu verlängern, daß aber allerlei Schwierigkeiten eintreten können, welche die Räumung und Einschiffung um 14 Tage oder drei Wochen verzögern können, und er glaube nicht, daß die Mächte so pedantisch seyn werden, den Termin wie das Datum eines einzulösenden Wechsels zu behandeln. Lord Cowley antwortete jedoch, daß es sich hier um keine Pedanterie, sondern um ein Prinzip handle, und daß England die Verzögerung auch nur um einen Tag nicht zugestehen werde. Nichtsdestoweniger, dessen können Sie überzeugt seyn, ist man hier entschlossen, Syrien eben so wenig als den Kirchenstaat zu räumen. Die europäischen Mächte sind keineswegs einig in ihrer Haltung in dieser Frage. Während Oesterreich den Termin von sechs Monaten gleich England streng eingehalten sehen will, zeigen Preußen und Rußland sich weniger „pedantisch" — um Herrn Thouvenels Ausdruck beizubehalten. Es dürfte Sie bei dieser Gelegenheit interessiren zu erfahren, daß man in den hiesigen diplomatischen Kreisen eine Wandlung in der Gesinnung Englands gegen Oesterreich bemerken will. Es steht besser zwischen England und Oesterreich als vor vier, fünf Wochen, und die hiesige ungarische Emigration soll sich sogar im Palais Royal (Prinz Napoleon) laut beklagen, daß das englische Kabinet die Erhebung Ungarns kontrecarrire! Sir Henry Bulwer hat von Konstantinopel aus dringende Vorstellungen nach London gesendet, daß der Stoß, den man von der Wallachei aus gegen Oesterreich vorbereite, gleichzeitig auch gegen die Türkei gerichtet sey und die Revolution gegen beide Staaten zugleich operire, um die Verwirrung zu vergrößern. Rußland sey diesmal von diesen Intriguen freizusprechen, und es seyen vielmehr französische Agenten, die, Hand in Hand mit Italienern, eine wesentliche Rolle hierbei spielen. Gegen den Fürsten Cusa ist das englische Kabinet gehörig losgefahren, obgleich in diesem Augenblicke der französische Einfluß in den Fürstenthümern Alles und der englische ziemlich gering ist."

Aus **Rom** wird berichtet: 1000 Piemontesen sind in die päpstliche Provinz Frosinone eingerückt und verbrannten das Kloster Casamari.

Turin, 25. Jan. Ein Leitartikel der ministeriellen „Opinione" erklärt: Cavour's Programm finde in Italien entschiedene Majorität. Italien werde nicht von äußeren Feinden bedroht, die Gefahr drohe von jener innern Sekte (Mazzinisten), welche sich die Apostel der Freiheit wähnen, Europa an allen vier Enden in Brand stecken möchten, den Ruf „Italien und Viktor Emanuel" nur als provisorisches Mittel zu ihrem republikanischen Rufe „Gott und Volk" benützen wollen. Für Italiens Heil müsse die Allianz mit Frankreich aufrecht erhalten und der Krieg mit Oesterreich (für jetzt) unterlassen werden.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	74 1/8 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	58 5/8 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	47 1/4—3/8 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	40 P.
„	4 1/2 pCt.	34 P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	104 3/4 P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. R.)	102 1/4 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101 3/8 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	101 1/8 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 1/8 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	99 1/8 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 3/4 G.
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	103 1/4 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	93 5/8 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	102 7/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	95 1/8 P. 1/8 G.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	101 3/8—5/8 G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 5/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	93 3/4 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	100 3/4 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	98 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	97 P.
„	3 pCt. Obl.	90 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47 1/4 P.
„	1 3/4 pCt. „ „ „	40 5/8 P.
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 500 Thlr.	97 5/8 P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	107 1/2 P.	exD.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	561 P.	ex. D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	119—19 1/2 G.	exD.
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	166 P. 165 G.	exD.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	70 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	63 1/2 P.	ex D.
Internationale Bank in Luxemb. . .	77 1/4 G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	333 G.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	66 1/2 P.	
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	218 G.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . . .	118 P.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	72 1/4 P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	24 1/4 P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	125 3/4 P.	ex D.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	95 3/4 P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50 1/4 P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	233—34 G.	
Span. Handels- u. Industrie . . .	480 P. 475 G.	exD.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	460 P.	ex D.
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	103 1/4 G.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 1/2 G.	

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99 5/8 B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105 1/8 G.
Brem. 50 Th. Lsd: k. S.	95 5/8 B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 1/8 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 1/4 B.
London Lst. 10 k. S.	117 1/4 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L. S. L. 250 k. S.	92 3/8 B.
Paris Frs. 200 k. S.	92 3/4 G.
Triest fl. 100 k. S.	76 B.
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	76 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	66 P. 65 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	45 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	52 3/4 P. 1/4 G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	125 1/4 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	54 1/2 P. 54 G.	„ fl. 25 do.	36 P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	84 1/2 G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	35 3/4 P.
3 1/2 pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	116 1/2 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50 1/4 P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2 1/2 pCt. Z.	34 1/2 G.
Badische fl. 50	89 3/4 P.	Vereins-Loose fl. 10.	10 5/8 P.
Badische fl. 35	53 P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 3/8 P. 10 G.

Frankfurt, 28. Januar. In Folge höherer Wiener Notirungen verkehrte die Börse in günstigerer Stimmung für österr. National und Kreditaktien, von welchen besonders in letzteren zu höheren Kursen ziemlicher Umsatz stattfand. Auch österr. Anlehensloose von 1854 und 1860 wurden besser bezahlt. In den übrigen Fonds und Aktien keine wesentliche Veränderung. (Synd.)

bringen. Und niemals ist das Uebel gefährlicher, als wenn es gleichzeitig die Grundfesten der Kirche und des Staates angreift, wenn es Verwirrung in den Gemüthern und Gährung in den Leidenschaften und Interessen hervorruft. Doch ich halte ein, wie Sie, mein Herr. Gerade, weil meine Lage und mein Glaube (Guizot ist Protestant) mich als unbetheiligter, als Sie, in dieser großen Debatte erscheinen lassen, liegt mir daran, meinen Gedanken klar hervortreten zu lassen; aber ich kenne und achte die Grenzen, innerhalb welcher meine Worte verweilen müssen."

Die „Patrie" und andere offiziöse Organe suchen das französische Publikum über die in Aussicht gestellte „Bundesexekution in Holstein" zu beruhigen; wenn selbst die Exekution in Holstein dekretirt würde, so folge daraus nicht, daß ihre Ausführung sofort durch ein Armeekorps unterstützt werden würde. (Leider haben sie Recht; es wird noch lange genug dauern, bis den Worten die That folgt.)

Italien.

Die Verlegenheiten, in denen sich Piemont den neapolitanischen Zuständen gegenüber befindet, spiegeln sich in mehreren Dekreten ab. Der neue Statthalter des Königs ist nämlich ermächtigt worden, die Pensionen der ehemaligen neapolitanischen Staatsdiener revidiren zu lassen. Pensionen, die als Belohnung für die frühere Mithülfe an reaktionären Maßregeln ertheilt worden sind, sollen gänzlich eingezogen werden, und ebenso die für „unzureichende Dienste" bezogenen. Man begreift, welche Elastizität in diesen Bestimmungen liegt, und daß das Heer der Unzufriedenen durch sie leicht in bedenklicher Weise vermehrt werden mag. Das in dieser Weise zur Verfügung des Schatzes gelangende Geld soll noch durch eine jährliche Rente von 500,000 Frs. vermehrt und zur Hülfskasse für diejenigen verwendet werden, welche unter dem bourbonischen Regimente am meisten gelitten haben. Der Statthalter ist ferner noch zur Aufnahme einer neuen Summe behufs der Ausgleichung der durch die jüngsten Ereignisse entstandenen Schäden ermächtigt. Große Mißbräuche bei der Verwendung liegen sehr nahe. Es war dem Grafen Cavour ursprünglich auch in der That nicht eingefallen, dergleichen Bestimmungen für die annexirten Länder zu treffen, aber die mazzinistischen Blätter haben diese Dekrete so stürmisch verlangt, daß man den Versuch gemacht hat, dem neuen Statthalter auf diese Weise eine günstigere Stellung zu bereiten. (Nat.-Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

In Augsburg wurden bei einem Brauer 16 Eimer Bier versiegelt, weil es zu leicht eingesotten war. Der Bierbrauer gab dies zu, bemerkte aber zu seiner Rechtfertigung, daß das Bier gesund und rein sey, wogegen aber von anderer Seite erwidert wurde: „Diese Eigenschaften besitze das Wasser auch." Der Magistrat verurtheilte den Brauer zu 15 fl. Strafe und Tragung der Kosten.

Brüssel, 21. Jan. Gestern kam hier beim Generalprokurator de Bavay eine telegraphische Depesche aus dem Hennegau mit der Meldung an, man habe zu Chatelet den berüchtigten Jud, den Mörder Poinsot's, erwischt. Der Graf d'Outremont de Presles, der diesen Fang in Person gethan, hatte selbst die Depesche unterschrieben. Jetzt stellt sich heraus, daß der angebliche Jud, den man trotz allen seinen Betheuerungen gebunden und wohl überwacht ins Gefängniß schleppte, der Sohn eines hiesigen Bierbrauers ist. Eine Narbe an der Stirne hatte zufälligerweise den Verdacht des Grafen angeregt.

Handels- und Börsenberichte.

Frankfurter Börse (vom 21. bis 26. Januar).

Samstag. Die abgelaufene Woche verschonte uns zwar mit markanten politischen Ereignissen, die einen massgebenden Einfluss auf die Kurse ausgeübt hätten. Sie brachte aber auch nichts, was geeignet wäre, die Situation aufzuklären. Man verharrt in der zuwartenden Stellung des allgemeinen Misstrauens. Die Furcht vor nahe bevorstehendem Kriege schlägt immer tiefere Wurzeln. Ob sie eine gerechtfertigte ist, lassen wir dahin gestellt; sicher ist, dass von allen Seiten Zündstoff geschäftig angehäuft wird.

In Bundespapieren haben sich preussische, die im ersten Schreck über einen sofort drohenden Kriegsausbruch mit Dänemark gewichen waren, wieder erholt, nachdem man die Gewissheit hat, dass die Angelegenheit im Geschäftsgang des Bundestags verhandelt werden wird. Die neuen 4½proz. Nassauer Obligationen erhalten sich in der Gunst des Publikums und auf dem Emissionskurs. — Von fremden Fonds spanische nahezu 1 pCt. gestiegen, Angesichts der befriedigenden Budgetvorlagen und des Eingangs der marokkanischen Kriegsentschädigung.

Kreditaktien können wir kurz abthun. Oesterreichische schwebten um ein paar Gulden auf und nieder, die andern verharren in Lethargie. Sie sind die verlorenen Kinder des Kurszettels! Von Zettelbanken österreichische zu ansehnlich niedrigern Preisen ausgeboten.

Unter den Eisenbahnaktien nahmen bayer. Ostbahnen am Mittwoch merklichen Aufschwung bis 103⅛, konnten sich aber nicht behaupten und schliessen heute 102¾. Betreff des Ueberschusses vom Anlagekapital (12 Mill.) dürfte nächstens Beschluss gefasst werden, und zwar dahin, den Bau einer Zweigbahn von Amberg direkt nach Hof zu unternehmen. Taunusaktien gefragt und 3 fl. besser bezahlt. Die Zeitungen berichteten vor einiger Zeit von einem endgültig abschlägigen Bescheid Nassau's in Betreff des Flörsheimer Brückenbaues und der nunmehr definitiven Wiederaufnahme des Projekts einer linken Mainuferbahn Seitens der hessischen Ludwigsbahn. Wir glauben aus guter Quelle versichern zu dürfen, dass die eine wie die andere Nachricht zum mindesten verfrüht ist und jedenfalls thatsächlich noch nicht feststeht.

Von Wechseln London, wie schon bemerkt, in allen Sichten gefragt, Paris eher matter als vorige Woche (für die Napoleonsd'or Käufe wird Pariser trassirt). Wien hat heute den tiefsten Stand von 75⅞ erreicht. Geld

---

1803 haßte England die Revolution oder vielmehr deren Auswüchse, den Terrorismus und die Militärherrschaft; 1859 basirte das Freiwilligenwesen auf durchaus liberalen Ideen. Früher waren die meisten Freiwilligen Kaufleute, schwere, gewichtige Bürger; heute sind es meistens Juristen, Aerzte, Künstler, Beamte, Commis, die gesammte Jugend der drei Königreiche.

Als Frankreich bedrohliche Dinge sprach und that, erstand die jetzige Volksarmee wie aus dem Boden. Die Ersten waren Studenten von Oxford und Cambridge, bald ging der Sturm durch das ganze Land. Wie benahm sich die Regierung dabei? Der damalige Kriegsminister General Peel erklärte in einem Zirkular: „in den Seestädten könnten die Einwohner, die mit Kanonen umzugehen verständen, von großem Nutzen seyn, und überall sonst könnten die mit Büchsen bewaffneten Bürger den Feind zurückwerfen." Der gegenwärtige Kriegsminister Sidney Herbert und der Kriegssekretär Lord Grey begünstigten gleichfalls die Bewegung und lieferten in wenigen Monaten Waffen für 150,000 Mann! Man bemerke wohl, daß jenes Zirkular kein kriegerischer Aufruf war, sondern die einfache Anerkennung des Rechtes aller Bürger, sich selbst nach eigenem Gutdünken gegen die Gefahren einer Invasion zu wehren.

Die Organisation begann wie immer mit Meetings; ein Komité bildete sich an einem Orte, sammelte Subskriptionen, rekrutirte Mitglieder. Jede Liste theilte sich in drei Klassen: 1. Wirkliche Mitglieder, die sich verpflichten, ihre Waffen und Uniform zu zahlen; 2. Reservekorps, deren Mitglieder sich verpflichten, im Fall eines feindlichen Einbruches, einer Invasion zu dienen; 3. nichtwirkliche Mitglieder, die blos einen Jahresbeitrag zu leisten haben, persönlich sich zu nichts verpflichten. Man sieht, der Staat kommt dabei gar nicht zum Vorschein. Das Korps ist organisirt, lebt sein eigenes Leben: will es aber offiziell werden, so spricht es die Autorisation der Regierung an. Die verschiedenen Freiwilligenschaaren stehen unter der Oberaufsicht des Lordlieutenants oder Gouverneurs der Grafschaft; durch seine Hände gehen die Gesuche an den Kriegsminister. Sie wählen ihre Kompagniechefs selbst, der Gouverneur bestätigt sie; vor ihm legen sie in Gegenwart des ganzen Korps den Eid der Treue gegen die Königin und des Gehorsams gegen die Gesetze des Königreichs ab.

Jetzt ist das Korps konstituirt. Man kleidet sich wie man will und kann, wenigstens im Anfang; die Uniform kommt später, und große Fortschritte sind schon realisirt worden. Der Freiwillige ist zunächst auf seine Bequemlichkeit bedacht; ein Kepi, eine Tunika, breite Hose, Aufschläge von gelbem oder schwarzem Leder: das ist die Uniform. Fort mit Epauletten und Halseisen, die richtige Mitte ist zwischen Jäger und Soldat! Die Waffe sollte nach dem Zirkular der Minister von geographischen Umständen abhängen. In den Häfen rieth man zu kleinen Gruppen von Artilleristen, die sich an einer einzigen Kanone üben sollten. Im Innern dagegen ermunterte man zur Bildung von Schützenkompagnien oder von Kavallerieschwadronen. Keine Waffe ward auferlegt; die meisten Freiwilligen kaufen sich die Enfieldbüchse. Die Regierung kauft sie für die Unbemittelten.

Nach der Auswahl der Waffe und der Uniform kommt das Exerzitium. Man wandte sich an Armeeinstruktoren und viele Unteroffiziere der Linie boten umsonst ihre Dienste an. Nach den Männern des Metier bedarf man drei Jahre, um einen Soldaten zu bilden; diese Regel erleidet offenbar eine Ausnahme bei Freiwilligen aus den intelligenten und gebildeten Klassen der Gesellschaft. Diese Männer sind keine einfachen Maschinen, man dressirt sie weit rascher und in 12 Monaten sind viele Freiwillige ausgezeichnete Soldaten geworden.

(Schluß folgt.)

Savoyen keine sehr freundliche. Von Napoleon so oft verhöhnt, übermüthig behandelt, verrathen und betrogen, war man zu der Einsicht gelangt, daß mit diesem westlichen Nachbar ein fester Bund nicht zu flechten sey, und neigte sich daher mehr Deutschland zu, so daß sogar die Frage eines Bündnisses mit Deutschland aufgeworfen und besprochen wurde. Die Einsicht mag auch heute noch vorhanden seyn; desto dringender macht sich aber ihr gegenüber durch die neuesten Zeitereignisse eine andere geltend, daß eben von Deutschland, so wie es jetzt ist, gar nichts erwartet werden kann. In Oesterreich eine Regierung, die in den größten Aengsten und Nöthen sich selbst nicht rathen und nicht helfen kann. In Preußen eine ewig schwankende Politik. Fast an allen anderen Ecken und Enden in deutschen Landen Hader und Zerrissenheit der Regierungen unter sich, oder der Regierungen mit den Völkern. Sich selbst, sagt sich die Schweiz, können sie nirgends helfen, und da sollten sie uns, wenn eine Gefahr an uns herantritt, Schutz und Hilfe bringen können? Wie haben vergebens nach ihnen hinübergeblickt. Machen wir unseren Frieden mit dem, von dem uns die Gefahr droht. So fängt man an, so hat man angefangen, in der Schweiz zu denken. — Und Louis Napoleon? Der kluge, schlaue Louis Napoleon? Er läßt sie seinen Frieden mit ihm machen. Er kommt ihnen still und freundlich entgegen. Am Neujahrstag durch einen Händedruck für Herrn Kern, jetzt wieder durch neue, dreimonatliche Beurlaubung des Herrn Turgot, der in Bern stets ein recht übermüthiges Organ für den Uebermuth seines Herrn war. Deutschland — habeat sibi. So beklagenswerth für Deutschland dies ist, so wahr ist es leider auch. — und wie lange noch?

Frankreich.

Paris, 24. Jan. Die gestrige Feierlichkeit in der Académie française (die Einführung Lacordaire's als neues Mitglied) drängt beinahe die politischen Fragen in den Hintergrund. Freilich galt es eigentlich auch einem politischen Ereignisse; ein katholischer Mönch vertheidigte die Demokratie, während ein protestantischer Exminister für den Papst sprach. Lacordaire hatte keinen sonderlichen Erfolg, was ebensowohl seiner unkünstlerischen Rede als seinem gar zu predigtartigen Vortrage zuzuschreiben ist. Um so bedeutender war Guizot's Erfolg, was sich wiederum erklärt, da bekanntlich die Akademiker der Mehrzahl nach Legitimisten sind, und Guizot den Papst und Herrn Berryer mit besonderm Respekt behandelt hat. Die Kaiserin wohnte der Sitzung bei; der alte Guizot (Orleanist) führte die Gemahlin Louis Napoleon's zu ihrer Tribüne; er mußte das als Direktor der Akademie. Als Pathen (parrains) Lacordaire's fungirten: Berryer (Schul- und Jugendfreund des Dominikaners) und Graf Karl Montalembert. Man bemerkte unter dem Auditorium die Prinzessin Mathilde, den Prinzen Napoleon, die Grafen v. Morny und Walewsky, Hrn. Delangle, Hrn. Rouland, Marschall Magnan, den Seine-Präfekten, den Polizeipräfekten und mehrere Mitglieder des diplomatischen Korps. Die Damen waren sehr zahlreich anwesend. Es waren alle Meinungen vertreten. In der Mitte sah man Lamoricière und Changarnier. Der Aufzunehmende trug die weiße Mönchskutte des Dominikanerordens und den schwarzen Mantel. Sein Haupt war glatt rasirt bis auf eine Reihe grauer Locken um die Tonsur. Die Rede des P. Lacordaire bestand in einer Vergleichung der europäischen mit der amerikanischen Demokratie, die ganz zu Gunsten der letztern lautete. Im Allgemeinen scheint aber der berühmte Dominikaner nach Inhalt und Form seiner Rede hinter den Erwartungen des Publikums zurückgeblieben zu seyn. Ihm antwortete Guizot mit anerkannt vollendeter Meisterschaft. Die auf den Papst bezügliche Stelle seiner Rede lautet: „Sie hegen für die katholische Kirche und den heiligen Priester, der ihren Geschicken vorsteht, eine kindliche Liebe. Sie haben sich in beredter Entrüstung gegen die Undankbarkeit erhoben, welche diesem hochherzigen und sanftmüthigen Papste widerfahren ist, der seinen Unterthanen die Bahn großer Hoffnungen erschloß und sie glücklich in derselben geleitet hätte, wenn gütige Absichten allein hinreichten, die Menschen zu regieren. Fühlen und denken Sie das, Angesichts alles dessen, was vorgeht, und sehen Sie die Undankbarkeit des Volks als die härteste Prüfung an, welche das erhabene Oberhaupt der Kirche jetzt zu bestehen hat .... Das Schauspiel, dem wir jetzt beiwohnen, ist nicht neu, wir haben vor mehr als einem halben Jahrhundert Italien als die Beute ähnlicher Störungen, Einfälle und Umwälzungen gesehen; aber damals erschienen sie in ihrem eigentlichen Charakter und Licht. Verdienen sie aber heute nicht mehr denselben Namen? Sind sie anderer Natur geworden, weil nicht mehr Frankreich sie auf eigene Rechnung offen ausführt und die Früchte davon heimführt? Oder sollen diese Gewaltthaten legitim geworden seyn, weil man sie im Namen der Demokratie und kraft dessen, was man ihren Willen nennt, ausübt? Die heutige Demokratie ist voll einer ungerechten und gefährlichen Leidenschaft; sie hält sich für die Gesellschaft selbst, für die ganze Gesellschaft; sie will nur allein herrschen, sie achtet, ja sie erkennt nur ihre eigenen Rechte an .... Welches auch die Regierungsformen der menschlichen Gesellschaft seyen, selbst in den freiesten entwickeln sich und bestehen neben einander die verschiedenen Rechte, die einen niedergelegt in den Händen der Herrscher und Obrigkeiten, die andern unter der Obhut der Bürger. Die gegenseitige Achtung und der gleichzeitige Bestand dieser verschiedenen Rechte bildet die Sicherheit, die Dauer, die Ehre, das Leben der Gesellschaft. Wenn diese Achtung und diese Harmonie fehlen, wenn die Demokratie sich befugt glaubt, nach ihrem Dafürhalten Regierungen, Dynastien, die Beziehungen und Grenzen der Staaten zu ändern, so ist es nicht mehr die Freiheit, nicht mehr der Fortschritt, sondern die Anarchie oder die Tyrannei und vielleicht auch der fremde Ehrgeiz, welche solche Unordnungen hervor-

---

Die englische Volksarmee.

Aus Brüssel. Die Kontinentalen sind liebenswürdige Leute, und niemals sind sie liebenswürdiger, als wenn sie England über die Achsel ansehen. Unter dem Vorwande, theils die französische Konskription zu haben, welche aus jedem gesunden jungen Manne Kanonenfutter macht, theils allgemein militärpflichtig zu seyn, was im Prinzip nie Ehre, in der Praxis ungefähr die Konskription ist, wissen sie nicht genug Böses über das merkantile England zu sagen, welches weiland Soldaten und Matrosen „preßte" und heuer Söldaten und Matrosen „wirbt" — nebenbei auch gut bezahlt. „Söldner, Miethtruppen, Auswurf der Nation, Soldaten, die für Geld und Beute in's Feuer gehen": das sind so die Lieblingsausdrücke unserer gebildeten Kontinentalen.

Ganz abgesehen davon, daß die englischen Söldner auf allen Punkten der fünf Welttheile die Ehre Englands und zuweilen auch Europas aufrecht erhalten haben, daß die englischen Söldner die erste Bresche in die Universalmonarchie des ersten Napoleon schossen (1808 — 1814), hat England bekanntlich auch seine Bürgerwehr oder Miliz, die in schwierigen Zeiten — freilich wiederum gegen pekuniäre Vergütung — in das stehende Heer aufgenommen wird, und im Kriege dieselben (?) Dienste leistet wie das erste Aufgebot der preußischen Landwehr. Damit jedoch noch nicht genug, England hat uns zum zweiten Male in diesem Jahrhundert gezeigt, daß es so gut wie irgend ein Volk die allgemeine Volksbewaffnung zu organisiren versteht, daß das Volk sich selbst und fast kostenlos bewehrt, um zu Lande die eherne Mauer zu bilden, welche die Parallele der hölzernen Schiffsmauer bildet. Die erste Freiwilligenbewegung fand zur Zeit des ersten napoleonischen Kaiserreichs statt; seit Kurzem sehen wir das Rifle movement oder die Scharfschützenbewegung in wahrhaft erstaunlicher Ausdehnung.

Dieses Rifle movement ist jetzt dahin gediehen, daß England zwei vollständige Armeen zählt, eine regelmäßige besoldete, eine zweite unbesoldete Volksarmee. Die folgenden höchst interessanten Details entnehmen wie einem vortrefflichen Aufsatze des französischen Exulanten Alph. Esquiros in der „Revue des deux Mondes". Herr Esquiros war Mitglied der Linken der letzten französischen Nationalversammlung, die von der höheren Moral des Staatsstreiches gesprengt wurde. Er organisirte den aktiven Widerstand am 3. Dez. 1851 mit Schölcher, Madier de Montjau und andern Abgeordneten; als es in Frankreich nichts mehr half zu „widerstehen", ging Esquiros nach Holland und studirte dieses den Franzosen gänzlich unbekannte Land; nachher begab er sich nach England und begann das „perfide Albion" gründlich zu mustern, vom Urgebirge im Westen an bis zu den feinsten sozialen Manifestationen des Volkes. Auf der Stufenleiter solcher Statistik langte der Flüchtling endlich auch beim Rifle movement an, und wir wollen Einiges von dem reichen Weihnachtsbaum seiner Erfahrung und Beobachtung plündern.

Das Rifle movement ist nicht von heute noch gestern. Als Philipp II. seine Armada wider England sandte, erhoben sich alle Bürger in Waffen, um den Feind zurückzuweisen. Als Napoleon 1803 in die Fußstapfen Wilhelms des Eroberers treten wollte, starrte Altengland von Piken und Flinten. Ueber 300,000 Freiwillige traten zusammen, als die Bevölkerung halb so groß war wie gegenwärtig. Greise ergriffen den Stab des Constable und besorgten die Polizei der Städte. London allein lieferte 40,000 Krieger; der Herzog v. Claremont wurde einfacher Gardist, William Pitt Oberst, Charles Fox gemeiner Soldat bei den Chertsey Volonteurs. Auf dem Kontinent ist man geneigt, das für eine Modekrankheit zu erklären. Nichts kann ungerechtfertigter seyn. Die Veranlassung kann verschieden seyn, der Ernst ist jedesmal derselbe.

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 29.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 29. Januar 1861.

Auf die **„Neue Würzburger Zeitung"** kann für die Monate **Februar** und **März** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

Deutscher Bund.

In der „Aschaffenburger Zeitung" findet sich folgendes beherzigenswerthe Eingesandt bezüglich der für das gemeinsame deutsche Längenmaß vorgeschlagenen Benennung: „In Frankfurt vermeidet man es nicht, dem Franzosenthume in der Art Eingang zu verschaffen, daß man in der 80,000 Wörter enthaltenden deutschen Sprache keine geeignete Bezeichnung für die neuen Anordnungen fand und sich so der nur 24,000 Wörter reichen französischen Sprache gegenüber das erbärmlichste Armuthszeugniß ausstellte. Könnte man denn nicht für Metre ein anderes Wort, z. B. die Bezeichnung „Maß" *) annehmen, wie ja auch Metre im Französischen nur „Maß" im Allgemeinen bezeichnet. Wenn auch die Herren in Frankfurt am Ende lieber französich als deutsch sprechen sollten, so möchte doch das deutsche Volk nur deutsch sprechen. Am Ende müßte man dann an jedes Gemäß einen „Gebrauchszettel" ankleben, oder müßte man zugleich in Frankfurt ein betreffendes Wörterbuch herausgeben! Möchten sich doch auch von andern deutsch-denkenden und sprechenden Männern laute Stimmen dagegen erheben und besonders solche, welche durch ihre Stellung dagegen wirken können."

* In Berlin hielten am 25. Jan. die dortigen Mitglieder des National-Vereins eine Versammlung, welcher auch die HH. Bennigsen aus Hannover, Adv. Lehmann aus Kiel und Adv. Metz aus Darmstadt beiwohnten, welcher letztere den commis-voyageur des Vereins zu machen scheint. Von Herrn v. Unruh und einigen andern Vereinsmitgliedern war der Antrag eingegangen, folgende drei Resolutionen zu genehmigen: „Die Versammlung wolle beschließen, zu erklären: 1. Preußen und das nicht geeinigte Deutschland haben keinen Beruf, an einem Kriege Oesterreichs um den Besitz Veneliens Theil zu nehmen und dadurch einen Angriff auf deutsche Grenzen hervorzurufen, bei deren Vertheidigung auf einen wirksamen Beistand Oesterreichs nicht gerechnet werden kann. 2. Preußen hat, bei Uebernahme der militärischen Aktion gegen Dänemark, darüber zu wachen, daß nicht blos einzelne Rechte Holsteins gewahrt, sondern daß die altberechtigte Verbindung Schleswigs mit Holstein wieder hergestellt, und in Schleswig, wie in Holstein ein gesicherter Rechtszustand geschaffen werde. 3. Im Angesicht der heutigen Lage Europa's, insbesondere gegenüber der konzentrirten Militärmacht Frankreichs und der notorischen Schwäche Oesterreichs, ist es die erste Pflicht Preußens gegen sich selbst und gegen Deutschland, die sofortige, einheitliche Organisation des deutschen Bundesheeres unter Preußens Führung durchzusetzen." Nach längerer Erörterung wurden diese drei Sätze von der Versammlung angenommen, der erste mit dem Zusatz: „so lange deutsches Gebiet oder deutsche Interessen nicht verletzt werden" **), der dritte mit dem Zusatz: „sowie die alsbaldige Berufung eines deutschen Parlaments."

Baden. Lahr, 20. Jan. Der hiesige Pfarrverweser Förderer gibt folgende öffentliche Erklärung: „Vier hiesige katholische Bürger entzogen im Dezember v. J. ihre Kinder der katholischen Schule, um dieselben protrstantisch werden zu lassen. Ich erklärte nun am Neujahrstage von der Kanzel, „daß ich diese Männer nicht mehr als Mitglieder der katholischen Kirche betrachten könne, bis sie Beweise ihrer Sinnesänderung gegeben hätten." Diese Familienväter haben durch ihre Handlungsweise sich selbst aus der Kirche ausgeschlossen; ich hielt es für Pflicht meines Amtes, dies der Gemeinde öffentlich zu verkünden, und ich glaube, damit weder ungesetzlich, noch intolerant gehandelt zu haben, wie man mir vorgeworfen."

Oesterreich. Wien, 24. Jan. Die Nachrichten aus Ungarn nehmen fast ausschließlich die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch. Die Ungarn scheinen nun einmal va banque spielen zu wollen und man muß abwarten, mit welchem Erfolge. Dem „Magyarorszag" zufolge wurde im Honther Komitate das allerhöchste Reskript vom 16. in der Ausschußsitzung vom 23. verhandelt, und hierüber eine Adresse an Se. Majestät beschlossen, mit folgenden Hauptpunkten. Das Honther Komitat habe den Kreis seiner gesetzlichen Rechze nicht überschritten und wolle denselben auch nicht überschreiten; es halte jedoch fest an allen seinen Rechten, und werde das Gesetz vom Jahre 1848, insolange der Landtag nicht eine Abänderung an demselben für gut findet, aufrecht erhalten. Ohne das in diesen Gesetzen aufgestellte unabhängige ungarische Ministerium sey eine gesetzliche Regierung in Ungarn nicht denkbar. Einem verantwortlichen Ministerium werde sich das Komitat, insoweit es nur die Rechte seiner autonomen Selbstverwaltung zulassen, mit der größten Freude unterwerfen. Zur Ausarbeitung der Adresse auf obiger Grundlage wurde ein Komite bestellt. — Am 22. wurde in Pesth die Judex-Kurial-Konferenz (zur Berathung, wie das ungarische Gerichtswesen einzurichten sey) vom Grafen Apponyi eröffnet. Viele Konferenzmitglieder fehlten, die Geistlichkeit schien nur durch den Erlauer Großprobst Levay vertreten. Im Verlauf der Diskussion konzentrirten sich mit sehr geringen Modifikationen die Ansichten der meisten Redner dahin, daß die konstitutionellen ungarischen Gerichtshöfe wieder hergestellt werden sollen. Bezüglich des österreichischen Strafgesetzes und des Strafverfahrens, sowie des bestehenden Preßgesetzes wurde einstimmig ausgesprochen, daß diese mit dem konstitutionellen Leben nicht vereinbar seyen. Hinsichtlich der Abschaffung des österreich. Strafgesetzbuches tritt Deak dem Antrage des Advokaten Toth Lörincy (der für die Abschaffung ist) bei, doch verwahrt sich zugleich Deak energisch gegen die Wiedereinführung des ungarischen Kriminalkodex, der ein Schandfleck unserer Justiz gewesen, den Edelmann ganz ungerecht bevorzugt, und sehr abweichende Auslegungen zuließ, daher um keinen Preis wieder gesetzliche Geltung erhalten dürfe. Er empfiehlt den Kriminalkodex, den der 1843/4er Landtag angenommen, ohne daß er jedoch die königliche Sanktion erhalten habe. (Nat.-Z.)

Schweiz.

Korrespondenzen verschiedener Wiener Blätter aus Zürich und Bern machen auf eine Wendung aufmerksam, welche nach und nach in der Stimmung der Schweiz gegen Frankreich einzutreten scheine. Bekanntlich war dieselbe seit der Annexion von

---

*) Die Hannover'sche Regierung hatte in einer vorher am Bundestage überreichten Druckschrift die Benennung „Staab" vorgeschlagen, worauf man jedoch nicht einging. (Anmerk. der Red.)

**) Dieser Zusatz und seine Entstehung zeigen wieder einmal recht deutlich, wie wenig der Verein in sich selbst geeinigt ist. Die Einen wollen durchaus keine Hülfe an Oesterreich, die Andern wollen sie unter gewissen Voraussetzungen, und schließlich, um doch etwas zusammen zu bringen, einigen sie sich über eine Bedingung, die so weit und unbestimmt ist, daß Jeder ihr beistimmen und Jeder, wenn's zum Handeln kommt, sich davon schieben kann. Das Letztere wird auch am Ende das Einzige seyn, was bei all den Reden des Nationalvereins herauskommt. Handeln, kräftiges Handeln, das ist's, was uns noth thut; dazu gelangen wir aber nicht mit gedrechselten Phrasen, die nicht kalt und nicht warm sind. Aber wo finden wir dann dies kräftige Handeln? Darauf müssen wir die Antwort noch schuldig bleiben; bis jetzt weiß der Vaterlandsfreund leider nur, wo er es nicht findet.

garn vorsichtig zu Werke gegangen, läßt man sich insbesondere nicht durch Demonstrationen zu Repressivmaßregeln hinreißen, und vermeidet man endlich, soweit nur irgend möglich, die Anwendung von Gewalt, so ist es noch immer denkbar, daß der Landtag am 2. April zusammenkomme, ohne daß vorher ein neuer Riß Ungarn noch mehr von dem übrigen Oesterreich entfremde. Allein nur allzu leicht kann diese Hoffnung vereitelt werden; schon sind in Ungarn die Gemüther viel zu sehr erhitzt, als daß nicht bei dem geringsten Anlaß ein Konflikt entstehen kann, dem die Regierung, weil provozirt, nicht mehr auszuweichen vermag."

Frankreich.

Paris, 25. Jan. Heute wurden vor dem Civil-Tribunal die Debatten im Prozesse der Madame Bonaparte **Patterson** gegen den Prinzen Napoleon, als Erben des Prinzen Jerome, eröffnet. Eine gewählte Versammlung hatte sich in dem Saale eingefunden, um dieser höchst interessanten Sitzung anzuwohnen. Benoist Champy präsidirte derselben. Herr Berryer, Advokat der Frau Bonaparte-Patterson, erhielt zunächst das Wort. Nachdem er in klarer Weise das Thatsächliche vorgeführt hatte, widmete er seiner Klientin folgende Worte: „Sie war jung und schön, als sich die Hand von ihr zurückzog, welche sie mit Vertrauen angenommen hatte. Sie suchte eine Zufluchtsstätte in dem väterlichen Hause, dem heiligen Asyl ihrer Verlassenheit und Erniedrigung. Sie wartete in Geduld und Demuth, und als sich die Gelegenheit darbot, sich Gerechtigkeit zu verschaffen, kam sie trotz ihres hohen Alters über das Meer, und nun steht sie vor Ihnen, um vor unabhängigen Richtern den Beweis zu führen, daß alle Gesetze der Welt das Band der Ehe als unauflöslich betrachten." Berryer bestritt hierauf die in der Histoire du Consulat et de l'Empire enthaltene Behauptung, der zufolge Madame Patterson als Entschädigung eine Pension angenommen habe. Hr. Thiers habe in einer Anmerkung gesagt, Prinz Napoleon habe ihm dies mitgetheilt. So etwas müsse dem zur Last fallen, der solches habe drucken lassen. Berryer führt noch Cambacérès an, der in seiner goldgestickten Uniform eines Erz-Kanzlers das rothe Kleid des Richters bewahrt und Napoleon I. freimüthig gesagt habe: „Sie thaten Unrecht, kein Urtheil fällen zu lassen." Schließlich rief Berryer noch die Unparteilichkeit der Richter an und beendigte sein Plaidoyer unter großer Erregung der Gemüther. Nach Berryer war das Wort an dem Staats-Anwalte. Berryer, der heute vier Stunden sprach, wird dem Staats-Anwalte erst in der nächsten Sitzung, in acht Tagen antworten.

Paris, 25. Jan. Die „Patrie" erklärt die Nachricht von der Zurückziehung der Franzosen aus Rom für falsch.

* Von **Marseille** schreibt man, daß die Militärverwaltung 65,000 Hektoliter Getraide auf diesem Platz ankaufen lasse.

Italien.

Rom, 22. Jan. Viele heftigere Tumulte, als die vorhergegangen, haben im Apollotheater stattgefunden. Die Aufführung des Trovatore ist untersagt worden. Cardinal Altieri hat mehrere Studenten, welche italienische Kokarden vertheilten, von der Universität weggewiesen.

Turin, 24. Jan. Kriegsminister Fanti reklamirt von der Republik **San Marino** mehrere Kisten mit Waffen, welche Garibaldi nach dem mißglückten römischen Feldzuge im Jahre 1849 daselbst deponirte.

Ein Brief, welchen der „Münchener Volksbote" aus Neapel erhielt, sagt: „Von Sympathien für die Piemontesen ist hier nicht die mindeste Rede, sie sind von allen Parteien scheel und mit unverkennbarem Haß angesehen. Die royalistischen Kundgebungen wiederholen sich alle Augenblicke auf den öffentlichen Plätzen und in den Straßen. Am 7. Januar Abends fand eine solche Demonstration sehr ernster Art in Santa Lucia, Chitamente, auf dem Vittoriaplatz und in der Riviera di Chiaja statt, wo überall der stürmische Ruf: „Es lebe Franz II.!" erhoben wurde. Am 8. Jan. durchzogen zahlreiche und starke Patrouillen der Nationalgarde die Stadt in allen Richtungen, weil man einen allgemeinen Aufstand fürchtete. Am folgenden Morgen fanden sich Massen von Plakaten an den Straßenecken zu Gunsten des Hauses Bourbon angeschlagen; die Bewegung und die Patrouillen dauerten auch an diesem Tage (9. Jan.) fort, und bei dem Manthamt kam's zu einem wirklichen Ausbruch und Zusammenstoß, wobei es viele Verwundete gab, von denen auch die (aus sardinisch Gesinnten bestehende) Nationalgarde ihren Theil zählte. Am 10. Jan. wurde eine starke Abtheilung Piemontesen, die zur Vornahme von Verhaftungen Beistand leisten sollte, vom Volk mit Steinwürfen empfangen. — In der Provinz Aquila stehen zwei der reichsten und angesehensten Gutsbesitzer an der Spitze von 2000 Bauern, die zu wiederholten Malen die Angriffe der Nationalgarde zurückgeworfen haben und sich in ihrer Stellung befestigen. In Sora, Terra di Lavoro, in Ordona, St. Severo, Capitanata sind die Bewegungen am allerentschiedensten, besonders am letztgenannten Ort, wo mehr als 2000 Einwohner, Männer und Frauen, bewaffnet mit Aexten, Beilen und ähnlichen Waffen über die Anhänger der „Einverleibung" herfielen und sie zur Flucht zwangen. Zu Pizzola müssen die Piemontesen unausgesetzt sich auf Scharmützel und Ueberfälle gefaßt halten; schon mehrmals ist auf den General Pinelli, der die berüchtigten Erschießungsbefehle erlassen hat, geschossen worden. In den Abruzzen und in der Porcilla ist den Einverleibern keine Hand breit Boden mehr übrig, dessen sie sich in Sicherheit als Meister betrachten könnten, und dieser Stand der Dinge dehnt sich immer mehr über das ganze umliegende Land aus. Während die Bevölkerungen des Königreichs Neapel auf so energische Weise gegen die Eindringlinge protestiren, geht's diesen auch mit der Einrichtung ihrer Regierung spottschlecht; die größte Unordnung heftet sich an jeden ihrer Schritte."

Türkei.

Französische Berichte aus **Beirut** vom 10. Jan. enthalten nichts Neues, als daß die Gerichte fortwährend in Thätigkeit sind. So wurde Said-Bey-Djomblat zur Vermögens-Konfiskation verurtheilt. Er hatte ein und eine halbe Million Francs jährlicher Einkünfte, die nun in die leere türkische Staatskasse geflossen sind. Seine achtzig prachtvollen Pferde zogen sich die türkischen Offiziere zu Gemüthe. Die franz. Berichte sind in einem gegen England äußerst feindlichen Ton geschrieben und behaupten, daß wenn auch die Engländer keine Truppen geschickt hätten, so wäre doch das Land mit britischen Agenten überfüllt, die mit den Türken auf dem besten Fuß stünden, und nur darauf bedacht wären, den Franzosen Hindernisse zu bereiten. Der Kaiser Napoleon hat folgenden eigenhändigen Brief an den Oberkommandanten geschrieben. „Lieber General! Wenngleich es dem Expeditions-Korps bisher noch an Gelegenheit gefehlt hat, sich durch Erfolge auszuzeichnen, und Ihnen, dasselbe zum Siege zu führen, so ist ihre Mission nichts desto weniger eine ehrenvolle. Eine ganze Bevölkerung gegen einen grausamen Fanatismus in Schutz nehmen, dieselbe durch die alleinige Gegenwart unserer Soldaten vor dem Unglück bewahren, das sie noch bedroht, ist, wie Sie ganz richtig bemerken, ein großes und nützliches Werk. Seyen Sie also, ich bitte Sie darum, der Verkündiger meiner Worte bei denen, die daran im Verein mit Ihnen würdigen Antheil nehmen, und sagen Sie ihnen, wie sehr ich ihre Ergebenheit schätze.... Napoleon."

Konstantinopel, 24. Jan. Die europäische Kommission zu Beyrut hat die über die angeklagten Drusen und Damascener gesprochenen Urtheile verworfen. Fuad Pascha berichtet darüber an die Pforte. (Tel. d. Fr. Pstz.)

Nichtpolitische Zeitung.

Karlsruhe, 21. Jan. Hier ist in der letzten Nacht eine Gasausströmung in dem Erdgeschoß eines Hauses erfolgt, welche leicht großes Unglück mit sich hätte führen können. Mehrere Bewohner desselben waren davon so betäubt, daß sie bis zum Nachmittag bewußtlos waren. Wie wir hören, haben sich dieselben in Folge ärztlicher Hülfe allmählig wieder so weit erholt, daß wenigstens keine Lebensgefahr mehr vorhanden ist.

* Man schreibt aus **Medeah** (Algerien), daß es in der Nacht vom 5. auf den 6. Januar anfing, zu schneien und bis zum 9. Januar Abends fortschneite, und zwar so stark, daß der Schnee über einen Meter (oder 3 Fuß) hoch lag. Mehrere Dächer sind unter dem Gewicht zusammengebrochen und die Getraidehalle, welche nicht weniger als 150,000 Frs. kostete, liegt ganz in Trümmern. Die ganze Gegend ist verschneit und die ältesten Muselmänner erinnern sich nicht einer solchen Schneemasse.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 28.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Montag, 28. Januar 1861.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 27. Jan. Se. Maj. der König hat den Ministerial-Assessor im k. Staatsministerium der Justiz, Dr. v. Langlois, zum Rath am obersten Gerichtshofe und für denselben den Bezirksgerichtsrath Th. Schuler zu Landau in der Pfalz zum Assessor im Justizministerium befördert. (Südd. Z.)

** München, 27. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Der Kammer der Reichsräthe ist von dem Komite des Vilsecker Eisenbahnvereins eine Druckschrift: „Ueber die Vermehrung der oberpfälzischen Eisenbahnen", eingereicht worden. Reichsrath Graf Maldeghem hat das Referat über den Gesetzentwurf, „die Zusammenlegung der Grundstücke betreffend", bereits vollendet, so daß derselbe im Laufe dieser Woche im Kammer-Ausschusse zur Berathung gelangen kann. Wie an die Kammer der Abgeordneten, so sind von vielen israelitischen Kultusgemeinden an Se. Majestät den König Vorstellungen in Betreff Vorlage eines Gesetz-Entwurfes über die Verhältnisse der Israeliten an die Kammer eingereicht worden.

Aus dem Alsenzthal (Pfalz), 25. Jan. Wegen Ruhestörung in der Kirche zu Altenbamberg aus Anlaß des Gesangbuches ist eine gerichtliche Untersuchung anhängig. In Rehborn sind schon sieben Beerdigungen ohne Begleitung des Geistlichen vorgekommen. (Pfälz. Z.)

Preußen. Berlin, 25. Januar. Wie die „Breslauer Ztg." hört, ist der Burschenschaft zu Berlin wegen ihrer an das kurhessische Volk und die aufgelöste zweite Kammer gerichteten Adresse von der akademischen Behörde eine Verwarnung ertheilt worden.

Posen, 25. Jan. Alle Nachrichten, die uns aus dem Königreich Polen von in der Regel gut unterrichteter Seite zugehen, stimmen darin überein, daß der Kaiser von Rußland den Monarchen von Oesterreich und Preußen die bestimmte Zusicherung gegeben habe, keine Erhebung der Polen, sey es in Galizien oder im Großherzogthum Posen oder im Königreich, aufkommen zu lassen, vielmehr bei den ersten revolutionären Zuckungen sofort mit ganzer Entschiedenheit vorgehen zu wollen. Für die Richtigkeit dieser Mittheilung spricht unter Anderem vorzugsweise die neuerdings ganz geräuschlos stattgehabte Ansammlung von Truppen im Königreich Polen. Die Polen blicken fortdauernd voll Vertrauen nach Paris und bauen fest darauf, daß Kaiser Napoleon Willens sey, Polen in seinen alten Grenzen wieder herzustellen. (Frankf. Postztg.)

* **Freie Städte.** Frankfurt, 26. Jan. (Pr.-Korresp.) Nachdem die nassauische Ständekammer die Regierung dringend ersucht hatte, den Vertrag mit dem Fürsten von Thurn und Taxis zu kündigen und die Post in eigene Regie zu übernehmen, bot der Fürst Taxis Alles auf, um diesem Schritte vorzubeugen. Die Regierung selbst ist wieder zur Fortsetzung des Vertrags geneigt; um aber auch den Ständen entgegenzutreten, hat nun der bekannte Staatsrath Linde im Sinne des Fürsten Taxis eine staatsrechtliche Broschüre geschrieben, welche die Unkündbarkeit des Vertrags darthun soll. Hier in Frankfurt sucht Fürst Taxis die Klagen des Publikums dadurch zu beseitigen, daß die Zahl der Briefträger vermehrt, im Westende der Stadt an den fünf Eisenbahnen ein beständiges Postbureau errichtet und wegen Einführung ambulanter Posten unterhandelt wird. Nur die wichtige Frage der Besserstellung der Beamten und Aufhebung der vielen provisorischen Anstellungen mit Tagegeldern, die oft zehn Jahre andauern, will noch nicht zur Erledigung gelangen.

§ **Oesterreich.** Wien, 25. Jan. (Priv.-Korrespondenz.) Das Gerücht, welches von der Einberufung einer Notablen-Versammlung sprach, die sich ausschließlich mit der Finanzfrage beschäftigen sollte, war nicht unbegründet. Ein solcher Vorschlag war wirklich gemacht worden, scheint jedoch bereits wieder ad acta gelegt worden zu seyn. Im Publikum war derselbe schon darum mit großem Mißtrauen aufgenommen worden, weil man wußte, daß er von einer Partei ausgegangen war, welche zu den entschiedensten Gegnern der freisinnigen Bestrebungen gehört. Dieselbe wollte dadurch die von allen Seiten verlangte Einberufung einer gewählten Reichsvertretung ersetzen. In dem Ministerrathe sprach sich der Staatsminister v. Schmerling ebenso wie der Finanzminister v. Plener sehr energisch gegen dieses Projekt aus, und Beide erklärten, ihre Entlassungsgesuche geben zu müssen, wenn dieses Projekt angenommen würde. Herr v. Schmerling benützte diese Gelegenheit, um zu Gunsten der schleunigen Zusammenberufung eines Reichstages und zwar auf Grundlage des Wahlgesetzes von 1848 zu sprechen, welcher die oktroyirte Verfassung vom 4. März 1849 zur Grundlage seiner Berathungen zu nehmen und dieselbe mit den jetzigen Verhältnissen in Einklang zu bringen hätte. Herr v. Plener unterstützte diesen Antrag, indem er auf das einstimmige Urtheil der Handelskammern hinwies, welche in der Berufung einer Reichsvertretung die einzige Abhülfe unserer Noth sehen. Dieser Antrag ist jedoch bis jetzt nicht angenommen worden; entscheidenden Orts scheint man nicht gewillt zu seyn, über das Diplom vom 20. Oktober hinauszugehen. Der Rücktritt des Grafen v. Rechberg wird wieder einmal für nahe bevorstehend gehalten.

Wien, 24. Jan. Der Fall, wo es sich als unerläßlich darstellen würde, den Belagerungszustand über Ungarn zu verhängen, ist in dem Ministerrath, welcher dem Erlaß des letzten kaiserl. Manifestes voraufging, ernstlich in's Auge gefaßt worden. Baron Vay sowohl als Graf Szecsen (Altkonservative) haben sich mit dem bis jetzt von der Regierung inne gehaltenen Weg vollständig einverstanden erklärt, aber ebenso offen ihren Entschluß zu erkennen gegeben, sobald der Belagerungszustand wirklich verfügt werden würde, ihre Aemter in die Hände des Kaisers zurückzugeben. (B. Börsen-Ztg.)

Wien, 24. Januar. (Wie es in Ungarn aussieht.) Der Führer der liberalen Partei in Ungarn, Franz Deak, hat sich bekanntlich in der Pesther Komitats-Kongregation, den Ueberstürzungen der Ultras gegenüber, dahin ausgesprochen, seine Landsleute hätten keine Wahl, als entweder die vorläufige Beibehaltung der jetzigen (österreichischen) Justizgesetze, oder die Anarchie. Dieser Aeußerung halber haben die „Patrioten" in Pesth beabsichtigt, dem Franz Deak — eine Katzenmusik zu bringen! Die Ausführung wurde mit Mühe hintertrieben. (N. Pr. Z.)

Wien. Die „Presse", wie die „Ostdeutsche Post" äußern sich sehr mißbilligend über die Antwort des Graner Komitats auf das kaiserl. Reskript; ersteres Blatt knüpft hieran noch weiter folgende Bemerkung über die Haltung der ungarischen Liberalen und Radikalen: „Die scharf oppositionelle Haltung tritt noch deutlicher in der Aufnahme hervor, welche das Einberufungsschreiben für den ungarischen Landtag findet. Die Regierung beruft den Landtag auf der Grundlage des vielbesprochenen 1848er Wahlgesetzes, und hat in demselben nur zwei Punkte modifizirt, indem sie die Verpflichtung des Wählers, der magyarischen Sprache mächtig zu seyn, aufgehoben und zum Sitz des Landtags nicht Pesth, sondern Ofen bestimmt hat. Aber diese kleine Modifikation genügt, weil sie den V. Gesetzartikel des Jahres 1848 antastet und eine Oktroyirung ist, in Ungarn sogleich die Streitfrage anzuregen, ob man der Einberufungsakte Folge leisten solle. Gleichwohl scheint, wie wir aus den ersten hierüber vorliegenden Nachrichten schließen können, eine Wahlenthaltung nicht beabsichtigt zu werden, sondern selbst die liberale Partei in Ungarn wird, nachdem wahrscheinlich einige Munizipien durch Proteste das Recht gewahrt haben werden, zum Landtage wählen. Vorher jedoch wird die Graner Adresse, deren Sprache eine sehr heftige ist, wohl in allen Komitaten das Signal zu einer Demonstration gegen das kaiserl. Reskript werden. Wird jetzt seitens der Regierungsorgane in Un-

Prag, 22. Jan. Der hiesige Gemeinderath hat eine Petition entworfen, in welcher die Verantwortlichkeit der Minister und die Einberufung einer allgemeinen Repräsentativversammlung des Reiches verlangt wird. (T. D.)

Pesth, 24. Jan. Aehnlich wie die Erklärung des Honther Komitats lauten die Erklärungen mehrerer anderer Komitate; sie wollen durchaus an den Gesetzen von 1848 festhalten und keine Verfügung anerkennen, die mit dieser in Widerspruch steht; in einigen Komitaten haben die Ausschüsse das kaiserliche Schreiben einstweilen einfach bei Seite gelegt und sich nicht veranlaßt gefunden, deßhalb eine Generalversammlung des Komitats zu berufen. Der Pesther Ausschuß hat außerdem einen in sehr starken Ausdrücken abgefaßten Protest hinsichtlich der Gendarmerie erlassen. Dem Obergespan Grafen Stephan Karolyi war von der Statthalterei die Weisung zugegangen, unverzüglich Sorge zu tragen, damit zur Aufnahme der auf allerhöchsten Befehl in den Hauptorten des Komitats, namentlich in Waitzen, Kecskemet und Kalocsa zu konzentrirenden Gendarmerie die erforderlichen Lokalitäten hergerichtet werden. Gleichzeitig wurde dem Obergespan die Mittheilung gemacht, daß diese konzentrirten Gendarmerie-Abtheilungen die Aufgabe haben, vorkommenden Falles dem Obergespan Unterstützung zu bieten. Der Komitatsausschuß erklärt nun, er erkenne die Statthalterei als „ungesetzlich“ eigentlich nicht an und lasse sich mit ihr nur ausnahmsweise in dienstlichen Verkehr ein. Dann heißt es, daß das Komitat selber die Ordnung aufrecht erhalten (?) und für die Unterkunft der „inkonstitutionellen“ kaiserl. Gensdarmen keine Sorge tragen werde. Gleichzeitig wird die im Gebiete des Komitats beabsichtigte Aufstellung der bewaffneten Macht als eine Verletzung der Gesetze bezeichnet und bis dahin, „daß die Bevölkerung des Komitats energischer (!) dagegen auftreten werde, feierlicher Protest eingelegt.“

Arad, 24. Jan. Der anfänglich beunruhigende Eindruck des königlichen Reskriptes hat hier ruhigem Nachdenken Platz gemacht. Zu der am 5. Februar abzuhaltenden General-Kongregation werden sämmtliche 679 Ausschußmitglieder des Komitats namentlich geladen. Der Hauptgegenstand der Verhandlung ist das königliche Reskript.

Kopenhagen. Der Korrespondenz Stern schreibt man von hier, daß in Folge dringender Schritte einer auswärtigen Macht Dänemark möglicherweise sich dem Richterspruch des deutschen Bundes in Betreff Holsteins und Lauenburgs unterwerfen dürfte, und zwar purement et simplement. Sollte dies nicht der Fall seyn, sollte die Okkupation zur Ausführung kommen, so würde, wie die Korrespondenz hinzufügt, ein gemischtes Bundesarmeekorps und das preußische 3. Armeekorps unten den Befehlen des Prinzen Friedrich Karl damit betraut werden.

Aus **Paris**, 23. Jan., wird der „N. Pr. Z.“ geschrieben: „Ich theilte Ihnen vor einigen Tagen mit, daß ein Plan, den Papst als souveränen Fürsten nach der Spanischen Insel Majorka zu diplomatisiren, im Werke sei. Heute lese ich in der Madrider Correspondenz des „Messager de Bayonne“ Folgendes: „Seit drei Tagen zirkulirt hier das Gerücht, daß ein Französischer Herr, welcher eine große Rolle bei der Annektirung Nizzas gespielt habe, um die öffentliche Meinung jener Provinz für die Annexation zu gewinnen, nach Madrid gekommen ist, wo er Conferenzen mit Leuten habe, die Neuerungen träumen, welche die Loyalität und den Stolz der Spanier verletzen. Diejenigen, welche von diesem mysteriösen Besuche sprechen, behaupten, daß jene Person über ansehnliche Geldsummen verfüge.“ Unwillkürlich erinnert diese Mittheilung an die Gerüchte von gewissen Intriguen in der Halbinsel, Intriguen, deren Zweck seyn soll, die Bourbonen auch aus Madrid zu entfernen, und die Halbinsel unter einen, nämlich den Portugiesischen, Hut zu bringen. Es ist aber auch möglich, daß jene mysteriöse Person den Auftrag hat, einflußreiche Männer in Madrid für das oben erwähnte Projekt, mit dem es ernst gemeint zu sein scheint, zu gewinnen.

Turin, 23. Jan. Ein Leitartikel der ministeriellen „Opinione“: „Programm der italienischen Politik“, beschwört die Kriegspartei, von der verderblichen Absicht, im Frühjahr um jeden Preis den Krieg gegen Oesterreich zu eröffnen, abzustehen. Von allen Seiten — sagt der Artikel — erschallen die Rufe zum Kriege und Beschuldigungen gegen das Ministerium. Man wolle es zwingen, entweder einen Kampf, den es verzögern möchte, einzugehen, oder das Steuer des Staates der äußersten Partei zu überlassen. Die italienische Revolution sey in ein Stadium getreten, in welchem nur die Energie der Staatsmänner und die Einsicht der Bürger höchst bedauerliche Uebergriffe hintanhalten können.

Mailand, 24. Jan. Die „Perseveranza“ berichtet: Das Hauptquartier des Generals de Sonnaz befindet sich in Sora, die bourbonischen Truppen, welche kürzlich aus dem Römischen in's Neapolitanische einfielen, haben sich auf päpstliches Gebiet zurückgezogen.

Konstantinopel, 19. Januar. Der griechische Patriarch hat die zum Katholizismus übergetretenen Bulgaren exkommunizirt. Die Archive der hiesigen neapolitanischen Gesandtschaft wurden dem spanischen Gesandten übergeben. (Tel. d. Allg. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	$74\frac{1}{8}$ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$58\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	47 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	40 P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$34\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$56\frac{1}{2}$ P. 86 G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	$102\frac{1}{2}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101\frac{3}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$101\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$99\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{3}{4}$ G.
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$103\frac{3}{8}$ P. 103 G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$93\frac{5}{8}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{7}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$94\frac{5}{8}$ G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	102 P. $101\frac{5}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$93\frac{1}{4}$ P. 93 G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$100\frac{3}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	98 P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$97\frac{1}{4}$ P.
„	3 pCt. Obl.	90 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$47\frac{1}{4}$ P.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt. „ „ „	$40\frac{5}{8}$ P.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$97\frac{3}{8}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$107\frac{1}{2}$ P. ex D.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	552 P. ex. D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	119 P. 118 G. ex D.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	168 P. 165 G. ex D.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	70 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$63\frac{1}{2}$ P. ex D.
Internationale Bank in Luxemb. . .	$77\frac{1}{4}$ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	330 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$66\frac{1}{4}$ P.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	218 P. 215 G.
„ Eliseb.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$117\frac{1}{2}$ P. 117 G.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$72\frac{1}{4}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$24\frac{1}{4}$ P.
Ludwigshofen-Bexbacher à 3 pCt. .	$125\frac{3}{4}$ P. ex D.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$95\frac{7}{8}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50\frac{3}{8}$ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	232 G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	480 P. 475 G. ex D.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	460 P. ex D.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$102\frac{7}{8}$ G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	$101\frac{1}{2}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{1}{4}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$95\frac{5}{8}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ G.
Hamb. Mk. 100 k. S.	$88\frac{1}{8}$ B.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
London Lst. 10 k. S.	$117\frac{1}{4}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	$92\frac{5}{8}$ B.
Paris Frs. 200 k. S.	$92\frac{3}{4}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$76\frac{1}{8}$ B. $75\frac{7}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	45 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$50\frac{1}{2}$ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$125\frac{1}{4}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$58\frac{3}{4}$ P.	„ fl. 25 do.	36 P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	85 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$35\frac{3}{4}$ P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	$116\frac{1}{2}$ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	$50\frac{1}{4}$ P.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$34\frac{1}{8}$ G.
Badische fl. 50	89 P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{5}{8}$ P.
Badische fl. 35	$53\frac{1}{8}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{3}{8}$ P.

Frankfurt, 26. Januar. Das fortwährende Steigen der fremden Valuta an der Wiener Börse übte einen ungünstigen Einfluß aus, und sowohl österr. National als Kreditaktien waren rückgängig. Preuß. und süddeutsche Fonds fest und preishaltend. Wiener in allen Sichten niedriger. (Synd.)

beklagenswerthe Folge des unseligen Gesangbuchsstreites, der alle religiösen Gefühle und Gedanken zu vernichten droht!

* **Freie Städte.** Frankfurt, 20. Jan. (Pr.-Korresp.) In letzter Zeit kamen mehrfache Desertionen von Soldaten unserer Bundesgarnison, welche sich Civilkleider zu verschaffen wußten, vor. Das Polizeiamt hat sich daher veranlaßt gesehen, an die Inhaber von Kleidermagazinen und an die Kleiderhändler ein Circular zu erlassen, worin dieselben aufgefordert werden, an Militärpersonen bis zum Unteroffizier keine Civilkleider zu verkaufen.

* Frankfurt, 25. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Der sardinische General Lamarmora, in Begleitung mehrerer Adjutanten, ist auf der Reise nach Berlin heute hier durchgekommen.

Oesterreich. Aus Wien, 21. Jan., schreibt man der „D. A. Z.": „Es war vorauszusehen, daß die Regierung erst die nöthigsten Streitkräfte in Ungarn konzentriren wollte, ehe sie sich entschlösse, dort einzuschreiten, und war darum auch die Börse von den heute aus Pesth bekannt gewordenen Nachrichten nicht überrascht, weil man aus den fortwährenden Tuppenmärschen auf eine derartige Machtentwicklung schloß. Indessen hängt natürlich viel davon ab, ob sich die Ungarn den Anordnungen des kaiserlichen Reskripts fügen werden und ob es mit den Maßregeln der Strenge überhaupt nicht schon zu spät ist. Letzterer Umstand ist insofern in Berücksichtigung zu ziehen, als die Aufregung in Ungarn bereits einen hohen Grad erreicht, der sicherlich durch die Fassung des kaiserlichen Reskripts noch vermehrt werden wird. Dieses Aktenstück selbst erregt bei aufmerksamer Lektüre zwar die ernstesten Befürchtungen und ist man fast versucht, an das Gespenst der Reaktion zu glauben; doch haben die neuesten Vorgänge in Ungarn die kaiserliche Regierung im Hinblick auf die daraus erwachsende Gefahr wohl zu dem Schritte genöthigt. Hoffen wir auch, daß Männer wie Hr. v. Schmerling und Baron Vay ihre Namen nicht durch Maßregeln kompromittiren werden, in denen sie eine Gefahr für die Freiheit erblicken würden." *)

Frankreich.

In Paris glaubt man, daß, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten oder herbeigeführt werden, der Friede erhalten wird. In ganz Frankreich nimmt die Friedenspartei an Zahl zu und das Interesse an den eignen innern Angelegenheiten.

– Aus Paris, 24. Jan., schreibt man: „Die Anzeichen, daß die franz. Garnison in kurzer Zeit Rom verlassen werde, mehren sich, und wird diese Nachricht heute auch von belgischen Blättern bestätigt (wie oft schon?). Je nach dem Standpunkte der Parteien fürchtet und hofft man in Rom die Ausführung dieses Entschlusses der franz. Regierung.

* Das „Pays" glaubt zu wissen, daß die Pforte der österr. Regierung erklärt habe, sie werde sich mit allen ihr nur zu Gebote stehenden Mitteln der revolutionären Propaganda ungarischer und polnischer Flüchtlinge in den Donaufürstenthümern widersetzen.

Italien.

Man schreibt der „Pr. Ztg." aus Paris, 20. Januar: „Sicheren Nachrichten aus Italien zufolge ist der Prinz von Carignan in Neapel sehr kalt aufgenommen worden. Graf Cavours Organe in Italien und Frankreich suchen diese Thatsachen durch allerlei Phrasen zu bemänteln, aber sie ist so wahr, daß auch das lange Manifest des Prinzen im Volke nur Achselzucken erregt hat. Gleichzeitig schreibt man, daß die Abreise des Königs von Neapel bereits in der Befürchtung geschehen sey, es könnten unzweideutige feindliche Manifestationen gegen seine Person zu Stande kommen. Die Muratistische Partei hat das Interregnum stark zur Ausbreitung ihres Einflusses benutzt, und dies ist ihr gelungen. Sie sorgt jetzt dafür, daß vom Königreich beider Sicilien aus ein zersetzendes Element in das Parlament komme, das dem Grafen Cavour die größten Schwierigkeiten bereiten wird. Auch ist hier die Darstellung eines merkwürdigen Gespräches zwischen dem Könige und Cavour über die Möglichkeit der italienischen Einheit im Umlauf, aus welchem ich nur den Punkt hervorheben will, daß der Minister dem König erklärt hat, er glaube, daß Piemont zu viel auf einmal unternommen habe."

---

*) Es ist bezeichnend für die Stimmung in Wien, daß, wo die Regierung einmal Ernst zeigt und ihren Worten Nachdruck geben will, gleich die Furcht vor der Reaktion kommt. Die Leute wissen gar keinen Unterschied mehr zwischen einer starken und einer Willkür-Regierung zu machen. Daran ist freilich die österreichische Regierung selbst am meisten Schuld, da sie durch lange Jahre hindurch ihre Stärke nur in die Willkür gesetzt hat. Hoffen wir, daß sie endlich einmal lernt, kräftig zu handeln, ohne zugleich die Rechte des Volks in den Staub zu treten. Versteht sie das nicht, dann ist sie verloren.

Nach einer Pariser Korrespondenz aus Neapel besteht die Besatzung Gaeta's aus folgenden Truppen: 4000 Artilleristen, einschließlich der Marine-Artillerie, 600 Schweizer-Veteranen (ein Bataillon), 400 Mann fremder Truppen, 300 Mann von verschiedenen Korps und den Generalstab herrührend, 700 Mann des Garde-Tirailleur-Bataillons, sodann ungefähr 8000 Mann, welche die Guide-Kompagnien bilden, und 500 Mann reitenden Jägern.

Asien.

* Die Pariser „Presse" theilt folgende Nachschrift eines Briefes aus Beyrut vom 14. Jan. mit: „Ich erfahre soeben noch aus sicherer Quelle, daß die Bewohner zweier christlichen Ortschaften in der Nähe von Damaskus von den in den Horan geflüchteten Drusen ermordet und beraubt worden sind."

Nichtpolitische Zeitung.

München, 23. Jan. Mit dem Bestreben, der immer fühlbareren Wohnungsnoth hier ein Ende zu machen, hängt ein Projekt des Frhrn. Karl v. Eichthal zusammen, das, schon seit vielen Jahren entstanden, nun in umfassendster Weise zur Ausführung gelangen soll. Schon König Ludwig hat zwei neuen Straßen, welche den großen, von Kanälen durchschnittenen Anger zwischen der Frauenhofer und der Rumfordstraße durchziehen sollten, die Namen Klenze- und Corneliusstraße gegeben, indeß gelangten diese nie zur Ausführung, während nunmehr alle Aussicht dazu vorhanden ist. Frhr. v. Eichthal gedenkt sowohl die Utzschneiderstraße fortsetzen, als zwei ganz neue Straßen jenen Anger der ganzen Länge und Breite nach durchziehen zu lassen, und zwar so, daß diese drei Straßen im Kreuzungspunkt einen großen freien Platz von breitrunder Form bilden, ihrer ganzen Anlage nach den Verkehr zwischen der Altstadt und den Vorstädten wesentlich erleichtern und dem Isar-Ufer an der südöstlichen Seite der Stadt eine eben so belebte Gestalt geben werden, als dieß an der nordöstlichen Seite durch die Maximiliansstraße geschieht. Es sollen so gesunde und billige Wohnungen in freundlichster Lage und nächster Nähe des Centrums der Stadt gewonnen werden. Mit Frhrn. v. Eichthal übernimmt der gleichfalls als Grundbesitzer betheiligte Kaufmann Benedict den Bau dieser Straßen fast in allen Kosten, so daß der Gemeinde selbst nur ein verhältnißmäßig sehr kleiner Theil derselben übrig bleibt. Daß dieses großartige Unternehmen die Genehmignng erhalten werde, ist kaum zu bezweifeln. Dann aber dürfte alsbald auch mit der Ausführung begonnen werden. (Allg. Ztg.)

München. Die „N. Münch. Ztg." schreibt: „Der von den Obscuranten der Universität projektirte Ball wird in der vorletzten Karnevalswoche im k. Odeon gegeben. Derselbe wird sich sowohl durch die Auswahl seiner Gäste, als auch durch die Art und Weise seiner Arrangirung auszeichnen. Zugleich erwähnen wir bei dieser Gelegenheit des akademischen Gesangvereins, der bereits eine beträchtliche Anzahl von Mitgliedern (79) aus den Nichtkorpsstudenten zählt, und dessen Wirksamkeit eine öffentliche zu werden verspricht. Ueberhaupt ist jetzt unter den Obscuranten der Gemeinsinn lebendiger denn je, der insbesondere dahin strebt, die Schranken verjährter Exclusivität zu durchbrechen und dem Studententhum in vielen Beziehungen zu erhöhtem Ansehen zu verhelfen."

Neueste Nachrichten.

Wien, 23. Jan. Die Eintreibung der rückständigen Steuern hat in Ungarn bereits begonnen, und nimmt dem Vernehmen nach ohne Anwendung der gedrohten Gewaltmittel ihren Fortgang. Vorgestern hatte der neue Bürgermeister Rottenbiller von Pesth eine Audienz beim Finanzminister, und soll letzterem beruhigende Versicherungen gegeben haben, was um so mehr zu beachten ist, als Herr Rottenbiller zu der vorgeschrittenen Partei gehört, welche die Jahreszahl 1848 auf ihrem Banner trägt. Zur günstigeren Stimmung mag auch die kaiserl. Verordnung wegen Einberufung des Landtages auf den 2. April, auf Grundlage des nur gering modifizirten Wahlgesetzes von 1848, beitragen. (Nürnb. Korresp.)

Wien, 24. Jan. Erzherzog Max und Erzherzogin Charlotte werden sich, dem Vernehmen nach, im nächsten Monat zu der Kaiserin nach Madeira begeben. Die Kaiserin soll, des paradiesischen Aufenthalts ungeachtet, sehr an Heimweh leiden; oft breche sie in Thränen aus. — Graf Ladislaus Teleki ist vorgestern nach Pesth abgereist.

Freiheit würde in ihrem Grundwesen erschüttert werden. Der Aufruhr in Schleswig wurde durch die Schlacht auf Idstedt's Haide zerschmettert: aber wir verstanden es nicht, oder vermochten es nicht, den Sieg genügend zu benutzen. In der Wirklichkeit erlangten wir wenig mehr, als daß die dänische Sprache in Südjütland nach Mißhandlung und Unterdrückung von Jahrhunderten zum Theil ihr Recht in Schule und Kirche, vor Gericht und in öffentlichen Verhältnissen wieder erlangte. Und obgleich die in 1850 und 1851 von Sr. Majestät Regierungskommission getroffenen, später in Schleswigs Verfassung vom 15. Februar 1854 aufgenommenen Sprachbestimmungen der dänischen Sprache keineswegs ihr volles gebührendes Recht in allen Punkten gewahrt haben, vielmehr eher das Deutsche begünstigten, so ist doch von Deutschland her — besonders von Preußen — häufig Klage geführt, welche Widerklang hier bei uns gefunden. Sr. Majestät verantwortliche Rathgeber haben sich sogar veranlaßt gesehen, sich hinsichtlich rein innerer dänischer Anliegen Forderungen des Auslandes zu fügen. Sie haben dem Auslande nicht allein Anerbieten hinsichtlich Veränderungen in dem durch Patent vom 6. Nov. 1858 auf das Reich Dänemark beschränkten Verfassungsgesetz vom 2. Okt. 1855 gemacht, sondern haben unter gewissen Voraussetzungen Veränderungen in der Gesetzgebung Schleswigs zu Gunsten Deutschlands verheißen. Es ist aber eine Erniedrigung, es ist eine Unmöglichkeit für einen Staat, der wirklich als selbständig und unabhängig bestehen will, sich fremder Einmischung in seine inneren Angelegenheiten darzubieten oder zu unterwerfen. Dänemarks Reich, welches unser eventueller Thronfolger in seinem Konsens- und Versicherungsbriefe vom 13. Juli 1851 acceptirt hat als bestehend aus den dänischen Inseln, Nordjütland und Schleswig mit den Beilanden und Kolonien, und welches er für sich, Erben und Nachkommen sich verpflichtet hat, bei Verlust jedes Rechts oder Titels auf das Reich Dänemark und der dänischen Krone oder der dänischen Könige besondern Besitzthümer zu regieren und zu vertheidigen als ein untheilbares, unzertrennliches und selbständiges Reich nach der für das dänische Reich geltenden Verfassung. Dieses dänische Reich will und darf sich nicht — wie es mit Holstein und Lauenburg der Fall ist — dem Auslande unterwerfen. An der Aufrechthaltung des Dänenthums in Schleswig zu rütteln, ist außerordentlich gefährlich, weil jeder solcher Schritt dazu dienen würde, diesen Landestheil ferner von uns loszureißen und weil darnach weitergreifende Uebergriffe hinsichtlich der Selbständigkeit, Freiheit und Nationalität der übrigen Lande und unser Grundgesetz nicht ausbleiben werden. Die Vaterlandsfreunde, welche diese unsere Ansichten theilen und welche mit uns erkennen, daß unser Grenzland und damit unsere Selbständigkeit, Freiheit und Nationalität wieder mit naher Gefahr bedroht, welcher man nur durch die gesammelte Macht eines bei Zeiten gewarnten Volkes widerstehen kann, fordern wir somit auf, sich uns in einem weiter auszubildenden Vereine anzuschließen, dessen im Voraus gegebener Grundzweck seyn soll, mit äußersten Kräften und allen erlaubten und gesetzlichen Mitteln: 1) Widerstand, wie gegen jeden Versuch des Auslandes in Dänemarks innere Angelegenheiten schalten zu lassen, anzuregen, so auch 2) gegen jedes Aufgeben des Dänenthums in Schleswig. Dagegen Hinwirkung für Einführung einer mit dem dänischen Grundgesetz vom 5. Juni 1849 stimmenden Freiheit in gedachtem Landestheil."

*

Ueber das Programm des Dannewirke-Vereins wird der „Südd. Ztg." aus Holstein geschrieben: „Die ersten Unterzeichner desselben sind mehr oder weniger zu der Klasse derer zu zählen, welche man politische Abenteurer nennen muß, Leute, deren Beruf zur hohen Politik mehr als zweifelhaft erscheint. Das gilt auch namentlich vom Baron v. Blixen-Finecke, einem notorisch grundsatzlosen Manne, der schon in verschiedenen politischen Schattirungen sich bewegt hat. Jedenfalls ist sein Eifer für das Dänenthum bis zur Eider ziemlich neu; wahrscheinlich will er sich wieder zum Minister möglich machen. Unter dem Namen „Dannewirke-Verein" will er ein Netz von politischen Klubs über das ganze Land verbreiten, die hinsichtlich ihrer Organisation, ihrer Zwecke und Mittel sehr stark an die Jakobiner-Klubs erinnern. Blixen-Finecke hatte hierbei offenbar den Zweck, aus der Agitation politisches Kapital gegen das Ministerium zu münzen. Aus der Sprache des Programms werden deutsche Leser mit Erstaunen erfahren, daß man in Kopenhagen dem Dänenthum in Schleswig noch lange nicht genug gethan zu haben glaubt, und daß die mit Deutschland bei der Uebergabe der Herzogthümer (1851) geschlossenen Verträge, so wenig sie auch dem Danismus im Wege gestanden haben, auch abgeschüttelt werden sollen. Die Ausdehnung des dänischen Grundgesetzes auf Schleswig, wie sie weiter gefordert wird, heißt zunächst nur Inkorporation des Herzogthums in Dänemark, da angesichts der militärischen Bewegungen man sich darauf verlassen kann, daß die wirklichen darin gewährten Freiheiten unter irgend einer Art Belagerungszustand begraben werden. Zudem bleibt es mehr als fraglich, ob man die Stände des Herzogthums in jenem Falle für sich oder vereint mit den dänischen Abgeordneten in Kopenhagen versammeln wird; im letztern Falle wird natürlich die dänische Majorität die Ansichten der deutschen Abgeordneten einfach ersticken. Am interessantesten in diesem Aktenstücke ist die Ausplauderung eines bisher streng bewahrten Geheimnisses, daß nämlich der durch das Londoner Protokoll (v. 1852) designirte Thronfolger (Prinz Christian) für Anerkennung der ihm gewährten Ansprüche bestimmte Verpflichtungen zu Gunsten der dänischen Forderungen auf die Herzogthümer hat eingehen müssen, widrigenfalls er und seine Nachkommen ihre Thronfolge verlieren. Dänemark selber hat also an das Londoner Protokoll weitere Bedingungen geknüpft, und es ist gewiß zu beachten, daß mit jedem anderweitig beseitigten Anspruche die Rechte des russischen Kaiserhauses näher rücken."

*

Kopenhagen, 15. Jan. Wie der „N. Fr. Z." geschrieben wird, hat der „Dannewirke-Verein" sofort nach seiner Konstituirung den Beschluß gefaßt, Orla Lehmann und einige andere politische Notabilitäten, die als „stockministeriell" bezeichnet wurden, auszuschließen. Orla Lehmann ist nämlich den jetzigen Bewegungsmännern schon nicht mehr national genug, denn er sieht erst in der Ueberschreitung der Eider durch deutsche Truppen einen casus belli und das gilt den jetzigen Bewegungsmännern nicht mehr für patriotisch genug. Wir haben hier nämlich im Augenblicke zwei Kriegsparteien: die eine, repräsentirt von „Dagbladet" und „Flyveposten", kann man am besten als die „Gesammtstaatliche" bezeichnen; sie will, daß man den deutschen Bund auch in Holstein nicht gewähren lasse, sondern der Exekution sofort Gewalt entgegensetze, und somit den Krieg schon an der Elbe beginne; die andere will unter allen Umständen am Eiderdänenthum festhalten und daher dem Bunde seine Autorität über Holstein nicht mit Gewalt der Waffen streitig machen, sondern nur für „das gute Recht Dänemarks" erst nach Ueberschreitung der Eider durch deutsche Truppen den Krieg beginnen. Der Bannerträger dieser Partei ist Orla Lehmann, ihr Organ das „Fädrelandet". Am Sonntag wurde, wie hier seit einigen Jahren üblich, im Studentenverein das sog. „nordische Hochfest" gefeiert; Ploug, der Redakteur vom „Fädrelandet", präsidirte. In einem Festgedichte von Ploug „for Danmark", das von den Anwesenden gesungen wurde, heißt es u. A.: daß Dänemark sich nicht den „wendischen Schweinen" (Preußen) vorwerfen lassen wolle."

Deutscher Bund.

ð Frankfurt, 25. Januar. (Privat-Korrespondenz.) In der gestrigen Bundestagssitzung wurde einem in Noth befindlichen vormals schleswig-holsteinischen Offiziere eine Unterstützung abgeschlagen; dem Flottenversteigerer Hannibal Fischer aber eine Pension von 300 Thlrn. beantragt.

Wir hören aus Darmstadt, daß der Plan, die Position vor Mainz durch ein verschanztes Lager zu verstärken, von der hess. Regierung wieder aufgenommen und daß es die Absicht ist, nachdem man sich dazu vor allen Dingen der Zustimmung Preußens versichert, dessen Vertheidigungslinie in Mainz einen unerläßlichen Stützpunkt findet, die Angelegenheit am Bunde in dringender Weise anzuregen.

** **Bayern.** München, 25. Januar. (Privat-Korresp.) Der Herzog von Modena ist gestern Nachts hier eingetroffen und wird mit seiner bereits anwesenden Gemahlin einige Wochen am Hofe seines königl. Schwiegervaters verweilen.

Der „Pfälz. Ztg." wird aus dem Neustädter Thal (Pfalz) vom 20. Jan. Nachstehendes berichtet: Gestern sah ich in Neustadt einen sehr großen Leichenzug, aber es war kein Geistlicher, kein Lehrer, keine Schuljugend sichtbar, und das gewöhnliche schöne Grabgeläute der protestantischen Gemeinde war verstummt. Nichts erinnerte an ein christliches Begräbniß; ein trauriger Anblick für einen Christen und Freund der frommen Sitte, am Grabe eines Mitbruders einige Worte des Trostes, der Erhebung und der Stärkung für einen evangelischen Wandel und für den Kampf mit den Uebeln des Lebens zu vernehmen, und die Ruhestätte des Entschlafenen mit frommen Gebeten und Wünschen einzusegnen. —

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 27.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Sonntag, 27. Januar 1861.

Zum deutsch-dänischen Streit.

In Beziehung auf die früheren Verhandlungen mit England wegen der schleswig-holstein'schen Angelegenheit wird den „Hamb. Nachr." Folgendes gemeldet: „Schon in Koblenz war Lord John Russell von Herrn v. Schleinitz darauf aufmerksam gemacht worden, daß, wenn Dänemark nicht nachgebe, die Bundesexekution erwartet werden müsse. Auch die schleswig'sche Frage ward, wenn auch getrennt, behandelt. Bald darauf übermittelte Lord John Russell die dänischen Vorschläge in einem besonderen Memorandum. Die Holsteiner sollten jährlich eine Aversionalsumme von 850,000 Thaler zahlen, deren Bewilligung und Kontrole den holsteinischen Ständen nicht zustehen würde. (Immer wieder das alte Manöver, den Holsteinern ihr Steuerbewilligungsrecht irgendwie aus den Händen zu winden.) Da nun diese Summe nach der Durchschnittsberechnung der letzten Jahre, welche bedeutende Ausgaben veranlaßt hatten, bemessen war, so ergibt sich, daß die Bewilligung und Kontrole der Stände auf nichts reduzirt war. Auch für Schleswig sollte etwas geschehen, wie seitdem in den bekannten Kopenhagener Erlassen zu Tage getreten ist. Die motivirte ablehnende Antwort des Hrn. v. Schleinitz ist bekannt; sie datirte vom 8. November. Russell's Erwiderung vom 8. Dezbr. haben die Zeitungen veröffentlicht. Die englische Depesche enthielt eine theoretische Anerkennung der dänischen Ehrenobliegenheiten (keine streng rechtlichen Verpflichtungen) in Bezug auf Schleswig. Die Korrespondenz schloß mit einer preuß. Antwort vom Ende Dezember, die mit Vergnügen konstatirte, daß England nicht den dänischen Gesichtspunkt theile und die Verpflichtungen Dänemarks wegen Schleswigs anerkenne, die übrigens mehr wären als Ehrenverbindlichkeiten. Seitdem ist Preußen über Englands etwaige weitere Intentionen vollkommen im Unklaren gelassen, und von einer englischen Parteinahme zu Gunsten Deutschlands kann in Wahrheit nicht gesprochen werden. Die kümmerlichen Zugeständnisse, zu welchen sich Dänemark, England gegenüber, in Bezug auf Schleswig bereit erklärte, waren nach der „Bank- u. H.-Ztg." in einer dem englischen Gesandten in Kopenhagen übermittelten Verbalnote formulirt. Diese Note soll folgende Stelle enthalten haben: „Je mehr Beweise ihres versöhnlichen Geistes die dänische Regierung dadurch gegeben, daß sie, um dem Verlangen der Bundesversammlung zu genügen, in Bezug auf Holstein übergroße Lasten auf sich nahm, desto mehr ist sie zu erwarten berechtigt, daß Deutschland sich jeder Einmischung in die Verwaltung Schleswigs enthalte; eine solche Einmischung würde jede Verhandlung unmöglich machen. Es ist das die conditio sine qua non, von welcher nothwendig jedes Eingehen der dänischen Regierung auf die Forderungen Deutschlands in Bezug auf Holstein abhängt." Es ergibt sich ferner aus der jüngsten vom 29. v. Mts. datirten preußischen Depesche, daß die Voraussetzung, als habe die preußische Regierung der englischen nicht in einem so freundlichen Tone geantwortet, als letztere hätte erwarten können, unbegründet ist. Vielmehr wird der Ansicht Lord Russells alle mögliche Anerkennung gezollt und die Hauptdifferenz nur leise betont, daß nämlich für Dänemark nicht eine Gesammtvertretung in Kopenhagen, sondern eine föderative Staatsform die angemessenste seyn würde, welche die Autonomien Schleswigs wie Holsteins zur Geltung zu bringen hätte. — Aus den Berichten aus Kopenhagen ergibt sich übrigens, daß die strikten Eiderdänen (die blos Schleswig zum dänischen Gesammtstaat beiziehen, Holstein dagegen selbständig lassen wollen) bereit sein würden, Holstein fallen zu lassen und auch der dortigen Bundesexekution kein wesentliches Hinderniß entgegenzusetzen. Dagegen würde in diesem Falle Schleswig mit dänischen Truppen überschwemmt und die Danisirung dort gründlicher als je in Angriff genommen werden. Es fragt sich nun, ob die preußische Politik für diese höchst nahe liegende Eventualität einen klaren Plan entworfen hat, zumal wenn die Dänen die Offensive abwarteten. Was die Vermittlungsbestrebungen Englands, Frankreichs und Rußlands betrifft, von denen man aus Paris berichtet, so würden dieselben in Beziehung auf Holstein gar kein Feld finden können, da diese Angelegenheit eine innere deutsche ist. Sollten sie besonders Schleswig im Auge haben, so ist dieser Theil der Frage jetzt am wenigsten zu einem definitiven gütlichen Austrag geeignet, und es wäre der bestehende provisorische Zustand, so kläglich er ist, einem solchen jedenfalls vorzuziehen."

*

Aus Flensburg, 22. Jan., schreibt man der „D. A. Z.": „Die beiden Erlasse für das Herzogthum Schleswig vom 9. Jan., betreffend die Confirmation und die Erlaubniß, den Kindern privatim durch Hauslehrer Unterricht ertheilen zu lassen, erscheinen, je genauer man den Inhalt derselben betrachtet, um so mehr lediglich darauf berechnet, Unkundige zu täuschen, resp. ihnen den Glauben beizubringen, daß die deutsche Bevölkerung die Hoffnung auf eine Befreiung von dem widerrechtlichen Drucke, der gegenwärtig auf ihr lastet, oder zum mindesten auf eine Erleichterung desselben noch nicht aufzugeben brauche. In der That bedarf es hinsichtlich der Confirmation nur einer Hinweisung auf das bestehende Verfassungsgesetz, wonach betreffs der „gottesdienstlichen Handlungen" überhaupt völlig freie Wahl der Sprache verbürgt worden ist, um selbst dem Kurzsichtigsten begreiflich zu machen, daß es eine dreiste Mystifikation ist, wenn man die in dem Patent vom 9. Jan. angeordnete Trennung der Confirmandenprüfung von der Confirmation selbst und die Bestimmung, daß nur für die letztere die freie Wahl der Sprache zugestanden sein soll, als ein Zugeständniß ausgibt. Denn das Patent, weit entfernt, eine Concession im Sinne der nationalen Gleichberechtigung zu enthalten, bestätigt vielmehr geradezu die Beraubung eines bereits verfassungsmäßigen Rechts. Was das Recht zur Haltung von Hauslehrern betrifft, so hat dasselbe gesetzlich auch bisher immer bestanden, nur haben die dänischen Kirchen- und Schulvisitatoren dieses Recht durch die empörendsten Chikanen illusorisch zu machen gewußt, und darum ist ihnen durch das Patent vom 9. Jan. Recht und Befugniß nicht nur nicht genommen, sondern im Gegentheil ausdrücklich von Regierungs wegen verliehen worden. Und diese Bestimmungen hat man die Unverschämtheit gehabt, dem englischen Kabinet nicht blos als einen Beweis, daß die dänische Regierung bereit sei, die wohlbegründeten Ansprüche der deutschen Bevölkerung auf nationale Gleichberechtigung endlich in Erfüllung gehen zu lassen, sondern sogar als ein so werthvolles Zugeständniß darzustellen, daß Lord J. Russel darauf hin eine Preisgebung der Rechte und Interessen Holsteins bei Preußen und dem Deutschen Bunde befürworten könne!"

*

In Kopenhagen wetteifern die nationale (ministerielle) Partei und die der oppositionellen Bauernfreunde mit einander in Manifestationen zu Gunsten der Inkorporirung Schleswigs in Dänemark. Gehen doch die Bauernfreunde in Kopenhagen unter Führung der Exminister Baron Blixen-Finecke und Borgen und des Prokurators Balthasar Christensen so weit, eine Adresse zirkuliren zu lassen, in welcher die Regierung aufgefordert wird, die beiden den Schleswigern gemachten winzigen Konzessionen in Betreff der Konfirmation und der Hauslehrer wieder zurückzunehmen. Die genannten Herren haben im Verein mit Anderen einen Dannewirke-Verein gestiftet, dessen Programm folgendermaßen lautet: „Der schleswig-holsteinische Aufruhr von 1848 hatte zum Zwecke, Schleswig von Dänemark loszureißen und dies uralte Kronland mit Holstein und Lauenburg unter Deutschland zu bringen. War dies erreicht, so mußte der Rest des dänischen Reichs leicht und natürlich gleichfalls der deutschen Bundeshoheit unterzogen und ein Vasall, höchstens ein Admiralstaat unter Deutschland werden. Unsere nordische Nationalität, unsere grundgesetzliche

aussaugten mit unerschwinglichen Abgaben, und nicht bloß mit diesen, und uns arm machten — denn wir sind arm geworden, — wie man uns zwang, die Justiz zu kaufen, welche zahllose Male wegen ihrer Kostspieligkeit gar nicht in Anspruch genommen werden konnte, und bei welcher der Umstand, daß man Magyar war, genügte, um Unrecht zu erhalten, — wie ihre Organe zur Nachtzeit in die friedliche Wohnung des Bürgers drangen, und ihn unter dem Wehklagen seiner Kinder in Eisen schlugen und in fremde Gegenden schleppten, um dort Opfer soldatischer Barbarei zu werden."

„Himmelschreiendes hat die gehöhnte Nation ertragen; deshalb wird die Weisheit Ew. Majestät sie nicht verurtheilen, wenn sie jetzt nach so viel Unglück, Unterdrückung und Leid, voll Trauer im Rückblick auf die Vergangenheit und fast ohne Hoffnung für die Zukunft, wenn auch einigermaßen erlöst von ihren Ketten, in der Finsterniß — denn noch herrscht es nicht, das Licht — in geräuschvoller Weise aufgetreten ist. Mögen Ew. Majestät sprechen, wie einst der Schöpfer sprach: Es werde Licht! und es wird Licht und Leben werden. Mögen Ew. Majestät sagen: Volk, deine Wünsche sollen erfüllt, die Gesetze von 1848 hergestellt, allen Verurtheilten die Erlaubniß der Rückkehr ertheilt werden, damit so manche unserer Mitbürger nach zahllosen Leiden wieder das Brod des Vaterlandes essen können, nachdem sie das bittere Brod der Verbannung gegessen haben; sage dies Ew. Majestät geradezu ohne Vorbehalt und mit Vermeidung aller halben Maßregeln, und die strahlende Sonne wird die Versöhnung zwischen Volk und Fürsten scheinen."

„Tausendjährig ist die ungarische Verfassung, mit tausendjährigem Kampfe hielt sie der Ungar aufrecht — der ewige Kampf hat sein Vertrauen untergraben, die lange Geschichte der Rechtsbrüche ihn mißtrauisch gemacht. Der Erguß unseres Herzens, welcher sich in ehrfurchtsvolle Worte kleidet, wird Ew. Majestät königliche Würde nicht verletzen. Dies ist ein offenes Wort, das Wort des Kindes zum gnädigen Vater: — das Diplom vom 20. Oktober, welches mit Berufung auf die pragmatische Sanktion die Verfassung herstellt, widerstreitet eben dieser, denn, indem es ein zweiseitig verpflichtender Vertrag ist, bindet es Ew. Majestät eben so sehr zur Aufrechthaltung der alten und verfassungsmäßigen Rechte des Volkes, seiner Freiheit und Unabhängigkeit, als es die ungarische Nation verpflichtet zur Treue gegen Ew. Majestät und Anerkennung ihres Erbrechts. Das allerh. Diplom beeinträchtigt ein wesentliches Recht der Nation, zu dessen Aufrechterhaltung der Eid Karls III., des Ahnherrn Ew. Majestät, auch seine Nachkommen verpflichtete. Ew. Majestät befiehlt die Eintreibung von Steuern; aber eben in der pragmatischen Sanktion wurzelt die Bestimmung, daß hiezu nur der Landtag berechtigt ist. Ew. Majestät! Lang ist die Geschichte der Eintreibung der Steuern ohne Vermittlung des Landtags und mit bewaffneter Macht, ihre letzte Wendung die, daß Ew. Majestät ruhmreicher Großvater König Franz I. der Nation zurief: „Doluit paterno cordi nostro."

„Allein Ew. Majestät bedarf des Geldes zur Aufrechthaltung des Staates. Wie sollen wir uns ausdrücken, damit Ew. Majestät erkennen möge, daß der gute Wille aus uns spricht. Wenn Ew. Majestät, was nicht zu bezweifeln ist, das Recht des Landtags, die Steuern zu bestimmen, bestätigt, wenn sie vor der Eröffnung des letztem kundgibt, daß sie von der Nation die sofortige Regelung der Steuern erwartet, nicht aber, wenn auch aus brennenden Nothwendigkeits-Rücksichten, dieselbe eigenmächtig anordnet — dann möge Ew. Majestät die deutschen Steuerbeamten entfernen und der Nation vertrauen, und die Nation wird, so ausgesaugt sie ist, Alles bieten, was sie noch in ihrem Säckel findet. Sollen wir von der Angelegenheit der Gerichte sprechen? Ew. Majestät verspricht bis zu den Anordnungen des Landtags einen Antrag des Judex Curiae. Wir begnügen uns damit. Groß aber sind die Nachtheile und um so größer, als, wie Jedermann sich überzeugen kann, das Volk mit solchem Widerwillen diese fremden Gerichte und Beamten betrachtet, daß es lieber keine Gerechtigkeit sucht, als sie bei ihnen zu suchen. Unerträglich waren die Bedrückungen durch die Gendarmerie und Finanzwache."

„Zum Schlusse berufen wir uns auf die Geschichte; groß waren Fürst und Volk, als er im Kreise der Seinen, der Vater unter seinen Kindern lebte. Seit wann ist der Glanz dieses Landes erloschen? Seit die Fluthen der Eiele den letzten ungarischen König, der in seinem Lande lebte, verschlangen und Ungarn zum Stiefkinde seines Königs wurde. Ew. Majestät anerkennt selbst die Reife des ungarischen Volkes: das Gebiet unseres Landes ist groß, zwei Mal so groß als irgend eines der anderen Ew. Majestät unterworfenen Länder; wir sind weder berechnend, noch engherzig, leicht am Bande der Liebe und verfassungsmäßig zu leiten. Ew. Majestät möge geruhen, in unsere Mitte zu kommen, wohin sie Gesetzesartikel vom Jahre 1536 bis 1792 einladen, und die Liebe des Volkes wird jene Felsenburg werden, innerhalb welcher Ew. Majestät ruhig und sicher werden wohnen können. Das wäre groß und königlich. Der große Korvin modert seit 400 Jahren, und jetzt noch lebt er im dankbaren Sinne des Volks."

Genua, 22. Jan. Mehrere der hier unter der Anklage „reaktionärer Umtriebe" verhafteten neapolitanischen Stabsoffiziere sind nach Turin abgeführt worden. — Der zwischen Genua und Amsterdam verkehrende Dampfer „Anna Paulowna" ist zu Grunde gegangen. (Tel. d. Ostd. P.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	74¼ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	58¾ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	47⅜ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	39⅗ G.
"	4½ pCt.	84¼ P.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	104½ P. 104 G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102½ P.
"	4½ pCt. Obl. tjähr. dto.	101⅜ P.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	101¾ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	99¾ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	99¾ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	94½ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103⅜ P. 103 G
"	3½ pCt. Obl. dto.	93⅝ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	102⅞ P.
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	94¾ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	102 P. 101⅝ G.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100¼ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	93½ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	100¾ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	98⅜ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	97¼ P.
"	3 pCt. Obl.	90 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47¼ P.
"	1¾ pCt. " "	40⅝ P. ⅜ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	97⅜ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	107½ P. exD.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	552 P. ex. D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	119½ G. ex. D.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	167½ P. ex D.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	70 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	63 P. 62 G. ex D.
Internationale Bank in Luxemb. . .	77¼ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	330 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	66¼ G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 P.
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	72¼ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	24¼ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	125⅞ P. ex D.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	95⅝ P. ⅜ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50¼ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	232 G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	480 P. 475 G. exD.
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	460 P. ex D.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	103 P. 102¾ G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99¼ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105⅛ G.
Brem. 50 Th. Lsd: k. S.	95⅝ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105⅛ G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅛ B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ B.
London Lst. 10 k. S.	117¼ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	92⅝ B.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ B.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. i. S.	76½ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	68½ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	44¾ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	51¼ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	125½ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	54 P.	" fl. 25 do.	36 P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	85½ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	35⅞ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	116½ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50¼ P.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	34½ G.
Badische fl. 50	89 P.	Vereins-Loose fl. 10.	10⅝ P.
Badische fl. 35	53¼ P.	Anab.-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅜ P.

Frankfurt, 25. Januar. Die Börse verkehrte in ziemlich fester Haltung ohne bedeutenden Umsatz. Einige Gattungen süddeutscher Fonds waren zu höheren Kursen gefragt. Dagegen waren österr. Bankaktien billiger angeboten. (Synd.)

ner. Enthusiastischer Applaus unter unaufhörlichem Rufen: „Viva il Papa Rè“! Die Kirche war gedrückt voll, die Begeisterung allgemein. Avezzano wurde von den Soldaten des Königs Franz II. besetzt. Garibaldi kauft in England Waffen und Dampfer (wozu, da er für dieses Frühjahr seine Pläne verschoben hat?). Die französ. Dampfschiffe „la Mouette“ und „le Solon“ segelten nach Neapel mit dem Auftrage, als Avisodampfer die Küste bis Sicilien zu überwachen.“

* Wie das „Siècle“ aus Turin berichtet, hat ein dortiger bekannter Phrenologe, Riboli, an Garibaldi geschrieben und ihn dringend gebeten, ihm nur auf einige Sekunden sein Haupt anzuvertrauen, um es nach der Gall'schen Schädellehre zu untersuchen. Wie es scheint, wurde der sehnliche Wunsch des geistreichen Doktors erhört, denn er wird sich am 23. d. M. nach Caprera begeben.

Turin. Der Wahlkampf hat begonnen und wird sowohl von der Cavour'schen als der Garibaldinisch-Mazzinistischen Partei mit allen Künsten und Mitteln der Verführung geleitet und durchgeführt. Die klerikale Partei nimmt dagegen keinen Theil an demselben, sie will weder wählen noch gewählt werden und lehnt von vorn herein alle Verantwortlichkeit für das, was durch das nächste Pariament geschieht, von sich ab.

* Neapel, 19. Jan. Es fanden zahlreiche Verhaftungen neapolitanischer Offiziere statt; sie wurden verabschiedet, Anderen wurde verboten, in Neapel zu landen. Sie wurden nach Genua zurückgeschickt, wo die bourbonischen Generäle internirt sind. Das ministerielle Journal „Nazionale“ behauptet, daß die jüngst verhafteten Generäle des Muratismus verdächtig sind. — Die „Indipendente“ meldet die Unterwerfung Chieti's; 38 Individuen wurden dort füsilirt.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 15. Januar. Der „Schles. Ztg.“ wird geschrieben: Das Schicksal der Branntweinfrage in Rußland ist endlich gelöst. Am 1. Januar 1863 hört die Branntweinpacht auf und es tritt dafür ein einfaches Accisesystem ein. Möglicherweise erleidet in der ersten Zeit die Staatskasse einen beträchtlichen Ausfall; aber, abgesehen davon, daß dieser sich wohl später ausgleichen wird, ist der moralische Gewinn mit der Aufhebung des jetzt bestehenden verderblichen Systems nicht hoch genug anzuschlagen.

Nichtpolitische Zeitung.

Aus München, 22. Jan., schreibt man der „Augsburger Postzeitung“: Auch die Olympier haben mitunter ihre eigenthümlichen Passionen, wie Sie und Ihre Leser längst aus der Mythologie wissen, sowie auch das Ihnen bekannt ist, daß die hohen Olympier hiebei auch mitunter das hatten, was man „Pech“ nennt. Nun denn: der Olymp ist zwar abgeschafft, aber die Olympier bestehen noch und haben ihre alte Neigungen treulich beibehalten. Exklusiv und auf die Reinheit ihres Blickes eifersüchtig, verschmähen sie es doch nicht, sich den Sterblichen zu nähern, wenn sie auch diese nicht in die olympische Gesellschaft zulassen. Was geschieht nun da mitunter? Die Olympier besuchen die Gesellschaften der Sterblichen und benehmen sich da oft sehr olympisch, was ihnen aber mitunter nicht zum Heile gereicht. So z. B. befanden sich hier in einer großen öffentlichen Tanzunterhaltung der Sterblichen auch etliche Olympier — allerdings in sterblichen Gewändern verhüllt, so was man maskirt nennt. Eine Phryne, der sie sich eifrigst angeschlossen, benahm sich in Folge ihrer unsterblichen Protektion etwas sehr frei, und siehe da, was war die Folge? Die Göttlichen erhielten sterbliche Prügel und es half ihnen nichts, daß sie an ihre Eigenschaft als Olympier appellirten, und zum Schlusse warfen die Sterblichen die Unsterblichen hinaus. Diese mythologische Geschichte mit allerhand pikanten Zusätzen bildet das Tagesgespräch in den Kreisen der Sterblichen, zumal man wissen will, daß zwei der Olympier sogar zur Polizei gebracht worden seyen. Einer derselben, ein Aretide (man verzeihe die Nachbildung des Wortes: Atreus, Atride, Ares, Aretide), soll deshalb schon um seine Entlassung von seiner aretischen Stellung eingekommen seyn und dieselbe auch erhalten haben. Ueberhaupt wollen wir bei dieser Gelegenheit erwähnen, daß es bald für anständige Frauen und Mädchen unmöglich seyn wird, das Vergnügen des Tages wo anders zu genießen als in geschlossenen sorgfältig überwachten Gesellschaften, weil in öffentlichen Lokalen, auch bei hohen Eintrittspreisen die Phrynen sich überall herbeidrängen. Nun aber kann nicht Jedermann Mitglied einer geschlossenen Gesellschaft seyn, und dennoch ein oder zweimal seiner Familie ein Tanzvergnügen vergönnen wollen. Ist den Phrynen das Betreten der Arkaden und des Hofgartens, sowie der Besuch der Musik während der Parade verboten, so sollte ihnen auch der Besuch einer Anzahl von öffentlichen Lokalen verboten seyn, damit sich doch wenigstens irgendwo an einem öffentlichen Orte Gelegenheit fände, von ihrer Anwesenheit nicht belästigt zu seyn. Gewiß ein bescheidener Wunsch!

München, 23. Jan. Gestern starb dahier der langjährige ausgezeichnete Lehrer der Anatomie und Physiologie an der Universität Heidelberg, Geheimrath Dr. Friedrich Tiedemann, in dem seltenen Alter von 80 Jahren.

Bei der Ankunft des am 18. Januar Abends von Köln abgegangenen Kurierzugs auf der Station Minden wurde der Wagenwärter beim Revidiren des Zugs einen Menschen gewahr, der auf der unter dem Wagen befindlichen Bremsenstange saß. In dieser gefährlichen Situation war der Mann bereits von Bielefeld aus, allerdings frei, mitgefahren, und er bat flehentlichst, ihn noch bis Hannover mitzunehmen und auf seinem Platze zu lassen. Der kühne Reisende ist natürlich der Polizei übergeben worden.

Celle (in Hannover), 21. Jan. Heute ist eine verzweigte Diebsbande hier entdeckt worden — eine Entdeckung, die mehrere ehrenhafte Familien in Schrecken versetzt hat und den Menschenfreund recht betrüben muß. Viele auffallende Ladendiebstähle, bei Buchbindern, Buchhändlern, Quincailleriehändlern und hauptsächlich auf die frechste und schlaueste Weise ausgeführt, hatten seit einiger Zeit Aufsehen erregt. Heute nun kam der Polizei wiederum ein solcher Diebstahl bei Buchbinder Haupt (es fehlten eine große Anzahl Portemonnaies und ein auffallend geformtes Petschaft) zur Anzeige, und durch das Befragen eines schon früher bestraften Knaben, der aber in diesem Falle unschuldig war, kam man einer organisirten Bande von Dieben auf die Spur. Es sind heute bereits sechs Söhne sehr respektabler Einwohner der Vorstadt Westcelle und Neustadt eingezogen, welche die Diebstähle auf die Weise vollzogen haben, daß gewöhnlich zwei von ihnen in einen Laden sich begeben, Einer etwas gekauft, während der Andere die frei umherliegenden Verkaufsgegenstände an sich genommen. Der Bediente einer vornehmen Militärperson, welcher bei dem Vater eines der Eingezogenen wohnt, soll die gestohlenen Sachen an sich genommen und die Knaben mit Geld versehen haben, um die Käufe machen zu können, auch nachher den Geschäftsabfall ihnen zugetheilt haben. Es sind Knaben im Confirmationsalter; nur Einer ist erst 12 Jahre alt.

In London ist die ganze noble Welt durch einen bei der Lady Russell, der Gemahlin des Ministers, verübten Diebstahl sehr aufgeregt. Diese Lady schreibt nämlich täglich ihre Erlebnisse nieder, und ihr Tagebuch soll ein hohes politisches Interesse gewähren. Jetzt ist es plötzlich und spurlos verschwunden, und die seltsamsten Gerüchte gehen über die Personen, die Interesse genug an diesem Diebstahl haben, um ihn reichlich belohnen zu können.

In London hat das in Finanztransaktionen mit der Pforte seit langer Zeit verwickelte Haus Francis Ede, Son u. Komp. fallirt. Die Passiva werden auf 350,000 Pfd. St. angegeben.

Neueste Nachrichten.

Gran, 23. Januar. (Eine Antwort auf das kaiserliche Reskript.) In der am 21. d. M. unter dem Vorsitze des Kardinal-Primas von Ungarn abgehaltenen Sitzung des Komitats-Ausschusses in Gran wurde, nachdem das kaiserliche Reskript verlesen worden, der Beschluß gefaßt, nachstehende Repräsentation an Se. Maj. den Kaiser zu richten und allen übrigen Komitaten mitzutheilen:

„Ew. Majestät! In Bestürzung haben wir das Schreiben Ew. Majestät vom 16. Januar in Empfang genommen. Die drohend ernste Mahnung des Königs fordert uns auf, unsern Empfindungen Worte zu leihen, und das freie Wort, welches aus der Quelle der Wahrheit und dem unerschöpflichen Born so vieler erlebten Leiden geschöpft ist und sich zu dem königlichen Throne Ew. Majestät erhebt, wird nicht in der Wüste verhallen. Wenn jene hochberühmten Männer des Vaterlandes, welche in dieser Periode der Konstituirung Ew. Majestät erlauchte Person umgeben, Ew. Majestät auch gesagt haben, was die Nation in diesen trauervollen 12 Jahren gelitten hat, Alles konnten sie nicht erzählen. Wir Bewohner des flachen Landes, die wir unter den Streichen des entschwundenen Systems am schmerzlichsten litten, wir könnten Ew. Majestät erzählen: — wie fremde Beamte unsere heiligsten Erinnerungen verhöhnten, — wie sie unsere Nationalität, unsere Muttersprache zum Gegenstand des Spottes machten, — wie sie uns

die Adreßkommission gewählt worden. Dieser Parteidemonstration zu Liebe habe man denn auch aus den Worten des Königs nur Dasjenige herausgerissen, was der Partei eben zusage. Der Verfassung, der jüngsten Thronrede erwähne man gar nicht. — Auch die Polen machten einige Anstrengungen, um ihren vermeintlichen Klagen einen Ausdruck in der Adresse zu verschaffen. Der Minister des Innern, Graf v. Schwerin, aber erwiderte ihnen mit Recht, die Wiener Verträge, auf welche die Polen u. A. sich beriefen, enthielten nicht, was man jetzt fordere; die Gesetze würden auch in der Provinz Posen ehrlich gehandhabt. Alles, was den polnischen Unterthanen mit Recht zukomme, erhielten sie; gehe man aber darüber hinaus, so werde die Regierung wissen, solchen Bestrebungen entgegen zu treten. Das sey ihre Schuldigkeit, sowohl dem Staate, als auch den deutschen Einwohnern der Provinz gegenüber, welche den polnischen Einwohnern an Anzahl fast gleich kämen! Möglich sey es, daß früher einzelne Ausschreitungen in der Verwaltung stattgefunden; jetzt sey denselben aber längst abgeholfen. Die Polen wollten einen Staat im Staate bilden, das aber werde, man dürfe sich darauf verlassen, nun und nimmermehr geschehen! — Schließlich wurde der von den Polen beantragte Zusatz zur Adresse verworfen.

Posen, 22. Jan. Das hiesige Organ der polnisch-nationalen Partei, der „Dziennik Pozn.", hat uns neulich mit anerkennenswerther Offenheit davon benachrichtigt, daß es nunmehr für die polnischen Abgeordneten auf dem „Berliner Landtage" an der Zeit sey, von den kleinen Plänkeleien und Scharmützeln gegen das preußische Regime zu dem großen Kriege überzugehen. Im Interesse der deutschen Bevölkerung des Großherzogthums muß man in der That wünschen, daß diese Entwicklung recht bald und recht signifikant vor sich gehe. Wer bisher draußen im Reich von den Dingen las, die gegenwärtig hier schäumen und gähren, konnte sich schwerlich ein anderes Bild von der Bewegung machen, als daß er einen polnischen Landestheil von Westphalen'scher Bureaukratie mißhandelt und gegen diese Mißhandlungen ankämpfend vorstellte. Daß der polnische Landestheil von über einer halben Million deutscher Stammesgenossen bewohnt sey, deren politische Existenz und deren politischer Zusammenhang mit dem Vaterlande durch die sog. polnische Bewegung in Frage gestellt werde, diese Thatsache schien nur in statistischen Bevölkerungs-Tabellen, sonst nirgends, zu existiren. Sie wurde von den Deutschen des Großherzogthums selbst ziemlich vollständig ignorirt. Zwei Umstände dienten allerdings dem zur Erklärung und wohl auch zur Entschuldigung. Einmal mußte bisher jede Regung deutschen Nationalgefühls in seiner Richtung gegen das Slaventhum nothwendig paralysirt werden durch die überwiegende Stärke des Widerwillens gegen eine Polizeiwirthschaft, unter der Deutsche und Polen gleichmäßig zu leiden hatten. Dann aber befanden wir Deutsche uns hier so sehr mitten drin in der Bewegung, daß wir den Ueberblick über dieselbe, die Erkenntniß ihrer letzten Ziele und ihrer Ausgänge in der Napoleon'schen Politik nur zu leicht verlieren konnten. Nur so war es möglich, daß eine nicht geringe Zahl unter den hiesigen Deutschen mit einer gewissen Zähigkeit bis in die neueste Zeit an dem Glauben festhielt; die Tendenzen der polnisch-nationalen Bewegung in der Provinz bezweckten weiter nichts als Toleranz der polnischen Sprache und Abhülfe einiger Gravamina, deren sich die vorige Regierung mit ihren verderbten Verwaltungsgrundsätzen schuldig gemacht. Es dürfte aber jetzt an der Zeit seyn, daß die Deutschen im Großherzogthum anfangen, sich zu zählen, ihre Kräfte zu messen und die Vertheidigung ihrer Interessen nicht ferner den Händen des Beamtenthums allein zu überlassen. (Nat.-Ztg.)

Wir theilen hier noch folgende soeben veröffentlichte „Erklärung und Berichtigung" in Bezug auf die Veröffentlichung und den Text des Briefwechsels zwischen König Friedrich Wilhelm IV. und E. M. Arndt mit: „In meinem Namen und im Namen meiner Angehörigen erkläre ich hiermit, daß der im Quedlinburger Volksblatt für Stadt und Land mitgetheilte Briefwechsel zwischen dem Könige Friedrich Wilhelm IV. und Ernst Moritz Arndt ohne unser Wissen und Zuthun in die Oeffentlichkeit gelangt ist. Wir sind der Veröffentlichung ganz und gar fremd. Zur Berichtigung und Ergänzung diene Folgendes: Das im Besitze der Wittwe E. M. Arndt's befindliche Original des königlichen Schreibens enthält mehrfache Abweichungen von dem gedruckten Briefe, und das Gleiche gilt von dem Briefe meines Vaters. In dem Briefe Sr. Majestät des hochseligen Königs muß es Zeile 43 statt: „Nun, verweigern und nehmen, hier zu handeln, wäre heut thunlich", heißen: „Nun, von Weigern und Nehmen hier zu handeln, wäre heut thörich." Ferner Zeile 64 lies statt: „den Sie freilich mit vielen andern Menschen theilen", „den Sie denn leider mit vielen wackern und lieben Menschen theilen". Zeile 67 statt: „auf dem lebendigen Boden der Revolution", „auf dem Boden der lebendigen Revolution". Zeile 69 statt: „der rechten Ordnung", „der rechten Obrigkeit". Zeile 85 statt: „erinnern", „ermannen". Zeile 96 statt: „biete ich", „drück' ich". In dem Briefe E. M. Arndt's lies Zeile 4 statt: „aufweisend", „auch weisend". Zeile 13 statt: „sieglockende Krone", „sieglockende Sonne". Zeile 15 statt: „Kronenraub", „Sonnenraub". Zeile 21 statt: „Wehrmann", „Warmen". Zeile 31 statt: „Beiständen", „Freistaaten". Die Lücke in Zeile 48 ist durch: „Lockvögel", die in Zeile 68 durch: „Kühnen" auszufüllen. Das Datum des Briefes ist nicht 3., sondern 9. März. Köln, 22. Jan. 1861. Dr. Roderich Arndt."

Kurhessen. Kassel, 23. Jan. Nach einer amtlichen Anzeige der „Kass. Ztg." hat der Kurfürst gestern den preußischen Geheimenrath v. Sydow in besonderer Audienz empfangen und aus dessen Händen das Schreiben des Königs von Preußen entgegengenommen, wodurch derselbe in seiner bisherigen Eigenschaft als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister am kurfürstlichen Hofe aufs Neue beglaubigt worden ist. (Also endlich wieder versöhnt!)

Mecklenburg. Schwerin, 22. Jan. Wie ernst die Regierung die Lage betrachtet, ergibt sich aus einer öffentlichen Aufforderung des großh. Divisionskommando an junge promovirte Aerzte, sich zu melden, um bei einer etwaigen Mobilmachung der Truppen als Assistenzärzte einzutreten. Diese Aufforderung erfolgte, nachdem der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin zu verschiedenen Malen in kurzen Zeiträumen an dem Berliner Hofe anwesend gewesen war. (D. Allg. Z.)

Oesterreich. Wien, 22. Jan. Aus Triest wird gemeldet, daß die Vergrößerung der österreich. Marine nun eine beschlossene Sache und die erste Maßregel zu diesem Zwecke der Bau zweier gepanzerter Propeller-Fregatten ist. Der Bau hat bereits begonnen. — Wie aus Verona gemeldet wird, hat Benedek die Bereisung der ihm anvertrauten Armee vollendet und soll mit dem Resultat sehr zufrieden seyn. Nur in Tyrol seyen noch einige fortifikatorische Arbeiten nöthig, die jedoch ohne besondere Kosten und Zeitaufwand ausgeführt werden könnten. Im Ganzen sey Alles bereit und in der besten Verfassung für alle Fälle.

Einer der „Bank- und Handelszeitung" vom 23. Jan. aus Wien zugegangenen Depesche zufolge würde die neue österreichische Anleihe vollständig gedeckt werden; mehr als der dritte Theil sey durch zwei Häuser übernommen. Das definitive Resultat sey noch nicht bekannt.

Die „Wiener Ztg." enthält ein Hirtenschreiben des Fürstbischofs von Wien, Joseph Othmar Kardinal Rauscher, in welchem derselbe die gesammte Geistlichkeit ermahnt, sich nach Vermögen bei der neuen Anleihe zu betheiligen.

Pesth, 22. Jan. In Betreff der Abgeordnetenwahlen für den ungarischen Landtag sind die Bestimmungen des Gesetzartikels 5 vom Jahre 1848 mit ganz unwesentlicher Aenderung beibehalten. Die kaiserl. Entschließung beruft sich für die getroffene Entscheidung auf die Beschlüsse der Graner Konferenz. Kroatien und Slawonien werden einstweilen nicht berufen (bis darüber entschieden ist, ob sie selbständige Kronländer bleiben oder wieder zu Ungarn geschlagen werden).

Pesth, 23. Jan. Die (selbständige) Pesther Komitatsgerichtsbarkeit hat heute mit Führung eines Kriminalprozesses begonnen. Die vom Judex curiae gemäß dem ihm vom Kaiser gewordenen Auftrag berufene Justizkonferenz wurde heute eröffnet. Deák beantragte die Wiederherstellung der ungarischen Gesetze, so weit dies ohne Verwirrung der privatrechtlichen Verhältnisse zulässig ist. (Fr. Postz.)

Frankreich.

Paris, 20. Jan. Nach einer Korrespondenz der „Indep." hatten neuerdings gegen 500 (?) Söhne altadeliger Familien Frankreich verlassen, um in die päpstliche Armee einzutreten, und die Anwerbungen wurden lebhaft fortgesetzt.

Italien.

Aus Rom, 21. Jan., wird der „N. Münch. Ztg." telegraphirt: „Das römische Volk hat am Feste Petri Stuhlfeier eine außerordentliche und imposante Demonstration gemacht.*) Die Stadt wurde glänzend beleuchtet aus freiem Antriebe der Bewoh-

*) Petri Stuhlfeier ist erst am 22. Februar. Dieser Schnitzer läßt das ganze Telegramm als sehr verdächtig erscheinen.

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 26.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 26. Januar 1861.

Deutscher Bund.

Frankfurt, 20. Jan. In den fünf Sitzungen der vergangenen Woche hat die Kommission für einheitliches deutsches Maß und Gewicht ihre Arbeiten bedeutend weiter gefördert. Fast alle wesentlicheren Beschlüsse sind einstimmig gefaßt worden, und es legt sich überhaupt bis jetzt eine glückliche Einhelligkeit in den Verhandlungen zu Tage. Die bis jetzt gewonnenen Resultate bestehen kurz in Folgendem. Für das als Einheit des Längenmaßes gewählte französische Mètre soll der Name Meter beibehalten werden. Die Theilung des Meters betreffend, hat man zwar prinzipiell die vollständige dezimale Zerfällung in 10 Dezimeter, 100 Zentimeter, 1000 Millimeter angenommen, daneben aber auch eine vereinfachte Eintheilung und Nomenklatur aufgestellt, wonach — mit Ausschluß des Zehntels — das Meter direkt in 100 Zent, das Zent in 10 Mill. zerfallen soll. Das Meter soll auch — unter Beseitigung jedes andern Ellenmaßes — zum Messen der Zeugwaaren gebraucht, hierbei aber in doppelter Weise eingetheilt werden, nämlich auf der einen Seite dezimal, in 100 Zent (was besonders wegen Messung der Stoffbreiten zweckdienlich erscheint), auf der andern Seite in $^1/_2$, $^1/_4$, $^1/_8$, $^1/_{16}$, um der im gewöhnlichen Leben gerade bei Ellenwaaren so bequemen Gewohnheit Rechnung zu tragen. Diese letztere Theilungsweise, durch Halbiren, würde jedoch nur nebenher als gesetzlich zugelassen (nicht als absolut verbindlich) anzusehen seyn. Als Bergwerksmaß ist das Lachter = 2 Meter (wie es in Sachsen jetzt schon besteht) vorgeschlagen und angenommen; dasselbe wäre in 100 Theile (Zoll oder Lachterzoll, auch schlechtweg Hundertel genannt) zu theilen. Als Wegemaß hat man die Meile = 7500 Meter beschlossen, welche von der geographischen Meile und den in Deutschland jetzt üblichen Post- oder Straßenmeilen unbedeutend abweicht. Das Kilometer = 1000 Meter soll da, wo man ein solches kleineres Wegmaß etwa wünschenswerth hält, zuläßig sein; ebenso eine Ruthe von 5 Meter (welche in der Meile 1500mal enthalten ist). Das Flächenmaß für Grundstücke und Ländereien erhält als Einheit und Grundlage naturgemäß das Quadrat-Meter, welches dezimal getheilt wird. Als größere Einheiten sind angenommen

die Quadrat-Ruthe	=	25	□ Meter
das Beet oder Ar (nach dem französ. are)	=	100	"
der Morgen	=	2,500	"
das Joch	=	5.000	"
der Acker oder das Hektar (fr. hectare)	=	10,000	"

wobei man beabsichtigt, den einzelnen Staaten zu überlassen, welche von diesen Größen sie zu ihrem Gebrauch auswählen und zu einem System zusammenstellen wollen. Zum Brennholzmaß ist das Kubikmeter als Einheit aufgestellt; 4 Kubikmeter werden eine Klafter genannt. Man wünscht, daß vorgeschrieben werde: die Messung solle in einem Rahmen von 2 Meter Höhe und 2 Meter Breite, also 4 Quadratmeter Oeffnung, geschehen. Die Länge der Holzscheite will man entweder gar nicht vorgeschrieben oder der Festsetzung durch die einzelnen Regierungen überlassen wissen, um örtlichen Gewohnheiten oder den Erfordernissen zu bestimmten Zwecken Rechnung zu tragen. Als Körpermaß für Bau- und Werkholz gilt das Kubikmeter oder — wo man diese Einheit den Umständen nach zu groß fände — das Scheit, unter welchem Namen $^1/_{100}$ Kubikmeter zu verstehen ist, so daß 100 Scheit = 1 Kubikmeter sind. Endlich schlägt man für die Größenbestimmung von Stein- und Erdmassen (beim Straßen- und Eisenbahnbau 2c.) das Kubikmeter vor. (Allg. Ztg.)

** **Bayern.** München, 24. Jan. (Privat-Korrespond.) Seine Maj. der König und die Königin empfingen diesen Nachmittag den zur Notifizirung der Thronbesteigung des Königs Wilhelm von Preußen hierher gesandten General v. Wussow, und dessen beide Adjutanten, die Hauptleute von Wussow und v. John. — Bei dem Prinzen Karl war heute Familientafel und morgen ist bei König Ludwig Familientafel, letztere aus Anlaß des Geburtsfestes der jungen Erzherzogin Mathilde, welche mit ihrer Mutter, der Frau Erzherzogin Hildegard, zur Zeit hier anwesend ist.

Bezüglich der „Südd. Ztg." wird der „Frankf. Postztg." mitgetheilt: Dr. A. Wilbrandt ist seit Gründung der Zeitung Mitredakteur derselben. Dr. Brater setzte die Unterzeichnung nur aus, weil man ihn als Deputirten darauf aufmerksam machte, wie seine Doppeteigenschaft nicht ganz passend wäre. In Redaktion 2c. dieses Blattes hat sich nicht das Mindeste geändert, wie ich aus zuverlässiger Quelle höre."

Aus Günzburg a. D. kommt eine Beitrittserklärung der angesehensten Frauen zur Adresse, in welcher die Frauen Münchens der Königin Marie von Neapel ihre Bewunderung und Theilnahme bekunden.

Preußen. Das Budget für 1861 weist an Ausgaben nach: Ordentliche 132,940,000 Thlr., außerordentliche 7,020,000 Thlr., zusammen 139,960,000 Thlr. oder gegen das vorige Jahr mehr 9,190,000 Thlr. Die Einnahme stellt sich in Summe auf 135,546,000 Thlr.; es bleibt also ein Defizit von 5,166,000 Thalern, welches durch den Zuschlag von 25 pCt., durch verfügbare Ueberschüsse aus dem Jahre 1859, aus Ueberschüssen aus dem Jahre 1860 vollständig gedeckt wird.

Berlin, 23. Jan. Das Budget, das Herr v. Patow dem Abgeordnetenhause vorlegte, ist heute Gegenstand der Erörterungen in allen Kreisen. Die Höhe, bis auf welche es angewachsen, ist erschreckend, um so mehr, da man sicher genug vor Augen hat, daß es nicht dabei bleiben wird und kann, vielmehr schon das folgende Jahr einen beträchtlichen weiteren Zuwachs gewiß macht. Als vor 15 Jahren das Budget die Höhe von einigen achtzig Millionen erreichte, entstand die Furcht, daß das Land diese nicht zu tragen vermöchte; jetzt soll es über fünfzig Millionen mehr aufbringen mit zweifellos weiteren Steigerungen Angesichts eines Defizits von sieben Millionen. Es ist somit nicht zu verwundern, daß die Bestürzung groß ist und man viele Stimmen hört, die von der Landesvertretung fordern, daß sie die begehrten Geldmittel verweigere. Die Kammer hat sich jedoch durch die im vorigen Jahre vertrauungsvoll bewilligten 9 Mill. derartig gebunden, und der gesammten politischen Lage gegenüber ist es so unstatthaft, jetzt umkehren zu wollen, daß eine Verweigerung unmöglich wird, mit welchem Widerwillen und welchen Vorwürfen auch viele Abgeordnete zustimmen mögen. Nachdem die neue Heeres-Organisation ausgeführt und durchgeführt, das Heer fast um die Hälfte vermehrt ist, die 9 Millionen dafür verausgabt, alle Einrichtungen getroffen sind, kommen alle unnützen Klagen über Rücksichtslosigkeit und Täuschung zu spät. Das Einzige, was jetzt noch geschehen kann, ist, daß die Kammer mit Energie auf Ersparungen dringt. In der Adreßkommission des Abgeordnetenhauses hat die innere Politik zu lebhaften Erörterungen mit dem Minister des Innern geführt. Graf Schwerin wurde scharf angegriffen nicht allein über die Polizeivorgänge in Berlin, sondern auch über die gesammte Verwaltung, und wie man wissen will, kam es zu lebhaften Scenen. (Z. f. Nordd.)

* Berlin, 23. Januar. In der heutigen Adreßdebatte des Herrenhauses wurde der Adreß-Entwurf in seiner ursprünglichen, hochkonservativen Gestalt unverändert angenommen, nachdem alle Amendements mit großer Majorität verworfen worden waren. Im Ganzen war die Debatte recht unbedeutend. Die wenigen freisinnigen Mitglieder des Hauses, wie Hasselbach und Baumstark, machten vergebliche Anstrengungen, das reaktionäre, junkerliche Parteigepräge des Adreß-Entwurfs durch einige Zusätze zu verwischen. Hasselbach sagte geradezu, und mit vollem Recht, bei dieser Adresse handle es sich eben nur um eine Parteidemonstration; deßhalb sey auch von den liberalen Mitgliedern keines in

dies jedoch verweigert. Man droht ihnen nun, sie vor ein Kriegsgericht zu stellen und sie des Verraths und des Aufruhrversuchs anzuklagen."

Neueste Nachrichten.

Aus dem Schleswig'schen, 21. Jan. Die Stimmung in unserm Herzogthum hat, seitdem hier etwas von einem gegen Dänemark gerichteten Bundesbeschluß verlautet hat, einen ganz eigenthümlichen Aufschwung genommen in Freundes und in Feindes Lager. Unsere dänischen Beamten, die schwarze wie die blaue Polizei, wie man hier die dänischen Pastoren und Gensdarmen unterscheidet, fühlt sich nicht halb so sicher mehr als früher und es sind mehrfach Fälle vorgekommen, daß bauliche und ähnliche von ihnen begonnene Unternehmungen plötzlich wieder abbestellt worden sind, weil sie nicht mehr sicher darüber waren, ob sie nicht urplötzlich das Land wieder verlassen müßten. Selbst die hohe Polizei ist seit einigen Tagen etwas gentiler geworden, vielleicht auch, weil sie die unzweideutige Stimmung der Landeseingesessenen besonders im Süden wahrgenommen hat. Die ganze junge Welt jubelt ob des Herannahens der Deutschen und so sehnsüchtig harren sie der Befreiung, daß die Phantasie der sonst so nüchternen Leute in wilden Schritten den Begebenheiten vorauseilt. Die preußischen Truppen wären schon unterwegs, hätten bereits Hamburg erreicht und eilten in Geschwindmärschen nach der Eider. So eilig hat es der Bund, wie wir ja Alle schon wissen, nicht gemeint. Inzwischen hat die dänische Regierung, wie bekannt, eine allgemeine Landesbewaffnung angeordnet und auch die Militärpflichtigen aus den beiden Herzogthümern einzurufen befohlen. Sie können überzeugt seyn, daß es Viele versuchen werden, dieser Pflicht zu entgehen. Ich theile Ihnen diese Stimmungen mit, weil sie die Situation zeichnen und namentlich auch dafür sprechen, wie Großes Preußen auf's Spiel setzte, falls es unter allen Umständen nur zu einer Bundesexekution „bis zur Eider" (Südgrenze Schleswigs) sich bereit erklärte. Denn nicht dieser gilt der Jubel, mit dem die Nachricht vom Vorrücken der deutschen Heere hier aufgenommen wurde, sondern der sichern Erwartung, daß sie an der Eider nicht stehen bleiben können und wollen. (Nat. Ztg.)

Wien, 22. Jan. Die „Ostd. Post" schreibt: „Bevor die Stimmen aus Ungarn uns Kunde geben, welchen Eindruck das kaiserliche Reskript dort gemacht, wollen wir eine Erscheinung notiren. Das kaiserliche Reskript, welches der beginnenden Anarchie Schranken zu setzen versucht, muß daher in seinen Intentionen von allen diesen Seiten Billigung erfahren. Nichtsdestoweniger werden trotz der laut ausgesprochenen Wiederholungen, daß an den Zusagen des 20. Oktobers nicht gerüttelt werden soll, die Besorgnisse hörbar, daß für den Fall eines Einschreitens der bewaffneten Macht in Ungarn die Reaktionspartei auch in der andern Hälfte der Monarchie erfolgreich ihr Haupt erheben würde, und daß die noch so jungen, kaum noch in Halmen aufgeschossenen Pflanzungen eines Verfassungslebens in Oesterreich im Keime erstickt werden könnten. Dieses krankhafte Mißtrauen liegt wie ein Alp auf der Herzgrube aller ehrlichen Wünsche für das Aufblühen eines kräftigen Oesterreichs. Es zerreißt uns den Boden unter den Füßen. Eine Heilung, ein Ermannen, eine Kräftigung Oesterreichs ist nur durch eine starke, auf den Grundlagen einer gesunden Freiheit aufgebaute Regierung möglich, und doch zittert man bei jedem Zuwachs an Kraft Seitens der Regierung, daß sie eben auf Kosten der freiheitlichen Entwicklung von der ihr zuwachsenden Gewalt Gebrauch machen wird."

Pesth, 21. Jan. Die heutigen Abendblätter bringen alle das Manifest. Der „Pesti Naplo" ohne jede weitere Bemerkung, die konservative „Pesth-Ofner Zeitung" mit folgendem Zusatze: „Indem wir das obige allerhöchste Manifest in froher Aufregung veröffentlichen, sind wir fest überzeugt, daß bei der Durchlesung desselben der seit mehreren Wochen auf der Brust aller Freunde der Ordnung schwer lastende Alp urplötzlich verschwinden und das ganze Land freudig aufathmen werde, selbst Diejenigen nicht ausgenommen, die eine werkthätige Rolle bei der angeblich im Sinne konstitutioneller Wirksamkeit bezweckten Auflösung aller staatsgesellschaftlichen Bande übernehmen zu müssen glaubten und jetzt einzulenken auf die mildeste Weise veranlaßt werden. Die Munizipien, die so viele Elemente der Ordnung überall in sich schließen, denen nicht das Gesetz von 1848, das im Grunde Niemand befriedigt und den Charakter des Provisorium in jeder Weise aufweist, sondern Salus publica suprema lex ist, werden sich jetzt ermannen, das Staatsoberhaupt gibt ihnen die Boussole an die Hand und hat damit die Richtung bezeichnet, die sie weiter einzuschlagen haben und der sie bisher theilweise nur darum nicht gefolgt sind, weil Ungarns gefährliche, fast unheilbare Krankheit, die Furcht, vor der Menge unpopulär zu werden, dies Mal mit ungewöhnlicher Intensivität aufgetreten ist."

Turin, 23. Jan. Offizielle Berichte aus Mola di Gaeta vom 22. Abends melden: „Der Platz eröffnete unerwartet heute Morgen um 8 Uhr ein lebhaftes Feuer, das von unsern Batterien erwidert wurde. Der Platz wurde genöthigt, aufzuhören, nachdem die Flotte eingetreten war. Mittags wurde auf der ganzen Linie gefeuert. Die Belagerer setzen das Bombardement fort.

(T. d. Nürnb. Kor.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pohlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	$75\frac{1}{4}$ P.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$58\frac{7}{8}$ P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$47\frac{5}{8}$ G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	$39\frac{1}{2}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$34\frac{3}{8}$ P.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$86\frac{1}{2}$ P.
Bayern	5 pCt. Obl. d. B. (C. b. R.)	$102\frac{1}{2}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101 G.
"	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$101\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$99\frac{1}{4}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{2}$ P.
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$103\frac{1}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$93\frac{3}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{3}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$94\frac{3}{8}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	102 P. $101\frac{5}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$99\frac{3}{4}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$93\frac{1}{2}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$100\frac{7}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$98\frac{3}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$97\frac{1}{4}$ P.
"	3 pCt. Obl.	90 P.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$47\frac{1}{4}$ G.
"	$1\frac{3}{4}$ pCt. " " "	41 P. $40\frac{3}{4}$ G.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$97\frac{3}{8}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$107\frac{3}{4}$ P. ex D.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	556—57 G. ex. D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$149\frac{1}{2}$ G. ex. D.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	167 P. ex D.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	70 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	63 P. 62 G. ex D
Internationale Bank in Luxemb. . .	78 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	327 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$66\frac{1}{8}$ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	213 P.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 P.
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$72\frac{3}{4}$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$24\frac{1}{2}$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$125\frac{7}{8}$ G. ex D.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$95\frac{5}{8}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$49\frac{7}{8}$ G.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	232 G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	480 P. 475 G. ex D.
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	460 P. ex D.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	103 P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	$101\frac{1}{2}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{1}{4}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105 G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$95\frac{5}{8}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	$87\frac{7}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
London Lst. 10 k. S.	$117\frac{1}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	$92\frac{5}{8}$ B.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{5}{8}$ B.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$76\frac{5}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$68\frac{1}{2}$ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$44\frac{3}{4}$ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$51\frac{1}{4}$ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	125 P. $124\frac{3}{4}$ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$53\frac{3}{4}$ P.	" fl. 25 do.	38 P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	—	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$35\frac{3}{4}$ P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	$116\frac{1}{2}$ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	$50\frac{1}{4}$ G.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$34\frac{1}{2}$ G.
Badische fl. 50	$89\frac{1}{2}$ P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{5}{8}$ P.
Badische fl. 35	$53\frac{1}{4}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{3}{8}$ P.

Frankfurt, 24. Januar. Oesterr. Fonds und Kreditaktien waren etwas schwächer, das Geschäft jedoch nicht von Bedeutung. Spanische beider Gattungen zu höheren Kursen begehrt. Preuß. und süddeutsche Fonds ohne bemerkenswerthe Bewegung. Bayerische Ostbahnaktien konnten sich auf den gestrigen Kursen nicht behaupten. (Synd.)

die Selbstsucht Einzelner hervorruft; sie werden zu verhindern trachten, daß die regierende Gewalt in Erfüllung ihrer heiligsten Pflichten auf die materielle Macht in dem Augenblicke beschränkt werde, wo diese nur als nothwendige Stütze der moralischen Macht hatte dienen sollen." Es folgen sodann die neulich schon angegebenen Verfügungen bezüglich der Fortentrichtung der Steuern, des einstweiligen Fortbestands der bisherigen Gerichte zc. Der Schluß lautet wörtlich: „Wenn Seitens der Komitate ein Widerstand gegen diese Unsere Verordnungen an den Tag gelegt werden sollte, so sind die Sitzungen der Komitats-Ausschüsse selbst zu suspendiren oder aufzulösen, und erforderlichen Falles diese Unsere Beschlüsse auch durch Anwendung materieller Gewalt zu vollziehen. Alle diese Beschlüsse sind durch die nothwendige Fürsorge für das allgemeine Wohl Unserer Völker geboten, und wenn Unsere väterlichen Absichten abermals vereitelt und durch andauernde Widersetzlichkeit bedroht werden sollten, so würden wir mit Leidwesen zu jenen Maßregeln der Strenge schreiten müssen, welche Wir gerne vermieden gesehen hätten. Wenn dann hierdurch die Abhaltung des Landtages, welche Wir selbst lebhaft wünschen, verzögert und dadurch die, nicht blos im Interesse Ungarns, sondern eben so in jenem der ganzen Monarchie gelegene Lösung der wichtigsten und dringendsten Fragen und die vollständige Herstellung der verfassungsmäßigen Zustände in weitere Ferne gerückt werden sollte, so wälzen wir jede Verantwortung für die hieraus hervorgehenden vielfachen Nachtheile mit ruhigem Bewußtseyn auf Jene, die das Werk friedlicher Ausgleichung absichtlich oder leichtsinnig hindern. Tief durchdrungen von dem Ernste dieser Maßregeln, erfüllen Wir die Pflicht, das Uns von Gott und durch Unser Erbrecht anvertraute Land vor neuen Stürmen zu wahren, und gestützt auf die Einsicht der wahren Vaterlandsfreunde, auf Unser Recht und auf den Segen des Himmels — sehen Wir mit Zuversicht dem Augenblicke entgegen, wo die Krönung mit der Krone Unserer Erlauchten Vorfahren den Erfolg Unserer Bemühungen zur Befriedigung und Beruhigung des Landes besiegeln wird. Wien, am 16. Jan. 1861. Franz Joseph m. p. Baron Nikolaus Vay. Eduard Zsedenyi."

Frankreich.

Paris, 20. Jan. Durch ein gestern erlassenes Schreiben des Ministers des Innern wurde dem demokratischen Deputirten E. Ollivier definitiv die Autorisation zur Gründung eines Journals verweigert. (Berl. Börs.-Ztg.)

Es wird der „Neuen Preuß. Zeitung" von guter Hand aus Paris geschrieben: Neuerdings ist ein Brief des Grafen von Chambord an Hrn. v. Charette bekannt geworden, in welchem demselben zu seiner tapfern Haltung in der päpstlichen Armee Glück gewünscht wird. Der Brief ist vom 8. Okt. v. J. und schließt mit diesen Worten: „Ich bin stolz, zu denken, daß diese Legion von Helden und von Märtyrern größtentheils aus meinen Freunden besteht! Weshalb war es mir nicht vergönnt, an ihrer Spitze der von der Revolution bedrohten Religion und Gesellschaft zu Hülfe zu eilen! Aber ein Tag wird kommen, und er ist nicht fern — ich habe die feste Ueberzeugung — an welchem es mir erlaubt sein wird, mich so heiligen Interessen ganz und gar zu weihen! Glücklich mit meinem Blute und meinem Leben den Triumph einer Sache zu erkaufen, welche die Sache Frankreichs, der Kirche, Gottes selbst ist." — Was wollte der Graf hiermit andeuten? Mir scheint es, als ob wir hier die Bestätigung eines in engen Kreisen cirkulirenden Gerüchtes, das zu wiederholen wir seiner Zeit nicht für zweckmäßig hielten, vor uns hätten, des Gerüchtes nämlich, daß Heinrich V. die Absicht habe, als Chef der Bourbonen für die Sache des Papstes und des Königs von Neapel persönlich einzutreten.

Spanien.

Madrid, 21. Jan. Gestern fand im Palast die Investitur einiger spanischen Granden, unter andern des Generals Prim, statt. Letzterer schwur bei dieser Gelegenheit, für die Rechte und die Person der Königin, falls es nöthig sein sollte, zu sterben, was für Ereignisse sich auch in Europa zutragen würden. (Frkf. Postztg.)

Madrid. Ueber das in Spanien eingeleitete Verfahren gegen Protestanten berichtet die „N. Ev. K.-Z.": „Manuel Matamoros, früher Soldat in dem spanischen Heere, später Evangelist im Dienste einer schottischen Gesellschaft, wurde im Oktober, in Folge einer telegraphischen Depesche von Granada, eingekerkert. Sein Haus wurde durchsucht und unter seinem Bette fanden die Gerichtsdiener einen Bündel von Schriften, welches seine Korrespondenz mit evangelischen Glaubensbrüdern in Granada, Sevilla, Malaga, Gibraltar und andern Städten Spaniens und des Auslandes enthielt. Unter seinen Papieren fand man ebenfalls eine Anzahl von „Protesta" (eine Art Glaubensbekenntniß, welches die Konvertiten zu unterzeichnen pflegen), sowie Rundschreiben, Predigten und die Namen und Adressen der meisten spanischen Protestanten — genug Alles, was den Matamoros als Haupt einer weit verzweigten protestantischen Bewegung in Spanien bezeichnet. In der ersten Untersuchung hat Matamoros erklärt, daß er nie in seinem Leben gegen die bestehende Regierung seines Vaterlandes gesprochen oder gehandelt habe (ein Umstand, der in dem bevorstehenden Prozeß gegen ihn von großer Wichtigkeit ist), aber zu gleicher Zeit hat er freimüthig seinen Glauben und die Lehren des Evangelium als die einzige Richtschnur seines Glaubens und Lebens bekannt. In Malaga und Sevilla ist bis jetzt noch Niemand gefänglich eingezogen. In Granada wurden im ersten Augenblicke ungefähr 18 Personen eingezogen, die, mit einer Ausnahme, entweder ganz freigelassen, oder mit Kaution unter polizeiliche Aufsicht gestellt sind. Der einzige Gefangene in Granada ist Alhama, ein Hutmacher, ein ehrenhafter und angesehener Mann, frei von jeder politischen Agitation. Er steht seit Jahren der kleinen protestantischen Gemeinde in Granada vor. Schon früher hat er viel dulden müssen seines Glaubens wegen. In seinem Hause fand man eben unter andern Namen den des Matamoros, und dieser Umstand führte zu dessen Verhaftung und der Entdeckung der Namen und Adressen fast aller spanischen Protestanten. Einige hatten sich, um dem Prozesse zu entgehen, nach Gibraltar (englisch) geflüchtet. Nach dem spanischen Gesetze kann jeder Abfall von der römischen Kirche mit acht Jahren Kerker und Strafarbeit bestraft werden. Die spanische Presse folgte wohl eben so sehr der feindseligen Stimmung des Volkes gegen England, als gegen den Protestantismus, indem sie sich im Ganzen sehr erbittert gegen die verhafteten Protestanten aussprach.

Italien.

Dem „Journal des Débats" schreibt man aus Turin (13. Jan.): Man darf über die kriegerischen Phrasen Garibaldi's nicht zu sehr erschrecken. Er kann nun einmal nicht anders reden. Im Grunde hat er sich durch Türr einreden lassen, und wird nur dann handeln, wenn der Regierung der richtige Augenblick gekommen scheint. Dies ist wenigstens jetzt seine Absicht. Unglücklicherweise ist aber Garibaldi ein Mann von fixen Ideen und gleichzeitig sehr biegsamem Charakter. Er gibt dem auf ihn ausgeübten Drucke nach, kommt aber allmätig auf seine Idee wieder zurück, wie eine Springfeder, die man niederdrückt, die aber, so wie der Druck aufhört, wieder in die Höhe schnellt. Augenblicklich ist der militärische Generalstab Garibaldi's ganz in der Hand Cavour's. Man sieht dies aus dem Charakter der Mission, welche so eben Türr ausgeführt hat. Nino Bixio ist ministerieller Kandidat in Genua, Cosenz in Neapel. Sie haben Generalsrang in der Armee und gehören heutzutage in die Kategorie der Zufriedengestellten. Anders verhält es sich mit dem Civilgeneralstab, der aus Crispi, Bertani, Mordini u. A. besteht. Diese sind noch lange nicht zufriedengestellt und weit mehr in der Hand Mazzini's als in der Cavour's, und ihr Einfluß kann Garibaldi verhindern, auf seinem Vorsatz zu beharren. Die Wahlbewegung entwickelt sich, aber ohne Heftigkeit. Es sind mehr individuelle als Parteikämpfe. Das Ministerium wird schließlich die Oberhand behalten, so glaubt man wenigstens allgemein.

* Wir entnehmen einer Korrespondenz des „Ami de la Religion" aus Neapel: „Die Nachrichten aus Gaeta melden, daß der König, ungeachtet der Abfahrt der französischen Flotte, entschlossen ist, Widerstand zu leisten. In Folge der außerordentlichen Zunahme des Aufstandes in den Abruzzen hat man dem König gerathen, sich dahin zu begeben und die Vertheidigung Gaeta's den Generalen Marutti und Latour zu übertragen. Die Anwesenheit des Königs in den Abruzzen wird als nothwendig betrachtet; aber man befürchtet nur, daß seine Abreise auf die Garnison Einfluß habe und die Vertheidigung des Platzes mit weniger Energie betrieben werde. — Die Cavalli-Kanonen haben nicht die Wirkung, welche man von ihnen hoffte. Cialdini spricht in seinen Berichten von 5 in Batterie gestellten Cavalli-Kanonen, welche alle seine Erwartungen übertreffen. Nun befinden sich aber nicht 5, sondern 38 Cavalli-Kanonen in Batterie aufgestellt und alle zusammen haben uns bis jetzt wenig Schaden zugefügt. Im Fall sich der König in die Abruzzen zurückzieht, werden ihn vier neapolitanische Generale begleiten, unter welchen man Bosco nennt. In Betreff der neapol. Generale Barbalonga zc. und der 50 Offiziere, die man zu gleicher Zeit arretirte, ist man in großer Verlegenheit. Prinz Carignan hat ihnen Amnestie angeboten, wenn sie in die sardinische Armee eintreten und Viktor Emanuel den Eid leisten wollten. Sie haben

die im Sept. v. J. zu Koburg gehaltene Versammlung habe den Verein seinem Ziele weit näher gebracht; er gebe wenigstens dem innigsten Wunsche des deutschen Volkes, dem Wunsche nach Einigung, einen Ausdruck, und lasse die Feinde dieser Einigung kennen lernen. — Mit der Ansicht, daß allein in Schaffung einer Centralgewalt mit deutschem Parlamente und in dem Zurückgehen auf die deutsche Reichsverfassung die Hoffnung auf ein einiges und starkes Deutschland beruhe, waren auch die folgenden Redner einverstanden, auch sie konnten sich vor der Hand nicht mit der Ansicht vereinigen, daß der Weg hiezu in einem Anschlusse an den Nationalverein bestehe. Von der einen Seite wurde hervorgehoben, daß dieser Verein bei seiner Gründung spezifisch preußische Interessen verfolgt habe und selbst so weit gegangen sey, nur eine Hegemonie Preußens herbeiführen, Oesterreich ausschließen, ja mit Waffengewalt niederwerfen zu wollen; zwar möge er jetzt allgemeinere Grundsätze angenommen haben, dennoch bleibe eine mächtige preuß. Fraktion in seiner Mitte, der entgegenzutreten offenen Zwiespalt herbeiführen würde. Von einer anderen Seite wurde darauf hingewiesen, daß Deutschland ohne Oesterreich ein verstümmelter Rumpf wäre, nur mit Oesterreich einen starken kräftigen Körper bilde, deshalb müsse Oesterreich dem deutschen Gesammtstaate angehören. Ungarn möge sich aus sich selbst entwickeln, es habe an der Donau und Rußland gegenüber die gleichen Interessen mit Deutschland, aber Venetien müsse erhalten bleiben, da auf dem dortigen Schauplatze nicht Italien, sondern Frankreich dem Kaiserstaate und mit ihm Deutschland gegenüber stehe, dessen Uebergewicht noch größer seyn würde, wenn ein zweiter Krieg die italienisch-französischen Waffen begünstigen sollte. Ein Verlust von Verona und Venedig würde den Süden Deutschlands nicht minder gefährden, als der Verlust des Elsaßes den Südwesten, der durch die Einverleibung Savoyens noch mehr bedroht sey. Was den Nationalverein betrifft, so sprach sich nur A. Seeger für sofortigen Anschluß aus. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem Wunsche, daß in nicht ferner Zeit die deutsche Einheit kräftig erblühen und jedes deutsche Herz diese Hoffnung stärken möge, wenn auch die Wege noch nicht bekannt seyen, auf welchen dieses hohe Ziel erreicht werden könne. (Diesen Wunsch theilen auch wir, wenn wir gleich mit den Ansichten über die Heilkraft der Reichsverfassung von 1849 nicht einverstanden sind. So lang wir die Einheit noch nicht in aller Form haben, ist es Pflicht jedes wahren Vaterlandsfreundes, die ideale Einheit, die Einigkeit zu pflegen und zu fördern. Aus letzterer wird uns erstere erstehen; der umgekehrte Weg würde uns dieselben Zustände bringen, die wir jetzt in Neapel sehen, würde uns nur dem Ausland gebunden überliefern.)

Stuttgart, 22. Jan. Am 3. Febr. werden sich Männer aus ganz Württemberg in Eßlingen zu einer Besprechung und öffentlichen Kundgebung in Beziehung auf die deutsche Frage versammeln. Es wird daselbst namentlich auch die Frage über den Eintritt in den Nationalverein angeregt werden. (Fr. J.)

****Bayern.** München, 23. Jan. (P.-K.) Der Gesetzgebungs-Ausschuß der Kammer der Reichsräthe wird übermorgen mit der Berathung des Entwurfs des Polizei-Straf-Gesetzbuches beginnen. Aus dem deßfallsigen Vortrage des Referenten, Hrn. Reichsrathes v. Niethammer, ergibt sich, daß derselbe im Wesentlichen und Allgemeinen mit den Beschlüssen des Ausschusses der Kammer der Abgeordneten einverstanden ist. Der Regierungs-Entwurf hatte bekanntlich 282 Art., der Entwurf nach den Beschlüssen des Ausschusses der 2. Kammer aber nur 230. Hr. v. Niethammer hat seinem Referat die Reihenfolge der letzteren zu Grunde gelegt, und beantragt 181 derselben unverändert, 49 aber mit Abänderungen anzunehmen, doch sind letztere größtentheils nicht wesentlicher Natur.

München, 23. Jan. Se. Maj. der König hat die kathol. Pfarrei Breitenthal, Ldg. Roggenburg, dem Priester Karl Schmidt, Pfarrer in Altusried, Ldg. Grönenbach, übertragen; die kathol. Pfarrei Stoffenried, Ldg. Roggenburg, dem Priester Anton Lipold, Pfarrkurat in Witzighausen, Ldg. Neu-Ulm, übertragen; den Offizialen beim Oberpostamte Regensburg, Herrmann Reiz, wegen physischer Funktionsunfähigkeit auf die Dauer eines Jahres in den Ruhestand versetzt. (N. Münch. Ztg.)

München, 19. Jan. Darauf macht man sich gefaßt, daß es in den nächsten Sitzungen der 2. Kammer zu sehr ernsten Debatten über den pfälzischen Gesangbuchstreit und das jüngste abweisende Reskript des Kultusministeriums auf die Kaiserslauterner Petition kommen wird. Da der Direktor des pfälzischen Konsistoriums, Herr Prinz, als Abgeordneter in der Kammer gegenwärtig sitzt, die übrigen pfälzischen Abgeordneten dagegen, und namentlich der erst eingetretene Herr Umbscheiden, welcher die ihm zugeschriebene Autorschaft der Broschüre: „Kirchengesetz und Kirchengewalt“, wenigstens noch nicht abgelehnt hat, vollkommen auf dem Standpunkt jener Petition stehen sollen (hievon dürfte höchstens der aus der Pfordtenschen Prinzipienabstimmung bekannte Herr Lang eine Ausnahme machen), so dürfte über diesen Gegenstand eine interessante Verhandlung zu erwarten seyn. (Schwäb. M.)

München, 21. Jan. Seit gestern bemerkt man in der Redaktion der „Südd. Ztg.“ eine Aenderung der Unterschrift des verantwortlichen Redakteurs. Der bisherige Redakteur, Hr. Karl Brater, unterzeichnet nicht mehr, sondern ein Hr. Dr. A. Wilbrandt — ein bisher in der Journalistik völlig unbekannter Name. (N. Münch. Ztg.)

Die „Allg. Ztg.“ schreibt: „Der Nürnberger Korrespondent zieht die Versicherung, daß in Oesterreich die polizeiliche Revision der auswärtigen Blätter aufgegeben worden sey, aus und bemerkt dazu: daß diese Revision in Bayern noch bestehe. Wir haben dies gelesen, konnten aber kaum daran glauben. In Augsburg wenigstens besteht seit Jahren eine vorgängige Ueberwachung der Zeitungen durch die Polizei nicht mehr. Sollte dies in Nürnberg anders seyn?“ (Daß in München eine solche Revision noch besteht, ist gewiß, bemerkt der „Bayer. Landbote“ dazu. In Würzburg hingegen wissen wir nichts von einer solchen. Woher nun diese Verschiedenheit? Und wie läßt sich eine solche Maßregel, wo sie etwa besteht, rechtfertigen? Unsres Bedünkens steht sie in geradem Widerspruch mit dem Edikt über die Freiheit der Presse vom 4. Juni 1848. D. Red.)

Preußen. Berlin. Um die Ausrüstung des ersten Aufgebots der Landwehr zu beschleunigen, soll, wie verlautet, die Lieferung der hierzu noch nöthigen Ausrüstungsgegenstände an Private ausgegeben werden. — Für den Fall ernsterer Verwickelungen mit Dänemark würde, wie das Gerücht geht, zunächst bei Dömitz oder Wittenberge ein befestigtes Lager für etwa 40,000—50,000 Mann errichtet werden.

Württemberg. Stuttgart, 22. Jan. Der Landtag ist auf den 21. Febr. d. J. zusammenberufen.

Großh. Hessen. Bis jetzt hat eine Meldung der „Süddeutschen Ztg.“ aus Darmstadt, nach welcher in dortigen Regierungskreisen der förmliche Beschluß gefaßt worden sei, die Verfolgung des National-Vereins und dessen Mitglieder ganz aufzugeben, eine bündige Bestätigung nicht gefunden. Von offizieller Seite ist noch keinerlei dahin zielende Kundgebung erfolgt, nur weiß man inzwischen als Thatsache, daß die Gerichte des Landes ihr Verfahren gegen jene einstweilen ganz eingestellt haben. Wahrscheinlich beabsichtigt die Regierung, nachdem sie mit ihrem betreffenden Antrage bei dem Bundestage Fiasko gemacht und nachdem mittlerweile im Lande die Zahl der National-Vereins-Mitglieder auf die offenste Weise bis zum Massenhaften angewachsen war, so daß das Material der Verfolgung ohnehin nicht mehr bewältigt werden konnte, sich im Stillen zu retiriren, was aber der argen Blöße, die sie sich gegeben hat, keinerlei Abbruch thun kann. (Hamb. Börs.-H.)

§**Oesterreich.** Wien, 22. Jan. (P.-K.) Die militärischen Vorbereitungen, welche in letzterer Zeit getroffen wurden, stehen mit den friedlichen Berichten, welche aus Paris und Turin einlaufen, in direktem Widerspruch und liefern den Beweis, daß man hier diesen Berichten keinen Glauben schenken zu dürfen glaubt. Die militärischen Anordnungen in Venetien, Tyrol und Vorarlberg deuten darauf hin, daß man den Krieg für sicher hält (oder vielmehr, daß man sich für alle Fälle sicher stellen will). Die an den Grenzen stehenden Truppen sind bedeutend verstärkt worden, und von hier aus gehen neuerdings wieder viele Truppen mittelst der Südbahn nach Italien ab. Auch nach Ungarn und Siebenbürgen werden viele Truppen befördert; neuerdings haben alle in der Umgebung der Residenz stationirten Kavallerieregimenter den Befehl erhalten, nach Siebenbürgen abzugehen.

* Das kaiserliche Reskript an die Komitate und Magistrate Ungarns fährt nach dem gestern mitgetheilten Eingang also fort: „Wir halten unabänderlich an Unseren Entschließungen vom 20. Oktober vorigen Jahres fest und werden Unseren Völkern die ihnen zugesicherte verfassungsmäßige Entwicklung zu wahren und gegenüber Unserem Königreiche Ungarn Alles festzuhalten wissen, was demselben zugesagt wurde. Eben so fest steht aber Unser Wille, der Revolution, möge sie offen auftreten oder sich heuchlerisch in das Gewand legaler Formen hüllen, mit aller Macht entgegenzutreten; diese Macht, wir bezweifeln es nicht, wird in dem echten Vaterlandsgefühle aller besseren Elemente Unterstützung finden; sie werden nicht dulden, daß sich auf dem Wege friedlicher Ausgleichung Hindernisse aufthürmen, welche die Leidenschaft oder

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 25.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Letter	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 25. Januar 1861.

Deutscher Bund.

ō **Frankfurt**, 23. Januar. (Privat-Korrespondenz.) In der am 20. Dezbr. v. Js. stattgehabten Sitzung der Bundesversammlung, in welcher die Abstimmung über die Anträge des Ausschusses in Militärangelegenheiten wegen Einführung einer gleichen Bewaffnung mit gezogenen Geschützen für die deutschen Feldartillerien erfolgte, stimmten alle Regierungen für die Ausschußanträge; nur Dänemark (für Holstein und Lauenburg) gab eine nicht beistimmende Erklärung ab. Sie lautet wörtlich wie folgt: „Die königl. Regierung hat mit vielem Interesse von den auf Einführung gezogener Feldgeschütze und Herstellung eines einheitlichen Kalibers gerichteten Bestrebungen Kenntniß genommen und ihre Theilnahme schon dadurch zu bethätigen gewünscht, daß sie seiner Zeit für einen Offizier der königl. Armee die Vergünstigung zu erwirken suchte, den im Juli in der Nähe von Berlin begonnenen Schießübungen mit gezogenen Kanonen beizuwohnen. Da indessen die in diesem Anlasse an das königl. preußische hohe Gouvernement gerichtete Anfrage erst nach Beendigung jener Uebungen ihre Erledigung finden konnte, auch die später von dieser hohen Regierung der Bundesversammlung und der Militärkommission in dieser Angelegenheit gemachten Mittheilungen bis jetzt nur theilweise zur Kenntniß der in letzterer nicht vertretenen Regierungen gelangt sind, so muß die königl. herzogl. Regierung sich einer Aeußerung über die Anträge für jetzt schon darum enthalten, weil das zur Annahme vorgeschlagene, wahrscheinlich außerordentliche Unkosten mit sich führende neue System ihr noch gänzlich unbekannt ist. Indem dieselbe übrigens, wenn auch die für die Anträge redenden militärischen Gründe keineswegs verkennend, doch den Motiven, in so weit es sich von einer bundesrechtlichen Verpflichtung zur Herstellung einer bestimmten Anzahl neu konstruirter Geschütze handelt, nicht unbedingt würde beitreten können, hat der Gesandte unter Anknüpfung an die von ihm bei Berathung der §§. 8 und 28 der revidirten Kriegsverfassung seiner Zeit gemachten Bemerkungen, sowie in der Voraussetzung, daß die Annahme und Ausführung der Vorschläge Sache weiterer Verhandlung und Vereinbarung seyn müsse, für jetzt das Protokoll mit dem Bemerken sich offen gehalten, daß seine Regierung vor weiterer Erklärung den Verlauf der Angelegenheit und die nähere Kenntnißnahme des für alle Genüsse des Bundes bevorworteten neuen Systems abzuwarten wünscht."

Eisenach, 21. Jan. Gestern fand eine sehr zahlreich besuchte Versammlung des hiesigen Zweigvereins des Nationalvereins statt. Adv. Hering verlas eine Adresse an die kurhessische zweite Kammer, welche einstimmig angenommen wurde. Hierauf sprachen mehrere der gegenwärtigen Ausschußmitglieder sich über Zweck und Aufgabe des Nationalvereins aus. Advokat **Metz** aus Darmstadt (es scheint, derselbe hat Zeit genug, um zu allen Versammlungen der Filialen des Nationalvereins herumzureisen) hob hervor, daß nur durch die Macht der öffentlichen Meinung das Ministerium von Dallwigk genöthigt worden sey, von Verfolgung des Nationalvereins abzustehen. Hr. v. **Bennigsen** aus Hannover sprach sich besonders darüber aus, daß das deutsche Volk den von außen her drohenden Stürmen nur dann mit Erfolg werde begegnen können, wenn es in der Stunde der Gefahr einmüthig zusammenstehe. Nur ein Volkskrieg könne uns gegen das Ausland helfen. — Zu gleicher Zeit hat der ebenfalls in Eisenach versammelte Ausschuß des Nationalvereins bezüglich des **Hessen-Darmstädtischen** Antrags am Bundestag eine Erklärung erlassen, in welcher er es als ein Gebot des Rechtes hinstellt, mit allen verfassungsmäßigen Mitteln dahin zu wirken, daß die auf Grund der Bundesbeschlüsse vom 23. Aug. 1851, 6. und 13. Juli 1854 in einzelnen Staaten erlassenen Gesetze und Verordnungen, betreffend Aufhebung der Grundrechte, Presse und Vereinswesen, wieder außer Kraft gesetzt werden. In der Schleswig-Holsteinischen Sache hat er eine Resolution folgenden Inhalts beschlossen: „Die Bundesexekution in Holstein ist zur Nothwendigkeit geworden; hier zurückweichen wollen, hieße Deutschlands Achtung dem Auslande gegenüber vollends preisgeben und die Verwirrung der öffentlichen Meinung auf den Gipfelpunkt führen. Die Sache Holsteins ist unzertrennlich von der Schleswigs; darnach muß auch das militärische Einschreiten sich auf beide Theile erstrecken, und Deutschland wird einen Krieg, wenn er zur Wiederherstellung der Rechte Schleswig-Holsteins führt, nicht scheuen. In dieser Angelegenheit kann und muß Preußen seinen Beruf zur Führung Deutschlands bethätigen und bewähren; es muß aber zu diesem Behufe über die gesammten militärischen Kräfte Deutschlands verfügen können."

Stuttgart, 22. Jan. Gestern Abend fand die dritte der periodisch wiederkehrenden Bürgerversammlungen statt. Auf der Tagesordnung standen als Gegenstände der Besprechung: die deutsche Verfassungsfrage und die Bestrebungen des Nationalvereins. Wenn es noch eines Beweises dafür bedürfte, in wie hohem Grade die Erkenntniß allgemein durchgedrungen ist, daß im jetzigen Augenblicke die große deutsche Frage an Wichtigkeit alle andern hinter sich läßt, so würden wir auf den Umstand hinweisen, daß die gestrige Versammlung überaus zahlreich, von mehreren Hunderten besucht war, während die früheren Gegenstände von lokaler Natur zwar vielfach Interesse erweckt, aber bei weitem nicht eine solche Masse von Theilnehmern versammelt hatten, wie der gestrige Abend. Die Versammlung, unter dem Vorsitze Oesterlens, blieb dem Charakter einer Besprechung treu, es wurden keine Beschlüsse gefaßt. R. A. **Tafel** hob als erster Redner hervor, daß die deutsche Nation weder gerüstet sey, einen siegreichen Kampf nach Außen zu bestehen, noch jene ihr gebührende Stellung einnehme, um bei Entwirrung der verwickelten europäischen Verhältnisse ihrem Range gemäß einzuwirken. Er wies darauf hin, daß selbst die Regierungen die Mängel der Bundeskriegsverfassung, die für einen ewigen Frieden geschaffen scheine, anerkannten, und aus dieser Erkenntniß die Würzburger Konvention und die preußischen Vorschläge hervorgegangen seyen; aber die erstere ziele auf eine Dreitheilung ab, die letzteren gingen auf eine Zweitheilung hinaus, während doch **Einheit** des ganzen deutschen Vaterlandes in dieser Zeit schwerer Befürchtungen Noth thue. Diese Einheit sey nur möglich, wenn eine starke, durch ein Parlament gekräftigte Centralgewalt die Eifersüchteleien der einzelnen Staaten beseitige. Allerdings sey **bis jetzt noch geringe Aussicht** vorhanden, diese Einheit bald zu erzielen, denn an Preußens Spitze stehe kein zweiter Friedrich der Große, der sich nur als ersten Beamten des Staates betrachtet habe, Oesterreich sey noch in der Entwicklung begriffen, und die Mittel- und Kleinstaaten zeigten wenig Bereitwilligkeit, sich eines Theils ihrer Souveränetät zu Gunsten einer Centralgewalt zu entkleiden; überhaupt müßte die Oberhauptsfrage noch offen bleiben. Um so nothwendiger sey ein Zurückgehen auf die deutsche Reichsverfassung (was soll aber die helfen ohne Oberhaupt?), für die 1849 sich zwei Millionen in Adressen ausgesprochen, die 28 Regierungen anerkannt hätten. Sie wolle auch der Nationalverein, der sich im Sept. 1859 konstituirt hatte, nachdem kurze Zeit vorher die Eisenacher Versammlung Preußens Führerschaft verlangt habe. Zwar hätten dessen Statuten trotz ihres beweglichen Rahmens viele Gegner gefunden, und auch die Göppinger Versammlung habe den Beitritt abgelehnt, dennoch seyen Männer Süddeutschlands mit ihm Hand in Hand gegangen im Auftreten gegen Borries, und

zugleich mit ihm das moralische Prinzip unseres Volkes; aber ihn durch den Protestantismus ersetzen, nie!" Der Standpunkt der piemontesischen Regierung ist einfach der: sie gestattet die Religionsfreiheit, wie sie die Freiheit der Presse gestattet; es ist Sache der verschiedenen Religionsgesellschaften, innerhalb dieser Freiheit zu suchen, wie sie sich geltend machen können. Von da bis zur Parteinahme für den Protestantismus ist noch ein weiter Schritt, den sie nicht thun wird und nicht thun kann."

Neueste Nachrichten.

Wien, 22. Jan. Die „Wiener Zeitung" theilt das schon erwähnte kaiserliche Reskript an sämmtliche Komitate und städtische Magistrate des Königreiches Ungarn, das am 21. in Pesth durch Plakate und Extrablätter publizirt worden, in deutscher Uebersetzung mit. Der Eingang desselben lautet: „Franz Joseph der Erste 2c. Als Wir vor 13 Jahren die Regierung Unserer Monarchie antraten, wüthete ein verheerender Bürgerkrieg im Innern Unseres Reiches; fast überall waren die Staaten, — ja die Gesellschaft selbst — in ihren Grundfesten erschüttert. Leidenschaft, Verblendung, der Irrthum mancher Redlichen und Wohlmeinenden, der Terrorismus vieler Uebelwollenden, eine Verkettung mannigfach unglücklicher Verhältnisse führten die Lösung durch das Schwert herbei. Es war Unser Wille, daß diese Lösung nicht die dauernde Grundlage der öffentlichen Zustände seyn solle. Wir konnten und wollten die Interessen Unserer Monarchie nicht preisgeben, welche mit so schmerzlichen Opfern vertheidigt und gesichert worden waren; bei der definitiven Gestaltung derselben wünschten Wir jedoch nichts lebhafter, als daß die tiefgewurzelten, dem Volke Ungarns theuren staatsrechtlichen Einrichtungen dieses Unseres Königreiches möglichst rasch und vollständig wieder hergestellt würden, worin zugleich für alle Unsere übrigen Völker eine Garantie der Anbahnung und Begründung verfassungsmäßiger Zustände liegt.*) Zur Durchführung dieser Aufgabe haben Wir Unsere Entschließung vom 20. Okt. v. J. erlassen. Friede, Ausgleichung und Versöhnung fordern aber offenes Entgegenkommen, redlichen Willen und aufrichtiges Zusammenwirken ohne böswillige Hintergedanken oder leidenschaftliche Ueberstürzung. Wir haben die Bedenken, welche sich einer theilweisen Wiederherstellung der ungarischen Verfassungszustände vor der definitiven Regelung aller staatsrechtlichen Verhältnisse entgegensetzten, wohl erwogen und gekannt. Doch konnten sie Uns nicht abhalten, dieser Wiederbelebung, namentlich auf dem Gebiete municipaler Thätigkeit, Raum zu geben, in der Ueberzeugung, daß Vertrauen Vertrauen schafft, offenes Entgegenkommen bei einem edlen und politisch reifen Volke gerechte Würdigung, wahres Verständniß, redliche Unterstützung findet. Unsere Erwartungen sind nicht vollständig in Erfüllung gegangen. Mit Gleichmuth und Nachsicht haben Wir die ersten Ueberstürzungen im Gange des öffentlichen Lebens wahrgenommen. Wir haben sie auf Rechnung der aufgeregten Strömung der Zeit, niedergehaltener Leidenschaften und des Aufbrausens lange entwöhnter öffentlicher Thätigkeit gesetzt. Nun aber, wo einzelne Komitate die Wahl der Ausschüsse dazu benützen, um in die Zahl derselben solche Individuen aufzunehmen, die unerbittliche Gegner Unserer Monarchie und Unserer Herrscherrechte sind, die, sich auswärtigen Feinden anschließend, die Ruhe Unserer Länder durch hinterlistige Verschwörung und freche Aufreizung gefährden; wo der Versuch gemacht wird, die verschiedenen Ansichten über die zukünftige Feststellung der Steuerfrage im Geiste einer Steuerverweigerung auszubeuten, welche die materiellen Hilfsquellen des Staates lähmt, die Begriffe des Volkes verwirrt und die öffentlichen Zustände in eine Richtung treibt, deren leichtsinnige und heuchlerische Vertreter selbst fühlen müssen, daß sie nicht geduldet werden kann; — nun, wo die nothwendigsten Uebergangsbestimmungen zur Aufrechthaltung geordneter Privatrechts-Verhältnisse mit ungeduldiger Hast beseitigt werden wollen; wo einzelne Komitate unter dem Vorwande der Erhaltung der öffentlichen Ruhe mit Belastung des Volkes die Nationalgarde wieder aufstellen und bewaffnen, bei Feststellung der Gehalte der Komitatsbeamten die gebührende Ueberwachung Unserer Behörden gänzlich bei Seite setzen und uneingedenk ihres Berufes nicht anstehen, weit über die Grenze ihrer gesetzlichen Rechte hinaus — als unabhängige Körperschaften fast alle Staatsgewalt an sich zu reißen, nun wird es unerläßliche Pflicht, diesen frevelhaften Uebergriffen entschieden entgegenzutreten und nicht zu dulden, daß die konstitutionelle Freiheit in einer Weise ausgebeutet werde, welche durch den Umsturz der öffentlichen Ordnung zur Revolution führt. Der Glaube Unserer Völker an den Ernst der Absicht, geordnete verfassungsmäßige Zustände herbeizuführen, müßte erschüttert werden, wenn noch länger anarchische Bestrebungen geduldet würden, deren Entwickelung stets der Untergang jeder gesetzlichen Freiheit ist."

*) Wäre nur diese Auffassung der Dinge schon seit 1850 für die östrr. Regierung maßgebend gewesen und nicht erst jetzt, nachdem Ungarn durch 10jährigen Druck erbittert wurde, angenommen worden!

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	73½ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	58⅞ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	47⅝ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	39½ G.
„	4½ pCt.	34⅝ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	86½ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102½ P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101⅜ P
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	101½ P. ¼ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	99¼ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	99¼ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94½ P.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94 P.
Baden	4½ pCt. Obl.	102¾ P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	94⅜ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	102 P. 101⅝ G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	99¾ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	93½ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	100⅞ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	98⅜ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	97¼ P.
„	3 pCt. Obl.	90 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47 G.
„	1¾ pCt. „ „ „	39¾ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	97¼ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	107¾ P. exD.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	559—55 G. ex. D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	121½ P. 120 G. eD
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	165½ P. 165 G. eD
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	70 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	63 P. 62 G. ex D.
Internationale Bank in Luxemb. . .	78 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	327 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	66⅛ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . . .	117½ P. 117 G.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	23¾ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	125⅞ G. ex D.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	94½ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50 G.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	232 G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	480 P. 475 G. exD.
„ Credit-Akt. d. Ges. Perreire .	460 P. ex D.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	103—103½ G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101½ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99¼ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105 G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	95⅜ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ B.
London Lst. 10 k. S.	117⅛ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	92⅝ B.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅜ B.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	76⅝ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	69½ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	44⅞ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	51¼ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	124¾ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	54⅛ P.	„ fl. 25 do.	36 P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	85 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	36 P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	116½ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50¼ G.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	34 G.
Badische fl. 50	89¼ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10⅝ P.
Badische fl. 35	53⅜ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅜ P.

Frankfurt, 23. Januar. Oesterr. National waren fest und preishaltend, österr. Kreditaktien etwas höher als gestern. Für bayer. Ostbahnaktien zeigte sich viel Kauflust zu höheren Kursen. Auch Nassauische 3½ pCt. Obligationen waren begehrt. Dagegen wurden österr. Bankaktien billiger abgegeben. (Synd.)

an 40 Komitate sich für die sofortige Uebernahme der gerichtlichen Funktionen und unmittelbare Einführung des ungarischen Rechts ausgesprochen haben. Ein kühnes Wort der Mäßigung, zur rechten Zeit gesprochen, hätte auch den ungestümen Geist der Komitate gezügelt, und die neuteren Beschlüsse wären vielleicht ungeschehen geblieben. Aus den gegenwärtigen Vorgängen in Ungarn dürfte sich Manchem vielleicht die Frage aufdrängen, wie weit denn eigentlich die Macht der Komitate (Bezirke) reiche? Diese Frage ist schwer zu beantworten, und fast könnte man mit der Aeußerung antworten, die der berühmte Peelit Sir J. Graham einmal im Parlament rücksichtlich des englischen Unterhauses gethan: „Die Macht des Hauses der Gemeinen hat keine Grenzen.“ Von jeher besaßen die Komitate einen hohen Grad autonomer Machtvollkommenheit, die sich w hrend der türkischen Okkupation, wo gewissermaßen der Sitz der obersten Gewalt einen ambulanten Charakter hatte und die Komitate in vielen Fällen auf die eigene Kraft angewiesen waren, zu einer noch höhern Stufe der Selbständigkeit entwickelte. Das Komitat wählt seine sämmtlichen Beamten; der einzige Beamte, den der König ernennt, der Obergespan, erfreut sich einer mehr repräsentativen Würde und übt keinen faktischen Einfluß auf die Verwaltung aus. Thatsache ist es allerdings, daß sich die Komitate auf keine Handlungen legislativer Natur einlassen dürfen, da in Ungarn nur dasjenige Gesetz ist, was durch den König im Verein mit dem Landtage geschaffen wird, dafür aber besitzen die Komitate die Macht, jede Einrichtung, die in früher gebrauchten Gesetzen wurzelt, und wenn sie auch länger als ein Jahrhundert außer Gebrauch gewesen wäre, wieder ins Leben einzuführen. (D. Allg. Z.)

Wien, 18. Jan. Die heutige „Presse“ schreibt unter Anderem Folgendes: „Die Dinge sind nachgerade auf einem Punkt angelangt, auf dem eine Steigerung kaum mehr möglich ist. Wir wissen wohl, was auf Rechnung überschäumenden Selbstbewußtseyns zu setzen ist, und nach den von Ungarn errungenen Erfolgen begreifen wir diesen Stolz bei einem mehr als jedes andere dem Enthusiasmus zugänglichen Volke. Die Art und Weise aber, wie in Ungarn seit geraumer Zeit mit den Interessen nicht der Regierung, sondern aller andern Länder Oesterreichs umgesprungen wird, verstößt gegen alle Vernunft. Die Komitatsversammlungen entscheiden Dinge, die nicht zu ihrer, sondern ausschließlich zur Kompetenz des Landtages gehören. Sie verweigern die Steuern, als ob sie dieselben zu bewilligen hätten, sie schaffen faktisch das Tabakmonopol ab, ohne sich irgendwie um die übrigen Reichstheile zu kümmern; es findet unter ihnen eine Art Hetzjagd statt, und ein Komitat sucht das andere in dem, was es der Regierung an Trotz bietet, zu übertreffen. Ungarn handelt, als ob es kein Oesterreich gäbe, und als befände es sich auf dem Wege, sich als selbständiges Reich zu konstituiren; ja, wenn es nach dem Sinne des Grafen Zay ginge, so gäbe es in Wien schon längst keine Hofkanzlei, sondern höchstens einen ungarischen Gesandten. Die Rede, welche der ungarische Patriot F. Deák in der Repräsentanz der Pesther Gemeinde gegen die sofortige Aufhebung der bis jetzt in Kraft gewesenen Gerichtsbarkeit gehalten, und die Aufnahme, die sie gefunden hat, ist uns bei dem allgemeinen Schwindel, der Ungarn ergriffen hat, ein Symptom. Es muß in Ungarn viele Männer geben, denen der bisherige Gang der Dinge doch schon zu bunt geworden ist, wenn Deák, der Mann des Schweigens, öffentlich das Wort ergreift und von „Anarchie“ spricht. Wir können nur wünschen, daß Ungarn auf diese Warnung höre und stillstehe, daß die liberale Partei, in deren Namen Deák sprach, die Oberhand gewinne; denn gäbe es eine Komitatsversammlung, die es versuchte, noch weiter zu gehen, als jene von Neutra, dann würde ein Rückschlag geradezu herausgefordert.“

Die „Ostdeutsche Post“ schreibt aus Wien: „Die ungarischen Kaufleute beginnen in Wien in eine schwierige Lage zu kommen. Eine nicht unbedeutende Anzahl hiesiger Geschäfte hat ihren Kredit theilweise äußerst ermäßigt, theilweise ganz aufgehoben und verkauft ihnen nur gegen baar, so daß es vorgekommen, daß Einkäufer total ohne Waare heimkehren mußten. Hiesige Geschäftsleute machen das Argument geltend: wer eines Tages weder schuldige Steuern noch die Staatsschulden zahlen will, kann eines schönen Tages das Gleiche mit den Privatschulden thun.“

Die „Wiener Zeitung“ meldet amtlich die Ernennung des Dr. Johann Wagner, bisherigen außerordentlichen Professors der medizinischen Fakultät in Pesth, zum ordentlichen Professor. Der Pesther Lloyd bemerkt hiezu: „Es ließ sich erwarten, daß mit der Ernennung Vay's zum Hofkanzler die Beschränkung der Protestanten bald ein Ende nehmen werde; mit der Ernennung Wagner's ist diese Erwartung theilweise erfüllt. Bekanntlich stehen die unsere Universität speziell behandelnden Nachtragsbestimmungen zum Konkordat jeder neuen Besetzung einer Professur durch einen Akatholiken entgegen; wenn daher die Ernennung Wagner's für die besonderen Interessen unserer Hochschule als ein Gewinn begrüßt werden muß, so gewinnt sie durch ihre Beziehung zum Konkordat eine allgemeine Bedeutung.“

Großbritannien.

London, 20. Jan. Der „Observer“ bringt einen Artikel über den unterseeischen Telegraphen, welcher Malta mit Alexandria verbinden soll. Der Telegraph soll von Malta nach dem nächsten an der afrikanischen Küste gelegenen Punkte geführt werden und dann längs der Küste nach Alexandria laufen. Die Entfernung von Malta nach der Küste beträgt etwa 80 englische Meilen und die Tiefe des Meeres auf dieser Strecke 2—300 Faden. Die Meerestiefe längs der afrikanischen Küste beträgt da, wo man das Kabel legen will, nirgends mehr als 100 und nur an sehr wenigen Stellen mehr als 50 Faden. Die Legung des Telegraphen soll in den Monaten Mai und Juni stattfinden.

Italien.

Rom, 12. Jan. Was ich neulich über die Fortschritte des Protestantismus in Italien schrieb, kann ich jetzt mehrfach vervollständigen. Es sind zwei verschiedene Seiten, von denen die Propaganda ausgeht, einmal die englische Gesellschaft für Verbreitung der protestantischen Religion an den Küsten des Mittelmeeres, die unter dem Protektorat Lord Shaftesburys, Schwiegersohns von Lord Palmerston, steht und ihr Centrum in Malta hat; sie ist hauptsächlich in Süditalien thätig und hat in Malta selbst eine Erziehungsanstalt für junge Leute aus den höheren Ständen; über ihre Erfolge ist mir nichts Näheres bekannt. Bestimmtere Angaben liegen dagegen für Mittel- und Norditalien vor: dort wirkt besonders die Société évangélique von Genf, die mit der amerikanischen Bibelgesellschaft in Verbindung steht; sie hat ein eigenes italienisches Komite, geleitet von einem Herrn Gabriel Naville, und beschäftigt sich vor Allem mit der Kolportage von Bibeln und Traktaten. Der Bericht des Komite gibt an, daß in vielen Dörfern, deren Namen sich nicht einmal auf einer Karte befinden, die Evangelischen, welche den Kolporteurs folgten, kleine Kirchen gründen konnten, welche wichtiger seyen, als die großer Städte. Doch habe man für die Evangelisation der neu annexirten Länder nicht so viel thun können, als man gewünscht habe, und müsse namentlich in Piemont ein Nachlassen der Erfolge konstatiren, das seinen Grund in der politischen Aufregung habe. Mit diesem Komite nun hat sich die waldensische Propaganda unter der Leitung eines Hrn. Charbonnier in Verbindung gesetzt und in Florenz eine theologische Schule gegründet, von welcher, wie der genannte Herr berichtet, man sich große Resultate versprechen dürfe. Diese Angaben, geliefert durch die Berichte der evangelischen Gesellschaft in Genf, in denen die statistischen Data nachgelesen werden, finden sich in den katholischen Blättern, die mit großer Aufmerksamkeit allen diesen Vorgängen folgen; sie werden auch bestätigt durch die Angaben von Protestanten, welche die Verhältnisse kennen. Das Obige erhält eine weitere Bedeutung dadurch, daß neuestens der piemontesische Minister des öffentlichen Unterrichts, Mamiani, die Stelle eines Professors der Moral an der Universität Bologna einem Protestanten gegeben hat, dem Hrn. Mazzarella, der in thätiger Verbindung mit der Genfer Gesellschaft steht. Die protestantische Mission hat es sonach nicht mehr mit Hindernissen von Seiten der Regierung zu thun, sondern nur noch mit dem Einfluß der Geistlichkeit, und da ihre Thätigkeit bereits im Gang ist, so werden bald die Thatsachen über die so oft verhandelte Frage entscheiden, ob das italienische Volk überhaupt fähig sey, protestantisch zu werden. Zur richtigen Beurtheilung jedoch der Ansichten, die hierüber gerade unter der Partei herrschen, welche die gegenwärtige piemontesische Regierung repräsentirt, dürften die Worte eines Mannes beitragen, der dieser Regierung sehr nahe steht. Massimo d'Azeglio, einer der einflußreichsten Schriftsteller Italiens, im letzten Jahre Gouverneur der Lombardei, sagt in seiner Politica del diritto cristiano: „Die Massen in Italien werden entweder katholisch seyn oder nichts. Alle Anstrengungen der biblischen Gesellschaften und der protestantischen Missionäre werden es nicht dahin bringen, einen andern Glauben an die Stelle des Glaubens zu setzen, in dem unsere Generationen aufgewachsen sind, und der Italien seine Künste, seine Sitten und sein ganzes soziales Leben gegeben hat. Man kann von jenseits der Alpen her eine Auflösung der religiösen Ideen bewirken, eine moralische Zersetzung, ein Nichts; man kann den Katholizismus, der unser Ruhm war, verderben, ihn verfälschen, ihn ganz wegnehmen und

ausbrachte, wurde dasselbe mit stürmischem Jubel aufgenommen. Mit einem wahrhaft donnernden Beifall war der Redner schon unterbrochen worden, als er den Satz ausgesprochen, daß die Freiheit der Wissenschaft keinen Unterschied der Konfessionen und der Nationalitäten kenne. — Mit nicht geringem Grauen mögen die Aristokraten auf die Versammlung des niederösterreichischen Adels blicken, welche ihr Programm aufstellte. Sämmtliche fürstliche und viele hochgräfliche Herren hatten sich zwar von dieser Versammlung fern gehalten, aber unter den 65 Anwesenden befand sich doch mancher Träger eines altaristokratischen Namens, wie Atems, Breda, Fries, Hardegg, Hoyos, Wickenburg u. s. w. und dazu eine nicht geringe Zahl von Prälaten. Ein Komite, bestehend aus den Grafen Hoyos und Gartterburg und den Baronen Tinti und Hohenbruck, hatte das Programm ausgearbeitet und legte es zur Berathung vor. Es fand zwar lebhaften Widerspruch und einige der Anwesenden beharrten offen bei demselben, einige verließen den Saal vor der Abstimmung; die große Mehrzahl indessen trat dem Programm bei, das folgendermaßen lautet:

I. „Wir begrüßen in dem kaiserlichen Diplom vom 20. Okt. den prinzipiellen Ausgangspunkt eines zeitgemäßen Systemwechsels in der Regierungsform Oesterreichs. Wir begrüßen dieses hohe kaiserliche Wort; weil wir die feste Ueberzeugung hegen, daß ein Staat, in welchem Fürst und Volk vereint und mit Vertrauen den Weg politischer Freiheit betreten, aus allen drohenden Gefahren siegreich und mit vermehrter Macht hervorgehen muß. II. Wir erkennen in dem im kaiserlichen Diplom ausgesprochenen Grundsatze der Theilnahme an der Gesetzgebung und Besteuerung durch zum großen Theile vom Volke gewählte Vertretungen das Grundprincip eines verfassungsmäßigen Staatslebens. III. Wir sprechen hiermit unsere Ueberzeugung aus, daß das System unserer früheren landständischen Institutionen und Prärogative den veränderten Verhältnissen und Bedürfnissen der Neuzeit nicht mehr entspricht, und glauben daher die Begründung unserer politischen Stellung nur in dem Grundbesitze und in dem Vertrauen unserer Mitbürger finden zu können. Wir erfreuen deßhalb in dem Prinzipe einer auf die Art und das Verhältniß der Theilnahme an den Staatslasten, sowie auf eine gerechte Würdigung der Intelligenz begründeten Vertretung aller materiellen und geistigen Interessen die feste Basis einer lebenskräftigen und zeitgemäßen Verfassung Oesterreichs. IV. Wir halten fest an den in dem Rundschreiben Sr. Excellenz, des Hrn. Staatsministers aufgestellten allgemeinen Grundsätzen über Preßfreiheit, Gerichtsform, Unterrichtswesen, Selbstverwaltung, bürgerliche, konfessionelle und nationale Gleichberechtigung. V. In Anbetracht der täglich drohender sich gestaltenden Verhältnisse, deren Entwickelung ein ungewisser politischer Zustand befördern muß, erachten wir die baldigste Einberufung verfassungsmäßiger Körperschaften, insbesondere aber der allgemeinen Reichsvertretung um so mehr für dringend und unerläßlich, als wir nur in der Macht und Wohlfahrt des Gesammtreiches die politische Existenz und die Wohlfahrt der einzelnen Länder gesichert finden. VI. Indem wir daher glauben, daß es vor Allem nöthig ist, den ausgesprochenen verfassungsmäßigen Grundsätzen eine legale Basis zu geben, halten wir es für eine Pflicht des Patriotismus, die organisatorische Thätigkeit der Regierung jetzt durch weitere Reformanträge nicht zu verzögern und die fernere freiheitliche Entwickelung den künftigen legalen Vertretungen zu überlassen." — Zum Schlusse wurde ein Komite, bestehend aus den Herren Graf Hoyas, Baron Tinti, Gustav Figdor, Baron Ehrenfels, Ritter v. Suttner, Baron Hohenbruck, Graf Pergen, der Prälat von Klosterneuburg und Dr. Joseph Neumann gewählt, um die Schritte zu ferneren Besprechungen und gemeinsamen Schritten zu thun. Erfreulich ist die Versammlung besonders deßhalb, weil sie ein Zeugniß davon giebt, daß doch auch die Deutschen eine politische Initiative endlich ergreifen. Hoffentlich findet das Beispiel denn auch Nachahmung in anderen deutschen Kronländern.

(Ztg. f. Nordd.)

Prag, 19. Jan. Die hiesige Handelskammer hat auf die von der Regierung auch an sie gelangte Anfrage, welche Mittel zur Wiederherstellung der Valuta führen würden, folgende Anträge gestellt: 1) Die unverweilte Einberufung einer nach einem liberalen Wahlmodus direkt gewählten Reichsvertretung, 2) Verantwortlichkeit der Minister, 3) die Eidesleistung des Monarchen auf die Verfassung, 4) Revision des Konkordats, 5) Unabhängigkeit der Bank von der Regierung, 6) die Aufnahme einer in bestimmter Frist rückzahlbaren Anleihe zur Rückzahlung der nicht bedeckten Schuld des Staats an die Nationalbank. Die Anträge wurden einstimmig von der Kammer zum Beschluß erhoben, überdies aber auch von einem Mitglied in Vorschlag gebracht, man möge die Einziehung der Kirchengüter beantragen und verlangen, daß sich die kaiserliche Familie an jeder Anleihe in erster Linie betheilige. Diese beiden Vorschläge wurden von einem Manne gemacht, der noch vor kurzem das Programm der Adelspartei unterzeichnet hatte und als Aktionär das (reaktionäre) „Vaterland" mit begründen half. So weit geht bei uns bereits die Wohldienerei und die Spekulation auf eine hervorragende Stelle, die gewisse Leute, wie früher durch Servilismus nach oben, jetzt durch affektirten Liberalismus sich erschleichen wollen. (D. Allg. Z.)

Wien, 17. Januar. Der Uebermuth der Ungarn treibt die Regierung, Ernst zu zeigen. Wir glauben gut unterrichtet zu seyn, wenn wir mittheilen, daß königl. Kommissäre an mehrere Komitate abgesandt wurden, um ihr illegales Thun und Beschließen zu kondemniren: ihnen auf dem Fuße folgt die militärische Exekution, deren Aufgabe es ist, die bestehenden Gerichte und Steuerkassen zu schützen und den von der ungarischen Hofkanzlei erlassenen Anordnungen Gehorsam zu erzwingen. Die geheimen Weisungen an die Militär-Kommando's enthalten die gemessensten Ordres. Man ist auf das Aeußerste gefaßt, und jedem faktischen Widerstande wird mit Kugeln geantwortet werden. Die magyarischen Minister haben kein anderes Aushülfsmittel, um sich selbst in Respekt zu erhalten; noch mehr, die magyarischen Magnaten und Parteiführer selbst wissen keinen anderen Ausweg gegen die Ueberstürzungen der Komitate. Aus allen Komitaten Ungarns laufen Bitten ein, gegen den Terrorismus geschützt zu werden, da Leben und Eigenthum nicht mehr gesichert ist. Die Deutschen verkriechen sich in ihre Häuser, und die Juden, die bisher durch Anlegung des nationalen Kostümes sich maskirten, fühlen gewisse Körpertheile nicht mehr gegen magyarische Gerichtsbarkeit assekurirt, seitdem die Justiz wieder in Händen der Stuhlrichter ist. Drohbriefe, Insolenzen, Erpressungen sind an der Tagesordnung, und kein Beamter kann fungiren; hierbei fordert ein Komitat die Bewaffnung der Nationalgarde, das andere verlangt die Ausweisung aller nichtungarischen Militärs, ein drittes nimmt dem ordentlichen Gerichte die Akten weg, ein viertes erklärt jeden Steuerzahlenden für einen Vaterlandsverräther, ein fünftes verlangt „im Interesse der öffentlichen Ruhe" die Entfernung der kaiserlichen Gendarmen u. s. w. Bei solchem Treiben war die Reaktion unausbleibbar: ob die Waffengewalt stark genug ist, diese Bewegung zu dämmen, kann Niemand beurtheilen, allein wenn nicht alle unparteiischen Berichte trügen, wird dem ersten ernsten Konflikt kein zweiter folgen. Die Elite der Ungarn, die besonnenen Chorführer gehen nicht mit den tollen Hitzköpfen, welche die Marseillaise von Zigeunern spielen lassen.

(Köln. Z.)

Von der ungarischen Donau, 19. Jan. Die pesth-ofener Handels- und Gewerbekammer, die sich von jeher in allen volkswirthschaftlichen Fragen durch eine energische und liberale Haltung auszeichnete, hat einen neuen Beweis ihrer entschiedenen Richtung an den Tag gelegt. Am 28. Dez. wurden nämlich die Kammern der Monarchie aufgefordert, ein Gutachten über die zur Regelnng der Valuta geignetsten Mittel abzugeben. Die pesth-ofener Kammer spricht nun ganz unumwunden ihre Ansichten über den fraglichen Gegenstand aus. Vor allem ertheilt sie den dringenden Rath, das Verhältniß der Nationalbank zum Staate zu regeln. Obgleich zur Tilgung der Schuld des Staats an die Bank viele Anleihen gemacht wurden, sei diese Schuld dennoch von Ende 1849—60 von 77 auf 257 Mill. Fl. gestiegen, und im Laufe der Zeit habe die Bank ihre Selbständigkeit in einer Weise eingebüßt, daß sie eine förmliche Staatsanstalt geworden und weder dem Publikum, noch ihren Aktionären mehr Sicherheit biete. Dieser servilen Willfährigkeit der Bankvertretung dem Staate gegenüber müsse ein Ende gemacht werden. Als einen weitern Hebel der Valutaregelung empfiehlt die Kammer die Vereinfachung des Staatshaushalts, was durch eine konsequente Befolgung konstitutioneller Prinzipien zu erreichen ist, und schließlich den Verkauf Venetiens (!), das den Krebsschaden der österreichischen Staatswirthschaft bilde und dessen Verwaltungskosten bei dem mächtigen Drucke der italienischen Einheitsbestrebungen die Einnahmen um das Zehnfache übersteigen. Die pesth-ofener Kammer hat also früher als die auswärtige Diplomatie die Frage der Abtretung Venedigs in offizielle Anregung gebracht. — Die Rede, welche Franz Deák in der hiesigen städtischen Generalversammlung gegen die sofortige Auflösung der österreichischen Gerichte gehalten (bevor nämlich für die Einsetzung ungarischer Gerichte und ungarischen Rechts gesetzliche Vorsorge getroffen ist), hat bei der großen Zahl nüchterner Patrioten einen bedeutenden Eindruck hervorgebracht; nur wird allgemein bedauert, daß der gefeierte Staatsmann sich erst so spät entschließen konnte, seine Meinung in diesem Punkte auszusprechen, nachdem bereits nahe

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 24. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 58. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 24. Januar 1861.

Deutscher Bund.

Bayern. Aus München, 19. Jan., schreibt man der „Augsb. Postztg.": Mit der Einführung der vollständigen Gerichtsorganisation werden sogenannte Verwaltungsämter ins Leben treten. Von Oberfranken ist die Eintheilung der verschiedenen Bezirke bereits bekannt, erregte aber unter der Bevölkerung des oberfränkischen Kreises große Unzufriedenheit. Die Regierung hat nämlich immer zwei oder drei Landgerichtsbezirke zu einem Verwaltungsbezirk zusammen gezogen, während die Bevölkerung wünscht, daß an jedem Gerichtssitze ein Verwaltungsamt errichtet oder mit dem Landgerichte verbunden werde. Kurz die Aufregung wegen der von der Kreisregierung vorgeschlagenen Konstituirung der Verwaltungsämter ist sehr groß und dermalen befinden sich bereits 3 Deputationen hier, um beim Ministerium die Wünsche der Bevölkerung zu vertreten. Noch viele andere Deputationen sind erwartet. (Das Nämliche hörte man auch aus andern Kreisen — natürlich, denn alle Wünsche werden wohl schwerlich zu befriedigen seyn.)

München, 21. Jan. Graf von Bassenheim wurde von der Kammer der Reichsräthe auf „unbestimmte Zeit" beurlaubt und statt desselben Fürst von Wrede in den Legitimationsausschuß gewählt. — Das Oberaufschlagamt für Oberbayern hat im verflossenen Quartal um 100,000 fl. weniger an Aufschlagsgefällen perzipirt, als in den entsprechenden 3 Monaten des vorigen Jahres. Da seit dem Eintritte des passiven Widerstandes von Seite des Publikums das Sudwerk weit schwächer betrieben wird, so steht für das laufende Quartal ein noch größerer Ausfall bevor.

Preußen. Berlin, 21. Jan. Der Adreßentwurf des Herrenhauses ist so ausgefallen, wie man es von der Majorität dieser Versammlung erwarten mußte; er ist eine vollständige Ergebenheitsadresse für den verstorbenen König und eine halbe für den regierenden; doch diejenigen Punkte der Thronrede, welche sich irgend dazu eigneten, sind sorgfältig ausgesucht worden, um einen reaktionären Hoffnungsfaden daran zu knüpfen, an welchem denn auch die Aussicht hängt, daß Wilhelm I. auch noch einmal alles des Lobes würdig werde, das Friedrich Wilhelm IV. in so reichem Maße von diesem Hause verdient hat. Daß man um so mehr den Volkswünschen Entsprechenderes von der Antwort-Adresse der Abgeordneten (auf die Thronrede) erwartet, ist sehr natürlich, indeß hat die Ausschließung der Oeffentlichkeit bei den Berathungen doch schon die anfängliche Gewißheit, daß große Thaten zum Vorschein kommen würden, etwas erschüttert; und allem Anschein nach wird die Enttäuschung nicht ausbleiben. Der gothaischen Majorität wächst nicht über Nacht die Heldenader; und diese Majorität beherrscht die Adreßkommission eben sowohl, wie die Kammer. Die Oeffentlichkeit ist ausgeschlossen worden, weil Staatsgeheimnisse von den HH. Ministern mitgetheilt, sonst leicht weiter verbreitet werden könnten. (Z. f. Nordd.)

Baden. Freiburg, 17. Jan. Nach der „Allg. Z." wäre von einer gegen die katholischen Familienväter in Lahr, welche ihre Kinder protestantisch konfirmiren ließen, ausgesprochenen Excommunicatio major „bei der kompetenten kirchlichen Behörde nichts bekannt geworden." Wohl aber möge es vorgekommen seyn, daß der Ortsgeistliche es für angemessen hielt, über diesen Vorfall vor seiner Gemeinde sich auszusprechen.

* **Freie Städte.** Frankfurt, 22. Januar. Se. Maj. der König von Bayern hat dem König Wilhelm I. von Preußen die durch den Tod des Königs Friedrich Wilhelm IV. erledigt gewordene Inhaber-Stelle des bayerischen 6. Infanterie-Regiments, dessen 1. Bataillon in Amberg, das 2. Bataillon in Sulzbach und das 3. in Frankfurt steht, verliehen. Die bei der Leichenfeier und beziehungsweise zur Huldigung anwesende Deputation des genannten Regiments erhielt folgende Auszeichnungen: Oberst und Kommandant Hanser den rothen Adlerorden 2. Klasse; Major Ritter und Hauptmann Murmann denselben Orden 3. Klasse; Oberlieutenant Götz und Lieutenant Frhr. v. Ehrne-Melchthal die 4. Klasse dieses Ordens, und Regiments-Adjutant Oberlieutenant Michelt, der mit demselben Orden schon früher dekorirt war, erhielt einen höchst werthvollen Brillantring.

Frankfurt, 22. Januar. Heute stand Buchdrucker Baist von hier wegen Nachdrucks der bekannten Broschüre des Prinzen Friedrich Karl von Preußen über das deutsche Heerwesen vor den Schranken des Zuchtpolizeigerichts. Das Resultat der heutigen Verhandlungen war Zurückweisung der Angelegenheit zur Vervollständigung an den Untersuchungsrichter, und namentlich soll der Prinz über seine Autorschaft eidlich vernommen und sodann konstatirt werden, ob der hohe Verfasser vielleicht nicht einem Dritten das Recht der Vervielfältigung seines Werks überlassen habe. Die Anklage wurde auf Grund einer Requisition des kgl. preußischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten von der hiesigen Staatsbehörde erhoben. Der Angeschuldigte will das vielfach korrigirte Manuskript der Broschüre von einem ihm bekannten Schriftsteller erhalten und durchaus in gutem Glauben gehandelt haben. Selbst bei Hinausgabe der zweiten Auflage der Broschüre will er noch nicht gewußt haben, wer der Verfasser der Schrift sey, da das Gerücht, der Prinz sey der Verfasser, von der offiziellen „Pr. Zeitung" und auch von der „Kreuzzeitung" mit großer Bestimmtheit in Abrede gestellt worden ꝛc. (Fr. Pstz.)

Oesterreich. Wien, 20. Jan. Das Mißtrauen, daß es in unseren entscheidenden Kreisen mit der Durchführung des konstitutionellen Systems noch keineswegs ernstlich gemeint sey, ist hier nicht minder stark als in Deutschland. Aber in den letzten Wochen haben die Dinge mehr und mehr eine Wendung genommen, welche hoffen läßt, daß sich jenes Mißtrauen nicht rechtfertigen werde. Sie kennen das Gutachten der Laibacher Handels- und Gewerbekammer über die Herstellung der Valuta. Nun, in gleicher Weise haben sich die Brünner, Temeswarer, Linzer, Preßburger und endlich auch die so bedeutende Reichenberger Handels- und Gewerbekammern vernehmen lassen. Die letztere hat ihre Beschlüsse durchweg einstimmig gefaßt, und zwar noch mit der Bestimmung, daß der politische Theil des Gutachtens, welcher die Herstellung einer vollständigen Reichseinheit auf der breitesten konstitutionellen Grundlage mit Verantwortlichkeit der Minister und die möglichst schnelle Einberufung eines allgemeinen österreich. Reichstags fordert — in dem Gutachten vorangestellt werden solle. Solche Forderungen werden in dem ganzen Bürgerstande wiederhallen, wie auch das Programm des niederösterreichischen Adels in allen deutschen Kronländern Zustimmung finden wird. Aus einer so allgemeinen Bewegung muß schließlich eine entsprechende Gestaltung des Staatslebens hervorgehen. Freilich werden nicht alle besten Wünsche des Constitutionalismus sogleich erfüllt werden: wir werden eben so wie Preußen einen schwankenden Zustand durchzumachen haben. Aber die Wiederkehr des Absolutismus scheint mir täglich mehr eine Unmöglichkeit zu werden, wie er täglich mehr an sich selbst verzweifeln muß. Seine Anhänger sehen jetzt zu deutlich, daß er allen Boden im Volke verloren hat, und daß er höchstens noch auf das Heer zählen kann. (Z. f. Nordd.)

Wien, 18. Jan. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß Oesterreich in eine politische Bewegung gerathen ist, der nicht leicht ein Stillstand wird geboten werden. Diejenigen, welche noch hoffen, den Sieg des Konstitutionalismus zu hindern, müssen sich bitter getäuscht sehen. Ein und derselbe Tag erlebte vorgestern zwei sehr verschiedene Versammlungen, die aber gleich bedeutungsvoll für das Ziel waren, dem wir entgegengehen. Die eine dieser Versammlungen sah die ehemalige Aula, jetzt der Festsaal der Akademie der Wissenschaften. Der neugewählte Rector magnificus der Universität, Dr. Oppolzer, hielt in derselben seine Antrittsrede, deren Gegenstand die Lehr- und Lernfreiheit, als das Lebenselement einer freien Universität, war. Und als er zum Schluß ein Hoch auf diese Freiheit und auf den Kaiser, der sie verliehen,

wirklichen Vollzug einer Bundesexekution in Holstein die Aufstellung einer Armee von vorläufig 40,000 Mann jenseits der Eider, und die Proklamirung des Belagerungszustandes im Herzogthum Schleswig seyn wird, und es scheint gleichzeitig keinem Zweifel zu unterliegen, daß man dort zunächst eine schwedische Unterstützung im Rückhalt hat. Gleichzeitig hören wir, daß ein Theil der dänischen Flotte aufgetakelt und armirt wird. In Bezug auf die kurhessische Frage hören wir von vertraulichen Verhandlungen sprechen, welche die kurhessische Regierung in Frankfurt zu dem Zweck eingeleitet, die Verfassungsangelegenheit in einer ihre Autorität nicht bloßstellenden Weise zum Gegenstand erneuerter Berathungen in der Bundesversammlung zu machen. Sind wir recht unterrichtet, so würde eine befreundete Regierung die Angelegenheit in der Weise anregen, daß der Kurfürst sich in der Lage befinde, noch über die von dieser Regierung anzudeutenden Konzessionen hinaus sich nachgiebig zu zeigen.

Stuttgart. Von den 49 Diözesen, welche die evangelische Landeskirche in Württemberg in sich befaßt, haben bis jetzt 31 in das „Evangelische Kirchen- und Schulblatt" Berichte über ihre Verhandlungen geliefert. Von diesen 31 haben nur zwei, nämlich Hall und Besigheim, von Verhandlung des Konkordats sich fern gehalten. Dagegen haben 29 übereinstimmend das Votum abgegeben, daß die evangelischen Gemeinden Mißtrauen gegen das Konkordat hegen, bei dessen Durchführung nicht geringe Verletzung ihrer verfassungsmäßigen Paritätsrechte und Störungen des konfessionellen Friedens fürchten, und daher sich berufen fühlen, den Schutz des Staats und Landesbischofs gegen dasselbe anzurufen. (Evang. K.-Bl.)

Wien. Einer offiziösen Mittheilung der „A. Z." zufolge wird die gesammte Verfassungsarbeit für die westlichen Länder und das Gesammtreich: Landesstatute, Reichsvertretungsstatut, Wahlordnung und Geschäftsordnung für die Landtage, Geschäftsordnung für den Reichsrath, Einberufung der Landtage und des Reichsraths, sowie die dazu gehörigen Staatsschriften, nicht stückweise, sondern als ein geschlossenes Ganzes, und zwar ungefähr bis Ende dieses Monats, publizirt werden.

Ueber die einem Israeliten in Eperies (Ungarn) ertheilte Strafe von 12 Stockprügeln ist der „Ostd. Post" von dem in dem betreffenden Berichte genannten Herrn Albert v. Ujazy eine Berichtigung zugekommen, wonach der mitgetheilte Vorfall sich am 4. Januar d. Js. ereignet hat; mit der Hauptsache jedoch, den Stockprügeln, hat es seine volle Richtigkeit. Der Stuhlrichter, welcher die Prügelstrafe verhängen ließ, heißt Stephan Iranyi, und gehört zu den Obrigkeiten, welche das Saroscher Komitat gemäß der ihm jetzt wieder verliehenen Selbstverwaltung kürzlich gewählt hatte. Die Strafe wurde von ihm deshalb verhängt, weil der Jude mit einem Edelmann wegen Vorfahrens seines Wagens Händel bekommen hatte. Der Magistrat von Eperies hat nun der „Ostd. Post" eine lange bombastische Berichtigung eingeschickt, wonach der Bericht dieses Blattes — mit Ausnahme der Strafe selbst — entstellt wäre. Wie der Sachverhalt aber wirklich sey, sagen die Herren nicht, sondern sie erklären nur, daß die diktirte Prügelstrafe vollkommen gerechtfertigt sey und erklären ferner „im Gefühl der heiligen Wahrheit", daß sie das Verfahren ihres Amtsgenossen vollkommen billigen.

Aus Paris, 20. Jan., schreibt man der „Allg. Ztg.": Während der Rè Galantuomo friedliche Gesinnungen Oesterreich gegenüber heuchelt, und betheuert, man werde nur über seine Leiche die Minciolinie überschreiten, wird mir von kompetenter Seite versichert, es seyen vorgestern Konsularberichte aus Livorno hier eingetroffen, laut welchen Piemont daselbst Freischärler unter den arbeitslosen Klassen jener toskanischen Hafenstadt anwerben läßt. Jeder Freischärler erhält hundert Lire Handgeld und einen täglichen Sold von 1½ Lire, wogegen er sich verpflichten muß, nach Konstantinopel sich transportiren zu lassen, in der Art und Weise, in welcher die Regierung es am zweckmäßigsten finden wird, um, ohne Aufsehen zu erregen, diese Soldaten der Revolution nach den Donaufürstenthümern und nach Ungarn einzuschmuggeln. Ich habe schon in einem andern Schreiben angedeutet, daß Livorno das Hauptquartier werden soll, von wo aus Garibaldi im nächsten Frühjahr seine Umsturzexpedition in Venetien und an den Küsten des adriatischen Meers zu unternehmen beabsichtigt.

(Italienische Amazonen.) Ein Korrespondent der „Boh." schreibt aus Venedig: „Es scheint, daß nun auch die italienischen Damen von kriegerischer Begeisterung und Kampfeswuth ergriffen im kommenden Frühjahr den friedlichen Strickstrumpf mit dem Schwerte vertauschen wollen. So cirkulirt gegenwärtig in der Lombardei in vielen tausend Exemplaren ein gedrucktes Proklam (ich hatte selbst eins davon in Händen), worin — unglaublich, aber wahr — in allem Ernste die Bildung eines weiblichen bei 5000 Mann — will sagen Köpfe — starken Freikorps angekündigt wird, das sich im kommenden Frühjahr an nichts Geringerem als der Eroberung Roms, Venedigs und der Befreiung Ungarns faktisch betheiligen wird!! Die Infanterie wird nach Art der Zuaven und die Kavallerie wie die französischen Husaren uniformirt seyn und jede bedeutendere Stadt Italiens soll hierzu ein Kontingent stellen. Zur Würde einer Oberkommandantin dieser modernen Amazonen wurde die Gräfin Mathilde Andreotti aus Turin gewählt, die sich schon im Krimkriege, wohin sie ihrem Gemahl gefolgt war, die Sporen verdiente. Gnade Gott unserer braven Armee vor diesen bekrinolinten Heroinnen!!" (Ostd. P.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	73½ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	58⅞ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	47½—⅝ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	40½ P. 39¾ G.
„	4½ pCt.	34⅝ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	86½ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102½ P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101⅜ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	101½ P. ¼ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	99¼ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	99¼ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95 P.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103 G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94¼ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	102¾ P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	94⅜ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	102 P. 101⅝ G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	3½ pCt. Obl. dto.	93½ G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	100⅞ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	98 P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	97¼ P. 96¾ G
„	3 pCt. Obl.	90 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47 G.
„	1¾ pCt. „ „ „	39¾ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	95⅛ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	107¾ P. exD.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	564 P. 560 G. e D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	119½ G. exD.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	167 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	63 P. 62 G. ex D.
Internationale Bank in Luxemb. . .	78 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	328 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	66⅛ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	23½ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	125¾ P. ex D.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	94½ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49¾ G.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	233 G.
Span. Handels- u. Industrie . . .	480 P. 475 G. exD.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	460 P. ex D.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	102—102⅛ G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101½ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99¼ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105 G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	95⅝ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	87⅞ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ B.
London Lst. 10 k. S.	117⅛ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	...
Mail. i. S. L. 250 k. S.	92⅝ B.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅛ B. 92⅞ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	76⅝ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	69¾ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	44⅝ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	51½ P. ⅛ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	124¾ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	55¼ P.	„ fl. 25 do.	36 P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	86½ P. 86 G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	36 P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	116½ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50¼ G.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	34 G.
Badische fl. 50	89¼ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10⅜ P.
Badische fl. 35	53½ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅜ P.

Frankfurt, 22. Januar. Die Haltung der Börse war fest, österr. Fonds und Aktien etwas höher, das Geschäft jedoch geringfügig. (Synd.)

amerikanischen Behörden wiesen — und zwar, wie englische Autoritäten anerkennen, mit Recht — diese Forderung mit der Bemerkung zurück, daß der Diebstahl nur ein Nebenumstand der Flucht gewesen sey, und daß der Vertrag nichts über die Auslieferung von Fahnenflüchtigen bestimme. — Diese und andere Argumente von gleicher Kraft brachte Hr. M'Lean vor der Queen's Bench in Toronto vor, aber Richter Burns, der Chief Justice Robinson u. a., die Mehrzahl überhaupt, entschieden, daß Anderson als ein des „vorbedachten Mords (wilful murder)" Schuldiger auszuliefern sey. Diese Auslegung erregte in Canada allgemeines Erstaunen, noch größeres in England, wo man „eine so unenglische Anschauung" keinem Angelsachsen zugetraut haben würde. Obgleich nun noch eine Berufung an den Court of Error in Canada zulässig schien, so scheint es, daß Andersons Freunde kein Vertrauen zu andern canadischen Tribunalen hatten. Es wurde also die Queen's Bench von Westminster in London angerufen, und diese bewilligte am 15. Januar, nach kurzer Berathung, ein „Writ of Habeas Corpus", d. h. einen Befehl an die betreffenden canadischen Behörden, den John Anderson an Ort und Stelle (nach London) zu schaffen, damit hier nach Recht und Gesetz gegen ihn verfahren werde. — Die Ansichten der englischen Presse über den Fall sind verschieden; die Blätter fassen aber, so namentlich die „Times", allermeist nur das Bedenkliche desselben gegenüber der der amerikanischen Republik in's Auge. Es ist aber vor Allem noch die Frage, ob die Londoner „Queen's Bench" überhaupt in dieser Sache zuständig ist; denn Canada hat seinen eigenen obersten Gerichtshof.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 20. Jan. Nach längerer Krankheit verstarb gestern dahier in seinem 76sten Lebensjahre der k. Hofmusikus Schönchen, das älteste derzeitige Mitglied der k. Hofkapelle, und als Begründer und Leiter des dahier nun schon seit langen Jahren bestehenden Philharmonischen Vereins auch in weiteren Kreisen bekannt und geschätzt.

In Bayreuth wurde abermals ein 13jähriges Mädchen, Marg. Höpfner von Issigau, wegen Brandstiftung zu einem Jahr Arbeitshaus verurtheilt, welche ebenfalls das Rettungshaus in Naila anzuzünden versucht hatte.

Nürnberg, 19. Jan. Gestern wurde die erste in der v. Cramer-Klett'schen Fabrik gebaute kalorische Maschine in der Sebald'schen Buchdruckerei dahier aufgestellt und zur Bewegung der Schnellpressen in Gang gesetzt. Die Maschine ist weniger geräuschvoll als die Ericssonsche und hat überhaupt in vielen Punkten wesentliche Verbesserungen erhalten. Besonders aber ist es die außerordentliche Billigkeit, welche die Klett'schen Maschinen vor allen andern bis jetzt empfohlenen auszeichnet. (N. K.)

Aus Kassel, 12. Jan., wird folgender Vorfall berichtet: Der kurfürstl. Konzertmeister Weigert ging mit brennender Cigarre an einer der in der Königsstraße stehenden Schildwachen vorüber, welche ihn zum Wegwerfen der Cigarre aufforderte. Der Posten hatte formell recht, denn noch immer besteht das Verbot gegen jene Handlung; es ist aber thatsächlich schon lange nicht mehr befolgt und seine Uebertretungen nicht geahndet worden. Der sich weigernde Konzertmeister wurde von der Schildwache in sein Schilderhaus gesteckt, wo er bis zur Ablösung anderthalb Stunden in der Kälte, das Gesicht vorschriftsmäßig nach innen gekehrt, stehen mußte. Die Ansammlung des Publikums vor dem Arrestlokal veranlaßte, daß der Verhaftete durch eine Soldatenabtheilung auf die Hauptwache geführt ward, und erst von dort wurde der arme Mann auf die Polizei gebracht.

Frankfurt, 19. Jan. Leonhard Meck, bis vor zwei Jahren die Zierde unseres Schauspiels und einer der würdigsten Vertreter der guten alten Schule, ist im Laufe des gestrigen Tages längeren und schweren Leiden erlegen.

Von allen Seiten werden Klagen laut über die fast täglich auf den Eisenbahnen vorkommenden Unfälle durch Brechen von Achsen, Federn, Springen der Rad-Bandagen rc. Man schreibt an kompetenter Stelle diese auffallende Erscheinung der großen Kälte und deren Einfluß auf das Eisen zu. Am besten hatten sich die erst von einzelnen Eisenbahnen beschafften und probeweise eingeführten Gußstahl-Achsen.

Im Vinschgau liegen heuer so ungeheuere Schneemassen, wie sie seit 1836 nicht gesehen worden. Sie bilden eine gewaltige Schanze am Wormser Joch, das bei einem gewöhnlichen Zerfließen des Schnees kaum im Juni gangbar werden dürfte.

Der Gesundheitszustand Londons hat sich in den letzten beiden Wochen wegen der ungewöhnlichen Kälte sehr verschlimmert. In jeder derselben starben 1707 Personen, um 341 mehr als sonst durchschnittlich um diese Jahreszeit. Das Thermometer stand aber auch um 9 — 12 Grade niedriger, als seit mehreren Jahren der Fall war. Die Kälte dauert fort, und die Themse ist an mehreren Stellen bis gegen die Mitte ihres Bettes zugefroren. Haufen brodloser Arbeiter durchziehen bettelnd die Stadt, und die Armenanstalten der verschiedenen Kirchspiele sind von Hilfsbedürftigen belagert.

Viele Schiffe und Dampf-Paketboote haben auf ihren Fahrten von und nach England zwischen Belgien und Frankreich Schutz suchen müssen in belgischen Häfen wegen der ungeheuren Masse von Treibeis in der Nordsee. (Köln. Z.)

Auf der Eisenbahn von East-Lancashire werden jetzt die Passagierwagen mit Gas erleuchtet. Ein elastischer Gasbehälter befindet sich im Coupé des Hauptschaffners und leitet das Gas vermittelst Kautschukröhren über die Dächer der einzelnen Wagen hinweg in die Deckenlampen der einzelnen Coupé's, so daß diese vortrefflich beleuchtet sind. Vielleicht lassen sich die englischen Bahndirektionen durch diesen gelungenen Versuch endlich doch herbei, eine Verbindung der einzelnen Wagen mit dem Lokomotivführer herzustellen, wodurch manchem Unglück vorgebeugt werden könnte.

Neueste Nachrichten.

Berlin. Die „Börsen- und Handelszeitung" enthält folgende Mittheilungen: „Wir glauben gut unterrichtet zu seyn, wenn wir mittheilen, daß die unmittelbare Antwort Dänemarks auf den

---

in die Lage versetzt, sich so gut wie der reiche des neuen höchst werthvollen Kulturmittels der Drainage zu bedienen, er kann, wenn er nur die Anleitung zur richtigen Anlegung der Gräben erhält, diese und die Röhren selbst machen, wie er sich gar häufig das Material, z. B. die Lehmsteine zum Bau seiner Wohnung selbst zurichtet. Von der durch den Erfinder in Aussicht gestellten Haltbarkeit und Verhärtung unter Wasser oder in feuchter Erde habe ich mich nach Thunlichkeit selbst überzeugt. Während also diese Drainröhren in feuchter Erde mit der Zeit förmlich sich versteinern, hat die Erfahrung bereits gelehrt, daß schwach gebrannte Thonröhren bald zu Grunde gehen, und eine solche Drainage ganz verfällt.

Man kann diese Röhren von geringerer und besserer Qualität fertigen, je nachdem man mehr oder weniger von der hydraulischen Masse oder von den billigeren Zuthaten zur Mischung nimmt, in ersterem Falle stehen sie im Vergleich zu den gebrannten Thonröhren $^1/_3$, in letzterem Falle immerhin noch um $^1/_4$ billiger als diese. Wenn daher ein Tagwerk mit Thonröhren zu drainiren beiläufig 35 fl. kostet, kommt es mit geringern Röhren der hydraulischen Masse erst auf 23 fl. 20 kr., mit bessern Röhren auf 26 fl. 15 kr.; im ersten Falle wird also eine Ersparniß von 11 fl. 40 kr., im zweiten von 8 fl. 45 kr. per Tagwerk erzielt.

Die hin und wieder bei dem Auseinandersetzen der halben Röhrentheile entstehenden Fugen-Oeffnungen sind ohne Nachtheil für die Stränge, da das von unten in die Röhren steigende Wasser in um so größerer Masse eindringen und fortgeleitet werden kann, die feinen Oeffnungen also dieselben Dienste wie die Stoßfugen leisten. —

Da Lager von natürlichem hydraulischen Kalk in den fränkischen Kreisen nicht selten seyn sollen, und dieser dem künstlichen zu vorliegendem Zwecke vorzuziehen, wird die Fabrikation dieser neu erfundenen Drainröhren bei uns auf keine Schwierigkeiten stoßen.

Sollten es manche Landwirthe vorziehen, statt sich selbst mit der Anfertigung solcher Röhren zu befassen, sie durch einen geübten Arbeiter herrichten zu lassen, und nur Hilfsarbeiter, vielleicht in seinen Dienstboten oder Tagelöhnern, anstellen zu wollen, würden vielleicht in jedem Kreise Drainröhrenmacher anzulernen seyn, welche wie die Mauerpalire für die Verbesserung der Dungstätten, und die Wandergärtner für die Baumschulen und Pflanzungen mit ihrer Werkbank gegen ein entsprechendes Taggeld überall dort zur Verfügung gestellt werden, wo es für sie Arbeit gibt und sie verlangt werden.

Hr. N. Vernatz hat seine Erfindung privilegiren lassen, und verlangt für die Errichtung jedes einzelnen Etablissement ein Honorar von fl. 200, oder fl. 1000 für einen ganzen Kreis, und Jedermanns-Betrieb innerhalb dessen Grenzen. X. Y. Z.

die unerläßliche Nothwendigkeit liberaler Institutionen hingewiesen und diese sowie die Presburger Handelskammer die Unabhängigkeit der Nationalbank von der Finanzverwaltung als Bedingung der Wiederherstellung der Valuta erklärt.

Großbritannien.

London, 18. Jan. Die Angabe der „Patrie", daß die Besatzungen von Korfu und Malta verdoppelt worden seyen, und daß die englische Regierung daselbst eine Miliz organisiren wolle, wird von der „Morning Post" entschieden in Abrede gestellt. Die Garnison Malta's bestehe wie bisher aus sechs, und die Korfu's wie bisher aus vier Bataillonen.

London, 19. Jan. Das Thauwetter hält an und läßt hoffen, daß dem namenlosen Elende der vielen unbeschäftigten Arbeiter eine Grenze gesteckt sey. Was in den letzten Wochen an wohlthätigen Beiträgen zusammen geflossen ist, übersteigt alle Berechnung, und vorgestern erst veranstalteten die Mitglieder der Fondsbörse unter sich eine Sammlung, die 1000 L. ergab. Aber auch die Noth war außergewöhnlich, wie sich aus den Berichten und Ausrufen der Armen-Anstalten ergibt. Dabei ist nur ein einziger Fall von gesetzwidriger Ruhestörung bekannt, wo nämlich ein Haufe brodloser Arbeiter in einen Bäckerladen brach und vierzig Laibe Brod raubte. Das war in einem der östlichen Quartiere der Stadt.

Frankreich.

Paris, 18. Jan. Der „Moniteur" äußert sich über die neue Organisation der Armee-Reserve, wie folgt: „Die Leichtigkeit, mit der man auf diese Art im Nothfall rasch den Effektivstand der Armee vermehren kann, gestattet, von einem Theil der zum Dienst verpflichteten Leute nicht mehr als einige Monate während der kleinen Anzahl Jahre ihrer Dienstzeit zu beanspruchen und so die dem Ackerbau und der Industrie nöthigen Arme den letzteren zu erhalten. Auch wird die Armee dieselben auf diese Art, wenn es die Umstände erfordern, immer in den Waffen geübt wiederfinden."

Amerika.

Washington, 4. Jan. Die Abreise der Kommissäre von Süd-Carolina erregt die allgemeine Aufmerksamkeit. Man weiß, daß die Kommissäre mit dem Präsidenten unterhandelten und diese Unterhandlungen fruchtlos blieben. Georgia steht bereits in Waffen; eben so Alabama, Mississippi, Louisiana und Texas. Daß Virginien nicht zurückbleiben wird, darüber erhält man Versicherungen aus den Grenzgrafschaften.

(Der Prozeß Anderson.) Dieser Rechtsfall, der seit geraumer Zeit die Presse und das Publikum von England und Canada beschäftigt, ist in diesem Augenblick von besonderm Interesse. Während die Sklaverei Süden und Norden der Union von einander zu reißen droht, hat sie gleichzeitig einen Rechtsstreit mit England veranlaßt. Die freien Staaten der großen transatlantischen Republik sind bekanntlich den Sklavenstaaten bis zu einem gewissen Grad unterthänig; sie haben nicht nur die gesetzliche Existenz der Sklaverei im Süden anerkannt, sondern sich verpflichtet, die auf ihren „freien Boden" flüchtenden Sklaven auszuliefern. Canada ist aber britischer Boden, und beherbergt sehr viele aus dem Süden der Union geflüchtete Farbige. Hier kann sie kein „fugitive slave law" beunruhigen. Trotzdem ist der Versuch gemacht worden, die Auslieferung eines geflüchteten Schwarzen von den Behörden Canada's zu erlangen, und beinahe wäre der Versuch geglückt. John Anderson, ein Sklave in Missouri, dessen Weib nach einer entfernten Pflanzung verkauft worden war, und dem diese Trennung den Fluch seiner Lage doppelt fühlbar machte, suchte nach dem Norden zu entkommen. Auf der Flucht wurde er von einem ihm fremden Pflanzer angehalten und nach seinem Paß gefragt. Er riß aus, der Pflanzer (Namens Digges) setzte ihm mit vier Negern nach, und holte ihn vor einem sehr hohen Zaun ein, wo Anderson sich zur Wehre setzte. Digges erhielt im Kampf einige Messerstiche, an denen er nach ungefähr einer Woche starb. Dies begab sich vor sieben Jahren. Anderson lebte seitdem in Canada als ehrlicher Handwerker und glaubte sich geborgen. Die Erben des Hrn. Digges erspähten seinen Aufenthalt und verlangten, auf Grund des 1843 mit Großbritannien geschlossenen Auslieferungsvertrags, seine Verhaftung und Rücksendung nach Missouri, damit er „wegen des an Hrn. Digges begangenen Mords vor Gericht gestellt werde". Der erwähnte Vertrag bezieht sich auf schwere Verbrechen gegen Leben und Eigenthum, auf Mord, Diebstahl und Fälschung. Anderson wurde verhaftet, aber es fanden sich Freunde, die in seinem Namen an die Queen's Bench von Toronto appellirten und seine Freilassung beantragten. Nach den Berichten der canadischen Blätter erregte die Gerichtsverhandlung ungewöhnliches Aufsehen. Die Persönlichkeit Andersons wurde als einnehmend geschildert: ein Mann in mittlern Jahren, von gelblicher Hautfarbe, sanften Zügen und „intelligent entwickelter Stirne." Vor allem drängte sich dem Publikum die Betrachtung auf, daß Anderson in Missouri keine unparteiischen Richter finden, daß er im Fall der Schuldigsprechung lebendig gebraten oder auf andere Weise zu Tode gefoltert, im Fall der Freisprechung aber jedenfalls zu neuer Sclaverei verdammt und der Pflanzerrache preisgegeben würde. Man konnte nun nicht erwarten, daß die Richter sich von bloßen Rücksichten der Menschlichkeit bestimmen lassen sollten, aber glücklicherweise schienen Geist und Buchstabe des Vertrags zu Gunsten Andersons zu sprechen. Nach dem Gesetz von Missouri war Anderson ein Mörder — nach dem britischen Gesetz hatte Digges kein Recht ihn anzuhalten und seiner Freiheit zu berauben, und Anderson hat einen Akt der Nothwehr, „an act of justifiable homicide", und weiter nichts begangen. Der Vertrag aber bestimmt ausdrücklich, daß kein Reklamirter auszuliefern ist, außer wenn Inzichten gegen ihn vorliegen, wegen deren er vor die Gerichte des Landes, in welchem er sich zur Zeit befindet, gestellt werden müßte. Welches englische Gericht aber könnte nach den vorliegenden Indicien auf eine Anklage wegen Mords gegen Anderson erkennen? Welche Grand Jury könnte ihn vor die Geschwornen senden? Daß die Gerichte der vereinigten Staaten den Vertrag ebenso auslegen, haben viele Fälle gezeigt. Unter andern gingen sie noch eine Kleinigkeit weiter. Britische Soldaten waren über die Grenze Canada's nach den Vereinigten Staaten desertirt, die britischen Militärbehörden verlangten ihre Auslieferung wegen Entwendung, indem die Ausreißer die Uniform am Leibe mitgenommen hätten, aber die

---

Ungebrannte Drainröhren.

Mit Recht hat die deutsche Landwirthschaft die von England zu uns herübergekommene Drainage als eines der mächtigsten Kulturmittel zur nachhaltigen Hebung der Bodenrente bei sich aufgenommen, und in der kurzen Zeit von 8 Jahren in ausgedehntem Maße in Anwendung gebracht. Zwar ist die Entwässerung des Bodens mit Thonröhren nicht wie man geglaubt, eine Erfindung der Neuzeit, denn man hat an mehreren Stellen unseres Vaterlandes Unter-Drains von terra sigillata (einer rothen Thonmasse) aufgefunden, welche jedenfalls schon zur Römerzeit gelegt worden sind, doch schmälert dies nicht das Verdienst derer, die die Drainage jetzt wieder in der Landwirthschaft eingeführt haben.

Während man nun seither nur die Anwendung von gebrannten Thonröhren kannte, hat ein einfacher anspruchsloser Praktiker, der Wiesenbaumeister am kgl. Staatsgute Schleißheim, Herr Wilhelm Bernatz, nach vielen mühevollen Versuchen auf eigene Kosten eine hydraulische Masse zusammengesetzt, und daraus mit höchst einfachen hölzernen Geräthschaften Drainröhren geformt, die nicht gebrannt, sondern nur an der Luft getrocknet werden, die aber ins Wasser oder in feuchten Boden gelegt, allmälig Steinhärte annehmen.

Als ich zur Zeit des landwirthschaftl. Centralfestes in München die Produkten- und Geräthausstellung des General-Komités im Glaspalaste besuchte, gelangte ich beim Rundgange um die verschiedenen ausgestellten Geräthschaften auch zu der Werkbank des Hrn. Bernatz, und bat denselben um Aufschluß über seine Fabrikation. Als ich zu Hrn. Bernatz herantrat, fand ich seine Ausstellung von den Besuchern des Glaspalastes sehr vernachlässiget, man hielt sich im Allgemeinen lieber bei den dicken Zwiebeln und monströsen Kohlhäuptern, als bei den unscheinbaren Gegenständen des Hrn. Bernatz auf. Erst als ich noch mehrere mir bekannte Landwirthe herbeirief, sammelte sich eine größere Anzahl Zuhörer und Zuschauer um uns, indem Hr. Bernatz wiederholt seine Erfindung und sein Verfahren in dieser neuen Röhrenfabrikation kund gab.

Die zur Fabrikation dieser Drainröhren erforderlichen hölzernen Geräthschaften kosten dem Landmann, der etwa gelegentlich täglich 1—200 Röhren für seinen Gebrauch fertigen will, fl. 10, und kann jene jeder Landzimmermann herstellen.

Für einen fabrikmäßigen Betrieb werden sich die Kosten einer solchen Vorrichtung auf 80—100 fl. belaufen.*)

Was nun den Nutzen dieser neuerfundenen Drainröhren anlangt, so wird derselbe in Rücksicht auf die große Wohlfeilheit augenfällig, denn durch diese wird auch der unbemittelte Landmann

*) Eine gute eiserne Presse zur Fertigung der seither gebräuchlichen Drainröhren kostet fl. 356.

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 23.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 23. Januar 1861.

Deutscher Bund.

Ludwigshafen, 19. Jan. Gestern trafen die ersten drei gezogenen Kanonen, von Magdeburg kommend und nach Landau bestimmt, hier ein, und schon seit mehreren Tagen finden eben dorthin bedeutende Sendungen von Kugeln für gezogene Geschütze statt. (Pfälz. Z.)

Auf die Nachricht, daß auch die preußische Regierung auf der Nürnberger Konferenz schwankend geworden sey, die Verantwortlichkeit der Eisenbahnen für die ihnen anvertrauten Güter in das deutsche Handelsgesetz festzustellen — sagt die „Preuß. Z." in einem offiziösen Artikel: „Wir befinden uns in der Lage, diese Mittheilung, so weit sie sich auf die in Aussicht zu nehmenden Abstimmungen des preußischen Kommissärs bezieht, unbedingt als unbegründet zu bezeichnen. — Wir bedauern aber, hinzufügen zu müssen, daß die Nachricht auch insofern eine ungenaue ist, als der Widerstand, welchen jenes Prinzip findet, keineswegs lediglich von den Kommissarien solcher Regierungen ausgeht, bei welchen das Interesse der Staatseisenbahn-Verwaltungen als ein bestimmendes vorausgesetzt werden kann, sondern daß sich unter den Antagonisten auch die Kommissarien von Hamburg, Bremen und Mecklenburg befinden."

Dem letzthin erwähnten Artikel der halbamtlichen „Preuß. Zeitung" über den großh. hess. Antrag auf Unterdrückung des National-Vereins entnehmen wir noch folgende Stellen wörtlich: „Ihre Stellung zu der nationalen Bewegung hat die Regierung in der Antwort auf die Stettiner Adresse vom 12. September 1859 erörtert. Wenn sie es damals nicht verbarg, daß sie weder durch die Kundgebungen des nationalen Bewußtseyns, noch durch ihre eigene Ueberzeugung von dem, was an sich als das Heilsamste erscheinen möchte, sich bestimmen lassen dürfe, von dem Wege abzuweichen, welchen ihr die gewissenhafte Achtung vor fremdem Rechte und die Rücksicht auf das zur Zeit Mögliche und Erreichbare vorzeichne; wenn sie die Ansicht aussprach, daß sie durch die Förderung derjenigen deutschen Interessen, welche praktische Erfolge versprechen, dem Gesammtvaterland mehr glaube nützen zu können, als durch verfrühte Anträge auf Aenderung der Bundesverfassung, so hat sie doch andererseits die in der Nation sich kundgebende Ueberzeugung, daß die Unabhängigkeit und Macht Deutschlands nach außen ein energisches Zusammenfassen seiner Kräfte und eine Umgestaltung der Bundesverfassung in diesem Sinne voraussetze, in ihrer vollen Berechtigung anerkannt; und nachdem sie Preußen wiederholt als den natürlichen Vertreter der deutschen Einheitsbestrebungen bezeichnet und die nationale Idee als die innerste Triebfeder seiner Politik bekannt hat, würde sie sich selbst verläugnen, wollte sie die Hand bieten zur Verfolgung irgend welcher Vereine, welche sich vorgesetzt haben, durch das Mittel der geistigen Arbeit und in den Schranken der bestehenden Landesgesetze für die Annäherung an das Ziel einer festeren Einigung der Nation zu wirken. Endlich hat die preußische Regierung in der Cirkular-Depesche vom 6. Juni v. J. bestimmt ihren Gegensatz gegen die Auffassung ausgesprochen, welche den Beruf des Bundes hauptsächlich in die Ueberwachung der inneren Entwicklung der Nation setzt. Sie hat sich zu dem Grundsatz bekannt, daß die Einwirkung der Bundes-Versammlung auf die inneren Verhältnisse der Einzelstaaten auf das genaueste Maß ihrer allseitig anerkannten Kompetenz beschränkt werden müsse, und daß als die nächste und höchste Aufgabe des Bundes die Wahrung der Unabhängigkeit der gesammten Nation und der Integrität des vaterländischen Bodens gegen äußere Gefahr zu betrachten sey. Sie hat ihre Ueberzeugung dahin ausgesprochen, daß die Beschränkung des Bundes auf diese nationale Aufgabe dazu dienen werde, Besorgnissen ein Ziel zu setzen, deren Beseitigung im eigenen Interesse der Bundesversammlung liege. Unser Bedauern, daß die großherzoglich hessische Regierung es an der Zeit gefunden hat, jene Besorgnisse wieder wachzurufen, wird durch die Motive nicht gemindert, welche nach dem Wortlaut des Antrages die gedachte Regierung zur Einbringung desselben bestimmt zu haben scheinen. Wenn die großherzoglich hessische Regierung das Bedürfniß fühlte, mit ihren deutschen Bundesgenossen möglichst übereinstimmend zu handeln, so würde sich dasselbe vielleicht am leichtesten dadurch haben befriedigen lassen, daß sie die große Mehrzahl der Regierungen, welche sich der polizeilichen Verfolgung politischer Vereine, soweit dies gesetzlich thunlich ist, enthalten, durch ihren Beitritt einfach verstärkte. Wenn die großherzoglich hessische Regierung findet, daß ihr polizeiliches Einschreiten, weil vereinzelt, weniger wirksam sey, so können wir nicht glauben, daß sie damit der Meinung Raum geben wolle, als sey sie ohne fremde Mitwirkung nicht im Stande, in ihrem Lande dem Gesetze Achtung zu verschaffen. Wenn endlich der „Verwunderung" gedacht wird, welches ihr Vorgehen in vielen Kreisen errege, so wollen wir den Umstand nicht verbergen, der unserer Meinung nach zu solchen Stimmungen mitwirkt. Dem Rechtsgefühl, dem Gewissen und dem natürlichen Verstande des deutschen Volkes widerspricht es, daß nationale Regungen heute verfolgt und unterdrückt werden sollen, die in einer leicht erkennbaren Verwandtschaft mit den Bestrebungen stehen, welchen auch die Regierung des Großherzogthums Hessen im Jahre 1849 beigetreten war. Darüber aber sind alle Stimmen einig, daß das Eintenken in den Geist der Karlsbader Beschlüsse wenig dazu angethan wäre, das Leben der Nation in gesunder und gesetzlicher Entwicklung zu erhalten und die Autorität der Regierungen der kleineren deutschen Staaten zu befestigen."

** **Bayern.** München, 21. Jan. (Privat-Korresp.) Morgen wird der kgl. preußische General v. Wussow mit zwei Adjutanten in besonderer Mission hier eintreffen, um unserm königl. Hofe die Thronbesteigung Sr. Maj. des Königs Wilhelm von Preußen zu notifiziren. — Abg. Frhr. v. Lerchenfeld befindet sich neuerdings unwohl, so daß eine Sitzung des 2. Ausschusses zur Berathung der Referate des Abg. Neuffer über die Nachweisungen der Verkehrsanstalten ausgesetzt werden mußte.

Nürnberg, 20. Jan. Der am 6. d. in's Leben gerufene Anwaltverein für Bayern zählt bereits 213 Mitglieder, zwei Drittheile sämmtlicher Anwalte Bayerns; darunter sind 41 aus Oberbayern, 25 aus Niederbayern, 18 aus der Oberpfalz, 30 aus Unterfranken, 24 aus Oberfranken, 42 aus Mittelfranken, 31 aus Schwaben, 2 aus der Rheinpfalz. Die Zeitschrift des Vereins wir demnächst in's Leben treten. (N. Korr.)

* **Oesterreich.** Die kaiserl. Verordnung über das neue Anlehen sagt am Schluß, daß der Finanzminister die Rechtfertigung dieser Maßregel der nächsten Versammlung des gesammten Reichsraths darzulegen habe.

Die Handelskammer in Troppau hat stimmeneinhellig beschlossen, im Allgemeinen als Mittel zur Wiederherstellung der Landeswährung Folgendes zu empfehlen: 1) Die aufrichtige und liberale Durchführung der in dem von unserm Kronlande allseitig mit Vertrauen aufgenommenen Rundschreiben Sr. Excellenz des Hrn. Staatsministers Ritter v. Schmerling enthaltenen Grundsätze durch Verleihung einer volksthümlichen Konstitution; 2) die Verantwortlichkeit der Minister gegenüber der konstitutionellen Reichsversammlung; 3) die Trennung der Bank und ihres Kredits von der Staatsverwaltung und dem Staatskredite; daher 4) die Bezahlung der Schuld des Staats an die Bank und die Herbeischaffung der hierzu erforderlichen Mittel durch die einzuberufende Reichsversammlung; endlich 5) die möglichste Verhinderung des Silberabflusses nach dem Auslande durch den berechtigten Schutz der einheimischen Arbeit.

Die Temesvarer und Linzer Handelskammern haben ebenfalls in ihren Gutachten wegen Herstellung der Valuta auf

und für National als Käufer auftreten. Der Umsatz in letzterem Effekt war von einiger Bedeutung, ebenso in 5proz. Venetianern, die bis $58\frac{1}{4}$ zurückgegangen sind.

Die neue unter den jetzigen Verhältnissen viel zu kleine österr. Anleihe von 30 Millionen 5proz. Obligationen, die während 5 Jahren Pari rückzahlbar und zu 88 ausgegeben werden soll oder bereits übernommen ist, hat weder einen guten noch einen schlechten Effekt gemacht.

Süddeutsche und andere anerkannte Papiere haben sich befestigt. Es liegen eben so viele Kapitalien brach, dass, sowie sich die Kriegsfurcht auch nur für einen Augenblick mindert, die Gelder zur Anlage ans Tageslicht kommen. Württemberg will ein weiteres 4proz. Anlehen von 7 Mill. zu Eisenbahnzwecken emittiren. Spanische Fonds beliebter, der Handel aber auf ein Minimum gesunken. Besser wäre gewesen, wenn unser Publikum bei Spaniern geblieben, allein merkwürdigerweise gingen sie hier nur so lange, als der Staat nichts zahlte. — Looseeffekten, wenn auch nicht gestiegen, doch behauptet. Nur österreichische aller Gattungen folgen der Strömung der österr. Fonds, indess sind sie jetzt ungewöhnlich niedrig. So z. B. kauft man ein 1858er-Loos um 83 fl., welches viermal jährlich gezogen wird und für welches man schon an 8 fl. Heuergeld einnehmen kann.

Von Kreditaktien schliessen österreichische wieder um 2 fl. schlechter, als vor 8 Tagen. Von andern Kreditaktien Luxemburger um 2 pCt. schlechter und ausgeboten. Ein Berliner Korrespondent schreibt, dass dort von einer 5proz. Dividende der Meininger Bank die Rede gehe. Wenn dies begründet und die Dividende überhaupt reell verdient ist, wäre ein Kurs von 62 gegenüber andern Aktien ähnlicher Kategorie ein ungerechtfertigt niedriger. — Frankfurter Bank fest auf $107\frac{1}{4}$. Sie macht jetzt ganz hübsche Zinsen mit ihrem Portefeuille auf London und Paris, doch einige Entschädigung für den mageren Platzdiskonto.

Von Eisenbahnaktien sind nur Bexbacher gestiegen bei wenig vorhandenem Material. Andere Eisenbahnaktien vernachlässigt, mit etwaiger Ausnahme von österr. Westbahn, die hie und da gekauft werden. Ostbahn behaupten sich, die vollen auf 102, Quittungsbogen auf $101\frac{3}{8}$ à $\frac{1}{4}$. Auch Staatsbahnen besser, besonders Prioritäten, die 1 pCt. gewonnen haben.

Wechsel auf Paris und London sind, wie sich von selbst versteht, gestiegen, lange Sichten werden mit 5 pCt. gehandelt und dazu gesucht, weil wir immer noch an Geldüberfluss leiden. Die Silberländer bleiben verschont und die Goldländer fallen trotz Kalifornien und Australien von einer Krise in die andere. Es sind grosse Partien 20 Franks-Stücke durch einen der ersten Pariser Wechsler hier aufgekauft und nach Frankreich exportirt worden. Die Pariser Bank steht nicht beneidenswerth. Thalerdevisen, zumal in langer Sicht, etwas fester. Wechsel auf Wien schrumpfen täglich mehr ein. (Aktionär.)

Neueste Nachrichten.

München, 20. Jan. Se. Maj. der König hat nun dem Verein zur Vorsorge für entlassene Sträflinge einen neuen Beweis seiner Theilnahme an dessen humanen Bestrebungen gegeben, indem er das Protektorat über denselben zu übernehmen geruhte. Der Verein zählt gegenwärtig 466 Mitglieder. — In allen Klassen der Bevölkerung erregt das heroische Benehmen der jungen Königin von Neapel an der Seite ihres erlauchten Gemahls in der Festung Gaeta ebenso Bewunderung als Theilnahme. Letztere spricht sich durch Sammlungen von Leibwäsche, Charpie, Wollenzeugen u. s. w., die von Damen der vornehmen Welt eben für die wackeren Kämpfer von Gaëta vorgenommen werden, sowie durch die zahlreichen Unterschriften aus, welche die Adresse an die jugendliche Königin, die nun bei einer Anzahl der ehrenwerthesten Bürger unserer Stadt zur Unterzeichnung öffentlich aufliegt, von Frauen aus allen Ständen erhält. Gleichfalls von mildthätigen Frauen ist schon früher eine ähnliche Sammlung von Leibwäsche, Kleidungsstücken u. dgl. zu Gunsten der unglücklichen Christen in Syrien vorgenommen worden, deren reichliches Ergebniß in zwei Sendungen direkt von hier nach Beyruth auf dem Wege über Triest abgegangen ist. (Allg. Ztg.)

Lemberg, 9. Jan. Hier sieht es recht bunt aus, und man erblickt Leute in allen möglichen nationalen Trachten. Sie wollen konspiriren, die Regierung stürzen; aber die alte polnische Erbsünde hat sich bereits eingestellt, es geht in ihren Versammlungen zu wie auf den alten polnischen Reichstagen. Die demokratische Partei hat bereits den höhern Adel insultirt, und dieser zieht sich von der Bewegung zurück. Vorgestern hielt der letztere eine Versammlung im Beiseyn des Exministers Grafen Goluchowski und es wurde in derselben beschlossen, die Regierung zu unterstützen. Die Bauern bekunden ihre alte Anhänglichkeit an das Kaiserhaus, wie bei allen früheren Gelegenheiten und fragen schon, ob sie nicht auf die Leute mit den viereckigen Mützen (Konfederaiili) losschlagen sollen. Die Ruthenen und Juden, die jederzeit, aber jetzt noch mehr, vom polnischen Hochmuth zu leiden haben, stehen allesammt auf Seite der Regiernng. Mit einem Wort, für Galizien ist nichts zu besorgen, und Rußland und Preußen sind es, die am meisten von einer polnischeu Bewegung zu befürchten haben, und in deren Interesse es vorzüglich liegt, einer solchen vorzubeugen. (Allg.Z.)

Turin, 19. Jan. General Solaroli ist von seiner Reise nach Paris und London zurückgekehrt. Am 20. d. (?) wird das Feuer auf der ganzen Linie vor Gaeta aus 150 Stücken verschiedenen Kalibers eröffnet. Man rechnet, daß jedes Stück mit 1000 Ladungen versehen ist. — Einer Depesche aus Neapel zufolge besteht der neue neapolitanische Statthaltereirath aus Liborio Romano (früher Minister des Königs Franz II.) für Inneres und Agrikultur, Silvio Spaventa für Polizei, Mancini für Kultus, La Terza für Finanzen, Oberti für öffentliche Arbeiten, Imbriani für Unterricht. — Auf dringenden Befehl fuhren am 17. d. von Genua die neu konstruirten Dampfkanonenboote „Palestro" und „Curtatone", sowie die Dampffregatten „Carlo Alberto" und „Ruggero" nach Gaeta ab.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	$72\frac{3}{4}$ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$58\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$47\frac{1}{4}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	40 P. $39\frac{1}{2}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$34\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$86\frac{1}{2}$ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. R. (C. b. R.)	$102\frac{1}{2}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101\frac{1}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$101\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$99\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	95 P.
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$103\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{7}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$94\frac{1}{4}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	102 P. $101\frac{5}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	93 G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$100\frac{7}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	98 P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$97\frac{1}{8}$ P. $96\frac{3}{4}$ G.
„	3 pCt. Obl.	$89\frac{3}{4}$ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47 G.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt. „ „ „	$39\frac{3}{4}$ G.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$97\frac{1}{4}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$107\frac{7}{8}$ P. exD.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	564 P. 562 G. e D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	119 G. exD.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$166\frac{1}{2}$ P $165\frac{1}{2}$ G eD.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . . .	75 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	63 P. 62 G. ex D.
Internationale Bank in Luxemb. . .	78 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	328 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$66\frac{1}{2}$ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	78 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	25 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$125\frac{3}{4}$ P. ex D.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$95\frac{3}{8}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50 P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	232 P. 231 G.
Span. Handels- u. Industrie	480 P. 475 G. exD.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	460 P. ex D.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$102\frac{1}{8}$—$101\frac{7}{8}$ G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	$101\frac{1}{2}$ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{1}{2}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105 G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$95\frac{5}{8}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{8}$ B. $87\frac{7}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
London Lst. 10 k. S.	$117\frac{1}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	$92\frac{5}{8}$ B.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{1}{8}$ B. $92\frac{7}{8}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	$76\frac{1}{2}$ B.
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W. .	—
do. in öst. W. l. S.	$76\frac{7}{8}$ G.
Disconte	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	69 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$44\frac{3}{4}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$52\frac{1}{2}$ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$125\frac{3}{8}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$54\frac{5}{8}$ P.	„ fl. 25 do.	36 P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$84\frac{3}{4}$ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	36 P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	$116\frac{1}{2}$ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	$50\frac{1}{4}$ G.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	34 G.
Badische fl. 50	89 P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{5}{8}$ P.
Badische fl. 35	$53\frac{1}{2}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{3}{8}$ P.

Frankfurt, 21. Januar. In Folge höherer Wiener Notirungen wurden österr. National und Kreditaktien etwas besser bezahlt. Preuß. Fonds waren mehr angeboten, die übrigen Fonds und Aktien ohne wesentliche Veränderung. (Synd.)

den sog. Würzburger Regierungen am 17. Dezbr. 1859 gestellten Antrag betrauten Ausschuß, aufzufordern, diese thunlichst zu beschleunigen. Gut Ding will Weile haben, wird der Ausschuß denken. Ob es der sächs. Regierung wirklich so Ernst damit ist, oder ob sie dem Bundestag damit nur einen Nimbus von Nützlichkeit zu geben denkt, auf daß er doch wenigstens etwas zu thun scheine — das mag dahin gestellt bleiben. Wir fürchten sehr, die Unthätigkeit, welche der Bundestag zeigt, führt zu nichts Gutem.

Bayern. München, 18. Jan. Befördert wurden: zu Regimentsquartiermeistern 1. Klasse: die Regimentsquartiermeister 2. Klasse A. Bersl im 13. Inf.-Reg., Chr. Attschuh bei der Kommandantschaft Germersheim, Ed. Kart bei der Armee-Montur-Depot-Kommission, J. Kraus bei der Administrations-Kommission der Militär-Fohlenhöfe (Landgestüt), Fr. Lehner bei der Militär-Rechnungskammer; Joh. Metz von der Kommandantschaft Passau bei der Stadtkommandantschaft Augsburg. Zu Regimentsquartiermeistern 2. Klasse: die Bataillonsquartiermeister W. Schwarzkopf bei der Kommandantschaft der Veteranenanstalt, H. Petzl bei der Gewehrfabrik-Direktion, Georg Lesche von der Kommandantschaft Augsburg bei der Kommandantschaft München, Baptist Fürsich bei der Zeughaus-Haupt-Direktion (Gieß- und Bohrhaus), Georg Sorg bei der Stadtkommandantschaft Bamberg, Joh. Lehner im 7. Inf.-Reg. und Ferd. Grundler im 12. Inf.-Reg. Zu Bataillonsquartiermeistern: die Unterquartiermeister Norbert Hechtl im 5. Inf.-Reg., Sim. Böck von der Gewehrfabrik-Direktion im 11. Inf.-Reg., Georg Schulz von der Gend.-Kompagnie München im 1. Inf.-Reg., Ant. Strehl im Inf.-Leib-Reg., Joseph Altmann von der Gendarmerie-Kompagnie der Oberpfalz bei der Kommandantschaft München, Friedr. Dallner im 15. Inf.-Reg., und Wolfgang Drexler im 2. Chev.-Reg. Zu Unterquartiermeistern: die Regimentsaktuare Ant. Hoffmann bei der Kommandantschaft Germersheim, Mart. Grünbaum bei der Administrations-Kommission der Militär-Fohlenhöfe, Philipp Jarzinsky und Andr. Mayer beim Festungs-Kommando in Ulm, Markus Freund von der Zeughaus-Haupt-Direktion bei der Gendarmerie-Kompagnie der Oberpfalz, Karl Schrankenmüller beim Festungs-Gouvernement Landau, und Jakob Gräf im 2. Küraff.-Reg. Zu Regimentsaktuaren: die Unteroffiziere und Rechnungspraktikanten Philipp Braun vom 2. Jäger-Bataillon beim Festungs-Gouvernement Landau, Mathias Ritzler von der Ouvriers-Kompagnie bei der Zeughaus-Haupt-Direktion, Jakob Ritzelbeck vom Inf.-Leib-Reg. bei der Haupt-Kriegs-Kassa, Ludw. Schubert vom 14. Inf.-Reg. bei der Kommandantschaft Germersheim, Chr. Käß von der Gendarmerie-Kompagnie der Oberpfalz im 3. Inf.-Reg., Joseph Müller vom 10. Inf.-Reg. im 7. Inf.-Reg., und Otto Dollmann vom 8. Inf.-Reg. im 6. Chev.-Reg. (Mil.-Verordn.-Blatt.)

Die Pfarrei Langensendelbach wurde dem Curatus in der Strafarbeitsanstalt Ebrach, Hrn. A. Zöpfl, verliehen. (Bamb. Tgbl.)

** München, 20. Jan. (Privat-Korrespondenz.) Das Kriegsministerium hat nunmehr auch die speziellen Ausweise über die Ausgaben für die Armee in den Jahren 1856/57 und 1857/58 der Kammer der Abgeordneten vorgelegt und beigefügt, daß die Ausweise für die Jahre 1858/59 demnächst zur Vorlage kommen werden.

Preußen. Coblenz, 17. Jan. Die Königin hat, in Anbetracht der strengen Winterkälte, den Armen hiesiger Stadt zur Linderung ihrer Noth ein Geschenk von 200 Thalern zukommen lassen.

Oesterreich. Wien, 16. Jan. Die bisher üblich gewesene polizeiliche Revision der fremden Zeitungen ist eingestellt worden und auch das Bücherrevisionsamt ist derart modifizirt worden, daß es aufhören soll, eine lästige Beschränkung für den Buchhandel zu bilden. (D. Allg. Ztg.)

Wien. Die „Morgenpost" meldet: Aus Krakau wird uns berichtet, daß eine Anzahl Studenten, man sagt 10 bis 15, polizeilich ausgewiesen worden ist.

Dänemark.

Nach einem Telegramm aus Kopenhagen fordert General Baggesen in „Dagbladet" im Falle einer Bundesexekution zur Gegenwehr auf und zwar zur Konzentrirung der Hauptstärke an der Eider, sowie zum Vorgehen bis zur schleswig'schen Grenze. (Preuß. Ztg.)

* Der „Constitutionnel" berichtet, der dänische Minister Hall habe drei gleichlautende Noten an die Gesandten Dänemarks zu Paris, London und Petersburg erlassen, um die Aufmerksamkeit der drei Mächte, welche das Londoner Protokoll unterzeichnet, auf die „direkten Drohungen" zu lenken, welche in den jüngsten Proklamationen und Reden des Königs von Preußen enthalten seyen.

Frankreich.

Paris, 18. Jan. Der Kaiser und die Kaiserin haben dem Polizeipräfekten 25,000 Frs. zustellen lassen mit dem Ersuchen, für diese Summe Brod und Brennmaterial anzuschaffen und beides unter die Armen der Stadt zu vertheilen. — In legitimistischen Kreisen erzählt man, daß zwischen der Königin Isabella von Spanien und dem Infanten Don Juan (Bruder des kürzlich verstorbenen Grafen von Montemolin) demnächst eine Aussöhnung zu Stande kommen werde. Ein Sohn des letzteren soll sich mit einer Tochter der Königin vermählen. (Fr. Pstz.)

* Der halbamtliche „Constitutionnel" nennt es eine unvernünftige Anmaßung, daß gewisse Leute in Italien Triest für eine italienische Stadt ausgeben wollen, um dann gemäß ihrem Nationalitätsprinzip sie für das neue italienische Reich in Anspruch zu nehmen.

Italien.

Rom, 10. Jan. Mir liegt ein Schreiben aus Gaëta vor, dessen Inhalt, obgleich es schon vier Tage alt ist, es immer noch zu verdienen scheint, hier mitgetheilt zu werden. Die Stadtbewohner haben einen sichern Zufluchtsort in jenem Stadttheil zu finden vermocht, der dem feindlichen Geschoß von der Landseite her unerreichbar bleibt. Die Garnison ist in bombenfesten Casematten untergebracht worden. Auch der König und die Königin haben ihre Residenz in einer Casematte aufgeschlagen. Letztere litt der dort herrschenden Feuchtigkeit halber an hartnäckigem Schnupfen. Ersterer fährt fort in eigener Person Festungskommandantenstelle zu vertreten, und soll, wie immer, ruhiger, ja heiterer Stimmung seyn. Ein feindliches Projektil, das auf einer der Batterien am Neujahrstage ganz in seiner nächsten Nähe zerplatzte, und einige Artilleristen erschlug und verstümmelte, war nicht im Stand, ihn außer Fassung zu bringen. Mit Selbstverläugnung soll er geholfen haben, Verwundete aus der Schußlinie fortzuschaffen. (Allg. Ztg.)

Nichtpolitische Zeitung.

Berlin, 18. Januar. Berthold Auerbach hat die Stelle eines Vorlesers bei der regierenden Königin von Preußen erhalten. (Fr. Hdlsz.)

Wie groß die Dreistigkeit der Wölfe gegenwärtig ist, beweist folgender Vorfall: Auf der Veste Franz, an der Metternicher Schanze zu Koblenz, kam dieser Tage Abends ein Wolf auf eine Schildwache zu, näherte sich ihr bis auf fünf Schritte und machte nach Art der Raubthiere Anstalt, sich im Sprunge auf den Soldaten zu stürzen, indem er sich auf die Hinterbeine stellte. Ob die Schildwache geglaubt haben mag, daß ihr Gewehr sie nicht hinlänglich schützen könne, wissen wir nicht; sie rief um Hülfe, diese kam, und der Feind suchte das Weite.

Frankfurt, 18. Jan. Das Wegräumen der kürzlich gefallenen großen Schneemassen in den Straßen hat unserer Stadt 10,000 fl. gekostet. Die Soldaten, welche hiezu verwendet wurden, erhielten für den Tag 48 kr. — 1 fl. Von der Verwaltung der Neckarbahn wurden für Reinigen der Bahn in einer Woche 560 fl. gezahlt.

Seit dem Jahre 1823 ist die Schelde bei Antwerpen nicht zugefroren gewesen, scheint aber in diesem Jahre den Antwerpnern das ungewohnte Schauspiel wieder bieten zu wollen, so ungewöhnlich stark ist der Eisgang, der sich von Zeit zu Zeit vor der Stadt feststellt. Seit Anfang der letzten Woche sind weder Schiffe angekommen, noch abgegangen. Grabesstille herrscht in den Bassins. (Köln. Z.)

Handels- und Börsenberichte.

Frankfurter Börse (vom 14. bis 19. Januar).

Samstag. Die Börse war das Spiegelbild der politischen und finanziellen Lage. In der Mitte der Woche raffien, durch die Berichte aus Turin angefeuert, die Kurse sich etwas auf; am Schlusse aber trat die alte Lethargie ein. Oesterr. Effekten sind wieder allmälig gewichen; die Kurse sind freilich so niedrig, dass das Fallen nicht bedeutend seyn konnte; aber jeder österr. Coupon wird zu Geld gemacht und nicht neu angelegt. Auffallend ist es, dass ausnahmsweise Italien, sowohl die Mailänder als die venetianische Börse die früher so bedeutende Contremine aufgegeben haben

ter Eile, aber nicht ungründlich zu beantworten gedenke. Zuförderst Dank aus Fülle des Herzens, denn das ist ein rechter und echter deutscher Mann, der mir schreibt. Mit einem solchen, der der Geschichte seines Vaterlandes Ehre gibt, und gelern hat, was ein deutscher Fürst ist, kann ich von Herz zu Herz, von Kopf zu Kopf reden. Verstehen Sie mich recht; weil das oben Gesagte keine leere Phrase bei mir ist, darum antwortete ich Ihnen, ja antwortete Ihnen mit Freuden, wenn ich auch nicht annehmen darf, daß die Antwort meinem alten lieben Arndt Freude machen wird.

Der Eingang Ihres Briefes ist schön, wie der ganze Brief. Um des Gewissens willen sage ich Ihnen, daß ich denselben „getheilt" verstehe, d. h. daß auch Sie, wie ich selbst, meinen und wissen, daß man zu Gott allein beten, den König aber nur bitten darf.

Nun, Sie bitten ihn, er soll eine ihm „gebotene Krone" annehmen! Hier verlangt es jedes Alter, das mehr denn 14 Jahre zählt, zu fragen, zu prüfen, zu wägen, 1. wer bietet, 2. was wird geboten. Zuvörderst das Bekenntniß, daß der scheußliche, eitle Schlamm des Jahres 48 mir die Taufgnade nicht abgewaschen, wohl aber, daß ich mir den Schlamm abgewaschen habe, und wo es noch nöthig, noch abwasche. Doch zur Sache — die große Versammlung, die sich deutsche Reichs- oder National-Versammlung nennt, von der ein erfreulich großer Theil zu den besten Männern des großen Vaterlandes gehört, hat weder eine Krone zu geben, noch zu bieten. Sie hat eine Verfassung zu entwerfen und demnächst mit allen von ganz Europa anerkannten regierenden Herren und Städten Deutschlands zu vertragen. Wo ist der Auftrag, der diese Männer berechtigt, über die rechtmäßigen Obrigkeiten, denen sie geschworen, einen König oder Kaiser zu setzen? Wo ist der Rath der Könige und Fürsten Deutschlands, der nach 1000jährigem Herkommen dem heiligen Reich seinem König kürt und die Wahl dem Volke zur Bestätigung vorlegt? Ihre Versammlung hat sich der Bildung dieses Raths, der Darstellung der deutschen Obrigkeiten im neuen Centrum der Nation stets widersetzt. Das ist ein ungeheurer Fehler; man darf es eine Sünde nennen — jetzt zeigen sich die Folgen dieser Sünde, jetzt fühlt Jedermann zu Frankfurt, auch die, denen Ursach und Wirkung nicht klar ist, daß man daselbst bei so viel Verdienste, so großen Mühen und (theilweis) so reiner Absicht, an einer gewissen Unmöglichkeit laborirt. Glauben Sie, daß Herz und Bein durchschütternde Scenen, Worte, Beschlüsse des Parlaments das Unmögliche möglich machen können? Doch gesetzt, mein theurer Arndt, die Sünde wäre nicht begangen, oder sie würde noch gut gemacht, und der echt und recht vereinte Rath der Fürsten und des Volks kürte in der alten Wahlstadt, und böte die alte, wahre, rechtmäßige, 1000jährige Krone deutscher Nation — nun, verweigern und nehmen, hier zu handeln, wäre heut thunlich — aber antworten würde ich, wie ein Mann antworten muß, wenn ihm die höchste Ehre dieser Welt geboten wird.

Doch ach! so steht es nicht! — auf eine Botschaft, wie sie mir aus Frankfurt droht, den Zeitungen und Ihrem Briefe zu Folge, geziemt mir das Schweigen. — Ich darf und werde nicht antworten, um Männer, die ich ehre und liebe, auf die ich, wie Sie selbst, mein alter Freund, mit Stolz, ja mit Dankbarkeit blicke, nicht zu beleidigen, denn was würde mir geboten? Ist diese Geburt des gräßlich kreisenden 1848sten Jahres eine Krone? Das Ding, von dem wir reden, trägt nicht das Zeichen des heiligen Kreuzes, drückt nicht den Stempel „von Gottes Gnaden" auf's Haupt; ist keine Krone. Es ist das eiserne Halsband einer Knechtschaft, durch welches der Sohn von mehr als 24 Regenten, Kurfürsten und Königen, das Haupt von 16 Millionen, der Herr des treuesten und tapfersten Heeres der Welt, der Revolution zum Leibeigenen gemacht würde. Und das sey ferne! Der Preis des „Kleinods" müßte obenein das Brechen meines dem Landtage am 26. Februar gegebenen Wortes seyn, „die Verständigung mit der deutschen Nationalversammlung über die zukünftige Verfassung des großen Vaterlandes im Verein mit allen deutschen Fürsten zu versuchen." Ich aber breche weder dieses, noch irgend ein anderes gegebenes Wort. Es will mich fast bedünken, mein theurer Arndt, als walte in Ihnen ein Irrthum, den Sie freilich mit vielen andern Menschen theilen: „als sähen Sie die zu bekämpfende Revolution nur in der sogenannten rothen Demokratie und den Kommunisten" — der Irrthum wäre schlimm. Jene Menschen der Hölle und des Todes können ja nur allein auf dem lebendigen Boden der Revolution wirken. Die Revolution ist das Aufheben der göttlichen Ordnung, das Verachten, das Beseitigen der rechten Ordnung, sie lebt und athmet ihren Todeshauch, so lange unten oben, und oben unten ist.

So lange also im Centrum zu Frankfurt die deutschen Obrigkeiten keine Stätte haben, nicht oben an im Rathe sitzen, welcher der Zukunft Deutschlands eine Zukunft zu geben berufen ist, so lange steht dieses Centrum unter dem Spiegel des Revolutionsstromes, und treibt mit ihm, so lange hat es nichts zu bieten, was reine Hände berühren dürfen. Als deutscher Mann und Fürst, dessen „Ja" ein Ja vollkräftig, dessen „Nein" ein Nein bedächtig, gehe ich in Nichts ein, was mein herrlich Vaterland verkleinert, und dasselbe dem gerechten Spotte seiner Nachbarn, dem Gerichte der Weltgeschichte Preis giebt, nehme ich Nichts an, was meinen angebornen Pflichten nicht ebenbürtig ist, oder ihnen hindernd entgegen tritt. Dixi et salvavi animam meam.

Dieses Blatt, mein alter Freund, ist für Sie allein, Sie müssen die Nothwendigkeit der Geheimhaltung einsehen. Ich mache sie Ihnen zur Pflicht. Dringen Ihnen aber meine Worte in Kopf und Herz, verstehen Sie es, daß ich, ohne mich selbst zu verläugnen, nicht anders kann, dann erinnern Sie sich, reden Sie mit Ihren Freunden, mit den Besonnenen und Könnenden, erheben Sie Ihre Stimme im Parlamente, fordern Sie endlich das „Eine", was noth thut und das fehlt, „die rechte Ordnung".

Oft unterbrochen schließe ich diese Zeilen am Jahrestage des verhängnißvollen 18ten. Trügen die neueren Nachrichten nicht, so gewinnt zu Frankfurt a/M. die Besonnenheit und Einsicht schon wieder Land. Das wolle Gott! Und wolle er sein kräftiges mächtiges Amen! sprechen, wenn ich jetzt mit dem Namen dieses Tages schließe: Laetare!

Ihnen, dem Dichter des begeisternden Liedes, das vor dem März-Kaiser so wenig erklingen dürfte, als die Marseillaise vor dem Juli-Könige, Ihnen, theuerster Arndt, biete ich die Hand aus Herzensgrund

als Ihr wohlgeneigter König und guter Freund."

Deutscher Bund.

* Die Einsicht, daß bei einer neuen Einmischung Frankreichs in einen Kampf Sardiniens gegen Oesterreich Deutschland nicht mehr ein müssiger Zuschauer bleiben dürfe, dringt auch bei jenem Theil der liberalen und der demokratischen Partei, der bisher sich höchst unfreundlich gegen Oesterreich zeigte, mehr und mehr durch. Wir meinen hier natürlich nicht die „Kölnische" oder die Berliner „National-Zeitung" und ihre Genossen, die nun einmal in die fixe Idee verrannt sind, uns Deutschen könne nur dadurch geholfen werden, daß Oesterreich gründlich ruinirt werden, und die insgeheim den Kaiser Napoleon als den wahren Messias Deutschlands anbeten — an diesen ist Hopfen und Malz verloren, sie haben das italienische Fieber, wie es kürzlich sehr treffend in Kolatschek's „Stimmen der Zeit" hieß.*) Doch sind es glücklicherweise diese Blätter und ihre Nachbeter nicht allein, welche den Ton angeben, wir wollen nicht sagen in der liberalen und demokratischen, sondern selbst in der Eisenacher Partei. Es hat auch in dieser Partei von Anfang an Blätter gegeben, welche, unbeschadet ihrer Vorliebe für preußische Hegemonie, doch auch nie blind waren gegen die Nachtheile, welche für ganz Deutschland aus Oesterreichs Schwächung entstehen müssen, nie blind gegen die Bedeutung Venetiens für Deutschland, nie blind gegen Napoleons wahre Zwecke. Zu diesen gehört die „Zeitung für Norddeutschland", auch gewissermaßen, wenn gleich minder rückhaltslos und bestimmt auftretend, die „Süddeutsche Zeitung". Die „Neue Frankfurter Zeitung" hat in jüngster Zeit gleichfalls in diese Richtung eingelenkt; von der „Preußischen Zeitung" und dem „Preuß. Wochenblatt" haben wir dieser Tage das Gleiche berichtet; endlich verdient hier noch die Erklärung der drei Demokraten Rodbertus, v. Berg und Bucher, die wir vor einigen Tagen mitgetheilt haben, erwähnt zu werden. Die „Nat.-Zeitung" hat zwar über diese Erklärung gewaltig gespöttelt, allein man merkte ihrem Spott nur zu deutlich den Aerger darüber an, daß dieselbe in den Reihen der Demokraten und Liberalen so viel Anklang gefunden hat.

* Die k. sächsische Regierung hat beim Bundestag den Antrag gestellt, die seit beinahe 10 Jahren angeregte Frage der Errichtung eines Bundesgerichts endlich einmal zu erledigen, insbesondere den mit der Berichterstattung über den hiewegen von

---

*) Diese Wochenschrift, welche mit Entschiedenheit und Gründlichkeit die Sache des föderativen Prinzips in Deutschland vertritt, zugleich als ehrlich liberales Blatt in Literatur und Kunst, wie auf allen Gebieten des Lebens mit der modernen Entwickelung geht, verdient dem lesenden Publikum wohl empfohlen zu werden. D. Red.

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 22.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 4 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 22. Januar 1861.

Zur Kaiserwahl von 1849.

Das hochkonservative Quedlinburger „Volksblatt“ für Stadt und Land“ theilt einen Briefwechiel zwischen Ernst Moritz Arndt und dem König Friedrich Wilhelm IV. aus dem März 1849 mit, welcher in vieler Beziehung interessant ist, und namentlich ergibt, daß der Entschluß des Königs, die Kaiserkrone abzulehnen, schon lange vor der Ankunft der Parlamentsdeputation in Berlin feststand. Das „Volksblatt“ bemerkt dazu: „Nachdem Beide hinübergegangen, kann der Mittheilung dieser Briefe nichts im Wege stehen.“

Arndt schrieb am 3. März 1849 als Parlamentsmitglied aus Frankfurt a/M.:

„Erhabenster König,
Allerfreundlichster König und Herr!

Zu Gott und zu dem Könige darf man frei sprechen, bitten und beten. — So trete ich hier vor meinen König aus treuestem Herzen betend, hoffend, bittend und aufweisend, was dies alte Herz weisen zu müssen glaubte.

Wir stehen in Europa und vorzüglich in Deutschland, unserm Vaterlande, auf einem scharfen, schneidenden Punkte des Augenblicks, vielleicht fast auf dem Punkte des schneidenden Schwertes. Es steht in demselben Augenblicke die große Frage um Einheit und Stärke drinnen, und um Kraft nach Außen. — Gefahr ist eben an allen Enden, die größte Gefahr gewiß in der Unentschiedenheit und Unentschlossenheit, oder in der Ansicht, man könnte die Gefahr durch Zögern ablenken, durch langsame Zettelung und Zuckelung die wilden Kräfte der Zeit ermatten. — O nein! nein! Man muß hell drein schauen, und vor Allem muß Preußen, dessen sieglockende Krone die Gefahr so oft gewesen ist, seinen Adler frischesten Muthes fliegen lassen, und den Kronenraub greifen und halten lassen. — Ja, erhabenster Herr, die Zeit drängt, die Gefahr drängt — und beide, und die Wünsche, Gebete und Hoffnungen der Besten drängen auf den leuchtenden Glanzpunkt des Vaterlandes, auf Preußen und seinen Herrscher ein, und werden noch mehr drängen.

Doch halt, der Gedanke an den Flug des alten preußischen Adlers reißt den Wehrmann fort. — Ich will suchen, kühl mit kühlsten Gedanken zu sprechen.

Ew. Majestät haben sich aus der Fülle der Macht, und aus der Ueberzeugung einer unvermeidlichen Nothwendigkeit, für einen ehrlichen, starken, deutschen Bundesstaat, statt des unehrlichen und schwächlichen früheren Staatenbundes, erklärt, Sie haben gelobt, alle Ihre Macht und alle Stärke Ihres Volkes der Stärke und Macht Deutschlands hinzugeben. Deutschland hat diesem Worte geglaubt.

Sie werden es nimmer brechen. Dieses königliche Wort, die starke Bindung dieses Bundes, welche Preußen und Deutschland in Eins verwandelt, ist die einzige Möglichkeit, die Ehren und Herrlichkeiten des Vaterlandes und das Daseyn der deutschen Könige, Fürsten und Beistanden*) für die Zukunft zu retten. Die Festhaltung dieses großen Wortes, die wirkliche Gründung und Bildung dieses Bundesstaates, die Erkühnung und Uebernehmung jeglicher Gefahr für denselben, wird vor allen Andern dem Könige von Preußen, dem Herrlichsten und Gewaltigsten im Vaterlande zugemuthet, und Alle, die von Gott nicht mit Blindheit geschlagen sind, können in dem Könige von Preußen nur den Hatter und Retter Deutschlands und seinen künftigen Herrn sehen.

Nun kommt, wie eben der Tag steht, Oesterreich, welches Deutschlands Ehre und Macht 3 Jahrhunderte verzettelt und verschleppt hat, mit seinen alten Listen heran, und will es wieder ins Schlepptau nehmen. Es schleicht und windet sich unter uns, und auch hier in dieser Reichsversammlung wie eine Blindschleiche, und sammelt eine Menge kleiner Schlangen um sich, ja selbst — zum Zeichen, was es will, nämlich schwächen und verwirren — alles radikale und soziatistische und kommunistische Ungeziefer, die nur eine schwache und elende Regierung, ein wacklichtes Direktorium Vieler 2c. wollen, bei dessen Entstehung und Leitung die rothe Republik endlich eine Unvermeidlichkeit seyn würde. — So zettelt und ködert Oesterreich mit allen seinen . . . .*), deren seine gerührige Thätigkeit viele zu fangen und abzurichten verstanden hat, zu dem alten Staatenpunkte zurück, sucht Alles zu verwirren, entzweien und verschleppen, und zettelt draußen und drinnen mit den Kabinetten. — O die armen deutschen Könige und Fürsten, die sich von seinen Künsten und Zuflüsterungen erschrecken und bethören lassen, wissen nicht, was sie thun! Wenn sie nicht Starkes machen helfen, wenn sie nicht einen starken Kaiser neben und über sich machen, so wird der rothe Abgrund sie unvermeidlich verschlingen. —

Ja, erhabenster König und Herr, groß ist die Gefahr des Augenblicks, aber herrlich ist auch der Preis, der dem Muthe winkt. Dir bleibt keine Mitte mehr, wage voll und ganz deutsch zu seyn; wage Retter und Halter des deutschen Vaterlandes zu werden; wage alle seine Gefahren zu theilen, zu nehmen und zu übernehmen; wage ganz mit dem Vaterlande zu stehen, und Du wirst stehen und bestehen. Mit diesem Muth, mit seinem Muth, wodurch Dein Vater weiland aus schwersten Nöthen und Gefahren errettete, und zu Glanz und Ruhm wieder aufgerichtet ist, segne Dich Gott! In diesem königlichen Muthe hatte fest an Deinem königlichen Wort und kühnen Entschlüssen! Jedes Weichen wäre Verderben. Muth und Hochherzigkeit und die stolze, jeder Gefahr die leuchtende Stirn bietende Majestät wird Deine eigenen Getreuen ermuthigen und stärken bis in den Tod, und Dir die Herzen der Völker Deutschlands gewinnen! — In der Größe des . . . .**), in dem Glanze des Hohen wird der kleinliche Jammer untergehen, und selbst der radikale und sozialistische Jammer und Unsinn wird sich in dem Edlen und Hohen vernichtet fühlen. Dies mußte mein Herz meinem Könige aussprechen. Dieses Herz klingt und spricht hier nur aus den Herzen vieler getreusten und redlichsten Preußen und Deutschen, die hier neben mir sitzen und kämpfen. Ich habe diese Worte nur mit Andacht und Gebet niedergeschrieben, unter allen höchsten Bildern und Erinnerungen der Vergangenheit und Gegenwart. Gottes Wille geschehe! und er wird geschehen auf Erden und im Himmel. Gott schirme und behüte und erhebe mein Vaterland und meinen König.

Meines allergnädigsten und allerfreundlichsten Königs und Herrn in deutscher Treue allergetreuster und allerunterthänigster

Ernst Moritz Arndt,
Professor in Bonn und Reichstagsmann für den Kreis Solingen.

Geschrieben in der alten Kaiserstadt Frankfurt a/M. am 3. des Lenzmonats 1849, meines Lebensalters im 80sten Jahre.“

Die Antwort des Königs lautete:

„Den 18. März 1849.

Sie haben mir, mein lieber werther M. A., im 80. Jahre aus weiland des Römischen Reiches Wahlstadt Frankfurt a. M. einen jugendlich frischen Brief geschrieben, den ich zwar in größ-

*) So stand in der uns mitgetheilten Abschrift. (Anm. d. Volksbl.)

*) Unleserliches Wort in der Abschrift. (Anm. d. Volksbl.)
**) Unleserliches Wort in der Abschrift. (Anm. d. Volksbl.)

ralsynode der Pfalz bereits dahin abgegangen und als Tag des Zusammentritts derselben der kommende 24. Februar bestimmt worden. (Pfälz. Ztg.)

Kurhessen. Kassel, 15. Januar. Seit längerer Zeit besteht zwischen der hiesigen Regierung und der französischen eine Differenz, deren Anfang sich bis zum letzten Kriege mit Oesterreich zurückleiten läßt. Der Gesandte in Paris, Alexander v. Baumbach, sprach sich damals bei verschiedenen Veranlassungen gegen die französische Politik in so energischer Weise aus, daß er bei dem Tuilerienhofe übel angesehen wurde, und deßhalb Urlaub nahm. Vor einigen Wochen nun begab er sich wieder nach Paris, um sein Abberufungsschreiben förmlich zu überreichen. An seiner Stelle sollte alsdann daselbst nur ein Geschäftsträger, v. Trott, eintreten. Sey es nun, daß Napoleon hiermit nicht einverstanden ist, da sein hiesiger Bevollmächtigter, v. Sampeyo, wirklicher Gesandter ist; sey es, daß die Form des Abberufungsschreibens nicht den Forderungen der kaiserlichen Etiquette entspricht, oder sey es, daß Napoleon sonst mit der Haltung der kurfürstlichen Regierung unzufrieden ist, genug, v. Baumbach befindet sich schon seit Wochen in Paris, ohne eine Audienz erlangen zu können, um sein Abberufungsschreiben zu übergeben. In Folge dessen ist, wie ich höre, auch der hiesige Minister des Auswärtigen für v. Sampeyo unsichtbar geworden, so daß Kurhessen also gewissermassen in diplomatischem Bruche mit Frankreich lebt. (Wie uns neulich aus Paris geschrieben ward, verlangt der Hof der Tuilerien vom Kurfürsten die Unterschrift cousin et serviteur. D. Red.) (N. H. Z.)

Oesterreich. Aus Wien, 17. Jan., schreibt man der „Südd. Ztg.": „Der wahrhaft miserable Eindruck der stürmischen Banksitzung ist ein neuer schlimmer Umstand unter unsern hiesigen Verhältnissen. Hundert der reichsten Männer, fast alle aus den Kreisen der Börse, haben selbst unter den gegenwärtigen Verhältnissen für nichts ein Auge gehabt, als für ein paar Gulden Dividende. Die Lage des insolventen Instituts wurde nur von diesem beschränktesten Standpunkte des kleinlichsten Eigennutzes aus besprochen, nur eine Stimme erhob sich, um dem Wunsche des Finanzministers, die Bank unter den obwaltenden Verhältnissen wenigstens nicht auch noch durch Auszahlung bedeutender Dividenden zu verschlechtern, entgegenzukommen. Es war die eines Aristokraten, des Grafen Pergen. Die Millionäre zeigten nur Sinn für die vier Gulden. Die Ansichten über die Gesinnung und Intelligenz der hiesigen Plutokratie waren bei uns seit lange sehr wenig günstig; aber die letzten Vorfälle sind ein vollends nicht mehr zu bestreitendes testimonium paupertatis dieses reichen Krämervolkes. Die Sache ist indeß nicht von so schlimmer Wirkung, als es aussieht. Denn die letzten Banksitzungen werden jetzt jedermann überzeugt haben, daß man aus diesen Kreisen niemals eine rettende That zur Herstellung der Bank und des Geldwesens erwarten kann, und darauf wird das Gute folgen, daß man sich endlich nach anderen Kräften umsieht und nicht mehr den Rath der zu Rittern geschlagenen Börsenspekulanten als denjenigen betrachtet, der den Staat aus seiner Finanznoth errettet. Es ist eine wahrhaft unverschämte Forderung, wenn die Bankaktionäre auch für die übrigen unverzinslichen Schulden des Staats an die Bank Zinsen beanspruchen. Ganz ohne Nutzen beziehen sie bereits jetzt über 5 Mill. Gulden jährlich vom Staate, dafür, daß sie ihm Papiergeld leihen, welches allein durch den vom Staate gewährten Zwangskurs auch nur einen Kreuzer werth ist."

Frankreich.

Paris, 17. Jan. Der Kaiser läuft heute Abends 10 Uhr — nicht davon — wohl aber Schlittschuh auf dem See des Bois de Boulogne. Die Kaiserin wird ihn begleiten, natürlich zu Schlitten. 2000 Fackeln werden Wald und See erleuchten. Eine große Anzahl Einladungen sind zu diesem, hier in Paris gewiß ungewöhnlichen Schauspiel ergangen.

Paris, 18. Jan. Die Anzahl der Schlittschuhläufer auf dem See im Bois de Boulogne war in den letzten Tagen ungeheuer. Mitten unter dieser bewegten Menge befand sich der Kaiser, der ein sehr guter Schlittschuhläufer ist, ohne irgend ein Gefolge oder eine Eskorte. Die Kaiserin wurde von ihm in einem Schlitten gefahren. Die Menge machte Beifall klatschend Platz. Unterwegs traf der Kaiser einen Schlitten, worauf eine junge Frau mit einem Kind im Arme saß. Auch diesen Schlitten setzte er in Bewegung, und nahm ihn zur Bewunderung der gaffenden Pariser in raschem Lauf mit fort.

Italien.

* Dem „Ami de la Religion" wird aus Rom geschrieben, daß sich nicht nur die Abruzzen und Kalabrien in Aufstand befinden, sondern nun auch in Umbrien, den Marken und anderen Bezirken Unruhen drohen. Die Piemontesen hatten bei ihrer Ankunft in Umbrien und den Marken die Salzsteuer, welche 3 Bajocchi beirug, auf 1 Bajocco herabgesetzt, was natürlich von der Bevölkerung mit Freude aufgenommen wurde; aber dieselbe war nicht von langer Dauer, denn am 1. Januar führte man nicht nur die alte Steuer wieder ein, sondern man erhöhte sie auch noch um 1 Bajocco, so daß sie jetzt 4 Bajocchi beträgt. Ebenso wurde eine bis jetzt unbekannte Steuer auf Thüren und Fenster eingeführt. In Folge dieser den Leuten sehr mißliebigen Steuer verstopft man nun alle entbehrlichen Fenstern und Thüren. An vielen Orten hat man geradezu den Betrag der früheren Abgaben verdreifacht. Es ist leicht begreiflich, daß das Volk einer Annexion nicht günstig gestimmt ist, welche sich bis jetzt nur durch Bedrückung, Steuer und Elend hervorthat.

Turin, 19. Jan. General Alfons Lamarmora wird von dem König nach Berlin gesendet, um Wilhelm I. zu dessen Thronbesteigung Glück zu wünschen. Er geht dieser Tage mit zahlreichem und glänzendem Gefolge dahin ab, um dann sogleich wieder an seinen Posten am Mincio sich zu begeben. (Telegr. d. Allg. Ztg.)

Die Mazzinisten geben ihr Spiel noch keineswegs verloren: da nun die Erhaltung des Friedens mehr Aussicht zu gewinnen scheint als die Eröffnung des Kriegs, suchen sie die „Elemente der That" von der Turiner Regierung und von Garibaldi selbst abwendig zu machen, um nach ihren eigenen Gedanken und Doctrinen darüber verfügen zu können. Wie man dem „Constitutionnel" aus Turin vom 15. Jan. schreibt, hat sich die Thätigkeit der mazzinistischen Sekretäre seit einigen Tagen bedeutend vermehrt. In Genua, Mailand, Florenz und anderen Städten haben die Anwerbungen begonnen. Es wird heimlich und zu einer unbekannten Bestimmung rekrutirt. Garibaldi's Freischaaren haben das größte Contingent zu dieser Aushebung neuer Art gestellt. Um aber Banden anzuwerben und zu unterhalten, braucht man Geld, und die mazzinistische Partei glänzt nicht eben durch ihre finanziellen Hilfsquellen. Der republikanische Agitator hat deßhalb seine Zuflucht zu demselben Mittel genommen, welches er vor zehn Jahren mit Erfolg angewendet hat. Er hat an die Emission eines neuen Anlehens gedacht, welches er „das römische und venetianische Anlehen" nennt. Mazzini verspricht den Darleihern die Garantie dieser beiden Provinzen: nur müssen sie erst erobert seyn. Dieses Anlehen ist bis ins Unendliche zerstückelt, und die Stücke werden heimlich verkauft; sie lauten auf 100, 50, 20, 5 und 2 Frcs. und sind eine Art Papiergeld, welches die Mazzinisten unter die arbeitenden und Proletarierklassen, aus deren Reihen die Partei ihre eifrigsten Anhänger rekrutirt, zu verbreiten beabsichtigt. Die sardin. Regierung ist natürlich, nachdem sie einstweilen in die Bahnen des Friedens eingelenkt*), nicht geneigt, eine Partei gewähren zu lassen, welche offen erklärt, daß sie ganz Europa revolutioniren wolle. Der Minister Minghetti hat deßhalb an die Departementalbehörden ein Rundschreiben gerichtet, um sie aufzufordern, keinerlei Anwerbungen in den Provinzen zu dulden. (Frkf. Postz.)

Amerika.

New-York, 3. Jan. Der Konvent Südkarolinas hatte heute auf das Vergehen, gegen den Staat Krieg zu führen, die Todesstrafe gesetzt, sowie die bisher dem Bunde zustehende richterliche Gewalt den Gerichtshöfen und die gesetzgebende Gewalt der Staats-Assemblée übertragen. Es war der Plan im Werke, die im Fort Sumpter liegenden Bundestruppen auszuhungern und sie auf Flößen anzugreifen. Die Forts von Savannah und Mobile waren von der dortigen Miliz genommen worden. Schließlich hatte man sich zu dem kühnen Plan verstiegen, Washington zu nehmen, um die Inauguration Lincoln's als Präsidenten zu verhindern. (Telegr. d. D. A. Z.)

*) Wohlgemerkt: einstweilen! Sie verschiebt den Angriff gegen Oesterreich, weil sie mit Neapel noch nicht fertig ist.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht.

№ 21.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Montag, 21. Januar 1861.

Deutscher Bund.

Das Organ des deutschen Juristentags, die „Preuß. Gerichts-Zeitung", berichtet unterm 9. Jan., daß, nachdem vom Präsidenten der ständigen Deputation des deutschen Juristentags dem preußischen Justizministerium und vom Wiener Deputationsmitglied Oberstaatsanwalt v. Keller der österreichischen Regierung das Protokoll dieser Deputation vom 17. Novbr. v. Js. mitgetheilt worden, jetzt die Antworten darauf eingegangen seyen. Der preuß. Justizminister erklärt, daß der in dem Protokoll ausgesprochene Wunsch auf Herbeiführung einer **gemeinsamen deutschen Civil- und Strafprozeßgesetzgebung** seinen eigenen Wünschen entgegenkomme, und die österreichische Regierung hat erklären lassen, daß sie gern bereit sey, mit der preußischen Regierung die Initiative für die beiden fraglichen Gesetzgebungswerke zu ergreifen.

Bayern. München, 19. Jan. Se. Maj. der König hat das Kaplanei-Benefizium in Obereschenbach, Ldg. Heilsbronn, dem Verweser desselben, Priester Kasp. Hiemer, übertragen; die protestantische Pfarrstelle zu Altleiningen, Dek. Dürkheim, dem Pfarramts-Kandidaten Jak. Mentzel aus Weingarten verliehen.

(N. Münch. Z.)

München, 18. Jan. Seine Majestät der König hat nachstehende Versetzungen und Beförderungen genehmigt:

Versetzt werden: die Regimentsquartiermeister Urban Sieben vom Inf.-Leib-Regim. zur Militär-Rechnungs-Kammer, Anton Lechner vom 1. Inf.-Regim. und Mich. Grafenberger vom 6. Chevauxlegers-Regim. zur Militär-Rechnungs-Kammer, der Bataillonsquartierm. Franz Fambach vom 11. Inf.-Regim. zur Militär-Rechnungs-Kammer, die Unterquartiermeister Alois Lingg vom 3. Inf.-Reg. zur Gendarmerie-Kompagnie München, Alois Müller von der Militär-Rechnungs-Kammer zur Kommandantschaft des Invalidenhauses, Franz Kling von der Gendarmerie-Kompagnie von Schwaben zum 3. Inf.-Reg., Michael Angerer von der Haupt-Kriegs-Kassa zur Gewehrfabrik-Direktion, Karl Hahnemann vom 7. Inf.-Reg. zur Kommandantschaft Passau, dann die Regiments-Aktuare Mich. Förg vom 3. Inf.-Reg. zur Gendarm.-Komp. von Schwaben, und Chr. Kraußold vom Festungs-Gouvernement Landau zum Festungskommando in Ulm. (Schl. f.)

(Mil.-Verordn.-Blatt.)

München, 18. Jan. Die Interpellation, welche Frhr. v. Lerchenfeld in Betreff der Eisenbahn-Tarife an das k. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten richtete, lautet folgendermaßen: „Wie in den meisten Staaten, so bestehen auch in Bayern Staats- und Privateisenbahnen neben einander. Während in dem größten Theile des Landes Staatsbahnen sind, welche, mit beträchtlichen Kosten erbaut, einen sehr namhaften Theil des Staatsvermögens bilden — auf deren Ertrag die Verzinsung und Tilgung einer Staatsschuld von nahezu 100 Millionen beruht — besteht in einem andern Theil des Landes eine Privateisenbahngesellschaft mit sehr bedeutenden Rechten und einem ausgedehnten Bahnnetz. Von Anfang an wurde der innige Zusammenhang des volkswirthschaftlichen Nutzens und Ertrags der Eisenbahnen mit dem Tarif für Personen- und Güterverkehr erkannt, und deßhalb dessen Festsetzung die ausgedehnteste Sorge zugewandt. Zunächst war es die übermäßige Höhe der Tarifsätze, welche man befürchten zu müssen glaubte, deßhalb Festsetzung von Maximalsätzen; an Minimalsätze wurde kaum gedacht, übrigens aber stets als selbstverständlich angenommen, daß — wo nicht ganz besonders erhebliche Umstände eintreten sollten, der Tarif zugleich den Minimalsatz bilde, d. h. für Jedermann und jedes Gut gleicher Art auf derselben Strecke der gleiche Tarifsatz gelte — und so wurde es denn auch lange Zeit gehalten. Auch bei Ertheilung der Konzession an die Ostbahngesellschaft ward der Staatsbahntarif in seinen Maximalsätzen für maßgebend erklärt. Gesetz vom 9. März 1856 Art. 4.

Seit neuerer Zeit ist nun in Folge des immer mehr sich entwickelnden Wettbewerbes der Eisenbahnunternehmungen jenes System der Begünstigung der weiten Linien, des sog. direkten Verkehrs eingetreten, welches bereits so weit getrieben wird, daß nicht selten aus weiter Ferne kommende Güter auf große Strecken geradezu umsonst transportirt werden, nur um sie an sich zu ziehen und zu konkurrieren, andern Unternehmungen zu entziehen, wohl auch in der Hoffnung, seiner Zeit, wenn jene zu Grunde gerichtet, sich wieder schadlos zu halten. (S. Dresd. Flugblatt, Korrespondent vom 28. Dez. 1860 Nr. 667.) In den hier erwähnten Kampf sind nun auch die bayerischen Bahnen neuerdings hineingezogen worden. Zumal seit — mit Eröffnung der Bahnen zwischen den Handelsplätzen an der Donau und München-Augsburg-Lindau einer- und Nürnberg andrerseits mehrfache Verbindungen der Staatsbahnen — zum Theil mit Hülfe der Donaudampfschifffahrt und des Kanals — und der Ostbahnen bestehen — suchte man sich durch gegenseitiges Herabsetzen der Tarife auf ein Minimum den Verkehr gegenseitig ab- und resp. zuzuwenden. So ist z. B. der Tarif für Baumwolle, Getraide u. s. w. von Mainz nach Nürnberg 42 kr., von dort nach Donauwörth 45 kr., so daß also die 35 Stunden von Nürnberg nach Donauwörth statt um $17\frac{1}{2}$, resp. 18, um 3 kr. gefahren werden. Geht das Gut von Donauwörth nach Regensburg zu Wasser, so zahlt es 16 kr., d. h. man opfert $14\frac{1}{2}$ kr., resp. 15 kr. Bahnfracht, um 16 kr. Wasserfracht zu verdienen. Von Donauwörth nach Lindau werden alle Güter 1. Klasse um die Taxe der 2. befördert — Käse, Baumwolle, roh und gesponnen u. s. w., um 18 kr., d. h. es treten Ermäßigungen von 16 kr. und respektive 33 kr. zu Gunsten der Transitgüter ein, von denen der inländische Zwischenverkehr ausgeschlossen ist ꝛc. Es würde viel zu weit führen, in alle Einzelheiten dieses Tarifkampfes einzugehen, nur so viel steht fest, daß durch denselben jedenfalls ein Erfolg erreicht ward — die Staatsgefälle zu beeinträchtigen, welche einerseits durch die geminderte Rente der Staatsbahn, Donaudampfschifffahrt ꝛc. verlieren, andererseits durch die Zinsgewährschaft für die Ostbahnen in Anspruch genommen werden dürften. Ein solcher Zustand kann nicht länger fortbestehen, er widerspricht dem Staatszweck eben so sehr als den Grundsätzen unseres Eisenbahnbetriebs, der nicht auf wilder maßloser Konkurrenzjagd mit beständig wechselnden Tarifen — wie anderwärts — sondern auf wohlwollender allseitiger Berücksichtigung der Interessen des Verkehrs beruht und beruhen soll. Es ist daher der Normaltarif, wie er sich für jede Strecke berechnet, überall zu Grunde zu legen, es sind insbesondere auch die Dampfschiffstarife — falls nicht die Veräußerung des ganzen Unternehmens vorgezogen wird — nicht dazu zu benützen, künstliche Konkurrenzlinien herzustellen, vielmehr einfach dem Publikum zu überlassen, die ihm zweckmäßig scheinenden Linien zu wählen. Nur wo Rücksichten auswärtiger Konkurrenz es fordern, sind Tarifreduktionen zuzugestehen. Daß auch für die Verwaltung der Ostbahnen ein Recht zu so eingehenden Tarifreduktionen, zumal ohne Zustimmung der Staatsregierung, nicht bestehe, versteht sich von selbst, wenn es auch unbegreiflicherweise in der Konzessionsurkunde nicht steht — die Zinsbürgschaft des Staats könnte ja außerdem ganz illusorisch werden. Aufgabe des Ministers ist es, den Betrieb der Staats- wie der Ostbahnen insbesondere bezüglich der Handhabung der festgesetzten Tarife zu überwachen — die nothwendigen und unvermeidlichen Tarifreduktionen zu gestatten, und dafür zu sorgen, daß die Konkurrenz beider Bahnen sich innerhalb der in der Natur der Sache begründeten Grenzen bewege. Ich erlaube mir deßhalb die Frage: „Welche Maßregeln bestehen zu diesem Zweck, wie weit geht die Kompetenz der Staatsbahnverwaltungsbehörden bezüglich der Tarifreduktionen, welchen Einfluß übt das Ministerium in dieser Beziehung bezüglich der Ostbahnen?"

(Allg. Z.)

München, 17. Jan. Sicherem Vernehmen nach ist das allerhöchste Reskript bezüglich der Zusammenberufung der Gene-

solcher Ruhe, daß die Zuschauer glaubten, es gehöre zur Vorstellung, aber als Maccomo einem der Wärter rief: „„Macht schnell ein Eisen heiß, das Thier hat meine Hand zwischen den Zähnen!““ da erkannte freilich Jeder das Gefährliche seiner Lage. Mehrere der Zuschauer liefen davon, wogegen einige der Frauen das Ihrige thaten und in Ohnmacht fielen. Es dauerte an fünf Minuten, bis ein heißes Eisen zur Stelle geschafft werden konnte. Maccomo hielt das Thier mit aller Macht fest und verrieth mit keinem Zucken seines Gesichtes den Schmerz, den er litt. Endlich kam das glühende Eisen, und ein Wärter brachte es an die obere Zahnreihe des Tigers, dessen Rachen sofort aufflog, als hätte ihn ein elektrischer Schlag getroffen. Maccomo gab mit einer Stange dem Thiere einen furchtbaren Schlag auf den Kopf, daß es heulend niederfiel, und machte dann troß seiner blutenden Hand seine gewöhnlichen Kunststücke mit den übrigen Thieren durch.“

Algerien ist von großer Ueberschwemmung heimgesucht. Die Mitidja-Ebene ist nur noch ein großer See.

Neueste Nachrichten.

Wien, 17. Jan. Nachdem nahe an 15 Millionen Steuerrückstände in Ungarn schon jetzt nicht einbringlich sind und die Steuerverweigerung dort täglich an Dimensionen zunimmt, ist das Defizit in den präliminirten laufenden Staatseinnahmen und die hiedurch für den Finanzminister entstandene Verlegenheit leicht erklärlich. Um nun letzterer einigermaßen abzuhelfen, hat Hr. v. Plener (wie schon erwähnt) zu dem Auskunftsmittel einer im Inlande zu kontrahirenden Anleihe im Betrage von 25 — 30 Millionen gegriffen. (Nürnb. Korr.)

Pesth, 16. Jan. Ueber den Konflikt in Alos werden dem „Korunk“ folgende Details geschrieben: „Vergangenen Sonntag Nachmittag schickte das Tasnader Bezirksamt drei Gendarmen und sechs Soldaten nach Alos, um einige Burschen in Strafsachen zu verhaften. Zwei von ihnen wurden auch wirklich in einem Wirthshause arretirt, allein sobald die Nachricht davon sich im Dorfe verbreitet hatte, versammelte sich eine große Menschenmenge, umzingelte das Haus des Richters, in welches die Gefangenen waren gebracht worden, und forderte stürmisch die Freigebung derselben. Ein förmliches Handgemenge war die Folge. Ein Soldat bekam einen Schuß in den Unterleib und einen Stich durch die Hand mit einer eisernen Gabel, einem Gendarm und drei Soldaten wurden die Bajonnete von den Gewehren gebrochen. Auch von den Einwohnern wurden einige durch Bajonnetstiche verwundet. Von der Tasnader Garnison wurden 60 Mann nach Alos gesandt.“

Turin, 16. Jan. Nachrichten aus Neapel vom 14. d. M. melden die Entdeckung einer Verschwörung zu Gunsten des Prinzen Murat. Die Turiner Schatzkammer streckte der neapolitanischen 2 Millionen für öffentliche Arbeiten vor.

Die Wahlen in Kalabrien werden von der Aktions-(Kriegs-)partei geleitet.

Die heutige „Opinione“ meldet aus Neapel vom 11. d.: „An der päpstlichen Grenze stehen bei 4000 Mann neapolitanischer Truppen, welche in die Gebirge Morino einfallen sollen; eine zweite Abtheilung sammelt sich bei Verole, dieselbe soll bestimmt seyn, Sora zu okkupiren. Lagrange unterstützt mit anderen Abtheilungen vom päpstlichen Gebiet aus die bourbonischen Bewegungen in den jenseitigen Abruzzen. Die Eingangs erwähnte Abtheilung bezweckt, die Provinz Terra di Lavoro im Rücken des piemontesischen Belagerungskorps zu insurgiren.“

Neapel. Aus den Provinzen lauten die Nachrichten noch sehr ernst. Die bourbonische Bewegung, an deren Spitze La Grange, Georgi und Chiavone stehen, ist noch keineswegs unterdrückt, ja sie macht vielmehr in den Bezirken von Avezzano, Filletino, Valle de Rovetto und Carsoli Fortschritte. In Tagliacozzo hat man eine Proklamation des Insurgenten-Chefs la Grange aufgefangen, die im Wesentlichen folgendermaßen lautet: „An die tapferen Bewohner der Abruzzen! Wir haben uns erhoben, um den Thron unseres rechtmäßigen Fürsten, unsere heilige Religion, unsere Geschichte, unsere Sitten zu vertheidigen. Dieser Kampf ist ein heiliger, heroischer, und derjenige, der nicht daran Theil nimmt, ist ein Feigling und Verräther. Bewohner der Abruzzen! Ihr führt trefflich die Büchse, in eurer Brust schlägt ein gottesfürchtiges, tapferes Herz! Auf gegen den Feind! Wenn wir uns mit unsern tapferen kriegsgewohnten Schaaren euren Städten, Dörfern und Weilern nähern oder in eure Thäler kommen, soll von allen Thürmen und Bergspitzen das Signal zum Kampfe ertönen. Vertraut auf mich, ich werde bald unter Euch seyn! Unser Feldgeschrei ist für die heilige Religion und für unsern König!“ Gegeben im Lager bei S. Stefano am 27. Dezbr. 1860. Gez. La Grange, Oberst. Man ist indessen in Neapel ernstlich beschäftigt, diesen Unruhen Schranken zu setzen. Die Truppenverstärkungen, welche täglich in Neapel ankommen, gehen größtentheils nach den Abruzzen, wo ein eigenes Armeekorps unter dem Befehl des Generals Pinelli zusammengezogen werden soll, der die schwierige Gebirgsbevölkerung durch starke Mobil-Kolonnen im Zaume halten soll (eine schwere Aufgabe). (Nat.-Ztg.)

Konstantinopel, 12. Jan. Dem Sultan wurde ein Sohn geboren. Eine große Fälscherbande wurde entdeckt. (T. d. Ostd. Post.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	73¼ P. 72¾ G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	58½ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	47 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	39¾ P. ¼ G.
„	4½ pCt.	34¼ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	88½ P.
Bayern.	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102¾ P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101¼ P
„	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	101⅜ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99¼ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	99½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95 P.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103¼ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94¼ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	102⅞ P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	94½ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	102 P. 101⅝ G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	98 G.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	100⅞ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	98 P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	97¼ P. 96⅜ G.
„	3 pCt. Obl.	89¾ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	46¾ G.
„	1¾ pCt. „ „ „	39¾ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	97⅜ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	107½ P.	ex D.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	561 P.	ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	117½—18 G.	ex D.
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	166½ P 165½ G	e D
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	62 G.	ex D.
Internationale Bank in Luxemb. . .	76½ G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	327 P.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	66½ P.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 P.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73⅜ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	25½ P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	126½ P.	ex D.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	95⅜ P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50 P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	232 P.	
Span. Handels- u. Industrie . . .	475 P.	ex D.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	460 P.	ex D.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	102½ P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101½ G.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99½ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105 G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	95½ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105¼ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅛ B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ B.
London Lst. 10 k. S.	117⅛ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	92½ B.
Paris Frs. 200 k. S.	93⅛ B. 92⅞ G.
Triest fl. 100 k. S.	76½ B.
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	76⅞ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	69¼ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	44⅞ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	52½ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	125½ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	54¼ P.	„ fl. 25 do.	36⅜ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	84¾ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	35⅝ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beilt.	116½ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50¼ G.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	34 G.
Badische fl. 50	89 P.	Vereins-Loose fl. 10.	10⅜ P.
Badische fl. 35	53¼ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10½ P.

Frankfurt, 19. Januar. Bei stillem Geschäft waren österr. National und Kreditaktien eine Kleinigkeit matter. (Synd.)

Unruhe versetzen. Lord Cowley hat sich über diese Anstalten beschwert, die offenbar nur gegen England gerichtet seyn könnten. Zu Lande Befehl des Kriegsministers an alle Armee-Inspektoren, schleunig sämmtliche zum Felddienst unfähige Militärs auszurangiren. Beim ganzen ersten Korps ist die Arbeit schon vollzogen; etwa 80 Mann per Regiment sind in's Depotbataillon eingestellt. Neue frische Leute treten an ihre Stelle. Alle Offiziere, die im Kriege beritten seyn müssen, erhalten bis zum 1. Februar ihre Pferde. Die Börse operirt nur noch auf Krieg oder Frieden.

(Südd. Z.)

Jules Favre beabsichtigt dem Vernehmen nach, in dem gesetzgebenden Körper über Schwindel, Börsenspiel und Bestechungen aller Art zu sprechen. Wenn nur ein Theil von dem, was erwartet wird, erfüllt wird, so darf man sich auf recht artige Enthüllungen gefaßt machen, die ganz geeignet sind, etwas Licht zu werfen auf die Triebfedern, wodurch die große französische Regierungsmaschine in Bewegung gesetzt und erhalten wird. Jules Favre ist gerade der Mann hierzu, und er wird von der bewilligten größern Reeefreiheit zum Wohle des Landes den geeigneten Gebrauch zu machen wissen. Auch über die, den neuen sogenannten Sprachrohrministern bewilligten großen Gehalte und prachtvollen Wohnungen soll er zu sprechen beabsichtigen.

Paris, 16. Jan. Der „Moniteur" warnt gegen die von einzelnen Journalen veröffentlichten falschen (?) Nachrichten in Betreff der Armee. — Laut Depeschen aus Asien ist der französische Oberbefehlshaber der chinesischen Expedition, General Montauban, vom Kaiser von Japan zu Jeddo in feierlicher Audienz empfangen worden.

(D. Allg. Z.)

Italien.

Turin, 13. Jan. Heute Abend ist die Nachricht eingelaufen, daß der Empfang des Prinzen von Carignan in Neapel ein enthusiastischer gewesen sey; doch wird es gut seyn, nähere Berichte abzuwarten, denn nach mir zu Gesicht gekommenen Privatbriefen soll kurz vor der Ankunft des neuen Prinzen-Statthalters die Stimmung eine äußerst gedrückte und ängstliche gewesen seyn. Die sog. Partei der That rüstete sich, mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln auf die Wahlen einzuwirken, ja die Wahltage selbst zu einer mazzinistischen Bewegung zu benützen, in welche bereits ein großer Theil der Lazzaroni hineingezogen sey. Thatsache ist, daß nicht allein diese, sondern alle Arbeiter von der bourbonischen Partei sowohl, als von den Mazzinisten, abgehalten werden, an den von der Regierung eröffneten öffentlichen Arbeiten Theil zu nehmen.

(Schw. M.)

— Turin, 14. Jan. Wenn mich nicht Alles täuscht, so bildet die Mission Türr's bei Garibaldi den Knotenpunkt der Situation. Viktor Emanuel hat aus Paris solche Dinge erfahren, daß er keinen Augenblick Anstand genommen, Garibaldi zu bestürmen, sein Vorhaben gegen Venetien zu vertagen. Cavour scheint darauf zu zählen, daß Türr's Sendung von Erfolg seyn werde. Mazzini, der sich in jüngster Zeit bei jeder Gelegenheit mit Garibaldi zu identificiren sucht, hat sich bemüht, ein Anlehen bei der Arbeiterwelt, auf die er doch Einfluß ausübt, zu Stande zu bringen, was ihm aber nicht gelungen ist, obgleich der Zweck des Anlehens die Anwerbung von Freiwilligen seyn sollte. Die Regierung ihrerseits verhindert solche Anwerbungen auf das energischste.

(Köln. Ztg.)

Die Stadt Turin bereitet sich zum glänzenden Empfange der Parlaments-Mitglieder vor. Um während der Session den Mitgliedern auch einen würdigen Kunstgenuß zu bieten, hat der Gemeinderath dem königlichen Theater für die Zeit der Saison eine Subvention von 100,000 Lire bewilligt und die Direktion sich dadurch veranlaßt gesehen, das ganze Personal der ausgezeichneten Truppe von Her Majesty's Theatre in London zu engagiren.

Turin, 16. Januar. Aus Neapel vom 14. wird mitgetheilt, daß der Prinz von Carignan eine Proklamation erlassen, worin er sagt, daß er nach Neapel gekommen, um das Werk der Einigung Italiens zu beschleunigen und die Ordnung aufrecht zu erhalten; er sagt ferner: „Die Regierung wird die Kirche und deren Diener respektiren, so lange der Klerus den König und die Gesetze respetiren wird." Die Proklamation verspricht auch Reformen in der Verwaltung und schließt mit dem Ausdrucke der Hoffnung, daß Gaëta sich in Kurzem ergeben werde, und daß die neapolitanischen Provinzen bereit seyn würden zu allen Opfern, um die Einheit Italiens zu erlangen.

(Fr. J.)

* Eine Depesche aus Neapel vom 15. meldet, daß die piemontes. Truppen sich zu einem Winterfeldzug in den Abruzzen anschicken. Die Operationen sollten am 18. beginnen.

Montenegro.

Cattaro, 17. Jan. Der Angriff der Montenegriner auf Spucz war blos beabsichtigt, derselbe ist aber auf Vorstellungen von Seiten der österreichischen, französischen und russischen Konsulen unterblieben. Der Fürst von Montenegro zieht seine Truppen zurück, indem er von der Pforte die ihm zugesagte Satisfaktion (wofür?) erwartet.

Türkei.

Die Zahl der aus Rußland nach der Türkei ausgewanderten Tataren wird auf 200,000 geschätzt. Die Regierung hat sie auf verschiedene Punkte, hauptsächlich in Rumelien, vertheilt.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 18. Jan. In der gestrigen Versammlung der Juristengesellschaft wurde der Verein durch die Wahl des Ausschusses konstituirt. Zum Vorstand wurde Prof. Dr. Bluntschli erwählt.

(S. Z.)

Aus London, 15. Jan., wird geschrieben: „Morgen soll der Mann begraben werden, den ein Löwe hier in Astley's Zirkus getödtet hatte, und heute wird aus Liverpool geschrieben, daß ein Wärter, Namens Maccomo, gestern um ein Haar von einem Tiger verstümmelt worden wäre. Die Bestie hatte seine linke Hand zwischen den Zähnen gefaßt und hielt sie fest. Er aber stemmte mit bewunderswürdiger Geistesgegenwart sein rechtes Knie auf das Kreuz des Tigers, drückte dessen Kopf gegen die Gitterstangen des Käfigs und hielt mit der Rechten den Unterkiefer des Thieres so fest, daß es nicht zubeißen konnte. Das Alles that er mit

---

dürfen sie auf ihren Landsitzen zubringen. Sie kommen und gehen mit einem Gefolge von Lehensleuten, zuweilen mit mehreren tausend Mann, die dann um die herrschaftliche Wohnung herum einquartiert werden. Frau und Kinder müssen die Daimios stets als Geiseln in Jeddo zurücklassen.

In der Mitte des aristokratischen Viertels liegt durch einen zweiten tiefen Graben und hohe Wälle getrennt die kaiserliche Residenz Oshiro, die der Kaiser nie verläßt und wir noch nicht betreten haben. Dieselbe nimmt einen ganzen Hügel ein; vom Eingangsthor hat man eine herrliche Aussicht auf Stadt und Meer. Die Thore sind von zahlreichen Posten bewacht; ihre und der Mauern Bauart ist von cyclopischer Solidität. Sie bestehen aus mächtigen, unregelmäßigen, nur von einer Seite behauenen Quadern; die kaiserliche Residenz kann man der Bäume wegen nicht sehen, möglicherweise liegen auch noch die Sitze hoher Würdenträger davor.

In den ersten Tagen unserer Anwesenheit in Jeddo schickte uns die Regierung ein japanesisches Diner. Glücklicherweise bereiteten wir uns zum Genuß desselben durch Verzehrung unseres gewöhnlichen Diners vor. Mittlerweile war im Audienzzimmer Alles auf's Schönste angerichtet worden. Es sah, als wir bei Kerzenlicht (wir diniren gewöhnlich um 6 oder 7 Uhr) eintraten, mehr aus wie eine Weihnachtsbescheerung, als wie ein gedeckter Tisch. Für den Grafen (Eulenburg) war nach dem japanesischen Zeremoniell ein aparter Tisch servirt, für uns ein anderer. Auf dem Tisch stand für Jeden wieder ein kleines präsentirtellerartiges Tischchen, auf dem in acht verschiedenen lackirten Näpfchen und Schüsselchen fabelhafte Gerichte standen. Die glänzend schwarz und roth lackirten Geschirre, darin der weiße Reis, Süßigkeiten in allen lebhaften Farben, all das sah sehr niedlich aus, war aber für einen Europäer nicht zu essen. Ich habe mit Todesverachtung mit meinen statt Messer und Gabel dienenden Holzstöckchen in allen Gerichten herumgearbeitet, fand aber nur einen gebratenen Fisch und ein bisquitähnliches Gebäck eßbar. Sonst bestand das Diner aus verschiedenen gekochten Krabben, Gallerten, Seetang, rohem Fisch u. s. w., Alles lauwarm und unendlich fade schmeckend. Salz und Pfeffer scheinen den japanesischen Köchen unbekannte Ingredenzien zu seyn. Einer von Gesellschaft meinte, er wolle lieber einen Teyfun als noch ein japanesisches Diner durchmachen, und ich muß gestehen, er hat so Unrecht nicht. Als Getränk gab es heißen Sakti, ein wie schlechter Ungarwein schmeckender Branntwein. Daß unser gastronomischer Geschmack ein höherer und universellerer ist, bewiesen am andern Tage die vom Gesandten eingeladenen Gouverneure von Jeddo. Sie ließen unsern Beefsteaks und Champains volle Gerechtigkeit widerfahren und gaben nur Aeußerungen körperlichen Wohlbehagens von sich; wären wir gezwungen gewesen, nur ein Drittel ihres japanesischen Diners zu verzehren, so wären sicher entgegengesetzte Symptome eingetreten.

---

an die hohe Kammer den Antrag: dieselbe wolle beschließen, es sey an Se. Maj. den König die allerunterthänigste Bitte zu richten, Allerhöchstdieselben geruhen, in Anbetracht, daß der Bundestag zur Abänderung oder Aufhebung der in anerkannter Wirksamkeit bestehenden Verfassung eines zum deutschen Bunde gehörigen Staats nicht zuständig ist, allergnädigst denjenigen Antrag bei der Bundesversammlung stellen zu lassen, welcher als geeignet erscheint, den verfassungsmäßigen Rechtszustand im Kurfürstenthum Hessen wiederherzustellen. Die Zuständigkeit der Kammer wird im Hinblick auf die Erklärungen, welche der damalige Staatsminister Frhr. v. d. Pfordten in der Sitzung vom 20. Mai 1851 (stenograph. Ber. Bd. I. S. 211) abgegeben hat, nicht zu bezweifeln seyn, da es sich ja um den sichern Bestand des gesammten öffentlichen Rechts in den deutschen Staaten, also des eigenen Landes und seiner Verfassung handelt. Dabei gebe ich näherer Erwägung anheim, ob nicht für die Behandlung der Frage, bei der eigenthümlichen Natur und außergewöhnlichen Wichtigkeit derselben, ein eigener Ausschuß niederzusetzen sey."

Vierzig Wahlmänner des Wahlbezirks Nürnberg haben eine Adresse an ihre Landtagsabgeordneten, die HH. Brater, Crämer und Längenfelder, gerichtet, in welcher sie dieselben von ihren Ansichten und Wünschen in Kenntniß setzen. Diese wenden sich erstens in Betreff der Angelegenheiten des gemeinsamen deutschen „noch zu erringenden" Vaterlandes zunächst Kurhessen zu, wo der Kampf zwischen Volk und Regierung eine Lebensfrage für alle konstitutionellen Staaten zur Entscheidung drängen müsse. Nun folgt, wie zu erwarten, Schleswig-Holstein. Auch diesen „tapfern Bruderstamm im Norden" werden die Abgeordneten beauftragt zu ermuthigen, und zwar durch die laut ausgesprochene Zuversicht, daß das deutsche Volk seinen Willen zur Hilfe trotz aller entgegenstehenden Hindernisse (als welche die Adresse dynastische Interessen und Rathlosigkeit des Bundestages bezeichnet) dennoch zur Geltung zu bringen wissen werde. Darum verlangt die Adresse zu erklären, „daß die jetzige Bundesvertretung, als sich überlebt, nicht mehr genüge, und daß nur eine Zentralgewalt mit Volksvertretung eine rechtmäßige und befriedigende seyn könne." — Hinsichtlich der Angelegenheiten unseres engeren Vaterlandes sey ein wachsames Auge darauf zu richten, daß die beabsichtigten Verbesserungen unseres Rechtszustandes unverkürzt durchgeführt und der angebahnte Rechtsstaat zur vollen und unverkümmerten Wahrheit werde. Als „Wünsche und Anträge" werden hervorgehoben: „Schaffung einer geregelten und jener der benachbarten Staaten angemessenen Gewerbefreiheit, mit den dazu gehörigen Bestimmungen über Ansässigmachung und Freizügigkeit; ferner zeitgemäße Verbesserung des Gemeinde-Edikts, insonderheit des Gemeindewahlgesetzes; ferner Modifizirung der Synodalverfassung auf Gleichberechtigung der Laien mit den Geistlichen; Regelung der staatsbürgerlichen Rechte der freien Gemeinden; vollständige Gleichberechtigung der Israeliten mit den andern Staatsbürgern; Erweiterung des bayerischen Eisenbahnnetzes nach richtigen kommerziellen und staatsökonomischen Grundsätzen; Amnestirung, beziehungsweise Reaktivirung sämmtlicher politisch Angeklagten und Verfolgten; Aufhebung des Lotto ꝛc." Die Absender der Adresse bescheiden sich indeß gern, wenn auch nicht alle ihre Wünsche auf einmal erfüllt werden, sie sind zufrieden, wenn bei dem dermaligen Landtage nur das Nothwendigste und Dringendste erledigt, und die Nothwendigkeit der treffenden Reformen in den maßgebenden Kreisen zu überzeugender Anschauung gebracht wird. Dagegen behaupten sie, „daß die allenfallsige Bewilligung der Ausgaben für die Ausrüstung der bayerischen Armee von wahren Volksvertretern nur dann gerechtfertigt werden dürfte, wenn sie ausdrücklich an die unerläßliche Bedingung einer einheitlichen Organisation und Führung des gesammten deutschen Kriegsheeres geknüpft wird," und verlangen schließlich, daß die HH. Abgg. Brater, Crämer und Längenfelder an die Regierung den Antrag stellen: „dieselbe wolle mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften dahin zu wirken suchen, daß diese einheitliche Organisation und Führung des deutschen Kriegsheeres aufs Schleunigste geschaffen werde."

§ **Oesterreich.** Wien, 17. Jan. (Priv.-Korrespondenz.) In Siebenbürgen klagt man darüber, daß noch immer nicht das geringste Anzeichen von einer Vorbereitung sichtbar geworden, die das Uebergehen der Verwaltung in die Hände konstitutioneller Organe einleiten soll. Es scheint überhaupt dort eine große Verwirrung zu herrschen. So existirt eine siebenbürgische Hofkanzlei in Wien, und eine Statthalterei in Hermannstadt, welche von dieser Hofkanzlei offiziell gar nichts weiß. In Klausenburg residirt der Präsident des königl. Landesguberniums. Das Bureausystem lebt mit allen seinen Anhängseln fort. Der außerordentliche Reichsrath Maager hat gelegentlich einer vor einigen Tagen gehabten Audienz Sr. Maj. dem Kaiser diese Umstände zur Kenntniß gebracht und die Zusicherung erhalten, daß denselben schleunigst abgeholfen werden soll.

Pesth, 15. Jan. In Alos, nächst Tasnad, wollte vergangenen Sonntag die Gendarmerie einige junge Leute in strafgerichtlichem Auftrage arretiren, wobei es zu einem blutigen Handgemenge mit der Bevölkerung kam. Auf beiden Seiten zählt man Verwundete.

Lemberg, 12. Jan. Die neueste Nummer des „Glos" bringt an der Spitze des Blattes einen Erlaß der k. k. Polizeidirektion zu Lemberg, wodurch — „da der Leitartikel des Journals „Glos" in der Nr. 9 ausdrücklich hervorhebt, daß die Redaktion nach der Wiederauferstehung der polnischen Republik und eben deswegen nach der Losreißung des Kronlandes Galizien vom österreichischen Staate trachtet, wodurch die Einheit des Gesammtstaates bedroht erscheint" — die ganze Auflage der Nr. 9 des Journals „Glos" konfiszirt wird.

Frankreich.

Paris, 14. Jan. Wissen Sie etwas von dem geheimen Offensiv- und Defensiv-Vertrag, der zwischen Preußen und Oesterreich abgeschlossen ist und dem alle deutschen Bundesstaaten beigetreten wären? Damit rechtfertigt man hier die kriegerischen Rüstungen, die sich nicht länger mehr bemänteln lassen. Zu Wasser 4 neue Panzerfregatten, die bis Ende 1861 zu den 16 schon vorhandenen kommen sollen und die englische Admiralität in große

---

Jeddo.

(Schluß.)

Die Stadt Jeddo hat ein ungeheuer großes Landgebiet, das sich (vielleicht 6 bis 10 Meilen) längs der flachen Meeresküste hinzieht und eben so weit landeinwärts die sich da erhebenden niedrigen Hügel und Thäler einnimmt. Die Ausdehnung ist immens; so oft man in der Stadt in den verschiedensten Richtungen einen hohen Punkt gewinnt, hat man eine neue Aussicht auf endlose Häusermassen, zwischen denen grüne Hügel und Thalabhänge liegen. Dieser Wechsel von Natur und Kunst, die Verschiedenheit des Terrains, nimmt dem Ganzen das Einförmige einer großen Stadt und gibt mehr dem Bilde einen ländlichen, wechselnden Charakter, der oft von überraschender landschaftlicher Schönheit ist. Da liegt isolirt auf einem mit stolzen Bäumen bewachsenen Hügel ein Tempel, zu dem eine hohe massive Steintreppe hinaufführt; am Fuße dehnen sich lange Reihen niedriger Häuser aus, mit breiten überstehenden Dächern, deren Balkenwerk mit Schnörkeln und Schnitzereien verziert ist. Man wird oft durch die Bauart an ein Schweizerdorf erinnert. Weiter hinaus liegen einzelne Gehöfte mit Strohdächern in der Mitte der mit Hecken umgebenen Reisäcker; dann reitet man auf gut gehaltenen Wegen zwischen grünen Zäunen und Alleen hin, die zu einer mit Parks umgebenen Wohnung eines Daimio (Prinz) führen — Bilder aus Westphalen und England. So wird man stets an heimische, nordische Bilder erinnert trotz aller Verschiedenheit im Detail. Statt Kornfelder ist's hier Reis, statt Buchen und Eichen mannigfaltige Nadelhölzer und Zedernarten.

Der größte Theil der Stadt besteht aus niedrigen, von Holz gebauten Häusern. Dieselben stehen bei Tage gänzlich offen, so daß man durch den meist das Entrée bildenden Laden das Hinterzimmer hindurch bis auf den mit einem kleinen Gärtchen gezierten Hof sehen kann. Alles ist reinlich, mit Strohmatten bedeckt. Der Fußboden dient zugleich als Lager; da strecken sich die Leute einfach aus, indem sie kleine mit Papier gepolsterte Holzklötzchen als Kopfkissen benutzen. Die Häuser werden bei Nacht mit einfachen Schiebethüren verschlossen: Schlösser existiren in Japan nicht. Diebe indeß auch nicht — nach meinen bisherigen Erfahrungen. Die Straßen sind mäßig breit, meist ungepflastert. Gegen das Zentrum wird der Charakter ein anderer. Nachdem man einen Wall und Graben passirt hat, gelangt man in ein Quartier, das ausschließlich vom hohen Adel bewohnt wird. Da sind breite, gerade Straßen, zu beiden Seiten große regelmäßige, fast kasernenartige zweistöckige Häuser, die oft mehrere hundert Schritte lang sind. Das sind jedoch nur die Gebäude für's Gesinde, dahinter liegt oft nach einem Garten das herrschaftliche Haus. Einige dieser Residenzen sind noch durch Gräben von den Straßen separirt; dazu das mächtige, mit malerischem Dach versehene Holzthor gibt dem Ganzen ein sehr solides, selbst aristokratisches Ansehen. Da leben die Vornehmen sechs Monate im Jahre, die übrige Zeit

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 20.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Sonntag, 20. Januar 1861.

Deutscher Bund.

Darmstadt, 15. Jan. Das Badener Regierungsblatt, die „Karls. Ztg.", hatte kürzlich die Frage an die großh. hessische Regierung gestellt, ob sie keine wirksameren Mittel gegen den ihr so verhaßten Nationalverein kenne, als die der einfachen Repression? Diese Zurechtweisung hat die „Darmst. Ztg." nicht schweigend hinnehmen zu können geglaubt. Sie polemisirt heute in einem erbitterten offiziösen Artikel gleichmäßig gegen die badenser Regierung und gegen den Nationalverein. Aus dem langen Artikel wollen wir nur einen bemerkenswerthen Passus herausheben. Die offiziöse „Darmst. Ztg." spricht es nämlich unumwunden aus, sie glaube, „daß die republikanischen Ideen in Deutschland weit mehr Zukunft und praktische Berechtigung, daß die republikanischen Parteien zehn Mal mehr Verstand und Konsequenz besitzen, als die liberale Afterweisheit mit ihren Hermaphroditen-Schöpfungen." Sie glaubt ferner, „daß eine jede Staatsgewalt, um Ersprießliches leisten zu können, eine starke seyn muß, und daß Regierungen, welche durch Konzessionen, die sie an die von politischen Parteien geschaffene öffentliche Meinung des Tages machen, konstitutionelle Musterstaaten zu gründen glauben, in die Lage des Mannes gerathen, dessen Pferd zufällig gerade in dem Augenblick verendete, in welchem ihm sein Eigenthümer mit Erfolg das Fressen abgewöhnt hatte." (Nat.-Z.)

Aus Thüringen, 16. Januar. Aus Suhl, der bekannten Gewehrfabrikstadt Thüringens, vernimmt man, daß die Bestellungen auf gezogene Gewehre Seitens mehrerer deutscher Staaten; namentlich Württembergs, Hannovers und Badens so stark seyen, und ihre Fertigung von den anwesenden Gewehr-Revisions-Kommissionen jener Staaten so betrieben werde, daß deßhalb die starken Lieferungen nach Rußland in demselben Artikel wegen unzureichender Arbeitskräfte sistirt werden mußten. Dabei wird wieder über die Vielköpfigkeit in Deutschland geklagt, die selbst beim Gewehrkaliber hervortrete, da fast jedes Land sich darin gefalle, sein eigenes Kaliber zu haben. (Südd. Z.)

Bayern. München, 18. Jan. Se. Maj. der König hat den Rentbeamten Ant. Dütsch, seiner Bitte entsprechend, von dem Antritte des Rentamtes Vilsbiburg enthoben und auf dem Rentamte Weilheim belassen; den Rentbeamten Ludw. Härtl von Kötzting, seinem Ansuchen willfahrend, auf das Rentamt Vilsbiburg, und den zum Rentbeamten von Speinshardt ernannten Rentbeamten Jos. Linsmayer, unter Enthebung vom Antritte dieses Amtes, auf das Rentamt Kötzting versetzt; den Rechnungskommissär der k. Regierungsfinanzkammer von Oberfranken, Karl Ant. Hagen, zum Rentbeamten von Speinshardt befördert; dessen Stelle dem Rechnungsrevisor der gen. Regierungsfinanzkammer, Christ. Phil. Heß, verliehen. (N. M. Z.)

München, 18. Jan. Nachdem nun auch der Ersatzmann für den aus der 2. Kammer ausgetretenen Hrn. Dekan Nußwurm, der Hr. Kaufmann Jos. Ott aus Osterhofen, hier eingetroffen ist, ist der Personalstand der Kammer wieder vollzählig. (N. Münch. Ztg.)

** **München**, 18. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Se. k. Hoh. Luitpold erhielt bei seiner neulichen Anwesenheit am k. hannover'schen Hofe (auf der Rückreise von Berlin) von dem König das Großkreuz des Guelphen-Ordens verliehen.

München, 16. Jan. Die „Augsb. Postz." schreibt: „Die Adresse, welche Münchener Frauen an die Königin von Neapel zu richten beabsichtigen, und deren Wortlaut vom „Volksboten" veröffentlicht wurde, hat bis jetzt verhältnißmäßig eine geringe Anzahl von Unterschriften erhalten; die Ursache ist die, daß nicht bekannt gemacht wird, wo die Adresse zur Unterschrift aufliegt. In mehreren Kreisen spricht man auch davon, daß eine Deputation von Münchener Bürgern und andern Einwohnern des Landes sich nach Gaeta begeben wolle, um der Königin, einer bayerischen Prinzessin, die hohe Verehrung und herzlichste Theilnahme des bayerischen Volkes auszusprechen."

Für die Studirenden der **Philologie** wurde vom Kultusministerium am 5. Jan. d. J. ein neuer Erlaß im Betreff des mündlichen Theiles ihres Staatskonkurses gegeben. Durch die revidirte Schulordnung vom 24. Febr. 1854 §. 88 war festgesetzt, daß an jeden Kandidaten die Forderung zu stellen sey, daß er mit den vorzüglichsten der am Gymnasium zu erklärenden Autoren sich gründlich beschäftigt habe und darüber im Ganzen, wie im Einzelnen, genügenden Aufschluß zu geben wisse. Jetzt hat das Staatsministerium des Kultus beschlossen, diese Bestimmung für die Zukunft in der Weise vollziehen zu lassen, daß den Kandidaten drei Monate vor Beginn der Prüfung ein größeres Stück eines griechischen oder lateinischen Klassikers bezeichnet wird, auf das sie sich für die mündliche Prüfung speziell vorzubereiten und dabei alle Punkte der Erklärung eines alten Schriftwerkes ins Auge zu fassen haben. Zu mehr kursorischer Erklärung in der mündlichen Prüfung werden außerdem zwei andere Schriftsteller aus den durch die angegebene Vorschrift der Schulordnung bezeichneten dienen, welche die Prüfungskommission erst während der Prüfung bestimmen wird. (B. K.)

München. Durch Ministerialreskript wird der §. 18 des Edikts vom 10. Juni 1813 dahin erläutert, daß insoferne ein Gewerbsbetrieb mit der Ansässigmachung in keinem Zusammenhange steht und nicht geeignet ist, die Ansässigmachung zu begründen, es nicht gerechtfertigt erscheint, die **Israeliten** Beschränkungen (mit Ausnahme der speziell genannten: Brauereien, Schenk- und Gastwirthschaften) zu unterwerfen, welche auf die Christen nicht gleichmäßig Anwendung finden; nur der Ansässigmachung der Israeliten tritt das Edikt noch mit Beschränkungen entgegen.

München. (Aus der Magistratssitzung.) 23 Personen bewerben sich um eine Bäckerskonzession. Es befinden sich hier 46 reale und 56 persönliche Bäckerrechte; eine erledigte Konzession wurde dem zweitältesten Bewerber (mit 24jähriger Konditionszeit) und eine weitere Konzession an einen Bewerber unter der Bedingung verliehen, daß er seine Braut, eine Bäckerswittwe, heirathe. Unter den abgewiesenen Bewerbern befinden sich zwei mit 30jähriger, einer mit 24jähriger, einer mit 23jähriger und einer mit 20jähriger Konditionszeit.

Die Schreinermeister, welche die Lieferung von mehreren Tausenden Bettladen an die Militärverpflegungskommission in **Ingolstadt** übernommen, klagen über große Verluste; das Steigen der Holzpreise trägt viel dazu bei. (S. Z.)

Der Antrag des Abg. Dr. **Völk**, „die Stellung Bayerns zu der Verfassungsangelegenheit des Kurfürstenthums Hessen betreffend", schließt mit folgenden Worten: „Was gestern in Kurhessen geschah, könnte morgen anderswo versucht werden. Ich will davon nicht sprechen, ob es klug ist, in jetziger Zeit in solcher Weise vorzugehen, ich will nur geltend machen, daß die Gesandten der deutschen Fürsten in Frankfurt am Main kein Recht haben, durch einen Majoritätsbeschluß die bestehende Verfassung eines deutschen Staats zu ändern, authentisch auszulegen oder gar aufzuheben. Ich schlage deßhalb der hohen Kammer vor, dieser Anschauung Ausdruck zu geben, indem sie dem von mir unten formulirten Antrag ihre Zustimmung gibt. Neben der Pflicht, das Recht des eigenen Landes zu wahren, halte ich es aber auch für geboten, mit allen gesetzlichen Mitteln dahin zu wirken, daß der verfassungsmäßige Rechtszustand in Kurhessen wiederhergestellt werde. Indem die bayerische Volksvertretung dazu, was an ihr ist, beiträgt, erfüllt sie wohl nur eine längst bestehende Ehrenpflicht, da leider gerade die bayerische Regierung es war, welche die materiellen Mittel zum Umsturz der kurhessischen Verfassung geliefert, und dadurch zum Druck des verfassungstreuen, so viel geprüften, biedern Stammes wesentlich beigetragen hat. Ich bringe hiernach

schen in jenem Bezirke das numerische Uebergewicht bilden, und erwähnt schließlich zur Charakteristik der genannten Blätter, daß beide die Nachricht vom Tode Sr. Maj. des Königs Friedrich Wilhelm IV. am Schlusse ihres Blattes unter vermischten Mittheilungen brachten. (Preuß. Z.)

Wien, 15. Jan. Wie verlautet, sind auf Verlangen des in Ungarn kommandirenden Generals Fürsten Liechtenstein zwei vollständige Brigaden (2 Kavallerie- und 2 Infanterieregimenter sammt Geschütz) nach Pesth beordert worden, deren Aufgabe es ist, bei strenger Festhaltung an dem Diplom vom 20. Oktober das Land vor einer drohenden Anarchie zu bewahren. Die Widersetzlichkeit geht bereits so weit, daß man nicht nur alle dem Kaiserhause nur irgend anhänglich gewesenen Beamten verjagt, sondern hier und da sogar politische Flüchtlinge, wie Kossuth, Klapka, Pulsky, Kmethy u. A., zu Komitatsbeisitzern wählt.*) Mittlerweile hört man auch, daß in Ungarn die vormärzliche Komitatswirthschaft wieder im Beginnen ist, und daß bereits hin und wieder kurze Prozesse mit obligaten Stockstreichen vorkommen. Auch an Judenkrawallen fehlt es nicht. Zu Raab wollte man nicht dulden, daß die Juden (die es bisher Allen im Magyarismus gleich gethan) an nationalen Demonstrationen Theil nehmen, und da kam es zu handgreiflichen Demonstrationen. (N. Pr. Z.)

Wien, 16. Jan. Die „Östr. Post" schreibt: „Das neue Anlehen soll Samstag oder Sonntag in der „Wiener Zeitung" veröffentlicht werden. Es wird 25 bis 30 Millionen betragen und in 5 Jahren rückzahlbar seyn und zwar in der Form, daß auf eine Obligation, die z. B. auf 1000 fl. lautet, jährlich eine Rate mit 200 fl. vom Staate zurückbezahlt wird. Das Anlehen wird mit 5 Prozent verzinst und zum Kurse von 88 ausgegeben werden. Alle Steuern und Stempelgebühren ꝛc. werden mit diesen Obligationen al pari gezahlt werden können. Durch diese Bestimmung bekommt das neue Anlehen für die Steuerzahler in Oesterreich das Anlockende, daß man durch die Subskription auf dasselbe seine Steuern jährlich um 12 Prozent vermindern kann. Jemand, der z. B. 100 fl. Steuer zu zahlen hat, braucht blos eine Summe von 500 fl. zu subskribiren, für die er 440 fl. einzahlt, welche ihm mit 5 Prozent verzinst werden. Jede Steuerrate der nächsten fünf Jahre zahlt er statt mit Banknoten mit dem fälligen Fünftel seiner Obligation, also blos mit 88 fl. Der Plan ist (für einen Staat, der nur zu hohen Zinsen Geld bekommt) recht gut ersonnen und das Anlehen wird allem Anschein nach rasch vergriffen werden." (Der Vortheil wird übrigens für die Steuerzahler in Wahrheit so groß nicht seyn; was sie auf der einen Seite gewinnen, werden sie auf der andern doppelt darauf legen müssen, denn der Staat braucht Geld, viel Geld, und ist durchaus nicht in der Lage, solches herzuschenken.)

*) Als man im Nograder Komitat eine ganze Liste von Flüchtlingen zur Wahl stellte, bemerkte einer sehr treffend, man könne doch nicht die ganze Revolutions-Regierung von 1848 zu Repräsentanten erwählen. Die Antwort der Versammlung war der Beschluß, alle ehemaligen Honved-Offiziere (Offiziere der Revolutions-Armee) zu Mitgliedern der Komitats-Kongregation zu ernennen. Im Barser Komitat wurde der Obergespan auch durch eine Deputation von Honved-Offizieren begrüßt und er erklärte, dies mache ihm eine besondere Freude; der Ruhm der Honveds werde ewig dauern. Die Red.

Turin, 15. Jan. Piemont leitet mit Persien Unterhandlungen betreffs eines Handelsvertrags ein, namentlich wegen freier Ausfuhr der Seide. Die Brigade Pisa ist in Genua angelangt und geht unverzüglich nach Neapel ab. (Tel. d. Östd. Post.)

Warschau, 13. Januar. Der „Schles. Ztg." wird von hier geschrieben: „Die nationale Agitation nimmt ihren Fortgang und unser Zustand mag demjenigen nicht unähnlich seyn, der vor zwei Jahren in der Lombardei herrschte. Nur daß die größere Strenge des hiesigen Systems den Demonstrationen von vorn herein weit engere Schranken gesteckt hat, und daß das Resultat wahrscheinlich ein anderes seyn dürfte, unterscheidet Russisch-Polen von Oesterreichisch-Italien. Die polnische Nationaltracht, die bekanntlich auch in Galizien wieder in Gebrauch gekommen ist, zeigt sich immer vollständiger und allgemeiner auf unseren Straßen, und bei dem regen Schlittenverkehr, welcher bei dem kalten und schneereichen Wetter, dessen wir uns schon seit einigen Wochen erfreuen, herrscht, gewinnt dieselbe für jetzt ein um so interessanteres Aussehen. Vorzüglich sind die viereckigen, bald rothen, bald weißen Mützen in der Mode, welche unter dem Namen Konfederatki alte Erinnerungen wach rufen und für die unsere Jugend den Zylinderhut in den Winkel verwiesen hat. Von Karnevalsfesten ist nur in russischen Kreisen die Rede. Die neue Ressource hatte zwar auch für gestern, trotz des neulich mißlungenen Versuches, ein Tanzvergnügen angesetzt, und zehn Damen hatten sich wirklich anmelden lassen. Da sich jedoch diese Zahl bis zehn Uhr Abends durchaus nicht heben wollte, auch wieder von Fenstereinwerfen und Wagenablauern die Rede war, so kam gar nichts zu Stande. Die vor Kurzem begründete russische Ressource dagegen hielt ihren Sylvesterball ungestört ab, nachdem in den an dieselbe anstoßenden Straßen und Plätzen zahlreiche Wachen aufgestellt waren, die sich mit etwaigen Demonstranten gern näher bekannt gemacht hätten. Auch heute, wo die Russen ihr Neujahrsfest begehen, weshalb unsere Stadt in den Mittagsstunden sehr belebt erschien, findet des Abends bei dem Statthalter im königlichen Schlosse ein Festball statt."

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	$73\frac{1}{4}$P. $72\frac{3}{4}$G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	58—$\frac{3}{8}$ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$47\frac{3}{8}$—$\frac{1}{4}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$38\frac{3}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	34 P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$86\frac{1}{4}$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	$102\frac{3}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101\frac{1}{4}$ P
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$101\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$99\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	95 P.
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	103 G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	103 P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$94\frac{1}{4}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	102 P. $101\frac{5}{8}$G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	93 G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$100\frac{7}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	98 P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$96\frac{3}{8}$ G.
„	3 pCt. Obl.	$89\frac{3}{4}$ P.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$46\frac{3}{4}$ G.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt. „ „ „	$39\frac{3}{4}$ G.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$97\frac{1}{4}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$107\frac{5}{8}$ P.	exD.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	561 P.	ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	119—18 G.	exD.
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	166P. 165G.	exD.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$62\frac{1}{4}$ P.	ex D
Internationale Bank in Luxemb. . .	77 P.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	326– 27 G.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$66\frac{1}{2}$ P.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	—	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 P.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$74\frac{1}{4}$ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	25 P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	$125\frac{3}{4}$G.	ex D.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$95\frac{3}{8}$ P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$49\frac{7}{8}$ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	232 P.	
Span. Handels- u. Industrie . . .	469 P.	ex D.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	460 P.	ex D.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$102\frac{1}{4}$ P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	$101\frac{1}{2}$ G.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{1}{2}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105 G.
Brem. 50 Tb. Lsd. k.S.	$95\frac{5}{8}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 B.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
London Lst. 10 k. S.	$117\frac{1}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	$92\frac{5}{8}$ B.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{1}{8}$B. $92\frac{7}{8}$G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$76\frac{3}{8}$ B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	69 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	45 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	$51\frac{1}{4}$ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$125\frac{1}{4}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$53\frac{3}{4}$ P.	„ fl. 25 do.	36 P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$83\frac{1}{4}$ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$35\frac{5}{8}$ P.
$1\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	$116\frac{1}{2}$ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	$50\frac{1}{4}$ G.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	34 G.
Badische fl. 50	88 P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{3}{8}$ P.
Badische fl. 35	53 P.	Anab.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{1}{2}$ P.

Frankfurt, 18. Januar. Oesterr. National und Kreditaktien wurden etwas billiger abgegeben, während Bankaktien sich haupteten. Für Spanische beider Gattungen zeigten sich Käufer zu höheren Kursen. Der Umsatz war im Allgemeinen ziemlich belebt. (Syndikat.)

Erzbischofes eine Gegendemonstration zu machen. Ew. Excellenz ist ferner nicht unbekannt, wie am Vorabende des Weihnachtsfestes Steine gegen den erzbischöflichen Palast geschleudert und auch Flintenschüsse abgefeuert wurden 2c. Da in allen diesen Fällen die Hauptführer der Bewegung immer gewisse Vorwände zu Grunde legten und mich durch brutale Gewalt zwingen wollten, ihnen willfährig zu seyn, muß ich diese Akte als solche bezeichnen, welche die Freiheit und Unabhängigkeit des Kirchenoberhauptes sowohl in seinen Beziehungen zur Staatsregierung, als in seinem heiligen Amte im höchsten Grade gefährden. Als ich hierher zurückkehrte, versicherten Ew. Excellenz, daß die Regierung nichts außer Acht lassen werde, die Freiheit und Unabhängigkeit meines Amtes zu wahren, was wohl nicht mit Gewaltthaten vereinbart werden könnte, die den Erzbischof in eine Lage versetzen, welche die heiligsten Interessen seines Hirtenamtes zu verletzen geeignet sind. Ich habe darum die Zuversicht, daß Ew. Excellenz, in Berücksichtigung meiner aufrichtigen Bereitwilligkeit, der Regierung jede Unannehmlichkeit zu ersparen, gewaltsame Excesse des Pöbels fern hatten und mir in vorkommenden Fällen unmittelbar dessen Wünsche zu erkennen geben werden. Um indeß die Verantwortlichkeit, die in Zukunft aus einem solchen Falle für mich abgeleitet werden möchte, entschieden abzulehnen, erkläre ich Ew. Excellenz und durch dieselbe der Regierung und dem ganzen Publikum: daß ich gegen jedes Wort oder jeden Akt der Einwilligung oder Zustimmung von meiner Seite in Folge eines gewaltthätigen Andringens protestire und alles das, was ich unter solchen Umständen versprechen oder hoffen lassen möchte, für null und nichtig erkläre. Wenn ich in einem solchen Falle etwas gewähre, muß dieses Versprechen nachher von mir bestätiget werden, damit es in ruhigen Augenblicken Kraft erlangen könne. Diese Protestation wurde mir auch durch die Sprache gewisser Blätter abgenöthigt, welche ohne Maß und Wahrheit es darauf abgesehen zu haben scheinen, die Gemüther gegen die öffentliche Ordnung und den Frieden der Kirche aufzustacheln. Empfangen Sie 2c. 2c. S., Kardinal-Erzbischof."

Türkei.

Konstantinopel, 9. Jan. Die europäische Kommission wurde in Damaskus mit Drohungen empfangen. Auf Anfrage Lord Dufferin's erklärten 3000 Einwohner von Damaskus, daß den Christen Gefahr drohe. (Französ. Blätter.)

Rußland und Polen.

Mit der Anlegung einer Telegraphenlinie in **Sibirien** wird es jetzt Ernst; am 15. Jan. findet der Lizitationstermin für die Anlage einer solchen von Kasan über Perm, Katharinenburg nach Tumen und mit einer Nebenlinie auf Irbit statt. Die Länge beträgt 1356 Werst (7 Werst sind etwa eine deutsche Meile), und die Kosten sind auf 70,000 Rubel veranschlagt. (K. Z.)

Asien.

Aus **Peking** wird der „Times" vom 7. Nov. geschrieben: „Seit Abgang der letzten Post hat sich hier Alles ruhig abgewickelt. Der Traktat ist gezeichnet und befindet sich eben im Druck, um im ganzen Reiche vertheilt zu werden. Die Art des Druckens ist sehr absonderlich. Das auf dünnem Papier geschriebene Manuscript wird auf Holz gespannt und dann das weiße Papier sammt einer darunter liegenden dünnen Lage des Holzes so abgetragen, daß die Buchstaben im Relief stehen bleiben. Von diesen werden Bürstenabzüge genommen, eine Presse und ähnliche Vorrichtungen kennen die Chinesen nicht, und das Drucken der Peking-Gazette ist daher immerhin eine langwierige Arbeit.

Nichtpolitische Zeitung.

In **Straubing** wollte sich am 14. d. ein 16 Jahre alter Schreiber mit einem Terzerole erschießen, traf sich aber so, daß er, zwar arg zugerichtet, doch mit dem Leben davon kommen wird. (Fränk. K.)

Hamm, 14. Jan. Der Stations-Einnehmer auf dem Köln-Mindener Bahnhofe hat sich heute wegen eines Defizits (50 bis 60 Thlr.) in seiner Kasse durch einen Pistolenschuß das Leben genommen.

In **Hermannstadt** hat ein im dortigen Spitale als Krankenwärter bediensteter Mann seiner Gattin, mit welcher er seit drei Monaten im Ehescheidungsprozeß steht, aus Rache die **Nase abgebissen**. Die Verletzung ist als eine schwere erklärt worden.

Die Eigenthümer der „Times" haben der Wittwe ihres von den Chinesen ermordeten Korrespondenten **Bowlby** eine ansehnliche Pension ausgesetzt. Außerdem wird dieselbe aus den chinesischen Entschädigungsgeldern etwa 10,000 Pfd. St. erhalten.

Das plötzlich in **London** eingetretene Thauwetter hat das Eis auf der Themse gesprengt; die Fluth schleuderte es mit solcher Gewalt gegen die Landungsbrücken der Dampfboote, daß sie großen Schaden litten.

In **Liverpool** hat sich bei den Spielen mit wilden Thieren wieder ein schauderhafter Vorfall ereignet; ein Tiger, dem der Thierbändiger die Hand in den Rachen steckte, hielt sie fest, und nur die Kaltblütigkeit, mit welcher derselbe das wüthende Thier niederhielt und auf ihm kniete, bis nach fünf Minuten ein Wärter mit einem glühenden Eisen herbeikam, das er dem Tiger ans Zahnfleisch hielt und ihm den Rachen öffnete, rettete ihn.

In **Amerika** werdern jetzt in dem holzreichen Westen mit einer dazu erfundenen Maschine aus Holz Fasern geschnitten und gerollt, welche zum Füllen der Bettmatratzen benutzt werden und den Roßhaaren wenig nachstehen sollen.

Neueste Nachrichten.

Kulm, 14. Januar. Neben dem bisher hier erscheinenden, ausschließlich polnische Tendenzen verfolgenden Blatte „Nadwislamin" ist, der „Danz. Ztg." zufolge, seit Neujahr ein zweites Blatt gleicher Richtung: „Przyjaciel ludu" (Volksfreund) ins Leben getreten, welches in den bisher erschienenen Nummern den Glauben zu erwecken sucht, daß der Kreis und die Stadt Kulm der größeren Mehrzahl nach aus Polen beständen, die nur auf den Augenblick warteten, sich von Polen loszusagen. Der Korrespondent der „Danz. Ztg." weist durch statistische Daten nach, daß die Deut-

---

Ein vornehmer Mann erscheint nie zu Fuß und nie ohne Gefolge. Wagen sind (ich glaube aus Rücksicht für die zum Theil ungepflasterten Straßen) verboten; so erscheinen sie zu Pferd oder in Sänften. Letztere bestehen aus einem mehr oder weniger großen viereckigen Korbe, der an einer Stange getragen wird. Größe, Feinheit, Schmuck des Korbes, die Länge der Tragbalken ist verschieden, je nach dem Rang des Besitzers. Je höher der Mann, um so luxuriöser ist der, nach unserer Art zu sitzen, immer noch unbequeme Sorimon (Sänfte), um so länger und massiver sind die Stangen, um so zahlreicher das Gefolge. Vornweg wird eine den Rang bezeichnende Wappenstange getragen, dann folgen zweischwertige Lehnsleute dem Sorimon; hinterher wird ein großer Schirm getragen, ein oder mehrere reichgeschirrte Pferde geführt, dann kommen Träger mit Koffern und lackirten Schachteln; Bewaffnete schließen den Zug. So erscheinen die Vornehmen stets mit einem Gefolge von Hunderten, als wie auf einer langen Reise begriffen. Ueberall, auf den Rücken des Gefolges, den Decken, Schachteln 2c. ist das Wappen des Besitzers angebracht. Das ewigen Kommen und Gehen solcher Züge, das lebhafte geschäftliche Treiben machen das Straßenleben in Jeddo ungemein anziehend und interessant.

Zudem ist das Naturell der Japaner ein so gutartiges, anständiges, daß man nie vom Haufen belästigt oder insultirt wird. So wenig sie in Jeddo verhältnißmäßig gewohnt sind, Europäer zu sehen, so bin ich doch überall in allen Stadttheilen und Bädern gewesen, ohne auch nur einmal verhöhnt oder verlacht zu werden. Dabei sind sie gefällig, wo sie können; ein japanischer Gruß oder dergleichen fand stets ein dankbares lachlustiges Publikum. Ein zugerufenes Ohio versetzte den Haufen in die heiterste Stimmung. Lachen thun sie überhaupt gern, viel und aus voller Brust. Ein mürrisches Gesicht ist eine Seltenheit selbst bei harter Arbeit und starken Zumuthungen. Wenn wir scharf anhaltend ritten, wie's die nebenher laufenden Pferdejungen nicht gewohnt sind, so verloren sie zwar den Athem, aber nie die gute Laune. Müde und keuchend machten sie noch Witze und täppischten mit einander herum. Eben so wenig mürrisch waren unsere Jakunis (Begleiter, Führer, Spione, unsere Schützer und Wächter), die, wundgeritten, unserm Forschungseifer stets willig Folge leisteten. Kein Europäer darf in Jeddo allein gehen, auf jedem Schritt ist man von Jakunis begleitet. Dieselben werden Einem nominell zum Schutz von der Regierung beigegeben; faktisch sind sie da, um die Fremden zu überwachen und zu bespioniren. Unser Hotel ist mit einem förmlichen System von Wachthäusern umgeben. Kein Gefangenhaus kann besser überwacht seyn, als die Gesandtschaftspalais in Jeddo. Das Haus selbst betritt kein Wächter, aber sowie man es verläßt oder kommt, wird der Fall notirt, und es stehen Jakunis zu Fuß oder zu Pferd bereit, Einen zu begleiten. Da es meist gefällige Leute sind, so ist mir wenigstens ihre Gesellschaft nicht lästig; sie thun, was man will, halten den Haufen in bescheidener Entfernung und dienen obenein als Wegweiser. (Schluß folgt.)

senen Klerus beunruhigt ist, besonders in einem Augenblick beunruhigt seyn muß, wo auch nach manchen andern Richtungen hin die politischen Verhältnisse nichts weniger als ungetrübt sind. Die Regierung des Kaisers ist übrigens nicht dazu gemacht, die Dinge so gehen zu lassen, wie sie gehen, müßig eine Gefahr entstehen und wachsen zu sehen; sie versucht im Gegentheil Alles, um sich vor Schaden zu bewahren. Sie macht Zugeständnisse, um sich die Liberalen zu versöhnen und zu gewinnen und durch sie den Klerus in Schach zu halten. Ein anderer Versuch wurde gemacht, um die feindselige Gewalt des Klerus zu brechen: man trachtete nämlich, sie zu theilen, indem man Alles anwendete, um unter den Bischöfen laute Bekenner zum Gallikanismus zu finden. Man wendete sich an den Bischof von Tours; dieser jedoch, nachdem er sich Bedenkzeit ausgebeten, gab schriftlich zur Antwort, daß, wenn nun die Zeit gekommen sey, wo die katholische Kirche wieder fallen müsse, so wünsche er nichts mehr als der erste zu seyn, welcher als Märtyrer fiele. Eine solche Antwort des Prälaten, auf welchen die Regierung ein wenig rechnete, war natürlich nicht geeignet, zu neuen Versuchen dieser Art zu ermuthigen. Ich weiß nicht, ob noch weiter angeklopft wurde.

Paris, 15. Jan. Die neue Broschüre Cayla's: „Frankreich ohne den Papst" ist nun erschienen. Sie ist eine weitere Ausbildung der in Cayla's früherer Broschüre: „Der Papst und der Kaiser" angeregten Idee einer Lostrennung der französischen Kirche von Rom. (Frankf. J.)

Marseille, 17. Jan. Von Messina und Gaeta sind heute bereits drei Linienschiffe zurückgekehrt. (Tel. d. Fr. Postz.)

Spanien.

Madrid, 12. Jan. Die Kommission, welche mit der Berathung der Frage über den Verkauf der Kirchengüter betraut worden ist, schlägt vor, 250 Mill. Realen zur Ausrüstung der Flotte zu verwenden. (T. d. D. Allg. Z.)

Man behauptet, Spanien habe in Paris den förmlichen Entschluß angezeigt, daß es seine Schiffe auch ferner vor Gaeta stationiren lassen und die Blockade dieser Festung (durch sardinische Schiffe) nicht anerkennen werde (König Franz II. ist mit der Königin Isabella nahe verwandt). Es soll sich bestätigen, daß Rußland ebenfalls die Erklärung abgegeben, daß es unter keiner Bedingung und unter keinen Umständen diese Blockade anerkennen würde. Es ist nun die Frage, ob diese beiden Mächte sich auf diese Protestationen beschränken oder ob sie durch wirksame Maßnahmen das Vorgehen der sardinischen Flotte gegen Gaeta werden verhindern wollen.

Italien.

Aus Rom, 12. Jan., wird telegraphirt: „Die liberalen Kundgebungen folgen im Apollo-Theater zu Rom Schlag auf Schlag. Der Dominikaner-General hat in einem Rundschreiben alle Mitglieder seines Ordens, die sich unter Garibaldi hatten einreihen lassen, oder die bürgerliche Aemter angenommen, aufgefordert, sich bis Ostern bei Strafe der Suspendirung heimzuverfügen." Bekanntlich hatte Garibaldi Bataillone aus Mönchen gebildet, welche die Verpflegung der Verwundeten und Kranken zu besorgen hatten.

Die „Nazione" enthält eine Korrespondenz aus Rom vom 13. d., nach welcher General Goyon den päpstlichen Kriegsminister Hrn. v. Merode um Aufschlüsse bezüglich einer ungewöhnlichen Bewegung der päpstlichen Truppen nach der neapolitanischen Grenze befragt hat. Hr. v. Merode habe eine Antwort verweigert und General Goyon darüber nach Paris berichtet. (Tel. d. Fr. Postz.)

Aus Rom, 15. Jan., wird gemeldet, daß diplomatische Korps sowie der päpstliche Nuntius seyen nach Gaeta abgegangen, um dem König Franz zu seinem Geburtstag zu gratuliren. (Frkf. Hdlsz.)

In Umbrien und den Marken ist das piemontesische Rekrutirungsgesetz publizirt worden; in den neapolitanischen Provinzen sollen dagegen jährlich nur 15,000 Mann ausgehoben werden, da das Volk dem Militärdienst abgeneigt ist.

Turin, 12. Jan. Gestern schiffte sich die Deputation der ältesten Offiziere der Garibaldi'schen Armee nach Caprera ein, um dem gefeierten General im Namen der mit ihm erstmals zu Marsala gelandeten „Eintausend" einen prachtvollen Stern in Diamanten von großem Werth zu überreichen. Derselbe trägt die Inschrift: „Die Tausend ihrem Führer", und wird ihm durch General Türr überreicht werden. Durch denselben General übersendet auch König Viktor Emanuel der Tochter Garibaldi's, Teresita, einen Halsschmuck in Diamanten sammt Ohrgehängen. Bei dieser Gelegenheit hatte Graf Cavour als Marineminister Anlaß, seine unparteiische Hochachtung gegen den General an den Tag zu legen, indem er beim Empfang des Telegramms, daß das zur Ueberfahrt der Deputation bestimmte Dampfschiff noch nicht in Genua angelangt sey, sofort Befehl zur Heizung des königl. Dampfers „Ichnusa" gab. Ein nicht minderer Beleg seiner Versöhnlichkeit mag daraus hervorgehen, daß er, da durch Ankauf des großen Dampfers „Viktor Emanuel" von der transatlantischen Gesellschaft zwei Schiffe dieses Namens in die k. Marine gekommen waren, den Namen des letzterwähnten Schiffs in „Volturno" umzuändern befahl, zur Erinnerung an die von der Garibaldi'schen Armee an den Ufern dieses Flusses ausgehaltene blutige Schlacht. Die „Gazzetta del popolo" knüpft an diese Notizen bereits die andere einer begonnenen Verständigung zwischen Cavour und Garibaldi, welche ich aber nur mit allem Vorbehalt wiederzugeben wage. (Schwäb. M.)

Das neapolitanische Blatt „Aurora" enthält folgenden Brief des Kardinal-Erzbischofs an den Statthalter Farini, der über die Lage der Dinge in der Hauptstadt interessante Aufschlüsse giebt: „Exzellenz!" schreibt der Kardinal, „der Wunsch, meine Pflichten mit der den Umständen entsprechenden Umsicht zu erfüllen, veranlaßt mich, die Aufmerksamkeit Ew. Exzellenz auf einen Gegenstand zu lenken, der sich auf die freie Ausübung meines heiligen Amtes bezieht. Sie wissen wohl, wie seit dem zweiten Tage meiner letzten Ankunft hier einige böswillige Menschen vor dem erzbischöflichen Palast Tumult erregten, um ihre Mißbilligung über die mir von der Regierung zugegangene Einladung zur Rückkehr in meine Diözese zu erkennen zu geben, und andererseits im Hinblick auf die Aeußerungen der Freude des Volkes über die Rückkehr seines

Jeddo.

Von den Preußen in Japan kommen zahlreiche interessante Berichte über die Schicksale der Expedition und die Zustände jenes seltsamen Landes, das jetzt gleich dem durch Krieg gedemüthigten China sich den dreisten Blicken der Europäer mehr und mehr entschleiern muß. Bei dem großen Interesse, das die merkwürdigen Vorgänge im östlichen Asien uns abnöthigen, wird unsern Lesern auch eine Schilderung der japanischen Hauptstadt willkommen seyn, wie sie ein Mitglied der preußischen Expedition an seine Familie geschrieben und die „Erfurter Zeitung" mitgetheilt hat. Der Brief ist vom 21. Sept. datirt; am 9. bereits hatte die Gesandtschaft ihren feierlichen Einzug in Jeddo gehalten.

Jeddo ist, wenn nicht die schönste, sicher die uroriginellste und interessanteste Stadt von allen, die ich gesehen. Was Einem vor Allem in die Augen fällt, ist das Bild einer Stadt, die sich durchaus originell und frei von fremdem Einfluß, den Bedürfnissen des Landes und der hohen Kultur eines intelligenten Volkes gemäß entwickelt hat. Auf jedem Schritt trifft man auf die Einrichtungen einer recht polizirten und disziplinirten europäischen Hauptstadt. Was man dort in Bezug auf Straßenordnung, Marktpolizei, Feuerwehr u. s. w. für nöthig erkennt, findet man hier wieder und Alles und Jedes dabei doch originell.

Da sind Wachen, Polizisten, Läden aller Art, der Preis auf einem Zettel angeschrieben; da steht die Feuerwehr mit Leitern und Spritzen Tag und Nacht bereit, genau so wie in Berlin, aber jedes Stückchen daran anders. Statt des Gewehres trägt der Soldat zwei Schwerter im Gürtel, ein kleines und ein großes zweihändiges; die Polizisten tragen klirrende Stäbe in der Hand, mit denen sie von Station zu Station signalisiren können; um Flüchtlinge zu fassen, haben sie allerlei raffinirte Fangapparate, aus denen kein Mensch sich losmachen kann. Ich glaube nicht, daß ein Konstabler in London so schnellen, ruhigen, willigen Gehorsam findet, als ein japanesischer Jolunin. Beiläufig existirt, was man eigentlich Pöbel nennt, hier nicht, wenigstens keiner, der schmutzig, ungekämmt und ungewaschen umherläuft. Jeder Japaner bis zum Sackträger oder Fischerweib herab geht reinlich und widmet seiner sehr komplizirten Haartour die äußerste Sorgfalt. Es existiren zahlreiche öffentliche Badehäuser, die ich nie leer sah, vom Morgen bis zum Abend; noch zahlreicher sind die Friseurläden. Frauen der niedrigen Stände widmen ihren Fußnägeln mehr Sorgfalt, als manche Europäer ihren Händen. Bei gutem Wetter gehen alle (Mann und Frau) auf Sandalen, wenn es schmutzig ist, auf stelzenartigen Hölzern. Beides wird beim Eintritt in ein Haus abgelegt, wo sie dann barfuß umhergehen, um die Matten nicht zu beschmutzen. Strümpfe dürfen nur die höheren Stände tragen; ich glaube, daß ihre Farbe auch für den verschiedenen Rang bestimmt unterschieden wird. Rangordnung, Etiquette, Vorschriften für Kleidung und Luxus, Alles hat seine genau bestimmten und beobachteten Gesetze.

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 19.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 19. Januar 1861.

Deutscher Bund.

☉ **Frankfurt**, 17. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Der neuernannte kaiserl. russische Gesandte am Bundestage, Herr Baron v. **Ungern-Sternberg**, ist hier eingetroffen. In unsern Tagen, wo der Deutsche nicht vorsichtig genug seyn kann, dürfte es wohl auffallend seyn, daß eine eigenthümliche Thatsache noch nicht öffentlich besprochen worden ist. Wir meinen nämlich den Umstand, daß der österreichische Bundespräsidialgesandte Baron v. **Kübeck** der Schwiegersohn des beim Bunde beglaubigten französischen Gesandten, Grafen Salignac-Fénélon ist. Wir begreifen ganz wohl, daß Frankreich in seinem Interesse handelte, diesen Gesandten zu schicken, aber wir finden es von deutscher Seite nicht in der Ordnung, dies Verhältniß bestehen zu lassen. Zwar sind wir weit davon entfernt, gegen Herrn v. Kübeck den mindesten Verdacht zu hegen, aber man kennt die französische Schlauheit nur zu gut und die Art und Weise, wie sie überall, wo sie irgend wie Zutritt hat, Boden zu gewinnen und sich Kanäle zu eröffnen sucht. Es möchte bei der gegenwärtigen Lage der Dinge wohl gerathen seyn, einem Verhältniß ein Ende zu machen, das kaum in den ruhigsten Zeiten ganz unbedenklich erscheinen dürfte.

Rastatt, 14. Jan. Vorgestern sind die ersten gezogenen Geschützröhren von Gußstahl, 5 Stücke (nach preußischem System), hierher gebracht worden. Wie man hört, soll bald eine größere Anzahl nachfolgen. (Schw. M.)

Vom Rhein, 15. Jan. Zwischen den Rheinuferstaaten ist bekanntlich jüngst eine Convention abgeschlossen worden, wonach die Rheinzölle um 1/6 und 1/3 herabgesetzt werden sollen unter der Bedingung, daß die Staaten des Zollvereins in die völlige Beseitigung der Transitzölle willigen. Die desfallsigen Verhandlungen sind in vollem Gange, und ist wohl nicht daran zu zweifeln, daß die Einwilligung der Zollvereinsstaaten erfolgen wird. (Bamb. Z.)

Bayern. **München**, 17. Jan. Se. Maj. der König hat den k. Rentbeamten und dermaligen Vorstand des Lokal-Zahl- und Stempelamtes zu Nürnberg, Fried. **Rößling**, unter Anerkennung seiner mehr als vierzigjährigen treuen Dienste, in den definitiven Ruhestand versetzt; zum Vorstande des Lokal-Zahl- und Stempelamtes zu Nürnberg, mit dem Range eines k. Kreiskassen-Zahlmeisters, den aus dem herzogl. Leuchtenberg'schen Dienste übernommenen Gutsadministrator von Hofmühl, Joh. Nep. **Moser**, ernannt. (N. M. Z.)

Der „Allg. Ztg." wird aus **München** geschrieben, daß die Aufstellung eines eigenen Vorstandes für das Handelsministerium wohl nicht in der nächsten Zukunft in Aussicht genommen ist.

In **Neustadt** a/H. (Pfalz) hat am 13. wieder eine Versammlung protestantischer Glaubensgenossen stattgefunden, in welcher eine Erklärung beschlossen und unterzeichnet wurde, in der es u. A. heißt: „Es ist durchaus nothwendig, daß der Gebrauch des nun für immer verhaßten Gesangbuchs ganz abgestellt und das beliebte alte wieder in sein Recht eingesetzt werde. So lange dies nicht geschehen, werden wir unsere Kinder an keinen kirchlichen Handlungen, z. B. Beerdigungen, Theil nehmen lassen." (B. Bt.)

Baden. In **Lahr** wurden am Neujahrstage vier katholische Bürger, welche in Gemäßheit des vom Landtag kürzlich angenommenen Gesetzes sich entschlossen hatten, von dem Recht Gebrauch zu machen, ihre Kinder nach dem Bekenntniß ihrer Mutter protestantisch konfirmiren zu lassen, exkommunizirt. (D. Allg. Z.)

Oesterreich. **Wien**, 15. Jan. Das Gerücht von der Berufung einer Notablenversammlung, die sich vor Allem mit der Finanzfrage zu beschäftigen hätte, wird jetzt auch in der „Presse" erwähnt. Ein Brünner Blatt dagegen hat gehört, daß die Berufung einer gewählten (und zwar direkt, ohne Vermittlung der Landtage gewählten) allgemeinen Reichsversammlung bevorstehe. Ein anderes Gerücht will wissen, das Finanzministerium habe ein 5prozentiges Anlehen von 25—35 Millionen zum Kurse von 85 pCt. mit Wiener Häusern abgeschlossen. — Die Untersuchung in Betreff der grauen Schwestern im Wiener Krankenhaus ist beendigt; die Akten sollen unmittelbar dem Staatsminister vorgelegt werden. (S. Z.)

Wien, 15. Jan. Die fernere Verwendung der National-Anlehens-Coupons zu Zollzahlungen, statt der Zahlung in Silber, wurde mit Erlaß des k. k. Finanzministerium vom 10. d. M. bewilligt.

Wien. Die „Neuesten Nachrichten" schreiben: „„Drängen Sie uns nicht, meine Herren! Sie glauben nicht, welche Rücksichten zu nehmen, welche Schwierigkeiten zu überwinden sind."" Diese Worte, von einem hohen Staatsbeamten in den letzten Tagen an eine Deputation gerichtet, mögen die Lage des Augenblickes, wie sie sich wenigstens in den offiziellen Kreisen darstellt, am besten charakterisiren. (Köln. Z.)

Venedig, 10. Jan. Nach langer Zeit werden hier jetzt wieder „kaiserliche" Cigarren geraucht. Sie fragen, wie das bei dem Gipfelpunkte der Mißstimmung möglich sey? Ganz einfach, weil der Italiener nicht nur patriotisch, sondern auch spekulativ ist. Er erhält nämlich die Cigarren jetzt von der Regierung umsonst. Nehmen Sie die Kreide in die Hand, und Sie werden leicht den Beweis der Wahrheit meiner Behauptung und der Richtigkeit der Spekulation herausfinden. Das österreichische Papiergeld wird hier in allen Kaufläden angenommen, aber nur zum Kurse. Demzufolge ist ein österreichischer Zehn-Neukreuzerschein gleich 7 Kr. Nun nimmt aber die Regierung diese Scheine für voll an, muß sie für voll annehmen. In den Tabacktrafiken müssen diese Scheine daher auch für 10 Nkr. (oder Soldi) angenommen werden. Nun kauft man eine Cigarre für 3 kr. und erhält auf einen solchen Schein 7 kr. in Kupfer zurück. Für diese 7 kr. erhält man in dem ersten besten Laden wieder einen Zehnkreuzerschein und hat die Cigarre umsonst. Auf eine solche Weise hätte Oesterreich den Zwangskurs für sein Papiergeld auch in Sachsen oder Preußen einführen können. Daß sich die Valuta nicht bessern könne, liegt auf der Hand. Die österreichischen Beamten, die ihren Gehalt nur zur Hälfte in Silber erhalten, leiden natürlich am meisten unter dieser Maßregel. (D. Allg. Z.)

Frankreich.

Aus **Paris**, 14. Januar, schreibt man der „Allg. Z.": Zwischen dem Klerus und der Regierung des Kaisers Napoleon ist es nun zu einem Kampf auf Tod und Leben gekommen. Die **französischen Bischöfe** sind zum Aeußersten entschlossen und von Rom aus angewiesen, das Aeußerste zu thun und zu wagen. Für den heiligen Vater das ganze Besitzthum wie vor dem italienischen Kriege: Ludwig Napoleon ist schuld daran, daß es verloren ging, Ludwig Napoleon muß zur Wiedererlangung verhelfen, oder ein ewiger vernichtender Krieg zwischen ihm und der katholischen Kirche. So lautet ungefähr das Programm. Viele von den religiösen Anstalten, in welchen Unterricht ertheilt und den ärmern Kindern Unterkunft gewährt wird, sollen nun geschlossen werden, und die religiösen Gesellschaften, welche diesen Anstalten vorstehen, erklären, daß sie, in ihren Bewegungen durch die Behörden gestört, dem schützenden Einfluß der Bischöfe entzogen und den allgemeinen Gesetzen unterworfen, nicht vermögen, diesen Anstalten eine ehrenvolle unabhängige Zukunft zu verbürgen, und es daher vorziehen, dieselben eingehen zu lassen. Die bemittelten Zöglinge werden bereits fortgeschickt, die armen bis nach Ablauf der rauhen Jahreszeit behalten, weil sich die Gesellschaften dem Vorwurf der Barbarei auszusetzen vermeiden wollen. Unnöthig ist zu sagen, daß die Regierung durch die Haltung des zum Aeußersten entschlos-

Neueste Nachrichten.

** München, 17. Januar. (Privat - Korrespondenz.) Herr Abg. Dr. Völk wird bezüglich Kurhessens einen zweifachen Antrag der Kammer einreichen: 1) Soll dieselbe Verwahrung gegen den nach seiner Ansicht die Kompetenz der Bundesversammlung überschreitenden Bundesbeschluß bez. Kurhessens einlegen, weil durch denselben nicht nur die Verfassung Kurhessens betroffen, sondern alle deutschen Verfassungen bedroht erscheinen; und 2) soll die Kammer die Staatsregierung veranlassen, für die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Kurhessen zu wirken.

Berlin, 16. Jan. Im Hause der Abgeordneten wurde heute die Wahl des Präsidiums für die nächsten vier Wochen vollzogen. Zum Präsidenten wurde wieder Abg. Dr. Simson (liberal), zum ersten Vizepräsidenten Abg. Grabow und zum zweiten Vizepräsidenten Abg. Mathis (Barnim) gewählt.

Der französische Bevollmächtigte de Clercq ist hier eingetroffen, um über den Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Frankreich in Unterhandlung zu treten. (N. Pr. Z.)

Im Radeberger Wochenblatt „Echo" war im vorigen Jahre ein Artikel erschienen, welcher unter Anderm die Stelle enthielt: „daß die deutschen Völker wohl einig seyen, die Fürsten daher die Verantwortlichkeit der Uneinigkeit trügen." Die kgl. Staatsbehörde hatte hierin eine Beleidigung des Königs von Sachsen sowie der übrigen deutschen Regenten erblickt und gegen den Redakteur auf nicht Geringeres als Majestätsbeleidigung geklagt. Das Gerichtsamt Radeberg verurtheilte ihn auch zu 3 Monaten Gefängniß, das Bezirksgericht Dresden hat ihn jetzt aber vollkommen klag- und kostenfrei gesprochen.

* Wien, 16. Jan. Die zweite Sitzung der Ausschüsse der Nationalbank gestern Abend war sehr stürmisch. Hr. Trebitsch fragte den Regierungskommissär Ministerialrath v. Brentano, ob der Hr. Finanzminister bezüglich des vom Bankausschusse mit Majorität angenommenen Antrages, die Dividende - Bemessung auf 32 fl. zu fixiren, bereits einen Entschluß bekannt gegeben habe. Hr. v. Brentano antwortete, der Finanzminister bestehe darauf, daß die Dividende auf 28 fl. festgesetzt werde. Hr. Trebitsch stellte hierauf den Antrag, die Versammlung möge gegen diese Verfügung des Hrn. Finanzministers protestiren, und beantragte ferner, an Se. Maj. eine Petition in dieser Beziehung zu richten. Mit Stimmenmehrheit wurde der Antrag angenommen. Hr. v. Brentano protestirt dagegen und nennt es einen anarchischen Vorgang. Nach einer heftigen Debatte einigte man sich dahin, durch eine aus der Mitte der Versammlung gewählte Deputation beim Herrn Finanzminister selbst Vorstellungen bezüglich der Bemessung der Dividende zu machen. Einen sehr lebhaften Charakter erhält die Debatte über einen von Dr. Aichenegg eingebrachten Antrag: „Der Ausschuß habe zu interveniren bei allen Geldgeschäften zwischen der Nationalbank und der Staatsverwaltung, wenn dabei die Grenzen des Bank - Reglements überschritten werden." Ministerialrath v. Brentano theilte die Ansicht, daß die Selbständigkeit der Bank hergestellt werden müsse; allein die Nationalbank sey nicht blos als Privatgesellschaft gegründet worden, sondern sie habe auch große staatliche Zwecke zu erfüllen; er erklärte diesen Antrag als statutwidrig. Schließlich einigte man sich dahin, man wolle diesen Wunsch des Bankausschusses zur Kenntniß des Finanzministeriums bringen, um sofort die Genehmigung dieses Wunsches für zukünftige Fälle zu erwirken.

Der Bürgermeister von Prag, Dr. Wanka, hat an sämmtliche Genossenschaften und Innungen eine Bekanntmachung erlassen. Wie dieselbe besagt, haben die über die exeessiven Vorgänge am Abend des 8. Dezember gepflogenen Erhebungen gezeigt, daß der größere Theil der Exedenten ~~abermals~~ aus Lehrjungen und Handwerksgehülfen bestand. Auch sey die Ungebundenheit derselben nunmehr so weit ausgeartet, daß kein öffentlicher Akt, ja nicht einmal ein Leichenbegängniß ohne Tumulte und Scandale begangen werden könne. Der Bürgermeister richtet demnach an alle Lehrherren und Gehilfenhalter neuerdings die ernstgemessene Mahnung, sich die strengste Beaufsichtigung aller ihnen unterstehenden Dienstpersonen um so gewisser angelegen seyn zu lassen, als jede Außerachtlassung dieser Anordnung nach dem kaiserlichen Patente vom 20. April 1854 geahndet werden müßte.

Aus Turin, 7. Jan., wird der „Allg. Ztg." geschrieben: „Die ungarische Agitation dahier wird immer rührsamer und nimmt einen stets offizielleren Charakter an. General Türr ist seit einigen Tagen hier; er wurde vom König empfangen und gestern zur Tafel geladen. Auf seinen Antrag wurde beschlossen (und die Regierung ist der Sache nicht fremd), ungarische Emigrirte mit falschen, meist Schweizerpässen nach Wien, Prag, Olmütz u. s. f. zu senden, wo sie als Freiwillige in ungarische Regimenter eintreten, um dort im Sinne der Revolution zu wirken und die ungarischen Soldaten zu bearbeiten." (?)

Turin, 14. Jan. Seit einigen Tagen werden Garibaldianer für Ungarn geworben, und zwar in mehreren Lokalen. Das Journal „Roma und Venetia" beklagt dieses Faktum als höchst gefährlich für das Gelingen der nationalen Einheit in Italien.

(Allg. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	78 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$58\frac{1}{2}$ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$47\frac{5}{8}$—$\frac{1}{2}$ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$38\frac{1}{2}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$33\frac{3}{4}$ G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	86 P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	$102\frac{3}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101\frac{1}{8}$ P
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr dto.	$101\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$99\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$99\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	95 P.
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	103 G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	103 P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$94\frac{1}{4}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	102 P. $101\frac{5}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100\frac{7}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$92\frac{3}{4}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$100\frac{7}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	98 P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$96\frac{3}{8}$ G.
„	3 pCt. Obl.	$89\frac{3}{4}$ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$46\frac{1}{4}$ G.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt. „ „	$39\frac{1}{2}$ G.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$97\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$107\frac{1}{2}$ P.	ex D.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	561 P.	ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$119\frac{1}{2}$—19 G.	ex D.
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	167 P. 166 G.	eD
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 B.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	62 P.	ex D.
Internationale Bank in Luxemb. . .	77 P.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	328 P.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$66\frac{1}{2}$ P.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	225 P.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$117\frac{3}{4}$ G.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$74\frac{1}{4}$ P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$25\frac{3}{4}$ P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 8 pCt.	126 P. $125\frac{5}{8}$ G.	ex D.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$95\frac{3}{8}$ P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$49\frac{3}{4}$ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	282 P.	
Span. Handels- u. Industria . . .	480 P.	ex D.
„ Credit-Akt. d. Gen. Pereire .	460 P.	ex D.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$102\frac{1}{4}$ P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	$101\frac{1}{2}$ G.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{1}{8}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105 G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$95\frac{5}{8}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 B.
Leipzig. Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
London Lst. 10 k. S.	$117\frac{1}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	$92\frac{5}{8}$ B.
Paris Frs. 200 k. S.	$93\frac{1}{8}$ B. $92\frac{7}{8}$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$77\frac{1}{8}$—$76\frac{7}{8}$ B.
Disconto . . .	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	70 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$44\frac{7}{8}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$54\frac{1}{4}$ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$124\frac{3}{4}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	55 P.	„ fl. 25 do.	$36\frac{1}{4}$ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$84\frac{1}{2}$ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$36\frac{1}{4}$ P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beik.	$216\frac{1}{2}$ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	$50\frac{1}{4}$ G.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	34 G.
Badische fl. 50	88 P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{3}{8}$ P.
Badische fl. 35	53 P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{1}{2}$ P.

Frankfurt, 17. Januar. Oesterr. Fonds und Kreditaktien zu höheren Kursen eröffnet, schlossen etwas matter, jedoch immerhin über der gestrigen Notirung. Darmst. Bankaktien wurden besser bezahlt. In den übrigen Fonds und Aktien keine wesentliche Veränderung.

(Syndikat.)

erkauft hat. Die Opfer, deren Cavour erwähnt hat, werden von ihm den voraussichtlich interpellirenden fremden Diplomaten als ein vorläufig jeder positiveren Grundlage entbehrender Ausdruck der dankbaren Bereitwilligkeit gegen Frankreich bezeichnet werden, und in Paris selbst wird man sicherlich die kaltblütigste Miene behalten, als wenn von einer neuen Annektirung nicht einmal geträumt würde. Man will zwar heute bereits wissen, daß Ligurien und die Insel Sardinien in dem neuen Jubaspalte figuriren; indeß ist dies blos vage Version, und wir halten nach gewissen Anzeichen eher dafür, daß die Hauptbasis des diesmaligen Abkommens in der Eingehung gewisser Verbindlichkeiten bestehe, welche ganz Italien an Frankreich geliefert erscheinen lassen. Nebstbei ist kaum zu zweifeln, daß die Insel Sardinien dem Bedürfnisse einer bessern Arrondirung Corsika's zum Opfer fällt.

(Hamb. B.-H.)

Spanien.

Madrid, 15. Jan. Es werden demnächst Maßregeln ergriffen werden, um der Auswanderung nach Amerika Einhalt zu thun.

Italien.

* Bekanntlich versteht man es zu Turin wie zu Paris meisterlich, durch telegraphische Depeschen, welche die Wahrheit nur halb sagen oder sonst wie entstellen, die öffentliche Meinung irre zu führen. So wurde vor einigen Wochen von Paris aus folgende Nachricht telegraphisch verbreitet: „Rom, 2. Januar. Das amtliche Journal veröffentlicht nicht die Anrede Goyons (zum neuen Jahre); es sagt nur, der Papst habe die ausgedrückten edlen Gesinnungen wohlwollend aufgenommen." Was eigentlich dies nichtssagende Telegramm verhüllen sollte, zeigt folgende dem Münchener „Volksboten" dieser Tage aus Rom aus verläßiger Quelle zugegangene Mittheilung: „Einige Tage vor dem neuen Jahre ließ der heilige Vater zwar in gütigen, aber auch in sehr bestimmten Ausdrücken den General Goyon benachrichtigen, er möge sich bei seiner Neujahrsanrede jeder Hindeutung auf den Kaiser Napoleon enthalten, da Se. Heiligkeit keine entsprechende Antwort darauf zu geben im Stande seyn würde. Als der General dann am Neujahrstage mit seinen Offizieren erschien und seine und deren Glückwünsche dargebracht hatte, dankte der Papst hierfür und segnete nicht bloß die französische Besatzung Roms für ihre gute Aufführung, sondern auch die französischen Truppen in Syrien für ihre Beschützung der dortigen Christen gegen die Wuth der Muselmänner, sowie jene in China für die Erhöhung des Kreuzes in Peking, dann das französische Geschwader vor Gaeta für die Stütze, welche dasselbe durch seine Anwesenheit der Sache der rechtmäßigen Herrschaft gewähre, und endlich die gesammte hochherzige französische Nation; aber — mit keiner Sylbe erwähnte der heilige Vater dieses Mal weder des Kaisers Napoleon, noch der Kaiserin Eugenie, noch des kaiserlichen Prinzen, denen er in anderen Jahren alle Mal seinen Segen zu ertheilen pflegte. General Goyon hätte hiernach nichts mehr zu sagen gehabt, er glaubte jedoch noch vorbringen zu müssen, daß die französische Armee, welche durch ihre Haltung das Lob und die Ermuthigung des heiligen Vaters geerntet habe, nur nach dem Willen des Kaisers handle, der sie zu so ruhmvollen Unternehmungen gesendet habe und ohne Zweifel fortfahren werde, Befehle zu ertheilen, die auch in der Zukunft zur Befriedigung Sr. Heiligkeit gereichen würden; aber der heilige Vater, der die Absicht des Generals durchschaute und sich nicht von seinem Entschluß abbringen lassen wollte, machte weiterer Rede schnell ein Ende, indem er kurz antwortete: „„Gott geb's!"" Damit war Goyon sammt seinen Offizieren entlassen, ohne daß sein Zweck, eine Erwähnung Napoleons zu erlangen, erreicht worden wäre."

Nachrichten aus Rom vom 12. Januar zufolge ist der Graf v. Trapani nach Gaeta zurückgekehrt.

* Turin. Die „Opinione" (Cavour's Blatt) vom 13. d. schreibt: „Die Kriegspartei stimmt mit uns im Prinzip überein; sie erkennt, wie wir, Viktor Emanuel als Oberhaupt Italiens an. Aber es ist unbedingt nothwendig, daß diese Anerkennung keinen Widerspruch in den Thaten findet. Viktor Emanuel ist König von Italien, und als König von Italien hat er allein das Recht, den Krieg zu erklären. Die Leichtigkeit, mit der Sizilien und Neapel von der bourbonischen Tyrannei befreit wurden, berechtigt noch nicht zu der Hypothese einer leichten Eroberung Veneziens. Wenn die sizilianische Expedition als Beweis angeführt werden soll, so beweist dies nur, daß die dabei angewandten Mittel gegen Oesterreich nichts ausrichten. — Die Beschwerden und Arbeiten, welche unsere Soldaten vor den Mauern Gaeta's zu ertragen haben, lassen voraussehen, was wir erst vor den Mauern Verona's und Mantua's auszuhalten hätten. Die Hindernisse, welche uns die österreichischen Festungen bieten, sind für eine einige und zu allen Blut- und Geldopfern geneigte Nation nicht unübersteigbar; aber wir sollen uns keine Illusionen machen und nicht glauben, daß die Gegenwart einiger Freiwilligenbataillone hinreiche, um die Oesterreicher in Flucht zu jagen und die Thore der Festungen zu öffnen. Die Mittel müssen im Verhältniß der Schwierigkeiten und der Macht der Nation seyn. So lange wir nicht vereinigt sind, wäre jeder Versuch im höchsten Grad gefährlich. Die Aufhetzer zum Krieg für nächstes Frühjahr sind weder blind noch dumm, sie wissen recht wohl, daß sie nur durch den allgemeinen Enthusiasmus und die Tapferkeit der Freiwilligenbataillone reussiren können, sie irren sich aber, wenn sie glauben, dadurch allein könne Venetien erobert werden; dazu bedarf es längerer Vorbereitungen."

Turin, 12. Jan. Ein Brief aus Paris, der von einem hochgestellten Manne herrührt und an eine offizielle Persönlichkeit hieher gerichtet ist, sagt u. A.: „Beurtheilen Sie den Kaiser nicht falsch, er hat keinen Augenblick aufgehört, Italien das aufrichtigste Interesse zu widmen. Er wird Italien auch ferner beistehen. Er will die Unabhängigkeit Italiens, 1862 soll kein Fremdling mehr auf italienischem Boden sich befinden. Einen Angriff auf Venedig wird man in Frankreich nicht gern sehen, wenn dieser verfrüht und ohne Berücksichtigung der europäischen Verhältnisse vor sich ginge. Prinzipiell erkennt man auch bei uns die Nothwendigkeit eines solchen Schrittes an, aber es ist nothwendig, daß der Zeitpunkt richtig gewählt werde. Der Kaiser legt großes Gewicht hierauf. Ich glaube, daß unsere Flotte, nachdem sie Gaeta wird verlassen haben, ins adriatische Meer geschickt wird, hauptsächlich um übereilte Schritte zu verhindern. Entweder Italiens Konstituirung geht ganz auf friedlichem Wege vor sich, indem Oesterreich die Opfer freiwillig bringt, welche die Verhältnisse ihm abnöthigen, oder es kommt zu einem allgemeinen Kriege. Im letzteren Falle muß der Kaiser es wünschen, daß keine Karte zu frühzeitig ausgespielt werde. Unsere Hauptaufgabe muß es demnach sein, Alles zusammen zu halten und schlagfertig zu seyn, ohne uns fortreißen zu lassen. Vorwärts, aber keinen unbedächtigen Schritt." (Das ist auch Cavour's Ansicht, der überhaupt Hand in Hand mit Napoleon geht; Garibaldi aber und die Kriegspartei, die möchten unter allen Umständen schon im Frühjahr losschlagen.) (Köln. Ztg.)

König Franz hat, wie aus Gaeta berichtet wird, seine Residenz ganz in die Kasematten verlegt, wo der spanische Gesandte bei ihm verweilt.

In Palermo hat ein Zirkular der Behörden Sicherheitsmaßregeln für die Landstraßen erlassen müssen.

Rußland und Polen.

Nach den offiziellen Ausweisen beträgt die Stärke der russischen Armee noch immer 1,200,000 Mann. Da im vorigen Jahre von einer bedeutenden Reduktion des Heeres die Rede war, so erregt diese Ziffer nicht unbedeutendes Aufsehen. Der gegenwärtige politische Zustand von Europa ließ der russischen Regierung allem Anschein nach nicht räthselhaft erscheinen, eine Verminderung ihrer Streitkräfte eintreten zu lassen. Von der obigen Zahl stehen wahrscheinlich 6- bis 700,000 Mann in den europäischen, der Rest in den asiatischen Provinzen.

Nichtpolitische Zeitung.

Die verstorbene Königin Desideria von Schweden soll ein Privatvermögen von 3 Mill. Thaler hinterlassen haben, das theils in einem Hotel in Paris und in zwei im südlichen Frankreich belegenen Gütern, theils in Staatspapieren, Mobilien, Juwelen rc. bestehe.

* **Literarisches.** Von dem in diesen Blättern schon mehrfach erwähnten Werk des Dr. E. Schauenburg „Reise in Central-Afrika" ist jetzt der zweite Band bis zur 7. Lieferung einschließlich erschienen. Dieser Band, welcher die Schicksale und Entdeckungen der neueren Expeditionen nach Zentral-Afrika, namentlich die der Reisenden Richardson, Barth und Overweg, enthält, wird auch einzeln als selbständiges Werk abgegeben, eine Einrichtung, durch welche die Verlagshandlung den Wünschen Vieler entgegenkommen dürfte. Was wir an dem ersten Band gerühmt haben, können wir auch von dem zweiten,— soweit er uns bis jetzt vorliegt — mit vollem Recht sagen. Der Verfasser hat mit großem Fleiß, mit Takt und Geschick aus den Original-Reiseberichten das ausgewählt, was am meisten geeignet ist, ein klares Bild von Land und Leuten, sowie von den Schwierigkeiten zu geben, womit die kühnen Reisenden zu kämpfen hatten, und zugleich durch eine gefällige, fließende Schreibweise die Leser zu fesseln verstanden. Wenn das Werk vollendet ist, wird es einen ehrenvollen Platz in unserer neueren Reise-Literatur einnehmen.

gendes: Triest ist eine deutsche Stadt und gehört zum deutschen Bunde. Da ist denn endlich Deutschland engagirt, es muß heraus: kein Zaudern und Zögern, kein Schleinitz, kein leeres Drohen mit Mobilmachung hilft mehr. Und nun endlich ist der Vorwand für die Rheingrenze gefunden. Und dann Deutschland? Das um Oesterreich mit geschwächte Deutschland? Dann Preußen? Ja, der König Wilhelm I. hat Recht. Möge nur seine Regierung schon jetzt einsehen, was dann, was schon heute Noth thut!"

Höchst bemerkenswerth sind die Anstrengungen, welche die halbamtliche preußische Presse in neuester Zeit macht, um die öffentliche Meinung über den wahren Gehalt des neuen Freiheits- und Nationalitäts-Evangeliums, welches von Frankreich her den Völkern gepredigt wird und zunächst in Italien in's Werk gesetzt worden ist, aufzuklären, die Gemüther zu besonnener Betrachtung der Lage zurückzuführen und auf die Gefahren hinzuweisen, denen durch das nur zu bereitwillige Eingehen Vieler auf das vorgehaltene Blendwerk bestechender Ideen und trügerischer Redensarten das eigene Vaterland ausgesetzt wird. Die „Preuß. Zeitung" hat kürzlich aus Anlaß der Eröffnung der Kammern an den Landtag eine Ansprache in diesem Sinne zu richten für nöthig gefunden; aus einem Artikel des „Preuß. Wochenblattes", welcher sich genau in derselben Richtung bewegt, haben wir neulich einen Auszug gegeben. Wie ganz anders lautet doch diese Sprache, als die, welche die preußische Regierung führte, als Louis Napoleon vor zwei Jahren an den Grundfesten des europäischen Staatenbestandes zu rütteln begann und die ersten Steine zu jenem revolutionären Aufbau legte, von welchem man jetzt entsetzt den Blick abwendet. Damals ließ man die eines Impulses von oben harrende, noch nicht in falschen Bahnen verfahrene, öffentliche Meinung ohne heilsame Direktive; damals konnte Hr. v. Schleinitz in dem muthwillig vom Zaun gebrochenen, in seiner Tendenz für jedes nicht ganz blöde Auge schon so durchsichtigen Angriff auf Oesterreich nichts sehen als „Mißverständnisse zwischen zwei befreundeten Mächten", über welche Preußen sich kein Urtheil anmaßen wollte, bei welchen es kein Recht und keine Pflicht zu irgendwelcher Einmischung oder Parteinahme hatte. Ist Herr v. Schleinitz noch jetzt dieser Meinung? Den bedenklichen Aeußerungen der preuß. Regierungs-Presse nach zu urtheilen ist er es nicht, und scheint man, nachdem die eigene Wand nahezu vom Brande ergriffen ist, zu der Einsicht gekommen zu seyn, der man sich im eigenen wohlverstandenen Interesse nicht hätte verschließen sollen, als die des Nachbars loderte. (Nürnb. Korr.)

Bayern. Nürnberg, 14. Jan. Der „Fränk. Kurier" schreibt: „Der von Augsburg mitgetheilte Fall über die Nichtannahme eines Telegramms von Seite der Frankfurter (bayerischen) Telegraphenstation wegen einer auf Hrn. v. d. Pfordten bezüglichen Aeußerung steht nicht vereinzelt. Auch von hier ging am 5. Jan. ein Gruß nach Hanau ab (wo an diesem Tag ein Festmahl zur Feier der Verfassung von 1831 stattfand). Die von dort bei der Frankfurter Station abgegebene Antwort sollte aber nur unter der Bedingung expedirt werden, wenn ein auf Hrn. v. d. Pfordten bezüglicher Satz wegbleibe. Dieselbe Antwort wurde dann brieflich gegeben und lautet: „Gruß der verfassungstreuen Kurhessen! Wir wissen zu unterscheiden zwischen Bayerns Volk und v. d. Pfordten. Dem Erstern die Bruderhand, dem Andern — — —" Das ist gewiß merkwürdig, drei Gedankenstriche verhindern den Telegraphen, eine Pflicht zu thun, die bezahlt wird. Es ist richtig, man kann sich unter diesen Gedankenstrichen allerlei denken, allein wir wüßten nicht, durch welch' ein Gesetz das Denken oder Denkstriche verboten wären. Zudem wird ja die unglückselige Melodie von der kurhessischen Angelegenheit von den Spatzen auf allen Dächern gepfiffen, es ist also gar nicht einzusehen, weshalb die beregte Weigerung stattfinden konnte. (Wenn vorstehende Notiz des „Fränk. Kurier" richtig ist, sind seine Glossen dazu nur allzubegründet. Uebrigens ist — die Richtigkeit der Thatsache vorausgesetzt — anzunehmen, daß der betr. Telegraphist nur aus übertriebenem Diensteifer auf eigene Faust so gehandelt hat.)

Preußen. Berlin, 15. Jan. Der zur Disposition gestellte Oberstaatsanwalt Schwarck wird, wie die „E. Z." meldet, seiner Wirksamkeit bald wieder zurückgegeben werden. Es wird nicht nur mit dem Gedanken seiner Reaktivirung überhaupt umgegangen, sondern es geht die Rede, daß derselbe entweder zum Mitgliede in das Kollegium des Geheimen Obertribunals berufen, oder seine künftige Stellung innerhalb der Generalstaatsanwaltschaft (beim Obertribunal) finden werde. (Berl. B.-Z.)

Baden. Karlsruhe, 10. Jan. Mitglieder der badischen 2. Kammer haben dem Präsidenten Nebelthau in Kassel nachstehende Adresse übersandt, welche die Unterschrift von 49 der hervorragendsten Namen der 62 Kammermitglieder trägt: „Hochzuverehrender Hr. Präsident! Der Beschluß, den unter Ihrer Leitung die 2. kurhessische Kammer am 3. Dez. mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit faßte, hat im ganzen deutschen Vaterland die trübe Stimmung dieser Tage erfrischt und aufgerichtet. Gestatten Sie uns, den unterzeichneten Mitgliedern der 2. Kammer Badens, daß wir den wärmsten Dank dafür an Sie bringen und Sie zugleich bitten, bei Ihren Kollegen der Dolmetscher unserer Gefühle zu seyn. Wie schwer auch das hessische Land heimgesucht, und wie namenlose Opfer und Leiden dem Ganzen, wie den Einzelnen aufgebürdet worden sind, wir nennen das Land doch glücklich und beneidenswerth, in welchem nach zehnjährigem Druck und raffinirter Gewaltthat der tapfere Rechtssinn des Volks ungebeugt blieb, und wo sich trotz Drohung und Arglist die Mittel und Werkzeuge nicht fanden, um jene Politik der Gewalt mit einem künstlichen Scheine des Rechts zu überkleiden. Glücklich nennen wir das Land, das durch langen Druck so ungebrochen, wie durch gleißnerische Verheißungen unversucht geblieben ist. So harren Sie denn standhaft aus; denn die Tage der Gewalt, die vor einem Jahrzehnt Kurhessen unter ihre Füße getreten hat, sind, so Gott will, vorüber, und nach seiner Fügung ist ein anderes System im Begriffe, sich überall Bahn zu brechen. Unsere, wie aller deutschen Volksvertretungen heilige Pflicht ist es aber, das gute Recht Ihres Landes, so viel an uns ist, zu unterstützen, denn der Schlag gegen Kurhessen, wenn er gelänge, machte alle deutschen Verfassungen recht- und schutzlos. In der Erfüllung jener Pflicht werden wir nicht nachlassen, sondern fühlen uns aufs Neue ermuthigt durch den ungebeugten Sinn des Volks in Kurhessen. Der endliche Sieg wird solcher Treue nicht fehlen. Denn kein Volk ist verlassen, das sich selber nicht verläßt. In vorzüglicher Verehrung Ew. Hochwohlgeboren ergebenste ꝛc. ꝛc. Im Januar 1861."

(Weser-Ztg.)

Oesterreich. Wien, 14. Jan. Die liberalen Deutsch-Oesterreicher befinden sich gegenüber den Vorgängen in Ungarn in einer keineswegs behaglichen Lage. Die Wirthschaft, die jetzt dort getrieben wird, bedroht uns mit einem doppelten Ausgange, von denen der eine ebenso wenig wünschenswerth ist, wie der andere. Wird Oestreich zum Frühjahr in einen Krieg hineingerissen, so kommt es in Ungarn ohne Zweifel zu einer offenen Rebellion, deren Abschluß voraussichtlich die völlige Losreißung Ungarns nicht nur von Oesterreich, sondern auch von dem Hause Habsburg seyn würde. Und was dann aus der österreichischen Monarchie wird, das mag Gott wissen! Kommt es nicht zum Kriege, so wird Ungarn im Frühjahr ohne große Schwierigkeiten mit österreichischen Soldaten zur Ruhe und Ordnung zurückgebracht. Ein gewisses Maß der Autonomie würde auch dann den Ungarn gelassen werden, nachdem der Versuch der Centralisation der Monarchie so kläglich gescheitert ist. Aber jenes Maß würde ein möglichst beschränktes und die ungarische Freiheit und Unabhängigkeit mehr Schein als Wahrheit werden. Die Rückwirkung eines solchen Zustandes in Ungarn auf die übrigen Kronländer könnte nicht ausbleiben. Auch das Maß der uns verheißenen Freiheiten und Rechte würde kärglich genug ausfallen. So haben wir allen Grund, dem wüsten Treiben der Ungarn zu zürnen, während die Regierung demselben mit aller Gemüthsruhe zuzuschauen scheint. Freilich kann sie jetzt auch wenig thun und braucht vorläufig nichts zu thun. Denn kommt es zum Kriege, so kann sie Ungarn doch nicht gegen seinen Willen halten; und bleibt der Friede, so darf sie der Unterwerfung desselben sicher seyn. Wenn sie sich diese Alternative gestellt hat, so erklärt es sich auch, warum sie die Einberufung des ungarischen Landtags bis zum April hinausgesetzt. Bis dahin hat sich der politische Horizont Europas wahrscheinlich so weit aufgeklärt, um beurtheilen zu können, wie Ungarn am zweckmäßigsten zu behandeln ist; und inzwischen wird die Regierung durch keine bindenden Zugeständnisse für die Zukunft gefesselt. (Z. f. Nordd.)

Wien, 13. Jan. Nicht wenig ist man hier erstaunt über die Offenheit, mit welcher Graf Cavour erklärt, daß Piemont der französischen Allianz jedes Opfer zu bringen bereit ist (wie in dem schon mitgetheilten Artikel der „Opinione" gesagt wird). Dies ist kein kleiner Triumph, den der sardinische Premier gleichzeitig gegen die die Legitimität vertheidigenden Großmächte, wie nicht minder gegen die italienische Demokratie ausspielt, welche letztere mit ihrem Haupte Garibaldi die italienische Unabhängigkeit und Einheit in minder kostspieliger Weise errungen wissen will, als durch neue Amputationen italienischer Territorien. Es wird zwar noch eine lange Zeit vergehen, ehe man in der Lage seyn wird, etwas Näheres über die Art und Natur der Opfer in Erfahrung zu bringen, mit welchen Graf Cavour die französische Allianz, d. h. die Erlaubniß, den König Franz aus Gaeta hinaus zu bombardiren und die Proklamirung Viktor Emanuel's als König von Italien

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland, für Wahrheit und Recht!

№ 18. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit .. kr. berechnet. Briefe und Gelder franko. | 58. Jahrgang. | Freitag, 18. Januar 1861.

Die Finanzzustände Frankreichs.

Als Antwort auf die berüchtigte, zu Paris erschienene Flugschrift „Kaiser Franz Joseph I. und Europa“ ist unter dem Titel: „Venetien. Ein Beitrag zur Theorie der brutalen Gewalt“, bei Kollmann in Leipzig eine deutsche Gegenschrift erschienen, in welcher der Schacher, der Oesterreichs Kaiser von Napoleon'scher Seite zugemuthet wird, die gebührende Würdigung und Abfertigung findet. Als Verfasser der Pariser Flugschrift wird der dortige Bankier Jakob Pereire genannt, der sie dem Kaiser Napoleon selbst zur Durchsicht vorgelegt haben soll. In derselben war der Verkauf von Venetien Oesterreich unter andern auch vom finanziellen Gesichtspunkte aus angerathen. Der Verfasser der oben erwähnten „Antwort“ nimmt daraus Anlaß, einen Blick auf die Finanzverhältnisse Frankreichs zu werfen. Er sagt:

„Herr Pereire, der sich rühmt, einen so tiefen Blick in die österreichischen Finanzverhältnisse und ihre Verbindung mit dem Geldbeutel Europa's gethan zu haben, warum denkt er nicht zunächst an Frankreich, dessen Finanzverhältnisse in um so größerer Verwirrung liegen, da der Finanzminister gar nicht daran denkt, das Land von dem wahren Zustande dieser Verhältnisse zu unterrichten? Es sey uns erlaubt, dem Gedächtniß des ehrenwerthen Herrn einigermaßen zu Hilfe zu kommen. Seit Jahren reicht das Einkommen des französischen Staats nicht aus, die Bedürfnisse desselben zu bestreiten. Um sich zu helfen, verbrauchte man anfangs die später fälligen Steuern, wofür die Regierung sog. Schatzscheine ausgab. Diese schwebende Schuld umfaßte schon am 1. Januar 1858 die Summe von 195 Millionen. Daneben verbrauchte man die Depositengelder, die Sparkassengelder, Gemeindefonds, hinterlegte Kautionen, Vorschüsse der Generaleinnehmer ꝛc. Den Gläubigern stand zwar das Kündigungsrecht zu, da aber kein Geld in den Kassen war, so gab man ihnen Papiere und reduzirte zwangsweise die Zinsen des gewaltsam entliehenen Kapitals. Außer der schwebenden Schuld sind noch ungeheuere Zahlungsrückstände vorhanden, entstanden aus den immer mehr angewachsenen Summen der verschiedenen Jahresdefizite, die sich schon am 1. Januar 1859 auf 965 Millionen beliefen. So betragen denn blos die schwebende Schuld und die aufgelaufenen Defizite mehr als die gesammten Jahreseinkünfte des Staats, wenn man nämlich die Erhebungskosten außer Berücksichtigung läßt, und man darf behaupten, daß die sämmtlichen Einkünfte des Jahres bereits im Voraus verbraucht sind. Dazu kommen die sog. Leibrenten oder verdeckten Anleihen, die ein Kapital von 710 Millionen darstellen, und zählen wir das Alles zusammen, so erhalten wir eine Schuldenmasse Frankreichs in folgenden Ziffern:

Consolidirte Schuld	9,330	Mill. Frs.
Schwebende Schuld netto	708	„
Zahlungsrückstände (découverts)	750	„
Annuitäten und sonstige Spezialschulden	260	„
Leibrenten im Kapitalbetrag von	710	„
Gesammtsumme	11,758	Mill. Frs.

Hiebei sind die bedeutenden Staatsgarantien für die Eisenbahnen noch nicht inbegriffen, die gering gerechnet ein weiteres Kapital von 2000 bis 3000 Millionen repräsentiren dürften. Wie bedürftig die Regierung des Geldes ist, geht aus den wucherischen Zinsen hervor, welche den Kapitalisten bei den letzten Anleihen gewährt wurden. In den Jahren 1854 und 1855 lieh die Regierung das Geld zu nahezu 5 pCt. und dabei mit einem eventuellen Kapitalverluste von 11 pCt. bei den $4^1/_2$prozentigen, und von 37 pCt. bei den 3prozentigen. Bei den spätern Anleihen gestaltete sich das Verhältniß noch schlimmer, indem an den $4^1/_2$proz. Obligationen nahezu 13, und an den 3prozentigen sogar 41 pCt. vom Kapital im Voraus abgezogen wurden. Dabei sollen die Gläubiger dereinst die Summen vollständig zurückerhalten. Es gehört der ganze französische Leichtsinn dazu, bei solchen Anzeigen des finanziellen Verfalles noch immer Vertrauen genug in die Regierung zu setzen, um ihr das Geld vorzuschießen, doch freilich: wo selbst die Sparkassen vor den Händen der Regierung nicht sicher sind, was nützt es, die Ersparnisse zurückzuhalten? Wenn Frankreich nicht fühlt, daß es einem nahen Bankerott entgegengeht, wenn es trotz seiner ungeheuren Schuldenlast sich immer von Neuem in kostspielige Kriege verwickeln läßt, wo soll da Friede und Ruhe in die Welt kommen?“ (Pfälz. Ztg.)

Deutscher Bund.

Im „Schwäb. Merkur“ wird den Abgeordneten des bald zusammentretenden württembergischen Landtags ans Herz gelegt, zur Vertheidigung Oberschwabens die Herstellung eines verschanzten Lagers bei Donaueschingen, Engen oder Stockach anzuregen, worauf militärische Fachschriften und Autoritäten längst als Nothwendigkeit hingewiesen haben.

(Bevorstehende Ereignisse.) Ein Deutscher (politischer Flüchtling, der in der Schweiz lebt) schreibt der „Ztg. f. Nordd.“: „Kaiser Napoleon III. gibt zu Paris beim Antritt des neuen Jahres Friedensversicherungen. König Wilhelm I. zu Berlin spricht beim Antritt seiner neuen Regierung laut gegen sein Volk aus, daß schwere Kriegszeiten bevorstehen, in denen er ihre Treue und ihre Hülfe ganz besonders werde anrufen müssen. Der König von Preußen hat Recht. Ich erhalte heute von kundiger und einsichtiger Hand aus Italien Nachrichten über folgende Pläne und Hoffnungen Italiens und Napoleons, freilich auch Befürchtungen weiter sehender Italiener: Oesterreich wird Venedig weder verkaufen noch sonst freiwillig abtreten. Italien will aber Venedig, und Napoleon will, daß Italien es erhalte. So wird sich ein Kampf um Venedig entspinnen. Es wird ein furchtbarer Kampf werden. Denn, wenngleich Oesterreich darin allein stehen wird, so wird es doch alle seine, und ungeheure Kräfte aufbieten. Eine gleichzeitige ungarische Revolution ist problematisch, weil sie zugleich eine galizische, diese aber eine allgemeine polnische Revolution nach sich ziehen würde, die Rußland, und deßhalb auch Louis Napoleon, nicht will. Der Kampf um Venedig wird daher ein so furchtbarer werden, daß Italien allein ihn nicht durchführen kann. Da hilft also Napoleon wieder, und Oesterreich, auch dann — zum zweiten Male gegen ihn und Italien allein stehend, wird zum zweiten Male besiegt. Italien hat dann Venedig, und Napoleon hat zweierlei gewonnen, nämlich sowohl von Neuem Oesterreich, als auch das in jenem schweren Kampfe hart mitgenommene, nur durch ihn siegreich gewordene Italien geschwächt. So wird er in diesem Lande von Neuem Herr und er theilt es, nach dem alten Plane, entweder in nur zwei Theile, so daß nur der Prinz Napoleon ein Königreich mitbekommt, oder in drei, daß auch die Familie Murat restaurirt wird. Das wird in diesem Jahre 1861 geschehen;*) und Deutschland wird unberührt bleiben. Daß es Gott erbarme! Im Jahre 1863 aber wird sich alsdann weiter Folgendes zutragen: Mit Venedig ist Italien noch nicht ganz hergestellt und dem Prinzip der Nationalität nicht vollständig Rechnung getragen. Auch Triest ist italienisch und muß wieder mit Italien vereinigt werden. Schiffe von Triest werden ja jetzt schon für italienische erklärt und so in den italienischen Häfen behandelt. Um Triest dann im Jahre 1862 dieselbe Geschichte, wie 1861 um Venedig. Oesterreich wird und kann es nicht verhandeln. Dann Krieg; dabei wieder napoleonische Hülfe, um so mehr, wenn die Königreiche Napoleon und Murat schon errichtet sind, und der Sieg um so leichter, da Oesterreich vorher von Neuem geschwächt war. Dann aber zugleich Fol-

*) Und wenn das Jahr 1861 diese Ereignisse nicht bringt, wenn Cavour, um das neue italienische Königreich erst einzurichten, noch ein Jahr Ruhe braucht, so bringt 1862 den Kampf um so sicherer.

Die Ausbeute der australischen Goldfelder betrug im vorigen Jahre bis Ende November $7^1/_2$ Million, seit ihrer Entdeckung $86^1/_2$ Million Pf. Sterling.

Neueste Nachrichten.

München, 15. Jan. Man beabsichtigt dem verstorbenen Bürgermeister v. Bauer in den von ihm hervorgerufenen oberen Isaranlagen ein Denkmal zu errichten, dessen Kosten durch freiwillige Beiträge gedeckt werden sollen. (Allg. Z.)

Wien, 15. Jan. Die „Oesterreichische Zeitung" meldet: Rußland hat in den letzten Tagen in Paris erklärt, es werde unter allen Umständen die Blokade von Gaeta (durch sardinische Kriegsschiffe nach der Abfahrt der französischen Flotte) nicht anerkennen. In hiesigen höheren Kreisen verlautet, der König von Neapel habe in einem Schreiben an den Kaiser von Oesterreich seinen festen Entschluß kundgegeben, die Vertheidigung Gaeta's aufs Aeußerste fortzusetzen.

Der böhmische „Czas" berichtet aus Prag, den 13. d.: „Am 11. Vormittags überreichte Dr. Wawra-Haštalsky den Rekurs gegen den Erlaß, wodurch ihm aufgetragen worden war, daß er seine Thätigkeit beim „Czas" einstelle. Um 4 Uhr Nachmittags wurde derselbe Herr zur Polizeidirektion vorgeladen, wo ihm bekannt gegeben wurde, daß die Polizeibehörde in Erwägung der in seiner Beschwerde angeführten Gründe jenen Erlaß zurückgenommen habe. Heute wurden auch die Herren Barak und Libinsky vor die Polizeibehörde beschieden, und man erwartet, daß auch die sie betreffenden Verfügungen zurückgenommen werden."

Rom. Von eigentlich häretischen Libellen ist bis jetzt noch nichts zu uns gedrungen. Aber die klerikalen Blätter geben von den Bemühungen für die Protestantisirung Ober- und Mittelitaliens Bericht; diese gehen aus von der evangelischen Sozietät Genfs, deren Zweigverein das italienische Komite ist. Diese Gesellschaft hat sich mit der amerikanischen Bibelmission verbunden, Italien zu protestantisiren; ihre Kolporteure bringen die Bibeln Diodatis und viele Traktate in die Provinzen, welche Piemont annektirt sind, und an manchen Orten haben sich evangelische Kirchen eingerichtet. Um auf das Volk zu wirken, wird der „Hausfreund" verbreitet, ein Almanach religiös-protestantischer Natur, der im Jahre 1854 zum ersten Mal erschien. Die Schule der Waldenser ist jetzt nach Florenz verlegt; in Bologna ist ein protestantischer Professor Mazzarella angestellt, und dieser kühne Schritt Mamiani's, des berühmten Poeten und Philosophen, welcher das Kultusministerium leitet, ist dem katholischen Klerus nicht minder widerwärtig als die Anstellung des Juden Ancona an der Pisaner Universität. Die Bischöfe streiten gegen diese protestantische Propaganda mit ihren Hirtenbriefen, und die katholische Presse mit ihren Organen, deren wesentlichste sind: für Piemont die „Armonia", für Toskana die „Stella d'Etruria", für Rom die „Civiltà Cattolica", und für Neapel das neugegründete Blatt „Aurora", welches sich die sehr geschickt redigirte „Armonia" zum Muster genommen hat. (N.-Z.)

Turin, 13. Jan. Die ministerielle „Opinione" sagt: Bei den gegenwärtigen Verhältnissen sey an einen Krieg gegen Oesterreich in einem oder zwei Monaten nicht zu denken. Italien müsse das Befreiungswerk allein vollführen; denn nur die Besorgniß der französischen Intervention habe die Mißstimmung einiger Kabinete gegen einen italienischen Krieg erregt. Hätte Italien ein genügend starkes Heer, so wäre Europa dem wahrscheinlich günstigen Lösungskriege nicht feind. Aber innerhalb zweier Monate könne Italien solch ein Heer nicht beischaffen. Das Ministerium müsse die Mittel, die es besitzt, abmessen und jeden ungewissen Erfolg ausschließen, und müsse, indem es Italien beruhigt, zeigen, daß es sich von der Partei, die um jeden Preis den Krieg will, nicht hinreißen lasse. Die Wähler müßten (bei den Wahlen zur zweiten Kammer) diesem Umstande ihre höchste Aufmerksamkeit widmen. (T. d. Oestr. Post.)

Neapel, 13. Jan. Die Besatzung von Civitelle del Tronto, verstärkt durch bewaffnete Bauern, erbeutete bei einem Ausfalle einen Theil der Provisionsvorräthe der Belagerer (Sardinier).
(Tel. d. Oestr. Post.)

Beirut. In einer Korrespondenz des „Monde" heißt es: „In den Bergen verhindert die Nähe der französischen Armee den Wiederausbruch von Feindseligkeit. In Damaskus ist dies nicht der Fall. Abermals wurden mehrere Häuser und 17 Boutiken in dieser Stadt in Brand gesteckt. Die Türken benutzten diesen Anlaß, um die Christen neuerdings zu plündern, und 300 der Letzteren entschlossen sich zur Abreise. In Beirut ist für den Augenblick Alles ruhig; aber die Muselmänner ersticken vor Wuth, und wenn die französische Armee sich einschiffte, so gibt es nicht Einen Christen, der ihr nicht würde folgen wollen, von den Lazaristen und barmherzigen Schwestern an bis herab auf den ärmsten Armen." (Das französische Blatt stellt die Sache natürlich so dar, als ob die französischen Truppen nicht ohne die größte Gefahr für die Christen abziehen könnten; ob sich die Sache wirklich so verhält, dürfte zweifelhaft seyn.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	$72^3/_4$ G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$58^3/_4$ P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$47^1/_2$—47 G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	89 P.
"	$4^1/_2$ pCt.	$34^1/_2$ P.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	$3^1/_2$ pCt. Staatsschuldsch.	86 P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. R.)	$102^3/_4$ P.
"	$4^1/_2$ pCt. Obl. 1jahr. dto.	101 P.
"	$4^1/_2$ pCt. Obl. $^1/_2$jähr dto.	$101^1/_2$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$99^1/_4$ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$99^1/_4$ B.
"	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	85 P.
Württemb.	$4^1/_2$ pCt. Obl. b. Rothsch.	103 G.
"	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$94^1/_4$ P.
Baden	$4^1/_2$ pCt. Obl.	103 P. $102^3/_4$ G.
"	$3^1/_2$ pCt. Obl. v. 1842	$94^5/_8$ P.
Gr. Hess.	$4^1/_2$ pCt. Obl.	102 P. $101^5/_8$ G.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100^7/_8$ P.
"	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$92^3/_4$ G.
Nassau	$4^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$100^3/_4$ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	$97^7/_8$ G.
"	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3^1/_2$ pCt. Obl.	97 P.
"	3 pCt. Obl.	$89^3/_4$ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$46^1/_4$ G.
"	$1^3/_4$ pCt. . . .	$39^1/_2$ G.
Schweden	$4^1/_2$ pCt. Obl. à 600 Thlr.	$97^1/_2$ P. $^1/_8$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$107^5/_8$ P. ex D.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	552—60 G. ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	118 G. ex D.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	$164^1/_2$ P. $63^1/_2$ G. eD
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	62 P. ex D.
Internationale Bank in Luxemb. . .	78 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	327 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$66^1/_2$ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	223 P.
" Elisab.-Eisenbahn à pCt. . .	116 G.
" Elisab.-Bahn Prior. à pCt. 6/7	$74^1/_4$ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$25^1/_2$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 8 pCt. .	126 P. $125^1/_2$ G. ex D.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4^1/_2$ pCt.	$95^1/_4$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$49^3/_4$ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	232 P.
Span. Handels- u. Industrie . . .	475 G. ex D.
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	460 P. ex D.
Bayr. Ostbahn à $4^1/_2$ pCt. volleinbez.	102 P. $101^3/_4$ G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	$101^1/_2$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99^1/_2$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105 G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$95^5/_8$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105^1/_4$ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 B.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105^1/_4$ B.
London Lst. 10 k. S.	$117^1/_8$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	$92^5/_8$ B.
Paris Frs. 200 k. S.	$92^7/_8$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	77 B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	70 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$44^5/_8$ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	55 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$125^1/_4$ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	54 P.	" fl. 25 do.	$36^1/_4$ P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$82^1/_4$ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$36^1/_4$ P.
$1^1/_2$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	$116^1/_2$ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	$50^1/_4$ G.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2^1/_2$ pCt. Z.	34 G.
Badische fl. 50	88 P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10^3/_8$ P.
Badische fl. 35	$52^1/_2$ P. $^1/_4$ G.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10^1/_2$ P.

Frankfurt, 16. Januar. In Folge schlechterer auswärtiger Notirungen eröffneten österr. Fonds und Kreditaktien niedriger als gestern, gingen im Laufe des Geschäfts durch starke Verkäufe noch weiter zurück und schlossen nach mehreren Schwankungen wieder fester.
(Syndikat.)

darmen oder Soldaten sind an der Tagesordnung; zahlreiche Patrouillen durchziehen Nachts die Stadt; die Hafenwache, die sonst nur aus einem Unteroffizier und 10 Mann bestand, wird jetzt von einer ganzen Compagnie bezogen.

Italien.

Aus Rom, 5. Jan., wird dem „Courrier de Lyon" über das Umsichgreifen des Aufstandes in den Abruzzen geschrieben; alle, welche dieses Volk noch vor Kurzem in seiner Lässigkeit in politischen Dingen gesehen, seyen erstaunt, wie rührig dasselbe sich zeige. Das bewirkten die piemontesischen Uniformen, die bei der Abstimmung zugegen waren: Nationalgarden und selbst Garibaldianer hätten die Leute nicht so mißtrauisch gemacht, wie es die Anwesenheit eben der Piemontesen gethan. Die Aufregung läßt sich nur mit der vergleichen, welche in den Jahren 1808 und 1814 in Spanien herrschte. In der Stadt und Provinz Teramo ist die Autorität Franz des Zweiten wieder vollkommen hergestellt und die Fahne der Bourbons weht wieder auf allen öffentlichen Gebäuden und einzelnen Privathäusern. Ein junger Offizier hat mit dreihundert entlassenen neapolitanischen Soldaten die piemontesische Garnison angegriffen und verjagt und dann in Abwesenheit königlicher Behörden eine Art Diktatur errichtet. Er erläßt Dekrete im Namen des Königs Franz II.: eines der letzteren empfiehlt die Achtung vor der Person und dem Privateigenthum und bedroht alle die, welche sich einen Versuch der Rache — bekanntlich eine der Hauptleidenschaften der Süditaliener — erlauben, mit strenger Bestrafung. In der Provinz Aquila fand eine ähnliche Bewegung statt, so daß jetzt in den Abruzzen beinahe Alles unter Waffen steht und die Piemontesen ihre isolirten Garnisonen zurückziehen mußten. An der Grenze behauptete man sogar, die Garnison von Aquila sey zum größten Theil entwaffnet worden. In Calabrien organisirt sich der Aufstand ebenfalls; die erst kürzlich vom König Franz verabschiedeten Soldaten haben sich zusammengerottet und dienen nun in zwei Bataillone formirt als Evolutionscentrum für die zahlreichen Freiwilligen, die bisher als Guerillas in den Gebirgen umherzogen.

* Die Brüder Ricciari, durch ihre Anhänglichkeit an den Papst bekannt, befinden sich an der Spitze von 4000 Bauern in der Provinz Ascoli, und haben schon die Nationalgarde zurückgedrängt. 2000 Piemontesen marschiren gegen sie.

* Man schreibt den „Debats" aus Turin, 11. Jan.: „Man hat endlich genauere Auskunft über die in Palermo ausgebrochene Krisis. Die Regierung wollte Crispi, Ferra und noch drei oder vier Andere festnehmen lassen und nach Genua einschiffen. Hr. Lafarina (Statthalter) wollte Revanche für sein früheres Mißgeschick nehmen. Zwei oder drei Personen wurden wirklich auf diese Weise nach Genua spedirt; als man aber zu Crispi kam, protestirte dieser laut in der Nähe des Fensters gegen seine Verhaftung; es entstand ein Zusammenlauf, der Polizeibeamte mußte sich zurückziehen und Crispi brachte sich in Sicherheit. Ferra, der Rath am Obergericht ist, konnte am ersten Tage nicht festgenommen werden. Er wurde am andern Morgen auf der Straße angehalten und in der Kaserne der Nationalgarde verwahrt. Als man ihn aber zu Schiff bringen wollte, weigerte sich die Nationalgarde, ihn herauszugeben, weil man nicht das Recht habe, ihn zu verdammen. Der immer heftiger werdende Streit zwischen dem Gouverneur und der Nationalgarde endigte vorläufig damit, daß letztere Ferra in Freiheit setzte. Der Gouverneur wollte nun das meuterische Bataillon auflösen und entwaffnen; das Bataillon erklärte, sich dem mit Gewalt widersetzen zu wollen. General Brignone, Kommandant der Nationalgarde, erklärte nun dem Ministerrathe, er könne für nichts mehr einstehen, worauf Hr. Cordova (Minister) als eine der Ursachen der Aufregung seinen Rücktritt anzeigte, und Hr. Lafarina, der eigentliche Urheber dieser Maßregeln, folgte seinem Beispiele. Crispi hält sich noch immer in Palermo verborgen. Man weiß, wo er ist, getraut sich aber nicht gegen ihn einzuschreiten."

Turin, 11. Jan. Wie unangenehm auch alle Welt durch die unbegreiflichen Vorgänge in Sizilien berührt ist, so freut man sich doch in allen Kreisen des Ausganges. Die Ernennung von Amari und Torrearsa zu Statthaltereiräthen hat hier einen ebenso guten Eindruck gemacht wie in Palermo, und man hofft, die Ruhe wird nun auf der Insel nicht mehr gestört werden. Auch auf die bevorstehenden Wahlen dürfte das neue Kabinet von Montezemolo nicht ohne gute Einwirkung bleiben. Wie groß Garibaldi's Einfluß und seine Popularität in ganz Italien ist, stellt sich nun erst heraus: die Regierung sieht sich genöthigt, mit ihm wie mit einer ebenbürtigen Macht zu unterhandeln. Es gibt im Lande keine andere Opposition als die Garibaldi's und seiner Anhänger. Auch die, welche nicht ganz mit ihm sind, verschmelzen sich mit seiner Partei, die allein Geltung im Lande hat neben jener der Regierung. Die offiziöse „Opinione" selber sucht heute nachzuweisen, daß Cavour und Garibaldi nur Ein Programm haben. Das ist auch wahr; aber die Verschiedenheit der Ansichten über die Mittel und das Verfahren ist doch nicht wegzuleugnen. Es wird sich erst nach der Rückkehr Türr's zeigen, ob die gehoffte Verständigung möglich ist. (Köln. Z.)

Die „Köln. Ztg." schreibt: „Der Prinz von Carignan ist von seinem König als Statthalter in den neapolitanischen Provinzen mit dem Rechte der Begnadigung, der Anstellung und Entfernung der Beamten, dem Oberbefehle zu Land und Meer und mit allen den Vollmachten, die dem König seit dem Kriege übertragen wurden, ausgerüstet worden. Die neue Verwaltung wird laut dem „Espero" hauptsächlich ihr Augenmerk auf den Bau guter Verkehrsmittel richten, um die Provinzen in raschere Verbindung mit Neapel, mit den Küsten und dem übrigen Italien zu setzen, damit die Isolirung, die unter den Bourbonen System war, gebrochen und das Volk der Arbeit, dem Handel und Wandel, und den modernen Ideen gewonnen werde."

Asien.

Die neuesten Nachrichten aus China datiren aus der Petscheli-Bai vom 13. Nov. und aus Hongkong vom 20. November. Der Rückzug der Verbündeten ging rasch vor sich, nach den Bestimmungen des pekinger Vertrages. Die Brigade des Generals Collineau hat Befehl erhalten, ihre Winterquartiere zwischen Tientsin und den Taku-Forts zu beziehen, mit einigen unter dem Kommando des Kontre-Admirals Protet stehenden Schiffen. General Montauban wollte mit der Brigade Jamin in Schanghai Quartier nehmen, Vice-Admiral Charner aber sollte mit dem größten Theile des französischen Geschwaders an der Mündung des Flusses auf der Rhede von Wousong bleiben. Kanton wird von 900 Mann besetzt gehalten; Kontre-Admiral Page kehrt mit mehreren Schiffen zur Ueberwinterung nach Hongkong zurück. Baron Gros und sein Gesandschafts-Personal standen im Begriff, sich auf dem Duchayla nach Suez einzuschiffen, während Lord Elgin sich noch einige Tage in Manilla aufhalten und dann in Singapur nach Europa zu Schiffe gehen wollte. Der größte Theil der englischen Truppen rüstete sich zur Rückkehr nach Indien; es bleiben im Norden nur 4000 Mann und einige Detachements zu Honkong und Kanton.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 12. Jan. Die vielen Gerüchte, welche der Ernennung des Hrn. v. Schmerling zum k. k. öster. Staatsminister vorausgingen, wurden von vielen Bankhäusern zu Börsenspekulationen benützt, die meisten spekulirten à la hausse, in der sichern Erwartung, daß der Eintritt des Herrn v. Schmerling in's Ministerium ein bedeutendes Steigen der österreichischen Papiere zur Folge haben werde. Schmerling wurde Minister, aber die daran geknüpfte Hoffnung wurde nicht zur Wahrheit, die Papiere fielen aus mehrfachen Gründen und die à la hausse Spekulirenden erlitten sehr bedeutende Verluste. Ein hiesiges Haus, welches wegen seiner Solidität bekannt ist, spekulirte hauptsächlich an der Pariser Börse und hatte am 2. Januar 800,000 Fr. Differenzgelder zu zahlen. Da es seinen Verbindlichkeiten nicht nachkommen konnte, traf es ein Arrangement mit den Gläubigern und bot diesen 33½ Prozente. Wie verlautet, wurde das Offert angenommen. (Augsb. Postz.)

In der ersten diesjährigen Sitzung des Schwurgerichts von Oberfranken wurde der 13jährige Christian Staubitzer von Schwarzenbach am Wald, früher Zögling der Rettungsanstalt zu Naila, wegen Brandstiftung 2. Grades zu 9jähriger Zuchthausstrafe verurtheilt. Derselbe hatte die Scheune des Rettungshauses angezündet (die Frage auf Brandstiftung 2. Grades bezüglich des Rettungshauses selbst, wurde von den Geschwornen verneint), um wieder in seine Heimath zu kommen und seinem Hange zum Müssiggang, Streunen und Stehlen nachhängen zu können.

Der zoologische Garten in London hat durch die Kälte viele werthvolle Thiere, darunter den berühmten nubischen Löwen, ein wahres Prachtexemplar, verloren.

Die neuesten Nachrichten von La Plata melden, daß man in vielen Gegenden Südamerika's, namentlich in den nördlichen Provinzen Brasiliens seit Monaten keinen Tropfen Regen gehabt hat. Die Bewohner der Provinz Bahia verlassen massenweise ihre Sertoes und sterben unterwegs vor Entkräftung. Beim Abgang der letzten Post hatte sich in erfreulicher Weise etwas Regen eingestellt.

* Die preußischen Zeitungen äußern sich im Ganzen sehr befriedigt über die Amnestie, soweit dieselbe die von den Zivilgerichten Abgeurtheilten oder Abzuurtheilenden betrifft, weil sie die Gnade bedingungslos und ohne drückende Förmlichkeiten gewährt. Dagegen wird von der liberalen Presse mißfällig hervorgehoben, daß die, welche durch Militärgerichte abgeurtheilt oder abzuurtheilen sind, strenger behandelt werden, und namentlich die Flüchtlinge dieser Klasse behufs ihrer Rückkehr ins Vaterland sich in einem besondern Gnadengesuch an den König zu wenden haben.

Sachsen. Dresden, 12. Jan. Nach dem „Dresdener Journal“ ist die erste Kammer dem Beschlusse der zweiten Kammer zu dem Braun'schen Anfrage in Betreff Schleswig-Holsteins einstimmig beigetreten.

Kurhessen. Kassel, 13. Januar. Die Feier des 30. Jahrestages der Verfassung von 1831 ist im ganzen Lande von der Art gewesen, daß darin eine unzweideutige Antwort des Volkes auf die Kammer-Auflösung vom 8. Dezember v. J. gefunden werden kann und muß. Nicht nur hat dieses Fest in allen größern Städten, namentlich in Kassel, Hanau, Fulda, Marburg, Hersfeld, Schmalkalden, Eschwege, Bockenheim, Frankenberg, Gelnhausen, Hofgeismar, Rotenburg, Homberg, Melsungen, Kirchhain rc. rc., unter großer und begeisterter Theilnahme stattgefunden, sondern es ist auch überall das Verhalten der achtunddreißig Abgeordneten, welche die Mehrheit der aufgelösten zweiten Kammer gebildet haben, ausdrücklich anerkannt und belobt worden. Wo die Abgeordneten der Landgemeinden und der großen Grundbesitzer nicht in eigenen Dörfern gefeiert wurden, wie z. B. der Bürgermeister Knobel in der Dorfschaft Ehlen, da waren sie zu den benachbarten Städten geladen. (Köln. Z.)

Oesterreich. Wien, 12. Jan. In den Komitats-Versammlungen Ungarns gewinnt die revolutionäre Partei immer mehr das Uebergewicht; und es ist unbegreiflich, warum die Regierung die Anwendung des einzigen Mittels, das sie gegen dieselbe noch in der Hand hat, die Einberufung des Landtags, noch um fast drei Monate hinausschiebt. Bis dahin also werden sich die Komitatsversammlungen als völlig souverän geberden und die Verwirrung auf die Spitze treiben. Pesth geht darin voran. In einer Sitzung des Repräsentantenkörpers seines Komitats beschloß derselbe sogar die Antwort, welche der Kaiser ihm durch die Statthalterei auf die bekannte Vorstellung über Einberufung des Landtags, über die Preßverhältnisse, Steuerrückstände, Rekrutenstellung und Justizpflege hatte zugehen lassen, einfach zu den Akten zu legen; obgleich das Reskript in der schonungsvollsten Weise auseinandersetzte, daß, bis zur definitiven Organisation der Komitate, diese im Interesse der friedlichen Umgestaltung des Vaterlandes den provisorischen Anordnungen, welche der Erlaß vom 20. Oktober ergebe, sich fügten. Aber die in dem Komitate vorherrschende Partei scheint es auf eine völlige Losreißung Ungarns von der Habsburg'schen Dynastie abgesehen zu haben. Wenigstens suchte der Vizegespan Nyari in einer folgenden Versammlung des Repräsentantenkörpers einen Schritt hervorzurufen, der den offenen Ungehorsam gegen die bestehende Regierung proklamirt haben würde. Er erklärte nämlich, daß er alle Zuschriften von der k. k. Statthalterei und Hofkanzlei uneröffnet habe liegen lassen, da er diese Behörden nicht als zu Recht bestehend nach dem Gesetz vom Jahr 1848 anerkenne, und er frage an, ob er jene Zuschriften behalten oder zurücksenden solle. Der Obergespan, Graf Stephan Karolyi, entschied schließlich gegen andere Ansichten dahin, daß man jene Behörden als zeitweilige Organe einer verantwortlichen Regierung anerkenne, also auch ihre Zuschriften annehmen wolle. So ist vorläufig noch der offene Bruch vermieden. Das ist um so wichtiger, als das Pesther Komitat tonangebend für die meisten anderen Komitate ist. (Z. f. Nordd.)

Wien, 12. Jan. Die Regierung faßt ihre militärischen Kräfte zusammen und bezieht gleichsam Lager, von dem aus die Kolonnen nach allen Richtungen dirigirt werden können. Den Anlaß zu diesen Vorsichtsmaßregeln bietet Ungarn, das mit überhitzter Phantasie sich in die Bewegung wirft. Der Steuerperzeptor verweigert die Ablieferung der Gelder an die Staatskassen, der Vizegespan leistet keine Assistenz, um den verbotenen Tabakverkauf zu hindern, die Komitate legen die Zuschriften der obersten Behörden bei Seite, und die Justiz ist in vollen Stillstand gerathen. Gegen diese Anarchie wissen die Führer der Magyaren keine Hülfe, denn zur Gewalt wollen sie nicht greifen, um nicht der Regierung wieder die Macht zu geben, und um sich selbst nicht unpopulär zu machen. Für Wechselschulden findet man keine Exekution, dagegen aber werden die alten Kossuthnoten von Spekulanten aufgekauft, in der Hoffnung, sie bald verwerthen zu können. Die Regierung schweigt zu diesen herausfordernden Thaten, aber Tag für Tag gehen Kompagnien auf den Bahnen nach Ungarn, meist deutsche Regimenter. (N. Z.)

Wien, 12. Jan. Seit einigen Tagen hat die Bewegung in Ungarn an Intensität zugenommen. In demselben Maße hat sich denn auch hier dieselbe gesteigert, und in den Wählerversammlungen fallen wieder scharfe Worte (daher die neuerlich angeordnete polizeiliche Ueberwachung derselben), und werden Prinzipien betont, welche die Journale in solcher Unumwundenheit kaum aussprechen, und zwar um so weniger, als gegen fünf derselben Strafprozesse in Zug gebracht worden sind. Der Anstoß, der zu dieser Verfolgung von einer Seite her gegeben worden, scheint nunmehr durch die lebhaftere Aktion der demokratischen Kräfte im Publikum aufgewogen werden zu sollen. Der beachtenswertheste Wahlversammlungsredner scheint Dr. Stailer zu seyn, Konzipient bei einem Advokaten. Alles hängt hier von der fernern Gestaltung der Dinge in Ungarn ab. (N. Z.)

Wien, 12. Januar. Die angesehensten Wiener Blätter, z. B. die „Oesterr. Zeitung“ und die „Ostd. Post“, sind nach ruhiger Prüfung aller Verhältnisse der Ansicht, daß in diesem Jahre der Friede Europa's nicht werde gestört werden. In der That lauten alle Nachrichten aus Turin, auch die neuesten, dahin, daß die Cavour'sche Politik über die Garibaldi'sche siegen werde, und Sardinien schon deßhalb nicht daran denke, Venetien anzugreifen, weil es mit den Wirren der Halbinsel alle Hände voll zu thun habe. (Köln. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 10. Jan. Die Zusicherungen, welche das neueste Patent für Schleswig bezüglich Verwendung deutscher Hauslehrer und Freistellung der Unterrichtssprache in der Privatunterweisung in seinen drei ersten Paragraphen enthält, wird durch einen 4., welcher besagt, wenn „Hauslehrer und Kinder ohne beweisliche unüberwindliche Verhinderung von der Examination weggeblieben sind, oder wenn bei derselben nicht zu ersehen ist, daß sie denselben Grad von Kenntniß und Fertigkeit in den vorgeschriebenen Unterrichtsgegenständen besitzen, den die Kinder von gleichem Alter im Durchschnitt in der Schule erlangen, so fällt deren Befreiung von dem öffentlichen Schulbesuch fort, und sie können alsdann nicht wieder ohne besondere Erlaubniß aus der Schule herausgenommen werden, um zu Hause unterrichtet zu werden“ — gänzlich illusorisch gemacht; denn es ist im Voraus leider nur zu gewiß, daß alle Kirchen-Visitatoren und Schul-Inspektoren in Schleswig schon irgend einen Grund zu finden wissen werden, auf welchen sie die Behauptung stützen können, daß die von deutschen Hauslehrern unterrichteten Kinder in irgend einem Unterrichtsgegenstande, z. B. im Dänischen, nicht denjenigen Grad von Fertigkeit besitzen, den die Kinder der öffentlichen Schule „im Durchschnitt“ besäßen. Und dann hat es mit der ganzen Freiheit, den Unterricht durch Hauslehrer ertheilen zu lassen, wieder ein Ende. (N. Frkf. Z.)

Frankreich.

Während durch Vermittlung der Kaiserin Eugenie die Pariser Frauenklöster ermächtigt worden sind, Sammlungen von Charpie und Geldspenden für die königlichen Truppen in Gaeta zu veranstalten, fordert der Kaiser Napoleon den jugendlichen König von Neapel auf, sich für die Zukunft aufzusparen: er habe die Ehre seiner Krone gerettet, nun gelte es, die Monarchie selbst zu retten; es sey wichtig, Piemont, England und Europa von der Unmöglichkeit der Annexion Neapels zu überzeugen. So lange Gaeta Widerstand leiste, habe Piemont einen Vorwand, den anarchischen Zustand des Landes den durch diesen verlängerten Widerstand aufgeregten Leidenschaften zuzuschreiben. Beweise die Fortdauer der Anarchie nach Aufgabe Gaeta's, daß die Fusion zwischen dem Süden und Norden Italiens nicht möglich sey, so werde die Aussicht des Königs auf seine Rückberufung nur um so sicherer. Der Rath ist gar zu pfiffig. Franz II. wird denken: „Besser hab' ich, als hätt' ich.“ Es wäre sehr möglich, daß, wenn er einmal fort ist, Prinz Napoleon oder Prinz Murat an seine Stelle gesetzt würde.

In Nizza ist man mit der gegenwärtigen (der französischen) Regierung sehr unzufrieden, und seit dem 1. Oktober 1860 sind schon 5378 Menschen nach Ligurien und Piemont ausgewandert. Viele Geschäftsleute haben ihre Magazine geschlossen und sind nach Genua übergesiedelt. Die Fischer sind wüthend gegen die Franzosen, weil Gendarmen ihre Netze zerschnitten haben, deren Maschen enger gewesen seyen, als es das französische Gesetz vorschreibt. Blutige Händel zwischen Landleuten, Matrosen, Fischern und Gen-

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland, für Wahrheit und Recht!

№ 17. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 38. Jahrgang. | Donnerstag, 17. Januar 1861.

Deutscher Bund.

Nach den vorläufigen Berathungen des politischen Ausschusses der Bundesversammlung darf mit Bestimmtheit hinsichtlich des hessen-darmstädtischen Antrags das Votum erwartet werden, daß zu einer authentischen Interpretation des Vereinsgesetzes keinerlei Veranlassung vorliege, und die Bundesversammlung die Anwendung des Gesetzes lediglich den Einzel-Regierungen, beziehungsweise den Behörden oder Gerichten derselben zu überlassen habe. (B. B.-Z.)

Karlsruhe, 12. Jan. Ueber das Vorgehen der hessendarmstädtischen Regierung gegen den Nationalverein sagt die halbamtliche „Karlsr. Ztg.": „Sollte die großh. Regierung keine wirksameren Mittel gegen den ihr so verhaßten Verein kennen, als die der einfachen Repression? Sollte sie gerade die jetzige Zeit mit den kolossalen Gefahren, die diese in ihrem Schoße trägt, für die geeignete Periode halten, wo man den Bundestag, das einzige schwache Band der Nation, wieder einmal vor Aller Augen so recht als oberste Centralpolizeianstalt hinstellt, wo auf Grund eines Ausspruchs von ihm massenhafte polizeiliche Verfolgungen unter dem Volk stattfinden könnten? Zudem ist es ja bekannt, daß die unendliche Mehrzahl der Beitrittserklärungen im Grunde nur allgemein patriotischen und liberalen, und nicht sog. kleindeutschen Zielpunkten gilt! Wer kann etwas gegen erstere, d. h. gegen den Wunsch nach der Herstellung einer deutschen Centralgewalt mit parlamentarischen Institutionen haben? Aber die preußische Spitze? Gut; auf sie als solche haben's die Massen, wie gesagt, kaum abgesehen, und selbst wenn dem so wäre, so ist da mit polizeilichen Mitteln wenig gethan. Auch Bayern, Württemberg, Baden ꝛc. kennen ihre Pflichten gegen sich selbst, und doch ist es ihnen sicherlich noch nicht eingefallen, ein ähnliches Verfahren gegen den Nationalverein einzuschlagen, wie Hessen-Darmstadt."

Bayern. München, 15. Jan. Se. Maj. der König hat auf das Forstamt Amberg den Forstmeister Karl Ludw. Pflaum zu Waldmünchen, seinem Ansuchen entsprechend, versetzt und auf das Forstamt Waldmünchen den Revierförster Wilh. Reber zu Waldmünchen befördert; die Stelle eines kontrolirenden Offizianten bei dem Hauptsalzamte Rosenheim in eine Kontroleursstelle umgewandelt und auf dieselbe den kontrolirenden Offizianten Ludw. Hollfeldet in Rosenheim befördert; den geh. Sekretär des k. Staatsministerium der Finanzen und k. Rath Karl Steinheil, seiner Bitte entsprechend, in den definitiven Ruhestand treten lassen und demselben, in Anerkennung seiner 45jährigen treuen und eifrigen Dienste das Ritterkreuz 1. Klasse des Verdienstordens vom heil. Michael verliehen; den Assessor der k. Regierung von Niederbayern, K. d. F., Wilh. Dallinger, zum geh. Sekretär im k. Staatsministerium der Finanzen befördert; an dessen Stelle den Rechnungskommissär der k. Regierungs-Finanzkammer von Schwaben, Theod. Geiger, befördert; dessen Stelle dem Rathsaccessisten der k. Regierungs-Finanzkammer von Mittelfranken, Fried. Alb. Böhm, verliehen. (N. M. Z.)

** München, 15. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Gestern Abend ist der Großherzog von Hessen und heute Nachmittag sind die Frau Herzogin von Modena, sowie die Frau Erzherzogin Hildegard von Oesterreich mit zwei Prinzessinen Töchtern hier eingetroffen und sämmtlich bei dem k. Vater im Wittelsbacher Palais abgestiegen. — Wegen Ablebens des Grafen v. Syrakus hat unser k. Hof heute Hoftrauer auf 14 Tage angelegt. — Der Kammer der Reichsräthe ist heute die ministerielle Mittheilung zugegangen, daß Se. Maj. der König den Hrn. Bischof Dinkel zum Reichsrathe ernannt habe. — Der 3. Ausschuß der Kammer der Reichsräthe hat für den verlebten Grafen Pappenheim den Reichsrath Fürsten von Hohenlohe zu seinem Vorstand gewählt. — Wie es heißt, wird König Wilhelm von Preußen zum Oberst-Inhaber des Inf.-Reg. Nr. 6, dessen bisheriger Oberst-Inhaber der verlebte König von Preußen war, ernannt werden.

München, 15. Jan. Im Armee-Monturdepot sind jetzt gegen 200 Arbeiter beschäftigt. — Die Bierproduktion in hiesigen Bräuereien hat seit dem passiven Widerstande bedeutend nachgelassen, und wurde in einigen derselben das sogenannte Ueberſieden gänzlich eingestellt. — Wie beinahe alle Jahre, befinden sich auch in diesem Winter wieder einige zwanzig Bräupraktikanten aus Schweden, Dänemark und den Rheinlanden hier, um das Bräuwesen theoretisch und praktisch zu erlernen. (S. Z.)

München, 15. Jan. Prinz Luitpold, sowie die Herren seines Gefolges hatten sich in Berlin einer überaus schmeichelhaften Aufnahme zu erfreuen, und gilt dies insbesondere von dem Generalmajor Frhrn. v. d. Tann, der eine in der preußischen Hauptstadt, namentlich auch in deren militärischen Kreisen, sehr beliebte Persönlichkeit ist. (Augsb. Abdz.)

Durch Ministerialreskript vom 8. d. wird angeordnet, daß in den Städten, deren Magistrate den Kreisregierungen unmittelbar untergeben sind, die Kosten derjenigen sanitätspolizeilichen Maßregeln, deren Anordnung oder Vollzug diesen Magistraten zukommt, den Gemeindekassen insoweit zur Last fallen, als derlei Kosten nicht etwa von Privaten, sondern von öffentlichen Fonds zu tragen sind, nachdem jene Gemeinden, gleichwie sie die Früchte ihrer Polizeiverwaltung beziehen, so auch deren Lasten zu tragen haben.

Nürnberg, 12. Januar. Der hier im September v. J. gebildete Hülfsverein für Sammlung von Beiträgen zur Unterstützung der vertriebenen Schleswig-Holsteiner hat heute seine Thätigkeit geschlossen. Die ganze Sammlung von hier und auswärts ergibt den Betrag von 1830 fl. 54 kr. (Nürnb. K.)

Preußen. Berlin, 14. Jan. Die „Preuß. Z." schreibt: „Sichtbar ergriffen und mit bewegter Stimme begann Se. Maj. der König die Verlesung der Thronrede. Mit klarer fester Stimme wurde die Stelle gesprochen, welche daran erinnerte, daß die Wahrung der Integrität des deutschen Bodens für die erste Aufgabe der preußischen Politik erkläet sey. In der bestimmtesten und ernstesten Weise wurden die Worte betont: Krone und Land können auf einen erhöhten Ertrag der Grundsteuer (wogegen bekanntlich der Landadel, den die Grundsteuer bis jetzt zum Theil gar nicht traf, sich sehr sträubt) nicht länger verzichten ꝛc. Diese Worte, sowie die Versicherung, daß Preußens Bemühungen unausgesetzt auf die Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes in Kurhessen gerichtet seyen, wurden Seitens der Versammlung von warmen Zeichen der Zustimmung begleitet, welche sich in der lebhaftesten Weise steigerten, als Se. Majestät es als eine nationale Pflicht Preußens anerkannte, nunmehr endlich die gebührende Lösung des deutsch-dänischen Konfliktes herbeizuführen. Mit tiefer Bewegung nahm die Versammlung die Versicherung entgegen, daß Se. Majestät auf den Grundsätzen der Regentschaft feststehen würde, und der begeisterte Zuruf der Vertreter des Landes bestätigte das ausgesprochene Vertrauen, daß das preußische Volk nicht gemeint sey, hinter der Eintracht, der Kraft und dem Ruhme der Väter zurückzubleiben, daß es zu seinem Könige stehen werde in guten und bösen Tagen. Nachdem Se. Majestät die Thronrede beendigt hatte, forderte der Minister des Innern die versammelten Vertreter des Landes, unter Vorlesung des Eidesformulars, zum Schwur der Treue auf. Die Alters-Präsidenten und Schriftführer der beiden Häuser eröffneten die Reihe; hierauf schwuren die Mitglieder des Herrenhauses und nach ihnen die des Abgeordnetenhauses. Die Eidesleistung nahm Se. Majestät vor dem Throne stehend und entblößten Hauptes entgegen. Die Feierlichkeit dauerte bis gegen 3 Uhr. Am Schluß der Eidesleistung sprach Se. Majestät, bevor er mit seinem Gefolge den Saal verließ, die Worte: „An Gottes Segen ist Alles gelegen. Gott segne Ihren Schwur! Er segne und schütze das Vaterland!"

deutschen, Meiner europäischen Politik erklärt habe, die Integrität des deutschen Bodens zu wahren, war es erforderlich, die Verstärkung unseres Heeres, zu welcher Sie die Mittel einstimmig gewährt hatten, in der Weise zu ordnen, daß nicht blos die Zahl der Truppen gesteigert, sondern auch der innere Zusammenhalt, die Festigkeit und Zuverlässigkeit der neuen Bildungen gesichert wurden. Die zu diesem Zweck getroffenen Anordnungen bewegen sich innerhalb der gesetzlichen Grundlagen unserer Heeresverfassung. — Aus den Ihnen vorzulegenden Voranschlägen werden Sie entnehmen, daß für das nächste Jahr Einschränkungen angeordnet sind, welche Ihnen verbürgen, daß für die Kriegstüchtigkeit des Heeres stets nur das Unentbehrliche beansprucht werden wird. — Preußen hat über ausreichende Hülfsquellen zu verfügen, um seine Armee auf einem Achtung gebietenden Fuße zu erhalten. Der gegenwärtigen Lage Deutschlands und Europas gegenüber wird die Landesvertretung Preußens sich der Aufgabe nicht versagen, das Geschaffene zu bewahren und in seiner Entwickelung zu fördern; sie wird sich der Unterstützung von Maßnahmen nicht entziehen, auf welchen die Sicherheit Deutschlands und Preußens beruht. — Trotz des Druckes der politischen Verhältnisse dürfen wir mit Befriedigung auf die Lage der Finanzen sehen. .... Die Reform des Eherechts wird, wie Ich Ihnen bereits am Schlusse des vorigen Landtags verkündet habe, wiederum zu Ihren Aufgaben gehören. Ich erwarte die endliche Erledigung dieser Frage mit Zuversicht. — Ueber andere wichtige Vorlagen wird Ihnen Meine Regierung Mittheilung machen. — Im Laufe des verflossenen Jahres ist es Mir gelungen, die Beziehungen zu den Großstaaten durch persönliche Begegnungen mit den Monarchen derselben immer erfreulicher zu gestalten, und sind dies Bürgschaften für die Erhaltung des Friedens gewesen. — Von dem Ernst der allgemeinen Lage Europa's durchdrungen, ist Meine Regierung fortgesetzt bestrebt, eine Revision der Kriegsverfassung des Bundes herbeizuführen, wie sie die gesteigerten militärischen Anforderungen der Gegenwart unabweisbar erheischen. Ich gebe Mich der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß diese Bemühungen endlich zum Ziele führen werden, da alle deutschen Regierungen und alle deutschen Stämme ein einmüthiges Zusammengehen als das dringendste Bedürfniß des Gesammt-Vaterlandes anerkennen. — In Kurhessen währt ein Zwist fort, welchen Meine treuen wohlgemeinten Rathschläge nicht zu beseitigen vermocht haben. Die Bemühungen Meiner Regierung sind unausbleiblich auf die Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes gerichtet. — Zu Meinem lebhaften Bedauern haben die Schritte, welche Preußen in Uebereinstimmung mit den übrigen deutschen Bundesstaaten seit Jahren gethan hat, um die unter der Herrschaft des Königs von Dänemark vereinigten deutschen Herzogthümer in den Genuß eines, den bestehenden Vereinbarungen entsprechenden geregelten Verfassungszustandes treten zu sehen, bisher zu keinem Resultate geführt. Mit seinen deutschen Verbündeten erkennt Preußen es als eine nationale Pflicht an, nunmehr endlich die gebührende Lösung dieser Frage herbeizuführen. — Meine Regierung hat in bewegter Zeit begonnen. Was uns beschieden seyn möge, Ich werde feststehen auf den Grundsätzen, mit welchen Ich die Regentschaft übernommen habe. Die Erfahrung, welche Ich in deren Anwendung gemacht, hat Mich von dem Werthe derselben nur noch inniger überzeugt. Entschlossen, die Wirksamkeit unserer Institutionen und unserer Gesetze zu kräftigen, die nationalen Interessen Preußens und Deutschlands mit Ernst und Nachdruck zu fördern, erblicke Ich in dem unbeirrten Festhalten dieses Weges die sicherste Bürgschaft gegen den Geist des Umsturzes, welcher sich in Europa regt. — Ich vertraue, daß Preußen unter Meinem Scepter sich selbst treu bleiben wird. Ich vertraue, daß Preußen im Rathe seiner Vertreter wie in den Thaten seines Volks beweisen wird, daß es nicht gemeint ist, hinter der Eintracht, der Kraft und dem Ruhme seiner Väter zurückzubleiben. Ich vertraue, daß das Land in unverbrüchlicher Treue zu Mir stehen wird in guten und bösen Tagen. Das walte Gott! — Bei der Uebernahme der Regentschaft habe Ich gelobt, die Mir von Gott verliehene Macht der Verfassung und den Gesetzen des Königreiches gemäß üben zu wollen. Indem Ich auf jenes Gelübde verweise, fordere Ich Sie auf, Mir die Treue zu geloben, welche Sie Meinem verklärten Bruder geschworen und gehalten haben. — So werden Sie Mir denn jetzt vor Gott dem Allmächtigen einen feierlichen Eid schwören, daß Sie Mir in Treue unterthan seyn wollen, daß Sie Mir in der Ausübung Meiner Rechte und Pflichten mit Gut und Blut beistehen wollen."

Wien, 12. Januar. Vorgestern wurde Reichsrath Maager von dem Kaiser in besonderer Audienz empfangen. Gestern überreichte die vom Metropolitan-Erzbischof Jachimovitsch geführte ruthenische Deputation dem Kaiser eine Loyalitätsadresse; morgen wird die Deputation wieder nach Galizien zurückkehren.

In Nizza und Chambery (Savoyen) sollen Kundgebungen gegen die Annexion stattgefunden haben. Auf einem vom Präfekten letzterer Stadt veranstalteten Ball erschienen nur vier Damen, während ein am Tag darauf von der Stadt abgehaltener von mehr als dreihundert besucht war. Damit diese Kundgebungen nicht einen andern Charakter annehmen, so wird berichtet, ist die dortige Garnison auf 2700 Mann Infanterie und 275 Mann Kavallerie erhöht worden. (Allg. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	72 3/4 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	59 1/8 P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	47 5/8 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	39 1/2 P.
„	4 1/2 pCt.	34 3/4 P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	86 P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102 3/4 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101 1/8 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr dto.	101 1/2 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	98 3/4 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98 1/2 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	95 P.
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	103 1/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 1/4 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	102 3/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	93 7/8 G.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	101 3/4 P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 3/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	92 3/4 B.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	100 7/8 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	97 7/8 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	97 1/8 P.
„	3 pCt. Obl.	89 3/4 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47 P.
„	1 3/4 pCt. „ „ „	40 P.
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 500 Thlr.	97 1/2 P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	107 3/4 P.	ex D.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	515 P.	ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	119 1/2 G.	ex D.
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	166 P.	ex D.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	82 P.	ex D.
Internationale Bank in Luxemb. . .	78 3/4 P.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	328 P.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	66 3/4 P.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	223 P.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	117 1/2 P.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74 1/4 P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	25 1/2 P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	125 3/4 P.	ex D.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	95 3/8 P.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49 1/4 P.	
Südd. Back-Akt., 30 pCt. Einz.	232 P.	
Span. Handels- u. Industrie . . .	475 G.	ex D.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	460 P.	ex D.
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	101 7/8 P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 1/2 G.	

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99 1/2 B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105 G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	95 5/8 B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 1/4 B.
Hamb. Mk. 100 k. S.	88 B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 1/4 B.
London Lst. 10 k. S.	117 1/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L. S. L. 250 k. S.	92 5/8 B.
Paris Frs. 200 k. S.	92 7/8 G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	77 1/8 B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	70 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	44 5/8 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	55 1/2 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	125 1/4 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	55 1/4 P.	„ fl. 25 do.	36 1/4 P. 35 3/4 G.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	83 1/2 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	35 3/4 P.
3 1/2 pCt. Preuss. Pr.-Anl. beitt.	116 1/2 P.	Sardinien Fr. 36 b. R.	50 1/4 G.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 2 1/2 pCt. Z.	34 G.
Badische fl. 50	87 1/4 G.	Vereins-Loose fl. 10.	10 3/8 P.
Badische fl. 35	52 1/4 P. 52 G.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 3/8 P.

Frankfurt, 15. Januar. Oesterr. Fonds und Kreditaktien waren eine Kleinigkeit höher, das Geschäft jedoch ohne Leben. (Syndikat.)

zu vermeiden sucht, bis seine Pläne bezüglich Oesterreichs ihre Erfüllung gefunden haben, weil bei Ausführung dieser Pläne auf die Neutralität Preußens gerechnet wird. Erst wenn man mit Oesterreich so weit gelangt seyn wird, wie die kaiserliche Politik nun einmal für nothwendig erachtet, wird man zu Preußen und Deutschland — dessen innere Fragen jetzt sorgfältig „studirt" werden — sich wenden. Bis dahin kann und will Frankreich für Dänemark nichts weiter thun, als im Verein sowohl mit England, wie mit Rußland, nach Kräften dahin zu wirken, daß die deutsch-dänische Frage „bis auf gelegenere Zeit" vertagt werde, oder vielmehr in der bisherigen Schwebe verbleibe. (Fr. Postz.)

Großbritannien.

London, 11. Jan. Der Winter wird in England immer strenger, und die Noth steigt, denn abgesehen davon, daß alle Arbeiten im Freien feiern müssen, schnellen auch die Preise von Kohlen und Lebensmitteln in die Höhe. Von allen Seiten kommen dringende Aufforderungen der im ganzen Lande verzweigten wohlthätigen Vereine zu milden Beiträgen. Aber so viel auch gesammelt werden mag, ist es doch nur ein Tropfen im Meer, kaum hinreichend, die Dürftigen vor dem allerbittersten Elend zu schützen, und ein neuer Beweis — wenn es eines solchen überhaupt noch bedarf — daß angesichts einer weit verbreiteten Kalamität die Privatwohlthätigkeit nur sehr wenig vermag. Es ist eben ein strenger Winter, wie er hierzulande seit vielen Jahren nicht erlebt worden ist. Auf der Themse ist es kaum für große Fahrzeuge mehr rathsam, ihre Ankerplätze zu verlassen, denn an den Ufern steht das Eis fest, und im Strom treiben gewaltige Blöcke, die 6 Zoll und darüber dick sind. Die Nebenflüsse sind ganz und gar unfahrbar geworden, und ein gleiches gilt von den meisten Wasserstraßen der mittleren und nördlichen Grafschaften. Zugleich mehren sich die Gefahren des Eisenbahnverkehrs.

Bei einem Bankett in York sprach sich der englische Minister Charles Wood dahin aus, England habe mit dem italienischen Volk, das sich von einer gehäßigen Tyrannei befreien wollte, sympathisirt und erklärt, daß es durch keine fremde Intervention dabei gehindert werden dürfe; er habe das Vertrauen, daß alle Mächte nach diesem Grundsatz handeln werden.

Mehrere Parlamentsmitglieder von der Friedens- und radikalen Partei haben ein Memorandum an Palmerston gerichtet, worin sie ihn zur Verminderung der Staatsausgaben, namentlich derer für militärische Zwecke, auffordern, da die politische Lage auf Erhaltung des Friedens hindeute; der Krieg mit China sey zu Ende; die italienische Revolution scheine die Errichtung einer konstitutionellen Monarchie herbeizuführen und die Beziehungen zu Frankreich sey, wie der Handelsvertrag und das Aufheben der Pässe beweise, friedlich geworden.

Frankreich.

Paris, 12. Jan. Europa wird seinen Fürsten von Monaco behalten. Mentone und Roquebrune werden zwar zu Frankreich geschlagen, aber die Hauptstadt und ihre Umgebung verbleiben dem Fürsten Florestan. (Köln. Z.)

Der „Constitutionnel" sagt, die vierteljährigen Revuen, die nun über alle Armeekorps abgehalten werden, hätten nichts Exceptionelles, sie würden vielmehr nun alle drei Monate vorgenommen werden, um zu constatiren, wer Anspruch auf Dienstaustritt oder Urlaub habe; auch der Befehl an die Offiziere, sich Pferde anzuschaffen, beruhe auf einer permanenten Anordnung. Bei den Revuen erscheinen die Truppen in vollständiger Feldausrüstung, die sie auch künftig immer mitzutragen haben, während sie in der Krim und Italien dieselben vor dem Gefecht in Depots niederlegten.

Im Telegraphenwesen werden in Frankreich große Aenderungen vorbereitet. Zwischen Amiens und Paris wird bereits die vollständige Handschrift telegraphisch übertragen. Die Gebühren sollen bedeutend vermindert werden und man erwartet dadurch dieselben höheren Erträge, als durch Reduktion des Porto. In Paris wird die Anzahl der Telegraphenbureaux von neun auf dreiundzwanzig gebracht.

Italien.

Die Mörderbande in Bologna ist zur Haft gebracht; sie bestand aus Professionsdieben.

Aus Neapel wird über eine wahre Invasion entlassener Soldaten, verabschiedeter Bedienten und Pflastertreter aller Art geklagt; die Spielhäuser nehmen überhand, und obschon durch den Quästor, wie der Polizeipräfekt nun genannt wird, verboten, werden sie gerade so offen gehalten wie Kaffeehäuser. Jeden Tag erscheint eine Fluth Dekrete, die Niemand beachtet; es ist nun ermittelt, daß noch 15,000 Kilometer Landstraßen zu bauen sind, die einen Aufwand von 300 Millionen Franken erfordern; trotz alles Drängens wird die Regierung vieler ruhiger Jahre bedürfen, um das Land selbst nur in Beziehung auf das Verkehrswesen mit dem übrigen Italien auf eine Stufe zu bringen.

Rußland und Polen.

Die „Posener Ztg." berichtet über die Bauern-Unruhen, die sich im Kreise Bojarsk, Gouvernement Woronesch (Rußland), zugetragen haben. Ein Gutsbesitzer schob die Einigung mit seinen Bauern von Tag zu Tag auf. Endlich ließ er die Vorsteher seiner Gemeinde rufen und eröffnete ihnen, daß er entschlossen sey, sich mit ihnen nach den bestehenden Normen zu einigen und sie mit Belassung des betreffenden Ackerlandes für eine gewisse Summe freizugeben. Die Leute waren zufrieden, brachten die Hälfte des Betrages bald zusammen und verpflichteten sich, die andere Hälfte (der ganze Werth soll 120,000 R. S. betragen haben) innerhalb kurzer Frist zu erlegen. Der Gutsbesitzer empfängt das Angeld, und Tags darauf verkaufte er gerichtlich seine Güter mit den Bauern an einen frühern Staatsbeamten. Dieser nimmt sofort Besitz und beansprucht natürlich auch sein Anrecht an die Leibeigenen, welche vergebens sich auf den mit ihrem Herrn geschlossenen Vertrag berufen und die Quittung über die gezahlte Hälfte der Loskaufungssumme produziren. Da der neue Herr auf sein angebliches Recht dringt, begeben sich die Vorsteher zu ihrem frühern Herrn, welcher sie mit der Bedeutung abweist, daß Alles, was der Leibeigene besitzt, nicht diesem, sondern dem Herrn gehöre, und er das erhaltene Geld als sein Eigenthum, nicht aber als Abschlagszahlung einer Loskaufssumme betrachte. Die Leute verweigern hierauf den Dienst, der neue Herr denunzirt sie als Aufrührer, die nächste Behörde sendet erst Exekutoren, dann Kosaken, es kommt zum Handgemenge, und mehrere Bauern werden erschossen, ein Theil verhaftet und zur Deportation nach Sibirien bestimmt. Wie wir indeß hören, hat der Kaiser Kenntniß von diesem Vorfalle erhalten und befohlen, die Verhafteten sofort zu entlassen, die Untersuchung einzuleiten und den Beschädigten zu ihrem vollen Rechte zu verhelfen. — Ein zweiter Fall war folgender: Ein Gutsherr, der in einer Provinzialstadt wohnt, hatte seit Johanni v. J. einen Beamten auf seine Güter gesetzt, der die Leibeigenen auf alle Weise tyrannisirte und oft grausam mißhandelte. Da mehrere bei ihrem Herrn deßhalb geführte Beschwerden nichts fruchten, üben die Bauern bei Gelegenheit einer solchen Mißhandlung das Vergeltungsrecht an demselben, jagen ihn mit Schlägen fort und wählen aus ihrer Mitte einen Mann zur Leitung der Geschäfte, die dann unter diesem ihren geregelten Gang fortgehen. Nach Verlauf von zehn bis zwölf Tagen, als die meisten männlichen Personen auf dem Felde und in der Wirthschaft des Herrn beschäftigt sind, rückt ein Beamter mit einem Kosakenhaufen ins Dorf. Die Weiber, Greise und Kinder flüchten in die Kirche, und als die Ankömmlinge hier eindringen und die Wehrlosen zu mißhandeln beginnen, eilt ein Weib an die Glocke und läutet Sturm. Die herzueilenden Bauern gerathen ins Handgemenge, und vier von ihnen werden getödtet, mehrere verwundet und die übrigen verhaftet. Auch hiervon ist Meldung an den Kaiser gelangt, auf dessen Befehl die Verhafteten sofort befreit wurden und eine strenge Untersuchung eingeleitet ist.

In Bezug auf die Auswanderung der Tartaren erfährt man, daß, mit Ausnahme des gebirgigen Theils der Kreise Simferopol und Feodosia, sowie der südlichen Küste des Jalta-Distrikts, die Krim fast gänzlich entvölkert ist. Der geringe Theil der Bevölkerung auf der Steppe, der noch nicht ausgewandert ist, hat sich bereits mit Pässen versehen und wartet nur den Frühling ab. Von den Einwohnern des Kreises Eupatoria hat fast keiner die Wintersaaten bestellt.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 14. Januar. Aus der Thronrede, womit König Wilhelm I. heute den Landtag eröffnete, theilen wir in Folgendem die wichtigsten Stellen wörtlich mit: „König Friedrich Wilhelm der Vierte ist in schwerer Zeit geschieden. Eine schwere Aufgabe ist Mir zugefallen. Unter Gottes gnädigem Beistand gedenke Ich dieselbe glücklich hinauszuführen. Sie werden Mir dabei treu zur Seite stehen. Das Vaterland bedarf einsichtigen Rathes und selbstvergessener Hingebung. — Nachdem Ich es Angesichts hervorragender Fürsten des deutschen Bundes für die erste Aufgabe Meiner

versetzt; die Divisions-Kommando-Sekretäre Paul Schäffer vom Generalkommando Augsburg zur Militärfonds-Kommission und Al. Fleischmann von der Militärfonds-Kommission zum Generalkommando Augsburg versetzt; dem pens. Unterlieut. Nik. Meyer die nachgesuchte Entlassung aus dem Heerverbande mit Pensionsfortbezug bewilligt; den Hauptmann Karl Oberst vom 11. Inf.-Reg., den Hauptmann Osk. Fritsch vom 12. Inf.-Reg., beide auf ein Jahr, dann den Stabsauditor Adalb. Golch vom Generalkommando Augsburg bleibend in den Ruhestand versetzt; den temp. pens. Fohlenhofs-Verwalter 2. Klasse Ad. Linbrunn bleibend im Ruhestande belassen. (Mil.-Verordngsbl.)

München, 14. Jan. Die nunmehr vollendeten Marschversuche mit Munition für gezogene Kanonen haben zum erwünschten Ziele geführt. (Südd. Z.)

* In der (VIII.) Sitzung der 2. Kammer am 14. d. M. wurden die neu eintretenden Abgeordneten Frhr. v. Künsberg und quiescirter Staatsprokurator-Substitut Umbscheiden beeidigt. Der Präsident eröffnete hierauf der Kammer, daß durch den Art. 7 und 13 des Gesetzes vom 12. Mai 1848, die Behandlung neuer Gesetzbücher betr., den Kammermitgliedern das Recht eingeräumt sey, wenn die Gesetzgebungs-Ausschüsse in Abwesenheit der Kammern versammelt waren, nach deren Wiederzusammentritt Modifikationen zu den der Berathung der Ausschüsse unterliegenden Gesetzesentwürfen einzureichen, jedoch nur in einer durch Kammerbeschluß festzusetzenden präclusiven Frist. Es sey demnach jetzt Aufgabe der Kammer, diese Frist festzusetzen. Ohne der Kammer vorzugreifen, sey nun Präsidium in der Lage, Namens des Gesetzgebungs-Ausschusses eine Frist von 14 Tagen, von heute an, zu beantragen. Diesem Antrage wurde sofort ohne Debatte beigestimmt, worauf der Hr. Vorsitzende noch diejenigen Abgeordneten, welche Modifikationen zu beantragen die Absicht haben, ersuchte, dieselbe dem Präsidial-Bureau einzureichen, von welchem sie sofort dem Ausschusse würden mitgetheilt werden.

* Abg. Barth begründet seinen Antrag auf Abkürzung der sechsjährigen Finanzperioden damit, daß der in der Verfassungs-Urkunde Tit. VII. §. 5 bestimmte Zeitraum von sechs Jahren, auf welchen die zur Deckung der ordentlichen Staatsausgaben erforderlichen direkten Steuern jedesmal zu bewilligen sind, entschieden zu lang sey. Auf sechs Jahre lasse sich namentlich bei den gegenwärtigen Verhältnissen der Haushalt eines Staates auch nur mit einiger Sicherheit nicht voraus reguliren. Das Mißliche einer sechsjährigen Finanzperiode habe sich schon öfters praktisch herausgestellt, so z. B. habe die Staatsregierung im Jahre 1849/50 sich bemüßigt gesehen, die Wirksamkeit des Finanzgesetzes thatsächlich auf 2 Jahre zu beschränken; die Differentien zwischen dem Voranschlage und der Wirklichkeit in den Einnahmen und Ausgaben seyen bei jeder und namentlich auch wieder bei der letzten Finanzperiode so bedeutend gewesen, daß hieraus die Unzweckmäßigkeit der Vorausbestimmung des Budgets für so lange Zeit recht klar hervorgetreten sey. In dem dermaligen Augenblicke würde die Einstellung einer Reihe von neuen Positionen in das Budget nothwendig werden, deren Richtigkeit sich nur annähernd beurtheilen lasse, weßhalb sich auch in dieser Hinsicht ein Budget auf sechs Jahre nicht empfehle; zudem erfreuten sich alle anderen konstitutionellen Staaten Deutschlands bereits kürzerer Finanzperioden, und die Kammer der Abgeordneten habe bereits auf dem Landtage 1851/52 einen Initiativ-Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Weis, welcher die Reduktion der Finanzperioden auf 3 Jahre zum Gegenstand hatte, mit großer Mehrheit angenommen."

Augsburg. Behufs Einrichtung eines Artillerieschießplatzes auf dem Lechfelde wird der Ankauf eines großen Theiles desselben für das Militärärar beabsichtigt, und sind desfallsige Unterhandlungen bereits im Gange. Bei der geringen Fruchtbarkeit des Lechfeldes dürfte der Ankauf selbst eines sehr großen Theiles desselben keine allzuhohen Kosten verursachen. (Südd. Z.)

Preußen. Posen, 11. Jan. Im Königreich Polen ist jetzt allgemein das Gerücht verbreitet, Kaiser Alexander werde nächstens wieder nach Warschau kommen, um das organische Statut, welches schon im Jahre 1852 für Polen ausgearbeitet worden, zur Ausführung zu bringen und dadurch dem Königreich wieder eine eigene Constitution zu verleihen. Damit ist jedoch die Agitationspartei jetzt nicht mehr zufrieden; sie sagt, wie die „Posener Zeitung" heute versichert, diese Maßregel komme nun zu spät; Polen müsse in seiner ganzen Ausdehnung, wie es 1771 gewesen, als selbstständiges Reich wieder hergestellt werden. Und doch ist diese Partei durch Napoleons jetzige Haltung sehr beunruhigt. Die friedlichen Worte, die er am Neujahrstage gesprochen, und die Begünstigung des Verkaufs von Venetien passen nicht zu ihren Erwartungen, denn käme letzteres zu Stande, so bliebe die ungarische Revolution aus, ohne welche eine erfolgreiche Erhebung Polens unmöglich sey. Diese Partei verfolgt jetzt ihre Zwecke überall mit großer Kühnheit: in Warschau hat sie die exclusiven Adelsbälle verboten, und als in der Neujahrsnacht dennoch ein solcher statthatte, denselben gewaltsam gestört. Aehnliches ist auch in Kalisch und an andern Orten geschehen. Auch bei uns werden die Ausschreitungen der Partei immer dreister. Ein Beispiel dafür ist die Weigerung des Probstes Pluinski in Exin, für den hingeschiedenen König die Glocken läuten zu lassen. Ueber den Bruch zwischen dem hiesigen erzbischöflichen Stuhl und der gesammten katholischen Bevölkerung polnischer Nationalität in unserer Provinz, wie die Zeitung sich ausdrückt, bringt heute der „Dziennik" einen langen salbungsreichen Artikel, der, wie die hiesige deutsche Zeitung sagt, nur mit der Maske der Religion das entschiedenste politische Nationalitätsstreben zu verdecken sucht. Alles wird dem Erzbischof zum Verbrechen angerechnet; man will sogar nicht einmal den zahlreichen katholischen Deutschen bei uns einen ihren Bedürfnissen entsprechenden deutschen Gottesdienst gönnen. Um den Erzbischof doch einigermaßen zu schonen, wird er als ein Schwächling dargestellt, der in Allem seinem schlauen Rathgeber, einem deutschen Domherrn (Richter) folge. (Frankf. Postztg.)

Oesterreich. In Wien hat eine Wählerversammlung beschlossen, gegen die polizeiliche Verordnung vom 2. Januar, welche alle Nichtwähler von diesen Versammlungen ausschließt, Beschwerde zu führen.

Der Staatsminister des Innern hat im Einverständniß mit dem Polizeiminister für alle deutsch-slawischen Länder, in welchen Gemeindewahlen vorgenommen werden, am 5. Januar einen besondern Erlaß an die Statthaltereien gerichtet, wonach die Wahlbesprechungen in folgender Weise reglementirt werden: 1) Keine Wahlversammlung darf ohne Zustimmung der Polizei stattfinden; 2) an den Wahlversammlungen dürfen nur Wahlberechtigte theilnehmen, welche Wahlscheine mitbringen müssen; 3) in allen Wahlversammlungen hat ein Polizeibeamter anwesend zu seyn, welcher die Besprechung überwacht, den Vorsitzenden zur Abstellung einer etwaigen „Ordnungswidrigkeit" aufzufordern und, wenn der Aufforderung nicht nachgekommen wird oder wenn die „Ausschreitung" eine strafbare Handlung begründen sollte, „kraft seines Amts einzuschreiten" hat.

Bereits unterm 9. Januar wurde dem „Pesther Lloyd" aus Wien geschrieben, daß infolge der Verzichtleistung des Grafen Cziráky Graf Apponyi zum Judex curiae ernannt worden sey, daß der Letztere die Annahme jener Würde aber bis zur Stunde noch nicht zugesagt habe. Es seyen nämlich die von ihm beharrlich geforderten Bedingungen, insbesondere die sofortige Wiedereinverleibung der partes adnexae mit Ungarn, für derzeit unannehmbar erachtet worden. Nach der nun erfolgten Veröffentlichung der Ernennung durch das Amtsblatt scheint man den Forderungen des Grafen Apponyi doch nachgegeben zu haben.

Wien, 12. Jan. An die serbische Grenze sind schleunigst Truppen beordert worden, da die Gährung im Fürstenthum sowohl, sowie auch in der Wojwodina unter den österreichischen Serben eine sehr bedenkliche Gestalt angenommen hat, und man befürchtet, daß die Bewohner des Fürstenthums die österreich. Grenze überschreiten könnten. (D. Allg. Z.)

Dänemark.

Kopenhagen, 8. Jan. Die Nachrichten aus Deutschland fangen an, das hiesige Publikum zu beunruhigen. Den in die Regierungspolitik Eingeweihten war es zwar längst kein Geheimniß mehr, daß die deutsch-dänische Verwicklung der Möglichkeit einer friedlichen Beilegung immer weniger Raum gibt, aber nun beginnen auch dem größern Publikum, dem die hiesigen Preßorgane dies bisher beharrlich zu verbergen gewußt haben, immer mehr die Augen aufzugehen. Der einzige Trost, mit dem die dänischen Blätter den sinkenden Muth des dänischen Volkes noch aufrecht zu halten suchen, ist die Hinweisung auf Frankreich; doch hört man in gutunterrichteten Kreisen, daß die Versprechungen, die die diesseitige Regierung von Paris empfangen hat, sehr vager Art sind, und daß Frankreich bestimmte Verpflichtungen, die nicht von der Mehrzahl der Mächte, die das Londoner Protokoll (über die neue Thronfolgeordnung im dänischen Gesammtstaat) unterzeichnet haben, ausdrücklich als aus demselben resultirend anerkannt werden, für jetzt nicht übernehmen will. Ich sage ausdrücklich: für jetzt, denn an Orten, wo man Gelegenheit hat, die Dinge genauer zu kennen, hält man die Ansicht fest, daß Louis Napoleon jedes Zerwürfniß mit Preußen und Deutschland so lange sorgfältig

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 16.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 16. Januar 1861.

Napoleon III.

(Aus der „Süddeutschen Zeitung“.)

Paris, Anf. Januar. Wie ich aus deutschen Blättern erfahre, so glaubt man bei Ihnen, Napoleon III. werde durch die innere Schwierigkeit seiner Lage zum Kriege gedrängt; um einen Ableiter für die innere Unzufriedenheit zu finden, suche er im äußeren Kriege die französische Unruhe zu beschäftigen. Ich fürchte, man gibt sich bei Ihnen starken Illusionen hin; ich fürchte das, weil ich als Deutscher es beklage, wenn die Unterschätzung des Gegners zu ungenügender Vorbereitung der deutschen Wehrkraft verleitet. Unser Bundestag ist einem solchen Gegner sicherlich nicht gewachsen.

Napoleon ist gegenwärtig sehr stark, sowohl im Innern als nach Außen. Er ist in den Augen der Franzosen noch immer l'homme nécessaire, der einzige feste Punkt in dem allgemeinen Brei der Auflösung, die eiserne Nothwendigkeit, um die sich Alles dreht. Er hat wohl auch in Frankreich Gegner, aber keine feindliche Partei, die sich stark genug fühlt, ihn anzugreifen, keine Partei, die ein ihm gefährliches Programm bekennt. Die Legitimisten sind schon längst im Verfall; in neuerer Zeit schließen sich manche aus ihnen an Napoleon an, und der Golddurst des Bürgerstandes hat auch sie ergriffen. Eine Fürstin Polignac macht der Mad. Mirès, einer Jüdin, den Hof und bittet sie um der Tochter Hand für ihren Sohn. Der Herzog von Richelieu vermählt sich ebenso mit einer Tochter der haute finance. Die Finanzwelt des dritten Standes grollt dem Kaiser, weil er sie um ihre politische Stellung gebracht hat; aber sie ist noch voll Angst vor der Republik und wird blaß vor Furcht, wenn sie an die Sozialisten denkt, die sie hinter dem Sturz des Imperialismus lauern sieht. Sie wird daher nichts gegen ihn wagen. Für den Handel und die Industrie hat er viel gethan und beiden Schwung gegeben: das weiß der Bürgerstand sehr gut. Das Literatenthum ist — ehrenwerthe Ausnahmen abgerechnet — zu tief an der allgemeinen Jagd nach Gold betheiligt, um noch die sittliche Kraft einer liberalen Opposition bewahren zu können. Die Arbeiter und die Bauern sind in Masse günstig für den Kaiser gestimmt. Durch seine großen Bauten und öffentlichen Werke gibt er jenen zu verdienen, durch seine Gesetze und Einrichtungen gibt er dem Landwirth das Gefühl von Aufmerksamkeit auf seine Interessen. Den Massen imponirt aber vor allen Dingen der kriegerische Ruhm, den er gewonnen hat. Die Opposition des hohen Klerus wegen Rom und der Papstfrage regt die Massen eher in entgegengesetzter Richtung auf.

Die Armee, jetzt wieder der erste Stand in Frankreich, ist dem Kaiser sehr zugethan. Sie will nichts von Republik hören, denn die Republik hat sie mißhandelt; auch nichts vom Bürgerkönigthum, denn Louis Philipp hatte sie zurückgesetzt und brach gelegt.

Alle Franzosen, auch die, welche die sittliche Korruption der kaiserlichen Regierung oder den Druck des Absolutismus schwer empfinden, sind doch zugleich anzuerkennen bereit, daß er Frankreich zur ersten europäischen Macht erhoben habe und sind stolz darauf. Am meisten imponirt der leicht beweglichen und vielgeschäftigen Nation die Art, wie er, im Gegensatz zu dem Bürgerkönigthum, ohne viel zu plaudern, mit drastischer Energie die Initiative ergreift und entscheidend, durchschneidend handelt, während Andere nie zu einem Entschlusse kommen, sich von den Umständen treiben und drängen lassen, halb nachgeben, halb widerstehen, dann ihre Zugeständnisse wieder zurücknehmen und ideenlos schwanken und träge schlummern.

Die schwächste Seite Napoleons sind die Finanzen. Er geht mit seinem eigenen Gelde und dem des Staates um, als hätte er das Arkanum der Goldmacherei gefunden. Jüngst schenkte er einem seiner Adjutanten bei dessen Verheirathung nahezu eine Million. Die schwebende Schuld beträgt nahezu eine Milliarde. Die Finanzmänner haben die Ueberzeugung, daß er im Frühjahr eine Gelegenheit ergreifen müsse, um in einer dem Schein nach gerechtfertigten Weise der Nation ein bedeutendes Anlehen abzufordern. Er versteht Vieles, aber den Staatshaushalt versteht er nicht. Da läßt er sich leicht von Schwindlern täuschen und bestimmen.

Die Frage: „Will Napoleon im Frühjahr die Erneuerung des Kriegs?“ ist auch hier auf vielen Lippen; aber Niemand weiß eine sichere Antwort. Der schweigsame Mann sagt es erst, wenn er es thut. Kein Mensch weiß am Morgen, in welchem Zimmer der Tuilerien er zu Mittag speisen, Niemand, in welchem Zimmer er die Nacht zubringen wird. So ist es auch in politischen Dingen. Er macht große Rüstungen, aber daraus folgt nur seine Bereitschaft zum Krieg, nicht der Entschluß. Im letzten Grund hat seine Politik den Charakter einer großartigen Intrigue, und seine Schlauheit ist die stärkste seiner Eigenschaften. Er stürmt nicht wie sein Oheim mit Gewalt durch alle Schwierigkeiten hindurch, er untergräbt dieselben, und wenn sie einstürzen, geht er darüber hinweg. Zum Schwert greift er nicht aus Liebhaberei, nur wenn er nicht anders vorwärts kommt, und nur, nachdem er zuvor den Feind durch geschickte Schachzüge in eine unhaltbare Stellung gedrängt hat und ein Schachmatt bieten kann.

Der italienische Feldzug hat ihm einen tiefen Eindruck zurückgelassen; er kennt die Gefahr, in der er bei Magenta und noch bei Solferino gewesen war und hat wenig Lust, das Schlachtenglück oft zu versuchen. Auch ist es nicht wahr, daß ihn die Armee zum europäischen Kriege dränge, wie man oft behauptet. Die Armee will freilich beschäftigt seyn. Sie wünscht von Zeit zu Zeit eine Expedition, aber am liebsten eine kurze, welche ihr sichere Lorbeeren verheißt und das Avancement im Schwang hält; sie verlangt nach keinem aufreibenden und gefährlichen Krieg, an dem zuletzt ganz Europa sich betheiligt, und dessen Ausgang zweifelhaft ist, keine Kriege à la Napoleon I., die mit Koalition endigen.

Er rechnet beständig in politischen Dingen wie ein Kaufmann, der eine gewagte Spekulation unternimmt. Auch die Unschlüssigkeit und der rasche Wechsel der Plane erklärt sich daraus. Er rechnet als ein kalter Egoist für sich und für Frankreich. Er befriedigt den Nationalinstinkt viel mehr von seiner schlechten als seiner guten Seite. Was dem Kaiser zu einem großen Staatsmann fehlt, das ist der Mangel an sittlichem Halt. Nur aus diesem Fehler, den er durch ein ideal tönendes Pathos vor der Welt sorgfältig zu verbergen sucht, kann ich mir erklären, daß er sich mit einem Bande zwar talentvoller, aber tief demoralisirter Gesellen umgibt, in der Persigny fast der einzige ehrenwerthe Mann ist. Das Leben von Morny und Walewsky z. B. ist ein fortgesetzter Skandal, und beide sind unter seinen engsten Vertrauten. Diese Umgebung erregt auch in Frankreich, wo der sittliche Maßstab wenig in Uebung ist, Anstoß für die redlichen Leute; und der Schatten, den sie wirft, verdüstert auch den Glanz des Kaiserthums.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 14. Jan. Se. Maj. der König hat das Schulbenefizium in Wengen, Ldg. Rain, dem Priester Jos. Streng übertragen; genehmigt, daß die kathol. Pfarrei Abenberg, Ldg. Roth, von dem Bischofe in Eichstädt dem Priester Mich. Reinl, 1. Kooperator an der Stadtpfarrei zu U. L. Frau in Ingolstadt, verliehen werde; den quiesc. Bauinspektor und damaligen Verweser der Baubehörde Kelheim, Karl Ernst Vogel, als Baubeamten in Kelheim reaktivirt. (N. M. Z.)

München, 13. Jan. (Militärdienstes-Nachrichten.) Se. Maj. der König hat den Reg.-Quartiermeister Ferd. Wright vom Gouvernement der Bundesfestung Landau in den Ruhestand

Die neuen 4½proz. Nassauer finden unter diesen Umständen schnelle und billige Abnahme, besonders auch unter den kleineren Kapitalisten, die nicht selten damit ein vortheilhaftes Tauschgeschäft verbinden. — Von den auswärtigen Fonds sind spanische matter. Die unsinnige Spekulation, welche an der Pariser Börse in Passiven eingeleitet wurde, hat durch ein Falliment ihr Ende erreicht und die Narren zahlen die Zeche. Am hiesigen Platz war von dem Papier so gut wie kein Besitz mehr. — Looseffekten ohne wesentliche Veränderung. Kurhessische einen Thaler besser, dagegen badische etwas niedriger.

Von Kreditaktien sind österreichische nach ziemlichen Variationen etwas gewichen. Man spricht und disputirt über die Verluste der Anstalt. Ein Verlust von selbst 10 pCt. an ihrem Kapital scheint aber bei den jetzigen Kursen des Effekts (80 pCt. in Wien) nicht bedeutend, da derselbe am Effektenbestand und nicht durch schlechte Geschäfte entstanden ist. Wenn die Anstalt die Fehler, die an der früheren Verwaltung gerügt werden, wieder gut macht und ihr an und für sich gutes Geschäft nach gesunden Prinzipien und reell geleitet wird, so ist sie, wie wir schon oft gesagt, eines der wenigen derartigen Institute, welches prosperiren kann. So gut der Staat nachgibt und Lehre annimmt, kann es die Kreditanstalt auch thun. Oesterr. Bankaktien sind beiläufig 14 fl. gestiegen. Es ist sicher, dass Kredit-, Bank- und Eisenbahn-Aktien, sowie Grundentlastungs-Obligationen von einer allenfallsigen Reduktion der österr. Staatsschuld nicht betroffen werden können. — Andere Kredit- und Bankaktien unbelebt.

Von Eisenbahn-Aktien haben sich pfälzische befestigt und notiren um 2—3 pCt. besser. Für Weissenburger waren mehrfache Kaufordres am Markt. Auch Staatsbahnen und bayerische Ostbahnen haben sich wieder etwas erholt. Dagegen ermatteten Hanauer und hessische Ludwigsbahn, letztere ohne irgend bekannte oder plausible Gründe. Von Prioritäten haben sich österr. Westbahn bis auf 74 gehoben, auch Nahebahn besser. Die Garantie für die zweite Prioritäts-Anleihe ist allerdings von dem Regierungskommissär zugesagt worden, da aber Preussen ein konstitutioneller Staat, so kann diese Zusage wohl nichts anders bedeuten, als dass der Herr Handelsminister bei den Kammern um die Genehmigung nachsuchen wird und diese allein endgültig zu entscheiden haben.

— Die Diskontoerhöhungen in Paris und London haben hier wenig influirt. Unsere Geldverhältnisse bleiben anhaltend günstig. London und Paris werden weit unter dem resp. Zinsfuss gehandelt. Dafür dass wir die glänzende Epoche der Spekulation leider nicht mitmachen, haben wir auch bei den Krisen nicht mitzuleiden. (Aktionär.)

Neueste Nachrichten.

Die „Allg. Ztg." schreibt: „Aus sicherer Quelle erfahre ich, daß demnächst in Frankfurt a/M. eine neue tägliche Zeitung im großem Maßstab, und zwar gothaischer (Eisenacher) Tendenz, gegründet werden soll. Man hat die Absicht, dieselbe mit wissenschaftlichen Beilagen auszustatten. Das Kapital in sehr bedeutender Summe ist gesichert. Man bezeichnet die Professoren Gervinus und Häusser als Mitglieder des Ausschusses für das Blatt. Die Hauptredaktion würde Julius Lammers übernehmen, bisher Redakteur der „Weserzeitung" in Bremen."

Berlin, 12. Jan. Das „Preuß. Wochenbl." (Organ der altpreußischen Partei, aus deren Reihen zumeist das gegenwärtige Ministerium hervorgegangen ist) bespricht in einem Leitartikel die Situation, die bedrohliche Supremalie Frankreichs, warnt, der rohen Gewalt die Wege zu bahnen, und sagt, daß die große Nation nichts sehnlicher wünsche, als die Erwerbung der Rheinlande, daß die Existenz eines einheitlichen Italiens mit Frankreichs Interessen — da Frankreich jetzt eine Seemacht ersten Ranges ist — nicht unverträglich sey, daß auch ein einheitliches Italien ein Königreich „von Frankreichs Gnaden" sey, dessen gesammte Macht den Pariser Impulsen folgen müsse. Es sey nun klar, der nächste Zweck Sardiniens wäre die Erwerbung Veneziens; das Mittel dazu eine europäische Revolution. Frankreichs Zweck sey, das dadurch hervorgerufene Chaos zum unmittelbaren Vortheile auszubeuten. Inmitten dieser Gefahren ringe Oesterreich vergebens, seine inneren Krisen auszutragen. Rußland blute noch an den Wunden des orientalischen Krieges und an der durch ein großartiges Reformprojekt in die ländliche Bevölkerung hineingetragenen Erregung. So richte sich die letzte Hoffnung, weiterer Vergewaltigung und revolutionärem Umsturze zu steuern, auf Preußen. (Wenn es die Kraft dazu hätte!) Unter diesen Auspizien trete der Landtag zusammen.

Triest, 11. Jan. Aus Cattaro wird gemeldet, daß der russische Konsul in Ragusa, Petkovich, aus Cettinje, wo er dem Fürsten von Montenegro das Großkreuz des St. Annen-Ordens überreichte, zurückgekehrt sey. (T. d. Ostd. Post.)

Turin, 11. Jan. In Entgegnung der von der „Ostdeutschen Post" und „Donau-Ztg." gebrachten Kommentare des Leitartikels der ministeriellen „Opinione" vom 28. Dez. — „Diplomatische Verhandlungen" überschrieben — erklärt dieses Blatt heute, daß die Garibaldi'sche Politik im Ministerium Cavour keineswegs die Oberhand gewonnen habe, und daß dieses sich gewiß zu keiner gewagten und gefahrvollen Politik entschließen werde. Die italienische Regierung könne ihre Politik nicht wechseln, ohne sich der Gefahr eines Selbstmordes auszusetzen. Sie kenne die Lage Oesterreichs und vertraue auf das Werk der Zeit. Nur die diplomatischen Verhandlungen dieser Tage ängstigen Italien, weil es, falls Europa eine nicht annehmbare Lösung der italienischen Angelegenheiten dekretiren wollte, sich gezwungen sehen könnte, kühnere Maßregeln zu ergreifen, um die einzig mögliche Lösung durchzusetzen. Frankreich werde in allen Fällen der Nichtintervention Achtung verschaffen und Italien, den Werth der französischen Allianz hoch erkennend, werde kein Opfer scheuen, diese Allianz zu erhalten.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Bohlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (l o. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	72¾ G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	58¾ P. ½ G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	47⅝ P. ½ G
"	5 pCt. Metall. Obligation.	39½ P.
"	4½ pCt.	34¾ P.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	85¾ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102¾ P.
"	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101⅛ P.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr. dto.	101½ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	98¾ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98½ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	95 P.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103⅛ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	94¼ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	102¾ P.
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	93¾ G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	101¾ P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100⅝ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	100⅞ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	97⅞ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	97 P.
"	3 pCt. Obl.	89¾ P.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47 P.
"	1¾ pCt. " " "	40 P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	97½ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	107¼ G. ex D.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	560 G. ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	119—18½ G. ex D.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	166½ P. ex D
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	82 P. ex D.
Internationale Bank in Luxemb. . .	79 P. 78½ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	327 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	66¾ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	225 P.
" Elisab.-Eisenbahn à pCt. . .	118 P.
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73¾ G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	25½ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	128¼ P 125¾ G ex D.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	95⅜ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	48¾ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	232 P.
Span. Handels- u. Industrie . . .	475 G. ex D.
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	460 P. ex D.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. vollanbez.	101⅞ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99½ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105 G.
Brem. 50 Th. Ld'r. k. S.	96⅝ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105¼ B.
Hamb. Mk. 100 k. S.	88 B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ B.
London Lst. 10 k. S.	117⅜ B. ¼ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. 1. S. L. 250 k. S.	92⅝ B.
Paris Frs. 200 k. S.	92¾ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	77 B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	70 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R. .	44⅝ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	54¾ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	125¼ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	55⅝ P.	" fl. 25 do.	35½ P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	84½ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	35¾ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beil.	115 P.	Sardinien Fr. 36 b. H.	50¼ G.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	34 G.
Badische fl. 50	87¼ G.	Vereins-Loose fl. 10.	10⅜ P.
Badische fl. 35	52¼ P. 52 G.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅜ P.

Frankfurt, 14. Januar. In Folge ungünstiger Wiener Notirungen wurden österr. Fonds und Aktien etwas billiger abgegeben. Bexbacher Eisenbahnaktien fortwährend gesucht, in den übrigen Fonds und Aktien keine bemerkenswerthe Veränderung. (Synd.)

der Verwaltung steht und unter lautem Jubel die schwerste Aufgabe zu lösen unternahm, die jemals einem Staatsmann angesonnen war, wird von seinen eigenen Freunden zu Grunde gerichtet. Wenn er die öffentliche Meinung vernehmen will, schallt ihm ein chaotisches Durcheinander von Stimmen verwirrend entgegen; wenn er sich gegenüber den Umtrieben, die seine Stellung untergraben, auf eine mächtige liberale Partei stützen will — wo ist diese Stütze zu finden? Die Elemente sind da, aber die organisirte Partei fehlt, und es geschieht nichts, um sie zu schaffen. Einen Augenblick hat es den Anschein gehabt, als sollten aus diesem formlosen Rohstoff feste politische Gestaltungen allmälig sich bilden. Aber die besten Männer blieben behutsam im Hintergrund und das erste polizeiliche Veto, das der politischen Diskussion störend entgegentrat, war genügend, diese Keime zu ersticken. Der Ungar wagt sein Leben daran; der Deutsche zieht sich vor einem Stirnrunzeln zurück. — Man erntet nicht, ohne gesäet zu haben; man erreicht kein politisches Resultat, ohne Anstrengungen gemacht und Opfer gebracht zu haben. Davon aber sehen wir in Wien noch nichts. Es ist hier nicht die Frage, welche von den möglichen Lösungen des Verfassungsproblems die richtige sey; aber gewiß ist: je länger die deutsche Bevölkerung zögert sich aufzuraffen und ihren Antheil an der politischen Arbeit zu übernehmen, um so sicherer wird ihr das Heft aus den lahmen Händen gewunden; je länger sie klagt statt zu handeln, um so gehäufteren Anlaß zu fruchtlosen Klagen findet sie."

Wien, 10. Jan. Es ist bezeichnend, daß selbst Wiener Blätter sich mit aller Entschiedenheit gegen den bekannten Darmstädter Antrag in der Bundes-Versammlung aussprechen.

Wien, 11. Jan. Unter den schlimmen Einflüssen, welche gegenwärtig auf unsere Börse einwirken, nehmen immer mehr auch die Ereignisse in Ungarn eine hervorragende Stelle ein. Steuerverweigerung von Seiten der einzelnen Steuerpflichtigen findet daher jetzt schon in einem Umfange statt, welcher den Finanzen nicht unbeträchtliche Opfer auferlegt. Selbst diejenigen, welche noch die direkten Steuern, wie die Grund- und Gebäudesteuer, entrichten wollen, werden von den Uebrigen terrorisirt. So sind Fälle vorgekommen, daß die Verwalter von ungarischen Gütern an ihre hiesigen (deutschen) Herren geschrieben haben, sie könnten und dürften die ihnen zur Berichtigung der Steuer angewiesenen Summen nicht zu diesem Zwecke benutzen, wollten sie nicht riskiren, daß ihnen die Häuser über dem Kopfe von der fanatisirten Menge angezündet und sie selbst ausgeplündert würden. (Südd. Z.)

Frankreich.

Paris. In Paris wird, wie man der „Weser-Zeitung" schreibt, die Publikation einer Broschüre vorbereitet, welche den Titel: „Die Trienter Frage" führt. Der Verfasser ist ein Herr A. Gazoletti, Mitglied des Nationalparlaments, wie er sich nennt. Er hat die Flugschrift auf den Wunsch einiger hervorragender Italiener verfaßt und ein Exemplar im Manuskript dem Kaiser Napoleon, sowie den Kabineten von Turin und London zugehen lassen. Die Flugschrift selbst sucht zu beweisen, daß die Bewohner Trients und des Trienter Gebiets durchaus italienischer Nationalität seyen und widerrechtlich bei Gelegenheit der im Jahre 1802 zu Paris zwischen Frankreich, Rußland und Oesterreich abgeschlossenen Konvention letzterem Staate zuertheilt und ebenso widerrechtlich bei Konstituirung des deutschen Bundes für deutsches Bundesgebiet erklärt worden seyen. Den Schwerpunkt der Frage legt er dahin, daß der südliche Abhang der Tyroler Alpen für die Vertheidigung Deutschlands von geringem Werth sey, sein Besitz dagegen den Italienern allein eine völlige Sicherheit gegen Angriffe, die vom Norden kommen, gewähre; doch räumt er ein, daß unter gewissen Bedingungen der Trientiner Landstrich für die Vertheidigung Oesterreichs unerläßlich sey. Im Namen Italiens und des Prinzips der Nationalitäten fordert er daher, daß der Brenner die Grenze zwischen Deutschland und Italien bildet, eine Grenze, die das Land ungefähr zwischen Trient und Bozen durchschneiden würde. (Baarer Unsinn!) Die Aufnahme dieser Flugschrift dürfte nicht allein in Turin, sondern auch bei dem französischen Kabinet eine günstige seyn, weil der französischen Regierung dadurch neue Heerstraßen geöffnet werden, auf denen es seine Kolonnen bis in das Herz Deutschlands vorschieben kann. Ueber die Ansichten Lord Palmerston's gibt ein Brief desselben, der sich in der Broschüre findet, genügende Aufklärung. Der edle Lord schreibt unter dem 3. Juni 1848 an den österreichischen Bevollmächtigten Hrn. v. Hummelauer bezüglich der zwischen Piemont und Oesterreich einzuleitenden Friedensunterhandlungen: „Die Grenze würde zwischen Bozen und Trient gezogen werden müssen."

Durch kaiserliches Dekret wird die Gesellschaft zum Schutz der Thiere in Paris als ein Institut zum allgemeinen Besten anerkannt und ihre Statuten gebilligt; das Sicherheitsgesetz, wodurch Menschen Nachts überfallen und ohne weitere Umstände nach Cayenne geschleppt werden können, besteht dagegen fort.

Amerika.

Das Fort Moultrie, welches schon mehrfach genannt wurde und voraussichtlich noch eine wichtige Rolle in dem Kampf zwischen dem Norden und Süden der Union spielen wird, ist eines der drei Forts, welche den Hafen von Charleston, der Hauptstadt Südkarolina's, vertheidigen. Sie sind Eigenthum der Vereinigten Staaten und dienen zunächst dazu, die Erhebung der Bundessteuern zu überwachen, Südkarolina hat nicht das geringste Recht auf sie. Im Fort Moultrie liegt die Hauptbesatzung, einige 70 Mann; das stärkste der Werke ist Fort Sumpter, das eine noch kleinere Besatzung hat; endlich das Castle Pinkney ist nur von zwei Wachen besetzt. Angesichts der gegenwärtigen Lage verlangte der Kommandant Verstärkung der Garnison, fand aber in Washington kein Gehör. Der Präsident verweigerte die Genehmigung, angeblich weil er fürchtet, durch die Verstärkung der Garnison die Aufregung im Süden noch zu erhöhen.

Asien.

Laut Berichten aus Kanton vom 29. Nov. hatten ausländische Dampfer die Erlaubniß erhalten, die chinesischen Ströme zu befahren und daselbst Handel zu treiben.

Nichtpolitische Zeitung.

In der Pfalz ist man sehr erfreut über die gesteigerte Nachfrage nach Tabak und das fortwährende Steigen der Preise für ausgesuchte Waare. Seit der Ernte sind die Preise auf das Doppelte und darüber gestiegen, nämlich von 20 fl. bis 40 und 44 fl. für den Zentner Deckblätter. Dies gilt indeß nur von dem diesjährigen Gewächs, dessen außerordentliche Feinheit, wie sie seit Jahren nicht erzielt wurde, zu Deckblättern vorzüglich geeignet ist. An alten Tabaken ist noch großer Vorrath vorhanden, und es stellen sich die Preise bei geringer Nachfrage zu 12 bis 15 fl. per Zentner.

Koblenz, 10. Januar. Wie schon früher berichtet wurde, sollten im März d. J. die sämmtlichen im hiesigen Landgerichtsbezirke gelegenen, großartigen Besitzungen des Grafen von Waldbott-Bassenheim zu München auf den Andrang mehrerer Kreditoren versteigert werden. Wie aber jetzt gemeldet wird, hat hiergegen die Gräfin Lerchenfeld, eine Schwester des Grafen Bassenheim, Opposition erhoben, indem diese Güter von ihrem Vater herstammten und sie deßhalb auch Antheil daran habe, und ist die Sache vor dem hiesigen Landgerichte schon einmal plaidirt worden. Auch von einer anderen Seite soll Opposition gegen die Subhastation eingelegt seyn, weil die Güter Fideikommiß seyen.

Kaiserswerth, 11. Jan. Heute fand hier ein trauriger Unglücksfall statt. Ein Nachen mit sieben Menschen, in der Ueberfahrt nach dem jenseitigen Rheinufer begriffen, schlug um und fanden, wie man vernimmt, Alle ihr Grab in den Wellen. (K. Z.)

In der Provinz Catamarca, zur argentinischen Konföderation gehörig, sind reiche Silberminen entdeckt worden. Nach einem Schreiben des Gouverneurs der Provinz Catamarca, Don Samuel Molina, an den perpetuirlichen Sekretär der Wissenschaften zu Paris, Elie de Beaumont, sind dieselben bei Manchado in dem Berge Ambato gelegen. In einer wenig ausgedehnten Oberfläche hat man 17 Hauptgänge aufgefunden. Bei einem Versuche mit 64 Zentnern Erz, welches in einer Tiefe von $5^1/_2$ Meter gewonnen wurde, sind 300 Mark Silber dargestellt worden. Der Berichterstatter sagt, daß durch diese Funde die ganze Bevölkerung in Aufregung gesetzt sey.

Handels- und Börsenberichte.

Frankfurter Börse (vom 7. bis 12. Januar).

Samstag. An unserer Börse haben sich die Wogen gelegt, die Stimmung ist beruhigter und in Folge davon auch ein kleiner Aufschwung der Kurse erzielt worden. Eine Vergleichung der Kurse der österr. Effekten mit denen vor 8 Tagen zeigt eine kleine Besserung für National und einen geringen Rückgang der Venetianer. Der enorme Unterschied der letzteren wird nur durch die Käufe aus dem Inlande unterstützt.

Der Stand der an unserer Börse notirten deutschen Staatspapiere hat sich eher befestigt und haben sich die jüngsten Verkäufe nicht wiederholt.

„Wessen Zustimmung wir haben, der sey gebeten, dieselbe durch seinen Beitritt zu dieser Erklärung zu bekunden. Wer zu einer größern Aufgabe Beruf und Kraft fühlt, der lege mit Hand an, das Geringere durchzusetzen. Von Gegnern wollen wir gern beschämt seyn in Ernst und Selbstverleugnung. Jagetzow, Köln und London, im Januar 1861. Rodbertus. v. Berg. L. Bucher."

Deutscher Bund.

Die holsteinische Sache liegt bekanntlich in Frankfurt in den Händen des vereinigten holsteinischen und Exekutions-Ausschusses. Ein Beschluß der Bundesversammlung ist demnächst zu erwarten. Inzwischen hat England sich Dänemarks angenommen, dem deutschen Bund das Recht bestritten, über die Erfüllung der von Dänemark auch bezüglich Schleswigs übernommenen Verpflichtungen zu wachen, wie es denn überhaupt feststeht, daß England sich eifriger als irgend eine andere Macht der Dänen annimmt, und alle Frevel des Regiments in Schleswig möglichst zu vertuschen bemüht ist. Im Interesse dieser Vertuschung ist dann wohl gelegentlich der Kopenhagener Regierung angerathen worden, diese oder jene arge Plackerei ein wenig zu mindern, damit die Klagen nicht noch lauter werden. Aus diesem Einfluß sind wahrscheinlich die neuesten Kopenhagener Erlasse über die Konfirmation und die Erlaubniß, deutsche Hauslehrer zu halten, zu erklären. Diese Modifikationen sind nur bezeichnend für den Grad der Tyrannei, bis zu welchem die dänische Herrschaft es gebracht hat; wenn aber mit solchen Mittelchen dem zertretenen Rechte eine hinreichende Genugthuung gewährt seyn soll, so sieht dies eher wie Hohn aus. — Man ist übrigens von England gewöhnt, daß es jede andere Rücksicht dem durch seine Handelsinteressen bedingten Ruhebedürfniß unterordnet. Ueberall wird es zuerst durch ungeheure Salven von Schmähungen diejenigen einzuschüchtern suchen, welche der Friedensstörung verdächtig sind. Mißlingt dies, so wird man es mit dem Stärkeren halten, und Alles aufwenden, um nur so rasch als möglich einen Abschluß herbeizuführen. Zu fürchten ist also England niemals, wo es einen klaren Plan und einigermaßen geschlossene und beharrliche Kräfte sich gegenüber sieht. Daß die bevorstehende Bundesexekution diese Erfordernisse aufweisen werde, ist freilich nach allen bisherigen Erfahrungen eine ausnehmend gewagte Voraussetzung. (Nat.-Z.)

Die „Ztg. f. Norddeutschland" schreibt: „Die ganze liberale Presse Deutschlands hat bisher ihren Unmuth über den Bundestag ausgeschüttet, weil derselbe fort und fort gegen die Mißhandlungen Schleswig-Holsteins nichts einsetzte, als von den Dänen verhöhnte Beschlüsse. Man ließ nicht undeutlich verstehen, daß Preußen, wenn es nur nicht durch den Bundestag behindert wäre, ganz anders auftreten würde. Endlich macht der Bundestag Ernst. Die Mittelstaaten sind bereit, sich bei Vollstreckung der Bundesexekution unter die Führung Preußens zu stellen. Da macht plötzlich die liberale Presse Preußens Kehrt. Die Berliner „Volkszeitung" erblickt in der Uebertragung der Bundesexekution an Preußen nur die Absicht, Preußen in Verwickelungen zu stürzen, die seine Kräfte abnutzen; sie erklärt zugleich die schleswig-holsteinische Angelegenheit für eine in der jetzigen Zeit unlösbare Frage; und zudem handle es sich gar nicht um eine wirkliche Loslösung und Selbständigkeit Holsteins aus den Banden Dänemarks, sondern nur um gewisse Rechte Holsteins. Die „Köln. Ztg.", die Groß-Tanten-Weisheit, die sich lieber in einem Mauseloch verkriecht, als sich mannhaft wehrt, geht auch hier wieder voran, wo es sich darum handelt, ein deutsches Interesse preiszugeben, das nicht mit pfiffigen Worten allein mehr zu vertheidigen ist. Sie weist darauf hin, daß Preußen keine der dänischen gewachsene Flotte habe, daß es alle Schmach und Schande einer Blokade tragen werde, um endlich einen demüthigenden Frieden zu schließen. Einen solchen Krieg anzufangen, nennt sie „Unsinn und Raserei". Ihre Freunde im kaiserlich-französischen Preßbureau und Lord Palmerston werden wohl dasselbe sagen. Wir aber sehen nur mit Bedauern, wie tief der öffentliche Geist in Preußen durch den Druck der Reaktion und die Schwäche und Halbheit der dieser folgenden Regierung herabgebracht seyn muß, wenn die gelesensten Organe der Presse es wagen dürfen, einer feigen Thatlosigkeit das Wort zu reden, wenn es gilt, deutsches Land vor fremder Tyrannei und fremder Unterjochung zu wahren. Die Vorspiegelungen der „Volksztg." sind geradehin elend. Denn kein verständiger Mensch kann glauben, daß es den übrigen deutschen Regierungen und Oesterreich daran gelegen sey, die Kräfte Preußens abzunutzen; da sie auf deren Bethätigung in jedem Kriege sich stützen müssen. Und ob, wenn es zum Kriege mit Dänemark kommt, Deutschland sich damit begnügen sollte, nur alte ständische Rechte Holsteins und Lauenburgs wiederherzustellen: das würde denn doch vor Allem von Preußen abhängen. Die Gründe der „Köln. Zeitung" laufen lediglich darauf hinaus, Schleswig-Holstein überhaupt preiszugeben. Denn sie werden nach zehn Jahren noch ebenso gut wie heute dafür sprechen, daß Preußen es nicht auf einen Krieg mit Dänemark ankommen lassen dürfe. Ja, wer solchen Gründen Gehör gibt, muß Deutschland überhaupt für unfähig erklären, eine selbständige Politik zu üben, weil es ohne Bundesgenossenschaft mit einer Seemacht keinen Krieg führen dürfte. Das mag auch wirklich die ernsthafte Meinung der „K. Z." seyn. Sonst wäre das weibische Gekreisch, das sie bei jedem Drohen eines Krieges erhebt, vollends widerwärtig. Hoffen wir, daß die preußische Regierung sich um dasselbe ebenso wenig kümmern wird, wie um das Zeter der Berliner Börse, für welches die „Volks-Ztg." das Vorspiel executirt. Wenn auch in vielen Kreisen des preußischen Volkes gegenwärtig eine maßlose Erschlaffung und eine wahre Angst vor dem Fallen der Kurse und Stockung der Geschäfte herrscht: das preußische Volk wird hoffentlich in dem Augenblick, wo der Krieg erklärt ist, seinen alten Muth wiederfinden, seine alte Tapferkeit und Opferfreudigkeit glänzend bewähren. Es wäre, abgesehen von dem deutschen Recht und der deutschen Ehre, die es zu vertheidigen gilt, ein wahres Glück für Preußen und Deutschland, wenn sie einmal aus der versumpfenden Stagnation der politischen und kriegerischen Kräfte herausgerissen würden. Wir wünschen, daß Preußen lieber heute als morgen losbräche, um die zugefrorenen Belte zu passiren und, wie Karl X. von Schweden, den Dänen in Kopenhagen den Frieden diktirte. Daß die Herren v. Beust, v. d. Pfordten und andere Staatsmänner der Art plötzlich für entschiedene Maßnahmen gegen Dänemark sich erklären, und die militärische Initiative sogar an Preußen überlassen wollen, bedarf freilich einer Erklärung. Man braucht dieselbe aber nicht so weit herzuholen, wie die „Volks-Ztg." Sie wollen die Interessen Preußens und Oesterreichs im Interesse Deutschlands vermitteln. Dieses liegt eben so in Venetien, wie in Schleswig-Holstein; hier aber vorzugsweise das Preußens, dort das Oesterreichs. Die mittelstaatlich-deutsche Politik sucht Preußens Eintreten für Venetien durch ihr eigenes und Oesterreichs Eintreten für Schleswig-Holstein zu gewinnen. Und das scheint uns eine gesunde deutsche Politik, die uns in Europa wieder zu Ansehen und Ehren bringen kann."

Bayern. Das „Regierungsblatt" vom 11. Jan. bringt eine Bekanntmachung, die praktische Prüfung für den Staatsbaudienst im Jahre 1861 betreffend, wonach bekannt gemacht wird, daß diese Prüfung am 13. Febr. l. Js. ihren Anfang nehmen wird.

Nürnberg, 11. Jan. In den letzten Tagen erfolgte auch die k. Genehmigung für die hiesige Schillerstiftung mit den besonders entworfenen Satzungen und korporativen Rechten. (Fränk. Kurier.)

Oesterreich. Ueber die Stimmung in den freisinnigen Kreisen Wiens äußert sich die „Süddeutsche Z." treffend wie folgt: „Die Verbitterung gegen den ungarischen, böhmischen, galizischen Sondergeist, der Zorn über die Bevorzugung der Ungetreuen vor den Getreuen bildet den Grundton dieser Stimmung, die ebenso erklärlich als verderblich ist. Oder wird das in allen Fugen erschütterte Reich durch Wehklagen und Zornausbrüche befestigt? Hat der Geist und die Willenskraft der deutschen Bevölkerung zu dem Neubau der Monarchie nichts Besseres beizusteuern? Wird mit Verwünschungen ein Grundstein gelegt und mit Fluchen ein Bau aufgeführt? Wir „außen im Reiche" rühmen uns keineswegs, Meister der politischen Praxis zu seyn; allein über die thatlose Passivität unserer österreichischen Stammesgenossen erstaunen und erschrecken wir doch täglich aufs Neue. Sie sehen, wie rings um sie her, in Ungarn und Venetien, in Gallizien und Böhmen ein reges Parteileben öffentlich oder insgeheim sich immer fester organisirt, seine Führer wählt, seine Programme aufstellt und mit allen legitimen oder illegitimen Mitteln zur Geltung bringt. Sie sehen das und was sie den Bestrebungen entgegensetzen, die ihrem Interesse feindlich, dem Gesammtwohl schädlich erscheinen, ist eine beißende Kritik oder ein ohnmächtiges Grollen! Wo sind in Deutsch-österreich die politischen Parteien, ihre Führer, ihre Leistungen? Wie kann man Erfolge hoffen, wo man nicht handelt? Zwar an Programmen fehlt es keineswegs; jeder Kopf hat seine eigenen Gedanken, jedes Blatt pflanzt seine eigene Fahne auf und dem Beobachter flimmert es vor den Augen beim Anblick dieses anarchischen Gewimmels der Meinungen. Aber wo sind die Mannschaften, die unter der einen oder andern Fahne in einer geordneten Schlachtreihe kämpfen? Der Minister, der jetzt an der Spitze

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 15.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 15. Januar 1861.

Erklärung von Rodbertus, v. Berg und L. Bucher.

Die Mitglieder der äußersten Linken in Preußen, Rodbertus, v. Berg und Bucher, erlassen folgende Erklärung:

„In einer allgemeinen Bewegung der Geister kann die Bitte um Gehör nicht erst einer Rechtfertigung bedürfen. Die Unterzeichneten protestiren dagegen, daß Deutsche auf den Besitzstand Deutschlands das sog. Nationalitätsprinzip anwenden wollen, das vor der Geschichte nicht besteht, und das ein jeder unserer Nachbarn mit seinen Ansprüchen und Wünschen durchbricht. Soll der Prozeß der Mischung von Stämmen und Racen, in dem ein jeder Staat, ein jedes Volk erwachsen und begriffen ist, soll er um deshalb, weil er auf einem Gebiet zu einer Krisis gekommen, auf andern unterbrochen werden? Soll Deutschland die vierhundertjährige Verbindung mit seinen südöstlichen Nachbarn lösen, damit eine andere Macht die unvermeidlichen Konflikte in der bunten Mischung unentwickelter Racen, feindlicher Standesgegensätze und schroffer Bekenntnisse im Namen irgend eines andern „Prinzips", an dem es nicht fehlen würde, in eigenem Interesse zur Ruhe bringe? Franzosen verläugnen das Prinzip der Nationalität, weil das südliche Element einer noch stärkeren Beimischung von der Ausdauer der nordischen Brüder bedürfe, und Paris noch nicht der „mathematische Mittelpunkt" von Frankreich sey; Italiener verläugnen es, weil Triest südlich von den Alpen liege, und das Kapital des österreichischen Lloyd größtentheils italienisches sey; Polen, weil sie Alles wieder haben müßten, was sie einmal besessen und schwächere Völker unter ihren Schirm zu nehmen hätten; Dänen „aus europäischer Nothwendigkeit"; Magyaren endlich um des „historischen Rechtes" willen."

„Wollen die Deutschen sowohl das Prinzip gegen sich gelten lassen, wie jede Ausnahme?"

„Wenn die Pflicht ein von unsern Vorvätern mit dem „schwereren" deutschen Pflug gewonnenes Erbe den künftigen Geschlechtern zu erhalten, denen die Meinungen, Prinzipien und Sympathien dieses Tages wenig frommen, aber die an unsern Thaten und Unterlassungen zu tragen haben werden, wenn diese Pflicht uns befiehlt, das Gebiet zu behaupten, dessen das deutsche Volk bedarf, um seine durch die Religionskriege aufgehaltene welthistorische Arbeit zu vollziehen, so gebietet ein berechtigter Stolz, daß wir uns vorbehalten, zu bestimmen, wann und an wen wir herausgeben wollen, was wir entbehren können. Für die volle und stetige Entwicklung seines Güterlebens und für die gesicherte Machtstellung, ohne welche eine solche Entwicklung nicht möglich ist, bedarf Deutschland eben so sehr eines ungefährdetern Zuganges zum adriatischen Meere und einer Garantie gegen feindliche politische und wirthschaftliche Systeme an der Donau, wie es des Küstenbesitzes an der Ost- und Nordsee bedarf, und der Herrschaft über die Ströme, welche diesen Meeren zufließen. Zwischen einer Politik, die Schleswig-Holstein dem Vaterland erhalten, und einer, die unsern Antheil am Mittelmeer vertheidigen will, besteht eine natürliche Solidarität der Interessen und Pflichten. Es ist eine nicht der Antwort zu würdigende Zumuthung an ein Volk von 47 Millionen, sich von einem Meere verdrängen zu lassen. Es ist Leichtsinn, Täuschung und geflissentliche Mißachtung ausdrücklicher Erklärungen, zu glauben, daß die Italiener, wenn sie einen Theil erhalten, sich ihrer Prätensionen auf den Rest des Uferrandes begeben würden. Wie die Herrschaft eines deutschen Stammes in Venetien die Sicherheit und das Gewicht von ganz Deutschland erhöht, so würde ganz Deutschland von dem Verlust betroffen werden. Sollten politische Verhältnisse das Opfer erfordern, so könnte eine Entschädigung nur gefunden werden in einer Erwerbung, die dem ganzen Deutschland zu gute käme."

„Der Bundestag ist todt. Die Konferenz fürstlicher Gesandten in Frankfurt besitzt nur die Vollmachten, welche die Regierungen ohne Mitwirkung der Kammern zu ertheilen befugt sind. Sie ist eben so ohnmächtig zur Vereinigung widerstrebender Bundesmitglieder als inkompetent zur Einmischung in die innern Angelegenheiten der einzelnen Staaten. Das deutsche Volk hat also das Werk wieder aufzunehmen, das, mit der Erhebung gegen die Franzosen begonnen, durch die Rückkehr Napoleons von Elba unterbrochen, in der Errichtung des Bundestags einen provisorischen Abschluß erhalten hatte. In dieser Aufgabe den Bund zu entwickeln, sind wir dem Ausland gegenüber nicht länger beschränkt durch die internationalen Stipulationen, in denen Grundsätze für die neue Gestaltung Deutschlands vorgezeichnet sind. Die betreffenden Bestimmungen der Wiener Kongreßakte, des ersten Pariser Friedens und des Traktats von Chaumont sind kassirt durch die Aufhebung der polnischen Konstitution, durch die Anerkennung eines Bonaparte auf dem französischen Thron, durch die Verletzung der Neutralität und die Zerstörung der militärischen Sicherheit der Schweiz, durch die Veränderungen in Italien. Im Innern haben die Verpflichtungen, welche die Regierungen in den Jahren 1848 und 1849 dem ganzen deutschen Volk gegenüber eingegangen sind, uns neue Ansprüche gegeben, haben die Verfassungsrechte, in deren Besitz die Bevölkerungen der einzelnen Staaten getreten, uns neue Mittel gewährt."

„Die Aufgabe zu lösen, ehe die Wolken sich entladen, ist keine Zeit; den Sturm zu erwarten, wie wir sind, wäre sicheres Verderben. Aber die Kraft des Nationalgefühls, und sie allein, kann einstweilen die Organisation ersetzen, welche die Ungunst der Zeiten uns bisher versagt hat.*) Ein Nationalgefühl, das von dem Entfernten auf das Erreichbare, von dem Wort auf die That gelenkt, von eigensinnigem Widerstreben und selbstsüchtigem Begehren geläutert, von dem Ernst der Gefahr und dem Glauben an sich selbst durchdrungen ist, findet in dem, was schon gewonnen, die bereiten Mittel, um je nach dem realen Machtverhältniß der Staaten hier Zusammenwirken und Unterordnung zu erzwingen, dort zu festem, kräftigem Handeln zu spornen, überall aber die Reste einer zehnjährigen Korruption zu vertilgen, deren volle Sühne allein den Willen und die Kraft des Opfermuthes geben kann. Ein solches Nationalgefühl zu wecken und zu nähren, sich ihm zu beugen und seiner befreienden, siegenden und schaffenden Gewalt zu vertrauen, ist jeder Regierung, jeder Kammer, jeder Partei, jedem Einzelnen geboten und gegeben. Jeder ist berufen, sich aus träger Gewohnheit des Denkens loszureißen, die Herrschaft des Worts abzuschütteln und die Dinge zu erfassen — den Blick zu erheben von den Zuständen und Persönlichkeiten, vom Zufälligen, Hohlem und Lügenhaftem der Gegenwart zu den dauernden Elementen, welche den langsamen Fortschritt der Geschichte beherrschen — wohl zu prüfen die Stimmen des Auslandes, die ihren Rath aufdrängen oder ihre Kampfgenossenschaft antragen — sich aufzuraffen aus mechanischem Nachahmen zu einer selbständigen Würdigung unserer eigenthümlichen Verhältnisse, aus sentimentaler Befriedigung an den Erfolgen anderer zu dem gesunden Egoismus, den der Einzelne verleugnen mag, aber mit dem ein Volk sich seiner Unsterblichkeit begibt. Großes mögen Alle wirken, wo Jeder handelt, als ob die Rettung des Vaterlandes von ihm abhinge."

*) Das ist ein wahres Wort, leider nur zu wahr! Der deutsche Bund in seiner jetzigen Verfassung bietet diese Organisation durchaus nicht in genügender Weise; die Organisation, die uns der sog. National-Verein unter Preußens Führung bieten möchte, ist ein Unding. Für den Krieg mit Frankreich, der uns über kurz oder lang droht, hätten wir eine feste, starke Organisation sehr nöthig, doch wir werden sie schwerlich mit in diesen Krieg bringen. Vielleicht daß wir sie aus demselben davon tragen, aber diese Hoffnung kann sich doch auch nur dann erfüllen, wenn wir zu diesem Kampf wenigstens das ernste Bewußtseyn mitbringen, daß wir Deutsche alle zusammen gehören und zusammenstehen müssen, und wenn wir nicht scheuen, diesem Bewußtseyn gemäß auch zu handeln und Opfer zu bringen, — ja Opfer, denn ohne Opfer wird nichts Großes zu Stande gebracht.

Wien, 13. Jan. Die „Neuesten Nachrichten" erfahren aus zuverlässiger Quelle, daß Omer Pascha aus dem Exil zurückberufen und ihm der Oberbefehl der an der Donau zu konzentrirenden türkischen Armee übertragen wurde.

Großbritannien.

London, 9. Jan. Vom Grafen Ladislaus Teleki ist hier ein Schreiben eingetroffen, dessen Inhalt er seinen Freunden in England mitzutheilen bittet. Er erzählt darin seine vielbesprochene Audienz beim Kaiser der Hauptsache nach folgendermaßen: Der Kaiser habe ihm gesagt, er wisse, daß er (Teleki) seit Jahren gegen die Dynastie und Regierung Oesterreichs konspirire, und die Beweise seyen zur Hand (der Kaiser deutete dabei auf einen nahe stehenden Arbeitstisch). Doch halte er ihn (Teleki) für einen Kavalier und Ehrenmann und habe ihn zu sich rufen lassen, um ihm seine vollständige Freilassung anzukündigen, an die er nur zwei Bedingungen knüpfen wolle: daß sich der Graf vor der Hand jeder politischen Agitation enthalte und den schriftlichen Verkehr mit seinen Freunden im Auslande aufgebe. Darauf antwortete Teleki: Daß er im Auslande zu Gunsten eines Umsturzes des seit 1848 in seinem Vaterlande eingeführten Systems agitirt habe, bedürfe um so weniger handschriftlicher Belege, als er seine Agitation offen vor aller Welt betrieben habe. Den Bedingungen seiner Freilassung wolle er sich dankbar fügen; nur erbitte er sich die Erlaubniß, seinen Freunden im Auslande über seine Verhaftung und Freilassung zu schreiben. Nachdem der Kaiser diese Bitte gewährt hatte, war die Audienz zu Ende. So der eigenhändige Bericht des Grafen. (Köln. Ztg.)

London, 10. Jan. In den Hauptstraßen des Westendes hielten die durch den Frost unbeschäftigten Arbeiter, wie Gärtner, Maurer u. a., Umzüge, um auf ihre Noth aufmerksam zu machen; es fiel dabei keine Unordnung vor.

Frankreich.

Paris, 10. Jan. Aus Straßburg erfahre ich, daß dort ein Manifest an die deutschen Rheinländer erschienen sey oder doch dieser Tage erscheinen werde. Es soll die Ueberschrift führen: „An die Männer der Rheingrenze"; der Inhalt ist nicht schwer zu errathen! (N. Pr. Z.)

Wir erfahren, daß drei revolutionäre Böhmen oder Tschechen in Paris angekommen sind, um sich dort bei dem bekannten Meister in dem „nationalen Schmerzensschrei" unterrichten zu lassen. (N. Pr. Z.)

Louis Napoleon's Kongreßsucht. Der „Times" ist zu Ohren gekommen, daß Louis Napoleon sich wieder mit einem „europäischen Kongreß" zur Regelung der italienischen Frage trage. Sie spöttelt darüber wie folgt: Die Kongreßsucht des Kaisers scheint eine so unheilbare, wie unverständliche Leidenschaft. Warum ein Fürst, der in seinen Landen und selbst in seinem Kabinet Niemandem außer sich eine Stimme einräumen will, ein solches Vergnügen darin sucht, hartnäckige Bevollmächtigte von allen Seiten Europa's zusammen zu trommeln — das zu begreifen, geben wir alle Hoffnung auf." Es ist sicher, daß die „Times" am „grünen Tische" Einflüsse fürchtet, die Lord Palmerston und seinem Liebling Viktor Emanuel sehr unbequem seyn würden. Uebrigens wird sie sehr wohl begreifen, weshalb Napoleon die Kongresse liebt; erst diese machen Paris zu dem Orte, wo die Geschicke Europa's so lange entschieden, bez. verwirrt werden, bis Louis Napoleon's eigenes Geschick sich erfüllt hat. Gegenwärtig scheint aber in der That ein Kongreß so bald noch nicht in Aussicht zu stehen.

Italien.

Rom, 8. Jan. Der Papst hat Lebensmittel nach Gaeta gesendet. Der Nachricht, daß Oesterreich eine Revision des Konkordats verlangt habe, wird widersprochen. (Tel. d. Fr. Postz.)

Briefe aus Rom versichern, daß die neapolitanischen Provinzen Teramo und Aquila sich erhoben haben.

Turin, 9. Jan. Ein Leitartikel der ministeriellen „Opinione", der „Kongreß" betitelt, sagt: In den Beziehungen der Großmächte zu einander offenbare sich ein nicht zu verhehlendes Mißtrauen; denn Europa habe außer der italienischen noch andere Fragen zu lösen. Die italienische Angelegenheit sey für die Diplomatie zur friedlichen Lösung nicht reif. Italien anerkenne keine andere legitime Regierung als die von der Bevölkerung angenommene und vertheidigte. Rußland und Preußen stimmen für die alten Fürsten, Frankreich scheine der Konföderation geneigt. Oesterreich sey Italiens Feind; nur England erkläre sich für Italien. Unter solchen Verhältnissen bliebe ein Kongreß fruchtlos. Wer würde es wagen, Oesterreich aufzufordern oder zwingen zu wollen, Venetien abzutreten, wer die römische Frage zu lösen? Italien verlange nicht Anerkennung der neuen Ordnung, nur Aufrechthaltung der Nichtintervention, damit es selbst sein Unabhängigkeitswerk vollbringe. Italien wolle nicht den Krieg um des Krieges willen, es weise die friedlichen Lösungsversuche nicht ab, aber es könne seine Hoffnung nicht in sie setzen, und deßhalb freue sich Italien, den Kongreß wegen Meinungsverschiedenheit der Mächte vereitelt zu sehen. Wenn Italien seine Unabhängigkeit und Einheit erworben habe, dann, hoffe es, werde die Thatsache anerkannt werden.

Turin, 11. Jan. In Neapel ist ein Dekret erschienen, welches armen Priestern Pensionen gewährt.

Gaeta, 8. Jan. Seit Samstag währt ein furchtbares, wahrhaft höllisches Feuer (noch vor der letzten Anerbietung einer Waffenruhe), nachdem eine Deputation aus Kalabrien und eine andere aus Neapel eingetroffen war, um sich mit dem Könige zu besprechen. (Telegr. d. Frkf. J.)

Rußland und Polen.

Petersburg, 9. Jan. General Ignatieff und Prinz Kong haben am 2. Novbr. in Peking eine neue Additionalkonvention zum Vertrage von Tientsin unterzeichnet und ratifizirt. Diese Konvention bestätigt die nach dem Laufe des Amur und Ussuri getroffene Gränzbestimmung zwischen Rußland und China (in der Mandschurei). Der Handel ist auf der neuen Gränze frei. Die russischen Kaufleute dürfen nach Peking kommen. In Kaschgar (mitten in Asien nahe an der chinesischen Ostgränze nach den Kaspiländern) ist ebenfalls der Handel geöffnet. In Kaschgar und Urga (mongolische Hauptstadt auf der Straße nach dem sibirischen Kiächta) werden russische Faktoreien und Konsulate errichtet. Zwischen Kiächta und Peking wird ein monatlicher Postdienst eröffnet. (Man sieht, der russische Gesandte hat seine guten Dienste bei den Friedens-Unterhandlungen zwischen China und den Westmächten nicht umsonst geleistet; er hat die Gelegenheit benützt, auch für Rußland einen fetten Brocken, vielleicht den fettesten, auszubedingen.) (Nord.)

Amerika.

New-York, 27. Dezbr. Aus den Mittheilungen, welche dem Sprecher des Repräsentantenhauses von dem Staatssekretär für das Innere am 22. d. M. über die stattgehabten Unterschleife gemacht worden sind, geht hervor, daß es sich um eine Summe von 870,000 Doll. in Staatsobligationen des sog. Indian. Trust Fund (eines im Interesse der Indianer zu verwendenden Fonds) handelt, welche sich in Gewahrsam eines Beamten des Ministeriums des Innern befanden und demselben gestohlen worden sind, oder vielmehr, wie aus Privatberichten aus Washington hervorgeht, von diesem Beamten einem insolvent gewordenen Freund geliehen worden sind. Auf den Antrag des Staatssekretärs für das Innere setzte das Repräsentantenhaus einen Ausschuß von fünf Mitgliedern zur Untersuchung der Sache ein. Mittlerweile sind der Beamte Godard Bailey und sein Freund Russell verhaftet worden; jener wurde gegen Kaution von 3000 Doll. wieder in Freiheit gesetzt, hat aber vor den nächsten Kriminalassisen zu erscheinen.

Australien.

Die Maoris in Neuseeland sind vollständig geschlagen und ihr Häuptling getödtet worden.

Nichtpolitische Zeitung.

Aus Stettin vom 7. Januar wird berichtet: „Auf dem Postkurse von Stralsund erfror in der verflossenen Nacht ein Postillon auf seinem Sitze. Der Kondukteur bemerkte, daß die Pferde längere Zeit im Schritt gingen, sah deshalb aus dem Schlagfenster und erblickte den Postillon hin- und herschwankend auf seinem Sitze; beim Anhalten stürzte der Postillon herab und war todt."

Briefe aus London enthalten Klagen über die ungewöhnlich strenge Kälte, die ohne Unterbrechung anhält und sehr empfindlich ist, da die Wohnhäuser nicht genügend gegen den Frost geschützt sind. Am 6. und 7. Januar hatte man in London 6 — 8° R. unter Null, dabei scharfen Nordwestwind und keinen Schnee. Es ist ein Winter, wie ihn die Bevölkerung Londons seit Jahren nicht erlebt hat. Auf der Themse zeigt sich viel Treibeis und, was das Schlimmste ist, beinahe täglich kommen Eisenbahnunfälle vor, die aus Mangel anderer Erklärungsgründe dem Umstande beigemessen werden, daß die Schienen durch den Frost gelockert worden sind. Auch andere Unglücksfälle sind sehr häufig. So fiel z. B. Lord Raglan auf den eisglatten Boden hin und brach den Arm.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 14.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Montag, 14. Januar 1861.

Deutscher Bund.

Eben kommt uns eine „Erklärung von Rodbertus, von Berg und L. Bucher" zu, worin dieselben (bekanntlich Mitglieder der äußersten Linken in Preußen) in der entschiedensten Weise gegen die heillose Theorie protestiren, daß man, unter dem Vorwande des „Nationalitätsprinzips", Deutschland wichtiger Landestheile berauben, wohl gar vom adriatischen Meere verdrängen lasse, und worin sie zu einem Zusammenwirken für Weckung des Nationalgefühls auffordern. Wir werden diese begeisterungsvolle Ansprache an die deutsche Nation vollständig nachtragen, welche am besten zeigt, wie eben in Preußen die demokratische Partei, die der Nationalverein für sich gewinnen möchte, nichts von ihm wissen will.

Bayern. München, 12. Jan. Se. Maj. der König hat den Landgerichts-Assessor Jos. Ganghofer von Landsberg wegen Funktionsunfähigkeit auf ein Jahr in den Ruhestand treten lassen, und zum Assessor des Landgerichts Landsberg den Accessisten der Regierung von Oberbayern, Ed. Gresbeck ernannt; den Landrichter Karl Benzino in Wolfstein, seinem Ansuchen entsprechend, aus dem Staatsdienste entlassen. (N. M. Z.)

Aus München, 10. Jan., wird der „Pfälz. Ztg." geschrieben: „Ich erfahre, daß die allerh. Entscheidung auf die Eingabe der Kaiserslauterer Protestantenversammlung vom 22. April v. J. erfolgt ist. Zunächst wird bemerkt, daß die in Kaiserslautern Versammelten nicht als die Vertreter der protestantischen Kirche der Pfalz angesehen werden könnten, da diese Stellung den Diözesan- und Generalsynoden zukomme. Gleichwohl habe die Staatsregierung die Eingabe gewürdigt und Erhebungen veranlaßt. Aus diesen gehe hervor, daß die Ansicht der Beschwerdeführer, als bestehe die Wahlordnung von 1848 noch zu Recht, ungerechtfertigt; daß die Forderung der Wiedereinführung dieser Wahlordnung im eigenen Interesse einer gedeihlichen Entwicklung der pfälzischen protestantischen Kirche unthunlich sey; daß die Angaben von einer allgemeinen Aufregung der Protestanten und einer allgemeinen Abneigung gegen das neue Gesangbuch nach Berichten des Regierungspräsidium und des Konsistorium übertrieben erscheinen; daß ferner die Anwendung von Zwang (bezüglich des Gebrauchs des neuen Gesangbuchs ꝛc.) beim Konfirmandenunterricht durch neuerliche Anordnungen beseitigt seyen; daß übrigens die k. Staatsregierung allenfallsigen Wünschen und Anträgen von Seiten der demnächst einzuberufenden Generalsynode entgegensehe. Schließlich ist gesagt, daß die allerh. sanktionirten Beschlüsse der Generalsynode von 1857 in allen Punkten aufrecht zu erhalten seyen, und daß namentlich in den Gemeinden, wo die Presbyterien von der ihnen eingeräumten Befugniß, die Zeit der Einführung des neuen Gesangbuchs in ihren Gemeinden zu bestimmen, bereits Gebrauch gemacht, es bei dieser Einführung sein Bewenden haben müsse." (Man sieht hieraus, daß, wenn auch in formeller Beziehung den Beschwerdeführern Unrecht gegeben ist, in materieller Hinsicht ihre Beschwerden als großentheils begründet anerkannt wurden.)"

Dem Vernehmen nach ist der Hr. Bischof von Augsburg (an Stelle des Hrn. Bischofs von Eichstätt) von Sr. Maj. dem König zum Reichsrath ernannt worden.

Preußen. Berlin, 7. Jan. Gestern Nachmittag starb auf Schloß Sanssouci der k. Generaladjutant, General der Infanterie v. Gerlach an den Folgen einer Erkältung, welche derselbe in schon leidendem Zustand bei dem Leichenbegängniß des hochseligen Königs davon getragen hatte. Eine rasch sich entwickelnde Kopfrose machte seinem Leben ein Ende. Der General hat ein Alter von beinahe 71 Jahren erreicht.

Sachsen. Dresden, 12. Jan. Nach dem „Dresdener Journal" ist die 1. Kammer dem Beschlusse der 2. Kammer zu dem Braun'schen Antrage in Betreff Schleswig-Holsteins heute einstimmig beigetreten, nachdem Staatsminister v. Beust den Wunsch des Präsidenten wegen sofortiger Kundgebung getheilt und auf seine desfallsigen Erklärungen in der 2. Kammer verwiesen, die ohne Zurückhaltung oder Berechnung die Lage der Sache einfach dargelegt hätten. (Tel. d. Preuß. Z.)

Oesterreich. Prag, 7. Januar. Der „Czas", die „Narodni Listy" und der „Tagesbote" hatten angeblich unrichtige Darstellungen eines in der Sylvesternacht stattgefundenen Excesses mitgetheilt. Diese Blätter waren deßhalb von dem Präsidium der Prager Polizeidirektion amtlich aufgefordert worden, ihre Darstellung zu berichtigen. Beide Blätter brachten sodann auf amtlichen Erhebungen beruhende Berichtigungen. Als Entgegnung auf die amtliche Darstellung brachten dann der „Tagesbote aus Böhmen", der „Czas" und die „Narodni Listy" eine von mehreren Personen unterzeichnete „Gegenberichtigung". Jetzt veröffentlichen diese drei Blätter ein gegen ihre Redakteure auf Grund des §. 30 der Preßordnung gefälltes Strafurkenntniß, wodurch jeder derselben zu einer Geldstrafe von 200 fl. zu Handen des Lokalarmenfonds und überdies zu einer Arreststrafe von 14 Tagen verurtheilt wird. Drei Mitarbeiter des „Czas" wurden außerdem von der Polizei angewiesen, ihre Thätigkeit bei dem genannten Blatte sofort einzustellen, überdies sich binnen acht Tagen mit einem andern Erwerbe auszuweisen, widrigenfalls sie nach Ablauf dieser Frist die Stadt verlassen müßten. Man kann sich denken, was für eine Aufregung darüber hier herrscht. Der „Czas" gehört zu den Blättern der czechischen Partei, und wenn auch das Treiben dieser Partei nicht gebilligt werden kann, so ist doch ebenso wenig das Verfahren der Polizei gutzuheißen. Wie stimmt ein solches Verfahren zu den Verheißungen des Schmerling'schen Programms? Die Unterbehörden verderben durch ihre Ungeschicktheit zehnmal wieder, was der Minister gut macht.

* Die „Donau-Zeitung" versichert, Oesterreich habe dem Kurfürsten von Hessen nur zur Vertagung, nicht zur Auflösung der 2. Kammer gerathen.

§ Wien, 11. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Die Artikel, welche die „Donau-Zeitung" über die kurhessische Frage bringt, haben nicht verfehlt, einige Aufmerksamkeit zu erregen, da bekanntlich diese Zeitung das Organ des Grafen Rechberg ist. Man wird mit den Behauptungen, welche die „Donau-Zeitung" bringt, keineswegs einverstanden seyn; dieselben sind jedoch insoferne von Bedeutung, als sie den Beweis liefern, daß sich wirklich eine Schwenkung der österreichischen Politik in der kurhessischen Frage vorbereitet. Dafür daß die formelle Gültigkeit des seit acht Jahren in Kurhessen Geschehenen nicht preisgegeben werden konnte, wird die „Donau-Zeitung" wohl den Beweis schuldig bleiben. Wir glauben, daß man sich viel Unangenehmes hätte ersparen können, wenn man gleich von allem Anfange an zur preußischen Auffassung sich bekehrt und den Entschluß gefaßt hätte, die formelle Gültigkeit des in den letzten Jahren in Kurhessen Geschehenen nicht zu behaupten. — In Venetien, sowie in Südtyrol gestaltet sich die Stimmung immer bedenklicher. Die Polizei hat sich veranlaßt gesehen, alle Sicherheitsorgane in Venetien, Südtyrol und Friaul aufzufordern, den Fremdenverkehr mit aller Strenge zu überwachen, da diese Provinzen von piemontesischen Sendlingen wimmeln. Aufrührerische Proklamationen werden ungeachtet der Wachsamkeit der Behörden in Menge verbreitet. Dieselben sind vorzugsweise auf das ungarische Militär berechnet, welches darin zum Treubruch aufgefordert wird. Mit der Einführung der Banknoten hat man sich in Venetien so ziemlich versöhnt, da man zur Einsicht gelangt ist, daß es nur der Staat ist, welcher darunter leidet. — Montag findet die Versammlung des Ausschusses der Bankaktionäre statt; die von der Bankdirektion für das 2. Semester 1860 auf 30 fl. festgesetzte Dividende hat Herr v. Plener (der Finanzminister) auf 28 fl. herabgesetzt.

erwartet. Zugleich erfährt man, daß die Verhandlungen mit dem Erzherzog Stephan wegen Wiederübernahme der Palatinwürde im Zuge sind. Es heißt auch, daß der Baron Vay, der jetzige ungarische Kanzler, sich schwerlich bis zum Zusammentritt des Reichstags auf seinem Posten behaupten werde; und ein anderes Gerücht sagt, daß der in Paris lebende ungarische Flüchtling Barthol. Szemere (im Jahre 1848 ungarischer Minister des Innern) einen Ruf zur Rückkehr erhalten habe und zu einem bedeutenden Amte bestimmt wäre. (Szemere hat gleich nach dem Erlaß des kaiserlichen Diploms, welches die ungarischen Radikalen und namentlich die Flüchtlinge als „ungesetzlich“ zurückweisen, die Annahme desselben als Basis für die künftige Entwickelung Ungarns warm anempfohlen. Er hat dies in einer Erklärung neuerdings wieder gethan. Er motivirt seinen Rath hauptsächlich mit Hinweisung auf das Trügerische aller Hoffnungen, welche die Zukunft Ungarns mit Hülfe von außen her in Zusammenhang bringen, und sagt unter Anderem: „Die italienische Regierung wird an uns nicht denken, sobald sie Venedig erlangt hat;... die englische sieht allenthalben auf ihre eigenen Interessen, wo das nicht der Fall ist, haben wir kein Beispiel, daß sie einem unterdrückten Volke geholfen hätte.... Man wünscht eine Revolution bei uns, aber das Ziel ist: Venedigs Unabhängigkeit! u. s. w. Zum Schluß ermahnt Szemere alle Parteien zur Eintracht und Versöhnlichkeit. Die Red.)

(N. Pr. Z.)

Wien, 10. Jan. Se. Maj. der Kaiser hat, wie die heutige „Wiener Zeitung“ amtlich meldet, mittelst Entschließung vom 6. d. M. angeordnet, daß das Infanterieregiment „Prinz-Regent von Preußen Nr. 34“ nunmehr den Namen: „König Wilhelm von Preußen“, ferner das Infanterieregiment „Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen Nr. 20“ den Namen: „Kronprinz Friedrich Wilhelm von Preußen“ zu führen habe. Zum Inhaber des den Namen „König Friedrich Wilhelm III. von Preußen“ führenden Husarenregiments Nr. 10 ist der Feldmarschall-Lieutenant Karl Frhr. v. Lederer ernannt.

Wien, 10. Jan. Eine nicht unbedeutende Anzahl hiesiger Advokaturs-Konzipienten hat dem Ministerium Gesuche um Freigebung der Advokatur überreicht; jedes Gesuch wurde besonders übergeben und ist eingehend motivirt; auch aus Prag wurden von Advokaturs-Kandidaten derlei Gesuche eingesendet.

Nachrichten aus **Ungarn** zufolge ist die Rekrutirung daselbst in bester Ordnung vor sich gegangen und vollständig ausgeführt worden. (N. Pr. Z.)

Pesth, 8. Jan. In der heutigen Sitzung der Komitats-Kongregation theilte Vizegespan Nyari mit, daß der Graf-Obergespan mit dem Tavernikus Rücksprache darüber gepflogen habe, damit das Militär bei allen vorkommenden Gelegenheiten nur im Einverständnisse mit den nunmehrigen verfassungsmäßigen Behörden einschreiten dürfe. Es sind diesfalls an die Truppenkommandanten bereits die nöthigen Weisungen ergangen, und nur bei etwaigen Angriffen ärarischer Gebäude oder Kassen ist die bewaffnete Macht auf eigene Verantwortung einzuschreiten berechtigt. (Östr. Post.)

Pesth, 8. Jan. Die Zeitung „Pesti Naplo“ bespricht die Finanzlage des Reiches und meint, daß Ungarn niemals die Beschlüsse des Reichsrathes in Bezug auf die Staatslasten, deren Tragung und Tilgung als bindend anerkenne; aus diesem Grunde werde es nie eine Solidarität für jene Schulden übernehmen, welche in den letzten zwölf Jahren auf nicht konstitutionellem Wege eingegangen worden seyen.

Lissabon. Die hiesige Regierung läßt durch öffentliche Bekanntmachung in den Gemeinden vor der **Auswanderung nach Brasilien** warnen; zugleich ist verfügt, daß eine Liste von 754 portugiesischen Auswanderern, welche in der Zeit vom 7. März bis zum 4. Mai v. J. (also während 58 Tagen) allein im Hafen von Rio de Janeiro gestorben sind, durch Ablesung in den Kirchen und durch Befestigung an den Kirchenthüren zur öffentlichen Kenntniß gebracht werden soll.

Aus **Rom**, 5. Jan., wird der „Köln. Ztg.“ geschrieben: Die Ansprache Goyon's an den heiligen Vater zur Beglückwünschung am Neujahrstage ist um so mehr der Gegenstand der Aufmerksamkeit, je bunter die davon umgehenden Versionen lauten. Sonst brachte wohl das römische Journal im amtlichen Theile den Wortlaut der päpstlichen Erwiderung, doch seit einem Jahre steht dasselbe auch unter französischer Aufsicht, mag sie in manchen Fällen auch nur auf indirekte Rücksichtnahme hinauslaufen. Ich gehe deßhalb nicht weiter darauf ein, will aber doch einen Passus daraus mittheilen, der mir durch seine Quelle verbürgt ist. Es sey, sagte der Papst zum Offizier-Korps, ihm stets erfreulich, ein neues Jahr seiner Regierung durch die Wünsche so vieler beherzten Führer einer Elite-Armee gut vorbedeutet zu sehen. Er hätte keinen anderen Wunsch hinzuzusetzen gehabt, als daß diese tapfere Garnison zur Vertheidigung der Rechte der hart geprüften Kirche, bevor sie völlig vernichtet seyen, hätte thatkräftig einschreiten können. Doch er wisse nur allzuwohl, daß das französische Okkupationskorps anderer Zwecke halber hier sey, als die Kirche zu schützen und ihr Oberhaupt.

Neapel. Bei Porta Nolana wurde die dortige piemontesische Schildwache dieser Tage ermordet; Aehnliches geschah in zwei andern Theilen der Stadt.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	73 G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	59½ P. 59 G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	48 G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	39½ P. 39 G.
"	4½ pCt.	35 P. 34½ G.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	87½ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102¾ P.
"	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101⅛ P
"	4½ pCt. Obl. ½jähr dto.	101½ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	99¼ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	99¼ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	95 P.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103 P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	94¼ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	102¾ P.
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	98½ G.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	101¾ P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100½ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	100¾ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	97⅞ G.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	97 P.
"	3 pCt. Obl.	90 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47¼ P.
"	1¾ pCt. " " "	40¼ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	97⅜ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	107¾ P. ¼ G. ex D.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	577—75 G. ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	121—20½ G. ex D.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	167 P. 166 G. ex D.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	62 P. ex D.
Internationale Bank in Luxemb. . .	79 P. 78½ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	325 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	67¼ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	218 P. 216 G.
" Elisab.-Eisenbahn à pCt. . .	117 G.
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	25⅝ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	125½ G. ex D.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	95⅜ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	48⅞ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	232 P.
Span. Handels- u. Industrie . . .	475 G. ex D.
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	460 P. ex D.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	102⅛ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101½ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99½ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105¼ B.
Brem. 50 Th. Lsd: k. S.	95⅝ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105¼ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ B.
London Lst. 10 k. S.	117 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L. S. L. 250 k. S.	92⅝ B.
Paris Frs. 200 k. S.	92¾ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	77¼ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	70 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	44½ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	54¾ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	125 P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	55 P.	" fl. 25 do.	35½ P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	84 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	35¾ P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	115 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50¼ G.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	34 G.
Badische fl. 50	87½ G.	Vereins-Loose fl. 10.	10¼ G.
Badische fl. 35	51⅜ G.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10¼ P.

Frankfurt, 12. Januar. Bei nicht sehr belebtem Geschäfte waren österr. Fonds und Aktien etwas höher. Ludwigshafen- und Bexbacher Eisenbahnaktien zu besseren Kursen begehrt. Frankf. Bank- (Synd.)

bruarrevolution von 1848. Anfangs März desselben Jahres begab er sich nach Berlin. Sein politisches Wirken seitdem ist in Aller Gedächtniß. Er war es besonders, der die deutsche Wendung in der preußischen Politik befürwortete, deren Ausführung indeß auf so viele Hindernisse stieß, daß er bereits im Juni wieder aus dem Ministerium trat. Er begleitete aber seitdem die Geschicke Preußens und Deutschlands mit der regsten Theilnahme, theils als Redner in der preußischen Kammer, theils als politischer Schriftsteller von einer feinen, einschneidenden Feder. Heinrich v. Arnim war ein durch vielseitige Bildung und Erfahrung hervorragender geistvoller Staatsmann, dessen Phantasie allein zu lebendig war, um ihn stets alle Seiten eines Gegenstandes nüchtern gegen einander abwägen zu lassen.

Kurhessen. Kassel, 8. Jan. Aus den verschiedensten Gegenden des Landes liegen Berichte vor über die Festlichkeiten, mit denen der 30. Jahrestag unserer Verfassung begangen worden. Ueberall sprach sich bei dieser Gelegenheit die lebhafteste Anerkennung aus für das Verhalten der 2. Kammer, und die anwesenden Mitglieder derselben wurden dadurch meistens zum Mittelpunkt des Festes gemacht. So war es denn auch nur selbstverständlich, wenn jedes Wort, welches für das Festhalten am Rechte des Landes ausgesprochen wurde, einmüthige und begeisterte Zustimmung fand. (Ztg. f. Nordd.)

Oesterreich. Wien, 9. Jan. Ein hier wohnender ungarischer Magnat hat dieser Tage von einem unter den Trümmern des neapolitanischen Heeres in Gaeta kämpfenden Freunde ein Schreiben erhalten. Diesem Briefe zufolge würden die Belagerten durch den Abzug der französischen Flotte eben nicht so hart getroffen werden, als man meinen sollte; die Folgen einer Blokade des Hafens durch ein piemontesisches Geschwader wären aus dem Grunde für die Belagerten nicht so mißlich, da die Festung mit Munition und Lebensmitteln für sechs Monate reichlich versehen seyn soll. (D. Allg. Z.)

Wien, 8. Jan. Die Mitglieder der galizischen Deputation haben nun sämmtlich die Residenz verlassen. Dem Vernehmen nach wurde ein aus drei Personen bestehendes Komite erwählt, welches privatim in Wien verbleiben und die Interessen des Landes in jeder Beziehung und bei sämmtlichen Behörden wahrnehmen wird.

Großbritannien.

Lord Palmerston hat, kürzlich bei einem festlichen Anlaß einen Toast erwidernd, sich über drei brennende Fragen der Gegenwart ausgesprochen: die zwischen Europa und China eröffneten Beziehungen würden von dem glücklichsten Einfluß für die kommerziellen Interessen Europa's seyn; Italien werde alle der Herstellung seiner Einheit noch entgegenstehenden Hindernisse glücklich überwinden und als ein Mittelpunkt der progressiven Bewegung gleich dem alten Rom noch eine große Rolle in der Geschichte spielen, und endlich in den Vereinigten Staaten werde es zum Bruderkrieg nicht kommen und der seit nahezu hundert Jahren das Glück der Amerikaner vermittelnde Bund werde nicht gebrochen werden.

Der „Constitutionnel" berichtet, die Kammersession werde am 4. Februar eröffnet werden; da dies der Vorabend der englischen Parlamentseröffnung ist, so scheint Napoleon sich das erste Wort sichern zu wollen.

Frankreich.

Die Beschwerde der Bischöfe gegen die vorgängige Deponirung eines Exemplars ihrer Hirtenbriefe bei den Behörden ist abschlägig beschieden worden, weil die Regierung von solchen Veröffentlichungen Kenntniß haben müsse.

Spanien.

Madrid, 8. Jan. Die Journale sind im Begriff, eine Adresse an die Cortes zu verfassen, um die Aufhebung der Pässe für das Ausland zu verlangen. Das Preßgesetz wird, sobald es der gesetzgebenden Versammlung vorgelegt ist, diskutirt werden.

Italien.

* Briefe aus Neapel berichten über die Vorgänge in dieser Stadt. Die Demonstrationen und Erhebungen folgen sich immer häufiger, woraus immer mehr die Einheit der Stimmen hervortritt. Am 29. Dezbr. versuchte man einmal seine Kräfte in einer imposanten Demonstration. Abends 8 Uhr setzten sich die Fischer und die Bevölkerung des Quartiers Mergellina unter dem Geschrei: „Es lebe Franz II.! Wir wollen unsern König, welcher uns gutes Brod und billige Lebensmittel gibt! Hinaus mit den Dieben! Hinaus mit dem Usurpator!" in Bewegung. Piemontesische Uhlanen erschienen, zogen sich jedoch wieder zurück, als sie von dem Volke mit Pfeifen, Geheul und Steinen empfangen wurden. In dem Augenblick, als der Ruf „Es lebe Franz II." auf dem Platz Capella erschallte, zeigte sich die Nationalgarde in Masse, die gegen die Schreier anrückte. Es kam zum Schießen, und Verwundungen und Arretirungen waren die Folgen. Um halb 9 Uhr konnte man die Toledostraße nicht mehr passiren. Zahlreiche Haufen hatten sich darin gesammelt, die fortwährend schrieen: „Es lebe Franz II.! Nieder mit dem Galantuomo!" Nach vielem Pfeifen und unzähligen Verwünschungen wurde die Ruhe auf diesem Punkte von piemontesischen Truppen und der Nationalgarde, welche Arretirungen vornahmen, wiederhergestellt. In den Quartieren Pennino und Mercata schrie man gleichfalls: „Es lebe Franz II.! Hinaus mit dem Fremden!" — An demselben Tag, am 29. Dezember, fand eine bourbonische Bewegung in Nocera, einige Stunden von Neapel, statt. In der Nacht vom 30. auf den 31. brachen ähnliche Bewegungen in Torre del Greco, Torre dell' Annunziata, Resina, Portici, San Giovanni und Peduccio, d. h. auf der ganzen Eisenbahnlinie von Neapel nach Castellamare aus. Das Volk ist überzeugt, daß Viktor Emanuel, in der Absicht sich zu bereichern, nach Neapel gekommen sey, und das Benehmen des Galantuomo, der Alles mitnahm, was ihm gefiel, trägt dazu bei, es in dieser Meinung zu bestärken. Es wird nicht lange dauern und man wird in der National-Garde Spaltungen ausbrechen sehen; diejenige in Portici und Resina hat sich schon auf die Seite des Volkes gestellt. Sie besitzt so wenig Enthusiasmus für die Rolle, welche Piemont ihr zutheilen will, daß sich nur 78 Mann für die mobilen Bataillone eingeschrieben haben. Das von Ferdinand II. und Franz II. zur Unterstützung der armen Klassen auf Lager gehaltene Korn ist nach Genua gesandt worden. (Bei vorstehendem Bericht muß man beachten, daß er aus französischen Quellen floß, die die Zustände in Neapel aus bekannten Gründen möglichst trüber darstellen. Uebrigens wenn auch nicht Alles wahr ist, etwas ist doch daran.)

Türkei.

* Man schreibt aus Konstantinopel, 2. Jan.: „Der Abschluß des türkischen Anlehens ist auf Schwierigkeiten gestoßen und man kann sich denken, welchen Eindruck dies hier macht, wo man demselben mit so großer Ungeduld entgegensah. Die Regierung thut übrigens Alles, um die Hoffnung im Publikum zu erhalten. Sie macht daher bekannt, daß die Schwierigkeiten, auf welche die Zeichnungen auf dem Pariser Markte stoßen, nicht ernstlicher Natur seyen, und daß man sie überwinden werde. Das Bankhaus Arland Court u. Komp., welches für Rechnung des Schatzes den Betrag der ersten Einzahlung zu negoziren angefangen hatte, erhielt von Paris aus die Weisung, diese Operation einzustellen, so daß kaum 5 Millionen Frs. abgeliefert wurden.

Nichtpolitische Zeitung.

Aus dem preußischen Orte Linden wird geschrieben: „Am 29. Dezbr. v. J. hat die Familie eines Bergmannes in hiesiger Gegend ein furchtbares Unglück betroffen. Die Frau desselben hatte für ihren Mann und noch mehrere andere Bergleute in Hattingen 20 Pfd. Pulver gekauft; auf dem Wege nach Hause war das Pulversäckchen in den Schnee gefallen und das Pulver theilweise naß geworden. Um Vorwürfe des Mannes zu vermeiden, welcher noch schlief, hatte die Frau das nasse Pulver, eine sehr geringe Quantität, auf einer Schürze am Ofen zu trocknen versucht, wodurch sich dasselbe entzündete und eine Explosion der Gesammtmasse entstand, in Folge dessen sämmtliche Personen der Familie, bestehend aus Mann und Frau, 5 Kindern und einer alten Mutter, furchtbar verletzt worden sind. An dem Wohnhause, einem neuen, ganz massiven Gebäude, sind sämmtliche Fenster zertrümmert, die starken Mauern um ein paar Fuß gewichen und die vollständige Einäscherung desselben ist nur durch glücklicherweise schnell herbeigekommene nachbarliche Hülfe verhütet worden.

Um einen Begriff von den großen Bauten zu geben, welche 1861 in Paris ausgeführt werden sollen, versichert der „Courrier du Havre", daß im Laufe dieses Monats allein die Stadt nicht weniger als 49 Millionen für Expropriationen zu zahlen hat. (Köln. Ztg.)

Neueste Nachrichten.

Wien, 9. Jan. Sicherem Vernehmen nach wird der ungarische Reichstag auf den 2. April einberufen werden. Bereits wurde der hier weilende Fürst-Primas von Ungarn davon in Kenntniß gesetzt, und der betreffende k. Erlaß wird dieser Tage

München, 11. Januar. Die auf den 10. einberufenen assentirt-unmontirten Soldaten trafen gestern bei ihren Abtheilungen ein. Sie sind sofort zu montiren und in den Waffen einzuüben. Der Kälte wegen wird in den Gängen der Kasernen exerzirt. (Südd. Z.)

München. Für den Posten eines Regierungskommissärs bei der erwarteten Generalsynode der Pfalz zur Schlichtung der dortigen kirchlichen Streitfragen war vom Kultusministerium der nunmehrige Regierungsdirektor Meyer zu Speyer designirt. Derselbe hat jedoch dem Vernehmen nach gebeten, ihn mit dieser Aufgabe zu verschonen, und man nennt den Oberstaatsanwalt Bomhard zu Amberg als für dieselbe nunmehr bestimmt, welcher derselben auch durch seine langjährige Thätigkeit in der Pfalz mehr gewachsen erscheint.

Von etwa 50 Bürgern **Augsburgs** war an die Kreisregierung eine Beschwerde über die Zusammensetzung des Komite für Untersuchung der, über die Wirksamkeit der barmherzigen Schwestern im dortigen Krankenhause erhobenen Streitfrage eingereicht worden, worin namentlich der Umstand, daß auch Rechtsrath Frisch und Gemeinde-Bevollmächtigter Volkhart in diesem Komite sitzen, gerügt und gebeten wird, die Erledigung dieser Frage solle einer aus Mitgliedern der Regierung und des bischöflichen Ordinariats gebildeten Kommission übergeben werden. Die Kreisregierung hatte diese Eingabe dem Magistrat zur Aeußerung mitgetheilt, und dieser trat in öffentlicher Sitzung einstimmig dem Bericht seines Referenten bei, wornach die fragliche Beschwerde als unbegründet zurückgewiesen und die Kompetenz der Gemeindebehörde als alleinberechtigte gewahrt wird. Es wurde in diesem Berichte ferner ausgeführt, daß die Zusammensetzung der Kommission eine durchaus rechtliche sey, und in keiner Beziehung ein Grund vorliege, irgend ein Mitglied, also auch nicht die genannten beiden Herren, von fraglichem Komite auszuschließen, und daß ferner das Komite lediglich zu untersuchen, und wenn alle Momente desfalls erhoben seyn werden, dem Magistralskollegium Bericht zu erstatten habe.

Nürnberg, 8. Jan. Der „N. Kur." vernimmt, daß die städtischen Gemeindebehörden heute beschlossen haben, an das kgl. Staatsministerium der Justiz wie an die Kammer der Abgeordneten (um Vertretung in derselben soll einer der Abgeordneten für Nürnberg, Herr Brater, angegangen werden) nachstehende Bitten zu richten, und zwar um: a) Ergänzung des Art. 2 des Taxgesetzes in dem Sinne: Es werde eine Taxe nicht entrichtet, und sey Befreiung von Stempelpflicht gewährt, wenn die Verhandlungen die Geschäfte der Vormundschaftsführung für Minorenne und ihnen Gleichgeachtete, sowie obervormundschaftliche Thätigkeit betreffen; (es sey dies eine unzubezahlende Staatspflicht, wie die Geschäfte des Vormunds eine solche Bürgerpflicht wären.) b) ein Gesetz, wodurch die Behandlung der Hinterlassenschaften im ganzen Lande gleichmäßig gesetzlich geregelt wird; c) ein Gesetz, wodurch Art. 19 u. 20 des Taxgesetzes geändert werden, daß 1) wenn Schätzungen und Inventuren in Folge gerichtlicher Behandlung des Nachlasses eines Ehegatten sich auf das ganze Vermögen, das Gegenstand der Gütergemeinschaft war, erstreckt, unter allen Umständen von demjenigen Vermögenstheile, der nicht Gegenstand der Hinterlassenschaft, sondern Eigenthum des Ueberlebenden ist, eine Inventurstaxe nicht erhoben werden darf, und daß 2) wenn gerichtliche Inventuren von Hinterlassenschaften nur wegen einzelner Betheiligten (Minorennen oder Abwesenden) geboten ist, die Inventurstaxe nur aus dem Antheile derer berechnet und erhoben werden soll, wegen welcher und in Rücksicht auf welche die gerichtliche Behandlung geboten ist (damit ferner nicht mehr die eigentlich gar nicht Betheiligten wie bisher unschuldig mitbesteuert werden, da ihr Eigenthum gar nicht zur gerichtlichen Verhandlung gekommen wäre); d) Abänderung des Taxgesetzes dahin, daß alle derartige Streitfragen, besonders über Taxpflichtigkeit und Größe derselben, nicht von den betheiligten Finanzbehörden, sondern durch die Gerichte entschieden werden sollen (diese Behörden sind bis jetzt Richter in eigener Sache); e) Wiederherstellung des alten Nürnberger Statutarrechts und Zurücknahme der k. Dekrete von 1809, 1838 und 1844.

Preußen. Berlin, 10. Jan. Hiesige Blätter verschiedener Farbe sprechen sich mit großer Entschiedenheit gegen die augenblickliche Vollziehung einer Bundesexekution in Schleswig-Holstein aus, weil Preußen, dem sie zufallen würde, seine Kräfte für andere drohende Gefahren zusammenhalten müsse. Wir glauben, diese Besorgniß ist unnöthig. Es müßte ja ein Wunder geschehen, wenn endlich Ernst gemacht würde in dieser traurigen Sache.

Berlin, 10. Jan. Der „Staats-Anzeiger" veröffentlicht heute folgendes Schriftstück von der Hand des verstorbenen Königs: „Charlottenburg, am Tage der Verklärung J: Ch: i. 6. August 1854. Wie ich bestattet seyn will. † † † Wenn Gott der Herr es giebt, daß ich meine irdische Laufbahn ruhig in der Heimath endige und wenn, um was ich Ihn auf Knieen und mit Inbrunst anflehe, die Königinn, meine heiß und ewiggeliebte Elise mich überlebt, so soll ihr dies Blatt gleich nach meinem Ableben übergeben werden. Was sie irgend daran ändert, soll befolgt werden, als stände es hier geschrieben. Ihr Befehl soll mein Befehl seyn. Doch will ich einst an ihrer Seite ruhen, im selben Grabe, so nahe als möglich. Sobald mein Tod durch die Aerzte bescheinigt ist, will ich, daß man meinen Leib wasche und öffne. Mein Herz soll in ein verhältnißmäßig großes Herz aus märkischem Granit gelegt und am Eingange der Gruft im Mausoläum zu Charlottenburg (folglich zu den Füßen meiner königlichen Eltern), in den Fußboden eingemauert und von ihm bedeckt werden. — Meine Ruhestätte soll die Friedenskirche seyn und zwar vor den Stufen, die zum heiligen Tisch führen, zwischen dem Marmor-Pult und dem Anfang der Sitzplätze, zur Linken (vom Altar zur Rechten) der Mittellinie des Kirch-Schiffes, so, daß einst die Königinn zu meiner Rechten ruht. Der bezeichnete Raum in ganzer Breite von unserm Kirchstuhl bis zum gegenüber gelegenen, so wie der Streifen von da an, zwischen den Sitzplätzen der Gemeinde bis an die Säulen des Orgel-Chors soll (aus meinen hinterlassenen Mitteln) einfach, aber harmonirend mit dem Boden um den heiligen Tisch — in Marmor — neu gepflastert werden. Grade über meiner Ruhestätte, flach ohne Erhöhung über das Pflaster der Kirche, soll ein Oblongum in weißem Marmor (ähnlich den beiden Platten im Mausoläum zu Charlottenburg) angebracht werden, auf welchem in Metall, oben das Monogram Christi, dann die Inschrift stehen soll: „„Hier ruht in Gott seinem Heilande, in Hoffnung einer seeligen Auferstehung und eines gnädigen Gerichtes, allein begründet auf das Verdienst Jesu Christi unseres Allerheiligsten Erlösers und Einigen Lebens: weyland rc. rc. rc."" Bei meiner Bestattung soll es grade gehalten werden wie bei der des hochseel. Königs, meines unvergeßlichen Vaters. Und zwar im Dom zu Berlin, wenn ich in der Berliner Gegend sterbe, aber wenn ich in der Potsdamer Gegend sterbe: in der Friedens-Kirche unter Sanssouci. Sobald mein Lebensende ärztlich konstatirt seyn wird, sollen 150 Thlr. Gold an die Armen des Doms gesendet werden, wie ich solches, nach meiner jedesmaligen Theilnahme am hochheiligen Sakramente des Nacht-Mahls pflege. Eine gleiche Summe wird sodann an die andern Kirchen (für ihre Arme) übermacht, wo ich kommunizirt habe, nemlich: an die Friedens-Kirche, an die Erdmannsdorfer Dorfkirche, an die Stadtkirche zu Spandau, an die evangelische Dorfkirche zu Fischbach, und an die Armen der Kirche de l'oration zu Paris."

Düsseldorf, 5. Jan. Das „Düsseld. Journ." berichtet über den bereits mitgetheilten Tod Heinrich's v. Arnim: „Der Staatsminister a. D., Hr. Heinr. Frhr. v. Arnim, ist heute früh hierselbst in den Armen seiner Tochter, der Freifrau v. Bussche-Kessel, und ihres Gatten entschlafen. Hr. v. Arnim stand im 63. Lebensjahre. Er war im Lande hochgeehrt als ein Mann von ausgezeichneten Talenten, ächter Vaterlandsliebe und bewährter Freisinnigkeit. Er lag seit einigen Wochen hier an der Wassersucht krank darnieder; bei der unglücklichen Applikation eines von dem aus Berlin zur Konsultation berufenen geh. Medizinalrath Frerichs verordneten Spiritusbades erhielt er zu seinem chronischen Leiden noch Brandwunden, welche ihm seine letzten Tage noch erschwerten. Die Leiche wird auf dem hiesigen Friedhofe bestattet werden." Die „Köln. Ztg." begleitet diese Notiz mit folgenden Betrachtungen: „Wir können einen Mann, wie Heinrich v. Arnim, nicht in seine Gruft senken lassen, ohne ihm ein Wort der Trauer und der Anerkennung nachzurufen. Es sieht überhaupt schwach aus mit der preuß. Diplomatie, namentlich aber gebricht es ihr an freisinnigen Männern. Im Jahre 1820 trat er in den Staatsdienst, zuerst als Gesandtschafts-Attaché in der Schweiz, dann als Legationssekretär in München, Kopenhagen und Neapel. Von Neapel ward er als Geschäftsträger nach Darmstadt versetzt, wo er sich um den eben in der Entwicklung begriffenen Zollverein sehr verdient machte. Im Jahr 1834 trat Arnim als Geheimer Legations-Rath und vortragender Rath in die politische Abtheilung des Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. Nicht lange nach der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. ward er zum Gesandten in Brüssel ernannt. Auch hier erwarb er sich große Verdienste für die Förderung deutscher Interessen. Im Jahre 1846 wurde er an die Stelle des Grafen Arnim-Heinrichsdorff zum Gesandten in Paris ernannt, wo er bald nach seiner Uebersiedlung seine Gemahlin verlor. Hier erlebte er auch die Fe-

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 13.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Sonntag, 13. Januar 1861.

Deutscher Bund.

♂ Frankfurt, 11. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Die Vertreter der einzelnen Regierungen, welche sich bereit erklärten, bestimmte Vorschäge zur Herbeiführung der Maß- und Gewichtseinheit zu berathen, sollten zwar bis gestern hier eintreffen, sind aber meistens noch nicht da, so daß diese Konferenz noch nicht beginnen kann. Auch in den übrigen Fragen, welche von den sog. Würzburger Regierungen zu Anträgen benützt wurden, herrscht gegenwärtig Stillstand, da die Schwierigkeiten sich größer zeigen, als man erwartet hatte. Manches davon wird daher in die Registratur des schätzbaren Materials wandern.

Aus Darmstadt, 9. Jan., schreibt man der „D. A. Z.": „Man faßt den Antrag, welchen die hessen-darmstädtische Regierung im Hinblick auf die Thätigkeit des Nationalvereins in der letzten Sitzung der Bundesversammlung gestellt hat, unrichtig auf, wenn man denselben ausschließlich auf die Unterdrückung des Vereins gerichtet glaubt. Allerdings würde es der Regierung ohne Zweifel sehr erwünscht seyn, wenn die Bundesversammlung durch die dem betreffenden Paragraphen des Bundesvereinsgesetzes zu gebende Interpretation die Handhabe zu einer solchen Maßregel bieten wollte; allein man ist hier über die Stimmung der übrigen Bundesregierungen zu gut unterrichtet, als daß man im Ernst darauf sollte hoffen können. Jener Antrag hat deshalb vorwiegend den Zweck, unserer Regierung die Möglichkeit zur Umkehr aus der Sackgasse zu gewähren, in welche sie sich mit ihren fast vollständig isolirt stehenden Maßregelungen verrannt hat. Wenn dann der Bundestag auf ihren Antrag nicht eingeht, hätte sie einen guten Grund, ihrerseits auch von der Verfolgung des Nationalvereins abzustehen." (Wollen sehen.)

Bayern. München, 11. Jan. Aus den der Kammer der Abgeordneten vorgelegten Nachweisungen über die Verwendung der Staatseinnahmen in den Jahren 1857/59 theilen wir zunächst das Hauptergebniß der beiden Jahre mit. Im Jahre 1857/58 betrugen die gesammten Rein-Einnahmen des laufenden Dienstes 48,514,383 fl. $37^{3}/_{4}$ kr., gegen den Budget-Voranschlag mehr um 7,417,521 $37^{3}/_{4}$ kr. Mit Einrechnung des Aktivrestes aus dem Vorjahre mit 7,071,502 fl. 39 kr., der nachträglichen Einnahme aus den Vorjahren der 7. Finanzperiode zu 350,790 fl. $53^{3}/_{4}$ kr. und des Vorlagskapital (das immer nur als durchlaufender Posten erscheint) mit 6,940,668 fl. 32 kr., ergab sich eine Gesammteinnahme von 62,877,345 fl. $42^{1}/_{2}$ kr. Der Gesammtaufwand für den laufenden Dienst betrug 44,633,151 fl. $1^{3}/_{4}$ kr. und mit dem Vorlagskapital im Ganzen 51,573,819 fl. $33^{3}/_{4}$ kr. — so daß sich ein Aktivrest von 11,303,526 fl. ergab, über welchen durch die Gesetze vom 26. März und 16. Aug. v. J., die außerordentlichen Bedürfnisse des Heeres betreffend, bereits verfügt worden ist. — Im Jahr 1858/59 berechnet sich die Rein-Einnahme des laufenden Dienstes auf 54,049,660 fl. $21^{1}/_{4}$ kr., gegen das Budget mehr um 12,952,798 fl. $21^{1}/_{4}$ kr., resp. nach Abrechnung eines Anlehens von 4 Millionen für außerordentliche Bedürfnisse des Heeres — um 8,952,798 fl. $21^{1}/_{2}$ kr. Mit Hinzurechnung des oben angeführten Aktivrestes des Vorjahres, dann nachträgliche Einnahmen aus den Vorjahren der 7. Finanzperiode, sowie des Vorlagskapital ergibt sich eine Gesammt-Jahreseinnahme von 72 Mill. 565,565 fl. $50^{3}/_{4}$ kr. Der Gesammtaufwand für den laufenden Dienst betrug 58,490,602 fl. $53^{1}/_{4}$ kr. und mit dem Vorlagskapital 65,431,271 fl. $25^{1}/_{4}$ kr., so daß ein Aktivrest von 7 Mill. 134,294 fl. $25^{1}/_{2}$ kr. verblieb, welcher in der Rechnung und Nachweisung von 1859/60 übergetragen ist. (N. M. Z.)

* Politische Literatur.

„Die Weltlage in ihrer geschichtlichen Entwicklung" ist der Titel einer kleinen Schrift, welche ein ungenannter Verfasser in J. L. Schrag's Verlag zu Leipzig hat erscheinen lassen. Die wichtigen Fragen der Zeit, welche die Gegenwart bewegen, werden darin zur Sprache gebracht, erörtert und beleuchtet. Jedermann, meint der Verfasser in der Vorrede, müsse sich heute die Frage vorlegen, wohee die trüben Zustände der Gegenwart kommen, welches die leitenden Grundsätze der Gegenwart seyen, wer sie beherrsche und wohin sie führen müssen. Die deutschen Verhältnisse bilden den Hauptbestandtheil der Schrift; bezüglich dieser mögen den Standpunkt des Verfassers folgende Worte desselben andeuten: „So berechtigt auch die deutsche Bewegung nach Einigung ist, so vermag ich doch in dem, was die Norddeutschen anstreben, keine Einheit zu erkennen, sondern lediglich nur die Vervollständigung der deutschen Zweiheit und Zwietracht, welche von jeher das Verderben der Nation war. Was der Nationalverein will, das wollen eben auch unsere Feinde, die Franzosen und Russen; das ist es aber auch zuverlässig, was bei der heutigen Weltstellung die Nation in den Abgrund führen müßte. Das Gebiet der Träumereien haben die Deutschen wahrlich genug ausgeheckt; jetzt aber, wo die Waffen des Verderbens an allen unseren Grenzen klirren, in einer Zeit, wo die Geschicke der Völker und die Weltgeschichte eines Jahrtausends in Frage stehen, ist es hohe Zeit, daß auch der Deutsche sich wieder einmal in Staatssachen der Nation auf dem Felde der Wirklichkeit finde." Ob nun der Verfasser selbst auf dem Boden der Wirklichkeit steht, das dürfte etwas zweifelhaft erscheinen, wenn man z. B. den 28. Abschnitt liest; der davon handelt, wie die deutsche Reichseinheit möglich und wie sie zu bewerkstelligen sey. Eine Wahrheit aber, die, so oft schon ausgesprochen, doch nie genug beherzigt wird, legt er uns im 22. Abschnitt an's Herz mit den Worten: „Nicht die vielen Fürsten und kleinen Staaten bedingen die Aufhebung der nationalen Einheit und Macht, sondern die Zweiheit, nämlich zwei Mächte, die sich das Gleichgewicht halten." — Daß auch die Deutschen im fernen Westen jenseits des Ocean dem Geschick ihres Vaterlandes eine warme Theilnahme zuwenden, zeigt uns eine kürzlich von einem Deutschen in Philadelphia herausgegebene Flugschrift unter dem Titel: „Die natürliche Grenze, ein Gedanke für Deutschland." Es wird darin an das Verlangen der Franzosen nach ihren sogenannten natürlichen Grenzen angeknüpft, der Stiel aber umgedreht und den Franzosen gezeigt, daß ihre wahren natürlichen Grenzen weit hinter den Vogesen liegen, daß nicht bloß der ganze Rhein, sondern auch die Schelde, Maas und die ganze Mosel mit ihren Flußgebieten zu Deutschland gehören sollten, und daß, um endlich Ruhe in Europa zu schaffen, auch das Rhonegebiet von Frankreich getrennt und daraus ein eigener Staat gebildet werden müßte. Der Gedanke ist zweifelsohne gut, nur schade, daß Deutschland noch nicht in der Lage ist, denselben zu verwirklichen; denn dazu gehört vor Allem kräftiges, einmüthiges Zusammenwirken und dazu ist leider wenig Aussicht. Mittlerweile empfehlen wir die kernig und treffend geschriebene Broschüre (zu haben bei Wienbrack in Leipzig) zur Beherzigung und Darnachachtung. — „Bayerns Beruf" ist der Titel einer in der Lentner'schen Buchhandlung zu München jüngst erschienenen kleinen Schrift, welche zuvörderst nachweist, wie sehr es Bayern darum zu thun seyn müsse, daß Tyrol nicht in italienische Hände falle; daß ferner ganz Deutschland, wenn Oesterreich wieder angegriffen werde, alle Ursache habe, des Spruchs eingedenk zu seyn: „tua res agitur", daß endlich auch für Schleswig-Holstein eine That geschehen müsse. Deutschland müsse seine ganze Kraft zusammennehmen, um den Gefahren, die ihm von allen Seiten drohen, mit Erfolg die Stirne zu bieten. Der Verfasser schlägt nun vor, dem österr. Heer den Kampf in Italien allein zu überlassen, den Rest des Bundesheeres unter Preußens Führung gegen Westen operiren zu lassen, doch so daß, immer unter preußischer Oberleitung, das 7., 8. und 9. Bundesarmeekorps dem Befehl Bayerns unterstellt würde.

werde, der Kampf der widerstreitenden Richtungen nicht zu unheilvollen Spaltungen führe. Vertrauensvoll wende ich mich an Sie, hochwürdige Herren, ohne deren thatkräftige Unterstützung ich meine Aufgabe nicht zu erfüllen vermöchte, und bitte Sie um Ihre redliche Mitwirkung beim gemeinsamen Werk. Es ist für unsere Kirche eine Zeit ernster und schwerer Prüfung herangekommen. Die Gefahren, welche mit dem Uebergang zu größerer Freiheit und Selbständigkeit stets verbunden sind, mahnen zum festen Aneinanderschließen aller derer, welchen das Wohl der Kirche am Herzen liegt. Lassen Sie uns daher über persönliche Neigungen und Wünsche und über Parteibestrebungen hinaus den Blick auf das Ganze und auf die Zukunft der Kirche richten. Wohl ist es nicht möglich, daß dem Irrthum unterworfene Menschen eines Sinnes seyen, und das gemeinsame Ziel auf demselben Wege zu erreichen suchen. Wie aber unsere Kirche, der menschlichen Natur Rechnung tragend, verschiedenen Auffassungen Raum gibt, so wollen auch wir jede redliche Ueberzeugung, welche auf dem Grund unserer Kirche ruht, als eine berechtigte anerkennen und ehren, und wollen mit Nachsicht und Liebe auch die aufnehmen, welche in anderer Weise als wir das gleiche Ziel verfolgen — die Förderung des Wohls der Kirche. So lassen Sie uns einträchtig zusammenwirken, und Gottes gnädigen Beistand erflehen, daß er unsere Arbeit seiner Kirche zum Segen gereichen lasse." (Bad. L. Z.)

Aus Frankfurt a/M., 8. Januar, wird der „Allg. Zeitung" geschrieben: „Einigen Zeitungsartikeln, namentlich einem Artikel der „N. Preuß. Ztg." gegenüber, wird berichtigend bemerkt, daß das „Journal de Francfort" überhaupt gar nicht verkauft worden ist. Vielmehr hat der frühere Eigenthümer, der Oberpostmeister Frhr. v. Brints, welcher das Blatt nicht mehr fortzuführen gesonnen war, auf den von Hrn. Osterrieth geäußerten Wunsch dasselbe an diesen unentgeltlich überlassen, so daß nicht einmal ein Vertrag abgeschlossen, sondern die Sache kurzweg brieflich abgemacht worden ist. Hr. v. Brints kann mit der jetzigen Redaktion und Tendenz des Blattes, welche diese nun auch seyn mag, nicht in die mindeste Verbindung gebracht werden."

Wien, 19. Jan. Der „Morgenpost" wird eine Anekdote mitgetheilt, die eine um so treffendere Satyre auf gewisse närrische Uebertreibungen in Nationalitätssachen ist, als sie der ausdrücklichen Versicherung des genannten Blattes zufolge auf Wahrheit beruht. Wir wollen sie unsern Lesern nicht vorenthalten: „Ein hiesiger Kaufmann, der mit einem ungarischen seit einer Reihe von Jahren schon in Geschäftsverbindung gestanden, erhält dieser Tage von dem Geschäftsfreund einen Brief, den der Briefträger nur mit Mühe an die sonst wohlbekannte Adresse zu bringen vermochte, denn die Adresse war diesmal ungarisch geschrieben. Der Kaufmann öffnet das Schreiben, bleibt aber rathlos vor demselben stehen, denn auch der ganze Inhalt ist ungarisch, während die ganze frühere Geschäftskorrespondenz in deutscher Sprache geführt worden war, und der Briefempfänger kein Wort ungarisch versteht. Er eilt zu einem Bekannten, und dieser verdolmetscht ihm das Schreiben dahin, daß der ungarische Geschäftsfreund ihm zum neuen Jahr Glück wünsche, und auch fernerhin die Verbindung mit ihm aufrecht zu halten gesonnen sey, und zum Beweise dessen gleich wieder eine Bestellung mache. Aber, wie gesagt, das alles ungarisch. Unserem Kaufmann kommt eine Idee. Er geht nach Hause, und antwortet jenem — böhmisch. Der ungarische Brief — schreibt er ihm — habe auch in ihm das Nationalitätsgefühl rege gemacht. Er sey Tscheche, und schreibe deßhalb in seiner Muttersprache. Er wisse wohl, daß der andere nicht tschechisch verstehe, und den Brief ebensowenig werde lesen können wie er den ungarischen — aber er sey es seiner Nationalität schuldig, dem gegebenen Beispiel zu folgen. Die Rückantwort aus Ungarn ist noch nicht eingelangt. Wir wiederholen nochmals, der Fall hat sich wirklich hier zugetragen."

Pesth, 9. Jan. An der Bestattung der bei den letzten traurigen Konflikten in Nagy-Körös Gefallenen nahm die ganze Bevölkerung Theil. Nicht weniger als 10,000 Menschen sollen sich dabei versammelt haben. Der Leichenzug nahm bei dem Hause des Vaters eines der Verunglückten, eines jungen Menschen von 16 Jahren, seinen Anfang. Es wurden Gedichte vorgetragen und die Todtengesänge angestimmt. Von da bewegte sich der Zug nach der reformirten Kirche, wo wieder drei Särge aufgenommen wurden. Voraus ging die studirende Jugend des Lyceums; die Särge wurden von jungen Leuten aus dem Adel getragen. Endlich wurde der fünfte Gefallene, der römisch-katholischen Glaubens war, abgeholt und ebenfalls unter Szozat- und Hymnengesang auf dem katholischen Friedhof bestattet. Die öffentliche Ruhe ist in keiner Weise gestört worden.

Die neueste Ueberlandpost ist mittelst Lloyddampfers „Pluto" am 9. d. M. zu Triest eingetroffen und enthält Nachrichten aus Kalkutta vom 8., Bombay 12., Singapore 6. Dezbr. und aus Shanghai vom 18. Nov.: Lord Elgin wird Japan, Manilla und Java besuchen. Die Nachrichten aus Banjermassing lauten günstiger. Der Vertrag wurde in Peking am 2. Nov. veröffentlicht; die englische Armee sollte am 7. Nov. nach Tientsin abmarschiren; das französische Hauptquartier und ein großer Theil der französischen Truppen sind bereits dort eingetroffen. Bruce ist am 6. von Tientsin nach Peking abgegangen.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Wöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. 1. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	73 G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	58 1/2 P. 1/8 G.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	47 3/4—47 5/8 G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	40 3/4 P.
"	4 1/2 pCt.	34 3/4 P. 1/4 G.
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	87 1/2 P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102 3/8 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	101 1/8 P
"	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr dto.	101 1/2 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	99 1/4 G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	99 1/4 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	95 P.
Württemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	103 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	94 1/4 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	102 7/8 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	93 1/2 G.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	101 3/4 P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100 1/2 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto:	—
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	100 7/8 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	97 7/8 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	97 P.
"	3 pCt. Obl.	90 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47 1/4 P.
"	1 3/4 pCt. " " "	40 1/4 P.
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 500 Thlr.	97 5/8 P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	106 1/2 G. ex D.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	566—72 G. ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	119 1/2 G. ex D.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	168P. 166G. exD.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien	82 P. ex D.
Internationale Bank in Luxemb. . .	79 P. 78 1/2 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	325 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	67 1/4 P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	220 P. 216 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	117 3/4—18 G.
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75 P. 74 G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	25 1/2 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	125 1/4 P. ex D.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4 1/2 pCt.	95 3/8 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	48 1/8 P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	234 P.
Span. Handels- u. Industrie . . .	465 G. ex D.
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	460 P. ex D.
Bayr. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	101 7/8 P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101 1/2 G.

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99 1/2 B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105 1/4 B.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	95 5/8 B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 1/4 B.
Hamb. Mk. 100 k. S.	88 B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 1/4 B.
London Lst. 10 k. S.	117 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S.-L. 250 k. S.	92 3/4 B.
Paris Frs. 200 k. S.	92 3/4 G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	77 3/8 B.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	68 3/4 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	44 1/2 P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	54 1/8 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	125 1/4 P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	55 G.	" fl. 25 do.	35 1/2 P.
" fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	84 G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	35 3/4 P.
3 1/2 pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	115 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50 1/4 G.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 2 1/2 pCt. Z.	34 G.
Badische fl. 50	88 1/2 P.	Vereins-Loose fl. 10.	10 1/8 P. 9 7/8 G.
Badische fl. 35	52 P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 1/4 P.

Frankfurt, 11. Jan. Die Stimmung der Börse war minder günstig und das Geschäft minder lebhaft als in den jüngsten Tagen, und österr. National, Bank- und Kreditaktien wurden etwas billiger umgesetzt. Dagegen wurden Elisabeth-Prioritäten besser bezahlt. In den übrigen Fonds und Aktien keine bemerkenswerthe Veränderung. (Synd.)

er die ganze Nacht: ohne die Räuber zu finden, mußte er allein zurückkehren. Am 22. erfährt der Vater des geraubten Kindes, daß dasselbe in dem Flecken Komajach bei dem Priester Maziewsky festgehalten werde. Die Eltern eilen dorthin, aber weder Bitten noch Thränen bewegen denselben, die Tochter wieder herauszugeben; es wurde den Eltern nicht einmal erlaubt, sie zu sehen. Maziewsky behauptet, daß das Kind selbst nicht zu den Eltern zurückkehren wolle, und den Wunsch habe, den christlichen Glauben anzunehmen. Der Jude Mendal hat über alles Vorgefallene der Obrigkeit berichtet." (Die Erzählung scheint kaum glaubhaft; die Bestätigung ist abzuwarten.)

Amerika.

New-York, 18. Dez. In der Proklamation, durch welche der Präsident Buchanan einen Buß- und Bettag zum 4. Januar angesetzt hat, motivirt er diese Anordnung durch folgende Schilderung der gegenwärtigen Lage der Dinge: „Die Union der Staaten wird in dem gegenwärtigen Augenblicke von Besorgniß erregender und unmittelbarer Gefahr bedroht, — panischer Schrecken und Elend von furchtbarer Beschaffenheit herrschen im ganzen Lande vor — unsere Arbeiterklasse ist ohne Beschäftigung und demgemäß der Mittel zum Broderwerb beraubt, — ja die Hoffnung scheint die Gemüther der Menschen verlassen zu haben. Alle Klassen sind in einem Zustande der Verwirrung und des Entsetzens, und die weisesten Rathschläge unserer besten Männer werden vollständig mißachtet. Zu wem sollen wir in dieser Stunde unserer Bedrängniß und Gefahr uns um Hülfe wenden, als zu dem Gotte unserer Väter? Dein allmächtiger Arm allein kann uns vor den furchtbaren Folgen unserer Verbrechen und Thorheiten und unserer eigenen Undankbarkeit und Schuld gegen den himmlischen Vater bewahren." In dieser Weise geht es bis zum Schlusse der Proklamation weiter.

New-York, 22. Dez. Die düstere Stimmung, die vor acht Tagen noch herrschte, hat sich in dieser Woche etwas gelichtet. Zwar hat Buchanan durch verschiedene Maßnahmen deutlich gezeigt, daß er es mit den Süd-Staaten hält, aber gerade die hierdurch erregte Entrüstung hat Viele, die bisher dem Toben des Südens mit Nachsicht zuschauten, stutzig gemacht und ihnen die Gefahren enthüllt, denen die frevelhafte Herrschbegier der Sclavenhalterpartei das Land entgegentreibt. Süd-Carolina hat am 20. d. seine Losreißung vom Bunde proklamirt. Wie die Stimmung vor acht Tagen war, würde dieses Ereigniß, so lange es auch schon vorher verkündigt war, doch einen sehr tiefen Eindruck gemacht haben; heute findet man es schon beinahe komisch und ergötzt sich an den ängstlichen und kleinmüthigen Reden, womit die Mitglieder des südkarolinischen Konvents die Geburt der unabhängigen Republik begrüßten, an den bedenklichen Mienen, womit sie darauf hinweisen, daß man die Bundespost vorerst nicht gut werde entbehren können, daß man am Ende auch die Bundeszölle noch fortbezahlen müsse, da Klarirscheine, von südkarolinischen Behörden ausgestellt, sich noch keiner Geltung erfreuen dürften u. s. w. Die Art und Weise, wie das Repräsentantenhaus zu Washington auf die Austritts-Erklärung Süd-Karolina's antwortete, bildet einen der glänzendsten Lichtpunkte in unserer parlamentarischen Geschichte. Ruhig und ernst schritt es an die Berathung der Bill, welche der Union erst ihre rechte Festigkeit und dauernden Gehalt geben soll (durch Herstellung einer Eisenbahnverbindung mit den Staaten am stillen Meer) und nahm sie nach kurzer Debatte an. Zwei Stamm-Eisenbahnen, jede wieder aus zwei Wurzelzweigen gebildet, sollen nach Kalifornien gebaut werden; die eine von Jowa und Missouri aus durch Kansas und Utah nach dem nördlichen Theile Kaliforniens, die andere von Arkansas und Louisiana aus durch Texas und Neu-Mexiko nach dem südlichen Theile des Staats. Es ist eine der gigantischsten Unternehmungen unserer Zeit. Die Südbahn wird mehr dazu beitragen, den Staaten Arkansas, Texas und Louisiana den Austritt aus dem Bunde zu verleiden, als alle Zugeständnisse in der Sclavereifrage. (Nat.-Ztg.)

Asien.

Die neuesten indischen Blätter bringen über Nena Sahib widersprechende Nachrichten. Während der „Friend of India" den Brief eines englischen Offiziers anführt, der vor zwei Monaten aus einem Schreiben eines Eunuchen des Exkönigs von Aude die Gewißheit erhalten haben wollte, daß der Nena am Leben sey, lesen wir im „Englishman" Folgendes: „Wir haben uns bemüht, Verläßliches über des Nena Schicksal zu ermitteln, und wissen aus guter Quelle, daß er im Monat August 1858 in den bei Nepaul gelegenen Hügeln gestorben ist. Sein Bruder Balara beging die Leichenfeier und verbrannte die Leiche an dem Ufer des Supernovelha. Er war nach siebenundzwanzigtägigem Krankenlager am Dschungleſieber gestorben."

Nichtpolitische Zeitung.

München, 10. Jan. Die Richter über die Preisdramen sind in voller Thätigkeit. Von den 50 eingereichten Arbeiten mußten 6 als gegen das Programm verstoßend vorweg beseitigt werden.

München. In Frhrn. v. Liebig's chemischem Hörsale finden in den heurigen Wintermonaten wieder wissenschaftliche, je Mittwochs und Samstags abzuhaltende Vorlesungen, welche mit dem 19. Jan. beginnen und mit dem 20. März beendet seyn werden, statt. (N. M. Z.)

Stuttgart, 8. Jan. Gestern war wieder Börsentag der süddeutschen Industriebörse in dem eleganten dafür hergerichteten Lokale des Königsbaues. Der Besuch war ein äußerst zahlreicher. Ursprünglich von der süddeutschen Baumwollindustrie begründet, umfaßt die Börse nun alle Fabrikations- und Handelszweige. (N. Münch. Ztg.)

Einer der eifrigsten afrikanischen Reisenden, Herr John Petherick, dermalen britischer Konsul in Khartum, befindet sich gegenwärtig in London, nachdem er 15 Jahre im Innern Afrika's gelebt hatte und weiter als irgend ein anderer Europäer in südwestlicher Richtung, von den Ufern des weißen Nils nach dem Inneren des Kontinents, vorgedrungen war. Er schickt sich, im Auftrage der geographischen Gesellschaft, eben an, um von Khartum aus im nächsten Frühjahre gerade gegen Süden vorzudringen, und hofft dann mit dem Kapitän Speke, einem anderen unternehmenden Reisenden, zusammen zu treffen, der von Zenzibar aufbrechen will, um auf diesem Wege den vor Kurzem entdeckten großen See zu erreichen, den man jetzt für die Quelle des Nils hält.

Am 7. Jan. Morgens 8 Uhr war nach dem Bulletin der Pariser Sternwarte der Thermometerstand in Paris — 7,6, in Straßburg — 11,5, in Havre — 4,0, in Cherbourg — 4,2, in Brest — 3,0, in Marseille — 6,0, in Toulon — 6,5, in Nizza — 6,0, in Besançon — 9,3, in Turin — 6,5, in Brüssel nur — 1,2, in Wien — 8,2, in Leipzig — 17,7, in Warschau — 13,0 (am 6. Jan. um dieselbe Zeit aber — 20,3) und in Petersburg — 10,9. (Köln. Z.)

* Vor dem Zuchtpolizeigericht von Mans kam dieser Tage eine Verhandlung vor, die wieder auf eine Art von Gefahren hinweist, wie sie auf Eisenbahnen vorkommen können. Dieses Mal war es ein Beamter der Bahn selbst, der Hauptbremser des Zuges zwischen Mans und Laval, der angeschuldigt war, während einer Fahrt dreimal den ihm anvertrauten wichtigen Posten verlassen und Angriffe auf die Schamhaftigkeit eines jungen Mädchens, das sich allein in einem Waggon befand, versucht zu haben. Die Verhandlung war auch deshalb interessant, weil die dabei aufgeworfene Streitfrage, ob die gegen eine in einem Waggon sich allein befindende Person und während der Fahrt begangene Beleidigung als eine öffentliche Verletzung der Schamhaftigkeit anzusehen sey, in bejahendem Sinne entschieden wurde. Der Angeklagte wurde zu 6 Monaten Gefängnißstrafe verurtheilt, was man allgemein sehr mild findet.

Aus Charkow (Rußland) wird berichtet, daß dort eine Räuber- und Mörderbande aus dem Gefängniß ausgebrochen ist und die Stadt so unsicher macht, daß Niemand Abends ohne Laterne und Pistole auszugehen wagt. Der Ausbruch ist mit wunderbarer Verwegenheit verübt worden, indem die Gefangenen sieben Wochen daran gearbeitet, steinerne Gewölbe durchbrochen und einen unterirdischen Gang angelegt haben. Man glaubt deshalb, daß sich unter ihnen ein Mineur befinde, und auch die gewaltsamen Einbrüche der Bande scheinen dafür zu sprechen. (Köln. Z.)

Neueste Nachrichten.

Berlin, 9. Jan. Der König hat heute den Großherzog von Toskana, den Grafen von Flandern und den Prinzen Murat empfangen.

Berlin, 10. Januar. Die Zollkonferenz, welche hier wegen der Regulirung der Zuckerzölle am 8. zusammentreten sollte, hat, wie die „Ostsee-Ztg." erfährt, den Beginn ihrer Berathungen um 8 Tage verschoben.

Karlsruhe, 7. Jan. Soeben erläßt der Präsident des evangelischen Oberkirchenraths, Staatsrath Nüßlin, eine Ansprache an die evangelische Landesgeistlichkeit, welche der Ausdruck des Geistes ist, der nun in Leitung unserer kirchlichen Angelegenheiten maßgebend seyn soll. Wir entlehnen demselben folgende Stellen: „Ich werde in meinem neuen Amt Gerechtigkeit mit versöhnlichem wohlwollenden Sinn zu verbinden mich bestreben, und dahin zu wirken suchen, daß der innere Friede in unserer Kirche nicht gestört

König sowie die Königin in Folge dessen veranlaßt gewesen wären, Gaeta zu verlassen und, wie behauptet wurde, auf einem spanischen Schiffe Schutz zu suchen. Es wird vielmehr hinzugefügt, daß sowohl der König als auch die Königin sich fortwährend in Gaeta befinden. (Oesterr. Z.)

Briefen aus Pesth vom 7. Jan. zufolge ist in Körös die Ruhe nicht weiter gestört worden. Dies ist dem Patrouillendienst zu verdanken, welchem sich Angehörige der wohlhabenderen Klassen der Gemeinde am Samstag und die darauf folgende Nacht hindurch unterzogen.

Preßburg, 4. Jan. Gestern Abends wurde dem Obergespan Grafen Joseph Palffy zu Ehren ein Fackelzug dargebracht. Derselbe bewegte sich vom Lorenzerthor bis zur Wohnung des Obergespans, und als dieser erschien, wurde er von den zur Congregation anwesenden Magyaren durch die Venturgasse zum Landhause, von dort durch die Sattlergasse in seine Wohnung zurückgetragen, — eine Ehre, die dem Herrn Grafen nicht zum ersten Male widerfährt, da er im Jahre 1848 als Kommandant der Nationalgarde ebenfalls auf den Händen getragen wurde.

Aus Preßburg wird der „Presse" geschrieben: „Um Ihnen einen Begriff davon zu geben, wie die Steuern in Ungarn eingehen, theile ich Ihnen mit, daß am 2. Jan. nach Balassa-Gyarmath 34,000 fl., nach Rosenberg 15,000 fl. geschickt werden mußten, weil sonst den Beamten dort ihre Gehalte nicht ausgezahlt werden konnten. In einem Berichte werden 18 Gemeinden aufgeführt, wo die Pfarrer von der Kanzel herab predigten, keine Steuern zu bezahlen (bevor nämlich der Landtag darüber Beschluß gefaßt habe), und die Statthalterei (?) und Obergespäne ihre Mitwirkung bei Entrichtung der Steuern versagten."

In Dalmatien ist die Aufregung im Zunehmen begriffen und theilt sich die Bevölkerung in zwei Parteien. Von Ragusa aufwärts ist sie gegen die Vereinigung mit Kroatien, von Ragusa abwärts bis Cattaro für dieselbe.

Großbritannien.

Die „Times" sagt, in kurzer Zeit gingen die für die französische Okkupation in Syrien bestimmten sechs Monate zu Ende. Der Zweck sey erfüllt; das Land sey ruhig, die Mordthaten gerächt; die Autorität der Pforte durch Fuad Pascha vollkommen hergestellt; es handle sich nun darum, daß die Konvention ehrlich ausgeführt und die französischen Truppen zurückgezogen werden; es sey kein anderer Grund dafür da, daran zu zweifeln, als das allgemeine Mißtrauen, welches die schwankende Politik Napoleons erwecke; Englands Pflicht sey es daher, darüber Erklärungen zu fordern.

Frankreich.

Die „Debats" zeigen sich über die deutschen Rüstungen beunruhigt; sie heben hervor, daß der Württemb. „Staats-Anzeiger" melde, die Bundesarmee sey bereit, gegen „den Feind" ins Feld zu rücken, und daß auch in der Proklamation des Königs von Preußen düstere Zweifel in die Zukunft Europa's ausgesprochen würden.

Durch einen offiziellen Bericht wird konstatirt, daß seit Erbauung der Eisenbahnen der Verkehr auf den Chausseen sich in Frankreich um 45 pCt. gehoben hat.

Italien.

* Turin, 9. Jan. Die offizielle Zeitung theilt mit, daß Farini auf sein Verlangen von der Statthalterschaft der neapolitanischen Provinzen enthoben ist. Herr Farini ist zum Staatsminister ernannt worden.

Während eine telegraphische Depesche aus Turin vom 8. Januar die Verhaftung der bourbonisch gesinnten Generale Polizzi, Barbalonga, Lignoro, Palmiri, Denta und Marra meldet, weil sie sich, wie die „Opinione" behauptet, einer Verschwörung zu Gunsten des Königs Franz II. schuldig gemacht hätten, ist man in der sardinischen Hauptstadt offenbar ganz rathlos, wie die Dinge in Neapel zum guten Ende hinauszuführen seyen. Mittlerweile soll Garibaldi schon eine große Thätigkeit entfalten, um die Angriffsmittel zu organisiren, die er nach den Einen gegen das venetianische Littorale, nach den Andern gegen Ungarn verwenden will. Er stehe im Begriff, behauptet man, in wenigen Tagen nach London zu gehen, wo er, wenn nicht bedeutende materielle Hülfsquellen für seine Expedition, doch wenigstens eine moralische Verstärkung und einen persönlichen Einfluß in dem enthusiastischen Empfang zu gewinnen hoffe, welcher ihm von Seiten der englischen Bevölkerung versprochen werde. (Fr. Pstz.)

* Am 7. und 8. Januar sind zwei Transportschiffe von Genua mit piemontesischen Truppen nach Neapel abgegangen.

* Civitella setzt den Anstrengungen der Piemontesen einen großen Widerstand entgegen. Die Garnison, unter dem Befehl eines Gendarmeriekapitäns, macht häufige Ausfälle und schadet den Piemontesen durch die Artillerie des Platzes bedeutend. Pinelli hat auf die Beschießung dieses Platzes verzichtet.

Türkei.

Ein Schreiben der „Opinion nationale" aus Konstantinopel vom 21. Dez. (der man freilich bei ihrer Parteilichkeit nicht durchweg glauben darf) theilt mit, daß die Nachrichten aus den Provinzen nichts weniger als befriedigend lauten. In Chio haben die Soldaten der Garnison so viele Frevel begangen, daß die christliche Bevölkerung der Insel voll Entsetzen ist, und die Konsuln und der Gouverneur selbst durch den Telegraphen Hülfe in Smyrna verlangen mußten. In Candia verursacht die Erhebung der Steuer zur Befreiung vom Militärdienste große Unzufriedenheit unter den Christen, mehrere Ortschaften verweigerten die Bezahlung, und manche auf so energische Weise, daß Truppen herbeigerufen werden mußten. In Daeos mußten sich letztere vor der drohenden Stellung der Christen zurückziehen. Unstreitig herrscht in Rumelien die größte Unordnung. Im Zeitraum von zwei Monaten wurden mehr als 100 Morde begangen, ohne daß die Schuldigen verfolgt werden. In den letzten Tagen wurden in der Umgegend von Bitolia mehrere Räubereien von türkisch-albanesischen Banden verübt.

Schamyl hat auf die zu seiner Kenntniß gelangten Gräuel von Damascus an Abd-el-Kader einen Danksagebrief geschrieben, welchen die „Union" mittheilt. „Schreckliche Dinge", heißt es darin, „haben sich zwischen Muselmännern und Muaedins (Christen) begeben. Meine Haare haben sich gesträubt auf meinem Haupte, und mein ehedem glattes Antlitz hat sich gefurcht über die Berichte von den beklagenswerthen Ereignissen von Damascus. Nein, das ist nicht zur Ehre Gottes, sondern im Eigennutze der Muselmänner geschehen. Was für eine Binde hatten die Behörden denn vor den Augen? Warum wälzten sie sich in den Missethaten? Warum waren sie nicht eingedenk der Worte des Propheten: „„Wer Ungerechtigkeit begeht gegen einen Muaedin (Christen), wer ihm sein Recht weigert, wer ihn über seine Kräfte zu arbeiten zwingt, wer ihm sein Gut stiehlt (spricht der Prophet), den werde ich anklagen am Tage der Auferstehung."" Wie schön ist dieses Wort! Als ich erfuhr, daß du die Flügel der Barmherzigkeit und Güte ausgebreitet hast zum Schutze der Christen und diejenigen verhaftet hast, welche die göttlichen Gesetze verletzten, bin ich nicht erstaunt gewesen, daß du den Sieg davongetragen auf dem Felde der Lobsprüche. Ich bin zufrieden mit dir." Schließlich nennt Schamyl seinen Brief „einen Blumenstrauß aus dem Garten des Armen, der durch die Fügung des gewaltigen Gottes gefangen sitzt bei den Ungläubigen". Abd-el-Kader sagt in seiner Antwort auf obigen Brief, er habe nur eine religiöse und eine menschliche Pflicht erfüllt. „Thörichte Leute meinen, Rohheit, Grausamkeit, Ungerechtigkeit, Exclusivität lägen im Islam. Möge der Gott, den wir anrufen, uns Geduld verleihen! Wir wußten, daß du bei dem Kaiser von Rußland bist und bei ihm eine deiner würdige Aufnahme gefunden hast. Wir wissen, daß du ihn um Erlaubniß gebeten hast, nach Mekka zu pilgern. Beten wir zu Gott, daß er's dir erlaube. Der Kaiser von Rußland ist ein großer Herrscher; er verdient das Lob, welches diejenigen, welche schreiben, ihm spenden. Ich hoffe, daß er dich mit seinen Wohlthaten so überhäufen wird, wie der Kaiser der Franzosen mich mit den seinigen."

Rußland und Polen.

Die „Nordd. Biene" bringt folgende Mittheilung: „In jüngster Zeit hat sich in Litthauen folgender Vorfall ereignet. Im Gouvernement Kowno lebt in einem Dorfe ein Jude, Namens Binel Mendak mit seiner Familie, einer Frau und drei Töchtern. Am Abend vom 19. auf den 20. Okt. v. J., als die Familie Mendak's sich schon schlafen gelegt hatte, wird plötzlich die Thür durch einen heftigen Schlag von außen geöffnet, und in die Wohnung dringen vier Kerle, Bauern aus einer benachbarten Gemeinde, welche sich auf die älteste, 15jährige Tochter des Juden stürzen und sie zur Thür zu schleppen suchen. Das Geschrei der Eltern aber und der heftige Widerstand der Tochter veranlassen die Räuber, sie loszulassen; darauf ergriffen sie die zweite zehnjährige Tochter Mendak's, Zipta, und verschwinden im Augenblick mit dem armen Opfer auf einem Fuhrwerk, das sie erwartete. Der unglückliche Vater, zur Rettung seiner Tochter herbeieilend, wurde durch einige Schläge zu Boden geworfen, sammelte aber doch seine letzten Kräfte, um die Räuber zu verfolgen. Vergebens aber suchte

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 12.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 12. Januar 1861.

Deutscher Bund.

Aus Stuttgart, 9. Januar, schreibt man der „Südd. Zeitung": „Aus einer Quelle, die ich für verläßlich halten muß, kann ich Ihnen melden, daß die Nürnberger Konferenz in ihrer Mehrheit, man sagt sogar Preußen mit, sich durch den Einfluß der Staatseisenbahnverwaltungen habe bestimmen lassen, den die Haftpflicht der Eisenbahnen betreffenden ursprünglich von Preußen ausgegangenen Paragraph des Handelsgesetzbuchsentwurfs fallen zu lassen. (Es ist zu hoffen, daß eine Berichtigung dieser Nachricht nicht ausbleibt. D. R.) Der bisher vielfach gepriesene Segen der Staatsbahnen würde, wenn sich diese den Handelsstand nicht allein, sondern für das ganze Publikum niederschlagende Nachricht bestätigen sollte, nicht mehr im glänzendsten Licht erscheinen. Auch wäre dieser Rückschritt eine bedauerliche Inauguration der königlichen Aera in Preußen. Vielleicht kann durch rechtzeitige Aufrufung und Energie des Handels- und Gewerbestandes und der öffentlichen Meinung die Kalamität noch abgewendet werden."

** **Bayern.** München, 10. Jan. (Privat-Korrespondenz.) König Ludwig hat sich diesen Nachmittag nach Augsburg begeben, um die Frau Großherzogin von Hessen, welche mit dem Eilzuge reist, zu begrüßen und Abends hieher zu begleiten.

Post-Dienstes-Nachrichten. Ernannt wurden: Zu Assistenten die Accessisten Peter Krieger bei dem Oberamte Nürnberg, Gg. Jak. Rummel bei dem Bahnamte Ulm, Eugen Fürst bei dem Post- und Bahnamte Ansbach, Joh. Wagner bei dem Post- und Bahnamte Lindau und Seb. Meillinger bei dem Oberamte München. Versetzt wurden: die Assistenten Gust. Mathaus vom Oberpost- und Bahnamte München zum Rechnungs- und Bahnamte München, Franz Beck vom Rechnungs- und Revisionsbureau zum Oberpost- und Bahnamte München, Jos. Kramer vom Oberpost- und Bahnamte München zum Post- und Bahnamte Rosenheim, Ad. Zahner vom Post- und Bahnamte Ansbach und Ad. Erdinger vom Post- und Bahnamte Lindau, beide zum Oberpost- und Bahnamt München. (Verordngsbl.)

München, 9. Jan. In dem der 2. Kammer vorgelegten Budget für die 8. Finanzperiode sind die Ausgaben für die Armee vorerst nur summarisch aufgenommen, die speziellen Kosten-Voranschläge werden erst später eingebracht werden. (A. Abdz.)

München, 9. Jan. Da dem Hrn. Ministerialdirektor v. Wolfanger die Leitung des innern Geschäftsganges im k. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten, wie man hört, vorläufig auf die Dauer eines Jahres übertragen worden ist, so glaubt man hieraus wie aus anderen Andeutungen schließen zu dürfen, daß die Bildung eines eigenen Handelsministeriums nicht fern stehe. (Bayer. Landbote.)

München. Die „Südd. Ztg." schreibt: „Zur Berichtigung irriger Angaben eines auswärtigen Blattes wird es gut seyn, zu bemerken, daß der Klub der Majorität der Abgeordnetenkammer, der während des letzten Landtags im Augsburger Hof seine Zusammenkünfte hielt, sich bis jetzt nicht konstituirt hat. Daß von der bisherigen Minorität, dem Klub im englischen Kaffeehaus, ein Fusionsvorschlag gemacht und zur Besieglung des Einverständnisses die Wahl des Abg. Nar in den 1. Ausschuß gewünscht war, scheint richtig zu seyn. So wenig jedoch der Augsburger Hof in diesem Augenblick und nach dem Rücktritt des Ministeriums Pfordten-Reigersberg seinerseits ein positives Parteiprogramm aufstellen kann, ebensowenig und noch weniger würde sich wohl ein gemeinsames Programm für die Verschmelzung der beiden Parteien auffinden lassen. Die Verhältnisse haben sich geändert und die Gegensätze werden sich erst im Verlauf des Landtags klar herausstellen und zu neuen Gruppirungen führen können."

Augsburg, 10. Jan. Das hiesige „Tagblatt" schreibt: „Die stattfindenden Schießversuche mit gezogenen Kanonen sind dem Vernehmen nach gestern beendigt worden. Die Resultate sollen im höchsten Grade befriedigend ausgefallen seyn. Es wurde mit zwei 12Pfündee-Kanonen auf 800 und 1200 Schritte gefeuert und, ungeachtet der höchst ungünstigen Witterung, mit beispielloser Genauigkeit getroffen. Diese schönen Ergebnisse verdienen um so lebhafteres Interesse, als diese Geschützrohre dahier in der k. Gieß- und Bohranstalt gegossen und in der Maschinenfabrik Augsburg gezogen und vollendet wurden.

Preußen. Wie der bekannte Gesinnungsgenosse der Kreuzzeitung, das „Preuß. Volksblatt", wissen will, hat der König zu dem Oberbürgermeister Krausnick gelegentlich dessen neulicher Audienz auch noch die folgenden Worte gesprochen: „Ich weiß es, daß in meinem Lande eine Partei existirt, die bestrebt ist, die Zustände des Jahres 1848 zu erneuern. Was damals der Ueberraschung gelingen mochte, soll nicht wieder gelingen, man wird mich vorbereitet finden."

Baden. Karlsruhe, 5. Jan. Die Erlassung eines Pferdeausfuhrverbots soll nicht, wie einige Zeitungen schon berichtet haben, in einiger Zeit im Großherzogthum in Aussicht stehen; dagegen sollen durch eine erlassene Anordnung vorbeugende Maßregeln gegen den von einer ausländischen Gesellschaft beabsichtigten massenhaften Ankauf von inländischen Pferden eingeleitet worden seyn.

* **Freie Städte.** Frankfurt, 9. Jan. (Pr.-Korresp.) Daß wir die Bundesgarnison los zu seyn wünschen, erklärt sich, abgesehen von andern Gründen, zur Genüge schon daraus, daß sie uns jährlich eine baare Summe von 28 — 30,000 fl. kostet, die freie Hergabe von Häusern und sonstigen Lokalitäten gar nicht zu erwähnen.

Oesterreich. Aus Wien, 7. Januar, schreibt man der „D. Allg. Ztg.": „In den entscheidendsten Kreisen unserer Stadt weht seit einigen Tagen der politische Luftzug unverkennbar wieder nach rückwärts, und die reaktionären Wogen gehen für den Augenblick abermals hoch. Die Ernennung des Feldzeugmeisters Grafen Coronini zum kommandirenden General in Oesterreich, der hierzu plötzlich aus dem Pensionsstande berufen wurde, in den er versetzt gewesen, nachdem er sich in seinen früher eingenommenen verschiedenen Stellungen und zuletzt als Banus von Kroatien durch sein rücksichtsloses Austreten und Benehmen vollständig unmöglich gemacht, bot hierfür einen ersten und unzweideutigen Beleg. Der Herr Graf steht nämlich mit jenen engen Hofkreisen, in welchen die reaktionären Grundsätze ausschließlich vorwalten und zu denen auch er sich unbedingt und in der extremsten Richtung bekennt, schon von jener Zeit her, in der er eine Reihe von Jahren hindurch bekanntlich Erzieher des Kaisers gewesen, namentlich mit sehr hoch gestellten Frauen in inniger Beziehung und erfreut sich wie kein anderer ihrer Protektion. Seine Berufung ist daher auch unzweifelhaft von dieser Partei, die von einem andauernd mächtigen Einflusse begünstigt und unterstützt wird, durchgesetzt worden, die in ihren unversöhnlichen volksfreiheitsfeindlichen Bestrebungen den Herrn Feldzeugmeister wahrscheinlich als die geeignete Persönlichkeit ersehen, das Reaktionspanier gelegentlich auch mit Hülfe der Bajonnete aufzupflanzen. Diese Ernennung hat ungemein nachtheilig eingewirkt, da Graf Coronini im Allgemeinen und ebenso in der Armee höchst unpopulär ist."

Wien, 8. Jan. Direkt aus Gaeta im Laufe des gestrigen Tages an die hiesige neapolitanische Gesandtschaft eingelangte Depeschen enthalten Berichte über die bisherigen geringen Erfolge der Belagerungsarbeiten, welche mit den Nachrichten aus piemontesischen Blättern auffallend kontrastiren. Der an den Fürsten Petrulla hieher gelangte Bericht meldet nämlich nur von einer Batterie von 7 Kanonen, welche das Feuer gegen die Festung auf einer Entfernung von 2400 Metres eröffnet hat, während die Verluste der Belagerten sich auf nur 2 Todte und 7 Verwundete beschränkten! Auch erweise sich die Nachricht als falsch, daß das Bombardement die königl. Residenz erreicht hätte, und daß der

Lambsheim (Pfalz), 6. Jan. So viel Unglück schon durch den Leichtsinn in Behandlung der Schußwaffen vorgekommen ist, und so oft auch warnend davon geredet wurde, so wenig scheint man solches zu beachten. So erschoß gestern in der hiesigen Gemeinde ein Bäckerbursche, der hier in Arbeit steht, einen jungen Menschen, der sich den Spaß machen wollte, denselben durch ein auf eine Flinte aufgesetztes Zündhütchen zu erschrecken, in der Meinung, daß das Gewehr ungeladen sey. Der Unglückliche starb nach wenigen Stunden. (Pf. Z.)

Eine neue Art Flinten, die nur $9^1/_4$ Pfund wiegen, 1500 Yards (über 4500 Fuß) weit tragen und die Whitworth-Flinte übertreffen, ist in Birmingham verfertigt worden.

Neueste Nachrichten.

Pesth, 8. Jan. Gestern erfolgte die Resolution; die provisorische Wahlordnung auf Grundlage des fünften Artikels von 1838 ist mit unbedeutenden Aenderungen, deren wichtigste die ist, daß die ungarische Sprache nicht Bedingung der Wählbarkeit sey, genehmigt. Die Partes adnexae (Woiwodina, Banat, Slavonien rc.)*) sind berufen. Kroatien noch unentschieden. Der Landtag tritt in Ofen am 2. April (?) zusammen. Apponyi definitiv Judex curiae. (Tel. d. Ostd. Post.)

Turin, 7. Jan. Ein Leitartikel der ministeriellen „Opinione“ bemüht sich, zu beweisen, daß das Programm Garibaldi's mit jenem Cavour's identisch ist und daß Beide höchstens darin differiren, daß Garibaldi die Nation ganz bestimmt für den Frühling zum Kampfe ruft, während Cavour einen solchen Schritt nur von Viktor Emanuel bestimmen lassen will. (Man sieht, das ministerielle Blatt will der von den Mazzinisten verbreiteten Ansicht entgegen treten, als bestehe ein ernsthafter Zwiespalt zwischen Garibaldi und der Regierung des Königs Viktor Emanuel; wir glauben, in diesem Punkte sagt es die Wahrheit.) — Das für Neapel bestimmte mobile Nationalgarde-Bataillon geht heute von hier ab. In Genua hielten am 4. d. 40 Mitglieder des Komité's Bertani, unter diesen Guerazzi, Macchi, Brofferio und Dolfi, die erste Berathung über ihre Mission bezüglich Venetiens und Roms, über den Antheil, den sie an den Wahlbewegungen zu nehmen haben, und über die Verwendung ihrer Fonds.

*) Diese Länder gehörten bis 1848 als sogenannte Nebenländer zur Krone Ungarn, wurden aber 1849 nach Bewältigung des ungarischen Aufstandes davon getrennt und zu selbständigen Kronländern erhoben. Es gehörte sonach zu den hauptsächlichen Forderungen der Ungarn, daß dieselben wieder mit Ungarn vereinigt werden sollten.

Alle Präsidenten der Garibaldi'schen Ausschüsse befanden sich, der „Köln. Ztg.“ zufolge, am 5. Jan. in Genua; mehrere Abgesandte, Guerazzi, Sanna, Brofferio, Macchi, wohnen der Zusammenkunft ebenfalls bei im Hause Bertani's in jenen Gemächern, welche alle Garibaldi'schen Freiwilligen so gut kennen. Bertani hat den umfangreichen Rechnungsbericht über die Einnahmen und Ausgaben der Centralkasse vorgelegt. Der Bericht ist abgefaßt von Dr. Brambilla in Caprera; die Rechnung ist von Garibaldi gutgeheißen worden gemäß folgendem Briefe: „Mein lieber Bertani! Ich habe den Rechenschaftsbericht des von Ihnen präsidirten Ausschusses erhalten und geprüft. Ich bin zufrieden mit demselben. Der Ihrige G. Garibaldi. Caprera, 29. Novbr. 1860.“ Dann hat Bellazzi die bemerkenswerthesten Kapitel der allgemeinen Rechnungsablage vorgelesen: sie ist gutgeheißen worden. Man hat trotz der Aufforderung Bertani's entschieden, es sey kein Grund vorhanden, eine besondere Kommission zur Prüfung der Rechnung zu ernennen, um in würdiger Weise auf die Verleumdungen zu antworten, die man gegen Bertani ausgestreut. Auf Grund des Briefes, welchen Garibaldi an Bellazzi gerichtet, hat der Ausschuß sich neu gebildet; sein Programm und sein Name sind: „Garibaldi'scher Ausschuß für die Befreiung Roms und Venedigs“. Bertani hatte aus Gesundheitsrücksichten um seine Entlassung gebeten. Die Entlassung wurde einstimmig verweigert. Er bleibt also Präsident in Gemeinschaft mit Mauro Macchi und Bellazzi; beigeordnet sind Masio und Advokat Brusso. Garibaldi wurde durch Akklamation zum Ehrenpräsidenten ernannt. Der neue Zentralausschuß hat die Aufgabe, freiwillige Unterschriften von Italienern zu sammeln, Waffen und Munitionen anzukaufen und Freiwillige anzuwerben für das große Unternehmen, zu dem Garibaldi sich vorbereitet. Derselbe Ausschuß hat sich mit den bevorstehenden Wahlen beschäftigt. Garibaldi hat (wie bereits gemeldet) abgelehnt, im neuen Parlament Platz zu nehmen. Guerrazzi nahm das Wort und bewies, man müsse nur solche Männer wählen, welche die Unabhängigkeit, Einheit und Untheilbarkeit Italiens wollten. Er schlug vor, von den demokratischen Wahllisten die 229 Abgeordneten auszuschließen, welche der Cession Nizza's an Frankreich beigestimmt haben, eben so wie diejenigen, welche vom Großherzoge von Toskana seit 1848 Kreuze oder Jahrgelder angenommen. Es war das wohl gegen Ricasoli gerichtet. Brofferio sprach in demselben Sinne und sehr heftig gegen Cavour. Garibaldi empfiehlt in Genua die Kandidatur des Generals Bixio.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	73 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$68^1/_4$—$^1/_8$ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$47^5/_8$—$48^1/_8$ G
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$40^1/_2$ P. $^1/_8$ G.
„	$4^1/_2$ pCt.	$34^1/_8$ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3^1/_2$ pCt. Staatsschuldsch.	87 P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	$102^3/_8$ P.
„	$4^1/_2$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101^1/_8$ P
„	$4^1/_2$ pCt. Obl. $^1/_2$jähr dto.	$101^5/_8$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	99 G.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	95 P.
Württemb.	$4^1/_2$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$102^7/_8$ P.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$94^1/_2$ P.
Baden	$4^1/_2$ pCt. Obl.	$102^1/_2$ G.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. v. 1842	$93^1/_2$ G.
Gr. Hess.	$4^1/_2$ pCt. Obl.	$101^3/_4$ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$100^1/_2$ P.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4^1/_2$ pCt. Obl. dto.	$100^7/_8$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	98 P. $97^3/_4$ G.
„	$3^1/_2$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3^1/_2$ pCt. Obl.	$96^5/_8$ P.
„	3 pCt. Obl.	90 G.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$47^1/_4$ P.
„	$1^3/_4$ pCt. „ „ „	$40^1/_2$ P.
Schweden	$4^1/_2$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$97^1/_2$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$106^1/_2$ G. ex D.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	572—80 G. ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$119^1/_2$—22 G. ex D.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	168 P. 166 G. ex D.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	62 P. ex D.
Internationale Bank in Luxemb. . .	79 P. $78^1/_2$ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	325—26 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$67^3/_4$ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	220 P. 216 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 G.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	72 G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$25^3/_8$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 8 pCt. .	$126^1/_4$ P. ex D.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4^1/_2$ pCt.	$95^1/_2$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$48^7/_8$ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	234 P.
Span. Handels- u. Industrie . . .	465 P. ex D.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	460 P. ex D.
Bayr. Ostbahn à $4^1/_2$ pCt. volleinbez.	$101^3/_4$ P. $^1/_2$ G.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	$101^1/_2$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99^1/_2$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	$105^1/_4$ B.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$96^5/_8$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105^1/_4$ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 B.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105^1/_4$ B.
London Lst. 10 k. S.	$116^7/_8$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. l. S. L. 250 k. S.	$92^3/_4$ B.
Paris Frs. 200 k. S.	$92^3/_4$ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	$77^3/_4$ B. $^3/_8$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	70 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$44^3/_8$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$53^1/_2$ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$125^1/_4$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	56 P.	„ fl. 25 do.	$35^1/_2$ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	83 G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	$35^3/_4$ P.
$3^1/_2$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	115 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	$50^1/_4$ G.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. $2^1/_2$ pCt. Z.	34 G.
Badische fl. 50	$88^1/_2$ P.	Vereins-Loose fl. 10.	$10^1/_8$ P. $9^7/_8$ G.
Badische fl. 35	$51^7/_8$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10^1/_4$ P.

Frankfurt, 10. Januar. Die Börse eröffnete für österr. Fonds, Bank- und Kreditaktien ungefähr zu den gestrigen Kursen. Im Verlaufe derselben verbesserte sich die Anfangs flaue Stimmung, und es trat für alle österr. Spekulationspapiere eine Steigerung ein, die bis zum Schlusse anhielt. Der Umsatz darin war ziemlich erheblich. Von Eisenbahnaktien wurden Pfälz. und Bayer. Ostbahnen höher gehalten. Im übrigen zeigte sich wenig Veränderung. (Synd.)

nanzbeamter wollte diesem „Unfuge" steuern, er überfiel zu dem Ende gestern Morgen mit zehn bewaffneten Finanzwächtern den Markt in Nagy Körös und konfiscirte die zum Verkaufe ausgebotenen Tabaksblätter; die Verkäufer, die sich vielleicht in ihrem Rechte glaubten, verfolgten, von einer Volksmasse unterstützt, die Finanzwächter und belagerten die Kaserne, in welche sich dieselben zurückgezogen hatten. Als einer der Wächter, um das Volk zu zerstreuen, aus dem Fenster einen blinden Schuß abgefeuert, wurden die Massen noch mehr erbittert; man läutete die Sturmglocke und zahlreiches Volk strömte von allen Seiten heran. Die Lage der Finanzwächter ward nun eine sehr kritische, sie hatten schon die Wachtstube räumen müssen und sich in einem mehr nach innen gelegenen Gemache des Hauses verbarrikadirt. Mittlerweile zog die Garnison von Nagy Körös eine Kompagnie Infanteriesoldaten heran, um das Volk zu zerstreuen und die bedrohten Finanzbeamten zu befreien. Während sich Volk und Soldaten gegenüberstanden, fiel ein Schuß. Wie man sagt, war die Muskete eines Soldaten losgegangen; der kommandirende Hauptmann glaubte jedoch, es sey dieser Schuß aus den Reihen des Volkes gefallen und ließ eine scharfe Decharge geben, welche fünf Menschen todt niederstreckte und mehrere verwundete. Dem Komitat wurde sogleich auf telegraphischem Wege von diesem Vorfalle Kenntniß gegeben, und der Vicegespan entsendete noch mit dem gestrigen Abendzuge eine Kommission, welche eine Untersuchung über den Vorfall einzuleiten und Bericht zu erstatten hat. Bis heute ist blos ein Telegramm aus Nagy Körös eingetroffen, welches den Vorfall im allgemeinen bestätigt und hinzufügt, daß sich das Volk ruhig verhalte." (Die vorstehende Darstellung scheint übrigens sehr zu Ungunsten der Beamten und des Militärs parteiisch gefärbt zu seyn.)

General Saccozzi, Kommandant des kleinen Truppenkorps des Herzogs von Modena (das in Venetien bei der österreichischen Armee steht), erließ vorige Woche in Bassano nachstehenden Tagesbefehl: „Tapfere Soldaten! Im Auftrage Sr. k. k. Hoheit des Erzherzogs Albrecht habe ich Euch eine angenehme Nachricht mitzutheilen. Ihr seyd zur Vorhut des Heeres bestimmt, das bald ins Feld rücken wird. Darum werden Euch heute Präzisionsgewehre gegeben, und Se. k. k. Hoheit zweifelt nicht, daß Ihr würdig seyn werdet, sie zu führen, und sie dazu gebrauchen werdet, in Euer Vaterland zurückzukehren."

Dänemark.

Das Gerücht, der präsumtive Erbe der dänischen Krone, Prinz Christian, habe einen kurzen Ausflug nach Paris gemacht, um mit dem Kaiser Napoleon wegen der schleswig'schen Frage zu unterhandeln, wird von „Dageblabet" für grundlos erklärt. Der Prinz sey in dem ganzen abgelaufenen Jahre nicht in Paris gewesen.

Schweiz.

Bern, 7. Jan. Von Dr. Kern ist aus Paris ein Bericht an den Bundesrath eingetroffen, welcher, aus den dortigen Regierungskreisen schöpfend, die Hoffnung auf die Erhaltung des Friedens ausspricht. Piemont, d. h. Viktor Emanuel, gebe sich alle Mühe, den Planen Garibaldi's Einhalt zu thun, und sey auch der Ueberzeugung, sein Bemühen mit dem gewünschten Erfolg gekrönt zu sehen. (Hr. Kern scheint ein sehr gutmüthiger Mann zu seyn; er wird sich diesmal wieder ebenso hinter's Licht führen lassen, wie voriges Jahr bei dem Savoyer Handel.) (Allg. Z.)

Frankreich.

Paris, 7. Januar. Die Herren Emil und Isaac Pereire haben 12,000 Frs. zur Vertheilung von Brod unter die Armen von Paris gegeben. (Fr. Pstz.)

Italien.

Garibaldi hat folgende Briefe durch die Turiner Blätter bekannt machen lassen: I. „Caprera, 29. Dez. 1860. Lieber Bellazzi! Aus besonderen Gründen kann ich keine Kandidatur zum Abgeordnetenhaus annehmen: ich wünsche, daß alle Wahlkollegien sich dies gesagt seyn lassen, um sich die Mühe, zu einer andern Wahl schreiten zu müssen, zu ersparen. Ich bin Ihr G. Garibaldi." II. „Caprera, 29. Dez. 1860. Lieber Bellazzi! Ich bin dafür, daß offenkundige Eintracht zwischen allen italienischen Ausschüssen bestehe, um den Erfolg der großen Wiedererwerbung zu unterstützen. Dann kann Viktor Emanuel mit einer Million Soldaten im Frühjahr mit Recht fordern, was Italien noch fehlt. Auf dem geheiligten Pfade, den wir wandeln, wünsche ich, daß jedes Parteizeichen verschwinde; unsere Gegner sind eine Partei; sie wollen ein Italien, das nach ihrem Geschmacke mit Hülfe der Fremden und ohne unsere Betheiligung zugestutzt werde. Wir sind die Nation; wir wollen kein anderes Haupt, als Viktor Emanuel, und wir schließen keinen von denen aus, die denselben Wunsch hegen. Daher gilt es vor Allem, mit Nachdruck Eintracht als unser erstes Bedürfniß zu predigen. Ihr G. Garibaldi."

Donaufürstenthümer.

Die „Times" bringt einen Bericht aus Bucharest über die Beschlagnahme der mit Kriegsmunition beladenen sardinischen Schiffe auf der Donau; es wurden 15,000 Flinten, 1300 Faß Schießpulver, 250 Kisten Granaten und 600 Kisten mit Uniformen weggenommen; die Schiffe hatten vollständige Ausrüstung für 30,000 Mann an Bord; der sardinische Konsul erklärte zwar, er wisse von der Sache nichts, allein es waren zwei besondere Agenten, Cenoutti und Visconti, deßhalb nach Galatz gesandt worden, die 1849 in Ungarn dienten; aus Ungarn kamen schon seit einiger Zeit kleine Trupps über die Karpathen, meist frühere Honveds; hier wurden sie von den Clubs, die sich bildeten, unterstützt; in Bucharest sind deren 8090 bis 12,000, in beiden Fürstenthümern zwischen 40,000 und 60,000 (?) angesammelt, die ihre Führer von der Türkei her erwarten; Fürst Cusa zeigt sich darüber nun sehr bestürzt, während er früher leichtsinnig genug war, mit den sardinischen Planen zu kokettiren; denn er hätte voraussehen müssen, daß die Großmächte die Beschlagnahme der Munitionsvorräthe von ihm fordern werden. Oesterreich habe die Beweise seiner Mitschuld in Händen. Cusa hat nun eine Proklamation erlassen, nach welcher er jeden Ungarn, der ohne Legitimationspapiere im Lande betroffen wird, an Oesterreich ausliefern werde; alle seine Illusionen sind nun verschwunden und haben blindem Schrecken vor Oesterreich und Rußland Platz gemacht; zwei ungarische Adelige, die über die Grenze kamen, wurden sofort auf telegraphischen Befehl des Fürsten wieder zurückgesandt. Oesterreich selbst hat die Auslieferung der flüchtigen Ungarn nicht gefordert.

Amerika.

New-York, 27. Dez. Das Hauptereigniß der letzten Zeit ist der am 19. d. M. von den 169 Mitgliedern des Repräsentantenhauses Süd-Carolina's einstimmig gefaßte Beschluß, welchem gemäß dieser Staat aus der Union ausscheidet. Von Süd-Carolina aus ist an die übrigen Sklavenstaaten in einer Adresse die Aufforderung ergangen, sich diesem Schritte anzuschließen und gemeinschaftlich einen südlichen Bund zu bilden. Auf dem Konvent von Alabama steht die Wahl von Sezessionisten bevor. In Washington ist eine Deputation aus Süd-Carolina eingetroffen, um mit der Bundesregierung zu unterhandeln. Die Anzeige des Austrittes aus dem Kongreß Seitens der Vertreter des abgefallenen Staates erfolgte brieflich. (Köln. Z.)

Der „New-York-Herald" theilt ein Privatschreiben des Herrn Gilmer, Kongreßmitgliedes für Nord-Carolina, des größten Sklavenbesitzers, an einen Freund in Georgien mit, in welchem er sich entschieden für Aufrechthaltung der Union erklärt, das gegenwärtige Treiben in den südlichen Staaten als wahnsinniges Gebahren bezeichnet und ziemlich unzweideutig zu verstehen gibt, daß der Süden gar nicht die erforderlichen Kräfte besitzt, um eine selbständige Existenz zu führen, sobald dadurch die Interessen des Nordens und insbesondere des Nordwestens der Union beeinträchtigt werden.

Nach einem Schreiben aus New-Orleans haben die Kommissionäre aufgehört, Vorschüsse auf Sklaven zu leisten. Die Preise der Sklaven sind so bedeutend gefallen, daß für einen guten Schmidt von 35 Jahren, der noch vor zwei Monaten 1500 Doll. gekostet haben würde, in Romney in Virginia in voriger Woche nur 800 Doll. bezahlt worden sind.

Auf Haiti ist wieder ein Anschlag auf das Leben des Präsidenten Geffrard gemacht worden. Von den sechs Betheiligten, die Anhänger des früheren Kaisers Soulouque seyn und auch zwei Frauen unter sich zählen sollen, sind drei am 12. Oktober erschossen worden.

Nichtpolitische Zeitung.

Bei der allgemeinen Versammlung der deutschen Naturforscher und Aerzte, welche im vorigen Jahre in Königsberg stattfand, ist bekanntlich die alte Stadt Speyer zum diesjährigen Versammlungsorte gewählt worden. Aus sicherer Quelle kann mitgetheilt werden, daß nicht allein bereits die Geldmittel bewilligt sind, welche der wissenschaftliche Kongreß zur Erreichung seiner Zwecke erfordern wird, sondern daß auch die pfälzischen Eisenbahnen während der ganzen Dauer der Versammlung die Mitglieder derselben nach allen Richtungen frei befördern werden. (Köln. Z.)

Friedenskirche wurden die Reichsinsignien rechts und links vom Sarge niedergelegt; vor der breiten Seite des Sarges saßen die Königinnen und Prinzessinnen, hinter ihnen standen die Fürsten. Nach Abhaltung der Liturgie und des Gebetes trat der ergreifende Moment ein, daß die verwitwete Königin, das Haupt an das Kopfende des Sarges gelehnt, niederkniete und betete. Ihrem Beispiele folgten alle Fürsten und Fürstinnen. Als sie sich erhoben, umarmte die Königin Alle. (Hamb. B.-H.)

Kurhessen. Kassel, 4. Jan. Das neueste Oetker'sche Flugblatt: „Zum neuen Jahr und neuen Kampfe" ist am Tage seines Erscheinens von Polizeibeamten aus den öffentlichen Lokalen geholt worden.

Oesterreich. Wien, 6. Jan. Der Andrang der Bevölkerung bei dem gestrigen Leichenbegängnisse Richter's war ein massenhafter und würde noch weit größere Dimensionen angenommen haben, wenn nicht die wahrhaft sibirische, durch die schneidend wehende Luft noch geschärfte Kälte die Zahl der Theilnehmenden und Neugierigen namhaft vermindert hätte. Die ziemlich große Michaelskirche war gedrängt voll, Kopf an Kopf, so daß sich der Leichenzug in derselben kaum bewegen konnte. Der Michaelsplatz, der Kohlmarkt, die obere Bräuernstraße waren von Tausenden, man kann nicht sagen Zuschauern, da eben nichts zu sehen war, angefüllt. Es herrscht nur Eine Stimme der Theilnahme und selbst Blätter von der Färbung des „Volksfreunds" bekennen in Worten christlicher Versöhnung ihre Umstimmung. Indeß fehlt es auch noch heute nicht an Catonischen Charakteren, die selbst im Tode noch „die Maske des falschen Biedermannes" erblicken. Die Leiche Richter's wurde gestern mit dem Abendzuge nach Prag gebracht und wird heute zu Smichow nächst Prag, wo sich die Fabrik Richter's befindet, zur Erde bestattet werden. Der „Prozeß Richter" aber geht indeß seinen Weg in den schwerfälligen Formen der geltenden Prozeßordnung. Wie wir vernehmen, hat der Vertheidiger Dr. Berger gleich am Tage nach dem Tode seines Clienten in einer Eingabe an das Landesgericht erklärt, daß er die angemeldete Berufung nunmehr im Namen der Familie als deren Machthaber ausführen werde. Nicht nur die Ehre des Verstorbenen und seiner Angehörigen, auch die Vermögensinteressen dieser letzteren sollen hiebei gewichtige Motive seyn. — Die abgelaufene erste Woche des neuen Jahres gibt wenig Erfreuliches zu registriren. Ein reaktionärer Eishauch weht in der Luft, auch in der politischen, und wird auch durch die heute kundgemachten Grundsätze über die Wahlberechtigung und die Wählbarkeit zu den Landtagen der nicht ungarischen Kronländer nicht ganz gemildert. So lange die Art der Zusammensetzung der einzelnen Landtage nicht bekannt ist, läßt sich über den Werth der heute kundgemachten Grundsätze kein vollgültiges Urtheil abgeben. Auch sind es nicht die Landtage, nach welchen das politische Bedürfniß gravitirt, sondern der Reichstag oder, wie man es hier lieber hört, der Reichsrath. Allerdings hat man aber kostbare Tage thatlos verstreichen lassen. Der wiederhergestellten ungarischen mußte sofort die nicht-ungarische Verfassung für alle übrigen Kronländer, am besten und schnellsten jene vom 4. März 1849 mit allen ihren Nebengesetzen, wie Grundrechte, Gemeindeordnung, entgegenstellt und der nicht-ungarische Reichstag so rasch einberufen werden, daß er mindestens gleichzeitig mit dem Landtage in Pesth eröffnet worden wäre. Das hat man nicht gethan. Während man über das mehr als demonstrirende Ungarn das Füllhorn politischer Segnungen ausschüttete, behandelte man in den bekannten vier Statuten die deutschen Provinzen so, wie es der „schlafende Michel" verdiente. Aber der Mißgriff rächte sich nur zu bald. So verkümmerte Landesstatute man auch zu geben beabsichtigte, man hat durch sie den Boden für die provinzielle und nationale Zersplitterung bis zum Uebermaß aufgelockert. Noch weniger als die Ungarn wollen jetzt auch schon die Polen und Czechen von der Reichseinheit, von dem Gesammtstaat Oesterreich hören. Kann man auch den Polen ihr Anknüpfen an die historisch-nationale Erinnerung nicht ganz verargen, so ist doch das Treiben der Czechen von heute ganz dasselbe wie im Jahre 1848, kein nationales, sondern nur ein auf Unterdrückung der anderen Nationalitäten (Deutsche und Juden) berechnetes, der Reaktion wie Anno 48 geradezu in die Hände arbeitendes. Konnten aber die Czechen auch etwa im Jahre 1848 in der deutschen Einheitsbewegung und an dem Frankfurter Parlamente einigen Anlaß finden, im österreichischen Sinne zu reagiren; so ist doch das heutige Auftreten der Partei Palacki-Rieger durchaus unberechtigt. Die Deutschen in Oesterreich waren bisher die einzige und standhafte österreichische Partei, auf sie muß sich die Regierung stützen, wenn sie Oesterreich retten will. Aber wir sind bereits hoch in der zwölften Stunde. Indeß zahlt man in Ungarn keine Steuern, hat das Tabakmonopol der Regierung faktisch vernichtet, verbrennt, wie dies z. B. im Szolnoker Komitate geschah, die Grundbücher, macht blutige Krawalle und schon flackern im düstern Hintergrunde die wieder angefachten Gluthen des drohenden, und, wenn nicht Alles täuscht, bald hereinbrechenden Racenkampfes auf. Jeder Dezimalbruchtheil eines nationalen Splitters will seine eigene nationale Constituirung und Autonomie und predigt den Kreuzzug gegen die deutsche Fremdherrschaft, — vielleicht noch mehr gegen die deutsche Kultur. Die Deutschen in Oesterreich aber regen sich nicht; sie bringen es nicht über Minister-Adressen und ambulante Wirthshauspolitik hinaus und, wie der Dichter, werden sie bei der Theilung zu spät kommen und ein zweites Schleswig-Holstein im Osten schaffen. (Frankf. Hand.-Ztg.)

* Die „Patrie" zeigt an, daß Oesterreich die zweite schwimmende Batterie am Eingange des Hafens von Malamocco aufgestellt hat. Wie die erste, ist sie in Pola gebaut, 51 Meter (160 Fuß) lang und 17 Meter breit, hat 32 Achtzigpfünder und eine Besatzung von 300 Mann.

Die deutschen Professoren der philosophischen und der medizinischen Fakultät in Pesth sollen demnächst in deutschen Städten untergebracht werden, und zwar wird Prof. Wertheim nach Graz, Prof. Seidl nach Salzburg und Prof. Peters nach Wien versetzt; Prof. Brühl hat noch keine Bestimmung.

Pesth, 5. Jan. Die ungarischen Blätter bringen nach dem amtlichen „Sürgöny" ein Schreiben Kossuth's an den Präsidenten eines Garibaldi-Komite in Schottland, welches zuerst in der „Opinion nationale" veröffentlicht worden ist. Es lautet: „London, 20. Dez. Lieber Herr! Ich bedaure aufrichtig, daß ich der Soirée, zu der ich geladen, nicht beiwohnen kann, aber deshalb theile ich nicht minder Ihre Bewunderung für den Befreier Italiens. An Heldenmuth hat ihn Niemand übertroffen, in bürgerlichen Tugenden und patriotischer Selbstverleugnung können sich Wenige mit ihm messen. Sein Name wird ihm ewig in unsterblichem Glanze leuchten. Zum Unglück hat Italien trotz jenes Fortschritts, den es in seiner Unabhängigkeit gemacht, noch immer nicht sein Ziel erreicht. Oesterreich steht in Waffen am Mincio, und tritt noch immer mit seinem entweihenden Fuße den schönen Boden Venetiens. So lange Oesterreich nicht zurückgedrängt wird, kann Italien nicht einig seyn, und es steht zu befürchten, daß seine Unabhängigkeit lediglich ephemer seyn wird. Ja ich sage noch mehr: damit die Freiheit der Halbinsel gesichert sey, ist es nothwendig, daß Oesterreich zur Unthätigkeit gebracht werde. Europa ist bereits jener hohlen diplomatischen Ausflüchte überdrüssig, die sich jener definitiven Lösung entgegensetzen. Die bewaffneten Waffenruhen erschöpfen die Lebenskraft der Nationen. Oesterreich als Großmacht ist die Quelle von Zwistigkeiten und Revolutionen. Diese Lage der Dinge muß ein Ende nehmen. Das schottische Volk begreift und theilt diese Ansicht; die englische Regierung indeß theilt nicht die Meinung ihrer eigenen Unterthanen. Diese Regierung klammert sich hartnäckig an ein altes Vorurtheil, nach welchem der Bestand Oesterreichs für Großbritannien eine Nothwendigkeit wäre. In dieser Ueberzeugung sind die englischen Staatsmänner bestrebt, durch Bitten und Drohungen Italien von dem Plane abzubringen, dessen Ziel die Befreiung Venedigs ist, und legen gegen jede Insurrektion Ungarns einen feindseligen Willen an den Tag. Sie gehen so weit, daß sie im Interesse Oesterreichs auch die Rolle der Polizei spielen und über das Thun und Gebaren der verbannten Ungarn eine Aufsicht führen. Vor einigen Jahren führte England mit Rußland Krieg, das in die Donaufürstenthümer eingebrochen war; gegenwärtig sanktionirt diese Macht jene Drohung, welche die Regierung des Czars in Bezug auf die Besetzung dieser Länder erlassen hat — in der Furcht, Oesterreich könne von dieser Seite bedroht werden. Jetzt mehr als je muß man auf der Hut seyn. Ludwig Kossuth."

Von der ungarischen Donau, 6. Jan., wird der „D. A. Z." geschrieben: „Den neuen Beamten des Pesther Komitats wurde kaum einige Stunden nach ihrer Erwählung eine leider sehr traurige Mission zu Theil. In dem acht Meilen von hier entfernten Marktflecken Nagy Körös hat nämlich gestern ein blutiger Konflikt stattgefunden, dessen Veranlassung in folgender Weise erzählt wird: Seit der Publicirung der Oktobererlasse, besonders aber seitdem sich die Komitate organisiren, und das Jahr 1848 als Losungswort durch das ganze Land ertönt, glaubt das Volk allüberall, es seyen faktisch wieder die Zustände vom Jahre 1848 hergestellt. So kam es, daß in Körös und Kecskemet, trotz des bisher mit unerbittlicher Strenge gehandhabten Tabakmonopols, der Tabak von den Producenten frei auf dem Markte verkauft ward. Ja es geschah dies so allgemein und so ungehindert, daß Militärs und, wie Einige behaupten, sogar die Finanzwache die Abnehmer des guten und billigen Tabaks waren. Ein neuer Fi-

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 11.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 11. Januar 1861.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 9. Jan. Sr. Maj. der König hat genehmigt, daß der Taxbeamte des k. Landgerichts Stadtamhof, Otto Bamann, aus dem Staatsdienste entlassen, daß sein Posten dem Taxbeamten des k. Landgerichts Eschenbach, Franz Thoma, auf Ansuchen verliehen werde, und daß an dessen Stelle der Stadtschreiber zu Rötz, Mich. Betz, aufgestellt werde; an das k. Landgericht Bamberg I den Gerichtsdiener Sim. Wolf von Hof, und an das k. Landgericht Hof den Gerichtsdiener Nik. Trient von Ludwigstadt; beide auf Ansuchen, versetzt, dann zum Landgerichtsdiener von Ludwigstadt den Gendarmerie-Brigadier Sim. Heinr. Krebs zu Gräfenberg ernannt. (N. M. Z.)

** München, 9. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Die Kammer der Reichsräthe wird übermorgen wieder eine Sitzung halten, zunächst um die von sehr vielen ihrer Mitglieder eingereichten Urlaubsgesuche und Entschuldigungsschreiben zu bescheiden.

München, 6. Jan. Der König hat den Dr. Wilh. Christ als außerordentlichen Professor der Philologie an hiesiger Universität und als Konservator des dasigen Antiquarium ernannt. (Frkf. Journ.)

München, 7. Jan. Die „Augsb. Postztg." theilt folgendes Schreiben Sr. k. Hoh. des Prinzen Karl an den Erzbischof von München-Freising mit: „Hochwürdigster Hr. Erzbischof! Auf das kirchenfürstliche Wort, das Sie zu Ihren Erzdiözesanen jüngsthin gesprochen, um denselben die gegenwärtige so betrübende Lage des hl. Stuhles in beherzigende Erinnerung zu bringen, erkläre ich mich, ohne mich jedoch hiedurch überhaupt und insbesondere über die Dauer meines Lebens hinaus zu binden, in den gegenwärtigen Bedrängnissen des hl. Vaters gern bereit, vom 1. kommenden Monats angefangen monatlich 100 fl. als meinen Peterspfennig beizusteuern. Meiner Hofkasse, bei welcher dieser Bezug unter den gegebenen Voraussetzungen allmonatlich am 1. erhoben werden kann, habe ich bereits die Anweisung hiezu ertheilt. Den Wunsch der gesammten katholischen Christenhrit theilend, es möge der Himmel die auf den hl. Stuhl eingebrochenen Bedrängnisse und Stürme in kürzester Frist hemmen und heben, erwidere ich Solches auf Ihre diesfällige Zuschrift mit der Versicherung vorzüglicher Werthschätzung, womit ich bin Ihr wohlgeneigter Karl, Prinz von Bayern."

Die „Pfälzer Zeitung" schreibt: „Seit dem Erlasse vom 12. Dez. 1860 ist in manchen Schulen der Pfalz aller Grund und Boden der Disziplin verloren. So herrscht in einer Gemeinde, worin das neue Gesangbuch über ein Jahr in kirchlichem Gebrauche ist und in dee Schule bis vor acht Tagen noch nicht das Geringste vorgekommen, sogar zur Zeit der Aufregung im vorigen Frühjahre Alles ruhig geblieben war, seit acht Tagen eine arge Verwirrung. Einige, wenn auch im Verhältniß nicht sehr viele Schüler, verweigern die bereits gelernten Lieder zu sagen. Wenn die Sache sich aber bloß auf den Gesangbuchsunterricht erstrecken würde, würde ich schweigen; aber seitdem ist eine solche Zuchtlosigkeit eingerissen, daß trotz größter Strenge von Seiten der mit zu den besten zählenden Lehrern in allen Unterrichtsgegenständen die Zucht nicht gehandhabt werden kann. Hauptsächlich der erziehende Einfluß des Lehrers ist auf Null reduzirt. Was wird das für ein Geschlecht geben? Besonders wenn Bürgermeister, wie es vorgekommen, selbst in die Schule gehen und den Kindern in Gegenwart des Lehrers das Reskript mit Randbemerkungen vorlesen?" (Vorstehende Schilderung ist offenbar übertrieben. Wäre sie aber auch richtig, so fragen wir einfach: Wer ist daran schuld? Die Regierung hat durch das Reskript vom 12. Dezember, das allen Zwang bezüglich des Gebrauchs des neuen Gesangbuchs untersagt, das bei der jetzigen Sachlage einzig Mögliche und Vernünftige gethan. Die Geistlichen, die sich jetzt über das Reskript beklagen, hätten besser gethan, es nicht durch ihren blinden Eifer zu veranlassen.)

Preußen. Berlin, 8. Jan. Das Manifest, mit welchem heute schon König Wilhelm I. das Volk überraschte, ist gerade nicht geeignet, eine tiefgreifende, lebendig anregende oder gar begeisternde Wirkung zu üben. Das neue Band zwischen dem König und Volk wird denn auch dasselbe bleiben, das es zwischen dem Regenten und dem Volke gewesen. Dasselbe läßt sich wohl einer sogenannten guten Verstandesehe vergleichen. Von beiden Seiten ist die Liebe gemäßigt, aber von der einen Seite waltet Anerkennung und Achtung des tüchtigen ehrenhaften Charakters, von der andern Vertrauen zu der Treue und Ergebenheit. Von beiden Seiten wird man seine Pflicht thun. Diesen Eindruck macht auch das Manifest; und es ist demnach den Verhältnissen völlig entsprechend. Das glänzende Lob, welches zunächst dem Vorgänger auf dem Throne gespendet wird, ist, wenn es auch nicht ein Tribut des Bruders an den Bruder wäre, herkömmlich in derartigen Aktenstücken und nicht dazu bestimmt, eine Kritik herauszufordern. Sonst müßten in das Bild, welches nur im Lichte strahlt, auch die naturgemäßen Schatten getragen werden. Die Worte über die Stellung, welche der König zu Deutschland einnehmen will, würden unklar seyn, wenn sie nicht durch die Zeit der Regentschaft bereits eine Erläuterung gefunden hätten. Die preußischen Anträge auf Reform der Bundeskriegsverfassung bezeichnen zur Genüge, daß der König eine bevorzugte militärische Stellung, entsprechend den höheren Leistungen, zu denen Preußen verpflichtet und befähigt ist, im deutschen Bunde beansprucht. (Ztg. f. Nordd.)

* Die ministerielle „Preuß. Ztg." gibt zu der neulich von uns schon hervorgehobenen Stelle des königl. Manifestes folgende Erläuterung: „Als ein Glied in der deutschen Gesammtheit hat Preußen die große und ehrenvolle Aufgabe, den Schutz, den ein starkes, tapferes Heer und ein waffenbereites Volk ihm gewährt, über sein Gebiet hinaus auf die deutschen Staaten auszudehnen, deren schwächere Kraft die Anlehnung an den Stärkeren erheischt. In jeder großen Gefahr soll es den Stammesgenossen mit dem Beispiel unerschütterlicher Kraft und unbeugsamen Muthes vorausgehen, soll es mit der Einsetzung seiner selbst die Grenzen des deutschen Vaterlandes vor jeder Schädigung schirmen. „„Meine Pflichten für Preußen fallen mit meinen Pflichten für Deutschland zusammen."" Aber nach der Größe dieser Pflichten, nach der Höhe der Leistungen, welche die Erfüllung derselben dem preuß. Staate jetzt und zukünftig auferlegt, darf und muß auch das Maß der Ansprüche geschätzt werden, welche Preußen für seine Stellung unter seinen deutschen Bundesgenossen zu erheben hat. Dem opferbereiten Staat, welcher die Führung in Noth und Gefahr übernimmt, muß Seitens der Mindermächtigen Vertrauen und Willigkeit der Unterordnung entgegenkommen, wenn das Heil der ganzen Nation nicht gefährdet werden soll."

Berlin, 7. Jan. Trotz der 16 Grad Kälte, die wir heute Morgen hatten, fuhren doch sehr viele Menschen mit der Eisenbahn und in Schlitten nach Potsdam hinüber. Die Expedition der Potsdamer Bahn war in arger Bedrängniß: sie sollte Schaaren von Fahrgästen befördern, während 300 Pferde hiesiger Kavallerie in die Waggons geschafft werden mußten. Diese Militär-Transporte, die regulären und die Extrazüge kreuzten sich und die Verwirrung war groß. Ein Zug, der um 10½ Uhr abging, hielt eine gute Strecke vor Potsdam; Herren und Damen mußten zu Fuß durch den Schnee marschiren, weil der Bahnhof wieder durch die Militär-Transporte okkupirt war. Das Leichenbegängniß se[illegible] hätte zu einer anderen Jahreszeit vielleicht einen großartigen [illegible]druck gemacht; hier fehlte dieser Eindruck, da das ganze Ge[illegible] in Paletots und Pelzen ging. Feldmarschall Wran[illegible], der [illegible] Reichspanier trug, war ebenfalls im Mantel. Der [illegible]dene Helm auf dem Sarge schwankte und drohte zu fallen; der Zug mußte in Folge dessen halten und der Helm festgemacht werden. In der

bis nach Nymwegen und Umgegend, vorgerückt, überall Schrecken um sich her verbreitend und die Gemüther mit ängstlicher Besorgniß erfüllend. Es ist eine pestartige Bräune, die mit einem kleinen Bläschen oder Geschwüre in der Luftröhre auftritt und dabei einen solch raschen Verlauf hat, daß sie meist in wenigen Stunden ihre Opfer dem Tode in die Arme liefert. Kinder, die sich am Morgen noch frisch und munter umhergetummelt, waren Nachmittags schon eine Leiche. Die Zersetzung tritt sofort im hohen Grad ein und bedingt schleunige Beerdigung. Es werden meist Kinder unter 7 Jahren, doch auch Erwachsene, und zwar vorzugsweise aus den höheren Ständen, von dieser Epidemie befallen. Der Pfarrer eines Grenzortes, zwei Stunden von Nymwegen, verlor binnen 12 Tagen 7 seiner Kinder im Alter von 3 bis 19 Jahren. Die Aerzte und Professoren kämpfen bis jetzt noch vergebens gegen diesen furchtbaren Würgengel an, daß die Trostlosigkeit in den heimgesuchten Orten keine Grenzen kennt. (B. B.-Z.)

Neueste Nachrichten.

* In der Antwort auf die Adresse der (ersten) galizischen Deputation wies der Minister v. Schmerling zuvörderst darauf hin, daß er natürlich den Absichten der Regierung in Bezug auf die vorgebrachten Wünsche nicht vorgreifen könne; er fuhr sodann folgendermaßen fort:

„Schon heute aber kann ich die Herren versichern, daß es der Wille Sr. Maj. des Kaisers ist, Ihrem Lande nur einen ungetheilten Landtag zu geben, mit dem Rechte der Initiative, wodurch Sie, meine Herren, auf diesem legalen Wege nicht nur die in der Denkschrift ausgedrückten Wünsche werden erlangen können, sondern noch ungleich mehr. Sie werden das Recht haben, Forderungen aufzustellen, die als Ausdruck des das Land vertretenden Organs berücksichtigt werden sollen. Heute kann ich den Herren auch sagen, daß die Frage wegen der Unterrichtssprache in den Schulen, namentlich aber in der Jagellonischen Universität in Krakau in der allerkürzesten Zeit, und ich hoffe, zur Befriedigung des Landes gelöst werden wird. Es versteht sich von selbst, daß die Regierung an die Einführung Einer Sprache in der Monarchie nicht denken kann, und sie wird es jeder Sprache überlassen, mit voller Gleichberechtigung ihre Verbreitung ohne Anwendung eines Zwanges zu fördern. Sowie die in der Denkschrift enthaltenen Wünsche, werden wir auch alle im privaten Wege an uns gelangenden Vorstellungen, sie mögen schriftliche oder mündliche seyn, in gewissenhafte Prüfung und Erwägung ziehen, um in den Landesstatuten und den organischen Gesetzen, so weit es thunlich seyn wird, die berechtigten Wünsche des Landes zu berücksichtigen, und ich beauftrage Sie, meine Herren, diese Antwort Ihren Landsleuten bekannt zu geben. Ich hege die Hoffnung, daß diese Organisations-Arbeit bis längstens in zwei Monaten vollendet seyn wird. Bis zu diesem Zeitpunkte ersuche ich die Herren, Ihren Einfluß dahin zu richten, daß Kundgebungen vermieden werden, welche die Regierung beunruhigen könnten, damit das Land in Ruhe die Veröffentlichung der Neu-Organisation abwarte. Mein innigster Wunsch geht dahin, daß diese Organisationen Sie, meine Herren, befriedigen möchten."

Preßburg, 3. Jan. Die Antwort auf die Eingabe des hiesigen Komitats wegen der Gesetze von 1848 u. s. w. ist erfolgt. Es wird darin von Seiten der ungarischen Hofkanzlei dem Komitate eröffnet, daß die Repräsentation des Komitats Sr. Majestät vorgelegt worden sey, daß Allerhöchstdieselbe die schleunigste Einberufung des ungarischen Landtages der Hofkanzlei zur Pflicht gemacht habe, daß aber bis dahin die Einbringung der bestehenden Steuern zur Deckung der dringenden Staatsbedürfnisse und die Justizverwaltung zur Wahrung der Privatrechte im Sinne der Instruktion an die Obergespäne fortzubestehen habe und dem Preßburger Komitate neuerdings zur Pflicht gemacht werde. Die Komitats-Versammlung nahm das Schreiben zur Kenntniß, die Wahl der Komitats-Beamten erfolgte aber trotzdem mit dem Vorbehalt, daß ihnen nicht die besagte Instruktion, sondern die „Gesetze", d. h. die bis zum Jahre 1848 bestandenen, zur alleinigen Norm dienen sollen. (Es wird der Regierung Ungarns schwer fallen, die sonst schrankenlose Souveränetät der einzelnen Komitate einigermaßen zu meistern. Auch selbst den Gegnern der Centralisation muß es klar werden, daß bei solchem Gebahren das Regieren überhaupt unmöglich ist.)

Mailand, 7. Jan. Der heutigen „Perseveranza" wird aus Turin gemeldet: „Die häufigen und lange dauernden Ministerberathungen unter dem Vorsitze des Königs sollen die sich täglich schwieriger gestaltenden neapolitanischen Verhältnisse zum Gegenstande haben. Kein Mittel konnte bisher die dort herrschende Aufregung beschwichtigen, und die Regierung findet daselbst Uebelstände, welche selbst die Entwicklung des Nationalprogramms durchkreuzen können. (Dieses Geständniß des bekanntlich gut sardinisch gesinnten Blattes ist sehr beachtenswerth.) — Wie es heißt, soll die Bildung von 10 neuen Linien- und 2 Grenadier-Regimentern dekretirt seyn." — Aus Neapel berichtet dasselbe Blatt, daß unter den bei den Zusammenrottungen am Neujahrstage Verhafteten sich der General Palmieri und die Brüder Marra befinden.

(Tel. v. Ostd. Post.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	73 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	58¾ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	47½—⅞ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	88¼ G.
„	4½ pCt.	33¼—⅝ G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	86¼ G.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102⅜ P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101¼ P
„	4½ pCt. Obl. ½jähr dto.	101¾ P. ½ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	98½ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	99½ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95 P.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	102⅞ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94¼ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	102 G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	98½ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	101¾ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	100¾ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	97¾ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	96¼ P.
„	3 pCt. Obl.	89¾ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47¼ G.
„	1¾ pCt. „ „ „	40½ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	97½ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	106⅝ P. ex D.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	568 G. ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	118—20½G. exD.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	168P. 166G. exD
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	62 P. ex D.
Internationale Bank in Luxemb. . .	79 P. 78½ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	326 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	67¾ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	220 P. 216 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 G.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	71½ G.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	25¼ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 8 pCt. .	124¼ G. ex D.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	95½ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	48⅞ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	234 P.
Span. Handels- u. Industrie . . .	463 P. ex D.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	460 P. ex D.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	101¼ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99½ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105¼ B.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	95⅝ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105¼ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ B.
London Lst. 10 k. S.	116⅞ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	92¾ B.
Paris Frs. 200 k. S.	92¾ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	77½—⅝ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	70 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	44⅜ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	55⅛ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	125¼ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	56 P.	„ fl. 25 do.	35½ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	82¾ G.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	36 P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	115 P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50¼ G.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	34 G.
Badische fl. 50	88½ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10½ P.
Badische fl. 35	51⅞ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅝ P.

Frankfurt, 9. Januar. In Folge günstiger auswärtiger Berichte und Notirungen eröffnete die Börse in steigender Tendenz und verblieb darin bis zum Schlusse. In österr. National und Kreditaktien war der Umsatz zu höheren Kursen von ziemlicher Bedeutung. Auch süddeutsche Fonds durchgängig fest. (Synd.)

Bischöfe das Anathem gegen die Prinzipien von 1789 schleudern, die doch selbst ihre bischöfliche Laufbahn eröffnet haben, und die das politische Evangelium der modernen Gesellschaften sind. Soll man seufzen und sich entrüsten über das Schauspiel, daß diese undankbaren Söhne geben, indem sie das Andenken ihrer Mutter verfluchen, die ihnen Alles gegeben hat. Wer erinnert sich nicht jener bedauernswerthen Angriffe gegen die geheiligten Rechte und gegen unvergängliche Eroberungen unserer unsterblichen Revolution; jener unklugen Schriften, wo sie sich die Palme der Beredtsamkeit erwarben, indem sie die des Märtyrers erwarteten; wo sie aus dem Innern ihrer friedlichen Paläste die Katakomben anriefen und drohend, aber nicht bedroht, eingebildete Befürchtungen kund gaben, um wirkliche hervorzurufen! Danken wir Gott, daß diese unüberlegten Aeußerungen oder diese Irrthümer keine nicht wieder gut zu machenden Folgen hatten. Aber fürchten wir nicht, zu sagen, daß die Verantwortlichkeit dieses bedauernswerthen Mißverständnisses der ultramontanen Politik zur Last fällt. Sie ist es in der That, die in beständigem Widerspruche steht mit den Doktrinen und dem Beispiel Jesu Christi, mit den Gesetzen und der Moral des Evangeliums, mit dem Beispiele der Päpste der ersten zehn Jahrhunderte, mit dem Unterrichte der katholischen Doktoren, mit den Traditionen der ursprünglichen Kirche, mit den unveräußerlichen Rechten der Völker und der Herrscher. Es handelt sich weniger darum, sie zu bekämpfen und zu besiegen, als sie durch Ueberredung zu den wahren Prinzipien, zu weiseren Ideen, zu evangelischeren Gesinnungen zurückzuführen. Sie muß mit den Freiheiten der gallikanischen Kirche versöhnt werden."

Paris, 8. Jan. Prinz Joachim Murat ist aus Anlaß des Todes Königs Friedrich Wilhelm IV. mit einem eigenhändigen Schreiben des Kaisers nach Berlin abgereist. (Tel. d. A. Abdz.)

Aus Paris wird der „Times" geschrieben: „Schwärme politischer Agenten, bezahlter und nicht offizieller, haben sich aus verschiedenen Theilen Nord-, Süd- und Mittel-Italiens in der letzten Zeit hier eingefunden. Mehrere von ihnen hatten beim Kaiser Audienz und erhielten sämmtlich, wie ich höre, so ziemlich denselben Bescheid — daß er nämlich einem Staatenbunde vor einem einigen Italien entschieden den Vorzug gebe. Demgemäß möchte er folgenden Plan vorschlagen: Oesterreich werde überredet (?), Venetien aufzugeben; Viktor Emanuel werde König von Piemont, der Lombardei, Venetien, Parma und Modena; der König beider Sizilien werde wieder in seine Staaten eingesetzt; der Großherzog von Toskana desgleichen; der Papst endlich behalte das Patrimonium Petri und regiere die Legationen, Umbrien und die Marken vermittels eines Stellvertreters. Das wäre so ziemlich der alte Plan."

Italien.

Die ministerielle „Opinione" bemerkt: „Die Wahlen der Opposition für's neue Parlament gehen unter dem Programm Garibaldi's vor sich. Die Mazzinisten fordern die Wähler auf, zwischen Cavour und Garibaldi zu wählen. Auch ein Theil der konstitutionellen Partei ist für Garibaldi. Garibaldi hat deshalb, um eine Spaltung zu verhüten, von vornherein jede Wahl, die auf ihn fallen würde, abgelehnt. Er will der sardinischen Regierung keine Schwierigkeiten machen. (Ostd. Post.)

Die Bürgerkrone, welche Turin dem König Viktor Emanuel überreichen will, ist bereits modellirt und wird von den Goldarbeitern Borani und Thesmignon verfertigt. Sie besteht aus einem durch ein Band vereinigten Eichen- und Lorbeerzweige, worin zwischen dem Laube Eicheln und Lorbeeren angebracht sind. In der Mitte des Kranzes befindet sich ein Stern von tausend Diamanten. Der Werth der Krone wird auf 12,000 Fr. geschätzt.

Der Brief Garibaldi's, dessen in den jüngsten Tagen eine telegraphische Depesche gedacht hat, lautet: „Italiener von Neapel! Ob ich Schmerz empfunden habe, als ich mich von Euch trennte, weiß Gott. Meine Mission bei Euch war jedoch beendet, und ich mußte Abschied nehmen. Ich habe es mit blutendem Herzen gethan. Mit Euren Klagen vermehrt Ihr jetzt meinen Schmerz, und Ihr bittet mich, in Eure Mitte zurückzukehren. Ich kann es nicht, meine Freunde, weil ich das Gelübde gethan habe, durch meine Anwesenheit Eurem Glück und Eurer Wohlfahrt, die unter dem Scepter des König-Ehrenmannes erblühen werden, nicht im Wege zu seyn. Glaubt mir also, wenn es meine Mission ist, die italienischen Völker von der Sklaverei und der Tyrannei zu befreien, so habe ich es, o Neapolitaner, vermittelst Eurer Kraft und Eures Muthes gethan. Ja, Ihr seyd frei, und meine Anwesenheit unter Euch würde Euch nicht zum Vortheil gereichen; sie würde die Verbesserung Eurer Lage verzögern. Ihr seyd noch glücklicher als die andern gewesen, denn es gibt noch Italiener in der Knechtschaft. Warum beunruhigt Ihr Euch? Warum ruft Ihr mich ohne Noth zurück? Vergönnt mir, daß mein Körper und mein Geist sich während einiger Monate ausruhen, weil andere Mühseligkeiten, andere Arbeiten und andere Leiden mich erwarten. Aber alles dies ist nichts: es handelt sich um Italien, und für Italien verzehrt sich mein Leben! Rom und Venetien erwarten meine Hilfe. Auch sie bilden einen Theil Italiens; ihre Bewohner sind unsere Brüder, und sie seufzen noch unter dem harten Joch Oesterreichs und des . . . Laßt mich die nöthigen Kräfte sammeln, um dem drohenden großen Sturm die Stirn bieten zu können. Hört Ihr den Löwen brüllen? Sein Brüllen ist das der Wuth, weil er weiß, daß sein Stolz nahe daran ist, gedemüthigt zu werden. Er fürchtet den Arm, dem Gott die Macht verliehen hat, seinen unvernünftigen Hochmuth zu beugen. Sehet Ihr die Nachkommen der alten Römer? Das Blut Ihrer Ahnen wallt in ihren Adern, aber sie sind zu Boden geworfen worden und noch mit Fesseln belastet, aus denen es schwer fällt sich zu erheben. Sie bedürfen einer helfenden Hand, um sie wieder aufzurichten und ihren alten Stolz aufs neue zu beleben, und diese Hand muß vorher ausruhen, um die nöthige Kraft wieder zu gewinnen. Möge bei Euch die ruhige Ueberlegung siegen; möge die Liebe, welche Ihr zu mir hegt, für kurze Zeit den Vorrang haben vor der Liebe zu den Brüdern. Ich werde nach vier Monaten in Eure Mitte zurückkehren; Ihr werdet mich wiedersehen, dann aber wird Eure Liebe ein Zeugniß von sich ablegen müssen. Wenn es wahr ist, daß Ihr mich liebt — und ich zweifle nicht daran — so folgt mir, meine Geliebten, folgt mir, wenn wir wieder beisammen seyn werden, um unsere Brüder in Rom und dem schönen Venetien zu befreien. Dann werden wir alle zufrieden, alle verbunden ein einiges unabhängiges Italien bilden und Italiener seyn unter dem Scepter des König-Ehrenmannes Viktor Emanuel II. Lebt wohl! Zu Ausgang des März werden wir uns umarmen. Caprera, 11. Nov. 1860. G. Garibaldi."

Amerika.

Das Reuter'sche Bureau bringt eine die Losreißung Süd-Carolina's betreffende Nachricht aus Washington vom 24. Dez. Die Vertreter des erwähnten Staates hatten dem Kongresse angezeigt, daß sie in Folge des Ausscheidens Süd-Carolina's austräten. Der Sprecher hatte erklärt, er erkenne diesen Trennungsakt nicht an. Die Führer der Separatistenpartei bemühten sich, den ganzen Süden zu bewegen, daß er dem Beispiele Süd-Carolina's folge, und hatten die Sklavenstaaten in einer Adresse aufgefordert, zu einem Sonderbunde zusammenzutreten. Der „New-York Times" zufolge hatte Präsident Buchanan dem Major Anderson den Befehl ertheilt, das unweit von Charleston, der Hauptstadt Süd-Carolina's gelegene Fort Moultrie im Falle eines Angriffes zu übergeben. Auch hatten die dort befindlichen Truppen der Vereinigten Staaten das Fort bereits wirklich geräumt und sich nach dem Fort Lampher am Hafen von Charleston zurückgezogen, wo sie einem Angriffe entgegensahen. In Charleston herrschte große Aufregung. (Tel. d. Köln. Z.)

Nichtpolitische Zeitung.

München, 7. Januar. Ein ehrwürdiges Ehepaar, der sich noch im aktiven Dienste befindliche Staatsrathsdiener Urban und seine Gattin, wurden heute nach fünfzigjähriger glücklicher Ehe in der St. Anna-Pfarrkirche zum zweiten Male getraut. Der Hofmarschall Sr. Maj. des Königs Ludwig, Generalmajor du Jarrys Frhr. v. La Roche, wohnte dem seltenen Akte bei; 7 Kinder und 25 Enkel standen zur Seite. Der k. Hofwagenmeister Kolb fungirte heute, wie vor 50 Jahren, als Trauungszeuge. Gewiß ein seltener Fall! (Augsb. Abdz.)

München. Vor einigen Tagen brachen drei Sträflinge aus dem Zuchthause der Vorstadt Au aus, indem sie einen Abtritt durchbrachen, in den darunter fließenden Bach stiegen und dadurch den Ausgang gewannen. Aber von Kälte erstarrt, flüchteten zwei davon in die nächstliegenden Häuser und baten, zurückgebracht zu werden, den dritten erreichte man in steifgefrorenen Kleidern in der Nähe des Auer Gottesackers. (Bayer. Bl.)

Kassel, 5. Januar. Die Direktion der Kurfürst-Friedrich-Wilhelms-Nordbahn macht bekannt, daß es nothwendig geworden ist, die für den durchgehenden Verkehr nach und von Westphalen bestimmten Züge vom 7. d. M. wegen der Schneefälle bis auf Weiteres einzustellen. (Fr. J.)

Von der holländischen Gränze wird, Ende Dezember, gemeldet: Ein unheimlicher Gast, der vor einigen Monaten zuerst im Haag einkehrte und von da seine Wanderung durch einen Theil Hollands antrat, ist leider schon bis in unsere unmittelbare Nähe

schen Regierungen gewiß halten können. Es lasse sich nicht verleugnen, daß bedeutende Schwierigkeiten zu überwinden seyen, jedoch hätten dieselben nicht innerhalb Deutschlands, sondern im Auslande ihren Ursprung. Wenn die preuß. Regierung unbeschadet einer unerschrockenen Verfolgung des zu erreichenden Zieles, nicht ohne gewissenhafte Erwägung und Berücksichtigung aller einschlagenden Verhältnisse vorangehe, so verdiene ein solches Verfahren deßhalb nicht allein Rechtfertigung, es verdiene Anerkennung, und der Gedanke eines Vorwurfs liege deßhalb gewiß jeder deutschen Regierung fern, so wie derselbe von Seiten des deutschen Volkes ein in hohem Grade ungerechter seyn würde. Und als schließlich der Minister erklärte, daß alle deutschen Regierungen, wenn es die Nothwendigkeit erfordere, mit Preußen zu Felde ziehen werden, und daß er nicht fürchte, einen Widerspruch zu erfahren, wenn er eine solche Versicherung im Namen aller deutschen Regierungen abgäbe, erhob sich ein lauter Beifall in der Kammer.

Präsident Haberkorn macht der Kammer den Vorschlag, um bei dem in baldiger Aussicht stehenden Bundesbeschlusse nicht post festum zu kommen, den Gegenstand nach erfolgter sofortiger Abstimmung für erledigt zu erachten. Auch die Abg. Georg Dr. Hertel und Gehe sprachen sich energisch für eine kräftige deutsche Politik aus, und wollten, daß Deutschland ungescheut nach allen Seiten hin seine Rechte geltend mache. Abg. Reiche-Eisenstuck theilt die von den Antragstellern ausgesprochenen Ansichten vollständig, will aber die Sache als nur „zur Zeit" erledigt angesehen wissen. Nachdem Dr. Braun den Wunsch ausgesprochen, daß eine Debatte über diesen hochwichtigen Gegenstand nicht stattfinden und die Kammer durch einen feierlichen Akt ihre Zustimmung zum Antrage erklären möge, erheben sich auf die Frage des Präsidenten sämmtliche Abgeordnete für den durch Reiche-Eisenstuck amendirten Antrag Dr. Braun's. (D. Allg. Ztg.)

§ **Oesterreich.** Wien, 7. Jan. (Priv.-Korrespondenz.) Das gestern veröffentlichte Wahlgesetz hat nur eine theilweise Befriedigung erregt, da man das in dem Schmerling'schen Rundschreiben aufgestellte Prinzip der Interessen-Vertretung auf Grundlage unmittelbarer Wahlen und eines ausgedehnten Rechtes der Wahl und der Wählbarkeit in dem Wahlgesetze nicht zur vollkommenen Geltung gebracht sieht. Warum man die Niedrigbesteuerten, welche doch die zahlreichste Klasse bilden, von der Wahlberechtigung ganz ausschließt, und in diesem Punkte so sehr von dem Stadion'schen Gemeindegesetze, dessen Bestimmungen doch die Grundlage der Wählbarkeit bilden sollten, abweicht, ist schwer zu begreifen. Daß diese Bestimmung in dem Interesse der Regierung nicht liegt, wird man erfahren, sobald die Landtage in Wirksamkeit treten. Mißliebig ist es auch bemerkt worden, daß die bereits erlassenen vier Landesstatute nicht förmlich als aufgehoben bezeichnet wurden. Es ist dieser Umstand von größerer Tragweite, als man vielleicht glaubt, denn da in diesen den Adeligen und dem Klerus ein ganz besonderes Vorrecht eingeräumt ist, so liegt die Befürchtung sehr nahe, daß auch in den neuen Statuten diesen beiden Klassen der Bevölkerung eine bevorzugte Stellung eingeräumt ist. In der gestern veröffentlichten Wahlverordnung ist zwar vom Adel und Klerus keine Rede, da aber der große Grundbesitz größtentheils in den Händen des Adels und Klerus sich befindet, so ist es klar, daß dieser hauptsächlich durch Mitglieder dieser beiden Klassen vertreten seyn wird. Soll aber, wie man befürchtet, dem großen Grundbesitz mehr als ein Viertel der Stimmen im Landtage zugehören, so dürfte es schwer seyn, die Behauptung zu widerlegen, daß gerade in den Hauptpunkten zwischen den neuen und den bereits erschienenen Landesstatuten kein bedeutender Unterschied besteht.

Wien. Es ist für die Wählerversammlungen auch polizeilich angeordnet worden, daß über politische Fragen nicht gesprochen werden dürfe, weil sonst Einsprache dagegen erhoben würde.

Das Professorenkollegium an der Rechtsakademie zu Agram hat, ohne erst die Erlaubniß von oben abzuwarten, die Vorträge in kroatischer Sprache begonnen.

Das Abendblatt „Magyar Sajtó" erwähnt gerüchtweise aus Siebenbürgen, daß das dortige Militär auf den Kriegsfuß gestellt und bedeutende Truppentheile nach der Grenze beordert wurden; zum Schutz der Ojtozer und Tömöser Päße gingen aus Hermannstadt mehrere Geschütze ab; die Veranlassung zu diesen militärischen Maßregeln boten die Bewegung in den Donaufürstenthümern und der Umstand, daß zahlreiche Individuen aus dem Szeklerlande nach der Moldau und der Wallachei entweichen.

Frankreich.

Paris, 6. Jan. Die Broschüre: „Rome et les évêques de France", verdient eine ganz besondere Aufmerksamkeit, weil die Ideen, die darin vertreten sind, die Meinung der französischen Regierung wiedergeben. Was den Zweck dieser Broschüre anbelangt, so geht derselbe deutlich genug aus dem Inhalte hervor. Die Broschüre soll beweisen, daß die weltliche Herrschaft der Päpste keine unumgängliche Nothwendigkeit sey und die jetzigen Doktrinen der Kirche im vollständigen Widerspruche zu denen stehen, welche vor tausend Jahren nach Christi Geburt herrschend waren. Zugleich gibt sie zu verstehen, daß man die Kirche wieder so konstituiren müsse, wie sie zu den Zeiten Karl's des Großen war. Bekanntlich hält man diesen deutschen Kaiser für einen französischen König. So auch der Verfasser. Er meint, Karl der Große habe in seinem Testamente vorgeschrieben, die katholische Kirche zu beschützen und ihre Rechte zu erhalten, dieses aber in den Gränzen ihrer Macht und der Vernunft. Der Kaiser Napoleon, der hier zum ersten Male als Nachfolger Karl's des Großen erscheint, habe diese traditionelle Politik Frankreichs getreu befolgt, sowohl 1849, als beim Beginn des italienischen Feldzuges, wo er erklärt habe, er wolle nicht allein die Unabhängigkeit des hl. Stuhles beschützen, sondern auch seine moralische Autorität erweitern. Der Verfasser findet nun, daß Pius IX. nichts gethan habe, um die „edelmüthigen" Ideen des Kaisers zu verwirklichen, der Alles aufgeboten habe, um den heil. Stuhl mit dem sich selbst zurückgegebenen Italien, den Papst als weltlichen Herrscher mit seinem Volke und seiner Zeit zu versöhnen. Er habe weder auf die Warnungen des ältesten Sohnes der Kirche gehört, noch irgend etwas gethan, um weiteres Blutvergießen zu verhindern und das Blut, das Frankreich vergeudet, fruchtbarbringend zu machen. Die Broschüre will diese ernsten Fragen nicht weiter erörtern, sondern untersuchen, welche Stellung bei dieser feierlichen Gelegenheit der Episkopat von Frankreich beobachtet hat. Der Verfasser (Laguerroniere?) kommt nun auf die Broschüre: „Le pape et le congrès", zurück, in welcher der italienische Bundesstaat als die beste Lösung vorgeschlagen worden sey, um Italien und den Papst vom österreichischen Joche zu befreien. Von diesem Augenblick an, meint er weiter, hätten sich seltsame Coalitionen gebildet, und ein Kreuzzug sey eröffnet worden, zu dem die entgegengesetztesten Interessen sich die Hand geboten. „Die Kirche habe", heißt es hier in der Broschüre weiter, „von den Fehlern ihres Haupts und seiner Diener nichts zu fürchten. Ohne Zweifel ist die kluge und starke Hand, die den Papst in Rom beschützt, im Stande, die Leidenschaften in Frankreich im Zaume zu halten und den Episkopat gegen sich selbst zu vertheidigen. Aber der Augenblick ist gekommen, um dieses Chaos zu erleuchten und die traditionellen Prinzipien der Kirche von der gefährlichen Mischung der ultramontanen Ideen zu reinigen." Die Broschüre sucht nun den Beweis zu führen, daß die von dem modernen Episkopate über den Ursprung der weltlichen Macht der Päpste gehegten Ansichten mit einigen ihrer eigenen Prinzipien und dem Auftreten der Päpste in den ersten zehn Jahrhunderten der Kirche, sowie mit dem modernen Geiste und öffentlichen Rechte im Widerspruche stehen. Zu dieser Beweisführung theilt der Verfasser aus der „Sovranità temporale dei Romani Pontefici" Auszüge der Hirtenbriefe der Bischöfe von Frankreich mit. Der Verfasser hebt die Widersprüche hervor, die zwischen den Doktrinen der Päpste der ersten Hälfte der letzten 900 Jahre und denjenigen beständen, welche die Päpste der zweiten Periode aufgestellt haben. Er gibt schließlich zu verstehen, daß dieser Zustand nicht mehr fortdauern könne, und setzt hinzu, daß viele Bischöfe in Frankreich und besonders die sogenannte niedere Geistlichkeit, über die er sich in einer Anmerkung in den schmeichelhaftesten Ausdrücken ergeht, keineswegs die Aufrechterhaltung der weltlichen Herrschaft der Päpste für unumgänglich nothwendig erachten.*) Die übrigen Bischöfe sprachen sich nur deßhalb dafür aus, weil sie fürchteten, daß sie als Gallikaner notirt würden, und daß der Fall der weltlichen Herrschaft den der päpstlichen Oligarchie nach sich ziehen würde. Bedeutungsvoll ist noch, daß die Broschüre hier auf den Widerspruch zwischen dem Eide aufmerksam macht, den die Bischöfe bei ihrer Weihung dem römischen Hofe und dem Könige leisten müssen. In dem ersten versprechen sie dem h. Stuhle vollständige Ergebenheit in jeder Beziehung, während sie in dem anderen Eide gerade das Gegentheil geloben. Gegen die Broschüre, welche die Gründung einer besonderen Kirche in Frankreich anräth, spricht sich die Broschüre auf lebhafte Weise aus. Nachdem sich die Broschüre noch auf ziemlich heftige Weise gegen die Hirtenbriefe der französischen Bischöfe ausgesprochen, sagt sie schließlich ungefähr Folgendes: „Eine Sache ist aus diesen zahlreichen bischöflichen Manifestationen aufgefallen. Es ist zu sehen, daß französische

*) Man sieht: divide et impera, das ist die Taktik, die hier bevorwortet und schon geübt wird.

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 10.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 10. Januar 1861.

Deutscher Bund.

Nach dem amtlichen Bericht über die letzte Bundestagssitzung begründete die großh. hessische Regierung ihren Antrag auf Unterdrückung des National-Vereins folgendermaßen: Sie sey von der Ansicht ausgegangen, daß der Verein unter das Verbot des Bundesbeschlusses von 1854 falle, und daher dessen Thätigkeit im Großherzogthum entgegengetreten; da aber in den meisten Bundesstaaten ein Gleiches nicht geschehen und der Verein dort seine Thätigkeit ungestört entfalte, so stehe die Regierung in ihren Maßregeln gegen denselben in gewissen Beziehungen vereinzelt, ihr Einschreiten sey weniger wirksam und es habe in vielen Kreisen Verwunderung erregt, daß man im Großherzogthum Hessen verboten habe, was anderwärts in Deutschland für erlaubt gehalten zu werden scheine. Des Großherzogs von Hessen Königliche Hoheit hegten aber den aufrichtigen Wunsch, mit Ihren deutschen Bundesgenossen möglichst übereinstimmend zu handeln, daher es von Wichtigkeit sey, die Ansicht der Bundesversammlung über den Sinn des gedachten Bundesbeschlusses in seiner Anwendung auf den sogenannten Nationalverein kennen zu lernen, um hiernach in der einen oder anderen Weise weitere Entschließung fassen zu können. Der Antrag Hessens wurde dem politischen Ausschusse zugewiesen.

Bayern. München, 8. Jan. Se. Maj. der König hat den als zweiten rechtskundigen Magistratsrath der Stadt Fürth wiedergewählten Jul. Aldinger in jener Eigenschaft landesherrlich bestätigt; bis auf Weiteres die Leitung des innern Geschäftsganges im k. Staatsministerium des Handels und der öffentlichen Arbeiten dem k. Ministerialrathe Ed. v. Wolfanger mit dem Titel eines Ministerialdirektors übertragen; den Verweser der Hauptzollamtsverwaltersstelle zu Neuburg a/Rh., Jul. Franke, aus administrativen Erwägungen für immer aus dem Staatsdienste entlassen, und den Hauptzollamts-Kontroleur Karl Diehl zu Nürnberg zum Hauptzollamts-Verwalter in Neuburg a/Rh. befördert; den von den Priestern Joh. Xav. Bader, Pfarrer zu Aichen, Ldg. Krumbach, und Gg. Spengler, Pfarrer zu Oberpfaffenhofen, Ldg. Starnberg, eingeleiteten Pfründetausch genehmigt; die kathol. Pfarrei Thalkirchdorf, Ldg. Immenstadt, dem Priester Eustach Mayer, Pfarrer in Heimenkirch, Ldg. Weiler, und das Kaplaneibenefizium in Wasserburg, Ldg. Lindau, dem Priester Bernhard Mittermayer, Kaplan in Steingaden, Ldg. Schongau, übertragen; die erledigte protestant. Pfarrstelle zu Spesbach, Dekanats Homburg, dem Pfarramtskandidaten Joh. Haas von Gimmeldingen verliehen. (N. M. Z.)

München, 8. Jan. Bekanntlich sind letzten Sommer im Bräuhause zu Nymphenburg Kürassier-Unteroffiziere mit Italienern und Engländern in sehr unsanfte Berührung gekommen, welcher Vorfall eine umfassende Beschwerdeschrift der englischen Gesandtschaft zur Folge hatte. Das Generalkommando München ordnete auf Grund hievon eine Untersuchung zur Konstatirung der Thatsachen mit dem Bemerken an, daß nach Beendigung derselben die Akten in Vorlage zu bringen seyen. Nachdem dies nun geschehen, erging von derselben hohen Stelle der Auftrag, gegen zwei der betreffenden Unteroffiziere sey wegen Körperverletzung strafrechtliche Untersuchung einzuleiten, gegen die Uebrigen aber disziplinär zu verfahren. — Gestern wurde an dem Oberappellationsgerichts-Präsidenten v. Lehner die Operation des Einrichtens seines gebrochenen Schenkelknochenhalses durch die Dr. Dr. Kranich und Feder vorgenommen. Obgleich der Patient bereits das 74. Jahr zurückgelegt hat, ist sein Krankheitszustand dennoch ein durchaus beruhigender. — Wie von zuverlässiger Seite verlautet, wird die reitende Artillerie keine gezogenen Kanonen erhalten, dagegen mit leichten Zwölfpfündern versehen werden, deren Guß und Bohrung in Augsburg bereits vollendet ist. Die Sechspfünder-Laffeten werden für diese Geschütze ihrer Leichtigkeit wegen beibehalten. (Südd. Z.)

Sachsen. Dresden, 7. Januar. Die Tribüne der 2. Kammer war heute so dicht besetzt, wie kaum seit der Eröffnung des Landtags. Es handelte sich um die mündliche Begründung des Braun'schen Antrags auf Wiederherstellung des Rechtszustandes in den Herzogthümern Schleswig-Holstein.

Abg. Dr. Braun begründete in der ihm eigenen maßvollen ernsten Weise den Antrag, dem sich die Abgeordneten Dr. Georgi, Dr. Hertel und Gehe angeschlossen hatten. Er gab zunächst eine klare Geschichte dieser traurigen Frage seit dem Jahre 1846 bis auf die neuesten Beschlüsse des Bundestags. Der Redner schilderte speziell die Zustände in den Herzogthümern und die daselbst erfolgten Maßnahmen, die einen Zustand, einen Druck herbeigeführt hätten, wie er nirgends in der gesitteten Welt existire. Gegen alles Recht habe man die Domänen im Betrage von 50 Mill. Thlrn. für dänisches Eigenthum erklärt, alle deutschgesinnten Beamten habe man durch dänische ersetzt, ja man sey sogar so weit gegangen, daß man zu Werkzeugen dieser antideutschen Agitationen Geistliche gebraucht, die deßhalb mit dem Namen „schwarze Gensdarmen“ belegt worden seyen. Nicht genug! Deutschen Geistlichen habe man verboten, ihren eigenen Kindern Unterricht zu ertheilen, und die schleswig'schen Advokaten habe man bis auf wenige Ausnahmen ihrer Stellungen enthoben. Das Vereinsrecht, die Presse sey unterdrückt und geknebelt. Man sey sogar so weit gegangen, Vereine von nicht politischem Charakter, wie die 1815 gestiftete Bibelgesellschaft, den Alterthumsverein und den Verein gegen Verbreitung der Lungenseuche beim Vieh, aufzuheben. Nur bei zwei Erzeugnissen der Presse, die von der dänischen Regierung jährlich mit 4000 Thlrn. unterstützt werden, habe man eine unbeschränkte Bekämpfung des Deutschthums zugegeben und dasselbe mit Koth bewerfen lassen. Auch die bekannten Gewaltmaßregeln gegen den Buchhändler Dr. Heiberg in der betreffenden Petitionsangelegenheit, sowie den damit in Verbindung stehenden Fall Görke's, der verhaftet wurde und im Gefängniß sein Leben endete, weil er eine zu Gunsten der Freilassung Heiberg's abgefaßte Petition unterzeichnet hatte, blieb nicht unerwähnt. Der ganze Zustand ließe sich, wäre die Sache nicht zu ernster Natur, von der humoristischen Seite auffassen. Sei es doch vorgekommen, daß man in Schleswig den Verkauf von Streichhölzchen, die mit weiß, blau und roth gefärbtem Zündstoff versehen waren, konfiszirte und drei Mädchen, die bei einem Schulfest in dieselben, bekanntlich die schleswig-holsteinischen Landesfarben gekleidet waren, auseinander trieb. Der Redner geißelte hierauf die Politik Frankreichs und Englands, welche auf die Schmerzensschreie in Italien lauschten, aber kein Ohr für jene Klagen aus den Herzogthümern hätten. So viel stehe fest, Deutschland sey sein eigener bester Freund; dies mögen Volk und Regierungen sich zu Herzen nehmen. (Bravo!) Er habe die Bitterkeit, die sich bei dieser Frage seinem Gefühl aufgedrängt, unterdrückt, und er hoffe, daß der Antrag den Beifall der Regierung und der Kammern erlangen werde. Es werde sich bald entscheiden müssen, ob das kleine Dänemark dem großen Deutschland mit über einer Million Soldaten Trotz bieten könne. Keine Gelegenheit, sich die Sympathien des deutschen Volkes zu gewinnen, sey für den deutschen Bund günstiger als ein entschiedenes Vorgehen in der schleswig-holsteinischen Frage.

Hierauf ergreift der Staatsminister v. Beust das Wort und spricht sich in einer so offenen und rückhaltslosen Weise über den Antrag und die Lage der Sache aus, wie man von diesem Staatsmann nur selten Gelegenheit zu hören hat. Er erklärt, daß die Regierung im allgemeinen vollständig mit dem Antrage einverstanden sey, wie auch der Bund in nächster Zeit einen diese Angelegenheit betreffenden Beschluß fassen werde. Preußen, dem in dieser Sache die Führerschaft gebühre, werde es an dem gehörigen Nachdruck nicht fehlen lassen und sich der Beistimmung aller deut-

Neueste Nachrichten.

Berlin, 7. Jan. Das feierliche Leichenbegängniß des hingeschiedenen Königs hat heute in Potsdam nach dem mitgetheilten Reglement stattgefunden. Der Leichenkondukt, welcher nach einer anfänglichen Bestimmung seinen Weg durch die Drei-Königspforte nach der Friedenskirche nehmen sollte, ging wegen des schmalen Einganges genannter Pforte nach dem Brandenburger Thor zu über den Louisenplatz nach dem grünen Gitter und durch den dort zur Kirche befindlichen Eingang. Von fremden Fürsten befanden sich im Zuge: Der König von Hannover, der Großfürst Nikolaus, Bruders des Kaisers Alexander, der Erzherzog Max, die Großherzöge von Mecklenburg-Schwerin und Strelitz, von Weimar und von Baden, die Herzöge von Koburg und von Braunschweig, der Prinz Friedrich der Niederlande, Prinz Luitpold von Bayern, Prinz Karl von Hessen und bei Rhein, Prinz Friedrich Wilhelm von Hessen, der Erbprinz von Dessau, Prinz Moriz von Altenburg, der Erbprinz von Bentheim-Steinfurt u. a. Nach der Einsegnung der königlichen Leiche wurden von der zur Beisetzungsfeierlichkeit kommandirten Infanterie drei Gewehrsalven und von der Artillerie 101 Kanonenschüsse abgefeuert.

Berlin, 6. Januar. Im Publikum hat sich das Gerücht verbreitet, daß in Folge des jüngsten Thronwechsels ein Akt der Gnade geübt werden solle, indem alle bei den k. Leihämtern hier versetzten Pfänder unter 5 Thaler unentgeltlich zurückgegeben werden sollten. In Folge dessen ist in den letzten Tagen, wie man hört, bereits ein solcher Zudrang zu den k. Leihhäusern gewesen, daß die Beamten kaum die Masse der Pfandstücke haben bewältigen können.

Dresden, 5. Jan. Die 2. Kammer genehmigte die beantragte Fertigung neuer Kassenbillets in der Summe von 3 Millionen Thaler behufs des Umtausches defekt gewordener Billets, und beschloß hierbei, die Staatsregierung zu ermächtigen, in bisheriger Weise für präkludirte Kassenbillets der Emission vom Jahre 1849 nachträgliche Entschädigung zu gewähren.

Kassel, 1. Jan. Das neue Jahr ist gekommen, und mit ihm noch keine Entscheidung. Der Kurfürst kann zu einem großen Entschluß nicht gelangen. Die Minister freuen sich ihrer Stellen und sind rath- und gedankenlos. Niemand weiß, wie weiter regiert werden soll. Man will nun Wahlen ausschreiben. Was ist wohl davon zu erwarten? Die Stimmung des Landes ist entschiedener als je. Das zeigen die zahlreichen Festmahle zu Ehren der verfassungstreuen Abgeordneten, welche überall im Lande stattfinden. Auch hier in Kassel bereitet sich ein solches „Reformbankett" vor. (Nat.-Ztg.)

Wien. Die halbamtliche „Donau-Zeitung" berichtigt: „Ein hiesiges Blatt, es war die „Oesterr. Zeitung", brachte einen ausführlichen Aufsatz über die Einzelnheiten der am 31. Dez. v. J. stattgefundenen Vorstellung des Grafen Ladislaus Teleki beim Kaiser. (Auch von uns mitgetheilt. D. Red.) Wir sind in der Lage, die Schilderung dieses Aufsatzes in Bezug darein verflochtener Persönlichkeiten und jener Thatsachen, die nicht der „Wiener Zeitung" entnommen waren, in das Gebiet der Erfindungen oder irrigen Voraussetzungen zu verweisen.

Wien, 4. Jan. Die ungarischen Demonstrationen scheinen nun auch die „gemüthlichen Wiener" anstecken zu wollen. Schon einige Mal wurde bei den Concerten des bekannten Musik-Direktors Strauß laut und ungestüm die Melodie „Was ist des Deutschen Vaterland" verlangt. Strauß weigerte sich lange, gab aber endlich, wie es heißt, auf höhere Weisung, nach, und dieses Musikstück gehört nun in sein Repertoir. Anmaßend findet man es hier aber, daß die hier weilenden Ungarn an öffentlichen Orten noch lauter und zudringlicher ungarische Nationalweisen fordern. Wehe dem Deutschen, der es jetzt an einem öffentlichen Orte in Pesth wagen würde, den Wunsch auszusprechen, einen deutschen Walzer zu hören! (N. Pr. Z.)

Lemberg, 3. Jan. Die neu entstandene Lemberger Polnische Arbeitszeitung, der „Glos", hat eine bemerkenswerthe Rubriken-Abtheilung. Sie führt nämlich zwei Hauptrubriken „Inland" und „Ausland." Unter der Rubrik „Inland" werden die Mittheilungen aus Galizien, Posen und Russisch-Polen gebracht; unter der Rubrik „Ausland" finden sich die Berichte aus Paris, London, Wien u. s. f. eingereiht.

Paris, 5. Jan. Der zum Bischof von Vannes ernannte Abbé Maret ist zum Chanoine capitulaire von St. Denis ernannt worden. Dadurch sind die Zerwürfnisse zwischen der Regierung und dem Papste in Betreff jener Ernennung abgethan. Monseigneur Maret ist taub, und die Concilien haben vorgeschrieben, daß gewisse körperliche Gebrechen mit der Würde der Prälaten unvereinbar seyen. Das war das eingestandene Motiv, weshalb Rom sich weigerte, die Ernennung des Monseigneur Maret gut zu heißen.

Turin. Graf Cavour hat vor einiger Zeit Mieroslawski empfangen und dessen Projekte bezüglich der Bildung einer polnischen Legion angehört. Wie die „Köln. Ztg." versichert, wurden die Anträge des Polen zurückgewiesen. Dieser hat sich dann später mit Türr nach Caprera begeben, wo er eine lange Konferenz mit Garibaldi hatte.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	73 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	58½ P.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	46⅜—⅝ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	38 P.
„	4½ pCt.	33 P.
„	4 pCt.	...
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	86¼ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102 P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101¼ P
„	4½ pCt. Obl. ½jähr dto.	101¾ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	98½ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	99¼ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	96 P.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	102⅞ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94¼ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	102 P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	93½ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	101½ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	100¾ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	97¾ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	96¼ P.
„	3 pCt. Obl.	89¾ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47¼ G.
„	1¾ pCt. „ „ „	40½ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	97⅛ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	107 P.	ex D.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	548—54 G.	ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	116½—16 G.	ex D.
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	166½ P. 165 G.	ex D.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	62 P.	ex D.
Internationale Bank in Luxemb. . .	79 P. 78½ G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	325 G.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	67¾ P.	
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	215 P. 212 G.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	117¾ P.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	71 P.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	26⅝ P.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 8 pCt. .	124 P.	ex D.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	94½ G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	48⅞ P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	234 P.	
Span. Handels- u. Industrie . . .	463 P.	ex D.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	460 P.	ex D.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	101¼ P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101½ G.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99½ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105¼ B.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	95⅝ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105¼ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105⅛ B.
London Lst. 10 k. S.	118¾ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	92¾ B.
Paris Frs. 200 k. S.	92¾ G.
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	77—76¾ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	68½ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	44¼ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	54 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	124½ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	55¼ P.	„ fl. 25 do.	35½ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	82 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	36 P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	114½ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	60¼ G.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	34 G.
Badische fl. 50	88½ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10¼ P.
Badische fl. 35	52⅛ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10½ P.

Frankfurt, 8. Januar. Ungünstige auswärtige Notirungen und die Erhöhung des Bankdiskonto in London und Paris verursachten einen abermaligen nicht unbedeutenden Rückgang sämmtlicher öster. Fonds und Industrieaktien. Zu den gewichenen Kursen jedoch war der Umsatz ziemlich bedeutend und die Haltung verhältnißmäßig fest. Auch Wechsel auf Wien waren etwas niedriger. Nur Wiener Bank- und Elisabethaktien wurden besser bezahlt. (Synd.)

beglückwünschende Munizipalbehörde von Turin gerichtet hat. Vorübergehend berührte er dabei auch die „venetianische Frage". Der in der jüngsten Zeit vielbesprochene Plan, Venetien zu kaufen, habe, so bemerkte er, nichts Offizielles; er selbst habe wenig Vertrauen zu diesem Projekt, und dasselbe werde überdies wenig Sympathie finden. Italien müsse sich auf neue Ereignisse gefaßt machen; ihn selbst werde man heute wie immer als den Ersten da erblicken, wo es Gefahren zu bestehen und Lorbeern zu pflücken gebe, und er sey bereit, bis an's Ende seine Pflichten als König und Patriot zu erfüllen.

Turin, 3. Januar. Die wichtige Aufgabe, welche Herr Konstantin Nigra in Neapel antritt,*) erhält ihre Erklärung durch den Umstand, daß Graf Cavour die Angelegenheiten Neapels selber zu leiten die Absicht hat. Die Wahl Nigra's, dessen unerhört rasche Laufbahn den Neid Vieler erwecken muß, wird natürlich vielfach bekrittelt. Ich habe Ihnen schon gesagt, daß in diesem geschmeidigen und feinen Diplomaten mit der „seidenen Energie", wie sich ein hiesiger Politiker ausdrückt, mehr stecke, als man glauben möchte. Wir sind auch fest überzeugt, daß dieses administrative Debut des talentvollen Mannes nicht minder glücklich seyn werde, als sein diplomatisches. Die Anwesenheit des Prinzen Carignan soll durch die von diesem zu veranstaltenden Feste der Schaulust des südlichen Volkes willkommene Befriedigung geben, während Hr. Nigra die Verwaltung in festere Hände legen soll, als dies bisher der Fall gewesen ist. Namentlich wird man von der systematischen Feindseligkeit gegen Alles zurückkommen, was zur Partei Garibaldi's gehört. (Köln. Z.)

Neapel, 26. Dez. Alle Tage kommen von Seite der Magistrate und Gouverneure in den Provinzen Klagen und Bitten an die Regierung: sie möge gegen die immer mehr zunehmende Theuerung der unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse durchgreifende Maßregeln treffen, um Unordnungen und Aufständen vorzubeugen. Dasselbe ist in der Hauptstadt der Fall, und um so bedenklicher, als die Neapolitaner von früher her gewöhnt sind, die Ursache solcher Preissteigerungen der Fahrlässigkeit oder Böswilligkeit der Regierung zuzuschreiben. Zu Weihnachten müssen die Neapolitaner ein gutes Mahl haben, und scheuen keine Mühe, keine Demüthigung, um sich die Mittel hiezu zu verschaffen. (Allg. Ztg.)

Die Belagerung des Forts Civitella del Tronto wird gegenwärtig mit aller Energie betrieben. Mehrere schwere Positionsgeschütze, darunter auch gezogene Kanonen, bombardiren den Platz seit dem 11. Dez. Indessen haben die Kugeln den starken Granitmauern bisher wenig Schaden zugefügt, wie denn überhaupt dieses Fort ein sehr starkes ist, das durch die Art seiner Lage und die zu Hülfe gekommene Natur keinen Sturm erlaubt. Nur durch Geschütze von sehr schwerem Kaliber könnte man sich einen rascheren Erfolg versprechen, allein diese sind vor dem Platze noch nicht eingetroffen. Am 12. Dez. ließ General Pinelli, welcher die Belagerung leitet, 70 Bomben in die Festung werfen. Die Belagerer sind den Mauern so nahe gerückt, daß man sich gegenseitig mit kleinem Gewehr beschießt.

Wie aus Gaeta gemeldet wird, dauert das Feuer fort.

Türkei.

Beyrut, 18. Dez. Ein Dekret Fuad Pascha's verordnet, jeder männliche, über 15 Jahre alte Druse im Libanon habe eine Steuer von 1565 Piastern (160 fl.) binnen fünf Tagen zu entrichten, um die Entschädigung an die Maroniten aufzubringen. (Oesterr. Ztg.)

Rußland und Polen.

Die Schnelligkeit, mit welcher die Nachricht von dem Abschlusse des mit China abgeschlossenen Vertrages über Petersburg nach London gelangt ist, erklärt sich, wie die „Times" mittheilen, dadurch, daß die Russen ein regelmäßiges Kouriersystem mit Relaispferden von Peking aus eingerichtet haben, und daß die von Peking auf diese Weise abgesandten Depeschen auf der ersten mit Petersburg in Verbindung stehenden Telegraphenstation abgegeben werden, welche die Kouriere erreichen. Die Route geht durch die Mongolei, über Kiachta und Irkutsk, welchen letzteren Ort die gewöhnliche Post 16 Tage nach ihrem Abgange von Peking erreicht. Von Irkutsk bis zur Telegraphenstation in Kasan nimmt die Beförderung 17 Tage in Anspruch.

Amerika.

Das Leben in Süd-Carolina scheint gegenwärtig kein sehr behagliches zu seyn, wie ein Schreiben einer dort lebenden Dame (abgedruckt in der „N. York Times") beweist. Alle Familien daselbst zittern vor einem allgemeinen Aufstande der Schwarzen, wofern es mit der Losreißung Ernst werden sollte. Die ältesten, treuesten, erprobtesten Schwarzen werden deßhalb jede Nacht unter Schloß und Riegel gebracht; man trennt die Schwarzen hauptsächlich in kleine Haufen bei der Tagarbeit, damit sie sich nicht mit einander besprechen; man kauft keine neuen Sklaven, um nicht etwaige revolutionäre Elemente in die Wirthschaft einzuführen, und man kann die alten nicht verkaufen, weil ihr Werth um die Hälfte gefallen ist. Große Hunde halten vor dem Schlafzimmer der Kinder Wache, Jeder fürchtet das Aergste; die Lage soll unerträglich seyn. (Fr. J.)

*) Er, nicht Ratazzi, ist auserlesen, dem Prinzen Carignan bei der Statthalterschaft in Neapel als leitender Minister zur Seite zu stehen.

Nichtpolitische Zeitung.

München, 6. Jan. Die Preise der Bauplätze haben hier bereits eine solche Höhe erreicht, daß durch dieselben schon viele Unternehmer von der Ausführung neuer Bauten sich abschrecken ließen. Der an der Bayer- und Schillerstraße gelegene Eckbauplatz wurde dieser Tage beinahe zu 2 fl. der Quadratfuß verkauft; die Gesammtsumme betrug 18,000 fl. In der Maximiliansstraße sind seit den wenigen Jahren ihrer Anlage die Bauplätze auf das Doppelte gestiegen. Ebenso hat sich der Häuserwerth in Haidhausen durch diese neue Straße nicht unbedeutend gehoben.

In Folge des großen Schneefalles erleidet der Verkehr auf den Eisenbahnen und den gewöhnlichen Straßen allenthalben große Verzögerungen und selbst Unfälle. Als eine wahre Kuriosität von Verkehrsstockung berichtet die „Rhein- und Lahn-Ztg.": „Ein Dampfboot, das Mittwoch den 2. d. Abends mit 80 Passagieren über den Rhein von Mainz nach Kassel fahren wollte, wurde urplötzlich von einem so starken Nebel überfallen, daß es nach einigen vergeblichen Versuchen, das Land zu erreichen, Anker werfen und bis zum Morgen im Strome liegen bleiben mußte."

v. Wessenberg hat seine reichhaltige, durch Werke der besten italienischen Meister ausgezeichnete Gemäldegallerie, eine der bedeutendsten Privatsammlungen Deutschlands, testamentarisch dem Großherzog von Baden vermacht, mit der Bestimmung, daß dagegen 20,000 fl. an die von Wessenberg in der der Stadt Konstanz gegründete Erziehungsanstalt für arme und verwahrloste Kinder ausbezahlt würden. Der Großherzog hat nunmehr dieses den Stifter doppelt ehrende Vermächtniß mit der darauf ruhenden Belastung angenommen.

Frankfurt, 7. Jan. Kaum haben wir von einem Eisenbahnunglücke auf der M.-W.-B. bei Gensungen berichtet, so haben wir heute schon wieder ein ähnliches, das auf der M.-N.-B. in Darmstadt sich zugetragen und gleichfalls ein Menschenleben kostete, zu registriren. Der Bahnwärter Ehrhardt aus Sachsenhausen glitt beim Abgang des Güterzugs in Darmstadt auf dem glatten Wagentritte aus, gerieth dadurch unter den Zug und wurde durch die über seinen Leib gehenden Räder sofort getödtet. Ehrhardt hinterläßt eine Frau mit 4 Kindern.

In Wien wurde jüngst ein ehemaliger Göttinger Student, später preußischer Offizier, Ernst Franz Gustav v. Parzensky, wegen Betrugs zu fünf Jahren schwerem Kerker verurtheilt. Er ist jetzt 61 Jahre alt, und seit dem Jahre 1830, wo er zum ersten Male wegen Betrugs bestraft und aus dem preußischen Heere ausgestoßen wurde, hat er fast sein ganzes Leben wegen Betrugs und Diebstahls in österreichischen und preußischen Strafanstalten zugebracht.

London, 5. Jan. Die Schiffswerften am Clydefluß in Schottland haben im verflossenen Jahre 88 große eiserne Dampfer vollendet, und gegenwärtig befinden sich daselbst wieder 46 im Bau. Es ist dies ein Industriezweig, der erst in neuester Zeit in Schottland eine solche Höhe erreicht hat.

London wird jetzt von 13 Gesellschaften mit Gas versehen, deren Röhrenanlagen eine Strecke von mehr als 600 Stunden einnehmen. Nach Prof. Spencer's Berechnungen gehen jährlich durch die Undichtigkeit der Gasröhren nicht weniger als 630,000,000 Kubikfuß Gas verloren, mithin ein Zehntel des jährlichen Verbrauches, oder $3\frac{1}{2}$ pCt. Dividende des gezeichneten Kapitals. Natürlich ist der Boden unter ganz London mit Gas geschwängert, wodurch alle andern Eisenröhren in der Erde so rasch verrosten. (Köln. Z.)

In der ersten Woche des Juni d. J. wird in Riga ein baltisches Sängerfest aller Gesangvereine der deutsch-russischen Ostseeprovinzen stattfinden. (Köln. Z.)

v. Schleinitz die englischen Vermittlungsvorschläge in Sachen Schleswig-Holsteins beantwortet hat, beginnt mit der Erläuterung, daß es selbstverständlich der preußischen Regierung überlassen bleibe, in voller Freiheit sich über die Annehmbarkeit dieser Vorschläge zu entscheiden. Es wird sodann zugegeben, daß der König von Dänemark in Bezug auf Schleswig, betreffs der Grundzüge der neuen Ordnung der Dinge, wenn auch vielleicht nicht gerade streng bindende, so doch „Ehren"-Verpflichtungen übernommen habe, aber es wird gleichzeitig ausgesprochen, daß nach der Ansicht des englischen Kabinets jene Grundzüge in Gemäßheit der übernommenen Verpflichtung ins Leben geführt seyen und daß Preußen oder der deutsche Bund nicht das Recht ansprechen könne, die Regierung und Verwaltung in Schleswig im Einzelnen einer Kritik und Kontrole zu unterziehen. Die Schlußhinweisung der preußischen Depesche endlich auf die Erscheinung, daß das Prinzip der Nationalität, welches die englische Regierung in Italien so warm unterstütze, in Schleswig einen Gegner an ihr fände, wird mit der Bemerkung abgelehnt, daß in Italien wirklich eine einheitliche Nationalität vorhanden, in Schleswig aber notorisch eine nahezu gleich getheilte Bevölkerung seßhaft sey. (Fr. Postz.)

Posen, 4. Jan. Von allen Seiten laufen Nachrichten ein, daß die Agitationspartei unter den Polen ihre Landsleute auf alle mögliche Weise aufzustacheln bemüht ist; kein Mittel wird gescheut, um den Haß gegen alle Deutschen und gegen die Regierung zu schüren und den Glauben unter der Volksmasse zu verbreiten, daß die Erlösung Polens von der Fremdherrschaft nahe bevorstehe. Die Konsequenzen der Nationalitätenidee werden als unumstößliches Axiom angesehen, das trotz alles Widerstandes der Regierungen und Völker sich schließlich durch alle Hindernisse hindurch arbeiten werde, wenn auch nicht ohne blutige Kämpfe. Der Oppositionsgeist geht bereits so weit, daß alle konventionellen Rücksichten bei Seite gesetzt werden, wenn auch der allgemeine Unwille der gesammten deutschen Bevölkerung hervorgerufen wird. So ist das Organ der polnischen Agitationspartei, der hier erscheinende „Dziennik", wohl die einzige im preußischen Staate herauskommende Zeitung, die ohne Trauerrand erschienen ist und den Tod des Königs blos referirt. Dadurch ist die empfindlichste Seite aller Preußen getroffen, die nunmehr nicht ermangeln werden, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. (Fr. Postz.)

Württemberg. Stuttgart, 6. Jan. Sicherem Vernehmen nach ist nun vom Ministerrathe beschlossen worden, die Ständeversammlung bis Mitte Februar einzuberufen. Das königl. Dekret soll in wenigen Tagen erscheinen. (Fr. J.)

Oesterreich. Wien, 5. Januar. Mit Ausnahme einer vor Jahresfrist an einen kaiserlichen Offizier verheiratheten Tochter hinterläßt Hr. Richter seine übrigen fünf Kinder gänzlich unversorgt, und obgleich man ihn fast ein Jahr lang gemartert, weil er sich angeblich durch die Bestechung Eynattens Millionen zugewendet, so wird seine Wittwe sicherlich nur mit großer Anstrengung das durch Richter's und Krumbholz' lange Haft sehr derangirte Geschäft fortsetzen können. (Allg. Z.)

Wien, 5. Januar. Die Wahlmänner (für die Gemeindewahlen) des Bezirkes Wieden wurden vorgestern Abends durch ein an den Thüren des Saales zu den „drei Engeln" angeheftetes Plakat überrascht, in welchem der provisorische Vorsitzende des 4. Wahlbezirkes Herr Basse mit Beziehung auf die im Laufe des Nachmittags erflossene polizeiliche Kundmachung die Wahlberechtigten einladet, unter Vorzeigung ihres Wahl-Legitimationsscheines am 7. Januar im selben Lokale zu erscheinen. Da sich die bereits Versammelten durch dieses Plakat durchaus nicht einschüchtern lassen wollten, sondern im Gegentheil in lebhaft diskutirenden Gruppen im Saale Posto faßten, sah sich der Vorsitzende gezwungen, den HH. Wählern zu erklären, daß er gestern um 2 Uhr Nachmittags zum Polizeidirektor des Bezirkes Wieden gerufen worden sey und daß ihm daselbst strengstens bedeutet worden, die Wahlversammlung nicht abzuhalten, indem man im Falle, daß trotz des Verbotes irgend Jemand die Rednerbühne betreten würde, mit Gewalt einzuschreiten gezwungen wäre und die strengsten Maßregeln ergreifen müßte. Um nun ein solches Einschreiten nicht herauszufordern, bat Herr Basse seine Mitbürger, für diesmal ruhig auseinander zu gehen und am 7. Januar sich wieder einzufinden. Die Bürger zogen sich sonach aus dem Saale zurück. (Ostd. P.)

Wien, 4. Jan. An die Mittheilung der „Wien. Ztg." von dem Verbleiben des Grafen Rechberg in seinem Amte als Ministerpräsident knüpfte sich alsbald das Gerücht von dem Rücktritt des Hrn. v. Schmerling. Heute indessen schon wird demselben aufs Bestimmteste widersprochen, wenn es auch in der öffentlichen Meinung feststeht, daß jene beiden Staatsmänner unmöglich nach denselben Zielen streben und daher auch nicht in demselben Ministerium ihre Plätze behaupten können. Man erinnert sich nun, daß die „Wiener Ztg." auf die ersten Nachrichten von dem Entlassungsgesuch des Kultusministers, Grafen Thun, ebenfalls eine Widerlegung brachte und kurz darauf doch die Entlassung desselben erfolgte. Eines gleichen Ausganges vertröstet man sich jetzt. Möchte nur der Trost kein eitler seyn! Denn darüber darf man sich nicht täuschen, daß alle Verheißungen, die jetzt gemacht werden, von den Befürchtungen vor nahen kriegerischen Ereignissen den Hofkreisen abgezwungen werden. Wenn in die Stelle dieser Befürchtungen auch nur einige Sicherheit für die Erhaltung des Friedens tritt: dann werden die alten Einflüsse, welche jetzt vor der Gefahr in den Hintergrund getreten sind, sich sogleich wieder mächtig geltend machen. Was dann geschehen wird, ist freilich nicht so leicht zu sagen; aber ich fürchte dann für den Bestand der Monarchie weit mehr; ich fürchte dann die Revolution und den Krieg zugleich. Denn dieser letztere wird nur von uns abgewendet, wenn der Feind sieht, daß sich die innere Konsolidation vollzieht und dadurch der Staat eine Kräftigung gewinnt, die uns der von Außen drohenden Gefahr einmüthig und muthvoll die Spitze bieten lassen. Der Schwierigkeiten für die innere Konsolidation sind freilich so viele, wie verschiedene Stimmen über den für dieselbe einzuschlagenden Weg. Die Einen fordern eine einheitliche Verfassung mit Einschluß Ungarns und seiner Nebenländer; die Anderen eine Bildung von zwei Gruppen aus den ungarischen und aus den deutschen mit den slavischen Ländern; die Dritten wollen auch die deutschen und die slavischen Länder gesondert constituiren, und Andere wollen noch weitere Scheidungen. Nur ein fester unwandelbarer Entschluß und eine starke, sichere Hand könnte Ordnung in dies Chaos der Forderungen bringen. Unter unseren Staatsmännern ist Schmerling der einzige, zu dessen Einsicht und Klugheit man das Vertrauen hegt, daß er die entgegenstehenden Schwierigkeiten besiegen könnte; aber die Schwierigkeiten liegen vielleicht noch mehr in Denjenigen, deren Unterstützung er bedürfte, als in den widerstreitenden Anforderungen der Völker. Unter diesen zeigten sich die Deutschen leider als die langmüthigsten, aber auch politisch unfähigsten. Während alle übrigen Nationalitäten ihr festes Programm aufstellen und einmüthig auf ihr bestimmtes Ziel losgehen, nehmen die Deutschen für diese oder jene Nationalität Partei, sind aber zu unfähig oder zu träge, sich als Deutsche in geschlossener Einheit den anmaßlichen und zudringlichen Forderungen der Ungarn, Polen, Czechen u. s. w. entgegenzustellen, um auch die Interessen ihrer Nation zu wahren. Ein wahrhaft klägliches Schauspiel boten die zahlreichen Deutschen in der Stadt-Repräsentation von Pesth, von denen auch nicht ein einziges der nur deutsch sprechenden Mitglieder zu fordern wagte, daß die Eidesformel auch in deutscher Sprache verlesen werde. Sie fürchteten den Verdacht der Magyaren, daß sie etwas auf ihre Nationalität und auf ihre Sprache hielten! Sollten bei solchen Erscheinungen nicht die Czechen den Muth zu der bereits ausgesprochenen Hoffnung fassen, daß die Slaven einst über Oesterreich herrschen werden? — Am muthigsten vertheidigte noch eine kleine Schaar der Sachsen in Siebenbürgen ihre Unabhängigkeit gegen die Herrschlust der Magyaren. Aber leider sind auch sie nicht einig. Schon haben die angesehensten Bürger von Schäßburg in einer Adresse an Eötvös erklärt, daß sie keine Gefahr für ihre Unabhängigkeit und Nationalität in der Union mit Ungarn erblickten.

Aus Venedig wird der „Triester Ztg." gemeldet: „Der Polizei soll es gelungen seyn, einem der gefährlichsten Agenten der piemontesischen Regierung in der Person eines reichen Gutsbesitzers auf die Spur zu kommen, welcher in Anhoffung einer hervorragenden Stellung im piemontesischen Ministerium sich die Anwartschaft hierauf dadurch zu gewinnen suchte, daß er eine förmliche Agentur zur Verleitung von k. k. Soldaten zum Treubruch errichtete. Einer seiner Agenten wurde vor sechs Tagen in Venedig kriegsrechtlich erschossen, und die Geständnisse desselben sollen zur Verhaftung des erwähnten Signore geführt haben."

Großbritannien.

London, 3. Jan. Der Herzog von Bedford hat im verflossenen Jahre die ansehnliche Summe von 24,000 Pfd. auf die Verbesserung von Arbeiter-Wohnungen auf seinen ausgedehnten Gütern verwandt. Sein Beispiel wird den übrigen englischen Gutsbesitzern zur Nachahmung empfohlen, da eben jetzt Klagen über den Mangel gesunder Arbeiterhäuser an der Tagesordnung sind.

Italien.

Die in Turin erscheinenden „Nationalités" berichten über die Rede, welche Viktor Emanuel an die ihn zum neuen Jahr

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 9.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 9. Januar 1861.

Deutscher Bund.

Die „Frankf. Handelszeitung" schreibt: „Wir gehören nicht zu den blinden Lobrednern der deutschen Regierungen; wir sind vielmehr stets vollkommen eingedenk, wie Vieles bei denselben anders seyn sollte. Gleichwohl zweifeln wir gar nicht, daß im Falle des Angriffs auf deutsches Bundesgebiet (wie ein solcher jetzt in Italien gegen Südtyrol vorbereitet wird) alle deutschen Regierungen ohne Ausnahme einig seyn werden. Müssen doch alle erkennen, daß, was heute dem Einen geschieht, morgen dem Andern in Aussicht steht. Dies gilt ganz besonders von der preußischen Regierung, deren Oberhaupt sich nach übereinstimmenden Versicherungen in diesem Punkte nicht täuschen lassen wird. Indeß kann man wahrnehmen, daß es trotzdem Leute gibt, welche im Napoleonischen Interesse die heillose Theorie auszubreiten suchen: „Was geht uns Tyrol, was Triest, was Böhmen an?" Zur Würdigung solcher perfiden Lehren wollen wir nur zwei Thatsachen in Erinnerung bringen. Tyrol, vorzugsweise dessen Süden, enthält allerdings über 300,000 (nach den letzten Aufnahmen 319,852) Einwohner, die dem italienischen Stamm angehören. Dies ist aber keineswegs die einzige nichtdeutsche Bevölkerung auf unserm Bundesgebiete. Ganz abgesehen von dem zum Bunde nicht gehörenden Posen, wohnen namentlich blos in dem oberschlesischen Regierungsbezirke Oppeln über 600,000 (genauer 612,840) Polen, (ungerechnet 53,817 in dem von Breslau) — also in jenem einzigen Bezirke beiläufig noch einmal so viel Nichtgermanen, als in Tyrol! Gehen die Südtyroler das übrige Deutschland nichts an, dann muß unser Vaterland, nach dem nämlichen Grundsatz, auch die Oberschlesier sich selbst oder den andern Polen überlassen! — Es gibt keinen einzigen größeren Staat, der nicht nebenbei auch Angehörige von anderm als dem vorwaltenden Stamm umfaßte. Keiner dieser Staaten denkt an Abtretung solcher Provinzen. Den Deutschen allein wagt man den Wahnsinn der Selbstverstümmelung zuzumuthen. Diesmal hoffentlich ohne Erfolg! Nicht eine Scholle des Bundesgebiets darf von Deutschland losgerissen, nicht Fußbreit von einer fremden Kriegsmacht ungestraft betreten werden!"

* In der gestern erwähnten Versammlung von Mitgliedern des Nationalvereins zu Eltville verlas u. A. Advokat Metz aus Darmstadt den Art. 1 des Bundesvereinsgesetzes, wies nach, daß dieser nur solche Vereine verbiete, welche die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährden, und bezweifelte, daß selbst der Bundestag den für die Einheit und Ehre Deutschlands gesetzlich wirkenden Nationalverein als gemeingefährlich und mit der Bundesverfassung unverträglich verbieten könne. Möge aber selbst das Unmögliche möglich werden, so werde höchstens der Nationalverein vernichtet, die Nationalpartei werde fortleben und fortwirken. Jedes einzelne Mitglied werde bei allen Freunden für die Ziele des Vereins fortkämpfen und nach des Redners Ansicht sey das Ende des Nationalvereins und auch der Nationalpartei unausbleiblich, vielleicht sogar nahe, aber nur in der Weise, daß die Nationalpartei abdanke zu Gunsten der freiheitlich geeinigten deutschen Nation.

Heidelberg, 4. Januar. Dem deutschen Handelstag in Heidelberg sollen Kommissionsberathungen vorausgehen, um das eingegangene Material zu sichten und Vorträge auszuarbeiten. Die hiesige Handelskammer hat nunmehr den 3. Mai zum Beginne der Thätigkeit der Kommission (der Handelstag selbst beginnt am 13. Mai) bestimmt, und sind hierzu die Handelskammern von Breslau, Danzig, Berlin, Leipzig, Dresden, Düsseldorf, Frankfurt a/M., Heilbronn, Wien, Nürnberg, Deidesheim, Pforzheim, Hannover, Hamburg und Bremen erwählt worden, welche je einen Bevollmächtigten abzuordnen haben.

Bayern. München, 7. Jan. Se. Maj. der König hat auf das im Forstamte Laurenzi in Erledigung gekommene Revier Fischbach den Revierförster Andr. Singer zu Grünschwinden, Forstamt Feuchtwangen, seinem Gesuche entsprechend, versetzt. (N. Münch. Z.)

** München, 7. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Das Befinden des an einem glücklicher Weise nur leichten Schleimfieber erkrankten Abgeordneten Frhrn. v. Lerchenfeld ist so befriedigend, daß derselbe in kürzester Zeit wieder sich seinem Berufe wird widmen können. — Heute Abend bleiben unsere beiden k. Theater geschlossen, weil heute in Potsdam die Leichenfeier des verlebten Königs von Preußen stattfindet.

München, 6. Jan. König Ludwig ließ dieser Tage einen neapolitanischen Soldaten in den Wittelsbacher Palast kommen, beschenkte ihn mit Geld und ließ ihn auch noch mit einem vollständigen Winteranzug versehen.

Prinz Karl hat dem Vereine zum Ankaufe von Holz für die Armen in München die Summe von 500 fl. zusenden lassen.

München, 5. Jan. Die Kammer der Abgeordneten hat heute die Ergänzungswahlen für einige Ausschüsse vorgenommen. Es waren hierbei 97, oder resp. 96, Abgeordnete anwesend, und wurden gewählt: im 1. Ausschuß für den verlebten Hrn. Samhaber der Abg. Kephl mit 56 Stimmen; im 4. Ausschusse: für den verlebten Dr. Stauber und für den im 1. Ausschusse gewählten Hrn. Kephl die Abg. Hamminger mit 59 und Schobert mit 53 Stimmen; im 5. Ausschusse für den verlebten Dekan Rechenmacher der Abg. Pfarrer Boos mit 60 Stimmen. (N. M. Z.)

München. Die Mitglieder des zweiten Ausschusses der Kammer der Abgeordneten sind bereits mit der Prüfung der vorgelegten Nachweisungen pro 1855/56, 1856/57, 1857/58, 1858/59 beschäftigt. Als Referenten wurden ernannt: Rebenack für die Staatseinnahmen; Frhr. v. Lerchenfeld für die Staatsausgaben; Neuffer für die Verkehrsanstalten und das Zollwesen; Lehrmüller für das Staatsbauwesen; Graf v. Butler für Salinen und Bergwesen; Dekan Vogel für das Lotto; Langguth für die Militärrechnungen; Frhr. v. Pfetten für die Staatsschuld und Dr. Schlör für die Grundrentenablösungskasse.

Augsburg, 5. Jan. Gegenwärtig befindet sich der Vorstand der k. Zeughaus-Hauptdirektion, Herr Oberst Neumayer, nebst Hrn. Oberstlieutenant Fortenbach, und den Mitgliedern der Artillerie-Berathungs-Kommission, HH. Major v. Pillement und Hauptmann Frhr. v. Neubeck hier, um an den heute Vormittag 11 Uhr auf dem großen Exerzirplatze stattfindenden Schießübungen mit gezogenen Kanonen Theil zu nehmen. (Augsb. Abdz.)

Preußen. Berlin, 6. Jan. Nach dem eben veröffentlichten Reglement zum Begräbnisse der Leiche des Königs Friedrich Wilhelm IV., das in der Friedenskirche zu Potsdam am 7. Jan., Vormittags 11 Uhr, Statt findet, wird der Herr Ober-Hofprediger Strauß die Trauerrede vor dem königlichen Sarge in Sanssouci halten und die Leiche einsegnen. Die zur Leichen-Parade kommandirten Truppen-Abtheilungen sind letztwilliger Verfügung gemäß ganz so kombinirt, wie bei dem Leichenbegängnisse Friedrich Wilhelm's III. Ferner verordnet das Reglement unter Anderm, daß die Minister mit den Reichs-Insignien vor dem Leichenwagen einherschreiten; unmittelbar hinter dem Leichenwagen folgt der General-Feldmarschall Wrangel mit dem Reichspanier, dann der König und die Königin, welche die verwittwete Königin geleiten, der König von Hannover geht rechts neben Ihren Majestäten. Diesen schließen sich unmittelbar Ihr Gefolge an, dann folgen die übrigen Leidtragenden der königlichen Familie und hierauf die zur Feier erschienenen kaiserlichen und königlichen Hoheiten. Sodann folgen die hohen Civil- und Militär-Beamten, die Deputationen der verschiedenen Behörden und Körperschaften. Den Beschluß derselben machen die Deputationen des Magistrates und der Stadtverordneten von Berlin und Potsdam.

Berlin, 6. Jan. Die schon kurz von mir erwähnte Rückäußerung Lord John Russell's auf die Depesche, in welcher Herr

neten aus dem Jahr 1848 zum Sprecher gewählt: den ruthenischen Erzbischof Joachimovich.

Aus der Adresse der **galizischen Deputation**, welche Dr. Smolka und Genossen am 4. Januar dem Minister ertheilte, theilen wir nachstehend die wichtigsten Stellen mit:

„Bevor nun die Statute in Betreff unseres Landes erfließen, wünschen die Einwohner dieser Provinz, daß einem Minister Sr. apostolischen Majestät, welcher seine politischen Regierungsgrundsätze so würdevoll und verfassungsgemäß aussprach, wie Ew. Exzellenz es thaten, gewissermaßen die Grundzüge des politischen Glaubensbekenntnisses der großen Mehrheit des Landes unmittelbar zur Kenntniß gebracht werden. In diesem Sinne geben wir uns die Ehre, Ew. Exzellenz hervorzuheben: daß die Landeseingebornen beider, seit Jahrhunderten in freiwilliger Einigung verbundenen Stämme, des polnischen und russinischen, trotz des Geschicks, von dem ihr gesammtes altpolnisches Vaterland betroffen wurde, sich jener ewigen und unverjährbaren historischen Rechte ihrer Nationalität, als einer höhern Fügung der Vorsehung, weder je entäußert haben, noch auch je zu entäußern vermögen. Das getheilte, für uns dreieinige Polen bleibt immer unser altes heimathliches Mutterland, und es schwellt das gemeinsame Blut unserer Brüder an der Wartha und an der Wilia den übervollen Herzpuls! Wir stehen nicht an, dem Minister eines katholischen Monarchen, aus Allerhöchstdessen Dynastie neun Königinnen den Thron unserer Piasten theilten, dieses uns überkommene Gefühl um so freimüthiger zu bekennen, als, wenn wir es zu verhehlen vermöchten, die Welt uns entweder nicht glauben oder selbst den Unglücklichen auch noch die Achtung versagen würde. Wenn daher Ew. Exzellenz die Gefühle, von denen unsere Nation durchdrungen ist, gleich wie unsere altehrwürdige und thatenreiche Vergangenheit erwägen, so werden Ew. Exzellenz zweifellos anzuerkennen geruhen, daß auch wir eine jener nationalen historisch-politischen Individualitäten bilden, hinsichtlich derer insonderheit die Majorität des jüngst vertagten Reichsrathes die Ueberzeugung feststellte, daß sie bei der Organisation der Monarchie nicht unterschätzt werden dürfen. . . . .“

„Aus dem rechtlichen Streben nach autonomer Organisation unseres Landes geht hervor, daß für selbes nur ein Provinzial-Landtag und zwar nur ein solcher gedeihlich seyn könne, ja zum unentbehrlichen Bedürfniß werde, der sowohl für Galizien wie für Krakau ein gemeinschaftlicher und einer wäre; der ferner auf echter unverfälschter National- (Wahl-) Vertretung beruhen und nicht lediglich berathend, remonstrativ oder postulativ seyn würde, sondern in Sachen, welche das moralische oder materielle Interesse der Landesbewohner betreffen, entscheidend seyn müßte. Wenn hingegen ein allgemeiner wie immer gearteter einheitlicher Reichstag (ein allgemeines Parlament) für die gesammte Monarchie, an welchem auch wir theilnehmen müßten, in Angelegenheiten von Galizien und Krakau, bei den Lebensfragen unserer Nationalität, unserer Gesittung, unserer Gewohnheiten, unseres Unterrichtswesens und des dem Lande gehörenden Vermögens, gleichwie im Betreff der eigenthümlichen Landesinstitute einen entscheidenden Einfluß erhielte, dann würden in der That die politischen Zwecke eines bestimmten von germanischer Tendenz durchdrungenen Theiles des Parlaments an unserm dem deutschen Bunde fremden Elemente, gleichwie an jedem nicht germanischen, dem kräftigsten, begründetsten Widerstande begegnen. Aber auch selbst in dem Falle, als unserer Provinz die Repräsentation durch einen eigenen, entscheidenden galizischen Landtag (wie sie ihn bedarf) zu Theil würde, gebe es keine thatsächliche Autonomie für das Land, wenn die kirchlichen Würden beider Ritus und die öffentlichen Aemter in allen Zweigen der Verwaltung, der Gerichtspflege und des öffentlichen Unterrichtswesens unsern Landsleuten nicht würden anvertraut werden . . . .“ Es folgt sodann das Verlangen, daß die polnische Sprache in allen Unterrichtsanstalten des Landes als ordentliche Unterrichtssprache eingeführt und der ruthenischen Sprache das ihrer Ausbildung angemessene Recht ebenfalls eingeräumt werde. Der Schluß der Adresse lautet:

„Indem wir diese Verhältnisse und Zustände darlegen und diesen Hauptmomenten des politischen Glaubensbekenntnisses und der öffentlichen Meinung unseres Landes vor Ew. Exzellenz Ausdruck leihen, erscheinen wir nicht zu dem Zwecke einer — bei bisher unbekannten Maßnahmen der h. Regierung — uns fern liegenden Opposition; sondern zu dem Zwecke der Beleuchtung unserer Sachlage vor der obersten Staatsgewalt zu einer Zeit, wo an einer aufrichtigen Schilderung derselben gelegen seyn könnte. Geruhen hiernach Ew. Exzellenz unsere mit geziemender Hochachtung überreichte Denkschrift in gütige Erwägung zu ziehen, und in Würdigung unserer Nationalität, die unter allen Umständen von den irdischen Gütern uns noch als das heiligste erübrigt, bei Entfaltung der weitern politischen Thätigkeit Ihres hohen staatsmännischen Berufes dazu beitragen zu wollen: daß unserer Nation der Stern glücklicherer Geschicke erstrahle, deren Dienst, den sie einst der österreichischen Monarchie gleichwie der ganzen Christenheit mit eigenem Blute erwies, zum Wenigsten in Wien nicht leicht vergessen werden sollte.“

Livorno, 5. Januar. Eben sind zwei russische Linienschiffe und eine Fregatte in unsern Hafen eingelaufen. Mehrere andere Schiffe werden folgen. Ihre Bestimmung ist zunächst Gaeta.

(Tel. d. Allg. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Böhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	73 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	58½ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	47⅛ G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	89¾ P.
„	4½ pCt.	82¾ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	86¼ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102 P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101¼ G
„	4½ pCt. Obl. ½jähr dto.	102 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	98¾ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	99½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95 P.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	102⅞ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94¼ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	101⅞ G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	93½ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	101½ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100¼ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	100¾ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	97¾ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	96¼ P.
„	3 pCt. Obl.	89¾ P.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47¼ G.
„	1½ pCt. „ „ „	40¾ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	97 P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	107 P. ex D.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	640—49 G. ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	118½—19G. ex D.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	166½P 165½G ex D
Weimarische Bank à Thlr. 100 . . .	75 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien	62 P. ex D.
Internationale Bank in Luxemb. . .	79 P. 78½ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	325 G.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	67¾ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	215 P. 212 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	115⅛ P.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	72 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	25 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	123½—24G. ex D.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	94¾ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49 P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	234 P.
Span. Handels- u. Industrie . . .	470 P. ex D.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	480 P. ex D.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	101⅛ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99½ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105¼ B. 105G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	95⅝ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105¼ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105⅛ B.
London Lst. 10 k. S.	117 B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	92¾ B.
Paris Frs. 200 k. S.	93 B.
Triest fl. 100 k. S.	76 B.
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	77⅜—77 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	67 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	44 P. 43¾ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	54 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	124½ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	55 G.	„ fl. 25 do.	35½ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	82 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	36 P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bezt.	115 G.	Sardinien Fr. 36 b. R.	50¼ G.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	34 G.
Badische fl. 50	88½ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10¼ P.
Badische fl. 35	51¾ G.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅛ P.

Frankfurt, 7. Januar. Die höheren Kurse von vorgestern konnten sich in Folge niedrigerer Wiener Notirungen nicht behaupten, und National und Kreditaktien, in welchen der meiste Umsatz stattfand, wurden billiger abgegeben. Süddeutsche Fonds waren zum Theil etwas fester, und Bexbacher Eisenbahnaktien begehrt und höher. (Synd.)

von den Banknoten, nicht von den Staatseffekten. Aber auch so stellt sich die Sache kaum anders als eine Maßregel dar, an welche der österreichische Staat nicht zum zweitenmal appelliren wird, was auch kommen möge. Noch ist die Hoffnung auf ein Anlehen, das unter die Garantie der Reichsstände gestellt würde, nicht geschwunden. Man vergleiche nur den Stand der bayerischen Staatspapiere vor und nach der Verleihung der Konstitution Bayerns. Freilich ein energischer Schritt ist da noch in Oesterreich zu thun, und wir vertrauen darauf, daß er trotz alledem und alledem geschehe. Das ganze Heil Österreichs hängt daran.

Im Arader Komitat hat man Klapka in den Ausschuß gewählt. Auch drei Israeliten, der Oberrabbiner und zwei andere wurden — „da diese durch Vermögen und Intelligenz hervorragende Volksklasse sowohl im Jahr 1848 als während der letzten Leidensperiode so viele Beweise ihrer aufopfernden Vaterlandsliebe gegeben habe" — vorgeschlagen und aufgenommen.

Schweiz.

Bern, 5. Jan. Heute geht die Antwort des eidgenössischen Bundesrathes auf die Note des Grafen Cavour vom 20. Nov. ab. Erstere hält die Sequestrirung der zur bischöflichen Mensa von Como gehörenden tessinischen Tafelgüter aufrecht. Der Bundesrath spricht die Hoffnung aus, daß die bundesräthliche Oberaufsicht für die Regelung dieser Angelegenheit Garantie genug bieten werde. (Tel. d. Köln. Z.)

Großbritannien.

London, 3. Jan. Der Tod des Königs von Preußen wird von der „Times" nicht als ein Ereigniß von großer politischer Bedeutung angesehen. Friedrich Wilhelm IV. sey von Jugend auf ein fast passiver Zuschauer fürchterlicher Kämpfe und ungeheurer Zeitereignisse gewesen und habe seinen ersten Unterricht in der Geschichte durch die allmälige Demüthigung aller deutschen Staaten erhalten. Am Schlusse ihres Artikels spricht sich die „Times" folgendermaßen aus: „Friedrich Wilhelm IV. war in Allem gut, und beinahe groß, nur nicht als König. Weder die Natur noch die Umstände haben ihm verstattet, auch dies zu seyn. Wäre er der Mann gewesen, eine große Rolle zu spielen, so würde es wahrscheinlich seinem Lande theuer zu stehen gekommen seyn, und wäre das Land in der Lage gewesen, dem Genius und den Thaten eines anderen Friedrich des Großen als Rückhalt zu dienen, so würde es in dem verstorbenen König keinen Führer gefunden haben. Er war ein Mann von Herz und von Kopf, ein Genius, ein Mann von Geist, ein Gelehrter, ein Sentimentalist, ein Theologe, ein Künstler, ein guter Gesellschafter, ein lieber Freund — Alles, nur kein König; und wenn nichts von ihm gerühmt wird, als Preußen zusammengehalten zu haben, so hat er seinen Beruf erfüllt."

Italien.

Aus Neapel. Das Feuer gegen Gaeta dauerte nach den letzten Berichten Tag und Nacht fort, und wurde von der Festung kräftig erwidert. Die Zerstörungen in der letzteren beschränkten sich hauptsächlich auf Hochbauten, an den Batterien hatten dagegen die piemontesischen Kugeln noch keinen Schaden gethan, auch war der Verlust der Belagerten an Menschenleben nur sehr gering. Dies erklärt sich durch die gedeckten Stellungen, welche die letzteren einnehmen. Die Piemontesen haben gegenwärtig 90—100 Stück Belagerungsgeschütz, in der Festung befinden sich 900 Feuerschlünde und 20,000 Mann, wovon ein Theil überflüssig ist. Sie soll gegenwärtig auf länger als drei Monate verproviantirt seyn. Die Zahl der bourbonischen Anhänger in den Abruzzen schätzt man auf 15—18,000 Mann, darunter 5—6000 regelmäßige Truppen. In Calabrien haben die aufständischen Bewegungen in der jüngsten Zeit ebenfalls eine größere Ausdehnung und einen sehr beunruhigenden Charakter angenommen. Die Piemontesen sind dagegen so ziemlich machtlos. Um alle diese Aufstände zu unterdrücken, würde eine Armee von wenigstens 50,000 Mann nothwendig seyn. Mord, Raub und Diebstahl nehmen überall im Lande auf eine erschreckende Weise überhand. Ein Blatt charakterisirt den gegenwärtigen Zustand mit folgenden Worten: „Wir haben geglaubt, wir hätten das Italien der Italiener, wir finden aber, daß wir das Italien der Räuber und Diebe haben." Viktor Emanuel scheint keine Lust zu haben, nach Neapel zurückzukehren. Die Erfahrungen, die er dort gemacht hat, sollen ihn sehr verstimmt haben.

Amerika.

Folgender Brief aus Mobile in Alabama, den ein Liverpooler Blatt veröffentlicht, zeigt vortrefflich die in den Sklavenstaaten herrschende Exaltation. „Ich hoffe, Königin Viktoria wird uns 20 oder 30 Kriegsschiffe zur Unterstützung unseres Handels leihen. Wenn sie gegen uns loyal bleibt, wer weiß, was sich dann begeben mag. Es sollte mich nicht wundern, binnen drei Jahren hier eine gute solide konstitutionelle Monarchie eingeführt zu sehen. Wir sind jetzt schon eine republikanische Aristokratie; und ehe wir das Land durch die Neger-Emanzipation ruiniren lassen, sehen wir uns geradewegs nach einer starken Regierung um, und wer würde uns besser zusagen, als einer von Königin Viktoria's Söhnen. Ihr wäret dann unsere festesten Freunde. Unsere acht Staaten sind zusammen so groß wie ganz Europa ohne Rußland, und da haben wir die Grundlage eines großen Volkes. Wir brauchen nur Handel mit dem Auslande, die Einführung der nützlichen Gewerbe, und wir brauchen Liberalismus, Künste und Wissenschaften, und wir haben Reichthum genug für alles das ꝛc."

Nichtpolitische Zeitung.

München, 4. Jan. Das k. Hoftheater eröffnete den diesjährigen Zyklus seiner Novitäten würdig mit der gestern zum Erstenmal vorgeführten Tragödie „Brunhild" von E. Geibel. Die schon seit ein paar Jahren vollendete Dichtung wurde erst vor Kurzem vom Dichter für die Aufführung eingerichtet, und der Erfolg entsprach dieser Bemühung, indem die Darsteller oft von Beifall unterbrochen und mit ihnen der Autor mehrmals gerufen wurde. Die Tragödie hält sich mit ziemlicher Genauigkeit an das altdeutsche Nibelungen-Gedicht.

In Leipzig hat vom 1. Jan. die seither von allen dort gezogenen oder girirten Wechseln erhobene Stempelzahlung aufgehört.

Triest. In der Nacht vom 31. Dez. auf den 1. Januar wurde der von hier nach Fiume abgegangene und von zwei Soldaten begleitete Postwagen von ungefähr zwanzig Strolchen angefallen und ausgeraubt. Das Baargeld, dessen sich letztere bemächtigten, soll sich, wie wir vernehmen, auf eine ziemlich namhafte Summe (8000 bis 10.000 fl.) belaufen haben. (Tr. Ztg.)

Handels- und Börsenberichte.

Frankfurter Börse (vom 31. Dezember bis 5. Januar).

Samstag. Das neue Jahr hat sich nicht gut angelassen. Mit Ausnahme der Londoner Börse, bei welcher wir gewohnt sind, eine ausserordentliche Festigkeit zu finden — eine Festigkeit, die begründet ist auf innere Ruhe, günstige Handelsbilanz und Sicherheit vor Angriffen von Aussen durch natürliche Lage und künstliche Vertheidigungsmittel — sind alle Börsen mit allen Effekten mehr oder weniger unaufhaltsam zurückgegangen. Dass österr. Fonds am meisten mitgenommen wurden, liegt in der Natur der Sache. Die durch die neuerlichen Finanzmassregeln verursachte Unlust und das durch sie wachgerufene Misstrauen verhinderte die sonst gewöhnliche Wiederanlage der Massen zu Jahres-Anfang fälligen Coupons in österr. Effekten. Das Publikum zieht es vor, sein Geld ruhig hinzulegen. National, jeden Tag weiter und gestern bis 46 geworfen; haben sich heute auf 48 erholt. Am besten behauptet blieben Venetianer, welche das Inland beständig kauft, sie fielen nicht unter $57\frac{1}{4}$, also mit einem Unterschied von 11 pCt. gegen National! Diese Differenz, die doch wohl anfängt zu bedeutend zu werden, erhielt sich auch heute, wo sie wieder über 59 gingen.

Unter diesen traurigen Verhältnissen musste auch der Stolz der deutschen Bundespapiere gebrochen werden. Die Kapitalien werden eingezogen und nicht wieder angelegt. Der Rückgang der Kurse macht sich jedoch weniger auf dem Kursblatt bemerklich, wo wir fast allenthalben Briefnotiz finden. Verkäufe von grösseren Posten liessen sich nur zu ansehnlich niedrigerem Preise effektuiren. Ueberdies spricht man mit Bestimmtheit davon, dass den bayer. Kammern eine Anleihe für den Militärbedarf in grosser Ziffer vorgelegt werden soll. Das hält allerdings viele Gelder in diesem reichen Lande zurück.

Von Kreditaktien war bedeutender Umsatz in österreichischen. Gestern, ex Div. bis auf $115\frac{1}{2}$ gewichen, hoben sie sich heute bis 122. Auch Darmstädter wurden empfindlich geworfen, die Direktion scheint ihre Rückkäufe, die seither wesentlich den Kurs hielten, eingestellt zu haben.

Unter solchen Umständen konnten auch die unschuldigsten Sachen nicht verschont bleiben. Bexbacher, bis unter 122 gefallen, waren heute wieder zu $122\frac{1}{2}$ ex Div. gesucht. Oesterr. Staatsbahnen waren bis 210 gewichen, Prioritäten zu 49 unverkäuflich. Rhein-Nahebahn, ex Coupon nominell 4 pCt. höher, also zu vorwöchentlichem Cours notirt.

Geld ist etwas weniger abondant; doch sind es allem Anschein nach nur augenblickliche Bedürfnisse. Sämmtliche Devisen niedriger und in langen Sichten nicht mehr so gefragt. Wien schliesst heute 78, fast 2 pCt. höher als gestern. National-Coupons zu 27 fl. begehrt. (Aktionär.)

Neueste Nachrichten.

Wien, 5. Jan. Die erste galizische Deputation (von den Polen ausgegangen) ist noch nicht abgereist und schon ist eine zweite im Anzuge. Diesmal sind es die Ruthenen, die Abgeordnete nach Wien senden. Auch sie haben einen Reichstagsabgeord-

Skeptiker hat in seinem Wirkungskreise sehr häufig Zerstückelungen verhindert und die Arrondirung nach Kräften gefördert; allein Alles hat seine Grenzen, auch der Arrondirungseifer, welcher unter Umständen in Arrondirungswuth ausarten kann. Diese Grenzen werden auch sicher diejenigen Staaten kennen lernen, die mit Zwangsarrondirungsgesetzen beglückt sind.

Wenden wir nun, um zum Einzelnen überzugehen, die oben beispielsweise gegebenen Verhältnisse auf die Vorschläge des Gegners an, so zeigt sich die ungemeine Härte der Gesetzgebung dem kleinen Grundbesitzer gegenüber in vollem Lichte.

Ein Grundbesitzer, der nur einen einzigen guten Acker hat, soll z. B. die Hälfte davon zum Wege hergeben, und dafür als Entschädigung eine seither als Weg benützte Strecke erhalten, oder ein entlegeneres Stück Landes bekommen, welches zudem nicht, wie sein seitheriges Besitzthum, mit selbst gezogenen Obstbäumen bepflanzt ist. Geldentschädigung will der Bauer nicht; für Geld ist ihm sein Grundbesitz nur dann feil, wenn er es wieder vortheilhaft in Gütern anlegen kann.

Nach obiger Darstellung der Verhältnisse wird es häufig vorkommen können, daß der Besitzer eines Schlüssels, wenn er genöthigt wird, dem hinter ihm liegenden Grundbesitzer einen Theil seines Grundbesitzes, etwa so breit wie ein Wagen ist, abzutreten, nichts für sich behält, da eben sein Grundstück zufällig nicht breiter ist, als die Spurweite eines Wagens.

Es dürfte zur Genüge gezeigt seyn, daß es Verhältnisse geben kann, in denen sich der kleine Grundbesitzer der Arrondirung widersetzt, ohne daß gerade Eigensinn, Bosheit oder Unverstand ihm unterstellt werden kann.

Es dürfte begreiflich seyn, wie die Seele eines Familienvaters mit Bitterkeit erfüllt werden kann, wenn ihm der große Grundherr den besten Acker, der das redliche Auskommen seiner Familie sicherte, um ein Spottgeld wegnimmt, nachdem sich an diesen Acker die theuersten Erinnerungen an seine Eltern und Voreltern knüpfen; es wird schwer halten, einen solchen Mann von der Nothwendigkeit dieser harten Maßregel zu überzeugen, ihm das Vorurtheil zu benehmen, daß da nicht Gewalt vor Recht gehe.

Ausdrücklich muß noch hervorgehoben werden, daß in dieser für den kleinen Grundbesitzer so wichtigen Frage letzterer eigentlich gar nicht gehört wird. Der einfache Landmann steht dem politischen Leben und den landwirthschaftlichen Vereinen so fern, daß ihm die Zwangsarrondirung dem Namen nach nicht einmal bekannt ist, geschweige, daß er von dieser Einrichtung sich eine richtige Vorstellung machen könnte.

Um so mehr hielt sich Skeptiker für verpflichtet, im Interesse des letzteren ein freies Wort für Recht und Wahrheit auszusprechen, und kann sich hiebei auch nicht durch den gereizten Ton beirren lassen, mit welchem der Gegner die Schwäche seiner Argumentation zu verdecken suchte. Der Skeptiker.

Deutscher Bund.

Preußen. Berlin, 2. Jan. Die „Volkszeitung" widmet dem verstorbenen König einen Nachruf, aus welchem wir folgende Stellen mittheilen: „Von den Monarchen Preußens bestieg Keiner den Thron seiner Väter von höheren Hoffnungen getragen, als Friedrich Wilhelm der Vierte; jetzt, wo die stille Nachricht seines Todes durch das Land geht, sind es nicht zerstörte Hoffnungen, es sind Betrachtungen schmerzlicher Art, welche die Gemüther erschüttern, Betrachtungen über das tragische Schicksal eines Königs, der verheißungsreicher, als je Einer, vor der Nation aufzutreten, und schmerzensreicher, als je Einer, aus dem Leben dahin zu scheiden bestimmt war. Begabter, als Viele seiner Zeit und die Meisten seines hohen Standes, ausgestattet mit einem Wissen, das das Maß des Gewöhnlichen weit überschreitet, reich, wie selten Einer, an Kunstsinn und Geschmack, sichern Blickes in allen geistigen Gebieten und Meister einer Redekunst, die an jeder Stätte Lorbeeren zu erobern im Stande gewesen wäre, so überwiegend ausgerüstet mit Allem, was je einen Charakter zur Geltung bringen und einen Monarchen zum unwiderstehlichen Herrn seiner Zeit machen müßte, hat das Schicksal ihn gerade an den Wendepunkt der Entwickelung des staatlichen Lebens hingestellt, wo das persönliche Regiment der absoluten Monarchie aufgegeben und die berechtigte Mitwirkung der Nation an ihrer Selbstbestimmung anerkannt seyn wollte. Es war ein Kampf, in den er hineingestellt ward, den große Dichter aller Zeiten stets zum Mittelpunkte tragischer Darstellung machten; es war ein Kampf, der den Riß zweier Zeitalter von einander repräsentirt, und in den ein Monarch mit seiner ganzen Persönlichkeit ungewöhnlichen Schlages hineingerissen ward, nicht um zu siegen, sondern um unterzugehen, wie Einer, den die Zeit zum Opfer würdigt und auserwählt, um ihr eisernes Gebot zu bewahrheiten. Wer sein Wirken überschaut von jenen hoffnungsreichen Tagen ab, wo er nach dem stillen, schweigsamen väterlichen Regiment mit dem freien Wort hinreißender Beredtsamkeit auftrat, der sieht es, wie Friedrich Wilhelm der Vierte dieses Kampfes gegen die Zeit sich vollkommen bewußt war. Ja mehr noch als dieses: es läßt sich aus jeder seiner Reden und den hervorragendsten Handlungen seiner ersten Regierungszeiten der thatsächliche Nachweis führen, daß er diesen Kampf mit lebendigster Energie herausforderte. Er wollte als das Prinzip des persönlichen Regiments der unbeschränkten Monarchie gelten. Wohl mochte er auch die Stimme des Volkes hören, und wiederholt rief er diese Stimme zu Aeußerungen ihrer Wünsche auf; allein nur den Wünschen der Unterthanen wollte er in freier Entschließung, nicht den Forderungen ihres Rechtes Gewähr schenken, und vor dem Gedanken, in bündiger Urkunde die Macht des Thrones zu beschränken und sie von der Zustimmung einer Nationalvertretung abhängig zu machen, schrak er zurück, als vor einem Frevel, der zwischen Volk und König ein Blatt Papier als Vorsehung einschieben wolle. . . . . Er vertrat ein Prinzip, das Geburtsrecht und Geschichte ihm auferlegte, und er vertrat es nicht in damals gangbarer, heimlicher bureaukratischer Unterdrückungskunst, die keinen Zwiespalt der Zeit laut werden lassen wollte, sondern mit offenem Visir ritterlicher Kampfeslust. Mit vollem Bewußtseyn rief er den Kampf heraus. Es war die strahlendste Zeit seines Glückes, als er allverehrt die Herzen der Hörer und auch die Gegner hinriß durch kampfbereite Worte. Aber der Mißton des Schmerzes klang auch schon damals im Glanz des Redestroms hervor, und in vergeblichem Ringen gegen die Zeit wuchs dieser Schmerz mehr und mehr in ihm empor, bis die schwerste Stunde seines Lebens kam, wo er ein Volk in revolutionärer Erhebung gegen sich gerichtet sah, das sich einst in überströmender Begeisterung ihm völlig hinzugeben schien. Es war ein Prinzip, das in ihm kämpfte. Es war ein Prinzip, mit dem er fiel. — Nicht am 2. Jan. des Jahres 1861, am 18. März des Jahres 1848 schied Friedrich Wilhelm IV. aus der Sphäre seines Lebens. — Die Tragik seines Geschickes war es, daß er sein Prinzip und inmitten einer Reihe großartig angesetzter Schöpfungen, die von da ab als Ruinen stehen bleiben, sich selber nur als Ruine seiner einstigen Person zu überleben verurtheilt war. — Viel des Schmerzes trug das Volk seitdem, mehr des Schmerzes trug der König, so viel des Schmerzes, daß bald das Uebermaß geistigen Leidens in die Werkstätte seines Geistes zerstörend und auflösend eingriff. Eine treue Bruderhand übernahm in schlichter Gewissenhaftigkeit und im Geiste der siegreich verbliebenen Zeit*) das Szepter. — Das Volk gesundete schnell von seinem Schmerz; dem einst überaus gefeierten König ward erst nach langem Leiden die Ruhe des Todesschlummers zu Theil. Die stille Kunde geht durch das Land. Wie ein Drama eines groß angelegten Künstlerwerkes geht der Tod versöhnend über Kämpfe und Kämpfer hinweg. Möge mit ihm geschlossen seyn, was verbitternd Haß erzeugte im Herzen eines nach Liebe sich sehnenden Volkes, und was Mißtrauen wecken könnte in dem Herzen eines Regentengeschlechtes, deß schönster Ruhm die Volksverehrung und die Volkstreue stets gewesen!"

Freie Städte. Frankfurt, 5. Jan. Die gesetzgebende Versammlung hat beschlossen, den Postvertrag mit dem Fürsten Taxis zu kündigen.

Oesterreich. Wien, 3. Jan. Die Adresse der hier weilenden galizischen Deputation soll, der „Oesterr. Ztg." zufolge, ihrem wesentlichen Inhalte nach blos auf die Einführung der polnischen Sprache in Schule und Amt, dann auf die Aemterbesetzung ausschließlich durch einheimische Beamte dringen. Alle andern Fragen, werden in derselben der Kompetenz des Landtags vorbehalten, um dessen baldige Einberufung gebeten wird. Es bestätigt sich übrigens, nach der Angabe des genannten Blattes, daß die Adresse gegen die Entscheidung galizischer Landesfragen und Interessen durch einen eventuellen gemeinsamen Reichstag in Wien Verwahrung einlegt. (S. neuste Nachr.)

Die „Allg. Ztg." enthält einen Artikel, der von einem österreichischen Finanzmann herrührt, und vorschlägt, die Banknoten dem gegenwärtigen Silberwerth gleichzusetzen, d. h. um 30 bis 40 Proc. zu reduziren, und ein Zwangsanlehen auszuschreiben. Wir halten dies für einen partiellen österreichischen Staatsbankerott, und können daher nicht dazu rathen, so scheinbar auch die Gründe sind, welche dafür geltend gemacht werden. Natürlich gilt das Gesagte nur

---

*) Ob wirklich so ganz in ihrem Geist?

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 8.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 8. Januar 1861.

Die Arrondirung.*)

Auch der „Skeptiker" hat nicht Lust, einen unfruchtbaren Kampf in die Länge zu ziehen und betrachtet die nachfolgenden Bemerkungen über den Aufsatz in Nr. 330 und 331 des vorjährigen Jahrgangs d. Bl. als Schlußwort.

Zunächst bezweifelt Skeptiker durchaus nicht, daß ein Zwangsarrondirungsgesetz demnächst auch in Bayern angenommen werde; denn es ist dieses Gesetz, wie Skeptiker dem Gegner freiwillig einräumt, eine nothwendige Folge der vorangegangenen, — leider aber, wenn es angenommen wird, nicht das letzte, welches in diesem Genre erscheint. Denn hat man sich einmal zum Grundsatz genommen, daß der Staat mit Gesetzen den Unverstand, die Bosheit und den Eigensinn Einiger, die der öffentlichen Wohlfahrt widerstreben, zu Paaren treiben müsse, ohne dabei die wohlerworbenen Rechte der Einzelnen zu berücksichtigen, dann versteht es sich von selbst, daß jeder da und dort etwas zu wünschen übrig haben wird; das Geschrei nach Zwangsgesetzen wird immer dringender und häufiger; Industrie, Landwirthschaft und Kapital rennen um die Wette nach ihnen vortheilhaften Gesetzen, und man braucht nicht schwarz zu sehen, um vorauszusagen, daß in einem solchen Staate allmälig der Communismus gesetzlich sanktionirt werde, wenn nicht rechtzeitig in andere Bahnen gelenkt wird, zu welchen der Grundsatz: Hilf dir selber, als Wegweiser steht.

Man könnte zwar einwenden, daß der Staat immer Zeit habe, Halt zu rufen, wenn die Ansprüche an seine gesetzgebende Thätigkeit zum Vortheile einzelner Klassen über das Maß hinausgehen sollten; allein wohl organisirten und gut geleiteten Korporationen gegenüber ist die Schwierigkeit, rechtzeitig ihren Forderungen einen Damm entgegenzusetzen, weit größer, und „Skeptiker" hält es eben jetzt für höchste Zeit, daß Halt gerufen werde.

Es ist hiebei ganz einerlei, ob der Staat direkt die Ausführung der Kulturgesetze in die Hand nimmt, oder ob er nur den Arm dazu leiht, wenn z. B. eine Majorität in einer Gemeinde sich gegen die Minorität verbindet, um die ihr zuträgliche Arrondirung zu Wege zu bringen. Beides lehrt die Unterthanen, alle Hülfe in allen Nöthen bei dem Staate, statt in der eigenen Kraft zu suchen. Die Erfahrung zeigt überdies, daß der Staat in Folge übertriebenen Eifers seiner Vollzugsorgane nicht blos die Durchführung der Gesetze anregt, sondern auch wider den Willen der betheiligten Maßregeln ausführen läßt, wo er nicht zur Ausführung direkt berufen ist, sondern den Antrag der Betheiligten abzuwarten hätte.

Aus der Darstellung des „Skeptikers" dürfte hervorgegangen seyn, daß er weit davon entfernt ist, zu bestreiten, daß der Staat die gesetzgebende Gewalt habe und daß Jeder, der im Staate wohnt, sich den bestehenden Gesetzen zu unterwerfen habe; allein ihm scheint die Aufgabe des Staats dem Prinzipe nach in Bezug auf das soziale Leben und die Bedürfnisse seiner Bewohner weniger eine positive, als eine negative zu seyn, d. i. Schutz der Unterthanen gegen äußere Gewalt und gegen innere Uebergriffe der Unterthanen unter einander in Bezug auf die Person und das Vermögen.

Die Gründe, warum namentlich in den letzten Dezennien in ganz Deutschland die sog. Wohlfahrtsgesetze entstanden sind, die über letzteres Ziel hinausgehen, liegen auf der Hand und sollen hier nicht erörtert werden. Für Bayern genügt es, die Thatsache zu erwähnen, daß ungeachtet des weit dringenderen Bedürfnisses eines guten Polizei-, Civil- und Strafgesetzbuchs diesem Bedürfnisse in dieser Periode nicht abgeholfen wurde. Bekannt ist auch, daß die Wehrverfassung Deutschlands sehr viel zu wünschen übrig läßt, während es an Kulturgesetzen keinen fühlbaren Mangel hat.

*) Unlieb verspätet. D. Redaktion.

Ueber den inneren Widerspruch, der in der gleichzeitigen Bevorwortung der Gewerbefreiheit und der Zwangsarrondirung liegt, will „Skeptiker" kein Wort mehr verlieren; daß für Beides Gesetze gleichzeitig verlangt werden, nimmt ihn nicht Wunder, da Alles schon dagewesen ist. Wenn aber nachgewiesen werden will, daß durch ein Zwangsarrondirungsgesetz die Freiheit von Grund und Boden von dem seither bestandenen Flurzwange und den sonstigen Beschränkungen der Bewirthschaftung bewirkt werde, so kann sich Einsender nicht enthalten, bei dieser Gelegenheit an die „Befreiung Italiens durch Napoleon III." zu erinnern und hiebei den Satz hervorzuheben: „Der Zweck heiligt nicht die Mittel".

Skeptiker hält im Allgemeinen ein Zwangsarrondirungsgesetz für überflüssig und glaubt, bezüglich der Entstehungsart der gegenwärtigen Zerstückelung noch Einiges anführen zu sollen.

Es ist nämlich nicht die Spekulation, welche die Zerstückelung vorzugsweise herbeigeführt hat; die sog. Güterzertrümmerung beschäftigt sich vorzugsweise mit der Auflösung geschlossener Güter, hat selten die Zerstückelung der Gutsbestandtheile im Gefolge, tritt auch verhältnißmäßig vereinzelt auf und geht meist rationell zu Werke. Der Hauptgrund, welcher die gegenwärtige Zerstückelung des Bodens bewirkt hat, liegt in der — Liebe der Eltern zu ihren Kindern.

Ein Grundbesitzer hat z. B. 3 Kinder, dabei aber nur einen guten Acker, einen schlechten Acker und eine Wiese. Zum gemeinen Wohle würde es nun freilich beitragen, wenn er jedem Kinde ein ganzes Grundstück geben würde und die Zerstückelung vermiede; allein welcher Vater könnte seinem Kinde, das ihn um Brod bittet, einen Stein geben? Dieser Vater, der seine Kinder gleich sehr liebt, wird jedes der drei Grundstücke in drei gleiche Theile zerlegen, so daß er jedem seiner Kinder von Allem, was er hat, etwas gibt.

Nun ist aber bei so wenigem Grundbesitze leicht möglich, daß der Acker oder die Wiese so schmal ist, daß sie nicht wohl der Länge nach getheilt werden kann; es muß also der Breite nach getheilt werden und nothwendiger Weise werden zwei Grundstücksparzellen vom Wege ab zu liegen kommen.

Es müßte also, um die Zerstückelung zu beseitigen, vorerst die Liebe der Eltern zu ihren Kindern ausgemerzt werden; da aber dieses schwerlich gelingen wird, so werden die Zerstückelungen in jedem Staate, dessen Gesetzgebung nicht dem Kommunismus huldigt, fortdauern, so lange die Welt steht.

Ein Zwangsarrondirungsgesetz ist aber auch deßhalb überflüssig, weil fast jeder Landwirth von dem Vortheile eines arrondirten Grundbesitzes überzeugt ist und in der That so viel als möglich arrondirt. Man betrachte nur, wie zwei Anstößer eines zum Striche gebrachten Grundstücks unter Umständen sogar das Doppelte des wahren Werthes desselben deswegen bieten, um ihr Besitzthum zu arrondiren. Man sehe, mit welchem Eifer ein einfacher Landmann den Schlüssel zu seinem vom Wege abgelegenen Grundstücke zu erwerben sucht.

Betrachten wir nun die Kehrseite dieses Bildes, wie das Zwangsarrondirungsgesetz den Sohn gegen den Vater, den Bruder gegen den Bruder, den Nachbarn gegen den Nachbarn hetzt und mit ehernem Fuße die Früchte jahrelanger Bestrebungen der seitherigen friedlichen Besitzer zertritt, so braucht man gerade nicht dem Schlendrian zu huldigen, um zu der Ueberzeugung zu gelangen, daß die Zwangsarrondirung bekämpft werden müsse.

Freilich meint unser Gegner, daß der einmal zwangsweise arrondirte Besitz nicht so leicht wieder zerstückelt werde; er beruft sich hierbei auf die in andern Ländern gemachten Erfahrungen. Allein was wollen im Güterverkehr Erfahrungen, die kaum vier Jahrzehnte umfassen, bedeuten? Hat er auch Siegel und Brief dafür, daß die Erfahrungen der Eltern überall auch auf die Kinder übergehen?

überzeugt ist, daß Schmerling auf seinen Posten Verzicht leisten wird, sobald er sein Programm nicht durchzuführen im Stande ist. Die hiesige gedrückte Stimmung zu beschreiben, ist unnütz, ein Blick auf die Börsennotirungen, welche uns eine rasche Verschlimmerung der Valuta zeigen, genügt in dieser Beziehung vollkommen.

Wien, 4. Januar. Herr v. Schmerling beantwortete die durch Dr. Smolka, Fürst Sapieha und Graf Dzieduszky ihm überreichte Adresse der galizischen Deputation (etwa 200 Männer) in ernster und wohlwollender Weise. Er betrachte die hier anwesende Deputation in ihrer Gesammtheit als eine Versammlung von Männern, denen sicherlich das Wohl ihres Vaterlandes am Herzen läge, die aber, weil sie kein Mandat von dem Lande habe, von dem Ministerium nur als ehrenwerthe Patrioten, nicht aber als Repräsentanten des Königreichs Galizien betrachtet werden können. Die Wünsche des Landes werden Gelegenheit haben, sich auf dem Landtage vernehmen zu lassen, von dem er hoffe, daß er längstens in zwei Monaten werde zusammentreten können. Dem Landtage stehe die Initiative zu mit Allem, was die Landesinteressen erfordern, und die Regierung werde die Stimme desselben gerne vernehmen. Vor der Hand könne er nur das versprechen, daß der polnischen Sprache ihr Recht werden solle, und daß sie demnächst als Unterrichtssprache eingeführt werden wird. — Eine im Musikverein anberaumte Versammlung aller hier anwesenden galizischen Deputationsmitglieder und ihrer Freunde, die heute Mittags hätte stattfinden sollen, ist von der Behörde nicht gestattet worden. Dagegen versammelte sich die ganze Deputation heute Nachmittags zu einem Bankel. (Ostd. Post.)

Wien, 3. Jan. Deák und Eötvös, die bekanntlich vor einigen Tagen hier waren, haben längere Besprechungen mit dem Kaiser und Hrn. v. Schmerling gehabt. Der Kaiser hatte den Wunsch geäußert, die Führer der liberalen Partei in Ungarn zu sprechen, um durch sie von der Stimmung und den Wünschen des Landes genau unterrichtet zu werden. Die beiden Männer folgten dem Rufe, und man braucht eben kein Prophet zu seyn, um zu errathen, was sie dem Kaiser berichtet. Ungarn will seine durch die pragmatische Sanction zugesicherte Sonderstellung auch in alle Zukunft beibehalten, es will die Personalunion, wie sie durch Jahrhunderte auf dem Papier bestanden und durch die Gesetze von 1847 zur Wahrheit geworden. Betritt der Kaiser diesen Weg, dann werden die Ungarn wie einst so jetzt wieder Gut und Blut für ihn opfern; hält er dagegen an dem Einheitsstaat fest, dann werden sie jedem zujauchzen, der ihnen ihre alte Autonomie verspricht. Soviel ich nun höre, haben Deák und Eötvös den günstigsten Eindruck aus der Unterredung mit dem Kaiser mitgenommen, woraus geschlossen werden darf, daß ihre Ansichten auf keinen schroffen Widerstand gestoßen sind. Ein größerer Gegensatz soll zwischen der ungarischen Anschauung und jener des Hrn. v. Schmerling an den Tag getreten seyn; der österreichische Minister möchte nämlich sein staatliches Gebäude mit dem gemeinsamen Reichsrath krönen, während kein ungarischer Staatsmann darauf eingehen kann, ohne besorgen zu müssen, daß er mit der ganzen Nation in Widerspruch gerathe. (D. Allgem. Ztg.)

Wien, 5. Jan. Die „Donauzeitung" versichert zur Widerlegung fremder Blätter wiederholt, für des Grafen Teleki Begnadigung habe keinerlei Dazwischenkunft oder Fürsprache auswärtiger Kabinette stattgefunden. (Man behauptet, Louis Napoleon habe sich für ihn verwendet.) (T. d. Allg. Z.)

Frankreich.

Paris, den 2. Jan. Die Freude hat nicht lange gedauert, und die Heiterkeit von gestern neuem Mißtrauen in die Lage der Dinge Platz gemacht. Die Kurse sind bedeutend gefallen, theils aus rein finanziellen Motiven, aber auch, weil das Publikum die Gewohnheit hat, die Auslassungen des Kaisers nicht wörtlich zu nehmen. Ueber den gestrigen Empfang erfahren wir noch folgendes: Der Erzbischof von Paris richtete sehr ernste Worte an den Kaiser, der darauf nichts zu erwidern hatte, als daß die Situation allerdings sehr schwierig sey. Man hat es nicht für zweckmäßig gehalten den Neujahrswunsch des Prälaten im „Moniteur" zu wiederholen. Dem Fürsten v. Metternich drückte der Kaiser seine Genugthuung darüber aus, daß sein Monarch das neue Jahr mit einem Akt der Milde beginnen konnte (Teleki). (Schwäb. M.)

Paris, 6. Jan. Der „Moniteur" zeigt an, daß wegen des Ablebens des Königs von Preußen der auf den 9. angesagte Tuilerienball verschoben wurde. (Fr. Journ.)

Spanien.

Madrid, 2. Jan. Die Regierung wird den Cortes morgen einen Gesetzentwurf vorlegen, welcher die allgemeine Ausbesserung der durch die neulichen Ueberschwemmungen angerichteten Schäden zum Zwecke hat. Diese Ausbesserung wird mehrere hundert Millionen Realen erfordern. Bei Zamora allein sind 140 Häuser eingestürzt; die Bewohner flüchteten sich nach den benachbarten Orten, büßten aber alle ihre Habe ein.

Italien.

Rom, 29. Dez. Es war die letzten Tage sehr winterlich; die Luft füllte Schneegestöber, der Boden starrte vom Eise, doch in den Köpfen der Aufgeregten war es desto heißer. Einige hundert freche Bursche waren von den Führern gewonnen worden, sogar an geweihter Stätte eine Demonstration auszuführen. Die St.-Peters-Kirche war dazu ausersehen, und zwar in dem Augenblicke, wo die Domherren am zweiten Weihnachtsfeiertage in der Vesper die Worte zu singen hatten: Salvum fac regem, Domine, und Emanuel libera nos etc. Die Demonstranten wollten dabei an Viktor Emanuel erinnern. Das Vorhaben wurde jedoch dem Kardinal-Vikar denuncirt, und die Kanonici mußten die Vesper des Morgens anstatt des Nachmittags recitiren. Die Meisten der Gesellschaft fanden sich indessen zur verabredeten Stunde in der Kirche ein, wurden aber von der Polizei theils zerstreut, theils verhaftet. Frauen und Mädchen zu Tausenden tragen seit einigen Tagen auf den Spaziergängen im Corso und dem Pincio einen Trikolor-Stiefel als Busenschleife zur Paradeschau. Auch gegen sie einzuschreiten, war der Befehl für die Polizei-Agenten gestern ausgefertigt, wurde jedoch bei der gewissen Aussicht allgemeiner Verwirrung und eines gefährlicheren Gegenstoßes wieder zurückgenommen. — Die noch freien unter den größten Mönchs- und Nonnenklöstern erhielten starke Einquartierung, und zwar von päpstlichem Militär. So fand ich beim gestrigen Besuche eines befreundeten Priors im Cistercienser-Kloster Santa Croce in Gerusalemme 300 Schweizer und Deutsche vor, die aus der Provinz gekommen waren. Die Regierung concentrirt ihre Truppen immer noch in Rom. Von zuverlässiger Seite wird mir auf nähere Nachfrage versichert, daß die Gesammtmacht des päpstlichen Militärs sich im Augenblicke wieder auf 10,000 Mann belaufen dürfe. (Köln. Z.)

* Turin, 3. Jan. Die zunehmenden Diebstähle und Mordthaten in Bologna haben großes Aufsehen gemacht und beschäftigen die Aufmerksamkeit der Regierung in hohem Grade. Der Minister des Innern ist selber nach Bologna gegangen und hat heute den Vorstand der Sicherheitspolizei dahin abgeschickt. Man hat das Polizeipersonal vermehrt und läßt die Nationalgarde patrouilliren. Unglücklicher Weise hat man im Patrouillendienst, wie in der Diplomatie, oft allzu großen Eifer. Vorgestern hat die Nationalgarde auf einen Vorübergehenden, welchen sie für einen Dieb hielt, gefeuert und ihn getödtet. Als man die Sache näher untersuchte, fand es sich, daß es ein Deserteur war, der mit der Kompagniekasse durchgehen wollte. Man hat sich also leicht über den Irrthum getröstet. Allgemein beklagt man sich über die Antipathie der Bevölkerung, die den Behörden nirgends zur Hand geht. Wird bei hellem Tage ein Verbrechen begangen, so will Niemand etwas gesehen haben.

* Wie die „Patrie" meldet, hat der Kommandant der Citadelle von Messina, General Fergola, auf die Aufforderung zur Uebergabe, welche die Piemontesen an ihn richteten, seine sämmtlichen Offiziere zu einem Kriegsrathe versammelt. Man beschloß, sich nicht zu übergeben, sondern sich im Falle eines Angriffes bis aufs Aeußerste zu vertheidigen. Die Piemontesen haben darauf hin ihre militärischen Operationen gegen die Citadelle einstweilen eingestellt.

Asien.

Bombay, 12. Dez. Die Streitkräfte des Generals Campbell wurden von den Aufständischen in Sikim mit einem Verluste von 30—40 Mann und einer Kanone zurückgeschlagen. Darschiling ist wegen der Einkommensteuer in Aufregung. In Surate und Bassein wurden die Steuerempfänger geprügelt. (Telegr. d. Köln. Ztg.)

Nichtpolitische Zeitung.

Düsseldorf, 5. Jan. Heinrich v. Arnim ist heute früh 4 Uhr entschlafen. (Fr. Journ.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 7.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Montag, 7. Januar 1861.

Deutscher Bund.

ō **Frankfurt**, 5. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Wie man aus der Stimmung der meisten Regierungen entnehmen kann, wird der großherzogl. hessische Antrag auf **Unterdrückung des Nationalvereins** am Bundestag mit Stimmenmehrheit durchgehen.(??) und dann ein Verbot des Vereines erfolgen. Anlaß zu dem so unerwartet erfolgten Antrage sind die letzten Nummern der „Wochenschrift des Nationalvereins" und die Demonstration zu Offenbach und Mainz für den Verein, der sich in Hrn. v. Dalwigk den erbittertsten Gegner schuf.

Bayern. München, 5. Jan. Se. Maj. der König hat den Hauptzollamtskontroleur Gg. **Graßer** zu Bayreuth in gleicher Eigenschaft an das k. Hauptzollamt Waldsassen versetzt, und den Hauptzollamtskontroleur Franz Seraph **Steiner** in gleicher Eigenschaft an das k. Hauptzollamt Bayreuth berufen; die kathol. Pfarrei Gumdelsdorf Ldg. Aichach, dem Kuratbenefiziaten in Wielenbach, Ldg. Weilheim, Priester Wilh. **Feistle**, übertragen; den Pfarrer zu Feldmoching, Ldg. München l/J., Priester Aug. **Hafner**, dessen Bitte willfahrend, von dem Antritte der ihm zugedachten Pfarrei Wessobrunn, Ldg. Weilheim, enthoben, und diese dem Pfarrer in Bachern, Ldg. Friedberg, Priester Andr. **Müller** übertragen, und genehmigt, daß das Benefizium am Krankenhause in Ingolstadt von dem Bischof zu Eichstädt dem Kooperator zu Bergen, Ldg. Neuburg a/D., Priester Otto **Gambs** verliehen werde; den protestant. Pfarrer in Petersaurach, **Kündinger**, auf seine Bitte von dem Antritte der 1. Pfarrstelle in Lindenhardt entbunden; diese dem 2. Pfarrer und Strafarbeitshaus-Prediger in St. Georgen bei Bayreuth, Ad. **Mengert**, verliehen; den k. Rentbeamten Jos. **Bauer**, seinem Ansuchen entsprechend, von dem Antritte des k. Rentamtes Waldsassen enthoben und auf dem k. Rentamte Velburg belassen; dann den k. Rentbeamten Gg. **Henninger** unter Enthebung von dem Antritte des Rentamtes Velburg auf das k. Rentamt Waldsassen versetzt; auf das k. Rentamt Dürkheim den k. Rentbeamten Jos. **Schandein** von Germersheim, seinem Ansuchen entsprechend, versetzt. (N. M. Z.)

** München, 5. Januar. (Privat-Korresp.) (1. beziehungsweise 3. **öffentliche Sitzung der Kammer der Reichsräthe**. Am Ministertische die k. Staatsminister Frhr. v. Schrenk, Frhr. v. Mulzer, v. Neumeyer und v. Pfeufer. — Im Einlaufe befindet sich wieder einmal eine sog. Beschwerde des Benefiziaten Holzleitner. — Der 2. Präsident, Graf K. v. Seinsheim, als Referent des Legitimations-Ausschusses, erstattet Vortrag über die Legitimirung der neueintretenden erblichen Reichsräthe Erasmus Graf v. Deroy und Ludwig Graf v. Lerchenfeld-Köfering. Beide werden als legitimirt erachtet und sofort in die hohe Kammer eingeführt und vom 1. Präsidenten beeidigt. — Der k. Staatsminister Frhr. v. **Schrenk** brachte hierauf einen Gesetzentwurf, „die **Zusammenlegung der Grundstücke** betr.", in die Kammer und bemerkt hiezu: Nachdem der schon am 28. April 1856 in die hohe Kammer eingebrachte desfallsige Gesetzentwurf damals nur im Ausschusse berathen werden konnte — wo er mit einzelnen Abänderungen zur Annahme gelangt sey — so habe die Staatsregierung die Zeit seitdem benutzt, um weitere Gutachten über diesen Entwurf aus allen Theilen des Landes einzuholen, sowohl von landwirthschaftlichen Kreis- und Distrikts-Komite's, als von einzelnen Geometern und bewährten praktischen Oekonomen, dann ebenso von der Finanzbehörde, nachdem derselbe schon früher den Gerichtshöfen zur Begutachtung vorgelegen war. Die große Mehrzahl dieser Gutachten habe sich für den Entwurf und das demselben zu Grunde liegende Prinzip des Zwanges, falls die Mehrzahl der betheiligten Grundbesitzer sich hiefür ausspricht, erklärt; auch seyen seitdem in vielen deutschen Staaten derartige Gesetze erlassen worden. Die Staatsregierung habe sich deßhalb veranlaßt gesehen, den Entwurf einer nochmaligen, eingehenden Berathung zu unterstellen und es werde nun der **revidirte** Entwurf der hohen Kammer vorgelegt. Der Hr. Staatsminister hob dann noch hervor, daß der Entwurf einem dringenden Bedürfnisse entsprechen werde, und daß der Zwang zur Theilnahme in dem Wesen eines solchen Gesetzes begründet sey, doch habe sich derselbe in dieser Beziehung auf ein Minimum beschränkt. — Der 1. **Kammerpräsident** berichtet hierauf über den Personalstand der Kammer. Seit der Vertagung sind die Reichsräthe Graf Pappenheim, Graf Lerchenfeld-Köfering und Graf Max Törring-Guttenzell gestorben; die erbliche Reichsrathswürde des letzteren ist mit seinem Tode erloschen. Mehreren Reichsräthen, namentlich dem Erzbischof von Bamberg und dem Grafen v. Reigersberg, wird der wegen Unwohlseyns nachgesuchte Urlaub ertheilt. — Der 1. **Präsident** verliest hierauf das Schreiben des Hrn. Bischofs **Oettl** von Eichstädt, in welchem er wegen völliger Erblindung um Genehmigung seines Austritts aus der Kammer nachsucht — und bemerkt hiezu, daß die Frage, ob Mitglieder der Kammern auf ihre Reichsrathswürde verzichten können, schon im Jahr 1818 bejahend entschieden worden sey. Unter dem Ausdruck des tiefsten Bedauerns über die Veranlassung des Austrittsgesuches des Hrn. Bischofs wird dasselbe genehmigt. Hiemit schloß die Sitzung.

Oesterreich. Wien, 3. Januar. Der Prozeß Richter hat einen tragischen Abschluß erhalten. Richter ist dem Gehirn-Typhus erlegen, der ihn nach dem Austritt aus der Untersuchungshaft befiel. Neun Monate lang hatte der Mann Körper und Geist aufrecht erhalten. Seine Willenskraft hat seine physische Natur bewältigt und sie gezwungen, ihr zu dienen. Aber als der große Kampf, den er vor dem öffentlichen Gerichte durch fünf Wochen zu durchfechten hatte, zu Ende war, verlangte die Natur ihre Rechte und er brach unter ihrer Hand zusammen. Er ist nun das zweite Todesopfer, das Eynatten's Selbstmord nach sich zog. Der Stolz und das Selbstgefühl des Frhrn. v. Bruck veranlaßten diesen, sich den Tod zu geben, ehe er die Untersuchung an sich herankommen ließ; die Geduld und die Selbstbeherrschung Franz Richters ließen ihn den Prozeß überdauern, aber nachdem er zu Ende war, folgte er seinem Freunde, legte sich hin und starb. Die öffentliche Meinung in Wien hatte schon während des Prozesses entschieden Partei für ihn genommen; jetzt ist dies noch mehr der Fall und die „Ostd. Post" nennt ihn geradezu ein Opfer der österreichischen Prozeßordnung, deren Verbesserung sie dringend verlangt.

§ **Wien**, 4. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Wie es scheint, will man es noch einmal mit der Reaktion versuchen. Graf Rechberg verbleibt im Amte. Zwar sagt man, daß er nur das Präsidium des Ministerraths führen und das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten an den Grafen Mensdorf oder den Baron Hübner abgeben werde; es liegt jedoch auf der Hand, daß dadurch die Besorgnisse nicht beseitigt werden, welche sich an das Verbleiben des Grafen Rechberg im Kabinet überhaupt knüpfen. Herr v. Schmerling ist Willens, um seine Entlassung einzukommen, nachdem er einsieht, daß er den Widerstand nicht zu besiegen vermag, welchen die bisher tonangebende Partei der Durchführung seines Programms entgegensetzt. Diese Partei, welche der Fluch unseres Landes ist, hat nach wie vor ihre Wurzel in den einflußreichsten Kreisen. Sie, welche von der „liberalen Quacksalberei" des Schmerling'schen Programms nichts wissen will, hat Oesterreich in der kurzen Zeit von zehn Jahren an den Rand des Abgrundes geführt, und ihr haben wir es zu verdanken, wenn man die Frage der vollständigen Auflösung des Kaiserstaates bereits in den Kreis der politischen Diskussion zieht. Daß aber diese Diskussion keine müßige ist, dafür wird diese Partei, wenn sie jetzt wieder an das Ruder gelangt, schon zu sorgen wissen. Vorläufig wird das Gerücht von dem bevorstehenden Rücktritte Schmerlings in Abrede gestellt, es findet aber dieses Ableugnen keinen Glauben, da man

Madrid, 29. Dez. Fortwährend wird von großen Unfällen, welche durch Ueberschwemmungen in den Provinzen angerichtet werden, berichtet.

Auch in **Venedig** hat es stark geschneit auf Weihnachten.

Der „Moskauer Ztg." zufolge haben im Gouvernement **Orel** seit dem Frühjahr 1859 mehr als 76,000 Menschen dem Branntweingenuß entsagt; 56,000 haben ihr Gelübdde bis jetzt gewissenhaft gehalten, die übrigen wenigstens vier Monate lang.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 3. Jan. Sehr allgemein ist das Gerücht verbreitet, daß der erste Regierungsakt des Königs der Erlaß einer allgemeinen Amnestie seyn werde. Die „National-Ztg." hat heute in einem langen Leitartikel diesem Wunsche Ausdruck gegeben. Ebenso spricht man vielfach von mannigfachen Personenänderungen in den obersten Verwaltungsstellen, deren Beibehaltung bisher aus Rücksichten der Pietät für den nunmehr gestorbenen König geschehen war.

Wien, 3. Jan. Seit gestern verlautet allgemein, daß Hr. v. **Schmerling**, da er bei Durchführung seiner Ideen und Plane auf fast unüberwindliche Hindernisse stoße, ernstlich gesonnen sey, sein Porteseuille abzugeben und den sich reservirten Posten eines Oberlandesgerichts-Präsidenten, den er früher inne hatte, wieder zu übernehmen. Möge dies nicht sich erfüllen, es wäre ein Nationalunglück! (Allg. Z.)

Wien. Die Begnadigung des Grafen v. Teleki wird der „Morgen-Post" aus verläßlicher Quelle nur als ein erster Schritt auf dem Wege der Gnade bezeichnet, welchen die kaiserl. Regierung einzuschlagen gesonnen sey. In kürzester Zeit soll eine umfassende Amnestie folgen, wodurch der überwiegenden Mehrzahl der ungarischen Emigrirten die Rückkehr in die österreichischen Staaten ermöglicht würde. Die diesfallsigen Berathungen sollen bereits vor der Verhaftung und Auslieferung des Grafen Teleki im Zuge gewesen seyn, und man fügt hinzu, der Kaiser habe selbst die Initiative hierzu ergriffen. Nominell dürften etwa zehn bis zwölf Personen der ungarischen Emigration in diesem Gnadenakt ausgeschlossen bleiben.

Wien. Ueber die Vorgänge bei der Freilassung Teleki's berichtet die „Oesterreichische Zeitung": Montag Vormittags erschien bei dem im Wiener Landgerichtsgebäude Verhafteten ein höherer Beamter und ersuchte ihn, sich sorgfältiger zu kleiden, er müsse ihn begleiten. Graf Teleki kleidete sich an und stieg sodann mit seinem Begleiter in den Wagen. Er glaubte, zum Baron Vay geführt zu werden, und fragte den Beamten, als er sah, daß man in die Burg fahre, ob etwa die Hofkanzlei sich jetzt in der Burg befinde. Als der Graf die Treppe hinaufstieg und die Garden gewahrte, schien ihm die Sache auffallend, er folgte jedoch ruhig dem Beamten, bis sie zum Vorsaal gelangten, wo dieser ihn einem anderen Herrn übergab. Die Flügelthüren öffneten sich und schlossen sich hinter ihm, und er stand vor dem Kaiser, der von dem FML. Crenneville und dem Hofkanzler Baron Vay umgeben war. Dieser Anblick erschütterte ihn derart, daß er einen Schritt zurückwankte. Se. Majestät redete ihn ruhig und ernst an und forderte ihn auf, die drei Punkte zu versprechen, die ihm der Baron Vay vorlesen werde. Er hörte sie ruhig an und sagte: „Ueberzeugt, daß Euer Majestät nur das Wohl des Landes wollen, verspreche ich es." Dabei rollten ihm die Thränen über die Wangen herab. Auf die Bitte, es möge ihm erlaubt seyn, noch einige Zeit in Wien zu verweilen, soll Se. Majestät erwidert haben, er könne es damit halten, wie er wolle, nur dürfe er die Grenzen des Kaiserstaates nicht überschreiten. Im Vorzimmer traf er den Beamten, der ihn in die Burg geleitet hatte, welcher ihn ersuchte, seine präsumtive Wohnung anzuzeigen, damit man das Gepäck des Grafen dahin bringen könne. Dieser bestand jedoch darauf, in's Landgerichtsgebäude zurückzukehren, wo er für die humane und freundliche Behandlung, die ihm zu Theil geworden, dankte. Später geleitete ihn Baron Vay zum Grafen Rechberg, wo er jedoch, von der Aufregung des Tags ermattet, ohnmächtig niedersank, sich aber bald erholte und ins Hotel „zum römischen Kaiser" fuhr, wo er seine Wohnung genommen hat.

Der wegen des Verbrechens der Amtsveruntreuung angeklagte Eduard Gaal v. Gyula in Pesth hatte, wie die „Don. Ztg." berichtet, am 28. v. M. die Fortsetzung der Verhandlung dadurch vereitelt, daß er ein Unwohlseyn vorschützte. Dieselbe Absicht hatte er auch am 29.; weil aber dem Gerichte der Bericht des Arztes vorlag, aus dem zu ersehen war, daß die Krankheit Gaal's nichts als Verstellung sey, so beschloß das Gericht die Vorführung des Angeklagten, obgleich schon Advokat Szilagyi die Glaubwürdigkeit des ärztlichen Berichtes bestritten und auch dagegen die Berufung angemeldet hatte. Gaal erschien nun, und es wurde die durch die Prüfung der Rechnungen unterbrochen gewesene Vernehmung der Zeugen fortgesetzt.

Petersburg, 29. Dez. Der „Kaukasus" bestätigt, nach der amtlichen „Teheraner Ztg.", die Nachricht von dem wahrscheinlichen Untergang der gegen die Turkomanen von Merv geschickten persischen Armee. Er hatte dieses Schicksal übrigens vor Monaten vorausgesagt. (Allg. Z.)

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Bödtmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. 1. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	73 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	60 P. 59¼ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	47⅝— G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	39 P.
„	4½ pCt.	31¾ G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	86¼ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (G. b. R.)	101¼ P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101 P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr dto.	101 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	98⅜ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	98¼ G.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95 P.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103 P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94 P.
Baden	4½ pCt. Obl.	102¼P. 101¾G.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	93½ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	101½ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	100½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94⅛ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	100⅝ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	98 P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	95¾ G.
„	3 pCt. Obl.	89¾ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47¼ G.
„	1¾ pCt. „ „ „	40¾ P.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	96⅞ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	107⅞ P.	ex D.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	554—61 G.	ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	121½ G.	ex D.
Bayerische Bank à fl. 500	—	
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	167P. 165 G.	ex D.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 P.	
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	62 P.	ex D.
Internationale Bank in Luxemb. . .	78 G.	
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	327 P. 325 G.	
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	67¾ P.	
Oest. F.-St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	215 P. 212 G.	
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	116½ P.	
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	72 G.	
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	24½ G.	
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	122½ G.	ex D.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	94½ G.	
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49 P.	
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	234 P.	
Span. Handels- u. Industrie . . .	470 P.	ex D.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	460 G.	ex D.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	101⅛ P.	
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101½ G.	

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99½ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	105¼ B. 105G.
Brem. 50 Th. Lsd: k. S.	95⅜ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105¼ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105⅛ B.
London Lst. 10 k. S.	116⅞ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. L.S.L. 250 k. S.	92¾ B.
Paris Frs. 200 k. S.	92⅞ B.
Triest fl. 100 k. S.	76 B.
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	77⅝—⅞ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	70 P. 69½ G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	43½ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	55 P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	124¼ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	—	„ fl. 25 do.	35¾ P.
„ fl. 100 Esb. L. v. 1858.	82¼ P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	36 P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	116½ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50¼ G.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	34 G.
Badische fl. 50	88 G.	Vereins-Loose fl. 10.	10¼ P.
Badische fl. 35	52½ G.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10⅛ P.

Frankfurt, 5. Januar. Die Börse verkehrte in entschieden günstiger Stimmung für österr. Fonds, Bank- und Kreditaktien, in welchen der Umsatz zu steigenden Kursen ziemlich erheblich war. Auch Wechsel auf Wien in allen Sichten begehrt und höher. Frankf. Bankaktien waren etwas billiger zu haben. (Synd.)

König schien sehr bewegt über diesen herzlichen Empfang der Bevölkerung, welcher er ihre Grüße warm erwiderte.“

Viktor Emanuel — so berichtet, um die Kehrseite des vorstehenden Bildes zu zeigen, die „Donauzeitung“ — hat Neapel verlassen, wo er sich nie heimisch gefühlt hat, und wo er die Verwaltung in der äußersten Unordnung, das Land im blutigen Bürgerkriege, die Staatskassen geleert, und selbst den der legitimen Dynastie abgeneigten Theil der Bevölkerung im höchsten Grade unzufrieden zurückläßt. Er nimmt den Ruhm mit sich, den alten Zwist wachgerufen und die Zerklüftung, die Süd- und Norditalien von jeher getrennt hat, erneuert zu haben. Das neapolitanische Publikum erzählt sich Wunderliches über die Motive, die ihm zur Abreise Anlaß gegeben, ehe noch der Bruderkampf, den er vor Gaeta führen läßt, sein Ende erreicht hat. In offiziellen Kreisen wird unter Anderm das nachfolgende charakteristische Ereigniß mitgetheilt: Viktor Emanuel hatte auf den Rath Farini's in Neapel eine öffentliche Audienz ertheilt: — eine Sitte, die er in Turin nie beobachtet hatte. Eine Fluth von theilweise bewaffneten Bittstellern überschwemmte den königl. Palast, und drang mit solcher Hast in den Audienzsaal, daß Viktor Emanuel bis an ein Fenster zurückweichen mußte, und sich von seinen Adjutanten, die eine Art von Eskorte bilden sollten, völlig getrennt sah. Die Gesuchsteller wetteiferten, wer die meiste Lungenkraft entwickeln und am lautesten schreien, heulen, und mitunter auch drohen könnte. Blousenmänner, Weiber im Hemd und Unterrocke, Bursche, deren Blöße kaum mit einigen Lumpen bedeckt war, stürmten auf den König ein, dem so angst und bange wurde, daß er sich endlich durch die herbeigerufenen Carabinieri Luft machen ließ und in ein anstoßendes Gemach flüchtete. Als ihm die Menge auch dorthin nacheilte, hielten seine Adjutanten es für gerathen, sie durch die Carabinieri mit dem Bedeuten entfernen zu lassen, daß die Audienz verschoben sey. Als aber die heulende Phalanx den Palast verlassen hatte, zeigte es sich, daß eine große Anzahl werthvoller Gegenstände verschwunden war. Viktor Emanuel, den seine Minister immer sorgsam von jeder Berührung mit dem Volke entfernt gehalten hatten, beschloß sofort, keine Audienzen mehr zu ertheilen. Jene Scene, bei der er Säbel und Messer in den Händen der unheimlichen Gestalten gesehen, die Art und Weise ferner, in der bekanntlich die Weiber der nach der Insel Sardinien transportirten Camorristi die Rückgabe ihrer Männer verlangt hatten, machten das Maß des Ueberdrusses voll, mit dem er die Zeit in Neapel, ohne sonderliche Lorbeeren zu pflücken, zugebracht hatte.

Türkei.

Nachrichten aus Bucharest zufolge konzentrirt sich längs der bulgarisch-wallachischen Grenze ein türkisches Truppenkorps, dessen Stärke auf 20,000 Mann gebracht werden soll. Die Pforte fühlt, daß die in den Donauländern sich vorbereitenden Bewegungen nicht blos nach Ungarn und Polen züngeln, sondern ihre eigene Existenz in Frage stellen dürften. Unter den Rumänen in Siebenbürgen sind gedruckte Proklamationen verbreitet worden, die zur offenen Erhebung auffordern.

Amerika.

(Ein Stück Lynchjustiz in Nordamerika.) Aus dem „Missouri Democrat“. St. Louis, 8. Dezember. Ein Mann, Namens Smythiman, ein geborner Engländer, ist dieser Tage hier angekommen. Folgendes war ihm in Senatobio zugestoßen: Mit einem Neger in Geschäften daselbst angekommen, wurde er von einigen Personen daselbst verdächtigt, ein Abolitionist zu seyn, der das Land durchreise, um Sklaven zur Flucht zu verlocken. Sein Tod wurde beschlossen. Man zog ihn splitternackt aus, trieb ihn so, trotz der grimmigen Kälte, hinaus vor den Ort in ein Gehölz, und schlug ihn mit ledernen Riemen so lange, bis er halb todt war. Nun schaffte man ihn wieder nach dem Ort zurück und verwahrte ihn die Nacht über in einem Frachtwagen der Eisenbahn, um ihm am andern Morgen den Garaus zu machen. Wirklich trieben sie ihn wieder hinaus in das Gehölz, banden ihn an einen Baum, rasirten ihm den Kopf glatt und machten Anstalten, ihn aufzuknüpfen. Da versprachen ihm Einige aus dem Haufen, er solle mit dem Leben davon kommen, wenn er offen gestehe, daß er gekommen sey, Schwarze zur Flucht zu verleiten. Der arme Mann gestand in der Todesangst, was man wollte, und in der That ließen sie ihn am Leben; aber sie goßen ihm Theer über und über, daß er kaum die Augen öffnen konnte, beklebten ihn mit rother Baumwolle, und so stießen sie ihn mit Fußtritten hinaus auf die Straße nach Memphis, wo er im kläglichsten Zustande ankam.

Nichtpolitische Zeitung.

Koblenz, 1. Januar. Nach einer von Trier heute Morgens hier eingegangenen telegraphischen Depesche ist die Mosel heute Morgens daselbst plötzlich 17 Fuß (sage siebenzehn Fuß) gewachsen. (K. Z.)

Bei dem großen Schneefalle haben sich auch wieder Wölfe in der Umgegend von Koblenz, sogar in der Nähe der Rheindörfer, gezeigt; bei Masburg in der Eifel soll nach einer hier eingegangenen Nachricht ein Wolf ein achtjähriges Kind, als es gerade nach einem aufgestellten Vogelfange sehen wollte, ergriffen und fortgeschleppt haben.

Ludwigsburg, 31. Dez. Während gegenwärtig die Zahl Derjenigen, welche auf unserem Nachbarberge Hohenasperg einen unfreiwilligen Aufenthalt genommen haben, eine äußerst geringe ist, steht demselben dem Vernehmen nach auf Ostern eine Einquartierung ganz absonderlicher Art bevor. Nicht weniger als ungefähr 40 Studirende der Universität Tübingen sollen nämlich aus zwingenden Gründen einen Theil ihrer Osterferien oder auch etwas mehr auf dem stets gastlichen Berge zubringen. Dieselben sind, weil sie bei „Paukereien“ abgefaßt wurden und dabei zum Theil in handgreiflichen Konflikt mit der Polizei gekommen waren, zu Freiheitsstrafen von 3 Tagen bis zu 3 Monaten verurtheilt. (Hlbr. Tgbt.)

Kassel, 3. Januar. Am Nachmittage des 1. Januar d. J., berichtet die „Kass. Ztg.“, ist zwischen Frankfurt und Friedberg ein so bedeutender Schneefall eingetreten, so daß z. B. der Berliner Abend-Schnellzug, welcher Frankfurt a. M. 5 Uhr 25 Minuten Nachmittags verlassen hatte, nur bis Bockenheim vordringen konnte und dann zur Abgangsstation zurückkehren mußte, während die Züge von Kassel nach Frankfurt a. M. nicht über Friedberg hinauszukommen vermochten. Den außerordentlichen Anstrengungen der Bahnverwaltung ist es gelungen, die hierdurch herbeigeführte Störung im regelmäßigen Betriebe schon so bald wieder zu entfernen, daß am gestrigen Tage gegen 12 Uhr Mittags ein Personenzug von Frankfurt nach Kassel abgehen konnte und auch ohne Störung kurz nach 8 Uhr gestern Abends bis Station Gensungen angelangt war. Hier erlitt derselbe jedoch einen höchst beklagenswerthen Zusammenstoß mit einer unter Leitung des Lokomotivführers Rausch von Wabern leer zurückkehrenden Lokomotive, wodurch beide Tender entgleißt und ein Packwagen zertrümmert und die darin befindlichen Personen mehr oder minder beschädigt wurden. Der Thüring'sche Verbandpackmeister Metzler erlitt Verwundungen am Kopf und auf der Brust, in deren Folge derselbe gegen 3 Uhr diesen Morgen verschieden ist; der Wagenmeister Stamm und der Zugführer Iller von hier erlitten einige, dem Anscheine nach nicht lebensgefährliche Verletzungen. Größeres Unglück ist durch zeitiges Verstellen der Weiche verhütet worden; der Lokomotivführer Rausch wurde aber alsbald verhaftet und gerichtliche Untersuchung bei dem Justizamte in Felsberg eingeleitet.

Darmstadt, 3. Jan. Die neueste Nummer der hier erscheinenden „Zeitschrift für die landwirthschaftlichen Vereine“ enthält eine sehr beachtenswerthe Mittheilung über die Thätigkeit und Nützlichkeit der bei Oppenheim zur Entfernung des der Landwirthschaft so schädlichen Quellwassers aufgestellten Entwässerungsmaschine im Jahr 1860. Die Ernte von nicht weniger als 2000 Morgen wurde mit dieser Hülfe vollständig gerettet. Die Kosten betrugen für den Morgen 2 fl. 24 kr., im Ganzen 4800 fl., während der Nutzen in billigem Anschlage auf 45,000 fl. berechnet werden kann. (Frkf. Postz.)

* Frankfurt a/M. Nachdem für die hiesige Waarenbörse keine erhebliche Theilnahme sich gezeigt hat, ist deren Auflösung vom Komite am 31. Dezember beschlossen worden.

* Dem Dr. J. J. Haus, Professor der Rechte an der Universität zu Gent und Mitglied der k. belgischen Akademie, einem der ausgezeichnetsten Rechtsgelehrten in Belgien, welcher als Berichterstatter der Gesetzgebungskommission an der Abfassung des den belgischen Kammern vorgelegten Entwurfes eines neuen Strafgesetzbuches den thätigsten Antheil genommen, wurde hiefür, sowie in Anerkennung der Verdienste, welche sich derselbe als öffentlicher Lehrer und als Schriftsteller um die Rechtswissenschaft überhaupt und insbesondere um die Strafrechtswissenschaft erworben hat, — von Sr. Maj. dem König der Belgier das Kommandeurkreuz des Leopoldsordens verliehen. Zugleich wurde derselbe aus gleicher Ursache von dem König von Portugal mit dem Ritterkreuze des St. Jakobsordens dekorirt. — Wir finden uns um so mehr veranlaßt, dieses mitzutheilen, als wir überzeugt sind, daß die Freunde und Bekannten dieses aus Würzburg gebürtigen und an der Würzburger Hochschule gebildeten Rechtsgelehrten solches nicht ohne Interesse vernehmen dürften.

abzutragen, welche Preußen an das hessische Volk hat, mit Freuden diesem Rufe folgen." (Nur kalt!)

Oesterreich. Wien, 4. Jan. Der Erzherzog Ferdinand Max geht mit den Obersten und Stabsoffizieren des Husarenregiments „König von Preußen" nach Berlin, um dem Leichenbegängniß des Königs beizuwohnen. (T. d. Fkf. Ztg.)

Wien. Während das hier erscheinende Adelsorgan beim Erscheinen des Schmerling'schen Rundschreibens mit aller Energie gegen dasselbe sich erhoben hat, finden in den Kronländern Demonstrationen im entgegengesetzten Sinne statt. So wird aus Brünn geschrieben: Gestern, am Vorabende des neuen Jahres, versammelte Graf Millrovsky in seinem Salon die angesehensten und wichtigsten Glieder des mährischen Adels, um sich über die Prinzipien der Politik, über die Stellung zur Regierung wie zum Lande zu einigen. Nach eingehenden und lebhaften Debatten kam die ganze Versammlung, wie der T. a. B. mittheilt, über folgende Punkte überein: 1) Vollständig dem Programme des Staatsministers v. Schmerling beizutreten. 2) Von der Aufrechthaltung des Konkordats abzusehen. 3) Dahin zu wirken, daß das „Vaterland" seine Richtung ändere und den Redakteur wechsle. — Nach einer Meldung aus Graz hat das dortige adelige Casino beschlossen, von Neujahr an das „Vaterland" nicht mehr zu halten.

Wien, 2. Januar. In Ungarn wird Teleki's Freilassung ohne Zweifel vielseitige Anerkennung finden und zur Beruhigung der Gemüther nicht unwesentlich beitragen. Dort nehmen die Dinge noch einen immer unerfreulicheren Verlauf. Die Beschlüsse der Komitatsversammlungen sind zum Theil ebenso revolutionär wie unsinnig. Dahin gehört namentlich die plötzliche Aufhebung der kaiserlichen Gerichte, die einen völligen Gerichtsstillstand mit allen seinen unabsehbaren Folgen für Besitz und Eigenthum, für bürgerliche Ehre und Freiheit der Person herbeiführt. Um so dringender wird die baldige Einberufung des Landtags nöthig, von der es auch heißt, daß sie zu Anfang des Februar erfolgen soll. (Ztg. f. Nordd.)

Prag, 31. Dez. Auch polizeiliche Bollwerke können umgangen werden. Dem Führer der czechischen Partei, Dr. Rieger, hat der Hr. Polizeiminister, wie schon erwähnt, die nachgesuchte Zeitungskonzession in bündigster Weise versagt, dennoch aber erscheint vom 1. Januar ab ein czechisches Journal, Narodni Listy (National-Blätter), mit dessen Konzessionar der abgewiesene Rieger die entsprechende Uebereinkunft getroffen, dessen Programm derselbe entworfen und für den er die Kaution geleistet hat. Es bleibt sehr bedeutsam, wenn Mißliebigkeit bei hohen Behörden zur Popularität und zu allgemeinem Vertrauen verhilft; dies ist bei Dr. Rieger und bei den Narodni Listy der Fall; innerhalb der wenigen Tage seit Veröffentlichung des Programmes und der Notiz, das Blatt stehe unter den Auspizien Riegers und seiner Freunde, liefen Pränumerationen massenhaft ein. Das Programm bevorwortet das historische Recht Böhmens, betont die heilige böhmische Krone, spricht sich für nationale und konfessionelle Gleichberechtigung, und insbesondere gegen den in der niederen czechischen Volksschicht vorhandenen Judenhaß aus, mahnt den Adel an seine Pflicht, mit der Nation zu gehen, erklärt jedoch, dieselbe werde auch ohne den Adel ihr Recht zu bewahren und zu behaupten wissen. Das Zeitungsprogramm ist die praktische Paraphrase der Prinzipien jenes Wahlprogrammes, welches die Fortschrittsmänner am 26. Dezember veröffentlichten. (Südd. Ztg.)

Krakau, 29. Dez. Gestern und heute war unsere Stadt in Aufregung; man erwartete nämlich die Ankunft des Dr. Smolka und der galizischen Deputation, welche sich nach Wien begeben soll. (Dieselbe wurde am 3. Jan. von Hrn. v. Schmerling empfangen.) Endlich langte dieselbe heute Nachmittags an und wurde am Bahnhofe von einer großen Volksmenge empfangen. Abends wurde zu Ehren des Dr. Smolka ein großartiger Fackelzug veranstaltet. Um 7 Uhr versammelte sich eine unübersehbare Menschenmenge, in der alle Volksklassen, die Landleute nicht ausgenommen, vertreten waren, mit Fackeln vor dem Collegium juridicum, von wo aus sich der Zug ernst und langsam durch die Hauptstraßen der Stadt nach der Wohnung Smolka's bewegte. Seit vielen Jahren sah unsere Stadt keine ähnliche Feier; da sah man ernste Greise und die lustige Jugend, Studenten aller Schulen und Arbeiter, Bürger und Landleute, Hand in Hand, in dichten, gedrängten Schaaren, während das Feuermeer der Fackeln weithin die Stadt beleuchtete. Vor dem Poller'schen Gasthofe ordnete sich die Versammlung, schickte eine Deputation aus Bürgern, Studenten, Arbeitern und Landleuten in die Wohnung Smolka's, um ihn Namens der Stadt zu begrüßen, und brach in ein dreimaliges „Hoch" aus, als Dr. Smolka am Fenster erschien. Es erscholl der Ruf: „Die Mützen ab!" und mit entblößtem Haupte hörte die versammelte Menge die Ansprache Smolka's an, welcher in warmen Worten zur Ruhe, Geduld und Ausdauer aufforderte und versicherte, daß nur so die Wünsche des Landes verwirklicht werden können. Nachdem Smolka geendet hatte, wurden die Fackeln gelöscht und die Versammlung ging in schönster Ordnung auseinander. Während des Aufzuges war das Militär allenthalben konsignirt und zwei Kompagnien Jäger standen vor der Hauptwache unter Gewehr, aber die Ordnung ward nirgends gestört. (Ostd. Post.)

Frankreich.

Paris, 2. Jan. Mirès erklärt in einer Annonce, daß bis jetzt von 9715 Zeichnern 120,620 Obligationen der türkischen Anleihe gezeichnet seyen. Dieses ungünstige Resultat schreibt er den Rivalitäten anderer Finanzgrößen, sowie den Gerüchten zu, welche über eine ihn betreffende Privatangelegenheit (die Affaire Pontalba) böswilligerweise verbreitet worden seyen. Die Anleihe kann nach diesem Resultat als definitiv gescheitert angesehen werden. (Südd. Ztg.)

Die Neujahrsrede des Kaisers Napoleon hat, trotz des friedlichen Inhaltes, auf die Pariser Börse einen solchen Eindruck gemacht, daß die Kurse zurückgegangen sind. Ein sprechenderes Zeugniß für die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen der kaiserlichen Worte kann es nicht wohl geben. In gutes Deutsch übersetzt heißt dies nichts anderes als: es wäre recht schön, aber es ist nicht wahr. Man weiß in Paris besser, als anderswo, daß Alles, was jetzt in Frankreich geschieht, nichts weniger als friedlich aussieht. Wenn der Kaiser ernstlich den Frieden will, wozu die ungeheuren Rüstungen? Niemand denkt ja daran, ihn anzugreifen. (Pf. Z.)

Italien.

Aus Rom, 24. Dez., meldet die „Triester Ztg.": „Die päpstliche Regierung hat mit mehreren Kaufleuten und Lieferanten in Civita-Vecchia Verträge zur Beschaffung verschiedener Nahrungsartikel, wie z. B. Reiß, Mehl, Salz, Gerste, Wein u. dgl., für die Garnison von Gaeta abgeschlossen, und Auftrag gegeben, daß die angekauften Vorräthe mit möglichster Beschleunigung nach Gaeta eingeschifft werden. In der Nähe von Terracina sollen sich mehrere bourbonische Emissäre und verfolgte Bandenführer umhertreiben, die eine Erhebung der Gebirgsbewohner zu Gunsten des Königs Franz II. beabsichtigen. Indessen werden die zweiheutigen Grenzdistrikte von sardinischen Mobilkolonnen im Zaume gehalten."

Turin, 29. Dez. Die heutige „Opinione" versucht ihren Lesern die Ursachen des monströsen Aemterbettels in Neapel begreiflich zu machen. Nach derselben sind es weniger die Aemter, nach denen der Neapolitaner geizt, sondern die sog. Accidenzien, die sich unter einer in allen ihren Gliedern bestechlichen Administration und durch die Absicht der früheren Regierung, sich in den Beamten und durch dieselben eine Partei zu bilden, bis zu einer kaum geahnten Höhe anliefen. Das halbamtliche Blatt versichert, daß in Neapel Beamte seyen, die ein großes Haus machten, Pferde, Wagen und eine Theaterloge hielten, und deren gesetzliches Einkommen nicht 2000 Franken überstieg. Alles, was zu diesem Aufwand nöthig war, kam auf eine Weise in's Haus, die nicht gerade das Tageslicht, so doch die Oeffentlichkeit scheute. Uebrigens ist diese Landplage des Aemterbettels in Neapel nicht neu; Herman Reuchlin erzählt in seiner Geschichte des neuern Italiens, daß es im Jahr 1848 nicht minder bunt herging und die Minister von den Aemterbettlern belagert waren, wie weiland der rheinische Kirchenfürst im Mäusethurm von den Mäusen. Da die neue Regierung nun solchem Skandal mit Energie entgegentritt, so kann man sich leicht denken, wie viele Gegner ihr in der Legion der verkürzten Beamten erwachsen.

Turin, 3. Jan. Ein k. Dekret ruft das neue italienische Parlament auf den 18. Febr. zusammen. (Tel. d. Fr. Postz.)

Viktor Emanuel ist also aus Neapel zurück am Abend des 29. Dez. in Turin wieder eingetroffen. Die daselbst erscheinende amtliche Zeitung berichtet über diese Rückkehr wie über einen Triumphzug. In Bologna wurde der König von Minghetti, dem Minister des Innern, in Alessandrien von dem Prinzen v. Carignan, dem Grafen Cavour und den übrigen Ministern empfangen. Kanonendonner von der Citadelle verkündigte seine Ankunft. In Turin waren die Nationalgarde der Stadt und aus Umbrien, sowie die Truppen aufgestellt; die Stadt war beleuchtet, das Volk drängte sich, enthusiastische Vivats rufend, in die Straßen; Studenten und Arbeiter trugen in großer Anzahl Fackeln und Fahnen rc. „Der

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 6.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Schrift	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Sonntag, 6. Januar 1861.

Deutscher Bund.

** **Bayern.** München, 4. Jan. (Privat-Korrespondenz.) In der auf morgen anberaumten Sitzung der Kammer der Reichsräthe wird vom Legitimationsausschuß nur bezüglich der neueintretenden erblichen Reichsräthe Grafen v. Deroy und Grafen v. Lerchenfeld Vortrag erstattet, die beide vom Ausschuß als legitimirt erachtet wurden; bezüglich des jungen Fürsten v. Wallerstein scheint dies bis jetzt nicht der Fall zu seyn. — Die seit 1834 in London bestehende, durch ihre Wirksamkeit bekannte „Statistical Society of London", welche die ersten und bedeutendsten Nationalökonomen und Statistiker Englands zu Mitgliedern zählt, hat kürzlich Hrn. Dr. Karl Seuffert, Ministerialsekretär im königl. Handelsministerium dahier, zu ihrem auswärtigen korrespondirenden Mitglied ernannt; gleiche ehrenvolle Auszeichnung wurde demselben auch von dem Vereine für Volkswirthschaft, Statistik rc. in Frankfurt zu Theil, von dessen Bureau die amtliche Statistik für die Stadt Frankfurt hergestellt wird.

In den Nachweisungen der Staatsausgaben für 1857/59, welche den Kammern vorgelegt wurden, sind auch die a Conto des Reichsreservefonds gemachten Ausgaben enthalten, bezüglich welcher bei allerhöchster Genehmigung und Anweisung die nachträgliche Zustimmung des Landtages und die Ertheilung geeigneter Aufklärungen von Seite der Staatsminister vorbehalten wurde. Diese Ausgaben à Conto des Reichsreservefonds sind: a) Für 1857/58: 1) Zuschuß für die Direktion der vereinigten Sammlungen in München zum Ankaufe der Kunst- und Antiquitäten-Sammlungen der kgl. Universität Erlangen 1500 fl. 2) Kosten auf Erhaltung der vom Staate erworbenen herzoglich leuchtenbergischen naturwissenschaftlichen Sammlungen in Eichstätt 2182 fl. $58\frac{1}{2}$ kr. 3) Kosten des Ankaufs, der Ueberführung und Aufstellung einer Bronce-Gruppe in Augsburg (Mars und Venus darstellend) für das bayer. Nationalmuseum in München 6866 fl. 25 kr. 4) Zuschuß an das bayerische Nationalmuseum zum Ankaufe, dann zur Ueberführung eines Theiles der in Würzburg befindlichen Sammlung des verlebten quiesz. Regierungsrathes Martinengo und zur Deckung der von dem Frhrn. v. Aretin für das genannte Nationalmuseum vorgeschossenen 4000 fl. — 24,000 fl. 5) Diäten und Reisekosten des Hrn. Staatsraths Dr. v. Hermann auf Besichtigung der Wohlthätigkeitsanstalten in Frankreich, England und in der Schweiz 1439 fl. $45\frac{1}{2}$ kr. 6) Außerordentlicher Zuschuß an den Militär-Etat auf Grund des Landtagsabschiedes vom 1. Juli 1856, Abschn. I §. 15 Abs. 5 700,000 fl. 7) Mehrbedarf für den Militäretat 290,387 fl. 8) Zuschuß aus den Staatskassen zu den Militärs-Gagen-Zulagen für Offiziere und Militärbeamte 200,000 fl. 9) Mehrausgabe für die männlichen Militärpensionen im Verwaltungsjahre 1856/57 1210 fl. $52\frac{3}{4}$ kr. 10) Auf Herstellung eines Museums zur Aufbewahrung und Erhaltung der Original-Modelle von den in der Erzgießerei-Anstalt ausgeführten Erzgußwerken 5856 fl. 17 kr. 11) Für Adaptirung der zur Aufnahme der vom Staate erworbenen herzoglich Leuchtenberg'schen Sammlungen bestimmten Räume im Wilhelminischen Gebäude 118 fl. 4 kr. 12) Kaufschilling für die von der Staatsschulden-Tilgungsanstalt zur Benützung erworbenen Lokalitäten in der Herzog-Maxburg 200,000 fl. b) Für 1858/59: 13) Die Kosten auf Erhaltung und Ueberführung des in Westerhofen aufgefundenen römischen Mosaikbodens nach München 1410 fl. 3 kr. 14) Die Kosten auf Erhaltung der vom Staate erworbenen herzoglich Leuchtenberg'schen naturwissenschaftlichen Sammlungen in Eichstädt mit 2058 fl. $42\frac{1}{2}$ kr. 15) Der Aufwand für Erwerbung der Quatremère'schen Bibliothek in Paris 114,985 fl. $1\frac{1}{4}$ kr. 16) Außerordentlicher Zuschuß an dem Militär-Etat auf Grund des Landtagsabschiedes vom 1. Juli 1856 Abschn. I. §. 15 Abs. 5 einschließlich von 200,000 fl. für Gagenzulagen, dann von 290,387 fl. Mehrbedarf der aktiven Armee zusammen 1,190,387 fl. 17) Mehrbedarf für die männlichen Militärpensionen in den Etatsjahren 1857/59 mit 139,307 fl. 42 kr. 18) Auf Herstellung eines Museums zur Aufbewahrung und Erhaltung der Originalmodelle von den in der Erzgießereianstalt ausgeführten Erzgußwerken zu den oben unter Nr. 10 vorgetragenen 5856 fl. 17 kr. noch ein Restbetrag von 2543 fl. 43 kr. 19) Auf Adaptirung der zur Aufnahme der vormals herzoglich Leuchtenbergischen Sammlungen in Eichstädt bestimmten Räume im sogenannten Wilhelminischen Gebäude zu München zu den oben unter Nr. 11 vorkommenden 118 fl. 4 kr. noch ein Betrag von 3329 fl. 52 kr.

Das k. Staatsministerium der Finanzen hat unterm 15. Dez. Folgendes verfügt: Das in einigen Forstamtsbezirken bisher üblich gewesene Verfahren, wonach den zum Bezuge von Brennholz berechtigten Eingeforsteten statt desselben auf ihr Ansuchen Bau- und Nutzholz bis zum Werthbetrage des Brennholzes nach der Forsttaxe verabfolgt wurde, erscheint wegen der damit verbundenen Inkonvenienzen ferner nicht mehr als zuläßig und ist daher einzustellen. Da jedoch in manchen Revieren die Staatswaldungen dergestalt mit Brennholzabgaben auf Forstrecht belastet sind, daß diese nahezu den ganzen Jahresertrag an Stammholz in Anspruch nehmen, welches deshalb oft gerade da, wo starke Nachfrage nach Bau- und Nutzholz besteht, aufgeklaftert werden muß, um die auf Brennholz Berechtigten zu befriedigen, die dasselbe dann doch großentheils wieder an Andere verkaufen, so dürfte es unter solchen Verhältnissen dem Interesse beider Theile — des Aerars und der Forstberechtigten am meisten zusagen, wenn letztere das ihnen entbehrliche Forstrechtsbrennholz schon vor der Aufklafterung gegen Vergütung des vollen Lokalwerths an das k. Aerar verkäuflich abtreten, um es zu Bau- und Nutzholz herrichten und dem öffentlichen Verkaufe unterstellen lassen zu können. Ferner wird mit Rücksicht auf die in jeder Beziehung wünschenswerthe größere Verbreitung des Massivbaues gestattet, daß bei Neubauten und Reparaturen denjenigen Forstberechtigten, welche sich in einem durch den k. Revierförster ihres Bezirkes aufzunehmenden und vor dem einschlägigen k. Landgerichte anzuerkennenden Protokoll verpflichten, die bisher aus Holz konstruirten Gebäude, für welche sie zum Bauholzbezuge aus Staatswaldungen berechtigt sind, mit Steinen herzustellen, der nachgewiesene Bedarf an Bauholz unmittelbar vor dem Beginne des als nothwendig erkannten Baues (— bis jetzt erfolgte die Abgabe erst nach der Vollendung des Baues —) zur freien Verfügung abgegeben oder in Geld nach der vollen Forsttaxe vergütet werde.

Preußen. Berlin, 3. Jan. Heute findet in Sanssouci die Oeffnung der königlichen Leiche statt. Wie es heißt, ist es der Wunsch des hohen Heimgegangenen gewesen, daß sein Herz in einer Urne in dem Mausoleum zu Charlottenburg zu den Füßen der dort ruhenden königlichen Aeltern beigesetzt werde. Der Leichnam wird in der Friedenskirche zu Potsdam beigesetzt. Das feierliche Begräbniß ist am 7. Januar.

Berlin, 3. Jan. Da der Tod des Königs keine bedeutende Einwirkung auf das Staatsleben ausüben wird, und das Ereigniß schon seit langer Zeit als unvermeidlich vorhergesehen wurde, hat keine besondere Aufregung der Gemüther stattfinden können. Der Regent nimmt die ihm zugefallene Krone und den Königstitel an, aber die königliche Macht, welche er seit zwei Jahren ausübte, wird nicht dadurch vermehrt. Wenn eine Einwirkung des Todesfalles auf manche persönliche und allgemeinere Verhältnisse auch nicht ausbleiben kann, so wird die äußere wie die innere Politik doch keine wesentliche Aenderung erfahren.

(Ztg. f. Nordd.)

Die Breslauer Burschenschaft hat eine Adresse an die zweite kurhessische Kammer gerichtet, in der es u. A. heißt: „Wir werden, wenn uns das Vaterland zu den Waffen ruft, um mit Gewalt der guten Sache zum Siege zu verhelfen und die Schuld

Anwendung zu bringen ist, d. i. daß auf der einen Seite der Waggons die Ausgangstritte wie seither bleiben (da man doch immer nur eine Seite zum Aus- und Einsteigen benutzt), auf der andern Seite hingegen an die Stelle der Tritte eine Gallerie mit Geländer angebracht wird, die gestattet, während des Laufs den ganzen Zug entlang zu gehen und nöthigenfalls bei den Waggons aus- und eingehen zu können.

Handels- und Börsenberichte.

* Amsterdam, 1. Jan. (Privat-Korresp.) Die Preise der Java-Kaffe's an unsern Märkten zeigten im Lauf des letzten Jahres nur geringe Abweichungen; es hatte mit $38\frac{1}{2}$ à 39 cs. für gut ord. Sorten eröffnet, und schloß auf ganz dem gleichen Werth; $37\frac{1}{2}$ cs. war der niedrigste Preis, wozu kurze Zeit im März angekommen war; $39\frac{1}{2}$ à 40 cs. der höchste, der für kleine Umsätze im Sommer angelegt wurde. Mit geringen Ausnahmen war das Geschäft schleppend, da es vielfach gegen mangelndes Vertrauen, gegen die Konkurrenz Ersatz bietender Sorten, und überdies oft gegen die Ungunst politischer Verhältnisse zu kämpfen hatte. Nichtsdestoweniger bewies gerade die gute Haltung unserer Märkte, bei den ansehnlicheren Schwankungen der anderen Plätze, die gesunde Lage der Java's, und der Abzug war dem Durchschnitt der besten Jahre entsprechend.

Der Zettel-Vorrath, weit kleiner als im vorigen Jahr, und nur wenig größer als in den vorhergegangenen Zeiträumen, hat große Bedürfnisse, vielleicht auf eine lange Zeit zu befriedigen. Das Innere ist leer, und schon die letzten 14 Tage brachten Frage hierher, wie man sie in dieser Jahreszeit selten sah. Die benachbarten Märkte, Hamburg und Antwerpen, besitzen nur Vorräthe für den Bedarf weniger Wochen, und sie haben besonders wenig von Sorten auf Weg, die Java's ersetzen können; leicht hält der eingetretene Frost auch diese Zufuhren zurück. Der neue Maatsch.-Vorrath ist außergewöhnlich klein, und die O. I. Schiffe, welche für die Frühjahrs-Auktion kommen müssen, werden bereits durch Eis am Einlaufen verhindert, so daß, wie es häufig der Fall war, vielleicht erst sehr spät die Verkaufung stattfinden kann.

Neueste Nachrichten.

Venedig, 27. Dez. Seit einiger Zeit entwickeln die Sendlinge der Revolution und Agenten Cavour's hier wieder eine besondere Thätigkeit, und kaum kommt die Polizei einem solchen Agenten auf die Spur, so sind bereits zehn andere zum Ersatze bereit und wenden alle Mittel an, die Bevölkerung aufzuhetzen und namentlich zu feindseligen Demonstrationen zu verleiten. Es ist eine Thatsache, daß seit einigen Tagen zahlreiche Agenten Cavour's sich in allen Provinzialstädten des lombardisch-venetianischen Königreichs herumtreiben, mit Wahllisten versehen, welche dazu dienen sollten, auf jede der neuen italienischen Provinzen Oesterreichs einen Deputirten für das im Monat Januar zusammentretende italienische Parlament zu wählen, die im Namen ihres Landes für die Einverleibung Veneziens in Neuitalien sprechen sollten. Da man hoffte, daß die Wahllisten sich leicht mit zahlreichen Namen bedecken würden, so wollte man durch Veröffentlichung derselben der Welt beweisen, daß wirklich die venetianischen Deputirten mit einem Mandate der ganzen Bevölkerung Veneziens versehen seyen. Man hatte aber die Rechnung ohne die Furchtsamkeit der Venetianer gemacht; denn als diese hörten, daß ihre Namen veröffentlicht werden sollten, wenn sie in den Wahllisten ständen, stiegen ihnen Besorgnisse über die Folgen eines solchen Schrittes auf, und die beredtesten Worte der piemontesischen Agentur waren nicht im Stande, sie dazu zu vermögen, sich einer Kompromittirung auszusetzen, und so scheiterte der fein angelegte Plan nicht an der Wachsamkeit der österreichischen Polizei, sondern an der geringen Lust der Bevölkerung selbst, welche zwar dazu bereit ist, ungefährliche Demonstrationen mitzumachen, deren „Patriotismus" aber nicht so weit geht, der Gelüste Piemonts wegen sich bedeutenden Unannehmlichkeiten auszusetzen. (N. Pr. Z.)

Aus Neapel, 27. Dez., wird der „Allg. Ztg." geschrieben: „Aller Augen richteten sich in diesen Tagen nach Gaeta, da die Blätter von allen Seiten die Nachricht gebracht, daß noch vor Beginn des neuen Jahres Franz II. dasselbe verlassen werde. Bis jetzt ist nichts davon wahr geworden, und scheint sich auch nicht verwirklichen zu wollen, denn vor kurzem erschien noch eine Proklamation — freilich nicht in den hiesigen Blättern veröffentlicht — vom König aus Gaeta an sein Volk erlassen, worin er dasselbe mit dem jetzigen Stand der Dinge bekannt macht, und es ermahnt, doch zur Besinnung zu kommen. (Wir haben die Proklamation mitgetheilt.) Um einer Ueberfüllung der Festung abzuhelfen, und auf jeden Fall einem Mangel an Lebensmitteln vorzubeugen, sind drei Garderegimenter entlassen worden. Es steht ihnen frei, ob sie hier wieder in Dienst treten, oder in ihre Heimath gehen wollen. Das Aussehen aller ist sehr gut, und spricht von keinerlei Entbehrungen. Die Stärke der nunmehrigen Besatzung dürfte nur noch zwischen 9 und 10,000 Mann betragen, welche hinreichend ist, um noch lange sich zu vertheidigen. Auch aus dem Norden Italiens kamen in diesen Tagen sehr viele der dorthin von hier aus gebrachten gefangenen bourbonischen Truppen an, da sich diese insgesammt auf das entschiedenste geweigert hatten, dort sich einreihen zu lassen — wiederum ein neuer Beleg, daß der Geist unter den Soldaten selbst ein guter und der Verrath und die Gemeinheit nur in den höheren Chargen zu finden ist.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	78 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$67\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$46\frac{3}{8}$—46 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	$38\frac{1}{2}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$32\frac{2}{8}$—31 G.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$86\frac{1}{4}$ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	$101\frac{3}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101 P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. dto.	$98\frac{7}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$96\frac{7}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	95 P.
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	$102\frac{1}{2}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$93\frac{1}{2}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$101\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$99\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{2}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$100\frac{5}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	98 P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$96\frac{1}{4}$ P.
„	3 pCt. Obl.	$88\frac{1}{2}$ P.
Spanien	3 pCt. Inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$47\frac{1}{4}$ G.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt.	$40\frac{3}{4}$ P.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	$96\frac{7}{8}$ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	$107\frac{3}{4}$ P. ex D.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	528—24 G. ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	116— $15\frac{1}{2}$ G. ex D.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	165 G. ex D.
Weimarische Bank à Thlr. 100	75 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien	63 P. ex D.
Internationale Bank in Luxemb.	78 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	327 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn	$67\frac{3}{4}$ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 38 kr.	212 P.
„ Elisab.-Eisenbahn à pCt.	113—$112\frac{1}{2}$ G.
„ Elisab.-Bahn Prior. à pCt. 6/7	71 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	24 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 8 pCt.	$121\frac{3}{4}$ G. ex D.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	94 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49 P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	238 P.
Span. Handels- u. Industrie	470 P. ex D.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire	460 G. ex D.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$101\frac{3}{8}$ P. ex D.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	$101\frac{1}{2}$ G

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{1}{2}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$95\frac{5}{8}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 B.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{2}$ B.
London Lst. 10 k. S.	$118\frac{7}{8}$ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	$92\frac{3}{4}$ B.
Paris Frs. 200 k. S.	$92\frac{7}{8}$ B.
Triest fl. 100 k. S.	76 B.
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. i. S.	76—$\frac{1}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	63 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	53 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	—
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	$80\frac{1}{2}$ P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	$117\frac{3}{4}$ P.
Mailand-Como fl. 14	—
Badische fl. 50	87 P.
Badische fl. 35	$51\frac{3}{4}$ P.

Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$43\frac{3}{4}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$124\frac{1}{4}$ P.
„ fl. 25 do.	$35\frac{3}{4}$ P.
Nassau fl. 25 b. Rothsch.	36 P.
Sardinien Fc. 36 b. R.	$50\frac{1}{4}$ G.
St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	34 G.
Vereins-Loose fl. 10.	$10\frac{1}{4}$ P.
Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{1}{8}$ P.

Frankfurt, 4. Januar. In Folge ungünstiger Wiener Notirungen, besonders für fremde Valuten, erlitten österr. Fonds und Aktien von Neuem einen bedeutenden Rückgang. Auch Bexbacher und Elisabeth-Eisenbahnaktien wurden um mehrere Prozente niedriger abgegeben. In österr. National-, Bank- und Kreditaktien war der Umsatz ziemlich bedeutend. Wechsel auf Wien in allen Sichten niedriger. (Synd.)

In Laibach wurde, wie wir gemeldet haben, eine Stadtbeleuchtung zu Ehren des Ministers Schmerling polizeilich untersagt. Die „Grazer Tagespresse" erzählt: Die Polizei in Laibach sah die Stadtbeleuchtung aus Anlaß des Schmerling'schen Rundschreibens als eine Demonstration im Gegensatze zu dem 20. Oktober, wo nichts geschah, an, und der Bürgermeister Guttmann erhielt um 6 Uhr den Befehl, die Beleuchtung abzusagen. Er erwiderte, die Bürger wollen es, und finde der Polizeidirektor etwas Polizeiwidriges darin, so möge er es selbst absagen lassen und die Folgen auf sich nehmen. Das that er nicht. Dagegen wurde Guttmann Abends noch zum Landeshauptmann, dem Grafen Hohenwart, zitirt, und dieser behandelte ihn (nach einem Ausdruck der Tagespost, den wir nicht wieder geben wollen) unangemessen, warf mit den Wörtern „Unsinn" und „Dummheiten" herum, und als ihm Guttmann erwiderte: „Ich bin der erste Stadtbeamte und Sie der erste Staatsbeamte in Laibach; ich repräsentire die Gemeinde und habe ihren Willen zu vollziehen; nachdem Schmerling selbst die Autonomie der Gemeinde erklärt, glaube ich, haben die Bürger wohl das Recht, eine Beleuchtung anzuordnen", und sich hierauf entfernen wollte, fuhr ihn Graf Hohenwart barsch mit den Worten an: „Sie haben zu bleiben, bis ich Sie entlasse!" Guttmann sagte: „Herr Graf, ich verwahre mich gegen diese Beleidigungen, und werde dem Hrn. Staatsminister hierüber die Anzeige machen!" Dies wirkte, und von nun an wurde der Bürgermeister: „Lieber Herr v. Guttmann!" titulirt. Doch dieser hat bereits die Klage, die nach Wien geht, aufgesetzt und sie dürfte von den Gemeinderäthen mit unterzeichnet werden.

Belgien.

Aus Brüssel wird berichtet: „Seit Kurzem sind hier ganz gut geprägte französische Zehn- und Fünfcentimenstücke in Umlauf, worauf das Bildniß Napoleons III. im geistlichen Hauskäppchen, wie es die Päpste zu tragen pflegen. Statt des Adlers befindet sich auf der Rückseite die einfache Aufschrift: „Empire français". (Das empire soll den Leuten wohl in seiner „geistlichen Zukunft" gezeigt werden?)

Frankreich.

Aus Paris, 30. Dez., schreibt man der „N. Preuß. Z.": „Gestern Abend ist (wie schon erwähnt) das Spektakelstück „Les Massacres en Syrie", von Hrn. Mocquard, Privatsekretär des Kaisers, in dem Cirque imperial zur ersten Aufführung gekommen. Der Kaiser wohnte dem Schauspiele in einer für ihn eingerichteten Estrade bei, und so oft als eine politische Anspielung auf die Macht und Uebermacht Frankreichs den Beifall des Publikums hervorrief, erhob er sich von seinem Sessel und verneigte sich. Abd-el-Kader spielt eine Hauptrolle, der Verfasser hat ihm lange Tiraden zum Ruhme und zur Ehre Frankreichs in den Mund gelegt, Tiraden, welche als politische Artikel oder Broschüren figuriren könnten. An der Türkei bleibt kein gutes Haar; ihre Verkommenheit, ihren Verfall zu zeigen und sie für die Metzeleien in Syrien verantwortlich zu machen, das ist der rothe Faden, der durch das Stück geht, in welchem überdies gehauen, gestochen und geschossen wird, daß es eine Art hat. Sobald der Text vor uns liegt, werden wir darauf zurückkommen; es lohnt sich der Mühe; denn so wie früher in ähnlicher Weise die Inscenesetzung der Mortarageschichte die „öffentliche Meinung" für die römische Frage zurichtete, so ist dieses Stück der Prolog zur orientalischen Frage und zur Theilung des osmanischen Reiches, „das verloren ist, wenn Frankreich seine schützende Hand (Applaus) von ihm abzieht." Einem Zuschauer mochte schlecht bei dem Spektakel zu Muthe gewesen seyn, wir meinen den Hrn. Mirès, welcher gerade gestern in einem offenen Sendschreiben an alle Blätter das Geständniß gemacht hatte, daß es mit der türkischen Anleihe nicht so recht vorwärts wolle, als zu hoffen erlaubt gewesen sey. Les Massacres en Syrie sind eine schlichte Reklame für die Anleihe."

Paris, 1. Jan. Es gehört viel guter Wille dazu, aus dem, was der Kaiser heute gesprochen hat, ein bedeutendes Ereigniß zu machen. Er hat gethan, was er nicht lassen konnte, d. h. er hat den verschiedenen Deputationen kurz für die guten Wünsche gedankt, die sie ihm darbrachten. Eines außergewöhnlichen Vorfalles oder inhaltschweren Wortes bei der ganzen Zeremonie geschieht keine Erwähnung. Nur die Abwesenheit der Kaiserin fiel sehr auf. (Köln. Z.)

Das Gesandtschaftsvisa auf Pässe ist nun auch abgeschafft worden für Reisende von Belgien über Calais nach England.

Vertrauliche Nachrichten, die der französischen Regierung aus China zugegangen sind, melden, daß in dem Expeditionsheere Krankheiten aller Art grassiren.

Italien.

Der verunglückte römische Putsch vom 18. Dez. soll eine weit breitere Basis gehabt haben, und der Plan soll gewesen seyn, den Papst durch weitere Manifestationen zur Flucht zu bewegen. Die energische Haltung des Generals Goyon hat ihn jedoch vereitelt, und man begnügte sich deßhalb mit dem Anheften von Proklamationen zu Gunsten der Annexion. Es kam hierbei zu einer komischen Scene. Auf dem Platz des Kapitols steht bekanntlich die Reiterstatue von Markus Aurelius. Unweit davon befindet sich eine französische Schildwache. Bei der Morgendämmerung starrt der arme Soldat ganz verblüfft den bronzenen Kaiser an, der sich auf einmal zu einem piemontesischen Emissair umgestaltet. Er trug in jedem Arm eine Trikolore; und vor der Brust seines Pferdes hing ein mächtiges Savoyer Wappen. Die Polizei beraubte indeß am frühen Morgen den Imperator dieser seltsamen Insignien.

Alexander Dumas schreibt in seinem Journal sich allein die „Befreiung" Neapels zu; er habe den Brief an Carini geschrieben, jeden Abend Proklamationen angeschlagen, vor denen Franz entflohen, und er habe Neapel Garibaldi übergeben.

Türkei.

Konstantinopel, 22. Dez. Von Interesse dürfte es seyn, zu erfahren, daß Hr. Marquis de Lavalette, der französische Gesandte, letzter Tage per Telegraph um Suspendirung der Aufführung des Stückes: „Les massacres en Syrie" in Paris ansuchte, indem der Großvezir, der darüber wahrscheinlich Berichte erhalten hatte, seinen Unwillen in sehr empfindlicher Weise zu erkennen gab. Ich kann vollständig verbürgen, daß er den Gesandten Napoleons III. ganz lakonisch und kaltblütig sagte: „In Paris spielt man jetzt die „Massacres in Syrien", und in der That müssen die Vorstellungen den Beifall Europa's erringen, um so mehr, als die Masken ihrer Landsleute historisch getreu sind. Franzosen im Gewande von Maroniten, Drusen und Türken, beim Propheten, so ist's und so war's." (S. Frankreich.)

Amerika.

In Kalifornien zieht die Trennungsagitation der südlichen Staaten die allgemeine Aufmerksamkeit an, und die Breckinridge Organe besprechen den Plan zu einem „Stillen Weltmeer-Staaten-Bund."

Nichtpolitische Zeitung.

Schwabmünchen, 1. Jan. Der 60 Jahre alte Schreinermeister N. Meitinger von Kleinaitingen ließ sich auf dem Bahnkörper bei Wehringen von dem Güterzuge überfahren und wurde förmlich entzwei geschnitten. (Fränk. Kur.)

Saarbrücken, 2. Januar. Auf der Trierer Bahn zwischen Merzig und Saarburg ist an mehreren Stellen durch Dammbrüche die Bahn zerstört.

Münster, 2. Januar. Die Gebirgsstrecke der Westfälischen Bahn ist noch immer verschneit. Das durch den heftigen Wind veranlaßte Schneetreiben macht alle Aufräumungsarbeiten nutzlos. In der Neujahrsnacht ist einer der Schneearbeiter auf der Strecke todt gefunden, wahrscheinlich erfroren.

Der als Novellendichter bekannte Fr. Spielhagen, welcher auf eine Reihe von Jahren die Redaktion des Feuilleton der „Ztg. f. Nordd." übernommen hat, war in Hannover um Verleihung des Bürgerrechts eingekommen. Ein junger Senator referirte über das Gesuch und beantragte dessen Verwerfung, „weil es Praxis der Kollegien sey, Schauspielern, Tänzern und derartigem Volk das Bürgerrecht nicht zu gewähren." Als man ihm Einwendungen machte, suchte der Stadtdirektor nachzuweisen, daß die Literaten keineswegs die Gewähr für ihre gesicherte Subsistenz böten, und daher allerdings in jene Kategorie von „derartigem Volke" fielen.

Frankfurt, 2. Jan. Der durch ihr abenteuerliches Leben in unserer Stadt und Umgegend wohlbekannten, seit längerer Zeit in Schuldhaft befindlichen Gräfin d'Hemery gelang es gestern, in männlicher Kleidung aus dem Gefängniß zu entkommen.

Die Heringsfischereien an der englischen Ostküste, die jetzt als geschlossen zu betrachten sind, haben in diesem Jahre einen guten Ertrag geliefert. Von den nach Yarmouth gehörigen Booten allein sind ungefähr 100 Mill. Heringe eingebracht worden. Ein einziges nach Lowestoft gehöriges Boot fing eine Mill. Stück.

* Paris. Zu den vielen Vorschlägen, welche schon für die Sicherheit der Reisenden auf Eisenbahnen gemacht worden sind, dürfte folgender des Ingenieurs H. Arnoux sehr zu empfehlen seyn, da er augenscheinlich praktisch und mit wenig Kostenaufwand in

Nöthig von Großostheim und Bürgermeister Verlenz von Königshofen einberufen, von denen die drei letzten bereits in der Kammer anwesend und vom Hrn. Präsidenten beeidigt werden. Austrittsgesuche aus der Kammer sind 2 eingelaufen, von dem Weingutsbesitzer Wolf in Wachenheim, der eine schwere Krankheit vor einigen Monaten durchmachte, und von dem Dekan Nußwurm von Landau a/Isar, dessen Gesundheit bereits bei der vorletzen Session so angegriffen war, daß er nur ein paarmal die Sitzung besuchen konnte. Deren Austritt wird genehmigt und es werden daher die Ersatzmänner einberufen, obwohl von dem ersten Ersatzmann des Wahlbezirks Landau-Neustadt, Gutsbesitzer Exter in Neustadt, schon eine Erklärung an das Präsidium der Kammer eingelaufen, daß er das Mandat nicht übernehmen werde. Da aber die Kammer zuvor die Wahlakten prüfen muß, so kann auf diesen Verzicht jetzt noch nicht eingegangen werden. Für Dekan Nußwurm wird der Ersatzmann Kaufmann Jos. Ott von Osterhofen einberufen werden. Einer Neuwahl hatten sich zufolge eingetretener Beförderung zu unterziehen: der k. Appellrath Boyé und der k. Oberappellrath Damm, die beide wieder gewählt wurden. Als k. Kommissär wurde an die Stelle des aus dem Staatsministerium der Finanzen ausgetretenen Präsidenten des k. Oberrechnungshofes Dr Wanner, der k. Ministerialrath v. Morgenroth ernannt. Die Urlaubsgesuche des Dr. Berger von Seehaus und C. Crämer von Doos auf 3 und 4 Wochen werden genehmigt. Es erfolgte hierauf der gestern mitgetheilte Vortrag des Hrn. Finanzministers.

Preußen. Berlin, 31. Dezbr. Die Anklagen gegen unsern Polizeipräsidenten dauern fort, und die „Deutsche Zeitung“ bringt einen eigenthümlichen Fall mit einer wunderlichen Wechselgeschichte, bei der man sich polizeiliche „Ermäßigungen“ erlaubt haben soll.

Das Hinscheiden des Königs Friedrich Wilhelm IV. wurde vom „Preuß. Staats-Anzeiger“ am 2. Januar in einem Extrablatt verkündet, dessen Inhalt lautet: „Drei Jahre hatte Se. Maj. der König mit seltener Kraft den Eindrücken eines mit wiederholten kleinen Schlaganfällen verbundenen organischen Gehirnleidens widerstanden. In bald kürzern, bald längern Zwischenräumen traten Symptome der Gehirnreizung ein, die das unaufhaltsame Fortschreiten des zerstörenden Krankheitsprozesses andeuteten und jedesmal eine neue bleibende Störung der Empfindung, Bewegung und des Gedächtnisses zurückließen. Am 24. d. M. Abends 8 Uhr, nachdem Se. Maj. schon mehrere Wochen auffallend weniger Antheil an der Umgebung genommen und größere Abspannung und Schwäche als bisher gezeigt hatten, stellte sich ein heftiges Erbrechen ein, das sich in der Nacht und am nächsten Tage noch dreimal wiederholte; ihm folgte ein schlummersüchtiger Zustand, aus dem Se. Maj. nicht wieder erwachen sollten; am 31. Dezember Abends gesellten sich die Zeichen beginnender Lungenlähmung hinzu, die den Todeskampf einleiteten, der bei gänzlicher Bewußtlosigkeit schmerzlos bis heute früh 12 Uhr 40 Min. dauerte.“

Kurhessen. Kassel, 30. Dez. Die amtliche „Kasseler Zeitung“ hat, wenn auch keinen harten, doch einen sehr empfindlichen Streich erlitten; sie ist der Beleidigung des Redakteurs der „Hess. Morgenzeitung“ in der obern Instanz schuldig erkannt und neben einer Geldbuße zur Veröffentlichung des Strafurtheils angewiesen worden. Man muß dabei in Betracht ziehen, daß die fraglichen Artikel aus den Regierungskreisen und zwar, wie mit Grund angenommen wird, von einem Ministerialreferenten herrühren. Der Vertheidiger der Angeklagten soll zugleich hervorgehoben haben, daß die Abfassung mit großem Vorbedacht geschehen sey, um den Kläger möglichst scharf, jedoch nicht in strafbarer Weise zu treffen. Dieses Manöver ist, wie man sieht, gänzlich mißglückt.

Großh. Hessen. Darmstadt, 31. Dez. Eine im Verlag der „Wochenschrift des Nationalvereins“ über die „Zustände im Großherzogthum Hessen“ erschienene Broschüre und die darin enthaltene Schilderung, wie der Ministerpräsident, Hr. v. Dalwigk, und dessen Rathgeber, Geheimerath Crève, verfahren, hat Hrn. v. Dalwigk veranlaßt, eine Broschüre als Beilage der „Darmst. Ztg.“ erscheinen zu lassen, um das oben erwähnte Schriftchen zu widerlegen, das darauf berechnet sey, die Bevölkerung aufzuregen, die Regierung zu stürzen und die revolutionäre Partei auf's neue zur Herrschaft zu bringen. Hr. v. Dalwigk legt auf die Versuche, einen Ministerwechsel herbeizuführen, keinen Werth; gleichwohl wird seine Verwaltung auf das Umständlichste zu vertheidigen gesucht. Die Zustände des Großherzogthums sollen denen gar mancher anderer Länder vorzuziehen seyn; die Verfassung sey seit ihrem Erscheinen im Wesentlichen nie geändert worden; Abweichungen vom Gesetz wären gerechtfertigt durch die Noth der Umstände; Tendenzprozesse lägen nicht in der Absicht der dermaligen Regierung, und wenn die HH. Metz und Genossen jetzt wegen ihrer Betheiligung am Nationalverein von den Gerichten verfolgt würden, so hätten sie das selbst verschuldet, weil die wohlgemeinten väterlichen Warnungen von ihnen in den Wind geschlagen seyen. Am Ausführlichsten ergeht sich die Erwiderung in der Rechtfertigung der Regierung in Betreff der mit dem Bischof von Mainz geschlossenen Convention, zu welchem Zweck eine Abschrift derselben beigefügt wird. (Ztg. f. Nordd.)

Oesterreich. Wien, 2. Jan. Schon in den letzten Tagen sind Mitglieder der polnischen Deputation aus Krakau und Lemberg hier eingetroffen; heute wird das Gros derselben unter Smolka's und des Fürsten Sapieha Führung hier erwartet. Galizien verlangt ganz einfach „wie Ungarn“ behandelt zu werden; die Czechen finden den Boden für ihre ähnlichen Ansprüche jenseits des weißen Berges, und wer weiß, wie viele historisch-politische Individualitäten uns noch kampfgerüstet entgegentreten werden. Die Regierung wird schleunigst einen festen Entschluß fassen müssen, wenn sie sich diese zentrifugalen Bestrebungen nicht vollends will über den Kopf wachsen lassen. So oft die Nationalitäten und die Gemeinsamkeit der Interessen sich in ihren Forderungen durchkreuzen, gegenüber dem Deutschthum sind sie sofort wieder einig. Vor Kurzem konnte man noch sagen: Dalmatien will nicht bei Kroatien bleiben, Kroatien nicht bei Ungarn, Ungarn nicht bei Oesterreich; aber die ersten Glieder dieser Kette passen schon nicht mehr; ebenso wollen die slavischen Elemente in Schlesien Anschluß an Galizien u. s. f. Läßt man den rührigen Parteien Zeit, so erhalten wir entweder gar keinen oder einen polnischen Reichstag, der mit einer itio in partes beginnt. (Südd. Z.)

Wien, 3. Januar. Die „Wiener Ztg.“ meldet, daß für den verstorbenen König von Preußen von heute an eine vierwöchentliche Hoftrauer angelegt wurde. Auch bleiben auf allerhöchsten Befehl heute beide Hoftheater geschlossen.

Prag, 28. Dez. An der hiesigen Universität, der ältesten Deutschlands, hatten sich seit 1848 auch einige tschechische Lehrer habilitirt, zur Abhaltung von Vorträgen in ihrer Sprache. Die geringe Anzahl ihrer Zuhörer bewies zur Genüge, daß es mehr der sprachlichen Liebhaberei als der Befriedigung wirklichen Bedürfnisses galt, und so blieb denn auch der Universität ihr vom Ursprung bis heute bewahrter deutscher Charakter, was auch den hiesigen Studirenden den großen Vortheil im praktischen Leben brachte, daß sie in allen Theilen der Monarchie in Amt, Kirche und Schule, sowie in jedem andern Berufszweige, schnell einen Wirkungskreis erlangen und an der deutschen Wissenschaft ihre Fortbildung in einer Weise gesichert fanden, wie keine der andern in der Monarchie vorkommenden Sprachen bieten konnte. Es kann unter diesen Umständen nicht der mindeste Zweifel am geläufigen Verständniß der deutschen Sprache Seitens hiesiger Studirender seyn; demungeachtet wird in neuester Zeit fortwährend auch an der Universität so agitirt, als wäre den Studirenden tschechischer Abkunft das Deutsche ganz fremd. Wie selbst das kirchliche Heiligthum durch derartige Demonstrationen entweiht wird, zeigte sich am letzten Sonntage bei der Predigt nach dem akademischen Gottesdienste, wo die tschechischen Studirenden mit Ostentation die Kirche verließen, sobald der Priester seine Rede in deutscher Sprache begann. Der Kardinal-Fürsterzbischof traf bereits Anstalten, auch in dieser Beziehung dem Verlangen der Tschechen Gewährung zu verschaffen; aber solche und andere Vorgänge, die von gewissen verborgenen Führern hervorgerufen und geleitet werden, beweisen am besten, was davon zu halten, wenn dieselben Leute, jetzt am Vorabend der Wahlen, die Deutschen durch schöne Redensarten zu ködern und zum gemeinschaftlichen Zusammengehen zu bereden suchen. Uebrigens verdienen die hiesigen tschechischen Strebungen auch außerhalb Oesterreichs sorgfältige Beachtung, denn sie sind nicht nur im innigen Zusammenhang mit jenen der Südslawen, sondern auch mit allen Landen polnischer Zunge, und zwar ist der Verkehr mit Letztern jetzt inniger und planmäßiger, als es 1848 der Fall war. (N. Preuß. Ztg.)

Aus Pesth, 28. Dez., schreibt man der „Allgem. Zeitung“. Die Stimmung fängt an sich zu beruhigen, und die Besonnenheit kommt nach und nach wieder an die Oberfläche, nachdem die Wellen des Uebermuths sich gelegt und geglättet haben. Was hat Ungarn dabei zu gewinnen, wenn es sich von den Leidenschaften, vom Mißtrauen und von nationaler Unduldsamkeit bis zum Aeußersten treiben läßt? So fragt man sich, denkt an die Ursachen, welche die Katastrophe vom Jahr 1848 herbeigeführt haben, und die nichts anderes gewesen sind als Maßlosigkeit und nationale Intoleranz, und Besonnenheit und Ueberlegung gewinnen wieder Boden. (Gut, wenn es wirklich so ist.)

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 5.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 5. Januar 1861.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 3. Jan. Se. Maj. der König hat den von den Priestern Seb. Straub, Pfarrer in Hördt, Ldkssts. Germersheim, und Ferd. Doppelbeuer, Pfarrer in Lautzkirchen, Ldkssts. Zweibrücken, eingeleiteten Pfründetausch genehmigt.
(N. Münch. Ztg.)

München. (Verzeichniß der von Sr. Majestät dem Könige am Neujahrstage 1861 verliehenen Orden.) (Schluß.) Ritterkreuz des Verdienst-Ordens der bayer. Krone: Seb. v. Kobell, Generalsekretär des Staatsraths; Ed. Frhr. v. Niederer, Legationsrath in Rom; Rud. Metz. Direktor des Appellgerichts von Mittelfranken; Dr. Heinr. Wirschinger, Oberstaatsanwalt am Apellgericht von Schwaben und Neuburg; Dr. Jak. Lauck, Oberappellrath; Marquard v. Rehlingen, Ministerialrath im Staatsministerium des Innern; Karl Frhr. v. Lindenfels, Direktor der k. Regierung von Mittelfranken zu Ansbach; Ant. Widder, 2. Bürgermeister der Haupt- und Residenzstadt München; Ant. Gengler, Dombechant in Bamberg; Dr. Chr. Friedr. Böckh, Oberkonsistorialrath in München; Dr. Heinr. Karl Aug. Burger, Oberkonsistorialrath in München; Dr. Ernst v. Lasaulx, Universitätsprofessor in München; Peter Heß, Hofmaler in München; Karl Frhr. v. Eichthal, k. Kämmerer und Gutsbesitzer in München; Karl Dyck, Vorstand des Telegraphenamts in München; Ad. Pfretzschner, Ministerialrath im Staatsministerium der Finanzen; Jos. Leopolder, Direktor der k. Regierung zu Landshut; Ad. Weishaupt, Oberberg- und Salinenrath in Berchtesgaden; Mor. Spies, Geniekorps-Kommandant, Generalmajor zu München; Fried. Frhr. v. Reichlin-Meldegg, General-Auditor und Referent im Kriegsministerium; Karl Graf zu Pappenheim, Oberst und Flügeladjutant Sr. Maj. des Königs.

Ritterkreuz des Verdienstordens vom h. Michael 1. Klasse: W. Schmitt, Hoftheater-Intendanz-Sekretär; Fr. W. Hofer, Rath und Hofsekretär Sr. k. Hoh. des Prinzen Karl von Bayern; Ludw. Graf Paumgarten, Legations-Sekretär in London; G. Wortmann, Konsul zu Gibraltar; Dr. H. Orges, Redakteur der „Allg. Z." in Augsburg; Mich. Pruner, Oberappellrath in München; Jos. Salzmann, Oberappellrath in München; Dr. G. Heinzelmann, Oberappellrath in München; Ferd. Haubenschmied, II. Staatsanwalt am Oberappellgerichte; H. Fitting, Appellrath in Zweibrücken; Adam Dobmayr, Appellrath in Freising; Nikolaus Lindner, Appellrath in Amberg; Quirin List, Advokat und Wechselgerichtsnotar in Straubing; F. Graf v. Rambaldi, Regierungsrath in München; Jos. Zimmerer, Regierungsrath in Bayreuth; Friedr. Aug. Saile, Regierungsrath in Augsburg; Fr. G. Wölkel, Hofökonomierath und Vorstand der Red. des Ges.- und Reg.-Blattes; Pleikhart Stumpf, Landtags-Archivar; L. Frhr. v. Freyberg, Landrichter in Schrobenhausen; Karl Zölch, Landrichter in Ebersberg; Fr. Ser. Christoph, Landrichter in Pfarrkirchen; K. Frhr. v. Lichtenstern, Landrichter in Regenstauf; K. Barlet, Landrichter in Bayreuth; F. Koneberg, Landrichter in Oberdorf; L. Frhr. v. Holzschuher, Landkommissär in Landau; Franz Meuth, Inspektor des Centralgefängnisses zu Kaiserslautern; Max Bruckbräu, Hauptmann der Gend.-Komp. von Oberfranken, Dr. K. J. v. Limprunn, Gerichtsarzt in Starnberg; Dr. K. Barth, Bezirks- und Landgerichtsarzt in Eichstädt; K. H. Münch, rechtsk. Bürgermeister zu Hof; A. v. Rouesch, pens. fürstl. Oettingen-Spielberg. Forstmeister, Landwehr-Oberstl. und Distriktsinspektor; Chr. Pöllath, Regierungsrath im Staatsministerium d. J. f. Kirchen- u. Schulangel.; A. Schmid, Domkapitular und Dompfarrer in München; P. Köstler, Domkapit. und Dompfarrer in Speier; Dr. H. Wein, Domkap. und Dompfarrer in Regensburg; Dr. Jos. G. Dreer, Domkap. und Dompfarrer in Augsburg; Dr. B. Prand, geistl. Rath und Inspektor des Erziehungsinst. zu Nymphenburg; Joh. Chr. Sixt, prot. Dekan und Hauptprediger in Nürnberg; Dr. F. X. Reithmayr, Dr. W. Heinr. Riehl und Dr. Franz Löher, k. Universitätsprofessoren in München; Dr. Aug. Hauner, Professor hon. an der Universität in München; Paul Heyse, Schriftsteller in München; Dr. Joseph Gerlach, Universitätsprofessor in Erlangen; Dr. Karl Thiersch, Universitätsprofessor in Erlangen; Fr. Hauser, Direktor des Konservatorium für Musik in München; Paul Kiostermaier, Lyzealrektor und geistl. Rath in Freysing; J. W. Thum, Gymnasialdirektor in Neuburg; Kaspar Eilles, Professor und Conrektor am Ludwigs-Gymnasium in München; Friedr. Petri, Assessor der Generaldirektion der Verkehrsanstalten; Gg. Beuschl, Baurath in München; Georg Lavale, Kreisbaurath in Speyer; Joh. Gg. Seiling, Oberzollinspektor in Mittenwald; Aug. Frhr. v. Dürsch, Vorstand der Kreisackerbauschule und Staatsgutsverwalter in Schleißheim; Dr. Jos. Bauer, Rektor der Kreislandwirthschafts- und Gewerbsschule in München; Dr. Heinr. Rose, Rektor der Kreislandwirthschafts- und Gewerbsschule in Nürnberg; Heinr. Faber, Rektor der Kreislandwirthschafts- und Gewerbsschule in Kaiserslautern; Alois Graf v. Arco zu Steppberg, Kämmerer und charakterisirter Oberstlieutenant in München; Albert Frhr. v. Süßkind, Gutsbesitzer zu Dennerlohe; v. Mühldorfer, Brauerei- und Realitätenbesitzer zu Vilshofen; v. Paur, Gutsbesitzer zu Waffenbrunn, Ldg. Cham; Gg. Scheibenpflug, Oberrechnungsrath; Joh. Kaul, Regierungsrath bei der Staats-Schuldentilgungs-Kommission; Friedr. Karl Burkard, Regierungsrath I. Consulent der k. Bank in Nürnberg; A. Roos, Regierungsrath in Speyer; Fr. Winkler, Regierungs- und Kreis-Forstrath zu Ansbach; Anton Lori, Rentbeamter zu Vilshofen; Benno Steyrer, Rentbeamter zu Aibling; Max Ott, Rentbeamter zu Augsburg; Fr. Heldrich, Kreisforstrath in Bayreuth; Max Hönig, Forstmeister in Schongau; Andr. Knott, Oberst des 6. Chev.-Regiments; Jos. Maendl, Oberst des 3. Inf.-Regiments; Friedr. Graf v. Bothmer, Oberst des 3. reitenden Artillerie-Regiments; Heinrich Wolf, Oberauditor im General-Auditoriate; Karl Orff, Oberkriegs-Kommissar; Heinrich Häring, Oberstlieutenant im Genie-Stab, Vorstand der 1. Genie-Direktion; Max Aldosser, Oberstlieutenant und Kommandant der Bundesfestung Landau; Aug. Frhr. v. Leonrod, Major und Flügeladjutant Sr. Maj. des Königs; Phil. Schuhmacher, Major im Genie-Reg.; Fried. Weis, Hauptmann im Generalstab; Dr. Hugo Schröder, Regiments- und Leibarzt Sr. k. Hoh. des Prinzen Adalbert von Bayern.

Ritterkreuz 2. Klasse des Verdienstordens vom hl. Michael: Joh. Aug. Herbst, Hofgestütmeister und Thierarzt zu Rohrenfeld; Jos. Spiegel, Kanzlei-Sekretär bei der k. Gesandtschaft in Wien; Christ. Morgenstern, Landschaftsmaler, Ehrenmitglied der Akademie der bildenden Künste; Fried. Brugger, Bildhauer dahier; Jos. Albert, Hofphotograph; Ludw. Haag, k. Rath bei der General-Direktion der Verkehrs-Anstalten; Karl v. Orff, 1. Registrator der General-Zolladministration.

Silberne Ehrenmünze des Verdienst-Ordens der bayer. Krone: Phil. Hüther, Burgwart in der Herzog-Maxburg.

München, 2. Jan. Zufolge Kommandantschaftsbefehls hören heute sämmtliche wegen des erhöhten Bierpreises kürzlich angeordneten Sicherheitsmaßregeln auf. (Augsb. Abend-Ztg.)

München, 3. Jan. (Erste, beziehentlich 7. Sitzung der Kammer der Abgeordneten.) Am Ministertische: Sämmtliche HH. Staatsminister und mehrere Ministerialräthe. — Nach 16monatlicher Unterbrechung eröffnete heute der 1. Präsident Graf Hegnenberg-Dux die diesjährigen Kammersitzungen. Der Personalbestand ist folgender: Gegenwärtig sind 105 Mitglieder, seit der Vertagung sind vier gestorben, nämlich Stadtpfarrer J. B. Thanner in Erbendorf, Pfarrer Frz. Xav. Rechenmacher in Wegscheid, Appellrath K. Samhaber in Aschaffenburg und Advokat K. Stauder in Schweinfurt; an deren Stelle wurden die Ersatzmänner Gutsbesitzer Max Frhr. v. Künßberg aus Gutenthan, Kaffetier Hohenthanner von St. Nicola, Oekonom Christ.

gegen den Bund und nur 3 für denselben austraten. Einstimmig wurde aber angenommen, daß wo möglich jedes Jahr ein fränkisches Turnfest mit Berathung abgehalten werden solle.

Neueste Nachrichten.

** München, 2. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Wegen des Ablebens des Königs von Preußen hat unser k. Hof von heute anfangend Hoftrauer auf vier Wochen angelegt. Eine Deputation des Infanterie-Regiments Nr. 6, dessen Oberstinhaber der verlebte König war, wird sich zur Begräbnißfeier nach Berlin begeben.

** München, 2. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Auf der Tagesordnung für die auf morgen anberaumte Sitzung der Kammer der Abgeordneten steht lediglich der Präsidialvortrag über den Personalstand der Kammer, dann über die eingekommenen Austritts- und Urlaubsgesuche; es wird dann in dieser Sitzung die Vorlage des Budget erfolgen. Im Einlauf der Kammer befinden sich: Beschwerde des vormaligen Ministerialfunktionärs Ludwig Sachenbacher von Donauwörth wegen gesetzwidriger Verhaftung und widerrechtlichen Gefangenhaltens, dann eine zweite Beschwerde desselben, wegen (angeblicher) Justizverweigerung — in welchem Betreff auch von dem Wachszieher Eduard Sachenbacher eine Beschwerde eingelaufen ist.

München, 2. Jan. Se. Maj. der König hat auf das im Forstamt Amberg in Erledigung gekommene Revier Kastl den Forstamtsaktuar zu Weiden, Theod. Auer ernannt; auf die an dem Bezirksgerichte Landau erledigte Stelle des Staatsprokurators-Substituten den Substituten des Staatsprokurators am Bezirksgerichte Frankenthal, Ed. Hanauer, seinem Ansuchen entsprechend, versetzt, und zu dessen Stelle den Landrichter Friedr. Croissant von Rockenhausen befördert. (N. M. Z.)

München. (Verzeichniß der von Sr. Majestät dem Könige am Neujahrstage 1861 verliehenen Orden.)

Großkreuz des Kronordens: Aug. Frhr. v. Cetto, kgl. Gesandter in London; Otto Graf v. Bray, kgl. Gesandter in Wien.

Großkreuz des St. Michaelsordens: Karl Frhr. v. Schrenk, Staatsminister des kgl. Hauses und des Aeußern.

Großcomthurkreuz des Kronordens: Generall. A. v. d. Mark.

Großcomthurkreuz des Verdienstordens vom h. Michael: Max v. Neumayr, Staatsminister d. Innern, Generall. Carl Frhr. v. Heydeck, genannt Heidegger.

Comthurkreuz des Verdienstordens der bayer. Krone: Maxim. Frhr. v. Freyberg-Eisenberg, kgl. Kämmerer; Ludw. v. Wich v. d. Reuth, k. Legationsrath in Wien; Wolfgang v. Ott, k. Generalmajor ad latus des Generalkommandos München; Friedr. Schnitzlein, Generalmajor und Gouverneur der Bundesfestung Landau.

Komthurkreuz des Verdienstordens vom heil. Michael: Otto Frhr. v. Lerchenfeld-Aham, Vice-Oberstallmeister; Fr. Frhr. von du Prel, Direktor der k. Regierung von Niederbayern, K. d. J.; Dr. A. v. Harleß, Präsident des kgl. protest. Oberkonsistorium; W. v. Kaulbach, Direktor der Akademie der bildenden Künste in München; K. v. Meixner, Ministerialrath; J. B. v. Graf, Ministerialrath und Kronanwalt; Phil. Frhr. v. Brandt, Generallieutenant. (Fortsetzung folgt.)

Die amtliche „Wiener Ztg." meldet: „Die k. sächsische Regierung hat in gewissenhafter Erfüllung der mit Oesterreich bestehenden Verträge den zu Dresden angehaltenen Grafen Ladislaus Teleky der kaiserlichen Regierung auf ihre Requisition übergeben. Se. Maj. der Kaiser haben den Grafen Teleky vor sich bescheiden zu lassen und ihm persönlich zu eröffnen geruht, daß Allerhöchstdemselben die entschiedene Feindseligkeit wohl bekannt sey, die Graf Teleky oft und bis in die neueste Zeit gegen das allerhöchste Kaiserhaus und die Interessen der Monarchie an den Tag gelegt habe; daß aber Allerhöchstseine Majestät sich dennoch bewegen finden, jede weitere Untersuchung niederschlagen zu lassen und ihm seine volle Freiheit zu schenken. Se. Maj. der Kaiser haben das Wort des Grafen Teleky entgegengenommen, allen feindseligen Verbindungen mit dem Auslande zu entsagen, die Grenzen der Monarchie nicht zu überschreiten und vor der Hand sich jeder politischen Thätigkeit zu enthalten. Demzufolge ist Graf Teleky seiner Haft entlassen und jedes weitere gerichtliche Vorgehen gegen denselben eingestellt worden. Der Monarch hat gegenüber einem der entschiedensten Gegner seines erlauchten Hauses und seiner Staaten Gnade und Verzeihung walten lassen.*) Durchdrungen von dem Gefühle der Herrscherpflicht, die Ruhe seiner Unterthanen vor den unermüdlichen Bestrebungen leidenschaftlicher Feinde zu sichern, hat er die sicherste Garantie in einem Akte rückhaltloser Großmuth und in einem Manneswort gesucht und gefunden, dessen Heiligkeit den besseren Naturen über den Einflüsterungen politischer Leidenschaften steht. Sein Vertrauen wird nicht getäuscht werden, seine Völker aber werden ihren Monarchen verstehen und ihn mit freudigem Stolze auf einem Wege begleiten, dessen Richtung auch dieser Akt der kaiserl. Gnade neuerdings unverkennbar bezeichnet."

*) Dieser Entschluß scheint doch erst einige Zeit nach der Auslieferung des Grafen gefaßt worden zu seyn; sonst hätte man ihn wohl nicht so lange warten lassen. Es scheinen also doch von auswärtigen Höfen Vorstellungen gemacht worden zu seyn.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stabel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	73 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	$58\frac{1}{4}$ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	$48\frac{1}{8}$—$47\frac{5}{8}$ G
„	5 pCt. Metall. Obligation.	39 P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt.	$33\frac{5}{8}$ P.
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$ pCt. Staatsschuldsch.	$86\frac{1}{4}$ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102 P.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. 1jähr. dto.	$101\frac{1}{4}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr dto.	$101\frac{3}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$99\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	95 P.
Württemb.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. b. Rothsch.	102 G.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{2}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$102\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. v. 1842	$93\frac{1}{2}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$101\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$99\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{2}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	$100\frac{7}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$98\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$ pCt. Obl.	$96\frac{1}{4}$ P.
„	3 pCt. Obl.	$89\frac{1}{2}$ P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	$47\frac{1}{4}$ G.
„	$1\frac{3}{4}$ pCt. „ „ „	41 P.
Schweden	$4\frac{1}{2}$ pCt. Obl. à 500 Thlr.	97 P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$107\frac{7}{8}$ P. ex D.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	551 P. ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	122–$20\frac{1}{2}$ G. ex D.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	171 P. 170 G. ex D.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	63 P. ex D.
Internationale Bank in Luxemb. . .	78 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	330 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	$67\frac{3}{4}$ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 25 kr.	220 P. ex D.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 P. 117 G.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	72 P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	22 G
Ludwigshafen-Bexbacher à 8 pCt. .	$125\frac{1}{4}$ P. ex D.
Pfalz. Maxb. b. Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	95 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49 P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	$215\frac{1}{2}$ P.
Span. Handels- u. Industrie . . .	470 P. ex D.
„ Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	460 G. ex D.
Bayr. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$101\frac{1}{2}$ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	$101\frac{1}{2}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	$99\frac{1}{2}$ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 B.
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$95\frac{3}{4}$ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 B.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{2}$ B.
London Lst. 10 k. S.	117 B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	$92\frac{3}{4}$ B.
Paris Frs. 200 k. S.	$92\frac{7}{8}$ B.
Triest fl. 100 k. S.	$77\frac{1}{2}$ B.
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	73—$77\frac{1}{2}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$67\frac{1}{2}$ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$43\frac{1}{4}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	—	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$124\frac{3}{4}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	55 P.	„ fl. 25 do.	$35\frac{3}{4}$ P.
„ fl. 100 Elsb. L. v. 1858.	—	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	36 P.
$3\frac{1}{2}$ pCt. Preuss. Pr.-Anl. bei R.	$117\frac{1}{4}$ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	$50\frac{1}{4}$ G.
Mailand-Como fl. 14	—	St. Lüttich m. $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$36\frac{1}{2}$ P.
Badische fl. 50	87 P.	Vereins-Loose fl. 10.	10 P.
Badische fl. 35	$51\frac{3}{4}$ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	$10\frac{1}{8}$ P.

Frankfurt, 3. Jan. Für österr. Fonds, Bank- und Kreditaktien und Wechsel auf Wien war die Haltung der Börse matt und wurden dieselben zu weichenden Kursen verhandelt. Auf süddeutsche Fonds blieb der Rückgang der österreichischen ohne Einfluß. (Synd.)

erstrebten hohen Ziele schon so nahe ständen, und endlich — sich auf Napoleon zu verlassen!! Selbstverständlich wurden diese merkwürdigen Maueranschläge noch in den ersten Frühstunden eilig herabgerissen, aber die Kunde von ihrem Inhalte war doch schon in einen kleinen Theil des Publikum gedrungen. Die Ermittlung der nächtlichen Thäter ist bisher noch nicht geglückt.

Großbritannien.

Die Lust, Bärte zu tragen, hat sich in neuester Zeit in England selbst auf die Pastoren der Hochkirche verpflanzt, und der Bischof von Rochester hat es für seine Pflicht gehalten, in seiner Diözese Einsprache dagegen zu erheben. Er wird schwerlich etwas ausrichten. Auch die Bank von England hatte allen ihren Beamten verboten, „während der Komptoirstunden Bärte zu tragen," doch hat sie ihr Verbot wieder zurückgenommen. Die Mode ist eben stark, wie eine Naturkraft. Trägt doch selbst der Herzog von Newcastle, Ihrer Majestät Kolonialminister, einen vollen Bart, und schon das letzte Parlament hatte Figuren aufzuweisen, die verdienten, dem ehemaligen deutschen Wühlhuber aus den Münchener fliegenden Blättern würdig zur Seite gestellt zu werden. Die Zeit, wo es in England für unanständig galt, den Bart wachsen zu lassen, ist vorüber. (Köln. Z.)

Frankreich.

Paris, 31. Dez. Auf einen vom „Moniteur" mitgetheilten Bericht des Unterrichtsministers an den Kaiser, aus welchem wir erfahren, daß ungefähr 4400 Hülfslehrer (Instituteurs suppléants) nur 400 Frs. Jahresgehalt beziehen, hat der Kaiser unterm 29. d. dekretirt, daß vom 1. Jan. 1861 keine Hülfslehrer mehr ernannt, die vorhandenen aber zu Kommunal-Lehrern mit 600 Frs. Jahresgehalt ernannt werden sollen.

Italien.

Neapel, 31. Dezbr. Es ist nun entschieden, daß „im Nothfall" in jeder Provinz ein Bataillon der Nationalgarde mobil gemacht werden soll; in Neapel wird sich diese Mobilmachung auf mehrere Bataillone erstrecken. Diese so mobil gemachten Bataillone werden vorzugsweise aus Freiwilligen bestehen. Auf alle Fälle werden sich die Nationalgardisten unter 35 Jahren dieser Mobilmachung nicht entziehen können.

Zu Mailand und Genua haben in den letzten Tagen in den Theatern ähnliche Demonstrationen wie in Neapel stattgefunden, indem man die Abspielung der von der Polizei verbotenen Garibaldihymne verlangte. Bei dem Tumulte im Theater von San Carlo hatte der König, da er in bürgerlicher Kleidung der Vorstellung beiwohnte, hinlänglich Gelegenheit, sich zu überzeugen, wie beliebt er und seine Piemontesen in der neapolitanischen Hauptstadt sind. Mit der öffentlichen Sicherheit ist es in Neapel so weit gekommen, daß es gefährlich ist, nach Eintritt der Dämmerung die Straßen zu betreten. Kürzlich wurde ein junger Mann auf einem öffentlichen Platze, während eine Militärmusik spielte, erdolcht, ohne daß man des Mörders habhaft werden konnte.

Rußland und Polen.

In der Reorganisation der Flotte nach Material und Mannschaft, die sich absichtlich viel mehr im Stillen vollzieht, entfaltete der Großadmiral Großfürst Konstantin eine enorme Thätigkeit. Die Hauptaufgabe war, gegenüber der kolossalen Entwicklung der maritimen Kräfte bei den andern Seemächten, die Herstellung einer Dampfflotte. Die Gesammtstärke der Flotte hat in den sechs Jahren, da der Großfürst Konstantin mit nahezu unumschränkten Vollmachten an ihrer Spitze steht, beinahe um das Vierfache zugenommen. Anstatt daß der kolossale Militärstaat noch im Kriegsjahr 1855 nur 46 große Schiffe von höchst zweifelhafter Beschaffenheit auf dem Papier stehen hatte, schwammen um die Mitte des Jahres 1857 deren 158 wirklich auf den Wellen, worunter sich 73 große, meist ganz neue Dampfer befanden. Als im Juli 1858 die Reorganisation der Ostseeflotte als vollendet bezeichnet wurde, bestand dieselbe aus 27 Equipagen, von denen jede, außer zahlreichen Schrauben- und Räderkanonenbooten, aus je einem Linienschiff von 60 bis 120 Kanonen und einer Dampf-Fregatte oder Korvette zusammengesetzt wird. Bei der Concessionirung aller neuen Dampfschifffahrts-Gesellschaften wird die Bedingung aufgestellt, ihre Fahrzeuge erforderlichen Falls als Transportschiffe zur Verfügung der Krone zu stellen. Auch das neu gebildete Amur-Geschwader wird auf etwa 60, meist kleinere Schiffe angegeben, während eine riesenhafte Dampfmaschinen-Fabrik in Astrachan seit 1857 so unablässig wie ausschließlich für die Herstellung einer Flotte des kaspischen Meeres und des Aralsee's arbeitet. Eben so vermehren sich auch die Geschwader des weißen, stillen und chinesischen Meeres.

Briefe aus Rußland vom 8. Dez. melden, daß in den Bezirken Tschernikoff und Pultawa Unruhen ausgebrochen sind und das Standrecht verkündet wurde. Die Bauern wollen den Kronbauern gleichgestellt werden, die besondere Vorrechte genießen.

Asien.

Nach dem russischen in den Petersburger „Wjedomosti" veröffentlichten Bericht über die Einnahme von Peking hat der russische General Ignatiew, nachdem der Kaiser von China nach der Manschurei entflohen war und für den Kopf eines jeden schwarzen Barbaren (Franzosen) 50 Lan (1 Lan = 2 Rubel 30 Kopeken) und jedes weißen (Engländer) 100 Lan ausgesetzt und zur Vernichtung der Barbaren mittelst Manifest aufgefordert und geschworen hatte, dieselben fürchterlich zu bestrafen, die Vermittlung des Friedensschlusses übernommen. Bevor die Verbündeten in die Stadt einzogen, begab sich der russische General Ignatiew mit 14 Kosaken nach der Behausung der russischen Gesandtschaft in Peking, wo sich sobald alle Stützen der Regierung einfanden und ihn bei der 200jährigen Freundschaft mit Rußland beschworen, die Stadt zu retten und die Vermittlung zu übernehmen. Vor allem Anderen forderte nun Ignatiew, es müßten alle früher von Rußland gestellten Forderungen acceptirt werden. Nachdem dies geschehen, wurden von den 38 Gefangenen der verbündeten Parlamentäre, von welchen allmälig 19 zurückgegeben waren, neun Särge mit den Leichen der auf die raffinirteste Weise durch die Chinesen zu Tode Gemarterten ausgeliefert. Ignatiew erklärte, daß dieses unmenschliche Verfahren eine Verletzung der Grundlage des internationalen Rechtes sey und die Rache Europas, auch Rußlands, trotz der 200jährigen Freundschaft, über China heraufbeschwören werde, und daß ihnen daher nichts übrig bleibe, als die Forderungen der Alliirten anzunehmen. Dies geschah; der Vertrag wurde unterzeichnet, wodurch die Chinesen sich verpflichten, 8,000,000 Taels Contribution den Engländern und eben so viel den Franzosen, außerdem 1,000,000 S.-R. für die Familien der zu Tode Gemarterten zu zahlen. Nach dem Friedensschluß hat Ignatiew den verbündeten Bevollmächtigten und Gefolge ein Diner im russischen Hofe gegeben. (Hamb. B.-Halle.)

Nichtpolitische Zeitung.

München. Die Gebrüder Schlagintweit haben Sr. M. dem König Max den ersten Band ihres großen (englisch geschriebenen) Werkes überreicht, das die „Resultate ihrer wissenschaftlichen Expedition nach Indien und Hochasien in den Jahren 1854—58" behandelt. Der in prachtvoller Ausstattung bei Brockhaus in Leipzig und Trübner in London erschienene Band erstattet im ersten Theil Bericht über die Reisen der drei Brüder, sowie über die letzten Tage und den Tod des dritten Bruders Adolf, der bekanntlich (nach der Rückkehr der beiden Andern nach Europa) in Asien ein trauriges Ende fand; gibt dann im 2. Thl. sehr eingehende astronomische Längen- und Breiten-Berechnungen und im 3. Thl. magnetische Beobachtungen aus Indien, dem Himalaya und Tibet.

München, 1. Jan. Die bayerische Hypotheken- und Wechselbank hatte im 2. Semester dieses Jahres folgendes Ergebniß: Uebertrag aus dem 1. Semester 11,247 fl. 10 kr. Hypotheken-Erträgnisse 390,565 fl. 44 kr., Escompte-Erträgnisse 48,266 fl. 7 kr., Leih-Erträgnisse 119,282 fl. 18 kr., Aktien-Umschreibungs- und Giro-Gebühren 2c. 1590 fl. 48 kr., Erträgnisse der Reservefonds 134,350 fl. 39 kr., Gewinn an begebenen Wechseln 20 319 fl. 50 kr., Erträgnisse der Feuerversicherungs-Anstalt 170,000 fl., Erträgnisse der Lebensversicherungs- 2c. Anstalt 22918 fl. 50 kr., Erträgnisse der Filialen Augsburg und Lindau 13448 fl. 10 kr. = 931,959 fl. 36 kr. Hievon ab: Regiespesen 27,029 fl. 32 kr. Abschreibung am Solde des Baukontos 1441 fl. 3 kr., Zinsen für übernommene Gelder 2c. 68,148 fl. 20 kr. = 96,618 fl. 55 kr. Es hat sich demzufolge ein Ueberschuß von 835,340 fl. 41 kr. ergeben. Von demselben werden als Dividende auf 40,000 Aktien à 20½ fl. verwendet 820,000 fl., dem Reservefond für Personalexigenz zugewiesen 9000 fl. und der Rest mit 6340 fl. 41 kr. dem 1. Semester 1861 zugewiesen.

Am 30. Dezbr. waren auf Einladung des Fürther Turnvereins die Vertreter von 10 auswärtigen Turnvereinen zu einer Berathung in Fürth zusammengetreten, welche die Gründung eines „fränkischen Turnerbundes" zum Zweck hatte. Die vertretenen Vereine waren die von Fürth, Nürnberg, Bamberg, Schwabach, Burgfarrnbach, Ansbach, Schweinfurt, Dinkelsbühl, Weissenburg, Gunzenhausen und Schweinau. Der Antrag zur Gründung eines solchen Bundes, von dem Fürther Turnverein ausgegangen, fand aber nur wenig Anklang, indem bei der Abstimmung 8 Vereine

fessur; Schlichtung des Streits mit Rom; Berufung Boyen's und Eichhorn's ins Ministerium; Anstellung der Gebrüder Grimm und Dahlmann's; Berufung Schelling's, Rückert's, Tieck's, Cornelius', Mendelssohn's &c.; Reorganisirung der Turnanstalten und eine freiere Bewegung der Presse.) Für vieles jedoch, was er im Sinne socialen Fortschritts erstreben zu müssen glaubte (Kirche, erbliche Aristokratie &c.), fand er kein Verständniß. Was das Land erstrebte, constitutionelle Verfassung im Sinne der Zeit, dagegen sträubte er sich. Doch geschah endlich ein entscheidender Schritt dazu durch das Verfassungspatent vom 3. Februar 1847. Merkwürdig war die Rede, die er damals bei Eröffnung des ersten Vereinigten Landtages hielt. Die Ereignisse von 1848 brachten dem Lande, was es so beharrlich erstrebte, und am 31. Januar 1850 beschwor der König die preußische Verfassung. Trübend traten in sein Leben die beiden Mordanfälle Tschech's und Sefeloge's. Im Jahre 1857 ernstlich erkrankt, ging er in für die Seinen schmerzlicher Langsamkeit schrittweise seiner Auflösung entgegen. Vermählt war der König mit der Prinzessin Elisabeth von Bayern, geboren 13. Nov. 1801. Die Ehe blieb kinderlos.

Posen, 30. Dezbr. Der hiesige Erzbischof hat bekanntlich, gleich dem Erzbischof von Köln und andern katholischen Kirchenfürsten, einen Hirtenbrief zu Gunsten des päpstlichen Stuhls erlassen und zugleich zur Gründung eines Vereins zur Einsammlung von Peterspfennigen aufgefordert, wobei er natürlicher Weise gegen das revolutionäre Vorgehen Garibaldi's und Viktor Emanuels sich auszusprechen nicht umgehen konnte. Das hat ihm aber die sogenannte Nationalpartei unter den Polen, d. h. die überwiegende Mehrzahl aller, höchlich übelgenommen, da sie die Revolution unter allen Gestalten begünstigt wissen will. Sie behauptet zwar, gut katholisch und dem Papstthum ergeben zu seyn, doch soll letzteres bloß einen geistlichen Charakter haben und aller weltlichen Macht entkleidet seyn; darum haben Garibaldi und Viktor Emanuel Recht, wenn sie sich Roms bemächtigen und das Oberhaupt der katholischen Kirche auf den Besitz des Vatikans beschränken. So läßt sich die große Mehrzahl der katholischen Bevölkerung vernehmen; aber sie geht noch viel weiter, indem sie unserm Erzbischof sein entschiedenes Auftreten für die weltlichen Rechte des Papstes zum Verbrechen gegen das Vaterland anrechnet und ihn dem vollen Hasse der gesammten polnischen Agitationspartei preisgibt. (Fr. Pstz.)

Oesterreich. Wien. Die hiesige Wahlagitation (für die Gemeindewahlen) gewinnt immer mehr und mehr an Lebhaftigkeit, und namentlich ist es Schuselka, dessen feurige Reden in verschiedenen Wählerversammlungen die träge Masse etwas in Fluß gebracht haben, und der jetzt für eine Einigung aller liberalen Wahlmänner in der Stadt und in den Vorstädten außerordentlich thätig ist. Im Sophienbadsaale versammelten sich kürzlich auf Einladung des Wahlkomite gegen 3000 Wähler. Schuselka hielt dabei eine bedeutungsvolle Rede, die das Fremdenblatt vollständig mittheilt und deren Richtung man aus dem Urtheil ersehen mag, welches er über das Schmerling'sche Programm gefällt hat. Schuselka sagte: „Ich spreche es offen aus und diese Meinung hat sich bereits vielfach Bahn gebrochen, daß dieses Cirkular, wie wohlgemeint es auch sey, doch weit entfernt davon ist, das volle Bewußtseyn wach zu rufen, daß wir definitiv auf dem Wege des Fortschritts uns befinden, welchen alle Oesterreicher als unbedingt nothwendig erkennen. Das Cirkular ist an die Statthalter erlassen, es erschien im nichtamtlichen Theil der „Wiener Zeitung“, ohne Datum und ohne Unterschrift, und ist daher nur eine persönliche Aeußerung des Ministers und ein Zeichen seiner Bereitwilligkeit, uns so viel Angenehmes als möglich zu sagen. Von mancherlei Freiheit wird in dem Cirkular gesprochen, von Religionsfreiheit, persönlicher Freiheit, Preßfreiheit &c. Ich spreche es aus, daß die Erwähnung dieser Freiheiten nicht in einem Tone stattfand — als betrachte man sie als angestammte, unveräußerliche Fundamentalrechte, sondern in einem Ton, als handle es sich lediglich um eine der Stimmung des Tages zu machende Konzession. Es ist aber ein großes, unumgängliches Bedürfniß für Oesterreich, namentlich als Großmacht mit den mittelalterlichen Traditionen definitiv und unwiderruflich zu brechen (stürmische Bravos), in allen Beziehungen des Lebens ein Rechtsstaat zu werden, sonst wird es nicht existiren. Minister v. Schmerling weist auf die gesetzlichen Zustände anderer konstitutionellen Länder hin; so lange diese gesetzlichen Zustände bei uns nicht verbrieft sind, so lange sie nicht vom Monarchen, von der Armee und vom Klerus beschworen sind (ein stürmischer Beifall, der sich mehrmals wiederholt, unterbricht hier den Redner auf längere Zeit), so lange sind wir noch nicht am Ziel, und dann erst müssen wir noch rührig und thätig seyn.“ — Im Ganzen haben sich bis jetzt bereits etwa 11,000 Wahlberechtigte legitimirt. Namentlich hielt die Bestimmung, daß niemand das Wahlrecht habe, der noch mit Steuerzahlungen im Rückstande sey, Viele von den Wahllisten fern. Manche erwarten, daß die Regierung mit Rücksicht auf die letzten Theuerungsjahre von dieser Beschränkung Umgang nehmen werde; das ist denn doch zu viel verlangt.

Aus Wien, 29. Dez., schreibt man dem „Schwab. Merkur“: „Unter den verhängnißvollen Erbschaften, welche wir dem Dr. Bach zu danken haben, und an denen der Kaiserstaat hinsiecht, nimmt das sogenannte Nationalanlehen einen hervorragenden Platz ein. Dasselbe sollte zur Ordnung der Valutafrage verwendet werden, wurde aber zumeist für militärische Zwecke verausgabt und hat nicht wenig dazu beigetragen, die Valuta zu verschlechtern. Dieses Anlehen hat dem Staate bereits Hunderte von Millionen Geld gekostet und nöthigt die Staatsverwaltung fortwährend, mit der Valutaspekulation zu konkurriren, da sie jährlich bei 30 Millionen Gulden in Silber Interessen für dieses Papier zu zahlen hat, wozu aber die zur Deckung des Bedarfs bestimmten in Silber einfließenden Zölle nicht genügen. Um dem alarmirenden Steigen der Devisenkurse Einhalt zu thun, hat die Regierung beschlossen, die Silberzahlungen der Nationalanlehenscoupons zu sistiren, und motivirt diesen Entschluß durch die eiserne Nothwendigkeit. Daß derselbe einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht hat, ist begreiflich; denn abgesehen davon, daß man in diesem einseitigen Vorgehen eine Verletzung des Diploms vom 20. Oktober sieht, welches ausdrücklich bestimmt, daß bei dergleichen Fragen die Entscheidung der Volksvertretung einzuholen sey, so fragt man sich auch, ob im Falle eines Krieges dieselbe eiserne Nothwendigkeit nicht noch ganz andere Maßregeln, wie Sistirung der Zinszahlungen überhaupt, Verwendung des Baarfonds der Bank zu Staatszwecken u. s. w., veranlassen könnte. Je dringender die Finanzverlegenheiten der Regierung sich gestalten, und dieselben haben in Folge der Steuerverweigerungen in Ungarn allerdings bereits den äußersten Grad erreicht, um so gebieterischer tritt die Nothwendigkeit auf, den Zusammentritt der Volksvertretung zu beschleunigen, denn nur auf diesem Wege ist allein noch Rettung möglich.“

Aus Wien, 30. Dez., schreibt man der „D. Allg. Ztg.“: „So gut gemeint auch die beiden letzten Finanzmaßregeln für die speziellen Verhältnisse unseres Platzes seyn mögen, so mußten sie doch die entgegengesetzte Wirkung hervorbringen, weil sie nicht mit jenem Geschick in Scene gesetzt wurden, das bei solchen Dingen nothwendig ist, um die Börse für den gewünschten Erfolg empfänglich zu machen. Offenbar ist es eine große Erleichterung für einen Staat, dessen Handelsbilanz eine passive ist und dessen Zirkulationsmittel entwerthet sind, wenn der stärkste Devisenverkäufer in der Lage ist, den übrigen Käufern das Terrain räumen zu können, und obgleich die Italiener unsere Banknoten nur mit Widerstreben annehmen werden, so werden sie dieselben in Anbetracht der ihnen zu diesem Behuf gemachten Zugeständnisse am Ende doch annehmen, und es wird die Nothwendigkeit wegfallen, für den dortigen Bedarf massenhafte Silbereinkäufe zu machen. Diese Maßregel konnte also ihrer ganzen Natur nach die Börse nicht beunruhigen, wogegen sie aber durch die gleichzeitige Sistirung der Silberzahlung wegen der daraus entstehenden Konsequenzen sehr besorgt zu seyn schien. Nun ist es allerdings eine Verletzung verbriefter Rechte, wenn dem Staatsgläubiger eines schönen Morgens die Silberzinsen, auf welche er ein Recht zu haben glaubte, entzogen werden; aber da sich der daraus für ihn resultirende Verlust im Ganzen nicht sehr hoch beziffert, so muß das Mißtrauen gegen die Maßregeln einen andern und plausiblern Grund haben. Dieser ist auch ziemlich triftig. Die österr. Finanzgeschichte erzählt uns nämlich, daß zu Anfang dieses Jahrhunderts die Lage eines österr. Staatsgläubigers eine nichts weniger als beneidenswerthe war; denn nachdem er zu zwei verschiedenen Malen gar keine Zinsen erhalten, mußte er später einige Mal baare Geldzuschüsse machen, was man damals „arrosiren“ zu nennen beliebte, um sich den Fortgenuß der Zinsen zu sichern, und daß alle diese Opfer hinterdrein doch vergeblich waren, beweist die im Jahre 1811 eingetretene Katastrophe. Derartige Erwägungen sind es nun, welche die Sistirung der Silberzahlungen hervorrief, und es ist denn auch begreiflich, daß die mit etwas lebhafterer Phantasie begabten Börsianer sogleich an Suspension der Zinsenzahlungen überhaupt dachten, obgleich es von der eigentlichen Maßregel bis zu einem solchen extremen Schritte denn doch noch sehr weit ist.“

Am 26. d., Morgens, fand man, wie dem „Wanderer“ mitgetheilt wird, in Prag an den Straßenecken politische Plakate, die in der Nacht von unbekannten Händen an die Mauern geklebt worden waren. Dieselben waren in böhmischer Sprache geschrieben und enthielten einen ernsten Mahnruf an die Czechen, sich vorläufig noch ruhig zu verhalten, weil die „rechte“ Zeit noch nicht gekommen sey, ferner auf die Ungarn zu blicken, die ihrem lang-

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 4.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit : kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 4. Januar 1861.

Der deutsche Postverein.

(Schluß.)

Rücksichtlich der Güterbeförderung (der Fahrpostsendungen, wie sie von Alters her noch in der postalischen Terminologie heißen), enthält der Postvereinsvertrag folgende Normalbestimmungen:

Das Porto wird nach der geradelinigen Entfernung zwischen Abgangs- und Bestimmungsort berechnet. Hierbei werden die Entfernungen bis einschließlich 20 Meilen unmittelbar von Ort zu Ort gemessen. Bei größeren Entfernungen erfolgt die Messung nach den Mittelpunkten von Quadraten, deren Seiten je einer Länge von 4 Meilen entsprechen. Die von den Quadratseiten durchschnittenen Postorte werden dem östlich, südlich oder südöstlich angrenzenden Quadrat zugezählt.

Für jede Fahrpostsendung wird ein Gewichtsporto und bei Sendungen mit deklarirtem Werth außerdem ein Werthporto berechnet.

Das Gewichtsporto beträgt per Pfund auf 4 Meilen $1/_6$ Silbergroschen. Die Minimalsätze des Gewichtsporto betragen je nach den Entfernungen 2, 3, 4, 5 und 6 Silbergroschen (10, 15, 20, 25, 30 österreichische Neukreuzer, 7, 10, 14, 18, 21 kr. südd. Währung).

Das Werthporto beträgt:

	bis 50 Thaler; 75 fl. österreich., $87^1/_2$ fl. südd. Währung.	über 50 bis 100 Thlr.; über 75 b. 150 fl. österr.; über $87^1/_2$ bis 175 fl. südd.	für jede weitere 100 Thlr.; 150 fl. österr., 175 fl. südd.
bis einschließlich 12 Meilen.	$1/_2$ Sgr.	1 Sgr.	1 Sgr.
über 12 bis 48 Meilen.	1 „	2 „	2 „
über 48 Meilen.	2 „	3 „	3 „

Nachnahmen können bis zu dem Betrage von 50 Thlrn. oder 75 fl. österr. oder $87^1/_2$ fl. südd. erhoben werden. Es wird hierfür folgende Provision berechnet:

Für jeden Thaler $1/_2$ Sgr.;

„ „ Gulden österr. Währung $1^1/_{10}$ Nkr.;

„ „ „ südd. Währung 1 kr.

Die Minimalbeträge sind auf 1 Sgr. oder 5 Nkr. österr. Währung festgesetzt.

Bei jeder Postanstalt können baare Einzahlungen bis zur Höhe von 50 Thlr. oder 75 fl. österr. Währung oder $87^1/_2$ fl. südd. Währung zu dem Zwecke erfolgen, daß sie an bestimmte Adressaten innerhalb des Vereinsgebietes wieder ausbezahlt werden. Für solche Einzahlungen wird außer dem Fahrpostporto eine besondere Gebühr erhoben, welche für je 5 Thlr. 1 Sgr., für je 5 fl. österr. Währung $3^1/_2$ kr. österr., für je 5 fl. südd. Währung 2 kr. beträgt.

Die Porto-Einnahme wird zwischen den einzelnen Postverwaltungen nach Verhältniß der direkten Entfernungen auf Grund von Durchschnittsberechnungen ertheilt.

Rücksichtlich der Gewährleistung ist zu bemerken, daß grundsätzlich nach dem deklarirten Werthe Ersatz geleistet wird; beweist jedoch die Verwaltung, daß die Deklaration den wahren Werth der Sache übersteigt, so hat sie nur den letzteren zu ersetzen. — Bei dem Verlust von Sendungen ohne Werths-Deklaration wird pr. Pfd. 10 Sgr. oder 50 Nkr. österr. oder 30 kr. südd. vergütet.

Für Beschädigungen oder Abgang am Inhalt haften die Postverwaltungen nur dann, wenn eine vorhandene äußerlich erkennbare Beschädigung vorliegt.

Für einen Schaden, welcher durch verzögerte Beförderung entstanden ist, leistet die Post Ersatz, wenn die Verspätung nachweislich durch sie herbeigeführt und die Sache dadurch in ihrer Substanz verdorben ist.

Rücksichtlich der Konferenzen, welche Seitens der deutschen Postverwaltungen von Zeit zu Zeit stattfinden sollen, ist bestimmt, daß Stimmeneinhelligkeit für alle Beschlüsse erforderlich ist, welche zum Gegenstand haben:

1) Dauer und Umfang des Vereins;
2) eine Veränderung des Tarifs;
3) den Bezug und die Theilung des Porto;
4) die direkte Einwirkung auf die interne Postgesetzgebung der einzelnen Vereinsgebiete;
5) die Portofreiheiten;
6) die Vereinbarungen mit fremden Ländern;
7) die schiedsrichterliche Entscheidung über die bei Anwendung einer Bestimmung des Vertrags entstandenen Irrungen.

In allen minder wichtigen Fragen wird mit absoluter Majorität entschieden.

Die Dauer des Vereinsvertrags ist bis Ende 1870 festgesetzt und von da ab ferner unter Vorbehalt einjähriger Kündigung.

Deutscher Bund.

Bayern. München, 1. Jan. Der Kammer der Abgeordneten sind mehrere Urlaubs- und zwei Austrittsgesuche, des Gutsbesitzers Wolf aus Wachenheim und des Stadtpfarrers Rußwurm aus Landau a/J., eingereicht worden.

Preußen. Ueber die letzten Stunden des Königs Friedrich Wilhelm IV. geht der „Deutschen Allgem. Ztg.“ aus Berlin, 1. Jan., folgender Bericht zu: Der König liegt im Sterben. Der Krankheitszustand des hohen Patienten, schon seit einigen Tagen sich zusehends verschlimmernd, nahm seit gestern Nachmittag die betrübendste Wendung. Infolge dessen wurden die ganze Nacht über Extrazüge von hier nach Potsdam für die Mitglieder der königlichen Familie bereit gehalten. In voriger Nacht, zwischen 3 und 4 Uhr, schien das Aeußerste eintreten zu sollen. Man hielt auch, wie wir hören, den König bereits für wirklich todt; da erschienen aber in den ersten Morgenstunden wieder einige schwache Lebenszeichen. Diese scheinbare Besserung ist aber in Wirklichkeit keine; seit heute früh liegt der König im Sterben, und sein Ableben ist jeden Augenblick zu erwarten. Hier und in Potsdam wurde heute Vormittag während des Neujahrsgottesdienstes „für den sterbenden König“ in den Kirchen gebetet. Die Mitglieder der königlichen Familie sind in Sanssouci versammelt. Die königl. Theater sind infolge dieser Veranlassung bereits geschlossen, ebenso sind zur Vereidigung der Truppen die vorläufigen Anordnungen bereits getroffen.“

Der verewigte König, Sohn Friedrich Wilhelm's III. und der Königin Luise, war geboren am 15. Okt. 1795 und hat sonach das fünfundsechzigste Lebensjahr überschritten. Delbrück und Ancillon, Scharnhorst und Knesebeck waren seine Lehrer, jene für die propädeutische, diese für die militärische Bildung des Prinzen. Savigny und Lancizolle führten ihn dann in die Rechts- und Staatswissenschaften ein, während Schinkel und Rauch ihn in den zeichnenden Künsten unterrichteten. Als Jüngling wohnte er den Hauptschlachten der Befreiungskriege 1814 und 1815 bei. Die Kunstschätze von Paris, mehr aber noch eine Reise nach Italien im Jahre 1828 gaben seinem empfänglichen Gemüth eine bestimmte Richtung auf die Kunst. Weniger schien er sich mit politischen Dingen zu beschäftigen. Sein Regierungsantritt war durch versöhnende und populäre Maßregeln bezeichnet (Amnestie für politische Verurtheilte; Wiedereinsetzung E. M. Arndt's in seine Pro-

stattgefunden. Die Zahl der Aufwartenden — voran die Mitglieder beider Kammern, dann der hohe Adel, die höchsten Hof- und Staatsbeamten, das Offizierkorps der Linie und der Landwehr ɩc. — war eine sehr geoße. Heute Abends werden JJ. MM. das dipl. K:rps empfangen, und dann einem Hofkonzerte beiwohnen. Wie immer, so hat S. M. der König auch heute wieder zahlreiche Orden verliehen. Unter den Hiesigen, welche die Orden aus den Händen des Monarchen empfingen, befinden sich: die HH. Staatsminister Frhr. v. Schrenk und v. Neumeyer, Vieeoberstallmeister Frhr. v. Lerchenfeld, Generall. v. d. Mark, Geneeall. Brandt, die Generalmajore Ott u. Spieß, Geaf Arco-Stepperg, Bar. Bethmann, Oberst Friedr. Bothmer, Oberstlieutenant Häring, Flügeladjutant Baron v. Leoneod, die Ministeralräthe Meixner, Graf v. Rehlinger, Pfretschner, der Appellat.-Dieektor Petersen, die Appell.-Rähe Dr. Lauck (Abgeordneter), Prunner und Heinzelmann, Abg. Professor Lassaulx, ferner die Peof. Direktor Kaulbach, Riehl, Löher, Reitmayer, Hauser, Landschaftsmaler Moegenstern, Bildhauer Brugger, Hofphotograph Albert und viele andere; es sollen über 50 aus München allein seyn.

München, 31. Dez. (Militärdienstes-Nachrichten.) Se. Maj. der König hat den Oberlieut. Math. Böhm vom 11. Inf.-Reg. auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt; den Hauptmann Ferd. Fehrn. v. Lindenfels vom 5. Inf.-Reg. auf ein Jahr mit zwei Deitttheilen der Normalpension in den Ruhestand versetzt; den Obeelieut. Maxim. Frhrn. v. Proff vom 14. Inf.-Reg. und den Oberlieutenant Ludwig Göbel vom 11. Inf.-Regiment — beide auf ein Jahr — in den Ruhestand versetzt; den Hauptmann Karl Warnberg vom 4. Jäger-Bataillon auf ein Jahr und den Oberlieutenant Geoeg Milchmaier vom 15. Inf.-Reg. auf zwei Jahre in den Ruhestand versetzt; den temporär pensionieten Unterlieutenant Melchior Frhrn. v. d. Tann vorbehaltlich der Wiederverwendung im Ruhestande belassen.

(Militär-Verordngsbl.)

* Frankfurt, 2. Januar. (Privat-Korresp.) Der Uebertritt vom alten in das neue Jahr ist hier gegen feüher geräuschlos voeübergegangen, da sich wegen der aufgehäuften ungeheuren Schneemassen und des auch noch dazu eingetretenen Regenwetters nur wenig Leute auf den Straßen sehen ließen. Dagegen hatten wir gestern wieder einen ungeheuren Schneefall, der bis spät Abends andauerte. Fast sämmtliche Eisenbahnzüge blieben stecken; so ist der Dienst auf unserer Verbindungsbahn schon zum deitten Male eingestellt; dasselbe gilt von der Verbindungsbahn, welche unsere im Westende gelegenen Bahnhöfe direkt mit einander veebindet; der gestern Abend um 7½ Uhr von München eintreffen sollende Schnellzug blieb etwa eine halbe Stunde am hiesigen Bahnhof entfeent im Schnee stecken und konnte teotzdem, daß eine Hülfsmaschine von hier aus entsendet wurde, nicht fortkommen, und die Passagiere sahen sich nach langem Warten endlich genöthigt, den Weg auf dem Schienengeleise in dem furchtbaren Schnee und einem noch scheecklicheren Schneegestöber zu Fuß nach der Stadt zurückzulegen. Dasselbe Schicksal hatten die Passagieee eines angekommenen Zugs der Mainneckaebahn, welcher gestern Abend diesseits Feankfurt an der Eisenbahnbeücke im Schnee stecken blieb und erst spät Abends, nachdem Leute mit Fackeln herbeigeholt waren, wieder ausgegraben werden konnte. Wie wir hören, sind gestern Abend 11 Uhr noch an verschiedenen Bahnverwaltungen österreichische Soldaten requirirt worden, um die Schienengeleise für den heutigen Dienst wieder so viel wie möglich feei zu halten. Der Verkehr in unseren Straßen stockt fast gänzlich, namentlich auch in den Hauptsteaßen, wo das Fuhrwerk trotz des nöthigen Vorspannes sehr oft stecken bleibt, engere Straßen sind dagegen von Fuhrwerk gar nicht zu passiren. — Seit heute Nacht 2 Uhr ist wieder eine empfindliche Kälte eingetreten.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. i. S. b. R.)	—
"	5 pCt. Lomb. ditto.	73 G.
"	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	59¼ P.
"	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	48⅜—48 G.
"	5 pCt. Metall. Obligation.	41 P.
"	4½ pCt.	—
"	4 pCt.	—
"	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	86¼ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. E. (C. b. R.)	102 P.
"	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101¼ P.
"	4½ pCt. Obl. ½jähr dto.	101⅝ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	99 P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	99¼ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	95 P.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103 P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	94¾ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	101½ P.
"	3½ pCt. Obl. v. 1842	93½ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	101⅞ P.
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101 P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	94½ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	100½ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	99¼ P.
"	3½ pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	96 P.
"	3 pCt. Obl.	89 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47¾ G.
"	1¾ pCt.	40¼ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	96⅞ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	107⅞ P. ex D.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	560 G. ex D.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	125– 124 G.exD.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	173P.172½G.exD.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	68 P.
Internationale Bank in Luxemb. . .	79 P. 78½ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	330 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	67¾ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	222 P.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 P.
" Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	72¼ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	22 G
Ludwigshafen-Bexbacher à 8 pCt. .	125¼ G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	95 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49⅞ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	235½ P.
Span. Handels- u. Industrie . . .	470 P.
" Credit-Akt. d. Ges. Pereire .	465 G.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	101¾ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99½ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅞ B.
Berlin Th. 60 k. S.	105¼ B.
Brem. 50 Th. Ld. k.S.	95¾ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105⅛ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105⅛ B.
London Lst. 10 k. S.	117 B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i.S.L. 250 k. S.	92¾ B.
Paris Frs. 200 k. S.	92⅞ B.
Triest fl. 100 k. S.	78⅞ B.
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. 1. S.	79—78½ G.
Discouto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	67½ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	42⅞ P.
" fl.250v. 1854 mit 4pCt.	—	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	124¾ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	56½ P.	" fl. 25 do.	35¾ P.
" fl. 100 Eisb.-L. v. 1858.	—	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	28 P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. beiR.	117¼ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50¼ G.
Mailand-Como fl. 14 . . .	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	36 P.
Badische fl. 50	88½ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10 P.
Badische fl. 35	51¾ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10 P.

Frankfurt, 2. Januar. Die Börse eröffnete in recht günstiger Stimmung und öftere. National und Keeditaktien wueden zu etwas höheeen Kursen verhandelt. Gegen den Schluß waren dieselben etwas matter. In den übrigen Fonds und Aktien keine wesentliche Veränderung. Wechsel auf Wien wurden billiger abgegeben. (Synd.)

zu Aranjuez abgehaltene Konferenz, welcher der Herzog von Tetuan und der Graf Griffeo, letzterer als Gesandter des Königs von Neapel, beiwohnten, und in welcher letzterer im Namen seines Monarchen das dringende Verlangen stellte, daß Spanien mit Nachdruck sich gegen Sardinien erhebe und ein Heer zum Schutze des Königs Franz und des Papstes Pius IX. nach Italien schicke. O'Donnell entgegnete, eine bewaffnete Intervention von Seiten Spaniens sey ein Ding der Unmöglichkeit, dagegen werde Spanien nach Kräften legitimistische Politik (?) in Italien treiben. Hierauf erschien dann am 26. Mai eine Note, worin Spanien erklärt, es habe ein mächtiges Interesse an der Erhaltung der Monarchie beider Sizilien, worin es auf die ministeriellen Ansprüche Isabella's II. als Haupt der Dynastie Bourbon hinweist, und worin schließlich als Schlüssel der Lösung ein Bündniß zwischen Neapel und Sardinien empfohlen wird. Als in Neapel Alles anders ging, als Isabella's II. Diplomaten verlangt und anempfohlen hatten, erfolgten Spaniens feierliche Proteste gegen Alles, was in Italien geschehen ist.

Italien.

Turin, 26. Dez. Man spricht sonst von „weißer Weihnacht"; nun, die hätten wir zwar hinlänglich, denn es fehlt nicht an Schnee, doch könnten wir füglich auch von einer rothen Weihnacht sprechen, denn wir sind von Rothhemden wirklich überschwemmt. Es scheint, als hätten sich die in der letzten Woche in Genua angekommenen Garibaldianer, wohl dreitausend an der Zahl, das Rendezvous gegeben, in Turin die Festtage zuzubringen. Die Sieger von Calatafimi, Milazzo und vom Volturno schreiten mit Grandezza durch die Straßen, und fast Jeder hält sich für ein Stück Garibaldi. Allesammt sind sie guter Dinge, denn sie haben ihre Börsen mit sechsmonatlichem Sold gespickt und rechnen mit Ungeduld die Wochen bis zum März, „in dem es nach Ungarn geht". Diese Idee ist in Aller Schädel so fix, daß sie beim geringsten Zweifel oder Widerspruch roth werden, wie ihre Blousen, weil sie einen Zweifel an dem Wort ihres Generals zum Allerwenigsten für eine Gotteslästerung halten. Garibaldi selbst sitzt, in seine Plane vertieft, auf dem stillen Eiland und empfängt nur sehr wenige Personen, die ihm dringlich empfohlen sind, oder die zu dem kleinen Kreise seiner auserwählten Freunde gehören. Es hat sich schon gegeben, daß er sich vor zudringlichen Touristen, die ihre Neugierde an dem alten Degen befriedigen wollen, Tage lang unsichtbar machte und lieber seinem gewohnten Spaziergang entsagte, als ihnen willfährig zu seyn. (Schw. M.)

Cavour's Krankheit hat in **Turin** einen Eindruck gemacht, der die Größe des Verlustes ahnen läßt, den die italienische Nation befürchten zu müssen glaubte. Der berühmte Staatsmann litt an einer Gehirnentzündung und ihm wurde nach der bekannten Methode der italienischen Aerzte drei Mal zur Ader gelassen. Nach den neuesten Turiner Briefen geht es dem Kranken jetzt besser, doch ist ihm unbedingte Ruhe auferlegt. Am 24. d., wo die Krankheit im Zunehmen war, wurde vor Cavour's Bette ein Ministerrath gehalten. (B. Börs.-Ztg.)

Turin, 28. Dezbr. Man läßt hier den Herrn Marquis Villamarina mit einer besonderen Mission nach Paris abreisen; ich weiß nicht, ob dieser Diplomat überhaupt von Paris zurückgekommen ist, wohin er sich schon vor mehreren Wochen begeben. Es wäre möglich, daß der Marquis, der in seiner Eigenschaft eines ehemaligen Gesandten in Paris zum Kaiser gelangen kann, ersucht worden ist, Hrn. Vimercati zu unterstützen, um die endliche Abberufung der Flotte durchzusetzen. Man sieht mit Spannung der letzten Antwort Franz' II. an Frankreich entgegen. Es fehlt hier nicht an Leuten, welche erwarten, der Kaiser werde seine Flotte nun doch abberufen, trotz Rußland. Er habe die Sache nicht forciren, nicht mit einer Drohung auftreten, sondern nur durch Ueberredung wirken wollen; jetzt aber werde er das Unumgängliche thun. Die Operationen gegen Gaeta gehen langsam genug vor sich. Das Feuer ist heftig, thut aber wenig Schaden, und ein Offizier, der aus Mola di Gaeta zurückkommt, sagte mir, die Arbeit werde, selbst wenn das Bombardement von der Seeseite aus ermöglicht seyn werde, eine sehr schwierige seyn und man sich auf die Blokirung von Gaeta beschränken müssen. (Köln. Z.)

Turin, 26. Dez. General Nunziante, Herzog von Mignano, dessen Ernennung zum Generallieutenant in der italienischen Armee so viel Staub aufwarf und namentlich in der Oppositionspresse so bitteren Tadel fand, veröffentlicht in der heutigen „Gazzetta di Torino" eine Vertheidigungsschrift, worin er erklärt, daß er nur durch die Journale, aber sonst auf keine offizielle Weise benachrichtigt sey, daß er zum Generalgouverneur ernannt sey. Auf die Angriffe: er sey Urheber des Bombardements von Palermo im Jahr 1848, er sey aus dem Dienste der Bourbonen entlassen worden, er habe sich gegen die Liberalen Henkerakte erlaubt und sich auf unerlaubte Weise bereichert, antwortete er, daß er freiwillig aus dem Dienste des Königs Franz II. austrat und auf seine Pension Verzicht leistete, daß er, nachdem er seine Entlassung erhalten, vom Ministerpräsidenten Spinelli wiederholt und dringend, und zwar im Auftrage des Königs, gebeten, an die Spitze der Truppen zu treten, weil man geglaubt habe, durch ihn allein das Zutrauen der Truppen wieder gewinnen zu können. Auf den Vorwurf vollbrachter Blutthaten antwortet er, daß er sich nichts vorzuwerfen habe, indem seine Stellung ihn gar nicht in die Möglichkeit gebracht, derartige Handlungen begehen zu können, da er nur mit der Organisation, dem Kommando und der Instruktion von 20 Jägerbataillonen betraut gewesen sey. Uebrigens fordert er seine Gegner auf, eine einzige solche Handlung zu bezeichnen. In Betreff unerlaubter Bereicherung erklärt er, daß ihm sein Vermögen von seinen Eltern, größtentheils aber von seiner Gattin zugekommen, welche letztere den Palast Nunziante zu bauen anfing, und zu dessen Vollendung er noch Geld aufnehmen mußte, wie man in dem Hypothekenbuch zu Neapel sich überzeugen könne.

Australien.

Aus **Taranaki** (Neu-Seeland), 14. Sept., schreibt man dem „Sun" über die Niederlage, welche etliche 1400 englische Soldaten von 2—300 Wilden erlitten, Folgendes: „Vorgestern zogen unter General Pratt drei Divisionen unter Oberst Leslie, Major Hutchins und Major Nelson, 1430 Mann, mit einer Abtheilung reitender Artillerie, zwei 68-Pfündern, zwei achtzölligen Kanonen, zwei 24-Pfünder-Haubitzen und einigen Mörsern, so wie den nöthigen Genie-Truppen gegen die Maori's nach Waitara. Etwa 8 Meilen von der Stadt machte die Truppe Halt und marschirte andern Tags, verstärkt durch eine Kompagnie Freiwillige, Schützen von Taranaki, unter Kapitän Stapp weiter. Vier leere Pa's wurden gestürmt und in Brand gesteckt; als die Truppen eben durch ein lichtes Gehölz zu einem andern Pa marschiren wollten, feuerten einige versteckt gewesene Eingeborenen eine Salve auf die Avantgarde und verwundeten einen Mann vom 40. Regiment, das sich — zu seiner Schmach sey es gesagt — sofort umwandte und in wilder Flucht, den verwundeten Kameraden im Stiche lassend, davon lief; erst bei den drei im Nachtrab postirten Kanonen hielten sie inne, um diese nicht den Maoris zu überlassen. Da wurde dann zum geordneten Rückzug geblasen und 1429 Mann zogen sich von 200 Eingeborenen geschlagen zurück. Commodore Loring, der mit seinem Raketenmörser und sechs Mann ebenfalls durch diese Flucht blosgestellt war, mußte sich mit Rücklassung des Mörsers zurückziehen, so gut es eben ging. Die Avantgarde, nochmals zum Vorrücken beordert, um den Kameraden zu holen, kehrte beim ersten Schusse der Eingeborenen wieder um und damit gab man die ganze Expedition wieder auf. Um die Schmach zu vollenden, mußten die Freiwilligen die Arrièregarde einer regulären Truppe bilden. Wir haben — bemerkt die „Austral. Monatsztg." bezüglich dieser Affaire — auf der Melbourner öffentlichen Bibliothek einen statistischen Bericht der Regierung von Neuseeland durchgesehen, und daraus erfahren, daß die Gesammtanzahl der Maoris in der Provinz New-Plymouth (Taranaki) 3015 beträgt. Unter diesen befinden sich 1264 weibliche Personen, und von den 1751 männlichen sind 366 Knaben unter 14 Jahren. Nehmen wir eine ähnliche Anzahl Greise an, so ist die Zahl der waffenfähigen Maoris in Taranaki etwa 1000 Männer, welche das dreitausend Mann starke Heer der Engländer nun seit mehr als sechs Monaten im Schach oder vielmehr belagert hatten, und demselben nicht eine, sondern mehrere schmachvolle Niederlagen beigebracht haben.

Nichtpolitische Zeitung.

Nürnberg, 1. Jan. Im Laufe des Jahres 1860 wurden 159 Pferde geschlachtet. Im vorhergehenden Jahre betrug die Gesammtzahl der geschlachteten Pferde 143 Stück. (Fr. Kur.)

Aachen, 28. Dez. Aus dem ganzen Westen kommen Nachrichten von einem außerordentlichen Schneefall. Selbst im südlichen Frankreich liegt der Schnee fast einen Meter hoch. (Bamb. Ztg.)

Neueste Nachrichten.

** **München**, 1. Januar. (Privat-Korrespondenz.) Am k. Hofe hat heute Mittag die Neujahrs-Cour mit großem Glanze

daß man nicht längee ruhig zusehen dürfe, wie sich die Reihe dieser traurigen Nothwendigkeiten bis ins Unendliche vermehre.

Graz, 28. Dezbr. Aus Wien wird der „Tagespost" geschrieben: „Die von der Gemeinde des Stainzer Bezirks nach Wien gesandte Deputation, um an den Stufen des Throns persönlich ihre Bitten und Beschwerden bezüglich der Weinsteuer und dee bekannten unliebsamen Vorfälle niederzulegen, hatte heute, am 27. d. Mts., Audienz bei dem Kaiser, und erfreute sich nicht nur der gnädigsten Aufnahme, sondern der Kaiser ließ sich auch den bedauerlichen Hergang bis in's kleinste Detail erzählen, stellte an jedes Deputationsglied spezielle in das Detail gehende Fragen, und entließ die Deputation auf das wohlwollendste, mit der Versicherung der kaiserlichen Gnade."

Pesth, 29. Dez. Die neuen Kronhüter haben, wie Jd. Tan berichtet, bereits am Sonnabend die ungarische Krone übernommen, nachdem sie sich in Gegenwart des Hrn. Tavernicus, Senyei's, Zsedeny's und anderer Herren von der Aechtheit der Krone und der andern Reichsinsignien überzeugt hatten. Die ungarische Krone befindet sich unter neun Schlössern, drei Schlüssel hat der Tavernicus, und je drei haben die beiden Kronhüter an sich genommen.

Das größte politische Tagesblatt Galiziens, der in Krakau erscheinende „Czas" veröffentlicht einen langen Leitartikel, der gewissermaßen als Programm der Forderungen und Wünsche der gemäßigten Partei unter den österreichischen Polen gelten kann, sich aber nichtsdestoweniger ganz bestimmt für eine vollständige nationale Reorganisation im Sinne der Selbstverwaltung ausspricht. Die Schüchternheit und Vorsicht, mit der jenes Blatt bis jetzt der Regierung gegenüber aufgetreten ist, gibt der nunmehr ergriffenen Initiative eine um so größere Bedeutung. Die Hauptstellen lauten: „Angesichts der Wiener Ministerkrisis und der Gerüchte von einer neuen Richtung der innern Politik ist es Pflicht der Landespresse, das Schweigen zu brechen. Wenn wir dasselbe zu wahren müssen glaubten, so hat das nicht etwa seinen Grund in einem Mangel an Sympathien mit den Bestrebungen, welche die Erreichung und Entwicklung einer nationalen Autonomie bezwecken. Die Ursache davon ist vielmehr die Ueberzeugung, daß unser Land nur ein Bruchtheil des großen polnischen Vaterlandes ist, daß es also nicht in dem unbeschränkten Maße, wie z. B. Ungarn, im Namen der nationalen Rechte das Wort zu ergreifen berechtigt ist. Aber in dem Augenblicke, wo ein neues Regierungssystem besprochen wird, in dem unsere Nationalität die entsprechende Berücksichtigung finden soll, hat ein jeder Theil die Pflicht, seine Autonomie zu vertheidigen, und Jeder, der da sprechen darf, soll offen und aufrichtig im Namen des Landes zur Vertheidigung derjenigen Rechte auftreten, die dem Theile ebensogut wie der ganzen Nationalität zukommen. Das, was unser Land wünscht, ist nicht neu und so sehr nothwendig, daß selbst jene Verträge, die das andere Unrecht an unserem Volke sanktionirte, es als unumstößlich hingestellt haben. Galizien fordert nationale Autonomie. Es will nicht zu jenem deutschen Provinzen-Komplexe auf Grund einer gemeinsamen Verfassung gehören, von der jetzt so viel in den Wiener Blättern die Rede ist. Ungarn soll eine Ausnahme bilden. Warum nicht auch Galizien? Unser Land hat ein gleich gutes Recht dazu. Es gehört nicht zum deutschen Bunde. Es hat eine besondere ausgeprägte Nationalität, seine eigene Sprache, seine Sitten, seinen Charakter, seine historischen Traditionen, ist, mit Einem Worte, ein Theil von Polen. Es will, daß seine Nationalität eben so gut anerkannt und geachtet werde, wie es selbst dies in Bezug auf andere thut."

Es stehen gegenwärtig 183,000 Mann Oesterreicher im Venetianischen, nämlich 36 Infanterieregimenter, jedes zu 3 Bataillonen à 1300 Mann; 18 Jägerbataillone, jedes zu 1000 Mann; 52 Batterien Feldartillerie, jede zu 200 Mann und 200 Pferden; das technische Korps zählt 10,000 und die Kavallerie 5000 Mann. Hiezu kommen noch die Besatzungen der Festungen, die Ambulanzen, das Sanitätskorps und die Marine. Als Reserve stehen 35,000 Mann in der Gegend von Triest, längs der istrischen und dalmatinischen Küste aufgestellt, deren Hauptquartier in Triest ist. Ein anderes Korps von 35,000 Mann steht in Steiermark, Illyrien und Kärnthen, und hat sein Hauptquartier in Gratz. Dieses letztere Korps ist jeden Tag bereit, in's Feld zu rücken, und kann in weniger als 10 Tagen am Mincio oder am Po stehen.

Großbritannien.

London, 29. Dez. In „Daily News" findet sich folgende Zuschrift an den Herausgeber: „Sir! Es mag englischen Lesern nicht uninteressant seyn, zu erfahren, daß der Generaladjutant Sr. Maj. des Kaisers von Rußland, Timotscheff, Haupt der russischen Geheimpolizei, mit einem ausgewählten Stab von Spionen sich jetzt in besonderer Mission in London befindet. Wir haben Grund zu glauben, daß diese Mission mit dem Versuch zusammenhängt, gewisse Korrespondenten der in London erscheinenden russischen Zeitung „Kotokol" (Glocke) zu entdecken. Sollte dies der Fall seyn, so können wir Sr. Exzellenz nur die Versicherung geben, daß ee seine kostbare Zeit umsonst verlieren wird, und wir empfehlen ihm, sich baldmöglichst auf den Heimweg zu machen. Sollte er dagegen nach London gekommen seyn, um die Einrichtung der Polizei in einem großen und freien Lande zu studiren, so wünschen wir ihm aufrichtig den besten Erfolg. Die Aufnahme dieser Zeilen wird die Unterzeichneten verbinden 2c. 2c. Alexander Hertzen, Nikolaus Ogareff, Herausgeber der „Glocke".

Frankreich.

* Es scheint, daß die Absahrt der französ. Flotte von Gaeta schon beschlossen war (ob im Ernst, wissen wir nicht). Dem „Schwäb. Merk." wird hierüber aus Paris, 29. Dezbr. berichtet: „Hr. Thouvenel hat sich über diese Angelegenheit in einer Note ausgesprochen, welche an sämmtliche im Auslande beglaubigten diplomatischen Agenten Frankreichs gerichtet worden ist. Es wird in diesem Aktenstück ausgeführt, wie Frankreich nach wie vor an dem Prinzipe der Nichteinmischung festhalte; wenn in Gaeta scheinbar eine Ausnahme von der Regel gemacht worden sey, so sey dies lediglich dadurch zu erklären, daß der Kaiser Napoleon für die persönliche Sicherheit eines unglücklichen Monarchen habe Sorge tragen wollen. Allein diese indirekte Intervention in die italienischen Angelegenheiten müsse natürlich ihr Ende nehmen und der Kaiser denke nicht daran, die Augen gegen diese Nothwendigkeit zu verschließen, auch sey derselbe mit England über diesen Punkt völlig einverstanden. Diese Note soll am vergangenen Montag abgefertigt worden seyn." Darauf hin haben, wie man hört, Rußland, Oesterreich und Preußen den Kaiser Napoleon wiederholt ersucht, seine Flotte nicht zurückzuziehen, während andrerseits England und Sardinien in ihn dringen, dies zu thun. Vorläufig ist nun, wie es scheint, die Absahrt der franz. Flotte wieder verschoben worden. Wenn Sardinien den rechten Preis dafür bietet, wird Napoleon ihm schließlich den Gefallen schon thun.

In Paris sind Abgeordnete englischer Arbeitervereine eingetroffen, um einen zahlreichen Besuch englischer Arbeiter vorzubereiten; die Arbeiter werden ihre Frauen mitbringen und von der Regierung jede Unterstützung, sowie Zugang zu allen Merkwürdigkeiten der Hauptstadt erhalten.

Paris, 30. Dezbr. Nach den Abendblättern sind bereits Truppen auf dem Rückwege von China begriffen. Es ergibt sich daraus um so mehr, daß von hier keine weiteren Verstärkungen nach dem Oriente gehen werden; doch soll noch Kriegsmaterial, wahrscheinlich für kriegerische Eventualitäten in Anam, abgeschickt werden. Nach den neuesten Nachrichten, die jedoch noch nicht offiziell veröffentlicht sind, sollen furchtbare Windstöße in dem Golf von Petscheli herrschen. Es wären viele Schiffe (man spricht von 12 englischen und 9 französischen Kanonenbooten) zu Grunde gegangen. Man hegt selbst Besorgnisse um das Schicksal der Truppen, welche gerade um diese Zeit auf dem Transporte von diesem gefährlichen Golf nach Schanghai begriffen waren. (K. Z.)

Straßburg, 30. Dez. Der „Straßburger Korrespondent" nimmt heute Abschied von seinen Lesern. Nach einem neunmonatlichen erfolglosen Wirken schließt das Blatt, das hier wenigstens ganz ignorirt wurde, und dem es im Elsaß nicht gelang, auch nur einige Dutzend Abonnenten zu gewinnen, sein durch nie offen eingestandene Mittel gefristetes Daseyn. Nie nannten sich die Redakteure bei ihrem wahren Namen. Der unbescholtene Drechslermeister Hirz — als Volksdichter bekannt — unterzeichnete. Das Unternehmen, das noch früher scheiterte, als man erwartet hatte, soll eine Ausgabe von 70,000 Frs. verursacht haben. Schon kurze Zeit nach dem Beginn dieser zweideutigen Veröffentlichung konnte man zur Einsicht gelangen, daß an eine „Belehrung" Deutschlands in dem Sinn des Oberleiters des Blattes nicht zu denken war. Selbst das Liebäugeln mit Preußen konnte ihm keine Anhänger gewinnen. (Allg. Z.)

Spanien.

(Italienisches Blaubuch.) Die Cortes haben am 15. nach Beendigung des Einnahmebudgets sich bis auf Weiteres vertagt. In den letzten Sitzungen haben mehrere Deputirte, darunter Olozaga, Rivero und Sagasta, sowie Calvo Asensio Interpellationen wegen der italienischen Papiere, die auf den Tisch des Kongresses gelegt wurden, erhoben. Das wichtigste Aktenstück in Betreff der neapolitanischen Frage ist das Protokoll über die am 17. Mai

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 3.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 3. Januar 1861.

Der deutsche Postverein.

(Aus der „Frankfurter Handelszeitung.")

Der deutsche Postverein wurde durch Vertrag vom 5. Dezbr. 1851 gegründet, trat mit dem Jahre 1852 in Wirksamkeit und besteht jetzt sohin 9 Jahre. Er ist die erste Schöpfung der Bestrebungen nach nationaler Einigung, welche mit jedem Tage näher und gebieterischer an die Regierungen herantritt. Werden die deutschen Postverhältnisse vor der Zeit des Postvereins näher in's Auge gefaßt, so ist mit dessen Gründung ein bedeutender Fortschritt in volkswirthschaftlicher Hinsicht gemacht worden. Wir erinnern an die vielgliederigen und complicirten Briefposttarife, deren jede einzelne Verwaltung ihre besonderen hatte. Jetzt besteht ein Tarif mit drei Taxstufen. Früher war das Gewicht des einfachen Briefes vielfach verschieden; jetzt bildet das Loth des Zollgewichtes das Normalgewicht und die Progression steigt von Loth zu Loth. Das Porto von Drucksachen ist auf ein Minimum reduzirt, und die Fracht für die Beförderung von Gütern so gering, daß für Unterhaltung der Güterposten ein gutes Theil der Ueberschüsse aus den Briefposten verwandt werden muß.

Seit Gründung des Postvereins haben nach einander vier Konferenzen der deutschen Postverwaltungen stattgefunden. Mit Ausnahme des jetzigen Portosystems der Güterbeförderung sind auf diesen Konferenzen eingreifende Beschlüsse nicht gefaßt worden; sie hatten vielmehr lediglich auf die Verhältnisse des Dienstes, die Organisation des internationalen Verkehrs, das Abrechnungswesen ꝛc. Bezug, und in dieser Hinsicht ist auf denselben allerdings viel Ersprießliches geleistet worden. Im Laufe dieses Sommers ist in Frankfurt a/M. die vierte Konferenz abgehalten worden, in welcher außer verschiedenen organisatorischen und administrativen, sowie technischen Maßnahmen auch die Herausgabe eines neuen Postvereinsvertrags beschlossen wurde.

Es ist gewiß für das größere Publikum, und namentlich für den Handelsstand von Interesse, die wesentlichen Bestimmungen des Postvereinsvertrags kennen zu lernen, und wir liefern dieselben (so weit wir sie nicht schon in den letzten Nummern d. Blattes mitgetheilt haben) nachfolgend in kurzen Sätzen.

Der Postverein erstreckt sich über ganz Deutschland und die sämmtlichen außerdeutschen Länder Oesterreichs und Preußens.

Jede zum Verein gehörige Postverwaltung ist berechtigt, für ihre Korrespondenz die kürzesten Routen zu wählen. Die Postverwaltungen sind verpflichtet, für möglichst schleunige Beförderung der ihnen zugeführten Korrespondenzen zu sorgen.

Die Entfernungen im Wechselverkehr zwischen den Postgebieten werden nach geographischen Meilen bestimmt.

Das Briefporto bezieht diejenige Postverwaltung, in deren Bezirk die Briefe aufgegeben werden. Es wird nach 3 Taxstufen erhoben und beträgt:

		Oesterr. W.	Südd. W.
Bis zu 10 Meilen incl.	1 Sgr.	oder 5 Nkr.	oder 3 kr.
Ueber 10 bis 20 M.	„ 2 „	„ 10 „	„ 6 „
„ 20 Meilen	5 „	„ 15 „	„ 9 „

für den einfachen Brief. Der Brief ist einfach, wenn er weniger als Ein Loth ($^1/_{30}$ Zollpfund) wiegt.*)

Briefschaften ohne Werthangabe werden bis zu 4 Loth ausschließlich als Briefpostsendungen behandelt; schwerere bis zum Gewicht von $^1/_2$ Pfund nur dann, wenn es ausdrücklich durch einen Beisatz auf der Adresse oder durch Marken-Frankirung gefordert wird.

Werden Briefe nicht frankirt, so wird ein Zuschlag von 1 Sgr. = 5 Neukr. = 3 kr. süddeutscher Währung für jeden einfachen Portosatz erhoben.

*) Dieser Tarif gilt für den Verkehr im ganzen Vereinsgebiet; einzelne Staaten haben für die Briefe, die innerhalb ihrer Grenzen bleiben, noch niedrigere Sätze, so z. B. ist in Bayern die höchste Taxe für den einfachen Brief 6 kr.

Für Kreuz- oder Streifbandsendungen im Frankirungsfalle wird der gleichmäßige Satz von 4 Silberpfennigen, oder 2 österr. Neukreuzern, oder 1 Kreuzer südd. Währung für 1 Loth erhoben.

Für Waarenproben und Muster wird bis zu 2 Loth und ferner für je 2 Loth das einfache Briefporto erhoben. Bis zum Gewicht von $^1/_2$ Pfund inkl. werden derlei Sendungen als Briefpostsendungen behandelt.

Für die Rekommandation der Briefe, Kreuzband-, Mustersendungen wird eine Gebühr von 2 Silbergroschen, oder 10 österreich. Neukreuzern, oder 6 Kreuzern südd. Währung bezahlt.

Für einen abhanden gekommenen rekommandirten Brief wird eine Entschädigung von 14 Thalern, 21 fl. österr. oder $24^1/_2$ fl. südd. Währung geleistet.

Für Expreßbriefe, d. i. solche, welche sogleich nach Ankunft an die Adressaten geliefert werden müssen, sind die Rekommandationsgebühren und außerdem noch besondere Bestellgebühren (im Orte 3 Sgr. oder 15 Neukreuzer, oder 9 Kreuzer südd. Währung; außerhalb des Ortes auch noch der Botenlohn) zu entrichten.

Die Bestellgebühren dürfen bei denjenigen Verwaltungen, wo sie noch bestehen, vorläufig noch forterhoben werden. Diese Gebühr darf übrigens nicht erhöht, es soll vielmehr darauf Bedacht genommen werden, sie nach Thunlichkeit ganz aufzuheben, oder doch zu ermäßigen.

(Schluß folgt.)

Deutscher Bund.

Stuttgart. Der „W. Staatsanz." sagt in seinem Leitartikel für den 1. Januar: „Schlagen wir den ersten nieder, der Miene macht, einen unserer Bundesgenossen anzugreifen und schwächen zu wollen, und hiedurch Deutschland selbst zu bedrohen." Dieser Spruch, so gesprochen, daß er dießmal nicht im Wind verhalle, sey die Losung für das beginnende Jahr und Jahrzehnt.

Bayern. München, 1. Jan. Se. Maj. der König hat auf das im Forstamte Berchtesgaden in Erledigung gekommene Forstrevier Bischofswies den Forstamtsaktuar Theobald Frhr. v. Malsen ernannt; die kathol. Pfarrei Berbling, Ldg. Aibling, dem seitherigen Verweser derselben, Priester Jos. Haid, übertragen; den Postoffizialen Sigm. v. Weech in Regensburg zum Postverwalter in Landau befördert. (N. M. Z.)

München, 31. Dez. Die Erwartung, daß die Kammer der Abgeordneten heute zu einer Sitzung zusammentrete, führte diesen Vormittag viele Leute, die regelmäßig den Verhandlungen auf den Tribünen anwohnen, ins Ständehaus, um hier erst zu erfahren, daß die nächste Sitzung am Mittwoch stattfinden werde. Es hieß, der 1. Präsident Graf v. Hegnenberg sey unpäßlich; der 2. Präsident Dr. Weis hat sich über die Feiertage nach Würzburg begeben. Die Zahl der bis zu diesem Morgen im Präsidialbureau angemeldeten Abgeordneten, welche 84 betrug, erhielt im Laufe des Tages keinen Zuwachs und wird sich wohl erst gegen Ende der Woche kompletiren. In der ersten Sitzung werden die noch rückständigen weiteren Rechnungsnachweise und das Budget für die nächsten 6 Jahre zur Vorlage kommen. (Augsb. Abend-Ztg.)

Oesterreich. Wien. Immer einmüthiger ertönt in den hiesigen Blättern der Ruf nach der Einberufung einer vollwerthigen Reichsvertretung. Selbst diejenige Partei, welche den magyarischen Standpunkt einnimmt, schließt sich jetzt rückhaltslos dem Verlangen an, daß der Zusammentritt einer vom Vertrauen der Bevölkerung getragenen Vertretung nicht länger hinausgeschoben werde. Der „Wanderer" knüpft diese Forderung an eine den zwei neuesten Finanzmaßregeln gewidmete Betrachtung und bemerkt am Schluß,

Nichtpolitische Zeitung.

In dem eine halbe Stunde von Zweibrücken entfernten Dorfe **Niederauerbach** spielt seit 14 Tagen eine Schatzgräbergeschichte, die an die dunkeln Zeiten früherer Jahrhunderte erinnert. Ein Bauersmann, der schon von seinem Großvater gehört haben wollte, daß in seinem Garten ein Schatz vergraben sey, ließ behufs Hebung dieses Schatzes sich mit einem herumziehenden Schirmflicker ein, der sich denn auch anheischig machte, den Schatz zu heben. Zu diesem Behufe ließ er durch den Bauer 100 Fünffrankenthaler beischaffen, legte das Geld in Beiseyn des Bauers und dessen Familie schön gerollt in eine Kiste, bedeckte dieselbe mit Erde und befahl den Leuten, die Kiste vor dem 9. Tage, zu welcher Zeit er wieder kommen und den Schatz, der sich bis dahin in die Kiste gezogen habe, selbst heben würde, ja nicht zu öffnen. Der Bauer überzeugte sich durch öfteres Nachsehen wohl, daß das Geld noch im Kasten sey, sah aber auch, daß es sich nicht vermehre. Als der 9. Tag verstrichen war, sich aber kein Schatzgräber zeigen wollte, öffnete man die Kiste und fand statt des Geldes runde, mit Papier verklebte Hölzer in Form der Geldrollen.

Ueber den **Hopfenbau außerhalb Bayerns** werden wohl folgende Notizen für manchen Leser von Interesse seyn. Die Haupthopfenbauländer außer Deutschland sind England und Nordamerika. England verbraucht seinen Hopfen durchschnittlich selbst und wurde sonst nur in Jahren von Mißernten dort Hopfen eingeführt und dann meistens aus Nordamerika, Belgien, Deutschland (insbesondere Braunschweig und Bayern). Der Einfuhrzoll betrug Anfangs der 30r Jahre noch 8 Pfd. 11 Sh. oder 102 fl. 36 kr., daher die Einfuhr damals unbedeutend war. Jetzt wird dieser Handel sich anders gestalten, denn dieses Jahr beträgt der Eingangszoll nur noch 2 Pfd. 5 Sh., im Jahre 1861 nur noch 1 Pfd. und vom 1. Jan. 1865 an sogar nur noch 15 Sh. oder 9 fl. per Zentner. In Frankreich ist der Hopfenbau verhältnißmäßig unbedeutend. In Deutschland sind die ersten Hopfenländer Böhmen und Bayern. In Böhmen ist der berühmteste Hopfen der von Saaz, nach ihm der von Auscha, Pilsen und Klattau. In Baden gilt der Schwetzinger und Durlacher Hopfen als der beste. In Braunschweig, dessen Hopfen man dem böhmischen fast gleichschätzt, wird der beste bei dem Dorfe Oelger gezogen. In Sachsen ist verhältnißmäßig wenig Hopfenbau, am meisten wird noch bei Lützschena in der Nähe von Leipzig und in der sächsischen Schweiz bei Wehlen und Pirna gebaut. In Preußen wird diese Kultur eigentlich nirgends in bedeutendem Umfange, aber an vielen Orten betrieben. Am meisten Hopfenbau haben noch die Provinzen Sachsen und Brandenburg und ganz neuerdings auch Neutomysl im Großherzogthum Posen. Die Ausfuhr aus dem Zollverein an Hopfen betrug nach den Zolllisten in der letzten Zeit etwa 10,000 Zentner jährlich.

Aus **Leipzig** vom 21. Dezbr. schreibt man dem „Dresd. Journal“: „Zur dienstbaren Theilnahme an der Expedition, die durch Hrn. v. **Heuglin** zur genauen Erforschung des Schicksals des in Afrika verschollenen Eduard Vogel zur Ausführung kommen soll, hatten sich 28 Deutsche gemeldet. Obgleich nun Herr v. Heuglin erklärt hatte, daß er sich die nöthigen Leute erst in Afrika selbst wählen wolle, so ist doch einer von denen, die sich gemeldet, von seinem in der Begeisterung für den Zweck gefaßten Vorhaben nicht abzubringen gewesen. Wie uns mitgetheilt worden, ist derselbe bereits heute nach Dresden gereist, um dort über Triest die Reise nach Alexandrien fortzusetzen. Die Kosten bestreitet er von seinem eigenen Kapital. Sollte ihn Hr. v. Heuglin nicht annehmen, so ist er entschlossen, sich irgend einer andern Karavane anzuschließen. Dieser Mann, Namens Schubert, ist gebürtig aus Penig. Nachdem er die Gärtnerei erlernt und seiner Militärzeit ehrenvoll genügt hatte, stand er längere Zeit bei dem Fürsten v. Schönburg-Waldenburg und zuletzt bei dem Fabrikbesitzer Hrn. Robran in Neuschönfeld als Gärtner in Diensten. Lediglich aus Begeisterung für den Zweck der genannten Expedition hat er dieses sein letztes Dienstverhältniß abgebrochen.“

Freiburg, 24. Dez. Hofrath Dr. **Schwörer**, Professor der Geburtshülfe an der hiesigen Universität, ist in der verflossenen Nacht an einem Herzschlag gestorben. (Karlsr. Z.)

* **Frankfurt**, 31. Dezbr. (Privat-Korresp.) Die Spielhöllenmysterien haben dieser Tage aus Homburg einen neuen Beitrag erhalten, der jedoch für die Zuschauer eine herzzerreißende Scene darbot. Ein Franzose mit seiner jungen Frau und zwei Kindern hielt sich seit Kurzem in Homburg auf und spielte ziemlich stark an der Bank, wo er am Mittwoch sein ganzes Vermögen verlor. Zuletzt setzte er in der Verzweiflung noch den Ueberrest, was er noch an Gold, Banknoten u. Silber in der Tasche hatte, auf einmal als letzten Rettungsanker. Auch hier ist das Spielglück gegen ihn; als aber eben der Croupier das Geld wegziehen will, faßte es der Spieler mit krampfhaften Händen und schiebt es in seinen Hut mit den Worten: „Das ist das Letzte für meine Kinder!“ Während der ersten Ueberraschung des Spielbankpersonals suchte er sich mit der geretteten letzten Habe aus dem Saale zu entfernen, wurde aber vor der Thüre verhaftet und, da die Bande sich schämte, das Geld zu reklamiren, so wurde ihm einfach der weitere Aufenthalt in Homburg verboten.

Paris, 28. Dez. Gestern Nacht stieß auf der Nordbahn bei der Station Charleroi ein Güterzug auf einen im Schnee stecken gebliebenen Personenzug; ein Reisender blieb sogleich todt, zwei andere starben in Folge der erhaltenen Wunden, und acht wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

Seit Anfang dieses Jahrhunderts ist in **Frankreich** der Preis der Austern um 50 pCt. gestiegen. Bald wird der Leckerbissen aber wieder wohlfeil werden, da die von der Regierung und von Privaten angelegten künstlichen Austernzüchtereien, besonders im Bassin von Arcachon, über alle Erwartung gedeihen. In 18 Stunden der Fischerei während neun Tagen des November wurden dort ungefähr 5,500,000 Austern gefischt. Man darf bestimmt annehmen, daß in der nächsten Saison, im April, das Ergebniß der Fischerei wenigstens dreifach so groß seyn wird. (D. Allg. Z.)

In **Lille** gerieth in einer der letzten Nächte ein öffentliches Haus (maison de tolérance) in Brand. Von den 9 weiblichen Insassen sprangen zwei aus dem dritten Stockwerk und fielen zerschmettert auf den Balkon des ersten Stockes, vier wurden gerettet und vier verbrannten. Das gleiche Loos traf einige männliche Besucher, darunter einen Handelsreisenden, während andere sich über die Dächer der Nachbarhäuser retteten. Auch der Eigenthümer des Hauses kam in den Flammen um.

Australien, das die Welt bisher mit seinem Goldreichthum überrascht hat, trifft Anstalten, ihr auch den **besten Stahl** zu liefern, der bisher erzeugt wurde. Diese Sache ist höchst merkwürdig. Seit der Zeit, daß die ersten Europäer in Neu-Seeland landeten, war oft in Reiseberichten von einem eigenthümlichen metallischen Sande die Rede gewesen, der längs dem Strande von New-Plymouth in Taranaki den Einwanderern lästig fiel. Er sieht sich wie gepulverter Stahl an, und es war längst bekannt, daß er vom Magnet angezogen wird. Am häufigsten kommt er am Fuße von Mount Egmont, einem ausgebrannten Vulkane, vor, doch findet er sich noch meilenweit längs der Küste mehrere Fuß hoch aufgeschichtet. Die Geologen vermuthen, dieses granulirte Metall sey ein vulkanisches Eruptionsgebilde, das später in der See pulverisirt und wieder trocken gelegt wurde. Praktische Versuche wurden damit weiter nicht gemacht; es war ein verhaßter Staub, gegen den sich die Einwohner, wenn der Wind ihn in Bewegung setzte, durch dichte Schleier zu schützen gezwungen sind, und erst Kapt. Marshead hat das Verdienst, den großen Werth dieser Landplage entdeckt zu haben. Es ist dies ein Gentleman aus dem Westen Englands, der eigens nach Neu-Seeland gereist war, um diesen Staub, von dem er viel gehört hat, zu untersuchen. Dort unterwarf er ihn verschiedenen Schmelzprozessen, und als das Produkt alle seine Erwartungen übertraf, erwarb er von der Regierung den ganzen verachteten Sanddistrikt und reiste dann mit mehreren Tonnen, die als Probe dienen sollten, nach England zurück. Hier stellte es sich nun bei genauen Analysen heraus, daß dieser Sand das herrlichste Erz ist, bestehend aus 88,45 Eisenparoxyd, 11,43 Titanoxyd mit Kiesel gemischt und aus bloß 12 pCt. unbrauchbaren Nebenbestandtheilen. Durch den sogenannten Concentrationsproceß erzeugt man aus ihm einen Stahl, der alle bisher bekannten Sorten an Güte weit übertreffen soll, ein Umstand, der aus der Beimischung des Titaniums wohl erklärlich ist, da es längst bekannt war, daß eine Zugabe dieses Metalls zum Eisen die Erzeugung des Stahls hebt, und es nur seiner Kostspieligkeit wegen keine größere Anwendung finden konnte. Dieser Taranaki-Sand, der so fein ist, daß er mit Leichtigkeit durch ein Gewebe passirt, das auf den Quadratzoll 4900 Oeffnungen zählt, hat nun schon von der Natur das Titan beigemischt erhalten, und wenn obige Angaben sämmtlich richtig sind, dann zweifeln wir nicht im Geringsten, daß die aus solchem Stahl bereits angefertigten Werkzeuge, chirurgische Instrumente u. s. w. alle bisherigen Erzeugnisse dieser Art übertreffen. Man denkt auch schon bei der Regierung daran, ob es sich nicht zu Ankerketten, Schiffspanzern, Flinten- und Kanonenläufen verwenden ließe.

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg

habe im Familienrathe geäußert, eine Konstitution sei etwas so gar Schreckliches nicht, auch Bayern habe eine Konstitution, worauf Ferdinand's II. Wittwe sich erhoben und entgegnet habe: „Kind, Sie wissen nicht, was sie sagen!"

Turin, 25. Dez. Die Unterhandlungen zwischen hier und Paris dauern noch fort. Es scheint über die süditalienischen Angelegenheiten zwischen beiden Kabinten eine weit klaffende Differenz zu bestehen. Napoleon zeigt sich sehr unzugänglich, wahrscheinlich weil er mit Neapel seine eigenen Plane hat. Mittlerweile gehen die Dinge in Neapel mit jedem Tage schlechter. Im Lande breitet sich der Aufstand immer mehr aus. Die Provinz Salerno und die beiden Provinzen Abruzzi ulteriori sind ganz in den Händen der Aufständischen und in Torcella und Santeramo haben blutige Konflikte stattgefunden. Die Festung Civitella del Tronto ist noch immer in der Gewalt der bourbonischen Besatzung. General Pinelli erwartet erst das nothwendige Belagerungs-Geschütz. In Neapel wendet sich die Stimmung immer allgemeiner gegen die Piemontesen. Farini hat durch seine Rücksichtslosigkeit und durch die unbesonnene Einführung piemontesischer Gesetze sehr viel dazu beigetragen, das piemontesische Regiment verhaßt zu machen. Er sieht jetzt ein, daß er sich nicht mehr halten kann und sinnt auf den Rückzug. Die Mobilisirung von Nationalgarden, welche nach dem nördlichen Italien gesendet werden sollen, hat die Aufregung gesteigert. Die Belagerungsarbeiten vor Gaeta schreiten sehr langsam vorwärts. Die Cavallikanonen (so genannt von ihrem Erfinder) bewähren sich nicht, da sie gegen die Festung nicht die gehörige Tragweite haben. Cialdini hat deßhalb durch den Telegraphen die Absendung mehrerer Batterien gezogener 80 Pfünder, welche früher von Frankreich geliefert wurden, verlangt. Der Schaden, den das Bombardement bis jetzt in Gaeta angerichtet, ist sehr unbedeutend. Die Vertheidigungswerke und die Batterien, welche meist in den Felsen eingeschnitten sind, haben gar nicht gelitten. Die zuletzt von Genua nach Neapel abgegangene Fregatte „des Geneys" hat 20 Mörser vom größten Kaliber und 20,000 Bomben an Bord gehabt. (Frankf. Post-Ztg.)

Rußland und Polen.

Nach einem neuerdings erschienenen Ukas sollen einer Anzahl Amnestirter ihre konfiszirten Güter zurückgegeben werden. (Allg. Ztg.)

Donaufürstenthümer.

Nicht nur in Krajova, sondern auch in Bolgrad und Ismail ist es zu Ruhestörungen gekommen. Die Bevölkerung widersetzte sich in Krajova einer neuen Steuer und hier der Rekrutirung; die bewaffnete Macht mußte einschreiten, und wie in Krajova, so blieben auch in Bolgrad im Handgemenge mehrere Personen auf dem Platze; andere wurden verwundet. In Ismail wurde die Ordnung wieder hergestellt.

Türkei.

Konstantinopel, 22. Dezbr. Die Entschädigungssumme für das Blutbad in Dscheddah ist endgültig festgestellt worden und soll in türkischen Konsols gezahlt werden. (K. Z.)

Aegypten.

Laut Berichten aus Alexandrien wird der Vizekönig von Aegypten eine Wallfahrt nach den heiligen Städten antreten; er geht, begleitet von einem zahlreichen Gefolge, am 30. Dezbr. von Suez aus nach Medina und Mekka.

Asien.

Aus Kalkutta, 23. Nov., wird der „Times" geschrieben: „Das Wichtigste, was ich zu melden habe, ist, daß Nena Sahib noch immer lebt. Er lagert mit 3—4000 Anhängern in Thibet, ganz nahe bei der nepalischen Gränze. Er hat Geld im Ueberfluß und ist im Stande, seine Leute zu ernähren, ohne die Dörfer zu plündern. So kommt es, daß man ihn nicht nur duldet, sondern sogar gern hat, und daß die Landesbewohner ihm bei seinen Versuchen, unseren Behörden das Faktum seines Daseyns zu verheimlichen, geholfen haben. Es mag seltsam klingen, wenn ich behaupte, daß ein Mann, dessen Tod so ausführlich beschrieben worden ist und nach Aussage der Kommission von Audh keinem Zweifel unterliegt, noch am Leben ist und an der Spitze einer Truppenschaar steht. Ich habe jedoch die besten Gründe, zu wissen, daß meine Behauptung wahr ist. Auch die indische Regierung weiß um die Sache und hat bereits über das unter diesen Umständen zu beobachtende Verfahren berathen. Sie ist zu dem Resultate gelangt, nicht aktiv einzuschreiten, jedoch die Gränze sorgfältig im Auge zu behalten, da ein Einfall aus Thibet als sehr leicht möglich erscheint."

— Der (in Schanghai) erscheinende „North China Herald" vom 7. Nov. enthält folgenden Brief aus dem Lager vor Peking, 24. Okt.: Von den Unglücklichen, die am 18. v. M. von Sanko-lin-sins Truppen bei Tschankiawan verrätherisch gefangen genommen wurden, sind Kapitän Brabazon, vom britischen Generalquartiermeisterstab, der Abbé Du Luc und einige Franzosen der wissenschaftlichen Sozietät noch verschollen. Die zwei ersteren, glaubt man, seyen auf Befehl eines in der Schlacht vom 21. verwundeten und darum erbitterten Tatarengenerals enthauptet worden. (Dies hat sich seitdem bestätigt.) Die unter der grausamen Behandlung der Chinesen Umgekommenen, deren Leichen ausgeliefert worden, sind W. de Normann, Attaché der britischen Gesandtschaft in Schanghai, Hr. T. W. Bowlby, der Spezialkorrespondent der „Times", Lieutenant und Adjutant Anderson von Fane's Reiterei, ein Gardedragoner Namens Phipps, 4 Sikh-Sowaren (Reiter) und 3 Franzosen, zusammen 11. Die jämmerlich entstellten Körper konnten nur an den Fetzen ihrer Kleider erkannt werden; sie waren, in Folge der Seile, die ihnen ins Fleisch geschnitten, elend und langsam an Brand gestorben. Die Leichen der Sikhs wurden von ihren Kameraden, ihrer Sitte gemäß, verbrannt. Die Franzosen übergaben wir ihren Landsleuten, und die vier Engländer wurden am 17. Oktober auf dem russischen Kirchhof vor dem Antin-Thor feierlich bestattet, wobei der Oberbefehlshaber und Lord Elgin als erste Leidtragende hinter den Särgen herschritten. Auch der französische Oberkommandant und viele französische Offiziere wohnten bei. Die Grabgebete las der Rev. M'Ghee, britischer Feldkaplan, und der Priester der griechischen Kirche in Pontifiralibus hielt das Kreuz, das Sinnbild unseres Glaubens, hoch. Drei Salven der Infanterie donnerten über die Gräber, denen ein Denkstein nicht fehlen wird. Die chinesische Regierung ist bereits genöthigt worden, 300,000 Taels Silber (100,000 Pfd. St.) für die Angehörigen dieser Gemordeten, sowie für die noch lebenden Mißhandelten auszuzahlen. Die englische Regierung wird die Vertheilung vornehmen.

* Der „Moniteur" theilt noch weitere Einzelnheiten über die Vorgänge mit, welche während und nach der Unterzeichnung der chinesischen Verträge stattfanden. Die Engländer umgaben diesen Akt mit allem militärischen Pomp, den sie zu entwickeln im Stande waren. Eine Schwadron Königin-Dragoner und eine berittene Abtheilung Sikhs bildete die Kavallerie-Eskorte; die dabei figurirende Infanterie bestand aus zwei Regimentern von je 500 Mann und Sikhs-Fußgängern. Die Details der Ceremonie gaben zu langen Besprechungen Veranlassung. Am folgenden Tag, den 25., fand die Unterzeichnung des französisch-chinesischen Vertrags statt. Baron Gros und General Montauban waren von einer aus Spahis und Chasseurs d'Afrique gebildeten Eskorte, der sich noch eine Abtheilung reitender Artillerie anschloß, umgeben. Der Zug bewegte sich in der größten Ordnung durch die Stadt inmitten einer dicht gesäeten Bevölkerung. Nicht die geringste Unordnung fiel vor. Um drei Viertel der Stadt zu durchziehen, brauchte man, ohne sich irgendwo aufzuhalten, anderthalb Stunden. Prinz Kong benahm sich mit der ausgesuchtesten Höflichkeit gegen Baron Gros und General Montauban. Er ist 24 bis 25 Jahre alt und hat ein sanftes, interessantes Gesicht. Die Last der Geschäfte, welche ihm sein Bruder, der Kaiser, übertragen hat, scheint schwer auf ihm zu liegen. Die Auswechslung der Vollmachten und die Unterzeichnung des Vertrages nahm beinahe eine volle Stunde in Anspruch. Im Augenblick des Unterschreibens feuerte die Artillerie eine Salve von einundzwanzig Schüssen ab. General Montauban hat sich seitdem mit Mgr. Mouly, dem Bischof von Petscheli, einem in dem Lande hochverehrten Prälaten, in Beziehung gesetzt. Besonders genießt er das Vertrauen des Prinzen Kong. Die französischen Missionäre haben im Lande festen Fuß gefaßt. Am 28. Oktober fand die Beerdigung der unglücklichen Opfer der chinesischen Treulosigkeit auf dem prachtvollen katholischen Kirchhofe statt, der vor 200 Jahren den portugiesischen Missionären gehört hatte. Es befinden sich daselbst die Marmorgräber der ersten Bischöfe von Peking, namentlich des Bischofs Shaal, der unter Kong-Hi Minister war. Diese Denkmäler sind sehr wohl erhalten, was man sowohl der tiefen Ehrfurcht der Chinesen vor den Todten, als auch dem frommen Schutze der russischen Mission in Peking verdankt. Die Begräbnißfeier selbst war sehr imposant. Die sechs Särge standen je auf einem Artilleriewagen. Die sämmtlichen englischen Offiziere und Geistlichen hatten sich dem Trauerzuge angeschlossen. Die Eröffnung der seit 35 Jahren geschlossenen katholischen Kirche fand am 29. Okt. statt. Die Soldaten arbeiteten um die Wette an der Säuberung und Ausschmückung dieses schönen Gebäudes.

schen Ländern, noch keine Spuren, daß die Regierung nicht Herr der Bewegung bleiben und sie im Wege der Ordnung erhalten sollte. (Ztg. f. Nordd.)

Die Konzessionäre der böhmischen Westbahn haben jetzt endlich den Prospektus ihres Unternehmens veröffentlicht. Dieses Unternehmen umfaßt den Bau einer Eisenbahn von Prag über Pilsen an die bayerische Grenze, wo sich dieselbe bei Furth an die bayerische Bahn anschließt. Eine Zweigbahn soll die Kohlenwerke von Radnitz und Wegwanow mit der Hauptbahn verbinden. Die Gesammtlänge der Bahn, die Zweigbahnen inbegriffen, beträgt 27 deutsche Meilen, und es muß die Hauptbahn bis Ende Juni 1862 vollendet seyn. Das zum Bau und zur Inbetriebsetzung der gesammten Bahn erforderliche Kapital, inkl. der Verzinsung desselben während der Bauzeit soll, wie der Prospekt besagt, durch Ausgabe von 12 Millionen Gulden Aktien und von 12 Millionen Gulden zu 5 pCt. in effektivem Silber verzinslichen und in effektivem Silber rückzahlbaren Prioritätsobligationen aufgebracht werden. Die österr. Regierung hat in der Konzessionsurkunde für das gesammte Anlagekapital von 24 Mill. Gulden eine jährliche 5prozentige Verzinsung und außerdem eine jährliche Amortisationsquote von $^2/_{10}$ pCt. garantirt.

Wie der „Morgen-Post" aus Innsbruck geschrieben wird, hat der Erzherzog-Statthalter in Tyrol, Karl Ludwig, an den Kaiser die Bitte um Enthebung von seinem Posten gerichtet, und soll dieselbe bereits angenommen seyn. Der Erzherzog kann sich mit Schmerlings Grundsätzen nicht befreunden.

In Vicenza fiel dieser Tage wieder ein Opfer der sardinischen Wühlereien. Ein junger Mann, Koch, wurde überwiesen, zwei Soldaten zum Treubruch verleitet zu haben. Er wurde standrechtlich zum Tode verurtheilt und am 21. in Vicenza erschossen. Gleiches Schicksal traf in Treviso einen Husaren wegen wiederholter Desertion.

Schweiz.

Fenner v. Fenneberg, der ehemalige Kommandant des revolutionären Wien, befindet sich gegenwärtig, an beiden Füßen gelähmt, im Spitale in Zürich. Seine arme Frau war vor einiger Zeit in Innsbruck, um bei hochgestellten Verwandten Hülfe zu suchen. Einige Wohlthäter sammelten Beiträge, um die unglückliche Familie für einige Zeit vor dem drückendsten Mangel zu schützen.

Großbritannien.

London, 27. Dez. Während die meisten Morgen- und Abendblätter wegen der Auslieferung des Grafen Teleki ein gewaltiges Geschrei erheben, rechtfertigt das „Morning Chronicle" diese Maßregel, indem es bemerkt, die sächsische Regierung habe mit der Auslieferung des in contumaciam verurtheilten ungarischen Grafen nur eine vertragsmäßige Pflicht und Schuldigkeit erfüllt. „Wenn Mitchell, der irische Rebell, sagt das genannte Blatt, nach seiner Flucht aus Australien wieder gefangen worden wäre, hätte irgend eine in einem der vier Welttheile für ihn empfundene Sympathie uns als ein Grund gegolten, warum das Gesetz nicht seinen Gang gehen sollte?"

Frankreich.

Paris, 20. Dez. Die Augen unserer Spekulanten wie des kaufmännischen Publikums sind nun vorzugsweise auf Mires gerichtet. Man sagt, der bekannte Pontalba, der mit Mires verschiedene Transaktionen bei den römischen Eisenbahnen hatte, sey mit ihm in Streit gerathen, und Mires forderte nun von ihm 1,600,000 Frs. und verlangte sofortige Zahlung. Pontalba stellte eine Gegenrechnung auf und übergab sie dem Generalprokurator, der Mires nun vorladen ließ; vor Gericht verweigerte er die an ihn gestellten Fragen zu beantworten. Die Sache schien mehr als eine Privattransaktion, man versuchte durch Pertire einen Vergleich und Mires reduzirte seine Forderung oder nahm sie ganz zurück; allein da die Gerichte einmal Kenntniß davon genommen, so war die Sache nicht mehr zu vertuschen. Eine der dabei interessirten Personen wendete sich nun an den Kaiser und ließ ihn durchblicken, daß wenn die Sache aufs Aeußerste getrieben werde, die angegriffene Partei zur Selbstvertheidigung Thatsachen veröffentlichen werde, wodurch hochgestellte Personen arg kompromittirt würden. Morny's Einfluß macht sich in allen solchen Dingen äußerst fühlbar; er mag damit das Gemeinwohl zu fördern glauben, allein Thatsache ist es, daß ihm nichts zu groß oder zu klein ist; man spricht davon in den Hofkreisen, wie in den Werkstätten der Vorstädte; überall hört man von Morny's Einfluß, vor dem sich Alles beuge und dessen Patronage für jedes Unternehmen nothwendig sey, und so glaubt man, daß bei den Adreßdebatten die Sache zur Sprache kommen könnte. Die allgemeine Meinung hier ist, daß Morny entfernt werden muß, wenn die Regierung nicht in Mißkredit kommen soll. (Fr. Hrlsz.)

Der „Köln. Ztg." schreibt man aus Paris vom 27. Dez.: „Fürst Metternich hat sich heute in Person zu dem Minister des Innern begeben, um gegen die systematisch-feindliche Sprache Klage zu erheben, welche selbst die offiziöse französische Presse in Bezug auf die österreichische Regierung führe. „Wenn Oesterreich und Frankreich im Kriege wären, so könnte es nicht schlimmer seyn", soll der Fürst gesagt haben. Graf Persigny erkannte die Richtigkeit dieser Bemerkung an, bedauerte aber, nichts dagegen thun zu können, da in Frankreich keine offiziöse Presse und auch keine präventive Gesetzgebung vorhanden sey." (In anderen Fällen weiß die kaiserl. französische Regierung ihren Willen den Zeitungen schon bemerklich zu machen.)

Nach zuverlässigen Berichten trifft die ungarische und polnische Emigration seit einiger Zeit auch in Paris, Marseille u. s. w. umfassende Vorbereitungen für den beabsichtigten Frühjahrsfeldzug. Die Leiter derselben hatten sich vor Kurzem an L. Napoleon gewendet, um aus den französischen Magazinen und Zeughäusern die zur Ausrüstung nöthigen Gegenstände zu erhalten, das Gesuch wurde aber abschlägig beschieden, weil man auswärtigen Reklamationen vorbeugen will. Man gibt (nach dem Grundsatze non olet) lieber das benöthigte Geld her. Die Thatsache, daß eine Schaar fremder Flüchtlinge in der ausgesprochenen Absicht, in ihrem Vaterlande einen Aufstand zu erregen, es wagen konnte, sich um Unterstützung für ihr Vorhaben an den Kaiser der Franzosen zu wenden, ist an sich bezeichnend genug und liefert einen ausreichenden Beweis dafür, welche Beziehungen zwischen dem Herrscher von Frankreich und der Emigration bestehen. (Fr. Pstz.)

Spanien.

In Spanien sieht sich die Regierung durch die starke Auswanderung nach Nordamerika aus den nördlichen Provinzen veranlaßt, große Vortheile denen zu bieten, welche sich in der Mancha in Andalusien und Estremadura ansiedeln wollen; sie erhalten Land, Ackergeräth und Geldunterstützung.

Italien.

Aus Rom, 21. Dez., wird der „Triest. Ztg." geschrieben: „Im Vatican werden des Nachts Wagen bepackt und vor Tagesanbruch in größter Stille nach dem Bahnhof und von dort nach Civitavecchia gebracht, wo die Kisten wahrscheinlich eingeschifft werden. Ihr Bestimmungsort ist nicht genau bekannt, da aber im Hafen von Civitavecchia auffallend viele spanische Kauffahrer gehen und kommen, so glaubt man, daß jene geheimnißvollen Kisten nach Spanien geschickt werden. Ueberdies ist im Vatican Alles zur Abreise des Papstes vorbereitet. Diese wird aber nur gleichzeitig mit dem Abzuge der französischen Truppen erfolgen."

Daß das Dekret der sard. Regierung über die allgemeine Truppen-Aushebung im Neapolitanischen unmittelbar in Kraft treten soll, haben wir bereits gemeldet. Die von 1857—1860 regelmäßig entlassenen Individuen werden wieder einberufen. Darunter befinden sich, wie die „Patrie" berichtet, auch die neapolitanischen Soldaten mit Ausnahme derer, die sich jetzt in Gaeta befinden. Alle die, welche diesen Vorschriften nicht nachkommen, werden als Fahnenflüchtige vor das Kriegsgericht gestellt. Nach der Berechnung des neapolitanischen Vorstandes des Kriegs-Ministeriums müssen in Folge dieser Maßregel 130,000 Mann am 28. Februar unter den Waffen seyn.

Man hat jetzt den Brief in die Oeffentlichkeit gelangen lassen, den Viktor Emanuel am 5. April 1860 von Florenz aus an seinen lieben Vetter richtete und worin er ihm an's Herz legte, daß die Italiener nach der Schlacht bei Solferino, wo „Oesterreichs tyrannischer Einfluß" auf Italien gebrochen sey, nicht mehr regiert werden könnten, wie zu Metternich's Zeiten; man sey zu der Epoche gelangt, wo nur noch zwei mächtige Staaten in Nord und Süd auf der Halbinsel möglich seyen; die Einheitsidee sey übermächtig; es sey unerläßlich, daß man in Neapel die unselige Politik, die bisher befolgt worden, aufgebe; sollte dieser Rath verworfen werden, so lasse sich die Zeit voraussetzen, wo Viktor Emanuel in die traurige Nothwendigkeit versetzt werde, entweder die Interessen seiner eigenen Krone zu gefährden oder das Werkzeug zum Sturz des Königs von Neapel zu werden; lasse dieser noch einige Monate unbenutzt vergehen, so werde er dem Fluche des „Zu spät!" verfallen, das 1830 einem Bourbon in Frankreich zugerufen worden. „Daily News", das dieses Aktenstück veröffentlicht, setzt hinzu, daß Franz II. damals auf Rath seiner Stiefmutter und gegen den Wunsch seiner jungen Gemahlin diesen Brief unbeantwortet ließ. Bekanntlich wurde damals erzählt, die junge Königin

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 2.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	58. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 2. Januar 1861.

Deutscher Bund.

Aus Baden vom 28. Dez. War einmal eine schöne Zeit. Da gab es noch silberne Fünflivresthaler die Menge, und die Zwanzigfrankenstücke in Gold waren rar und so theuer, daß sie manchmal zu 9 fl. 30 kr. bis 9 fl. 40 kr. bezahlt werden mußten. Und doch bestand schon zu jener Zeit drüben in Frankreich ein Gesetz, welches bestimmt, daß 1 Kilogramm Gold $15^1/_2$ Kilogramm Silber gleich zu achten sey, folglich die nach solchem Maßstab ausgeprägten Gold- und Silberfranken völlig gleichen Verkehrswerth haben sollen. Seitdem haben Kalifornien und Australien einen großen Theil ihrer ungeheuren Ausbeute an Gold uns überlassen; der Zuwachs an Silber aber war, bei sehr gestiegenem Bedarf, unbedeutend wie immer, und so sind die Verhältnisse ins Gegentheil umgeschlagen, d. h. wie früher das Gold über der französischen Tarifirung stand, so steht es jetzt unter derselben. Wir aber in Süddeutschland fahren fort, im Waarenverkehr die Napoleonsd'or zu 9 fl. 20 kr. anzunehmen und auszugeben; wie bekunden dadurch sogar im Verkehrswesen eine Unselbständigkeit, die beschämend ist, und laden größeren Waarenhändlern einen Verlust auf, der, mäßig taxirt, fünfmal größer ist als die Summe, die sie an direkter Steuer zahlen. Lange schon ist die Spekulation thätig, die Verhältnisse auszubeuten, und sogar die Bank von Frankreich hat ganz kürzlich erst, muthmaßlich nicht für die Ehre, 50 Millionen Franken Silber an die von England gegen Gold abgetreten. Die deutschen Regierungen haben durch Festhalten an der Silberwährung das Ihrige gethan, und am Publikum wäre es nun, keine Goldmünze über Kurs anzunehmen noch auszugeben. Das aber, wozu wir, freilich ohne Hoffnung auf Erfolg, Anregung geben möchten, wird nicht geschehen, sondern Süddeutschland wird fortgesetzt für Gold den vortheilhaftesten Markt bieten, und so werden wir denn in gar nicht langer Zeit Silber gehabt haben.

(Schw. M.)

Bayern. München, 30. Dezbr. Die hier und anderwärts allgemein verbreitete und geglaubte Angabe, daß Graf Doria vor seiner Abreise die sardinischen Staatsangehörigen in Bayern unter den Schutz des französischen Gesandten gestellt habe, ist nichtsdestoweniger unrichtig. (Allg. Ztg.)

München, 30. Dez. Herr Bischof Oettl von Eichstätt hat sein Gesuch um Austritt aus der Kammer der Reichsräthe bereits bei dieser Kammer eingereicht. Die 1. Kammer hat noch eine andere Personalfrage zu erledigen. Der junge Fürst v. Oettingen-Wallerstein, welchem vor erreichtem 21. Lebensjahre durch königl. Entschließung die Volljährigkeit verliehen worden ist, verlangt auf Grund derselben, seinen Sitz in der Kammer einzunehmen. Es entsteht nun die Frage, ob die auf solche Weise erlangte Volljährigkeit zum Eintritt in die Kammer berechtigt oder ob der junge Reichsrath sich bis zum natürlichen Volljährigkeitsalter zu gedulden hat. §. 5 des VI. Titels der Verfassungs-Urkunde spricht von „erreichter" Volljährigkeit. (N. Korr.)

Der Bau einer Eisenbahn durch das Innthal von Endorf über Straß bei Wasserburg, Kraiburg, Mühldorf, Neuötting, Simbach zur Einmündung in die österreichische Bahn bei Schärding soll ernstlich projektirt, auf etwa 9 Millionen Gulden veranschlagt und in drei Jahren auszuführen seyn. — Auch von Schongau petitionirt man um eine Bahn, die von Holzkirchen über Weilheim nach Kaufbeuern, nach Andern von Starnberg über Weilheim nach Füßen gehen soll.

Preußen. Ein Dekret des Prinz-Regenten vom 27. Dez. beruft den Landtag auf den 14. Januar zusammen.

Die Wahl des Obertribunalraths Waldeck in Berlin zum Abgeordneten im Bielefelder Landkreise ist ein Vorgang von nicht geringer Bedeutung für das innere preußische Verfassungsleben. Herr Waldeck ist nicht bloß der erste Demokrat, der seit der „neuen Aera" in die Kammer gewählt wird (bisher hat man es stets rücksichtsvoll vermieden, mit prononcirten Namen dieser Partei hervorzutreten), er war auch, wie bekannt, die Seele der demokratischen Partei in der preußischen Nationalversammlung von 1848 und Verfasser des von dieser ausgearbeiteten (durch die oktroyirte Verfassung beseitigten) Verfassungsentwurfs, welcher unter Anderm den Titel „von Gottes Gnaden" gestrichen hatte. (Nürnb. K.)

Baden. Baden, 29. Dez. Der Großherzog hat genehmigt, daß das Finanzministerium alljährlich einige jüngere Beamten der verschiedenen Finanzbranchen zu ihrer weiteren technischen und kommerziellen Ausbildung auf Staatskosten reisen läßt, welche dann einen ausführlichen Reisebericht zu erstatten haben, der gedruckt und den übrigen Beamten der betreffenden Branchen mitgetheilt wird. In diesem Jahre haben vier solcher Beamten Reisen gemacht. (Karlsr. Z.)

Oesterreich. Dr. L. Rieger in Prag, der vor einigen Wochen um die Erlaubniß zur Herausgabe einer böhmischen politischen Zeitung (im Sinn der spezifisch czechischen Partei) unter dem Namen „Narod" (die Nation) angesucht, wurde mit Erlaß des Polizeiministerium vom 16. Dezember mit seinem Gesuche abgewiesen.

Wien, 27. Dez. Binnen kurzem soll ein Gesetz zur Regelung der Kultusangelegenheiten der nichtungarischen Protestanten erlassen werden. Hr. v. Schmerling glaubt die Regelung dieser dringlichen Angelegenheit nicht länger verschieben zu dürfen; er gedenkt das fragliche Gesetz provisorisch in Geltung zu bringen und erst nach der Hand der Genehmigung der verfassungsmäßigen Autorität, d. i. des Reichsraths, vorzulegen. Der Berufung der Landtage wird binnen zwei Monaten entgegengesehen; wenigstens glaubt Hr. v. Schmerling alle nöthigen Vorbereitungen dazu bis dahin treffen zu können. Der Staatsminister möchte es um jeden Preis so bewerkstelligen, daß die Landtage der westlichen Provinzen in gleicher Zeit mit dem ungarischen tagen. Damit wäre allerdings ein Gegengewicht gegen etwaige Separationsgelüste Ungarns gewonnen; ob aber ein wirklich ausgiebiges, das wird von der Zusammensetzung der österreichischen Landtage abhängen. — Unterdessen vernachlässigt die Regierung nichts, was zur Festigung ihrer militärischen Position in Ungarn beitragen könnte. Die Garnisonen der ungarischen Städte sind bereits so gut als auf Kriegsfuß gestellt; die der ungarischen Festungen werden verstärkt, um auf alle Eventualitäten gefaßt zu seyn; die Artillerieparks sind bereits completirt und alles auf die Vornahme energischer Schritte eingeleitet. (D. Allg. Ztg.)

Wien, 27. Dez. Der Geldbeutel ist doch eine viel wichtigere Angelegenheit für die große Masse, als alle und jede Politik. Auch die ungarischen Agitationen werden von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, und so gern die Liberalen das österreichische Regiment in Verlegenheit gesetzt sehen, so wenig stimmen sie darin überein, daß die Magyaren das Steuerzahlen verweigern. Das in Italien stationirte Korps allein erfordert monatlich etwa 3,000,000 Gulden. Die Geldkrisis drängt unablässig zur Einberufung des Reichsrathes, ohne dessen Zustimmung keine Finanz-Operation ausgeführt werden kann. (Köln. Ztg.)

Wien, 28. Dez. Die Wahlen zu den Gemeinderäthen rufen überall eine Aufregung hervor, die in keinem Verhältniß zu der Bedeutung dieser Wahlen an und für sich steht. Die Programme, welche für dieselben erscheinen, tragen weit mehr einen allgemein politischen, als einen communalen Charakter. Es läßt sich daraus erkennen, wie tief im Volke das Bedürfniß obwaltet, sich politisch auszusprechen. So ergreift man denn die erste beste Gelegenheit. Es ist kein Zweifel, daß die Aufregung von Tag zu Tag steigen und bei den Landtagswahlen sich äußerst lebhaft zeigen wird. Doch zeigen sich bis jetzt, wenigstens in den deut-

und National nur noch 5 à 6 pCt. betrug. Erst heute äusserte sich die Rückwirkung bei Metalliques, die in Posten an den Markt kamen und, während sich National wieder auf 48½ hoben, bis 39½ wichen. Der Grund davon mag darin zu suchen seyn, dass Metalliques grösstentheils im Besitz des Inlandes, die meisten National dagegen im Ausland sind. Immerhin stehen National, wenn man das Zinserträgniss in Anschlag bringt, gegen Metalliques etwas niedriger im Preise; aber die Welt rechnet anders, sie taxirt die schlimme Eventualität, dass die Zinsen der National einmal den Vorzug des Agio's einbüssen möchten. Am besten noch hielten sich die Venetianer, die zu 59 vergebens gesucht blieben, bis die Nachricht der zwangsweisen Einführung des österr. Papiergeldes in dieser Provinz das Vertrauen etwas erschütterte. Doch hielten sie sich noch auf 57 und gingen heute wieder auf 58. Ihr Abstand gegen National beträgt volle 9 pCt. Es mag hier ausdrücklich erwähnt seyn, dass Oesterreich seine Silberverbindlichkeiten im Auslande selbst im verhängnissvollen Jahre 1848 pünktlich erfüllt hat. Heute endlich sind die Wiener Kurse an einem Haltepunkt angelangt, — daher auch hier heute zu festen Preisen viel umging.

Deutsche Bundespapiere von hundert Seiten ausgeboten, wichen um 1—2 pCt. Sollten sich bis zum nächsten Frühjahr die kriegerischen Eventualitäten verwirklichen, so würden die süddeutschen Fonds, bei aller Solidität der finanziellen Verwaltung und Gebahrung, doch einem weitern empfindlichen Rückgang nicht widerstehen können. Wir mussten diese Kehrseite der sonst so glänzenden Medaille schon früher bei nöthigem Anlass hervorheben und möchten in gewissenhafter Erfüllung unserer Aufgabe wieder in Zeiten darauf aufmerksam machen; dasselbe gilt auch von den preussischen Fonds. Die Emission der zweiten Serie des 4½ nassauer Eisenbahnanlehens trat insofern in keinen günstigen Moment, dennoch erfahren wir, dass, zum Theil in Tausch gegen andere Fonds, ansehnliche Umsätze stattgefunden, so dass sich der Emissionskurs behauptete 4 pCt. Luxemburger (von denen wir einen Druckfehler in voriger Nummer zu berichtigen haben, indem es statt 2 pCt. nur „½ gefallen" heissen sollte) haben erst jetzt 1 pCt. verloren.

Looseffekten folgten dem Fall der Staatspapiere, wahrhaft kopflos wurden kurhessische, die in Berlin zur gleichen Stunde 44 machten, bis 40 verschleudert; heute kehrte indess auch hier ruhigeres Blut zurück und der Kurs hob sich auf 43½.

Dass Kreditaktien der Baisse vollen Tribut zahlten, ist selbstverständlich. Darmstädter thaten es sogar den österreichischen voran, zumal die Direktion durch keinen Ankauf den Fall aufhielt.

Auch Eisenbahnaktien wurden pêle mêle im Strudel fortgerissen, so sanken bayer. Ostbahnen gestern bis 100½, hessische Ludwigsbahn bis 97, Bexbacher bis 130, obgleich dies Alles Dinge sind, die von Nationalcoupons und Politik himmelweit entfernt liegen. — Von E.-B. Prioritäten haben vorzugsweise die österreichischen gelitten.

Diesen panischen Verhältnissen der Effektenbörse gegenüber steht der Geldmarkt unberührt: Diskonto leicht unter Banksatz anzubringen. Thaler-Wechsel, Paris und London angeboten, aber nur in Folge von Fondsarbitragen. Wien analog mit den Effektenkursen, um 2 pCt. gestern bis 79¼ gewichen, heute 79½. National-Coupons 27½ fl. Für New-York in kurzer Sicht verlangte man 2 fl. 27 kr. (Aktionär.)

Zusicherung in Betreff der Revision des Konkordats und der Preßgesetzgebung enthalten sey, hält man für ungerechtfertigt. Was Hr. v. Schmerling in seiner dermaligen Stellung sagen konnte, hat er gesagt. Hätte er die Revision des Konkordats oder ein neues Preßgesetz angekündigt, so hätte er seine Kompetenz überschritten; auch würden sich dergleichen Octroyirungen schwerlich mit dem konstitutionellen System vereinbaren lassen, als dessen Vertreter Hr. v. Schmerling angesehen werden muß. Daß er kein Freund des Konkordats ist, geht aus dem Rundschreiben deutlich genug hervor. (Allg. Z.)

Rom, 25. Dezbr. Die Anhänger der Annexion wollten gestern eine Demonstration machen; die St. Peters-Ceremonie wurde deßhalb früher abgehalten. (T. d. Allg. Ztg.)

Turin, 28. Dez. Nächste Woche gehen alle in Ankona befindlichen Kanonenboote nach Gaeta.

Turin, 28. Dez. Ein Leitartikel der ministeriellen Opinione, „Diplomatische Verhandlungen" betitelt, sagt: Die Haltung der Bevölkerung und des Ministeriums sollten Europa bereits überzeugt haben, daß Italien entschlossen sey, besonnen vorwärts zu gehen, und sich nicht durch irgend ein Protokoll, unterzeichnet von den Großmächten, zum Rückwärtsschreiten bestimmen lasse. Die Diplomatie ist seit einigen Tagen in außerordentlicher Thätigkeit, um einen Vergleich zu Stande zu bringen. Aber für Italien handelt sich's um keinen Vergleich; es handelt sich darum, das Werk der nationalen Erlösung zu vollenden. Viktor Emanuel setzt seine Krone für die nationale Unabhängigkeit ein. Das Kabinet des freiesten Volkes von Europa ermuthigt es durch ein den Annalen der Diplomatie beispielloß wichtiges Dokument. (Die bekannte Note Lord John Russels.) Die Einheit Italiens kann nur durch Gewaltthätigkeit verhindert werden. Italien ist entschlossen, auf's äußerste zu kämpfen und jede mögliche Waffe gegen seinen Feind zu gebrauchen. Sollte es unterliegen, so werden Europa's Völker als Folge dessen an der Herstellung des Friedens, und die Regierungen an ihrer eigenen Sicherheit verzweifeln. Italien ist sich sicher seiner Kraft bewußt; die Mächte können, gestützt auf ihre Traktate, protestiren; aber Italien hält sich durch diese Traktate nicht gebunden. Italien ist nun sein eigener Schiedsrichter. (T. d. Oestr. Post.)

Gaeta, 25. Dez. Das Bombardement erreichte die entferntesten Theile der Stadt. (NB. nach sardinischen Berichten.) (T. d. Allg. Ztg.)

Neueste Nachrichten.

Wien, 28. Dez. Die hin und wieder ausgesprochenen Klagen, daß in dem Rundschreiben des Hrn. v. Schmerling keine bestimmte

Hiezu die Beilage: „Würzburger Anzeiger."

Verantwortlicher Redakteur: Dr. K. Pöhlmann.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5 pCt. Met. (Co. l. S. b. R.)	—
„	5 pCt. Lomb. ditto.	73 G.
„	5 pCt. Venet. Coupon b. R.	58½ G.
„	5 pCt. Nationalanl. v. 1854	48⅞—48 G.
„	5 pCt. Metall. Obligation.	40¼ P.
„	4½ pCt.	—
„	4 pCt.	—
„	3 pCt.	—
Preussen	3½ pCt. Staatsschuldsch.	86¼ P.
Bayern	5 pCt. Obl. 4. K. (C. b. R.)	102 P.
„	4½ pCt. Obl. 1jähr. dto.	101¼ P.
„	4½ pCt. Obl. ½jähr dto.	101 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	99 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	99¼ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	95¼ G.
Württemb.	4½ pCt. Obl. b. Rothsch.	103½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94¾ P.
Baden	4½ pCt. Obl.	101 P.
„	3½ pCt. Obl. v. 1842	93½ P.
Gr. Hess.	4½ pCt. Obl.	101½ P.
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	101 P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	94½ P.
Nassau	4½ pCt. Obl. dto.	100½ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	99½ P.
„	3½ pCt. Obl. dto.	90⅝ P.
Frankfurt	3½ pCt. Obl.	96 P.
„	3 pCt. Obl.	89 P.
Spanien	3 pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	47¼ G.
„	1¾ pCt. „ „	40¼ G.
Schweden	4½ pCt. Obl. à 500 Thlr.	97¼ P.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	108⅜ P. 108 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien .	562—64 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	120½—119½ G.
Bayerische Bank à fl. 500	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	174 P. 173 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	75 P.
Mitteldeutsche Kreditaktien . .	63 P.
Internationale Bank in Luxemb. . .	79 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	331 P.
Frankfurt-Hanauer-Eisenbahn . . .	67¾ P.
Oest. F. St. Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	222 P.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 P. 117½ G.
„ Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73½ P.
Rhein-Nahe-Bahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	20 G
Ludwigshafen-Bexbacher à 3 pCt. .	130⅜ G.
Pfälz. Maxb. b. Rothschild à 4½ pCt.	95½ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	49⅞ P.
Südd. Bank-Akt., 30 pCt. Einz.	235½ P.
Span. Handels- u. Industrie	485 P.
„ Credit-Akt. d. Ges. Peraira .	483 G.
Bayr. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	101½ P.
Providentia (Feuervers.) 10 pCt. Einz.	101½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amstd. fl. 100 k. S.	99½ B.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅞ B.
Berlin Th. 60 k. S.	105¼ B.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	95¾ B.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105½ B.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 B.
Leipzig Th. 60 k. S.	105½ B.
London Lst. 10 k. S.	116⅞ B.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. i. S. L. 250 k. S.	92⅞ B.
Paris Frs. 200 k. S.	92⅞ B.
Triest fl. 100 k. S.	79½ B.
Wien fl. 100 ö. W.	—
do. 2 à 6 W.	—
do. in öst. W. l. S.	79½—⅛ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	67½ P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	42⅞ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	57½ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	124¾ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	57¼ P.	„ fl. 25 do.	35¾ P.
„ fl. 100 Eisb. L. v. 1858.	88 P.	Nassau fl. 25 b. Rothsch.	36 P.
3½ pCt. Preuss. Pr.-Anl. baiR.	117¼ P.	Sardinien Fr. 36 b. B.	50¼ G.
Mailand-Coma fl. 14	—	St. Lüttich m. 2½ pCt. Z.	36 P.
Badische fl. 50	88½ P.	Vereins-Loose fl. 10.	10 P.
Badische fl. 35	51¾ P.	Ansb.-Gunzenh. fl. 7-L.	10½ P. 10 G.

Frankfurt, 31. Dezember. Die Börse eröffnete in ziemlich fester Haltung, ermattete jedoch in ihrem Verlaufe, und besonders österr. National und Kreditaktien wurden zu weichenden Kursen verhandelt. Dagegen waren österr. Bankaktien zu höherem Kurse begehrt. Auch Spanische beider Gattungen wurden besser bezahlt. (Synd.)

geben werden, daß Oesterreich auch nach Außen der Schirm und Hort des Absolutismus und der Reaktion zu seyn aufgehört hat. (Hamb. B.-H.)

Wien, 28. Dez. Bei einer gestern Abends abgehaltenen Wählerversammlung (für die Gemeindewahlen) hatten sich über 4000 Personen eingefunden. (Allg. Z.)

Wien. Dem Vortrag des Finanzministers an den Kaiser über die Einführung der Noten der österreichischen Nationalbank als Zahlungsmittel im lombardisch-venetianischen Königreiche entnehmen wir im Folgenden die Hauptstellen: „Die zunehmende Steigerung des Silberkurses verursacht der Finanzverwaltung bei der Beschaffung der Baarmittel für die im lombardisch-venetianischen Königreiche zu bestreitenden Staatsauslagen um so größere Schwierigkeiten, als der Militäraufwand daselbst eine, durch den nothwendigen Schutz der Reichsgrenzen gebotene beträchtliche Erhöhung erfahren hat. Die eigenen Silbereinnahmen der Staatsfinanzen reichen mit Hinblick auf die gleichzeitige Höhe der im Auslande fortan in klingender Münze zu leistenden Zahlungen im gegenwärtigen Momente zur fortgesetzten Silberbezahlung der Ausgaben im lombardisch-venetianischen Königreiche nicht mehr hin, und es mußten demnach wiederholte bedeutende Einkäufe von Silber von Seite der Finanzverwaltung stattfinden, um dem dortigen Bedürfnisse zu genügen. Die Fortsetzung dieser Einkäufe würde nicht nur für die Finanzen mit unerschwinglichen Opfern verbunden, sondern für den Geldmarkt von den größten Nachtheilen begleitet seyn, indem die erhöhte Nachfrage die ausländischen Baluten in rascher Progression vertheuern und den Werth der österreichischen Banknoten gleichzeitig noch empfindlich herabdrücken würde. Bei dem Bestande und für die Dauer dieser Verhältnisse ist es ein Gebot der unabweislichen Nothwendigkeit, daß die Staatsverwaltung bei der Bestreitung der Auslagen im lombardisch-venetianischen Königreiche die Silberzahlung unterbreche und zur Verwendung von Papiergeld und beziehungsweise zu der hiervon untrennbaren Einführung eines solchen im genannten Königreiche sich entschließe." Dieselben Gründe führt er an für die Zahlung der Zinsen des National-Anlehens in Banknoten.

Prag, 23. Dez. Die Herren Rieger, Palacky, Brauner und andere Führer der czechischen Partei haben ein Programm ihres politischen Verhaltens veröffentlicht, in welchem das Hauptgewicht bei Feststellung des Verhältnisses zum österreichischen Gesammtstaate auf das historische Recht Böhmens gelegt wird. In Bezug auf den Adel heißt es: „Will der Adel „seine Thätigkeit der Verherrlichung seiner Nation und der Pflege der politischen Interessen derselben weihen", dann wollen die Programmsträger die Herren „als die ersten Söhne der Nation anerkennen und mit freudiger Bereitwilligkeit sich ihrer Führung anvertrauen, wo sie in politischer Klugheit und aufopferndem Patriotismus ihnen vorangehen werden." In religiösen Dingen verlangt dasselbe „kirchliche Freiheit und Unabhängigkeit der innern Verwaltung der Kirche vom Staate." Den Israeliten gesteht das Programm vollkommene bürgerliche Gleichberechtigung zu, wünscht aber, daß auch sie selbst aufhören möchten, sich als Fremdlinge im Lande zu betrachten. Von besonderm Interesse ist, wie sich das czechische Programm über die Nationalitätsfrage ausspricht. „Wir verlangen," sagt dasselbe, „für unsere Nationalität im gesammten öffentlichen Leben jene Ehre und Achtung, welche ihr als einer historischen Nationalität, als der Nationalität der Mehrheit in unserm Lande gebührt." „Mit einem bloßen leeren Anerkennen des Prinzips wollen wir uns nicht begnügen, sondern verlangen dessen gründliche Durchführung im gesammten öffentlichen Leben, in Schulen und Aemtern ohne Unterschied. Wir wünschen aufrichtig, daß die Uebergänge ohne Verletzung der einen und der andern Nationalität des Landes vor sich gehen mögen; dazu ist es nothwendig, daß wir von dem Geiste der Liebe und der Versöhnlichkeit geleitet werden, daß die Slawen, wo es das Gedeihen des öffentlichen Wohls erfordert, ihren deutschen Landsleuten anständige (!) Konzessionen machen, soweit dies ohne Beeinträchtigung des Princips geschehen kann, und daß die Deutschen wieder nicht überall über Uebergriffe schreien, so oft die Czechen auch praktisch ihr Recht beanspruchen und die Reform der verschiedenen Anstalten verlangen, welche der germanisirende Absolutismus zum Nachtheil ihrer Nationalität schuf."

Frankreich.

* Paris, 29. Dez. Der Kaiser wohnte gestern mit seinem ganzen Hofe der ersten Aufführung der „Massacres de Syrie" bei. Das Stück hatte einen ungemeinen Erfolg, mehr seiner Tendenz, als seines inneren Werthes wegen. Es wurden viele Stellen, welche starke Ausfälle gegen die Türken, zum Theil auch gegen die Diplomaten, enthalten, mit stürmischem Beifall aufgenommen. Das Stück ist von dem Privatsekretär des Kaisers, Hrn. Mocquard; man munkelt sogar davon, der Kaiser habe selbst daran mitgearbeitet. Es soll die Besetzung Syriens durch die französischen Truppen bei den Franzosen populär machen, und dem Kaiser in dieser Popularität einen Rückhalt schaffen. Es ist ja bekannt, daß die übrigen europäischen Großmächte diese Besetzung je eher je lieber beendigt sehen würden, während Napoleon III. sie möglichst verlängern will.

Italien.

* Die „Nazione" veröffentlicht nach dem „Giornale di Roma" vom 24. Dez. den Hauptinhalt der vom Papste im Konsistorium am 17. gehaltenen Ansprache. Er beklagt die Beseitigung des Konkordats im Großherzogthum Baden. Er stellt das Werk von Sayla (Empereur et Pape) als ein freches und ruchloses Werk dar. Er sagt, daß die Feinde der weltlichen Macht der Kirche auch die Grundfesten der Religion untergraben wollen. In Italien theile man verfälschte Bibeln aus, der Unterricht werde den Geistlichen entzogen, um den Händen gottvergessener Menschen anvertraut zu werden. Man beschimpfe und verrufe die Kirche. Er beklagt die Aufhebung der Klöster, die Einsperrung der Bischöfe von Urbino und Fermo, die Eröffnung protestantischer Kirchen und antikatholischer Schulen, die Einführung der Civilehe in Umbrien. Er erklärt alle gegen die Kirche und die Klöster gerichteten und noch zu richtenden Akte für null und nichtig. Der einzige Grund so vieler Uebel sey der Ehrgeiz der sardinischen Regierung. Er beklagt die Verfolgungen gegen die Christen in Corea, Cochinchina und die Metzeleien in Syrien und er bittet Gott, die gegenwärtigen und bevorstehenden Leiden zu entfernen und der Kirche den Sieg zu verleihen.

Turin, 26. Dez. Ein mobiles Nationalgardebataillon Umbrier langte am 24. Dez. in Turin zur Garnisonirung an.

Nichtpolitische Zeitung.

München. Mehrere hiesige Brauer haben um die Bewilligung, das Bier unter dem Tarif verleitgeben zu dürfen, nachgesucht. (Aus bayer. Bl.)

Am 7. Dez. brach auf der Brigg „Ellipse", welche auf dem Wege von Southampton nach Madeira war, Feuer aus, das so rasch um sich griff, daß an Löschung nicht mehr zu denken war. Nach etwa einer halben Stunde wurde das Schiff von einem Dampfer bemerkt, der eiligst herbeifuhr und Alle an Bord nahm. Bis auf 3—4 Reisende verloren alle übrigen ihre gesammte Habe, selbst viel baares Geld ging verloren. Das Schiff ist bis auf den Kiel abgebrannt. (Sch. M.)

Handels- und Börsenberichte.

Frankfurter Börse (vom 24. bis 29. Dezember.)

Samstag. Bereits Weihnachten hatte eine schlechte Bescheerung gebracht, aber noch schlimmer gestaltet sich der Jahresschluss. Pandorens Büchse ist offen und alle Plagen und Uebel quälen die ohnehin lahme Börse.

Welche Kurse haben wir zu berichten!! Der Ultimo (am 27.) war für die Contremine eine gewonnene Schlacht, bei welcher ihr wieder einmal das Privatpublikum zu Hülfe kam. Die Liquidation, welche für einen Jahresschluss nicht sehr ansehnlich war, lief ziemlich ruhig ab; es waren schon Tags zuvor viele Engagements, die auf Stellgeschäften beruhten, realisirt worden. Immer sind die Verluste nicht unbedeutend. Auffallend ist es, dass in der abgelaufenen Woche nicht allein die österr. Papiere fielen, sondern dass das ganze Kursblatt mit zu leiden hatte. Das kommt von den eben berührten Verkäufen der Privaten, welche gewöhnlich ihre Ordres unlimitirt geben. Wir glauben abmahnen zu müssen, sich einer in Verzweiflung ausartenden Furcht hinzugeben. Alles, was jetzt geschieht, ist nichts Unerwartetes, und ein books. Papier zu sieben- und achtundvierzig braucht man nicht aus dem Fenster zu werfen. Grosse Verbindlichkeiten gibt es wenige oder keine mehr auf deutschen Plätzen, es sind also die jetzigen Preise eine Ausgeburt der Furcht und nicht der Noth. Von der übertriebenen Angst der Privaten profitiren nur erfahrene Geschäftsmänner und kühne Spekulanten, welche nicht gleich jede Baisse für den Beginn einer alle Hoffnungen begrabenden Sündfluth erachten. Wenn ungünstige Chancen, die nicht einmal unerwartet kommen, schon derartigen Schrecken einflössen, was will man dann anfangen, wenn wieder die Kanonen zu donnern beginnen? Ein tüchtiger Seemann wirft erst dann seine Habe über Bord, wenn der Sturm die Masten des Schiffes gebrochen hat. — Schon die heutige Börse, welche wieder fester war, zeigte, dass die Hast der Furcht ihre Reaktion in sich selbst trägt.

Der Umsatz in allen österr. Papieren war sehr bedeutend und der Minderwerth gegen vorige Woche ist es gleichfalls. National wurden gestern bis zu 47 gehandelt. Eigenthümlicher Weise berührte die gestrige Baisse die 5 pCt. Metalliques weniger, so dass die Differenz zwischen denselben

sind sogar schon in einigen derselben, vornehmlich in Süd-Carolina, Schritte geschehen, um den Gedanken zur That werden zu lassen. Solches ist übrigens bei ähnlichen Anlässen schon öfters gedroht und doch nie gethan worden. Ob die Südländer diesmal weiter gehen oder ob sie bei kälterer Ueberlegung es vorziehen, in dem bisherigen Verband zu bleiben, wird die nächste Zukunft lehren. — In Mexiko wüthet noch immer der Bürgerkrieg mit all' seinen Greueln, bald hört man von einem Siege der Klerikalen, bald von einem Sieg der sog. konstitutionellen Partei, ohne daß es je zu einer Entscheidung käme, die dem heillosen Zustande ein Ende machte. — Der vielgenannte Abenteurer Walker hat auf einem neuen Freibeuterzug, diesmal gegen Honduras, sein Leben eingebüßt; die regierenden Herren in Honduras machten, nachdem er von ihren Truppen geschlagen worden war, kurzen Prozeß mit ihm und ließen ihn, wie sichs gebührte, ohne Weiteres erschießen. Ein gleiches Schicksal traf in Costarica den Expräsidenten Mora, als er durch einen bewaffneten Einfall sich wieder in Besitz der verlornen Gewalt zu setzen versuchte. — Ein trauriges Bild der Zerrüttung bieten die Freistaaten an der Westküste von Südamerika; Bürgerkrieg und Krieg mit den Nachbarstaaten wechseln dort ohne Unterlaß ab und hindern jede gedeihliche Entwicklung; eine Ausnahme hievon macht nur Chili und in letzter Zeit auch Neugranada. Vielleicht, daß diesen beiden sich jetzt auch Ecuador anschließt, wo endlich nach zweijährigem Kampf durch General Flores die Schreckensherrschaft des Generals Franco gestürzt worden ist. — Buenos-Ayres, das sich vor einigen Jahren von der argentinischen Konföderation losgerissen hat, mußte der Uebermacht nachgeben und sich bequemen, dem Bunde der 14 Staaten wieder anzugehören. Der Kongreß, welcher am 22. Sept. in Santa Fe zusammentrat, hat den bezüglichen Vertrag jetzt ohne Zweifel schon genehmigt. In Brasilien thut die kaiserliche Regierung alles Mögliche, um die Wohlfahrt des Landes zu fördern.

Aus **Australien** hören wir mit jeder Post, daß die Bevölkerung und der Wohlstand der englischen Kolonien daselbst sich zusehends mehrt; nur aus Neuseeland kamen trübe Nachrichten; ein hartnäckiger und weit ausgedehnter Aufstand der Eingebornen macht den Engländern dort viel zu schaffen; schwere Greuel sind von ersteren dort verübt worden und haben die Ansiedler mit Angst und Schrecken erfüllt, so daß wer irgend kann, die Insel verläßt.

Deutscher Bund.

Bayern. Nürnberg, 29. Dez. Die Adresse an die aufgelöste kurhessische Kammer ist mit zahlreichen Unterschriften an den Präsidenten derselben, Hrn. Nebelthau, abgegangen. Außer von den Städten Nürnberg und Fürth sind auch viele Unterschriften aus mittelfränkischen Landgemeinden und schriftliche Beistimmungserklärungen aus fast allen Gegenden Bayerns eingelaufen. (Fränk. Kour.)

München, 29. Dez. Bereits sind zwei gezogene Kanonen vollendet, und dürften schon in der nächsten Woche Schießübungen damit angestellt werden. Bekanntlich geht die Aenderung von nichtgezogenen in gezogene Kanonen rasch von statten. (D.B.Ldb.)

In Donauwörth ward letzten Sonntag wieder seit anderthalb Jahrhunderten der erste protestantische Gottesdienst gehalten. Bis zum 30jährigen Krieg war fast die ganze Gemeinde Donauwörth protestantisch; blos das Kloster zum heil. Kreuz war katholisch geblieben. Nach dem Krieg ward Donauwörth wieder ganz katholisch. Seit Anfang dieses Jahrhunderts sind nun wieder Protestanten in den Ort gezogen und ihre Gemeinde ist auf einige hundert Mitglieder angewachsen. Die Errichtung einer protestantischen Vikarie in dieser Stadt wurde nur durch die kräftige Fürsorge der protestantischen Kirchenbehörden, sowie durch das Entgegenkommen der katholischen Einwohner Donauwörth's ermöglicht. Auch für Errichtung eines protestantischen Gotteshauses soll im Laufe des nächsten Jahres Vorsorge getroffen werden. Eine Kollekte in den protestantischen Kirchen ist zu diesem Behufe genehmigt.

Preußen. Aachen, 24. Dez. (Französische Gelüste.) Als ein kleines Zeichen von der gegenwärtig in Frankreich vorherrschenden Meinung einer nahe bevorstehenden Annexion der preußischen Rheinlande an Frankreich mag unter Anderm auch das gelten, daß bereits hochstehende Beamtenfamilien in Briefen an hiesige Bekannte jenes Ereigniß nicht blos als nahe bevorstehend melden, sondern auch im Voraus sich schon auf eine Versetzung nach dem „deutschen" Rhein allein deshalb freuen, weil sie sicher sind, hier bessere Domestiken zu finden, da in Frankreich bereits Alles maîtres u. dergl. sey. (Sie müssen sich schon noch etwas gedulden.) (N. Pr. Z.)

Oesterreich. Wien, 27. Dezbr. Höchst merkwürdig ist das Verhalten der hiesigen Blätter zu dem Rundschreiben des Ministers Schmerling. Daß Zeitungen, welche einer mehr konservativen Richtung angehören, als diejenige ist, in welcher sich das Programm des Staatsministers bewegt, gegen einige Theile desselben Bedenken tragen, ist natürlich. Aber daß die liberalen Blätter sammt und sonders dem Rundschreiben Opposition machen würden, das war nicht zu erwarten, und ist doch geschehen. Schmerling soll mit einem Schlag Alles gut machen, und da nun das nicht geht, so eifern sie wider ihn. Zudem ist das Mißtrauen gegen die Regierung auch der Wiener Presse so sehr schon zur zweiten Natur geworden, daß sie so rasch nicht davon lassen kann. Wir verkennen die Leistungen der österr. Presse durchaus nicht, aber ihre Haltung gegenüber dem Schmerling'schen Programm kann der Argwohn nicht verscheuchen, daß die Mehrzahl der sog. liberalen Journale ungehalten ist, sich den Oppositionsboden so gar sehr geschmälert zu sehen. Wie das Diplom vom 20. Oktbr. wird auch Schmerlings Rundschreiben zerschnitten, Paragraph um Paragraph von allen Seiten beschnüffelt und nach Nochmehr geseufzt, statt zu schauen, ob auf dieser Basis die Nation nicht selbst etwas schaffen könne, was dann dauerhafter als Alles oktroyirte. Ueber dem Umschauen nach dem, was noch abgeht, könnte man leicht wieder verlieren, was da ist. Eines möge die Presse stets im Auge behalten, daß sie sich nicht unbewußt durch allzu viel Liberalismus zum Schlepptau des 2. Dezembers mache.

Wien, 27. Dezbr. Von dem Schmerling'schen Programm hört man, daß es auch in Ungarn den besten Eindruck gemacht habe. Indessen ist mit Sicherheit kaum irgend etwas über den Gang der Ereignisse in Ungarn vorauszusagen. Die Stimmung ist eine schon zu revolutionäre, als daß ihre Entschlüsse noch berechenbar wären. Daß die Regierung wohl daran thun wird, die Durchführung der politischen Reform zu beschleunigen: darüber herrscht nur eine Stimme. Wir müssen zum Frühjahr die neue Ordnung wenigstens im Großen und Ganzen festgestellt haben, um den drohenden Kampf gegen den auswärtigen Feind mit der Hoffnung auf einen glücklichen Erfolg unternehmen zu können. Denn Niemand denkt hier daran, daß es dem Kaiser Napoleon Ernst damit ist, die venetianische Frage durch einen Kauf oder Länderlausch zu lösen. Er weiß sehr wohl, daß Oesterreich auf alle solche windige Projekte nicht eingehen kann. Man hält hier allgemein, und sicherlich mit Recht, diese Projekte nur als Vorspiele und Einleitungen zum Kriege. (Ztg. f. Ndd.)

Wien, 27. Dezbr. Wie es den gegründeten Anschein hat, stößt das zur Nothwendigkeit gewordene Bestreben des Staatsministers v. Schmerling, seinen Einfluß im Rathe der Krone zum maßgebenden zu machen, auf keine unbedeutenden Hindernisse. Wenn Hr. v. Schmerling sich persönlich in seiner neuen Wirksamkeit vielleicht noch nicht sattelfest fühlen mag, so ist der Charakter des Gesammtministerium, in welchem der dermalige Staatsminister zur Stunde noch immer einem verlorenen Posten gleicht, noch viel weniger als eine Gewähr für die Unwiderruflichkeit der im Programme Schmerlings proklamirten Regierungsgrundsätze zu betrachten. Wenn es auch seine Richtigkeit hat, daß Graf Rechberg in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident das Programm Schmerlings für die innere Politik adoptirt hat, so wird es doch von Tag zu Tag evidenter, daß der in der innern Politik eingetretene Umschwung mit dem Systeme nicht unter einen Hut zu bringen sey, an welchem Graf Rechberg bei Regelung der auswärtigen Beziehungen festhält und von dem er sich nie und nimmer zu emanzipiren im Stande seyn wird. Noch vor wenigen Tagen hat sich in einem Pesther, der Regierung nahestehenden Organe eine offiziöse Stimme vernehmen lassen, welche dem gerüchtweise gemeldeten Rücktritte des Grafen Rechberg das kräftigste Dementi ertheilt. Heute scheint es aber außer allem Zweifel, daß das Ausscheiden des Grafen Rechberg eine politische Nothwendigkeit geworden ist und nur durch die Zähigkeit in die Länge gezogen zu werden vermag, mit welcher der genannte Staatsmann den Besitz seines Portefeuille vertheidigt. Daß übrigens der Einfluß des neuen Staatsministers auf auswärtige Angelegenheiten sich bereits geltend mache, dürfte wohl zunächst an dem Verlaufe kenntlich werden, welchen die kurhessische Frage hoffentlich mit Nächstem nehmen wird. Schon jetzt ist es Thatsache, daß der bisherige kaiserliche Gesandte am kurhessischen Hofe Graf Karnicki telegraphisch aus Kassel hierher berufen worden ist, und vermuthlich einen Nachfolger erhalten wird, der in der kurhessischen Verfassungsfrage Instruktionen nach Kassel mitnehmen dürfte, die in Deutschland Zeugniß davon

gemeinsamen Gefahr ist auch die Aussöhnung mit dem niederländischen Nachbarvolk, gegen das sich ein leicht erklärlicher Widerwille seit der Revolution von 1830 bis in die neueste Zeit bei den Belgiern erhalten hatte.

In der **Schweiz** ist während des verflossenen Jahres ein gewaltiger Umschwung der öffentlichen Meinung in Beziehung auf Napoleon und Viktor Emanuel vor sich gegangen. Der Jubel über ihre Siege hat einem bitteren Unmuth und grollenden Mißtrauen Platz gemacht; den guten Schweizern hat der Savoyer Handel auf einmal die Augen geöffnet und sie haben sich dadurch überzeugt, daß Napoleon III. keinen Anstand nimmt, seinen guten Freunden das Fell über die Ohren zu ziehen, sobald es zu seinem Vortheile paßt. Dennoch sind die Schweizer unter sich nicht einig über ihr Verhalten gegen Frankreich: es bestehen zwei Parteien; die eine, an deren Spitze Stämpfli steht, wollte schon im Frühjahr ein ganz entschiedenes Auftreten gegen Frankreich, wurde aber durch die andere, deren Führer Escher ist, an einem kräftigen Vorwärtsgehen gehindert. Diese letztere Partei wollte um jeden Preis verhüten, daß die Schweiz mit Frankreich in einen ernsten Streit geriethe und arbeitete dahin, daß man sich in der Savoyer Frage nachgiebig und gefällig gegen Frankreich zeige. Durch die Neuwahlen des vergangenen Herbstes hat nun diese Partei zwar im Nationalrath an Zahl eingebüßt, sie ist aber immer noch im Bundesrath durch Pioda und Frei-Herosé vertreten, zählt auch im Stände- wie im Nationalrath stets noch eine erkleckliche Zahl von Anhängern und wird also, wenn es wieder einmal gilt, einen entscheidenden Schritt zu thun, es am Ende doch möglicherweise wieder dahin bringen, die Thatkraft des Schweizer Volks zu lähmen. Darauf rechnet auch Napoleon; denn wo es eine Partei der Aengstlichen, der krämerhaft Berechnenden gibt, da findet er ein treffliches Feld für seine Operationen.

Für **Spanien** war das Jahr 1860 ein sehr bedeutsames. Zum ersten Mal seit dem unheilvollen Bürgerkrieg, der das Land so lange entzweit hatte, waren Spaniens Söhne wieder vereint zum gemeinsamen Kampf gegen einen auswärtigen Feind, und der glückliche Erfolg dieses Kriegs trug nicht wenig dazu bei, einerseits den Nationalstolz zu befriedigen und zu heben, andererseits die Regierung der Königin Isabella in dem Herzen des Volks zu befestigen. Dies Letztere geschah noch mehr durch den verunglückten karlistischen Putsch, durch welchen der Graf Montemolin seiner Sache selbst den Todesstoß versetzte. Verrieth es schon wenig Liebe zu seinem Vaterland, daß er zu seinem Unternehmen gerade einen Zeitpunkt wählte, wo die spanischen Waffen eben in einem auswärtigen Kriege beschäftigt waren, und also der Erfolg dieses Kampfes durch einen einheimischen Aufstand so leicht zum Nachtheil des Landes gefährdet werden konnte: so mußte die schwächliche Leichtfertigkeit, womit er und sein Bruder Fernando in der Gefangenschaft ihren Ansprüchen auf den Thron entsagten, und ihr späterer Wortbruch, indem sie diese Entsagung, durch welche sie die Freiheit erlangt hatten, wieder zurücknahmen, ihnen die Achtung der Spanier vollends rauben und ihre eigenen Anhänger ihnen entfremden, wie denn in der That viele derselben unmittelbar nach diesen Vorgängen offen sich von der karlistischen Sache lossagten. Dem Ministerium O'Donell war es, indem es sich so mehr und mehr befestigte, auch möglich, für Ackerbau, Gewerbe und Handel ersprießlich zu wirken, was allerdings sehr nothwendig ist. Erwähnenswerth sind hier noch besonders die großen Fortschritte, welche der Eisenbahnbau während der letzten Jahre gemacht hat. Im Betrieb sind jetzt schon die Eisenbahn von Madrid nach Alicante und Valencia, die von Saragossa nach Jadraque, die von Cadix nach Sevilla und Cordova, die von Barzellona nach Lerida und Mataro, und die von Alar nach Valladolid. Der baldigen Vollendung schreiten rüstig entgegen: die große Bahn, welche zur Verbindung des atlantischen mit dem mittelländischen Meere bestimmt, sich von Bilbao über Saragossa nach Lerida zieht, woselbst sie sich an die von dort bereits bis Barzellona bestehende anschließt. Als eine Bahn aber, welche Frankreich und Deutschland Spanien bedeutend näher rückt, mithin als eine Hauptbahn im vollsten Sinne des Wortes, darf wohl gewiß **die** Bahn bezeichnet werden, welche sich von Madrid aus über Burgos, Vitoria und Pampeluna bis an die französische Grenze erstreckt und deren Endpunkt daselbst Bayonne ist.

Aus **Portugal** ist zu melden, daß die Finanzen dieses Landes, die noch zu Anfang der 50er Jahre in der traurigsten Zerrüttung waren, mehr und mehr in Ordnung gebracht werden, daß insbesondere in Folge der Tarif-Reform der Ertrag der indirekten Abgaben sich vermehrt hat, auch die Zollerträgnisse gestiegen sind, daß ferner der Wohlstand des Landes sich zusehends hebt, und auch dort die Regierung den Verkehrsmitteln eine erhöhte Sorgfalt zuwendet.

Das wichtigste Ereigniß auf dem Boden von **Afrika** während des abgelaufenen Jahres war der Krieg Spaniens mit Marokko und der Friedensschluß, durch welchen die Gränzen des spanischen Gebiets um Ceuta erweitert, und eine Entschädigung von 400 Millionen Realen (etwa 80 Millionen Gulden), zahlbar in vier Raten bis Ende des Jahres 1860, bedungen wurde. Außerdem verpflichtete sich der Kaiser von Marokko, die in der Nähe der spanischen Besitzungen seßhaften maurischen Stämme durch seine Truppen überwachen zu lassen, damit sie nicht wieder, wie früher, Eigenthum und Personen der Spanier belästigen; ferner zu gestatten, daß in Fez ein Haus spanischer Missionäre mit allerlei Privilegien gegründet werde, und daß künftig ein Vertreter Spaniens in Fez residiren dürfe. — Frankreich hat an der ganzen Nordküste von Afrika seine Macht und seinen Einfluß im vergangenen Jahre wesentlich befestigt und erweitert, sogar der Erfolg der spanischen Waffen gegen Marokko ist bei dem freundschaftlichen Verhältniß des Ministeriums O'Donell zu Napoleon gewissermaßen eine Verstärkung der französischen Macht; in Algier wurden die Aufstandsversuche einiger Kabylen-Stämme rasch unterdrückt, der neue Bey von Tunis ist ganz im Schlepptau Frankreichs, und in Aegypten ist endlich der Bau des Suez-Kanals, um den F. v. Lesseps sich so lang und ausdauernd abgemüht hat, in Angriff genommen, ein neuer Sieg Napoleons, den man nicht hoch genug anschlagen kann, wenn man sich erinnert, welche Mühe England es sich hat kosten lassen, diesen Bau zu hintertreiben; freilich ist er noch nicht fertig, und wer weiß, was inzwischen noch geschieht. Außerdem hat Frankreich auch mit Abyssinien Handelsverbindungen angeknüpft, deren volle Bedeutung vielleicht erst in späterer Zeit hervortreten wird.

Wenden wir uns nun hinüber nach **Asien**, so sind es vor Allem die syrischen Metzeleien, die uns in die Augen fallen. Die Geschichte wird einst ein schweres Gericht halten über die wahren Urheber dieser Greuel, und wenn die Fäden der hier gesponnenen Intriguen einst deutlich erkannt werden, dürfte wohl ein großer, wo nicht der größte Theil der Schuld dem Manne beigemessen werden, der nichts Eiligeres zu thun hatte, als im Namen der Menschlichkeit seine Truppen dorthin zu senden. Wir kennen die napoleonische Politik zur Genüge, und haben hier eben nur eine neue Probe, daß Tausende von Menschenleben ihr nichts sind, wenn es sich darum handelt, ihre dämonischen Plane in's Werk zu setzen. Vorderhand ist so viel erreicht, daß die Franzosen in Syrien stehen; wann sie wieder abziehen, ist eine andere Frage. Noch an zwei anderen Punkten Asiens hat Frankreich gegenwärtig seine Heere stehen: in Cochinchina, wo es im Verein mit Spanien den Kaiser von Anam wegen seiner Christen-Verfolgungen bekriegt — bis jetzt freilich bei der Schwäche des Expeditionskorps mit keinem sonderlichen Erfolg — und in China, wo Engländer und Franzosen vereint im Oktober Peking eingenommen und dem Beherrscher des himmlischen Reichs den Frieden diktirt haben. — Nachdem Rußland, England, Frankreich und die vereinigten Staaten von Nordamerika Handelsverträge mit Japan abgeschlossen haben, wurde auch von Preußen ein Bevollmächtigter dorthin geschickt zu dem Zweck, um auch dem preußischen Handel (sowie dem des Zollvereins überhaupt) die Häfen dieses Landes zu öffnen. — In Ostindien ist, nachdem kaum der große Aufstand unterdrückt worden, schon wieder neue Gährung unter den Eingeborenen entstanden; in Folge der ihnen neulich auferlegten Einkommensteuer, welche ihnen außerordentlich lästig ist. — Unter den geworbenen Fremden (Schweizer-) Truppen in den holländischen Besitzungen brach aus Anlaß der schlechten Behandlung, die ihnen zu Theil wurde, eine große Meuterei aus, die mit blutiger Strenge unterdrückt ward. In dem Gebiet von Banjermassing (auf Borneo) haben sich die Eingebornen gegen die holländische Herrschaft empört und nach den letzten Nachrichten war der Aufstand, der schon geraume Zeit andauert, noch nicht bewältigt.

In **Amerika** nahmen vor Allem die vereinigten Staaten des Nordens unsere Aufmerksamkeit in Anspruch durch die Leidenschaftlichkeit, womit dort bei der neuen Präsidentenwahl der Süden und der Norden, die Parteien der Demokraten und der Republikaner, der Sclavenhalter und der Abolitionisten einander den Sieg streitig machten. Und als es nun außer Zweifel stand, daß Lincoln, der Erwählte der Republikaner, den Sieg davon getragen, daß er für die nächsten 4 Jahre in das weiße Haus zu Washington einziehen werde, da brauste ein Sturm des Unmuthes durch den sclavenhaltenden Süden; so arg war das Geschrei, daß man hätte glauben können, mit seiner Wahl sey schon die Axt an das ganze Sclavenwesen gelegt; und in den südlichen Staaten wurde der Gedanke unverholen geäußert, dieser vermeintlichen Gefahr lieber dadurch zu entgehen, daß man sich von der Union lossage; ja es

befolgt in allen Punkten genau seine Politik, die für die Türkei wie für Oesterreich gleich beunruhigend ist.

In **Griechenland** haben die Vorgänge in Italien und das dort verkündete Nationalitäts-Prinzip eine leicht erklärliche Aufregung erzeugt. Die Werbungen von Freiwilligen für Garibaldi's Heer fanden dort lebhaften Anklang; die Heißblütigen wähnen Griechenland zu einer ähnlichen Rolle berufen wie Sardinien; ihre Blicke richten sich auf die jonischen Inseln einer-, auf die türkischen Provinzen andrerseits; sie sehen im Geist schon ein neues byzantinisches Kaiserthum erstehen und den König Otto dessen Thron besteigen. Die Verlegenheiten, welche der Regierung aus dieser leidenschaftlich erregten Volksstimmung erwuchsen, wurden neuerlich noch vermehrt durch die Opposition, die sich in der zweiten Kammer kundgab, in deren Folge die Regierung zu ihrer Auflösung schritt.

Rußland beginnt, wie oben erwähnt, bereits wieder an der orientalischen Frage zu arbeiten, doch vorsichtiger, als Czar Nikolaus that, denn die harte Lehre des letzten Krieges ist nicht vergessen. Alexander II. hat bei seiner Thronbesteigung die feierliche Versicherung ertheilt, daß er der Politik seines Vaters in Betreff der orientalischen Frage unbedingt folge, daß er seit zehn Jahren beständigen Antheil an der Regierung genommen habe, und daß er von Nikolaus I. in den Umfang und die Absichten der russischen Politik vollständig eingeweiht worden sey. Wenn man weiß, daß gerade durch diese Erklärung die national-russische Partei, welche dem jungen Fürsten ein unverholenes Mißtrauen entgegenbrachte, für ihn gewonnen wurde, daß gerade diese unverhüllten Versprechungen es waren, welche das augenblickliche Unglück des Krieges in den Hoffnungen der Zukunft vergessen machten, so wird man keinen Augenblick zweifeln, daß ein russischer Herrscher, wenn er damals bei noch ungebrochener Kraft des Reichs und inmitten der höchsten nationalen und religiösen Erregung seines Volks dennoch Frieden schloß, damit zugleich ein Pfand gegeben hat, von dessen sicherer Einlösung für alle Zeit das Gedeihen und die Werthschätzung der russischen Politik abhängig betrachtet wurde. Gortschakoff hat es auch, wenn es dessen noch bedurft hätte, in seiner berühmten Note vom 2. September 1856 aller Welt gesagt: „Rußland schmollt nicht, es sammelt sich." Und es hat sich bereits wieder so weit gesammelt, daß es daran denken kann, die durch den Pariser Frieden zerrissenen Maschen des Netzes seiner orientalischen Politik auf's Neue und fester zu knüpfen. Aus diesem Gesichtspunkt müssen wir die großartigen Verbesserungen betrachten, die Alexander II. in seinem weiten Reich angebahnt hat. Man braucht nicht zu verkennen, daß die Uebelstände des Kriegswesens, die Mißbräuche der Verwaltung, die Schwerfälligkeit der russischen Truppen, die Schäden der Gesellschaft, die Unzulänglichkeit der Verkehrsmittel eben durch den Krieg offenkundig zu Tage getreten waren. Aber Rußland würde doch nicht reformirt haben, wenn es nicht im Interesse seiner äußern Verhältnisse, seiner Machtstellung dazu genöthigt gewesen wäre. Oder meint man wirklich, daß je eine Macht an den eingewurzeltsten Verhältnissen ihres Staatswesens mit eigner Hand gerüttelt hätte, wenn nicht die Erkenntniß der unbedingtesten Nothwendigkeit dazu zwang? Was will Rußland mit seiner Bauern-Emanzipation, was bezweckt es mit dieser ungeheuren Maßregel? Was veranlaßt es zu den tiefgreifenden Veränderungen in seiner innern Politik, wenn es nicht die Erwägung ist, daß nur durch das Freiwerden der niedergehaltenen schlummernden Kräfte der großen Nation die angestrebte äußere Machtentwicklung, das Uebergewicht in Europa erlangt werden könne? Die Bauern-Emanzipation — die freilich noch manches Stadium durchmachen muß, bevor sie zur Thatsache wird — soll dem Staat ein nutzbares Kapital verwendbarer Menschen erwerben, wie die Hebung der Industrie, die Handelsverträge, die Eisenbahnen nur bestimmt sind, dem Staatsschatz neue Zuflüsse zu verschaffen. Während so Rußland seine Kräfte zu einem großen Schlag in Europa sammelt, versäumt es nicht, in Asien sich mehr und mehr auszubreiten und zu befestigen; so in dem neuerworbenen Amurland, wo ein Militär-Posten nach dem andern errichtet wird; so in den Gränzgebieten von Turan, wo die Räubereien der dort seßhaften Stämme den erwünschten Vorwand zu steten militärischen Expeditionen geben; so im Kaukasus, wo zwar auch nach Schamyl's Unterwerfung immer noch einige Stämme den russischen Kolonnen hartnäckige Gegenwehr leisten, aber auf die Länge dem Druck des immer enger sich schließenden eisernen Ringes doch nicht mehr werden widerstehen können.

Der Reichstag des Königreichs **Schweden**, welcher im Herbste des Jahres 1859 zusammengetreten war, wurde am 30. Oktober 1860 geschlossen. Das Ergebniß seiner Sitzung, welche diesmal über ein Jahr dauerte, ist übrigens nicht sehr bedeutend. Zu nennen ist vor Allem, daß ein Gesetz angenommen wurde, welches verschiedene Verbesserungen im Gemeindewesen einführt. Sodann ein Gesetz über die Dissenter, welches manche Härten der bisherigen Gesetzgebung beseitigt und das, wie der König in seiner Schlußrede meinte, wenn dessen Grundsätze von Verträglichkeit recht angewendet würden, die billigen Ansprüche anders denkender Glaubensgenossen befriedigen müsse. Zur Fortsetzung der Eisenbahnbauten wurden bedeutende Mittel bewilligt, dagegen die Gelder, welche die Regierung zur Befestigung von Stockholm gefordert hatte, verweigert. In **Norwegen** hat sich die Aufregung, die im Jahre 1859 bezüglich der Union mit Schweden das Land erfaßt hatte, so ziemlich wieder gelegt, woran zum großen Theil die feste Haltung des schwedischen Reichstages schuld ist.

In **Dänemark** nützen sich die Ministerien in Folge des Uebergewichtes der demokratischen Partei im Folkething (2. Kammer) sehr rasch ab; Bischof Monrad, der gegenwärtige Ministerpräsident, hat nach ziemlich kurzer Amtsführung auch schon wieder diese Erfahrung gemacht, so daß er vor einigen Wochen im Folkething geraden Weges erklärte, wenn die Herren auf ihrer abweichenden Meinung bezüglich verschiedener von der Regierung vorgelegter Gesetzanträge beharrten, so müsse die Sache in einer oder der andern Art zur Entscheidung gebracht werden. (D. h. entweder müsse das Ministerium abtreten, oder die Kammer aufgelöst werden.) Die vorgelegten Gesetzentwürfe sind indessen nicht von allgemeinem Interesse, mit Ausnahme etwa dessen, der einige Veränderungen in dem Fäste-Wesen (d. h. in dem Verhältniß des Bauern zum Grundherrn) bezweckt. Das Fäste-Wesen ist und bleibt für Dänemark noch immer eine sehr heikle Frage, deren Lösung immer hinausgeschoben wird, ohne dadurch an Dringlichkeit zu verlieren. Sie ist der Hebel, dessen sich die Partei der sogenannten Bauernfreunde in ihrer Opposition gegen die Aristokratie, welche hauptsächlich im Landsthing (1. Kammer) vertreten ist, seither bedient hat, um dem Bauernstand im Verhältniß zu den Grundherrschaften eine freiere Stellung zu erringen. Der Fäste-Bauer ist nämlich in der Regel nur Zeitpächter ohne Eigenthumsrechte, und die Fästen in freies Eigenthum umzuwandeln, das ist das Ziel, wonach die Partei der Bauernfreunde strebt.

Als durch die Vorgänge des Jahres 1830 ein Theil von Luxemburg an Belgien fiel, hat das Königreich der **Niederlande** als Ersatz dafür Limburg zum deutschen Bund gegeben, was übrigens im Grund weiter nichts sagen will, als daß das Luxemburger Bundeskontingent durch niederländische Truppen ergänzt, und der Beitrag Luxemburgs zur Bundeskasse theilweise von der niederländischen Staatskasse geleistet wird. Dies Zwitter-Verhältniß Limburgs war indessen den Niederländern seit lange schon unbehaglich, und die Lostrennung dieser Provinz vom deutschen Bund wurde in den Sitzungen der Generalstaaten schon öfters angeregt, so auch im vergangenen Jahr wieder. Das Ministerium versprach keine Gelegenheit zu versäumen, um dies zu betreiben; doch sei es für die Niederlande gegenwärtig noch erwünscht, beim deutschen Bund vertreten zu sein, und deshalb wäre es unvorsichtig, jetzt schon auf Lösung dieser Verbindung zu dringen. — Die Ausführung des von den General-Staaten vor einigen Jahren genehmigten großen Eisenbahn-Netzes machte viele Sorge, denn die Fortsetzung und Beendigung dieser Riesenarbeit hängt eben von einem sehr günstigen Stand der Finanzen ab, da man die dafür jährlich nöthigen zehn Millionen Gulden eben nur bewilligen kann, wenn man sie auch hat, und es hängt wesentlich wieder davon ab, wie viel Ueberfluß die ostindischen Einkünfte geben. — Die seit Jahren schwebende Frage wegen Aufhebung der Sklaverei in der amerikanischen Kolonie Surinam ist noch immer nicht entschieden.

König Leopold von **Belgien** hat im vergangenen Jahr einen herrlichen Triumph gefeiert, die Frucht seiner 29jährigen weisen Regierung. Es ist zur Genüge bekannt, daß Belgien auch zu jenen Gebieten gehört, welche Napoleon III. seinem Reich einzuverleiben gedenkt, um dessen „natürliche Gränzen" wieder herzustellen; bekannt ist ferner, daß in seinem Auftrag schon allerhand Versuche gemacht wurden, um die Gesinnungen der Belgier zu sondiren und sie für einen Anschluß an Frankreich zu stimmen. Aber die Belgier wissen zu gut, was sie an ihrem König Leopold und an ihrer freien Verfassung haben, als daß sie sich verlocken ließen; sie wollen nichts hören von der Glückseligkeit französischer Unterthanschaft, und haben dieß zu wiederholten Malen einmüthig und lebhaft bekundet, so durch das Organ der Provinzialräthe am 29. Erinnerungstag der Thronbesteigung des Königs (21. Juli), so bei den großen Septemberfesten zu Brüssel, vor Allem aber bei der Rundreise des Königs durch verschiedene Städte des Landes, die einem wahren Triumphzuge glich. Das so lebhaft erwachte Nationalgefühl bethätigte sich ferner durch Errichtung freiwilliger Schützenkorps in allen bedeutenden Orten des Landes. Eine Folge der erkannten

wir werden die Politik der freien Hand, die im Jahre 1859 so Herrliches zu Wege gebracht hat, wieder in zweiter Auflage sehen.

Oesterreich erntet jetzt die bitteren Früchte langjähriger Mißregierung. In den leitenden Kreisen konnte man sich endlich doch nicht mehr der Erkenntniß verschließen, daß man auf dem seither betretenen Wege nicht weiter gehen dürfe, daß derselbe zum Ruin führe. Aber wie schwer entschloß man sich, in neue Bahnen einzulenken, wie zäh hing man trotz jener Erkenntniß doch immer noch am Alten, mit welchem Widerwillen wurde jedes Zugeständniß gemacht, das dem Volk etwas mehr Freiheit einräumte, wie langsam, wie vereinzelt und ohne inneren Zusammenhang kamen diese Zugeständnisse, und wie sehr verloren sie dadurch an Werth! Es fehlt uns an Raum, wollten wir Alles, was seit anderthalb Jahren in dieser Hinsicht gethan und gefehlt worden ist, hier aufzählen. Nur ein kurzer Ueberblick der hauptsächlichsten Erscheinungen ist uns möglich. Das kaiserliche Manifest vom 15. Juli 1859, gleich nach dem Friedensschluß von Villafranca erlassen, hatte als nächste Aufgabe der Regierung bezeichnet: „Oesterreichs innere Wohlfahrt und äußere Macht durch zweckmäßige Entwicklung seiner reichen geistigen und materiellen Kräfte, wie durch zeitgemäße Verbesserungen in Gesetzgebung und Verwaltung dauernd zu begründen." Was ist im Laufe von 18 Monaten geschehen, um diese Verheißung zu erfüllen? Wahrlich viel zu wenig für die in der verzweifelten Lage des Staates begründete dringende Nothwendigkeit einer raschen und gründlichen Reform. Eine auf dem Prinzip der Freiheit des Gewerbebetriebs ruhende Gewerbeordnung, die Abschaffung einiger drückenden Bestimmungen über die Juden, die Verkündung des Protestanten-Patents für Ungarn, das dort einen fast allgemeinen Widerstand fand, eine bessere Kontrole der Staatsschuld — das ist so ziemlich Alles. Im Mai vorigen Jahres trat der verstärkte Reichsrath zusammen, es war ihm nur das Recht des Beirathes zugestanden worden, aber noch während seines Beisammenseyns erkannte die Regierung die Nothwendigkeit, ihm wenigstens bezüglich der Steuern und Staatsschulden auch das Recht der Zustimmung einzuräumen. Nachdem Ungarn sich eine fast ganz selbständige Verwaltung seiner innern Angelegenheiten errungen, wurden die übrigen Kronländer mit ständischen Landesvertretungen abgefunden, deren Befugnisse sehr beschränkt sind, und in welchen, ganz zuwider dem Geiste der Neuzeit, dem Adel und dem Klerus gegenüber dem Bürger- und Bauernstand eine unverhältnißmäßig große Stimmenzahl eingeräumt ist. Der Unmuth, der sich allenthalben gegen diese Statute kund gab und die Weigerung vieler Gemeinderäthe, in ihrer bisherigen Zusammensetzung die Wahlen zu diesen Landtagen vorzunehmen, trieb die Regierung endlich dahin, das freisinnige Gemeindegesetz von 1849 wieder in Kraft zu setzen. — Nichts ist wohl bezeichnender für den Widerwillen mit welchem die Regierung an jedes Zugeständniß ging, als der Ausdruck, womit in den neuen Statuten der Kreis der Befugnisse der Landesvertretung bezeichnet ward; sie sollen, heißt es darin, bei den auf die besonderen Verhältnisse des Landes zu erlassenden Gesetzen mitwirken. Man wollte nicht sagen „berathen", weil man durch dieses geringe Maß der Befugniß anzustoßen befürchtete; man wollte aber auch nicht ohne Weiteres das Recht der Zustimmung einräumen, weil man hoffte, unter Umständen doch vielleicht wohlfeiler durchzukommen und die Landtage auf das Recht der Berathung beschränken zu können. Was soll man halten von einer solchen Krämerpolitik, die um Pfennige marktet, wo es sich um Seyn oder Nichtseyn des in seinen Grundfesten erschütterten Staates handelt? Oesterreich braucht jetzt Staatsmänner im vollen Sinne des Wortes, die kühn entschlossen die morschen Stützen des Staatsgebäudes wegwerfen und mit frischem Muth den Neubau von Grund aus beginnen — Männer, die zu den neuen Einrichtungen auch einen neuen Geist mitbringen. Daran hat es bis jetzt gefehlt. Die Herren, die am Ruder standen, betrachteten alle Abweichungen vom alten System nur als ein Mittel, um über die Verlegenheiten der Gegenwart hinweg zu kommen, als ein Werkzeug, das man nach geleistetem Dienst wieder wegwerfen könnte, um Alles beim Alten zu lassen. Daher ihr Widerwille gegen jede durchgreifende Aenderung, ihr Streben, sie so karg als möglich zuzumessen, ihr Unvermögen, sich in den Geist der Neuerungen, die sie doch selbst zu Hülfe riefen, hineinzufinden; daher aber auch das nicht zu besiegende Mißtrauen im ganzen Volk gegen die Absichten der Regierung, die Kälte, die Gleichgültigkeit, womit alle ihre Maßregeln aufgenommen wurden. An den Eintritt Schmerlings in das Ministerium wurden große Hoffnungen auf eine gründliche Umkehr geknüpft. Ob sie sich erfüllen werden? Noch ist keine sichere Gewähr dafür gegeben, wenn gleich sein Rundschreiben an die Statthalter dieselben neu belebt hat, aber wünschen möchten wir es schon, um des Wohles der ganzen Monarchie willen. In Italien steht der Feind vor der Thüre, in Ungarn droht der Aufstand; um diese doppelte Gefahr mit Erfolg zu bekämpfen, müßte der Regierung eine opferfreudige hingebende Bevölkerung in den übrigen Kronländern zur Seite stehen — eine Bevölkerung, wie sie seyn sollte, aber nicht ist, eine Bevölkerung, wie sie die Regierung sich erst wieder heranziehen muß, nachdem sie sich dieselbe längst gründlich entfremdet hat.

Die Türkei befindet sich in einem Zustand der Schwäche, welcher ihre gänzliche Auflösung bald nach sich ziehen müßte, wenn nicht die gegenseitige Eifersucht der Mächte, die sich zu ihrer Erbschaft berufen glauben, ihr das Leben doch immer noch fristete. Aus Konstantinopel hören wir immer wieder das alte Klagelied, daß der Staatsschatz kein Geld habe; aus den Provinzen laufen die Steuern nur sehr unregelmäßig ein, da die Bevölkerung fast überall zum Aufruhr bereit ist und die Regierung daher fürchtet, durch strenges Eintreiben der Abgaben einen Ausbruch hervorzurufen. Ein Anlehen aufzunehmen, war in dieser Noth das nächste Auskunftsmittel, aber der Kredit der Pforte ist so gesunken, daß sie lange an allen Thüren vergebens anklopfte, bis es ihr endlich gelang, in Paris unter Vermittlung der französischen Regierung unter den drückendsten Bedingungen (Kurs $53\frac{3}{4}$) durch die Herren Mirès u. Comp. eine Anleihe von 400 Mill. Francs abzuschließen. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, wenn die Türkei fort und fort der Gegenstand fremder Zudringlichkeit und Einmischung ist. Gegenwärtig sind es besonders Rußland und Frankreich, die sich hervorthun. Im vergangenem Frühjahre trat nach längerer Unterbrechung Fürst Gortschakoff wieder einmal mit einer Note über die unerträgliche Lage der Rajahs (Christen) in der Türkei hervor; die übrigen europäischen Mächte aber wollten von einem Einschreiten Nichts wissen, da sie wohl merkten, daß bei dieser heillen Sache am Ende Rußland allein profitiren würde, dann kamen die syrischen Ereignisse. Es ist bekannt, daß Rußland damals verlangte, die europäische Intervention solle nicht auf Syrien beschränkt bleiben, es fand aber auch damals bei den übrigen Mächten keine Unterstützung. Später veränderte sich die Szene: im Norden des Balkan sollten die syrischen Ereignisse sich wiederholen, damit Rußland den gewünschten Anlaß zum Einschreiten bekäme und die übrigen Mächte nothgedrungen ihre Zustimmung dazu geben müßten. Doch gelang es der Pforte, die von England einen Wink bekommen hatte, und nun rasch alle verfügbaren Truppen nach dem Norden warf, den durch russische Sendlinge vorbereiteten Aufstand noch im Keime zu ersticken; nur an ein paar vereinzelten Orten kam es zum Ausbruch. Später bereiste der Großvezier selbst jene Gegenden, um die Beschwerden der Christen zu prüfen. Rußland hat übrigens in den nördlichen Provinzen der europäischen Türkei seit einigen Jahren einen gefährlichen Nebenbuhler in Frankreich gefunden. Fürst Cusa, der dem Pariser Friedensvertrag und dem Widerstreben der Pforte zum Trotz durch Rußlands und Frankreichs Vorschub zum Regenten der Moldau und der Wallachei zugleich erhoben wurde, ist jetzt ein recht brauchbares Werkzeug Napoleons, und in Petersburg mag man sich's wohl manchmal schon überlegt haben, ob es klug war, ihn so zu unterstützen. Noch weit unangenehmer aber fand man sich in Petersburg berührt durch die Nachricht von dem Uebertritt der Bulgaren von der griechischen zur römisch-katholischen Kirche, wobei französische Agenten ihre Hände stark im Spiele hatten; Frankreich hat sich dadurch gewissermaßen die Anwartschaft auf das Protektorat über diese 4 Millionen Menschen erworben und wird dasselbe sicher zur gelegenen Zeit ebenso geltend zu machen suchen, wie Rußland es bezüglich der griechischen Christen vor dem orientalischen Kriege that. Die syrischen Metzeleien, die auch nicht ohne Frankreichs Zuthun vor sich gegangen sind, gaben dem Kaiser Napoleon den erwünschten Anlaß, unter dem Vorwand der Humanität Truppen nach Syrien zu schicken und den übrigen Mächten in der ersten Ueberraschung ihre widerwillige Zustimmung abzupressen. Er wird seine Truppen jetzt möglichst lang auf diesem Posten lassen und ihn für seinen Nutzen gehörig ausbeuten. Eine reiche Quelle neuer Verlegenheiten für die Pforte war der Tod des Fürsten Milosch Obrenowitsch von Serbien. Sein Sohn Michael, welchem für seine Person das Recht der Nachfolge vom Sultan ohne Weigern zugestanden worden war, verlangte, daß die Fürstenwürde als erblich in der Familie Obrenowitsch erklärt werde. Die langwierigen und ärgerlichen Verhandlungen darüber sind jetzt abgebrochen, aber noch lange nicht abgeschlossen. Noch müssen wir hier Montenegro's erwähnen, das als russisch-französischer Vorposten der Türkei ein Pfahl im Fleisch ist. Fürst Danilo ist von Mörderhand gefallen, sein Neffe und Nachfolger aber, Nikizza Pietrowitsch,

Uebrigens haben diese Konkordats-Abschlüsse in der evangelischen Kirche Württembergs wie Badens auf's Neue recht lebhaft den Wunsch angeregt, daß auch ihr eine selbständigere Stellung gegenüber dem Staat zu Theil werden möge. Das königl. Haus von Württemberg wurde in den letzten Tagen des November durch den Tod des Herzogs Paul in Trauer versetzt. — Die Regierung des **Großherzogthums Hessen** hat es unternommen, die Verhältnisse der katholischen Kirche ihres Landes durch eine Uebereinkunft mit dem Bischof von Mainz zu regeln; diese ist in der zweiten Kammer des Landtags, die dem Beispiel Badens folgen wollte, heftig angefochten worden, während die erste Kammer sich für dieselbe erklärte. Die Regierung scheint entschlossen, an der Uebereinkunft festzuhalten. — In **Nassau** ist endlich der seit 42 Jahren schwebende Streit über die Domänen glücklich zu Ende gebracht; es steht nur noch die Zustimmung der Agnaten des Herzogs aus, die schwerlich verweigert wird. — In **Luxemburg** ist nunmehr nach langen, traurigen Kämpfen der Friede zwischen Volk und Regierung wieder hergestellt; das neue liberale Ministerium geht im Verein mit den Ständen rüstig daran, die aufgedrungenen Verordnungen aus der Reaktionszeit zu beseitigen und durch freisinnige Gesetze zu ersetzen. — Möchten wir ein Gleiches bald von **Kurhessen** hören, wo der Verfassungsstreit nun schon in die zehn Jahre währt. Die Regierung hat, als die zweite Kammer vor Kurzem sich entschieden für die alte Verfassung von 1831 erklärte, dieselbe aufgelöst; wenn durch die Neuwahlen, wie zu erwarten steht, dieselben oder gleichgesinnte Männer wieder in den Ständesaal treten, wird es dann die Regierung zum Aeußersten treiben? Es wäre schlimm, sehr schlimm Angesichts der besorglichen Lage des Gesammtvaterlandes, die mehr denn je gebietet, solche Wunden, wie sie in Kurhessen bluten, schleunigst und gründlich zu heilen. Zu diesen Wunden unsres Vaterlandes gehört leider auch noch immer **Holstein**; die dänische Regierung kümmert sich wenig um Bundesbeschlüsse und Bundesexekution, höchstens daß sie sich von Zeit zu Zeit, wie eben jetzt wieder, die Mühe nimmt, auf neue Ausreden zu sinnen, um Zeit zu gewinnen, bis sie bei auswärtigen Mächten Schutz und Rückhalt gefunden hat. Diese holsteinische Sache wird Einem nachgerade zum Ekel, wenn nach allen großen Worten denn doch immer Alles nur darauf hinausläuft, daß Deutschland sich in's Gesicht schlagen läßt. Das ist auch eine von den vielen Unterlassungssünden des Bundestags, von den andern gar nicht zu reden; doch brechen wir davon ab, denn wir könnten bitter werden, wenn wir länger bei diesem Kapitel verweilen. — In **Hannover** leitet noch immer das Ministerium Borries die Staatsgeschäfte nach den Grundsätzen der Junkerpartei und mehrt die Anhänger des Nationalvereins durch allerhand Verfolgungen. Die Unterhandlungen wegen Ablösung des Stader Zolls sind so weit gediehen, daß England und Hamburg je $1/3$ der Ablösungssumme zu zahlen sich bereit erklärt haben, während das letzte Drittel von den übrigen betheiligten Staaten nach Flaggen getragen werden soll. Damit sind auch alle Staaten bis auf Dänemark einverstanden, welches diese Frage der Elbzoll-Kommission vorbehalten wissen will. — Nach jahrelangen Verhandlungen hat endlich der Landtag von **Mecklenburg** sich zu einer Reform des mittelalterlichen Steuer- und Zollwesens verstanden, welches bisher das Haupthinderniß des Beitritts Mecklenburgs zum Zollverein gewesen war; und auch jetzt wäre diese Reform an dem Widerstand der Ritterschaft beinahe wieder gescheitert, wenn nicht die Landschaft (Vertreter der Städte) fest darauf bestanden hätte, die von der Regierung verlangte Beihülfe von 750,000 Thlr. zum Bau der Ost-Eisenbahn bis an die preußische Gränze nur unter der Bedingung zu bewilligen, daß die Ritterschaft sich zur Steuer- und Zoll-Reform herbeilasse. Die ritterschaftlichen Mitglieder von Mecklenburg-Strelitz, denen es um den Bau dieser Bahn recht sehr zu thun war, entschlossen sich endlich, ihr zu Liebe auf ihre Zollbefreiung zu verzichten, sie fielen von ihren übrigen Kollegen ab und verhalfen durch ihren Uebertritt der Landschaft zum Sieg. Noch ist indessen dieser Sieg kein endgültiger; denn es sind noch Verhandlungen mannigfacher Art zu pflegen, bis die Sache ganz in's Reine gebracht wird. Am 6. September starb Großherzog Georg von Mecklenburg-Strelitz; ihm folgte in der Regierung sein Sohn Friedrich Wilhelm, geboren i. J. 1819. — Das Fürstenthum **Lippe-Schaumburg** verlor im abgelaufenen Jahr gleichfalls seinen Regenten durch den Tod; Fürst Georg Wilhelm verschied nach einer mehr als 53jährigen Regierung am 21. November; die Regierung des Landes übernahm sein Sohn Adolph Georg. — Aus der freien Stadt **Hamburg** ist als wichtigstes Ereigniß des Jahres zu erwähnen, daß der langwierige Verfassungskampf endlich seinen Abschluß gefunden hat durch eine gütliche Verständigung zwischen Senat und Bürgerschaft, bei der kaum ein wesentlicher Punkt der freisinnigen Verfassung von 1850 geopfert wurde. — In **Bremen** kämpften die Freunde der Gewerbefreiheit schon seit Jahren einen harten Kampf mit den Gegnern derselben; doch haben erstere jetzt Aussicht, mit ihren Ansichten durchzudringen. — Das Königreich **Sachsen** wird sich wohl bald einer Gewerbeordnung erfreuen, die auf dem Grundsatz der Freiheit des Gewerbebetriebs ruht; der von der Regierung vorgelegte Entwurf ist von der zweiten Kammer ohne namhafte Aenderung angenommen, und auch die erste Kammer wird demselben wohl keine Schwierigkeiten machen.

Wir kommen nun zu den beiden deutschen Großstaaten. Betrachten wir zuerst **Preußen**. Hier bietet sich uns dasselbe Bild unschlüssigen Schwankens, wie voriges Jahr, im Innern wie nach Außen. Die Regierung steht mitten inne zwischen der Junkerpartei, den verschiedenen Fraktionen der liberalen und der demokratischen Partei; sie will alle versöhnen, keiner wehe thun, und wird von allen gedrängt, geschoben und nach Kräften ausgebeutet und kann sich auf keine sicher verlassen, weil sie keiner recht Genüge thut. Indem sie einflußreiche Träger des Manteuffel'schen Systems in den höchsten Posten beließ (wie z. B. den erst in den letzten Wochen zurückgetretenen Justizminister Simons, den Handelsminister u. s. w.), erschütterte sie das Vertrauen der Parteien, auf welche sie sich eigentlich stützen mußte; indem sie sich von den Handlangern jenes Systems in untergeordneten Aemtern ungestraft Opposition machen ließ, verrieth sie ihre Schwäche und ermuthigte jene selbst zu fortgesetzter Widerspenstigkeit. Der Stieber'sche Prozeß warf ein grelles Schlaglicht auf diese Zwitterstellung der Regierung und offenbarte recht handgreiflich die Summe von Verlegenheiten, die ihr daraus erwuchsen, daß sie die Sündenerbschaft des vorigen Ministerium in gutmüthiger Schwäche übernommen und dessen Werkzeuge beibehalten hatte. Die meisten Ungelegenheiten hatte die Junkerpartei dem neuen Ministerium im Herrenhause bereitet, wo sie die weit aus überwiegende Mehrheit hatte und jeden freisinnigen Gesetzentwurf der Minister konsequent durchfallen ließ. Die Regierung machte endlich von ihrem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch und ernannte 24 neue liberale Mitglieder ins Herrenhaus. Aber auch dieser Schritt verrieth die Schwäche der Halbheit: diese 24 Stimmen sichern der Regierung noch lange nicht die Mehrheit, sind aber übergenug, um die reaktionäre Partei nun erst zu recht hartnäckigem Widerstand zu reizen. Die so lange besprochene Heeresreform, ein Lieblingsplan des Prinzregenten, wurde endlich trotz des entschiedenen Widerwillens des Abgeordnetenhauses doch durchgesetzt, freilich vorläufig nur auf ein Jahr, doch was heißt das bei einer so tief eingreifenden kostspieligen Aenderung? Ist sie einmal eingeführt, so bleibt sie auch und die Bezeichnung: „vorläufig" war eben weiter nichts, als die goldene Brücke des Rückzugs, welche die Regierung den Abgeordneten baute, die ihre politischen und finanziellen Bedenken gegen diese Maßregel nicht zum Schweigen bringen konnten und doch auch der Regierung nicht widerstreben wollten. Durch diese Heeresreform wird ein Theil der Landwehr in den Verband der Linie mit hinübergezogen und dadurch das stehende Heer bedeutend verstärkt. Aber was nützt das stärkste Heer in der Hand einer Regierung, die auch nach Außen hin stets nur unschlüssig schwankt! In Teplitz gab sie dem Wiener Kabinet ein bedingtes Hülfsversprechen; als die Junkerpartei darob jubelte und die Liberalen saure Gesichter machten, beeilte sie sich zu erklären, daß sie in Bezug auf Venetien keine Verpflichtung übernommen habe. Mit Oesterreich beredete man sich in Teplitz; mit Frankreich — nein, das wäre Vaterlandsverrath; mit Frankreich nicht, aber mit England, welches, so weit es sich um Oesterreichs Schaden in Italien handelt, ganz dasselbe will, wie Frankreich, mit England besprach man sich in Koblenz. Und dann rühmt man sich, über allen Parteien zu stehen — genau so wie Einer, der zwischen zwei Stühlen sitzt und mitten durchfällt. Ja, wir sehen es im Geiste schon kommen, wie Sardinien zum Angriff auf Venetien losrückt, wie es dabei von Frankreich zwar nicht durch Truppen, aber durch Geld und sonst auf jede Weise indirekt unterstützt wird, wie der längst vorbereitete Aufstand in Ungarn, Kroatien ꝛc. durch Kossuth, Klapka, Türr und Genossen zur hellen Flamme angefacht wird, wie von den Donaufürstenthümern aus Fürst Cusa, Frankreichs willfähriges Werkzeug, dem Aufruhr allen Vorschub leistet und Oesterreich so zum Aeußersten gebracht von Preußen doch keine Hülfe erhalten wird, weil es von Sardinien allein, nicht auch von Frankreich angegriffen sei. Und sollte etwa Preußen doch Miene machen, dem bedrängten Oesterreich zu Hülfe zu kommen, so wird Napoleon durch ein Beobachtungsheer an der Ostgrenze Frankreichs schon dafür sorgen, daß es beim Wollen bleibt. Kurz

die sich gegenseitig anführen wollen." Die Wahrheit ist: Die beiden trefflichen Bundesgenossen treiben jetzt ein Geschäft auf gemeinsame Rechnung, schließlich aber gedenkt jeder den andern zu überlisten und den ganzen Gewinn für sich allein einzustreichen. So treiben sie es z. B. jetzt in der italiänischen Angelegenheit: die Engländer so gut wie Napoleon wollen Oesterreich aus Italien hinaustreiben, darin sind sie einig. Die Engländer aber wollen einen italiänischen Einheitsstaat unter Viktor Emanuel, weil sie hoffen, daß ein solcher nicht nur sich von Frankreich unabhängig halten, sondern auch im Mittelmeer ein ansehnliches Gegengewicht gegen Frankreichs Seemacht bilden, daß derselbe sich ferner vermöge seiner freisinnigeren Staatsverfassung mehr zu England hinneigen und endlich bei seiner verhältnißmäßig noch schwachen Industrie der englische Handel dort einen schönen Markt finden werde. Das sind eben so viele Gründe für Napoleon, den italiänischen Einheitsstaat nicht zu wollen; er wäre auch wahrhaftig ein schlechter Politiker, wenn er sich einen neuen mächtigen und darum gefährlichen Nachbar unmittelbar vor die Thüre seines Hauses setzte. Sein Plan, als er i. J. 1859 sein Heer über die Alpen führte, war vielmehr, in Italien eine Anzahl von Mittel- und Kleinstaaten zu schaffen, die, ganz von ihm abhängig, ein gehorsames Werkzeug in seiner Hand wären. Und das ist noch heute sein Plan, wenn gleich der bisherige Verlauf der Dinge für jetzt die Aussicht, ihn zu verwirklichen, etwas in die Ferne gerückt. Napoleon ist zähe genug, daran festzuhalten, zugleich aber auch klug genug, nicht mit dem Kopf wider die Wand zu rennen und nicht Gewalt zu brauchen, wo die Verhältnisse wider ihn sind. Noch braucht er England und Sardinien, noch ist Oesterreich aus Italien vertrieben; aber wenn das abgethan seyn wird, denkt er, dann möchte es Zeit seyn, mit seinem vorläufig zurückgehaltenen Plan wieder hervorzutreten. Hie und da zeigen sich jetzt schon die Keime des Grolls über die widerstreitenden Absichten. John Bull wird ab und zu unwirsch und in seinem mißtrauischen Gemüth steigen dann trübe Gedanken auf, als ob er am Ende der Betrogene seyn könnte. Doch Napoleon, welcher den Werth seiner Freundschaft, oder besser gesagt, die Gefahr seiner Feindschaft wohl zu schätzen weiß, ist immer rasch mit einem Pflästerchen zur Hand. Solch ein Pflaster war im Frühjahr, als die Rüstungen und die Bildung der freiwilligen Schützencorps in vollem Gange waren, der französisch-englische Handelsvertrag, dadurch wurde der englische Handels- und Fabrikstand und Alles, was damit zusammenhängt, gewonnen; einen ähnlichen Zweck mag Napoleon nebenbei mit seinem Dekret vom 24. November verfolgt haben — ein Köder für Jene — und es sind deren nicht wenige in England — welche glauben, er werde Frankreich allmälig mit einer freien Verfassung beglücken; denselben Zweck endlich hatte er bei dem gemeinsamen Krieg in China, der die Engländer wieder auf einige Zeit an Frankreich kettete, mehr als ihnen lieb ist, da bei dieser Partie Letzteres der bestimmende, der tonangebende Theil ist, was sie mit stillem Aerger wohl merken, aber nicht zu ändern vermögen. Durch die äußere Politik vorwiegend in Anspruch genommen, konnte das Parlament in diesem Jahr den innern Angelegenheiten nur eine verhältnißmäßig geringe Aufmerksamkeit zuwenden; es wurde zwar eine ziemliche Anzahl neuer Gesetze berathen und angenommen, dieselben sind aber alle von untergeordneter Bedeutung. Die Reformbill, das Paradepferd der Whigs, wurde auch wieder hervorgeholt, aber nur um nach kurzer Weile unerledigt wieder bei Seite gelegt zu werden. Ebenso verlief der Streit, der wegen der Papiersteuer zwischen dem Ober- und dem Unterhaus über den Kreis der beiderseitigen Befugnisse entbrannt war, bald so zu sagen im Sand, da man angesichts der großen europäischen Fragen keine Zeit fand, mit dem Steckenpferd der Prinzipienreiterei sich auf die Länge abzugeben.

In **Deutschland** sehen wir die Uneinigkeit, die uns schon so viel Schaden und Schande gebracht hat, wieder in voller Blüthe stehen. Zwar trat sie in diesem Jahr nicht so grell und augenfällig hervor, wie im Jahr 1859, aber sie ist darum nicht minder stark vorhanden, nicht minder bedenklich, und bietet der zersetzenden, auflösenden, wühlenden Thätigkeit unseres schlimmen Nachbarn im Westen leider nur zu viele Handhaben für seine ehrgeizigen Pläne. Angesichts dieser Gefahr hat es nicht an Bemühungen gefehlt, um den Widerstreit der Ansichten, Wünsche und Bestrebungen auszugleichen und Eintracht zu stiften. Bis auf einen gewissen Grad waren dieselben auch von Erfolg: die Nothwendigkeit einigen, festen Zusammenhaltens wurde allseitig anerkannt, gute Vorsätze wurden gefaßt, in feierlicher Stunde begeisterte Worte gesprochen, die überall in Deutschland zündeten und in Manchem auf eine Weile den süßen Glauben hervorriefen, die Zeit sey schon da, wo auch die Thaten den Reden entsprechen würden. Wir brauchen hier nicht erst an die Tage von Baden und Salzburg zu erinnern; sie sind ja noch in Aller Gedächtniß. Sehen wir aber den Dingen etwas schärfer auf den Grund, so finden wir, daß mit allem dem doch nur eine leichte Decke über den Zwiespalt geworfen wird, der darunter nach wie vor sich breit macht, und bei der ersten ernsten Probe rasch die dünne Hülle zerreißen und in seiner Nacktheit ohne Scheu hervortreten wird. Sagen wir zu viel? Sehen wir die Dinge zu schwarz? Sollen wir noch auf die Tage von Teplitz hinweisen? Welch' kleine Spanne Zeit lag zwischen ihnen und der Badener Zusammenkunft? Und von all' den Hoffnungen, die das deutsche Volk vertrauensvoll an letztere knüpfte, welche — welche einzige ist in Teplitz erfüllt worden? Ein mattes, lauwarmes Hülfe-Versprechen war Alles, was dort erreicht wurde, und auch das war bis zur Warschauer Zusammenkunft schon auf den Gefrierpunkt der bloßen Selbstsucht herabgesunken! Was Wunder, wenn unter solchen Umständen in Deutschland nichts zu Stande kommt, wozu Selbstverläugnung, gegenseitige Nachgiebigkeit, Eintracht nöthig wäre! Was ist nicht seit Jahr und Tag hin und her geredet und geschrieben worden über die so nothwendige Reform der Bundeskriegsverfassung? Heute steht die Sache noch immer auf dem alten Fleck, und es ist keine Aussicht, daß es besser werde. Gerade so steht's mit der Befestigung unserer Nordküsten, mit der gemeinsamen Zivil- und Kriminalgesetzgebung, mit dem Bundesgericht, so mit den andern Anträgen, die aus den Würzburger Konferenzen hervorgegangen sind. Und die wichtigste Frage, die von der Bundesreform überhaupt, was ist für sie geschehen? Aber wie ist zu erwarten, daß in der Hauptsache etwas zu Stande komme, wenn schon in untergeordneten Dingen kein Einverständniß zu erzielen ist? Hier stehen sich die Parteien gerade am schroffsten gegenüber, mit einer Starrheit, als ob jede von ihnen den Stein der Weisen gefunden hätte, mit einer Erbitterung, die sie erst recht weit ab führt von dem Ziel, das sie alle anstreben oder doch anzustreben vorgeben. Hier der Nationalverein, der Preußen an die Spitze Deutschlands stellen will — dort die Anhänger des Bundestags, welche durch ihn und seine Weiterbildung Deutschlands Einheitsbedürfniß befriedigen zu können hoffen; aber der Nationalverein wird für seine Predigten von Preußens hohem Beruf tagtäglich Lügen gestraft durch das schwächliche Schwanken von Preußens Regierung, und der Bundestag läßt uns vergebens auf Thaten warten, welche seine gepriesene Lebenskraft beweisen sollten. So stehen wir rathlos vor der dunkeln Zukunft, ohne Kraft gegen den Angriff auswärtiger Feinde, und um so schmerzlicher empfindet dies der Vaterlandsfreund, da die inneren Zustände in den meisten Staaten Deutschlands sich gerade jetzt, zum Theil nach langen Kämpfen, so gebessert haben, daß sie billigen Ansprüchen genügen und eine gedeihliche Entwicklung verheißen.

Wir dürfen hier vor Allem unser engeres Vaterland **Bayern** nennen; seit dem Rücktritt des Ministerium Pfordten-Reigersberg ist der Friede zwischen Fürst und Volk wiedergekehrt, und mit Vertrauen erwartet nun letzteres von der Regierung, daß sie jene Reformen, um die seine Vertreter Jahre lang sich abgemüht, thunlichst bald in's Leben rufen werde. Das Jahr 1860 war der Vorbereitung auf die gesetzgeberischen Arbeiten gewidmet, die dem in den letzten Tagen wieder zusammengetretenen Landtag vorbehalten sind; möge er sie zum Heil des Landes rasch erledigen. In der evangelischen Bevölkerung der Pfalz hat die leidige Gesangbuchsfrage ein unseliges Zerwürfniß hervorgerufen; hoffentlich gelingt es der Staatsregierung, eine Ausgleichung zu Stande zu bringen, wie sie eine solche in einem ganz ähnlichen Fall vor wenigen Jahren in den diesseitigen Kreisen herbeigeführt hat. — Dem Großherzog von **Baden** war zu Anfang des vergangenen Jahres die Wahl gestellt, entweder das mit Rom vereinbarte Konkordat auszuführen und dadurch mit der Mehrheit seines Volks in einen Streit zu gerathen, dessen Folgen nicht abzusehen waren — oder aber, wenn er Frieden mit seinem Volk halten wollte, vom Vollzug des Konkordats abzustehen. Er wählte das Letztere; an die Stelle des Konkordats traten die Kirchengesetze, welche nach einer Vorlage der neuen Minister vom Landtag fast unverändert angenommen wurden. Daß der Zwiespalt mit dem Erzbischof und der Kurie hiemit nicht beendigt ist, liegt auf der Hand. Die in den letzten Wochen verkündete Amnestie eröffnete auch den wegen politischer Verbrechen Verurtheilten, die in die früheren Gnadenakte nicht eingeschlossen waren, mit wenigen Ausnahmen, die Rückkehr in's Vaterland. — Auch die Krone von **Württemberg** hat ein Konkordat mit Rom abgeschlossen; dasselbe wird, nachdem es lange hinausgeschoben worden, doch wohl endlich in der nächsten Sitzung des Landtags zur Berathung kommen, auf dessen Entschlüsse der Vorgang in Baden wesentlich mit einwirken dürfte.

er sich nun gar nicht mehr Mühe gibt zu läugnen, Garibaldi in seinem Namen und Auftrage begonnen hatte. Schließlich sollten alle diese verrätherischen Handlungen durch das allgemeine Stimmrecht gerechtfertigt werden. Wir wollen uns hier nicht in theoretische Erörterungen über das Selbstbestimmungsrecht der Völker einlassen; aber, wie immer man darüber denken mag, das wird jeder zugeben müssen, daß das allgemeine Stimmrecht, dessen Ausspruch Viktor Emanuel zur rechtlichen Grundlage seines neuen Besitzes machen will, von seinen Anhängern auf eine Art gehandhabt wurde, die demselben jeden Werth und Kredit benahm. Es läßt sich nicht läugnen, daß in jenen Ländern, die Viktor Emanuel seinem Reiche einverleibte, eine starke Partei für den Anschluß an Sardinien war; begünstigt durch die Zeitumstände und ermuthigt durch die hinter ihr stehenden sardinischen Bajonnette, übte diese einen Terrorismus aus, der alle Andersgesinnten zum Schweigen bringen sollte. Das gelang mit leidlichem Erfolg im nördlichen und mittleren Italien, in Neapel aber rief die gewaltthätige Wirthschaft der piemontesischen Partei einen Widerstand hervor, welcher ganze Provinzen in hellen Aufruhr versetzte, und das Land allen Gräueln des Bürgerkriegs preisgab. Die Regierungsweise des Königs Franz und noch mehr die seines Vaters Ferdinand verdienen unstreitig herben Tadel, und der Haß, der Abscheu, den viele ihrer Unterthanen gegen sie hegten, war sicher nicht unverschuldet; wenn aber daraus, daß ein Fürst schlecht regiert, ein anderer sofort für sich die Befugniß ableiten dürfte, ihn vom Thron zu stoßen und sein Land für sich zu nehmen, wohin kämen wir da? Viktor Emanuel berief sich bei seinem Einmarsch in Neapel darauf, daß die Einwohner dieses Reichs den Druck der bourbonischen Herrschaft nicht länger hätten ertragen können, daß sie sich erhoben und ihn gerufen hätten. Wie aber war es in Wirklichkeit? Garibaldi verjagte das neapolitanische Heer aus Sizilien fast lediglich mit Hülfe seiner Freiwilligen und des Verrathes, der Desertion, welche die Reihen seiner Gegner lichtete; der Zuwachs an Mannschaft aus Sizilien selbst war kaum nennenswerth. Nicht anders ging's in Calabrien, in Neapel, bis vor Capua; die Lücken seines Heeres mußten fast ausschließlich durch Abenteurer aus Nord-Italien, aus Ungarn, Polen, Deutschland, England, Frankreich rc. ausgefüllt werden, das Land selbst, das „befreit" werden sollte, that blutwenig für ihn. Seine Erfolge verdankte er neben seiner eigenen Thatkraft und dem unbestreitbaren Muth seiner Freischaaren zumeist der Feigheit eines Theils der neapolitanischen Truppen, dem niederträchtigen Verrath der Offiziere, Beamten und nächsten Verwandten des Königs Franz — und dabei hatten ihm Cavours Werkzeuge durch Hetzereien, Versprechungen und Bestechungen trefflich vorgearbeitet. Diese Thatsachen liefern einen eigenthümlichen Commentar zu dem angeblichen Hülferuf des neapolitanischen Volkes, dem Viktor Emanuel so bereitwillig Gehör schenkte. Das Volk hatte allerdings Ursache zu Klagen, das ist wahr; unwahr aber ist, daß es sich gegen seinen König erhob und Viktor Emanuel zu Hülfe rief; die Fehler der neapolitanischen Regierung waren für Viktor Emanuel nur ein willkommener Anlaß, durch Mittel der verwerflichsten Art die vorhandene Unzufriedenheit zu steigern, Verschwörungen anzuzetteln, den Arm der Regierung zu lähmen, um sich schließlich so einen leidlichen Vorwand zu schaffen, unter dem er sich zum Herrn des Landes aufwerfen könnte. So machte er es, mutatis mutandis, auch im Kirchenstaat, und dasselbe Manöver ist schon wieder gegen Oesterreich im Gang; denn Venetien ist das nächste Ziel seiner Pläne, und zu diesem Behuf sammelt er jetzt die Macht von ganz Italien um sich.

Und wenn wir nun fragen, warum Oesterreich so ruhig zusah und zusieht, wie diese Kriegsmacht gesammelt wird, die zu seinem Verderben bestimmt ist, so haben wir die Antwort auf diese Frage zunächst in **Frankreich** zu suchen. Napoleon steht schützend hinter Viktor Emanuel, er übt das Recht des Stärkeren, und Oesterreich muß es hinnehmen, weil es gegenwärtig geschwächt ist. Das Empörende dabei ist aber, daß Napoleon zur Gewalt noch den Hohn fügt, seine Anmaßung zu einem förmlichen System formulirt, und dasselbe den Schwächeren aufnöthigt, während er selbst sich nur so lange und insoweit darnach richtet, als es ihm beliebt. Wir meinen das sogen. Prinzip der Nichtintervention, das seit dem Frieden von Villafranca datirt. Danach soll keine auswärtige Macht sich in die italiänischen Händel mischen — warum? Weil Sardinien seit jenem Frieden mächtig genug war, um mit Hülfe der entfesselten revolutionären Elemente es mit allen andern Regierungen Italiens aufzunehmen, wenn nur Oesterreich nicht dazwischen trat. Dazu hätte Oesterreich alle Ursache gehabt, denn es ist ja offenkundig, daß Viktor Emanuel sein neues Staatsgebäude schließlich durch den Raub Venedigs krönen will. Aber durch das Prinzip der Nicht-Intervention hielt Napoleon seinem Bundesgenossen den Rücken frei, und daß Oesterreich diesem Prinzip sich fügte, dafür war durch die Drohung des sofortigen Krieges gesorgt. Während er aber so auf dies Prinzip pocht, verletzt er selbst es auf das gröblichste dadurch, daß er in Rom französische Besatzung hält, daß er zwei italiänische Provinzen, Savoyen und Nizza, sich abtreten ließ, daß er durch seine Flotte vor Gaeta fortwährend einen wesentlichen Einfluß auf den Gang der Belagerung übt. Aber nicht zufrieden damit, dem König Viktor Emanuel freie Hand für seine Um- und Uebergriffe in Italien zu schaffen, arbeitete Napoleon durch ein künstliches Gewebe hinterlistiger Täuschung noch darauf hin, daß ihm die schwächeren italiänischen Staaten als sichere Beute zufielen. Als Mittel dazu mußte ein scheinbarer Zwiespalt zwischen Frankreich und Sardinien dienen; es wurde die Meinung verbreitet, als mißbillige Napoleon die unersättliche Vergrößerungssucht seines Bundesgenossen, und als werde er, wenn seine Abmahnungen kein Gehör fänden, derselben mit Nachdruck Schranken setzen. Durch dies Gaukelspiel wurde dem Sardinier die Einverleibung von Toskana, Modena, Parma und der Romagna wesentlich erleichtert; durch dasselbe Gaukelspiel wurde der Papst getäuscht und Lamoricière's Heer vernichtet, durch dasselbe Gaukelspiel wurde König Franz II. in trügerische Sicherheit gewiegt, bis es zu spät war und er Hals über Kopf aus Neapel fliehen mußte, und schließlich wurde noch vor Gaeta durch einen ähnlichen Kniff, als dessen Werkzeug dort der Admiral Le Barbier sich hergab, der größte Theil der ihrem König treugebliebenen neapolitanischen Truppen dem Verderben überliefert. Ob nicht zuletzt Viktor Emanuel selbst auch als Opfer dieser hinterlistigen Politik fallen, ob es nicht am Ende von ihm heißen wird: „der Mohr hat seine Arbeit gethan, der Mohr kann gehen" — das wird die Zukunft zeigen. — Sehen wir nun zu, wie sich die öffentliche Meinung in Frankreich zu dieser Politik des Kaisers Napoleon verhält, so können wir uns nicht verhehlen, daß die weitaus überwiegende Mehrzahl der Franzosen sie billigt und voll Freude ihr Beifall klatscht. Von jeher ließen die Franzosen sich durch den glänzenden Erfolg leicht bestechen, und die Rechtlichkeit der Mittel, wenn sie nur geistreich waren, verursachte ihnen wenig Skrupel. Die sittliche Verderbniß, welche unter der kaiserlichen Herrschaft immer mehr um sich greift, hat es aber dahin gebracht, daß sie schon nicht einmal mehr geistreiche Mittel verlangen, sondern auch gemeinen Lug und Trug als gut und löblich hinnehmen, wenn nur der Erfolg ihren Wünschen entspricht. Und Erfolge weiß Napoleon mit seiner auswärtigen Politik zu erzielen, das muß man ihm lassen; und noch immer versteht er es meisterlich, durch sie die Aufmerksamkeit seiner Franzosen von den eben nicht sehr erbaulichen inneren Verhältnissen des Landes abzuziehen. Von diesen ist denn auch aus dem vergangenen Jahr nicht viel von Bedeutung zu melden, außer etwa die steigende Erbitterung des kathol. Klerus gegen die kaiserliche Regierung — eine Folge der zunehmenden Spannung zwischen dieser und dem Papst, und dann neben einer zeitweisen aber stets widerruflichen, geringen Erleichterung der Presse die sehr mäßige Erweiterung der parlamentarischen Befugnisse der Kammern, welche das Dekret vom 24. November brachte. Was Napoleon damit bezweckt hat, kann man bis jetzt nur vermuthen. Manche glauben, er wolle sich dadurch eine Waffe gegen den Klerus schaffen; Andere meinen, die öffentliche Meinung in England solle durch diese „freisinnigen" Zugeständnisse für Frankreich gewonnen werden; wieder Andere vermuthen, die Franzosen sollten, da er im Frühjahr wieder einen Schlag zu führen, und dazu wohl eine neue Anleihe zu machen gedenkt, dadurch im Voraus günstig für ihn gestimmt werden. Man hat das Dekret vom 24. November wohl auch mit dem österreichischen Patent vom 20. Oktober verglichen. Der Vergleich liegt allerdings nahe genug; doch dürfte der Unterschied größer seyn, als die Aehnlichkeit. Letztere, denken wir, findet sich eigentlich nur in der Zähigkeit, womit sowohl Napoleon als Franz Joseph mit ihren Zugeständnissen herausrücken; aber Ersterer gibt, um dafür etwas zu bekommen; Letzterer, um nicht Alles zu verlieren; Ersterer kauft sich damit eine Waffe zum Angriff, Letzterer eine Krücke, woran er sich weiter schleppt; Ersterer gibt freiwillig mit kluger Berechnung, Letzterer gezwungen, wie der Seefahrer im Sturm, der die Habe über Bord wirft, um nur Schiff und Leben zu retten.

Betrachten wir uns nun auch ein wenig den treuen Verbündeten des Franzosenkaisers — **Großbritannien.** Es ist ein Bündniß eigener Art, das diese beiden zusammenhält, und Napoleon hat es, wenn auch nicht gerade in feiner, doch sicher in sehr treffender Weise in seinem bekannten Brief an Persigny mit den Worten gekennzeichnet: „Laßt uns nicht wie Spitzbuben handeln,

(Morgen-Ausgabe.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 1.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 2 fl. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	38. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatt mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 1. Januar 1861.

Rückblick auf das Jahr 1860.

Es ist ein merkwürdiges Jahr, das hinter uns liegt, ein Jahr reich an Lehren mannigfacher Art für die, welche Augen und Ohren nicht hartnäckig verschließen gegen das, was um sie vorgeht. Ob die Lehren auch genützt werden? Dürften wir es hoffen, so könnten wir mit ruhigerem Blick, als es jetzt der Fall ist, in die Zukunft schauen. Wir fürchten aber sehr, es wird noch manches Jahr vergehen, noch manche bittere Erfahrung gemacht werden müssen, bevor die Erkenntniß zur That wird. Was seit zwei Jahren sich zugetragen hat, kann uns wenigstens nur in dem Glauben bestärken, daß Europa diesen Gang ziemlich langsam machen werde. Als Napoleon im Jahre 1859 mit Sardinien gegen Oesterreich im Felde stand, da wußte er durch sein Zauberwort: „Der Krieg soll lokalisirt werden!" alle übrigen Mächte von jeder Einmischung abzuhalten. Er rechnete auf ihre Unentschlossenheit, und er rechnete richtig. Freilich dachten und sagten damals schon Viele, einen Krieg, der mit solchen Elementen und zu solchen Zwecken geführt werde, zu lokalisiren, sey eine Sache der Unmöglichkeit; die Revolution, einmal auf den Kampfplatz gerufen, werde sich so leicht nicht wieder zur Ruhe legen; das Nationalitätsprinzip, in Italien auf die Fahne geschrieben, werde auch anderswo rasch Anhänger finden und die staatliche Ordnung überall gefährden, wo verschiedene Völker unter einem Szepter vereinigt leben; Napoleon werde nicht umsonst blos den Italienern Geld und Leute opfern, sondern mit diesem Kriege nur weiter gehende Pläne einleiten. Ja, trotz der Versicherung des Lokalisirens, waren ganz Deutschland, Belgien und Holland von Unruhe erfüllt, und allenthalben wurde gerüstet. Doch geschah nichts, die Großmächte ließen den Kaiser Napoleon gewähren, und die Kleinen mußten natürlich zusehen. Der Friede von Villafranca wurde durch den Vertrag von Zürich besiegelt; aber wie zum Hohn auf den Vertrag, von dem die Dinte kaum trocken war, griff Viktor Emanuel immer weiter um sich, bis er am Schluß des Jahres 1860 fast ganz Italien in seiner Gewalt hatte. Napoleon erweiterte Frankreichs Gränzen einstweilen durch Savoyen und Nizza; ein neuer Krieg gegen Oesterreich um Veneziens Besitz steht in nächster Aussicht, ist so zu sagen schon angekündigt. Angesichts dieser Thatsachen wurden die übrigen Mächte doch stutzig, es stieg ihnen die Furcht auf, sie möchten durch neue kühne Griffe plötzlich unliebsam überrascht werden, und sie begannen sich umzusehen, wie sich solchen Projekten ein Riegel vorschieben lasse. Die Zusammenkünfte von Baden-Baden, Teplitz und Warschau waren der Ausdruck dieses Gedankens. In Baden-Baden trat Preußen Hand in Hand mit den deutschen Mittel- und Klein-Staaten dem Streben Napoleons, sich zwischen die einzelnen Glieder Deutschlands wie ein Keil spaltend einzudrängen, entgegen; einmüthig riefen sie ihm zu: wir wollen nicht dulden, daß Frankreich in unsere innern Angelegenheiten sich einmische. Das war ein Resultat, wenn gleich nur ein negatives. In Teplitz sprachen sich die Regenten von Oesterreich und Preußen; auch ihre Zusammenkunft war gegen Napoleon gerichtet. Aber das Ergebniß? Es war schon weniger bestimmt, als das von Baden-Baden. Preußen versprach, so viel man erfahren hat, Oesterreich beizustehen, falls es in Italien wieder von Frankreich angegriffen würde. Wie aber, wenn Frankreich nicht direkt angreift, wenn es nur Sardinien vorschiebt, und helfend dahinter steht? Was dann? Für diesen Fall ist nichts ausgemacht, für diesen Fall soll, scheint es, wieder die Politik der freien Hand eintreten. Endlich die Warschauer Zusammenkunft! Es war soviel Aufhebens von ihr gemacht worden, ehe sie stattfand, es war so still davon, nachdem sie vorüber war, daß man alle Ursache hat anzunehmen, es sei auf derselben wirklich nicht mehr ausgemacht worden, als bisher davon in die Oeffentlichkeit gedrungen ist, nämlich — nichts. Diese Zusammenkunft war hervorgegangen aus der gemeinsamen Besorgniß der drei östlichen Großmächte, daß Napoleon durch weiteres Umsichgreifen jede von ihnen gefährden könne; aber zum gemeinsamen Handeln gegen die Gefahr konnten sie, wie es scheint, sich noch nicht bringen. Man sagt, es sey in jenen Tagen ein Schreiben Napoleons an Kaiser Alexander gelangt und das habe Wunder gewirkt. Mag es nun dieser Brief, mag es ein anderes Mittel gewesen seyn: Thatsache ist, daß Napoleon das Entstehen der Coalition, welche er mit Recht so sehr fürchtet, und deren Keime schon vorlagen, zu verhindern wußte. Das ist eben seine große Kunst: er bedroht Alle, und wenn Alle gegen ihn zusammenhielten, wäre er verloren; aber Jeder einzeln läßt sich von dem schlauen Bonaparte durch die Hoffnung hinhalten, er werde unangefochten bleiben, wenn er sich nur nicht in die Händel Napoleons mit den Anderen mische, und durch die weitere Hoffnung, aus dem Schaden der Andern nebenbei vielleicht noch einen Vortheil für sich davon zu tragen. So plump ist dieser Köder hingelegt, daß man kaum glauben sollte, es werde sich Jemand dadurch berücken lassen, und doch hat er seine Dienste gethan und wird sie noch thun, bis Alle der Reihe nach durch bitteren Schaden belehrt sein werden, daß sie Alle geprellt sind und Napoleon allein den Vortheil für sich eingestrichen hat. Dazu kommt nun noch, daß Napoleon sich wohl hütet, einen kräftigern Gegner anzugreifen; er sucht erst, ob er einen wunden Fleck finde, und hat er den herausgebracht, dann ruht er nicht, bis aus dem wunden Fleck eine Krankheit wird, die das Mark des Gegners verzehrt; dann erst geht er ihm zu Leibe, um ihn mit ein paar Stößen sicher niederzuwerfen. So hat er es in Italien gemacht, so macht er es jetzt auf's Neue gegen Oesterreich, so wird er es weiter treiben; und nicht eher werden die Staaten, die im Bereich seines Angriffs liegen, Ruhe vor ihm haben, als bis sie ihre inneren Schäden gründlich geheilt haben und so gekräftigt in richtiger Erkenntniß ihres wahren Vortheils dem gemeinsamen Gegner vereint entgegentreten. Bis dahin aber dürfte, wie schon oben bemerkt, wohl noch manches Jahr vergehen.

Italien ist das Land, wo jetzt zunächst die Früchte von Napoleons dämonischer Politik reifen. Freilich hat er dort treffliche Schüler und Helfer. Was seit Jahresfrist in Italien vorgegangen ist, kaum möchte man's glauben, hätte man es nicht selbst mit erlebt, und spätere Geschlechter werden mit Staunen vernehmen, wie ein Abenteurer mit einer Hand voll kecker Genossen ein Königreich erobern konnte, wie Treue und Glauben, Ehre und Recht so schmählich mit Füßen getreten wurden. Als Viktor Emanuel durch den Krieg von 1859 die Lombardei gewann, hatte er doch noch einen völkerrechtlichen Titel dafür; Toskana, Parma, Modena, die Romagna aber nahm er weder nach Kriegsrecht, noch nach Vertrag, sondern nur, weil er sie ohne Widerstand haben konnte. Seine Gesandten in Rom und Neapel mißbrauchten den Schutz, welchen das Völkerrecht ihrer Person verlieh, um mit der Umsturzpartei Verschwörungen anzuzetteln gegen die Regierungen, bei welchen sie beglaubigt waren. Seine Regierung ließ, während sie mit Neapel in Frieden lebte, Garibaldi ungehindert auf sardinischem Gebiet seine Freischaaren zum Zug gegen Sicilien sammeln und unterstützte ihn selbst ins Geheim (wenn man das Wort noch für eine offenkundige Thatsache gebrauchen darf) mit Geld, Munition und allem sonstigen Kriegsvorrath. Sie ließ, als König Franz seine Hauptstadt verlassen mußte, ihre Truppen, die längst auf sardinischen Schiffen dort bereit lagen, landen und dieselben später, ohne daß der Krieg erklärt war, an dem Kampfe der Garibaldianer gegen die Truppen des Königs Franz Theil nehmen. Sie ließ ohne Kriegserklärung ein Heer in den Kirchenstaat einfallen und nahm denselben bis auf die nächste Umgebung von Rom für sich in Besitz. Und schließlich überschritt Viktor Emanuel selbst an der Spitze dieses Heeres die Gränzen Neapels, um auf eigene Faust das Werk zu vollenden, das, wie

Neue

Würzburger Zeitung

für das Jahr

1861.

Achtundfünfzigster Jahrgang.

Würzburg.

Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung.